



C/2023/1393

13.12.2023

Euro-Wechselkurs ⁽¹⁾

12. Dezember 2023

(C/2023/1393)

1 Euro =

Währung			Kurs	Währung			Kurs
USD	US-Dollar		1,0804	CAD	Kanadischer Dollar		1,4656
JPY	Japanischer Yen		156,84	HKD	Hongkong-Dollar		8,4377
DKK	Dänische Krone		7,4569	NZD	Neuseeländischer Dollar		1,7573
GBP	Pfund Sterling		0,85928	SGD	Singapur-Dollar		1,4479
SEK	Schwedische Krone		11,2815	KRW	Südkoreanischer Won	1 415,21	
CHF	Schweizer Franken		0,9443	ZAR	Südafrikanischer Rand	20,4297	
ISK	Isländische Krone		151,10	CNY	Chinesischer Renminbi Yuan	7,7447	
NOK	Norwegische Krone		11,7780	IDR	Indonesische Rupiah	16 835,06	
BGN	Bulgarischer Lew		1,9558	MYR	Malaysischer Ringgit	5,0611	
CZK	Tschechische Krone		24,420	PHP	Philippinischer Peso	60,103	
HUF	Ungarischer Forint		381,80	RUB	Russischer Rubel		
PLN	Polnischer Zloty		4,3393	THB	Thailändischer Baht	38,543	
RON	Rumänischer Leu		4,9732	BRL	Brasilianischer Real	5,3327	
TRY	Türkische Lira		31,3765	MXN	Mexikanischer Peso	18,7419	
AUD	Australischer Dollar		1,6398	INR	Indische Rupie	90,0765	

⁽¹⁾ Quelle: Von der Europäischen Zentralbank veröffentlichter Referenz-Wechselkurs.



C/2023/1475

13.12.2023

Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.43977

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2023/1475)

Datum der Annahme der Entscheidung	21.11.2016	
Nummer der Beihilfe	SA.43977	
Mitgliedstaat	Portugal	
Region		
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Decision on the impaired asset measure in the resolution of Banif	
Rechtsgrundlage	Decree-Law no. 298/92 of December 31 with changes up to Decree-law 190/2015, September 10. Et al.	
Art der Beihilfe	Ad-hoc-Beihilfe	Banco Internacional do Funchal (Banif)
Ziel	Sonstiges	
Form der Beihilfe	Sonstiges (bitte angeben), Bürgschaft	
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 2 407 000 000 EUR Jährliche Mittel: 0 EUR	
Beihilfehöchstintensität		
Laufzeit	ab 21.12.2015	
Wirtschaftssektoren	Erbringung von Finanzdienstleistungen	
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Ministry of Finance Av. Infante D. Henrique, 1, 1149-009 Lisboa, Portugal	
Sonstige Angaben		

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2023/1476

13.12.2023

Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.110212

(C/2023/1476)

Datum der Annahme der Entscheidung	29.11.2023
Nummer der Beihilfe	SA.110212
Mitgliedstaat	Bulgarien
Region	
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	TCTF: Помощ в подкрепа на ликвидността на земеделски стопани за преодоляване на негативното икономическо въздействие на руската агресия срещу Украйна (изменение на SA.106681 (2023/N))
Rechtsgrundlage	Чл. 11, ал. 2, т. 1 и чл. 12, ал. 1, т. 2 от Закона за подпомагане на земеделските производители
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Behebung einer beträchtlichen Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats
Form der Beihilfe	Zuschuss
Haushaltsmittel	
Beihilfehöchstintensität	
Laufzeit	bis zum 30.6.2024
Wirtschaftssektoren	Landwirtschaft, Jagd und damit verbundene Tätigkeiten
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	Държавен фонд „Земеделие “бул. „Цар Борис III“ 136, София, България
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2023/1480

13.12.2023

Genehmigung staatlicher Beihilfen nach den Artikeln 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union

Vorhaben, gegen die von der Kommission keine Einwände erhoben werden

SA.107521

(C/2023/1480)

Datum der Annahme der Entscheidung	3.11.2023
Nummer der Beihilfe	SA.107521
Mitgliedstaat	Italien
Region	Italien
Titel (und/oder Name des Begünstigten)	Interventi finanziari dell'ISMEA per il settore agricolo e agroalimentare.
Rechtsgrundlage	Schema di Decreto ministeriale „Criteri, modalità e procedure per l'attuazione degli interventi finanziari a sostegno delle imprese del settore agricolo e agroalimentare, effettuati dall'Istituto di servizi per il mercato agricolo alimentare — ISMEA“.
Art der Beihilfe	Regelung
Ziel	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, ländliche Gebiete, Beihilfen für Investitionen in die Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse
Form der Beihilfe	Zinsgünstiges Darlehen
Haushaltsmittel	Haushaltsmittel insgesamt: 450 000 000 EUR Jährliche Mittel: 150 000 000 EUR
Beihilfehöchstintensität	80,0 %
Laufzeit	bis zum 31.12.2025
Wirtschaftssektoren	LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT, FISCHEREI, VERARBEITENDES GEWERBE/HERSTELLUNG VON WAREN
Name und Anschrift der Bewilligungsbehörde	ISMEA Viale Liegi, 26 — 00198 Roma (RM)
Sonstige Angaben	

Die rechtsverbindliche(n) Sprachfassung(en) der Entscheidung, aus der/denen alle vertraulichen Angaben gestrichen sind, finden Sie unter:

<https://competition-cases.ec.europa.eu/search?caseInstrument=SA>



C/2023/1485

13.12.2023

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 23. NOVEMBER 2015

(C/2023/1485)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Sitzungen vom 23. bis 26. November 2015

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	3
2. Erklärungen der Präsidentschaft	3
3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	4
4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	4
5. Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität: siehe Protokoll	4
6. Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll	4
7. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
8. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	4
9. Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll	4
10. Arbeitsplan	4
11. Sachstand der Doha-Entwicklungsagenda angesichts der 10. WTO-Ministerkonferenz (Aussprache)	6
12. Menschenrechte in den Handelsverhandlungen zwischen der EU und Vietnam (Aussprache)	19

Inhalt	Seite
13. Beitritt Ecuadors zu dem Handelsabkommen zwischen der EU und Peru und Kolumbien (Aussprache)	29
14. Eine neue Tierschutzstrategie für den Zeitraum 2016-2020 (Aussprache)	34
15. Verringerung von Ungleichheit mit besonderem Schwerpunkt auf Kinderarmut (kurze Darstellung)	50
16. Kohäsionspolitik und gesellschaftliche Randgruppen (kurze Darstellung)	56
17. Die Rolle der EU innerhalb der VN (kurze Darstellung)	60
18. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung	64
19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	72
20. Schluss der Sitzung	72

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 23. NOVEMBER 2015

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Die Sitzung wird um 17.05 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Mittwoch, 11. November 2015, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2. Erklärungen der Präsidentschaft

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor zehn Tagen ist Frankreich in brutalster Art und Weise attackiert worden. Terroristen, die in nie gekanntem Ausmaß mit einer nie gekannten Brutalität normale Menschen, insbesondere junge Männer und Frauen, aus ihrem Leben herausgerissen und in bestialischer Weise ermordet haben.

Wir sind heute als eine Institution, die ihren Sitz in Frankreich hat, zum ersten Mal nach diesen Anschlägen auf französischem Boden. Deshalb, meine Damen und Herren, wiederhole ich mit dem Dank an Sie alle für Ihre große Anteilnahme in der vergangenen Woche an den Beileidsbekundungen hier noch einmal unsere volle Solidarität mit der französischen Nation, unsere Zuwendung zu den Familien der Ermordeten, unsere Hoffnung für die schwerverletzten Menschen, dass sie sich bald erholen mögen.

Das gilt allerdings auch für die Opfer der Anschläge in Bamako. Das gilt auch für die Opfer der Anschläge an anderen Orten, wo unschuldige Menschen von wahnsinnigen Terroristen abgeschlachtet werden.

Meine Damen und Herren! Wir leben in einer Zeit gewaltiger Herausforderungen. Die Anzahl von Anschlägen, derer wir hier gedenken müssten, weil wir keine Hierarchie in der Liste der Opfer vornehmen können und jedes Opfer uns gleich viel wert ist – diese Liste ist lang. Deshalb ist ein Gedenken an die Opfer in Paris und in Bamako zugleich ein Gedenken an die Opfer, an die Unschuldigen an anderen Orten dieser Erde und insbesondere in Syrien und im Irak, wo dieser selbsternannte Islamische Staat alle elementaren Rechte, geradezu die zivilisatorischen Werte mit seiner Brutalität zu zerstören versucht. Jedes Gedenken ist ein Gedenken an die Opfer dieser Gewalt.

In diesem Sinne – nicht nur für die Opfer von Paris und von Bamako, sondern für die Terroropfer insgesamt – bitte ich Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Das Parlament erhebt sich zu einer Schweigeminute.)

Vielen Dank.

Meine Damen und Herren! Ich hatte heute Morgen die traurige Pflicht, das Europäische Parlament beim Staatsakt für den verstorbenen ehemaligen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Schmidt, zu vertreten. Mit Helmut Schmidt verstarb ein herausragender Politiker nicht nur der Bundesrepublik Deutschland, sondern der Europäischen Union.

Helmut Schmidt war – wie Sie alle wissen – gemeinsam insbesondere mit dem früheren Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing einer der Schöpfer des Europäischen Währungssystems. Schmidt hat in seiner Zeit als Regierungschef, aber auch später als Publizist enorm zur Vertiefung der europäischen Integration und zur Zusammenarbeit der Völker über die Grenzen hinweg beigetragen. Helmut Schmidt war ein Regierungschef, der in dem Land, aus dem ich komme, in Zeiten der größten terroristischen Herausforderung einen Grundsatz bewahrt hat, von dem wir – so glaube ich – auch heute lernen können, einen Grundsatz, der am besten ausgedrückt wird in dem Satz von Albert Camus: „Diejenigen, die an der Versöhnung von Freiheit und Sicherheit scheitern, scheitern an allem.“ Ich glaube, das sollte uns für die nächsten vor uns liegenden Herausforderungen eine Richtschnur sein. Wir müssen die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger, auch unsere eigene, so effektiv wie möglich ausgestalten. Aber wir dürfen niemals zulassen, dass die, die uns beängstigen wollen, unsere Freiheitsrechte zerstören. Das ist die Aufgabe vor allem des Europäischen Parlaments.

(Beifall)

3. **Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll**
4. **Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll**
5. **Antrag auf Aufhebung der parlamentarischen Immunität: siehe Protokoll**
6. **Unterzeichnung von nach dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten (Artikel 78 GO): siehe Protokoll**
7. **Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll**
8. **Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll**
9. **Weiterbehandlung der Standpunkte und Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll**

10. **Arbeitsplan**

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 19. November 2015 gemäß Artikel 149 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden.

Montag:

Die Fraktion der GUE/NGL beantragt, die Aussprache über die mündliche Anfrage an die Kommission zu einer neuen Tierschutzstrategie für den Zeitraum 2016 bis 2020 mit einer EntschlieÙung abzuschließen, über die dann am Donnerstag abgestimmt werden kann.

Anja Hazekamp, on behalf of the GUE/NGL Group. – Mr President, under Rule 152 of the Rules of Procedure, I urge Parliament to close the debate on Oral Question O-000141/2015 on a new animal welfare strategy for 2016-2020 with a resolution.

The current animal welfare strategy ends on 31 December and the Commission shows no sign of coming forward with a new strategy. This is unacceptable. There are many issues concerning animal welfare in the European Union which should be addressed, and we want the Commission to come forward with a clear roadmap to do that.

Also, on behalf of my colleague, Stefan Eck, I ask for your support to add this resolution to close the debate. If you think animals matter, this is the time to show it.

Fredrick Federley (ALDE). – Mr President, I wish to thank Madam Hazekamp for her initiative. There have been many bills – much legislation – passed in this House in recent years, but they are not coherent, there is no complete strategy and there is not even a cohesive legislative framework within the European Union today. That means also that the animals are suffering; it means that we have different regulations in different countries, and it also means that we do not have, when it comes to agricultural products, a joint and common market. I therefore support the proposition from the GUE/NGL Group.

Michèle Alliot-Marie (PPE). Monsieur le Président, permettez-moi simplement de faire une comparaison. Notre groupe a demandé qu'à l'issue du débat sur les attentats terroristes de Paris, le Parlement adopte une résolution dans laquelle il demanderait à la Commission ce qu'elle compte faire pour effectivement mettre en œuvre toutes les mesures qui ont été adoptées sans jamais être appliquées et qui auraient peut-être pu sauver des centaines de vies. Je serais un petit peu étonnée qu'effectivement, au Parlement européen, on estime qu'une résolution pour le bien-être des animaux – que je soutiens entièrement – passe avant une résolution pour la survie des hommes et des femmes.

(Applaudissements)

Der Präsident. – Frau Alliot-Marie, Kompliment, Sie haben mit einer geschickten Formulierung für den Antrag gesprochen, obwohl Sie sich dagegen geäußert hatten, und haben auch noch Ihren Protest angebracht. À la bonne heure!

Die Kollegen wünschen eine elektronische Überprüfung.

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Dienstag: Keine Änderungen.

Mittwoch:

Die Verts/ALE-Fraktion beantragt, die Abstimmung über den Bericht Ferreira/Theurer über die Steuervorbescheide und andere Maßnahmen auf Donnerstag zu verschieben.

Philippe Lamberts, au nom du groupe Verts/ALE. – Monsieur le Président, ce Parlement a décidé de faire de la lutte contre l'optimisation fiscale abusive des entreprises un sujet important puisqu'il a créé une commission spéciale chargée de cette question en février dernier. Nous allons voter cette semaine-ci le premier rapport de cette commission. Je crois qu'il sera adopté à une très large majorité et je m'en réjouis.

L'inquiétude qui est la nôtre est la suivante: lors de sa réunion de la semaine dernière, la Conférence des présidents a décidé, à la majorité, de reporter d'au moins une semaine la décision de présenter à notre assemblée une éventuelle prolongation de la commission Taxe, qui faisait en tout cas l'objet d'un consensus très large entre les forces politiques. Nous ne voulions pas donner l'impression que nous allions adopter le rapport de la commission, puis décider plus tard si nous allions prolonger son mandat. Nous pensions qu'il était important de coupler les deux décisions pour ne pas créer auprès du public l'impression que ce Parlement se désintéresse de la question. Entre-temps, j'ai reçu des messages très clairs de différents groupes politiques – et donc de la majorité, qui est en faveur de la prolongation –, selon lesquels la Conférence des présidents pouvait prendre une décision jeudi et la mettre immédiatement au vote de cette assemblée jeudi, à midi. Dans ce cas, le problème disparaîtrait et nous pourrions adopter le rapport mercredi et voter la prolongation de la commission jeudi. Il y avait un doute à ce sujet lors de la Conférence des présidents précédente, mais si ce doute est levé et si l'engagement politique est pris de prolonger la commission Taxe, il n'y a pas lieu de retarder le vote.

Voilà la position de notre groupe.

Fabio De Masi (GUE/NGL). – Herr Präsident! Vor über einem Jahr wurden mit LuxLeaks die skandalösen Steuerdeals von internationalen Konzernen mit EU-Mitgliedstaaten bekannt. Jeder Dorfpolizist weiß: Man kann Ermittlungen nicht abschließen, bevor alle Beweise gewürdigt wurden. Uns wurde aber systematisch Zugang zu wichtigen Dokumenten verweigert. Nur hier im Parlament ist das nicht allen so sehr klar gewesen. Deswegen hatten wir letzte Woche großes Hin und Her.

Deswegen auch mein Appell: Verschieben Sie die Abstimmung, nennen Sie das Ding Zwischenbericht, wie auch immer. Das bisherige Mandat darf nicht auslaufen und muss noch diese Woche verlängert werden. Die Tagesordnung ist entsprechend zu ändern. Sonst machen wir uns hier im Kampf gegen Steueroasen total unglaubwürdig.

Manfred Weber, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident! Ich bitte um eine Erklärung, weil ich den Kollegen, den Antragsteller der Grünen, so verstanden habe, dass der Antrag dann zurückgezogen wird, wenn es eine klare Zusage gibt, dass wir alle im Plenum uns für die Verlängerung aussprechen. Ich kann für meine Fraktion sagen: Die EVP-Fraktion will die Verlängerung um die sechs Monate, um genau die offenen Fragen, die noch im Raum stehen, zu klären. Insofern würde die Grundlage dafür wegfallen, wenn andere Fraktionen bestätigen, dass wir uns klar am Donnerstag dazu verpflichten, dass wir die Verlängerung unterstützen. Dann können wir am Mittwoch die Abstimmung ganz normal durchführen. So, glaube ich, habe ich den Kollegen verstanden. Und wir als Fraktion würden die offenen Fragen gerne klären.

Peter Simon, im Namen der S&D-Fraktion. – Herr Präsident! Ich wurde gebeten, für die sozialdemokratische Fraktion mitzuteilen, dass sie selbstverständlich – auch bei all der entstandenen Unruhe – dafür ist, am Mittwoch über den Ferreira-Bericht abzustimmen, dies am Donnerstag in der Konferenz der Präsidenten behandeln zu lassen und am Donnerstagmittag im Plenum die Verlängerung des Ausschusses hier zu beschließen.

Insofern bin ich Herrn Kollegen Lamberts dankbar, dass er den Antrag damit zurückziehen wird.

Der Präsident. – *(Der Antragsteller zieht den Antrag zurück.)*

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)

11. Sachstand der Doha-Entwicklungsagenda angesichts der 10. WTO-Ministerkonferenz (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zum Sachstand der Doha-Entwicklungsagenda angesichts der 10. WTO-Ministerkonferenz (2015/2632(RSP)).

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Mr President, there are now only three weeks left until the 10th WTO Ministerial Conference in Nairobi. This will mark the WTO's 20th anniversary and it is the first such conference taking place in Africa.

This is a conference that is taking place at a critical moment for the WTO. Following the success of the last such conference in Bali and the adoption of the Trade Facilitation Agreement, there were high hopes that we would advance towards a comprehensive agreement on the Doha Development Agenda, and the EU worked really hard to achieve this. Unfortunately, many countries have not been able or willing to look for a compromise on cutting the trade-distorting subsidies they provide to their farmers. In Nairobi we need to free the machinery of the WTO from the constraints that have been holding it back for so many years. We need to move ahead. The Ministerial Conference needs to take decisions on parts of the Doha Round and agree on what to do next.

We are now working in Geneva intensively to create convergence around three main outcomes that are attainable and where we all see that there are development credentials. The first one is to aim for an agreement to discipline the use of all forms of agricultural export support, which is an important long-standing and pro-development issue that needs a coherent, balanced and multilateral solution. Together with the Government of Brazil and a few other WTO members, the European Union has tabled a formal proposal for a comprehensive solution addressing agricultural export subsidies, but also export credits and other similar measures.

I am convinced that this is a good basis for discussion and a compromise, and it also showcases the positive effects of the major agricultural reforms that we have been conducting here in the EU. Without them, it would have been impossible to achieve a situation where we table a joint agricultural proposal with Brazil. So we are now working on this in Geneva to gather support.

Secondly, we also need to make sure that we can deliver for the benefit of the poorest and most vulnerable WTO members: the least-developed countries. Here we are looking at, for instance, duty-free; quota-free; cotton; rules of origin.

The third item where we need to deliver is an outcome strengthening notification and transparency requirements in the WTO.

Achieving consensus on these issues will be linked to the need for an agreement on the path forward for the WTO after the Ministerial Conference. This is going to be challenging. Our interests here are very clear. The WTO needs to continue the work on unresolved issues. They can only be effectively addressed by multilateral solutions – trade-distorting domestic support in agriculture, rules or regulatory issues, for instance – but we need to approach these issues with fresh ideas, as the old approaches have clearly not delivered the result, and in this connection large emerging countries must assume greater responsibilities.

Similarly, we need to aim to ensure that the Ministerial Conference begins the process of opening the Organization to considering new issues and acknowledges the possibilities for WTO members to negotiate issues within smaller groups of interested members. This is really important if the WTO is to remain relevant and at the centre of global rule-making.

The upcoming Ministerial Conference will be a very important event. It will have a strong bearing on the future of the multilateral trading system. I appreciate very much the cooperation we have had so far and the interest that this Parliament has taken, and I am looking forward to Parliament's delegation being there so we can have close cooperation at the Ministerial Conference.

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ΔΗΜΗΤΡΙΟΣ ΠΑΠΑΔΗΜΟΥΛΗΣ

Αντιπρόεδρος

Pablo Zalba Bidegain, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, señora Comisaria, Señorías, permítanme, en primer lugar, felicitar al coponente de esta Resolución, el señor Lange, por la fructífera colaboración que hemos tenido. También a la Comisaria y a su equipo, cuyo fructífero trabajo -como ha destacado- tiene como resultado esta Resolución.

En la Unión Europea, en el Partido Popular Europeo hemos siempre hecho una apuesta firme por el multilateralismo y obviamente el marco adecuado para llevarlo adelante es, sin lugar a dudas, la Organización Mundial del Comercio. Un enfoque que, como demuestran acuerdos como el Acuerdo sobre Facilitación del Comercio, busca especialmente mejorar la situación económica de todos sus países miembros. Porque no tenemos ninguna duda: a mayor apertura comercial, mayor desarrollo económico. Hay multitud de ejemplos que así lo prueban.

Aquí creo conveniente destacar que la Conferencia Ministerial que se va a celebrar en Nairobi, como bien ha destacado la Comisaria, va a ser un punto de inflexión que todos deseamos y todos contribuiremos a que sea para bien, porque necesitamos crecimiento económico, necesitamos creación de empleo, ahora más que nunca.

Y no debemos olvidar tampoco que el multilateralismo debe no solo convivir, sino también debe ser complementado con los acuerdos bilaterales, acuerdos regionales y acuerdos plurilaterales a través de los cuales se está liberalizando el comercio en todo el mundo. Acuerdos como el ACS, acuerdos como la ATCI o el acuerdo con Mercosur son, ahora más que nunca, vitales para la agenda comercial de la Unión, porque pueden complementar y pueden también fomentar la labor de la Organización Mundial del Comercio en aquellas áreas en las que el multilateralismo no logre tener alcance.

Bernd Lange, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Erst einmal herzlichen Dank an den Ko-Berichterstatter, Herrn Zalba Bidegain. Ich frage mich, ob in Nairobi das Licht für die WTO ausgemacht wird. Denn es gibt welche, die wollen, dass in Nairobi überhaupt nicht mehr über die Doha-Entwicklungsrunde geredet wird. Ich kann nicht sehen, dass wir die Doha-Entwicklungsrunde und die WTO weiterentwickeln können und auch ein Arbeitsprogramm über Nairobi hinaus, wie die Kommissarin es eben genannt hat, entwickeln, wenn wir keinen positiven Bezug zur Doha-Entwicklungsrunde in diese Verhandlungen hineinbringen.

Wenn einige sagen: „Doha ist tot, wir müssen jetzt nur neue Elemente angucken – E-Commerce, Investment, die Frage der Währungsspekulation“ – ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, dann wird der Keil weiter in Richtung Spaltung getrieben. Also lassen Sie uns versuchen, multilateral weiterzugehen, und die Doha-Entwicklungsrunde im Paket von 2008 positiv bewerten.

Natürlich brauchen wir Schärfungen, wir brauchen Flexibilität, wir brauchen sicherlich auch das Maß an Möglichkeiten, bilateral, plurilateral weiter vorzugehen. Aber dass wir die Entwicklung in den Vordergrund stellen müssen, das ist angesichts der Migrationsherausforderung völlig klar. Es ist auch klar, dass Entwicklungsländer nicht gleich Entwicklungsländer sind. Wir müssen auch ehrlich sein: Schwellenländer haben ein anderes Maß an Verantwortung, und die müssen sie wahrnehmen. Jeder muss Verantwortung wahrnehmen.

Emma McClarkin, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I believe that trade reduces poverty, empowers women and provides opportunities for our young people. We live in a globalised world and our citizens and consumers want the barriers to trade removed. It is therefore difficult to hide my disappointment that we have, once again, failed to make progress within the WTO ahead of the 10th ministerial meeting next month. It appears that this meeting will be something of a damp squib, with a real danger that the parties will not even manage to produce a joint statement following the discussions in Nairobi.

It is clear that the Doha Development Agenda has failed, yet somehow we must press ahead with the multilateral agenda and the important issues contained within it. As the Commissioner mentioned, agricultural issues continue to be the most difficult problems to solve when it comes to international trade agreements. Yet it is important to recognise some of the other ambitions that Doha was looking to meet, such as efforts towards making it easier for developing countries to gain access to the international trading market, in turn providing real opportunities for economic development.

Instead, we have to make progress in areas that we are able to agree upon – but it looks likely that this will have to come under the framework of a different agreement. So we need a new reinvigorated agenda at the WTO level – one which is not associated with the failures of the past and which can build from the bottom up so that we may look upon the WTO as an organisation that works in the interests of its members. Until then, parties will be forced to work at the bilateral and plurilateral levels, which will be essential to maintain growth and jobs in this globalised world. Within this, the EU must use the influence that it has so that we can push this multilateral agenda forward to achieve real success for all.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

James Carver (EFDD), *blue-card question*. – Ms McClarkin, is not this debate an example of how little influence the United Kingdom has, bearing in mind that all trade negotiations are currently conducted with the EU Trade Commissioner, Ms Malmström, sitting at the front? Does this not show that Britain would have greater influence in the wider world were we to decide to withdraw from the European Union following the referendum?

Emma McClarkin (ECR), *blue-card answer*. – The British people will decide whether they believe they should remain a member of the European Union or not very soon and, indeed, if we have those trading powers back, we will be able to do deals ourselves. But the reality is that if we want to work towards trade for all and improve the work for everybody, it will have to be done at the World Trade Organization (WTO) level.

Hannu Takkula, *ALDE-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, on todellakin niin, että joulukuussa järjestettävä WTO:n kymmenes ministerikonferenssi on todella tärkeä meille, ja se näyttää lopullisesti, millä tavalla Dohan kehitysapaketin kanssa päästään etenemään ja saadaanko se voimaan.

Me olemme valmiita jatkamaan neuvotteluja edelleen DDA:sta, mutta voin sanoa, että tarvitaan kuitenkin uudenlaista pohjaa, koska tämä nykyinen pohja ei ole johtanut mihinkään tuloksiin, vaan nyt tarvitaan aktiivisempaa otetta.

Euroopan unionistahan tämä ei ole ollut kiinni. Me olemme olleet vahvasti Dohan puolella ja olemme edelleen aktiivisesti puhumassa tämän paketin puolesta, mutta meidän pitäisi myös saada muut kumppanit siihen mukaan. DDA:n voimaan saattaminen olisi kansainvälisen kaupan näkökulmasta ehdottoman kannatettavaa, sillä meidän tulisi luoda alueellisten sääntöjen sijasta kansainvälisiä sääntöjä kaupankäynnille. Yhteiset kansainväliset säännöt toisivat varmuutta tälle alalle, koska nyt useat kahdenväliset sopimukset pirstaloivat sääntelyä.

DDA:n ratkaiseminen olisi meidän näkökulmasta tärkeää myös siitä syystä, että keskustelemme myös meille ehdottomasti tärkeistä teemoista. Vaikka emme saisi Dohan muodossa ratkaisua, tulisimme jatkamaan neuvotteluja samoista teemoista edelleen, mutta mahdollisesti erikseen useamman osapuolen kanssa.

On tietenkin tärkeää, että voidaan käydä myös monenvälisiä neuvotteluja ja sitä kautta päästä seuraavalle asteelle puhumaan myös sisällöistä.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Kommissarin, Herr Präsident! Der deutsche Staatssekretär Machnig ärgerte sich öffentlich darüber, kurz vor Weihnachten nach Afrika reisen zu müssen, zur WTO-Ministerkonferenz in Nairobi.

Es stünde bereits fest, dass dort lediglich eine Maus geboren wird. Schuld daran seien nicht die Europäer und die OECD, vielmehr bremsen wieder einmal die Inder und Brasilianer. Wer nach Nairobi reist und wirklich nur die alten Konzepte des Freihandels im Gepäck hat, verschwendet Zeit. 60 Millionen Flüchtlinge auf der Welt machen deutlich, welch gravierende Wirkung die Fehler in der internationalen Handelspolitik seit Gründung der WTO haben.

Sie dürfen und können doch nicht Indien vorwerfen, dass wenigstens dieses eine Land die Ernährung der eigenen Bevölkerung wichtiger findet als Freihandel und die Spekulation mit Nahrung auf den globalisierten Märkten ablehnt. Nein, Pascal Lamy ist durchaus beizupflichten, wenn er fordert, die WTO müsse ihre Arbeit endlich in die Zielstellung von Regierungen, Zivilgesellschaft und internationalen Organisationen integrieren.

Mit der Doha-Runde sollte einst Armut überwunden werden, die zur Rekrutierung der Terroristen von 09/11geführt hatte. Dass dieses Ziel zu schnell vergessen wurde, daran erinnern uns die aktuellen Geschehnisse.

In Nairobi muss der grundlegende Kurswechsel hinsichtlich Zielen und Mechanismen internationaler Handelspolitik und ihrer Regeln diskutiert werden. Nicht mehr, aber auch nicht weniger! Es geht um die Zukunft des multilateralen partnerschaftlichen Welthandelssystems, und es geht um die Perspektiven und ein Ja zu Doha.

Klaus Buchner, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Meine Fraktion steht für *fair trade*. Im Gegensatz zu *free trade* glauben wir, dass es ein gerechtes Forum geben muss, ein weltweites Forum, wo Handelspartner – starke und schwache – an einem Tisch sitzen und gemeinsam Lösungen finden, die allen Handelspartnern etwas nützen. Wir in der EU sind ohne Zweifel ein starker Handelspartner mit sehr viel Einfluss. Wir glauben nicht, dass es für den Welthandel – und für die Menschen in der EU – erstrebenswert ist, schwachen Handelspartnern unsere *Free-Trade*-Agenda aufzudrücken. Und wir sind mit dieser Ansicht nicht allein. Die Welthandelsorganisation hat zu diesem Zweck auch die besondere und differenzierte Behandlung für alle Entwicklungsländer als Programmpunkt. Somit erhalten Entwicklungsländer Marktzugang und verbesserte Konditionen und können gleichzeitig die heimische Wirtschaft weitgehend ohne Gefahr von Auslandsimporten aufbauen.

Mit unserer Parlamentsentschließung fordern Sie dagegen, Entwicklungsländer in bestimmte Kategorien aufzuspalten und so diejenigen Länder, welche durch diese und andere Maßnahmen ihre Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten verbessern konnten, stärker zu öffnen. Eine solche Aufspaltung, welche den stärksten Handelspartnern am meisten nutzen würde, lehnen wir strikt ab.

Die Entschließung bekräftigt die Unterstützung von multilateralen Ansätzen für den Welthandel, unterstützt aber gleichzeitig plurilaterale Abkommen wie das TiSA, welche die WTO untergraben und nicht, wie behauptet, die WTO-Agenda komplementieren. Mit den weitreichenden Marktzugangsbestimmungen in diesen Abkommen nehmen wir den reichen Ländern jeden Anreiz, die Doha-Runde ernsthaft und im Einklang mit den Entwicklungsländern abzuschließen.

Doha darf keine Friss-oder-stirb-Verhandlungsrunde werden! Wir appellieren an die Kommission, den Entwicklungsländern entgegenzukommen. Wir haben deshalb einige Änderungsanträge eingereicht, um unsere Entschließung gerechter und objektiver zu gestalten. Ich hoffe, dieser Ansatz findet Unterstützung.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – I noticed during your speech that you spoke about concern about weaker trading partners and developing countries. Would you not accept that one of the things that holds back developing countries is tariff controls and blocks from trading blocs such as the EU, as well as the unfair advantages given to the EU by the Common Agricultural Policy? If we had a fairer system and could trade freely, then we could have trade with developing countries, rather than aid as we have now.

Klaus Buchner (Verts/ALE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Es ist so weit richtig, dass wir unsere Agrarprodukte zu Bedingungen anbieten

können, die in den Entwicklungsländern nicht gegeben sind.

Das heißt, viele der plurilateralen, der bilateralen Abkommen stören hier die heimische Agrarwirtschaft ganz erheblich. Insofern muss ich Ihnen zustimmen. Aber das betrifft nicht den Rest dessen, was ich gesagt habe.

William (The Earl of) Dartmouth, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, to get one thing in perspective: the European Union began as a protectionist construct, it remains a protectionist construct, it will always be a protectionist construct. Doha or No Doha, the European Union is a roadblock to free and freer trade. To give one example, which was just previously touched upon, European protectionism in food production has direct consequences which harm the developing world.

First, the EU markets are closed to a greater or lesser extent to the export of agricultural products. Secondly, and more damagingly, the European Union dumps agricultural over-production, occasioned by its misallocated agricultural subsidies, onto the world market, and the effect of this is that farmers and food growers in the world outside – especially in those countries that have a large primary sector – are severely damaged. The people adversely affected are some of the poorest in the world. This is not fair trade.

There are also other consequences. EU protectionism hurts and harms consumers in the European Union itself. Consumers here have to pay the hiked and inflated European Union price for foods and other goods instead of the world price. Professor Patrick Minford and his colleagues at Cardiff University have calculated that the cost of this to the UK consumer is 8% of the cost of living. It follows that, on Brexit, the cost of living in the UK would be reduced by 8% at least. We may be sure that in other Member States the figure would not be dissimilar. And so it is not just for my country: the dissolution of the EU customs union would be a huge plus for the whole world. That, perhaps, is what we should bear in mind when we are discussing the Doha agenda.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Christofer Fjellner (PPE), blue-card question. – I would like to ask the Earl of Dartmouth if he is really so naive as to think that all the subsidies of the EU Member States would disappear if the European Union were suddenly abolished. Is it not more likely that the sum of all of these Member States would result in higher tariffs, as it is a fact that the two European countries that are not members of the European Union – Switzerland and Norway – actually have higher tariffs on agriculture and higher subsidies for agriculture?

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *blue-card answer*. – Firstly, there are, of course, many countries which are not members of the European Union, as well as Switzerland and Norway. But the fact of the matter is that if there are subsidies – and particularly agricultural subsidies – these are much better determined at national level. If they were determined at national level, it is much more probable that the interest of the consumer would be heeded.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, συζητάμε σήμερα για τον Παγκόσμιο Οργανισμό Εμπορίου και το πώς αυτός σε συνεργασία με τους υπόλοιπους παρόμοιους οργανισμούς θα μπορέσει να σώσει τον κόσμο από την φτώχεια. Μόνο που για εμάς, όλοι αυτοί οι οργανισμοί είναι μέρος του προβλήματος και μάλιστα μία από τις κύριες αιτίες του και προφανώς δεν αποτελούν μέρος της λύσης.

Υπέρμαχοι ενός οικονομικού και κοινωνικού φιλελευθερισμού, επιθυμείτε οι παγκόσμιες εμπορικές σχέσεις να καθορίζονται μέσα από υπερεθνικούς οργανισμούς με τη μικρότερη δυνατή επέμβαση των κρατών. Οι κυβερνήσεις είναι οι μόνες που, έστω και σε μικρό βαθμό, ελέγχονται κάπως από τους πολίτες. Αντίθετα, οι υπερεθνικοί αυτοί οργανισμοί μεταβιβάζουν απλώς την εξουσία στις πολυεθνικές και στο μεγάλο κεφάλαιο ενώ προσποιούνται πως νοιάζονται και προσπαθούν να προστατεύσουν τους λαούς. Στην πραγματικότητα οι οργανισμοί αυτοί είναι που προωθούν την απελευθέρωση των αγορών από κάθε είδους εμπόδιο και έλεγχο με καταστρεπτικά αποτελέσματα για τους εργαζόμενους και για ολόκληρες κοινωνίες. Επιπλέον, οι μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις καταρρέουν, αδύναμες να αντιπαρατεθούν στην επέλαση των μεγάλων ομίλων που υποστηρίζεται ενεργά από τον Παγκόσμιο Οργανισμό Εμπορίου, την ίδια στιγμή μάλιστα που όλοι προσποιούνται πως ενδιαφέρονται γι αυτές.

Μη μπορώντας όμως να κρύψει το πραγματικό του πρόσωπο, δεν αρκεί στον Παγκόσμιο Οργανισμό Εμπορίου να ελέγξει την οικονομική δραστηριότητα όλων των κρατών. Επιδιώκει να επιβάλει τις απόψεις τους σε κάθε πτυχή της κοινωνίας, στη διαχείριση της δημόσιας διοίκησης, στη φορολογική πολιτική, στην εκπαίδευση, στις κοινωνικές πολιτικές και σε θεσμικές μεταρρυθμίσεις. Λοιπόν όχι, καμία διευκόλυνση για το διεθνές τοκογλυφικό κεφάλαιο, καμία παραχώρηση σε όσους καταστρέφουν έθνη και λαούς για το χρήμα. Για εμάς τους Έλληνες εθνικιστές, η μόνη θετική κίνηση που θα μπορούσε να κάνει ο Παγκόσμιος Οργανισμός Εμπορίου θα ήταν να αυτοδιαλυθεί.

Davor Ivo Stier (PPE). – Gospodine predsjedniče, želim prvo čestitati kolegama Pablu Zalbi Bidegainu i Berndu Langeu na kvalitetnom prijedlogu rezolucije. Liberalizacija trgovine je važan alat za postizanje održivog gospodarskog rasta, a međunarodna trgovina mogla bi postati najvažniji vanjski izvor financiranja razvoja za najmanje razvijene zemlje. Važnost trgovine za održivi razvoj prepoznata je i u nedavno usvojenoj Agendi 2030. za održiv razvoj gdje je trgovina istaknuta kao važno sredstvo za dostizanje novih održivih razvojnih ciljeva te inkluzivnog i održivog razvoja.

Simbolično je što se 10. ministarska konferencija WTO-a po prvi put održava u Africi čiji je razvoj od presudne važnosti za nas u Europskoj uniji. EU je uvijek zagovarala i naglašavala svoju predanost multilateralizmu, istodobno priznajući dopunske pristupe i privremena rješenja kao što su bilateralni, regionalni i plurilateralni sporazumi koji mogu znatno potaknuti otvaranje trgovine.

No, za postizanje barem nekog pozitivnog rezultata ove ministarske konferencije WTO-a također je potrebno da se prepoznaju razlike između najmanje razvijenih zemalja i onih brzo rastućih ekonomija srednjeg dohotka. Ove potonje moraju preuzeti veću odgovornost za daljnju liberalizaciju trgovine kao i postizanje ciljeva održivog razvoja iz Agende 2030. Također, moramo posvetiti pozornost na zaključke 5. konferencije o reviziji pomoći za trgovinu koja se fokusirala uglavnom na sporazum olakšavanja trgovine, a kojim se pokušava pomoći zemljama u razvoju da poboljšaju svoje trgovinske kapacitete.

Samo poboljšani carinski postupci bi mogli na primjer povećati svjetski BDP za 68 milijardi EUR godišnje, a najviše bi koristi od toga imale zemlje u razvoju.

Zato pozdravljam što se u rezoluciji poziva sve članice WTO-a da hitno pristupe ratifikaciji i implementaciji ovog sporazuma kako bi taj mogao stupiti na snagu prije 10. ministarske konferencije WTO-a.

(Govornik se složio da odgovori na pitanje podizanjem plave kartice na osnovi članka 162. stavka 8. Poslovnika.)

Paul Rübig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Präsident! Ich möchte meinen Kollegen Stier fragen: Dass die Handelserleichterungen mehr Wohlstand in den Entwicklungsländern bringen, das ist uns klar. Aber gerade das Programm *Aid for Trade* ist eigentlich auch wichtig, vor allem zu fokussieren auf die Länder, wo jetzt die Flüchtlingsströme herkommen.

Glaubt er, dass diese Diskussion jetzt in Kenia möglich ist und dass wir hier alle Unterstützung den Ländern geben, um den Menschen wieder die Möglichkeit zu geben, in ihrer Heimat bleiben zu können?

Davor Ivo Stier (PPE), *odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice*. – Poštovani kolega, naravno, slažem se s vama i onim što ste upitali, što je nešto što se možda indirektno, ali i u ovom prijedlogu rezolucije ističe.

Kada sam govorio da se naglasak mora staviti i na ovaj sporazum o olakšavanju trgovine gdje se pomaže zemljama u razvoju da mogu povećati svoje trgovinske kapacitete, a i time bolje se boriti protiv siromaštva i osigurati ljudima da mogu i imaju pravo ostati u svojoj zemlji i tamo imati perspektivu umjesto da moraju migrirati.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D). – Señor Presidente, señora Comisaria, mi apoyo total a la Resolución y al excelente trabajo de sus ponentes, Bernd Lange y Pablo Zalba.

Quiero decir alto y claro que la Unión Europea sigue y debe seguir comprometida fuertemente con el multilateralismo, ejerciendo una función de liderazgo y de puente entre los diferentes socios de la OMC en todas las negociaciones.

No es tiempo de lamentaciones. Ha llegado el momento de exigir a todos los miembros de la Organización la inmediata ratificación e implementación del Acuerdo sobre Facilitación del Comercio y también ha llegado el momento de exigir que se impliquen y se comprometan en concluir una larga, demasiado larga, Ronda de Doha y en la hoja de ruta que deberá seguirse después de la Conferencia de Nairobi.

No acepto una derrota. Para ello, creo y comparto con la Comisaria que es preciso que algunos socios acerquen posiciones para reducir las distorsiones en el comercio de productos agrícolas y las subvenciones a la exportación; que las economías emergentes efectivamente ejerzan su respectiva cuota de responsabilidad en función de su nivel de desarrollo y de su implicación en el comercio internacional; y que haya mayor flexibilidad de los países avanzados en favor de los países menos avanzados.

Por último, es necesaria una reforma de la OMC: tiene que reforzar su dimensión parlamentaria y tiene que reforzar su gobernanza para que no se admita ninguna duda sobre su utilidad y necesidad.

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Natürlich wäre es schön, wenn die WTO-Runden so weit entwickelt wären, dass wir keine bilateralen Abkommen mehr bräuchten. Wir könnten uns den ganzen Streit über die TTIP, das CETA usw. sparen. Aber ich möchte doch mal auf etwas anderes hinweisen: Warum sind eigentlich die Globalisierung und freier Handel so wichtig? Wir dürfen nicht vergessen, dass die Globalisierung nicht nur Waren, Güter, Dienstleistungen und Investitionen um die Welt bringt, sondern auch Ideen und Werte. Es ist der Globalisierung zu verdanken, dass wir heute die Menschenrechte als globale Herausforderung und Chance erkannt haben. Wir sehen übrigens auch, dass es heute mehr Demokratien als je zuvor in der Welt gibt. Auch das ist eine Folge der Globalisierung. Also wir müssen uns für die WTO, für Handel einsetzen, weil Handel eben auch zu mehr führt als zu Wohlstand.

Im Übrigen, meine Damen und Herren – hier kommt mein *Ceterum censeo* –, bin ich der Meinung, dass der Einheits-Euro nur zu Zwist und Zwietracht in Europa führt und deshalb abgeschafft werden muss.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés*. – Képviselő Úrtól azt kérdezném, hogy ha teoretikusan vesszük, ez a sok-sok kétoldalú vagy regionális megállapodás létrejönne, akkor abból vajon Ön szerint lehetne-e globális megállapodást képezni. Szerintem nem, de kíváncsi vagyok a véleményére.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ja, der Meinung wäre ich schon, dass, wenn wir ein ideales weltweites Übereinkommen hätten, wir uns diese bilateralen Abkommen alle sparen könnten.

Allerdings muss man sagen, dass alle bilateralen Abkommen insgesamt mehr zum Welthandel beigetragen haben als bisher die WTO. Trotzdem bleibt für mich klar und deutlich das Ziel: Wir müssen die WTO zu einem weltweiten Erfolg führen, und dann werden wir diese Abkommen auch nicht mehr brauchen.

Dita Charanzová (ALDE). – Mr President, Madam Commissioner, Europe needs a world where all doors are open to our businesses, and global free trade is the key to those doors. If we want Europe to be strong, we must support all measures to ensure the removal of barriers both within the WTO framework and outside.

Now we must draw a line under the last 14 years of the Doha Development Agenda (DDA) discussion and move forward. I believe we can do this within the WTO, but only if we adopt a new strategy and a new vision for it as an institution. What do we need at this stage to reach this goal? Firstly, we must finish this round in some form, to keep the multilateral agenda moving. I hope that the European Union will continue to be at the forefront, leading this discussion. But there needs to be greater engagement of all members to bring some meaningful results from these talks, even if these are less than we originally hoped for.

Secondly, after this is done, in order to recommit ourselves to a multilateral trade agenda, we need a new plan on how to progress within the WTO trade agenda that is not just a repeat of the same old ways. The Nairobi meeting should be about achieving and accepting realistic results on the DDA on the one hand, but it should also aim at charting an ambitious way forward for the WTO more generally.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8)).

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru“*. – Domnule președinte, sunt total de acord cu ce a susținut colega noastră și sunt total de acord și cu ce spun raportorii, însă eu aș vrea să vă întreb, stimată colegă, dacă nu credeți că, totuși, Organizația Mondială a Comerțului trebuie să aibă o altfel de agendă comercială, în așa fel încât, prin intrarea unor țări puternice în Organizația Mondială a Comerțului, să nu se ajungă la o concurență neloială așa cum avem acum de foarte multe ori, de exemplu din partea Chinei, cu intrarea de produse necontrolate? Nu ar trebui să revizuim anumite documente de lucru ale Organizației Mondiale a Comerțului? Nu cote, ci modul de control pentru protecția consumatorului.

Dita Charanzová (ALDE), *blue-card answer*. – Thank you for your question, and I agree that we are now at a milestone in the WTO negotiations. I think we need the engagement not only of the European Union but of all the members of the WTO, because it is crucial that we move the global trade agenda forward. It is not enough to have bilateral or bi-regional negotiations. I think it is in the interests of all the players to have global trade rules.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL). – Señor Presidente, la Ronda de Doha ha afrontado grandes desafíos. El camino multilateral no es sencillo porque los intereses de los Estados ricos y pobres se contraponen y siempre se acaban imponiendo los de los grandes poderes económicos: los del Norte. Ello hace imposible lograr consensos que beneficien a todos y especialmente a los más desfavorecidos: los del Sur.

No debemos caer en el supuesto pragmatismo del camino fácil que representan la ATCI, el ACS, el AECG o la ATP, pues estas vías no son más que la imposición de la hegemonía del rico a través de un acuerdo entre gigantes, entre soberbios.

En Nairobi es crucial redoblar los esfuerzos para encontrar un marco democrático para el comercio donde todas las voces estén representadas; para que el comercio internacional se convierta, de una vez, en una herramienta para superar la desigualdad, la pobreza y el cambio climático; y para que sea un motor de bienestar para la gente y no un apisonadora de derechos y del medio ambiente, que es lo que suponen estos «macrotratados».

Tiziana Beghin (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, alla conferenza di Nairobi la posta in gioco è il futuro stesso del sistema multilaterale. Un sistema che l'Unione europea e gli Stati Uniti stanno lentamente uccidendo a colpi di accordi come il TTIP, il TPP e il TiSA. Ed è proprio questo il problema. Ancora si insiste sul plurilateralismo come soluzione, ma non si capisce che se il sistema multilaterale non funziona, bisogna riformarlo, non girare intorno alle sue macerie.

Bisogna focalizzarsi sui paesi più poveri e aiutarli, ma bisogna anche abbandonare la distinzione così ambigua tra paesi in via di sviluppo e sviluppati: come la Cina e l'India, ad esempio, che possono mandare un uomo sulla Luna, ma che si definiscono paesi in via di sviluppo e ne approfittano di conseguenza. Dobbiamo aiutare i più poveri a ottenere dagli altri le concessioni generose che noi già offriamo e dobbiamo infine usare l'OMC per trovare un accordo sulla regola d'origine.

Queste norme sono negoziate meglio a livello multilaterale: per questo dobbiamo impegnarci perché Nairobi sia un successo, sempre che non si sia già scelta la via degli accordi come il TTIP e il TiSA e in questo caso allora sì che abbiamo veramente perso tutti.

Santiago Fisas Ayxelà (PPE). – Señor Presidente, señora Comisaria, me gustaría ante todo felicitar a sus Señorías Bernd Lange y Pablo Zalba por esta importante Resolución, donde se reflejan las prioridades del Parlamento Europeo ante la décima Conferencia Ministerial de la OMC, que tendrá lugar en Kenia en diciembre.

Recordemos que la creación de la OMC representó un paso fundamental hacia un sistema comercial más integrado y dinámico. La OMC ha supuesto también que los países en desarrollo, con economías en transición, y los países menos adelantados puedan aprovechar el comercio para impulsar su desarrollo.

A través de la OMC, la Unión Europea ha demostrado su interés en fomentar un marco multilateral para las negociaciones comerciales que conviva con los acuerdos bilaterales, regionales y plurilaterales.

Nuestro entorno está evolucionando; el sistema de comercio internacional ha cambiado y lo seguirá haciendo en los próximos años. Estamos en un sistema más abierto, con nuevos países en transición que forman parte de una realidad que hay que tener en cuenta.

Por tanto, tenemos que maximizar las oportunidades que emanan del comercio, y eso pasa por apoyar una reforma estructural de la OMC para garantizar un sistema de comercio más abierto y más justo y que tome en consideración los intereses de las pymes, las microempresas y las nuevas empresas innovadoras.

También sería importante suprimir las barreras comerciales en sectores altamente innovadores, como son las energías renovables, y así se daría un fuerte impulso a un sector en fuerte crecimiento y generador de puestos de trabajo.

David Martin (S&D). – Mr President, as the Commissioner herself has said and other Members have pointed out, we should not miss the symbolism of Nairobi being the first time that a WTO Ministerial Conference has been held in Africa. We should see this as an opportunity to put development firmly back on the Doha Development Round and emphasise, as much as possible, development items during the course of the Ministerial Conference.

Firstly, I hope the EU will continue its support for special and differential treatment and put that at the core of some of our debates during the Ministerial Conference, particularly trying to target the least-developed countries (LDCs) to ensure that they benefit from the opening up of trade. As others have said this afternoon, we all welcome the conclusion of the Trade Facilitation Agreement. We should aim to try and get that signed before the Ministerial Conference, and I know the Commissioner is working on that. I do not pretend it is an easy task, but again, the symbolism of getting that done before Nairobi would be vital.

We should also (I think it was Mr Rübig who raised the issue) try to push our Member States to deliver on their aid-for-trade commitments. The European Union institutions have largely delivered on the commitments made at Gleneagles a number of years ago; the Member States have almost universally failed to do so. So we need to press them in this regard.

Finally, although it is not a matter for the WTO Ministerial Conference, I would like to take this opportunity to thank the Commission for the position it recently took at the WTO TRIPS Council on the extension of IP exemptions for medicines for LDCs. This is a real contribution to ensuring access to medicines for the poorest countries in the world.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Mr President, I believe this resolution comes just in time to show the EU's commitment in advancing the Doha Development Agenda based on free and fair trade for the benefit of all.

The proposed provisions support the structural reform of the World Trade Organization. This reform will, hopefully, contribute to a better and more open trade system – a more non-discriminatory trade system – based on shared and applied rules. I believe that change is necessary. I believe that the WTO system must change to be more efficient and better suited to reality – to the real problems – and better suited to fulfil its role in helping SMEs and micro-enterprises and also innovative start-ups.

I hope that this resolution will embrace the specific interest of the low-income developing countries and the least-developed countries as well, because it supports the establishing of appropriate definitions of low-income developing countries and emerging economies as well. This will help resolve the recurring problem, for example, with China in the WTO system.

Lastly, I believe the provisions of the resolution aim to ensure sustainable economic growth and development by supporting liberalisation through accompanying policies. Taking all this into consideration, I fully support this resolution. I believe that it will suit, and be beneficial for, all the members of the WTO.

Nicola Danti (S&D). – Signor presidente, onorevoli colleghi, Commissario, l'Unione europea nella prossima conferenza ministeriale dell'Organizzazione mondiale per il commercio dovrà confermare il suo forte impegno per l'avanzamento dell'agenda multilaterale. Dovrà sollecitare un ripensamento dell'OMC, che sia capace di superare le difficoltà rispondendo alle sfide dei nostri tempi.

L'Europa deve fare il massimo sforzo per concludere gli importanti accordi bilaterali attualmente in fase di trattativa. Ma occorre ricordare che l'obiettivo principale della politica commerciale europea deve essere quello di spingere verso la creazione di un sistema di accordi multilaterali che siano la base guida di una globalizzazione più equa.

Con la ratifica dell'accordo sulle agevolazioni degli scambi, l'Unione europea si presenta con le carte in regola al vertice di Nairobi. Questo primo accordo in sede OMC prevede un approccio innovativo su misura nei confronti dei paesi meno avanzati e in via di sviluppo, che permetterà loro di scegliere i tempi e i modi di attuazione degli obblighi.

Auspicio quindi che a Nairobi si definisca una chiara ed efficace strategia che rafforzi il commercio multilaterale.

Christofer Fjellner (PPE). – Herr talman! Fri handel är vårt viktigaste verktyg för att skapa välbefinnande och utrota fattigdom. Det är därför som ett globalt handelsavtal är så otroligt viktigt. Ändå har vi ägnat de senaste tretton åren till att harva med DOA-rundan och att försöka få den i mål.

Det gör inte att det är mindre viktigt – att det har tagit lång tid – att vi når framgångar i Nairobi. Jag vill bara peka på tre skäl som jag tycker är särskilt viktiga just nu med att vi når framgångar i Nairobi. Det första är för att få fart på världsekonomin. Just nu är osäkerheten i världsekonomin betydande och de stora riskerna ligger på nedsidan. Det andra är att vi just nu, mer än någonsin, behöver globala spelregler och globala tullar för att möta det virrvarr av olika ursprungsregler och olika tullar som alla de frihandelsavtal vi skapat, som har exploderat de senaste åren. Detta som det enda alternativet när de multilaterala förhandlingarna inte går, som på något sätt rättar till det så att handeln inte blir dyr och krånglig, vilket den riskerar att bli. Det tredje skälet är att WTO:s trovärdighet står på spel. WTO:s trovärdighet som en arena där man sköter förhandlingar och för frihandelsvännen och inte bara en arena för tvistlösning.

Bara för att det är viktigt betyder det uppenbarligen inte att vi kan förvänta oss framgångar. Det har jag lärt mig under mina tolv år då jag har följt frågan. Jag har, precis som kommissionären själv påpekar, inte jättelika förhoppningar om att vi ska avsluta rundan. Däremot hoppas jag på en sak – för det finns saker man kan göra – och det är att man lyckas med de sektoriella förhandlingarna, de plurilateraler som sker vid sidan av, till exempel frågan om ett frihandelsavtal för miljövänliga produkter. Där kan, tror jag, EU och kommissionären göra oerhört stor skillnad, och jag hoppas verkligen att hon kan komma hem och presentera att vi avskaffar tullar på miljövänliga produkter, för det behöver miljön, Europa och handeln.

(Talaren samtyckte till att besvara en fråga (blått kort) i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen).

João Ferreira (GUE/NGL), pergunta segundo o procedimento «cartão azul». – Senhor Presidente, o Senhor Fjellner fez aqui mais uma das habituais profissões de fé no livre mercado. Mas, se é tão importante o livre comércio para o desenvolvimento, como é que o Senhor Fjellner explica que a generalidade dos países em desenvolvimento — por exemplo, os países ACP — tenham resistido, enquanto puderam, à tentativa de imposição da União Europeia dos acordos de livre comércio, que são os chamados Acordos de Parceria Económica? Se é tão bom para eles, porque é que resistiram enquanto puderam? E, já agora, dê-nos exemplos de países desenvolvidos que o sejam, países industrializados, que tenham chegado a essa condição sem uma forte política protecionista ao longo de anos.

Christofer Fjellner (PPE), blue-card answer. – If that were true, I might actually agree with you, but the fact is that most ACP countries are on the way to concluding economic partnership agreements with the EU. That is a fact. And we can see that, as a consequence of free trade, we have fewer extremely poor people in the world now than ever before. That is due not to communist ideals of the sort that you promote, but to free trade and nothing else.

Alessia Maria Mosca (S&D). – Signor presidente, onorevoli colleghi, signora Commissario, voglio anche io ringraziare i relatori perché questa risoluzione esprime con realismo, ma anche con forza, l'auspicio che si possa finalmente arrivare a quella spinta risolutiva a livello globale, per affrontare le sfide che premono e che su cui devono essere trovate delle soluzioni concrete.

Di fronte alle incertezze e ai cambiamenti del nostro modo di pensare la globalizzazione, che è globalizzazione anche del male purtroppo – come stiamo sperimentando con particolare dolore in questi giorni – l'appuntamento di Nairobi acquista un'importanza ancora maggiore, perché potrebbe essere l'occasione per fare emergere il volto positivo di questa globalizzazione.

Una globalizzazione in cui si rafforzi il sistema multilaterale, la cui finalità sia la condivisione di regole eque e inclusive e in cui si tengono in considerazione le necessità e i bisogni dei paesi meno sviluppati, e in cui ci si concentri sullo sviluppo economico, certamente, ma anche sociale, ambientale e umano, in senso lato.

Per tutte queste ragioni spero davvero che una OMC rinnovata e rinvigorita possa essere la giusta direzione imboccata a Nairobi: questa è la nostra priorità, come espresso dalla risoluzione.

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Jak Pani zaznaczyła, grudniowa 10. konferencja ministerialna WTO po raz pierwszy odbędzie się w kraju afrykańskim. Jako że deklaracja z Ad-Dauhy z 2001 r. wyraźnie wskazuje na powiązania pomiędzy handlem a rozwojem, to właśnie interesy i potrzeby państw rozwijających się muszą w dalszym ciągu znajdować się w centrum każdego aspektu negocjacji. Ponad dwie trzecie członków Światowej Organizacji Handlu to kraje rozwijające się.

Likwidacja barier handlowych, a także przeciwdziałanie powstawaniu nowych jest ważnym narzędziem w kierunku zrównoważonego wzrostu gospodarczego i rozwoju. Eksperti szacują, iż pomyślne zakończenie negocjacji z Ad-Dauhy w tej sprawie doprowadzi do wzrostu globalnego PKB do nawet 300 miliardów dolarów rocznie. Większość tego wzrostu przypadnie na kraje rozwijające się oraz kraje najsłabiej rozwinięte, co z kolei pozytywnie wpływa czy wpłynie na sytuację materialną mieszkańców tych krajów i znacząco zmniejszy poziom ubóstwa.

W trakcie zbliżającej się rundy negocjacyjnej państwa najbardziej rozwinięte powinny wziąć na siebie większą część odpowiedzialności za wdrażane rozwiązania, dostosowując je do możliwości i specyfiki państw biedniejszych. Liberalizacja handlu i zwiększenie dostępu do rynku dla tych państw zapewni większe możliwości wymiany Południe–Południe oraz z krajami rozwiniętymi, zwłaszcza w kluczowym obszarze rolnictwa. Dostęp ten powinien być ułatwiony poprzez zniesienie ograniczeń ilościowych i celi. Należy podjąć wszelkie kroki, aby otwarcie rynków przełożyło się na realne korzyści dla wszystkich ludzi w ich codziennym życiu. Ważne jest, aby przedstawiciele Unii Europejskiej dążyli do znaczącego postępu w negocjacjach i do zakończenia dauhańskiej rundy rozwoju.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhor Presidente, a Senhora Comissária Malmström recordou-nos que falta menos de um mês para a 10.ª Conferência Ministerial da Organização Mundial do Comércio, mas temos de reconhecer que os trabalhos preparatórios estão longe de ser satisfatórios e de perspetivar um sucesso em Nairóbi. E nenhuma agenda bilateral ou regional substitui uma agenda multilateral ambiciosa e equilibrada. Esta é uma reunião multilateral, Senhora Comissária. E não há, portanto, sucesso possível sem construir, nesta fase preparatória, as alianças certas e as alianças fortes em direção a um desenvolvimento mais justo e sustentável, que utilize o comércio na boa direção.

O que eu pergunto à Senhora Comissária é o que é que a Comissão Europeia está a fazer e o que é que pode ainda fazer até Nairóbi para construir essas alianças certas, essas alianças fortes, para um sucesso nesta conferência interministerial?

Διαδικασία «Catch-the-Eye»

Paul Rübig (PPE). – Herr Präsident! Wir sehen, dass diese Debatte dringend notwendig ist. Wir stehen mitten im digitalen Zeitalter, die Welt wächst zusammen, und wir führen noch immer Diskussionen wie am Start der Doha-Runde.

Die Welt hat sich dramatisch geändert, und ich glaube, gerade der Bereich *Aid for Trade* – dass wir den kleinen und mittleren Betrieben helfen, dass wir den Selbständigen helfen in jenen Zonen, wo bittere Armut herrscht – sollte das vordringlichste Ziel sein.

Da muss man in erster Linie Korruption bekämpfen, weil in vielen Bereichen die Zölle, die Verwaltung es behindern und verhindern, dass Handel getrieben wird. Ich glaube, dass es auch wichtig ist, dass wir uns darum kümmern, dass die Menschen wieder genügend zu essen haben. Wie können wir die zehn Milliarden Menschen mit Lebensmitteln versorgen, die 2050 leben werden? Also Handels erleichterungen, *Aid for Trade* und Landwirtschaft, das ist ein Paket, das dringend notwendig ist.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il *round* di Doha e l'enorme lavoro preparatorio testimoniano il sottile e difficile bilanciamento tra l'opportunità per i membri dell'OMC di perseguire legittimi obiettivi di politica commerciale e la necessità di concedere il necessario aiuto ai paesi in via di sviluppo, perché soddisfino i propri necessari standard di commercio globale.

Ebbene, il ponte che unisce queste due realtà è ancora molto fragile e parte del ruolo guida deve essere svolto dall'Unione europea, che deve agevolare il Doha Round con l'obiettivo di creare nuove opportunità commerciali e la risoluzione degli attuali squilibri del sistema. Va quindi perseguita la tutela delle regole multilaterali del commercio e non la compressione diretta in diretta, che invece proviene dagli accordi bilaterali, pur nell'utilità di questi.

Una strada è certamente quella dell'ossequio, nei negoziati agricoli in corso, all'articolo 20, dell'accordo sull'agricoltura di Marrakesh, dove si precisa la necessità del rispetto dei principi di natura non immediatamente commerciale: protezione dell'ambiente, sicurezza alimentare, sviluppo rurale, benessere degli animali.

La finalità non più eludibile è quella di una crescita inclusiva e sostenibile e di una riduzione dei costi commerciali che passi per la trasparenza e la certezza del diritto.

Νότης Μαριιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η αναπτυξιακή ατζέντα της Ντόχα οφείλει να αποσκοπεί στην οικονομική μεγέθυνση, στη θέσπιση κανόνων για τη διευκόλυνση ενός δικαίου εμπορίου και στη μείωση των ανισομερειών στο διεθνές σύστημα εμπορικών συναλλαγών. Ωστόσο, αυτό που τελικά συμβαίνει στην πράξη είναι η πλήρης και άνευ όρων απελευθέρωση του εμπορίου που οδηγεί στην αποβιομηχάνιση, στη μείωση της απασχόλησης και στις οικονομικές κρίσεις.

Παράλληλα, ζημιωμένοι βγαίνουν και οι αγρότες, ενώ επιπλέον ο Παγκόσμιος Οργανισμός Εμπορίου, όχι μόνο χαρακτηρίζεται από βαθύ δημοκρατικό έλλειμμα, αλλά απέτυχε να συμβάλει στην αποτροπή της χρηματοπιστωτικής κρίσης.

Είναι, επομένως, αναγκαίο να διαμορφωθούν δίκαιοι και ισορροπημένοι εμπορικοί κανονισμοί που να υπηρετούν την κοινωνική δικαιοσύνη. Επιπλέον, θα πρέπει κάθε κράτος να διατηρεί την κυριαρχία του στη ρύθμιση των οικονομικών του σχέσεων καθώς και στην κατανομή των πόρων στους διάφορους δημόσιους τομείς, προκειμένου να μπει έτσι φραγμός στην κερδοσκοπία των μεγάλων επιχειρήσεων μέσω των ανισομερών εμπορικών σχέσεων και συναλλαγών.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, gospodo povjerenice, svjetska trgovina mora postati instrument i pokretač razvoja. Mora postati mehanizam kojim ćemo mi koji smo bogatiji pomoći slabijima, jer zar nije bolje učiniti nešto u pravcu olakšica u svjetskoj trgovini nego donositi humanitarnu pomoć, zar nije lakše mehanizmima multilateralne trgovine učiniti nešto za zemlju u razvoju, omogućiti njihovim gospodarstvima i poljoprivredi da krenu naprijed i da im na taj način damo udicu da ulove ribu, a ne da im donosimo ribu, jer nemamo dovoljno novaca da bismo nekome mogli vječno davati ribu da bi mogli jesti.

Moramo pomoći da se sami prehrane, ali na način da utječu na svjetsku trgovinu i da pomognu sebi i svima nama zajedno, jer kako ćemo za samo nekoliko godina nahraniti 10 milijardi ljudi koliko će nas biti na planeti?

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Señor Presidente, señora Comisaria, señores diputados y diputadas, ustedes saben perfectamente que el éxito de Bali y el éxito de la OMC solo será a costa de las personas más desfavorecidas y más débiles del planeta: el campesinado y las clases populares. Porque, a pesar de lo mucho que han dicho aquí algunos y algunas de ustedes, la realidad es que, cuanto más comercio internacional, cuanto más libre comercio, más pobres hay en el mundo y más se concentra la riqueza cada vez en unas pocas manos.

Y permítanme recordarles que en la Conferencia Ministerial de 2003 en Cancún, el señor Lee Kyung Hae, un campesino a quien la Organización Mundial del Comercio impidió una vida digna, se quitó la vida a las puertas de esta Conferencia para denunciar la tragedia que supone la desaparición de las economías campesinas del mundo. No es momento de avanzar en la OMC, es momento de ponerle fin.

Ustedes hablan también en la propuesta de Resolución de que la reforma de la PAC responde a las expectativas de la OMC. La destrucción de la forma de vida de miles de campesinos y campesinas en la Unión Europea pone de manifiesto que la OMC es un fracaso para Europa y para el mundo.

(Λήξη της διαδικασίας «Catch-the-Eye»)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Mr President, thank you for this debate, and thank you also to the two rapporteurs, Mr Zalba and Mr Lange, for the work that you have been doing. Even though there are some dissenting voices, there seems to be a great deal of support for your resolution, so congratulations on that.

Like most of you, the Commission and myself are very committed to the multilateral system. We need to do everything we can to vitalise the WTO because, yes, we do need an international forum in which we can split up international rules and to which almost all the countries of the world now belong: 161 and growing. There are so many issues that we need to discuss at global level, so we need to free energy for that in the future.

But first, of course, we need to deliver in Nairobi. The process is called the Doha Development Round, so we should not forget development: that is the reason for all the efforts made by the Commission so far. And yes, Mr Pereira, we have been working very hard to ally ourselves with other countries – like-minded ACP countries that have met many times – in an attempt to see how we can push forward a joint agenda. We need to make sure that the poorest and most vulnerable countries in the world become the beneficiaries of this agreement. And that is why we are looking at export competition. We have tabled proposals to address agricultural export subsidies because they are indeed very damaging to the poor world. We are looking at different development-related issues such as duty-free quotas, free rules of origin, cotton, services, etc. And we are also looking at increasing the transparency of the system. This is not easy. There are many different voices in there, so we are working very hard in Geneva. And I would like to say, for the benefit of the colleagues from UKIP (who have now all left), that when 28 countries speak unanimously with one voice, as we do in the WTO, then of course we have quite a lot of leverage. But that is not enough; there are 161 countries, so we need to move forward.

It is possible to have different views on how far we have reformed the CAP, but it is true that we, the European Union, are the world's biggest importer of food from the world's poorest countries. We do not use export subsidies for our food today, and that is why we are pushing for their abolition in Nairobi, together with Brazil and many others. We are working hard. There are three more weeks. We need to make sure that there is an outcome, but it is not certain yet. We will do whatever we can until the very last moment in Nairobi to achieve an agreement on the way forward. And yes, Mr. Fjellner, I hope that we can also include trade facilitation and push for aid for trade and green goods if that is possible. We are also making progress on the Trade in Services Agreement (TiSA), but that would have a parallel track rather than being dealt with in Nairobi. And I will be looking forward to regularly meeting the delegation from the European Parliament, who I know will be in Nairobi. Hopefully, when we next discuss this after Christmas, we can at least be happy that some conclusions were reached there. If all this fails, it will not be because of the European Union.

Πρόεδρος. – Έχω λάβει μια πρόταση ψηφίσματος για την περάτωση αυτής της συζήτησης.

Η συζήτηση περατώνεται.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί την Πέμπτη 26 Νοεμβρίου 2015.

Γραπτές δηλώσεις (άρθρο 162)

Barbara Kappel (ENF), schriftlich. – In knapp vier Wochen findet in Nairobi die 10. Ministerkonferenz der WTO statt. Prioritäres Ziel dieser Konferenz ist es, ein klares und detailliertes Arbeitsprogramm zum Abschluss der Doha-Entwicklungsagenda zu verabschieden. Dieses Ziel wird wohl nicht erreicht werden, da die Verhandlungslinien zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern in wichtigen Fragen weit auseinander liegen. Es betrifft dies den Agrarsektor, wo die Entwicklungsländer einen besseren Marktzugang, den Abbau von Importquoten und Zöllen sowie die Reduzierung der Subventionen durch die Industriestaaten fordern, weiters den Marktzugang für nicht landwirtschaftliche Produkte, die 90 Prozent der weltweiten Handelsgüter umfassen, von Bodenschätzen, Rohstoffen zur Weiterverarbeitung wie z. B. Erdöl bis hin zum Forst und zur Fischerei, ebenso Angebot und Zugang zu Dienstleistungen, z. B. die Nichtdiskriminierung von Drittstaaten bei der öffentlichen Auftragsvergabe. Die Europäische Union erwartet als Gipfelergebnis ein umfangreiches Arbeitsprogramm, welches Liberalisierungsmaßnahmen im Bereich nicht landwirtschaftlicher Produkte und Dienstleistungen sowie Exportwettbewerb im Agrarsektor vorsieht, ebenso Zollreduktionen für landwirtschaftliche und industrielle Produkte ohne Ausnahmen für Entwicklungsländer. Die USA würden sich mit einer Minimalversion zufriedengeben. Die großen Agrarexportländer fordern substanzielle Verbesserungen beim Marktzugang und Schwellenländer wie Indien beharren auf der Beibehaltung von Ausnahmeregelungen bei der Öffnung ihres Agrarmarktes.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

12. Menschenrechte in den Handelsverhandlungen zwischen der EU und Vietnam (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the oral question to the Commission on human rights in EU-Vietnam trade negotiations by Bernd Lange and Marietje Schaake on behalf of the Committee on International Trade (O-000116/2015 – B8-1106/2015)(2015/2821(RSP)).

Bernd Lange, Verfasser. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! In der nächsten Woche, am 2. Dezember, wird der Premierminister Vietnams nach Brüssel kommen und das Handelsabkommen unterzeichnen. Ich denke, das ist ein sehr gutes Abkommen, was zwischen Vietnam und der Europäischen Union ausgehandelt worden ist. Es hat einen sehr deutlichen, aber asymmetrischen Reduktions-Fahrplan für die Zölle, man hat sich über Standards geeinigt, 169 GIs sind akzeptiert worden von Vietnam – 169 GIs – daran sollten sich andere Partnerländer mal ein Beispiel nehmen. Über die öffentliche Beschaffung hat man sich geeinigt, und es ist im Grunde ein *level playing field* geschaffen worden. Insofern wirklich ein bemerkenswertes Abkommen. Und auch in diesem Abkommen ist in der Präambel eindeutig Bezug genommen worden auf die Charta der Vereinten Nationen von 1945 und auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948. Also: In dem Handelsabkommen ist ein klarer Bezug zur Frage der Menschenrechte und der Sicherung der Menschenrechte.

Damit ist auch außer Frage, dass das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, das 2012 auf den Weg gebracht worden ist, mit dem Handelsabkommen eine rechtlich verbindliche Verknüpfung hat und damit die Menschenrechtsklausel aus dem Partnerschafts- und Kooperationsabkommen auch für das Handelsabkommen relevant ist.

Ich glaube, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, darüber sind wir uns alle einig, dass natürlich Menschenrechte und Handel unmittelbar zusammengehören. Ich kann mir schlechterdings keine Handelsbeziehung vorstellen, wo Menschenrechte nicht respektiert werden. Übrigens: In dem TPP-Abkommen, das ja Vietnam auch unterzeichnet hat, ist explizit der Fortschritt bei der Menschenrechtsentwicklung mit der Marköffnung gekoppelt, also ein Automatismus entwickelt worden.

Menschenrechte gehören also zum Handel dazu. Wenn man sich jetzt Vietnam anschaut, wissen wir alle, dass Vietnam ein sehr dynamisches Land ist, in einem Transformationsprozess ist und Herausforderungen mit sich trägt und viele Fragen von Menschenrechten auch zu thematisieren sind, insbesondere zum Beispiel die Frage der Meinungsfreiheit.

Als Instrument ist natürlich – im Rahmen der Klausel im Partnerschafts- und Kooperationsabkommen und verbunden mit dem Handelsabkommen – der Menschenrechtsdialog zu sehen. Und da liegt ein bisschen der Hase im Pfeffer. Die Frage, wie man diesen Menschenrechtsdialog verbessern kann, damit er vielleicht ein Stück weit tatkräftiger wirkt. Vielleicht in fünf Punkten die Frage, ob wir Verbesserungen brauchen, also die Frage der Zieldefinition für den Menschenrechtsdialog, brauchen wir konkrete *milestones* in den Gesprächen. Manchmal, habe ich das Gefühl, plätschern die Gespräche etwas dahin.

Zweitens: Wie kann es besser gelingen, auch die Zivilgesellschaft in den Dialog einzubinden? Wir haben das *Civil Society Forum*, wir haben *Domestic Advisory Groups*. Ich glaube, aus dem Handelsabkommen werden sich auch unabhängige Gewerkschaften entwickeln, können wir klare Regeln zur Einbindung garantieren und auch materielle Unterstützung, wo eben die Zivilgesellschaft nicht die entsprechenden Mittel hat.

Drittens können wir die Kohärenz der EU noch verbessern, sowohl was auf der Ebene der Kommission und des EADS passiert, aber auch auf den verschiedenen Ebenen der Verhandlungen und Gespräche, dass es wirklich eine Kohärenz in der EU-Politik gibt.

Viertens: Wie sieht es mit der Evaluierung des Menschenrechtsdialogs aus? Kann man da noch bessere Benchmarks, Indikatoren einziehen? Und fünftens die Transparenz – das ist ein Lieblingsthema von uns, dass man auch beim Menschenrechtsdialog sicherlich Transparenz noch stärken kann.

Also: Einige Fragen, wie man diesen Menschenrechtsdialog stärken kann, gerade bezogen auf Vietnam, aber angesichts der Handelsstrategie natürlich für weitere Abkommen auch.

Cecilia Malmström, *Member of the Commission*. – Madam President, the Commission is, as you know, committed to promoting and protecting human rights in all our engagement with third partners, including, of course, with Vietnam, which we are discussing tonight. With this aim, we organised a Stakeholders' Consultation in May, and the summary paper of the discussion published thereafter highlights the stakeholders' suggestions for improving the situation of human rights issues and underlines our commitment to transparency and to regular and continued engagement with civil society.

I can confirm that issues relating to human rights have been addressed in the context of the EU-Vietnam Free Trade Agreement negotiations, with the aim of embedding respect for human rights in the agreement, and also with a view to enhancing its positive impact and minimising the risk of adverse impacts. I have also personally discussed matters with the Minister.

The preamble of the agreement reaffirms the EU's and Vietnam's commitment to key international human rights principles and instruments. There is also an institutional and legal link between the Free Trade Agreement and the Partnership and Cooperation Agreement with Vietnam. These links ensure that respect for human rights underpins EU-Vietnam bilateral relations, including the FTA, and enable us to take measures considered appropriate in the event of a breach of the agreement. The FTA also contains provisions ensuring the transparency and inclusiveness of the decision-making process and any legal proceedings, thereby strengthening the enabling environment for the respect of human rights, democracy and the rule of law in Vietnam.

With regard to labour rights, the FTA includes an ambitious chapter on trade and sustainable development, and that includes not only respect for all core labour standards and ratification of fundamental ILO Conventions and their implementation, but it also pays special attention to corporate social responsibility and fair and ethical trade schemes.

The monitoring of human rights development in Vietnam is, of course, very important. This will continue to be done primarily through the institutions and structures set up in the PCA framework, including the human rights dialogue – and there will be a meeting in a couple of weeks again. We also have a dedicated instrument, the European Instrument for Democracy and Human Rights, as you all know.

The implementation of the commitments undertaken will be followed up in both the EU and Vietnam through the mechanisms and institutions established therein, as well as through the existing EU civil society dialogue and with ex-post evaluations of the FTA.

I strongly believe – and I think Mr Lange said the same – that trade liberalisation and human rights can and must go hand in hand. The new Communication on trade and investment that the Commission published a couple of weeks ago makes it clear that EU trade policy must be for all: citizens; consumers; workers; the self-employed; small, big and medium-sized companies; and the poorest people in the developing countries. It must deliver growth, jobs and innovation, but it has to be responsible, and that means that EU trade policy must defend European values. It has to be effective at delivering economic opportunities and it has to be transparent and open to public scrutiny. Human rights are therefore a very important part of this trade strategy.

The Commission wants to ensure that trade policy contributes to the advancement of human rights in the EU and in third countries, in conjunction with our other policies – foreign policy and development cooperation. Let me assure you of the importance of finding this balance between engagement and conditionality. The Commission is, as you know, convinced that the policy of engagement is more effective than a policy exclusively based on conditionality, even if that can also play a role. Engagement allows us to engage and to create channels for dialogue, keeping them open with a lot of stakeholders involved. We intend to make full use of those channels to promote change on the ground in Vietnam.

Thank you very much for your contribution to this, and you can be sure that we will keep you informed very closely about the development once the agreement is finally concluded.

Santiago Fisas Ayxelà, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora Presidenta, señora Comisaria, tres años después de la firma del Acuerdo Marco Global de Asociación y Cooperación entre la Unión Europea y Vietnam en 2012, el pasado agosto se llegó a un entendimiento sobre el Acuerdo de Libre Comercio -por cierto, con un país comunista-. Para la Unión Europea este Acuerdo tiene gran relevancia económica, pues se espera que incremente y facilite el acceso a un mercado con una previsión de crecimiento del PIB del 6 % en el año 2015 y que creará, además, nuevas oportunidades para la inversión.

El Acuerdo de Libre Comercio tiene una relación vinculante con el Acuerdo Marco Global de Asociación y Cooperación, que incluye cláusulas sobre derechos humanos. Este nexo garantiza que estos principios deben regir las relaciones entre la Unión Europea y Vietnam, abarcando también las relaciones comerciales.

Han pasado veinticinco años desde el establecimiento de relaciones diplomáticas y, en este período, hemos podido observar una progresiva mejora en la situación de los derechos humanos en Vietnam. Es cierto que aún existen deficiencias; en particular, sigue aplicándose la pena de muerte y existen acoso a activistas de la sociedad civil, restricciones a los medios de comunicación y limitaciones de la libertad religiosa. Tenemos que condenar estas prácticas y presionar para su rápida erradicación, pero no debemos olvidar que Vietnam está dando pasos en la buena dirección.

Vietnam es actualmente miembro del Consejo de Derechos Humanos de las Naciones Unidas y en 2014 ratificó la Convención contra la Tortura y la Convención sobre los Derechos de las Personas con Discapacidad. Hay que seguir vigilando la situación de los derechos humanos en Vietnam sin olvidar que el llamado mejor amigo de la Unión Europea en la ASEAN sigue siendo un aliado prometedor para la Unión Europea en Asia.

Alessia Maria Mosca, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, l'accordo commerciale fra l'Unione europea e il Vietnam, che verrà chiuso il 2 dicembre, ha un'importanza fondamentale per vari motivi. Il negoziato è particolarmente importante, non solo per i rapporti commerciali tra i due paesi, ma anche più in generale, per il rapporto tra l'Unione europea e l'ASEAN e per la politica commerciale comunitaria. È un accordo strategico per queste ragioni ma anche come ha già ricordato il presidente Lange per il contenuto e per la qualità delle trattative.

Per questo, può essere un modello per futuri accordi e proprio per questa ragione è fondamentale monitorarne, con estrema attenzione, tutti gli aspetti, anche quelli riferiti al capitolo sullo sviluppo sostenibile che sta acquistando sempre più importanza anche alla luce della strategia sul commercio della Commissione europea.

È proprio per tale ragione che abbiamo formulato questa interrogazione alla Commissione: per poter disporre di maggiori informazioni, di informazioni più precise e dettagliate e ringraziamo la Commissaria, per quelle che già oggi ha voluto condividere con noi, perché riteniamo fondamentale che ci sia un miglioramento del monitoraggio, in generale, del rispetto dei diritti umani con i paesi con cui sigliamo accordi, durante la fase di implementazione e perché ci siano nuovi modelli di valutazione d'impatto, con un maggior coinvolgimento della società civile nei negoziati.

Siamo convinti del fatto che gli accordi commerciali siano ancora più efficaci se sono uno strumento utile, anche a migliorare la situazione sociale delle controparti. Ecco perché quindi riteniamo che non si possano concludere accordi che non tengano in debito conto questa dimensione.

Joachim Starbatty, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Vietnam ist ein dynamisches, junges Land, 90 Millionen lebenswürdige Einwohner und vor allen Dingen ein Land, das nicht auf Arbeit wartet, sondern sich Arbeit schafft. Das habe ich in Vietnam immer wieder festgestellt.

Wir haben eine kommunistische Regierung, eine kommunistische Partei, die aber nicht nur den Sozialismus will, sondern über Staatsinterventionen den nationalen Wohlstand steigern will. Sicherlich, und das weiß man: Die Leute können frei reden und frei handeln, solange sie nicht die Obrigkeit stören.

Jetzt kommen die Menschenrechte ins Spiel: Ich finde es falsch, bei den Menschenrechten immer auf der normativen Schiene zu arbeiten ihr müsst es tun. Man sollte einen anderen Ansatz wählen, und zwar einen analytischen Ansatz. In einer Welt der Globalisierung, wenn man aus dem Nachmachen herauskommt und selber etwas schaffen will, dann braucht man Menschen, die nachdenken können. Nachdenken, verhandeln kann man nur, wenn es Menschenrechte gibt. Man sollte den Vietnamesen klar machen, dass es in ihrem eigenen Interesse – aus einem analytischen Grunde – wichtig ist, dass sie zu Menschenrechten kommen.

Marietje Schaake, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, Madam Commissioner, the ALDE Group welcomes the fact that this trade agreement and trade negotiations, which are the first of their kind between the EU and a developing country, Vietnam, have been concluded. We think it is a good agreement.

Trade, as an element of the broader EU foreign policy agenda, is one of the more concrete instruments and one where Parliament plays a leading and important role. But we should also think of development policies. We see, too, that citizens are increasingly and actively getting involved with this discussion, and we welcome this. People in Europe are very clear that they want to see human rights at the top of the European foreign policy agenda.

I believe that human rights are key. I think that the EU has both the opportunity and the responsibility to lead in ensuring that universal human rights are respected worldwide. While trade must be an important lever, it cannot in and of itself be the solution to end all suffering and problems. Listening to the public debates, people sometimes have very high hopes of the impact that trade can have. But realistically, we must do what we can.

I see this ambition and vision – tying trade and values – clearly reflected in the Commission's new Trade for All agenda. Besides the anticipated boost to development and economic well-being, building on Vietnam's efforts to lift people out of poverty, I would like to know what short-term measures are anticipated. How does the Commission address human rights in the context of trade and how does monitoring look after the agreement enters into force? There is a lot that has to be improved in Vietnam. Free expression, free association, freedom of assembly are all controlled and under pressure; torture and beatings unfortunately happen too regularly; and minorities, journalists, bloggers and opposition figures suffer as a result of this.

In conclusion, these many challenges cannot be solved through trade alone. We need to work and build on the human rights dialogue and show political leadership. I look forward to continuing this discussion and monitoring the impact this trade agreement will have on human rights in Vietnam. I will continue to address it in other ways as well.

Lola Sánchez Caldentey, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora Presidenta, la Comisión ha llegado a un principio de acuerdo para un Acuerdo de Libre Comercio con Vietnam y esto nos sorprende profundamente, pues no se han seguido en absoluto las sugerencias de este Parlamento, ni las recomendaciones del propio Defensor del Pueblo Europeo.

Se ha llegado a un acuerdo sin ni siquiera haber llevado a cabo una evaluación de impacto sobre los derechos humanos en línea con la recomendación de las Naciones Unidas, que tanto el Defensor del Pueblo como esta Cámara pedíamos. Es cierto que el Acuerdo incluye el tradicional capítulo sobre desarrollo sostenible, pero todos sabemos que es insuficiente. No son más que bonitas palabras sin marcos efectivos para su cumplimiento. ¿Qué garantiza que las partes cumplan sus obligaciones? Nada.

Consideramos fundamental además que se preste atención al potencial impacto que el Acuerdo tendrá en cuestiones de género. Es fundamental que la política comercial de la Unión Europea no vaya en contra de nuestros objetivos en materia de igualdad de género. También es crucial que se aborde el tema de la responsabilidad corporativa en materia de violaciones de derechos humanos y estándares sociales y medioambientales.

No podemos seguir permitiendo la impunidad total de las grandes corporaciones en detrimento de los derechos de la gente y del planeta. Sin estos elementos, el acuerdo con Vietnam será un nuevo fracaso de la política europea, con consecuencias dramáticas, como siempre, para la gente.

Ska Keller, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Die Menschenrechte zu schützen, das liegt im Kern der Europäischen Union und des europäischen Projektes und sollte auch im Kern der europäischen Handelspolitik liegen.

Da sieht es ja in Vietnam gerade nicht gut aus mit den Menschenrechten. Vietnam liegt ganz hinten, wenn es um die Pressefreiheit geht. Nichtregierungsorganisationen sind verboten, genauso wie politische Parteien oder Gewerkschaften. Gerade hat die Kommission ihre neue Handelsstrategie vorgestellt, die ja in vorbildlicher Weise Menschenrechte ganz nach vorne stellt. Aber es geht eben auch darum, wie wir das in unserer Handelspolitik ganz konkret umsetzen.

Da haben wir bei Vietnam noch einiges nachzuholen, denn wir haben zum Beispiel keine Folgenabschätzung für die Auswirkungen des Handelsabkommens auf die Menschenrechte vor Ort in Vietnam. Da hätten wir doch als Grüne einige Fragezeichen anzumelden, gerade wenn es um die Anwendung von Investorenschutz geht. Bei diesem Abkommen haben wir solche menschenrechtlichen Vorgaben nicht gesehen. Deswegen ist ganz wichtig, dass wir konkret kucken, was wir in Vietnam mit Handel verbessern können, wenn es um die Menschenrechte geht. Da haben wir zwar bisher gute Worte, aber diesen Worten müssen eben auch Taten folgen.

Tiziana Beghin, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signora Commissaria, la situazione dei diritti umani in Vietnam è spaventosa. Il potere è gestito con fermezza da un partito unico che sopprime tutte le libertà individuali e collettive. La libertà d'associazione, d'assemblea, d'espressione sono tutte sistematicamente violate; la tortura è diffusa e il governo fa ricorso al lavoro forzato per la produzione di beni destinati all'esportazione.

E l'Europa cosa fa? Decide di premiare questo campione di democrazia, firmandoci un accordo di libero scambio. Un accordo che poteva essere usato come strumento di pressione per ottenere vere riforme democratiche e difendere i diritti dei cittadini vietnamiti.

Invece, ci ritroviamo ancora una volta a fare accordi con dei dittatori, per giunta, usando come merce di scambio, l'agricoltura europea: i nostri agricoltori vedranno 80.000 tonnellate di riso vietnamita entrare senza dazi nel nostro mercato, come già avviene per il riso cambogiano e del Myanmar in virtù degli EBA.

Questa è la politica commerciale basata sui valori? No, signora Commissaria, io non credo.

Christofer Fjellner (PPE). – Fru talman! I augusti blev frihandelsavtalet mellan EU och Vietnam färdigt efter tre års intensiva förhandlingar. Det är ett viktigt och bra avtal för Vietnam. EU är trots allt Vietnams näst största handelspartner efter Kina.

Detta avtal är verkligen ett avtal för tillväxt i ett land som behöver utveckling. Jag är fast övertygad om att handel är det bästa sättet att ta sig ut ur fattigdom. Det är så Sverige och alla andra EU-länder blev rika. Kan vi erbjuda andra länder möjlighet att få göra samma resa genom att öppna våra marknader så är det givetvis bra.

Men som alltid när fattigdomsbekämpning kommer på tal i samband med frihandel så säger motståndarna att det är precis tvärtom. Att handel hotar mänskliga rättigheter, arbetstagare och miljö och att frihandeln sker på befolkningens bekostnad. Det är ju inte sant! Låt mig bara konstatera att vietnameserna själva vill ha detta avtal. Jag tycker, ärligt talat, att det är lite patetiskt när man försöker hävda att man vet bättre än vad de själva vet vad som är bra just för Vietnam.

Dessutom innehåller detta avtal starka, bindande skrivningar om just mänskliga rättigheter, miljö och arbetstagares rättigheter. Jag tror inte att det är där skon klämmer. Sanningen är att protektionister alltid hittar en annan ursäkt än att vara protektionister, för att försöka hindra frihandel och öppna gränser. Jag tror att detta är ytterligare ett exempel. Precis som vi såg när det gällde Burma, när Aung San Suu Kyi vädjade till oss att sänka deras tullar, så var man emot. När det gällde Pakistan och Malala stod här och vädjade, så var man emot. Nu är man emot när det gäller Vietnam, för man tror sig veta bättre än de fattiga vad som är rätt för dem. Dessa är den nya tidens imperialister.

David Martin (S&D). – Madam President, firstly, I agree with Bernd Lange that this is a very good agreement in economic terms for the European Union and for Vietnam and it should see growth in both regions.

Is the human rights situation in Vietnam perfect? No – as other speakers have said, far from it. Whether this free trade agreement will help or hinder the human rights situation in Vietnam is probably the more important question, and I happen to agree with the Commissioner that constructive engagement is the way to improve the human rights situation in Vietnam. Thanks to this EFTA, we will now have an opportunity for a robust ongoing human rights dialogue with the Vietnamese.

I hope we will also see a very effective domestic advisory group set up. That, to my mind, is a crucial point: we have to make sure that we fund a domestic adviser group, involve civil society in Vietnam and get regular reports about the situation there, particularly the labour situation. We must make sure that the ILO conventions are being implemented, that trade unions are allowed to operate, and that there are safeguards at the workplace. But we cannot do that if we do not have this FTA or the PCA. If we are not engaged with Vietnam, we will have no basis on which to speak with the Vietnamese. So I repeat: good for economics and also potentially good for human rights in Vietnam.

Julie Girling (ECR). – Madam President, respect for human rights develops; it does not just happen because a country ratifies international agreements or they are bombarded with demands from potential trade partners. Human rights evolve, and fostering trade is a vital part of enabling that evolution. ASEAN is the EU's third largest trading partner and Vietnam is growing in importance within ASEAN, with a vibrant economy. So I welcome this agreement, which I believe will lift people out of poverty in Vietnam and enable them to engage vigorously in improving their own political and human rights in their own country in good time.

I look at human rights sites monitoring Vietnam and of course I am dismayed at what I see sometimes. But hectoring and then withdrawing is not the answer. I am pleased to see this agreement finalised. Let us engage constructively continuing our dialogue, provide governance assistance and get on with seeing this FTA become successful.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), blue-card question. – I would like to ask our colleague, Ms Girling, what would happen if a policy combining engagement and strong, tough conditionality had to be embedded by the European Union in the strategy for relations with all developing countries, including Vietnam.

Julie Girling (ECR). – Regrettably I did not really understand the beginning of the question, so it is difficult for me to reply.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), blue-card question. – Let me try again. The question was: a policy of both engagement and strong, tough conditionality should have to be embedded by the European Union in the strategies of relationships with developing countries, including Vietnam. Do you understand now?

Julie Girling (ECR). – Sorry, Madam President, I still do not understand that English.

President. – I am going to ask you perhaps to speak to each other after the session and try to reach an understanding.

Barbara Lochbihler (Verts/ALE). – Madam President, during my visit to Hanoi this month I saw a capital with a lively growing economy and remarkable results in achieving many of the Millennium Development Goals, but I also learned about the absence of free trade unions and increased pressure on human rights activists, and that the country ranks 175 out of 180 countries in the 2015 Press Freedom Index.

The changes that come with more trade and with free trade agreements do not automatically lead to a society without economic inequalities, without human rights violations and with strong labour rights. Therefore, I welcomed very much that the Commission already in 2012 committed itself to systematically carrying out human rights impact assessments for free trade agreements, which it expressed in the EU Action Plan for Human Rights and Democracy.

In April 2014, this Parliament urged the Commission to carry out as soon as possible a human rights impact assessment. Despite several reminders, open letters and so on, and even strong criticism from the EU Ombudsperson that the fact of not doing so would amount to maladministration, the Commission refused to follow this recommendation. The main reason recently given was the lack of time and the fact that the Commission does not want to delay the conclusion of the free trade agreement. But the Commission committed to including a human rights impact assessment in the next ex-post evaluation.

UN experts this summer voiced clear concerns over the adverse impact of free trade and investment agreements on human rights and also called for ex-ante and ex-post human rights impact assessments. I do not think that any explanation of sustainability criteria in the EU Free Trade Agreement with Vietnam will be sufficient. The Commission should do nothing less than a thorough human rights impact assessment.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, io ho ascoltato alcuni interventi e devo dire che non sono per niente d'accordo con la felicità con cui si accoglie questo accordo di libero scambio con il Vietnam.

Io credo che quando si parla dell'amore nutrito da quest'Assemblea nei confronti del neoliberalismo, ci si mette delle belle fette di prosciutto sugli occhi, anche davanti a violazioni dei diritti umani, che sono gravissime nel caso del Vietnam, perché stiamo parlando di un paese che è al 175° posto per libertà di stampa, dove non possono essere fondati dei partiti politici nuovi, dove non ci possono essere sindacati liberi, dove sono vietate le associazioni e le organizzazioni non governative, dove il governo utilizza dei cosiddetti teppisti per reprimere i difensori dei diritti umani.

E quando diciamo che attraverso un accordo di libero scambio intendiamo migliorare tali condizioni, ci sbagliamo, perché un accordo che privilegiava i diritti umani l'avevamo già stipulato nel 2012, un accordo di partenariato e cooperazione, con il risultato che le violazioni dei diritti umani sono peggiorate nel tempo.

Per questo io direi che dovremmo voltare veramente pagina quando parliamo di simili accordi.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύρια Πρόεδρε, θέλω να θέσω το εξής σοβαρό ζήτημα στην Ολομέλεια. Το έχω θέσει και άλλη φορά. Η Ολομέλεια συνεδριάζει για να μπορούμε να συμμετέχουμε στις συζητήσεις. Αφιερώνεται αυτή η εβδομάδα του Στρασβούργου στην Ολομέλεια. Δεν μπορούμε να έχουμε ταυτόχρονα συνεδριάσεις των επιτροπών και ιδίως συνεδριάσεις και ψηφοφορίες σε επιτροπές. Αυτή τη στιγμή, 7 η ώρα το απόγευμα, καλούμαι να συμμετάσχω σε ψηφοφορία σε κοινή συνεδρίαση των επιτροπών LIBE και PETI για ένα σοβαρό θέμα που είναι το FRONTEX.

Διαμαρτύρομαι, διότι εγώ θέλω να συμμετάσχω και στη συζήτηση. Δεν μπορεί λοιπόν το πρόγραμμα των επιτροπών να μας αφαιρεί το δικαίωμα συμμετοχής στην Ολομέλεια. Παρακαλώ να μεταφέρετε αυτό το θέμα στον Πρόεδρο κ. Schultz και να επισημανθεί στους προέδρους των επιτροπών ότι αυτή η εβδομάδα είναι εβδομάδα Ολομέλειας και όχι ψηφοφοριών σε επιτροπές. Οι ψηφοφορίες στις επιτροπές, σε άλλη εβδομάδα στις Βρυξέλλες.

President. – We take note of your comments and we will pass them on to Mr Schulz. Now we continue with our debate.

Pedro Silva Pereira (S&D). – Senhora Presidente, quero, em primeiro lugar, saudar a conclusão do acordo de comércio livre com o Vietname, que é um importante parceiro da União Europeia no contexto do Sudeste Asiático. Este é o primeiro acordo de comércio de nova geração com um país em desenvolvimento e pode, por isso, ser um modelo para futuros acordos com os países da ASEAN. Mas o comércio não é um fim em si mesmo, e a própria estratégia comercial e de investimento da União sublinha a necessidade de os acordos comerciais promoverem os valores europeus e, em particular, os direitos humanos.

Ora, nós temos boas razões para estarmos preocupados com o respeito pelos direitos humanos no Vietname, em particular quanto à liberdade de expressão. E esta casa insistiu em que a Comissão Europeia aplicasse uma abordagem baseada na condicionalidade dos seus acordos comerciais.

Queria, por isso, perguntar à Senhora Comissária que progressos houve no Vietname em matéria de direitos humanos desde o início das negociações comerciais e que lições devemos aprender com este processo — se podemos considerar, se a Comissão pode considerar que este acordo com o Vietname respeitou, efetivamente, o princípio da condicionalidade em matéria de direitos humanos numa agenda comercial?

Jan Zahradil (ECR). – Vážená paní předsedající, paní komisařko, dovolu mi říci, že jako stálý zpravodaj výboru INTA pro dohodu o volném obchodu Evropská unie-Vietnam jsem nepodporoval položení této ústní otázky a zařazení nebo vyvolání této debaty. Nicméně ocitl jsem se ve výboru v menšině a to samozřejmě respektuji.

Domnívám se, že otázce lidských práv byla během vyjednávání o této obchodní dohodě věnována velká pozornost, že závazky, které tam jsou popsány, jsou také dostatečné a že Vietnam je dodrží. A je také naším úkolem dohlédnout na implementaci té dohody. A jsem přesvědčen, že teď se musíme soustředit na finální fázi ratifikace dohody. Já jsem velmi rád, že dojde příští týden k jejímu symbolickému podpisu.

V neposlední řadě mi dovolu zdůraznit, že jsem také rád, že se nám tady v Evropském parlamentu podařilo založit skupinu přátel Evropská unie-Vietnam, ve které jsou zastoupeny úplně všechny poslanecké skupiny, což je skutečně výjimka, a já věřím, že tato skupina napomůže hladkému průběhu ratifikace této dohody.

Neena Gill (S&D). – Madam President, I welcome this FTA. It has important potential in terms of jobs and growth, not least for the EU in the current context of TPP, but also for Vietnam. But it is clear that this potential can only be realised if appropriate measures are taken to maximise positive, and prevent negative, impacts on human rights.

Vietnam does face significant challenges in this field, whether it is forced evictions of farmers or imprisonment of those seeking better labour rights. Therefore, could the Commission explain why it is not possible to undertake a proper ex-ante human rights impact assessment so we can understand a roadmap for addressing our concerns and improving the solution? It is also evident that the usual mix of instruments will not do the trick. Not only do they have their shortcomings, which have been widely documented; but can we really just blindly transpose this approach onto the most far-reaching FTA that has ever been achieved with a developing country?

Some argue that the Commission's timid approach to human rights is exactly why it is important that under the Partnership and Cooperation Agreement there is a communication mechanism between the European External Action Service (EEAS) and Parliament on the implementation of the PCA and capacity-building to enhance the settlement of complaints by the affected communities.

This is not about trying to undermine the FTA or pointing the finger at the Vietnamese Government. This is about common sense – that prevention is more effective and less expensive than cure – and about casting a successful foundation for a strong, lasting, strategic relationship with one of our key partners in south-east Asia, especially in the current geopolitical context.

Catch-the-eye procedure

Franc Bogovič (PPE). – Človekove pravice so proces in osnova za to, da lahko ljudje živijo človekove pravice, da – najprej – niso lačni, da imajo delo, da se lahko izobrazijo in da so na koncu tisti, ki zahtevajo človekove pravice.

Takšen trgovinski sporazum bo dal in daje dostojanstvo ljudem v Vietnamu do dela in prepričan sem, da bomo v tem procesu prišli tudi do večjih zahtev po človekovih pravicah. Tisti, ki prehitro pričakujejo, da se bo v nekem državnem sistemu, ki je zaostal, kjer so lačni in ubogi ljudje, da se bodo tam začele izvajati človekove pravice na visokem nivoju, naj se spomnijo, kako smo iz tega mesta in še od marsikod drugod po človekovih pravicah spraševali in zahtevali za ljudi v Iraku, Libiji in Siriji, danes se pa vprašajmo, kako imajo ti ljudje izpolnjene človekove pravice. Niti pravice do življenja nimajo.

Človekove pravice so proces, zato podpiram ta postopek, kajti pripeljal bo do večjih človekovih pravic v Vietnamu.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, dopo due anni e mezzo di intense negoziazioni, l'Unione europea e il Vietnam, hanno raggiunto un accordo di principio per la firma del trattato di libero scambio. L'accordo permetterà di aumentare gli scambi commerciali con una delle economie più dinamiche dell'Asia: un accordo che potrebbe rivelarsi utile, dunque, per entrambe le economie.

Tuttavia, restano molte e forti preoccupazioni per le violazioni dei diritti umani nel Paese. Ventiquattro organizzazioni indipendenti, per la maggior parte della società civile vietnamita, alcune internazionali, hanno elaborato e diffuso un rapporto che richiama l'attenzione sulle violazioni dei diritti umani avvenuto in Vietnam nel 2014. Il documento include abusi sulla libertà di religione o di credo.

Il Trattato conterrà una clausola vincolante in base al quale esso potrà essere sospeso in casi di gravi violazioni dei diritti umani. La Commissione deve vigilare sul rispetto dei diritti umani nel Paese e chiedere il rispetto degli impegni presi nell'accordo, in modo da determinare un effettivo e non solo enunciato miglioramento dei diritti umani in Vietnam.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, με τη συμφωνία Ελευθέρων Συναλλαγών που υπογράφηκε τον Αύγουστο 2015 ανάμεσα στην Ευρωπαϊκή Ένωση και το Βιετνάμ εξαλείφονται οι τελωνειακοί δασμοί στο εμπόριο προϊόντων, υπηρεσιών και επενδύσεων και προβλέπεται αύξηση του ΑΕΠ της Ευρωπαϊκής Ένωσης άνω του 2%. Στα πλαίσια των μεταξύ τους διαπραγματεύσεων, Ευρωπαϊκή Ένωση και Βιετνάμ υποτίθεται ότι έχουν δρομολογήσει ένα διαρθρωμένο διάλογο που αφορά στην προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων που πρέπει να είναι και η βάση κάθε εμπορικής συμφωνίας, σύμφωνα με τη Συνθήκη της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Ωστόσο, η συμφωνία αυτή δεν δίνει δεκάρα για τις παραβιάσεις των ανθρωπίνων δικαιωμάτων που λαμβάνουν χώρα σήμερα στο Βιετνάμ και κάνει όπως και οι άλλες εμπορικές συμφωνίες, η TTIP και η TISA, που το μόνο τους ενδιαφέρει είναι να αποσκοπούν στην κερδοσκοπία των μεγάλων πολυεθνικών επιχειρήσεων σε βάρος των μικρομεσαίων και έτσι οδηγούν στη μείωση της απασχόλησης στις χώρες που εφαρμόζονται.

Γι' αυτό λοιπόν θα πρέπει να έχουμε προώθηση συμφωνιών οι οποίες να μην πλήττουν την απασχόληση και τους εργαζόμενους και να σέβονται τα ανθρώπινα δικαιώματα.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, čude me argumenti nekih naših kolegica i kolega u ovoj sali danas kada govore da ne treba potpisati ovaj sporazum, jer se ne poštuju ljudska prava u Vijetnamu.

Uglavnom znamo da se ne poštuju ljudska prava u Vijetnamu, ali iste kolegice i kolege često koriste argumente da ne trebamo izvoziti naš oblik demokracije, zapadnu demokraciju, poštivanje ljudskih prava u druge zemlje i ne trebamo ništa drugima nametati.

Ja ovaj sporazum doživljam, poštovana gospođo povjerenice, prije svega kao želju EU-a da se bori protiv siromaštva u Vijetnamu, jer je to jedna od nasiromašnijih zemalja na zemaljskoj kugli. Zato i podržavam ovaj sporazum svjestan činjenice da će tema ljudskih prava, danas i vjerojatno sutra, biti daleka tema u tom istom Vijetnamu, ali borba protiv siromaštva jest jedna od obaveza EU-a. U tom kontekstu imate i moju podršku.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Asszony, az Európai Unió ma is az emberi jogok biztosításának és tiszteletben tartásának értékein alapul, ezt az alapelvet pedig a harmadik országokkal folytatott különböző együttműködési formái során is érvényesítenünk kell. Ugyanakkor nem lehetünk elvakult idealisták sem, akik azt mondják, hogy addig nem működünk együtt bizonyos országokkal vagy térségekkel, ameddig az emberi jogi rezsimjük nem éri el az EU-ban érvényesülő szintet. Ehhez azt is hozzá kell tennünk, sok esetben mi magunk sem járunk elő jó példával, ami az emberi jogokat, jelesül a kisebbségi jogokat illeti. Az Európai Unió intézményei épp annyira tehetetlenek a tagállamok, mint a harmadik országok vonatkozó politikájának befolyásolása terén. Sőt, még mintha óvatosabb is lenne a Bizottság a tagállamok gyakorlatának bírálatával, mint harmadik országok feddésével. Azt gondolom, ez semmiképpen sem erősíti hitelességünket a világban.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Madam President, I absolutely agree on the need to make sure that human rights-related issues have been correctly addressed by the Commission during the negotiations with Vietnam on a free trade agreement. Considering the concerns about the human rights situation in Vietnam – particularly with regard to freedom of expression, the right of assembly, the right of association, media freedom, the right to disagree, freedom of religion, etc. – I believe that the Commission should monitor human rights developments in Vietnam and draw on input from independent civil society in order to uphold the commitments made in the agreement. I support the negotiations, as trade agreements have demonstrated the potential for economic growth and jobs on both sides. However, it is fundamental that the Commission address the relationship between trade liberalisation and improving human rights in trade negotiations in the future, including in the new trade strategy that it plans to put forward.

Miroslav Mikolášik (PPE). – Dohoda o voľnom obchode s Vietnamom, ktorá nadväzuje na Dohodu o partnerstve a spolupráci, mohla byť takým čítankovým príkladom o tom, ako Európska únia môže požadovať od svojho nového obchodného partnera presadzovanie aj ľudských práv, tak ako ich my vnímame v Európe.

Myslím si, že je to veľmi dôležité, aby sme si povšimli ľudí so zdravotným postihnutím, aké tam majú práva. Že ľudia sa vôbec nemôžu slobodne zhromažďovať. Že tam neexistujú nezávislé odbory. Že Saigon, ktorý bol kedysi multikultúrnym príkladom krajiny, kde boli zastúpené aj mnohé náboženstvá, dnes sloboda náboženstva je v tejto komunistickej krajine stále pošliapovaná.

Komisia by mala byť ďaleko dôslednejšia pri presadzovaní tohto obchodného dokumentu a vymôcť na partneroch taký prístup k ľudským právam, aký by sa aj nám páčil.

(End of catch-the-eye procedure)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Madam President, of course, trade alone cannot solve all of the world's human rights problems, but it can make a contribution by enhancing respect for human rights and fostering sustainable development. That is what we are committed to doing in our agreements, especially the one that we are discussing tonight – the agreement with Vietnam.

Nobody denies that there are severe problems relating to human rights in Vietnam. You have listed many of them, and I could add a few more. They are there and they are serious. That is why we need to address them and why we are engaging with the Vietnamese authorities. There have been some improvements – far from enough – but the Vietnamese authorities seem to be willing to engage with us.

That is why we have developed tools for doing this. We have the legal link between the FDA and the partnership agreement. We will make evaluations, especially looking at the human rights situation. We do have the human rights dialogue that the EEAS is conducting. There will be another meeting in a couple of weeks, and we will set up advisory groups with civil society in order to monitor this on the ground with people who are there and are familiar with the daily situation.

To explain all this, we will by the end of this year – in a couple of weeks – publish an ad hoc Commission paper explaining how the existing measures of the partnership agreement and the negotiated measures of the free trade agreement will contribute to human rights empowerment with the flanking measures that we will put in place and how the human rights I mentioned will be assessed once the latter agreement has entered into force.

All this will, of course, be public and transparent so that you can follow and contribute to the dialogue. There is a conditionality clause in all of our agreements to cover very serious breaches, but we prefer whenever possible to work on engagement and to try to establish forums for dialogue to see if we can make improvements. If we have no agreement with Vietnam, we will, of course, say no to all such forums. I am not sure whether that would contribute to empowering the people of Vietnam.

This agreement will be finally concluded next week. Very shortly after that it will be published so that you can read it and make your own assessment. Then, during the whole translation and legal procedure, there will be plenty of time for discussion, and the Commission is ready to enter into that dialogue with you. I can assure you once again that we will keep you informed at all stages and are always ready to take your input, ideas and views into account and to have a dialogue with you on this.

President. – The debate is closed.

13. Beitritt Ecuadors zu dem Handelsabkommen zwischen der EU und Peru und Kolumbien (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the Commission statement on the accession of Ecuador to the EU-Peru and Colombia trade agreement (2015/2656(RSP)).

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Madam President, we welcome the resolution by Parliament on the EU-Peru and Colombia trade agreement and the accession of Ecuador. The accession of Ecuador has been agreed between the EU and its Member States and Peru and Colombia and is another step forward in our effort to engage with Latin America and consolidate our position in the region. That is important for us.

The Commission considers that this agreement will be beneficial for both sides. It will enable us to consolidate traditional trade flows while also boosting and diversifying trade and investment on both sides. We also hope that it will act as an economic driver for social development in Ecuador and contribute to alleviating poverty and reducing inequalities. They are there, of course, in that country.

The text of the accession protocol results in a comprehensive and balanced agreement, fully matching the ambition reflected in what was concluded with Colombia and Peru. It also takes into account the differences in economic development that obviously exist between the EU and Ecuador by allowing Ecuador longer periods for dismantling tariffs and making some specific adjustments that it has requested.

The accession is of paramount importance for Ecuador because, as of the end of next year, Ecuador will lose its preferences as regards access to the EU market. Timely accession will not only ensure preferential access for Ecuadorian products to our market but also bring long-term stability and predictable conditions for bilateral trade and investment. And we will, as we discussed in the last item and as expressed in our trade strategy, pay special attention in order to make sure that the provisions on trade and sustainable development are implemented and used effectively, including by offering appropriate support through development cooperation.

Ecuador, as you point out in your resolution, has shown its willingness to engage in an area of trade and sustainable development and agreed to sign up to all the provisions of the trade and sustainable development chapter. This will help us to identify a common agenda in which we can cooperate and exchange best practice.

As is the case with other agreements, cooperation with you and with Member States and the input of civil society will be crucial for effective implementation, in particular of the sustainable development chapter. And to get it right, we really need your engagement and your input, and this resolution reflects your commitment.

We have taken due note of your request to be regularly informed about trends in banana imports, including those from Ecuador, once the agreement is in place. I can assure you that close monitoring of banana imports and developments in the market situation has once again been proving effective so far.

The resolution is a vital step in Ecuador's accession process, but it is not, of course, the end of our conversation. We will continue the process leading to implementation of the agreement. The Commission will continue to take your views carefully into account and continue the dialogue that we have here.

So thank you again for the excellent work on the resolution. I am looking forward to the debate and, as always, we are fully committed to cooperating with you on this agreement until and after its entry into force.

Santiago Fisas Aixelà, *en nombre del Grupo PPE*. – Señora Presidenta, señora Comisaria, en el mes de julio del año pasado concluyeron con éxito las negociaciones para la adhesión de Ecuador al Acuerdo comercial entre la Unión Europea y Colombia y Perú. Es una buena noticia, que será muy positiva para las dos partes, pero no tenemos que olvidar que fue Ecuador quien solicitó reincorporarse a las negociaciones que había abandonado en 2009.

Hoy estamos aquí debatiendo esta propuesta de Resolución del Parlamento Europeo que, junto a la aprobación del Acuerdo en sí y del Reglamento sobre la cláusula de salvaguardia, completará el procedimiento de adhesión de Ecuador.

Quiero dar las gracias al señor Scholz por el trabajo realizado y por la buena colaboración que hemos tenido durante todo el proceso. El Grupo PPE presentó algunas enmiendas a la propuesta de Resolución que votamos en la Comisión de Comercio Internacional y que tenían como finalidad enriquecer el texto y dar el claro apoyo del Parlamento Europeo a la incorporación de Ecuador al Acuerdo. Me congratulo porque el texto final así lo refleja.

Este Acuerdo impulsará el comercio y la inversión en ambas partes, servirá para potenciar el desarrollo económico y social y contribuirá a reducir las desigualdades. No podemos olvidar que Ecuador ya no es beneficiario del sistema SPG +, por lo que la ratificación del Acuerdo conllevará importantes beneficios para las exportaciones de Ecuador a la Unión Europea.

Por último, me gustaría recordar que, en su Resolución de 13 de junio de 2012, el Parlamento Europeo, antes de dar su aprobación al Acuerdo con Colombia y Perú, pidió a los países andinos que estableciesen una hoja de ruta sobre derechos humanos, medioambientales y laborales. Me parece importante recordarlo ya que la posición de nuestro Grupo es la de dar un trato igual a todos los países que integran el Acuerdo.

Bernd Lange, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! In der Tat begrüßen wir den Beitritt Ecuadors zu dem Abkommen, weil wir ja ursprünglich auch ein Anden-Abkommen haben wollten, weil die Integration auf regionaler Ebene natürlich auch ein wichtiges zentrales Momentum unserer Politik gegenüber den Ländern in Lateinamerika ist.

Ich finde auch, wir haben mit der Entschließung eine gute Zusammenarbeit gemacht – mit Herrn Scholz, Herrn Fisas Aixelà und den anderen Beteiligten. Herzlichen Dank dafür! Ich denke, die Ausrichtung trifft es auch: Wir wollen den Beitritt organisieren, wir wollen aber auch die Implementierung verbessern. Deswegen der Verweis auf die Roadmap, die wir bei Kolumbien und Peru auf den Weg gebracht haben – übrigens mit Mário David und meiner Person als den Händlern, die gegenüber den Regierungen diese Roadmap ausgehandelt haben, denn in der Tat, Frau Kommissarin – Sie haben hier völlig Recht –, nicht nur die Verhandlungen sind entscheidend, sondern die Umsetzungen sind entscheidend und sukzessive in der Umsetzung, auch gerade was die Frage der Arbeitnehmerrechte, der Umweltstandards anbelangt, gemeinsam einen Weg zu beschreiten, um Verbesserungen hinzubekommen.

Insofern ist Ecuador sicherlich auch gefordert, in die gleiche Richtung zu gehen wie Kolumbien und Peru, auch um hier Fortschritte zu erzielen, insbesondere was die Frage von Arbeitsinspektoren anbetrifft, weil gerade die IAO-Konvention 1929 noch nicht unterschrieben ist. Also hier werden wir – die Kommission und das Parlament – gemeinsam Engagement zeigen müssen, um die Umsetzung sicherzustellen.

Izaskun Bilbao Barandica, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora Presidenta, señora Comisaria, quiero expresar nuestro total acuerdo con la adhesión de Ecuador al Acuerdo comercial con la Unión Europea del que ya disfrutaban desde el año 2013 Colombia y Perú. Lamento que se hayan perdido dos años y espero que la adhesión tenga los mismos beneficios para Ecuador que los que ha proporcionado hasta ahora este Acuerdo a sus signatarios. Solo en Colombia ha beneficiado especialmente a cuatro millones de familias agricultoras que han visto crecer sus exportaciones en un 21 %.

La Unión es ya el principal receptor de exportaciones de Ecuador. En el año 2014 las ventas de nuestro mercado alcanzaron los 2 400 millones de euros, con un superávit de 400. Algunos estudiosos creen que 300 000 empleos ofrecidos por 1 400 empresas, casi todas pymes, están directamente vinculados a este flujo comercial y que el Acuerdo puede mejorar el intercambio a corto plazo en otros 400 millones.

Esta política de concertación comercial ha demostrado ser una herramienta de primer orden para poder contribuir a la paz, la estabilidad y el progreso en la zona. Aporta crecimiento, desarrollo y garantías medioambientales y sociales. Produce justicia social en una zona del planeta estratégica para Europa por su situación, sus potencialidades, su dimensión y sus ritmos de crecimiento. Una significativa cantidad de nuevos europeos o residentes que llegaron a Europa proceden de estos países.

Las negociaciones subrayan además que opciones políticas muy diversas valoran y avalan este tipo de acuerdos, que ofrecen ventajas palpables, contantes y sonantes a miles de familias y trabajadores, que ven nacer oportunidades o consolidar sus expectativas profesionales o de negocio.

Espero que ello anime a Bolivia a sumarse a esta alianza, que será más potente si integra a toda la Comunidad Andina. En definitiva, es una contribución europea en términos de paz, justicia y desarrollo al comercio global. Por eso, señora Comisaria, nuestro Grupo estará a su lado para llevar adelante los futuros proyectos.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Frau Kommissarin! Die Regierung Ecuadors hat beschlossen, dem Freihandelsabkommen der EU mit Kolumbien und Peru beizutreten. Sie hat damit auch dem wirtschaftlichen Zwang nachgegeben, der aus Zollvorteilen der konkurrierenden Nachbarn im EU-Handel und der zeitgleichen Streichung der GSP-plus-Vorzüge für Ecuador durch die EU entstanden ist. Eigentlich hatte Ecuador ein eigenes Abkommen zu Handel und Entwicklung vorgeschlagen, auch um im partnerschaftlichen Verhältnis mit der EU den begonnenen bemerkenswerten Entwicklungsweg für ein soziales und umweltbewusstes Land der Andenregion fortsetzen zu können.

Wir alle wissen, dass die Zustimmung des Europäischen Parlaments zum Abkommen mit Kolumbien und Peru lange Zeit unsicher, ja umstritten war. Sie erfolgte schließlich unter der Vorbedingung, dass konkrete Schritte unternommen werden, um die Menschenrechtslage, die soziale Situation und den Umweltschutz in der Region zu verbessern. Das sind Ziele, für die sich die Regierung von Ecuador in den letzten Jahren besonders erfolgreich eingesetzt hat. Deshalb sollen wir genau hinschauen. Der Beitritt von Ecuador zu diesem Abkommen ist ein wichtiges Moment für das Land selbst, aber auch um zu überprüfen, ob die Bestimmungen des generellen Abkommens mit den Andenstaaten und deren Umsetzung unseren Erwartungshaltungen in gesellschaftlicher wie in ökonomischer Hinsicht entsprechen. Die ersten Zahlen, die uns die Kommission zur Entwicklung des Handels mit den beiden anderen Andenstaaten vorgelegt hat, bleiben weit hinter ursprünglichen Erwartungen zurück. Und insofern, ja noch einmal: Wir müssen auch bei der Implementierung des Abkommens genau hinschauen und dranbleiben.

Mit diesem Entschließungsentwurf komme ich als Berichterstatter vor allem unserer Verantwortung als Europäisches Parlament nach, der Europäischen Kommission aufzuzeigen, wo wir Handlungsbedarf sehen, um das Abkommen wirksamer zu machen, damit es doch noch der Bevölkerung in beiden Regionen dient. In dem Sinne bedanke ich mich bei den Schattenberichterstattern für eine Entschließung, die genau diesen Zielstellungen nahekommt.

Gabriel Mato (PPE). – Señora Presidenta, señora Comisaria, la incorporación de Ecuador al Acuerdo de la Unión Europea con Colombia y Perú abre, sin duda, grandes oportunidades para todas las partes, pero los beneficios solo serán posibles si trabajamos de forma leal y cumplimos de forma íntegra todas las condiciones que se establecen.

Viniendo de Canarias, el mayor productor de plátanos de la Unión Europea, me gustaría centrarme hoy en la necesidad de que este Acuerdo no se convierta en una amenaza más para el ya debilitado sector del plátano de la Unión Europea, que ve con preocupación cómo ahora puede producirse una entrada incontrolada de bananas procedentes de Ecuador. No olvidemos que Ecuador es el mayor exportador de bananas a la Unión Europea y es evidente que las exportaciones crecen proporcionalmente a la bajada de los aranceles.

Recordemos que en Ginebra adoptamos una tarifa decreciente hasta 114 euros/tonelada; que mediante acuerdos bilaterales se ha llegado hasta 75 euros/tonelada en 2020. Lo asumimos como inevitable pero, precisamente por ello, hay que afrontar dos cuestiones:

la primera, la compensación a los productores de la Unión que puedan verse perjudicados; y la segunda, la necesidad de aplicar con total diligencia la cláusula de salvaguardia para el caso de que se produzcan excesos en las cantidades pactadas que puedan causar daños a los productores de la Unión.

Señora Presidenta: yo voto «sí» a los acuerdos comerciales; voto «sí» a que Ecuador se sume al vigente Acuerdo; voto «sí» al desarrollo de este país. Pero no a cualquier precio, no a costa de los productores de plátano de Canarias y del resto de la Unión Europea.

No estoy pidiendo ningún favor, simplemente pido que se cumpla lo acordado. Hay una cláusula de salvaguardia, los límites deben respetarse y, si no se cumplen, el mecanismo acordado debe ponerse en marcha, y debe hacerse de forma automática cuando estos se excedan. Eso es lo que votamos mayoritariamente en este Pleno y es lo que hay que cumplir. Ecuador no tiene por qué tener un trato diferenciado mejor que el que puedan tener Colombia y Perú, y la Comisaria lo ha dicho: hay una cláusula de salvaguardia que hay que poner en vigor y no mirar hacia otro lado.

Creo, señora Comisaria, que no se puede mirar hacia otro lado mientras muchas familias que viven del plátano en Canarias y en otras regiones ultraperiféricas de la Unión Europea ven con temor el futuro.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señora Presidenta, señora Comisaria, yo comparto con usted que América Latina es un socio muy importante desde el punto de vista comercial para la Unión Europea, especialmente a la vista de que otros grandes agentes económicos —China, por ejemplo— están ocupando una posición muy importante allí.

Creo que para la Comunidad Andina Ecuador es un país muy importante, y creo también que para el entorno político de los países de la ALBA Ecuador y su Presidente Correa son particularmente importantes.

Yo creo que tenemos una necesidad política y una necesidad comercial de hacer este Acuerdo y me sumo a las voces que así lo reclaman. Ecuador se equivocó probablemente cuando decidió no sumarse al Acuerdo multipartes con Colombia y con Perú. Pero ahora nos manifiesta, de manera rotunda y clara, su voluntad política de incorporarse al Acuerdo y nos traslada además una angustia económica comercial, porque necesita, antes de finalizar el año que viene, este Acuerdo para el futuro de sus exportaciones.

Yo creo que Europa tiene que dar este paso. No hay razones de derechos humanos, de comercio sostenible, que impidan este Acuerdo. Es un país serio, es un país económicamente importante, políticamente influyente, y creo que Europa tiene que dar este paso. Yo agradezco que la Comisión culmine esta negociación y que trabaje con Colombia y con Perú para evitar vetos a este Acuerdo.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D). – Señora Presidenta, señora Comisaria, muchas gracias al autor de la propuesta de Resolución por su actitud abierta al diálogo y al consenso y por su excelente trabajo. Yo quisiera resaltar también la apuesta y el apoyo firme y decidido de la delegación socialista española al compromiso de las relaciones políticas de la Unión Europea con Ecuador, y desde luego nos felicitamos y felicitamos a la Comisión por el trabajo realizado, que permite la adhesión de Ecuador al Acuerdo con Perú y Colombia.

Y además es que creemos que es importante que ese Acuerdo, como antes decía el señor Jáuregui, entre en vigor en el plazo necesario para que Ecuador pueda aprovechar todas sus ventajas. Pero esta tarde hemos tenido ocasión de comprobar lo fundamentales que son para la política comercial de la Unión Europea la democracia y los derechos humanos en las políticas comerciales y por eso defendemos un capítulo de desarrollo sostenible con condiciones bien claras en materia de derechos laborales, de libertad sindical, de lucha contra el trabajo infantil, de defensa de la igualdad de género, de protección de los pueblos indígenas y de aumento de la protección del medio ambiente.

Confiamos en que eso será así y en que haremos el mejor seguimiento del Acuerdo en favor de los ciudadanos.

Nicola Danti (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, l'adesione dell'Ecuador all'accordo siglato nel 2012 tra Unione europea, Colombia e Perù, rappresenta un passo ulteriore nel miglioramento delle relazioni commerciali con l'America Latina. In attesa che il processo di ratifica si concluda formalmente, la partecipazione di Quito all'accordo di libero scambio, amplia la portata geografica di questo importante trattato all'avanguardia sul fronte della tutela degli standard sociali del lavoro ed ambientali.

Proprio per questo auspichiamo che il Governo metta in atto al più presto il piano d'azione per il miglioramento delle condizioni dei suoi cittadini. Attraverso questa decisione l'Ecuador prosegue inoltre il percorso virtuoso di relazioni speciali con l'Unione europea, in continuità con la precedente inclusione nel cuore del sistema di preferenze generalizzate.

L'America Latina è storicamente e culturalmente un'area strategica per l'Unione europea. Ci auguriamo che l'Ecuador possa rappresentare una tappa di un percorso che vede, in futuro prossimo, la realizzazione di un accordo equilibrato e ambizioso, anche con l'area Mercosur.

Catch-the-eye procedure

Miroslav Mikolášik (PPE). – Pristúpenie Ekvádoru k obchodnej dohode, ktorú Európska únia má už s Peru a Kolumbiou, vítam. Myslím si, že je to krok správnym smerom, a je to niečo, čo prospeje ako Európskej únii, tak aj tejto latinskoamerickej krajine.

Viac som sa zapojil v poslednej dobe ako podpredseda Eurolatu do problematiky spolupráce Európskej únie a Strednej a Južnej Ameriky a páči sa mi, že Ekvádor je takým skutočným hmatateľným príkladom takéhoto napredovania.

Diverzifikácia partnerov je aj pre Európu prospešná, aj pre našu zamestnanosť. Samozrejme, nesmieme zabúdať aj na ľudskoprávny rozmer a sociálny rozvoj v tejto latinskoamerickej krajine.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, ο Ισημερινός τόλμησε στη σύγχρονη εποχή να προχωρήσει θαρραλέα στη διαγραφή του εξωτερικού χρέους της χώρας προς τρίτους και αυτό αποτελεί ένα σημαντικό μήνυμα προς όλες τις κατευθύνσεις.

Σήμερα συζητούμε την ένταξη του Ισημερινού στην εμπορική συμφωνία της Ευρωπαϊκής Ένωσης με το Περού και την Κολομβία. Για να είναι όμως επωφελής η συμφωνία για τον Ισημερινό, θα πρέπει να ληφθεί πρόνοια προκειμένου η απελευθέρωση του εμπορίου να αποβεί υπέρ του λαού του Ισημερινού και όχι των πολυεθνικών. Αυτό σημαίνει ότι πρέπει να υπάρξει πρόβλεψη για την προστασία των μικρομεσαίων επιχειρήσεων, της τοπικής απασχόλησης, των εργασιακών δικαιωμάτων και της αγροτικής οικονομίας, και αυτό δεν μπορεί να γίνει με εμπορικές συμφωνίες που προωθούν μία πλήρη και άνευ όρων απελευθέρωση του εμπορίου αγαθών και υπηρεσιών.

Απαιτείται, λοιπόν, ένα δίκτυο προστασίας για τις ευάλωτες κοινωνικές ομάδες και για τους φτωχούς και χρηματοδοτικοί μηχανισμοί αντιστάθμισης των κοινωνικών επιπτώσεων από το άνοιγμα της αγοράς του Ισημερινού στις επιχειρήσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođa predsjednice, ovaj sporazum kojeg očekujemo s Ekvadorom te njegovo pristupanje ukupnom našem sporazumu s Peruom i Kolumbijom pokazuje kakvu važnost EU posvećuje andskim zemljama. Zato je dobro danas rečeno da trebamo vidjeti, omogućiti i proširiti suradnju s drugim andskim zemljama te imati takve ugovore jer je to sigurno pokazatelj našeg interesa za tim zemljama.

S druge strane, ova je odluka potvrda važnosti i uloge koju EU ima na svjetskom globalnom tržištu. Zato sam siguran da ovim ugovorom možemo pomoći seljacima u Ekvadoru, onima koji se bave poljoprivredom, ali istovremeno treba uzeti u obzir i činjenicu da bismo mogli naštetiti nekim našim poljoprivrednicima, naročito onima koji proizvode banane na Kanarima i zato moramo biti oprezni te imati pravo na zaštitu naše proizvodnje.

(End of catch-the-eye procedure)

Cecilia Malmström, Member of the Commission. – Madam President, as many Members have expressed, we have a joint interest in deepening the cooperation between the European Union and Colombia, Peru and Ecuador. The agreement with Peru and Colombia is a good agreement, as has been said, and we are convinced that it will also be good for Ecuador. Of course there are special mechanisms for Ecuador, bearing in mind the differences in the economy, but it will be good for them in enabling them to develop their economy and also in addressing the social issues. It will also be good for the regional integration of these countries with each other.

We will, of course, monitor this very closely once it has entered into force, together with the EEAS, looking at the situation of human rights, labour rights and sustainable development, as with all other issues. The second report for Peru and Colombia is being finalised. It will be sent to Parliament very soon.

On bananas: I have heard the concerns of some Members expressed here. We have, as you know, a stabilisation mechanism. We are looking at this very closely. We will continue to observe this with a very attentive eye, keeping you informed. Of course, Ecuador will also have this safeguard mechanism; we will be amending it to make sure that Ecuador is also covered by it, and we will continue to look at it and regularly report to Parliament so that you can reassure your constituents.

So thank you very much for your general support. I will be looking forward to a positive and strong support for the resolution tomorrow in Parliament. We have read it very carefully and will, of course, study the possible amendments and so on, and I think it will be very helpful for us in concluding this work.

President. – I have received one motion for a resolution from the Committee on International Trade tabled in accordance with Rule 123(2) of the Rules of Procedure.

The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 26 November 2015.

14. Eine neue Tierschutzstrategie für den Zeitraum 2016-2020 (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the oral question to the Commission on a new animal welfare strategy for 2016-2020 by Czesław Adam Siekierski on behalf of the Committee on Agriculture and Rural Development (O-000141/2015 – B8-1107/2015) (2015/2957(RSP)).

Czesław Adam Siekierski, autor. – Komisja Rolnictwa i Rozwoju Wsi przedstawia pytanie w sprawie nowej polityki dobrostanu zwierząt na okres 2016-2020. Treść pytania: komunikat Komisji Europejskiej 2012(0006) w sprawie strategii ochrony i dobrostanu zwierząt na lata 2012-2015 został pozytywnie odebrany przez Parlament Europejski i stanowi jasną mapę drogową w zakresie działań w obszarze polityki dobrostanu zwierząt Unii na przestrzeni ostatnich lat. Parlament Europejski był szczególnie zadowolony z tego, że strategia wprowadza wiele aspektów rezolucji Parlamentu 2009/2202 — sprawozdanie z inicjatywy własnej z dnia 5 maja 2010 r. Parlament docenia poczyniony dotychczas postęp i zachęca Komisję do upewnienia się, że zaległe elementy działania zostaną na czas zrealizowane.

A więc po pierwsze, czy Komisja sporządzi nową strategię ochrony i dobrostanu zwierząt na okres 2016-2020, aby zapewnić ciągłość i jasność działań, które są kluczowe dla osiągnięcia dalszych pozytywnych przemian w polityce dobrostanu zwierząt w Unii Europejskiej? Po drugie, czy Komisja przygotowuje jako kluczowy element nowej polityki dobrostanu zwierząt wniosek dotyczący uproszczenia ram ustawodawstwa Unii w obszarze dobrostanu zwierząt, do przygotowania którego zwraca Parlament w swej rezolucji w sprawie strategii Unii na rzecz ochrony dobrostanu zwierząt na lata 2012-2015, rezolucja 2012/2043 — także sprawozdanie z inicjatywy własnej.

Tyle przedstawia pytanie Komisji Rolnictwa i Rozwoju Wsi Parlamentu Europejskiego, a teraz moje odniesienie się do problemu. Temat, który jest przedmiotem pytania, jest systematycznie podnoszony na forum Komisji Rolnictwa i Rozwoju Wsi, w różnej formie i zakresie, przy pracy nad wieloma dokumentami i przy innych okazjach. Dobrostan zwierząt ma bowiem istotne miejsce w naszej świadomości i wartościach, które są ważne dla ludzi. Jest też elementem zrównoważonego rozwoju.

Zagadnienie to zajmuje szczególne miejsce w Unii Europejskiej, gdzie tak wiele zrobiliśmy dla poprawy dobrostanu zwierząt. Standardy i wymogi, które przyjęliśmy, są bardzo wysokie i przestrzegamy ich, pomimo że powodują one istotne pogorszenie konkurencyjności naszych produktów zwierzęcych na rynkach światowych. Do tych zagadnień odnoszą się także wcześniej dzisiaj omawiane sprawozdania. Powinniśmy zabiegać, by nasze standardy w tym zakresie stały się standardami światowymi, co napotyka ogromne trudności. I takie wymogi powinniśmy stawiać w stosunku do importowanych produktów z krajów trzecich.

Obecnie zajmujemy się kluczowymi sprawami problematyki zwierzęcej w różnym zakresie, w wielu obszarach, w wielu sprawozdaniach. Wymienię tu tylko tytuły dokumentów, nad którymi pracujemy lub pracowaliśmy w ostatnim czasie. Są to „Zootechniczne i genealogiczne warunki dotyczące handlu zwierzętami hodowanymi i ich materiałem biologicznym wykorzystywanym do rozrodu oraz ich przywozu do Unii”; „Klonowanie zwierząt z gatunku bydła, świń, owiec i kóz oraz koni utrzymywanych i rozmnażanych dla celów chowu”. Następny temat – „Zdrowie zwierząt”, kolejny – „Weterynaryjne produkty lecznicze czy wspólnotowe procedury wydawania pozwoleń dla produktów leczniczych stosowanych u ludzi i do celów weterynaryjnych i nadzoru nad nimi oraz ustawiające Europejską Agencję Leków”, wreszcie „Handel produktami z fok” i wiele, wiele innych, których tu nie wymieniam.

Wyjątkowo ważne są problemy powiązania i wpływu dobrostanu zwierząt na jakość produktów żywnościowych, a przez to i na zdrowie człowieka. Szereg dyskusji wzbudza problemy hormonów, antybiotyków w zakresie wyżywienia i leczenia zwierząt czy wykorzystania zwierząt w badaniach naukowych, których rezultaty często w ostateczności przyczyniają się do poprawy dobrostanu zwierząt, pomimo wcześniejszych wątpliwości i zastrzeżeń co do celowości ich stosowania i zakresu. Reasumując, chcę powiedzieć, że dobrostan zwierząt jest i pozostanie dla nas istotną wartością.

Vytenis Povilas Andriukaitis, *Member of the Commission*. – Madam President, animal welfare is an important and sensitive issue very close to the hearts of millions of European Union citizens. I, too, share the concern of many Europeans for the proper treatment of animals. The current European Union strategy for animal welfare adopted by the Commission in 2012 is still in progress. The priority of the Commission is therefore to work on completion of the remaining actions. Furthermore, there is work to be done on the strengthening and enforcement of existing rules, on improving dialogue with stakeholders and on exploring ways to better include animal welfare considerations in our international activities.

On enforcement: the European Union has at its disposal a very extensive set of rules for animal welfare, covering many species, including broilers, laying hens and pigs; many activities, such as transport, slaughter and animal testing; and also products, for example, cat and dog food or seal products. We need to prioritise the critical issue of putting the existing rules into practice. Learning from our experience over recent years, we must focus our efforts on tackling widespread non-compliance. Against this background, I intend to work on improving compliance with a requirement to prohibit the routine tail docking of pigs and on the finalisation and adoption of guidelines on the welfare of pigs, as foreseen by the animal welfare strategy.

Secondly, I look forward to the outcomes of the ambitious pilot project on best practices on animal transport, supported by Parliament. The project runs from 2015 to 2018.

Thirdly, I would like to mention the Commission proposal to revise European Union legislation on official controls, which has the potential to improve enforcement of animal welfare requirements, for example, through our proposals to establish European reference centres for animal welfare.

On stakeholder dialogue: I would like to see this dialogue amongst the wide variety of actors concerned with animal welfare developed further. I intend to promote, or first attempt to see if there is an appetite in the Community for, this kind of exercise. On the basis of the outcome, we could decide how to structure this dialogue for the future.

Finally, on international action: clearly the concern of European Union citizens as regards the treatment of animals does not stop at our borders, and rightly so. We need to continue promoting our approach worldwide, also to protect the competitiveness of our livestock industry, which has made so many efforts on these issues in recent years. Such efforts can help us to keep European Union standards at a high level, despite the pressure that globalisation brings.

I will explore, together with my colleagues responsible for trade and agriculture, how the potential market of animal welfare could be better valorised at global level. European Union animal production must seek to profit from its advantageous position as a world leader on animal welfare to steer this trend and to further explore markets demanding ethical production.

Since the animal welfare strategy is about to end, we are evaluating further steps. In this case I would like to inform you that the Commission will launch, in 2016, a new Eurobarometer Survey on animal welfare which will represent a useful source of information, especially in the areas of consumer awareness and education. We will be ready to evaluate our next steps after the Eurobarometer Survey has been analysed.

Paolo De Castro, *a nome del gruppo S&D*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, la commissione per l'agricoltura e lo sviluppo rurale ha espresso più volte la sua sensibilità circa il benessere degli animali, che fortunatamente in Europa ha il livello di protezione più elevato al mondo. Ora la strategia 2012-2015 volge al termine e siamo qui a chiedere alla Commissione le sue intenzioni su un'eventuale nuova strategia per il benessere animale.

Tuttavia, prima di chiedere nuove regole, vorrei sapere se e quali azioni dell'attuale strategia non sono state ancora implementate e se ci sia ancora del lavoro da fare per una piena e uniforme attuazione della strategia in atto.

Vorrei anche aggiungere che nel momento in cui chiediamo regole sempre più stringenti per i nostri allevatori, senza porci il problema della reciprocità, rischiamo di penalizzare il nostro sistema produttivo e allo stesso tempo di delocalizzare alcuni allevamenti fuori dall'Europa, peggiorando così sostanzialmente il benessere di molti animali.

James Nicholson, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, as with all European policymaking, I believe our animal welfare policy should be led by science, evidence and practical realities of farming and food production, not driven by emotion and public opinion, no matter how well-meaning it may be.

The way to create the best outcomes for the welfare of animals is to have a sensible and workable strategy that is not implemented in a burdensome way for producers. We need to recognise the practical implications that exist for producers and be wary of unintended consequences which can ultimately have a negative impact on animal welfare. For example, the Commission's proposals regarding medicated feed could potentially have implications for pig welfare by delaying the use of medication until the disease has spread and developed.

The cost to farmers – or ultimately, of course, to consumers – must be recognised. Producers where I come from in the UK, as a whole, were to the forefront in implementing measures such as the sow stall ban, while others dragged their feet. The United Kingdom banned sow stalls and certainly lost their competitive advantage at that time.

Similarly, there is a need for our animal welfare standards to be protected in any trade negotiations. We cannot allow a situation, for example, where imports from third countries have a competitive advantage over those produced within a Europe under our high animal welfare standards. Bovine TB is a problem which impacts on the welfare of cattle, and the associated restrictions place pressure on farmers and come at a cost to the public purse. The truth is, if Member States were to implement the regulations that are in place much better, there would be much better animal welfare.

Fredrick Federley, *för ALDE-gruppen*. – Fru talman! Jag ska börja med att säga att jag är väldigt glad att denna fråga har kommit så långt. Om några kollegor känner igen formuleringarna från jordbruksutskottet så beror det på att det är samma fråga som många av er skrev under strax innan sommaren och som vi nu äntligen fått upp till debatt. Jag är extra glad att kammaren idag beslutar att föra en resolution till denna skriftliga fråga och denna debatt.

Jag vill också tacka kommissionär Andriukaitis för ditt engagemang i frågorna och för att du också under ditt inledningsanförande öppnade några vägar framåt som vi kommer att kunna diskutera också framöver.

Jag vill hålla med kollegorna som har pratat innan om att vi först behöver göra en ordentlig utvärdering av det som vi har haft i den tidigare strategin. Därefter skulle jag vilja att vi gemensamt från kammaren kunde efterfråga en ny strategi för den kommande tiden. För precis som kollegan Nicholson sa så är det oerhört nödvändigt att vi tar det i ett paket, att vi har det balanserat och att vi också får det – vilket jag tycker är oerhört viktigt – i ett arbete som sker tillsammans med Europas bönder och inte att det blir ett arbete som är emot Europas bönder. Det är själva grundkärnan.

Jag skulle också vilja se att vi i den strategin, som ger oss ett bredare perspektiv och ett bredare spektrum av olika instrument att arbeta med, också har en del som är att arbeta mot en gemensam djurskyddslagstiftning inom Europeiska unionen. Många gånger i den politiska debatten sägs det ju att vi har en gemensam jordbruksmarknad i Europeiska unionen, och det har vi till stor del. Men det är också väldigt mycket nationella regleringar som skiljer sig åt. Vi kan se hur väldigt många olika direktiv har implementerats på väldigt olika sätt i de olika länderna. Om vi tar det som i Sverige populärt kallas för grisdirektivet, till exempel, där vi fick tio års implementeringsprocess från 2003 till 2013, så kan vi se i en undersökning från det svenska lantbruksuniversitetet att det fortfarande är bara åtta av tjugoåttal länder som fullt ut har implementerat detta.

Vi har också tidigare i den viktiga *Animal health law* kunnat slå samman sambandet mellan hur mycket antibiotika som vi använder i vår animalieproduktion med hur det också påverkar vår hälsa som människor. Här har vi en möjlighet att faktiskt få mer av Europa, bättre regler. Ett trettioårigt lagstiftningsarbete som har passerat denna kammare är nog sannerligen inte så samstämmiga. Här har vi chansen att göra det bättre och enklare och att få en bättre och fungerande inre marknad, samtidigt som djuren i Europa får det betydligt bättre.

Anja Hazekamp, namens de GUE/NGL-Fractie. – Het leed dat wij dieren aandoen is enorm en met een nieuwe dierenwelzijnstrategie kan Europa daar wat aan doen. De basis daarvoor is al gelegd in artikel 13 van het Verdrag van Lissabon, dat zegt dat dieren wezens zijn met bewustzijn en gevoel, waarmee wij ten volle rekening moeten houden.

Maar wat zijn die woorden waard als de Commissie geen enkel initiatief toont op het terrein van dierenwelzijn en de dieren aan hun lot en aan de marktwerking overlaat? Wat zijn die woorden waard als Europa bescherming biedt aan wrede stierengevechten of zelfs aan het in brand steken van stieren? Wat zijn die woorden waard als het onverdoofd slachten van dieren nog mag, terwijl er alternatieven zijn? En wat zijn die woorden waard als het eindeloze gesleep met dieren in overvolle veewagens door en uit Europa nog toegelaten wordt? Wat zijn die woorden waard als wij de pijnlijke dwangvoeding van dieren voor de productie van *foie gras* niet verbieden?

Voorzitter, de Commissie kan deze misstanden aanpakken en dan niet met een Eurobarometer-onderzoek maar gewoon met een nieuwe dierenwelzijnsstrategie. Maar vorige week heeft zij al aan verschillende NGO's laten weten dat zij niet van plan is om met een nieuwe strategie te komen en dat was nog voordat dit debat met het Parlement had plaatsgevonden. Dat kan toch niet waar zijn, Voorzitter! Ik hoop dat de Commissie vandaag bewijst respect te hebben voor de brede oproep vanuit de maatschappij en het Parlement om op te komen voor dieren. Zij hebben er recht op. Voorts ben ik van mening dat de Europese landbouwsubsidies moet worden afgeschaft.

Albert Deß, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich entschuldigen, aber ich habe gemerkt, was offene Grenzen wert sind, und heute war die Grenze von Deutschland nach Frankreich dicht. Ich bin über zwei Stunden an der Grenze gestanden.

Ich begrüße für die EVP-Fraktion, dass hier der Antrag gestellt wird, dass die Kommission eine neue Tierschutzstrategie für den kommenden Zeitraum erstellen soll. Wir alle, gerade als Landwirte, wissen, dass das Wohlergehen der Tiere oberste Priorität hat. Nur gesunde Tiere, nur Tiere, die gut gehalten werden, bringen auch Leistung. Wir wollen alle, dass nicht nur die Tiere in der Landwirtschaft gut gehalten werden, sondern auch die Haustiere. Das sollten wir auch mit in die neue Tierschutzstrategie hereinnehmen.

Eines möchte ich aber zu bedenken geben: Man darf bei der ganzen Sache auch nicht übertreiben. Wenn es dazu führt, dass Produktion von Europa weg in andere Erdteile verlagert wird, dann versündigen wir uns am Tierschutz. Von 1976 bis 2008 ist die Tierproduktion, die Fleischerzeugung in Europa nur um 6 % gestiegen, im asiatischen Raum um 385 %. Das heißt, wenn wir unsere Landwirte zu stark knebeln, dann wird in Erdteile verlagert, wo nicht unsere Tierschutzbestimmungen gelten. Deshalb bitte ich darum, dass wir das mit Augenmaß machen, dass wir das Wohlergehen der Tiere im Auge behalten, aber doch so durchführen, dass Produktion bei uns erhalten bleibt und nicht vor allem die kleinen Betriebe gefährdet werden. Strenge Vorschriften führen dazu, dass gerade die kleinbäuerlichen Betriebe als Erste ihre Betriebe schließen. Ich kann nur ein Beispiel bringen: Wenn wir wirklich das Anhängerverbot für Kühe bringen, werden im Alpenraum viele kleine Bergbauern ihre Betriebe schließen. Deshalb bitte ich darum, dass wir etwas Vernünftiges finden. Da bin ich auch sehr zuversichtlich.

Keith Taylor, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Madam President, this resolution of the Animal Welfare Intergroup, of which I am a vice-chair, is both timely and welcome, and my Group wholeheartedly supports its objectives. Particularly welcome is the checklist on the existing strategy, where it is noted that only nine out of 19 actions that were called for have so far been implemented by the Commission. That is why any new strategy should urgently and loudly call for a comprehensive and clear animal welfare legislative framework law which improves animal welfare standards and does not dilute them. It is a concern of ours that when some people talk of simplification of rules, it is a dilution. What we need is better implementation.

There are too many elements of the proposed resolution to talk about in the time allowed, but special mention should be made of calls to embed the sentient status of all animals; the EU-wide ban on mistreatment and suffering of animals; to study the animal health dairy cattle standards against our own and correct any differences found; and finally, to review the transport of animals and the regulations and how they are implemented. Animal welfare issues are regularly in the top three subjects in my constituents' e-mail bag. Citizens care about animals and are looking for their Parliament to protect them.

John Stuart Agnew, *on behalf of the EFDD Group*. – Madam President, when we are talking about animal welfare in Europe we have got a real clash of cultures, haven't we? Because in Mediterranean countries they still find it fun to watch bulls fighting one another and bulls being baited. Now, you could say: when in Rome, do as the Romans do, and I might take that attitude. Unfortunately, because of the way the CAP works, British taxpayers are subsidising this activity. They are subsidising it because they are paying area aid on land that is being used to rear bulls for bullfighting and bull-baiting.

I realise that this has been in the legislation – there have been amendments about it – but as yet, as far as I know, there has been no concrete legislation that says British taxpayers' money must not be used for this – not that I suppose that would ever happen. But I should just warn you that there is a referendum coming up in Britain fairly soon on EU membership, and there is nothing that makes Europhiles squirm more than being reminded that they, with their taxes, are supporting bull-baiting and bullfighting.

Now we move on to another subject, and that is wild stray dogs in Romania, which are apparently being shot and killed one way or another. That is an animal welfare issue, but I am more concerned about what happens to these dogs once they have been killed in whatever ways they are being killed. Are they buried? Well that would upset the EU because of the environmental rules about burying dead animals. Are they being incinerated? Well that will upset all you global warmers because of the CO₂ that is going into the atmosphere. Are they being rendered down with abattoir waste to be spread as meat and bonemeal fertilizer, or are they actually being put into animal rations as a protein element? I mean, I would not put this past anybody, because it goes on in south-east Asia.

But these dogs carry rabies; we understand about 20% of them have got rabies. That is zoonotic – that means human beings can get it, and those human beings could come to Britain because the borders are open. So, what better reason to close the borders than rabies?

Dominique Bilde, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, alors que la stratégie pour le bien-être animal 2012-2015 arrive à son terme, je me félicite de voir cette question mise à l'ordre du jour et j'espère que nous établirons une nouvelle stratégie pour la période 2016-2020.

Si l'article 13 du traité sur le fonctionnement de l'Union européenne nous indique que l'Union et les États membres tiennent pleinement compte des exigences relatives au bien-être des animaux en tant qu'êtres sensibles, il nous faut aller plus loin dans la défense animale et lever toutes les ambiguïtés qui demeurent dans nos stratégies en la matière.

Ainsi, en matière agricole justement, la multiplication des élevages intensifs en France et en Europe conjuguée à la menace du TTIP me font craindre pour le bien-être animal et l'environnement, mais aussi pour la santé humaine.

J'ai condamné, par exemple, les élevages comme la ferme des 1 200 taurillons en Alsace, les 1 000 vaches dans la Somme, les 1 000 veaux dans la Creuse ou encore la porcherie industrielle de Poiroux, en Vendée.

Autre point important: l'expérimentation animale. Je déplore que l'initiative citoyenne sur la vivisection n'ait pas été suivie par la Commission. J'estime aussi qu'il est nécessaire, au vu des moyens actuels de la science, mais aussi des résultats peu probants de l'expérimentation sur les animaux, que celle-ci soit définitivement interdite et remplacée progressivement par des méthodes alternatives.

Je voudrais aussi attirer l'attention sur les effroyables souffrances des animaux mis à mort sans étourdissement préalable avant l'abattage. Il est primordial, dans un premier temps, de rendre obligatoire un étiquetage détaillé sur les modes d'abattage des viandes. Il en est de même pour les fourrures. Puis il faut rendre obligatoire l'étourdissement des animaux avant la mise à mort ou l'abattage et supprimer les dérogations dans le cadre de l'abattage rituel. D'autre part, il faudra veiller particulièrement à mieux lutter contre tout trafic d'espèces animales et de produits tels que l'ivoire. Les auteurs de ces actes devront être plus sévèrement punis avec des sanctions qui ne donnent vraiment plus envie de récidiver.

Enfin, je crois nécessaire de veiller à ce que les États membres suivent les meilleures pratiques existantes pour la gestion efficace et humaine des chiens errants et des chats sauvages.

Elisabeth Köstinger (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Auch ich darf diese Aussprache über eine mögliche europäische Strategie zum Tierwohl nach 2015 ausdrücklich begrüßen, weil ich es – wie auch viele Vorredner vor mir – ich es für sehr wichtig erachte, dass Tierwohl nicht an Grenzübergängen endet und dass es vor allem hier in Europa hier eine harmonisierte Vorgangsweise braucht, zum Wohl der Tiere, aber auch vor allem zum Wohl und zum Schutz der Produzenten.

Mein Heimatland Österreich hat im europäischen Vergleich wirklich vorbildliche Standards in sehr vielen Bereichen der Tierhaltung, beispielsweise bei der Umsetzung der Käfighaltung von Legehennen, aber auch im Tiertransportbereich. Während dabei unsere heimischen Nutztierhalter streng kontrolliert werden, gibt es in Europa noch immer einige Mitgliedstaaten, die die EU-Vorgaben gerade zur Legehennenhaltung nicht umgesetzt haben. Auch bei den Tiertransporten ergibt sich öfters noch ein größerer Wettbewerbsnachteil.

Auch ich darf mich den Vorrednern anschließen, die bereits darauf hingewiesen haben, dass wir überhaupt nichts zum Tierschutz beitragen, wenn wir tierische Produktion in Europa einfach nicht mehr möglich machen. Das gilt vor allem eben auch für Drittstaaten, wenn wir im Bereich der Handelspolitik nicht darauf Rücksicht nehmen, zu welchen Standards tierische Produkte nach Europa importiert werden. Sehr oft werden hier auch noch EU-Gelder verwendet, um beispielsweise Ställe außerhalb der Europäischen Union mit weniger Tierschutz zu bauen. Diese Produkte werden dann billiger nach Europa importiert. Das ist zum Teil an Schwachsinnigkeit nicht mehr zu überbieten!

Ich möchte hier wirklich an all jene appellieren, die sich für noch mehr Tierschutz und noch mehr Auflagen einsetzen: Bitte belassen Sie es nicht bei dem reinen Aktionismus, informieren Sie die Konsumentinnen und Konsumenten auch darüber, dass damit gesteigerte Produktionskosten verbunden sind. Ich hoffe daher wirklich auf Ihre Unterstützung bei der konsequenten Umsetzung der Kennzeichnungspflicht bei Lebensmitteln, weil ich glaube, dass wir das den Konsumenten und vor allem den Produzenten in Europa schuldig sind.

Jeppe Kofod (S&D). – Fru formand! Hr. kommissær! Vi taler gerne og meget her i EU om dyrevelfærd, men det kniber med handling. Jeg mener, vi har en forpligtigelse til at sikre, at vores dyr kan leve gode, trygge og smertefrie liv. Det skal vores love sikre, det skal vores dyrevelfærdsstrategi fremme. Alligevel ser vi hver eneste dag, at dyrevelfærdslovgivningen bliver overtrådt i EU af medlemslandene. Det gælder f.eks. i Danmark, hvor op imod 99 % af alle smågrise får klippet halen af pga. dårlig dyrevelfærd.

Hr. kommissær, jeg er træt af at vente! Jeg spørger derfor lige ud af posen: Hvornår vil der blive anlagt sag mod de lande, der systematisk overtræder EU's dyrevelfærdslovgivning? Hvornår fremsætter Kommissionen lovforslag om otte timers maksimal transport for levende dyr, hvilket over en million borgere her i Europa har krævet? Og endelig: Hvad nytter en dyrevelfærdsstrategi, hvis ikke Kommissionen er klar til at skride ind og anlægge sag, når dyrevelfærdslovene overtrædes?

Janusz Wojciechowski (ECR). – Madam President, during today's voting of the agenda, one of our colleagues said that we have a problem with terrorists in Europe and so it is not a good time to adopt a resolution about the animal welfare strategy. Fighting against terrorism or animal protection: this is an absolutely false alternative. Animal welfare is a European value; it is a part of European heritage. We can be proud of having one of the highest – maybe the highest – animal welfare standards in the world.

The majority of European citizens want to continue the process of improving animal welfare standards. The majority of European citizens understand the significance of animal welfare and animal protection for our humanity in the 21st century. The lack of a new animal welfare strategy for 2016-2020 is treated as a very bad signal that the European Union does not want to continue the policy of the improvement of animal welfare standards. It is a very bad signal for public opinion. This is the reason that we call on the European Union to continue animal welfare policy and to prepare the new animal welfare strategy. Mahatma Gandhi said that the greatness of a nation and its moral progress can be judged on how its animals are treated. By adopting the new animal welfare strategy, we can give good evidence of our humanity and our moral progress in the European Union.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, kada govorimo o politici dobrobiti životinja moramo početi od toga da te životinje imaju svoje osjećaje, osjećaju bol ili sreću, gotovo sve ono što i mi. Od toga moramo početi kada govorimo o dobrobiti životinja i onda tek možemo razumijeti sve ono što tim životinjama činimo kada ih uzgajamo, nažalost kloniramo, transportiramo onako kako to ne smijemo činiti, i sve ono što se na kraju krajeva dešava pri uzgoju životinja, njihovom transportu i nažalost, često kloniranju.

Ono što želim naglasiti svakako je činjenica da nam je potrebna nova strategija koja bi trebala uzeti u obzir i naš odnos prema divljim životinjama, kao što je na primjer korištenje divljih životinja u cirkusima ili nažalost, trgovina na način na koji to nije primjereno.

Također, trebalo bi uzeti u obzir i činjenicu da domaće životinje, pogotovo psi i mačke, često nisu tretirane na odgovarajući način i trebali bi, kada govorimo o azilima za te životinje, uzeti u obzir njihovu dobrobit. Ove godine ističe strategija koju je Komisija svojedobno ponudila i sada nam treba nova strategija do 2020. koju željno očekujemo na našem stolu.

Stefan Eck (GUE/NGL). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar Andriukaitis! Die EU hat sich im Vertrag von Lissabon verpflichtet, den Erfordernissen des Wohlergehens der Tiere als fühlende Wesen Rechnung zu tragen. Aber die Tiere leiden extrem in der Massentierhaltung, bei Langstreckentransporten und in den Schlachthöfen. Sie leiden in Tierversuchen, und Hunderttausende Streunertiere werden in Europa jedes Jahr umgebracht.

Die Einhaltung bestehender Regeln wird zu wenig kontrolliert, und Verstöße werden nicht genug verfolgt. Es gibt nicht einmal eine Haltungsverordnung für Mastkaninchenbetriebe. Ich frage mich: Wo ist der Wille der EU-Kommission, an dieser Situation etwas zu verändern? Die Tierschutzstrategie, die dieses Jahr ausläuft, wurde absolut unzureichend umgesetzt, denn fast die Hälfte aller dort formulierten Punkte ist noch offen. Wir müssen beispielsweise aus Käfigsystemen aussteigen und Verstümmelungen in der Tierhaltung den Kampf ansagen. Im Bereich Tierversuche müssen wir die Übernahme bereits validierter Testmethoden verbindlich vorschreiben, und wir müssen auch auf die Einhaltung unserer Tierschutzstandards in Handelsabkommen drängen.

Ich appelliere an die Kommission, sich für eine ambitionierte Tierschutzstrategie einzusetzen. Eine Verschiebung ist einfach inakzeptabel! Die Bürger Europas wollen nicht länger warten! Wenn ich an Tiere denke, kann ich nur sagen: *I can't stand the pain anymore.*

An die Kommission: Bitte, bitte, werden Sie nicht zu Schreibtischtätern, wenn es um Tiere und Tierquälerei geht! Zeigen Sie jetzt moralische Größe! Handeln Sie jetzt! Das erwarten die Bürger Europas von Ihnen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Albert Deß (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Eck, ich hätte eine Frage an Sie: Wie erklären Sie sich, dass dort, wo Ihre ehemaligen Parteifreunde in Deutschland regiert haben, die größten Massenbetriebe geschaffen worden sind?

Im Westen Deutschlands gab es eine bäuerliche Landwirtschaft. Im Osten Deutschlands, wo die Kommunisten 45 Jahre regiert haben, dort sind die Massenbetriebe geschaffen worden. Da hätte ich gerne eine Erklärung von Ihnen, wie das möglich war.

Stefan Eck (GUE/NGL), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Das Kapital geht immer dahin, wo es die einfachsten Möglichkeiten hat, sich auszubreiten. Im Osten Deutschlands war diese Möglichkeit gegeben. Bitte erinnern Sie sich aber, woher die Investoren gekommen sind: sehr viele zum Beispiel aus Holland. Das muss man also auch sehen. Es hat nichts mit dieser Partei zu tun. Es hat nichts mit unserem Thema heute zu tun, wo wir über eine Tierschutzstrategie zu sprechen.

Pascal Durand (Verts/ALE). Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, la stratégie 2012-2015 se termine sur un bilan très mitigé et il semblerait que votre Commission ne propose pas, pour la période 2016-2020, de nouvelles mesures, une nouvelle stratégie, et vous nous parlez d'organiser un grand sondage. Il serait totalement incompréhensible – à un moment où votre Commission négocie le traité transatlantique et que nous allons donc parler des conditions d'élevage intensif observées outre-Atlantique – que nous ne légiférions pas sur cette question essentielle.

L'univers concentrationnaire, dans lequel les animaux sont enfermés dans des conditions de captivité insupportables, ne doit pas être toléré en Europe; ces méthodes qui sont importées et que l'on voit mises en œuvre maintenant en France doivent être interdites.

Je vous le demande donc, Monsieur le Commissaire, et les citoyens sont en droit de se le demander, défendons-nous les grands acteurs industriels et les groupes agroalimentaires, ou voulons-nous protéger les animaux et la santé humaine?

Marco Zullo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'articolo 13 del trattato sul funzionamento dell'Unione europea, lo abbiamo ricordato già prima, prevede che l'approccio nei confronti del benessere degli animali va fatto con rispetto e tutela di esseri senzienti. Purtroppo, noi a questo approccio disattendiamo molto spesso, per motivi di ipocrisia, dal mio punto di vista, e per le troppe eccezioni.

Siamo ipocriti per ragioni scientifiche, quando sottoponiamo migliaia di animali a sperimentazione praticamente inutile – questo ce lo dice la scienza stessa. Siamo ipocriti per ragioni culturali: mi riferisco, per esempio, agli animali nei circhi e alla sofferenza che procuriamo loro con delle vite che sono totalmente innaturali. Siamo ipocriti per ragioni religiose: per esempio, con pratiche di macellazione con cui, anche in questo caso, causiamo loro delle sofferenze atroci e completamente inutili.

Allora, signor Presidente, signor Commissario, io mi auguro che la nuova strategia, che è necessaria, debba mettere al centro della sua azione il benessere degli animali in quanto esseri senzienti.

Daniel Buda (PPE). – Doamnă președintă, domnule comisar, doamnelor și domnilor colegi, sănătatea fiecăruia dintre noi depinde în cea mai mare măsură de sănătatea animalelor pe care le consumăm. Aceasta este strâns legată de bunăstarea animalelor generată evident de condițiile de creștere și de hrănire. Tocmai de aceea, salutăm și apreciem eforturile făcute de Comisie în aceste direcții în ultimii ani subliniind încă o dată necesitatea ca acestea să continue cu o și mai mare intensitate.

Comisia și structurile responsabile din domeniu trebuie să se asigure că există permanent o comunicare care să aibă în vedere necesitățile consumatorilor și nevoile fermierilor. În mod obligatoriu trebuie să se asigure un echilibru între interesele celor două entități, astfel încât fiecare dintre acestea să aibă garanția că drepturile lor sunt respectate.

De asemenea, apreciez că la nivelul Comisiei trebuie să existe o preocupare nu doar în ceea ce privește adoptarea unei legislații coerente, simplificate și eficiente la nivelul Uniunii Europene în acest domeniu, dar este obligatoriu să se urmărească îndeaproape implementarea acesteia în statele membre unde, din nefericire, se înregistrează deficiențe serioase sub acest aspect.

În momentul de față există, din păcate, dezechilibre majore pe parcursul lanțului alimentar care îi dezavantajează în mod clar pe fermieri, ceea ce poate constitui un factor limitativ al investițiilor în acest domeniu.

Producătorii sunt copleșiți de obligații administrative iar încercarea permanentă de simplificare a acestora nu trebuie să îngreuneze și mai mult acest sector. Considerăm așadar că fermierilor care și-au asumat responsabilități în acest domeniu trebuie să li se garanteze o stabilitate și o previzibilitate în privința investițiilor, ca și o garanție totodată a unei concurențe loiale la nivel internațional.

Statele membre trebuie astfel să utilizeze mai eficient oportunitățile de sprijin oferite de fondurile europene de dezvoltare rurală pentru a promova cercetarea aplicată și a investi în soluții inovatoare și moderne destinate bunăstării animalelor, astfel încât cetățenii Uniunii Europene să beneficieze de o hrană de calitate și la preturi accesibile fiecăruia.

Marlene Mizzi (S&D). – L-annimali huma hlejjaq li bhalna jhossu, bhalna jweggghu u bhalna jsufu. Insibha diffiċli biex nifhem kif persuni jaslu biex jabbużaw min kreatura li ma tistax tiddefendi lilha nnifisha. Issa, sfortunatament, hafna nies jemmu li l-annimali ghandhom jintużaw biss ghal skopijiet ta' qligh ta' flus, għall-ikel, għax-xjenza, għall-kaċċa, u modi oħra ta' sfruttament.

L-annimali m'għandhomx jiġu abbużati u għandhom jiġu ttrattati b'dinjità u rispett. L-annimali la għandhom vuċi u lanqas għandhom vot biex jipprotestaw il-mod kif il-bniedem jitrattahom. Għalhekk għandna l-obbligu li nitkellmu u niddefendu lil dawk li m'għandhomx vuċi.

Hekk kif l-istrategġja preżenti dwar il-welfare tal-annimali ser tiġi fi tmiemha din is-sena, inhegġgħ lill-Kummissjoni biex timplimenta, minghajr dewmien, il-punti pendenti mill-istrategġja attwali kif ukoll tfassal strategġja ġdida li tkun ta' benefiċċju mhux biss għall-annimali, iżda wkoll għal kull min ihobb u jirrispetta l-annimali. Ejja nuru kemm aħna verament ċivili billi nagħtu l-vuċi u protezzjoni lil dawn il-hlejjaq - li hafna drabi huma hniena u jafu jhobbu hafna aktar mill-bniedem.

Julie Girling (ECR). – Madam President, more enforcement in coordination of the regulations that we already have is key to improving the welfare of animals. We know how important the health of livestock is to the success of European farming. It is vital for animal welfare that we continue to support European meat production and do not promote what I call 'animal welfare leakage' by putting our own farmers out of business and ending up with more imports.

This does not mean, of course, that there should be no control. Mistreatment of animals must be prevented and care standards must be maintained, and indeed improved. Issues such as transportation are, of course, best dealt with at a European level, as trucks move across borders in the single market – notwithstanding Mr Deß's experience today. But many issues can be dealt with at Member State level. Many Members here have suggested that there is a lot of talk about animal welfare and little action. That is simply not the case. We have the highest standards in the world. Let us stop talking ourselves down. We just need to make sure that Member State governments enforce them.

Josep-Maria Terricabras (Verts/ALE). – Madam President, to ensure a real new animal welfare strategy, we should include in it the fundamental idea which lies behind the protection and welfare of animals. This idea is a philosophical and ethical principle which we usually do not mention, namely this: we have to protect animals because they have rights. Certainly, according to the necessary correlation between right and duties, the fact that we feel obliged to protect animals implies that we recognise the right to be protected and that they have rights. This should be explicitly included in our document, since it is the basis on which we construct our protection and welfare strategy.

Annie Schreijer-Pierik (PPE). – Wij spreken over de voortzetting van de dierenwelzijnsstrategie. Ik ben daartegen en wel om de volgende reden. De richtlijnen en verordeningen moeten worden uitgevoerd en die instrumenten hebben wij in dit Parlement. Verschillende ministers hebben tijdens het debat in Nederland dan ook vaak gezegd dat dit vanuit Europa moet. Heel veel boeren in Nederland hebben deze richtlijnen en verordeningen al uitgevoerd.

Nu hebben we een ongelijk speelveld, hoge kosten voor de boer en de burger betaalt niet. De praktijk wijst dit uit en recentelijk hebben wij in dit Parlement nog gesproken over de crisis in de landbouw. Voortzetting betekent in dit Parlement dan ook vaak zwaardere eisen voor de boeren en daar kan ik op dit moment echt niet in meegaan. We spreken nu over dierenwelzijn. Maar het zou eigenlijk moeten gaan over mensenwelzijn. Vluchtelingen laten wij in Europa uren in de kou lopen - daarbij denk ik aan ouderen en kleine kinderen - terwijl dieren tijdens het transport verwarming, ventilatie en drinken hebben. En dan hebben wij het nu over een rijtijdverkortung van acht naar zeven uur.

In Nederland zegt het kabinet: als er geen plek is voor vluchtelingen moeten de mensen maar buiten in de kou slapen, in de sneeuw. Bij de dieren zijn verwarming, hokoppervlakte en licht aan zware eisen onderworpen en men heeft daaraan al voldaan. Hebben wij in dit Parlement niet wat anders te doen? Een resolutie over Parijs van de EVP werd niet gesteund. Laten we aan de slag gaan met het agendapunt van vandaag. Laten we de mensen helpen en oplossingen zoeken voor de echte crisis in Europa en dat is asielbeleid, goede opvang en gezamenlijke aanpak van de terreurbeweging ISIS. Daarom zou nu mensenwelzijn hoger op de agenda moeten staan dan dierenwelzijn, waar ik overigens altijd keihard achter heb gestaan.

[De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.]

Peter Jahr (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Frau Präsidentin!

Ich denke, unsere Kollegin Frau Schreyer-Pierik hat die Situation aus Sicht der Landwirte richtig geschildert.

Mich beschäftigt zunehmend die Frage: Sollten wir uns als Europäisches Parlament nicht auch einmal mit dem Tierschutz von Heim- und Haustieren beschäftigen, weil dort wenig festgelegt und wenig kontrolliert wird? Ich meine, Tiere leiden auch im Haus- und im Heimtierbereich. Wäre das nicht ein Thema für das Europäische Parlament?

Annie Schreyer-Pierik (PPE), *“blauwe kaart”-antwoord*. – Een totaal bekend punt. Dit hebben we in Nederland in het parlement al vaak uitgesproken. Maar dezelfde burgers die met 10 honden of katten op een flatje acht hoog zitten, zeggen dat mijn varkens geen goede plek hebben en niet goed verzorgd worden. Daarom vind ik ook dat je alle sectoren en alle dierenaangelegenheden hierbij moet betrekken.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señora Presidenta, señor Comisario, estamos finalizando la segunda estrategia sobre bienestar animal, que concluye a finales de este año. Es la segunda estrategia que llevamos.

Tenemos una normativa amplia que ha significado una diferente aplicación. Se decía en los objetivos de esta estrategia —cuyo resultado yo estoy muy interesada en conocer— que era necesario abordar los problemas de una forma más integral, con una armonización más integral de un marco común sobre el bienestar animal. Ese era el resultado que se esperaba de esta segunda estrategia.

Yo estoy muy interesada en conocer el resultado. Por lo tanto, esperemos a ver el resultado de esta segunda estrategia. Además, yo también quiero conocer el Eurobarómetro y ver qué opinan los ciudadanos europeos, ver cuál es su preocupación y si están dispuestos a pagar más por mejorar el bienestar animal.

Pero, sobre todo, quiero decir que, después de esa evaluación, habrá que ver cuál es el resultado. Yo creo que tenemos una normativa acorde. Hay que ver si los Estados miembros la están abordando por igual y, además, espero que seamos conscientes de si en los acuerdos con terceros países somos tan exigentes o no somos tan exigentes.

PUHETTA JOHTI ANNELI JÄÄTTEENMÄKI*varapuhemies*

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Pani Przewodnicząca! Na początek chciałbym przypomnieć, że zaledwie dziewięć spośród dziesięciu działań zawartych w strategii na rzecz ochrony i dobrostanu zwierząt z lat 2012-2015 zostało do tej pory zrealizowane. W związku z tym Komisja powinna nie tylko odrobić opóźnienia w tym zakresie, ale także zaproponować nowe, zharmonizowane, zaktualizowane i kompleksowe normy prawne w celu pełnego wdrożenia wymogów 13. artykułu Traktatu o funkcjonowaniu Unii. Takie ogólnounijne normy prawne w tym zakresie zapewnią hodowcom zwierząt gospodarskich w Unii równe szanse produkcji, a tym samym przyczynią się do poprawienia funkcjonowania rynku wewnętrznego.

W takiej sytuacji Komisja powinna także, podczas negocjowania dwustronnych umów handlowych z państwami trzecimi, zapewnić przestrzeganie przez nie europejskich zasad dobrostanu zwierząt przy eksporcie zarówno zwierząt gospodarskich, jak i produktów zwierzęcych przeznaczonych do obrotu w Unii Europejskiej. Bez przestrzegania takich reguł przez eksporterów z państw trzecich unijna produkcja zwierzęca będzie niestety coraz bardziej zagrożona.

Angélique Delahaye (PPE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, je me félicite que cette question soit mise à l'ordre du jour. Il est important que le Parlement puisse en débattre en amont du travail de la Commission européenne.

Le bien-être animal est un sujet important aux yeux des Européens. Nos concitoyens cherchent en effet, de plus en plus, à consommer de manière responsable. Ils exigent aussi de connaître l'origine des produits alimentaires et les conditions dans lesquelles ceux-ci arrivent dans leurs assiettes. Dans ce sens, il est nécessaire à mes yeux de saluer les efforts et les progrès réalisés par les différentes filières. De plus, les éleveurs sont impliqués dans le bien-être animal, indissociable d'une production de qualité.

Si la Commission entend poursuivre son travail avec l'élaboration d'une nouvelle stratégie, celle-ci devra être pragmatique et objective, en incluant l'ensemble des acteurs, professionnels et consommateurs. En d'autres termes, elle ne devra pas pointer du doigt les acteurs des filières de l'élevage mais promouvoir les bonnes pratiques et encourager les progrès.

Par ailleurs, comme je l'ai déjà souligné à maintes reprises, on ne peut plaider, d'un côté, en faveur du bien-être animal et imposer, de l'autre, des contraintes disproportionnées à nos éleveurs. Il est essentiel de veiller à une cohérence entre les législations que nous mettons en place et les conséquences qu'elles peuvent avoir sur les modèles d'élevage en Europe. Il faut tenir compte des demandes déjà faites aux éleveurs.

L'exemple de la directive NEC sur les plafonds d'émissions des États membres pour les principaux polluants est révélateur de la difficulté de mise en cohérence des objectifs avec la réalité du terrain.

En effet, le consommateur souhaite, à la fois la réduction des gaz à effet de serre et l'élevage en plein air. Cependant la captation du méthane exige soit d'enfermer les vaches, soit de les intuber, situation contradictoire et incompatible. Je vous laisse imaginer la difficulté...

Karin Kadenbach (S&D). Frau Präsidentin, Herr Kommissar! „Trotz der Krise, trotz der Wirtschaftskrise müssen wir über Tierschutz reden.“ So habe ich vor einigen Jahren, als es um die Strategie 2012-2015 ging, meine Ausführungen begonnen. Denn auch damals hat man aufgrund einer Wirtschaftskrise versucht, uns zu diktieren, dass wir uns nicht mit den Angelegenheiten des Tierschutzes, der Tierwohlfahrt beschäftigen dürfen. Noch weniger dürfen wir unsere Tagesordnung – unser Denken und Handeln – durch terroristische, durch brutale mörderische Übergriffe diktieren lassen. Wir müssen hier in diesem Haus zu unserer Tagesordnung stehen und diese Anliegen, die uns wichtig sind, auch im Anblick der Krise, auch im Anblick des Terrors formulieren.

Heute geht es darum, einen wichtigen Punkt des Europäischen Vertrags, nämlich den Artikel 13, umzusetzen. Der sagt: Tiere sind fühlende Wesen. Wir dürfen sie nicht ignorieren, und ich bin felsenfest davon überzeugt, dass Sie gemeinsam mit Ihrem Team eine Strategie für die Zukunft auf den Tisch legen werden, weil Sie davon überzeugt sind – und das weiß ich aus Ihrer Tätigkeit auch im Zusammenhang mit dem Gesundheitsausschuss –, dass Tierwohl und Menschenwohl, Tiergesundheit und Menschengesundheit nicht voneinander zu trennen sind. Wir werden nur gemeinsam ein Europa für die Menschen haben, wenn wir auch ein Europa haben, in dem Tierwohl und Tierrechte groß geschrieben werden.

Daniel Dalton (ECR). – Madam President, we have the strictest animal welfare rules in the world, but if they are not enforced, they are worthless. Therefore, enforcement is key. There is no point in having another animal welfare strategy unless we recognise that the existing rules are widely ignored and that they are often only given lip service in many Member State ministries. We see this problem across animal welfare legislation, for example in animal transport rules, where spot checks have shown that the reality is miles away from the legislation. The case of puppy-smuggling is another example: here, existing regulations to prevent unhealthy animals being transported across Europe are not being respected and the pet passport scheme is being abused. We do not need new legislation; more new legislation which we cannot enforce will just make a mockery of all animal welfare legislation. We need existing legislation to be properly enforced, and to do this, the Commission needs to be much stronger with those reticent Member States; we need to share best practices between Member States; and we need to foster a culture of animal welfare throughout Europe. Only by doing this will we reach common standards at the highest level, not at the lowest.

Franc Bogovič (PPE). – Evropski kmetje, prav tako evropska kmetijska politika, so lahko ponosni na to, kar je bilo na področju dobrobiti živali narejeno v zadnjih desetih, petnajstih letih.

Sam sem podrobno spremljal ta razvoj dogodkov v svoji državi, v Republiki Sloveniji, kot kmetovalec ali pa – če hočete – tudi kot kmetijski minister. In poznam prizadevanja kmetov, kako so spreminjali hleve, tako v govedoreji, prašičereji, kakor tudi v perutnini, in mislim, da je bil res narejen zelo velik napredek in znatna sredstva so bila prispevana tudi iz evropskega kmetijskega denarja.

V naslednjih korakih je potrebno zagotovo najprej videti, kaj od tega, kar smo si zapisali, je že storjeno, o korakih, katerih še kdo ni naredil, se je potrebno pogovoriti, da jih naredi, da bo kmetijstvo v Evropi enotno in da bomo imeli zagotovilo, da je za evropskim kmetijstvom tudi enotna politika na področju dobrobiti živali.

Za naslednje korake je zagotovo potrebno skupaj s kmeti, kakor tudi s potrošniki, spregovoriti in trezno, premišljeno iti korak za korakom naprej, ne biti prehitri.

Na drugi strani pa mislim, da je nujno potrebno, da smo zelo kritični in damo pod drobnogled tudi tiste države, od koder uvažamo mesne izdelke, kajti lahko se nam zgodi, da bomo ob brezkompromisnem in nekritičnem uvažanju takšnih izdelkov zelo ogrozili tudi evropsko kmetijstvo, evropsko živinorejo, in kot je bilo že danes rečeno, najprej bodo propadle male kmetije v območjih s težkimi pogoji pridelovanja.

Zagotovo pa bo potrebno biti pozoren pri teh standardih za dobrobit živali tudi pri vseh trgovinskih sporazumih, kajti tam je pa nova past, da lahko zaradi neenotnih pravil evropski kmet zopet potegne kratko plat.

Paul Brannen (S&D). – Madam President, European citizens are looking to the Commission for decisive action to safeguard animal welfare. The new animal welfare strategy should be a starting point to introduce European framework legislation on animal welfare, supported by a one-stop-shop for animal welfare within the Commission – the only guarantee that animal welfare issues will be dealt with in a coordinated and efficient manner.

Animals, as we have heard tonight, are sentient beings, and this principle must underpin the thinking around the new animal welfare strategy. Only having realised this basic truth can we address the most pressing animal welfare issues across the EU and beyond: to improve the welfare of farm animals, to end live exports to third countries and to curb the illicit trade in puppies and exotic pets. These, and many other issues, demand attention. It is time for a new and robust strategy.

Maria Noichl (S&D). – Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Kommissar! Für mich stellt sich die Frage: Warum nicht? Warum soll es keine neue Strategie für den Tierschutz geben? Was ist der Hintergrund? Nicht nur in diesem Ausschuss, wenn es um die Strategie für den Tierschutz geht, sondern auch in anderen Ausschüssen müssen wir als Parlament erfahren, dass Strategien nicht mehr auf den Weg gebracht werden. Ich möchte als weiteres Beispiel die Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter in Europa nennen. Warum nicht? Warum sperrt sich die Kommission dagegen, ganz klare Ziele zu benennen, einen ganz klaren Weg zu benennen, einen Aktionsplan mit Daten, sodass man wirklich auch erkennen kann, wie die Fortschritte in Europa sind? Es ist für mich überhaupt nicht vorstellbar, dass diese vielen Themenbereiche, die von meinen Kolleginnen und Kollegen angesprochen worden sind, einfach so dahinplätschern. Wir brauchen einen klaren Rahmen, und wir brauchen eine Strategie.

Ich muss ganz ehrlich sagen, dass ich den Bereich der Humanmedizin, den Sie bearbeiten, sehr schätze. Ich fordere Sie hier noch einmal auf, in ähnlicher Weise, in ähnlich klarer Ansage im Bereich des Tierschutzes zu agieren. Wir brauchen eine Strategie, und zwar sofort!

Tibor Szanyi (S&D). – Elnök Asszony, az állatjóléti intézkedések valóban nagyon fontosak, és ezek folyamatosságát biztosítani kell, noha ennek jogi vagy eljárási formáját illetően nyilván lehetnek viták. A stratégia kialakításánál azonban kiemelt szerepet kell kapjon az innováció, az oktatás és a különböző pénzügyi alapok közötti koherencia. Megjegyzem, hogy az állatjóléti előírások az EU-ban már kiemelkedőek, amint azt De Castro kollégám is elmondta, így csökkenteni tudjuk az intenzív állattartás negatív hatásait. Ezt a magas szintet persze nagyon nehéz tovább emelni, és ne felejtjük el, hogy a haszonállatok nagy része háziiasított, természetes közegben immár meg sem tudnának élni. Inkább az EU-n kívüli országokat kellene ösztönözzük arra, hogy vegyék át a gyakorlatainkat.

A stratégia viszont a kedvtelésből tartott állatokra is tartalmazhatna referenciákat, a Parlament, az Európai Parlament már 2012-ben rámutatott ennek szükségességére, de ennek ellenére a mai napig nincs koherencia a jogszabályok között. Ne legyünk engedékenyebbek az ő esetükben pusztán azért, mert nem esszük meg őket.

Michela Giuffrida (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la strategia per il benessere degli animali 2012-2015 ha avuto un impatto positivo sulle misure e le azioni intraprese a favore del miglioramento delle condizioni di vita degli animali. La mentalità per fortuna sta cambiando e l'attenzione e la sensibilità per il benessere degli animali sono sempre maggiori. In verità, l'opinione pubblica è molto più avanti delle istituzioni e noi abbiamo il dovere di ascoltare chi ci pone casi e situazioni di perpetuata violenza ed enorme crudeltà.

Quest'anno siamo riusciti ad approvare il regolamento sulla salute degli animali, in cui abbiamo chiaramente scritto che la salute non può prescindere dalle condizioni generali in cui versano gli animali: un animale maltrattato non può essere mai e poi mai un animale in salute. Un primo grande passo l'abbiamo fatto e oggi chiediamo alla Commissione di continuare in questa direzione.

Bisogna elaborare una strategia che affronti le situazioni e i casi di crudeltà e violenza, su cui incidere e da fermare: penso alla mattanza delle isole Fær Øer, che deve finire e al più presto.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Senhora Presidente, até onde devemos ir em termos de legislação para o bem-estar animal? É uma questão que tem sido baseada num compromisso entre melhorar as condições de sanidade física e psicológica dos animais e o impacto financeiro sobre os produtores. Com a intensificação da produção, não poderemos nunca ceder nos objetivos de melhorar de forma contínua o bem-estar animal. Quanto ao bem-estar dos animais aquáticos, é preciso garantir que as produções em aquacultura, e especialmente as intensivas, têm as condições adequadas. Sabemos que algumas condições de estabulação são no mínimo questionáveis.

Assim, solicito à Comissão a indicação dos resultados da investigação científica, obtida sob a égide da estratégia 2012-2015. Há ainda questões relacionadas com o sofrimento animal durante o processo de pesca. Realço que esta questão estava omissa na Comissão de 2012 e valia a pena iniciar a sua reflexão para o futuro.

Miroslav Mikolášik (PPE). – Máme dnes tému dobré životné podmienky zvierat a myslím si, že je to veľmi dôležitá téma a musíme sa ňou zaoberať. Či už máme na mysli zvieratá, ktoré sú chované vo veľkochovoch, ktoré sú chované v podmienkach, ktoré nie sú celkom vyhovujúce, ale aj spoločenské zvieratá. Viacerí z kolegov to už spomínali. Aj pre nich by sme mali vedieť nájsť tú správnu mieru chovu.

Rád by som sa dotkol aj takých otázok, ktoré nie sú doriešené, a to sú rôzne nevhodné spôsoby porážky alebo rôzne zbytočné niekedy až pokusy na zvieratách. I keď, povedzme si zase otvorene, keby išlo o nový liek, ktorý by vďaka testovaniu bol pre ľudí, naše deti trebárs, potrebný, tak by sme našli správnu mieru.

Na druhej strane, napríklad, robíme veľké chyby pri transporte zvierat. Rád by som sa dotkol aj otázky – klonované zvieratá. Veľmi trpia, majú veľké bolesti, veľké ťažkosti a som rád, že Parlament odmietol výrobu mäsa z klonovaných zvierat.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il raggiungimento di un elevato livello di benessere degli animali è un elemento imprescindibile per proteggere la loro salute e garantirne la produttività. La strategia dell'Unione europea per la protezione e il benessere degli animali 2012-2015 è stata sicuramente un passo avanti ma molto si deve ancora fare.

La Commissione è chiamata a elaborare una nuova e più ambiziosa strategia per la protezione del benessere degli animali nel periodo 2016-2020, presentando una proposta di quadro legislativo semplificato: le attuali norme nazionali in materia di benessere degli animali, a causa della loro complessità e delle interpretazioni divergenti, creano infatti incertezza giuridica e uno svantaggio concorrenziale per i produttori. Una maggiore armonizzazione a livello comunitario è dunque necessaria.

Allo stesso tempo l'auspicabile proposta della Commissione deve essere orientata a dare un forte sostegno agli allevatori che rispettano le norme e le buone prassi dell'allevamento degli animali e che investono in migliori strutture agricole e dovrebbe riguardare tutti gli animali in cattività e abbandonati, compresi gli animali randagi di specie domestica, con l'obiettivo ultimo di raggiungere finalmente un maggiore e generale benessere degli animali.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η προστασία της ευζωίας των ζώων είναι ένα σημαντικότερο ζήτημα που πρέπει να λάβει υπόψη της η Επιτροπή. Η στρατηγική της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την προστασία και την καλή μεταχείριση των ζώων για την περίοδο 2012-2015 έφερε αρκετά θετικά αποτελέσματα βοηθώντας στην εξάλειψη του φαινομένου βασανισμού των ζώων.

Συχνά όμως σε ολόκληρη την επικράτεια της Ευρώπης συναντάμε βασανισμούς και κακομεταχείριση των ζώων. Θα πρέπει επίσης να επισημανθεί ότι σε παγκόσμιο επίπεδο τα ζώα κυριολεκτικά βασανίζονται και υποκύπτουν με φρικτούς πόνους στο βωμό της αισχροκέρδειας όπως συμβαίνει με την φαινοθηρία.

Θα πρέπει λοιπόν Ευρωπαϊκή Επιτροπή να λάβει πολλαπλά πρόσθετα μέτρα με γνώμονα την καλή μεταχείριση των ζώων και φυσικά την προστασία αυτών από κάθε είδους πρακτικές βασανιστηρίων ή ανάλογων πρακτικών που οδηγούν στην κακή μεταχείριση των ζώων.

Τέλος, θα πρέπει να υπάρξει μια πρόταση για ένα απλουστευμένο νομοθετικό πλαίσιο της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την καλή διαβίωση των ζώων.

Ulrike Müller (ALDE). – Frau Präsidentin, liebe Kollegen! Ich begrüße alles, was zu mehr Wohlergehen der Tiere beiträgt, und dies hat auch oberste Priorität bei den allermeisten Landwirten innerhalb der EU.

Die Tierhaltungsformen haben sich in den letzten dreißig Jahren hervorragend weiterentwickelt. Wir sind mit großen Schritten vorangekommen, und auch die Investitionsprogramme, die als Anreiz für die Landwirte, in moderne Stallhaltungsformen zu investieren, aufgelegt wurden, waren gute Instrumente. Die Schweiz zertifiziert zum Beispiel Stalltechniken, die das Tierwohl besonders fördern. Auch das wäre ein Ansatz für uns.

Wir brauchen machbare Wege und umsetzbare Prozesse. Gemeinsame Märkte dürfen nicht verloren gehen. Allerdings sehe ich schon ein großes Problem darin, dass wir innerhalb der 28 Mitgliedstaaten so unterschiedlich mit dem Tierwohl umgehen. Hier brauchen wir eine Harmonisierung. Mir wäre es ein großes Anliegen, einen Tierhaltungsschein für sämtliche Heimtierbesitzer einzuführen. Die Landwirte haben eine gute Ausbildung, und jeder Privatbesitzer sollte dies auch haben.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhora Presidente, os atentados ao bem-estar animal são uma consequência de uma agricultura cada vez mais submetida à lógica do lucro, num mercado global cada vez mais competitivo. Os níveis absurdos de intensidade produtiva que temos na União Europeia, seja ao nível das poedeiras ou da produção intensiva de porcos, aves ou coelhos, não resultam de qualquer capricho por parte dos nossos agricultores. Trata-se de uma contingência que os obriga a maximizar a produtividade animal sob pena de pura e simplesmente não conseguirem garantir a rentabilidade das suas explorações.

É esta contingência que está por resolver. Uma contradição entre uma Política Agrícola Comum cada vez mais liberal, orientada para os mercados e que empurra os agricultores para modelos produtivistas onde o lucro se sobrepõe ao bem-estar animal, e também todas as evidências científicas que nos alertam, todos os dias, para a necessidade de parar com esta loucura. Parar em nome do bem-estar animal, da biodiversidade e da saúde pública.

Importa por isso alargar a nossa equação agrícola a outras variáveis sociais e ambientais, em nome da sobrevivência do nosso planeta.

Jonathan Arnott (EFDD). – Madam President, subsidiarity would suggest that decisions should be taken as close as possible to the citizen. Most issues which have been raised today – however nobly – could be dealt with better by nations themselves. One-size-fits-all laws are not always necessary. For example, Member States need to have the power to end live animal imports and exports in their own countries in order to deal with this cruelty. I raise also comments about exotic pets, and particularly the threat that any legislation could have to ornamental fish in the UK, and to thousands of jobs, including some in my constituency which could be affected.

Finally, I would say that sensible debate is needed. Sadly, in the United Kingdom we have seen alarmism from the Labour Party, with the shadow cabinet member responsible having suggested that meat be treated like tobacco, with public health campaigns to stop people eating it. I suspect that with those comments she offended meat eaters and smokers alike.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Vytenis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Madam President, I have listened very carefully and with close attention to your interventions on this important subject, and I share your view that the European Union should continue to be active on animal welfare. I hear different approaches and proposals: for a framework animal welfare law, a new animal strategy, or a European Union platform for animal welfare with strong enforcement, or a situation to evaluate today's strategy.

All those options have been and are being discussed in my Cabinet and with the services, and we have decided to start with a Eurobarometer survey. This is not only a matter of interest for the general public but is also about creating added value – innovation enclosed in the European Union food chain – and therefore concerns a wide range of stakeholders.

In the light of the completion of the European Union strategy on animal welfare, new information will become available in 2016 that could allow a response to the many varied yet legitimate expectations of European Union citizens and stakeholders. In addition, proper enforcement of the European Union acquis will continue to be a key priority. A study to be completed soon, and the result of the next Eurobarometer survey, will also look at what role responsible education and information to citizens can play in this regard.

With the forthcoming adoption of the proposal on official control, the European Union will have the opportunity to create European reference centres for animal welfare, giving a strong impetus for promoting the issue among stakeholders.

Furthermore, I believe that European Union animal production must seek to profit from its advantageous position as a world leader on animal welfare to drive forward this trend and to further explore markets, calling for high standards for animal welfare. I am looking forward to the resolution of this Parliament.

In conclusion, let me reassure Parliament that the Commission takes animal welfare issues very seriously. We will continue to work on integrating these issues into the wider perspective for the future of the European Union food chain.

President. – Motions for resolutions tabled in accordance with Rule 128(5) of the rules of Procedure will be announced later.

The debate is closed.

The vote will take place on Thursday, 26 March 2015.

Written statements (Rule 162)

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – Sono rammaricato di constatare la scarsa ambizione della proposta. Vari principi devono essere chiaramente sanciti sia nei trattati che nella pratica: il pieno rispetto da parte delle legislazioni europee e nazionali dell'articolo 18 TFUE, ovvero che gli animali vengano considerati esseri senzienti; il graduale ma definitivo abbandono della sperimentazione animale, la cui validità è contestata da moltissimi studi scientifici, rispettando quanto richiesto da «Stop Vivisection»; il divieto dell'utilizzo degli animali selvatici negli spettacoli circensi, dove sono costretti a vivere un'esistenza innaturale e mortificante – si richiede l'uniformità di regole nazionali che già esistono in 18 Stati membri; un impegno concreto per la chiusura di tutti i delfinari, dove cetacei con altissimo grado di intelligenza e socialità sono rinchiusi a vita; il miglioramento, anche attraverso ripartizione adeguata dei fondi PAC, delle condizioni di impiego degli animali per lo sviluppo rurale. In quanto membro dell'intergruppo sul benessere animale, cercherò, insieme alla Delegazione M5S Europe di portare avanti questa lotta civile.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – Tisztelt Képviselőtársak! Teljes mértékben egyetértek az Európai Néppárt álláspontjával, hogy jelen helyzetben – amikor Európa biztonsága megingott és összefogásra lenne szükség minden téren – felesleges és értelmetlen állatjóléti kérdésekről, esetleges „problémákról”, vitázni. A fentieket alátámasztja az a tény is, hogy jelenleg a legszigorúbb állatjóléti követelmények az EU-ban vannak a Földön, így az Unió példát mutat ezen a területen a Világnak. Sokkal inkább arra kellene hatékony megoldást találni, hogyan nehezítsük meg azon élelmiszerek EU-ba történő bejöttét, amelyek előállításánál során nem az uniós szabályokkal ekvivalens követelmények alapján tartják az állatokat. Itt a szigorú állatjóléti követelményeket betartó gazdák versenyképességéről van szó, így mindent meg kell tennie az Európai Bizottságnak és a többi uniós intézménynek és ügynökségnek is, hogy egyedül az uniós szabályokkal ekvivalens követelményeknek megfelelően előállított élelmiszer jöhessen be az EU-ba.

Neena Gill (S&D), in writing. – Animal welfare is a topic on which constituents from my region are continuously writing me, on issues ranging from addressing badger cull and fox hunting in the UK, over life animal exports, to bull fighting in Spain, the situation of stray dogs in Romania and whaling in the Faroe Islands. This proves the trust vested in EU institutions to take action on a topic that is close to people's hearts. While I acknowledge the important role played by the Commission in improving animal welfare over the past years, crucial steps remain to be taken. The recognition that animals are sentient beings should be the basis of any effective piece of legislation aiming to protect the wellbeing of animals. Yet the majority of existing acts fail to recognise this key principle. And while the adoption by the Commission of a Strategy on the Protection and Welfare of Animals 2012-2015 has been a crucial step in improving animal welfare, it is disappointing that only 9 out of the 19 actions contained in it have been implemented. I count on the Commission to build on progress it has made with a strategy for 2016-2020 that investigates why this has been the case and draws lessons from failure as well as success.

Beata Gosiewska (ECR), na piśmie. – Komunikat Komisji w sprawie unijnej strategii ochrony i dobrostanu zwierząt 2012-2015 był krokiem w dobrym kierunku, ponieważ był mapą drogową z konkretnymi działaniami w zakresie unijnej polityki dobrostanu zwierząt. To dobrze, że Komisja uwzględniła w nim uwagi Parlamentu Europejskiego z rezolucji z maja 2010 r. Niestety jak do tej pory tylko 9 na 19 działań zaplanowanych przez Komisję zostało wykonanych. Komisja musi jak najszybciej wprowadzić w życie brakujące elementy strategii 2012-2015. Należy kontynuować wysiłki w tym zakresie. Oczekuję, że Komisja przedstawi nową propozycję w sprawie dobrostanu zwierząt na 2016-2020. Konieczna jest również lepsza implementacja prawa unijnego. Pragnę zaznaczyć, że harmonizacja przepisów nie może doprowadzić do niższych standardów. Znęcania się nad zwierzętami nie można usprawiedliwić w żaden sposób. Dlatego oczekuję, iż Komisja wprowadzi zakaz znęcania się zwierzętami bez wyjątków na terenie całej Unii Europejskiej. Przepisy w zakresie ochrony zwierząt żywych i w czasie transportu powinny być zaktualizowane na podstawie rezolucji Parlamentu 2012/2031. Komisja powinna również dopilnować, aby standardy dobrostanu zwierząt były zawarte w negocjowanych umowach z krajami trzecimi i przestrzegane przez eksporterów spoza UE.

Bronis Ropė (Verts/ALE), raštu. – Diskusija dėl europinės gyvūnų gerovės strategijos yra svarbi keliais aspektais. Vieną vertus, gerai, kad mes, europiečiai, net ir teroro išpuolių kontekste galime diskutuoti dėl konkrečių Europos ateities kūrimo aspektų. Kartu gaila, kad svarbią gyvūnų gerovės klausimui, tiesiogiai susijusiam ne tik su vertybėmis, bet su beveik kiekvieno europiečio skrandžiu, yra skirtas tik vėlyvas pirmadienio vakaras. Kalbant apie rengiamą dokumentą, norėčiau paklausti gerbiamo Komisijos nario, kaip naujoje strategijoje Komisija ketina užtikrinti, kad 2016-2020 m. laikotarpiu bus įgyvendintos visos numatytos gyventojų gerovės priemonės. Jei neklystu, dabartinėje strategijoje iš numatytų 19 priemonių pilnai įgyvendintos tik penkios. O juk šis klausimas daro įtaką ne vien gyvūnų savijautai, bet ir maisto kokybei! Antras dalykas, į kurį norėčiau atkreipti Jūsų visų dėmesį, yra pats klausimo objektas. Mes diskutuojame dėl gyvūnų, visų pirma, maistui naudojamų naminių gyvūnų gerovės reguliavimo. Bet ar nesusimąstome, kad pernelyg įsigilinus į gyvūnų gerovės reguliavimą, mes nebeskiriamo pakankamai dėmesio pačiai gyvulininkystės sektoriaus gerovei? O juk bent jau keliose valstybėse narėse, įskaitant tokius atvejus, kaip kiaulininkystė ar pienininkystė, mano šalyje – Lietuvoje – atskiros žemės ūkio sritys sėkmingai artėja link išnykimo ribos tiek dėl rinkos krizės, tiek dėl nesąžiningų komercinių praktikų, tiek ir dėl nacionalinio ar europinio reguliavimo spragų ir nenoro gelbėti tol, kol dar yra ką gelbėti.

Beatrix von Storch (ECR), schriftlich. – Ich werde der Entschließung des Europäischen Parlaments zum Entschließungsantrag über eine neue Tierschutzstrategie für den Zeitraum 2016-2020 zustimmen. Die Maßnahmen erscheinen mir ausgewogen. Die von Linken und Grünen eingebrachten Änderungsanträge im Hinblick auf einen besseren Schutz bestimmter Tiere – Fische, Schweine, Legehennen, Jagdwild etc. – werde ich durch die Bank ablehnen, weil sie stets ein Handeln der EU-Kommission einfordern. Das lehne ich ab. Ich wende mich gegen größere Kompetenzverlagerungen auf die EU. Die EU soll keine Vorgaben machen. Ich schließe also nicht aus, dass ich einzelne entsprechende Vorhaben auf nationalstaatlicher Ebene unterstützen könnte. Die EU sollte jedoch von ihrer Vielfalt leben, die am besten dadurch gewährleistet wird, dass gerade schwierig zu entscheidende und umstrittene Fragen verschiedene Lösungen finden – sprich weniger EU, mehr Selbstbestimmung.

15. Verringerung von Ungleichheit mit besonderem Schwerpunkt auf Kinderarmut (kurze Darstellung)

President. – The next item is the debate on the report by Inês Cristina Zuber on behalf of the Committee on Employment and Social Affairs, on reducing inequalities with a special focus on child poverty (2014/2237(INI)) (A8-0310/2015).

Inês Cristina Zuber, relatora. – Senhora Presidente, na União Europeia, atualmente, mais de uma em cada quatro crianças vive em risco de pobreza ou de exclusão social. Em 2013, 26,5 milhões de crianças na União Europeia corriam o risco de cair na pobreza e exclusão social. São números dramáticos. As políticas que fizeram empobrecer as famílias da União Europeia são as mesmas que atiraram as crianças para a pobreza, negando-lhes muitos dos direitos que constam da Convenção sobre os Direitos da Criança, nomeadamente os direitos à saúde, educação e proteção social.

Neste relatório explicitamos bem claramente aquilo que os vários estudos apontavam, mas que parece que aqueles que insistiram nas políticas de austeridade, denominadas de consolidação orçamental, ignoraram. Os principais fatores que contribuem para a pobreza infantil são as políticas de redistribuição da riqueza, a eficácia da intervenção governamental através de apoio ao rendimento. É evidente que o aumento do emprego é o instrumento mais eficaz na luta contra a pobreza. É evidente que a degradação das políticas salariais e dos sistemas de proteção social a nível nacional aumentam a pobreza infantil. Mas o emprego por si só não basta. O drama dos dias de hoje reside no facto de que o risco de pobreza infantil persiste em famílias com alta intensidade laboral, como é o caso da Roménia, Lituânia, Portugal,

Espanha e outros. Hoje sabe-se que os pais trabalhadores que não têm acesso a creches veem-se muitas vezes forçados a deixar as crianças entregues aos cuidados de outra criança ou a recorrer a redes de cuidados informais pagos e não certificados, o que coloca em causa a segurança e o bem-estar das crianças.

Por isso, neste relatório recomendamos aos Estados-Membros legislações laborais que garantam direitos sociais, incluindo um salário mínimo obrigatório adequado que respeite as práticas nacionais e os acordos coletivos e que proporcione uma maior segurança às famílias e combata os vínculos precários, promovendo trabalho com direitos sociais.

Por isso, neste relatório instamos a Comissão Europeia a abster-se de recomendar reformulações e cortes na administração pública dos Estados-Membros, de promover a flexibilização das relações de trabalho e a privatização de serviços públicos, as quais têm conduzido, inequivocamente, ao enfraquecimento dos direitos sociais das crianças.

Mas neste relatório existe uma perspetiva fundamental: a de que as políticas efetivas de prevenção da pobreza são aquelas que garantem o acesso universal e gratuito aos serviços públicos, e não aquelas que apenas se preocupam em compensar as crianças já em situação de pobreza infantil. São os estudos que concluem que as políticas universais em matéria de apoios oferecem uma melhor proteção contra a pobreza infantil. Assim, neste relatório, defendemos os serviços públicos, gratuitos e universais de elevada qualidade, particularmente no que se refere à assistência a crianças, educação, saúde, habitação e atividades de lazer. Por isso, defendemos subvenções sociais universais dirigidas às crianças, como seu direito próprio e intrínseco. Incentivamos legislações que protejam ou aumentem os direitos de maternidade e paternidade, salvaguardem o regresso ao trabalho das mulheres após a gravidez e a licença de maternidade e apoiem as famílias monoparentais, que são maioritariamente femininas.

No nosso relatório não consideramos apenas a pobreza monetária, mas também as privações multidimensionais, e por isso defendemos métodos estatísticos que integrem indicadores multidimensionais. Consideramos também que se deve fazer uma melhor utilização dos fundos estruturais da União Europeia para combater a pobreza infantil. Votaremos contra as partes que foram incluídas no relatório que consideram que esta tragédia pode ter resolução através do Semestre Europeu ou das regras da União Económica e Monetária, porque consideramos que aquilo que causa em grande parte o problema deve ser combatido e não pode ser parte da solução.

Queremos agradecer, por fim, a todos os que contribuíram para a realização deste relatório, nomeadamente a várias organizações portuguesas e internacionais que lutam diariamente contra a pobreza infantil.

Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot

Romana Tomc (PPE). – Hvala lepa, spoštovana predsedujoča, za besedo.

Poročilo podpiram, ker verjamem, da bi morali vsem otrokom zagotoviti pravico do izobraževanja, do zdravstvenega varstva, do stanovanja in odraščanja v skrbnem družinskem okolju. Vendar realnost žal kaže drugače, saj več kot vsakega četrtega otroka v Evropski uniji ogrožata revščina in socialna izključenost.

Poročilo v svoji vsebini navaja, da naj bi se revščina med otroci poglobila na račun varčevalnih ukrepov. Varčevalni ukrepi so seveda nujni, vendar ne smejo iti na račun otrok. Zato je vsaka država članica sama zadolžena, da zagotovi vsaj osnovne potrebe za normalno otroštvo.

Posledice pretiranega varčevanja na račun otrok lahko vplivajo seveda tudi na javno zdravje in potem dalje na državno blagajno.

Želela bi pa poudariti še primer Slovenije, za katero pa mislim, da je še vedno država, ki zagotavlja dostopnost javnega zdravja vsem otrokom.

Viorica Dăncilă (S&D). – Doamnă președintă, sărăcia, mai ales în rândul copiilor, nu este doar o chestiune de bani pentru că ea nu înseamnă doar lipsa alimentelor, hainelor, a accesului la o locuință decentă, ci este legată adesea de excluziunea socială și lipsa de acces la sănătate și educație de calitate.

O atenție deosebită trebuie acordată copiilor care trăiesc cu părinți singuri, în special mamele singure care adesea au în grijă și alți membri ai familiei cu nevoi speciale. Nu trebuie să uităm nicio clipă faptul că protecția familiilor și, în special, a familiilor monoparentale cu copii cu probleme de sănătate este și trebuie să rămână un punct de referință în politicile europene.

Ca atare, susțin importanța politicilor publice de prevenție care investesc în soluții judicioase pentru bunăstarea copiilor, cu accent pe reducerea abandonului școlar, sprijinind formarea unor persoane autonome, capabile să se integreze în societate și pe piața forței de muncă.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, dobrobit svih naših građana je, vjerujem, visoko na listi prioriteta svima nama u ovom domu. No, iako namjere izvjestiteljice smatram dobrima i plemenitim, držim da su predložene mjere potpuno pogrešne. Naime, daljnje inzistiranje na mjerama koje su dovele do problema ne može biti rješenje, nego samo izvor novih problema.

Besplatno zdravstvo i školstvo za sve zvuči jako lijepo, ali treba imati na umu da takvo što jednostavno ne postoji. Te usluge imaju svoju cijenu i netko ju mora platiti, a taj netko su porezni obveznici. Njihovo daljnje opterećenje novim nametima zbog povećanja javne potrošnje vodilo bi isključivo zatvaranju radnih mjesta i bijegu talenta iz Europe.

Nejednakost možemo smanjiti samo ako onima koji su najugroženiji damo priliku da se izdignu svojim znanjem i radom, pazeći pritom da ne budu diskriminirani, nego zaštićeni vladavinom prava. Stavljanje cijelih društvenih slojeva na socijalu samo će povećati nejednakost i, što je još važnije, produbiti nerazumijevanje i jaz među građanima.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, dugogodišnja ekonomska kriza uzima svoj danak na mnogim područjima. Djeca su, vjerojatno, dugoročno gledajući najveća žrtva ove preduge ekonomske krize kojoj svjedočimo. Zato, želim jasno naglasiti da ovaj izvještaj, koji u osnovi podržavam mada neke stvari nisu do kraja realne, vjerujem zbog toga što se želi imati dobrobit djeteta u prvom planu i dobrobit djece općenito, pokazuje da postoje razlike među našim državama – razlike između istoka i zapada, razlike između sjevera i juga. I to što taj izvještaj konstatira je, na žalost, potpuno točno.

Ali želim isto tako reći da postoje rješenja. Ja vidim sinergiju koju može Europska unija, zemlje članice, ali nikada nemojmo zaboraviti lokalne i regionalne vlasti kad govorimo o vrtićima, jaslicama, školama, zdravstvenom sustavu, dati za dobrobit djece.

Laura Agea (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ritengo che siamo giunti a un momento in cui dobbiamo prendere atto che il mondo non cambia con le nostre parole ma con il nostro esempio.

Se veramente consideriamo che l'unica bellezza che può salvare questo mondo sono i bambini, è necessario a questo punto fare scelte coraggiose, scelte dovute, perché il benessere, la salute e la dignità dei bambini devono diventare l'unica priorità di quest'Assemblea, della Commissione e di tutti quegli attori che, unici, possono veramente contribuire a tutelare, in ogni modo possibile, i bambini.

Non ci sono scelte che non possono e non devono essere fatte: qualunque scelta coraggiosa, innovativa, nuova deve essere fatta. I bambini meritano qualunque sforzo. A loro dobbiamo consegnare un mondo diverso da quello nel quale ci troviamo a vivere.

Per questo sosteniamo la relazione della collega Zuber, che ringraziamo per la collaborazione.

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, tato zpráva zaměřená na snižování chudoby dětí nemá sice přímé legislativní dopady, ale je nepochybně velmi silným apelem na orgány Evropské unie i členské státy.

Chci poděkovat paní poslankyni Zuber za její velmi vstřícný přístup k pozměňovacím návrhům i za vytvoření konsensu, kterého jsme dosáhli.

Chudoba dětí je závislá na jejich rodinách, na jejich rodičích. Proto se také zpráva obrací na rodiny, na vytváření lepších podmínek pro péči o děti, na zaměstnanost, na dostupnost bydlení, dostupnou zdravotní péči pro rodiny. Cestou z chudoby - cestou k lepší perspektivě dětí je zlepšení jejich vzdělání a zejména dokončení středního vzdělání. Kvalita vzdělání je jeden z hlavních nástrojů pro snížení chudoby. To také souvisí s návrhem na bezplatné stravování, další školní služby i mimoškolní aktivity.

Myslím, že to také souvisí s řešením migrační krize a péčí o děti, které sem přichází.

Maria Grapini (S&D). – Doamnă președintă, de la bun început vreau să subliniez importanța raportului pe care îl dezbaterem și să felicit raportoarea și pe toți cei care au lucrat la acest raport.

Am ținut să vorbesc în legătură cu acest raport pentru a sublinia nevoia stringentă de investiții sociale și de politici pentru combaterea sărăciei în rândul copiilor. „Investiția în copii: ruperea cercului vicios al defavorizării” – nu trebuie să rămână o lozincă. Există într-un procent prea ridicat creșterea riscului de sărăcie sau de excluziune socială.

Datele arată că numărul copiilor expuși riscului de sărăcie a crescut în patru ani cu circa un milion, ceea ce nu este deloc sigur pentru viitorul Europei. În Uniunea Europeană peste 26 de milioane de copii sunt expuși sărăciei. Copiii asigură înlocuirea generațiilor viitoare și dacă nu avem grijă cum trăiesc, cum au acces la educație și sănătate nu putem asigura generațiile viitoare.

Există încă un abandon școlar mare – între 13 și 20%, milioane de copii nu au acces la sănătate, traficul de copii există încă și trebuie o monitorizare atentă. Eu cred că Comisia Europeană trebuie să își propună instrumente de măsurare a acestor indicatori, dar și măsuri pentru eliminarea lor.

Patricija Šulin (PPE). – Hvala za besedo, predsedujoča.

Kot družba smo odgovorni za dobrobit otrok in na vseh nas je, da v polnosti uresničujemo konvencijo o otrokovih pravicah, ki v središče postavlja interes, zaščito in pravico otrok.

Države podpisnice smo dolžne poskrbeti, da je sleherni otrok zaščiten pred vsemi oblikami nasilja, zlorab, zanemarjanja, krutega ravnanja in izkoriščanja. Zelo pomembno je tudi, da dejavno sodelujemo in ozaveščamo ljudi o boju proti trgovini z otroki, za katero koli vrsto izkoriščanja, med katere pogosto sodijo prisilno delo, prisilne poroke, nezakonite posvojitve in spolna zloraba.

Najučinkovitejša rešitev za zmanjšanje naraščajoče revščine otrok je v razvoju gospodarstva, dvigu gospodarske rasti in v odpravljanju brezposelnosti. Gospodarska kriza namreč vpliva na naraščanje revščine pri otrocih ter na uveljavljanje pravic, ki jih imajo otroci v skladu s konvencijo Združenih narodov o otrokovih pravicah.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Vytenis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Madam President, I would like to start by thanking the rapporteur Ms Zuber for this comprehensive report on child poverty. We have taken note of your analysis and we do share your concerns about the high levels of child poverty in many of our Member States. As you have pointed out, the risk of poverty and social exclusion is greater for children than for adults. Child poverty is a multifaceted issue that demands an integrated and – to the extent possible – preventive approach, looking at both the employment situation of the household and also the rights of the child.

The fight against child poverty has been high on our agenda. In 2013, the Commission proposed the Recommendation 'Investing in children: breaking the cycle of disadvantage', which is currently being implemented by Member States. The Commission will keep working to ensure the full operationalisation of this recommendation. In this respect we take note of your suggestion to have a three-pillar approach: access to resources, services and children's participation. We are also monitoring child-poverty related aspects in the context of the European Semester.

In its 2013 recommendation, the Commission suggested that the best way to support parents and their children is through progressive universalism, which is a system of strong universal services and benefit rights topped up with targeted instruments for particularly disadvantaged groups, such as the Roma. The recommendation calls on the Member States to provide parents with access to resources, in the form of paid work and adequate family and child benefits, and to high-quality services such as early childhood education and care, health and housing. An integrated approach is key to ensuring children have the best start in life.

The Commission has also been regularly monitoring the Member States' progress towards the Barcelona targets to improve access to childcare. Good-quality childcare services have been shown to support the cognitive and social development of children, especially those from low-income backgrounds, and improve their academic and labour market opportunities later on in life. These services are therefore key to reducing the intergenerational transmission of poverty.

Many Member States have made good efforts to improve the provision of these services, but progress is still slow and uneven. We are providing country-specific recommendations to many Member States where needed. In 2014 and 2015 many Member States received country-specific recommendations to improve income support for families, to expand childcare, as well as to make education more inclusive and to reduce financial disincentives for parents to enter employment.

As far as creating a new financial instrument in this area is concerned, we would like to recall that there are already funding opportunities for children in the current European Structural and Investment Funds: the European Social Fund, the European Regional Development Fund, and others. These instruments have been, in fact, significantly strengthened for the current 2014-2020 programming period. Member States should make further efforts to use them to their full potential.

In addition, Member States have agreed that 25.6% of the European Social Fund allocation of EUR 86 billion is to be earmarked for social inclusion measures, of which EUR 8 billion is set aside for access to children's and childcare services and for measures fighting against early school leaving. In this regard, it is important that all key stakeholders at national, regional and local level are mobilised and form strong partnerships.

The European Union funds are also supporting healthy nutrition for children. With the European Union School Fruit Scheme, EUR 150 million will support the distribution of fruit and vegetables in schools for 2015 and 2016. With these funds we can reach 12 million children across 25 Member States. In addition, there is national or private co-funding, estimated to amount to around EUR 32 million. All these financial interventions are extremely important for preventing and breaking the intergenerational transmission of poverty and social exclusion.

As you know, the Commission is currently working on a European pillar of social rights to foster upward convergence of employment and social performance in the European Union. We want to ensure that our legislation and policy framework is in line with the realities of modern life – teleworking, digital work, combining work and family duties – and keeps pace with developments in the fast-changing labour market, adequately addressing needs and challenges arising from diverse and innovative forms of work, and that it invests in people through a modernised social framework for those in and out of work.

We are also preparing a fresh start for working parents and caregivers. We believe that this new approach will reap benefits for all; in particular, for working parents and other caregivers who seek a better balance to their work and life commitments, but also for women, to support their participation in the labour market. Finally, as the employment status of parents is one of the key determinants of child poverty, this initiative will contribute to reducing the number of children who live in households at risk of poverty.

Let me assure you once again that this Commission is committed to addressing child poverty across the European Union by restoring economic growth and upward social convergence, fostering job creation and ensuring social fairness. These are not mere abstract concepts. For the 40% of children in some of our Member States who live in households at risk of poverty, we need to come with effective solutions to foster employment of their parents and to ensure their full participation in society.

President. – The debate is closed.

The vote will take place on Wednesday, 25 November 2015.

Written statements (Rule 162)

Birgit Collin-Langen (PPE), schriftlich. – Ich unterstütze die Entschließung, denn wir müssen ein deutliches Zeichen gegen Kinderarmut und deren soziale Ausgrenzung setzen. Leider ist Kinderarmut in der EU weit verbreitet – selbst in Deutschland. Armut ist nicht nur eine Frage des Geldes, damit die Grundbedürfnisse wie Nahrung, Kleidung und Wohnraum gestillt werden können. Kinderarmut ist auch mit sozialer Ausgrenzung und dem fehlenden Zugang zu qualitativer Bildung und Gesundheitsdienstleistungen verbunden. Kinder sind unsere Zukunft, und es liegt in unserer Verantwortung, ihnen freien Zugang zu qualitativ hoher Bildung zu verschaffen. Die EU ist einer der stärksten Wirtschaftsräume der Erde, es kann keine Entschuldigung dafür geben, dass Kinder auch nur in einem unserer Mitgliedstaaten mangelernährt sind.

Benedek Jávor (Verts/ALE), írásban. – Az gyermekszegénység felszámolását célzó európai parlamenti jelentés számos fontos területen sürget európai megoldásokat, melyekből kiemelkedő jelentőségű a megfelelő étkeztetés, valamint az oktatáshoz és egészségügyi ellátáshoz való hozzáférés biztosítása. Azonban a tagállamokban meglévő egyedi és komplex problémákra országspecifikus javaslatokat a jelentés nem tud tenni, így nem mutat túl az általánosítás szintjén. Mindazonáltal ez a kezdeti lépés az elszántság kifejezése, mely fontos tényezővé válhat olyan tagállamokban, ahol a szegénység a gyermekpopulációt nagy mértékben érinti. Magyarországon jelenleg legalább 550 000 gyermek nem jut napi meleg ételhez szüniidőben és közel 50 000 gyermek éhezik naponta. Európában ezzel hazánké a harmadik legrosszabb mutató a gyermekszegénységet illetően.

A probléma súlyosságát pedig jelzi, hogy a magyar kormány a gyermekéhezésre mint egy általa már régen megoldott problémára tekint, ezért nem is támogatta azt a nemrég indult civil kezdeményezést, amely e probléma felszámolását tűzte ki célul, és amely mellett minden más hazai párt kiállt; helyette Magyarország kormánya politikai haszonelvűsége hivatkozva lesöpörte a kezdeményezést az asztalról. Noha az európai intézmények döntései és intézkedései nem helyettesítik a tagországok kormányainak aktív fellépését a gyermekszegénység elleni küzdelemben, ennek ellenére fontos, hogy az európai intézmények átfogóan, előremutatóan és példamutatóan reflektáljanak a tagországokban fennálló komplex és egyedi problémákra.

Jan Keller (S&D), písemně. – V současné době je v zemích EU ohroženo chudobou každé čtvrté dítě. V této kategorii jsou výrazně zastoupeny děti rodičů dlouhodobě nezaměstnaných, děti matek samoživitelek a také děti z rodin imigrantů. Dětská chudoba se takto stává jedním z indikátorů míry účinnosti, či spíše neúčinnosti integrační politiky. Od počátku hospodářské krize v roce 2008 se poměrně výrazně zvyšuje podíl dětí žijících v chudobě, a to dokonce i v těch zemích EU, které patří k nejbohatším. Rovněž narůstá ohrožení dětí chudobou v rodinách, kde jeden či oba živitelé jsou odkázáni na neplnohodnotné pracovní smlouvy. Právě ty se na trhu práce v posledních letech šíří nejrychleji. Opatření navrhovaná zpravodajkou bohužel neberou do úvahy novou situaci danou přílivem uprchlíků z rozvrácených zemí. Je nutno počítat s tím, že právě mezi nimi budou rizikové faktory dětské chudoby (nezaměstnanost, neplnohodnotná práce, neúplné rodiny) zastoupeny zvláště často. Z navrhovaných opatření není dost dobře možné udělat si představu o tom, jak řešit problém integrace migrantů, aniž by tím byly zároveň dotčeny šance na řešení problémů dětské chudoby těch kategorií obyvatel, o nichž zpráva pojednává. Z politických důvodů by nebylo prozřetelné tuto výzvu ignorovat.

Νότης Μαρτιάς (ECR), γραπτώς. – Τα παιδιά που ζουν σε συνθήκες φτώχειας δεν είναι πρόβλημα μόνο των αναπτυσσόμενων χωρών, αλλά και των αναπτυσσόμενων χωρών. Ειδικότερα στην περίοδο χρηματοοικονομικής κρίσης που διανύουμε, μαζί με την αύξηση των κοινωνικών ανισοτήτων παρατηρείται και αύξηση στα επίπεδα φτώχειας και κοινωνικού αποκλεισμού των παιδιών, κυρίως στις χώρες του Ευρωπαϊκού Νότου - που πλήττονται από τη μερκελική λιτότητα.

Συγκεκριμένα, σύμφωνα με στοιχεία της Eurostat, η Ελλάδα κατατάσσεται στη 30η θέση μεταξύ 35 αναπτυσσόμενων χωρών ως προς τη σχετική φτώχεια και στην προτελευταία θέση όσον αφορά τις δημόσιες δαπάνες για την οικογένεια (1,1% του ΑΕΠ). Επιπλέον, συγκριτικά με το 2014 παρατηρήθηκε διπλασιασμός στον αριθμό των ανηλίκων που ζητούν άσυλο στην Ευρώπη προκειμένου να ξεφύγουν από τις εμπόλεμες ζώνες. Έτσι από Ιανουάριο μέχρι Σεπτέμβριο 2015 περίπου 190.000 παιδιά ζήτησαν άσυλο στην Ευρώπη.

Όπως είναι φανερό, όλα τα κράτη της Ε.Ε. θα πρέπει να ενισχύσουν τις καθολικές κοινωνικές παροχές που προορίζονται για παιδιά, όπως η παροχή επιδοτούμενων ή δωρεάν γευμάτων σε παιδιά, να αναπτύξουν πολιτικές υπεράσπισης των δικαιωμάτων του παιδιού για εκπαίδευση, υγεία και προστασία από περιπτώσεις βίας, και να αυξήσουν τις επιδοτήσεις που δίνουν για την πρόσβαση όλων των παιδιών στον πολιτισμό και την ψυχαγωγία.

Victor Negrescu (S&D), in writing. – Today in Europe, 21% of children are at risk of falling into poverty. At least 20 million children are suffering daily from the lack of income and basic services. Many of them do not have a warm meal every day. I support the call of my political group, the Socialists and Democrats in the European Parliament, for the introduction of a European Child Guarantee, financed by the EU budget, to lift children out of poverty. The report on inequalities, primarily focused on child poverty and social exclusion, highlights the imperious necessity of establishing EU and national targets that can genuinely indicate the social status of children, alongside their well-being. There must be a strong cohesiveness between existing funds and policies to guarantee children equal access to benefits such as health and education in order to ensure that they achieve their full potential. I therefore emphasise the need mentioned in the report of coordinated action at both European and national levels, as these objectives can only be achieved if awareness is raised at a systemic level and all available resources are aligned and directed towards the same goal – combating child inequality, poverty and social exclusion.

16. Kohäsionspolitik und gesellschaftliche Randgruppen (kurze Darstellung)

President. — The next item is the report by Terry Reintke, on behalf of the Committee on Regional Development, on cohesion policy and marginalised communities (2014/2247(INI)) (A8-0314/2015).

Terry Reintke, rapporteur. – Madam President, first of all I would like to thank all the shadow rapporteurs, the great civil-society organisations and everyone else who has contributed to making this report what it is: a great starting point for making the right changes to European cohesion policy in order to make it more inclusive for marginalised communities – or, as Commissioner Creţu put it last week, to make the inclusion of marginalised communities one of the priorities for EU cohesion policy.

This report is made for people who very often do not have a lobby in this Parliament and in EU institutions. It is made for people who are very often overlooked and overheard when it comes to the distribution of EU funds. In the preparation of this report, I have seen examples of where this is still happening today in the European Union. In my hometown, Gelsenkirchen, I visited a school where I met two girls – two sisters, Denise and Michaela, 10 and 12 years old – who had recently moved from Romania to Gelsenkirchen. I met them in their class. They were curious, they wanted to learn, and they were really trying to get integrated into the school in Gelsenkirchen. But the question that came up in my head was: will Denise and Michaela have the same chances and opportunities that I had when I was growing up in Gelsenkirchen? Will they have the same access to resources I had? When we look at the situation of Denise and Michaela, there are challenges that they are facing, because very often they are being discriminated against or they are facing structural exclusion. This report can give the tools to cities such as Gelsenkirchen to create an integrated approach in order to give a chance to children like this, be it in education or with regard to housing, employment or health. We need to look at different fields of society in order to give a chance to people from marginalised communities. At the same time, we have to bring all the stakeholders together, be they from the local level, from civil society or the people affected themselves, in order to create the best programmes and to really make sustainable investments. And we need to give support for them to have a strong voice in the whole process – not only in the preparation, but also in the monitoring and evaluation, of the programmes.

Secondly, we simply cannot afford to live in segregated societies, because in the long run, inequality and exclusion is much more expensive for us than inclusion and integration. This is why we need to make sure that EU funds actually reach the people that need them the most. This report will give a very clear signal to both the Commission and the Member States to do exactly that. Be it community-led local development or strong implementation of the partnership principle, or be it monitoring our evaluation mechanisms that need to be improved, we have these tools and we need to implement them in order to make EU funds more inclusive.

Lastly, alongside the set of good measures and proposals that are in this report, we also need to speak very clearly about the problems. Let us not shy away from clearly mentioning the obstacles that we are still facing to have inclusive societies in the European Union. Be it corruption or fraud, be it the lack of political will or anti-Gypsyism, we need to name these barriers in order to create good implementation and overcome these problems.

Human rights are the basis of the European Union. Let us mainstream human rights in all policy fields in this Parliament and make them also the basis of our work with regard to EU structural funds, because in the end, this is going to create societies where everybody has a chance and can live equally.

I want to thank again everyone who has contributed to this report and I hope that it will find your support tomorrow in the vote.

Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot

Csaba Sógor (PPE). – Madam President, despite the first steps of progress achieved through the EU framework for national Roma integration, the wide gaps in our societies show that there is a lot more to be done to break the vicious circle faced by marginalised communities, especially the Roma: lack of education and diminished labour market prospects coupled with direct and indirect discrimination. Nevertheless, it is also in these vital areas where a better use of cohesion policy could make a difference. Mainstream and targeted measures for the reduction of the rate of Roma early school leavers are among the measures that could have the largest long-term impact, as it is early school leaving which later translates into the lack of skills and qualifications that prevent Roma from accessing quality employment in their adulthood. Similarly, beside demand-side measures such as recruitment subsidies for employment and apprenticeship schemes, lifelong learning and vocational training for adult Roma must also be key priorities in our goal towards more social cohesion.

Viorica Dăncilă (S&D). – Doamnă președintă, într-o societate tot mai globalizată asigurarea unui acces egal la o educație de înaltă calitate pentru toți membrii societății este esențială pentru reducerea excluziunii sociale.

Uniunea și statele membre trebuie să își întărească cooperarea pentru a pune în aplicare programe, proiecte și activități de sprijin în favoarea comunităților marginalizate pentru a facilita educația preșcolară, noi oportunități pentru alte forme de educație și pentru învățarea pe tot parcursul vieții, având în vedere modificările continue din diverse sectoare și creșterea procentului instrumentelor online.

Este esențială totodată capacitatea femeilor și a fetelor din comunitățile marginalizate pentru o formare profesională adecvată, iar aici mă refer inclusiv la fetele și femeile de origine romă. Stimularea antreprenoriatului și a participării în rândul femeilor din aceste comunități, pentru un acces mai bun pe piața forței de muncă, trebuie să devină o prioritate.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η τρoικα τα μνημόνια και μερκελική λιτότητα μετέτρεψαν την Ελλάδα στην πιο περιθωριοποιημένη χώρα της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Έτσι την τελευταία μνημονιακή εξαετία έχουν δημιουργηθεί τεράστιες στρατιές εκατομμυρίων ανέργων στη χώρα, το 40% του πληθυσμού ζει κάτω απ τα όρια της φτώχειας, οι άνεργοι νέοι της Ελλάδας παίρνουν κατά χιλιάδες το δρόμο της ξενιτιάς μεταναστεύοντας σε άλλες χώρες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις κλείνουν κατά χιλιάδες και η αγροτική οικονομία χειμάζεται.

Η μερκελική λιτότητα που εφαρμόζεται στην Ελλάδα και στις χώρες του ευρωπαϊκού Νότου έχουν δημιουργήσει μια Ευρώπη των δύο ταχυτήτων. Μια Ευρώπη διπλών συμφερόντων που αποσκοπεί μόνο στην εκμετάλλευση του πλούτου των χωρών του Νότου με στόχο την οικονομική ανάπτυξη της γερμανικής Ευρώπης. Θα πρέπει λοιπόν να σταματήσει η κατάσταση αυτή στην Ευρωπαϊκή Ένωση και να υπάρξει μια Ένωση ισότητας και ίσων ευκαιριών για όλους τους πολίτες και τα κράτη μέλη της Ένωσης.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodo predsjednice, kohezijska politika je politika partnerstva. Politika partnerstva Europske unije, zemalja članica, ali nemojmo nikada zaboraviti, naročito kada govorimo o marginaliziranim zajednicama ili skupinama, da bez uloge lokalnih i regionalnih vlasti nema realizacije kohezijske politike na pravi način. Upravo zato želim govoriti o važnosti uključivanja lokalnih i regionalnih vlasti kada govorimo konkretno i u ovom izvještaju o rješavanju problema Roma, kao jedne od marginaliziranih zajednica unutar Europske unije. Imam mnogo iskustva, osobno kao istarski župan koji je dvanaest godina pokušavao pomoći Romima u Istri i sigurno znam da je uloga gradova i regija u pružanju konkretne pomoći Romima iznimno važna. Zato molim da učinite sve što možete da napravite tu sinergiju svih vlasti u Europskoj uniji.

Rosa D'Amato (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio la collega per lo spirito costruttivo e per l'ottimo risultato ottenuto con questa relazione. Il nostro giudizio è molto positivo, grazie alle proposte particolarmente interessanti e molto attuali. Una su tutte: l'analisi del fenomeno dell'emarginazione. Essa va fatta accertando e analizzando una serie di indicatori, quali l'esclusione sociale, la disoccupazione di lunga durata, il basso livello di istruzione, le condizioni abitative disagiate, il livello di discriminazione, le esposizioni a rischi per la salute e la mancanza di accesso all'assistenza sanitaria.

I tragici eventi di queste ultime settimane non fanno che confermare l'importanza di misure atte a ridurre quelle disuguaglianze e quelle condizioni di isolamento culturale, sociale ed economico che sono fra i fattori predisponenti alla radicalizzazione della criminalità comune e organizzata.

La politica di coesione e la quota del 20% delle risorse del Fondo sociale europeo, che per regolamento deve essere dedicato alla lotta alla povertà e all'inclusione sociale delle persone maggiormente vulnerabili, assume un'importanza fondamentale. Non possiamo permettere che le misure di austerità colpiscano settori chiave, come l'istruzione, la formazione e gli alloggi e che i fondi della politica di coesione non siano utilizzati o lo siano con progetti di dubbia utilità.

La quantità e la qualità dei progetti e la reale applicazione del principio di partenariato contano oggi più che mai se non vogliamo che gli obiettivi di coesione economica, sociale e territoriale diventino solo dichiarazioni di intenti vuote e prive di qualsiasi effetto pratico per le nostre regioni. Ringrazio ancora la relatrice.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodo predsjednice, kao članica Odbora za regionalni razvoj podupirem dijelove izvješća koji naglašavaju da se pri implementaciji kohezijske politike posebna pažnja mora usmjeriti na ključne izazove siromaštva i isključenosti mladih ljudi te djece i ljudi s invaliditetom.

Također u potpunosti sam suglasna s dijelovima izvješća koji govore o *bottom-up* pristupu odnosno težnji da se EU fondovi u fazi implementacije trebaju koristiti na integrirani način putem novih teritorijalnih razvojnih instrumenata u kohezijskoj politici, integriranih teritorijalnih ulaganja i lokalnog razvoja vođenog zajednicom jer isti naglašavaju i važnu ulogu koju civilno društvo može imati u navedenom segmentu.

Međutim, smatram da zaštita prava i dodjela sredstava ne bi trebali ovisiti o određenim subjektivnim i posve ideološkim čimbenicima kao što je pripadnost arbitrarno odabranim skupinama već isključivo o objektivnim i prije svega mjerljivim kriterijima koji moraju biti jednaki za sve.

(Pyynnöstä myönnettävät puheenvuorot päättyvät)

Vytenis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Madam President, I would like to start by thanking the rapporteur, Madam Reintke, and the shadow rapporteurs, Mr Kósa and Mr Urtasun, for their very constructive approach on this own-initiative report. Thank you so much.

It supports several of the novelties introduced by the legislative framework for the European Structural and Investment Funds for 2014-2020. These include the fact that funding for social inclusion and poverty reduction should amount to at least 20% of the Member States' European Social Fund budget. In fact, Member States have allocated 25.6% of the European Social Funds' total budget – the total budget is about EUR 21 billion – to measures aimed at social inclusion. This includes support for marginalised communities such as the Roma. I welcome the rapporteur's recommendations, many of which are fully in line with our guidance to Member States.

Let me start by stressing that 'promoting social inclusion, combating poverty and any discrimination' is one of the eleven thematic objectives of the European Strategic and Investment Funds. Under this thematic objective, marginalised communities can receive support through a dedicated investment priority. In fact, Member States have programmed about EUR 1.5 billion under this priority. I am pleased that the report supports the explicit, but not exclusive, approach taken by the Commission in the use of European Strategic and Investment Funds in support to marginalised communities.

Other thematic objectives – on education and unemployment – can also be mobilised to enhance European Union financial interventions. The European Strategic and Investment Funds are geared towards delivery on the European Union 2020 targets and the ensuing priorities set out in the country-specific recommendations. A tangible illustration of this is the fact that Member States which received country-specific recommendations on Roma integration have all programmed support under the dedicated investment priority on marginalised communities in their programming documents.

The new legislative framework has also ensured that an adequate policy framework is in place before Member States receive actual European Strategic Investment Fund support through so-called ex-ante conditionalities. With regard to the Roma, Member States are required to set up a national Roma inclusion strategic policy framework. This is crucial, as the implementation of national Roma integration strategies in countries with sizeable Roma minorities largely relies on European Social Fund and European Regional Development Fund funding.

I would like to refer now to some of the recommendations you made in your report. The report calls on the Commission to guide Member States in defining marginalised communities. I would like to stress that it is the Member States' responsibility to define the marginalised communities on the basis of national indicators, taking into account their national context. This is based on the assumption that Member States are in a much better position to define the target groups for their support.

The report also rightly draws attention to the issue of segregation, a very difficult issue. Spatial and education segregation/desegregation are complex and critical issues which both the European Regional Development Fund and the European Social Fund address. The Commission prepared a guidance note for Member States on the use of European Union funds in tackling segregation. It should help support inclusive education and housing for Roma. Infringement procedures have been launched against some Member States because of discrimination of Roma children in education.

The importance the report attaches to the involvement of all relevant partners in the preparation and implementation of programmes is well echoed by the strengthened partnership principle in the Common Provisions Regulation. Its enforcement has been carefully ensured by the Commission during the negotiation phase of the programme.

You also mentioned the European Union Urban Agenda, which should help cities to improve the implementation of European Union and national policies on the ground. Following discussions between the Commission, Member State cities, experts and stakeholders, urban poverty has been selected as a priority area where Roma inclusion may play an important role.

The reinforcement of the administrative capacities of public and local authorities, which has been identified in the report as a key challenge, can be strongly supported by the funds. A dedicated thematic objective on administrative capacity can be used to support public administration in delivering services to marginalised communities in a more efficient manner.

I very much welcome your call to empower marginalised communities and to ensure they can get easier access to European Union funding. I am convinced that a greater use of simplified cost options, fundamentally simplifying the management of the funds, as well as territorial approaches, including community-led local development, will play a crucial role in ensuring such better access.

Finally, the report rightfully underlines the added value of transnational cooperation and exchange of good practices. This will be reflected in the new URBACT programme as well as in the new European Social Fund transnational cooperation framework.

As a final note, I would like to stress once more that it is the Commission's firm intention to steer the European Union towards social fairness. This requires that no citizen can be left behind. I therefore express in the strongest terms possible my commitment to use all means at the European Union's disposal to reach the Union's marginalised communities. And we are very grateful that this report helps us stay on the right path.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 24 listopada 2015 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *în scris*. – Numeroase persoane se confruntă cu diferite forme de discriminare, în special în cadrul comunităților de romi care sunt adesea marginalizate în societățile europene.

Am depus, alături de o serie de colegi, un amendament privind finanțarea programelor care să combată atitudinile antițigănești și să asigure o mai bună integrare a acestora în societate. Aș dori să mulțumesc în avans tuturor colegilor care vor sprijini acest amendament.

Unele comunități nu beneficiază de politica europeană de coeziune. Ele nu sunt incluse nici în structurile decizionale, nici în procesele de punere în aplicare și de monitorizare a proiectelor. Acest lucru poate duce la situația în care UE exacerbează problemele grupurilor vulnerabile, de aceea Comisia trebuie să regândească utilizarea fondurilor de coeziune pentru a răspunde nevoilor comunităților marginalizate.

Indrek Tarand (Verts/ALE), *in writing*. – The EU should be more consistent in its cohesion policy. The Commission should not drive small peripheral Member States towards further marginalisation, as it recently did by issuing its damning decision regarding Estonian Air. Unlike in the Air Malta and Cyprus Airways cases, the Commission did not accept Estonia's 'peripheral geographic location' as a justification for state aid although these cases are extremely similar. According to their previous decision: 'the Commission notes that Air Malta as a small carrier with a fleet of only 10 aircraft which does not have much possibility to benefit from synergies and which additionally intends to meet specific needs due to Malta's peripheral geographical situation is not comparable with major flag carriers or large LCCs' and that Air Malta is 'vital for Malta's economic and social cohesion both internally and with the rest of the EU by providing daily transportation'. Estonian Air was even smaller with only 6 aircraft serving a country of 1.3 million on the periphery of Europe, which is why it is astonishing that the Commission decided to ignore all the decisive arguments forming its own previous decisions and did not consider Estonia to be in a situation comparable to Cyprus and Malta.

17. Die Rolle der EU innerhalb der VN (kurze Darstellung)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad sprawozdaniem sporządzonym przez Paavo Väyrynen w imieniu Komisji Spraw Zagranicznych w sprawie roli UE w ONZ – w jaki sposób lepiej osiągać cele polityki zagranicznej UE (2015/2104(INI)) (A8-0308/2015).

Paavo Väyrynen, rapporteur. – Mr President, my report includes several proposals for strengthening the role of the United Nations system in global governance and for improving the possibilities of the European Union and its Member States to better achieve our foreign policy goals inside the system. The report paves the way for an annual process in which Parliament can address the global challenges in a deep and comprehensive way. For me personally, the most important achievements in this report are the recommendations on the substantial strengthening of the economic, social, environmental and developmental dimensions of the UN system.

According to the report, this must be done in the first instance by means of structural and functional reform of the Economic and Social Council, but we also call on the EU institutions and Member States to consider the possibility of strengthening their role in the ECOSOC by developing it into a Sustainable Development Council.

My draft was more ambitious. I wanted to give the Sustainable Development Council the same kind of status as the Security Council in dealing with all areas of global cooperation other than security. I proposed that the Council would have permanent members: the European Union, the USA, Japan and the BRICS countries and rotating ones. These ideas got a lot of support in the negotiations, but not enough in order to be accepted. This basic idea is not a new one: it was originally launched in the Rio Conference in 1992. It was then watered down by establishing only the Commission on Sustainable Development under the ECOSOC. Chancellor Angela Merkel proposed, in a speech to the World Economic Council in Davos in 2009, the creation of a UN Economic Council according to the model of the UN Security Council. I have in mind a council with a wider mandate covering all economic, social, environmental and human development in the world.

When Barack Obama started his term as President of the United States with Hillary Clinton as his Foreign Secretary, he introduced the idea of 'three Ds' in US Foreign and Security Policy: development was lifted to an equal footing with defence and diplomacy. Now we should do the same in the European Union.

In the negotiations on my EU-UN report, I felt that those who emphasise the importance of the security dimension of the United Nations were reluctant to strengthen the other parts of the UN system. I even heard the argument that they do not belong to the area of foreign policy, even if they have a prominent position in the foreign and security policy goals section in the EU Treaty and development has a more central role in strengthening security all over the world.

In the Committee on Foreign Affairs (AFET), a report is going to be drafted on the global security strategy of the EU. I think that we should pay a lot of attention to development issues also in that report. In the case of the EU, the defence pillar cannot have a dominant role. We have to rely more on diplomacy and development.

Pytania z sali

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, συζητούμε για το ρόλο της Ευρωπαϊκής Ένωσης στο πλαίσιο του ΟΗΕ, που ως γνωστόν στοχεύει στην προστασία των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και στην προώθηση της οικονομικής και κοινωνικής ανάπτυξης. Ωστόσο, η ανάπτυξη και η καταπολέμηση της φτώχειας χρειάζονται πόρους, οι οποίοι στις αναπτυσσόμενες χώρες και στις χώρες της ευρωπαϊκής περιφέρειας δεν υπάρχουν, αφού η εξόφληση των κρατικών χρεών πηγαίνει στους τοκογλύφους δανειστές και έτσι έχει στεγνώσει η οικονομική ζωή των χωρών αυτών.

Για το λόγο αυτό πρέπει να τεθεί σε ισχύ η απόφαση της Γενικής Συνέλευσης του ΟΗΕ που τον περασμένο Σεπτέμβριο αποφάσισε διαδικασίες για την αναδιάρθρωση και τη διαγραφή των κρατικών χρεών των αναπτυσσόμενων χωρών. Την απόφαση, όμως, αυτή της Γενικής Συνέλευσης του ΟΗΕ δεν υπερήφισε καμία χώρα μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, ούτε καν οι υπερχρεωμένες χώρες του ευρωπαϊκού Νότου, καθώς ακολούθησαν τις εντολές των Βρυξελλών, της τρόικας και των διεθνών δανειστών.

Αποδείχθηκε λοιπόν ότι η Ευρωπαϊκή Ένωση χύνει κροκοδείλια δάκρυα για τον ΟΗΕ και το μόνο που την ενδιαφέρει είναι τα στενά οικονομικά της συμφέροντα και τίποτε άλλο.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, prije svega želim protestirati. Neprimjereno je da ovaj izvještaj i ulogu Europske unije u Ujedinjenim narodima raspravljamo kao kratko izvješće. Danas smo raspravljali o našim odnosima u Svjetskoj trgovačkoj organizaciji, pristupu Ekvadoru našem Sporazumu s Kolumbijom i Peruom, raspravljali smo o našem odnosu s Vijetnamom, a o našem odnosu s Ujedinjenim narodima raspravljamo u okviru kratkog izvješća. To je neprimjereno. Neprihvatljivo.

Uloga Europske unije unutar Ujedinjenih naroda mora biti prije svega pokušaj da uvijek dobijemo jedan glas, da nastupimo kao jedan glas, da Europa bude vjerodostojna, da Europa bude jaka u Ujedinjenim narodima i da nametne svoje teme jer naravno da nije samo sigurnost tema Ujedinjenih naroda i ne može biti samo sigurnost već to mora biti i razvoj i socijalna komponenta i zaštita okoliša. Klimatske promjene, dovoljno je samo to reći, što to znači kada govorimo o zaštiti okoliša.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, é preciso uma leitura muito segmentada e muito enviesada da Carta das Nações Unidas para considerar – como faz este relatório – que a União Europeia se revê nos seus princípios e valores. Que dizer, por exemplo, da agressão militar contra países soberanos e independentes, como o Iraque, a Líbia, a Síria, ativamente promovida e levada a cabo também por países da União Europeia?

Dois exemplos que este relatório não aborda sobre o papel da União Europeia, que a União Europeia tem vindo a desempenhar na Assembleia Geral das Nações Unidas, onde de resto não deve ter assento. O primeiro exemplo: a discussão sobre um quadro multilateral para a reestruturação das dívidas soberanas. Uma questão da maior importância para vários países da União Europeia. O que é que a União Europeia faz? Não acompanha a importantíssima discussão e boicota-a sob vários pontos de vista, procurando que dela não saiam conclusões substantivas. Outra questão: a resolução sobre o direito à água pública e ao saneamento. O que fez a União Europeia? O que fizeram os países da União Europeia? Mais uma vez não aprovaram esta importantíssima resolução e ficaram por uma ambígua abstenção na maior parte dos casos, não adotando aqueles importantes princípios contra a privatização da água e dos serviços de água.

James Carver (EFDD). – Mr President, I find the concepts of this report deeply worrying, not least the usual display of neo-colonialism, with calls for the European Union to be given its own UN Security Council seat. In Britain the apologists maintain a lie that the EU is primarily about trade and economics, yet this subject highlights the ambition to make the EU a global power.

We have calls for EU common positions on Security Council items and for Member States on the Council to act in the interests of the EU's common security and foreign policy. This only expands the British people's deep mistrust of the EU, and I feel safe in asserting that this attack, at the very heart of our own ability to define British foreign policy and security, is completely unacceptable.

The time has come for the British people to vote to leave behind this 19th century answer to a 20th century problem and reaffirm our identity as a genuinely influential global trading nation. The world is our oyster, but inside the European Union, Britain's future is as a clam.

(Koniec pytań z sali)

Vytėnis Povilas Andriukaitis, Member of the Commission. – Mr President, I thank Mr Vayrynen for his report, which the European Commission takes as an encouragement for continuing to work for a strong European Union in the United Nations, as well as a strong partnership within the European Union and the United Nations.

As High Representative and Vice-President Federica Mogherini stressed in Vienna, following the horrific attacks in Paris (which were, in fact, attacks on us all), the answer to these barbaric terrorists must be in joining forces and coming together. Now everybody is affected. After bombings in Lebanon, Turkey and Iraq, and the Russian plane crash, this is a global problem that requires a global response. The challenges we face today are truly global in nature, and effective world governance has never been so crucial. A strong, effective United Nations, as well as a strong, united European Union acting together to advance our foreign policy objectives, values and interests on the United Nations stage, are more essential than ever since its creation 70 years ago.

The European Union has very close cooperation and frequent contacts with the United Nations Secretariat. On all main United Nations policies – peace and security, development of human rights – we support each other, ranging from humanitarian assistance to cooperation programmes to peace operations. Let us assure you that the European Union's voice in the United Nations is strong and is clearly heard. Just to take two examples: first, the European Union spoke with a clear, united voice in the 2013 agenda negotiations and has thus had a major influence on this final outcome; second, the European Union regularly briefs the United Nations Security Council, including through High Representative Vice-President Federica Mogherini personally, and participates in United Nations Security Council debates. Many other United Nations member states regularly align with our statements, so we often speak on behalf of an even larger group than the European Union and its Member States. The European Union is appreciated as a reliable, positive and constructive partner, and often a bridge-builder. Strong European Union coordination allows us to appear as a solid and coherent political actor. It is more important than ever that we closely cooperate on the several crises we are faced with. The European Commission fully agrees with Members when they say that we need to take prevention and early action very seriously.

Gender equality and women's empowerment also remain one of our major common priorities in this context, and we pursue this very actively at the United Nations. While it can seem difficult when so many full-blown conflicts already demand attention, we cannot focus on symptoms alone. We must pay attention to drivers and the root causes of conflicts, extremism and forced migration. It is important to achieve not only a rhetorical shift but a change of mindset. A clear recognition of the close interlinkage between peace, sustainable development, governance, gender equality, human rights and the rule of law in the 2013 agenda for sustainable development was just last week discussed in the Security Council under the United Kingdom Presidency, where the European Union also delivered a statement. It is our conviction that the role of security and development actors should be complementary, and sustaining peace should be a unifying thread running through the work of the United Nations.

We must preach peace, development and security, and we believe that, as a global framework agreed by all the United Nations member states, the 2013 agenda can help us to do this. The agenda is an important opportunity for all of us to depart from business as usual. It is also very relevant for the ongoing peace reviews. As Members will know, the United Nations is currently engaged in a period of strategic reflection on several levels, and we are following this with great interest in the European Union. Therefore, this report is very timely. It is absolutely essential that we keep up our regular exchanges between the European Union and the United Nations on so many levels, ranging from high-level exchanges to desk-to-desk dialogues, and this includes you, the Members of the European Parliament, who also regularly visit the United Nations capitals. Shared analysis together with our partners, including the United Nations, is essential for more joined-up strategic thinking.

The attacks in Paris are a terrible reminder of the magnitude of the threat and the importance of joining forces on counter-terrorism. The European Union and the United Nations have decided on a number of actions in recent months, including on foreign fighters, terrorist financing and countering violent extremism. Our collective response cannot be a procedural exercise. It is clear that together we need to do more, more effectively, with a new sense of purpose and urgency. Solving the Syrian and Libyan conflicts clearly remains a top priority. High Representative and Vice-President Federica Mogherini quoted Robert Schuman in her statement congratulating the United Nations on its 70th anniversary one month ago. I quote: 'World peace cannot be safeguarded without the making of creative efforts proportionate to the dangers which threaten it'.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Głosowanie odbędzie się we wtorek 24 listopada 2015 r.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Az Európai Unió nemzetközi szintű fellépése a demokrácia, a jogállamiság, az egyenlőség, a szolidaritás, valamint az emberi jogok és alapvető szabadságok egyetemes és oszthatatlan voltának és az emberi méltóság tiszteletben tartásának elveire épül. Szeretnék emlékeztetni arra, hogy az EU külpolitikájának elvei és céljai szorosan kapcsolódnak az ENSZ céljaihoz. Az EU előtt álló kihívások globális megoldásokat, a globális problémák pedig hatékony uniós fellépést igényelnek. Éppen ezért céljainak eléréséhez globális partnerekre van szüksége, nevezetesen a béke és a biztonság és a terrorizmus terjedésének megakadályozása terén.

Meggyőződésem, hogy az Uniónak továbbra is törekednie kell az ENSZ-en belüli globális kormányzás megerősítésére. Az Európát sújtó migrációs és menekültválság vonatkozásában fontos, hogy az eddiginél is szorosabban együttműködve kezeljék a válságot, és – egyebek mellett – segítsék a migráció kiindulópontjául szolgáló országok gazdasági helyzetének az orvoslását és ezek fenntartható fejlesztését.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), na piśmie. – Cieszę się, że w dokumencie Parlamentu nt. roli i współpracy Unii Europejskiej z ONZ znalazła się podkreślona przez Komisję Kultury i Edukacji potrzeba zintensyfikowania działań obejmujących zrównoważony rozwój kulturowy oraz ochronę i wspieranie różnorodności form wyrazu kulturowego przez włączenie edukacji, turystyki, dyplomacji kulturowej, ochrony dziedzictwa, sektora twórczego i badań naukowych w proces kształtowania polityki. Jako kontrsprawozdawca w Komisji Kultury podkreślałem przede wszystkim, że kultura powinna być wspierana z dwóch powodów: jako narzędzie stosunków zewnętrznych Unii Europejskiej poprzez dialog międzykulturowy i międzywyznaniowy oraz jako wartość autoteliczna, którą należy wspierać samą w sobie. Ważna jest dla mnie ponadto potrzeba opracowania danych statystycznych na temat kultury i sektora kultury, które zostaną wykorzystane w debacie na temat polityki kulturalnej i pozwolą mocniej podkreślić ekonomiczny potencjał sektora kultury i sektora kreatywnego oraz ich wpływ na społeczeństwo, jak również podkreślenie symbolicznego znaczenia dziedzictwa kulturowego, które – jak pokazały niedawne akty niszczenia obiektów kultury w Syrii i Iraku – stało się narzędziem realizowania celów politycznych. Konieczne jest zatem wzmożenie wysiłków, większa koordynacja i szerzenie świadomości społecznej w celu ochrony dziedzictwa kultury.

18. Ausführungen von einer Minute zu Fragen von politischer Bedeutung

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia są jednominutowe wystąpienia w znaczących kwestiach politycznych (art. 163 Regulaminu).

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, 25 November this week marks International Day for the Elimination of Violence against Women. Women are the primary victims of domestic abuse: physically, they are the weaker sex, and they are prone to this situation.

I am pleased to inform this Parliament that the Irish State recently signed the Istanbul Convention of the Council of Europe on preventing and combating violence against women, and in particular domestic violence. Domestic violence has traditionally been viewed as something that goes on behind closed doors and should stay there. But this has changed, and we must continue to highlight cases and provide support to women – not necessarily just women who are victims of physical violence, but also abuse of a psychological nature, which can be even more sinister.

Twelve to fifteen per cent of women in Europe face violence every day in their home. Our legal system, policing system and the judicial system in particular must be trained in issues of domestic violence and recognise it so that it is not seen as something that is merely for the domestic situation. Victims need to be supported, and the state services need to be fully aware of the implications of this situation.

Maria Grapini (S&D). – Domnule președinte, doresc să exprim îngrijorarea concetățenilor mei față de escaladarea violenței, față de creșterea nesiguranței și să exprim teama familiilor pentru copiii plecați în alte țări.

Am interpellat Comisia, dar doresc să ridic în plenul Parlamentului această problemă gravă legată de siguranța europenilor la ei acasă.

Domnule președinte, domnule comisar, stimați colegi, consider necesar ca președintele Comisiei Europene și președintele Consiliului să prezinte urgent în fața Parlamentului și a cetățenilor europeni care este programul legat de migrație, refugiați, securitatea frontierelor și siguranța liberei circulații a cetățenilor europeni.

A stabili cote nu rezolvă problema. Nu se poate să păstrăm un grad de risc ridicat timp îndelungat și să existe riscul să se mai piardă vieți.

Europenii doresc să știe care este programul de ieșire din criză. Vrem o Uniune Europeană unită, sigură și un tratament legal. Nu mai vrem nici o Europă cu două viteze, nu mai vrem nici nesiguranță. Toate cele 28 de state au semnat un acord de aderare și trebuie să beneficieze de aceleași reguli și să respecte aceleași reguli.

Beatrix von Storch (ECR). – Herr Präsident! Wir müssen über den Zusammenhang von offenen Grenzen, Terror und Sicherheitsgesetzgebung reden.

Frau Hohlmeier hat hier letzte Woche den Vogel abgeschossen. Sie hat den Grünen bzw. den Linken die Mitverantwortung für die Terroranschläge in Paris gegeben, weil die gegen eine stärkere Überwachung der Bürger sind.

Die Terroristen sind über Land gekommen. Da helfen Fluggastdatenspeicherungen nichts. Grenzkontrollen würden da was helfen. Die Terroristen stimmen sich mit SMS ab, da hilft auch die seit Jahren praktizierte Vorratsdatenspeicherung der Franzosen nichts – sie hat nichts genutzt und ein Verbot von Verschlüsselung sicherlich auch nicht.

Die Terroristen haben schon heute illegale Waffen. Es ist ein Stück aus dem EU-Tollhaus, dass jetzt darüber diskutiert wird, das Waffengesetz für die legalen Waffenbenutzer und für die Sportschützen und für die Jäger zu verschärfen. Die Grenzen müssen kontrolliert werden, das ist das, was auch die CSU und Frau Hohlmeier nicht wollen, und da liegt der Hase im Pfeffer.

Yana Toom (ALDE). – Mr President, the war in Syria is a challenge for Europe, and the activities of ISIS are the most dangerous and imminent threat. The recent terrorist attacks in Paris and the tragic fate of the Russian plane in Egypt prove that the war has come to Europe. There were many concerns raised after the start of the Russians' interference in Syria. We like to talk about differences in values with this country. However, from the perspective of ISIS, Europe and Russia are twins. ISIS is a danger not only because they are radicals or terrorists; ISIS has become an alternative project for the future of the Middle East and for the entire world. At the recent meeting in Palanga, the Baltic Presidents said they would not join any coalition fighting ISIS if it included Russia. It is not the first time that the Baltic States seek to evade their solidarity duties under this pretext. This approach is very wrong. We need to be united against a common enemy with all political actors, including Russia, Iran and others. The fight against ISIS is too important to abandon for geopolitical reasons.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, a situação dos migrantes que percorrem a rota dos Balcãs, num fluxo imparável e significativo, é da maior preocupação do ponto de vista humanitário. Uma situação que se agravou nos últimos dias com a imposição por parte de vários países de barreiras discriminatórias e ilegais à circulação de pessoas com base na sua nacionalidade. Medidas que se somam a atos de violência e extorsão, cometidos pelas autoridades sobre pessoas desamparadas e vulneráveis. Impõe-se uma resposta urgente a esta situação. Impõe-se a única resposta compatível com alguns dos valores e princípios que a União Europeia gosta de proclamar, mas não pratica. A única resposta compatível com os direitos humanos dos que fogem da miséria, do caos e da guerra que a União Europeia ajudou a semear e alimentou ativamente. Ou seja, a criação de rotas migratórias seguras e legais que desarticule as redes de tráfico que se alimentam das políticas migratórias repressivas e criminalizadoras. E insistimos também na proposta de transferências das verbas alocadas à vigilância fronteiriça para medidas de acolhimento, apoio e integração social.

Jordi Sebastià (Verts/ALE). – Señor Presidente, acabamos de pasar el 20 de noviembre, una fecha emblemática para los grupos que reivindican la dictadura fascista de Francisco Franco, y en muchas ciudades del Estado español se han celebrado con total impunidad actos públicos de reivindicación de aquel régimen sanguinario.

También en Alicante, allí donde en 1977 fue asesinado Miquel Grau por un militante fascista, que luego fue indultado por el Gobierno. Por fin, con el nuevo Gobierno municipal, Miquel Grau ha recibido el reconocimiento que merecía, pero esto es una excepción: sigue habiendo exaltación fascista e impunidad y, además, incumplimiento sistemático de la Ley de Memoria Histórica, por lo que las víctimas de aquella dictadura asesina no obtienen la reparación que merecen.

¿Dónde quedan las palabras de la Comisaria Reding diciendo que hay que preservar la memoria de los crímenes cometidos por regímenes totalitarios? Europa no puede permanecer callada ante la tolerancia de uno de sus Estados miembros -el español- hacia el totalitarismo. Este Parlamento y el resto de las instituciones europeas deben condenar sin paliativos esta situación y presionar al Gobierno español para que cumpla sus obligaciones éticas y legales. Si no lo hacemos, estaremos siendo cómplices.

Margot Parker (EFDD). – Mr President, there is no more persecuted and yet more disregarded minority in the world than Christians. Over 90 countries ban or restrict Christian belief, many of them in the Middle East. For centuries Christians have lived, worked and prayed in the Middle East. Indeed, that region was the birthplace of Christianity. Yet since the collapse of secular leaders in the region, Islamists like ISIS have filled the vacuum with a toxic and intolerant campaign against Christians. We have seen ancient churches and monasteries looted and converted to mosques. In ISIS territory, Christian women and girls are sold in sex slave markets, whilst male Christians are forced to sign contracts that officially relegate them to second-class status. We also see the grotesque scenes of gay men and women being thrown off rooftops and kicked to death if they survive the fall.

The silence of so many LGBT groups on this issue is puzzling. This hatred of gay men that is common in ISIS-style Islamic extremism is now spreading to my country, where gay men and women are frequently demonised in radical sermons. Violent attacks on gay men and women are a serious concern and totally unacceptable. East London, in particular, is a dangerous place for gay men. I hope whoever wins the London mayoral race – hopefully Peter Whittle, himself a gay man – will make tackling this problem a top priority.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, PSR, FEP, FSE, FEIS: tra il 2009 e il 2015, centinaia di imprenditori, di pescatori, di agricoltori, di formatori sono stati sedotti, illusi e poi abbandonati dalle autorità di gestione di questi programmi e fondi. Quello che sto descrivendo è uno scenario più o meno apocalittico che avviene nella mia regione, la Sicilia, dove circa 400 imprese agricole rischiano la chiusura se verranno disimpegnati i fondi del PSR previsti per il periodo 2007-2013.

Per questo motivo ho ricevuto tantissime mail e sollecitazioni da parte delle persone interessate, affinché si possa ottenere una proroga dei fondi in questione e, insieme ai colleghi parlamentari del Movimento 5 Stelle regionale e nazionale, ho cercato di mettere quanta più pressione possibile sulle autorità nazionali e regionali per richiederla. Ma l'ultima parola spetta alla Commissione.

Io, in questa sede, chiedo pertanto alla Commissione, con estrema umiltà, se sia possibile ottenere questa proroga, perché è vitale per un settore così importante per una regione come la Sicilia.

Dominique Bilde (ENF). – Monsieur le Président, la maladie d'Alzheimer et les maladies associées touchent environ 6 millions de personnes en Europe et le nombre de nouveaux cas diagnostiqués chaque année continue d'augmenter.

En France, 225 000 nouveaux cas sont détectés chaque année et un Français sur quatre a dans son entourage une personne concernée, ce qui engendre beaucoup de souffrance et de détresse, tant pour la personne atteinte que pour les personnes qui l'entourent.

Cette maladie entraîne la perte progressive et irréversible des fonctions mentales, notamment de la mémoire et, malheureusement, il n'existe, à l'heure actuelle, aucun traitement pour la maladie d'Alzheimer même si certains traitements médicamenteux peuvent contribuer à ralentir le processus.

Cette maladie, qui constitue la première cause de dépendance en Europe, nécessite des moyens supplémentaires pour la recherche mais, surtout, d'être reconnue comme une question de santé prioritaire en France et en Europe. J'ai d'ailleurs, à ce titre, déposé une déclaration écrite sur ce sujet avec vingt-quatre de mes collègues parlementaires de tous bords politiques car c'est l'intérêt général et humain qui doit primer. J'invite, à cet instant, tous les membres de ce Parlement à signer cette déclaration.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Panie Przewodniczący! W dniu 13 stycznia przemawiałem w tym parlamencie i powiedziałem, że nasi wrogowie są nie w Moskwie, tylko w meczetach: *not in Moscow but in mosques*. Zostało to uznane za coś okropnego przez pana Junckera, przez pana Schulza. Chciałbym się spytać, czy oni nie uważają, że jednak ja miałem rację, a oni się mylili?

Chciałbym się również spytać, dlaczego powiedzenie, że nasi wrogowie są w Moskwie, nie jest mową nienawiści, a powiedzenie, że w nasi wrogowie są w meczetach, to jest mowa nienawiści?

I chciałbym wreszcie się spytać, dlaczego pan Schulz dzisiaj mówił o ofiarach terroryzmu, a jakoś nie wymienił ofiar terroryzmu, gdzie zginęło 204 pasażerów samolotu rosyjskiego, a w Paryżu zginęło w końcu tylko 130 osób? Tego nie wymienił.

A poza tym sądzę, że Unia Europejska musi by zostać zniszczona.

Ева Паунова (PPE). – Днес е десетият ден от чудовишните атаки в Париж, но също така и 321-ят ден от атентата срещу редакцията на „Шарли Ебдо“. Ако блокадата в Брюксел трябва да покаже нещо, то е че не може и че не е възможно да живеем в такова ниво на несигурност и страх. Затова днес, на 10-я ден от атаките в Париж, заставам пред вас, за да ви кажа, че не можем да чакаме да станат 321 дни от този терористичен акт, за да вземем мерки.

Пред нас има няколко ясни решения: Първо, да приключим важни досиета като това за Директивата за резервационните данни на пътници; да заздравим ключовите елементи като Фронтекс, за да го превърнем в истински пазител на границите на Европейския съюз. Също така да решим какво правим с радикализацията и чуждите бойци на нашата територия. И последно, да променим механизмите по границите си, за да имаме достатъчно информация и да можем да я споделяме.

Защото всеки изминал ден без нужните мерки е ден в страх за нашите граждани.

Viorica Dăncilă (S&D). – Domnule președinte, constat cu înrijorare că în ultima perioadă revine în discuție ideea unei așa numite Europe cu două viteze.

Este cu atât mai îngrijorător cu cât unul din liderii Uniunii Europene, domnul Juncker, încurajează o asemenea idee care vine în opoziție directă cu valorile și fundamentul proiectului european bazat pe coeziune, integrare, reducerea decalajelor.

Cum mai poate Uniunea să lupte eficient împotriva unor probleme esențiale precum sărăcia sau șomajul în rândul tinerilor dacă reduce integrarea? Cum poate Uniunea Europeană să se aplece de amenințările externe, dacă liderii săi iau în calcul fracturarea?

Astfel de declarații, alături de cerințele Marii Britanii, de restrângere a drepturilor migranților, transmit un mesaj nedorit într-un context dificil, tocmai când Uniunea are nevoie mai mult ca oricând de solidaritate și unitate.

Consider că președintele Comisiei are datoria să își argumenteze declarațiile deoarece nu este deloc clară viziunea sa. Nici care sunt cele două viteze și nici ce reguli ar vedea pentru o Europă care funcționează după acest principiu.

Ангел Джамбазки (ECR). – Уважаеми г-н Председател, уважаеми колеги, последните трагични събития, причинени от военните нападения, осъществени от Ислямска държава на територията на държави – членки на Европейския съюз, недвусмислено потвърждават изказаните от нас в продължение на година и повече опасения от нашествието и нападенията на салафитския сунитски ислям и неговия терор в нашите домове.

Безпоощадно ясно е, че Европейският съюз трябва незабавно да предприеме предлаганите от нас мерки по охрана и отбрана на своите външни граници. На юг най-голямата сухоземна граница на ЕС е тази на моето отечество, Република България. И тук се обръщам към колегите от ЕНП и от ПЕС, тези, които аз смятам за отговорни за безволевото и непродуктивно поведение на Европейския парламент по отношение на Ислямска държава и терора.

Отново настоявам за следните незабавни за ЕС мерки: незабавно прикриване на държавните граници и на границата на Европейския съюз, която се пада моята родина, Република България; незабавна екстрадиция и експулсиране на всички нелегални имигранти от територията на ЕС и държавите членки; незабавното физическо разкриване, локализиране и унищожаване на ислямистките клетки на територията на държавите – членки на ЕС.

Уважаеми колеги, уважаеми членове на ЕП, само така ще можем да се опитаме поне да отбраним нашите домове, нашия живот и това, което приемаме за наши ценности.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor Presidente, hoy y ahora en España las familias de cerca de 100 000 desaparecidos siguen buscando a sus parientes asesinados durante la dictadura franquista. Sufren el menosprecio del Gobierno, que permite, cuando no alienta, homenajes fascistas que deberían ser delitos; que bloquea, con el apoyo del principal partido de la oposición, el procesamiento de personas acusadas de crímenes de lesa humanidad; que mantiene el Instituto Cervantes en París en lo que fue la sede del Gobierno vasco en el exilio, incautada por los nazis y entregada al dictador: humillaciones para las víctimas de un régimen criminal que encuentran aquí silencio y pasividad.

No son temas de ayer, son injusticias de hoy que vamos a seguir denunciando aquí porque son una vergüenza para la Unión, que debe a estas víctimas la misma actitud que la que evitó la impunidad de los asesinos de otros regímenes totalitarios europeos.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL). – Señor Presidente, la Unión Europea y el Consejo de Derechos Humanos de las Naciones Unidas se han pronunciado varias veces contra la negación, trivialización o exaltación de los crímenes del franquismo.

Sin embargo, se registran todavía hoy en Europa situaciones inadmisibles, como el pago continuado, por parte del Gobierno alemán, de pensiones a voluntarios franquistas de la División Azul -como acaban de denunciar EH Bildu y Die Linke ante la Comisión Europea- o como el mantenimiento y amparo por parte del Gobierno español de la impunidad por los crímenes de la dictadura, aún hoy.

Ya es hora de recuperar la dignidad, el respeto y la memoria para miles de familias que llevan décadas esperando respuestas y justicia. Esto exige compromisos colectivos y procesos participativos, porque la memoria histórica nos pertenece a todos y a todas, y a esta Cámara compete también la responsabilidad de decir alto y claro que con impunidad no hay democracia, que ante los crímenes del franquismo exigimos justicia y reparación.

Tiziana Beghin (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, da anni la Cina invade il nostro mercato con prodotti a basso costo, che hanno già mandato a casa migliaia di lavoratori europei. Ma adesso Pechino sta preparando l'attacco finale e i suoi complici sono proprio qui a Strasburgo e a Bruxelles. Se la Commissione lo confermerà, dal dicembre 2016 la Cina sarà riconosciuta come economia di mercato e non potremo più usare le protezioni con cui difendiamo oggi i nostri prodotti.

Ma la Cina non è un'economia di mercato. Non c'è nessuno obbligo giuridico a riconoscerla come tale e soprattutto la scelta non può e non deve appartenere solo alla Commissione, un organo non elettivo. I cittadini sanno che più di tre milioni di posti di lavoro in Europa dipendono dalle scelte di questo organismo che nessuno ha eletto? E soprattutto, il governo italiano si rende conto che 700.000 posti di lavoro, solo in Italia, dipendono da questa decisione?

Certo che lo sa. Lo sanno tutti ma tutti tacciono: neanche un tweet del nostro Presidente del Consiglio. In Italia non ne parla nessuno, tranne il viceministro Calenda. Ma non mi stupirei se la politica collusa trovasse il modo di zittirlo. Forse 700.000 posti di lavoro non interessano a nessuno.

Romana Tomc (PPE). – Val migrantov preplavlja Evropo. V dobrem mesecu dni je preko Slovenije po podatkih naše policije potovalo že več kot 250.000 oseb, to je več kot 10 % prebivalstva Slovenije. Ugodeno pa je bilo od vsega tega le štirim prošnjam za azil, torej lahko sklepamo, da gre v večini za ekonomske migrante.

Večina oseb, ki prihaja preko našega ozemlja, je brez dokumentov. Mi smo v Schengenu in dolžni smo varovati zunanje meje Evropske unije, vendar je naša policija v več primerih zaznala osebe, ki so tok migrantov izkoristile za vrnitev iz bojnih območij v Siriji.

Posebej v luči zadnjih napadov v Parizu seveda sprašujem evropske institucije, kaj bomo naredili. Ali lahko zaupamo našim obveščevalnim službam in varnostnim ukrepom? So kadrovske kapacitete zadostne in varnostni ukrepi učinkoviti? Zanima me seveda tudi, v kakšni fazi je po zadnjih dogodkih projekt skupne obveščevalne službe Evropske unije?

Jonás Fernández (S&D). – Señor Presidente, mis primeras palabras hoy son para recordar a las víctimas de los últimos atentados terroristas en Europa, que nos recuerdan la necesidad de tener una política de defensa y de seguridad en nuestro continente.

En cualquier caso, yo quería hablar hoy de la decisión, del debate sobre la posibilidad de otorgar a China la condición de economía de mercado, una decisión que podría atentar directamente contra el sector industrial en Europa y afectar muy específicamente a sectores muy importantes, como es el sector del acero, con incidencia muy clara en mi circunscripción, en Asturias.

La economía china no es una economía de mercado. El crédito está dirigido por el Estado. El Estado impide a los trabajadores la movilidad, impide que las personas puedan moverse de un sitio a otro del país. ¿Qué economía puede ser de mercado con un control directo del crédito y de las personas? Esa decisión no puede ser tomada en Europa, porque atenta contra el acero, contra el sector industrial y contra regiones como la mía, como Asturias, que tienen un futuro muy próspero y muy competitivo.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύρια Πρόεδρε, η μνημονιακή συγκυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ - ΑΝΕΛ ψήφισε πριν μερικές ημέρες έναν ακόμη επαισχυντό νόμο με προαπαιτούμενα που απαιτούσαν η τρόικα και οι δανειστές: Κύρια αιχμή του νόμου είναι τα κόκκινα δάνεια. Οι ελληνικές τράπεζες με τις αλληπάλληλες ανακεφαλαιοποιήσεις που έγιναν θα έπρεπε, ήδη, να είχαν από καιρό διαγράψει πολλά κόκκινα δάνεια, διότι έλαβαν γι' αυτό τον σκοπό κεφάλαια.

Αντί γι' αυτό η εφαρμογή των ρυθμίσεων του συγκεκριμένου νόμου θα οδηγήσει σε δεκάδες χιλιάδες κατασχέσεις και πλειστηριασμούς κατοικιών Ελλήνων δανειοληπτών και τα διεθνή κερδοσκοπικά πιστωτικά ιδρύματα, τα διάφορα funds και τα κοράκια, θα βάλουν χέρι στα σπίτια των Ελλήνων πολιτών.

Τέτοιο νόμο δεν είχαν καν τολμήσει να ψηφίσουν ότι οι προηγούμενες μνημονιακές κυβερνήσεις. Αυτό ακριβώς, δυστυχώς, ψήφισε η μνημονιακή συγκυβέρνηση ΣΥΡΙΖΑ ΑΝΕΛ. Οι Έλληνες πολίτες θα παλέψουμε ειρηνικά και δημοκρατικά και δεν θα επιτρέψουμε κανέναν συμπατριώτη μας να χάσει το σπίτι του, όπως συνέβη στην Ισπανία. Κανένα σπίτι στα χέρια τραπεζίτη. Κανένα σπίτι στα κοράκια.

Jozo Radoš (ALDE). – Gospodine predsjedniče, zajednička vanjska i sigurnosna politika postoje već 25 godina, a zajednička sigurnosna i obrambena politika punih 15 godina. U to proteklo vrijeme i jedna i druga politika razvijale su svoje mehanizme, aktivnosti, oblike djelovanja i tijela, ali do bitnog pomaka u pogledu zajedništva i snage tih dviju politika nije došlo. Krize s kojima je suočena Europska unija, ratovi u susjedstvu, izbjeglice i terorizam bilo bi puno lakše riješiti, a neke od njih čak i spriječiti sa snažnijom zajedničkom vanjskom sigurnosnom odnosno obrambenom politikom.

Nakon proteklih spomenutih 15 i 25 godina iskustva pogotovo najnovijeg bolnog iskustva s lošim odgovorom na krize jasno je da zajednička vanjska sigurnosna i obrambena politika trebaju biti osnažene jer nema razloga nadati se da će u budućnosti izazovi s kojima se Europska unija suočava biti manji i lakši.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Mr President, last week saw a significant agreement made by the two largest political parties in the North of Ireland and with the Irish and British Governments. The six counties' institutions are the only viable platform to give protection to the working poor and those on benefits.

Last week, however, did not see the British Government address breaches of its Article 2 obligations under the European Convention on Human Rights (ECHR) – the right to life – which the ECHR found that Britain had violated during the conflict in Ireland.

The British Government has covered up for state actors, their agents, the British army, police and the political institutions which colluded in countless murders, and to this day the British Government continues to exercise a national security veto to conceal the role it played in collusion in Ireland.

The Council of Europe's Commissioner for Human Rights, Mr Muižnieks, must return to Belfast to investigate Britain's role in the conflict and its human rights abuses and to bring the British Government to book for acting with impunity, and to work with the families to get full disclosure of information for the victims and the families.

Francesc Gambús (PPE). – Señor Presidente, mis primeras palabras son en recuerdo de las víctimas de París, Beirut, Bamako, Nigeria.

Asumiendo que la historia es una ciencia y que la memoria es subjetiva, lo cierto es que el paso del tiempo establece certezas irrefutables. Una de esas es que el pasado viernes hizo cuarenta años de la muerte del dictador Francisco Franco. Otra, que sus crímenes siguen impunes; y, por hablar de personas concretas, otra certeza es que en 2013 hizo setenta y cinco años del fusilamiento de Manuel Carrasco i Formiguera, dirigente de mi partido, Unió Democràtica de Catalunya. Cristiano convencido, catalán hasta la médula, tuvo que salir de Cataluña por ser perseguido por los incontrolados por sus ideas religiosas y, llegando a Euskadi, cayó preso del ejército faccioso insurrecto, que lo sometió a juicio sumarísimo y lo fusiló el 9 de abril de 1938 por su compromiso insobornable con la democracia, la libertad y la nación catalana.

La democracia española y, por extensión, la europea todavía pasan la vergüenza de no haber restituido su dignidad y la de tantos miles de personas con historias similares, anulando todos aquellos juicios sumarios. Su dignidad, y con la suya la de sus familias y la de todos nosotros, está pendiente. Que conste en acta.

Tonino Picula (S&D). – Gospodine predsjedniče, pitanje zaštite granica u Europskoj uniji postalo je tijekom proteklih tjedana dramatično povezano s pitanjem zaštite građana. Do sada je izbjeglički fenomen uglavnom tretiran kao humanitarno i organizacijsko pitanje, a nakon masakra u Parizu i događaja u Bruxellesu dobiva prvenstveno sigurnosni profil.

EU jest u jednoj posebnoj vrsti rata. I to jednim dijelom građanskog rata. Europu nisu, naime, napale nikakve strane vojske, ali protiv nje brutalno ratuju neki njeni državljani koji su ovdje rođeni i odrasli. Korijene ovog fenomena treba tražiti u vrsti socijalne patologije nastale zbog osjećaja isključenosti iz sustava koji su trebali osigurati društvenu promociju i prihvaćenost.

Naravno da svatko koga pogodi nezaposlenost ne postaje automatski i terorist. Ovdje se radi o prožimanju različitih socijalnih, vanjskopoličkih, vjerskih i medijskih faktora. Ali nema sumnje, terorističke prijetnje napinjat će ne samo nacionalne, nego i europske pa i globalne institucije određujući karakter Europskoj uniji u prvim desetljećima 21. stoljeća.

Pál Csáky (PPE). – Elnök Úr, a nemzetközi terrorizmus egyértelmű igyekezete napjainkban, hogy áttolják a konfliktus-felület egy részét Európába is, és éppen a karácsonyi ünnepkörben. El akarják bizonytalanítani, és meg akarják félemlíteni ezzel Európa polgárait. Nyugtalanít, hogy ebben a parlamentben is többen alábecsülik ennek a helyzetnek a komolyságát. Meggyőződésem, hogy Európa polgárai tetteket várnak tőlünk, s ezeket a döntéseket nekünk meg kell hoznunk, ha azt akarjuk, hogy a polgárok bizalma megmaradjon az Európai Unió iránt. Most nem szabad itt a klasszikus politikai játszmákat játszani, ne az legyen a kérdés, hogy ki győz le kit, hanem az, hogy találunk-e ésszerű megoldásokat a kialakult helyzetre.

Az Európai Néppárt kidolgozott egy megoldási javaslatcsomagot, amely Európa polgárainak biztonságát hivatott növelni. Szeretném megkérni a tisztelt kollégákat, tanulmányozzák át ezt az anyagot, hogy annak elemeit mielőbb el tudjuk fogadni. Különböző félő, hogy a politikai szélsőségesek szavára fognak hallgatni a polgárok.

Claudia Tapardel (S&D). – Domnule președinte, stimați colegi, în ciuda gravității situației ce ține de securitatea cetățenilor noștri, proiectul european trebuie să continue.

Nu trebuie să lăsăm aceste momente de criză să ne copleșească sau să mascheze lipsa de acțiune într-o problemă ce privește viitorul european și anume lipsa locurilor de muncă în rândul tinerilor.

Chiar dacă uităm de multe ori să vorbim despre tineri și despre numeroasele vulnerabilități ale acestei categorii, aceasta nu înseamnă că problemele nu mai există. Dimpotrivă, acestea se acutizează. Astăzi mai sunt încă 4,6 milioane de tineri europeni fără niciun fel de ocupație.

Comisia Europeană trebuie să vină cu date concrete privind implementarea programelor destinate pregătirii și ocupării tinerilor, iar noi în Parlamentul European trebuie să ne convingem partenerii instituționali că avem nevoie de mai multe inițiative și de investiții majore pentru reducerea șomajului în rândul tinerilor. De aceea am propus ca aceste programe să se aplice inclusiv pentru tinerii cu vârsta de până la 35 de ani.

Ca atare, această problematică nu trebuie să dispară de pe agenda noastră și din discursul public pentru că lipsa unei soluții ne va afecta bunăstarea pe termen lung.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Úr, negyven éve fogadták el az emberi jogok, beleértve a kisebbségek jogainak tiszteletben tartását alapelveként leszögezõ Helsinki Záróokmányt, továbbá húsz éve itt Strasbourgban írták alá a Keretegyezményt a Nemzeti Kisebbségek Védelméről. Jó alkalom ez a kettős évforduló tehát arra, hogy mérleget vonjunk és megállapítsuk: rendkívül sok még a tennivaló a nemzetközi egyezmények kisebbségvédelmi passzusainak életbe ültetése és alkalmazása terén. A Keretegyezmény számos pontját egyszerűen nem hajtják végre, ezen a helyzeten pedig meglátásom szerint az segíthetne, ha az Európai Unió intézményei fogadnának el egy jogi kötéssel bíró kisebbségvédelmi keretszabályozást.

Bár a kezdeményezést a Bizottság részéről váránk, a Parlament – mint az európai polgárok érdekeinek megjelenítője – is az élére állhatna ennek a folyamatnak. 40 millió uniós polgárt érint ez a kérdés közvetlenül, az EU-nak tehát foglalkoznia kell a nemzeti kisebbségek problémáival. Annál is inkább, mivel az Európai Unióról szóló Szerződés második cikke is kimondja, hogy az Unió a kisebbségek jogainak tiszteletben tartásán alapul.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, již jenom dvacet pět minut máme možnost hlasovat a rozhodnout o vítězi desátého ročníku soutěže Lux Film Prize, který bude vyhlášen zítra na plenárním zasedání Evropského parlamentu.

Já to zmiňuji proto, že jazyk filmu je někdy občanům mnohem srozumitelnější než řeči nás, politiků. A tyto filmy, které byly nominovány, jsou velmi aktuální. Film *Mediterranea* hovoří o motivaci a osudu afrických uprchlíků. Film *Mustang* hovoří o mladé generaci Turků a bulharský film *Urok* hovoří o rodinných vztazích, nepochopeních a konfliktech. Jsou to filmy, které jsou velmi hodnotné a které přispívají k dialogu mezi Evropany, které přispívají k diskusi o evropských hodnotách také mezi námi, politiky a občany Evropské unie. Věřím, že tato cena přispívá i k většímu uvědomění si evropských hodnot, které zde máme hájit.

Jude Kirton-Darling (S&D). – Mr President, this week the first snow fell at home as autumn rapidly moves to winter. For many people this brings the added dread of extra energy costs.

Energy efficiency and renewables are a key means of ensuring that energy poverty is reduced long term. While much progress has been made on improving efficiency and reducing their cost, government support schemes remain crucial. The market alone cannot deliver this crucial investment, particularly for those living in social housing and the private rental sector.

That is why the recent decision by the Tories to slash support for solar and onshore wind is such a deplorable act. With the right legal framework, solar power alone could generate GBP 25.6 billion for the UK economy and support over 8 000 full-time skilled jobs – a vital investment in our future, putting money into local communities like my own. The UK Government should – and must – reverse its short-term and short-sighted decision.

Claude Rolin (PPE). – Monsieur le Président, la question de la reconnaissance du statut d'économie de marché à la Chine fait débat, nous l'avons vu ce soir. Elle impliquerait de fortes incidences sur l'emploi dans notre économie, notamment parce que la Chine a une politique commerciale clairement agressive. Ces craintes sont particulièrement importantes dans le secteur de l'acier, où patrons et syndicats ont le même point de vue.

La Chine n'est pas une économie de marché, elle inonde notre marché de produits sidérurgiques à des prix qui ne respectent pas les principes de concurrence loyale. La reconnaître comme telle serait dès lors préjudiciable pour des centaines de milliers d'emplois directs et indirects, et plus globalement pour l'ensemble de notre économie. Pour être reconnue comme une économie de marché dans l'Union européenne, la Chine doit impérativement se conformer à cinq critères techniques, or ils sont loin d'être respectés.

Nous devons défendre les valeurs de notre économie de marché socialement régulée et ne pas octroyer ce statut à la Chine. C'est une question de vitalité et d'avenir pour notre économie, mais surtout pour notre industrie et ses emplois.

István Ujhelyi (S&D). – Elnök Úr, lassan este ¾ 11-et mutat az az óra az európai zászlók fölött és én ismét újra azért vártam ki szorgalommal ezt az időt, mert el kell mondjak, meg kell értessek mindenkivel valamit. Tudom, hogy nagy a félelem mindannyiunkban a terrorcselekmények miatt. Tudom, hogy vannak kormányok, politikai erők, akik felhasználták az elmúlt időszakot menekültellenes propagandára. De értsük meg: az igazi baj a mai európai társadalomban van. És ezért kell beszélnem a gyermekszegénység kérdéséről. Jelenleg Európában 26 millió gyermek szegény, minden negyedik gyermek szegénységben él. Magyarországon ez a szám, ez az arány borzasztó 41,4%. El kell mondjam Önöknek, ezzel kell valamit tegyünk, és éppen ezért hívom fel arra az Önök figyelmét, hogy holnap szavazunk a gyermekszegénység megszüntetésével kapcsolatos határozatról, és a kormányok ezt követően pedig vegyék tudomásul, hogy végre kell hajtsák a közös akaratot, meg kell szüntessük közösen a gyermekszegénységet, mert így nem lesz európai egészséges fejlődés.

Przewodniczący. – Zamykam dyskusję nad tym punktem porządku dnia.

19. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

20. Schluss der Sitzung

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 22.40).

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2023/1486

13.12.2023

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 24. NOVEMBER 2015

(C/2023/1486)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Sitzungen vom 23. bis 26. November 2015

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	3
2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	3
3. Sachstand bei der Energieunion (Aussprache)	3
4. Versicherungsvermittlung (Aussprache)	37
5. Abstimmungsstunde	47
5.1. Aufhebung bestimmter Rechtsakte aus dem Schengen-Besitzstand (A8-0250/2015 - Claude Moraes) (Abstimmung)	47
5.2. Aufhebung bestimmter Rechtsakte aus dem Schengen-Besitzstand im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (A8-0251/2015 - Claude Moraes) (Abstimmung)	47
5.3. Aufhebung bestimmter Rechtsakte im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (A8-0252/2015 - Claude Moraes) (Abstimmung)	47
5.4. Beitritt zur erweiterten Kommission des Übereinkommens über die Erhaltung von Südlichem Blauflossenthun (A8-0318/2015 - Carlos Iturgaiz) (Abstimmung)	47
5.5. Versicherungsvermittlung (A8-0315/2015 - Werner Langen) (Abstimmung)	47
5.6. Verringerung von Ungleichheit mit besonderem Schwerpunkt auf Kinderarmut (A8-0310/2015 - Inês Cristina Zuber) (Abstimmung)	47
5.7. Kohäsionspolitik und gesellschaftliche Randgruppen (A8-0314/2015 - Terry Reintke) (Abstimmung)	47

Inhalt	Seite
5.8. Die Rolle der EU innerhalb der VN (A8-0308/2015 - Paavo Väyrynen) (Abstimmung)	48
6. Stimmerklärungen	48
6.1. Aufhebung bestimmter Rechtsakte aus dem Schengen-Besitzstand (A8-0250/2015 - Claude Moraes)	48
6.2. Aufhebung bestimmter Rechtsakte aus dem Schengen-Besitzstand im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (A8-0251/2015 - Claude Moraes)	72
6.3. Aufhebung bestimmter Rechtsakte im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (A8-0252/2015 - Claude Moraes)	97
6.4. Beitritt zur erweiterten Kommission des Übereinkommens über die Erhaltung von Südlichem Blauflossenthun (A8-0318/2015 - Carlos Iturgaiz)	121
6.5. Versicherungsvermittlung (A8-0315/2015 - Werner Langen)	148
6.6. Verringerung von Ungleichheit mit besonderem Schwerpunkt auf Kinderarmut (A8-0310/2015 - Inês Cristina Zuber)	183
6.7. Kohäsionspolitik und gesellschaftliche Randgruppen (A8-0314/2015 - Terry Reintke)	238
6.8. Die Rolle der EU innerhalb der VN (A8-0308/2015 - Paavo Väyrynen)	284
7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	326
8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	326
9. Erklärung des Präsidenten	326
10. Steuervorbescheide und andere Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung (Aussprache)	327
11. Haushaltsverfahren 2016 — Gesamthaushaltsplan (Aussprache)	353
12. Prävention der Radikalisierung und Anwerbung europäischer Bürger durch terroristische Organisationen (Aussprache)	372
13. Entwicklung einer nachhaltigen europäischen Industrie der unedlen Metalle - Antidumpingmaßnahmen und ihre Auswirkungen auf die Stahlindustrie der EU (Aussprache)	397
14. Strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020 (Aussprache) . . .	414
15. Vorbeugende Maßnahmen zur Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Rentengefälles in der EU (Aussprache)	424
16. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	428
17. Schluss der Sitzung	428

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 24. NOVEMBER 2015

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL SISO

Vicepresidente

1. Eröffnung der Sitzung

(Se abre la sesión a las 8.40 horas)

2. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

3. Sachstand bei der Energieunion (Aussprache)

El Presidente. – El punto siguiente en el orden del día es el debate a partir de la Declaración de la Comisión sobre la situación de la Unión de la Energía (2015/2737(RSP)).

Maroš Šefčovič, Vice-President of the Commission. – Mr President, nine months ago we had a debate in this plenary when I was here to present the Energy Union strategy with a forward-looking climate policy which had just been adopted by the Commission. I was very encouraged by your reactions in this House. This gave the strategy important momentum from the very beginning. Nine months of intensive work and intensive contacts have passed since then.

In the Commission this was very important collective work, involving 14 Commissioners on the Energy Union Project Team. I would like to thank them here in the plenary for this work. We have proved that the new Commission structure works and can deliver.

Last week, we added a new instrument to our energy toolbox: the State of the Energy Union Report. This will become an annual exercise to take stock but also to provide concrete policy guidance for the year ahead. This will allow you – and us – to keep up the momentum and to have a debate every year about all the dimensions of the Energy Union.

Your support and your commitment to this ambitious project are crucial. As co-legislator, you will have to set the legislative framework for the Energy Union and you can carry the debate into your capitals, cities and regions, and to the citizens in your constituencies. As you know very well, their support for the Energy Union will be decisive.

Let me highlight four key messages that need political attention in 2016. The first is to highlight the fact that the EU must remain the leader in the transition to a low-carbon society. COP21 is only days away, where the EU, and notably our chief negotiator Miguel Arias Cañete, will spare no effort to get an ambitious, legally-binding agreement with a built-in review mechanism.

The EU must also continue to lead the way after COP21. The Emissions Trading System (ETS) reform and the new electricity market design must give the right signals for clean and energy-efficient technologies. We will make proposals for a heating and cooling strategy and for the decarbonisation of transport. We will also propose the Effort Sharing Decision in the non-ETS sector. We will present legislation to ensure that we reach the 2030 targets on renewables and energy efficiency, the latter having in mind an EU level of 30%. In parallel, we will further develop our financing instruments, making them more suitable for financing needs at the local level and for energy efficiency needs in the building sector.

My second main message is to highlight the fact that, if we want this fundamental energy transition to be successful, it has to be socially fair and consumer centred. We must empower our consumers, as we explained in the Communication that we discussed with you in plenary in September, together with the rest of the summer package.

But I am also convinced that in 2016 we should pay particular attention to the increasing numbers of the energy poor. When we review our legislation next year, we should make sure that the interests of energy-poor consumers are duly taken into account.

My third message focuses on the geopolitical challenges, because they will not go away in 2016 and we need to be on top of them. We have to keep pushing for the diversification of energy sources, routes and suppliers, especially through an ambitious liquefied natural gas (LNG) strategy which we will present in February. At the same time, we will present a revision of the Security of Gas Supply Regulation and proposals to revise the decision on intergovernmental agreements.

Let me mention another issue to which I want to pay special attention. We have to speed up work on infrastructure projects. I am glad that we have also adopted the second Projects of Common Interest (PCI) list – a list that is more focused, moving from 248 to 195 projects of common interest, and much better aligned to the core objectives of the Energy Union.

Let me also say a word about Nord Stream 3 and 4. I know this is a subject of huge interest and concern to this House, as reflected in President Buzek's letter sent to Commissioner Arias Cañete and me two weeks ago on behalf of the Committee on Industry, Research and Energy. We have taken note of the plans of commercial companies to build further pipelines connecting Russia and Germany through the Baltic Sea. These pipelines, if built, will have to comply fully with EU law. But let me also state that this project would not give access to a new source of supply and even further increase excess transmission capacity from Russia to the EU.

The EU will only support infrastructure projects that are in line with the core principles of the Energy Union, including the EU's Energy Security Strategy. Diversification of energy sources, suppliers and routes is crucial for ensuring secure and resilient supplies to European Union citizens and companies. It is for these reasons that the Nord Stream project will not become a project of common interest and will not benefit from EU financing. But let me also clearly say this: Ukraine proved to be a reliable transit partner for Russian gas throughout the last winter, and the EU believes that it is in the interest of all parties that Ukraine remains an important transit country.

Last but not least, my fourth message. With this State of the Energy Union, we are laying the first building blocks of a 'governance mechanism' that will bring more transparency and predictability to investors and businesses. The low-carbon and energy-efficient technologies are here, but they need investment. When ready, the governance mechanism will thus be based on three pillars.

The first will be the State of the Energy Union Report with its policy conclusions and country fact sheets, all of which we will further develop in the coming years. In that way we will keep implementation of the Energy Union under close scrutiny. We will keep it regularly on the European agenda through discussion in this Parliament and in different Council formations. It will also allow the European Council to give continued guidance on this issue.

The second pillar will be represented by national energy and climate plans with biannual progress reports, covering all five dimensions, covering the 2021-2030 period, and promoting regional cooperation between Member States. This year we are providing, firstly, guidance and key indicators for the progress reports. Next year we will come with a proposal to ensure that this monitoring and reporting system is firmly anchored in legislation.

The third pillar will be represented by the sector-specific legislation that I mentioned before, in particular to ensure that we reach our 2030 targets.

In all this, we will ensure that this Parliament will play its full part in making the Energy Union happen.

So I think that I can say that we have got off to a good start in 2015, but my promise to you today is that 2016 will be the Energy Union's 'year of delivery'.

Krišjānis Kariņš, *PPE grupas vārdā*. – Komisāra kungs! EPP grupa, protams, atbalsta Komisijas virzīto Enerģētikas savienības izveidošanu. Šis ir mūsu mēģinājums izveidot patiesi brīvu tirgu, palielināt konkurenci enerģētikas jomā visā Eiropas Savienībā, samazinot mūsu importa atkarību, samazinot CO₂ izmešus un palielinot mūsu enerģētikas drošību, tātad piegādes drošību. Šajā sakarā es gribu īpaši uzsvērt divas lietas. Pirmkārt, komisāra kungs, jūs runājat par emisijas tirdzniecības sistēmas reformu. Tas ir ļoti svarīgi. Mums Eiropas Savienībā ir jāsamazina CO₂ izmeši, taču lūgums jums ir būt ļoti līdzsvarotam, līdzsvarojot gan mūsu mērķi samazināt CO₂ izmešus, gan mūsu mērķi saglabāt rūpniecību un darbvietas Eiropas Savienībā. Kā piemēru es varu minēt tērauda industriju. Tērauda industrija kā tāda nav videi draudzīga. To mēs visi zinām, taču mēs Eiropā patērējam un izmantosim tēraudu gan mūsu autoindustrijā, gan celtniecībā, gan citur. Tātad mēs to tāpat kaut kur pirsim. Ja šo industriju “izdzīs” ārpus Eiropas Savienības, mēs nepatērēsim mazāk tērauda, bet, iespējams, to ražos tur, kur vispār nav nekādas kontroles. Tātad, tiecoties samazināt CO₂, esiet līdzsvarots, domājot par industriju. Un otra lieta, ko es gribētu uzsvērt, tieši to, ko jūs arī minējāt par *Nord Stream* cauruļvada paplašināšanas projektu. Es aicinu Komisiju ļoti rūpīgi apskatīties, vai šis projekts vispār ir samērojams ar mūsu mērķiem, izveidojot Enerģētikas savienību, jo mēs redzam, ka tas nepalielinātu mūsu enerģijas piegādes drošību, gluži pretēji — tas palielinātu mūsu atkarību no viena piegādātāja, no Krievijas. Paldies jums par uzmanību.

Dan Nica, *în numele grupului S&D*. – Domnule comisar, domnule vicepreședinte, vă felicit pentru activitatea și eforturile depuse până în prezent pentru a implementa Uniunea energetică.

Grupul Social-Democrat, prin activitatea parlamentară, este gata să susțină propunerile Comisiei și să lucreze îndeaproape cu celelalte instituții europene pentru a pune în aplicare măsurile necesare pentru o piață internă integrată a energiei.

Economia și societatea noastră se confruntă cu importurile de energie din regiuni instabile, care fac prețurile volatile.

Cheia Uniunii energetice o reprezintă crearea unei piețe energetice sigure, durabile, competitive și la prețuri accesibile, în scopul de a spori competitivitatea la nivel mondial a economiei europene, reducând și armonizând prețurile la energie în Europa și între statele membre.

O piață integrată ar maximiza beneficiile pentru noi industrii și noi tehnologii asigurând în același timp protecția și sprijinul pentru forța de muncă și industriile tradiționale. Subliniez că trebuie să ne asigurăm că obiectivele și țintele propuse nu vor fi îndeplinite în detrimentul industriei europene și al locurilor de muncă.

O piață integrată a energiei trebuie să aducă în primul rând beneficii tangibile consumatorilor.

De aceea este regretabil că piețele de energie electrică și gaze nu au performanța prevăzută. Pe lângă transparența costurilor energiei atât consumatori industriali, cât și cetățenii au nevoie de prețuri mai mici la energie.

De asemenea subliniez, domnule vicepreședinte, importanța interconexiunilor pentru a avea o veritabilă piață internă a energiei electrice.

Și, nu în ultimul rând, noi, social-democrații, susținem abordarea Comisiei privind lupta împotriva sărăciei energetice și protecția consumatorilor vulnerabili.

Dar subliniez că avem nevoie de o abordare europeană integrată. Mult succes pe mai departe, domnule vicepreședinte.

Evžen Tošenovský, *za skupinu ECR*. – Pane předsedající, energetika jako zásadní otázka pro budoucnost Evropy nesmí zapadnout v kontextu aktuální a dramatické debaty o migraci a terorismu. Jsem proto rád, že Komise (a pan místopředseda Šefčovič osobně) se věnuje energetické unii s plným nasazením. Ovšem i Parlament plní své úkoly a musím ocenit kolegu Gróbarczyka, nyní již ministra v nové polské vládě, který připravil na půdě ITRE vyváženou zprávu.

Dovolte mi několik poznámek. Nejdříve k infrastruktuře. Potřebujeme interkonektory, a proto vítám energetické projekty v rámci CEF schválené minulý týden tak, jak jste je zmiňoval.

Dále krátce k energetické bezpečnosti, která by měla být založena na principu solidarity. Z toho principu ale vybočuje projekt Nordstream II, mnohými oprávněně vnímán jako určité ohrožení. K otázce dekarbonizace je potřeba přistupovat s rozumem, respektovat specifika některých států, zejména těch s vysokým podílem uhlí v energetickém mixu, a jeho význam například pro teplárství.

A rovněž respektovat jadernou energetiku jako nízkouhlíkový zdroj energie zásadní pro řadu zemí. Musíme se vyvarovat negativních dopadů naší politiky, jako je vysoká cena energie a deindustrializace. Energetická unie naopak musí být impulsem pro otevřený trh s energiemi, který napomůže konkurenceschopnosti členských států a našeho průmyslu.

Morten Helveg Petersen, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I would like to thank the Commission for the excellent work done in this report, which helps to illustrate the scale of the challenge ahead of us.

Europe needs a holistic approach to achieving an energy union. We need integrated solutions in order to get more renewables into the energy mix, cut our carbon footprint and use scarce energy supplies in the most efficient way. Doing so will cut costs for business and make Europe more competitive, reduce energy bills for ordinary citizens and help us innovate to become world leaders in the energy technologies of the future. But many EU countries have back-pedalled on even modest objectives and have then gone on to block efforts to strengthen Europe's ambition. This cannot continue if we are to deliver on a true energy union.

What I want to emphasise today is that we too, as Parliament, need to step up to this challenge. In the own-initiative report on the Energy Union, which we will hopefully adopt next part-session, we call for Parliament to play an active role in the governance of the Energy Union. But clearly, we can only play this role if we are able to work together to find common ground on the crucial issues which often divide us. This is a priority for me and my Group: looking to find pragmatic approaches, but also approaches that maintain our ambition and determination to deliver the fundamental changes that energy union must deliver over the coming years.

I would again like to thank Vice-President Šefčovič for all the hard work, and clearly I hope that Parliament is also up to the challenge of achieving a true energy union.

Νεοκλής Συλικιώτης, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, δυστυχώς η πρώτη έκθεση της Επιτροπής για την κατάσταση της Ενεργειακής Ένωσης επιβεβαιώνει αυτό που γνωρίζαμε. Ακόμα δεν έχουν πραγματοποιηθεί ουσιαστικές δράσεις για άρση της ενεργειακής απομόνωσης των κρατών από τα ενεργειακά δίκτυα, για ενεργειακή επάρκεια και τροφοδοσία, για αντιμετώπιση των κλιματικών αλλαγών, για μείωση των εκπομπών διοξειδίου του άνθρακα, για προώθηση των ανανεώσιμων πηγών ενέργειας και μείωση της ενεργειακής εξάρτησης της Ένωσης.

Ιδιαίτερο προβληματισμό, όμως, δημιουργεί η αποτυχία της Επιτροπής να προχωρήσει στην ανάληψη των απαιτούμενων δράσεων για καταπολέμηση της ενεργειακής φτώχειας που ταλανίζει όλο και περισσότερους ανθρώπους στην Ευρώπη. Δεν αρκεί πλέον να επισημαίνουμε τα προβλήματα. Ο χρόνος εξαντλείται και οι ανάγκες των λαών απαιτούν - άμεσα - ανάληψη δράσεων. Σημαντικό ρόλο για άρση της ενεργειακής απομόνωσης και διασφάλιση ισότιμης και φθηνής πρόσβασης όλων των ανθρώπων στο αγαθό της ενέργειας, μπορούν και πρέπει να διαδραματίσουν οι εγχώριες πηγές ενέργειας της Ένωσης.

Συνεχίζουμε λοιπόν να ζητάμε από την Επιτροπή να αξιοποιήσει τις προοπτικές που δημιουργούνται με τα κοιτάσματα φυσικού αερίου στην ανατολική Μεσόγειο, να στηρίξει ενεργειακές επενδύσεις στην περιοχή, να προωθήσει τη δημιουργία ενός μεσογειακού κόμβου φυσικού αερίου με αγωγούς, αλλά και με ανάπτυξη της παραγωγής LNG. Εξίσου σημαντικό είναι να αναπτύξουμε άμεσα ένα ρεαλιστικό, ολοκληρωμένο σχέδιο για τη στήριξη και προώθηση των ανανεώσιμων πηγών ενέργειας.

Πάνω απ' όλα όμως, χρειάζεται να επαναπροσδιορίσουμε την ενεργειακή μας πολιτική, ώστε στο επίκεντρο να είναι οι ανάγκες και τα συμφέροντα των ανθρώπων, των καταναλωτών και των τοπικών κοινοτήτων.

Claude Turmes, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, I would like to address the Commissioner. Yes, you have made some progress over the last nine months by making south-eastern Europe a bit calmer after South Stream was cancelled, bringing Poland back on track on the Gas Interconnector Poland-Lithuania (GIPL) and working with the Baltic countries around the Baltic Sea. I think it is working, with Ukraine, to stabilise the relations with Russia.

So on that front some progress has been made, and a lot of it is to your personal credit. But overall, what you presented last week is weak. It is a paper without a clear vision. I will identify this on three points: one is energy efficiency. 'A binding 30% objective for energy efficiency by 2030 is, to me,' said Jean-Claude Juncker last year 'the minimum if we want to be credible and forward-looking'. One year later, this is a completely broken promise. In your paper you speak of 27%, and this is not even binding. Can you please explain to us: what is the word of the President of the Commission if one year later it does not count any more? In the modelling exercise you are doing, our call for 40% is not even modelled, which I think is democratically not acceptable to this institution.

On energy efficiency, what is the situation in the world? World investments in renewables have grown by 14%. Europe's investments in renewables are almost stagnating. Where was the Commission in Spain on the retroactive changes? What concrete proposals have you made for Paris? Jean-Louis Borloo, the former French Minister under the Sarkozy government, is calling for a big plan for Africa, including for reasons of migration. Why do we not go for massive PV deployment in Africa? You have presented nothing this year on renewables but hostility towards renewables.

On ETS: ETS has largely failed over the last ten years. Can you explain to me how we will bring back gas and phase out coal with this weak ETS price? How do you foresee phasing out coal?

Yes, you are discussing Nord Stream at the Commission. But if Nord Stream goes ahead, then we will weaken Ukraine and make Eastern Europe so fragile that we will completely discredit the Energy Union. Please, stand up and be courageous, including on these particular French and German interests in Nord Stream. We need a vision. Do we need another energy crisis before Europe gets its act together? The Commission is active now in the crisis on migration, but unambitious when it comes to energy union.

Dario Tamburrano, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, accogliamo con piacere parte delle sue dichiarazioni e speriamo che certe promesse vengano mantenute. Noi siamo preoccupati per la mancanza di obiettivi vincolanti a livello dei singoli Stati, perché riteniamo che, nel momento in cui questi obiettivi del 27% o del 40% non venissero raggiunti, non ci sarebbe poi in realtà una responsabilità dei singoli Stati; quindi chiediamo che si fissino obiettivi più ambiziosi e più vincolanti.

Vorrei invitare lei e i colleghi a una riflessione, al collegamento che tutti noi conosciamo tra la geopolitica dell'energia e la geopolitica del terrore. Tutti noi siamo, in qualche maniera, responsabili di un modello di sviluppo basato sul fossile. Sappiamo perfettamente che abbiamo alimentato un flusso di ricchezza enorme verso determinati paesi che ora hanno mezzi, uomini e risorse economiche per andare a creare quello che è successo a Parigi solamente la settimana scorsa.

In qualche maniera, noi siamo responsabili del nostro futuro. Quindi credo che obiettivi vincolanti e obiettivi più ambiziosi siano la via europea per la pace e la prosperità: finché dipenderemo da risorse esterne, finché dipenderemo da petrolio e da gas per il nostro sviluppo, noi in qualche maniera, alimenteremo anche la mano del terrore che ci troviamo ogni giorno nelle nostre case.

E c'è un altro discorso che, credo, non venga affrontato: si è parlato di allentare il patto di stabilità per quanto riguarda gli investimenti in sicurezza. Io mi auguro che questi investimenti siano in reale sicurezza, in intelligence sul territorio, perché in realtà il fenomeno sta assumendo l'aspetto di terrorismo interno. Ma, visto che gli obiettivi della transizione energetica sono comunque ambiziosi e hanno bisogno di investimenti, noi riteniamo che il libero mercato e che questo modello economico possano in realtà avere quella visione di lungo periodo necessario ad investimenti che si basino su investimenti privati.

Riteniamo quindi che ci sia bisogno di un *new deal*, un nuovo investimento, un nuovo *quantitative easing* per finanziare quella che è la transizione energetica europea, perché la sfida è veramente grande e straordinaria.

Barbara Kappel, im Namen der ENF-Fraktion. – Herr Präsident, Herr Kommissar Šefčovič! Sie haben es angesprochen, nächste Woche beginnt in Paris die COP 21. Die Europäische Union hat es sich zum Ziel gesetzt, Vorreiter in der Klimapolitik und beim Klimaschutz zu sein. Damit wir diese Vorreiterrolle auch glaubhaft wahrnehmen können, ist es notwendig, dass die Europäische Union die 2030-Ziele einhält. Sie wissen, es sind dies die 40 % Reduktion bei den Treibhausgasen, wenigstens 27 % Anteil an erneuerbarer Energie und ebenfalls eine Verbesserung der Energieeffizienz um mindestens 27 %.

Wir alle wissen, dass diese Veränderungen, dass diese Punkte, diese Maßnahmen zu einer völligen Veränderung des europäischen Strommarkts führen werden. Es ist wahrscheinlich, dass bis zu 50 % der erneuerbaren Energie in die Stromerzeugung einfließt und dass damit den Bemühungen zur Energieunion, dem heutigen Sachstand, den Sie uns erklären, Rechnung getragen wird.

Das reicht aber noch nicht. Was ist zu tun? Neben einem funktionierenden Energiebinnenmarkt brauchen wir eine regionale Zusammenarbeit – Sie sprachen es heute schon an – zehn Prozent Interkonnektivität, Zusammenarbeit der Netzbetreiber, eine Neubewertung von ACER, die Harmonisierung der Förderregelungen für eine effiziente Weiterentwicklung der erneuerbaren Energie, die neue Rolle der Endverbraucher, die Sie auch im Sommerpaket schon berücksichtigt haben – wir sprechen hier von den sogenannten Prosumenten, also Endverbraucher, Unternehmen und Haushalte werden verstärkt einbezogen in die Energieerzeugung, aber auch mehr Mittel für den Netzausbau und für Forschung und Entwicklung – wir sprachen es heute an –, neue Finanzierungsinstrumente, aber auch fast *Fast-Track*-Verfahren, damit die Leitungen wirklich schnell gebaut werden können.

Das führt mich zum letzten wichtigen Punkt, nämlich der europäischen Energieversorgungssicherheit. Wir sprachen es heute auch schon an: Diversifizierung der Netze, Diversifizierung der Lieferanten, Diversifizierung der Quellen, aber eben auch ein sicheres und stabiles Verbundnetz, weil sonst eine europäische Versorgungssicherheit nicht gegeben ist.

Sie haben jetzt einige gute Vorsätze im Sommerpaket schon festgelegt. Ich sprach den New Deal für die Konsumenten an, es kommt das *energy labelling*, aber das neue Energiemarktdesign und die Kapazitätsmärkte und, ganz wichtig, die ETS-Reform und hier bitte mit Augenmaß vorgehen. Stahlindustrie wurde angesprochen. Es ist wichtig, dass der Standort Europa wettbewerbsfähig bleibt. Wir wollen Vorreiter in der Klimapolitik sein, aber wir wollen auch der wettbewerbsfähigste Standort der Welt bleiben.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Hans-Olaf Henkel (ECR), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Frau Kappel! Sie sprachen von einer Vorreiterrolle. Ich frage mal: Was passiert eigentlich, wenn die Europäische Union alleine vorwegreitet und niemand reitet ihr hinterher?

Barbara Kappel (ENF), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Das ist eine sehr gute Frage, Herr Henkel. Wenn sich Europa nicht verbindlich verpflichtet, die Klimaziele zu erreichen, und verbindliche Vorgaben macht, wird es wahrscheinlich niemand tun. Wir sehen doch, dass weder China noch die USA bereit sind, verbindliche Verpflichtungen einzugehen, und wir sehen genauso, dass die wenigsten Schwellenländer bereit sind, verbindliche Verpflichtungen einzugehen. Das sollte uns dazu führen, dass Europa als größter Geber von Geldern zum Beispiel in der Entwicklungszusammenarbeit das verknüpft mit der verbindlichen Einhaltung und mit der verbindlichen Vorgabe von nationalen Maßnahmenplänen zum Klimaschutz. Es kann tatsächlich nicht sein, dass Europa die einzige Region ist, die sich verpflichtet, und die anderen bleiben unverbindlich.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Úr, az energiauniós stratégia céljai között szerepel a dekarbonizáció mint az uniós klímapolitikának az eszköze. A fosszilis energiahordozók kiváltására az EU dokumentumaiban egyetlen lehetőség szerepel: a megújuló energia. Ez önmagában megoldást nem jelent. Még maga Šefčovič biztos úr sem tudja azt elérni, hogy akkor fújjon a szél, és akkor süssön a nap, amikor ezt a fogyasztók éppen igénylik. És talán a magas energiaköltséget is figyelembe kell vennünk, hogy ezeknek milyen összegű támogatásra van szüksége. Így nem kellene negligálni a nukleáris energia alkalmazását sem, ami a szén-dioxid-kibocsátás szempontjából tiszta energiának minősül. És felhívom a figyelmet arra, hogy 2014 őszén négy elismert, környezetvédelemre szakosodott amerikai tudós nyílt levéllel állt ki a nukleáris energia hasznosítása mellett.

Françoise Grossetête (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, vous nous avez donné des précisions sur l'Union de l'énergie, ce grand chantier voulu par Jean-Claude Juncker qui doit absolument assurer la sécurité énergétique de l'Union européenne et parallèlement la compétitivité de nos entreprises. Il y aurait beaucoup de chose à dire, mais je vais simplement me concentrer sur 2 points.

Le premier concerne la réalisation de l'objectif d'amélioration de l'efficacité énergétique, à savoir 20 % d'ici 2020. Nous savons que nous aurons beaucoup de mal à l'atteindre, parce que beaucoup d'États membres ne consacrent pas les investissements nécessaires dans ce domaine. Le plan Juncker a cependant permis de financer un certain nombre de projets, notamment en France. On doit insister là-dessus, surtout sur le chauffage et le refroidissement, qui sont les principaux postes de consommation de l'énergie dans l'Union européenne, car on ne peut pas laisser les bâtiments existants, soit 98 % des bâtiments, en dehors de toute amélioration énergétique. J'aimerais donc savoir, Monsieur le Commissaire, ce que vous comptez faire pour réellement entraîner les États membres vers des investissements liés à l'efficacité énergétique.

Deuxièmement, en ce qui concerne les marchés de l'électricité et du gaz, nous constatons qu'ils ne fonctionnent pas bien: manque d'interconnexion, de coopération régionale et d'échanges transfrontaliers. Le marché intérieur a absolument besoin d'être renforcé et intégré. Les énergies renouvelables rendent ce système un peu complexe et, de ce fait, il est important et urgent de répondre à la complexité de la gestion de l'énergie par une réelle stratégie européenne en privilégiant la gestion dite intelligente des réseaux.

Il reste donc beaucoup à faire. Dans la perspective de la réforme du marché du carbone à venir – mon collègue Kariņš en a parlé –, il importe de tenir compte de l'intérêt de notre industrie et de ne pas sacrifier notre base industrielle à une certaine idéologie; il y a lieu de tenir compte d'un juste équilibre et d'éviter les délocalisations. Dans un tel contexte, Monsieur le Commissaire, vous pourrez compter sur notre soutien.

Matthias Groote (S&D). – Herr Präsident! Die Energieunion – das zeigt sich auch heute in der Debatte – ist ein Marathon. Wir sind gerade erst gestartet, und es ist aller Mühe wert, diesen Marathon wirklich bis ans Ziel durchzuführen, denn die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Industrie ist oftmals angesprochen worden. Wir haben auf der anderen Seite das Thema Klimaschutz. Uns erwarten höchstwahrscheinlich 200 Millionen Klimaflüchtlinge aus anderen Kontinenten, wenn wir nicht umsteuern, wenn es in Paris nicht eine entscheidende Einigung geben wird. Darum sollten wir die Energieunion als Ganzes sehen.

Ich muss ein Kompliment machen: Der Kommissar ist viel vor Ort, spricht mit Akteuren vor Ort. Es wird nicht nur in Brüssel – im Elfenbeinturm – entschieden und dann werden Gesetze ausgespuckt, sondern vor Ort wird miteinander diskutiert. Das ist sehr positiv. Was aber der Fall sein muss am Ende des Tages – das ist heute auch deutlich geworden in der Debatte: Zum Beispiel im Bereich Energieeffizienz brauchen wir robuste Gesetzgebung, da brauchen wir konkrete Maßgaben. Das kann nicht über Freiwilligkeit gehen, sondern die Industrie und diejenigen, die am Ende des Tages Geld in die Hand nehmen und investieren wollen, brauchen auch Investitionssicherheit. Und darum: Klare Maßgaben und ambitionierte, aber machbare Ziele, sodass dies auch umgesetzt werden kann! Denn dadurch entsteht am Ende des Tages Arbeit. Jede Kilowattstunde, jede Tonne Öl, die wir nicht verbrennen oder in Elektrizität umwandeln müssen, ist gut. Das stärkt die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Industrie und sorgt auch dafür, dass die Energiepolitik sozial gestaltet wird.

Nochmal an die Adresse der Mitgliedstaaten, die ja alle ihre eigene Agenda haben: Ich kann alle Mitgliedstaaten nur ermahnen, dass die europäische Energieunion auch der Schlüssel für die nationalen Energieprobleme am Ende des Tages ist. Nur gemeinsam wird ein Schuh daraus. Wir sollten auch mal in die Geschichte zurückblicken: Etwas Ähnliches wie damals die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl sollten wir auch mit der Energieunion anfangen und stricken. Es ist ein Integrationsprojekt.

Ian Duncan (ECR). – Mr President, I think this is what I would term a 'Goldilocks' approach to things. It is not too hot, it is not too cold, it seems to occupy that middle ground, and in the middle ground you can disappoint people on either side. I think right now there are many interesting things within this: trying to move ourselves away from dependence upon Russian imports, so the PCIs are vital – I think that is important; the concept of interconnectivity at a regional level – not pan-European in one step, but rather regional, growing from the ground and lifting it up: that is a huge step forward, and I think that will help us make significant progress.

Emissions abatement is also something we must look at, and into that we have to consider CCS – carbon capture and storage – and, indeed, carbon capture and usage. Those two concepts need to be integral. I am very struck just now that we must make sure our energy mix works and delivers. We must again, however, be looking at how to create a level playing field for all our sources of energy, and that will mean, I believe, looking at fossil fuel subsidies as well. There is much to thank from this report but still much again to be done.

Fredrick Federley (ALDE). – Herr talman! Tack vice ordförande Šefčovič för att du är här och tar debatten.

Jag vill börja med att säga att för min del så är det så oerhört tydligt att detta är ett av de områden där vi verkligen behöver mer av Europeiska unionen och där vi behöver mer marknad. Det finns vissa krafter som kritiserar EU och säger att det bara handlar om marknad. Här har vi det tydliga beviset för att vi på energiområdet inte har någon gemensam marknad alls. Ska vi klara klimatet, ska vi klara jobben, ska vi klara industrin, ska vi klara ekonomin och säkerheten, så är det oerhört viktigt att vi får en gemensam energiunion som också är väldigt, väldigt marknadsbaserad.

Tittar vi på det exempel som finns inom EU som är nordpol, som berör de nordiska länderna och de baltiska länderna, så kan vi om vi t.ex. om vi tittar på Estland se hur en gemensam marknad har varit till gagn för ekonomin både för de privata hushållen och för industrin och hur man har kunna minska kostnaden genom ett effektivare energianvändande.

Det bygger också på att vi får en ökad interkonnektivitet som gör att vi kan se till att man i de delar av unionen där vi har ett energiöverskott kan kompensera de delar av unionen där vi har ett energiunderskott. Det gör också att vi får en ökad säkerhet i hela Europeiska unionen.

Jag skulle vilja uppmana kammaren att inte fastna för mycket på detaljer om vad det är vi har på denna marknad sedan. Nu ska vi skapa systemet, säkerheten, reglerna och marknaden. Sedan har vi andra instrument, t.ex. ETS:en, för att se till att vi styr i den riktning vi vill framöver. Men vi klarar inte vare sig jobb, ekonomi eller klimat om vi inte får en gemensam energiunion som är stark, tydlig och marknadsbaserad.

Cornelia Ernst (GUE/NGL). – Herr Präsident! Ich hatte heute früh zu tun, dass ich hier pünktlich erscheine, weil es wieder Grenzkontrollen an der deutsch-französischen Grenze gibt. Angesichts der Tatsache, dass aus den allerverschiedensten Gründen Europa mehr und mehr in seine Fürstentümer zurückfällt, wird es wohl schwer, den Traum einer modernen Energieunion umzusetzen. Auch die Konzepte der Kommission beugen sich vor der Logik der Fürstentümer, sonst würden sie nicht für 35 Jahre ein neues AKW mitfinanzieren, sonst würde man sich nicht um den Kohleausstieg drücken und Fracking wieder hoffähig machen.

Statt Kleinstaaterei brauchen wir die europäische Anerkennung der globalen Realität, dass der Klimawandel mit Halbherzigkeiten nicht aufgehalten werden kann. Notwendig ist klare Vorfahrt der erneuerbaren Energien vor jeder x-beliebigen fossilen. Mit kryptischen 27 % ohne nationale Verbindlichkeiten kommt man da nicht weiter. Wir brauchen keine Gasunion. Wir brauchen eine Energieunion, die Treibhausgase bekämpft, die Klimaschutz tatsächlich zur ersten Priorität macht und Verbraucher vor Energiearmut wirksam schützt. Davon ist die Kommission meilenweit entfernt.

Peter Eriksson (Verts/ALE). – Herr talman! Gracias. Jag pratar svenska, det har jag tänkt göra.

Jag vill tacka kommissionären. Det här är ett väldigt ambitiöst och viktigt arbete som ni har dragit igång i kommissionen. Jag tycker att ni borde kunna göra det med ännu större självförtroende, för det som har hänt de senaste åren på energimarknaden är att vi har fått en revolution. Priserna på den förnybara energin, vindenergin och solenergin har minskat dramatiskt och detta förändrar hela energimarknaden. Särskilt om vi genomför det som kommissionen vill – att få ett bättre sammanlänkat energisystem, där hela Europa kan transportera energin från olika ställen. Det gör att vi kan investera där det är som mest effektivt och få ihop också konkurrenskraftiga priser för framtiden.

Detta ska vi kunna stå upp och tala om som en framtidssäkring av industrin också i framtiden. Därför tycker jag att man borde våga säga, tydligare, att vi måste avveckla kolet. Det som jag är bekymrad över är elefanten i rummet. Ni måste våga vara tydligare på det området, för att få förtroende för det andra.

Roger Helmer (EFDD). – Mr President, we seem to have developed a collective psychosis over electricity generation in Europe. Germany is building coal-fired power stations while we in my country, Britain, are closing them down. Germany is closing its nuclear fleet and France is cutting back, while we in Britain scramble to find Chinese funding for new nuclear capacity. But this is nothing compared to the disaster of our over-commitment to unreliable, intermittent and expensive renewables. We have forced up prices, undermined competitiveness and driven energy-intensive businesses out of Europe altogether, taking their jobs and their investment with them. As our colleague Antonio Tajani has said, we are creating an industrial massacre in Europe.

The issues we are debating today – more flexibility, more interconnectors – may have merit in themselves, but compared to the crisis of competitiveness, we are merely fiddling at the margin. We are debating the wrong issues. As we say in my country: we are barking up the wrong tree.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, la Commission s'est trompée. Je ne dis pas que vous vous êtes trompé, je dis que la Commission s'est trompée.

Elle s'est trompée sur la notion de marché de l'énergie. Il s'agit d'un oligopole naturel où il existe des distorsions d'informations, or vous ne prenez pas en compte la notion de puissance, la notion de capacité pour les pointes de consommation. Vous avez également coupé les notions de production et de distribution indispensables au marché de l'énergie, lequel est un oligopole naturel.

Vous vous êtes trompés sur la notion de priorité entre les priorités de l'environnement, les priorités de la concurrence et celles de la sécurité. La sécurité est première. Vous vous êtes trompé sur les notions de responsabilité et de solidarité. La responsabilité, évidemment, est première en ce qui concerne les États. Ce sont eux qui sont responsables.

Aujourd'hui, vous vous trouvez confrontés à des États qui agissent seuls. Il s'agit de la Grande-Bretagne, de la France, de l'Allemagne et de *Nord Stream*. Sans doute voulez-vous faire une politique de l'énergie sans la France, sans l'Allemagne, sans l'Italie, sans la Grande-Bretagne. Mais avec qui voulez-vous donc la faire?

La Commission s'est trompée sur la notion de sécurité première. Elle était défaillante dans le domaine de la sécurité financière. Elle est défaillante dans le domaine de la sécurité aux frontières. Elle est maintenant de nouveau défaillante dans le domaine de la sécurité énergétique. C'est un échec.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Panie Przewodniczący! W wyniku działalności rozmaitych maniaków klimatycznych, którzy niestety opanowali Unię Europejską, mamy energię trzy do czterech razy droższą, niż moglibyśmy mieć, a wylęwamy krokodyle łzy nad biednymi, którzy nie mają dostępu do energii elektrycznej. Od czasów Józefa Stalina nie słyszałem tyle o sprawiedliwości społecznej, co usłyszałem tutaj.

Otóż jak mawia kolega Konrad Berkowicz, ludzie biedni mają większy problem niż energia elektryczna. Nie mają dostępu do kobiet. Kobiety nie chcą wiązać się z mężczyznami biednymi.

Pytam się, czy Komisja Europejska chce rozwiązać również i ten problem w ramach sprawiedliwości społecznej? Otóż obawiam się, że to może nastąpić, ponieważ w Polsce panuje o Unii Europejskiej opinia: wymyślcie największe głupstwo, a oni je zrobią.

Poza tym sądzę, że Unia Europejska powinna zostać zniszczona.

Jerzy Buzek (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Wiceprzewodniczący! Dziękujemy za przedstawione sprawozdanie. Dobrze, że co roku Komisja Europejska będzie przedstawiała takie sprawozdanie, bo Parlament Europejski chce mieć wpływ na zarządzanie tym projektem. Pierwsza sprawa, którą Pan poruszył – zmniejszanie emisji gazów cieplarnianych powinno się odbywać w sposób neutralny technologicznie, bo naszym celem jest zmniejszanie emisji, a nie eliminowanie tego czy innego paliwa. Po drugie, myśl o konsumentach jest bardzo słuszną przy budowie wspólnego rynku energii, ale także nasze firmy energetyczne powinny mieć *fair* dostęp do rynku i powinny konkurować na nim w sposób zrównoważony.

I sprawa trzecia – dywersyfikowanie źródeł energii, geopolityka. Można powiedzieć, że jeden projekt – rozbudowa Nord Stream – skupia w sobie jak w soczewce powody, dla których potrzebujemy unii energetycznej. Jestem zaniepokojony, że sprawozdanie nie zawiera tak jasnej deklaracji, jaką usłyszeliśmy tutaj miesiąc temu z ust komisarza Ariasa Cañete. Bo jest tam tylko zapis „wsparcie dostaną tylko projekty, które są zgodne z fundamentalnymi zasadami unii energetycznej”. Jakie to są fundamentalne zasady? I czy rozbudowa Nord Stream jest z nimi zgodna? Miesiąc temu Komisja nie miała wątpliwości, że nie jest zgodna i że projekt ten nie uzyska nigdy z Unii Europejskiej wsparcia finansowego ani ustępstw formalnych.

(Mówca zgodził się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie „niebieskiej kartki” (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Képviselő Úr, én nagy tisztelője vagyok annak a hallatlan munkának, amit Ön személy szerint is végez az európai energetika terén, de kérdezném tiszteltettel: vajon Önben vagy az Ön pártjában van annyi bátorság, hogy azt célul kitűzzük, hogy egy meghatározott időre, például 2050-re megszüntessük az összes fosszilis energiától, ami egyébként csak a szén-dioxidot bocsátja ki?

Jerzy Buzek (PPE), odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki. – Myślę, że w długiej perspektywie jest to oczywiście możliwe, ale nie powinniśmy tego robić na siłę, za szybko, bo naszym celem jest eliminowanie emisji, a nie konkretnego paliwa. Przy biopaliwach pierwszej generacji popełniliśmy już ten błąd. Pomyliliśmy cele i sposoby realizacji tych celów. Teraz wycofujemy się z biopaliw pierwszej generacji. A więc nie podejmujemy pochopnie podobnych decyzji teraz. Zmniejszamy emisję, a niekoniecznie konkretne paliwa.

Flavio Zanonato (S&D). – Signor presidente, onorevoli colleghi, il Vicepresidente Šefčovič e la sua relazione ci illustrano un'agenda di novità davvero importanti e vorrei dire senza precedenti. Va dato merito a questa Commissione di aver attuato le premesse per il più ambizioso progetto di revisione, aggiornamento e semplificazione della legislazione europea di settore. I principi base di questo disegno, credo, siano ampiamente condivisi in quest'Aula.

L'Unione europea deve rimanere leader nella transizione verso un'economia a bassa emissione di anidride carbonica; questa transizione deve essere socialmente sostenibile e incentrata su vantaggi reali per consumatori e per lo sviluppo dell'industria europea; nel costruire l'Unione dell'energia, l'Europa deve continuare a esercitare appieno il suo ruolo di attore geopolitico oltre i propri confini e, infine, e su questo mi soffermo, occorre che l'Unione dell'energia sia costruita su basi di solida *governance*.

Su questo punto – la *governance* – dobbiamo continuare a guardare lontano, dobbiamo pensare a lungo termine. Si può costruire il sistema di governo dell'Unione dell'energia in modo minimale, cioè come regolatore delle decisioni degli Stati membri nella forma dei vari piani nazionali per il clima e l'energia ma è assai più lungimirante che il sistema di governo dell'Unione dell'energia sia impegnativo e attui scelte realmente europee, più che essere la sommatoria delle determinazioni nazionali fatte nelle diverse capitali dell'Europa. E qui si anche trovano le soluzioni ai problemi che finora sono stati posti, perché in questa sede, possono essere affrontati e risolti con una visione continentale.

Va quindi un plauso alla Commissione ma anche un invito schietto e diretto perché la *governance* sia più vicina all'Europa e anche al nostro Parlamento.

Hans-Olaf Henkel (ECR). – Herr Präsident! Herr Vizepräsident, Sie haben einige Ziele hier erklärt, zum Beispiel tragbare Energiekosten, Versorgungssicherheit, die Dekarbonisierung der Wirtschaft, zuverlässige Energiequellen und so weiter. Ist Ihnen eigentlich klar, dass der einsame Beschluss der deutschen Bundesregierung, aus der Kernenergie auszusteigen, gegen alle diese Ziele verstößt? Nicht nur das, es handelt sich auch um einen unsolidarischen Akt, denn die Bundesregierung hatte damals keinen ihrer neun Nachbarn überhaupt konsultiert. Und sie hätte es überhaupt nicht machen können, wenn Frankreich zum Beispiel ähnlich vorgegangen wäre. Ich glaube, es wird Zeit, dass wir uns mal darüber im Klaren sind, dass es heute 400 Kernkraftwerke auf der Welt gibt, 70 neue Projekte. Deshalb darf die Kernkraft nicht zu einem Tabu erklärt werden.

Im Übrigen – und jetzt kommt mein bekanntes Ceterum censeo – bin ich der Meinung, dass der Einheits-Euro in Europa nur Zwist und Zwietracht sät und deshalb abgeschafft werden muss.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Klaus Buchner (Verts/ALE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Herr Henkel! Dieser Ausstieg aus der Kernenergie kommt ja nicht aus Jux und Tollerei.

Er kommt als zwei Gründen: Erstens, wie wir jetzt ja an Hinkley Point sehen, ist Kernenergie unbezahlbar. Wir zahlen für Kernenergie weit mehr als für solare Energie auf großen Flächen. Zweiter Punkt: Halten Sie diese Zahl von Toten in der Umgebung der Kernkraftwerke, die klar durch Statistiken belegt ist, für verantwortbar, finden Sie, dass die akzeptabel ist?

Hans-Olaf Henkel (ECR), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Erstens möchte ich mal darauf aufmerksam machen, dass Politiker sich nicht angewöhnen sollten, das Geschäft mit der Angst zu betreiben. Das haben Sie gerade wieder hervorragend gemacht.

(Zwischenruf von Klaus Buchner: Tatsachen!)

Ich glaube nicht, dass es in der Nordsee ein Risiko eines Erdbebens gibt und dass ein Tsunami die Elbe und den Rhein hochschwappen könnte, um deutsche, sichere Kernkraftwerke zu beschädigen. Und was die Ansicht über die Kosten der Kernkraft betrifft, so haben Sie völlig recht: Das sollte man in der Tat dem Markt überlassen.

Philippe De Backer (ALDE). – De energie-unie is voor mij een bijzonder goed initiatief om eindelijk werk beginnen te maken van een eengemaakte Europese energiemarkt. We weten immers allemaal dat de 28 kleine nationale netwerken, de 28 aparte nationale regulatoren en de in 28 landen gemaakte verschillende vormen van energiebeleid niet langer houdbaar zijn. Een echte Europese energiestrategie gaat ervan uit dat wij op zijn minst proberen samen te werken en geen beslissingen nemen die een effect hebben op anderen zonder de consequenties daarvan met elkaar door te spreken.

Daarom ben ik echt tevreden en kan ik alleen maar toejuichen dat u ook zorgt voor een systematische opvolging met deze *State of the Energy Union*. Voor mij is het vooral belangrijk dat we snel werk maken van duidelijk meetbare doelstellingen. Een Europese regulator die dat opvolgt, een open en transparante markt waarop de vrije concurrentie kan spelen en het sterker met elkaar verbinden van onze netwerken om die markt mogelijk te maken.

Investeringszekerheid is daarbij cruciaal, want we moeten snel te werk gaan om die connectiviteit te verbeteren en zeker de projecten van gemeenschappelijk belang, zoals bijvoorbeeld het NEMO-project tussen België en het Verenigd Koninkrijk, moeten prioriteit krijgen. Het is duidelijk dat we, net zoals bij het migratiebeleid of bij het economisch beleid, echt nood hebben aan een Europese aanpak. De versnippering moeten we tegenhouden. Alleen zo kunnen consumenten en bedrijven profiteren van betaalbare, zekere en duurzame energie op de lange termijn.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor Presidente, señor Comisario, le he escuchado con atención y comparto la preocupación de la Comisión sobre la posibilidad de alcanzar el 20 % fijado para la generación de renovables.

Ha dicho usted que tendremos que llevar a cabo y explicar en nuestros países esta estrategia, pero la verdad es que, en el caso de España, esto va a ser muy difícil cuando tenemos un Gobierno que ha destacado por sus recortes retroactivos a la financiación de las renovables o por aplicar un impuesto al sol; un Gobierno que trabaja a favor de los grandes oligopolios, esos mismos que ignora la Unión Europea en su análisis del mercado, especialmente del español: se diría que la Comisión ve un estanque pero no las pirañas que están nadando en él.

Los nuevos interconectores o la liberalización de los precios son contraproducentes cuando se sigue permitiendo a cuatro compañías manipular sus costes marginales o forzar al Estado a subvencionar sus costes ficticios, de las nucleares a los ciclos combinados.

Es necesario, sin duda, otro modelo energético: apostar por el ahorro y la generación local, de las renovables a la mejora tecnológica del carbón. Solo así tendremos un sistema energético eficiente y soberano.

Bas Eickhout (Verts/ALE). – Mr President, I would like to thank Commissioner Šefčovič for pushing the Energy Union, because we know that one of the biggest problems we have in Europe, causing the high energy price, is the fragmented market. That is the real reason why the energy price is so high, and that is exactly what you are trying to address.

But it really is time now – and you also say this in your plan – to act and not only to produce paper. We are looking forward to that, but therein lies the problem. Where is the Commission going to act to make sure that Europe as a whole is moving? A lot has been said about renewables and efficiency. I would like to address one of the biggest problems we have in Europe as well, and that is coal.

Coal is one of the biggest problems we have in Europe, and we are subsidising it: every year coal companies in the EU get EUR 10 billion. So we are giving a lot of subsidies, and within the EU Emissions Trading Scheme (ETS) we are even giving free allowances until 2030. The EU is not leading on coal, and my very clear question to the Commission is this: what are you going to do, specifically, to make sure that our coal dependency goes down?

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – I notice that you are complaining about high energy prices and you said that was due to a fragmented Europe, and you rail against subsidies to coal. Well, surely one of the main reasons for high energy prices is vast subsidies to renewables and not allowing a free market in energy when – certainly in Britain – we have massive amounts of coal that could be dug up and used. But instead of that, we are having to hit green targets and not dig it up but, in fact, actually to shut down coal production. Surely you reduce prices by giving the market more free rein, rather than following theories about global warming?

Bas Eickhout (Verts/ALE), blue-card answer. – It is always fascinating to hear UKIP talk about these kinds of things as soon as 'green' is in it. Why exactly are you not making any point on the huge subsidy plans that are going to nuclear in Hinkley Point? Billions of euros you want to use to subsidise Hinkley nuclear. Is it not about time to start discussing that issue instead of the renewables where the prices go down, where people have own ownership of energy? That is something that you should strive for, instead of just going for centralised nuclear and big subsidies there. It is you who are barking up the wrong tree.

Rolandas Paksas (EFDD). – Rolandas Paksas (EFDD). – Energetikos ataskaitoje mus bandoma įtikinti, kad Europos Sąjunga vis dar bando kalbėti dėl energetikos reikalų vienu balsu, tačiau reali situacija yra visiškai kitokia.

Bendrai pasiryžusi energetikos problemas spręsti Europa iš tiesų nusisuko nuo šio tikslo ir nuo vasaros jau gerokai labiau žiūrima, kaip patenkinti atskirų Europos valstybių interesus.

Ponai, bet juk viešai nustojus kalbėti apie dviejų greičių Europą, problema niekur nedingo. Būtent šita greitesnioji Europa šiandien ir žiūri savo interesus, o ne vieningos energetinės politikos. Pavyzdžiui, susitarimas dėl naujo dujotakio su Rusija Baltijos jūros dugnu – vadinamasis „Nord Stream 2“.

Penkios Europos kompanijos iš Vokietijos, Austrijos, Didžiosios Britanijos, Prancūzijos bei Olandijos susitarimus sudarė dar birželio mėnesį. Rugsėyje pasirašytos sutartys dėl bendros įmonės „New European Pipeline“, kuri įgyvendins daugiau kaip tūkstančio kilometrų ilgio dujotiekio plėtos projektą, įsteigimo.

Argi po tokių sprendimų mes galime kalbėti apie vieningą energetikos rinką Europoje? Kas laikomi kvailiais: Europos Parlamento nariai, Bendrijos valstybių parlamentariai ar visi Bendrijos valstybių gyventojai, kuriems kalbama viena, o daromi visiškai priešinga?

Aš siūlau ir Europos Komisijai, ir Europos Parlamentui kuo greičiau atsiriboti nuo tokių galimų nesusipratimų ir ne tik aiškiai įvardinti Europos prioritetus energetikoje, bet ir jų laikytis.

Gianluca Buonanno (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, in questo Parlamento si parla di Unione dell'energia mentre non siamo capaci di fare l'Unione monetaria, non siamo capaci di fare l'Unione per quanto riguarda le questioni del terrorismo, non siamo capaci di fare l'Unione per quanto riguarda l'immigrazione... e noi vogliamo fare l'Unione energetica, dopo che qua dentro la stragrande maggioranza di voi ha criticato e osteggiato Putin e non vuole il trasporto del gas russo in Europa. Adesso, però, Putin fa comodo perché va a combattere l'Isis, mentre qua c'è un branco di codardi che hanno paura dell'Isis.

Per non parlare poi della Germania, che pretende tutto. Lo sapete che il 44% dell'energia elettrica in Germania è ottenuta dal carbone? Forse perché gli piace la Volkswagen? Ma questa Europa è un'Europa che fa schifo. Vergogniamoci di come è fatta quest'Europa! Dobbiamo essere capaci di fare le cose per bene. Invece qui in Parlamento si è solo dei grandi ipocriti: si dicono delle cose e se ne fanno altre.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, σήμερα με δεδομένη την ανάπτυξη της επιστήμης και της τεχνολογίας, την εξεύρεση νέων πηγών, τους νέους αγωγούς ποιο είναι το εμπόδιο για να απολαμβάνει ο λαός φτηνή ενέργεια για να έχει θέρμανση το χειμώνα, κλιματισμό το καλοκαίρι, για να έχουν οι εργαζόμενοι στην ενέργεια εργασιακά δικαιώματα, για να μειωθεί η ενεργειακή εξάρτηση χωρών όπως η Ελλάδα; Το εμπόδιο είναι το κριτήριο της παραγωγής. Το καπιταλιστικό κέρδος. Αυτό υπηρετούν η Ευρωπαϊκή Ένωση και οι κυβερνήσεις της. Για παράδειγμα στην Ελλάδα η ΔΕΗ ετοιμάζει νέες αυξήσεις. Κόβει το ρεύμα σε χιλιάδες λαϊκά νοικοκυριά που αδυνατούν να πληρώσουν.

Στο πλαίσιο της Ενεργειακής Ένωσης με χρονοδιάγραμμα το 2019, η ενέργεια παραδίδεται στους επιχειρηματικούς ομίλους, γεγονός που θα απογειώσει τις ήδη απρόσιτες τιμές σε βάρος των εργατικών λαϊκών οικογενειών. Αυτή είναι η στρατηγική του κεφαλαίου που υπηρετεί τα κέρδη των μονοπωλίων στο έδαφος σφοδρών ανταγωνισμών της Ευρωπαϊκής Ένωσης, κρατών μελών της, με Ρωσία, Κίνα και Ηνωμένες Πολιτείες. Αυτή τη στρατηγική να βάλουν στο στόχαστρο της πάλης τους οι λαοί, για να την ανατρέψουν, για να ανοίξουν δρόμο ανάπτυξης με βάση τις λαϊκές ανάγκες.

Herbert Reul (PPE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verantwortliche Energiepolitik heißt doch wohl, dass wir uns um die Klimafrage genauso kümmern wie um die Frage von Wettbewerbsfähigkeit, um die Frage, welche Auswirkungen das auf Arbeitsplätze hat, welche Auswirkungen das auf die Industrie hat, auf die Einnahmen des Staates über Steuern. Gerade in diesen Zeiten, wo wir über Flüchtlinge reden und Finanzmittel brauchen, ist doch eine realistische Energiepolitik eine, die beide Faktoren berücksichtigt. Insofern, Herr Šefčovič, finde ich es in Ordnung, dass Sie jährlich einen Bericht vorlegen, damit man einfach mal eine Bestandsaufnahme hat, damit wir aufhören damit, dass an jedem Tag jeder einen neuen Plan hat, wohin die Welt sich entwickeln sollte.

Der Wettlauf um höhere Zahlen, höhere Prozentzahlen, neue Visionen und noch was, ist Quark, ist wirklicher Unsinn. Wir brauchen eine realistische Energiepolitik, und das heißt kucken, wie weit die Mitgliedstaaten gekommen sind und was man machen muss. Und dann pragmatisch entscheiden und nicht Trautänzerei veranstalten. Pragmatisch entscheiden, wie wir das mit dem Netzausbau hinkriegen. Darüber reden wir andauernd, aber was machen wir denn ganz praktisch? Warum baut denn keiner Netze, woran liegt das denn? Vermutlich daran, dass damit nicht genug Geld verdient werden kann. Da muss der Frage doch mal nachgegangen werden, was man da tun kann. Oder die Frage der Förderung erneuerbarer Energie mit zig verschiedenen Töpfen in Europa. Ich finde es gut, dass jetzt mal ein weiterer Schritt gemacht wird zu überlegen, ob man das nicht europaweiter in einer Förderung konzentrieren kann, in einem Mittel, damit die Mittel auch dahin gehen, wo sie möglichst effektiv sind.

Und drittens: Es ist doch eine Stärke, dass die Mitgliedstaaten verschiedene Energiemix-Konzepte haben. Das ist doch keine Schwäche, das ist eine Stärke! Ich bin dagegen, dass wir denen reinreden, nur weil da irgendwelche Traumtänzer unterwegs sind, die sagen: Kernenergie kommt nicht in Frage, Kohle kommt nicht in Frage.

Theresa Griffin (S&D). – Mr President, if properly implemented, the Energy Union strategy will benefit all EU Member States and citizens, who crucially need to be placed at centre stage, especially the energy-poor. I welcome the first stage of the Energy Union report published by the Commission last week, as I am particularly worried by the current situation in the UK. The state of the Energy Union highlights that the UK is failing to hit a 2013 interim target for renewable energy and is in serious danger of failing to meet the binding 2020 target. This is really unacceptable.

The report also rightly claims that the UK needs to assess whether their policies and tools are sufficient and effective in meeting their renewable energy objectives. I am sure I am not alone in thinking that currently they are not. The UK Government policy on renewable energy is regressive, and there is a real danger that the UK will end up buying renewable energy from other countries, rather than growing the green jobs that the UK and our young people so desperately need. The UK Government urgently needs to modify its strategy and develop policy measures to promote energy efficiency – the first fuel – and renewables. This is precisely what the Energy Union is about: building a new, clean and secure energy system which is affordable to all EU citizens.

Ashley Fox (ECR). – Mr President, the best way to ensure energy security for the whole of Europe and the lowest prices for our citizens is a properly integrated gas and electricity market. I want consumers and businesses in my constituency to be able to buy their energy from any company in the EU. Continued investment in infrastructure is key to securing sustainable and low-cost energy across the EU.

I was pleased to see the Commission approve a number of infrastructure projects within the report, particularly new interconnection capacity between the United Kingdom and Ireland, France and Belgium. I urge the Commissioner to maintain his focus on infrastructure investment and give investors the regulatory certainty they need. Improving interconnection also increases energy security. I want the European gas market to be so well connected that even if Mr Putin turns off the gas taps, we can supply the whole of the continent, businesses can keep going and no one will go cold in the winter.

Pavel Telička (ALDE). – Mr President, I would like to thank the Vice-President for his introductory remarks and also for the reassurance that 2016 will be the year of deliveries. We will be happy to provide a helping hand in this respect. But in order to achieve energy union, I believe that we need a reform of the electricity market; and in order to do so, with the new market design, I think we need three elements to be in mutual balance.

The first one is – and we need to pay really extraordinary attention to it – to provide for a secure integration of decentralised and renewable resources into the electro-energetic systems, and also to create appropriate conditions for those consumers that do produce energy for their own private consumption.

The second element is that we need to renew the price signals to investors and thereby secure a sufficient amount and volume of energy resources. The third one would be to make sure that whatever measures we do enact, they will not overburden the end consumer and will not have a negative impact on competitiveness.

One final remark goes outside the market design, and that is Nord Stream. I do appreciate what you have said on Nord Stream 2, but we will still have an infrastructure which, in fact, should always serve the strategic purpose of all EU Member States and the new neighbourhood. In this respect I think that Parliament will be strong in its next message.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, em primeiro lugar queremos lamentar o facto de, no momento em que discutimos este relatório, o mesmo não estar ainda disponível em todas as línguas oficiais da União Europeia, mas apenas e só em alemão, em inglês e em francês. O Senhor Comissário nos dirá por que razão isto sucede, mas talvez seja esta a melhor evidência dos interesses que inspiram o mercado comum da energia e a chamada União da Energia – um projeto à medida dos grandes monopólios europeus do setor. No fundo, estes relatórios não são senão o seu caderno de encargos. São eles a ditar as regras, seja ao nível do desenvolvimento das infraestruturas, seja ao nível da tão ambicionada integração dos mercados.

Sucede que a resposta a questões candentes, como a melhoria da eficiência energética, a diversificação das fontes, a progressão ao nível das renováveis, o aproveitamento sustentável do potencial endógeno de cada país, a segurança do aprovisionamento, entre tantas outras questões, a resposta a estas questões exige o planeamento e o controlo público, democrático, do setor energético, da produção e da distribuição de energia. Esta é a primeira e grande mudança que temos de fazer.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Manau visi sutiksite, jog vienybė, solidarumas ir kalbėjimas vienu balsu santykiuose su trečiosiomis šalimis privalo būti pamatinis Europos Sąjungos energetikos politikos principas. Šios vertybės turi būti ir kuriamos energetikos sąjungos pagrindu.

Energetikos sąjunga bus stipri tik tada, jei tokie projektai, kaip „Nord Stream 2“ bus įvertinti holistiškai. Ir tai bus daroma prevenciškai, o ne tada, kai dujotiekiai jau bus pastatyti ir pradės veikti, didindami Europos Sąjungos priklausomybę nuo vieno dujų tiekėjo.

Europos Sąjungos piliečiai, ypač Vidurio ir Rytų Europoje, tiki Europos Sąjunga ir jos vienybę. Tokie projektai, kaip „Nord Stream 2“ gali šį tikėjimą rimtai pakirsti.

Tad iš Komisijos, šiuo atveju, tikimės ir reikalaujame skubių ir griežtų veiksmų, kurie patvirtintų, kad Europos energetikos sąjungos vizija nėra tik tušti žodžiai.

David Coburn (EFDD). – Mr President, we in UKIP reject a revision of the damaging EU ETS system. We believe that the EU Commission should recognise that the entire EU energy project has failed, causing higher energy prices in all Member States. Its policy has caused job losses, plant closures and a massive outflow of industry and investment to outside the EU. We oppose this proposal as we believe that neither EU climate policy nor the new Energy Union proposal is a solution to resolve the severe difficulties faced by industries in Europe, and Britain in particular. It is now clear that the EU's obsessive green energy policy, together with a lack of regulatory coherence, has created great difficulties for all energy industries in Europe.

Europe needs to become competitive – a strange word for you lot – but competitive, improve its resources, create jobs and increase productivity. Currently, unaffordable investment policy is damaging British industry and economy. Brussels must recognise that its energy policy has failed to deliver legal certainty to investors. Whilst threatening the free market system of investment and production, further EU illogical over-regulation will not promote the industrialisation of Europe; it will no doubt announce the end of it.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση βρίσκεται σε μια κρίσιμη περίοδο όσον αφορά τα ενεργειακά της ζητήματα. Σε ένα περιβάλλον παγκόσμιας αστάθειας οι ευρωπαϊκοί λαοί δεν έχουν την πολυτέλεια να βρίσκονται εξαρτημένοι από καύσιμα τα οποία προέρχονται από τις πιο επικίνδυνες ζώνες του πλανήτη. Είναι γεγονός, πως παρά τη σχετική μείωση των εκπομπών ρύπων στην Ευρώπη τα τελευταία χρόνια, τα επίπεδα είναι ακόμα πολύ ψηλά με τις γνωστές καταστροφικές συνέπειες για το περιβάλλον.

Αρχικά, θα πρέπει να ενισχυθούν τα κράτη μέλη στα οποία, τα τελευταία χρόνια, έχουν βρεθεί αξιοποιήσιμα κοιτάσματα υδρογονανθράκων, όπως η Ελλάδα και η Κύπρος, ώστε να μειωθεί η εξάρτηση από τρίτες χώρες και να θωρακισθούμε από τις μεταβολές των τιμών. Στο θέμα του φυσικού αερίου η Ευρώπη, η οποία εξαρτάται σε μεγάλο βαθμό ενεργειακά από τη Ρωσία, συνεχίζοντας την αντιρωσική ευρωπαϊκή πολιτική, θέλει να εισάγει μέσω της Ελλάδας, αμερικανικό LNG από σχιστολιθικό αέριο, όπως συμφωνήθηκε σε πολιτικό επίπεδο κατά την πρόσφατη επίσκεψη του πρωθυπουργού Αλέξη Τσίπρα στην Αμερική.

Πρέπει να σταματήσει η στείρα αντιπαλότητα με τη Ρωσία και να κοιτάξουμε περισσότερο όσα μας ενώνουν και όχι όσα μπορεί να μας χωρίζουν. Απαιτείται στενότερη συνεργασία των κρατών μελών και στροφή προς εκείνες τις ανανεώσιμες ή ανεξάντλητες πηγές ενέργειας που είναι πραγματικά αξιόπιστες και μπορούν να εγγυηθούν την ενεργειακή αυτονομία και αυτάρκεια, τόσο σε επίπεδο Ένωσης, όσο και σε επίπεδο κρατών.

András Gyürk (PPE). – Elnök Úr, az alapos és jó bizottsági jelentés egyetlen aspektusáról szeretnék szólni, ez a versenyképesség kérdése. Az európai ipar szenved a magas energiaárak és a szabályozási terhek miatt. Az európai gazdaság versenyképességének növeléséhez elengedhetetlen az energiaárak csökkenése. Az alacsony energiaárakon dolgozó versenyképes európai iparhoz vezető út azonban sokszor igen csak rögös. Engedjék meg, hogy Magyarországot említsem példaként, ahol az ipari fogyasztók az OECD-átlag felett fizetnek a gázért, pedig az ország több százmillió eurót fektetett be új infrastruktúrafejlesztésbe az elmúlt években. Három szomszédos országhoz is új összekötőt épített, illetve Ukrajna felé kiépítette a kétirányúvitét.

Magyarország sokat tett tehát a diverzifikációért, ezen keresztül a gáz árának versenyképessé tételéért, mégsem látni az eredményeket. Ennek pedig az az oka, hogy az új infrastruktúra egy része még mindig csak egy irányban, Magyarországról kifelé működik, illetve továbbra sem elérhető új forrás a régióban, nincs diverzifikáció, nincsenek versenyző árak. A megoldás természetesen egyrészt a hiányzó kétirányúvitések megvalósítása, másrészt a horvátországi LNG-terminál megépítése, hogy legyen gázverseny a régióban. A tanulság pedig az, hogy az egységes piac előnyeit csak akkor tudjuk learatni, ha minden szereplő igyekszik hozzájárulni a közös célokhoz. Csak abban az esetben lehet az európai ipar globálisan is versenyképes.

Martina Werner (S&D). – Herr Präsident! Im ersten Jahr der Energieunion hat sich die Kommission ja sehr auf die Zusammenarbeit mit Mitgliedstaaten konzentriert, was auch sehr positiv ist.

Dem Parlament wurden aber nur zwei legislative Vorschläge vorgelegt. Ich hätte mir etwas mehr Elan und Durchsetzungskraft gewünscht, zum Beispiel bei der Festlegung der Energie- und Klimaziele für 2030, zum Beispiel bei den nationalen Energie- und Klimaplänen, die die Mitgliedstaaten ja erstellen müssen bzw. – sagen wir eher – erstellen sollten.

Bislang stehen nur freiwillige Maßnahmen im Mittelpunkt, und ich denke, so werden wir nur schwer der Energieunion näher kommen. Denn Energiediplomatie ersetzt nun mal keine Gesetze. Etwas mehr Durchsetzungskraft hätte ich mir auch hinsichtlich der Diversifizierungsstrategie gewünscht. Für die Gaslieferungen aus Aserbaidschan und Turkmenistan gibt es ja bisher noch keinen politischen Durchbruch.

Meine Frage also: Was hat die Kommission im letzten Jahr für eine stärkere Diversifizierung erreicht? Welche konkreten Alternativen haben wir denn kurzfristig zu russischem Gas? Es ist nämlich immer sehr einfach, das Projekt *Nord Stream* zu kritisieren. Mir fehlen hier noch die Alternativvorschläge. Mit Russland stehen wir in einem gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis – mit Höhen und Tiefen, aber das Gas wird geliefert.

Dass sich Russland hier an die Spielregeln in Europa halten muss, das steht dabei natürlich außer Frage. Aber apropos Spielregeln: Diese gelten natürlich auch immer für alle EU-Mitgliedstaaten und nicht nur beim Thema Gasimporte.

Николай Барекков (ECR). – Г-н Комисар, с изумление научих от доклада на Европейската комисия, че Вие включихте освен „Северен поток-2“ и „Турски поток“ като приоритет на Европейската комисия, вместо „Южен поток“, който Вашата Комисия спря.

Защо обрекохте българския народ от най-бедната държава – членка на Европейския съюз, на абсолютна и тотална зависимост от руски и от турски газ едновременно? Каква е гаранцията, че Турция, която ще купува руски газ, няма да го продава на каквито си иска цени на българския, на европейския пазар и то като турски газ? Защо подкрепихте „Северен поток-2“, а не работите, както обещахте, за възобновяването на проекта „Набуко“, който би доставил ирански газ за Европа и за България като алтернатива на руския газ?

Зад гърба на българския народ Германия и г-жа Меркел очевидно много добре се договарят с г-н Путин. Поведението на Комисията наистина е лицемерно и подкопава доверието на гражданите на Европа в Европейската комисия и в изграждането на бъдещ общ енергиен пазар и съюз.

Nils Torvalds (ALDE). – Herr talman! Kommissionär Šeřčovič! Och alla våra fyra åhörare uppe på läktaren.

En av energiunionens målsättningar är att frångå en ekonomi som drivs av fossila bränslen. Det kommer i sin tur att kräva en strategisk planering, och just på den punkten når EU inte alltid upp till sina målsättningar. Vi har ganska dåliga erfarenheter från förhandlingarna där rådet inte kunde ställa de konkreta målen.

Kommissionen förbereder just nu ett lagförslagspaket om förnybar och hållbar energi, bioenergi. Det får vi nästa år till behandling.

När vi skrider till åtgärder för att åstadkomma dessa förändringar så vet vi att vi nu redan av tekniska skäl kan införa en inblandningsprocent för bensin, ett s.k. blanding mandate på E20, dvs. 20 procents inblandning. Vi kan också införa motsvarande målsättningar på dieselmrådet. När vi inför dessa måste vi vara medvetna om att det måste ske i små steg för att industrin på något sätt ska hålla med och så att det inte leder till att vi gör något som sedan i sin tur leder till att Brasilien eller Indonesien råkar ut för ännu större problem med sina skogsområden. Vi behöver alltså konkreta åtgärder och en bestämd politik.

Lynn Boylan (GUE/NGL). – Mr President, it is disappointing that the Commission's energy strategy is weak in its proposals for a move to a low-carbon economy. We must shift the balance of energy needs to renewables and underline the absolute need for ambitious targets for efficiency. Last week's State of the Energy Union Report by the Commissioner unfortunately seems to equate energy security with a ramping-up of gas and nuclear. Simply diversifying and changing gas suppliers ignores options which are safer politically and better for the climate. The Commission seems to favour a network of pipelines transporting gas, including via that bastion of human rights, Erdoğan's Turkey. The Commissioner speaks of putting energy first, but has already hamstrung ambitious targets and has gone against the principle of mutual respect between the institutions since this Parliament backed a 40% target in October. Perhaps I should not be surprised at the feebleness of the plan for energy and the climate, given that four out of every five meetings of the Climate and Energy Commissioners were with lobbyists for private energy and fossil fuel companies.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

David Coburn (EFDD), *blue-card question*. – Would you agree with me that Professor James Lovelock, the great grandfather of all the Greens, has reluctantly come round to the idea that we must have nuclear energy as a stopgap before we move onto other things? Would you not agree with me that perhaps he was right? I know that the Lefties have given him the same treatment as the late Trotsky (who they seem to have fallen out with as well), but surely Professor Lovelock was right, was he not?

Lynn Boylan (GUE/NGL), *blue-card answer*. – Absolutely not; I do not support nuclear energy. When we talk about barking up the wrong tree with our UKIP colleagues, I hope there is a tree high enough when the country is sinking due to climate change.

Indrek Tarand (Verts/ALE). – Mr President, I would like to thank the Commissioner for giving us the opportunity to debate the energy issues – the new tool in the kit, Commissioner, as you said. But it is important to be careful that this tool does not turn out to be a toy, and that is why I would like to add my voice also to the chorus of those who have been objecting and criticising Nord Stream.

Because Nord Stream is not so much about diversifying our portfolio and reducing coal production; it is nakedly about cutting off Ukraine first, and then Poland and other countries second, from the supply lines and thereby finishing the whole independence of Ukraine.

So Commissioner and dear colleagues, just as we stopped the stupid French crazy idea to sell Mistral warships to Russia, we must now stop these awkward gas traders.

Pilar del Castillo Vera (PPE). – Señor Presidente, señor Vicepresidente, los consumidores son un actor fundamental para el mercado único de la energía o la Unión de la Energía. Yo voy a referirme a tres áreas fundamentales que pueden contribuir de manera activa.

En primer lugar, la transparencia de precios y costes, porque más información permite una mejor decisión.

En segundo lugar, la interoperabilidad, para lo que los estándares son fundamentales, y la portabilidad, porque elegir o cambiar de suministrador refuerza la competencia en el mercado de la energía, sin los obstáculos no menores que todavía existen para que eso se produzca.

Y, en tercer lugar, la digitalización: primero, para desarrollar redes inteligentes que faciliten más eficiencia en la conexión y la distribución; y, segundo, para incorporar tecnologías digitales que permitan una gestión eficiente del consumo individual.

En suma, un mercado más competitivo, reforzando la información, la interoperabilidad y la portabilidad, junto con la digitalización, determinarán la mejor participación de los consumidores en el mercado europeo de la energía. Sin los consumidores ese desarrollo de la Unión de la Energía será realmente mucho más difícil y quedará falta de un actor, de un elemento fundamental.

Zigmantas Balčytis (S&D). – Nepaisant praeityje priimtų svarbių sprendimų energetikos srityje, dar laukia daug sudėtingų iššūkių, kol bus pasiekta visiška elektros ir dujų tinklų integracija.

Komisijos ataskaitoje pabrėžta Baltijos regiono svarbių projektų svarba, kurie užbaigs Baltijos šalių dujų rinkų izoliaciją. Pasidžiaugta Klaipėdos suskystintų gamtinių dujų terminalu ir jo vaidmeniu, pirmą kartą istorijoje sukuriant tiekimo alternatyvą Baltijos dujų rinkoje.

Tačiau noriu pažymėti, kad Klaipėdos terminalą Lietuva pasistatė savarankiškai, be tiesioginės Europos Sąjungos paramos. Šis projektas nebuvo įtrauktas į strateginių objektų sąrašą, nors savo esme yra strateginis objektas visam regionui. Bet, aišku, vienai Lietuvai tai brangus projektas, bet Lietuva nenorėjo pagal ankstesnės Komisijos pasiūlymus dar penkiolika metų priklausyti nuo vieno dujų šaltinių iš rytų ir mokėti 30 proc. didesnę kainą, o norėjo didesnio energetinio saugumo ir pasiekti savo. Tai sutampa su energetikos sąjungos tikslais ir teisingumo dėlei turėtų būti numatyta ne tik politinė, bet ir Europinė finansinė parama šiam projektui.

Taip pat noriu paklausti, kodėl Baltijos regionas siekia mažinti priklausomybę nuo dujų iš Rusijos, o dalis Europos Sąjungos vis labiau klampinama į Rusijos dujų tiekimo tinklą?

Komisare, nors teigiate, jog „Nord Stream 2“ yra bendros svarbos projektas, tačiau ir komerciniai projektai privalo atitikti Europos Sąjungos energetinius tikslus. Priklausomybė nuo dujų nereiškia priklausomybę nuo elektros energijos mažinimo. Europos Komisija turėtų teikti pasiūlymus dėl papildomų elektros generavimo pajėgumų vystymo valstybėse narėse, nes kyla klausimas, kad mūsų sukurti tinklai ateityje netaptų keliu dar labiau importuoti iš ... (kalba nebaigta).

Ryszard Czarnecki (ECR). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Mam takie wrażenie, że dla Unii Europejskiej najlepszą wspólną polityką energetyczną jest brak wspólnej polityki energetycznej. Spójrzmy na rzeczywistość: w ostatnim czasie informacja o drugiej nitce Nord Streamu – Gazociągu Północnego. I oto mamy sytuację, w której my w Parlamencie możemy tu sobie mówić i mówić o wspólnej unijnej polityce energetycznej, a potem wielkie koncerny robią swoje, mają w nosie to, co my tu mówimy, czy to, co mówi Komisja. Są więc dwie rzeczywistości – to jest jakaś schizofrenia polityczna, chociaż mam takie wrażenie, że te wielkie koncerny są chronione przez niektóre rządy państw członkowskich, na przykład rząd Niemiec. To trzeba po prostu zmienić.

Gerben-Jan Gerbrandy (ALDE). – Mr President, from the far left to the far right, we are all concerned about jobs and growth in the European Union, and rightly so. Let's face it: the competitiveness of our industry is also one of the central themes in the whole debate on the Energy Union, and it is obvious that Europe needs cheap, clean and independent energy. Desperately clinging to our fossil past will definitely not create competitiveness in the future. We see that new disruptive technologies are overhauling Europe's energy system. Prices of solar technology are dropping sharply and energy efficiency is decoupling economic growth from our energy use. Key to affordable energy is giving certainties to investors. Energy infrastructure requires large, risky capital-intensive investments, and only governance arrangements based on EU legal mechanisms can create this stability and predictability.

The current Energy Union is still far away from legislative action based on democratic decision-making. The Energy Union is, unfortunately, based on voluntary submissions from Member States, and the Commission should be more ambitious here. But the main obstacle is again the Member States. They seem to prefer having full ownership of their own national energy policies with expensive pollutive energy systems to being part of a full-scale European approach with astronomical benefits, and the absence of the Council here today is exemplary. Let us care about jobs and growth in Europe and push our Member States towards a true European Energy Union.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, μας παρουσιάσατε την κατάσταση της Ενεργειακής Ένωσης βασισμένη στο ίδιο αποτυχημένο μοντέλο των ιδιωτικοποιήσεων που δεν μπορούν να εγγυηθούν για τις χώρες μας, ούτε την ενεργειακή ασφάλεια, ούτε τη μείωση του οικονομικού και περιβαλλοντικού κόστους, ούτε και την καταπολέμηση της ενεργειακής φτώχειας. Κύριε Επίτροπε, στην ίδια κατεύθυνση κινείται η απαίτηση της τρόικας στην Ελλάδα, τόσο στο πρώτο μνημόνιο, όσο και στις πρόσφατες συζητήσεις, στις συζητήσεις, που γίνονται τώρα με την ελληνική κυβέρνηση, και που απαιτούν την ιδιωτικοποίηση της Δημόσιας Επιχείρησης Ηλεκτρισμού και των ενεργειακών δικτύων. Κάτι που θα πληρώσει ακριβώς η ελληνική οικονομία και οι Έλληνες καταναλωτές.

Σας ερωτώ, λοιπόν, κύριε Επίτροπε, γιατί επιμένετε για την ιδιωτικοποίηση των δικτύων μεταφοράς της χώρας, όπως λένε σιμερινά δημοσιεύματα, κατά το 66%; Κι' ακόμα, δεν πρέπει επιτέλους να σταματήσει η Επιτροπή να επιβάλλει τέτοιες καταστροφικές πολιτικές στο όνομα οικονομικών συμφερόντων και γεωπολιτικών επιδιώξεων που είναι σε βάρος του ελληνικού δημόσιου συμφέροντος και των καταναλωτών στην Ελλάδα;

Peter Liese (PPE). – Herr Präsident, Herr Vizepräsident der Kommission, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in Europa und in den Mitgliedstaaten riesige Probleme, zum Beispiel den Terrorismus und das Flüchtlingsproblem. Da mag sich mancher fragen, warum wir hier das Thema Energie, an erster Stelle die Dekarbonisierung der Energiewirtschaft, diskutieren. Ich glaube, das ist richtig, einmal, weil es viele Gründe gibt, aber weil wir auch direkte Bezüge zu unseren großen Problemen Terrorismus und Flüchtlinge haben. Der Islamische Staat, der Europa bedroht, besitzt heute schon Ölquellen und verkauft das Öl, finanziert damit auch den Terrorismus. Eine starke Quelle der Finanzierung des Islamischen Staats ist ja auch, dass reiche Saudis und reiche Kataris dort das Geld hinliefern. Woher haben die das? Auch weil wir so einen großen Energiehunger haben. Deswegen ist ein Teil – nicht die ganze Strategie, aber ein Teil – der Strategie gegen den Islamischen Staat eben auch, unabhängiger von Importen aus diesem Bereich zu werden.

Wenn ich das Thema Flüchtlinge anspreche, dann ist es sicherlich so, dass wir sehr viel handeln müssen im Bereich des Klimaschutzes, damit wir nicht zu großen Flüchtlingsströmen kommen.

Deswegen ist das, was die Kommission macht, richtig. Ich möchte sie aber ermutigen, noch einen Schritt weiter zu gehen bei der Energieeffizienz, von 27 % höher zu gehen. Und ich möchte sie ermutigen, keinen Schritt ohne das Europäische Parlament zu tun. Alles, was bisher in der Mitentscheidung war, muss auch in der Mitentscheidung bleiben. Da darf es keine neuen Governance-Methoden geben, die das Parlament auslassen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Paul Rübzig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Liese! Wir sprechen immer von nachhaltiger Energieversorgung, und unter anderem geht es da auch um die *lifetime cycle costs*, zum Beispiel bei Nuklearanlagen, aber natürlich auch bei fossilen Anlagen.

Wir haben gesehen, dass die Kosten des Imports von fossiler Energie, wenn man es über die gesamte Kostenspanne – von den Flüchtlingen bis zu den Terroristen – betrachtet, natürlich auch externe Kosten beinhaltet, die, wenn wir in die Zukunft schauen, für uns ein großes Problem werden können. Wie stehen Sie dazu?

Peter Liese (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ja, ich gehe gerne darauf ein. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt, den wir stärker in den Fokus nehmen müssen, dass wir nicht nur die direkten Kosten sehen, sondern auch die indirekten Kosten.

Ich will ein Beispiel nehmen, was die Kommission jetzt beim Thema Energieeffizienz sehr genau berechnen muss. Die Kommission kam bisher zu relativ wenig ambitionierten Zahlen: 27 %, weil sie sehr hohe *discount rates* einkalkuliert hat. Also sie geht davon aus, dass die Menschen etwas, was über den Lebenszyklus eigentlich sinnvoll wäre, zum Beispiel sein Haus zu isolieren oder eine neue Heizung zu kaufen, nicht machen, weil sie keinen passenden Handwerker finden.

Ich denke, das ist unsere Aufgabe als Politik, die Menschen in die Lage zu versetzen, dass sie über den Zyklus sparen. Wenn Hindernisse bestehen, dann müssen wir diese Hindernisse beseitigen und nicht sagen, das wird schon nicht funktionieren.

José Blanco López (S&D). – Señor Presidente, el plan nacional de reformas de España anunciaba un 17,1 % de cumplimiento en relación con el objetivo del 20 % de energías renovables para el año 2020, pero tanto Eurostat como la Comisión Europea consideran que la cifra real es de un 15,8 %, es decir, un 1,3 % inferior a lo anunciado por el Gobierno.

Sin embargo, lo preocupante es que, habiendo reconocido la necesidad de instalar 8 537 megavatios de energías renovables para cumplir el objetivo del 20 %, el Gobierno español solo ha previsto una subasta de 700 megavatios.

En estas condiciones, no hay tiempo para que las energías renovables alcancen los objetivos fijados. La propia Comisión Nacional de los Mercados y la Competencia lo considera improbable, teniendo en cuenta que tras el recorte retroactivo no ha habido nuevas inversiones en los años 2014 y 2015.

Señor Comisario, el informe sobre la situación de la Unión de la Energía, presentado hoy, advierte a España sobre la conveniencia de evaluar sus políticas, si son suficientes y eficaces para cumplir los objetivos de las energías renovables.

Por eso, le formulo la siguiente pregunta: ¿Piensa usted esperar al año 2019 para advertir sobre un incumplimiento anunciado o va a tomar alguna medida preventiva para garantizar que España cumpla el objetivo del 20 % de energías renovables para el año 2020?

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η έκθεση της Επιτροπής όσον αφορά την κατάσταση προόδου της Ενεργειακής Ένωσης και την χώρα μου την Ελλάδα, είναι ιδιαίτερος ενδιαφέροντος. Κύριε Επίτροπε, η έκθεση ορθά σημειώνει ότι η Ελλάδα μπορεί να μετατραπεί σε περιφερειακό ενεργειακό κόμβο τόσο σε ό,τι αφορά την αγορά ηλεκτρικής ενέργειας, όσο και για το φυσικό αέριο. Αυτό μπορεί να γίνει, όμως, μόνο εάν η ΔΕΗ ισχυροποιηθεί αντί να απαξιώνεται και ο ΑΔΜΕ παραμείνει δημόσια περιουσία με δημόσια διοίκηση.

Ταυτόχρονα, η πατρίδα μου πρέπει να αξιοποιήσει όλα τα ενεργειακά της αποθέματα, δηλαδή τις ανανεώσιμες πηγές ενέργειας και τον ορυκτό μας πλούτο σε Ιόνιο και Αιγαίο και νότια της Κρήτης. Οι πρόσφατες ανακαλύψεις κοιτασμάτων σε Αίγυπτο και Κύπρο ισχυροποιούν αυτή τη στρατηγική. Η κατασκευή το λιγότερο ενός επιπλέον σταθμού LNG είναι ιδιαίτερα σημαντική σε ό τι αφορά την πορεία, ενώ η ενίσχυση των πολλαπλών νότιων ενεργειακών διαδρόμων, οι οποίοι θα διέρχονται απ' την Ελλάδα, είναι άμεση προτεραιότητα.

Όλα αυτά πρέπει, φυσικά, να γίνουν μακριά από το μακρύ χέρι της τρόικας και των δανειστών, με γνώμονα το όφελος του λαού μας την ευημερία του και την εξάλειψη της ενεργειακής φτώχειας.

José Inácio Faria (ALDE). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, caros Colegas, ainda há muito para fazer para que a União para a Energia se materialize em benefícios económicos para as famílias, baixando os custos energéticos e, para as empresas, permitindo-lhes ser mais competitivas no mercado global. O potencial de criação de empregos no setor das energias renováveis e da eficiência energética é também enorme. Não devemos prescindir dele. Vários Estados-Membros fizeram o seu trabalho de casa no que diz respeito ao avanço na integração de energias renováveis. Algumas destas fontes renováveis são já competitivas em termos de custos de geração. Esses mesmos Estados-Membros não podem agora ser penalizados por falta das infraestruturas adequadas de interligação ao mercado interno europeu, que lhe impõe custos desnecessários. A meta de 10 % das interconexões é por isso essencial, tal como é essencial que este objetivo tenha um carácter vinculativo, sobretudo em regiões geográficas onde o nível mínimo de interconexão tem décadas de atraso, como é o caso da Península Ibérica.

Relembro que a falta de interconexões constitui hoje um obstáculo real a mais investimento nas energias limpas. Estamos em vésperas da COP 21 e a Europa necessita de incrementar a aposta na descarbonização da economia.

Senhor Comissário, disse que o começamos bem em 2015, mas que o ano de 2016 será o ano da concretização. Espero, Sr. Comissário, que esse seu desejo seja concretizável e apoio por isso...

(O Presidente retira a palavra ao orador)

Miloslav Ransdorf (GUE/NGL). – Pane předsedající, energetická unie je hlavně věcí energetické bezpečnosti. Já mám čtyři takové krátké poznámky.

První se týká nutnosti diverzifikace zdrojů. Nemůžeme být závislí jenom na určitém omezeném počtu zdrojů a je třeba, abychom se i podíleli na ekonomickém osvojení Sibíře spolu s Ruskou federací a abychom eliminovali závislost na politicky nestabilních oblastech.

Druhá poznámka se týká jaderné energetiky. Energetická bezpečnost Evropské unie nemůže být bez jaderné energetiky a tady je třeba opravdu udělat všechno pro to, aby se podíl jádra zvýšil.

Třetí poznámka se týká interkonektivity. Ukázalo se v době plynové krize v roce 2009, jak klíčová otázka to je. V tomto směru Evropská unie zatím mnoho nepokročila a je třeba opravdu udělat všechno pro to, abychom v té oblasti interkonektivity pokročili.

Čtvrtá poznámka se týká zásobníků. Je třeba mít zásoby zdrojů energie na dobu případné krize, na dobu nepředvídaných událostí. I to je lekce z toho roku 2009.

Владимир Уручев (PPE). – Г-н Председател, колеги, г-н Комисар, похвално е, че Комисията продължава да работи с високо темпо по въпроса за енергийния съюз. Комуникациите от миналата седмица по състоянието на този съюз правят все по-ясни неговите очертания и цели.

Приветствам инициативата на Комисията за конкретни измерими показатели за проследяване на прогреса. Тези показатели обаче не са за изобличаване на отделни държави членки, а за идентифициране на дейностите и регионите, в които трябва да се съсредоточат повече общи усилия за своевременно постигане на целите.

Без съмнение гръбнакът на енергийния съюз е създаването на единен енергиен пазар, който в момента е почти напълно фрагментиран. В тази връзка най-бързи резултати се постигат чрез целенасочено създаване на регионални енергийни пазари.

В тази връзка, отчитайки добрите примери за регионално сътрудничество в Северна Европа, препоръчвам на Комисията да съсредоточи повече внимание към района на Югоизточна Европа, където очевидно са необходими общоевропейски усилия както за елиминиране на съществуващата уязвимост, така и за диверсификацията на източниците и пътищата за доставка на газ в целия Европейски съюз, включително и от собствени източници.

Carlos Zorrinho (S&D). – Senhor Presidente, Senhor Comissário, na véspera da Cimeira do Clima, em Paris, a União da Energia está a progredir e a fazer o seu caminho. Isto é só por si uma excelente notícia e um motivo para prosseguirmos ainda com mais vigor. A União Europeia e o mundo precisam de uma União da Energia robusta e credível. Temos por isso que avançar em todas as dimensões estratégicas da agenda e temos que envolver os cidadãos europeus num debate que conduzirá a ações concretas que têm impacto concreto nas suas vidas. Este envolvimento precisa de informação clara e transparente. O debate público sobre a diretiva das renováveis tem que ser baseado no acesso livre a toda a informação relevante sobre os custos diretos e indiretos das várias opções. É também importante a melhoria que foi feita na informação sobre estatísticas, preços, disponibilização de informação relevante sobre segurança energética, segurança nuclear, reservas de petróleo, eficiência energética, tendências de consumo.

Nós precisamos, para liderar a transição energética, de inteligência política, de mobilizar os cidadãos, de mobilizar as empresas, de termos flexibilidade regulatória, convergência de esforços entre os 28 países e capacidade de atrair investimento. E aqui, Sr. Comissário, nós vamos ter que ser capazes de mobilizar o Fundo Estratégico para o Investimento, o Fundo Europeu Estratégico para o Investimento. E a resposta terá que ser inequívoca, rápida e adequada às responsabilidades. É muito importante também termos as interligações, porque, sem elas, haverá ilhas energéticas, e, sem mercado único da energia, não haverá união da energia.

Anneleen Van Bossuyt (ECR). – Willen wij de klimaatdoelstellingen halen? Willen wij groene energie? Willen wij onafhankelijk zijn op vlak van energie? Ik denk dat het antwoord is: luid en duidelijk drie keer ja. Maar we moeten ook realistisch zijn. Laten we deze tussentijdse evaluatie dus niet aangrijpen om onszelf op de borst te slaan. Wij hebben nood aan een ambitieus, maar vooral aan een realistisch beleid. Mijn regio, Vlaanderen, doet het goed, maar er zijn ook limieten voor onze kleine en dichtbevolkte regio. Ons potentieel ligt op zee. Maar *off shore*-windenergie is dan weer erg duur. Wie gaat dat betalen? Gaan wij de rekening opnieuw doorschuiven naar de consument? Eurorealisme betekent ook de juiste prioriteiten weten te kiezen. *First things first*. En met het oog op 2020 en 2030 is het belangrijk onder meer te benadrukken dat de volatiliteit van hernieuwbare energie vraagt om meer verbindingen tussen de lidstaten en de ontwikkeling van nieuwe opslagmogelijkheden.

Kaja Kallas (ALDE). – Mr President, the main message of this report is very clear: it is that a lot has been done, but also a lot more needs to be done. Vice-President, you rightly point out that the electricity grids and gas pipelines are the backbone of the integrated energy markets, so what is absolutely key in this process is to identify the right projects to be cofinanced and supported from the European Union level. So we should say 'no' to all these projects that further protect national energy sovereignty, and 'yes' to projects that will improve energy security not only for the countries concerned, but also their neighbouring countries. Balticconnector is a good example of this. It is a gas pipeline between Finland and Estonia that will also improve gas supply for neighbouring countries and decrease our dependence on Russian gas. Another good example is the synchronisation of networks with Central European networks.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, ba mhaith liom cúpla focal a rá ar an ábhar tábhachtach seo agus díriú ar chúpla pointe ach go háirithe.

Firstly, I welcome the proposals from the Commission to date on Energy Union. This is absolutely vital for Europe, particularly the point that we need to utilise our resources within Europe as far as possible. In relation to renewables, these are obviously something that most people would desire, but we need also to create a climate where the fear that has taken place amongst many people in the public can be allayed so that they can see renewables as something environmentally very good – good for our resources and particularly good for them.

Secondly, I also welcome the proposals to diversify supply where we have to import, and particularly the recent proposals on LNG. We have seen the effects in Lithuania, and I am glad that the Commission mentioned a project in my own constituency – Shannon LNG, which has had difficulties up to now, but being part of the European strategy hopefully means it can now get off the ground – because, first of all, LNG diversifies supply and, secondly, it is the ideal mix with renewables. This is particularly true for Shannon, because it is so close to America, and with that market probably coming on stream, this will be vital in the future.

Finally, I would just like to say that I will be representing Parliament in Paris at the COP 21. We need a binding agreement, and an agreement where all the big emitters play their part, because we do not want a situation where we have a result that leads to carbon leakage from Europe.

Miroslav Poche (S&D). – Pane předsedající, já souhlasím se všemi předřečníky, kteří tvrdí, že projekt energetické unie již v letošním roce přinesl řadu pozitivních změn a má jistě hmatatelné výsledky. V příštím roce budou představeny některé vaše klíčové návrhy, například revize směrnice o energetické účinnosti či o účinnosti budov nebo o obnovitelných zdrojích.

Dovolte mi ale, abych zmínil dvě oblasti, kde pokrok dle mého názoru není úplně dostatečný. Za jednu z nich a za jeden z největších problémů energetické unie považuji to, že cena elektrické energie pro koncové spotřebitele je v Evropské unii, možná s výjimkou Japonska, celosvětově absolutně nejvyšší. A já si myslím, že vzhledem k tomu, že to má výrazné důsledky pro řadu průmyslových odvětví, která jsou vystavena silné zahraniční konkurenci, tak by to energetická unie měla změnit. Měla by přispět urychleně k tomu, aby se evropské ceny přiblížily celosvětovému průměru, což by zvýšilo naši konkurenceschopnost a snížilo náklady domácností.

Druhou oblastí, kterou je potřeba zmínit, je to, jakým způsobem bude energetická unie řízena. Jak chceme dosáhnout toho, aby měla skutečné výsledky. Mnoho z těch iniciativ, o kterých diskutujeme, je nezávazných. Například v oblasti energetické účinnosti, která je jednou z našich klíčových priorit a představuje celý pilíř toho projektu. Je to projev nedostatečných ambicí a také politické vůle. Ve stejnou chvíli nám chybí jednotný a přitom komplexní návrh toho, jak bude celý projekt financován a z jakých zdrojů.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Jadwiga Wiśniewska (ECR). – Panie Przewodniczący! Unia energetyczna to kolejne wcielenie polityki klimatycznej, której konsekwencją jest obniżenie bezpieczeństwa energetycznego, spadek konkurencyjności europejskiego przemysłu, ucieczka emisji, a tym samym wzrost bezrobocia, wzrost ubóstwa energetycznego, którego przyczyną są wysokie ceny energii elektrycznej.

Panie Komisarzu, mówi pan o solidarności energetycznej. Na przykładzie Polski chcę panu tę rzekomą solidarność przedstawić: po pierwsze, unia energetyczna stawia na dekarbonizację, której konsekwencje najsilniej uderzą właśnie w polską gospodarkę opartą na węglu. Po drugie, czy to w trosce o bezpieczeństwo energetyczne i solidarność energetyczną, nie sprzeciwił się pan komisarz wobec Nord Stream-2? Brak takiego sprzeciwu będzie dowodem na to, że zarówno bezpieczeństwo energetyczne, jak solidarność energetyczna jest dla pana tylko pustym hasłem i dowodem na hipokryzję. Priorytetem powinno być ...

(Przewodniczący odebrał mówczyni głos.)

Andrzej Grzyb (PPE). – Panie Przewodniczący! Panie Komisarzu! Dla mojego kraju unia energetyczna chciałaby być ważnym projektem. To przede wszystkim bezpieczeństwo energetyczne, bezpieczeństwo dostaw, wspólny rynek – to powinien być projekt integracyjny.

Po drugie, mamy politykę klimatyczną. Unia energetyczna nie może być tylko jej przedłużeniem i uzupełnieniem, pomiędzy nimi powinny występować synergie, jednak unia energetyczna podporządkowana w 100% polityce klimatycznej nie wnosi wartości dodanej.

Po trzecie, unia energetyczna musi odzwierciedlać różnice pomiędzy poszczególnymi krajami: chociażby w zakresie koszyka energetycznego, chociażby obecności węgla. Żle byłoby, gdyby narzucała wszystkim jeden model. Powinniśmy natomiast wykorzystać mocne strony poszczególnych państw dla wspólnego dobra. Eliminujmy emisję, a nie paliwa!

Po czwarte, krytykujemy Nord Stream. Dlaczego? Bo nadrzędną zasadą powinno być niewspieranie projektów, które mogą zachwiać wspólnym rynkiem, również w sferze regulacyjnej, bądź też negatywnie wpłynąć na państwa niezaangażowane w dany projekt, na przykład państwa bałtyckie czy sąsiednie, chociażby Ukrainę.

Po piąte, potrzebujemy dywersyfikacji dostaw, infrastruktury likwidującej wyspy energetyczne. Tu chciałbym pokazać model współpracy, chociażby Polski i państw bałtyckich. Polityka energetyczna powinna służyć odbudowie przemysłu, miejsc pracy, ale również powinna być przyjazna dla konsumentów.

Edouard Martin (S&D). – Monsieur le Président, chers collègues, l'Europe de l'énergie est en crise. Nous sommes dans une situation *lose-lose*. Les prix de gros sont en général trop bas pour donner des perspectives d'investissement aux énergéticiens mais cette tendance ne profite pas au consommateur final, qu'il soit résidentiel ou industriel. Car, au détail, les tarifs se trouvent souvent alourdis de façon variable mais considérable, ce qui pèse sur le pouvoir d'achat des ménages et le bilan des entreprises. S'en remettre au seul marché pour tout résoudre n'aurait pas de sens.

Je ne crois pas que ce soit la main invisible du marché qui puisse multiplier les interconnexions, remplacer nos centrales fossiles par des énergies renouvelables, isoler nos bâtiments ou encore accélérer la recherche et le développement. Le marché seul ne nous garantira pas non plus une place de choix sur le volet industriel de la transition énergétique. J'en veux pour preuve notre faillite collective sur le dossier des panneaux photovoltaïques.

Puisqu'il ne sert à rien d'attendre du marché qu'il déclenche ce mouvement de transition, il faut le stimuler par des impulsions politiques européennes. Le volet de la gouvernance ne sera pas le plus simple à négocier car sans révision des traités comment concilier souveraineté nationale et intérêts paneuropéens? Les plans énergétiques nationaux seraient un pas en avant dans la coordination mais ne répétons pas les erreurs commises avec le Semestre européen et les programmes nationaux de réforme souvent jugés trop bureaucratiques et pas assez démocratiques.

Je souhaite donc sincèrement que cette horlogerie complexe se mette à l'heure des enjeux nouveaux qui nous font face afin de permettre à l'Europe de se détacher enfin de ses dépendances énergétiques externes et de continuer à jouer un rôle premier dans la lutte contre le changement climatique.

Henna Virkkunen (PPE). – Arvoisa puhemies, energiaunionin tavoitteet – omavaraisuuden kasvattaminen, energiariippuvuuden vähentäminen, tuontien energian riippuvuuden vähentäminen, päästöjen leikkaaminen, toimivat markkinat – ovat kaikki äärimmäisen tärkeitä tavoitteita. Haluaisin kuitenkin erityisesti kiinnittää huomiota yhteen sektoriin, jonka komissaari Šefčovič lyhyesti mainitsi tuossa alustuspuheenvuorossaan. Se on liikennesektori. Jos haluamme vähentää öljyriippuvuutta ja fossiilisten polttoaineiden käyttöä, meidän täytyy kiinnittää entistä enemmän huomiota myös liikenteeseen. Se vastaa kolmanneksesta koko Euroopan energiankulutuksesta, ja tiedämme, että liikenne on hyvin riippuvainen öljystä: 94 prosenttia liikenteestä käyttää edelleen öljyä.

Euroopalla on täydet mahdollisuudet nousta puhtaan liikenteen edelläkävijäksi maailmassa. Se voidaan tehdä hyvin kustannustehokkaalla tavalla. Meillä on tällä hetkellä jo paljon mahdollisuuksia. Meillä on kehittyneet biopolttoaineet, sähkö, vety. Uusia teknologioita syntyy jatkuvasti.

On tärkeää, että asetamme tavoitteita, realistisia tavoitteita, ja kannustamme samalla yrityksiä investoimaan ja kehittämään uusia innovaatioita puhtaan liikenteen saralla. Jos onnistumme tässä, Eurooppa onnistuu kyllä nousemaan maailmassa johtoasemaan ja oma teollisuutemme saattaa hyötyä siitä merkittävästi. Näin ollen kannustan Teitä, komissaari, myös entistä tarmokkaammin tarttumaan nimenomaan liikennesektoriin. Siellä on paljon mahdollisuuksia koko Euroopalle.

(Puhuja suostui vastaamaan sinisen kortin kysymykseen (työjärjestyksen 162 artiklan 8 kohta)).

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”.* – Domnule președinte, stimată colegă, sigur că suntem de acord că avem nevoie de o Uniune energetică. Întrebarea mea către dumneavoastră este: credeți că în raportul pe care Comisia ni-l prezintă se pune suficient accent pe protejarea consumatorilor vulnerabili prin aplicarea acestei strategii? Nu credeți că ar trebui să fie un fir roșu în pachetul legislativ pentru a nu accentua sărăcia?

Henna Virkkunen (PPE), *vastaus sinisen kortin kysymykseen*. – Euroopassa olemassa olevat toimivat energiamarkkinat ovat ilman muuta myös kuluttajien etu. Meidän lainsäätäjänä pitää asettaa tavoitteita ja huolehtia siitä, että kilpailu toimii Euroopassa. Rakennamme yhteydet niin, ettei Eurooppaan synny energiasaarekkeitä, ja tämä vahvistaa sisäisiä energiamarkkinoita, parantaa kilpailua, lisää avoimuutta ja lisää myös kuluttajien mahdollisuuksia tehdä valintoja energian osalta. Mielestäni nämä ovat tasapainossa toistensa kanssa.

Miriam Dalli (S&D). – Mr President, I would like to commend the Vice-President on the Energy Union tour because, when he was in Malta, I could see at first hand his efforts to bring the Energy Union closer to its citizens.

It is precisely this point: citizens should remain at the heart of the Energy Union. They need to be empowered to make the right decisions, and this goes hand in hand with our fight against energy poverty and also with climate change. With high energy prices, the most vulnerable are always the worst hit. In Malta we know what a difference a significant reduction in electricity prices can make for consumers, whilst it gets the economy going as well.

In this regard, we need a properly-functioning electricity market design which can help consumers control their energy consumption and production alike – one that can integrate properly all market players, including consumers as renewable energy providers, ultimately contributing to climate change action.

If we keep our citizens at the core of our decisions, we can truly make 2016 the key year of delivery.

Janusz Lewandowski (PPE). – Panie Przewodniczący! Spróbuję nie powtórzyć zbyt wiele z tego, co powiedziano przez dwie godziny dyskusji na tej sali. Otóż unia energetyczna tym różni się od innych unii, które zakładają się wewnątrz Unii Europejskiej – czyli na przykład unii fiskalnej czy bankowej, że jej znaczenie wykracza daleko poza kwestie gospodarcze. Nie chodzi tylko o konkurencyjność gospodarki, czyli ceny – ceny energii, które też decydują o konkurencyjności gospodarki. Nie chodzi również tylko o ochronę środowiska. Rzeczywiście stawką jest bezpieczeństwo, rzecz niebagatelna w naszych niestabilnych czasach – czyli ciągłość dostaw energii na kontynencie, który jest i będzie zależny od zewnętrznych źródeł pozyskiwania energii. Same okoliczności urodzenia się tej koncepcji, czyli konflikt na Ukrainie, czy wykorzystywanie gazu jako narzędzia szantażu politycznego, świadczą o tym, jak ważne jest bezpieczeństwo. I to ma swój wymiar wewnętrzny, mało kontestowany – tak zwane *interconnectivity* – techniczna przesłanka solidarności krajów europejskich. I znacznie trudniejszy wymiar zewnętrzny – koordynacja 28 krajów w relacjach z zewnętrznymi dostawcami, przede wszystkim z jednym dostawcą dominującym.

Ale skoro tak, to rzeczywiście miarą również wiarygodność instytucji europejskich będzie odnoszenie się do takich inicjatyw, jak wcześniej South Stream, obecnie Nord Stream. Jest to kwestia nie tylko dywersyfikacji, ale również wiarygodności instytucji europejskich. Życzę powodzenia.

Jeppe Kofod (S&D). – Mr President, to realise the full potential of the Energy Union, both strong regulatory powers and ambitious targets are needed. We need a strong, fully-staffed and powerful ACER that can break down the barriers between Europe's energy silos and tackle energy bottlenecks. But so far, it seems to me, the Commission has kept us guessing so far as to what, how and when these powers will come to ACER.

ACER is woefully understaffed to fulfil even its present duties, let alone the new task that will follow from the Energy Union. Help has come with the result of the budget compromise. It is a start, but it does not really solve the problem in any meaningful way. I therefore ask the Vice-President once again: what new cross-border regulatory powers is the Commission ready to give ACER?

And finally, a word on energy efficiency: as you know, this Parliament has on several occasions backed a 40% energy efficiency target for 2030. As such, I find it unacceptable that the Commission has apparently now decided to only model for 27-33% energy efficiency for upcoming legislative proposals. If we are to make a real impact – if we are to truly develop an energy union – we have to be both ambitious and visionary. Mr Commissioner, will you ensure that the Commission heeds the call of this Parliament and ensures modelling for a 40% energy efficiency target for 2030?

Markus Pieper (PPE). – Herr Präsident! Europa übertrifft seine ambitionierten CO₂-Ziele für 2020. Europa übertrifft die ambitionierten Ausbauziele für die erneuerbaren Energien für 2020. Europa wird auch die Energieeffizienz bis zum Jahr 2020 weitestgehend erreichen. In jedem Fall ist die Europäische Union mit Abstand globaler Vorreiter beim Umwelt- und Klimaschutz. Aber zu welchem Preis?

Wir haben global die höchsten Energiekosten. Wir verunsichern die Industrie durch ständige Eingriffe in das Emissionshandelssystem, was zu Investitionen an anderer Stelle führt. Wir machen Energiegesetzgebung so kompliziert, dass etwa bei der Energieeffizienz viele Länder nicht Schritt halten können.

Herr Präsident, wenn jetzt Vizepräsident Šefčovič sagt, 2016 wird das Jahr der Ereignisse sein – und Klimakommissar Cañete ist die Ungeduld ja anzumerken, für ihn wird 2016 sogar das Jahr der Rechtsvorschriften sein –, dann kann ich nur sagen: Bitte nutzen Sie das, um europäische Umweltziele stärker in Einklang mit der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu bringen. Das heißt konkret: Vereinfachen Sie, konzentrieren Sie sich auf das wichtigste CO₂-Ziel.

Für die Rechtsvorschriften, die wir dann noch brauchen, müssen wir einen Rahmen setzen, mehr aber auch nicht. Ganz konkret heißt das: Geben wir den erneuerbaren Energien endlich Luft zum Atmen durch eine Harmonisierung der Förderung und durch den Ausbau der Netze und Grenzkoppelstellen. Geben Sie Anreize für Energieeffizienz anstatt den Zwang zur Energieeinsparung, der dann auch grüne Energie treffen würde.

Die Energiewende darf kein Kostentreiber und keine Wachstumsbremse sein.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Claude Turmes (Verts/ALE), Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Sie sagen hier, die Energiekosten seien hoch in Europa. Für Gas mag das vielleicht noch stimmen, aber bei Strom hatten wir 2008 an der Börse in Leipzig einen Strompreis von 60, 65 Euro. Heute sind wir unter 35, in Skandinavien sind wir bei 25. Auf welche Fakten stützen Sie sich, um zu behaupten, dass der Strombörsenpreis, der ja eigentlich dann auch der Industriepreis ist, ...

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Markus Pieper (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Im Gegensatz zu Ihnen, lieber Kollege, nehme ich immer das zum Maßstab, was beim Verbraucher ankommt, was die Kilowattstunde im privaten Haushalt kostet, und ich nehme das zum Maßstab, was die Industrie die Kilowattstunde kostet. Ich kann Ihnen da sagen: Im globalen Vergleich sind wir leider Spitzenreiter. Das kann ich Ihnen mit jeder Statistik belegen, und das ist auch ein Ergebnis unserer sehr regulierenden Politik.

Olle Ludvigsson (S&D). – Herr talman! Det är mycket välkommet att vi nu tar steget för att nå en inre marknad för energi och samtidigt uppnå en hållbar situation ur både miljö- och försörjningsperspektiv. Ett av de viktigaste områdena är energieffektivisering för uppvärmning och nedkylning. Det uppvärmningsalternativ som bäst kompletterar satsningar på energieffektivisering är fjärrvärme. Större förbränningsanläggningar har bättre rening och är mer effektiva än de man kan ha i hemmet, så redan där finns det vinster att göra, men det finns också enorma mängder energi av restvärme från t.ex. industriprocesser som kan användas. Detta innebär mindre utsläpp, mindre import och dessutom en möjlighet för industrin att skapa en marknad för energi som annars hade gått till spillo och därmed en bättre konkurrenssituation.

Jag hoppas därför att kommissionen kommer att se fjärrvärme och fjärrkyla som en möjlighet att stärka de ansatser man redan tagit vad gäller energieffektivisering av byggnader.

Ivo Belet (PPE). – Ik denk dat de energie-unie - ik hoop dat wij het daarover eens zijn - het belangrijkste beleidspakket is van de komende legislatuur. Alle belangrijke beleidsterreinen en beleidsprioriteiten komen hier samen: energie, milieu, economie, klimaat, werkgelegenheid, veiligheid. Het komt hier allemaal samen in dit beleidspakket. En het moet bovendien onze prioriteitenlijst staan, bovenaan de prioriteitenlijst van de Commissie, daar staat het al, en ook van de Raad. 2016, u hebt het gezegd, commissaris, is inderdaad het jaar van de waarheid. Wij moeten dan grote stappen vooruit zetten op het vlak van het verder uitbreiden van het aandeel van hernieuwbare energie, het verder verlagen van ons energieverbruik en het garanderen van de continuïteit van de gasvoorziening.

Het is ook het jaar van de waarheid voor ons ETS-systeem. De klimaatconferentie in Parijs begint over nauwelijks een week. De voortekenen zijn onverwacht goed. We kijken uit naar een afdwingbaar akkoord, een ambitieus akkoord, uiteraard, en alle sectoren zullen hieraan een bijdrage moeten leveren. Ook onze bedrijven, energie-intensieve bedrijven, zullen een belangrijke bijdrage leveren aan ons hervormd ETS-systeem. Wij rekenen uiteraard op een goede balans zodat zij hun internationale concurrentiekracht kunnen behouden.

Het moet inderdaad, commissaris, - nog een laatste idee - ons streefdoel blijven om dat ETS-systeem te koppelen aan vergelijkbare systemen op andere continenten. Een dergelijk wereldwijd emissiehandelssysteem zou het beste instrument zijn om een koolstofarme productie te garanderen, wereldwijd.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, πιστεύω ότι τα ενεργειακά αποτελούν ζητήματα ύψιστης σημασίας για την Ευρωπαϊκή Ένωση, για τις χώρες μέλη, αλλά πολύ περισσότερο για τους Ευρωπαίους πολίτες. Κλειδί για τα ενεργειακά είναι το ενεργειακό κόστος και είναι πανδομολογούμενο ότι το ενεργειακό κόστος στην Ευρωπαϊκή Ένωση είναι πολύ υψηλό. Πληρώνουμε πολύ ακριβά την ενέργεια στην Ευρώπη. Για να μπορέσουμε να μειώσουμε το ενεργειακό κόστος, που πρέπει να αποτελεί πρώτο στόχο μας, πρέπει να επέλθει άμεσα απεξάρτηση από τις μονοπωλιακές ενεργειακές καταστάσεις στην Ευρωπαϊκή Ένωση, αξιοποιώντας τα πιθανά δικά μας αποθέματα ή κοιτάσματα φυσικού πλούτου, τα οποία υπάρχουν σε πολλές περιοχές της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Εγώ, θα σας πω χαρακτηριστικά, ότι είναι η ώρα να αξιοποιήσουμε - και κύριε Επίτροπε, εσείς πρέπει να αναλάβετε και ως αντιπρόεδρος πρωτοβουλίες - τα ενεργειακά αποθέματα στην Ανατολική Μεσόγειο. Εκεί, η δική μου πατρίδα η Κύπρος, είναι χώρα μέλος της Ευρωπαϊκής Ένωσης και αποτελεί χρυσή ευκαιρία η Ευρωπαϊκή Ένωση να επενδύσει και με το σχέδιο Γιούνκερ, αλλά και με άλλες πρωτοβουλίες προς αυτήν την κατεύθυνση, για το δικό της όφελος πρωτίστως. Θεωρώ ότι μπορούμε να αξιοποιήσουμε αυτά τα αποθέματα, ήδη μεγάλες ευρωπαϊκές εταιρείες, κολοσσοί, βρίσκονται εκεί και με αυτό τον τρόπο να μειώσουμε το ενεργειακό κόστος γεγονός που θα είναι προς όφελος και των επιχειρήσεων και των πολιτών.

Ταυτόχρονα, η Ευρωπαϊκή Ένωση έχει ευθύνη να μειώσει την ενεργειακή φτώχεια. Δεν νοείται να υπάρχει έστω και μια οικογένεια ευρωπαίων χωρίς πρόσβαση στην ενέργεια. Η αξιοποίηση των ανανεώσιμων πηγών ενέργειας σήμερα που το κόστος τους είναι χαμηλό, ιδιαίτερα σε χώρες με συγκριτικά πλεονεκτήματα που έχουν ήλιο, αέρα, βιοκαύσιμα ή και άλλες ανανεώσιμες πηγές ενέργειας, είναι επιβεβλημένο καθήκον μας και αυτό πρέπει να πράξουμε, κύριε αντιπρόεδρε.

Catch-the-eye-Verfahren

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor Presidente, es importante que la Unión Europea asegure su aprovisionamiento energético, que depende en más del 50 % del exterior. Para ello necesitamos diversificar nuestras fuentes energéticas y reducir nuestra dependencia de Rusia, por razones obvias.

Nuestras importaciones de energía de los países del sur del Mediterráneo deben ser crecientes. La cooperación energética con estas naciones debe ser prioritaria en la actual revisión de la política europea de vecindad. La energía debe ocupar también un lugar destacado en las negociaciones de la Asociación Transatlántica de Comercio e Inversión con los Estados Unidos, para asegurarnos, al menos, el gas natural procedente de ese país. Los puertos de Galicia, la región española de la que procedo, pueden ser una auténtica plataforma europea para el aprovisionamiento del gas natural procedente del otro lado del Atlántico.

Y también necesitamos energía a un precio razonable. De lo contrario, nuestra industria se verá perjudicada por unos costes que le restarán competitividad en un mundo globalizado. Ni Europa, ni su prosperidad, ni el empleo europeo pueden renunciar a su base industrial.

Costas Mavrides (S&D). – Mr President, a lot has been said about energy supply security. The European Union has been blessed with some energy reserves in the eastern Mediterranean, particularly in the exclusive economic zone of the Republic of Cyprus. The Government of Cyprus, acting in line with European Union interests, promotes an energy coalition with Greece and Cyprus from the European Union on one side, and with Israel and Egypt on the other – something that might not be possible if the two (Israel and Egypt) were perceived to be cooperating directly. What is needed now is a more decisive position, a real push with determination from the part of the European Union, in order to secure this model of peaceful co-existence and cooperation between EU Member States and states outside of the European Union. And finally, yesterday we had an announcement: a big British gas group is acquiring a 35% stake in the consortium with Noble, and I would like to get your comment on that, because the European Union needs all its Member States.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, gospodine povjereniče, želio bih ovom prilikom kada govorimo o energetskejoj uniji skrenuti vašu pažnju na činjenicu da sam kao izvjestitelj ovog Parlamenta o Jadransko-jonskoj strategiji stavio naglasak, što je usvojeno u ovom Parlamentu, na dvije stvari. Taj dio Europe može doprinijeti jedinstvenom energetskeom tržištu prvo s obnovljivim izvorima energije, pogotovo s hidropotencijalom kojeg imamo, pogotovo na Balkanu, ali isto tako i s mogućnošću korištenja sunca i vjetra kao energenata.

Drugi veliki projekt su LNG terminali, kako onaj u Albaniji tako i onaj u Hrvatskoj, s možda malo previše gužve na sjevernom Jadranu, i tu bi bilo vrlo važno da Komisija jasno odluči za koji se LNG terminal želi odlučiti. Vjerujem da je hrvatski LNG terminal na Krku vrlo zanimljiv za čitav niz zemalja koje se mogu snabdijevati plinom iz tog terminala i nadam se da će Europska komisija i dalje podržavati taj projekt.

Davor Škrlec (Verts/ALE). – Gospodine predsjedniče, potpredsjedniče Šefčović, već godinu dana pratim koliko puno energije i vremena ulažete na to da energetska unija zaživi, na tome vam čestitam, ali ipak bih htio ukazati na još nekoliko činjenica koje bi zapravo mogle poboljšati kako provesti energetske uniju u život.

Makroregionalni pristup, kolega Jakovčić je maloprije spomenuo Jadransko-jonsku strategiju; imamo tri makroregije u Europi – Baltičku, Dunavsku i Jadransko-jonsku – koje žive i koje mogu zapravo biti jako dobar temelj da se što više energetske učinkovitosti, što više novih izvora energije, umjesto plina koji vidimo da je donekle zašao u slijepu ulicu, implementira u energetskejoj uniji.

Izostali su građani u središtu. Govorimo o građanima, ali ne dajemo im snagu. Dakle, kroz bolju regulaciju, kao što govori potpredsjednik Timmermans, osigurati da građani kroz razne energetske kooperative i druge kvalitetne scheme zbilja mogu aktivno doprinijeti energetskejoj tranziciji u energetske uniju. *Smart grids, smart city*, imamo tehnologije, imamo fondove, imamo znanje, zašto čekamo?

Γεώργιος Κύρτσος (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, αν κινηθούμε σωστά η Ενεργειακή Ένωση μπορεί να αποτελέσει μια μεγάλη αναπτυξιακή ευκαιρία για την Ελλάδα και να συμβάλει στο ξεπέρασμα των γνωστών προβλημάτων της ελληνικής οικονομίας.

Πρώτον, πρέπει να υπάρξουν πρωτοβουλίες για να περιοριστεί το ενεργειακό κόστος της βιομηχανίας, ιδιαίτερα της ενεργοβόρου, και να ενισχυθεί έτσι η ανταγωνιστικότητά της και να αυξηθούν οι εξαγωγές.

Δεύτερον, πρέπει να εξυγιανθεί και να αναπτυχθεί η Δημόσια Επιχείρηση Ηλεκτρισμού που αποτελεί, παραδοσιακά, παράγοντα ανάπτυξης της ελληνικής οικονομίας.

Τρίτον, πρέπει να απελευθερωθεί γρήγορα και αποτελεσματικά η αγορά της ενέργειας με έναν τρόπο που θα στηρίζεται στην προσέλκυση κεφαλαίων, τη δραστηριοποίηση των Ταμείων Συνοχής και του προγράμματος Γιούνκερ.

Τέλος, μπορεί να γίνουν πολλά στον τομέα της εξοικονόμησης ενέργειας, αρκεί να λυθούν προβλήματα χρηματοδότησης των επιχειρήσεων και των νοικοκυριών.

Victor Negrescu (S&D). – Domnule președinte, vreau să vă felicit pentru documentul pe care l-ați elaborat, dar aș fi vrut să fim mai ambițioși. Cred că nu trebuie să construim doar o piață comună în domeniul energiei, trebuie să construim într-adevăr o Uniune energetică.

Acest lucru presupune ca să existe într-adevăr la nivel european un concept și mecanisme care să ajute consumatorii europeni, fie ei privați, fie companii private la nivel european.

Din păcate, trebuie să spun cu tristețe că o țară care este relativ independentă energetic precum România, precum țara mea, nu are foarte multe beneficii. Am crescut prețul energiei pentru consumatorii privați, dar din păcate nu reușim să exportăm pentru că nu există interconectări, pentru că nu există într-adevăr o piață comună în domeniul energiei, iar foarte multe țări încă își protejează, la nivel european, piața.

Am încredere că cunoașteți aceste probleme, cunoașteți nevoia consumatorilor și companiilor private la nivel european de a forma o uniune energetică într-adevăr eficientă, într-adevăr independentă, într-adevăr interconectată și cred că trebuie să găsim mijloacele prin care putem să implementăm o astfel de Uniune în domeniul energiei.

Der Präsident. – Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte es vielleicht vorher sagen sollen: Ich habe mehr als doppelt so viele Wortmeldungen, wie ich berücksichtigen kann. Ich bitte um Verständnis, dass ich da eben Kriterien heranziehe. Das betrifft Kollegen, die schon einmal gesprochen haben. Es betrifft auch Kollegen, die aus Fraktionen kommen, wo Redner die Redezeit überzogen haben, so dass ich ihnen das Wort entziehen musste.

Das führt alles dazu, dass man eben nicht mehr Leute beim *Catch-the-eye*-Verfahren nehmen kann. Deshalb bitte ich um Verständnis, dass ich da eine Linie habe, die ich aber in allen Sitzungen durchhalte.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Maroš Šefčovič, Vice-President of the Commission. – Mr President, honourable Members, firstly I would really like to thank you for a very rich debate which I think truly reflects the complexities and the challenges which we will be facing with our Energy Union project. I would also like to thank you very much for the support you clearly highlight towards the introduction of the State of the Energy Union Report, because I believe that we are equipping ourselves with a very important tool.

We now have a very clear policy marker in the political calendar of the European Union. In the autumn we will have regular debates on how we are progressing with the Energy Union, what we have accomplished over the last year and what the challenges we are facing are and what the plans are for the next period. I think that is very important, because I see this as a very important founding stone of the strong robust governance that this House was calling for when we were introducing the Energy Union strategy.

If you would allow me to react on some of the most frequent questions and topics which have been raised: first, COP 21. This very important – I would say historic – conference will start in only a few days, and I very much thank all of you for the support for the ambitious binding agreement we will all, from the European side, try to achieve in Paris.

I think it is very important to see that all major economies – all the parties to this agreement – will show ambition and will show how decisively we are going to tackle climate change. I believe that Paris will really be a new beginning in this fight, that we will again get new mechanisms which will allow us to learn from the past and to have this five-year periodicity where we can access, compare and act on the figures and results, which will be much more precise than before, because it will be putting much more emphasis on true verification and precise monitoring of the efforts of all parties to that agreement.

When it comes to our Energy Union in Europe, I think that several of you highlighted where the real problems are. First we need to make sure that we have our signals right, and by that I mean signals for carbon pricing – I agree with all of you that current carbon prices are not reflecting the cost and not driving in the necessary innovation we need in our energy and climate policies. Therefore, once again I would like to thank you very much for a very cooperative approach on the market stability reserve.

I believe that it will be the same in the negotiations on the ETS reform, which we presented for the post-2020 period, because I believe that also by these activities we are already making very clear what the European policies are, how serious we are about a transition to the low-carbon economy and what kind of signals we want to send to investors. But when we are speaking about the price signals, we also have to speak about the price signals for electricity. It is quite clear that if you want to bring the investors in, and if we want to highlight how important active consumerism in this respect would be, we need to do much more for demand-side management, the flexibility of our electricity systems, better integration of renewables and giving more powers to consumers to decide if they want to produce the energy,

from whom they want to buy and what kind of supply schemes they want to have for their households or for industries. All this is currently being assessed and will be presented to Members in the series of proposals we will be presenting to Parliament next year.

Many of you spoke about energy security. Thank you very much for those strong words, because we are living in a political world, and I think that we also need to send very clear political messages that energy diversification is important, that if we speak about diversification we are talking about the routes but also sources of supply, that we want to have a wider range of energy suppliers and that LNG will play a very important role in this respect.

When it comes to Nord Stream, I would like to assure you that, both with Commissioner Arias Cañete and with the other Commissioners, we are working hand-in-hand on this issue, and we will make sure that any project in Europe, including Nord Stream II, will have to fully comply with all EU laws; that all the proposals would really be verified and assessed with all the vigour which you have seen in the previous approach, which we assessed in a similar way; and that for us the transit route through Ukraine is very important. I think we should see it as a priority, not only for the European Commission, but for the whole Energy Union.

When it comes to the internal energy market, I agree with all of the Members who said that it is high time we finally complete this, and that we complete it from the legislative point of view but also from the point of view of the hardware and software of the internal energy market. Therefore, it is very important that we agree on this new list for this project of common interest.

I would like to make a proposal to you. Let us work on this list much better than before. Let us have regular monitoring and a kind of regular inventory of where we are with this energy infrastructure project. Are we on time? If we see that some projects are struggling, let us analyse why: how can we help these projects take off financially through the feasibility study, through technical assistance or sometimes also through political mediation? This was important for quite a few infrastructure projects mentioned in several of the interventions, because it is important to shorten the time from the current 10 to 12 years; we need to build interconnectors in three to four years, which would bring much more dynamism into our system. We need much more coherence and much closer coordination among our regulators.

Therefore, I very much welcome the support for the new powers for ESA. We would like to present this proposal together with a new electricity market design and also the revision of the directive on renewables in the autumn of this year. We have already allocated, thanks to Members' support for this as well, more staff for ESA, because we agree that the role of this agency is very important and will be even further increased.

On energy efficiency: the first principle – and I think we are very clear here and we will be discussing with Members this issue on many further occasions – is that we want to operationalise energy efficiency first – when we assess all the legislative proposals next year and when the Member States consider new infrastructure, we will be calling upon them and discussing with them how at first to assess how much energy we can save, what we can do at national level, how we can improve our energy regions to make sure that, if we are progressing in this effort, we will do it on the most cost-efficient basis. We will be very ambitious on this front, and Parliament will see that we will be very ambitious, just as we have been very ambitious until today.

Of course, we want to make sure that all these figures for 2030 line up, that we will deliver. Therefore, we need to make the next year, as several of you highlighted, the year of delivery, where we will put all the key elements on the legislative front on the table for Parliament and the Member States, and the Council, to start the true negotiations on how we will transform the Energy Union proposals into valid legislation. I want to put it on the table also because we want to call upon Member States to start working as early as 2017 on draft national energy and climate plans, to make sure that they also develop their vision for 2030 and that they will tell us how they want to implement all these plans at national level, so we can see if the figures are adding up and if we need some further action to be undertaken. Then we can actually have the process which would make it possible, despite the energy mixes which are decided at national level, to have a common European framework, a common European goal and, I believe, good common European results.

One word, if you allow me, on energy poverty. We deliberately highlighted this as one of the key messages of the state of the Energy Union, because it is true: we have more than 10% of Europeans – more than 50 million European citizens – who are facing energy poverty and have problems paying for energy bills. We have to take action on these issues and equip the people with new skills if they are from the traditional industries and offer them a future in these new low-carbon economies. We need to equip them with new skills, and we will be working very closely on these proposals together with Commissioner Thyssen in the first months of next year.

I see that time is flying, and there were a lot of questions. I would like to conclude by thanking this House and thanking the Members of the European Parliament for this very rich debate and for the many contacts we have had throughout the last nine months, here in Strasbourg and in Brussels. I also very much appreciate all those Members of the European Parliament who joined me on the Energy Union tour across European cities, across European enterprises and in all the citizen dialogues we had together. I very much appreciate this, because this helps us to bring this project to the places where it must be built – in our cities, our villages, our industry. I am very much encouraged by the support and the achievements we had over the nine months, and I can tell you all that I feel full responsibility to deliver on all the ambitious proposals we presented to you in 2016.

Marek Jurek (ECR). – Procedura udzielania głosów z sali jest osobistą kompetencją każdego z prowadzących obrady, która nie podlega żadnej dyskusji, ale nawet osobiste kompetencje podlegają regułom. Ja chcę zwrócić uwagę, że w głosach z sali Pan Przewodniczący udzielił głosu członkom niektórych klubów nawet dwukrotnie, jeżeli nie trzykrotnie – tego nie pamiętam – ale przynajmniej dwukrotnie, tymczasem nasza grupa, trzecia grupa w Parlamencie, nie dostała ani razu głosu. Zwracam na to uwagę.

Maria Grapini (S&D). – Domnule preşedinte, tot pe procedură vreau să intervin şi eu.

Eram pe lista de vorbitori până ieri. Astăzi, eu am venit de la opt jumătate şi am stat în sală să ascult raportul şi dezbateră. La ora nouă jumătate m-a anunţat asistentul că nu mai sunt pe lista de vorbitori. M-am înscris pentru „catch the eye”. Nu mi-aţi dat cuvântul nici la „catch the eye”. În schimb, aţi dat replici la PPE între doi europarlamentari şi mulţi şi-au depăşit timpul de vorbire. Nu este corect să gestionaţi timpul în defavoarea unor alţi eurodeputaţi.

Der Präsident. – Frau Kollegin Grapini, Herr Kollege Jurek, genau darum geht es.

Es geht um Fairness. Wenn ich die Sitzung leite, werden Sie bemerken, dass ich immer zur gleichen Zeit klopfe und immer zur gleichen Zeit das Wort entziehe, wenn es notwendig ist.

Ich nehme mir die Freiheit, dass ich, wenn ich einem Vertreter der Fraktion das Wort entzogen hab, dann eine Möglichkeit bei *Catch-the-eye* wegstreiche, denn das Verfahren ist nicht so spontan, wie der Herr Kollege Jurek gesagt hat.

Wir haben weit über zehn Wortmeldungen gehabt, einige haben dann gleich zurückgezogen, und dann muss ich eine Auswahl treffen. Und bei Ihnen war es der Umstand, dass ich einem Vertreter Ihrer Fraktion das Wort entzogen habe, weil es unkollegial ist, wenn man die Redezeit überschreitet. Es geht zulasten aller anderen.

Frau Kollegin Grapini, Ihnen habe ich das Wort beim *Catch-the-eye*-Verfahren nicht gegeben, weil sie eine *blue card* hatten. Dafür, dass Sie von Ihrer Fraktion wieder von der Rednerliste genommen worden sind, kann ich nichts, davon weiß ich auch nichts. Das ist die Entscheidung Ihrer Fraktion.

Aber ich treffe die Entscheidung hier, wann und wem ich beim *Catch-the-eye*-Verfahren das Wort gebe. Im Redeplan sind fünf Minuten vorgesehen – damit fünf Wortmeldungen, mehr kann ich nicht geben. Dann können auch nicht immer alle Fraktionen drankommen. Ich habe keiner Fraktion drei Wortmeldungen gegeben, sondern ich habe den beiden großen Fraktionen zwei Wortmeldungen gegeben.

Die ECR ist dieses Mal nicht zum Zuge gekommen aus den bereits zweimal genannten Gründen.

Die Aussprache ist damit geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – Since the adoption of the Energy Union Framework Strategy, huge progress has been made towards achieving a genuine Energy Union among Member States. However, lack of unity in political decision-making in terms of external energy supply is threatening the Energy Union's future, and we need to be extremely cautious about plans such as the Nord Stream II gas pipeline, which would further advance EU's dependency on Russia. If we want to diversify Europe's energy sources, Member States need to show a stronger political will to reduce energy dependence from the East as both its political and economic costs are unpredictable. In my opinion, the future of the Energy Union relies on ensuring not only affordable and environmentally friendly but also secure energy for EU citizens.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Apprezzo l'impegno della Commissione per il raggiungimento degli obiettivi della strategia per l'Unione energetica. Serve lo sviluppo di un'agenda energetica integrata che non sia semplicemente la sommatoria delle posizioni delle capitali europee. Il rafforzamento dell'ACER rappresenta un primo passo in questo senso. Il Vicepresidente Šefčovič ci ha ricordato che dobbiamo migliorare sia il «software» sia l'«hardware» del mercato interno dell'energia. I progetti e gli investimenti massicci nelle infrastrutture sono un pilastro fondamentale del piano, anche a fronte delle sfide geopolitiche con cui ci confrontiamo. Investimenti che saranno possibili anche grazie alla maggiore flessibilità e al FEIS.

Una più forte collaborazione tra UE e Stati membri nella valutazione dei piani energetici nazionali, insieme alle relazioni annuali sullo stato dell'arte dell'Unione energetica, consentirà di perfezionare la strategia. Protagonisti del cambiamento sono anche i cittadini. Supporto in particolare il «new deal» con i consumatori per la lotta alla povertà energetica e per la sfida ad un consumo minore, diversificato e più efficiente delle risorse. Sta iniziando la COP21, irripetibile occasione per il raggiungimento di obiettivi vincolanti sulla decarbonizzazione della società a livello globale: in questo senso una vigorosa leadership europea come quella che stiamo sviluppando sarà fondamentale per il suo successo.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – En los últimos años el precio de la electricidad en el mercado mayorista ha disminuido de forma significativa. Sin embargo, las facturas que reciben los hogares europeos, lejos de reflejar esa caída, son más elevadas. Gran parte de la culpa la han tenido los cánones e impuestos con los que se gravan las facturas que recibimos. Por tanto, conocer qué tipo de cargos impone cada Estado miembro a sus ciudadanos es un paso muy importante para asegurar la transparencia de los costes y del precio de la energía. Por estas razones quisiera centrar la atención en un documento del paquete que ha podido pasar desapercibido: la propuesta de Reglamento relativo a las estadísticas europeas sobre los precios del gas natural y la electricidad. Hasta ahora no existía la obligación de proporcionar a Eurostat datos sobre los precios de la energía que se cobran a los hogares. Gracias a esta propuesta, cuando aprobemos el Reglamento, tendremos los datos para trabajar en pro de una facturación más progresiva que no penalice a los consumidores más vulnerables ni represente un obstáculo a las medidas de eficiencia energética.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Monsieur le Président, mes chers collègues, l'Union de l'énergie nous offre une opportunité formidable, celle de bâtir un marché commun qui soit au service de nos intérêts communs tout en prenant en compte les réalités nationales. Le prix de l'énergie représente dans certains secteurs un quart, voire un tiers du coût de production. Pourtant, l'Europe produit moins de la moitié de son énergie et a peu de réserves. Assurer les approvisionnements, améliorer l'efficacité énergétique, promouvoir les alternatives bas carbone sont dès lors nos priorités.

Pour autant, nous devons faire des efforts pour que la politique énergétique européenne, aussi ambitieuse soit-elle, demeure créatrice d'emplois et renforce notre compétitivité. Grâce aux investissements dans les nouvelles technologies, la France fait partie des États où les émissions de gaz à effet de serre par habitant sont les plus faibles. Cet effort doit être soutenu partout en Europe. N'oublions pas que c'est la recherche et l'innovation qui feront de nos industries des références mondiales compétitives à l'export. Il nous faut donc davantage mobiliser l'instrument financier Horizon 2020 pour réaliser nos objectifs énergétiques.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The Energy Union is an ambitious strategy that will allow the diversification of the European energy supply, in particular Future Aviation Package gas imports, to move away from our dependence on Russia, and should therefore be one of our main priorities. I wish to see a much stronger focus on the citizen in the Energy Union and more measures to tackle energy poverty and help vulnerable consumers have affordable energy. I strongly support the request for a Commission communication and action plan on the state of the Energy Union. I believe that its governance, reporting and national plans on how Member States will meet the targets and other key indicators should be based on a legislative framework, not just on a voluntary basis, in order to ensure targets can be met. Finally, we should ensure that the energy transition is based on energy efficiency, renewable energies and smart infrastructure.

Adam Gierek (S&D), *na piśmie*. – Aktualny proces zarządzania energią w UE jest chaotyczny, zdominowany przez priorytet klimatyczny. Ta jednostronność silnie uderza w bezpieczeństwo energetyczne Polski, a także grozi jej ubóstwem energetycznym. Potrzebne jest przewartościowanie dotychczasowej polityki energetycznej, przesadnej, słabo uzasadnionej i naukowo udokumentowanej tzw. europejskiej polityki klimatycznej i oddzielenie jej od realnej polityki energetycznej. Nie można jej kształtować w oparciu o silny lobbings niektórych krajów oraz wielkich korporacji gazowych i finansowych.

Prawdziwa unia energetyczna powinna doprowadzić do takiej zmiany pakietu klimatyczno-energetycznego, która zwalczyłaby nieuczciwą konkurencję pomiędzy państwami członkowskimi. Priorytetem Unii powinno być bezpieczeństwo energetyczne, solidarność zaopatrzenia i walka z ubóstwem energetycznym, modernizacja infrastruktury oraz przejrzystość w negocjowaniu cen energii z krajów trzecich, a także wykorzystywanie lokalnych źródeł energii, w tym węgla. Dekarbonizacja powinna być efektem nie tylko wzrostu udziału OZE, ale przede wszystkim efektywności energetycznej. Właściwe, wskaźnikowe ujęcie wzrostu rzeczywistej efektywności w przyszłym systemie ETS, a także udziału OZE powinno być premiowane proporcjonalnym zmniejszaniem obowiązku zakupu uprawnień do emisji CO₂.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Apreciez inițiativa Comisiei pentru preocuparea de a avea o uniune energetică. Este important să avem norme unitare și o piață a energiei concurențială în UE, dar trebuie să ne asigurăm că indicatorii stabiliți sunt realizabili în toate statele membre. Stadiul de îmbunătățire a infrastructurii energetice este diferit în fiecare stat membru și de aceea volumul de investiții este diferit, la fel ca și timpul de realizare de asemenea.

Țineți cont, domnule Comisar, că vorbim de state care au eficientizări energetice ale clădirilor și mixuri energetice diferite. Apreciez că propuneți să revizuiți cele 248 de proiecte de interes comun privind infrastructura energetică, dar vă propun să țineți cont de situațiile concrete din teren, în special în țările din estul Europei.

Nu văd măsuri concrete care să evite efectele negative în anumite țări în aplicarea strategiei energetice. Pe lângă protejarea consumatorilor vulnerabili trebuie, domnule Comisar, să țineți cont de ritmul pe care îl stabiliți pentru scăderea emisiilor de carbon pentru a nu afecta sectorul transporturilor și, evident, locurile de muncă.

Decarbonizarea energiei este un obiectiv important, dar să nu uităm să fim prudenți să nu dezindustrializăm Uniunea Europeană având în vedere că nu Uniunea Europeană este cel mai mare poluator din lume.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. – The interconnectedness of the European electricity market is seeing some real progress. The Baltic States could soon be connected to the Nordic electricity market through the connections to Sweden and Poland that should be completed by December 2015. A true single energy market would also lower the price for the European citizens. Achieving lower prices is a priority for the EPP Group and we expect the EU to deliver on that. Energy security still remains a great concern. The so-called Nord Stream 2 (NS2), presented as a deal between private companies, is clearly a political project, dominated by Russian state monopoly Gazprom. As such it will undermine EU energy security, principles of fair competition and European solidarity. Using Nord Stream 2 will enable Russia to stop sending its gas through Ukraine and increase its hold on Kiev and the economy. As MEPs, we are highly concerned about such back-door energy deals and about the ease with which multinational companies can bypass EU rules on competition and unbundling. In particular, big international energy deals have to be fully transparent and provide for diversity of energy supplies, not increasing dependency on Russian gas. I support the Polish Government's initiative to stop NS2. In fact, several European countries are against these plans. The EC must scrutinise this project with special care.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), *na piśmie*. – Bezpieczeństwo UE oraz stan środowiska naturalnego w ogromnym stopniu zależą od unijnej strategii energetycznej. Dlatego bardzo cieszę się z postępu prac w ramach unii energetycznej. Jest to kwestia, którą słusznie Unia stawia jako jedno z priorytetowych działań. Musimy pamiętać, że tylko wspólna polityka może przynieść racjonalne i kompleksowe rozwiązania. Stabilna Europa to Europa zabezpieczona energetycznie. Mam nadzieję, że działania w obszarze efektywności i wykorzystywania odnawialnych źródeł energii, polityki klimatycznej, powstającego nowego rynku energetycznego, bezpieczeństwa energetycznego i odpowiedniej infrastruktury dobrze przysłużą się realizacji zamierzonej polityki.

Nie wszystko jednak uda się zapewne osiągnąć, choćby ambitny zamiar uzyskania wskaźników redukcji zanieczyszczeń na poziomie 40% do 2030 r., z uwagi na wciąż dużą emisję gazów cieplarnianych. Pamiętajmy, że nie zawsze podobne regulacje przynoszą wyłącznie pozytywny efekt. Polscy przedsiębiorcy często zmuszani są do dużych dodatkowych inwestycji czy ponoszenia kosztów związanych z różnego rodzaju pozwoleniami, co spowalnia osiągnięcie zamierzonych skutków regulacji. UE musi uwzględnić realny wpływ jej działań na przemysł i usługi w zależności od kraju i zamożności zarówno konkretnych przedsiębiorstw strategicznych, jak i mniejszych przedsiębiorstw, tak by ogólny bilans był w miarę jednolity we wszystkich państwach Unii. Planowane regulacje nie mogą hamować funkcjonowania przemysłu. Tylko solidarne działania, takie jak polityka energetyczna, są w stanie umocnić fundamenty wspólnotowości.

Marian-Jean Marinescu (PPE), *în scris*. – Rapoartele anuale prezentate de Comisia Europeană arată că în acest an s-au făcut mai mulți pași înspre consolidarea Uniunii energetice, lucru care va contribui la reducerea dependenței de importuri și a emisiilor de carbon.

Rămân însă de atins mai multe obiective pe termen scurt: reformarea rapidă a sistemului de certificate care să apere interesele industriei europene și să contribuie la evitarea delocalizării acesteia; interoperabilitatea rețelelor europene, protecția consumatorilor vulnerabili și adaptarea prețurilor, digitalizarea rețelelor pentru a spori eficiența energetică.

Comisia trebuie să vină cu o propunere legislativă care să facă viabilă o piață internă integrată a energiei, pe baza cooperărilor regionale transfrontaliere și exploatarea resurselor proprii din sudul Europei, precum și a noilor perspective energetice EastMed (Cipru, Israel, Liban, Egipt). Comisia trebuie să găsească soluții pentru a reduce dependența de monopolul rusesc și să verifice dacă recentul proiect North Stream este compatibil cu regulile europene.

Este nevoie, de asemenea, de o propunere legislativă referitoare la interconectori care să fie favorabilă tuturor statelor membre și regiunilor UE. Europa trebuie să-și administreze în mod inteligent rețelele electrice și de gaz, să facă pași necesari pentru ca cele 28 de politici energetice existente în prezent să se bazeze pe o guvernanta comună.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Tisztelt Elnök Úr! A menekültválság forgatógáiban is elegendő figyelmet kell fordítanunk Európa és benne Magyarország energiabiztonságára. Nem mehetünk el szótlánul amellett, hogy Oroszország – az energiát ismét politikai fegyverként használva – bármikor elzárhatja a földgázcsapokat Ukrajna irányába, ezzel a magyar háztartások téli gázellátását veszélyeztetve. Arról nem is beszélve, hogy a magyar kormány felelőtlen módon csak harmadáig töltötte fel a gáz tározókat a téli fűtésszezon előtt. Ez ismét rávilágít arra, hogy az orosz függőség ellen csak az európai szövetség védhet meg. Az oroszokkal kötött különalkuk, milliárdos atomenergia beruházások levét végül a magyar háztartások sokasága issza meg, míg a kormányhoz közelálló kevesek markukat dörzsölik.

A DK következetesen kiáll az európai energiaunió mihamarabbi kialakítása mellett. Meggyőződésünk, hogy a Bizottságnak – az 500 milliós európai közösség nevében – kell tárgyalnia az energetikai megállapodásokat, nem a nemzeti szuverenitásukat féltő tagállami kormányoknak. Nem alapozhatjuk jövőnkét csak az orosz gázra. Az elmúlt öt évben azonban mind a megújuló energiák, mind az energiahatékonyság terén évtizedes lemaradásba kerültünk, az LNG-beruházások késnek. Litvániában például – ahol van alternatíva az orosz gázra – hónapok alatt negyedével csökkentek a fűtésszámlák. Az energiaunió nem fenyegetés szuverenitásunkra nézve, hanem a magyar energiabiztonság, a tartósan alacsony magyar rezsizsámlák letéteményese.

Ева Паунова (PPE), *в писмена форма*. – Първият доклад за състоянието на енергийния съюз показва, че е важно да изградим енергийна стратегия, ориентирана към бъдещето. Един от най-важните елементи на тази дългосрочна стратегия трябва да бъде енергийната ефективност, защото само чрез понижено потребление на енергия Европа може да постигне истинска независимост, което е важно както икономически, така и геополитически.

Приветствам решението на Комисията през 2016 година да излезе с нов план за еко-дизайн, който не само ще подобри кръговата икономика, но и ще спомогне за енергийната ефективност в страните членки. България прие Национална програма за енергийна ефективност на стойност 1 милиард лева. Така не само ще постигнем по-ниски нива на енергийна консумация, топлинен комфорт и по-високо качество на жизнената среда за гражданите, но също така ще бъде намалена енергийната зависимост от външни източници.

Подобряването на енергийната инфраструктура е друг приоритет за Българското правителство, поради което за нас включването на голям брой проекти в приетия списък с проекти от общ интерес е изключително позитивен сигнал. Призовавам ЕК да продължи последователно да подкрепя тези инфраструктурни проекти в страната и региона до тяхното пълно изпълнение, за да постигнем целите на нашата енергийна политика.

Dariusz Rosati (PPE), in writing. – I welcome the fact that the European Commission plans to annually issue a Communication on the State of the Energy Union. Still, when it comes to decarbonisation of the economy, we have to connect it to the R&I pillar of the Energy Union. The main aim of the Energy Union should not be to eliminate any source of energy, especially as we should use indigenous sources, but to lower the CO₂ emissions. Hence, the EU should invest in, e.g., clean coal technologies and not treat coal as a 'purely harming' energy source. Moreover, I fear that the Commission insufficiently touches upon the 'elephant in the room'. Knowing that the current Nord Stream capacity is not even fully used, is the extension of Nord Stream not something that the Commission should strongly criticize – not diversifying the energy sources' country of origin and further reliance on one, non-credible, supplier not serving to guarantee stabilization in the EU's neighbourhood? The Communication mentions that 'the EU will only support infrastructure projects that are in line with the core principles of the Energy Union'. I hope that this relatively vague statement will not be further undermined by any actions concerning Nord Stream.

Czesław Adam Siekierski (PPE), na piśmie. – Europę charakteryzuje duża fragmentaryzacja rynku energetycznego, oraz znaczne różnice w zakresie stanu i możliwości infrastruktury energetycznej i przesyłowej. Mimo czynionych inwestycji na szczeblu unijnym oraz przez same państwa członkowskie, choć sytuacja ulega poprawie, nie jest to jednak poprawa wystarczająca, która miałaby realny wpływ na bezpieczeństwo energetyczne Europy oraz mogła zapewnić dostęp do energii po korzystnych cenach dla konsumentów i przedsiębiorców. Strategie UE kładą często duży nacisk na zmniejszanie emisji, z uwagi na ich wpływ środowiskowy oraz zachodzące zmiany klimatu. Nie powinno się jednak stosować błędnego rozumienia tego celu polityki unijnej, jako dążenia do jak najszybszej eliminacji paliw kopalnych z mixu energetycznego państw członkowskich, gdyż jest to w krótkiej perspektywie niemożliwe. Nadmierne naciski i nakładanie kolejnych ograniczeń na energochłonne branże UE doprowadzić może tylko do obniżenia ich konkurencyjności oraz przeniesienia się produkcji poza granice UE, powodując nie tylko odpływ kapitału, ale również utratę setek tysięcy miejsc pracy. Unia powinna realizować swoje cele w kontekście zmniejszenia emisji w sposób oparty na postępie technologicznym, umożliwiającym lepsze wykorzystanie niektórych zasobów i uwzględnienie alternatywnych rozwiązań w długofalowych strategiach europejskich i krajowych. Nie można tutaj podejmować pochopnych decyzji, które mogłyby osłabić Europę, zablokować rozwój rynku wewnętrznego energii oraz zagrozić statusowi państw tranzytowych, takich jak Polska czy Ukraina.

Olga Sehnalová (S&D), písemně. – Vítám, že se Komise v první zprávě o stavu energetické unie věnuje kromě strategických otázek bezpečnosti, účinnosti a infrastruktury i neméně důležitým otázkám sociální spravedlnosti v energetickém sektoru a klade celkový důraz na posílení role spotřebitelů. Považuji za důležité, aby plnění ambiciózních klimaticko-energetických cílů bylo v souladu se závazkem, díky kterému budou koncové spotřebitelé zastávat důležitější roli na trzích s energiemi, a to zejména s ohledem na dostupnější ceny. Předložený pracovní dokument týkající se trendů spotřebitelů konstatuje, že trhy s elektřinou a plynem navzdory dosaženému pokroku stále nefungují tak, jak by měly. Sociální demokraté dlouhodobě volají po řešení otázky energetické chudoby a pomoci zranitelným spotřebitelům v otázce cenové dostupnosti energie. Potřebujeme konkrétní opatření, která povedou ke snížení výdajů domácností na energii a k energetickým úsporám domácností, např. prostřednictvím zjednodušení podmínek umožňujících spotřebitelům porovnávat tarify a vybrat si nejvýhodnějšího dodavatele.

Claudia Tapardel (S&D), în scris. – Din punctul de vedere al energiei, anul 2015 a fost marcat de tensiunile din est, de persistența prețurilor scăzute la petrol, de noile perspective deschise de acordul nuclear cu Iranul, precum și de o scădere continuă a producției interne de combustibili fosili.

Acum 9 luni ne-am lansat într-o strategie-cadru pentru Uniunea energetică, iar astăzi, Comisia ne spune că am înregistrat progrese semnificative spre crearea unei adevărate piețe interne pentru energie și tranziția spre o economie hipocarbonică, sigură și competitivă.

În calitate mea de membru al Parlamentului European din România, o țară care joacă un rol important în contextul actual al pieței de energie regională din Europa de Sud-Est și în care sectorul energetic are o importanță strategică, atrag atenția asupra câtorva lucruri: trebuie să facem astfel încât energia să se transforme din instrument diplomatic într-un instrument economic, care să deservească micilor și marilor consumatori deopotrivă.

Dimensiunea socială a decarbonizării sistemului energetic este foarte importantă și trebuie abordată cu mare atenție, în condițiile în care tranziția către o economie cu emisii reduse de carbon va implica o schimbare profundă a multor sectoare ale economiei naționale din state membre precum România, afectând companiile și, implicit, locurile de muncă.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A União Europeia pretende enfrentar um triplo desafio energético. Com poucas reservas e altamente dependente de importações nesta área, procura garantir a segurança dos seus fornecimentos. O aumento dos preços da energia representa outro desafio. Finalmente, as alterações climáticas exigem a redução das emissões de gases com efeito de estufa. A UE importa mais de 60 % do seu gás e mais de 80 % de seu petróleo. Se não forem adotadas outras soluções, a dependência das importações de energia poderá atingir 70 % daqui a 20 ou 30 anos, contra 53 % hoje. Contudo, esta UE pretende resolver este grave problema estrutural através do mercado, privatizando o setor, impedindo os governos de intervir de forma direta ou indireta, ou até, pasme-se, forçando a existência de um mercado de emissões de carbono que, na prática, nunca funcionou. Pela nossa parte, continuamos convictos de que só o controlo público sobre os setores chaves do setor energético poderá levar a soluções duradouras.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Evropska unija ima nekaj pomankljivosti, energetska podhranjenost je ena od najbolj usodnih. Lahko bi celo rekli, da energija bolj deli evropsko politično sceno, kot jo povezuje.

Prav na tem področju najbolj pridejo do izraza nacionalni egoizmi, ki so v zadnjem letu pripeljali do tega, da je koncept energetske unije padel v vodo. Vsekakor pa moramo še naprej razvijati koncept energetske skupnosti in vanjo vključiti še druge sosednje države, še posebej Norveško.

Danes se večkrat sliši lažna dilema, češ, ali bomo gradili nizko-ogljeno družbo ali pa konkurenčno evropsko industrijo (ki še vse preveč stavi na ogljeno energijo). Za evropsko prihodnost je nizkoogljeno gospodarstvo nuja (ne alternativa), saj nas bo edino t.i. čista energija rešila odvisnosti od ruskega plina in arabske nafte.

V tranzicijskem času bi morali več staviti na divezifikacijo, na obnovljive in alternativne vire energije. Vendar to je skupni projekt, ki nima notranjih meja.

Ko bo EU „spregovorila z enim glasom“ tudi na tem področju in se osvobodila omenjene energetske odvisnosti, bomo tudi na polju politike pomembnejši akter v globalnem merilu.

4. Versicherungsvermittlung (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den ergänzenden Bericht von Werner Langen im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Versicherungsvermittlung (Neufassung) (COM(2012)0360 - C7-0180/2012 - 2012/0175(COD)) (A8-0315/2015).

Werner Langen, Berichterstatter. – Herr Präsident! Ich bedanke mich sehr herzlich bei allen Beteiligten, die mitgeholfen haben, dieses größere und länger dauernde Projekt zu Ende zu bringen. Das sind einmal die Kollegen im Parlament, das ist der Rat, das ist aber auch die Kommission, die sich in den Verhandlungen zwischen Rat und Parlament zur Versicherungsvermittlung sehr konstruktiv verhalten hat. Wir haben immerhin dreieinhalb Jahre gebraucht, und wenn dann nach der heutigen Verabschiedung in 24 Monaten die Richtlinie in allen Mitgliedstaaten umgesetzt ist, dann haben wir diesen Punkt der Finanzmarktregulierung auch erfolgreich abgeschlossen.

Ich möchte aber nicht nur danken, sondern die zehn wichtigsten Punkte nennen. Das ist erstens der Anwendungsbereich, der Ausnahmen vorsieht für Kleinversicherungen und für nebenberufliche Vermittlung. Darüber haben wir lange diskutiert, uns lange gestritten. Wir haben einen Pro-rata-Ansatz gewählt und eine Flatrate. Das ist, glaube ich, ein vernünftiger Weg im Anwendungsbereich.

Zweitens, die Registrierung. Die Versicherungen sind dafür verantwortlich, dass sich deren Versicherungsvertreiber ordnungsgemäß registrieren. Es wird eine Anlaufstelle bei EIOPA geben, insbesondere im Hinblick auf die Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit, die für eine bessere Transparenz der Registrierungsstellen in der EU sorgt.

Hinzu kommt der dritte Punkt: die Qualifikationsanforderungen. Im Gegensatz zu dem, was einige Mitgliedstaaten bis zuletzt verfochten haben, ist bei erster Registrierung die Qualifikation im Heimatmitgliedstaat entscheidend und nicht die in dem, in den man gehen muss. Aber bei der Weiterbildung hat der Mitgliedstaat, in dem man tätig ist, ein gewisses Mitspracherecht. Das war heftig umstritten. Die Fortbildungsverpflichtung ist nur gering ausgefallen, aber besser als gar nichts. Und die Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, das auch abzu prüfen.

Der vierte Bereich sind die Provisionsverbote, die angestrebt wurden, auch hier aus Teilen des Parlaments. Es besteht kein generelles Provisionsverbot oder die Pflicht, den Betrag der Vergütung offenzulegen. Wegen der sehr unterschiedlichen Strukturen der Versicherungsmärkte wurden deshalb den Mitgliedstaaten mehrere Möglichkeiten geschaffen, strengere Informationspflichten festzulegen, bis zur Öffnung, dass auch Provisionsverbote erteilt werden können. Das war eine Forderung des Rates, die wir nicht abwehren konnten.

Der fünfte Punkt ist das Produktinformationsblatt, das Teil unseres Maßnahmenkatalogs zur Verbesserung des Verbraucherschutzes ist. Hier gab es lange Widerstand. Wir haben ein kurz gefasstes Produktinformationsblatt besprochen und beschlossen, für dessen Grundformat EIOPA Vorschläge machen muss.

Der sechste Punkt ist die Produktübersicht und -verwaltung. Hier sind in Anlehnung an die Richtlinie über Märkte und Finanzinstrumente Regeln für die Produktaufsicht und -verwaltung für alle Versicherungsprodukte eingeführt worden. Hier besteht die Gefahr, dass am Ende ein bürokratisches Instrument herauskommt, wenn man EIOPA in dieser Frage nicht bremsen wird.

Siebtens, anlagebasierte Versicherungsprodukte. Hier wurde kein Provisionsverbot und keine Verpflichtung zur unabhängigen Beratung festgelegt, aber die Mitgliedstaaten haben die Möglichkeit, das einzuführen.

Im Übrigen wurden vergleichbare Regelungen getroffen wie in der Richtlinie über Märkte für Finanzinstrumente.

Dann haben wir die Übergangszeiten, Umsetzungsverpflichtung in 24 Monaten. Da gibt es einen neuen Anhang, der die Qualifikationsanforderungen, Kenntnisse für die Vermittlung von Versicherungen vorsieht. Und wir haben außergerichtliche Streitbeilegung übernommen, wie vom Parlament beschlossen.

Insgesamt ist es uns gelungen, den Verbraucherschutz zu stärken. Es ist uns gelungen, einheitliche Regeln im Versicherungsmarkt für den Vertrieb von Versicherungen festzulegen.

Ich möchte nochmals sehr herzlich allen danken, die die Mühe auf sich genommen haben, über drei Jahre mit dem Rat zu verhandeln. Letztendlich ist es uns am letzten Tag der lettischen Ratspräsidentschaft gelungen, insgesamt einen Kompromiss zustande zu bekommen. Vielen Dank!

IN THE CHAIR: ANTONIO TAJANI

Vice-President

President. – I want to inform you that during this debate we will not have blue cards. We also need to respect timing because at midday we have the LUX Prize.

Jonathan Hill, *Member of the Commission*. – Mr President, this directive is very much part of our overall drive to increase transparency and to improve consumer protection. It is going to give citizens more choice; it will make sure that those selling insurance understand the products that they are selling, and that those buying insurance better understand what they are buying. So I am very pleased that we have reached this point today and that I have got the chance to congratulate Werner Langen and the shadow rapporteurs for all their hard work over many months, indeed over many years, as we have heard, in getting this proposal into shape.

The directive builds on national regimes of insurance distribution. It sets out a number of minimum standards for insurance distributors to follow, and it broadens the scope of distributors covered, to include companies that sell insurance as an add-on to their core business, like travel companies or car dealers. It also gives legal certainty to insurance companies that sell their products directly to consumers by clarifying how they can register their distributors and the information that they need to give to customers. As we have heard, there are stronger requirements around training and development, and when a product is packaged with an insurance policy as part of a special offer, it will in future be possible to separate the elements of the package so that you can buy the car or the holiday you want, with or without the extra insurance.

We want people to be clearer about what they are paying for when they buy or invest in an insurance product. So the directive requires greater transparency on fee structures and on any financial incentives that the distributors may have. The requirement for non-life insurance to produce a simple and standardised product information document, which was added by Parliament, is a further strengthening of consumer protection.

The directive also includes stronger requirements for the sale of life insurance products with investment elements. It requires suitability tests to be run to help determine whether a product fits a consumer's profile, and because products covered by MiFID II and the IDD are often interchangeable, these rules have, as far as possible, been aligned.

There is one small technical point I need to mention for the record. The view of our legal service is that recital 69 of the text is not fully in line with the Common Understanding on Delegated Acts. That said, in the context of a general compromise, the Commission can accept this wording because generally it does adhere to the Common Understanding, in accordance with which the Commission will, of course, continue to act.

This directive ensures a level playing field between different insurance sellers and a more consistent level of consumer protection, in particular by increasing transparency. For me, transparency is essential if we are to legislate in a manner that is proportionate and that avoids unnecessary burdens. By making the right information available, we can help consumers make the right decisions and also encourage responsible behaviour in the sector. The insurance distribution directive is, I believe, an important step in that direction, and that is why I am very pleased today to have the chance to support it.

COMMISSION'S WRITTEN STATEMENT

The wording of the second sentence of recital 69 of the text is not fully in line with the Common Understanding on Delegated Acts because it refers to the need for appropriate contacts with Parliament and Council ahead of the adoption of the delegated act.

In the context of a general compromise, the Commission can nevertheless accept this wording because it generally adheres to the Common Understanding that we remain committed to upholding. The Commission considers transparency in preparation of delegated acts of paramount importance. The Commission will continue to act in accordance with the Common Understanding and particularly declaration 39 in the area of financial services.

Burkhard Balz, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar! Ich möchte zunächst Berichterstatter Werner Langen sehr herzlich für seine wirklich tolle Arbeit danken, ebenso herzlichen Dank auch an die Schattenberichterstatter.

Die Richtlinie stärkt, so finde ich, über alle Vertriebskanäle hinweg den Verbraucherschutz bei Versicherungsprodukten in den Mitgliedstaaten. Die Verbraucher erhalten nun europaweit vor dem Produktkauf eine standardisierte Kurzinformation, und damit wird auch das Wirrwarr unterschiedlicher Informationsblätter in den Mitgliedstaaten endlich beseitigt. Damit werden die Verbraucher in die Lage versetzt, Versicherungsprodukte grenzüberschreitend zu vergleichen. Nicht die reine Masse, nicht die Überfrachtung mit Hunderten Seiten, sondern die Qualität der Information und der Informationsgeber ist entscheidend.

Wir sehen es als sehr positiv an, dass die Qualitätsanforderungen an die Vermittler festgeschrieben werden. Es sollen substanzielle Fortbildungs- und Weiterbildungsstandards für Versicherungsvermittler in allen Mitgliedstaaten greifen. Das ist sicherlich ein wesentlicher Fortschritt.

Wir wollen die Weiterführung von vorhandenen Beratungsmodellen in den Mitgliedstaaten ermöglichen. So sollen der Zugang zur Beratung zu unterschiedlichen Produkten und Produktmodellen und die Transparenz der Vermittler wesentlich sein. Dies ist mit der Richtlinie ebenfalls gelungen. Gleichzeitig haben wir sichergestellt, dass die Verhältnismäßigkeit gewahrt wird. Kleinstversicherungen und die nebenberufliche Vermittlung werden von der Richtlinie ausgenommen. Das ist sachgerecht, denn kein Verbraucher wird vor einer Reise für eine Auslandsversicherung über wenige Euro im Jahr ein langes umfassendes Vermittlungsgespräch führen wollen.

Als Mitgesetzgeber haben wir die Anforderungen festgelegt. Unser Blick geht nun zur europäischen Versicherungsaufsicht EIOPA. EIOPA wollte wieder selbständig tätig werden, doch wird EIOPA hier realisieren müssen, dass der Gesetzgeber die Vorgaben macht. Der ECON-Ausschuss wird sicherlich genau verfolgen, wie die Kommission und EIOPA nun Konkretisierung im Sinne der Mitgesetzgeber umsetzen.

Catherine Stihler *on behalf of the S&D Group.* – Mr President, I would like to thank the rapporteur and shadows. The European insurance sector has trillions of euros worth of assets under its management, making it the backbone of our financial industry and an important contributor to GDP. The insurance distribution directive (IDD) is, along with Solvency II, just one piece of the puzzle of updated regulations aimed at strengthening European standards and encouraging cross-border purchases.

A patchwork of national regulations, with some governments gold-plating the measures and others implementing the bare minimum necessary for compliance, has been the case across Europe for some years now. However, the agreement reached on IDD includes substantial achievements in consumer protection, notably on information for consumers, a ban on time practices and the prevention of conflicts of interest.

This agreement includes substantial achievements in consumer protection, which was my priority and my group's from the get-go. The implementation of this updated regulation will ensure consumers understand the risks, costs and features of all insurance products and that those selling them possess the relevant professionalism and competence.

Part of a review by the Commission in 2008 found that a lack of transparency around remuneration was resulting in too many Commission-driven conflicts of interest in the market. The new directive requires Member States to lay down rules ensuring the intermediaries, insurers and reinsurers do not remunerate or assess the performance of employees in a way that conflicts with their duty to act in the best interests of consumers. Also, before a contract is concluded, an intermediary must disclose to customers the nature and basis – such as a fee, commission, or combination thereof – of the remuneration. This is a huge increase in transparency for the consumer. Insurance and reinsurance distribution can be carried out by insurers and reinsurers as well as intermediaries. So the scope of this regulation has been widened to reflect that. But in specified circumstances, such as ancillary insurance intermediaries, those whose principal activities are not insurance related are excluded from the scope.

Another important achievement of IDD is ensuring that sellers' professional qualifications match the complexity of the products they sell. Included in the directive is a requirement for at least 15 hours of professional training or development per year, although as part of our compromise with the Council, Member States may allow evidence of continuous training and development through successful completion of an exam.

Under the existing directive, there will be requirements to disclose information to customers before a contract is concluded. So to remain competitive, there is a need for innovation – particularly digital innovation – and this will ultimately lead to huge potential for the provision of cross-border insurance sales. The adoption of IDD is an important step towards this, and I look forward to Parliament endorsing it during the plenary session.

Ashley Fox, on behalf of the ECR Group. – Mr President, the Insurance Distribution Directive will enhance consumer protection, increase competition and create a more level playing field between insurance and investment products. I am pleased that we have agreed upon a principle-based approach giving Member States flexibility to implement tougher rules where they see fit to do so.

This is the most sensible way to go about legislating: allowing companies room to ensure they give consumers the best outcomes rather than worrying about tick-box style exercises. The product information document is a good example of this. We have been able to strip out many of the over-prescriptive one-size-fits-all requirements, instead focusing on the information that can actually benefit the consumer.

It was vital to protect consumers' interest in the wide variety of tied insurance products that currently save them time and money. I am pleased that consumers in my country, for example, will still be able to choose a bank account that includes travel insurance, should they wish to do so. Consumers will also benefit from a move towards aligning insurance distribution more closely with the rules laid out in MiFID II in order to create a level playing field between insurance and investment products. Overall, I am pleased at the final outcome of this report, and I look forward to seeing a positive outcome from its implementation.

Miguel Urbán Crespo, en nombre del Grupo GUE/NGL. – Señor Presidente, Señorías, cuando se inició la refundición de la Directiva sobre la mediación de los seguros, la Comisión nos vendió varios objetivos que podrían haber sido de interés para acabar con un mercado, el de los corredores de seguros, lleno de abusos y tremendamente opaco.

Asegurar una legislación común sobre los distintos tipos de seguros y garantizar una información completa y transparente para los consumidores son objetivos absolutamente necesarios. Sin embargo, nos tememos que una vez más se favorezca a la gran banca, que es la que centraliza y concentra, cada vez más, las actividades de distribución de seguros.

Es cierto que en algunos aspectos se ha avanzado y esperamos especialmente que, en caso de aplicarse, la nueva Directiva ayude a acabar con los paquetes engañosos o fraudulentos.

Sin embargo, en lo que respecta a los objetivos iniciales, es inaceptable que, si se busca la transparencia en el mercado de cara al consumidor, los corredores puedan seguir cobrando comisiones de forma opaca. Es difícil que un corredor aporte una información objetiva sobre los distintos productos si, a la vez, está recibiendo comisiones de las propias aseguradoras. Además, una vez más, las exigencias de transparencia quedan restringidas a ciertos productos, sin alcanzar al conjunto del mercado.

Está claro que hay actores que temen la transparencia como los vampiros la luz. No amparemos a esos vampiros del mercado de seguros.

Sven Giegold, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Berichterstatter Langen, das war ja eine schwere Geburt, diese ganze Richtlinie; so etwas Zähes habe ich hier selten erlebt. Man muss schon sagen, die Positionen waren weit auseinander. Die Kommission hatte einen vergleichsweise ambitionierten Vorschlag vorgelegt. Im Parlament gab es sehr unterschiedliche Sichtweisen auf diesen Bericht – genauso im Rat.

Die Versicherungswirtschaft hat die ganze Zeit über darauf bestanden, dass ihre Produkte anders sind als bankbasierte Produkte, obwohl zum Teil die Anbieter und auch die Vertreter eigentlich identisch sind. So ist es eben jetzt leider so, dass wir mit Abschluss dieser Richtlinie zwar einen Schritt nach vorne machen für mehr Verbraucherschutz im Bereich des Versicherungsvertriebs, für mehr Transparenz und auch für mehr Wettbewerb, dass wir aber trotzdem unterschiedliche Regeln behalten, auch für Produkte, die im direkten Wettbewerb zueinander stehen.

Also wird zum Beispiel eine formgebundene Lebensversicherung unter anderen Vertriebsregeln verkauft als ein Investmentfonds oder ein Bündel von Investmentfonds. Im Sinne fairen Wettbewerbs macht das keinen Sinn. So ist es zum Beispiel so, dass bei den Investmentfonds in Zukunft die Provisionen gegenüber den Verbrauchern offengelegt werden müssen, während es eben im Bereich der Kapitallebensversicherung bei einer Offenlegung der Gesamtkosten bleibt, obwohl die gleichen Produkte zum Teil von den gleichen Vertrieblern verkauft werden.

Immerhin konnten wir erreichen, dass jetzt ein delegierter Rechtsakt dafür sorgen wird, dass es zumindest ähnliche Standards geben wird. Es ist wichtig, dass wir darauf achten, dass hier Gleichmäßigkeit in die Regeln hineinkommt. Also ein Fortschritt für mehr Europa und stärkeren Verbraucherschutz. Aber das Parlament war nicht geeint in seinem Eintreten für gleichmäßige Regeln, sodass der Rat hier sehr stark die Feder geführt hat. Aber ein Fortschritt ist es allemal.

Steven Woolfe, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, within this Chamber and within the Commission there are people who have genuinely good intentions in trying to create a framework where there is positive transparency in regulations and decency in relation to the protection of consumers in insurance products.

They all come together around a philosophy that there should be a single market with a single rule book and with a single idea that every one thing is exactly the same. Unfortunately, that was a philosophy of the 1940s and the 1950s, and nowadays it is fully recognised that, when you put rules together in one bundle, it only helps the large institutions – the major corporates who have the funding of the large compliance offices and regulators. You always put at depth and in problems the smaller and medium-sized businesses, and this directive will do that again.

Edouard Ferrand, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, mes chers collègues, une fois n'est pas coutume, nous nous félicitons de ce rapport qui ne reproduit pas les erreurs commises avec la directive MIF II.

Aujourd'hui, ce rapport est très important parce qu'il va permettre le plein exercice des activités des conseillers indépendants en gestion de patrimoine et en intermédiation d'assurance et qu'il donne donc pleine satisfaction à une profession qui était inquiète de son avenir.

Ce rapport conforte l'idée selon laquelle l'intermédiaire indépendant pourra exercer ses activités sans que les banques et les compagnies d'assurance ne puissent l'étouffer et le vassaliser. Ce rapport nous paraît très favorable, mais je pense qu'il faut également mettre l'accent sur le fait que, demain, les grands établissements financiers comme les banques et les compagnies d'assurance devront se soumettre également aux mêmes directives que les intermédiaires en assurance.

Il était temps que le Parlement européen donne justement tous les pouvoirs pour qu'on puisse faire en sorte que cette profession soit largement autorisée, non seulement par les banques et les compagnies d'assurance, mais aussi par les intermédiaires financiers.

Je pense que l'intérêt de ce rapport est de mettre justement en difficulté le lobby des banques et des compagnies d'assurance qui pensait être le seul à pouvoir gérer et organiser cette profession.

Aujourd'hui, les intermédiaires d'assurance ont la possibilité d'exister. Ce sont des professionnels bien formés avec une bonne expérience et qui, je pense, seront tout aussi compétents que les salariés des banques et des compagnies d'assurance.

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Zum Ersten einmal ein aufrichtiges Danke an den Berichterstatter Werner Langen, weil er im Laufe des gesamten Prozesses versucht hat, nicht nur sozusagen von außen ein Thema zu behandeln, sondern im intensiven Dialog mit den Verbraucherschützern, mit den Vermittlern und den unterschiedlichen Kulturen in den Mitgliedstaaten bei der Versicherungsvermittlung in diesem Dialog zu stehen, und daher die Richtlinie praxisnah geworden ist.

Sie hat drei große Vorteile: Auf der einen Seite führt sie zu einem verbesserten Konsumentenschutz, auf der anderen Seite zu mehr Transparenz und auf der dritten Seite berücksichtigt sie die unterschiedlichen Kulturen in den Mitgliedstaaten. Ich habe mich immer für einen verbesserten Konsumentenschutz eingesetzt, auch aus der Sicht der Administrierbarkeit und des fairen Wettbewerbs und des Vertrauensverhältnisses zwischen Vermittler und Kunden.

Zum Zweiten: Die erhöhte Transparenz ist deshalb wichtig, weil wir dafür Sorge tragen müssen, dass es Informationspflichten gibt, damit Kunden unabhängige Entscheidungen treffen und die angebotenen Produkte miteinander vergleichbar sind. Ich bin froh, dass es nicht zu einem generellen, allgemeinen Provisionsverbot kommt, weil das den Wettbewerb verzerrt, den Kulturen widersprochen, dem Konsumenten nichts gebracht, sondern wahrscheinlich sogar den Wettbewerb erschwert und den Preis in die Höhe getrieben hätte. In dem Sinne ein gutes Produkt!

Olle Ludvigsson (S&D). – Herr talman! Jag ser positivt på att detta regelverk nu till slut kommer på plats. Konsumenten har länge haft en svag ställning på försäkringsmarknaden. Missförhållandena har varit uppenbara. Det har varit alltför vanligt att konsumenten blivit stående med fel försäkringsprodukt till ett alldeles för högt pris.

De nya reglerna kommer att medföra markanta förbättringar. Konsumenten kommer att ges tydligare information, en mer gedigen rådgivning och generellt ett starkare skydd. En särskilt viktig bestämmelse är att konsumenten inte ska tvingas köpa sådana försäkringar som erbjuds i paket med en annan vara eller tjänst. Varan eller tjänsten måste kunna köpas utan försäkring. Allt detta är ett värdefullt steg i rätt riktning.

Vad som nu är av avgörande betydelse är att direktivet implementeras ordentligt på den nationella nivån. Regelförändringen måste åtföljas av en genomgripande kulturförändring på marknaden: Konsumenten måste på allvar börja sättas i centrum.

Stanisław Ożóg (ECR). – Panie Przewodniczący! Cieszy mnie, że w toku negocjacji nad przedmiotowym sprawozdaniem zaszło tak wiele pozytywnych zmian i grupa ECR gotowa jest poprzeć obecny kształt tego projektu. Nowa dyrektywa w sprawie pośrednictwa ubezpieczeniowego ma na celu dokonanie skutecznej poprawy regulacji na rynku detalicznych produktów ubezpieczeniowych, zapewnienie niezakłóconej konkurencji oraz ochrony konsumentów i integrację rynku. Uważam, że rozszerzenie zakresu stosowania pierwotnej dyrektywy oraz szereg praktycznych udogodnień przyczyni się do zwiększenia poziomu ochrony ubezpieczających się oraz doprowadzi do zbliżenia systemów prawnych z obszaru całej Unii Europejskiej.

Markus Ferber (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Es ging im Prinzip darum, zum einen bei der Versicherungsvermittlerrichtlinie die Lücke zu schließen, die sich aus Gesetzgebung in Finanzprodukten ergeben hat, zum anderen aber auch die Konsequenzen aus der Zersplitterung der Versicherungsmärkte durch die IMD1 zu überwinden.

Ich denke, das Zweite wurde hervorragend erreicht. Ein europäisches *level playing field* – wie das mittlerweile genannt wird –, ein europäisches Regelwerk zu schaffen, das zu einer Einheit des Marktes beiträgt. Bei der Frage des Verbraucherschutzes haben wir als Parlament – und da will ich mich beim Berichterstatter ausdrücklich bedanken – einen sehr ambitionierten Ansatz vertreten. Es war eigentlich mein Interesse, auch als Berichterstatter für die Finanzmarktregulierung, dass wir Kohärenz im Verbraucherschutz bei Finanz- und Versicherungsprodukten haben.

Ich bedauere es sehr, dass die Mitgliedstaaten dazu nicht bereit waren. Sie hatten uns bei der MiFID mehr zugestanden, als sie dann bei der IMD oder IDD, wie sie jetzt heißt, zu geben gewillt waren. Ich hätte mich auch gefreut, wenn die Kommission hier einen etwas engagierteren Beitrag geleistet hätte.

Meine Sorge ist, dass wir jetzt zu Verwässerungseffekten und Substitutionseffekten kommen zwischen Finanzprodukten und Versicherungsprodukten. Ich glaube, das war nicht im Sinne des Gesetzgebers. Ich habe wirklich Sorge, dass wir hier zu einer regulatorischen Arbitrage kommen, und das bedauere ich sehr.

Roberto Gualtieri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io credo che con questa nuova direttiva sulla distribuzione assicurativa noi compiamo un piccolo ma importante passo avanti per il rafforzamento del mercato unico e l'approfondimento dell'integrazione finanziaria nell'Unione.

È stato naturalmente un parto difficile – si è lavorato tanto e desidero congratularmi con il relatore e con tutto il *team* negoziale, nonché ringraziare la Commissione per il suo contributo – ma questa difficoltà è anche comprensibile se si tiene conto la specificità e la delicatezza del tema trattato dalla direttiva. E quindi penso che il risultato finale sia positivo e che ci consenta di muoverci verso la creazione di un vero mercato unico dei prodotti assicurativi e ridurre gli oneri di accesso transfrontaliero, allo stesso tempo, individuando principi comuni per rafforzare la trasparenza dei prodotti e la tutela dei consumatori.

La decisione, in primo luogo estende, come è noto, l'applicazione della direttiva, anche la distribuzione diretta, e questo è importante per garantire una coerenza normativa per tutti i canali di vendita e, allo stesso tempo, credo che venga mantenuto un giusto equilibrio tra applicazione delle regole e proporzionalità per i prodotti assicurativi di minore entità, se venduti in via accessoria.

Credo inoltre che siano importanti alcuni risultati conseguiti dal Parlamento: il documento unico standardizzato, che consente al consumatore di ricevere tutte le informazioni rilevanti sul prodotto che si appresta ad acquistare e, soprattutto, vorrei aggiungere questo elemento positivo che riguarda il *cross-selling*, cioè la possibilità di garantire un'effettiva possibilità di scelta per il consumatore, mettendo fine alle pratiche di *tying* presenti in alcuni settori assicurativi.

Quindi, complessivamente, si tratta di un risultato importante di cui dobbiamo essere giustamente fieri.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). – Elnök Úr, mára a fogyasztóvédelem az EU tevékenységének a központi elemévé vált. Nem volt ez mind így, 5–6 évvel ezelőtt, amikor ezek a piacok éppen az összeomlás szélén voltak a legtöbb fogyasztó védelem nélkül állt. Éppen ezért fontos Langen képviselő úrnak a munkája – amit köszönök –, hogy három év hosszú munka után ezen mérőféldkővel sikerül ezt a kérdést megnyugtatóan rendezni. Jelentős lépést teszünk annak érdekében, hogy az átláthatóságot növeljük, a bizalmat fokozzuk, az öngondoskodást is emeljük. A tagállamok is természetesen tették a magukét, újabb és újabb jogszabályok születtek. Most éppen ott tartunk, hogy van 28 különböző jogszabályunk, és én azt gondolom, hogy szükség lenne egy harmonizációs lépésre. Természetesen ennek a harmonizációs lépésnek nem lehet újabb akadályt jelenteni éppen ezen a piacon, hanem támogatónak kell megnyilvánulni.

Vannak az irányelv-módosításnak olyan lépései, ami abszolút egységes támogatás mellett tud megvalósulni, ilyen például a képzés, ilyen például a tájékoztatási követelmények tekintetében az egyetértés. Vannak olyanok is, ahol nem volt meg ez a nagy egyetértés: az átláthatóság, különösen a biztosításközvetítők javadalmazását illető átláthatóság kérdésében. Én nem tudom támogatni azt az elképzelést, ami arról szól, hogy az Európai Bizottság mondja meg, hogy mennyi ez a díj. Azt gondolom, hogy ez nagyon függ a tagállamok kultúrájától, és függ attól, hogy milyen a gazdaságnak a teherbíró képessége. Az átláthatóságot azonban igen, és a jelentést is.

Romana Tomc (PPE). – Najprej seveda iskrene čestitke kolegu Langnu za to zakonodajno poročilo.

Vsak izmed nas je že kdaj imel kakšno slabo izkušnjo z zavarovalnicami. Ko smo iskali primerljive ponudbe, so bile te tako različne kot pri ponudbah različnih avtomobilskih znamk. Recimo, kot primer, ena ponudba vsebuje nekaj, kar druga izključuje.

Prav je, da se bo evropska direktiva dotaknila vseh, ki sodelujejo v zavarovalniškem poslu, od zavarovalnic, ki imajo direktno prodajo, do posrednikov, bank in mediatorjev. Posebej me veseli, da je kolega Langen v tem namenil veliko pozornost tudi malim in srednjim subjektom.

Nova direktiva med drugim določa konec navzkrižni prodaji; to seveda tudi podpiram in zdi se mi prav, da neko posojilo, ki ga sklenemo za osebno zavarovanje, ne sme biti vezano na kakšno drugo zavarovalno polico. Standardni obrazec, ki bo v veljavi od konca leta 2017 naprej, pa bo zagotovil glavne lastnosti in cene zavarovalnega produkta in zagotovil ustrezno primerjavo.

Zavarovalni produkti so skrb vsakega posameznika in pomembno je, da imamo konkurenčen in pregleden trg teh storitev.

Procedura catch-the eye.

Isabella De Monte (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, la relazione sulla proposta di direttiva sull'intermediazione assicurativa si inserisce nel più ampio spettro di revisione di tutti i mercati finanziari a seguito della crisi. Due sono gli elementi da evidenziare: la costruzione di un mercato unico più coeso e integrato e una maggiore protezione dei consumatori.

Questa direttiva armonizza il mercato assicurativo, permettendo però al legislatore nazionale di applicare dei livelli di tutela superiori. Con questo duplice apporto il cittadino europeo potrà beneficiare di norme comparabili tra i vari paesi ma che riflettono anche la peculiarità del mercato assicurativo dello Stato membro. È altrettanto importante sottolineare che gli intermediari assicurativi hanno già molte incombenze burocratiche che comportano oneri per l'attività d'impresa, senza che in questi anni si si avuto un maggior reddito. Tutela dei consumatori e sostenibilità d'impresa sono due elementi che vanno quindi bilanciati, anche per consentire un'adeguata gestione dei sinistri.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε πρόεδρε, οι καταναλωτές θα πρέπει να απολαύουν το ίδιο επίπεδο προστασίας και να υπάρχουν ισότιμοι όροι ανεξάρτητα από τις διαφορές μεταξύ των διαύλων διανομής. Είναι επίσης αναγκαία η κατάλληλη και επαρκής ενημέρωση των καταναλωτών για οποιοδήποτε ασφαλιστικό προϊόν, ώστε να ενισχυθεί η εσωτερική αγορά. Επιπλέον, θα πρέπει να υπάρχει ενημέρωση προκειμένου να αποφευχθεί η παραπληροφόρηση που μπορεί να προκληθεί από κάποια παραπλανητική διαφήμιση, για παράδειγμα των καταναλωτών, και για το λόγο αυτό χρειάζεται ο ασφαλιστικός διαμεσολαβητής.

Θα πρέπει ακόμα να υπάρχει μέριμνα σε περίπτωση ζημίας των ασφαλισμένων και εμπιστοσύνη για τους καταναλωτές. Γενικότερα, στην ασφαλιστική διαμεσολάβηση οι διατάξεις για την προστασία των καταναλωτών θα πρέπει να είναι σύμφωνες με το δίκιο της Ένωσης, ώστε να καλυφθεί το ενδεχόμενο παραπληροφόρησης ή ζημιάς. Εξάλλου, σε περιόδους χρηματοοικονομικής κρίσης που διανύουμε ο ασφαλιστικός τομέας πλήττεται.

Τέλος, στην Ελλάδα χιλιάδες ασφαλισμένοι του δημοσίου και του ιδιωτικού τομέα κινδυνεύουν με αύξηση του ορίου ηλικίας συνταξιοδότησης, ενώ η τρόικα απαιτεί επανασχεδιασμό του ασφαλιστικού συστήματος.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ho più volte affermato, anche in questa sede, che il principio della difesa dei consumatori è un valore cardine. I recenti squilibri dei mercati finanziari hanno evidenziato che le divergenze dei sistemi economici occidentali sono fonte di vulnerabilità. Molto spesso gli eventi indotti riescono a destabilizzare il sistema economico europeo, ingenerando panico nei mercati e perdita di fiducia nei consumatori. Concordo quindi con la proposta di direttiva che armonizza la regolamentazione assicurativa, rendendo più coerente il legame con la disciplina bancaria e rafforzando la resilienza del sistema finanziario europeo, rispetto ad eventi auto-indotti ed eteroindotti.

Mi associo nell'intento di aumentare il livello di tutela dei consumatori, con riferimento alle direttive 92 del 2002 e 65 del 2014 sui prodotti d'investimento, cui la presente regolamentazione va assolutamente allineata. Se penso infatti al settore R.C. Auto Italia e Sud Italia, i cui prezzi sono di gran lunga superiori agli altri Paesi, in media 45% in più, mi rafforzo nella convinzione che l'obiettivo di un risparmio sulla polizza, unito alla mitigazione dei fattori distorsivi sulla concorrenza per il settore assicurativo, passi necessariamente per un rafforzamento europeo della protezione dei consumatori nel settore assicurativo, con la creazione di standard comuni in tutta Europa.

(Fine della procedura catch-the-eye).

Jonathan Hill, Member of the Commission. – Mr President, as we have heard, it has been a long gestation, but I think the sense of this debate is that it was worth waiting for. I think there is very broad support for this package of measures. In terms of the themes that were raised, there is a great deal of consistency around the themes of transparency and the importance of proportionality. Here the regime does allow a graduated approach, with a lighter regime for some kinds of business and some businesses in ancillary services excluded altogether.

In terms of the consistency between different pieces of legislation, I think we have made good progress. For instance, all the risks on sale standards are a hundred percent aligned with the Markets in Financial Instruments Directive (MiFID), so that is a step forward. We talked about the importance, obviously, of consumer protection and of citizens being better able to understand risks. Here again, I think we have made big steps forward.

We have also talked about the necessity of making it possible for there to be innovation, particularly in the field of digital services. In that respect, later this year we will be publishing a Green Paper on retail financial services that will look, in particular, at the question of digital financial services and how we can make further progress there. One of the aspects on insurance that I am keen to look at as well is this question of insurance in the car rental market, where again I think we can make progress in making that market more transparent.

So I think this directive will improve transparency. I am very much committed, as we go forward, to striking this right balance between protecting consumers and supporting insurance distribution. Putting in place the level 2 rules for the directive is now the priority. We will work closely with the European Insurance and Occupational Pensions Authority (EIOPA) to develop clear and workable implementing rules in line with the directive, and I know that colleagues in the Parliament will help make that work a success.

But for today, I really would just like to thank everyone for their contributions to this debate, and particularly Mr Langen and the shadow rapporteurs for all their hard work over three and a half years. It has been worth it and I think we have made some good progress here with this directive.

Werner Langen, Berichterstatter. – Herr Präsident! Ich möchte die Kommission in Schutz nehmen. Der Kollege Ferber ist jetzt nicht mehr da; er hat gesagt, die Kommission hat nicht in allen Punkten konstruktiv gearbeitet. Ich bin da anderer Meinung und möchte mich ausdrücklich bedanken. Natürlich sind die Märkte zersplittert gewesen, und dort eine einheitliche Regulierung zu finden, das ist nicht so einfach. Wir haben das Optimale dort erreicht, und deshalb herzlichen Dank an die Kommission.

Das Zweite: Der Kollege Giegold hat gesagt, der Rat hat sich durchgesetzt. Herr Kollege, aber nur in den Punkten, bei denen Sie weiter gehen wollten, in den anderen nicht. Dass der Titel verändert wurde, das haben wir ja gemeinsam mitgetragen.

Ich glaube, insgesamt ist es eine vernünftige Regulierung, und sie kommt auch den unterschiedlichen Bedürfnissen der unterschiedlich entwickelten Märkte entgegen. Zum Beispiel haben wir in der Linie der Regelungen in den nordeuropäischen Staaten den Staaten die Möglichkeit eines Provisionsverbots und einer verpflichtenden Beratung gegeben. Aber Herr Giegold war ja neben mir der Einzige, der den Wechsel des Mandats überstanden hat von den früheren Schattenberichterstellern, sodass wir die Kontinuität besser beobachten können.

Herr Woolfe hat gesagt, man muss an die Versicherungsvermittler, die kleinen und mittleren Unternehmen denken. Er hat offensichtlich den Text nicht gelesen. Das war die Ausgangslage für alle unsere Bemühungen: nicht nur die großen Versicherungen zu stärken und deren Willen zu erfüllen, sondern die insgesamt eine Million selbständigen kleinen und mittleren Versicherungsvermittler in der Europäischen Union.

Und zuletzt möchte ich dem Herrn Kommissar in einem Punkt widersprechen, nämlich in der Anmerkung Nummer 69. Sie haben gesagt, Herr Kommissar Hill, dass die Juristischen Dienste Bedenken haben. Ich möchte an die Märzsession 2014 erinnern, als es darum ging, delegierte Rechtsakte rechtzeitig zu erhalten. Herr Barnier hat eine Mitteilung von Kommissionspräsident Barroso vorgelesen, wonach die Kommission in Zukunft unabhängig von der Rechtslage delegierte Rechtsakte so frühzeitig übermittelt, dass das Parlament sie prüfen kann und nicht überfahren wird. Ich nehme an, Herr Kommissar, diese Regelung gilt auch für die neue Kommission.

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà oggi, martedì 24 novembre 2015.

Passiamo ora all'annuncio del vincitore del Premio LUX e alla sua assegnazione. Come responsabile del premio ringrazio tutti i parlamentari che hanno contribuito alla decisione e tutti i cittadini che hanno partecipato alla votazione per la menzione speciale, che verrà fatta sulla base del consenso espresso dai cittadini.

La votazione si svolgerà al termine dell'assegnazione del Premio LUX.

(La seduta è sospesa alle 12.00)

(dalle 12.00 alle 12.30 il Parlamento si riunisce in occasione della consegna del Premio LUX)

(La seduta è ripresa alle 12.30)

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

5. Abstimmungsstunde

Presidente. – Passiamo ora al turno di votazioni.

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, as medidas de aplicação do Estatuto dos Deputados preveem que o Presidente possa justificar ausências prolongadas dos deputados por motivos de saúde, de gravidez ou de licença de parto, entre outros. Mas, incompreensivelmente, o Estatuto não prevê a possibilidade de substituição temporária do deputado ou deputada, assim estes o desejem e expressem livremente. Esta impossibilidade constitui um injustificado prejuízo, em primeiro lugar para o deputado e para a respetiva força política, mas também para os eleitores, que assim se veem privados de representação, e para o próprio Parlamento, para o seu bom funcionamento. Será admissível, por exemplo, que numa situação de gravidez ou de licença de maternidade de uma deputada resulte este triplo prejuízo? Que exemplo está esta instituição a dar? É esta reflexão que aqui queríamos suscitar para que se possam adotar as medidas necessárias que permitam uma alteração do Estatuto dos Deputados neste domínio.

Presidente. – Grazie onorevole Ferreira per la sua proposta ma bisogna cambiare la regolamentazione. La ringrazio comunque della sua proposta.

5.1. Aufhebung bestimmter Rechtsakte aus dem Schengen-Besitzstand (A8-0250/2015 - Claude Moraes) (Abstimmung)

5.2. Aufhebung bestimmter Rechtsakte aus dem Schengen-Besitzstand im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (A8-0251/2015 - Claude Moraes) (Abstimmung)

5.3. Aufhebung bestimmter Rechtsakte im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (A8-0252/2015 - Claude Moraes) (Abstimmung)

5.4. Beitritt zur erweiterten Kommission des Übereinkommens über die Erhaltung von Südlichem Blauflossenthun (A8-0318/2015 - Carlos Iturgaiz) (Abstimmung)

5.5. Versicherungsvermittlung (A8-0315/2015 - Werner Langen) (Abstimmung)

5.6. Verringerung von Ungleichheit mit besonderem Schwerpunkt auf Kinderarmut (A8-0310/2015 - Inês Cristina Zuber) (Abstimmung)

5.7. Kohäsionspolitik und gesellschaftliche Randgruppen (A8-0314/2015 - Terry Reintke) (Abstimmung)

5.8. Die Rolle der EU innerhalb der VN (A8-0308/2015 - Paavo Väyrynen) (Abstimmung)

Presidente. – Procediamo ora alle dichiarazioni di voto.

6. Stimmerklärungen

6.1. Aufhebung bestimmter Rechtsakte aus dem Schengen-Besitzstand (A8-0250/2015 - Claude Moraes)

Dichiarazioni di voto scritte

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK is not part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de este informe para derogar determinados actos del acervo de Schengen, ya que parte de esta legislación estaba obsoleta y no venía aplicándose debido al nuevo marco regulador surgido tras el Tratado de Lisboa. A pesar de nuestra oposición al mismo, no tendría sentido votar otra cosa y mantener unas normativas inaplicables.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – Malheureusement, contrairement à ce que pourrait laisser entendre le titre de ce rapport, il ne s'agit pas ici de revenir sur l'espace Schengen.

Le texte vise en réalité à apporter des clarifications d'ordre juridique en abrogeant des actes devenus obsolètes, car temporaires ou recyclés dans des actes ultérieurs.

Avec mes collègues du Front national, nous nous sommes toujours opposés à l'espace Schengen au motif qu'il constitue un abandon de souveraineté dangereux. Les derniers événements nous donnent raison: l'espace Schengen est une passoire qui favorise l'immigration de masse et permet aux terroristes d'aller et venir sur le territoire des États membres de l'Union européenne en toute impunité.

Comme il est seulement question dans ce rapport de clarifier certains actes, mais que nous ne souhaitons pas cautionner l'espace Schengen, j'ai choisi de m'abstenir.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. – I voted in favour of this technical repeal, although sadly it is unlikely to cut the regulatory burden as the relevant acts were already obsolete.

Jean Arthuis (ALDE), par écrit. – J'ai voté en faveur de cette délibération comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo panaikinami nebeaktualūs teisės aktai.

Gerard Batten (EFDD), in writing. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK is not part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – Je me suis abstenu sur ce texte qui ne change rien: il s'agit simplement d'abroger des actes devenus obsolètes, soit parce qu'ils étaient temporaires soit parce que leur contenu a été repris par des actes ultérieurs. Ces actes étaient relatifs à «l'espace de liberté, de sécurité et de justice» que serait le merveilleux espace Schengen.

Malgré les attentats qui ont frappé la France le 13 novembre dernier, les eurocrates ne sont toujours pas prêts à remettre en cause leur dogme de Schengen. Combien d'attentats, combien de morts faudra-t-il pour qu'ils acceptent de reconnaître leurs erreurs mortifères?

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à la suppression de dispositions liées à l'espace de liberté, de sécurité et de justice qui sont dépassées ou ont été remplacées par des textes plus récents.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – Les acquis de Schengen constituent aujourd'hui un ensemble informe de décisions et de règlements qui sont jugés pour une grande partie d'entre eux obsolètes en raison soit de leur caractère temporaire soit de leur contenu repris par des actes ultérieurs.

Je soutiens l'initiative conjointe du Conseil, de la Commission et du Parlement d'abroger lesdites dispositions. Cet objectif de transparence du droit de l'Union est en effet un élément essentiel de la stratégie visant à mieux légiférer et à mieux faire accepter les règles européennes comme éléments de substitution aux règles nationales quand il y a lieu.

Pour autant, je reste très sceptique sur ce rapport qui ne va pas assez loin ni au bout de sa logique de refonte d'un système qui montre aujourd'hui toutes ses insuffisances.

Si je devais qualifier ce rapport, je dirais que c'est un cataplasme sur une jambe de bois, tant le système voulu de Schengen, et notamment la suppression des contrôles aux frontières intérieures, porte en lui-même tous les éléments de l'insécurité et du développement des trafics en tous genres: humains, d'armes et de drogues. Abroger seulement certains actes de l'acquis de Schengen n'est pas à mon sens suffisant. Je m'abstiens donc sur ce rapport.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe en el contexto de la expiración del periodo transitorio establecido en el protocolo n.º 36 sobre la evaluación acervo Schengen y los instrumentos jurídicos, ya que se han detectado una serie de actos que han quedado obsoletos. En el espíritu de «legislar mejor» he votado a favor.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai préféré m'abstenir sur ce texte qui, s'il s'inscrit dans une certaine logique puisqu'il vise à abroger des actes obsolètes relatifs à Schengen, ne va pas au bout des choses en actant l'obsolescence de Schengen même.

Les actes abrogés par le rapport sont certes enfin reconnus comme dépassés, de par leur caractère temporaire ou bien parce qu'ils ont déjà fait l'objet d'actes ultérieurs. Par souci de transparence, il était donc indispensable d'aller vers leur suppression juridique.

Cependant, le drame des récents attentats à Paris et la fuite des terroristes qui ont pu profiter pleinement de la libre circulation dans l'Union européenne ont, de façon tragique, une nouvelle fois mise à jour la défaillance d'une Europe passoire et la nécessité, plus que jamais impérieuse, de restaurer nos frontières nationales.

Ce rapport du Parlement ne va donc pas, une nouvelle fois, assez loin et l'abstention était donc requise.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – I recenti attentati terroristici di Parigi e le minacce che stanno investendo l'Italia e tutti gli altri Paesi europei sono la riprova che abbiamo bisogno di più sicurezza e maggiori controlli. Schengen non funziona e deve essere profondamente riformato.

Il testo oggetto di voto è, invece, un semplice aggiornamento tecnico delle norme in vigore; per questo motivo non ho inteso sostenerlo col mio voto. Sono convinta che l'accordo di Schengen debba essere radicalmente rivisto e non ci si possa più limitare a piccoli aggiornamenti.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Varios actos pertenecientes al acervo de Schengen han dejado de ser pertinentes por su carácter temporal o porque su contenido ha sido incorporado en actos sucesivos, si bien no han sido derogados. Se trata de actos que han quedado obsoletos, en concreto once decisiones del Comité Ejecutivo de Schengen cuyo contenido ha sido incorporado en actos sucesivos y el Reglamento (CE) n.º 189/2008 del Consejo, de 18 de febrero de 2008, sobre los ensayos del Sistema de Información de Schengen de segunda generación (SIS II), que agotó sus efectos jurídicos con la entrada en funcionamiento del SIS II el 9 de abril de 2013.

Por ello, he votado a favor de su derogación.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kadangi šio reglamento tikslas yra panaikinti tam tikrą dalį nebeaktualių Šengeno acquis priklausančių Europos Sąjungos teisės aktų.

Atsižvelgiant į tai, kad baigiasi prie Sutarčių pridėtame Protokole dėl pereinamojo laikotarpio nuostatų nustatytas pereinamasis laikotarpis, Komisija įvertino policijos bendradarbiavimo ir teismo bendradarbiavimo baudžiamosiose bylose srityse Šengeno *acquis* ir teisinius dokumentus. Nustatyta, kad keletas teisės aktų yra nebeaktualūs, nes jų turinys buvo perkeltas į vėlesnius teisės aktus arba jie buvo laikino pobūdžio.

Pasikonsultavęs su EP Teisės tarnyba ir atsižvelgdamas į Tarybos bendrame požiūryje pasiūlytus pakeitimus dėl šio Komisijos pasiūlymo, Europos Parlamentas siūlo pakeisti teisės akto formą iš sprendimo į reglamentą. Šis reglamentas yra privalomas visas ir tiesiogiai taikomas visose valstybėse narėse, taip pat geriau atitiks pasiūlymo tikslą – panaikinti nebeaktualius laikinus teisės aktus.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Az uniós jog átláthatóságának javítása alapvető eleme a jogalkotás minőségének javítását célzó stratégiának, amelynek az uniós intézmények általi végrehajtása folyamatban van. Ezzel összefüggésben helyénvaló hatályon kívül helyezni azokat a jogi aktusokat, amelyek már semmilyen célt sem szolgálnak. A schengeni vívmányok közé tartozó számos jogi aktus már nem releváns, azok ideiglenes jellegéből következően, vagy mivel azok tartalmát későbbi jogi aktusok átvették. A fentiekből következők, hogy szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – 14. junija letos smo obeležili 30. letnico schengenskega sporazuma o prostem pretoku ljudi med državami članicami t.i. schengenskega območja, ki ga nedvomno označujemo za enega največjih dosežkov evropske integracije.

A migrantska kriza, ki smo ji priča zadnje leto, postavlja t.i. Schengen na največjo preizkušnjo doslej. Kaže tudi, da številne določbe sporazuma odlično delujejo v idealnih razmerah, ob obvladljivem številu prehodov meja, medtem ko niti približno niso prilagojene aktualnim kriznim razmeram. V teh se vsaka država znajde po svoje, nenazadnje ji je to s sporazumom tudi naloženo. A tovrstne situacije vodijo v medsebojno obtoževanje med državami članicami schengenskega območja in izpostavljajo države, ki so na schengenski oz. zunanji meji EU. Te države, bodisi zaradi pomanjkanja resursov, bodisi zaradi drugih razlogov, same niso sposobne ustrezno varovati meja, zato je nadgradnja Schengena nujna. V kolikor želi EU ohraniti schengensko območje, mora EU kot celota poskrbeti za varovanje zunanjih oz. schengenskih meja in ne to prepustiti peščici najbolj izpostavljenih držav.

Predlagani sklep o razveljavitvi nekaterih aktov, ki urejajo območje Schengena, je zgolj uskladitvene narave in sem ga seveda podprl. A hkrati je to tudi priložnost za revizijo pravil, ki so nujno potrebne. V nasprotnem primeru bo Schengen postal stvar preteklosti.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Podržavam ova Izvješća o stavljanju izvan snage određenih akata jer imaju svoja uporišta u pravnoj legislativi. Svi akti koji se trebaju ukinuti nisu više pravno relevantni, što iz razloga jer su zamijenjeni novim aktima, što iz razloga jer su bili privremene naravi.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), par écrit. – Un certain nombre d'actes faisant partie de l'acquis de Schengen ne sont plus pertinents en raison de leur caractère temporaire ou parce que leur contenu a été repris par des actes ultérieurs. Dans un souci de transparence et de «mieux légiférer», il faut les abroger.

Nous considérons bien entendu que Schengen en soi n'est plus pertinent.

Ce rapport ne mettant pas en cause Schengen, je me suis abstenue.

Renata Briano (S&D), per iscritto. – La Convenzione di Schengen rappresenta un grande passo avanti nel processo di integrazione europea, permettendo la libertà di circolazione delle persone all'interno dell'Unione e il superamento della vecchia gestione frontaliere nazionale. Oggi ci troviamo ad aggiornare la convenzione poiché una serie di atti facenti parte dell'acquis di Schengen non sono più pertinenti a causa della loro natura temporanea, mentre altri sono superati perché il loro contenuto è stato riformulato da atti successivi sebbene non siano stati ancora abrogati.

Steeve Briois (ENF), par écrit. – Un certain nombre d'actes faisant partie de l'acquis de Schengen ne sont plus pertinents en raison de leur caractère temporaire ou parce que leur contenu a été repris par des actes ultérieurs. Dans un souci de transparence, ce rapport préconise de les abroger, notamment afin d'alléger et de simplifier la législation actuelle.

Ces abrogations sont logiques et nous considérons qu'il ne serait pas du tout judicieux de maintenir ces actes en l'état actuel. Néanmoins, nous avons toujours été en faveur de la suppression de l'espace Schengen qui est une véritable passoire pour les migrants clandestins, parmi lesquels se trouvent un certain nombre de djihadistes, en attestent les attentats du vendredi 13 novembre à Paris.

Ne souhaitant pas cautionner la libre circulation des individus au sein de l'Union européenne, je me suis abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Problema obținerii unei clarități și coerențe legislative este una întâmpinată de toate sistemele, de la cele naționale până la cele internaționale.

Desigur că în cadrul Uniunii stringența ei se resimte atât din perspectiva statelor membre cât și a justițiabililor, primele pentru că trebuie să-și armonizeze legislația națională în cadrul unional, iar cei din urmă pentru a beneficia de prevederile unionale, de transparență sau, mai bine-zis, pentru a-și cunoaște drepturile de cetățeni ai Uniunii.

Pentru a realiza această coerență legislativă nu trebuie doar să fim foarte atenți când elaborăm legile, ci și să le urmărim evoluția și aplicarea, să verificăm și să optimizăm procedurile.

Comisia și-a asumat aceste obiective în conformitate cu angajamentele din Acordul interinstituțional privind o mai bună legiferare și cu politica sa privind o reglementare adecvată, iar în continuare le va pune în aplicare prin identificarea actelor normative tranzitorii care și-au atins deja finalitatea sau actele normative al căror conținut a fost preluat deja de alte acte normative.

Am votat în favoarea abrogării acestei serii de acte care au fost identificate ca fiind caduce deoarece menținerea lor nu ar face decât să inducă în eroare statele membre și cetățenii.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario. Queste tre relazioni a firma del MEP Moraes rispondono all'esigenza di aggiornamento delle norme in vigore attraverso l'abrogazione di una serie di atti facenti parte dell'acquis di Schengen.

Questi testi normativi non sono più pertinenti a causa della loro natura temporanea o perché il loro contenuto è stato ripreso in atti successivi che però non li hanno abrogati. Nel merito, questa può essere valutata come una misura positiva ma, visti anche gli sviluppi in corso, specialmente negli ultimi mesi, e la ferma volontà da parte della nostra delegazione di rivedere completamente l'accordo di Schengen, ho votato contro.

Sulle politiche legate a Schengen non possiamo limitarci a semplici aggiornamenti ma occorre procedere a una completa riforma.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio relativa all'abrogazione di alcuni atti nel settore libertà, sicurezza e giustizia.

Per migliorare la trasparenza del diritto dell'Unione e per dare esecuzione alla strategia attuata dalle istituzioni dell'Unione, nota come «Legiferare meglio», è infatti necessario eliminare dalla legislazione vigente alcuni atti che non hanno più motivo di rimanere in vigore.

In particolare, ci sono alcune norme contenute nell'acquis di Schengen che non sono più pertinenti a causa della loro natura provvisoria oppure perché il loro contenuto è stato trascritto in atti successivi.

Per ragioni di certezza e di chiarezza del diritto è quindi opportuno abrogare quelle decisioni obsolete. Tutti questi elementi sono contenuti nella relazione in oggetto e per questo ho deciso di votare per il suo accoglimento.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this technical file which is essentially a 'clean-up' exercise for redundant pieces of legislation which are either no longer necessary or have been incorporated into other acts or texts. This practice is part of an exercise by the European Commission which it highlighted through its 'Regulatory Fitness and Performance Programme' (REFIT) in 2014. The texts in question relate to issuance of Schengen visas, exchange of statistical information, stamping of passports and liaison officers, among others. These texts have since been updated so are no longer needed.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK is not part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as the acts outlined in it have become irrelevant because they were either temporary by nature or simply succeeded by newer legislation.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La fine del periodo transitorio previsto dal Protocollo 36 allegato al Trattato impone l'abrogazione di atti obsoleti, sostituiti da altri adottati secondo le procedure descritte nel Trattato di Lisbona. Ho quindi votato a favore dell'abrogazione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφιώς*. – Η βελτίωση της διαφάνειας του ενωσιακού δικαίου αποτελεί ουσιαστικό στοιχείο της στρατηγικής για τη βελτίωση της νομοθεσίας την οποία εφαρμόζουν τα θεσμικά όργανα της Ένωσης. Στο πλαίσιο αυτό ενδείκνυται η διαγραφή από την ισχύουσα νομοθεσία των πράξεων που δεν εξυπηρετούν πλέον κανένα σκοπό.

Έτσι στηρίζουμε την έκθεση, πρόταση – απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και Συμβουλίου.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto favorevole sul provvedimento. Nell'accordo interistituzionale del 16 dicembre 2003, il Parlamento europeo, il Consiglio e la Commissione hanno concordato sulla necessità di ridurre il volume del corpus legislativo dell'Unione e semplificarlo, anche attraverso l'abrogazione degli atti obsoleti.

Sulla base del suo esame, in linea con gli impegni di cui all'accordo interistituzionale e con la sua politica in materia di adeguatezza della regolamentazione, la Commissione ha presentato una proposta volta ad abrogare, in quanto obsoleti, 11 decisioni del comitato esecutivo di Schengen perché il loro contenuto è stato ripreso in atti successivi, ed il regolamento (CE) n. 189/2008 del Consiglio, del 18 febbraio 2008 sulle prove tecniche del sistema d'informazione Schengen di seconda generazione (SIS II), che ha esaurito il suo effetto giuridico da quando nell'aprile 2013 è stato lanciato il SIS II.

Le misure interessate dalla presente proposta sono obsolete, o perché il loro contenuto è stato ripreso in atti successivi, o perché non sono più pertinenti a causa della loro natura temporanea. Abrogare tali misure è quindi conforme ai principi di sussidiarietà e di proporzionalità Contribuisce inoltre a migliorare la trasparenza della produzione legislativa e a rafforzare il concetto di certezza del diritto.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione poiché condivido l'obiettivo della proposta di regolamento, vale a dire l'abrogazione di una serie di atti obsoleti dell'Unione facenti parte dell'acquis di Schengen.

Inoltre ritengo che migliorare la trasparenza del diritto dell'Unione sia la parte essenziale della strategia «Legiferare meglio» attuata dalle Istituzioni europee.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK is not part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Os instrumentos do chamado *Espaço de Liberdade, Segurança e Justiça*, em particular no que respeita ao acervo de Schengen, foram inicialmente incorporados pelo Tratado de Amesterdão no ordenamento jurídico da União. Progressivamente, muitos foram sendo atualizados, reformulados, reforçados e, em alguns casos, tornaram-se simplesmente obsoletos. Este Regulamento vem assegurar a revogação destes atos e assegurar que, em certos casos, seja assegurado um período de transição.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK is not part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – In seguito alla valutazione effettuata dalla Commissione europea in merito all' «acquis di Schengen», alcuni atti legislativi sono stati definiti obsoleti per la loro natura temporanea o perché il loro contenuto è stato ripreso in normative successive. L'acquis di Schengen è il complesso legislativo delle politiche relative ai controlli delle frontiere esterne, all'asilo, all'immigrazione e alla cooperazione giudiziaria in materia civile e penale.

Per migliorare la trasparenza e la certezza del diritto europeo è essenziale ridurre il volume del corpus legislativo comunitario e semplificarlo. Pertanto, approvo la relazione che propone l'abrogazione di undici decisioni adottate dal comitato esecutivo di Schengen e diventate ormai obsolete, e del regolamento che disciplina le prove tecniche del sistema di informazione di Schengen, in quanto tale atto ha esaurito il suo effetto giuridico con l'attuazione del meccanismo stesso.

L'obiettivo della proposta non può essere realizzato efficacemente dai soli Stati membri, ma a livello comunitario attraverso misure di conformità ai principi di sussidiarietà e proporzionalità. Sostengo a tale proposito la proposta di modificare il presente atto legislativo in regolamento, in modo tale da renderne obbligatori tutti i suoi elementi e permettere la sua applicazione diretta all'interno degli Stati membri.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – A number of acts that relate to migratory flows have become obsolete after the entry into force of other EU legislative acts such as regulations. Legal certainty and transparency require the deletion of such legislative acts so that citizens may be better advised. I voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Nel quadro della scadenza del periodo transitorio di cui al Protocollo 36 sulle disposizioni transitorie, allegato ai trattati, la Commissione ha effettuato una valutazione dell'acquis di Schengen e degli strumenti giuridici nel settore della cooperazione di polizia e giudiziaria in materia penale. Un numero di atti sono stati identificati come obsoleti perché il loro contenuto è stato ripreso da atti successivi o perché avevano natura temporanea.

Nell'accordo interistituzionale del 16 dicembre 2003 il Parlamento, il Consiglio e la Commissione hanno convenuto sulla riduzione del volume e la semplificazione del diritto dell'Unione, anche attraverso l'abrogazione degli atti obsoleti. Quali: 11 decisioni del comitato esecutivo di Schengen perché il loro contenuto è stato ripreso in atti successivi, e il regolamento del Consiglio (CE) n. 189/2008 del 18 febbraio 2008, sulle prove della seconda generazione del sistema d'informazione Schengen (SIS II), che ha esaurito la sua efficacia legale una volta che il SIS II è divenuto operativo il 9 aprile 2013.

Il relatore propone anche di modificare il tipo di atto da decisione a regolamento, quindi obbligatorio in tutti i suoi elementi e direttamente applicabile in ciascuno degli Stati membri. Ho deciso di votare positivamente poiché concordo con le motivazioni poste dal relatore.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para derogar determinados actos del acervo de Schengen, ya que parte de esta legislación estaba obsoleta y no venía aplicándose debido al nuevo marco regulador surgido tras el Tratado de Lisboa. A pesar de nuestra oposición al mismo, no tendría sentido votar otra cosa y mantener unas normativas inaplicables.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A schengeni vívmányok közé tartozó számos jogi aktus már nem releváns, mivel ideiglenes jellegű, vagy tartalmát későbbi jogi aktusok vették át, ugyanakkor az eredeti jogi aktusokat nem helyezték hatályon kívül.

A Bizottság az általa végzett átvilágítás alapján javaslatot terjesztett elő a következő elavult jogi aktusok hatályon kívül helyezéséről: a Schengeni Végrehajtó Bizottság 11 határozata, mert tartalmukat átvették későbbi jogszabályok, valamint a Tanács 2008. február 18-i 189/2008/EK rendelete a Schengeni Információs Rendszer (SIS II) második generációjának teszteléséről (HL L 57., 2013.4.7, 1. o.), amely kimerítette a joghatását, amikor a SIS II 2013. április 9-én megkezdte működését. A jelentést, amely támogatja az elavult jogi aktusok hatályon kívül helyezését, megszavaztam.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – Parlament Europejski, Rada i Komisja już w 2003 r. uzgodniły konieczność podjęcia działań mających na celu ograniczenie ilości przepisów unijnych, ich uproszczenie oraz zwiększenie przejrzystości. W celu realizacji tych postulatów Komisja prowadzi m.in. program sprawności i wydajności regulacyjnej (REFIT). Działania programu skupiają się na analizie obowiązujących unijnych aktów prawnych i wyszukiwaniu tych, które zdezaktualizowały się, bądź to przez swój temporalny charakter, bądź przez włączenie ich do innych aktów. W projekcie rozporządzenia ws. uchylecia niektórych aktów prawnych dotyczących przestrzeni wolności, bezpieczeństwa i sprawiedliwości Komisja wskazuje szereg takich regulacji: 11 decyzji Komitetu Wykonawczego ws. wspólnej polityki wizowej (SCH/Com-ex) oraz jedno rozporządzenie Rady, których dalsze obowiązywanie jest zbędne, ponieważ nie służą już one żadnym celom.

W pełni popieram działania programu REFIT i uważam, że nieaktualne decyzje i rozporządzenie należy uchylić. Cieszę się, że ostatecznie zmieniono formę głosowanego aktu z „decyzji” na „rozporządzenie”, gdyż rozporządzenia odnoszą bezpośrednie skutki w prawie unijnym i nie wymagają dalszych biurokratycznych zabiegów do ich wdrożenia w życie. Pozostaję z nadzieją, że program REFIT będzie przez Komisję kontynuowany, a z prawa unijnego będą usuwane akty zbędne i już nieaktualne.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – As part of the Commission's policy on regulatory fitness, three related instruments will repeal a number of legal acts in the field of police and judicial cooperation and a number in relation to the Schengen acquis. These acts are no longer legally relevant, either because they have been replaced by more up-to-date legislation or are of a temporary nature. For this reason, I found no objection in supporting this report.

Daniel Dalton (ECR), in writing. – This REFIT proposal relates to certain provisions of the Schengen acquis, to which the United Kingdom does not subscribe. As such, the UK will not be bound by this. Therefore, whilst I welcome the repeal of this obsolete measure, as previously on justice and home affairs matters which do not pertain to the UK, I decided to abstain.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport législatif propose d'abroger certains actes obsolètes de l'acquis de Schengen, relatifs au comité exécutif et aux tests de seconde génération du système d'information de Schengen. Il recommande également de modifier la nature juridique de la proposition de la Commission, d'une décision à un règlement de l'Union, considéré comme plus adéquat pour garantir l'abrogation immédiate et entière de ces actes, dans tous les États membres. Soutenant ces objectifs et ces modifications d'ordre technique, j'ai voté en faveur du rapport.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – Ces actes étant devenus obsolètes, je soutiens cette mesure d'abrogation car elle participe à une plus grande clarté de la législation européenne dans le domaine de l'espace de liberté, de sécurité et de justice.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Ces deux rapports avaient pour objet d'abroger divers actes temporaires relatifs à l'espace Schengen dans le domaine de la coopération policière et de la coopération judiciaire en matière pénale notamment.

Opposée à cet espace de libre circulation sans contrôle ni frontière, déraisonné aussi bien sur le plan économique que social et culturel, je me refuse à participer lors de ces questions d'organisation d'un système que je considère comme illégitime et nuisible.

Je me suis donc abstenue lors du vote sur ces deux rapports du socialiste Claude Moraes.

Ian Duncan (ECR), in writing. – These REFIT proposals relate to certain provisions of the Schengen acquis, to which the UK does not subscribe. As such, the UK will not be bound by them. Therefore, whilst I welcome the repeal of obsolete measures, in accordance with our long-standing position on JHA matters which do not pertain to the UK, I will abstain.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Този доклад е част от програмата на Европейската комисия РЕФИТ, чиято цел е да отмени европейски законодателни инструменти, които вече не са валидни за държавите членки. След проведена оценка на актовете в сферата на полицейското и съдебното сътрудничество, ЕК установи няколко инструмента с временен характер или чието съдържание е отразено в последващи текстове.

Подкрепям програмата РЕФИТ и подкрепих отмяната на някои актове, отнасящи се до достиженията на правото от Шенген. Освен това България не е част от Шенгенското пространство и това прави тези актове невалидни за нея, тъй като не я обвързват правно.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. – Αφορά στην κατάργηση 11 αποφάσεων της Εκτελεστικής Επιτροπής Σένγκεν και του κανονισμού 189/2008 του Συμβουλίου, λόγω ενσωμάτωσής τους σε μεταγενέστερες πράξεις και της έναρξης επιχειρησιακής λειτουργίας του SIS II, αντίστοιχα, πράγμα τυπικό, αφού οι προηγούμενες αποφάσεις καθίστανται παρωχημένες ή είχαν προσωρινό χαρακτήρα.

Η αλλαγή του τίτλου της πράξης από «απόφαση» σε «κανονισμό», σημαίνει ότι τα κεκτημένα του Σένγκεν είναι δεσμευτικά για τα κράτη - μέλη, βάσει του άρθρου 228 της ΣΛΕΕ.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK isn't part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O presente relatório dá conta dos resultados da avaliação do acervo de Schengen e dos instrumentos jurídicos no domínio da cooperação policial e da cooperação judiciária em matéria penal. Vários atos foram considerados obsoletos, quer em virtude da integração do respetivo conteúdo em atos subsequentes, quer em virtude do seu caráter temporário.

A proposta passa por revogar 11 decisões do Comité Executivo de Schengen, visto que o respetivo conteúdo foi retomado em atos posteriores, e o Regulamento (CE) n.º 189/2008 do Conselho, de 18 de fevereiro de 2008, relativo aos testes da segunda geração do Sistema de Informação de Schengen (SIS II), que cessou de produzir efeitos jurídicos quando o SIS II se tornou operacional em 9 de abril de 2013. Concorro com a proposta de revogação apresentada.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce vote parce que je ne prends pas part à des décisions relatives aux textes fédéralistes.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A Comissão das Liberdades do Parlamento Europeu decidiu enquadrar este relatório no Processo simplificado – Artigo 50.º, n.º 2, do Regimento. O relatório integra um conjunto de três, relativos à revogação de atos do acervo de Schengen e atos no domínio da cooperação policial e da cooperação judiciária em matéria penal.

Vários atos pertencentes ao acervo de Schengen deixaram de ser relevantes devido ao seu caráter temporário ou porque o seu conteúdo foi retomado por atos subsequentes, embora não tenham sido revogados, fazendo com que se considerem obsoletos.

Este relatório tem, por esta razão, uma natureza eminentemente técnica. Facto é que, em termos práticos, entre os atos obsoletos e os que os substituem não existem melhorias substantivas, pelo que, pese embora o acima exposto, reafirmamos a nossa posição crítica de fundo relativamente a Schengen e ao seu acervo. E, bem assim, relativamente à cooperação policial e à cooperação judiciária em matéria penal.

São domínios relativamente aos quais temos vindo a ser críticos face à abordagem da UE e às tentativas de aprofundamento federal, com limitações acrescidas à capacidade de decisão dos Estados-Membros em áreas que vão ao âmago da soberania dos Estados.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto in favore alla suddetta proposta di decisione relativa all'abrogazione di alcuni atti dell'acquis di Schengen. Ritengo questa decisione un avanzamento in termini di trasparenza ed efficienza, atto a produrre una migliore legislazione e un rinnovato impegno nella risoluzione della crisi dei rifugiati.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – V kontexte proklamovaného zámeru o lepšej tvorbe práva a zjednodušení právnych predpisov Európskej únie, a to aj prostredníctvom zrušenia zastaraných aktov, predmetný návrh Európskej komisie na základe preskúmania ruší zastarané akty a mení formu tohto aktu s rozhodnutia na nariadenie.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Il voto a queste tre relazioni sarà contrario in quanto non c'è la necessità di rivedere Schengen ma di riformarlo completamente.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Ψηφίζω παρών όσον αφορά την έκθεση για την κατάργηση ορισμένων πράξεων στον τομέα της ελευθερίας, της ασφάλειας και της δικαιοσύνης, διότι ενώ σε πολλά άρθρα της, δίνει στην ΕΕ την δύναμη για επίτευξη της εξωτερικής της πολιτικής, από την άλλη υπάρχουν σημαντικά αρνητικά σημεία που δείχνουν ότι τελικά, η συμμετοχή της σε αυτό το παιχνίδι δεν είναι αυτή που θα έπρεπε προκειμένου να αποτελέσει τον πιο σημαντικό παράγοντα επιρροής για τις παγκόσμιες πολιτικές και γεωπολιτικές αλλαγές που συντελούνται, αφού για άλλη μια φορά είναι δεμένη στο άρμα των ΗΠΑ.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – In the context of the expiry of the transitional period set out in Protocol 36 on transitional provisions, annexed to the Treaties, the Commission has performed an assessment of the Schengen acquis and of the legal instruments in the field of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters. A number of acts have been identified as obsolete because their content has been taken up by subsequent acts or because they are temporary in nature. In the Inter-institutional Agreement of 16 December 2003 the European Parliament, the Council and the Commission agreed on reducing the volume of, and simplifying, Union law, including by repealing obsolete acts. On the basis of its screening and in line with the commitments in the inter-institutional agreement on better law-making and its policy on Regulatory Fitness, the Commission submitted a proposal to repeal as obsolete the following acts:

— 11 decisions of the Schengen Executive Committee because their content had been taken up in subsequent acts, and

— Council Regulation (EC) No 189/2008 of 18 February 2008 on the testing of the second generation Schengen Information System (SIS II), the legal effect of which was exhausted once the SIS II became operational on 9 April 2013.

Kinga Gál (PPE), *in writing*. – We from the Fidesz Party (EPP Group) voted in favour of this report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council repealing certain acts in the Area of Freedom Security and Justice.

The Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs recommended that the position of the European Parliament adopted at first reading under the ordinary legislative procedure should amend the Commission proposal. With this vote we change the type of act from 'decision' to 'regulation'. In accordance with the Article 288 TFEU, a regulation is binding in its entirety and directly applicable in all Member States and will better serve the purpose of the proposal to repeal the acts deemed to be obsolete.

With this vote we also seek to improve the drafting of the act, including an addition in the title stating that the repealed acts in question are part of the Schengen acquis. We also clarify that Denmark is not bound by the regulation or subject to its application, but that it shall decide, within a period of six months after the Council has decided on this regulation, whether to implement it in its national law.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Szavazatomat azzal szeretném magyarázni, hogy tudvalevő, hogy a Bizottság az általa végzett átvilágítás alapján, valamint az intézményközi megállapodásban vállalt kötelezettségeivel és a célravezető szabályozásra irányuló politikájával összhangban javaslatot terjesztett elő és arra a megállapításra jutott, hogy számos elavult jogi aktust hatályon kívül kell helyezni. Mindez annak a vizsgálatnak a folyományaként született, melyet az Európai Unió működéséről szóló szerződéshez csatolt, az átmeneti rendelkezésekről szóló meghatározott átmeneti időszak lejártával összefüggésben a Bizottság végzett a schengeni vívmányok és a büntetőügyekben folytatott rendőrségi és igazságügyi együttműködés terén meglévő jogi eszközök tekintetében. A Bizottság megállapítása szerint számos jogi aktus elavult, mert tartalmukat későbbi jogi aktusok átvették, vagy, mert ideiglenes természetűek voltak.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor ante la constatación de que una serie de actos han quedado obsoletos, bien porque su contenido ha sido incorporado a actos sucesivos, bien porque se trataba de actos de carácter temporal.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio, relativa all'abrogazione di alcuni atti nel settore «Libertà, sicurezza e giustizia» di cui il collega Moraes è relatore.

Ritengo, infatti, che una serie di atti rientranti nell'acquis di Schengen siano ormai obsoleti, temporanei o già integrati in norme successive. Per uno snellimento e una maggiore semplificazione della regolamentazione dell'UE è infatti necessario ridurre il corpo legislativo dell'Unione e rendere la burocrazia di più facile accesso non solo agli addetti ai lavori ma anche ai cittadini europei che vogliano meglio comprendere legislazione comunitaria.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht zur Aufhebung bestimmter Rechtsakte aus dem Schengen-Besitzstand gestimmt, da ich eine Fortentwicklung und Aktualisierung des Schengener Übereinkommens gerade in dieser aktuellen Zeit für unabdingbar halte.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ein Teil der Rechtsakte aus dem Schengen-Besitzstand ist überholt oder nicht mehr aktuell. Entweder wurden die entsprechenden Inhalte in anderen Rechtsakten erneut aufgegriffen, oder sie sind zeitlich befristet. Deshalb ist der Vorschlag der Kommission richtig, diese Rechtsakte aufzuheben. Dies verbessert die Übersichtlichkeit bestehender Vorschriften.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council repealing certain acts in the areas of freedom, security and justice, which aims to revoke measures that are no longer relevant because of their temporary nature or because their content has been taken up by successive acts.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – Varios actos pertenecientes al acervo de Schengen han dejado de ser pertinentes por su carácter temporal o porque su contenido ha sido incorporado en actos sucesivos, si bien no han sido derogados. Un ejemplo es el Reglamento (CE) n° 189/2008, que agotó sus efectos jurídicos con la entrada en funcionamiento del Sistema de Información de Schengen de segunda generación (SIS II) el 9 de abril de 2013. Por razones de seguridad y claridad jurídicas, procede derogar dichos instrumentos jurídicos obsoletos.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta derogación está exenta de contenido político y tiene que ver simplemente con la superación, a través de actos sucesivos, de determinadas normativas, que quedan, por tanto, rebasadas o contenidas en otras. Por ello hemos votado a favor.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this proposal. Improving the transparency of Union law is an essential element of the better law-making strategy that the institutions of the Union are implementing. In that context it is appropriate to remove from the legislation in force those acts which no longer serve any purpose. A number of acts belonging to the Schengen acquis are no longer relevant due to their temporary nature or because their content has been taken up by successive acts, even though they have not been repealed.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – Mardi 24 novembre, j'ai voté en faveur de trois rapports visant à abroger certains actes de l'acquis de Schengen. Ces textes visent à défaire un certain nombre de mesures juridiques liées à l'espace de liberté, de sécurité et de justice ainsi que des dispositions juridiques dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale, qui sont devenues obsolètes. Les actes ici abrogés ne sont, en effet, plus pertinents du fait de leur caractère temporaire ou du fait que leur contenu a été repris par des actes ultérieurs. Il s'agit ici de faire preuve de cohérence et d'améliorer la transparence du droit de l'Union afin de mieux légiférer dans l'intérêt des citoyens européens.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for the report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council repealing certain acts in the areas of freedom, security and justice because I believe that improving the transparency of Union law is an essential element of the better law-making strategy that the institutions of the Union are implementing. It is appropriate to remove those acts which no longer serve any purpose so as not to cause any confusion for the implementation.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτως*. – Δεδομένης της τεχνικής φύσεως αυτής της διαδικασίας «εκκαθάρισης», η οποία συμβάλει και στην νομική σαφήνεια, υπερψηφίζουμε την έκθεση.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted for this report which proposes to change the type of the act from ‘decision’ to ‘regulation’. A regulation will be binding in its entirety and directly applicable in all Member States and will better serve the purpose of the proposal to repeal the acts deemed to be obsolete. A number of acts have been identified as obsolete because their content has been taken up by successive acts or because they are temporary in nature.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK isn't part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Die Kommission hat in drei Beschlüssen vorgeschlagen, zum Schengen-Besitzstand gehörende Rechtsakte aufzuheben, weil sie entweder zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden. Ziel ist es, eine bessere Rechtsetzung zu erreichen, indem man eine größere Transparenz des Unionsrechts erreicht. Wir unterstützen Entbürokratisierung und haben auch im LIBE-Ausschuss dafür gestimmt, dass veraltete Rechtsakte aufgehoben werden. Die ALFA ist für Rechtssicherheit und Rechtsklarheit. Die in den Berichten vorgeschlagenen Maßnahmen sind dazu geeignet, die EU-Rechtsvorschriften zu verringern und das Unionsrecht zu vereinfachen. Diese Anliegen unterstütze ich ausdrücklich und habe daher für den Bericht gestimmt. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Euro abgeschafft werden muss, weil er zu Zwist und Zwietracht in Europa führt!

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu la proposition d'abrogation des actes de l'acquis de Schengen dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale devenus obsolètes du fait de leur caractère temporaire ou parce que leur contenu a été repris par des actes ultérieurs.

Il ne s'agit absolument pas de remettre en cause ce qui marche dans Schengen mais de simplifier la réglementation européenne dont j'ai souvent déploré les lourdeurs et les incongruités.

Ce vote me permet cependant de renouveler mon appel au réalisme. Depuis longtemps, mon parti plaide pour une refonte de Schengen afin de nous adapter aux nouvelles réalités et aux nouvelles menaces qui s'affranchissent des frontières nationales.

L'urgence est à un renforcement du contrôle des frontières extérieures et à un contrôle systématique des ressortissants de pays tiers mais aussi des citoyens européens.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu odluke Parlamenta i Vijeća o stavljanju izvan snage određenih akata u području slobode, sigurnosti i pravde zbog toga što je sadržaj takvih akata prisutan u novim aktima ili su bili ograničenog važenja. U tom kontekstu podržavam smanjenje i pojednostavljenje pravnih tekstova Unije, što uključuje proceduru stavljanja izvan snage. Stoga, podržavam, u ovom slučaju, stavljanje izvan snage odredbi i pojedinih odluka koje se tiču Schengena. Jasnoća i transparentnost prava u području građanskih sloboda i pravde od ključne je važnosti za funkcioniranje cjelokupnog sustava Unije.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Contrairement à ce que pourrait laisser entendre le titre de ce rapport, il ne s'agit pas ici de revenir sur l'espace Schengen.

Il s'agit en réalité d'apporter des clarifications d'ordre juridique en abrogeant des actes devenus obsolètes, car temporaires ou recyclés dans des actes ultérieurs.

Avec mes collègues du Front national, nous nous sommes toujours opposés à l'espace Schengen au motif qu'il constitue un abandon de souveraineté dangereux. Les derniers événements nous donnent raison: l'espace Schengen est une passoire qui favorise l'immigration de masse et permet aux terroristes d'aller et venir sur le territoire des États membres de l'Union européenne en toute impunité.

Comme il est seulement question dans ce rapport de clarifier certains actes, mais que nous ne souhaitons pas cautionner l'espace Schengen, je me suis abstenu.

Diane James (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK isn't part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Návrh Komise na zrušení určitých částí legislativních aktů EU byl podpořen naprostou většinou poslanců včetně mě. Jedná se o pouhou právní aktualizaci, kdy je odstraněno několik opatření dočasné povahy a legislativních aktů, jež pozbyly platnosti. Cílem této aktualizace je větší přehlednost platného práva Evropské unie.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Claude Moraes sur l'abrogation de certains actes de l'acquis de Schengen. En effet certains actes concernant des mesures juridiques sur l'espace de liberté, de sécurité et de justice avaient un caractère temporaire ou ont été repris dans d'autres actes a posteriori. Il était donc nécessaire de les abroger dans un souci de clarification et de simplification des actes.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car il supprime un certain nombre d'actes devenus obsolètes concernant l'espace de liberté, de sécurité et de justice. Il s'agissait, en effet, d'améliorer la transparence, la clarté et de faire preuve de cohérence pour une meilleure législation européenne.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht betrifft die Aufhebung bestimmter Rechtsakte in Bezug auf den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Dabei handelt es sich um Änderungen technischer Natur, und diese Rechtsakte gelten als überholt. Aufgrund prinzipieller Überlegungen zum Schengener Übereinkommen enthalte ich mich der Stimmabgabe.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – These acts are no longer relevant because of their temporary nature or because their content has been taken up by successive acts. Therefore, for reasons of legal certainty and in order to bring acts in the area of freedom, security and justice in line with the Lisbon Treaty, I voted in favour of repealing these acts.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Die Kommission hat in drei Beschlüssen vorgeschlagen, zum Schengen-Besitzstand gehörende Rechtsakte aufzuheben, weil sie entweder zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden.

Ziel ist es, eine bessere Rechtsetzung zu erreichen, indem man eine größere Transparenz des Unionsrechts erreicht. Im diesem Zusammenhang ist es aus Sicht des Berichtstatters Claude Moraes angezeigt, Rechtsakte, die keinen Nutzen mehr haben, aus dem geltenden Besitzstand zu entfernen. Dies soll nach der Kommission mittels dreier Beschlüsse erreicht werden.

Im Gegensatz zur Kommission empfiehlt der Berichtstatter jeweils, die Art des Rechtsakts von einem Beschluss in eine Verordnung zu ändern.

Claude Moraes hat nach Anhörung des Juristischen Dienstes des Europäischen Parlaments auch zwei weitere obsolete Rechtsakte ermittelt, die zum Schengen-Besitzstand gehören und mittlerweile nicht mehr von Belang sind, weil sie zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden.

Die EKR unterstützt das REFIT-Programm im Sinne einer Entbürokratisierung und hat auch im LIBE-Ausschuss dafür gestimmt, dass veraltete Rechtsakte aufgehoben werden.

Die ALFA ist für Rechtsicherheit und Rechtsklarheit. Die in den Berichten vorgeschlagenen Maßnahmen sind dazu geeignet, die EU-Rechtsvorschriften zu verringern und das Unionsrecht zu vereinfachen. Diese Anliegen unterstütze ich ausdrücklich und habe daher für den Bericht gestimmt.

Béla Kovács (NI), *írásban*. – Az Európai Parlament a Schengeni Megállapodás túlhaladott rendelkezéseinek pontosságát, jogi letisztázása kapcsán 3 anyagot is napirendre vett ma. Nyilván, mint legfontosabb teendőket a határőrizet kapcsán. Szinte látom a képet: papucos öregúr a fotelban, kockás plédbe csavarva elégedetten pőfékel pipájából, egy húszéves újságot böngészve, háttal a kandallónak. Eközben a tűzből kipattant jókora parázsról már lángot fogott a szőnyeg, mindjárt ég a függöny, aztán az egész ház.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – In linea con gli impegni presi all'interno dell'accordo inter-istituzionale su una politica della regolamentazione, il Parlamento europeo, il Consiglio e la Commissione concordano sulla necessità di ridurre il volume del corpus legislativo dell'Unione, semplificandolo e migliorandolo. Nello specifico si tratta dell'abrogazione di 11 decisioni del comitato esecutivo di Schengen e del regolamento (CE) n. 189/2008 del Consiglio, sulle prove tecniche del sistema d'informazione Schengen di seconda generazione (SIS II).

Ho deciso di dare voto favorevole poiché il contenuto di alcune decisioni del comitato esecutivo di Schengen è stato effettivamente ripreso in atti successivi o in ragione della loro natura temporanea.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport sur la proposition de décision du Parlement européen et du Conseil abrogeant certains actes liés à l'espace de liberté, de sécurité et de justice, devenus obsolètes. Dans le but d'améliorer l'efficacité de l'acte, nous avons proposé la modification du type d'acte, de «décision» à «règlement», obligatoire dans tous ses éléments et directement applicable par les États membres. Par ailleurs, les Républicains et moi-même appelons à une refonte en profondeur des accords de Schengen, inappropriés dans leur forme et leur fonctionnement actuels à la réalité des menaces auxquelles les pays de l'Union doivent aujourd'hui faire face.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Un certain nombre d'actes faisant partie de l'acquis de Schengen ne sont plus pertinents en raison de leur caractère temporaire ou parce que leur contenu a été repris par des actes ultérieurs. Dans un souci de transparence et de «mieux légiférer», il faut les abroger.

Cependant, les événements récents démontrent encore une fois que Schengen en soi n'est plus pertinent. Les frontières extérieures ne sont plus gardées, donc le système est caduc. C'est pourquoi je me suis abstenue sur la proposition d'en abroger certains actes seulement.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu lors de ce vote. Certains textes et actes faisant partie de l'acquis de Schengen ne sont plus pertinents, soit parce qu'ils avaient une vocation purement temporaire, soit parce que des actes ultérieurs les ont remplacés. Les abroger est donc une décision logique, à fins de transparence et d'allègement de la législation.

Néanmoins, nous remettons en cause l'opportunité globale de Schengen. Voter pour aurait donc peut-être envoyé un signal de cautionnement de cette utopie européenne, quand voter contre reviendrait à vouloir maintenir des actes obsolètes. L'abstention était donc le seul choix politique et technique possible.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para derogar determinados actos del acervo de Schengen, ya que parte de esta legislación estaba obsoleta y no venía aplicándose debido al nuevo marco regulador surgido tras el Tratado de Lisboa. A pesar de nuestra oposición al mismo, no tendría sentido votar otra cosa y mantener unas normativas inaplicables.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Die Kommission hat in drei Beschlüssen vorgeschlagen, zum Schengen-Besitzstand gehörende Rechtsakte aufzuheben, weil sie entweder zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden.

Ziel ist es, eine bessere Rechtsetzung zu erreichen, indem man eine größere Transparenz des Unionsrechts erreicht. Im diesem Zusammenhang ist es aus Sicht des Berichtstatters Claude Moraes angezeigt, Rechtsakte, die keinen Nutzen mehr haben, aus dem geltenden Besitzstand zu entfernen. Dies soll nach der Kommission mittels dreier Beschlüsse erreicht werden.

Im Gegensatz zur Kommission empfiehlt der Berichtstatter jeweils, die Art des Rechtsakts von einem Beschluss in eine Verordnung zu ändern.

Claude Moraes hat nach Anhörung des Juristischen Dienstes des Europäischen Parlaments auch zwei weitere obsolete Rechtsakte ermittelt, die zum Schengen-Besitzstand gehören und mittlerweile nicht mehr von Belang sind, weil sie zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden.

Der EKR unterstützt das REFIT-Programm im Sinne einer Entbürokratisierung und hat auch im LIBE-Ausschuss dafür gestimmt, dass veraltete Rechtsakte aufgehoben werden.

Die ALFA ist für Rechtsicherheit und Rechtsklarheit. Die in den Berichten vorgeschlagenen Maßnahmen sind dazu geeignet, die EU-Rechtsvorschriften zu verringern und das Unionsrecht zu vereinfachen. Diese Anliegen unterstütze ich ausdrücklich und habe daher für den Bericht gestimmt.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – U svrhu pojednostavljenja zakona i ukidanja zastarjelih zakona, Komisija je izvršila procjenu schengenske pravne stečevine i pravnih instrumenata. Zaključeno je da mnogi akti više nisu relevantni zbog svoje privremene prirode ili zato što je njihov sadržaj obuhvaćen naknadnim aktima, iako nisu stavljeni izvan snage.

Komisija je podnijela prijedlog za ukidanje 11 odluka Schengenskog izvršnog odbora, te Uredbe Vijeća br. 189/2008. Nakon savjetovanja s pravnom službom Europskog parlamenta, predlaže se i promjena vrste akta iz „odluke” u „propis”, jer su propisi u skladu s čl.288 UFEU-a u cijelosti obvezujući i izravno primjenjivi u svim državama članicama.

Podržala sam izvješće zastupnika Clauda Moraes, jer smatram da je ukidanjem zastarjelih propisa potrebno da bi se osigurala pravna sigurnost i transparentnost prava Unije koje je ključan element za bolju izradu zakonodavstva.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski.* – Kad kāda lieta – šajā gadījumā tiesību akti – vairs nepilda savas funkcijas, pastāv dažādi varianti, kā var rīkoties. Pirmais – modificēt šos tiesību aktus, lai tie atbilstu mūsdienu realitātēm un varētu turpināt efektīvi kalpot sākotnēji izvirzīto uzdevumu pildīšanai. Otrais variants – atcelt šos tiesību aktus, ja tie ir jau pavisam novecojuši un nevar turpināt pildīt savas primārās funkcijas. Trešais variants (kurš bieži vien iet kopā un faktiski savstarpēji papildina otro) – pieņemt jaunus tiesību aktus, kuri pārņemtu novecojušo aktu lomu.

Konkrēti šeit piedāvātā regula (bijušais lēmums) bija nepieciešama, lai atceltu 11 lēmumus, kas attiecās uz Šengenas zonas funkcionēšanu, kā arī otrās paaudzes Šengenas Informācijas sistēmas testiem, kuri tik un tā zaudēja savu spēku vairāk nekā pirms diviem gadiem, stājoties spēkā šai sistēmai. Starp šiem 11 lēmumiem bija tādi, kas attiecās uz vīzu politiku, cīņu pret nelegālo imigrāciju, Šengenas vīzu izdošanu vai apmaiņu ar statistikas informāciju.

Kamēr šīs lietas, bez šaubām, ir ļoti svarīgas un Šengenas zonas funkcionēšanai ļoti nepieciešamas, nemaz nerunājot par pašas Eiropas Savienības darbību robežu aizsardzības jomā, šie visi lēmumi ir novecojuši un aizstāti ar jaunākajiem tiesību aktiem, līdz ar ko vienkārši nebija nekādas jēgas tos turpināt turēt aktīvo tiesisko aktu starpā.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne.* – Pravidelná revízia právnych predpisov EÚ by mala byť samozrejmom súčasťou legislatívnej činnosti. Niektoré právne predpisy v oblasti slobody, bezpečnosti a spravodlivosti neplnia svoj účel, resp. majú dočasnú povahu, sú zastarané a neslúžia efektívne potrebám skutočnej praxe. Preto navrhnuté zrušenie prispeje k zvýšeniu transparentnosti legislatívy, k jednoduchšej orientácii a v konečnom dôsledku aj jednoduchšej interpretácii noriem v daných oblastiach.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς.* – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την κατάργηση ορισμένων πράξεων στον χώρο της ελευθερίας, της ασφάλειας και της δικαιοσύνης, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – Je me suis abstenu sur ce vote. Nous estimons que l'espace Schengen n'est plus pertinent, d'autant plus au regard des récents événements qui ont démontré son inutilité. Voter pour cette abrogation serait cautionner Schengen, et un vote contre est inutile puisqu'il ne servirait qu'à garder des actes obsolètes et ne remettrait même pas en cause l'espace lui-même. L'abstention est le seul choix valide.

David Martin (S&D), *in writing.* – I supported this proposal. Improving the transparency of Union law is an essential element of the better law-making strategy that the institutions of the Union are implementing. In that context it is appropriate to remove from the legislation in force those acts which no longer serve any purpose.

A number of acts belonging to the Schengen acquis are no longer relevant due to their temporary nature or because their content has been taken up by successive acts, even though they have not been repealed.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Migliorare la trasparenza del diritto dell'Unione è parte sostanziale della strategia «Legiferare meglio» realizzata dalle istituzioni dell'Unione. È utile, quindi, eliminare dalla legislazione in vigore gli atti che non hanno più ragion d'essere in virtù del fatto che suddetti atti vengono considerati obsoleti perché il loro contenuto viene ripreso in atti successivi o in ragione della loro natura temporanea.

Per tal motivo ho votato a favore della relazione concernente l'abrogazione di alcuni atti dell'acquis di Schengen.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Es handelt sich um einen rein technischen Bericht hinsichtlich der Schengener Rechtsakte. Die gegenwärtige Situation bekräftigt unsere kritische Haltung zu den Schengen-Gesetzen. Der Bericht manifestiert nur die derzeitige Rechtslage. Da er inhaltlich keine Veränderung mit sich bringt, enthalte ich mich meiner Stimme.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Dans ce rapport, la Commission propose d'abroger une douzaine d'actes législatifs obsolètes depuis l'intégration de l'acquis de Schengen directement dans les traités européens. Ainsi, «l'obligation faite aux États Schengen d'échanger des informations statistiques permettant un meilleur contrôle des migrations aux frontières extérieures» est supprimée car devenue obsolète depuis l'entrée en vigueur du règlement (CE) n° 2007/2004 qui a confié à l'agence FRONTEX la gestion et l'analyse de la situation aux frontières extérieures. Étrange privation dans le contexte actuel! Bien qu'il s'agisse d'un rapport technique visant à «simplifier» le droit de l'Union je vote contre pour marquer mon désaccord avec ces mesures qui ont révélé leur profonde inefficacité. Pas de quoi se réjouir qu'elles soient intégrées aux traités et ainsi rendues encore plus difficiles à changer.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'idée n'est pas, dans ce rapport, de revenir sur l'espace Schengen mais d'en clarifier le cadre juridique, en abrogeant des actes devenus obsolètes car temporaires ou recyclés dans des actes ultérieurs.

Le Front national est opposé à l'espace Schengen, outil préjudiciable à notre pays, en témoignent les récents événements.

Comme il est seulement question dans ce rapport de clarifier certains actes, mais qu'il ne souhaite pas cautionner l'espace Schengen, je m'abstient sur ce vote.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A Comissão Europeia procedeu à avaliação do acervo de Schengen e dos instrumentos jurídicos existentes no âmbito da cooperação judiciária e policial em matéria penal, tendo em conta o Protocolo n.º 36 anexo aos Tratados relativo às disposições transitórias. Tratando-se de disposições obsoletas - quer pelo seu carácter exclusivamente temporário, quer pela alteração do seu conteúdo por atos subsequentes -, com vista a proceder a uma simplificação da legislação, com ganhos a nível da certeza e da segurança jurídica, legislar melhor significa a revogação desses mesmos atos. Apresentei, por isso, o meu voto favorável sobre a proposta de decisão do Parlamento Europeu e do Conselho que revoga determinados atos no domínio da liberdade, da segurança e da justiça.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of repealing obsolete acts from the Schengen acquis as it will lead to more efficient and transparent EU legislation.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Zlepšenie transparentnosti aktov je významným činiteľom pri tvorbe práva Únie. Nariadenia a akty zanikajú v dôsledku svojej dočasnej povahy, alebo prevzatia svojho obsahu do nových nariadení. Pri posúdení schengenského acquis boli mnohé akty označené ako zastarané, Komisia preto predložila návrh na ich zrušenie. Dokopy sa zrušuje 11 aktov zahrňujúcich aj výmenu informácií, vydávanie schengenských víz, boj proti nelegálnemu prístahovalectvu, či overovanie dokladov. Cieľom nariadenia je prijať opatrenia na úrovni Únie, ktoré sú rovnako záväzné v celom rozsahu pre členské štáty. Podporujem preto rozhodnutie zrušiť zastarané a dočasné akty, ktorých obsah je obsolentný, alebo prevzatý do následných aktov.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report on repealing certain acts from the Schengen acquis, which is as part of the Commission policy on Regulatory Fitness. This related instrument will repeal a number of legal acts in the field of police and judicial cooperation and a number in relation to the Schengen Acquis. All of the acts to be repealed are no longer legally relevant either because they have been replaced by a more up-to-date legal act or they are of a temporary nature.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság a schengeni vívmányokra és a büntetőügyekben folytatott rendőrségi és igazságügyi együttműködésre vonatkozó elemzésében megállapította, hogy a Schengeni Végrehajtó Bizottság 11 határozata elavult, mert tartalmukat átvették későbbi jogszabályok, továbbá elavult a Tanács 2008. február 18-i 189/2008/EK rendelete a Schengeni Információs Rendszer (SIS II) második generációjának teszteléséről, amikor a SIS II 2013. április 9-én megkezdte működését. Javaslatot tett ezért azok hatályon kívül helyezéséről szóló európai parlamenti és tanácsi határozat elfogadására.

Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében a tervezetet a Parlamentnek elfogadásra ajánlotta, azzal, hogy javasolja a jogi aktus típusának határozatról rendeletté módosítását, minthogy a rendelet teljes egészében kötelező és közvetlenül alkalmazandó valamennyi tagállamban, és jobban szolgálja a javaslat célját. A tervezetet támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Un certain nombre d'actes faisant partie de l'acquis de Schengen ne sont plus pertinents en raison de leur caractère temporaire ou parce que leur contenu a été repris par des actes ultérieurs. Dans un souci de transparence et de clarté législative, il est proposé de les abroger.

Toutefois, nous considérons que ce sont les accords de Schengen eux-mêmes qui ne sont plus pertinents. C'est donc leur suppression entière qu'il faut envisager, cette abrogation technique n'appelle pas d'autre position que l'abstention.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – De acordo com a estratégia europeia «Legislar Melhor», que pressupõe uma maior transparência do direito da União, e tendo como principal objetivo simplificar e tornar mais eficaz a regulamentação europeia, devem ser revogados todos os atos que se tornem obsoletos tanto devido ao seu conteúdo como a nível do seu caráter temporário.

Nesta medida, tornaram-se obsoletos - no âmbito do acervo de Schengen - determinados atos no domínio da liberdade, da segurança e da justiça. O conteúdo de 11 decisões do Comité Executivo de Schengen foi retomado em atos posteriores e o Regulamento (CE) n.º 189/2008 do Conselho, de 18 de fevereiro de 2008, relativo aos testes da segunda geração do Sistema de Informação de Schengen (SIS II), cessou os seus efeitos jurídicos quando este sistema se tornou efetivamente operacional.

Tendo em consideração as diversas alterações tornou-se necessário modificar o tipo de ato de «decisão» para «regulamento», pois este último tem caráter obrigatório, sendo diretamente aplicável aos Estados-Membros, adequando-se melhor ao objetivo do relatório aqui em questão.

Voto favoravelmente esta proposta, na medida em que a sua aprovação vai ao encontro dos objetivos de clareza e segurança jurídica que devem ser alcançados no âmbito da legislação da União Europeia.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est relatif à une proposition concernant la simplification du droit. En effet, la pertinence de certaines dispositions relatives à Schengen a été remise en cause car elles ont été reprises par des actes ultérieurs. Ceci s'inscrit dans une démarche de transparence et dans la cadre de la politique «Mieux légiférer» mise en place par la Commission européenne.

Cependant, si je soutiens cette volonté de simplification et la clarification du droit positif, je condamne l'idée même des accords de Schengen. Or, voter en faveur de ce rapport reviendrait à donner un blanc-seing à l'absence de frontières nationales. Je ne peux donc que voter contre cette proposition qui ne remet aucunement en cause les accords de Schengen.

J'ai donc décidé de m'abstenir lors du vote de ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'abrogation de certains actes liés à l'espace de liberté, de sécurité et de justice. L'amélioration de la transparence du droit de l'Union est un élément essentiel de la stratégie visant à mieux légiférer, que les institutions de l'Union mettent actuellement en œuvre. Certaines mesures juridiques ne sont plus pertinentes en raison de leur caractère temporaire ou parce que leur contenu a été repris par des actes ultérieurs. Il convient, par conséquent, de les retirer de la législation en vigueur.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Je n'ai pas pu voter pour ce rapport mais je soutiens pleinement la position du groupe PPE et de la délégation française d'adopter ce rapport. Un certain nombre d'actes faisant partie de l'acquis de Schengen ne sont plus pertinents en raison de leur caractère temporaire, il convient donc de les abroger.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A szabadságon, a biztonságon és a jogi érvényesülésen alapuló térségre vonatkozó, illetve a büntetőügyekben folytatott rendőrségi és igazságügyi együttműködés területén egyes jogi aktusok hatályon kívül helyezéséről szóló javaslatokat támogatom, hiszen fontosnak tartom a törvények átláthatóságát és érthetőségét. Az Európai Unió jogszabályok aktualitása mindenképpen pozitívumként tekinthető, épp ezért nem szabad elfeledkeznünk az elavult rendeletekről, amelyek már semmilyen célt nem szolgálnak, és azok hatályon kívül helyezéséről.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that is adapting the content of certain acts in the area of freedom, security and justice deemed to be obsolete because they have been taken up by successive acts or because they have temporary nature.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this text as it was high time to update the Schengen acquis. Having an unclear or outdated text at this sensitive time was needlessly damaging for the interests of both Member States who are inside and those Members who are yet to join the Schengen area, but should do so soon and would have had trouble, otherwise, with the outdated text.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der vorliegende Bericht bezieht sich auf einen Vorschlag der Kommission für einen Beschluss zur Aufhebung bestimmter Rechtsakte in Bezug auf den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts. Hier handelt es sich um einen rein technischen Bericht, aus diesem Grund habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport visant à approuver la décision de la Commission d'abroger des actes législatifs rendus obsolètes par l'intégration des acquis de Schengen dans les traités européens. Le présent rapport supprime les actes permettant aux États membres d'échanger des informations statistiques relatives aux flux migratoires aux frontières extérieures, cette mission ayant été transmise à l'agence Frontex après adoption du règlement CE n° 2007/2004. La simplification de la législation européenne est importante et nécessaire.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin, kuna aja jooksul on mitmed õigusaktid aegunud või on nende sisu üle võetud teistesse aktidesse.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK isn't part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Le tematiche che si trovano al centro dei dibattiti attuali hanno portato le istituzioni UE a rivedere la normativa Schengen e a concludere che essa necessita di una semplificazione per poter affrontare al meglio le questioni che riguardano sia il fenomeno migratorio che la minaccia terroristica.

Contribuisco a questi lavori non soltanto rinnovando il mio impegno a collaborare con i colleghi sulla questione, ma anche votando positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Ova Uredba izvan snage stavlja 11 akata koje se odnose na regulaciju kontrole ulaska i izlaska iz država članica unutar područja Schengena. S obzirom na to da su ta pitanja regulirana novijim aktima, kao što je npr. razmjena statističkih podataka čega analizu danas provodi FRONTEX, ove odluke su zastarjele. Jedna od takvih uredbi je i Uredba o testovima Schengenskog informacijskog sustava koji se već koriste duže vrijeme.

Podržala sam ovo Izvješće jer smatram da je nužno iz schengenske pravne stečevine ukloniti sve one akte koji više nemaju svrhu postojanja kako bi zakonodavstvo pojednostavili i učinili ga transparentnijim. Upravo je to ključni element strategije za bolju izradu zakonodavstva koju institucije Unije provode.

Iako Republika Hrvatska još uvijek nije članica schengenskog prostora, cilj je Hrvatske da uđe u Schengen. Stoga je i meni kao zastupnici, ali i svim građanima Hrvatske u interesu da pravila pravne stečevine uz schengenski prostor budu svima dostupna i razumljiva.

Florian Philippot (ENF), par écrit. – Ce rapport est relatif à une proposition concernant la simplification du droit. En effet, la pertinence de certaines dispositions relatives à Schengen a été remise en cause car ils ont été repris par des actes ultérieurs. Ceci s'inscrit dans une démarche de transparence et dans le cadre de la politique «Mieux légiférer» mise en place par la Commission européenne.

Cependant, si je soutiens cette volonté de simplification et la clarification du droit positif, je condamne l'idée même des accords de Schengen. Or, voter en faveur de ce rapport reviendrait à donner un blanc-seing à l'absence de frontières nationales. Je ne peux donc que voter contre cette proposition qui ne remet aucunement en cause les accords de Schengen.

J'ai donc décidé de m'abstenir lors du vote de ce texte.

Tonino Picula (S&D), napisan. – Podržavam prijedlog Komisije koji se odnosi na ukidanje ukupno 11 odluka Izvršnog odbora Schengena te jedne uredbe Vijeća. Kod odluka se uglavnom radilo o izmjenama u viznoj politici te pitanjima kontrole migracija. Zanimljivo je uočiti kako je u nekoliko slučajeva novim uredbama FRONTEX potpuno preuzeo funkciju koju su u starim odlukama imale države članice, primjerice razmjenjivanje statističkih podataka o migracijama te nadzor migracija na vanjskim granicama. Isto tako, Europolu su povjerene zadaće u vezi s razmjenom informacija o borbi protiv nezakonite migracije, a među državama članicama uveden je novi pravni okvir suradnje u pogledu kontrole vanjskih granica, uključujući upućivanje časnika za vezu zaduženih za imigraciju u treće zemlje.

U posljednjih nekoliko mjeseci svjedoci smo naglih i ozbiljnih ugroza schengenske slobodne zone, a umjesto održavanja zajedničkog sigurnosnog okvira, pojedine države članice djeluju na svoju ruku i privremeno suspendiraju schengenski režim u skladu s rastućim strahom javnosti od nekontroliranih migracija. Očekivano je da će se nakon tragičnih događaja u Parizu pojaviti potreba za ponovnom evaluacijom dosadašnjih odredbi o Schengenu i vjerojatnog zaobilaženja pravila od strane pojedinih država članica koje su dio Schengena.

Andrej Plenković (PPE), napisan. – Radi vjerodostojnosti i transparentosti prava Unije smatram da je potrebno iz zakonodavstva na snazi ukloniti akte koji više ne služe svrsi. Osim novih akata koji svojim stupanje na snagu dovode do potrebe stavljanja starih izvan snage, u skladu s njima uspostavljene su i nove organizacije koje funkcioniraju i koje su preuzele poslove koji bi bili u nadležnosti država članica i drugih organizacija i tijela. Stavljanjem izvan snage brojnih zastarjelih akata Unije iz schengenske pravne stečevine na razini unije omogućuje pravnu sigurnost i jasnoću koju nije moguće postići u dovoljnoj mjeri na razini država članica. Slijedom navedenog smatram opravdanim stavljanje izvan snage svih 11 predloženih odluka te Uredbe vijeća (EZ) br. 189/2008.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), per iscritto. – La strategia «Legiferare meglio» è stata creata al fine di garantire maggiore trasparenza e favorire la certezza del diritto. In base ad essa, gli atti adottati dell'UE che hanno esaurito tutti i loro effetti, o che non sono più pertinenti per il loro carattere temporaneo o perché il loro contenuto è stato ripreso in atti successivi, possono essere abrogati. Nel testo di questa relazione si propone di abrogare alcuni atti concernenti il settore «Libertà, sicurezza e giustizia» i quali sono diventati obsoleti perché il loro contenuto è stato ripreso in atti successivi. Per tutto ciò, ho deciso di votare in favore dell'abrogazione di questi atti normativi.

Jiří Pospíšil (PPE), písemně. – Jsem velmi rád, že kromě neustálého přijímání nových legislativních norem se Evropský parlament na této schůzi rozhodl také k rušení aktů, které již nejsou třeba. Věřím, že se toto pomyslné okénko, kdy se věnujeme revizi unijní legislativy, bude opakovat i na dalších našich jednáních.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour abroger ce texte car il était devenu obsolète juridiquement. Nous devons adopter des textes clairs pour renforcer efficacement notre espace de liberté, de sécurité et de justice.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A presente proposta da Comissão prevê a revogação de um conjunto de atos pertencentes ao acervo de Schengen, que se tornaram obsoletos, quer em virtude da integração do respetivo conteúdo em atos subsequentes, quer em razão do seu carácter temporário. Neste caso em particular, está em causa a revogação de onze decisões do Comité Executivo de Schengen e o Regulamento (CE) n.º 189/2008, de 18 de fevereiro de 2008, relativo aos testes da segunda geração do sistema de Informação de Schengen.

Tendo em vista o final do período de transição estabelecido no Protocolo n.º 36, anexo aos Tratados e considerando os objetivos de simplificação e redução do volume de legislação inscritos na estratégia «Legislar melhor», votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK isn't part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Relaciona-se apenas com a revogação de atos obsoletos (a maior parte relacionada com vistos, passaportes e troca de informação).

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Varios actos pertenecientes al acervo de Schengen han dejado de ser pertinentes por su carácter temporal o porque su contenido ha sido incorporado en actos sucesivos, si bien no han sido derogados. Se trata de actos que han quedado obsoletos, en concreto once decisiones del Comité Ejecutivo de Schengen cuyo contenido ha sido incorporado en actos sucesivos y el Reglamento (CE) n.º 189/2008 del Consejo, de 18 de febrero de 2008, sobre los ensayos del Sistema de Información de Schengen de segunda generación (SIS II), que agotó sus efectos jurídicos con la entrada en funcionamiento del SIS II el 9 de abril de 2013.

Por ello, he votado a favor de su derogación.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Dans le contexte de l'expiration de la période transitoire fixée dans le protocole n° 36 sur les dispositions transitoires, annexé aux traités, la Commission européenne a procédé à une évaluation de l'acquis de Schengen et des instruments juridiques dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale.

Un certain nombre d'actes ont été identifiés comme obsolètes du fait que leur contenu a été repris par des actes ultérieurs ou en raison de leur caractère temporaire.

La Commission a présenté une proposition visant à abroger, en raison de leur obsolescence, les décisions du comité exécutif SCH/Com-ex 14 (lutte contre le trafic de stupéfiants) et 52 (mémento de coopération policière), la déclaration du comité exécutif SCH/Com-ex décl. 13, rév. 2 (enlèvement de mineurs) et la décision 2008/173/JAI du Conseil du 18 février 2008 relative aux essais du système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II). J'ai donc soutenu ce rapport.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Após análise por parte da Comissão, verificou-se que existe um conjunto de atos jurídicos relacionados com o «Acervo de Schengen»- espaço de liberdade, segurança e justiça - que já não são relevantes devido à sua natureza temporária ou porque o seu conteúdo foi replicado em atos subsequentes.

O objetivo do presente relatório passa, então, por revogar um certo número de medidas jurídicas relativamente a essas matérias, que foram identificadas como obsoletas.

Nessa medida, tratando-se de um relatório eminentemente técnico e tendo em conta que estão em causa questões de segurança e certeza jurídicas, atribuí o meu voto favorável.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui propose de modifier le type d'acte législatif pour que cette décision devienne un règlement; de plus, un ajout dans le titre précise que les actes abrogés en question font partie de l'acquis de Schengen.

Ainsi, le règlement permettra d'abroger onze décisions du comité exécutif de Schengen, en raison du fait que leur contenu a été repris par des actes ultérieurs, ainsi que le règlement de 2008 relatif aux essais du système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II), qui a épuisé ses effets juridiques lorsque le SIS II est devenu opérationnel le 9 avril 2013.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della relazione relativa all'abrogazione di alcuni atti dell'acquis di Schengen in quanto concordo con la decisione del Parlamento europeo e del Consiglio di aggiornare e semplificare il diritto dell'Unione europea e di eliminare una serie di atti ritenuti obsoleti. Nello specifico la relazione abroga 11 decisioni del comitato esecutivo di Schengen e il regolamento (CE) n. 189/2008 del 18 febbraio 2008.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta derogación está exenta de contenido político y tiene que ver simplemente con la superación, a través de actos sucesivos, de determinadas normativas, que quedan, por tanto, rebasadas o contenidas en otras. Por ello hemos votado a favor.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para derogar determinados actos del acervo de Schengen, ya que parte de esta legislación estaba obsoleta y no venía aplicándose debido al nuevo marco regulador surgido tras el Tratado de Lisboa. A pesar de nuestra oposición al mismo, no tendría sentido votar otra cosa y mantener unas normativas inaplicables.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Con il voto di oggi il Parlamento abroga 11 decisioni del comitato esecutivo di Schengen e il regolamento (CE) n. 189/2008 del Consiglio sulle prove tecniche del sistema d'informazione SIS II, un sistema che contribuisce ad aumentare la sicurezza e a facilitare la libera circolazione nello spazio Schengen.

Questi atti sono divenuti obsoleti in quanto il loro contenuto è stato ripreso in atti successivi. Ho deciso pertanto di votare a favore di questa decisione.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of this as it repeals European Union acts.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – This co-decision decision makes sense within the Commission's policy on regulatory fitness and cutting down on unnecessary parts of the body of EU law. The repeal of this act was not politically motivated, and I am glad to see that it was passed unanimously in committee.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Súhlasím s tým, že Komisia naplňa svoje predsavzatie zjednodušovať právne predpisy EÚ prostredníctvom rušenia zastaraných právnych aktov. V tomto kontexte vykonala Komisia aj posúdenie právnej úpravy Schengenského priestoru a právnych nástrojov v oblasti policajnej a justičnej spolupráce v trestných veciach. Keďže dospela k záveru, že mnohé akty boli už zastarané a ich obsah bol prevzatý do následných aktov alebo mali dočasný charakter, je možné len podporiť jej návrh na ich zrušenie.

Tým sa dosiahne zrušenie 11 rozhodnutí Schengenského výkonného výboru, pretože ich obsah sa prevzal do následných aktov. A takisto dôjde k zrušeniu nariadenia Rady o skúškach Schengenského informačného systému druhej generácie, keďže tento systém bol už medzičasom spustený. Zjednodušovanie právneho systému je v súčasnej situácii nevyhnutné, jednak pre jeho prebujenosť a neprehľadnosť, ako aj pre zvyšovanie dôveryhodnosti občanov.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Die Kommission hat in drei Beschlüssen vorgeschlagen, zum Schengen-Besitzstand gehörende Rechtsakte aufzuheben, weil sie entweder zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden.

Ziel ist es, eine bessere Rechtsetzung zu erreichen, indem man eine größere Transparenz des Unionsrechts erreicht. Im diesem Zusammenhang ist es aus Sicht des Berichtstatters Claude Moraes angezeigt, Rechtsakte, die keinen Nutzen mehr haben, aus dem geltenden Besitzstand zu entfernen. Dies soll nach der Kommission mittels dreier Beschlüsse erreicht werden.

Im Gegensatz zur Kommission empfiehlt der Berichtstatter jeweils, die Art des Rechtsakts von einem Beschluss in eine Verordnung zu ändern.

Claude Moraes hat nach Anhörung des Juristischen Dienstes des Europäischen Parlaments auch zwei weitere obsolekte Rechtsakte ermittelt, die zum Schengen-Besitzstand gehören und mittlerweile nicht mehr von Belang sind, weil sie zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden.

Der EKR unterstützt das REFIT-Programm im Sinne einer Entbürokratisierung und hat auch im LIBE-Ausschuss dafür gestimmt, dass veraltete Rechtsakte aufgehoben werden.

Die ALFA ist für Rechtsicherheit und Rechtsklarheit. Die in den Berichten vorgeschlagenen Maßnahmen sind dazu geeignet, die EU-Rechtsvorschriften zu verringern und das Unionsrecht zu vereinfachen. Diese Anliegen unterstütze ich ausdrücklich und habe daher für den Bericht gestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – Z hľadiska právnej istoty a zrozumiteľnosti je žiaduce, aby obsolentné právne normy, teda zastarané a nepoužívané nariadenia a rozhodnutia v daných oblastiach, boli zrušené, a zároveň sa tak vytvoril priestor pre zlepšenie transparentnosti práva Únie, jeho prehľadnosti a efektívnosti.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Podržavam ovaj prijedlog jer je poboljšanje transparentnosti prava Unije ključni element strategije za bolju izradu zakonodavstva koju institucije Unije provode. Također, smatram da bi se iz zakonodavstva trebali ukloniti akti s područja slobode, sigurnosti i pravde koji su na snazi i ne služe svrsi.

Odluka Izvršnog odbora SCH/Com-ex (98) 18 rev kojom je utvrđeno da je postupak koji moraju slijediti schengenske države koje imaju ozbiljne poteškoće u dobivanju propusnica za repatrijaciju nezakonitih migranata te mogućnost da se na razini Unije istraži potreba za drugim, više obvezujućim mjerama protiv trećih zemalja je zastarjela jer je Unija s velikim brojem trećih zemalja sklopila sporazume o ponovnom prihvatu u kojima su utvrđeni obveze i postupci koje tijela trećih zemalja i država članica moraju ispunjavati u odnosu na repatrijaciju stranih državljana koji nezakonito borave u Uniji.

Catherine Stihler (S&D), in writing. – I voted in favour of this report. A number of acts adopted in recent decades have exhausted all their effects. They are no longer relevant because of their temporary nature or because their content has been taken up by successive acts. For reasons of legal certainty it is necessary to revoke the measures in question in order to bring acts in the area of freedom, security and justice in line with the Lisbon Treaty.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. – Cilj ovog zakonodavnog prijedloga jest opozvati zastarjele zakonske mjere u području slobode, sigurnosti i pravosuđa.

U lipnju 2014. godine Europska komisija u suradnji s policijom i pravosudnim tijelima započela je s procjenom pravne stečevine i pravnih instrumenata vezanih za područje kriminala.

Komisija je sada završila procjenu, te odlučila kako mnogi akti više nisu relevantni zbog svoje privremene prirode ili zato što je njihov sadržaj obuhvaćen naknadnim aktima, iako nisu stavljeni izvan snage. Sukladno tome, Komisija predlaže Europskom parlamentu i Vijeću, povlačenje 12 akata usvojenih u području slobode, sigurnosti i pravosuđa.

Podržavam ovaj prijedlog, jer smatram kako se ukidanjem zastarjelih propisa osigurava pravna sigurnost i transparentnost prava Unije, što je ključan element za bolju izradu zakonodavstva.

Richard Sulík (ECR), písomne. – Návrh som podporil, keďže jeho cieľom je zjednodušenie legislatívy bez zmeny jej účinkov. Vitám všetky podobné aktivity, ktorých výsledkom je väčšia prehľadnosť legislatívy a v ideálnom prípade aj nižšia regulačná záťaž.

Pavel Svoboda (PPE), písemně. – Podpořil jsem legislativní usnesení Evropského parlamentu, které v důsledku vyslovuje souhlas s návrhem rozhodnutí EP a Rady o zrušení některých aktů v prostoru svobody, bezpečnosti a práva. Zrušení těchto aktů nijak nesouvisí s bojem proti terorismu či s řešením migrační krize. Týká se pouze zrušení nyní již nadbytečných předpisů, které nadále již nemají žádný význam, jako je např. nařízení o testování druhé generace Schengenského informačního systému (SIS II). Testování tohoto SIS II již proběhlo a systém je nyní v provozu.

Kay Swinburne (ECR), in writing. – As the UK is outside of the Schengen area and this proposal does not impact the UK in any way, I have abstained.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Στα πλαίσια του προγράμματος βελτίωσης της καταλληλότητας και της αποδοτικότητας του κανονιστικού πλαισίου, η Επιτροπή δήλωσε ότι διεξήγαγε «screening» του κεκτημένου στον τομέα της αστυνομικής και δικαστικής συνεργασίας σε ποινικές υποθέσεις. Στόχος ήταν να εντοπιστούν πράξεις οι οποίες θα μπορούσαν να καταργηθούν, στο πλαίσιο της λήξης της μεταβατικής περιόδου που τέθηκε από τις Συνθήκες.

Η Επιτροπή ολοκλήρωσε την αξιολόγηση των νομικών πράξεων στο χώρο της Ελευθερίας, Ασφάλειας και Δικαιοσύνης, και πρότεινε τρεις προτάσεις που αφορούν την κατάργηση είκοσι περίπου νομικών μέτρων.

Υπερηψίσαμε, λοιπόν, τις εν λόγω εκθέσεις που σχετίζονται με τις πιο πάνω πράξεις, καθώς συμβάλλουν στην νομική σαφήνεια υποδεικνύοντας ποιες πράξεις θεωρούνται ξεπερασμένες λόγω του προσωρινού τους χαρακτήρα, αλλά και του γεγονότος ότι έχουν αντικατασταθεί από μεταγενέστερες πράξεις στο πλαίσιο της Συνθήκης της Λισαβόνας.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Támogattam a javaslatot, mert kiemelt fontosságúnak tartom az Európai Unió jogalkotásának jó minőségét és transzparenciáját. A schengeni megállapodás hatálya alá tartozó szabályozás esetében ez különösen aktuális szempont, a most jelentkező új kihívásoknak (például terrorizmus) való megfelelés érdekében. Mint a jelentés is rámutat, a hatályon kívül helyezni javasolt jogi aktusok, illetve azok egyes elemei a jogalkotás által kitűzött átmeneti időszak elteltével történt felülvizsgálat során vagy elavultnak bizonyultak, vagy szerepüket időközben átvette egy újabb jogszabály, illetőleg részben eleve átmenetinek szánt rendelkezéseket tartalmaztak.

A javasolt módosítások figyelemmel vannak arra a speciális jogviszonyra is, amellyel az EU a schengeni megállapodás hatálya alá tartozó együttműködésében egyrészt egyes tagállamokkal (Dánia, Egyesült Királyság), másrészt egyes nem tagállamokkal (Ízland, Norvégia, Svájc, Liechtenstein) érvényesít.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Având ca scop eficientizarea și transparentizarea modului în care se aplică legislația europeană, Comisia Europeană și-a propus, la un anumit interval de timp, reevaluarea necesității anumitor acte legislative.

Raportul pe care l-am votat astăzi vizează retragerea din vigoare a 11 acte din domeniul cooperării polițienești și judiciare din acquis-ul Schengen, considerate ca fiind caduce din cauza caracterului temporar sau a faptului că obiectivele acestora au fost preluate de acte care le succed.

Abrogarea acestor acte nu poate fi îndeplinită la nivelul fiecărui stat membru, motiv pentru care măsura va fi realizată la nivelul Uniunii.

Consider că retragerea legislației caduce nu poate decât să eficientizeze bunul mers al aplicării legislației pe teritoriul statelor membre, drept pentru care am votat în favoarea acestui raport.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte du collègue Moraes. L'amélioration de la transparence du droit de l'Union est un élément essentiel de la stratégie visant à mieux légiférer, que les institutions de l'Union mettent actuellement en œuvre. Dans ce contexte, il convient de retirer de la législation en vigueur les actes qui n'ont plus de raison d'être.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of repealing certain acts in the Area of Freedom, Security and Justice. An assessment by the Commission found that a number of acts belonging to it are no longer relevant because their content has been taken up by subsequent acts or because they are of a temporary nature. The proposal should take the form of a regulation. It suggests repealing eleven decisions of the Schengen Executive Committee and Council Regulation (EC) No 189/2008 on the testing of the second generation Schengen Information System (SIS II), the legal effect of which was exhausted once the SIS II became operational in April 2013.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam uredbu kojom se određeni akti iz schengenske pravne stečevine stavljaju izvan snage, što smatram potrebnim kako bi se ukinuli zastarjeli akti kojima je prošlo prijelazno razdoblje postavljeno Ugovorom o funkcioniranju Europske unije ili su zamijenjeni novim aktima.

Smatram da je ukidanje tih akata osobito korisno kako bi se u zakonodavstvu Europske unije izbjegla preklapanja zakonskih odredbi. S ciljem pojednostavljenja zakonodavstva, ovom uredbom ukidaju se Odluke o: viznoj politici, razmjeni statističkih podataka, izdavanju schengenskih viza, dokazima u okviru sporazuma o ponovnom prihvatu, radnoj skupini, poteškoćama u dobivanju propusnica, stavljanju pečata, borbi protiv nezakonite imigracije, savjetnicima za isprave te časnicima za vezu, kao i Uredba Vijeća o testovima SIS-a II.

Držim da navedenim prijedlozima Europska komisija ispunjava ciljeve REFIT programa kojima se želi osigurati uskladenost i učinkovitost propisa, stoga sam podržala ovu uredbu.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu sprememb Evropskega parlamenta k predlogu Komisije o uredbi Evropskega parlamenta in Sveta o razveljavitvi nekaterih aktov iz schengenskega pravnega reda sem podprla, saj menim, da je potrebno razveljaviti nekatere zastarele akte schengenskega pravnega reda in jih nadomestiti z novimi, učinkovitejšimi akti. Dandanes se med drugim soočamo z množičnimi migracijami, kar predstavlja velik izziv za celotno Evropo, predvsem pri izvajanju schengenskega sporazuma. Ker je trenutno stanje skrb vzbujajoče in je zagotavljanje varnosti ljudi vprašljivo, je nujno potreben dober, moderniziran informacijski sistem za nadzor zunanjih meja in učinkovitejša izmenjava podatkov med državami članicami, kar bi omogočalo boljše spremljanje migracije na zunanjih mejah in preprečevalo nedovoljene migracije.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta derogación está exenta de contenido político y tiene que ver simplemente con la superación, a través de actos sucesivos, de determinadas normativas, que quedan, por tanto, rebasadas o contenidas en otras. Por ello hemos votado a favor.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – Schengen is a fundamental pillar of our political project. I hope that in the coming months and years we are able to protect it and fund our external borders better in order to maintain what has been beyond any doubt, one of the greatest success of our European project.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Un certain nombre d'actes faisant partie de l'acquis de Schengen ne sont plus pertinents en raison de leur caractère temporaire ou parce que leur contenu a été repris par des actes ultérieurs. Dans un souci de transparence et de «mieux légiférer», il faut les abroger.

Voter contre ce texte n'a pas de sens, puisque cela reviendrait à garder des actes obsolètes alors que ce rapport ne met pas en cause Schengen. J'opte donc pour l'abstention.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az uniós jog átláthatóságának javítása alapvető eleme a jogalkotás minőségének javítását célzó stratégiának, amelynek végrehajtása folyamatban van az uniós intézményekben. Ezzel összefüggésben a hatályos jogszabályok közül helyénvaló eltávolítani azokat, amelyeknek már semmilyen célt sem szolgálnak. Ezért támogatam szavazatommal a javaslatot.

Traian Ungureanu (PPE), *în scris*. – Legislația Uniunii Europene cuprinde o serie de acte care nu mai sunt aplicate. Aceste acte nu mai sunt relevante datorită caracterului lor temporar sau deoarece conținutul lor a fost preluat de acte ulterioare. În vederea îmbunătățirii transparenței și pentru asigurarea unui grad mai ridicat de securitate juridică pentru cetățenii europeni, asemenea acte sunt retrase din acquis-ul legislativ al Uniunii.

Având în vedere acest aspect și ținând cont de expirarea perioadei de tranziție prevăzută de Protocolul nr. 36 anexat la tratate, Comisia a realizat o evaluare a acquis-ului Schengen. În urma acestei evaluări, Comisia a propus abrogarea a 11 decizii ale Comitetului Executiv Schengen și ale Regulamentului privind testele Sistemului de Informații Schengen din a doua generație (SIS II), care și-a epuizat efectele juridice în momentul în care SIS II a început să funcționeze, la 9 aprilie 2013. Deciziile Comitetului Executiv se refereau, printre altele, la politica în materie de vize, schimbul de informații statistice, aplicarea ștampilelor pe pașapoarte, combaterea imigrației ilegale, lupta împotriva imigrației ilegale.

Rezoluția legislativă a Parlamentului European sprijină abrogarea acestor acte caduce.

Am votat în favoarea acestei rezoluții.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta derogación está exenta de contenido político y tiene que ver simplemente con la superación, a través de actos sucesivos, de determinadas normativas, que quedan, por tanto, rebasadas o contenidas en otras. Por ello hemos votado a favor.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on a proposal for a decision of the European Parliament and of the Council repealing certain acts in the Area of Freedom Security and Justice because I believe improving the transparency of Union law is an essential element of the better law-making strategy that the institutions of the Union are implementing. In this context, it is appropriate to repeal those acts which no longer serve any purpose. A number of acts belonging to the Schengen acquis are no longer relevant due to their temporary nature or because their content has been taken up by subsequent acts.

Since the objective of this regulation, namely the repeal of a number of obsolete Union acts belonging to the Schengen acquis, cannot be sufficiently achieved by the Member States, but rather can be better achieved at Union level, the Union may adopt measures, in accordance with the principle of subsidiarity as set out in Article 5 of the Treaty on European Union (TEU). In accordance with the principle of proportionality, as set out in that article, this regulation does not go beyond what is necessary in order to achieve that objective.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de la derogación de once decisiones del Comité Ejecutivo de Schengen cuyo contenido ya ha sido incorporado a actos sucesivos y de la derogación del Reglamento (CE) n.º 189/2008, de 18 de febrero de 2008, sobre los ensayos del Sistema de Información Schengen II (SIS II), que dejó de tener efectos jurídicos tras la puesta en marcha de dicho sistema. Mediante ello se pretende derogar estos actos obsoletos y avanzar en la simplificación de la legislación europea de un modo acertado, por lo que creo necesario votar a favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para derogar determinados actos del acervo de Schengen, ya que parte de esta legislación estaba obsoleta y no venía aplicándose debido al nuevo marco regulador surgido tras el Tratado de Lisboa. A pesar de nuestra oposición al mismo, no tendría sentido votar otra cosa y mantener unas normativas inaplicables.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde vandaag voor de intrekking van een aantal rechtshandelingen uit het Schengen-acquis. Uit een onderzoek van de Europese Commissie blijkt immers dat enkele van deze bepalingen niet meer up-to-date zijn.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Vários atos pertencentes ao acervo de Schengen - troca de informações estatísticas, emissão de vistos Schengen, meios de prova e indícios no âmbito dos acordos de readmissão, *task force*, dificuldades na obtenção de um salvo-conduto, aposição de carimbo no passaporte, combate à imigração ilegal, combate à imigração ilegal, consultores em documentação, agentes de ligação e testes SIS II - deixaram de ser relevantes devido ao seu carácter temporário ou porque o seu conteúdo foi retomado por atos subsequentes, embora não tenham sido revogados, fazendo com que se considerem obsoletos.

Pese embora a índole técnica deste documento, ele trata um conjunto de matérias de natureza política às quais foram já tomadas determinadas posições.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Es handelt sich um einen rein technischen Bericht hinsichtlich der Schengener Rechtsakte. Die gegenwärtige Situation bekräftigt unsere kritische Haltung zu den Schengen-Gesetzen. Der Bericht manifestiert nur die derzeitige Rechtslage. Da er inhaltlich keine Veränderung mit sich bringt, enthalte ich mich meiner Stimme.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Mi sono pronunciato a favore della relazione perché credo sia di fondamentale importanza assicurare la trasparenza nel processo legislativo europeo. Condivido la strategia «Legiferare Meglio» sviluppata dalle istituzioni europee e in particolare l'azione di semplificazione normativa messa in atto.

Una serie di atti all'interno dell'acquis di Schengen sono ormai obsoleti o non hanno semplicemente più ragione di esistere in quanto nati come norme temporanee. In altri casi le norme sono state superate da una legislazione successiva. Per tale motivo condivido l'abrogazione del complesso di atti che non hanno più ragion d'essere.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Eine Reihe der im Bericht aufgeführten Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes stellt faktisch keine „Weiterentwicklung“ im Sinne eines vollwertigen Grenzregimes der EU-Mitgliedstaaten dar, sondern im Gegenteil eine Aushöhlung, zum Beispiel dort, wo die Umsetzung von „Schengen-Besitzständen“ der nachweislich völlig überforderten Europäischen Grenzschutzagentur Frontex anheimgestellt wird. Aus meiner Sicht besteht deshalb keine Veranlassung, ursprünglich im Schengen-Abkommen kodifizierte Regelungen aufzuheben.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Rechtsakte, die keinen Nutzen mehr haben, können guten Gewissens aufgehoben werden. Deswegen habe ich für diese Entschließung gestimmt. Mehrere Rechtsakte des Schengen-Besitzstands sind mittlerweile nicht mehr von Belang, weil sie entweder von den nationalen Regierungen sowieso nicht beachtet werden, zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden. Dazu gehören die folgenden Bereiche: Visapolitik, Austausch von statistischen Informationen, Erteilung von Schengen-Visa, Beweismittel im Rahmen von Rückübernahmeübereinkommen, Task-Force, Schwierigkeiten bei der Beschaffung eines Laissez-passer, Abstempelung von Pässen, Bekämpfung illegaler Einwanderung, Dokumentenberater, Verbindungsbeamte und SIS-II-Prüfung. Viel Vertrauen habe ich nicht in die EU und ihre Institutionen, die über den Schengen-Besitzstand wachen, und die derzeitige Asylkrise zeigt, dass wir den politischen Institutionen nicht vertrauen dürfen. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela

Merkel (CDU) hat auch im Hinblick auf den Schengen-Besitzstand wesentlich geltendes EU-Recht gebrochen und die derzeitige Asylkrise provoziert. Wozu sollen wir eigentlich noch über Rechtsakte abstimmen, wenn die CDU-CSU-SPD-geführte Bundesregierung diese EU-Rechtsakte sowieso missachtet?

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), γραπτώς. – Υποστήριξα τη συγκεκριμένη πρωτοβουλία, όπως άλλωστε και η πλειοψηφία των συναδέλφων της επιτροπής Πολιτικών Ελευθεριών, Δικαιοσύνης και Εσωτερικών Υποθέσεων, η οποία και βελτιώνει την πράξη.

Jana Žitňanská (ECR), písomne. – Veľké množstvo právnych predpisov Európskej únie a neustály vývoj, ktorý vyžaduje rýchlu reakciu často spôsobujú, že právne predpisy, ktoré už v praxi nemajú svoje uplatnenie, pretože pominula situácia, pre ktorú boli vytvorené, prípadne boli zastarané a ich úlohu prebrali iné právne predpisy, sú aj naďalej formálne v platnosti. Toto môže spôsobovať právnu neistotu a chaos pri pokuse orientovať sa v európskej legislatíve. Preto podporujem program Európskej komisie REFIT, v rámci ktorého sa Komisia postupne zameriava na jednotlivé oblasti právnych predpisov a navrhuje zrušenie tých, ktoré už z vyššie uvedených dôvodov nie sú potrebné. Keďže v oblasti Schengenského práva sa ich vyskytlo niekoľko, túto, ako aj dve ďalšie správy o zrušení nepotrebných právnych aktov som podporila.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. – Vários atos pertencentes ao acervo de Schengen - troca de informações estatísticas, emissão de vistos Schengen, meios de prova e indícios no âmbito dos acordos de readmissão, *task force*, dificuldades na obtenção de um salvo-conduto, aposição de carimbo no passaporte, combate à imigração ilegal, combate à imigração ilegal, consultores em documentação, agentes de ligação e testes SIS II - deixaram de ser relevantes devido ao seu carácter temporário ou porque o seu conteúdo foi retomado por atos subsequentes, embora não tenham sido revogados, fazendo com que se considerem obsoletos.

Pese embora a índole técnica deste documento, ele trata um conjunto de matérias de natureza política contra as quais nos pronunciamos. Não estamos, contudo, de acordo com os atos subsequentes por continuarem a política de repressão e securitização.

Pelo exposto, o voto de abstenção.

Milan Zver (PPE), pisno. – Za Zakonodajno resolucijo Evropskega parlamenta in Sveta o razveljavitvi nekaterih aktov iz schengenskega pravnega reda iz področja svobode, varnosti in pravice (COM(2014)0713 – C8-0277/2014 – 2014/0337(COD)) sem glasoval, ker je v skladu z načelom pravne varnosti in prispeva k izboljšanju preglednosti prava Unije, da se razveljavijo pravni akti, ki nimajo več pravnega učinka ali pa je njihova vsebina povzeta v poznejših aktih. Prav tako sem glasoval za to, da se spremeni vrsta pravnega akta iz „Sklepa Evropskega parlamenta in Sveta“ v „Uredbo Evropskega Parlamenta in Sveta“ ter se tako omogoči, da v skladu s členom 288 PDEU ta postane neposredno veljavna v vseh državah članicah.

6.2. Aufhebung bestimmter Rechtsakte aus dem Schengen-Besitzstand im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (A8-0251/2015 - Claude Moraes)

Dichiarazioni di voto scritte

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK isn't part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de este informe para derogar determinados actos en el ámbito de la cooperación policial y judicial en materia penal, ya que los actos en cuestión estaban obsoletos y no venían aplicándose debido al nuevo marco regulador que apareció tras el Tratado de Lisboa. A pesar de nuestra oposición al mismo, no tendría sentido votar otra cosa y mantener unas normativas inaplicables.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Comme pour l'autre rapport Moraes (66 — A8-0250/2015), ce texte abroge des actes qui font partie de «l'acquis de Schengen» et qui ne sont plus pertinents aujourd'hui en raison de leur caractère temporaire ou de la reprise de leur contenu dans des actes ultérieurs.

Néanmoins, le Front national s'est toujours opposé à l'acquis de Schengen et il n'est pas question pour nous de le cautionner. C'est pourquoi je me suis abstenue sur ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of this technical repeal, although sadly it is unlikely to cut the regulatory burden as the relevant acts were already obsolete.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo panaikinami nebeaktualūs teisės aktai.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK isn't part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte qui ne change rien: il s'agit simplement d'abroger des actes devenus obsolètes, soit parce qu'ils étaient temporaires soit parce que leur contenu a été repris dans des actes ultérieurs. Ces actes portaient sur la coopération policière et judiciaire... que Bruxelles se refuse à renforcer.

Malgré les attentats qui ont frappé la France le 13 novembre dernier, les eurocrates ne sont toujours pas prêts à remettre en cause leur dogme de Schengen. Combien d'attentats, combien de morts faudra-t-il pour qu'ils acceptent de reconnaître leurs erreurs mortifères?

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui vise à la suppression de certaines dispositions de l'acquis Schengen dans le domaine de la coopération judiciaire ou policière en matière pénale qui sont dépassées ou ont été remplacées par d'autres textes plus récents.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe en el contexto de la expiración del periodo transitorio establecido en el protocolo número 36 sobre evaluación acervo Schengen y los instrumentos jurídicos ya que se han detectado una serie de actos han quedado obsoletos. El ámbito de la cooperación policial y judicial en material penal es muy importante y es fundamental mejorar la redacción del acto en vigor

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Encore un rapport parlementaire qui, partant d'une bonne intention, n'ose pas aller jusqu'au bout de son raisonnement initial!

Ce texte de M. Moraes visait en effet l'abrogation d'actes obsolètes dans le domaine de la coopération policière et de la coopération judiciaire en matière pénale dans le cadre de l'acquis de Schengen.

S'il est louable de vouloir exécuter une mise à jour juridique pour que le cadre législatif corresponde à la réalité et que les doublons soient évités, force est de constater que l'acte le plus obsolète de tous — Schengen — n'est toujours pas remis en cause!

Les récentes attaques terroristes à Paris et les nouvelles mesures de sécurité prises à Bruxelles ont malheureusement fait surgir la réalité dans la douleur puisqu'au moins trois des djihadistes en cause ont pu se servir de l'absence totale de frontières pour venir perpétrer leurs méfaits voire, pour l'un d'entre eux, fuir à sa guise.

Face à ce manque de réalisme, et malgré les quelques efforts de bons sens menés par le Parlement, j'ai donc dû m'abstenir sur ce texte.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – I recenti attentati terroristici di Parigi e le minacce che stanno investendo l'Italia e tutti gli altri Paesi europei sono la riprova abbiamo bisogno di più sicurezza e maggiori controlli. Schengen non funziona e deve essere profondamente riformato.

Il testo oggetto di voto è, invece, un semplice aggiornamento tecnico delle norme in vigore; per questo motivo non ho inteso sostenerlo col mio voto. Sono convinta che l'accordo di Schengen debba essere radicalmente rivisto e non ci si possa più limitare a piccoli aggiornamenti.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Varios actos adoptados en el ámbito de la cooperación policial y judicial en materia penal, y pertenecientes al acervo de Schengen, han dejado de ser pertinentes por su carácter temporal o porque su contenido ha sido incorporado en actos sucesivos, si bien no han sido derogados. Se trata de actos que han quedado obsoletos, entre ellos las Decisiones del Comité Ejecutivo SCH/Com-ex (93) 14 (lucha contra el tráfico de estupefacientes) y (98) 52 (vademécum policial), la Declaración del Comité Ejecutivo SCH/Com-ex (97) decl. 13, 2.^a rev (rapto de menores) y la Decisión 2008/173/JAI del Consejo, de 18 de febrero de 2008, relativa a los ensayos del Sistema de Información de Schengen de segunda generación (SIS II), por haber quedado obsoletas.

Por ello, he votado a favor de su derogación.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame pritariama tam tikrų teisės aktų panaikinimui, susijusių su policijos bendradarbiavimu ir teisminių bendradarbiavimų baudžiamosiose bylose (Šengeno acquis). Atsižvelgiant į tai, kad baigiasi prie Sutarčių pridėtam Protokole dėl pereinamojo laikotarpio nuostatų nustatytas pereinamasis laikotarpis, Komisija įvertino Šengeno acquis ir teisės aktus, susijusius su policijos bendradarbiavimu ir teisminių bendradarbiavimų baudžiamosiose bylose. Nustatyta, kad keletas teisės aktų yra nebeaktualūs, nes jų turinys buvo perkeltas į vėlesnius teisės aktus arba jie yra laikino pobūdžio.

Vadovaudamasis atitinkamu Tarybos bendrame požiūryje pasiūlytu pakeitimu, kuriam pritarė Komisija, Europos Parlamentas siūlo į panaikintų teisės aktų sąrašą įtraukti Vykdomojo komiteto sprendimą dėl Susitarimo dėl bendradarbiavimo atliekant procesinius veiksmus, kai yra pažeistos kelių eismo taisyklės. Priežastis, dėl kurios reikia panaikinti šį sprendimą, yra susijusi su tuo, kad šis susitarimas niekada neįsigaliojo ir nei viena valstybė narė nepateikė deklaracijos dėl susitarimo taikymo tarp valstybių, kurios yra jį ratifikavusios. Be to, jis negali būti laikomas Šengeno acquis vidaus aktu, nes jo nesudarė ne tik valstybės narės, bet ir dvi trečiosios valstybės (Islandija ir Norvegija).

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az uniós jog átláthatóságának javítása alapvető eleme a jogalkotás minőségének javítását célzó stratégiának, amelynek az uniós intézmények általi végrehajtása folyamatban van. Ezzel összefüggésben a hatályos jogszabályok közül helyénvaló hatályon kívül helyezni azokat, amelyek már semmilyen célt sem szolgálnak. A büntetőügyekben folytatott rendőrségi és igazságügyi együttműködés területére vonatkozóan elfogadott és a schengeni vívmányok közé tartozó számos jogi aktus már nem releváns, azok ideiglenes jellegéből következően, vagy mivel azok tartalmát későbbi jogi aktusok átvették. A néppárti delegációval összhangban szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Tako kot prejšnje poročilo o predlogu sklepa o razveljavitvi nekaterih aktov, ki izhajajo iz schengenskega sporazuma, sem podprl tudi to poročilo. Pri njem gre za razveljavitve zastarelih aktov s področja policijskega in pravosodnega sodelovanja v kazenskih zadevah, ki jih je Komisija v oceni schengenskega pravnega reda s teh dveh področij prepoznala kot zastarele. Njihovo vsebino so namreč povzeli poznejši akti ali pa so bili navedeni akti le začasne narave.

Zaradi takojšnje uveljavitve sprememb pozdravljam tudi namero poročevalca, da se sklep o razveljavitvi uveljavi kot uredba, saj se ta uporablja neposredno v vseh državah članicah EU.

Schengenski sporazum je eden največjih dosežkov EU in strinjam se, da morajo biti predpisi, ki izhajajo iz njega, v skladu s pravnim redom EU, izjemno pomembno pa je tudi njihovo neposredno izvajanje. Žal smo na to področje v zadnjem času pozabili, kar lahko močno vpliva na varnost evropskih državljanov.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici de l'abrogation d'actes adoptés dans le domaine de la coopération policière et de la coopération judiciaire en matière pénale et faisant partie de l'acquis de Schengen. Dans un souci de transparence et de «mieux légiférer», il faut les abroger. Toutefois, Schengen n'étant pas remis en cause, je me suis abstenue.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – La libertà di circolazione delle persone all'interno dell'Unione è un grande traguardo del processo di integrazione europea. Con questo atto di aggiornamento della Convenzione di Schengen, noi intendiamo mantenere fermo il riconoscimento del valore di quel percorso ma anche di ridurre il corpus legislativo dell'Unione tramite l'abrogazione di atti che oggi risultano obsoleti essendo già stati ripresi da successivi accordi e da convenzioni europee.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Un certain nombre d'actes faisant partie de l'acquis de Schengen dans le domaine de la coopération policière et judiciaire ne sont plus pertinents en raison de leur caractère temporaire ou parce que leur contenu a été repris par des actes ultérieurs.

Dans un souci de transparence, ce rapport préconise de les abroger notamment afin d'alléger et de simplifier la législation actuelle.

Ces abrogations sont logiques et nous considérons qu'il ne serait pas du tout judicieux de maintenir ces actes en l'état actuel. Néanmoins nous avons toujours été en faveur de la suppression de l'espace Schengen, qui est une véritable passoire pour les migrants clandestins, parmi lesquels se trouvent un certain nombre de djihadistes, en attestent les attentats du vendredi 13 novembre à Paris.

Ne souhaitant pas cautionner la libre circulation des individus au sein de l'Union européenne, je me suis abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – În contextul exercitării tot mai intense a dreptului cetățenilor la liberă circulație, devine o realitate faptul că multe dintre faptele care pot intra în sfera infracțională se pot produce parțial pe teritoriul mai multor state membre, ceea ce face necesară cooperarea judiciară a acestor state în vederea descoperirii faptelor și a persoanelor implicate, a administrării probatoriului și a altor aspecte ce țin de impunerea sancțiunilor.

Importanța acestei comunicări și colaborări a autorităților tuturor statelor membre s-a dovedit pe parcursul încheierii mai multor acte normative și angajamente în cadrul Uniunii, iar eforturile Comisiei, ale Consiliului și ale Parlamentului European s-au resimțit și din perspectiva cetățenilor, aceștia fiind într-o mai mare siguranță indiferent unde s-ar afla pe teritoriul Uniunii.

Salut această inițiativă de a se reduce supralegherarea și încărcătura sistemului legislativ, având în vedere incertitudinea pe care o pot crea astfel de maculaturi legislative dacă sunt menținute.

În conformitate cu articolul 288 din TFUE, regulamentele sunt obligatorii în toate elementele lor și direct aplicabile în toate statele membre, forma de regulament servind astfel mai bine scopului propunerii, acela de a abroga actele considerate caduce. Tocmai de aceea am votat în favoarea acestui raport.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Queste tre relazioni a firma del MEP Moraes rispondono all'esigenza di aggiornamento delle norme in vigore, attraverso l'abrogazione di una serie di atti facenti parte dell'acquis di Schengen.

Questi testi normativi non sono più pertinenti a causa della loro natura temporanea o perché il loro contenuto è stato ripreso in atti successivi che però non li hanno abrogati. Nel merito, questa può essere valutata come una misura positiva ma, visti anche gli sviluppi in corso, specialmente negli ultimi mesi, e la ferma volontà da parte della nostra delegazione di rivedere completamente l'accordo di Schengen, ho votato contro.

Sulle politiche legate a Schengen non possiamo limitarci a semplici aggiornamenti, ma occorre procedere a una completa riforma.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio relativa all'abrogazione di alcuni atti nel settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale.

La Commissione, durante una valutazione dell'acquis di Schengen e degli strumenti giuridici nel settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale, ha individuato alcune disposizioni ormai obsolete, in quanto il loro contenuto è stato ripreso in atti successivi o in ragione della loro natura meramente provvisoria. Propone quindi la loro abrogazione, nonché l'eliminazione dell'accordo di cooperazione nella contestazione delle infrazioni stradali, il quale tra l'altro non è mai neanche entrato in vigore.

Le istituzioni europee concordano sulla necessità di ridurre e semplificare il volume del corpus legislativo dell'Unione, anche attraverso l'abrogazione degli atti obsoleti. Il presente testo propone azioni efficaci in tal senso e per questo ho deciso di votare in favore del suo accoglimento.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this technical report, which is part of the 'regulatory fitness' programme. The Commission identifies acts which can be repealed in the context of expiry of the transitional period set out in the treaties. These acts are no longer relevant because of their temporary nature or because their context has been taken up by successive acts. The texts in question relate to police cooperation in criminal matters but are no longer being used.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK isn't part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because we need to update our legislation in order for it to remain applicable and in line with the constantly changing trends. Outdated legislation can often pose serious problems and we cannot allow this, especially in the area of security.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – In ragione della fine del periodo transitorio previsto dal Protocollo 36 allegato al Trattato, è stata sottoposta al voto l'abrogazione di atti obsoleti, sostituiti da altri adottati all'interno del nuovo quadro istituzionale. Il voto favorevole riguarda l'abrogazione di atti dell'acquis di Schengen nel settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – L'abrogazione di una serie di atti dell'acquis di Schengen – relativi al settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale – fa parte della strategia europea «Legiferare meglio», attraverso la quale la Commissione intende rivedere la legislazione vigente, migliorarla e renderla più efficace per raggiungere gli obiettivi politici che l'Unione si pone.

Nell'ambito di tale strategia rientra anche l'abrogazione di decisioni diventate nel corso del tempo obsolete perché temporanee o perché il loro contenuto è stato ripreso in atti successivi, come nel caso del regolamento sulle prove tecniche del nuovo sistema d'informazione SIS II, che ha esaurito il suo effetto giuridico a seguito dell'entrata in funzione del regolamento (CE) n. 189/2008 previsto per tale sistema.

Condivido pertanto la relazione votata oggi in plenaria che abroga 11 decisioni del comitato esecutivo Schengen e concordo con il relatore sull'opportunità di modificare, rispetto alla proposta originaria, oltre alle decisioni anche il regolamento sopra richiamato sia per ragioni di certezza di diritto sia allo scopo di garantire una immediata produzione di effetti in tutti gli Stati membri.

Questi i motivi per i quali ho votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφιών*. – Δεδομένου ότι ο στόχος του παρόντος κανονισμού, δηλαδή η κατάργηση ορισμένων άνευ αντικειμένου πράξεων της Ένωσης στο τομέα της αστυνομικής και δικαστικής συνεργασίας σε ποινικές υποθέσεις που υπάγονται στο κεκτημένο του Σένγκεν δεν μπορεί να επιτευχθεί καλύτερα σε επίπεδο Ένωσης, η Ένωση δεν μπορεί να εγκρίνει μέτρα σύμφωνα με την αρχή της επικουρικότητας. Σύμφωνα με την αρχή της αναλογικότητας του ίδιου άρθρου, ο παρών κανονισμός δεν υπερβαίνει τα αναγκαία όρια για την επίτευξη του εν λόγω στόχου.

Ως εκ τούτου στηρίζουμε θετικά την Έκθεση.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato favorevolmente il provvedimento. Nell'accordo interistituzionale del 16 dicembre 2003, il Parlamento europeo, il Consiglio e la Commissione hanno concordato sulla necessità di ridurre il volume del corpus legislativo dell'Unione e semplificarlo, anche attraverso l'abrogazione degli atti obsoleti.

Sulla base del suo esame, in linea con gli impegni di cui all'accordo interistituzionale e con la sua politica in materia di adeguatezza della regolamentazione, la Commissione ha presentato una proposta volta ad abrogare, in quanto obsolete, le decisioni del comitato esecutivo in merito alla lotta al traffico di stupefacenti e al manuale di polizia, la dichiarazione del comitato esecutivo in merito alla sottrazione di minori e la decisione 2008/173/GAI del Consiglio sulle prove tecniche del sistema d'informazione Schengen di seconda generazione (SIS II).

Il Parlamento europeo ha proposto di includere nell'elenco degli atti abrogati la decisione del comitato esecutivo per l'accordo di cooperazione nella contestazione delle infrazioni stradali. La razionalizzazione dell'acquis legislativo contribuirà a migliorare la trasparenza della produzione legislativa e a rafforzare il concetto di certezza del diritto.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa proposta perché il voto era un mero passaggio formale di un più ampio disegno ormai quasi completamente realizzato. A livello giuridico, si tratta di un tassello fondamentale, che non avrebbe senso negare. A livello pratico, è l'accettazione di un processo che dura ormai da decenni e che non può essere cancellato da un gruppo di terroristi.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK isn't part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Os instrumentos da chamada *Área de Liberdade, Segurança e Justiça*, em particular no que respeita ao acervo de Schengen, foram inicialmente incorporados pelo Tratado de Amesterdão no ordenamento jurídico da União. Progressivamente, muitos foram sendo atualizados, reformulados, reforçados e, em alguns casos, tornaram-se simplesmente obsoletos. Este Regulamento vem assegurar a revogação destes atos e assegurar que, em certos casos, seja assegurado um período de transição.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK isn't part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Accolgo con favore la relazione sulla proposta di abrogazione di alcuni atti obsoleti in ambito di cooperazione di polizia e giudiziaria. È opportuno eliminare dalla legislazione in vigore gli atti che non hanno più motivo di essere applicati a causa del loro carattere temporaneo e della loro ripresa o sostituzione nella normativa successiva.

Gli atti legislativi concernenti l'organizzazione e la cooperazione delle forze di polizia e giudiziarie in merito alle operazioni dirette a contrastare il traffico di stupefacenti e a vigilare contro la sottrazione dei minori sono state oggetto di legislazione più recente rispetto alle decisioni adottate dal comitato esecutivo di Schengen, che risultano di conseguenza inappropriate e obsolete.

Perciò è necessario aggiornare il corpus legislativo dell'Unione europea, garantendo in tal modo più trasparenza e chiarezza del diritto comunitario in ambito di cooperazione di polizia e giudiziaria. In proposito, sostengo la proposta di modificare il presente atto legislativo in regolamento, al fine di assicurarne l'applicazione diretta e ineluttabile negli ordinamenti nazionali.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – A number of acts that are part of the Schengen acquis and certain legal instruments for the field of police and judicial cooperation in criminal matters have been identified as unnecessary due to their temporary nature and the redundant nature of the acts. The Commission's proposal to repeal legislative acts which are no longer applicable helps to improve transparency and legal certainty for citizens. I voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Nel quadro della scadenza del periodo transitorio di cui al Protocollo 36 sulle disposizioni transitorie, allegato ai trattati, la Commissione ha effettuato una valutazione dell'acquis di Schengen e degli strumenti giuridici nel settore della cooperazione di polizia e giudiziaria in materia penale. Un numero di atti sono stati identificati come obsoleti perché il loro contenuto è stato ripreso da atti successivi o perché avevano natura temporanea.

Nell'accordo del 16 dicembre 2003 il Parlamento, il Consiglio e la Commissione hanno convenuto sulla riduzione del volume e la semplificazione del diritto dell'Unione, anche attraverso l'abrogazione degli atti obsoleti, quali: decisione del Comitato esecutivo SCH / Com-ex (93) 14 e (98) 52, dichiarazione SCH / Com-ex (97) decl. 13 rev 2 e decisione 2008/173/ GAI del Consiglio, sulle prove tecniche della seconda generazione sistema d'informazione Schengen (SIS II).

In relazione alla cooperazione nella contestazione delle infrazioni al codice della strada, la ragione deriva dal fatto che questo accordo non è mai entrato in vigore. Inoltre, non può essere considerato come un atto interno a Schengen in quanto non è stato concluso solo tra gli Stati membri dell'UE, ma anche con due Paesi terzi (Islanda e Norvegia). Per le ragioni espresse sopra ho deciso di votare positivamente.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para derogar determinados actos en el ámbito de la cooperación policial y judicial en materia penal, ya que los actos en cuestión estaban obsoletos y no venían aplicándose debido al nuevo marco regulador que apareció tras el Tratado de Lisboa. A pesar de nuestra oposición al mismo, no tendría sentido votar otra cosa y mantener unas normativas inaplicables.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A büntetőügyekben folytatott rendőrségi és igazságügyi együttműködés területére vonatkozóan elfogadott és a schengeni vívmányok közé tartozó számos jogi aktus már nem releváns, mivel ideiglenes jellegű, vagy tartalmát későbbi jogi aktusok vették át, ugyanakkor az eredeti jogi aktusokat nem helyezték hatályon kívül.

A 2003. december 16-i intézményközi megállapodás keretében az Európai Parlament, a Tanács és a Bizottság megállapodott egymással az uniós jogszabályok számszerű csökkentésében és egyszerűsítésében, amelyre többek között az elavult jogszabályok hatályon kívül helyezése útján kerül sor.

A Bizottság az általa végzett átvilágítás alapján javaslatot terjesztett elő a Végrehajtó Bizottság (kábitószerek-kereskedelem elleni küzdelemről szóló) SCH/Com-ex (93) 14 és a (98) 52 (rendőrségi kézikönyvről szóló) elavulttá vált határozatainak, illetve a Végrehajtó Bizottság (kiskorúak jogellenes elviteléről szóló) SCH/Com-ex (97) decl 13 rev 2 elavulttá vált nyilatkozatának és a Tanács a Schengeni Információs Rendszer (SIS II) második generációjának teszteléséről szóló 2008/173/IB, illetve a SCH/Com-ex (98) 52 határozat (a kábitószerek-kereskedelem elleni küzdelem) elavulttá vált határozatának hatályon kívül helyezésére. A jelentést, amely támogatja az elavult jogi aktusok hatályon kívül helyezését, megszavaztam, mert hozzájárul az uniós jogszabályok számszerű csökkentéséhez és egyszerűsítéséhez.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Instytucje Unii Europejskiej powinny dbać o jak najlepsze stanowienie prawa, w tym o zagwarantowanie jego przejrzystości. Niestety często można zaobserwować niechlujność legislacyjną polegającą na braku derogacji aktów, których dalsze obowiązywanie po wprowadzeniu nowych jest zbędne lub braku abrogacji aktów, które wyczerpały już swoje skutki prawne. W ocenie dorobku Schengen oraz instrumentów prawnych w obszarze współpracy policyjnej i współpracy wymiarów sprawiedliwości w sprawach karnych Komisja dostrzegła szereg aktów prawnych, które powinny być na podstawie wspomnianych kryteriów uchylone. Między innymi była to decyzja SCH/Com-ex (93) 14, deklaracja SCH/Com-ex (97) decl. 13 rev 2 oraz decyzja SCH/Com-ex (98) 52, z których ostatnia została włączona do nowego aktu, natomiast materia dwóch pierwszych została uregulowana wyczerpująco w nowszych aktach prawnych. Projekt rozporządzenia PE ws. uchylenia niektórych aktów prawnych w ramach dorobku Schengen w dziedzinie współpracy policyjnej i współpracy wymiarów sprawiedliwości poza wspomnianymi przeze mnie aktami zakładał uchylenie decyzji Rady 2008/173/WSiSW, która wyczerpała swoje skutki prawne w 2013 r. oraz decyzji SCH/Com-ex (99) 11 rev. 2 przyjmującej porozumienie, które nigdy nie weszło w życie i pozostawało w systemie prawnym właściwie bez mocy obowiązującej. Wierząc, że w ten sposób przyczynię się do zwiększenia przejrzystości prawa unijnego i ograniczenia obowiązywania zbędnych przepisów zagłosowałem za przyjęciem projektu rozporządzenia.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This vote pertains to the repeal of a number of legal acts in the field of police and judicial cooperation in criminal matters which are no longer relevant to European legislation, or are temporary in nature. These were repealed on the basis of the Commission's REFIT policy, which aims at making EU law simpler and more effective. For this reason I supported this report.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – This REFIT proposal relates to certain provisions of the Schengen acquis, to which the United Kingdom does not subscribe. As such, the UK will not be bound by this. Therefore, whilst I welcome the repeal of this obsolete measure, as previously on justice and home affairs matters which do not pertain to the UK, I decided to abstain.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif propose d'abroger certains actes obsolètes dans le domaine de la coopération judiciaire et policière en matière de criminalité. Ces actes concernent le comité exécutif et les tests de seconde génération du système d'information de Schengen.

Il recommande également de modifier la nature juridique de la proposition de la Commission, en la faisant passer d'une décision à un règlement de l'Union, considéré comme plus adéquat pour garantir l'abrogation immédiate et entière de ces actes dans tous les États membres. Soutenant ces objectifs et ces modifications d'ordre technique, j'ai voté en faveur du rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Ces actes étant devenus obsolètes, je soutiens cette mesure d'abrogation car elle participe à une plus grande clarté de la législation européenne dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale à la suite de l'adoption du traité de Lisbonne.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ces deux rapports avaient pour objet d'abroger divers actes temporaires relatifs à l'espace Schengen dans le domaine de la coopération policière et de la coopération judiciaire en matière pénale notamment.

Opposée à cet espace de libre circulation sans contrôle ni frontière irraisonné aussi bien sur le plan économique que social et culturel, je me refuse à participer à ces questions d'organisation d'un système que je considère comme illégitime et nuisible.

Je me suis donc abstenue lors du vote sur ces deux rapports du socialiste Claude Moraes.

Ian Duncan (ECR), *in writing*. – These REFIT proposals relate to certain provisions of the Schengen acquis, to which the UK does not subscribe. As such, the UK will not be bound by them. Therefore, whilst I welcome the repeal of obsolete measures, in accordance with our long-standing position on JHA matters which do not pertain to the UK, I will abstain.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Този доклад е част от програмата на Европейската комисия РЕФИТ, чиято цел е да отмени европейски законодателни инструменти, които вече не са валидни за държавите членки. След проведена оценка на актовете в сферата на полицейското и съдебното сътрудничество, ЕК установи няколко инструмента с временен характер или чието съдържание е отразено в последващи текстове.

Подкрепям програмата РЕФИТ и подкрепих отмяната на някои актове в областта на полицейското сътрудничество и съдебното сътрудничество по наказателноправни въпроси, защото смятам, че е необходимо намаляване на обема и опростяване на правото на Съюза, включително и чрез отмяна на неактуални актове.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Αφορά στην κατάργηση, ως παρωχημένων, πράξεων της Εκτελεστικής Επιτροπής Σένγκεν, για την καταπολέμηση της διακίνησης ναρκωτικών, της απαγωγής ανηλίκων, του συστήματος SIS II, του αστυνομικού εγχειριδίου και των διαδικασιών για παραβάσεις του ΚΟΚ.

Για τα συγκεκριμένα, και μόνο, η αλλαγή του τύπου της πράξης από «απόφαση» σε «κανονισμό», εξυπηρετεί καλύτερα τους σκοπούς της πρότασης, που είναι η κατάργηση των πράξεων που είναι παρωχημένες.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK isn't part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O presente relatório dá conta dos resultados da avaliação do acervo de Schengen e dos instrumentos jurídicos no domínio da cooperação policial e da cooperação judiciária em matéria penal. Vários atos foram considerados obsoletos, quer em virtude da integração do respetivo conteúdo em atos subsequentes, quer em virtude do seu caráter temporário.

A proposta prevê revogar as decisões obsoletas do Comité Executivo SCH/Com-ex (93) 14 (combate ao tráfico de droga) e do Comité Executivo SCH/Com-ex (98) 52 (vade-mécum da cooperação policial), bem como a Declaração do Comité Executivo SCH/Com-ex (97) decl. 13 rev 2 (rapto de menores) e a Decisão 2008/173/JAI do Conselho, de 18 de fevereiro de 2008, relativa aos testes de segunda geração do Sistema de Informação de Schengen (SIS II). É ainda sugerida a revogação da Decisão do Comité Executivo SCH/Com-ex (99) 11 rev 2 sobre o acordo de cooperação em matéria de infrações rodoviárias. O motivo para revogar esta decisão é o facto de o referido acordo nunca ter entrado em vigor e de nenhum dos Estados-Membros ter apresentado uma declaração nos termos do artigo 20.º, n.º 3, relativamente à aplicação desse acordo entre os Estados-Membros que o ratificaram. Concordo com a proposta de revogação apresentada.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce vote parce que le texte de référence est un texte fédéraliste que je ne reconnais pas.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A Comissão das Liberdades do Parlamento Europeu decidiu enquadrar este relatório no Processo simplificado – Artigo 50.º, n.º 2, do Regimento. O relatório integra um conjunto de três, relativos à revogação de atos do acervo de Schengen e atos no domínio da cooperação policial e da cooperação judiciária em matéria penal.

Vários atos pertencentes ao acervo de Schengen deixaram de ser relevantes devido ao seu carácter temporário ou porque o seu conteúdo foi retomado por atos subsequentes, embora não tenham sido revogados, fazendo com que se considerem obsoletos.

Este relatório tem, por esta razão, uma natureza eminentemente técnica. Facto é que, em termos práticos, entre os atos obsoletos e os que os substituem não existem melhorias substantivas, pelo que, pese embora o acima exposto, reafirmamos a nossa posição crítica de fundo relativamente a Schengen e ao seu acervo. E, bem assim, relativamente à cooperação policial e à cooperação judiciária em matéria penal.

São domínios relativamente aos quais temos vindo a ser críticos face à abordagem da UE e às tentativas de aprofundamento federal, com limitações acrescidas à capacidade de decisão dos Estados-Membros em áreas que vão ao âmago da soberania dos Estados.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto in favore alla suddetta proposta di decisione relativa all'abrogazione di alcuni atti dell'acquis di Schengen nel settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale, la cui semplificazione porterebbe un esito positivo agli impegni assunti nell'accordo inter-istituzionale «Legiferare meglio».

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Il voto a queste tre relazioni sarà contrario in quanto non c'è la necessità di rivedere Schengen ma di riformarlo completamente.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Υπερψηφίζω την παρούσα έκθεση καθώς η αλλαγή του τύπου της πράξης από «απόφαση» σε «κανονισμό», εξυπηρετεί καλύτερα τους σκοπούς της πρότασης, που είναι η κατάργηση των πράξεων που είναι παρωχημένες.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – In the context of the expiry of the transitional period set out in Protocol 36 on transitional provisions annexed to the Treaties, the Commission has performed an assessment of the Schengen acquis and of the legal instruments in the field of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters. A number of acts have been identified as obsolete because their content has been taken up by subsequent acts or because they are of a temporary nature.

In the Inter-institutional Agreement of 16 December 2003 Parliament, the Council and the Commission agreed on reducing the volume of, and simplifying, Union law, including by means of repealing obsolete acts. On the basis of its screening and in line with the commitments in the inter-institutional agreement on better law-making and the its policy on Regulatory Fitness, the Commission submitted a proposal to repeal as obsolete decisions of the Executive Committee SCH/Com-ex (93) 14 (combating drug trafficking) and (98) 52 (police handbook), Declaration of the Executive Committee SCH/Com-ex (97) decl. 13 rev 2 (abduction of minors) and Council Decision 2008/173/JHA of 18 February 2008 on the tests of the second generation Schengen Information System (SIS II).

Kinga Gál (PPE), *in writing*. – We from the Fidesz party (EPP Group) voted in favour of this report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council repealing certain acts in the field of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters.

The Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs recommended that the position of the European Parliament adopted at first reading under the ordinary legislative procedure should amend the Commission proposal. With this vote we change the type of act from 'decision' to 'regulation'. In accordance with the Article 288 TFEU a regulation is binding in its entirety and directly applicable in all Member States and will better serve the purpose of the proposal to repeal the acts deemed to be obsolete.

The new text will improve the drafting of the act, including an addition in the title specifying that the repealed acts in question belong to the Schengen acquis, and adapting the recitals to the UK's position after the expiry of the transitional period set out in Protocol No 36 to the Treaties.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, melyben a Tanács által az általános megközelítésében javasolt és a Bizottság által elfogadott vonatkozó módosítással összhangban az előadó javasolja, hogy a visszavont jogi aktusok közé vegyék fel a Végrehajtó Bizottság közúti közlekedési szabályok megsértésével kapcsolatos eljárásokban folytatandó együttműködésre vonatkozó megállapodásról szóló határozatát is. Továbbá, tekintettel a Tanács által a Bizottság javaslatához fűzött módosításokra, az Európai Parlament Jogi Szolgálatával folytatott konzultációt követően az előadó javasolja a jogi aktus típusának határozatról rendeletté módosítását. Az EUMSZ 288. cikke szerint a rendelet teljes egészében kötelező és közvetlenül alkalmazandó valamennyi tagállamban, és jobban szolgálja a javaslat célját, vagyis az elavultnak tekintett jogi aktusok hatályon kívül helyezését.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor en el contexto de la expiración del período transitorio establecido en el Protocolo n.º 36 sobre las disposiciones transitorias, anejo a los Tratados. La Comisión ha llevado a cabo una evaluación del acervo de Schengen y de los instrumentos jurídicos en el ámbito de la cooperación policial y judicial en materia penal. Se ha detectado así que una serie de actos han quedado obsoletos, bien porque su contenido ha sido incorporado a actos sucesivos, bien porque se trataba de actos de carácter temporal.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht zur Aufhebung bestimmter Rechtsakte aus dem Schengen-Besitzstand im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen gestimmt, da ich eine Fortentwicklung und Aktualisierung des Schengener Übereinkommens gerade in dieser aktuellen Zeit für unabdingbar halte.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ein Teil der Rechtsakte aus dem Schengen-Besitzstand im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit sind überholt oder nicht mehr aktuell. Entweder wurden ihre Inhalte in anderen Rechtsakten erneut aufgegriffen, oder sie sind zeitlich befristet. Deshalb ist der Vorschlag der Kommission richtig, diese Rechtsakte aufzuheben. Dies verbessert die Übersichtlichkeit bestehender Vorschriften.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which aims to revoke measures that are no longer relevant because of their temporary nature or because their content has been taken up by successive acts.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – Varios actos adoptados en el ámbito de la cooperación policial y judicial en materia penal, y pertenecientes al acervo de Schengen, han dejado de ser pertinentes por su carácter temporal o porque su contenido ha sido incorporado en actos sucesivos, si bien no han sido derogados. Por razones de seguridad y claridad jurídicas, procede derogar dichos instrumentos jurídicos obsoletos.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta derogación está exenta de contenido político y tiene que ver simplemente con la superación, a través de actos sucesivos, de determinadas normativas, que quedan, por tanto, rebasadas o contenidas en otras. Por ello hemos votado a favor.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted for this proposal. Improving the transparency of Union law is an essential element of the better law-making strategy that the institutions of the Union are implementing. In that context it is appropriate to remove from the legislation in force those acts which no longer serve any purpose. A number of acts adopted in the field of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters, and belonging to the Schengen acquis, are no longer relevant due to their temporary nature or because their content has been taken up by successive acts, even though they have not been repealed.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – Mardi 24 novembre, j'ai voté en faveur de trois rapports visant à abroger certains actes de l'acquis de Schengen.

Ces textes visent à défaire un certain nombre de mesures juridiques liées à l'espace de liberté, de sécurité et de justice ainsi que des dispositions juridiques dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale, qui sont devenues obsolètes.

Les actes ici abrogés ne sont en effet plus pertinents du fait de leur caractère temporaire ou du fait que leur contenu a été repris par des actes ultérieurs. Il s'agit ici de faire preuve de cohérence et d'améliorer la transparence du droit de l'Union afin de mieux légiférer dans l'intérêt des citoyens européens.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for the report on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council repealing certain acts in the field of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters. I believe that if acts adopted in the field of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters, and belonging to the Schengen acquis, are no longer relevant due to their temporary nature or because their content has been taken up by successive acts, they should be repealed.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Δεδομένης της τεχνικής φύσεως αυτής της διαδικασίας «εκκαθάρισης», η οποία συμβάλει και στην νομική σαφήνεια, υπερψηφίζουμε την έκθεση.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I chose to support this report as a number of acts have been identified as obsolete because their content has been taken up by successive acts or because they are temporary in nature. In changing the acts type from 'decision' to 'regulation' it will allow the act to be binding in its entirety which will better serve the purpose of the proposal to repeal the acts deemed to be obsolete. The report also contains several amendments which will improve the drafting of the act.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK isn't part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Die Kommission hat in drei Beschlüssen vorgeschlagen, zum Schengen-Besitzstand gehörende Rechtsakte aufzuheben, weil sie entweder zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden. Ziel ist es, eine bessere Rechtsetzung zu erreichen. Ich habe dafür gestimmt. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Euro abgeschafft werden muss, weil er zu Zwist und Zwietracht in Europa führt!

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu la proposition d'abrogation des actes de l'acquis de Schengen dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale devenus obsolètes du fait de leur caractère temporaire ou parce que leur contenu a été repris par des actes ultérieurs.

Il ne s'agit absolument pas de remettre en cause ce qui marche dans Schengen, mais de simplifier la réglementation européenne dont j'ai souvent déploré les lourdeurs et les incongruités.

Ce vote me permet cependant de renouveler mon appel au réalisme. Depuis longtemps, mon parti plaide pour une refonte de Schengen afin de nous adapter aux nouvelles réalités et aux nouvelles menaces qui s'affranchissent des frontières nationales.

Il est urgent de mettre en place un renforcement du contrôle des frontières extérieures et un contrôle systématique des ressortissants de pays tiers mais aussi des citoyens européens.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – Whilst this report is primarily technical in nature, it notes that the UK took the decision to withdraw from police and judicial cooperation. At a time when international cooperation in combatting criminal behaviour is increasingly important, it is shameful that this decision was taken.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu odluke Parlamenta i Vijeća o stavljanju izvan snage određenih akata u području policijske i pravosudne suradnje u kaznenim stvarima zbog toga što je neophodno osigurati da pravo Europske unije bude što jasnije i učinkovitije u korist svih građana, ali i dotičnih nadležnih tijela. Smatram da se ostarjeli akti moraju staviti izvan snage što prije moguće kako bi se osigurala izvjesnost i dosljednost pravne stečevine, osobito kada je riječ o kaznenim stvarima. Pojednostavljenje prava doprinosi također povećanju transparentnosti koja je europskim institucijama potrebna, te stoga podržavam ovo izvješće.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport abroge des actes qui font partie de «l'acquis de Schengen» et qui ne sont plus pertinents aujourd'hui en raison de leur caractère temporaire ou de la reprise de leur contenu dans des actes ultérieurs.

Avec mes collègues du Front national, nous nous sommes toujours opposés à l'acquis de Schengen, qu'il n'est pas question pour nous de cautionner.

Je me suis abstenu.

Diane James (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK isn't part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Návrh Komise na zrušení určitých částí legislativních aktů EU byl podpořen naprostou většinou poslanců včetně mě. Jedná se o pouhou právní aktualizaci, kdy je odstraněno několik opatření dočasné povahy a legislativních aktů, jež pozbyly platnosti. Cílem této aktualizace je větší přehlednost platného práva Evropské unie.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Claude Moraes sur l'abrogation de certains actes de l'acquis de Schengen dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale.

En effet certains actes concernant des mesures juridiques sur l'espace de liberté, de sécurité et de justice en matière pénale avaient un caractère temporaire ou ont été repris dans d'autres actes a posteriori. Dans un souci de clarification et de simplification, il était utile d'abroger ces actes.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui abroge certains actes déjà présents dans d'autres textes ou expirés, relevant de la coopération judiciaire et policière en matière pénale.

Il s'agissait en effet d'améliorer la transparence, la clarté et de faire preuve de cohérence pour une meilleure législation européenne.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dieser Bericht betrifft die Aufhebung bestimmter Rechtsakte aus dem Schengen-Besitzstand im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen. Dabei handelt es sich um Änderungen technischer Natur, da diese Rechtsakte mittlerweile als überholt gelten. Aufgrund prinzipieller Überlegungen zum Schengener Abkommen enthalte ich mich der Stimmabgabe.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – These acts are no longer relevant because of their temporary nature or because their content has been taken up by successive acts. Therefore, for reasons of legal certainty and in order to bring acts in the area of freedom, security and justice in line with the Lisbon Treaty, I voted in favour of repealing these acts.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Die Kommission hat in drei Beschlüssen vorgeschlagen, zum Schengen-Besitzstand gehörende Rechtsakte aufzuheben, weil sie entweder zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden.

Ziel ist es, eine bessere Rechtsetzung zu erreichen, indem man eine größere Transparenz des Unionsrechts erreicht. Im diesem Zusammenhang ist es aus Sicht des Berichtstatters Claude Moraes angezeigt, Rechtsakte, die keinen Nutzen mehr haben, aus dem geltenden Besitzstand zu entfernen. Dies soll nach der Kommission mittels dreier Beschlüsse erreicht werden.

Im Gegensatz zur Kommission empfiehlt der Berichtstatter jeweils, die Art des Rechtsakts von einem Beschluss in eine Verordnung zu ändern.

Claude Moraes hat nach Anhörung des Juristischen Dienstes des Europäischen Parlaments auch zwei weitere obsoleete Rechtsakte ermittelt, die zum Schengen-Besitzstand gehören und mittlerweile nicht mehr von Belang sind, weil sie zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden.

Die EKR unterstützt das REFIT-Programm im Sinne einer Entbürokratisierung und hat auch im LIBE-Ausschuss dafür gestimmt, dass veraltete Rechtsakte aufgehoben werden.

Die ALFA ist für Rechtsicherheit und Rechtsklarheit. Die in den Berichten vorgeschlagenen Maßnahmen sind dazu geeignet, die EU-Rechtsvorschriften zu verringern und das Unionsrecht zu vereinfachen. Diese Anliegen unterstütze ich ausdrücklich und habe daher für den Bericht gestimmt.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur la proposition de décision du Parlement européen et du Conseil abrogeant certains actes de l'acquis de Schengen dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale, devenus obsolètes.

Dans le but d'améliorer l'efficacité de l'acte, nous avons proposé la modification du type d'acte, de «décision» à «règlement», obligatoire dans tous ses éléments et directement applicable par les États membres. Par ailleurs, Les Républicains et moi-même appelons à une profonde refonte des accords de Schengen, inadaptés dans leur forme et leur fonctionnement actuels à la réalité des menaces auxquelles les pays de l'Union doivent aujourd'hui faire face.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Nell'accordo inter-istituzionale del 16 dicembre 2003, il Parlamento europeo, il Consiglio e la Commissione hanno concordato sulla necessità di ridurre il volume del corpus legislativo dell'Unione e di semplificarlo, anche attraverso l'abrogazione degli atti obsoleti. Nello specifico si tratta dell'abrogazione di alcuni atti dell'acquis di Schengen concernente il settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale. In considerazione di quanto previsto all'interno dell'accordo «Legiferare meglio», ho deciso votare favorevolmente la proposta.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Un certain nombre d'actes faisant partie de l'acquis de Schengen ne sont plus pertinents en raison de leur caractère temporaire ou parce que leur contenu a été repris dans des actes ultérieurs.

Il s'agit ici d'actes adoptés dans le domaine de la coopération policière et de la coopération judiciaire en matière pénale et faisant partie de l'acquis de Schengen. Dans un souci de transparence et de «mieux légiférer», il faut les abroger.

Cependant, les événements récents démontrent encore une fois que Schengen en soi n'est plus pertinent. Les frontières extérieures ne sont plus gardées, donc le système est caduc. C'est pourquoi je me suis abstenue sur la proposition d'en abroger certains actes seulement.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para derogar determinados actos en el ámbito de la cooperación policial y judicial en materia penal, ya que los actos en cuestión estaban obsoletos y no venían aplicándose debido al nuevo marco regulador que apareció tras el Tratado de Lisboa. A pesar de nuestra oposición al mismo, no tendría sentido votar otra cosa y mantener unas normativas inaplicables.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Die Kommission hat in drei Beschlüssen vorgeschlagen, zum Schengen-Besitzstand gehörende Rechtsakte aufzuheben, weil sie entweder zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden.

Ziel ist es, eine bessere Rechtsetzung zu erreichen, indem man eine größere Transparenz des Unionsrechts erreicht. Im diesem Zusammenhang ist es aus Sicht des Berichtstatters Claude Moraes angezeigt, Rechtsakte, die keinen Nutzen mehr haben, aus dem geltenden Besitzstand zu entfernen. Dies soll nach der Kommission mittels dreier Beschlüsse erreicht werden.

Im Gegensatz zur Kommission empfiehlt der Berichtstatter jeweils, die Art des Rechtsakts von einem Beschluss in eine Verordnung zu ändern.

Claude Moraes hat nach Anhörung des Juristischen Dienstes des Europäischen Parlaments auch zwei weitere obsoleete Rechtsakte ermittelt, die zum Schengen-Besitzstand gehören und mittlerweile nicht mehr von Belang sind, weil sie zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden.

Der EKR unterstützt das REFIT-Programm im Sinne einer Entbürokratisierung und hat auch im LIBE-Ausschuss dafür gestimmt, dass veraltete Rechtsakte aufgehoben werden.

Die ALFA ist für Rechtsicherheit und Rechtsklarheit. Die in den Berichten vorgeschlagenen Maßnahmen sind dazu geeignet, die EU-Rechtsvorschriften zu verringern und das Unionsrecht zu vereinfachen. Diese Anliegen unterstütze ich ausdrücklich und habe daher für den Bericht gestimmt.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Komisija je izvršila procjenu schengenske pravne stečevine i pravnih instrumenata na području policijske i pravosudne suradnje u kaznenim pitanjima u svrhu procjene i pojednostavljivanja zakona, te utvrdila da je niz djela zastarjelo.

Komisija je podnijela prijedlog za ukidanjem odluka Izvršnog odbora o suzbijanju trgovine drogom i policijskog priručnika, Deklaracije Izvršnog odbora o otmici maloljetnika i Odluke Vijeća 2008/173. Izvjestitelj predlaže ukidanje i Sporazuma o suradnji u postupcima za kaznena djela u cestovnom prometu, budući da isti nikada nije stupio na snagu te promjenu vrste akta iz „odluke” u „propis”.

Podržala sam izvješće zastupnika Claudea Moraes jer smatram da je ukidanje zastarjelih propisa potrebno kako bi se osigurala jednostavnost sustava.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski.* – Tāpat kā gadījumā ar pirmo no trim šodienas balsojumiem par konkrētu novecojušu tiesību aktu atcelšanu, šeit ir grūti nepieņemt Eiropas Komisijas sākotnējam priekšlikumam par dažu lēmumu un vienas deklarācijas atcelšanu. Kamēr šie tiesību akti, piemēram, par narkotiku tirdzniecības apkarošanu vai nepilngadīgo nolaupīšanu, attiecas uz dažādiem Šengenas zonas funkcionēšanas aspektiem un viennozīmīgi ir absolūti nepieciešami drošības garantēšanai gan uz mūsu robežām, gan Eiropas Savienības iekšienē, tie ir novecojuši un ne tikai nepilda savas funkcijas, bet vispār kā pašvars turpina atrasties ES likumdošanas bāzē. Gadījumā ar lēmumu par ceļu satiksmes noteikumu pārkāpumiem, ko referents papildus pievienojis šim sarakstam, ir tā, ka tas vispār spēkā pilnībā nestājas, kaut gan jau pagājis diezgan daudz laika.

Gribētos vēl atzīmēt, ka starpiestāžu nolīgums starp Eiropas Parlamentu, Komisiju un Padomi par Eiropas Savienības tiesību apjoma samazināšanu un pakāpenisku vienkāršošanu ar veco aktu atcelšanu, kurš darbojas jau gandrīz 12 gadus, ir viens no galvenajiem Kopienas pārvaldības struktūras racionalizēšanas mehānismiem. Līdz ar to var tikai apsveikt, ka šis nolīgums turpina funkcionēt arī mūsdienās, radot vismaz daļēju līdzsvaru attiecībā uz pastāvīgi pieaugošo ES tiesību aktu daudzumu un to savstarpējo pārklāšanos.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne.* – Návrhom sa rušia predpisy v oblasti boja proti obchodovaniu s drogami, únosov maloletých, dopravných priestupkov, policajná príručka a skúšky Schengenského informačného systému druhej generácie. Dôvodom rušenia je zastaralosť a dočasnosť predpisov, pričom problematika niektorých aktov už bola prevzatá do novších predpisov.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς.* – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την κατάργηση ορισμένων πράξεων στον τομέα της αστυνομικής συνεργασίας και της δικαστικής συνεργασίας σε ποινικές υποθέσεις.

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – Je me suis abstenu sur ce vote. Comme pour le vote précédent, nous estimons que l'espace Schengen n'est plus pertinent, d'autant plus au regard des récents événements qui ont démontré son inutilité.

Voter pour cette abrogation serait cautionner Schengen, et un vote contre est inutile puisqu'il ne servirait qu'à garder des actes obsolètes et ne remettrait même pas en cause l'espace lui-même.

L'abstention est le seul choix valide.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this proposal. Improving the transparency of Union law is an essential element of the better law-making strategy that the institutions of the Union are implementing. In that context it is appropriate to remove from the legislation in force those acts which no longer serve any purpose.

A number of acts adopted in the field of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters, and belonging to the Schengen acquis, are no longer relevant due to their temporary nature or because their content has been taken up by successive acts, even though they have not been repealed.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Favorevole alla relazione riguardante l'abrogazione di alcuni atti dell'acquis di Schengen nel settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale.

La Commissione ha compiuto una valutazione dell'acquis di Schengen e degli strumenti giuridici nel settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale, in seguito alla quale, determinati atti vengono, dunque, identificati come, non più pertinenti.

L'obiettivo del presente regolamento è, infatti, l'abrogazione di suddetti atti obsoleti, dell'Unione europea nel settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale e facenti parte dell'acquis di Schengen, in quanto, il loro contenuto viene ripreso in atti successivi anche se non sono stati abrogate.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Es handelt sich um einen rein technischen Bericht hinsichtlich der Schengener Rechtsakte. Die gegenwärtige Situation bekräftigt unsere kritische Haltung zu den Schengen-Gesetzen. Der Bericht manifestiert nur die derzeitige Rechtslage. Da er inhaltlich keine Veränderung mit sich bringt, enthalte ich mich meiner Stimme.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Dans ce rapport, la Commission propose d'abroger un certain nombre d'actes législatifs dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale rendus obsolètes principalement depuis l'intégration de l'acquis de Schengen directement dans les traités européens.

Ces actes couvrent notamment l'entraide judiciaire en matière pénale entre États, la lutte contre le trafic de drogue ou encore le partage d'informations et de renseignements entre les autorités douanières, mais aussi le plus controversé Système d'Information Schengen.

Clé de voûte du système de tri des migrants entré en fonction en 2013, ce programme de fichage de tout entrant dans l'Union, semblable à la version nord-américaine qui l'a inspiré, est déjà un gouffre financier pour les résultats qu'on connaît dans la lutte contre le terrorisme.

Rappelons en outre que 6 des 7 meurtriers de Paris étaient des Européens et non des étrangers. Bien qu'il s'agisse d'un rapport technique visant à «simplifier» le droit de l'Union, je vote contre pour marquer mon désaccord avec ces mesures inefficaces.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Comme pour l'autre rapport Moraes (66 — A8-0250/2015), ce texte abroge des actes qui font partie dudit «acquis de Schengen» et qui ne semblent plus pertinents, en raison de leur caractère temporaire ou de leur recyclage dans des actes ultérieurs.

Néanmoins, le Front national s'est toujours opposé à l'espace Schengen et il n'est pas question d'en cautionner les modifications juridiques. C'est pourquoi la députée s'abstient sur ce dossier.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A Comissão Europeia procedeu à avaliação do acervo de Schengen e dos instrumentos jurídicos existentes no âmbito da cooperação judiciária e policial em matéria penal, tendo em conta o Protocolo n.º 36 anexo aos Tratados relativo às disposições transitórias. Tratando-se de disposições obsoletas - quer pelo seu carácter exclusivamente temporário, quer pela alteração do seu conteúdo por atos subsequentes -, com vista a proceder a uma simplificação legislativa, com ganhos a nível da certeza e segurança jurídicas, legislar melhor significa a revogação desses mesmos atos.

Apresentei, por isso, o meu voto favorável sobre a proposta de decisão do Parlamento Europeu e do Conselho que revoga determinados atos no domínio da cooperação policial e da cooperação judiciária em matéria penal.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this regulation as the repealing of obsolete acts will allow for better efficiency and cohesion in the EU with regards to police cooperation and judicial matters.

Miroslav Mikolášik (PPE), *pisomne*. – Európske inštitúcie uzavreli dohodu o znížení množstva právnych predpisov Únie s cieľom zvýšenia transparentnosti a zjednodušenia tvorby práva. Z tohto dôvodu sa na základe nariadenia zrušujú zastarané akty, ktorých obsah bol dočasný alebo prevzatý do následných aktov. Konkrétne v predmetnom návrhu ide o akty schengenského *acquis* v oblasti policajnej spolupráce a justičnej spolupráce v trestných veciach, ktorý Komisia predložila v súlade s dohodou o lepšej tvorbe práva. S predloženým návrhom teda plne súhlasím a hlasujem za jeho prijatie.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report on repealing certain acts from the Schengen *acquis*, which is essential in the field of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters. As part of the Commission policy on Regulatory Fitness, this related instrument will repeal a number of legal acts in the field of police and judicial cooperation and a number in relation to the Schengen *Acquis*. All of the acts to be repealed are no longer legally relevant either because they have been replaced by a more up-to-date legal act or because they are of a temporary nature.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság az előző pontban említett elemzésében megállapította, hogy a Schengeni Végrehajtó Bizottság (kábitószerek-kereskedelem elleni küzdelemről szóló) SCH/Com-ex (93) 14 és a (98) 52 (rendőrségi kézikönyvről szóló) határozata, illetve a Bizottság (kiskorúak jogellenes elviteléről szóló) SCH/Com-ex (97) decl 13 rev 2 nyilatkozata elavulttá vált, mert tartalmukat későbbi jogi aktusok átvették. Elavulttá vált továbbá a Tanácsnak a Schengeni Információs Rendszer (SIS II) második generációja teszteléséről szóló 2008/173/IB határozata, mert a SIS II 2013. április 9-én megkezdte működését. Javaslatot tett ezért ezek hatályon kívül helyezéséről szóló európai parlamenti és tanácsi határozat elfogadására.

Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében a tervezetet a Parlamentnek elfogadásra ajánlotta, azzal, hogy a visszavont jogi aktusok közé vegyék fel a Végrehajtó Bizottság közúti közlekedési szabályok megsértésével kapcsolatos eljárásokban folytatandó együttműködésre vonatkozó megállapodásról szóló határozatát is. Ez a határozat soha nem lépett hatályba, és egyetlen tagállam sem tett a 20. cikk (3) bekezdése értelmében nyilatkozatot a megállapodásnak az azon tagállamok közötti alkalmazására vonatkozóan, amelyek azt megerősítették. A jelentés javasolja továbbá a jogi aktus típusának határozatról rendeletre módosítását, minthogy a rendelet teljes egészében kötelező és közvetlenül alkalmazandó valamennyi tagállamban, és jobban szolgálja a javaslat célját. A tervezetet támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport appelle les mêmes remarques et la même position d'abstention que la proposition de décision du Parlement européen et du Conseil abrogeant certains actes liés à l'espace de liberté, de sécurité et de justice.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Em matéria de cooperação policial e de cooperação judiciária em matéria penal, no domínio do acervo de Schengen, e tendo em vista a expiração do período de transição estabelecido no Protocolo n.º 36 relativo às disposições transitórias, anexo aos Tratados, diversos atos foram considerados obsoletos.

Considera-se essencial a revogação deste tipo de atos, nomeadamente as decisões do Comité Executivo SCH/Com-ex (93) 14, relativa ao tráfico de estupefacientes, do Comité Executivo SCH/Com-ex (98) 52 sobre o vade-mécum da cooperação policial, a Declaração do Comité Executivo SCH/Com-ex (97) decl. 13 rev. 2 relativa ao rapto de menores e a Decisão 2008/173/JAI do Conselho, de 18 de fevereiro de 2008, referente aos testes de segunda geração do Sistema de Informação de Schengen (SIS II), pois estes tinham apenas caráter temporário ou o seu conteúdo foi retomado por instrumentos legislativos subsequentes.

Concordo com a proposta aqui referida, bem como de denominar o ato jurídico de «regulamento» ao invés de «decisão», na medida em que a transparência legislativa e a segurança jurídica devem ser asseguradas pelas instituições europeias, tendo assim o referido ato caráter obrigatório e sendo diretamente aplicável aos Estados-Membros.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport, comme le précédent, concerne la simplification par abrogation de certaines mesures qui pourraient porter à confusion.

Il s'agit ici de dispositions adoptées dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale et faisant partie de l'acquis de Schengen.

M'opposant absolument aux accords de Schengen, mais soutenant cette démarche de simplification, j'ai décidé de m'abstenir.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'abrogation de certains actes dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale.

L'amélioration de la transparence du droit de l'Union est un élément essentiel de la stratégie visant à mieux légiférer, que les institutions de l'Union mettent actuellement en œuvre.

Certaines mesures juridiques ne sont plus pertinentes en raison de leur caractère temporaire ou parce que leur contenu a été repris par des actes ultérieurs. Il convient par conséquent de les retirer de la législation en vigueur.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Je n'ai pas pu voter pour ce rapport, mais je soutiens pleinement la position du groupe PPE et de la délégation française consistant à adopter ce rapport.

Un certain nombre d'actes adoptés dans le domaine de la coopération policière et de la coopération judiciaire en matière pénale et faisant partie de l'acquis de Schengen ne sont plus pertinents en raison de leur caractère temporaire. Il convient donc de les abroger.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report, which will abolish the Decision of the Executive Committee SCH/Com-ex (99) 11 rev. 2 on the Agreement on cooperation in proceedings for road traffic offences, taking into consideration the fact that this agreement has never entered into force.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – I supported this decision to repeal the outdated acts concerning police cooperation and judicial cooperation in criminal matters from the Schengen acquis, as the application of those lateral protocols was already mostly taken into account through newer and better formulated documents.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht bezieht sich auf einen Vorschlag der Kommission für einen Beschluss zur Aufhebung bestimmter Rechtsakte im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen. Hier handelt es sich um einen rein technischen Bericht, aus diesem Grund habe ich mich meiner Stimme enthalten.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport visant à approuver la décision de la Commission d'abroger des actes législatifs rendus obsolètes par l'intégration des acquis de Schengen dans les traités européens.

Il s'agit ici de retirer du droit de l'Union des actes régissant les relations en matière pénale entre États membres, puisqu'ils ont été conçus comme des dispositions transitoires ou que leur contenu a été retranscrit dans des actes ultérieurs, et notamment dans le traité de Lisbonne en 2009.

L'abrogation des actes obsolètes est nécessaire dans un souci de simplification de la législation européenne.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin, kuna aja joooksul on mitmed õigusaktid aegunud või on nende sisu üle võetud teistesse aktidesse.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK isn't part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ribadisco la mia fiducia nell'importanza della semplificazione dell'acquis Schengen. In particolare, accolgo con favore le decisioni prese nel settore di cooperazione di polizia e giudiziaria: il lavoro svolto dalla commissione parlamentare LIBE, anche con missioni da parte di alcuni dei colleghi nei luoghi più colpiti dal fenomeno migratorio (mi riferisco anche al Sud Italia), ha messo in luce la necessità di focalizzarsi su questo aspetto particolare della politica di gestione delle frontiere. Voto positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Ovom Uredbom ukidaju se akti koji reguliraju policijsku i pravosudnu suradnju u kaznenim pitanjima među državama članicama Schengenskog prostora. Situacije u kojima jedan roditelj nezakonito odvede dijete preko granice ili kada država članica odbije suradnju u borbi protiv trgovine drogama, jasno su obuhvaćene naknadnim aktima, stoga zastarjeli akti koji pripadaju Schengenskoj pravnoj stečevini više nemaju smisla te ih je potrebno opozvati. Suglasna sam i s ukidanjem Odluke Vijeća o testovima Schengenskog Informacijskog sustava 2 koji se već ionako nalazi u fazi korištenja.

Podržala sam ovo Izvješće jer smatram da je nužno opozvati sve one akte koji više nemaju svrhu. Pravna sigurnost u primjeni pravne stečevine koja se postiže i opozivanjem zastarjelih akata ključni je element strategije za bolju izradu zakonodavstva koju institucije Unije provode kako bi dokumente Europske unije pojednostavili i učinili ih transparentnima.

Florian Philippot (ENF), *par écrit.* – Ce rapport, comme le précédent, concerne la simplification par abrogation de certaines mesures qui pourraient porter à confusion. Il s'agit ici de dispositions adoptées dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale et faisant partie de l'acquis de Schengen.

M'opposant absolument aux accords de Schengen, mais soutenant cette démarche de simplification, j'ai décidé de m'abstenir.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Podržavam prijedlog Komisije kojim se stavlja izvan snage sedam Zajedničkih akcija Vijeća koje se odnose na borbu protiv organiziranog kriminala, ovisnosti o drogama i trgovine drogama te na suradnju u području javnog poretka i sigurnosti. Najvažnije ovlasti dodijeljene su Europolu, koji je postao nadležan za osnaživanje međusobne suradnje između tijela kaznenog progona država članica u sprečavanju i borbi protiv terorizma, te za savjetovanje nadležnih tijela država članica o istražnim postupcima. Izvan snage je stavljen i Europski dokazni nalog kao instrument suradnje u kaznenim stvarima budući da se među 26 država članica primjenjuje Europski istražni nalog. U ovim je područjima izrazito važno utvrđivanje zajedničkih pravila i sigurnosnog okvira budući da su trgovina drogama i organizirani kriminal i dalje velike prijetnje europskoj sigurnosti.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Europska unija kao nadnacionalna unija kojoj su države članice prepustile ostvarivanje određenih suverenih prava, ima pravo i dužnost u svrhu ostvarenja svojih ciljeva izvršavati sve obveze koje iz toga proizlaze. Zakonodavna uloga je u tom smislu jedna od najvažnijih, obzirom da pravo EU-a velikim dijelom ima direktan utjecaj na nacionalno pravo država članica.

U svom izvješću o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o stavljanju izvan snage određenih akata u području policijske i pravosudne suradnje u kaznenim stvarima, kolega Cláudia Moraes opravdano naglašava kako je ključni element strategije za bolju izradu zakonodavstva poboljšanje transparentnosti prava Unije i da je u tom smislu potrebno ukloniti one akte koji su na snazi, ali više ne služe svrsi, odnosno nisu relevantni zbog svoje pravne prirode ili zato što je njihov sadržaj obuhvaćen naknadnim aktima. One odluke i deklaracije koje su u tom smislu zastarjele, treba radi zahtjeva pravne sigurnosti i jasnoće staviti izvan snage.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – La Commissione europea ha effettuato una valutazione dell'acquis di Schengen e degli strumenti giuridici nel settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale. A seguito di questa valutazione una serie di atti normativi sono stati identificati come obsoleti perché il loro contenuto è stato ripreso in atti successivi.

In questa relazione viene proposta l'abrogazione delle seguenti disposizioni normative: decisione SCH/Com-ex (93) 14 (lotta contro il traffico degli stupefacenti); dichiarazione SCH/Com-ex (97) 13 2a rev. (sottrazione di minori); decisione SCH/Com-ex (98) 52 (vademecum di polizia); decisione SCH/Com-ex (99) 11 2a rev. (infrazioni stradali) e la decisione 2008/173/GAI del Consiglio (prove tecniche del SIS II).

Voto favorevolmente perché l'abrogazione di tali misure è conforme ai principi di sussidiarietà e di proporzionalità.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Velmi mne potěšilo, jak již jsem uvedl u předcházejícího bodu, že se zde dnes nevěnujeme pouze přijímání nových norem, ale konečně se Evropský parlament odhodlal k rušení aktů, které jsou již v unijním právním řádu nadbytečné. Doufejme, že nejde o ojedinělý výstřel, ale že budeme podobně prosekávat pomyslnou legislativní džungli i nadále.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour abroger ce texte car il était devenu obsolète juridiquement. Nous devons adopter des textes clairs pour renforcer efficacement notre espace de liberté, de sécurité et de justice.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A presente proposta da Comissão prevê a revogação de um conjunto de atos pertencentes ao acervo de Schengen, adotados no domínio da cooperação policial e judiciária em matéria penal, que se tornaram obsoletos, seja em virtude da integração do respetivo conteúdo em atos subsequentes, seja em razão do seu carácter temporário.

Neste caso em particular, está em causa a revogação das decisões obsoletas do Comité Executivo SCH/Com-ex (93) 14 (combate ao tráfico de droga) e do Comité Executivo SCH/Com-ex (98) 52 (vade-mécum da cooperação policial), bem como a Declaração do Comité Executivo SCH/Com-ex (97) decl. 13 rev 2 (rapto de menores) e a Decisão 2008/173/JAI do Conselho, de 18 de fevereiro de 2008, relativa aos testes de segunda geração do Sistema de Informação de Schengen (SIS II). Tendo em vista a expiração do período de transição estabelecido no Protocolo n.º 36, anexo aos Tratados, e considerando os objetivos de simplificação e de redução do volume de legislação inscritos na estratégia «Legislar melhor», votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK isn't part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Relaciona-se apenas com a revogação de atos obsoletos, quer em virtude da integração do respetivo conteúdo em actos subsequentes, quer em virtude do seu carácter temporário.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Varios actos adoptados en el ámbito de la cooperación policial y judicial en materia penal y pertenecientes al acervo de Schengen han dejado de ser pertinentes por su carácter temporal o porque su contenido ha sido incorporado en actos sucesivos, si bien no han sido derogados. Se trata de actos que han quedado obsoletos, entre ellos las Decisiones del Comité Ejecutivo SCH/Com-ex (93) 14 (lucha contra el tráfico de estupefacientes) y (98) 52 (vademécum policial), la Declaración del Comité Ejecutivo SCH/Com-ex (97) decl. 13, 2.ª rev. (sustracción de menores) y la Decisión 2008/173/JAI del Consejo, de 18 de febrero de 2008, relativa a los ensayos del Sistema de Información de Schengen de segunda generación (SIS II), por haber quedado obsoletas. Por ello, he votado a favor de su derogación.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Dans le contexte de l'expiration de la période transitoire fixée dans le protocole n° 36 sur les dispositions transitoires, annexé aux traités, la Commission européenne a procédé à une évaluation de l'acquis de Schengen et des instruments juridiques dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale. Un certain nombre d'actes ont été identifiés comme obsolètes du fait que leur contenu a été repris dans des actes ultérieurs, ou en raison de leur caractère temporaire.

Dans l'accord interinstitutionnel du 16 décembre 2003, le Parlement européen, le Conseil et la Commission sont convenus de simplifier législation de l'Union et de réduire son volume, notamment en abrogeant les actes devenus obsolètes.

La Commission a présenté une proposition visant à abroger, en raison de leur obsolescence, les actes suivants: 11 décisions du comité exécutif de Schengen en raison du fait que leur contenu a été repris dans des actes ultérieurs, et le règlement (CE) n° 189/2008 du Conseil du 18 février 2008 relatif aux essais du système d'information Schengen de deuxième génération (SIS II), qui a épuisé ses effets juridiques lorsque le SIS II est devenu opérationnel le 9 avril 2013.

J'ai voté en faveur de ce rapport qui vient approuver la proposition de l'exécutif européen.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório do Colega Claudio Moraes diz respeito a uma proposta de decisão do Parlamento Europeu e do Conselho que revoga determinados atos no domínio da cooperação policial e judiciária em matéria penal.

Tal proposta vem no seguimento de uma avaliação feita pela Comissão ao acervo em matéria de cooperação policial e judiciária em matéria penal, que identificou alguns atos suscetíveis de serem revogados. Não havendo quaisquer óbices à sua aprovação e tendo em conta a conveniência de eliminar da legislação em vigor atos que deixaram de ter utilidade, votei em sentido favorável.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte, qui propose de modifier le type d'acte législatif pour que cette décision devienne un règlement; de plus, un ajout dans le titre précise que les actes abrogés en question font partie de l'acquis de Schengen.

En effet, un règlement est obligatoire dans tous ses éléments et directement applicable dans tout État membre; il servira ainsi plus efficacement la proposition d'abroger les actes jugés obsolètes, étant donné que leur contenu a été repris dans des actes ultérieurs.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della decisione del Parlamento europeo e del Consiglio inerente l'abrogazione di alcuni atti dell'acquis di Schengen nel settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale perché ritengo obsolete le decisioni del comitato esecutivo SCH/Com-ex (93) 14 (lotta al traffico di stupefacenti) e (98) 52 (manuale di polizia), la dichiarazione del comitato esecutivo SCH/Com-ex (97) decl 13 2a rev. (sottrazione di minori) e la decisione 2008/173/GAI del Consiglio, del 18 febbraio 2018, sulle prove tecniche del sistema d'informazione Schengen di seconda generazione (SIS II).

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta derogación está exenta de contenido político y tiene que ver simplemente con la superación, a través de actos sucesivos, de determinadas normativas, que quedan, por tanto, rebasadas o contenidas en otras. Por ello hemos votado a favor.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para derogar determinados actos en el ámbito de la cooperación policial y judicial en materia penal, ya que los actos en cuestión estaban obsoletos y no venían aplicándose debido al nuevo marco regulador que apareció tras el Tratado de Lisboa. A pesar de nuestra oposición al mismo, no tendría sentido votar otra cosa y mantener unas normativas inaplicables.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Con il voto di oggi il Parlamento abroga alcuni atti dell'acquis di Schengen nel settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giuridica in materia penale che sono divenuti obsoleti. Il loro contenuto è stato, infatti, ripreso in atti successivi o ha esaurito il suo effetto giuridico. Ho deciso pertanto di votare a favore.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of this as it repeals European Union acts.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – This is the second of three instruments which we voted to repeal. Just like the previous one which was more generally titled 'Repealing certain acts from the Schengen acquis' (A8-0250/2015), it was not politically motivated and makes sense in legislative terms.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Komisia napĺňa svoje predsavzatie zjednodušať právne predpisy EÚ prostredníctvom rušenia zastaraných právnych aktov. V tomto kontexte vykonala Komisia aj posúdenie právnej úpravy Schengenského priestoru a právnych nástrojov v oblasti policajnej a justičnej spolupráce v trestných veciach. Keďže dospela k záveru, že mnohé akty boli už zastarané a ich obsah bol prevzatý do následných aktov alebo mali dočasný charakter, je možné len podporiť jej návrh na ich zrušenie.

Dosiahne sa tým zrušenie zastaraných rozhodnutí výkonného výboru o boji proti obchodovaniu s drogami, o policajnej príručke, ako aj vyhlásenia výkonného výboru o únosoch maloletých. Do zoznamu zrušených aktov bude zaradené aj rozhodnutie o dohode o spolupráci v konaniach v dopravných priestupkoch, keďže táto dohoda nikdy nenadobudla účinnosť. Okrem toho dôjde k technickým úpravám schengenského acquis, keď sa druh aktu zmení z „rozhodnutia“ na „nariadenie“ alebo sa doplní názov spresňujúci, že zrušené akty patria do tejto úpravy. Aj keď ide takéto technické zmeny, sú dôležité pre celkovú konzistentnosť právneho systému.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich.* – Die Kommission hat in drei Beschlüssen vorgeschlagen, zum Schengen-Besitzstand gehörende Rechtsakte aufzuheben, weil sie entweder zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden.

Ziel ist es, eine bessere Rechtsetzung zu erreichen, indem man eine größere Transparenz des Unionsrechts erreicht. Im diesem Zusammenhang ist es aus Sicht des Berichtstatters Claude Moraes angezeigt, Rechtsakte, die keinen Nutzen mehr haben, aus dem geltenden Besitzstand zu entfernen. Dies soll nach der Kommission mittels dreier Beschlüsse erreicht werden.

Im Gegensatz zur Kommission empfiehlt der Berichtstatter jeweils, die Art des Rechtsakts von einem Beschluss in eine Verordnung zu ändern.

Claude Moraes hat auch zwei weitere obsoleete Rechtsakte nach Konsultation des Juristischen Dienstes des Europäischen Parlaments ermittelt, die zum Schengen-Besitzstand gehören und mittlerweile nicht mehr von Belang sind, weil sie zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden.

Der EKR unterstützt das REFIT-Programm im Sinne einer Entbürokratisierung und hat auch im LIBE-Ausschuss dafür gestimmt, dass veraltete Rechtsakte aufgehoben werden.

Die ALFA ist für Rechtsicherheit und Rechtsklarheit. Die in den Berichten vorgeschlagenen Maßnahmen sind dazu geeignet, die EU-Rechtsvorschriften zu verringern und das Unionsrecht zu vereinfachen. Diese Anliegen unterstütze ich ausdrücklich und habe daher für den Bericht gestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *pisomne.* – Záujem právnej istoty a prehľadnosti právneho poriadku Únie je aktuálne nemenej dôležitým elementom i v oblasti kooperácie členských štátov na úrovni polície a súdnictva v trestných veciach. Podporujem preto zrušenie obsolentných právnych aktov, ktoré časom stratili relevanciu svojej ďalšej existencie.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Podržavam ovaj prijedlog jer mnogi akti doneseni na području policijske i pravosudne suradnje u kaznenim stvarima više nisu relevantni zbog svoje privremene prirode. Nadalje, odlukom Izvršnog odbora SCH/Com-ex (98) 52 donesen je Schengenski priručnik o prekograničnoj policijskoj suradnji koji pomaže državama članicama u izvršavanju prekograničnih aktivnosti. Smatram da je ova odluka zastarjela nakon što je sadržaj priručnika uključen u noviji ažurirani katalog preporuka za pravilnu primjenu schengenske pravne stečevine i najbolje prakse. Stoga podržavam prijedlog da se te zastarjele odluke i izjave stave izvan snage radi pravne sigurnosti i jasnoća. Ovaj prijedlog trebao bi staviti izvan snage mnoge zastarjele akte Unije u području policijske i pravosudne suradnje u kaznenim stvarima i ne može se ostvariti na razini država članica već samo na razini Unije.

Catherine Stihler (S&D), *in writing.* – I voted in favour of this report. A number of acts adopted in recent decades have exhausted all their effects. They are no longer relevant because of their temporary nature or because their content has been taken up by successive acts. For reasons of legal certainty it is necessary to revoke the measures in question in order to bring acts in the area of freedom, security and justice in line with the Lisbon Treaty.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Mnogi akti doneseni u području policijske i pravosudne suradnje u kaznenim stvarima, koji pripadaju schengenskoj pravnoj stečevini, više nisu relevantni zbog svoje privremene prirode ili zato što je njihov sadržaj obuhvaćen naknadnim aktima.

Komisija je podnijela prijedlog za ukidanjem odluka Izvršnog odbora o suzbijanju trgovine drogom i policijskog priručnika, Deklaracije Izvršnog odbora o otmici maloljetnika i Odluke Vijeća 2008/173. Izvjestitelj predlaže ukidanje i Sporazuma o suradnji u postupcima za kaznena djela u cestovnom prometu, budući da isti nikada nije stupio na snagu, te promjenu vrste akta iz odluke u uredbu, jer su uredbe u skladu s čl. 288 UFEU-a u cijelosti obvezujuće i izravno primjenjive u svim državama.

Podržavam prijedlog o ukidanju akata u području policijske i pravosudne suradnje u kaznenim stvarima, koji pripadaju schengenskoj pravnoj stečevini jer predstavlja dobru strategiju za bolju izradu zakonodavstva koju provode institucije Unije.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o razveljavitvi nekaterih aktov s področja policijskega in pravosodnega sodelovanja v kazenskih zadevah.

Podpiram razveljavitev zastarelih aktov bodisi, ker so bili le začasne narave bodisi, ker niso več relevantni.

Ker razveljavitve aktov s področja policijskega in pravosodnega sodelovanja v kazenskih zadevah ne morejo sprejeti države članice same, moramo na ravni Evropske unije sprejeti uredbu, ki bo vse omenjene akte tudi razveljavila.

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. – As the UK is outside of the Schengen area and this proposal does not impact the UK in any way, I have abstained.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Στα πλαίσια του προγράμματος βελτίωσης της καταλληλότητας και της αποδοτικότητας του κανονιστικού πλαισίου, η Επιτροπή δήλωσε ότι διεξήγαγε «screening» του εκτιμώμενου στον τομέα της αστυνομικής και δικαστικής συνεργασίας σε ποινικές υποθέσεις. Στόχος ήταν να εντοπιστούν πράξεις οι οποίες θα μπορούσαν να καταργηθούν, στο πλαίσιο της λήξης της μεταβατικής περιόδου που τέθηκε από τις Συνθήκες.

Η Επιτροπή ολοκλήρωσε την αξιολόγηση των νομικών πράξεων στο χώρο της Ελευθερίας, Ασφάλειας και Δικαιοσύνης, και πρότεινε τρεις προτάσεις που αφορούν την κατάργηση είκοσι περίπου νομικών μέτρων.

Υπερψηφίσαμε λοιπόν τις εν λόγω εκθέσεις που σχετίζονται με τις πιο πάνω πράξεις, καθώς συμβάλλουν στην νομική σαφήνεια υποδεικνύοντας ποιες πράξεις θεωρούνται ξεπερασμένες λόγω του προσωρινού τους χαρακτήρα, αλλά και του γεγονότος ότι έχουν αντικατασταθεί από μεταγενέστερες πράξεις στο πλαίσιο της Συνθήκης της Λισαβόνας.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentésben foglalt javaslatban szereplő jogi aktusok hatályon kívül helyezését, tekintettel arra, hogy kiemelt fontosságúnak tartom az Európai Unió jogalkotásának jó minőségét és transzparenciáját. A Schengeni együttműködés körébe tartozó jogszabályok esetében különösen fontos és hasznos, hogy az átmeneti időszak leteltével megtisztítsuk a megállapodást az eleve átmenetinek szánt, illetőleg az időközben elavultnak bizonyult, vagy újabb jogszabályokkal lefedett elemektől, amelyekről a jelentés pontos áttekintéssel és megalapozott javaslattal szolgál.

Nyomatékkal mérlegeltem azt az aktuális szempontot is, hogy éppen a rendőrségi és igazságügyi területen a napjainkban jelentkező új európai kihívásoknak (terrorizmus, kábítószerrel való visszaélések stb.) való megfeleléshez a leginkább elengedhetetlen az áttekinthető, rugalmas, a hatékony bűnüldözést és jogalkalmazást segítő, korszerű jogi környezet.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Acordul interinstituțional semnat între Parlamentul European, Consiliu și Comisia Europeană solicită, printre altele, reducerea volumului legislației europene.

În baza unei mai bune legiferări, Comisia Europeană a propus abrogarea unei liste de măsuri în domeniul cooperării polițienești și cooperării judiciare în materie penală.

Sunt de acord cu raportorul în privința includerii unei decizii (SCH/Com-ex (99) 11 rev. 2(8)), în care Comitetul executiv a adoptat un acord de cooperare în ceea ce privește infracțiunile rutiere. Acordul de cooperare, încheiat numai între anumite state membre cu două țări terțe (Islanda și Norvegia), nu reprezintă un act intern al acquis-ului Schengen și nici nu a intrat vreodată în vigoare.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition du collègue Moraes. L'amélioration de la transparence du droit de l'Union est un élément essentiel de la stratégie visant à mieux légiférer, que les institutions de l'Union mettent actuellement en œuvre. Dans ce contexte, il convient de retirer de la législation en vigueur les actes qui n'ont plus de raison d'être.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – In order to simplify EU law and in line with the Inter-Institutional Agreement, I voted in favour of this report, regarding obsolete legal instruments in the field of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters. To make it more binding, Parliament has proposed that the act become a regulation rather than a decision. It repeals several decisions of the Executive Committee SCH/Com-ex on combating drug trafficking, the police handbook, road traffic offences and abduction of minors, as well as Council Decision 2008/173/JHA on the testing of the second generation Schengen Information System (SIS II).

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam uklanjanje akata iz zakonodavstva Europske unije koji više ne služe svrsi kako bi se poboljšala transparentnost prava Unije. Naime, kao dio REFIT programa čiji je cilj jasniji, stabilniji i predvidljiviji regulatorni okvir Europske unije, Europska komisija predlaže ukidanje akata koji su zastarjeli ili su zamijenjeni novima.

Kako bi se ostvarila svrha tog programa, ovom uredbom ukinut će se odluke o borbi protiv trgovine drogom, policijskom priručniku i prometnim prekršajima, kao i izjava o otmici maloljetnika i odluka Vijeća o testovima SIS-a II.

Budući da su sadržaji ovih akata naknadno uneseni u druge zakonske odredbe Europske unije, smatram da će ukidanje navedenih pomoći pri smanjenju regulatornog opterećenja te povećanju učinkovitosti zakona.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o razveljavitvi nekaterih aktov s področja policijskega in pravosodnega sodelovanja v kazenskih zadevah sem podprla, saj so nas pretekli dogodki ponovno opozorili kako zelo je potrebno okrepiti nadzor na področju boja proti terorizmu. Prav tako je potrebno spodbujati razvoj pristojnih organov pri preiskovalnih postopkih in preiskavah ter tako zagotoviti najvišjo možno stopnjo varnosti za vse državljane. Menim, da to poročilo spodbuja dobro in učinkovito medsebojno sodelovanje organov kazenskega pregona držav članic ter čezmejno sodelovanje.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta derogación está exenta de contenido político y tiene que ver simplemente con la superación, a través de actos sucesivos, de determinadas normativas, que quedan, por tanto, rebasadas o contenidas en otras. Por ello hemos votado a favor.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I fully support all efforts to reinforce and improve police and judicial cooperation between EU Member States. It is essential to cooperate better and exchange information forgetting national borders on issues of security and threats! The recent sad events in Europe remind us of this urgency! Terrorists and criminal gangs operate in all countries and cross frontiers!

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Un certain nombre d'actes faisant partie de l'acquis de Schengen ne sont plus pertinents en raison de leur caractère temporaire ou parce que leur contenu a été repris par des actes ultérieurs.

Dans un souci de transparence et de «mieux légiférer», il faut les abroger. Voter contre ce texte n'a pas de sens, puisque cela reviendrait à garder des actes obsolètes alors que ce rapport ne met pas en cause Schengen.

Il s'agit ici d'actes adoptés dans le domaine de la coopération policière et de la coopération judiciaire en matière pénale.

J'opte donc pour l'abstention.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – A büntetőügyekben folytatott rendőrségi és igazságügyi együttműködés területére vonatkozóan elfogadott és a schengeni vívmányok közé tartozó számos jogi aktus már nem releváns, mivel ideiglenes jellegű, vagy tartalmát későbbi jogi aktusok vették át, ugyanakkor az eredeti jogi aktusokat nem helyezték hatályon kívül. Ezért szavazatommal támogattam a javaslatot.

Traian Ungureanu (PPE), în scris. – Legislația Uniunii Europene cuprinde o serie de acte care nu mai sunt aplicate. Aceste acte nu mai sunt relevante datorită caracterului lor temporar sau deoarece conținutul lor a fost preluat de acte ulterioare. În vederea îmbunătățirii transparenței și pentru asigurarea unui grad mai ridicat de securitate juridică pentru cetățenii europeni, asemenea acte sunt retrase din acquis-ul legislativ al Uniunii.

Comisia Europeană efectuează în mod regulat un screening al acquis-ului legislativ, în vederea identificării actelor care ar putea fi abrogate, având în vedere expirarea perioadei de tranziție prevăzută în tratate.

Rezoluția legislativă a Parlamentului European se referă la propunerea de regulament de abrogare a anumitor acte în domeniul cooperării polițienești și al cooperării judiciare în materie penală. Prin intermediul acestei propuneri de regulament, Comisia solicită abrogarea unor decizii caduce referitoare la combaterea traficului de droguri, răpirea minorilor, manualul poliției și la testarea Sistemului de Informații Schengen din a doua generație (SIS II).

Rezoluția legislativă a Parlamentului European sprijină abrogarea acestor acte caduce.

Am votat în favoarea acestei rezoluții.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), por escrito. – Esta derogación está exenta de contenido político y tiene que ver simplemente con la superación, a través de actos sucesivos, de determinadas normativas, que quedan, por tanto, rebasadas o contenidas en otras. Por ello hemos votado a favor.

Viktor Uspaskich (ALDE), raštu. – Sąjungos teisės skaidrumo didinimas yra itin svarbus geresnės teisėkūros strategijos, kurią įgyvendina Sąjungos institucijos, elementas. Atsižvelgiant į tai, tikslinga iš galiojančių teisės aktų pašalinti tuos aktus, kurie tapo betiksliai.

Ivo Vajgl (ALDE), in writing. – I voted in favour of the resolution on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council repealing certain acts in the field of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters because I believe that improving the transparency of Union law is an essential element of the better law-making strategy that the institutions of the Union are implementing. In that context, it is appropriate to repeal those acts which no longer serve any purpose. A number of acts adopted in the field of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters, and belonging to the Schengen acquis, are no longer relevant due to their temporary nature or because their content has been taken up by subsequent acts.

The resolution also addresses the decision of the Executive Committee about the Schengen handbook on cross-border police cooperation, assisting Member States in carrying out cross-border operations. This decision became obsolete after the handbook's content was included in the updated 'catalogue of recommendations for the correct application of the Schengen acquis and best practices in police cooperation, Handbook on cross-border operations and Compendium on law enforcement liaison officers'.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), por escrito. – Hablamos de la derogación de tres decisiones y una declaración del Comité Ejecutivo y de la derogación de la Decisión 2008/173/JAI del Consejo relativa a los ensayos del Sistema de Información Schengen II (SIS II). Mediante ello se pretende derogar estos actos obsoletos y avanzar en la simplificación de la legislación europea de un modo acertado, por lo que creo necesario votar a favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de este informe para derogar determinados actos en el ámbito de la cooperación policial y judicial en materia penal, ya que los actos en cuestión estaban obsoletos y no venían aplicándose debido al nuevo marco regulador que apareció tras el Tratado de Lisboa. A pesar de nuestra oposición al mismo, no tendría sentido votar otra cosa y mantener unas normativas inaplicables.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Deze intrekking houdt logischerwijze ook een vereenvoudiging van het Europese recht op het vlak van de politieke en justitiële samenwerking in, omdat enkele juridische instrumenten uit het Schengen-acquis in onbruik zijn geraakt. Veel van deze handelingen werden immers in de loop der jaren vervangen of verduidelijkt door recentere en overzichtelijkere wetgeving. Daarom heb ik ervoor gekozen dit voorstel te steunen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Vários atos pertencentes ao acervo de Schengen - luta contra o tráfico de estupefacientes, rapto de menores, vade-mécum da cooperação policial, infrações rodoviárias, testes SIS II - deixaram de ser relevantes devido ao seu carácter temporário ou porque o seu conteúdo foi retomado por atos subsequentes, embora não tenham sido revogados, fazendo com que se consideram obsoletos.

Pese embora a índole técnica deste documento, ele trata um conjunto de matérias de natureza política em relação às quais já foram tomadas determinadas posições.

Pelo exposto, o voto de abstenção.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Es handelt sich um einen rein technischen Bericht hinsichtlich der Schengener Rechtsakte. Die gegenwärtige Situation bekräftigt unsere kritische Haltung zu den Schengen-Gesetzen. Der Bericht manifestiert nur die derzeitige Rechtslage. Da er inhaltliche keine Veränderung mit sich bringt, enthalte ich mich meiner Stimme.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Molti atti legislativi inglobati nell'acquis di Schengen sono ormai atti obsoleti, in particolare per quanto riguarda il settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale.

Per tale motivo mi sono espresso a favore dell'abolizione di quelle norme non necessarie e ormai superate.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Eine Reihe der im Bericht aufgeführten Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes stellt faktisch keine „Weiterentwicklung“ im Sinne einer effizienten polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten dar. Es besteht deshalb keine Veranlassung, ursprünglich im Schengen-Abkommen kodifizierte Regelungen aufzuheben, zumal im Zuge der gegenwärtigen Entwicklung der EU auch damit gerechnet werden muss, dass der bereits erreichte Grad der europäischen Integration nicht dauerhaft aufrechterhalten werden kann.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Rechtsakte aus dem Schengen-Besitzstand im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, die keinen Nutzen mehr haben oder sowieso nicht vollständig umgesetzt werden, können ruhigen Gewissens aufgehoben werden. Deswegen habe ich für diese Entschließung gestimmt. Diese Rechtsakte werden nunmehr aufgehoben:

— Beschluss SCH/Com-ex (93) 14 (Bekämpfung des illegalen Handels mit Betäubungsmitteln),

— SCH/Com ex (97) decl. 13 Rev. 2 (Entführung von Minderjährigen),

— Beschluss SCH/Com-ex (98) 52 (Leitfaden zur grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit),

— Beschluss SCH/Com-ex (99) 11, Rev. 2 (Zu widerhandlungen gegen Verkehrsvorschriften) und

— Beschluss 2008/173/JI (SIS-II-Prüfungen).

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφικώς*. – Υπερψήφισα την πρόταση του εισηγητή, ο οποίος έχει λάβει υπόψη όλες τις παραμέτρους για την βελτιωμένη τροποποίηση του κειμένου.

Janusz Zemke (S&D), *na piśmie*. – Pan Poseł Claude Moraes przedłożył projekt rezolucji ustawodawczej Parlamentu Europejskiego w sprawie projektu rozporządzenia Parlamentu i Rady uchylającego niektóre akty prawne w dziedzinie współpracy policyjnej i współpracy wymiarów sprawiedliwości w sprawach karnych.

Uważam, że rezolucja ta zasługuje na poparcie. Słusznie proponuje bowiem ona ograniczenie liczby przepisów prawa unijnego poprzez uchylenie nieaktualnych aktów. Z analiz wynika, że 7 wcześniejszych, ale obowiązujących nadal aktów prawnych włączono już do rozwiązań późniejszych. W szczególności dotyczy to wymiany przedmiotów i dokumentów, które mają zostać wykorzystane w postępowaniach w sprawach karnych. Ponadto likwiduje się wcześniejsze przepisy dotyczące pracowników Europolu, gdyż zostały one zastąpione rozporządzeniem UE w sprawie tej instytucji.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – A Comissão LIBE decidiu enquadrar este relatório no Processo simplificado – artigo 50.º, n.º 2, do Regimento. Pelo GUE/NGL, seguiu este relatório a deputada Cornelia Ernst, que sugere o voto a favor.

Vários atos pertencentes ao acervo de Schengen - luta contra o tráfico de estupefacientes, rapto de menores, vademécum da cooperação policial, infrações rodoviárias, testes SIS II - deixaram de ser relevantes devido ao seu carácter temporário ou porque o seu conteúdo foi retomado por atos subsequentes, embora não tenham sido revogados, fazendo com que se consideram obsoletos.

Pese embora a índole técnica deste documento, ele trata um conjunto de matérias de natureza política às quais nos pronunciamos contra. Não estamos, contudo, de acordo com os atos subsequentes por continuarem a política de repressão e securitização.

Pelo exposto, o voto de abstenção.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Zakonodajno resolucijo Evropskega parlamenta o predlogu uredbe Evropskega parlamenta in Sveta o razveljavitvi nekaterih pravnih aktov s področja pravosodnega sodelovanja v kazenskih zadevah in policijskega sodelovanja (COM(2014)0714 – C8-0279/2014 – 2014/0338(COD)), ker menim, da prispeva k izboljšanju preglednosti prava Unije in omogoča boljše pripravo zakonodaje. Številni akti s področja policijskega in pravosodnega sodelovanja v kazenskih zadevah, ki sodijo v schengenski pravni red, namreč zaradi svoječasne narave ali ker so njihovo vsebino povzeli poznejši akti, niso več relevantni, čeprav niso bili razveljavljeni. Prav tako sem glasoval za to, da se spremeni vrsta pravnega akta iz „Sklepa Evropskega parlamenta in Sveta“ v „Uredbo Evropskega Parlamenta in Sveta“ ter se tako omogoči, da v skladu s členom 288 PDEU ta postane neposredno veljavna v vseh državah članicah.

6.3. Aufhebung bestimmter Rechtsakte im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen (A8-0252/2015 - Claude Moraes)

Dichiarazioni di voto scritte

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers Schengen (which the UK isn't part of), UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para derogar determinados actos en el ámbito de la cooperación policial y judicial en materia penal, ya que los actos en cuestión estaban obsoletos y no venían aplicándose debido al nuevo marco regulador que apareció tras el Tratado de Lisboa. A pesar de nuestra oposición al mismo, no tendría sentido votar otra cosa y mantener unas normativas inaplicables.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise également à abroger des actes obsolètes; mais, contrairement aux deux autres rapports Moraes, ces actes ne sont pas liés à l'acquis de Schengen.

Encore une fois, la clarification juridique par l'abrogation des actes périmés ou qui font doublon avec d'autres textes juridiques est une bonne chose. Toutefois, nous ne pouvons pas cautionner la fédéralisation des compétences, surtout dans des domaines aussi sensibles que ceux de la police et de la coopération judiciaire en matière pénale.

Avec mes collègues du Front national, nous avons donc logiquement choisi de nous abstenir.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of this technical repeal, although sadly it is unlikely to cut the regulatory burden as the relevant acts were already obsolete.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération comme le préconisait la commission au fond.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Komisija įvertino Šengeno *acquis* ir teisės aktus, susijusius su policijos bendradarbiavimu ir teisminiu bendradarbiavimu baudžiamosiose bylose. Nustatyta, kad keletas teisės aktų yra nebeaktualūs, nes jų turinys buvo perkeltas į vėlesnius teisės aktus arba jie yra laikino pobūdžio. Pritariu siūlymui sumažinti Sąjungos teisės aktų skaičių ir juos supaprastinti, be kita ko, panaikinant nebeaktualius teisės aktus.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers police and judicial measures which the UK Government has already opted out of in 2014, UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce texte qui ne change rien: il s'agit simplement d'abroger des actes devenus obsolètes, soit parce qu'ils étaient temporaires soit parce que leur contenu a été repris dans des actes ultérieurs. Ces actes portaient sur la coopération policière et judiciaire... que Bruxelles se refuse à renforcer durablement.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui vise la suppression de dispositions dans le domaine de la coopération judiciaire ou policière en matière pénale qui sont dépassées ou ont été remplacées par d'autres textes plus récents.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe en el contexto de la expiración del periodo transitorio establecido en el protocolo número 36 sobre evaluación acervo Schengen y los instrumentos jurídicos ya que se han detectado una serie de actos han quedado obsoletos. En la base de «legislar mayor» he votado a favor. La cooperación en el ámbito de policial y judicial en material penal tiene que estar bien definido y cubierto en el acervo comunitario

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – A priori, la coopération policière et la coopération judiciaire en matière pénale sont des idées pertinentes, particulièrement dans le climat d'insécurité qui est celui de l'Europe depuis ces dernières années. L'abrogation d'actes obsolètes en la matière semble donc relever d'un enjeu d'efficacité.

Si je suis favorable à ce type de coopération entre les États Membres, j'ai pourtant dû m'abstenir sur ce texte qui menace la souveraineté de nos nations par la tentation de fédéraliser des compétences indispensables en matière de sécurité.

Rappelons que la coopération policière et judiciaire ne sont jamais aussi efficaces que lorsqu'elles sont entretenues par des États souverains, qui, à la fois disposent d'une proximité, d'une connaissance du terrain et également d'une faculté d'intermédiaire dont ne disposent pas des organisations supranationales; ainsi, dans le cas des terroristes responsables des attentats à Paris, c'est le renseignement opérationnel, couplé à des informations fournies par les services marocains qui ont permis de neutraliser Abaaoud.

L'échec notoire de l'Europe fédérale dans tous les domaines et particulièrement dans le domaine de la sécurité m'a donc poussé à m'abstenir sur ce texte qui partait pourtant, comme c'est souvent le cas, d'une bonne intention de mise en conformité juridique.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione Moraes analizza l'abrogazione di alcuni atti nel settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale. Si tratta di un testo di natura meramente tecnica che mira ad aggiornare la normativa vigente, armonizzandola.

Preso atto che i recenti attentati di Parigi hanno definitivamente dimostrato il fallimento del sistema Schengen, avrei preferito un intervento più deciso, volto a modificare in maniera decisa l'Accordo.

Per questi motivi mi sono astenuta.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Varios actos adoptados en el ámbito de la cooperación policial y judicial en materia penal han quedado obsoletos debido a que su contenido ha sido incorporado en actos sucesivos, si bien no han sido derogados. Se trata de la Acción Común 96/610/JAI (directorio de competencias antiterroristas), la Acción Común 96/699/JAI (perfil químico de las drogas), la Acción Común 96/747/JAI (directorio de competencias en materia de lucha contra la delincuencia organizada), la Acción Común 96/750/JAI (luchar contra la toxicomanía y el tráfico de drogas), la Acción Común 97/339/JAI (cooperación en el ámbito de la seguridad y el orden públicos), la Acción Común 97/372/JAI (cooperación entre autoridades aduaneras), el Acto 98/C 216/01 del Consejo y Convenio de 17 de junio de 1998 (privación del derecho de conducir), la Acción Común 98/427/JAI (buenas prácticas de asistencia judicial en materia penal), y la Decisión Marco 2008/978/JAI (exhorto europeo de obtención de pruebas).

Por ello, he votado a favor de su derogación

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame pritariama tam tikrų teisės aktų panaikinimui, susijusių su policijos bendradarbiavimu ir teisminių bendradarbiavimų baudžiamosiose bylose.

Komisija, remdamasi atliktu patikrinimu ir vadovaudamasi Tarpinstitucinio susitarimo dėl geresnės teisėkūros įsipareigojimais ir reglamentavimo kokybės politikos nuostatomis, pateikė pasiūlymą panaikinti septynis Tarybos bendruosius veiksmus, kurių turinys perkeltas į vėlesnius teisės aktus, ir Tarybos aktą 1999/C 26/07, nustatantį Europolo darbuotojų tarnybos nuostatus. Pastarasis taikomas tik labai ribotam darbo sutarčių, kurios buvo sudarytos iki Tarybos sprendimo 2009/371/TVR dėl Europolo priėmimo, skaičiui. Tik kelios tokios sutartys tebegalioja ir jos greitai nustos galioti.

Europos Parlamento pranešime taip pat yra pakeitimų, kuriais siekiama pagerinti teisės akto rengimą, pakeitimų, kuriais aiškinama JK pozicija dėl jos sprendimo pagal Protokolo Nr. 36 10 straipsnio 4 dalį, ir nauja konstatuojamoji dalis, kuria grindžiamas reglamento kaip teisinės priemonės naudojimas tam tikriems teisiniams aktams panaikinti, pagal kurių teisinį pagrindą įsigaliojus Lisabonos sutarčiai reikalaujama priimti direktyvą.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az uniós jog átláthatóságának javítása alapvető eleme a jogalkotás minőségének javítását célzó stratégiának, amelynek az uniós intézmények általi végrehajtása folyamatban van. Ezzel összefüggésben a hatályos jogszabályok közül helyénvaló hatályon kívül helyezni azokat, amelyek már semmilyen célt sem szolgálnak. A büntetőügyekben folytatott rendőrségi és igazságügyi együttműködés területére vonatkozóan elfogadott számos jogi aktus már nem releváns, azok ideiglenes jellegéből következően, vagy mivel azok tartalmát későbbi jogi aktusok átvették. A jelentést a fentiek fényében szavazatommal támogattam.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Tudi predlagano poročilo sem podprl, saj, podobno kot prejšnji dve, razveljavlja akte, ki so zaradi različnih razlogov postali brezpredmetni. Poročilo razveljavlja različne akte in ukrepe o meddržavnemu sodelovanju s področij, kot so boj proti terorizmu, kemično profiliranje drog, boj proti organiziranemu kriminalu, boj proti odvisnosti od prepovedanih drog in prometu z njimi, sodelovanje na področju javnega reda in miru ter varnosti, sodelovanje med carinskimi organi idr. Kot pri prejšnjih dveh poročilih gre tudi pri tem za razveljavitev aktov s področja schengenskega pravnega reda, ki so bili bodisi začasne narave bodisi so bili nadomeščeni z novimi akti.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici de l'abrogation d'actes adoptés dans le domaine de la coopération policière et de la coopération judiciaire en matière pénale, mais sans rapport avec l'acquis de Schengen. Même si je ne suis pas opposée à la coopération policière et judiciaire entre États membres, je reste attachée à la souveraineté nationale et ne veux pas de la fédéralisation de ces compétences.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Questo atto ci permette di abrogare due atti aggiuntivi alla Convenzione di Schengen: la Convenzione del 17 giugno 1998 relativa al ritiro della patente di guida (atto 98/C 216/01 del Consiglio) e la decisione quadro 2008/978/GAI del Consiglio relativa al mandato europeo di ricerca delle prove diretto all'acquisizione di oggetti, documenti e dati da utilizzare nei procedimenti penali (MER), che risultano oggi ampiamente superati dai fatti e dalla direttiva 2014/41/UE del Parlamento europeo e del Consiglio relativa all'ordine europeo di indagine penale (OEIP).

Dal momento che il MER rimarrebbe applicabile solo tra due Stati membri, esso ha perso il suo valore di strumento di cooperazione in materia penale e dovrebbe essere abrogato per garantire la linearità del diritto in materia, fatta salva una disposizione transitoria che prevede che la decisione quadro 2008/978/GAI del Consiglio continuerà ad essere applicabile per i MER emessi prima della trasposizione della direttiva OEIP finché i procedimenti penali per i quali sono stati emessi non siano stati conclusi con una decisione definitiva.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Un certain nombre d'actes dans le domaine de la coopération policière et judiciaire ne sont plus pertinents en raison de leur caractère temporaire ou parce que leur contenu a été repris dans des actes ultérieurs. Dans un souci de transparence, ce rapport préconise de les abroger notamment afin d'alléger et de simplifier la législation actuelle.

Ces abrogations sont logiques et nous considérons qu'il ne serait pas du tout judicieux de maintenir ces actes en l'état actuel. Même si nous ne sommes pas opposés à une coopération policière et judiciaire équilibrée entre les États membres, notamment en vue de lutter contre le fondamentalisme islamiste, véritable fléau de ce XXI^e siècle, nous estimons que cette proposition s'apparente à une fédéralisation des compétences en matière pénale.

Résolument attaché à la souveraineté nationale, je me suis abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Legislația europeană trebuie să se adapteze în permanență la noile realități ce evoluează pe teritoriul unional, pentru a servi cât mai fidel cetățenilor pe care îi protejează.

Această adaptare presupune, în permanență, o monitorizare activă a evoluției și aplicării legislației în teritoriu și tocmai asta și-a propus Comisia să facă, și anume, să realizeze o evaluare a acquis-ului Schengen și a instrumentelor juridice în domeniul cooperării polițienești și al cooperării judiciare în materie penală.

Propunerile de abrogare a șapte acțiuni prezentate de Comisie, împreună cu cele două propuneri ale raportorului privind abrogarea altor două acte normative și o bună determinare a sediului materiei în cadrul legislației privind Europol sunt rezultatul unor analize temeinice și constituie pașii potriviți prin care putem atinge o mai mare claritate legislativă și securitate juridică.

Am votat în favoarea acestui raport deoarece consider că toate măsurile propuse sunt mijloacele adecvate pentru a obține o transparență a legislației Uniunii Europene și pentru a le oferi cetățenilor europeni acte normative care să aibă corespondent practic în instrumentele judiciare.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Queste tre relazioni a firma del MEP Moraes rispondono all'esigenza di aggiornamento delle norme in vigore, attraverso l'abrogazione di una serie di atti facenti parte dell'acquis di Schengen.

Questi testi normativi non sono più pertinenti a causa della loro natura temporanea o perché il loro contenuto è stato ripreso in atti successivi che però non li hanno abrogati. Nel merito, questa può essere valutata come una misura positiva, ma visti anche gli sviluppi in corso, specialmente negli ultimi mesi, e la ferma volontà da parte della nostra delegazione di rivedere completamente l'accordo di Schengen, ho votato contro.

Sulle politiche legate a Schengen non possiamo limitarci a semplici aggiornamenti, ma occorre procedere a una completa riforma.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di regolamento del Parlamento europeo e del Consiglio relativa all'abrogazione di alcuni atti nel settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale.

Ci sono molti atti, contenuti nell'acquis di Schengen e riguardanti il settore della cooperazione di polizia e giudiziaria in materia penale, che oggi sono privi di qualsiasi funzione e non hanno più alcun legame con le altre norme. Essi infatti, anche se ancora non sono stati abrogati, rimangono inapplicabili, perché il loro contenuto è stato riversato in norme successive e più recenti.

Ad esempio, le decisioni che miglioravano la prassi della cooperazione giudiziaria in materia di lotta contro il traffico degli stupefacenti, sono diventate obsolete a causa dell'entrata in vigore di successive norme, riguardanti specificatamente l'assistenza giudiziaria in materia penale tra gli Stati membri.

Il presente testo propone abrogazioni di norme ormai superate e per questo ho deciso di votare in favore del suo accoglimento.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this technical report, which identifies acts that are no longer relevant because of their temporary nature or because their context has been taken up by successive acts. Between this vote and two other votes repealing acts part of other policy cooperation matters, there are 20 legal measures to be repealed. Many of these are due to the fact that the Lisbon Treaty amended the way EU countries dealt with police cooperation. Therefore the acts to be repealed no longer apply.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers police and judicial measures which the UK Government has already opted out of in 2014, UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because the removal of the obsolete acts will make our legislation more efficient and effective and will improve transparency and help in combating crime.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il voto riguarda l'abrogazione di atti legati al vecchio quadro istituzionale nel quadro della scadenza del periodo transitorio di cui al Protocollo 36 sulle disposizioni transitorie (allegato al Trattato di Lisbona). In particolare si tratta, in questo caso di una Convenzione e di una decisione quadro nell'ambito della cooperazione di polizia e cooperazione giudiziaria penale. Ho votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Ορισμένες πράξεις που θεσπίστηκαν στον τομέα της αστυνομικής και δικαστικής συνεργασίας σε ποινικές υποθέσεις, έστω και εάν δεν έχουν καταργηθεί, έχουν καταστεί άνευ αντικειμένου καθώς το περιεχόμενο τους έχει ενσωματωθεί σε μεταγενέστερες πράξεις.

Έχοντας υπόψη την πρόταση της Ευρωπαϊκής Επιτροπής και αποφασίζοντας σύμφωνα με τη συνήθη νομοθετική διαδικασία στηρίζουμε θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento. Nell'accordo interistituzionale del 16 dicembre 2003, il Parlamento europeo, il Consiglio e la Commissione hanno concordato sulla necessità di ridurre il volume del corpus legislativo dell'Unione e semplificarlo, anche attraverso l'abrogazione degli atti obsoleti.

Sulla base del suo esame, in linea con gli impegni di cui all'accordo interistituzionale e con la sua politica in materia di adeguatezza della regolamentazione, la Commissione ha presentato una proposta di abrogazione di 7 azioni comuni del Consiglio il cui contenuto è stato ripreso in atti successivi e dell'atto 1999/C 26/07 del Consiglio che stabilisce lo statuto del personale applicabile ai dipendenti dell'Europol.

Il Parlamento europeo presenta modifiche intese ad abrogare due atti aggiuntivi, che sono diventati anch'essi obsoleti: la Convenzione del 17 Giugno 1998 relativa al ritiro della patente di guida e atto 98/C 216/01 del Consiglio, e la Decisione quadro 2008/978/GAI del Consiglio relativa al mandato europeo di ricerca delle prove diretto all'acquisizione di oggetti, documenti e dati da utilizzare nei procedimenti penali (MER).

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – L'azione comune del Consiglio ha istituito un repertorio delle competenze, capacità e conoscenze specialistiche nel settore dell'antiterrorismo per renderle più capillarmente e tempestivamente disponibili ai servizi di tutti gli Stati membri, poi diventata obsoleta quando Europol ha avuto l'incarico di sostenere e rafforzare la cooperazione reciproca tra le autorità di contrasto degli Stati membri.

Ho votato a favore di questa proposta per evitare sovrapposizioni tra le competenze di Europol e quelle degli organismi preesistenti.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers police and judicial measures which the UK Government has already opted out of in 2014, UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Os instrumentos da chamada *Área de Liberdade, Segurança e Justiça*, em particular no que respeita ao acervo Schengen, foram inicialmente incorporados pelo Tratado de Amesterdão no ordenamento jurídico da União. Progressivamente, muitos foram sendo atualizados, reformulados, reforçados e, em alguns casos, tornaram-se simplesmente obsoletos. Este Regulamento vem assegurar a revogação destes atos e assegurar que, em certos casos, seja assegurado um período de transição.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers police and judicial measures which the UK Government has already opted out of in 2014, UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Uno degli obiettivi della strategia dell'Unione europea consiste nella semplificazione normativa degli atti legislativi comunitari. Per alleggerire efficacemente il volume del corpus legislativo comunitario è opportuno eliminare gli atti il cui contenuto è stato ripreso da normative successive, i cosiddetti atti obsoleti. In particolare, la presente relazione evidenzia l'utilità di abrogare alcuni atti in materia di cooperazione di polizia e cooperazione giudiziaria in materia penale.

In questo ambito sono sette le azioni del Consiglio divenute obsolete: esse riguardano il controllo doganale, l'assistenza giudiziaria in materia penale, il mandato europeo per l'acquisizione di prove da utilizzare nei procedimenti penali, e la lotta al terrorismo, alla criminalità organizzata e al traffico di stupefacenti. Per queste politiche sono stati adottati atti normativi più recenti e pertanto sostengo la proposta di abrogare quelli precedenti, alleggerendo così la legislazione comunitaria e contribuendo a una maggiore trasparenza e chiarezza del diritto europeo.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – A number of acts that include driving disqualifications, the European evidence warrant and establishing minimum rules concerning the definition of criminal offences and sanctions have become obsolete either because they have been changed by other laws or never came into effect. The Commission's proposal to repeal legislative acts which are no longer applicable helps to improve transparency and legal certainty for citizens. I voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Nel quadro della scadenza del periodo transitorio di cui al Protocollo 36 sulle disposizioni transitorie, allegato ai trattati, la Commissione ha effettuato una valutazione dell'acquis di Schengen e degli strumenti giuridici nel settore della cooperazione di polizia e giudiziaria in materia penale. Un numero di atti sono stati identificati come obsoleti perché il loro contenuto è stato ripreso da atti successivi o perché avevano natura temporanea.

Nell'accordo interistituzionale del 16 dicembre 2003 il Parlamento, il Consiglio e la Commissione hanno convenuto sulla riduzione del volume e la semplificazione del diritto dell'Unione, anche attraverso l'abrogazione degli atti obsoleti, quali: 1) la convenzione del 17 giugno 1998, relativa della patente di guida e atto del Consiglio 98 / C 216/01; 2) la decisione quadro 2008/978/GAI relativa al mandato europeo per la all'acquisizione di oggetti, documenti e dati da utilizzare nei procedimenti penali (MER) sostituita dalla direttiva 2014/41/UE relativa all'ordine europeo di indagine penale (OEI).

In quanto realmente obsoleti mi sembra opportuno votare positivamente.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para derogar determinados actos en el ámbito de la cooperación policial y judicial en materia penal, ya que los actos en cuestión estaban obsoletos y no venían aplicándose debido al nuevo marco regulador que apareció tras el Tratado de Lisboa. A pesar de nuestra oposición al mismo, no tendría sentido votar otra cosa y mantener unas normativas inaplicables.

Pál Csáky (PPE), írásban. – Az Európai Bizottság elemzést végzett a schengeni vívmányok és a büntetőügyekben folytatott rendőrségi és igazságügyi együttműködés terén meglévő jogi eszközök tekintetében. A Bizottság megállapítása szerint számos jogi aktus elavult, vagy mert tartalmukat későbbi jogi aktusok átvették, vagy pedig mert eleve ideiglenes természetűek voltak.

A Bizottság az általa végzett átvilágítás alapján javaslatot terjesztett elő azzal a céllal, hogy hatályon kívül helyezze a Tanács hét közös fellépését – amelyek tartalmát későbbi jogi aktusok átvették –, valamint az Europol alkalmazottaira vonatkozó személyzeti szabályzat létrehozásáról szóló tanácsi jogi aktust. A jelentést, amely támogatja az elavult jogi aktusok hatályon kívül helyezését, megszavaztam, mert hozzájárul az uniós jogszabályok számszerű csökkentéséhez és egyszerűsítéséhez.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – Projekt rozporządzenia Parlamentu Europejskiego i Rady uchylający niektóre akty prawne w dziedzinie współpracy policyjnej i współpracy wymiarów sprawiedliwości w sprawach karnych to kolejny dokument, który ma na celu eliminację zbędnych regulacji i nieaktualnych aktów prawnych z europejskiego systemu prawa. Wraz z wejściem w życie Konwencji o pomocy w sprawach karnych między państwami członkowskimi oraz decyzji Rady z 2009 r. ustanawiającej Europejski Urząd Policji (Europol), część wspomnianej materii została wyczerpująco unormowana, przy czym zapomniano o derogacji przepisów poprzednio obowiązujących. Przyjęcie rozporządzenia korzystnie wpłynie na uporządkowanie oraz zwiększenie przejrzystości aktualnych procedur transgranicznej współpracy policyjnej i wymiarów sprawiedliwości. Poza eliminacją martwych i nieaktualnych przepisów, Komisja zaproponowała uchylenie decyzji ramowej Rady w sprawie europejskiego nakazu dowodowego, argumentując, że ta straciła swą przydatność, jako że ma obecnie zastosowanie tylko między dwoma państwami członkowskimi UE. Wydaje mi się zasadne tak pragmatyczne podejście do tematu usuwania z systemu prawnego aktów niesłużących już żadnym celom. Jako zwolennik ograniczania liczby przepisów unijnego prawa oraz ich uproszczania bez wahania poparłem projekt rozporządzenia.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – I voted in favour of this report as it focuses on the repeal of certain acts within the field of policy cooperation and judicial cooperation in criminal matters which are no longer relevant to European legislation. The repeal of these acts is not politically motivated and comes as part of the Commission's policy on regulatory fitness, which aims at keeping EU legislation simple and relevant.

Daniel Dalton (ECR), in writing. – This REFIT proposal relates to certain provisions of the Schengen acquis, to which the United Kingdom does not subscribe. As such, the UK will not be bound by this. Therefore, whilst I welcome the repeal of this obsolete measure, as previously on justice and home affairs matters which do not pertain to the UK, I decided to abstain.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport législatif propose d'abroger certains actes obsolètes dans le domaine de la coopération judiciaire et policière en matière de criminalité. Ces actes concernent des actions conjointes, la convention relative à la déchéance du droit de conduire et le mandat européen d'obtention de preuves. Il recommande également de modifier la nature juridique de la proposition de la Commission, d'une décision à un règlement de l'Union, considéré comme plus adéquat pour garantir l'abrogation immédiate et entière de ces actes, dans tous les États membres.

Soutenant ces objectifs et ces modifications d'ordre technique, j'ai voté en faveur du rapport.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – Ces actes étant devenus obsolètes, je soutiens cette mesure car elle participe à une plus grande clarté de la législation européenne dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale.

Ian Duncan (ECR), in writing. – These REFIT proposals relate to certain provisions of the Schengen acquis, to which the UK does not subscribe. As such, the UK will not be bound by them. Therefore, whilst I welcome the repeal of obsolete measures, in accordance with our long-standing position on JHA matters which do not pertain to the UK, I will abstain.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Този доклад е част от програмата на Европейската комисия РЕФИТ, чиято цел е да отмени европейски законодателни инструменти, които вече не са валидни за държавите членки. След проведена оценка на актовете в сферата на полицейското и съдебното сътрудничество, ЕК установи няколко инструмента с временен характер или чието съдържание е отразено в последващи текстове.

Въз основа на своя преглед и в съответствие с поетите ангажменти в Междунституционалното споразумение за по-добро законотворчество и с политиката си относно регулаторна пригодност Комисията представи предложение за отмяна на 7 съвместни действия на Съвета, чието съдържание е отразено в последяващи актове, и на Акт 1999/C 26/07 на Съвета за установяване на правилник за персонала, приложим за заетите в Европол лица. Последният акт се прилага само за много ограничен брой трудови договори, сключени преди приемането на Решение 2009/371/ПВР на Съвета относно Европол. Само няколко такива договора са все още в сила и тяхното действие ще изтече скоро. Подкрепих тяхната отмяна, защото смятам, че е необходимо намаляване на обема и опростяване на правото на Съюза, включително и чрез отмяна на неактуални актове.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Αφορά στην κατάργηση, ως παρωχημένων, 7 κοινών δράσεων, 1 πράξης και 1 απόφασης - πλαίσιο σε θέματα που άπτονται της αστυνομικής και δικαστικής συνεργασίας, μεταξύ των κρατών - μελών.

Για τα συγκεκριμένα, και μόνο, ο παρών κανονισμός, εξυπηρετεί καλύτερα τους σκοπούς της πρότασης, που είναι η κατάργηση των πράξεων που είναι παρωχημένες.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers police and judicial measures which the UK Government has already opted out of in 2014, UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O presente relatório dá conta dos resultados da avaliação do acervo de Schengen e dos instrumentos jurídicos no domínio da cooperação policial e da cooperação judiciária em matéria penal. Vários atos foram considerados obsoletos, quer em virtude da integração do respetivo conteúdo em atos subsequentes, quer em virtude do seu caráter temporário.

A proposta em causa propõe a revogação das sete ações comuns do Conselho cujo conteúdo foi retomado em atos subsequentes e o Ato do Conselho 1999/C 26/07 que aprova o Estatuto do Pessoal da Europol. Este último ato do Conselho é aplicável a um número muito restrito de contratos de trabalho e atingirão o seu termo brevemente. Há ainda a proposta de revogar a Convenção, de 17 de junho de 1998, relativa às Decisões de Inibição de Conduzir e o Ato 98/C 216/01 do Conselho e a Decisão-Quadro 2008/978/JAI do Conselho, relativa ao mandado europeu de obtenção de provas destinado à obtenção de objetos, documentos e dados para utilização no âmbito de processos penais (MEOP). Concordo com as revogações sugeridas.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce vote parce que le texte de référence est un texte fédéraliste que je ne reconnais pas.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A Comissão das Liberdades do Parlamento Europeu decidiu enquadrar este relatório no Processo simplificado – Artigo 50.º, n.º 2, do Regimento. O relatório integra um conjunto de três, relativos à revogação de atos no domínio da cooperação policial e da cooperação judiciária em matéria penal e a atos do acervo de Schengen.

Vários atos pertencentes ao acervo de Schengen deixaram de ser relevantes devido ao seu caráter temporário ou porque o seu conteúdo foi retomado por atos subsequentes, embora não tenham sido revogados, fazendo com que se considerem obsoletos.

Este relatório tem, por esta razão, uma natureza eminentemente técnica. Facto é que, em termos práticos, entre os atos obsoletos e os que os substituem não existem melhorias substantivas, pelo que, pese embora o acima exposto, reafirmamos a nossa posição crítica de fundo relativamente a Schengen e ao seu acervo. E, bem assim, relativamente à cooperação policial e à cooperação judiciária em matéria penal.

São domínios relativamente aos quais temos vindo a ser críticos face à abordagem da UE e às tentativas de aprofundamento federal, com limitações acrescidas à capacidade de decisão dos Estados-Membros em áreas que vão ao âmago da soberania dos Estados.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Il voto a queste tre relazioni sarà contrario in quanto non c'è la necessità di rivedere Schengen ma di riformarlo completamente.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Υπερψηφίζω την παρούσα έκθεση καθώς ο παρών κανονισμός, εξυπηρετεί καλύτερα τους σκοπούς της πρότασης, που είναι η κατάργηση των πράξεων που είναι παρωχημένες.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), in writing. – In the context of the expiry of the transitional period set out in Protocol 36 on transitional provisions annexed to the Treaties, the Commission has performed an assessment of the Schengen acquis and of the legal instruments in the field of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters. A number of acts have been identified as obsolete because their content has been taken up by subsequent acts or because they are of a temporary nature.

In the Inter-institutional Agreement of 16 December 2003, Parliament, the Council and the Commission agreed on reducing the volume of, and simplifying, Union law, including by means of repealing obsolete acts. On the basis of its screening and in line with the commitments in the inter-institutional agreement on better law-making and the its policy on Regulatory Fitness, the Commission submitted a proposal to repeals seven Council Joint Actions whose content has been taken up in successive acts, and Council Act 1999/C 26/07 laying down the staff regulations applicable to Europol employees. The latter applies only to very limited number of employment contracts concluded before the adoption of Council Decision 2009/371/JHA on Europol. Only few such contracts are still in force and they will soon come to an end.

Kinga Gál (PPE), in writing. – We from the Fidesz party (EPP Group) voted in favour of this report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council repealing certain acts in the field of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters.

The Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs recommended that the position of the European Parliament adopted at first reading under the ordinary legislative procedure should amend the Commission proposal. Among other things, we introduced a transitional provision stipulating that any European evidence warrant executed under Framework Decision 2008/978/JHA shall continue to be governed by that instrument until the relevant criminal proceedings have been concluded with a definitive decision.

The new text will improve the drafting of the act, clarifying the position of the UK in view of its decision in accordance with Article 10(4) of Protocol 36 and the use of a regulation as a legal instrument for repealing certain acts whose legal basis after the Lisbon Treaty requires adoption of a directive.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – A jogbiztonság és az egyértelműség biztosítása érdekében egyetértek a jelentésben kijelölt prioritásokkal. A Tanács által az általános megközelítésében javasolt és a Bizottság által elfogadott módosításokkal összhangban, valamint az Európai Parlament Jogi Szolgálatával folytatott konzultációt követően az előadó módosításokat terjeszt elő az elavulttá vált jogi aktus hatályon kívül helyezése érdekében, mely a járművezetéstől való eltiltásról szóló 1998. június 17-i egyezmény és a 98/C 216/01 tanácsi jogi aktusra vonatkozik. Fontos kérdés ez azon oknál fogva, hogy az egyezmény hatálybalépéséhez mind a 15 aláíró tagállam általi megerősítése szükséges. Az egyezményt azonban csupán hét tagállam erősítette meg, és sohasem lépett hatályba. Ennélfogva elveszítette relevanciáját az uniós jogszabályok között, ezért hatályon kívül kell helyezni.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. – He votado a favor ante la constatación de que estos instrumentos ya no son aplicables a ningún Estado miembro, han perdido su pertinencia en la legislación de la Unión y deben derogarse.

Arne Gericke (ECR), schriftlich. – Ich habe heute für den Bericht zur Aufhebung bestimmter Rechtsakte im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen gestimmt, da ich eine Fortentwicklung und Aktualisierung des Schengener Übereinkommens gerade in dieser aktuellen Zeit für unabdingbar halte.

Jens Gieseke (PPE), schriftlich. – Ein Teil der Rechtsakte aus dem Schengen-Besitzstand im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit sind überholt oder nicht mehr aktuell. Entweder wurden ihre Inhalte in anderen Rechtsakten erneut aufgegriffen, oder sie sind zeitlich befristet. Deshalb ist der Vorschlag der Kommission richtig, diese Rechtsakte aufzuheben. Es verbessert die Übersichtlichkeit bestehender Vorschriften.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which aims to revoke measures that are no longer relevant because of their temporary nature or because their content has been taken up by successive acts.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – Varios actos adoptados en el ámbito de la cooperación policial y judicial en materia penal han quedado obsoletos porque su contenido ha sido incorporado en actos sucesivos, si bien no han sido derogados. Por razones de seguridad y claridad jurídicas, procede derogar dichos instrumentos jurídicos obsoletos.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta derogación está exenta de contenido político y tiene que ver simplemente con la superación, a través de actos sucesivos, de determinadas normativas, que quedan, por tanto, rebasadas o contenidas en otras. Por ello hemos votado a favor.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted for this proposal. Improving the transparency of Union law is an essential element of the better law-making strategy that the institutions of the Union are implementing. In that context it is appropriate to remove from the legislation in force those acts which no longer serve any purpose. A number of acts adopted in the field of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters have become obsolete because their content has been taken up by successive acts, even though they have not been repealed.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – Mardi 24 novembre, j'ai voté en faveur de trois rapports visant à abroger certains actes de l'acquis de Schengen. Ces textes visent à défaire un certain nombre de mesures juridiques liées à l'espace de liberté, de sécurité et de justice ainsi que des dispositions juridiques dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale, qui sont devenues obsolètes.

Les actes ici abrogés ne sont en effet plus pertinents du fait de leur caractère temporaire ou du fait que leur contenu a été repris dans des actes ultérieurs. Il s'agit ici de faire preuve de cohérence et d'améliorer la transparence du droit de l'Union afin de mieux légiférer dans l'intérêt des citoyens européens.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for the report on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council repealing certain acts in the field of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters because it is appropriate to remove from the legislation in force those acts which no longer serve any purpose for legal certainty and clarity.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Δεδομένης της τεχνικής φύσεως αυτής της διαδικασίας «εκκαθάρισης», η οποία συμβάλει και στην νομική σαφήνεια, υπερψηφίζουμε την έκθεση.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted for this report because a number of acts have been identified as obsolete due to their content being taken up by successive acts or due to the fact that they are temporary in nature. The report will in turn improve the drafting of the act with several of the amendments it contains. Simplifying and reducing the volume of European Union law will lead to more clarity and efficiency throughout the EU.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers police and judicial measures which the UK Government has already opted out of in 2014, UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Brice Hortefeux (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu la proposition d'abrogation des actes de l'acquis de Schengen dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale devenus obsolètes du fait de leur caractère temporaire ou parce que leur contenu a été repris dans des actes ultérieurs.

Il ne s'agit absolument pas de remettre en cause ce qui marche dans Schengen, mais de simplifier la réglementation européenne dont j'ai souvent déploré les lourdeurs et les incongruités.

Ce vote me permet cependant de renouveler mon appel au réalisme. Depuis longtemps, mon parti plaide pour une refonte de Schengen afin de nous adapter aux nouvelles réalités et aux nouvelles menaces qui s'affranchissent des frontières nationales.

L'urgence est à un renforcement du contrôle des frontières extérieures et à un contrôle systématique des ressortissants de pays tiers, mais aussi des citoyens européens.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasovao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu uredbe Parlamenta i Vijeća o stavljanju izvan snage određenih akata u području policijske i pravosudne suradnje u kaznenim stvarima radi osiguravanja jasnoće i sigurnosti prava. U tom kontekstu podržavam proceduru stavljanja izvan snage onih akata koji su zastarjeli, odnosno čiji je sadržaj prisutan u novim aktima ili čije je važenje ograničeno. Smatram da transparentnost prava Europske unije koristi svim građanima, ali i dotičnim nadležnim tijelima potičući izvjesnost i vjerodostojnost pravne stečevine, te podižući razinu dosljednosti Unije.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Ce texte abroge des actes obsolètes qui ne sont pas liés à l'acquis de Schengen.

Encore une fois, la clarification juridique par l'abrogation des actes périmés ou qui font doublon avec d'autres textes juridiques est une bonne chose. Toutefois, nous ne pouvons pas cautionner la fédéralisation des compétences, notamment dans les domaines de la police et de la coopération judiciaire en matière pénale.

Je me suis abstenu.

Diane James (EFDD), *in writing.* – Although the measures to repeal old EU legislation only covers police and judicial measures which the UK Government has already opted out of in 2014, UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Petr Ježek (ALDE), *písemně.* – Návrh Komise na zrušení určitých částí legislativních aktů EU byl podpořen naprostou většinou poslanců včetně mě. Jedná se o pouhou právní aktualizaci, kdy je odstraněno několik opatření dočasné povahy a legislativních aktů, jež pozbyly platnosti. Cílem této aktualizace je větší přehlednost platného práva Evropské unie.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Claude Moraes sur l'abrogation de certains actes dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale.

En effet, certains actes de coopération policière et judiciaire en matière pénale avaient un caractère temporaire ou ont été repris dans d'autres actes a posteriori. Il était donc utile de les abroger dans un souci de clarification et de simplification des actes.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de ce rapport car il permet l'abrogation d'actes devenus obsolètes relevant de la coopération policière et judiciaire. Il s'agissait en effet d'améliorer la transparence, la clarté et de faire preuve de cohérence pour une meilleure législation européenne.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich.* – Der vorliegende Bericht betrifft die Aufhebung bestimmter Rechtsakte im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen. Dabei handelt es sich um Änderungen technischer Natur, da diese Rechtsakte mittlerweile als überholt gelten. Aufgrund prinzipieller Überlegungen zum Schengener Abkommen enthalte ich mich der Stimmabgabe.

Afzal Khan (S&D), *in writing.* – These acts are no longer relevant because of their temporary nature or because their content has been taken up by successive acts. Therefore, for reasons of legal certainty and in order to bring acts in the area of freedom, security and justice in line with the Lisbon Treaty, I voted in favour of repealing these acts.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich.* – Die Kommission hat in drei Beschlüssen vorgeschlagen, zum Schengen-Besitzstand gehörende Rechtsakte aufzuheben, weil sie entweder zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden.

Ziel ist es, eine bessere Rechtsetzung zu erreichen, indem man eine größere Transparenz des Unionsrechts erreicht. Im diesem Zusammenhang ist es aus Sicht des Berichtstatters Claude Moraes angezeigt, Rechtsakte, die keinen Nutzen mehr haben, aus dem geltenden Besitzstand zu entfernen. Dies soll nach der Kommission mittels drei Beschlüsse erreicht werden.

Im Gegensatz zur Kommission empfiehlt der Berichtstatter jeweils, die Art des Rechtsakts von einem Beschluss in eine Verordnung zu ändern.

Claude Moraes hat nach Anhörung des Juristischen Dienstes des Europäischen Parlaments auch zwei weitere obsolete Rechtsakte ermittelt, die zum Schengen-Besitzstand gehören und mittlerweile nicht mehr von Belang sind, weil sie zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden.

Die EKR unterstützt das REFIT-Programm im Sinne einer Entbürokratisierung und hat auch im LIBE-Ausschuss dafür gestimmt, dass veraltete Rechtsakte aufgehoben werden.

Die ALFA ist für Rechtsicherheit und Rechtsklarheit. Die in den Berichten vorgeschlagenen Maßnahmen sind dazu geeignet, die EU-Rechtsvorschriften zu verringern und das Unionsrecht zu vereinfachen. Diese Anliegen unterstütze ich ausdrücklich und habe daher für den Bericht gestimmt.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Sulla base degli impegni previsti all'interno dell'accordo interistituzionale sul programma «Legiferare meglio», il relatore ha apportato alcune modifiche intese ad abrogare la decisione quadro del Consiglio relativa al mandato europeo di ricerca delle prove diretto all'acquisizione di oggetti, documenti e dati da utilizzare nei procedimenti penali (MER); la convenzione del 17 giugno 1998 concernente il ritiro della patente di guida; sopprimere il riferimento all'atto 1999/C 26/07 del Consiglio, del 3 dicembre 1998, che stabilisce lo statuto del personale applicabile ai dipendenti dell' Europol.

Trattandosi di atti obsoleti, poiché ripresi in atti successivi o in ragione della loro natura temporanea, ho deciso di dare il mio favorevole.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai approuvé le rapport sur la proposition de règlement du Parlement européen et du Conseil abrogeant certains actes dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale devenus obsolètes.

Dans le but d'améliorer la formulation de l'acte, nous avons également introduit des amendements visant à préciser la position du Royaume-Uni et justifiant l'utilisation d'un règlement pour l'abrogation de certains actes juridiques.

Par ailleurs, Les Républicains et moi-même appelons à une profonde refonte des accords de Schengen, inappropriés dans leur forme et leur fonctionnement actuels à la réalité des menaces auxquelles les pays de l'Union doivent aujourd'hui faire face.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Un certain nombre d'actes dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale ne sont plus pertinents en raison de leur caractère temporaire ou parce que leur contenu a été repris dans des actes ultérieurs.

Dans un souci de transparence et de «mieux légiférer», il faut les abroger. Cependant, les événements récents démontrent encore une fois que la coopération policière et judiciaire au niveau de l'Union européenne laisse à désirer. Il faut que les services de police des États Membres coopèrent, mais je m'oppose à toute tentative de communautariser la politique de sécurité. C'est pourquoi je me suis abstenue sur la proposition d'abroger certains actes.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para derogar determinados actos en el ámbito de la cooperación policial y judicial en materia penal, ya que los actos en cuestión estaban obsoletos y no venían aplicándose debido al nuevo marco regulador que apareció tras el Tratado de Lisboa. A pesar de nuestra oposición al mismo, no tendría sentido votar otra cosa y mantener unas normativas inaplicables.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Die Kommission hat in drei Beschlüssen vorgeschlagen, zum Schengen-Besitzstand gehörende Rechtsakte aufzuheben, weil sie entweder zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden.

Ziel ist es, eine bessere Rechtsetzung zu erreichen, indem man eine größere Transparenz des Unionsrechts erreicht. Im diesem Zusammenhang ist es aus Sicht des Berichtstatters Claude Moraes angezeigt, Rechtsakte, die keinen Nutzen mehr haben, aus dem geltenden Besitzstand zu entfernen. Dies soll nach der Kommission mittels drei Beschlüsse erreicht werden.

Im Gegensatz zur Kommission empfiehlt der Berichtstatter jeweils, die Art des Rechtsakts von einem Beschluss in eine Verordnung zu ändern.

Claude Moraes hat nach Anhörung des Juristischen Dienstes des Europäischen Parlaments auch zwei weitere obsoletere Rechtsakte ermittelt, die zum Schengen-Besitzstand gehören und mittlerweile nicht mehr von Belang sind, weil sie zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden.

Der EKR unterstützt das REFIT-Programm im Sinne einer Entbürokratisierung und hat auch im LIBE-Ausschuss dafür gestimmt, dass veraltete Rechtsakte aufgehoben werden.

Die ALFA ist für Rechtsicherheit und Rechtsklarheit. Die in den Berichten vorgeschlagenen Maßnahmen sind dazu geeignet, die EU-Rechtsvorschriften zu verringern und das Unionsrecht zu vereinfachen. Diese Anliegen unterstütze ich ausdrücklich und habe daher für den Bericht gestimmt.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Međuinstitucionalnim Sporazumom 16. prosinca 2003. Europski parlament, Vijeće i Komisija dogovorili su smanjenje i pojednostavljenje zakona, uz ukidanje zastarjelih. U skladu s time, Komisija je izvršila pregled schengenske pravne stečevine i pravnih instrumenata na području policijske i pravosudne suradnje u kaznenim pitanjima, te utvrdila da je niz akata zastario.

Komisija je podnijela prijedlog za ukidanjem:

- 7 Vijeća zajedničke akcije
- Zakona Vijeća 1999/C 26/07, te Konvenciju o diskvalifikaciji vožnje
- Okvirne odluke Vijeća 2008/978/PUP o Europskom dokaznom nalogu

Podržala sam izvješće zastupnika Claudea Moraes, jer smatram da je ukidanje zastarjelih propisa na području policijske i pravosudne suradnje potrebno, kako bi propisi bili što jasniji i transparentniji, jer je time i povjerenje građana u pravosudni sustav veće.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski.* – Šajā regulā runa bija par tiesību aktu atcelšanu, kuru vecums dažos gadījumos pārsniedza gandrīz 19 gadus.

Gribētos tomēr atzīmēt vienu lietu, ko pēdējās pusotras nedēļas laikā ļoti aktīvi apsprieda politiķi, eksperti un sabiedrība kopumā. Kaut gan šī regula atcēla to pašu vienoto rīcību par pretterorisma zināšanu direktoriju, jo pastāv modernāks sadarbību specificējoša akta variants, domājams, ka saistībā ar masu slepkavībām gan Parīzē, gan vīrs Sīnāja pussalas, gan Āfrikā, gan Sirijā un Irākā, gan arī citur pasaulē, tie akti, kas attiecas uz sadarbību starp attiecīgām dalībvalstu iestādēm un dalībvalstīm kopumā pretterorisma ziņā ir viennozīmīgi novecojuši vai vienkārši neefektīvi. Pat ja pieņemtu, ka no likumdošanas redzespunkta šie tiesību akti joprojām ir aktuāli, Parīzē notikušais liek domāt, ka no praktiskuma redzespunkta tas nepavisam tā nav.

Lai gan tā nav daļa no šodien izskatītajiem jautājumiem, ir vērts atzīmēt, ka Eiropas Savienības tiesību aktu starpā ir diezgan daudz tādu, kas, būdami novecojuši, nekad pilnībā nestājās spēkā, tika jau pietiekami sen funkcionāli aizvietoti ar citiem utt. Bez šaubām, ņemot vērā mūsu kopienas pārvaldīšanas struktūras sarežģītību, nedrīkst nepievērst ciešu uzmanību katram tiesību aktam, ko plānots atcelt, lai nerastos nekāda veida problēmas.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne.* – Z dôvodu dočasnej povahy alebo zastaranosti sa rušia niektoré akty v oblasti chemického profilovania drog, zoznamu spôsobilostí na boj proti organizovanej trestnej činnosti, boja proti drogovej závislosti a obchodovaniu s drogami, spolupráce v oblasti práva, poriadku a bezpečnosti, spolupráce medzi colnými orgánmi, zákazu riadenia motorového vozidla, dobrej praxe v oblasti vzájomnej právnej pomoci v trestných veciach a európskeho príkazu na zabezpečenie dôkazov.

Νότης Μαρίας (ECR), γραπτώς. – Ψηφίζω υπέρ της έκδοσης σχετικά με την πρόταση κανονισμού του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για την κατάργηση ορισμένων πράξεων στον τομέα της αστυνομικής συνεργασίας και της δικαστικής συνεργασίας σε ποινικές υποθέσεις.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce vote. Il s'agit d'actes adoptés dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale, actes sans rapport avec l'acquis de Schengen.

Nous ne nous opposons pas à la coopération policière et judiciaire entre États membres, bien au contraire, mais la décision de coopérer doit venir des États membres eux-mêmes. Nous défendons la souveraineté nationale, et nous ne voulons pas d'une fédéralisation de ces compétences.

David Martin (S&D), *in writing*. – Improving the transparency of Union law is an essential element of the better law-making strategy that the institutions of the Union are implementing. In that context it is appropriate to remove from the legislation in force those acts which no longer serve any purpose.

A number of acts adopted in the field of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters have become obsolete because their content has been taken up by successive acts, even though they have not been repealed.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione riguardante l'abrogazione di alcuni atti nel settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale.

Nell'accordo interistituzionale del 16 dicembre 2003, il Parlamento europeo, il Consiglio e la Commissione hanno concordato sulla necessità di ridurre il volume del corpus legislativo e di semplificarlo, anche attraverso l'abrogazione degli atti obsoleti.

L'obiettivo del presente regolamento è, difatti, l'abrogazione di suddetti atti obsoleti, dell'Unione nel settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale, in quanto, il loro contenuto viene ripreso in atti successivi anche se non sono stati abrogate.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht manifestiert nur die derzeitige Rechtslage. Da er inhaltliche keine Veränderung mit sich bringt, enthalte ich mich meiner Stimme.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Dans ce rapport, la Commission propose d'abroger un certain nombre d'actes législatifs dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale rendus obsolètes principalement depuis l'intégration de l'acquis de Schengen directement dans les traités européens.

Ainsi l'action commune 97/339/JAI du Conseil a permis une coopération et a établi un partage d'informations entre États membres lors des événements de grande ampleur où se trouvent rassemblées un grand nombre de personnes provenant de plusieurs États membres, afin de garantir l'ordre et la sécurité publics, de protéger les personnes et leurs biens, et de prévenir les faits répréhensibles est supprimée car devenue obsolète depuis l'entrée en vigueur des décisions 2008/615/JAI, 2002/348/JAI et 2007/412/JAI du Conseil qui établissaient de nouvelles règles relatives à l'échange de données à caractère personnel, d'autres formes de coopération pour le maintien de l'ordre et de la sécurité publics lors de manifestations majeures.

Bien qu'il s'agisse d'un rapport technique visant à «simplifier» le droit de l'Union je vote contre pour marquer mon désaccord avec ces mesures inefficaces.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise également à abroger des actes obsolètes; mais concerne cette fois-ci la coopération policière et judiciaire. L'abrogation des actes périmés ou qui font doublon avec d'autres textes juridiques permet une clarification juridique efficace.

Cependant, le Front National n'est pas favorable à une fédéralisation des compétences en matière pénale, remettant en jeu la souveraineté étatique si précieuse dans un tel domaine. C'est ainsi que la députée s'abstient dans ce dossier.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A Comissão Europeia procedeu à avaliação do acervo de Schengen e dos instrumentos jurídicos existentes no âmbito da cooperação judiciária e policial em matéria penal, tendo em conta o Protocolo nº 36 anexo aos Tratados relativo às disposições transitórias. Tratando-se de disposições obsoletas - quer pelo seu carácter exclusivamente temporário, quer pela alteração do seu conteúdo por atos subsequentes -, com vista a proceder a uma simplificação legislação, com ganhos a nível da certeza e segurança jurídicas, legislar melhor significa a revogação desses mesmos atos.

Apresentei, por isso, o meu voto favorável sobre a proposta de regulamento do Parlamento Europeu e do Conselho que revoga determinados atos no domínio da cooperação policial e da cooperação judiciária em matéria penal.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this regulation as it is important that Parliament continues to strive for the advancement of police and judicial cooperation within the European Union in relation to criminal matters.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Komisia vykonala rozsiahleprehodnotenie právnych aktov v oblasti policajnej spolupráce a justičnej spolupráce v trestných veciach, na základe ktorého boli viaceré akty označené ako zastarané. Vzhľadom na dohodu medzi EÚ inštitúciami o znížení a zjednodušení právnych predpisov Únie treba zvyšovať transparentnosť a zrozumiteľnosť pri tvorbe práva, preto považujem za dôležité zastarané akty, ktorých obsah je dočasný alebo prevzatý do následných aktov, zrušiť. Na základe predloženého nariadenia sa zrušujú zastarané akty zahrňujúce napríklad jednotnú spoluprácu v protiteroristickej spôsobilosti, boj proti drogovej závislosti, či spoluprácu v oblasti práva, poriadku a bezpečnosti, avšak jednotlivé oblasti sú primerane právne upravené v následných aktoch.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report on repealing certain acts in the field of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters. As part of the Commission policy on Regulatory Fitness, this related instrument will repeal a number of legal acts in the field of police and judicial cooperation and a number in relation to the Schengen Acquis. All of the acts to be repealed are no longer legally relevant either because they have been replaced by a more up-to-date legal act or they are of a temporary nature.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság a schengeni vívmányokra és a büntetőügyekben folytatott rendőrségi és igazságügyi együttműködésre vonatkozó, 1. pontban említett elemzésében megállapította, hogy a Tanács hét közös fellépése elavult, mert tartalmukat későbbi jogi aktusok átvették. Elavult továbbá az Europol alkalmazottaira vonatkozó személyzeti szabályzat létrehozásáról szóló tanácsi jogi aktus, mert az csak az Europolról szóló 2009/371/IB tanácsi határozat elfogadását megelőzően kötött rendkívül korlátozott számú munkaszerződésre alkalmazandó, jelenleg pedig már csak igen kevés ilyen szerződés van hatályban, és ezek hatálya is hamarosan lejár.

Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentésében a tervezet a Parlamentnek elfogadásra ajánlotta, azzal, hogy javasolja a járművezetéstől való eltiltásról szóló 1998. június 17-i egyezmény és a 98/C 216/01 tanácsi jogi aktus, valamint a Tanácsnak a büntetőeljárások során felhasználandó tárgyak, dokumentumok és adatok megszerzéséhez szükséges európai bizonyítás-felvételi parancsról szóló 2008/978/IB kerethatározata hatályon kívül helyezését is. Az előbbi már egyetlen tagállam tekintetében sem alkalmazandó, ezért elveszítette relevanciáját az uniós jogszabályok között, az utóbbi helyébe pedig az Európai Parlament és a Tanács büntetőügyekben kibocsátott európai nyomozási határozatról szóló 2014/41/EU irányelve lépett. A jelentés végül ajánlást tesz a jogszabály megszövegezésének javítására, továbbá egy új preambulumbekzdés betoldására. A tervezetet támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici d'actes adoptés dans le domaine de la coopération policière et de la coopération judiciaire en matière pénale, mais sans rapport avec l'acquis de Schengen.

Même si nous ne sommes pas opposés à la coopération policière et judiciaire entre États membres, nous restons attachés à la souveraineté nationale et nous ne voulons pas de la fédéralisation de ces compétences, raison pour laquelle nous nous abstenons.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – No domínio da cooperação policial e da cooperação judiciária em matéria penal, é conveniente revogar determinados atos jurídicos que já não produzem os seus efeitos, promovendo assim a estratégia «Legislar Melhor» adotada pelas instituições europeias.

Neste contexto, o teor de determinadas ações comuns do Conselho foi retomado por atos subsequentes tornando aqueles atos obsoletos. A Convenção de 17 junho de 1998 estabelecida pelo Ato 98/C 216/01 do Conselho relativa às Decisões de Inibição de Conduzir foi ratificada apenas por sete Estados- Membros e nunca chegou a entrar em vigor, sendo assim evidente a sua revogação. Além disso, a Decisão-Quadro 2008/978/JAI do Conselho, relativa ao mandado europeu de obtenção de provas, foi substituída pela Diretiva 2014/41/UE do Parlamento Europeu e do Conselho relativa à decisão europeia de investigação, retomando, assim, a matéria em questão e inutilizando a respetiva diretiva.

Voto favoravelmente esta proposta de regulamento, que considero ser um instrumento legislativo necessário para continuar a assegurar a clareza e segurança jurídicas da legislação adotada no âmbito da União Europeia.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport, comme les précédents, s'inscrit dans une démarche simplificatrice et vise à abroger certains actes devenus moins pertinents du fait de leur remise en cause ultérieure. Il concerne cette fois-ci le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale, mais sans rapport avec l'acquis de Schengen.

Si je ne suis pas opposée à la coopération des autorités judiciaires et de police des États membres de l'Union européenne, je reste attachée à la souveraineté nationale. Je considère donc que ceci doit passer par des accords bilatéraux et non par Bruxelles.

J'ai donc décidé de m'abstenir sur ce rapport.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'abrogation de certains actes dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale.

L'amélioration de la transparence du droit de l'Union est un élément essentiel de la stratégie visant à mieux légiférer, que les institutions de l'Union mettent actuellement en œuvre. Certaines mesures juridiques ne sont plus pertinentes en raison de leur caractère temporaire ou parce que leur contenu a été repris dans des actes ultérieurs.

Il convient par conséquent de les retirer de la législation en vigueur.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Je n'ai pas pu voter pour ce rapport, mais je soutiens pleinement la position du groupe PPE et de la délégation française consistant à adopter ce rapport.

Un certain nombre d'actes adoptés dans le domaine de la coopération policière et de la coopération judiciaire en matière pénale sont devenus obsolètes du fait que leur contenu a été repris dans des actes successifs. Il convient donc de les abroger.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report, which will bring a better drafting of the document through its amendments and will abrogate the following two additional acts that have become obsolete: 1. Convention of 17 June 1998 on Driving Disqualifications and Council Act 98/C 216/01; 2. Council Framework Decision 2008/978/JHA on the European evidence warrant for the purpose of obtaining objects, documents and data for use in proceedings in criminal matters (EEW).

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this decision as it is always very important to avoid the doubling or contradiction of legislation. As newer protocols, decisions and directives supplanted most of the outdated documents, we needed to make sure there are no longer any old and contradictory parts regulating important institutions such as Europol.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht bezieht sich auf einen Vorschlag der Kommission für einen Beschluss zur Aufhebung bestimmter Rechtsakte im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen. Da es sich auch hier um einen technischen Bericht handelt, habe ich mich auch hier meiner Stimme enthalten.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport propose d'approuver l'abrogation d'un certain nombre d'actes législatifs relatifs à la coopération policière et judiciaire en matière pénale entre États membres.

Les règlements ici concernés encadreraient, entre autres, les échanges d'informations à caractère personnel entre les autorités douanières et policières des États membres. Or, le Conseil a adopté ultérieurement de nouvelles règles concernant ces échanges de données personnelles, rendant donc obsolètes les dispositions précédentes.

La simplification du droit de l'Union est nécessaire, il convient donc d'abroger ces actes qui ne sont plus pertinents. J'ai voté en faveur.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin, kuna aja jooksul on mitmed õigusaktid aegunud, kaotanud oma asjakohasuse või on nende sisu üle võetud teistesse aktidesse.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Although the measures to repeal old EU legislation only covers police and judicial measures which the UK Government has already opted out of in 2014, UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Dopo aver preso visione dei documenti presi in considerazione dall'assemblea (la Convenzione del 17 giugno 1998 e atto 98/C 216/01 del Consiglio e la decisione quadro 2008/978/GAI del Consiglio), mi trovo d'accordo con essa sul fatto che ostacolino l'efficacia dell'acquis Schengen.

Conferisco a tutti voi il mio sostegno votando positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržala sam Izvješće o prijedlogu uredbe Europskog parlamenta i Vijeća o stavljanju izvan snage određenih akata u području policijske i pravosudne suradnje u kaznenim stvarima zato jer držim da je potrebno opozvati sve one akte koji su zastarjeli i koji više ne ispunjavaju svoju pravnu svrhu.

Ovom Uredbom opoziva se sedam zajedničkih akcija Vijeća u području policijske i pravosudne suradnje u kaznenim pitanjima, vezano između ostalog i s borbom protiv ovisnosti o drogama i trgovine drogama, popis sposobnosti u vezi s borbom protiv organiziranog kriminala, suradnja u području javnog poretka i sigurnosti i suradnja među carinskim tijelima kao i Zajednička akcija vijeća uz dobru praksu u međusobnom pružanju pravne pomoći u kaznenim stvarima. Ukida se i Akt Vijeća o diskvalifikacijama u vožnji kao i Okvirna odluka o Europskom dokaznom nalogu.

Sve te akte potrebno je opozvati jer je navedena konkretna materija danas regulirana aktima novijeg datuma.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport, comme les précédents, s'inscrit dans une démarche simplificatrice et vise à abroger certains actes devenus moins pertinents du fait de leur remise en cause ultérieure. Il concerne cette fois-ci le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale, mais sans rapport avec l'acquis de Schengen.

Si je ne suis pas opposé à la coopération des autorités judiciaires et de police des États membres de l'Union européenne, je reste attaché à la souveraineté nationale. Je considère donc que ceci doit passer par des accords bilatéraux et non par Bruxelles.

J'ai donc décidé de m'abstenir sur ce rapport.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Pojednostavljenje i smanjenje obujma legislative Unije važno je radi postizanja pravne sigurnosti i jasnoće, a Komisija na tome radi i redovitim provjerama schengenske pravne stečevine te stavljanjem izvan snage akata koji nisu više relevantni, bilo zbog svoje privremene prirode ili zbog naknadno usvojenih akata koji su obuhvatili njihov sadržaj. Ovaj prijedlog Komisije odnosi se na ukidanje triju odluka i izjave Izvršnog odbora Schengena. Primjerice, izvan snage je stavljena Odluka koja donosi priručnik o prekograničnoj policijskoj suradnji jer je sadržaj istoga uključen u ažurirani katalog preporuka za pravilnu primjenu schengenske pravne stečevine. Također se izvan snage stavlja Odluka kojom je usvojen Sporazum o suradnji u pogledu prometnih prekršaja, jer to nije interni akt schengenske pravne stečevine i nikada nije stupio na snagu. Ovim će se postupkom olakšati koordinacija policijskih i pravosudnih snaga unutar EU-a, uz izbjegavanje nepotrebnih komplikacija i dvostrukih pravila zbog čega sam ga podržao.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Europska unija kao nadnacionalna unija kojoj su države članice prepustile ostvarivanje određenih suverenih prava, ima pravo i dužnost u svrhu ostvarenja svojih ciljeva izvršavati sve obveze koje iz toga proizlaze. Zakonodavna uloga je u tom smislu jedna od najvažnijih, obzirom da pravo EU-a velikim dijelom ima direktan utjecaj na nacionalno pravo država članica. U svom izvješću o prijedlogu odluke Europskog parlamenta i Vijeća o stavljanju izvan snage određenih akata u području policijske i pravosudne suradnje u kaznenim stvarima, kolega Claude Moraes opravdano naglašava da je ključni element strategije za bolju izradu zakonodavstva poboljšanje transparentnosti prava Unije i u tom smislu treba ukloniti one akte koji su na snazi, ali više ne služe svrsi, odnosno nisu relevantni zbog svoje pravne prirode ili zato što je njihov sadržaj obuhvaćen naknadnim aktima. One odluke i deklaracije koje su zastarjele, treba radi zahtjeva pravne sigurnosti i jasnoće staviti izvan snage.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – Nel contesto della scadenza del periodo temporaneo sulle disposizioni transitorie, allegate ai trattati, la Commissione europea ha effettuato una valutazione dell'acquis di Schengen e degli strumenti giuridici nel settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale.

Sulla base del suo screening, e in linea con gli impegni da essa assunti in materia di adeguatezza della regolamentazione europea, una serie di atti sono stati identificati come obsoleti perché il loro contenuto è stato ripreso in atti successivi o in ragione della loro natura temporanea.

Pertanto, la Commissione ha presentato una proposta di abrogazione di sette azioni comuni del Consiglio il cui contenuto è stato ripreso in atti successivi, in conformità con i principi di sussidiarietà e di proporzionalità. Con l'obiettivo di rendere più chiara la legislazione europea ho votato in favore dell'abrogazione di questi atti.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně.* – Do třetice chci vyjádřit radost, že se po dnešku počet platných legislativních norem v oblasti policejní a soudní spolupráce sníží, a to dokonce o devět norem. Neváhejme do budoucna ve všech oblastech unijní legislativy aktivně vyhledávat, co již není třeba, a vedle toho také bojovat za zjednodušování celého unijního právního řádu.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – J'ai voté pour abroger ce texte car il était devenu obsolète juridiquement. Nous devons adopter des textes clairs pour renforcer efficacement notre espace de liberté, de sécurité et de justice.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* – A presente proposta da Comissão prevê a revogação de um conjunto de atos adotados no domínio da cooperação policial e judiciária em matéria penal, que se tornaram obsoletos, seja em virtude da integração do respetivo conteúdo em atos subsequentes, seja em razão do seu carácter temporário. Neste caso em particular, está em causa a revogação de sete ações comuns do Conselho, cujo conteúdo foi retomado em ações subsequentes, o Ato do Conselho 98/C 216/01 e a Convenção de 17 de junho de 1998 e a Decisão-Quadro 2008/978/JAI. Tendo em vista a expiração do período de transição estabelecido no Protocolo n.º 36, anexo aos Tratados e considerando os objetivos de simplificação e redução do volume de legislação inscritos na estratégia «Legislar melhor», votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing.* – Although the measures to repeal old EU legislation only covers police and judicial measures which the UK Government has already opted out of in 2014, UKIP will always vote to repeal EU laws. The only people that should create laws are democratically elected and accountable national governments, not unelected bureaucrats in Brussels.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Relaciona-se com a revogação de atos obsoletos (a maior parte relacionada com a cooperação aduaneira e a especificação de competências).

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Varios actos adoptados en el ámbito de la cooperación policial y judicial en materia penal han quedado obsoletos debido a que su contenido ha sido incorporado en actos sucesivos, si bien no han sido derogados. Se trata de la Acción Común 96/610/JAI (directorio de competencias antiterroristas), la Acción Común 96/699/JAI (perfil químico de las drogas), la Acción Común 96/747/JAI (directorio de competencias en materia de lucha contra la delincuencia organizada), la Acción Común 96/750/JAI (luchar contra la toxicomanía y el tráfico de drogas), la Acción Común 97/339/JAI (cooperación en el ámbito de la seguridad y el orden públicos), la Acción Común 97/372/JAI (cooperación entre autoridades aduaneras), el Acto 98/C 216/01 del Consejo y el Convenio de 17 de junio de 1998 (privación del derecho de conducir), la Acción Común 98/427/JAI (buenas prácticas de asistencia judicial en materia penal), y la Decisión Marco 2008/978/JAI (exhorto europeo de obtención de pruebas). Por ello, he votado a favor de su derogación.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Dans le contexte de l'expiration de la période transitoire fixée dans le protocole n° 36 sur les dispositions transitoires, annexé aux traités, la Commission européenne a procédé à une évaluation de l'acquis de Schengen et des instruments juridiques dans le domaine de la coopération policière et judiciaire en matière pénale.

Un certain nombre d'actes ont été identifiés comme obsolètes du fait que leur contenu a été repris dans des actes ultérieurs ou en raison de leur caractère temporaire. La Commission a présenté une proposition visant à abroger sept actions communes du Conseil, dont le contenu a été repris dans des actes ultérieurs, et l'acte 1999/C 26/07 du Conseil portant adoption du statut du personnel d'Europol.

Le Parlement européen a également proposé des amendements visant à abroger deux autres actes, également devenus obsolètes: la Convention du 17 juin 1998 relative aux décisions de déchéance du droit de conduire et l'acte 98/C 216/01 du Conseil et la décision-cadre 2008/978/JAI du Conseil relative au mandat européen d'obtention de preuves visant à recueillir des objets, des documents et des données en vue de leur utilisation dans le cadre de procédures pénales.

J'ai voté en faveur de ce rapport.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – No contexto do termo do período de transição previsto nos Tratados, a Comissão procedeu a uma avaliação do acervo de Schengen e dos instrumentos jurídicos no domínio da cooperação policial e da cooperação judiciária em matéria penal, tendo concluído pela sua obsolescência, mercê do seu carácter temporário e/ou da integração do conteúdo em atos subsequentes.

Tendo em conta o compromisso assumido no acordo interinstitucional «Legislar Melhor», no qual se empreende uma batalha de simplificação e redução do volume da legislação europeia, a Comissão propôs revogar sete ações comuns do Conselho cujo conteúdo foi retomado em atos subsequentes. Não havendo razões que obstem à aprovação deste relatório, de teor marcadamente técnico, atribuí o meu voto favorável.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui demande que certains actes soient abrogés, leur contenu ayant été repris dans des actes ultérieurs.

Il s'agit pour l'Union européenne d'améliorer son efficacité et ses actes concernant le répertoire des compétences en matière de lutte antiterroriste; la détermination des caractéristiques chimiques des drogues; le répertoire des compétences en matière de lutte contre la criminalité organisée; la lutte contre la toxicomanie et le trafic de drogue; la coopération dans le domaine de l'ordre et de la sécurité publics et la coopération entre les autorités douanières.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento che abroga la convenzione del 17 giugno 1998 relativa al ritiro della patente di guida stabilita dall'atto 98/C 216/01 del Consiglio e la decisione quadro 2008/978/GAI del Consiglio relativa al mandato europeo di ricerca delle prove diretto all'acquisizione di oggetti, documenti e dati da utilizzare nei procedimenti penali (MER) in quanto ritengo questi atti ormai obsoleti.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta derogación está exenta de contenido político y tiene que ver simplemente con la superación, a través de actos sucesivos, de determinadas normativas, que quedan, por tanto, rebasadas o contenidas en otras. Por ello hemos votado a favor.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para derogar determinados actos en el ámbito de la cooperación policial y judicial en materia penal, ya que los actos en cuestión estaban obsoletos y no venían aplicándose debido al nuevo marco regulador que apareció tras el Tratado de Lisboa. A pesar de nuestra oposición al mismo, no tendría sentido votar otra cosa y mantener unas normativas inaplicables.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Con il voto di oggi il Parlamento abroga alcuni atti nel settore della cooperazione di polizia e della cooperazione giudiziaria in materia penale, divenuti obsoleti. Il loro contenuto è stato ripreso in atti successivi. Ho deciso pertanto di votare a favore.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted in favour of this as it repeals European Union acts.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – This is the third and final of three instruments that have been repealed today as part of the Commission's policy on regulatory fitness. All of these acts no longer have any legal relevance and have either been replaced with more up-to-date legal acts or are temporary in their very nature, hence none of them have been politically motivated and it makes a lot of sense to have these aspects removed from EU law.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Som rada, že Komisia naplňa svoje predsavzatie zjednodušovať právne predpisy EÚ prostredníctvom rušenia zastaraných právnych aktov. V tomto kontexte vykonala Komisia aj posúdenie právnej úpravy Schengenského priestoru a právnych nástrojov v oblasti policajnej a justičnej spolupráce v trestných veciach. Keďže dospela k záveru, že mnohé akty boli už zastarané a ich obsah bol prevzatý do následných aktov alebo mali dočasný charakter, je možné len podporiť jej návrh na ich zrušenie.

Komisia predložila návrh na zrušenie 7 jednotných akcií Rady, ktorých obsah bol prevzatý do následných aktov, a aktu Rady, ktorým sa stanovuje služobný poriadok uplatniteľný pre zamestnancov Europolu. Tieto úpravy sa týkajú len malého počtu pracovných zmlúv a ich platnosť čoskoro uplynie. Ďalej dôjde k zrušeniu dvoch zastaraných aktov. Jedným je dohovor o zákaze riadenia motorového vozidla, ktorý ratifikovalo iba 7 z 15 signatárskych členských štátov, a preto nikde nenadobudol platnosť. Rovnako sa zruší rámcové rozhodnutie Rady o európskom príkaze na zabezpečenie dôkazov na účely získavania predmetov, dokumentov a údajov v trestných veciach. Toto rozhodnutie sa nahrádza smernicou EP a Rady o európskom vyšetrovacom príkaze v trestných veciach.

Technické úpravy tohto typu prispievajú k právnej istote a právnej zrozumiteľnosti, preto je dôležité, aby Komisia tento prístup naďalej uplatňovala.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Die Kommission hat in drei Beschlüssen vorgeschlagen, zum Schengen-Besitzstand gehörende Rechtsakte aufzuheben, weil sie entweder zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden.

Ziel ist es, eine bessere Rechtsetzung zu erreichen, indem man eine größere Transparenz des Unionsrechts erreicht. Im diesem Zusammenhang ist es aus Sicht des Berichtstatters Claude Moraes angezeigt, Rechtsakte, die keinen Nutzen mehr haben, aus dem geltenden Besitzstand zu entfernen. Dies soll nach der Kommission mittels drei Beschlüsse erreicht werden.

Im Gegensatz zur Kommission empfiehlt der Berichtstatter jeweils, die Art des Rechtsakts von einem Beschluss in eine Verordnung zu ändern.

Claude Moraes hat nach Anhörung des Juristischen Dienstes des Europäischen Parlaments auch zwei weitere obsoleete Rechtsakte ermittelt, die zum Schengen-Besitzstand gehören und mittlerweile nicht mehr von Belang sind, weil sie zeitlich befristet waren oder inhaltlich in spätere Rechtsakte übernommen wurden.

Der EKR unterstützt das REFIT-Programm im Sinne einer Entbürokratisierung und hat auch im LIBE-Ausschuss dafür gestimmt, dass veraltete Rechtsakte aufgehoben werden.

Die ALFA ist für Rechtsicherheit und Rechtsklarheit. Die in den Berichten vorgeschlagenen Maßnahmen sind dazu geeignet, die EU-Rechtsvorschriften zu verringern und das Unionsrecht zu vereinfachen. Diese Anliegen unterstütze ich ausdrücklich und habe daher für den Bericht gestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *pisomne*. – Vzhľadom na dočasný charakter niektorých právnych aktov, prípadne v dôsledku ich derogácie novým právnym aktom, považujem za správne aktualizovať právny poriadok Únie, a zabezpečiť tak jeho efektívnosť, prehľadnosť a zaistenie právnej určítosti.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržavam ovaj prijedlog s obzirom da je zajedničkom akcijom Vijeća 96/610/PUP stvoren popis posebnih protuterorističkih sposobnosti, vještina i stručnog znanja kako bi oni bili lakše i brže dostupni agencijama u svim državama članicama. Također podržavam prijedlog kojim se izvan snage stavljaju brojni zastarjeli akti Unije u području policijske i pravosudne suradnje u kaznenim stvarima. Takva se suradnja može bolje postići na razini Unije. EU može usvojiti mjere u skladu s načelom supsidijarnosti iz članka 5. Ugovora o Europskoj uniji. Također, prema načelu proporcionalnosti, kako je utvrđeno u tom članku, ova Uredba ne izlazi izvan okvira potrebnog za ostvarenje tog cilja.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report. A number of acts adopted in recent decades have exhausted all their effects. They are no longer relevant because of their temporary nature or because their content has been taken up by successive acts. For reasons of legal certainty it is necessary to revoke the measures in question in order to bring acts in the area of freedom, security and justice in line with the Lisbon Treaty.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Poboljšanje transparentnosti prava Unije na čemu rade institucije Unije, ključan je element strategije za bolju izradu zakonodavstva. U tom je kontekstu primjereno iz zakonodavstva na snazi ukloniti one akte koji više ne služe svrsi. Mnogi akti doneseni u području policijske i pravosudne suradnje u kaznenim stvarima zastarjeli su jer je njihov sadržaj obuhvaćen naknadnim aktima, iako nisu stavljeni izvan snage.

Članovi su predložili ukidanje sljedećih aktova:

- 7 zajedničkih akcija jer je njihov sadržaj preuzet iz uzastopnih aktova
- akt Vijeća 98/C 216/01 i Konvencija od 17. lipnja 1998. (diskvalifikacije u vožnji)
- okvirna odluka 2008/978/PUP (Europski dokazni nalog)

Podržavam prijedlog da se navedeni akti stave izvan snage. Navedeni akti bi se trebali ukloniti iz pravne stečevine Europske unije čime bi se poboljšale transparentnost i sigurnost za sve građane i države.

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. – As the UK is outside of the Schengen area and this proposal does not impact the UK in any way, I have abstained.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Στα πλαίσια του προγράμματος βελτίωσης της καταλληλότητας και της αποδοτικότητας του κανονιστικού πλαισίου, η Επιτροπή δήλωσε ότι διεξήγαγε «screening» του κεκτημένου στον τομέα της αστυνομικής και δικαστικής συνεργασίας σε ποινικές υποθέσεις. Στόχος ήταν να εντοπιστούν πράξεις οι οποίες θα μπορούσαν να καταργηθούν, στο πλαίσιο της λήξης της μεταβατικής περιόδου που τέθηκε από τις Συνθήκες.

Η Επιτροπή ολοκλήρωσε την αξιολόγηση των νομικών πράξεων στο χώρο της Ελευθερίας, Ασφάλειας και Δικαιοσύνης, και πρότεινε τρεις προτάσεις που αφορούν την κατάργηση είκοσι περίπου νομικών μέτρων.

Υπερψηφίσαμε λοιπόν τις εν λόγω εκθέσεις που σχετίζονται με τις πιο πάνω πράξεις, καθώς συμβάλλουν στην νομική σαφήνεια υποδεικνύοντας ποιες πράξεις θεωρούνται ξεπερασμένες λόγω του προσωρινού τους χαρακτήρα, αλλά και του γεγονότος ότι έχουν αντικατασταθεί από μεταγενέστερες πράξεις στο πλαίσιο της Συνθήκης της Λισαβόνας.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentésben foglalt, a tagállamok közötti rendőrségi és igazságügyi együttműködés egyes területeire vonatkozó módosító csomagot, mindenekelőtt annak érdekében, hogy ezáltal is érvényesüljön az Európai Unió jogalkotásának jobb minősége, korszerűsége és áttekinthetősége. A jelentés kiemeli továbbá a jogbiztonság szempontját, amit magam is elsődleges fontosságúnak tartok az uniós együttműködés iránti állampolgári bizalom szempontjából.

Az elavult vagy az eredeti jogalkotói szándéktól eltérően érvényesülő jogszabályokat (mint például a járművezetéstől való eltiltásról szóló egyezmény), illetőleg azokat, amelyeket időközben korszerűbb és szélesebb hatályú jogszabály váltott fel (mint az Európai Bizonyításfelvételi Parancs helyébe lépő Európai Nyomozási Határozatról rendelkező 2014. évi kerethatározat), indokolt hatályon kívül helyezni. Meggyőződésem, hogy e javaslatok jóváhagyásával az EP érdemben elősegíti a tagállamok közötti együttműködés hatékonyabbá válását a rendőrségi és igazságügyi munkában, ami nélkülözhetetlen a határokon átnyúló bűnözés elleni sikeres fellépés és az európai állampolgárok biztonságának erősítése érdekében.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition du collègue Moraes. L'amélioration de la transparence du droit de l'Union est un élément essentiel de la stratégie visant à mieux légiférer, que les institutions de l'Union mettent actuellement en œuvre. Dans ce contexte, il convient de retirer de la législation en vigueur les actes qui n'ont plus de raison d'être.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – As in the case of the two previous reports, I also supported this one, with a view to reduce the volume of EU law. The obsolete acts to be removed by it include seven Council Joint Actions the content of which has been taken up by subsequent acts, the Council Act 98/C 216/01 and the Convention of 17 June 1998 on driving disqualifications; and the Framework Decision 2008/978/JHA on European evidence warrant. This report also seeks to justify the use of a regulation as a legal instrument for repealing certain acts whose legal basis after the Lisbon Treaty requires adoption of a directive.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam uredbu o stavljanju izvan snage određenih akata u području policijske i pravosudne suradnje u kaznenim stvarima jer smatram da je akte, koji više ne služe svrsi ili se nalaze u novim aktima, potrebno ukloniti iz zakonodavstva Europske unije kako bi se poboljšala transparentnost prava i olakšala njihova dostupnost relevantnim agencijama.

Konkretno, ovom uredbom izvan snage se stavljaju Zajedničke akcije o popisu protuterorističkih sposobnosti, određivanja kemijskih karakteristika droga, popisa sposobnosti u vezi s borbom protiv organiziranog kriminala, borbi protiv ovisnosti o drogama i trgovine drogama, suradnji u području javnog poretka i sigurnosti, suradnji među carinskim tijelima, dobroj praksi u međusobnom pružanju pravne pomoći u kaznenim stvarima, kao i aktu Vijeća i Konvenciji o diskvalifikacijama u vožnji te Okvirnoj odluci o Europskom dokaznom nalogu.

Vjerujem da će se time uvelike pomoći ostvarenju cilja smanjenja opterećenja, odnosno smatram da će institucijama Europske unije, ali i građanima, biti uvelike olakšano shvaćanje prava Europske unije te sukladno tome, i postupanje u skladu s tim pravima.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o razveljavitvi aktov s področja policijskega in pravosodnega sodelovanja v kazenskih zadevah sem podprla, saj menim, da je pri zagotavljanju varnosti in nadzora zunanjih meja nujno potrebno ukrepati in s pomočjo spremenjene zakonodaje okrepiti policijsko in pravosodno sodelovanje med državami članicami.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta derogación está exenta de contenido político y tiene que ver simplemente con la superación, a través de actos sucesivos, de determinadas normativas, que quedan, por tanto, rebasadas o contenidas en otras. Por ello hemos votado a favor.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I fully support all efforts to reinforce and improve police and judicial cooperation between EU Member States. It is essential to cooperate better and exchange information forgetting national borders on issues of security and threats! The recent sad events in Europe remind us of this urgency! Terrorists and criminal gangs operate in all countries and cross frontiers!

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Un certain nombre d'actes ne sont plus pertinents en raison de leur caractère temporaire ou parce que leur contenu a été repris dans des actes ultérieurs. Il s'agit d'actes adoptés dans le domaine de la coopération policière et de la coopération judiciaire en matière pénale.

Même si nous ne sommes pas opposés à la coopération policière et judiciaire entre États membres, nous restons attachés à la souveraineté nationale et nous ne voulons pas de la fédéralisation de ces compétences.

Voter contre ce texte n'a pas de sens, puisque cela reviendrait à garder des actes obsolètes.

J'opte donc pour l'abstention.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az uniós jog átláthatóságának javítása alapvető eleme a jogalkotás minőségének javítását célzó stratégiának, amelynek végrehajtása folyamatban van az uniós intézményekben. Ezzel összefüggésben a hatályos jogszabályok közül helyénvaló eltávolítani azokat, amelyek már semmilyen célt sem szolgálnak.

Traian Ungureanu (PPE), *în scris*. – Comisia Europeană efectuează în mod regulat un screening al acquis-ului legislativ, în vederea identificării actelor care ar putea fi abrogate, având în vedere expirarea perioadei de tranziție prevăzută în tratate. Aceste acte nu mai sunt relevante datorită caracterului lor temporar sau deoarece conținutul lor a fost preluat de acte ulterioare. În vederea îmbunătățirii transparenței și pentru asigurarea unui grad mai ridicat de securitate juridică pentru cetățenii europeni, asemenea acte sunt retrase din acquis-ul legislativ al Uniunii.

În urma acestei evaluări, Comisia Europeană a prezentat o propunere de abrogare a 7 acțiuni comune ale Consiliului, al căror conținut a fost preluat în acte ulterioare, și a actului 1999/C 26/07 al Consiliului de stabilire a statutului angajaților aplicabil salariaților Europol.

Rezoluția Parlamentului European sprijină abrogarea acestor acte caduce și propune, de asemenea, abrogarea a încă două acte care au devenit caduce, respectiv a Convenției cu privire la decăderea din dreptul de a conduce autovehicule și a Deciziei-cadru a Consiliului privind mandatul european de obținere a probelor în scopul obținerii de obiecte, documente și date în vederea utilizării acestora în cadrul procedurilor în materie penală.

Am votat în favoarea acestei rezoluții.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta derogación está exenta de contenido político y tiene que ver simplemente con la superación, a través de actos sucesivos, de determinadas normativas, que quedan, por tanto, rebasadas o contenidas en otras. Por ello hemos votado a favor.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Dalis policijos bendradarbiavimo ir teisminio bendradarbiavimo baudžiamosiose bylose srities teisės aktų dėl to, kad jų turinys buvo perkeltas į viešesnius teisės aktus, prarado aktualumą, tačiau jie nebuvo panaikinti.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council repealing certain acts in the field of police cooperation and judicial cooperation in criminal matters.

The resolution addresses the topics of combating illegal drug trafficking in the Union, the role of Europol in supporting and strengthening mutual cooperation between the law enforcement authorities of the Member States in preventing and combating terrorism and other forms of serious crime, and cooperation and mandated information sharing between Member States regarding large-scale events which are attended by large numbers of people from more than one Member State, in order to maintain law and order, protect people and their property, and prevent criminal offences. I believe that cooperation among Member States on these issues is highly important: therefore I voted in favour.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de la derogación de setenta y ocho acciones conjuntas cuyo contenido ha sido incorporado a acciones sucesivas, de la derogación del Acto 98/C 216/1 del Consejo y del Convenio de 17 de junio de 1998 sobre las decisiones de privación del derecho de conducir, así como de la derogación de la Decisión Marco 2008/978/JAI sobre el exhorto europeo de obtención de pruebas. Mediante ello se pretende derogar estos actos obsoletos y avanzar en la simplificación de la legislación europea de un modo acertado, por lo que creo necesario votar a favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para derogar determinados actos en el ámbito de la cooperación policial y judicial en materia penal, ya que los actos en cuestión estaban obsoletos y no venían aplicándose debido al nuevo marco regulador que apareció tras el Tratado de Lisboa. A pesar de nuestra oposición al mismo, no tendría sentido votar otra cosa y mantener unas normativas inaplicables.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Net zoals bij de vorige twee voorstellen, steun ik ook dit verslag. De intrekking van deze regels zal tot een gewenste afname van het aantal wetgevende bepalingen in de EU leiden. Om die reden stemde ik dan ook voor dit verslag.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Vários atos pertencentes ao acervo de Schengen - repertório de competências antiterrorismo, caracterização química das drogas, repertório de competências na luta contra a criminalidade organizada, luta contra a toxicodependência e o tráfico de droga, cooperação em matéria de ordem e segurança públicas, cooperação entre autoridades aduaneiras, decisões de inibição de conduzir, boas práticas no auxílio judiciário em matéria penal, mandado europeu de obtenção de provas - deixaram de ser relevantes devido ao seu carácter temporário ou porque o seu conteúdo foi retomado por atos subsequentes, embora não tenham sido revogados, fazendo com que se consideram obsoletos.

Pese embora a índole técnica deste documento, ele trata um conjunto de matérias de natureza política em relação às quais já foram tomadas determinadas posições.

Pelo exposto, o voto de abstenção.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht manifestiert nur die derzeitige Rechtslage. Da er inhaltlich keine Veränderung mit sich bringt, enthalte ich mich meiner Stimme.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Einige der im Bericht aufgeführten Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstandes stellt faktisch keine „Weiterentwicklung“ im Sinne einer effizienten polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten dar. Es besteht deshalb keine Veranlassung, ursprünglich im Schengen-Abkommen kodifizierte Regelungen aufzuheben, zumal im Zuge der gegenwärtigen Entwicklung der EU auch damit gerechnet werden muss, dass der bereits erreichte Grad der europäischen Integration nicht dauerhaft aufrechterhalten werden kann.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Rechtsakte im Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen, die keinen Nutzen mehr haben, müssen aufgehoben werden. Deswegen habe ich für diese Entschließung gestimmt. Folgende Rechtsakte werden nunmehr aufgehoben: Gemeinsame Maßnahme 96/610/JI (Verzeichnis der Fähigkeiten und Fachkenntnisse auf dem Gebiet der Terrorismusbekämpfung), Gemeinsame Maßnahme 96/699/JI (Erstellung chemischer Profile von Drogen), Gemeinsame Maßnahme 96/747/JI (Verzeichnis der Fähigkeiten und Fachkenntnisse auf dem Gebiet der Bekämpfung der organisierten Kriminalität), Gemeinsame Maßnahme 96/750/JI (Bekämpfung von Drogenabhängigkeit und Drogenhandel), Gemeinsame Maßnahme 97/339/JI (Zusammenarbeit im Bereich der öffentlichen Ordnung und Sicherheit), Gemeinsame Maßnahme 97/372/JI (Zusammenarbeit zwischen den Zollbehörden), Rechtsakt 98/C 216/01 des Rates und Übereinkommen vom 17. Juni 1998 (Entzug der Fahrerlaubnis), Gemeinsame Maßnahme 98/427/JI (Anwendung bewährter Methoden bei der Rechtshilfe in Strafsachen) und Rahmenbeschluss 2008/978/JI (Europäische Beweisanordnung). Diese spezifischen gemeinsamen Maßnahmen wurden nicht per se aufgehoben, sondern bereits in andere rechtstexte integriert. Nun darf man sich dennoch fragen, warum die EU auch noch für alle Mitgliedstaaten den Entzug der Fahrerlaubnis regeln muss!

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφώς*. – Έδωσα και σε αυτή την περίπτωση την θετική μου ψήφο. Η διατύπωση του κειμένου από τον εισηγητή ικανοποιεί τις θέσεις της ομάδας μας, όπως έχει εκφραστεί και στην αρμόδια επιτροπή του ΕΚ.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – A Comissão LIBE decidiu enquadrar este relatório no Processo simplificado – artigo 50.º, n.º 2, do Regimento. Pelo GUE/NGL, seguiu este relatório a deputada Cornelia Ernst, que sugere o voto a favor.

Vários atos pertencentes ao acervo de Schengen - repertório de competências antiterrorismo, caracterização química das drogas, repertório de competências na luta contra a criminalidade organizada, luta contra a toxicodependência e o tráfico de droga, cooperação em matéria de ordem e segurança públicas, cooperação entre autoridades aduaneiras, decisões de inibição de conduzir, boas práticas no auxílio judiciário em matéria penal, mandato europeu de obtenção de provas - deixaram de ser relevantes devido ao seu carácter temporário ou porque o seu conteúdo foi retomado por atos subsequentes, embora não tenham sido revogados, fazendo com que se considerem obsoletos.

Pese embora a índole técnica deste documento, ele trata um conjunto de matérias de natureza política às quais nos pronunciámos contra. Não estamos, contudo, de acordo com os atos subsequentes por continuarem a política de repressão e securitização.

Abstivemo-nos.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Za Zakonodajno resolucijo Evropskega parlamenta o razveljavitvi nekaterih aktov s področja policijskega sodelovanja in pravosodnega sodelovanja v kazenskih zadevah sem glasoval, ker je v skladu s pravno varnostjo in jasnostjo ter prispeva k preglednosti zakonodaje Unije, da se akti, ki ne služijo več nobenemu namenu, razveljavijo.

6.4. Beitritt zur erweiterten Kommission des Übereinkommens über die Erhaltung von Südlichem Blauflossenthun (A8-0318/2015 - Carlos Iturgaiz)

Dichiarazioni di voto scritte

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – This involves the EU signing an international convention intended to be signed by states. We therefore oppose it, not because we do not care about the tuna – we care very much and want numbers to grow – but because this is another instance of the EU behaving like a state. What this does is to give the EU a vote in a convention in which voting is the prerogative of full members who are nation states.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que supone un refuerzo de la cooperación científica en relación con la conservación del atún rojo del sur. La población mundial de los diferentes tipos de atún ha estado en riesgo, pero existen señales de recuperación, al menos en alguna de sus variedades. Por eso es necesaria la cooperación científica para disponer de mejor información a nivel mundial sobre este recurso. Tanto la supervivencia de esta importante especie como la de las comunidades que históricamente se han dedicado a su explotación artesanal dependen de políticas pesqueras sostenibles y bien fundadas. Tal es el caso del atún rojo atlántico y la almadraba, que es un importante indicador de su población; compartir esta información debe ser fundamental para plantear políticas pesqueras sostenibles. Por todo lo anterior he decidido votar a favor del presente informe.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – While we have reservations about the EU representing the Member States in certain capacities, we supported this report with the view that bluefin fish stocks will be better protected from international IUU fishing with the EU as a full Member of CCSBT amongst other members like Japan and South Korea, who have a poor record when it comes to sustainability and overexploitation of stocks.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour objectif de faire d'adhérer l'Union européenne à l'organisation régionale de la Commission pour la conservation du thon rouge du Sud (CCSBT). L'Union étendrait ainsi son action de protection du thon rouge à l'Océan indien.

Deux problèmes se posent. Le premier est notre opposition de principe à ce transfert de souveraineté qui obligerait les États membres à s'aligner sur la position de Bruxelles.

Le second problème est le suivant: les navires européens ont l'interdiction de pêcher plus de 10 tonnes de thon rouge du Sud comme prise accessoire (c'est-à-dire lorsque les palangriers en pêchent accidentellement).

Enfin la participation à cette organisation est estimée à 70 000 euros de frais annuels.

Considérant la protection du thon comme nécessaire, je n'en n'estime pas moins que cette adhésion de l'Union n'est pas vraiment justifiée. Je me suis donc abstenue.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération car elle a pour objet d'autoriser l'échange de lettres entre l'Union européenne et la Commission élargie de la convention pour la conservation du thon rouge du Sud (CCSBT).

La signature de cet instrument de droit international permettra à l'Union européenne de devenir un membre à part entière de la CCSBT élargie à partir de son statut actuel de partie non contractante coopérante.

Cette nouvelle coopération va dans le sens de la politique de l'Union européenne, laquelle participe très activement à toutes les organisations régionales de gestion des pêches (ORGP) afin de contribuer à la gestion rationnelle et durable des ressources marines et à la lutte contre la pêche illicite, non déclarée et non réglementée.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama, kad ES visapusiškai dalyvautų CCSBT veikloje. CCSBT yra Australinių tunų apsaugos konvencijos išplėstinė komisija. Pasirašius susitarimą ES vietoj su CCSBT išplėstinė komisija bendradarbiaujančio, bet jai nepriklausančio subjekto, taptų visateise šios komisijos nare.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – This involves the EU signing an international convention intended to be signed by states. We therefore oppose it, not because we do not care about the tuna – we care very much and want numbers to grow – but because this is another instance of the EU behaving like a state. What this does is to give the EU a vote in a convention in which voting is the prerogative of full members who are nation states.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Les quotas de thon rouge du Sud attribués à nos navires n'excèdent pas 10 tonnes et ne couvrent en réalité que les prises accidentelles.

Cette adhésion ne me paraissant pas réellement justifiée, j'ai choisi de m'abstenir, soucieux par principe de la protection des stocks de poissons, en l'occurrence des thons rouges de l'Océan indien.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette proposition qui a pour objet d'autoriser la participation de l'Union européenne à la convention pour la conservation du thon rouge du Sud (CCSBT), contribuant ainsi à la gestion responsable des ressources halieutiques.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ya que la propuesta tiene por objeto autorizar el canje de notas entre la UE y la Comisión ampliada del Convenio para la Conservación del Atún Rojo del Sur. La firma de este instrumento de derecho internacional permitirá a la UE pasar de ser cooperante no Parte de la Comisión ampliada de la CCSBT a miembro de pleno derecho de la misma.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Un nouvel acte manqué pour l'Union européenne sur ce sujet qui m'a poussé à m'abstenir lors du vote de ce texte.

Certes, l'intention première peut sembler louable puisqu'il s'agirait a priori d'octroyer à l'Union une place dans les discussions et les votes relatifs à la surveillance et à la protection du thon rouge dans l'Océan indien, alors même qu'elle n'est que partie non contractante à cette convention depuis 2006; cependant, l'argument de défense des intérêts européens dans ce domaine ne tient pas lorsqu'on sait que l'Union s'est déjà vu attribuer un quota de 10 tonnes de thon rouge du Sud, mais seulement comme prise accessoire.

Sachant que la participation annuelle à cette organisation est estimée à 70 000 euros et que l'on met ce montant en rapport avec les faibles quantités de thon rouge du Sud pêchées par les navires européens, on ne peut pas dégager de réelle plus-value avec une adhésion pleine et entière à cette commission.

Enfin, cela se ferait également au détriment des industries nationales puisqu'en cas d'adhésion de l'Union européenne à cette convention, les États membres seraient contraints de s'aligner sur les positions officielles de l'Union.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – L'adesione dell'UE alla Commissione allargata della Convenzione per la conservazione del tonno rosso del sud, permetterà all'Europa di diventare membro a pieno titolo di questo consesso, acquisendo un ruolo attivo e maggior potere decisionale. Per questi motivi ho inteso sostenere questo testo col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Desde el punto de vista de la gobernanza pesquera mundial, es importante que la Unión Europea lidere la promoción y aplicación de una gestión pesquera sostenible. La presente propuesta de entrada de la UE en la Comisión para la Conservación del Atún Rojo del Sur (CCSBT) como miembro de pleno derecho, abandonando así el estatuto de «cooperante no parte» que viene manteniendo hasta ahora, va en este sentido. De ahí mi apoyo a la misma, en tanto que ponente del Grupo S&D.

Este nuevo marco servirá para promover la coherencia de los planteamientos de la UE en todos los océanos, por ejemplo, entre la gestión del atún rojo del sur (CCSBT) y la del atún rojo del Atlántico (CICAA), al tiempo que para reforzar su compromiso con la conservación a largo plazo y el uso sostenible de los recursos pesqueros a nivel mundial.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjamas Europos Sąjungos ir Australinių tunų apsaugos komisijos susitarimas. Europos Sąjungai svarbiausia yra Tarptautinė Atlanto tunų apsaugos komisija (ICCAT). ICCAT yra atsakinga už tunų ir tuninių rūšių žuvų išsaugojimą Atlanto vandenyne ir gretimose jūrose. Ši organizacija buvo įsteigta per Igaliotųjų atstovų konferenciją, kuri parengė ir priėmė Tarptautinę konvenciją dėl Atlanto tunų apsaugos, kuri 1966 m. pasirašyta Rio de Žaneire. Po ratifikavimo konvencija oficialiai įsigaliojo 1969 m.

Australinių tunų apsaugos komisija (angl. CCSBT) – regioninė žuvininkystės valdymo organizacija (RŽVO), atsakinga už visuose vandenyse gyvenančių australinių tunų išteklių valdymą. Australinių tunų apsaugos konvencija įsigaliojo 1994 m. gegužės 20 d. Nuo 2006 m. Europos Sąjunga yra su CCSBT išplėstine komisija bendradarbiaujantis, bet jai nepriklausantis subjektas.

Australinių tunų paplitimo rajone ES laivyno sužvejojamą australinių tunų laimikį sudaro daugiausia Indijos vandens tunų komisijos (angl. IOTC) konvencijos rajone ūdomis žvejojant tunus ir jiems giminingų rūšių žuvis kaip priegauda sužvejojamas nedidelis australinių tunų kiekis. Nuo 2006 m. ES sužvejojamai australinių tunų priegaudai CCSBT vandenyse taikoma metinė 10 tonų kvota.

Franč Bogovič (PPE), *pisno*. – Namen navedenega priporočila je odobritev izmenjave pisem med Evropsko unijo in razširjeno komisijo Konvencije za ohranitev južnega modroplavutega tuna v imenu Evropske unije (CCSBT), kar pravzaprav pomeni, da EU postaja polnopravna članica navedene komisije CCSBT. V tej komisiji je EU sicer že od leta 2006 sodelujoča nečlanica.

V praksi to pomeni, da EU pridobiva glasovalne pravice pri upravljanju komisije CCSTB in s tem neposreden vpliv na upravljanje južnega modroplavutega tuna, kjerkoli se ta nahaja.

Do nedavnega so se lahko v komisijo CCSBT vključevale le posamezne države, kar EU ni dajalo možnosti pridobitve polnopravnega članstva. A od leta 2013 dalje je organizacijam za regionalno povezovanje, kot je npr. EU, omogočeno članstvo v razširjeni komisiji in s tem večji neposreden vpliv na vse dejavnosti, povezane z modroplavutim tunom – trajnostnemu upravljanju morskih virov in boju proti nezakonitemu, neprijavljenemu in zakonsko neurejenemu ribolovu. Predlagano priporočilo sem podprl.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Étant donné le caractère accidentel de la prise de thon rouge dans les eaux de l'Océan Indien par les bateaux de pêche européens, nous estimons que cette question ne revêt pas un intérêt stratégique pour l'Union.

Par contre, la somme de 70 000 euros de cotisation pour adhérer à cette convention pourrait être plus utilement affectée.

Le quota de pêche de 10 tonnes dont nous bénéficions n'en sera pas, de toute façon, affecté. Nous suivrons malgré tout avec intérêt l'évolution des stocks de thon rouge dans l'Océan indien.

Par conséquent, je me suis abstenue.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'adesione alla commissione allargata della convenzione per la conservazione del tonno rosso del sud (CCSBT) è un atto che conferma il ruolo internazionale dell'UE in questa organizzazione dedicata alla tutela del tonno. L'Unione europea è parte non contraente cooperante della commissione allargata della CCSBT dal 2006.

L'Unione europea ha perseguito una politica di partecipazione molto attiva in tutte le organizzazioni regionali di pesca, allo scopo di contribuire a una gestione razionale e sostenibile delle risorse marine e alla lotta contro la pesca illegale, non dichiarata e non regolamentata. Alcune di queste organizzazioni si occupano di tutti gli stock ittici di una specifica zona, mentre altre gestiscono specie altamente migratorie – in particolare tonnidi – in vaste aree geografiche.

La più significativa per l'Unione europea è la Commissione internazionale per la conservazione dei tonnidi dell'Atlantico (ICCAT), che si occupa della conservazione dei tonnidi e delle specie simili nell'Oceano Atlantico e nei mari adiacenti. La Commissione per la conservazione del tonno rosso del sud (CCSBT) è importante per i nostri mari perché si occupa della gestione del tonno rosso del sud in tutte le sue zone di distribuzione.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – La Commission pour la conservation du thon rouge du Sud est une organisation chargée de la gestion et de la protection de cette espèce. Depuis 2006, l'Union européenne est partie non contractante de cette convention qui est entrée en vigueur en 1994.

Ce rapport invite l'Union à adhérer à cette convention afin qu'elle ait le droit de s'affilier et de voter au sein de cette commission, l'objectif étant de renforcer l'action européenne en matière de protection du thon rouge.

Nous sommes favorables à la protection de cette espèce et à la réglementation de la pêche du thon rouge notamment dans l'océan Indien. Néanmoins nous savons pertinemment que les États membres devront aligner leur position sur celle de l'Union européenne en cas d'adhésion ce qui limitera notre souveraineté nationale.

Par ailleurs l'adhésion de l'Union, même en vue de surveiller et de protéger les stocks de thon rouge dans l'océan Indien, n'est pas vraiment justifiée dans la mesure où les quotas de thon rouge du Sud attribués à nos navires n'excèdent pas 10 tonnes et ne couvrent en réalité que les prises accidentelles.

Je me suis donc abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Propunerea de decizie referitoare la aderarea la Comisia extinsă din cadrul Convenției pentru conservarea tonului roșu din sud (CCSBT) are ca scop aprobarea schimbului de scrisori între Uniune și CCSBT pentru ca UE să poată deveni membru cu drepturi depline, având în vedere că Uniunea Europeană este parte necontractantă cooperantă încă din anul 2006.

Uniunea a contribuit într-un mod activ la gestionarea durabilă și rațională a resurselor marine și la combaterea pescuitului ilegal, nedeclarat și nereglementat, ducând o politică de cooperare cu toate organizațiile regionale de gestionare a pescuitului (ORGP).

Aceste organizații sunt create de statele interesate de pescuitul din anumite zone și au atât rol consultativ, cât și rol de administrare, având competențe în domeniul tehnic și în sectorul obligațiilor de control.

Astfel, la Convenția CCSBT pot adera doar țări. Drept urmare Uniunea, deși are un rol activ în organizațiile regionale de gestionare a pescuitului de ton, este exclusă de la aderare.

Am votat în favoarea acestui raport deoarece consider că implicarea activă a Uniunii în gestionarea organizațiilor regionale a pescuitului trebuie să fie concretizată în acordarea de drepturi depline.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Lo scopo della proposta è autorizzare lo scambio di lettere tra l'UE e la commissione allargata della convenzione per la conservazione del tonno rosso del sud (CCSBT).

La firma di tale strumento di diritto internazionale consentirà all'UE di divenire membro a pieno titolo della commissione allargata della CCSBT a partire dal suo attuale status di parte non contraente cooperante (che non le permette di avere diritto di voto, pur dovendone rispettare le indicazioni tecniche di gestione degli stock).

Si esprime quindi parere favorevole al fine di poter almeno avere un ruolo attivo circa le scelte di gestione.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La Commission pour la conservation du thon rouge du Sud (CCSBT) est une organisation régionale de gestion des pêches (ORGP) chargée de la gestion du thon rouge du Sud dans toutes ses zones de répartition. La convention pour la conservation du thon rouge du Sud est entrée en vigueur le 20 mai 1994.

Le 1^{er} décembre 2009, le Conseil a autorisé la Commission européenne à demander, au nom de l'Union européenne, une modification de la réglementation de la CCSTB afin de permettre à l'Union européenne de devenir partie contractante. Étant donné que des navires battant pavillon des États membres de l'Union exploitent des ressources dans l'aire de répartition du thon rouge du Sud, il est dans l'intérêt de l'Union de jouer un rôle efficace dans la mise en œuvre de la convention.

J'ai voté en faveur de ce rapport qui permettra à l'Union européenne de s'affilier et de voter au sein de la CCSBT élargie et du comité scientifique élargi.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta relativa all'adesione dell'Unione alla commissione allargata della convenzione per la conservazione del tonno rosso del sud. È opportuno terminare lo scambio di lettere per concludere l'iter giuridico. L'Unione non può più permettersi di conservare l'attuale ruolo di parte non contraente, che si protrae sin dal 2006.

Tale adesione è coerente con le politiche dell'Unione europea, in quanto essa è competente ad adottare misure di conservazione delle risorse biologiche marine nel quadro della politica comune della pesca e a concludere accordi con paesi terzi e organizzazioni internazionali.

Ma, soprattutto, tale linea d'azione promuoverà la coerenza nell'approccio di conservazione dell'Unione in tutti gli oceani e rafforzerà il suo impegno per la conservazione a lungo termine e l'utilizzo sostenibile delle risorse della pesca a livello mondiale. Ricordo, infatti, che il principale interesse per l'UE consiste nelle analogie tra la gestione del tonno rosso del sud (CCSBT) e quella del tonno rosso dell'Atlantico (ICCAT).

Non dimentichiamo, da ultimo, che le navi battenti bandiera degli Stati membri dell'Unione sfruttano le risorse esistenti nell'area di distribuzione del tonno rosso del sud. È, pertanto, interesse dell'Unione svolgere un ruolo attivo nell'applicazione della convenzione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report on the EU joining a body for conservation of bluefin tuna. As a result the EU will become a full member of the Commission for the Conservation of Southern Bluefin Tuna (CCSBT), which is an intergovernmental organisation responsible for the management of southern bluefin tuna throughout its global distribution.

The EU has already been a cooperating, extended member of this organisation since 2006. Cooperating non-members participate fully in the activities of the CCSBT and are required to comply with CCSBT management and conservation measures. However, they are not entitled to vote. Becoming a full member will allow the EU to have a voice in this commission.

This organisation was established in the 1980s when it became apparent that the southern bluefin tuna stock was at a level where management and conservation was required. The organisation operates through a voluntary management arrangement. The largest fishers of southern bluefin tuna remain Australia, New Zealand and Japan.

James Carver (EFDD), *in writing*. – This involves the EU signing an international convention intended to be signed by states. We therefore oppose it, not because we do not care about the tuna – we care very much and want numbers to grow – but because this is another instance of the EU behaving like a state. What this does is to give the EU a vote in a convention in which voting is the prerogative of full members who are nation states.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because my opinion is that the EU can only benefit from membership of the Extended Commission for the Conservation of Southern Bluefin Tuna (CCSBT). Up till now, we only participated in its activities but did not have the right to vote: this now changes with the consent of Parliament.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La convenzione CCSBT, ovvero la Commissione per la conservazione del tonno rosso del sud, di cui l'Unione europea è parte non contraente cooperante dal 2006, era aperta unicamente agli Stati ed escludeva le organizzazioni regionali di integrazione economica come l'Unione europea.

Nell'ottobre 2013, nell'ambito della sua ventesima riunione, la CCSBT ha modificato la risoluzione relativa alla commissione allargata, per consentire alle organizzazioni regionali di integrazione economica che lo desiderino di diventare membri della commissione allargata tramite uno scambio di lettere con cui l'organismo richiedente si impegna fermamente con la CCSBT a rispettare i termini della convenzione e ad ottemperare alle decisioni della commissione allargata della CCSBT.

Lo scopo è di dare la possibilità di piena partecipazione all'UE nelle attività della convenzione per la conservazione del tonno rosso del sud (CCSBT). Ho pertanto votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφικώς*. – Η πρόταση αποσκοπεί στην έγκριση της ανταλλαγής επιστολών μεταξύ της ΕΕ και της διευρυμένης επιτροπής της σύμβασης για τη διατήρηση του τόνου του Νοτίου Ημισφαιρίου (CCSBT). Με την υπογραφή αυτού του μέσου διεθνούς δικαίου η ΕΕ θα μπορέσει να καταστεί πλήρες μέλος της διευρυμένης επιτροπής CCSBT, στην οποία απολαύει καθεστώς συνεργαζόμενου μη συμβαλλόμενου μέλους από το 2006.

Το Συμβούλιο, λοιπόν, υποβάλλει τη παρούσα πρόταση απόφαση, με την οποία συμφωνούμε.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho scelto di appoggiare il provvedimento. Sulla base degli impegni assunti nelle disposizioni della convenzione delle Nazioni Unite del 10 dicembre 1982 sul diritto del mare l'Unione europea ha perseguito una politica di partecipazione molto attiva in tutte le organizzazioni regionali di pesca, allo scopo di contribuire a una gestione razionale e sostenibile delle risorse marine e alla lotta contro la pesca illegale, non dichiarata e non regolamentata.

Lo scopo della proposta è autorizzare lo scambio di lettere tra l'UE e la commissione allargata della convenzione per la conservazione del tonno rosso del sud (CCSBT), organizzazione regionale di gestione della pesca (ORGP) responsabile per la gestione del tonno rosso del sud in tutte le sue zone di distribuzione. La convenzione per la conservazione del tonno rosso del sud è entrata in vigore il 20 maggio 1994.

La firma di tale strumento di diritto internazionale consentirà all'UE di divenire membro a pieno titolo della commissione allargata della CCSBT a partire dal suo attuale status di parte non contraente cooperante, ruolo che riveste dal 2006.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta per autorizzare lo scambio di lettere tra l'UE e la CCSBT (commissione per la conservazione del tonno rosso del sud).

L'Unione europea a mio parere deve impegnarsi, come sta opportunamente facendo, allo scopo di contribuire a una gestione razionale e sostenibile delle risorse marine e deve lottare contro la pesca illegale non dichiarata e non regolamentata, e per questo motivo ha una partecipazione molto attiva in tutte quelle che sono le organizzazioni regionali di pesca.

In questo caso specifico, riguardo al tonno rosso, mi sento di dover sostenere e appoggiare la relazione dell'onorevole Carlos Iturgaiz al fine di poter controllare, regolamentare e, in questo modo, conservare il commercio del tonno rosso del sud.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – This involves the EU signing an international convention intended to be signed by states. We therefore oppose it, not because we do not care about the tuna – we care very much and want numbers to grow – but because this is another instance of the EU behaving like a state. What this does is to give the EU a vote in a convention in which voting is the prerogative of full members who are nation states.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – This involves the EU signing an international convention intended to be signed by states. We therefore oppose it, not because we do not care about the tuna – we care very much and want numbers to grow – but because this is another instance of the EU behaving like a state. What this does is to give the EU a vote in a convention in which voting is the prerogative of full members who are nation states.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Mi trovo pienamente favorevole al progetto di risoluzione legislativa del Parlamento europeo sulla decisione del Consiglio relativa alla conclusione dell'accordo in forma di scambio di lettere tra l'Unione europea e la commissione per la conservazione del tonno rosso del sud.

Ritengo importante tutelare il patrimonio marittimo e, al fine di salvaguardarlo, credo sia necessario l'utilizzo di questo strumento, il quale permetterà all'Unione europea di diventare membro a pieno titolo della commissione allargata della CCSBT.

In tal modo essa conseguirà la piena partecipazione alle attività della commissione, incluso il diritto di voto.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – This proposal solidifies the EU's goals to maintain sustainable use of fisheries on a global scale by allowing the EU to participate in and obtain membership of the Commission for the Conservation of Southern Bluefin Tuna (CCSBT) to protect and provide necessary means of harvesting bluefin tuna while also allowing the population to grow. I voted in favour.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que supone un refuerzo de la cooperación científica en relación con la conservación del atún rojo del sur. La población mundial de los diferentes tipos de atún ha estado en riesgo, pero existen señales de recuperación, al menos en alguna de sus variedades. Por eso es necesaria la cooperación científica para disponer de mejor información a nivel mundial sobre este recurso. Tanto la supervivencia de esta importante especie como la de las comunidades que históricamente se han dedicado a su explotación artesanal dependen de políticas pesqueras sostenibles y bien fundadas. Tal es el caso del atún rojo atlántico y la almadra, que es un importante indicador de su población; compartir esta información debe ser fundamental para plantear políticas pesqueras sostenibles. Por todo lo anterior he decidido votar a favor del presente informe.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Unia Europejska aktywnie angażuje się we wszystkie organizacje rybołówstwa, których celem jest zapewnienie racjonalnej i zrównoważonej gospodarki zasobami morskimi oraz przeciwdziałanie nielegalnym połowom. Jedną z takich organizacji jest Rozszerzona Komisja Konwencji na rzecz Ochrony Tuńczyka Południowego (CCSBT), w której UE od 2006 r. ma status współpracującego podmiotu niebędącego członkiem. CCSBT odpowiada za ochronę i zarządzanie zasobami tuńczyka południowego na całym obszarze występowania. Przyjęcie rezolucji wyrażającej zgodę na zawarcie umowy pozwoli UE stać się członkiem CCSBT i w pełni uczestniczyć w jej pracach. Dziś UE, jako podmiot współpracujący, wiąże m.in. limity połowowe ustalane przez CCSBT, na których kwotę UE nie ma wpływu (współpracujące podmioty w pełni uczestniczą w działaniach CCSBT, ale nie mają prawa głosu). Jako że statki pływające pod banderami krajów członkowskich prowadzą połowy na obszarze występowania tuńczyka południowego, w interesie UE jest stanie się pełnoprawnym członkiem CCSBT. Mając na uwadze powyższe, poparłem projekt rezolucji.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I gave my consent to the conclusion of this agreement as it allows the EU to become a full member of the CCSBT Extended Commission, having enjoyed cooperating non-member status since 2006 through its representation by the European Commission. The Commission for the Conservation of Southern Bluefin Tuna (CCSBT) is a Regional Fisheries Management Organisation (RFMO) responsible for the management of the species of southern bluefin tuna wherever it is to be found.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport non législatif accorde un avis positif au projet de décision du Conseil relatif à l'adhésion de l'Union européenne à la Commission pour la conservation du thon rouge du Sud (CCSBT).

L'Union étant très active au sein des organisations régionales sur la question d'une gestion rationnelle et durable des ressources marines et dans la lutte contre la pêche illicite, je soutiens cette adhésion qui devrait renforcer l'influence de l'Union au sein de la CCSBT en lui accordant un droit de vote.

J'ai donc voté en faveur de ce texte.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport car l'adhésion de l'Union européenne à la Commission élargie de la convention pour la conservation du thon rouge du Sud s'accompagne du droit de vote au sein de cette commission.

Cette mesure va ainsi permettre à l'Union d'affirmer son influence dans le domaine de la pêche du thon rouge.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Néppárt irányvonalának megfelelően szavazatommal támogattam az EU mint regionális gazdasági integrációs szervezet csatlakozását a déli kékúszójú tonhal védelmére létrehozott bizottsághoz. Az EU eddig is teljes mértékben átvette a szóban forgó bizottság ajánlásait, amelyekből világosan látható, hogy a tengeri halállományok fenntartása érdekében az Európai Unió a tengeri halászat megfelelő korlátozására kényszerül. A Föld tengereinek 30%-a túlhalászott, a tengeri halállományok veszélybe kerültek. A fenntartásuk érdekében tett indokolt lépések következtében folyamatosan és jelentősen csökken a kihalászott tengeri halmennyiség. Ezért a közös halászati politikának jóval nagyobb figyelmet kell fordítania a fenntartható haltenyésztésre, vagyis az akvakultúrára, kiemelten pedig az édesvízi haltenyésztésre.

A magyarországi halastavak jelentős része Natura 2000 területen fekszik. Ezek a halgazdaságok semmilyen veszélyt nem jelentenek e területek természeti értékeire. Sőt, sok esetben éppen a zárt rendszerű halastavainknak köszönhetőek az általuk létrehozott, illetve megőrzött egyedi vizes élőhelyi társulások. Következésképpen, az édesvízi akvakultúrát kell előtérbe helyezni és minél nagyobb mértékű uniós támogatásban részesíteni. Továbbá ezt a területet meg kell szabadítani az indokolatlanul szigorú és felesleges fenntarthatósági előírásoktól, amelyek csak a tengeri halászat esetében indokoltak.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az Európai Néppárt irányvonalának megfelelően szavazatommal támogattam az EU, mint regionális gazdasági integrációs szervezet csatlakozását a déli kékúszójú tonhal védelmére létrehozott bizottsághoz. Az EU eddig is teljes mértékben átvette a szóban forgó bizottság ajánlásait, amelyekből világosan látható, hogy a tengeri halállományok fenntartása érdekében az Európai Unió a tengeri halászat megfelelő korlátozására kényszerül. A Föld tengereinek 30%-a túlhalászott, a tengeri halállományok veszélybe kerültek. A fenntartásuk érdekében tett indokolt lépések következtében folyamatosan és jelentősen csökken a kihalászott tengeri halmennyiség. Ezért a közös halászati politikának jóval nagyobb figyelmet kell fordítania a fenntartható haltenyésztésre, vagyis az akvakultúrára, kiemelten pedig az édesvízi haltenyésztésre.

A magyarországi halastavak jelentős része Natura 2000 területen fekszik. Ezek a halgazdaságok semmilyen veszélyt nem jelentenek e területek természeti értékeire. Sőt, sok esetben éppen a zárt rendszerű halastavainknak köszönhetőek az általuk létrehozott, illetve megőrzött egyedi vizes élőhelyi társulások. Következésképpen, az édesvízi akvakultúrát kell előtérbe helyezni és minél nagyobb mértékű uniós támogatásban részesíteni. Továbbá ezt a területet meg kell szabadítani az indokolatlanul szigorú és felesleges fenntarthatósági előírásoktól, amelyek csak a tengeri halászat esetében indokoltak.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport avait pour objectif de faire changer le statut de l'Union européenne vis-à-vis de la Commission élargie de la convention pour la conservation du thon rouge du Sud (CCSBT). En établissant un rapport contractuel entre l'Union et la CCSBT, ce rapport souhaitait faire adhérer l'Union à cette commission.

Ainsi, l'Union aurait eu un droit de regard et de décision accru sur les politiques nationales des États membres en matière de pêche.

Ce transfert de souveraineté en catimini n'est évidemment pas acceptable, c'est pourquoi je me suis abstenue lors du vote.

Ангел Джамбазки (ЕКР), *в писмена форма*. – Червената риба тон е безспорен деликатес особено за обичащите японски ястия. Факт е, че тези огромни риби стигащи стотици килограми, може да се продават дори за стотици хиляди долари. Всички тези неща дават огромна предпоставка за засилен интерес към улова на тази риба. Всички знаем, че Европейският съюз има един от най-високите екологични стандарти в света. Ето защо подкрепих предложението за подписването на това споразумение с Комисията за опазване на южния червен тон, като се надявам нашите високи стандарти да се пренесат върху Комисията и да успеем да опазим тази риба. Ще наблюдавам с интерес работата на тази комисия и ще сигнализирам за нередностите с особена строгост.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Θετικό, διότι η τήρηση των διεθνών συμφωνιών για την αλιεία και ο σεβασμός σε είδη όπως ο τόνος, αποτελούν την εγγύηση για την διατήρηση και την σωστή διαχείριση των ειδών αυτών.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – Az Európai Néppárt irányvonalának megfelelően szavazatommal támogattam az EU mint regionális gazdasági integrációs szervezet csatlakozását a déli kékúszójú tonhal védelmére létrehozott bizottsághoz. Az EU eddig is teljes mértékben átvette a szóban forgó bizottság ajánlásait, amelyekből világosan látható, hogy a tengeri halállományok fenntartása érdekében az Európai Unió a tengeri halászat megfelelő korlátozására kényszerül. A Föld tengereinek 30%-a túlhalászott, a tengeri halállományok veszélybe kerültek. A fenntartásuk érdekében tett indokolt lépések következtében folyamatosan és jelentősen csökken a kihalászott tengeri halmennyiség. Ezért a közös halászati politikának jóval nagyobb figyelmet kell fordítania a fenntartható haltenyésztésre, vagyis az akvakultúrára, kiemelten pedig az édesvízi haltenyésztésre.

A magyarországi halastavak jelentős része Natura 2000 területen fekszik. Ezek a halgazdaságok semmilyen veszélyt nem jelentenek e területek természeti értékeire. Sőt, sok esetben éppen a zárt rendszerű halastavainknak köszönhetőek az általuk létrehozott, illetve megőrzött egyedi vizes élőhelyi társulások. Következésképpen, az édesvízi akvakultúrát kell előtérbe helyezni és minél nagyobb mértékű uniós támogatásban részesíteni. Továbbá ezt a területet meg kell szabadítani az indokolatlanul szigorú és felesleges fenntarthatósági előírásoktól, amelyek csak a tengeri halászat esetében indokoltak.

Bill Etheridge (EFDD), in writing. – This involves the EU signing an international convention intended to be signed by states. We therefore oppose it, not because we do not care about the tuna – we care very much and want numbers to grow – but because this is another instance of the EU behaving like a state. What this does is to give the EU a vote in a convention in which voting is the prerogative of full members who are nation states.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – A proposta visa a autorização da troca de cartas entre a UE e a Comissão alargada da Convenção para a Conservação do Atum-do-Sul (CCSBT). A União Europeia adotou uma política muito ativa de participação em todas as Organizações Regionais de Gestão da Pesca (ORGP) com o objetivo de contribuir para a gestão racional e sustentável dos recursos marinhos e para a luta contra a pesca ilegal, não declarada e não regulamentada.

As ORGP são organizações internacionais constituídas por países com interesses de pesca numa dada área. Algumas gerem todas as unidades populacionais de uma determinada região, outras concentram-se em espécies altamente migradoras, como o atum, cobrindo vastas zonas geográficas.

As capturas de SBF efetuadas pela frota da UE na sua zona de distribuição consistem em capturas acessórias e são limitadas à pesca de atum e de tunídeos com palangreiros, principalmente na zona da Convenção da Comissão do Atum do Oceano Índico (IOTC). A União Europeia beneficia, desde 2006, de uma quota anual de 10 toneladas de SBF para as capturas acessórias na zona da CCSBT.

Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), par écrit. – Je me suis abstenu sur cette résolution parce qu'elle ne prend pas réellement en compte les intérêts européens.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – A assinatura do Acordo sob forma de Troca de Cartas entre a União Europeia e a Comissão para a Conservação do Atum-do-Sul (CCSBT) relativo à adesão da UE à Comissão Alargada da Convenção para a Conservação do Atum-do-Sul permitirá que a UE passe a ser membro da Comissão alargada da CCSBT, um instrumento multilateral de gestão de recursos pesqueiros em águas internacionais. Uma metodologia de gestão com a qual estamos de acordo, onde a cooperação entre as partes interessadas permite a definição de regras comuns, que a todos compromete de forma voluntária e responsável. Esta Comissão, em particular, assume especial relevância pela importância do recurso explorado, o Atum-do-Sul.

Votámos favoravelmente.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto in favore alla suddetta raccomandazione relativa alla conclusione dell'accordo per la conservazione del tonno rosso del sud (CCSBT). Questo strumento di diritto internazionale permetterà all'UE di divenire membro a pieno titolo della commissione allargata della CCSBT a partire dal suo attuale status di parte non contraente cooperante, ottenendo quindi il diritto di voto all'interno della suddetta commissione.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európska únia má záujem na tom, aby sa stala plnohodnotným členom komisie Dohovoru o ochrane tuniaka južného, nakoľko od roku 2006 je spolupracujúcim nečlenom predmetnej komisie. Spolupracujúci nečlenovia sa v plnej miere zúčastňujú na činnostiach komisie, ale nie sú oprávnení hlasovať a majú povinnosť dodržiavať riadiace a ochranné opatrenia komisie.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore di questa relazione che autorizza lo scambio di lettere tra l'UE e la commissione allargata della convenzione per la conservazione del tonno rosso del sud (CCSBT).

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφικώς*. – Υπερψηφίζω την έκθεση για την προσχώρηση στη διευρυμένη επιτροπή της σύμβασης για τη διατήρηση του τόνου του Νοτίου Ημισφαιρίου, διότι η τήρηση των διεθνών συμφωνιών για την αλιεία και ο σεβασμός σε είδη, όπως ο τόνος, αποτελούν την εγγύηση για την διατήρηση και την σωστή διαχείριση των ειδών αυτών.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The proposal concerns authorisation of the exchange of letters between the EU and the Extended Commission of the Convention for the Conservation of Southern Bluefin Tuna, (CCSBT). The signing of this instrument of international law will allow the EU to become a full member of the CCSBT Extended Commission, having enjoyed cooperating non-member status since 2006.

The European Union, in accordance with its commitments under the United Nations Convention on the Law of the Sea of 10 December 1982 relating to the Conservation and Management of Straddling Fish Stocks and Highly Migratory Fish Stocks, has been cooperating very actively with all regional fisheries organisations in a bid to contribute to the rational and sustainable management of marine resources and combat illegal, unreported and unregulated fishing.

I voted in favour of this report that will allow full participation in the work of the CCSBT.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Néppárt irányvonalának megfelelően szavazatommal támogattam az EU, mint regionális gazdasági integrációs szervezet csatlakozását a deli kékúszójú tonhal védelmére létrehozott bizottsághoz.

Az EU eddig is teljes mértékben átvette a szóban forgó bizottság ajánlásait, amelyekből világosan látható, hogy a tengeri halállományok fenntartása érdekében az Európai Unió a tengeri halászat megfelelő korlátozására kényszerül. A Föld tengereinek 30%-a túlhalászott, a tengeri halállományok veszélybe kerültek. A fenntartásuk érdekében tett indokolt lépések következtében folyamatosan és jelentősen csökken a kihalászott tengeri halmennyiség. Ezért a közös halászati politikának jóval nagyobb figyelmet kell fordítania a fenntartható haltenyésztésre, vagyis az akvakultúrára, kiemelten pedig az édesvízi haltenyésztésre.

A magyarországi halastavak jelentős része Natura 2000 területen fekszik. Ezek a halgazdaságok semmilyen veszélyt nem jelentenek e területek természeti értékeire. Sőt, sok esetben éppen a zárt rendszerű halastavainknak köszönhetőek az általuk létrehozott, illetve megőrzött egyedi vizes élőhelyi társulások.

Következésképpen, az édesvízi akvakultúrát kell előtérbe helyezni és minél nagyobb mértékű uniós támogatásban részesíteni. Továbbá ezt a területet meg kell szabadítani az indokolatlanul szigorú és felesleges fenntarthatósági előírásoktól, amelyek csak a tengeri halászat esetében indokoltak.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Véleményem szerint kiemelt fontossággal bír, hogy az EU már 6 tonhagazdálkodással foglalkozó regionális halászati gazdálkodási szervezetben vállal aktív szerepet. A javaslat célja az EU és a déli kékúszójú tonhal védelméről szóló egyezmény kiterjesztett bizottsága (CCSBT) közötti levélváltás engedélyezése. E nemzetközi jogi eszköz aláírása révén az EU jelenlegi tagsággal nem rendelkező együttműködő fél státusza helyett teljes jogú tagságot nyerne a CCSBT kiterjesztett bizottságában. Az Európai Unió a CCSBT kiterjesztett bizottságának 2006 óta tagsággal nem rendelkező együttműködő fele. A kérdés relevanciája és a fentiek relevanciája és a fentiek alapján támogatatom, hogy a Tanács a CCSBT munkájában teljes jogú tagként való részvétel érdekében nyújtja be e határozati javaslatát, amivel az előadó teljes mértékben egyetért, és kéri a bizottságot, hogy kedvezően véleményezze a javaslatot.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la adhesión para que la UE pueda pasar de ser cooperante no Parte de la Comisión ampliada de la CCSBT a ser miembro de pleno derecho de la misma, con el objetivo de contribuir a la gestión racional y sostenible de los recursos marinos y la lucha contra la pesca ilegal, no declarada y no reglamentada.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe für die Beschlussempfehlung zum Beitritt zur erweiterten Kommission des Übereinkommens über die Erhaltung von Südlichem Blauflossenthun gestimmt, da ich den Erhalt dieser Art in unseren Gewässern für einen wichtigen Beitrag Europas zur Artenvielfalt halte. Der Pro-Mensch-Konsum von Fisch nimmt Jahr für Jahr um ein bis zwei Prozent zu. Zusätzlich wächst die Zahl der Menschen jährlich um gut ein Prozent. Die Menschheit verlangt also jedes Jahr zwei bis drei Prozent mehr Fisch auf dem Tisch. Alle Arten des Blauflossen-Thunfisch stehen auf der Roten Liste der internationalen Naturschutzorganisation IUCN. Die südliche Art gilt als „vom Aussterben bedroht“, jene des Atlantiks und des Mittelmeeres als „stark gefährdet“, und der Pazifische Blauflossenthun gilt seit vergangenem November als „verwundbar“. Dem muss Einhalt geboten werden.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Dieser Beschluss setzt die bisherigen Ziele einer nachhaltigen Politik konsequent fort. Der Schutz von weit wandernden Arten ist eine besondere Herausforderung. Deshalb ist es wichtig, dass sich Staaten untereinander intensiv austauschen. Das Problem der illegalen Fischerei muss weiterhin angegangen werden. Durch den Beitritt zur erweiterten Kommission übernimmt Europa hier weiter Verantwortung.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this proposal, which concerns authorisation of the exchange of letters between the EU and the Extended Commission of the Convention for the Conservation of Southern Bluefin Tuna, (CCSBT). The signing of this instrument of international law will allow the EU to become a full member of the CCSBT Extended Commission, having enjoyed cooperating non-member status since 2006.

The European Union, in accordance with its commitments under the United Nations Convention on the Law of the Sea of 10 December 1982 relating to the Conservation and Management of Straddling Fish Stocks and Highly Migratory Fish Stocks, has been cooperating very actively with all regional fisheries organisations in a bid to contribute to the rational and sustainable management of marine resources and combat illegal, unreported and unregulated fishing.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – I chose to support this proposal, as accession to the Extended Commission of the Convention for the Conservation of Southern Bluefin Tuna is a positive step in encouraging a rational and responsible marine conservation.

We need to ensure the responsible management and conservation of marine resources, including blue fin tuna, and this proposal encourages their sustainable and responsible harvesting. Therefore, I voted in favour of it.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Ce rapport porte sur l'adhésion de l'Union européenne à la Commission élargie de la convention pour la conservation du thon rouge du Sud (CCSBT). Cette convention est une organisation régionale des pêches (ORGP).

Il s'agit de faire adhérer l'Union à cette convention pour qu'elle ait le droit de s'affilier et de voter au sein de la CCSBT, dans le but de renforcer l'action de l'Union dans la protection du thon rouge, en raison des similitudes entre la gestion du thon rouge du Sud (océan Indien) et celle de l'Atlantique.

Si l'intention est louable, elle ne pose pas moins deux problèmes:

D'une part, une fois cette adhésion effective, les États membres seront invités à aligner leurs positions sur celle de l'Union. Il s'agit donc d'un transfert «souterrain» de souveraineté.

D'autre part, la cotisation annuelle, estimée à 70 000 euros, ne se justifie pas par les quotas de thon rouge du Sud attribués à l'Europe, qui se réduisent à 10 tonnes et ne couvrent que les prises accidentelles de nos navires.

Je me suis donc abstenue, car il n'est pas pertinent que l'Union européenne adhère à toutes les ORGP du monde, même dans le but affiché de surveiller l'évolution des stocks.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor, ya que la propuesta tiene por objeto autorizar el canje de notas entre la UE y la Comisión ampliada del Convenio para la Conservación del Atún Rojo del Sur (CCSBT).

La firma de este instrumento de Derecho internacional permitirá a la UE, que desde 2006 es cooperante no Parte de la Comisión ampliada de la CCSBT, ser miembro de pleno derecho de la misma.

El Convenio CCSBT solo estaba abierto a los Estados, quedando por lo tanto excluidas las organizaciones regionales de integración económica (ORIE), como la UE.

La CCSBT modificó durante su vigésima reunión, celebrada en octubre de 2013, la Resolución por la que se rige la Comisión ampliada, a fin de permitir que las ORIE que así lo deseen puedan convertirse en miembros de la Comisión ampliada (hasta entonces, el único estatuto al que podían acceder era el de cooperantes no Partes) mediante un procedimiento de canje de notas en el que el organismo aspirante manifieste a la CCSBT su firme compromiso con el respeto de los términos del Convenio y el cumplimiento de las decisiones de la Comisión ampliada de la CCSBT.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the recommendation that the European Union accede to the Extended Commission of the Convention for the Conservation of Southern Bluefin Tuna because I strongly believe that conservation and efforts to maintain our ever-dwindling animal populations are integral to the survival of our planet. With our membership I believe that we will be in a better position to protect this fish population, and that this will have a knock-on effect for conservation elsewhere in the ecosystem.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for the recommendation on the draft Council decision on the conclusion, on behalf of the European Union, of the Agreement in the form of an Exchange of Letters between the European Union and the Commission for the Conservation of Southern Bluefin Tuna (CCSBT) concerning the membership of the Union in the Extended Commission of the Convention. The EU, in accordance with its commitments under the United Nations Convention on the Law of the Sea of 10 December 1982 relating to the Conservation and Management of Straddling Fish Stocks and Highly Migratory Fish Stocks, has been cooperating very actively with all regional fisheries organisations in a bid to contribute to the rational and sustainable management of marine resources and combat illegal, unreported and unregulated fishing.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Európai Néppárt irányvonalának megfelelően szavazatommal támogattam az EU, mint regionális gazdasági integrációs szervezet csatlakozását a déli kékúszójú tonhal védelmére létrehozott bizottsághoz.

Az EU eddig is teljes mértékben átvette a szóban forgó bizottság ajánlásait, amelyekből világosan látható, hogy a tengeri halállományok fenntartása érdekében az Európai Unió a tengeri halászat megfelelő korlátozására kényszerül. A Föld tengereinek 30%-a túlhalászott, a tengeri halállományok veszélybe kerültek. A fenntartásuk érdekében tett indokolt lépések következtében folyamatosan és jelentősen csökken a kihalászott tengeri halmennyiség. Ezért a közös halászati politikának jóval nagyobb figyelmet kell fordítania a fenntartható haltenyésztésre, vagyis az akvakultúrára, kiemelten pedig az édesvízi haltenyésztésre.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I chose to support this proposal as it will enhance the bid to contribute to rational and sustainable management of marine resources and combat illegal, unreported and unregulated fishing. The responsible management in relation to the setting of catch and fishing limits, as well as technical aspects and mandatory inspections are vital to ensure responsible fishing practices in our waters. The responsible conservation of tuna among other species in the Atlantic Ocean and the adjoining waters is crucial for the future of the European Union.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), *schriftelijk*. – Hoewel de naam van de Commissie voor de instandhouding van de zuidelijke blauwvintonijn (CCSBT) anders doet vermoeden, gaat de CCSBT vooral over het uitbuiten van de tonijn en niet over de bescherming van de tonijn. De CCSBT stelt elk jaar de quota voor de vangst op blauwvintonijn vast in de oceanen op het zuidelijk halfrond, terwijl de blauwvintonijn met uitsterven wordt bedreigd en de vangst eigenlijk gestopt moet worden. Het CCSBT-beleid is niet meer dan destructief wanbeleid: de CCSBT biedt immers geen enkele kans op herstel voor de blauwvintonijn.

Europa zal waarschijnlijk de belangen van de Franse en Spaanse tonijnvisserij behartigen, maar daarnaast wordt verwacht dat Europa tegenwicht zal bieden aan het CCSBT-beleid, dat nu vooral bepaald wordt door Japan en Korea. Ik heb desondanks voor dit verslag gestemd in de hoop dat de EU als lid van de CCBTS de verhoging van de quota kan tegenhouden en een totaal verbod op de vangst van blauwvintonijn zal nastreven. Ik zal de toekomstige bijdrage van de EU in de CCBTS daarbij nauwlettend in de gaten houden.

Roger Helmer (EFDD), in writing. – This involves the EU signing an international convention intended to be signed by states. We therefore oppose it, not because we do not care about the tuna – we care very much and want numbers to grow – but because this is another instance of the EU behaving like a state. What this does is to give the EU a vote in a convention in which voting is the prerogative of full members who are nation states.

György Hölvényi (PPE), írásban. – Az Európai Néppárt irányvonalának megfelelően szavazatommal támogattam az EU mint regionális gazdasági integrációs szervezet csatlakozását a deli kékúszójú tonhal védelmére létrehozott bizottsághoz. Az EU eddig is teljes mértékben átvette a szóban forgó bizottság ajánlásait. Ezekből világosan látható, hogy a tengeri halállományok fenntartása érdekében az Európai Unió a tengeri halászat megfelelő korlátozására kényszerül. A Föld tengereinek 30%-a túlhalászott, a tengeri halállományok veszélybe kerültek. A fenntartásuk érdekében tett indokolt lépések következtében folyamatosan és jelentősen csökken a kihalászott tengeri halmennyiség. Ezért a közös halászati politikának jóval nagyobb figyelmet kell fordítania a fenntartható haltenyésztésre, vagyis az akvakultúrára, kiemelten pedig az édesvízi haltenyésztésre.

A magyarországi halastavak jelentős része Natura 2000 területen fekszik. Ezek a halgazdaságok semmilyen veszélyt nem jelentenek e területek természeti értékeire. Sőt, sok esetben éppen a zárt rendszerű halastavainknak köszönhetőek az általuk létrehozott, illetve megőrzött egyedi vizes élőhelyi társulások. Következésképpen, az édesvízi akvakultúrát kell előtérbe helyezni és minél nagyobb mértékű uniós támogatásban részesíteni. Továbbá, ezt a területet meg kell szabadítani az indokolatlanul szigorú és felesleges fenntarthatósági előírásoktól, amelyek csak a tengeri halászat esetében indokoltak.

Richard Howitt (S&D), in writing. – I welcome this further step to improve the European Union's role to advance marine conservation. Already this month in the Mediterranean there has been international agreement to maintain the bluefin tuna recovery plan, but I hope the EU will back efforts from the Worldwide Fund for Nature to improve traceability for this species everywhere, which remains an obstacle to the eradication of illegal fishing.

As far as the southern bluefin tuna is concerned, it has become a victim of the international popularity of sushi, a single bluefin tuna selling for no less than USD 175 000 in a Japanese fish market. Pound for pound, it has been said to be as valuable as silver.

Our efforts are not to destroy the trade but to return it to one of sustainable fishing. I welcome the recent commitment of the European Commissioner on Fisheries Mr Vella to close loopholes which allow for tuna overfishing, and I hope he – and we – can use this new European Union role to help us to do so.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o nacrtu odluke Vijeća o zaključivanju, u ime Europske unije, Sporazuma u obliku razmjene pisama između Europske unije i Komisije za očuvanje južne plavoperajne tune (CCSBT) u vezi s članstvom Unije u proširenoj komisiji Konvencije za očuvanje južne plavoperajne tune zbog toga što se time osnažuje suradnja Unije s CCSBT-om koja je započeta 2006. godine, te pogotovo radi toga što je južno plavoperajna tuna ugrožena vrsta.

Smatram da je ključno djelovati imajući na umu racionalno i održivo upravljanje morskim resursima, te suprotstaviti se nereguliranom i ilegalnom izlovu. Morski ekosustav predstavlja jednu od ključnih vrijednosti cijele planete koja mora biti sačuvana na najvišoj razini, te stoga podržavam sve regionalne i ostale međunarodne organizacije koje djeluju u tom smislu. Međutim, kako bi se takvi naponi ostvarili, potrebno je uspostaviti sinergijsku i zajedničku suradnju međunarodne zajednice jer se naravno radi o pitanjima globalnih razmjera.

Jean-François Jalkh (ENF), par écrit. – Il s'agit pour l'Union européenne d'adhérer à l'organisation régionale de la Commission pour la conservation du thon rouge du Sud (CCSBT). L'Union veut étendre son action dans la protection du thon rouge, vers l'océan Indien.

L'adhésion de l'Union entraînerait inévitablement la mise au diapason des réglementations nationales de ses États membres, qui prendrait tous les traits d'un glissement tranquille dans souveraineté.

Depuis dix ans, le marché européen est restreint à l'importation de 10 tonnes de thon rouge du Sud, qui provient essentiellement et seulement de pêches accidentelles. Si l'on rapporte ce chiffre aux 70 000 euros de frais annuels de participation à cette organisation, nous sommes en droit d'estimer que cette initiative est peu pertinente dans son principe même, mais l'est encore moins au regard des intérêts européens.

Je me suis donc abstenu.

Diane James (EFDD), *in writing*. – This involves the EU signing an international convention intended to be signed by states. My fellow MEPs and I therefore oppose it, not because we do not care about the tuna – we care very much and want numbers to grow – but because this is another instance of the EU behaving like a state. What this does is to give the EU a vote in a convention in which voting is the prerogative of full members who are nation states.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Carlos Iturgaiz relatif à la recommandation sur l'adhésion de l'Union à la Commission élargie de la Convention de conservation du thon rouge du Sud.

À ce jour, l'Union européenne était une partie non contractante et ne pouvait donc pas voter au sein de cette commission. L'Union, par cette adhésion, va pouvoir jouer un rôle plus important et efficace dans la mise en œuvre de la Convention pour la conservation du thon rouge du Sud.

Cette recommandation a été adoptée une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car il approuve l'adhésion de l'Union Européenne à la Commission pour la conservation du thon rouge du Sud (CCSBT), octroyant ainsi un droit de vote à l'Union, qui pourra prendre une part active à la mise en œuvre de la convention sur la préservation de cette espèce.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der vorliegende Bericht umfasst die Mitgliedschaft der Union in der erweiterten Kommission des Übereinkommens über die Erhaltung von Südlichem Blauflossenthun (CCSBT). Die Unterzeichnung dieses völkerrechtlichen Instruments wird es der EU ermöglichen, zu einem ordentlichen Mitglied der erweiterten CCSBT-Kommission zu werden, der sie seit 2006 als kooperierendes Nichtmitglied angehört. Da ich eine europäische Rolle beim Erhalt des Blauflossen-Thunfisches begrüße, habe ich dem Bericht zugestimmt.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the report, as EU membership in the CCSBT Extended Commission will promote consistency in the Union's conservation approach across oceans and reinforce its commitment to the long-term conservation and sustainable use of fisheries resources globally.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Néppárt irányvonalának megfelelően szavazatommal támogattam az EU, mint regionális gazdasági integrációs szervezet csatlakozását a deli kékuszójú tonhal védelmére létrehozott bizottsághoz.

Az EU eddig is teljes mértékben átvette a szóban forgó bizottság ajánlásait, amelyekből világosan látható, hogy a tengeri halállományok fenntartása érdekében az Európai Unió a tengeri halászat megfelelő korlátozására kényszerül. A Föld tengereinek 30%-a túlhalászott, a tengeri halállományok veszélybe kerültek. A fenntartásuk érdekében tett indokolt lépések következtében folyamatosan és jelentősen csökken a kihalászott tengeri halmennyiség. Ezért a közös halászati politikának jóval nagyobb figyelmet kell fordítania a fenntartható haltenyésztésre, vagyis az akvakultúrára, kiemelten pedig az édesvízi haltenyésztésre.

A magyarországi halastavak jelentős része Natura 2000 területen fekszik. Ezek a halgazdaságok semmilyen veszélyt nem jelentenek e területek természeti értékeire. Sőt, sok esetben éppen a zárt rendszerű halastavainknak köszönhetőek az általuk létrehozott, illetve megőrzött egyedi vizes élőhelyi társulások.

Következésképpen, az édesvízi akvakultúrát kell előtérbe helyezni és minél nagyobb mértékű uniós támogatásban részesíteni. Továbbá ezt a területet meg kell szabadítani az indokolatlanul szigorú és felesleges fenntarthatósági előírásoktól, amelyek csak a tengeri halászat esetében indokoltak.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – La proposta di cui oggi siamo chiamati a discutere mira ad autorizzare lo scambio di lettere tra l'UE e la Commissione allargata della convenzione per la conservazione del tonno rosso del sud (CCSBT). Fino al 2013, l'unico status consentito per organizzazioni regionali era quello di «parte non contraente cooperante», ma tale stato di cose è successivamente cambiato, consentendo a tali organizzazioni di divenire membri della commissione allargata. La proposta è dunque strettamente legata a tale cambiamento ed ho deciso di votare favorevolmente in quanto essa mira al conseguimento della piena partecipazione alle attività della CCSBT.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – En cas d'adhésion de l'Union à la convention pour la conservation du thon rouge du Sud, les États membres seront invités à aligner leurs positions sur celle de l'Union. Il s'agit donc d'un petit transfert «souterrain» de souveraineté, contre lequel je suis opposée par principe.

Depuis 2006, l'Union s'est vu attribuer un quota de 10 tonnes de thon rouge du sud, mais seulement comme prises accessoires (c'est-à-dire lorsque les palangriers en pêchent accidentellement). La participation annuelle à cette organisation, estimée à 70 000 euros, ne paraît donc pas pertinente au vu des faibles quantités de thon rouge du Sud pêchées par les navires de l'Union. Il s'agit cependant d'avoir un œil sur la manière dont évolue le stock. Je me suis donc abstenue.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Le texte portait sur l'adhésion de l'UE à cette commission, chargée de gérer les réserves de thon rouge dans l'Océan indien. Si l'importance de garder un œil sur ce problème est évidente, il ne s'agit pas d'une problématique que nous souhaitons voir attribuée à l'Union européenne.

Tout d'abord, si l'UE adhérerait à cette commission (dont elle est membre non-contractante depuis 2006), les États membres devraient s'aligner sur les positions européennes. Un transfert de souveraineté nationale qui ne dit pas son nom, auquel nous sommes opposés par principe.

En outre, depuis 2006, l'UE s'est vue attribuer un quota de 10 tonnes de thon rouge, à condition qu'il s'agisse de prises accessoires, ou accidentelles. L'adhésion à cette commission impliquerait une participation annuelle de l'Union d'environ 70 000 euros. Un engagement trop lourd, au vu du faible intérêt que représentent 10 tonnes «accidentelles» de poisson pêchées par et pour l'UE.

Je me suis ainsi abstenu sur ce vote.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que supone un refuerzo de la cooperación científica en relación con la conservación del atún rojo del sur. La población mundial de los diferentes tipos de atún ha estado en riesgo, pero existen señales de recuperación, al menos en alguna de sus variedades. Por eso es necesaria la cooperación científica para disponer de mejor información a nivel mundial sobre este recurso. Tanto la supervivencia de esta importante especie como la de las comunidades que históricamente se han dedicado a su explotación artesanal dependen de políticas pesqueras sostenibles y bien fundadas. Tal es el caso del atún rojo atlántico y la almadraba, que es un importante indicador de su población; compartir esta información debe ser fundamental para plantear políticas pesqueras sostenibles. Por todo lo anterior he decidido votar a favor del presente informe.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Rybářskou politiku si mají řešit a koordinovat státy, kterých se to týká, ne EU jako celek. Stejně tak se EU nemá stávat členem mezinárodních organizací, jelikož není stát.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Međunarodna komisija za zaštitu atlantske tune (ICCAT), odgovorna je za očuvanje plavorepe tune u Atlantskom oceanu, ali i u susjednim morima. Obzirom da se radi o ugroženoj vrsti, Komisija je propisala državama uvjete, vremenska razdoblja izlova te godišnje kvote na osnovi ribolovnih flota koje posjeduju i podatke u arhivama. Osnovana je i Komisija za očuvanje južne plavorepe tune, koja je 2013. godine donijela Rezoluciju kojom je omogućila sudjelovanje nečlanovima u proširenom sastavu Komisije, uz poštovanje određenih uvjeta.

Podržala sam izvješće zastupnika Carlosa Iturguiza, jer smatram da je članstvo u proširenoj Komisiji potrebno kako bi se doprinijelo racionalnom i održivom upravljanju morskim resursima, te borbi protiv ilegalnog ribolova, a sve s ciljem održavanja prirodne ravnoteže u moru.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Ilggadējo diskusiju rezultātā pirms diviem gadiem Dienvidu tunzivju saglabāšanas komisija grozīja rezolūciju par paplašināto komisiju, kurai pateicoties, reģionālās ekonomiskās integrācijas organizācijas varētu pievienoties tās darbībai. Ņemot vērā, ka Eiropas Savienība, nemaz nerunājot par tās dalībvalstu pašsaprotamu aktīvu līdzdalību, diezgan ilgi vēlējās pilnā mērā iesaistīties Konvencijas par dienvidu tunzivju saglabāšanu paplašinātās komisijas darbībā, kļūstot par tās pilntiesīgu locekli, šī lēmumprojekta atbalsts bija pilnīgi loģisks.

Eiropas Komisija aktīvi sadarbojas ar dažādām reģionālām un starptautiskām struktūrām, kuru darbības uzdevumi iekļauj gan uzraudzību pār jūras resursiem, gan arī apdraudēto sugu aizsardzību. Labi zināms, ka tās pašas nozvejas kvotas mūsu kopienas iekšienē daļēji ir orientētas tieši uz šo mērķi. Dienvidu tunzivis atbilstoši Starptautiskās dabas un dabas resursu aizsardzības savienībai ir raksturotas kā kritiski apdraudēta zivju suga, līdz ar ko tādu pasākumu realizēšana, kas attiecas uz to racionāli ierobežotu nozveju un saglabāšanu ir visai svarīga.

Nevaru teikt, ka manas valsts – Latvijas – gadījumā šis līdzsvars pilnā mērā eksistē, it īpaši pašlaik pastāvošo kvotu un embargo no Krievijas Federācijas puses apstākļos.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφώς*. – Ψηφίζω υπέρ της σύστασης σχετικά με το σχέδιο απόφασης του Συμβουλίου για τη σύναψη, εξ ονόματος της Ευρωπαϊκής Ένωσης, της συμφωνίας υπό μορφή ανταλλαγής επιστολών μεταξύ της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της επιτροπής για τη διατήρηση του τόνου Νοτίου Ημισφαιρίου (CCSBT), με σκοπό την εκ μέρους της Ένωσης απόκτησης της ιδιότητας του μέλους στη διευρυμένη επιτροπή της σύμβασης για τη διατήρηση του τόνου Νοτίου Ημισφαιρίου, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce vote. Le but de ce vote est de faire adhérer l'Union à la Commission pour la conservation du thon rouge du Sud (CCSBT), dont la convention est en vigueur depuis 1994 et dont l'Union était jusqu'à présent partie non contractante.

Nous estimons que cette adhésion de l'Union, même pour surveiller et protéger les stocks de thon rouges, n'est pas justifiée par des intérêts européens: l'Union ne dispose que d'un quota de pêche de thon rouge de 10 tonnes (seulement comme prises accidentelles), or la participation annuelle à la CCSBT coûte 70 000 euros, somme bien exagérée pour une si petite quantité. À noter également que si l'Union adhère à cette organisation, les États membres devront s'aligner sur l'Union, et perdront encore une petite part de souveraineté.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della raccomandazione concernente l'adesione dell'UE alla commissione allargata della convenzione per la conservazione del tonno rosso del sud. Tale commissione ha come obiettivo primario quello della gestione del tonno rosso del sud in tutte le sue zone di distribuzione.

Dal 2006 l'Unione europea è parte non contraente cooperante della commissione allargata della CCSBT, e questo comporta il rispetto delle misure di conservazione e gestione di tale commissione. L'UE ha tra le sue priorità quella di contribuire a gestire in modo razionale le risorse marine e partecipare alla lotta contro la pesca illegale.

Risulta quindi fondamentale per l'Unione europea divenire membro a pieno titolo della commissione allargata, attraverso l'autorizzazione dello scambio di lettere tra UE e CCSBT

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Vorschlag ermöglicht einen Austausch zwischen des EU und der CCSBT (Kommission für die Erhaltung von Südlichem Blauflossenthun). Bei Annahme kann die EU in dieser Plattform auch eine Stimme abgeben. Daher befürworte ich diesen Bericht.

David Martin (S&D), *in writing*. – The European Union must remain very active with all regional fisheries organisations in a bid to contribute to the rational and sustainable management of marine resources and combat illegal, unreported and unregulated fishing. I welcome this cooperation on bluefin tuna.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La Commission élargie de la convention pour la conservation du thon rouge du Sud (CCSBT), mise en place en 1994, a pour but d'assurer, par une bonne gestion, la conservation et l'utilisation optimales du thon rouge du Sud.

Jusqu'en 2013, seuls des États pouvaient adhérer à la convention CCSBT; des organisations d'intégration économique régionale (OIER), telles que l'Union européenne, en étaient donc exclues. Désormais ces organisations sont autorisées à y adhérer. Le texte qui nous est soumis vise à autoriser l'Union à adhérer à cette commission afin de renforcer son engagement en faveur de la conservation à long terme et de l'exploitation durable des ressources halieutiques dans le monde. Soucieux des enjeux piscicoles, je vote pour.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit pour l'Union d'adhérer à l'organisation régionale de la Commission pour la Conservation du thon rouge du Sud (CCSBT). L'Union veut étendre son action dans la protection du thon rouge, vers l'océan Indien. L'adhésion de l'Union entraînerait inévitablement une uniformisation des réglementations nationales en la matière et une perte de souveraineté supplémentaire.

Depuis dix ans, le marché européen est restreint à l'importation de 10 tonnes de thon rouge du Sud, qui proviennent essentiellement de pêches accidentelles. Parallèlement, les frais annuels de participation à cette organisation coûtent 70 000 euros. Il apparaît donc pour le Front National que cette initiative est peu pertinente et non prioritaire. Par conséquent, je m'abstiens.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a Recomendação sobre o projeto de decisão do Conselho relativo à celebração, em nome da União Europeia, do Acordo sob forma de Troca de Cartas entre a União Europeia e a Comissão para a Conservação do Atum-do-Sul (CCSBT) relativo à adesão da União à Comissão Alargada da Convenção para a Conservação do Atum-do-Sul.

A UE, tendo em conta os compromissos assumidos nas disposições da Convenção das Nações Unidas sobre o Direito do Mar, deve continuar a dar o exemplo no que toca à gestão racional e sustentável dos recursos marinhos, e na luta contra a pesca ilegal, não declarada e não regulamentada.

A troca de informação é fundamental para o equilíbrio e a conservação do Atum-do-Sul.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the EU's accession to the Extended Commission of the Convention for the Conservation of Southern Bluefin Tuna, as the EU's active cooperation with regional fisheries organisations is essential in order to contribute to the sustainable management of marine resources and combat illegal, unreported and unregulated fishing.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Je salue l'approbation par le Parlement européen de l'adhésion de l'Union européenne à la Commission élargie de la convention pour la conservation du thon rouge du Sud (CCSBT).

Désormais pleinement membre de cette organisation régionale de pêche, l'Union pourra prendre part au vote et jouer le rôle crucial qui est désormais le sien de promotrice d'activités de pêche durables. Via sa politique extérieure en matière de pêche en général et au sein des organisations régionales de gestion des pêches (ORGP) en particulier, l'Union peut et doit promouvoir sur la scène internationale les principes qu'elle applique en interne tels que la durabilité de la pêche ou encore l'approche écosystémique.

À l'heure où bon nombre de stocks de poissons sont menacés et où la pêche illicite, non déclarée et non réglementée aggrave de manière dramatique la surexploitation de nos mers et océans, l'Union se doit d'œuvrer à la gestion responsable des ressources halieutiques à l'échelle mondiale. Il en va non seulement de la survie des communautés de pêcheurs du monde entier mais également de notre sécurité alimentaire à tous.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on accession to the Extended Commission of the Convention for the Conservation of Southern Bluefin Tuna (CCSBT), which concerns authorisation of the exchange of letters between the EU and the Extended Commission. The signing of this instrument of international law will allow the EU to become a full member of the CCSBT Extended Commission, having enjoyed cooperating non-member status since 2006. That is why I voted in favour of the report.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Il s'agit ici de faire adhérer l'Union à la Convention pour la conservation du thon rouge du Sud pour qu'elle ait le droit de s'affilier à elle et d'y voter.

L'objectif principal est de renforcer l'action de l'Union dans la protection du thon rouge, en sachant qu'il existe des similitudes entre la gestion du thon rouge du Sud (océan Indien) et celle de l'Atlantique. Cette adhésion n'est pas vraiment justifiée par des intérêts européens. D'ailleurs, les quotas de thon rouge du Sud attribués à nos navires n'excèdent pas 10 tonnes et ne couvrent en réalité que les prises accidentelles. Pour cette raison, nous nous abstenons.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A Convenção para a Conservação do Atum-do-Sul é uma Organização Regional de Gestão das Pescas (ORGP) responsável pela gestão do atum-do-sul em todas as suas zonas de distribuição e está em vigor desde 20 de maio de 1994.

Desde a Convenção das Nações Unidas sobre o Direito do Mar, em 1982, a UE adotou uma política muito ativa de participação em todas as ORGP com o objetivo de contribuir para a gestão eficiente, racional e sustentável dos recursos marinhos e para a luta contra a pesca ilegal, não declarada e não regulamentada.

A presente proposta visa autorizar a troca de cartas entre a União Europeia e a Comissão Alargada da CCSBT, da qual é não-Membro cooperante desde 2006. A celebração do presente Acordo permitirá que a UE passe a ser Membro de pleno direito da comissão alargada da CCSBT e, deste modo, possa participar plenamente nos seus trabalhos.

A CCSBT apenas estava aberta aos Estados, mas a alteração de outubro de 2013 veio permitir que as organizações regionais de integração económica, como a UE, que o pretendam se tornem membros dessa comissão.

Defendo a celebração do Acordo para que a UE passe a ser membro de pleno direito da CCSBT.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Iturgaiz concerne la Commission élargie de la convention pour la conservation du thon rouge du Sud. Cette commission (CCSBT) est une organisation régionale des pêches chargée de la gestion du thon rouge du sud. L'Union y est partie non contractante depuis 2006. Le but de ce rapport est donc de la faire adhérer à la convention de 1994 instituant cette commission pour lui accorder le droit de s'affilier et de voter au sein de la CCSBT.

Cependant, plusieurs problèmes se posent comme l'obligation d'adopter une position unique pour tous les pays de l'Union, caractérisant ainsi un nouveau transfert de souveraineté. Par ailleurs, depuis 2006, l'Union s'est vu attribuer un quota de seulement 10 tonnes de thon rouge du Sud. Or, la participation à cette organisation est estimée à 70 000 euros, ce qui n'en vaut guère la peine. J'ai donc décidé de m'abstenir.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – L'Union a engagé une procédure juridique en vue d'adhérer à la Commission élargie de la convention pour la conservation du thon rouge du Sud (CCSBT).

Dans la mesure où des navires battant pavillon des États membres exploitent des ressources dans l'aire couverte par cette convention, il est dans l'intérêt de l'Union de jouer un rôle efficace dans sa mise en œuvre. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce texte qui permettra au Conseil de conclure la procédure engagée, à l'issue de laquelle l'Union aura le droit de s'affilier et de voter au sein de la CCSBT.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Je n'ai pas pu voter pour ce rapport mais je soutiens pleinement la position du groupe PPE et de la délégation française d'adopter ce rapport.

La Commission pour la conservation du thon rouge du Sud (CCSBT) est une organisation régionale de gestion des pêches chargée de la gestion du thon rouge du Sud dans toutes ses zones de répartition. L'Union européenne est partie non contractante coopérante à la CCSBT. Le 1^{er} décembre 2009, le Conseil a autorisé la Commission européenne à demander, au nom de l'Union européenne, une modification de la réglementation de la CCSTB afin de permettre à l'Union européenne de devenir partie contractante. Ce rapport consiste à approuver cette adhésion.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Commission for the Conservation of Southern Bluefin Tuna (CCSBT) is a regional fisheries management organisation (RFMO) responsible for the management of southern bluefin tuna wherever it is to be found. The Convention for the Conservation of Southern Bluefin Tuna entered into force on 20 May 1994. The European Union has been a cooperating non-member of the CCSBT Extended Commission since 2006. I voted for this report which will allow the EU to become a full member.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – While we have reservations about the EU representing the Member States in certain capacities, we supported this report with the view that bluefin fish stocks will be better protected from international IUU fishing with the EU as a full Member of CCSBT amongst other members like Japan and South Korea, who have a poor record when it comes to sustainability and overexploitation of stocks.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Susțin prin votul meu de astăzi acest raport, deoarece acesta sprijină decizia Consiliului de a autoriza schimbul de scrisori oficiale dintre UE și Comisia pentru conservarea tonului roșu din sud, cu scopul afilierii UE la această organizație regională.

Este în interesul UE să devină parte a acestei organizații, având în vedere că vasele sub pavilionul statelor membre pescuiesc în apele vizate, ceea ce implică și capturi accidentale de ton roșu.

Totodată, această afiliere se înscrie în obiectivele UE de a proteja și de a gestiona în mod sustenabil stocurile de pește.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Vorschlag ausgesprochen, da er einen Austausch zwischen der Europäischen Union und der CCSBT (Kommission für die Erhaltung von Südlichem Blauflossenthun) ermöglicht. Dies ermöglicht der Europäischen Union eine uneingeschränkte Beteiligung an den Arbeiten der CCSBT.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport visant à approuver l'adhésion de l'Union Européenne à la Commission élargie de la Convention pour la conservation du thon rouge du Sud (CCSBT).

La CCSBT est une organisation internationale chargée de la gestion des stocks de thon rouge sur l'ensemble des zones maritimes où celui-ci est présent. L'adhésion d'organisations régionales à cette commission étant possible depuis 2013, il est important que l'Union y participe dans un souci de cohérence et de durabilité des politiques européennes en matière de conservation et d'exploitation des ressources halieutiques dans le monde.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. See annab ELile võimaluse saada sinuim-tuuni kaitse komisjoni täisliikmeks ning sellega seoses osaleda täieõigusliku liikmena ka komisjoni töös.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu šio susitarimo sudarymui. Labai svarbu, kad ES taptų visateise Astralinių tunų apsaugos konvencijos išplėstinės komisijos nare, taip pat įgytų balsavimo teisę.

Pažymėtina, kad Europos Sąjunga vykdo aktyvią dalyvavimo visose regioninėse žvejybos organizacijose politiką siekdama prisidėti prie racionalaus ir tausaus jūrų išteklių valdymo ir kovos su neteisėta, nedeklaruojama ir nereglamentuojama žvejyba.

ES yra suinteresuota veiksmingai prisidėti prie Konvencijos įgyvendinimo, kadangi su ES valstybių narių vėliavomis plaukiojantys laivai žvejoja australinių tunų paplitimo rajone esančių išteklių žuvis. Be to, narystė šioje organizacijoje padėtų nuosekliai visuose vandenynuose taikyti išteklių išsaugojimo principą, be to įtvirtintų įsipareigojimą visame pasaulyje ilgą laiką išsaugoti ir tausiai naudoti žuvininkystės išteklius.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – This involves the EU signing an international convention intended to be signed by states. We therefore oppose it, not because we do not care about the tuna – we care very much and want numbers to grow – but because this is another instance of the EU behaving like a state. What this does is to give the EU a vote in a convention in which voting is the prerogative of full members who are nation states.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Sono felice di poter rinnovare, oggi, il mio impegno per la salvaguardia della biodiversità in Europa, sul quale tema io e i miei colleghi della commissione ENVI abbiamo approfonditamente dibattuto nel corso delle riunioni di questo mese.

Oltre ad aver apportato il mio contributo anche nell'emendare i dossier in materia e con proposte di risoluzione alla Commissione, voto positivamente in questa sede per la conservazione del tonno rosso del sud.

Ringrazio per il lavoro svolto dai colleghi della commissione per la pesca e auspico un dialogo costante sul tema della conservazione delle specie.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pozdravljam uključivanje Europske unije u proširenu komisiju Konvencije za očuvanje južne plavoperajne tune. Južna plavoperajna tuna već se duže vrijeme nalazi na Crvenom popisu ugroženih vrsta Međunarodnog saveza za očuvanje prirode (IUCN). Prekomjeran izlov dovodi do ugrožavanja zalihe ove ekonomski značajne vrste, ali i do trzavica u odnosima na gospodarskom planu između velikih gospodarstva Azije i Pacifika poput Austrije, Novog Zelanda i Japana, ali i drugih država svijeta.

Europa, putem svojih prekomorskih i izvaneuropskih teritorija također sudjeluje u izlovu južne plavoperajne tune te taj izlov također predstavlja važan ekonomski prihod europskog ribarstva. Europa ima dobra iskustva u upravljanju zalihama atlantske plavoperajne tune putem sličnoga upravljačkoga tijela. Smatram da je glavni interes EU-a u okviru Komisije za očuvanje južne plavoperajne tune nastaviti promicati dosljedan pristup Unije očuvanju tune u svim oceanima te tako potvrditi predanost dugoročnom očuvanju i održivom iskorištavanju ribolovnih resursa u svijetu. To je i razlog zbog kojeg sam podržala ovu zakonodavnu rezoluciju.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Iturgaiz concerne la Commission élargie de la convention pour la conservation du thon rouge du sud. Cette commission (CCSBT) est une organisation régionale des pêches chargée de la gestion du thon rouge du sud. L'Union y est partie non contractante depuis 2006. Le but de ce rapport est donc de la faire adhérer à la convention de 1994 instituant cette commission pour lui accorder le droit de s'affilier et de voter au sein de la CCSBT.

Cependant, plusieurs problèmes se posent comme l'obligation d'adopter une position unique pour tous les pays de l'Union, caractérisant ainsi un nouveau transfert de souveraineté.

Par ailleurs, depuis 2006, l'Union s'est vu attribuer un quota de seulement 10 tonnes de thon rouge du Sud. Or, la participation à cette organisation est estimée à 70 000 euros, ce qui n'en vaut guère la peine. J'ai donc décidé de m'abstenir.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Pozdravljam napore ka punopravnom uključivanju Europske unije u Komisiju za očuvanje južne plavoperajne tune (CCSBT). Riječ je o važnom napretku u institucionalnoj suradnji u zajedničkom radu na borbi protiv ilegalnog ribarenja te poticanju racionalnog i održivog upravljanja morskim resursima. Europska unija već se pokazala spremnom na suradnju u regionalnim tijelima ove vrste, a punopravno članstvo u CCSBT-u omogućit će joj još aktivniju ulogu. Uzgoj tune svakako je najvažnija djelatnost u okviru hrvatske marikulture koja s ukupnim godišnjim iznosom izvozne bilanci doprinosi s oko 300 milijuna kuna. Prema ovogodišnjim izvješćima, zalihe atlantske plavoperajne tune se povećavaju, zbog čega je ICCAT Hrvatskoj odlučio povećati ulovne kvote za Jadran.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Jsem velmi rád, že Evropský parlament podpořil EU v rozhodnutí stát se plnoprávným členem komise Úmluvy na ochranu tuňáka modroploutvého (CCSBT). Komise Úmluvy na ochranu tuňáka modroploutvého je regionální organizací pro řízení rybolovu odpovědnou za řízení populací tuňáka modroploutvého v celé oblasti jeho výskytu. Členství v úmluvě CCSBT bylo dosud otevřené pouze státům, a nadnárodní či regionální organizace z ní byly vyloučeny. CCSBT změnila na svém 20. zasedání v říjnu 2013 usnesení týkající se rozšířené komise, a umožnila tak zájemcům z řad organizací regionální hospodářské integrace stát se jejími členy. Je to jistě krok správným směrem. Evropská unie uskutečňuje velmi aktivní politiku rybolovu a zapojuje se do všech regionálních organizací pro rybolov s cílem přispět k racionálnímu a udržitelnému řízení mořských zdrojů a boji proti nezákonnému, nehlášenému a neregulovanému rybolovu. Populace tuňáka obecného se za poslední dekádu let snížila ve Středozemním moři a Atlantském oceánu o víc než šedesát procent a v současné situaci je velmi reálné nebezpečí, že vyhyne úplně. Evropská unie se musí i nadále zasazovat o větší ochranu a regulaci lovu této ryby, stejně jako o to, aby dojednaná pravidla hry byla dodržována.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Si tratta di una relazione tecnica che definisce la conclusione dell'iter giuridico iniziato nel 2013 che consentirà all'UE di divenire membro a pieno titolo (con diritto di voto) della Commissione per la conservazione del «tonno rosso del sud» (CCSBT).

Sulla base degli impegni assunti nelle disposizioni della Convenzione delle Nazioni Unite del 10 dicembre 1982 sul diritto del mare, relative alla conservazione e alla gestione degli stock ittici transnazionali e degli stock ittici altamente migratori, l'Unione europea ha perseguito una politica di partecipazione attiva in tutte le organizzazioni regionali dedicate alla pesca (ORGP).

Lo scopo principale dell'Ue è quello di contribuire a una gestione razionale e sostenibile delle risorse marine e alla lotta contro la pesca illegale. Queste organizzazioni svolgono funzioni di gestione, stabiliscono i limiti per le catture e lo sforzo di pesca e fissano le misure tecniche e gli obblighi in materia di controlli. Al fine di conseguire la piena partecipazione dell'Unione europea alle attività della CCSBT, l'esecutivo comunitario, tramite uno scambio di lettere, si impegna con la CCSBT a rispettare i termini della convenzione e ad ottemperare alle decisioni della commissione allargata della CCSBT.

Voto a favore di questa decisione al fine di garantire uno sfruttamento delle risorse ittiche più responsabile ed equo.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport pour que l'Union européenne adhère à la Commission élargie de la convention de conservation du thon rouge du Sud.

Il est logique que l'Union européenne puisse adhérer en tant qu'entité, elle y a un intérêt. Des navires européens travaillent dans l'aire de répartition du thon rouge du Sud. Cela lui permettra de jouer un rôle efficace dans l'application de la convention.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A Comissão para a Conservação do Atum-do-Sul (CCSBT) é uma Organização Regional de Gestão das Pescas (ORGP) responsável pela gestão do atum-do-sul (SBF) em todas as suas zonas de distribuição. A Convenção para a Conservação do Atum-do-Sul entrou em vigor em 20 de maio de 1994.

A União Europeia é não-Membro cooperante da comissão alargada da CCSBT desde 2006. Os não-Membros cooperantes participam plenamente nas atividades da CCSBT, mas não têm direito de voto.

Em outubro de 2013, a CCSBT alterou a resolução por que se rege a comissão alargada, de forma a permitir que as organizações regionais de integração económica que o pretendam se tornem membros dessa comissão (até então, apenas podiam aceder ao estatuto de não-Membro cooperante), mediante uma troca de cartas em que a organização candidata deve manifestar perante a CCSBT o compromisso firme de respeitar as disposições da Convenção e de acatar as decisões da comissão alargada da CCSBT.

A presente proposta visa precisamente a autorização da troca de cartas entre a UE e a comissão alargada da CCSBT. A assinatura do presente instrumento de direito internacional permitirá, assim, que a UE passe a ser Membro de pleno direito da Comissão alargada da CCSBT. Votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – This involves the EU signing an international convention intended to be signed by states. We therefore oppose it, not because we do not care about the tuna – we care very much and want numbers to grow – but because this is another instance of the EU behaving like a state. What this does is to give the EU a vote in a convention in which voting is the prerogative of full members who are nation states.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Com esta adesão, a UE passa a ser Membro de pleno direito da Comissão alargada da CCSBT, da qual é não-Membro cooperante desde 2006.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Desde el punto de vista de la gobernanza pesquera mundial, es importante que la Unión Europea lidere la promoción y aplicación de una gestión pesquera sostenible. La presente propuesta de entrada de la UE en la Comisión para la Conservación del Atún Rojo del Sur (CCSBT) como miembro de pleno derecho, abandonando así el estatuto de «cooperante no parte» que viene manteniendo hasta ahora, va en este sentido. De ahí mi apoyo a la misma.

Este nuevo marco servirá para promover la coherencia de los planteamientos de la UE en todos los océanos, por ejemplo, entre la gestión del atún rojo del sur (CCSBT) y la del atún rojo del Atlántico (CICAA), al tiempo que para reforzar su compromiso con la conservación a largo plazo y el uso sostenible de los recursos pesqueros a nivel mundial.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté, hier, en faveur de l'accord entre l'Union européenne et la Commission pour la conservation du thon rouge du Sud (CCSBT) concernant l'adhésion de l'Union à cette organisation régionale de pêche.

La signature de cet instrument de droit international permettra à l'Union européenne de devenir un membre à part entière de la CCSBT. Il est à noter que depuis 2006, l'Union est partie non contractante coopérante à la CCSBT élargie. Les parties non contractantes coopérantes participent pleinement aux activités de la CCSBT, mais n'ont pas le droit de voter. Depuis 2006, l'Union européenne s'était vu attribuer un quota de 10 tonnes de thon rouge du Sud par an pour les prises accessoires dans la zone de la convention CCSBT.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A presente proposta de recomendação versa sobre uma proposta de decisão para que a União Europeia possa participar plenamente nos trabalhos da Comissão Alargada da Convenção para a Conservação do Atum do Sul.

Com a assinatura deste instrumento de direito internacional, que reveste a forma de troca de cartas entre a União Europeia e a Comissão para a Conservação do Atum do Sul, a União Europeia passará a ser membro de pleno direito desta Comissão alargada, que constitui um importante instrumento multilateral de gestão de recursos pesqueiros em águas internacionais. Tal como o relator, apoio inteiramente a proposta apresentada, razão pela qual atribuí o meu voto favorável ao presente Relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce texte relatif à l'adhésion de la Commission européenne à la convention pour la conservation du thon rouge du Sud (CCSBT) chargée de la gestion du thon rouge du Sud dans toutes ses zones de répartition.

Lors de sa vingtième réunion, au mois d'octobre 2013, la CCSBT a modifié la résolution relative à la Commission élargie afin de permettre à l'Union européenne de devenir membre de la CCSBT, par un échange de lettres. En effet, l'Union était jusqu'à présent partie non contractante coopérante à la CCSBT.

Il est important que l'Union joue un rôle efficace dans la mise en œuvre de la convention étant donné que des navires battant pavillon des États membres de l'Union exploitent des ressources dans l'aire de répartition du thon rouge du Sud. Une fois cette procédure terminée, l'Union européenne aura le droit de s'affilier à la CCSBT élargie et au comité scientifique élargi et d'y voter.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della proposta riguardante l'adesione dell'Unione europea alla Commissione allargata della Convenzione per la conservazione del tonno rosso del sud in quanto ritengo di fondamentale importanza che l'Unione europea abbia un ruolo attivo e decisionale nelle attività della CCSBT ovvero dell'organizzazione regionale di gestione della pesca (ORGP).

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor ya que la propuesta tiene por objeto autorizar el canje de notas entre la UE y la Comisión ampliada del Convenio para la Conservación del Atún Rojo del Sur (CCSBT).

La firma de este instrumento de Derecho internacional permitirá a la UE pasar de ser cooperante no Parte de la Comisión ampliada a miembro de pleno derecho de la misma. La Unión Europea es cooperante no Parte de la Comisión ampliada desde 2006.

El Convenio CCSBT solo estaba abierto a los Estados, quedando por lo tanto excluidas las organizaciones regionales de integración económica (ORIE), como la UE.

La CCSBT modificó durante su vigésima reunión, celebrada en octubre de 2013, la Resolución por la que se rige la Comisión ampliada, a fin de permitir que las ORIE que así lo deseen puedan convertirse en miembros de la Comisión ampliada (hasta entonces, el único estatuto al que podían acceder era el de cooperantes no Partes) mediante un procedimiento de canje de notas en el que el organismo aspirante manifieste a la CCSBT su firme compromiso con el respeto de los términos del Convenio y el cumplimiento de las decisiones de la Comisión ampliada de la CCSBT.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que supone un refuerzo de la cooperación científica en relación con la conservación del atún rojo del sur. La población mundial de los diferentes tipos de atún ha estado en riesgo, pero existen señales de recuperación, al menos en alguna de sus variedades. Por eso es necesaria la cooperación científica para disponer de mejor información a nivel mundial sobre este recurso. Tanto la supervivencia de esta importante especie como la de las comunidades que históricamente se han dedicado a su explotación artesanal dependen de políticas pesqueras sostenibles y bien fundadas. Tal es el caso del atún rojo atlántico y la almadraba, que es un importante indicador de su población; compartir esta información debe ser fundamental para plantear políticas pesqueras sostenibles. Por todo lo anterior he decidido votar a favor del presente informe.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della raccomandazione del Parlamento europeo relativa alla piena partecipazione dell'Unione europea alle attività della Commissione per la conservazione del tonno rosso del sud (CCSBT).

Dal 1982, anno della convenzione delle Nazioni Unite sul diritto del mare, l'UE persegue una politica di partecipazione attiva in tutte le organizzazioni regionali di pesca (ORGP) per garantire che le risorse alieutiche siano gestite in modo razionale e sostenibile.

Allo scopo di avere un ruolo attivo nella CCSBT, il Parlamento ha votato oggi la decisione che consentirà all'Unione europea di partecipare a pieno titolo alle attività di questa organizzazione nel settore della pesca dei tonnid.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – A proposta visa a autorização da troca de cartas entre a UE e a Comissão alargada da Convenção para a Conservação do Atum-do-Sul (CCSBT). A assinatura do presente instrumento de direito internacional permitirá que a UE passe a ser Membro de pleno direito da comissão alargada da CCSBT, da qual é não-Membro cooperante desde 2006.

Considero que a presença da União Europeia nas convenções internacionais relacionadas com a exploração dos recursos marinhos é crucial. Para além de um histórico orientado para a sustentabilidade da pesca, a União Europeia tem dinamizado e sustentado processos de cooperação internacional que têm culminado numa utilização mais responsável dos mares.

Por todas estas razões, votei positivamente esta proposta.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as it involves the EU signing an international convention which should be signed by nation states, not the EU.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the recommendation that the European Union accede to the Extended Commission of the Convention for the Conservation of Southern Bluefin Tuna because I strongly believe that conservation and efforts to maintain our ever dwindling animal populations is integral to the survival of our planet. With the membership I believe that we will be in a better position to protect this fish population and this will have a knock-on effect for conservation elsewhere in the ecosystem.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Priporočilo navaja, da je namen predloga sklepa Sveta odobriti izmenjavo pisem med Evropsko unijo in razširjeno komisijo Konvencije za ohranitev južnega modroplavutega tuna v imenu Evropske unije (CCSBT). S podpisom tega instrumenta mednarodnega prava bi Evropska unija postala polnopravna članica razširjene komisije CCSBT. Gre za regionalno organizacijo, ki se ukvarja z upravljanjem ribištva in je pristojna za upravljanje južnega modroplavutega tuna, kjerkoli se nahaja. Evropska unija je sodelujoča nečlanica omenjene komisije že od leta 2006, s polnopravnim članstvom pa bi pridobila tudi pravico do glasovanja. Do ulova južnega modroplavutega tuna pri flotah EU prihaja zaradi omejenega prilova v ribolovu tuna in tunu sorodnih vrst s parangalom. Od leta 2006 se EU dodeljuje kvota 10 ton južnega modroplavutega tuna na leto za prilov na območju CCSBT. Menim, da je pomembno, da EU sodeluje v regionalnih ribiških organizacijah, kar ji omogoča da prispeva k racionalnemu in trajnostnemu upravljanju morskih virov in boju proti nezakonitemu, neprijavljenemu in zakonsko neurejenemu ribolovu. Zaradi vseh predhodno napisanih razlogov sem glasoval za sprejetje priporočila s strani Evropskega parlamenta.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Podržavam ovaj prijedlog jer je EU nadležna za donošenje mjera za očuvanje morskih resursa u okviru zajedničke politike o ribarstvu i sklapanje sporazuma s trećim zemljama i međunarodnim organizacijama. Vijeće je 1. prosinca 2009. ovlastilo Europsku komisiju da u ime Europske unije zatraži izmjenu pravila Konvencije za očuvanje južne plavoperajne tune. Budući da plovila koja plove pod zastavom država članica Europske unije love riblje resurse u području rasprostranjenosti južne plavoperajne tune, u interesu je Unije imati učinkovitu ulogu u provedbi Konvencije. Smatram da će ovaj prijedlog djelovanjem promicati dosljednost pristupa Unije očuvanju u svim morima i ponovno potvrditi predanost dugoročnom očuvanju i održivom iskorištavanju ribolovnih resursa u svijetu.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Komisija za očuvanje južne plavoperajne tune (CCSBT) regionalna je organizacija za upravljanje ribarstvom (RFMO) nadležna za upravljanje južnom plavoperajnom tunom (SBF) u svim područjima gdje je rasprostranjena. Europska unija je od 2006. sudjelujuća nečlanica proširene komisije CCSBT-a. Sudjelujući nečlanovi u potpunosti sudjeluju u aktivnostima CCSBT-a, ali nemaju pravo glasa. Za dobivanje statusa sudjelujućeg nečlana potrebno je prihvaćanje ciljeva i mjera u pogledu upravljanja i očuvanja utvrđenih u okviru CCSBT-a.

Europska komisija svojim je prijedlogom Odluke Vijeća o potpisivanju, u ime Europske unije, preporučila Vijeću potpisivanje i privremenu primjenu razmjene pisama radi stjecanja članstva u proširenoj komisiji CCSBT-a.

Zbog sličnosti između upravljanja južnom plavoperajnom tunom (CCSBT) i atlantskom plavoperajnom tunom (ICCAT) glavni je interes EU-a u okviru CCSBT-a nastaviti promicati dosljednost pristupa Unije očuvanju u svim oceanima.

Podržavam ovaj prijedlog jer se njime nastoji okončati pravni postupak koji je pokrenut potpisivanjem i privremenom primjenom razmjene pisama radi stjecanja članstva u proširenoj komisiji CCSBT-a, te se potvrđuje predanost Unije u dugoročnom očuvanju i održivom iskorištavanju ribolovnih resursa u svijetu.

Richard Sulík (ECR), *písomne.* – Návrh som podporil a vítam plnú účasť Európskej únie na tomto dohovore.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za priporočilo o predlogu sklepa Sveta o sklenitvi, v imenu Evropske unije, Sporazuma v obliki izmenjave pism med Evropsko unijo in Komisijo za ohranitev južnega modroplavutega tuna (CCSBT) glede članstva Unije v razširjeni komisiji Konvencije za ohranitev južnega modroplavutega tuna.

Evropska unija bo tako postala polnopravna članica razširjene komisije, v kateri je sedaj sodelujoča nečlanica.

Podpiram sodelovanje Evropske unije v vseh tistih organizacijah, kjer bo lahko prispevala k trajnostnemu upravljanju morskih virov ter proti nezakonitemu ribolovu.

Kay Swinburne (ECR), *in writing.* – I voted in favour of this proposal, which will allow the EU to become a full member of the Extended Commission of the CCSBT. I welcome EU efforts to ensure international conservation measures are complied with: these measures are essential to protecting stocks of southern bluefin tuna and making sure it does not become endangered.

József Szájer (PPE), *írásban.* – Az EU eddig is teljes mértékben átvette a déli kékuszójú tonhal védelmére létrehozott bizottság ajánlásait, amelyekből világosan látható, hogy a tengeri halállományok fenntartása érdekében az Európai Unió a tengeri halászat megfelelő korlátozására kényszerül. A Föld tengereinek 30%-a túlhalászott, a tengeri halállományok veszélybe kerültek. A fenntartásuk érdekében tett indokolt lépések következtében folyamatosan és jelentősen csökken a kihalászott tengeri halmennyiség. Ezért a közös halászati politikának jóval nagyobb figyelmet kell fordítania a fenntartható haltenyésztésre, vagyis az akvakultúrára, kiemelten pedig az édesvízi haltenyésztésre.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris.* – Pescuitul de ton este atent monitorizat de anumite organizații regionale de gestionare a pescuitului de ton.

Uniunea Europeană a dus o politică foarte activă de cooperare cu toate organizațiile regionale de gestionare a pescuitului, în conformitate cu angajamentele pe care și le-a asumat în temeiul dispozițiilor Convenției Organizației Națiunilor Unite asupra dreptului mării din 10 decembrie 1982, în ceea ce privește conservarea și gestionarea stocurilor de pești anadromi și a stocurilor de pești mari migratori.

Obiectivul final este o gestionare rațională și sustenabilă a resurselor marine și, nu în ultimul rând, combaterea pescuitului ilegal, nedeclarat și nereglementat.

Uniunea Europeana joacă un rol activ în șase dintre aceste organizații.

Semnarea Convenției pentru conservarea tonului roșu din sud (CCSBT), instrument de drept internațional, îi va da Uniunii calitatea de membru cu drepturi depline, cu toate că Uniunea, prin vocea Comisiei Europene, a cooperat cu CCSBT încă din 2006.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – Nous souscrivons totalement à ce texte. La proposition a pour objet d'autoriser l'échange de lettres entre l'Union européenne et la Commission élargie de la convention pour la conservation du thon rouge du Sud (CCSBT). La signature de cet instrument de droit international permettra à l'Union européenne de devenir un membre à part entière de la CCSBT élargie à partir de son statut actuel de partie non contractante coopérante. L'Union européenne est partie non contractante coopérante à la CCSBT élargie depuis 2006.

Suite aux engagements figurant dans les dispositions de la convention des Nations unies sur le droit de la mer du 10 décembre 1982 relatives à la conservation et à la gestion des stocks de poissons chevauchants et des stocks de poissons grands migrateurs, l'Union européenne a mené une politique très active de participation à toutes les organisations régionales de gestion des pêches (ORGP) afin de contribuer à la gestion rationnelle et durable des ressources marines et à la lutte contre la pêche illicite, non déclarée et non réglementée.

Pavel Telička (ALDE), in writing. – In this report, which I supported, Parliament gave its consent to an agreement between the European Union and the Commission for the Conservation of Southern Bluefin Tuna (CCSBT) concerning the membership of the EU in the Extended Commission. The EU can thus become a full member of the CCSBT Extended Commission, replacing the status of cooperating non-member that it has had since 2006. The CCSBT is responsible for the management of southern bluefin tuna wherever it is to be found. This move should further the EU's contribution to the sustainable management of marine resources and combat illegal and unregulated fishing.

László Tőkés (PPE), írásban. – Az Európai Néppárt irányvonalának megfelelően szavazatommal támogattam az EU mint regionális gazdasági integrációs szervezet csatlakozását a déli kékúszójú tonhal védelmére létrehozott bizottsághoz. Az EU eddig is teljes mértékben átvette a szóban forgó bizottság ajánlásait, amelyekből világosan látható, hogy a tengeri halállományok fenntartása érdekében az Európai Unió a tengeri halászat megfelelő korlátozására kényszerül. A Föld tengereinek 30%-a túlhalászott, a tengeri halállományok veszélybe kerültek. A fenntartásuk érdekében tett indokolt lépések következtében folyamatosan és jelentősen csökken a kihalászott tengeri halmennyiség. Ezért a közös halászati politikának jóval nagyobb figyelmet kell fordítania a fenntartható haltenyésztésre, vagyis az akvakultúrára, kiemelten pedig az édesvízi haltenyésztésre.

A magyarországi halastavak jelentős része Natura 2000 területen fekszik. Ezek a halgazdaságok semmilyen veszélyt nem jelentenek e területek természeti értékeire. Sőt, sok esetben éppen a zárt rendszerű halastavainknak köszönhetőek az általuk létrehozott, illetve megőrzött egyedi vizes élőhelyi társulások. Következésképpen, az édesvízi akvakultúrát kell előtérbe helyezni és minél nagyobb mértékű uniós támogatásban részesíteni. Továbbá ezt a területet meg kell szabadítani az indokolatlanul szigorú és felesleges fenntarthatósági előírásoktól, amelyek csak a tengeri halászat esetében indokoltak.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Europos Sąjunga, plėtodama įsipareigojimus, nurodytus Jungtinių Tautų konvencijos 1982 metų nuostatuose dėl jūrų teisės, susijusiose su artimos migracijos žuvų ištekliais ir masinės migracijos žuvų ištekliais apsauga ir valdymu, veda labai aktyvią dalyvavimo visose regioninėse žuvininkystės organizacijose politiką siekiant prisidėti prie racionalaus ir darnaus jūrų ištekliaus valdymo bei kovos su nelegalia, neraportuota ir neregamentuota žvejyba. Todėl tunams giminingų ir panašių rūšių žuvų apsauga Atlanto Vandenyne ir gretimose jūrose yra pageidautina ir verta remimo.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Kao izjaviteljica u sjeni, podržala sam izvješće kojim će se potvrditi punopravno članstvo Europske unije u proširenu komisiju Konvencije za očuvanje južne plavoperajne tune, jedne od najvrjednijih morskih vrsta.

Naime, Europska unija je od 2006. godine vanjska suradnica navedene komisije te sudjeluje u njegovim aktivnostima, no iako mora postupati u skladu s mjerama očuvanja, nema ulogu u odlučivanju. Južno plavoperajna tuna nalazi se u vodama na obali Australije i Indijskog oceana, a klasificirana je kao kritično ugrožena vrsta, što znači da joj izravno prijeti izumiranje.

Od 2006. godine Europskoj uniji dodijeljena je godišnja kvota u iznosu od 10 tona slučajnog ulova južne plavoperajne vrste na tome području, koja će ostati jednaka i punopravnim članstvom u proširenoj komisiji. S obzirom da je Međunarodni savez za očuvanje prirode utvrdio kako se populacija južne plavoperajne tune u posljednje tri generacije umanjila za 80 %, smatram da je iznimno bitno da se Europska unija obveže da će poštovati uvjete konvencije i postupati u skladu s odlukama komisije, s ciljem osiguranja i zaštite južne plavoperajne tune kroz prikladno upravljanje, očuvanje i optimalno korištenje resursa te kroz mjere sprečavanja ilegalnog ulova i prodaje na crnom tržištu.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Priporočilo o predlogu sklepa Sveta o sklenitvi, v imenu Evropske unije, Sporazuma v obliki izmenjave pisem med Evropsko unijo in Komisijo za ohranitev južnega modroplavutega tuna (CCSBT) glede članstva Unije v razširjeni komisiji Konvencije za ohranitev južnega modroplavutega tuna sem podprla, ker bo s podpisom tega instrumenta Evropska unija pridobila status polnopravne članice razširjene komisije CCSBT. S tem bodo države članice EU pridobile tudi pomembno pravico do glasovanja, ki je doslej niso imele.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito.* – Hemos votado a favor ya que la propuesta tiene por objeto autorizar el canje de notas entre la UE y la Comisión ampliada del Convenio para la Conservación del Atún Rojo del Sur (CCSBT).

La firma de este instrumento de Derecho internacional permitirá a la UE pasar de ser cooperante no Parte de la Comisión ampliada a miembro de pleno derecho de la misma. La Unión Europea es cooperante no Parte de la Comisión ampliada desde 2006.

El Convenio CCSBT solo estaba abierto a los Estados, quedando por lo tanto excluidas las organizaciones regionales de integración económica (ORIE), como la UE.

La CCSBT modificó durante su vigésima reunión, celebrada en octubre de 2013, la Resolución por la que se rige la Comisión ampliada, a fin de permitir que las ORIE que así lo deseen puedan convertirse en miembros de la Comisión ampliada (hasta entonces, el único estatuto al que podían acceder era el de cooperantes no Partes) mediante un procedimiento de canje de notas en el que el organismo aspirante manifieste a la CCSBT su firme compromiso con el respeto de los términos del Convenio y el cumplimiento de las decisiones de la Comisión ampliada de la CCSBT.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing.* – Any action taken by this Parliament for the rational and sustainable management of marine resources and to combat illegal fishing will have my support. Marine resources are limited and we must ensure the conservation and management of straddling fish stocks and highly migratory fish stocks.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit.* – Cette adhésion de l'Union européenne, même pour surveiller et protéger les stocks de thon rouge dans l'océan Indien, n'est pas vraiment justifiée par les intérêts européens. D'ailleurs, les quotas de thon rouge du Sud attribués à nos navires n'excèdent pas 10 tonnes et ne couvrent en réalité que les prises accidentelles.

Je choisis donc l'abstention.

István Ujhelyi (S&D), *írásban.* – A javaslat célja az EU és a déli kékúszójú tonhal védelméről szóló egyezmény kiterjesztett bizottsága (CCSBT) közötti levélváltás engedélyezése. E nemzetközi jogi eszköz aláírása révén az EU jelenlegi tagsággal nem rendelkező együttműködő fél státusza helyett teljes jogú tagságot nyerne a CCSBT kiterjesztett bizottságában. Támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito.* – Hemos votado a favor ya que la propuesta tiene por objeto autorizar el canje de notas entre la UE y la Comisión ampliada del Convenio para la Conservación del Atún Rojo del Sur (CCSBT).

La firma de este instrumento de Derecho internacional permitirá a la UE pasar de ser cooperante no Parte de la Comisión ampliada a miembro de pleno derecho de la misma. La Unión Europea es cooperante no Parte de la Comisión ampliada desde 2006.

El Convenio CCSBT solo estaba abierto a los Estados, quedando por lo tanto excluidas las organizaciones regionales de integración económica (ORIE), como la UE.

La CCSBT modificó durante su vigésima reunión, celebrada en octubre de 2013, la Resolución por la que se rige la Comisión ampliada, a fin de permitir que las ORIE que así lo deseen puedan convertirse en miembros de la Comisión ampliada (hasta entonces, el único estatuto al que podían acceder era el de cooperantes no Partes) mediante un procedimiento de canje de notas en el que el organismo aspirante manifieste a la CCSBT su firme compromiso con el respeto de los términos del Convenio y el cumplimiento de las decisiones de la Comisión ampliada de la CCSBT.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the draft Council decision on the conclusion, on behalf of the European Union, of the Agreement in the form of an Exchange of Letters between the European Union and the Commission for the Conservation of Southern Bluefin Tuna (CCSBT) concerning the membership of the Union in the Extended Commission. It concerns the authorisation of the exchange of letters between the EU and the CCSBT Extended Commission. The signing of this instrument of international law will allow the EU to become a full member of the Extended Commission, having enjoyed cooperating non-member status since 2006, and I agree that the EU, represented by the Commission, should play an active role in the six regional tuna fisheries management organisations.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de una propuesta que tiene por objeto autorizar el canje de notas entre la UE y la Comisión ampliada del Convenio para la Conservación del Atún Rojo del Sur (CCSBT). Mediante la firma de este instrumento de Derecho internacional la UE pasa de ser cooperante no Parte de la Comisión ampliada de la CCSBT a ser miembro de pleno derecho de la misma. Por ello creo conveniente votar a favor de esta propuesta.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que supone un refuerzo de la cooperación científica en relación con la conservación del atún rojo del sur. La población mundial de los diferentes tipos de atún ha estado en riesgo, pero existen señales de recuperación, al menos en alguna de sus variedades. Por eso es necesaria la cooperación científica para disponer de mejor información a nivel mundial sobre este recurso. Tanto la supervivencia de esta importante especie como la de las comunidades que históricamente se han dedicado a su explotación artesanal dependen de políticas pesqueras sostenibles y bien fundadas. Tal es el caso del atún rojo atlántico y la almadra, que es un importante indicador de su población; compartir esta información debe ser fundamental para plantear políticas pesqueras sostenibles. Por todo lo anterior he decidido votar a favor del presente informe.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik heb gekozen voor de toetreding van de EU tot de Uitgebreide Commissie van het Verdrag voor de instandhouding van de zuidelijke blauwvintonijn omdat ik ervan overtuigd ben dat dit lidmaatschap meer samenhang zal brengen in de Europese aanpak om de maritieme gebieden beter te beschermen. Daarnaast toont dit lidmaatschap het Europees engagement om het wereldwijde visbestand in stand te houden en op een duurzame wijze te gebruiken.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Com este acordo será permitido que a UE passe a ser membro da comissão alargada da CCSBT, um instrumento multilateral de gestão dos recursos pesqueiros em águas internacionais. Uma metodologia de gestão com a qual estamos de acordo, onde a cooperação entre as partes interessadas permite a definição de regras comuns, que a todos compromete de forma voluntária e responsável. Esta Comissão, em especial, assume particular relevância pela importância do recurso explorado, o Atum-do-Sul.

Votámos favoravelmente.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Vorschlag ermöglicht einen Austausch zwischen EU und der CCSBT (Kommission für die Erhaltung von Südlichem Blauflossenthun). Bei Annahme kann die EU in dieser Plattform auch eine Stimme abgeben. Daher befürworte ich diesen Bericht.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa raccomandazione perché sono convinto della necessità che l'UE assuma un ruolo di rilevanza strategica per quanto riguarda la conservazione e la gestione degli stock ittici transnazionali e degli stock ittici altamente migratori.

Il settore pesca è uno dei settori economici più importanti del territorio europeo e per tale motivo le istituzioni devono assicurarsi che venga messa in atto una politica di partecipazione attiva in tutte le organizzazioni regionali di pesca al fine di assicurare una gestione razionale e sostenibile delle risorse ittiche e una lotta chiara e decisa alla pesca illegale, non dichiarata e non regolamentata.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Die Entschließung über den Südlichen Blauflossenthunfisch (*Thunnus maccoyii*) handelt nicht vom gegenseitigen Austausch bewährter Küchenrezepte zur Herstellung von Sushi und Sashimi, sondern von einer weiteren Regelung der Außenfischereibeziehungen der EU für den Schutz der am stärksten überfischten Thunfischart überhaupt. Da dieses Problem verständlicherweise von einem einzigen Mitgliedsstaat nicht allein für sich geregelt werden kann, macht eine gemeinsame EU-Position hier Sinn. Deswegen habe ich auch dafür gestimmt. Die EU-Kommission engagiert sich bereits in sechs regionalen Thunfisch-Fischereiorganisationen. Jetzt wird die EU Vollmitglied in der „Erweiterten Kommission des Übereinkommens über die Erhaltung von Südlichem Blauflossenthun (CCSBT)“. Dafür gibt diese Entschließung grünes Licht. Die Unterzeichnung dieses völkerrechtlichen Instruments wird es der EU ermöglichen, zu einem ordentlichen Mitglied der erweiterten CCSBT-Kommission zu werden, der sie bereits seit 2006 als kooperierendes Nichtmitglied angehört. Es bleibt jedoch kritisch zu beobachten, wie und ob sich die EU mit ihren berechtigten Forderungen gegen die permanente Überfischung von Thunfisch vor allem gegenüber Japan durchsetzen kann. Und dann warten wir mal ab, wann das Hohe Haus eine Entschließung für ein EU-weites Thunfischverzehrverbot vorlegen wird.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφικώς*. – Η παρούσα πρωτοβουλία, την οποία και υπερψήφισα, υιοθετήθηκε με μεγάλη πλειοψηφία από την αρμόδια επιτροπή Αλιείας. Το κείμενο θέτει τις προϋποθέσεις για την καλύτερη συνεργασία και συμμετοχή των σχετικών περιφερειακών οργανώσεων.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – A assinatura do Acordo sob forma de Troca de Cartas entre a União Europeia e a Comissão para a Conservação do Atum-do-Sul (CCSBT) relativo à adesão da UE à Comissão Alargada da Convenção para a Conservação do Atum-do-Sul permitirá que a UE passe a ser membro da Comissão alargada da CCSBT, um instrumento multilateral de gestão de recursos pesqueiros em águas internacionais. Uma metodologia de gestão com a qual estamos de acordo, onde a cooperação entre as partes interessadas permite a definição de regras comuns, que a todos compromete de forma voluntária e responsável. Esta Comissão, em particular, assume especial relevância pela importância do recurso explorado, o Atum-do-Sul.

Votámos favoravelmente.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem Zakonodajno resolucijo Evropskega parlamenta o osnutku sklepa Sveta o sklenitvi, v imenu Evropske unije, Sporazuma v obliki izmenjave pisem med Evropsko unijo in Komisijo za ohranitev južnega modroplavutega tuna (CCSBT) glede članstva Unije v razširjeni komisiji Konvencije za ohranitev južnega modroplavutega tuna (07134/2015 — C8-0323/2015 – 2015/0036(NLE)) saj bi s podpisom tega instrumenta mednarodnega prava Evropska unija postala polnopravna članica razširjene komisije CCSBT. Podpiram, da Unija zelo dejavno sodeluje v vseh regionalnih ribiških organizacijah in prispeva k racionalnemu in trajnostnemu upravljanju morskih virov in boju proti nezakonitemu, neprijavljenemu in zakonsko neurejenemu ribolovu.

6.5. Versicherungsvermittlung (A8-0315/2015 - Werner Langen)

Dichiarazioni di voto orali

Andrejs Mamikins (S&D). – Perspektīvā piemērojamā direktīva par apdrošināšanas starpniecību ir viens no svarīgākajiem soļiem Eiropas Savienības iedzīvotāju tiesību nodrošināšanas uzlabošanai. Tas attiecas gan uz tām fiziskām un juridiskām personām, kas ceļo, strādā vai vienkārši atrodas savas dalībvalsts teritorijā, gan arī ārpus tās robežām. Neatkarīgi no tā, kur apdrošināšanas polises saņēmējs atrodas, saņemtai aizsardzībai jābūt vienādi kvalitatīvai. Tas pats arī attiecas uz informācijas saņemšanu, konsultācijām un vispār jebkuru citu palīdzību, ko apdrošinātais var saņemt no polises izplatītāja un ar to asociētajām struktūrām. Ļoti svarīgs šīs direktīvas projekta aspekts ir arī brīvas konkurences stimulēšana starp apdrošināšanas izplatītājiem, kā arī apdrošināšanas starpnieku spējas stimulēšana darboties visā Kopienas teritorijā. Attiecībā uz informācijas izplatīšanu un tās pieejamības garantēšanu nedrīkst neatzīmēt arī to, ka šī direktīva varētu palīdzēt nivelēt iespējamību, kad patērētājs sastopas arī ar iepriekš nezināmām vai skaidri nekonkretizētām izmaksām. Nobalsoju par.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, completing the single market in services means two very different things. Most people would understand it to mean free trade in services. If you can sell a product in one Member State, it should be equally available in other Member States. In other words, mutual product recognition just like we have for traded goods. But, of course, that is not what is contained in this report. What is contained here is an idea for a common regulatory structure where, instead of simply enabling more free circulation of services, we are laying down rules on consumer protection, etc. that must be evenly applied across all Member States. We thereby raise barriers to entry and we create a more regulated, more restricted, and tighter market than we would otherwise have.

This has been the fundamental flaw in the European market model right from the beginning: instead of extending consumer choice, we restrict it for the sake of vested interests and established producers. In Britain we want a common market – we do not want a common regulatory structure. That is why I hope my countrymen will vote to leave.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, this report does call for the level of consumer protection to be raised, and of course I commend that. But it only does so within the context of reducing the need for national measures, reducing the ability of national governments to take their own decisions on matters such as this.

It is designed to increase the scope of firms that are covered by EU regulation and by the EIOPA. So I have a problem with it fundamentally for that reason. This is something which would be better done at Member State level than by the European Union. But I have another problem with it, which is that it gives the Commission power to issue delegated acts; it gives it power, effectively, for legislation to be created without it ever coming back through this place. So it will be the unelected Commission, not the elected Parliament, that takes decisions on this in future, which is fundamentally wrong in my view.

Dichiarazioni di voto scritte

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – Whilst the legislation calls for the level of consumer protection to be raised, it does so only to reduce the need for varying national measures. It increases the scope of firms covered by EU regulation and the powers of EIOPA and, although it reduces the regulatory burden for SMEs selling travel and car rental insurance, it gives the Commission more powers to issue delegated acts.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – He votado a favor de esta propuesta de Directiva que pretende aumentar la transparencia y los derechos de los consumidores en el mercado de los seguros. En particular, se busca evitar que los usuarios de servicios financieros se vean obligados a aceptar la compra de seguros cuando contraten con entidades financieras.

Este tipo de normas contribuyen a asegurar una estricta regulación de los mercados y productos financieros, lo que es especialmente necesario tras la crisis iniciada en el verano de 2007, que puso de relieve las muy negativas consecuencias de la desregulación promovida por las políticas neoliberales. La agenda por la regulación financiera es una prioridad de los socialistas y socialdemócratas europeos, y por tanto seguiremos trabajando en esta línea a lo largo de toda esta legislatura.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a contener elementos positivos sobre la protección de los consumidores, el resultado del diálogo tripartito no contribuirá a mejorar la transparencia del sector.

La Directiva establece una mayor protección de los consumidores, así como la mejora de la información y la transparencia en determinados productos. Sin embargo, deja fuera la aseguración de las inversiones y los productos financieros, que es un complejo entramado que en ocasiones puede ocultar operaciones especulativas basadas en una gestión de riesgo. Para evitar impactos que pueden llegar a alcanzar incluso a la deuda soberana, como ocurrió durante 2012, es necesaria una total transparencia en relación con estas actividades, algo que esta Directiva no propone. Por todo ello no he podido votar a favor.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Als Mitglied des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz im Europäischen Parlament (IMCO) begrüße ich die im Plenum angenommene neue Richtlinie über die Vermittlung von Versicherungen, die Ende 2017 in Kraft treten soll, ganz besonders, da sie in diesem teils sehr komplexen Bereich vor Falschberatungen besser schützen, das Geschäft mit Versicherungen transparenter machen und das Verbraucherschutzniveau insgesamt anheben wird.

Die europäischen Verbraucher sollen künftig beim Kauf von Versicherungen besser informiert, beraten und in die Lage versetzt werden, die verschiedenen Angebote leichter zu vergleichen. Letzteres soll u. a. auch durch standardisierte Informationsblätter erreicht werden.

Um die Verbraucher jedoch nicht unnötig zu verwirren, sowie aus Gründen der Gleichbehandlung werden die neuen Bestimmungen nicht nur für Versicherungsunternehmen und Versicherungsmakler, sondern für alle Unternehmen, die Versicherungen verkaufen, gelten, also auch z. B. für Reisebüros und Autovermieter.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport soutient une réglementation du marché de l'intermédiation de l'assurance favorable aux souscripteurs et aux indépendants. Il modifie en profondeur la directive MIF2 et les fondements de l'exercice de la profession de courtier, notamment en ce qui concerne la définition d'un intermédiaire indépendant.

Les sociétés d'assurance et les banques ne pourront plus étouffer les conseillers indépendants et exercer le monopole de cette activité professionnelle. Il était urgent que le Parlement européen retire les pouvoirs aux lobbies bancaires et d'assurances.

J'ai donc voté en faveur de ce rapport.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à informer les consommateurs d'assurance sur la nature de la rémunération du distributeur et, pour certains produits d'assurance-vie complexes, du coût total du contrat d'assurance, notamment les frais liés aux conseils et aux services.

Inés Ayala Sender (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Directiva que pretende aumentar la transparencia y los derechos de los consumidores en el mercado de los seguros. En particular, se busca evitar que los usuarios de servicios financieros se vean obligados a aceptar la compra de seguros cuando contraten con entidades financieras.

Este tipo de normas contribuyen a asegurar una estricta regulación de los mercados y productos financieros, lo que es especialmente necesario tras la crisis iniciada en el verano de 2007, que puso de relieve las muy negativas consecuencias de la desregulación promovida por las políticas neoliberales. La agenda por la regulación financiera es una prioridad de los socialistas y socialdemócratas europeos, y por tanto seguiremos trabajando en esta línea a lo largo de toda esta legislatura.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – atnaujintos draudimo tarpininkavimo taisyklės, kuriomis siekiama užtikrinti didesnę draudėjų apsaugą, užkirsti kelią neteisingos ir klaidinančios informacijos pateikimui ir suvienodinti draudimo paslaugų teikimo reikalavimus. Naujose taisyklėse nurodoma, kad visi draudikai turės būti prisiregistravę ES valstybių, kuriuose yra jų gyvenamoji vieta, kompetentingose institucijose, o draudimo įmonių personalas – tinkamai apmokytas. Draudimą įsigyjantys asmenys prieš sutarties pasirašymą turės gauti nedviprasmišką standartinę informaciją apie draudimą parduodančio agento tapatybę, draudimo rūšį, pirkėjo išipareigojimus, draudžiamą riziką, draudimo įmokas, sutarties kainą ir kt. Kad klientai būtų apsaugoti nuo draudimo tarpininkų nemokumo, draudikai privalės užtikrinti, kad 4 proc. metinių draudimo įmokų, bet ne mažiau kaip 18 750 eurų, būtų visados laisvai prieinami.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – Whilst the legislation calls for the level of consumer protection to be raised, it does so only to reduce the need for varying national measures. It increases the scope of firms covered by EU regulation and the powers of EIOPA and, although it reduces the regulatory burden for SMEs selling travel and car rental insurance, it gives the Commission more powers to issue delegated acts.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le rapport soutient une réglementation du marché de l'intermédiation de l'assurance favorable aux souscripteurs et aux indépendants. Il modifie substantiellement la directive MIF2 et les fondements de l'exercice de la profession de courtier.

Les sociétés d'assurance et les banques ne pourront plus étouffer les conseillers indépendants et exercer le monopole de cette activité professionnelle. Voilà pourquoi j'ai voté en faveur de ce rapport qui me paraît aller dans le bon sens.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen vient de voter une mise à jour législative dans le domaine des assurances. Dorénavant, lorsqu'ils souscriront à un produit d'assurance, les citoyens seront mieux informés, mieux protégés. Des mesures sont également prévues pour les distributeurs de produits d'assurance et le personnel de vente afin qu'ils répondent de manière plus efficace aux besoins de la clientèle. Les distributeurs de produits d'assurance auront l'obligation de se faire enregistrer, cette immatriculation se fera auprès d'une autorité compétente dans leur État membre d'origine.

De plus, une formation régulière et une mise à jour devront être dispensées au personnel de vente. Une formation professionnelle continue d'au moins 200 heures sur cinq ans devra être également prévue.

Cette modification est une réelle avancée en la matière et je la soutiens totalement.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer al ponente su trabajo para llegar a un acuerdo tan importante sobre la mediación de seguros con el Consejo que establece normas relativas al acceso a las actividades de distribución de seguros y reasegurados, y al ejercicio de las mismas, dentro de la Unión. Se aplicará a persona física o jurídica establecida en un Estado miembro o que desee establecerse en él para emprender y ejercer la distribución de productos de seguro y reasegurado.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai voté favorablement à ce texte qui engage une refonte de la directive DIA1 sur l'intermédiation en assurance dans une perspective de protection du consommateur. Il offre, en effet, une réglementation intégrale du secteur de l'assurance en intégrant tous les intermédiaires ce qui assure aux clients une information plus complète.

Cette nouvelle directive, dite DIA2, étend en effet son champ d'application à tous les canaux de distribution des produits d'assurance, ce qui réactualise le cadre juridique en prenant en compte de nouveaux acteurs comme les bancassureurs, les comparateurs, les agences de voyage ou tout autre intermédiaire.

Par ailleurs, le processus d'immatriculation est soumis à de nouvelles conditions pour créer un registre unique qui centralisera les informations sur les acteurs présents sur le marché.

Enfin, les exigences de compétences professionnelles et le devoir de conseil sont renforcés. Il s'agit donc d'un rapport qui va dans le sens de la défense de l'intérêt des consommateurs.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione Langen che analizza l'aggiornamento del testo in vigore dal 2002 in materia di intermediazione assicurativa, è condivisibile e ben ponderata.

Ritengo che la scelta di una direttiva, anziché di un regolamento, potrà garantire, in fase di applicazione del testo, le prerogative di ogni singolo Stato Membro, garantendo il giusto equilibrio fra il legittimo interesse del mercato e le esigenze di tutela dei consumatori.

Per tutti questi motivi ho inteso votare in suo favore.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Directiva que pretende aumentar la transparencia y los derechos de los consumidores en el mercado de los seguros. En particular, se busca evitar que los usuarios de servicios financieros se vean obligados a aceptar la compra de seguros cuando contraten con entidades financieras.

Este tipo de normas contribuyen a asegurar una estricta regulación de los mercados y productos financieros, lo que es especialmente necesario tras la crisis iniciada en el verano de 2007, que puso de relieve las muy negativas consecuencias de la desregulación promovida por las políticas neoliberales. La agenda por la regulación financiera es una prioridad de los socialistas y socialdemócratas europeos, y por tanto seguiremos trabajando en esta línea a lo largo de toda esta legislatura.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjamas draudimo produktų platinimas. Draudimo produktus gali platinti įvairūs asmenys ar institucijos, kaip antai agentai, brokeriai ir bankų draudimo operatoriai, draudimo įmonės, kelionių agentai ir automobilių nuomos bendrovės. Vienodas požiūris į operatorius ir kliento apsaugą reikalauja, kad visiems tiems asmenims ar institucijoms būtų taikoma ši direktyva. Šia direktyva siekiama tik minimalaus suderinimo, todėl valstybėms narėms neturėtų būti trukdoma palikti galioti arba priimti griežtesnių nuostatų, siekiant apsaugoti vartotojus, su sąlyga, kad tokios nuostatos yra suderinamos su Europos Sąjungos teise, įskaitant šią direktyvą. Vartotojams, nepaisant skirtingų platinimo kanalų, turi būti taikoma tokio paties lygio apsauga. Siekiant vartotojams užtikrinti vienodo lygio apsaugos taikymą ir kad vartotojai galėtų pasinaudoti palyginamais standartais, ypač informacijos atskleidimo srityje, svarbu platintojams sukurti vienodas sąlygas.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – A biztosítási alkuszok, biztosítási közvetítők tevékenységének szabályozását világszerte már valamennyi kormány napirendre tűzte, köztük a magyar kormány is kidolgozta javaslatát. Az Európai Bizottság is felismerte a fogyasztóvédelem jelentőségét, a múltban ugyanis különféle belső piaci intézkedésekkel igyekezett a határokon átnyúló közvetítői tevékenységet is támogatni, ma már azonban tudjuk, hogy a fogyasztóvédelem önmagában is elősegíti a belső piac növekedését. A nagyobb fokú harmonizációra minden érintett fél érdekében szükség van, azonban egyes tagállamok számára olyan szigorúnak bizonyulhatnak az előírások, hogy azok piaci akadályt képeznek.

Ami a tájékoztatási követelményeket illeti, úgy gondolom, hogy a javadalmazási rendszer átláthatóságára valóban szükség van, amennyiben az ügyfelek igénylik, azonban a felülről jövő szabályozás felesleges bürokráciához vezethet. Úgy vélem, hogy végül egy olyan rendszert sikerült kidolgozni, amely a fogyasztók érdekében működik. Természetesen sokszor a 28 tagállam mindegyike úgy hiszi, az ő rendszere a legjobb, ez így azonban nem jelent egységes belső piacot. Ha valaki átmegy egy képesítési rendszeren, akkor azt el kell ismerni a többi tagállamban is. A jelenlegi javaslat enyhíteni fogja a mostani rendszer sokszor nehézkes működését, ezért szavazatommal támogattam azt.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. – Ho sostenuto con convinzione la relazione del collega Langen sull'intermediazione assicurativa. Questa nuova direttiva, frutto di tre anni di lavoro, è un piccolo ma decisivo strumento verso un più forte mercato unico dei prodotti assicurativi. La direttiva disciplina la distribuzione diretta dando regole unitarie, certezza giuridica e coerenza normativa a tutti i canali di vendita del settore.

Dalla sua entrata in vigore, in ventiquattro mesi sarà implementata sul territorio dell'Unione. Molti i vantaggi, in primis per i consumatori: oltre a misure specifiche per la loro protezione, si riconoscono principi comuni per garantire una maggiore trasparenza. Vengono inoltre ridotti gli oneri di accesso transfrontaliero dei prodotti assicurativi, consentendo una più ampia possibilità di scelta da parte dei cittadini europei. Altre importanti misure riguardano la registrazione e la qualifica delle compagnie di assicurazione, oltre che la previsione di un rafforzato sistema di vigilanza sui prodotti.

È un nuovo risultato verso il consolidamento dell'integrazione finanziaria dell'Unione europea.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Podržavam ovo Izvješće o posredovanju u osiguranju.

Smatram kako će ovaj Sporazum poboljšati način prodaje proizvoda osiguranja, te osigurati bolju zaštitu potrošača i investitora, osobito većom transparentnošću cijena i troškova, sprječavanjem sukoba interesa te boljim informacijama i savjetima prilikom prodaje proizvoda osiguranja.

Steeve Briois (ENF), par écrit. – Cette directive sur l'intermédiation (DIA2) fait suite à la directive DIA1 du 9 décembre 2002 qui devait renforcer la concurrence et la réglementation encadrant l'activité des intermédiaires en assurance. La crise financière de 2008 a révélé les lacunes de l'ancienne législation notamment en termes de distorsions de marché. D'où l'intérêt de cette nouvelle directive qui élargit son champ d'application à tous les canaux de distribution des produits d'assurance. DIA2 préconise également de mieux informer les clients concernant le mode de rémunération des commerciaux mais aussi sur les risques de perte de capital qu'ils encourent sur certains placements financiers.

Nous nous félicitons de cette nouvelle directive qui soutient les indépendants face aux grandes institutions financières. Les intermédiaires d'assurance immatriculés seront désormais autorisés à accéder à l'activité d'intermédiation en assurance et à l'exercer dans l'Union sous le régime tant du libre établissement que de la libre prestation de services. Enfin, nous nous réjouissons de voir que les clients bénéficieront d'une meilleure information autour des produits financiers de plus en plus complexes auxquels ils souscrivent. J'ai donc voté pour ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Proiectul de rezoluție legislativă a Parlamentului European privind intermedierea de asigurări are ca scop reformarea Directivei 2002/92/CE urmărindu-se o armonizare a dispozițiilor naționale din sectorul distribuirii de asigurări în vederea aplicării aceluiași nivel de protecție a consumatorilor.

Intermediarii de asigurări și reasigurări au un rol primordial în distribuirea produselor de asigurări și reasigurări în cadrul Uniunii.

Astfel, având în vedere că produsele de asigurări pot fi distribuite de diferite categorii de persoane sau instituții cum ar fi agenți, brokeri și agenți de asigurări bancare, întreprinderi de asigurare, agenții de voiaj și societăți de închirieri auto, se impune ca toate aceste persoane sau instituții să se afle sub incidența prezentei directive în vederea asigurării egalității de tratament între agenți și protecția consumatorilor.

Directiva propusă determină crearea aceluiași nivel de protecție pentru consumatori, indiferent de canalele de distribuție, asigurând totodată condiții de concurență egale între distribuitori.

Dat fiind că există încă diferențe considerabile între dispozițiile de drept intern care împiedică accesul la activitățile de distribuire de asigurări și reasigurări și desfășurarea acestor activități pe piața internă, proiectul de rezoluție legislativă devine oportun în consolidarea pieței interne pentru intermedierea produselor de asigurări, motiv pentru care am votat în favoarea acestui raport.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto positivo. Quello della distribuzione assicurativa è, infatti, un settore interessato da un livello di armonizzazione che differisce dalle regole generali del Mercato interno dell'Unione. In questo caso, siamo di fronte all'espressa intenzione di procedere a un'armonizzazione minima del settore assicurativo (e ciò per la nostra delegazione è, già di per se, positivo).

L'attenzione del testo è rivolta anche agli standard a favore dei consumatori che, invece, devono mantenere un certo livello di tutela in ciascun Stato Membro. A nostro avviso, questa direttiva sembra mantenere il giusto equilibrio tra il legittimo interesse del mercato (secondo il principio della libertà di stabilimento) e le esigenze di tutela degli utilizzatori dei servizi assicurativi.

Con questa direttiva ci si dovrebbe avvicinare a un mercato interno per i prodotti e servizi assicurativi «vita» e «non vita». Il testo definisce con precisione il campo di applicazione, i settori esclusi e i compiti delle autorità degli Stati membri (scambio di informazioni, messa a disposizione di sportelli unici).

La direttiva, che non intende imporre nuovi oneri alle imprese, dovrà essere riesaminata 5 anni dopo la sua entrata in vigore anche per valutarne la corretta applicazione del principio di proporzionalità. Tra le modifiche apportate dall'accordo con il Consiglio vi è anche lo stesso titolo della direttiva che diventerà: «Distribuzione assicurativa», anziché intermediazione. Voto positivo.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Directiva que pretende aumentar la transparencia y los derechos de los consumidores en el mercado de los seguros. En particular, se busca evitar que los usuarios de servicios financieros se vean obligados a aceptar la compra de seguros cuando contraten con entidades financieras.

Este tipo de normas contribuyen a asegurar una estricta regulación de los mercados y productos financieros, lo que es especialmente necesario tras la crisis iniciada en el verano de 2007, que puso de relieve las muy negativas consecuencias de la desregulación promovida por las políticas neoliberales. La agenda por la regulación financiera es una prioridad de los socialistas y socialdemócratas europeos, y por tanto seguiremos trabajando en esta línea a lo largo de toda esta legislatura.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la directive sur la distribution des assurances. Il est important que les souscripteurs d'assurance bénéficient d'un service d'excellente qualité sur le marché européen. Il était primordial d'harmoniser les règles qui incombent aux distributeurs d'assurances et aux intermédiaires afin d'augmenter le niveau de transparence et de protection des consommateurs.

Les informations fournies aux clients seront plus importantes pour que ces derniers puissent choisir leurs produits en toute connaissance de cause. Les distributeurs et intermédiaires devront s'enregistrer auprès de l'autorité compétente de l'État membre d'origine afin de créer un registre déclinant l'identité de ceux-ci. Toutes ces règles vont contribuer à l'avènement d'un marché des assurances plus transparent et plus efficace.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo attenta riflessione e discussione in Aula ho votato a favore della relazione complementare sulla proposta di direttiva del Parlamento europeo e del Consiglio sull'intermediazione assicurativa, in quanto ritengo che il principio della difesa dei consumatori è valore cardine.

Concordo quindi con la proposta di direttiva che armonizza la regolamentazione assicurativa, rendendo più coerente il legame con la disciplina bancaria e rafforzando la resilienza del sistema finanziario europeo rispetto ad eventi autoindotti ed eteroindotti.

Mi associo all'obiettivo di aumentare il livello di tutela dei consumatori, in particolare attraverso maggiore trasparenza circa il prezzo e costo delle assicurazioni, informazioni migliori e più comprensibili, e norme in materia di condotta aziendale, per evitare che i consumatori acquistino prodotti che non soddisfano le loro esigenze.

Sono fermamente convinto che l'obiettivo di un risparmio sulla polizza assicurativa, unito alla mitigazione dei fattori distorsivi della concorrenza per il settore assicurativo, passi necessariamente per un'armonizzazione del sistema a livello europeo ed un rafforzamento europeo della protezione dell'utente finale.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This legislative resolution provides users of insurance products with strengthened consumer rights across the EU. A positive aspect of the report is the placing of an obligation on insurance companies to show systematically that they have taken consumers' needs into account from the commencement of any insurance product's development.

However, the proposed directive does not provide the requisite level of transparency on the insurance business as a whole: transparency rules are currently in place for investment funds and other investment products, and they should also extend to insurance investment products. Furthermore, insurance intermediaries will be able to continue receiving commissions without having to disclose them, which I find particularly disconcerting.

While it is recognised that the new rules strengthen consumer protection to some degree, particularly in comparison to the predecessor IMD I, the lack of transparency meant that I abstained on this resolution.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Whilst the legislation calls for the level of consumer protection to be raised, it does so only to reduce the need for varying national measures. It increases the scope of firms covered by EU regulation and the powers of EIOPA and, although it reduces the regulatory burden for SMEs selling travel and car rental insurance, it gives the Commission more powers to issue delegated acts.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because the directive currently in place needed to be updated in order to ensure more transparency and conditions for fairer competition on the market. The new directive will aim to protect policyholders better and generally to enhance the services offered to them.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La Commissione europea proponeva di introdurre l'obbligo di fornire un'informativa completa sul livello di compenso percepito dagli intermediari. Purtroppo quest'obbligo è sparito nel testo finale. Di conseguenza gli intermediari sarebbero oramai liberi di continuare a ricevere delle commissioni senza l'obbligo di «disclosure». Se il testo finale comporta notevole miglioramenti come ad esempio nuove regole di trasparenza e la tutela informativa dei consumatori, abbiamo preferito astenerci.

Λεωτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Έχοντας υπόψη την πρόταση της Επιτροπής προς το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο και το Συμβούλιο και έχοντας υπόψη τη συμπληρωματική έκθεση της Επιτροπής Οικονομικής και Νομισματικής Πολιτικής και εκτιμώντας ότι σύμφωνα με τη συμβουλευτική ομάδα των νομικών υπηρεσιών του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, του Συμβουλίου και της Επιτροπής, η πρόταση της Επιτροπής δεν περιέχει καμία ουσιαστική τροποποίηση πλην όσων προσδιορίζονται ως τοιαύτες στην ως άνω πρόταση.

Επιπλέον ζητείται από την Επιτροπή να του υποβάλει εκ νέου τη πρόταση, αν προτίθεται να τις επιφέρει σημαντικές τροποποιήσεις ή να την αντικαταστήσει σε νέο κείμενο.

Για αυτό είναι σημαντική η έκθεση και τη στηρίζουμε θετικά.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Στην έκθεση σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά την ασφαλιστική διαμεσολάβηση αποφάσισα να απέχω κατά την τελική ψηφοφορία. Πράγματι, η έκθεση περιλαμβάνει πολλά θετικά στοιχεία, ενισχύοντας την προστασία των καταναλωτών και δίνοντας μεγάλη σημασία στο δικαίωμα πληροφόρησης των καταναλωτών σχετικά με τα ασφαλιστικά προϊόντα. Παρ' όλα αυτά, η προτεινόμενη οδηγία δεν παρέχει αρκετές εγγυήσεις διαφάνειας, ιδίως σε ότι αφορά την προμήθεια των ασφαλιστικών διαμεσολαβητών, αφήνοντας έτσι εκτεθειμένους τους καταναλωτές σε εκμετάλλευση.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Mi sono espresso favorevolmente in merito alla proposta di refusione concernente la direttiva sull'intermediazione assicurativa (direttiva 2002/92/CE). La proposta in esame mira a migliorare la regolamentazione del mercato assicurativo al dettaglio, a garantire una parità di condizioni tra tutti i partecipanti coinvolti nella vendita di prodotti assicurativi e a rafforzare la protezione degli assicurati.

La nuova direttiva dovrebbe ampliare il campo di attuazione della direttiva 2002/92/CE a tutti i canali di distribuzione; chiarire l'esercizio della libertà di stabilimento, la libera prestazione dei servizi, e le competenze delle autorità di vigilanza; individuare, gestire e mitigare i conflitti di interesse; aumentare il livello di armonizzazione delle sanzioni e misure amministrative in caso di violazione delle disposizioni chiave della direttiva in vigore; migliorare l'adeguatezza e l'obiettività di consulenza ai consumatori; garantire che le qualifiche professionali dei venditori corrispondano alla complessità dei prodotti venduti; semplificare e armonizzare la procedura per l'ingresso transfrontaliero ai mercati assicurativi in tutta l'UE. Infine, la nuova direttiva dovrebbe garantire maggiore trasparenza e maggiore informazione, a beneficio dei consumatori.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione dell'onorevole Werner Langen sull'intermediazione assicurativa. Penso, come il relatore, che a questa direttiva sia necessario apportare alcune modifiche ai fini di fare maggiore chiarezza.

La direttiva, per essere più utile, dovrebbe mirare meglio al coordinamento delle disposizioni nazionali in materia di accesso alle attività di distribuzione assicurativa che deve anche essere facilitata con modifiche che andrebbero a vantaggio di chi può essere interessato a stipulare un'assicurazione su un bene da lui acquistato.

Per quanto riguarda queste operazioni, penso che per avvantaggiare il cliente si debba lavorare sull'intermediazione e in questo mi trovo in linea con la relazione dell'onorevole, che mi sento di appoggiare in pieno.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – We are going to see more transparency and quality for consumers and sellers alike. Consumers will receive substantial information on the type and origin of bonuses for intermediaries. This means a strengthened role for the customer.

Member States will mutually recognise the qualifications of insurance mediators, and there will be regular training and quality-check requirements. Supervisory authorities will exchange information to prevent bad practice and to be able to improve risk assessments. The new rules have been agreed on by Parliament and the Member States and will enter into force in late 2017.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – Whilst the legislation calls for the level of consumer protection to be raised, it does so only to reduce the need for varying national measures. It increases the scope of firms covered by EU regulation and the powers of EIOPA and, although it reduces the regulatory burden for SMEs selling travel and car rental insurance, it gives the Commission more powers to issue delegated acts.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn die neuen Vorschriften zum Versicherungsvertrieb werden nicht nur dem Verbraucher, sondern auch den kleinen Versicherungsbüros durch bessere Informationen viel mehr Klarheit, Transparenz und Rechtssicherheit bringen. Das gilt auch für die Kosten der Vergütung von Versicherungsvermittlern. Außerdem wird ein einheitliches *level-playing field* geschaffen, sodass dasselbe Schutzniveau für alle Versicherungsvertriebskanäle gelten wird. Ich unterstütze die Einführung der einheitlichen Produktblätter, denn dadurch werden Verbraucher die Basisinformationen verschiedener Versicherungsangebote auch in anderen Mitgliedstaaten vergleichen können, wie das bereits bei anderen Finanzprodukten vorgesehen ist.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – Whilst the legislation calls for the level of consumer protection to be raised, it does so only to reduce the need for varying national measures. It increases the scope of firms covered by EU regulation and the powers of EIOPA and, although it reduces the regulatory burden for SMEs selling travel and car rental insurance, it gives the Commission more powers to issue delegated acts.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – La proposta sulla direttiva riguardo l'intermediazione assicurativa ha l'obiettivo di migliorare la regolamentazione del mercato assicurativo. Tale proposta infatti mira a garantire una parità di condizioni tra tutti i soggetti coinvolti nella vendita di prodotti assicurativi, offrendo inoltre maggior protezione ai sottoscrittori di tali contratti.

Ho deciso di votare a favore di questa relazione in quanto, grazie alle modifiche delle normative, i consumatori e gli investitori che decideranno di acquistare prodotti assicurativi potranno ottenere numerosi benefici. In primis, sarà garantita maggiore trasparenza: gli agenti assicurativi dovranno essere più trasparenti in termini di prezzo e di costo dei propri prodotti, avendo l'obbligo di offrire al cliente informazioni dettagliate e ben comprensibili, affinché i consumatori possano prendere decisioni più consapevoli. In secondo luogo, le nuove normative in materia di trasparenza e di condotta aziendale garantiranno che ai consumatori non vengano venduti prodotti che non soddisfino a pieno le loro esigenze.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – This directive is an updated revised edition to replace existing EU standards that pertain to transparency and standards for the allocation of rewards to agents and mediators. This directive is not confined to one part of the distribution chain but applies to all sections of direct sale through the insurance company to banks or mediators. Also the report eliminates conditions where the sale of a home loan is determined by the additional purchase of insurance. I voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Trattasi di un aggiornamento della direttiva in materia di intermediazione assicurativa (IMD 1) risalente al 2002. Il testo è stato emendato e votato in commissione ECON durante la scorsa legislatura. Durante quella attuale si sono tenuti i triloghi con Consiglio e Commissione (sempre con lo stesso relatore).

Le novità più importanti introdotte da IMD 2 sono: estensione dell'ambito di applicazione della normativa a tutte le categorie di intermediari, a coloro che svolgono funzioni ancillari e, soprattutto, alle imprese di assicurazione che operano in un modello di vendita diretta; introduzione di molte regole di trasparenza e molta più informativa nei confronti dei consumatori; richiesta di maggiori requisiti professionali e di onorabilità agli intermediari assicurativi; richiesta di una analisi dettagliata della opportunità degli strumenti venduti ai consumatori; maggiore allineamento con MIFID.

Tuttavia, la proposta originale prevedeva l'introduzione dell'obbligo di fornire un'informativa completa sul livello di compenso percepito dagli intermediari. Quest'obbligo non compare nel testo finale. Gli intermediari saranno quindi liberi di continuare a ricevere commissioni senza l'obbligo di *disclosure*. Si tratta tuttavia dell'unico punto critico della Direttiva. Per il resto IMD 2 rappresenta comunque un passo in avanti rispetto a IMD1.

Per questo motivo ho deciso di astenermi in Plenaria.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a contener elementos positivos sobre la protección de los consumidores, el resultado del diálogo tripartito no contribuirá a mejorar la transparencia del sector.

La Directiva establece una mayor protección de los consumidores, así como la mejora de la información y la transparencia en determinados productos. Sin embargo, deja fuera la aseguración de las inversiones y los productos financieros, que es un complejo entramado que en ocasiones puede ocultar operaciones especulativas basadas en una gestión de riesgo. Para evitar impactos que pueden llegar a alcanzar incluso a la deuda soberana, como ocurrió durante 2012, es necesaria una total transparencia en relación con estas actividades, algo que esta Directiva no propone. Por todo ello no he podido votar a favor.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La risoluzione racchiude il testo di compromesso raggiunto tra il Parlamento europeo e il Consiglio ed è finalizzata a migliorare la regolamentazione del mercato assicurativo al dettaglio e a disciplinare le attività di distribuzione attraverso una maggiore armonizzazione delle legislazioni nazionali.

Ho votato in favore della risoluzione perché apporterà notevoli vantaggi sia per gli operatori del settore assicurativo, che per i consumatori europei. In particolare, contribuirà a garantire condizioni paritarie tra tutti i soggetti che partecipano alla vendita di prodotti assicurativi, rafforzerà la protezione degli assicurati, e infine semplificherà e armonizzerà le procedure per garantire l'esercizio dell'attività degli intermediari assicurativi nel mercato unico europeo.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This first reading agreement on insurance mediation is aimed at improving the way insurance products are sold and to improve protection for consumers and retail investors, notably through greater transparency on price and costs, prevention of conflicts of interest, better information and advice when selling products and more sellers' professional qualifications to match the complexity of products. As this report reinforces the position of our citizens in the process of buying an insurance product, I supported this report.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif propose la révision de la législation existante en matière d'intermédiation en assurance, dans le but d'offrir des conditions égales à tous les acteurs impliqués dans la vente de produits d'assurance et de renforcer la protection des titulaires de contrats d'assurance.

Grâce à ce nouveau texte, les consommateurs et investisseurs de produits d'assurance bénéficieront de plus de transparence sur les prix des produits d'assurance, et d'informations plus précises et plus complètes sur les produits d'assurance, leur permettant d'opérer un choix informé lors de leurs achats. Ils pourront également décider de ne pas souscrire à une assurance quand celle-ci est proposée en complément d'un achat d'un bien ou service (par exemple une voiture). Considérant que ce rapport participe au renforcement de la protection des consommateurs, j'ai voté en faveur.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit des exigences plus strictes en matière d'information et de protection des souscripteurs de produits d'assurance.

La mise à jour des dispositions européennes dans ce domaine va permettre d'élever les standards européens et d'introduire de nouvelles sanctions contre les fournisseurs d'assurance, et ainsi offrir plus de sécurité aux souscripteurs d'assurance.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – La relazione in esame si inserisce nel più ampio spettro di revisione di tutti i mercati finanziari a seguito della crisi finanziaria. Due sono gli elementi principali: la costruzione di mercato unico più coeso ed integrato e una maggiore protezione dei consumatori.

Questa direttiva riesce ad armonizzare il mercato assicurativo, permettendo però al legislatore nazionale di applicare dei livelli di tutela superiori in casi particolari. Così il cittadino potrà beneficiare di norme comparabili tra i vari Paesi, ma che riflettono anche le peculiarità del mercato assicurativo dello Stato Membro.

I principali elementi introdotti sono: norme per incentivare uno scambio di informazioni in formati europei; la distinzione tra i servizi di investimento e i servizi assicurativi per maggiore sicurezza per il cittadino che decide di restare lontano dalle operazioni finanziarie più pericolose e infine, alla luce del fatto che alcuni operatori riuscivano ad aprire delle agenzie in Stati membri nel quale vigevano delle forme di controllo inferiori per poi operare in altri Stati con un notevole vantaggio competitivo, con questa direttiva, i legislatori hanno spostato il centro del controllo nel Paese in cui le operazioni avvengono prioritariamente, in questo modo il cittadino italiano può essere al sicuro da possibili operazioni fraudolente.

Marielle de Sarnez (ALDE), par écrit. – Pour mieux protéger les consommateurs dans le secteur des assurances, il est impératif de consolider un cadre législatif commun.

Les nouvelles dispositions européennes améliorent les obligations des distributeurs d'assurance en Europe vis-à-vis de leurs clients. Ils devront désormais être enregistrés auprès d'une autorité nationale compétente. Les intermédiaires devront clairement mentionner les informations sur leurs produits et en particulier leur coût.

Andor Deli (PPE), írásban. – A biztosítási alkuszok, biztosítási közvetítők tevékenységének szabályozását világszerte már valamennyi kormány napirendre tűzte, köztük a magyar kormány is kidolgozta javaslatát. Az Európai Bizottság is felismerte a fogyasztóvédelem jelentőségét, a múltban ugyanis különféle belső piaci intézkedésekkel igyekezett a határokon átnyúló közvetítői tevékenységet is támogatni, ma már azonban tudjuk, hogy a fogyasztóvédelem önmagában is elősegíti a belső piac növekedését. A nagyobb fokú harmonizációra minden érintett fél érdekében szükség van, azonban egyes tagállamok számára olyan szigorúnak bizonyulhatnak az előírások, hogy azok piaci akadályt képeznek.

Ami a tájékoztatási követelményeket illeti, úgy gondolom, hogy a javadalmazási rendszer átláthatóságára valóban szükség van, amennyiben az ügyfelek igénylik, azonban a felülről jövő szabályozás felesleges bürokráciához vezethet. Úgy vélem, hogy Langen úrnak egy olyan rendszert sikerült kidolgozni, amely a fogyasztók érdekében működik. Természetesen sokszor a 28 tagállam mindegyike úgy hiszi, az ő rendszere a legjobb, ez így azonban nem jelent egységes belső piacot. Ha valaki átment egy képesítési rendszeren, akkor azt el kell ismerni a többi tagállamban is. A jelenlegi javaslat enyhíteni fogja a mostani rendszer sokszor nehézkes működését, ezért szavazatommal támogattam azt.

Gérard Deprez (ALDE), par écrit. – J'ai voté en faveur du renforcement des dispositions européennes relatives aux informations et conseils offerts par les vendeurs d'assurances. Il me semble en effet indispensable de simplifier mais aussi de sécuriser davantage la souscription à un contrat d'assurance en introduisant de nouvelles exigences en matière d'information et de protection des consommateurs qui soient les mêmes pour tous les canaux de distribution des assurances.

Je suis particulièrement favorable à l'obligation de fournir aux acheteurs de contrats d'assurances toutes les informations concernant la nature de la rémunération du distributeur et, pour certains produits d'assurance-vie complexes, le coût total du contrat d'assurance, notamment les frais liés aux conseils et aux services. Il me semble indispensable qu'avant de signer un contrat d'assurance non-vie, les preneurs reçoivent, dans un langage clair et simple, un document d'informations sur le produit contenant des informations standard sur le type d'assurance, les obligations liées aux contrats, les risques assurés et exclus, ainsi que les moyens de paiement et les primes.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – A biztosítási alkuszok, biztosítási közvetítők tevékenységének szabályozását világszerte már valamennyi kormány napirendre tűzte, köztük a magyar kormány is kidolgozta javaslatát. Az Európai Bizottság is felismerte a fogyasztóvédelem jelentőségét, a múltban ugyanis különféle belső piaci intézkedésekkel igyekezett a határokon átnyúló közvetítői tevékenységet is támogatni. Ma már azonban tudjuk, hogy a fogyasztóvédelem önmagában is elősegíti a belső piac növekedését. A nagyobb fokú harmonizációra minden érintett fél érdekében szükség van, azonban egyes tagállamok számára olyan szigorúnak bizonyulhatnak az előírások, hogy azok piaci akadályt képeznek.

Ami a tájékoztatási követelményeket illeti, úgy gondolom, hogy a javadalmazási rendszer átláthatóságára valóban szükség van, amennyiben az ügyfelek igénylik, azonban a felülről jövő szabályozás felesleges bürokráciához vezethet. Úgy vélem, hogy Langen úr áldozatos munkájának köszönhetően végül egy olyan rendszert sikerült kidolgozni, amely a fogyasztók érdekében működik. Természetesen sokszor a 28 tagállam mindegyike úgy hiszi, az ő rendszere a legjobb, ez így azonban nem jelent egységes belső piacot. Ha valaki átment egy képesítési rendszeren, akkor azt el kell ismerni a többi tagállamban is. A jelenlegi javaslat enyhíteni fogja a mostani rendszer sokszor nehézkes működését, ezért szavazatommal támogattam azt.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport validait la directive qui avait pour objectif l'instauration d'une concurrence plus forte au sein du marché unique, tout en uniformisant les prestations.

En souhaitant réglementer d'avantage le secteur de l'assurance ainsi que tous ses intermédiaires, l'Union s'ingère une fois de plus dans les affaires nationales et la société civile. Et même si l'idée initiale était louable car elle avait trait à la protection du consommateur, les causes de ce dysfonctionnement proviennent avant tout du marché unique.

Je me suis donc abstenue lors du vote, ne souhaitant pas cautionner le marché unique européen.

Ian Duncan (ECR), *in writing*. – Whilst I voted against this report in the committee vote before trilogues began, many of the problematic elements were resolved during trilogues, with outcomes including fewer prescriptive requirements on the content of product information documents and much more proportionate requirements for professional development than the originally proposed 15 hours per year. I therefore voted in favour of the trilogue outcome.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на предложението за директива на Европейския парламент и на Съвета относно застрахователното посредничество, тъй като тя следва да гарантира, че се прилага еднакво равнище на защита на потребителите и че всички потребители могат да се ползват от съпоставими стандарти. Настоящата директива следва да насърчава равнопоставеността и равните условия на конкуренция между посредниците, независимо от това дали те са обвързани със застрахователно предприятие или не. За потребителите е от полза, ако застрахователните продукти се разпространяват чрез различни канали и чрез посредници с различни форми на сътрудничество със застрахователни предприятия, при условие че от тях се изисква да прилагат подобни правила за защита на потребителите.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Καταψηφίζουμε την πρόταση οδηγίας καθώς στην ουσία επιβάλλεται στα κράτη μέλη να ακολουθήσουν και να υιοθετήσουν συγκεκριμένες θέσεις ως προς τη διανομή ασφαλιστικών ή αντασφαλιστικών προϊόντων. Δεν μπορεί, όμως, ένα κράτος με εύθραυστη οικονομία να ανταπεξέλθει σε αυτές τις θέσεις όπως ένα κράτος με υγιή οικονομία. Το περιεχόμενο της πρότασης δεν ανταποκρίνεται στην Ελληνική πραγματικότητα.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A biztosítási alkuszok, biztosítási közvetítők tevékenységének szabályozását világszerte már valamennyi kormány napirendre tűzte, köztük a magyar kormány is kidolgozta javaslatát. Az Európai Bizottság is felismerte a fogyasztóvédelem jelentőségét, a múltban ugyanis különféle belső piaci intézkedésekkel igyekezett a határokon átnyúló közvetítői tevékenységet is támogatni, ma már azonban tudjuk, hogy a fogyasztóvédelem önmagában is elősegíti a belső piac növekedését. A nagyobb fokú harmonizációra minden érintett fél érdekében szükség van, azonban egyes tagállamok számára olyan szigorúnak bizonyulhatnak az előírások, hogy azok piaci akadályt képeznek.

Ami a tájékoztatási követelményeket illeti, úgy gondolom, hogy a javadalmazási rendszer átláthatóságára valóban szükség van, amennyiben az ügyfelek igénylik, azonban a felülről jövő szabályozás felesleges bürokráciához vezethet. Úgy vélem, hogy Langen úr áldozatos munkája révén végül egy olyan rendszert sikerült kidolgozni, amely a fogyasztók érdekében működik. Természetesen sokszor a 28 tagállam mindegyike úgy hiszi, az ő rendszere a legjobb, ez így azonban nem jelent egységes belső piacot. Ha valaki átment egy képesítési rendszeren, akkor azt el kell ismerni a többi tagállamban is. A jelenlegi javaslat enyhíteni fogja a mostani rendszer sokszor nehézkes működését, ezért szavazatommal támogattam azt.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – Whilst the legislation calls for the level of consumer protection to be raised, it does so only to reduce the need for varying national measures. It increases the scope of firms covered by EU regulation and the powers of EIOPA and, although it reduces the regulatory burden for SMEs selling travel and car rental insurance, it gives the Commission more powers to issue delegated acts.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Concordo com as alterações propostas neste relatório porque propõem, por exemplo, que os consumidores deverão beneficiar do mesmo nível de proteção, apesar das diferenças entre os canais de distribuição. A fim de garantir que seja aplicado o mesmo nível de proteção e que os consumidores possam beneficiar de normas comparáveis, nomeadamente no domínio da divulgação de informações, é essencial promover a igualdade de condições entre os distribuidores.

Outro aspeto importante prende-se com a certificação de que os mediadores de seguros e as empresas de seguros que aconselham ou vendem produtos de investimento com base em seguros a pequenos investidores possuem um nível adequado de conhecimentos e competências em relação aos produtos oferecidos. Este requisito assume particular relevância face à crescente complexidade e à inovação permanente na conceção dos produtos de investimento com base em seguros. Comprar um produto de investimento com base em seguros implica um risco, pelo que os investidores devem poder confiar na informação e na qualidade das avaliações prestadas.

Jonás Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Directiva que pretende aumentar la transparencia y los derechos de los consumidores en el mercado de los seguros. En particular, se busca evitar que los usuarios de servicios financieros se vean obligados a aceptar la compra de seguros cuando contraten con entidades financieras.

Este tipo de normas contribuyen a asegurar una estricta regulación de los mercados y productos financieros, lo que es especialmente necesario tras la crisis iniciada en el verano de 2007, que puso de relieve las muy negativas consecuencias de la desregulación promovida por las políticas neoliberales. La agenda por la regulación financiera es una prioridad de los socialistas y socialdemócratas europeos, y por tanto seguiremos trabajando en esta línea a lo largo de toda esta legislatura.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution parce qu'elle va à contresens de la directive MIF 2, que je combats.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A reformulação da Diretiva relativa à mediação de seguros tem como elementos fundamentais, entre outros: alargar o âmbito de aplicação a todos os canais de distribuição, como o aluguer de carros; clarificar alguns conceitos e os poderes das autoridades de supervisão de origem e de acolhimento; identificar, gerenciar e mitigar os conflitos de interesses; elevar o nível de harmonização das medidas e sanções administrativas; melhorar a adequação e a objetividade do aconselhamento aos consumidores.

Apesar de a reformulação ter como objetivo a harmonização das disposições nacionais, a coordenação de regras e a garantia de igualdade de condições de proteção para os consumidores e de concorrência para os distribuidores é de salientar a referência de que esta não deverá impedir os Estados-Membros de manterem ou introduzirem disposições mais rigorosas para proteger os clientes.

Acolhemos também favoravelmente todas as melhorias ao nível das informações prestadas aos consumidores, a par da garantia de formação e desenvolvimento profissional contínuos dos trabalhadores.

Todavia, acreditamos que a Diretiva continuará a não providenciar o nível desejado de transparência no sector segurador como um todo. Além disso, não acolhemos favoravelmente a preocupação de promover um mercado interno de produtos e serviços de seguros dos ramos vida e não-vida, pois o mesmo beneficiará somente os interesses das grandes empresas financeiras.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto in favore al suddetto progetto di risoluzione legislativa sulla intermediazione assicurativa, poiché mira ad armonizzare le disposizioni nazionali in materia di distribuzione assicurativa senza impedire agli Stati membri di mantenere o adottare disposizioni più rigorose per tutelare i consumatori.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Smernica Európskeho parlamentu bola prepracovaná najmä v záujme jasnosti, ale aj lepšej ochrany spotrebiteľov. Je zameraná na minimálnu harmonizáciu a tým umožňuje členským štátom, aby v prípade vlastného rozhodnutia ponechali pôvodné ustanovenia, alebo zaviedli prísnejšie, avšak primárnym cieľom by mala byť ochrana zákazníkov – spotrebiteľov. Ide najmä o to, aby bola zabezpečená rovnaká úroveň ochrany zákazníka kupujúceho poisťný produkt a aby sa rozsah pôsobnosti tejto smernice vzťahoval nielen na poisťovne a ich sprostredkovateľov, ale aj na iných účastníkov trhu predávajúcich poisťné produkty v rámci doplnkovej činnosti.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore di questa relazione in quanto l'armonizzazione minima del settore assicurativo prevista sembra soddisfare le richieste dei cittadini dell'UE.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Καταψηφίζω την πρόταση οδηγίας καθώς στην ουσία επιβάλλεται στα κράτη μέλη να ακολουθήσουν και να υιοθετήσουν συγκεκριμένες θέσεις ως προς τη διανομή ασφαλιστικών ή αντασφαλιστικών προϊόντων. Δεν μπορεί, όμως, ένα κράτος με εύθραυστη οικονομία να ανταπεξέλθει σε αυτές τις θέσεις όπως ένα κράτος με υγιή οικονομία. Το περιεχόμενο της πρότασης δεν ανταποκρίνεται στην Ελληνική πραγματικότητα.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome the supplementary report by Werner Langen, whom I would like to congratulate on the outcome of the directive's recast. I also welcome the outcome of the negotiations with the Council to broaden the scope of the directive, to strengthen rules on transparency and to align the rules regarding investment products with the Markets in Financial Instruments Directive (MIFID). I believe it will improve the way insurance products are sold and the level of protection for consumers and retail investors. And these outcomes are achievable only through greater transparency on price and costs, the prevention of conflicts of interest, and better information and advice when selling products.

I strongly support the reinforcement of the 'tying practices' rules, so that when insurance products are offered with another good or service, consumer will have the option of buying the main good without insurance. Sanctions and reporting infractions are also important: Member States have to ensure, when transposing the directive, that their competent authority will impose administrative sanctions and other measures applicable to all infringements of the national provisions, and take all necessary measure to ensure that they are implemented.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A biztosítási alkuszok, biztosítási közvetítők tevékenységének szabályozását világszerte már valamennyi kormány napirendre tűzte, köztük a magyar kormány is kidolgozta javaslatát. Az Európai Bizottság is felismerte a fogyasztóvédelem jelentőségét, a múltban ugyanis különféle belső piaci intézkedésekkel igyekezett a határokon átnyúló közvetítői tevékenységet is támogatni, ma már azonban tudjuk, hogy a fogyasztóvédelem önmagában is elősegíti a belső piac növekedését. A nagyobb fokú harmonizációra minden érintett fél érdekében szükség van, azonban egyes tagállamok számára olyan szigorúnak bizonyulhatnak az előírások, hogy azok piaci akadályt képeznek.

Ami a tájékoztatási követelményeket illeti, úgy gondolom, hogy a javadalmazási rendszer átláthatóságára valóban szükség van, amennyiben az ügyfelek igénylik, azonban a felülről jövő szabályozás felesleges bürokráciához vezethet. Úgy vélem, hogy Langen úr áldozatos munkája végén végül egy olyan rendszert sikerült kidolgozni, amely a fogyasztók érdekében működik. Természetesen sokszor a 28 tagállam mindegyike úgy hiszi, az ő rendszere a legjobb, ez így azonban nem jelent egységes belső piacot. Ha valaki átment egy képesítési rendszeren, akkor azt el kell ismerni a többi tagállamban is. A jelenlegi javaslat enyhíteni fogja a mostani rendszer sokszor nehézkes működését, ezért szavazatommal támogattam azt.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Számomra a fogyasztók érdekeinek védelme kulcsfontosságú kérdés, ezért támogatom az irányelvet, mely minimális harmonizációt tűz ki célként, és nem akadályozhatja meg a tagállamokat abban, hogy szigorúbb rendelkezéseket tartsanak fenn, illetve vezessenek be az ügyfelek védelme érdekében, amennyiben e rendelkezések összhangban vannak az uniós joggal, beleértve ezt az irányelvet is. Egyetértek azzal, hogy a fogyasztóknak az értékesítési csatornák közötti eltérések ellenére azonos szintű védelemben kell részesülniük.

Annak biztosítása érdekében, hogy azonos szintű védelem érvényesüljön, valamint hogy a fogyasztók javát összehasonlítható standardok szolgálják, különösen az információk nyilvánosságra hozatala terén, elengedhetetlen az értékesítők közötti egyenlő versenyfeltételek biztosítása. Üdvözlöm, hogy az általános elvek, amilyen az összeférhetetlenség, átláthatóság és az ügyfelek tájékoztatása, kiemelt figyelmet kap a jelentésben.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor considerando que la propuesta de la Comisión no contiene ninguna modificación de fondo y que se limita a una codificación pura y simple de los textos existentes, sin ninguna modificación sustancial de estos. El objeto principal de la refundición es armonizar las disposiciones nacionales relativas a la distribución de seguros por lo que no debe excluir que los Estados miembros mantengan o adopten disposiciones más estrictas para proteger a los clientes.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Directiva que pretende aumentar la transparencia y los derechos de los consumidores en el mercado de los seguros. En particular, se busca evitar que los usuarios de servicios financieros se vean obligados a aceptar la compra de seguros cuando contraten con entidades financieras.

Este tipo de normas contribuyen a asegurar una estricta regulación de los mercados y productos financieros, lo que es especialmente necesario tras la crisis iniciada en el verano de 2007, que puso de relieve las muy negativas consecuencias de la desregulación promovida por las políticas neoliberales. La agenda por la regulación financiera es una prioridad de los socialistas y socialdemócratas europeos, y por tanto seguiremos trabajando en esta línea a lo largo de toda esta legislatura.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Directiva que pretende aumentar la transparencia y los derechos de los consumidores en el mercado de los seguros. En particular, se busca evitar que los usuarios de servicios financieros se vean obligados a aceptar la compra de seguros cuando contraten con entidades financieras.

Este tipo de normas contribuyen a asegurar una estricta regulación de los mercados y productos financieros, lo que es especialmente necesario tras la crisis iniciada en el verano de 2007, que puso de relieve las muy negativas consecuencias de la desregulación promovida por las políticas neoliberales. La agenda por la regulación financiera es una prioridad de los socialistas y socialdemócratas europeos, y por tanto seguiremos trabajando en esta línea a lo largo de toda esta legislatura.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della direttiva sull'intermediazione assicurativa, che introdurrà dal 2017 novità attese da tempo da consumatori e intermediari assicurativi. Ci sarà finalmente più trasparenza, i consumatori potranno avere finalmente più chiarezza sui reali dati di un prodotto assicurativo, dai costi alla durata, sino ai bonus previsti, più protezione dei consumatori ma anche una maggior valorizzazione del ruolo degli intermediari assicurativi e più controllo da parte delle autorità di vigilanza.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione legislativa del PE che accoglie l'accordo con il Consiglio sulla direttiva relativa all'intermediazione e distribuzione assicurativa (IDD), perché completa il mercato unico dei servizi assicurativi e specificatamente va ad arginare l'eccessiva frammentazione degli intermediari e dei prodotti assicurativi provocata dalla crisi finanziaria, favorendo una concorrenza equa e rafforzando i diritti dei consumatori.

Gli Stati membri avranno due anni per recepire nel diritto interno la nuova legislazione. Quest'ultima si pone obiettivi molto ambiziosi, costituendo un importante passo in avanti rispetto alla direttiva sull'intermediazione assicurativa, poiché estende il campo di applicazione anche alla distribuzione assicurativa. La nuova direttiva mira a creare condizioni di parità nel mercato delle assicurazioni al dettaglio e dei relativi intermediari, a ridurre gli oneri di accesso transfrontaliero (aumentando le possibilità di scelta), stabilisce un unico sistema di registrazione per gli intermediari. Essa, inoltre, introduce un principio di proporzionalità in favore degli intermediari di prodotti assicurativi.

Infine, il PE ha contribuito a introdurre nella direttiva aspetti qualificanti, e specificatamente le norme volte a rafforzare i requisiti di qualificazione degli intermediari, la trasparenza delle commissioni dei venditori, la standardizzazione dei documenti informativi, volti a spiegare il rischio, il tipo e la portata dei prodotti assicurativi.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht über den Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Versicherungsvermittlung (IDD) gestimmt, da ich den Ansatz unterstütze und meine EKR-Fraktion zahlreiche Impulse für mehr Verbraucherfreundlichkeit geben konnte. Mit der IDD gelten die Regeln für die Versicherungsvermittlung nun für alle Marktteilnehmer, die Versicherungen verkaufen – also beispielsweise auch für Reisebüros und Autovermietungsfirmen, sofern es sich nicht um „Kleinstversicherungen“ handelt. Zudem müssen Versicherungsunternehmen den Kunden Informationen über die Art der Vergütung, die ihre Angestellten beim Vertrieb von Versicherungsprodukten erhalten, zukommen lassen und bei bestimmten komplexen Lebensversicherungsprodukten auch über die Gesamtkosten des Versicherungsvertrags einschließlich Beratungs- und Dienstleistungskosten. Das ist gut für die Verbraucher.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Mit dem heutigen Bericht erhöhen wir die Transparenz für den Verbraucher. Gleichzeitig ist gewährleistet, dass gerade kleinere Versicherungsunternehmen zukünftig mehr Rechtssicherheit genießen. Weiterhin wird der Zugang zu grenzübergreifenden Versicherungssystemen verbessert. Kunden können damit Leistungen einzelner Anbieter besser und schneller vergleichen.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because it is crucial consumers understand the risks, costs and features of all insurance products. It is also important that those selling insurance have relevant knowledge and competence. By ending the fragmentation of insurance rules across Europe we can help foster cross-border sales and build on the single market.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – Today I supported this report as it aims to improve how insurance goods are sold to consumers. It encourages greater clarity and understanding of the cost and process involved in all insurance goods and products. I welcome this legislation as it outlines means to achieve a level playing field for all those involved in the insurance selling sector.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Con esta Directiva se enmienda la anterior legislación relativa a la venta de seguros por parte de intermediarios (o corredores de seguros). La legislación busca aumentar la transparencia en el mercado asegurando una igualdad de condiciones para los distintos actores. Sin embargo, la Directiva no ha llegado tan lejos como podría: los corredores siguen sin verse obligados a informar a los clientes de las comisiones que cobran y las exigencias de transparencia no se aplicarán al conjunto del mercado de los seguros. Por ello, hemos optado por abstenernos en la votación.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I support this legislation as it ensures consumers understand the risks, costs and features of all insurance products. Those selling insurance will also be required to have relevant knowledge and competence. By ending the fragmentation of insurance rules across Europe it should also help foster cross-border sales and build on the single market.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – Mardi 24 novembre, j'ai voté en faveur d'un texte visant à renforcer d'ici deux ans les règles régissant le secteur des assurances, afin de mieux contrôler l'activité des courtiers et autres intermédiaires et d'améliorer l'information délivrée aux consommateurs. En effet, plus de 70 % des produits d'assurance sont vendus sans que soient fournis au consommateur des conseils adéquats.

Avec ce texte, les vendeurs de contrats d'assurance devront se faire enregistrer auprès des autorités de leur pays, mais également auprès de l'Autorité européenne des assurances et des pensions professionnelles, basée à Francfort, qui vérifiera qu'ils sont dûment qualifiés.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted for the supplementary report on the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council on insurance mediation because it means Member States shall ensure that competent authorities monitor the insurance and reinsurance markets, including the market for ancillary insurance products which are marketed, distributed or sold in, or from, their Member States.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Directiva que pretende aumentar la transparencia y los derechos de los consumidores en el mercado de los seguros. En particular, se busca evitar que los usuarios de servicios financieros se vean obligados a aceptar la compra de seguros cuando contraten con entidades financieras.

Este tipo de normas contribuyen a asegurar una estricta regulación de los mercados y productos financieros, lo que es especialmente necesario tras la crisis iniciada en el verano de 2007, que puso de relieve las muy negativas consecuencias de la desregulación promovida por las políticas neoliberales. La agenda por la regulación financiera es una prioridad de los socialistas y socialdemócratas europeos, y por tanto seguiremos trabajando en esta línea a lo largo de toda esta legislatura.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A biztosítási alkuszok, biztosítási közvetítők tevékenységének szabályozását világszerte már valamennyi kormány napirendre tűzte, köztük a magyar kormány is kidolgozta javaslatát. Az Európai Bizottság is felismerte a fogyasztóvédelem jelentőségét, a múltban ugyanis különféle belső piaci intézkedésekkel igyekezett a határokon átnyúló közvetítői tevékenységet is támogatni, ma már azonban tudjuk, hogy a fogyasztóvédelem önmagában is elősegíti a belső piac növekedését. A nagyobb fokú harmonizációra minden érintett fél érdekében szükség van, azonban egyes tagállamok számára olyan szigorúnak bizonyulhatnak az előírások, hogy azok piaci akadályt képeznek.

Ami a tájékoztatási követelményeket illeti, úgy gondolom, hogy a javadalmazási rendszer átláthatóságára valóban szükség van, amennyiben az ügyfelek igénylik, azonban a felülről jövő szabályozás felesleges bürokráciához vezethet. Úgy vélem, hogy a jelentéstevő áldozatos munkája eredményeként végül egy olyan modellt sikerült kidolgozni, amely a fogyasztók érdekében működik. A jelenlegi javaslat enyhíteni fogja a mostani rendszer sokszor nehézkes működését, ezért a néppárti magyar delegáció tagjaként szavazatommal támogattam azt.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Η Κυπριακή οικονομία αποτελείται από πολύ μικρές και μικρομεσαίες επιχειρήσεις για τις οποίες η κοινή ευρωπαϊκή αγορά έπαιξε πολύ αρνητικό ρόλο. Θεωρούμε πως η οδηγία για μετεγκατάσταση των εταιριών καταπατά τα εργασιακά και συλλογικά δικαιώματα των εργαζομένων, καθώς επιτρέπει στις εταιρίες να εγκατασταθούν σε κράτη μέλη με πιο χαμηλή φορολόγηση και κοινωνικές παροχές, πιέζοντας έτσι προς τα κάτω την κοινωνική ασφάλιση και τους μισθούς των εργαζομένων.

Η απόψη ήταν η ενδεχόμενη στάση στην λόγω έκθεση γιατί ενώ περιέχει κάποια θετικά στοιχεία, ωστόσο δεν βελτιώνει την οδηγία τόσο που να μπορεί να υπερηφιστεί. Η έκθεση από τη μια προωθεί και διευκολύνει την μετεγκατάσταση ασφαλιστικών εταιριών σε όλη την επικράτεια της Ένωσης, με τις υποχρεώσεις των εταιριών να παραμένουν στο κράτος προέλευσης. Από την άλλη, όμως, διασφαλίζει τουλάχιστο τα δικαιώματα του κράτους υποδοχής της εταιρίας να δρα σε περίπτωση απάτης και με ποινικές κυρώσεις, όχι μόνο διοικητικές.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the revised Insurance Mediation Directive (IMD2). This proposal addresses cross-sectoral inconsistencies which, when combined with a low level of cross-border purchasing, are detrimental to consumers. In comparison to IMD1, the new rules clearly reinforce consumer protection. Of particular use to the everyday consumer is the fact that the directive clarifies tying practices, so when insurance products are purchased together with goods, the consumer must be informed about the prices of all the individual components and must be offered the opportunity to buy the products separately.

From a seller's perspective, the proposal differentiates between the various selling channels for insurance products and therefore imposes a less burdensome registration and professional qualification requirement on those selling simple insurance products.

Overall, this proposal aims to ensure a level playing field for all those involved in selling insurance products and to improve policyholder advice, transparency and protection.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this proposal as it seeks to improve regulation in the retail insurance market. Crucially it aims to ensure a level playing field between all participants involved in the selling of insurance products and also attempts to strengthen policyholder protection. Under this new proposal both consumers and retail investors buying insurance products will benefit from greater transparency with better and more comprehensible information.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – Whilst the legislation calls for the level of consumer protection to be raised, it does so only to reduce the need for varying national measures. It increases the scope of firms covered by EU regulation and the powers of EIOPA and, although it reduces the regulatory burden for SMEs selling travel and car rental insurance, it gives the Commission more powers to issue delegated acts.

Hans-Olaf Henkel (ECR), in writing. – The Insurance Mediation Directive proposal has now been agreed in trilogue with Council. It covers sales of general insurance products and takes into account the whole distribution chain. The Directive's approach is geared towards minimum harmonisation, which means that the Member States would have enough flexibility to continue with existing practices. This Directive includes enhanced information about prices and costs of products, the indication of whether the seller has an incentive or receives a commission for selling a product and the introduction of a Standardised Product Information document for non-life insurance products, aiming to give consumers key elements in a standard format to help them make an informed decision.

Since many of the problematic elements (such as the requirements for professional development, which were subsequently set at a more proportionate 15 hours a year, and the possibility to unbundle a product from its insurance) were resolved during trilogue, I voted in favour of the report.

By the way, in my opinion, the euro must be abolished: it leads to dissension and discord in Europe.

György Hölvényi (PPE), írásban. – A biztosítási alkuszok, biztosítási közvetítők tevékenységének szabályozását világszerte már valamennyi kormány napirendre tűzte, köztük a magyar kormány is kidolgozta javaslatát. Az Európai Bizottság is felismerte a fogyasztóvédelem jelentőségét, a múltban ugyanis különféle belső piaci intézkedésekkel igyekezett a határokon átnyúló közvetítői tevékenységet is támogatni. Ma már azonban tudjuk, hogy a fogyasztóvédelem önmagában is elősegíti a belső piac növekedését. A nagyobb fokú harmonizációra minden érintett fél érdekében szükség van. Azonban egyes tagállamok számára olyan szigorúnak bizonyulhatnak az előírások, hogy azok piaci akadályt képeznek.

Ami a tájékoztatási követelményeket illeti, úgy gondolom, hogy a javadalmazási rendszer átláthatóságára valóban szükség van, amennyiben az ügyfelek igénylik. Kiemelve, a felülről jövő szabályozás felesleges bürokráciához vezethet. Úgy vélem, hogy Langen úr áldozatos munkája révén végül egy olyan rendszert sikerült kidolgozni, amely a fogyasztók érdekében működik. Természetesen sokszor a 28 tagállam mindegyike úgy hiszi, az ő rendszere a legjobb, ez így azonban nem jelent egységes belső piacot. Ha valaki átment egy képesítési rendszeren, akkor azt el kell ismerni a többi tagállamban is. A jelenlegi javaslat enyhíteni fogja a mostani rendszer sokszor nehézkes működését, ezért szavazatommal támogattam azt.

Ian Hudghton (Verts/ALE), in writing. – This proposal will strengthen consumers' rights in the field of insurance products. I welcome the changes and I voted in favour of the report.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Glasovao sam za izvješće o prijedlogu direktive Europskog parlamenta i Vijeća o posredovanju u osiguranju koje donosi preinake nekih dijelova s ciljem osiguravanja ravnopravne tržišne utakmice između svih sudionika uključenih u prodaju osiguranja proizvoda i jačanje zaštite police u konkretnim uvjetima. U usporedbi s IMD1, nova pravila u IMD2, jasno pojačavaju zaštitu potrošača. Prije svega, nova Direktiva pojašnjava tzv. praksu o vezivanju. Kad god se proizvod osiguranja prodaje zajedno s robom (npr. avionska karta i osiguranje uz nju), potrošač mora biti obaviješten o cijenama pojedinih komponenti i mora mu biti ponudena mogućnost da ih kupuje zasebno. Nadalje, nova pravila spominju također proširenje opsega primjene IMD1 svim distribucijskim kanalima (npr. iznajmljivanje automobila). Smatram da se time doprinosi većem stupnju transparentnosti, te kvalitetnijem djelovanju u području osiguranja.

Jean-François Jalkh (ENF), par écrit. – Ce texte promeut une réglementation du marché de l'intermédiation de l'assurance favorable aux souscripteurs et aux indépendants. Le rapport modifie la directive MIF2 et les fondements de l'exercice de la profession de courtier, notamment en ce qui concerne la définition d'un intermédiaire indépendant.

Les sociétés d'assurance et les banques ne pourront plus étouffer les conseillers indépendants et exercer le monopole de cette activité professionnelle.

L'objectif fixé de réglementer l'intégralité du secteur de l'assurance en y intégrant tous les intermédiaires et d'offrir aux clients une information plus complète, est une vraie avancée que nous saluons. J'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. – Whilst the legislation calls for the level of consumer protection to be raised, it does so only to reduce the need for varying national measures. It increases the scope of firms covered by EU regulation and the powers of EIOPA and, although it reduces the regulatory burden for SMEs selling travel and car rental insurance, it gives the Commission more powers to issue delegated acts.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Directiva que pretende aumentar la transparencia y los derechos de los consumidores en el mercado de los seguros. En particular, se busca evitar que los usuarios de servicios financieros se vean obligados a aceptar la compra de seguros cuando contraten con entidades financieras.

Este tipo de normas contribuyen a asegurar una estricta regulación de los mercados y productos financieros, lo que es especialmente necesario tras la crisis iniciada en el verano de 2007, que puso de relieve las muy negativas consecuencias de la desregulación promovida por las políticas neoliberales. La agenda por la regulación financiera es una prioridad de los socialistas y socialdemócratas europeos, y por tanto seguiremos trabajando en esta línea a lo largo de toda esta legislatura.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Navrhovanou směrnicí o zprostředkování pojištění jsem podpořil ze dvou hlavních důvodů. Tím prvním bylo zvýšení transparentnosti a přehlednosti na trhu pro evropské spotřebitele, pro které je problematika pojištění v dnešní době nesmírně komplikovaná, čehož někteří zprostředkovatelé využívají. Druhým důvodem je pak jasné zavedení celoevropských pravidel, což uvítají i firmy podnikající na unijním trhu.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Werner Langen sur l'intermédiation en assurance. Ce rapport établit une nouvelle directive relative à la distribution en assurances, pour mieux organiser les métiers des intermédiaires en assurance. Ces métiers devront respecter notamment des exigences d'informations, de conseils et de protection des clients et seront contraints d'être enregistrés dans leur État membre d'origine pour pouvoir exercer partout en Europe. Désormais il sera donc plus aisé et plus sûr pour les consommateurs de souscrire à une assurance.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – L'objet de ce rapport est de renforcer la protection des consommateurs dans le secteur des assurances et, plus spécifiquement, de contrôler l'activité des intermédiaires et des courtiers en assurances en leur imposant un certain nombre d'obligations, notamment relatives aux informations où à la transparence des offres.

J'ai donc voté en faveur de ce texte.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Ich habe diesem Bericht zugestimmt, da der bestehende Vorschlag für eine Richtlinie über Versicherungsvermittlung aus dem Jahr 2002 stammt und dringend novelliert werden muss. Mittlerweile müssen umfangreiche Anpassungen vorgenommen werden, da in den vergangenen 14 Jahren der Versicherungs- und Finanzsektor zahlreiche substantielle Veränderungen erlebt hat. Zugleich sollte auch berücksichtigt werden, dass der Versicherungssektor teilweise für die Finanzkrise mitverantwortlich gemacht wird, da der Vorwurf im Raum steht, dass zahlreiche Kunden zum Abschluss von Versicherungspolizen aus rein spekulativen Zielen verleitet wurden. Nun wird der Versuch unternommen, den Vorgaben der europäischen Finanzaufsichtsbehörden ESMA (Wertpapier- und Marktaufsicht) und EIOPA (Versicherungswesen und betriebliche Altersversorgung) gerecht zu werden und gleichzeitig dem Endkunden mehr Transparenz, mehr Flexibilität und mehr Informationen zu bieten.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā balsoju par priekšlikumu Eiropas Parlamenta un Padomes direktīvai par apdrošināšanas starpniecību. Šis likums paredz paplašināt jomu, uz ko attiecas šī direktīva un kam tā būtu jāievēro, iekļaujot visus pakalpojuma nodrošinātājus. Ir harmonizēti šo pakalpojumu sniedzēju uzraudzības un sodīšanas noteikumi Eiropas Savienībā. Jaunie noteikumi ievieš produkta informācijas dokumentu, kas labāk informēs pircēju par pakalpojumu, kuru tas iegādājas. Uzlabojumi likumā dos patērētājam lielāku aizsardzību visās dalībvalstīs. Sagaidāms, ka tie arī ļaus patērētājam izvēlēties sev vispiemērotāko apdrošinātāju par viszemāko cenu.

Ņemot vērā augstāk minētos apsvērumus, balsoju par šo direktīvas priekšlikumu.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this legislation as it ensures consumers understand the risks, costs and features of all insurance products. Those selling insurance will also be required to have relevant knowledge and competence. By ending the fragmentation of insurance rules across Europe it should also help foster cross-border sales and build on the single market.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A biztosítási alkuszok, biztosítási közvetítők tevékenységének szabályozását világszerte már valamennyi kormány napirendre tűzte, köztük a magyar kormány is kidolgozta javaslatát. Az Európai Bizottság is felismerte a fogyasztóvédelem jelentőségét, a múltban ugyanis különféle belső piaci intézkedésekkel igyekezett a határokon átnyúló közvetítői tevékenységet is támogatni, ma már azonban tudjuk, hogy a fogyasztóvédelem önmagában is elősegíti a belső piac növekedését. A nagyobb fokú harmonizációra minden érintett fél érdekében szükség van, azonban egyes tagállamok számára olyan szigorúnak bizonyulhatnak az előírások, hogy azok piaci akadályt képeznek.

Ami a tájékoztatási követelményeket illeti, úgy gondolom, hogy a javadalmazási rendszer átláthatóságára valóban szükség van, amennyiben az ügyfelek igénylik, azonban a felülről jövő szabályozás felesleges bürokráciához vezethet. Úgy vélem, hogy Langen úr áldozatos munkája végén végül egy olyan rendszert sikerült kidolgozni, amely a fogyasztók érdekében működik. Természetesen sokszor a 28 tagállam mindegyike úgy hiszi, az ő rendszere a legjobb, ez így azonban nem jelent egységes belső piacot. Ha valaki átment egy képesítési rendszeren, akkor azt el kell ismerni a többi tagállamban is. A jelenlegi javaslat enyhíteni fogja a mostani rendszer sokszor nehézkes működését, ezért szavazatommal támogattam azt.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di dare il mio voto favorevole a questa proposta di direttiva del Parlamento europeo e del Consiglio. Questo provvedimento stabilisce regole nuove per i distributori di assicurazione e riassicurazione nell'UE, a favore dei cittadini e dei consumatori. A garanzia di quest'ultimi, infatti, è prevista la registrazione presso un'autorità competente di tutti i soggetti che distribuiscono servizi assicurativi. Sempre ai fini di salvaguardia dei diritti del consumatore, sono previste una serie di regole che garantiscono che le comunicazioni di marketing indirizzate ai clienti dei distributori assicurativi siano corrette e mai fuorvianti.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la proposition de directive du Parlement européen et du Conseil sur l'intermédiation en assurance.

Le rapport soutient une réglementation du marché de l'intermédiation de l'assurance favorable aux souscripteurs et aux indépendants. Il modifie substantiellement la directive MIF2 et les fondements de l'exercice de la profession de courtier. Les sociétés d'assurance et les banques ne pourront plus étouffer les conseillers indépendants et exercer le monopole de cette activité professionnelle, ce qui est une chose positive.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a contener elementos positivos sobre la protección de los consumidores, el resultado del diálogo tripartito no contribuirá a mejorar la transparencia del sector.

La Directiva establece una mayor protección de los consumidores, así como la mejora de la información y la transparencia en determinados productos. Sin embargo, deja fuera la aseguración de las inversiones y los productos financieros, que es un complejo entramado que en ocasiones puede ocultar operaciones especulativas basadas en una gestión de riesgo. Para evitar impactos que pueden llegar a alcanzar incluso a la deuda soberana, como ocurrió durante 2012, es necesaria una total transparencia en relación con estas actividades, algo que esta Directiva no propone. Por todo ello no he podido votar a favor.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Právní rámec poskytování pojištění si mají řešit státy na své úrovni, nikoliv EU.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Nedavne finansijske turbulencije ukazale su na važnost osiguravanja učinkovite zaštite potrošača i usklađivanje distribucije proizvoda osiguranja. Dužnost država članica je omogućiti da posrednici u osiguranju, reosiguranju i dodatnom osiguranju uredno obavljaju poslove u cijeloj Uniji, te provedbi djelotvornog nadzora u skladu s rizikom. Direktiva se odnosi i na poduzeća čija je redovita djelatnost pružanje investicijskih usluga ili obavljanje investicijskih aktivnosti na profesionalnoj osnovi. Direktivom se promiče i ravnopravno tržišno natjecanje.

Podržala sam izvješće zastupnika Langena, jer smatram da je tržište osiguranja i dalje vrlo fragmentirano. Važno je osigurati bolju transparentnost i dostupnost svih pravila primjenjivih na distribuciju osiguranja. To su preduvjeti uspostave jedinstvenog tržišta i zaštite ulagača.

Νότης Μαριάς (ECR), γραπτώς. – Απέχω από την ψηφοφορία της συμπληρωματικής έκθεσης σχετικά με την πρόταση οδηγίας του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου που αφορά την ασφαλιστική διαμεσολάβηση, διότι δεν είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour. Cette directive sur l'intermédiation (DIA 2) fait suite à la directive DIA 1 de décembre 2002 qui visait une plus forte concurrence sur le marché unique tout en uniformisant les produits offerts aux consommateurs, le tout avec un contrôle des compétences et de l'honorabilité des intermédiaires.

La DIA 2 est une refonte de DIA 1, dont elle étend le champ d'action pour inclure les acteurs plus récents offrant des assurances comme les bancassureurs, les comparateurs, les agences de voyages... Elle renforce également les exigences de compétences professionnelles et leur devoir de conseil. Cela permettra de réglementer l'intégralité du secteur de l'assurance et d'offrir aux clients une information la plus complète possible, tout en s'écartant des lobbies bancaires.

David Martin (S&D), *in writing*. – I supported this proposal. The main objective of this recast is to harmonise national provisions concerning insurance distribution, and, since that activity is carried out across the Union, this new directive should be based on Article 53(1) and Article 62 of the Treaty on the Functioning of the European Union (TFEU). The form of a directive is appropriate in order to enable the implementing provisions in the areas covered by the directive to be adjusted, as necessary, to any existing specificities of the particular market and legal system in each Member State. This directive should also aim at coordinating national rules concerning access to the activity of insurance and reinsurance distribution.

However, the Directive is aimed at minimum harmonisation and should therefore not preclude Member States from maintaining or introducing more stringent provisions in order to protect customers, provided that such provisions are consistent with Union law, including this directive.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla proposta di direttiva del Parlamento europeo e del Consiglio sulla intermediazione assicurativa.

Scopo principale della relazione consiste nello stabilire le disposizioni nazionali e regole in materia di distribuzione assicurativa nell'UE, affinché suddette disposizioni siano adeguate, ove necessario, alle specificità del mercato di ciascuno Stato membro, nei settori contemplati dalla direttiva.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die derzeitige Richtlinie stammt aus dem Jahr 2002. Seither hat sich der Versicherungs- und Finanzsektor durch zahlreiche andere Verordnungen und durch die Schaffung von Agenturen stark verändert, sodass auch bei der Vermittlung von Versicherungen Anpassungen vorgenommen werden müssen, die dem Kunden mehr Transparenz bieten, mehr Flexibilität und mehr Informationen über Ausfälle, Abdeckung etc. Im Rahmen von ESMA und EIOPA ergibt diese Anpassung durchaus einen Sinn, da auch die Versicherungsbranche teilweise mitverantwortlich war für die Finanzkrise und arglose Kunden oft Versicherungen abgeschlossen haben, deren Ziel eine Spekulation auf einen Ausfall war. Daher stimme ich diesem Bericht zu.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – L'intermédiation en assurance ou en réassurance est l'activité qui consiste à présenter, proposer ou aider à conclure des contrats d'assurance ou de réassurance ou à réaliser d'autres travaux préparatoires à leur conclusion.

Le rapport qui nous est soumis vise à préciser et à apporter de nouveaux éléments d'harmonisation du travail des intermédiaires en assurance au sein de l'Union européenne. Si le texte renforce l'encadrement de ces intermédiaires il a néanmoins pour but principal «de promouvoir un véritable marché intérieur des produits et services d'assurance-vie et non-vie». Opposé à une pénétration toujours plus importante des marchés par les régimes d'assurance privée je m'abstiens sur ce texte qui les réglemente à la marge.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le rapport soutient une réglementation du marché de l'intermédiation de l'assurance favorable aux souscripteurs et aux indépendants. Il modifie substantiellement la directive MIF2 et les fondements de l'exercice de la profession de courtier, notamment en ce qui concerne la définition d'un intermédiaire indépendant. Les sociétés d'assurance et les banques ne pourront plus étouffer les conseillers indépendants et exercer le monopole de cette activité professionnelle.

Il était temps que le Parlement Européen ne donne pas tous les pouvoirs aux lobbies bancaires et d'assurances et qu'il permette de façon durable l'exercice de ce métier à des personnes tout aussi compétentes. Je me félicite donc de l'intelligence de ce rapport. L'objectif fixé de réglementer l'intégralité du secteur de l'assurance en y intégrant tous les intermédiaires et d'offrir aux clients une information plus complète, est une vraie avancée. En conséquence, je vote favorablement.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente o projeto de resolução legislativa do Parlamento Europeu sobre a proposta de reformulação da Diretiva relativa à mediação de seguros.

Trata-se de uma proposta de reformulação de uma legislação da União em que o Parlamento apresenta alterações à proposta da União.

A nova diretiva de mediação de seguros revê o enquadramento legislativo que regula a distribuição de seguros nos diversos Estados-Membros da União Europeia, favorecendo a transparência da atividade e o conhecimento dos consumidores relativamente aos produtos de seguros.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this proposal as it aims to ensure a level playing field for all those involved in the selling of insurance products and to improve the protection of insurance policyholders.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Je me réjouis que le Parlement européen ait adopté cette directive qui vise à garantir une concurrence loyale des produits d'assurance et à renforcer les droits des consommateurs.

Dans ce secteur aussi sensible, il était important de demander aux distributeurs de produits d'assurance de s'enregistrer auprès d'une autorité compétente dans leur État membre d'origine. De plus, vu la complexité de certains produits d'assurance, il était essentiel que les consommateurs disposent d'informations claires sur les coûts totaux des contrats d'assurance. Dans le même sens, ils devront également recevoir un document en langage clair et simple informant sur le produit, et ce avant qu'ils signent un contrat.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Cieľom smernice je harmonizovať vnútroštátne ustanovenia v činnosti distribúcie poistenia, pretože na zabezpečenie efektívnej ochrany a nediskriminácie je potrebné zaistiť na vnútornom trhu rovnaké podmienky medzi distribútormi služby, vzájomné uznávanie znalostí a posilniť dôveru zákazníkov. Smernica sa uplatňuje na osoby činné v poskytovaní poistenia alebo zaistenia tretím stranám a na osoby, ktorých činnosť spočíva v poskytovaní informácií o zmluvách o poistení.

Členské štáty majú právo ponechať si alebo zaviesť prísnejšie ustanovenia smerujúce k ochrane zákazníkov a spotrebiteľov vzhľadom na to, že smernica má za úlohu stanoviť minimálne povinnosti, ktoré je potrebné dodržiavať v informovaní zákazníkov zo strany distribútorov služieb. Vnímam pozitívne, že prijatie smernice nemá byť záťažou pre malých a stredných distribútorov.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report on insurance mediation, which will improve the way insurance products are sold and will improve consumers' and retail investors' protection, notably through greater transparency on price and costs, the prevention of conflicts of interest, better information and advice when selling products, and more professional qualifications for sellers to match the complexity of products. This will allow the way that insurance products are sold to be improved, notably regarding the information and advice delivered to consumers.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság 2012-ben tett javaslatot a biztosítási közvetítésről szóló európai parlamenti és tanácsi irányelv elfogadására. A javaslatról a Belső Piaci és Fogyasztóvédelmi Bizottság valamint a Jogi Bizottság véleményére támaszkodva a Gazdasági és Monetáris Bizottság jelentést fogadott el, amit az Európai Parlament 2014. február 26-i ülésén megtárgyalt, és azok alapján módosító indítványokat tett. Az Elnökök Értekezlete 2014. szeptember 18-i határozatában a kérdést a hetedik parlamenti ciklus befejezetlen ügyei közé sorolta. A kérdés lezárása érdekében Gazdasági és Monetáris Bizottság kiegészítő jelentést fogadott el, amelyben a Bizottság javaslatát a Palamentnek módosításokkal elfogadásra ajánlja. A tervezetet támogattam.

Bernard Monot (ENF), par écrit. – Ce rapport porte sur la modification de la directive sur l'intermédiation en assurances (DIA1) de 2002 qui avait pour objectif de permettre une plus forte concurrence sur le marché unique.

Cependant, la mise en œuvre de DIA1 a été compliquée et a créé des distorsions de marché, et la crise financière de 2008 a poussé à accroître la stabilité du marché de l'assurance.

DIA2 a donc comme objectif de corriger les défauts de DIA1 en assurant une meilleure protection du souscripteur et une meilleure réglementation de l'activité d'intermédiation en assurances.

Tout d'abord, DIA2 étend son champ d'application à tous les canaux de distribution des produits d'assurance et le processus d'immatriculation est modifié afin de créer un registre unique. DIA2 prévoit aussi la mise à disposition pour le client ou pour la recherche de nouvelles informations comme le mode de rémunération du vendeur et le statut de l'intermédiaire. Les exigences de compétences professionnelles et le devoir de conseil sont renforcés. Enfin, en adoptant les mesures prévues par la directive MIFID, DIA2 intègre la vérification des compétences du client en matière de finance et d'assurances, et la mise à disposition pour le souscripteur des risques de pertes en capital.

Sophie Montel (ENF), par écrit. – Ce rapport concerne la directive sur l'intermédiation en assurance (DIA2), qui fait suite à la DIA1 de 2002 dont l'objectif était de permettre une plus forte concurrence sur le marché unique tout en uniformisant les produits mis à la disposition du consommateur et en imposant le contrôle des compétences des intermédiaires.

La crise de 2008 a révélé les carences de ce dispositif et l'interprétation très libres des États membres de la DIA1. En 2012, la Commission a donc adopté le DIA2, qui étend son champ à tous les canaux de distribution des produits d'assurance nouvellement apparus et qui constituent la base du *shadow banking*. Des mesures de transparence pour le client sont également prévues comme l'information sur le mode de rémunération du vendeur et le statut de l'intermédiaire. De même, la question des conflits d'intérêts des courtiers est posée.

Considérant qu'il s'agit de dispositions allant dans le sens de plus de transparence pour les consommateurs, j'ai décidé de voter pour ce texte.

Nadine Morano (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à l'intermédiation en assurance.

Adopté à une très large majorité, ce texte entérine un accord en trilogue obtenu le 30 juin 2015, lequel établit une nouvelle directive relative à la distribution en assurances, en substitution de celle datant de 2002. Il s'agit de mieux organiser les métiers dans ce secteur et notamment de renforcer les exigences en matière de professionnalisme, de capacité financière et d'honorabilité des intermédiaires en assurance. Je soutiens ce texte qui demande un accès facilité aux coordonnées des intermédiaires d'assurance et de réassurance immatriculés et permettra une meilleure protection des clients.

Renaud Muselier (PPE), par écrit. – Je n'ai pas pu voter pour ce rapport mais je soutiens pleinement la position du groupe PPE et de la délégation française d'adopter ce rapport. Il entérine un accord en trilogue obtenu le 30 juin 2015, lequel établit une nouvelle directive relative à la distribution en assurances. La refonte de la directive permet de renforcer les exigences et de les recalibrer en fonction des métiers visés.

Les principaux objectifs consistent notamment à assurer le professionnalisme et la compétence des intermédiaires en assurance; la protection des intérêts des clients; le respect d'exigences professionnelles minimales, telles qu'un accès public aisé aux coordonnées des intermédiaires d'assurance et de réassurance immatriculés; et des procédures extrajudiciaires de résolution des litiges adéquates et efficaces.

Victor Negrescu (S&D), in writing. – I voted for this report, which is the only EU legislation that regulates the point of sale for insurance products so as to ensure the rights of the consumer. The revised directive seeks to improve regulation in the retail insurance market in an efficient manner. It aims to ensure a level playing field for all those involved in the selling of insurance products and to improve policyholder protection.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu o zprostředkování pojištění, kterou se završuje několikaleté složité vyjednávání mezi EP a Radou. Jeho výsledkem je zlepšení způsobu, jakým jsou pojistné produkty prodávány, zvýšení ochrany pojistníků, zvýšení kvality informací poskytovaných zákazníkům a vytvoření kodexu chování pro zprostředkovatele pojištění.

Poskytovatelé pojištění budou muset být transparentnější, co se týče cen a nákladů jejich produktů, takže bude jasné, co spotřebitel platí a co nikoliv. V této souvislosti bych rád zmínil, že v České republice nedávno spadla pod stůl novela zákona o pojišťovnictví, která v mnohém předbíhala dobu, myšleno vývojem na poli evropské legislativy. Bohužel byla smetena v důsledku sporu o provize zprostředkovatelů, což je sice závažný problém, ale mohl být z této legislativy vypuštěn. Nebude tedy než předložit novelu znovu a v ideálním případě ji omezit na prvky úpravy související s právě přijatou směrnicí o zprostředkování pojištění. Její obsah totiž budeme muset zpracovat do našeho právního řádu a neměli bychom tento úkol podcenit.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – ЕП се обяви за защитата на потребителите на застраховки в ЕС. Институцията настоя за повече информация, качествени консултации и защита на европейските физически и юридически лица при закупуването на застраховки.

Продавачите на застраховки ще трябва да се регистрират при компетентните власти в тяхната собствена страна членка, а персоналят, отговарящ за продажбите, ще трябва да бъде професионално обучен да отговаря на питанията и нуждите на клиентите. Еквивалентен достъп до информация ще бъде осигурен и ще съществува защитата на клиентите в случай на невъзможност от страна на застрахователя да изплати премия.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Bericht ausgesprochen, da die derzeitige Richtlinie aus dem Jahr 2002 stammt und sich seither einiges auf dem Versicherungs- und Finanzsektor geändert hat. Eine Anpassung ist dringend notwendig, da dem Kunden mehr Transparenz geboten werden muss. Des Weiteren bekommt der Kunde in Zukunft mehr Informationen. Im Rahmen von ESMA und EIOPA ergibt diese Anpassung durchaus einen Sinn, da auch die Versicherungsbranche teilweise mitverantwortlich war für die Finanzkrise und arglose Kunden oft Versicherungen abgeschlossen haben, deren Ziel eine Spekulation auf einen Ausfall war.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Eesmärk on muuta kindlustuse ostmine tarbijale kergemaks ja turvalisemaks, ühtlustades infojagamise ja tarbijakaitse nõuded.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktoms atnaujintoms draudimo tarpininkavimo taisyklėms. Visų pirma, šios taisyklės užtikrins didesnę draudėjų apsaugą ir suvienodins draudimo paslaugų teikimo reikalavimus.

Siekiant užkirsti kelią neteisingos ir klaidinančios informacijos pateikimui, draudimą įsigyjantiems asmenims dar prieš sutarties pasirašymą turėtų būti suteikta nedviprasmiška standartinė informacija apie draudimą parduodančio agento tapatybę ir kontaktus, draudimo rūšį, pirkėjo išpareigojimus, draudžiamą riziką, išimtis ir draudimo įmokas, o taip pat bendrą sutarties kainą.

Ypatingas dėmesys turėtų būti skiriamas klienų apsaugai, ypač draudimo tarpininkų nemokumo atvejais. Atsižvelgiant į tai, pritariu pasiūlymui, kuriuo nustatoma pareiga draudikams užtikrinti, kad 4 proc. metinių draudimo įmokų, bet ne mažiau kaip 18 750 eurų, būtų visados laisvai prieinami. Be to, reikia nustatyti sankcijas, kurios būtų proporcingos ir adekvačios numatytiems pažeidimams bei žalai.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Whilst the legislation calls for the level of consumer protection to be raised, it does so only to reduce the need for varying national measures. It increases the scope of firms covered by EU regulation and the powers of EIOPA and, although it reduces the regulatory burden for SMEs selling travel and car rental insurance, it gives the Commission more powers to issue delegated acts.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – L'impegno delle istituzioni europee per la tutela dei consumatori è fondamentale, e sono felice di poter contribuire, in questa sede, con il mio voto positivo sul testo presentato. Ho preso attentamente visione degli emendamenti che vi sono stati apportati e sono fiducioso nell'impegno degli Stati ad attenersi alle disposizioni europee: solo in questo modo una grande svolta nel settore sarà possibile, rendendo più efficace anche la ripresa economica.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – Insurance products concern everyone and it is essential to have fair competition and transparency in a country's market, as well as across borders. The EU insurance sector is strong, it plays a leading role in the global insurance business and it should continue to do so. That is why I voted in favour of the report, which sets out clear requirements for transparency in the standard information sheet and in relation to the remuneration of agents or mediators.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Predloženom Direktivom propisuju se pravila osnivanja i obavljanja poslova distribucije osiguranja i reosiguranja u Uniji, a ti poslovi čine značajan dio financijskih sustava država članica. U izvješću je kroz prijedlog direktive prepoznata potreba minimalnog usklađivanja među državama članicama uz napomenu da se njome ne priječi državama članicama da zadrže postojeće ili uvedu strože nacionalne odredbe s ciljem zaštite potrošača. Nova direktiva nastoji obuhvatiti mnoga područja bitna za transparentno obavljanje poslova posredovanja u osiguranju, a posebno važnim smatram obvezu upisa u registar kod nadležnih matičnih tijela te zahtjev za primjerenom razinom stručnosti osoba koje obavljaju poslove distribucije osiguranja i reosiguranja. Snažno se zalažem za certificiranje svih osoba koje se bave spomenutim poslovima, osobito na nacionalnoj razini. Kako bi zaštitili sebe i svoje klijente posrednici bi svakako trebali koristiti osiguranje od profesionalne odgovornosti i mislim da na tome moramo inzistirati jer su česti slučajevi u kojima potrošači zbog nemara ili neznanja posrednika ostanu bez godinama plaćanih premija. Nadalje, smatram kako je savjetovanje i informiranje potrošača uvjet bez kojega ne bi smjelo doći do sklapanja police, s ciljem njihova izlaganja minimalnom riziku. Izvješće o prijedlogu direktive o posredovanju u osiguranju podupire pozitivne promjene koje dolaze s novom direktivom i stoga sam ga podržala.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne la directive sur l'intermédiation en assurance (DIA2) qui fait suite à la DIA1 de 2002 dont l'objectif était de permettre une plus forte concurrence sur le marché unique tout en uniformisant les produits mis à la disposition du consommateur et en imposant le contrôle des compétences des intermédiaires.

La crise de 2008 a révélé les carences de ce dispositif et l'interprétation très libres des États membres de la DIA1. En 2012, la Commission a donc adopté le DIA2, qui étend son champ à tous les canaux de distribution des produits d'assurance nouvellement apparus et qui constituent la base du *shadow banking*. Des mesures de transparence pour le client sont également prévues comme l'information sur le mode de rémunération du vendeur et le statut de l'intermédiaire. De même, la question des conflits d'intérêts des courtiers est posée.

Considérant qu'il s'agit de dispositions allant dans le sens de plus de transparence pour les consommateurs, j'ai décidé de voter pour ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Podržavam cilj ove direktive kojom se teži uskladiti propise i pravila o trgovini i posredovanju u osiguranju i reosiguranju, a kako bi se olakšalo prekogranično poslovanje te veća transparentnost za potrošače. S obzirom na potonje, važno je da navedeno usklađivanje ne dovede u pitanje mogućnost država članica da uvedu i strože odredbe u pogledu zaštite potrošača. Direktivom se garantira pravodobno i iscrpno informiranje potrošača, što je posebno važno u odnosu na cijenu prilikom potpisivanja ugovora, te se identificiraju preventivne mjere kako bi se spriječile situacije sukoba interesa. Nadalje, inzistira se na visokom stupnju profesionalizma posrednika u osiguranju, što nažalost često nije slučaj, tako da bi svi posrednici trebali u potpunosti biti upoznati s uvjetima polica koje distribuiraju. Cilj je, između ostalog, osigurati sposobnost posrednika da pruže kvalitetnu i personaliziranu preporuku potrošaču. Napokon, važno je da kada se proizvod osiguranja nudi s nekim drugim proizvodom ili uslugom, direktivom je osigurano da potrošač mora biti obavješten o tome je li moguće odvojeno ih kupiti, odnosno da potrošač imati mogućnost kupiti osnovni proizvod bez osiguranja.

Andrej Plenковиć (PPE), *napisan.* – Podržavam izvješće kolege Wernera Langena o prijedlogu direktive Europskog parlamenta i Vijeća o posredovanju u osiguranju. Europsko tržište osiguranja vrlo je fragmentarno i važno je naglasiti različitost pravnog uređenja posrednika u osiguranju i reosiguranju u državama članicama. Postoji dakle, potreba da se dodatno ojača unutarnje tržište i stvori istinsko europsko unutarnje tržište za proizvode i usluge osiguranja i reosiguranja u Uniji. Potrebno je osigurati primjenu iste razine zaštite potrošača odnosno osigurati jednake standarde čime se potiče ravnopravnost i konkurencija pod jednakim uvjetima između posrednika. EIOPA predlaže uvođenje jedinstvene elektroničke baze podataka s evidencijom svakog posrednika u osiguranju i reosiguranju te uvođenje načela uređenja međusobnog priznavanja znanja i sposobnosti posrednika. Osiguranje visokog stupnja profesionalizma i kompetentnosti posrednika te suradnja i razmjena informacija među nadležnim tijelima ključne su za ostvarenje ciljeva i svrhe predložene direktive.

Miroslav Poche (S&D), *písemně.* – Jsem potěšen, že Evropský parlament velkou většinou schválil směrnici o úpravě zprostředkování pojištění. Tato dohoda zjednodušuje způsob prodeje pojištění a na něj navázaných produktů, zároveň zlepšuje ochranu spotřebitele a zvyšuje prevenci střetu zájmů. Díky větší transparentnosti cen a nákladů bude mít zákazník lepší přehled a přístup k informacím. Vzhledem ke komplexnosti produktů by měla být zvýšena také kvalifikace prodávajících a dostupnost poradenství. Podle mého názoru je velice důležité, aby se zvýšila důvěra lidí ve výhodnost pojištění, ať už se jedná o pojištění zdravotní nebo penzijní připojištění, a tato směrnice by měla jeho kredibilitě jednoznačně pomoci.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – La relazione stabilisce le regole per i distributori di assicurazione nell'UE, con alcune eccezioni, come per esempio quando l'assicurazione è complementare alla fornitura di beni o servizi e copre il rischio di danni o furto.

L'obiettivo principale della presente relazione consiste nell'armonizzare le disposizioni nazionali in materia di distribuzione assicurativa, come le informazioni e le consulenze offerte dal personale di vendita. A tal fine, il personale di vendita delle compagnie assicurative dovrà essere ben preparato per soddisfare le richieste e le esigenze dei clienti, seguendo almeno 15 ore di formazione professionale continua ogni anno.

Gli Stati membri, dal canto loro, dovranno essere in grado di controllare e valutare efficacemente le conoscenze e le competenze del personale di vendita delle compagnie assicurative, sia quando iniziano la loro attività sia su base continuativa.

Voto favorevolmente l'approvazione di questa relazione perché ritengo che in questo modo la distribuzione e la vendita di polizze assicurative sarà resa più facile e sicura grazie all'introduzione di nuovi requisiti a tutela dei consumatori.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně.* – Osobně vítám propracovanější úpravu v oblasti zprostředkování pojištění. Věřím, že navržená úprava povede k vyšší ochraně spotřebitelů, aniž by zároveň trh zatížila přílišnou byrokracií. Z tohto důvodu zprávu podporuji.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – Nous avons obtenu un accord en trilogue sur cette directive permettant de rendre plus efficace et de renforcer la directive de 2002 sur l'intermédiation en assurance.

Il était important d'apporter notre soutien à ce texte, afin d'organiser les métiers et plus particulièrement ceux des intermédiaires en assurance.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* – A aplicação da Diretiva 2002/92/CE veio demonstrar que diversas disposições terão de ser melhor esclarecidas com vista a facilitar o exercício da atividade de distribuição de seguros e que a proteção dos consumidores exige o alargamento do âmbito de aplicação da referida diretiva a todas as vendas de produtos de seguros. O objetivo da presente proposta para a reformulação da Diretiva 2002/92/CE tem justamente como objetivo a introdução de alterações destinadas a melhorar a regulamentação do mercado dos seguros. Votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing.* – Whilst the legislation calls for the level of consumer protection to be raised, it does so only to reduce the need for varying national measures. It increases the scope of firms covered by EU regulation and the powers of EIOPA and, although it reduces the regulatory burden for SMEs selling travel and car rental insurance, it gives the Commission more powers to issue delegated acts.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A presente diretiva visa uma harmonização mínima na UE, não impedindo que os Estados-Membros mantenham ou introduzam disposições mais rigorosas para proteger os clientes, desde que sejam consentâneas com o direito da União.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Directiva que pretende aumentar la transparencia y los derechos de los consumidores en el mercado de los seguros. En particular, se busca evitar que los usuarios de servicios financieros se vean obligados a aceptar la compra de seguros cuando contraten con entidades financieras.

Este tipo de normas contribuyen a asegurar una estricta regulación de los mercados y productos financieros, lo que es especialmente necesario tras la crisis iniciada en el verano de 2007, que puso de relieve las muy negativas consecuencias de la desregulación promovida por las políticas neoliberales. La agenda por la regulación financiera es una prioridad de los socialistas y socialdemócratas europeos, y por tanto seguiremos trabajando en esta línea a lo largo de toda esta legislatura.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Lors de cette session plénière du Parlement européen, j'étais amené à me prononcer sur le rapport complémentaire sur la proposition de directive du Parlement européen et du Conseil sur l'intermédiation en assurance. Il s'agissait donc de mettre à jour la législation au sujet des assurances pour mieux encadrer ces professions et protéger davantage les clients.

Parmi ces modifications, notons une information précontractuelle simple, normalisée et gratuite sur les types de contrats d'assurances, qui devra être fournie aux clients afin que ces derniers puissent comprendre la nature et les risques du produit d'investissement fondé sur l'assurance qui leur est proposé; une obligation d'immatriculation pour les intermédiaires d'assurance et de réassurance et pour les intermédiaires exerçant l'activité d'intermédiation en assurance à titre accessoire – cette immatriculation devra se faire auprès d'une autorité compétente dans leur État membre d'origine –; une obligation pour ces intermédiaires d'être couverts par une assurance de la responsabilité civile professionnelle portant sur la responsabilité résultant d'une faute professionnelle.

Bien d'autres obligations réglementaires viennent encadrer ces professions et protéger les clients. En accord avec ce renforcement réglementaire, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A presente proposta visa reformular a Diretiva 2002/92/CE relativa à mediação de seguros, com vista a alargar o seu âmbito de aplicação, a aclarar alguns conceitos e competências e melhorar a harmonização das medidas nesta matéria, a fim de garantir a proteção da confiança e dos direitos dos consumidores e asseverar condições de concorrência equitativas para os vários intervenientes no mercado.

Concordo, globalmente, com as melhorias propostas no relatório, nomeadamente no tocante à diferenciação dos canais de venda de produtos de seguros, simplificação e facilidade de registo e exigência de qualificações profissionais adequadas ao exercício destes profissionais. Nessa medida, atribuí o meu voto favorável a este relatório suplementar cujo objetivo é garantir a igualdade de condições entre todos os participantes envolvidos na venda de produtos de seguro, fortalecendo também a proteção dos segurados.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui permet de rendre plus facile et plus sûre la souscription à une assurance.

Ce texte permet en effet de moderniser la directive de 2002 en renforçant les dispositions européennes relatives aux informations et conseils offerts par le personnel de vente des assurances. Il s'agit donc d'introduire des exigences réévaluées en termes d'information et de protection des consommateurs.

Les distributeurs de produits d'assurance devront fournir des informations claires sur les coûts d'un contrat d'assurance et notamment sur les frais liés à leur activité de conseil. Les consommateurs devront recevoir dans un langage clair et simple l'ensemble des informations relatives au contrat d'assurance.

En parallèle, et afin d'accroître la protection des consommateurs, les intermédiaires en produits d'assurance devront s'enregistrer auprès de l'autorité compétente dans chaque État membre. J'ai donc soutenu ce rapport qui permet de garantir aux souscripteurs d'assurance de meilleures informations, des conseils plus clairs et transparents ainsi qu'une protection de meilleure qualité.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della relazione complementare concernente la proposta di direttiva del Parlamento europeo e del Consiglio sull'intermediazione assicurativa in quanto essa garantisce maggior informazione e trasparenza nel mercato assicurativo e aumenta il livello di tutela dei consumatori. Tale direttiva richiede inoltre agli intermediari assicurativi maggiori requisiti professionali e di onorabilità.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore in quanto la direttiva sembra mantenere il giusto equilibrio tra il legittimo interesse del mercato e le esigenze di tutela degli utenti dei servizi assicurativi.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Con esta Directiva se enmienda la anterior legislación relativa a la venta de seguros por parte de intermediarios (o corredores de seguros). La legislación busca aumentar la transparencia en el mercado asegurando una igualdad de condiciones para los distintos actores. Sin embargo, la Directiva no ha llegado tan lejos como podría: los corredores siguen sin verse obligados a informar a los clientes de las comisiones que cobran y las exigencias de transparencia no se aplicarán al conjunto del mercado de los seguros. Por ello, hemos optado por abstenernos en la votación.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a contener elementos positivos sobre la protección de los consumidores, el resultado del diálogo tripartito no contribuirá a mejorar la transparencia del sector.

La Directiva establece una mayor protección de los consumidores, así como la mejora de la información y la transparencia en determinados productos. Sin embargo, deja fuera la aseguración de las inversiones y los productos financieros, que es un complejo entramado que en ocasiones puede ocultar operaciones especulativas basadas en una gestión de riesgo. Para evitar impactos que pueden llegar a alcanzar incluso a la deuda soberana, como ocurrió durante 2012, es necesaria una total transparencia en relación con estas actividades, algo que esta Directiva no propone. Por todo ello no he podido votar a favor.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – La direttiva sulla distribuzione assicurativa (IDD) votata oggi in Parlamento ha lo scopo di creare un mercato unico europeo delle assicurazioni al fine di stabilire condizioni che favoriscano una concorrenza equa tra gli intermediari assicurativi e rafforzino i diritti dei consumatori. Grazie a questa direttiva i venditori dovranno conformarsi a una serie di norme riguardanti le loro qualifiche e dovranno comunicare gli eventuali onorari e le commissioni ai consumatori. Saranno inoltre introdotti i «documenti informativi standardizzati» che illustrano il rischio, il tipo e la portata dei prodotti assicurativi offerti, nonché i termini e la durata di eventuali contratti. Saranno pertanto garantite maggiore trasparenza e uniformità nel sistema delle assicurazioni, al fine di proteggere il consumatore e certificare la migliore qualità del servizio offerto. Per queste ragioni ho votato a favore.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this as it gives the Commission more power to issue delegated acts.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – This legislation ensures that consumers understand the risks, costs and features of all insurance products, and generally substantially improves the way insurance products are sold. Companies and individuals selling insurance will be required to have particular knowledge and competence relevant to the industry. I would also add that by ending the fragmented rules for insurance across the EU, it should also help create cross-border sales of the best insurance products and further aid the completion of the single market in this aspect.

Branislav Škripek (ECR), písomne. – Pri hlasovaní o legislatívnom uznesení Európskeho parlamentu o návrhu smernice o sprostredkovaní poistenia som hlasoval za prijatie tohto uznesenia. V súčasnej dobe je totiž pre spotrebiteľov veľmi náročné, vyznať sa v spleťom systéme poisťovní a ich sprostredkovateľov. Predmetný návrh smernice je zameraný na pomoc spotrebiteľovi v tejto oblasti. Smernica bude garantovať klientovi poskytovanie základných informácií o zmluve bez ohľadu na formu sprostredkovania a klienti budú tiež informovaní o druhu odmeny pre sprostredkovateľa, ktorej výška a forma už nebude môcť byť tajná.

Monika Smolková (S&D), písomne. – Cieľom tejto úpravy smernice o sprostredkovaní poistenia je zvýšiť ochranu spotrebiteľov tak, aby mali prístup k detailnejším informáciám o poisťných produktoch. Podporujem preto návrh smernice EP a Rady, na základe ktorej budeme na predajcov klásť určité minimálne požiadavky na informácie a poradenstvo.

Podľa nových pravidiel sa budú musieť sprostredkovatelia poistenia registrovať na príslušných úradoch členských štátov a klientom budú musieť poskytnúť všetky informácie o nákladoch s poisťnou zmluvou vopred. Okrem iného by mali mať makléri a predajcovia k dispozícii aj stanovené finančné rezervy na to, aby v prípade potreby vedeli uspokojiť poisťné plnenie klientov. Touto smernicou by sa mal trh s poisťnými produktmi stať transparentnejším, prehľadnejším a pre klienta prístupnejším. Predajca bude povinný za každých okolností poskytnúť zrozumiteľné informácie o druhu poistenia, povinnosti vyplývajúcej zo zmluvy, poisťných rizík, výnimiek, či o spôsobe platby za poistenie.

Pretože ak majú byť zmluvy výhodné pre obe strany, predajcu aj klienta, je v prvom rade potrebné, aby klient nebol vystavený prevapeniam, ktorých sa bolo možné vyvarovať.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pismo. – Direktiva 2002/92/ES Evropskega parlamenta in Sveta o zavarovalnem posredovanju ureja dejavnosti uvajanja, predlaganja ali izvajanja drugih pripravljajnih opravil pred sklenitvijo zavarovalnih pogodb ali dejavnosti sklepanja teh pogodb. Uporaba te direktive je pokazala, da je za številne določbe potrebna nadaljnja opredelitev, da bi se olajšalo izvajanje prodaje zavarovalnih in pozavarovalnih produktov, ter da je zaradi varstva potrošnikov potrebna razširitev področja uporabe na vse prodaje zavarovalnih izdelkov in storitev. Strinjam se, da mora biti raven varstva potrošnikov kljub razlikam med prodajnimi kanali enaka. Za zagotovitev tega in da bi potrošniki imeli koristi od primerljivih standardov, zlasti na področju razkrivanja informacij, je bistvenega pomena, da so konkurenčni pogoji enaki za vse prodajalce. Direktiva bi morala spodbujati enake konkurenčne pogoje in tudi upoštevati razlike med različnimi vrstami prodajnih kanalov. Nezmožnost zavarovalnih posrednikov, da bi v celotni EU prosto poslovali ovira pravilno delovanje notranjega zavarovalniškega trga. Zato bi nova direktiva pomenila korak naprej na področju boljšega varstva potrošnikov in povezovanja trgov. Zaradi navedenih razlogov sem poročilo podprl in glasoval za njegovo sprejetje.

Renato Soru (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore della relazione sull'intermediazione assicurativa, che aggiorna la legislazione europea in questa materia assicurando una maggiore protezione dei consumatori che acquistano servizi assicurativi. La revisione della direttiva in vigore prevede infatti norme che migliorano sensibilmente le modalità di vendita dei prodotti assicurativi, in particolare per quanto concerne le informazioni e le avvertenze fornite ai consumatori. Da questo punto di vista, le nuove norme assicurano maggiore trasparenza sulla vendita delle polizze, poiché richiedono al venditore di informare puntualmente chi stipula una polizza assicurativa sul tipo di remunerazione prevista e su qualsiasi conflitto d'interesse. Inoltre, possiamo rivendicare come un successo del gruppo socialdemocratico il rafforzamento delle norme sulle vendite a pacchetto: quando prodotti assicurativi sono venduti insieme ad altri beni o servizi, i consumatori potranno scegliere se comprare il bene principale senza assicurazione, evitando così di incorrere in spese inutili.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – Podrobné a pravdivé informovanie spotrebiteľa je zvlášť dôležité, ak ide o poisťné produkty. Smernica, ktorú sme schválili stanovuje minimálne spoločné štandardy, ktoré musí každý sprostredkovateľ spĺňať a vyčistiť trh od rýchlokvasených expertov na svet financií.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Podržavam ovo izvješće jer je glavni cilj i predmet ove preinake usklađivanje nacionalnih odredbi u vezi s distribucijom osiguranja s obzirom da se ta aktivnost provodi diljem Unije. Ovom direktivom se nastoji uskladiti nacionalne propise u vezi s pristupom obavljanju poslova distribucije osiguranja i reosiguranja. Također podržavam ovu direktivu jer se njome nastoji postići minimalno usklađivanje, a njezine odredbe ne bi trebale priječiti državama članicama da zadrže ili uvedu strože odredbe s ciljem zaštite potrošača, pod uvjetom da su te odredbe u skladu s pravom Unije, uključujući ovu direktivu. Ovom direktivom bi se trebala osigurati jednaka razina zaštite potrošača tako da svi potrošači mogu imati koristi od usporedivih normi. Također bi se promicali ravnopravnost i tržišno natjecanje pod jednakim uvjetima između posrednika neovisno o tome jesu li povezani s društvom za osiguranje ili ne.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I support this legislation as it ensures consumers understand the risks, costs and features of all insurance products. Those selling insurance will also be required to have relevant knowledge and competence. By ending the fragmentation of insurance rules across Europe it should also help foster cross-border sales and build on the single market.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Glavni cilj i predmet ove preinake je usklađivanje nacionalnih odredbi u vezi s distribucijom osiguranja. S obzirom na to da se ta aktivnost provodi diljem Unije, potrebno je osigurati neophodan stupanj usklađivanja koji će ulagačima nuditi visoki stupanj zaštite, a investicijskim društvima omogućiti pružanje usluga u cijeloj Uniji kao unutarnjem tržištu.

Ovom direktivom također bi se trebalo nastojati uskladiti nacionalne uredbe u vezi s pristupom obavljanju poslova distribucije osiguranja i reosiguranja. Svrha ove direktive je obuhvatiti poduzeća čija je redovita djelatnost ili poslovanje pružanje investicijskih usluga i/ili obavljanje investicijskih aktivnosti na profesionalnoj osnovi.

Područje primjene ove direktive stoga se ne bi trebalo odnositi na osobe koje obavljaju neku drugu profesionalnu aktivnost. Osobe koje pružaju investicijske usluge i/ili obavljaju investicijske aktivnosti obuhvaćene ovom direktivom trebale bi podlijegati odobrenju za rad svojih matičnih država članica radi zaštite ulagača i stabilnosti financijskog sustava.

Uzimajući u obzir kako je financijska kriza otkrila slabosti u funkcioniranju i transparentnosti financijskih tržišta podržavam ovaj prijedlog. Smatram kako će se povećati transparentnost i bolje zaštititi ulagači.

Richard Sulík (ECR), *písomne*. – Návrh som nepodporil, keďže zvyšuje regulačnú záťaž a tým poškodzuje podnikateľské prostredie. Zvýšená regulačná záťaž síce má za cieľ chrániť zákazníka, no zhoršenie podnikateľského prostredia v oblasti sprostredkovania poistenia nutne pôjde na úkor obmedzenia konkurencie, čo v konečnom dôsledku poškodí aj samotného zákazníka.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za dodatno poročilo o predlogu direktive Evropskega parlamenta in Sveta o zavarovalnem posredovanju.

Tako kot na drugih področjih, tudi na zavarovalniškem področju potrebujemo enoten trg. Ta direktiva prinaša večjo enotnost, preglednost ter večje varstvo potrošnikov.

Pozdravljam, da je direktiva nastala v tesnem sodelovanju tako med državami članicami kakor tudi v sodelovanju z organizacijami za varstvo potrošnikov. Zagotavljanje informacij s strani ponudnikov bo dosti preglednejše, tako da se bo potrošnik lahko pravilno odločil. Prav tako bo s tem vzpostavljano večje zaupanje med potrošnikom in ponudnikom.

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. – I was pleased to support this agreement on the 'Insurance Distribution Directive'. These new rules will cover general insurance products, including car insurance and also life insurance and they will ensure clearer information and greater choice for consumers when buying insurance products. Conservative MEPs have worked hard to ensure that this legislation will deliver clear advantages for consumers, whilst minimising the burdens on insurance retailers.

Νεοκλής Σουλικιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς*. – Ως ΑΚΕΛ έχουμε τη θέση πως η κοινή ευρωπαϊκή αγορά έπαιξε πολύ αρνητικό ρόλο για τις πολύ μικρές και τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις, από τις οποίες αποτελείται η κυπριακή οικονομία. Επίσης θεωρούμε πως η οδηγία για μετεγκατάσταση των εταιριών κατακρεουργεί τα εργασιακά και συλλογικά δικαιώματα των εργαζομένων, καθώς επιτρέπει στις εταιρίες να εγκατασταθούν σε κράτη μέλη με πιο χαμηλή φορολόγηση και κοινωνικές παροχές, πιέζοντας έτσι προς τα κάτω την κοινωνική ασφάλιση και τους μισθούς των εργαζομένων. Η ασφαλιστική βιομηχανία είναι ακριβώς ένα τέτοιο παράδειγμα, στο οποίο τα πιο πάνω ισχύουν.

Η έκθεση από τη μια προωθεί και διευκολύνει την μετεγκατάσταση ασφαλιστικών εταιριών σε όλη την επικράτεια της Ένωσης, με τις υποχρεώσεις των εταιριών να παραμένουν στο κράτος προέλευσης. Από την άλλη, όμως, διασφαλίζει τουλάχιστο τα δικαιώματα του κράτους υποδοχής της εταιρίας να δρα σε περίπτωση απάτης και με ποινικές κυρώσεις, όχι μόνο διοικητικές.

Η στάση αποχής που τηρήσαμε βασίζεται στο ότι η έκθεση έχει κάποια θετικά στοιχεία, αλλά δεν βελτιώνει την οδηγία τόσο που να είναι δυνατό να υπερψηφίσουμε, αφού διαφωνούμε πλήρως με την οδηγία στην οποία αναφέρεται.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a biztosítási közvetítésről szóló kiegészítő jelentést, mely fontos biztosítékokkal egészítette ki az eredeti dokumentumot. Helyesnek tartom, hogy a jelentés immár tartalmazza azt a kiegészítést, hogy a tagállamok akár szigorúbb rendelkezéseket is fenntarthatnak az ügyfelek védelme érdekében, persze amennyiben azok összhangban vannak az uniós irányelvekkel. A fogyasztói jogok és érdekek védelme, a fogyasztók életminőségének és jólétének növelése az Európai Unió alapértékei közé tartozik.

Az Uniónak arra kell törekednie, hogy ezen értékek minden területen érvényesüljenek, így a biztosítási termékek értékesítése kapcsán is. Ezért üdvözlöm és támogatom azokat a kiegészítő jelentést által beemelt új garanciákat, amelyek ezt fogják elősegíteni. Ilyen például a fogadó és a székhely szerinti tagállamok szoros együttműködésére vonatkozó elvárás, vagy egy központi információs pont létrehozása a magas színvonalú szolgáltatás és a hatékony fogyasztóvédelem biztosítása érdekében. Örömmel vettem, hogy az előadó kiemelte, hogy a fogyasztóknak az értékesítési csatornák közötti eltérések ellenére azonos szintű védelemben kell részesülniük. Ehhez a fogyasztóvédelem színvonalát emelnünk kell, és egyenlő versenyfeltételeket kell biztosítanunk Európa-szerte.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Raportul suplimentar referitor la Directiva privind intermedierea de asigurări clarifică o serie de clauze, încercă să armonizeze dispozițiile naționale din sectorul distribuirii de asigurări și actualizează textul Directivei în funcție de noile tendințe pe piața internă a asigurărilor.

Intermediarii de asigurări și reasigurări sunt actorii principali în distribuirea produselor de asigurare și reasurare pe piața Uniunii Europene.

Asigurările pot fi distribuite de persoane fizice sau juridice, cum ar fi agenți, brokeri și agenți de asigurări bancare, întreprinderi de asigurare, agenți de voiaj și societăți de închirieri auto.

Obiectivul Directivei rămâne același: egalitatea de tratament între agenții distribuitori și asigurarea protecției consumatorului, indiferent de canalul de distribuție al produselor de asigurare.

Pentru ca obiectivul să fie îndeplinit, Autoritatea europeană de asigurări și pensii ocupaționale trebuie să creeze, să publice și să actualizeze în mod regulat o bază de date cu fiecare intermediar de asigurări și reasigurări care operează pe piața internă.

În paralel, statele membre trebuie să instituie un punct unic de informare pentru cetățeni, care să le ofere acces la acest registru sau bază de date.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen vient de voter une mise à jour législative dans le domaine des assurances. Dorénavant lorsqu'ils souscriront à un produit d'assurance, les citoyens seront mieux informés, mieux protégés. Des mesures sont également prévues pour les distributeurs de produits d'assurance et le personnel de vente afin qu'ils répondent de manière plus efficace aux besoins de la clientèle.

Les distributeurs de produits d'assurance auront l'obligation de se faire enregistrer; cette immatriculation se fera auprès d'une autorité compétente dans leur État membre d'origine.

De plus, une formation régulière et mise à jour devra être dispensée au personnel de vente. Une formation professionnelle continue d'au moins 200 heures sur 5 ans devra être également prévue.

En ce qui concerne les bénéfices pour le client, les citoyens qui souscrivent à un produit d'assurance devront être informés des coûts totaux du contrat.

Ils recevront également, avant la conclusion de l'accord, des informations standards, claires, compréhensibles et gratuites sur le type d'assurance, les obligations liées aux contrats, les risques assurés et exclus, ainsi que les moyens de paiement et les primes.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I supported this report that seeks to improve regulation in the retail insurance market in the EU. The recast Directive lays down rules concerning insurance and reinsurance distribution in the EU, while maintaining minimum harmonisation. It aims at achieving a level playing field among all participants involved in the selling of insurance products and at strengthening policyholder protection. In addition, one of its priorities is consumers' rights. To this end, it proposes measures to increase the transparency of an insurance contract and providing customers with objective information about the insurance product. Among other things, the report introduces new measures relating to breach of obligations when providing services in a host Member State. It empowers the competent authority of the host Member State, holding that it should be entitled to intervene if the home Member State fails to take appropriate measures. In other provisions, the report specifies measures regarding professional knowledge that the home Member States should control and assess.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Questa direttiva sull'intermediazione assicurativa è di estrema importanza per il rafforzamento del mercato unico, per l'aumento della trasparenza e il miglioramento della protezione dei consumatori. L'approvazione di questo testo consentirà di dare ai cittadini maggiori possibilità di scelta, fornendo loro tutte le informazioni utili per comprendere cosa stanno acquistando. La direttiva, che si basa su regimi nazionali di distribuzione assicurativa, stabilisce degli standard minimi per i distributori, consentendo ai legislatori degli Stati membri di applicare livelli di tutela superiori del consumatore.

Con questa direttiva si garantisce una maggiore coerenza normativa per tutti i canali di vendita e, allo stesso tempo, è possibile mantenere un giusto equilibrio tra applicazione delle regole e proporzionalità per i prodotti assicurativi di minore entità, se venduti in via accessoria. Deve essere sempre più chiaro per i cittadini ciò che stanno pagando per un acquisto o per un investimento in un prodotto assicurativo. Il nostro obiettivo di bilanciare la tutela dei consumatori con la sostenibilità d'impresa, attraverso questo testo, è stato raggiunto.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Šiandienos balsavime palaikiau Werner Langen ataskaitą dėl tikslo, užtikrinančio vienodą apsaugos lygį klientams, nepriklausomai nuo kanalo, per kurį jie perka draudimo produktą, tai yra nepriklausomai nuo draudimo bendrovės ar draudimo agento. Šios direktyvos taikymo sritis turėtų būti išplėsta ir kitiems rinkos dalyviams, kurie parduoda draudimo produktus kaip nepagrindinius produktus, pvz. kelionių agentūroms ir automobilių nuomos kompanijoms, nebent jos vykdo išimties sąlygas. Nes kurdami ir įgyvendindami draudimo įstatymą, privalome visų pirma vadovautis žmonių, kurie naudojami draudimu, gerove, o ne laikiniais įmonės interesais. Turime veikti pagal taisyklę: pirmiausia žmogus, šiuo atveju – klientas.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam za direktivu koja obuhvaća cijeli distribucijski lanac posredovanja u osiguranju jer smatram da predloženi pristup minimalne usklađenosti uvelike omogućuje državama članicama prilagodbu provedbenih odredbi s postojećim posebnostima tržišta i pravnim sustavom u svakoj državi članici. Stoga smatram da je prikladan prijedlog da države članice predvide i uvedu kaznene sankcije, kao i da osiguraju da se u slučaju nepoštivanja odredbi ove direktive navedene sankcije i provedu.

Kako bi se zaštitila prava potrošača, držim da će od iznimne važnosti biti određivanje minimalnih obveza informiranja potrošača, odnosno pružanje dodatnih informacija o cijeni i troškovima proizvoda te dobiva li prodavač proviziju od prodaje proizvoda. Provođenjem predloženih mjera osigurat će se i minimalna razina stručnog znanja posrednika u osiguranju, kao i uvjeti stručnosti za distribuciju polica, te smatram da će i to doprinijeti boljoj informiranosti potrošača o ponuđenim proizvodima.

Budući da smatram da će se kroz pružanje ključnih podataka o proizvodima osiguranja u standardnom obliku pomoći potrošačima pri donošenju odluka o proizvodima osiguranja, podržala sam ovu direktivu.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Dodatno poročilo o predlogu direktive Evropskega parlamenta in Sveta o zavarovalnem posredovanju sem podprla, saj menim, da nova direktiva postavlja bolj jasne standarde in omogoča večjo preglednost na področju zavarovalništva. Poleg tega bo od konca leta 2017 s pomočjo standardnega obrazca mogoča primerjava, ki bo zagotovila glavne lastnosti in cene zavarovalnega produkta.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Con esta Directiva se enmienda la anterior legislación relativa a la venta de seguros por parte de intermediarios (o corredores de seguros). La legislación busca aumentar la transparencia en el mercado asegurando una igualdad de condiciones para los distintos actores. Sin embargo, la Directiva no ha llegado tan lejos como podría: los corredores siguen sin verse obligados a informar a los clientes de las comisiones que cobran y las exigencias de transparencia no se aplicarán al conjunto del mercado de los seguros. Por ello, hemos optado por abstenernos en la votación.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this directive because I believe that there is a need to further strengthen the internal market and promote a true internal market for life and non-life insurance products and services.

What is more, in order to guarantee that the same level of protection applies and that all consumers can benefit from comparable standards in the insurance sector, in particular in the area of the disclosure of information, a level playing field between distributors as enforced by this directive is essential.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le rapport soutient une réglementation du marché de l'intermédiation de l'assurance favorable aux souscripteurs et aux indépendants. Il modifie substantiellement la directive MIF2 et les fondements de l'exercice de la profession de courtier. Les sociétés d'assurance et les banques ne pourront plus étouffer les conseillers indépendants et exercer le monopole de cette activité professionnelle.

Je vote donc pour.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Biztosítási termékeket többfajta személy és intézmény értékesíthet, úgy mint ügynök, alkusz, „bankbiztosítási” közvetítő, biztosító, utazási iroda vagy akár gépjármű bérbeadó. A közvetítők egyenlő kezelése és az ügyfelek védelme megköveteli ezen irányelv alkalmazását mindezen személyek és szervezetek vonatkozásában. Annak biztosítása érdekében, hogy ugyanolyan szintű védelem érvényesüljön függetlenül attól, hogy az ügyfelek milyen csatornákon keresztül vásárolnak biztosítási terméket – akár közvetlenül a biztosítótól, akár közvetve egy biztosításközvetítőtől –, ezen irányelvnek nemcsak a biztosítókra vagy közvetítőkre kell kiterjednie, hanem olyan más piaci szereplőkre is, amelyek kiegészítő jelleggel értékesítenek biztosítási termékeket, például utazási irodákra vagy gépjármű-bérbeadó cégekre, kivéve, ha teljesítik a mentességre vonatkozó feltételeket. Igennel voksoltam a javaslatra.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Con esta Directiva se enmienda la anterior legislación relativa a la venta de seguros por parte de intermediarios (o corredores de seguros). La legislación busca aumentar la transparencia en el mercado asegurando una igualdad de condiciones para los distintos actores. Sin embargo, la Directiva no ha llegado tan lejos como podría: los corredores siguen sin verse obligados a informar a los clientes de las comisiones que cobran y las exigencias de transparencia no se aplicarán al conjunto del mercado de los seguros. Por ello, hemos optado por abstenernos en la votación.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Siekiant vartotojams užtikrinti vienodo lygio apsaugos taikymą ir kad vartotojai galėtų pasinaudoti palyginamais standartais, ypač informacijos atskleidimo srityje, svarbu platintojams sukurti vienodas sąlygas.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the proposal for a Directive of the European Parliament and of the Council on insurance mediation because I fully support the main objective and subject-matter of this recast, which is to harmonise national provisions concerning insurance and reinsurance distribution. The form of a directive is appropriate in order to enable the implementing provisions in the areas covered by this Directive, when necessary, to be adjusted to any existing specificities of the particular market and legal system in each Member State. This Directive should also aim at coordinating national rules concerning access to the activities of insurance and reinsurance distribution. However, this Directive is aimed at minimum harmonisation and should therefore not preclude Member States from maintaining or introducing more stringent provisions in order to protect customers, provided that such provisions are consistent with Union law, including this Directive. I agree that the consumers should benefit from the same level of protection despite the differences between distribution channels. In order to guarantee that the same level of protection applies and that the consumer can benefit from comparable standards, a level playing field between distributors is essential.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – La Directiva propuesta cubrirá la totalidad de la cadena de distribución de seguros y sustituirá a la Directiva de seguros de 2002. Con esta nueva Directiva los consumidores e inversores minoristas que compren productos de seguros se beneficiarán de una mayor transparencia y de una información más completa en relación con los productos que adquieran. Hablamos, por lo tanto, de una mejora sustancial de la Directiva existente que beneficiará a los ciudadanos, por lo que considero necesario votar a favor de este informe.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Directiva que pretende aumentar la transparencia y los derechos de los consumidores en el mercado de los seguros. En particular, se busca evitar que los usuarios de servicios financieros se vean obligados a aceptar la compra de seguros cuando contraten con entidades financieras.

Este tipo de normas contribuyen a asegurar una estricta regulación de los mercados y productos financieros, lo que es especialmente necesario tras la crisis iniciada en el verano de 2007, que puso de relieve las muy negativas consecuencias de la desregulación promovida por las políticas neoliberales. La agenda por la regulación financiera es una prioridad de los socialistas y socialdemócratas europeos, y por tanto seguiremos trabajando en esta línea a lo largo de toda esta legislatura.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – La IMD 2 aggiorna la direttiva del 2002 sull'intermediazione assicurativa. Le novità più importanti in IMD 2 sono le seguenti: estende l'ambito di applicazione della normativa europea a tutte le categorie di intermediari; introduce molte regole di trasparenza a vantaggio dei consumatori; richiede maggiori requisiti professionali agli intermediari assicurativi; richiede maggiore responsabilità sugli strumenti venduti ai consumatori; garantisce l'allineamento con la normativa europea già esistente.

Tuttavia, la proposta originale prevedeva l'obbligo di fornire un'informativa completa anche sul livello di compenso percepito dagli intermediari (sia esso fisso o variabile). Quest'obbligo non compare più nel testo finale. Gli intermediari saranno quindi liberi di continuare a ricevere commissioni senza l'obbligo di renderle pubbliche.

Il processo negoziale di questo testo è stato molto lungo. Questo è stato, infatti, emendato e votato in commissione ECON durante la precedente legislatura. Durante quella attuale si sono terminate le negoziazioni con Consiglio e Commissione, ma questa lungaggine non ci ha permesso di apportare modifiche al testo della direttiva. In totale, il risultato delle negoziazioni ci ha lasciato soddisfatti. IMD 2 rappresenta certamente un passo in avanti rispetto a IMD 1. Tuttavia, rimane la criticità della mancata trasparenza sulle remunerazioni. Per questo motivo abbiamo ritenuto opportuno optare per un'astensione durante il voto in Aula.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor del presente informe debido a que, pese a contener elementos positivos sobre la protección de los consumidores, el resultado del diálogo tripartito no contribuirá a mejorar la transparencia del sector.

La Directiva establece una mayor protección de los consumidores, así como la mejora de la información y la transparencia en determinados productos. Sin embargo, deja fuera la aseguración de las inversiones y los productos financieros, que es un complejo entramado que en ocasiones puede ocultar operaciones especulativas basadas en una gestión de riesgo. Para evitar impactos que pueden llegar a alcanzar incluso a la deuda soberana, como ocurrió durante 2012, es necesaria una total transparencia en relación con estas actividades, algo que esta Directiva no propone. Por todo ello no he podido votar a favor.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – This is a vital directive that I support wholeheartedly. I support it because it ensures consumers understand the risks, costs and features of all insurance products. It is vital that those taking out products of this nature are aware of all of the relevant information to allow them to make an informed decision that is suitable for them. Those selling insurance will also be required to have relevant knowledge and competence. This is a vital protection not only for the consumer, but for the industry, to ensure that the industry and those it employs are not brought into disrepute by those who would exploit the vulnerable. By ending the fragmented insurance rules across Europe it should also help foster cross-border sales and build on the single market and facilitate transnational trade and co-operation within the European Union.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik steun dit verslag omdat het als doel heeft een beter inzicht te verschaffen in de wijze waarop verzekeringsproducten aan de Europese consument worden verkocht. Bovendien zal dit voorstel bijdragen tot de ontwikkeling van gelijke concurrentievoorwaarden voor alle betrokken partijen bij de verkoop van verzekeringsproducten.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Apesar de a reformulação ter como objetivo a harmonização das disposições nacionais, a coordenação de regras e a garantia de igualdade de condições de proteção para os consumidores e de concorrência para os distribuidores, é de salientar a referência de que esta não deverá impedir os Estados-membros de manterem ou introduzirem disposições mais rigorosas para proteger os clientes.

Acolhemos também favoravelmente todas as melhorias ao nível das informações prestadas aos consumidores, nomeadamente garantir a formação e o desenvolvimento profissional contínuos dos trabalhadores e normalizar e melhorar a informação disponibilizada.

Todavia, acreditamos que a diretiva continuará a não providenciar o nível desejado de transparência no setor segurador como um todo. Além disso, não acolhemos favoravelmente a preocupação em promover um mercado interno de produtos e serviços de seguros dos ramos vida e não-vida, pois o mesmo beneficiará somente os interesses das grandes empresas financeiras.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die derzeitige Richtlinie stammt aus dem Jahr 2002. Seither hat sich der Versicherungs- und Finanzsektor durch zahlreiche andere Verordnungen und durch die Schaffung von Agenturen stark verändert, sodass auch bei der Vermittlung von Versicherungen Anpassungen vorgenommen werden müssen, die dem Kunden mehr Transparenz bieten, mehr Flexibilität und mehr Informationen über Ausfälle, Abdeckung etc. Im Rahmen von ESMA und EIOPA ergibt diese Anpassung durchaus einen Sinn, da auch die Versicherungsbranche teilweise mitverantwortlich war für die Finanzkrise und arglose Kunden oft Versicherungen abgeschlossen haben, deren Ziel eine Spekulation auf einen Ausfall war. Daher stimme ich diesem Bericht zu.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore perché ritengo questa direttiva un passo in avanti nella legislazione del settore assicurativo nonché uno strumento per quanto concerne la tutela del consumatore. L'accordo fa chiarezza da un lato sulle regole per la vendita di prodotti assicurativi e, dall'altro, chiarifica tutto quello che concerne le consulenze. Il lavoro svolto va nella giusta direzione e rappresenta un elemento positivo per il settore.

Jarosław Wałęsa (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the Insurance Mediation Directive 2 (IMD2). The proposed directive is a follow up to the former directive regarding the same matter called IMD1. It is designed to ensure an equal playing field between everyone involved in the retail insurance market. The IMD2 seeks to expand the scope of application of the former directive to all distribution channels. This is supposed to enhance the effectiveness of the insurance sector. Furthermore, since the proposal covers the entire distribution chain, it is likely to benefit both consumers as well as retail insurance investors in the following ways:

The most important change is the improvement in transparency. This means that insurance distributors will have to be more lucid about their prices, which will hopefully boost the level of competitiveness in this sector. Also, the provisions of this directive seek to ensure the greater access to the information regarding all insurance products offered by the insurance dealers so that it will be unambiguous and clearer for the customers.

All of the above is an interesting combination which will have a positive impact on each one of us as soon as it becomes real.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie dotyczy sprzedaży usług ubezpieczeniowych. W drodze negocjacji nowo zmieniony tytuł dyrektywy włącza pośredników i przedstawicieli do sieci dystrybucji. Produkty ubezpieczeniowe, m.in. samochody czy ubezpieczenia na życie, również zostają objęte jej zasięgiem. Zgodnie z obowiązującą zasadą elastyczności dla praktyk handlowych nasuwają się pytania odnośnie do tego, czy sprzedaż ubezpieczenia powinna być uprzedzona doradztwem, czy też nie, a także czy państwa członkowskie będą korzystać z systemów wzajemnych poleceń. W związku z tym konsumenci i odbiorcy detaliczni otrzymają informację na temat ceny i kosztów związanych z ubezpieczeniem danego produktu a także informację, czy sprzedawca ubezpieczenia posiada wsparcie finansowe oraz otrzymuje zlecenia na sprzedaż danego produktu. Będzie także funkcjonował wzór, który dostarczy kluczowych danych na temat produktów ubezpieczeniowych oraz ułatwi konsumentowi w podjęciu decyzji. Nie będzie dotyczyło to ubezpieczenia na życie. Kwestię sporną stanowiły dla mnie także wymogi odnośnie treningu zawodowego. Wprowadzenie 15 godz. treningu rocznie stanowi bardziej wyważoną i adekwatną propozycję. Wobec powyższego opowiedziałam się za tekstem sprawozdania.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Podporila som novú smernicu, pretože zvýši ochranu spotrebiteľov. Zároveň pre zákazníka zjednoduší nákup poistných produktov. Prijaté pravidlá budú platiť v celej EÚ a budú garantovať, že predajcovia a sprostredkovatelia budú poskytovať rovnakú minimálnu úroveň informácií a poradenstva. Vďaka tomu budú spotrebiteľia lepšie chránení, či už pred uzavretím zmluvy, alebo v prípade, že nastanú problémy s poskytnutím poistného plnenia, napríklad kvôli tomu, že sprostredkovateľ svojou nedbalosťou zapríčiní, že poistovnía nebude musieť takéto plnenie poskytnúť.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφικώς*. – Ακολούθησα την πρόταση του εισηγητή, δίνοντας την θετική μου ψήφο στο ψήφισμα της επιτροπής Οικονομικής και Νομισματικής Πολιτικής, όπως άλλωστε και οι περισσότερες πολιτικές ομάδες.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Abbiamo oggi votato un aggiornamento della direttiva in materia di intermediazione assicurativa (IMD 1) risalente al 2002. Le novità più importanti introdotte da IMD 2 sono: l'estensione dell'ambito di applicazione della normativa a tutte le categorie di intermediari, a coloro che svolgono funzioni ancillari e, soprattutto, alle imprese di assicurazione che operano in un modello di vendita diretta; l'introduzione di molte regole di trasparenza e molta più informativa nei confronti dei consumatori; la richiesta di maggiori requisiti professionali e di onorabilità agli intermediari assicurativi e la richiesta di un'analisi dettagliata della opportunità degli strumenti venduti ai consumatori. Infine, viene garantito maggiore allineamento con MIFID. Tuttavia, la proposta originale prevedeva l'introduzione dell'obbligo di fornire un'informativa completa sul livello di compenso percepito dagli intermediari (sia esso fisso o variabile), ma quest'obbligo non compare nel testo finale. Gli intermediari saranno quindi liberi di continuare a ricevere commissioni senza l'obbligo di *disclosure*. Nonostante la direttiva presenti un passo in avanti rispetto a IMD 1, quest'ultimo punto critico mi ha portato ad astenermi.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Návrh smernice o sprostredkovaní poistenia sa týka všetkých poskytovateľov a sprostredkovateľov poistenia. V praxi to pre spotrebiteľa znamená najmä väčšiu prehľadnosť, informovanosť a ochranu. Poskytovanie jasných, zrozumiteľných a nezáväzajúcich informácií považujem za dôležitý krok pri ochraňovaní klientov. Spotrebiteľ si napríklad po novom bude istý tým, že mu budú poskytnuté dostatočné informácie, aby sa mohol informovane rozhodnúť a že mu bude poskytnutá ochrana pre prípad sporu, a to aj so zahraničným poskytovateľom. Ďalej bude mať istotu, že sprostredkovatelia poistenia disponujú odbornými znalosťami o produktoch, ktoré odporúčajú, a ich odborné znalosti budú členské štáty kontrolovať. Dúfam, že toto opatrenie zabráni v súčasnosti hojnému pôsobeniu rôznych nekvalifikovaných sprostredkovateľov a poradcov. Ďalšiu dôležitú výhodu pre spotrebiteľov vidím v tom, že im už nebude možné nanútiť poistenie pri kúpe výrobku. A nakoniec oceňujem aj ustanovenia, ktoré by mali zaručiť, že poskytovatelia poistenia už nebudú podmieňovať odmeny sprostredkovateľov tým, že budú odporúčať konkrétne produkty, ktoré sú pre nich najziskovejšie, avšak nevyhovujú potrebám klienta. Pre klienta to tak bude znamenať väčšiu istotu, že produkt, ktorý mu bude ponúknutý, zodpovedá čo najviac jeho požiadavkám, a nebol mu vybraný iba v záujme vyššej odmeny sprostredkovateľa. Všetky tieto prvky ma presvedčili, aby som správu podporila.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Apesar de a reformulação ter como objetivo a harmonização das disposições nacionais, a coordenação de regras e a garantia de igualdade de condições de proteção para os consumidores e de concorrência para os distribuidores, é de salientar, como positiva, a referência de que esta não deverá impedir os Estados-Membros de manterem ou introduzirem disposições mais rigorosas para proteger os clientes.

Acolhemos também favoravelmente todas as melhorias ao nível das informações prestadas aos consumidores, nomeadamente garantir a formação e o desenvolvimento profissional contínuos dos trabalhadores e normalizar e melhorar a informação disponibilizada.

Todavia, acreditamos que a diretiva continuará a não providenciar o nível desejado de transparência no setor segurador como um todo. Além disso, não acolhemos favoravelmente a preocupação em promover um mercado interno de produtos e serviços de seguros dos ramos vida e não-vida, pois o mesmo beneficiará somente os interesses das grandes empresas financeiras.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Zakonodajno resolucijo Evropskega Parlamenta o predlogu direktive Evropskega parlamenta in Sveta o zavarovalnem posredovanju (prenovitev) (COM(2012)0360 – C7-0180/2012 – 2012/0175(COD)), ker menim, da prinaša potrebne spremembe za poenotenje nacionalnih določb v zvezi z distribucijo zavarovalnih in pozavarovalnih produktov in s tem zagotavlja enako raven varstva in primerljive standarde za potrošnike v državah članicah Unije.

6.6. Verringerung von Ungleichheit mit besonderem Schwerpunkt auf Kinderarmut (A8-0310/2015 - Inês Cristina Zuber)

Dichiarazioni di voto orali

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem podpořil tuto zprávu, protože považuji za velký problém, jak narůstá fenomén dětské chudoby v Evropě. V posledních pěti letech problémem dětské chudoby na území Evropské unie bylo zasaženo více než 1,6 milionu dětí a protože tento trend je vzrůstající a negativní, je nutné, abychom se i my zde na úrovni Evropské unie tímto problémem zabývali a abychom hledali nějaké řešení.

Já jako pravicový politik podporuji restriktivní fiskální politiky jednotlivých národních států ve snaze udržet vyrovnané rozpočty. Na druhou stranu je třeba říci, že úsporná opatření by se neměla dotýkat dětí a neměla by zvyšovat jejich chudobu, neměla by mít vliv na jejich sociální zabezpečení a na přístup k školskému vzdělávacímu systému, protože do budoucna si tak vytváříme problém nevzdělané a sociálně slabé generace, která může být velkým problémem pro Evropu i v rámci vnitřní bezpečnosti.

Andrejs Mamikins (S&D). – Bērni ir mūsu nākotne. Šie nav tukši vārdi ļoti parasta iemesla dēļ – ja nav bērnu, nav arī nākotnes. Tīri pēc fakta. Līdz ar to jebkuras politikas izstrādāšanai un tās konsekventai implementēšanai jāpamatojas tieši uz tā principa, ka mums jāgarantē mūsu bērniem nepieciešamība, pieejamība kvalitatīvai dzīvei, izglītībai, kā arī tālākai nodarbinātībai un aktīvai iesaistei valsts un sabiedrības dzīvē. Pašlaik diemžēl ar katru gadu, neskatoties uz daudzu realizēto projektu un programmu skaitu un likumdošanas aktu virkni, nabadzībā šodien Eiropas Savienībā, sociālā atstumtībā dzīvojošo bērnu skaits palielinās Eiropas Savienībā. Ņemot vērā nabadzības kā parādības sarežģīto specifiku, mūsu dalībvalstīm kopā ar attiecīgām ES institūcijām un iestādēm, it īpaši Eiropas Komisiju, jādara daudz vairāk, lai garantētu bērniem pieejamību pārtikai, apģērbam, mājoklim, kvalitatīvai izglītībai un tā tālāk. Mums jācīnās par šīm vērtībām. Atbalstu.

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, I was happy to support this report and I thank the rapporteur for bringing it to the floor today, because child poverty and the fact that we are told that one in four children in Europe lives below the poverty line is unacceptable. We have this knowledge and we need to act on it in terms of investing in education, in particular. Education is key and reduces poverty, and it is not good enough just to provide education facilities for children; we also need to involve families, parents and guardians in that mission to ensure that they fully buy into the fact that an education is a ticket for the children to relieve them from poverty.

There is also much more we can do in the area of health care, housing and nutrition programmes, and for all of us here in this Parliament who know we are an ageing society: we are growing old. We will need these children in the future, and so there is not only a moral obligation to invest in these children right now, but it also makes sense from an economic and a societal point of view.

Филиз Хюсменова (ALDE). – Г-н Председател, според данни на Евростат процентът на деца, живеещи в бедност и социална изолация за държави като България, Румъния и Унгария, достига до 40 процента. Детската бедност води до липса на достъп до качествена храна, здравеопазване, отпадане от училище. Ограничените възможности формират порочен кръг на социална изолация.

Ето защо подкрепям доклада за намаляване на неравенството и бедността сред децата и смятам, че политиките ни трябва да са насочени към преодоляване на причините за детска бедност и към подпомагане на децата и тяхното развитие, на безработните родители, самотните майки и родителите на деца в неравностойно положение. Необходимо е също така конкретна стратегия за инвестиране в децата в рамките на Европейския и социален фонд и Фонда за подпомагане на най-нуждаещите се лица, както и включване на преодоляването на детската бедност сред целите на стратегията „Европа 2020“.

Lucy Anderson (S&D). – Mr President, I am pleased to vote for this report calling for a real commitment from Member States to tackle child poverty and reduce social inequalities.

Across the EU, one in four children are living in poverty, and in my own constituency of London this increases to a shocking 37%. Many MEPs in this House were proud to support the report's call for a child guarantee fund for each child to have access to free healthcare, childcare and education, as well as decent housing and adequate nutrition. Tomorrow in the UK Parliament, the Conservative Government will pursue further its shameful plans to cut in-work social security and will push an estimated 640 000 more children in London into poverty next year.

In contrast, under Labour Governments before 2010, the number of children living in absolute poverty fell substantially. I and my colleagues will therefore continue to fight for child poverty to be eradicated everywhere.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já chci rovněž sdělit, že jsem hlasoval pro tuto zprávu, i když s určitými rozpaky. Bylo zde řečeno, že je vzrůstající trend počtu dětí, které jsou ohroženy chudobou. To je nepochybně pravdou a i z tohoto důvodu jsem považoval za svojí povinnost podpořit tuto zprávu. Nicméně myslím si, že stát nemůže nahradit starostlivého rodiče, a já jsem rád, že některá navržená ustanovení z té zprávy neprošla, například stanovení minimálních standardů pro bydlení dětí. Nepochybně je důležité, aby i děti bydlely v přiměřených podmínkách, ale pokud rodiče nemohou toto ubytování zajistit, tak kdo je nahradí? Stát? Nebo to bude Evropská unie? Já jsem rád, že některé volání po sociálních jistotách nebylo vyslyšeno v této zprávě, protože je nad rámec toho, co si asi v tuto chvíli mohou dovolit státy. Ale jinak jsem rád tuto zprávu podpořil.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, vótáil mé i bhfabhar na tuarascála seo mar is tuarascáil an-tábhachtach í. Táimid ag caint faoi leanaí óga agus iad i mbochtanas agus téann sé sin i gcoinne geallúintí a tugadh do leanaí óga i gCoinbhinsiún na Náisiún Aontaithe agus caithfimid rud éigin a dhéanamh faoi.

Dar ndóigh, nuair a bhíonn leanaí bocht, ní féidir leo aon rud a bheith acu. Agus gach rud a ghabhann le bochtanas, cuireann sé isteach orthu: easpa bia, easpa tithíochta, easpa seirbhísí sláinte, easpa seirbhísí oideachais agus fiú amháin gan seans a bheith acu súgradh agus cluichí a imirt.

Ós rud é go bhfuil an tAontas Eorpach ar cheann de na réigiúin is saibhre ar domhan caithfimid a bheith an-fheargach i ndáiríre faoi seo; níl aon chiall leis. B'fhéidir go raibh leithscéal againn i rith an chúlaithe eacnamaíochta, ach ós rud é go bhfuil an geilleagar ag fás anois caithfimid díriú air seo go práinneach, agus gach seans a thabhairt do leanaí óga saol maith a bheith acu. Baineann sé seo le mo thír féin agus leis na tíortha eile san Aontas.

Csaba Sógor (PPE). – Elnök Úr, a ma gyermekei a jövő Európájának polgárai. A növekvő gyermekszegénység és tartós mélyszegénység korunk Európájának egyik legsürgetőbb kihívása. Riasztó, hogy a 21. század Európájában növekszik az alultáplált gyermekek aránya és rég legyőzöttnek hitt betegségek jelentek meg ismét. Elgondolkoztató és a közvetlen problémán túlmutató, hogy a gyermekszegénység kockázata számos tagállamban a magas munkaintenzitású családok esetében is fennáll. A Bizottság határozza meg egy úttervet az említett kihívások leküzdésére, tegye az európai szemeszter és az Európa 2020 stratégia irányításának prioritásává a gyermekszegénység és a növekvő iskolai lemorzsolódás elleni küzdelmet, valamint ugyanezen stratégia keretében határozza meg a gyermekszegénység és a társadalmi kirekesztés csökkentésére vonatkozó részcélokat. Ezúttal szeretném felhívni valamennyi tagállam figyelmét is a gyermekszegénység elleni küzdelem fontosságára, amely kontinensünk jövőjének záloga.

Monica Macovei (ECR). – Domnule președinte, dreptul la educație, dreptul la asistență medicală, dreptul de a avea un acoperiș deasupra capului, dreptul de a participa la deciziile care-i privesc și multe altele sunt garantate pentru copii în Convenția ONU cu privire la drepturile copilului.

Cu toate acestea, mulți copii nu au auzit de așa ceva și multe guverne se pare că nu aud de așa ceva și nu vor să aplice aceste prevederi.

În Uniune este o situație foarte gravă. Unu din patru copii trăiește acum la limita sărăciei și suntem în Uniunea Europeană, o lume bogată. Acesta este rezultatul unor politici guvernamentale iresponsabile din partea unor guverne.

Am votat pentru acest raport pentru că prevede măsuri care să îmbunătățească această situație, care să aibă capacitatea să schimbe viețile copiilor, măsuri privind accesul la educație, la sănătate, la locuințe.

Sper că aceste recomandări vor fi și aplicate. Sărăcia copiilor este sărăcia părinților care nu au un loc de muncă și care nu își permit să își țină copiii în școli.

Un proverb grec spune că o civilizație înflorește atunci când oamenii plantează copaci în umbra cărora nu vor sta niciodată. Haideți să plantăm acești copaci. Fără copii nu există viitor.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, my generation has seen the most severe fall in world poverty in human history. The number of people in severe poverty as defined and measured by the United Nations has fallen by two thirds over the last 25 years. The sharpest drops have been in Africa and Asia. And what has fuelled that extraordinary and happy story? Free trade: the integration of these markets into the global markets and the naked pursuit of profit by mobile phone companies and others bringing investment to these regions.

I hate to break this to you in this house, but it was not caused by a vote on reducing inequalities with a special focus on child poverty: we have not contributed a jot or a tittle to these happy falls in global poverty. The best thing we can do in this Chamber is to release the genius of a free people. All we have to do is stop regulating, stop interfering and stand aside.

Diane Dodds (NI). – Mr President, it is a sign of the times that, in a report focusing on the very important issue of inequality and child poverty, we are yet again debating an issue for which national governments should have primary responsibility. Member States, their authorities and their local representatives are best placed to identify where improvements can and must be made to ensure that each of their citizens has a fair and equal stake in society. It does not need Europe to dictate this.

That said, there are a number of conclusions that can be drawn from the text of this report. I hold a balanced view on how to drum out inequalities and improve quality of life for everyone. We believe that, on the one hand, we in the United Kingdom as a nation are blessed and well equipped to provide proportionate, effective and accessible welfare benefits to those in our society who need them most; incentives for those who want to make the transition to the workplace; and protection for the most vulnerable. On the other hand, we feel a driving economic growth and creating jobs is the key to raising the quality of life for all.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, you may believe in a high level of public services and a high tax economy; you may oppose privatisation; you may support wealth redistribution and income redistribution; and you may take a view that, fundamentally, universal benefits are better than means-tested benefits. Those are all positions which many people hold. But to my mind, it is fundamentally and morally wrong to misuse the very serious issue of child poverty as a vehicle to push these left-wing policies.

I personally feel that there is far more that we should do, as a nation, within the United Kingdom to tackle child poverty. My problem with this report, however, was that it had so much content on issues that are so different to the issue of child poverty. Therefore I could not support the report as a whole.

Dichiarazioni di voto scritte

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding report because we do not oppose actions to tackle the very serious issue regarding child poverty. However, we do oppose calling for any more EU initiatives and interference as the EU is completely undemocratic and the only people that should decide how we tackle child poverty should be our own elected government, not bureaucrats in Brussels. The EU's own policy on this is a failure, as they have admitted they are very unlikely to hit their own target by 2020 on poverty and social exclusion. Also, if the UK didn't pay £55 million a day to the EU, we could do so much more to help children who are in poverty. The EU is one of the problems, not the solution.

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – Il documento in analisi illustra mirabilmente la stretta connessione tra il persistere delle disuguaglianze sociali ed economiche e l'incremento del tasso di povertà infantile nei paesi membri. Gli ostacoli finanziari, amministrativi e lavorativi, che famiglie disagiate o comunque appartenenti a comunità discriminate incontrano, producono inevitabilmente effetti drammatici sui bambini nella loro fase di crescita. Si auspica, in tal senso, un intervento pregnante da parte degli Stati membri nella predisposizione di strumenti di politica sociale idonei a scongiurare e contrastare il fenomeno. Migliorare, infatti, l'integrazione delle comunità emarginate, facilitare il loro accesso al mondo del lavoro e prevedere strumenti di sussidio sociale qualitativamente più significativi potrà senza dubbio migliorare le condizioni di vita dei bambini stessi. A tal scopo, ho espresso voto favorevole.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor porque considero inaceptable que hoy, en Europa, uno de cada cuatro niños esté en riesgo de pobreza y exclusión social y veinte millones no tengan acceso a una comida caliente al día. Es imperativo que garanticemos que todos los niños y niñas tengan acceso a sanidad, a educación, a una vivienda digna y a una alimentación adecuada.

Por ello los socialistas hemos propuesto establecer una garantía infantil como parte de un plan integrado europeo de lucha contra la pobreza infantil, que englobe además los programas que brindan ayuda y oportunidades a los padres para salir de las situaciones de exclusión social e integrarse en el mercado laboral. En este sentido, lamentamos profundamente que la propuesta no vaya acompañada de un fondo específico para la garantía, puesto que la derecha europea en su totalidad no ha apoyado su creación.

El informe también pide a la Comisión que la lucha contra la pobreza infantil sea una prioridad central del nuevo Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento 2016, porque invertir en la infancia no es solo invertir en el futuro de la UE, sino que es una cuestión de justicia social.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque sitúa las causas de la pobreza infantil en su auténtico marco estructural y no en el ámbito familiar, como suele ocurrir en las propuestas neoliberales. Se reconoce el papel fundamental del derecho a la salud, la educación y la protección social, además del derecho a un trabajo digno, para luchar contra la pobreza infantil. De esta manera se pone de relieve la necesidad de construir otra sociedad, y no solo de adoptar otras políticas, para acabar con este grave problema social.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this very progressive report, which was authored by my GUE/NGL colleague. As a result of the economic crisis and the austerity measures that have been imposed, many social indicators have deteriorated, including the level of child poverty in Europe.

Between 2008 and 2012 the number of children at risk of poverty in the EU rose by almost one million. By 2013, one in four children in the EU was living at risk of poverty or social exclusion.

This report understands child poverty as a multidimensional phenomenon, which needs to have a multidimensional solution. The solutions proposed in this report are based on policies that promote access to universal, public, free and quality education, health and social security services, promoted by Member States to children and their families. The proposals also guarantee cultural inclusion, democratic participation, nutrition and adequate housing.

Most importantly, this report acknowledges that child poverty cannot be viewed in isolation from the broader family and community context that children are raised in. As a result, the solutions proposed deal with tackling unemployment, promoting job security, parenting support and public development of social-educative networks.

Max Andersson (Verts/ALE), *skriftlig*. – Jag röstade för ett avslag av punkt 47 andra delen då jag anser att alla barn skall ha tillgång till hälso- och sjukvård, utbildning och barnomsorg, men hur detta organiseras budgetmässigt i EU:s olika medlemsstater ser olika ut. I Sverige berör detta t.ex. framförallt kommunala och regionala budgetar. Medlemsländerna bör även framöver ha rätt att utforma detta enligt sina system och därför röstar jag nej till att alla medlemsstater skall tilldela en specifik budgetpost för denna fråga.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Cette proposition reprend intégralement les dispositions de la Convention des Nations Unies sur les droits des enfants: l'éducation, la santé, le logement, la protection, les loisirs, le temps libre, la nutrition, et les soins dans l'environnement familial.

Considérant que la pauvreté infantile continue de progresser dans l'Union, le Parlement européen demande à la Commission d'agir en augmentant les dotations du FSE et en appliquant le principe du revenu minimum européen (résolution 2010 du Parlement européen n° 2010/2039 INI).

Quant aux États-membres, ils sont priés d'étendre généralement aux enfants la gratuité de l'accès à l'éducation publique, etc.

Bien évidemment, la pauvreté des enfants est scandaleuse. Néanmoins, il faudrait commencer par s'interroger sur les raisons de cette pauvreté: familles éclatées, chômage généralisé, quartiers déclassés pour cause d'insécurité, immigration incontrôlée...

L'État n'a plus les moyens de soutenir ses services publics. Demander que ceux-ci soient universels et gratuits est impensable dans la situation actuelle. La lutte contre la pauvreté passe d'abord par un retour au plein-emploi et à un modèle familial traditionnel stable.

J'ai voté en faveur de la nouvelle proposition présentée par mon collègue du Front National, Dominique Marti. Celle-ci n'ayant pas obtenu la majorité, j'ai voté contre ce rapport.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération car elle demande aux États membres d'intensifier leurs efforts en matière de lutte contre les inégalités sociales, en particulier contre la pauvreté infantile.

Consultez notre carte pour en savoir plus sur les chiffres dans les différents pays.

Inés Ayala Sender (S&D), *por escrito*. – He votado a favor porque considero inaceptable que hoy, en Europa, uno de cada cuatro niños esté en riesgo de pobreza y exclusión social y veinte millones no tengan acceso a una comida caliente al día. Es imperativo que garanticemos que todos los niños y niñas tengan acceso a sanidad, a educación, a una vivienda digna y a una alimentación adecuada.

Por ello los socialistas hemos propuesto establecer una garantía infantil como parte de un plan integrado europeo de lucha contra la pobreza infantil, que englobe además los programas que brindan ayuda y oportunidades a los padres para salir de las situaciones de exclusión social e integrarse en el mercado laboral. En este sentido, lamentamos profundamente que la propuesta no vaya acompañada de un fondo específico para la garantía, puesto que la derecha europea en su totalidad se ha negado a apoyar su creación.

El informe también pide a la Comisión que la lucha contra la pobreza infantil sea una prioridad central del nuevo Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento 2016, porque invertir en la infancia no es solo invertir en el futuro de la UE, sino que es una cuestión de justicia social.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – paraginti ES valstybes aktyviau spręsti vaikų skurdo problemą, kuri dar pagilėjo dėl ekonominės krizės. Pagal statistinius duomenis apie 26 mln. vaikų ES gresia pavojus patirti skurdą ir socialinę atskirtį. 2014 m. duomenimis, daugiausia ant skurdo slenksčio atsidūrusių vaikų buvo Rumunijoje (51 proc.), Bulgarijoje (45,2 proc.) ir Vengrijoje (41,4 proc.) Lietuvoje šis rodiklis praeitais metais buvo šiek tiek didesnis nei ES vidurkis ir siekė 28,9 proc. Lyginant su 2010-2013 m. laikotarpiu skurdo rizikoje atsidūrusių vaikų Lietuvoje dalis sumažėjo keliais procentiniais punktais. Pritariu, kad valstybės narės turi didinti paramos ir socialinių teisių iniciatyvų, skirtų konkrečiai ne tik vaikams, bet ir tėvams, kiekį ir veiksmingumą ir skatinti taikyti tokius darbo įstatymus, kuriais šeimoms būtų užtikrinama socialinė apsauga ir kovojama su mažų garantijų darbu. Pritariu raginimams valstybėms narėms teikti būtinas subsidijas siekiant užtikrinti visų vaikų teisę į kultūrą, sportą ir laisvalaikį.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding report because we do not oppose actions to tackle the very serious issue regarding child poverty. However, we do oppose calling for any more EU initiatives and interference as the EU is completely undemocratic and the only people that should decide how we tackle child poverty should be our own elected government, not bureaucrats in Brussels. The EU's own policy on this is a failure, as they have admitted they are very unlikely to hit their own target by 2020 on poverty and social exclusion. Also, if the UK didn't pay £55 million a day to the EU, we could do so much more to help children who are in poverty. The EU is one of the problems, not the solution.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – La sage proposition d'une autre résolution déposée par mon groupe, Europe des Nations et des Libertés, ayant été rejetée, j'ai voté contre ce texte proposé par la vice-présidente de la commission des droits de la femme et de l'égalité des genres, Inês Cristina Zuber.

Pas une plénière sans qu'on nous soumette au moins un rapport motivé par la funeste «théorie du genre». On ne s'étonnera pas que j'aie voté contre le rapport de cette communiste portugaise.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai évidemment soutenu ce rapport qui recommande aux États membres de s'engager avec volontarisme dans l'élaboration de politiques de lutte contre la pauvreté infantile axées sur la correction des principaux facteurs qui contribuent à la pauvreté des enfants.

Alors qu'un enfant sur quatre dans l'Union court un risque de pauvreté, il faut en effet déployer une approche multi-sectorielle pour enrayer ce phénomène dramatique et inacceptable.

Cela passe évidemment dans des politiques et aides sociales adaptées mais aussi des mesures volontaristes en matière d'emploi, de lutte contre le décrochage scolaire, d'accès à la culture ou à l'ensemble des activités sociétales.

L'aide aux parents fragilisés est par ailleurs également fondamentale.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Más de uno de cada cuatro niños en la UE está en riesgo de pobreza y exclusión social. Esta cifra ha aumentado de manera preocupante como consecuencia de la crisis económica y los continuos recortes sociales por parte de algunos gobiernos europeos, como el Gobierno del Partido Popular en España. Por más señas, un informe de Unicef sobre la infancia en España reveló que la inversión en infancia se redujo un 14,6 % entre 2010 y 2013, es decir, que se recortaron 775 euros por niño, volviéndose así a cifras anteriores a 2007.

Este informe muestra una vez más el compromiso de este Parlamento en la lucha contra la pobreza infantil, de conformidad con los compromisos que ha adquirido en el marco de la Convención de las Naciones Unidas sobre los Derechos del Niño y la Agenda 2030 para el Desarrollo Sostenible.

Por todo ello hemos votado a favor, aunque lamentamos profundamente que no se haya conseguido un acuerdo para la creación de un fondo específico de lucha contra la pobreza infantil, que hubiese permitido una mayor inversión, un empleo más eficiente de los fondos y una mejor monitorización de su uso.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor del informe sobre la reducción de las desigualdades, en especial con respecto a la pobreza infantil. He votado a favor de la necesidad de introducir una garantía infantil con un fondo específico así como una sección con objetivos vinculantes en el Índice de crecimiento anual del Semestre Europeo. En la Unión Europea tenemos que poner en marcha todos los mecanismos necesarios para acabar con la lacra de la pobreza infantil, es algo inadmisibile. Nuestros hijos e hijas son nuestro futuro.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Le rapport Zuber est malheureusement victime de ses bonnes intentions. Partant en effet du constat que la pauvreté infantile a beaucoup progressé ces dernières années en Europe, le texte diffuse une série de propositions irréalistes en se trompant de postulat de base. Certes, la proposition couvre l'ensemble des droits de l'enfant, rappelant notamment ceux évoqués dans la convention des Nations Unies sur le sujet. Cependant, la rapporteur Zuber oublie que de l'environnement familial dépend le bien-être de l'enfant, et qu'une solution viable au problème de la pauvreté infantile ne saurait se régler sans la lutte contre la précarisation professionnelle et sociale des parents.

C'est pourquoi j'ai voté contre cette proposition et soutenu celle déposée par Dominique Martin au nom du groupe ENL. Plus réaliste, l'autre proposition de résolution de mon collègue rappelle que c'est en résorbant le chômage des parents en Europe que l'avenir des enfants sera assuré. Par ailleurs, il faut rappeler que ce sont les politiques européennes d'austérité qui sont responsables de la déchéance des politiques sociales nationales. Il faut donc redonner, en la matière, du pouvoir décisionnel aux États membres, qui pourront dès lors mettre en place de véritables réformes des systèmes éducatifs et de santé au bénéfice des enfants.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Condivido pienamente le finalità del testo che intende comporre una strategia per lottare contro la povertà infantile, garantendo l'accesso dei bambini all'istruzione e alle cure.

Non sono invece d'accordo sulle modalità e gli strumenti proposti dal relatore per raggiungere questi importanti obiettivi. Il modello di governance del Semestre europeo, invocato dalla relazione, così come una maggiore ingerenza della Commissione nelle politiche sociali si sono già rivelati più occasioni strumenti fallimentari e controproducenti.

Per tutti questi mi sono astenuta.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor porque considero inaceptable que hoy, en Europa, uno de cada cuatro niños esté en riesgo de pobreza y exclusión social y veinte millones no tengan acceso a una comida caliente al día. Es imperativo que garanticemos que todos los niños y niñas tengan acceso a sanidad, a educación, a una vivienda digna y a una alimentación adecuada.

Por ello los socialistas hemos propuesto establecer una garantía infantil como parte de un plan integrado europeo de lucha contra la pobreza infantil, que englobe además los programas que brindan ayuda y oportunidades a los padres para salir de las situaciones de exclusión social e integrarse en el mercado laboral. En este sentido, lamentamos profundamente que la propuesta no vaya acompañada de un fondo específico para la garantía, puesto que la derecha europea en su totalidad se ha negado a apoyar su creación.

El informe también pide a la Comisión que la lucha contra la pobreza infantil sea una prioridad central del nuevo Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento 2016, porque invertir en la infancia no es solo invertir en el futuro de la UE, sino que es una cuestión de justicia social.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau už itin svarbų pranešimą dėl kovos su didžiuliu vaikų skurdu. Paradoksas, kad šiuo metu Europos Sąjungoje, labiausiai išsivysčiusiame žemyne, daugiau negu vienas iš keturių vaikų gyvena skurde, o daugelyje šalių skurdas labiau gresia vaikams negu suaugusiems. Todėl esu įsitikinusi, kad mums reikalingos naujos konkrečios priemonės, kaip siūlau aš ir socialdemokratų frakcija. Mes primygtinai raginame Komisiją ir valstybes nares sukurti Vaikų garantiją, pagal kurią kiekvienas skurstantis vaikas galėtų gauti nemokamas sveikatos ir vaikų priežiūros, ugdymo, deramo apgyvendinimo ir tinkamos mitybos paslaugas. Tai galėtų būti panaši priemonė į dabar jau veikiančią Jaunimo užimtumo iniciatyvą. Džiaugiuosi, kad šiandien Europos Parlamento dauguma pritarė Vaikų garantijai.

Kad galėtume sumažinti vaikų skurdą, turime tam sukurti specialų ES biudžetą, nes be pinigų mes negalėsime nieko padaryti. Dabar turime skirtingų priemonių vaikų skurdo mažinimui, tačiau jos nėra suderintos ir dažniausiai pinigai iš fondų yra skiriami kitoms sritims, o investicijoms į vaikus pinigų tiesiog nebėlieka. Taigi, turime kovoti su skurdu nuo kuo jaunesnio amžiaus, kad visi vaikai turėtų vienodas galimybes ir nebūtų pasmerkti skursti. Jei suteiksime tokias galimybes jau nuo mažens, tai didelė tikimybė, kad išvengsime didžiulio jaunimo nedarbo ateityje ir nereikės kurti papildomų priemonių su tokiu nedarbu kovoti.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az egyenlőtlenségek csökkentéséről és különösen a gyermekszegénységről ma elfogadott jelentést támogattam szavazatommal. A határozat legfontosabb elemei a magyar kormányzat utóbbi években bevezetett intézkedéseit támasztották alá. Ennek ellenére a baloldali többség által elfogadott jelentés régebbi statisztikák és felmérések számaiból vette figyelembe, ami jelentősen torzította a jelenlegi helyzetre vonatkozó adatokat és trendeket.

A szavazás során a néppárti álláspontot követtem és egyetérték azzal, hogy a munkahelyteremtés elsődleges fontosságú, mint ahogy a magas energiaárak és a rezsikiadások csökkentése is hozzájárul a szegénység elleni küzdelemhez. A gyermekékeztetés ingyenessé tétele és annak általánosabb hozzáférhetősége az első prioritások közé került a jelentésben, amit támogatok. Azt a megállapítást is helyesnek tartom, hogy a háztartások adósságállományának enyhítése is jelentős mértékben javíthat és javított is az emberek helyzetén.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Konvencija ZN o otrokovih pravicah določa, da je treba vsem otrokom zagotoviti pravico do izobraževanja, zdravstvenega varstva, stanovanja, zaščite, prostega časa, uravnotežene prehrane ter odraščanja v družinskem okolju. Žal smo v EU priča temu, da se določbe konvencije ne uresničujejo, številni otroci so le še v večji stiski. Revščina se namreč pogloblja. Delež revnih otrok staršev z nižjo stopnjo izobrazbe se namreč od leta 2008 dalje povečuje, večje tveganje za revščino obstaja pri otrocih, ki so rojeni v socialno ogroženih sosedah in v etnično nepriklagenih skupnostih. Zato je potreba po integraciji vseh ljudi iz tretjih držav, ki že živijo v EU, kot tistih, ki v EU prihajajo v migrantskih valovih, tudi v luči boja proti revščini otrok, nujna.

Sam sem v času županovanja v Krškem posvetil veliko časa in energije za izboljšanje položaja Romov in romskih otrok. Ključno je predvsem zavedanje o pomenu pridobivanja izobrazbe. Socialna neenakost se namreč prenaša z generacije na generacijo, otroci pa lahko posledice revščine in socialne izključenosti trpijo vse življenje.

Zato je pri spopadanju z revščino potreben skupek vertikalnih in horizontalnih ukrepov, ki morajo iti v smer zmanjševanja socialne izključenosti. Eden ključnih pogojev za to je ustvarjanje kakovostnih delovnih mest. Poročilo sem seveda podprl.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Nell'Unione europea più di un bambino su quattro è a rischio di povertà o di esclusione sociale. L'aumento delle disuguaglianze e la povertà infantile sono dunque realtà che non possiamo ignorare. Fra gli elementi che hanno sottolineato questa tendenza vi sono le politiche di austerità e i loro effetti sulle condizioni socio-economiche e sul mercato del lavoro dei vari paesi, le quali hanno dimostrato nuovamente il legame che vi è fra le politiche di redistribuzione della ricchezza ed occupazionali e l'aumento del divario sociale.

Alla luce di ciò, la relazione in oggetto, che io sostengo, mira a dare maggiore visibilità alla lotta contro la povertà infantile, ricordandoci che per affrontare tale problematica occorre un approccio integrato. Se da un lato è necessario, infatti, rafforzare il sistema dei servizi di protezione sociale all'interno dell'Unione, affinché questi siano in grado di garantire a tutti i bambini l'accesso all'assistenza sanitaria e a un'istruzione di qualità, all'alloggio e a un'alimentazione equilibrata, dall'altro dobbiamo mettere anche le famiglie, specialmente le più svantaggiate, nella posizione di offrire ai propri figli le migliori condizioni di vita possibili, accrescendo le opportunità esistenti sul mercato del lavoro e garantendo ai genitori un migliore equilibrio fra vita lavorativa e familiare.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report because it clearly calls for children to be prioritised in Member States when it comes to housing, education, health care and nutrition. Austerity policies have created a situation where 27.7% of children are at risk of poverty and social exclusion. In my home country, Ireland, the figure is above average and has actually doubled since the economic crash in 2008. Extremely worrying is the fact that 1 500 children are currently homeless in Ireland.

This report addresses issues such as social exclusion and the need to tackle unemployment and promote job security, which will help to lift families out of poverty. The report encourages a holistic approach to dealing with the issue of child poverty and references the UN Convention on the Rights of the Child that guarantees all children universal access to housing, education, nutrition and healthcare.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Le politiche di austerità stanno creando disastri sociali in Europa: è ormai evidente a tutti che il taglio di servizi sociali e di investimenti da parte degli Stati ha raddoppiato il numero di famiglie che vivono in condizioni di povertà e di esclusione sociale in Europa. Le persone maggiormente colpite dall'austerità sono i bambini e le madri sole: la percentuale di bambini che vivono in povertà assoluta e di lunga durata (oltre 3 anni) è in aumento. In paesi come Estonia, Grecia e Italia è raddoppiato il numero di bambini che non possono mangiare carne, pollo o pesce per due giorni consecutivi in un mese. L'aumento della povertà colpisce anche l'accesso ad asili, istruzione e servizi sanitari: dal 2008 è aumentato in tutti gli Stati membri il numero di famiglie che non possono mandare i figli all'asilo o alla formazione superiore e che rinunciano a prestazioni mediche o chirurgiche per mancanza di denaro. L'aumento delle disuguaglianze e della povertà aggrava la frammentazione sociale e l'abbandono scolastico, deprimendo i consumi e rischiando di innescare spirali recessive di grande portata. È quindi evidente che l'austerità ha fallito: dobbiamo invertire la rotta e comprendere che nessun dato contabile vale quanto la salute dei nostri bambini.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – La pauvreté infantile a beaucoup progressé en Europe avec l'accroissement des inégalités sociales qui résultent des cures d'austérité appliquées dans la plupart des États membres.

Ce rapport recommande à la Commission d'instaurer un revenu minimum européen, d'augmenter le budget du FSE et d'être plus indulgent avec les États membres en matière de rigueur budgétaire. Par ailleurs, le rapporteur invite les autorités nationales à garantir la gratuité de l'école publique et des transports en commun pour les enfants. Les gouvernements nationaux sont également tenus d'améliorer les services publics ainsi que d'accroître le nombre de logements sociaux.

Après avoir imposé des politiques d'ultra-austérité dans tous les États de l'Union, les institutions européennes jouent le rôle du pompier pyromane. Les recommandations sont inapplicables en période de crise structurelle aggravée par une pression migratoire totalement incontrôlée. C'est la raison pour laquelle Dominique Martin, au nom du groupe ENF, a déposé une autre proposition de résolution visant à introduire la préférence nationale dans l'attribution des prestations sociales afin de favoriser directement nos nationaux les plus vulnérables, victimes des conséquences de la mondialisation sauvage et des politiques ultra-libérales appliquées dans l'Union européenne.

J'ai donc voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Raportul privind reducerea inegalităților, în special a sărăciei în rândul copiilor urmărește elaborarea unor politici de combatere a sărăciei în rândul copiilor prin diminuarea factorilor de sărăcie și consolidarea prijinului social care vizează copiii.

În vederea îndeplinirii obiectivului Strategiei Europa 2020 de reducere a numărului de persoane afectate de sărăcie cu cel puțin 20 de milioane până în 2020 este necesară acordarea unei mai mari vizibilități acestor politici privind combaterea sărăciei în rândul copiilor la cele mai înalte nivele politice ale Uniunii.

Având în vedere că o cincime din populația totală a Uniunii are vârsta sub 18 ani, iar unul din patru copii trăiesc la limita sărăciei sau a excluziunii sociale în întreaga UE, se impune ca statele membre să recurgă la măsuri imediate în combaterea sărăciei și să acorde mai multă atenție utilizării fondurilor structurale ale Uniunii pentru a crește bunăstarea generală.

Am votat în favoarea raportului privind reducerea inegalităților, în special a sărăciei în rândul copiilor, considerând că este momentul ca statele membre să acționeze prompt în elaborarea unor politici de prevenție și combatere a sărăciei, garantând dreptul tuturor copiilor la condiții prospere de viață și la un acces egal la cultură, sănătate și bunăstare.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – La relazione raccomanda la definizione di una tabella di marcia per l'attuazione dell'approccio basato su tre pilastri adottato nella raccomandazione «Investire nell'infanzia: spezzare il circolo vizioso dello svantaggio sociale», mettendo a punto indicatori precisi e specifici del livello di povertà infantile e delle zone maggiormente colpite da questo fenomeno. Gli Stati membri dovranno così attuare le raccomandazioni specifiche emanate dalla Commissione nell'ambito del Semestre europeo.

Gli scopi sono nobili e condivisibili (la lotta alla povertà infantile, l'accesso dei bambini all'istruzione pubblica gratuita e a cure adeguate a costi accessibili...), ma non vedo come possano essere realizzati insistendo sul fallimentare e a-democratico modello di governance rappresentato dal Semestre europeo. Peraltro, richiedere un maggiore ruolo della Commissione in tema di assistenza sociale prefigura un'ingerenza eccessiva nelle competenze degli Stati membri.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Tuturor copiilor ar trebui să li se garanteze dreptul la educație, servicii de sănătate, protecție, locuință, dreptul la activități recreative și timp liber, la o alimentație echilibrată, dreptul de a fi crescuți în cadrul unei familii și dreptul de a participa la deciziile care îi afectează, conform Convenției ONU cu privire la drepturile copilului.

Convenția este departe de a fi îndeplinită în cadrul UE, toate rapoartele indicând creșterea nivelului sărăciei în rândul copiilor în Europa. Riscul de sărăcie și excluziune socială a crescut între 2008 și 2012 de la 26,5 % la 28 %, iar în 2013 (conform cu datele Eurostat) în UE 28, un număr de 26,5 milioane de copii erau expuși riscului de sărăcie și de excluziune socială.

Susțin Propunerea de rezoluție a PE referitoare la reducerea inegalităților, în special a sărăciei în rândul copiilor, considerând necesar ca statele membre să ofere subvenții pentru garantarea dreptului la cultură, sport și activități recreative pentru toți copiii, cu accent deosebit pe copiii care trăiesc în condiții de sărăcie, copiii din zonele îndepărtate, copiii cu handicap și migranții. De asemenea consider importantă consolidarea drepturilor sociale garantate de stat, pentru a proteja copiii de abuz, violență și neglijare.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor porque considero inaceptable que hoy, en Europa, uno de cada cuatro niños esté en riesgo de pobreza y exclusión social y veinte millones no tengan acceso a una comida caliente al día. Es imperativo que garanticemos que todos los niños y niñas tengan acceso a sanidad, a educación, a una vivienda digna y a una alimentación adecuada.

Por ello los socialistas hemos propuesto establecer una garantía infantil como parte de un plan integrado europeo de lucha contra la pobreza infantil, que englobe además los programas que brindan ayuda y oportunidades a los padres para salir de las situaciones de exclusión social e integrarse en el mercado laboral. En este sentido, lamentamos profundamente que la propuesta no vaya acompañada de un fondo específico para la garantía, puesto que la derecha europea en su totalidad se ha negado a apoyar su creación.

El informe también pide a la Comisión que la lucha contra la pobreza infantil sea una prioridad central del nuevo Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento 2016, porque invertir en la infancia no es solo invertir en el futuro de la UE, sino que es una cuestión de justicia social.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La convention des Nations unies relative aux droits de l'enfance prévoit que tous les enfants se voient garantir le droit à l'éducation, à des services de santé, au logement, à la protection, aux loisirs et au temps libre, ainsi qu'à un régime équilibré et à des soins dans un environnement familial.

Cependant on constate encore de nombreux problèmes quant au respect des droits des enfants en Europe. Le rapport met en exergue ces manquements et propose certaines mesures en vue d'éliminer la pauvreté et l'exclusion sociale chez les enfants. Nous devons veiller à ce que les enfants vivent dans les meilleures conditions possibles à l'intérieur comme à l'extérieur de l'Union européenne. J'ai voté en faveur de ce rapport.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla «Riduzione delle disuguaglianze, con particolare attenzione alla povertà infantile», perché nell'Unione europea a circa 13 milioni di bambini e adolescenti mancano gli elementi di base necessari al loro sviluppo. Troppi bambini e adolescenti continuano a non avere accesso a beni o servizi di base necessari al proprio sviluppo in Paesi che hanno tutti i mezzi per fornire loro la possibilità di un completo sviluppo e determinazione.

Le disuguaglianze tra i paesi dell'UE sono in aumento ed è allarmante che la percentuale di bambini che soffrono di malnutrizione sia in crescita. La percentuale di bambini che non possono permettersi di mangiare carne, pollo o pesce per due giorni consecutivi è drammaticamente raddoppiata dal 2008. Gli Stati membri devono impegnarsi concretamente per mettere a punto politiche intese a contrastare la povertà infantile, che siano incentrate sulla correzione dei fattori di tale povertà e aumentino l'efficacia e la quantità del sostegno sociale specificamente rivolto ai bambini.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding report because we do not oppose actions to tackle the very serious issue regarding child poverty. However, we do oppose calling for any more EU initiatives and interference as the EU is completely undemocratic and the only people that should decide how we tackle child poverty should be our own elected government, not bureaucrats in Brussels. The EU's own policy on this is a failure, as they have admitted they are very unlikely to hit their own target by 2020 on poverty and social exclusion. Also, if the UK didn't pay £55 million a day to the EU, we could do so much more to help children who are in poverty. The EU is one of the problems, not the solution.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because it outlines many measures which I believe will be effective in the elimination, or at least reduction, of child poverty and social exclusion. We need to make sure that the youngest members of our society meet their basic needs but also that they have access to quality education and health services.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché ritengo fondamentale che gli Stati membri aumentino in termini di quantità, importo, portata ed efficacia il sostegno e i diritti sociali specificatamente rivolti ai bambini, ma anche ai genitori (come, ad esempio, i sussidi di disoccupazione o l'incremento dei diritti di maternità e paternità) e promuovano leggi sul lavoro che garantiscano i diritti sociali e la sicurezza delle famiglie e contrastino il lavoro precario, l'assunzione illegale e lo sfruttamento dei lavoratori, attuando o rafforzando le prestazioni sociali universali destinate ai minori quale diritto intrinseco del bambino.

Sono contento che nel testo finale siano stati accolti emendamenti con cui si chiedono più tutele per le famiglie di basso reddito che sono maggiormente a rischio di povertà, considerando che la povertà infantile è generata dalla povertà delle famiglie. Nei nostri emendamenti abbiamo inoltre evidenziato che permangono ostacoli finanziari, amministrativi e di altra natura pratica all'istruzione per i bambini appartenenti a gruppi emarginati, che c'è una necessità di sostegno sociale anche per i genitori disoccupati come il reddito minimo adeguato, mettendo in evidenza anche il fenomeno del lavoratore povero, e la necessità di incrementare la spesa pubblica nell'ottica di raggiungere obiettivi di lotta contro la povertà infantile.

Nessa Childers (S&D), in writing. – We need to offer a future to our next generation by breaking the vicious circle of poverty at the youngest age possible. This means ensuring that every child at risk of poverty has access to free health-care, free education, decent housing and adequate nutrition. In the last few years, the Commission has neglected this area of work, and it is about time that they put it back on the agenda, be it through pressure from the European Parliament or from the Member States' citizens and civil society. Europe will fail the current and future generations if it does not address inequalities in access to basic human services, for European children, which are once again widening on our Continent. We call on the Commission to introduce a child guarantee, with a specific fund, ideally with the revision of next year's multiannual financial framework. The child guarantee could be a long-term tool to offer equal opportunities to a whole generation as well as support for parents to come out of social exclusion situations and to integrate into the labour market.

Caterina Chinnici (S&D), per iscritto. – I dati più recenti sulle condizioni dei minori in Europa mostrano una realtà caratterizzata da profonde inaccettabili disuguaglianze. Gli ultimi rapporti sulla povertà infantile infatti ci presentano un quadro preoccupante. Dal 2008 al 2012 il numero dei minori a rischio di povertà è aumentato di circa un milione e mezzo: gran parte di loro non ha accesso ad una alimentazione sana, all'istruzione e vive in ambienti inadeguati.

Di fronte a questi dati, credo che difficilmente potrà essere raggiunto l'obiettivo della Strategia Europa 2020 di ridurre di almeno 20 milioni le persone a rischio o in situazione di povertà e di emarginazione sociale. Occorre migliorare il coordinamento delle politiche europee ma soprattutto occorre «investire nell'infanzia» così come si è voluto sottolineare con la dichiarazione scritta che insieme con altri colleghi stiamo promuovendo.

Presto si aprirà il dibattito sulla revisione della Strategia Europa 2020 e spero davvero sia l'occasione per individuare azioni e misure volte a designare programmi di lungo periodo per ridurre la povertà, ma soprattutto per dare all'Unione europea una vera dimensione sociale. Spero che la Commissione accolga la richiesta del Parlamento di introdurre una garanzia per i minori dotata di un fondo specifico.

Per questi motivi ho votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Η παιδική φτώχεια πηγάζει από την φτώχεια των οικογενειών. Αποτελεί γεγονός ότι το ένα πέμπτο του συνολικού πληθυσμού της Ε.Ε. είναι κάτω των 18 ετών και ότι παρά τις δεσμεύσεις που έχουν αναληφθεί, περισσότερα από ένα στα τέσσερα παιδιά διατρέχουν σήμερα κίνδυνο φτώχειας ή κοινωνικού αποκλεισμού.

Είναι ακόμη σημαντικό να αναφερθεί ότι οι γυναίκες διατρέχουν μεγαλύτερο κίνδυνο φτώχειας από τους άνδρες και ότι η αντιμετώπιση της φτώχειας των γυναικών δεν είναι σημαντική μόνο ως αυτοσκοπός, αλλά έχει επίσης ζωτική σημασία για τις προσπάθειες μείωσης της παιδικής φτώχειας.

Αρα είναι πολύ σημαντική η έκθεση και τυγχάνει της στήριξης μας.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση σχετικά με τη μείωση των ανισοτήτων με ιδιαίτερη έμφαση στην παιδική φτώχεια καταλήγει σε εύστοχες διατυπώσεις για την ανάγκη προστασίας μιας ιδιαίτερα ευαίσθητης κοινωνικής ομάδας και γι' αυτό υπερψήφισα.

Η θετική μου ψήφος όμως δεν συνιστά επιδοκιμασία της πολιτικής την οποία ακολουθεί η Ευρωπαϊκή Ένωση και η οποία επιδεινώνει τις ανισότητες και την παιδική φτώχεια. Είναι χαρακτηριστικό πως μόνο κατά στην περίοδο 2008-2012 ο αριθμός των παιδιών που απειλούνται από τη φτώχεια στην Ευρώπη αυξήθηκε κατά ένα εκατομμύριο.

Στην Ελλάδα, μια από τις χώρες που έχουν πληγεί βαρύτερα από την οικονομική κρίση και τις πολιτικές λιτότητας, το ποσοστό παιδιών που ζει κάτω ή στο όριο της φτώχειας, αγγίζει το 37% το έτος 2014, σύμφωνα με τη Eurostat.

Η ζοφερή αυτή πραγματικότητα αποτελεί μέγιστη πρόκληση για όλους μας, ώστε να σταθούμε με κάθε τρόπο δίπλα σε αδύναμες κοινωνικές ομάδες για να πετύχουμε βελτίωση των συνθηκών διαβίωσης. Είναι προφανές πως οι εκθέσεις δεν επαρκούν και η Ευρώπη καλείται επιτέλους να πάρει χειροπιαστές και γενναίες αποφάσεις.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della relazione concernente la riduzione delle disuguaglianze, con un'attenzione particolare alla povertà infantile. Secondo la Convenzione delle Nazioni Unite sui diritti dell'infanzia, a tutti i bambini deve essere garantito il diritto all'istruzione, ai servizi sanitari, all'alloggio, alla protezione, a partecipare alle decisioni che li riguardano, al tempo libero e alle attività ricreative, a una dieta equilibrata e alla crescita all'interno di una famiglia. Tuttavia, all'interno dell'Unione europea, la Convenzione è lontana dall'essere soddisfatta. Secondo alcune relazioni recenti, infatti, anche in Europa i bambini sono sempre più sotto la minaccia della povertà e dell'esclusione sociale. Pertanto, il Parlamento europeo, con la presente relazione invita gli Stati membri ad adottare quanto prima misure efficaci al fine di rispondere a tali sfide e a attuare gli obiettivi della Convenzione della Nazioni Unite sui diritti dell'infanzia.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione considerando che occorre dare maggiore visibilità alla lotta contro la povertà infantile ai massimi livelli politici europei, affinché l'UE possa raggiungere l'obiettivo previsto dalla strategia Europa 2020 di ridurre il numero di persone colpite dalla povertà di almeno 20 milioni entro il 2020, e considerando inoltre che le disuguaglianze sociali, che sono aumentate a causa di politiche pubbliche e di bilancio irresponsabile e finanziariamente insostenibili, favoriscono notevolmente l'incremento della povertà infantile, e che in diciannove Stati membri i bambini sono i più esposti al rischio di povertà.

Conformemente alla Convenzione delle Nazioni Unite sui diritti dell'infanzia, a tutti i minori dovrebbe essere garantito il diritto all'istruzione, a servizi di assistenza sanitaria, all'alloggio, alla protezione e alla partecipazione alle decisioni che li riguardano.

Infine, vorrei porre l'accento sulla necessità, da parte della Commissione, di investire nell'istruzione pubblica e finanziata da risorse pubblica, designando metodi d'insegnamento specifici per i gruppi sociali più vulnerabili, perché ritengo che l'istruzione possa essere una priorità chiave nel far sì che i bambini acquisiscano le competenze che potranno permettere loro di accedere a posti di lavoro qualificati.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding report because we do not oppose actions to tackle the very serious issue regarding child poverty. However, we do oppose calling for any more EU initiatives and interference as the EU is completely undemocratic and the only people that should decide how we tackle child poverty should be our own elected government, not bureaucrats in Brussels. The EU's own policy on this is a failure, as they have admitted they are very unlikely to hit their own target by 2020 on poverty and social exclusion. Also, if the UK didn't pay £55 million a day to the EU, we could do so much more to help children who are in poverty. The EU is one of the problems, not the solution.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Todas as crianças devem ter garantido o direito à educação, a serviços de saúde, à habitação, à proteção, à participação nas decisões que os afetem, ao lazer e ao tempo livre, a uma dieta equilibrada e a cuidados no meio familiar, tal como estipulado na Convenção dos Direitos da Criança da ONU.

Infelizmente, na UE, a convenção ainda está longe de ser cumprida na sua plenitude. Torna-se, pois, necessário um quadro político abrangente para dar resposta à pobreza infantil e promover o bem-estar infantil com base em três pilares, nomeadamente o acesso a recursos adequados no quadro do Fundo Social Europeu, o acesso a serviços inclusivos e de qualidade e a participação das crianças na sociedade e no processo decisório, reconhecendo as crianças como titulares de direitos.

Na utilização dos recursos financeiros dos Fundos Europeus Estruturais e de Investimento (FEEL) e na definição das políticas sociais, os Estados-Membros deverão dedicar maior atenção às formas de proteger da pobreza as famílias com crianças com problemas de saúde.

As políticas de apoio às crianças devem ser fortemente marcadas pela prevenção, contendo estratégias de longo prazo no combate às desigualdades sociais.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding report because we do not oppose actions to tackle the very serious issue regarding child poverty. However, we do oppose calling for any more EU initiatives and interference as the EU is completely undemocratic and the only people that should decide how we tackle child poverty should be our own elected government, not bureaucrats in Brussels. The EU's own policy on this is a failure, as they have admitted they are very unlikely to hit their own target by 2020 on poverty and social exclusion. Also, if the UK didn't pay £55 million a day to the EU, we could do so much more to help children who are in poverty. The EU is one of the problems, not the solution.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – La povertà infantile in Europa sta registrando un aumento allarmante. In termini numerici, tra il 2008 e il 2012, il numero di bambini a rischio di povertà o di esclusione sociale in Europa è aumentato di quasi un milione, con un incremento di mezzo milione nel solo periodo compreso tra il 2011 e il 2012. La povertà infantile impedisce a milioni di bambini di avere accesso all'istruzione, ai servizi di assistenza sanitaria, alla protezione, allo svago e al tempo libero, a un'alimentazione equilibrata e a un normale contesto familiare.

I principali fattori che determinano la povertà infantile sono rappresentati dalla cattiva gestione delle strategie di ridistribuzione della ricchezza, dall'inefficacia delle misure statali di sostegno al reddito, dalla non adeguata fornitura di servizi di assistenza e dalla situazione lavorativa precaria dei genitori.

Concordo pertanto con la proposta del relatore di pianificare importanti politiche intese a contrastare tale fenomeno, mirando ad arginare le cause di tale povertà e ad aumentare l'efficacia, la quantità e la portata del sostegno sociale specificamente rivolto ai bambini. Sarà inoltre necessario promuovere leggi sul lavoro che garantiscano diritti sociali e un salario minimo, in modo da offrire maggiore sicurezza alle famiglie e contrastare il lavoro precario.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The number of children living in absolute or long-term poverty is increasing, thereby leading to a higher number of children also experiencing social exclusion and inequality. Poverty for children does not only mean the inability of a family to house and feed children but also takes into consideration the inability of children to participate in sports, culture, educational activities and so on. Recommendations made in this report encourage Member States to promote social rights and labour laws directed at children and their parents that strengthen the fundamental welfare benefits of the child. The report also calls for funds to be re-allocated to food aid programmes. In terms of education, steps must be taken to provide quality education and effective access to such education for all children whether they are impoverished or not. I thus voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – L'obiettivo della proposta è di aumentare e rafforzare in termini di quantità, importo ed efficacia il sostegno ai diritti sociali, in particolare in riferimento alla condizione dei bambini, ma anche ai genitori (come, ad esempio, i sussidi di disoccupazione o l'incremento dei diritti di maternità e paternità), promuovendo leggi sul lavoro che garantiscano i diritti sociali e la sicurezza delle famiglie e contrastino il lavoro precario, l'assunzione illegale e lo sfruttamento dei lavoratori, attuando o rafforzando le prestazioni sociali universali destinate ai minori quale diritto intrinseco del bambino. Per tali motivi il mio voto non poteva che essere favorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque sitúa las causas de la pobreza infantil en su auténtico marco estructural y no en el ámbito familiar, como suele ocurrir en las propuestas neoliberales. Se reconoce el papel fundamental del derecho a la salud, la educación y la protección social, además del derecho a un trabajo digno, para luchar contra la pobreza infantil. De esta manera se pone de relieve la necesidad de construir otra sociedad, y no solo de adoptar otras políticas, para acabar con este grave problema social.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Le disuguaglianze sociali favoriscono notevolmente l'incremento della povertà infantile e, sulla base di dati recenti, sono in aumento in Europa sebbene la riduzione dell'esclusione sociale e della povertà siano tra gli obiettivi della strategia Europa 2020. Il Parlamento europeo, nella sua risoluzione che ho votato in favore, chiede alla Commissione e agli Stati membri di adottare con urgenza misure volte ad affrontare queste problematiche. In particolare, si chiedono maggiori investimenti che abbiano un effetto sull'infanzia, per esempio nell'educazione e istruzione, anche attraverso un migliore impiego del Fondo sociale europeo, del Fondo di aiuti europei agli indigenti e del Programma dell'UE per l'occupazione e l'innovazione sociale. Inoltre, si ritiene che i bambini debbano essere anche una priorità nella programmazione e nell'attuazione delle politiche regionali e di coesione. Per risolvere

appieno il problema, il Parlamento europeo chiede alla Commissione di creare indicatori per l'analisi della povertà infantile, con riferimento all'accesso all'educazione, alle cure infantili, ai servizi sanitari e agli alloggi. Solo con dati chiari circa la dimensione dell'esclusione sociale e della povertà infantile potremo mettere in campo le giuste politiche.

Pál Csáky (PPE), írásban. – Az ENSZ-egyezmény szerint minden gyerek számára biztosítani kell a normális életkörülményekhez való jogot, mint például oktatásra, egészségügyi ellátásra, pihenésre, kiegyensúlyozott étkezésre és a rendes családi környezetre vonatkozó jogokat. Európában mégis nagymértékben van jelen a szegénység és a társadalmi kirekesztés a gyermekek körében, ami korlátozza a gyermekek esélyeit a jó minőségű oktatásra és az egészségügyi ellátásra. A jelentés ezekre a problémákra javasol intézkedéseket, koncentrálva a gyermekszegénységre és a hozzá kapcsolódó problémák kiváltó okaira. A gyermekszegénység felszámolása kiemelkedően fontos szerepet kell, hogy játsszon minden tagállamban, ezért a jelentést megszavaztam.

Edward Czesak (ECR), na piśmie. – Według danych Eurostatu liczba dzieci zagrożonych ubóstwem i wykluczeniem społecznym na terenie UE rośnie z roku na rok. Problem ten bezpośrednio związany jest z nierównościami społecznymi, pogłębiającymi się m.in. na skutek nieodpowiednich i nieracjonalnych pod względem finansowym strategii politycznych kierowania państwem, wdrażanych w wielu państwach członkowskich. W dziewięciu z nich, w tym w Polsce, zagrożone ubóstwem są nawet dzieci pochodzące z rodzin o wysokiej intensywności pracy. Ponad 20% obywateli UE nie ukończyło 18 roku życia, co szczególnie powinno motywować do działania w kierunku poprawy ich obecnej sytuacji. Przede wszystkim, walka z ubóstwem dzieci powinna stać się priorytetem na najwyższym szczeblu politycznym UE, co powinno w konsekwencji przełożyć się na politykę rządów krajowych państw członkowskich. Warto podkreślić, że strategia „Europa 2020” zakłada zmniejszenie liczby osób dotkniętych ubóstwem do 2020 r. o co najmniej 20 mln, a w realizacji tego postulatu mogłoby pomóc wykorzystanie środków z funduszy strukturalnych, dotychczas rzadko przeznaczanych na takie cele. Nieodzwonne jest jednak pełne zaangażowanie się państw członkowskich w próbę rozwiązania tego problemu, które, moim zdaniem, powinno wyrażać się przede wszystkim w opracowaniu krajowych strategii politycznych mających na celu walkę z ubóstwem dzieci na szczeblu centralnym, jak i samorządowym. W trosce o los najmłodszych obywateli UE zagłosowałem za przyjęciem rezolucji.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – I voted in favour of this report as I believe that children are our present and our future and as politicians we need to do our best to provide them with a safe, healthy and prosperous environment for them to reach their full potential. However the crisis that some Member States face has, together with their austerity policies, contributed to the increase in child poverty levels. As the Commission has avoided developing any proposals in this respect, this report aims at putting forward suggestions to help the EU reduce poverty and inequality in this field and work towards Europe 2020 targets. I supported these suggestions as I believe that we need to offer a future to our next generation by breaking the vicious circle of poverty at the youngest age possible. This means ensuring that every child at risk of poverty has access to free healthcare, free education, decent housing and adequate nutrition.

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – Susțin și întăresc ideea raportoarei referitoare la faptul că atât Comisia Europeană cât și Parlamentul European ar trebui să utilizeze oportunitatea oferită de revizuirea la jumătatea perioadei a cadrului financiar multianual pentru a majora creditele destinate Fondului social european și Programului de ajutor alimentar pentru persoanele cele mai defavorizate.

Este, de asemenea, important ca Comisia Europeană să pună în practică venitul european minim, astfel cum a fost susținut de către Parlament în rezoluția din 2010 referitoare la rolul venitului minim în lupta împotriva sărăciei și în promovarea unei societăți incluzive în Europa.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport d'initiative propose des mesures pour éliminer la pauvreté et l'exclusion sociale chez les enfants, de plus en plus menacées en Europe selon l'ONU.

Entre 2008 et 2012, le nombre d'enfants courant un risque de pauvreté ou d'exclusion sociale en Europe a augmenté de près d'un million. En 2013, 26,5 millions d'enfants dans l'Union risquaient de tomber dans la pauvreté ou l'exclusion sociale. Axé sur les causes de la pauvreté des enfants et son élimination, le rapport propose de fixer des indicateurs permettant de mieux évaluer la pauvreté, l'exclusion sociale, la discrimination et la participation à la vie publique.

Soutenant les objectifs de ce texte, ainsi que l'accent mis sur l'éducation et la formation, j'ai voté en faveur.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Le nombre d'enfants risquant d'être victimes de la pauvreté ou de l'exclusion sociale est en augmentation au sein de l'espace économique européen. Il est donc nécessaire que l'Union agisse afin de s'attaquer aux causes économiques et sociales de la pauvreté infantile et développe des indicateurs permettant de mieux évaluer ce phénomène. C'est la raison pour laquelle j'ai voté en faveur de ce rapport.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Secondo la Convenzione delle Nazioni Unite sui diritti dell'infanzia, a tutti i bambini deve essere garantito il diritto all'istruzione, ai servizi sanitari, all'alloggio, alla protezione, al tempo libero e alla crescita all'interno di una famiglia. Tuttavia, all'interno dell'UE, la Convenzione è lontana dall'essere soddisfatta. La povertà infantile in Europa è in crescita parallelamente all'aumento delle disuguaglianze sociali. Queste ultime generano svantaggi intergenerazionali e gli effetti negativi della povertà e dell'esclusione sociale sui bambini possono durare tutta la vita. La povertà è pluridimensionale e deve essere intesa non solo come assenza di copertura dei bisogni fondamentali dei bambini, ma anche come assenza di accesso all'istruzione e impossibilità di partecipare alle attività ricreative. Ho votato a favore di questa relazione poiché ritengo sia essenziale offrire ai bambini l'opportunità di vivere in un ambiente che consenta loro di crescere e di sviluppare capacità cognitive, di comunicazione, sociali ed emotive indispensabili per il loro futuro.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Les moins de 18 ans sont aujourd'hui les plus exposés au risque d'exclusion sociale. En Europe, trop d'enfants n'ont pas aujourd'hui accès à l'éducation, aux soins médicaux, à une alimentation équilibrée ainsi qu'à des activités de bien-être.

Il est primordial que la Commission et les États membres se mobilisent pour lutter contre ces fléaux. Cette lutte ne sera efficace que si des moyens suffisants y sont alloués. À cet égard, la création d'un fonds européen spécifiquement consacré à la réduction de la pauvreté infantile va dans le bon sens.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – La pauvreté infantile et l'exclusion sociale croissent avec l'augmentation des inégalités sociales: les enfants nés dans des quartiers ou régions économiquement défavorisés, dont les parents ont un faible niveau d'éducation ou d'emploi, sont plus susceptibles d'avoir un accès limité aux services de santé et à l'éducation.

En conséquence, j'ai voté pour le rapport Zuber relatif à la réduction des inégalités, en particulier la pauvreté des enfants. Cette résolution recommande aux États membres d'augmenter la quantité, les montants, l'étendue et l'efficacité des aides sociales destinées spécifiquement aux enfants tout en développant des politiques sociales préventives visant à éviter la pauvreté infantile.

Je me félicite de l'adoption de ce rapport qui va permettre de fournir les aides nécessaires pour garantir à tous les enfants le droit à la santé, culture, au sport et aux loisirs.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az egyenlőtlenségek csökkentéséről, és különösen a gyermekszegénységről ma elfogadott jelentést támogattam szavazatommal. A szavazás során a néppárti álláspontot követtem és egyetértettem a jelentéstevővel abban, hogy a munkahelyteremtés elsődleges fontosságú, mint ahogy a magas energiaárak és a rezsikiadások csökkentése is hozzájárul a szegénység elleni küzdelemhez. A gyermekétkeztetés ingyenessé tétele és annak általánosabb hozzáférhetősége az első prioritások közé került a jelentésben, ami a magyar kormányzat eddigi, helyes megközelítését támasztja alá. Azt az álláspontot is osztom, hogy a háztartások adósságállományának enyhítése is jelentős mértékben javíthat és javított is az emberek helyzetén, ami szintén a magyar kormányzat prioritása volt az elmúlt években.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai apporté mon soutien à cette résolution demandant aux États membres de faire de la lutte contre la pauvreté infantile une priorité.

La convention de l'ONU relative aux droits de l'enfant dispose que tous les enfants devraient avoir un accès à l'éducation, à des soins de santé, à un logement, à des activités récréatives ainsi qu'à une alimentation équilibrée. Or, 26 millions d'enfants européens sont exposés à un risque de pauvreté et d'exclusion sociale, soit 27,7 % des moins de 18 ans. Les chiffres varient d'un État membre à un autre: ils sont surtout élevés dans les pays de l'Est. En Belgique, en 2014, 23,2 % des enfants étaient concernés. Un nombre croissant d'enfants sont aussi confrontés à un risque de malnutrition.

Le problème est multidimensionnel. La pauvreté n'est pas qu'une question d'argent: elle est aussi liée aux questions d'exclusion sociale, de santé et d'éducation. Les enfants qui vivent au sein de familles monoparentales sont de manière générale davantage confrontés à la pauvreté. Parmi les recommandations que je soutiens en particulier figure la demande aux États membres de garantir à tous les enfants l'accès à une éducation publique, gratuite, ouverte à tous et de qualité à tous les âges.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – Az egyenlőtlenségek csökkentéséről és különösen a gyermekszegénységről ma elfogadott jelentést támogattam szavazatommal. A határozat legfontosabb elemei eredetileg Kósa Ádám EP-képviselő javaslatain alapultak, amelyek a magyar kormányzat utóbbi években bevezetett intézkedéseit támasztották alá. Ennek ellenére a baloldali többség által elfogadott jelentés régebbi statisztikák és felmérések számait vette figyelembe, ami jelentősen torzította a jelenlegi helyzetre vonatkozó adatokat és trendeket.

A szavazás során a néppárti álláspontot követtük és egyetértettünk a jelentéstezővel abban, hogy a munkahelyteremtés elsődleges fontosságú, mint ahogy a magas energiaárak és a rezsiadások csökkentése is hozzájárul a szegénység elleni küzdelemben. Kósa Ádám javaslata a gyermekétkeztetés ingyenessé tétele és annak általánosabb hozzáférhetősége tekintetében az első prioritások közé került a jelentésben, ami a magyar kormányzat eddigi, helyes megközelítését támasztja alá. Azt az álláspontot is osztjuk, hogy a háztartások adósságállományának enyhítése is jelentős mértékben javíthat és javított is az emberek helyzetén, ami szintén a magyar kormányzat prioritása volt az elmúlt években.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Ce rapport avait pour but la réduction de la pauvreté infantile dans le monde. Néanmoins, si la pauvreté des enfants est un problème que l'on ne peut pas négliger, elle est avant toute chose le fait de celle des parents.

Il est indispensable de se concentrer sur les revenus des parents, seuls responsables de leurs enfants. L'Union européenne n'a pas à s'immiscer dans les relations et la structure familiales qui relèvent des parents seuls.

Enfin, la théorie du genre étant encore incluse à tort et à travers ici, j'ai donc voté pour l'autre proposition déposé par notre groupe, et j'ai voté contre les autres propositions.

Ian Duncan (ECR), in writing. – Whilst I recognise the urgent need to combat inequalities, including child poverty, I do not consider it a competence of the EU to instruct Member States on how best to deliver policies that are tailored to match the needs of people throughout the UK. I recognise the potential value of the EU as a means to focus attention on the need for action, and for brokering exchanges of advice and assistance for those Member States that need it. This report calls for too many initiatives which go beyond what the role of EU should be.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Съгласен съм, че има много данни и статистика, която показва, че бедността сред децата нараства. България продължава да има най-високата детската бедност в Европейския съюз. Данни на Националната мрежа за децата показват, че около 637 хиляди деца у нас живеят в риск от бедност и социално изключване. Това е почти два пъти повече от средната стойност за ЕС.

За да решим един такъв проблем обаче, са необходими мерки, но аз не намирам, че този доклад предлага такива конкретни мерки. Тук просто се излага проблематиката в сектора.

Предложението за специален фонд за гаранция на бедните деца, които да получават безплатно образование, здравеопазване, дрехи и прочие може да е прекрасна идея, но утопична. Кой според вас ще пълни този фонд и как да поискам на България да предлага такива безплатни услуги, когато нашият БВП през 2014 година е 5,500 евро на глава от населението а този на Белгия за същия период е 33,800 евро?

Децата са нашето бъдеще и да им предложим здраве и образование е наше морално задължение! Всички ние сме подписали и конвенцията на ООН за правата на детето и тя налага правни задължения на държавите да предоставят необходимите условия правата на децата да могат реално да бъдат упражнявани.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Σε πολλά κράτη μέλη και κυρίως στην Ελλάδα αυξάνεται το ποσοστό των παιδιών που ζουν σε απόλυτη και μακροπρόθεσμη φτώχεια λόγω της οικονομικής κρίσης. Τα αρνητικά μέτρα πολιτικής που λαμβάνονται σήμερα θα έχουν ανεπανόρθωτες αρνητικές επιπτώσεις στις ζωές των παιδιών και στην κοινωνία.

Η έκθεση απέχει από τη σύσταση αλλαγών και περικοπών στις δημόσιες υπηρεσίες των κρατών μελών, και προτείνει αντ' αυτών μια συνεκτικότερη πολιτική αύξησης και ανακατανομής των κονδυλίων της ΕΕ. Για τον σκοπό αυτό, είναι ομοίως επιτακτική ανάγκη να καταργηθεί η Συνθήκη περί οικονομικής διακυβέρνησης και προϋπολογισμού.

Επίσης, η έκθεση στηρίζει τις αναγκαίες επιδοτήσεις προκειμένου να εξασφαλιστεί το δικαίωμα στην εκπαίδευση, τον πολιτισμό, τον αθλητισμό και την ψυχαγωγία για όλα τα παιδιά, προκειμένου να προστατευθούν από την κακοποίηση, τη βία και την παραμέληση.

Τέλος, η έκθεση ζητά την αύξηση του αριθμού των υπαλλήλων και ειδικών στις κοινωνικές υπηρεσίες, ώστε να αυξηθεί η ιατρική, ψυχολογική και κοινωνική περιθαλψη των παιδιών, που σημαίνει δημιουργία θέσεων απασχόλησης. Για όλους τους παραπάνω λόγους υπερψηφίζουμε την έκθεση A8-0310/2015.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az egyenlőtlenségek csökkentéséről és különösen a gyermekszegénységről ma elfogadott jelentést támogattam szavazatommal. A határozat legfontosabb elemei eredetileg Kósa Ádám EP-képviselő javaslatain alapultak, amelyek a magyar kormányzat utóbbi években bevezetett intézkedéseit támasztották alá. Ennek ellenére a baloldali többség által elfogadott jelentés régebbi statisztikák és felmérések számait vette figyelembe, ami jelentősen torzította a jelenlegi helyzetre vonatkozó adatokat és trendeket.

A szavazás során a néppárti álláspontot követtük és egyetértettünk a jelentéstevővel abban, hogy a munkahelyteremtés elsődleges fontosságú, mint ahogy a magas energiaárak és a rezsikiadások csökkentése is hozzájárul a szegénység elleni küzdelemhez. Kósa Ádám javaslata a gyermekétkeztetés ingyenessé tétele és annak általánosabb hozzáférhetősége tekintetében az első prioritások közé került a jelentésben, ami a magyar kormányzat eddigi, helyes megközelítését támasztja alá. Azt az álláspontot is osztjuk, hogy a háztartások adósságállományának enyhítése is jelentős mértékben javíthat és javított is az emberek helyzetén, ami szintén a magyar kormányzat prioritása volt az elmúlt években.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – La pobreza no es sólo una cuestión de dinero. Además de la imposibilidad de acceder a necesidades básicas de los niños, como los alimentos, la ropa y la vivienda, la pobreza también está vinculada con la exclusión social y la falta de acceso a la sanidad y la educación de calidad. Por ello, desde la UE y en virtud de la Convención de la ONU sobre los Derechos del Niño, debemos seguir trabajando para garantizar que los niños puedan acceder a estos derechos.

Esta semana los eurodiputados aprobamos por abrumadora mayoría una resolución que pide a los países de la UE que redoblen sus esfuerzos para combatir la pobreza infantil y las desigualdades sociales. Y este proyecto de informe propone una serie de medidas para eliminar la pobreza y la exclusión social entre los niños, estando por tanto en la dirección adecuada para seguir avanzando en la reducción de la pobreza infantil así como sus consecuencias.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding report because we do not oppose actions to tackle the very serious issue regarding child poverty. However, we do oppose calling for any more EU initiatives and interference as the EU is completely undemocratic and the only people that should decide how we tackle child poverty should be our own elected government, not bureaucrats in Brussels. The EU's own policy on this is a failure, as they have admitted they are very unlikely to hit their own target by 2020 on poverty and social exclusion. Also, if the UK didn't pay £55 million a day to the EU, we could do so much more to help children who are in poverty. The EU is one of the problems, not the solution.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Resolutionen innehåller ett flertal djupt problematiska punkter. Bland annat är det enligt min uppfattning helt fel att EU ska förespråka en lagstadgad minimilön, det är något för medlemsstaterna att besluta om och i Sverige ska lönerna sättas av arbetsmarknadens parter.

Det är också fel politik att förespråka ökade offentliga utgifter och att förorda att kommissionen ska avstå från att rekommendera privatiseringar och flexibla arbetsvillkor. En rad medlemsstater, däribland Sverige, står inför stora strukturella utmaningar som kräver både flexibla arbetsvillkor och privatiseringar. Jag röstade mot dessa felaktigheter men jag röstade för denna resolution. Arbetet med att minska barnfattigdomen är en mycket viktig fråga och detta betänkande tar bland annat upp behovet av starka skyddssystem för att skydda barn mot våld och behovet av förebyggande arbete för att minska fattigdomen. Detta är för mig viktiga frågor som jag valde att stödja i och med att rösta för betänkandet. Såväl arbetet för att minska barnfattigdomen som arbetet med en mer flexibel arbetsmarknad kommer att fortsätta och jag ser fram emot att vara en fortsatt del av det arbetet.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A pobreza infantil é uma realidade na UE: 1 em cada 4 crianças vive em risco de pobreza e de exclusão social. Segundo a Convenção das Nações Unidas sobre os Direitos das Crianças, todas as crianças têm direito a educação, cuidados de saúde, alojamento, lazer e uma alimentação equilibrada. De acordo com o Eurostat, em 2014, cerca de 26 milhões de crianças e jovens viviam em risco de pobreza e de exclusão social, ou seja, 27,7% de todas as crianças que vivem na UE.

Há crianças a viver em risco de pobreza em todos os Estados-Membros. Os países com maior percentagem de crianças a viver em risco de pobreza são a Roménia (51%), a Bulgária (45,2%) e a Hungria (41,4%). Os países com as percentagens mais baixas são a Dinamarca (14,5%), a Finlândia (15,6%) e a Suécia (16,7%). A subnutrição também está a crescer entre as crianças europeias. De acordo com a UNICEF, na Estónia, Grécia e Itália, a percentagem de crianças que não pode permitir-se comer carne ou peixe de dois em dois dias duplicou desde 2008.

Por isso, os Estados-Membros têm de assegurar às crianças e às suas famílias o acesso à educação, saúde e segurança social, e é necessário fazer face ao desemprego, promover a segurança do emprego e redes parentais-educacionais e sociais, alimentação equilibrada e alojamento adequado. Votei a favor do relatório.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette délibération parce que l'autre proposition déposée par un collègue de notre groupe n'a pas été prise en compte.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Mais de um quarto das crianças na UE vive em risco de pobreza ou de exclusão social. Em 2013, 26,5 milhões de crianças corriam o risco de cair na pobreza e exclusão social. As políticas que fizeram empobrecer as famílias são as mesmas que atiram as crianças para a pobreza, negando-lhes direitos que constam da Convenção sobre os Direitos da Criança, nomeadamente os direitos à saúde, educação e proteção social.

O relatório recomenda aos Estados-Membros legislações laborais que garantam direitos sociais, incluindo um salário mínimo obrigatório adequado que respeite as práticas nacionais e os acordos coletivos e que proporcione uma maior segurança às famílias e combata os vínculos precários, promovendo o trabalho com direitos sociais. A Comissão Europeia é instada a abster-se de recomendar reformulações e cortes na administração pública dos Estados-Membros, de promover a flexibilização das relações de trabalho e a privatização de serviços públicos, as quais têm conduzido, inequivocamente, ao enfraquecimento dos direitos sociais das crianças.

O relatório defende que as políticas de prevenção da pobreza devem garantir o acesso universal e gratuito aos serviços públicos, particularmente no que se refere à assistência a crianças, educação, saúde, habitação e atividades de lazer. Defende subvenções sociais universais dirigidas às crianças, como seu direito próprio e intrínseco. Impunha-se este relatório.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato contro la proposta di risoluzione del Parlamento europeo sulla riduzione delle disuguaglianze, con un'attenzione particolare alla povertà infantile. Nonostante il mio rinnovato sostegno nei confronti di politiche proattive per i diritti dei minori e per il *welfare* dei nuclei familiari, la suddetta proposta contiene un programma di «redistribuzione della ricchezza» la cui formulazione deve rimanere, a mio avviso, di dominio nazionale e non europeo.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Cieľom navrhovaného uznesenia Európskeho parlamentu je snaha motivovať členské štáty k väčším investíciám do detí, podpory ich výchovy a rozvoja. Počet detí, ktoré sú priamo ohrozené chudobou v Európe sa zvyšuje od roku 2008. Tento negatívny trend sa nedarí uspokojivo zvrátiť ani napriek istej miere hospodárskeho oživenia. Nárast rizika chudoby a sociálneho vylúčenia detí súvisí s ekonomickými ťažkosťami a spôsobom akým sa s nimi Európa rozhodla v posledných rokoch vyrovnávať. Ide o milióny detí v celej Európskej únii a príčinou sú nepochoybne najmä úsporné opatrenia z posledných rokov. Ich dôsledkom je aj obmedzovanie sociálnej podpory mladých rodín či vyššia hrozba nezamestnanosti. Ohrozenie detí chudobou stúpa spoločne so sociálnymi nerovnosťami. Najnižší podiel detí žijúcich v chudobe majú štáty s najsilnejšími sociálnymi systémami. Príkladom

môžu ísť najmä škandinávske krajiny, ale aj susedné Rakúsko.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Questa relazione non può trovare il mio appoggio in quanto, seppur gli scopi siano nobili e condivisibili (la lotta alla povertà infantile, l'accesso dei bambini all'istruzione pubblica gratuita e a cure adeguate a costi accessibili), non vedo come possano essere realizzati insistendo sul fallimentare modello di governance europeo.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. – Σε πολλά κράτη μέλη και κυρίως στην Ελλάδα αυξάνεται το ποσοστό των παιδιών που ζουν σε απόλυτη και μακροπρόθεσμη φτώχεια λόγω της οικονομικής κρίσης. Τα αρνητικά μέτρα πολιτικής που λαμβάνονται σήμερα θα έχουν ανεπανόρθωτες αρνητικές επιπτώσεις στις ζωές των παιδιών και στην κοινωνία.

Η έκθεση απέχει από τη σύσταση αλλαγών και περικοπών στις δημόσιες υπηρεσίες των κρατών μελών, και προτείνει αντί αυτών μια συνεκτικότερη πολιτική αύξησης και ανακατανομής των κονδυλίων της ΕΕ. Για τον σκοπό αυτό, είναι ομοίως επιτακτική ανάγκη να καταργηθεί η Συνθήκη περί οικονομικής διακυβέρνησης και προϋπολογισμού.

Επίσης, η έκθεση στηρίζει τις αναγκαίες επιδοτήσεις προκειμένου να εξασφαλιστεί το δικαίωμα στην εκπαίδευση, στον πολιτισμό, τον αθλητισμό και την ψυχαγωγία για όλα τα παιδιά, με σκοπό να προστατευθούν από την κακοποίηση, τη βία και την παραμέληση.

Τέλος, η έκθεση ζητά την αύξηση του αριθμού των υπαλλήλων και ειδικών στις κοινωνικές υπηρεσίες, ώστε να αυξηθεί η ιατρική, ψυχολογική και κοινωνική περιθαλψη των παιδιών, που σημαίνει δημιουργία θέσεων απασχόλησης. Για όλους τους παραπάνω λόγους υπερψηφίζω την έκθεση A8-0310/2015.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Considering the alarming increasing levels of poverty and child poverty that the crisis and austerity policies have created in the EU, I believe it is about time to raise awareness about the need to develop policy responses to reduce poverty and inequalities in the EU and work towards the EU2020 targets.

I strongly support the introduction, in the report, of the Europe 2020 sub-target on reducing child poverty and social exclusion, to make the reduction of child poverty and social exclusion visible and explicit at all stages of the European Semester, to include in each Annual Growth Survey a specific section with the binding target on fighting child poverty and promoting children's well-being.

It is fundamental that we enhance universal welfare benefits targeting children and that we invest in free, public education. We need to offer a future to our next generation by breaking the vicious circle of poverty at the youngest age possible. This means ensuring that every child at risk of poverty has access to free healthcare, free education, decent housing and adequate nutrition.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az egyenlőtlenségek csökkentéséről, és különösen a gyermekszegénységről ma elfogadott jelentést támogattam szavazatommal. A határozat legfontosabb elemei eredetileg Kósa Ádám EP-képviselő javaslatain alapultak, amelyek a magyar kormányzat utóbbi években bevezetett intézkedéseit támasztották alá. Ennek ellenére a baloldali többség által elfogadott jelentés régebbi statisztikák és felmérések adatait vette figyelembe, ami jelentősen torzította a jelenlegi helyzetre vonatkozó adatokat és trendeket.

A szavazás során a néppárti álláspontot követtük és egyet értettünk a jelentéstevővel abban, hogy a munkahelyteremtés elsődleges fontosságú, mint ahogy a magas energiaárak és a rezsikiadások csökkentése is hozzájárul a szegénység elleni küzdelemben. Kósa Ádám javaslata a gyermekétkeztetés ingyenessé tételében és annak általánosabb hozzáférhetősége tekintetében az első prioritások közé került a jelentésben, ami a magyar kormányzat eddigi, helyes megközelítését támasztja alá. Azt az álláspontot is osszuk, hogy a háztartások adósságállományának enyhítése is jelentős mértékben javíthat és javított is az emberek helyzetén, ami szintén a magyar kormányzat prioritása volt az elmúlt években.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Tekintettel a gyermek jogairól szóló ENSZ-egyezményre, mely szerint minden gyermek számára biztosítani kell a jogot az oktatáshoz, az egészségügyi szolgáltatásokhoz, a lakhatáshoz, a védelemhez, az őket érintő döntésekben való részvételhez, a szabadidős tevékenységekhez és a szabad időhöz, a kiegyensúlyozott étrendhez és ahhoz, hogy családban nevelkedjen, meglátásom szerint az EU-ban ezek teljesítése sajnos nem kielégítő. Aggasztó, hogy (hároméves időszakot tekintve) a tartós mélyszegénységben élő gyermekek aránya nő. A társadalmi egyenlőtlenségek generációkon át újratermelik a hátrányokat, továbbá a szegénység és a társadalmi kirekesztettség gyermekekre gyakorolt negatív hatásai egy életen át tarthatnak. Ennél fogva úgy gondolom, hogy a helytelen politikai intézkedések visszafordíthatatlan negatív hatással lesznek ezeknek az embereknek az életére és a társadalomra.

Támogatom, hogy a tagállamok nyújtsanak a kultúrához, sporthoz és szabadidőhöz fűződő jog biztosításához szükséges támogatást valamennyi gyermek számára, és ez a szegénységben, a távoli területeken, illetve fogyatékkal élő gyermekeket és migráns gyermekeket helyezze középpontba. A gyermekek visszaéléstől, erőszaktól és elhanyagolástól való védelmében fontos a szociális jogok megerősítése, amelyeket az államnak kell garantálnia, növelve a szociális szolgáltatásokat nyújtó alkalmazottak és szakemberek számát a fiatalok orvosi, lelki és szociális gondozásának fokozása céljából.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor convencido de que, tal y como establece la Convención sobre los Derechos del Niño de las Naciones Unidas, se debe garantizar a todos los niños el derecho a la educación, a los servicios sanitarios, a la vivienda, a la protección, a participar en las decisiones que les afectan, al ocio y el tiempo libre, a una dieta equilibrada y a recibir cuidados en el medio familiar. Por lo tanto, la UE debe legislar para respetar lo establecido en la Convención. No podemos permitir que la pobreza infantil crezca en la Europa, tal y como indican todos los informes. Las desigualdades sociales reproducen las desventajas de forma intergeneracional, y los efectos negativos de la pobreza y la exclusión social sobre los niños pueden durar toda la vida. Por lo tanto la UE debe hacer más y mejor para erradicar la lacra de la pobreza infantil y las desigualdades.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor porque considero inaceptable que hoy, en Europa, uno de cada cuatro niños esté en riesgo de pobreza y exclusión social y veinte millones no tengan acceso a una comida caliente al día. Es imperativo que garanticemos que todos los niños y niñas tengan acceso a sanidad, a educación, a una vivienda digna y a una alimentación adecuada.

Por ello los socialistas hemos propuesto establecer una garantía infantil como parte de un plan integrado europeo de lucha contra la pobreza infantil, que englobe además los programas que brindan ayuda y oportunidades a los padres para salir de las situaciones de exclusión social e integrarse en el mercado laboral. En este sentido, lamentamos profundamente que la propuesta no vaya acompañada de un fondo específico para la garantía, puesto que la derecha europea en su totalidad se ha negado a apoyar su creación.

El informe también pide a la Comisión que la lucha contra la pobreza infantil sea una prioridad central del nuevo Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento 2016, porque invertir en la infancia no es solo invertir en el futuro de la UE, sino que es una cuestión de justicia social.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – Es inaceptable que hoy, en Europa, uno de cada cuatro niños esté en riesgo de pobreza y exclusión social y veinte millones no tengan acceso a una comida caliente al día. Es imperativo que garanticemos que todos los niños y niñas tengan acceso a sanidad, a educación, a una vivienda digna y a una alimentación adecuada. Por eso he votado a favor de este informe.

Los socialistas hemos propuesto establecer una garantía infantil como parte de un plan integrado europeo de lucha contra la pobreza infantil, que englobe además los programas que brindan ayuda y oportunidades a los padres para salir de las situaciones de exclusión social e integrarse en el mercado laboral. En este sentido, lamentamos profundamente que la propuesta no vaya acompañada de un fondo específico para la garantía, puesto que la derecha europea en su totalidad se ha negado a apoyar su creación.

El informe también pide a la Comisión que la lucha contra la pobreza infantil sea una prioridad central del nuevo Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento 2016, porque invertir en la infancia no es solo invertir en el futuro de la UE, sino que es una cuestión de justicia social.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – La grave crisi che si è abbattuta sull'Europa ha inevitabilmente compromesso le politiche socioeconomiche, sanitarie e culturali dei governi nazionali, contribuendo all'incremento delle disuguaglianze sociali e, in particolare, al rischio indigenza infantile: nel 2013, secondo dati Eurostat, erano 26,5 milioni i bambini a rischio povertà in Europa. Numeri inaccettabili per l'Unione, che dovrebbe invece essere primo garante dei diritti umani e di quelli dei bambini in particolare, come la Convenzione delle Nazioni Unite proclama.

È questo il momento di agire: sta a noi eurodeputati cercare di intervenire cogliendo l'opportunità, come suggerito dalla relazione della collega Zuber, che sostengo con favore, della revisione intermedia del quadro pluriennale degli stanziamenti del Fondo sociale dell'UE, promuovendo un reindirizzamento di fondi a favore di azioni di inclusione sociale e contrasto ai rischi di malnutrizione, disgregazione familiare, sovraesposizione a malattie croniche dei più piccoli senza la garanzia di avere accesso gratuito e democratico alle cure. L' Europa indirizzi le sue risorse e i suoi impegni affinché sia garantito il rispetto dei diritti fondamentali dei nostri figli.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE sulla povertà infantile perché nell'UE un bambino su quattro è a rischio di povertà e di esclusione sociale. Lottare in modo concreto contro questa profonda ingiustizia deve essere un impegno massimo per l'UE e per gli Stati membri al pari di altre emergenze.

La situazione nell'UE è a macchia di leopardo ma le cifre che Eurostat ci consegna sono ineludibili: ben 26 milioni di bambini nel 2014 erano a rischio di povertà e di esclusione sociale, vale a dire il 27,7% dell'intera popolazione europea, con l'aggravante che data l'età, i bambini non sono in grado di provvedere da soli al proprio sostentamento.

La povertà infantile è un problema dalle molteplici sfaccettature, non è solo un problema di mancanza di fondi o di volontà, è fondamentalmente un problema legato all'esclusione sociale, alla salute, all'educazione. Un bambino povero è un bambino che non viene nutrito bene, che non riceve un'educazione adeguata, e sarà un adulto escluso dal mondo del lavoro, perché scarsamente scolarizzato e conseguentemente escluso dalla formazione professionale.

Investire nei bambini, è il miglior investimento che la società possa fare. La parola ora alla CE che deve fare di più e subito.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute gegen den Bericht über die Verringerung von Ungleichheit mit besonderem Schwerpunkt auf Kinderarmut gestimmt, da der nichtlegislative Initiativbericht – trotz manch guter Ansätze – in vielen Bereichen klar über sein Ziel hinausschießt, die Rechte der Eltern missachtet und die Subsidiarität verletzt. Ich unterstütze uneingeschränkt die Rechte der Kinder, bin aber mindestens genauso überzeugt davon, dass dies auf den jeweils zuständigen politischen Ebenen geschehen muss. Dem inhaltsleeren Vorschlag der S&D-Fraktion zur Schaffung einer „Europäischen Kindergarantie“ erteile ich auch deshalb eine klare Absage. Kinder brauchen Taten, keine Worthül-sen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Kinderarmut ist auch in Europa nach wie vor traurige Realität. Dem gilt es konsequent entgegenzuwirken. Kinder sind die Zukunft für unsere alternde Gesellschaft. Deshalb begrüße ich diesen Bericht und setze mich auch weiterhin dafür ein, dass soziale Ungleichheit reduziert wird und Bildungsangebote für alle zugänglich sind.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – Child poverty remains a problem in my constituency of the West Midlands, as in the rest of the UK. UK Government policies, however, perpetuate situations where poverty needlessly affects young people. Labour MEPs have always championed a better quality of life, especially for the most vulnerable in society. I supported this report, which calls for a real commitment from Member States to tackle the factors which are causing child poverty and increase the scope of social support for children. It promotes labour laws that guarantee – amongst other things – a statutory adequate minimum wage and collective agreement, which will provide greater security for families and help us fight precarious employment.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – This report received my support today. Indeed, a special focus should be placed on child poverty and I commend the rapporteur for bringing this to the floor in today's vote. How is it possible in today's day and age that one in four of Europe's children live below the poverty line? We have to do more, much more and invest further in education. In addition, I voted in favour of the introduction of a child guarantee with its specific fund which could have clear objectives at European Level. Furthermore, I supported a specific indicator on children at risk of poverty or social exclusion in the Economic and Monetary Union.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe es un texto progresista, con un enfoque pluridimensional de la pobreza infantil, para la que se piden soluciones también integrales. Entre otras, se propone que los Estados miembros adopten políticas que promuevan el acceso a una atención sanitaria, unos servicios sociales y una educación universales, públicos, gratuitos y de calidad tanto para los niños como para las familias, al tiempo que garantizan la inclusión cultural, la participación democrática, una alimentación equilibrada y una vivienda adecuada.

En el informe se vincula la situación de pobreza y exclusión social de los niños a la de sus progenitores y se subraya que, para que los niños tengan bienestar y vean salvaguardados sus derechos de infancia, se tienen que tomar medidas que aborden el desempleo, la seguridad en el trabajo, el apoyo familiar o el desarrollo público de las redes socioeducativas. Es importante mencionar que el texto recoge aspectos de género.

El informe no refleja nuestro rechazo del Semestre Europeo o las recomendaciones específicas por país pero, en cualquier caso, su contenido es positivo para la reducción de las desigualdades, con especial atención a la pobreza infantil, por lo que hemos votado a favor.

Maria Grapini (S&D), *în scris*. – Am votat acest raport și toate amendamentele depuse deoarece consider că este nevoie de o intensificare a politicilor de reducere a inegalității, în special a sărăciei în rândul copiilor.

Creșterea numărului de copii expuși, riscul de sărăcie, numărul mare, de peste 25 de milioane de copii expuși sărăciei, impune măsuri de urgență pentru a salva copiii din ghearele foamei, sărăciei și excluziunii.

Este nevoie să se investească în politici de reducere a abandonului școlar, educația fiind un drept european egal pentru toți cetățenii.

În același timp este nevoie să se reducă gradul de sărăcie și pentru a putea avea acces la sistemul de prevenție și asigurare a sănătății.

Consider oportun acest raport și prevederile lui și l-am votat în speranța că măsurile vor fi transpuse în practică.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because child poverty in my constituency remains a problem and the Tories continue to be bent on maintaining a situation where poverty needlessly affects young people. Labour MEPs have always championed a better quality of life, especially for the most vulnerable in society. The report calls for a real commitment from Member States to tackle the factors which are causing child poverty and increase the scope of social support for children. It promotes labour laws that guarantee – amongst other things – a statutory adequate minimum wage and collective agreement, which will provide greater security for families and fight precarious employment.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – He votado a favor porque considero inaceptable que hoy, en Europa, uno de cada cuatro niños esté en riesgo de pobreza y exclusión social y veinte millones no tengan acceso a una comida caliente al día. Es imperativo que garanticemos que todos los niños y niñas tengan acceso a sanidad, a educación, a una vivienda digna y a una alimentación adecuada.

Por ello los socialistas hemos propuesto establecer una garantía infantil como parte de un plan integrado europeo de lucha contra la pobreza infantil, que englobe además los programas que brindan ayuda y oportunidades a los padres para salir de las situaciones de exclusión social e integrarse en el mercado laboral. En este sentido, lamentamos profundamente que la propuesta no vaya acompañada de un fondo específico para la garantía, puesto que la derecha europea en su totalidad se ha negado a apoyar su creación.

El informe también pide a la Comisión que la lucha contra la pobreza infantil sea una prioridad central del nuevo Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento 2016, porque invertir en la infancia no es solo invertir en el futuro de la UE, sino que es una cuestión de justicia social.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – Plus d'un enfant sur quatre est exposé au risque de pauvreté en Europe. C'est inadmissible. C'est pourquoi j'ai soutenu le rapport qui vise à réduire la pauvreté des enfants. Il propose une approche complète insistant sur la nécessité de créer des outils d'analyse et de mettre en œuvre des politiques de lutte contre ces phénomènes.

Les politiques conseillées sont multidimensionnelles et s'attaquent aux principaux facteurs de la pauvreté des enfants – qui ne sont pas que financiers, ce qui permet d'en avoir une vue et une approche globales afin de la combattre. Elles concernent à la fois les parents (par l'intermédiaire de la législation du travail, de la lutte contre le chômage, des aides sociales), l'accès et le parcours des enfants à l'école, leurs activités extrascolaires, les soins de santé nécessaires, un logement et une alimentation équilibrée.

Nous encourageons également la mise en place d'un suivi de ces politiques par des outils pertinents, afin de poursuivre des actions de long terme et de prévention, qui permettront d'éradiquer les inégalités sociales et la pauvreté des enfants. Enfin, cette résolution vise également à lutter contre la violence faite aux enfants.

Antanas Guoga (ALDE), in writing. – I have voted for the report on reducing inequalities with a special focus on child poverty since this is a very sensitive issue. I strongly believe that all Member States should put their best efforts to combat child poverty. Member States when using European Structural and Investment Funds (ESIF) resources and developing social policies, should devote greater attention to protecting families (especially single-parent families) with children with health problems, against poverty. It is of utmost importance to invest in sensible child-welfare policies that support the development of empowered individuals, capable of integrating into society and into the labour market, rather than focusing on the consequences of their social exclusion and poverty.

Jytte Guteland, Anna Hedh, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), skriftlig. – Mer än vart fjärde barn i EU befinner sig idag i riskzonen för fattigdom eller social utestängning. Mellan 2008 och 2012 ökade antalet barn i riskzonen för fattigdom eller social utestängning i Europa med nära en miljon, varav en halv miljon bara mellan 2011 och 2012. Konsekvenserna är många, t ex ökar nu andelen barn som lider av undernäring, med följden att sjukdomar som tidigare försvunnit från EU (till exempel rakit) återkommer. Bekämpningen av barnfattigdom måste omgående ges större politisk uppmärksamhet, också för att EU ska kunna uppnå målet i Europa 2020-strategin om att minska antalet fattiga med minst 20 miljoner senast år 2020. Vi socialdemokrater välkomnar därför detta initiativbetänkande.

Vi vill dock understryka att barns tillgång till utbildning, sjukvård och social trygghet främst är en fråga för medlemsländerna och de nationella välfärdssystemen. Samtidigt kan EU spela en stor roll i att stötta medlemsländernas arbete, särskilt via strukturfonderna. EU kan även underlätta samarbete över gränserna samt utarbeta gemensamma riktlinjer och mål för att bekämpa barnfattigdom. Att se till att barnperspektivet kommer med i alla relevanta delar av det politiska beslutsfattandet, även på EU-nivån, är också ett framgångsrikt sätt att förebygga och bekämpa barnfattigdomen.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), por escrito. – He votado a favor porque considero inaceptable que hoy, en Europa, uno de cada cuatro niños esté en riesgo de pobreza y exclusión social y veinte millones no tengan acceso a una comida caliente al día. Es imperativo que garanticemos que todos los niños y niñas tengan acceso a sanidad, a educación, a una vivienda digna y a una alimentación adecuada.

Por ello los socialistas hemos propuesto establecer una garantía infantil como parte de un plan integrado europeo de lucha contra la pobreza infantil, que englobe además los programas que brindan ayuda y oportunidades a los padres para salir de las situaciones de exclusión social e integrarse en el mercado laboral. En este sentido, lamentamos profundamente que la propuesta no vaya acompañada de un fondo específico para la garantía, puesto que la derecha europea en su totalidad se ha negado a apoyar su creación.

El informe también pide a la Comisión que la lucha contra la pobreza infantil sea una prioridad central del nuevo Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento 2016, porque invertir en la infancia no es solo invertir en el futuro de la UE, sino que es una cuestión de justicia social.

András Gyürk (PPE), írásban. – Az egyenlőtlenségek csökkentéséről és különösen a gyermekszegénységről ma elfogadott jelentést támogattam szavazatommal. A határozat legfontosabb elemei Kósa Ádám EP-képviselő javaslatain alapulnak, amelyek a magyar kormányzat utóbbi években bevezetett intézkedéseit támasztották alá. Ennek ellenére a baloldali többség által elfogadott jelentés régebbi statisztikák és felmérések számait vette figyelembe, ami jelentősen torzította a jelenlegi helyzetre vonatkozó adatokat és trendeket.

A szavazás során a néppárti álláspontot követtük és egyetértettünk a jelentéstevővel abban, hogy a munkahelyteremtés elsődleges fontosságú, és a magas energiaárak és a rezskiadások csökkentése is hozzájárul a szegénység elleni küzdelemhez. Kósa Ádám javaslata a gyermekétkeztetés ingyenessé tételére és annak általánosabb hozzáférhetőségére az első prioritások közé került a jelentésben. Azt az álláspontot is osztjuk, hogy a háztartások adósságállományának enyhítése jelentős mértékben javíthat és javított is az emberek helyzetén, ami szintén a magyar kormányzat prioritása volt az elmúlt években.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση, αντανακλά σε μεγάλο βαθμό τις θέσεις της Αριστεράς. Καλεί τα κράτη μέλη να δεσμευτούν πραγματικά να αναπτύξουν πολιτικές για την καταπολέμηση της παιδικής φτώχειας που να εστιάζουν στην εξάλειψη των παραγόντων που επηρεάζουν την παιδική φτώχεια. Τους ζητά να αυξήσουν την αποτελεσματικότητα, την ποσότητα, τα ποσά και την εμβέλεια της κοινωνικής στήριξης που απευθύνεται στα παιδιά, αλλά και στους γονείς που είναι άνεργοι.

Η μείωση των ανισοτήτων, ιδιαίτερα όταν εστιάζεται στην παιδική φτώχεια αποτελεί ένα πολύ ευαίσθητο θέμα για μας. Πολύ περισσότερο όταν η συγκεκριμένη έκθεση υπογραμμίζει τη διασύνδεση των πολιτικών ανακατανομής του πλούτου, την αποτελεσματικότητα εισοδηματικής στήριξης που δίνει η κυβέρνηση, την εργασιακή πολιτική και την κατάσταση των γονέων στην αγορά εργασίας ως κύριους παράγοντες προαγωγής ή καταπολέμησης της φτώχειας

Για τους πιο πάνω λόγους η ενδεδειγμένη στάση ήταν η υπερψήφιση της έκθεσης.

Marian Harkin (ALDE), in writing. – I supported this report on reducing inequalities with a special focus on child poverty. More than one in four children in the EU are at risk of poverty and social exclusion and the poverty rate for children is higher than that of any other age group, although this varies across Member States. The report highlights that a number of factors are involved in perpetuating the cycle of poverty, including not only material concerns such as food and shelter but also access to education, healthcare and intergenerational poverty. I supported the call for the Commission to set a Europe 2020 sub-target on reducing child poverty and social exclusion and to include in each Annual Growth Survey a specific section with the binding target on fighting child poverty as well as to include a specific indicator on children at risk of poverty or social exclusion in the social dimension of the EMU. I did not support the call for a child guarantee with a specific fund to be established as I believe that Member States can and should better utilise already-existing EU structural funds to fight the alarming rate of poverty among children in Europe.

Brian Hayes (PPE), in writing. – I voted for this report because it proposes a number of measures to help eliminate poverty and social exclusion among children. All children must be guaranteed the right to education, healthcare, housing, protection, recreation and leisure time as well as a balanced diet. As the report on child poverty in Europe shows, children are increasingly under threat of poverty and social exclusion. Poverty and social exclusion not only result in basic needs, such as food and housing not being given, but also generally include access to high-quality education and health services and participation in sporting or cultural leisure activities.

Anja Hazekamp (GUE/NGL), schriftelijk. – Kinderarmoede is een ernstig probleem. Het is een schande dat kinderen nog steeds in armoede leven. De Partij voor de Dieren komt op voor de allermaksten in onze samenleving. Maar de bestrijding van kinderarmoede door Brussel mag niet worden misbruikt om Europees sociaal en economisch beleid aan lidstaten op te leggen. Dit gaat ten koste van de soevereiniteit van de lidstaten. Wij kunnen in Nederland heel goed zelf ons sociaal en economisch beleid bepalen en hebben goede sociale zekerheidsnormen. We hebben geen Europese hervormingsagenda nodig om hier afbreuk aan te doen. De oproep vanuit Europa om kinderarmoede aan te pakken steun ik echter van harte.

Roger Helmer (EFDD), in writing. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding report because we do not oppose actions to tackle the very serious issue regarding child poverty. However, we do oppose calling for any more EU initiatives and interference as the EU is completely undemocratic and the only people that should decide how we tackle child poverty should be our own elected government, not bureaucrats in Brussels. The EU's own policy on this is a failure, as they have admitted they are very unlikely to hit their own target by 2020 on poverty and social exclusion. Also, if the UK didn't pay £55 million a day to the EU, we could do so much more to help children who are in poverty. The EU is one of the problems, not the solution.

Hans-Olaf Henkel (ECR), schriftlich. – Ich habe gegen den Initiativbericht der Kollegin Zuber über die Verringerung von Ungleichheit mit besonderem Schwerpunkt auf Kinderarmut gestimmt, da der Bericht – trotz manch guter Ansätze – in vielen Bereichen klar über sein Ziel hinausschießt, die Rechte der Eltern missachtet und die Subsidiarität verletzt. Ich unterstütze uneingeschränkt die Rechte der Kinder, bin aber mindestens genauso überzeugt davon, dass dies auf den jeweils zuständigen politischen Ebenen geschehen muss. Dem inhaltsleeren Vorschlag der S&D-Fraktion zur Schaffung einer „Europäischen Kindergarantie“ erteile ich auch deshalb eine klare Absage. Kinder brauchen Taten, keine Worthülsen. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Euro abgeschafft werden muss, weil er zu Zwist und Zwietracht in Europa führt!

György Hölvényi (PPE), írásban. – Az egyenlőtlenségek csökkentéséről és különösen a gyermekszegénységről ma elfogadott jelentést támogattam szavazatommal. A határozat legfontosabb elemei eredetileg Kósa Ádám EP-képviselő javaslatain alapultak, amelyek a magyar kormányzat utóbbi években bevezetett intézkedéseit támasztották alá. Ennek ellenére a baloldali többség által elfogadott jelentés régebbi statisztikák és felmérések számait vette figyelembe, ami jelentősen torzította a jelenlegi helyzetre vonatkozó adatokat és trendeket.

A szavazás során a néppárti álláspontot követtük és egyetértettünk a jelentéstevővel abban, hogy a munkahelyteremtés elsődleges fontosságú. Emellett a magas energiaárak és a rezsikiadások csökkentése is hozzájárul a szegénység elleni küzdelemhez. Kósa Ádám javaslata a gyermekétkeztetés ingyenessé tétele és annak általánosabb hozzáférhetősége tekintetében az első prioritások közé került a jelentésben. Ez a magyar kormányzat eddigi, helyes megközelítését támasztja alá. Azt az álláspontot is osztjuk, hogy a háztartások adósságállományának enyhítése is jelentős mértékben javíthat és javított is az emberek helyzetén, ami szintén a magyar kormányzat prioritása volt az elmúlt években.

Mary Honeyball (S&D), in writing. – I represent London, where more than half a million children are living below the poverty line. Worryingly, levels of in-work poverty have grown. Labour MEPs have always championed a better quality of life, especially for the most vulnerable in society. This report calls for a real commitment from Member States to tackle the root causes of child poverty and increase the scope of social support for children. It also promotes labour laws which include a statutory adequate minimum wage and collective agreements. This will provide greater security for families and fight precarious employment.

Brice Hortefeux (PPE), par écrit. – Dans l'un des continents les plus riches au monde, la pauvreté infantile s'est accrue de manière préoccupante, progressant de plus d'un million d'enfants entre 2008 et 2012.

Ces enfants sont privés d'accès aux services de base comme l'éducation et la santé et souffrent d'exclusion, ce qui accroît les inégalités, le décrochage scolaire et le déclassement.

L'Union européenne, toujours première à dénoncer les inégalités et la pauvreté dans le monde, devrait peut-être faire l'inventaire de ses propres actions ou inactions et évaluer l'efficacité des milliards d'euros dépensés depuis des décennies dans la politique de cohésion, en particulier, dans le Fonds social européen (FSE).

La paupérisation des peuples européens est une tendance inacceptable qui contribue à creuser le fossé de l'incompréhension à l'égard d'une Europe qui clame son attachement aux droits et aux libertés des citoyens européens mais qui faillit, dans le même temps, à en apporter la démonstration.

Cependant, la responsabilité première de cet échec n'est pas à attribuer à l'Union qui est, somme toute, dépourvue de compétences en matière de politique sociale et d'éducation, mais bien aux États membres et aux autorités territoriales qui n'ont pas su réagir correctement face à ce phénomène.

Richard Howitt (S&D), in writing. – Once again I am forced to speak regretting that Conservative and UKIP MEPs from my region have ignored social need in our constituency, but to say that I am proud Labour has voted for European action for social justice – here specifically to combat child poverty.

More than 30% of children in Great Yarmouth, Luton, Norwich and Peterborough are trapped in poverty, according to the Centre for Research in Social Policy.

Why do the other parties vote against setting the aim of guaranteeing those children better healthcare, education, child-care, decent housing and adequate nutrition – and setting up a small European Union fund to pump prime local actions needed to support this?

This is also a report which promotes employment laws that guarantee a statutory minimum wage and collective agreements, which provide greater security for families and fight precarious employment.

That is about combating poverty at its roots.

The truth is that the Conservatives and UKIP put their ideological hatred of Europe before the love we should all feel for our children.

Britain's 'Save the Children' asked us to vote for this report. I did. Labour did. It is for others to explain why they refused to do so.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – This report's call for Member States to make a real commitment to developing policies to fight child poverty is timely. In the United Kingdom we currently have a right-wing Tory government fully intent on slashing millions of pounds from welfare and public bodies. These ideologically-driven cuts are harming families across Scotland and the UK and will only result in the already horrendous child poverty statistics increasing.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – Children are at a great risk of poverty in 19 Member States. Women are at greater risk of poverty than men and tackling women's poverty is not only important in its own right but also of vital importance in efforts to reduce child poverty.

In the EU, we must ensure that every child at risk of poverty has access to free healthcare, free education, decent housing and adequate nutrition. Europe will be a better place if we make equal opportunities a reality for all children in Europe. I voted in favour of this report.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za izvješće o smanjenju nejednakosti s posebnim naglaskom na siromaštvo djece jer smatram da stopa siromaštva među djecom u Europi postaje sve viša i zabrinjavajuća. Gospodarska je kriza pridonijela mnogim problemima, pa je tako utjecala i na nemogućnost ostvarivanja osnovnih dječjih prava utvrđenih u Konvenciji UN-a o pravima djeteta, koja se tiče zdravlja, obrazovanja i socijalne zaštite. Ova tema treba veću političku vizibilnost na razini Europske unije, te rad svih zemalja članica na smanjenju siromaštva među djecom, njihovim obiteljima, njihovoj isključenosti iz društva i smanjenju napuštanja školovanja, gdje su brojke izrazito poražavajuće.

Jedan od ciljeva strategije Europa 2020. jest smanjenje broja ljudi pogođenih siromaštvom za najmanje 20 milijuna do 2020. godine. Kako bi se taj cilj ostvario potrebno je strateški djelovati na mnogim područjima u svim državama EU-a na lokalnoj, regionalnoj i nacionalnoj razini, stoga glasujem za ovo izvješće u želji poboljšanja trenutnog stanja vezanog za veliku brojku siromašne djece u Europi.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – La proposition de résolution du Parlement reprend intégralement les droits déjà garantis par la Convention des Nations Unies sur les droits des enfants, à savoir l'éducation, la santé, le logement, la protection, les loisirs, le temps libre, la nutrition, et les soins dans l'environnement familial.

La Commission est invitée notamment à augmenter les dotations du FSE et à appliquer le principe du revenu minimum européen (résolution 2010 du Parlement européen n° 2010/2039 INI).

De leur côté, les États membres sont tenus d'étendre généralement aux enfants la gratuité de l'accès aux différents droits garantis, tels que l'éducation, les transports, les soins, les loisirs...

Cette proposition se focalise sur l'enfant, atome autonome, au détriment de la famille qui est pourtant son premier environnement de développement, le second étant la société dans son ensemble. Or d'une part, la détresse de l'enfant est en généralement directement lié à celle de sa famille, laquelle est, d'autre part, indirectement lié aux problèmes auxquels nos États font face, et qui peuvent être tout autre qu'économique.

Enfin les mesures proposées sont illusoire pour se concrétiser dans les finances publiques de nos états.

J'ai voté contre cette proposition.

Diane James (EFDD), *in writing*. – I abstained on this non-legislative and non-binding report because my fellow MEPs and I do not oppose actions to tackle the very serious issue regarding child poverty. However, we do oppose calling for any more EU initiatives and interference as the EU is completely undemocratic and the only people that should decide how we tackle child poverty should be our own elected government, not bureaucrats in Brussels. The EU's own policy on this is a failure, as they have admitted they are very unlikely to hit their own target by 2020 on poverty and social exclusion. Also, if the UK didn't pay £55 million a day to the EU, we could do so much more to help children who are in poverty. The EU is one of the problems, not the solution.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Jako člen meziskupiny EP pro práva dětí jsem měl o zprávu paní poslankyně Zuberové mimořádný zájem. Ačkoli jsem nesouhlasil s několika nerealistickými návrhy tohoto nelegislativního dokumentu, rozhodl jsem se jej společně s ostatními poslanci liberální frakce podpořit, aby se začala na evropské úrovni řešit problematika dopadů chudoby na děti a mládež.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Inès Cristina Zuber sur la réduction des inégalités, en particulier dans le cas de la pauvreté touchant les enfants, qui s'accroît en Europe.

Contre cette aberration, le Parlement européen soutient donc l'augmentation des aides spécialement tournées vers les enfants mais en n'oubliant pas les parents. Le Parlement invite également les États-membres à mettre en place des politiques sociales préventives et des plans de réduction de la pauvreté infantile ainsi qu'à renforcer les droits sociaux et les aides dans la culture, le sport et les loisirs.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport envisage un certain nombre de mesures sur la réduction des inégalités, de la pauvreté et de l'exclusion sociale chez les enfants en Europe. Il vise principalement l'accès à l'éducation et à la formation.

J'ai bien évidemment voté en faveur de ce rapport car la pauvreté infantile reste malheureusement une réalité en Europe.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Es ist nicht zu erwarten, dass die Einrichtung neuer Fonds und der Erlass europäischer Richtlinien die Problematik der Ungleichheit lösen können. Ebenso bleibt es fraglich, ob eine Kompetenzerweiterung der Kommission durch die Einführung dieser Thematik in das Europäische Semester tatsächlich der Kinderarmut entgegenwirken kann.

Ich habe mich aus diesem Grund der Abstimmung zu diesem Bericht enthalten.

Da Länder unterschiedlich stark von der Kinderarmut betroffen sind, soll die nationale Kompetenz der einzelnen Mitgliedstaaten bestehen bleiben, da nur so gewährleistet ist, dass eine effiziente und prompte Umsetzung von nationalen Aktionsplänen zur Bekämpfung der Kinderarmut gesichert werden kann.

Rikke Karlsson (ECR), *par écrit*. – Oui, il faut lutter contre la pauvreté, en particulier celle des enfants et des jeunes adultes. En attaquant le mal à sa racine, et pas seulement dans ses effets. Or, l'Union est vraiment la plus mal placée pour prétendre mener ce combat. Malgré les mirifiques promesses de prospérité vendues avec chaque nouveau traité européen, le chômage de masse s'est installé presque partout en Europe, les classes moyennes disparaissent et la plupart de nos enfants payent en effet socialement, psychologiquement et culturellement très cher les choix économiques, monétaires et institutionnels de l'Europe depuis plus de trente ans.

C'est en rapatriant plusieurs compétences essentielles entre les mains de nos États, comme le demande le Royaume-Uni pour lui-même, et en abandonnant son projet intégrationniste dont l'échec est patent ainsi que ses ingérences jusque dans l'intimité des citoyens, que l'Union européenne rendra le meilleur service aux Européens.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported this report. Labour MEPs have always championed a better quality of life, especially for the most vulnerable in society. The report calls for a real commitment from Member States to tackle the factors which are causing child poverty and increase the scope of social support for children. It also promotes labour laws that guarantee a statutory adequate minimum wage and collective agreement, which will provide greater security for families and fight precarious employment.

Dieter-Lebrecht Koch (PPE), *schriftlich*. – Ich halte diesen Bericht für eine sehr wichtige Initiative des Parlaments.

Dem Thema Kinderarmut muss viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Kinder in Europa sind zunehmend von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Statistiken belegen, dass in der EU ein Viertel aller Kinder Armut und soziale Ausgrenzung erlebt. Im Jahr 2013 waren 26,5 Mio. Kinder dem Risiko von Armut oder sozialer Ausgrenzung ausgesetzt, und seit 2008 verzeichneten zwei Drittel der EU-Mitgliedstaaten eine gestiegene Kinderarmut. Dem gilt es entgegenzuwirken.

Die Armut im Kindesalter kann lebenslange Auswirkungen haben. So unterliegen Kinder, die in Armut aufwachsen, einem größeren Risiko, auch als Erwachsene arm zu sein.

Jedes Kind sollte die Möglichkeit haben, sein Potenzial voll auszuschöpfen.

Doch müssen wir beim Aufdecken und der Bekämpfung der Ursachen der Kinderarmut auch aufpassen, dass wir im Rahmen unserer Bemühungen nicht zu weit gehen. So sehr ich den Bericht insgesamt begrüße, kann ich drei Abschnitten des Berichtes nicht zustimmen:

Die Förderung der Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen führt in meinen Augen keineswegs zu einer Schwächung der sozialen Rechte der Kinder (§ 10);

Dem Recht auf eine geeignete und angemessene Wohnung kann ich nicht zustimmen (§ 18);

Auch ein garantiertes Recht der Frauen auf sexuelle und reproduktive Gesundheit kann ich nicht befürworten (§ 38).

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen den nichtlegislativen Initiativbericht der Berichterstatterin über die Verringerung von Ungleichheit mit besonderem Schwerpunkt auf Kinderarmut gestimmt, da der Bericht – trotz manch guter Ansätze – in vielen Bereichen klar über sein Ziel hinausschießt, die Rechte der Eltern missachtet und die Subsidiarität verletzt. Ich unterstütze uneingeschränkt die Rechte der Kinder, bin allerdings mindestens genauso überzeugt davon, dass dies auf den jeweils zuständigen politischen Ebenen geschehen muss. Dem inhaltsleeren Vorschlag zur Schaffung einer „Europäischen Kindergarantie“ erteile ich auch deshalb eine klare Absage. Kinder brauchen Taten, keine Worthülsen.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az egyenlőtlenségek csökkentéséről és különösen a gyermekszegénységről ma elfogadott jelentést támogattam szavazatommal. A határozat legfontosabb elemei eredetileg a saját javaslataimon alapultak, amelyek a magyar kormányzat utóbbi években bevezetett intézkedéseit támasztották alá. Ennek ellenére a baloldali többség által elfogadott jelentés régebbi statisztikák és felmérések számait vette figyelembe, ami jelentősen torzította a jelenlegi helyzetre vonatkozó adatokat és trendeket.

A szavazás során a néppárti álláspontot követtem és egyetértettem a jelentéstevővel abban, hogy a munkahelyteremtés elsődleges fontosságú, mint ahogy a magas energiaárak és a rezsikiadások csökkentése is hozzájárul a szegénység elleni küzdelemben. A gyermekétkeztetés ingyenessége és általánosabb hozzáférhetősége tekintetében beadott módosítóm az első prioritások közé került a jelentésben, ami a magyar kormányzat eddigi, helyes megközelítését támasztja alá. Azt az álláspontot is osztom, hogy a háztartások adósságállományának enyhítése is jelentős mértékben javíthat és javított is az emberek helyzetén, ami szintén a magyar kormányzat prioritása volt az elmúlt években.

Béla Kovács (NI), *írásban*. – Egyértelműen támogatandó a jelentés célja. Jó szándéka is vitán felül áll, mindemellett a megoldásai még javíthatók. Szerencsés volna a szakma által a tartós eredmények elérése érdekében legjobbnak tartott állami bentlakásos iskolarendszer kiépítése és működtetése, melynek valóban jelentősebbek a beruházási igényei, azonban ezek megtérülnek társadalmi távlatokban nézve. Igazságosabb, a multinacionális cégeket arányosan terhelő adórendszerrel a fedezet könnyen előteremthető.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho dato il mio parere positivo a questa proposta con lo scopo di proteggere i soggetti più deboli e in particolare a tutela dei diritti dell'infanzia. Questo provvedimento introduce, sulla falsariga della Convenzione delle Nazioni Unite sui diritti del fanciullo, una serie di norme che combattono la povertà infantile e l'esclusione sociale dei bambini. Una delle priorità di questo Parlamento è garantire il diritto all'istruzione, all'assistenza sanitaria, all'alloggio, alla protezione, alla ricreazione e al tempo libero per tutti i bambini.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport sur la pauvreté infantile dresse un constat sans appel. Entre 2008 et 2012, le nombre d'enfants menacés par la pauvreté a fortement augmenté. Les politiques d'austérité ayant supprimé des pans entiers de la protection sociale, il ne reste plus de filet de sécurité pour empêcher ces enfants et leurs parents de tomber dans une situation de privation matérielle sévère.

Malgré les attaques de la droite, qui a essayé de réécrire le rapport, la rapporteure s'est attelée à détourner les cadres de surveillance économique pour y introduire des objectifs clairs de lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale. Les solutions proposées sont la défense de services publics universels et gratuits, du droit du travail qui protège les parents, ainsi que la définition d'une allocation-chômage et d'un revenu minimum pour chaque État.

Inès Zuber demande la création d'indicateurs sociaux ayant la même importance que les objectifs économiques et budgétaires qui corsètent les budgets nationaux, mais qui serviront à pousser les États et l'Union européenne à agir contre la pauvreté.

Je me félicite donc de la large adoption de ce rapport, malgré l'opposition des élus européens les plus conservateurs et du Front National.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Le rapport de M^{me} Zuber sur la «réduction des inégalités, en particulier la pauvreté des enfants» est aberrant: c'est un fouillis où elle case pêle-mêle la théorie du genre, les inégalités, l'ingérence européenne et beaucoup d'espoirs irréalisables.

L'erreur d'approche est flagrante: la détresse de l'enfant est liée à celle des parents, et cette détresse s'avère souvent plus sociale qu'économique. On parle de revenus des ménages, sans mentionner la famille.

Les mesures politiques proposées sont irréalistes en période de crise structurelle aggravée par une pression migratoire totalement incontrôlée. Quel État a les moyens d'assurer de tels services universels et gratuits, ne serait-ce qu'à ses propres citoyens? Aucun.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Les députés FN ont voté contre ce rapport car il est confus et irréaliste. En outre, il se rallie à la théorie du genre. C'est dommage car le thème de la réduction des inégalités, dans l'optique louable d'arracher les enfants à la pauvreté, méritait mieux.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque sitúa las causas de la pobreza infantil en su auténtico marco estructural y no en el ámbito familiar, como suele ocurrir en las propuestas neoliberales. Se reconoce el papel fundamental del derecho a la salud, la educación y la protección social, además del derecho a un trabajo digno, para luchar contra la pobreza infantil. De esta manera se pone de relieve la necesidad de construir otra sociedad, y no solo de adoptar otras políticas, para acabar con este grave problema social.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe mich bei dem nichtlegislativen Initiativbericht der Kollegin Zuber über die Verringerung von Ungleichheit mit besonderem Schwerpunkt auf Kinderarmut der Stimme enthalten, da der Bericht – trotz manch guter Ansätze – in vielen Bereichen über sein Ziel hinausschießt, die Rechte der Eltern missachtet und die Subsidiarität verletzt. Ich unterstütze uneingeschränkt die Rechte der Kinder, bin aber mindestens genauso überzeugt davon, dass dies auf den jeweils zuständigen politischen Ebenen geschehen muss. Dem inhaltsleeren Vorschlag der S&D-Fraktion zur Schaffung einer „Europäischen Kindergarantie“ erteile ich auch deshalb eine klare Absage. Kinder brauchen Taten, keine Worthülsen. Gleichzeitig enthält der Bericht aber auch viele gute Vorschläge, denen ich keinen Stein in den Weg legen möchte. Deshalb meine Stimmenthaltung.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – Poparłam sprawozdanie w sprawie zmniejszania nierówności ze szczególnym uwzględnieniem ubóstwa dzieci. W kontekście tego sprawozdania zwracam szczególną uwagę na dostęp do wysokiej jakości bezpłatnej edukacji dla wszystkich jako narzędzia do likwidacji nierówności społecznych. Zapewnienie dzieciom i ludziom młodym równych szans edukacyjnych zmniejsza ryzyko marginalizacji, wykluczenia społecznego oraz stanowi szansę na poprawę jakości ich życia, zatrudnienia oraz statusu społeczno-ekonomicznego.

Należy także monitorować i zapobiegać zjawisku przedwczesnego kończenia nauki wśród ludzi młodych, które przyczynia się do zwiększenia ryzyka wykluczenia społecznego i biedy oraz stanowi poważną barierę dla wzrostu ekonomicznego i zwiększania zatrudnienia. Podczas gdy w całej Unii Europejskiej wskaźnik osób przedwcześnie kończących naukę spada, to w dalszym ciągu utrzymują się znaczne dysproporcje w tym zakresie pomiędzy poszczególnymi krajami i regionami. W niektórych państwach członkowskich obserwujemy nawet niepokojący wzrost tego odsetka.

Apeluję do państw członkowskich o zwiększenie inwestycji w edukację i opiekę nad dziećmi. Większe nakłady finansowe i ich efektywna dystrybucja ukierunkowana na obszary najbardziej dotknięte zjawiskiem ubóstwa dzieci pozwolą zapewnić optymalne warunki dla ich dalszego rozwoju oraz zapobiec ewentualnym społecznym i gospodarczym konsekwencjom ubóstwa.

Petr Mach (EFDD), písenně. – S chudobou nelze bojovat deklaracemi a nesystémovým přeposíláním financí. Je třeba zejména uvolnit obchod a nechat chudé státy prodávat nám své zboží a také zbohatnout.

Ivana Maletić (PPE), napisan. – Temeljna prava djeteta zajamčena su Poveljom UN-a o pravima djeteta koja se odnose na obrazovanje, zdravstvenu zaštitu, dom, igru i uravnoteženu prehranu. Petina stanovništva Unije mlađa je od 18 godina, a više od četvrtine djece prijeti siromaštvo i socijalna isključenost. Važno je ojačati socijalna prava koja država mora jamčiti, te osnažiti medicinsku, psihološku i socijalnu skrb djece i mladih. Nužna je provedba i socioekonomskih istraživanja.

Podržala sam izvješće zastupnice Inês Cristine Zuber jer nejednakost, siromaštvo i socijalna isključenost djece stvaraju začarani krug koji oduzima djeci prilike za rast i sigurnu budućnost te rezultira većim brojem neobrazovanih i nezaposlenih.

Neophodno je povećati socijalna prava usmjerena na djecu, ali i na roditelje. Potrebno je ojačati gospodarstvo kako bi roditelji imali posao, te mogli adekvatno brinuti o djeci. Hrvatska prednjači sa stopom nezaposlenosti, a puna je potencijala i mogućnosti za rast i razvoj u odnosu na države istočne Europe.

Светослав Христов Малинов (PPE), в писмена форма. – С колегите ми от Европейския парламент одобрихме с огромно мнозинство резолюция, която призовава за справянето с проблема на детската бедност в Европа.

Статистиката показва, че през 2014 година средното ниво на детската бедност в държавите членки на ЕС е 27,7%, или 26 милиона деца. С други думи, приблизително всяко четвърто дете е застрашено от живот в условия на бедност. Децата са най-уязвими към последствията от недостига на храна, дрехи, сигурно жилище, ограничен достъп до здравеопазване и образование. За съжаление, България е на второ място в тази статистика, с висок дял от изложени на този риск деца, наред с Румъния и Унгария.

Ето защо, Европейският парламент поставя проблема на дневен ред и настоява за по-голяма ангажираност и адекватни политики в борбата срещу детската бедност и нейните причини. Несъмнено главната роля за справянето с тези трудности имат държавите чрез техните социални политики. Европа също трябва да инвестира повече в своето бъдеще чрез конкретни мерки насочени към децата в безработни семейства, такива с един родител и със специални нужди.

Vladimír Maňka (S&D), písomne. – Podľa štatistík je dnes jedno zo štyroch detí v rámci EÚ vystavené riziku chudoby alebo sociálneho vylúčenia. Je alarmujúce a smutné zároveň, že v 21. storočí sa napriek prijatým záväzkom sociálne systémy EÚ a jej členských štátov nedokážu s týmto problémom vyrovnáť. Svedčí to o nedostatočnej zodpovednosti nás všetkých, o nedostatočnom prerozdelení zdrojov, o nezohľadňovaní potrieb sociálne odkázaných a čo je najhoršie, o nedostatku spolupatričnosti a súcitu.

Je zjavné, že vyhlásenia, výzvy a správy neprinášajú v tejto oblasti zásadné zmeny. Riešenie tohto problému však už nemožno odkladať. Preto je nutné zo strany EÚ čo najskôr prijať takú legislatívu, ktorá určí záväzné, jasné, účinné a sankcionovateľné opatrenia na riešenie tohto problému.

Νότης Μαρίας (ECR), γραπτώς. – Απέχω από την ψηφοφορία της έκθεσης σχετικά με τη μείωση των ανισοτήτων με ιδιαίτερη έμφαση στην παιδική φτώχεια, διότι δεν είναι επαρκώς τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette proposition de résolution. Notre groupe ENF a d'ailleurs déposé une autre proposition de résolution afin de contrer les suggestions aberrantes de ce texte.

L'ensemble de cette proposition repose sur une erreur d'approche magistrale: n'en déplaise au rapporteur, la pauvreté infantile est d'abord et avant tout la pauvreté des ménages, et c'est donc envers les parents que nous devons agir. Le rapporteur s'étend sur les problèmes de revenus des ménages en oubliant systématiquement de parler des familles.

Quant aux mesures qu'elle propose, savant mélange d'idéalisme, de théorie du genre et d'immigrationisme, elles sont absolument irréalisables en période de crise structurelle! Assurer des services universels, gratuits et de bonne qualité dans tous les domaines est un bel objectif, mais aucun pays à l'heure actuelle n'a les ressources pour atteindre ce rêve.

David Martin (S&D), *in writing*. – Under the UN Convention on the Rights of the Child, all children should be guaranteed the right to education, healthcare services, housing, leisure and a balanced diet. Yet in Europe things look rather different. According to Eurostat, about 26 million children (anyone under 18) were at risk of poverty and social exclusion in 2014. This represents 27.7% of all children in the EU. This is a disgrace for our society.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Sono favorevole alla relazione concernente la riduzione delle disuguaglianze con particolare attenzione alla povertà infantile. Le disuguaglianze tra i paesi e la povertà infantile dell'UE sono fenomeni in aumento che richiedono risposte imminenti volte ad attuare piani per l'abbassamento della soglia della povertà e a fissare obiettivi di riduzione dell'esclusione sociale. È necessario che gli Stati membri garantiscano diritti sociali e sussidi, necessari per contrastare gli allarmanti e crescenti tassi di povertà in Europa, per promuovere la loro inclusione sociale e il loro benessere generale.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme projednávali zprávu, která zdůrazňuje zejména význam boje s dětskou chudobou. Musíme si uvědomit, že pětina z celkového počtu obyvatel EU je mladší 18 let a i bohužel přes přijaté závazky je v EU v současné době ohroženo chudobou nebo sociálním vyloučením každé čtvrté dítě. Ve zprávě konstatujeme, že jsme si těchto fenoménů vědomi a apelujeme na členské státy, aby se skutečně zavázaly k rozvoji politik boje s dětskou chudobou, jež by se soustředily na nápravu faktorů podmiňujících dětskou chudobu a na zvýšení účinnosti, množství a oblasti působnosti sociální podpory konkrétně zaměřené na děti, ale i na rodiče, kteří jsou nezaměstnaní nebo sice pracující, ale přesto ohroženi dopadem chudoby. Musíme podporovat takové pracovní právní předpisy, které zaručují sociální práva, včetně zákonem dané minimální mzdy respektující vnitrostátní praxi, a kolektivní dohody, které budou rodinám poskytovat větší zabezpečení a bojovat proti nejistému zaměstnání a podporovat zaměstnání s odpovídajícími sociálními právy. Zprávu jsem v konečném hlasování podpořil.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Die ENF-Entscheidung zu diesem Thema geht weitaus besser auf die individuellen Bedürfnisse der Mitgliedstaaten ein und erwartet nicht, dass neue Fonds und Richtlinien auf der europäischen Ebene eingerichtet werden.

Des Weiteren wird in diesem Bericht eine Kompetenzerweiterung vorangetrieben, bei der fraglich ist, ob sie den Kindern, die in Armut leben oder armutsgefährdet sind, wirklich helfen wird.

Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Anthea McIntyre (ECR), *in writing*. – British Conservatives voted against this report. While agreeing that ending inequalities and child poverty is essential, we do not agree that a top-down EU blueprint is the most appropriate solution. Conservatives do not support binding EU targets, nor do we support calls for the EU to interfere in areas where there is No EU competence, including the provision of social welfare, housing and the financing of public services. Conservatives firmly believe in the principle of subsidiarity but agree that there is a role for the EU to provide a platform for Member States to exchange best practice. We recognise the potential value of the EU as a means to focus attention on the need for action, and for brokering exchanges of advice and assistance for those Member States that need it. Member States should be encouraged to work towards the goal of ending child poverty by, for example, taking policy measures that will support families; improve living standards and prevent children in poverty from becoming adults in poverty by raising their education attainment. How the Member States achieve such goals should be left up to the Member States.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport dresse le constat accablant de la situation de la pauvreté chez les enfants au sein de l'Union. Alors qu'un cinquième de la population totale de l'Union a moins de 18 ans, plus d'un enfant sur quatre est aujourd'hui menacé de pauvreté ou d'exclusion sociale.

Pour y remédier, le rapport rappelle le rôle des États grâce à l'accès à des services publics de qualité (en particulier en matière d'accueil des enfants, d'enseignement, de santé, de logement et d'activités de loisirs). Il appelle également à renforcer «l'efficacité, la quantité, les montants et la portée des aides sociales destinées spécifiquement aux enfants, mais également aux parents chômeurs ou aux travailleurs pauvres comme les allocations de chômage et un revenu minimal adéquat».

Enfin, il rappelle qu'il s'agit également «de promouvoir une législation du travail garantissant les droits sociaux, notamment un salaire minimal garanti conformément aux pratiques nationales et aux conventions collectives qui apportera une plus grande sécurité aux familles et luttera contre les statuts précaires».

Je vote pour ce texte progressiste sans illusion quant à ses conséquences.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La proposition de résolution du Parlement reprend intégralement les droits déjà garantis par la Convention des Nations Unies sur les droits des enfants, à savoir l'éducation, la santé, le logement, la protection, les loisirs, le temps libre, la nutrition, et les soins dans l'environnement familial.

La Commission est invitée notamment à augmenter les dotations du FSE et à appliquer le principe du revenu minimum européen (résolution 2010 du Parlement européen n° 2010/2039 INI. De leur côté, les États membres sont tenus d'étendre généralement aux enfants la gratuité de l'accès aux différents droits garantis, tels que l'éducation, les transports, les soins, les loisirs...

Cette proposition se focalise sur l'enfant comme si celui-ci était indépendant, autonome, en dehors de toute cellule familiale, qui pourtant est son premier repère, son environnement immédiat. Sa détresse est donc, dans la majeure partie des cas, directement liée à celle de sa famille, elle-même étant parfois accentuée par des problèmes sociétaux ou économiques plus globaux.

Enfin les mesures proposées sont inadaptées pour se fondre dans les finances publiques de chaque État membre. C'est pourquoi je m'oppose au texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – O número de crianças em situação de pobreza e exclusão social já era um grande problema na UE mesmo nos anos de crescimento económico, com elevadas taxas de empregabilidade, mesmo antes de a recessão e os programas de austeridade começarem. Já em 2007, os valores de pobreza infantil atingiam os 26,3% e, em 2011, os 26,9%.

Concordo com a necessidade do desenvolvimento de políticas para combater a pobreza infantil, mas que também passa pela atribuição de apoios específicos de emergência social, quer seja no âmbito do aumento das pensões mais baixas, quer seja na criação efetiva de emprego e diminuição do desemprego.

Abstive-me no presente relatório por discordar da forma como o mesmo foi redigido pela relatora, afastando-se do objetivo principal do relatório.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – This report aims at tackling the worrying trend of the rising number of children at risk of poverty and social exclusion in the EU. These inequalities can affect a child for life as childhood is when socio-economic and cognitive skills are developed. Therefore, I voted in favour of increasing the EU's appropriation of funds to fighting poverty and social cohesion.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. – De voorbije jaren is de kinderarmoede in een aantal lidstaten van de Europese Unie fors toegenomen. Deze stijging is een van de ongewenste effecten van de financiële en economische crisis. 1 op de 4 kinderen in Europa heeft een verhoogd risico om in de armoedeval terecht te komen. Omdat een dergelijke situatie een bijzonder zware hypotheek legt op de verdere ontwikkeling van de cognitieve en sociale vaardigheden van een kind, moet elke vorm van kinderarmoede snel en met passende middelen worden vermeden en bestreden. In de eerste plaats omdat kinderen in alle omstandigheden het recht moeten hebben zich te ontplooien tot weerbare individuen, maar ook en vooral om te vermijden dat de opgelopen cognitieve en materiële achterstand van generatie op generatie wordt overgedragen.

Om permanente en structurele armoede bij jongeren een halt toe te roepen is het dus aangewezen dat de Commissie en de lidstaten duidelijke doelstellingen ambiëren en instrumenten ontwikkelen om kinderarmoede terug te dringen. Het beste recept tegen sociale uitsluiting en generatie-armoede is ervoor te zorgen dat kinderen, ongeacht hun huidige materiële of sociale achtergrond, toegang blijven krijgen tot degelijke voeding, energie, goede gezondheidszorgen en kwaliteitsvol onderwijs.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – V situácii, keď je každé štvrté dieťa v Európe je ohrozené chudobou, považujem za dôležité o tejto téme hovoriť, preto podporujem znížovanie nerovností s osobitným zameraním na chudobu detí. Súhlasím, že zaobchádzanie s deťmi v našich krajinách sa musí stať prioritou pre vlastný rozvoj a tiež našim príspevkom k celosvetovej vízií solidarity a spravodlivejšieho rozdeľovania zdrojov. Dôležité je však k tomu nájsť tú správnu cestu, pričom však tá navrhovaná spravodajkyňou je v niektorých bodoch skôr slepou ulicou. Takým je napríklad odporúčanie zvyšovanie dávok v nezamestnanosti, ktoré môže pôsobiť skôr demotivačne, čo chudobu detí skôr prehĺbi ako odstráni. Vlády členských štátov naopak musia vytvoriť prostredie, kde vznikajú pracovné miesta, čo prináša riešenie nielen z krátkodobého, ale aj dlhodobého hľadiska, keďže deti vo svojich rodičoch môžu vidieť pozitívne vzory. Súhlasím však, aby sa v rámci boja proti chudobe detí zamerala pozornosť aj na postavenie žien starajúcich sa o ne či o rodinných príslušníkov s osobitnými potrebami a so zdravotným postihnutím. V súčasnosti totiž mnohokrát ženám práve kvôli tomu klesajú dôchodky. Za spôsob ako to zmeniť by však mali byť zodpovedné primárne vlády členských štátov.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report on reducing inequalities with a special focus on child poverty, which aims to raise awareness about the need to develop policy responses to reduce poverty and inequalities in the EU and work towards the EU2020 targets. Europe needs to offer a future to our next generation by breaking the vicious circle of poverty at the youngest age possible. This means ensuring that every child at risk of poverty has access to free healthcare, free education, decent housing and adequate nutrition. Europe will be a better place if we make equal opportunities a reality for all children in Europe. However, I have never supported paragraphs guaranteeing women the right to sexual and reproductive health.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Foglalkoztatási és Szociális Bizottság statisztikai tényekre és társadalmi-gazdasági összefüggésekre alapozott jelentése alapvető problémát feszeget: a társadalmi egyenlőtlenségek növekedését, ezen belül is annak legsúlyosabb következményét, a gyerekszegénységet. Vitathatatlan, hogy 2008 és 2012 között a szegénység vagy a társadalmi kirekesztés kockázatának kitett gyermekek száma majdnem egymillióval nőtt Európában, hogy számuk csak 2011 és 2012 között félmillióval emelkedett, hogy 2008 és 2012 között 26,5%-ról 28%-ra nőtt a szegénység vagy a társadalmi kirekesztés kockázata, vagy, hogy 2013-ban az EU28-ban 26,5 millió gyermeket fenyegetett a szegénység és a társadalmi kirekesztés. A jelentésben fölvetett probléma igen súlyos, amellyel az Európai Uniónak kétségkívül kezdenie kell valamit akkor is, ha a megfogalmazott konkrét javaslatok nem mindegyike látszik végrehajthatónak, ezért az előterjesztést megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le groupe ENF a déposé une autre proposition de résolution qui insiste sur le fait que la pauvreté infantile est avant tout celle des parents, et que ce sont donc eux qui doivent bénéficier des politiques sociales. C'est en sortant les parents de la pauvreté (grâce au travail ou à un salaire parental) que nous en sortirons les enfants.

Cette proposition supprime aussi toute mention de théorie du genre, rappelle la responsabilité des politiques européennes d'austérité, et appelle à la préférence nationale durant la mise en place des futures politiques. Elle demande également une réforme des systèmes éducatifs et de santé, afin de les rendre plus efficaces et plus adaptés à la nouvelle réalité.

Enfin, chaque fois que c'est possible, elle supprime l'implication de la Commission et redonne le pouvoir décisionnel aux États membres. Son rejet implique notre abstention sur le rapport d'origine.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A realidade europeia aponta para um aumento da pobreza infantil e da exclusão social, colidindo com o disposto na Convenção dos Direitos das Crianças da ONU, que declara que deverá ser garantido a todas as crianças o direito à educação, aos cuidados de saúde, à habitação, à proteção, ao lazer e ao tempo livre, a uma alimentação equilibrada e a receber cuidados num meio familiar.

A Europa enfrenta atualmente uma grave crise económica que, em consequência, afeta as famílias e, especialmente, as crianças. As desigualdades existentes vão além da carência das necessidades básicas, incluindo também o acesso aos serviços educativos e de saúde, bem como a possibilidade de integrarem atividades culturais, desportivas e de lazer. A definição de objetivos e políticas públicas que diminuam a pobreza infantil deverá ser uma prioridade, devendo ser executadas medidas no contexto da União Europeia, bem como nos respetivos Estados-Membros, como, por exemplo, a garantia de acesso à educação.

Neste sentido, voto a favor do presente relatório, na medida em que considero fundamental proteger os direitos das crianças, através de metas de redução da pobreza infantil e da exclusão social.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Zuber concerne la réduction des inégalités et en particulier la pauvreté infantile. En effet, cette dernière a beaucoup augmenté ces dernières années du fait des politiques d'austérité, de réduction des dépenses de santé et de retraites, mais aussi de la politique libre échangiste de l'UE depuis des décennies, politique qui accroît les inégalités. Rappelons par ailleurs qu'Emmanuel Todd avait prédit l'effondrement du système soviétique en 1976 grâce à ce genre d'indicateurs démographiques mal orientés.

Le Parlement propose donc, bien tardivement, l'arrêt des coupes budgétaires en supprimant le PSC, l'augmentation des dotations au FSE et l'application d'un revenu minimum européen.

Cependant, ce rapport est lacunaire. Il se concentre sur l'enfant, alors qu'il faut aussi s'intéresser à l'environnement dans lequel il vit (dégradation de la situation des parents, voire des grands-parents puisque la solidarité intergénérationnelle joue beaucoup, ce qui plaide pour l'arrêt des coupes dans les pensions de retraite).

Par ailleurs, les mesures proposées sont pour la plupart utopistes. Il est totalement incohérent de vouloir accueillir de plus de migrants — et donc de consacrer davantage de crédits à cette gestion — tout en voulant accroître les crédits pour réduire les inégalités.

J'ai donc décidé de voter contre cette proposition.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport dont l'objectif est de parvenir à réduire la pauvreté dans l'UE et en particulier à améliorer les conditions de vie des enfants victimes de la pauvreté.

Ce texte demande notamment aux États membres de garantir aux enfants des soins de santé universels, publics, gratuits et de qualité en matière de prévention, de vaccination et de soins de santé primaires. Il les invite également à instaurer des normes minimales en matière de logement pour répondre aux besoins des enfants et assurer leur bien-être.

Je soutiens pleinement la mesure de ce texte qui recommande aux États membres de mieux utiliser les ressources des fonds structurels et d'investissement européens (ESI) dans le cadre de l'élaboration de leurs politiques sociales, pour atteindre l'objectif d'une réduction d'au moins vingt millions du nombre de personnes confrontées à la pauvreté.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – Il terzo rapporto della Caritas sull'impatto della crisi in Europa presenta dati preoccupanti in merito alla crescita della povertà e delle disuguaglianze, dove più di un bambino su quattro è a rischio di povertà o esclusione sociale. Le esigenze dei bambini sono direttamente collegate alla situazione sociale delle famiglie, per cui risolvere i problemi dei bambini significa, in larga misura, risolvere i problemi della famiglia. La povertà è pluridimensionale e deve essere intesa non solo come assenza di copertura dei bisogni fondamentali quali il cibo, i vestiti e l'alloggio, ma anche come assenza di accesso all'istruzione e ai servizi sanitari di qualità e impossibilità di partecipare ad attività sportive, culturali e ricreative.

Sostengo convintamente la creazione di una garanzia per i minori, con un proprio fondo specifico, per permettere a ogni bambino di avere accesso all'assistenza sanitaria gratuita, all'istruzione gratuita, all'assistenza per l'infanzia gratuita, a un alloggio dignitoso e a un'alimentazione adeguata. Garantire questi servizi fondamentali è cruciale perché gli effetti negativi delle disuguaglianze sui bambini possono durare tutta la vita. Investire sui bambini non è solo un obbligo morale, ma anche una priorità economico-sociale, nella consapevolezza che le politiche favorevoli alla famiglia hanno effetti positivi a lungo termine.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Zuber pour réduire les inégalités, en particulier la pauvreté des enfants.

Selon la convention des Nations unies relative aux droits de l'enfance, tous les enfants doivent se voir garantir le droit à l'éducation, à des services de santé, au logement, à la protection, aux loisirs et au temps libre, ainsi qu'à un régime équilibré et à des soins dans un environnement familial. Cependant, ces exigences de la convention des Nations unies dans les pays de l'Union ne sont encore respectées pour tous les enfants, car selon des rapports sur la pauvreté des enfants en Europe, les enfants européens aussi sont de plus en plus menacés de pauvreté et d'exclusion sociale.

La pauvreté et l'exclusion sociale entraînent non seulement une couverture insuffisante des besoins fondamentaux, comme l'alimentation et le logement, mais impliquent également, pour la plupart, le manque d'accès à des services d'éducation et de santé de qualité et l'impossibilité de participer à des activités sportives, culturelles et de loisirs. Le projet de rapport propose un certain nombre de mesures en vue d'éliminer la pauvreté et l'exclusion sociale chez les enfants, qui sont loin de faire l'unanimité au sein de la commission.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – La povertà infantile in Europa è in crescita parallelamente all'aumento delle disuguaglianze sociali. Diverse organizzazioni concordano sul fatto che la causa principale di questo incremento sia costituita dalle cosiddette misure di austerità (riduzione significativa del sostegno sociale a favore dei bambini e delle famiglie, aumento della disoccupazione, diffusione del lavoro precario, incremento del carico fiscale). Con l'approvazione di questa relazione intendiamo chiedere a tutti gli Stati membri di aumentare l'importo, la portata e l'efficacia del sostegno rivolto non solo ai bambini, ma anche ai genitori (ad esempio, i sussidi di disoccupazione o l'incremento dei diritti di maternità e paternità), promuovendo, al contempo, leggi sul lavoro che garantiscano i diritti sociali e la sicurezza delle famiglie e contrastino il lavoro precario, l'assunzione illegale e lo sfruttamento dei lavoratori. Spetta, inoltre, alla Commissione operare coerentemente con le raccomandazioni adottate nel febbraio 2013, proponendo una politica più coesiva di incremento e di redistribuzione dei fondi UE. I bambini devono essere considerati come una priorità nella programmazione e attuazione delle politiche regionali e di coesione, utilizzando il Fondo sociale europeo per realizzare le misure volte a ridurre la povertà infantile e a stabilire obiettivi di applicazione, che dovrebbero essere soggetti ad un controllo regolare.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Je n'ai pas pu voter pour ce rapport, mais je soutiens pleinement la position du groupe PPE et de la délégation française consistant à adopter ce rapport.

Il apporte des pistes intéressantes pour sortir les enfants de la pauvreté. Néanmoins, aussi pertinent soit-il, la question de la pauvreté infantile ne saurait se régler sans une amélioration globale du niveau de vie des populations des pays les moins développés.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – According to the UN Convention on the Rights of the Child, all children should be guaranteed the right to education, health services, housing, protection, to participate in decisions that affect them, leisure and free time, a balanced diet and to be raised within a family. I have voted for this report that will increase in quantity, amount, scope and effectiveness the support and social rights specifically directed to children but also to parents.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – От над две години Групата на Прогресивния алианс на социалистите и демократите призовава за създаването на „Детска гаранция“. Днес повече от всякога имаме нужда от този механизъм. Предиизвикателствата, пред които е изправен ЕС – последствията от терористичните атаки в Париж и бежанската криза, налагат да предприемем действия в няколко насоки.

Образованието и средата са факторите, които оформят индивида, неговите възгледи и отношение към околните и света. Именно бедността и социалното изключване пък са сред причините, които водят до капсулирането и маргинализирането на някои общности в ЕС. Поради тези причини смятам, че основен приоритет в борбата срещу детската бедност трябва да бъде намаляването на нивата на ранно отпадане от училищната система.

Вярвам, че установяването на „Детска гаранция“ ще даде тласък за предприемането на мерки за това, всяко дете да получи безплатен достъп до образование и здравеопазване, прилично място за живеене и храна, отговаряща на неговите нужди. Именно този потенциал ме кара с пълна увереност и убежденост в каузата да подкрепя този доклад.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am susținut prin votul meu de astăzi acest raport deoarece sunt de părere că fondurile europene aflate la dispoziția statelor membre și mai ales cele programate pentru perioada 2014-2020 trebuie să fie direcționate mult mai eficient și masiv către integrarea comunităților marginalizate, cu scopul combaterii sărăciei și integrării acestor comunități.

De asemenea, este foarte important ca în cel mai scurt timp să existe o definiție clară, care să conțină indicatori îndeajuns de clari pentru a putea determina exact care comunități pot fi desemnate ca fiind marginalizate. În același timp, este important să avem în vedere, la stabilirea acestor criterii, flexibilitatea acestor comunități și specificitatea culturală a fiecărei țări.

În ceea ce privește femeile și copii din aceste comunități, trebuie să recunoaștem că aceste categorii sunt expuse mult mai ușor fenomenului discriminării, iar lipsa fondurilor și a strategiilor de includere a acestor comunități nu vor face decât să accentueze aceste nedreptăți sociale, intolerabile pentru o Uniune Europeană a secolului în care trăim.

Péter Niedermüller (S&D), *írásban*. – „Az egyenlőtlenségek csökkentése, különös tekintettel a gyermekszegénységre” című jelentés hangsúlyozza, hogy gyermekek jólétébe és szegénységből való kiemelésébe való befektetés nemcsak morális kötelességünk, hanem társadalmi és gazdasági prioritás is. A Szocialisták és Demokraták európai parlamenti frakciója egy az európai költségvetésből támogatott gyermek garancia bevezetését követeli a gyermekszegénység megszüntetése érdekében, melyet a magyarországi adatok tükrében a DK is támogat.

Ez a garancia biztosítaná, hogy minden gyermek ingyenesen hozzáférjen az egészségügyhöz, az oktatási rendszerhez, a gyermekgondozáshoz, a tisztességes lakhatáshoz és a megfelelő táplálkozáshoz. Úgy véljük, csak így törhető meg a szegénység ördögi köre, mert ezt a lehető legfiatalabb korban el kell kezdeni. A Gyermek Garancia egy hosszú távú eszköz, mely egyenlő lehetőséget biztosít egy egész generáció számára, valamint támogatást nyújt a szülőknek a társadalmi befogadás és a munkaerőpiacra történő beilleszkedés terén. Ezért támogatom a jelentés elfogadását.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich bei diesem Bericht meiner Stimme enthalten, da er eine Kompetenzüberschreitung darstellt und weitere Kompetenzerweiterung zulasten der Nationalstaaten fordert. Es ist zwar gut, Kinderschutz in Europa-2020-Zielen zu verankern und in die EMU aufzunehmen, jedoch sollte das den Mitgliedstaaten vorbehalten bleiben.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui dresse un bilan alarmant sur la situation de pauvreté et d'exclusion sociale vécue par un enfant sur quatre au sein de l'Union européenne, et qui appelle au renforcement de la politique européenne de lutte contre la pauvreté des enfants. Le rapport insiste notamment sur la responsabilité des États membres d'offrir des services publics de qualité et des dispositifs d'aides sociales renforcés et plus adaptés pour lutter contre les risques d'isolement, d'exclusion sociale ou de précarité des enfants et de leur famille.

Je salue les allusions faites à la situation des régions ultrapériphériques qui ne doivent pas être mises à l'écart d'un renforcement de l'efficacité et de la qualité des dispositifs de protection de l'enfance, ces régions étant aussi particulièrement touchées par les problèmes liés à la pauvreté.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Toetasin. Olukorras, kus statistika kohaselt elab ELis vaesusriskis iga neljas laps ja Eestis 22 protsenti lastest, on ülim aeg, et riigid seaksid vaesusriski kaotamise oma prioriteetide hulka. Lastele ja nende vanematele peab tagama ligipääsu haridusele, tervishoiuteenustele ravikindlustusele.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), por escrito. – Más de uno de cada cuatro niños en la UE está en riesgo de pobreza y exclusión social. Esta cifra ha aumentado de manera preocupante como consecuencia de la crisis económica y los continuos recortes sociales por parte de algunos gobiernos europeos, como el Gobierno del Partido Popular en España. Por más señas, un informe de Unicef sobre la infancia en España reveló que la inversión en infancia se redujo un 14,6 % entre 2010 y 2013, es decir, que se recortaron 775 euros por niño, volviéndose así a cifras anteriores a 2007.

Este informe muestra una vez más el compromiso de este Parlamento en la lucha contra la pobreza infantil, de conformidad con los compromisos que ha adquirido en el marco de la Convención de las Naciones Unidas sobre los Derechos del Niño y la Agenda 2030 para el Desarrollo Sostenible.

Por todo ello hemos votado a favor, aunque lamentamos profundamente que no se haya conseguido un acuerdo para la creación de un fondo específico de lucha contra la pobreza infantil, que hubiese permitido una mayor inversión, un empleo más eficiente de los fondos y una mejor monitorización de su uso.

Rolandas Paksas (EFDD), raštu. – Balsavau už šį pranešimą.

Vaikų skurdas yra daugialypė socialinė problema, todėl jos sprendimui būtinas ypatingas dėmesys. Reikia nustatyti ir įgyvendinti įvairių politikos krypčių įgyvendinimo ir poveikio stebėsenos priemonės, siekiant mažinti vaikų skurdą ir socialinę atskirtį bei užtikrinti jų prevenciją, taip pat skatinti vaikų gerovę.

Atkreiptinas dėmesys į tai, kad, nepaisant ekonomikos augimo, skurstančiųjų procentas nemažėja. Todėl būtina kuo greičiau įveikti vaikų skurdą, kuris turi ilgalaikes arba negrįžtamas pasekmes patiems vaikams bei visuomenei. Skurde užaugę vaikai dažniau ir patys skursta. Todėl labai svarbu pasiekti, kad vaikai, augantys skurdžiose šeimose, nepatektų į skurdo „spąstus“. Jiems turi būti suteiktos galimybės pakilti iš skurdo socialiniais laiptais aukščiau. Visų amžiaus grupių vaikai turėtų nemokamai gauti įtraukų ir kokybišką viešąjį ugdymą ir mokymą. Turime pašalinti uždarus skurdo ratus, sumažinti visuomenės susiskaidymą ir socialinę įtampą.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), γραπτώς. – Ο διαρκώς αυξανόμενος αριθμός των παιδιών των εργατικών λαϊκών οικογενειών που βιώνουν την εξαθλίωσή τους, στερούμενα την πρόσβαση σε βασικά αγαθά, στέγαση, σίτιση, απαραίτητα είδη διατροφής, δημόσια και δωρεάν εκπαίδευση και υγεία, είναι ο καθρέφτης της βαρβαρότητας του εκμεταλλευτικού καπιταλιστικού συστήματος.

Την αιτία αυτής της εξαθλίωσης αποκρύπτει η έκθεση που στηρίζει την αντιλαϊκή στρατηγική της ΕΕ και του καπιταλιστικού δρόμου ανάπτυξης που οδηγεί σε νέα αδιέξοδα τις εργατικές λαϊκές οικογένειες.

Η έκθεση επιδιώκει να συμβιβάσει τα ασυμβίβαστα, την καταπολέμηση δηλαδή της παιδικής φτώχειας με τους στόχους της στρατηγικής «Ευρώπης 2020» του Ευρωπαϊκού Εξαμήνου και της ΟΝΕ που η υλοποίησή τους προϋποθέτει τη χρεοκοπία των εργαζομένων. Ενδεικτικό είναι ότι η έκθεση κάνει λόγο για «οικονομικά προσιτή και προσβάσιμη εκπαίδευση» απορρίπτοντας το δικαίωμα στη δημόσια και δωρεάν εκπαίδευση για όλα τα παιδιά.

Για τη φτώχεια και την εξαθλίωση υπάρχει ένοχος και έχει όνομα: είναι τα μονοπώλια και η πολιτική προστασίας της κερδοφορίας τους που ακολουθούν πιστά η ΕΕ και οι αστικές κυβερνήσεις. Για αυτό οι λαοί πρέπει να τα ανατρέψουν, προκειμένου να χαράξουν το δρόμο για μια κοινωνία και οικονομία που θα σχεδιάζονται με κριτήριο την ικανοποίηση των λαϊκών αναγκών της εργατικής τάξης και των παιδιών της.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), γραπτώς. – Υπερήφισα την έκθεση με θέμα τη μείωση των ανισοτήτων με ιδιαίτερη έμφαση στην παιδική φτώχεια. Περισσότερα από ένα στα τέσσερα παιδιά διατρέχουν σήμερα κίνδυνο φτώχειας ή κοινωνικού αποκλεισμού στην ΕΕ. Στόχος της Ε.Ε. - και επίκεντρο της εν λόγω έκθεσης - είναι η προώθηση της κοινωνικής ένταξης των παιδιών και της ευημερίας τους, διαμέσου της καταπολέμησης της φτώχειας και της βελτίωσης των συνθηκών διαβίωσής τους.

Η αξιοπρεπής διαβίωση του ατόμου ιδιαίτερα στους οικονομικούς καιρούς που διέρχονται κράτη-μέλη της Ε.Ε. αποτελεί κορυφαίο στόχο της κοινοτικής πολιτικής. Από τα σημαντικά σημεία της έκθεσης είναι ότι καλείται η Ευρωπαϊκή Επιτροπή και τα κράτη μέλη, υπό το φως της αποδυνάμωσης των δημόσιων υπηρεσιών, να θεσπίσουν εγγύηση για τα παιδιά για την οποία θα υπάρχει ειδικό ταμείο, έτσι ώστε κάθε φτωχό παιδί να έχει πρόσβαση σε δωρεάν υγειονομική περίθαλψη, δωρεάν παιδεία, δωρεάν παιδική μέριμνα, αξιοπρεπή κατοικία και επαρκή διατροφή, στο πλαίσιο ενός ευρωπαϊκού ολοκληρωμένου σχεδίου για την καταπολέμηση της παιδικής φτώχειας.

Η καθολική εστίαση των πολιτικών μας προς αντιμετώπιση της παιδικής φτώχειας, για να μπορέσει να είναι καρποφόρα, δε μπορεί παρά να στοχεύει τη βελτίωση της ποιότητας και των συνθηκών διαβίωσης εκάστης οικογένειας.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding report because we do not oppose actions to tackle the very serious issue regarding child poverty. However, we do oppose calling for any more EU initiatives and interference as the EU is completely undemocratic and the only people that should decide how we tackle child poverty should be our own elected government, not bureaucrats in Brussels. The EU's own policy on this is a failure, as they have admitted they are very unlikely to hit their own target by 2020 on poverty and social exclusion. Also, if the UK didn't pay £55 million a day to the EU, we could do so much more to help children who are in poverty. The EU is one of the problems, not the solution.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho appreso i dati resi noti da Eurostat sulla gravità della situazione per quanto riguarda la povertà infantile. Ritengo che, in un momento storico come quello che stiamo vivendo, la questione puramente economica o legata allo stile di vita non sia la sola problematica. Rifletto su una più grave conseguenza sociale che la povertà infantile può produrre e mi riferisco a fenomeni di esclusione che possono sfociare in sentimenti di rifiuto nei confronti della società che non ha saputo farsi carico dei problemi di una minoranza. Per questo ritengo che provvedere alla crescita, alla nutrizione, all'educazione e alle prospettive future dell'infanzia sia un beneficio per l'intera società. Accolgo questo testo con grande favore, anche in vista della giornata contro la violenza sulle donne di domani, e voto positivamente.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – I supported the resolution, which urges Member States to reduce inequality and tackle the pressing situation of child poverty across the EU. As a Bulgarian, whose country ranks 2nd in child poverty level in the EU, I believe it is vital for the country's future to ensure access to education, health and welfare of all children and their families. There is no doubt that reducing, and even abolishing, child poverty should be on top of our agendas. In September 2015, world leaders adopted a new set of sustainable development goals, which will be followed by all countries, including the 28 EU Member States. We cannot achieve true sustainable development without investing in those who will actually support it – today's children, everywhere.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pravo na obrazovanje, zdravstvo, stanovanje, zaštitu, rekreaciju i slobodno vrijeme, uravnoteženu prehranu i skrb u obiteljskom okruženju zajamčeno je Konvencijom UN-a o pravima djeteta. Hrvatska je peta po siromaštvu u EU-u. Roditelji više od 17 000 djece ne mogu priuštiti obrok svojoj djeci u školama. Uspjeli smo ukloniti povijesne kriterije koji su nas sprječavali da sudjelujemo u programu dostave mlijeka u školama te smo tako barem malo ublažili teške posljedice gospodarske krize i siromaštva koja nas pogađa tamo gdje smo najranjiviji – a to su djeca. No, to nije dovoljno! Ni jedno dijete ne smije biti gladno! Siromaštvo u najranijem djetinjstvu ostavlja trajne i neizbrisive posljedice na čovjeka. Dijete je dijete, bez obzira na vjeru, rasu, nacionalnost i sve ono što nas razlikuje. Mnoga djeca nisu u sustavu socijalne pomoći jer njihovi roditelji rade, no za svoj rad mjesecima nisu primili plaću. Moramo se boriti protiv toga. Djeca nisu kriva za odluke odraslih, kao ni za prilike u kojima su se zatekli.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Zuber concerne la réduction des inégalités et en particulier la pauvreté infantile. En effet, cette dernière a beaucoup augmenté ces dernières années du fait des politiques d'austérité, de réduction des dépenses de santé et de retraites, mais aussi de la politique libre échangiste de l'UE depuis des décennies, politique qui accroît les inégalités. Rappelons par ailleurs qu'Emmanuel Todd avait prédit l'effondrement du système soviétique en 1976 grâce à ce genre d'indicateurs démographiques mal orientés.

Le Parlement propose donc, bien tardivement, l'arrêt des coupes budgétaires en supprimant le PSC, l'augmentation des dotations au FSE et l'application d'un revenu minimum européen.

Cependant, ce rapport est lacunaire. Il se concentre sur l'enfant, alors qu'il faut aussi s'intéresser à l'environnement dans lequel il vit (dégradation de la situation des parents, voire des grands-parents puisque la solidarité intergénérationnelle joue beaucoup, ce qui plaide pour l'arrêt des coupes dans les pensions de retraite). Par ailleurs, les mesures proposées sont pour la plupart utopistes. Il est totalement incohérent de vouloir accueillir de plus de migrants — et donc de consacrer davantage de crédits à cette gestion — tout en voulant accroître les crédits pour réduire les inégalités.

J'ai donc décidé de voter contre cette proposition.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Uslijed zabrinjavajućeg rasta globalnog siromaštva, posebice onog dječjeg, uzrokovano između ostalog i politikama mjera štednje koje su produbile ekonomsku krizu, pojavila se potreba za razvojem konkretnog, dosad nepostojećeg prijedloga koji bi težio reduciranju siromaštva i nejednakosti u EU-u u skladu s ciljevima EU 2020. Stoga je S&D skupina u suradnji s Odborom za zapošljavanje i socijalna pitanja pokrenula inicijativu za donošenje jednog takvog prijedloga. Jedno od temeljnih postulata svake politike ljudskih prava jest da svako dijete mora imati pravo na besplatno obrazovanje, zdravstvenu skrb, smještaj i prikladnu prehranu. Smanjenje dječjeg siromaštva i socijalne isključenosti mora biti vidljivi i eksplicitni cilj u svim fazama Europskog semestra te bi u svaku Godišnju anketu o rastu trebalo uključiti posebnu sekciju s obvezujućim ciljevima dječje dobrobiti. Potrebno je da Komisija utvrdi poseban fond za garanciju za djecu iz kojega bi se subvencionirale najosnovnije dječje potrebe, i to revizijom višegodišnjeg financijskog okvira sljedeće godine. Taj bi instrument također pomogao i roditeljima te djece da se lakše integriraju u tržište rada i izvuku iz socijalne isključenosti. Države članice i Komisija moraju djecu postaviti kao prioritet u planiranju i implementaciji regionalnih i kohezijskih politika te više ulagati u njihovu dobrobit putem Europskog socijalnog fonda.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – EU, ostvarujući svoja prava i izvršavajući svoje obveze izravno utječe na države članice i europske građane. Nužno je da pitanja kojima se bavi budu orijentirana na sve razine funkcioniranja građanskog društva. Iako su međunarodni odnosi i financijska politika najviše u fokusu javnosti, ne smijemo zaboraviti da svako društvo prije svega čine ljudi. Trenutačno u našem susjedstvu vlada velika migracijska kriza i sad više nego ikada moramo pokazati solidarnost i brigu za potrebite. Zaštita ljudskih prava i osiguranje osnovnih životnih potreba kao što su hrana, voda, siguran smještaj, zdravstvena skrb, obrazovanje smatraju se temeljnim idealima i moramo raditi na tome da budu osigurana svima. Statistike pokazuju da je broj djece kojoj prijete siromaštvo ili socijalna isključenost porastao za gotovo milijun i sada iznosi 26,5 milijuna djece u 28 država članica. Izvješće pokazuje da produbljivanje društvenih nejednakosti potiče povećanje siromaštva djece i utječe na nastavljanje nepovoljnih životnih okolnosti. Također, posljedice siromaštva i socijalne isključenosti mogu trajati cijeli život i nastaviti se u budućim generacijama. Siromaštvo je univerzalni problem i moramo kvalitetno pristupiti njegovu rješavanju. Slažem se s prijedlozima mjera kolegice Zauber i mislim da povećanje socijalnih naknada, revizija radnog i socijalnog zakonodavstva, osiguranje pristupa obrazovanju i zdravstvenoj skrbi mogu pozitivno odgovoriti na tu situaciju.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Jako pro sociálního demokrata je pro mě nanejvýš důležité, abychom řešili nejen chudobu samotnou, ale především její příčiny. Velmi zásadní otázkou je pak chudoba dětí. Děti musíme nejen podporovat, do dětí musíme především investovat. Jakákoliv podpora musí být přitom cílená a efektivní. Na úrovni výborů se nám podařilo prosadit do zprávy několik klíčových bodů, jako jsou například investice do bezplatného veřejného vzdělávání, do zajištění bezplatné zdravotní péče nebo do slušného bydlení pro každé dítě. V rámci našich snah o to, aby bylo co nejméně dětí vystaveno chudobě a sociálnímu vyloučení, se musíme především zasadit o větší zabezpečení rodin. Jedním z prvních kroků musí být vytvoření takových pracovně-právních předpisů, které zajistí sociální práva a odpovídající ohodnocení odvedené práce, včetně zákonem stanovené minimální mzdy. Zaměřit se musíme také na postavení žen a mužů, které pečují o děti nebo rodinné příslušníky s postižením a zvláštními potřebami.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La povertà infantile è purtroppo presente anche in Europa. Nel nostro continente un bambino su quattro sarebbe esposto al rischio della povertà e dell'esclusione sociale. Secondo i dati forniti da Eurostat, nel 2013, 26 milioni di bambini sarebbero stati esposti al rischio di povertà ed esclusione sociale. Si tratta del 27,7% dei cittadini europei con meno di 18 anni. Secondo la Convenzione delle Nazioni Unite sui diritti del bambino, a tutti i bambini deve essere garantito il diritto all'istruzione, all'assistenza sanitaria, all'alloggio, alla protezione, alla ricreazione e al tempo libero, così come a una dieta equilibrata e a un'educazione familiare. Il progetto di relazione propone una serie di misure per eliminare la povertà e l'esclusione sociale tra i bambini. Pertanto, voto a

favore di questa risoluzione, con l'auspicio che gli Stati membri decidano d'intensificare i propri sforzi in materia di lotta contro le disuguaglianze sociali, in particolare contro la povertà infantile.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car nous devons envoyer un message clair, notamment pour lutter contre la pauvreté des enfants. J'insiste sur le fait que nous devons aussi, à la différence de certains de nos collègues, nous positionner en faveur de la garantie pour les femmes d'un accès aux droits en matière de santé sexuelle et génésique. Il était important de le souligner.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Segundo a Convenção dos Direitos das Crianças da ONU, todas as crianças devem ter garantidos os direitos à educação, a serviços de saúde, à habitação, à proteção, a participar nas decisões que as afetam, ao lazer e tempo livre, a uma dieta equilibrada e a receber cuidados no meio familiar.

No entanto, mesma na UE, a Convenção está longe de ser integralmente cumprida. Com efeito, os relatórios apontam para um aumento da pobreza infantil na Europa. O presente relatório analisa as causas da pobreza infantil e propõe algumas medidas destinadas a combatê-la. Votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP abstained on this non-legislative and non-binding report because we do not oppose actions to tackle the very serious issue regarding child poverty. However, we do oppose calling for any more EU initiatives and interference as the EU is completely undemocratic and the only people that should decide how we tackle child poverty should be our own elected government, not bureaucrats in Brussels. The EU's own policy on this is a failure, as they have admitted they are very unlikely to hit their own target by 2020 on poverty and social exclusion. Also, if the UK didn't pay £55 million a day to the EU, we could do so much more to help children who are in poverty. The EU is one of the problems, not the solution.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – La pauvreté infantile progresse inexorablement d'année en année en Europe. Selon les données d'Eurostat de 2013, 26,5 millions d'enfants de l'UE-28 risquent de sombrer dans la pauvreté et l'exclusion sociale et 1,6 million d'enfants sont déjà dans un état de privation matérielle sévère.

C'est intolérable et fort éloigné des droits proclamés par la convention des Nations unies relative aux droits de l'enfance. Et si les raisons de s'émouvoir sont nombreuses, les moyens pour endiguer ce phénomène sont compliqués à mettre en œuvre dès lors que la manne financière en provenance des autorités publiques est limitée.

Des pistes existent pourtant dans le rapport Zuber pour renforcer les «filets de sécurité» et réduire le nombre de familles avec enfants exposées au risque de pauvreté. Primo, les États membres doivent continuer à garantir un système éducatif et des soins de santé universels, publics, gratuits et de qualité. Deuzio, la Commission européenne et le Parlement européen doivent saisir l'opportunité de révision à mi-parcours du cadre financier pluriannuel pour augmenter les dotations du Fonds social européen et du programme d'aide alimentaire aux plus démunis.

La Commission Juncker donnerait aussi un visage social à son action en lançant une proposition législative de revenu minimum européen.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution visant à réduire les inégalités, en particulier la pauvreté chez les enfants. Le nombre d'enfants menacés par la pauvreté ou l'exclusion sociale a considérablement augmenté ces dernières années en Europe, atteignant 26,5 millions d'enfants en 2013. Aujourd'hui, plus d'un enfant sur quatre risque de sombrer dans la pauvreté ou l'exclusion dans l'Union. De plus, les inégalités ne cessent de se creuser entre les pays européens, et le pourcentage d'enfants souffrant de malnutrition est en augmentation.

C'est pourquoi nous appelons la Commission et les États membres à fixer des objectifs de réduction de la pauvreté et de l'exclusion sociale, et à mettre en place des plans multidimensionnels pour y parvenir, en accordant une attention particulière aux enfants les plus menacés. L'éducation peut jouer un rôle important dans la réalisation de ces objectifs; il est dès lors important de garantir à tous les enfants l'accès à une éducation publique, ouverte à tous et de qualité à tous les âges, et de lutter contre le décrochage scolaire.

Il convient également d'instaurer une garantie pour l'enfance afin que ces enfants puissent bénéficier de soins de santé gratuits, d'une éducation gratuite, d'un accueil gratuit, d'un logement décent et d'une alimentation adéquate.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – De acordo com a Unicef, entre 2008 e 2013, mais 1,6 milhões de crianças passaram a viver em privação material severa em 30 países da Europa. A pobreza infantil cresce a par com o aumento das desigualdades sociais. Os efeitos negativos da pobreza e exclusão social sobre as crianças prolongam-se por toda a vida.

É nos primeiros anos de vida que se formam as habilidades cognitivas e socioeconómicas, o que significa que as medidas políticas negativas tomadas hoje terão impactos negativos irreversíveis na vida destas pessoas e na sociedade. É uma pobreza relativa que perpetua as desigualdades sociais.

É fundamental que os EM aumentem os montantes e a eficácia dos apoios sociais dirigidos à infância e aos pais e que promovam uma legislação laboral que garanta direitos sociais e segurança às famílias. Os dados são claros no caso português: uma em cada quatro crianças em Portugal vive em agregados com privação material; mais de meio milhão perdeu o direito ao abono de família; o apoio do Estado às famílias é inferior à média da OCDE. Não restam dúvidas de que precisamos de outras políticas para o nosso país e para a União.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor porque considero inaceptable que hoy, en Europa, uno de cada cuatro niños esté en riesgo de pobreza y exclusión social y veinte millones no tengan acceso a una comida caliente al día. Es imperativo que garanticemos que todos los niños y niñas tengan acceso a sanidad, a educación, a una vivienda digna y a una alimentación adecuada.

Por ello los socialistas hemos propuesto establecer una garantía infantil como parte de un plan integrado europeo de lucha contra la pobreza infantil, que englobe además los programas que brindan ayuda y oportunidades a los padres para salir de las situaciones de exclusión social e integrarse en el mercado laboral. En este sentido, lamentamos profundamente que la propuesta no vaya acompañada de un fondo específico para la garantía, puesto que la derecha europea en su totalidad se ha negado a apoyar su creación.

El informe también pide a la Comisión que la lucha contra la pobreza infantil sea una prioridad central del nuevo Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento 2016, porque invertir en la infancia no es solo invertir en el futuro de la UE, sino que es una cuestión de justicia social.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – En 2013, 26,5 millions d'enfants dans l'UE-28 risquaient de sombrer dans la pauvreté ou l'exclusion sociale. Un chiffre inacceptable compte tenu du niveau de richesse créé sur notre continent.

Afin de mener une politique efficace à cet égard, il est important de garder à l'esprit que la pauvreté des enfants est un phénomène pluridimensionnel qui nécessite donc une réaction pluridimensionnelle. Bien entendu, l'emploi constitue un facteur primordial, mais pas forcément déterminant. Il ne garantit en effet pas toujours la fin de la pauvreté pour les familles des enfants concernés.

Je suis d'avis que pour lutter en faveur de la réduction de la pauvreté des enfants, les États membres doivent consacrer davantage de moyens par l'intermédiaire de leurs politiques de soutien destinées spécifiquement aux enfants, politiques qui doivent notamment être basées sur la prévention.

En ce qui concerne la Commission, la lutte contre la pauvreté doit être prise en compte dans toutes les étapes du processus budgétaire du Semestre européen ainsi que dans les politiques de cohésion. Enfin, la dimension sociale de l'UEM doit intégrer un indicateur spécifique de la pauvreté infantile.

Ce jour, j'ai décidé de voter en faveur du rapport qui reprend les idées exposées ici.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Tendo por base a convenção dos Direitos das Crianças da ONU, toda e qualquer criança tem o direito à educação, a cuidados de saúde, à habitação, proteção, acesso ao desporto, lazer e cultura, entre outros.

Porém, estes direitos ainda não são cumpridos na sua plenitude em toda a UE. O aumento da pobreza infantil é um facto que, infelizmente, se tem agravado e, como tal, os problemas que precocemente lhe estão associados têm impacto na forma como se desenvolverão as gerações futuras.

Deste modo, subscrevo as medidas constantes do relatório que dizem respeito à necessidade de travar a exposição das crianças à pobreza e exclusão social e as medidas previstas com vista à minimização das consequências deste verdadeiro flagelo social.

Considero ainda que identificar as causas que estão na origem da pobreza infantil e combatê-las eficazmente e sem tréguas, promovendo e assegurando a educação e os mais básicos direitos das crianças na UE, deverão ser desígnios da União e, numa escala mais ampla, desígnios de todos os Governos a nível mundial, pelo que votei favoravelmente este Relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui a pour objectif d'identifier les causes et de proposer certaines mesures afin de réduire les inégalités, en particulier la pauvreté et l'exclusion sociale des enfants.

Ce texte rappelle que, selon la convention de l'ONU relative aux droits de l'enfance, tous les enfants doivent se voir garantir le droit à l'éducation, à la santé, au logement ou encore à la protection. Ces droits fondamentaux ne sont pas garantis dans les faits aux enfants européens. Ainsi, entre 2008 et 2012, on a enregistré au sein de l'Union européenne une augmentation du nombre d'enfants menacés par la pauvreté ou par l'exclusion sociale d'un million.

Devant ce chiffre alarmant, ce projet de rapport propose donc des mesures afin de lutter efficacement contre l'exclusion sociale des enfants: l'augmentation de la quantité, des montants, de l'étendue et de l'efficacité des aides sociales, le développement de politiques sociales préventives et de plans visant à éviter et réduire la pauvreté infantile ou encore l'augmentation des dotations du Fonds social européen. Ces mesures permettraient de s'attaquer efficacement au phénomène grave de la progression de la pauvreté infantile.

L'Union européenne doit agir de toute urgence.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla riduzione delle disuguaglianze con un'attenzione particolare alla povertà infantile, in quanto ritengo fondamentale che l'Unione europea si adoperi al fine di garantire a tutti i bambini il diritto all'istruzione, ai servizi sanitari, all'alloggio, alla protezione, a partecipare alle decisioni che li riguardano, al tempo libero e alle attività ricreative, a una dieta equilibrata e alla crescita all'interno di una famiglia.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Mi sono astenuto in quanto gli obiettivi che il testo si pone sono condivisibili, ma temo non possano essere realizzati insistendo sul fallimentare modello di governance finora adottato.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe es un texto progresista, con un enfoque pluridimensional de la pobreza infantil, para la que se piden soluciones también integrales. Entre otras, se propone que los Estados miembros adopten políticas que promuevan el acceso a una atención sanitaria, unos servicios sociales y una educación universales, públicos, gratuitos y de calidad tanto para los niños como para las familias, al tiempo que garantizan la inclusión cultural, la participación democrática, una alimentación equilibrada y una vivienda adecuada.

En el informe se vincula la situación de pobreza y exclusión social de los niños a la de sus progenitores y se subraya que, para que los niños tengan bienestar y vean salvaguardados sus derechos de infancia, se tienen que tomar medidas que aborden el desempleo, la seguridad en el trabajo, el apoyo familiar o el desarrollo público de las redes socioeducativas. Es importante mencionar que el texto recoge aspectos de género.

El informe no refleja nuestro rechazo del Semestre Europeo o las recomendaciones específicas por país pero, en cualquier caso, su contenido es positivo para la reducción de las desigualdades, con especial atención a la pobreza infantil, por lo que hemos votado a favor.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – I give my full backing to this report and the proposal for a child guarantee scheme. More substantial efforts are needed to break the cycle of poverty, poor nutrition, ill-health and underachievement in education. This cycle perpetuates existing inequalities and the disadvantages suffered by vulnerable groups. Strong EU backing, including funding, for a child guarantee scheme could help to ensure that all children have a decent chance regardless of their background.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Ekonomická krize a s ní spojená úsporná opatření zasáhla všechny vrstvy společnosti. Počet evropských dětí ohrožených chudobou vzrostl o neuvěřitelný 1 milion. Děti postižené chudobou jsou selháním celé společnosti. Problematika chudoby a sociálního vyloučení s dopadem na děti a mládež je zásadní pro budování soudržné společnosti. Prioritou musí být zajištění dostupného vzdělání a zdravotní péče. Návrh zprávy, která se této problematice podrobně věnuje, jsem proto podpořila.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque sitúa las causas de la pobreza infantil en su auténtico marco estructural y no en el ámbito familiar, como suele ocurrir en las propuestas neoliberales. Se reconoce el papel fundamental del derecho a la salud, la educación y la protección social, además del derecho a un trabajo digno, para luchar contra la pobreza infantil. De esta manera se pone de relieve la necesidad de construir otra sociedad, y no solo de adoptar otras políticas, para acabar con este grave problema social.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this vote. I do not wish to see the EU get involved in this area, but I do recognise the importance of ending child poverty.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – Istnienie znaczących nierówności społecznych stanowi bardzo poważny problem w niemal każdym państwie, nie tylko w Europie, ale na całym świecie. Ubóstwo, brak dostępu do podstawowej infrastruktury edukacyjnej, medycznej i transportowej sprawiają, że nierówności te powtarzają się z pokolenia na pokolenie, a często ulegają nawet pogłębieniu.

Zgodnie z Konwencją ONZ o prawach dziecka „wszystkie dzieci powinny mieć zagwarantowane prawo do edukacji, ochrony zdrowia, mieszkalnictwa, ochrony, udziału w podejmowaniu decyzji, które ich dotyczą, wypoczynku i czasu wolnego, zbilansowanej diety i opieki ze strony rodziny”. Są to konieczne elementy gwarantujące prawidłowy rozwój kolejnych pokoleń, dlatego też wydatki mające na celu poprawę warunków życia najmłodszych, nawet jeśli niektórym mogą wydawać się kosztowne, stanowią w rzeczywistości najlepszą inwestycję w ich przyszłość.

Zwiększenie przez państwa członkowskie nakładów na walkę z ubóstwem, ze szczególnym uwzględnieniem poprawy warunków życia i możliwości rozwojowych dzieci, wydaje się koniecznym i pilnym zagadnieniem. Świadczą o tym dostępne analizy, wskazujące, że w okresie 2008-2012 na obszarze UE-27 poziom zagrożenia ubóstwem lub wykluczeniem społecznym wzrósł z 26,5% do 28%, a badania Eurostatu z roku 2013 szacują, że na terenie UE-28 mieszkało wtedy 26,5 mln dzieci zagrożonych ubóstwem i wykluczeniem społecznym.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because child poverty in my constituency remains a problem and the Tories continue to be bent on maintaining a situation where poverty needlessly affects young people. Labour MEPs have always championed a better quality of life, especially for the most vulnerable in society. The report calls for a real commitment from Member States to tackle the factors which are causing child poverty and increase the scope of social support for children. It promotes labour laws that guarantee – amongst other things – a statutory adequate minimum wage and collective agreement, which will provide greater security for families and fight precarious employment.

Branislav Škripek (ECR), *písemne*. – Ako rodičia chceme iste len to najlepšie pre naše deti. Je smutné, ak je detstvo poznačené chudobou a nedostatkom základných vecí. Zároveň však je v kompetencii členských štátov riešiť otázky sociálnej a rodinnej politiky. Z tohto dôvodu som hlasoval v prípade legislatívneho uznesenia Európskeho parlamentu o znižovaní nerovností s osobitným zameraním na chudobu detí proti predloženému návrhu. Úradníci z Bruselu totiž nemôžu určovať, aká má byť výška životnej úrovne slovenských rodín.

Monika Smolková (S&D), *písemne*. – V EÚ žije pod hranicou chudoby 84 miliónov ľudí, čo je približne 16 percent európskej populácie. Veľmi znepokojujúce je to, že viac ako 25 miliónov detí v Európskej únii (EÚ) je ohrozených chudobou alebo sociálnym vylúčením, teda jedno dieťa zo štyroch. Mrzí ma, že percento detí, ktoré žije v Európskej únii v chudobe, je vyššie ako percento dospelých populácie žijúcej v chudobe a chudoba detí sa zvyšuje spoločne so sociálnymi nerovnosťami. Myslím si, že je v záujme nás všetkých, aby sa sociálne nerovnosti a negatívny vplyv chudoby a sociálneho vylúčenia na deti neprenášali naprieč generáciám a mali nežiaduci vplyv na život týchto ľudí a na spoločnosť. Aj preto som hlasovala za uznesenie, lebo som presvedčená o tom, že znižovanie nerovností a zaobchádzanie s

deťmi v našich vlastných krajinách sa musí stať prioritou pre náš vlastný rozvoj. Správu som podporila aj s ohľadom na dodržiavanie ľudských práv, ktoré sa EÚ a jej členské štáty zaviazali rešpektovať v medzinárodných a európskych zmluvách vrátane Dohovoru OSN o právach dieťaťa. Očakávam, že vďaka prijatým opatreniam sa zlepši politika boja proti detskej chudobe a podarí sa dosiahnuť cieľ stratégie Európa 2020 znížiť počet ľudí ovplyvnených chudobou aspoň o 20 miliónov.

Michaela Šojdrová (PPE), písomně. – Zpráva o snižování nerovností se zvláštním zaměřením na dětskou chudobu nemá sice přímé legislativní dopady, ale je to velmi silný apel na činnost orgánů EU. Jsem ráda, že byla schválena a že jsem mohla jako stínová zpravodajka za PPE přispět k její tvorbě. Jsem ráda, že se nám podařilo ze zprávy vypustit zbytečné byrokratické požadavky na Komisi či vytváření nových úřadů a naopak prosadit důraz na to, že chudoba dětí je závislá na situaci jejich rodičů a rodin, kterým je právě nutné cíleně pomáhat a vytvářet pro ně co nejlepší podmínky.

Náš prístup je také ten, že cestou z chudoby a k lepší perspektivě dětí je zlepšení jejich vzdělání, zejména dokončení středního vzdělání. Kvalitní a dostupné vzdělání je i v této zprávě zdůrazněno jako jeden z hlavních nástrojů pro snížení chudoby. V souvislosti s migrační krizí se zpráva obrací také na členské státy, aby péče o děti migrantů byla zajištěna právě s ohledem na úmluvu o právech dítěte. Jde především o život dětí, ale jde také o boj proti jejich vyloučení – frustraci a následné radikalizaci, což je nyní vrcholně aktuální.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – Večina držav članic do zdaj ni posvetila veliko pozornosti uporabi strukturnih sredstev EU v boju proti zaskrbljujočim in še vedno naraščajočim stopnjam revščine med otroci. Evropska komisija je v ta namen pripravila priporočilo „Vlaganje v otroke: prekinimo krog prikrajšanosti“. V tem poročilu je predlagala celovit okvir politike za reševanje problemov revščine in spodbujanje njihove dobrobiti na podlagi treh stebrov. Slednji se osredotočajo na dostop do ustreznih sredstev v okviru Evropskega socialnega sklada, na dostop do kakovostnih in vključujočih storitev in na udeležbo otrok v družbi in pri odločanju. EP je že večkrat pozval k izvajanju svežnja o socialnih naložbah in tudi podpira omenjeno priporočilo Komisije. Menim, da je potrebno v boju proti revščini otrok imeti pristop vključevanja vseh generacij, saj se bo le tako lahko prekinil medgeneracijski krog tveganja revščine. Prav tako pa menim, da bi morala EU boju proti revščini otrok nameniti več pozornosti in posledično zagotoviti večjo prepoznavnost. Le tako bo mogoče doseči enega izmed ciljev strategije Evropa 2020, ki se zavzema za znižanje števila revnih za vsaj 20 milijonov. Ker poročilo poleg že napisanega med drugimi vsebuje tudi dobre in konstruktivne predloge Komisije za primeren boj proti revščini otrok, sem slednje na glasovanju podprl.

Renato Soru (S&D), per iscritto. – In materia di povertà infantile, assistiamo oggi a un divario drammatico tra i diritti sanciti a livello internazionale e la realtà. Secondo la Convenzione delle Nazioni Unite relativa ai diritti del bambino, infatti, i bambini dovrebbero avere accesso all'educazione, alle cure mediche, a un'abitazione, a delle attività ricreative e anche a un'alimentazione equilibrata. Tuttavia, allarmanti dati Eurostat mostrano che più di un bambino su quattro (26 milioni di giovani cittadini europei, quasi il 30% della popolazione sotto i 18 anni) sarebbe esposto al rischio della povertà e dell'esclusione sociale, un disagio che è aumentato in seguito alla crisi economica.

Per questo ho espresso voto favorevole sulla risoluzione che chiede agli Stati membri di impegnarsi maggiormente per ridurre le disuguaglianze sociali e di stabilire la lotta alla povertà infantile come priorità. A tal fine, sostengo la proposta secondo cui gli Stati membri debbano intensificare gli sforzi per migliorare le condizioni di vita dei bambini e creare una garanzia per l'infanzia che assicuri loro l'accesso all'educazione pubblica, gratuita, aperta a tutti e a tutte le età. Poiché non esiste migliore investimento in una società di quello nell'infanzia, questa garanzia dovrebbe essere considerata come uno strumento chiave per la stabilità e prosperità dell'Unione.

Joachim Starbatty (ECR), schriftlich. – Ich habe gegen den nichtlegislativen Initiativbericht der Kollegin Zuber über die Verringerung von Ungleichheit mit besonderem Schwerpunkt auf Kinderarmut gestimmt, da der Bericht – trotz manch guter Ansätze – in vielen Bereichen klar über sein Ziel hinausschießt, die Rechte der Eltern missachtet und die Subsidiarität verletzt. Ich unterstütze uneingeschränkt die Rechte der Kinder, bin aber mindestens genauso überzeugt davon, dass dies auf den jeweils zuständigen politischen Ebenen geschehen muss. Dem inhaltsleeren Vorschlag der S&D-Fraktion zur Schaffung einer „Europäischen Kindergarantie“ erteile ich auch deshalb eine klare Absage. Kinder brauchen Taten, keine Worthülsen.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Naším spoločným záujmom je vytvoriť také podmienky, aby každé dieťa malo rovnakú šancu uplatniť sa v živote podľa vlastných schopností a predstáv. Za spôsob ako to dosiahnuť by však mali byť zodpovedné primárne vlády členských štátov, nie európske inštitúcie.

Helga Stevens (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA delegatie onthield zich bij de stemming over dit verslag. Het uitbannen van kinderarmoede moet voor N-VA een prioriteit zijn. Het is echter aan de lidstaten te bepalen hoe doelstellingen inzake armoedebestrijding moeten worden bereikt. Het voorliggend verslag respecteert onvoldoende de bevoegdheidsverdeling tussen de EU en de lidstaten. Het is met name ook belangrijk dat lidstaten beleidsautonomie behouden inzake de inrichting van hun sociale zekerheidssystemen en dat ingezet kan blijven worden op een beleid ter bestrijding van (kinder)armoede. De N-VA delegatie benadrukt evenwel de positieve rol die de EU kan spelen bij het aankaarten van de armoedeproblematiek en het aansporen en ondersteunen van de lidstaten, bijvoorbeeld door het faciliteren van de uitwisseling van 'goede praktijken'.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće jer smatram da u 21. stoljeću svako dijete bez obzira na svoje podrijetlo, vjeru ili nacionalnost ima pravo na zdravstvenu njegu, obrazovanje, dom, zaštitu i vrijeme za igru. Danas u EU-u nemaju sva djeca to pravo. Mnogobrojna djeca u Europskoj uniji danas nemaju ni redovite dnevne obroke, a kamoli kvalitetno obrazovanje. Određeni broj djece je segregiran od većinske zajednice te im je onemogućena socijalna interakcija s drugom djecom. Smatram da Europska unija kao predvodnica ideje o jednakosti svih bez obzira na bilo kakve razlike ili hendikepe mora omogućiti svim svojim građanima jednaka prava, a posebno najranjivijim skupinama u koje spadaju i djeca.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as child poverty in my constituency remains a problem and the Tories continue to be bent on maintaining a situation where poverty needlessly affects young people. Labour MEPs have always championed a better quality of life, especially for the most vulnerable in society. The report calls for a real commitment from Member States to tackle the factors which are causing child poverty and increase the scope of social support for children. It promotes labour laws that guarantee – amongst other things – a statutory adequate minimum wage and collective agreement, which will provide greater security for families and fight precarious employment.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Svoj djeci treba biti zajamčeno pravo na obrazovanje, zdravstvene usluge, smještaj, zaštitu, sudjelovanje u odlukama koje na njih utječu, razonodu i slobodno vrijeme, uravnoteženu prehranu i skrb u obiteljskom okruženju. Ključne usluge koje najčešće omogućuju lokalne i regionalne vlasti uključuju zdravstvo, obrazovanje, podršku roditeljima i obiteljima, smještaj i zaštitu. Zemlje članice su pozvane da implementiraju uvođenje univerzalne socijalne pomoći za djecu, kao što je pružanje subvencioniranih ili besplatnih obroka, osobito za onu ugroženu i siromašnu. Donošenje aktivne mjere za zapošljavanje u sklopu sveobuhvatnih strategija i politika potrebno je kako bi se podržao pristup roditelja kvalitetnim radnim mjestima i primjerenom dohotku te pristup visokokvalitetnim javnim uslugama (osobito u području skrbi za djecu, obrazovanja, zdravlja, smještaja i aktivnosti u slobodno vrijeme).

Ovo izvješće podržavam jer smatram da je borbi protiv siromaštva djece potrebno dati veću političku vidljivost na najvišoj političkoj razini EU-a. Posljedice siromaštva i socijalne isključenosti djece mogu trajati cijeli život, te se prenose iz generacije u generaciju.

Richard Sulík (ECR), *písomne*. – Návrh som nepodporil. Aj keď nerovnosť, obzvlášť u detí, môže byť problémom, mnohé odporúčania predstavené v návrhu v konečnom dôsledku zvyšujú chudobu a ubližujú najmä tým, ktorých majú chrániť. Ide najmä o dôraz na zvyšovanie minimálnej mzdy, rôznych sociálnych benefitov a podobne.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o zmanjšanju neenakosti s posebnim poudarkom na revščini otrok.

Kot družba smo odgovorni za dobrobit otrok in na vseh nas je, da v polnosti uresničujemo Konvencijo o otrokovih pravicah, ki v središče postavlja interes, zaščito in pravice otrok.

Države podpisnice smo dolžne poskrbeti, da je sleherni otrok zaščiten pred vsemi oblikami nasilja, zlorab, zanemarjanja, krutega ravnanja in izkoriščanja.

Najučinkovitejša rešitev za zmanjšanje naraščajoče revščine otrok je v razvoju gospodarstva, dvigu gospodarske rasti in v odpravljanju brezposelnosti.

Gospodarska kriza namreč vpliva na naraščanje revščine pri otrocih ter na uveljavljanje pravic, ki jih imajo otroci v skladu s Konvencijo Združenih narodov o otrokovih pravicah.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro přijetí zprávy o snižování nerovností se zvláštním zaměřením na dětskou chudobu, jelikož se domnívám, že je třeba na toto téma upozornit. Dle statistik Eurostatu či OECD roste v posledních letech počet dětí, které jsou ohroženy chudobou. Jsem toho názoru, že s dětskou chudobou je třeba bojovat především adekvátní prorodinnou politikou, nicméně je jasné, že bohužel ani ideální prorodinná politika není stoprocentní zárukou pro vyloučení chudoby ze života dětí. Těmto dětem (rodinám) je poté potřeba nabídnout pomocnou ruku a zvýšit tak šanci na jejich zdravý vývoj a budoucí plnohodnotné zapojení do společnosti. Tato zpráva má tedy za cíl upozornit na aktuální situaci, přičemž v řadě bodů apeluje na jednotlivé členské státy, což je zcela v souladu s principem subsidiarity, která by se v těchto otázkách měla uplatňovat.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Η μείωση των ανισοτήτων, ιδιαίτερα όταν εστιάζεται στην παιδική φτώχεια αποτελεί ένα πολύ ευαίσθητο θέμα για μας ως Αριστερά. Πολύ περισσότερο όταν η συγκεκριμένη έκθεση υπογραμμίζει τη διασύνδεση των πολιτικών ανακατανομής του πλούτου, την αποτελεσματικότητα εισοδηματικής στήριξης που δίνει η κυβέρνηση, την εργασιακή πολιτική και την κατάσταση των γονέων στην αγορά εργασίας ως κύριους παράγοντες προαγωγής ή καταπολέμησης της φτώχειας.

Η έκθεση, αντανακλώντας εν πολλοίς θέσεις της Αριστεράς, συνιστά στα κράτη μέλη να δεσμευτούν πραγματικά να αναπτύξουν πολιτικές για την καταπολέμηση της παιδικής φτώχειας που να εστιάζουν στην εξάλειψη των παραγόντων που επηρεάζουν την παιδική φτώχεια, όπως αυτοί αναφέρθηκαν πιο πάνω. Τους ζητά επίσης: να αυξήσουν την αποτελεσματικότητα, την ποσότητα, τα ποσά και την εμβέλεια της κοινωνικής στήριξης που απευθύνεται ειδικά στα παιδιά, αλλά και στους γονείς που είναι άνεργοι. Να καταπολεμήσουν το φαινόμενο των εργαζόμενων φτωχών (μέσω επιδομάτων ανεργίας και επαρκές ελάχιστο εισόδημα). Να προωθήσουν εργατική νομοθεσία που να εξασφαλίζει κοινωνικά δικαιώματα, συμπεριλαμβανομένου επαρκούς νόμιμου κατώτατου μισθού σύμφωνα με τις εθνικές πρακτικές και τις συλλογικές συμβάσεις, και η οποία να παρέχει μεγαλύτερη ασφάλιση για τις οικογένειες και να καταπολεμά την επισφαλή απασχόληση, προάγοντας ταυτόχρονα την εργασία με επαρκή κοινωνικά δικαιώματα.

Για τους πιο πάνω λόγους υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – A jelentés kiemeli, hogy minden gyermek számára biztosítani kell a jogot az oktatáshoz, az egészségügyi szolgáltatásokhoz, a lakhatáshoz, a védelemhez, az őket érintő döntésekben való részvétellez, a szabadidős tevékenységekhez és a szabad időhöz, a kiegyensúlyozott étrendhez és ahhoz, hogy családban nevelkedjen (gyermek jogairól szóló ENSZ-egyezmény). Az EU-ban azonban messze nem kielégítő az egyezményben foglaltak teljesítése. Éppen ezért támogattam a jelentést, mivel Európában nő a gyermekszegénység.

Ezen belül sajnálatos, hogy Magyarországon a kormányzat a megoldások helyett inkább eltörölte a szegénységgel kapcsolatos statisztikai mutatókat, holott köztudott, hogy már mintegy 4 millió ember él a létminimum alatt és több mint félmillióra nőtt az éhezõ gyermekek száma. Sajnos a magyar kormányzat nem veszi figyelembe azt, hogy a társadalmi egyenlõtlenségek generációkon át újratermelik a hátrányokat, továbbá a szegénység és a társadalmi kirekesztettség gyermekekre gyakorolt negatív hatásai egy életen át tarthatnak. Az Európai Parlament szavazatával kinyilvánította, hogy alapvetõ fontosságú az, hogy a tagállamok növeljék a kifejezetten a gyermekeknek és a szülõknek szóló támogatások mennyiségét, összegét, hatókörét és hatékonyságát (például a munkanélküli segélyek vagy kiterjesztett szülõi jogok). Úgy vélem, hogy a minõségi munkahely teremtése és a minimálbér növelése direkt- és indirekt módon megoldás lehet az egyenlõtlenségek megszüntetésére.

Adam Szejnfeld (PPE), *na písme*. – Strategia „Europa 2020” zakłada zmniejszenie liczby osób dotkniętych ubóstwem o co najmniej 20 mln do roku 2020. Ze względu na bardzo ambitny charakter niezbędne jest podejmowanie działań na wszystkich szczeblach: unijnym, krajowym i regionalnym, by z tym problemem walczyć jak najskuteczniej. Sprawozdanie Parlamentu Europejskiego wskazuje, że konieczne jest zwracanie większej uwagi na wykorzystanie funduszy strukturalnych w celu zwalczania alarmujących i ciągle rosnących wskaźników ubóstwa wśród dzieci w Europie.

Parlament w swoim sprawozdaniu kładzie również nacisk na zapewnienie przez państwa członkowskie bezpłatnej i powszechnej edukacji, opieki zdrowotnej i zabezpieczeń społecznych dla najuboższych. Uważam, że ten dokument we właściwy sposób akcentuje problemy i stojące przed nami wyzwania, dlatego też zdecydowałem się zgłosować za jego przyjęciem.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione che espone in maniera molto chiara gli aspetti da affrontare per ridurre le disuguaglianze, con particolare attenzione alla povertà infantile che cresce di pari passo con l'aumento delle disuguaglianze sociali. È noto che i paesi con livelli più alti di disuguaglianza sociale hanno anche maggiori probabilità di avere livelli più alti di povertà e di esclusione sociale infantile. Nella relazione si sottolinea, tra le altre cose, la necessità di: 1) tutelare maggiormente le famiglie a basso reddito; 2) offrire un sostegno sociale specifico per i genitori disoccupati e per i genitori lavoratori indigenti, ad esempio tramite un reddito minimo adeguato; 3) superare gli ostacoli finanziari, amministrativi e di altra natura per l'istruzione dei bambini appartenenti a gruppi emarginati; 4) incrementare la spesa pubblica per il raggiungimento degli obiettivi di contrasto alla povertà infantile.

È di fondamentale importanza aiutare le famiglie a basso reddito che sono a rischio povertà, poiché la povertà infantile discende direttamente dalle condizioni economiche e sociali del nucleo familiare di riferimento. Abbiamo il dovere morale di assicurare a tutti i bambini le migliori condizioni possibili entro le quali possano sviluppare al meglio le proprie competenze socio-cognitive.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Am fost obișnuiți să tratăm problema sărăciei la nivel național, regional și local. E adevărat că autoritățile locale se află în avangarda combaterii sărăciei în rândul populației, însă ar trebui acordată o mai mare vizibilitate politică acestei situații la nivelul Uniunii, mai ales când la rădăcina problemei se află inegalitățile sociale.

Din păcate, copiii sunt segmentul de populație cu cel mai mare risc de sărăcie în 19 state membre. Statisticile sunt îngrijorătoare: în ciuda angajamentelor asumate de către statele membre, mai mult de unul din patru copii trăiesc acum la limita sărăciei sau a excluziunii sociale în întreaga Uniune.

Conform Convenției ONU cu privire la drepturile copilului, tuturor copiilor ar trebui să li se garanteze dreptul la educație, servicii de asistență medicală, locuință și protecție.

Raportul pe care l-am votat astăzi vizează măsuri de atenuare a sărăciei în rândul copiilor, în special crearea unei garanții și a unui fond pentru a oferi în mod gratuit accesul la asistență medicală, la învățământ, îngrijire și a îmbunătăți oportunitățile pe piața muncii pentru părinți, cu precădere pentru femei.

Personal, sunt o susținătoare a unei mai bune integrări a femeilor pe piața muncii și am lansat un număr de acțiuni în acest sens.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Nous avons voté cette semaine un texte tirant la sonnette d'alarme sur la pauvreté des enfants en Europe. Les chiffres sont sans appel: un enfant européen sur quatre est près de sombrer dans l'exclusion sociale et la pauvreté. Précarité, malnutrition, non accès aux soins: la pauvreté infantile s'installe durablement dans nos pays.

Une proportion de 27,7% des jeunes, soit 26 millions d'enfants européens se trouvent au bord du gouffre, victimes d'une politique d'austérité trop souvent aveugle et inhumaine, et de politiques nationales qui ne sont plus assez sociales.

Par son vote aujourd'hui, le Parlement européen tire la sonnette d'alarme et fait la lumière sur ces chiffres dramatiques.

Il appartient à la Commission européenne et aux États membres de mettre en place les outils d'une politique nettement plus solidaire que celle en vigueur à l'heure actuelle afin de ne pas condamner le futur de la jeunesse européenne.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I supported this report, which underlines that a better use of structural funds can be used to fight child poverty in Europe. Over the past years, child poverty has dramatically increased and more than one child out of four is at risk of poverty and social exclusion, which covers monetary poverty, material deprivation and low work intensity.

This report, among other things, encourages Member States and the Commission to agree on EU standards and establish a methodology for determining the cost of raising a child. Resources to prevent and fight child poverty should also be found jointly. For this reason and with respect for the principle of subsidiarity, I opposed those provisions which imposed on Member States a specific solution on national competences, for instance the provision on providing free healthcare.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Les politiques d'austérité ont renforcé les effets de la crise. Nous avons assisté à un accroissement de la pauvreté en Europe. Elle frappe durement les enfants, qui subissent de plein fouet les conséquences de l'affaiblissement de l'État-providence au nom de l'orthodoxie budgétaire et de la sacro-sainte règle des 3 %.

Le rapport Zuber propose que soit inscrit dans les priorités politiques de l'Union européenne l'objectif de réduction des inégalités et de lutte contre la pauvreté des enfants. Nous insistons également sur la nécessité d'une éducation gratuite et de qualité, qui doit être accessible à tous. Enfin, nous proposons que soit créée une garantie pour les enfants qui permettrait d'assurer une éducation gratuite, des soins de santé remboursés, un logement digne et une nutrition adaptée aux enfants, tout en permettant à leurs parents de trouver un emploi décent pour cesser d'être mis au ban de la société.

Alors que la Commission reste inerte, nous voulons l'obliger à proposer une législation. Face à l'urgence et à la détresse sociale vécue par de nombreuses familles européennes, nous ne pouvons rester les bras croisés, il faut agir et poser enfin les bases d'une Europe sociale en actes.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Più di 26 milioni di bambini nei 28 paesi dell'Unione europea sono a rischio povertà o esclusione sociale. Queste cifre sono inaccettabili. Ritengo essenziale inserire la lotta alla povertà infantile tra gli obiettivi specifici dell'agenda Europa 2020. Occorrono maggiori investimenti per la protezione sociale, la sanità, l'istruzione e gli alloggi sociali. Oltre alla costituzione, come chiesto dal gruppo S&D, di fondi di «garanzia infantile», non possiamo continuare a restare inermi di fronte a milioni di minori, in tutta Europa, che vivono in situazioni di disagio, che si acquiscono a causa della crisi in atto. Chiediamo con decisione alla Commissione europea e agli Stati membri di fare di più per garantire servizi di base alle famiglie e combattere in maniera ferma la povertà infantile anche prevedendo risorse ad hoc.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – Vienareikšmiškai remiu Europos Parlamento narės I. C. Zuber ataskaitą dėl kelių priežasčių. Visos esančios ataskaitos nurodo į suintensyvėjusį vaikų skurdą Europoje. 2008-2012 metais Europoje buvo pastebėtas vaikų, kuriems gresia skurdas ar socialinė atskirtis, skaičiaus padidėjimas beveik milijonu. Dramatiška yra tai, kad procentas vaikų, gyvenančių visiškame ir ilgalaikiame skurde (daugiau nei 3 metai) auga. Socialinės nelygybės kartojasi iš kartos į kartą, o neigiamas skurdo ir socialinės atskirties poveikis vaikams gali trukti visa jų gyvenimą, nes per pirmuosius vaiko gyvenimo metus yra išsilavinami pažintiniai ir socioekonominiai gebėjimai, o tai reškia, kad nepalankūs šiandienos politiniai veiksmai turės neigiamų pasekmių šių žmonių ir visos visuomenės gyvenime. Todėl reikėtų skatinti valstybes nares daugiau investuoti į veiksmus, kuriais siekiama kovoti su vaikų skurdu. Turėtume tai padaryti atsižvelgiant į krikščioniškąsias Europos šaknis.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Ovo izvješće Odbora za zapošljavanje i socijalna pitanja, kao i prijašnja izvješća na vlastitu inicijativu zastupnice Zuber već standardno grubo i nepotrebno zadiru u kompetencije pojedinačnih država članica Unije.

Izvješće sadrži brojne plemenite i univerzalne ciljeve kojima dajem beskompromisnu i punu podršku; kao što su povećanje efikasne socijalne potpore, poziv na kreiranje proaktivnih i preventivnih politika usmjerenih na djecu i roditelje, garantiranje univerzalne dostupnosti zdravstvene njege djeci, institucionalizaciju djece kao zadnje moguće sredstvo, prelazak iz institucija u obiteljsko te zajednicom vođeno okruženje itd.

Međutim, ne mogu se složiti s dijelovima izvješća koji su neproporcionalni cilju koji se želi postići, istodobno s namjerom kršeći princip supsidijarnosti na kojemu se temelji zakonodavstvo Europske unije. Tvrdnje po kojima smanjenje minimalnih nacionalnih neto plaća te smanjenje socijalnih davanja pridonosi porastu siromaštva i socijalne isključenosti, preporuke da države članice na sebe preuzmu zakonsku obvezu garantiranja naknada za nezaposlene te minimalnih primanja roditeljima, ponovni poziv na promoviranje rodne ideologije putem poziva na garantiranje univerzalne, javne, besplatne i kvalitetne zdravstvene njege u segmentu seksualnih i reproduktivnih prava te još brojnim sličnim pozivima.

Ovakve pozive držim skandaloznim i destruktivnim zadiranjem u isključive kompetencije pojedinačnih država članica Unije.

Stoga sam glasovala suzdržano.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o zmanjševanju neenakosti s posebnim poudarkom na revščini otrok sem podprla, ker je revščina otrok zelo velik problem, saj kar vsak četrti otrok v Evropski uniji živi na pragu revščine ali socialne izključenosti. Menim, da bi morali imeti vsi otroci pravico do izobraževanja, zdravstvenega varstva in odraščanja v normalnem in varnem družinskem okolju. Prav tako ne smemo dopustiti, da se na račun varčevalnih ukrepov, ki so sicer nujni, pogloblja revščina med otroci.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – In recent years in Europe the number of children at risk of poverty or social exclusion as well as children living in absolute and long-term poverty has increased. In Estonia, the percentage of children who cannot eat meat, chicken or fish two days running has doubled since 2008. The right to free and universal education, health and social security systems is crucial for the efficient fight against child's poverty. The Commission should make tackling the early school leaving rate an explicit priority.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe es un texto progresista, con un enfoque pluridimensional de la pobreza infantil, para la que se piden soluciones también integrales. Entre otras, se propone que los Estados miembros adopten políticas que promuevan el acceso a una atención sanitaria, unos servicios sociales y una educación universales, públicos, gratuitos y de calidad tanto para los niños como para las familias, al tiempo que garantizan la inclusión cultural, la participación democrática, una alimentación equilibrada y una vivienda adecuada.

En el informe se vincula la situación de pobreza y exclusión social de los niños a la de sus progenitores y se subraya que, para que los niños tengan bienestar y vean salvaguardados sus derechos de infancia, se tienen que tomar medidas que aborden el desempleo, la seguridad en el trabajo, el apoyo familiar o el desarrollo público de las redes socioeducativas. Es importante mencionar que el texto recoge aspectos de género.

El informe no refleja nuestro rechazo del Semestre Europeo o las recomendaciones específicas por país pero, en cualquier caso, su contenido es positivo para la reducción de las desigualdades, con especial atención a la pobreza infantil, por lo que hemos votado a favor.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – All measures taken by the European Union institutions and Member States to improve the lives of the most vulnerable, especially young people, will have my support.

It would be good to see which policies are being applied in the countries with less childhood poverty to serve as an example to other European countries.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La pauvreté infantile a beaucoup progressé ces dernières années en Europe, en raison de l'augmentation des inégalités sociales, et des mesures d'austérité suivies par les États membres. Les catégories sociales les plus touchées sont les familles monoparentales, les chômeurs, les migrants, tandis que les pays méditerranéens sont les plus concernés par ce phénomène statistique.

1. L'ensemble des droits est couvert dans cette proposition, mais en se concentrant sur l'enfant, on oublie parfois l'environnement et la famille, qui devraient pourtant retenir davantage l'attention.

2. Les mesures politiques proposées sont irréalistes en période de crise structurelle aggravée par une pression migratoire totalement incontrôlée.

3. En revanche, assurer une meilleure protection sociale aux familles les plus vulnérables doit répondre à des critères objectifs, et les protéger des abus des institutions financières s'impose comme une évidence.

Ce texte est aberrant et on y retrouve encore la funeste théorie du genre.

Je vote CONTRE.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – 27,7 % dintre copiii europeni sunt expuși riscului de sărăcie și excluziune socială, iar acest fapt va avea consecințe pentru ei pe tot parcursul vieții.

Din păcate, ponderea cea mai mare a copiilor care trăiesc în sărăcie este în România (51 %), urmată de Bulgaria (45,2 %) și Ungaria (41,4 %). Procentul cel mai mic se înregistrează în țările scandinave, situația cea mai bună fiind în Danemarca (14,5 %).

Având în vedere faptul că această situație, agravată în anii crizei economice, afectează grav drepturile elementare ale copiilor și are impact sever în timp în materie de ocupare a forței de muncă și de integrare socială, consider că se impun de urgență măsuri eficiente și coordonate de reducere a decalajelor între statele membre și pe acest plan atât de sensibil.

Am votat în favoarea raportului referitor la reducerea inegalităților, în special a sărăciei în rândul copiilor, pentru că este nevoie de ameliorarea strategiei la nivel european prin garantarea accesului la un învățământ public gratuit și de calitate pentru copiii de toate vârstele, furnizarea de materiale școlare de bază, de mese nutritive și transport școlar necesar pentru copiii defavorizați, pentru a favoriza frecventarea școlii.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Minden jelentés azt jelzi, hogy Európában nő a gyermekszegénység. 2008 és 2012 között a szegénység vagy a társadalmi kirekesztés kockázatának kitett gyermekek száma majdnem egymillióval nőtt Európában; 2013-ban az Eurostat adatai szerint az EU28-ban 26,5 millió gyermeket fenyegetett a szegénység és a társadalmi kirekesztés. Magyarországon a gyermekek 41,4 százaléka, majd minden második gyermek kénytelen szegénységben élni. Ez is bizonyítja, hogy az elmúlt években tragikus szociális krízis alakult ki a magyar társadalomban. Háromszázezer gyermek él rendkívül rossz táplálkozási körülmények között, ötven-hatvanezer gyermek pedig nem jut mindennap rendes táplálékhoz. Európai demokráciaként csakis támogatni tudok minden olyan kezdeményezést, amely a gyermekszegénység felszámolását tűzi ki célként. Igennel voksoltam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe es un texto progresista, con un enfoque pluridimensional de la pobreza infantil, para la que se piden soluciones también integrales. Entre otras, se propone que los Estados miembros adopten políticas que promuevan el acceso a una atención sanitaria, unos servicios sociales y una educación universales, públicos, gratuitos y de calidad tanto para los niños como para las familias, al tiempo que garantizan la inclusión cultural, la participación democrática, una alimentación equilibrada y una vivienda adecuada.

En el informe se vincula la situación de pobreza y exclusión social de los niños a la de sus progenitores y se subraya que, para que los niños tengan bienestar y vean salvaguardados sus derechos de infancia, se tienen que tomar medidas que aborden el desempleo, la seguridad en el trabajo, el apoyo familiar o el desarrollo público de las redes socioeducativas. Es importante mencionar que el texto recoge aspectos de género.

El informe no refleja nuestro rechazo del Semestre Europeo o las recomendaciones específicas por país pero, en cualquier caso, su contenido es positivo para la reducción de las desigualdades, con especial atención a la pobreza infantil, por lo que hemos votado a favor.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Vaikų skurdas didėja kartu su socialinės nelygybės didėjimu. Dėl socialinės nelygybės nepalanki socialinė padėtis perduodama iš kartos į kartą, o neigiamas skurdo ir socialinės atskirties poveikis vaikams gali trukti visą gyvenimą, nes vaikai ankstyvuojų gyvenimo etapu formuoja savo pažintinius ir ekonominius bei socialinius įgūdžius, o tai reiškia, kad neigiamos politikos priemonės, kurių imamasi šiandien, turės negrįžtamą neigiamą poveikį šių asmenų gyvenimui ir visuomenei. Skurdas yra daugiatis ir turi būti suprantamas ne tik kaip nesugebėjimas patenkinti pagrindinių vaiko poreikių, pavyzdžiui, maisto, drabužių ir būsto, bet ir nepakankamos galimybės gauti švietimo ir kokybiškos sveikatos priežiūros paslaugas bei negalėjimas dalyvauti sporto, kultūros ir kitoje laisvalaikio veikloje.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on reducing inequalities with a special focus on child poverty. This topic is extremely important and the resolution acknowledges a lot that has been already said at the UN level, about guaranteeing to all children the right to education, healthcare services, housing, protection, participation in decisions that affect them, leisure and free time, a balanced diet and the receipt of care in a family environment. But it is still necessary that EU countries also make children a priority in their policies. It is crucial that Member States guarantee that all children have access to free, inclusive and quality public education at any age and that Member States make a real commitment to developing policies to fight child poverty that focus on correcting child poverty factors and increase the effectiveness, quantity, amounts and scope of the social support specifically directed at children, but also at parents who are unemployed and the phenomenon of the working poor (such as unemployment benefits and adequate minimum income) and to promote labour laws that guarantee social rights.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de un informe que se centra en las causas de la pobreza infantil y en cómo combatirlas, prestando especial atención a la educación y a los derechos del niño y pidiendo el desarrollo de indicadores que midan de mejor modo la pobreza, la exclusión social y la discriminación para poder lograr una mejor comprensión de estos fenómenos. Por ello considero necesario votar a favor de dicho informe.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – He votado a favor porque considero inaceptable que hoy, en Europa, uno de cada cuatro niños esté en riesgo de pobreza y exclusión social y veinte millones no tengan acceso a una comida caliente al día. Es imperativo que garanticemos que todos los niños y niñas tengan acceso a sanidad, a educación, a una vivienda digna y a una alimentación adecuada.

Por ello los socialistas hemos propuesto establecer una garantía infantil como parte de un plan integrado europeo de lucha contra la pobreza infantil, que englobe además los programas que brindan ayuda y oportunidades a los padres para salir de las situaciones de exclusión social e integrarse en el mercado laboral. En este sentido, lamentamos profundamente que la propuesta no vaya acompañada de un fondo específico para la garantía, puesto que la derecha europea en su totalidad se ha negado a apoyar su creación.

El informe también pide a la Comisión que la lucha contra la pobreza infantil sea una prioridad central del nuevo Estudio Prospectivo Anual sobre el Crecimiento 2016, porque invertir en la infancia no es solo invertir en el futuro de la UE, sino que es una cuestión de justicia social.

Bodil Valero (Verts/ALE), *skriftlig*. – Alla barn skall ha tillgång till hälso- och sjukvård, utbildning och barnomsorg, men hur detta organiseras budgetmässigt i EU:s olika medlemsstater ser olika ut. I Sverige berör detta t.ex. framförallt kommunala och regionala budgetar. Medlemsländerna bör även framöver ha rätt att utforma detta enligt sina system och därför röstar jag nej till att alla medlemsstater skall tilldela en specifik budgetpost för denna fråga.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque sitúa las causas de la pobreza infantil en su auténtico marco estructural y no en el ámbito familiar, como suele ocurrir en las propuestas neoliberales. Se reconoce el papel fundamental del derecho a la salud, la educación y la protección social, además del derecho a un trabajo digno, para luchar contra la pobreza infantil. De esta manera se pone de relieve la necesidad de construir otra sociedad, y no solo de adoptar otras políticas, para acabar con este grave problema social.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because child poverty remains a key problem in Wales and the UK more generally as 28 per cent of children across the country grow up in relative poverty. However, this problem exists across the EU and needs to be tackled. I therefore welcome a report at a European level, particularly as the Tories continue to maintain a situation where poverty needlessly affects young people across the UK. Labour MEPs have always championed a better quality of life for all, but especially for the most vulnerable in society our society. Children need to grow up in an environment where they are giving a decent chance in life. This report calls for a real commitment from Member States to tackle the factors which are causing child poverty and increase the scope

of social support for children. It promotes labour laws that guarantee – amongst other things – a statutory adequate minimum wage and collective agreement, which will provide greater security for families and fight precarious employment.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor het verslag omdat we de laatste jaren in Europa een stijging van het aantal kinderen in structurele armoede hebben vastgesteld. Dit verslag onderstreept dat we allen dringend meer moeten doen tegen kinderarmoede.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport de ma collègue portugaise du PCP constate la progression de la pauvreté infantile en Europe. Ainsi, entre 2008 et 2012, le nombre d'enfants menacés par la pauvreté ou l'exclusion sociale a augmenté d'environ un million, atteignant 26,5 millions d'enfants.

La pauvreté infantile croît parallèlement aux inégalités sociales et les pays ayant les niveaux d'inégalités sociales les plus élevés sont ceux qui affichent les taux de pauvreté infantile les plus importants.

Les politiques de répartition des richesses et la politique de l'emploi, bien mises à mal ces dernières années par les politiques d'austérité au bénéfice de la réduction des déficits budgétaires et de la dette, sont des outils majeurs d'intervention pour faire changer les choses à terme.

Il faut développer les aides sociales en faveur des enfants et de leurs parents (allocations de chômage par exemple), promouvoir des législations garantissant les droits sociaux et la sécurité des ménages ou encore intégrer dans les budgets nationaux des dépenses destinées à lutter contre la pauvreté infantile.

Sans révision des règles européennes, ce rapport restera lettre morte. Je vote néanmoins pour.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Estima-se que mil milhões de crianças vivam em zonas afetadas por conflitos; um quarto dessas crianças tem menos de cinco anos e é-lhes negado o direito à educação. São números da ONU. Estima-se ainda que 65 milhões de crianças sejam afetadas por situações de emergência e de crises prolongadas e que aproximadamente 37 milhões de crianças em idade para frequentar o ensino primário e baixo secundário não o façam.

Grande parte das situações de emergência e das crises prolongadas é uma dolorosa demonstração do carácter desumano, explorador e agressivo do sistema capitalista e tem causas e responsáveis: os processos de desestabilização em vários pontos do globo e as guerras de agressão imperialistas, a política de domínio económico e de saque dos recursos naturais.

Apesar de ser de saudar o apelo aos Estados-Membros para que contribuam para o aumento dos fundos humanitários para a educação de crianças em situações de emergência para 4% da ajuda humanitária prevista no orçamento da UE, defendemos que esses fundos deverão ser canalizados para a promoção do acesso universal a uma educação pública, gratuita e de qualidade em todos os graus de ensino.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Die ENF-EntschlieÙung zu diesem Thema geht weitaus besser auf die individuellen Bedürfnisse der Mitgliedstaaten ein und erwartet nicht, dass neue Fonds und Richtlinien auf der europäischen Ebene eingerichtet werden. Des Weiteren wird in diesem Bericht eine Kompetenzerweiterung vorangetrieben, bei der fraglich ist, ob sie den Kindern, die in Armut leben oder armutsgefährdet sind, wirklich helfen wird. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Negli ultimi anni è emerso un preoccupante aumento della percentuale di bambini che vivono in povertà assoluta. Dal 2008 la percentuale di bambini che non possono mangiare carne o pesce per due giorni consecutivi è praticamente raddoppiata. Questo ha portato a un'inevitabile crescita delle disuguaglianze sociali e di esclusione sociale infantile in molti paesi. Avendo l'inderogabile dovere di garantire un futuro per le nuove generazioni e di lottare contro il circolo vizioso della povertà ho espresso un chiaro e deciso voto favorevole. Garantire un futuro a un bambino significa garantire il futuro dell'Europa e dei cittadini che verranno.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – 2010 war ein „EU-Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ – außer Spesen nichts gewesen. Um Kinderarmut in der EU zu bekämpfen, bedürfte es eigentlich überhaupt keines eigenen Initiativberichterstattungsverfahrens. Wer möchte schon, dass Kinder in Armut leben? Niemand. Auch ich nicht. Aber Worte sind Politik und Worte machen Politik. Deswegen enthält diese EntschlieÙung unter dem Vorwand der Bekämpfung von Kinderarmut vor allem jene kommunistischen Steuerungselemente der Gesellschaft, die ich keinesfalls unterstütze. Kinderarmut zu bekämpfen darf nicht durch unlautere Mittel durch die EU vorangebracht werden. Dazu gehört der weitreichende EU-Eingriff in die Lohnpolitik der Mitgliedstaaten oder auch der weitreichende Eingriff der EU in die nationale Sozialpolitik mit Forderungen, umfangreiche Sozialhilfe gratis ohne Gegenleistung zu erhöhen. Natürlich

fehlt auch nicht das Recht auf Abtreibung – die Kinder der Ärmsten sind auch den Feministinnen zu viel. „Eigenverantwortung“ kommt übrigens in der ganzen Entschließung nicht ein einziges Mal vor. Aber ist es nicht zielführender, die Rolle von Vätern und Müttern und ihre Verantwortung für ihre Kinder zu stärken, anstatt die EU dazu zu verleiten, in Staatsozialismus zurückzufallen? Im Bundestag würden sich die Positionen der Altparteien zu diesem wichtigen Thema nuancieren. In Straßburg jedoch stimmt Die Linke geschlossen mit CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen.

Julie Ward (S&D), in writing. – More than 1 in 4 children are at risk of poverty or social exclusion in the EU, which is a total of 26 million+ minors. Children living in poverty are at a higher risk of poor health, are more likely not to finish school, experience worse relationships with their peers and consequently are unable to reach their full potential in life. As a children's rights champion and co-founder of the parliamentary Children's Rights intergroup, this report was of particular importance for me.

Child poverty in my NW England constituency and across the UK remains a problem; the Tories continue to pursue austerity policies that promulgate poverty and have a disproportionate effect on young people. Labour MEPs have always championed a better quality of life, especially for the most vulnerable in society. The report calls for a real commitment from Member States to tackle the factors which cause child poverty, and increase the scope of social support for children. It promotes labour laws that guarantee, amongst other things, collective agreements and a statutory adequate minimum wage which will provide greater security for families and fight precarious employment. For all these reasons I voted in favour of the report.

Glenis Willmott (S&D), in writing. – I voted in favour of this report because child poverty in my constituency remains a problem and the Conservative government has not done enough to help the young people disproportionately affected by their policies. Labour MEPs have always championed a better quality of life, especially for the most vulnerable in society. The report calls for a real commitment from Member States to tackle the factors which are causing child poverty and increase the scope of social support for children. It also promotes labour laws that guarantee a statutory adequate minimum wage and collective agreement, which will provide greater security for families and fight precarious employment.

Iuliu Winkler (PPE), in writing. – I voted in favour of the report on reducing inequalities with a special focus on child poverty. I agree with the UN Convention on the Rights of the Child stating that all children should be guaranteed the right to education, health services, housing, protection, recreation and leisure time, as well as a balanced diet and to be raised within a family. Different reports on child poverty in Europe show that children are increasingly under threat of poverty and social exclusion. I support that it is essential that Member States and the European Commission to take a number of meaningful measures to eliminate poverty and social exclusion among children. The report focuses on the causes of child poverty and how to tackle them.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), na piśmie. – Problem ubóstwa dzieci jest zjawiskiem wielowymiarowym i zdecydowanie wymagającym podjęcia działań, które kierować się będą fundamentalną dla prawa międzynarodowego zasadą dobra dziecka. Sprawozdanie zawiera zalecenia mogące poprawić sytuację materialną dzieci oraz opiekę zdrowotną nad nimi, jak np. dążenie do zapewnienia większej skuteczności wsparcia socjalnego czy zapewnienie powszechności opieki zdrowotnej. Nie uważam jednak, że sprawozdanie zostało sporządzone w sposób neutralny światopoglądowo. Nieakceptowalne jest dla mnie wykorzystywanie trudnej sytuacji dzieci do promowania prawa do „zdrowia seksualnego i reprodukcyjnego”. Sformułowanie to jest niejasne w świetle prawa międzynarodowego i wobec silnych tendencji, aby wywodzić z niego prawo do swobodnego i niedyskryminacyjnego decydowania o swojej reprodukcji - a więc także tego, kiedy przerwać ciążę - nie może zyskać mojego poparcia. Zaskakuje mnie, że sprawozdanie mające dotyczyć poprawy sytuacji dzieci, wzmacnia roszczenia osób pragnących uniknąć rodzicielstwa. Wobec powyższego, głosowałam przeciwko sprawozdaniu.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Každý rok pri príležitosti Medzinárodného dňa za odstránenie chudoby upozorňujem na problém chudoby rodín s malými deťmi. To, že v bohatej Európskej únii žijú milióny detí v chudobe, je zahanbujuce. Schválené uznesenie obsahuje mnoho dobrých návrhov a je mi veľmi ľúto, že som sa v záverečnom hlasovaní musela zdržať. Dôvodom pre moje rozhodnutie bolo ideologicky podmienené vsunutie sexuálneho a reprodukčného zdravia do textu, ktorý sa týkal starostlivosti o zdravie tehotných žien a matiek. Tehotným ženám a matkám a ich nenarodeným deťom a novorodencom je potrebné poskytnúť maximálnu zdravotnú starostlivosť, ale termín „sexuálne a reprodukčné zdravie“ sa žiaľ často chápe tak, že zahŕňa aj umelý potrat.

So záujmom som si prečítala aj alternatívnu rezolúciu z dielne ENF, ale keďže v rámci frakcie EPP sme prijali zásadu nepodporovať žiadne iniciatívy francúzskych nacionalistov, ktorých politické postoje škodia Európe aj Slovensku, hlasovala som proti ich pozmeňujúcemu návrhu.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφώς*. – Ψήφισα θετικά στην συγκεκριμένη ψηφοφορία. Η παιδική φτώχεια αποτελεί όνειδος για την διεθνή κοινότητα και προσβολή της ανθρωπίνης φύσης. Δεν χωρά καμία έκπτωση στη διασφάλιση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, ιδιαίτερα των δικαιωμάτων των παιδιών. Η καταπολέμηση της παιδικής φτώχειας, οφείλει να αποτελεί προτεραιότητα κάθε πολιτικού σε εθνικό, ευρωπαϊκό και διεθνές επίπεδο.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – A raíz de sucesos como la crisis económica y, más recientemente, la crisis migratoria, se están creando grandes desigualdades en la población. Sin duda, estoy a favor de tomar medidas para reducir esta situación. En España la igualdad ha sido siempre una prioridad, por lo que nos hemos centrado en ofrecer un sistema de bienestar social que garantice educación y sanidad para todos los niños menores de 18 años, además de una garantía de rentas. Tras la crisis económica aprobamos el PNAI 2013-2016, principalmente centrado en la lucha contra la pobreza infantil y su garantía de bienestar. Así pues, mi posición a favor de este voto es clara, apoyo sin duda estas medidas.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Rozhodl jsem se podpořit tuto zprávu hájící práva dětí vycházející z Úmluvy o právech dítěte. Děti jsou naší budoucností a je třeba je chránit a poskytovat jim zvláštní péči. Považuji za nutné udělat maximum pro to, aby děti nevyrostaly v chudobě a sociálním vyloučení, protože takovýto stav je zárodkem budoucích problémů, jako je trestná činnost a radikalizace vedoucí k terorismu. V celku se zprávou souhlasím, avšak v některých jednotlivostech mám své výhrady.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Znižovanie nerovností so zameraním na detskú chudobu považujem za tému, ktorou by sme sa mali v rámci Európskej únie zaoberať, pretože čoraz viac pribúda detí, ktoré sú vystavené chudobe a s ňou spojenému sociálnemu vylúčeniu a väčšinou v dôsledku chudoby rodičov nemajú prístup ku kvalitnému vzdelaniu, zdravotnej starostlivosti, či dôstojnému bývaniu. Správa poslankyne Zuber podľa môjho názoru vystihla problémy, ktorým deti v Európskej únii čelia, nesúhlasím však s predkladanými riešeniami týchto problémov. Deťom z chudoby nepomôže, ak budeme navrhovať zvyšovanie dávok v nezamestnanosti, či zjednocovať hodnoty minimálnej mzdy v celej Európskej únii, naopak, členské štáty by sa mali snažiť vytvárať prostredie, ktoré je vhodné pre tvorbu pracovných miest, odbornú prípravu a zvyšovanie kvalifikácie rodičov, ktorí potom môžu ísť svojim deťom príkladom, a zároveň zabezpečiť deťom kvalitné vzdelávanie, ktoré považujem za efektívny prostriedok vymanenia sa z chudoby. Keďže, ako som uviedla, táto správa obsahuje aj pozitívne aspekty, s ktorými súhlasím, ale aj mnoho návrhov, ktoré som podporiť nemohla, v záverečnom hlasovaní som sa zdržala.

Damiano Zoffoli (S&D), *per iscritto*. – Mi rallegra molto del risultato della votazione odierna sulla risoluzione «Riduzione delle disuguaglianze, con particolare attenzione alla povertà infantile» con cui gli eurodeputati, riuniti in sessione plenaria a Strasburgo, hanno chiesto a larga maggioranza agli Stati membri di stabilire la lotta alla povertà infantile come priorità e di garantire a tutti i bambini l'accesso all'educazione pubblica, gratuita, aperta a tutti e a tutte le età. Si tratta di un messaggio forte che ci mette di fronte a una situazione non da tutti conosciuta: la povertà infantile è una realtà anche in Europa – secondo Eurostat, 26 milioni di bambini sarebbero stati esposti al rischio di povertà ed esclusione sociale nel 2014, cioè il 27,7% dei cittadini europei di meno di 18 anni – e la politica di austerità di questi anni non ha fatto altro che peggiorare questa situazione.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – As políticas que fizeram empobrecer as famílias da UE são as mesmas que atiraram as crianças para a pobreza, negando-lhes muitos dos direitos que constam da Convenção sobre os Direitos da Criança, nomeadamente os direitos à saúde, educação e proteção social.

Por isso, neste relatório, recomendamos aos Estados-Membros legislações laborais que garantam direitos sociais, incluindo um salário mínimo obrigatório adequado que respeite as práticas nacionais e os acordos coletivos e que proporcione uma maior segurança às famílias e combata os vínculos precários, promovendo o trabalho com direitos sociais. Por isso, defendemos subvenções sociais universais dirigidas às crianças, como seu direito próprio e intrínseco. Incentivamos legislações que protejam ou aumentem os direitos de maternidade e paternidade, salvaguardem o regresso ao trabalho das mulheres após a gravidez e a licença de maternidade e apoiem as famílias monoparentais, que são maioritariamente femininas.

Votámos contra as partes que foram incluídas no relatório que consideram que esta tragédia pode ter resolução através do Semestre Europeu ou das regras da União Económica e Monetária, porque consideramos que aquilo que causa, em grande parte, o problema, deve ser combatido e não pode ser parte da solução.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Resolucija Evropskega parlamenta o zmanjševanju neenakosti s posebnim poudarkom na revščini otrok (2014/2237(INI)) sem podprl, ker se strinjam s predlaganimi pozivi resolucije, da se institucije EU, agencije EU, organi držav članic in drugi deležniki dejavno in celovito vključijo v reševanje revščine otrok in socialne izključenosti.

Potrebno je, da se razvijejo in izvajajo integrirani sistemi za zaščito otrok in mladine, še posebej tistih s posebnimi potrebami, pred nasiljem, zlorabo, izkoriščanjem in zanemarjanjem.

6.7. Kohäsionspolitik und gesellschaftliche Randgruppen (A8-0314/2015 - Terry Reintke)

Dichiarazioni di voto orali

Andrejs Mamikins (S&D). – Eiropas Savienības kohēzijas politika nav vienkārši instruments, ar kura palīdzību var pakāpeniski izlīdzināt dalībvalstu reģionu dažādās attīstības līmeņus, kaut gan tas arī ir labi, tas jādara, bet tas vēl vairāk nepieciešams tāpēc, lai būtu iespējams samazināt sociālās marginalizācijas pakāpi. Līdz ar to es apsveicu šī ziņojuma pieņemšanu, jo tā perspektīvā varētu sniegt pozitīvu impulsu ilglaicīgas sociālās marginalizācijas problēmas atrisināšanai ar efektīvāku attiecīgās politikas sinhronizēšanu attiecīgi starp Eiropas Savienības iestādēm un tās dalībvalstīm, kā arī, protams, tas ļaus mums visiem paaugstināt informācijas apkopošanas kvalitāti šajā jomā, lai būtu labāk saprotams vienkāršam cilvēkam, kur ir kāda sarežģīta situācija, kāds ir sarežģītības līmenis, un kur būtu nepieciešams intensificēt esošās problemātikas atrisināšanas pūles. Paldies!

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem tuto zprávu paní kolegyně Reintkeové podpořil, protože i tato zpráva prošla určitým vývojem. Na začátku to vypadalo, že to bude vše objímající zpráva, kde vlastně každá skupina bude považována za marginalizovanou. Naštěstí při projednávání ve Výboru pro regionální rozvoj došlo k úpravě této zprávy, a proto jsem ji mohl opravdu s klidným svědomím podpořit, a to i z toho důvodu, že kohezní politika je skutečně vyrovnávání určitého znevýhodnění, odstraňování nedůvodných rozdílů, které jsou dány v přirozeném původu rozdílů, a je to i součást obrany proti sociálnímu vyloučení. V České republice za uplynulých pět let došlo ke zdvojnásobení komunit, kde právě identifikujeme sociální vyloučení. To je nepochybně negativní trend a Česká republika na to musí reagovat nejen čerpáním evropských fondů právě na tuto kapitolu, ale i vlastní snahou.

Monica Macovei (ECR). – În prezent comunitățile marginalizate sunt definite de ficare stat membru pe baza unor indicatori naționali: excluziune socială, rată ridicată a șomajului pe termen lung, accesul la educație, un nivel scăzut al educației, condiții precare de locuit, nivel ridicat de discriminare și servicii sociale, expunere excesivă la riscuri pentru sănătate sau lipsa accesului la serviciile medicale.

Comisia a acceptat acorduri de parteneriat care nu includ comunitățile marginalizate.

Am votat acest raport pentru că propune includerea comunităților marginalizate în procesele de pregătire, punere în aplicare și evaluare a proiectelor. Nu le poți integra dacă le lași pe dinafară atunci când discuți proiectele, mai ales pe cele care privesc aceste comunități marginalizate.

De asemenea, raportul propune o conectare mai bună a regiunilor deoarece persoanele care locuiesc în zone transfrontaliere sunt deseori marginalizate din cauza poziției lor geografice.

Comisia trebuie, conform raportului, să ofere explicații privind programele europene și naționale pentru sprijinirea întreprinzătorilor.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, the premise behind this report is false. The premise is that the best way to bring marginalised communities into the mainstream is through government action and government spending. I would say the opposite actually: where trade unites, politics divide. Taking money from one place to give it to another stirs up conflicts and disputes, and encourages recipients to start arranging their affairs – consciously or subconsciously – around receipt of the subsidy instead of through their own efforts.

Actually, the best way to integrate people is by allowing them to trade freely, one with another, through contract, without intervention. There is no better system than the market, as Milton Friedman once pointed out, for bringing together people who might not otherwise like each other. The opposite is true: that the free market is some kind of atomised individualistic system. There is no other system ever devised by human intelligence that so encourages empathy, that so encourages you to put yourself in the shoes of somebody else, as one where you have to rely for your own welfare on the custom of the people around you.

Diane Dodds (NI). – Mr President, I welcome this report, which focuses on ensuring that Cohesion Policy benefits communities that are marginalised for a variety of reasons and in a variety of ways. In Northern Ireland, the Structural Funds have for consecutive programming periods assisted victims of terrorism in my constituency who have historically faced physical, psychological and social barriers to employment, training and inclusion. This has included PEACE and the ESF. At no stage, therefore, should we rest on our laurels when it comes to ensuring that this funding continues to improve peoples' lives.

In Northern Ireland in the current programming period, the managing authority, DEL, has shown complete disregard for the community, voluntary and women's sectors in the implementation of the ESF, restricting the qualifications they can provide, the tutors they can employ and placing barriers before those who can enrol. These policies ignore the value of community provision and the long-standing benefits of the ESF for marginalised communities. It is high time that the European Commissioner reminded our Minister of this fact.

James Carver (EFDD). – Mr President, as the only British Parliamentarian from a Romany background, I am proud to reaffirm my own Gypsy heritage. I support Roma gypsy traveller rights. Indeed, I will be a keynote speaker later this week at the traveller movement conference in London, when I will be championing this worthy cause.

Much of this initiative report calls for EU action in this area, and in view of my own political position, I cannot support such action at EU level. Instead, to tackle this issue properly, the mind-set must be challenged at national level, and that is something that I will continue to do.

Accordingly, I abstained on this report. However, I voted in favor of Amendment 42 and Recital Q. Both pointed towards racism facing the Roma communities. I was sorry to note that British Conservatives largely voted against this report, but I am hardly surprised – not least bearing in mind that the British Conservative Government's recent changes to planning regulations which, quite frankly, are prejudicial towards my own country's travelling community. This, quite frankly, is unacceptable.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, I abstained on this report and I abstain on many reports, particularly non-legislative ones, in this place. Do I agree that minorities are often treated badly? Of course I do. Do I agree that the Roma people in particular have been treated appallingly in some countries and subjected to conditions that no one should be subjected to? Of course I do. Do I believe that nations should do more to tackle this kind of oppression? Of course I do.

But then I look at the report and it suggests, within that report, that integration at European level is the solution. No, integration within those communities, within those nations, is what must be done to deal with this problem. Therefore the report, to my mind, completely misses the point. For that reason I abstained.

Dichiarazioni di voto scritte

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – We abstained on this vote due to the sensitivity of the issue at hand. UKIP does not believe that the Commission should be creating overarching integrating schemes at all. But we also recognise that ostracising marginalised communities that come from disadvantaged backgrounds is also a negative thing. Therefore we decided to abstain.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Le politiche di coesione e d'integrazione delle comunità emarginate sono da sempre tema e obiettivo fondamentale dell'Unione europea. Garantire una migliore integrazione nel tessuto sociale, culturale e lavorativo a comunità considerate emarginate sulla base di specifici indicatori, risulta, senza dubbio alcuno, naturale conseguenza degli obiettivi fondamentali dell'Unione.

Il documento presentato dal relatore Reintke ben evidenzia in taluni passaggi come il FESR e il FSE contribuiscano in modo considerevole alla realizzazione del suddetto obiettivo, sostenendo e incentivando le politiche di integrazione dei singoli Stati membri nella lotta a tutte le forme di discriminazione e di povertà. Incremento delle possibilità occupazionali, miglioramento delle condizioni abitative e innalzamento del livello d'istruzione sono soltanto alcuni dei possibili e auspicabili interventi oggetto della politica di coesione posta in essere dall'Unione e dai suoi membri. Per tali ragioni ho espresso voto positivo alla citata relazione.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – El marco legislativo de la política de cohesión garantiza oportunidades de financiación a las comunidades marginadas en las áreas urbanas y rurales. El periodo de programación 2014-2020 apuesta por la implementación del desarrollo local participativo y de las inversiones territoriales integradas (ITI) dirigidas a las comunidades marginadas.

Con nuestro voto a favor del informe, los socialistas pedimos a la Comisión Europea que adopte una definición de «comunidades marginadas», que aún no existe, con el objetivo de permitir a estos ciudadanos de la UE beneficiarse aún más de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos.

El voto en contra del apartado 11 del informe se debe a que dicho texto asume, a través de un enfoque erróneo y generalizado, que la UE no posee estructuras para la lucha contra la corrupción y el uso fraudulento de fondos (y las existentes no son responsables, transparentes y democráticas), así como que las comunidades marginadas están excluidas de los fondos de la UE, lo cual es una suposición equivocada. Los socialistas siempre hemos defendido la máxima transparencia en las estructuras de gestión de fondos ya existentes y que las comunidades marginadas continúen beneficiándose de la política de cohesión.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe puesto que contiene elementos positivos de cara a la aplicación efectiva, a través de la política de cohesión, del principio de no discriminación recogido en los Tratados. En este sentido, el texto solicita a la Comisión Europea que clarifique el concepto de comunidades marginadas; destaca que los recortes en los servicios públicos complican aún más la situación de los colectivos vulnerables; visibiliza el racismo existente y la discriminación institucional hacia comunidades como la romaní; reclama que los Estados miembros garanticen la participación también de las asociaciones que trabajan con las comunidades marginadas; denuncia la múltiple discriminación de las mujeres, las personas con discapacidad y los migrantes que se encuentran en las comunidades marginadas, entre otros colectivos. Por lo tanto, y a pesar de que el informe tiene un carácter exclusivamente propositivo, he votado a favor.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – We voted in favour of this report. Cohesion policy is one of the strongest instruments the European Union has to fight inequality. This report builds on that, by looking specifically at how the cohesion policy can assist in empowering marginalised communities.

Although there is no uniform EU definition of marginalised communities, Martina Anderson of Sinn Féin ensured that the report acknowledged that people in cross-border, rural and isolated areas are often subject to marginalisation due to their geographical situation and should be better taken into consideration by the cohesion policy.

The report also acknowledges the needs of women, people with disabilities, migrants, Roma and Travellers, and highlights the importance of an integrated, grass-roots, community-led and inclusive approach to solving the problems faced by these communities.

Gerolf Annemans (ENF), schriftelijk. – Het Europees Parlement blinkt in dit verslag weer uit in een puberale geldingsdrang. Mijn fractie is sowieso al geen fan van het zogenaamde cohesiebeleid, maar het wordt al helemaal moeilijk “cohesie” te vinden als er geen welomlijnde definitie is van het doelpubliek, in dit geval “gemarginaliseerde gemeenschappen”. Men wil “gemarginaliseerde gemeenschappen” helpen, maar het verslag vermeldt zelf zwart op wit dat er geen definitie is van wat gemarginaliseerde gemeenschappen zijn.

Het enige resultaat kan enkel zijn dat er weer budgetten worden voorzien en ondoorgroendelijke geldstromen ontstaan zonder enige strategie of welomschreven doelen.

Pascal Arimont (PPE), schriftlich. – Die Kohäsionspolitik zielt darauf ab, die sozioökonomische und territoriale Kohäsion zu fördern sowie die sozialen Ungleichheiten wie Armut und soziale Ausgrenzungen zu verringern. Daher sollen während des Einsatzes bzw. der Vorbereitung von EU-Programmen die Prävention von Segregation und die Förderung der Chancengleichheit für alle Bürger an erster Stelle stehen. Darunter gehören auch die am stärksten marginalisierten Gruppen. Die Ausgrenzung der Roma-Bevölkerung und deren Lebensbedingungen stellen einen besonderen Anlass zur Besorgnis dar. Angesichts der wichtigen Rolle der Kohäsionspolitik für die Integration solcher marginalisierten Gruppen habe ich mich für die Entschließung des Europäischen Parlaments ausgesprochen. Diese ruft nämlich die Kommission auf, die an den Rand gedrängten Gemeinschaften besser zu definieren und diese Zielgruppe klarer in Förderungsmöglichkeiten einzubeziehen.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – Ce rapport est idéologiquement très orienté. Il manifeste une nouvelle fois la volonté de l'Union européenne d'imposer aux États membres sa vision néfaste d'une société multiculturelle.

Systématiquement, elle prend la défense des «communautés marginalisées» que sont les Roms, les immigrés (légaux ou clandestins) et les demandeurs d'asile. Celles-ci sont considérées comme les victimes de mauvaises politiques. Pour y remédier, le rapport préconise l'utilisation des fonds européens, de multiplier les programmes sociaux et culturels.

La présence sur le territoire de ces communautés et leur comportement n'est jamais remise en question malgré des taux d'incivilité, d'infractions et de délits qui sont largement au-dessus de la moyenne. Quant aux immigrés et aux «réfugiés», il suffit de voir ce qu'il se passe dans la jungle de Calais et ailleurs pour comprendre l'exaspération des riverains et plus généralement des peuples européens.

La présence en masse d'étrangers ou de personnes d'origine étrangère se traduit par une forte communautarisation et une ségrégation territoriale souvent accompagné d'un refus de se soumettre aux us et coutumes des hôtes. Par ailleurs, il faut rappeler que les subventions qui leur sont généreusement versées n'ont jusqu'à présent rien donné de positif.

J'ai donc, en toute logique, voté contre ce rapport.

Jean Arthuis (ALDE), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce texte car il vise à diminuer les disparités sociales, notamment à réduire et à éliminer la pauvreté et l'exclusion, ce qui implique de lutter contre la ségrégation et de favoriser l'égalité d'accès et l'égalité des chances pour tous les citoyens, notamment les communautés les plus marginalisées, ainsi que les groupes et les personnes de tout âge confrontés à la pauvreté et à l'exclusion sociale et n'ayant pas accès à l'éducation, à l'emploi, au logement et aux soins de santé.

Petras Auštrevičius (ALDE), in writing. – I voted in favour of this report. I believe that the EU has a very powerful instrument at its disposal able to significantly improve the situation of marginalised communities. Therefore, we need to adjust the legislation in the way that it would facilitate the path for using EU structural funds as well to support the empowerment processes of marginalised communities and groups. Only this way we can effectively tackle inequality and ensure territorial and social cohesion in the regions.

Inés Ayala Sender (S&D), *por escrito*. – El marco legislativo de la política de cohesión garantiza oportunidades de financiación a las comunidades marginadas en las áreas urbanas y rurales. El periodo de programación 2014-2020 apuesta por la implementación del desarrollo local participativo y de las inversiones territoriales integradas (ITI) dirigidas a las comunidades marginadas.

Con nuestro voto a favor del informe, los socialistas pedimos a la Comisión Europea que adopte una definición de «comunidades marginadas», que aún no existe, con el objetivo de permitir a estos ciudadanos de la UE beneficiarse aún más de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos.

El voto en contra del apartado 11 del informe se debe a que dicho texto asume, a través de un enfoque erróneo y generalizado, que la UE no posee estructuras para la lucha contra la corrupción y el uso fraudulento de fondos (y las existentes no son responsables, transparentes y democráticas), así como que las comunidades marginadas están excluidas de los fondos de la UE, lo cual es una suposición equivocada. Los socialistas siempre hemos defendido la máxima transparencia en las estructuras de gestión de fondos ya existentes y que las comunidades marginadas continúen beneficiándose de la política de cohesión.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – spręsti marginalizuotų bendruomenių problemą ir remti šių bendruomenių ekonominę, socialinę ir teritorinę įtrauktį. Marginalizacija yra socialinis reiškiny, kai asmenys arba bendruomenės socialiai atskiriami ir jiems užkertamas kelias dalyvauti socialiniuose ir politiniuose procesuose. Dėl per krizę smarkiai sumažintų viešųjų išlaidų esamos problemos valstybėse narėse dar pagilėjo, t.y. padidėjo nedarbas, mažėjo socialinė apsauga, atsirado problema rasti būstą ir pradėjo trūkti viešųjų sveikatos priežiūros paslaugų. Pritariu, kad sprendžiant su marginalizuotų grupių integracija susijusias problemas būtina daugiausia dėmesio skirti konkrečioms tikslinėms grupėms neišskiriant kitų žmonių, esančių panašioje socialinėje ir ekonominėje padėtyje. Svarbu tinkamai įgyvendinti partnerystės elgesio kodeksą, kuriuo stengiamasi užtikrinti vienodą suinteresuotųjų subjektų dalyvavimą ir atstovavimą jiems. Finansuojant ne visada atsižvelgiama į tikruosius paramos gavėjų poreikius, todėl svarbu pereiti prie kokybės kontrolės, kad imantis veiksmų būtų pasiekta ilgalaikių ir tvarių rezultatų.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – We abstained on this vote due to the sensitivity of the issue at hand. UKIP does not believe that the Commission should be creating overarching integrating schemes at all. But we also recognise that ostracising marginalised communities that come from disadvantaged backgrounds is also a negative thing. Therefore we decided to abstain.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport qui procède de la culture de l'excuse permanente et du report de la faute sur nos sociétés «forcément racistes»: c'est justement ce qui nous empêche d'élaborer une politique de cohésion qui soit viable. Il n'était donc pas question pour moi de cautionner les irresponsables illusions de Terry Reintke, députée allemande des Verts.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Ce rapport rappelle la nécessité urgente de soutenir l'intégration socio-économique, sociétale et territoriale des communautés marginalisées et le rôle important joué par la politique de cohésion dans cette intégration.

Il est aujourd'hui urgent d'agir avec volontarisme pour permettre une réelle intégration de ces communautés en posant une attention particulière sur la situation des enfants.

J'ai évidemment soutenu ce rapport.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – Este informe de iniciativa es importante puesto que aporta soluciones e ideas sobre el papel que las políticas de cohesión pueden desempeñar a la hora de contribuir a la inclusión de las comunidades marginales.

Las políticas de inclusión dependen en gran medida de los gobiernos nacionales, regionales y locales, y quedan por tanto a merced del interés político que despiertan en el gobierno de turno. Además, la práctica demuestra que las ayudas no siempre van dirigidas a cubrir las necesidades reales de estas comunidades. Por todo ello, la política de cohesión sigue siendo uno de los instrumentos más fuertes con los que la UE puede combatir la marginación al tiempo que apoya la cohesión territorial y social en la UE.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport Reintke. Ce rapport, rédigé dans un charabia insoutenable, sur la politique de cohésion et les communautés marginalisées n'est pas le premier rapport voté par ce Parlement qui culpabilise à outrance les Européens pour leur prétendue politique discriminatoire envers des «communautés marginalisées» telles que les Roms ou les gens du voyage. Il est de la même veine que les dizaines d'autres qui l'ont précédé. Il ne sera pas non plus le dernier à glorifier la haine de soi et la repentance perpétuelle de nous autres Européens. Les logorrhées politiquement correctes qui sont le propre de ce Parlement nous y ont habitués et montrent – s'il en était encore besoin – que notre assemblée et ses représentants de gauche se trouvent à mille lieues des vraies préoccupations de nos citoyens. J'ose espérer qu'un jour, un rapporteur dans notre Parlement demande aux «communautés marginalisées» qu'elles remercient l'Europe pour le soutien moral, social et financier qu'elles y ont souvent trouvé. Même si je crains que cet espoir relève de la science-fiction.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe y agradezco el trabajo realizado a los diputados correspondientes de las diferentes comisiones. Es urgente afrontar la cuestión de las comunidades marginadas y el importante papel de la política de cohesión a la hora de apoyar su inclusión económica, social y territorial. Fui ponente alternativa de mi grupo en la Comisión de Derechos de la Mujer e Igualdad de Género, en la que trabajamos para paliar los efectos que las mujeres y niñas sufren dentro de estas comunidades.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Une nouvelle fois, un rapport du Parlement européen qui donne dans le bon sentiment sans se préoccuper des personnes véritablement exclues socialement.

Dans le rapport Reintke, en effet, la commission REGI cherche à améliorer l'utilisation des fonds européens – objectif louable en soi – mais ce, au principal bénéfice des communautés Roms, qui seraient les principales exclues en Europe. Autant dire qu'il n'est fait nulle part mention des difficultés d'intégration sociale que peuvent parfois rencontrer les personnes en situation de handicap ou les sans domicile fixe.

Dans ce texte, la Commission européenne est sommée d'adopter une définition européenne de ces groupes, au détriment de la réalité spécifique propre à chaque nation souveraine. Par ailleurs, la priorité semble résider dans l'inclusion des migrants et demandeurs d'asile sans faire état un seul instant des personnes déjà en grande situation de précarité sociale en Europe.

Enfin, le comble de l'inconséquence est atteint dans la proposition de décerner un prix européen pour dévouement à l'inclusion des groupes marginalisés: que l'Union apprenne déjà à utiliser les fonds disponibles de manière efficace avant de décerner des premiers prix de moralité.

J'ai donc voté contre ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione della collega Reintke si dimostra faziosa, poco equilibrata e del tutto slegata dalle dinamiche sociali del processo d'integrazione che caratterizzano Paesi come l'Italia, dove la comunità Rom non compie il minimo sforzo per integrarsi con le comunità locali che le ospitano. Per tutti questi motivi ho votato contro questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El marco legislativo de la política de cohesión garantiza oportunidades de financiación a las comunidades marginadas en las áreas urbanas y rurales. El periodo de programación 2014-2020 apuesta por la implementación del desarrollo local participativo y de las inversiones territoriales integradas (ITI) dirigidas a las comunidades marginadas.

Con nuestro voto a favor del informe, los socialistas pedimos a la Comisión Europea que adopte una definición de «comunidades marginadas», que aún no existe, con el objetivo de permitir a estos ciudadanos de la UE beneficiarse aún más de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos.

El voto en contra del apartado 11 del informe se debe a que dicho texto asume, a través de un enfoque erróneo y generalizado, que la UE no posee estructuras para la lucha contra la corrupción y el uso fraudulento de fondos (y las existentes no son responsables, transparentes y democráticas), así como que las comunidades marginadas están excluidas de los fondos de la UE, lo cual es una suposición equivocada. Los socialistas siempre hemos defendido la máxima transparencia en las estructuras de gestión de fondos ya existentes y que las comunidades marginadas continúen beneficiándose de la política de cohesión.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, kadangi sanglaudos politika yra viena stipriausių Europos Sąjungos turimų priemonių, galinčių padėti kovoti su nelygybe ir remti teritorinę bei socialinę sanglaudą jos regionuose. Visų Europos šalių visuomenėse yra grupių ir bendruomenių, kurios susiduria su struktūriniu atskirtimi ir atskyrimu nuo daugumos visuomenės ir neturi galimybės naudotis net pagrindine viešąja infrastruktūra ir paslaugomis. Be to, labai dažnai jos neproporcingai patiria skurdą, neturi darbo ir susiduria su sveikatai nepalankiomis sąlygomis.

Dėl per krizę smarkiai sumažintų viešųjų išlaidų esamos problemos valstybėse narėse dar pagilėjo, pavyzdžiui, padidėjo nedarbas, nebuvo socialinės apsaugos, pasidarė sunku rasti būstą ir pradėjo trūkti viešųjų sveikatos priežiūros paslaugų. Todėl krizė padarė tiesioginį neigiamą poveikį marginalizuotų bendruomenių nariams. Be to, daugeliui savivaldybių toliau taikomi griežti biudžeto apribojimai, dėl kurių jos negali tinkamai spręsti socialinės atskirties problemos visuomenėje. Nepaisant visko, už marginalizuotų bendruomenių padėties keitimą daugiausia atsakingos valstybės narės. Nors visoje Europoje konkrečios nacionalinės aplinkybės, poreikiai ir sprendimai labai skiriasi, siekiant socialinės sanglaudos tikslo Europa, įgyvendindama įvairių krypčių politiką, raginama atlikti tam tikrą vaidmenį, t. y. įtraukti marginalizuotas bendruomenes.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Jelenleg nincsen uniós szintű fogalommeghatározás a marginalizálódott közösségekre, ezért erről a tagállamoknak kell döntenieük nemzeti mutatóik segítségével. Vannak olyan mutatók, melyek szoros kapcsolatban állnak a marginalizálódással, például a hosszú távú magas munkanélküliség, az iskolázottság alacsony szintje, a rendkívül rossz lakhatási körülmények, az egészségügyi ellátáshoz való hozzáférés hiánya és/vagy a túlzott egészségi kockázatnak való kitettség. A válság közvetlen negatív hatással volt a marginalizálódott közösségekre, tovább növelte a szegénységet és a társadalmi kirekesztést. A kohéziós politika fontos szerepet játszik a marginalizálódott közösségek gazdasági, társadalmi és területi integrációjának támogatásában.

A jelentés több olyan gondolatot felvet, melyek hasznosak a marginalizálódott csoportok integrációja szempontjából. Kiemeli, hogy az oktatás és a foglalkoztatás a szegénység legjobb ellenszere, ezért ösztönözni kell az iskolarendszeren kívüli, valamint az egész életen át tartó tanulással kapcsolatos projekteket. A jelentés hangsúlyozza továbbá az integrált lakhatási, oktatási és foglalkoztatási beavatkozások fontosságát, a közszolgáltatásokhoz való hozzáférés javításának szükségességét. A jelentést a plenáris szavazás során szavazatommal támogattam.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – Predlagano poročilo sem podprl, saj se strinjam z ugotovitvijo, da je kohezijska politika eden najmočnejših instrumentov, ki jih ima EU na voljo za večjo socialno kohezijo v svojih regijah.

Določene skupnosti v naši družbi se soočajo s strukturno izključenostjo in ločevanjem od večinske družbe, velikokrat nimajo dostopa niti do osnovne javne infrastrukture in storitev. Bolj so izpostavljeni tudi revščini.

Ukrepanje na ravni EU je torej nujno, ravnati pa se moramo po primerih dobrih praks iz posameznih držav in opozarjati tudi na odgovornosti, ki izhajajo iz t.i. pozitivne diskriminacije.

V Sloveniji se npr. soočamo z visoko stopnjo brezposelnosti v romski skupnosti, saj je ta delovna sila manj konkurenčna. Romi težko vstopijo na trg dela, žal vse prevečkrat delo tudi zavračajo. Razlog je v višini prejemka, ki je velikokrat nižji od socialne podpore, ki jo s sprejetjem dela izgubijo.

Podpiram pozitivno diskriminacijo za obrobne skupnosti, ki naj se izjavi predvsem na področju in s pomočjo evropskih sredstev – strukturni, regionalni skladi za infrastrukturne rešitve, socialni skladi pa za področje zdravstva in izobraževanja. Nujno je namreč, da tudi otroci iz teh skupnosti začnejo z ustreznim izobraževanjem, kajti v nasprotnem primeru bomo priča še eni izgubljeni generaciji.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Podržavam Izvješće o kohezijskoj politici i marginaliziranim zajednicama.

Cilj kohezijske politike je smanjenje nejednakosti u EU-u i poziva na europsku ulogu za uključivanje marginaliziranih zajednica.

Stoga je želja da se stimulira Europska komisija kako bi predstavila definiciju marginaliziranih zajednica, što bi omogućilo svim ovim građanima EU-a mogućnost korištenja europskih strukturnih i investicijskih fondova ugrađenih u kohezivnoj politici EU-a.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur la politique de cohésion et les communautés marginalisées souhaite encourager les États membres et la Commission à créer des programmes destinés aux communautés marginalisées, principalement aux Roms.

Ce texte inclut également les migrants et les demandeurs d'asile dans la notion de communauté marginalisée. Aucun programme ne pourra assimiler les Roms en l'absence d'une volonté de leur part de mieux s'intégrer et de mieux respecter les règles et coutumes des États dans lesquels ils résident.

J'ai donc voté contre ce rapport, étant opposée à l'utilisation des fonds structurels pour des programmes destinés aux communautés Roms.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'emarginazione di gruppi sociali – sia essa causata da opinioni religiose differenti oppure da obsolete concezioni patriarcali, omofobia, razzismo, intolleranza, discriminazione economica o da altre cause – mina la coesione sociale e la possibilità di sviluppo di una comunità e crea ripercussioni negative anche sulla sicurezza, sulla ripresa economica e sul progresso dei territori in cui viene attuata.

È ampiamente documentato che l'emarginazione di gruppi sociali è, inoltre, un terreno di cultura per il fondamentalismo, la criminalità organizzata e il terrorismo di matrice politica o religiosa. È quindi auspicabile l'avvio di progetti UE con finanziamenti e prospettive a lungo termine al fine di coinvolgere profondamente i destinatari, aumentando l'efficacia dell'intervento e assicurando che i fondi sostengano gli investimenti nelle reali esigenze dei beneficiari, con meccanismi volti a garantire che siano raggiunti i gruppi destinatari e che l'esclusione e l'emarginazione siano affrontate. Questi interventi non possono prescindere da attente valutazioni qualitative e da costanti meccanismi di controllo. Gli Stati membri devono essere parte attiva nei processi di pianificazione e valutazione dei fondi utilizzati a favore delle comunità emarginate e il loro apporto è fondamentale per risolvere i fattori chiave dell'emarginazione sociale: l'esclusione abitativa, la mancanza di fissa dimora, l'esclusione dall'istruzione e la disoccupazione.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Selon ce rapport, la politique de cohésion ne bénéficierait pas suffisamment aux communautés marginalisées, qui ne seraient intégrées ni dans les structures de décision, ni dans la mise en œuvre et le suivi des projets. Cela rendrait ces populations plus vulnérables qu'elles ne le seraient déjà.

Le rapporteur souhaite donc encourager les États-membres et la Commission à créer des programmes destinés aux communautés marginalisées, principalement aux Roms. Concrètement, le rapport propose d'octroyer des fonds en faveur de leur inclusion sociale. De plus, le rapporteur préconise d'inclure les communautés marginalisées dans les fonds de l'Union européenne pour la prochaine période de programmation.

Aucun programme d'inclusion sociale qui soit destiné aux Roms ne sera couronné de succès en l'absence d'une volonté de leur part de mieux s'intégrer et de mieux respecter les règles et coutumes des États membres de résidence. Nous considérons que les facteurs de la marginalisation de la communauté Rom sont principalement à rechercher dans son refus de s'assimiler à la culture dominante de l'État membre de résidence ainsi que dans la commission de nombreuses infractions aux législations de ces derniers. J'ai donc voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Politica de coeziune este unul dintre cele mai importante instrumente de care dispune Uniunea Europeană pentru a combate inegalitatea și pentru a sprijini coeziunea teritorială și socială în regiunile sale. Astfel, se impune o abordare integrată pentru a combate toate tipurile de discriminare cu care se confruntă comunitățile marginalizate.

Situația comunităților marginalizate s-a agravat odată cu reducerile considerabile ale cheltuielilor publice, generând un nivel crescut al șomajului, livrarea deficitară a unor servicii publice de bază de învățământ, de sănătate, de siguranță socială.

Un alt factor negativ care a contribuit la creșterea nivelului de sărăcie și excluziune socială a grupurilor marginalizate a fost scos în evidență în urma evaluării proiectelor din perioada de programare anterioară. Astfel, s-a demonstrat faptul că, de cele mai multe ori, finanțarea nu a fost utilizată explicit pentru satisfacerea nevoilor grupurilor țintă, implementarea proiectelor făcându-se superficial, fără a avea rezultatele scontate.

Prin urmare, prezentul raport accentuează importanța asumării responsabilității statelor membre pentru îmbunătățirea situației comunităților marginalizate și oferă recomandări cu privire la modalitățile de depășire a problemelor întâmpinate în perioada anterioară de programare, motiv pentru care am votat în favoarea acestui raport.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – La relazione si concentra principalmente sulla comunità Rom che, secondo il relatore, è molto spesso emarginata, vittima di razzismo e chiede sforzi e impegni per migliorarne le condizioni di vita.

Sollecita e chiede un maggiore coordinamento e legami più forti tra le strategie nazionali per le comunità emarginate, incluse le strategie nazionali di inclusione dei Rom, le strategie nazionali di riduzione della povertà, le strategie per l'inclusione di altre comunità emarginate o meno favorite, e le strategie per l'uguaglianza di genere con la politica di coesione e invita gli Stati membri e la Commissione a riservare priorità ai minori nell'attuazione del quadro dell'UE per le strategie nazionali d'integrazione dei Rom, e ribadisce l'importanza di promuovere la parità di accesso ad alloggi, sanità, istruzione e condizioni di vita dignitose per i minori (Rom).

Richiama al fatto che l'esclusione abitativa, la mancanza di fissa dimora, l'esclusione dall'istruzione e la disoccupazione sono spesso elementi chiave del fenomeno dell'emarginazione; sottolinea pertanto l'importanza di interventi integrati in materia di alloggio, istruzione e occupazione a favore delle comunità emarginate. Ce n'è d'avanzo per votare contro.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – La nivelul tuturor societăților europene există comunități și grupuri care se confruntă cu excluziunea structurală și care sunt marginalizate de marea parte a societății, fiind lipsite de acces la infrastructura și serviciile publice de bază. Sărăcia, șomajul și condiții de sănătate precară, afectează adesea disproporționat aceste comunități.

Nu există o definiție uniformă a comunităților marginalizate, la nivelul UE, dar termenul acoperă o gamă largă de concepte: cartierele dezavantajate, persoanele cele mai defavorizate sau cele cu lipsuri materiale, persoanele expuse riscului de sărăcie și grupurile din societate care sunt dezavantajate și discriminate.

Conceptul de comunități marginalizate a fost introdus în Regulamentul privind FEDR în 2013, obiectivul fiind combaterea consecințelor marginalizării. Consider că UE are responsabilitatea de a urmări permanent și de a îndeplini acest obiectiv.

Susțin propunerea de rezoluție a PE referitoare la politica de coeziune și comunitățile marginalizate, deoarece politica de coeziune a UE este unul dintre cele mai puternice instrumente pentru combaterea inegalităților și pentru sprijinirea coeziunii teritoriale și sociale. De asemenea consider că este necesară o abordare integrată pentru combaterea tuturor tipurilor de discriminare cu care se confruntă comunitățile marginalizate.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – El marco legislativo de la política de cohesión garantiza oportunidades de financiación a las comunidades marginadas en las áreas urbanas y rurales. El periodo de programación 2014-2020 apuesta por la implementación del desarrollo local participativo y de las inversiones territoriales integradas (ITI) dirigidas a las comunidades marginadas.

Con nuestro voto a favor del informe, los socialistas pedimos a la Comisión Europea que adopte una definición de «comunidades marginadas», que aún no existe, con el objetivo de permitir a estos ciudadanos de la UE beneficiarse aún más de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos.

El voto en contra del apartado 11 del informe se debe a que dicho texto asume, a través de un enfoque erróneo y generalizado, que la UE no posee estructuras para la lucha contra la corrupción y el uso fraudulento de fondos (y las existentes no son responsables, transparentes y democráticas), así como que las comunidades marginadas están excluidas de los fondos de la UE, lo cual es una suposición equivocada. Los socialistas siempre hemos defendido la máxima transparencia en las estructuras de gestión de fondos ya existentes y que las comunidades marginadas continúen beneficiándose de la política de cohesión.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla politica di coesione e le comunità emarginate. La politica di coesione mira a rafforzare la coesione economica, sociale e territoriale, riducendo le disparità sociali, ed ha quindi un legame con la riduzione dell'esclusione delle comunità più emarginate nonché dei gruppi e degli individui di tutte le età che si devono confrontare con la povertà e l'esclusione sociale.

La relazione ha sottolineato l'importanza di questo ruolo della politica di coesione, ricordando che le comunità emarginate sono state introdotte come argomento al centro delle misure della politica di coesione a causa della crescente preoccupazione riguardo all'esclusione sociale e dell'impegno nel combatterla.

Il quadro legislativo per la politica di coesione 2014-2020 ha introdotto nuovi elementi che estendono le possibilità di finanziamento per le comunità emarginate. Tuttavia, la Commissione dovrebbe fornire maggiori informazioni sull'utilizzo di tali fondi, così come dovrebbe fornire orientamenti sulla definizione di comunità emarginate, in modo da rafforzare l'efficacia della politica di coesione.

Il testo ha contenuto tutti questi elementi, ed ho quindi deciso di votare in suo favore.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – Cohesion policy is one of the strongest instruments the European Union has to fight inequality. This report builds on that, by looking specifically at how the cohesion policy can assist in empowering marginalised communities.

Although there is no uniform EU definition of marginalised communities, my Sinn Féin colleague Martina Anderson from the Regional Development Committee ensured that the report acknowledged that people in cross-border, rural and isolated areas are often subject to marginalisation due to their geographical situation and should be better taken into consideration by the cohesion policy.

The report also acknowledges the needs of women, people with disabilities, migrants, Roma and Travellers, and highlights the importance of an integrated, grass-roots, community-led and inclusive approach to solving the problems faced by these communities.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because there still exist communities, such as the Roma, that experience exclusion and segregation within our society and we need to increase our efforts in helping them to integrate better. I agree that the cohesion policy, despite the recent cuts in public spending, is a very good way of improving the participation of the disadvantaged in our society.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione affronta l'attualissimo tema delle comunità emarginate e dei finanziamenti che esse ricevono attraverso i Fondi strutturali. La relazione è molto buona e, tra gli aspetti particolarmente meritevoli, si ricorda che i tagli di bilancio per i servizi pubblici compiuti in alcuni Stati membri in seguito alla crisi hanno avuto l'effetto di aumentare la disoccupazione, peggiorare la sicurezza sociale e, in generale, provocare il peggioramento di situazioni già difficili in termini di alloggi e sanità. La conseguenza è stata un aggravarsi della situazione per tutti i gruppi emarginati e in situazione di grave necessità. Ho votato convintamente a favore della relazione.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – This vote represents a great step towards a change in the way we perceive the use of EU structural funds. Too often, these were spent on infrastructure. Yet we see that if these resources are spent properly to counter the impact of the economic crisis, they can be powerful in their contribution to fight poverty, unemployment and social exclusion, especially at a time when austerity is affecting the most poor and vulnerable. This report rightly emphasises the need to strengthen the role of local authorities and communities to build life-long programmes, to engage with local communities, with appropriate Member State and Commission support. A lack of definition of marginalised communities under the EU Treaties often entails their exclusion from social cohesion policies, because they are not consulted in the process. As a consequence, Roma and traveller communities lose out when these policy tools target discrimination and material deprivation. That is why we urge the Commission to come up with a definition, as a starting point to better tackling social inequalities with EU social policy.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – L'emarginazione sociale è un fenomeno dilagante in tutti gli Stati dell'Unione; l'impovertimento della classe media, le politiche di *austerità*, i tagli al *welfare* e la difficoltà di integrare le minoranze etniche nelle nostre società sono tutti fattori che contribuiscono a creare comunità emarginate, un concetto introdotto per la prima volta nella politica di coesione dal regolamento FESR del 2013 con il chiaro obiettivo di favorirne l'inclusione sociale.

Nei prossimi anni la crescita e la ripresa economica difficilmente riusciranno a ridurre il divario sociale creato dagli effetti della crisi: per questo gli strumenti economici a disposizione dovranno colmare i bisogni di chi è lasciato ai margini della società. In tale scenario la politica regionale ha un ruolo importante per sostenere una reale coesione socioeconomica. Tuttavia mancano chiari orientamenti sulle azioni da mettere in campo. Mi auguro che la Commissione accolga le richieste avanzate dal Parlamento affinché siano definiti indicatori e strumenti per verificare l'impatto della politica di coesione sulle comunità emarginate e siano coinvolte nella fase ascendente della programmazione dei fondi per individuare e definire le azioni necessarie per ridurre il disagio e favorirne l'integrazione.

Questi i motivi per i quali ho votato a favore della relazione.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτως*. – Η πολιτική συνοχής είναι ένα από τα ισχυρότερα εργαλεία που διαθέτει η Ευρωπαϊκή Ένωση για την καταπολέμηση της ανισότητας και την υποστήριξη της εδαφικής και κοινωνικής συνοχής στις περιφέρειες της.

Σε όλες τις ευρωπαϊκές κοινωνίες υπάρχουν ομάδες και κοινότητες που αντιμετωπίζουν δομικό αποκλεισμό και διαχωρισμό από την πλειονότητα της κοινωνίας, και δεν έχουν πρόσβαση ούτε καν σε βασικές υποδομές και υπηρεσίες. Πέρα αυτού, πολύ συχνά πλήττονται δυσανάλογα από φτώχεια, ανεργία και προβλήματα υγείας.

Σημαντική έκθεση και σημαντικά ζητήματα τίθενται προς εξέταση.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτως*. – Η πολιτική συνοχής αποτελεί ένα ισχυρό εργαλείο της Ευρωπαϊκής Ένωσης για τη μείωση των ανισοτήτων εντός των περιφερειών της Ένωσης και την ενίσχυση της οικονομικής, κοινωνικής και εδαφικής συνοχής. Το εργαλείο αυτό αποδεικνύεται ιδιαίτερος χρήσιμο για τις περιθωριοποιημένες κοινότητες, δηλαδή για τις διάφορες ομάδες και μεμονωμένα άτομα που αποκλείονται κοινωνικά και εμποδίζονται συστηματικά από τη συμμετοχή σε κοινωνικές και πολιτικές διαδικασίες, όπως τα άτομα με αναπηρίες, τα άτομα που ζουν κάτω από τα όρια της φτώχειας ή που κινδυνεύουν από τη φτώχεια, οι μετανάστες, οι πρόσφυγες και άλλοι.

Η έκθεση καλεί την Επιτροπή να διευρύνει τις χρηματοδοτικές ευκαιρίες για τη στήριξη των περιθωριοποιημένων κοινοτήτων και να εξασφαλίσει τη συμμετοχή αυτών των ομάδων στη συνολική διαδικασία, ενώ ταυτόχρονα επισημαίνει τη σημασία της εφαρμογής της πολιτικής συνοχής για την αντιμετώπιση της φτώχειας και του αποκλεισμού των διάφορων περιθωριοποιημένων κοινοτήτων.

Ιδιαίτερη επισήμανση γίνεται στην έκθεση για το ρόλο που έπαιξαν οι καταστροφικές πολιτικές λιτότητας στην ενίσχυση της περιθωριοποίησης ορισμένων κοινωνικών ομάδων και γίνεται έκκληση να λαμβάνεται υπόψη η διάσταση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων κατά τον σχεδιασμό δράσεων που στηρίζονται από ταμεία συνοχής.

Για όλους αυτούς τους λόγους υπερψήφισα την έκθεση.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in esame. La politica di coesione è uno degli strumenti più forti che l'Unione europea ha a sua disposizione con cui combattere le disuguaglianze e sostenere la coesione territoriale e sociale nelle sue regioni. In tutte le società europee ci sono gruppi e comunità, come la comunità Rom, che affrontano l'emarginazione strutturale e la segregazione dalla maggior parte della società e non hanno accesso a infrastrutture e servizi pubblici, anche di base. Oltre a questo, sono molto spesso colpite dalla povertà, disoccupazione e da cattive condizioni sanitarie.

Le riduzioni della spesa pubblica, a causa della crisi, hanno portato ad un aggravamento dei problemi esistenti negli Stati membri, come la disoccupazione, l'assenza di sicurezza sociale, una situazione abitativa difficile e la mancanza di servizi sanitari pubblici. Di conseguenza, la crisi ha avuto un impatto negativo diretto sui membri delle comunità emarginate. Inoltre, molti comuni continuano ad affrontare forti vincoli di bilancio che impediscono loro di affrontare adeguatamente il problema dell'emarginazione nella società. Nonostante le differenze esistenti tra gli Stati membri e le specifiche circostanze a livello nazionale, l'obiettivo della coesione sociale richiede un ruolo europeo nelle politiche per l'inclusione delle comunità emarginate.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione dell'onorevole Terry Reintke riguardo all'integrazione delle comunità emarginate. La politica di coesione è uno degli strumenti più forti che l'UE ha a sua disposizione per combattere le disuguaglianze e sostenere la coesione territoriale e sociale nelle sue regioni. Pesanti riduzioni della spesa pubblica durante la crisi hanno portato, oltre ai problemi sociali per gli abitanti degli Stati stessi, anche problemi nella gestione di quelle che sono le comunità emarginate.

Penso che la coesione sociale sia un obiettivo basilare per l'UE e non si debba prescindere da questa. Importante è, per quanto possibile, dare importanza alla politica di coesione trovando meccanismi di valutazione della qualità e del controllo delle comunità emarginate. A mio parere c'è necessità di una transizione verso il controllo della qualità in modo che gli interventi portino a risultati a lungo termine e sostenibili.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – We abstained on this vote due to the sensitivity of the issue at hand. UKIP does not believe that the Commission should be creating overarching integrating schemes at all. But we also recognise that ostracising marginalised communities that come from disadvantaged backgrounds is also a negative thing. Therefore we decided to abstain.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – A política de coesão da UE visa reforçar a coesão económica, social e territorial, reduzindo as disparidades sociais e as situações de pobreza e exclusão, o que implica a prevenção da segregação e a promoção da igualdade de acesso e de oportunidades para todos os cidadãos, nomeadamente as comunidades mais marginalizadas.

Os efeitos da crise económica e as medidas de austeridade reduziram a disponibilidade dos municípios e das entidades que prestam tratamento e auxílio aos grupos mais marginalizados, podendo aumentar a sua exclusão quando vedada ou recusada a participação em processos sociais e políticos essenciais para a sua integração social.

Apoio o Relatório Reintke por considerar importante o uso dos Fundos da União para a inclusão destas comunidades, sendo as recomendações sugeridas uma oportunidade para promover e apoiar uma maior coesão das diferentes sociedades europeias.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – We abstained on this vote due to the sensitivity of the issue at hand. UKIP does not believe that the Commission should be creating overarching integrating schemes at all. But we also recognise that ostracising marginalised communities that come from disadvantaged backgrounds is also a negative thing. Therefore we decided to abstain.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Il concetto di comunità emarginate è stato introdotto nel regolamento sul FESR nel 2013, con l'obiettivo di combattere le conseguenze dell'emarginazione che colpiscono individui e comunità, come ad esempio le minoranze linguistiche e religiose, i migranti, i rifugiati, le persone con disabilità e gli anziani. Emarginazione in questo caso vuol dire che, sistematicamente, queste persone vengono escluse dai processi sociali e politici, oppure che non hanno accesso alle infrastrutture e ai servizi pubblici di base. Il compito della politica di coesione è proprio quello di intervenire sulle discriminazioni e cercare di cambiare la situazione, innanzitutto estendendo la possibilità di finanziamento anche ad azioni e progetti volte a sostenere le comunità emarginate, migliorando l'accesso ai servizi pubblici, mettendo in piedi strutture responsabili, trasparenti e democratiche e incoraggiando gli Stati membri a utilizzare il FSE per sostenere i progetti per l'apprendimento informale e permanente, nonché i progetti culturali e innovativi.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report. The cohesion policy of the EU seeks to address disparities experienced by marginalised communities. The report calls for attention to be given to children and women, and for measures to be implemented to address the disadvantages that specifically affect children and women. Member States are also encouraged to use the funds at their disposal in a way that effectively addresses the challenges of social inclusion, poverty and discrimination, including in a manner which is meaningful to the marginalised communities themselves.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Nella relazione si sottolinea come la crisi economica e i tagli al bilancio hanno peggiorato la condizione sociale, provocando difficili situazioni in termini di alloggi e sanità. Si evidenzia che il Fondo europeo di sviluppo regionale e il Fondo sociale europeo svolgono un ruolo specifico e importante, con almeno il 20% dell'FSE attribuito in ciascuno Stato membro all'obiettivo specifico della promozione dell'inclusione sociale e della lotta contro la povertà e tutte le forme di discriminazione, rappresentando così uno strumento cruciale nella promozione di una maggiore inclusione delle comunità emarginate.

La politica di coesione, si sottolinea, può e deve rappresentare un valore aggiunto all'opera già in corso negli Stati membri. Concentrandosi sul miglioramento delle opportunità occupazionali, sulla partecipazione alla società e sugli investimenti a favore delle competenze, soprattutto nelle regioni che ne hanno più bisogno, la politica di coesione dovrebbe idealmente portare, tra gli altri benefici, a una maggiore inclusione sociale e alla riduzione della povertà, fornendo agli Stati membri l'opportuna flessibilità per attuare un sostegno individualizzato in linea con le necessità locali e garantire che i finanziamenti siano utilizzati nelle zone dove la disoccupazione è maggiore e dove i finanziamenti sono più necessari. Per questi motivi voto a favore.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe puesto que contiene elementos positivos de cara a la aplicación efectiva, a través de la política de cohesión, del principio de no discriminación recogido en los Tratados. En este sentido, el texto solicita a la Comisión Europea que clarifique el concepto de comunidades marginadas; destaca que los recortes en los servicios públicos complican aún más la situación de los colectivos vulnerables; visibiliza el racismo existente y la discriminación institucional hacia comunidades como la romaní; reclama que los Estados miembros garanticen la participación también de las asociaciones que trabajan con las comunidades marginadas; denuncia la múltiple discriminación de las mujeres, las personas con discapacidad y los migrantes que se encuentran en las comunidades marginadas, entre otros colectivos. Por lo tanto, y a pesar de que el informe tiene un carácter exclusivamente propositivo, he votado a favor.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Fornire quanto prima una definizione precisa e, quanto più, esaustiva di «comunità marginalizzate» e promuovere un processo di tutela e integrazione, volto a favorire il loro inserimento nel tessuto sociale europeo. A livello europeo non esiste una definizione omnicomprensiva di «comunità marginalizzata». Il primo passo da compiere, quindi, è comprendere il fenomeno dell'emarginazione analizzandone i connotati specifici. È opportuno esaminare le situazioni e le esigenze tipiche e specifiche delle differenti realtà e valutare le condizioni di vita e di lavoro, l'accesso ai sistemi di istruzione e di assistenza sanitaria, il livello di occupazione, l'abbandono scolastico.

In questo scenario compito dell'Europa è fissare un set di indicatori comuni che permettano di ricostruire il concetto di «comunità marginalizzata» in modo uniforme e condiviso. La politica di coesione diventa così volano di sviluppo sostenendo l'inclusione economica, sociale e territoriale delle minoranze. Il passo successivo è l'estensione di queste misure a tutte le minoranze che oggi ne sono escluse, affinché possa essere implementato il processo di abbattimento dei confini morali e materiali. Per fare ciò, occorre una strategia condivisa che parta dall'elaborazione comune del concetto di «comunità marginalizzata» per giungere a misure che riducano le distanze delle diversità in nome di un'uguaglianza, formale e sostanziale.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A kohéziós politika az EU egyik legerősebb eszköze a régiókon belüli területiális és szociális összetartás megerősítésére és az egyenlőtlenségek leküzdésére. Különösen fontos a kohéziós politika a kelet- és közép-európai tagállamok számára. A társadalom szélén élő csoportok sorsát még jobban nehezíti a szegénység és a munkanélküliség. A gazdasági válság következtében bevezetett megszorítások tovább fokozzák a társadalom és csoportjainak nehézségeit. A társadalom peremére szorult közösségek helyzetének kezelése a tagállamok felelősségébe tartozik, de ennek ellenére fontos szerepet kell, hogy játsszon ezen a területen az EU is. Az EU által kínált lehetőségeket viszont a tagállamokban a lehető legjobban kell kihasználni, hogy az arra rászoruló régiókhoz, diszkriminációmentesen, ténylegesen is eljussanak a támogatások. A parlamenti jelentést szavazatommal támogattam.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Zdaję sobie sprawę z tego, że marginalizacja pewnych grup społecznych jest problemem złożonym, niejednokrotnie wynikającym z innych czynników niż dyskryminacja. Niezależnie od przyczyn występowania nie można bagatelizować tego zjawiska. Zachowanie status quo, tj. pozostawienie kwestii społeczności marginalizowanych polityce lokalnej bez dodatkowego wsparcia finansowego jest rozwiązaniem krótkowzrocznym, prowadzącym jedynie do pogłębienia problemu. Należy pamiętać, że zgodnie z badaniami kryminologicznymi takie czyniki jak wykluczenie mieszkaniowe, edukacyjne, bezrobocie oraz ubóstwo stwarzają korzystne warunki do demoralizacji i występowania zachowań patologicznych, i często skutkują wysokim wskaźnikiem przestępczości wśród osób poddanych wspomnianym faktorom. Próba pomocy, a przede wszystkim edukacji osób ze społeczności marginalizowanych

przyniesie obopólne korzyści, zarówno dla tychże osób, jak i całego społeczeństwa. Jestem świadomy, że osoby należące do grup dotkniętych problemem marginalizacji niejednokrotnie nie są chętne poddania się próbom ich aktywizacji na rynku pracy i zmieniania przyzwyczajeń do życia z świadczeń socjalnych. Nie powinien być to jednak argument za tym, aby takim osobom nie spróbować pomóc normalnie funkcjonować w społeczeństwie. Szczególnie istotnym dla mnie punktem rezolucji jest postulat powiązania krajowych strategii ograniczania ubóstwa z polityką spójności, który powinien zaowocować wspólną strategią na poziomie unijnym ograniczania ubóstwa, bezrobocia, wykluczenia młodzieży, dzieci i osób niepełnosprawnych, nie tylko wśród grup marginalizowanych, ale w obrębie całego społeczeństwa.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This own-initiative report focuses on putting forward suggestions in order to help address the needs of marginalised communities within cohesion policy. One such suggestion is to specifically define the concept of ‘marginalised communities’ so that EU citizens falling within this category can benefit from the European Structural and Investment Funds embedded within EU cohesion policy. Marginalised communities face challenges which arise from this reality and for this reason I voted in favour of this own-initiative report.

Rosa D’Amato (EFDD), *per iscritto*. – In qualità di relatrice ombra di questa relazione e avendo potuto attivamente contribuire al suo sviluppo, il mio voto non può che essere stato positivo. Tra le cose che mi hanno particolarmente soddisfatta vi è l’analisi del fenomeno dell’emarginazione. L’emarginazione va accertata analizzando una serie di indicatori quali l’esclusione sociale, l’elevata disoccupazione, un basso livello di istruzione, condizioni abitative disagiate, un elevato livello di discriminazione, un’esposizione eccessiva a rischi per la salute o la mancanza di accesso all’assistenza sanitaria.

I tragici eventi di queste ultime settimane non fanno che confermare l’importanza di misure atte a ridurre quelle disuguaglianze e quelle condizioni di isolamento culturale, sociale, economico che in molti casi sono uno dei fattori predisponenti della radicalizzazione e della criminalità. La politica di coesione, in tal senso, assume un’importanza fondamentale. Non possiamo permetterci, come da noi più volte sottolineato, che, proprio laddove le misure di austerità hanno maggiormente colpito, i fondi della politica di coesione non siano utilizzati o lo siano con progetti di dubbia utilità. La quantità e la qualità dei progetti e la reale applicazione del principio di partenariato contano, adesso più che mai, se non vogliamo che gli obiettivi di coesione diventino solo dichiarazioni di intenti vuote e prive di qualsiasi effetto pratico per le nostre regioni.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Țin să subliniez rolul important pe care activitatea de întreprinzător social, cooperativele, casele de ajutor reciproc și întreprinderile alternative îl pot juca în capacitarea femeilor din comunitățile marginalizate și consider că fondurile de coeziune, îndeosebi Fondul Social European, trebuie să sprijine investițiile în acest domeniu cu o puternică perspectivă de gen.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d’initiative propose une série de mesures visant à soutenir les communautés marginalisées grâce à la mobilisation de l’instrument de cohésion social. Chaque société européenne comporte en son sein des groupes et des communautés, victimes d’exclusion et de ségrégation structurelles et qui n’ont pas accès aux infrastructures et services publics les plus basiques.

La politique de cohésion est l’un des principaux instruments de l’Union pour lutter contre ces inégalités et soutenir la cohésion territoriale et sociale dans ses régions. Souscrivant à ces objectifs, j’ai voté en faveur du rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J’ai voté en faveur de ce rapport sur la politique de cohésion et les communautés marginalisées. La politique de cohésion est effectivement l’un des instruments de l’Union permettant de lutter, en parallèle des politiques nationales, de manière pertinente contre les inégalités et la marginalisation de certaines communautés.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – La politica di coesione è uno degli strumenti più forti che l’Unione europea ha a sua disposizione per combattere le disuguaglianze. In tutte le società europee vi sono gruppi e comunità che non hanno accesso alle infrastrutture e ai servizi pubblici di base e sono molto spesso colpiti dalla povertà, dalla disoccupazione e da cattive condizioni di salute. Pesanti riduzioni della spesa pubblica durante la crisi hanno portato a un aggravamento dei problemi esistenti negli Stati membri, incidendo negativamente e in maniera diretta sui membri delle comunità emarginate. Ho votato a favore di questa relazione poiché ritengo che, nonostante le specifiche circostanze, esigenze e soluzioni nazionali varino notevolmente in tutta Europa. Inoltre, l’obiettivo della coesione sociale richiede un ruolo europeo nelle politiche per l’inclusione delle comunità emarginate, nonché un approccio integrato al fine di rispondere a tutte le diverse forme di discriminazione.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Jelenleg nincsen uniós szintű fogalom meghatározás a marginalizálódott közösségekre, ezért erről a tagállamoknak kell dönteniük nemzeti mutatóik segítségével. Vannak olyan mutatók, melyek szoros kapcsolatban állnak a marginalizálódással, például hosszú távú magas munkanélküliség, az iskolázottság alacsony szintje, rendkívül rossz lakhatási körülmények, egészségügyi ellátáshoz való hozzáférés hiánya és/vagy a túlzott egészségi kockázatnak való kitettség. A válság közvetlen negatív hatással volt a marginalizálódott közösségekre, tovább növelte a szegénységet és a társadalmi kirekesztést. A kohéziós politika fontos szerepet játszik a marginalizálódott közösségek gazdasági, társadalmi és területi integrációjának támogatásában.

A jelentés több olyan gondolatot felvet, melyek hasznosak a marginalizálódott csoportok integrációja szempontjából. Kiemeli, hogy az oktatás és a foglalkoztatás a szegénység legjobb ellenszere, ezért ösztönözni kell az iskolarendszeren kívüli valamint az egész életen át tartó tanulással kapcsolatos projekteket. Továbbá a jelentés hangsúlyozza az integrált lakhatási, oktatási és foglalkoztatási beavatkozások fontosságát, a közszolgáltatásokhoz való hozzáférés javításának szükségességét. A jelentést a plenáris szavazás során szavazatommal támogattam.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Jelenleg nincsen uniós szintű fogalom meghatározás a marginalizálódott közösségekre, ezért erről a tagállamoknak kell dönteniük nemzeti mutatóik segítségével. Vannak olyan mutatók, melyek szoros kapcsolatban állnak a marginalizálódással, például a hosszú távú magas munkanélküliség, az iskolázottság alacsony szintje, a rendkívül rossz lakhatási körülmények, az egészségügyi ellátáshoz való hozzáférés hiánya és/vagy a túlzott egészségi kockázatnak való kitettség. A válság közvetlen negatív hatással volt a marginalizálódott közösségekre, tovább növelte a szegénységet és a társadalmi kirekesztést. A kohéziós politika fontos szerepet játszik a marginalizálódott közösségek gazdasági, társadalmi és területi integrációjának támogatásában.

A jelentés több olyan gondolatot felvet, melyek hasznosak a marginalizálódott csoportok integrációja szempontjából. Kiemeli, hogy az oktatás és a foglalkoztatás a szegénység legjobb ellenszere, ezért ösztönözni kell az iskolarendszeren kívüli valamint az egész életen át tartó tanulással kapcsolatos projekteket. Továbbá a jelentés hangsúlyozza az integrált lakhatási, oktatási és foglalkoztatási beavatkozások fontosságát, a közszolgáltatásokhoz való hozzáférés javításának szükségességét. A jelentést a plenáris szavazás során szavazatommal támogattam.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur les communautés marginalisées prétend améliorer l'utilisation des fonds européens, dans le cadre de la politique de cohésion, en favorisant l'inclusion sociale des communautés marginalisées.

En privilégiant les Roms et les migrants, mais aussi en voulant décerner un prix aux pays dociles et laxistes en matière d'immigration, ce rapport est totalement déconnecté de la réalité et des inquiétudes des peuples d'Europe. Les problèmes de sécurité et de salubrité que pose l'installation constante et immodérée d'immigrés clandestins sont suffisamment importants pour que l'Union européenne n'ait pas à dépenser davantage afin de leur faire miroiter un processus d'intégration qui n'aboutira jamais.

Opposée à la subvention de l'immigration massive et à la fuite de la dépense publique, j'ai donc voté contre ce rapport.

Ian Duncan (ECR), *in writing*. – Although I can support some positive elements of this report, such as the call for more detailed information on ESIF take-up (para 5), the horizontal principles of quality and non-discrimination (para 8) and support for training and SMEs (para 46), I reject the call for Commission guidance on an EU-wide definition of marginalised communities and the suggestion that it is the EU's responsibility to tackle social disparities, poverty and exclusion in Member States. Social, health, employment, education and housing and planning policies are areas of Member State competence and should remain so.

I would also contest the suggestion in this report that measures to tackle Member State economic deficits have had a purely negative impact on marginalised communities and fiscally-responsible measures to reduce public spending following the economic crisis led to higher unemployment, a lack of social security and housing and health problems.

An explanation of vote will be provided and roll call, separate votes used to highlight aspects of the report that the UK delegation can support.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Не мога да подкрепя и никога не съм подкрепял политики, базирани на презумпцията за даване на привилегии. Този доклад призовава точно за това – дайте още на маргиналите. И какъв е ефектът – никакъв. Практически се доказва за толкова години. Политика на сближаване няма да има, докато непрекъснато се повтаря: виновни са расизмът, ксенофобията, сексизмът. Това са мантри и заклинания. Защо никога не казва, че самите маргинални общности масово се съпротивляват и настояват да получават щедри суми, но да живеят, както си знаят.

Кога ще признаем, че този модел на интеграция е невъзможен? Кога ще признаем, че това, което ни пробутваха толкова години, се провали? Призовавам ви да спрем с това лицемерие. Изливането на стотици милиони в нищо неносещи програми не промени нищо. Тази политика на търпимост и примиренчество е несъстоятелна.

Не подкрепям подобни политики, които стимулират социалния паразитизъм. Този доклад точно това предлага. Не, благодаря.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Η παρούσα έκθεση υποστηρίζει την συμμετοχή των γυναικών που ανήκουν σε εθνικές μειονότητες, μετανάστριες, πρόσφυγες, κυρίως ρομά κλπ, σε όλα τα χρηματοδοτούμενα από την ΕΕ προγράμματα, πρωτοβουλίες και δράσεις· τονίζει ότι χρειάζεται να ενισχυθούν τα περιφερειακά, εθνικά και ευρωπαϊκά δίκτυα γυναικών σε περιθωριοποιημένες κοινότητες, και υποστηρίζει την πρόσβασή τους σε ηγετικές θέσεις. Με βάση τα παραπάνω καταψηφίζουμε στο σύνολο την έκθεση καθώς ισοπεδώνονται τα δικαιώματα και οι αξίες των ευρωπαίων πολιτών σε σχέση με μειονότητες και με μετανάστες, οι οποίοι ασπάζονται διαφορετικές κουλτούρες.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – Jelenleg nincsen uniós szintű foglalkoztatás a marginalizálódott közösségekre, ezért erről a tagállamoknak kell dönteniük nemzeti mutatóik segítségével. Vannak olyan mutatók, melyek szoros kapcsolatban állnak a marginalizálódással, például a hosszú távú magas munkanélküliség, az iskolázottság alacsony szintje, a rendkívül rossz lakhatási körülmények, az egészségügyi ellátáshoz való hozzáférés hiánya és/vagy a túlzott egészségi kockázatnak való kitettség. A válság közvetlen negatív hatással volt a marginalizálódott közösségekre, tovább növelte a szegénységet és a társadalmi kirekesztést. A kohéziós politika fontos szerepet játszik a marginalizálódott közösségek gazdasági, társadalmi és területi integrációjának támogatásában.

A jelentés több olyan gondolatot felvet, melyek hasznosak a marginalizálódott csoportok integrációja szempontjából. Kiemeli, hogy az oktatás és a foglalkoztatás a szegénység legjobb ellenszere, ezért ösztönözni kell az iskolarendszeren kívüli valamint az egész életen át tartó tanulókkal kapcsolatos projekteket. Továbbá a jelentés hangsúlyozza az integrált lakhatási, oktatási és foglalkoztatási beavatkozások fontosságát, a közszolgáltatásokhoz való hozzáférés javításának szükségességét. A jelentést a plenáris szavazás során szavazatommal támogattam.

Bill Etheridge (EFDD), in writing. – We abstained on this vote due to the sensitivity of the issue at hand. UKIP does not believe that the Commission should be creating overarching integrating schemes at all. But we also recognise that ostracising marginalised communities that come from disadvantaged backgrounds is also a negative thing. Therefore we decided to abstain.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – A utilização de fundos da UE para a inclusão das comunidades marginalizadas pode tornar-se uma grande oportunidade para promover e apoiar uma maior coesão das sociedades europeias.

A política de coesão é um dos mais sólidos instrumentos que a União Europeia tem à sua disposição para lutar contra as desigualdades e apoiar a coesão territorial e social nas suas regiões. Em todas as sociedades europeias existem grupos e comunidades que enfrentam a exclusão e a segregação estruturais da maioria da sociedade e não têm sequer acesso às infraestruturas e aos serviços públicos básicos.

No entanto, em muitos casos, as comunidades marginalizadas não beneficiam da política de coesão europeia e não são incluídas nas estruturas de tomada de decisão nem nos processos de execução e acompanhamento dos projetos.

Votei favoravelmente.

Jonás Fernández (S&D), *por escrito*. – El marco legislativo de la política de cohesión garantiza oportunidades de financiación a las comunidades marginadas en las áreas urbanas y rurales. El periodo de programación 2014-2020 apuesta por la implementación del desarrollo local participativo y de las inversiones territoriales integradas (ITI) dirigidas a las comunidades marginadas.

Con nuestro voto a favor del informe, los socialistas pedimos a la Comisión Europea que adopte una definición de «comunidades marginadas», que aún no existe, con el objetivo de permitir a estos ciudadanos de la UE beneficiarse aún más de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos.

El voto en contra del apartado 11 del informe se debe a que dicho texto asume, a través de un enfoque erróneo y generalizado, que la UE no posee estructuras para la lucha contra la corrupción y el uso fraudulento de fondos (y las existentes no son responsables, transparentes y democráticas), así como que las comunidades marginadas están excluidas de los fondos de la UE, lo cual es una suposición equivocada. Los socialistas siempre hemos defendido la máxima transparencia en las estructuras de gestión de fondos ya existentes y que las comunidades marginadas continúen beneficiándose de la política de cohesión.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette délibération parce qu'elle n'impose pas aux populations concernées de s'intégrer à notre mode de vie.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – Come legislatori abbiamo il dovere di tenere gli occhi ben aperti di fronte alle situazioni di povertà e discriminazione che riducono alcune comunità della nostra società all'emarginazione. Una situazione che contrasta con il fondamentale principio della dignità umana, caposaldo della Carta dei diritti fondamentali dell'Unione europea, che siamo chiamati a rispettare e garantire.

Le politiche di *austerità* di questi anni hanno addirittura peggiorato la situazione in molti paesi dell'Unione. L'Unione europea ha il dovere di cambiare rotta e di utilizzare tutte le risorse a sua disposizione, a partire dalle politiche di coesione, per contrastare povertà ed emarginazione. In tale contesto si inserisce la necessità di istituire, a livello europeo, ovvero in ogni Stato dell'Unione, un reddito minimo di cittadinanza, che restituisca dignità e decoro alla vita di ogni cittadino senza lavoro e privo dei mezzi minimi di sostentamento.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório defende uma maior utilização dos fundos de coesão da UE para o apoio a comunidades marginalizadas. Esse apoio seria facultado através da promoção e do desenvolvimento de serviços públicos de saúde, educação e segurança social, da promoção da empregabilidade, da inclusão cultural, da igualdade de géneros e da participação destas comunidades na definição das políticas que as afetam (inclusão política, participação e estabelecimento de parcerias com organizações representativas).

Apoiamos, em geral, o relatório e os seus objetivos, pese embora algumas insuficiências e limitações. A grande questão – que o relatório não destaca – é a exiguidade do orçamento da UE no que à coesão diz respeito, a par da dinâmica de divergência que a natureza capitalista do processo de integração gera e impulsiona.

Há mais de duas décadas, o então presidente da Comissão Europeia, Jacques Delors, afirmava que, para cumprir efetivamente o princípio da coesão, o orçamento comunitário teria de, pelo menos, duplicar. De então para cá, deram-se sucessivos alargamentos (a países com níveis de desenvolvimento abaixo da média da UE), ao mesmo tempo que o orçamento foi sempre encolhendo. Sem ovos, não há omeletes. Assim, a coesão não será mais do que letra morta nos tratados. E em relatórios bem intencionados, como este.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Considerando la seguente relazione della collega Reintke, reputo necessaria una politica di coesione e di integrazione delle comunità emarginate. Tuttavia, la proposta comprende meccanismi di attuazione dei programmi con potenziali costi connessi a livello europeo, nonché un'applicazione obbligatoria del principio di partenariato da parte degli Stati membri, ragioni per le quali ho espresso il mio voto negativo.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Politika súdržnosti je významný nástroj a musí zohrávať v Európskej únii dôležitú úlohu. Hlavnú zodpovednosť za situáciu marginalizovaných komunit, ktoré čelia vo väčšinovej spoločnosti častokrát vylúčeniu a segregácii, nesú členské štáty. Napriek tomu som presvedčená, že cieľ sociálnej súdržnosti si vyžaduje celoeurópsky prístup k politike zameranej na začleňovanie marginalizovaných komunit. Ide najmä o integrovaný prístup k riešeniu diferencovaných foriem diskriminácie, ktorému tieto komunity čelia. Musia byť zahrnuté do rozhodovacích štruktúr ako aj do procesu vykonávania a monitorovania projektov. Nato má zásadný vplyv riadne vykonávanie kódexu správania pre partnerstvo.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Questa relazione dal titolo nobile è finita ovviamente per diventare l'ennesima relazione politicizzata che si concentra in maniera ossessiva a favore dei Rom.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφικώς*. – Η παρούσα έκθεση υποστηρίζει την συμμετοχή των γυναικών που ανήκουν σε εθνικές μειονότητες, μετανάστριες, πρόσφυγες, κυρίως ρομά κλπ, σε όλα τα χρηματοδοτούμενα από την ΕΕ προγράμματα, πρωτοβουλίες και δράσεις· τονίζει ότι χρειάζεται να ενισχυθούν τα περιφερειακά, εθνικά και ευρωπαϊκά δίκτυα γυναικών σε περιθωριοποιημένες κοινότητες, και υποστηρίζει την πρόσβασή τους σε ηγετικές θέσεις. Με βάση τα παραπάνω καταψηφίζω στο σύνολο την έκθεση καθώς ισοπεδώνονται τα δικαιώματα και οι αξίες των ευρωπαίων πολιτών σε σχέση με μειονότητες και με μετανάστες οι οποίοι ασπάζονται διαφορετικές κουλτούρες.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Cohesion policy is a way of bringing regions closer to the Union and to ensure solidarity between Member States. Its implementation must tackle the crucial challenge of poverty and exclusion of young people and children, adults and people with disabilities.

I believe that, in order to reduce disparities in the EU, we absolutely have to call for a European role in policies for the inclusion of marginalised communities. The Commission must come up with a definition of marginalised communities in order to allow all these EU citizens to benefit from the European Structural and Investment Funds embedded in the EU cohesion policy.

I would like to express my strong support to the reference, in the text, to the need to fight 'anti-Gypsyism', as the Roma people are one of the most socially excluded communities.

The Commission should provide detailed information about the take-up of funding opportunities for marginalised communities and develop an analysis that allows the drawing of appropriate conclusions and the identification of obstacles that might prevent further take-up.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Jelenleg nincsen uniós szintű fogalommeghatározás a marginalizálódott közösségekre, ezért erről a tagállamoknak kell döntenie nemzeti mutatóik segítségével. Vannak olyan mutatók, melyek szoros kapcsolatban állnak a marginalizálódással, például a hosszú távú magas munkanélküliség, az iskolázottság alacsony szintje, a rendkívül rossz lakhatási körülmények, az egészségügyi ellátáshoz való hozzáférés hiánya és/vagy a túlzott egészségi kockázatnak való kitettség. A válság közvetlen negatív hatással volt a marginalizálódott közösségekre, tovább növelte a szegénységet és a társadalmi kirekesztést. A kohéziós politika fontos szerepet játszik a marginalizálódott közösségek gazdasági, társadalmi és területi integrációjának támogatásában.

A jelentés több olyan gondolatot felvet, melyek hasznosak a marginalizálódott csoportok integrációja szempontjából. Kiemeli, hogy az oktatás és a foglalkoztatás a szegénység legjobb ellenszere, ezért ösztönözni kell az iskolarendszeren kívüli valamint az egész életen át tartó tanulással kapcsolatos projekteket. Továbbá a jelentés hangsúlyozza az integrált lakhatási, oktatási és foglalkoztatási beavatkozások fontosságát, a közszolgáltatásokhoz való hozzáférés javításának szükségességét. A jelentést a plenáris szavazás során szavazatommal támogattam.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A kohéziós politika az Európai Unió egyik leghatékonyabb eszköze az egyenlőtlenségek elleni küzdelemben, valamint a területi és társadalmi kohéziós támogatásában a különböző régióban. Valamennyi európai társadalomban léteznek olyan csoportok és közösségek, amelyek strukturális kirekesztésben és a többségi társadalomtól való szegregációban élnek és nem férnek hozzá még az alapvető állami infrastruktúrákhoz és közszolgáltatásokhoz sem. Emellett sok esetben jellemző rájuk az aránytalan szegénység, a munkanélküliség és a rossz egészségi állapot. A kohéziós politika igen hatásos szerepet játszhat a fenti körülmények megváltoztatásában.

Véleményem szerint a fentiekből egyértelműen kiderül, hogy szükség van minőségi értékelési és felügyeleti mechanizmusokra. A minőségi felügyelet felé történő elmozdulásra van szükség annak érdekében, hogy a beavatkozások hosszú távú és fenntartható eredményeket hozzanak.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de Resolución convencido de que la política de cohesión constituye uno de los instrumentos más eficaces que la Unión Europea tiene a su disposición para combatir la desigualdad y fomentar la cohesión territorial y social en sus regiones, con especial atención a los grupos y comunidades que sufren exclusión estructural. No hay duda de que la política de cohesión puede ser un elemento esencial para cambiar esta realidad.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – El marco legislativo de la política de cohesión garantiza oportunidades de financiación a las comunidades marginadas en las áreas urbanas y rurales. El periodo de programación 2014-2020 apuesta por la implementación del desarrollo local participativo y de las inversiones territoriales integradas (ITI) dirigidas a las comunidades marginadas.

Con nuestro voto a favor del informe, los socialistas pedimos a la Comisión Europea que adopte una definición de «comunidades marginadas», que aún no existe, con el objetivo de permitir a estos ciudadanos de la UE beneficiarse aún más de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos.

El voto en contra del apartado 11 del informe se debe a que dicho texto asume, a través de un enfoque erróneo y generalizado, que la UE no posee estructuras para la lucha contra la corrupción y el uso fraudulento de fondos (y las existentes no son responsables, transparentes y democráticas), así como que las comunidades marginadas están excluidas de los fondos de la UE, lo cual es una suposición equivocada. Los socialistas siempre hemos defendido la máxima transparencia en las estructuras de gestión de fondos ya existentes y que las comunidades marginadas continúen beneficiándose de la política de cohesión.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – El marco legislativo de la política de cohesión garantiza oportunidades de financiación a las comunidades marginadas en las áreas urbanas y rurales. El periodo de programación 2014-2020 apuesta por la implementación del desarrollo local participativo y de las inversiones territoriales integradas (ITI) dirigidas a las comunidades marginadas.

Con nuestro voto a favor del informe, los socialistas pedimos a la Comisión Europea que adopte una definición de «comunidades marginadas», que aún no existe, con el objetivo de permitir a estos ciudadanos de la UE beneficiarse aún más de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos.

El voto en contra del apartado 11 del informe se debe a que dicho texto asume, a través de un enfoque erróneo y generalizado, que la UE no posee estructuras para la lucha contra la corrupción y el uso fraudulento de fondos (y las existentes no son responsables, transparentes y democráticas), así como que las comunidades marginadas están excluidas de los fondos de la UE, lo cual es una suposición equivocada. Los socialistas siempre hemos defendido la máxima transparencia en las estructuras de gestión de fondos ya existentes y que las comunidades marginadas continúen beneficiándose de la política de cohesión.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo sulla politica di coesione e le comunità marginalizzate perché ho condiviso la richiesta alla Commissione di una definizione precisa e condivisa, che consentisse nella prossima programmazione di inserire delle misure dedicate favorendo nel contempo la chiarezza del campo di applicazione e una razionalizzazione delle misure, tenendo conto anche di quelle già previste dall'FSE.

Di fatto nel quadro legislativo per i Fondi strutturali e di investimento sono già previste delle novità. Esse includono per esempio il fondo per contrastare l'esclusione sociale e favorire la riduzione della povertà, cui gli Stati membri devono riservare almeno il 20% dell'intero ammontare dell'FSE. Secondo dati della Commissione, gli Stati membri hanno già allocato il 25,6% dell'intero ammontare dell'FSE (pari a 21 miliardi di EUR) in favore di misure per contrastare l'esclusione sociale, incluse le misure in favore delle comunità Rom.

La promozione dell'inclusione sociale e la lotta contro la povertà e ogni discriminazione sono uno degli undici obiettivi tematici del FEIS. Secondo questo obiettivo, le comunità marginalizzate possono ricevere supporto attraverso un investimento prioritario dedicato. Pertanto, gli Stati devono fare di più rispetto a quanto già programmato (1,5 miliardi di EUR) sotto questa priorità.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute gegen den nichtlegislativen Initiativbericht zum Thema Kohäsionspolitik und gesellschaftliche Randgruppen gestimmt, da ein solches Dokument keinen Sinn ergibt, wenn es knapp ein Jahr nach Festlegung aller langjährigen Finanzpläne der EU erscheint. Zudem setzt der Bericht in vielen Punkten falsche Akzente: Die EU kann und darf nicht alles zu lösen versuchen, indem sie mehr und mehr Macht an sich zieht. Viele Probleme – gerade in der Kohäsionspolitik – verlangen nach angepassten Regelungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Das ist Subsidiarität.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Die Kohäsionspolitik ist eines der wichtigsten europäischen Instrumente, um soziale Ungleichheiten in verschiedenen Regionen Europas zu verringern. Das Problem der sozialen Ausgrenzung hat im Zuge der Wirtschaftskrise zugenommen. Es ist unzumutbar, dass einzelne Bevölkerungsgruppen nach wie vor keinen ausreichenden Zugang zur bestehenden Infrastruktur und sanitären Einrichtungen haben. Deshalb begrüße ich es, dass man sich mit diesem Bericht für einen stärkeren sozialen Zusammenhalt einsetzt.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – Together with my EPLP colleagues I voted in favour of this report as I believe that the EU cohesion policy can be a powerful tool in addressing problems that marginalised communities face, such as unemployment, difficult housing conditions, low access to public services, notably health services, multiple forms of discrimination and social, cultural and economic exclusion and similar issues. I particularly welcome the report's call for more and genuine involvement of representatives of marginalised communities in the development, implementation and management of EU funds and projects in this field, as I strongly believe that programmes and policies are most effective when those concerned are actually involved in the decision-making and management processes.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – Cohesion policy is one of the strongest EU instruments to fight inequality and support economic, social and territorial cohesion in its regions. I supported today this report that sets up recommendations on how to use EU structural funds for a better inclusion of marginalised communities in view of the future cohesion policy programming period, while taking into account the specific national and regional needs and solutions that vary across Europe.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perchè l'obiettivo fondamentale della politica di coesione è quello di eliminare gli ostacoli per garantire a tutte le regioni e territori d'Europa di crescere e svilupparsi. Allo stesso modo la coesione territoriale non può prescindere dalla coesione sociale. I fondi strutturali devono calarsi a pieno nei contesti in cui agiscono per abbattere le disuguaglianze. Fondamentale è il coinvolgimento di tutte le parti nella definizione degli obiettivi della programmazione.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Ce rapport illustre une dérive constante de la politique de cohésion de l'Union européenne. Conçue au départ pour améliorer la cohésion économique, sociale et territoriale au sein de l'Union, la politique de cohésion tend à détourner de leurs buts le Fonds européen de développement régional (FEDER) et le Fonds social européen (FSE).

On puise de plus en plus dans ces fonds pour subvenir aux besoins de communautés dites marginalisées sans que toutes correspondent réellement à cette définition. En effet, par communautés marginalisés, le rapporteur évoque principalement les Roms et les migrants.

Il s'agit donc une fois de plus de dépenser de l'argent public, sans demander de réciprocité auprès des populations aidées. L'assimilation et le respect des lois ne font pas partie des priorités de l'Union européenne vis-à-vis des Roms comme des migrants.

Au final, ce qui est le plus déplorable dans ce rapport, c'est que les communautés réellement marginalisées, telles que les handicapés, les sans-abris ou les chômeurs sont victimes de la priorité accordée par l'Union européenne et les États membres aux Roms et aux migrants.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe orientado a aumentar la protección social de las minorías en Europa porque entendemos que son positivas todas las políticas destinadas a aumentar la cohesión social, reconociendo la propia existencia de las minorías y poniendo en marcha medidas para mejorar las condiciones de vida de los millones de personas que, en la actualidad, viven en riesgo de exclusión social.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Together with my EPLP colleagues, I voted in favour of this report as I believe that the EU cohesion policy can be a powerful tool in addressing problems that marginalised communities face, such as unemployment, difficult housing conditions, low access to public services, notably health services, multiple forms of discrimination and social, cultural and economic exclusion. I particularly welcome the report's call for more and genuine involvement of representatives of marginalised communities in the development, implementation and management of EU funds and projects in this field, as I strongly believe that programmes and policies are most effective when those concerned are actually involved in the decision-making and management processes.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – El marco legislativo de la política de cohesión garantiza oportunidades de financiación a las comunidades marginadas en las áreas urbanas y rurales. El periodo de programación 2014-2020 apuesta por la implementación del desarrollo local participativo y de las inversiones territoriales integradas (ITI) dirigidas a las comunidades marginadas.

Con nuestro voto a favor del informe, los socialistas pedimos a la Comisión Europea que adopte una definición de «comunidades marginadas», que aún no existe, con el objetivo de permitir a estos ciudadanos de la UE beneficiarse aún más de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos.

El voto en contra del apartado 11 del informe se debe a que dicho texto asume, a través de un enfoque erróneo y generalizado, que la UE no posee estructuras para la lucha contra la corrupción y el uso fraudulento de fondos (y las existentes no son responsables, transparentes y democráticas), así como que las comunidades marginadas están excluidas de los fondos de la UE, lo cual es una suposición equivocada. Los socialistas siempre hemos defendido la máxima transparencia en las estructuras de gestión de fondos ya existentes y que las comunidades marginadas continúen beneficiándose de la política de cohesión.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – La politique de cohésion est cruciale en matière d'intégration sociale, c'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative qui rend compte de mes préoccupations face au déficit d'intégration de communautés vivant en marge de la société. Cela permet de rappeler que les défis essentiels de cette politique de cohésion sont en particulier de combattre la pauvreté et l'exclusion des jeunes, des adultes et des personnes handicapées. C'est dans cette perspective que nous demandons à la Commission européenne de prendre des mesures permettant de faciliter l'inclusion des communautés marginalisées lors de l'élaboration, la mise en œuvre et l'évaluation des projets en tant qu'instrument d'émancipation des communautés concernées.

Nous insistons également sur l'importance d'une mise en œuvre de programmes de rénovation et de réhabilitation urbaine pour les quartiers défavorisés. En outre, nous demandons aux États membres d'élaborer une stratégie de prévention des maladies auprès des communautés marginalisées. Enfin, j'ai soutenu l'inclusion dans ce rapport de la discrimination anti-rom comme élément d'un processus d'exclusion systématique, les Roms demeurant l'un des groupes les plus marginalisés en Europe.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for the report on cohesion policy and marginalised communities because the economic crisis has increased poverty and social exclusion in the regions and we should combat that with cohesion policy which is aimed at enhancing economic, social and territorial cohesion, reducing social disparities, including the reduction and eradication of poverty and exclusion, which calls for the prevention of segregation and for the promotion of equal access and opportunities for all citizens, including the most marginalised communities as well as groups and individuals of all ages facing poverty and social exclusion and lacking access to education, employment, housing and healthcare systems.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – El marco legislativo de la política de cohesión garantiza oportunidades de financiación a las comunidades marginadas en las áreas urbanas y rurales. El periodo de programación 2014-2020 apuesta por la implementación del desarrollo local participativo y de las inversiones territoriales integradas (ITI) dirigidas a las comunidades marginadas.

Con nuestro voto a favor del informe, los socialistas pedimos a la Comisión Europea que adopte una definición de «comunidades marginadas», que aún no existe, con el objetivo de permitir a estos ciudadanos de la UE beneficiarse aún más de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos.

El voto en contra del apartado 11 del informe se debe a que dicho texto asume, a través de un enfoque erróneo y generalizado, que la UE no posee estructuras para la lucha contra la corrupción y el uso fraudulento de fondos (y las existentes no son responsables, transparentes y democráticas), así como que las comunidades marginadas están excluidas de los fondos de la UE, lo cual es una suposición equivocada. Los socialistas siempre hemos defendido la máxima transparencia en las estructuras de gestión de fondos ya existentes y que las comunidades marginadas continúen beneficiándose de la política de cohesión.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Jelenleg nincsen uniós szintű fogalommeghatározás a marginalizálódott közösségekre, ezért erről a tagállamoknak kell dönteniük nemzeti mutatóik segítségével. Vannak olyan mutatók, melyek szoros kapcsolatban állnak a marginalizálódással, például a hosszú távú magas munkanélküliség, az iskolázottság alacsony szintje, a rendkívül rossz lakhatási körülmények, az egészségügyi ellátáshoz való hozzáférés hiánya és/vagy a túlzott egészségi kockázatnak való kitettség. A válság közvetlen negatív hatással volt a marginalizálódott közösségekre, tovább növelte a szegénységet és a társadalmi kirekesztést. A kohéziós politika fontos szerepet játszik a marginalizálódott közösségek gazdasági, társadalmi és területi integrációjának támogatásában.

A jelentés több olyan gondolatot felvet, melyek hasznosak a marginalizálódott csoportok integrációja szempontjából. Kiemeli, hogy az oktatás és a foglalkoztatás a szegénység legjobb ellenszere, ezért ösztönözni kell az iskolarendszeren kívüli valamint az egész életen át tartó tanulással kapcsolatos projekteket. Továbbá a jelentés hangsúlyozza az integrált lakhatási, oktatási és foglalkoztatási beavatkozások fontosságát, a közszolgáltatásokhoz való hozzáférés javításának szükségességét. A jelentést a plenáris szavazás során szavazatommal támogattam.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), γραπτώς. – Πρόκειται για μια αρκετά εμπειριστατωμένη έκθεση που αναλύει επαρκώς το ζήτημα των περιθωριοποιημένων κοινοτήτων. Η αναφορά της περιθωριοποίησης ως ένα κοινωνικό φαινόμενο το οποίο πηγάζει από τις οικονομικές ανισότητες εντός των κοινωνιών και έχει επιδεινωθεί από τις δημοσιονομικές περικοπές και τα μέτρα λιτότητας, θέτει το ζήτημα σε σωστή βάση.

Επίσης η έκθεση προτείνει μια σειρά κοινωνικών μέτρων και γενικότερα διακατέχεται από μια κοινωνικά προσανατολισμένη αντίληψη για τους τρόπους αντιμετώπισης των κοινωνικών ανισοτήτων.

Δεν υπάρχουν ιδιαίτερα αρνητικά στοιχεία στην έκθεση αν και παρουσιάζονται κάποιες αντιφάσεις.

Λόγω της αρκετά ικανοποιητικής ανάλυσης και των προτεινόμενων μέτρων υπερψηφίζουμε την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), in writing. – I voted in favour of the Cohesion Policy and Marginalised Communities report as I believe cohesion policy is a powerful tool in tackling the existing problems of marginalised communities. While the inclusion of marginalised communities mostly depends on the strong political will of local and national authorities on the ground, the EU cohesion policy remains one of the strongest instruments with which the EU can fight different types of marginalisation inside Member States and support territorial and social cohesion in EU regions.

The existing problems of unemployment, absence of social security, difficult housing situations and lack of public health services, just to name a few, continue to be faced by many municipalities alongside with the severe budgetary constraints which prevent them from dealing adequately with marginalisation in society. In the past, EU structural funds have not always taken full account of these communities. The current 2014-2020 cohesion framework puts forward new measures with the scope of improving the situation of such groups, including investment priority targeting marginalised communities.

Brian Hayes (PPE), in writing. – I voted for this report as while specific national circumstances, needs and solutions vary greatly across Europe, the aim of social cohesion calls for a European role in policies for the inclusion of marginalised communities. Cohesion policy is one of the strongest instruments the European Union has at its disposal with which to fight inequality and support territorial and social cohesion in its regions. The crisis has had a direct negative impact on members of marginalised communities, leaving many groups and communities without access to basic public infrastructure and services.

Roger Helmer (EFDD), in writing. – We abstained on this vote due to the sensitivity of the issue at hand. UKIP does not believe that the Commission should be creating overarching integrating schemes at all. But we also recognise that ostracising marginalised communities that come from disadvantaged backgrounds is also a negative thing. Therefore we decided to abstain.

Hans-Olaf Henkel (ECR), schriftlich. – Der Initiativbericht empfiehlt Änderungen im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik. Dieser EU-Politikbereich macht mehr als ein Drittel des gesamten EU-Haushaltes aus und zielt darauf ab, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in Europa zu verringern und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Der Bericht fordert, ein noch größeres Augenmerk auf die Unterstützung von gesellschaftlichen Randgruppen und insbesondere auf Roma-Gemeinschaften und die Bedürfnisse von Frauen zu legen. So gebe es bis heute keine einheitliche Definition von gesellschaftlichen Randgruppen, zudem werde insbesondere bei sogenannten Partnerschaftsabkommen zu wenig auf die Bedürfnisse dieser Randgruppen eingegangen. Wie der Bericht selber aufführt, sind in den gesetzlichen Grundlagen zur Kohäsionspolitik bereits etliche Vorgaben zur Unterstützung gesellschaftlicher Randgruppen aufgeführt. Es obliegt dabei im Sinne des Subsidiaritätsprinzips den EU-Mitgliedstaaten, diese Vorgaben im Rahmen operationeller Programme umzusetzen. Eine weitere zentralistische Reglementierung dazu ist nicht notwendig, da hier in ungebührlicher Weise auf die Politik der einzelnen EU-Mitgliedstaaten Einfluss genommen würde und weitere bürokratische Hürden zur Genehmigung von Projekten aufgebaut würden. Ich habe daher gegen den Bericht gestimmt. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Euro abgeschafft werden muss, weil er zu Zwist und Zwietracht in Europa führt!

György Hölvényi (PPE), írásban. – Jelenleg nincsen uniós szintű fogalom meghatározás a marginalizálódott közösségekre, ezért erről a tagállamoknak kell döntenüik. Vannak olyan mutatók, melyek szoros kapcsolatban állnak a marginalizálódással, például a hosszú távú magas munkanélküliség, az iskolázottság alacsony szintje, a rendkívül rossz lakhatási körülmények, az egészségügyi ellátáshoz való hozzáférés hiánya és/vagy a túlzott egészségi kockázatnak való kitettség. A válság közvetlen negatív hatással volt a marginalizálódott közösségekre, tovább növelte a szegénységet és a társadalmi kirekesztést. A kohéziós politika fontos szerepet játszik a marginalizálódott közösségek gazdasági, társadalmi és területi integrációjának támogatásában.

A jelentés több olyan gondolatot felvet, melyek hasznosak a marginalizálódott csoportok integrációja szempontjából. Kiemeli, hogy az oktatás és a foglalkoztatás a szegénység legjobb ellenszere, ezért ösztönözni kell az iskolarendszeren kívüli valamint az egész életen át tartó tanulással kapcsolatos projekteket. Továbbá a dokumentum hangsúlyozza az integrált lakhatási, oktatási és foglalkoztatási beavatkozások fontosságát, a közszolgáltatásokhoz való hozzáférés javításának szükségességét. A jelentést a plenáris szavazás során szavazatommal támogattam.

Mary Honeyball (S&D), in writing. – Together with my Labour colleagues I voted in favour of this report as I believe EU cohesion policy is a powerful tool to address the problems that marginalised communities face. These include unemployment, poor housing conditions and low access to public services. They also experience multiple forms of discrimination and social, cultural and economic exclusion. I welcome the report's call for genuine involvement of representatives from marginalised communities in the development, implementation and management of EU funds and projects in this field. As a member of the Women's Rights and Gender Equality Committee, I particularly welcome the gender perspective taken in this report.

Richard Howitt (S&D), in writing. – I am proud that I and my fellow Labour MEPs supported the amendment in this report in favour of 'anti-Gypsyism'. My own East of England constituency has the highest number of authorised traveller pitches of any UK region – nearly one-in-four of the UK total. Even so, Britain's Equalities and Human Rights Commission said our region was joint highest for the number of new pitches needed. Moreover, the brutal and avoidable destruction of the Dale Farm site by the Conservative Council in Basildon in my constituency remains a scar on Britain's reputation, being rightly condemned by the United Nations Special Rapporteur. Discrimination must be fought in all its forms and that against the Roma continues to be an endemic problem in Britain and Europe-wide. The only way to stop unauthorised encampments is to provide sufficient authorised sites. The only way to achieve that is to confront anti-Traveller prejudice, and thus overcome local opposition which prevents local sites from being established. Our proposal in this report represents a real effort to do this, making a commitment to combating discrimination against travellers a condition for receiving this important European funding. We are right to do this.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – Cohesion policy is one of the strongest instruments of the European Union and it must be used in order to fight inequality and support territorial and social cohesion. The term 'marginalised' covers a broad range of concepts, such as the most deprived or materially deprived people, people at risk of poverty, and groups in society that are disadvantaged or discriminated against. We must have a definition of marginalised communities in order to allow all these EU citizens to benefit from the European Structural and Investment Funds which are embedded in the EU cohesion policy.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o kohezijskoj politici i marginaliziranim zajednicama, s obzirom da sam kao izvijestitelj u sjeni aktivno radio na pripremi ovog dokumenta, ali i da sam kao bivši župan Istarske županije od 2001. do 2013. aktivno radio na rješavanju problematike osobito romske zajednice u Istri, te u tom pogledu imam veliko iskustvo koje sam pokušao prenijeti i u Rezoluciju.

Poznato je da je romska zajednica i na europskom nivou prepoznata kao jedna od najugroženijih skupina europskog društva, međutim ono što nedostaje u europskoj regulativi je jasno određenje termina marginaliziranih skupina odnosno kriterija koji definiraju da bi jedna skupina društva bila na taj način određena. Time bi se uvelike olakšalo i definiranje mjera za poboljšanje društvenih i ekonomskih uvjeta navedenih skupina društva.

Važno je naglasiti da upravo kohezijska politika kroz svoje instrumente može imati značajnu ulogu u boljem rješavanju navedenih problema te sam mišljenja da bi se po uzoru na neke druge zasebne europske programe, i u tom pogledu mogao u budućem programskom razdoblju jasno definirati zasebni program.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte manifeste une nouvelle fois la volonté de l'Union européenne d'imposer aux États membres sa vision néfaste d'une société multiculturelle. Il défend systématiquement les communautés dites marginalisées que sont les Roms, les immigrés (légaux ou clandestins) et les demandeurs d'asile. Celles-ci sont considérées comme les victimes de mauvaises politiques.

Pour y remédier, le rapport préconise l'utilisation des fonds européens, de multiplier les programmes sociaux et culturels. La présence sur le territoire de ces communautés et leur comportement n'est jamais remise en question malgré des taux d'incivilité, d'infractions et de délits qui sont largement au-dessus de la moyenne.

La présence en masse d'étrangers ou de personnes d'origine étrangère se traduit par une forte communautarisation et une ségrégation territoriale souvent accompagné d'un refus de se soumettre aux us et coutumes des hôtes. Par ailleurs, il faut rappeler que les subventions qui leur sont généreusement versées n'ont jusqu'à présent rien donné de positif. J'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – My fellow MEPs and I abstained on this vote due to the sensitivity of the issue at hand. UKIP does not believe that the Commission should be creating overarching integrating schemes at all. But we also recognise that ostracising marginalised communities that come from disadvantaged backgrounds is also a negative thing. I therefore decided to abstain.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Reintke relatif à la prise en compte des communautés marginalisées dans le cadre de la politique de cohésion. En effet, si la politique de cohésion est un instrument d'investissement pour la croissance, elle a également vocation, comme son nom l'indique, à soutenir la cohésion territoriale et sociale dans les régions. Or, toutes les sociétés européennes comportent des groupes qui n'ont pas accès aux infrastructures ainsi qu'aux services publics les plus basiques et qui sont touchés de façon disproportionnée par la pauvreté et le chômage.

Le texte voté est le fruit de compromis entre les groupes politiques. Si certains groupes politiques ont soutenu des dispositions «fourre-tout» et peu réalistes, le PPE a œuvré à améliorer le texte. Par ailleurs, le champ du rapport a été élargi par rapport à la focalisation unilatérale sur les communautés Roms proposée initialement par la rapporteure. Ce texte a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à inclure les communautés marginalisées dans la politique de cohésion de l'Union Européenne.

Ce puissant instrument doit contribuer à réduire les inégalités et à soutenir la cohésion territoriale et sociale dans les régions faisant face à ces problèmes de communautés marginalisées.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Polityka spójności to najważniejsza i najbardziej kosztowna polityka realizowana obecnie przez Unię Europejską. Ma za zadanie wyrównać różnice między najbardziej a najsłabiej rozwiniętymi regionami Europy. Przypomnę, że Polska jest obecnie największym beneficjentem netto Funduszu Spójności wśród wszystkich państw UE.

Celem polityki spójności jest kompleksowy rozwój regionów nie tylko pod względem gospodarczym, ale także społecznym. Odnosi się to przede wszystkim do „społeczności marginalizowanych”, czyli np. mniejszości romskich, jednak paradoksalnie w prawodawstwie europejskim nie ma obecnie jasnej definicji takich społeczności.

Natomiast faktem jest, że na terenie UE wciąż dochodzi do dyskryminacji na tle etnicznym, kulturowym, wyznaniowym, a także wobec osób niepełnosprawnych. Jednak okazuje się, że właśnie to jest pole do działania dla polityki spójności – aby za pomocą zintegrowanego podejścia w sferze ekonomicznej i społecznej przyczynić się do wyeliminowania wszelkich form prześladowań.

Kluczem do sukcesu jest integracja, która musi wynikać zarówno ze strony mniejszości jak i władz państw członkowskich. Niezbędne są działania polegające na partnerstwie i wzajemnym zrozumieniu.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dem Bericht zum Thema Kohäsionspolitik und gesellschaftliche Randgruppen stimme ich nicht zu, da dieser Bericht es ermöglicht, willkürlich jede Gruppe zu einer Randgruppe zu erklären, wenn es sich gerade als politisch opportun erweist.

Rikke Karlsson (ECR), *par écrit*. – Ce rapport se préoccupe du soutien à certaines communautés ou groupes dits «marginalisés», tels les communautés Roms, les réfugiés et demandeurs d'asile, les victimes de racisme ou même les femmes, tous curieusement alignés comme dans un catalogue.

J'ai voté contre. L'égalité des droits et la solidarité sont des valeurs essentielles pour nous. Si l'intention est louable, la présentation et les propositions peuvent être douteuses. Il n'y a aucune définition de ce qu'est un «groupe marginalisé» au sens de l'Union. On ne comprend pas bien non plus la valeur ajoutée de la centralisation européenne dans la définition de ces programmes financés, comme toute dépense dite «européenne» par les États membres.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as I believe that the EU Cohesion policy can be a powerful tool in addressing problems that marginalised communities face, such as unemployment, difficult housing conditions, low access to public services notably health services, multiple forms of discrimination and social, cultural and economic exclusion, etc. I particularly welcome the report's call for more and genuine involvement of representatives of marginalised communities in the development, implementation and management of EU funds and projects in this field, as I strongly believe that programmes and policies are most effective when those concerned are actually involved in the decision-making and management processes.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Initiativbericht der Abgeordneten Terry Reintke (Grüne) empfiehlt Änderungen im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik. Dieser EU-Politikbereich macht mehr als ein Drittel des gesamten EU-Haushaltes aus und zielt darauf ab, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in Europa zu verringern und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Der Bericht fordert, ein noch größeres Augenmerk auf die Unterstützung von gesellschaftlichen Randgruppen und insbesondere auf Roma-Gemeinschaften und die Bedürfnisse von Frauen zu legen. So gebe es bis heute keine einheitliche Definition von gesellschaftlichen Randgruppen, zudem werde insbesondere bei sogenannten Partnerschaftsabkommen zu wenig auf die Bedürfnisse dieser Randgruppen eingegangen. Wie der Bericht selber aufführt, sind in den gesetzlichen Grundlagen zur Kohäsionspolitik bereits etliche Vorgaben zur Unterstützung gesellschaftlicher Randgruppen aufgeführt. Es obliegt dabei im Sinne des Subsidiaritätsprinzips den EU-Mitgliedstaaten, diese Vorgaben im Rahmen operationeller Programme umzusetzen. Eine weitere zentralistische Reglementierung dazu ist nicht notwendig, da hier in ungebührlicher Weise auf die Politik der einzelnen EU-Mitgliedstaaten Einfluss genommen würde und weitere bürokratische Hürden zur Genehmigung von Projekten aufgebaut würden. Ich habe daher gegen den Bericht gestimmt.

Ádám Kósa (PPE), írásban. – Jelenleg nincsen uniós szintű fogalom meghatározás a marginalizálódott közösségekre, ezért erről a tagállamoknak kell dönteniük nemzeti mutatóik segítségével. Vannak olyan mutatók, melyek szoros kapcsolatban állnak a marginalizálódással, például a hosszú távú magas munkanélküliség, az iskolázottság alacsony szintje, a rendkívül rossz lakhatási körülmények, az egészségügyi ellátáshoz való hozzáférés hiánya és/vagy a túlzott egészségi kockázatnak való kitettség. A válság közvetlen negatív hatással volt a marginalizálódott közösségekre, tovább növelte a szegénységet és a társadalmi kirekesztést. A kohéziós politika fontos szerepet játszik a marginalizálódott közösségek gazdasági, társadalmi és területi integrációjának támogatásában.

A jelentés több olyan gondolatot felvet, melyek hasznosak a marginalizálódott csoportok integrációja szempontjából. Kiemeli, hogy az oktatás és a foglalkoztatás a szegénység legjobb ellenszere, ezért ösztönözni kell az iskolarendszeren kívüli valamint az egész életen át tartó tanulással kapcsolatos projekteket. Továbbá a jelentés hangsúlyozza az integrált lakhatási, oktatási és foglalkoztatási beavatkozások fontosságát, a közszolgáltatásokhoz való hozzáférés javításának szükségességét. A jelentést a plenáris szavazás során szavazatommal támogattam.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), in writing. – The cohesion policy is one of the strongest instruments in order to fight inequality and support territorial and social cohesion. This report aims to fight exclusion of marginalised communities (such as migrants, indigenous peoples, persons with disabilities) and granting them better access to healthcare and education and employment. I support this report, because it focuses on targeted groups, to address their situation. Through EU funds, we will be able to overcome the problem of exclusion of marginalised communities and establishing greater cohesion in European societies. I voted in favour of this report.

Giovanni La Via (PPE), per iscritto. – Supporto la relazione della collega Terry Reintke. Le conseguenze sociali derivate dalla crisi economica e finanziaria, che ha colpito l'Europa negli ultimi anni, ci impongono serie riflessioni. Molti cittadini versano in condizioni di povertà o emarginazione e una delle priorità principali di questo Parlamento è la ripresa economica, con gli obiettivi di crescita e occupazione in Europa. Ritengo che le raccomandazioni incluse in questa proposta possano contribuire a massimizzare il beneficio che deriva dall'utilizzazione dei fondi dell'UE per l'inclusione delle comunità emarginate e il cui utilizzo costituisce una grande opportunità per promuovere e sostenere lo sviluppo e la coesione delle società europee.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), par écrit. – La politique de cohésion regroupe l'ensemble des fonds structurels qui servent à rééquilibrer les écarts de richesses entre régions européennes. Ils sont dotés de 351 milliards d'euros pour la période 2014-2020. Cette politique permet la construction d'infrastructures pour désenclaver et dynamiser certaines régions. Elle est aussi accompagnée d'actions sociales pour la formation et la lutte contre les discriminations.

Le rapport d'opinion sur la politique de cohésion et les groupes marginalisés, dont les Roms, formule des recommandations sur le ciblage des actions au sein de l'Union Européenne en vue d'améliorer leur sort. Donner un objectif de lutte contre les discriminations à cette politique est important dans la mesure où ces groupes sont aussi présents dans les régions plus riches normalement délaissées par la politique de cohésion. La lutte contre les discriminations à l'encontre des Roms passe par une utilisation correcte des fonds structurels car ils constituent un instrument efficace contre la pauvreté et l'exclusion sociale.

J'ai bien évidemment soutenu ce rapport, adopté à une large majorité, malgré l'opposition des populistes d'Europe de l'Est, auxquels se sont joints les élus du Front National.

Marine Le Pen (ENF), par écrit. – J'ai voté contre le rapport sur la politique de cohésion et communautés marginalisées.

La rapporteure a clairement décidé de privilégier les Roms. Elle propose d'octroyer des fonds en faveur de leur inclusion sociale (améliorer leurs conditions de vie, programmes d'assistance culturelle, etc. Aucun programme d'inclusion sociale destiné aux Roms ne sera couronné de succès en l'absence d'une volonté de leur part de mieux s'intégrer et de mieux respecter les règles et coutumes des États membres de résidence.

Nous considérons que les facteurs de la marginalisation de la communauté Rom sont principalement à rechercher dans son refus de s'assimiler à la culture dominante de l'État membre de résidence ainsi que dans la commission de nombreuses infractions aux législations de ces derniers. C'est la raison pour laquelle je suis opposée, dans ces conditions, à l'utilisation des fonds structurels pour des projets et des programmes destinés aux communautés Rom.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Les députés FN ont voté contre ce rapport car il fait peser la responsabilité du manque d'«inclusion sociale» des Roms sur les États. Or, rien ne sera possible en l'absence d'une volonté réelle des Roms de s'intégrer.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – El marco legislativo de la política de cohesión garantiza oportunidades de financiación a las comunidades marginadas en las áreas urbanas y rurales. El periodo de programación 2014-2020 apuesta por la implementación del desarrollo local participativo y de las inversiones territoriales integradas (ITI) dirigidas a las comunidades marginadas.

Con nuestro voto a favor del informe, los socialistas pedimos a la Comisión Europea que adopte una definición de «comunidades marginadas», que aún no existe, con el objetivo de permitir a estos ciudadanos de la UE beneficiarse aún más de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos.

El voto en contra del apartado 11 del informe se debe a que dicho texto asume, a través de un enfoque erróneo y generalizado, que la UE no posee estructuras para la lucha contra la corrupción y el uso fraudulento de fondos (y las existentes no son responsables, transparentes y democráticas), así como que las comunidades marginadas están excluidas de los fondos de la UE, lo cual es una suposición equivocada. Los socialistas siempre hemos defendido la máxima transparencia en las estructuras de gestión de fondos ya existentes y que las comunidades marginadas continúen beneficiándose de la política de cohesión.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe puesto que contiene elementos positivos de cara a la aplicación efectiva, a través de la política de cohesión, del principio de no discriminación recogido en los Tratados. En este sentido, el texto solicita a la Comisión Europea que clarifique el concepto de comunidades marginadas; destaca que los recortes en los servicios públicos complican aún más la situación de los colectivos vulnerables; visibiliza el racismo existente y la discriminación institucional hacia comunidades como la romaní; reclama que los Estados miembros garanticen la participación también de las asociaciones que trabajan con las comunidades marginadas; denuncia la múltiple discriminación de las mujeres, las personas con discapacidad y los migrantes que se encuentran en las comunidades marginadas, entre otros colectivos. Por lo tanto, y a pesar de que el informe tiene un carácter exclusivamente propositivo, he votado a favor.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Initiativbericht der Abgeordneten Terry Reintke (Grüne) empfiehlt Änderungen im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik. Dieser EU-Politikbereich macht mehr als ein Drittel des gesamten EU-Haushaltes aus und zielt darauf ab, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in Europa zu verringern und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Der Bericht fordert, ein noch größeres Augenmerk auf die Unterstützung von gesellschaftlichen Randgruppen und insbesondere auf Roma-Gemeinschaften und die Bedürfnisse von Frauen zu legen. So gebe es bis heute keine einheitliche Definition von gesellschaftlichen Randgruppen, zudem werde insbesondere bei sogenannten Partnerschaftsabkommen zu wenig auf die Bedürfnisse dieser Randgruppen eingegangen. Wie der Bericht selber aufführt, sind in den gesetzlichen Grundlagen zur Kohäsionspolitik bereits etliche Vorgaben zur Unterstützung gesellschaftlicher Randgruppen aufgeführt. Es obliegt dabei im Sinne des Subsidiaritätsprinzips den EU-Mitgliedstaaten, diese Vorgaben im Rahmen operationeller Programme umzusetzen. Eine weitere zentralistische Reglementierung dazu ist nicht notwendig, da hier in ungebührlicher Weise auf die Politik der einzelnen EU-Mitgliedstaaten Einfluss genommen würde und weitere bürokratische Hürden zur Genehmigung von Projekten aufgebaut würden. Ich habe daher gegen den Bericht gestimmt.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – S chudobou nelze bojovat tvořením nesystémových plánů a slibů, je třeba se zaměřit na příčiny, proč občané chudnou a jak je vinen stát a jeho politika.

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – U svim europskim državama susrećemo se sa zajednicama koje se izopćene iz društva. Kohezijska politika jedan je od glavnih instrumenata Europske Unije u borbi protiv nejednakosti. Ekonomska kriza u državama članicama dovodi do dubljih problema. Restrikcije u javnim rashodima utječu na porast nezaposlenosti, nedostatak socijalne sigurnosti, te manjak dostupnih zdravstvenih usluga.

Podržala sam izvješće zastupnika Terrya Reintkea jer sadrži bitne preporuke kako umanjiti probleme koji pogađaju marginalizirane skupine i diskriminaciju. U ovom kontekstu, smatram da je korištenje sredstava iz EU fondova za uključivanje marginaliziranih skupina način na koji se provodi kohezija europskog društva kako bi se ostvarila i veća potpora među državama članicama.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne.* – Politika súdržnosti je pilierom solidarity v EÚ. Prostredníctvom nej sa realizujú ciele v oblasti hospodárskeho rastu a konkurencieschopnosti, tvorby pracovných miest a v konečnom dôsledku zvyšovania kvality života. Na jej realizáciu EÚ vyčlenila na roky 2014-2020 sumu 352 miliárd Eur, čo je takmer tretina rozpočtu EÚ.

Dopady krízy v oblasti znižovania verejných výdavkov postihli najmä slabšie skupiny obyvateľstva. Preto je nevyhnutné, aby sa zdroje politiky súdržnosti efektívne využili práve na riešenie marginalizovaných skupín tak, aby sa im podporou investícií zabezpečilo primerané bývanie, zdravotná a sociálna starostlivosť a predovšetkým zamestnanosť. Rozumná podpora investícií bude mať priaznivé dopady na hospodárstvo a ekonomiku každej členskej krajiny. Zároveň treba vytvoriť flexibilné mechanizmy kontroly nakladania s vyčlenenými finančnými prostriedkami, od tvorby projektu až po jeho ukončenie, ako aj systém účinných a predovšetkým včasných sankcií a opatrení za nesprávne použitie alebo zneužitie prostriedkov.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς.* – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πολιτική συνοχής και τις περιθωριοποιημένες κοινότητες, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit.* – J'ai voté contre ce rapport. Son but est «d'améliorer» l'utilisation des fonds européens pour favoriser l'inclusion sociale des communautés marginalisées.

Le rapporteur estime que les communautés marginalisées, et principalement les Roms, ne bénéficient pas suffisamment de la politique de cohésion car ils ne sont pas assez intégrés dans les structures de décisions, dans la mise en œuvre et le suivi des projets, ce qui accroît leur vulnérabilité.

Nous nous opposons à ce rapport car, n'en déplaie à la rapporteure, trop naïve, le manque d'intégration des communautés roms ne vient pas d'un manque de soutien, mais du refus catégorique de ces populations de s'intégrer. Toutes les dépenses envers ces populations seront inutiles tant qu'ils ne chercheront pas volontairement à s'intégrer.

David Martin (S&D), *in writing.* – I welcome this report, which highlights that the implementation of the cohesion policy must tackle the crucial challenge of poverty and exclusion of young people and children, adults and people with disabilities, including the transition from institutional to community-based care and services; urges the Member States concerned to take appropriate action and measures to develop and implement strategies towards this end, applying the integrated approach.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto.* – La politica di coesione è uno degli strumenti fondamentali che l'Unione europea ha a sua disposizione per sostenere l'inclusione economica, sociale e territoriale e per ridurre le disparità e il divario tra le varie regioni. Le comunità emarginate non sempre beneficiano della politica di coesione europea, non sono incluse in strutture decisionali né nei processi di attuazione e monitoraggio dei progetti. L'Europa ha la necessità urgente di affrontare la questione delle comunità emarginate. Pertanto, occorrerebbe adottare misure specifiche nell'ambito dell'attuazione delle comunità emarginate e in maniera particolare nella gestione dei fondi dell'UE per promuovere e sostenere una maggiore coesione nelle società europee.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písenně.* – Marginalizované komunity představují značný problém. Jedinci v těchto komunitách často nemají přístup ke vzdělání a k zaměstnání a čelí sociálnímu vyloučení. Hospodářská krize přispěla k tomu, že došlo k seškrtání finančních prostředků pro boj s tímto fenoménem a důsledky se projevují zejména na ženách z marginalizovaných komunit, které trpí několikanásobnou a intenzivnější diskriminací a úroveň jejich zaměstnanosti je daleko nižší než u mužů z těchto komunit a u jiných žen. Jsem rád, že jsme mohli tento problém diskutovat a zdůraznit význam nástrojů politiky soudržnosti v této oblasti. Upozorňujeme Komisi na potřeby každé z možných cílových skupin v zájmu podpory jejich sociálně-ekonomického začleňování a zdůrazňujeme, že provádění politiky soudržnosti musí řešit klíčové problémy způsobované chudobou a vyloučením zejména mladých lidí a dětí, ale rovněž i dospělých a osob se zdravotním postižením, včetně přechodu od institucionální péče a služeb k péči a službám komunitním. Rovněž naléhavě vyzýváme členské státy, aby přijaly příslušná opatření a podnikly kroky k vytvoření a provedení strategií s tímto cílem za použití integrovaného přístupu. Hlasoval jsem pro přijetí této zprávy.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – La politique de cohésion constitue, grâce aux fonds structurels qui soutiennent des projets locaux sur l'ensemble des territoires européens, l'incarnation la plus concrète de la solidarité européenne. Elle répond le plus directement à l'objectif d'égalité des territoires qui est au principe de l'intégration européenne.

Or, nous savons que les inégalités territoriales persistent et parfois s'accroissent sous l'effet conjugué de la métropolisation et de la mondialisation. Les quartiers défavorisés, les espaces d'habitat précaire, les communautés rurales ou montagnardes sont les premiers touchés par cette logique centripète. C'est la raison pour laquelle le rapport Reintke, qui se concentre sur l'utilisation efficace de la politique de cohésion à destination de ces communautés marginalisées, est bienvenu.

La complexité de la procédure d'attribution des fonds européen demande un renforcement des capacités administratives des gestionnaires locaux, en particulier dans la nouvelle programmation de la politique de cohésion qui décentralise la gestion des fonds structurels. Je me félicite également que le Semestre européen, instrument aveugle de consolidation budgétaire, fasse l'objet de propositions pour être enrichi. Il pourrait en effet contenir des recommandations concernant les projets de la politique de cohésion à destination de ces espaces en difficulté. J'ai donc voté en faveur de ce texte.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht führt zu einer weiteren Marginalisierung der Mehrheitsgesellschaft und zur Möglichkeit, alle als politisch opportun erscheinenden Gruppen zur Randgruppe zu erklären. Absolut unverständlich ist, warum Frauen, welche mehr als 50 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, als Randgruppe angesehen werden sollen. Daher stimme ich gegen diesen Bericht.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – L'expression «communautés marginalisées» fait référence à différents groupes de personnes telles que les minorités, les Roms, les personnes handicapées, les migrants, les réfugiés et les groupes socialement exclus. Je regrette vivement la préférence du terme de «communautés marginalisées» à «populations marginalisées» qui s'oppose à la construction républicaine. C'est bien là la vision de l'Union que de diviser les peuples selon des «lieux» d'origine, des religions ou des ethnies. En quoi les pauvres ou les handicapés forment-ils une communauté? Ni en faits, ni en droits!

Le rapport condamne fermement l'austérité dont «les coupes opérées dans le budget des services publics [qui] ont engendré l'exacerbation de la situation de l'emploi, l'absence de sécurité sociale, des difficultés de logement et des problèmes de santé» et demande dans le cadre de la politique de cohésion, de garantir l'accès de ces populations aux services publics: santé, éducation, logement, emploi... Cela demeurera malheureusement de belles paroles tant que la Commission dictera toujours les mêmes politiques de coupes dans les budgets nationaux.

Le Parlement soutient ces transferts, notamment pour le Fonds social européen, pourtant lui-même atteint du même mal, en raison de la «conditionnalité macro-économique». Je ne peux donc cautionner ce cercle vicieux. Je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Il s'agit d'un rapport très orienté idéologiquement qui prend le parti de financer, en s'appuyant sur des fonds européens, de multiples programmes sociaux et culturels en faveur des communautés dites marginalisées.

Il s'agit en réalité d'acheter la paix sociale et de promouvoir le multiculturalisme. La mise en place de telles politiques n'a jamais produit les résultats escomptés, par conséquent je m'oppose à ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório sobre a política de coesão e as comunidades marginalizadas.

Sublinha-se o relevante papel da política de coesão no âmbito do apoio à inclusão a nível económico e social das comunidades marginalizadas e combate às desigualdades, promovendo uma maior coesão das sociedades europeias.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it calls for the use of EU funds for the inclusion of marginalised communities which will promote and support greater cohesion in European societies.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – «Nul ne peut vivre de soi, nul ne peut vivre pour soi» disait Paul Hymans. La crise est devenue sociale et morale. C'est une crise de la dérive de l'humanité face aux besoins immédiats et à l'idéal de l'enrichissement, creusant les inégalités et portant atteinte à la cohésion sociale.

La mondialisation produit certes de la révolution technologique, de la volonté politique et de l'ouverture des marchés, et est une réelle opportunité pour tous si elle est humanisée. Elle va de pair avec l'éthique des consciences et des intelligences, conduisant au partage des biens et des ressources afin d'aider à l'épanouissement de l'humanité. C'est pourquoi le vote d'une telle résolution visant une approche intégrée, mais non exclusive, conforte mon sentiment selon lequel l'Europe est un exemple de mondialisation réussie à l'échelle régionale.

Miroslav Mikolášik (PPE), *pisomne*. – Štrukturálne fondy Európskej únie sú jedným z významných nástrojov, ktoré môžu pomôcť v riešení kritickej situácie marginalizovaných komunit, práve ony však veľmi často nemajú prospech z európskej politiky súdržnosti. Víтам preto, že predložená správa o politike súdržnosti a marginalizovaných komunitách upozorňuje a varuje aj pred možnosťou, že realizátori môžu síce splňať kritériá začleňovania na papieri, pričom však nemusia investovať do toho, čo príjemcovia skutočne potrebujú a nemusia dosiahnuť cieľové skupiny. A tak reálne zlepšenie situácie podľa mnohých, ktorý sa v danej problematike pohybujú, často nie je priamo úmerné objemu financií, ktoré sa na to vynaložili. Plytvanie má naopak opačný efekt, a síce zhoršenie situácie bez ďalšej perspektívy. Nehovoriac o tom, že ide o mimoriadne komplexný problém, napríklad v prípade rómskej komunity. Ak totiž hovoríme o fenoméne chudoby v týchto komunitách, musíme hovoriť aj o dlhoch, ktoré títo ľudia nikdy v živote nedokážu splatiť. Pričom hroziace exekúcie ich demotivujú pri snahe o zamestnanie, ako hlavnej a najdôležitejšej cesty k začleneniu sa do spoločnosti.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report on cohesion policy and marginalised communities, which aims to raise awareness about the need to develop policy responses to reduce poverty and inequalities in the EU and work towards the EU 2020 targets.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Regionális Fejlesztési Bizottság jelentése az európai társadalmak strukturális kirekesztésben és a többségi társadalomtól való szegregációban élő, hozzáféréssel még az alapvető állami infrastruktúrákhoz és közszolgáltatásokhoz sem rendelkező csoportokról és közösségekről szól. E csoportokra sok esetben jellemző az aránytalan szegénység, a munkanélküliség és a rossz egészségi állapot. A jelentés megállapítja, hogy az állami kiadásoknak a válság során történt nagymértékű csökkentése a meglévő problémák (például a munkanélküliség, a társadalmi biztonság hiánya, a nehéz lakhatási körülmények és a közegészségügyi szolgáltatások hiánya) súlyosbodását idézték elő a tagállamokban. Ennek következtében a válság közvetlen negatív hatással volt a marginalizálódott közösségekre. A jelentés e negatív következmények elhárítására tesz javaslatokat. A jelentés elfogadását támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – La résolution préconise d'améliorer l'utilisation des fonds européens dans le cadre de la politique de cohésion, en favorisant l'inclusion sociale des communautés marginalisées, essentiellement Roms, mais aussi les migrants et demandeurs d'asile.

Aucun programme d'inclusion sociale qui soit destiné aux Roms ne sera couronné de succès en l'absence d'une volonté de leur part de mieux s'intégrer, c'est à dire d'arrêter leurs activités mafieuses d'exploitation des femmes, des enfants et des vieillards, ainsi que de vol. Les facteurs de la marginalisation des Roms sont principalement à rechercher dans leur refus de s'assimiler à la culture dominante de l'État membre de résidence ainsi que dans la commission de nombreuses infractions aux législations de ces derniers. C'est la raison pour laquelle nous sommes résolument contre l'utilisation des fonds structurels pour des projets et des programmes destinés aux communautés Roms.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A crise económica teve um grande impacto negativo na coesão territorial e social das regiões da União Europeia, devido às restrições das despesas públicas nos Estados-Membros, afetando especialmente as comunidades marginalizadas. Como resposta, a política de coesão assume um papel relevante no que concerne ao estabelecimento de igualdades sociais, tendo como objetivo lutar contra a exclusão social e os problemas mais recorrentes, tais como a pobreza, o emprego e os problemas de saúde.

A acessibilidade a infraestruturas públicas ou a falta de condições de habitabilidade poderão também surgir como alguns dos problemas que afetam as comunidades marginalizadas, que incluem diversos grupos de pessoas, como bairros desfavorecidos, pessoas mais carenciadas, pessoas em risco de pobreza, entre outros. Há uma necessidade crescente de criar ações e programas a nível europeu que intervenham no domínio desta matéria, através da utilização de fundos da União Europeia, assumindo um papel fundamental no que diz respeito à política de coesão.

Estou a favor das recomendações presentes neste relatório, na medida em que beneficia as comunidades marginalizadas, melhorando as suas condições de vida, através do combate às desigualdades sociais e promovendo a coesão social europeia.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur la politique de cohésion et les communautés marginalisées a pour ambition d'améliorer l'utilisation des fonds européens dans le cadre de la politique de cohésion en favorisant «l'inclusion sociale des communautés marginalisées», vocable européiste pour désigner principalement les populations Roms, les migrants et les demandeurs d'asile. Il condamne par ailleurs le fait que la Commission européenne ait accepté des accords de partenariat ne mettant pas suffisamment l'accent sur l'inclusion de ces «communautés marginalisées». Il propose enfin la création d'un prix européen pour le dévouement exemplaire à l'intégration et à l'inclusion des groupes marginalisés.

Il est totalement illusoire de voir ces programmes «d'inclusion» des Roms dans l'absence de volonté de ces populations mais aussi des pays d'origine. C'est la raison pour laquelle je m'oppose à l'idée d'accorder plus de fonds pour satisfaire cet objectif utopique. J'ai donc voté contre.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la politique de cohésion de l'Union et aux communautés marginalisées.

Ce texte invite les États membres à aider les personnes qui en ont le plus besoin à s'intégrer socialement et économiquement, en luttant notamment contre le chômage de longue durée, le décrochage scolaire et les risques sanitaires. Il les encourage à faire un meilleur usage des fonds structurels et d'investissement européens pour parvenir à ce résultat. Je soutiens notamment les mesures de ce rapport qui visent à renforcer l'esprit d'entreprise et à développer l'emploi, véritables facteurs de lutte contre la marginalisation.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Reintke pour la politique de cohésion, qui est l'un des instruments les plus puissants à la disposition de l'Union européenne pour lutter contre les inégalités et soutenir la cohésion territoriale et sociale dans ses régions.

Toutes les sociétés européennes comportent des groupes et des communautés – telles que la communauté Rom – victimes d'exclusion et de ségrégation structurelles de la part de la majorité de la population et qui n'ont pas accès aux infrastructures et services publics les plus basiques. De plus, ils sont très souvent touchés par la pauvreté, le chômage et les mauvaises conditions sanitaires de façon totalement disproportionnée. Des baisses importantes des dépenses publiques pendant la crise ont entraîné une aggravation des problèmes existants dans les États membres, comme le chômage, l'absence de sécurité sociale, les difficultés de logement et une carence en matière de services publics de santé. De nombreuses municipalités subissent toujours d'importantes contraintes budgétaires qui les empêchent de réagir de façon adéquate au phénomène de marginalisation dans la société.

Si les contextes, les besoins et les solutions nationaux sont très variables en Europe, l'objectif de cohésion sociale exige une action au niveau européen dans les politiques d'inclusion des communautés marginalisées.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Votiamo positivamente per questa risoluzione, resasi particolarmente necessaria in questi giorni. Questa, infatti, va nella direzione di ridurre le disparità all'interno dell'Unione europea e soprattutto si concentra sulla vitale necessità che si faccia qualcosa di serio per integrare i gruppi marginalizzati della nostra società. La marginalizzazione è un fenomeno ingiusto e soprattutto causa di risentimenti, da parte delle comunità che ne soffrono. È importante per questo motivo che la Commissione europea segua le indicazioni oggetto di questo provvedimento che le chiedono di provvedere a stilare una seria e onnicomprensiva definizione di cosa siano i gruppi marginalizzati. Questo, infatti, potrebbe permettere a questi cittadini europei di beneficiare dei Fondi strutturali e di investimento europei, previsti dalle politiche di coesione dell'Unione europea.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Je n'ai pas pu voter pour ce rapport mais je soutiens pleinement la position du groupe PPE et de la délégation française d'adopter ce rapport.

Les communautés marginalisées dans l'Union doivent avoir accès aux fonds structurels, quitte à mettre en place des outils spécialisés. Il ne faut cependant pas oublier ou occulter que c'est d'abord la responsabilité des États de prendre en charge et de favoriser le développement des communautés sur leur sol qu'il incombe à ces mêmes communautés de se montrer dynamiques dans cette démarche.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Cohesion policy is one of the strongest instruments the European Union has at its disposal with which to fight inequality and support territorial and social cohesion in its regions. In all European societies there are groups and communities that face structural exclusion and segregation from the majority society and do not have access to even basic public infrastructure and services. I have voted for this report that will instate quality evaluation and monitoring mechanisms so that interventions lead to long-term and sustainable results. Using EU funds for the inclusion of marginalised communities can become a great opportunity for promoting and supporting greater cohesion in European societies.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Sușin prin votul meu de astăzi acest raport deoarece sunt de părere că fondurile europene aflate la dispoziția statelor membre și mai ales cele programate pentru perioada 2014-2020 trebuie să fie mai bine folosite pentru integrarea comunităților marginalizate și pentru combaterea sărăciei din aceste comunități.

De asemenea, este foarte important ca în cel mai scurt timp să existe o definiție clară, cu o sumă de indicatori îndeajuns de clari pentru a desemna anumite comunități ca fiind marginalizate dar, în același timp, îndeajuns de flexibile pentru a putea fi aplicate specificitățile fiecărui stat membru.

În ceea ce privește femeile și copiii din aceste comunități, trebuie să înțelegem că aceste categorii sunt supuse unor discriminări multiple, iar în lipsa fondurilor și a strategiilor de includere și ridicare a acestor comunități la un standard normal, nu vom putea combate efectele pe termen lung ale acestei situații.

Péter Niedermüller (S&D), *írásban*. – A kohéziós politikáról és a marginalizálódott közösségekről szóló jelentés legnagyobb értéke, hogy felhívja a figyelmet arra, hogy az uniós támogatások nem megfelelő hatékonysággal érik el a marginalizált közösségeket. Hangsúlyozza, hogy a roma népesség a legnagyobb ilyen csoport Európában, kiemeli az oktatás fontosságát a befogadásban, és azt, hogy a nőket még súlyosabban érinti a kirekesztett helyzet, mint a férfiakat.

A jelentés felszólítja a Bizottságot, hogy definiálja pontosan a marginalizált csoportokat, készítsen jelentést arról, hogy milyen források jutnak az ilyen csoportok támogatására, elemezze az adatokat és vonja le a szükséges következtetéseket. Arra is felkéri a Bizottságot, hogy következetesen ellenőrizze, hogy a civil szervezeteket bevonják-e a források ellenőrzésébe. Összességében a jelentés hozzájárul ahhoz, hogy a leghátrányosabb helyzetű európai polgárokhoz több uniós támogatás jusson el.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe gegen diesen Bericht ausgesprochen. Er führt letztlich zu einer weiteren Marginalisierung der Mehrheitsgesellschaft und zu der unfairen Möglichkeit, alle als politisch opportun erscheinenden Gruppen zur Randgruppe zu erklären.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative qui invite à réaffirmer la responsabilité de l'Union Européenne dans la lutte contre la marginalisation de certaines communautés, et notamment par la réintroduction de cet objectif dans la politique de cohésion.

La ségrégation et la marginalisation des communautés de migrants, de populations autochtones ou encore des personnes handicapées doivent être combattues, et la politique de cohésion doit offrir aux zones particulièrement touchées par ces problèmes des moyens suffisants pour les éradiquer de façon efficace.

Le rapport insiste sur la nécessité d'une meilleure évaluation des besoins réels des populations vulnérables afin que les instruments financiers à disposition soient mobilisés promptement et efficacement. Je me félicite notamment des allusions faites au rôle particulier joué par la politique d'austérité et les coupes budgétaires dans l'aggravement des inégalités, appelant aussi la Commission à réagir rapidement pour trouver des solutions durables à ces problèmes.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Toetasin. Kogukondade kaasamine sageli vaid formaalselt ei ole piisav, vaja on ka sisulist panust, et ühiskonda liita ning edendada sallivust. ELi vahendite suunamine selleks annab võimaluse sidusust sisuliselt edendada.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE), por escrito. – Este informe de iniciativa es importante puesto que aporta soluciones e ideas sobre el papel que las políticas de cohesión pueden desempeñar a la hora de contribuir a la inclusión de las comunidades marginales.

Las políticas de inclusión dependen en gran medida de los gobiernos nacionales, regionales y locales, y quedan por tanto a merced del interés político que despiertan en el gobierno de turno. Además, la práctica demuestra que las ayudas no siempre van dirigidas a cubrir las necesidades reales de estas comunidades. Por todo ello, la política de cohesión sigue siendo uno de los instrumentos más fuertes con los que la UE puede combatir la marginación al tiempo que apoya la cohesión territorial y social en la UE.

Rolandas Paksas (EFDD), raštu. – Visų pirma, ES turi būti taikoma vienoda ES marginalizuotų bendruomenių apibrėžtis. Marginalizuotos bendruomenės turi tapti aktyvios ir įtraukiančios.

Todėl reikia skatinti ir palaikyti šiose bendruomenėse kylančias ir jų gerovei skirtas iniciatyvas, padėti jas įgyvendinti. Ypatingas vaidmuo šioje srityje tenka sanglaudos politikai, kuri yra itin veiksminga priemonė. Tačiau labai dažnai marginalizuotos bendruomenės negali pasinaudoti Europos sanglaudos politika. Tokiu būdu neužtikrinamas paslaugų prieinamumas ir efektyvumas, jų finansinis stabilumas ir savarankiškumas.

Siekiant užtikrinti marginalizuotų bendruomenių įtrauktį, turėtų būti numatytos paaiškinamos, skaidrios ir demokratinės struktūros, kuriomis būtų siekiama kovoti su korupcija ir nesąžiningu lėšų naudojimu. Labai svarbu tinkamai įgyvendinti partnerystės elgesio kodeksą, kuriuo stengiamasi užtikrinti vienodą suinteresuotųjų subjektų dalyvavimą ir atstovavimą jiems.

Margot Parker (EFDD), in writing. – We abstained on this vote due to the sensitivity of the issue at hand. UKIP does not believe that the Commission should be creating overarching integrating schemes at all. But we also recognise that ostracising marginalised communities that come from disadvantaged backgrounds is also a negative thing. Therefore we decided to abstain.

Aldo Patriciello (PPE), per iscritto. – Sono sempre particolarmente attento agli sviluppi della politica di coesione europea, soprattutto in questo periodo di obiettivi 2014-2020 dove sono state poste, tra le priorità, le «regioni meno sviluppate». Provenendo dal Mezzogiorno, sono sensibile alle esigenze delle regioni più bisognose e credo che lo stesso modus operandi debba essere applicato alle comunità emarginate. L'inclusione sociale e la non discriminazione sono i valori che l'UE vanta e attua con profusione di sforzi. Per questo, approvo con entusiasmo il testo oggetto di discussione e di voto in questa assemblea e voto positivamente.

Eva Paunova (PPE), in writing. – Cohesion policy is probably the strongest EU instrument to fight inequality and support sustainable territorial development in its regions. I support the report and the current 2014-2020 cohesion framework that puts forward new measures for improving the situation of marginalised communities, such as the investment priority. I believe it could have a positive effect on the situation with the marginalised Roma communities in my home country, Bulgaria.

Aljz Peterle (PPE), *in writing*. – Member States, under the charter of fundamental rights of the EU, should feel encouraged to ensure equal treatment of all its citizens, with special attention on the most marginalized groups. In present times, creating environments of integration is of key importance for the prevention also of radicalisation phenomena. Ministries at national level should take into account these groups when working on cohesion policies.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Marginalizirane skupine ne podrazumijevaju samo manjine već i osobe s invaliditetom, osobe kojima prijeti opasnost od života ispod granice siromaštva ili već žive ispod te granice, zatim migrante, izbjeglice i socijalno isključene skupine u društvu. U Hrvatskoj, prema podacima do siječnja 2014.godine, živi više od 510 tisuća osoba s invaliditetom (12 % ukupnog stanovništva RH). Od toga, više od 52 % su radno sposobne osobe. Oko 65 % osoba s invaliditetom, prema dostupnim podacima o obrazovanju, nema završenu osnovnu školu ili ima samo osnovnoškolsko obrazovanje.

Posebno je marginalizirano stanovništvo u ruralnim područjima, kao i brdsko-planinskim područjima te pograničnim područjima koje čuva i kultivira prostor, dok je uloga seoske žene za obitelj i društvo u cjelini podcijenjena i nedovoljno priznata.

Potrebno je uložiti dodatne napore kako bismo sve te skupine uključili u društvo te im ulili nadu da je moguće postići napredak čak i kad se situacija čini bezizlaznom. To ne znači samo poboljšati životne uvjete i standard, dostupnost školovanja, već i osigurati radna mjesta, povećati prisutnost u društvenom i političkom životu, kao i bolji pristup medijima.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur la politique de cohésion et les communautés marginalisées a pour ambition d'améliorer l'utilisation des fonds européens dans le cadre de la politique de cohésion en favorisant «l'inclusion sociale des communautés marginalisées», vocabulaire européen pour désigner principalement les populations Roms, les migrants et les demandeurs d'asile. Il condamne par ailleurs le fait que la Commission européenne ait accepté des accords de partenariat ne mettant pas suffisamment l'accent sur l'inclusion de ces «communautés marginalisées». Il propose enfin la création d'un prix européen pour le dévouement exemplaire à l'intégration et à l'inclusion des groupes marginalisés.

Il est totalement illusoire de voir ces programmes «d'inclusion» des Roms dans l'absence de volonté de ces populations mais aussi des pays d'origine. C'est la raison pour laquelle je m'oppose à l'idée d'accorder plus de fonds pour satisfaire cet objectif utopique.

J'ai donc voté contre.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Osobe i grupe ljudi koje se nalaze na marginama društva oni su kojima je pomoć najpotrebnija, a nažalost najčešće i najmanje dostupna. U tom smislu, napor da se marginalizirane zajednice uključi u okvir kohezijske politike pohvalan je napredak ka rješavanju pitanja njihovog siromaštva, nezaposlenosti, loših zdravstvenih uvjeta i lošeg pristupa osnovnim javnim uslugama i infrastrukturi. Važno je uvesti jedinstvenu definiciju marginaliziranih zajednica, kako bi se njihova zaštita mogla dosljedno uključiti u mnogobrojna regulatorna područja, ali istovremeno je važno osigurati prepoznavanje intersekcije različitih osnova i identiteta na kojima se osobe diskriminira i isključuje. Pritom je potrebno baviti se ne samo materijalnim uvjetima poput pristupa javnim uslugama, već i različitim oblicima diskriminacije i odbacivanja. Dva su mehanizma posebno važna u ovom smislu: prvi je uključivanje pripadnika marginaliziranih zajednica u strukturu odlučivanja te implementacije projekata, a drugi je stroži nadzor provedbe projekata koji smjeraju poboljšanju životnih uvjeta ovih zajednica.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Kohezijska politika predstavlja osnovni temelj zajedničkog napretka cijelog područja EU-a. Strateški pristup ugroženim marginaliziranim zajednicama, među kojima se ističu Romi, zahtjeva integralni pristup razvoju. U prilog tome idu i novi elementi uvršteni u zakonodavni okvir za kohezijsku politiku za razdoblje 2014.-2020. koji se prije svega odnose na proširenje opsega aktivnosti koje se financiraju. Kako bi se konkretno definirala marginalizirana skupina, važno je problemu pristupiti individualno te „odozdo prema gore”. Stoga, otklanjanje ugroženosti marginaliziranih skupina nije dovoljno da bi se poticali profitabilni projekti, već je nužno da financiranje u tom pogledu prati primjeren razvoj dostupnosti javnih usluga. U tom pogledu, slažem se da je provedba ovog programa zajamčena jedino uz iskorištavanje fondova na integriraniji način, što bi značilo da se projekti trebaju financirati sveobuhvatno iz više fondova. Takav pristup bi predstavljao „razvoj pod vodstvom lokalnih zajednice” (CLLD – Community led – local development) što je preduvjet prepoznavanja i rješavanja specifičnih problema te je omogućen Uredbom o zajedničkim odredbama. Radi pune primjene istoga važno je što prije ostvariti sinergiju s instrumentima financiranja na razini EU-a i država članica kako bi se on u potpunosti primjenjivao.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La riduzione della spesa pubblica, dovuta al perdurare della crisi economica, ha portato a un aggravamento di alcuni problemi già esistenti negli Stati membri. In molte società europee vi sono, infatti, gruppi e comunità che sono colpiti da fenomeni d'esclusione strutturale e non hanno accesso alle infrastrutture e ai servizi pubblici di base. Inoltre, molti comuni continuano a dover rispettare rigorosi vincoli di bilancio che impediscono di affrontare adeguatamente l'emarginazione nella società. La politica di coesione è uno degli strumenti più forti che l'Unione europea ha a sua disposizione per combattere le disuguaglianze e sostenere la coesione territoriale e sociale nelle sue regioni. L'utilizzazione dei fondi UE destinati all'inclusione delle comunità emarginate può diventare una grande opportunità per promuovere e sostenere una maggiore coesione nelle società europee. Per questo motivo voto a favore di tale relazione.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Sprawozdanie ma stanowić przyczynek do dyskusji na temat przyszłego okresu programowania pod kątem poprawy warunków życia społeczności marginalizowanych. Ostatecznie jednak włączenie społeczności marginalizowanych będzie uzależnione od silnej woli politycznej miejscowych samorządów terytorialnych i organów krajowych.

W sprawozdaniu zwraca się uwagę, że realizacja polityki spójności musi wiązać się z podjęciem najważniejszego wyzwania, jakim jest ubóstwo i wykluczenie młodzieży i dzieci, osób dorosłych oraz osób niepełnosprawnych. Dlatego poparłem sprawozdanie.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Il était important, selon moi, que nous fassions une étude claire quant à l'inclusion des communautés marginalisées par la politique de cohésion. C'est une nécessité, et nous devons nous exprimer dessus. C'est pour cela que je me suis exprimé en faveur.

Cependant, à trop vouloir en dire, à trop vouloir détailler sur les communautés, à trop vouloir imposer du politiquement correct, des groupes politiques de gauche ont malheureusement noyé certains messages et ont failli rendre le texte illisible. Je le regrette. Nous avons pour mission d'adresser des messages courts, précis et concis à nos concitoyens. Je pense que le texte voté aujourd'hui ne rassemble pas tous ces critères.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A política de coesão é um dos mais sólidos instrumentos que a União Europeia tem à sua disposição para lutar contra as desigualdades e apoiar a coesão territorial e social nas suas regiões. Em todas as sociedades europeias, existem grupos e comunidades que enfrentam a exclusão e a segregação estruturais da maioria da sociedade e não têm sequer acesso às infraestruturas e aos serviços públicos básicos.

Pese embora a principal responsabilidade pela alteração da situação das comunidades marginalizadas caiba aos Estados-Membros, a verdade é que o objetivo de coesão social requer a intervenção europeia nas políticas de inclusão das comunidades marginalizadas. Com efeito, a política de coesão pode desempenhar um papel importante na alteração da situação, não apenas na superação dos desafios no setor da habitação ou no acesso a infraestruturas públicas, como é já o caso no âmbito do FEDER, mas também ao adotar uma abordagem integrada em relação à luta contra todas as formas de discriminação que as comunidades marginalizadas enfrentam.

Ponto é que sejam feitos os ajustamentos necessários e sejam introduzidos mecanismos de acompanhamento e de avaliação qualitativa para que as intervenções possam alcançar resultados sustentáveis e de longo prazo. Votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – We abstained on this vote due to the sensitivity of the issue at hand. UKIP does not believe that the Commission should be creating overarching integrating schemes at all. But we also recognise that ostracising marginalised communities that come from disadvantaged backgrounds is also a negative thing. Therefore we decided to abstain.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – La politique régionale vise à favoriser la cohésion économique, sociale et territoriale de l'Union européenne. Or, l'intégration et l'égalité des chances pour tous les citoyens, et notamment les communautés marginalisées, font partie intégrante de cette politique, d'autant que nous savons que la crise économique a entraîné une aggravation de la situation de pauvreté et d'exclusion sociale.

Aussi de nouvelles avancées et améliorations sont-elles requises dans ce domaine, et ce texte en propose plusieurs, notamment en matière d'implication et de responsabilisation des acteurs et des différents niveaux de pouvoir.

Ces mesures me semblent nécessaires. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de ce texte.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Fortes reduções na despesa pública durante a crise deram origem a um agravamento dos problemas existentes nos Estados-Membros, como o desemprego, a ausência de segurança social, a difícil situação em termos de habitação e a falta de serviços de saúde públicos. A crise teve um impacto negativo direto nos membros das comunidades marginalizadas.

Muitos municípios continuam a enfrentar sérias restrições orçamentais que os impedem de combater adequadamente a marginalização na sociedade. A política de coesão pode desempenhar um papel essencial na alteração desta situação, não apenas na superação dos desafios no setor da habitação ou no acesso a infraestruturas públicas, mas também ao adotar uma abordagem integrada em relação à luta contra todas as formas de discriminação que as comunidades marginalizadas enfrentam.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El marco legislativo de la política de cohesión garantiza oportunidades de financiación a las comunidades marginadas en las áreas urbanas y rurales. El periodo de programación 2014-2020 apuesta por la implementación del desarrollo local participativo y de las inversiones territoriales integradas (ITI) dirigidas a las comunidades marginadas.

Con nuestro voto a favor del informe, los socialistas pedimos a la Comisión Europea que adopte una definición de «comunidades marginadas», que aún no existe, con el objetivo de permitir a estos ciudadanos de la UE beneficiarse aún más de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos.

El voto en contra del apartado 11 del informe se debe a que dicho texto asume, a través de un enfoque erróneo y generalizado, que la UE no posee estructuras para la lucha contra la corrupción y el uso fraudulento de fondos (y las existentes no son responsables, transparentes y democráticas), así como que las comunidades marginadas están excluidas de los fondos de la UE, lo cual es una suposición equivocada. Los socialistas siempre hemos defendido la máxima transparencia en las estructuras de gestión de fondos ya existentes y que las comunidades marginadas continúen beneficiándose de la política de cohesión.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Les communautés marginalisées en Europe, en ce compris les Roms, souffrent souvent d'un déficit d'intégration. Depuis très longtemps, ce Parlement réclame de meilleures conditions de vie pour ces communautés. Pourtant, l'Union européenne dispose d'un bon outil pour lutter contre ce déficit d'intégration, la politique de cohésion.

Le rapport discuté lors de cette session plénière du Parlement européen porte sur plusieurs éléments.

Tout d'abord, il est demandé à la Commission de publier des orientations sur la définition des communautés marginalisées pour qui, je le rappelle, il n'existe aucune définition au niveau de l'Union européenne.

Il est également demandé à la Commission de fournir des informations détaillées sur la façon de bénéficier des possibilités de financement pour les communautés marginalisées.

La Commission se doit également de faciliter l'inclusion des communautés marginalisées lors de l'élaboration, de la mise en œuvre et de l'évaluation des projets en tant qu'instrument d'émancipation de ces communautés.

Enfin, il est important que des recommandations à leur sujet soient présentées dans le contexte du semestre européen.

En phase avec toutes ces propositions, j'ai voté en faveur de ce rapport qui, je l'espère, permettra d'améliorer l'intégration des communautés marginalisées.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A política de coesão tem desempenhado nas últimas décadas um importantíssimo papel para as regiões da União Europeia, nomeadamente no fortalecimento dos instrumentos de que dispõe para o combate das assimetrias e no apoio à coesão territorial, económica e social das suas regiões.

Porém, muitos são ainda os grupos e comunidades alvo de exclusão social resultante na privação de acesso a infraestruturas e serviços básicos, tais como a habitação, a educação, o emprego, a segurança social ou os serviços de saúde. Esta realidade resulta de uma complexa série de circunstâncias que têm acentuado problemas sociais e económicos existentes, em particular nas comunidades mais desfavorecidas e desprovidas socialmente (e infelizmente prevalentes em diversas regiões europeias).

Dados estes factos, este relatório defende que a política de coesão deve, por isso e também, prever medidas com vista à inclusão destas comunidades marginalizadas. Deste modo, e por pensar ser necessária a existência de medidas concretas à escala europeia para responder a esta necessidade, dei o meu voto positivo a este relatório.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della relazione in quanto ritengo che la politica di coesione sia uno strumento indispensabile per contrastare le disuguaglianze anche sociali ancora esistenti in Europa. Gli Stati membri devono collaborare tra di loro al fine di aiutare e integrare le comunità più emarginate e devono essere in grado di realizzare politiche di inclusione sociale, economica e territoriale.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe orientado a aumentar la protección social de las minorías en Europa porque entendemos que son positivas todas las políticas destinadas a aumentar la cohesión social, reconociendo la propia existencia de las minorías y poniendo en marcha medidas para mejorar las condiciones de vida de los millones de personas que, en la actualidad, viven en riesgo de exclusión social.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – EU funds can be a powerful lever to alleviate inequalities and improve the lives of people in marginalised communities. I fully back the call in this report to ensure that marginalised communities are better served by accountable and transparent use of EU funds. The Commission should look closely at how marginalised communities can be identified and defined so that funding can be properly directed on the basis of clearly established guidance. We must make all the necessary efforts to combat discrimination and social exclusion and ensure that marginalised groups are integrated into a diverse, tolerant and fair society. This will bring benefits to all.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – V souvislosti s touto zprávou se rozvinula debata, které že to vlastně skupiny jsou a zda se mohou vymezovat i na etnickém základě. V kontextu debat o migraci a integraci uprchlíků se o ghettech a sociálně vyloučených lokalitách jako podhoubí pro radikalizaci začalo mluvit více nahlas. Panuje shoda na tom, že pokud se lidé necítí ve společnosti jako plnohodnotní, jsou vedeni na okraj, kde si vytvářejí paralelní světy, které se řídí vlastními pravidly a zákony. Proto je nutné nejen stále povzbuzovat a vysvětlovat, ale zejména každodenně dokazovat, že platí pro všechny stejná pravidla i povinnosti a všem se měří skutečně stejným metrem. Pokud to tak není, dříve nebo později konflikt v různých podobách vyplave na povrch. V nejhorším scénáři i jako konflikt mezi většinovou společností a onou menšinou, která je vnímána naopak jako ta privilegovaná, což vede ještě k většímu odcizení. Proto jsem nejen proti diskriminaci, ale i proti vyčleňování při začleňování. Celkovou koncepci této zprávy vnímám v tomto ohledu spíše jako rozdělující, a ačkoliv s mnoha jednotlivými body mohu souhlasit, zprávu jsem jako celek nepodpořila.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe puesto que contiene elementos positivos de cara a la aplicación efectiva, a través de la política de cohesión, del principio de no discriminación recogido en los Tratados. En este sentido, el texto solicita a la Comisión Europea que clarifique el concepto de comunidades marginadas; destaca que los recortes en los servicios públicos complican aún más la situación de los colectivos vulnerables; visibiliza el racismo existente y la discriminación institucional hacia comunidades como la romaní; reclama que los Estados miembros garanticen la participación también de las asociaciones que trabajan con las comunidades marginadas; denuncia la múltiple discriminación de las mujeres, las personas con discapacidad y los migrantes que se encuentran en las comunidades marginadas, entre otros colectivos. Por lo tanto, y a pesar de que el informe tiene un carácter exclusivamente propositivo, he votado a favor.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this non-legislative report because it calls on the Commission to undertake work to integrate communities. I believe this should be completed by nation states, not the EU.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – My Labour Party colleagues in Parliament and I voted for this report, believing that the cohesion policy of the EU can be and ought to be a powerful tool in addressing problems which communities on the margins face. These problems may include things like unemployment, unsuitable or difficult housing conditions, poor access to public services – especially healthcare – and the multiple forms of discrimination which disproportionately affect members of this group. The report calls for more and genuine involvement of representatives of marginalised communities in the development, implementation and management of EU funds and projects in this field. I truly believe that programmes like this are most effective when those concerned are genuinely involved in the decision-making and management processes.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Cieľom politiky súdržnosti je posilňovať hospodársku, sociálnu a územnú súdržnosť, ako aj znižovať sociálne rozdiely vrátane zníženia a odstránenia chudoby a vylúčenia. Použitie fondov EÚ v rámci tejto politiky na začleňovanie marginalizovaných komunít považujem preto za dôležitú súčasť nástrojov potrebných na riešenie rómskej problematiky na Slovensku, ako aj v EÚ. Nemôžem však súhlasiť so snahou o koordináciu a silnejšie prepojenie vnútroštátnych stratégií pre marginalizované komunity so stratégiami v oblasti rodovej rovnosti, a preto som sa pri hlasovaní o legislatívnom uznesení o politike súdržnosti a marginalizovaných komunitách zdržal.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Aj keď hlavnú zodpovednosť za riešenie problémov marginalizovaných komunít nesú členské štáty, politiku súdržnosti považujem za jeden z najsilnejších nástrojov, ktoré má Európska únia k dispozícii na boj proti nerovnosti a na podporu územnej a sociálnej súdržnosti vo svojich regiónoch. Podporila som uznesenie, lebo si myslím, že rastúca chudoba a sociálny prepád marginalizovaných skupín je dostatočným dôvodom nato, aby sme tam, kde je to potrebné, zmenili prístup a vytvorili lepšie podmienky na zlepšenie prístupu k pracovným príležitostiam, vzdelávaniu a odbornej príprave dospelých a podpore samostatnej zárobkovej činnosti. Som presvedčená o tom, že kvalitnejšie vzdelávanie a integrácia marginalizovaných komunít do trhu práce v jednotlivých členských štátoch by mali byť preto prioritou. Od politiky súdržnosti zameranej na začleňovanie marginalizovaných komunít taktiež očakávam, že prinesie väčšiu flexibilitu a pružnosť, podporí územný rozvoj a pomôže znížiť regionálne rozdiely. V danom kontexte považujem za dôležité, aby na základe politiky súdržnosti došlo ešte k výraznejšej podpore malých a stredných podnikov, ktoré pomáhajú zachovať pracovné miesta.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *písno*. – Obrobne skupnosti so čedalje bolj postavljene v središče ukrepov kohezijske politike zaradi skrbí in prizadevanj v boju proti socialni izključenosti. Strinjam se, da je treba vprašanje obrobnih skupnosti nujno obravnavati, pri čemer pa kohezijska politika pri podpiranju njihovega gospodarskega, socialnega in teritorialnega vključevanja igra pomembno vlogo. Leta 2010 so bile v Evropski sklad za regionalni razvoj vpeljane možnosti financiranja obrobnih skupnosti. Ob tem pa se je pojavil problem neopredeljenosti obrobnih skupnosti, zaradi česar se v poročilu poziva Komisijo, naj pripravi smernice za opredelitev obrobnih skupnosti, v katerem bi določila vrsto značilnosti in lastnosti obrobnih skupin. Evropski socialni sklad koristi ljudem, vključno s prikrajšanimi skupinami, kot so dolgotrajno brezposelni, invalidi, migranti, etnične manjšine in ljudje vseh starosti, ki jim grozita revščina ali socialna izključenost. Poročilo poziva države članice k izvajanju operativnih programov, s katerimi bodo lahko koristile evropska sredstva v podporo obrobnim skupnostim in tudi vsebuje natančne napotke glede priprave, izvajanja in spremljanja teh programov. Menim, da je nujno treba vzpostaviti pravilno vez med obrobnimi skupnostmi ter koriščenjem evropskih sredstev iz naslova kohezijske politike. Zaradi vseh predhodno naštetih razlogov sem poročilo podprl in glasoval za njegovo sprejetje.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Der Initiativbericht der Abgeordneten Terry Reintke (Grüne) empfiehlt Änderungen im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik. Dieser EU-Politikbereich macht mehr als ein Drittel des gesamten EU-Haushaltes aus und zielt darauf ab, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in Europa zu verringern und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Der Bericht fordert, ein noch größeres Augenmerk auf die Unterstützung von gesellschaftlichen Randgruppen und insbesondere auf Roma-Gemeinschaften und die Bedürfnisse von Frauen zu legen. So gebe es bis heute keine einheitliche Definition von gesellschaftlichen Randgruppen, zudem werde insbesondere bei sogenannten Partnerschaftsabkommen zu wenig auf die Bedürfnisse dieser Randgruppen eingegangen. Wie der Bericht selber aufführt, sind in den gesetzlichen Grundlagen zur Kohäsionspolitik bereits etliche Vorgaben zur Unterstützung gesellschaftlicher Randgruppen aufgeführt. Es obliegt dabei im Sinne des Subsidiaritätsprinzips den EU-Mitgliedstaaten, diese Vorgaben im Rahmen operationeller Programme umzusetzen. Eine weitere zentralistische Reglementierung dazu ist nicht notwendig, da hier in ungebührlicher Weise auf die Politik der einzelnen EU-Mitgliedstaaten Einfluss genommen würde und weitere bürokratische Hürden zur Genehmigung von Projekten aufgebaut würden. Ich habe daher gegen den Bericht gestimmt.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Podržavam ovo izvješće jer unutar Europske unije i danas postoje razne izdvojene grupacije ljudi kojima je onemogućeno korištenje njihovih prava. Situacija u kojoj je određena grupa ljudi segregirana i odvojena od raznih procesa u svojoj zajednici dovodi do daljnjih podjela i separacija u društvu. Te ljude je važno uključiti u djelovanje zajednice te im omogućiti sva prava koja uživa većinsko stanovništvo Europske unije te na taj način spriječiti daljnu segregaciju i sve negativne posljedice tog efekta. Također podržavam ovo izvješće jer su posljedice gospodarske krize i rezovi u javnim službama doveli do pogoršanja položaja žena unutar marginaliziranih zajednica.

Catherine Stihler (S&D), *in writing.* – Together with my Labour colleagues I voted in favour of this report as I believe the EU cohesion policy can be a powerful tool in addressing problems marginalised communities face, such as unemployment, difficult housing conditions, low access to public services notably health services, multiple forms of discrimination and social, cultural and economic exclusion, etc. I particularly welcome the report's call for more and genuine involvement of representatives of marginalised communities in the development, implementation and management of EU funds and projects in this field, as I strongly believe that programmes and policies are most effective when those concerned are actually involved in the decision-making and management processes.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Cilj kohezijske politike jest smanjenje razlika između raznih regija te zaostalosti regija u najnepovoljnijem položaju. Marginalizirane zajednice postale su središte mjera kohezijske politike. Porasla je zabrinutost zbog socijalne isključenosti i angažiranosti na njezinu suzbijanju, između ostalog zbog situacije u kojoj se nalaze Romi i dugotrajne potrebe da se njihovi životni uvjeti poboljšaju. Projekti koji se financiraju iz fondova EU-a moraju biti dugoročnog karaktera kako bi bili učinkoviti i fondovi moraju poduprijeti ulaganje u stvarne potrebe korisnika s mehanizmima kojima će se jamčiti da se dopre do ciljanih skupina. Potrebno je uspostavljanje proaktivnog i participativnog mehanizama praćenja mjera država članica u pogledu postupka planiranja i procjene financiranja koji se upotrebljavaju za marginalizirane zajednice.

Podržavam ovo izvješće jer je kohezijska politika važno sredstvo na putu prema donošenju politika utemeljenom na rezultatima kojim bi se na učinkovit način ostvario pametan i održiv rast u regijama u kojima je to najpotrebnije.

Richard Sulík (ECR), *písomne.* – Hlasoval som proti. Problémom politík súdržnosti totiž nie je ich konkrétne nastavenie, ale to, že tieto politiky už z princípu prinášajú viac škôd ako úžitku, koniec koncov, ako aj iné snahy zvýšiť životnú úroveň ľudí prostredníctvom prerozdelenia. Prosperite ľudí, marginalizované komunity nevynímajúc, by najviac pomohlo úplné zrušenie politík súdržnosti a nie len nekonečné zmeny ich parametrov pri stále zväčšujúcom sa objeme prerozdelených prostriedkov.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o kohezijski politiki in obrobni skupnostih.

Strinjam se, da je treba spremeniti evropsko kohezijsko politiko in pri tem zasledovati cilj, da bo le ta vključevala tudi obrobne skupnosti.

V državah članicah je še vedno vse preveč tistih, ki so spregledani in preslišani, zato jim moramo ponuditi enake možnosti in dostop do zdravja, izobraževanja, zaposlitve. Pri tem mora odigrati svojo vlogo tudi civilna družba.

Poudarjam predvsem pomembnost izobraževanja ter problem prehitrega opuščanja nadaljnega izobraževanja.

Kay Swinburne (ECR), *in writing.* – Whilst I am able to support a handful of positive elements in this report, such as the call for more detailed information on ESIF take-up (para 5), the principles of equality and non-discrimination (para 8), prioritising the needs of children (para 14) and support for training and SMEs (para 46), I reject the suggestion that it is the EU's responsibility to tackle social disparities, poverty and exclusion in Member States. It is not. Social, health, employment, education, housing and planning policies are areas of Member State competence and should remain so.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση δίνει έμφαση στο κοινωνικό ρόλο και τις επιδιώξεις της πολιτικής συνοχής σχετικά με τις περιθωριοποιημένες κοινότητες. Μεταξύ των πολιτών της Ε.Ε., υπάρχουν ομάδες και κοινότητες που αντιμετωπίζουν δομικό αποκλεισμό και διαχωρισμό από την υπόλοιπη κοινωνία και έχουν περιορισμένη πρόσβαση έως καθόλου σε βασικές υποδομές και υπηρεσίες.

Οι κοινωνικές ανισότητες όπως αναφέρει η έκθεση, έχουν οξυνθεί λόγω της υφιστάμενης οικονομικής κρίσης, των περικοπών στους προϋπολογισμούς και τα μέτρα λιτότητας και έχουν μετατραπεί σε τεράστια κοινωνικά προβλήματα τα οποία αδυνατούν να αντιμετωπιστούν λόγω του περιορισμού των εθνικών πολιτικών στήριξης των περιθωριοποιημένων κοινοτήτων.

Υπερψηφίσαμε την έκθεση καθώς προτείνει μια σειρά από μέτρα για την ενίσχυση και κοινωνική ενσωμάτωση των περιθωριοποιημένων ομάδων ενώ ζητά από τα κράτη-μέλη να αξιοποιήσουν την χρηματοδότηση των ευρωπαϊκών διαρθρωτικών επενδυτικών ταμείων και να εστιάσουν στη δημιουργία νέων θέσεων εργασίας και συμμετοχής στην κοινωνία, ούτως ώστε να καταπολεμηθεί η φτώχεια και ο κοινωνικός αποκλεισμός. Σημαντική είναι και η αναφορά της έκθεσης στην ανάγκη καταπολέμησης της ξενοφοβίας και του ρατσισμού.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Jelenleg nincsen uniós szintű fogalommeghatározás a marginalizálódott közösségekre, ezért erről a tagállamoknak kell döntenüik nemzeti mutatóik segítségével. Vannak olyan mutatók, melyek szoros kapcsolatban állnak a marginalizálódással, például a hosszú távú magas munkanélküliség, az iskolázottság alacsony szintje, a rendkívül rossz lakhatási körülmények, az egészségügyi ellátáshoz való hozzáférés hiánya és/vagy a túlzott egészségi kockázatnak való kitettség. A válság közvetlen negatív hatással volt a marginalizálódott közösségekre, tovább növelte a szegénységet és a társadalmi kirekesztést. A kohéziós politika fontos szerepet játszik a marginalizálódott közösségek gazdasági, társadalmi és területi integrációjának támogatásában.

A jelentés több olyan gondolatot felvet, melyek hasznosak a marginalizálódott csoportok integrációja szempontjából. Kiemeli, hogy az oktatás és a foglalkoztatás a szegénység legjobb ellenszere, ezért ösztönözni kell az iskolarendszeren kívüli valamint az egész életen át tartó tanulással kapcsolatos projekteket. Továbbá a jelentés hangsúlyozza az integrált lakhatási, oktatási és foglalkoztatási beavatkozások fontosságát, a közszolgáltatásokhoz való hozzáférés javításának szükségességét.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, mivel egyetértek azzal, hogy a kohéziós politika jelentősen hozzájárul a gazdasági, társadalmi és területi kohézió növeléséhez és a szociális egyenlőtlenségek csökkentéséhez. Úgy vélem azonban, a kohéziós politika nyújtotta lehetőségeket tovább kell mélyíteni és további segítség adható a tagállamoknak a szegénység és a kirekesztés enyhítésre és megszüntetésére. Egyetértek azzal, hogy valamennyi európai társadalomban léteznek olyan csoportok és közösségek, amelyek strukturális kirekesztésben és a többségi társadalomtól való szegregációban élnek és nem férnek hozzá még az alapvető állami infrastruktúrákhoz és közszolgáltatásokhoz sem. Ennek eredményeként sok esetben jellemző rájuk az aránytalan szegénység, a munkanélküliség, az erőszak és a rossz egészségi állapot.

A marginalizálódott közösségek, beleértve a romák helyzetén az európai szintű eszközökkel is javítani lehet, míg e közösségek helyzetének megváltoztatása elsősorban a tagállamok feladata. Ezt látszatpolitizálással nem lehet megoldani, éppen ezért a konkrét lépésekhez hozzájárulhat az Európai Bizottság iránymutatása is. A jelentésnek köszönhetően az Európai Bizottság részletes tájékoztatást fog nyújtani a marginalizálódott közösségeknek szánt finanszírozási lehetőségek eredményes felhasználásáról és az európai magatartási kódex tényleges alkalmazásáról (például a partnerségi elv és a civil társadalom bevonásának tekintetében). Úgy vélem, hogy a marginalizálódott közösségek integrálásának biztosítására elszámoltatható, átlátható és demokratikus struktúrákat kell létrehozni a korrupció és a források csalárd felhasználása elleni küzdelem érdekében.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Polityka spójności ma na celu wzmocnienie spójności gospodarczej, społecznej i terytorialnej, ograniczanie nierówności społecznych, w tym zmniejszanie i eliminację ubóstwa oraz wykluczenia. Istniejące fundusze unijne, zarówno Europejski Fundusz Społeczny jak i Europejski Fundusz Rozwoju Regionalnego, stanowią bardzo istotne narzędzia służące szerszemu włączeniu społeczności marginalizowanych.

Parlament w swoim dokumencie wskazał nie tylko na szeroko analizowane do tej pory kwestie, ale także wskazał na mało dyskutowane problemy jak marginalizowanie Romów czy innych mniejszości etnicznych i narodowych żyjących w Unii Europejskiej. Ponadto zgadzam się również z postulatem stworzenia spójnej i wspólnej definicji społeczności marginalizowanych, który został ujęty w tym sprawozdaniu.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Politica de coeziune este instrumentul cel mai eficient în consolidarea economică, socială și teritorială. Experiența în gestionarea disparităților sociale ne arată că avem nevoie de acțiuni la nivel european în ceea ce privește reducerea și eradicarea sărăciei și excluziunii, prevenirea segregării și promovarea accesului egal și a oportunităților egale pentru toți cetățenii, printre care se numără și grupurile cele mai marginalizate.

În complementarea acțiunilor luate la nivelul Uniunii, consider că guvernanta și coordonarea pe mai multe niveluri joacă un rol esențial la pregătirea și punerea în aplicare a programelor de integrare a comunităților marginalizate.

Cele mai expuse sunt femeile din comunitățile marginalizate. Pe lângă rata redusă de ocupare a forței de muncă, ele fac obiectul unei discriminări multiple și accentuate.

O altă chestiune pe care raportul o ia în considerare este nevoia pentru o definiție a comunităților marginalizate. De ce cred că e nevoie de acest lucru? Statele membre trebuie să își păstreze responsabilitatea de a elabora proprii indicatori naționali în baza cărora să se pună la punct o definiție, însă consider că ne trebuie o serie de orientări din partea Comisiei care să armonizeze procesul.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – La politique de cohésion est l'un des instruments les plus puissants à la disposition de l'Union européenne pour lutter contre les inégalités et soutenir la cohésion territoriale et sociale dans ses régions.

Toutes les sociétés européennes comportent des groupes et des communautés victimes d'exclusion et de ségrégation structurelles de la part de la majorité de la population, et ces groupes n'ont pas accès aux infrastructures et services publics les plus basiques. De plus, ils sont très souvent touchés par la pauvreté, le chômage et les mauvaises conditions sanitaires de façon totalement disproportionnée.

Voter ce texte n'est somme toute que logique.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, which addresses social exclusion of marginalised communities, including the situation of the Roma. I believe that cohesion policy can be a useful tool in supporting the inclusion of marginalised communities, both in the economic, social and territorial senses. The resolution presents two key demands to the Commission. Firstly, to issue guidance on the definition of marginalised communities and, secondly, to provide detailed information on the funding opportunities. The resolution appeals also to the Member States to improve access to public service. Regarding the funding programmes, the resolution calls for integrated using of funds and stresses the importance of programmes for deprived neighbourhoods and isolated areas. It calls for proactive monitoring of EU-funded projects and for inclusion of women in the process.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Les politiques de cohésion visent à combattre les inégalités et les disparités au sein de l'Union Européenne. Outil essentiel pour l'harmonisation sociale et régionale en Europe, elles doivent aider à mettre un terme à la discrimination dont sont victimes certaines communautés et favoriser leur intégration.

Dans ce rapport, nous pressons la Commission européenne de proposer une législation plus précise et efficace afin de flécher des fonds en direction des populations et groupes stigmatisés. Nous nous sommes notamment battus pour exiger une définition claire de ce qu'est une communauté marginalisée. C'est seulement par ce moyen que nous pourrions avoir des dispositifs effectifs, à même de réaliser pleinement le potentiel des politiques de cohésion qui doivent être un puissant vecteur d'intégration sociale. Non insistons sur la nécessité d'une action rapide et adaptée en direction des populations roms et tsiganes, qui subissent de nombreuses discriminations.

C'est un signal fort que nous envoyons, alors que les groupes racistes et xénophobes progressent en Europe. Nous serons intransigeants sur nos valeurs et n'accepterons aucune discrimination, aucune stigmatisation de quelque sorte que ce soit sur notre continent.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – Le proposte contenute in questa relazione sono particolarmente interessanti e molto attuali. La politica di coesione dell'Unione europea volta a eliminare le disuguaglianze e a sostenere la coesione territoriale e sociale nelle sue regioni, riveste un ruolo di primaria importanza per la lotta alla povertà e all'inclusione sociale delle persone maggiormente vulnerabili. La crisi ha acuito le disuguaglianze e per questo il Parlamento insiste perché settori chiave, come l'istruzione, la formazione e la sanità di base siano poste al centro di tutte le politiche regionali. Non possiamo consentire che in tutte le società europee continuino a esistere gruppi e comunità che affrontano esclusione e segregazione. Solo attraverso un approccio integrato delle politiche di supporto alle comunità emarginate si possono superare tutte le diverse forme di discriminazione alla base dell'isolamento culturale, sociale ed economico cui,

putroppo, ancora assistiamo.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Pagrindinis sanglaudos politikos tikslas turi būti teritorinio vystymosi rėmimas ir skirtumas tarp regionų mažinimas. Todėl, norint pasiekti šį tikslą, reikia įgyvendinant ir valdant atitinkamus ES fondus priimti konkrečias horizontalias priemones. Europos socialinis fondas turėtų būti pagrindinė priemonė įgyvendinant strategiją „Europa 2020“ užimtumo, darbo rinkos politikos, judrumo, švietimo ir mokymo bei socialinės aprėpties srityje. Taip ESF prisidėtų prie ekonominės, socialinės ir teritorinės sanglaudos. Europos struktūriniai ir investiciniai fondai turėtų skatinti mokslinius tyrimus ir analizes, kuriomis siekiama sukurti supratimą apie realias socialiai atskirtų bendruomenių gyvenimo sąlygas. O sanglaudos politika turėtų būti svarbiu įrankiu, naudojamu rezultatais paremtai politikai formuoti, siekiant veiksmingai kurti pažangų, tvarų ekonomikos augimą tuose regionuose, kur to labiausiai reikia.

Ir viskas tam, kad išlaikyti darbo vietas kaime ir atokiose vietovėse. Tokias prielaidas ataskaitoje verta paremti.

Ruža Tomašić (ECR), napisan. – Kao članica Odbora za regionalni razvoj, podržavam dijelove izvješća koji naglašavaju da se pri implementaciji kohezijske politike posebna pažnja mora usmjeriti na ključne izazove siromaštva i isključenosti mladih ljudi, djece te ljudi sa invaliditetom.

Također, u potpunosti sam suglasna s dijelovima izvješća koji govore o *bottom-up* pristupu, odnosno težnji da se EU fondovi, u fazi implementacije, trebaju koristiti na integrirani način putem novih teritorijalnih razvojnih instrumenata u kohezijskoj politici 2014.-2020.: Integriranih teritorijalnih ulaganja (ITU) i Lokanog razvoja vođenog zajednicom (CLLD), jer isti naglašavaju i važnu ulogu koju civilno društvo može imati u navedenom segmentu.

Međutim, smatram da zaštita prava i dodjela sredstava ne bi trebale ovisiti o određenim subjektivnim i posve ideološkim čimbenicima kao što je pripadnost arbitrarno odabranim skupinama, već isključivo o objektivnim i prije svega mjerljivim kriterijima koji moraju biti jednaki za sve.

Stoga sam glasovala suzdržano.

Romana Tomc (PPE), pisno. – Poročilo o kohezijski politiki in obrobni skupnostih sem podprla, ker menim, da je močna kohezijska politika zelo pomembna pri boju proti neenakosti. Obrobne skupine so velikokrat žrtve diskriminacije in revščine ter niso deležne osnovnih življenjskih dobrin, zato je potrebno s pomočjo kohezijske politike to preprečiti in obrobne skupine vključiti v družbo ter jim omogočiti dostojnejše življenje.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado a favor de este informe orientado a aumentar la protección social de las minorías en Europa porque entendemos que son positivas todas las políticas destinadas a aumentar la cohesión social, reconociendo la propia existencia de las minorías y poniendo en marcha medidas para mejorar las condiciones de vida de los millones de personas que, en la actualidad, viven en riesgo de exclusión social.

Ulrike Trebesius (ECR), schriftlich. – Der Initiativbericht der Abgeordneten Reintke (Grüne) empfiehlt Änderungen im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik. Dieser EU-Politikbereich macht mehr als ein Drittel des gesamten EU-Haushaltes aus und zielt darauf ab, die wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in Europa zu verringern und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Der Bericht fordert, ein noch größeres Augenmerk auf die Unterstützung von gesellschaftlichen Randgruppen und insbesondere auf Roma-Gemeinschaften und die Bedürfnisse von Frauen zu legen. So gebe es bis heute keine einheitliche Definition von gesellschaftlichen Randgruppen, zudem werde insbesondere bei sogenannten Partnerschaftsabkommen zu wenig auf die Bedürfnisse dieser Randgruppen eingegangen. Wie der Bericht selber aufführt, sind in den gesetzlichen Grundlagen zur Kohäsionspolitik bereits etliche Vorgaben zur Unterstützung gesellschaftlicher Randgruppen aufgeführt. Es obliegt dabei im Sinne des Subsidiaritätsprinzips den EU-Mitgliedstaaten, diese Vorgaben im Rahmen operationeller Programme umzusetzen. Eine weitere zentralistische Reglementierung dazu ist nicht notwendig, da hier in ungebührlicher Weise auf die Politik der einzelnen EU-Mitgliedstaaten Einfluss genommen würde und weitere bürokratische Hürden zur Genehmigung von Projekten aufgebaut würden. Ich habe daher gegen den Bericht gestimmt.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report as it is my belief that reducing the marginalisation of communities like the Roma should be a key priority for EU cohesion funds in those Member States where there are clear obstacles to their social and economic integration.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Aucun programme d'inclusion sociale qui soit destiné aux Roms ne sera couronné de succès en l'absence d'une volonté de leur part de mieux s'intégrer et de mieux respecter les règles et coutumes des États membres de résidence.

Nous considérons que les facteurs de la marginalisation de la communauté rom sont principalement à rechercher dans son refus de s'assimiler à la culture dominante de l'État membre de résidence ainsi que dans la commission de nombreuses infractions aux législations de ces derniers. C'est la raison pour laquelle nous sommes opposés à l'utilisation des fonds structurels pour des projets et des programmes destinés aux communautés roms.

Je vote contre l'adoption de ce texte.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Conceptul de „comunități marginalizate” se referă la diverse grupuri și persoane din societate, cum ar fi minoritățile, romii, persoanele cu dizabilități, persoanele care trăiesc sub pragul sărăciei sau care sunt expuse riscului de sărăcie, migrații, refugiații și grupurile excluse din punct de vedere social.

Criza economică și reducerile bugetare determinate de aceasta au generat, în repetate rânduri, probleme bugetare grave pentru municipalități și au condus, în statele membre, la agravarea problemelor existente, cum ar fi șomajul, lipsa securității sociale și lipsa serviciilor de sănătate publică. Mai mult, aceasta a condus la diminuarea și chiar lipsa acțiunilor legate de grupurile marginalizate menite să îmbunătățească gradul de integrare a acestora.

Raportul subliniază nevoia unei mobilizări a fondurilor aferente politicii de coeziune pentru a îmbunătăți condițiile de viață și pentru a facilita accesul comunităților marginalizate la educație, locuințe, asistență medicală, locuri de muncă, servicii de îngrijire a copiilor și servicii sociale.

Mai mult, este evidențiată necesitatea unei perspective pe termen lung pentru a fi eficace, precum și mobilizarea unor mecanisme care să garanteze impactul asupra grupurilor-țintă și care să soluționeze problema excluziunii și a marginalizării.

Așadar, am votat în favoarea raportului referitor la politica de coeziune și comunitățile marginalizate.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A marginalizált közösségek azért kerültek a kohéziós politika intézkedéseinek középpontjába, mivel egyre nőtt az aggodalom a szociális kirekesztéssel kapcsolatban, és az elkötelezettség az ellene való küzdelemre. Beleértve a romák helyzetét és életfeltételeik régóta követelt javítását. A javaslat arra kéri az Európai Bizottságot, hogy adjon iránymutatást a marginalizálódott közösségek fogalommeghatározására vonatkozóan, meghatározva a marginalizált csoportok tulajdonságainak és jellemzőinek összességét, figyelembe véve minden egyes lehetséges célcsoport sajátos helyzetét, kihívásait és szükségleteit társadalmi-gazdasági integrációjuk előmozdítása céljából. A javaslatra igennel szavaztam.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe orientado a aumentar la protección social de las minorías en Europa porque entendemos que son positivas todas las políticas destinadas a aumentar la cohesión social, reconociendo la propia existencia de las minorías y poniendo en marcha medidas para mejorar las condiciones de vida de los millones de personas que, en la actualidad, viven en riesgo de exclusión social.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on cohesion policy and marginalised communities because I think the cohesion policy is one of the strongest instruments the European Union has at its disposal with which to fight inequality and support territorial and social cohesion in its regions. There are a wide variety of discriminatory structures in place, including sexual orientation and gender identity as well as different cultural, religious or ethnic backgrounds. Many people face different forms of discrimination at the same time, especially within Roma communities, which are very often marginalised within European societies.

I agree that cohesion policy can play a powerful role in changing these realities. Not only when looking at challenges in housing or access to public infrastructure, as is already happening in the framework of the ERDF, but by providing an integrated approach to tackling all the different forms of discrimination that marginalised communities face. The resolution proposes different measures and recommendations to tackle this challenge to make our national and European societies more inclusive.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El informe destaca con acierto la importancia que tienen los fondos de desarrollo regional para la integración de las comunidades marginadas, especialmente tras el impacto de la crisis económica en los últimos años. Es necesario seguir promoviendo la cohesión social, reforzar la inclusión social y, de este modo, contribuir al objetivo de reducir al menos en 20 millones el número de personas en riesgo de pobreza y exclusión social en la UE, de conformidad con la Estrategia 2020. Este informe constituye un elemento importante de reflexión en torno a estos temas, por lo que considero necesario votar a favor.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – El marco legislativo de la política de cohesión garantiza oportunidades de financiación a las comunidades marginadas en las áreas urbanas y rurales. El periodo de programación 2014-2020 apuesta por la implementación del desarrollo local participativo y de las inversiones territoriales integradas (ITI) dirigidas a las comunidades marginadas.

Con nuestro voto a favor del informe, los socialistas pedimos a la Comisión Europea que adopte una definición de «comunidades marginadas», que aún no existe, con el objetivo de permitir a estos ciudadanos de la UE beneficiarse aún más de los Fondos Estructurales y de Inversión Europeos.

El voto en contra del apartado 11 del informe se debe a que dicho texto asume, a través de un enfoque erróneo y generalizado, que la UE no posee estructuras para la lucha contra la corrupción y el uso fraudulento de fondos (y las existentes no son responsables, transparentes y democráticas), así como que las comunidades marginadas están excluidas de los fondos de la UE, lo cual es una suposición equivocada. Los socialistas siempre hemos defendido la máxima transparencia en las estructuras de gestión de fondos ya existentes y que las comunidades marginadas continúen beneficiándose de la política de cohesión.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe puesto que contiene elementos positivos de cara a la aplicación efectiva, a través de la política de cohesión, del principio de no discriminación recogido en los Tratados. En este sentido, el texto solicita a la Comisión Europea que clarifique el concepto de comunidades marginadas; destaca que los recortes en los servicios públicos complican aún más la situación de los colectivos vulnerables; visibiliza el racismo existente y la discriminación institucional hacia comunidades como la romaní; reclama que los Estados miembros garanticen la participación también de las asociaciones que trabajan con las comunidades marginadas; denuncia la múltiple discriminación de las mujeres, las personas con discapacidad y los migrantes que se encuentran en las comunidades marginadas, entre otros colectivos. Por lo tanto, y a pesar de que el informe tiene un carácter exclusivamente propositivo, he votado a favor.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Together with my EPLP colleagues I voted in favour of this report as I believe that the EU cohesion policy can be a powerful tool in addressing problems that marginalised communities face. These issues range from unemployment, difficult housing conditions, low access to public services notably health services, as well as multiple forms of discrimination, social, cultural and economic exclusion, etc. and it is vital that we tackle them. I particularly welcome the report's call for more and genuine involvement of representatives of marginalised communities in the development, implementation and management of EU funds and projects in this field, as I strongly believe that programmes and policies are most effective when those concerned are actually involved in the decision-making and management processes. This is a cornerstone of building a more effective Europe.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor deze resolutie die de problematiek rond de sociale uitsluiting van bepaalde gemarginaliseerde gemeenschappen, zoals de Roma, wil aanpakken. Een cohesiebeleid kan volgens mij ertoe bijdragen dat obstakels voor een betere sociale en economische integratie van dergelijke gemeenschappen sneller kunnen verdwijnen.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – L'expression «communautés marginalisées» recouvre de nombreux concepts: catégories sociales défavorisées, personnes en situation de privation matérielle, victimes de discriminations (migrants, populations autochtones, personnes handicapées...).

La politique de cohésion devrait jouer un rôle de premier plan pour ces populations en aidant financièrement les pouvoirs publics à lutter contre les conséquences de la marginalisation. Mais dans la réalité, tel n'est pas le cas.

Ce rapport préconise une meilleure participation des parties concernées et avance des mesures comme la mise en réseau des collectivités qui traitent des questions d'intégration.

Le groupe ENF, dont sont essentiellement membres les députés FN, a déposé des amendements pour supprimer toutes les mentions d'intégration de migrants, de Roms, d'accès aux fonds pour les communautés marginalisées... et a bien évidemment voté contre le texte dans son ensemble.

J'ai pour ma part bien évidemment voté pour même si ce n'est qu'une déclaration de bonnes intentions.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O que está em causa neste relatório centra-se numa maior utilização dos fundos de coesão da UE para o apoio a comunidades marginalizadas. Esse apoio seria facultado através da promoção e do desenvolvimento de serviços públicos de saúde, educação e segurança social, da promoção da empregabilidade, da inclusão cultural, da igualdade de géneros e da participação destas comunidades na definição das políticas que as afetam (inclusão política, participação e estabelecimento de parcerias com organizações representativas).

Salienta-se que o relatório apresenta a tendência de se procurar uma definição alargada (de contexto UE) do conceito de comunidade marginalizada, o que pressupõe uma normatização. O relatório, centrando a utilização dos fundos estruturais, enquadra-se, ainda, nos objetivos da UE. Essas referências federalizantes e de aplicação da receita «um tamanho serve a todos» não são, no entanto, abrangentes no relatório.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht führt zu einer weiteren Marginalisierung der Mehrheitsgesellschaft und zur Möglichkeit, alle als politisch opportun erscheinenden Gruppen zur Randgruppe zu erklären. Absolut unverständlich ist, warum Frauen, welche mehr als 50 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, als Randgruppe angesehen werden sollen. Daher stimme ich gegen diesen Bericht.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore perché sono convinto dell'importanza della politica di coesione come strumento per la riduzione delle disparità sociali e l'eliminazione della povertà e dell'esclusione. La politica di coesione ha avuto un ruolo decisivo nella promozione di politiche che favoriscono l'inclusione sociale e le pari opportunità per i cittadini europei e combattono l'emarginazione di comunità e gruppi di individui che non hanno accesso a istruzione e sanità.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Entwurf einer europäischen Entschließung zum Thema „Kohäsionspolitik und gesellschaftliche Randgruppen“ gestimmt, da es für mich wie ein Hohn wirkt, Minderheitenpolitik betreiben zu wollen, während die europäischen Völker dank der Asylkrise mit dem Rücken zur Wand stehen.

Die EU hat sich zuerst um den Erhalt Europas, seiner Kulturen und seiner Völker zu kümmern und nicht um irgendwelche Minderheiten, bei deren Angehörigen es sich zu einem großen Teil – etwa im Falle vieler sog. „Flüchtlinge“ – de facto um Wohlstandszuwanderer handelt.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Das Europäische Parlament tritt hier als „Ankündigungsorgan“ auf. Eine ganze Entschließung handelt von politischen Vorgaben über die Kohäsionspolitik zugunsten ausschließlich gesellschaftlicher Randgruppen. Allerdings stellt selbige Entschließung eingangs gleich fest, dass es gar keine Definition des Begriffs „gesellschaftliche Randgruppe“ gibt. So fordert nämlich die erste Ziffer die EU-Kommission auf, Leitlinien für die Definition des Begriffs „gesellschaftliche Randgruppen“, vorzulegen, die es bislang gar nicht gibt. Das ist parlamentarischer Schabernack, der Steuergelder verschwendet und keine praktischen Problemlösungen liefert. Deswegen habe ich diese Entschließung abgelehnt. Wenn es tatsächlich Probleme mit bislang nicht weiter definierbaren gesellschaftlichen Randgruppen in Regionen der Mitgliedstaaten gibt, dann sind auch diese Regionen der Mitgliedstaaten am besten situiert, um passende Lösungen zu finden und umzusetzen – nicht jedoch die EU.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Together with my EPLP colleagues I voted in favour of this report, for which I was also the S&D shadow rapporteur, as I believe that the EU cohesion policy can be a powerful tool to address problems faced by marginalised communities, such as unemployment, poor housing conditions, limited access to public services, notably health services, multiple forms of discrimination and social, cultural and economic exclusion. I particularly welcome the report's call for more and genuine involvement of representatives of marginalised communities in the development, implementation and management of EU funds and projects in this field, as I strongly believe that programmes and policies are most effective when those concerned are actually involved in the decision-making and management processes. The main achievement of the report is a strong unified call from MEPs for the Commission to provide guidance for a common definition of 'marginalised communities'.

Iuliu Winkler (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report regarding the EU cohesion policy and marginalised communities. The crisis has had a direct negative impact on members of marginalised communities in the EU, in addition also many municipalities in the Member States still continue to face severe budgetary constraints which prevented them from dealing adequately with marginalisation in society. The main responsibility for changing the situation of marginalised communities lies with the Member States, but also the EU cohesion policy can play a powerful role in providing an integrated approach to tackling all the different forms of discrimination that marginalised communities face. Using EU funds for the inclusion of marginalised communities can become a great opportunity for promoting and supporting greater cohesion in European societies.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – V predloženej správe sa opakovane spomína termín „gender“, vo väčšine prípadov v súvislosti s posilnením postavenia žien v marginalizovaných komunitách a v odporúčaníach zameraných na podporu žien pri využívaní rozpočtov určených na posilňovanie súdržnosti. Zároveň sa však „rodová rovnosť“ objavuje aj v kontextoch, z ktorých nie je jasné, či ide o rovnosť mužov a žien z pohľadu politiky práce, sociálnej politiky a podobne alebo o požiadavku uznať špecifické požiadavky ľudí, ktoré vychádzajú z rôznych identít, s ktorými sa stotožňujú. Kým tieto dve roviny nebudú odlišené, budú výsledkom zmätočné opatrenia a nezmyselné štatistiky, ktoré nijako nepomôžu marginalizovaným komunitám, ani ženám v nich.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφικώς*. – Στηρίξα την άποψη του εισηγητή, υπερψηφίζοντας την παρούσα έκθεση, που συζητήθηκε επαρκώς τόσο στην αρμόδια επιτροπή, όσο και κατά την σύνοδο της Ολομέλειας.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – Estoy totalmente de acuerdo con estas políticas. Concretamente, destacaré el Fondo de Ayuda Europea para los Más Desfavorecidos (FEAD), que se enmarca dentro de la política de la cohesión de la UE y comprende la compra, gestión y entrega gratuita de bienes de consumo básicos a los más desfavorecidos. El FEAD, en parte, sustituye el fondo de ayuda alimentaria y lo reorienta hacia el apoyo social, de forma que la ayuda alimentaria vaya unida a un acompañamiento social que ayude a las comunidades marginadas a superar su situación. Además, creo que no hay que olvidar a la comunidad gitana, cuya discriminación es una realidad en la UE que hay que tratar desde todos sus ángulos.

Por tanto, apoyo estas políticas centradas en promover la cohesión y la inclusión social para poder alcanzar el objetivo de erradicación de la pobreza en la UE, que busca reducir al menos en 20 millones el número de personas en la UE en riesgo de pobreza y exclusión social.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro tuto zprávu, protože jsem zastáncem snah o začlenění všech marginalizovaných, tedy minoritních a vyloučených, skupin do společnosti. Tyto vyloučené a od majoritní společnosti oddělené skupiny často nemají přístup k veřejné infrastruktuře a službám. Proto je dle mého názoru nutné dobře zacílit a využít finanční prostředky EU, což politika soudržnosti činí.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu týkajúcu sa politiky súdržnosti a jej významu v súvislosti s marginalizovanými komunitami som podporila. Politika súdržnosti dokáže pri svojom plnom využití v členských štátoch pôsobiť ako významný nástroj na boj proti nerovnosti a na podporu komunit, ktoré v Európskej únii čelia vylúčeniu až segregácii a trpia chudobou a nezamestnanosťou, prípadne zlým prístupom k verejným službám, ako aj k financiám poskytovaným z fondov Európskej únie. Správa navrhuje riešenia zamerané na marginalizované komunity založené na silnej politickej vôli a integrovanom prístupe, ktoré majú za cieľ najmä zlepšiť prístup týchto osôb ku vzdelaniu, verejným službám, ako aj ich lepšiu informovanosť, napríklad k programom zameraným na podporu podnikania. A keďže vidím, že aj marginalizácia na Slovensku je závažným problémom, a to nielen, čo sa týka etnických menšín, ale napríklad aj ľudí so zdravotným postihnutím, ktorým býva odmietaný prístup ku kvalitnému vzdelávaniu, aktívne hľadanie riešení je podľa môjho názoru významným krokom vpred.

Damiano Zoffoli (S&D), *per iscritto*. – Trovo molto importante il voto di oggi sulla politica di coesione e sulle comunità emarginate, due temi che si intrecciano e che la politica non può ignorare o trattare con superficialità. Le politiche di coesione e i finanziamenti ad esse che oggi andiamo ad approvare ci consentiranno di andare sempre più verso un'Europa inclusiva e solidale, anche con chi si trova a vivere ai margini della società. Evitare l'emarginazione di singoli cittadini, o addirittura di intere comunità, è importante poi anche sotto l'aspetto della sicurezza sociale e della vita delle nostre città.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório centra-se numa maior utilização dos fundos de coesão da UE para o apoio a comunidades marginalizadas. Esse apoio seria facultado através da promoção e do desenvolvimento de serviços públicos de saúde, educação e segurança social, da promoção da empregabilidade, da inclusão cultural, da igualdade de géneros e da participação destas comunidades na definição das políticas que as afetam. Votámos a favor.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Za Resolucijo Evropskega parlamenta o kohezijski politiki in obrobni skupnostih (2014/2247(INI)) sem glasoval, ker poziva k ukrepom za izboljšanje stanja predvsem pri obrobni skupinah in posameznikih vseh starosti, ki se soočajo z revščino in socialno izključenostjo ter nimajo dostopa do izobraževanja, zaposlitve, bivališča in sistemov zdravstvenega varstva. Menim, da je pri integraciji obrobne skupnosti v družbo, kot je npr. romska skupnost, potrebna predvsem socializacija otrok že v času otroškega varstva in osnovne šole.

6.8. Die Rolle der EU innerhalb der VN (A8-0308/2015 - Paavo Väyrynen)

Dichiarazioni di voto orali

David Campbell Bannerman (ECR). – Mr President, I voted against this dangerous report, as it represents yet another EU power grab to usurp the sovereignty of democratic, elected Member State governments. This is all part of 'ever closer union' and EU empire-building. Its call for 'reform of the Security Council that would ensure a permanent seat to the EU' would force Britain and France to surrender their seats as permanent members of the UN Security Council. It would spell the end of Britain being at the heart of international security at the very time when the world faces such an unprecedented ISIS threat.

This is a hostile attack on Britain's and France's sovereignty and one we must resist and reject. We have already had to give up our seat at the World Trade Organization, and we cannot do our own trade deals. We must not now give Brussels our seat on the Security Council.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem hlasoval pro tuto zprávu, protože se domnívám, že je nutné řešit reformu Rady bezpečnosti OSN a obecně orgánů Organizace spojených národů. Jasně se ukazuje v těchto chvílích, kdy bezpečnostní situace ve světě, v Evropě se zhoršuje, že Rada bezpečnosti a obecně orgány OSN nejsou schopny dostatečně rychle a efektivně jednat. To znamená, pokud tato zpráva, kterou jsme dnes přijali, bude dalším impulsem k tomu, že členské státy Evropské unie budou tláčit na ostatní členské státy OSN, aby se reforma provedla, pak já osobně budu spokojený. Myslím si, že svou logiku má i to, že by Evropská unie měla mít jedno křeslo v Radě bezpečnosti, nicméně zde ponechávám prostor, aby se vedla debata o tom, jak má být Rada bezpečnosti OSN do budoucna ještě reformována. Ale situace současná není dobrá, je potřeba změny a k tomu snad tato zpráva může přispět.

Andrejs Mamikins (S&D). – Pēdējā laikā Eiropas Savienība pozicionē sevi kā kaut kas daudz lielāks nekā vienkārši starpvalstu kopiena vai pārnacionāla organizācija. Mūsdienās tā jau tagad ir pasaules pārvaldes struktūrā un institūtu neatņemama sastāvdaļa. Un Eiropas Savienība bieži vien pozicionē sevi kā vienu no aktīvākajām ANO pamatprincipu aizstāvētājām pasaulē attiecībā uz cīņu pret globālo sasīšanu, konfliktu atrisināšanu, diskriminācijas izbeigšanu, kultūras apmaiņu un tā tālāk. Kaut gan tās dalībvalstu savstarpējo dažāda līmeņa konfliktu un nepiekrītības dēļ ANO darbība ne vienmēr bijusi efektīva, kas attiecas arī uz mūsdienām, kopš Otrā pasaules kara beigām šī vislielākā pasaules vēsturē organizācija bijusi viena no primāriem starptautisko attiecību aktoriem. Tas noved pie loģiska secinājuma, ka Eiropas Savienībai kaut tāpēc, ka tās dalībvalstis ir vienas no galvenajām ANO iestāžu finansētājām, aktīvi jāpiedalās ANO darbā un jāietekmē tas. Paldies!

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, the role of the EU within the UN allows us to act in a forum that is designed to tackle global challenges. The Lisbon Treaty recognised the EU as one such partner when it was established. In times of international crisis and in the face of global challenges, it also allows the EU to participate, particularly through its High Representative for Foreign Affairs and Security.

As we are speaking in times of global challenges, I think we should remind ourselves of what the UN was established for: to maintain international peace and security, to promote the peaceful settlement of disputes, to promote and protect human rights and fundamental freedoms, and to promote economic and social development. The EU, in conjunction with the UN, has a key role to play in addressing these challenges. Ireland joined the United Nations in 1955 – 60 years ago – and its membership of the UN allows it to progress its foreign policy objectives.

I supported the report. I am happy to do so and happy to continue to participate in discussions as we evaluate the EU's role in the UN.

Jill Seymour (EFDD). – Mr President, the United Nations is a pretty self-explanatory organisation, with the key word being 'nations'. The EU is not a nation, even though some in this place desperately want it to be. Is this another cynical plot for the EU to take over our UN seat? I hope not. The EU is not a nation and therefore has no place at the UN.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, arís vótáil mé i bhfabhar na tuarascála seo agus táim sásta leis, go háirithe ós rud é gur mise an rapóirtéir a bhí ag EPP don tuarascáil.

So certainly this is a very important report, and I welcome the fact that we want greater cooperation and coordination with the United Nations, particularly when you think that the EU and its Member States are the biggest contributors to development and humanitarian aid through the United Nations. This is a very important facet. Often it is difficult to reconcile, particularly nowadays, that the EU itself is being targeted. We saw what happened in Paris, the threats in Brussels, by countries to whom we are giving a lot of help. This highlights the fact that we have to work harder in coordinating our efforts here, but also with the United Nations, to try and help these countries develop so that peace can be established and the terror comes to an end.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, we keep hearing that federalism has peaked and that we are having a more loose, flexible approach, and that we have a new Commissioner who is trying to pass fewer regulations. Then we have these debates demanding a single EU seat at the United Nations. It is the supreme definition of statehood that you sit as a sovereign entity. My objection is not that it is the British and French seats which are being given up – of course I do object to that, but I do not expect vast sympathy from the rest of the House. It is to the idea that we are building a state and government without any underpinning sense of nationhood. There is No European public opinion, there is No - European demos, there is no sense of community of identity in Europe in the way that there is in Sweden or Portugal or Hungary. So purely from bureaucratic fiat, we think that we can create a flag, put a state behind it and get people to fall in line. It does not work. Human nature is always stronger than bureaucratic plans. Nations exist because they are cohesive units. The European Union is not.

Diane Dodds (NI). – Mr President, at a time of uncertainty and concern encompassing Europe in the aftermath of the callous terrorist attacks in Paris, it is hugely disappointing that this report on the role of the EU and the UN chooses to focus on integration and a single representative mandate for Europe rather than promote better national cooperation and coordination to the betterment of all our citizens. Instead of pursuing a seat for the EU on the UN or giving sound bites about the importance of Europe's apparatus within the UN, attention should turn to how Europe can act as a liaison for national voices rather than purport to be the voice that trumps everything else.

The DUP has believed – and always will believe – that governments elected by the people of the United Kingdom, and the armed forces that bravely defend our nation, are best placed to represent our interests on the world stage. We need no other voice. What we do need is better coordination, common-sense cooperation and, as in the statement given by Mr Cameron and President Hollande this week, a better awareness and knowledge of how we can work together nationally to face down the terrorist threat that faces many countries across Europe.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, the UN is the United Nations. The European Union is not a nation, should never be a nation and cannot replace the nation. I hope, therefore, it is clear that the EU should have no role in the United Nations.

Diane James (EFDD). – Mr President, the United Kingdom is one of two European Union Member States within the United Nations that have a permanent veto-holding status, France being the other. I will not support any European Union proposal that undermines, subverts or diminishes the UK's position as a key United Nations member.

The European Union may well have delusions of grandeur to supplant individual Member States on this important decision-making body, but I will never ever support that European Union objective. Therefore I voted against all of the key votes on this subject.

Bill Etheridge (EFDD). – Mr President, well this is the easiest explanation of vote I will ever make, and it is quite simple. UN – United Nations. The EU is not a nation. The UK is a proud, sovereign, independent nation. It will always remain that way, I hope to God, and I shall certainly never play any part in that being changed, so I will always vote against measures like this, and I hope to goodness that we always maintain our independence, our sovereignty and our own individual place at the UN.

Dichiarazioni di voto scritte

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – UKIP voted against this report. The UK's place on the UN Security Council, and our ability to act independently on the Security Council in the interests of the British people, is a corner stone of British security and of our position on the global stage.

This report seeks to impede that ability, primarily with the ultimate goal of giving the EU a permanent seat on the Security Council and by the assertion that, until this goal is reached, the UK must represent EU common positions decided by the High Representative and other Member States on the Security Council. UKIP believe that the British Government is elected by the British people to defend their interests on the global stage, not those of the European Union.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – Ante el aumento de guerras y conflictos armados, tengo el pleno convencimiento de que, ahora más que nunca, urge sentar las bases de un nuevo orden internacional a través de una reforma de la ONU, a fin de que esta cuente con mecanismos efectivos para defender el Derecho internacional, los derechos humanos y el multilateralismo a escala mundial.

Si bien coincido con el informe en la necesidad de una reforma de la ONU que refuerce su legitimidad y la dote de un funcionamiento más transparente y democrático, no comparto la orientación dada por el ponente a esta reforma. Este propone reforzar la cooperación entre las Naciones Unidas, el Banco Mundial y el Fondo Monetario Internacional a fin de aumentar la sumisión de los Estados a las organizaciones del sistema capitalista a nivel internacional.

Además, el informe sostiene que la UE desempeña actualmente un papel de promoción de la paz y de prevención de conflictos y gestión de crisis en el mundo, por lo que debería tener un asiento permanente en el Consejo de Seguridad. Sin duda, esto supondría un menoscabo de la soberanía de los Estados miembros de la UE. Por estos motivos he votado en contra.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), in writing. – We voted against this report as it sought to call and support for the EU as a single entity to have a more significant role in dictating foreign policy, whilst decreasing the influence of Member States.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Angesichts der immer globaler werdenden Herausforderungen und der demnächst stattfindenden UN-Klimakonferenz in Paris ist die Rolle der EU im Rahmen der Vereinten Nationen eine zentrale Frage. Ich begrüße diesen Initiativbericht, der sich u. a. für die Einrichtung eines EU-Sitzes im Sicherheitsrat ausspricht und eine verbesserte Kooperation und Koordination zwischen den Mitgliedstaaten fordert. Nur so kann die EU ihre gemeinsamen Bemühungen mit den Vereinten Nationen zielgerichteter in Angriff nehmen, vor allem was die Gewährleistung von Weltfrieden, Sicherheit, Entwicklungshilfe und den Schutz der Menschenrechte angeht.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Pour ne pas changer, ce rapport va dans le sens d'un abandon de plus en plus poussé de la souveraineté des États. En effet, il propose de contraindre les États membres, dont ceux qui ont un droit de veto au conseil de sécurité, à coordonner leur action. Par ailleurs, il promeut un alignement de la position des États membres sur les intérêts de l'Union européenne, en proposant la création d'un siège de l'Union au conseil de sécurité, et l'obligation pour les États de défendre les positions de l'Union au sein du conseil de sécurité, ainsi que de tenir informer les autres États membres de leurs intentions et positions. Ainsi, les États membres de l'Union sont priés de parler d'une seule et même voix.

Par ailleurs, ce rapport est idéologiquement inquiétant. Il montre l'ambition de Bruxelles de façonner le monde à son image en imposant la reconnaissance d'une myriade de droits aux communautés LGBTI, la fin de la peine de mort partout, etc.

Enfin, le texte émet une disposition qui résume à elle seule le non-sens de ce rapport: l'introduction du principe de réfugié climatique dans le droit international.

J'ai naturellement voté contre ce texte.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car il réitère l'engagement au sein de l'ONU de l'Union européenne (UE) pour un multilatéralisme efficace. Cet engagement trouve ses racines dans la conviction que, pour répondre avec succès aux crises globales, aux défis et aux menaces, la communauté internationale a besoin d'un système multilatéral efficace fondé sur les droits et les valeurs universels.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl ES vaidmens JT didinimo. Dėl didelio senų arba naujai atsirandančių saugumo problemų skaičiaus ES saugumo aplinka darosi vis nestabilesnė ir nepastovesnė. ES įvairiais būdais ir pasinaudodama įvairiomis formomis aktyviai dalyvauja JT sistemos darbe, tačiau šios pastangos turėtų būti labiau matomos. Norėdama geriau pasiekti savo sutartyje įtvirtintus užsienio politikos tikslus ES turėtų stengtis stiprinti pasaulinį valdymą JT sistemos viduje ir didinti savo ir savo valstybių narių įtaką joje. ES turi aktyviai remti visapusišką JT sistemos reformą, kad būtų sustiprintas jos teisėtumas, regioninis atstovavimas, skaidrumas, atskaitomybė ir veiksmingumas reaguojant į šių dienų iššūkius. Taip pat svarbu pagyvinti Generalinės Asamblėjos darbą.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report. The UK's place on the UN Security Council, and our ability to act independently on the Security Council in the interests of the British people, is a corner stone of British security and of our position on the global stage.

This report seeks to impede that ability, primarily with the ultimate goal of giving the EU a permanent seat on the Security Council and by the assertion that, until this goal is reached, the UK must represent EU common positions decided by the High Representative and other Member States on the Security Council. UKIP believe that the British Government is elected by the British people to defend their interests on the global stage, not those of the European Union.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé cette résolution qui insiste sur le fait que les objectifs de l'Union en matière de politique étrangère seront mieux rencontrés dans le cadre des Nations unies. On peut ici notamment citer les problématiques liées à la paix, à la sécurité, au développement et au respect des droits de l'homme auxquelles l'Union fait face et qui doivent trouver des réponses à l'échelle mondiale.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe por la urgente necesidad de reforzar el papel de la Unión Europea en la ONU, con el objetivo de alcanzar de manera más satisfactoria los objetivos relativos a nuestra política exterior.

La reforma más importante, defendida con mi trabajo desde la Comisión de Desarrollo, es el desarrollo del actual Consejo Económico y Social en un Consejo de Desarrollo Sostenible. Este Consejo se asegurará de que los organismos de la ONU tengan un enfoque más político, y que la coordinación entre ellos mejore.

Por último, quería destacar mi voto positivo en la enmienda 1, en la que insta a la UE a que apoye el refuerzo de la coherencia, las sinergias y las complementariedades entre las supervisiones de las operaciones de paz, la estructura para la consolidación de la paz de las Naciones Unidas y la Resolución 1325 del Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas sobre la mujer, la paz y la seguridad. Además, la enmienda recoge la revisión de la política de ayuda humanitaria, que ahora establece que el Derecho humanitario internacional y la legislación en materia de derechos humanos podrían justificar que se ofrezca a las mujeres víctimas de violaciones de guerra la posibilidad de abortar sin riesgo.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favour de este informe para hacer un mejor uso de los mecanismos de cooperación existentes, a fin de asegurar que los Estados miembros en el Consejo de Seguridad de la ONU defiendan las posiciones comunes de la UE. Dentro de esta estrategia para mejorar la presencia de la UE en el sistema de las Naciones Unidas también hay otras propuestas, como revitalizar el trabajo de la Asamblea General y reformar el Consejo Económico y Social. Agradezco a mi compañero de grupo el esfuerzo realizado.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis fermement opposée à ce texte qui cherche à mettre à bas la souveraineté des nations au profit d'un gouvernement mondial et en opposition totale avec le respect de la démocratie et de la volonté des peuples.

L'Union européenne, avec ses prétentions d'État fédéral et qui a pourtant déjà largement échoué — les dramatiques récentes attaques terroristes nous le rappellent — dans son objectif de maintien de la sécurité et de la paix cherche ainsi à briser les voix des États membres à l'ONU, notamment de ceux qui, comme la France, ont un droit de veto au sein du Conseil de sécurité.

Le rapport ose par ailleurs le plus sérieusement du monde s'auto-congratuler des «actions de paix» menées par l'Union dans le monde, sans prendre la mesure de sa responsabilité dans la déstabilisation actuelle du Proche et Moyen-Orient.

Pendant ce temps, le rapport exhorte les États membres à applaudir des deux mains les prises de position irresponsables de l'Union auprès de l'ONU (voir paragraphe 6 du rapport). Les tenants d'un fédéralisme européen ne cachent même plus leur volonté d'inféoder les nations européennes aux institutions de l'Union (paragraphe 14).

Tout patriote qui a à cœur la paix, la sécurité et la liberté des nations européennes se devait donc de rejeter ce texte.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Pur essendo una relazione con contenuti solo parzialmente condivisibili, permanono passaggi che reputo controversi e contraddittori, quindi mi sono espressa con un voto di astensione.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har lagt ner rösten.

Betänkandet har många positiva sidor. Jag uppskattar t.ex. skrivningarna om arbete för de mänskliga rättigheterna och jämställdhet, liksom skrivningarna om fattigdomsbekämpning. Det är också positivt att parlamentet uttalar sig för att nästa generalsekreterare i FN ska vara en kvinna.

Men i betänkandet finns också en grundton som stöder tanken om en EU-federal stat, t.ex. genom att sikta på en plats för EU i ett utvidgat säkerhetsråd i FN. Jag är motståndare till en gemensam utrikes- och säkerhetspolitik och en EU-federal stat, därför väljer jag att lägga ner rösten.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre la posición de la UE en relación a las reformas que puedan llevarse a cabo en Naciones Unidas para fortalecer la organización y alcanzar mejor los objetivos de política exterior de la UE.

Apoyo la reforma del sistema de Naciones Unidas como medio para el fortalecimiento de la eficiencia de la organización y promover mejor los objetivos de política exterior de la UE. La UE debe desempeñar un papel activo dentro de la organización, proyectar sus valores, y contribuir a un multilateralismo eficaz para aportar soluciones globales a los problemas globales. En este sentido, nos sumamos a la petición la UE para tener un asiento permanente en el Consejo de Seguridad.

Las enmiendas socialistas han enriquecido el informe con referencias a los derechos humanos, la igualdad de género, los derechos LGTBI, la no proliferación, la responsabilidad de proteger y la moratoria sobre la pena de muerte. También hacemos un llamamiento a la UE a que participe activamente en el debate sobre la definición jurídica del término «refugiado climático» y expresamos nuestro deseo de que la siguiente persona elegida para ocupar el puesto de Secretario General de las Naciones Unidas sea una mujer.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, kadangi Europos Sąjunga, visiškai laikydamosi Jungtinių Tautos Chartijos nuostatų, turi unikalią galimybę sutelkti įvairių diplomatinų, saugumo, gynybos, ekonominių, vystymosi ir humanitarinių priemonių išteklius. ES taip pat atlieka svarbų vaidmenį sudarant dvišalius ir daugiašalius prekybos susitarimus ir parengė aktyvios prekybos politikos priemones, kuriomis siekiama skatinti ekonomikos augimą, skurdo mažinimą ir aplinkos bei gamtos išteklių apsaugą. Be to, ES yra viena iš labiausiai atsidavusių žmogaus teisių, pagrindinių laisvių, kultūros vertybių ir įvairovės, demokratijos ir teisinės valstybės gynėjų ir skatintojų; kadangi nuostatos dėl šių principų įtrauktos į visus ES dvišalius partnerystės susitarimus ir joms skirtas svarbus vaidmuo daugiašalėje ES politikoje; kadangi ES visada labai aktyviai rėmė tarptautinį teisingumą. Taigi, ES atlieka svarbų vaidmenį remiant JT operacijas abipusiškai rūpimose srityse, visų pirma saugant nuo ginkluoto konflikto nukentėjusius civilius asmenis, ypač moteris ir vaikus. Europos Parlamentas palankiai vertina didelį ES indėlį teikiant paramą vystymuisi ir humanitarinę pagalbą visame pasaulyje. Be to, svarbu pabrėžti, kad ES kartu su savo valstybėmis narėmis daugiausia pasaulyje prisideda prie paramos vystymuisi ir humanitarinės pagalbos.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Az Unió nemzetközi szintű fellépése a demokrácia, a jogállamiság, az egyenlőség, a szolidaritás, valamint az emberi jogok és alapvető szabadságok egyetemes és oszthatatlan voltának és az emberi méltóság tiszteletben tartásának elveire épül, amint ezt az Unióról szóló szerződés 21. cikke is rögzíti. A ma elfogadott jelentés emlékeztet arra, hogy az EU külpolitikájának elvei és céljai szorosan kapcsolódnak az ENSZ céljaihoz. Kiemeli, hogy az EU előtt álló kihívások globális megoldásokat, a globális problémák pedig uniós fellépést igényelnek. Éppen ezért céljainak eléréséhez globális partnerekre van szüksége, nevezetesen a béke és a biztonság és a terrorizmus terjedésének megakadályozása terén.

Az Uniónak tehát továbbra is törekednie kell az ENSZ-en belüli globális kormányzás megerősítésére. Az Európát sújtó migrációs és menekültválság vonatkozásában szavazatommal támogattam a jelentést, mely – többek között – felhívja az Uniót és az ENSZ-t arra, hogy az eddigienél is szorosabban együttműködve kezeljék a válságot, és – egyebek mellett – segítsék a migráció kiindulópontjául szolgáló országok gazdasági helyzetének az orvoslását és ezek fenntartható fejlesztését. Tekintettel az ENSZ küszöbön álló párizsi Éghajlat-változási Konferenciájára, szavazatommal azt is támogattam, hogy az EU és az ENSZ fokozzák erőfeszítéseiket annak érdekében, hogy ezen csúcstalálkozón jogilag kötelező erejű megállapodás szülessen.

Franč Bogovič (PPE), pisno. – Strinjam se s poročilom o vlogi EU v OZN, ki opozarja na pomanjkljivost v delovanju celotne EU napram OZN kot glavnemu svetovnemu forumu za izboljšanje svetovnega reda. OZN je nedvomno najboljši forum za spodbujanje vrednot in interesov EU, saj jih prenaša na globalno raven.

A v sistemu delovanja OZN je veliko težav, ki po mojem mnenju gredo v škodo EU. EU namreč v okviru OZN ne more nastopati kot enotna entiteta, saj je delovanje OZN usmerjeno v posamezne države in ne toliko v meddržavne organizacije, kot je EU. EU sama ima tudi probleme z neenotno zunanjo politiko, zaradi česar v mednarodnih odnosih ne igra najpomembnejše vloge. Tu bistveno večjo vlogo odigrajo interesi posameznih držav članic, interes EU kot celote pa je pogostokrat postavljen na stranski tir, saj ga je velikokrat težko že identificirati, kaj šele zagovarjati.

Zato je pri spopadanju z aktualnimi globalnimi izzivi v okviru EU potrebna enotnost, kritičnost in odločnost, ki se mora izkazati tudi na ravni OZN. Države morajo nehati z egoističnim razmišljanjem in branjenjem svojih interesov za vsako ceno, pač pa se morajo z izzivi spopadati z ramo ob rami.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Le sfide che si pongono oggi dinnanzi a noi richiedono una risposta globale e il forum principale all'interno del quale è possibile potenziare la governance internazionale e promuovere gli interessi dell'Unione europea resta quello delle Nazioni Unite. Il contributo offerto dall'Unione europea sulla scena internazionale nel campo dell'azione diplomatica e di sicurezza, nell'ambito degli aiuti umanitari ed economici, nonché il suo impegno concreto nella promozione di politiche ambientali ambiziose e sostenibili la pongono in una posizione di avanguardia anche all'interno delle Nazioni Unite.

Tuttavia, per sfruttare al meglio questo potenziale e far sì che la sua azione internazionale abbia una valenza reale ed effettiva, l'Unione deve agire in modo il più possibile unito e compatto. Ciò ad esempio facendo sentire la sua voce in merito a questioni di fondamentale importanza, come quella riguardante la riforma del sistema delle Nazioni Unite, ed espandendo la sua influenza soprattutto negli ambiti nei quali ha gli strumenti e le capacità per assumere un ruolo guida, come quello dell'azione per lo sviluppo sostenibile.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam Izvješće o ulozi EU-a u okviru UN-a.

Podupirem reformu sustava UN-a kao sredstva za jačanje učinkovitosti organizacije i bolje promicanje ciljeva EU-a za vanjsku politiku.

Slažem se da EU mora igrati aktivnu ulogu unutar organizacije, čuvati svoje vrijednosti i doprinositi djelotvornom multilateralizmu s ciljem pružanja globalnih rješenja za globalne probleme.

Isto tako, drago mi je da ovo izvješće šalje snažnu poruku o potrebi reforme Vijeća sigurnosti uz nadu kako će uskoro biti moguće vidjeti i ženu koja obnaša funkciju glavne tajnice Ujedinjenih naroda.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea ha una grande responsabilità davanti al mondo, sia come grande attore macroregionale sia come realtà ricca e sviluppata che costituisce un esempio virtuoso di democrazia, coesistenza pacifica tra culture diverse e stabilità. L'UE può e deve esercitare un ruolo di leadership mondiale nella tutela dei diritti umani, nella promozione di un modello di sviluppo sostenibile e inclusivo, nel sostegno alla democrazia e alle libertà civili, nell'incoraggiare il contrasto al cambiamento climatico, nella diffusione dei saperi e delle conoscenze, nell'avanzamento verso un mondo più giusto e coeso, nel contrastare le dittature e il terrorismo internazionale. Ma l'Europa può fare tutto questo solo se parla con una voce sola: è necessario gettare il cuore oltre l'ostacolo e compiere il passo in avanti. Avviare una fase costituente federale che doti l'Unione di un vero governo europeo con competenze esclusive su difesa, politica estera ed emergenze internazionali. Solo così la voce dei cittadini europei sarà ancora più autorevole e rispettata. Solo così il contributo dell'UE nell'ambito delle Nazioni Unite sarà più utile e più efficace.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Viitorul Uniunii Europene este legat de pacea, securitatea, dezvoltarea și situația drepturilor omului la nivel mondial, prin aceasta vădindu-se clar necesitatea cooperării cu ONU.

Provocările cu care se confruntă UE necesită soluții globale, iar problemele globale necesită implicit și acțiuni europene. Datorită strânsei corelații între principiile și obiectivele politicii externe ale Uniunii Europene, care sunt consacrate în articolul 21 din Tratatul privind Uniunea Europeană și cele ale ONU, dar și faptului că articolul 21 din TUE cere în mod explicit respectarea principiilor Cartei ONU și a dreptului internațional, viitorul ambelor organizații este intrinsec legat și buna lor funcționare depinde și de modul în care își gestionează colaborarea și acțiunile.

Având în vedere faptul că UE participă deja activ, sub auspiciile ONU, la promovarea păcii, securității și progresului, este necesar să întărim rolul Uniunii și al statelor membre în cadrul ONU cu privire la toate domeniile de interes extern, printre care managementul crizelor, prevenirea atrocităților, consolidarea statului de drept, crizele umanitare și ajutorul umanitar.

UE nu poate soluționa aceste amenințări singură, ci are nevoie de sprijinul partenerilor internaționali, tocmai de aceea am votat în favoarea acestui raport, considerând colaborarea dintre UE și ONU ca fiind fundamentală.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto di astensione poiché, sebbene si segnalino come positive le osservazioni che la relazione muove nei confronti dell'attuale gestione amministrativa sul funzionamento interno delle Nazioni Unite e i processi decisionali, gli impegni di spesa e la rendicontazione delle attività appaiono troppo poco trasparenti ed efficaci.

Tuttavia, la semplice «maggior presenza» dell'UE negli organi delle Nazioni Unite legittimerebbe troppo la stessa come soggetto politico in grado di rappresentare le istanze dei popoli europei. Pertanto, all'interno di un doveroso e impellente processo di riforma delle Nazioni Unite, andrebbe più che altro perseguito un maggior peso decisionale dei singoli Stati membri.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – UE are nevoie de parteneri globali pentru atingerea obiectivelor sale de politică externă, în mod special în domenii precum pacea și securitatea, crima organizată, terorismul, conflictele regionale, state eșuate și proliferarea armelor de distrugere în masă. Articolul 21 alineatul (1) din TUE stipulează că UE și statele sale membre împărtășesc valorile și principiile Cartei ONU.

Mediul de securitate al UE este tot mai instabil din cauza numărului mare de provocări de securitate. Conflicte precum cel din Ucraina, Siria, Irak, ascensiunea organizației teroriste ISIS, criza din Libia și amenințarea teroristă din Africa (Sahel, Libia și Cornul Africii) constituie amenințări grave care necesită răspunsuri la nivel global.

Susțin propunerea de rezoluție a PE referitoare la rolul UE în cadrul ONU. Consider că în îndeplinirea obiectivelor sale de politică externă (conform cu prevederile tratatului), este important ca UE să depună eforturi pentru întărirea guvernării globale în cadrul sistemului ONU și să crească amplexarea influenței sale în cadrul acestui sistem, toate acestea în contextul angajamentului UE de a sprijini activ o amplă reformă a sistemului ONU, cu scopul de a-și consolida legitimitatea, transparența, reprezentarea regională, responsabilitatea și eficacitatea cu care răspunde sfidărilor complexe și multidimensionale din prezent.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sul «Ruolo dell'UE nell'ambito delle Nazioni Unite», perché l'Unione europea partecipa attivamente, sotto l'egida dell'ONU, alla promozione della pace, della sicurezza e del progresso, attraverso la sua politica estera e di sicurezza comune. L'UE e i suoi Stati membri hanno dunque un ruolo cruciale nella promozione dei principi e degli obiettivi dell'ONU e nel risolvere i problemi comuni dell'umanità.

L'ONU deve rimanere un punto di riferimento strategico dell'azione esterna dell'Unione europea e quest'ultima, considerando l'insieme dei suoi Stati membri, è il principale contributore netto al bilancio dell'organizzazione mondiale. Il rafforzamento dell'UE all'interno dell'ONU è un passo nella giusta direzione, anche perché consolida alcune delle acquisizioni più importanti introdotte dal trattato di Lisbona.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report as it sought to call and support for the EU as a single entity to have a more significant role in dictating foreign policy, whilst decreasing the influence of Member States.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report. The UK's place on the UN Security Council, and our ability to act independently on the Security Council in the interests of the British people, is a corner stone of British security and of our position on the global stage.

This report seeks to impede that ability, primarily with the ultimate goal of giving the EU a permanent seat on the Security Council and by the assertion that, until this goal is reached, the UK must represent EU common positions decided by the High Representative and other Member States on the Security Council. UKIP believe that the British Government is elected by the British people to defend their interests on the global stage, not those of the European Union.

David Casa (PPE), *in writing*. – Although the rapporteur is right to point out the great involvement of the EU within the UN, our shared rights and numerous commitments, I voted against the report because it also seeks to justify abortion, which is against my beliefs and my conscience, and I could therefore not agree with it.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione del collega Vayrynen sostiene un processo di riforma delle Nazioni Unite che permetta all'UE di assumere maggior rilievo sia nel Consiglio di sicurezza (CdS) che in Assemblea generale, considerate anche tutte le facoltà garantite all'Unione nel quadro ONU e rifacendosi alla proposta del seggio UE in un Consiglio di sicurezza allargato.

Ai fini della riforma dell'ONU si avanzano proposte su tre ordini di misure: una maggiore rappresentatività e un ruolo più incisivo per l'Assemblea generale, accompagnati da una riforma del CdS che ne amplifichi le responsabilità in qualità di governo mondiale; la maggiore trasparenza e il rispetto della parità di genere per tutte le Istituzioni ONU, a partire dal Segretario generale; la trasformazione del Consiglio economico e sociale – o ECOSOC – in organo responsabile dello sviluppo sostenibile.

Sulle proposte di riforma del CdS, ed in particolare sull'istituto del veto, è fatto invito ai membri permanenti di non opporre il veto nei casi di genocidio o di crimini contro l'umanità. Per quanto riguarda la figura del Segretario generale si auspica la soluzione che il prossimo sia una donna, fatto che sarebbe senza precedenti nella storia delle Nazioni Unite. Il mio voto a questa relazione è stato positivo.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – As part of a progressive agenda, I support the reform of the UN system as a means of strengthening the efficiency of the organisation and to better promote the EU's foreign policy goals. The EU must play an active role within the United Nations and contribute to effective multilateralism with a view to providing global solutions to global problems. This report sends a strong message about the need to reform the Security Council and our Socialist Group wishes the next elected Secretary-General of the United Nations to be a woman in order to tackle gender-based discrimination in this opaque process of selection.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea è tra le principali organizzazioni regionali. La sua attività è pienamente conforme ai principi della Carta dell'ONU: ai sensi degli articoli 3 e 21 TUE, l'Unione definisce e attua politiche comuni e azioni volte ad assicurare un elevato livello di cooperazione in tutti i settori delle relazioni internazionali, e pone tra gli obiettivi della sua azione esterna, la pace, la sicurezza, lo sviluppo e i diritti umani globali.

Si tratta di sfide tra loro connesse che possono essere affrontate solo attraverso un'azione forte e coerente dell'intera comunità internazionale. Decisivo in tal senso può essere il ruolo della politica estera dell'Unione, quale attore unitario e autorevole nell'ambito del sistema delle Nazioni Unite. Ciò è particolarmente vero per la difesa della pace e della sicurezza, per la soluzione dei conflitti regionali e dei «malfunzionamenti» degli Stati e, naturalmente, per la lotta al terrorismo, alla criminalità organizzata, alla proliferazione delle armi da fuoco, esplosivi, e di armi di distruzione di massa.

Sarebbe utile, quindi, una riforma del sistema ONU al fine di attribuire all'Unione un seggio permanente all'interno di un Consiglio di sicurezza allargato. Nella prospettiva che si possa procedere in questa direzione ho votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Μέσα από την έκθεση καλείται η ΕΕ να προωθήσει και να στηρίξει την τήρηση των αρχών της εταιρικής κοινωνικής ευθύνης του Οικουμενικού Συμφώνου του ΟΗΕ.

Ζητείται από την ΕΕ να προωθήσει στα φόρα του ΟΗΕ την έγκριση εμπορικών πολιτικών που παρέχουν αποτελεσματικά κίνητρα για την τήρηση των αρχών αυτών. Για παράδειγμα μέσω της θέσπισης όρων για τις δημόσιες συμβάσεις.

Καλείται ακόμη η ΕΕ να ενισχύσει τον ρόλο και τη συμμετοχή της στις ρυθμιστικές ομάδες εργασίας των οργάνων του ΟΗΕ.

Το περιεχόμενο της έκθεσης είναι πολύ σημαντικό και την αντιμετωπίζουμε θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della relazione sul ruolo dell'UE nell'ambito delle Nazioni Unite. L'Unione europea e i suoi Stati membri condividono e promuovono i valori e i principi della Carta delle Nazioni Unite (articolo 21, paragrafo 1 TUE). Il Parlamento europeo pertanto accoglie con favore l'importante contributo dell'UE allo sviluppo e agli aiuti umanitari in tutto il mondo e ricorda che l'UE è diventata un vero e proprio attore internazionale con lo status di «osservatore privilegiato» presso le Nazioni Unite e che l'UE si è impegnata a sostenere attivamente una riforma complessiva del sistema dell'ONU, al fine di rafforzare la propria legittimità e la propria rappresentanza regionale.

Il Parlamento sottolinea in particolare la propria convinzione che il Consiglio di sicurezza debba essere riformato e l'importante obiettivo a lungo termine dell'UE di avere un seggio in un Consiglio di sicurezza allargato. Il Parlamento europeo ribadisce il suo invito al VP/AR per la politica estera e di sicurezza a cercare posizioni comuni dell'Unione europea sulle questioni di competenza del Consiglio di sicurezza e sostiene l'obiettivo di istituire a livello multilaterale un regime di tutela degli investimenti.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione dell'onorevole Paavo Väyrynen circa il ruolo dell'UE nell'ambito delle Nazioni Unite giacché mi trovo in linea con quanto spiegato e analizzato nella relazione. Gli obiettivi e i punti di forza dell'UE risiedono nella sicurezza e nella pace, aspetti connessi a uno sviluppo dei diritti umani globali. In quest'ambito c'è da considerare che la forza dell'UE sta proprio nella sua potenzialità di mobilitare le risorse nell'intero ventaglio degli ambiti diplomatici, economici e relativi allo sviluppo umanitario. L'Unione europea nei rapporti internazionali dovrebbe essere in grado di garantire integrità e mobilitazioni in favore della pace conformemente ai principi della Carta delle Nazioni Unite del 1975. Con queste premesse l'UE e i suoi Stati membri svolgono un ruolo attivo e contribuiscono ai lavori del sistema ONU in formati e modi diversi.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report. The UK's place on the UN Security Council, and our ability to act independently on the Security Council in the interests of the British people, is a corner stone of British security and of our position on the global stage.

This report seeks to impede that ability, primarily with the ultimate goal of giving the EU a permanent seat on the Security Council and by the assertion that, until this goal is reached, the UK must represent EU common positions decided by the High Representative and other Member States on the Security Council. UKIP believe that the British Government is elected by the British people to defend their interests on the global stage, not those of the European Union.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O sistema das Nações Unidas é o principal fórum mundial na governação à escala global, sendo um palco por excelência da promoção dos valores e interesses da União Europeia e dos seus Estados-Membros.

Os novos desafios e problemas da União estão indissociavelmente ligados aos desideratos e sistema da ONU, na medida em que carecem de respostas globais, e os problemas globais carecem, também, de respostas europeias. A instabilidade na segurança da UE (conflitos na Ucrânia, Síria, expansão do EI), os problemas no desenvolvimento e na ajuda humanitária, os desafios no ambiente e nas mudanças climáticas não são resolúveis por si só, sem uma resposta global, com o apoio da comunidade internacional, sob os auspícios da ONU.

Porém, o lugar devido à UE, na panorâmica de ator internacional de relevo, não tem o seu reconhecimento devido no sistema de governação da ONU, devendo-se aspirar ao seu reforço e aumento da sua própria influência e dos seus Estados-Membros.

Reformas na racionalização das suas estruturas, métodos de trabalho, orçamento e até o poder do seu Conselho de Segurança devem ser efetuadas, sendo lamentável o seu bloqueio em situações de genocídio e crimes contra a humanidade.

De frisar a importância de maior cooperação entre a UE e as agências da ONU da Ajuda Humanitária.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report. The UK's place on the UN Security Council, and our ability to act independently on the Security Council in the interests of the British people, is a corner stone of British security and of our position on the global stage.

This report seeks to impede that ability, primarily with the ultimate goal of giving the EU a permanent seat on the Security Council and by the assertion that, until this goal is reached, the UK must represent EU common positions decided by the High Representative and other Member States on the Security Council. UKIP believe that the British Government is elected by the British people to defend their interests on the global stage, not those of the European Union.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa importante relazione che acquista ancora più valore oggi a causa della situazione che stiamo vivendo, generata dai recenti attacchi terroristici. Condivido le proposte avanzate. Innanzitutto è necessario procedere a una riforma dell'ONU, sia a livello di organi interni, sia per ciò che attiene gli obiettivi e gli strumenti. Inoltre, è fondamentale che l'Unione acquisti maggior peso all'interno di questo sistema, coordinandosi in maniera più incisiva con gli Stati membri e aumentando la propria influenza attraverso il suo ruolo di osservatore privilegiato. Ritengo altresì importante migliorare gli strumenti di allarme precoce per rafforzare la prevenzione, come pure rafforzare il ruolo della Corte penale internazionale.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn gerade in Anbetracht der bestehenden und neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen (Flüchtlingsfrage, IS) können wir in der EU Lösungen nicht allein und isoliert finden. Es bedarf einer gemeinsamen Lösung aller Staaten. Nur gemeinsam mit den Vereinten Nationen werden wir Frieden, Sicherheit und Fortschritt in der Welt und in Europa fördern können. Daher muss die EU innerhalb der Generalversammlung eine wichtigere Rolle spielen.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The EU and its Member States play an important role in continuing to foster peace, security, good governance and human rights. The EU is committed to the support of a comprehensive reform of the UN system to strengthen the institution, also through measures such as enhanced mediation capabilities, early warning tools, and achievable mandates for peacebuilding and peacekeeping operations. The amendment introducing paragraph 22a is however symptomatic of how reports include positions on issues which are within State competence, such as that of abortion on which I voted against. It was only because this amendment passed that I also voted against the report.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Ante el aumento de guerras y conflictos armados, tengo el pleno convencimiento de que, ahora más que nunca, urge sentar las bases de un nuevo orden internacional a través de una reforma de la ONU, a fin de que esta cuente con mecanismos efectivos para defender el Derecho internacional, los derechos humanos y el multilateralismo a escala mundial.

Si bien coincido con el informe en la necesidad de una reforma de la ONU que refuerce su legitimidad y la dote de un funcionamiento más transparente y democrático, no comparto la orientación dada por el ponente a esta reforma. Este propone reforzar la cooperación entre las Naciones Unidas, el Banco Mundial y el Fondo Monetario Internacional a fin de aumentar la sumisión de los Estados a las organizaciones del sistema capitalista a nivel internacional.

Además, el informe sostiene que la UE desempeña actualmente un papel de promoción de la paz y de prevención de conflictos y gestión de crisis en el mundo, por lo que debería tener un asiento permanente en el Consejo de Seguridad. Sin duda, esto supondría un menoscabo de la soberanía de los Estados miembros de la UE. Por estos motivos he votado en contra.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sul rafforzamento del ruolo dell'UE nel sistema delle Nazioni Unite perché ritengo che molti dei problemi che l'Unione europea si trova a fronteggiare in materia di pace e sicurezza, ambiente e sviluppo sostenibile, immigrazione e diritti umani, commercio internazionale e crescita economica necessitano di soluzioni globali. Pertanto, ritengo che l'UE debba lavorare attraverso attività efficaci e coordinate che rafforzino la propria influenza e quella degli Stati membri all'interno del sistema delle Nazioni Unite, che costituisce il principale forum mondiale per migliorare la governance globale e rappresenta il miglior forum in cui promuovere i valori e gli interessi dell'UE.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió külpolitikájának elveit és céljait az Európai Unióról szóló szerződés 21. cikke rögzíti, és e célok szorosan kapcsolódnak az ENSZ céljaihoz. Az EUSZ 21. cikke kifejezetten előírja az ENSZ Alapokmánya és a nemzetközi jog elveinek tiszteletben tartását. Az Unió szerte a világon jelentős mértékben hozzájárul a fejlesztési és humanitárius segélyekhez; emlékeztet arra, hogy az Unió és tagállamai együttesen a világ legnagyobb adományozói a fejlesztési és humanitárius segélyek terén.

Mivel a jelentés rámutat arra, hogy a Szerződésbe foglalt külpolitikai célok jobb megvalósítása érdekében az Uniónak törekednie kell az ENSZ-rendszeren belüli globális kormányzás megerősítésére és saját és tagállamai befolyásának növelésére, továbbá mivel emlékeztet az Unió azon kötelezettségvállalására, hogy támogatja az ENSZ-rendszer átfogó reformját e rendszer legitimitásának, regionális képviselőtének, átláthatóságának, elszámoltathatóságának és napjaink összetett, sokrétű kihívásaira való reagálási képességének erősítése érdekében, a jelentést támogattam.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The report in question deals with the European Union's specific role within the United Nations, as a separate entity to its Member States. The report aims at putting forward suggestions to better the EU's foreign policy in these aspects – at a crucial point in time where the EU must take on a central role in international affairs. I support such changes as I believe that the EU must play an active role within the organisation by projecting its values and contributing in providing global solutions to global problems. I am also satisfied that the report sends a strong message about the need to reform the Security Council and that it expresses its wish to see a woman elected as Secretary-General of the United Nations.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I voted against this report because it calls for a single, permanent European Union seat on the United Nations Security Council. Two Member States of the European Union, France and the United Kingdom, already have permanent seats on the United Nations Security Council and I do not believe either country should be forced to give up its seat to the European Union. The Security Council is entirely composed of sovereign nation states and there is no precedent or purpose in a supranational body taking up a seat on the council.

For myself personally, and the British Government, it is of fundamental importance that the United Kingdom, a founder member of the United Nations, retains its permanent seat on the Security Council. With its strong commitment to upholding international law, the United Kingdom has led moves for reform to make the UN more effective and efficient in delivering peace and security. The UN desperately needs reform and undermining the national sovereignty of key UN members will only hinder significant positive progress.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Susțin întru totul inițiativa de a convinge Uniunea Europeană să susțină o femeie pentru postul de Secretar General al ONU, inițiativă care prevede că UE va susține o femeie la următoarele alegeri pentru funcția de Secretar General al ONU. În acest fel am putea asista la o premieră mondială, prin alegerea unei femei pentru o funcție de prestigiu și anvergură globală.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea rappresenta un pilastro centrale del sistema dell'ONU e ha già ampiamente dimostrato negli anni il positivo contributo che può fornire alle attività delle Nazioni Unite. La cooperazione convinta e costante tra l'Unione europea e le Nazioni Unite è riuscita in questi anni a rafforzare i principi del multilateralismo nel mondo. La necessità di una maggiore cooperazione con l'ONU e del rafforzamento della voce dell'UE all'ONU è stata più volte sottolineata all'interno delle istituzioni dell'Unione.

Anche alla luce delle nuove crisi mondiali e delle tante sfide della governance globale, l'UE deve lavorare per rafforzare ancora di più l'azione dell'ONU e rendere più efficace il processo decisionale dell'intero sistema delle Nazioni Unite, sfruttando al meglio i partenariati con agenzie, fondi, programmi, commissioni e comitati specializzati delle Nazioni Unite e svolgendo un ruolo più coordinato all'interno dell'Assemblea generale.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative souligne l'importance du rôle d'observateur de l'Union à l'ONU, ainsi que des différents droits que ce statut lui accorde, tels que celui de proposer des textes et des amendements ou de soulever des motions de procédure lors des assemblées.

Ce texte rappelle tout d'abord l'attachement de l'Union et de ses États membres aux valeurs et principes de la Charte des Nations Unies, qu'ils ont pour rôle de défendre dans le cadre de l'action extérieure. Il rappelle également le rôle de l'Union en tant que premier contributeur au développement et à l'aide humanitaire.

Les propositions de ce rapport portent sur la réforme du Conseil de sécurité, dont la composition et le fonctionnement ne reflètent plus l'équilibre des puissances actuelles, en vue d'améliorer les instruments de prévention et d'alerte précoce de l'ONU. Le rapport vise surtout à promouvoir une position commune européenne grâce à l'action de la vice-présidente et Haute Représentante de l'Union. Pour ces raisons, j'ai soutenu ce texte.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport car il est important que l'Union puisse jouer un rôle accru, aux côtés des États membres, au sein de l'Assemblée générale de l'ONU. L'Union, qui défend la démocratie et les droits de l'homme et promeut la paix et la sécurité, est effectivement un contributeur incontournable de l'aide humanitaire et de l'aide au développement dans le cadre des programmes des Nations unies.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Face aux conflits armés, à l'instabilité régionale et aux fléaux écologiques ou sanitaires mondiaux, il est nécessaire d'améliorer le fonctionnement interne des Nations unies. En particulier, pourquoi ne pas imaginer que s'agissant de crimes contre l'humanité, il ne devrait y avoir ni droit de veto, ni blocage.

Il faut aussi améliorer la collaboration entre les puissances comme l'ONU et l'Union européenne. Pour ce faire, la présence de l'Union européenne au sein des instances internationales doit également être renforcée et elle doit si possible parler d'une seule voix sur les questions internationales.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Unió nemzetközi szintű fellépése a demokrácia, a jogállamiság, az egyenlőség, a szolidaritás, valamint az emberi jogok és alapvető szabadságok egyetemes és oszthatatlan voltának és az emberi méltóság tiszteletben tartásának elveire épül, amint ezt az Unióról szóló szerződés 21. cikke is rögzíti. A ma elfogadott jelentés emlékeztet arra, hogy az EU külpolitikájának elvei és céljai szorosan kapcsolódnak az ENSZ céljaihoz. Kiemeli, hogy az EU előtt álló kihívások globális megoldásokat, a globális problémák pedig uniós fellépést igényelnek. Éppen ezért céljainak eléréséhez globális partnerekre van szüksége, nevezetesen a béke és a biztonság és a terrorizmus terjedésének megakadályozása terén.

Az Uniónak tehát továbbra is törekednie kell az ENSZ-en belüli globális kormányzás megerősítésére és a Biztonsági Tanács megreformálására, annak érdekében, hogy az új világhelyzetet jobban tükrözze. Az Európát sújtó migrációs és menekültválság vonatkozásában szavazatommal támogattam a jelentést, mely – többek között – felhívja az Uniót és az ENSZ-t arra, hogy az eddigienél is szorosabban együttműködve kezeljék a válságot, és – egyebek mellett – segítsék a migráció kiindulópontjául szolgáló országok gazdasági helyzetének az orvoslását és ezek fenntartható fejlesztését. Tekintettel az ENSZ küszöbön álló párizsi Éghajlat-változási Konferenciájára, szavazatommal azt is támogattam, hogy az EU és az ENSZ fokozzák erőfeszítéseiket annak érdekében, hogy ezen csúcstalálkozón jogilag kötelező erejű megállapodás szülessen.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA-delegatie stemde voor dit verslag. We moeten realistisch zijn, de Europese Unie zal in de nabije toekomst geen zetel in de Veiligheidsraad toebedeeld krijgen. Toch zijn we fervent voorstander van een grotere rol voor de Unie binnen de Verenigde Naties. Onze delegatie meent dan ook dat het Europees Parlement en andere EU-instellingen op termijn moeten streven naar een EU-zetel in de Veiligheidsraad. Het hoogste VN-orgaan moet immers meer representatief worden zodat de realiteit van het begin van de 21ste eeuw beter weerspiegeld wordt.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az Unió nemzetközi szintű fellépése a demokrácia, a jogállamiság, az egyenlőség, a szolidaritás, valamint az emberi jogok és alapvető szabadságok egyetemes és oszthatatlan voltának és az emberi méltóság tiszteletben tartásának elveire épül, amint ezt az Unióról szóló szerződés 21. cikke is rögzíti. A ma elfogadott jelentés emlékeztet arra, hogy az EU külpolitikájának elvei és céljai szorosan kapcsolódnak az ENSZ céljaihoz. Kiemeli, hogy az EU előtt álló kihívások globális megoldásokat, a globális problémák pedig uniós fellépést igényelnek. Éppen ezért céljainak eléréséhez globális partnerekre van szüksége, nevezetesen a béke és a biztonság és a terrorizmus terjedésének megakadályozása terén.

Az Uniónak tehát továbbra is törekednie kell az ENSZ-en belüli globális kormányzás megerősítésére és a Biztonsági Tanács megreformálására, annak érdekében, hogy az új világhelyzetet jobban tükrözze. Az Európát sújtó migrációs és menekültválság vonatkozásában szavazatommal támogattam a jelentést, mely – többek között – felhívja az Uniót és az ENSZ-t arra, hogy az eddigienél is szorosabban együttműködve kezeljék a válságot, és – egyebek mellett – segítsék a migráció kiindulópontjául szolgáló országok gazdasági helyzetének az orvoslását és ezek fenntartható fejlesztését. Tekintettel az ENSZ küszöbön álló párizsi Éghajlat-változási Konferenciájára, szavazatommal azt is támogattam, hogy az EU és az ENSZ fokozzák erőfeszítéseiket annak érdekében, hogy ezen a csúcstalálkozón jogilag kötelező erejű megállapodás szülessen.

Ian Duncan (ECR), *in writing*. – I will vote against this report due to the inclusion of a demand for a single EU seat on the United Nations Security Council. This is a red line issue given the United Kingdom's permanent status on the UNSC.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Аз не подкрепих този доклад, защото не смятам, че той е насочен във вярната посока, а именно на международно сътрудничество и координация. Дали ЕС да има място в един разширен състав на ООН е въпросът, който се поставя тук и докладчикът смята, че такова място трябва да бъде отредено на нашия Съюз. Аз обаче смятам, че това е Съюз, който трябва да си сътрудничи, основан на идеята за мир, но не и да се превръща във федерална държава, която да има собствено управление. Суверенността на държавите членки трябва да бъде запазена, което означава, че ЕС не е и не може да бъде държава и няма как да бъде представена като пълноправен член на Съвета за сигурност на ООН, но определено може да работи за координация между държавите членки и международното сътрудничество.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Αποχή, διότι ενώ σε πολλά άρθρα του, δίνει στην ΕΕ την δύναμη για υλοποίηση της εξωτερικής της πολιτικής, από την άλλη υπάρχουν σημαντικά αρνητικά σημεία που δείχνουν ότι τελικά η συμμετοχή της σε αυτό το παιχνίδι δεν είναι αυτή που θα έπρεπε, ώστε να αποτελέσει τον πιο σημαντικό παράγοντα επιρροής για τις παγκόσμιες πολιτικές και γεωπολιτικές αλλαγές που συντελούνται, αφού για ακόμη μια φορά είναι δεμένη στο άρμα των ΗΠΑ.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Unió nemzetközi szintű fellépése a demokrácia, a jogállamiság, az egyenlőség, a szolidaritás, valamint az emberi jogok és alapvető szabadságok egyetemes és oszthatatlan voltának és az emberi méltóság tiszteletben tartásának elveire épül, amint ezt az Unióról szóló szerződés 21. cikke is rögzíti. A ma elfogadott jelentés emlékeztet arra, hogy az EU külpolitikájának elvei és céljai szorosan kapcsolódnak az ENSZ céljaihoz. Kiemeli, hogy az EU előtt álló kihívások globális megoldásokat, a globális problémák pedig uniós fellépést igényelnek. Éppen ezért céljainak eléréséhez globális partnerekre van szüksége, nevezetesen a béke és a biztonság és a terrorizmus terjedésének megakadályozása terén.

Az Uniónak tehát továbbra is törekednie kell az ENSZ-en belüli globális kormányzás megerősítésére és a Biztonsági Tanács megreformálására, annak érdekében, hogy az új világhelyzetet jobban tükrözze. Az Európát sújtó migrációs és menekültválság vonatkozásában szavazatommal támogattam a jelentést, mely – többek között – felhívja az Uniót és az ENSZ-t arra, hogy az eddigienél is szorosabban együttműködve kezeljék a válságot, és – egyebek mellett – segítsék a migráció kiindulópontjául szolgáló országok gazdasági helyzetének az orvoslását és ezek fenntartható fejlesztését. Tekintettel az ENSZ küszöbön álló párizsi Éghajlat-változási Konferenciájára, szavazatommal azt is támogattam, hogy az EU és az ENSZ fokozzák erőfeszítéseiket annak érdekében, hogy ezen csúcstalálkozón jogilag kötelező erejű megállapodás szülessen.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), *por escrito*. – La UE y sus Estados miembros comparten los valores y principios de la Carta de las Naciones Unidas y tienen un papel crucial en la promoción de estos principios, así como los objetivos de las Naciones Unidas. Asimismo la UE y sus Estados miembros desempeñan un papel activo y contribuyen a las Naciones Unidas en diferentes formas y formatos, contribuciones que deberían ser más visibles.

En este sentido, como miembro del Framework del PE para la aplicación de la Convención de las Naciones Unidas de los Derechos de las Personas con Discapacidad, tengo la oportunidad de contribuir en esta relación de la UE con las Naciones Unidas, así como de obtener una visión de primera mano sobre aspectos importantes que pueden ayudar y dinamizar esta colaboración. Concretamente, y en el ámbito de la aplicación de CRPD en la UE, el Comité de las Naciones Unidas presentó en septiembre sus «Observaciones finales». Con ellas se continúa un diálogo constructivo en el que las partes van identificando las distintas cuestiones a mejorar por la UE a fin de adaptar sus políticas y medidas a la CRPD. Esta dinámica de colaboración es representativa de cómo la UE y las Naciones Unidas pueden aprovechar sus sinergias.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A concepção da União Europeia está ligada à paz, à segurança, ao desenvolvimento e aos direitos humanos à escala mundial e os desafios com que se depara carecem de respostas globais que, por sua vez, carecem de ações europeias.

A UE promove um sistema internacional baseado no reforço da cooperação multilateral e na boa governação mundial e está empenhada num multilateralismo autêntico, com as Nações Unidas no seu centro. Empenho esse que se apoia na convicção de que, para responder eficazmente às crises, aos desafios e às ameaças globais, a comunidade internacional necessita de um sistema multilateral eficaz, fundado em direitos e valores universais.

Ora, para melhor atingir os seus objetivos em matéria de política externa, a UE deve aspirar ao reforço da governação global no interior do sistema da ONU e ao aumento da sua própria influência e dos seus Estados-Membros nesse mesmo sistema. Votei favoravelmente.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório é inaceitável, pelo seu conteúdo, pelos seus objetivos.

Só uma leitura muito enviesada da Carta das Nações Unidas pode considerar que a União Europeia partilha os seus valores e princípios, como faz este relatório. Que dizer então da participação direta nas agressões militares levadas a cabo contra países soberanos, violando a sua independência e integridade territorial, como aconteceu nos casos do Iraque, da Líbia ou da Síria, entre outros?

Este relatório carrega uma visão inaceitável sobre a forma como a UE deve agir no seio da ONU e, em particular, no seio da sua Assembleia-Geral – órgão do qual a UE não deve sequer fazer parte, dada a natureza quer do órgão quer da própria UE.

Não podemos aceitar a proposta de que a UE integre o Conselho de Segurança, nem que, em geral, se introduzam mudanças no quadro institucional da ONU para o alinhar com os interesses da UE (ou seja, das potências que a comandam) em matéria de política externa.

É inaceitável a tentativa de forçar a submissão de Estados soberanos às posições da UE, previamente determinadas, nas discussões na ONU.

Este relatório é um expoente das mais desbragadas pulsões federalistas no seio da UE. Obviamente votámos contra.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I reject the approach of this report which believes the EU should use the UN for achieving its foreign policy goals. Therefore I voted against.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európska únia presadzuje hodnoty ochrany ľudských práv, bezpečnosti a koná v záujme zachovania mieru, predchádzania konfliktom a posilňovania medzinárodnej bezpečnosti, a to v súlade so zásadami Charty OSN, ako aj cieľmi Parížskej charty pre novú Európu. Sme súčasne vedúcim aktérom v rôznych politických oblastiach, ktoré sú prepojené. Usilujeme sa o udržateľnosť životného prostredia, posilňujeme základ sociálnej súdržnosti a veríme, že ľudstvo spájajú spoločné hodnoty a záujmy. Rešpektujeme systém OSN ako hlavné globálne fórum na zlepšenie globálnej správy a ako najefektívnejšiu formu na presadzovanie hodnôt a záujmov Európskej únie.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Il ruolo dell'UE nelle Nazioni Unite va completamente rivisto. Mi auguro che alcuni Stati membri possano denunciare questa ipocrisia, gli scandali e i giochi di potere fatti. Il come è stato gestito tutto il caso dell'IS ne è la prova.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Ψηφίζω παρών όσον αφορά την έκθεση σχετικά με τον ρόλο της ΕΕ εντός των Ηνωμένων Εθνών, για την καλύτερη επίτευξη των στόχων εξωτερικής πολιτικής της ΕΕ, διότι ενώ σε πολλά άρθρα του δίνει στην ΕΕ την δύναμη για υλοποίηση της εξωτερικής της πολιτικής, από την άλλη υπάρχουν σημαντικά αρνητικά σημεία που δείχνουν ότι τελικά η συμμετοχή της σε αυτό το παιχνίδι δεν είναι αυτή που θα έπρεπε προκειμένου να αποτελέσει τον πιο σημαντικό παράγοντα επιρροής για τις παγκόσμιες πολιτικές και γεωπολιτικές αλλαγές που συντελούνται, αφού για άλλη μια φορά είναι δεμένη στο άρμα των ΗΠΑ.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Today we are called to face unforeseen, dramatic events that are already changing the world forever. The number of humanitarian emergencies has never been higher and the refugee crisis represents the ultimate test for the cohesion of the European Union. In order to deal effectively and successfully with these transnational issues, it is fundamental that we strengthen cooperation with the UN institutions, making sure that our values are promoted, our ambitions are commonly shared and our engagements are mutually respected.

We should therefore push for the establishment of a high-level dialogue on the implementation of the Sustainable Development Goals. In order to achieve them, further cooperation is required in the areas of education, health, climate action, food and nutrition, water, sanitation and hygiene, child protection, gender equality, social inclusion, humanitarian aid, migration, human rights, non-discrimination on all ground, good governance and democracy building.

In particular, I would like to underline that one of our main priorities should be the protection of children and of women, whose protection is crucial for the achievement of sustainable and equitable development for all.

Kinga Gál (PPE), írásban. – Az Unió nemzetközi szintű fellépése a demokrácia, a jogállamiság, az egyenlőség, a szolidaritás, valamint az emberi jogok és alapvető szabadságok egyetemes és oszthatatlan voltának és az emberi méltóság tiszteletben tartásának elveire épül, amint ezt az Unióról szóló szerződés 21. cikke is rögzíti. A ma elfogadott jelentés emlékeztet arra, hogy az EU külpolitikájának elvei és céljai szorosan kapcsolódnak az ENSZ céljaihoz. Kiemeli, hogy az EU előtt álló kihívások globális megoldásokat, a globális problémák pedig uniós fellépést igényelnek. Éppen ezért céljainak eléréséhez globális partnerekre van szüksége, nevezetesen a béke és a biztonság és a terrorizmus terjedésének megakadályozása terén.

Az Uniónak tehát továbbra is törekednie kell az ENSZ-en belüli globális kormányzás megerősítésére és a Biztonsági Tanács megreformálására, annak érdekében, hogy az új világhelyzetet jobban tükrözze. Az Európát sújtó migrációs és menekültválság vonatkozásában szavazatommal támogattam a jelentést, mely – többek között – felhívja az Uniót és az ENSZ-t arra, hogy az eddiginél is szorosabban együttműködve kezeljék a válságot, és – egyebek mellett – segítsék a migráció kiindulópontjául szolgáló országok gazdasági helyzetének az orvoslását és ezek fenntartható fejlesztését. Tekintettel az ENSZ küszöbön álló párizsi Éghajlat-változási Konferenciájára, szavazatommal azt is támogattam, hogy az EU és az ENSZ fokozzák erőfeszítéseiket annak érdekében, hogy ezen a csúcstalálkozón jogilag kötelező erejű megállapodás szülessen.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – Üdvözlöm, hogy az Unió és tagállamai különböző módokon és formákban aktívan részt vállaltak az ENSZ-rendszer munkájában és közreműködnek benne, amit láthatóbbá kellene tenni. Továbbá azt is, hogy az Unió szerte a világon jelentős mértékben hozzájárul a fejlesztési és humanitárius segélyekhez; emlékeztet arra, hogy az Unió és tagállamai együttesen a világ legnagyobb adományozói a fejlesztési és humanitárius segélyek terén. Fontosnak tartom kiemelni, hogy az Unió valódi nemzetközi szereplővé vált, és hogy ennek megfelelően kiemelt megfigyelői státusza van az ENSZ-ben.

Ahhoz, hogy jobban elérhetőek legyenek az uniós külpolitikai célok az ENSZ-en belül, az Uniónak nagyobb láthatóságot és politikai befolyást maga után vonó, megerősített szerepet kell játszania, lehetővé téve, hogy a Közgyűlés 2011. május 3-i határozatával összhangban jobban végrehajtsa nemzetközi kötelezettségeit. Véleményem szerint támogatni kell az ENSZ-rendszeren belül a parlamentek és regionális közgyűlések szerepét is.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. – He votado a favor del informe completamente convencido de la necesidad de avanzar hacia una mayor integración de la política exterior europea. La UE ya dispone del estatuto de «observador privilegiado» en las Naciones Unidas, con derecho a intervenir en las reuniones de la Asamblea General, pero los Estados miembros deben coordinarse más y mejor para transmitir ante el mundo la política exterior común de la UE. La UE debe actuar como un auténtico actor global en el seno de las Naciones Unidas y debe seguir esforzándose por aumentar su influencia y su visibilidad en la escena internacional.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea è l'esempio storico di integrazione e cooperazione regionale di maggiore successo nel mondo. Il contributo ideale e concreto alla pace nel mondo che l'Europa può dare deve essere rafforzato con ogni mezzo, soprattutto in considerazione delle tante crisi globali oggi aperte. Condivido pertanto l'impianto della relazione del collega Vayrinen, che per conto della commissione per gli affari esteri ha presentato un testo molto ambizioso e comprensivo di punti di grande interesse. Ritengo importante ribadire, come fa la risoluzione, che l'UE dovrebbe cercare di rafforzare la governance globale all'interno del sistema delle Nazioni Unite e aumentare la propria influenza e quella degli Stati membri all'interno di tale sistema. L'Unione europea deve sostenere attivamente una riforma globale del sistema delle Nazioni Unite, al fine di rafforzarne la legittimità, la rappresentatività regionale e la trasparenza, la responsabilità e l'efficacia nel rispondere alle complesse e articolate sfide odierne. Sono certo che il lavoro dell'Alto rappresentante Federica Mogherini sarà all'altezza di questo importante obiettivo.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato convintamente a favore della risoluzione sul ruolo dell'Unione Europea nell'ambito delle Nazioni Unite – come meglio raggiungere gli obiettivi di politica estera dell'Unione, perché ritengo che l'UE sia un attore fondamentale nel contesto internazionale e svolga un ruolo predominante per garantire e sostenere i processi di pace, stabilità e sicurezza globali.

Non vi è dubbio, infatti, che gli obiettivi della politica esterna dell'UE siano strettamente collegati a quelli dell'ONU e che quest'ultima rappresenti per l'UE il più importante foro di governance mondiale e di risoluzione dei conflitti e delle controversie.

Il quadro internazionale è oggi sempre più instabile e focolai di tensione, se non veri e propri conflitti, si registrano in svariate parti del mondo. La situazione in Ucraina orientale, la guerra civile in Siria, l'avanzare di organizzazioni terroristiche quali l'ISIS o Boko Haram rappresentano minacce globali che devono essere affrontate e risolte sotto l'egida dell'ONU.

Credo, infine, che il problema della sostenibilità ambientale ponga una problematica seria per le generazioni future e non sia ormai più rimandabile. Auspico quindi, in occasione della Conferenza ONU sul clima (COP21), una proficua cooperazione tra l'UE e l'ONU in modo da garantire il raggiungimento di un accordo vincolante e universale.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute gegen den nicht gesetzgebenden Initiativbericht über das Thema „Die Rolle der EU innerhalb der Vereinten Nationen: Wie können die außenpolitischen Ziele der EU besser verwirklicht werden?“ gestimmt, da ich den dort vertretenen Ansatz für falsch halte, um die Rolle der EU in den UN zu stärken. Ich bin überzeugt: Wir brauchen ein stärker pragmatisches Handeln statt ideologischer Positionen, um weltweit mehr zu erreichen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Viele europäische Herausforderungen müssen international gelöst werden. Deshalb muss zukünftig weiter eng mit den Vereinten Nationen zusammengearbeitet werden. Hierzu bedarf es einer stärkeren Positionierung der EU innerhalb der Vereinten Nationen. Ebenfalls sind umfassende Reformen nötig, um den neuen Herausforderungen eines sich verändernden Weltbilds gerecht zu werden.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report given that the EU needs to play a more significant and coherent role within the UN. States should honour their promises to provide humanitarian aid and a coherent and coordinated approach should be adopted across EU and UN institutions to the refugee crisis. These and other recommendations detailed in the report are crucial to strengthen the organisation and achieve EU foreign policy goals.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – The EU and its Member States share the values of the UN Charter and play a crucial role in promoting these principles and the Millennium Goals. In an increasingly unstable security environment, EU needs global partners to achieve its foreign policy goals, in particular in the fight against organised crime, human trafficking, terrorism and regional conflicts, but also to improve access to education, healthcare and the promotion of human rights.

I therefore welcome this resolution that recalls the commitment of the EU in supporting a comprehensive reform of the UN system to strengthen its legitimacy, regional representations, effectiveness and accountability and that puts forwards recommendations in order to better achieve EU foreign policy goals within the UN.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de este informe sobre el papel de la UE en el seno de las Naciones Unidas. El informe contiene referencias positivas a la importancia de las Naciones Unidas a la hora de abordar problemas de alcance internacional en diversos ámbitos, desde la ayuda humanitaria hasta la seguridad y la paz, pasando por los bienes públicos globales. Sin embargo, el informe llama a fortalecer el papel de la UE en las Naciones Unidas, lo que consideramos contradictorio con el principio de multilateralismo y de representación democrática de todos los Estados en el seno de la organización, principio que constituye uno de sus valores fundamentales.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Together with my EPLP colleagues, I support the reform of the UN system as a means of strengthening the efficiency of the organisation and to better promote the EU's foreign policy goals. I voted in favour of this report because I believe that the EU must play an active role within the organisation, project its values and contribute to effective multilateralism with a view to providing global solutions to global problems. I am confident that this report will send a strong message about the need for reform in the Security Council and, importantly, I believe that we need to see women elected to the post of Secretary-General of the United Nations.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car il vise à renforcer le rôle de l'Union européenne (UE) au sein des Nations unies. En plus des 28 États membres qui la composent, dont la France qui est membre de droit du Conseil de sécurité, l'Union jouit en effet du statut d'«observateur privilégié» aux Nations unies. Ce statut donne la possibilité à sa Haute Représentante aux affaires étrangères de prendre la parole aux séances de l'Assemblée générale, de soumettre des propositions et des amendements, de présenter des motions d'ordre et de diffuser des documents.

Je regrette cependant que l'UE, par manque d'une vraie stratégie commune en matière de défense et de relations internationales, ne s'affirme pas plus au sein de l'ONU et qu'elle n'y soit pas plus visible. Elle devrait pourtant y avoir une position de leadership claire en ce qui concerne les crises migratoire ou sécuritaire, ou encore en ce qui concerne la situation au Moyen-Orient. Je suis en effet très inquiète de la passivité de l'ONU face aux crises que connaît actuellement notre continent, qui ne concernent pas uniquement l'Europe mais bien toute la communauté internationale.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I believe that in order to better achieve its foreign policy goals the EU should strengthen global governance inside the UN system and to increase its own and its Member States' influence within that system. Also, the EU should play enhanced role in the General Assembly.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Unió nemzetközi szintű fellépése a demokrácia, a jogállamiság, az egyenlőség, a szolidaritás, valamint az emberi jogok és alapvető szabadságok egyetemes és oszthatatlan voltának és az emberi méltóság tiszteletben tartásának elveire épül, amint ezt az Unióról szóló szerződés 21. cikke is rögzíti. A ma elfogadott jelentés emlékeztet arra, hogy az EU külpolitikájának elvei és céljai szorosan kapcsolódnak az ENSZ céljaihoz. Kiemeli, hogy az EU előtt álló kihívások globális megoldásokat, a globális problémák pedig uniós fellépést igényelnek. Éppen ezért céljainak eléréséhez globális partnerekre van szüksége, nevezetesen a béke és a biztonság és a terrorizmus terjedésének megakadályozása terén.

Az Uniónak tehát továbbra is törekednie kell az ENSZ-en belüli globális kormányzás megerősítésére és a Biztonsági Tanács megreformálására, annak érdekében, hogy az új világhelyzetet jobban tükrözze. Az Európát sújtó migrációs és menekültválság vonatkozásában szavazatommal támogattam a jelentést, mely – többek között – felhívja az Uniót és az ENSZ-t arra, hogy az eddigienél is szorosabban együttműködve kezeljék a válságot, és – egyebek mellett – segítsék a migráció kiindulópontjául szolgáló országok gazdasági helyzetének az orvoslását és ezek fenntartható fejlesztését. Tekintettel az ENSZ küszöbön álló párizsi Éghajlat-változási Konferenciájára, szavazatommal azt is támogattam, hogy az EU és az ENSZ fokozzák erőfeszítéseiket annak érdekében, hogy ezen a csúcstalálkozón jogilag kötelező erejű megállapodás szülessen.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), γραπτώς. – Μέσα στην Επιτροπή Εξωτερικών Υποθέσεων επιχειρείται το τελευταίο διάστημα, μέσα από εκθέσεις και συζητήσεις, να προωθηθεί η ιδέα της ΕΕ ως παγκόσμιου παίκτη σε πολιτικό επίπεδο. Αυτή η έκθεση εντάσσεται στο εν λόγω πλαίσιο. Μέσα από την παρουσίαση των προβλημάτων που αντιμετωπίζει η περιοχή προωθείται από τη μια η αναγκαιότητα, όπως το αντιλαμβάνεται η έκθεση, του συντονισμού της δράσης των ΚΜ της ΕΕ στα πλαίσια του ΟΗΕ και από την άλλη η θέση για έδρα της ΕΕ στο Συμβούλιο Ασφαλείας, θέσεις με τις οποίες διαφωνούμε.

Προωθείται, επίσης, μέσα στην έκθεση η ιδέα ότι η Ύπατη Εκπρόσωπος θα πρέπει να έχει την ευθύνη συντονισμού των κρατών μελών και ότι αυτά θα πρέπει να τοποθετούνται με βάση την εξωτερική πολιτική και τα συμφέροντα της ΕΕ.

Η έκθεση έχει και αρκετά θετικά σημεία, όπως η κριτική στην επιλογή του Γ.Γ. του Οργανισμού, αλλά και στην παρουσίαση ζητημάτων που χρήζουν παγκόσμιων λύσεων και συνεργασίας μεταξύ όλων.

Δεδομένων των θετικών αλλά και αρνητικών στοιχείων που υπάρχουν στην έκθεση, θα απέχουμε.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – Focusing on the role of the European Union within the United Nations system and on how to better achieve EU foreign policy goals within the UN, I voted in favour of this report as it contains a number of excellent recommendations and objectives in line with the stated foreign policy objectives of the EU. The report paves the way for an annual process in which the European Parliament can address the global challenges in a more meaningful and comprehensive way, as it calls on us to organise its work in the same way as the Commission, encouraging all committees whose remit covers policies that have an external and global dimension to forward their opinions to the Committee on Foreign Affairs, which has responsibility for the VP/HR report.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I decided to support this report due to the fact that the EU and its Member States have a crucial role to play in promoting the shared values and principles of the UN, as well as the goals of the UN, through the external action of the European Union. The EU is committed to actively supporting a comprehensive reform of the UN system in order to strengthen its legitimacy, its regional representation and its transparency, accountability and effectiveness. It is important to improve preventive and early-warning tools and enhanced UN mediation capabilities, with coherent and achievable mandates for peacebuilding and peacekeeping operations.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report. The UK's place on the UN Security Council, and our ability to act independently on the Security Council in the interests of the British people, is a corner stone of British security and of our position on the global stage.

This report seeks to impede that ability, primarily with the ultimate goal of giving the EU a permanent seat on the Security Council and by the assertion that, until this goal is reached, the UK must represent EU common positions decided by the High Representative and other Member States on the Security Council. UKIP believe that the British Government is elected by the British people to defend their interests on the global stage, not those of the European Union.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Der Initiativbericht zielt darauf ab, die Rolle der Europäischen Union innerhalb der Vereinten Nationen klar zu definieren. Dabei wird auf Artikel 21 des Vertrags über die Europäische Union Bezug genommen, welcher als gemeinsame außenpolitische Ziele der EU-Mitgliedstaaten die Wahrung bzw. Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten sowie der Einhaltung der weiteren in der Charta der Vereinten Nationen aufgeführten Grundsätze aufführt. Der Bericht führt richtigerweise auf, dass der Sicherheitsrat dringend reformiert werden muss, um eine gute Handlungsfähigkeit zu erhalten, da er in seiner derzeitigen Zusammensetzung keine geografisch ausgewogene Interessenvertretung darstellt, sondern nach wie vor die geopolitischen Verhältnisse von 1945 abbildet. So befürworte ich einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat, da heute Deutschland als drittgrößter Beitragszahler an die Vereinten Nationen erheblich weniger Einflussmöglichkeiten auf die Vereinten Nationen und insbesondere den Sicherheitsrat als die fünf Vetomächte hat. Auch weitere Reformen der Vereinten Nationen sind notwendig. Allerdings fordert der Bericht einen ständigen Sitz der EU im Sicherheitsrat, obschon die EU kein Staat sondern eine internationale Organisation ist und als solche nach heute gültigen Bestimmungen nicht Mitglied der Vereinten Nationen sein kann. Aus diesem Grund habe ich den Bericht abgelehnt. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Euro abgeschafft werden muss, weil er zu Zwist und Zwietracht in Europa führt!

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Unió nemzetközi szintű fellépése a demokrácia, a jogállamiság, az egyenlőség, a szolidaritás, valamint az emberi jogok és alapvető szabadságok egyetemes és oszthatatlan voltának és az emberi méltóság tiszteletben tartásának elveire épül. Ezt az Unióról szóló szerződés 21. cikke is rögzíti. A ma elfogadott jelentés emlékeztet arra, hogy az EU külpolitikájának elvei és céljai szorosan kapcsolódnak az ENSZ céljaihoz. Kiemeli, hogy az EU előtt álló kihívások globális megoldásokat, a globális problémák pedig uniós fellépést igényelnek. Éppen ezért céljainak eléréséhez globális partnerekre van szüksége a béke és a biztonság és a terrorizmus terjedésének megakadályozása terén.

Az Uniónak továbbra is törekednie kell az ENSZ-en belüli globális kormányzás megerősítésére és a Biztonsági Tanács megreformálására, annak érdekében, hogy az az új világhelyzetet jobban tükrözze. Az Európát sújtó migrációs és menekültválság vonatkozásában szavazatommal támogattam a jelentést, mely – többek között – felhívja az Uniót és az ENSZ-t arra, hogy az eddiginél is szorosabban együttműködve kezeljék a válságot, és – egyebek mellett – segítsék a migráció kiindulópontjául szolgáló országok gazdasági helyzetének az orvoslását és ezek fenntartható fejlesztését.

Richard Howitt (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted for this report, reflecting our deep commitment to supporting multilateralism in the world, and to back an active European Union role in the United Nations in pursuit of objectives for conflict resolution, human rights, international development and the fight against climate change.

However, the European Parliamentary Labour Party voted against the sentence which suggested there should be a single EU seat in the UN Security Council. We strongly support UN reform – including of the Security Council – to reflect today's reality and to support a fairer balance between developed, emerging and developing countries. But we do not believe that has to be achieved at the expense of the loss of my own country's permanent seat, which British Labour has always sought to use for the very same objectives which we support for the European role.

Euro-sceptics in Britain want to mislead our public by saying that we have to choose between promoting our own country's interests and our country's enthusiastic participation in the European Union.

The UN is just one example of where this is a false choice. We can do both.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – This House is voting on this report at a time of great tension internationally. The ongoing civil war in Syria is directly linked to events in Paris and Brussels and today's downing of a Russian jet will only heighten tensions. The United Nations remains a vital part of international diplomacy and it is crucial that the EU and all its Member States continue to engage through the UN as situations develop.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I support the reform of the UN as a means of strengthening the efficiency of the organisation. The EU must play an active role within the organisation, project its values and contribute to providing global solutions to global problems.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Izvješće ulozi EU-a u okviru UN-a – kako na bolji način ostvariti ciljeve vanjske politike EU-a, s obzirom da je to vrlo važna tema osobito u situaciji kad se dešavaju velike promjene, nestabilnost i nesigurnost u europskom okruženju koje utječu i na sigurnosnu situaciju unutar EU-a. Treba naglasiti da su načela i ciljevi vanjske politike EU-a sadržani u članku 21. Ugovora o Europskoj uniji te su usko povezani s načelima i ciljevima UN-a.

EU pod okriljem UN-a preko zajedničke vanjske i sigurnosne politike te zajedničke sigurnosne i obrambene politike aktivno sudjeluje u promicanju svjetskog mira, sigurnosti i napretka. EU i države članice daju najveći financijski doprinos općem proračunu UN-a i njegovu pružanju humanitarne i službene razvojne pomoći te mirovnim operacijama. Kako bi na bolji način EU ostvario ciljeve svoje vanjske politike u obliku u kojem su navedeni u Ugovoru, treba raditi na jačanju globalnog upravljanja unutar sustava UN-a i povećati svoj utjecaj u njemu.

Potrebno je ponovno naglasiti zahtjev Unije da UN pojednostavi svoje strukture, proračun i radne metode, zatim da se reformira Vijeće sigurnosti UN-a kako bi se bolje odrazila svjetska stvarnost i bolje rješavali sigurnosni izazovi.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce rapport s'inscrit dans la continuité de l'abandon de la souveraineté des États membres. D'une part, il propose de contraindre les États membres, dont ceux qui ont un droit de veto au Conseil de sécurité, à coordonner leur action. D'autre part, il promeut un alignement de la position des États membres sur les intérêts de l'UE, en proposant la création d'un siège de l'UE au Conseil de sécurité, et l'obligation pour les États de défendre les positions de l'UE au sein du Conseil de sécurité, ainsi que de tenir les autres États membres informés de leurs intentions et positions. En définitive, l'UE doit parler d'une seule et même voix aux Nations unies.

Ce rapport ambitionne également de «refaire le monde» depuis Bruxelles. En effet, quand ses dispositions n'exigent pas que le prochain Secrétaire général soit une femme et lutte contre les discriminations au sein du personnel de l'ONU, elles demandent expressément à ce que le Conseil de sécurité prenne plus en compte les droits LGBT, ou alors impose une tolérance zéro pour la peine de mort dans le monde.

Enfin, le texte émet une disposition qui résume le non-sens de ce texte: l'introduction du principe de réfugié climatique dans le droit international.

J'ai voté contre.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Tuto zprávu jsem podpořil z důvodu potřeby posílení role Evropské unie v řešení globálních problémů. O nepostradatelnosti skutečného zapojení Organizace spojených národů do řešení současné migrační krize a do boje proti terorismu není pochyb. Je proto žádoucí, aby byl na její půdě slyšet jednotný a rozhodný hlas Evropské unie, k čemuž navrhuje konkrétní kroky i tato zpráva.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Paavo Väyrynen sur le rôle de l'Union européenne au sein des Nations unies. Le texte rappelle l'engagement de l'Union européenne et de ses États membres envers les principes de la Charte des Nations unies sur la scène internationale. Il appelle également à une réforme du système des Nations unies à laquelle participe l'Union en tant qu'observateur privilégié. Cette réforme est nécessaire pour renforcer la légitimité, la responsabilité et l'efficacité des Nations unies.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Josu Juaristi Abaunz (GUE/NGL), *in writing*. – EH Bildu supports multilateralism and in particular international cooperation within the framework of the UN. We support the efforts within the UN for a reform which should focus on democratising the existing structures, such as reform of the UN Security Council, the establishment of a less opaque process for selecting the UN Secretary-General, and gender mainstreaming within UN bodies, and to make clear the role of the EU in the UN.

We welcome some contributions introduced in the report, such as the promotion of equity and non-discrimination, the first UN Security Council Meeting on LGBTI rights, which is a significant step toward the consecution of it, and the inclusion of the safeguard of the right to asylum.

However, we reject the approach of the report according to which the EU should use the UN to achieve its foreign policy goals. Moreover we do not agree with maintaining the decision-making structures of the World Bank and the IMF. Therefore EH Bildu abstained on the final vote of this report.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui rappelle le rôle clé que joue l'Union dans le système des Nations unies, partageant les valeurs et les objectifs de cette organisation. Ce rapport rappelle notamment la contribution majeure de l'Union à l'aide humanitaire et au développement à travers le monde. Il insiste sur le soutien qu'apporte l'Union européenne à une refonte de l'ONU afin d'obtenir un système plus légitime, plus responsable et plus efficace.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dem Bericht zum Thema „Die Rolle der EU innerhalb der Vereinten Nationen: Wie können die außenpolitischen Ziele der EU besser verwirklicht werden?“ stimme ich nicht zu. Zwar enthält der Bericht gewisse positive Aspekte, aber er bleibt in seiner Gesamtheit abzulehnen. Die darin aufgezeichneten Bestrebungen sind mit den politischen Vorgaben und Idealen unserer Fraktion und unserer Partei nicht zu vereinbaren.

Rikke Karlsson (ECR), *par écrit*. – Une fois encore, l'Union tente peu à peu de prendre la place des États souverains au sein d'une organisation internationale, comme elle l'a fait à l'OMC notamment.

L'UE n'a en réalité pas de politique étrangère propre, elle n'est pas un État et n'a pas à le devenir, quoiqu'elle possède la personnalité juridique, faute de peuple européen unique. L'Europe est un continent riche de ses vingt-huit nations, qui, jusqu'à preuve du contraire, n'entendent pas fusionner en une seule, mais coopérer autant que possible dans le respect de leurs identités respectives. Au sein de l'Assemblée générale des Nations unies comme du Conseil de sécurité, seuls les représentants et diplomates de nos nations ont légitimement leur place.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the report, as it *inter alia* analyses and sets out the EU approach to the role of the EU within the UN, detailing reforms to be carried out within the UN with the aim of strengthening the organisation and better achieving EU foreign policy goals. It also calls for the EU to play a more significant and coherent role within the UN, for states to honour their promises to provide humanitarian aid and for a coherent and coordinated approach across EU and UN institutions to the refugee crisis.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Initiativbericht des Abgeordneten Paavo Väyrynen (EVP) zielt darauf ab, die Rolle der Europäischen Union innerhalb der Vereinten Nationen klar zu definieren. Dabei wird auf Artikel 21 des Vertrags über die Europäische Union Bezug genommen, welcher als gemeinsame außenpolitische Ziele der EU-Mitgliedstaaten die Wahrung bzw. Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten sowie der Einhaltung der weiteren in der Charta der Vereinten Nationen aufgeführten Grundsätze aufführt. Der Bericht führt richtigerweise auf, dass der Sicherheitsrat dringend reformiert werden muss, um eine gute Handlungsfähigkeit zu erhalten, da er in seiner derzeitigen Zusammensetzung keine geografisch ausgewogene Interessenvertretung darstellt, sondern nach wie vor die geopolitischen Verhältnisse von 1945 abbildet. So befürworte ich einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat, da heute Deutschland als drittgrößter Beitragszahler an die Vereinten Nationen erheblich weniger Einflussmöglichkeiten auf die Vereinten Nationen und insbesondere den Sicherheitsrat als die fünf Vetomächte hat. Auch weitere Reformen der Vereinten Nationen sind notwendig. Allerdings fordert der Bericht einen ständigen Sitz der EU im Sicherheitsrat, obschon die EU kein Staat, sondern eine internationale Organisation ist und als solche nach heute gültigen Bestimmungen nicht Mitglied der Vereinten Nationen sein kann. Aus diesem Grund habe ich den Bericht abgelehnt.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Unió nemzetközi szintű fellépése a demokrácia, a jogállamiság, az egyenlőség, a szolidaritás, valamint az emberi jogok és alapvető szabadságok egyetemes és oszthatatlan voltának és az emberi méltóság tiszteletben tartásának elveire épül, amint ezt az Unióról szóló szerződés 21. cikke is rögzíti. A ma elfogadott jelentés emlékeztet arra, hogy az EU külpolitikájának elvei és céljai szorosan kapcsolódnak az ENSZ céljaihoz. Kiemeli, hogy az EU előtt álló kihívások globális megoldásokat, a globális problémák pedig uniós fellépést igényelnek. Éppen ezért céljainak eléréséhez globális partnerekre van szüksége, nevezetesen a béke és a biztonság és a terrorizmus terjedésének megakadályozása terén.

Az Uniónak tehát továbbra is törekednie kell az ENSZ-en belüli globális kormányzás megerősítésére és a Biztonsági Tanács megreformálására, annak érdekében, hogy az új világhelyzetet jobban tükrözze. Az Európát sújtó migrációs és menekültválság vonatkozásában szavazatommal támogattam a jelentést, mely – többek között – felhívja az Uniót és az ENSZ-t arra, hogy az eddignél is szorosabban együttműködve kezeljék a válságot, és – egyebek mellett – segítsék a migráció kiindulópontjait szolgáló országok gazdasági helyzetének az orvoslását és ezek fenntartható fejlesztését. Tekintettel az ENSZ küszöbön álló párizsi Éghajlat-változási Konferenciájára, szavazatommal azt is támogattam, hogy az EU és az ENSZ fokozzák erőfeszítéseiket annak érdekében, hogy ezen a csúcstalálkozón jogilag kötelező erejű megállapodás szülessen.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – The UN is the first level for putting international relations on a legal base. The report gives a strategic orientation for the participation of the EU within the UN system. The EU should actively support a reform of the UN in order to strengthen its legitimacy, accountability and effectiveness. Another positive aspect of the report is the will to reform also the UN Security Council. However, the questions of an EU seat and EU peace enforcing operations remain unsolved. Therefore, I abstained from the vote on this report, since I cannot fully support it.

Илхан Кючюк (ALDE), *в писмена форма*. – Подкрепих доклада, защото Европейският съюз е глобален актьор и трябва да играе водеща роля в опазването на световния мир, сигурността, развитието и правата на човека. Европейският съюз, със своята уникална структура, разполага със сериозен набор от инструменти, които могат да бъдат имплементирани в рамките на ООН, за да задава световния дневен ред.

Считам, че трябва да продължим да бъдем водещ световен фактор в борбата с бедността, да насърчаваме устойчиви икономически, социален и екологичен напредък на развиващите се страни, защото това е гарант за дълготраен мир и стабилност. Необходимо е да продължим да имаме водеща позиция за подкрепа на операциите на ООН в области от взаимен интерес, и по-специално в защитата на цивилни граждани, и особено на жени и деца, засегнати от въоръжени конфликти. Всички тези наши цели могат да бъдат постигнати, само когато ЕС разполага със солидни партньори на световната сцена, с които тясно да си сътрудничи за справяне с глобалните предизвикателства.

Gabrieliū Landsbergis (PPE), *raštu*. – Europos Sąjunga išties turi didelį ir dar ne visai išnaudojamą globalaus veikėjo potencialą. ES vaidina svarbų vaidmenį skatinant demokratizaciją, žmogaus teisių bei laisvių gynimą, ekonomines, politines, socialines reformas įvairiose pasaulio vietose. Esant stipriai lyderystei, ryžtingai ginanti tarptautines teises ir normas 28 valstybių bendrija yra didelė vertybė šiuolaikiniame pasaulyje.

Pažymėtina, kad būtina Jungtinių Tautų Saugumo tarybos reforma, pradedant nuo to, kad būtų panaikinta veto teisė toms narėms, kurios yra agresorės pažeidžiant tarptautinės teisės normas. Žinojimas, kad agresija prieš kitų valstybių suverenitetą ir nepriklausomybę automatiškai atima teisę agresoriui trukdyti konflikto sprendimui ir teisingumo atstatymui, veikų kaip rimta prevencija. Taip pat veto teisė neturėtų būti taikoma sprendžiant klausimus dėl tarptautinės teisės draudžiamų ir senaties termino neturinčių nusikaltimų žmoniškumui ir karo nusikaltimų.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho votato favorevolmente quest'importante proposta di risoluzione sul ruolo dell'UE nell'ambito delle Nazioni Unite. Viste le crescenti sfide dello scenario internazionale, ritengo di fondamentale importanza il dialogo tra l'UE e le Nazioni Unite. In questo contesto, la norma in esame propone dei mezzi per il rilancio del ruolo dell'Assemblea generale e una riforma del Consiglio di sicurezza delle Nazioni Unite. In particolare, questa proposta chiede che siano migliorati gli strumenti internazionali che possono essere attivati e adoperati sotto l'egida delle Nazioni Unite in tema di allarme precoce e operazioni di pacificazione e di «peace keeping». Da parte sua, l'UE, tenendo anche conto delle recenti atrocità e violazioni dei diritti umani perpetrate da alcuni gruppi estremisti e terroristi, deve offrire un sostegno concreto alle operazioni di costruzione e di mantenimento della pace e rafforzare i suoi sforzi di mediazione nella risoluzione dei conflitti.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur le rôle de l'Union européenne au sein des Nations unies. En effet, je considère qu'il est important d'accroître l'influence internationale de l'Union en coordonnant plus efficacement les politiques extérieures des États membres et en renforçant la coopération entre l'Union et les Nations unies.

Toutefois, je me suis abstenue sur le paragraphe 14 du rapport, car j'estime qu'une éventuelle réforme du Conseil de sécurité de l'ONU par la mise en place d'un Conseil de sécurité élargi comprenant un siège pour l'Union européenne ne saurait s'envisager qu'à long terme et sans que les présences de la France et du Royaume-Uni en tant que membres permanents ne soient remises en cause.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre la résolution sur le rôle de l'Union européenne au sein des Nations unies. Premièrement, comme le nom l'indique, l'organisation des Nations unies est une instance où les Nations sont représentées, et non pas des organisations supranationales comme l'Union européenne.

Le fait que l'UE soit devenue un acteur au sein de l'Assemblée générale de l'ONU est en soi plutôt paradoxal. Il est donc difficile de prendre au sérieux la volonté exprimée dans le paragraphe 14 du rapport d'obtenir un siège au sein d'un Conseil de sécurité élargi. En outre, le rapport veut obliger les États membres à défendre les positions de l'Union européenne au sein du Conseil de sécurité, ce qui va à l'encontre de la souveraineté nationale.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Ante el aumento de guerras y conflictos armados, tengo el pleno convencimiento de que, ahora más que nunca, urge sentar las bases de un nuevo orden internacional a través de una reforma de la ONU, a fin de que esta cuente con mecanismos efectivos para defender el Derecho internacional, los derechos humanos y el multilateralismo a escala mundial.

Si bien coincido con el informe en la necesidad de una reforma de la ONU que refuerce su legitimidad y la dote de un funcionamiento más transparente y democrático, no comparto la orientación dada por el ponente a esta reforma. Este propone reforzar la cooperación entre las Naciones Unidas, el Banco Mundial y el Fondo Monetario Internacional a fin de aumentar la sumisión de los Estados a las organizaciones del sistema capitalista a nivel internacional.

Además, el informe sostiene que la UE desempeña actualmente un papel de promoción de la paz y de prevención de conflictos y gestión de crisis en el mundo, por lo que debería tener un asiento permanente en el Consejo de Seguridad. Sin duda, esto supondría un menoscabo de la soberanía de los Estados miembros de la UE. Por estos motivos he votado en contra.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Initiativbericht des Abgeordneten Paavo Väyrynen (EVP) zielt darauf ab, die Rolle der Europäischen Union innerhalb der Vereinten Nationen klar zu definieren. Dabei wird auf Artikel 21 des Vertrags über die Europäische Union Bezug genommen, welcher als gemeinsame außenpolitische Ziele der EU-Mitgliedstaaten die Wahrung bzw. Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten sowie der Einhaltung der weiteren in der Charta der Vereinten Nationen aufgeführten Grundsätze aufführt. Der Bericht führt richtigerweise auf, dass der Sicherheitsrat dringend reformiert werden muss, um eine gute Handlungsfähigkeit zu erhalten, da er in seiner derzeitigen Zusammensetzung keine geografisch ausgewogene Interessenvertretung darstellt, sondern nach wie vor die geopolitischen Verhältnisse von 1945 abbildet. So befürworte ich einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat, da heute Deutschland als drittgrößter Beitragszahler an die Vereinten Nationen erheblich weniger Einflussmöglichkeiten auf die Vereinten Nationen und insbesondere den Sicherheitsrat als die fünf Vetomächte hat. Auch weitere Reformen der Vereinten Nationen sind notwendig. Allerdings fordert der Bericht einen ständigen Sitz der EU im Sicherheitsrat, obschon die EU kein Staat, sondern eine internationale Organisation ist und als solche nach heute gültigen Bestimmungen nicht Mitglied der Vereinten Nationen sein kann. Aus diesem Grund habe ich den Bericht abgelehnt.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – Poparłam sprawozdanie w sprawie roli Unii Europejskiej w ONZ. Komisja Kultury i Edukacji przygotowała opinię do tego sprawozdania. Jako członek tej Komisji w swoich poprawkach zwróciłam uwagę na edukację jako ważny instrument realizacji celów polityki zagranicznej UE, takich jak: budowanie pokoju i stabilności na świecie, długotrwały rozwój, dialog międzykulturowy i zwalczanie ubóstwa zarówno w UE, jak i na całym świecie. W tym kontekście kluczowe jest zwiększenie współpracy między UE a ONZ mającej na celu wspieranie edukacji dla wszystkich, poprawianie dostępu do edukacji, podnoszenie jej jakości oraz umacnianie systemów edukacyjnych na świecie.

W ślad za sprawozdaniem należy także zapewnić współpracę między UE a ONZ w zakresie edukacji w ramach programów ratunkowych w razie kryzysu humanitarnego, konfliktów zbrojnych lub klęsk żywiołowych.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Evropská unie nemůže mít žádnou roli v OSN, protože není stát a nemá zde hovořit za státy, které zde reprezentovány již jsou.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Budućnost Europske unije usko je povezana s mirom u svijetu, sigurnošću te razvojem i poštivanjem ljudskih prava. Izazovi s kojima se suočavamo zahtijevaju globalna rješenja i veću podršku međunarodnih organizacija i partnera.

Odnos EU-a i UN-a trenutačno nije zadovoljavajući, iako države članice izdvajaju velika finansijska sredstva za opći proračunu UN-a, njihove mirovne operacije, kao i pružanje humanitarne i razvojne pomoći. Uz to, EU je potpisnik više od 50 multilateralnih sporazuma i Konvencija UN-a kao jedini sudionik koji nije država. Iz tog razloga, EU je zaslužila poseban status unutar UN-a, kako bi dobila veći značaj u vanjskoj politici, te se pozicionirala kao jedinstveni međunarodni dionik.

Podržala sam izvješće zastupnika Paavoa Väyryнена, jer smatram da bi bolja suradnja EU-a i UN-a doprinijela ostvarenju ciljeva vanjske politike EU-a, posebno u pogledu borbe protiv terorizma s kojim se Europa trenutačno suočava. UN-ovo jednoglasno usvajanje Francuske rezolucije o borbi protiv terorizma, predstavlja korak naprijed u međunarodnoj suradnji, za stvaranje sigurne Europe i očuvanja europskih vrijednosti.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Od roku 1974 je EÚ stálym pozorovateľom na Valnom zhromaždení OSN. Má štatút pozorovateľa vo väčšine špecializovaných agentúr OSN. Tým sa zvyšuje vzájomná prepojenosť politik oboch subjektov a ich hodnotové ciele najmä v oblasti bezpečnosti, mieru a ochrany ľudských práv. Zároveň je EÚ spolu so svojimi členskými štátmi najväčším finančným prispievateľom OSN.

Udalosti posledných mesiacov, konflikt na Ukrajine, situácia na Blízkom východe, v Sýrii, terorizmus Islamského štátu a ďalšie globálne problémy vyžadujú prehodnotenie a posilnenie postavenia Európskej únie vo vzťahu k OSN a zároveň reformu samotnej OSN. Musí sa stať akčnou a flexibilnou organizáciou s transparentnými orgánmi a ich voľbou, s transparentnými politikami, transparentným financovaním a jeho dôslednou kontrolou zo strany EÚ a všetkých členských štátov.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Poskytovanie pomoci členským krajinám EÚ musí mať transparentné, zrozumiteľné, čo najjednoduchšie a zároveň kontrolovateľné a monitorovateľné pravidlá. Ak má byť pomoc účinná, musí byť včasná a flexibilná. Podporujem prijatie opatrení na zjednodušenie pravidiel, ktoré posilnia právnú istotu súčasne na strane EÚ aj na strane prijímateľov, členských štátov, miest, obcí a malých a stredných podnikateľov.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψήφισα την έκθεση σχετικά με τον ρόλο της ΕΕ εντός του ΟΗΕ - τρόποι για την καλύτερη επίτευξη των στόχων της εξωτερικής πολιτικής της ΕΕ, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

David Martin (S&D), *in writing*. – I welcome this report and would stress the view that free and fair trade in itself is the most useful tool in helping developing countries to help themselves. It points out the major impact that trade and investment can have on the sustainable development of least advanced poor countries and on fighting poverty and combating human rights violations where it is tailored accordingly, carried out with long-term objectives, clearly targeted, framed within clear performance rules, and connected with counterbalancing measures for transition periods, for instance through specific programmes for trade preferences, trade sanctions, regulation of trade in certain goods which could be used for capital punishment, torture, inhuman or degrading treatment and punishment, and certification systems regulating trade in conflict minerals. It calls, therefore, for the EU to develop ambitious, efficient and active trade policy measures for promoting the UN's Sustainable Development Goals (SDGs) and the Millennium Development Goals (MDGs); believes, with regard to the conclusion of the Doha Development Round, that the UN can use its unique position in the multilateral agenda to ensure that those talks are a success for developing countries.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – La relazione sul «ruolo dell'Unione europea nell'ambito delle Nazioni Unite – come meglio raggiungere gli obiettivi di politica estera dell'Unione» mi trova favorevole.

Il sistema delle Nazioni Unite ha come obiettivo quello di migliorare la governance globale e rappresenta il miglior forum dove poter promuovere i valori dell'Unione europea. A sua volta l'Unione europea condivide e promuove i valori e gli obiettivi della Carta dell'ONU, ad esempio attraverso la promozione della pace, della sicurezza e del progresso (si pensi alla politica estera e di sicurezza comune – PESC – e alla politica di sicurezza e difesa comune – PSDC), favorendo il progresso economico, sociale e ambientale dei paesi in via di sviluppo, combattendo le ineguaglianze sociali e alimentari e la povertà e fornendo assistenza umanitaria.

Inoltre, l'Unione, insieme ai suoi Stati, costituisce il principale contributo finanziario del bilancio generale dell'ONU. Risulta allora opportuno incrementare gli sforzi comuni tra UE e Nazioni Unite, promuovendo i valori condivisi e sostenendo i governi, società civili e popolazioni nei paesi più poveri. Con una maggiore e più intensa cooperazione tra UE-ONU si potrà agevolare la partecipazione della società civile al processo politico, migliorare la vita delle generazioni future e garantire uno sviluppo equo e sostenibile per tutti.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – À l'instar de la France, l'Union européenne est l'une des plus fidèles alliées du système onusien. Face à la crise actuelle du multilatéralisme, le rapport Vayrynen avance à la fois des propositions de réformes institutionnelles de l'ONU et des prises de position bienvenues en matière de politique étrangère de l'UE. Sur le plan institutionnel, le texte reprend une position défendue de longue date par la France: le droit de veto ne devrait pas être utilisé par les membres du Conseil de sécurité en cas de génocide ou de crime contre l'humanité.

Sur le fond, le rapport Vayrynen s'affiche en faveur de la tenue d'un moratoire sur la peine de mort et d'une meilleure application du traité sur la non-prolifération nucléaire. Par ailleurs, à l'heure où les déplacements de population liés au changement climatique se multiplient (montée des eaux, sécheresses...), le texte ouvre la porte à la rédaction d'une définition internationale des «réfugiés climatiques». Enfin, sur le plan commercial, j'ai veillé – en tant que rapporteur du groupe socialiste sur ce texte en commission INTA – à ce que le rapport soutienne la fin de l'arbitrage privé des différends entre investisseurs et États et à ce que le Parlement s'engage en faveur d'un cour internationale publique.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht enthält einige positive Punkte. Jedoch scheint der Bericht vordergründig eine weitere Zentralisierung der EU vorantreiben zu wollen. Zudem ist es fraglich, ob die bisher vertretenen Länder ihren Sitz behalten können, wenn die EU einen eigenen Sitz bekommen sollte. Daher lehne ich diesen Bericht ab.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport annuel sur le rôle de l'UE à l'ONU propose quelques réformes pour rendre plus «transparente» l'organisation mondiale, et notamment la désignation de son Secrétaire général. Il s'agit surtout de renforcer la place de l'UE dans le système onusien au regard de sa «contribution à la paix et à la sécurité dans le monde» et à terme d'obtenir pour l'UE un siège comme celui que possèdent les États membres.

Des propositions complètement hypocrites et bien maigres au regard des enjeux actuels, alors qu'il aurait été possible de s'engager par exemple en faveur d'un soutien aux peuples en lutte contre Daesh. Le rapport demande même à la France de se plier aux volontés de l'UE au sein du Conseil de sécurité. Il prône l'intégration de l'OMC, du FMI — et de la future cour internationale d'arbitrage du projet d'accord transatlantique (GMT) — dans l'ONU sans modification de leur fonctionnement oligarchique, ce qui ne ferait que mutiler la légitimité de l'ONU et inviter davantage les multinationales à la table des négociations.

Je vote contre et je dénonce le vote des députés français qui participent à cet affaiblissement de l'organisation internationale pour la paix.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport s'inscrit dans la continuité de l'abandon de la souveraineté des États membres orchestré par l'UE. D'une part, il propose de contraindre les États membres, dont ceux qui ont un droit de veto au Conseil de sécurité, à coordonner leur action, d'autre part, il promeut un alignement de la position des États membres sur les intérêts de l'UE, en proposant la création d'un siège de l'UE au Conseil de sécurité, et l'obligation pour les États de défendre les positions de l'UE au sein du conseil de sécurité, ainsi que de tenir les autres États membres informés de leurs intentions et positions.

En définitive, l'objectif assumé est que l'UE parle d'une seule et même voix aux Nations unies. Dans la continuité de sa ligne politique, la députée vote naturellement contre ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto favorável à proposta de resolução do Parlamento Europeu sobre a importância e o papel da UE no âmbito das Nações Unidas.

Partilha de valores, princípios, objetivos, a UE e as Nações Unidas partilham desafios que não podem ser enfrentados sem uma resposta global.

São definidos caminhos para a UE alcançar objetivos em matéria de política externa no âmbito das Nações Unidas, seja em termos de visibilidade, no que respeita ao reforço do peso político, seja através de uma coordenação mais eficaz com as agências das Nações Unidas.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. – Het Europees Parlement vraagt in dit verslag om het bijzondere partnerschap dat de EU en de VN op een aantal terreinen delen, uit te breiden en te versterken. We staan voor een aantal wereldwijde uitdagingen, zoals de toenemende onveiligheid, de klimaatuitdaging, epidemieën, migratie en de vrijwaring van de mensenrechten, die allemaal een sterk, eensluidend, mondiaal en collectief antwoord vereisen. Om beter en doeltreffender te anticiperen op die huidige en toekomstige uitdagingen mag de VN, als wereldorganisatie, een aantal hervormingen niet uit de weg gaan, ook niet de hervorming van de VN-Veiligheidsraad.

Deze is nog steeds samengesteld op basis van de geostrategische evenwichten van vlak na de Tweede Wereldoorlog. Ondertussen zijn de machtsverhoudingen wel gewijzigd, zijn nieuwe economieën ontstaan, zijn grote naties uiteengevallen, hebben andere multinationale organisaties aan belang gewonnen. Een herschikking van de VN-Veiligheidsraad op basis van die nieuwe geostrategische evenwichten is dus wenselijk en een permanente vertegenwoordiging van de EU in dit orgaan is aanbevolen. Een moderne VN-Veiligheidsraad zal ook sneller, alerter en politieker moeten optreden bij conflicten en veiligheidsproblemen.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Vzhľadom na to, že budúcnosť Európskej únie je spojená s celosvetovým mierom a bezpečnosťou, vítam správu o úlohe EÚ v rámci OSN, považujem totiž za potrebné uvažovať ako lepšie plniť ciele EÚ v oblasti zahraničnej politiky. V situácii, keď je bezpečnosť Únie ohrozená v dôsledku veľkého počtu dlhodobých alebo novovznikajúcich bezpečnostných výziev, považujem za prioritu predovšetkým jasne si pomenovať primárne ciele. A tými sú po aktuálnych udalostiach v Paríži a ďalších hrozbách naprieč EÚ bezpochyby najmä konflikty v Sýrii a Iraku a vzostup teroristickej organizácie ISIS, ako aj konflikt na východnej Ukrajine. Ide o vážne globálne problémy, ktoré si vyžadujú globálnu reakciu, pri ktorej únia potrebuje podporu medzinárodných partnerov. Bez mieru totiž nebude možné naplňať žiadne ďalšie, a to akokoľvek dôležité ciele. O to viac je preto pre budúcnosť dôležitá podpora prevencie v rámci systému OSN tak, aby sa včasné varovania premenili na okamžité opatrenia, čo prináša reálnu šancu predísť ukrutnostiam páchaným na obyvateľstve, a napomôcť tak splneniu záväzku únie obhajovať dodržiavanie humanitárnych zásad, ľudských práv a práva týkajúceho sa utečencov.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of this report, which states that the EU must play an active role within the organisation, project its values, and contribute to effective multilateralism with a view of providing global solutions to global problems. The report sends a strong message about the need of reforming the Security Council and expresses its wish to see a woman elected as Secretary-General of the United Nations. However, I have never supported paragraphs guaranteeing women the right to sexual and reproductive health and safe abortion.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Külügyi Bizottság jelentése az EU külpolitikai céljai elérésének ENSZ-en belüli előmozdítására tesz javaslatokat. Tekintettel arra, hogy az EU külpolitikai céljait helyeslem, a jelentés azok érvényesítésére tett javaslatait pedig ésszerűnek tartom, a jelentés elfogadását támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Os princípios e objetivos da União Europeia em matéria de política externa estão consagrados no artigo 21.º do Tratado da União Europeia e têm uma relação estreita com os princípios e objetivos das Nações Unidas. Importa salvaguardar que o futuro da União Europeia se encontra relacionado com a paz, a segurança, o desenvolvimento e os direitos humanos à escala global, devendo a Europa contribuir ativamente para a construção de respostas globais.

Voto favoravelmente o presente relatório com vista a melhor atingir o reforço da governação global no interior do sistema da ONU e o aumento da sua própria influência e dos seus Estados-Membros nesse mesmo sistema.

Entendo ainda que a UE deve desempenhar um papel mais significativo na Assembleia Geral e que será necessário reformar o Conselho de Segurança, por forma a melhor refletir a nova realidade mundial e responder mais eficazmente aos desafios atuais e futuros em matéria de segurança.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur le rôle de l'Union européenne au sein des Nations unies est un nouveau coup de boutoir sur la souveraineté des États membres. En effet, il considère que les problématiques mondiales doivent appeler une intervention européenne coordonnée en accroissant l'influence de l'UE notamment à l'Assemblée générale des Nations unies et au Conseil de sécurité, où il est question de l'adoption d'un siège unique de l'UE.

Ainsi, il est prévu un mécanisme pour contraindre les États membres, dont ceux qui ont un droit de veto au Conseil de sécurité, à coordonner leur action. Il veut également obliger les États membres permanents ou non permanents à défendre les positions de l'UE au sein Conseil de sécurité de l'ONU.

Le rapport rappelle que la CEDH est un exemple pour les progrès des droits de l'homme alors même que, selon la Commission, celle-ci ne s'applique plus en Grèce étant donné qu'elle est placée sous l'empire des mémorandums. Il introduit en outre le principe de «réfugié climatique» dans le droit international.

Bref, ce texte est un alignement de perles plus européistes les unes que les autres. J'ai donc voté contre.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif au rôle de l'Union européenne au sein des Nations unies. Je soutiens les mesures de ce texte qui appellent l'Union à renforcer son rôle dans cette enceinte internationale, notamment pour favoriser la croissance économique, réduire la pauvreté et protéger l'environnement.

Ce rapport rappelle que l'Union est le premier contributeur au budget de l'aide humanitaire, de l'aide publique au développement ainsi que des opérations de maintien de la paix des Nations unies. Il appelle une réforme approfondie du système de l'ONU afin de renforcer sa légitimité, sa responsabilité et son efficacité.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Tenuto conto dell'importanza delle Nazioni Unite come la più rilevante e comprensiva assemblea per il miglioramento e la definizione della governance globale, non posso che accogliere con favore una proposta che miri a un suo miglioramento in termini di funzionamento. I recenti fatti di Parigi, la deriva della situazione siriana e la perdurante grave instabilità che affligge il Medio Oriente rendono, infatti, evidente la necessità di un efficace approccio multilaterale alle questioni globali sotto l'egida dell'ONU.

Un modello di cooperazione internazionale più forte ed efficiente è, infatti, coerente con la politica estera europea e ne favorirebbe il raggiungimento degli obiettivi. Considerato il primario ruolo giocato sul piano internazionale, soprattutto con i paesi confinanti, appoggio la previsione di un seggio permanente dell'UE in un Consiglio di sicurezza riformato. In questa prospettiva, ricordando le previsioni del capitolo VII della Carta delle Nazioni Unite circa la promozione e l'inclusione delle organizzazioni regionali, chiediamo un rafforzamento del ruolo dell'Unione europea e delle organizzazioni omologhe sia in seno all'ONU che nella più generale governance globale. Visto il mio impegno politico, le battaglie personali condotte in materia e la coerenza con i valori dell'Unione europea, condivido l'augurio che il prossimo Segretario generale dell'ONU sia una donna.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Je n'ai pas pu voter pour ce rapport mais je soutiens pleinement la position du groupe PPE et de la délégation française consistant à adopter ce rapport. Il souligne que l'Union et ses États membres partagent les valeurs et les principes de la Charte des Nations unies et jouent un rôle essentiel dans la promotion de ces principes et des objectifs des Nations unies.

Le rapport se réjouit de ce que l'Union et ses États membres participent activement et contribuent aux travaux du système des Nations unies de différentes manières et sous différentes formes, tout en estimant qu'elles devraient être plus visibles. Il permet aussi de rappeler la contribution majeure de l'Union à l'aide humanitaire et au développement à travers le monde, et rappelle que l'Union et ses États membres sont conjointement le premier pourvoyeur au monde d'aide humanitaire et d'aide au développement.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that should improve the EU's prosperity, better protect its security and ensure that its governments comply with global rules, not only to safeguard Europe's prosperity and security but also with the intention of spreading respect for democracy, human rights, and the rule of law.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Културата е важен елемент във външните дипломатически отношения на ЕС, защото има заслугата да стимулира диалога и взаимното разбиране. Отстоявам позицията, че тя трябва да бъде съществен компонент от политическия диалог с трети държави и да се интегрира систематично в проектите и програмите за развитие.

Ситуацията с бежанците и атентатите в Париж правят още по-очевидна необходимостта от засилване на сътрудничеството между ЕС и ООН. Затова защитавам тезата, че на културата трябва да ѝ бъде отредено по-видимо и ярко място в Целите на хилядолетието за устойчиво развитие и след 2015 г.

Аз споделям виждането, че за да се изгради по-сOLIDна връзка между ЕС и ЮНЕСКО, трябва да мислим извън рамката на финансовата помощ и съвместното управление на проекти. Смятам, че е необходимо да положим основите на перманентен диалог и да задълбочим сътрудничеството в областта на образованието и културата в дългосрочна перспектива. Точно затова призовах за установяването на годишен структурен диалог на високо ниво, за да сме способни да посрещаме общите предизвикателства по по-устойчив начин.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), in writing. – We voted against this report as it sought to call and support for the EU as a single entity to have a more significant role in dictating foreign policy, whilst decreasing the influence of Member States.

Norica Nicolai (ALDE), in writing. – I voted in favour of this report as it highlights some major points concerning the current nature of the United Nations Organisation which I think, if reformed, would be beneficial to the EU in particular and the whole world in general. The fact that, taken together, the Union is a major economic, political and military actor in the world, with two nuclear powers, a large population and immense political power, reflects, I believe, the outdated nature of the UN Security Council. The UN needs a deep and comprehensive reform, streamlining the UNSC, but also the rules of the UNGA, the coordination between its bodies, more tools for its key tasks (for example preventing genocides) and better accountability and transparency of its institutions to its members. The EU needs to be an integral part of this reform, if not an outright leader.

Luděk Niedermayer (PPE), písemně. – Podpořil jsem zprávu o úloze EU v rámci OSN, která mimo jiné připomíná dlouhodobý cíl EU získat křeslo v rozšířené Radě bezpečnosti a vyzývá k celoevropské diskusi o této reformě. V situaci zvyšujících se bezpečnostních rizik vyvstává naléhavá potřeba hledat způsoby, jak zajistit stabilitu v regionálním i celosvětovém měřítku a silnější roli v těchto stabilizačních snahách. V našem zájmu proto je usilovat o společný postoj EU v záležitostech spadajících do pravomoci Rady bezpečnosti a zlepšit stávající mechanismy spolupráce s cílem zajistit, aby členské státy EU, které jsou členy Rady bezpečnosti, hájily na tomto fóru společné postoj EU.

Franz Obermayr (ENF), schriftlich. – Der Bericht beinhaltet zwar einige positive Punkte, doch letztlich habe ich ihm die Zustimmung verweigert. Es kann nicht angehen, der Europäischen Union auch auf internationalem Niveau noch mehr Kompetenzen zuzuweisen und den Einfluss der Nationalstaaten (gerade auf Ebene der UN) noch weiter abzubauen.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Toetasin. ÜRO peab olema maailmas rahu edendaja ja probleemide lahendaja ning EL peab töötama selle nimel, et tema hääl oleks ÜROs selgemini kosta.

Samas on oluline viia läbi ÜRO Julgeolekunõukogu reform, leida lahendus veto liigsele kasutamisele inimsusevastase kuritegude puhul ja muuta läbipaistvamaks ÜRO peasekretäri valimine, et ÜRO saaks tõhusamalt olla see koht, kus tegelikult ka kriise lahendada oleks võimalik.

Rolandas Paksas (EFDD), raštu. – Europos Sąjungos vaidmuo turi būti stiprinamas JT, kadangi ji yra patikimiausia partnerė, ginanti Jungtinių Tautų principus, žmogaus teises ir vystymosi tikslus. ES ir JT strateginė partnerystė yra gili ir pastaraisiais metais drauge dirbdamos taikai ir saugumui pasaulyje ES ir JT žengė svarbius žingsnius.

Siekiant veiksmingiau spręsti dabartines ir būsimas saugumo problemas, manau, kad yra tikslinga reformuoti Saugumo Tarybą. Dėl naujai kylančių ir vis didesnių iššūkių JT turi imtis naujų funkcijų ir todėl reikėtų persvarstyti šios organizacijos valdymo ir finansavimo sąlygas. Pažymėtina, kad ES turėtų būtų suteikta vieta padidintoje Saugumo Taryboje. Būtina stiprinti ES veiksmų derinimą ir savo vaidmenį bei dalyvavimą JT organų reguliavimo darbo grupėse. Europos Sąjunga kartu su savo valstybėmis narėmis yra pagrindinė finansinės paramos JT biudžetui teikėja. Todėl labai svarbu užtikrinti didesnę ES veiksmų ir paramos matomumą visuose daugiašaliuose forumuose ir vietoje.

Margot Parker (EFDD), in writing. – UKIP voted against this report. The UK's place on the UN Security Council, and our ability to act independently on the Security Council in the interests of the British people, is a corner stone of British security and of our position on the global stage.

This report seeks to impede that ability, primarily with the ultimate goal of giving the EU a permanent seat on the Security Council and by the assertion that, until this goal is reached, the UK must represent EU common positions decided by the High Representative and other Member States on the Security Council. UKIP believe that the British Government is elected by the British people to defend their interests on the global stage, not those of the European Union.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Il Presidente Schulz, in occasione della cerimonia di commemorazione delle vittime di Parigi tenutasi al Parlamento europeo a Bruxelles, ha affermato che l'Europa ha bisogno di essere unita ora più che mai in nome dei suoi valori, primo tra tutti la pace, il suo più grande successo. Perché ciò si realizzi, la sua credibilità e il suo peso sul piano internazionale devono essere prioritari. Noi tutti auspichiamo un ruolo importante, determinante, dell'UE nell'ambito delle Nazioni Unite. Solo così potremo vincere sfide globali come quelle del terrorismo, della migrazione, della costruzione di un solido equilibrio internazionale. Voto positivamente e vi invito a fare ugualmente.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the role of the EU within the UN report, because it is an important step towards enhancing the ongoing cooperation between the two bodies. The EU and its Member States play an essential role and contribute to the work of the UN system in various ways and formats and this role needs to be strengthened further.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – The foreign affairs perspective of the EU should not be the weakest link in the Union. In the current crisis, the Union should endeavour a truly functioning common foreign affairs policy aimed at ensuring security, empowering internal cohesion, the EU's global identity and effectively developing our neighbourhood as well as driving democracy, peace and mediation processes around the world. In this sense, a stronger impact of EU decisions should be well reflected and integrated into UN's global role.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Europska unija i UN dijele zajedničke vrijednosti sadržane u Povelji o Ujedinjenim narodima i Ugovoru o EU-u. Očuvanje međunarodnog mira i sigurnosti ključno je u trenucima kad smo svjedoci tragičnih terorističkih napada, kako u Europskoj uniji – nedavni u Parizu, pa tako i na Bliskom istoku i u sjevernoj Africi.

Najnovija zbivanja u Siriji i Iraku, milijuni izbjeglica i migrantska kriza pokazuju da je važno imati sustav temeljen na univerzalnim pravilima i vrijednostima kojim bi se moglo odgovoriti na globalne krize, izazove i prijetnje te da njegov rad mora biti koordiniran i uz međunarodnu pomoć.

Odgovorni smo se zajednički boriti protiv trgovine ljudima i suzbijati širenje i financiranje terorističkih skupina sprečavanjem i onemogućavanjem novačenja, organiziranja, prijevoza i opremanja terorističkih boraca te financiranja njihovih putovanja i aktivnosti.

Unatoč tome što EU i države članice daju najveći financijski doprinos općem proračunu UN-a i njegovu pružanju humanitarne i službene razvojne pomoći te mirovnim operacijama, EU i UN moraju se jače usredotočiti na iskorjenjivanje siromaštva koje predstavlja veliki izazov za održivi razvoj cijelog svijeta. Gospodarska, socijalna i ekološka održivost doprinose miru i sigurnosti. Također, potrebno je ojačati napore za iskorjenjivanje iskorištavanja radnika, posebno žena i djece.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur le rôle de l'Union européenne au sein des Nations unies est un nouveau coup de boutoir sur la souveraineté des États membres. En effet, il considère que les problématiques mondiales doivent appeler une intervention européenne coordonnée en accroissant l'influence de l'UE, notamment à l'Assemblée générale des Nations unies et au Conseil des sécurité, où il est question de l'adoption d'un siège unique pour l'UE.

Ainsi, il est prévu un mécanisme pour contraindre les États membres, dont ceux qui ont un droit de veto au Conseil de sécurité, à coordonner leur action. Il veut également obliger les États membres permanents ou non permanents à défendre les positions de l'UE au sein du Conseil de sécurité de l'ONU. Il rappelle que la CEDH est un exemple pour le progrès des droits de l'homme alors même que, selon la Commission, celle-ci ne s'applique plus en Grèce étant donné qu'elle est placée sous l'empire des mémorandums.

Il introduit en outre le principe de «réfugié climatique» dans le droit international. Bref, ce texte est un alignement de perles plus européistes les unes que les autres. J'ai donc voté contre.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Dva su temeljna cilja ovog izvješća: utvrditi važnost jedinstvene uloge Unije unutar Ujedinjenih naroda te važnost daljnjeg osnaživanja i reforme UN-a kao temeljnog globalnog prostora za multilateralizam i zajedničko rješavanje problema. Europska Unija ne može samostalno i bez partnera vanjskopolitički djelovati u suvremenom svijetu suočenim s rizicima poput terorizma, organiziranog kriminala, širenja oružja za masovno uništenje, itd. U tom smislu pohvalni su naponi ka aktivnijem surađivanju i sudjelovanju Unije u radu UN-a kao i višegodišnje napredovanje Unije u smislu uspostave međunarodnog ugleda i formiranja jedinstvenog i prepoznatljivog identiteta kao međunarodnog aktera.

EU mora osnažiti promociju vlastitih vanjskopolitičnih interesa unutar UN-a kroz inzistiranje na njegovoj reformi u smjeru revitalizacije rada Opće skupštine, reforme Vijeća sigurnosti, povećanja transparentnosti, djelotvornosti i legitimiteta, itd. Posebno su važni uspjesi da se u izvješće uvrste važna pitanja ljudskih prava, rodna ravnopravnost, neproliferacija oružja masovnog uništenja te moratorij na smrtnu kaznu. Ipak, daljnji pomaci su nužni u zaštiti prava na siguran pobačaj žrtvama ratnog silovanja i zaštiti prava žena uopće.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Za ostvarenje ciljeva vanjske politike Europske unije svakako je važan položaj EU-a unutar Ujedinjenih naroda. Oba međunarodna tijela dijele jednaka temeljna načela i zajedničke vrijednosti koje bi trebale biti osnova djelovanja svake od tih institucija, ali i njihovog zajedničkog djelovanja. Prije svega valja napomenuti kako se radi o institucijama *sui generis* te složenost njihovog institucijskog ustroja obilježava njihov odnos i mogućnost suradnje. Europska unija ima poseban promatrački status u UN-u, pravo sudjelovanja u raspravama, podnošenja prijedloga i amandmana. Na taj se način želi ostvariti bolja povezanost i stvaranje uistinu zajedničke vanjske i sigurnosne politike kako bi uloga Unije dobila veći značaj u vanjskoj politici. Važno je istaknuti da članice EU-a kolektivno najviše pridonose proračunu UN-a financijski, ali i stavljanjem na raspolaganje ljudskog kapitala i tehničkog znanja čime se ostvaruje inicijativa „Jedinstvene provedbe” (jedan vođa, jedan proračun, jedan program). Čvrsto i stabilno partnerstvo EU-a i UN-a ključno je za rad UN-a u okviru svih triju stupova (mir i sigurnost, ljudska prava te održivi razvoj), kao i uloga EU-a kao aktivnog globalnog dionika.

Miroslav Poche (S&D), *in writing.* – I am pleased by the result of the vote on the report for how the EU can better achieve its foreign policy goals within the UN. It is important to recognise that the two organisations share many of the same values and principles, and that the Member States of the EU can help to promote the goals. However, I do agree that the UN should publish regular overviews of compliance with obligations in order to help ensure that UN member states honour their humanitarian aid promises. In addition, I also call on the EU and the UN to increase their efforts to reach an ambitious and legally binding agreement at the Paris Climate Conference. With these two small steps, I believe that our two great organisations can accomplish great things in the near future, and that we can all continue to make the world a better place.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – L'UE è impegnata a favore di un multilateralismo incentrato su un'Organizzazione delle Nazioni Unite forte ed efficace. Tale impegno è fondato sulla convinzione che, per essere in grado di rispondere alle crisi, alle sfide e alle minacce globali, la comunità internazionale ha bisogno di un sistema multilaterale efficiente, basato su norme e valori universali. Per meglio cooperare con l'ONU, l'UE dovrebbe cercare di rafforzare la propria influenza. Nell'ambito dell'Assemblea generale, ad esempio, l'UE dovrebbe svolgere un ruolo più incisivo al fine di ottenere maggiore visibilità e autorevolezza politica.

Il Parlamento europeo, attraverso questa relazione, intende sottolineare l'importanza di rilanciare il lavoro dell'Assemblea generale ed è convinto che il Consiglio di sicurezza debba essere riformato. Il Parlamento chiede, inoltre, il miglioramento degli strumenti di allarme precoce e una maggiore capacità di mediazione delle Nazioni Unite, con mandati coerenti e realizzabili per le operazioni di mantenimento della pace. Auspicio che l'Unione europea possa avere un unico rappresentante comune in seno al Consiglio di sicurezza e pertanto ho votato a favore di questa risoluzione.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – Dans ce rapport nous rappelons que l'Union européenne, d'une part, et ses États membres, d'autre part, jouent un rôle essentiel au sein des Nations unies et de ses organes.

La France en particulier, à travers ses activités, son budget ou les valeurs que nous partageons. Nous souhaitons une réforme approfondie du système onusien pour renforcer son efficacité. Tout cela m'a poussé à voter favorablement.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O relator entende que o ambiente de segurança da União Europeia (EU) é cada vez mais instável e volátil devido ao elevado número de problemas em matéria de segurança. Neste sentido, a UE necessita de parceiros globais para alcançar os objetivos da sua política externa, nomeadamente em matéria de paz e segurança, terrorismo, criminalidade organizada, conflitos regionais, colapso do Estado e proliferação de armas de destruição maciça.

O sistema das Nações Unidas é o principal fórum mundial para melhorar a governação mundial e, como tal, representa o melhor fórum para promover os valores e interesses da UE. Tal enquadramento determina que, para atingir os seus objetivos, tal como consagrados no Tratado, a UE deve aspirar ao reforço da governação global no interior do sistema da ONU e ao aumento da sua própria influência e dos seus Estados-Membros.

A posição adotada no presente relatório reafirma a importância de revitalizar o trabalho da Assembleia Geral, em geral, e o trabalho da UE sob os auspícios das Nações Unidas, em particular. Posto o que precede, votei favoravelmente.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this report. The UK's place on the UN Security Council, and our ability to act independently on the Security Council in the interests of the British people, is a corner stone of British security and of our position on the global stage.

This report seeks to impede that ability, primarily with the ultimate goal of giving the EU a permanent seat on the Security Council and by the assertion that, until this goal is reached, the UK must represent EU common positions decided by the High Representative and other Member States on the Security Council. UKIP believe that the British Government is elected by the British people to defend their interests on the global stage, not those of the European Union.

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. – Le rapport d'initiative sur le rôle de l'Union européenne au sein des Nations unies et les meilleurs moyens de remplir les objectifs de l'Union en matière de politique étrangère énonce des propositions ambitieuses afin de renforcer notre poids au sein de cette instance mondiale.

Le rapport souligne la nécessité de renforcer le rôle de l'Union européenne au sein de l'Assemblée générale des Nations unies, et plus particulièrement au sein du Conseil économique et social en y incluant, notamment, les enjeux relatifs aux questions environnementales.

Restant convaincu que les liens entre l'Union européenne et les Nations unies doivent être consolidés, aujourd'hui plus que jamais, dans un contexte mondial instable, j'ai voté en faveur de ce texte.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai apporté mon soutien à cette résolution.

L'Union européenne et les Nations unies font face à des défis communs: la recherche de la paix et de la sécurité, la prévention des conflits, la lutte contre le terrorisme, la promotion des droits de l'homme, l'action en faveur du développement durable, la défense d'un système international fondé sur le multilatéralisme. Dès lors, l'Union doit apporter via sa politique étrangère sa contribution à la résolution de ces défis, tout en promouvant ses intérêts et valeurs.

L'Union doit par exemple agir en faveur du développement de la gouvernance mondiale au sein des Nations unies et accroître son influence et celle de ses États membres au sein de ce système. Elle doit obtenir un siège au sein d'un Conseil de sécurité élargi. Elle doit œuvrer pour un renforcement des capacités de médiation des Nations unies et demander à ce que les missions de maintien de la paix soient fondées sur des mandats cohérents.

Il est de la responsabilité de l'Union d'être à la hauteur du rôle qu'elle entend occuper, car il faut bien comprendre que si l'Union échoue face à cet impératif, ce sera son modèle même qui sera mis en péril.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe sobre el papel de la UE en el seno de las Naciones Unidas y las reformas que pueden emprenderse para fortalecer esta organización y alcanzar mejor los objetivos de política exterior de la UE.

Apoyo la reforma del sistema de Naciones Unidas como medio para reforzar su eficiencia y promover los objetivos de política exterior de la UE. La UE debe desempeñar un papel activo dentro de la organización, fomentar sus valores y contribuir a un multilateralismo eficaz para aportar soluciones globales a los problemas globales. En este sentido, nos sumamos a la petición para que la UE tenga un asiento permanente en el Consejo de Seguridad.

Las enmiendas socialistas han enriquecido el informe con referencias a los derechos humanos, la igualdad de género, los derechos LGTBI, la no proliferación de las armas nucleares, la responsabilidad de proteger y la moratoria sobre la pena de muerte. También hacemos un llamamiento para que la UE participe activamente en el debate sobre la definición jurídica del término «refugiado climático» y expresamos nuestro deseo de que la siguiente persona elegida para el puesto de secretario general de las Naciones Unidas sea una mujer.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Dans ce rapport que j'ai voté hier le Parlement rappelle que l'Union et ses États membres partagent les valeurs et les principes de la Charte des Nations unies et jouent un rôle essentiel dans la promotion de ses principes et objectifs dans le cadre de l'action extérieure de l'Union.

Le texte adopté se réjouit aussi de ce que l'Union et ses États membres participent activement et contribuent aux travaux du système des Nations unies de différentes manières et sous différentes formes, tout en estimant qu'elles devraient être plus visibles. Il se félicite également de la contribution majeure de l'Union à l'aide humanitaire et au développement à travers le monde, rappelant au passage que l'UE est le premier pourvoyeur au monde d'aide humanitaire et d'aide au développement.

Le texte rappelle en outre que l'Union est devenue un véritable acteur international et jouit par conséquent d'un statut d'«observateur privilégié» aux Nations unies. Il rappelle enfin que l'Union s'est engagée à soutenir activement une réforme approfondie du système des Nations unies en vue de renforcer sa légitimité, sa représentation régionale, sa transparence, sa responsabilité et son efficacité.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Enquanto importante ator mundial, a UE tem um papel extremamente relevante no seio das organizações multilaterais, devendo portanto contribuir para o assegurar da paz, segurança, desenvolvimento e o cumprimento dos direitos humanos à escala mundial.

Os problemas da UE carecem de respostas globais na mesma medida em que os problemas globais carecem de ações europeias concretas. A UE e a ONU têm desenvolvido trabalho conjunto no sentido de dar resposta a aspetos chave que não só assegurem o presente como protejam as gerações futuras.

Neste âmbito, são exemplo o reforço do trabalho nos países em vias de desenvolvimento e de diversas empresas internacionais que contribuem igualmente neste sentido, a luta contra a violência, a igualdade de género, o combate à corrupção, as alterações climáticas e a gestão adequada das vagas de refugiados.

Contudo, subscrevo ainda as considerações tecidas pelo relator quanto à necessidade de revitalizar a Assembleia Geral e reformular o Conselho de Segurança da ONU. Considero, por isso, essencial manter e reforçar o diálogo e a cooperação entre a UE e a ONU, de modo a que se possam alcançar os objetivos delineados pela União em termos de política externa e, por isso, votei favoravelmente este relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – Je me suis prononcée en faveur de ce rapport qui suggère des moyens pour l'Union européenne de mieux remplir ses objectifs en matière de politique étrangère au sein des Nations unies. Comme le précise l'article 21, paragraphe 1 du traité de l'UE, l'Union européenne et les États membres partagent les valeurs et principes de la charte de l'ONU.

Il est nécessaire de rappeler que l'Union européenne contribue activement aux travaux des Nations unies; et ce grâce aux droits qui découlent de son statut d'observateur privilégié. Si l'Union européenne est en mesure de prendre la parole dans l'ensemble des réunions de l'ONU, mais également de proposer des amendements et de soumettre des résolutions, les institutions de l'Union présentes au sein du système ONU ne jouissent que d'une très faible visibilité.

J'ai soutenu ce rapport, également, parce qu'il rappelle que l'Union s'est engagée à soutenir activement une réforme du système des Nations unies afin de consolider sa légitimité et son efficacité ainsi que de renforcer son autorité.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione concernente il ruolo dell'Unione europea nell'ambito delle Nazioni Unite al fine di garantire e migliorare la sicurezza e la difesa di tutti i cittadini europei. Concorro con la volontà dell'Unione europea di ricoprire un ruolo sempre più importante nei processi di pace e di democrazia nel mondo. Con tale testo il Parlamento europeo riafferma che l'Unione intera sostiene di apportare una profonda riforma del sistema dell'ONU al fine di rinforzarne la legittimità, la rappresentanza regionale, la trasparenza, la responsabilità e l'efficacia. Il Parlamento sottolinea in particolare che occorre rilanciare i lavori dell'Assemblea generale e convincere i membri a una riforma del Consiglio di sicurezza.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Mi sono astenuto perché ritengo che, all'interno di un pur doveroso e urgente processo di riforma delle Nazioni Unite, andrebbe riconosciuto un maggior peso decisionale ai singoli Stati membri e non all'Unione europea in quanto tale.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de este informe sobre el papel de la UE en el seno de las Naciones Unidas. El informe contiene referencias positivas a la importancia de las Naciones Unidas a la hora de abordar problemas de alcance internacional en diversos ámbitos, desde la ayuda humanitaria hasta la seguridad y la paz, pasando por los bienes públicos globales. Sin embargo, el informe llama a fortalecer el papel de la UE en las Naciones Unidas, lo que consideramos contradictorio con el principio de multilateralismo y de representación democrática de todos los Estados en el seno de la organización, principio que constituye uno de sus valores fundamentales.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Ante el aumento de guerras y conflictos armados, tengo el pleno convencimiento de que, ahora más que nunca, urge sentar las bases de un nuevo orden internacional a través de una reforma de la ONU, a fin de que esta cuente con mecanismos efectivos para defender el Derecho internacional, los derechos humanos y el multilateralismo a escala mundial.

Si bien coincido con el informe en la necesidad de una reforma de la ONU que refuerce su legitimidad y la dote de un funcionamiento más transparente y democrático, no comparto la orientación dada por el ponente a esta reforma. Este propone reforzar la cooperación entre las Naciones Unidas, el Banco Mundial y el Fondo Monetario Internacional a fin de aumentar la sumisión de los Estados a las organizaciones del sistema capitalista a nivel internacional.

Además, el informe sostiene que la UE desempeña actualmente un papel de promoción de la paz y de prevención de conflictos y gestión de crisis en el mundo, por lo que debería tener un asiento permanente en el Consejo de Seguridad. Sin duda, esto supondría un menoscabo de la soberanía de los Estados miembros de la UE. Por estos motivos he votado en contra.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I and my Labour colleagues and sister parties support the reform of the UN system as a means of strengthening the efficiency of the organisation and to better promote the EU's foreign policy goals. I voted in favour of this report because I believe that the EU must play an active role within the organisation, project its values and contribute to effective multilateralism with a view to providing global solutions to global problems.

I am confident that this report will send a strong message about the need for reform in the Security Council and, importantly, I believe that we need to see women elected as the Secretary-General of the United Nations.

Branislav Škripek (ECR), písomne. – Hlasoval som proti správe Väyrynen z dôvodu kolegiality s mojimi britskými kolegami, ktorých stále miesto v Bezpečnostnej rade Organizácie Spojených národov by bolo ohrozené a rovnako som toho názoru, že spravodajca posunul správu za rámec pôvodne stanovený v rámci vyjednávania vo výboroch.

Monika Smolková (S&D), písomne. – Od prijatia Lisabonskej zmluvy sa začala EÚ aktívne zúčastňovať na činnosti OSN. Pozícia vysokého predstaviteľa pre zahraničné veci a bezpečnostnú politiku bola vytvorená aj na ten účel, aby mala EÚ možnosť vystupovať na medzinárodných fórach jednotne. Súhlasím preto s presvedčením, že EÚ by mala naďalej predstavovať model účinného multilaterálneho spôsobu riadenia, ku ktorému by mala smerovať aj reformná agenda OSN. Je vhodné zdôrazniť, že silné partnerstvo týchto dvoch medzinárodných organizácií dlhodobo stavia na troch pilieroch – mier a bezpečnosť, ľudské práva a udržateľný rozvoj. Sú to práve tieto oblasti, v ktorých sa EÚ a OSN môžu vzájomne dopĺňať.

Neoddeliteľnou súčasťou pôsobnosti OSN je aj kultúra, medzikultúrny a medzináboženský dialóg. EÚ by preto mala vo svojich externých vzťahoch prisúdiť kultúre strategickejšiu úlohu, keďže ide zároveň o jednu z jej základných hodnôt. Práve na fórach ako je OSN by mala EÚ presadzovať činnosti zamerané na zachovanie ohrozeného kultúrneho dedičstva či na boj proti nedovolenému obchodovaniu s kultúrnymi statkami. Vítam preto upevnenú spoluprácu medzi EÚ a UNESCO, ktorá by mohla viesť k prijímaniu spoločných opatrení aj nad rámec finančnej pomoci a spoločného riadenia projektov. Nemôžeme zabúdať, že kultúrny rozmer je pre úspešné rozvojové politiky podporujúce budovanie udržateľných spoločností nevyhnutný.

Igor Šoltes (Verts/ALE), písno. – Zaradi vse večje svetovne soodvisnosti je sodelovanje med EU in ZN izjemno pomembno. Poročilo globlje analizira omenjeno sodelovanje in ugotavlja, da EU in njene države članice spoštujejo vrednote in načela iz ustanovne listine ZN. Poleg tega pa imajo države članice tudi ključno vlogo pri spodbujanju načel in ciljev ZN, predvsem prek mednarodnega sodelovanja in odnosov. Strinjam se, da EU potrebuje partnerje na svetovni ravni, ki bi ji pomagali doseči cilje svoje zunanje politike, zlasti na področju miru in varnosti, terorizma, organiziranega kriminala, regionalnih konfliktov, neizpolnjevanja obveznosti držav in širjenja orožja za množično uničevanje. Poročilo opozarja, da bi si EU za boljše uresničevanje ciljev svoje zunanje politike morala prizadevati za okrepitev svetovnega upravljanja v okviru sistema ZN in za povečanje svojega vpliva v mednarodnem okviru. Menim, da bi EU in njene države članice morale imeti osrednjo vlogo v razvojni agendi za obdobje po letu 2015 ter sodelovati z ZN in vsemi ostalimi deležniki, da bi se sprejele ambiciozne zaveze za doseganje prihodnjih ciljev trajnostnega razvoja. Ker se zavedam, da je prihodnost EU povezana s svetovnim mirom, varnostjo, razvojem in človekovimi pravicami ter da moramo vedno stremeti k čim boljšemu mednarodnemu sodelovanju, sem na plenarnem zasedanju glasoval za sprejetje poročila.

Joachim Starbatty (ECR), schriftlich. – Der Initiativbericht des Abgeordneten Paavo Väyrynen (EVP) zielt darauf ab, die Rolle der Europäischen Union innerhalb der Vereinten Nationen klar zu definieren. Dabei wird auf Artikel 21 des Vertrags über die Europäische Union Bezug genommen, welcher als gemeinsame außenpolitische Ziele der EU-Mitgliedstaaten die Wahrung bzw. Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten sowie der Einhaltung der weiteren in der Charta der Vereinten Nationen aufgeführten Grundsätze aufführt. Der Bericht führt richtigerweise auf, dass der Sicherheitsrat dringend reformiert werden muss, um eine gute Handlungsfähigkeit zu erhalten, da er in seiner derzeitigen Zusammensetzung keine geografisch ausgewogene Interessenvertretung darstellt, sondern nach wie vor die geopolitischen Verhältnisse von 1945 abbildet. So befürworte ich einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat, da heute Deutschland als drittgrößter Beitragszahler an die Vereinten Nationen erheblich weniger Einflussmöglichkeiten auf die Vereinten Nationen und insbesondere den Sicherheitsrat als die fünf Vetomächte hat. Auch weitere Reformen der Vereinten Nationen sind notwendig. Allerdings fordert der Bericht einen ständigen Sitz der EU im Sicherheitsrat, obschon die EU kein Staat, sondern eine internationale Organisation ist und als solche nach heute gültigen Bestimmungen nicht Mitglied der Vereinten Nationen sein kann. Aus diesem Grund habe ich den Bericht abgelehnt.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – OSN ako organizácia na globálnej úrovni založená na princípoch celosvetového mieru, bezpečnosti a ľudských práv, predstavuje zároveň i priestor na presadzovanie hodnôt a záujmov EÚ. Únia si svoju úlohu musí plniť i na pôde OSN, keďže máme všetci spoločnú zodpovednosť za dodržiavanie medzinárodného práva a svetový vývoj.

Jaromír Štětina (PPE), *písemně*. – Tuto zprávu jsem podpořil proto, že ve stále nestabilnějším světě je důležité, aby k zajištění své obrany a globální stability EU využila všechny mechanismy a prostředky, které jsou jí k dispozici. OSN je nejdůležitější mezinárodní organizace, avšak EU zde nemá plnohodnotné členství. Zastoupení v Radě bezpečnosti OSN Francií a Velkou Británií, tedy dvěma členskými státy EU, není ideální. V době, kdy EU čelí bezprostřednímu ohrožení jak z východu, tak z jihu, si nemůžeme dovolit nejednotnou evropskou zahraniční politiku, natož s různými akcenty. Členské státy EU nejsou dostatečně silné na to, aby samostatně čelily hrozbám Ruska či IS. Naše společné snažení, které má stejné cíle, je nutné koordinovat a harmonizovat v jeden evropský hlas, který nebude možné ignorovat. Proto se musíme zaměřit hlavně na reformu Rady bezpečnosti OSN, kde by EU měla být zastoupena. Také by EU měla mít vyšší status ve Valném shromáždění OSN, než je status pozorovatele. Prozatím je alespoň třeba prostřednictvím Vysoké představitelky EU Mogheriniové zajistit, aby v OSN členské státy Unie co nejvíce spolupracovaly.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće kojim Parlament podsjeća da EU i njezine države članice dijele vrijednosti i načela povelje Ujedinjenih naroda, kao što je navedeno u članku 21. (1) UEU i imaju ključnu ulogu u promicanju tih načela kao i ciljeva UN-a, vanjskim djelovanjem Unije. Izvješće potvrđuje činjenicu da EU i njezine države članice igraju aktivnu ulogu i doprinose radu UN-a, razvoju te humanitarnim akcijama pomažu širom svijeta. Kako bi na bolji način ostvarila ciljeve svoje vanjske politike u obliku u kojem su navedeni u Ugovoru, EU treba raditi na jačanju globalnog upravljanja unutar sustava UN-a i povećati svoj utjecaj u tom sustavu kao i sustavu država članica. Obveza EU-a je da aktivno podupire sveobuhvatnu reformu sustava UN-a radi jačanja njegova legitimiteta, regionalne zastupljenosti, transparentnosti, odgovornosti i djelotvornosti u odgovaranju na složene i višeslojne izazove današnjice.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I supported this resolution, which has the aim of strengthening the UN and better achieving the aims of EU foreign policy. I support the call for the EU to play a more significant and coherent role within the UN, and for states to honour their promises to provide humanitarian aid. However, I opposed the enlargement of the Security Council.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Budućnost Europske unije usko je povezana s globalnim mirom, sigurnošću, razvojem i ljudskim pravima. Međutim, izazovi s kojima se Europska unija suočava, zahtijevaju globalna rješenja i veću podršku međunarodnih partnera.

Odnos Europske unije i UN-a trenutno nije na zavidnoj razini, iako Unija i države članice daju najveći financijski doprinos općem proračunu UN-a, mirovnim operacijama, kao i pružanju humanitarne i razvojne pomoći. Uz to, Europska unija kao najveći trgovinski blok na svijetu, ima veliku ulogu u bilateralnim i multilateralnim trgovinskim sporazumima i konvencijama UN-a, kao jedini sudionik koji nije država. Iz tog razloga, Europskoj uniji je potreban poseban status unutar UN-a. Važno je imati na umu kako je sustav UN-a glavni svjetski forum za poboljšanje globalnog upravljanja te predstavlja najbolji forum za promicanje vrijednosti i interesa Europske unije.

U potpunosti podržavam stajalište Vijeća, jer smatram kako bi bolja suradnja Europske unije i UN-a doprinijela ostvaranju ciljeva vanjske politike unije, a posebno u pogledu mira i sigurnosti, terorizma, organiziranog kriminala, regionalnih sukoba, državnih neuspjeha.

Richard Sulík (ECR), *písmne*. – Hlasoval som proti návrhu, keďže nesúhlasím s niektorými jej výzvami, ako je napríklad výzva na dosiahnutie ambiciózných klimatických cieľov, a rovnako nesúhlasím ani s vyzdvihovaním „významného prínosu“ EÚ k rozvoju a humanitárnej pomoci na svete.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o vlogi Evropske unije v Združenih narodih – kako bolje uresničiti cilje zunanje politike EU.

Kot nadomestna članica Odbora za proračunski nadzor sem glasovala za pobudo, v kateri smo poudarili potrebo po izboljšanju učinkovitosti, odgovornosti, uspešnosti in preglednosti Organizacije združenih narodov, predvsem v zvezi z uporabo sredstev EU.

V pobudi smo prav tako poudarili, da mora EU poskrbeti za večjo prepoznavnost finančnih sredstev EU.

Evropska unija in države članice so namreč največji finančni donator v proračunu Organizacije združenih narodov.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně*. – Hlasoval jsem pro přijetí zprávy o úloze EU v rámci OSN: jak lépe dosáhnout cílů EU v zahraniční politice, jelikož je v dnešní době důležité reflektovat roli a možnosti EU jako celku v OSN. EU sdílí s OSN stejné hodnoty a podílí se na realizaci cílů OSN zásadním způsobem, mnohdy je vůdčím prvkem, jako například v oblasti příspěvků na humanitární pomoc, avšak to neznamená, že by nebylo možno posílit roli EU ve strukturách OSN. Toto posílení ale především předpokládá, že EU bude schopna v rámci své společné zahraniční a bezpečnostní politiky dosáhnout jasného konsensu, který poté bude také jednotně šířit a umožní vysoké představitele tuto pozici prezentovat a zastupovat.

Νεοκλής Σουλικιώτης (GUE/NGL), *γραφικώς*. – Η έκδοση πραγματεύεται τον ρόλο της ΕΕ εντός του συστήματος του ΟΗΕ και τις δυνατότητες αναβάθμισής του, με σκοπό την επίτευξη του σχηματισμού κοινής εξωτερικής πολιτικής και προώθησης του ηγετικού ρόλου της Ε.Ε στη παγκόσμια σκακιέρα.

Η προσπάθεια που αναπτύσσεται στην έκδοση για ενδυνάμωση της Ε.Ε με τον τρόπο που τίθεται μας βρίσκει κάθετα αντίθετους καθώς συνεπάγεται αποδυνάμωση της κυριαρχίας των κρατών-μελών της. Δυστυχώς αυτό που επιδιώκεται είναι η Ε.Ε να μετατραπεί σε εκφραστή της εξωτερικής πολιτικής όλων των Κρατών-Μελών όπου θα καθορίζει και θα περιορίζει παράλληλα τις πολιτικές των κρατών. Η Ε.Ε έχοντας τον συντονιστικό ρόλο της εξωτερικής πολιτικής θα είναι υπεύθυνη για την «συμμόρφωση» των Κρατών-Μελών προς τις κατευθυντήριες γραμμές της.

Η θέση της Ε.Ε σε κύρια ζητήματα όπως το ουκρανικό και τις ρωσικές κυρώσεις, το παλαιστινιακό και την συμφωνία εμπορίου με το Ισραήλ και κυρίως τις παλινδρομήσεις στο ζήτημα του κυπριακού προβλήματος και της ενταξιακής πορείας της Τουρκίας, μας καθιστά βέβαιους ότι η εξέλιξη μιας κοινής εξωτερικής πολιτικής στα πλαίσια της σημερινής Ε.Ε, σημαίνει ποδηγέτηση της κυριαρχίας των Κρατών Μελών και επέκταση των ενδο-ιμπεριαλιστικών αντιθέσεων. Επομένως δεν μπορούμε να στηρίξουμε μια τέτοια προσέγγιση.

Ωστόσο, δεν καταψηφίσαμε την έκδοση καθώς θεωρούμε ιδιαίτερα σημαντική και αναγκαία την προώθηση της συνεργασίας της ΕΕ με τον ΟΗΕ σε όλα τα θέματα.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió nemzetközi szintű fellépése a demokrácia, a jogállamiság, az egyenlőség, a szolidaritás, valamint az emberi jogok és alapvető szabadságok egyetemes és oszthatatlan voltának és az emberi méltóság tiszteletben tartásának elveire épül, amint ezt az Európai Unióról szóló szerződés 21. cikke is rögzíti. A ma elfogadott jelentés emlékeztet arra, hogy az EU külpolitikájának elvei és céljai szorosan kapcsolódnak az ENSZ céljaihoz. Kiemeli, hogy az EU előtt álló kihívások globális megoldásokat, a globális problémák pedig uniós fellépést igényelnek. Éppen ezért céljainak eléréséhez globális partnerekre van szüksége, nevezetesen a béke és a biztonság és a terrorizmus terjedésének megakadályozása terén.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását, mert az meggyőző érvekkel támasztja alá azt az igényt, hogy az Európai Unió végre tényleges nemzetközi súlyának és jelentőségének megfelelő helyet foglaljon el az ENSZ-ben, annak szervezeti felépítése és globális tevékenysége szempontjából egyaránt. Úgy vélem, itt az ideje, hogy – amint arra a jelentés utal – az Európai Külügyi Szolgálat segítségével az EU tagállamai egységesebben és markánsabban érvényesítsék álláspontjukat és az Unió érdekeit a nemzetközi élet legfontosabb kérdéseiben. Egyetértek azzal, hogy ennek érdekében fel kell gyorsítani az ENSZ – még a hidegháborús feltételeket idéző – működési és szervezeti reformját, különös tekintettel a Biztonsági Tanács reformjára, ezen belül a vétőjoggal való visszaélés lehetőségének kiküszöbölésére, különösen az egyetemes emberi jogok megsértését érintő ügyekben.

Bízom benne, hogy az EP állásfoglalása is hozzájárul ahhoz, hogy hosszabb távon az EU is elfoglalhassa helyét egy kibővített BT-ben. Véleményem kialakításánál a jelentés fontos eredményként vettem figyelembe azt is, hogy sürgeti a nők egyenjogúságának fokozottabb érvényesítését a világszervezet működésében és szervezetében, beleértve a Főtitkár megválasztásának elveit és gyakorlatát is. Fontosnak tartottam továbbá, hogy az EP részéről e dokumentum keretében is sürgetjük, hogy a parlament a Bizottsággal azonos súllyal vehessen részt az EU globális szerepének alakításában.

Adam Szejnfeld (PPE), *na písmie*. – Przyszłość Unii Europejskiej jest związana z globalnym pokojem, bezpieczeństwem, rozwojem i prawami człowieka, których gwarantem jest Organizacja Narodów Zjednoczonych. Od kilku lat Unia nie tylko przez swoje państwa członkowskie, ale także samodzielnie może artykułować swoje potrzeby i obawy, a także zgłaszać projekty i poprawki na forum Zgromadzenia Ogólnego ONZ. To prawo wymaga jednak, by państwa UE, a szczególnie te zasiadające w Radzie Bezpieczeństwa, koordynowały swoje stanowiska w ramach ONZ. Jest to szczególnie ważne obecnie, kiedy konflikt na Ukrainie, w Syrii czy rosnąca w siłę organizacja terrorystyczna ISIS, stanowią poważne zagrożenie dla bezpieczeństwa naszego kontynentu i całego globu.

Ważne jest ponadto, by UE i jej instytucje w sposób jasny i zdecydowany apelowały o podejmowanie globalnych rozwiązań dla globalnych problemów, ponieważ w obecnym świecie żaden kraj samodzielnie nie jest w stanie uporać się z powstającymi zagrożeniami. Dlatego też zdecydowałem się zagłosować za dokumentem Parlamentu Europejskiego w kwestii roli UE w Organizacji Narodów Zjednoczonych.

Claudia Tapardel (S&D), in writing. – The EU and its Member States are collectively the single largest financial contributor to the UN system, with contributions amounting to 35% of the UN regular budget, and 36.8% of the UN peacekeeping budgets. Moreover, the EU and its Member States provide about half of all the voluntary contributions to UN funds and programmes. Based on these figures I believe that the EU needs to play a prominent role in reforming the UN system to make it more democratic, efficient and transparent.

I welcome the proposals in the current text. I particularly support the call to reform the UN security system with the objective of granting the EU a permanent seat. That will give the EU the opportunity to play an active role within the UN in a way that reflects our soft power.

I also welcome the support of my colleagues for my initiative to promote gender equality within the UN system, by asking the EU to support a female candidate for the role of the UN Secretary General in the upcoming elections.

This comprehensive text will help us define the role that the EU can play, by leading a systematic reform of the UN system. Therefore I voted in favour of it.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – Pour mieux remplir ses objectifs en matière de politique étrangère, l'Union devrait s'efforcer de développer la gouvernance mondiale dans le cadre du système des Nations unies et d'accroître son influence ainsi que celle de ses États membres au sein de ce système.

L'Union s'est engagée à soutenir activement une réforme approfondie du système des Nations unies en vue de renforcer la légitimité et la représentativité régionale de celui-ci ainsi que d'améliorer la transparence, la justification et l'efficacité de l'action menée pour répondre aux enjeux complexes et protéiformes d'aujourd'hui!

Pavel Telička (ALDE), in writing. – I voted in favour of this report which focuses on better achieving the EU foreign policy goals within the UN and sets out certain recommendations. I think that under the current circumstances, we cannot afford fragmented security across the EU, and therefore actions must be taken consistently at EU level. In this perspective, I supported provisions which emphasise that the EU must play an enhanced role in the General Assembly of the UN and in the Security Council, reaffirming the long-term objective of an EU seat. In order to be more active within the UN, I also supported provisions calling on Parliament to be more proactive as regards its cooperation with the VP/HR and carefully communicate all positions having an external or global dimension.

Patrizia Toia (S&D), per iscritto. – Ritengo che, al fine di raggiungere tutti gli ambiziosi obiettivi di politica estera, l'Unione europea dovrebbe cercare di rafforzare la governance globale all'interno del sistema delle Nazioni Unite, aumentando la propria influenza e quella degli Stati membri all'interno di tale organismo. Un'Europa che parla con una sola voce, anche nei consessi internazionali, è più forte e può contribuire in maniera determinante alla soluzione dei tanti conflitti che affliggono varie zone del mondo.

È necessario sostenere attivamente una riforma globale del sistema delle Nazioni Unite al fine di rafforzarne la legittimità, la rappresentatività regionale e la trasparenza, la responsabilità e l'efficacia nel rispondere alle complesse e articolate sfide odierne. Tutto questo passa attraverso una rivitalizzazione del ruolo dell'Assemblea generale e la riforma del Consiglio di sicurezza, ancora troppo poco rappresentativi dei mutamenti geopolitici in atto.

László Tórkés (PPE), írásban. – Az Unió nemzetközi szintű fellépése a demokrácia, a jogállamiság, az egyenlőség, a szolidaritás, valamint az emberi jogok és alapvető szabadságok egyetemes és oszthatatlan voltának és az emberi méltóság tiszteletben tartásának elveire épül, amint ezt az Unióról szóló szerződés 21. cikke is rögzíti. A ma elfogadott jelentés emlékeztet arra, hogy az EU külpolitikájának elvei és céljai szorosan kapcsolódnak az ENSZ céljaihoz. Kiemeli, hogy az EU előtt álló kihívások globális megoldásokat, a globális problémák pedig uniós fellépést igényelnek. Éppen ezért céljainak eléréséhez globális partnerekre van szüksége, nevezetesen a béke és a biztonság és a terrorizmus terjedésének megakadályozása terén.

Az Uniónak tehát továbbra is törekednie kell az ENSZ-en belüli globális kormányzás megerősítésére és a Biztonsági Tanács megreformálására, annak érdekében, hogy az új világhelyzetet jobban tükrözze. Az Európát sújtó migrációs és menekültválság vonatkozásában szavazatommal támogattam a jelentést, mely – többek között – felhívja az Uniót és az ENSZ-t arra, hogy az eddigienél is szorosabban együttműködve kezeljék a válságot, és – egyebek mellett – segítsék a migráció kiindulópontjául szolgáló országok gazdasági helyzetének az orvoslását és ezek fenntartható fejlesztését. Tekintettel az ENSZ küszöbön álló párizsi Éghajlat-változási Konferenciájára, szavazatommal azt is támogattam, hogy az EU és az ENSZ fokozzák erőfeszítéseiket annak érdekében, hogy ezen csúcstalálkozón jogilag kötelező erejű megállapodás szülessen.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Kaip žinoma, ES ir jos valstybės narės pripažįsta Jungtinių Tautų Chartiją. Tačiau principai ir išorinės ES politikos tikslai yra glaudžiai susiję su JT principais ir tikslais, o Europos Sąjungos sutarties 21 straipsnyje aiškiai kviečiama laikytis Chartijos ir tarptautinės teisės principų. Valstybės narės taip pat sudaro didžiausią finansinį įnašą į bendrąją Jungtinių Tautų biudžetą bei teikiamą JT humanitarinę pagalbą, oficialią plėtros pagalbą ir taikos operacijų palaikymą. Šie duomenys turėtų įpareigoti ES vaidinti svarbų vaidmenį šioje svarbiausioje tarptautinėje organizacijoje. Ataskaitoje yra įrašas, kuris nulėmė mano paramą nuomonei, kurią pateikė europarlamentaras I. Vārynen. Jis primena, kad reikia derinti ir stiprinti JT pastangas kovoje su darbuotojų išnaudojimu, ypač moterų ir vaikų, bei socialinio dempingo atvejų naikinime, kuris kelia grėsmę socialiniam vystymuisi. Šiandienos pasaulyje tai yra labai svarbus dalykas.

Ruža Tomašić (ECR), napisan. – Izvjestitelj stavlja fokus na ideju reformiranja strukture Ujedinjenih naroda na način da se formalizira struktura dvostrukog upravljanja - s jedne strane Vijeće sigurnosti te s druge Vijeće održivog razvoja, koje bi koordiniralo sva područja djelovanja Ujedinjenih naroda, osim sigurnosti.

Iako je navedeni prijedlog neproporcionalan temi izvješća (koja nije usmjerena na reforme unutar samog sustava Ujedinjenih naroda), činjenica je da Europska unija i države članice daju najveći finansijski doprinos općem proračunu Ujedinjenih naroda.

U svijetlu nedavnih terorističkih napada i prijetnji sigurnosti s kojima se Europa svakodnevno suočava, Uniji je više nego ikada do sada potrebna podrška međunarodnih partnera; stoga držim opravdanim poziv izvjestitelja da Europska unija i države članice pojačaju svoj politički utjecaj u strukturama ove organizacije jer bi kroz navedeni proces bilo omogućeno i bolje izvršavanje međunarodnih obveza.

Također, podržavam poziv izvjestitelja na pojednostavljivanje struktura, proračuna i radnih metoda unutar organizacije Ujedinjenih naroda, što se posebice odnosi na reformu nefunkcionalnog i često kritiziranog Ekonomsko-socijalnog vijeća; u smjeru gospodarske, socijalne, ekološke i razvojne učinkovitosti.

Stoga sam glasovala za.

Romana Tomc (PPE), pisno. – Poročilo o vlogi Evropske unije v Združenih narodih – kako bolje uresničiti cilje zunanjie politike EU sem podprla, ker menim, da bi tesnejše sodelovanje EU in OZN prineslo več ugodnih posledic. Najbolj ključno je zagotovo zagotavljanje miru, zato je pomembno, da krepimo tovrstna prizadevanja tako doma kot tudi širše.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), por escrito. – Me he abstenido en la votación de este informe sobre el papel de la UE en el seno de las Naciones Unidas. El informe contiene referencias positivas a la importancia de las Naciones Unidas a la hora de abordar problemas de alcance internacional en diversos ámbitos, desde la ayuda humanitaria hasta la seguridad y la paz, pasando por los bienes públicos globales. Sin embargo, el informe llama a fortalecer el papel de la UE en las Naciones Unidas, lo que consideramos contradictorio con el principio de multilateralismo y de representación democrática de todos los Estados en el seno de la organización, principio que constituye uno de sus valores fundamentales.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – The EU and its Member States share the values and principles of the UN Charter as stated in Article 21(1) of the Treaty on European Union and have a crucial role in promoting those principles as well as the goals of the UN, through the external action of the European Union.

The EU needs global partners if it is to succeed in achieving its foreign policy goals, notably in the fields of peace and security, terrorism, organised crime, regional conflicts, state failures and the proliferation of weapons of mass destruction.

The EU within the UN system must be reinforced and the EU should speak more often with one voice, especially in these days where the EU is confronted with crucial and fundamental international challenges that know no borders.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Am votat în favoarea Raportului referitor la rolul UE în cadrul ONU, întrucât ONU este principala organizație mondială pentru îmbunătățirea guvernancei globale și cadrul optim pentru promovarea valorilor și intereselor UE.

Principiile și obiectivele politicii externe a Uniunii Europene sunt strâns legate de cele ale ONU, acestea fiind fondate pe respectarea principiilor Cartei ONU și a dreptului internațional.

Într-un context din ce în ce mai instabil, din cauza numărului mare de provocări de securitate la adresa UE, precum conflictele din estul Ucrainei, Siria și Irak și ascensiunea organizației teroriste ISIS și amenințarea teroristă din Africa, este nevoie de răspunsuri la nivel global, întrucât UE nu poate soluționa aceste amenințări de una singură, ci are nevoie de sprijinul partenerilor internaționali.

Așadar, pentru a contribui mai bine la îndeplinirea obiectivelor sale de politică externă, UE trebuie să depună eforturi în vederea întăririi guvernării globale în cadrul sistemului ONU și să crească influența sa și cea a statelor sale membre în cadrul acestui sistem. În acest sens, raportul subliniază nevoia unei reforme ample a sistemului ONU, cu scopul de a consolida legitimitatea, responsabilitatea și eficacitatea UE în acest cadru.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió jövője összekapcsolódik a globális békével, biztonsággal, fejlődéssel és az emberi jogokkal. Az Unió előtt álló kihívások globális megoldásokat, a globális problémák pedig uniós fellépést igényelnek. Ezért támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de este informe sobre el papel de la UE en el seno de las Naciones Unidas. El informe contiene referencias positivas a la importancia de las Naciones Unidas a la hora de abordar problemas de alcance internacional en diversos ámbitos, desde la ayuda humanitaria hasta la seguridad y la paz, pasando por los bienes públicos globales. Sin embargo, el informe llama a fortalecer el papel de la UE en las Naciones Unidas, lo que consideramos contradictorio con el principio de multilateralismo y de representación democrática de todos los Estados en el seno de la organización, principio que constituye uno de sus valores fundamentales.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Ragina ES valstybes nares labiau paremti taikos kūrimo ir taikos palaikymo operacijas ir ES stiprinti savo tarpininkavimo pastangas sprendžiant konfliktus, atsizvelgdamas į kai kurių ekstremistų ir teroristų grupuočių įvykdytus naujausius žiaurius išpuolius ir žmogaus teisių pažeidimus. JT turėtų stiprinti savo veiklą visais su žmonių gerove susijusiais klausimais

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the role of the EU within the UN – how to better achieve EU foreign policy goals – because I agree that in order to better achieve its foreign policy goals as enshrined in the Treaty the EU should strive to strengthen global governance inside the UN system and to increase its own and its Member States' influence within that system.

The resolution recalls the EU's commitment to actively support a comprehensive reform of the UN system in order to strengthen its legitimacy, its regional representation, and its transparency, accountability and effectiveness in responding to the complex, multi-faceted challenges of today and stresses in particular the importance of revitalising the work of the General Assembly.

As I am also a member of the AFET Committee in the European Parliament, the role of the EU in foreign policy is one of my main topics of interest and this is another reason for supporting this resolution.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El informe resalta que la UE y sus Estados miembros comparten los valores y principios de la Carta de las Naciones Unidas, consagrados en el artículo 21 del TUE. Asimismo, en dicho informe el Parlamento acoge con satisfacción el hecho de que la UE y sus Estados miembros desempeñen un papel activo y sean los mayores contribuyentes al sistema de las Naciones Unidas. El informe destaca la importancia creciente de la UE en el seno de las Naciones Unidas y la voluntad de que se lleve a cabo una reforma integral de dicha organización. Por todo ello, he estimado necesario votar a favor de dicho informe.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Ante el aumento de guerras y conflictos armados, tengo el pleno convencimiento de que, ahora más que nunca, urge sentar las bases de un nuevo orden internacional a través de una reforma de la ONU, a fin de que esta cuente con mecanismos efectivos para defender el Derecho internacional, los derechos humanos y el multilateralismo a escala mundial.

Si bien coincido con el informe en la necesidad de una reforma de la ONU que refuerce su legitimidad y la dote de un funcionamiento más transparente y democrático, no comparto la orientación dada por el ponente a esta reforma. Este propone reforzar la cooperación entre las Naciones Unidas, el Banco Mundial y el Fondo Monetario Internacional a fin de aumentar la sumisión de los Estados a las organizaciones del sistema capitalista a nivel internacional.

Además, el informe sostiene que la UE desempeña actualmente un papel de promoción de la paz y de prevención de conflictos y gestión de crisis en el mundo, por lo que debería tener un asiento permanente en el Consejo de Seguridad. Sin duda, esto supondría un menoscabo de la soberanía de los Estados miembros de la UE. Por estos motivos he votado en contra.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit verslag omdat het mijn overtuiging is dat de positie van de EU binnen de VN versterkt moet worden en men in Europa op internationaal niveau vaker met één stem moet spreken. Dit geldt des te meer in deze onzekere tijden waarbij we in Europa geconfronteerd worden met wereldwijde uitdagingen die we enkel kunnen oplossen als we met één eensgezind Europees antwoord komen.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Depuis 2011, l'UE jouit en tant que telle du statut d'«observateur privilégié» au sein des Nations unies et n'y est plus seulement représentée par l'intermédiaire de ses États membres.

Cette résolution entend donc dégager des orientations quant à cette participation.

Certaines pistes de réformes sont d'ailleurs intéressantes comme la réforme du processus de désignation du Secrétaire général, trop opaque jusqu'à présent; la remise en cause du droit de veto des membres du Conseil de sécurité dans les cas de génocides et de crimes contre l'humanité ou encore la mise en place d'un instrument contraignant sur les multinationales en matière de droits de l'homme, tel que proposé par l'Équateur.

Mais, à l'inverse, établir un régime de protection des investissements dans le système onusien — les tristement célèbres «mécanismes d'arbitrage» du TTIP ou du CETA — ou encore la mise en place d'une coordination entre l'OMC et l'ONU afin de «promouvoir une stratégie en matière de commerce et d'investissement» n'ont pas leur place dans l'enceinte multilatérale fondée sur les droits et les valeurs universels, et participent d'une dérive ultralibérale bien connue. Je me suis donc abstenue sur ce rapport.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório parte de um princípio que é, no mínimo, duvidoso, e que consiste na ideia que a União Europeia partilha os valores e princípios da Carta das Nações Unidas. Mas então, o que dizer das agressões militares promovidas e levadas a cabo contra países soberanos, violando a sua independência e integridade territorial, como aconteceu nos casos do Iraque, da Líbia ou da Síria, entre outros?

Em contrapartida, este relatório não aborda questões fundamentais em que a UE poderia ter um papel relevante nas Nações Unidas. Citemos dois exemplos. Primeiro, a discussão sobre a instituição de um Quadro Multilateral para a renegociação das dívidas soberanas, uma questão da maior importância para vários Estados-Membros da UE. Que faz a UE? Boicota a discussão e o seu resultado. Segundo, a resolução sobre o direito à água e ao saneamento, encarado como um direito humano. Que faz a UE? Boicota a resolução e persiste no caminho da privatização da água, que vem sendo prosseguido em vários países, nalguns casos em resultado de imposições da própria UE.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht enthält einige positive Punkte. Jedoch scheint der Bericht vordergründig eine weitere Zentralisierung der EU vorantreiben zu wollen. Zudem ist es fraglich, ob die bisher vertretenen Länder ihren Sitz behalten können, wenn die EU einen eigenen Sitz bekommen sollte. Daher lehne ich diesen Bericht ab.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – L'Unione europea ha una responsabilità primaria nella promozione della pace e della sicurezza attraverso la sua politica di sicurezza e gioca un ruolo decisivo all'interno delle Nazioni Unite. Tuttavia, appare sempre più evidente la necessità di una riforma che permetta all'organizzazione di agire in modo efficace per la proiezione dei suoi valori sui nuovi scenari globali. Per tale motivo, mi sono espresso a favore della relazione.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Der Bericht schwächt die Stimme der europäischen Mitgliedstaaten bei den Vereinten Nationen zugunsten weltfremder EU-Institutionen. Hohe Positionen bei der EU dürfen nicht über Quotenregeln vergeben werden, hier dürfen einzig Leistungsprinzip und Qualifikation gelten.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Wozu den Mond anbellen? Das Europäische Parlament übt sich als „Ankündigungsorgan“. Deswegen lehne ich diese Entschließung ab. Die EU ist innerhalb der Vereinten Nationen bereits durch eine Vielzahl von Akteuren vertreten: den Präsidenten des Europäischen Rates, die „EU-Außenministerin“, die Europäische Kommission. Die Mitgliedstaaten haben ihre Ständigen Vertreter, von denen zwei (Frankreich und das Vereinigte Königreich) darüber hinaus ständige Mitglieder mit Vetorecht im Sicherheitsrat sind. Außerdem sind die Mitgliedstaaten bereits durch die Verträge dazu gezwungen, ihre Positionen und Tätigkeiten in allen internationalen Foren abzustimmen. Damit haben sie de facto ihre außenpolitische Eigenverantwortlichkeit und die Ausgestaltung ihrer Beziehungen im UNO-System bereits abgeschafft. Das Ziel, die EU möge anstelle der bislang 28 Mitgliedstaaten sprechen und entscheiden und mittelfristig sogar Frankreich und Großbritannien im Sicherheitsrat ersetzen, lehne ich ab. Dieses Anliegen ist eine Leerbuchung und ein potenzieller Spaltpilz der Mitgliedstaaten.

Jarosław Wałęsa (PPE), *in writing*. – I have voted in favour of the report on the role of the European Union within the United Nations in regard to how to better achieve EU foreign policy goals. Due to the fact that the future of the EU is highly dependent on human rights development, security and global peace, I think it is important to strengthen the EU role within the UN. The UN is indeed a forum in which we can promote our biggest interests and values.

The report lists several ways on how to contribute to the UN work system so that it can have a positive impact on our society. The first interesting idea that brought my attention is to reform the Security Council. The reason for it is that such a reform will contribute to the better reflection of the new world reality and will cause the SC to be more effective in overcoming future challenges. Moreover, provisions of the report focus on enhancing both EU coordination and cooperation in fields such as humanitarian aid and development.

All of the above will hopefully strengthen our position in UN and therefore globally.

Iuliu Winkler (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the report on the role of the EU within the UN. In this report, Parliament recalls that the EU and its Member States share the values and principles of the UN Charter (as stated in Article 21(1) TEU) and have a crucial role in promoting those principles as well as the goals of the UN, through the external action of the Union. Parliament welcomes the fact that the EU and its Member States play an active part and contribute to the work of the UN system in different ways and formats. The report recalls the EU's commitment to actively support a comprehensive reform of the UN system in order to strengthen its legitimacy, its regional representation, and its transparency, accountability and effectiveness.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Určite je správne, že Európska únia je zastúpená v štruktúrach OSN. Mám však určité pochybnosti o tom, či veľké diplomatické ambície Komisie, podporované aj väčšinou v tomto Parlamente, nie sú predčasné.

Ak by existovala zhoda členských štátov v tom, že chcú splynúť v jednej veľkej federácii a stať sa súčasťami väčšieho štátneho celku, potom by samozrejme bolo logické vytvoriť diplomatický aparát, ktorý by ho reprezentoval. Kým však takáto zhoda nie je, budeme sa musieť v konkrétnych situáciách neustále pýtať, koho záujmy vlastne európska diplomacia presadzuje na medzinárodnom fóre.

Obľiekli sme si kabát, hoci nohavice ešte visia na vešiaku. Netešme sa, že je to veľmi pekný a teplý kabát, pretože bez nohavíc v ňom nakoniec aj tak prechladneme.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), γραπτώς. – Συνέβαλα στην σύνταξη της σχετικής γνωμοδότησης της επιτροπής Πολιτισμού και Παιδείας, στην επιτροπή Εξωτερικών Υποθέσεων του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου. Ασφαλώς και υποστήριξα την συγκεκριμένη έκθεση πρωτοβουλίας.

Tomáš Zdechovský (PPE), písemně. – Podpořil jsem tuto zprávu, jelikož jasně vykresluje pozici EU jako silného a důležitého hráče v systému OSN, s čímž naprosto souhlasím. Skrze silnou pozici EU jsou posilovány i pozice jednotlivých členských států, tedy i samotné České republiky. Zpráva také dle mého názoru správně označuje potřebu reformy OSN směrem k její větší legitimitě, transparentnosti a efektivnosti, k čemuž se EU zavázala pomoci.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. – A vertente imperialista da UE e as aspirações a ter um papel dominador no contexto político mundial estão bem patentes neste relatório.

De forma absolutamente abjeta, procura-se uma colagem dos princípios e valores da UE aos das Nações Unidas. Proclama-se a prossecução da paz, omitindo o cariz agressor e belicista que a UE e muitos dos seus Estados-Membros têm assumido, promovendo a guerra em países como o Iraque, a Líbia, a Síria ou o Afeganistão. Proclama-se o contributo para a erradicação da pobreza e o fomento da democracia, quando sabemos bem que os apoios são muitas vezes consagrados num quadro de imperativo alinhamento, ou seja imposição, com as estratégias políticas e valores «democráticos» da UE.

Propõe-se, sem qualquer pudor, a maior preponderância da UE enquanto organismo no seio das Nações Unidas, a sua influência e papel na governação global no interior do sistema da ONU, nomeadamente, na Assembleia Geral, e a tomar lugar no Conselho de Segurança, que rejeitamos. O documento configura, no essencial, uma estratégia para tomar de assalto as Nações Unidas e para que esta organização passe a ser um instrumento da política externa da UE. Votámos contra.

Presidente. – Le dichiarazioni di voto sono concluse.

7. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(La seduta, sospesa alle 13.35, è ripresa alle 15.05)

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

8. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

9. Erklärung des Präsidenten

President. – I want to inform the House that tomorrow, 25 November 2015, is the International Day for the Elimination of Violence Against Women and Girls. The United Nations started the initiative to illuminate landmarks in orange all over the world to raise global awareness for this important issue. The European Parliament is proud to take part in this initiative and will light up in orange starting tonight until tomorrow midnight. In this way we, as the European Parliament, want to stand up against violence against women and girls. This violence is one of the most cruel violations of women's rights and therefore we need to unite efforts to eliminate it.

In this context, I would like to pay tribute once again to last year's Sakharov laureate, Dr Mukwege: to his exceptional work as a doctor, but also to his strong message, speaking out against violence and impunity and calling every day for justice and the protection of Congolese women.

The European Parliament and in particular the Committee on Women's Rights and Gender Equality (FEMM) has organised a series of activities for tomorrow, in cooperation with the Commission and the Council of Europe. You are all invited to attend and to participate in these events.

10. Steuervorbescheide und andere Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung (Aussprache)

President. – The next item is the debate on the report by Elisa Ferreira and Michael Theurer, on behalf of the Special Committee on Tax Rulings and Other Measures Similar in Nature or Effect, on tax rulings and other measures similar in nature or effect [2015/2066(INI)] (A8-0317/2015).

Elisa Ferreira, relatora. – Senhora Presidente, caros Colegas, se vos anunciassem agora que este ano iriam pagar uma taxa de imposto sobre os vossos rendimentos de apenas 5 %, nenhum de vocês acreditaria, apesar de estarmos tão perto do Natal. Pois bem, é essa a realidade da maior parte das grandes empresas multinacionais que operam na Europa e que pagam taxas efetivas de 5 %, por vezes inferiores ainda a esse valor, mesmo nos países em que a taxa nominal do imposto ronda os 30 % e mais.

Esta situação tem consequências muito sérias. A primeira é que a carga fiscal que alimenta as nossas despesas coletivas de saúde, de educação, de apoio ao desemprego, às infraestruturas, incide quase unicamente sobre dois tipos de contribuintes: as pequenas e médias empresas e as pessoas singulares, ou seja, o cidadão comum.

A segunda consequência é que, num período em que se pedem tantos sacrifícios excecionais às populações, que incluem abdicar de serviços públicos e benefícios sociais, incluindo alguns que foram contratualizados solenemente com o Estado, como são as pensões, enquanto o agravamento da carga fiscal sobe para níveis impossíveis, esta situação é totalmente injusta. Uma injustiça que se torna insuportável.

Como é que isto se explica? Por estranho que pareça, apesar de as regras do mercado interno e da moeda única terem evoluído até à criação de um espaço de concorrência nivelado em toda a Europa, a União Europeia manteve sempre, em matéria de impostos diretos, o princípio capital de que basta qualquer Estado-Membro se opor para que uma evolução nesta matéria seja imediatamente bloqueada. Esta situação seria talvez tolerada no período da fundação da União Europeia, quando os três grandes países, a França, a Alemanha e a Itália, fechavam os olhos a uma concorrência fiscal mais ou menos aberta por parte dos três pequenos países do Benelux. Mas hoje, com a União Europeia alargada a 28 países, e quando a circulação do capital é mais importante do que a circulação de mercadorias, a distorção da concorrência no mercado interno, associada a este princípio da unanimidade, obriga-nos a uma reavaliação muito séria sobre o nosso funcionamento coletivo.

Passado um ano sobre o escândalo do Lux Leaks, o Parlamento Europeu produz agora o seu primeiro grande relatório sobre a fiscalidade direta na Europa. Este relatório tem de constituir um fator capaz de despoletar a mudança estrutural que se impõe. Trabalhamos todos nós de forma séria e intensa, ouvimos centenas de pessoas, e esperamos que as nossas conclusões permitam a este Parlamento assumir uma frente sólida, forte, face ao Conselho e à Comissão, em defesa dos interesses dos cidadãos, que são também os contribuintes.

As nossas propostas, note-se, não pretendem uma harmonização fiscal na União, mas sim garantir que os impostos diretos sobre os lucros das empresas são calculados de acordo com métodos comuns, que as empresas multinacionais prestam contas publicamente de informações essenciais em cada um dos países onde operam, que as administrações fiscais, e em particular a Comissão Europeia, terão acesso aos termos dos acordos fiscais antecipados entre as administrações e as grandes empresas, que há ao nível europeu um regime de muito maior transparência sobre o modo como a nível dos Estados-Membros se tratam estes assuntos, nomeadamente no quadro do código de conduta. É preciso também avançar para uma definição europeia do que são os paraísos fiscais, assumindo uma tolerância zero no que lhes diz respeito, e criar regras claras de proteção dos lançadores de alertas. É preciso ainda gerir os conflitos de interesses de quem faz aconselhamento fiscal às multinacionais e em simultâneo aconselha os Estados e as instituições europeias.

Queria deixar uma última nota, e termino já, Sra. Presidente, e esta nota é de que este trabalho não está concluído. Temos de continuar a trabalhar e obter a informação que não obtivemos até agora, mas isso não significa continuar voltado para trás. Temos de, rapidamente, ainda nesta semana, avançar com uma continuação do nosso trabalho, com um mandato claro de obter o que não obtivemos até agora, mas avançar na monitorização da Comissão e do Conselho na implementação daquilo que agora vamos recomendar.

President. – I was being kind because you are the rapporteur. My kindness will probably cease after we have the next speech from the co-rapporteur.

Michael Theurer, Berichterstatter. – Frau Präsidentin! Die Gleichbehandlung von allen, das ist das zentrale Thema, nicht nur bei der Frage der Redezeit, sondern natürlich auch bei der Frage der Steuerzahlungen.

Da stellen wir fest: Nein, es gibt keinen fairen Steuerwettbewerb. Wir mussten leider durch die Enthüllungen vor einem Jahr, die die investigativen Journalisten im Zuge des LuxLeaks-Skandals ans Tageslicht befördert haben, feststellen, dass einige – und nicht nur wenige, sondern viele, vor allen Dingen internationale – Konzerne es schaffen, Steuerschlupflöcher zu nutzen. Sie haben aggressive Steuervermeidungsmodelle, die dazu führen, dass sie ihre Steuerlast stark reduzieren.

Die Zahlen, die hier auf dem Tisch liegen, sind besorgniserregend, wenn beispielsweise Disney seine Steuerlast auf 0,3 % bei einem Milliarden Gewinn reduzieren kann, wenn umgekehrt vor dem britischen Unterhaus zum Beispiel deutlich wird, dass Facebook im Jahr 2014 nur 5 000 Pfund Körperschaftsteuer bezahlt hat und damit weniger als ein durchschnittlicher Mitarbeiter von Facebook, der 26 500 britische Pfund verdient und dafür 5 393 Pfund Einkommensteuer, inklusive Versicherung, bezahlen muss. Das ist ungerecht.

Vor allen Dingen ist der Wettbewerbsnachteil für kleine und mittlere Unternehmen signifikant. Wissenschaftler haben uns im Ausschuss vorgerechnet, dass kleine und mittlere Unternehmen gegenüber Großkonzernen einen Nachteil von 20 – 25 % haben. Es ist also notwendig gewesen, dass dieses Parlament den Sonderausschuss – wie von mir vor einem Jahr hier auch vorgeschlagen – eingerichtet hat. Wie haben intensiv gearbeitet. Wir waren vor Ort in Luxemburg, in Belgien, in den Niederlanden, in Irland, aber auch in Großbritannien und außerhalb der EU in der Schweiz.

Wir haben auch Vertreter von sogenannten Steueroasen eingeladen. Wir haben intensiv mit den NGOs und den Steuerexperten unabhängiger Institute, Universitäten gesprochen, und wir wollten auch die Konzerne anhören. Leider hat es sehr lange gedauert, bis die internationalen Konzerne Facebook, Google, Amazon, HSBC und Barclays überhaupt bereit waren, in unser Parlament zu kommen. Wir sollten hier einig sein: Eine solche Missachtung des Parlaments darf sich in Zukunft nicht wiederholen. Hier müssen wir zusammenstehen.

Wir haben eine ganze Reihe von Vorschlägen erarbeitet, wie wir in Zukunft zu einem faireren Steuerwettbewerb kommen können. Denn unsere zentrale Erkenntnis ist: Die Kombination von 28 nationalen Steuergesetzgebungen führt zu den Schlupflöchern, die einige wenige – vor allen Dingen internationale Großkonzerne – austauschen konnten.

Deshalb ist es jetzt erforderlich, einen gemeinsamen europäischen Rechtsrahmen zu schaffen. Der sollte beinhalten: den automatischen Informationsaustausch – wir sind der Kommission dankbar für den Gesetzesvorschlag. Ich wiederhole an der Stelle noch einmal, dass das, was jetzt konzertiert worden ist, nicht unseren Erwartungen entspricht. Der Informationsaustausch hätte noch weiter gehen müssen. Wir schlagen auch eine gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuerbasis vor. Wir schlagen vor, dass die Empfehlungen der OECD im BEPS-Projekt in einer gemeinsamen EU-Richtlinie umgesetzt werden als eine Möglichkeit, das dann auch verbindlich zu machen.

Denn sollte es national umgesetzt werden, sind dann am Ende wieder Schlupflöcher wahrscheinlich unvermeidlich. Dann sollte sichergestellt werden, dass kein Gewinn die EU verlässt, ohne einmal besteuert zu sein – hier müssen die Doppelbesteuerungsabkommen in den Blick genommen werden.

Wir fordern von der Kommission eine klare Definition der *economic substance*, und wir fordern eine Reform der Arbeitsgruppe Verhaltenskodex, die eine politische Verantwortung braucht.

Meine Damen und Herren, wir sind mit diesen Bericht ein gutes Stück vorangekommen, aber es gibt noch viel zu tun. Die Frage der politischen Verantwortung konnte noch nicht abschließend geklärt werden, und ein großer Skandal ist, dass diesem Parlament nach wie vor Dokumente von den Mitgliedstaaten und der Kommission vorenthalten werden. Deshalb kann ich hier nur aufrufen, dass wir die demokratische Kontrolle ernst nehmen.

Wir als direkt gewähltes Parlament sollten den vollen Zugang zu den angeforderten Dokumenten jetzt erhalten. Deshalb plädiere ich auch für eine Fortsetzung der Arbeit des TAXE-Ausschusses.

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Madame et Monsieur les rapporteurs, Mesdames et Messieurs les députés, c'est une vraie satisfaction pour moi d'être présent pour cette présentation du rapport final de la commission TAXE. C'est un rapport de qualité et je veux mettre cela au crédit des deux rapporteurs, M^{me} Ferreira et M. Theurer, ainsi qu'à celui de l'ensemble des participants à cette commission. Je veux prendre le temps de leur adresser mes félicitations très sincères.

Nous voulons, les uns et les autres, rendre la fiscalité plus transparente, plus équitable et plus efficace. C'est une priorité de la Commission européenne. C'est attendu par nos citoyens. C'est un des axes majeurs de mon action. J'ai déjà voulu avancer vite et fort en 2015 et je veux maintenir cet élan en 2016 avec l'appui du Parlement européen.

Vous connaissez les deux principes fondamentaux qui animent mon action et qui relèvent du sentiment de la justice la plus élémentaire. D'abord, les impôts doivent être prélevés là où les profits sont réalisés. C'est ce qu'on appelle le principe de taxation effective. Ensuite, chacun, y compris les firmes multinationales, doit en payer sa juste part.

C'est une ambition qui, je le sais, est partagée par la commission TAXE, qui irrigue le rapport et explique pourquoi sur de très nombreux points, en réalité, nos vues sont convergentes. Je vais revenir sur quelques-uns d'entre eux, en revenant tout de même sur la qualité de notre coopération avec la commission TAXE.

J'ai noté ce qu'a dit M. Theurer à la fin de son intervention: le besoin d'informations. Nous avons essayé de trouver au fur et à mesure des arrangements pragmatiques pour permettre l'accès des différents groupes au plus grand nombre de documents possible. Il reste encore des progrès à faire. Vous connaissez les limites qui existent. Elles ne viennent pas de la Commission. Je veux le dire avec beaucoup de force.

Cette Commission a présenté cette année deux initiatives majeures pour modifier en profondeur le régime fiscal des entreprises en Europe: le paquet sur la transparence fiscale – c'était en mars dernier – et le plan d'action sur la fiscalité des entreprises, en juin. Ce sont deux initiatives qui posent les bases d'une réforme substantielle du cadre d'imposition des sociétés, qui couvre un spectre très large, allant des prix de transfert aux régimes préférentiels en passant par des accords préalables en matière d'impôt, les paradis fiscaux, la résolution des conflits ou encore la réforme du code de conduite.

Plusieurs de ces initiatives font l'objet de recommandations précises de votre commission. Je veux revenir rapidement sur les principales.

D'abord, nous avons entendu le message du Parlement européen sur le *reporting* pays par pays. J'ai eu l'occasion de le dire dans une de mes auditions, car j'en ai eu deux devant vous, la Commission garde le tempo sur cette initiative. Nous finaliserons notre étude d'impact au premier semestre 2016, accompagnée d'une initiative, que nous allons calibrer. Vous connaissez mes préférences personnelles, mais on doit tenir compte aussi, dans la définition du public auquel on s'adresse, de la nécessité de préserver l'investissement. C'est là où la Commission va fixer son point de vue. C'est dans le programme de travail de la Commission pour l'an prochain, ce qui vous donne la mesure de notre engagement. Croyez que le mien, tout personnel, est fort dans ce dossier.

Pour ce qui est du projet d'assiette commune consolidée d'impôt sur les sociétés – ACCIS –, la Commission veut revitaliser ce dossier, qui est depuis trop longtemps enlisé au Conseil. C'est une volonté qui a été clairement marquée, là encore, dans le programme de travail 2016 de la Commission. Nous allons retirer la proposition actuelle, non pas parce qu'elle est mauvaise, mais parce qu'elle est bloquée. Nous allons la remplacer par des propositions en vue d'une approche en deux temps, en commençant par dégager un accord sur une assiette fiscale obligatoire. Cela permettra d'améliorer le marché unique des entreprises tout en comblant les lacunes et en veillant à ce que chaque entreprise paie sa juste part de l'impôt. C'est l'élément-clé de la refonte de la fiscalité des entreprises pour qu'elle soit enfin en phase avec la dimension européenne. Je veux dire, toutefois, que je ne renonce en rien à la consolidation. Je sais que c'est

ce qui est attendu, mais il me semble que procéder d'abord à la création d'une assiette commune est la voie pour convaincre ceux qui sont réticents et, je regrette, pour aller vers la consolidation.

Je me réjouis de voir que nous sommes d'accord sur ces instruments capitaux dans la lutte contre l'évasion fiscale et sur l'instauration d'un système de taxation équitable au sein de l'Union européenne.

Pour ce qui est des travaux menés par l'OCDE, la Commission est ici totalement en phase avec votre recommandation. Maintenant que le G20 – qui s'est tenu à Antalya, il y a quelques jours – a approuvé les mesures définitives du projet BEPS, cela doit devenir effectivement la règle de l'Union européenne. Ce doit être mis en œuvre d'une manière compatible avec les traités. Une mosaïque d'approches nationales fractionnerait notre marché unique, ferait obstacle aux libertés garanties par le traité, affaiblirait les efforts des États membres contre l'évasion fiscale. Par conséquent, une approche coordonnée vis-à-vis de BEPS est essentielle et l'Union a déjà pris les devants sur ce point. Par exemple, la proposition de la Commission pour accroître la transparence sur le processus de décision anticipée en matière fiscale a été adoptée dans un délai record, sept mois seulement après avoir été proposée, et j'ai eu l'occasion de venir défendre cette proposition de directive. Ici, je salue à nouveau la très grande qualité du travail du Parlement européen. J'aurais aimé comme vous, Mesdames et Messieurs les parlementaires, que l'on aille encore un peu plus loin, mais je pense que le compromis auquel nous sommes parvenus est, disons, de qualité. Il faut faire plus vite si nous voulons protéger les bases imposables de tous les États membres et sauvegarder notre compétitivité commune. Nous devons aussi veiller à la cohérence de nos propres instruments. Le Parlement nous demande, je cite, «d'aborder en profondeur les problèmes liés à la fiscalité des entreprises, y compris les pratiques dommageables et leur impact dans le cas du Semestre européen». La Commission est bien sûr prête à continuer d'utiliser tous les instruments à sa disposition pour lutter contre l'évasion fiscale, y compris dans le cadre du Semestre européen. Je réponds donc favorablement. Là où les règles et pratiques qui rendent les systèmes fiscaux vulnérables à l'optimisation fiscale agressive sont déjà examinées, elles doivent l'être davantage. Pour ce qui est de la dimension externe de l'évasion fiscale, la Commission partage pleinement l'opinion de la commission TAXE selon laquelle l'Union doit élever son niveau de jeu.

Nous avons publié en juin dernier une liste paneuropéenne de pays tiers identifiés à des fins fiscales. C'était la première fois. C'est un pas important vers une approche plus cohérente à l'égard de ces pays en matière de bonne gouvernance fiscale. Je suis conscient des critiques qui ont pu venir ici ou là. C'était un pot-pourri ou un *best of*. Nous devons maintenant aller vers une stratégie beaucoup plus cohérente et commune. Nous devons avoir une vraie stratégie externe en matière fiscale, qui doit reposer sur un mécanisme commun au sein de l'Union européenne, pour faire face aux menaces externes qui visent les bases fiscales des États membres. Sur ce point, de nouveau, nos vues convergent.

La Commission partage, par ailleurs, les attentes du Parlement européen concernant la lutte contre l'utilisation abusive de structures juridiques telles que les sociétés et les trusts. Nous porterons donc une attention toute particulière à la mise en œuvre par les États membres des obligations qui leur incombent dans le cadre de la quatrième directive anti-blanchiment.

Au sujet du conseil fiscal, je veux souligner que de nouvelles règles, qui sont déjà en cours de mise en œuvre au sein de l'Union européenne et qui s'appliquent à l'audit des comptes de certaines entités, vont permettre notamment d'encadrer l'offre conjointe de services d'audit et de conseils fiscaux pour limiter, comme vous le souhaitez, les risques de conflit d'intérêts. Elles vont s'appliquer à partir de juin 2016.

Un mot, enfin, au sujet du contrôle des aides d'État dans le domaine fiscal. La Commission remercie le Parlement européen pour son soutien sur ce sujet qui est évidemment majeur. Le contrôle des aides est un instrument important pour lutter contre les avantages illicites que les entreprises obtiennent de la part des États membres et contribue à renforcer l'équité fiscale de notre union. Comme l'a déclaré ma collègue, Margrethe Vestager – avec laquelle je travaille dans les meilleures conditions, chacun dans son domaine et dans le respect, bien sûr, des compétences de l'autre, la législation d'un côté, la mise en œuvre de l'autre –, notamment à travers des procédures qui sont à sa disposition, elle poursuit les enquêtes au nom de la Commission. Elle progresse dans son analyse des informations reçues de l'ensemble des États membres sur le rapport concernant les rescrits fiscaux et vous savez qu'elle a été amenée à prendre avec le collège des mesures tout à fait courageuses que, comme vous, je soutiens pleinement.

Mesdames et Messieurs les députés, lorsque j'ai été nommé, avec ce collège, commissaire à la fiscalité, il y a un peu plus d'un an, j'ai promis de faire d'une fiscalité des entreprises équitable et efficace une priorité majeure. Le rythme et l'étendue des initiatives de la Commission en matière de réforme de la fiscalité des entreprises présentées cette année sont la preuve, outre de mon engagement personnel, de l'engagement de la Commission à aller plus vite, plus fort, plus loin qu'aucune Commission ne l'a fait jusqu'à présent. Mais l'année 2015 se termine et mon travail dans ce domaine a à peine débuté. Bien sûr, il va continuer au même rythme et avec la même ambition en 2016 et au-delà.

Je veux vous dire ma conviction, qui est aussi celle de la Commission et de son Président, que le Parlement européen a un rôle crucial à jouer. Ce rôle est celui de la délibération. Il est aussi, disons-le, de maintenir la pression politique car vous comme moi savons ce qu'est la règle en matière fiscale. Elle est contraignante, difficile et limitante même. C'est la règle de l'unanimité, à vingt-huit. Il faut donc aussi être capable de se tourner vers les États membres. Je le fais, vous le faites, nous le faisons ensemble. Je suis sûr que nos institutions vont continuer à travailler main dans la main pour faire avancer ces initiatives communes et je pense que ce rapport comme les travaux de votre contribution y sont une contribution tout à fait essentielle.

Danuta Maria Hübner, on behalf of the PPE Group. – Madam President, we do need changes in the way tax systems, tax policies and tax practices work in the European Union. What we have right now does not fit the European reality of the 21st century and the principle of fairness. We all share the view that reform of tax systems is about making them fair, which entails ensuring that taxes are paid where value is created, and this is a common-sense principle. We also need to end the de facto double standards between SMEs and multinationals, which can use sophisticated strategies to escape taxes.

A wide range of recommendations are made in this report, but let me use my one minute to insist on one point – the call for an improvement in the mechanism to solve tax disputes. This system is very weak in Europe and we need a good quality arbitration system, both globally, and this is a task for the OECD, and within the European Union.

Let me conclude by saying that the unacceptable shortcomings we found should not conceal the fact that most companies are honest taxpayers, creating growth and jobs and serving our economies, and we need to be mindful of that and act in a proportionate way.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

João Ferreira (GUE/NGL), Pergunta segundo o procedimento «cartão azul». – Senhora Hübner, a pergunta que lhe queria fazer é se o seu Grupo, o PPE, está na disposição de apoiar a vinda novamente a esta comissão do Sr. Juncker, Presidente da Comissão Europeia, e do Presidente do Eurogrupo, tendo em vista a necessidade de apurar muito melhor e de uma forma muito mais clara qual a sua participação em todos estes processos, nomeadamente no que se refere a esse autêntico escândalo das chamadas *Patent Box*.

Danuta Maria Hübner (PPE), blue-card answer. – I could respond, but that is a question for the coordinator of our Group. I am sure, though, that both Mr Juncker and Mr Dijsselbloem and all other political leaders have already participated in all the meetings that we requested, so I hope that, if there is such a need, then this will be discussed in the Special Committee on Tax Rulings and Other Measures Similar in Nature or Effect and decided jointly. We do not believe we have a monopoly on these things, so we will be very happy to discuss and decide together with you on those issues.

President. – There is another blue card, but I am going to take one blue card rather than two or three at any one time because it will delay our debate.

Peter Simon, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin! Ich möchte zunächst unseren beiden Berichterstattern, der Kollegin Ferreira und dem Kollegen Theurer, aber auch unserem Ausschussvorsitzenden, Herrn Lamassoure, dafür danken, dass wir heute einen Bericht besprechen, der die Breite des Parlaments in seinen unterschiedlichen Ausgangsstellungen zusammengeführt hat zu einem Ergebnis, das eindrucksvoll darstellt, wie sehr dieses Parlament bereit ist, den Kampf gegen staatlich organisiertes Steuerdumping aufzunehmen, den Kampf der Kommission zu unterstützen dagegen, dass einzelne Mitgliedstaaten gegenüber multinationalen Unternehmen ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile einräumen, die diese gegenüber kleinen Unternehmen, gegenüber mittleren Unternehmen, gegenüber dem ganz normalen Steuerzahler bevorteilen.

Wir wollen daran weiterarbeiten auf Basis dieses Berichts, über den wir morgen im Plenum abstimmen. Wir wollen sehen, dass die Mitgliedstaaten sich nicht aus der Verantwortung drücken. Wir wollen, dass sie die von uns eingeforderten Dinge, zum Beispiel einen automatischen Informationsaustausch über Steuervorbescheide an multinationale Unternehmen, auch mit der Kommission teilen. Denn die Europäische Kommission ist die Hüterin der Verträge. Die Europäische Kommission muss in die Lage versetzt werden, dieser Aufgabe nachzukommen. Wir unterstützen die Kommission dabei, erwarten aber auch umgekehrt, dass die Kommission uns bei unserer künftigen Arbeit hierzu unterstützt. Deswegen möchte ich im Hinblick auf die Arbeit der kommenden Monate noch einmal darauf hinweisen, dass es eine Reihe von Dokumenten gibt, die wir bislang noch nicht eingesehen haben, dass es eine Reihe von Dokumenten gibt, wo wir wissen, dass es noch ein Streitfall ist, inwiefern wir einen Anspruch hierauf haben.

Ich bin dankbar für die konstruktive Haltung in der Vergangenheit. Wir hoffen auf eine solche ebenfalls in der Zukunft. Denn dieses Parlament sieht seine Aufgabe jetzt noch nicht als beendet an. Der Kampf gegen staatlich organisiertes Steuerdumping geht jetzt erst richtig los!

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

President. – We do have another blue card from Mr Carthy. I do have to say that I cannot take a blue card after every speaker. I am going to allow this one if Mr Simon will accept.

Matt Carthy (GUE/NGL), blue-card question. – Can I ask Mr Simon if, in light of the fact that there is a six-month extension, he has a view as to the real work that the committee can undertake during that six months, and particularly whether or not the committee will be in a position to carry out that work if Mr Juncker and Mr Dijsselbloem do not attend, and whether he has a personal view as to whether both of these gentlemen should attend the hearings over the next number of months?

Peter Simon (S&D), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Dieser Ausschuss hat in den vergangenen sechs Monaten gezeigt, dass er alles, was für seine Arbeit erforderlich ist, einzufordern versteht – was die Einforderung von Materialien angeht, was auch die Teilnahme von Personen angeht, was die Teilnahme von Unternehmen angeht. Wir werden in den kommenden sechs Monaten genauso verfahren. Wir sind der Sache verpflichtet, sonst nichts.

Ashley Fox, on behalf of the ECR Group. – Mr President, my Group is against tax evasion and aggressive tax avoidance. These global problems need global solutions, and I am pleased that the British Prime Minister has pushed tax matters to the forefront of the G20 agenda.

The G20 OECD work in this area has provided a clear global framework, and we want Member States to implement the BEPS country-by-country reporting template. We believe that transparency of tax rulings and exchange of data are also sensible. Unfortunately, this report has missed the point; instead of uncovering proof of tax rulings being used as illegal state aid, the report goes too far in calling for tax harmonisation.

It is another unwanted call for more Europe, which seems to be this House's response to every question it faces. It also fails to provide clear definitions. There is no definition, for example, of aggressive tax planning as opposed to ordinary legal tax planning; no distinction between legal tax avoidance and illegal tax evasion; no recognition that tax rulings are normally made to clarify overly-complex tax laws. There is no recognition in this report that low tax rates are good for economic growth. Tax competition between states is good. Taxation is a Member State competence; long may it remain so. We need cooperation between states on a global level, not a power grab by the European Union.

Sylvie Goulard, *au nom du groupe ALDE*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, je trouve qu'il est toujours étonnant d'entendre des gens être favorables à quelque chose au niveau global quand il est certain que cela ne va pas arriver tout de suite et s'accommoder de l'absence d'action là où il serait possible d'agir. C'est un beau prétexte à mon avis.

Pour ma part, je suis plutôt là pour saluer le travail des deux rapporteurs, M^{me} Ferreira et M. Theurer, celui d'Alain - Lamassoure et de toute la Commission, qui ont essayé de travailler sur un sujet qui est tout sauf évident, où les définitions ne sont pas si faciles à établir puisqu'il y a des zones grises, c'est-à-dire des choses qui sont licites mais qui, par leur ampleur, finissent par devenir totalement et moralement inacceptables. Pour se tourner vers le futur, Monsieur le Commissaire, je voudrais insister sur deux points.

Premièrement, nous souhaiterions que vous puissiez continuer à nous aider. Vous l'avez fait, mais nous voudrions aller plus loin dans la recherche de documents. Pourquoi? Parce que ce Parlement est le lieu de la démocratie et vous savez à quel point dans notre pays, en ce moment, on insiste sur le fait que l'Europe ne fait rien sur un certain nombre de dossiers, que l'Europe n'est pas à la hauteur. «Que fait l'Europe?» Or là, nous avons l'occasion de placer les États membres devant leurs responsabilités, car sans eux il n'y a pas d'action européenne possible.

La deuxième chose concerne ce que vous avez dit au sujet du texte sur l'assiette commune consolidée. J'étais l'un des rapporteurs fictifs, nous avons fait de notre mieux. Vous considérez qu'il est de votre responsabilité de retirer le texte. Ce n'est pas pour défendre un travail, mais veillons simplement à ce que l'on ne nous accuse pas, après coup – comme on le fait en ce moment concernant le PNR – d'avoir freiné. Notre volonté n'est aucunement de freiner, et je ne pense pas que ce soit celle de la Commission, mais d'aboutir le plus vite possible. Le paradoxe est que la plupart des entreprises, des multinationales que nous avons entendues nous ont dit clairement: «si vous ne voulez pas de rescrits fiscaux et d'évasion, donnez-nous un *level playing field*, faisons en sorte d'avoir les mêmes règles partout en Europe». Dernière chose, il faudra évidemment s'attacher à appliquer autant que possible les règles de l'OCDE.

Fabio De Masi, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Vor einem Jahr machte ein junger mutiger Mann, Antoine Deltour, LuxLeaks bzw. die Steuerdeals von Konzernen mit Luxemburg öffentlich. Deltour drohen nun fünf Jahre Haft, während Juncker Präsident der EU-Kommission wurde. Aber Juncker hat ja recht: LuxLeaks müsste eigentlich EU-Leaks heißen. Wir verlieren jährlich bis zu Hunderte Milliarden Euro durch diese Steuertricks, während die Paten des Steuerkartells, Herr Juncker oder Eurogruppenchef Dijsselbloem, die Bevölkerung in der EU mit Kürzungsdiktaten überziehen.

Und wahr ist auch: In Steueroasen waschen Banken auch das Geld von Kriminellen. Auch der Islamische Staat parkt seine Öl-Milliarden nicht unter Kopfkissen in Syrien. Weder Kommission noch Rat konnten benennen, ob auch nur eine der von den Vereinten Nationen vorgeschriebenen Maßnahmen zur Austrocknung der Terrorfinanzierung in der EU konkret umgesetzt wurde. Die Austrocknung von Steueroasen und Sanktionen gegen Banken, die Beihilfe zur Geldwäsche und Steuerflucht leisten, ist daher nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit, sondern auch der Sicherheit.

Der Ausschuss – wir hätten uns einen echten Untersuchungsausschuss gewünscht – ist auf eine Omerta, eine Mauer des Schweigens, gestoßen. Dokumente wurden von der Kommission und Mitgliedstaaten verweigert oder geschwärzt. Deswegen wird meine Fraktion eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof anstrengen. Die Öffentlichkeit hat einen Anspruch auf die Wahrheit.

Wir haben neue Erkenntnisse, wie Juncker und Dijsselbloem für Luxemburg und die Niederlande die Steuertricks bei Patentboxen bis auf die Zähne verteidigten. Die können sich nicht mehr hinter kleinen Beamten verstecken. Und auch nicht die Finanzminister der großen Mitgliedstaaten – wie meines Heimatlands Deutschland – die dazu schwiegen, weil heimische Konzerne profitierten.

Juncker hat dem Parlament auch zu einer geheimen Seite des Krecké-Berichts die Unwahrheit gesagt. Sie müssen nun der Bevölkerung hier Rechenschaft ablegen. Sind Sie bereit, Juncker und Dijsselbloem erneut vorzuladen: Ja oder Nein?

Die frühere Stabschefin des permanenten Ermittlungsausschusses des US-Senats erzählte mir, wie sie den Vorstand von Goldman Sachs acht Stunden grillten. Sie war verstört, wie schwach das Europäische Parlament gegenüber den Konzernen auftritt. Auch wir brauchen einen dauerhaften Ermittlungsausschuss mit Sanktionsinstrumenten gegen Konzerne.

Meine Fraktion konnte viele positive Elemente im Bericht verankern; etwa die Auswirkungen der Kürzungsdiktate auf den Steuervollzug, die Erweiterung der Liste der Steueroasen auch um EU-Mitgliedstaaten beim *country-by-country reporting* und so weiter und so fort. Aber das reicht nicht. Der Informationsaustausch zu Steuervorbescheiden muss öffentlich sein wie in den USA und selbst in Belgien.

Die Finanzminister haben doch gepennt und weggesehen. Die Gewinne der Konzerne müssen für die Körperschaftssteuer sofort in der gesamten EU ermittelt werden. Es dürfen nicht weiterhin Gewinne über Grenzen verschoben werden.

Jeder Dorfpolizist weiß: Man kann keinen Ermittlungsbericht schreiben, bevor alle Beweise gewürdigt wurden und auch die Täter benannt wurden. Daher bedauert es meine Fraktion, dass wir uns zu diesem Bericht – trotz vieler positiver Elemente – enthalten müssen. Die Aufklärungsarbeit muss weiter gehen. Die Steuerzahler in Europa haben darauf einen Anspruch.

(Beifall)

Philippe Lamberts, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, chers collègues, c'est peu dire que l'accouchement de la commission spéciale TAXE fut laborieux et que le bébé n'était pas vraiment désiré par tout le monde, et certainement pas en dehors des murs de cette enceinte. Et, évidemment, alors que ce bébé n'a que quelques mois et que certains voudraient déjà écourter sa vie, elle sera prolongée en tout cas, et il recevra un répit jeudi et je m'en réjouis.

Je voudrais remercier en tout cas, toutes celles et tous ceux qui ont collaboré à la rédaction de ce rapport, Elisa Ferreira, Michael Theurer, mais aussi Alain Lamassoure qui, je pense, partagent l'indignation collective qui est la nôtre, face à la manière dont la guerre fiscale que se mènent les États membres est en fait dommageable à l'ensemble de nos concitoyens et ne profite finalement qu'aux actionnaires des grandes entreprises. Je me réjouis donc de ce consensus et c'est vrai que ce rapport est encourageant. Il repart de publication d'informations pays par pays, obligatoire et publique, il repart d'une assiette commune et consolidée de l'impôt des sociétés. Je suis fier de dire que c'est un premier pas, Monsieur Fox, en direction d'une plus grande harmonisation, ce qui ne veut pas dire *one size fits all* – pour parler votre langage – de l'impôt des sociétés. Il parle aussi de la protection des lanceurs d'alerte, tout cela y est bel et bien. Mais il ne faudrait pas maintenant que cela reste lettre morte.

Je constate que ceux qui bloquent le plus dans cette affaire-là sont absents. Où est Pierre Gramegna pour représenter le Conseil? Je m'adresse ici à une chaise vide. Évidemment, ce n'est pas un hasard, puisque tout le monde sait bien que cette guerre fiscale a été menée par les États membres et que ceux-ci n'ont pas vraiment envie de s'amender; c'est ce à quoi le commissaire Moscovici faisait allusion tout à l'heure en disant que ce n'était pas facile. C'est vrai, Monsieur Moscovici, vous avez raison, ce n'est pas facile. Néanmoins, je pense que la Commission peut faire l'une ou l'autre chose: la première, si vous voulez qu'on fasse pression, donnez-nous accès aux documents. Car, franchement, la manière dont vous nous y avez donné accès est indigne d'une démocratie: derrière des portes fermées, avec une interdiction d'en parler et de les utiliser; c'est une vaste rigolade!

Concernant la publication d'informations pays par pays, vous avez lancé votre processus, c'est très gentil. Nous avons aujourd'hui une négociation en cours sur la directive sur les droits des actionnaires et j'attends de la Commission qu'elle soutienne tout simplement la position du Parlement; c'est aussi simple que cela. Ça ne demande pas une analyse d'impact, une consultation et je ne sais quoi d'autre. Agissez, c'est là-dessus qu'on vous jugera.

Marco Zanni, *a nome del gruppo EFDD*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, esattamente un anno fa in quest'Aula chiedevo le dimissioni del Presidente Juncker per il suo coinvolgimento nella vicenda LuxLeaks. Oggi, la mia richiesta non cambia: è confermata dai mesi di difficile lavoro della commissione TAXE. Il Presidente Juncker non ha ancora fatto chiarezza sulla questione della pagina mancante del rapporto Krecké e continua a negare ogni coinvolgimento diretto del Lussemburgo.

La realtà purtroppo è ben diversa e quelli tra di noi che hanno potuto vedere i documenti, hanno potuto verificare come il Lussemburgo si sia sempre opposto a qualsiasi decisione del gruppo sul codice di condotta, volta eliminare le distorsioni in ambito fiscale all'interno dell'UE.

Mi rivolgo direttamente al ministro delle Finanze lussemburghese, che evidentemente oggi aveva di meglio da fare: se non avete nulla da nascondere o da temere, perché non rendete pubblici tutti i documenti relativi alle riunioni del gruppo sul codice di condotta sin dalla sua istituzione? È chiaro come ognuno cerchi di fare i propri interessi ma non possiamo accettare lezioni e avere fiducia in chi ha avallato e favorito queste pratiche ai danni dei partner europei. E questo non vale solo per il Presidente Juncker in Lussemburgo ma riguarda anche il Presidente dell'Eurogruppo, parte attiva in questa scandalosa vicenda.

I cittadini europei vogliono trasparenza! Trasparenza, che è stata negata ai membri di questa commissione speciale, che hanno ricevuto pochi documenti in ritardo e con molte parti segretate. Di cosa ha paura l'Europa? Della verità, forse? Per quanto vogliamo continuare con la finzione e l'inganno, quando è chiaro che quest'Unione, basata su falsità e scorrettezze reciproche, nei fatti non esiste.

Se si vuole essere credibili serve in primo luogo fare luce sul passato, sulle responsabilità politiche di chi ha permesso tutto questo. E poi andare avanti verso un *country-by-country reporting* in pubblico, una CCCTB piena sin da subito, un registro centrale per gli accordi fiscali pubblico e infine intervenire anche sul ruolo fondamentale che svolgono le banche in questo affare.

Questo è essenziale! Il resto sono solo parole al vento di gente meschina inadatta a rappresentare i cittadini europei.

Bernard Monot, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, chers collègues, le rapport de la commission TAXE a le mérite de donner un coup de pied dans la fourmilière de M. Juncker, grand timonier du stratagème déloyal au cœur de l'Europe.

Les pratiques de nombreuses multinationales cherchant à éviter l'impôt par les montages agressifs ont conduit à des situations scandaleuses à l'heure où l'austérité est réclamée aux Européens. Pendant trop longtemps, rien n'a été fait. Des sociétés comme Starbucks, Google ou Facebook dégagent des bénéfices considérables sur le dos des citoyens et ne payent pas d'impôts, ou presque, aux États membres. Rien que pour la France, le préjudice pour les finances publiques a été de 15 milliards d'euros par an. Que faisiez-vous à Bercy, toutes ces années, Monsieur Moscovici? La riposte fiscale est nécessaire et délicate, nous soutenons l'harmonisation de l'assiette de l'impôt sur les sociétés, le plan ACCIS, l'échange d'informations, la publication d'informations par pays, afin d'imposer les bénéfices là où ils sont réalisés.

Mais nous, patriotes, refusons catégoriquement les perspectives d'une union fiscale et d'une harmonisation des taux. Si le rapport de la commission TAXE va plutôt dans le bon sens, en revanche, nous resterons très vigilants et critiques sur les retours du Conseil et la Commission européenne.

Burkhard Balz (PPE). – Frau Präsidentin! Ich möchte zunächst einmal den Berichterstattern und auch ganz besonders unserem Ausschussvorsitzenden, Alain Lamassoure, für die Arbeit danken, die sie in den letzten zwölf Monaten geleistet haben.

Ich will gleich zu Beginn sehr deutlich sagen, dass vonseiten der EVP das Verständnis aufhört, wenn es um Tolerierung von Steuerflucht und Steuerbetrug geht. Das geht gar nicht! Das Europäische Parlament fordert eine lautere Stimme ein, was europäische Steuerkoordinierung anbelangt, und das vollkommen zu Recht. Es kann nicht sein, dass Kleinstunternehmen und Mittelständler ihren vollen Steuersatz für das Gemeinwohl ableisten, aber große Konzerne ihr Geld nur für Steuerberater ausgeben.

Die Mitgliedstaaten – und ich hätte mir auch gewünscht, dass ein Ratsvertreter heute da ist – haben in den vergangenen Jahren ihre Hausaufgaben eben nicht gemacht. Sie haben keine oder zu wenig Informationen ausgetauscht und nur an ihren eigenen Steuertopf gedacht. Es ist deswegen absolut überfällig, dass die Kommission hier zu diesen Themen nun neue Anläufe startet. Allen voran ist hier die Vereinheitlichung der Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage wichtig, und wir begrüßen, dass die Kommission hier zügig tätig werden will.

Auch müssen wir die internationale Ebene im Blick behalten. Die OECD leistet hier immens wichtige, hilfreiche Arbeit. Es würde Europa sicherlich nicht gut zu Gesicht stehen, wenn wir die europäischen Unternehmen mit Anforderungen und Berichtspflichten belegen, die ihre globalen Wettbewerber nicht in ähnlichem Maße erfüllen müssen. Die Arbeit der OECD sollten wir deswegen in jedem Fall weiterhin unterstützen.

Anneliese Dodds (S&D). – Madam President, my thanks go to colleagues who have already spoken to support this report. I am enormously pleased that our Parliament looks set to approve six measures which, if enacted, would radically reduce the possibility of tax dodging across Europe.

As colleagues have said, the measures are: first, making public the profits and taxes paid by multinationals in every country where they operate; second, fixing a common tax base for corporate tax so companies and governments cannot fiddle around by playing definitions off against each other; third, creating a robust European definition of tax havens with sanctions for those who use those havens; fourth, protecting whistle-blowers like Antoine Deltour who act in the public interest; fifth, ensuring tax advisers provide a clean service that does not involve conflicts of interest; and finally, making sure countries share information properly and quickly about sweetheart deals concluded with multinationals.

I am particularly pleased to see these measures command support across all of the parties – certainly all of the Groups – within this House. In fact, when it comes to country-by-country reporting for multinationals and making that public, Parliament has already shown its support – emphatically – and I am very pleased that it looks like we will be doing that again in the days to come. The same applies when it comes to measures within this report to protect whistle-blowers, where it is excellent to see so much agreement within this House.

However, I have to say that I have been disappointed before and I was disappointed again today – although sadly there appear to be No UK Conservatives left in the Chamber at the moment – that they continue to be against the consensus of this Parliament for European action against tax dodging. In 2013 David Cameron said that when taxes are not collected, the poor suffer, but his measures have been described by Conservative peers themselves as purely political gestures. I would hope they might have changed their tune, and I will continue to lobby for them to change their tune before the vote on this report.

(Applause)

Bernd Lucke (ECR). – Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Vor dem Recht, vor dem Gesetz sind alle gleich.

Aber wir haben durch die Arbeit der investigativen Journalisten festgestellt, dass es auch Unternehmen in der Europäischen Union gibt, die nicht das Recht kriegen, das alle gleichermaßen bekommen sollten, sondern ihr individuell angepasstes Steuerrecht. Sie kriegen die Auslegung des Steuerrechts so, dass sie ihre Steuerlast vermindern können, zum Teil geradezu auf ein Minimum herabsenken können, während andere Unternehmen die normale volle Steuerlast zu tragen haben. Das führt offenkundig zu einer Wettbewerbsverzerrung.

Das ist ein Anliegen für den Binnenmarkt, und es ist richtig, dass die Europäische Union, dass das Europäische Parlament hier tätig geworden ist und in Form dieses Untersuchungsausschusses Licht in dieses Dunkel und in diesen Wirrwarr zu bringen versucht hat.

Der Untersuchungsausschuss selbst, muss man nun sagen, war ein schwacher Untersuchungsausschuss. Ich hoffe, dass er in der Verlängerung mehr Instrumente an die Hand bekommt als das, was er bisher zu Verfügung hatte. Die Art und Weise, wie wir die Vertreter von Unternehmen und die Vertreter von Steuerverwaltungen oder von Parlamenten befragen konnten, war schwach und fast eine Farce. Das Beispiel, das eben genannt worden ist, dass man acht Stunden lang einen Vertreter grillt, das ist das, auf das wir uns auch besinnen sollten.

Wir müssen aber auch bitte darauf achten, dass die Kommission Gebrauch macht von den Instrumenten, die sie selbst zur Hand hat. Von über 500 Steuerfällen, die jetzt durch die investigativen Journalisten allein in Luxemburg bekannt geworden sind, ist kaum einer untersucht worden – insgesamt seit 1991 gerade einmal 65 Fälle. Das ist viel zu wenig. Wir haben das Wettbewerbsrecht als scharfes Schwert der Kommission. Die Kommission sollte das auch nutzen. Wenn sie es nicht nutzen kann, sollte sie personell verstärkt werden.

Philippe De Backer (ALDE). – Allereerst ook mijn dank aan de rapporteurs voor hun werk in het kader van dit zeer belangrijke verslag. Belastingfraude en illegale belastingontduiking kunnen we niet langer tolereren. Het kan niet zo zijn dat bedrijven minder belasting betalen dan burgers met de laagste inkomens en het kan zeker niet zo zijn dat kmo's meer belasting moeten betalen dan multinationals. Het schaadt onze economie. Ik ben dan ook tevreden dat dit verslag op deze cruciale punten voorstellen doet om een eerlijk en transparant belastingstelsel in Europa op te zetten.

De lidstaten moeten ervoor zorgen dat de belastingwetgeving binnen de principes van de interne markt valt. Het fiscaal beleid van de lidstaten mag geen verstoring van de concurrentie teweegbrengen en tegelijkertijd is het wel belangrijk dat eerlijke belastingconcurrentie mag blijven bestaan om bedrijven aan te trekken. We hebben in Europa de economische diversiteit nodig en de eerlijke concurrentie zal het bepaalde landen economisch makkelijker maken om investeringen aan te trekken.

Verder ben ik heel blij dat het verslag de overcomplexiteit van de nationale belastingssystemen aanpakt en ook voorstellen doet om die overcomplexiteit aan te pakken om de mazen in het fiscale net te sluiten. Ik denk dat het een heel belangrijk verslag is en ik hoop dat de Commissie alles zal doen om de balans die wij gevonden hebben, om te zetten in wetgeving in de komende tijd.

Marisa Matias (GUE/NGL). – Senhora Presidente, eu começo por agradecer aos relatores, aos relatores-sombra e ao Presidente da Comissão TAXE pelo trabalho feito, apesar de o mandato ser tão curto. Mas quero dizer que chegamos aqui apenas ao final de uma primeira fase e que tudo ou quase tudo está ainda por fazer. Os paraísos fiscais, a fraude fiscal, a evasão e a elisão fiscal, os favores às multinacionais retiram todos os anos milhares de milhões de euros às contas públicas, à saúde, à educação, em cada um dos países onde as multinacionais exercem a sua atividade, produzem os seus lucros, mas não pagam os seus impostos. É que de facto para as multinacionais é Natal todos os dias, mas não é Natal todos os dias para os trabalhadores e para as pequenas e médias empresas, que veem os seus impostos aumentar todos os dias, para colmatar esta fraude.

Em 2011, o investimento direto estrangeiro de Portugal no exterior cresceu 134 % face ao ano anterior, tendo como principal destino a Holanda. A razão foi a transferência de residência fiscal de 19 das 20 empresas registadas na Bolsa de Valores de Lisboa, de Portugal, para um dos paraísos fiscais europeus que lhe concederam um acordo fiscal secreto. Os acordos especiais são infelizmente regra em 23 dos 28 países da União. A Comissão Europeia, que apresentou a transparência como a sua principal bandeira, não pode ficar satisfeita com o que foi feito. Precisamos e queremos a informação toda. Quem não deve não teme, e não é aceitável que entre os 13 países que não tenham prestado informação esteja o Luxemburgo e esteja a Holanda. Há muito trabalho a fazer e ninguém deve estar livre de responsabilidade – termino, Sra. Presidente –, nem mesmo, nem mesmo o Sr. Presidente da Comissão, o Sr. Jean-Claude Juncker. A responsabilidade quando nasce é para todos.

Sven Giegold (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier einen starken und guten Bericht vorgelegt, und das Beste daran ist, dass es im weiten Einvernehmen dieses Hauses ist, dass wir starke Maßnahmen brauchen.

Bei allen Differenzen über viele Fragen ist hier jetzt eine lange Liste von möglichen Maßnahmen sowohl für die Mitgliedstaaten als auch für die EU als Ganzes vorgelegt worden. Dabei müssen wir feststellen: Das Parlament war stark darin, notwendige gemeinsame Steuerpolitiken vorzuschlagen. Das Parlament war bisher schwach darin darzustellen, wer eigentlich die Verantwortung für diesen Steuerskandal trägt. Diese Verantwortung muss nach wie vor festgestellt werden. Hier darf es kein Drücken geben, sondern die Bürger der EU haben ein Recht darauf zu erfahren, wer die politische Verantwortung für Hunderte von Milliarden an Steuerverlusten trägt. Diejenigen, die die Verantwortung tragen, sowohl in den Mitgliedstaaten als auch in der Kommission, müssen ihre Verantwortung hier vor diesem Parlament erklären.

Darüber hinaus sind dort interessante Vorschläge enthalten, Herr Kommissar Moscovici. Es gibt jetzt die neue Linie der Steueroasen, die sagen: Wir setzen jetzt BEPS um, aber bitte keinen Schritt weiter in der EU! Sie haben ja gesagt, Sie wollen weiter gehen. Ich finde, es gibt zwei besonders spannende Vorschläge. Auf Basis von Artikel 116 kann gegen Marktverzerrungen im Mehrheitsverfahren Gesetzgebung gemacht werden. Schlagen Sie, wie der Bericht es fordert, eine solche Richtlinie vor! Und zu guter Letzt: Sorgen Sie dafür, dass auch bei den bilateralen Steuerabkommen kein Einkommen unbesteuert bleiben kann!

Steven Woolfe (EFDD). – Madam President, this taxation committee arose out of the Lux Leaks scandal, which has established that President Juncker was in government when corporations gamed the system to a huge extent.

Instead of censure of politicians like Mr Juncker, who were involved in allowing corporations to extract exceedingly large profits from the ordinary citizens of Europe, the EU has done what it normally does: it has created a sneaky trick to get ever closer union on taxation through the front door, rather than the back door, for a single EU tax policy. Here I agree with Mr Fox from the Conservative Party. We oppose tax evasion and aggressive tax avoidance, but we believe tax competition is positive.

As Winston Churchill once said, we 'contend that for a nation trying to tax itself into prosperity is like a man standing in a bucket and trying to lift himself up by the handle'. This is the policy of the Labour Party as exposed by Ms Dodds on the other side.

Mario Borghezio (ENF). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, si ravvisa molto chiaramente l'azione dei poteri forti e occulti, finanziari ma anche politici, che impediscono addirittura alla Commissione di lavorare, impongono a chi di dovere – signor Moscovici, parlo di lei – di dare alla commissione TAXE i documenti su cui indagare.

E poi vi sono i comportamenti scandalosi delle grandi multinazionali, come la Walmart, la Fiat – che addirittura non risponde all'invito a comparire, ma che è sempre lodata dal Presidente del Consiglio come esempio! Bell'esempio che dà la Fiat a rifiutare l'esame della commissione TAXE! –, i danni enormi al sistema dell'impresa e delle piccole medie imprese. Senza dimenticare la troika, così dura nei confronti dei deboli (la Grecia, il Portogallo) e invece debolissima quando aveva il potere di impedire le cause di questa crisi, impedendo siffatti vantaggi enormi a favore di una parte dell'economia a discapito degli interessi dell'economia reale e quindi dei popoli e quindi dei lavoratori e quindi dei veri produttori.

Il re è nudo: la Commissione sta mostrando tutti i compromessi di cui è stata capace. Siamo nelle mani dei vostri poteri forti e dei vostri padroni.

Alain Lamassoure (PPE). – Madame le Président, la création de la commission TAXE a été la réponse politique aux révélations scandaleuses de LuxLeaks. Nos investigations ont montré que pendant au moins deux décennies, certains États membres se sont livrés à une véritable surenchère occulte aux avantages fiscaux offerts aux multinationales. Si les autres États ont laissé faire, c'est qu'en réalité, chacun de son côté avait ses propres niches et se débrouillait pour être le paradis fiscal de quelqu'un d'autre. Ce n'est plus acceptable et je félicite nos rapporteurs pour leurs recommandations.

Grâce aux lanceurs d'alertes et aux médias, grâce à la Commission européenne – sa branche fiscale et sa branche concurrence, et je remercie le commissaire Moscovici de la coopération passée et à venir –, grâce à l'OCDE et au G20 et grâce à la pression politique que ce Parlement a maintenue depuis 9 mois et a besoin de maintenir, un changement d'état d'esprit commence à s'opérer partout. Chacun commence à réaliser que la concurrence fiscale ne peut plus se faire dans l'opacité, la déloyauté et l'injustice. Ce temps est révolu! Quant aux entreprises elles-mêmes, après avoir admis depuis déjà quelque temps qu'elles ont une responsabilité sociale, qu'elles ont une responsabilité environnementale, il faut qu'elles commencent à comprendre qu'elles ont aussi une responsabilité civique, qui est de contribuer au juste financement des services publics dans les pays où elles travaillent, en proportion de leur activité.

Dans le monde financier, il y a eu un avant et un après Lehman Brothers, il dépend de nous, qu'en matière fiscale, il y ait un avant et un après LuxLeaks.

Hugues Bayet (S&D). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, vous l'avez dit, la justice fiscale, ce sont évidemment des impôts justes pour chacun d'entre nous, car il est normal de payer des impôts et il est normal qu'on contribue en fonction de ce que l'on gagne.

Je voudrais rappeler à quoi servent les impôts. Ils servent à financer notamment la sécurité sociale, nos hôpitaux, nos écoles, nos transports en commun ou encore toutes les infrastructures qui en dépendent. Plus globalement, je voudrais préciser que les investissements publics sont un élément essentiel pour favoriser le développement économique, sinon qui va construire nos aéroports, nos ports, nos zones industrielles, nos plateformes multimodales?

L'investissement public est essentiel aussi pour la cohésion sociale, pour le développement urbain, pour le travail dans les quartiers et pour la nécessaire sécurité de nos concitoyens. Tous ici, de même que tous les citoyens qui nous regardent ou qui nous écoutent, nous savons ce qu'on pourrait réaliser en plus dans nos États membres avec 1 000 milliards d'euros supplémentaires par an. Toute une série de multinationales l'avait oublié et, heureusement, des lanceurs d'alerte ont fait éclater le scandale suisse et le scandale LuxLeaks. En réaction, vous le savez, le Parlement européen a travaillé pendant plusieurs mois de manière consciencieuse pour comprendre et retracer le flux d'argent qui échappe à l'impôt.

Je voudrais également remercier nos deux rapporteurs car dans ce rapport il y a toute une série de mesures qui ne pourra peut-être pas limiter à 100 % l'évasion fiscale, car l'inventivité des conseillers en fiscalité semble être sans limite, mais qui nous permettront, en tout cas, de mettre un frein pour limiter fortement ce genre de dérive. Cet aspect représente le verre à moitié plein. Le verre à moitié vide, c'est évidemment que le Parlement ne décide pas seul. Pour que les mesures que nous proposons produisent leurs effets, il est indispensable que la Commission et le Conseil décident également de se montrer ambitieux. La Commission européenne, poussée un peu par notre travail, semble sur la bonne voie. Par contre, le Conseil affiche une plus grande résistance au changement et je pense très clairement que c'est à ce niveau-là que se situe notre prochain combat.

Si nous avons identifié les problèmes et si nous proposons des solutions ambitieuses, il faut évidemment que nous parvenions à convaincre le Conseil de nous suivre, c'est pourquoi je soutiens la prolongation de la commission TAXE. C'est ce qui nous permettra de poursuivre le combat et de convaincre les fortes réticences à l'instauration d'un impôt justement réparti.

Zdzisław Krasnodębski (ECR). – Pani Przewodnicząca! Skandalem w tej sprawie są nie tylko praktyki koncernów ujawnione przez dziennikarzy śledczych. I to trzeba podkreślić, że nie ujawnione przez instytucje europejskie, nie przez Parlament Europejski, nie przez OLAF, tylko przez dziennikarzy śledczych. Ale skandalem jest też fakt, że tego rodzaju praktyki w Luksemburgu miały miejsce, kiedy premierem tego kraju był Jean-Claude Juncker, przekonany wielki Europejczyk, obecny przewodniczący Komisji Europejskiej, który nie szczędzi nam tutaj w tej Izbie wielu przemówień na temat solidarności europejskiej. My musimy się zapytać jako parlamentarzyści, czy rzeczywiście jest to właściwy człowiek na właściwym miejscu, w Komisji, która ma stać na straży prawa i traktatów europejskich?

Ale powodem tych praktyk koncernów, tych nieuczciwych praktyk, była i jest bezsilność państw wobec wielkich korporacji i firm doradczych, a nie vice-versa. Niestety jednym z głównych postulatów sprawozdania jest otwarcie drogi do harmonizacji podatkowej w Unii, a więc dalsze ograniczenie suwerenności państw członkowskich i możliwości prowadzenia przez nie polityki gospodarczej. Nie sądzę, żeby to była właściwa droga.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE). – Madam President, last year we discovered that about 340 multinationals secured privileged deals with Luxembourg in order to avoid paying taxes on their activities in Europe. Other Member States have done similar deals. Our committee has made several proposals to fight the situation, taking into account the weak state of our finances. Dear colleagues, what multinationals do not pay, SMEs should not compensate with a higher tax burden. Simplification of tax systems, a common corporate tax base to ensure fair competition and much higher transparency are all fundamental reforms we need. It is disappointing that some Member States like Spain have been so reluctant to make public tax rulings and multinational privileges. We Catalans also want a new state to lead in this fight for a more fair and reformed tax system that does not give privileges to multinationals against SMEs and citizens, putting at risk our welfare state.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhora Presidente, a fraude e a evasão fiscal constitui uma prática generalizada a praticamente todos os Estados europeus e é conhecida de todos os governos da União Europeia há décadas. Estas práticas destinadas a controlar as autoridades fiscais nacionais por forma a drenar lucros para territórios onde não são tributados ou ainda os paraísos fiscais estão profundamente associados ao atual processo de integração europeia, que tem na livre circulação de capitais uma das suas traves mestras e a globalização como sua principal consequência. Não fosse a divulgação de sucessivos escândalos fiscais no momento em que os povos europeus sofrem na pele os efeitos da austeridade, provavelmente ainda estaríamos a conviver com estes crimes em total impunidade. Foi portanto a indignação da opinião pública o verdadeiro motor que propulsionou todo esse plano de boas intenções.

O relatório hoje em discussão está incompleto. Lutámos nestes meses contra os diversos obstáculos. Continuamos sem acesso a documentos de grande importância para uma correta avaliação e apuramento dos factos. Todos os dias surgem novos elementos que implicam altos responsáveis europeus e que obrigam a um prolongamento do mandato da Comissão TAXE. Por ser um relatório incompleto, abtemo-nos, na convicção de que o trabalho vai continuar, confrontando as instituições europeias com as suas responsabilidades e também com o seu plano de ação anunciado em junho e que pouco ou nada avançou.

Eva Joly (Verts/ALE). – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, chers collègues, un an après le scandale LuxLeaks, force est de constater que le Parlement, malgré certaines réticences, a mené un travail de grande qualité. Je vais commencer par saluer le travail de nos corapporteurs qui ont mené à bien la rédaction de ce rapport qui, je l'espère, servira de feuille de route aux autres institutions européennes trop frileuses. Je veux également saluer le travail de notre président Alain Lamassoure.

Ce rapport fixe un cap pour l'avenir, il a aussi permis d'esquisser les responsabilités de ceux qui ont laissé l'injustice fiscale devenir la norme. Ce travail, il est nécessaire de le prolonger de six mois.

(La Présidente interrompt l'oratrice)

Le Parlement a su s'affirmer auprès des multinationales, mais doit maintenant se muscler en matière d'audition et d'investigation. Il nous faudra aussi auditionner à nouveau le président Juncker et le ministre Dijsselbloem, dont les actions passées méritent un minimum d'éclaircissements. Enfin la prolongation enverra un message clair à la Commission et aux États membres. Le Parlement veut contrôler l'action de l'exécutif, l'accès aux documents reste la priorité. Nous n'avons reçu à ce jour qu'un pourcentage infime de ce que nous avons demandé et cela n'est pas acceptable. Chers collègues, nous sommes sur la bonne voie, ne lâchons rien.

Luděk Niedermayer (PPE). – Madam President, what we are debating today is important, and I believe it should not be the end: it should be just the beginning. Better collection of taxes and elimination of unfair market-distorting practice by some Member States and firms or countries in the world should be eliminated. It should be one of our key priorities: the priorities that should deliver the result. I believe that this report, together with the work programme of Mr Moscovici and the report by the Committee on Economic and Monetary Affairs (ECON) which will follow, will come with reasonable and good priorities that we should implement.

Firstly, we should quickly and without hesitation implement the BEPS recommendation – a project that was initiated by the G20, including ourselves, and was endorsed by the OECD. We should set an example for other countries to implement these measures. Secondly, we should ensure that Member States of the EU will give the green light to the CCCTB project. CCCTB will be able to eliminate most of the problems of aggressive tax practice within the European Union. Last but not least, we should also implement the other measures in the area of coordination like improving the function of the work of contact. I believe that this will not be a simple issue. We will be facing a lot of obstacles, but I hope that Parliament will play an important decisive role in promoting progress in this important area.

Jeppe Kofod (S&D). – Fru formand! Hr. Kommissær! 15 000 kroner, eller det der svarer til 2 000 euro, så meget snydes hver eneste borger i gennemsnit for i EU om året på grund af organiseret skattefusk. De penge skulle gå til vores hospitaler, skoler og plejehjem. I stedet luner disse mange milliarder på hemmelige konti i skattely.

Der skal være konsekvens og hårde straffe for både lande, virksomheder og privatpersoner, der begår skatteunddragelse. Derfor fremsætter den socialdemokratiske gruppe også klare og konkrete forslag: Virksomheder, der systematisk begår skattesnyd, skal kunne fratages erhvervslicensen. De skal simpelthen ikke have lov til at drive virksomhed i EU. Alle, der er imod skattefusk, må bakke op. Også de lande, der tjener på skattesnyd, skal straffes markant hårdere. Som reglerne er i dag, kan skattesnyderlande kun pålægges at opkræve forskellen mellem de ulovlige lave skattesatser, de har tilbudt nogle virksomheder, og de skattesatser, der gælder for alle os andre. Dermed får skattesnyderlande lokket store virksomheder til at etablere sig i deres land, de får lokket arbejdspladser til, og når Kommissionen så dømmer skatteaftalerne ulovlige, så bliver deres straf, at de får den skyldige skat tilbage.

Skattesnyderlandene får altså både nye virksomheder og flere job og en klækkelig ekstra skatteindtægt. Det er ikke en straf, det er et Kinderæg, tre gode ting i en lille fin pakke, og det skal selvfølgelig stoppes. Derfor foreslår vi også, at den skyldige skat skal gå til ikke til skattesnyderlandet, men til de andre medlemslande, der blev snydt for arbejdspladser og skatteindtægter.

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, on tärkeää muistaa, että EU:n ja jäsenvaltioiden päätökset tuntuvat myös unionin rajojen ulkopuolella. Tähän liittyen on hienoa, että kehitys- ja valtiovarainministeriöiden sekä verohallintojen yhteistyötä painottava muutosehdotus meni läpi.

Toisaalta on ikävää, että moni hyvä esitys karsiutui äänestyksissä valiokunnassa. Yksi tällainen esitys oli, että komissio selvittäisi hankintadirektiivin seuraavalla uudistuskierroksella, olisiko mahdollista lisätä verotuksen läpinäkyvyyttä ja vastuullisuutta koskevien kriteerien käyttöä julkisissa hankinnoissa. Esimerkiksi aggressiivista verosuunnittelua, veronkiertoa, harjoittavat rakennusliikkeet voitaisiin ajatella jätettävän julkisten rakennusurakkasopimusten ulkopuolelle. Tämä voisi olla hyvin harkinnanarvoinen asia, kun asioita edelleen kehitetään.

Marian Harkin (ALDE). – Madam President, in one minute I can only refer to a few important points. First of all, let me say that I am very pleased that I was one of the original signatories requesting the setting up of this committee, and I fully support its extension.

Secondly, I agree with Michael Theurer. We do not have fair tax competition. At EU and at global level we have to find a way to ensure that multinationals pay their fair share of tax and that SMEs and ordinary taxpayers do not continue to shoulder a disproportionate share of the tax take. In this context, however, we also need to ensure that the EU itself remains competitive. It is not just Belgium or France competing with Germany or the UK, but it is also that the EU itself must compete with Singapore or India.

Thirdly, I do not support trying to change the unanimity rule with regard to the tax rate. Member States must continue to have the right to decide on that. This proposal has the potential to split the Union. We should not do that; we should work with the instruments at our disposal.

Finally, we need to implement the OECD stance on BEPS. We need to ensure public country-by-country reporting, and it is essential that taxing rights are lined up with economic activity.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Tisztelt Képviselő Asszony, Ön is említette a vállalatoknak a felelősségét, de én azért azt gondolom, hogy itt kettőn áll a vásár. A tangóhoz kettő kell. Itt vannak a tagországok, a tagországi kormányok. Ön lát-e arra lehetőséget, hogy ide, akár ebbe a Parlamentbe, vagy bármilyen más eszközzel rábírní a tagállamokat, hogy ebben az ügyben konstruktívak legyenek?

Marian Harkin (ALDE), blue-card answer. – Thank you, Mr Szanyi. I do agree with you. I think Member States have a responsibility and that they should not just be encouraged – it should be stronger than that; they should take a responsible attitude.

I believe that, through the BEPS project that the OECD is proposing, we can make real progress. I think we have to recognise that we have a mismatch when it comes to tax systems in different Member States. So I do think Member States have a responsibility, and I think this report contains a lot of proposals that will help to ensure they discharge that responsibility.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señora Presidenta, nos felicitamos de que este informe fije una posición clara contra la elusión fiscal y sus devastadores efectos. Son los trabajadores y trabajadoras quienes sufren los recortes, a pesar de pagar los impuestos que las grandes fortunas y multinacionales evitan.

Pero es necesaria una posición más clara sobre las responsabilidades políticas de la Comisión y el Consejo, lo que justifica sobradamente la prórroga del mandato de la Comisión TAXE, según el compromiso público de este Parlamento el lunes.

Hoy sabemos que el señor Juncker y el señor Dijsselbloem tuvieron que conocer y amparar desde sus Gobiernos prácticas fraudulentas. Por ello nos parece que sus propuestas tributarias buscan acallar el escándalo y no corregir realmente las trampas contables y los agujeros regulatorios por los que se escapa el dinero de los contribuyentes.

Tenemos ya ejemplos de la actitud contraproducente de algunos Gobiernos —como el mío, el español— e instituciones europeas en las trabas a una mayor transparencia y mejor protección de los denunciantes, los recortes impuestos a las inspecciones de Hacienda o su gusto por las amnistías fiscales.

Por ello es necesario ampliar y desbordar sus planteamientos para construir un sistema justo.

Markus Ferber (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst einmal möchte mich in den Reigen einreihen, der hier den Kolleginnen und Kollegen, insbesondere den Berichterstattern, danken will für die Arbeit, die geleistet wurde.

Aber ich möchte natürlich auch mal kritisch feststellen, dass viele Dinge, die in dem Mandat formuliert waren, so gar nicht erreicht wurden. Es ging nämlich schon darum, mal zu überprüfen, ob hier in der Europäischen Union alles richtig läuft und wo Fehler vorliegen. Und es liegt eine Reihe von Fehlern vor. Ich finde es bedauerlich, dass man sich auch im Ausschuss im Wesentlichen um ein Land gekümmert hat, obwohl hier in der Europäischen Union viele Sünderlein unterwegs sind. Warum ist zum Beispiel der niederländische Finanzminister nie angehört worden, warum nie der irische, warum nur der frühere luxemburgische, um mal ein Problem zu beschreiben?

Ich frage auch die Kommission: Was hat die Kommission in den letzten Jahren unternommen – wir haben jetzt eine neue Gesetzgebung für Steuervorbescheide gemacht –, dass das nicht funktionierende System, das beschlossen war, überhaupt mal mit Leben erfüllt wird? Auch das ist eine Frage, auf die nie eine Antwort gegeben wurde.

Auf der anderen Seite kümmern wir uns jetzt um Whistleblower und Ähnliches mehr, und wir müssen schon aufpassen, dass wir kleine und mittlere Unternehmen nicht mit falscher Regulierung überstrapazieren. Also ich stelle mir wirklich die Frage, ob wir unser Mandat voll erfüllt haben. Ich hoffe aber, dass, wenn es zur Verlängerung kommt, es uns gelingen wird, wirklich die Punkte aufzugreifen, die es wert sind, aufgegriffen zu werden. Da müssen wir ein bisschen tiefer schauen als nur auf das, was uns bisher zur Verfügung gestellt wurde.

Sergio Gaetano Cofferati (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, la discussione che stiamo facendo, ha grande importanza perché, come lei sa, l'Europa ha bisogno di crescere. Per poterlo fare deve disporre di un'economia che sia in grado di competere nel mercato globale. La competizione è il fulcro della discussione e degli atti da accompagnare alla discussione che stiamo facendo.

Cos'è la competizione oggi? Siamo precipitati come lei sa dall'esortazione altissima di Jacques Delors di competere sulla conoscenza e sulla qualità a LuxLeaks. Il non pagare le tasse o proporre soluzioni di *tax ruling* fuori da qualsiasi regola è non solo un elemento di ingiustizia sociale, sia per le imprese che per i cittadini delle loro comunità, ma è anche un modo improprio e sbagliato, di competere tra gli Stati.

Per questo io credo che i contenuti e le proposte formulate nella relazione della commissione TAXE, quelle relative alla trasparenza e al coordinamento di *tax ruling*, quelle sulla base imponibile comune, quelle sulla protezione degli informatori, quella sul *country-by-country*, siano molto importanti.

Noi abbiamo delle occasioni che devono essere colte in positivo. Una, è quella di dare il mandato alla commissione per continuare e completare il suo lavoro. L'altra, riguarda la Commissione europea. Io credo che se la Commissione si approntasse ad accettare le proposte che sono contenute nella relazione e nella proposta sulla direttiva per gli azionisti, faremmo un passo immediato nella direzione giusta.

Aspetto di vedere atti concreti.

Peter van Dalen (ECR). – Vele multinationals, zoals Starbucks, Facebook en Philip Morris, doen bewust aan belastingontwijking. De Bijzondere Commissie fiscale rulings heeft dit opnieuw aan het licht gebracht. Mijn eigen land, Nederland, maakte dit mogelijk met geheime afspraken die op het randje van de wet waren. Ik noem dat onethisch. Immers, al die ondernemingen profiteren van maatschappelijke voorzieningen zoals infrastructuur, waakzame politiediensten en handelsverdragen, maar betalen er niet aan mee.

Bedrijven, consumenten en overheden moeten ervoor zorgen dat maatschappelijk verantwoord ondernemen ook voor genoemde multinationals werkelijkheid wordt. Eerlijke belastingpolitiek hoort daarbij met als uitgangspunt dat winstbelasting daar wordt betaald, waar de winst wordt gemaakt. Belastingen zijn en blijven kernbevoegdheid van de lidstaten en concurrentie tussen de lidstaten op belastinggebied helpt overheden scherp en slank te blijven. Ik wil geen Europese tarieven, maar op het gebied van transparantie en definities kunnen we een forse slag slaan, hier in Europa.

Nils Torvalds (ALDE). – Arvoisa puhemies, puhumme tässä salissa aika usein solidaarisuudesta. Käytäntö osoittautuu kuitenkin vähän toisenlaiseksi. Muistamme menneisyydestä, että ennen kun käärme tunnelissa ja muita eläimiä keksittiin, jäsenmaat devalvoivat toisiaan vastaan hyvin aggressiivisesti. Tätä varten keksittiin EMU-järjestelmä ja luultiin tai lapsellisimmat meistä luulivat, että asia oli järjestyksessä ja hoidettu. Osoittautui kuitenkin, että tämä aggressiivinen toiminta toisia jäsenmaita vastaan jatkui. Luxemburgin historia on tässä mielessä aika mielenkiintoinen. Joskus aikoinaan siellä valmistettiin terästä ja hiiltä. Kun tämä osoittautui energiakriisin jälkeen kannattamattomaksi, siirryttiin varastamaan verotuloja toisista jäsenmaista. Tämä on huono tie, se johtaa suurempaan epäystävällisyyteen ja epäsolidaarisuuteen jäsenmaiden kesken.

Othmar Karas (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Ausschussvorsitzender, meine Damen und Herren! Der Bericht ist gut, aber die Probleme damit noch nicht beseitigt, und daher ist es dringend notwendig, dass wir mit unserer Arbeit fortfahren.

Der Schaden durch Steuervermeidung ist eklatant. In OECD-Ländern gehen jährlich 5 % der aktuellen Körperschaftsteuereinnahmen verloren. In der Europäischen Union gehen jährlich rund 1 000 Milliarden Euro an potenziellen Steuereinnahmen verloren – durch Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung. Und es stimmt zwar, dass jedes Land aus der Sicht eines anderen Landes ein Steuerparadies ist, dass wahrscheinlich sogar die verschiedenen Maßnahmen und die bisherige Praxis mehrheitlich legal, aber auf jeden Fall unethisch sind, weil wettbewerbsverzerrend, ungerecht und unfair.

Aus dem Grund verlangen wir, dass die Besteuerung dort stattfindet, wo auch die wirtschaftliche Aktivität stattfindet. Wir brauchen mehr Transparenz, daher *country-by-country reporting*, länderübergreifende Information. Wir benötigen eine automatische Übermittlung der Steuervorbescheide, eine Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlagen, die Beseitigung der Einstimmigkeit und die Umsetzung der G20-Beschlüsse. Wir müssen noch weiter in die Tiefe gehen, um das Forderungspaket auszubauen.

Emmanuel Maurel (S&D). – Madame la Présidente, il y avait une attente de la part des citoyens européens, qui avaient été légitimement indignés par les révélations de l'affaire LuxLeaks. Le rapport, dont nous discutons aujourd'hui, répond en partie à cette attente. Je dis bien en partie parce que je pense que c'est un travail qui mérite d'être salué, mais salué comme une première étape vers ce qu'on pourrait appeler le réveil fiscal de l'Union. Beaucoup reste à faire, cela a été dit, mais il faut le répéter.

Dans ce rapport, on voit bien le comportement honteux de multinationales qui mettent en place des stratégies d'optimisation fiscale très sophistiquées. C'est un rapport qui démontre aussi les effets très néfastes de cette concurrence déloyale entre les États d'un point de vue fiscal et qui aboutit à des manques à gagner colossaux. Notre collègue Bayet a parlé de 1 000 milliards d'euros, et c'est bien de ce montant qu'il s'agit.

Enfin, c'est un rapport, il faut insister là-dessus, qui montre bien l'inégalité de traitement entre les multinationales qui, parfois, échappent à l'impôt et les petites entreprises qui, elles, paient plein pot. Il y a donc des recommandations qui vont dans le bon sens et, bien sûr, au cœur du projet il y a l'ACCIS, cette assiette consolidée de l'impôt sur les sociétés.

Le commissaire Moscovici a présenté la proposition de la Commission. Cela va dans le bon sens, mais je pense qu'il ne faut pas s'interdire de voir plus loin et d'aller plus vite. Il y a tel ou tel aspect qui me paraît intéressant, par exemple, la protection des lanceurs d'alerte et la prévention des conflits d'intérêt. Après, on peut regretter l'absence de certains points. Je pense notamment à un taux minimum d'impôt sur les sociétés.

Globalement, cela va dans le bon sens. C'est une première étape de cette longue et nécessaire marche vers la justice fiscale.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Gianluca Buonanno (ENF), Domanda «cartellino blu». – Volevo chiedere al collega: io sono qua da poco tempo, facevo il deputato in Italia prima e faccio il sindaco in Italia. Ma secondo lei, visto che parla delle multinazionali, e secondo tutti i colleghi che ci sono qua, ma non siete ipocriti a parlare così, visto che qua dentro ci sono le lobby possibili ed immaginabili delle multinazionali, che vengono a rompere le scatole a tutti nelle commissioni, per dire «fai questo e fai quell'altro» e molti deputati vengono sovvenzionati dalle lobby delle multinazionali.

Quindi cosa fate? Volete la moglie ubriaca e la botte piena?

Emmanuel Maurel (S&D), réponse «carton bleu». – Je ne vois pas bien en quoi le groupe social-démocrate défendrait les lobbies ou les multinationales; je ne vois pas le rapport. Il est vrai, en revanche, que quand les multinationales ont enfin accédé à notre demande de venir devant la commission TAXE présidée par M. Lamassoure, elles ont fait preuve d'une désinvolture qui était pour le moins navrante. Je remarque qu'à droite comme à gauche, il y a une touchante unanimité en faveur de la condamnation de ces pratiques, et je pense que nous serons tous d'accord sur le fait qu'il faut passer de cette touchante unanimité aux actes. C'est ce que nous proposons dans ce rapport.

Sander Loones (ECR). – Stel u eens voor dat er in de ganse Europese Unie maar één luchtvaartmaatschappij zou zijn en maar één elektriciteitsbedrijf. De prijzen zouden hoger liggen en de dienstverlening lager. Wij weten dat allemaal. Dat is de reden waarom wij niet houden van monopolies. Concurrentie drukt de prijzen en houdt bedrijven scherp. Dezelfde logica geldt ook voor overheden, voor lidstaten van de Europese Unie.

Eén grote Europese overheid zou meer kosten en zou ons een lagere dienstverlening bieden. Belastingconcurrentie houdt de lidstaten scherp en houdt de belastingen laag, hoewel ook op dat vlak nog een en ander beter kan. Mijn fractie zal alvast niet voor dit verslag stemmen, omdat precies dit verslag die lidstaten met de vinger wijst die wel het nodige doen en wel informatie willen delen, maar ook omdat dit verslag constant inhakt op die belastingconcurrentie en omdat het zich onvoldoende richt op die zaken waarover het echt zou moeten gaan: oneerlijke staatssteun en ervoor zorgen dat die transparantie eindelijk grondig gewaarborgd wordt.

Esther de Lange (PPE). – Misschien aanvullend op wat de vorige spreker zei. Ik sta in dit Parlement niet bekend als iemand die vies is van een stukje concurrentie, maar als die concurrentie betekent dat we met zijn allen verward zijn in een race naar het absolute nultarief, denk ik dat dat niet verstandig is.

Dus ik daarentegen verwelkom absoluut het werk dat deze commissie heeft gedaan. Ik denk dat deze commissie - en de rapporteurs en voorzitter wil ik graag bedanken - voor een groot deel gewerkt heeft vanuit dezelfde grondhouding en die is eerlijkheid. Hoe eerlijk is het als burgers belasting betalen, als mkb'ers netjes afdragen en vervolgens grote bedrijven over de grens de dans ontspringen? Ja, de fracties verschillen van mening als het gaat om wat er vervolgens nodig is. Wat is proportioneel? Wat moet je doen, wat moet je niet doen? Maar we zijn het er voor het grootste deel in dit Parlement over eens dat de oplossing, ondanks het feit dat belasting een nationale aangelegenheid is, ook in Europa moet liggen. En het verslag geeft een aantal zeer nuttige suggesties daartoe, die ik van harte wil ondersteunen.

De Europese Commissie krijgt daarmee een heel belangrijke taak, namelijk het op elkaar leggen, het in elkaar passen van 28 nationale puzzelstukjes. Ook de verantwoordelijkheid, beste Europese Commissie, om dan actie te durven ondernemen als het nodig is. Daaraan heeft het in het verleden nog wel eens ontbroken. En dat mis ik in het debat, daar moet ik misschien de vorige spreker wel gelijk geven als het gaat om concurrentie. Wij opereren natuurlijk niet in een vacuüm. De Europese Unie bevindt zich in een globale context en dan mis ik het verhaal: kijken we wel voldoende naar de concurrentiepositie? Niet van één individueel land, maar van de hele Europese Unie in haar totaliteit. Dit is een goed begin. En verder aan het werk.

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Paul Tang (S&D). – Dank aan de rapporteurs en de voorzitter van de Bijzondere Commissie fiscale rulings. Er ligt een uitstekend verslag dat laat zien dat er een groot financieel, juridisch complex is ontstaan, dat grote bedrijven, de allerrijkste, in staat stelt om hun winsten weg te sluizen en hun vermogens te onttrekken aan de belastingdiensten. Daardoor is de eerlijkheid ver te zoeken. De ongelijkheden zijn heel erg groot. Het koffiehuis kan niet eerlijk concurreren met Starbucks. De gewone man of vrouw heeft niet de mogelijkheden die de allerrijksten hebben en dat tast de belastingmoraal aan. Ontwikkelingslanden hebben het nakijken. Zij zien de hard nodige belastingcenten verdwijnen over de grens. Dat zijn de slachtoffers.

Er zijn ook daders en die daders moet het verslag eigenlijk beter benoemen. De daders zijn de grote bedrijven die zeggen maatschappelijk verantwoord te ondernemen maar zonder moeite belastingconstructies in het leven laten roepen. De daders zijn ook de belastingadviseurs die de grote bedrijven adviseren of de belastingparadijzen die helpen om de winst te stallen of de vermogens te laten verdwijnen. En de daders zijn ook de lidstaten, hier in Europa, die een voorportaal zijn van die belastingparadijzen, ook lidstaten als Luxemburg en Nederland. Juist deze landen moeten het voortouw nemen. Ik ben het met Esther de Lange eens dat de Commissie nu een belangrijke rol te spelen heeft. Zij moet met initiatieven komen en de lidstaten aanmoedigen, want aan deze praktijken moet een einde komen. Laat dit verslag het begin van het einde zijn.

Frank Engel (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, je voudrais me rallier à tous ceux qui ont félicité les rapporteurs ainsi que le président de notre commission spéciale pour le travail des derniers mois, les uns en termes de rédaction, l'autre en termes de chefferie politique d'une commission dont la tâche n'était pas facile.

Nous avons maintenant un rapport qui nous dit, sur un nombre impressionnant de pages, ce qui ne va pas. Et cela ne va pas pour une très bonne raison. Cela ne va pas pour la bonne et simple raison que tous les États membres, et certains, dont le mien, plus que d'autres, mais également d'autres parties du monde participent à une compétition globale destinée à attirer les quartiers généraux des grandes entreprises. Ils s'adonnent à cette compétition par les moyens qu'ils trouvent justes et adéquats, moyens qui, hélas, ne correspondent pas toujours aux préceptes éthiques les plus élevés.

Monsieur le Président, comme nous nous apprêtons à prolonger notre travail de six mois, je voudrais savoir si M. le Commissaire ne pourrait pas concevoir que l'on étende à l'avenir le statut de ce que nous avons déjà, la société européenne, par une dimension fiscale, de façon à ce que l'Union européenne devienne un acteur dans cette compétition globale visant à attirer les quartiers généraux, en pratiquant un taux européen d'impôt sur les collectivités dans l'Union, qui accroisse de surcroît le budget de l'Union européenne en tant que ressource propre.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, cette commission existe parce que finalement les États membres ont laissé, trop longtemps, les multinationales les abuser et se servir d'eux pour organiser une concurrence qui sape les bases de notre contrat social. Nous sommes aujourd'hui à un moment où tous les États membres ont besoin de mettre fin à cette concurrence fiscale mortelle, qui interdit la solidarité intérieure et extérieure de s'exercer à un moment où nous en avons tant besoin.

Alors, je crois que le travail de cette commission est essentiel lorsque tout d'abord, il est dit que la base fiscale des multinationales doit être reconstruite. On me dit, ici ou là, que finalement les sommes qui échapperaient à l'impôt ne seraient pas aussi importantes que cela. C'est la raison pour laquelle nous insistons tant sur le caractère consolidé de cette base fiscale parce que sinon, il y a effectivement beaucoup qui nous échappe. Il faut protéger les lanceurs d'alerte, et enfin, il faut garder ce momentum d'une pression organisée par ce Parlement européen pour soutenir la Commission et inciter les États membres à enfin passer de la parole aux actes et à coopérer en matière fiscale pour empêcher les multinationales d'échapper à la justice fiscale.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). – Elnök Úr, egyrészt a nyilvánossá tett adócsalási, adóelkerülési gyakorlatok, a másik oldalról pedig az az igény, hogy igazságos adófizetés és teherviselés legyen, összehangoltabb munkára készítetett bennünket. És ez rendjén van így. Én is szeretnék csatlakozni azokhoz, akik megköszönték a jelentéstevőknek a munkáját, és köszönöm Elnök Úrnak is a munkáját! Nagyon fontos eredményre jutott ez a jelentés. Azt is mondhatom, hogy ami a jelentésben benne van, az úgy jó, ahogy abba belekerült. Ami viszont nincs benne, azt még van lehetőségünk beletenni, hogyha mélyebbre ásunk ebben a témában. Örülök annak, hogy egyértelművé tudtuk tenni azt, hogy a multinacionális vállalatoknak az adóterhelése nem lehet kisebb, mint a kkv-vállalatoknak az adóterhelése.

Örülök annak is, hogy egyértelművé tettük azt, hogy ott kell adót fizetni, ahol a jövedelmet megtermelik. Ha az eltitkolt jövedelmeknek a százmilliárdjaira gondolok, akkor azt kell mondjam, hogy jogos az igény ezen jövedelmeknek a feltárására. A vállalatok többségéről viszont nyugodtan jelentsük ki, hogy tisztességes adófizetők. Most viszont egy lépést tettünk annak érdekében, hogy még tisztességesebbek legyenek, és még több tisztességes adófizetőnk legyen. Nagyon fontos, hogy a munka vége felé úgy a multinacionális vállalatok, mint a tagállamok, sokkal nagyobb együttműködési készséget mutattak ezekkel a vállalatokkal. Jó hír lenne, hogyha ezt az együttműködési kört ki tudnánk globális szintre is terjeszteni.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D). – Señor Presidente, Señorías, de la Comisión TAXE han salido como conclusiones principales que en Europa muchas empresas pagan poco y pagan mal, y que, además, hay competencia entre los Estados. Han salido una serie de conclusiones muy importantes, yo diría que una hoja de ruta de largo recorrido. Ahora, la pregunta es: ¿Quién la va a poner en marcha? ¿Cuándo? ¿Cómo?

Y yo quiero advertir a este Parlamento, Señorías, de que muy probablemente va a haber grandes dificultades para llevar a la práctica las medidas de esta hoja de ruta, de este informe extraordinario elaborado por los ponentes, porque los Estados miembros no aceptan el trabajo de la Comisión ni aceptan tampoco el trabajo de este Parlamento porque reclaman que esta cuestión es soberanía nacional, reivindican que esta cuestión es competencia de los Estados y que es legítimo hacerse la competencia entre ellos.

Creo que esto es lo que tenemos que evitar y este Parlamento tiene que estar muy al tanto de lo que está ocurriendo para llevar a la práctica estas medidas.

Eva Kaili (S&D). – Mr President, this report is an important step forward, as it sets the legislative framework for sanctions against those who promote and implement unacceptable tax avoidance and tax planning practices, and also because it deprived all of us of the pretence that we did not know what was going on. A year ago, many were pretending that tax havens did not exist within the EU, so I guess it was difficult to believe how easily they who demanded the increased competitiveness of the countries of Southern Europe are actually the ones who undermined the competitiveness of the EU with their well-hidden fiscal practices. Now we know that we have to do something, and we know what to do: we have the road map to do it. It is paramount to keep pushing for more transparency and more tangible results, especially in the workings of the Code of Conduct Group, the willingness of which to cooperate remains questionable. So it is not addressed enough in this report, but we expect the Council to stop sabotaging the work of the European Parliament and the Commission on taxation issues. The momentum is already accelerating for a more transparent fiscal environment in the EU, and we must assure those who put resistance and obstacles in our way that there is no way to stop us.

Procedura „catch the eye”

Ivana Maletić (PPE). – Gospodine predsjedniče, pozdravljam povjerenika, ne tražimo jedinstvenu poreznu politiku na razini Europske unije, ali države bi morale zadovoljiti minimalne zahtjeve jasnog utvrđivanja poreznih pravila koja moraju biti jednostavna, dostupna svima i pravedna.

Borba protiv poreznih prijevara i utaja poreza mora biti dio naših zajedničkih napora u jačanju jedinstvenog tržišta. Važan korak je inzistiranje na transparentnim i dobro definiranim poreznim pravilima koja nisu podložna brojnim dodatnim tumačenjima zbog različitih izuzeća i odstupanja od općeg pravila. Porezno natjecanje ne smije biti porezni rat jer od njega nikada koristi neće imati građani.

Zato podržavam rad Odbora za poreze i smatram da je važno nastaviti slati poruke iz Europskog parlamenta o tome koliko je bitno pošteno tržišno natjecanje te da je pravedna porezna politika jedan od njegovih ključnih elemenata.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, con mia interrogazione del novembre 2014 ho segnalato che la mancata armonizzazione fiscale tra gli Stati membri comporta fenomeni di concorrenza e dumping fiscali che alterano pesantemente la competizione economica ed il corretto funzionamento del mercato unico.

La risposta della Commissione ha evidenziato i problemi creati dalla coesistenza di 28 diversi regimi di tassazione delle società e la difficoltà di un'armonizzazione della base imponibile per l'imposta societaria. Lo scandalo LuxLeaks ha poi messo in evidenza la mancanza di consapevolezza sulle intese segrete di 300 società multinazionali ma, con ogni evidenza, il dato è strutturale e riferibile proprio agli Stati membri e alla mancanza di armonizzazione.

A queste e a molte altre istanze, risponde la proposta di direttiva e la relazione, alla quale mi associo, consapevole della necessità di eliminare al più presto le asimmetrie tra i sistemi fiscali e migliorare la cooperazione all'interno dell'Unione europea, posto che queste criticità gravano sugli altri contribuenti, cioè le PMI e i cittadini. È necessario ristabilire fiducia anche in materia fiscale, se vogliamo potere operare in un mercato unico veramente integrato e competitivo.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, borba protiv utaje poreza plemenit je cilj jer bi dozvoljavanje takve prakse bilo nepravedno i diskriminirajuće prema onima koji posluju savjesno i sukladno zakonima i pravilima. No ne mogu podržati izvješće koje pod okriljem te borbe promiče represivni porezni sustav i uvođenje zajedničke konsolidirane osnovice poreza za cijelu Europsku uniju. Ovakve inicijative, kao da žele kazniti one države članice koje su uvođenjem poticajne porezne politike postale konkurentnije i tako preotele dio prihoda onima koje su gušile poduzetništvo. Smatram da takvu praksu ne treba kažnjavati nego nagrađivati i tako poticati sve članice da smanjenjem poreza i administrativnih barijera postanu konkurentnije i primamljivije za ulagače i poduzetnike.

Izbjegavanje plaćanja poreza nećemo smanjiti daljnjim gušenjem poduzetnika, povećanjem ovlasti poreznih uprava ili kažnjavanjem poreznih savjetnika, korporacija, nego isključivo razumnijom i stimulativnijom poreznom politikom.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, η έκθεση που συζητούμε σήμερα αποκαλύπτει τον παραλογισμό της οικοδόμησης ενιαίας αγοράς κεφαλαίων, εμπορευμάτων και υπηρεσιών μεταξύ των κρατών μελών της Ευρωπαϊκής Ένωσης χωρίς να υπάρχει ενιαίο φορολογικό καθεστώς. Το αποτέλεσμα είναι ότι δημιουργείται διακρατικός ανταγωνισμός για την προσέλκυση επιχειρήσεων με κίνητρο χαμηλότερους φορολογικούς συντελεστές και συγκαλυμμένες φοροαπαλλαγές. Εξάλλου, οι μεγάλες πολυεθνικές επιχειρήσεις επωφελούνται από την εγγενή δυνατότητά τους για υπερτιμολογήσεις ή υποτιμολογήσεις στις ενδοομιλικές συναλλαγές και εκμεταλλεύονται τα εθνικά προτιμησιακά καθεστώτα για να αποφεύγουν την καταβολή φόρων με νομιμότητα.

Όλα αυτά καταλήγουν σε σχεδόν μηδενικούς πραγματικούς φορολογικούς συντελεστές για το πολυεθνικό κεφάλαιο και σε επίρριψη των φορολογικών βαρών στους απλούς πολίτες και τις μικρομεσαίες επιχειρήσεις. Χρειαζόμαστε ομοιόμορφους φορολογικούς κανόνες και εφαρμογή τους στην πράξη, αν θέλουμε μία Ευρώπη που να προάγει την ευημερία των λαών της και όχι την ασυδοσία του μεγάλου κεφαλαίου.

Ernest Maragall (Verts/ALE). – Señor Presidente, el informe Ferreira-Theurer de la Comisión Especial TAXE es el mejor argumento en favor de lo que puede resultar de una comisión de investigación, tal como fue propuesto por el Grupo Verts/ALE: una experiencia cargada de lecciones positivas y de constataciones decepcionantes.

Lo sorprendente no es comprobar cómo las multinacionales desvían sus beneficios allí donde pueden pagar menos impuestos, sino descubrir la necesaria complicidad de algunos Estados miembros y comprobar cómo la Comisión protege a unos y otros, impidiendo a este Parlamento el acceso a documentos que los comprometan.

Hablábamos de que la cifra que las multinacionales dejan de aportar a las arcas públicas es una cifra cercana al propio presupuesto de la Unión, un disparate que solo podremos atajar si los Estados de la Unión dejan de competir deslealmente entre ellos, esto es, si avanzamos en la armonización de nuestros sistemas fiscales; de hecho, si convertimos en tributación europea la relativa a los beneficios de aquellas empresas que más se benefician precisamente del mercado único, es decir, de aquellas que operan en todos los Estados que lo conforman: para empezar, la tributación del negocio digital, un caso en el que el concepto de pagar impuestos donde se generen los beneficios solo se corresponde con el conjunto de la Unión.

Marco Valli (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, fondamentalmente sono d'accordo con molto di quanto scritto in questa relazione. Il problema fondamentale ora è: dov'è la volontà politica? Dov'è il Consiglio europeo? Dov'è la rappresentanza del Lussemburgo, uno dei paesi al centro di questa inchiesta e quello che l'ha fatta anche scaturire.

Noi ci troviamo adesso con Juncker che è il Presidente di questa Commissione e un membro dell'Eurogruppo che rappresenta un altro Stato che tutela gli interessi forti da anni. Ma qua dov'è rappresentata la democrazia? Le persone vorrebbero un'Europa rappresentata in modo democratico e che appunto l'Europa curasse gli interessi di questi cittadini.

La maggior parte dei cittadini europei ha piccole imprese e le piccole imprese chiudono perché pagano troppe tasse. Le grandi multinazionali non pagano le tasse, come abbiamo visto, e siamo rappresentati dai difensori di questo sistema.

Tale è appunto l'ipocrisia di quest'Europa che noi stiamo cercando di combattere in tutti i modi. E per quanto questo Parlamento si possa spendere per produrre dei buoni testi, la volontà politica è molto scarsa.

(L'oratore accetta di rispondere a una domanda «cartellino blu» (articolo 162, paragrafo 8, del regolamento)).

Frank Engel (PPE), Domanda «cartellino blu». – Signor Presidente, non è una domanda ma anch'io mi sono chiesto perché non era qui la Presidenza lussemburghese. Mi è stato assicurato che il Parlamento europeo aveva deciso di non invitarla. Ciò mi pare estremamente strano ma volevo condividere questa informazione con lei.

Marco Valli (EFDD), Risposta a una domanda «cartellino blu». – Non è propriamente una domanda, però è fondamentale che la Presidenza lussemburghese sia rappresentata in questa sede perché, ripeto, è scaturito tutto dallo scandalo LuxLeaks e da lì abbiamo deciso di istituire questa commissione.

All'inizio doveva trattarsi di una commissione con poteri ispettivi; in verità, è stata depauperata con una commissione senza questi poteri. Senza la rappresentanza lussemburghese e senza la volontà politica di questo Paese e di paesi come l'Olanda o l'Irlanda – o quant'altri – sarà impossibile portare avanti qualcosa di concreto, per quanto il Parlamento si spenda in questa direzione.

Barbara Kappel (ENF). – Herr Präsident, Herr Kommissar! Der TAXE-Sonderausschuss hat nicht nur jede Menge schädliche Steuerpraxis in Europa aufgezeigt. Konzerne wie Facebook und Apple wurden heute genannt, Starbucks und Fiat wurden verurteilt von der Europäischen Kommission, weitere Verfahren sind anhängig. Nein, das war nicht alles. Der Ausschuss hat eine Studie initiiert, die in der Folge vom Europäischen Parlament in Auftrag gegeben wurde, aus der hervorging, dass den Mitgliedstaaten der Europäischen Union jährlich bis zu 190 Milliarden Euro durch Gewinnverlagerungen, steuerliche Sonderregelungen, ineffiziente Steuererhebung und ähnliche Praktiken abhanden kommen – Mittel, die den Haushalten der Nationalstaaten bei der Haushaltskonsolidierung fehlen.

Angesicht des großen Volumens des Steuerausfalls und angesichts der großen Steuerungerechtigkeit – bitte rufen Sie sich in Erinnerung, dass der durchschnittliche Körperschaftsteuersatz in der Europäischen Union 23,5 % ist und diese Konzerne oft weniger als 1 % bezahlt haben – hat die Bekämpfung der aggressiven Steuerplanung einen neuen Stellenwert in der Europäischen Union bekommen. Das Mandat dieses Ausschusses wurde verlängert. Das ist gut so. Der Ausschuss und die Vorschläge müssen für mehr Steuergerechtigkeit und mehr Transparenz im Steuerwesen sorgen.

Romana Tomc (PPE). – Budno sem spremljala dogajanje v tem odboru, sem tudi sopodpisnica predlogov sprememb.

Kot že mnogi do sedaj bi tudi jaz rada jasno povedala, da je potrebno več politične volje, da obsodimo ravnanje držav članic, ki niso sodelovale z odborom. To sodelovanje je ključno. Vendar če ga ne spoštujejo korporacije, kako naj pričakujemo, da ga bodo spoštovale države članice?

Rada bi poudarila tri pomembne točke, za katere menim, da jih je treba vedno ponavljati. Prvič, davki naj se plačujejo tam, kjer nastaja ekonomska aktivnost in kjer nastaja dodana vrednost. Drugič, harmonizacija davčnih osnov je nujna. Ker med državami članicami obstajajo razlike v teh osnovah, to podjetja izkoriščajo. In tretjič, narediti moramo vse, da z dodatnimi ukrepi ne bomo še bolj obremenili podjetij z birokracijo, posebej ne malih in srednjih.

Ana Gomes (S&D). – Senhor Presidente, o relatório Ferreira-Theurer resulta da crucial investigação desenvolvida pela Comissão TAXE para levantar o véu da opacidade em que as multinacionais operam na União Europeia e no mundo, pagando cada vez menos impostos, enquanto se sobrecarregam cidadãos e PME, e os governantes capturados alegam não haver dinheiro para o Estado social, nem para investir na economia e na criação de emprego.

Os dados de Portugal são acabrunhantes nesta matéria, não apenas para os governos portugueses, mas também para as instituições que integraram a *troica*. Agora, os nossos governos continuam a perseguir *whistle-blowers*, que deveriam ser protegidos, e continuam a limitar a transparência dos acordos fiscais e de isenções, benefícios e outras práticas fiscais imorais e injustas para manter o *dumping* fiscal em que embarcaram.

Este Parlamento não deve aceitar em codecisão um acordo que não obrigue as empresas a publicarem os seus relatórios de contas país por país, como já fazem os bancos, sem prejuízos. A Comissão TAXE tem de continuar a investigar, pela transparência, pelo escrutínio da política fiscal das multinacionais e pelo fim da escandalosa cumplicidade de governantes europeus contra os interesses dos cidadãos e da União.

Νότης Μαριιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, τα περισσότερα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης πλήττονται από τη φοροδιαφυγή και τη φοροαποφυγή και κύριοι πρωταγωνιστές σε αυτού του είδους τις πρακτικές έχουν αποδειχθεί οι πολυεθνικές επιχειρήσεις. Ειδικότερα η φοροαποφυγή από πολυεθνικές έχει ως αποτέλεσμα μηδενικά φορολογικά έσοδα για τα κέρδη που έχουν σε ευρωπαϊκές δικαιοδοσίες και διάβρωση της εθνικής φορολογικής βάσης. Επιπλέον, οι εταιρείες αυτές μέσω των ενδοομιλικών συναλλαγών αποφεύγουν την καταβολή φόρων για τα κέρδη τους δημιουργώντας έτσι κοινωνικές ανισότητες και επηρεάζοντας αρνητικά τους προϋπολογισμούς των κρατών.

Ωστόσο απέναντι στις φορολογικές αποφάσεις τύπου tax ruling καλούνται όλα τα κράτη μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης να λάβουν μέτρα, προκειμένου οι πολυεθνικές να πάψουν να στρέφονται σε φορολογικούς παραδείσους και να φοροαποφεύγουν στην Ολλανδία ή στο Λουξεμβούργο, όπως έγινε γνωστό μέσω των luxleaks.

Τέλος θα πρέπει τα κέρδη των πολυεθνικών να φορολογούνται εκεί όπου πραγματοποιούνται.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem byl velmi šokován rozsahem skandálu Luxleaks a musím říci, že byl ten rozsah pro mě tak překvapivý, že jsem zvažoval sám podpoření ustanovení tohoto výboru. Obdivuji své kolegy ze své politické skupiny, kteří našli tu odvahu i proti mínění třeba i většiny mé politické skupiny to udělat. Nicméně ty závěry, které výbor učinil, jsou velmi podnětné a já si myslím, že v tomto případě jde skutečně o to, abychom zabránili daňovému dumpingu. De facto nekalé daňové soutěži, protože to je to, co ohrožuje Evropu daleko více než jednotný daňový systém. Já nejsem pro jednotný daňový systém. A musím říci, že nejsem ještě ani přesvědčen, že by měl být společný daňový základ ustanoven na úrovni evropského práva.

Na druhou stranu není možné, abychom nadále tolerovali praktiky, které zvýhodní skutečně jenom nadnárodní koncerny, a v tomto smyslu já budu rozhodně podporovat zprávu výboru, která zde byla předložena.

(Încheierea procedurii „catch the eye”)

Pierre Moscovici, Member of the Commission. – Mr President, thank you very much for this high-quality debate. I would like to show – of course, with the normal differences between Groups and MEPs – consensus on the objectives that we want to obtain together.

A few comments on this debate. Firstly, tax evasion and avoidance cannot be tolerated any more. Tax fairness is supported by all political Groups, and for that you will have the full support of the Commission. Secondly, we need to build a tax system for the 20th century. That is exactly what we want to do together. Thirdly, implementation by Member States needs to be ensured, not only within the EU – that is about tax rulings – but also more widely, and globally, at the level of the G20 at least, on the automatic exchange of information. Of course, I will advocate for the fast adoption of the CCCTB – and I mention the three Cs and not just the two. There, we must pursue a level playing-field, reduce complexities for our companies and eliminate aggressive tax practices. Fourthly, on the EU action on BEPs: yes, I want the EU to be in the leadership. I fully support the remarks made here for an EU which is law-compliant and your concern with preventing 28 different approaches. We need to have only one common approach. Fifthly, on a country-by-country report: yes, we will have a complete impact assessment. I want this to be public, of course, but at the same time the Commission will also think about protecting EU businesses' competitiveness, as called for by several Member States.

Everything must be looked at. But again, this is not against my personal preference, which is well known. When we talk about publicity, there is 'public' in it, and we must do as much as possible in that field. Sixthly, on access to documents: the Commission has already given access to 350 working documents of the code of conduct since 1998. By virtue of the inter-institutional agreement between Parliament and the Commission of 2010, we need to have the formal agreement of Member States in order to share more. I did all that I could, and I am very willing to cooperate even more. We discussed that with the President of the committee, and you may be sure that the Commission is not a reluctant part of it. But of course I understand your concerns, and I will try to find an even better solution.

On the extension of taxes mandate, the Commission has already cooperated with the committee so far and will continue to do so. The committee's political pressure is of high importance to achieve progress, and I see that positively, not as a constraint or as criticism (criticism is part of democracy) but really as positive pressure.

Seventhly, on an external dimension towards third countries and a definition of tax haven: the Commission is looking into this in the framework of its June planned follow-up. I said in what spirit I would advance on that, and we all agree on that.

Eighthly, unfair tax competition is to the detriment of all, except certain multinationals. Tax competition, as mentioned, should not lead to tax war. Many of you said that, and I fully share that view. Ninthly, and lastly, improved dispute resolution mechanisms following the June action plan. We have started to work on that, and we will continue to do that together.

I would like to finish by once again congratulating the TAXE committee for the work that has already been done. I look forward to further cooperation with Parliament and to bringing forward our agenda for a fairer, more transparent and more efficient tax system for Europe's citizens and businesses. We, on our side, will continue our work with determination, conviction and ambition.

Mais une dernière réflexion, peut-être, après vous avoir tous écouté. J'ai eu la chance, dans ma vie politique, de siéger dans les trois institutions. J'ai été membre de ce Parlement pendant six ans, y compris vice-président du Parlement. J'ai été au Conseil pendant sept ans, y compris deux ans dans le conseil ECOFIN et maintenant je suis à la Commission. Je connais par cœur les jeux de rôles qui peuvent nous regrouper ou nous séparer: je ne confonds pas le Parlement, la Commission et le Conseil, chacun est à sa place.

Mais si nous voulons avancer sur ces sujets délicats, pour le bien-être de nos citoyens, ne nous opposons pas les uns aux autres. C'est vain et il n'y a pas, dans cette affaire, les bons et les méchants. C'est seulement si la Commission prend des initiatives fortes, c'est seulement si le Parlement met en place des pressions fortes et intelligentes que les États membres – qui ont le pouvoir de décider en la matière – lèveront eux aussi certains blocages. Et donc par tempérament, sans doute, mais aussi par expérience, je vous invite davantage à la coopération qu'à la confrontation, une coopération qui peut être virile ou qui peut être forte, pardon je ne veux pas apparaître sexiste, et qui est la condition pour faire avancer la cause que nous défendons tous ensemble.

Elisa Ferreira, relatora. – Senhor Presidente, Senhor Comissário, Caros Colegas, precisamos de um amplo apoio para que este Parlamento consiga ter peso político suficiente para vencer os hábitos e os interesses instalados em matéria de fiscalidade.

Para terminar, quero agradecer a um conjunto de pessoas e a um conjunto de entidades: em primeiro lugar, ao Presidente da Comissão Especial TAXE, o Deputado Lamassoure, que soube sempre usar de uma grande diplomacia, de uma grande elegância, mas nunca perdeu o rumo certo; quero agradecer ao meu colega Michael Theurer pelo facto de termos conseguido, em conjunto, convergir no diagnóstico dos problemas e também nas soluções; quero agradecer aos relatores-sombra e aos membros da Comissão TAXE; e quero agradecer também, em particular, a todos quantos vieram aqui dar o seu testemunho sobre a concorrência fiscal em matéria europeia, sobretudo jornalistas, lançadores de alerta — que correram riscos muito particulares — e ao consórcio internacional de jornalistas, que lançou o Luxleaks, sem os quais provavelmente não teríamos tido toda esta atividade e todo este debate; e, por último, aos nossos secretariados pessoais e ao secretariado da Comissão TAXE, que foram inexcedíveis a apoiar os membros deste parlamento.

Em relação à Comissão, a Comissão pode contar com um Parlamento muito exigente, mas também com um Parlamento capaz de apoiar neste combate que nos interessa a todos. E termino dizendo que evidentemente o Parlamento não se conforma com ausência de elementos sobre os quais ainda esta semana provavelmente, espero, tomaremos decisões: para continuar a saber mais, a investigar mais, não unicamente para saber, mas para com essa informação evitarmos que os bloqueios que, no passado, impediram o progresso se mantenham no futuro em relação à agenda que amanhã aprovaremos, espero, por uma larga maioria. A todos muito obrigada, mas penso que estamos, de facto, a fazer história em matéria europeia.

Michael Theurer, Berichterstatter. – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich ebenfalls herzlich bedanken: zunächst einmal bei der Ko-Berichterstatterin Elisa Ferreira. Ein liberaler Verfasser, eine sozialdemokratische Verfasserin haben einen Text vorgelegt, der eine gute Grundlage war für die Beratungen mit den Schattenberichterstattern der anderen Fraktionen.

Wir danken den Anregungen, die auch heute in der Debatte deutlich geworden sind. Ja, wir brauchen einen besseren Schutz der Whistleblower. Das war mit der bewegendste Moment, als die armen Menschen bei uns im Ausschuss waren, die persönliche Nachteile dafür erleiden müssen, dass sie das Gemeinwohl hier vertreten haben. Das muss in Zukunft anders werden.

Auch ein einfacheres Steuersystem, wie es die OECD empfiehlt – mit niedrigen Sätzen –, ist im Bericht enthalten, auch die verbindliche Umsetzung der OECD-Empfehlungen. Es stimmt ja nicht, dass das Europäische Parlament oder die Kommission die Mitgliedstaaten daran gehindert hätte, die Steuervermeidung zu bekämpfen. Nein, die Mitgliedstaaten waren in der Vergangenheit nicht in der Lage, es alleine zu lösen. Deshalb brauchen wir eine europäische Lösung. Auch die Streitbeilegung ist vorgeschlagen. Das sind alles richtige und wichtige Vorschläge.

Wir brauchen allerdings mehr Zeit. Die Anhörung der Konzerne kam zu spät – zu wenig Zeit dafür. Auch das Befragungsverfahren ist falsch. Wir sollten das Hearing-Verfahren machen wie bei den Kommissarsanhörungen. Auch die Dokumente sind unvollständig, und keine volle Akteneinsicht war möglich. Drei Stunden für 800 Seiten, viele davon geschwärzt. Das ist keine Arbeitsweise, das sollte sich das Parlament nicht gefallen lassen.

Wir sind direkt gewählt, wir müssen die demokratische Kontrolle vornehmen. Die Bürgerinnen und Bürger waren nach den Enthüllungen der LuxLeaks-Affäre beunruhigt, und sie erwarten Aufklärung von diesem Parlament. Hier sollten wir zusammenstehen. Gemeinsam können wir etwas bewegen, und deshalb hoffe ich, dass wir morgen auch eine breite, eine fraktionsübergreifende Mehrheit für unseren Bericht bekommen, damit wir dann mit einem starken Signal hinausgehen und sagen können: Mitgliedstaaten, ihr seid jetzt aufgerufen, lasst uns einen fairen Steuerwettbewerb in Europa machen! Lasst uns Steuerdumping endgültig abschaffen!

Președinte. – Dezbaterăa a fost încheiată.

Votul va avea loc miercuri, 25 noiembrie 2015.

Declarații scrise (articolul 162)

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Τονίζουμε τη ξεκάθαρη θέση μας ότι είμαστε αντίθετοι στη φοροδιαφυγή και φοροαποφυγή από όπου και αν πραγματοποιούνται αυτές οι απαράδεκτες πράξεις, που είναι απόλυτα καταδικαστές. Επίσης, και οι αθέμιτες και παράνομες φορολογικές πρακτικές είναι κολάσιμες και δεν πρέπει να τύχουν της ανοχής κανενός.

Όμως, αυτό σε καμία περίπτωση δεν δικαιολογεί να υπάρξει ισοπέδωση σε όλα τα φορολογικά ζητήματα που τελικά πιθανώς θα δημιουργήσουν αδικίες και προβλήματα, ακόμη και στρεβλώσεις και ζημιές σε βάρος συγκεκριμένων κρατών.

Χαρακτηριστική περίπτωση, η προσπάθεια ισοπέδωσης των φορολογικών ζητημάτων και ιδιαίτερα του φόρου εταιρειών. Μέχρι σήμερα ίσχυε το αυτονόητο, δηλαδή κάθε χώρα έχει την δυνατότητα να καθορίζει τους δικούς της συντελεστές φορολογίας για το φόρο εταιρειών, το ΦΠΑ καθώς και τους φόρους κατανάλωσης.

Έτσι θεωρούμε αδιαπραγμάτευτο το να παραμείνουν οι πολιτικές φορολόγησης στα κράτη μέλη, τα οποία θα έχουν την ευχέρεια να καθορίζουν τις φορολογικές τους πολιτικές και να διαχειρίζονται τα της οικονομίας τους. Δεν μπορεί, επ' ονόματι τάχατες της εξυγίανσης των φορολογικών θεμάτων, να υπονομευθούν συγκεκριμένα κράτη και να τους αφαιρεθεί το βασικό δικαίωμα της ελεύθερης οικονομίας να καθορίζουν δηλαδή τη φορολογική τους πολιτική.

Ian Hughton (Verts/ALE), *in writing*. – I welcome the recognition in this report of the fact that Member States remain fully competent to set their respective corporate tax rates. The report also points out that the current opacity in the international tax system allows MNCs to avoid taxes, circumvent national tax laws and shift their profits to the most favourable location for minimising the payment of tax. I am aware that there may be a need to restore the link between taxation and economic substance, and to ensure that taxes are paid in the countries where actual economic activity and value creation takes place. Our constituents should not be the ones to suffer from austerity policies while MNCs are able to avoid contributing to the Member States through fair taxation.

This report offers many constructive suggestions aimed at reducing the scope for blatant tax avoidance, but I cannot support amendments and paragraphs which seek to enhance the EU's role over Member States' tax policies and rates. I recognise the potential benefits which could arise from increased transparency and the sharing of information between Member States but I remain of the view that the Member States should continue to exercise full competence in this field.

Evelyn Regner (S&D), *schriftlich*. — Der TAXE-Ausschuss hat einen sehr guten Bericht vorgelegt und effektive Maßnahmen vorgeschlagen, wie der Steuerwettbewerb fairer gestaltet werden kann, damit nicht weiterhin Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und KMU die Steuerlast in der EU größtenteils tragen müssen. Unsere Forderungen beinhalten eine gemeinsame harmonisierte Körperschaftssteuerbasis, die öffentliche Berichtspflicht, automatischen Informationsaustausch – und zwar wie wir sie erst kürzlich hier im Europäischen Parlament in der Aktionsrichtlinie angenommen haben und nicht die „light Version“ des ECOFIN – sowie eine verbindliche Verankerung der OECD-Empfehlungen zu BEPS. Wir dürfen nicht mehr zusehen, dass Gewinne die Europäische Union verlassen, ohne versteuert zu werden. Hier müssen die Mitgliedstaaten an einem Strang ziehen und die genannten Forderungen auch umsetzen. Nur dadurch kann dem staatlich organisierten Steuerdumping ein Ende gesetzt werden! Gewinne müssen dort besteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden.

Auch wenn der vorliegende Bericht sehr gute Elemente enthält, so ist die Aufgabe des Ausschusses noch nicht beendet. Es gibt noch viele offene Fragen, viele Dokumente und Protokolle von Sitzungen, in die wir nicht Einsicht nehmen durften. Daher plädiere ich für die Verlängerung des Mandats des TAXE-Ausschusses.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE), *în scris*. – Este o rușine că astăzi, în Uniunea Europeană, unele state membre au refuzat să pună la dispoziția Comisiei speciale pentru impozite documentele cerute cu privire la scrisorile de confort fiscal acordate unor companii transnaționale.

În destule cazuri, prin astfel de scrisori de confort fiscal, s-a acordat companiilor transnaționale posibilitatea de a transfera profiturile din țările unde acestea se realizează și ar trebui impozitate în alte țări unde funcționează simple căsuțe poștale.

Aceste practici fiscale trebuie să înceteze neîntârziat, iar Consiliul, Comisia, Parlamentul European și statele membre poartă întreaga responsabilitate în fața cetățenilor pentru ca această încetare să se și întâmple.

11. Haushaltsverfahren 2016 — Gesamthaushaltsplan (Aussprache)

Președinte. – Următorul punct pe ordinea de zi este dezbaterea privind raportul lui José Manuel Fernandes și al lui Gérard Deprez, în numele Delegației Parlamentului European la comitetul de conciliere bugetară, referitor la proiectul comun de buget general al Uniunii Europene pentru exercițiul financiar 2016 aprobat de comitetul de conciliere în cadrul procedurii bugetare (11706/201514195/2015 — C8-0274/2015 - 2015/2132(BUD)) (A8-0333/2015).

Jean Arthuis, *président de la commission BUDG.* – Monsieur le Président, Madame la Vice-présidente, mes chers collègues, je me réjouis de l'accord auquel est parvenue la conciliation budgétaire et je tiens à exprimer ma satisfaction et ma gratitude à tous ceux qui ont conjugué leurs efforts pour y parvenir: la présidence du Conseil en la personne de Pierre Gramegna, ministre des finances du Grand-Duché, que je suis heureux de saluer, la Commission, en la personne de sa vice-présidente, Kristalina Georgieva, nos rapporteurs, José-Manuel Fernandes et Gérard Deprez, mais également Eider Gardiazábal Rubial et Jens Geier et, plus globalement, tous les membres de notre délégation.

Je crois pouvoir affirmer que, dans un contexte particulièrement contraint, le Parlement a bien rempli sa mission.

Nous avons voulu que ce budget soit au service de la croissance, au service de l'emploi, et qu'il réponde aux défis des migrations et de l'accueil des réfugiés, mais nous ne devons pas nous payer de mots. Verrouillé dans un cadre financier pluriannuel adopté en décembre 2013, notre budget nous laisse démunis dès que survient une crise majeure. Confrontés aux circonstances exceptionnelles, nous rêvons bien sûr de ressources exceptionnelles et mesurons aussi vite notre impécuniosité. Les subterfuges ne pourront plus longtemps masquer la réalité. Nombre d'annonces chercheront vainement le financement des moyens qu'elles appellent dans le budget que nous nous apprêtons à voter. C'est si vrai qu'il faut solliciter d'autres sources, notamment des contributions directes des États membres pour doter des *trust funds* destinés à l'Afrique et à la Syrie. Au surplus, s'agissant des paiements, épreuve de vérité pour tous nos engagements, l'apaisement actuel n'est que la conséquence de l'inertie et des reports dans le lancement des programmes. En d'autres termes, dès 2017, les factures impayées vont à nouveau s'amonceler sur le bureau de la Commission à des niveaux insoutenables. La situation est devenue cruciale. À ce stade, nous devons nous souvenir que l'accord du Parlement sur le cadre financier 2014-2020 n'a été consenti qu'à la condition d'une révision à mi-parcours, revue post-électorale. Je compte sur la Commission, qualifiée de «Commission de la dernière chance» selon les paroles de son président Jean-Claude Juncker. Oui, je compte sur la Commission pour nous soumettre un projet à la hauteur des enjeux que nous devons assumer, à la hauteur des missions que les États membres ont déjà confiées à l'Union européenne dans les traités européens, et de celles à venir.

Je reste confiant en exprimant le souhait que les deux branches de l'autorité budgétaire, le Conseil et le Parlement, puissent aborder ce rendez-vous avec gravité, lucidité et courage. Votre commission des budgets s'y prépare sous la houlette de nos collègues Isabelle Thomas et Yann Olbrycht. Bien sûr, je ne doute pas de l'aide experte que nous apportera la Commission. Puisse le Conseil manifester les mêmes dispositions d'esprit que celles qui ont prévalu lors de notre conciliation réussie. Soyez-en félicité, Monsieur le Ministre.

Mes chers collègues, au-delà du budget 2016, que je vous encourage à voter, préparons-nous à recadrer nos perspectives budgétaires pour convaincre les Européens que l'Union, à l'heure de la mondialisation, a l'ambition d'affirmer sa puissance et que notre devoir est de lui en donner les moyens.

José Manuel Fernandes, *relator.* – Senhor Presidente, queria saudar a Senhora Comissária, saudar também a Presidência do Conselho, o Ministro Pierre Gramegna, e cumprimentar todas as colegas e todos os colegas. Queria agradecer aos relatores, queria agradecer a Gérard Deprez a excelência do trabalho e também a Jens Geier, que é o relator permanente das agências, e felicitá-lo pelo trabalho e pelos resultados conseguidos, assim como a colega Eider Gardiazabal. Formamos uma equipa, acompanhados por todos os relatores-sombra, que também quero saudar. Quero também saudar todas as conselheiras, todos os conselheiros políticos, todos os grupos políticos, todos aqueles que participaram nesta negociação, o secretariado e obviamente saudar, de uma forma muito especial, a Presidência do Conselho e dizer que fez um trabalho competente. Acho que já não há unanimidade no Conselho em relação ao orçamento há muitos anos e, portanto, quero felicitar a Presidência do Conselho, bem como a Vice-Presidente da Comissão, a Comissária Georgieva. Penso que estamos todos de parabéns: temos um acordo que é positivo, que responde aos anseios, que responde aos desafios, que está de acordo com as prioridades que definimos e as prioridades do Parlamento.

Levámos até ao limite do possível este acordo. Utilizámos o instrumento de flexibilidade, 1 530 milhões de euros acima das margens, na sua totalidade e esgotámos a margem da rubrica 1-A, da rubrica 1-B, da rubrica 3 e da rubrica 4; enfim, esgotámos as margens para o crescimento, para o emprego, para a coesão social e territorial e também para a solidariedade interna e externa para ajudar a resolver a crise dos refugiados.

Se olharmos para o primeiro projeto orçamento, em relação às dotações de autorização, aumentamos em 2 800 milhões de euros essas dotações de autorização, reduzindo os cortes do Conselho. Também nas dotações de pagamento, se olharmos para o projeto de orçamento antes da carta retificativa n.º 1, são 2 151 milhões de pagamentos em dotações que também conseguimos. Podemos dizer que este é o orçamento do emprego e o orçamento da solidariedade.

Para além deste facto, é de realçar que conseguimos que a iniciativa Emprego Jovem se traduza numa prioridade das instituições e prossiga após uma avaliação que vai ser feita em 2016. Sobre a crise que afeta os agricultores, reforçamos em 500 milhões de euros o montante, também para fazer face a este problema. E, sobre o emprego, não nos esquecemos de reforçar o Horizonte 2020 para a inovação e investigação, o Cosme para as pequenas e médias empresas e o Erasmus + para a juventude. Sobre a migração e sobre refugiados, a vertente externa está bem presente: mobilizamos todos os instrumentos possíveis no sentido de resolver este problema internamente, mas também de atuar na origem, e este pacote, onde incluímos as agências, os instrumentos de cooperação e desenvolvimento, estou certo que trará também mais segurança para a União Europeia e ajudará os refugiados.

Gérard Deprez, rapporteur. – Monsieur le Président, Madame la Vice-présidente de la Commission, Monsieur le Président du Conseil, je commencerai moi aussi par les remerciements parce que j'ai peur de ne pas avoir le temps de le faire à la fin de mon intervention. Je remercierai d'abord mes collègues rapporteurs, à commencer par mon collègue et ami José Fernandes, qui a fait un remarquable travail, notre collègue Gardiazabal Rubial, et celui qui a eu sans doute le travail le plus ingrat, notre collègue Gahler pour les agences. Je remercierai aussi tous nos collaborateurs: ceux du secrétariat et des groupes politiques, ainsi que nos collaborateurs personnels pour le dur travail qu'ils ont fait. Je féliciterai Madame la Vice-présidente, en particulier, qui a réussi *cum laude* son premier vrai budget 2016, et la délégation de la Commission. Enfin, et en particulier, je féliciterai le président du Conseil, Pierre Gramegna, notre ami on peut le dire, pour sa parfaite connaissance des dossiers, sa sensibilité aux priorités et son remarquable esprit de conciliation. La réussite de la conciliation dans les délais lui doit beaucoup. Je partage bien évidemment tout ce qu'ont dit avant moi mes collègues, le président Jean Arthuis et le rapporteur général José Fernandes, et en tant que rapporteur pour les autres sections, je me limiterai à ce qui est de ma responsabilité, c'est-à-dire les autres sections et je commencerai par le budget du Parlement européen pour l'année 2016.

En premier lieu, je vous dirai, mes chers collègues, que c'est un budget rigoureux. Si l'on excepte en effet une dotation exceptionnelle de 15 000 euros pour améliorer la sécurité des bâtiments et la sécurité des systèmes informatiques, chose bien nécessaire aujourd'hui, vous en conviendrez, le budget du Parlement européen pour 2016 n'augmente que de 1,6 % par rapport à 2015.

En deuxième lieu, ce budget est d'autant plus rigoureux qu'il a été calculé sur la base d'une adaptation des salaires de 1,2 % alors qu'en vertu de l'application des dispositions de l'article 65 du statut, cette adaptation sera en réalité exactement le double de ce qui a servi de base à l'élaboration de nos propositions. Nous avons convenu en conciliation que cette adaptation, qui concerne toutes les institutions de l'Union, ne serait pas financée par des crédits supplémentaires, mais par des réductions de dépenses sur certains postes et des transferts internes. À titre d'exemple, pour le Parlement européen, cela représentera un effort supplémentaire, en 2016, de près de 10 millions d'euros.

Troisièmement, ce budget rigoureux, doublement rigoureux, devrais-je dire, est aussi un budget de réformes. Ces réformes concernent en tout premier lieu l'organisation d'un meilleur système d'encadrement et de contrôle des assistants locaux attachés aux parlementaires. De ce fait et par cette réforme, les dérives, sinon les véritables abus, auxquels le système actuellement en vigueur a donné lieu ne pourront plus se produire ou seront en tout cas plus rapidement détectés et mieux contrôlés. D'autres réformes portant notamment sur le régime des questions parlementaires sont actuellement à l'étude et seront prochainement mises en œuvre.

Quatrièmement, ce budget de réforme doublement rigoureux, comme je l'ai dit, est aussi, Monsieur le Président du Conseil, Madame la Vice-présidente, un budget de loyauté institutionnelle. Cette loyauté concerne tout particulièrement l'engagement du Parlement européen à réduire ses effectifs à concurrence de 5 %, comme l'ensemble des institutions, engagement qui a été pris dans le cadre de l'accord sur les perspectives financières 2014-2020. Le Parlement européen s'oblige, très précisément, à réaliser cette réduction d'ici 2019, selon un échéancier précis débutant en 2017 pour terminer l'opération en 2019. Je souligne toutefois, avec force, que le Parlement européen fera l'effort demandé en excluant les postes temporaires des groupes politiques du champ d'application de cette obligation de réduction. Les groupes politiques, leur capacité de travail, leur dynamisme, leur confrontation, leur capacité de compromis constituent l'essence même de la dynamique du Parlement européen. Diminuer la capacité d'action des groupes politiques, en dimin-

uant leurs effectifs, serait un mauvais calcul qui ne ferait que renforcer la bureaucratie et la technocratie souvent trop envahissantes, pour ne pas dire parfois arrogantes, de certaines institutions européennes. Pour les autres institutions, Cour des comptes, Comité des régions, Cour de justice etc., nous nous sommes alignés pour l'essentiel sur les propositions initiales de la Commission, qui nous semblaient adéquatement formulées. *In fine*, le Conseil, qui s'était initialement montré beaucoup plus restrictif, a accepté de rejoindre notre position. Un regret, toutefois, qui concerne – j'ai déjà eu l'occasion de le dire – la Cour de justice européenne. Nous avons certes obtenu, pour elle, la création de sept postes supplémentaires pour renforcer la sécurité dans le traitement des documents classifiés, ainsi que la sécurité des bâtiments, mais elle devra néanmoins supprimer vingt postes, ce qui affectera lourdement les services de support logistique et linguistique nécessaires à l'activité de la Cour, au moment même où l'on va doubler le nombre de juges.

En conclusion, vous aurez compris que si le budget 2016 n'est pas la nouvelle merveille du monde, c'est toutefois un bon budget de transition avant la nécessaire révision des perspectives financières l'année prochaine. Je vous avoue, en tout cas, que je suis soulagé d'en avoir terminé.

Pierre Gramegna, *président en exercice du Conseil*. – Monsieur le Président, honorables membres du Parlement européen, Madame la Vice- présidente de la Commission, Mesdames et Messieurs, c'est un grand honneur pour moi de représenter la présidence luxembourgeoise du Conseil aujourd'hui, ici, à l'Assemblée du Parlement européen pour cette discussion sur le budget 2016.

L'accord que les deux branches de l'autorité budgétaire, le Parlement européen et la présidence, ont réussi à conclure grâce aussi à l'aide de la Commission européenne, qui a joué un excellent rôle de honnête courtier, est un très bon résultat de fin de parcours pour tout le monde, pour toutes les institutions et, surtout, un très bon résultat pour l'Europe.

Je n'oublierai jamais la session de conciliation dans la soirée du 13 novembre où nous étions en train, grâce à l'esprit d'ouverture des uns et des autres, d'arriver à un compromis, de finaliser les derniers textes quand nous sont parvenues les nouvelles tragiques des assauts terroristes et des actes barbares qui ont été commis à Paris.

Nous avons d'un commun élan décidé de faire une minute de silence et je me rappelle des mots que j'ai prononcés et des mots qui ont été prononcés par le président, Jean Arthuis, en ce moment de grande tristesse et de deuil. La minute de silence, que nous avons partagée ensemble, a renforcé notre volonté d'aboutir, qui était d'ailleurs déjà très présente, et je crois que nous avons, par l'accord que nous avons réussi à trouver, prouvé l'unité, la solidarité et l'efficacité de l'Union européenne.

Permettez-moi de souligner l'efficacité puisque nous avons réussi à terminer quatre jours avant la fin de la période. Je crois que le mérite en revient beaucoup au président Jean Arthuis qui voulait mettre sur la table, autant que moi d'ailleurs, tout comme la commission, les propositions finales le plus vite possible. Cela nous a fait économiser du temps et de l'argent.

Je retiens de ce budget quelques chiffres: 155 milliards de crédits d'engagement; 153,89 milliards de crédits de paiement et puis quatre autres chiffres qui me paraissent fondamentaux et qui sont les points cardinaux de cet exercice.

Tout d'abord, nous avons doublé les montants à la disposition des réfugiés, qui passent de deux milliards dans le budget initial à quatre milliards d'euros pour des actions tant en interne pour les réfugiés qu'aux frontières, aux postes-frontières ou même dans les pays de provenance.

Deuxièmement, nous avons consacré 19 milliards à la croissance et à l'emploi, dont 18 milliards pour ce que je viens de nommer et puis un milliard, en particulier, pour l'action emploi-jeunes qui tient tant à cœur à tous autour de ces bancs.

Troisièmement, nous avons prévu les crédits nécessaires pour réduire les retards, le *backlog*, les arriérés de paiement qui passeront l'année prochaine de 17 milliards à 2 milliards, un chiffre effectivement extrêmement réduit.

Le quatrième montant que je voudrais citer ce sont les 800 millions de marge budgétaire que la prudence nous a incités à prévoir.

Je termine en disant que nous avons aussi eu la sagesse d'augmenter les crédits pour le fonds de sécurité intérieure; ce qui venait de se passer à Paris, en concomitance, nous prouvait que c'était la bonne direction.

Je m'arrête là, Monsieur le Président, je ferai les remerciements plutôt dans ma deuxième intervention.

Je voudrais simplement conclure en disant que ce budget tenait à trouver l'équilibre entre trois contraintes: la première, c'est bien sûr la croissance et les investissements d'un côté; la deuxième, les urgences et les priorités tout autour des réfugiés, ce qu'on pourrait appeler la solidarité; quant à la troisième, ce sont les contraintes budgétaires que nous avons tant au Parlement européen que dans la plupart des États membres de l'Union européenne. Il y a là une cohérence que je voulais souligner.

Kristalina Georgieva, Vice-President of the Commission. – Mr President, on behalf of the Commission I very much welcome the successful conclusion of the work of the Conciliation Committee for the 2016 budget and would like very sincerely to thank Parliament's delegation led by the Chair, Mr Arthuis, as well as Mr Fernandes and Mr Deprez, but also Ms Gardiazabal Rubial for the work on Amending Budget 2015, and Mr Geier for what he has done to have a very good decision in the end on agencies. It has been a privilege to work with the Luxembourg Presidency, with Minister Gramegna, who has contributed enormously to a spirit of conciliation rather than confrontation.

We have finished with a very strong sense of unity. Minister Gramegna reminded us of the sober setting in which negotiations were completed. But it was not only the fact that we faced the security concerns stemming from the Paris terror attack that was a determinant of how we worked. We face unprecedented humanitarian and refugee crises; the necessity – and, I would add, urgency – of supporting a fragile economic recovery in the European Union. We face market difficulties for many of our farmers and the debt crisis in Greece, and in that context we have come to a decision on the 2016 budget that is sound, focused on priorities and also makes use of the flexibility that has been built into the new multiannual financial framework (MFF), to a great degree thanks to Parliament.

Let me very quickly give a presentation of the key points of this budget. With regard to commitments: with the EUR 155 billion we are some EUR 101 million above what we had proposed from the Commission. I am stressing this fact: that we actually went slightly above the proposal. This is a 3.2 increase compared to 2015. The two main blocs in commitments are support for investment growth in jobs, including for youth employment, and addressing the refugee crisis, where we have tripled funds for the Asylum Migration and Integration Fund, increased by 15% funds for the Internal Security Fund and increased significantly, by 20%, humanitarian aid as well as funds for the Neighbourhood Instrument.

With regard to payments, it is very important to stress that we are working on implementing the payment plan agreed by the institutions and at the same time, directing the limited capacity for increase to where it matters the most. In terms of amounts, we have EUR 143.9 billion. This is an increase of 1.8% compared to the 2015 budget, and there we have an 11% increase for Heading 1a - Competitiveness for growth and jobs; a 57% increase for Heading 3 – Security and citizenship; and a 36% increase for Heading 4 – Global Europe. In other words, this is a budget where we walk our talk when we address priorities.

Let me stress that there is a very strong commitment on the side of the Commission to monitor implementation, use money wisely and any possibility that might arise during the year to direct to priorities as they emerge.

Finally, a word on margins. We have retained in this tight budget EUR 2.3 billion in commitments and EUR 1.9 billion in payments. Facing the uncertainties of tomorrow, we ought to have space to act.

Finally, I want to recognise the staff of the Directorate-General for the Budget (DG BUDG) and other Commission services, Parliament's staff who work on budgetary affairs, and also those who work on the budget in the Council. Thank you for all your hard work.

Paul Rübig, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident! Ich möchte mich bei der Kommissarin, aber auch beim Ratsvorsitz sehr herzlich dafür bedanken, dass die Verhandlungen sehr gut vorbereitet waren. Wir hatten natürlich unter dem Mehrjahresprogramm zu leiden mit der Reduzierung von Dienstposten um 5 % und einer allgemeinen Einsparung von 4 %, und es ist natürlich eine große Herausforderung, das bei den gestiegenen Anforderungen dementsprechend umzusetzen. Wir sind jetzt unter 1 % des europäischen Bruttoinlandsprodukts, wir sind jetzt bei 0,9 etliche. Also wir haben eigentlich in den letzten Jahren immer die Zahlungen dementsprechend reduziert, obwohl wir eine Finanzkrise hatten und teilweise noch immer haben, obwohl wir die Flüchtlingskrise neu bekommen haben, der Terror uns bei unseren Verhandlungen um Mitternacht sehr schwer beschäftigt hat und natürlich auch das Problem der Arbeitslosigkeit in Europa noch immer nicht gelöst ist.

Auf der anderen Seite hat es auch erfreuliche Dinge gegeben: Die neue Fraktion, die hier im Haus gebildet wurde und sich damit auch der europäischen Demokratie annähern kann und hier lernen kann, wie Demokratie zwischen 28 Mitgliedstaaten funktionieren kann, bekommt immerhin 43 neue Dienstposten, bekommt 3,5 Millionen. Ich hoffe, dass sich damit die Zusammenarbeit auch deutlich verbessern wird.

Ich glaube, dass es letztlich auch darum geht, dass wir sehen, dass zum Beispiel der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss die geringste Erhöhung von allen anderen Institutionen gehabt hat und der Europäische Gerichtshof am meisten. Ich sehe, dass hier die Schwerpunkte völlig richtig gelegt sind, und bedanke mich noch einmal bei den Berichterstattem für die wirklich exzellente Zusammenarbeit.

Eider Gardiazabal Rubial, en nombre del Grupo S&D. – Señor Presidente, Vicepresidenta Georgieva, Ministro Gramegna, en los últimos años las reuniones presupuestarias entre las tres instituciones se podían haber calificado de cualquier cosa menos de conciliación.

Pero he de decir que estas negociaciones han sido ejemplares y, por eso, me quiero unir a todos los agradecimientos que se han escuchado hoy aquí a la Comisión, a la Presidencia y, por supuesto, al resto de diputados al Parlamento Europeo, porque creo que hemos conseguido un buen acuerdo que pone recursos extraordinarios para atender a situaciones extraordinarias -como la crisis de refugiados-, pero que también sigue invirtiendo en políticas de investigación y desarrollo y que, además, atiende a nuestro sector agrícola y ganadero, tan afectado por el veto ruso o la crisis láctea.

Y, además de esto, hemos conseguido un compromiso para evaluar la Iniciativa de Empleo Juvenil y decidir juntos qué es lo que tenemos que hacer en los próximos meses, aunque también es verdad -y es una pena- que no hayamos podido incluir un incremento mayor de los pagos para 2016 ni tampoco un compromiso político de los Estados miembros para utilizar los ingresos extraordinarios y financiar su cuota parte de la Agenda Europea de Migración.

Aunque -como decía- es un buen acuerdo, creo que no podemos caer en la complacencia, porque en el futuro tenemos que abordar los problemas estructurales que tiene el presupuesto.

Y, si me permiten, una última reflexión porque -como decía el Ministro Gramegna- no puedo dejar de pensar que, durante la reunión del pasado viernes 13, mientras estábamos negociando, unos terroristas mataron a 130 personas en París. No fue fácil seguir trabajando en esas condiciones, pero lo hicimos porque ni sus bombas ni sus pistolas van a acabar nunca con nuestras ideas.

Bernd Kölmel, im Namen der ECR-Fraktion. – Herr Präsident! Im Budgetansatz sind nun nach den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss Verpflichtungsermächtigungen von 155 Milliarden Euro und Zahlungen von 144 Milliarden Euro vorgesehen. Die vom Rat vorgeschlagenen Kürzungen wurden dadurch vermieden.

Viele Kollegen der anderen Fraktionen sehen dieses Ergebnis als einen großen Erfolg an. Diese Einschätzung teile ich nicht. Zwar sieht der Entwurf vor, dass wir für die unübersehbare Migrations- und Flüchtlingskrise einen erhöhten Budgetansatz haben – und das ist einerseits richtig und wichtig. Noch wichtiger ist jedoch, dass wir für diesen Bereich endlich auch ein schlüssiges Konzept entwickeln, das die Mitgliedstaaten dann auch einhalten.

So sehen wir schlicht mehr Geld vor, ohne zu wissen, wie wir diese Probleme nachhaltig lösen können. Wir müssen daran arbeiten, dass wir den Menschen, die in Europa wohnen, helfen, aber auch denjenigen, die zu uns kommen wollen. Dafür brauchen wir ein Konzept. Nur mit Geld allein werden wir diese Probleme, werden wir diese Krise nicht lösen. Meine Partei hat hier ein umfassendes Konzept erarbeitet, und wir sollten auf dieser Basis an einer Lösung gemeinsam arbeiten.

Unabhängig davon ist es zu kurz gesprungen, wenn wir auf Krisen nur dadurch reagieren, dass wir mehr Geld wollen. Krisen sind auch ideale Zeitpunkte, um innezuhalten und um einen Haushalt zu überprüfen. Was hat sich bewährt, was hat sich eher nicht bewährt?

Nehmen wir mal die Kohäsionspolitik. Sie soll dazu führen, dass Regionen ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessern. Da müssen wir doch auch fragen: Hat sich dieses Ergebnis eingestellt? Und wenn wir am Beispiel von Griechenland sehen, dass das nicht der Fall ist, dann müssen wir daraus auch die richtigen Schlüsse ziehen, aber nicht die Haushaltslinien einfach immer so lassen, wie sie sind. Auf diese Art und Weise wird sich der Haushalt durch jede Krise erhöhen. Deshalb müssen wir hier gegensteuern, und das sieht man hier eindeutig: Der Euro schadet Europa, er eint Europa nicht, er spaltet es.

Nedzhmi Ali, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, first of all I would like to congratulate rapporteurs Fernandes and Deprez and Commissioner Georgieva for their contribution to achieving the political priorities of the 2016 budget. The EU budget for next year started with political guidance based on the three highest priorities: employment, enterprises and entrepreneurship. It is time to make the final assessment on whether the priorities have been followed correctly regarding the entire job done in the respective committees, plenary sessions and interinstitutional negotiations in the context of the existing economic situation and refugee crisis.

In the 2016 budget, the overall level of commitment appropriations is set at EUR 155 billion, and payment appropriations at almost EUR 143.9 billion. This does not completely match Parliament's position on the budget. Nevertheless, it is a step in the right direction, because we reversed some cuts made by the Council. Furthermore, in implementation of the political priorities, we have achieved a budget that is even better in comparison with the draft proposed by the Commission. The increased appropriations and the mobilised EUR 1.5 billion within the flexibility instrument ensure more funding for migration, humanitarian aid, Horizon 2020, small and medium enterprises and Erasmus+. The Youth Employment initiative will be kept on as a high and shared political priority. We should continue to work in order to phase out the backlog of outstanding payment claims, and on the upcoming mid-term review of the MFF. A serious debate for the full introduction of performance-based budgeting should be linked to the prevention of the subjective financial programme cuts in the Member States.

Younous Omarjee, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, Madame la Vice-présidente, Monsieur le Ministre, par rapport aux propositions initiales du Conseil, l'objectivité oblige à dire que la conciliation du Parlement a permis d'obtenir un certain nombre d'avancées. C'est le maintien des budgets pour Erasmus, des budgets pour les programmes concernant la recherche, ainsi que la création d'un dispositif permettant aux agriculteurs de faire face à l'embargo russe.

Mais cela étant dit, nous voyons combien, à présent, le cadre contraint du CFP pèse considérablement lorsqu'il s'agit de se doter d'un budget qui permette de faire face aux défis qui se présentent à nous. Et c'est ainsi que l'IEJ va se trouver stoppée dans sa montée en puissance. De même que nous savons que le problème des impayés n'est pas réglé, qu'il est devant nous et qu'il se posera avec encore plus de gravité, comme l'a dit le président Arthuis, à partir de 2017.

Cela veut dire que nous devons, au moment de la révision à mi-parcours, avoir ce débat sur les ressources propres et le débat sur la taxe sur les transactions financières, qui est le seul moyen pour doter l'Union européenne d'un véritable budget qui permette de faire face aux nouveaux défis.

Ernest Maragall, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor Presidente, felicidades y agradecimientos, desde luego, pero déjeme decir claro: es un presupuesto todavía muy lejano del óptimo, tanto por el lado de los ingresos, insuficientes y aún dependientes en demasía de las contribuciones de los Estados, como por el de los gastos, donde el reparto entre Estados predomina aún frente a la política propiamente europea.

¿Por qué, pues, he pedido el voto afirmativo en nuestro grupo? Porque todos ustedes —ponentes, señora Georgieva, señor Gramegna— han trabajado bien; porque recoge algunas de las principales reivindicaciones de este Parlamento; porque apura casi todos los márgenes disponibles; porque es el primer presupuesto de la nueva Comisión, y ni la Comisión ni el Parlamento son responsables del estrecho margen que permite el marco financiero actual.

Registramos algunas buenas noticias: la recuperación de fondos para H2020, COSME y Erasmus; la aportación a la cooperación internacional en la rúbrica 4; el esfuerzo visible, pero me temo que aún insuficiente, en los programas para la cuestión de los refugiados; con dos incógnitas que debemos seguir atentamente: el compromiso político contraído para otorgar la máxima atención a la Iniciativa de Empleo Juvenil y el compromiso para evitar que se reproduzca el inmenso volumen de pagos atrasados.

Este presupuesto nos permite acercarnos mejor a los dos horizontes que tenemos planteados para trabajar a fondo en una nueva lógica presupuestaria para la Unión Europea: la revisión del marco financiero plurianual y el informe del grupo de trabajo que nos aportará resultados en torno al concepto de «recursos propios», concepto que hoy aparece todavía como un sarcasmo si lo consideramos desde el punto de vista europeo.

Debemos abordar estos escenarios con tres objetivos: contar con ingresos provenientes en su mayor parte de los auténticos recursos propios —«*No taxation without representation*»—; pasar de los programas a las políticas con un presupuesto de gasto en el que el interés general predomine frente al reparto; y acercarnos a un importe global proporcionado a los retos que realmente afrontamos: conflictos abiertos, migraciones, cambio climático, envejecimiento, desigualdades sociales y una democracia cada día más en peligro.

Jonathan Arnott, on behalf of the EFDD Group. – Mr President, this latest budget builds upon the work which went before it, carefully and methodically laying more paving slabs. The problem is that it is the road to hell which is being paved.

I could respond in one of two ways to the current proposal. I could tinker around the edges and talk about space programmes or ridiculous political propaganda, issues which could be better done at national level than European level. There are so many things I could talk about. But I think, perhaps, it is better to respond in the other way and to actually address the elephant in the room – the extra EUR 1.5 billion for dealing with the migration crisis, frontloaded over the next couple of years, and which actually may well end up kicking the can down the line to a future budget at a time when resources are going to be even more stretched and creating more problems for the European Union.

We are spending this money and it is leaving all sorts of contortions in other areas; we are spending it on a policy which fundamentally misunderstands the current crisis. It is a global problem which we are treating as a European problem. We warned back in April that a Commission change of policy would lead to the mass migration of people. And guess what? It has led to the mass movement of people. It has led to people trafficking, it has led to migrant deaths, and it has caused the problems in the Schengen area and security issues.

Instead of bringing people ever closer, it is dividing still further. It is a policy which purports to be humane but actually leaves millions of the most vulnerable – the elderly, women and children – in refugee camps. Other countries are failing to follow Britain's lead in helping in those camps in countries like Jordan, Lebanon and Turkey. Frankly, even Britain should be doing more.

Finally, let us remember this: you cannot have *liberté, fraternité, égalité* without *sécurité*.

Marie-Christine Arnautu, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, ce budget 2016 est à des années lumières des enjeux auxquels sont confrontées les populations. L'Union joue les pompiers pyromanes. Face aux crises qu'elle a elle-même provoquées, elle est contrainte aujourd'hui de dégager dans l'urgence des fonds supplémentaires pour ne pas perdre la face. Que les agriculteurs, par exemple, souffrent des politiques bruxelloises aberrantes et de l'embargo russe, conséquence des sanctions infligées à la Russie par l'Union européenne, peu importe, les contribuables européens paieront l'addition.

Quant à la politique d'immigration, l'échec de l'Union européenne est manifeste. Le contrôle aux frontières extérieures n'est pas assuré et les dérisoires rallonges budgétaires pour y remédier n'y feront rien. Ce n'est pas avec 710 millions d'euros supplémentaires prévus pour 2016 que l'on endiguera les millions d'immigrés qui s'appêtent à venir sur notre continent dans les prochaines années. Malheureusement, votre idéologie immigrationniste s'en accommode fort bien, mais les peuples européens s'y opposent chaque jour davantage, intimant à leur gouvernement de fermer leurs frontières nationales.

Oui, ce budget 2016 montre une nouvelle fois, je suis désolée de vous le dire, l'incapacité de l'Union européenne à relever les dangers immenses auxquels nos peuples sont confrontés et il est grand temps que cela cesse.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, τα αποτελέσματα της συνδιαλλαγής για τον Προϋπολογισμό του 2016 φανερώνουν την υποκρισία των επικεφαλής των θεσμών της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Είναι εμπαιγμός όταν, υποτίθεται ότι διαφωνούν μεταξύ τους για να καταλήξουν σε τελική συμφωνία που αφορά στην αύξηση 101 εκατομμύρια ευρώ στις πιστώσεις ανάληψης υποχρεώσεων και τη μείωση κατά 571 εκατομμύρια ευρώ στις πιστώσεις πληρωμών στο σύνολο των 155 και 144 δισεκατομμυρίων ευρώ, αντίστοιχα.

Ένας προϋπολογισμός που ενώ διακηρύττει την ανάπτυξη, την αύξηση επιχειρηματικότητας και τη δημιουργία θέσεων εργασίας μειώνει σε σχέση με το 2015 τις πιστώσεις για την περιφερειακή σύγκλιση των λιγότερο ανεπτυγμένων περιοχών, αλλά και τις πιστώσεις για την πρωτοβουλία απασχόλησης των νέων. Ένας προϋπολογισμός που περιορίζει τη χρηματοδότηση των Ευρωπαϊκών Ταμείων Γεωργικών Εγγυήσεων, Θαλάσσης, Αλιείας και Περιφερειακής Ανάπτυξης, αλλά αυξάνει ταυτόχρονα τις πιστώσεις που θα δοθούν στις Τουρκικές δυνάμεις κατοχής εδάφους της Κυπριακής Δημοκρατίας και χρηματοδοτεί έμμεσα την αύξηση του αριθμού των παράνομων μεταναστών στο έδαφος της γηραιάς ηπείρου, δεν μπορεί να χαρακτηριστεί ευρωπαϊκός.

Μην αφήνετε τα φιλοχρήματα συμφέροντά σας να καθοδηγούν την τύχη της Ευρώπης και των χωρών της. Αλλάξτε κατεύθυνση τώρα που προλαβαίνετε. Σε λίγο θα είναι πολύ αργά.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – Domnule președinte, domnule comisar, domnule Președinte al Consiliului, 2016 este al treilea an din MFF 2014-2020. Implementarea bugetului 2014-2016 ar trebui să stea la baza rectificării bugetare cerute de MFF.

Provocările actuale - plățile restante, criza refugiaților, acum atacurile teroriste -au creat o presiune mare asupra bugetului 2016. Este meritul Parlamentul European, al Comisiei și, pentru prima dată după o perioadă lungă de timp, și al Consiliului că s-a ajuns la un compromis care poate asigura concomitent implementarea politicilor și depășirea crizelor.

S-au utilizat la maxim toate facilitățile prevăzute de MFF. Trebuie totuși să notăm că dacă statele membre ar fi renunțat la veniturile neprevăzute și la sumele necheltuite s-ar fi putut ajunge la o situație și mai bună. Este importantă diminuarea la maxim a sumelor restante în politica de coeziune, că se recuperează o parte din fondurile preluate pentru ESI de la Orizont 2020, că se acordă importanța cuvenită Inițiativei pentru Tineri.

Datele arată că noile politici europene au demarat foarte lent. Este necesară o evaluare a noilor reguli, strategii, acorduri de parteneriat pentru a putea programa implementarea bugetului 2017-2020.

Rectificarea bugetară trebuie să conțină voința instituțiilor europene și a statelor membre de a crea plus-valoare pentru fiecare euro investit de la nivel european. Eficiența implementării fondurilor europene trebuie să se bazeze pe evaluarea rezultatelor pe baza unor indicatori prestabiliți.

Jens Geier (S&D). – Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin Georgieva, sehr geehrter Herr Minister Gramegna – ich möchte Sie hier besonders begrüßen. Sie sind gerade in der letzten Debatte zum Bericht des Sonderausschusses zu LuxLeaks sehr vermisst worden in diesem Kreis.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den allgemeinen Dankesworten schließe ich mich an. Ich persönlich möchte auch den Kollegen José Manuel Fernandes und Gérard Deprez für ausgezeichnete Berichte gratulieren.

Nicht wenige Regierungsvertreter haben gefordert, dass der Haushalt der Europäischen Union mehr tun muss, um die Flüchtlingskrise in den Griff zu bekommen. Ich glaube, wir haben jetzt fast alles getan, was der EU-Haushalt tun kann. In der Kategorie 4, in der Außenpolitik, haben wir alles Geld bis zur Obergrenze des mittelfristigen Finanzrahmens mobilisiert, um Fluchtursachen zu beseitigen. In der Kategorie 3, in der Innenpolitik, genauso. Zusätzlich sind wir durch die Mobilisierung des Flexibilitätsinstruments über die Obergrenze gegangen. Das ist eine Maßnahme, die der Rat bisher gescheut hat wie der Teufel das Weihwasser.

Die Präsidentschaft hat uns unterstützt, der Rat der Finanzminister leider nicht so sehr. Einerseits im Europäischen Rat mehr Einsatz fordern, aber andererseits im Rat der Finanzminister dagegen Widerstand leisten – diese Politik nenne ich schizophren.

Ich bin sicher, wir haben jetzt einen guten Haushalt 2016. Deshalb wird die Fraktion der Sozialdemokraten dem Haushalt zustimmen.

Richard Ashworth (ECR). – Mr President, this budget responds to the immediate needs for additional security, migration and border control, as well as meeting the problems of the agricultural sector. I believe it does it in a manner that is both timely and appropriate. That is welcome, but I want to make two comments.

First, it is important that we focus spending on areas that deliver true European added value. We should not forget here that the single most important thing that this budget can do for European citizens is to deliver jobs and growth.

Second, we have to operate within the limits of the agreed multiannual financial framework (MFF). When we are faced with the conflicting pressures of a growing demand for spending, of paying down debt, and a strictly limited budget, the key going forwards will have to be discipline and prioritising spending to those areas that deliver best value for money.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașului albastru”.* – Stimate coleg, am reținut de la dumneavoastră că ați apreciat bugetul însă considerați că este importantă crearea de locuri de muncă.

Credeți că în contextul în care bugetul pe 2016 a fost construit, și am văzut aici consens între cele trei instituții, s-ar fi putut să se aloce pentru 2016, pentru întreprinderile mici și mijlocii, fonduri mai multe ? Sau considerați că este valoarea optimă care s-a putut asigura prin bugetul pe 2016, pentru că locurile de muncă până la urmă dau siguranța vieții oamenilor?

Richard Ashworth (ECR), *blue-card answer.* – I certainly do agree. I pointed out earlier the priority of creating jobs and growth. I was impressed earlier when the Commissioner spelt out how much additional funding would be put towards jobs and growth. You should agree with me that that is a great effort within the constraints of a difficult budget.

You also need to understand that the European Fund for strategic investment is a valuable tool here which has been leveraged out of this budget, and I wish it every success. It has had a good start, and it is vitally important to this European Union and to the people of Europe that it does succeed.

Indrek Tarand (Verts/ALE). – Mr President, honourable colleagues. First of all I would like to express my gratitude for the excellent team of the European Parliament delegation led jointly by *nos trois mousquetaires*, Messrs Arthuis, Fernandes and Deprez. Bravo! Secondly, I would like to thank Madam Georgieva, who presented such a decent compromise. More than being just an honest broker, she attached something like almost motherly love towards the quarrelling kids of hers, the Council and the Parliament, and of course – in my opinion – Parliament behaved better.

Four points. I praise the 274 MEPs who voted for the Greens' amendment asking for greater transparency regarding the use of a general expenditure allowance. In my country, this is public information and no harm has been done, except to those who abused the funds. Secondly, the cuts to ITER were a bit too modest for our liking. This project, in my opinion, is a total waste of taxpayers' money, and the money should be used elsewhere. Where, I will tell you in 30 seconds.

Thirdly, although the medium-term payment challenges were recognised and the institutions have committed themselves to ensuring that the massive payment backlog seen in the recent past are indeed something that belongs to the past, it is not getting any easier, and therefore we need to make sure that we are flexible enough to fight back against whatever comes our way. Finally, taking into account the present and looming crises – refugees and migrants, including climate migrants – and the fight against terrorism, the EU security and defence policy area is still under-financed. It is common sense to take money from ITER to develop this.

Marco Zanni (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, *in medio stat virtus*, dicevano i latini, ed è quanto emerso dall'accordo finale sulla conciliazione, a metà strada tra la proposta del Consiglio e quella del Parlamento europeo. Pare che tutti siano soddisfatti da questo accordo: ma a mio avviso si è persa, anche in quest'occasione, la possibilità di rendere il bilancio dell'Unione più concreto e razionale.

Il Parlamento è riuscito ad ottenere una vittoria di facciata, soprattutto per quanto riguarda gli incrementi della rubrica 1a, colpita dai tagli del FEIS, mentre il Consiglio è riuscito a far passare la sua linea di contenimento dei pagamenti. Il Parlamento non è riuscito però ad individuare alcune priorità negative, come richiesto dal Consiglio, che però è forse il maggior colpevole nell'ostinarsi a non voler onorare gli impegni presi.

Confermo quindi la nostra contrarietà a un accordo che non risolve né i gravissimi problemi dei cittadini europei, né tantomeno gli squilibri strutturali che lo stesso bilancio dell'Unione si porta dietro da anni.

Monika Hohlmeier (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich mich bei der Frau Kommissarin und ihrem Team sehr herzlich für die exzellente Zusammenarbeit bedanken und vor allem für ihre Aufgeschlossenheit, auch beim Thema Agenturen – wesentliche Änderungen beim Thema gebührenpflichtige Agenturen – oder dafür, einen Unterschied zu machen zu den anderen Agenturen, die eben nicht durch Gebühren finanziert werden, und da auch für die Zukunft Lösungen zu finden, damit wir unsere Wirtschaft in der Wettbewerbsfähigkeit nicht beeinträchtigen. Erstmal vielen herzlichen Dank dafür, auch für diese Aufgeschlossenheit und Offenheit.

Als Zweites ein Dankeschön an die Ratspräsidentschaft, dass wir zu einem guten gemeinsamen Schluss gekommen sind. Jeder hat immer noch Wünsche auf seiner Seite übrig. Aber ich glaube, wir haben hier ein respektables Ergebnis, mit dem wir wirklich in der Öffentlichkeit antreten können. Mein Dank gilt auch den Berichterstattern, vor allem dem Kollegen Fernandes, auch dem Kollegen Deprez, die über viele Monate hinweg eine klasse Arbeit geleistet haben.

Wenn ich Wünsche offen habe, dann sage ich sie auch ganz offen, ich spreche sie offen aus. Sie betreffen letztendlich erstens bei den Agenturen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie, die ich angesprochen habe, – die müssen wir gewährleisten. Als Zweites das Programm Horizont 2020. Wenn ich ansehe, wie erfolgreich die Forschungsprogramme in etlichen Bereichen sind, dann würde es uns guttun – nachdem wir uns ja auch das Ziel gesetzt haben, Wachstum, Arbeitsplätze und Innovation unterstützen zu wollen –, uns in diesem Bereich noch aktiver zu zeigen bzw. beim MFR doch einen Schwerpunkt darauf zu setzen. Und der dritte Punkt wird das Thema Sicherheit und Migration betreffen, bei dem wir sicher noch nicht am Ende angekommen sind, sondern miteinander einen intensiven Dialog inklusive Entwicklungshilfe führen müssen, wie wir das mittelfristig im Haushalt einbetten und sinnvoll im MFR unterbringen.

Vladimír Maňka (S&D). – Spoločnými silami sme vyrokovali ten najlepší možný, dosiahnuteľný kompromis. Ak sa však chceme výrazne priblížiť k tomu, čo obyvatelia Európy potrebujú, príjmová zložka rozpočtu musí byť viac nezávislá. Otázkou zostáva, či dokážeme naštartovať a udržať rast a zamestnanosť.

Ambíciou Junckerovho investičného plánu je vytvoriť preto pozitívny impulz. Pridať sa musia aj eurofondy. Efekt bude tým väčší, čím vyššia bude pridaná hodnota projektov. Na druhej strane, nahromadenie nezaplatených faktúr, ktoré Európska únia dlhuje za už zrealizované projekty, vytvára negatívny impulz. Ide proti rastu, proti zamestnanosti, proti čerpaniu eurofondov.

Ďalšie riziká prináša migračná kríza. O chvíľu môže vyvolať požiadavku, aby sme potrebné financie hľadali na úkor kohéznej politiky. Preto sa niektoré členské štáty musia prestať na svet pozeráť egoisticky, aj pre nás všetkých platí záväzok z Rímskych zmlúv – vytvoriť životaschopný systém vlastných zdrojov.

Zbigniew Kuźmiuk (ECR). – Panie Przewodniczący! W wyniku rozmów pojednawczych pomiędzy Radą i Parlamentem ostatecznie zobowiązania w budżecie na 2016 rok zostały ustalone na poziomie 155 mld euro, a płatności na poziomie 144 mld euro. To wprawdzie trochę wyższy poziom wydatków niż chciała Komisja i Rada, ale jednak wyraźnie niższy niż zaproponował to Parlament w poprawkach budżetowych w dniu 28 października. Ostatecznie więc w budżecie na 2016 rok zobowiązania są niższe o ponad 4%, a płatności zaledwie o 2% wyższe niż te w budżecie na 2015 rok, co oznacza, że redukcja zaległych rachunków nie będzie taka, jak nam wcześniej obiecano. Nie jest także pewne, czy takie priorytety jak zatrudnianie ludzi młodych, wsparcie dla małych i średnich firm czy realizacja programów takich jak „Horyzont 2020” i „Łącząc Europę” będą miały dostateczne finansowanie.

Chciałbym także przy okazji wyrazić nadzieję, że finansowanie tak zwanego kryzysu migracyjnego i walki z terroryzmem w 2016 roku nie będzie odbywało się kosztem środków pochodzących z polityki spójności, uzyskanych w wyniku przyszlusorocznego przeglądu ram finansowych na lata 2014-2020.

Jan Olbrycht (PPE). – Pani Komisarz! Panie Ministrze! Przede wszystkim chciałbym pogratulować i podziękować za wysiłek, jeżeli chodzi o ten budżet na rok 2016. Wszyscy wiemy, że nie w każdym roku tak się to odbywało i nie takie było podejście do budżetu rocznego.

Chciałbym jednak zwrócić uwagę na jeden bardzo charakterystyczny element. Zarówno w czasie negocjacji budżetu na rok 2016, jak i w każdej innej debacie dzisiaj wszyscy przedstawiciele instytucji europejskich – Parlamentu, Rady, jak również Komisji – odwołują się do rewizji budżetowej, znaczy mówią w taki sposób, że to załatwimy przy rewizji, dokładnie przy review, to załatwimy przy review. To wskazywałoby na to, że jest jakiś cudowny środek, który się pojawi, i wtedy będziemy załatwiać wszystkie sprawy, które są na dzisiaj niezłatwione. Chciałem zwrócić uwagę, że w budżecie na rok 2016 wyczerpaliliśmy już wszystkie możliwości elastyczności i że w gruncie rzeczy nasza rozmowa będzie dotyczyła bardzo trudnych działań, i nie będzie możliwości załatwienia wszystkich spraw przy okazji rewizji WRF. Ale budżet na rok 2016 napawa optymizmem, że będziemy mieli do tego podejście konstruktywne.

Daniele Viotti (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, di tutte le cose già dette in questo dibattito, le uniche che ripeterò sono i ringraziamenti ai nostri relatori, alla Vicepresidente Commissaria e al ministro Gramegna, che hanno fatto uno straordinario lavoro, accompagnandoci all'approvazione di questo bilancio.

Faccio tre brevissime considerazioni in aggiunta a quanto già detto. La prima: il lavoro straordinario è contrassegnato soprattutto dal fatto che, con uno strumento complicato come il bilancio dell'Unione europea, si è riusciti anche a mettere in campo un po' di solidarietà. Quanto è stato fatto sui migranti, la cosiddetta crisi dei rifugiati e dei profughi, dimostra che c'è ancora un briciolo di solidarietà.

La seconda è che sono al mio secondo anno di conciliazione e di analisi del bilancio: mi piace, ancora una volta, sentire alcune forze politiche che non partecipano alla fase di conciliazione e poi vengono invece a criticare in Aula.

La terza è che questa Commissione – e questa Europa – per il prossimo anno dovrà fare tante riforme, tante quante ne chiede agli Stati membri, soprattutto sul bilancio.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, το ότι σήμερα συζητάμε τον προϋπολογισμό, το ότι επήλθε συμφωνία για τον προϋπολογισμό οφείλεται πρωτίστως, χωρίς πραγματικά καμία υπερβολή, στους δύο εισηγητές μας τον κύριο Fernandes και στον κύριο Deprez, καθώς και στη σοφή και αποτελεσματική καθοδήγηση του προέδρου της επιτροπής μας κύριου Arthuis, χωρίς να υποβαθμίζω τη σημαντική συνεισφορά της αντιπροέδρου της κυρίας Georgieva και του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου. Αποδείξαμε ότι ενώνοντας δυνάμεις μέσα στην Ευρωπαϊκή Ένωση μπορούμε να πετύχουμε.

Αυτός ο προϋπολογισμός μπορεί να καταγραφεί στην ιστορία των προϋπολογισμών και του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, ως ο προϋπολογισμός ο οποίος κάτω από δυσμενείς οικονομικές συνθήκες, με τεράστιες έκτακτες ανάγκες που προέκυψαν από το προσφυγικό, από την Ελλάδα και από άλλους παράγοντες, κατόρθωσε να διαφυλάξει τον κοινωνικό και αναπτυξιακό του χαρακτήρα, κατόρθωσε να διασώσει προγράμματα ιδιαίτερα προσιτά στους Ευρωπαίους πολίτες, στις χώρες μέλη, στις επιχειρήσεις, όπως είναι το HORIZON 2020, το Connecting Europe Facility, το COSME. Επέτυχε, πραγματικά, αυτός ο προϋπολογισμός, να ισορροπήσει με όσες ανάγκες προέκυψαν, να προχωρήσει σε σωστή κατανομή και να δώσει ένα επιτυχημένο πραγματικά έργο που πιστεύω ότι θα καταγραφεί ως μια μεγάλη και σημαντική επιτυχία.

Όμως πρέπει να τονίσω ότι αυτό που αποτελεί μόνιμο εχθρό για το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο είναι η γραφειοκρατία. Πρέπει επιτέλους να αποδείξουμε ότι κάθε ευρώ που φεύγει από τον προϋπολογισμό, πάει τελικά εκεί που πρέπει να πάει. Και ένα τελευταίο σημείο κυρία Πρόεδρε. Όσον αφορά τις έκτακτες ανάγκες πρέπει να αποφασίσουμε ότι όταν προκύπτουν παρόμοιες ανάγκες, πρέπει να υπάρχει άλλο ταμείο, έκτακτο, που πρέπει να δει και η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα, που θα βοηθά το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο για να ανταπεξέρχεται στις δύσκολες αυτές οικονομικές έκτακτες ανάγκες.

Elnökváltás: GÁLL–PELCZ ILDIKÓ*alelnök asszony*

Isabelle Thomas (S&D). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, Monsieur le Ministre, tout d'abord un grand merci pour l'excellente conduite de cette conciliation budgétaire, dont le résultat nous permettra d'apporter un certain nombre de réponses à la crise migratoire.

Je regrette cependant que les engagements concernant l'initiative contre le chômage des jeunes aient été interrompus en 2016 et que ce programme en soit réduit à une promesse, un proverbe français disant que les promesses n'engagent que ceux qui les écoutent.

En tant que corapporteuse sur la révision du cadre financier pluriannuel, toutefois, je vous assure que le Parlement maintiendra la pression. Toutefois, vous le savez, depuis ou plus exactement pendant la conciliation, il y a eu les attentats à Paris. Le Conseil des ministres de la justice et des affaires intérieures s'est réuni vendredi et a annoncé une série de mesures pour lutter contre le terrorisme: coordination des missions de renseignement, peut-être sous forme d'agences, gardes-frontières. Mais le budget 2016 n'en donne pas les moyens et nous avons déjà utilisé la quasi-totalité des instruments de flexibilité.

Alors, comment le Conseil et la Commission appréhendent-ils ces nouvelles dépenses? Comment comptent-ils les financer? Et, surtout, est-ce que le Conseil de la justice et des affaires intérieures a rencontré, ne serait-ce qu'une fois, l'ECO-FIN?

Siegfried Mureşan (PPE). – Madam President, I would also like to extend my thanks to Parliament's rapporteurs for the way in which they conducted their work, and I would also like to thank the Commission Vice-President and Minister Gramegna for the way in which they have fulfilled their missions.

In my short intervention, I would like to focus on the importance of continuing the Youth Employment initiative, be it in its current form or in a revised form. My view is that it is crucial to send a signal to the European youth that they are still a priority for decision-makers at European level. Especially in these times, when we see that the lack of education and little prospect for jobs leads to radicalisation, we have to use all available instruments to secure a future for young people in Europe.

In this sense I urge the Commission, as stated in the final conciliation text, to analyse the results of the Youth Employment initiative and to propose changes, if needed, so that this programme can continue until 2020. Youth unemployment still exists in Europe. The job is not yet done. The young people of Europe still need our help.

Very briefly on migration: I very much welcome the fact that we succeeded in ensuring an adequate budget in Headings 3 and 4. I now urge the Member States to acknowledge the risks ahead and act by ensuring that the EU Trust Funds for Africa and Syria are adequately financed.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – Thank you for accepting the blue-card. I noticed that you said youth unemployment can lead towards radicalisation. Surely the youth of Europe would be better advised, as someone once said in the UK, simply to get on their bikes and look for work, and for them to be enabled to do that by having a more controlled flow of immigration into the EU so that there are more jobs suitable and available for young people to start off on the ladder?

Siegfried Mureşan (PPE), blue-card answer. – What was the question? I would like to say that my observation is valid, whether we are referring to young refugees, migrants to Europe or to citizens who were born, have grown up and are educated in Europe. It is a valid fact that, no matter where these people come from, unless they have a job, a good education and prospects, there are risks, including the risk of radicalisation. That is why I think that high-quality education, jobs and so on are important, irrespective of whether these people have just emigrated to Europe or were born here.

Janusz Lewandowski (PPE). – Pani Przewodnicząca! Jakie to przyjemne przyłączyć się do tych wszystkich gratulacji, które usłyszeliśmy na tej sali, na które zasługują wszystkie strony koncyliacji. Koncyliacja zasługuje na słowo koncyliacja. Odbiegała ona zupełnie od tych dziesięciu koncyliacji w swoim klimacie, które pamiętam ze swojej biografii budżetowej.

Ale skoro tak, to chciałbym wybiec trochę śladem Jana Olbrycha w przyszłość. Mianowicie wiele zapowiedzi politycznych, podbudowanych pieniądzem budżetowym, padło na początku tej perspektywy finansowej. Plan Junckera, *Youth Employment Initiative* — beczka bez dna w postaci reagowania na kryzys migracyjny. To się nazywa *front loading* – zapożyczanie się w przyszłości – i to ma swoje konsekwencje dla budżetu w przyszłości. Wielkim wyzwaniem staje się *review* lub *revision*. Sama różnica w słownictwie może niepokoić. *Review* lub *revision* tej perspektywy zadecyduje o tym, czy przypadkiem nie przeżyjemy tego dramatu budżetowego, który pamiętam w latach 2012-2014, który łączył się z dojrzwianiem programów wieloletnich i jednocześnie dużym brakiem środków na ich finansowanie. Więc ku przestrodze, nie psując tego święta, jakim jest rzeczywście wspólna koncyliacja co do budżetu roku 2016.

Inese Vaidere (PPE). – Godātie kolēģi! Vispirms, paldies *Fernandes* un *Deprez* kungiem par lielo darbu budžeta izstrādē, jo sevišķi sarunās ar Padomi, kuras vienmēr ir ļoti sarežģītas.

Gandarījums, ka reģionālā politika, kas ir nozīmīgākais instruments jauno dalībvalstu attīstībā, ir arī nākamā gada prioritāte. Iedzīvotāji var sagaidīt darbavietas, atbalstu zinātnei un inovācijām.

Esmu gandarīta, ka kompensācijām piena ražotājiem atvēlēti 500 miljoni.

Apsveicama ir līdzekļu mobilizācija bēgļu krīzes risināšanai, izmantojot elastīguma instrumentu, jo terora akti Parīzē atkārtoti parāda, ka dalībvalstīm jāapvieno spēki, lai aizsargātu iedzīvotājus, kuri diemžēl šobrīd nevar justies droši. Redzams, ka dažu valstu deklarētais “atvērto durvju princips” ir diskutabls. Nepieciešams nekavējoties veikt imigrantu identificēšanu un atpakaļnosūtīšanu, ja tie neatbilst bēgļa statusam.

Ļoti svarīga šobrīd ir Eiropas Savienības ārējo robežu aizsardzība, lai novērstu nelegālo imigrāciju. Ievērojami jāpastiprina *Frontex* kapacitāte. Tam jābūt vienai no mūsu ilgtermiņa prioritātēm, kas paredzama arī daudzgadu budžetā.

Apsveicama ir līdzekļu palielināšana ārpolitikai. Tomēr jārūpējas, lai šie līdzekļi nonāktu pareizajās rokās, uzlabojot dzīves kvalitāti un risinot konfliktus trešajās valstīs.

Vienlaikus tomēr jādomā arī par līdzekļu taupīšanu, samazinot administrācijas izmaksas Eiropas institūcijām. Paldies par uzmanību!

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, nejdříve mi dovolu, abych poděkoval a pogratuloval kolegům *Fernandesovi* a *Deprezovi* a celému Rozpočtovému výboru k výbornému výsledku, kterého dosáhl při vyjednávání s Komisí a Radou. Oproti minulému roku je to úspěch a to není úspěch pouze pro Evropský parlament, ale pro celou Evropskou unii. Velice mě také těší fakt, že rozpočet na bezpečnost je navýšen na své maximum, což je i historické maximum tohoto okruhu. Jsem rád, že si konečně všichni uvědomujeme, že není možné, aby se Evropa vyrovnala s migrační krizí, pokud jí na to budou chybět prostředky, a to jak finanční, personální nebo materiální. Především agentury *EUROPOL*, *FRONTEx* a *EASA* jsou z mého pohledu ty, které tyto prostředky potřebují nejvíce. Bez nich se totiž vůbec neobejdou. Dostali jsme se však na hranu našich možností s tím, že jsme mobilizovali vše, co se mobilizovat dalo. Teď před námi stojí otázka: Jak dál? Kde vezme Evropská unie více peněz na financování této krize? Rozpočet pro rok 2016 je podle mého názoru výborným prvním krokem pro revizi víceletého finančního rámce 2014-2020. Ten musí projít zásadní restrukturalizací, aby byla Evropa schopna reagovat na aktuální hrozby.

„Catch the eye” eljárás

Ivana Maletić (PPE). – Gospođo predsjednice, pozdravljam povjerenicu, i zahvaljujem izjaviteljima koji su zaista vrijedno radili na ovom važnom izvješću.

Proračun za 2016. donesen je u izvanrednim okolnostima. Uz osiguravanje sredstava za inovacije, investicije, poduzetništvo, mlade koje moramo zaposliti i zadržati u svojim državama, obrazovanje i istraživanje, proračun za 2016. trebao je odgovoriti i drugim izazovima: od migrantske krize, preko ratnih previranja koja su se u najgorem obliku počela događati unutar naših granica, a uz to krizi u Grčkoj, krizi u poljoprivrednom sektoru i svemu ostalom. Upravo zato dugo je trajao proces usuglašavanja stavki i drago mi je što je rezultirao povećanjem stavki zapošljavanja, edukacije i solidarnosti.

Međutim, i s proračunom za 2016. ostaje neriješeno još jedno važno pitanje, a to je plaćanje svih zahtjeva za programe kohezijske politike iz razdoblja 2007. i 2013. na što treba posebno paziti.

Victor Negrescu (S&D). – Avem un buget european axat pe creștere, pe investiții, pe politici menite să răspundă ultimelor provocări la nivel european, chiar dacă este limitat de cadrul financiar multianual.

Este dovada faptului că epoca austerității a apus, că atât Comisia cât și Consiliul au înțeles că este nevoie să avem un buget axat pe dezvoltare, care să sprijine politicile noastre comune.

Am alocat fonduri suplimentare pentru tineri, pentru ocupare, pentru agricultori, pentru inovare și pentru securitate și trebuie să continuăm.

Sper ca și noul guvern al României, care acum lucrează la noul buget, să înțeleagă că logica bugetară europeană s-a schimbat.

Trebuie să cheltuim eficient fondurile publice în interesul cetățeanului, iar acest lucru presupune investiții publice, protejarea categoriilor afectate de diferitele krize – mă refer aici la tineri, la agricultori, la funcționari, la pensionari, și mecanisme pentru dezvoltarea economiei locale.

Acest buget european indică, din nou, că prin dialog politic și luarea în considerare a diferitelor noastre viziuni politice putem să construim un buget european care să reflecte interesul public și al cetățenilor.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospođo predsjednice, migracijski val koji je zapljusnuo Europu odavno je poprimio obilježja prave humanitarne i sigurnosne katastrofe, a mobilizacija instrumenata fleksibilnosti u ovom trenutku samo potvrđuje da smo krizu dočekali nespremni. Ovo je nažalost samo još jedan dokaz da Komisija ne promišlja dugoročno, nego srlja iz greške u grešku koje onda skupo plaćaju europski porezni obveznici.

Rat u Siriji nije počeo jučer, a izbjeglice tu zemlju napuštaju također već jako dugo. Bilo je jasno od prvog dana da Turska, Libanon i Jordan ne mogu vječno primati milijune ljudi i da će, ako ne zaustavimo rat, kolone krenuti prema Europi.

Sad kad je jasno da su u tim kolonama stigli i teroristi i da nas upravljanje krizom košta stotine milijuna eura poreznih obveznika, želim pitati Komisiju ima li konkretne planove kako zaustaviti krizu na njezinom izvoru ili planira iz godine u godinu trošiti sve više novca na zbrinjavanje migranata koje smo u ovom valu primili.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Senhora Presidente, num quadro de grande restrição orçamental ao nível das contribuições nacionais para o orçamento da União, importa registar algumas preocupações.

Em primeiro lugar, chamamos a atenção para o corte de onze milhões de euros, que irá afetar diretamente as rubricas orçamentais dedicadas à proteção, à deteção e ao controlo das pragas vegetais e animais. Este corte, num quadro onde as mudanças climáticas propiciam a emergência de várias crises epidémicas, deixa-nos, no mínimo, apreensivos.

Fala-se de um aumento significativo dos programas dedicados ao emprego jovem, mas temos que perceber que o programa Erasmus+ representa uma porção mínima do orçamento e que, portanto, este aumento de 30% provavelmente não terá grande impacto.

Registamos, igualmente, que o Parlamento Europeu compromete-se a reduzir cerca de 179 postos de trabalho até 2019, 60 já no próximo ano.

Finalmente, uma última palavra sobre o reforço das verbas para a imigração: poderia ser positivo, não fosse o deliberado propósito de promover soluções persecutórias que irão contribuir para aumentar ainda mais o problema, em vez de o resolver com uma verdadeira política de solidariedade e apoio ao desenvolvimento.

Gianluca Buonanno (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io volevo sottolineare un dato che riguarda il bilancio: ancora una volta diamo dei soldi, ancora più soldi, alla Turchia. Questo paese, che negli ultimi anni ha ottenuto per la preadesione dall'Europa 10 miliardi di euro, entro il 2020 ne prenderà ancora 4,6 miliardi e il risultato qual è? Che sono al 90% islamici e che oggi hanno abbattuto un aereo russo, solo perché per 17 secondi è entrato nel loro spazio aereo.

Ma questi vogliono venire in Europa? Non possono venire in Europa. Questa bandiera «No Europa» significa che la Turchia non può entrare in Europa perché è una vergogna. La Turchia rimanga dov'è, perché è amica dei terroristi islamici.

Questo è quello che è accaduto oggi con la Russia e si dovrebbero vergognare. Invece di dare i soldi ai turchi, diamo i soldi alle nostre aziende o alla nostra gente, non ai turchi! Perché questa è una cosa vergognosa! Perché noi diamo i soldi a chi non ama l'Europa e a chi aiuta i terroristi islamici!

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Asszony, a költségvetés elfogadásáról úgy beszélünk, mint az Európai Parlamentnek egy komoly eszközéről, amellyel az akaratát érvényesíteni tudja az intézmények közötti vitában. Nos, ez az éves költségvetési keretre így nem igaz. A hétéves keret kapcsán a játéktér minimális. Hadd mondjak erre példát. A jövő évi kifizetések összege az EU összesített nemzeti jövedelméhez viszonyítva: a Bizottság javasol 0,98%-ot, a Tanács kicsit lejjebb megy 0,97-re, a Parlament többet szeretne 1%, a megegyezés 0,98, amit a Bizottság benyújtott, és az egyes fő sorokra is ez jellemző, kivéve a biztonság és állampolgárság kérdését. Úgyhogy lépünk egy kicsit távolabb és nézzük meg, mi az a többéves keret, amit most végrehajtottunk? Két adat: 4,5%-kal csökken reálértékben a hétéves keret, ilyen még nem volt, a kohéziós alap 8,4%-kal csökken, a szakadék a centrum és a periféria között tovább fog növekedni.

„Catch the eye” eljárás vége

Petri Sarvamaa (PPE). – Madam President, I had a meeting with another Commissioner and I am sorry about that. It seems that the time of miracles is not over. Or maybe it was not a miracle, but an excellent rapporteur that we had. I offer my congratulations once more.

Common sense prevailed. We have a budget that focuses on employment, enterprises and the young people of Europe. Last but not least, we also have a budget that takes account of reality and change in the real world. That, of course, is the huge challenge that the migration flows present us with.

It has to be said that, for the first time that I can remember, Parliament managed to restore all the cuts that the Council wanted to have in the draft 2016 budget. Therefore, the result that we have is promising. But I would like to finish by saying that, when we have really exceptional circumstances, they call for exceptional measures. By no means can we see an end to these exceptional times. So it is time to start talking seriously about a full revision, because the budget is really stretching its limits.

Kristalina Georgieva, Vice-President of the Commission. – Madam President, I would like to thank all who have spoken.

Three points in closure. Firstly, it is very important at a time of increased uncertainty that we have a budget that is agile, has a clear focus on priorities and is oriented towards impact and how to give the people the best value for the money they entrust us to manage on their behalf. That would require us to take the forthcoming mid-term review very seriously. This is our chance to strengthen the agility, focus and capacity of our budget, and also to look to the future as regards the kind of budget we would like to have next time around.

Secondly, many of the speakers expressed a very understandable concern about the limited flexibility we have. But we still have some flexibility for next year; that is the contingency margin, if needed, of no more than EUR 4 billion. We have the contingency margin and, of course, we will only be using it if that is necessary. We will have the possibility towards the end of the year to use a global transfer; in other words, money that is not put to the best use. We should not rush headlong into using this option; we should try to keep it as a kind of cushion.

Last but not least, we now have a chance to receive funds from our Member States, as assigned revenues for priorities that we all recognise are best addressed together. For this we have the Syria Trust Fund and the Africa Trust Fund, and we, the Commission, are proposing to provide the platform for addressing priorities in that manner.

Thirdly, there was a question addressed to me: what is the Commission going to do in the long term to deal with the challenge of migration? This is one question that is not going to disappear. It was mentioned that climate change is upon us. The projections of the IPCC tell us that by 2025 there may be 100 million climate refugees. So, we have to direct our resources at tackling the problem at source and tackle the root causes that are causing the problem here in Europe.

For this reason, we have refocused our development funds more on fragility – I also want to praise Prime Minister Cameron of the UK, who has recently announced that 50% of DFID funds will go to fragile countries. I think we need to do more where it matters the most: for the people affected, but also for our own security.

Of course, we will have to invest more in the security of Europe. The Commission has promised to come up with a proposal on how we can strengthen external border controls, and that is an area where I believe that collectively we have a better chance to be successful than acting alone.

Let me finish by thanking those who have made this budget miracle possible, and may we have it repeated next time around.

Pierre Gramegna, *président en exercice du Conseil*. – Madame la Présidente, je voudrais tout d'abord remercier tous les intervenants pour leurs commentaires et leurs contributions. J'ai enregistré de nombreux soutiens et je m'en réjouis. J'ai aussi pris note des critiques et il y en a eu quelques-unes, dont certaines étaient d'ailleurs constructives et pourront être prises en compte, me semble-t-il, j'allais dire dans le budget de l'année prochaine. Mais en fait, c'est trop tard, je crois qu'il faut plus d'agilité. Comme l'a dit la présidente de la commission, il faudra d'abord prendre en compte les critiques constructives et les urgences qui nous guettent dans les prochaines semaines et dans les prochains mois.

Comme je ne l'avais pas fait dans mon discours d'introduction, je voudrais remercier les personnes clés dans cette négociation. Je commencerai par Jean Arthuis, qui a fait preuve d'un grand sens civique et d'un sens des priorités, et je l'en remercie. Je voudrais remercier M. Fernandes, le rapporteur, José Manuel, qui a fait preuve d'un enthousiasme sans faille qui était contagieux. Je voudrais remercier Gérard Deprez, qui a fait preuve d'humour et de ténacité, remercier M^{me} Gardiazabal, qui a fait preuve de beaucoup de pragmatisme et, *last but not least*, M. Gahler pour son travail de patience avec toutes les agences. Bien sûr, M^{me} Georgieva Kristalina, vice-présidente, personnage clé, qui a mis en œuvre beaucoup de son énergie et de son talent. En même temps, je crois qu'elle a innové quant à la méthode employée, en affichant beaucoup de transparence concernant ses objectifs et les chiffres. Grâce à cela, nous avons pu accélérer la négociation et je pense qu'elle a posé les jalons d'un excellent précédent pour les années à venir. Je ne voudrais pas oublier tous ceux qui travaillent dans l'ombre, que ce soit à la Commission, au Parlement européen, ainsi qu'à la présidence, notre ambassadeur représentant permanent Christian Braun, et à ma droite, Amir Motahari, qui avait fait un superbe travail de préparation au sein du comité budgétaire. Grâce à vous tous, nous avons pu obtenir, pour la première fois depuis le traité de Lisbonne, l'unanimité des États membres concernant ce budget, ce qui est une très bonne nouvelle. J'espère aussi que demain, mais libre à vous d'en décider bien sûr, nous verrons une large majorité adopter ce budget. Ce serait le plus beau cadeau que vous pourriez faire à la présidence, qui s'y est beaucoup employée.

Je ne reviendrai pas sur les priorités du budget, on en a parlé, et les trois axes du triangle que sont la solidarité d'un côté, l'emploi et la croissance de l'autre, et troisièmement, bien sûr, la prudence budgétaire et les marges de manœuvre nécessaires. C'est le triangle magique que nous avons réussi à résoudre.

L'ambiance m'a paru ici très bonne, je dois dire qu'elle était excellente aussi dans le comité de conciliation. Comme M. Gahler m'a demandé pourquoi je n'étais pas parmi vous lors du débat précédent, je voudrais simplement m'expliquer. Vous savez que j'en avais très envie parce que j'étais dans l'antichambre, mais on m'a informé qu'on ne pouvait pas s'imposer au Parlement et qu'il fallait être invité. Comme je n'étais pas invité, je n'ai pas voulu rompre avec la courtoisie et les bonnes habitudes telles qu'elles existent. Cependant, je voudrais dire à M. Gahler et aux autres personnes intéressées, que j'ai suivi les débats avec beaucoup d'attention, que la présidence luxembourgeoise a fait tout ce qui était en son pouvoir pour favoriser les travaux de la commission TAXE. J'ai moi-même reçu la commission TAXE à Luxembourg au mois de juin, et elle m'a invité à venir la voir en tant que président du Conseil, ce que j'ai aussi fait au mois d'octobre, je lui ai même envoyé une documentation écrite et des réponses à ses questions.

Je crois comprendre que les travaux vont continuer, nous sommes aussi à votre disposition pour cela. Un mot simplement, en tant que président, sur ce sujet: le Luxembourg a fait de la question de la fiscalité internationale et des défis dans ce domaine une des priorités de sa présidence et le 6 octobre de cette année, au Conseil Ecofin, nous avons trouvé un accord politique sur l'échange automatique des rescrits fiscaux, qui était un des sujets principaux. Le Luxembourg a donc essayé d'œuvrer dans l'intérêt de l'Union européenne; le Luxembourg est une partie de la solution, non du problème.

Dernier point, et je termine sur la bonne ambiance qui a régné parmi nous, je salue ce qu'a souligné Gérard Deprez, à savoir que nous avons réussi à renforcer la loyauté institutionnelle en trouvant un accord sur la réduction du personnel dans toutes les institutions. Nous avons trouvé un compromis me semble-t-il tout à fait acceptable, peut-être même inespéré. Cette loyauté institutionnelle renforcée, je souhaite qu'elle continue, qu'elle se renforce dans les mois et les années à venir, et en ce sens, ce budget pourrait être un heureux précédent dont j'espère qu'il pourra vous servir dans les défis nombreux qui nous attendent, d'ailleurs décrits avec beaucoup d'enthousiasme et de véracité tant par les parlementaires européens que par la Commissaire.

Elnök asszony. – Köszönöm Miniszter Úr válaszát, és azt is, hogy visszautalt egy előző jelentésnek a tárgyalására, ahol valóban hiányolták Miniszter Urat, és megnyugtató volt az itt adott válasza a tárgybán.

Most pedig az utolsó hozzászólónk következik, a Költségvetési Bizottság elnökének a hozzászólása. Arthuis úrnak adom meg a szót.

Jean Arthuis, *président de la commission BUDG.* – Madame la Présidente, je veux saluer les paroles que vient de prononcer le ministre Gramegna sur la concurrence et l'optimisation fiscale.

Lors de votre propos liminaire, Monsieur le Ministre, vous avez rappelé les circonstances du soir du vendredi 13. Nous avons vu depuis des sociétés multinationales exprimer leur compassion. Je voudrais dire à ces sociétés qui pratiquent l'optimisation fiscale dans des proportions que je juge excessives, que les impôts qu'elles pourraient payer ici, en Europe, nous aideraient sans doute à mobiliser les moyens nécessaires pour lutter contre le terrorisme.

Cela dit, au terme de ce débat, je veux remercier à nouveau et exprimer mes compliments aux trois institutions: à vous, Monsieur le Ministre, pour la manière dont vous avez conduit la conciliation, à vous, Madame la Vice- présidente, qui avez été ferme sur votre expertise et la lucidité que vous nous avez fait partager, à nos rapporteurs et à l'ensemble des membres qui ont participé à la conciliation. Mais je veux y associer l'ensemble de nos collaborateurs. Ils ont manifesté beaucoup de compétence, beaucoup de disponibilité. Ils ont été au niveau de l'excellence et nous ont permis d'aboutir.

Je voudrais simplement, en conclusion, exprimer un espoir, un rêve et un appel.

L'espoir, c'est que nous parvenions à sortir notre cadre budgétaire de sa rigidité. Nous voyons bien que cette rigidité expose l'Europe au risque d'impuissance lorsque se manifestent des événements exceptionnellement graves. Également, ne nous payons plus de mots, le décalage entre nos engagements et nos paiements ne peut durer. Madame la Commissaire, vous verrez arriver sur votre bureau, dans les années qui viennent, des sommes considérables concernant des factures qui pourraient rester impayées.

Mon rêve, c'est que l'Europe participe à la lutte efficace contre le chômage des jeunes. Bien sûr, nous n'avons pas obtenu les crédits espérés pour poursuivre l'initiative pour l'emploi des jeunes, mais une évaluation va être faite et nous en tirerons immédiatement les conséquences. Ce budget comporte aussi des projets pilotes et je me réjouis que l'un d'entre eux nous donne la possibilité d'accompagner les apprentis et de leur permettre la mobilité comme aux étudiants. Le chômage des jeunes est une offense pour l'Europe. Elle assombrit notre avenir.

Quant à l'appel, puisque ce matin le Conseil, à l'unanimité, a approuvé les conclusions de la conciliation, mes chers collègues, je vous appelle à voter demain notre budget pour 2016.

Elnök asszony. – A vitát lezárom.

Szavazásra 2015. november 25-én, szerdán kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. – Il bilancio 2016 frutto della conciliazione è innanzitutto orientato a individuare i mezzi finanziari necessari per far fronte alle sfide del momento e cioè stimolare la crescita, creare posti di lavoro e affrontare la crisi migratoria. Apprezzo gli impegni per la ricerca e lo sviluppo e quindi per Horizon 2020. Mi rammarico, tuttavia, per le misure troppo deboli prese a sostegno degli agricoltori europei. I 698 milioni di EUR previsti non basteranno per rispondere alla proroga dell'embargo russo sulle importazioni di alcuni prodotti agricoli provenienti dall'UE e alla difficilissima situazione in particolare nei settori lattiero-caseario e delle carni suine.

Bene l'impegno per i giovani. La riduzione della disoccupazione giovanile deve restare una priorità politica e, a tal fine, bisognerà utilizzare al meglio le risorse di bilancio disponibili, in particolare tramite l'iniziativa a favore dell'occupazione giovanile (Youth Employment Initiative).

Infine, registro con favore il rigore sul bilancio del Parlamento, anche se penso che qualcosa in più e meglio si poteva e si doveva fare per ridurre i costi dell'amministrazione delle istituzioni europee.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – A Magyarországnak járó uniós forrásokat 2016-ban is biztosítottuk. Sikertől elhárítani azokat a próbálkozásokat, amelyek a kohéziós források kifizetését hozzá kapcsolták volna a migránsok áthelyezésére vonatkozó kvótákat előíró szabályok végrehajtásához. Kiemelkedő eredmény, hogy 2 milliárd euróval megemeltük a migrációs válság kezeléséhez hozzájáruló költségvetési sorokat. A többletforrások legnagyobb része, a magyar kormány álláspontjával összhangban, azokban az országokban kerül elköltésre, amelyek a migrációs válság frontvonalában küzdenek, illetve hozzájárul ahhoz, hogy a bevándorlási hullámot erősítő konfliktusokat a helyszínükön kezeljék, azokban az Unió kívüli térségekben, ahol keletkeztek.

A magyar néppárti képviselők számára siker az Előcsatlakozási Alap Tanács által korábban javasolt csökkentésének visszafordítása, hiszen ezek az eszközök döntően befolyásolják a tagjelölt országok, így Szerbia és a vajdasági magyarok csatlakozási törekvéseit. A tényleges anyagi támogatáson túlmenően meggyőződésünk, hogy az Előcsatlakozási Alap szintjének megőrzése fontos politikai üzenetet is hordoz és bátorítást jelent a tagjelölt országok számára.

A zárószavazással az 500 millió eurós tejágazati mentőcsomag forrásait biztosítani tudja az EU 2016-os költségvetése, így minden akadály elhárul az elől, hogy a magyar tejtermelők a 2,9 milliárd forintos uniós támogatást időben megkapják. Támogatjuk Csáky Pál és Gál Kinga „Sokszínű Európa” elnevezésű közös projektjét is. Ennek keretében a diszkrimináció felszámolását támogató kisebbségi programok finanszírozására 1 millió euró áll majd a pályázók rendelkezésére.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – 150 млрд. евро, стотици страници числа и текст, три институции, месеци преговори. Тези неща знаем хората, които участвахме в процеса. Тази вечер обаче искам да говоря за ценности. Бюджетът се равнява на приоритети и инвестиции в услуга на всеки от над 500-те млн. граждани. С него поставяме хората, бизнеса и техните нужди в центъра. 150-те млрд. са мост към нашите цели за по-добро утре. Млади хора, „Хоризонт 2020“, „Еразъм +“, COSME, инфраструктура, предприемачество, иновации и образование – това са нашите ценности като Европейски парламент. Това са и европейски ценности, измерими с видими резултати. Въпреки различаващите се позиции и предизвикателствата, институциите седнахме около масата и постигнахме резултат, защото имаме едно наум – по-силен Европейски съюз в утрешния ден. Бюджетът е Европа.

Pavel Poc (S&D), *пísemně*. – Jsem velmi rád, že se zástupcům Evropského parlamentu podařilo domluvit s Radou a Evropskou komisí na podobě rozpočtu Evropské unie na rok 2016 v tak rychlé době. Zkušenosti z minulého roku i počáteční přístup zástupců členských států totiž vůbec nenasvědčoval tomu, že Rada bude tentokrát ve vyjednávání Parlament vidět jako rovnocenného partnera. Je potěšující, že se mým kolegům podařilo v naprosté většině vyjednat výši závazků v podobě, v jaké byly představeny Komisí. Není možné si myslet, že Evropa dosáhne pokroku na poli růstu, konkurenceschopnosti a zaměstnanosti, pokud nebudou vyčleněny dostatečné prostředky na podporu výzkumu a vývoje, inovací, malých a středních podniků a vzdělávání. Jakožto místopředseda Výboru pro životní prostředí, veřejné zdraví a bezpečnost potravin mám na druhé straně značné výhrady k rozhodnutí snížit výši závazků v rozpočtové kapitole „Bezpečnost potravin a krmiv“ o více než 11 milionů EUR. Snížení totiž může mít neblahý vliv na úroveň ochrany a zdraví zvířat a rostlin v Unii, včasné zjištění škodlivých organismů a jejich eradikaci a zajištění účinných a spolehlivých kontrol. Jsem rovněž znepokojen, že Rada nerespektovala výši platebních prostředků navržených Komisí a trvala na jejím snížení o 570 milionů EUR. Pokud v budoucnu dojde k platební neschopnosti Unie, je jasné, kdo je viníkem.

12. Prävention der Radikalisierung und Anwerbung europäischer Bürger durch terroristische Organisationen (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a Rachida Dati által az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság nevében készített, az európai polgárok radikalizálódásának és terrorista szervezetek általi toborzásának megelőzéséről szóló jelentésről folytatott vita (2015/2063(INI)) (A8-0316/2015)

Rachida Dati, *rapporteure*. – Madame la Présidente, mes chers collègues, les attentats du 13 novembre dernier ont plongé l'Europe et le monde dans la sidération. Je souhайте que nous ayons une pensée pour les victimes et les familles des victimes, à la veille des obsèques nationales.

Aujourd'hui, plus que jamais, nous devons être, nous devons agir, nous devons réagir à la hauteur de nos responsabilités et de la confiance que nous ont donnée les citoyens européens.

Le rapport, dont nous débattons ce soir, ne doit pas nous diviser mais doit nous conduire à un consensus; pas un consensus mou, pas un consensus de facilité mais un consensus sur la nécessaire prise de conscience à lutter fermement contre la barbarie et le terrorisme qui est aujourd'hui en notre sein.

Les mesures proposées dans ce rapport contribuent à resserrer les mailles du filet, à refermer l'étau sur des barbares qui profitent de notre état de droit et de nos valeurs universelles qu'ils connaissent si bien, puisqu'ils sont nés en Europe et qu'ils ont vécu en Europe, et qu'ils souhaitent absolument détruire.

Aucune excuse, aucune circonstance atténuante, aucun bon sentiment ne doit effectivement prendre place face à ces criminels. À défaut, nous devons rendre des comptes à nos compatriotes sur notre faiblesse et sur notre lâcheté.

Les principales mesures proposées, qui ont été adoptées lors de la commission du 19 octobre dernier, sont, tout d'abord, la responsabilité pénale des géants du net. Internet est devenu le premier camp d'entraînement virtuel de ces terroristes radicaux à coups de vidéos et de sites quasi hollywoodiens incitant à la haine, à la barbarie, au terrorisme et au crime. La prison, autre lieu de radicalisation sur lequel nous avons trop longtemps fermé les yeux, pensant que ceux qui se radicalisaient se tournaient vers la foi. Oui, ils se tournaient vers la foi de l'horreur. Cet aveuglement a conduit à la formation, au recrutement de barbares, les préparant ainsi à devenir des bombes à retardement, une fois remis en liberté.

Lutter contre le terrorisme, c'est lutter aussi contre son financement. Aujourd'hui, il faut dénoncer tous ces pays étrangers qui déversent leur argent sans contrôle ni transparence au profit de structures, de lieux de culte, officieux ou officiels, d'associations, au profit d'individus s'autoproclamant imams, tout cela sur le territoire de l'Union européenne. Peu à peu, ils ont anéanti nos valeurs, déstructuré des individus qui sont devenus les ennemis de nos pays, où ils sont nés et où ils ont vécu. L'ennemi, aujourd'hui, n'est plus extérieur, il est intérieur et nous avons été responsables de la création de ces monstres.

Ensuite, s'agissant du contrôle des déplacements des individus signalés, surveillés ou radicalisés, le PNR européen comme intra-européen s'impose désormais. Les terroristes des attentats Paris auraient pu être plus facilement localisés et nous aurions pu connaître l'ampleur de leur réseau qui les a conduits à commettre le carnage de vendredi dernier; comme d'ailleurs, mais cela ne suffit pas, les contrôles systématiques aux frontières de l'Union européenne qui doivent être rapidement mis en place; comme le retour des djihadistes, qui doivent être arrêtés, retenus dès leur retour.

Ces mesures ne sont pas exhaustives et vos amendements, mes chers collègues, évidemment sont les bienvenus. Mais, même adopté, ce rapport n'aura d'effet que si la Commission européenne et le Conseil acceptent de mettre en œuvre ces mesures. Alors, prenez vos responsabilités. Les citoyens européens nous observent et attendent beaucoup de nous. Soyons à la hauteur de leurs attentes, sinon nous le paierons encore très cher.

En cela, j'appelle l'attention de nos collègues socialistes puisque des amendements irresponsables – et je pèse mes mots – ont été déposés, comme le refus du contrôle aux frontières de l'Union européenne pour éviter le contrôle des migrants alors même que des terroristes se sont infiltrés comme migrants. Si nous faiblissons face à cela, si nous ne mettons pas en place ce contrôle, ce sera une injure faite à la mémoire des victimes des attentats du mois de janvier et du 13 novembre dernier.

Dimitris Avramopoulos, Member of the Commission. – Madam President, in the aftermath of the tragic events in Paris and the developments in Brussels, we are all more than concerned. Our society is appalled by the terror that extremists are trying to poison us with. While we are still grieving for the innocent people who lost their lives in Paris, we cannot allow this to turn into a general psychosis. We cannot allow fear to prevail, because fear is also a threat. We cannot allow the terrorists to demoralise us and win, because terrorists target innocent people, but they also target our values and our way of life. We have been through this before, and we know that our strength is our unity and our resilience. Our only way forward is to act to prevent these actions from happening and to ensure the security of our citizens and our democracies.

This report could not be more timely for our collective response to fighting terrorism and radicalisation. In these challenging times for Europe it is of crucial importance that the institutions of our Union see eye to eye on the way ahead. The European Agenda on Security, adopted in April this year, set out the principles and key actions in this area. This agenda is the reason why we are not just reacting to events now. We are implementing and accelerating the actions we already had in the pipeline to strengthen our resilience to terror. An important example of one such action is the crucial new rules to control firearms that we proposed just last week. I will very soon come forward with an action plan on their trafficking as well.

However, let me start with our work on prevention. Our strongest partner and guarantor for the delivery of effective preventive measures is the Radicalisation Awareness Network (RAN). More than 2 000 local practitioners with different backgrounds from all over Europe are working on addressing the root causes of radicalisation. Since the year 2011, the RAN has produced policy recommendations as well as practical guidance and training material to better prevent and address radicalisation, on schools and the prison and probation environment, on the foreign terrorist fighter phenomenon, and on the development of counter-narratives. The RAN has now been reinforced with a centre of excellence, which has been up and running since 1 October 2015 and which will support the RAN and help it expand its reach further, even to priority third countries such as the Middle East, North Africa and the Western Balkans.

Many of the perpetrators of these vicious acts are EU citizens, born and bred in our societies. This means that our work has to start right here in our countries, in our societies and in our neighbourhoods.

Let me now refer to the abuse of the internet and social media for terrorist purposes. We have started our engagement with the industry, and I will formally launch the EU Internet Forum on 3 December. I can inform you today that I will personally invite the Chairman of the Committee on Civil Liberties, Justice and Home Affairs (LIBE) to attend.

I expect this partnership with the industry to lead to concrete outcomes in preventing and countering radicalisation leading to violent extremism. One of the key goals of this forum is to improve our cooperation in removing terrorist material that may push our youth towards radicalisation. The EU Internet Referral Unit, established within Europol, is instrumental and very helpful in this regard. It can build on the expertise of the European Cybercrime Centre within Europol, which has many years of experience in dealing with illegal content. So we are by no means starting from zero. In this context, I welcome the call to reinforce the mandate and resources of the European Cybercrime Centre to enable it to face these new challenges. Our inter-institutional discussions to finalise the Europol reform will also touch on this.

The second priority is to support the development of effective counter-narratives. There is progress in this area, through initiatives such as the Syria Strategic Communication Task Force, which supports EU countries in developing messages and carrying out targeted communication campaigns. The Commission is both financially and politically supporting the continuation of this project.

Today's report touches on several other important elements that we are working on. We are working to improve evidence and intelligence-sharing across the European Union, in full respect – as is obvious – of fundamental rights. As a matter of priority, we will look into all available options to strengthen our tools against terrorist financing. This includes measures for freezing terrorist assets. I will very soon propose a directive to strengthen our framework on the criminalisation of terrorist offences, particularly travel with a terrorist purpose and terrorist financing. This is how we will tackle the problem of foreign terrorist fighters. I will also soon report on the implementation of the Commission's Communication on the prevention of radicalisation.

I hope that we will continue our constructive dialogue on matters of security and, more specifically, the pending proposals and envisaged initiatives. We will need your full support and engagement on the difficult way ahead. Europe needs to be united and to defend its values with the necessary rigour.

You are well aware of the ongoing work on different counter-terrorism measures. We will discuss this in detail tomorrow and will have other opportunities to do so. Today, our discussion has focused on counter-radicalisation. It has focused specifically on one of the root causes of the problem, and this is where the solution should come from as well. This report will serve as a basis for a continued exchange of views about our prevention policy. I would like to express my thanks to the rapporteur, Ms Dati, and I look forward to a very useful and constructive discussion tonight.

Charles Tannock, *rapporteur for the opinion of the Committee on Foreign Affairs*. – Madam President, the events in Paris serve as a reminder to us of the very real threat that Islamist terrorism poses to our peace, security and social cohesion. Ensuring citizens' safety and security is the primary duty of the state. Increasingly – perhaps fooled by the belief that Europe had truly entered into a time of a perpetual peace – it appears that some of our governments are beginning to fail to live up to these primary duties.

Addressing this problem will require tough and difficult decisions from Member States. The Dati report offers a balanced and sensitive approach to what is a very divisive and politically charged subject. Whilst commitments in the report to initiatives such as the EU PNR Directive are welcome, a more robust and all-encompassing overall strategy is clearly now needed as well.

There is a growing sense, especially as many of the factors affecting radicalisation are often outside of the control of the state, that there is a need to move away from the ideal of preventing radicalisation and instead towards a proactive security policy of managing radicalisation, including asking difficult questions on the financial role played by countries such as Saudi Arabia and Qatar.

Elnök asszony. – Szeretném a Képviselőtársaimat arra kérni, egyrészt tartsák az időkeretet, másrészt kicsit beszéljenek lassabban, mert a fordításban nehézségek adódnak.

Ангел Джамбазки, докладчик по становището на комисията по култура и образование. – Уважаеми колеги, много неща могат и ще се кажат по тази безспорно най-актуална тема, но без спешни мерки, няма да постигнем никакви видими резултати. Да, безспорно изготвихме доклад по темата, с който предложихме на Комисията как да работи върху този проблем. Обаче са нужни незабавни приложими действия.

Нужни са наблюдения на всякакви организации, свързани с Ислямска държава и подозрителна дейност, подробни анализи на техните действия, забраната им и там, където са необходими, проверки на учебните материали и съдържание на книги и информация, които са достъпни в световните мрежи.

Последните няколко седмици всички ние, европейските граждани, станахме свидетели на последствията от радикализацията на европейските граждани, които не се вписват в европейските общности, и тяхното вербуване от терористичните групировки и организации. Отдавна предупреждавам, и това не е тайна, за този проблем и опасното му разпространение на територията на целия Европейски съюз.

Незабавно, уважаеми колеги, трябва да отворим очите си, че този проблем вече далеч е надминал своя регионален характер и не е регионален. Европа е изправена пред война и се опасявам, че ако продължаваме да затваряме очите си пред проблема, ще бъде твърде късно.

Monika Hohlmeier, im Namen der PPE-Fraktion. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir es mit dem Thema Radikalisierung zu tun haben, so müssen wir die vielfältigen Faktoren, die zur Radikalisierung beitragen, in einer gesamten Sicht nehmen.

Dies bedeutet in der Konsequenz, dass man die sogenannten soften Faktoren genauso berücksichtigen muss wie harte Maßnahmen. Unter die sogenannten soften Faktoren fallen für mich wesentliche Dinge wie interreligiöser Dialog, interkultureller Dialog. Ich sage es auch zu uns ganz offen: Muslime einladen, damit sie nicht ausgegrenzt sind, damit junge Menschen, die muslimisch sind, sich hier heimisch fühlen und integriert werden.

Auf der anderen Seite muss es aber auch klipp und klar sein, dass Hassreden und Aufrufe zu Straftaten – wozu zum Beispiel die Züchtigung von Frauen gehört, was nichts anderes ist als Schläge gegenüber Frauen, was eine Menschenrechtsverletzung ist – oder auch Aufrufe zu Mord und zu Totschlag oder dann die Internetseiten bzw. die Gefährder bzw. die Salafisten-Szenen, die junge Menschen in ihren Bann ziehen und indoktrinieren und einer regelrechten Gehirnwäsche unterziehen, sodass sie keinerlei Empathie mehr empfinden, keinerlei Gespür mehr dafür haben, was ihre Umwelt ist ...

Wir müssen junge Menschen davor schützen, dass sie in den Bann von solchen Gefährdern und Extremisten gezogen werden. Dazu brauchen wir auch übrigens mehr Forschung. Es gibt viel zu wenig Forschung auf dem Gebiet, wie junge Menschen überhaupt in den Bann solcher Gefährder kommen können.

Es ist auf jeden Fall nicht allein Armut der Grund, sondern es waren darunter Ingenieure, es waren darunter Menschen, die aus bester Gesellschaft kommen und trotzdem zu Gefährdern und Terroristen wurden und nach Syrien gingen. Um diese Faktoren müssen wir uns kümmern, auch wenn wir Radikalisierung vermeiden wollen.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 169 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Sajjad Karim (ECR), blue-card question. – Madam President, 'one-in-five British Muslims have sympathy for jihadis' was the headline of The Sun newspaper yesterday. Now this really should alarm us all, if it were true. What is actually alarming about this is that it is completely untrue. Even the survey company does not support or endorse the interpretation used by The Sun newspaper – the largest circulation press in the United Kingdom. But The Sun does not care a damn what this House thinks...

(The President cut off the speaker)

Monika Hohlmeier (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Ich habe beschlossen, dass ich die Frage verstanden habe. Ich würde nicht jeder Schlagzeile nachfolgen, die erheblichen Unsinn verbreitet. Es ist ganz wesentlich, dass wir mit seriösen Daten und Fakten arbeiten. Deshalb habe ich gerade auch zur Forschung gesprochen. Es ist auch wesentlich, dass wir nicht einfach Muslime generell und pauschal verunglimpfen, sondern sehr genau zu unterscheiden wissen zwischen dem muslimischen Glauben und den Terroristen, die den Islam als Überschrift missbrauchen. Das heißt, wir müssen sehr deutliche Unterschiede ziehen und sie auch in unserer Argumentation deutlich werden lassen gegenüber denjenigen, die potenziell gefährdet sind.

Ana Gomes, em nome do Grupo S&D. – Senhora Presidente, Senhor Comissário, este relatório não poderia ser mais pertinente, depois dos hediondos ataques terroristas em Paris, a 13 de novembro. Resulta de um trabalho coletivo intenso, em cooperação com a autora, Rachida Dati, que saúdo.

São milhares os jovens europeus que partiram para a Síria e o Iraque para combaterem nas fileiras do Daesh, que não é Estado, nem é islâmico. Mas não é, como nos acenam alguns ilusoriamente, com o cerrar de fronteiras ou com uma diretiva PNR que vamos conseguir travar a sua radicalização e o seu recrutamento.

O combate é também político e ideológico, e trava-se aqui mesmo na Europa, dentro das nossas sociedades, porque os atacantes em Paris — em janeiro, como em novembro — eram europeus, franceses e belgas. E, por isso, é fundamental voltarmos a combater desigualdades, discriminações e a exclusão social sentida de forma particularmente aguda pelas comunidades migrantes em bairros que deixamos transformar em guetos de desespero e ressentimento, com 60% de desemprego, como Molenbeek, no coração da Europa, Bruxelas, hoje sitiada pelo medo.

A nossa segurança coletiva impõe acabar com a destrutiva política de austeridade cega, que também explica por que em vez de terem meios humanos e outros meios reforçados, polícias, serviços de informação e magistrados se debatem com incapacidades, e explica que prisões se tenham transformado em centros de radicalização em vez de reabilitação de delinquentes. Precisamos de união na luta contra a ameaça terrorista transnacional. Precisamos de união política, em que os nossos Estados partilhem informações de segurança e cooperação policial e judicial, e façam um planeamento conjunto e uma avaliação de riscos de segurança em comum. Precisamos de política externa, segurança europeia e de uma política de segurança e defesa em comum, como Síria, Iraque e Líbia evidenciam.

Os Estados-Membros da União Europeia têm de se coordenar e atacar o tráfico de armas, o financiamento terrorista e o crime organizado, associados à capacidade de organizações como o Daesh e a Al-Qaeda, e não podem continuar em modo «business as usual» relativamente a governos e Estados onde o Daesh e a Al-Qaeda têm encontrado financiadores e facilitadores. O comércio internacional, incluindo o de armas, e o petróleo não podem valer o nosso silêncio.

A lição a retirar dos ataques em Paris é que os nossos governos se têm de coordenar para travar a ameaça terrorista e entender que isso passa por uma estratégia coerente e europeia. E que não será à custa de direitos e liberdades fundamentais que venceremos o terrorismo. Sem direitos nunca teremos segurança. Desengane-se quem argumenta em contrário para deixar cair a proteção de dados, a privacidade dos cidadãos e outras garantias fundamentais, ou quem tenta estigmatizar muçulmanos e até refugiados, que sofrem às mãos dos terroristas e, por isso, procuram fugir para aqui, onde há direitos liberdades e garantias. E essa é a nossa força moral para não vergar diante dos terroristas e não fazer o jogo deles, que querem destruir liberdades e democracia.

(A oradora aceita responder a uma pergunta «cartão azul», nos termos do artigo 162.º, n.º 8, do Regimento.)

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), pytanie zadane przez podniesienie „niebieskiej kartki”. – Miarą odpowiedzialności jest troska o bezpieczeństwo obywateli i Parlament Europejski uczyniłby bardzo dobrze, gdyby był zgodny co do ochrony naszych granic zewnętrznych i wdrożenia takich inicjatyw jak dyrektywa PNR. Ja się bardzo dziwię, że Pani oprotestowuje te inicjatywy i chce zapytać: w imię jakich racji socjaliści się temu przeciwstawiają? Czy to jest Pani zdanie osobiste, czy całej grupy politycznej? Jestem tym bardzo zdziwiony.

Ana Gomes (S&D), blue-card answer. – No, we do not oppose PNR. We voted for PNR. But PNR is only a tool and not the ‘magic bullet’ that will solve the problem. Yes – and also in reply to Mrs Dati – we are in favour of border controls, but we are not in favour of the abuse of controls to allow racial profiling and ethnic profiling in order to prevent migrants and refugees from coming into Europe. I recall that, when we had borders, more than a million of the citizens of my country, Portugal, crossed those borders illegally to work in France.

Timothy Kirkhope, on behalf of the ECR Group. – Madam President, over 5 000 EU citizens are currently thought to be foreign fighters and radicalised; these are our own citizens. Often they are third- or fourth-generation Europeans, often educated and often with loving families. Understanding why this is the path they have chosen is one of the greatest challenges we face today, and it requires a comprehensive response. Law enforcement, civil society and governments need to work with communities and their leaders, with schools and with prisons. We need to work with internet providers to reduce the dangerous hate-filled and exploitative propaganda on the internet today. We need to better implement existing laws and to reduce loopholes. But I am afraid that today, more and more people are being exploited by criminals.

But solutions are never found by pointing the finger of blame at each other, or indeed by the demonisation of entire communities, religions or groups of people. I would like to support the remarks made by my honourable friend Dr Karim a few minutes ago regarding the appalling way in which the media in the UK and elsewhere has reported such dangerous falsehoods – particularly only days after Paris – which undermine all of what we are working towards for the security of our citizens.

Solutions are found through cooperation, through actions and a willingness to acknowledge that these most difficult challenges are both complex and nuanced. They can only be solved by reason, by good sense, by calmness but firmness, and by working together to resolve them.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *blue-card question*. – Mr Kirkhope, you supported Mr Karim's critique. It was meant to be a question of *The Sun* newspaper. Does this mean that in future you and Mr Karim, and for that matter the entire Conservative Party, will decline to be supported by *The Sun* newspaper in forthcoming elections?

Timothy Kirkhope (ECR), *blue-card answer*. – Lord Dartmouth, that is a very peculiar question you asked. I believe in the freedom of the press, but I also believe in responsible journalism and facts. Unlike you – and thank you for your usual intervention whenever I speak – I also happen to trust the people. I trust the people, all the people, of the United Kingdom. I believe that they are all people who have a contribution to make in different ways to our society without being demonised in an unfair and improper way.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señora Presidenta, por respeto a cada víctima del terrorismo estamos obligados a ser eficaces en la lucha antiterrorista y en la prevención de la radicalización fanática y violenta. Eficacia, legalidad y proporcionalidad deben ser nuestras guías prácticas. Por respeto a las víctimas, por defensa de nuestro derecho a la vida y a la libertad, debemos ser eficaces en la prevención y detección temprana de la fanatización violenta.

Este informe realizaba ya una aproximación integral para derrotar la estrategia de los asesinos y para vincular a todos los poderes públicos contra el terrorismo global. No sobra nadie. Todos hacemos falta.

Defendemos nuestra democracia, esto es, nuestro derecho a vivir y a vivir con libertad. Tras los atentados de París, este informe debería transformarse también en un gesto urgente desde el Parlamento para que los ciudadanos confíen en sus instituciones. Los liberales y demócratas estamos aquí para buscar consensos, para vencer pequeños egoísmos nacionales o de grupo porque somos conscientes de nuestra responsabilidad histórica.

Neutralizar la financiación de los terroristas dificulta la captación. Ser eficaces en evitar la captación, a través de las redes sociales e internet, es nuestra obligación en un mundo digital y globalizado. También en las cárceles. Limitar los delitos, garantizar la legalidad y el control judicial son nuestra responsabilidad.

Resulta clave ser eficaces en la prevención y detección precoz en las comunidades para que no se repitan más barrios como Molenbeek, en Bruselas. Evitemos el oxígeno ambiental de los fanáticos. Lo sé bien porque nací y crecí en un pequeño pueblo del País Vasco, donde había vecinos que pedían la muerte de los que no pensábamos como los terroristas y donde reinaba el miedo que favorecía la captación. La prevención es fundamental, puedo asegurarlo.

Debemos facilitar todos los instrumentos adaptados para las necesidades reales de control en fronteras, como las de detección de tránsitos delictivos, todo ello garantizando la proporcionalidad y el control judicial.

Sobre todo debemos tener coraje, sentido democrático y paciencia para vencerlos. Lo conseguiremos. No tenemos otra opción.

Barbara Spinelli, *a nome del gruppo GUE/NGL*. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio Rachida Dati che ha saputo spesso ascoltare voci diverse dalla sua. Gli attentati di Parigi hanno inasprito le differenze tra noi. L'attacco ai socialisti, mi sembra un brutto segno.

La sicurezza dei cittadini è essenziale ma c'è anche la sicurezza da interventi abusivi dello Stato. Il dopo 11 settembre americano è una lezione da non imitare. Il terrorismo va combattuto con la *rule of law*: mai dovremmo imitare Blair che sulle torture disse nel 2003: «le regole del gioco sono cambiate».

Cosa spinge tanti giovani ad arruolarsi nell'Isis? Tre motivi non sufficientemente approfonditi: le guerre antiterroriste; gran parte dei *foreign fighters* appartiene alla generazione della guerra antiterrorismo, guerra che ha creato il caos e l'Isis, rovinando la reputazione delle democrazie. Né possiamo riempire di armi Arabia Saudita e Qatar, primi finanziatori del terrorismo.

Le *banlieue*: nessun investimento è stato fatto per ridurre la ghettizzazione. Fu tragica la scelta di Sarkozy di togliere fondi alla polizia di prossimità.

Internet e prigionie dove più si recluta. Accrescere il controllo dello Stato, su Internet, non serve ed è pericoloso applicare ciecamente la segregazione nelle carceri.

Jean Lambert, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, I also wanted to say that I appreciate the work that has been done on this report. Through working together, we have found much to agree on on this report as it is tabled, even if we disagree on some elements – and that is not surprising. But we know we have to work within the framework of the democratic values that we espouse and which are under attack, and not only from one direction – and I do not mean the pop group. The report makes it clear that terrorism is not the prerogative of any single religion, nationality or civilisation, and we also have to recognise at the moment that it is an international phenomenon.

We can all agree, for example, that we need to radically improve the use of the intelligence information that we have, to tackle arms trafficking, and to track and disrupt terrorist financing. We will not all agree, it is clear, on the use of PNR. My Group's concerns are well-known, and we feel that the millions of euros to be invested in the system could be better and more effectively spent, for example, on joint investigation teams within Europol, on delivering on the effective resourcing of EU agencies – as called for in Madam Dati's report – such as CEPOL, EUROJUST and EUROPOL itself, or on offering further support to the RAN network. Parliament thoroughly agrees with the evaluation of the Commission there.

We need to strengthen local capacity to combat violent extremism. In terms of prevention within our own communities, London's Police Commissioner at the time of the London underground bombings recently said that national security depends on neighbourhood security. Community policing depends on trust from communities, so that people feel able and know how to report the unusual, the worrying and the suspicious. This is not going to happen when everyone from a particular social group is treated as a suspect and an outsider, or if every teacher and social worker is turned into a potential spy. The roles and responsibilities need to be clear and the funding streams different.

Social cohesion is essential, and those who increase social division and push a style of community collective guilt for terrorist acts are certainly not providing solutions. We also recognise what was said in the report about the internet as a potential vehicle for grooming for the purposes of violent extremism. We need clear rules on how we deal with that.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Tibor Szanyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Tisztelt Képviselő Asszony, nagyon impozáns listát mondott Ön, hogy mennyi mindent kéne megtenni, de egyetért-e velem abban, hogy legelőször a pénzügyi csatornákat kéne elvágni? Hiszen európai cégek, európai emberek vesznek meg a lopott olajat, a lopott műkincseket, és az európaiak fizetnek így gyakorta vaskos válságdíjakat. Egyetért-e azzal, hogy inkább ebben lenne a megoldás, hogy ezeket visszafogjuk?

Jean Lambert (Verts/ALE), blue-card answer. – I think we can agree on that, and I think there are some very helpful additional amendments from various Groups in the House which are also pushing on the issue of having to dry up funding. Certainly when you are looking at the large-scale developments within Syria and Iraq, or whether in Nigeria or elsewhere, it is clear that there is a stream of arms coming in there. I think, as people have said, we also have to look at what we do to try and provide a different vision, because it is that vision of the future – a distorted one, I think – which is also creating many of the problems.

Kristina Winberg, för EFDD-gruppen. – Fru talman! Jag vill börja med att skänka en tanke till de offer och deras anhöriga som utsattes för det fruktansvärda attentat som hände i Paris häromveckan. Jag är djupt oroad över de terroristattacker som vi ser omkring oss idag. Jag är till och med så orolig att jag försöker undvika platser med mycket folk. Jag väljer hellre att stanna inne i min lägenhet istället för att gå ut på restaurang när jag är i Bryssel. Jag är orolig för var mina barn befinner sig.

I mitt land, Sverige, är vi väldigt sårbara inför kommande attentat. Med en massinvandring, framför allt från länder som har många IS-anhängare, så löper vi en större risk för att utsättas för dessa fasansfulla attentat. Framför allt då vi knappt vet vem vi släpper in i vårt land.

Detta för att ni beslutsfattare här inne bara sett er blinda på den fria rörligheten och ett öppet Europa. Med den folkvandring som nu sker till våra länder, hur kan ni ens tro att vi ska kunna integrera alla dessa människor? Vi kan ju inte ens ge dem tak över huvudet, än mindre ge dem hopp om ett bättre liv, med tillgång till arbete och bostad. Detta, mina vänner, leder för många av dem till ett liv i utanförskap, hopplöshet och förtvivlan. Det är just i sådana här situationer som många av de unga männen lockas till att bli radikaliserade.

Nu talar föredraganden om förebyggande åtgärder – avradikalisering, utredningar m.m. Kanske borde föredraganden tänka på att vi är i ett akut skede. Det som borde göras är att så snabbt som möjligt förhindra att allt fler av dessa avskum beträder europeisk mark.

Det ligger ingen hemlighet i att IS uttalat sig om att skicka jihadister med båtarna över Medelhavet. (Nu hinner jag inte mer.)

(Talaren godtog att besvara en fråga ("blått kort") i enlighet med artikel 162.8 i arbetsordningen.)

Gilles Lebreton (ENF), question «carton bleu». – Madame la Présidente, chers collègues, je vous remercie de votre intervention. J'ai été très sensible aux quelques mots que vous avez eu pour les victimes de Paris, en tant que Français. Vous avez parlé uniquement, à juste titre, de la radicalisation islamiste, qui est le principal danger aujourd'hui. Cependant, le rapport Dati mélange ce phénomène très inquiétant avec d'autres formes de violence moins préoccupantes, comme par exemple les violences séparatistes.

Êtes-vous d'accord avec moi pour regretter que ce rapport ne soit pas consacré exclusivement à la radicalisation islamiste?

Kristina Winberg (EFDD), svar ("blått kort"). – I detta fall tycker jag att vi pratar om terrorism oavsett var den kommer ifrån, för det som händer i våra länder är att vi står inför en fruktansvärd, bedrävande rädsla. Jag säger också att det kommer många människor just med flyktingströmmarna. Oavsett vad det är för typ av terrorister så måste vi bekämpa det, och det nu.

Vicky Maeijer, namens de ENF-Fractie. — In Parijs heeft de islam wederom op beestachtige wijze zijn ware gezicht laten zien, het gezicht van het kwaad. Dat maakt me verdrietig maar vooral ook boos. Boos, omdat ik me afvraag hoeveel slachtoffers er nog moeten vallen voordat de ogen worden geopend van de wegstijgers. Boos, omdat ik me afvraag wanneer u stopt met het zoeken van excuses voor het islamitische terrorisme. Het probleem is niet de economische crisis, de werkloosheid of het zich niet thuis voelen op school.

Het westen wordt frontaal aangevallen en u komt met voorstellen om terrorisme te bestrijden met bewustwordingscampagnes, voorlichting op scholen en theedrinken met imams. Radicalisering los je niet op met geknuffel. Dat los je niet op met miljoenen verslindende deradicaliseringsprojecten. Dat los je niet op door je kop in het zand te steken voor de gevaren van de islam. Het enige medicijn tegen radicaliseren is de-islamiseren, het preventief vastzetten van mogelijke terroristen. Jihadisten die terugkeren, niet behandelen als getraumatiseerde jongeren maar als persona non grata. En wil je naar Syrië, ga, maar kom vooral niet meer terug.

En tot slot, nationale staten moeten hun grenzen sluiten en de vrijheid en veiligheid van hun inwoners verdedigen.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señora Presidenta, es por lo menos ya la tercera vez en este debate que escuchamos una intervención de carácter xenófobo, que criminaliza a millones de ciudadanos y ciudadanas europeos, que relaciona migración y terrorismo. Son discursos que incitan al odio. Pido a la Mesa del Parlamento que se tomen las medidas oportunas, que se sancione a los diputados y las diputadas, que no se permitan más discursos que atenten contra los derechos humanos. ¿Hasta cuándo se va a seguir permitiendo la apología de la violencia, de la xenofobia y del fascismo en esta Cámara?

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Asszony, ezt a jelentést az idő, az események meghaladták. Ma már nem csak arról van szó, hogy az EU-ban jelentős a terrorfenyegetettség, valójában háború folyik Európa ellen. És kik válnak terroristává Európában? Akik nem érzik magukat a társadalom részének, mondja a jelentés. És azok a százvezrek, akik most érkeznek, szakképzettség, nyelvtudás nélkül, más kultúrából? A naiv elvárás, hogy a vallási vezetők európai értékeket valljanak. A jelentés szerint „a terrorista radikalizálódással szembeni küzdelemnek” egy közös értéken kell alapulnia, „amelynek célja egy nyitott Európa biztosítása”. Ismétlem: nyitott Európa biztosításával a terrorizmus ellen. No comment.

Milan Zver (PPE). – Poročilo je vsekakor pomembno, še posebej po zadnjem brutalnem terorističnem napadu v Parizu. Prinaša nekaj konkretnih ukrepov, kot so izbris terorističnih vsebin s spleta, izmenjava vseh relevantnih informacij med državami članicami in Europolom, kakor tudi odvzem potnih listin, zamrznitev financ, posebni nadzor ter ažurno vzdrževanje črnega seznama džihadistov. To so glavni ukrepi, ki se nanašajo ta hip le na okoli nekaj tisoč, morda nekaj deset tisoč državljánov.

Ko pa govorimo o mladih, ki jim grozi izpostavljenost radikalizaciji, pa lahko govorimo o večmilijonski številki. V tem primeru pa so v Evropi potrebni dolgoročni, celoviti in preventivni pristopi. Cilj je, da se to ranljivo populacijo integrira v družbo, na polju dela in šolanja, kakor tudi preživljanja prostega časa.

Dolgoročno je za to, da bo Evropa še vedno sinonim za odprte družbe, potrebna edukacija za aktivno in odgovorno državljanstvo ter demokracijo.

Spoštovani, če mladih ne bomo opremili z vrednotami in kompetencami, ki jim bodo zagotavljale funkcionalno vključenost v evropsko družbo, nismo padli le pri nalogi, ki jo imenujemo deradikalizacija mladih, ampak tudi pri gradnji Evropske unije. Če ne bomo uspešni, nas čakajo trajni kulturni trki, socialne in politične napetosti ter konflikti namesto dialoga, vzporedne družbe namesto odprtih družb, in terorizem bo postal naš vsakdanjik.

VORSITZ: ULRIKE LUNACEK

Vizepräsidentin

Die Präsidentin. – Herr Frunzulica hat eine „blaue Karte“ verlangt. Sie werden aber gehört haben, dass meine Kollegin zuerst gesagt hat, sie nimmt keine „blauen Karten“ mehr. Ich folge dem, denn wir haben den Zeitplan schon weit überschritten. Das heißt: Keine „blauen Karten“ mehr ab jetzt.

Josef Weidenholzer (S&D). – Frau Präsidentin! Ich begrüße diesen Initiativbericht, auch weil er zu einem Zeitpunkt debattiert wird, wo uns die schrecklichen Anschläge von Paris verfolgen.

Dieser Bericht schlägt konkrete und überlegte Maßnahmen vor, wie wir mit einer der schwersten Bedrohungen unserer Freiheit fertig werden können. Den Da'esh-Terroristen ist nichts heilig. Ihr Todeskult zielt auf die Zerstörung unserer Zivilisation, auf die Zerstörung unserer Demokratie ab. Ihre Verbrechen müssen ohne Wenn und Aber bestraft werden. Aber es reicht nicht aus, nur zu reagieren, wir müssen präventiv gegen diese Terroristen vorgehen, ihnen ein für alle Mal den Nährboden entziehen, weil dieses Phänomen seine Wurzeln auch bei uns hat.

Doch was über Jahre gewachsen ist, das kann nicht mit einem einzigen Kraftakt weggezaubert werden, und es gibt auch nicht das Wundermittel, das wir uns alle erhoffen. Wir brauchen Geschlossenheit, Entschlossenheit, wir brauchen Besonnenheit, und vor allem brauchen wir Geduld.

Dieser Bericht enthält viele gute Vorschläge, er stellt eine umfassende Strategie zur Prävention der Radikalisierung und der Anwerbung von EU-Bürgern dar. Er bietet Unterstützungsstrukturen wie das RAN an, die Arbeit in Gefängnissen wird thematisiert, begleitende Maßnahmen ebenso wie eine effiziente und offensive Auseinandersetzung im Internet, und schließlich geht es auch um die Unterbindung finanzieller Unterstützung.

Helga Stevens (ECR). – Na de aanslagen in Parijs zijn sterke antwoorden noodzakelijk. De NVA-delegatie staat dan ook achter dit verslag. Meer nog, het verslag bevat een aantal maatregelen waartoe ook de Belgische regering heeft beslist, waaronder de onmiddellijke detentie van terugkerende strijders. Ook de bestrijding van terreur op het internet is prioritair. Het verslag pleit voor straffen ten aanzien van internetbedrijven indien die geen gehoor geven aan een gerechtelijk of administratief bevel om jihadistische inhoud te verwijderen. Zo worden vrijheid en veiligheid op elkaar afgestemd, uiteraard met gepaste waarborgen voor de vrije meningsuiting. Hierbij roep ik mijn collega's in deze vergaderzaal op om politieke daadkracht te tonen en dogma's opzij te zetten. Wat bijvoorbeeld de privacy en databescherming betreft moeten wij zoeken naar een goed evenwicht, maar we moeten ook vooruit.

Tenslotte wil ik oproepen tot realiteitszin. Vluchtelingen zijn vanzelfsprekend niet per definitie terroristen maar verschillende terroristen blijken als asielzoeker Europa te zijn binnengekomen. Dat bewijzen de aanslagen in Parijs. Er is helaas een veiligheidsrisico en daarom moeten wij nú echt werk maken van gegevensverzameling en -uitwisseling aan de buitengrenzen. Geen registratie, geen rechten.

Cecilia Wikström (ALDE). – Madame la Présidente, avant de parler du rapport Dati, permettez-moi d'adresser mes plus sincères condoléances aux victimes des attaques du 13 novembre dernier, à Paris, et à leurs proches. Ces attaques sont des attaques contre nous tous et contre nos valeurs européennes. Sachez que l'on fera tout pour combattre ensemble ces meurtriers.

Fru talman! Dati-betänkandet, ska vi dock komma ihåg, är inte ett åtgärdsprogram som tagits fram som ett svar på attentaten i Paris. Det är inte heller ett betänkande om anti-terrorism, utan ett betänkande om hur vi ska bekämpa radikaliserings i EU.

Vi måste stärka arbetet i våra medlemsländer för att förhindra att svaga, unga personer lockas in i dessa mördarsekter. Det handlar om att tidigt identifiera risker och åtgärder, t.ex. på anstalter och i fängelser. Fängelser ska hjälpa människor tillbaka in i samhället, inte driva dem i famnen på terrorister. Vi måste också minska möjligheterna för terrorister och andra radikala att vinna anhängare till sin sjuka ideologi över internet.

Vad vi måste göra nu, först och främst, det är att inse att vi lever i en tid när mörkret kastar långa skuggor över EU. Men vi måste nu komma ihåg att efter den mörkaste natt blir det till slut morgon, precis som ljuset måste återkomma i Paris, i Bryssel och på andra orter. Tillsammans måste vi bejaka det goda – och framtidstron.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL). – Madame la Présidente, des milliers de jeunes Européens sont partis combattre en Syrie et en Irak. Combien sont-ils aujourd'hui prêts à partir là-bas ou à commettre des massacres, ici ou ailleurs?

Permettez-moi d'exprimer ma solidarité vis-à-vis de Tunis qui vient d'être à nouveau frappée par un attentat. Alors oui, il faut tout faire pour empêcher ces jeunes de passer à l'acte, mais il faut aussi savoir s'occuper de ceux qui reviennent. Ils seraient 90 % selon une enquête française et ils peuvent être des alliés précieux. Leurs profils se différencient de plus en plus: classes moyennes, milieux populaires ou même milieux très favorisés. Et, n'en déplaise à certains ici, oui ils sont musulmans pour beaucoup d'entre eux, mais souvent convertis et récemment convertis, et ils sont aussi athées, voire catholiques et juifs. Leurs parcours sont de plus en plus différenciés, ils sont marginalisés et psychologiquement faibles, mais aussi parfaitement intégrés.

Alors oui, la répression est nécessaire, mais elle ne suffit pas et elle doit plus que jamais se faire dans le respect du droit, en évitant toute stigmatisation et toute suspicion généralisées.

Judith Sargentini (Verts/ALE). – In 2004 werd in Amsterdam de filmmaker Theo van Gogh vermoord. Ik was toen lid van de Amsterdamse gemeenteraad. Hij werd vermoord door een radicale moslim, een extremist. Ik was daarbij. Ik was daar gelukkig niet bij op het moment zelf, maar ik was erbij toen wij ons in Amsterdam zorgen moesten gaan maken over de vraag hoe we met extremisten moeten omgaan. Het bleek dat deze extremist thuis afgeluisterd werd door de geheime dienst en dat ze wisten dat hij radicaliseerde. Het was een Amsterdamse jongen met een Nederlands paspoort.

En in de jaren daarna waren er de aanslagen in Londen, in Madrid, in Brussel, in Parijs en Toulouse, telkens weer mensen met een Europees paspoort op het netvlies van de geheime diensten. Wat wij ons moeten realiseren is dat het tegengaan van terrorisme in Europa betekent dat we moeten begrijpen waarom onze jongens radicaliseren en dat betekent dat we in de wijken moeten zijn en niet moeten bezuinigen op politie en onderzoek.

Gerard Batten (EFDD). – Madam President, this report completely fails to acknowledge the cause of the current terrorist threat, which is ideological. That ideology is fundamentalist Islam. From its creation, Islam has been propagated by force and violence.

President Hollande has said that we are at war. The first casualties in this war must be appeasement and political correctness. We face one of two choices: we can accept eventual submission to the ideology of an ever-increasing Islamic population, or we can take the first step in resistance and end any more mass immigration from Islamic countries. Only then can we start to address the difficult issue of integrating the existing Muslim population.

The EU strategy is to deny the existence of the real problem, while at the same time importing millions more people from Islamic countries. Your ideological opponents regard you as fools; history will judge you as traitors.

Janice Atkinson (ENF). – Madam President, I too would like to express my sympathy with the French people. These recent terror attacks prove that we have been sleepwalking into a hotbed of the worst of multiculturalism. British values are abhorrent within many of these self-segregated communities. Sadly, multiculturalism is overwhelmingly where the seeds of hate are sewn. Since 2012, over 4 000 people have been referred to the UK's anti-radicalisation programme PREVENT. Half of them were under the age of 18 years old. But for those who have put their radical ideas into action, we cannot have any compassion or show any mercy. Jihadi John came from a middle-class family and could enjoy a wonderful British life. But like hundreds of other radicals, he turned against our society, watching porn, using drugs, abusing the freedoms of our society to spread hate and terror. In their nirvana, they would not be allowed to do this.

Anyone who preaches hatred and calls for violence should be prosecuted. If they are non-British, they must be directly expelled from the UK. We are at war. We have to fight for our values. We must address multiculturalism and fight for our western liberal democracy, our very identity, our culture and our children's future.

Diane Dodds (NI). – Madam President, from my experience of communities living under threat in Northern Ireland, I can tell Members of this House that there is no number of bombs, bullets, or callous acts of terrorism that can hope to uproot democracy or destroy a free and fair way of life.

Like the Provisional IRA in my constituency, ISIS can and will be defeated. The starting point in the fight against radicalisation should be everyone, in each of our societies, coming together to call out these barbarians for what they are. We should be unequivocal in our condemnation. There are Members of Sinn Féin in this Parliament. Only last week, their party colleague in Northern Ireland openly said that he did not consider ISIS to be terrorists. Shameful. In the aftermath of the Paris attacks, I would call on the Sinn Féin MEPs in this House to apologise to our French colleagues for the offence caused by these despicable comments. We must aim to combat radicalism via the internet and support agencies on a national and a pan-national basis with adequate resources and budgets to combat this evil.

Moreover, the EU must put in place every safeguard to ensure that the road to radicalisation is not nurtured by directly supporting revisionism. In my own constituency we witnessed the complete misuse of European peace funds by the Tí Chulainn Centre in South Armagh, where children were photographed in terrorist garb and holding imitation weapons. That is wrong; it ought not to happen and it is important that it should never happen again.

Lars Adaktusson (PPE). – Fru talman! Terrordåden i Paris visar att vi måste öppna våra ögon. Vi måste bryta med den naiviteten som så ofta har präglat synen på militant islamism. Det faktum att terrorsekten IS befinner sig i krig mot Europa och den fria världen måste nu vara vägledande i arbetet med de åtgärder som krävs.

Såväl politiken som lagstiftningen och samhällsdebatten måste inriktas på handling och på skydd av Europas medborgare. Tiden för relativisering av militant islamism är förbi.

Ett skifte i samtalsklimat och ett erkännande av de faktiska hot som vi står inför är centralt för att få på plats de åtgärder som är nödvändiga. Politiska processer som är igång men som går för sakta behöver snabbt förverkligas. Socialister, liberaler och de gröna tar förhoppningsvis sin del av ansvaret och slutar förhålla PNR-frågan. Att ställa flygbolagens passageraruppgifter till polisens förfogande är av största betydelse. Det är det också med skärpt bevakning av yttre gränser och en effektivare samordning av säkerhetstjänsternas arbete i Europa.

Med detta vill jag tacka min kollega Dati för en utmärkt resolution som jag hoppas en bred majoritet av denna kammare kommer att stödja.

Péter Niedermüller (S&D). – Elnök Asszony, még jószerivel nem is vagyunk túl a párizsi borzalmakon, máris azzal kell szembesülnünk, hogy vannak politikusok, akik megpróbálják kihasználni ezt a helyzetet. A magyar miniszterelnök például azt találta mondani, hogy minden bevándorló, minden terrorista bevándorló. Pedig ő is tudja, mindannyian tudjuk, hogy nincs közvetlen összefüggés a bevándorlás és a terrorizmus között. Pontosan tudjuk, hogy a borzalmas párizsi merényletek elkövetői francia és belga állampolgárok voltak. Olyan emberek, akik ezekben az országokban születtek, itt nőttek fel, itt szocializálódtak. Ezeket az embereket nem tekinthetjük bevándorlóknak, mert ha bevándorlóknak tekintjük, ez csak annak a bizonyítéka, hogy még mindig idegennek tartjuk őket. Nem olyannak, akik ehhez a társadalomhoz tartoznak, az európai társadalmakhoz tartoznak.

Végtelesen szomorúnak és elkeserítőnek tartom, hogy még mindig a kerítés, a kizárás, a megbélyegzés, a félelem- és a gyűlöletkeltés politikáját folytatják Európában sokan. Pontosan tudjuk, hogy ez a politika sehova nem vezet, csak további radikalizálódáshoz. Ehelyett sokkal inkább arra kellene törekednünk, hogy megértsük és kezelni tudjuk a radikalizálódás politikai és kulturális logikáját. Világossá kell tennünk, hogy a társadalmi integráció nem a kulturális önazonosság feladását, nem erőszakos kulturális asszimilációt jelent. Ezeket a fiatalokat is be kell fogadnunk, hogy Európában jövőt, otthont és biztonságot találjanak.

Monica Macovei (ECR). – Doamnă președintă, cei 5 000 de cetățeni europeni plecați să lupte alături de organizații teroriste în Irak și Siria sunt cu siguranță eșecul nostru. Trebuie să ne aplecăm asupra cauzei și trebuie să prevenim creșterea acestei cifre.

În acest moment trebuie în primul rând însă să oprim orice amenințare și atac terorist asupra noastră și, ca atare, câteva măsuri urgente se impun: adoptarea rapidă a directivei privind registrul european al pasagerilor aerieni, directiva PNR. De asemenea, destructurarea grupărilor teroriste trebuie să se facă mai ales prin combaterea finanțării ilicite.

Grupul de acțiune financiară internațională a inclus pe lista neagră Afganistan, Pakistan, Iran, Irak. Acestea sunt doar câteva dintre țările care finanțează terorismul.

Terorismul este finanțat prin banii produși de rețele de crimă organizată, corupție și spălare de bani. Banii produși prin banii negri care sunt spălați trebuie să devină infracțiune, spălarea de bani trebuie să devină infracțiune în fiecare țară și trebuie strict aplicată. Instituțiile financiare trebuie să nu mai deschidă conturi anonime și trebuie să identifice beneficiarii reali ai companiilor.

Gérard Deprez (ALDE). – Madame la Présidente, je salue le rapport de M^{me} Dati dans sa forme actuelle, qui est une bonne synthèse de ses propositions initiales et des propositions, des ajouts, des ajustements des groupes politiques. C'est une excellente base de travail pour lutter contre la radicalisation.

Cela dit, Madame la Présidente, je voudrais profiter de l'occasion pour dire quelques mots plus personnels. Je suis belge et vous savez que notre pays vit pour l'instant un moment particulièrement difficile et nous apprécions beaucoup la solidarité des autres pays européens. Mais je suis, je dois vous le dire, quelque peu excédé par ce que je lis et ce que j'entends à propos de mon pays et, en particulier, de la commune de Molenbeek. Je reconnais les faiblesses de mon pays, je reconnais même ses fautes, en particulier à Molenbeek et pas seulement dans cette commune, mais il ne faut pas faire de la seule commune de Molenbeek le centre unique européen de production de djihadistes. L'auteur du seul attentat qui a été commis à ce jour sur le territoire belge n'était pas un citoyen de Molenbeek, c'était un ressortissant français. Les gens qui ont commis les attentats de Paris, deux ou trois d'entre eux, en tout cas, ne viennent pas de Molenbeek, ils viennent de Syrie et ont d'autres nationalités. Ce ne sont pas des gens de Molenbeek, Madame la présidente, qui ont tué à New York, à Madrid ou ailleurs.

Le crime est une multinationale et nous devons combattre cette multinationale partout.

Barbara Spinelli (GUE/NGL). – Madame la Présidente, j'ai un rappel au règlement à propos de ce qu'a dit la collègue Dodds.

Est-il possible d'accuser de complicité avec ISIS/groupe «État islamique», une délégation entière de ce parlement, à savoir le Sinn Féin? Et, si cela n'est pas possible, quelles sont les mesures qui peuvent être prises pour que soit apportée la preuve d'une affirmation aussi scandaleuse et aussi invraisemblable?

Die Präsidentin. – Danke Frau Spinelli. Wir werden uns das ansehen, wie die Wortwahl genau war, und dann darauf zurückkommen.

Eva Joly (Verts/ALE). – Madame la Présidente, chers collègues, notre sécurité passe par une mobilisation sans précédent contre le terrorisme. Parallèlement aux actions judiciaires, policières et militaires, il faut mener une bataille des imaginaires pour empêcher des jeunes Européens de basculer dans le djihadisme. Nos ennemis ont la propagande, nous avons la culture et l'éducation, qui sont les armes redoutables de la démocratie contre l'obscurantisme.

Aucune lutte contre le terrorisme ne sera victorieuse si nous ne luttons pas aussi contre ce qui l'engendre. Pour les écologistes, cette lutte contre la radicalisation ne passe pas par la stigmatisation de l'islam ou par l'adoption du PNR européen et sa collecte toujours plus étendue des données. Elle implique de comprendre les mécanismes et de prévenir le passage à la radicalité et à la violence des jeunes Européens de tous horizons, de toutes cultures, de toutes classes sociales. Elle implique de combattre les inégalités, les frustrations, qui fournissent un récit trop commode aux manipulateurs assassins de l'État islamique. Nos ennemis rêvent d'embrigader tous les laissés-pour-compte de nos sociétés pour les retourner contre nous. Notre cohésion sociale sera notre meilleur rempart.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, io credo che la discussione su questa relazione in tema di radicalizzazione arrivi in un momento sbagliato, perché è chiaro che vi è una forte spinta emotiva dopo i fatti di Parigi e quanto accaduto nei giorni successivi, la quale porta il tema della discussione da qualche altra parte.

Crediamo che, comunque condividendo le preoccupazioni e la gravità della situazione, per quanto riguarda la radicalizzazione, sia sbagliato pensare che si possa risolvere il problema attraverso un sistema repressivo, piuttosto che facendo prevenzione. Questo è ciò che abbiamo percepito da questa relazione.

Inoltre, quando parliamo di repressione rischiamo di andare a comprimere delle libertà personali e quindi per ottenere più libertà, rischiamo di restringere la nostra. Non credo che la reazione degli Stati sia stata intelligente in questo caso, perché ad esempio gli attacchi in Afghanistan hanno prodotto soltanto ulteriore terrorismo e maggiori problemi.

Impariamo dalla storia ad essere più lungimiranti e a reagire in altro modo.

Sophie Montel (ENF). – Madame la Présidente, le rapport qui nous est présenté est caractéristique de cette Europe dogmatique et inefficace que vous construisez depuis des décennies.

Vous ne pensez, en effet, qu'à renforcer d'obscures agences européennes et à leur céder toujours plus de souveraineté. Mais ces agences sont toutes à l'image de FRONTEX. Soi-disant créées pour résoudre un problème, elles ne font qu'organiser son développement.

L'Europe a privé la France des moyens d'assurer sa sécurité. À l'intérieur comme à l'extérieur de l'espace Schengen, des assassins ont pu circuler librement et tuer 130 innocents. Vous envisagez une propagande eurobéate massive comme seule réponse à la propagande djihadiste. Vous voulez régner sur internet avec un gant de fer digne de la Chine et continuer à ne pas vous attaquer aux racines du mal. Au contraire, vous préconisez de développer le communautarisme, alors que c'est lui qui fait de Molenbeek un vivier d'islamistes.

Ce dont les jeunes de notre pays ont besoin, c'est de l'amour de leur patrie. Le peuple français doit pouvoir profiter de la liberté et de la sécurité que lui garantiront des frontières nationales sûres, une identité nationale assumée avec fierté et surtout un destin national exaltant.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κυρία Πρόεδρε, τα μέτρα τα οποία προτείνουμε για να εμποδίσουμε τη στρατολόγηση νέων Ευρωπαίων από τρομοκρατικές οργανώσεις φοβούμαι ότι δεν θα έχουν σημαντικά αποτελέσματα. Και αυτό διότι αντιμετωπίζουν μόνο τα αποτελέσματα και όχι τα αίτια του προβλήματος.

Διστάζουμε να διδάξουμε στα παιδιά μας να αγαπούν την πατρίδα τους για να μην θεωρηθούμε εθνικιστές και ακραίοι. Δεν διαπαιδαγωγούμε τα παιδιά μας με τις αρχές του χριστιανισμού για να μη θεωρηθούμε συντηρητικοί και φανατικοί. Αδιαφορούμε να διδάξουμε την ιστορία της χώρας μας, των αρχών και των αξιών της Ευρωπαϊκής Ένωσης και του ευρωπαϊκού πολιτισμού, για να μην θεωρηθούμε ρατσιστές και ξενοφοβικοί. Ανεχόμαστε και επιλέγουμε να μας κυβερνούν ανίκανοι και διεφθαρμένοι πολιτικοί που καταστρέφουν την οικονομία, καταστρέφουν τη δημοκρατία, εξαθλιώνουν τους λαούς της Ευρώπης και δημιουργούν στρατιές ανέργων νέων. Έτσι κάνουμε τα παιδιά μας εύκολα θύματα της προπαγάνδας των τζιχαντιστών.

Διότι πώς είναι δυνατόν ο Ευρωπαίος νέος να μην μισεί αυτό το ανάλγητο κράτος; Να μη θέλει να τιμωρήσει μια κοινωνία, η οποία είναι εχθρική απέναντί του και του αφαιρεί κάθε δικαίωμα να ελπίζει στο μέλλον. Ας δώσουμε λοιπόν ιδανικά στα παιδιά μας, ας εξαλείψουμε αυτά τα αίτια και τότε θα δούμε πόσο ικανοί, φιλοπρόοδοι είναι οι νέοι της Ευρώπης και κυρίως αδιάφοροι στην τζιχαντιστική προπαγάνδα.

Barbara Kudrycka (PPE). – Pani Przewodnicząca! Chyba wszyscy zgadzamy się, że obecnie Unia Europejska musi się zmierzyć z wyrafinowanymi kampaniami dezinformacji, radykalizacji, które rozprzestrzeniają się w internecie, ale też w szkołach czy więzieniach. Transgraniczny charakter terroryzmu oraz stały rozwój technologii umożliwiają fanatykom z całego świata błyskawiczne komunikowanie się ze sobą i werbowanie do swoich struktur. Dlatego dobrze jest, że Komisja Europejska proponuje doskonalenie istniejących metod oraz wypracowuje nowe wspólnotowe narzędzia przeciwdziałania radykalizacji i terroryzmowi.

Ale aby skutecznie przeciwdziałać radykalizmowi należy również przeciwdziałać skutecznie mowie nienawiści, która zalewa internet. I w tej sprawie musimy również znaleźć granice prawne, które określą, co jest mową nienawiści, a co nie, i jakie stosować środki, aby jej przeciwdziałać. Dlatego też cieszę się, że Komisja chce zwiększyć współpracę z sektorem internetowym i doprowadzić do usuwania terrorystycznych i ekstremistycznych treści z ich platform. Z kolei policja powinna wyciągać bezwzględne konsekwencje prawne wobec tych, którzy propagują postawy brutalnego ekstremizmu. Państwa członkowskie powinny z kolei lepiej współpracować w obszarach takich jak wymiana informacji i danych wywiadowczych, co pozwoli na skuteczne stosowanie nowych środków proponowanych przez Komisję.

Tanja Fajon (S&D). – Teroristi so uspešni tam, kjer med ljudmi različnih veroizpovedi in ozadij vlada nezaupanje, kjer gradimo stereotipe, sovraštvo in ksenofobijo. Sprevržena zloraba religije je eden od razlogov za radikalizacijo. Kot tudi izključenost iz družbe.

Več kot 5 tisoč mladih Evropejcev se je pridružilo terorističnim organizacijam. Potrebujemo jasen boj in načrt proti novačenju za terorizem. Potrebujemo učinkovito izmenjavo najboljših praks, izmenjavo informacij med organi kazenskega pregona o radikalizaciji v Evropi in boj proti nezakoniti trgovini z orožjem.

Nujno je preprečevanje radikalizacije v evropskih zaporih, na internetu, okrepiti je potrebno vlogo izobraževanja in socialnega vključevanja. Potrebujemo pa posebej strategijo za obravnavo mladih povratnikov, ki jih je razočaralo njihovo sodelovanje z Islamsko državo.

Socialisti in demokrati smo izdali brošuro s ključnimi prioritetami v boju proti terorizmu, ki ne poudarja zgolj varnostnega odziva, temveč tudi spopadanje z vzroki, ki širijo terorizem, vojno in nasilje v tretjih državah.

Strinjam se, da moramo okrepiti, povečati učinkovitost nadzora svojih zunanjih meja, ne strinjam pa se z ukrepi nekatereh evropskih vlad, ki z ostrejšimi pregledi na mejah migrante in begunce profilirajo na podlagi rasne ali etnične pripadnosti. Izjava madžarskega premiera Orbana, da so vsi teroristi migranti, je grožnja našim demokracijam.

Beatrix von Storch (ECR). – Frau Präsidentin! Frau Dati hat einen Bericht vorgelegt über die Radikalisierung und die Anwerbung von terroristischen Organisationen.

Wissen Sie, wie das ist, wenn man im Dunkeln aufsteht, die Hand vor Augen nicht sieht und doch zu bequem ist, das Licht anzumachen? Ein bisschen ist das auch so mit diesem Bericht. Der spricht von Bildung und Erziehung, von Internetüberwachung und Terrorfinanzierung. Aber eines fehlt: Es wird das Licht nicht angemacht.

Der Bericht erwähnt nicht einmal, dass der Westen die Radikalisierung auch befeuert, weil er seit vielen Jahren in der islamischen Welt interveniert. Jede Bombe, die wir dort abschmeißen, schürt mehr Hass! Der IS und seine Anhänger sind Monster, die aber der Westen auch mit großgezogen hat.

Wir dürfen nicht bequem sein. Wir müssen das Licht anmachen. Wir können über die Radikalisierung nicht reden, ohne auch über die westlichen Interventionen im Nahen und Mittleren Osten zu reden.

Javier Nart (ALDE). – Señora Presidenta, tengo aquí conmigo la Resolución 2014/ 2843, en cuyo apartado 18 se menciona que la Unión Europea deberá criminalizar, penalizar y perseguir a todas las personas y todas las instituciones que comercian, financian y apoyan logísticamente al Estado Islámico. Yo presenté dos preguntas el 14 de enero de 2015 a la Comisión en las que preguntaba qué se había hecho, qué investigación existía, qué empresas habían sido investigadas y criminalizadas. La respuesta es una vergüenza, porque es nada. Y, cuando vuelvo a preguntar, todavía estoy esperando que se me conteste.

Pasemos a una segunda parte: ¿cómo llegan los militantes al Estado Islámico? Llegan a través de Turquía por el paso de Karkamış a Jarabulus. Y mi pregunta es la siguiente: si no somos capaces de cumplir en la Unión Europea las decisiones del Parlamento Europeo —por parte de la Comisión—, ¿cómo podemos pedir a Turquía que impida el paso de militantes, en número de más de 5 000, para convertirse en combatientes del Estado Islámico?

Bodil Valero (Verts/ALE). – Fru talman! Jag tycker att vi glömmar bort en väldigt viktig faktor, eller vi talar för lite om det, och det är att det finns en människa bakom varje terrorist, eller bakom varje person som har radikaliserats. I de flesta fall så har de terrorister vi har sett i Europa vuxit upp här hos oss. De är födda och vuxna i Europa, men de har inte funnit en mening i sitt liv här i Europa. Om vi har en massa människor runt omkring som inte finner en mening med livet, som kanske till och med finner att döden är mer meningsfull än livet, då har vi ett stort problem.

För man söker en mening, man söker en gemenskap med andra. Då är det lätt att man hamnar i grupper med starka lojaliteter, starka gemenskaper och som slåss för något: det goda. I dessa fall, vare sig det är högerextrema grupper eller om det är islamistiska grupper eller några andra, så menar ju de att de står för det goda.

Vi har ett oerhört stort ansvar att verkligen se till varför människor radikaliserar. Varför väljer man att tro på döden mer än på livet?

Georg Mayer (ENF). – Frau Präsidentin! Wir müssen erkennen, wo unsere Schwächen und unsere Feigheiten liegen, hat die Berichterstatterin gesagt. Frau Berichterstatterin, da kann ich Ihnen ein wenig helfen. Denn solange Sie nicht einmal bereit sind, den Kern des Problems auszumachen, weil Sie wohl scheinbar blind auf diesem Auge sind, so lange werden Sie die Ursachen wohl auch nicht bekämpfen können. Es geht hier – das sage ich sehr deutlich – nicht darum, in generalis eine Religion zu verurteilen. Wenn Sie die Erklärung der Terroristen von Paris kennen – ich nehme an, das wird die Berichterstatterin kennen –, dann ist es schon besonders naiv, nicht von einem religiösen Hintergrund dieser fürchterlichen Taten auszugehen, sondern mangelnde Integration dafür verantwortlich zu machen.

Geschätzte Kollegen, Sie wollen sich wohl scheinbar nicht mit dem religiösen Kern dieses Problems beschäftigen. Wie geht es nun weiter nach diesen Attentaten in Paris? Ich nehme an, der Fahrplan wird der gleiche sein wie nach Charlie Hebdo. Es werden betroffene Gesichter gezeigt, es werden salbungsvolle Reden geschwungen – und es wird sich nichts ändern.

Bruno Gollnisch (NI). – Madame la Présidente, j'espère que M^{me} Abiol Guzmán ne demandera pas que je sois puni par M. Bush, comme elle l'a fait pour un orateur précédent. Mais je voudrais rejoindre ce qu'a dit M. Mayer; nous sommes aveugles, nous ne voyons pas qu'il y a effectivement une dimension religieuse dans ces crimes abominables et on dit qu'il n'y a aucun rapport avec l'islam. Si, bien sûr, qu'il y a un rapport. Naturellement, tous les musulmans ne sont pas des terroristes, heureusement! Mais les terroristes actuels se réclament de l'islam et la lecture qu'ils font de leur livre sacré, malheureusement, ne dément pas leurs actions criminelles.

Il faut dire aussi que notre responsabilité est grande d'avoir détruit la seule force politique qui pouvait s'opposer à l'islamisme radical, c'est-à-dire le nationalisme arabe que l'Occident et les États-Unis d'Amérique ont détruit en Irak, en Libye et se sont apprêtés à détruire en Syrie. Nous voyons ensuite avec étonnement, dans ce vide, se construire une identification qui attire bien sûr les jeunes de nos cités et de nos banlieues. On a dit qu'ils étaient français, ils n'auraient sans doute jamais dû le devenir, mais cela, Monsieur Niedermüller, est un autre problème.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Paní předsedající, pane komisaři, po teroristických útocích v Paříži a při současné teroristické hrozbě v celé Evropě je nyní čas si upřímně říci, že naše politika integrace a bezpečnosti selhává. Nesmíme již nadále zavírat oči nad neúspěšnou integrací migrantů, ať to jsou migranti první, druhé nebo třetí generace. Nevládnutá migrace je důvodem pro radikalizaci těchto lidí stejně jako důvodem pro jejich odchod na stranu teroristických organizací. Jsem velice rád za tuto iniciativu Evropského parlamentu a blahopřeji kolegyni Datiové za takto komplexní zprávu, která podle mého názoru obsahuje všechny aspekty boje proti radikalizaci a extrémistům. Jasně z této zprávy vyplývá jedno. Jen užší spolupráce, výměnou informací, kooperací se třetími zeměmi a zapojením všech, včetně našich občanů, můžeme být úspěšní v tomto boji. Současná situace nám jasně ukazuje, že jsme již teď o krok pozadu. Pět tisíc evropských občanů na straně teroristických organizací je myslím dostatečným důkazem.

Iliana Iotova (S&D). – Madame la Présidente, je suis convaincue que nous tous dans cette plénière souhaiterions que cette discussion ne s'inscrive pas si péniblement dans l'actualité. Le rapport doit devenir en urgence la base pour une initiative législative de la Commission. Les frontières extérieures de l'Union et, je souligne, de l'Union européenne et non seulement de l'espace Schengen, doivent être renforcées en matière de finances et de ressources. Cette mesure ne prive pas les citoyens de leurs droits, bien au contraire, puisqu'elle apporte la garantie de leur sécurité.

Deuxièmement, nous avons besoin de contrôles sur les routes des combattants étrangers qui se rendent au Moyen-Orient et qui en reviennent, y compris des engagements concrets pour des actions communes avec les pays tiers et surtout avec la Turquie.

Les mesures d'urgence n'abrogent pas la prévention de la radicalisation. Nous ne pouvons plus seulement constater que dans nos propres pays, dans nos propres sociétés, il y a des générations perdues, des ghettos isolés, des pauvres sans perspective qui deviennent facilement les victimes de mouvements radicaux.

Avons-nous vraiment le courage nécessaire pour briser les stéréotypes et avoir une intégration réelle? Nous devons donner à ces jeunes gens un avenir et la confiance qu'ils appartiennent à notre monde. C'est la façon de les avoir à nos côtés. Espérons aussi que les efforts de ces derniers jours pour former une véritable grande coalition internationale contre Daech pourront détruire enfin la source du mal dans les plus brefs délais.

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR). – *(Początek wystąpienia niezrozumiały z przyczyn technicznych).*

... w kulturowych, w sprawach naszej cywilizacji i odwagi w działaniu na rzecz bezpieczeństwa. Atakowana jest nasza cywilizacja oparta na kulturze chrześcijańskiej i atakowana nie jest przez abstrakcyjną siłę, tylko przez radykalny islam. Trzeba o tym powiedzieć jasno i nie dlatego, żeby kogokolwiek dyskryminować. Cywilizacje upadają wtedy, kiedy przestają wierzyć we własne wartości. Proszę zauważyć, że w Europie Środkowej, gdzie model życia społecznego oparty jest na kulturze chrześcijańskiej, nie ma podstaw do istnienia terroryzmu.

I wreszcie kwestia druga: potrzeba nam odwagi do działania na rzecz bezpieczeństwa. Apeluję do socjalistów o zmianę swojego stanowiska. Potrzebna jest kontrola granic, potrzebna jest nam dyrektywa o PNR, ale także nadzwyczajne środki, w tym wydalenie własnych obywateli, którzy są odpowiedzialni za akty terrorystyczne, bo obywatelstwo nie jest prawem do niszczenia społeczeństwa.

Laurențiu Rebega (ENF). – Doamnă președintă, după atentatul de la Paris, un articol de presă a făcut înconjurul mapamondului și ne dezvăluie hidoasa față a terorismului practicat în scop religios.

Concret, articolul respectiv prezenta dezvăluirile unui cetățean european, de credință fundamentalist islamică, aflat la a doua generație în Europa, care s-a plictisit să aștepte pentru o misiune sinucigașă.

Respectivul îi acuză în dezvăluirile sale pe saudiți că își favorizează rudele, băgându-le în față pentru misiuni sinucigașe. Reamintesc, personajul este unul născut, crescut în Europa, care a fost îndoctrinat în comunitățile fundamentaliste și a fost întors împotriva societății ce i-a primit cu brațele deschise pe părinții săi. Cuvintele sunt de prisos.

În acest context apreciez că măsurile cerute de prezentul raport sunt unele care trebuie puse în aplicare de urgență. Consider că este momentul ca Europa, dar și statele membre să aibă de urgență două pachete de legi esențiale pentru a împiedica fenomenul.

Primul este acela al unui control al traficului de internet cu scopul strict de a identifica și bloca accesul la mediile virtuale care fac propaganda fundamentalistă.

Un al doilea pachet de legi, cu o adresabilitate strictă, ar fi necesar pentru a împiedica accesul cetățenilor europeni la transferurile financiare de fonduri mascate pe care fundamentalistii ISIS le întretin în Europa.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, πολλοί μιλούν σήμερα για το πώς θα αποτραπεί η στρατολόγηση των νέων από τρομοκρατικές οργανώσεις. Είναι οι ίδιοι που σε κάθε ευκαιρία προώθησαν την άνοδο του ισλαμισμού, ποινικοποίησαν οποιαδήποτε αντίδραση και στιγμάτισαν όσους τόλμησαν να πουν το προφανές.

Οι δράστες των πρόσφατων επιθέσεων ούτε άνεργοι ήταν, ούτε περιθωριοποιημένοι. Ο ένας εξ αυτών μάλιστα δούλευε και σε δημόσια υπηρεσία του Βελγίου. Η ανεργία και η περιθωριοποίηση σε καμία περίπτωση δεν μπορούν να αποτελέσουν αίτιο για όσα συνέβησαν. Αν ίσχυε κάτι τέτοιο, η Ελλάδα με σχεδόν 60% ανεργία των νέων, δεν θα ήταν τίποτα άλλο παρά ένα τεράστιο στρατόπεδο τρομοκρατών.

Οι άνθρωποι αυτοί επέλεξαν να υιοθετήσουν τον εξτρεισμό. Η πραγματική αιτία είναι η αποδοχή των κηρυγμάτων του ακραίου ισλαμισμού και η κατήχηση που γίνεται σε κάποια τζαμιά, που λειτουργούν με ή χωρίς την άδεια των διάφορων κυβερνήσεων της Ευρώπης καθώς και η σθεναρή υποστήριξη της Σαουδικής Αραβίας, που έχει το δόγμα του ουαχαμπισμού σαν επίσημη θρησκεία της.

Εάν πράγματι θέλετε να αποτρέψετε τη στρατολόγηση νέων τρομοκρατών στην Ευρώπη, κλείστε όσα τζαμιά ενστερνίζονται τέτοιες ιδέες. Επίσης, σταματήστε τις νεοαποικιοκρατικές επιθέσεις σε χώρες της Μέσης Ανατολής, αλλά και ολόκληρου του κόσμου.

Barbara Matera (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, faccio i miei complimenti alla collega Dati, che ha lavorato alacremente a un testo complesso che cerca di abbracciare gli articolati aspetti di questo assurdo fenomeno: l'estremismo violento e l'intolleranza sono spesso figli di marginalizzazione e povertà. Ma queste ragioni non potranno mai giustificare questa violenza.

I circa 5.000 cittadini europei divenuti combattenti stranieri hanno dato prova del fallimento delle politiche di integrazione. Non voglio cadere nella tentazione banale dell'equazione matematica «rifugiato = terrorista» ma è di fondamentale importanza che per entrare in Europa i controlli vadano rigorosamente rinforzati e che tutte le persone che migrano sul nostro continente siano registrate. Non ci possono essere deroghe alla sicurezza.

A questo aggiungerei misure più stringenti per il trattamento dei dati online, la chiusura del trilatero sul PNR con l'inclusione dei voli intraeuropei, una più intensa cooperazione con le società che gestiscono i *social media* e, non da ultimo, la conclusione celere della riforma di Europol.

Concludo citando l'articolo 3 della Dichiarazione universale di diritti dell'uomo del 1948: «Ogni individuo ha diritto alla vita, alla libertà e alla sicurezza della propria persona». Senza sicurezza non c'è libertà. Ma non è vero il contrario.

Marju Lauristin (S&D). – Ma tahaksin rõhutada seda, et see võitlus, mis praegu käib, see on ju võitlus väärtuste vahel. Rünatakse Euroopa kultuuri, rünatakse Euroopa väärtusi, mitte kristlust, vaid neid Euroopa väärtusi, mis on pärit Prantsuse revolutsioonist - vabadust, vendlust ja võrdsust -, neid põhimõtteid, mis on pärit Kanti filosoofiast, eetikast, universaalsest eetikast, valikuvabadust, ja seda kõike tehakse, jah, usu katte all, kuid tegemist on samasuguse fundamentaalsusega, nagu Euroopa on isegi näinud.

Me mäletame natsismi, me mäletame kommunismi ja need kõik olid seotud just nimelt ka noorte inimeste ajupesuga, kõikide nendesamade terroristlike vahenditega jne. Me ei peaks imestama, me peaksime mõtlema ajaloolisele kogemusele, kuidasmoodi noori on ajupestud. Neid noori, kes igatsevad mingite teiste väärtuste järele või kes tunnevad ennast halvasti omaenda ühiskonnas, omaenda kodus, on kerge võita ajupesuga. Ja sellepärast me peaksime mõtlema justnimelt sellele, kuidasmoodi Euroopa haridust, kuidasmoodi Euroopa meediat, kuidasmoodi meievahelisi suhteid kujundada, muuta selliseks, et nad on veenvad, usaldusväärsed ja ausad.

Ja siin ma tahaksin öelda ka, et sellesama võitluse esimesteks ohvriteks võime olla meie ise siin, kui meie hakkame üksteise vastu võitlema samade meetoditega, kui me hakkame üksteise suhtes kasutama neid samu stereotüüpe. Ja sellepärast ma pean ütlema, et ma olin väga kurb, kui ma nägin seda kampaaniat, mida alustati siin ühe siinoleva erakonna poolt teiste vastu selle nimel, et võita enda poole demokraatiat. Demokraatiat saab võita siis enda poole, demokraatiat võidab, kui me kõik oleme siin liitlased, üksteisega solidaarsed, võideldes terrorismi vastu.

Marek Jurek (ECR). – Panie Przewodniczący! Człowiek jest istotą wolną i my nie jesteśmy w stanie zmienić cudzego myślenia. Człowiek niestety może wybrać zło. My jesteśmy w stanie ograniczyć to zjawisko i dlatego każda forma gloryfikowania działalności ISIS, gloryfikowania terroryzmu, usprawiedliwienia powinna się spotykać ze zdecydowaną reakcją prawną. Jeżeli imamowie, którzy głoszą ideologię popierającą ISIS, są cudzoziemcami, powinni być natychmiast wydalaní, a jeżeli nie, to sami sobie powinniśmy postawić pytanie: czy ludzie, którzy głoszą nienawiść do społeczeństwa, w którym żyją, powinni być traktowani jako jego obywatele. To jest poważne pytanie, na które musimy sobie odpowiedzieć.

Natomiast my możemy zmienić przyszłość naszych dzieci, ale naprawdę nie zmienimy jej przez postulowanie wprowadzenia cenzury, jak mówiła posłanka Albiol Guzmán, w stosunku do ludzi, którzy krytykują konsekwencje migracji. Albo przez krytykowanie polityków, którzy mają odwagę nas bronić, jak premier Orban na przykład.

Gianluca Buonanno (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi scuso ma sul mio telefonino leggo che c'è stato un attentato a Roubaix, probabilmente di matrice islamica, e ci sono ostaggi, compresi dei bambini. Volevo solo informarne l'Aula.

Die Präsidentin. – Danke für die Information. Wir werden sehen, was da tatsächlich passiert ist und wer die Urheber sind.

Nicolas Bay (ENF). – Madame la Présidente, le rapport présenté par M^{me} Dati porte sur la prévention de la radicalisation et du recrutement de citoyens de l'Union par des organisations terroristes. Notre débat d'aujourd'hui intervient dix jours après les odieux attentats qui ont ensanglanté Paris, dix mois après ceux qui avaient frappé le journal Charlie Hebdo et le supermarché Hyper Cacher.

En préambule de ce rapport, vous dites que la radicalisation ne doit pas être associée à une idéologie ou à une religion particulières. Or c'est bien le fanatisme islamiste qui génère le terrorisme en Europe et ensanglante la France. Hélas, ce déni de réalité est caractéristique de l'aveuglement de nos prétendues élites. Le ministre français de l'intérieur déclarait il y a quelques mois, je cite, que «ce n'est pas un délit de prôner le djihad». Et quelle bienveillance à l'égard de la gangrène islamiste lorsque notre ministre des affaires étrangères estime que le Front Al-Nosra – c'est-à-dire Al-Qaïda – fait du bon boulot, lorsque le rapport dont nous débattons aujourd'hui qualifie les terroristes de combattants ou bien lorsque notre collègue Eva Joly estime qu'il faut donner à ces derniers une seconde chance. Il est temps d'en finir avec cet angélisme, la lutte contre l'islamisme ne peut pas se faire à coup de numéros verts ou de séances de suivi psychologique!

Il est temps de prendre les mesures qui s'imposent: fermer les mosquées salafistes et interdire les organisations islamistes; déchoir de leur nationalité les binationaux impliqués dans les filières djihadistes; redonner de vrais moyens, humains et matériels, à notre police, notre armée, nos douanes et nos services de renseignements.

Enfin, Monsieur le Commissaire, à l'issue d'un précédent débat sur le terrorisme en Europe, vous aviez osé déclarer: «Schengen n'est pas le problème, c'est une partie de la solution». Pourtant, c'est bien votre Europe passoire qui a permis les attentats à Paris; de l'île de Lesbos à l'enclave de Molenbeek, qu'ils soient nés en Europe ou non, les islamistes circulent librement sur notre continent. Il faut donc commencer par s'affranchir de l'idéologie immigrationniste de l'Union européenne et retrouver la maîtrise de nos frontières!

Francesc Gambús (PPE). – Señora Presidenta, señor Comisario, Francia y Europa han sido atacadas. Ante la gran amenaza que se cierne sobre nosotros, no queda otra respuesta posible que la unidad de la Unión Europea.

Debemos responder de manera conjunta y sin fisuras ante el ataque que todos hemos sufrido en París, Bamako, Beirut, Nigeria, Túnez y, esta misma tarde, en Roubaix. Debemos trabajar conjuntamente con la comunidad internacional para encontrar una solución al conflicto «incivil» en Siria y el resto de la región que permita restablecer la seguridad y la paz en ese país, eliminando de raíz el terrorismo del EIIL.

Evidentemente, debemos trabajar incansablemente para evitar la radicalización de los ciudadanos que viven en la Unión Europea, utilizando de manera prioritaria las medidas de integración, necesarias e imprescindibles, como primera línea de prevención, y el informe Dati avanza con decisión en esta línea.

Pero también es necesario e inevitable tener una estructura conjunta, profundizar en la cooperación policial, y que ello nos lleve a una policía federal europea que se pueda acoger a un código penal europeo -que ya prevé el Tratado de Lisboa- y, en el mismo sentido, debemos poder avanzar más en las políticas comunes -que ya deberíamos tener-, como la política común de asilo o la política común de inmigración, y dotar de un verdadero sentido de Estado a la política de cooperación y desarrollo.

A lo largo de nuestra historia, Europa ha tenido que batallar contra la barbarie y el sinsentido en muchas ocasiones, pero Europa ha logrado siempre permanecer, evolucionando hasta donde nos encontramos hoy.

Dejemos claro, una vez más, que no nos vencerán; lucharemos contra todos aquellos que amenazan nuestra seguridad y libertad. Europa y la democracia perdurarán; los terroristas no.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora Presidenta, señor Comisario, ha dicho usted que este es un debate oportuno, y lo es. Lo que no es oportuno es mezclarlo con un debate sobre la extranjería, sobre la inmigración o sobre los refugiados. No; es un debate sobre lo que puede hacer Europa para prevenir que ciudadanos europeos sean reclutados por organizaciones terroristas.

Y el valor añadido consiste en que aprendamos a intervenir los contenidos en la red que instigan al extremismo violento; en que aprendamos a intervenir también la socialización del terror en las cárceles; en que aprendamos a prevenir no solamente el tráfico de armas, a través de esos medios sofisticados, sino la financiación de ese adoctrinamiento en el terrorismo; y en que congelemos sus activos, y lo hagamos en la escala europea.

Pero también en que aprendamos a cooperar policialmente para compartir información sobre esos 5 000 europeos que han entrado y salido después de haber sido entrenados para el terrorismo en algún lugar extranjero; pero también en que denunciemos que la austeridad y el derrumbamiento de las políticas de educación, inclusión e integración en barrios marginados y colectivos especialmente vulnerables han hecho que muchos jóvenes europeos, muchos ciudadanos nacidos europeos, se muestren dispuestos a embarcarse en esa enloquecida espiral de violencia destructiva y autodestructiva, y se declaren dispuestos no solamente a matar, sino a morir matando.

Este es el desafío que tenemos que resolver y espero que el informe Dati aporte un valor añadido de escala europea a esa respuesta europea más necesaria que nunca.

Pál Csáky (PPE). – Vítam tento dokument, aj keď som si ani ja nemyslel, že sa stane tak rýchlo aktuálnym. Musíme si uvedomiť aj skutočnosť, že Európska únia má v rôznych oblastiach len obmedzené možnosti pôsobenia, nakoľko kľúčové oblasti, ako súdnictvo, výkon trestu, ochrana vonkajších hraníc EÚ, vnútorná bezpečnosť, ako aj realizovanie vzdelávacích programov patrí do kompetencie členských krajín.

Ja by som chcel vyzdvihnúť hlavný moment, ktorý je podľa môjho názoru najdôležitejší v súvislosti s úspešnosťou týchto aktivít: a to potrebu úprimnej a efektívnej spolupráce členských krajín a únijných inštitúcií.

Musíme si uvedomiť, že sme vzájomne odkázaní na seba. Prípadné individuálne hry môžu len znížiť úroveň úspešnosti celku.

Súčasná situácia chce od nás pružné systémy výmeny informácií medzi bezpečnostnými zložkami vrátane informačných služieb. Treba posilniť aj právomoci Europolu a poskytnúť informácie z ich systému národným zložkám. Treba aktívne vystúpiť proti agresívnym kazateľom a súhlasím aj s myšlienkou, že každý zahraničný bojovník sa má dostať po návrate do svojej krajiny pod adekvátny dozor na základe súdneho rozhodnutia.

Nesmieme zabudnúť ani na efektívne vzdelávacie projekty. V tejto oblasti máme značné oneskorenie. A treba konečne už pristúpiť razantne ku znemožneniu finančných tokov pre medzinárodný terorizmus.

Ismail Ertug (S&D). – Frau Präsidentin, geehrte Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal möchte ich zu meinem Bedauern zum Ausdruck bringen, dass die menschenverachtenden Rassisten rechts hier bei uns im Haus 1,7 Milliarden Muslime mit Terroristen gleichsetzen. Das ist nicht nur sachlich falsch, sondern auch außerordentlich schäbig.

Es geht hier in der Debatte um Prävention von Radikalisierung, und ich glaube, wir sollten sicherlich die Fehler aus der Vergangenheit vor Augen haben, aber auch in die Zukunft denken. Ich denke, dass ein wichtiger Aspekt – und ich will ihn mal gesellschaftliche Empathie-Fähigkeit nennen – letztendlich entscheidend ist und bedeutet, dass wir Anerkennung und Akzeptanz gegenüber denjenigen Mitgliedern der Gesellschaft in ihrer Individualität auch entgegenbringen müssen.

Die Wertschätzung für den jeweiligen kulturellen Hintergrund ist meines Erachtens entscheidend. Die Gesellschaft, die letztendlich das nicht kann, grenzt automatisch aus, und eine starke Gesellschaft muss auch ohne Verbote auskommen können.

Deswegen müssen wir stringent gegen Anfeindungen vorgehen – sowohl gegen die Terroristen als auch gegen die Rassisten –, und all die Punkte, die bereits erwähnt worden sind, sind gute Schritte in die richtige Richtung. Aber wir sollten nicht vergessen, dass wir es mit Menschen zu tun haben, die mit einer zunehmenden Empathiefähigkeit der Mehrheitsgesellschaft auch wiederum diese Länder, wo sie groß geworden und aufgewachsen sind, als ihr Eigen betrachten werden.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D). – Madame la Présidente, face aux attaques terroristes tragiques qui frappent l'Union européenne et au-delà, nous devons prendre des mesures fortes pour assurer la sécurité des Européens. Mais il faut aussi nous attaquer aux racines de la radicalisation violente qui touche des jeunes européens de toutes origines sociales.

C'est l'objet de ce rapport et le groupe de l'alliance progressiste des socialistes et démocrates y a largement contribué. Nous appelons à développer et à financer les politiques préventives et de long terme, d'abord à l'école, dans les quartiers, mais aussi sur internet, avec une mobilisation de tous. Les acteurs de terrain, comme les associations et les éducateurs, doivent bénéficier de moyens, de formations pour travailler auprès des populations les plus sensibles aux discours de haine et détecter le plus tôt possible les signes de radicalisation violente. Il est important aussi d'aider les familles, notamment par le biais de plateformes téléphoniques de signalement et d'écoute. Enfin, les entreprises d'internet doivent s'engager à faire plus pour effacer les messages de haine incitant au terrorisme.

Mais soyons responsables et évitons les amalgames dangereux. D'une part, c'est le dévoiement de la religion et jamais la religion elle-même qui peut mener à la radicalisation violente et, d'autre part, les réfugiés ne sont pas coupables de terrorisme, ils en sont les premières victimes.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, i terribili eventi di Parigi, i fatti di questa sera ancora in Francia e i fatti che in questi giorni vedono coinvolta Bruxelles devono indurci a un'attenta analisi delle cause che spingono taluni cittadini europei a far parte di organizzazioni terroristiche.

Gli attentatori, infatti, erano giovani con passaporto europeo. Essenziale quindi avviare un'approfondita riflessione sulle politiche dell'integrazione socioculturale se vogliamo prevenire episodi di tale portata. Prevenzione, infatti, è una parola che ha in sé l'idea di arrivare prima e noi dobbiamo arrivare prima: prima dell'esclusione sociale, prima della radicalizzazione, prima dell'odio, prima che si verifichino nuove tragedie.

È indubbio altresì che vada rafforzata a livello europeo la cooperazione tra le autorità giudiziarie e con Eurojust per accelerare l'individuazione dei sospetti terroristi, così come va migliorata la rapidità dello scambio di informazioni tra le autorità nazionali di contrasto ed Europol.

La relazione dell'onorevole Dati sostanzialmente pone in evidenza che occorre agire e agire insieme, senza divisioni, per avviare un dialogo costante sulla prevenzione della radicalizzazione e per una concreta condivisione di informazioni per contrastare il reclutamento di giovani cittadini da parte di organizzazioni terroristiche.

Bogusław Liberadzki (S&D). – Pani Przewodnicząca! Radykalizm, terroryzm to nie są zjawiska zupełnie nowe. W historii spotykaliśmy się z tym. Teraz odbywa się to natomiast na nadzwyczaj wielką skalę, przy wykorzystaniu oczywiście nowoczesnych technologii. Są zagrożone nasze podstawowe wartości, to jest tolerancja, a także swoboda przemieszczania się, no i wreszcie osiągnięcia technologiczne. Pamiętajmy, że wśród zamachowców terrorystów są głównie obywatele Unii Europejskiej, tu mieszkający. Ci, którzy strzelali w Paryżu, nie pytali, kto jest muzułmaninem, kto jest chrześcijaninem. Strzelali po prostu do każdego, kto był w ich zasięgu.

Działania prewencyjne mają kluczowe znaczenie: nie tolerować nawoływania do radykalizmu, kontrolować sieć, wzmocnić świadomości obywateli i ich skłonność do współpracy z policją. Sprawy kluczowe: zlikwidować czy ograniczyć możliwości finansowania radykalizmu. Tu jest problem. I kończąc, potrzeba jest nam po prostu więcej Unii, więcej metody wspólnotowej.

Die Präsidentin. – Wir kommen nun zum *Catch-the-eye-Verfahren*. Ich werde so vorgehen, dass ich von jeder Fraktion eine Person nehme, und zwar vor allem jene, die noch nicht in dieser Debatte oder auch davor schon gesprochen haben.

Catch-the-eye-Verfahren

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, je naší povinností zajistit bezpečnost a bojovat proti všem příčinám násilí a nenávisti. Na úrovni Evropské unie se musíme poučit z rizik multikulturní společnosti. Z rizik, kterými jsou ghetta, vyloučené lokality, nedostatečně vzdělané a nezaměstnané generace mladých lidí, kteří nemají životní perspektivu a kteří jsou velkým rizikem, protože jsou zklamaní, hledají náplň svého života. Proto také navrhuje řadu praktických opatření proti radikalizaci ve vězeních. Lepší kontrolu internetu, lepší vzdělávání a práci s ohroženou mládeží. Potřebujeme efektivnější práci Eurojustu, propojení nástrojů vnitřní a vnější bezpečnosti.

Ale myslím si, že nic z toho nebude stačit, pokud zde bude přibývat lidí frustrovaných a zklamaných, kteří jsou pak snadnou kořistí radikální sekty. Ale Evropa stojí na křesťanských základech a my bychom se neměli vzdávat našich hodnot. Měli bychom trvat na spojení svobody a odpovědnosti, solidarity a bezpečnosti.

Hilde Vautmans (ALDE). – Heel veel mensen hebben het hier vandaag gezegd: de timing van dit debat kan niet actueel, een week na Parijs en op een ogenblik dat wij in België en in Brussel geconfronteerd worden met een heel grote dreiging. Graag zou ik de vraag van collega Deprez willen herhalen: legt niet alle focus op Brussel en op Molenbeek. Elk EU-land wordt met geradicaliseerde jongeren geconfronteerd. Dus laten wij alsjeblieft geen zwarte pietten uitdelen, maar actie ondernemen.

Eerlijk gezegd, als moeder van twee kleine kinderen is het voor mij heel erg moeilijk om te begrijpen waarom die Europese jongeren naar Syrië vertrekken om daar een oorlog te gaan voeren die niet de hunne is. Dus laten wij alles inzetten op preventie. Laten wij ingrijpen. Laten wij meer middelen geven aan lokale overheden. Laten wij de strijd opvoeren tegen racisme en discriminatie, en teruggekeerde jongeren heel streng bestraffen. Zij horen thuis in de gevangenis. Alleen zo, met meer Europese samenwerking, kunnen wij leven in vrijheid en zonder angst.

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la discussione di oggi assume particolare significato dopo gli attentati di Parigi. I fatti tragici dei giorni scorsi, infatti, hanno posto ancor più drammaticamente l'Europa di fronte al problema del reclutamento di cittadini da parte di organizzazioni terroristiche e alla necessità di prevenire fenomeni di radicalizzazione.

Si tratta di uomini, donne e soprattutto giovani cittadini europei di tutte le origini sociali che hanno in comune un sentimento di rottura con la società e che rappresentano una minaccia per la sicurezza in Europa come altrove. Ma il fenomeno della radicalizzazione e del conseguente reclutamento va combattuto, oltre che con la repressione, con efficaci politiche di prevenzione, allacciando un dialogo interculturale con le diverse comunità religiose, rafforzando lo scambio di informazioni tra Paesi dell'Unione e puntando a colpire il riciclaggio di denaro che finanzia reti criminali e terroristiche.

L'estremismo, la radicalizzazione e il reclutamento di terroristi all'interno dell'Unione potranno effettivamente essere sconfitti solo se saremo capaci di bilanciare una intransigente politica di contrasto al terrorismo con la realizzazione di un'efficace strategia di integrazione e di inclusione sociale con chi terrorista non è.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η τρομοκρατία των τζιχαντιστών στην Ευρώπη χρειάζεται πολιτική αλλά και ιδεολογική αντιμετώπιση. Η στενή σχέση μεταξύ του Daesh και της Τουρκίας επιβεβαιώνεται καθημερινά, καθώς ολόένα και πληθαίνουν τα δημοσιεύματα στο διεθνές Τύπο που αποδεικνύουν την στήριξη της Τουρκίας στους τζιχαντιστές, όχι μόνο στη Συρία, αλλά και στη Λιβύη.

Παράλληλα η εμπλοκή της Τουρκίας στη Συρία οξύνει την κρίση, επειδή με το πρόσχημα της αντιμετώπισης του Daesh τελικά βομβαρδίζει τους Κούρδους. Αξίζει να σημειωθεί ότι οι τζιχαντιστές έχουν κάλυψη από τις μυστικές υπηρεσίες της Τουρκίας καθώς έχει προβληθεί από τηλεοπτικό κανάλι βίντεο που δείχνει την τουρκική ΜΙΤ να συναλλάσσεται με τους τζιχαντιστές.

Τελειώνοντας, κυρία Πρόεδρε, θα επισημάνω ξανά την πρόσφατη επιβεβαίωση της τουρκικής ανάμειξης που αποτελεί το, κατάφορτο με όπλα και σφαίρες, πλοίο που κατευθυνόταν σε θύλακα τζιχαντιστών στη Λιβύη, έχοντας αποπλεύσει από το τουρκικά παράλια μέχρι που το ακινητοποίησαν οι λιμενικές αρχές της Κρήτης.

Για να αντιμετωπιστεί λοιπόν αποτελεσματικά το Daesh η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να πάψει να θωπεύει την Τουρκία.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL). – Señora Presidenta, en estos asuntos no debemos responder con la sangre caliente: no valen los ataques. El 11-M lo aprendimos en España: 193 muertos; 1 858 heridos.

En Europa no valen las salidas militares ante amenazas asimétricas; no vale la simplificación xenófoba o islamófoba. Hay que tener memoria: acabar con las agendas desestabilizadoras que se emplearon en lugares como Irak, Libia y Siria. Hay que revisar las alianzas sobre el terreno: con los países del Golfo, que financian o transmiten el odio wahabí o takfirí, y con Turquía, que permite el contrabando.

No debemos abandonar el Estado de Derecho ante fallos de inteligencia. Necesitamos, además, combatir las asimetrías al otro lado del Mediterráneo y también en nuestros propios barrios, porque solo con estabilidad y con justicia habrá seguridad.

Bill Etheridge (EFDD). – Madam President, recently I attended an interfaith event in Birmingham in the West Midlands of England, which is within my constituency. The heading for the event was 'Love for all, hate for none', and it was organised by the Muslim community there, but there were Sikhs, Hindus, Jews, Christians and some of no faith, all coming together to unite behind civilised values, to respect the rule of law, to respect democracy, to love the country in which we all live and to actually stand up for something decent and good. There is no need for any one particular section of the community to be generalised as being the problem here. Judge people on their merits. If you find that people are good, that is great. If you find that they support the barbaric evil of ISIS, they must be fought; they must be beaten and stopped in their tracks for good.

Gianluca Buonanno (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, volevo aggiornare i colleghi: pare che sia una rapina quello che sta succedendo a Roubaix. Però io volevo sottolineare una cosa di questa discussione, signor Presidente. Noi dell'Europa come possiamo far credere agli oltre 500 milioni di abitanti del nostro continente che siamo così attenti al terrorismo islamico? Ma guardi quest'Aula, lei guardi che roba! È questo il modo dell'Europa di discutere del terrorismo islamico? Di quello che sta succedendo in questo continente dove le politiche europee stanno distruggendo la nostra civiltà?

Per quanto riguarda gli islamici – ovviamente non bisogna mettere tutti sullo stesso piano, ci mancherebbe altro – quelli che si comportano bene sono i benvenuti. Ma quelli che si comportano male, quelli che non vogliono attenersi alle nostre regole, alla nostra civiltà, devono andarsene via!

La Turchia è un paese che non può venire in Europa. Questi qua che appresentano l'Isis sono dei bastardi e devono morire tutti!

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Dimitris Avramopoulos, Member of the Commission. – Madam President, I would like to express my thanks for the fruitful discussion we have had in this House at a very timely moment. It has focused on one of the root causes of the problem – not on everything – and where the solution should come from as well.

In our collective effort to address this issue and to fight radicalisation, we must by all means avoid stigmatising any community, any ethnicity or origin, whether they are Muslims, refugees or migrants. As I said, and as many of you repeated, almost all the perpetrators of the recent attacks on European soil were home-grown, and religion – any religion – has nothing to do with their acts. Radicalism has. Fanaticism has. Hate has. Relating terrorism to migration is stirring up hatred and leads to a vicious circle.

I am really glad and proud to participate in a discussion in a Parliament where Members from the whole democratic spectrum defend our values of respect, tolerance and acceptance.

I would also like to praise Mr Kirkhope's intervention. I hope that common sense will prevail in our working together to face the common threats. To do this we have different means, on which the Commission has been working for months, to put at the disposal of all Member States: exchange of information, closer cooperation among law enforcement authorities and agencies, a stronger legal framework against terrorism and detection of terrorist threats, effective management of the external borders, stricter rules on firearms, and targeted cooperation with key third countries.

But the basis of an effective response is addressing its roots, and that is the central subject of today's debate: countering radicalisation, both in the real world and the virtual world, both by legislation and through schemes of cooperation with the private sector, both at local level and with the exchange of best practices among Member States – and all this calmly and firmly, without demonising anybody.

Madame la rapporteure – pouvez-vous lui transmettre ce que je viens de dire? –, chers collègues du Parlement, je vous remercie pour ce débat.

Notre travail n'est pas encore terminé, mais nous sommes unis dans notre lutte contre la radicalisation et ses conséquences.

Die Präsidentin. – Kurz zur Information. Frau Dati hat uns informiert, dass sie gehen musste. Sie hat ihre sechs Minuten zu Beginn verbraucht. Sie musste gehen, weil sie ihre Tochter zu betreuen hat. Deswegen ist sie jetzt nicht mehr hier.

Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 25. November 2015, statt.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich, bevor ich zum nächsten Tagesordnungspunkt komme, kurz sagen, dass ich hoffe, dass die Geiselnahme, die derzeit in Roubaix stattfindet – laut Informationen, die wir aus den Medien haben –, zu einem guten Ende kommt, dass es keine weiteren Verwundeten gibt und hoffentlich auch keine Toten und dass diese Situation bald zu einem sicheren Ende gebracht wird und es hoffentlich tatsächlich auch keine neue Attacke des IS oder anderer gibt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – Les tragiques événements de Paris nécessitent une réponse plurielle tant sécuritaire que préventive.

Ce rapport aborde plusieurs aspects importants à cet égard. En matière de prévention, il insiste sur la nécessaire collaboration des fournisseurs de services d'internet avec les autorités mais aussi sur le rôle de l'enseignement, des politiques sociales ou encore des actions dans les quartiers. De même, il souligne, en matière tant préventive que répressive, la nécessité absolue d'accroître la collaboration des États Membres en matière de collecte et d'échanges de renseignements notamment par des outils comme SIS II, VIS ou ECRIS.

Les États doivent obligatoirement alimenter ces banques de données afin de maximiser l'efficacité de la lutte contre ces actes barbares. J'ai par ailleurs aussi soutenu l'amendement demandant, vu la situation actuelle, le renforcement urgent des contrôles aux frontières extérieures de l'espace Schengen. Ce renforcement ainsi que l'échange de renseignements sont essentiels si l'on veut maintenir l'espace Schengen et assurer la sécurité de nos citoyens.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση με τίτλο «Πρόληψη της ριζοσπαστικοποίησης και της στρατολόγησης ευρωπαίων πολιτών από τρομοκρατικές οργανώσεις» που συζητήσαμε σήμερα υποδηλώνει εννοιολογική σύγχυση, αφού λείπει ένας κοινά αποδεκτός ορισμός της τρομοκρατίας. Εξάλλου, η ερμηνεία του όρου ριζοσπαστικοποίηση ως προθάλαμου της τρομοκρατίας αποτελεί δυσφήμιση του ριζοσπαστισμού, δηλαδή της διαφοροποίησης από παραδοσιακές πολιτικές συμπεριφορές.

Το πραγματικό πρόβλημα είναι η προθυμία μερικών χιλιάδων φανατικών να δολοφονούν μαζικά και αδιακρίτως πολιτικούς αντιπάλους και ανυποψίαστους αμάχους για να εκφοβίσουν και να υποτάξουν στην παρανοϊκή ιδεολογία τους ολόκληρες κοινωνίες. Μακροπρόθεσμα, αποτελεσματικός τρόπος για να καταπολεμηθεί ο τζιχαντισμός δεν είναι η λογοκρισία του διαδικτύου, αλλά η επίδειξη διαρκούς σεβασμού προς το διεθνές δίκαιο, ιδίως από τις μεγάλες δυτικές χώρες.

Η αφετηρία της δημιουργίας του «Ισλαμικού Κράτους» ήταν η επέμβαση της «συμμαχίας των προθύμων» στο Ιράκ το 2003 κατά παράβαση του Καταστατικού Χάρτη του ΟΗΕ και η «ριζοσπαστικοποίηση» των σουνιτών. Το ζητούμενο λοιπόν είναι ο στιγματισμός της παράνομης βίας σε όλες τις εκφάνσεις της ώστε να μπορούμε να ελπίζουμε στη σταδιακή απαξίωσή της στις συνειδήσεις των ανθρώπων και τελικά στον τερματισμό της.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Le développement des organisations terroristes islamiques est la principale cause d'inquiétude des services judiciaires et de renseignement européen sur le territoire de l'Union. Pourtant, ce rapport se voile la face et refuse de nommer le principal danger aujourd'hui pour la sécurité de nos citoyens. La lutte contre la radicalisation passe avant tout par la fermeture des canaux qui alimentent le terrorisme: frontières incontrôlées permettant la libre circulation des individus malveillants et des armes sur notre territoire et financements étrangers parfois par des puissances avec lesquelles l'Union est alliée.

Dans ce contexte, l'Union européenne agit en pompier pyromane et le rapport qui nous est soumis n'est pas à la hauteur des enjeux. Le laxisme judiciaire, la démission des élites dans la culture, l'éducation et la cohésion sociale ainsi que l'encouragement inconsidéré du communautarisme sont les facteurs de tensions qui aboutissent à des confrontations au sein même des jeunes d'Europe. Combien de jeunes partiront encore en Syrie pour mener le djihad, massacrer des chrétiens puis revenir en Europe terminer leur travail? Combien de familles seront encore déchirées avant que la classe politique européenne se réveille?

Kinga Gál (PPE), írásban. – A párizsi terrortámadások nyilvánvalóvá tették, hogy az Európai Uniónak cselekednie kell a terrorizmus elleni küzdelem terén és az uniós polgárok radikalizálódásának megelőzése érdekében. Noha a radikalizálódás elleni küzdelem továbbra is elsődlegesen a tagállamok hatáskörébe tartozik, összehangolt európai megközelítésre van szükség. Becslések szerint több mint ötezer azon európai polgárok száma, akik Irakba és Szíriába utaztak azzal a céllal, hogy terrorista szervezetek általi kiképzésben vegyenek részt. Mindez tényleges biztonsági fenyegetést jelent egész Európa számára. A párizsi merénylet megmutatta, hogy az eddigi bevándorlási és integrációs politika több sebből vérzik, hiszen másod- és harmadik generációs bevándorlók távoznak Szíriába és radikalizálódnak. Ezek a fiatalok Európa nagyvárosainak a szívében, Párizsban, Brüsszelben nőttek, nőnek fel.

Mindez a nyugat-európai oktatási és integrációs modellt kérdőjelezi meg, ezek kudarcát mutatja. Önmagában büntetőintézkedések már nem elegendőek. Az Uniónak a megelőzésen alapuló új stratégiára van szüksége. Az európai jogalkalmazó hatóságok és titkosszolgálati szervek információi szerint a radikalizálódás hatékony megelőzésének ott kellene kezdődnie, ahol a toborozás megjelenik.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – Nous allons voter ce rapport sur la prévention de la radicalisation dans une période qui nécessite des actions concrètes et urgentes des États membres de façon coordonnée afin d'empêcher la radicalisation et de lutter contre le terrorisme. Pour cela, ce rapport propose l'établissement d'une liste noire des djihadistes, un meilleur contrôle judiciaire des combattants étrangers, une rétention administrative à leur retour en Europe et la confiscation des passeports et le gel des avoirs financiers des combattants étrangers potentiels.

En ce qui concerne les frontières, un contrôle obligatoire et systématique doit être mis en place aux frontières extérieures de l'Union ainsi qu'un échange d'information entre États et avec Europol concernant les terroristes présumés. Enfin, ce rapport insiste sur le fait qu'il faut se pencher sur la prévention de la propagation de l'extrémisme et notamment séparer les détenus radicalisés des autres détenus dans les prisons.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – We were all shocked at the tragic attacks on the 13 November in Paris. These terrorist attacks aim at dividing our society and planting the seed of fear. And it is fear that stops us from living and upholding our values. And those values are liberty, equality and fraternity.

The fact that all the terrorists were European citizens has painfully demonstrated once again the immediate security threat deriving from radicalisation and recruitment of EU citizens by terrorist organisations and 'foreign fighters'. Europe is facing a different kind of threat – the phenomenon of 'home-grown' radicalisation. The increasing number of European terrorist 'foreign fighters', with more than 5 000 young Europeans being part of terrorist organisations, highlights the immediate need to reinforce policy measures against radicalisation and religious fundamentalism, but also the need to understand this new phenomenon. Therefore, I ask: what went wrong and why have radicalisation and religious fundamentalism succeeded in turning young Europeans into weapons?

Radicalisation is a serious threat to internal security and the fight against it requires a common long-lasting strategy from the international community, EU-wide cooperation networks and coordination between Member States.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – Zapobieganie radykalizacji to jedno z kluczowych wyzwań współczesnej Europy. Nierówności społeczne, marginalizacja niektórych grup społecznych, wykluczenie społeczne czy brak dostępu do dobrej jakości edukacji i kształcenia sprzyjają radykalizacji oraz rekrutacji obywateli europejskich przez organizacje terrorystyczne. Szczególnie podatni na retorykę ekstremistyczną są młodzi ludzie, mający potrzebę określenia własnej tożsamości i przynależności, dlatego bardzo ważne jest ukierunkowanie działań na wsparcie młodzieży w budowaniu ich poczucia wartości i wspólnoty oraz większego zrozumienia dla społeczeństwa wielokulturowego i wielonarodowego. Musimy pomóc młodym ludziom, poprzez edukację i we współpracy z ich rodzinami oraz nauczycielami, rozwijać umiejętności krytycznego myślenia, odróżniać fakty od propagandy, zrozumieć metody działania organizacji terrorystycznych. Należy także położyć większy nacisk na programy szkolenia przez całe życie oraz uczenia nieformalnego i pozaformalnego, które mogą zarówno pomóc w zapobieganiu radykalizacji, jak również przy deradykalizacji postaw. Konieczne jest wdrożenie programów zapobiegania i zwalczania radykalizacji dla rodziców, których dzieci mogą być podatne na rekrutację oraz dla grup zawodowych takich jak m.in. nauczyciele, wychowawcy, policjanci oraz funkcjonariusze więzienni, którzy mają bezpośredni kontakt z osobami, w przypadku których istnieje ryzyko radykalizacji postaw.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Euroopa ühiskonnad peavad terroriohu suurenemisest hoolimata suutma vältida paanikat ning mitte laskma oma igapäevaelu liialt mõjutada. Täname häireolukord Brüsselis on problemaatilise näide, kuidas kurjategijatel õnnestub miljonite inimeste päevakava korrigeerida.

Euroopa sisejulgeoleku suurim probleem on ELi kodanikest kurjategijad, kes on osalenud ISILi tegevuses Lähis-Idas, ning nende mõttekaaslased. ELi riigid peavad sätestama oma õiguses raske kuriteona terrorismiakti kavandamise või elluviimise eesmärgil reisimise. ISILi ridadesse siirduvate ja sealt naasvate Euroopa Liidu kodanikest võõrvõitlejate näol on tegemist suure julgeolekuriskiga Euroopale, kuivõrd mingil hetkel naaseb osa nendest inimestest Euroopasse koos uute sidemete, oskuste ja radikaalsete äärmuslike ideedega. On aeg lõpuks lõpetada sellest probleemist mööda vaatamine ning ei saa lasta neil inimestel miljonite rahu häirida.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Combien de familles à nouveau endeuillées, combien de minutes de silence, rompues par le bruit des bombes, devrons-nous encore respecter, avant qu'il ne soit mis fin à cette guérilla mondiale que fonde le terrorisme?

Vendredi 13 novembre, Paris, ville lumière, a vécu des heures sombres. Paris, symbole d'amour et de liberté, a été touchée en plein cœur, une nouvelle fois, faisant écho aux autres endroits du monde frappés par la haine aussi aveugle qu'absurde d'une organisation terroriste qui n'a d'État et d'islamique que le nom qu'elle s'est donnée.

Face au vivier de violence, en Orient comme en Occident, face aux fomenteurs de peurs, l'heure est plus que jamais à l'unité. L'Europe doit faire union pour déraciner le radicalisme qui gagne certains de nos foyers. Si le partage de renseignements et les actions coordonnées doivent être la règle, si cette triste époque doit signer l'émergence d'une véritable et nécessaire défense européenne, la réponse ne peut se contenter d'être sécuritaire, car le terreau du fanatisme s'imisce dans toutes les brèches, sociales, culturelles, économiques, que laisse apparaître en son sol notre société.

Au nom de la liberté, de la fraternité et de l'égalité, chères à la France comme aux humanistes, nous resterons debout.

13. Entwicklung einer nachhaltigen europäischen Industrie der unedlen Metalle - Anti-dumpingmaßnahmen und ihre Auswirkungen auf die Stahlindustrie der EU (Aussprache)

Die Präsidentin. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über

— den Bericht von Edouard Martin im Namen des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie über die Entwicklung einer nachhaltigen europäischen Industrie der unedlen Metalle (2014/2211(INI)) (A8-0309/2015) und

— die Erklärung der Kommission zu Antidumpingmaßnahmen und ihren Auswirkungen auf die Stahlindustrie der EU (2015/2978(RSP)).

Edouard Martin, *rapporteur*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, chers collègues, effectivement, nous abordons ce rapport dans un contexte extrêmement compliqué puisque, vous le savez tous certainement, l'Europe est victime d'une importation massive d'acier provenant notamment de Russie et surtout de Chine à des prix défiant toute concurrence. C'est d'ailleurs une des questions que je poserai à M^{me} la Commissaire, tout à l'heure.

Pour resituer ce débat dans le contexte actuel, je rappelle que, en onze mois, le prix de la brique a été divisé par deux. Vous imaginez donc bien que, aujourd'hui, certains pays arrivent à produire de l'acier en dessous des prix de revient. Le rapport traite du développement durable de la production des métaux de base, et je souhaitais lui donner ce titre pour couper court à tous les fantasmes des uns et des autres, et de ceux qui nous disaient qu'il fallait choisir entre industrie et respect de l'environnement. Je me fais fort, à travers ce rapport, de démontrer que les deux sont possibles: maintenir l'industrie forte sur le territoire européen, la production de métaux de base, tout en respectant l'environnement, évidemment. Mais pour cela, il faut des moyens, il faut investir. Or l'Europe souffre depuis la crise de 2008 d'un manque d'investissements, ce qui, effectivement, a un impact sur la compétitivité mais aussi sur l'environnement. Voilà ce que je souhaiterais que l'Europe, que le Parlement européen à l'aube de la COP21, puisse défendre à travers des décisions urgentes à prendre, bien que l'Europe soit ce continent qui continue à défendre à la fois l'environnement et l'industrie.

Je rappelle simplement, pour vous donner une idée, que pour produire une tonne d'acier en Europe, on émet deux tonnes de CO₂. La même tonne d'acier en moyenne produite en Chine émet trois tonnes de CO₂. Par conséquent, il ne s'agit pas ici de mettre en place des mesures de protectionnisme, mais simplement des mesures d'équité. Aujourd'hui, la situation est donc très grave. Elle est d'autant plus grave qu'elle peut sonner le glas de notre industrie. Je dis bien qu'elle peut sonner le glas de notre industrie. Aujourd'hui, si nous regardons les chiffres concernant la Chine, nous constatons qu'elle possède 350 millions de tonnes de surcapacité de production d'acier. La consommation européenne équivaut à 170 millions de tonnes. Par conséquent, vous imaginez bien qu'avec la baisse de l'économie chinoise, ce pays va essayer, effectivement, à travers une politique beaucoup plus offensive, à travers du dumping et des aides publiques, d'écouler cette surcapacité de production d'acier. Les conséquences, on les connaît: c'est la fermeture de Redcar en Grande-Bretagne, c'est plusieurs milliers de suppressions d'emplois chez Tata Steel, c'est plusieurs mesures de chômage partiel annoncées un peu partout en France, en Espagne, en Italie, etc.

La vraie question de fond qui nous est posée collectivement aux uns et aux autres et que je vous pose, Madame Bieńkowska, – et je vous remercie d'être présente ce soir – est la suivante: «voulons-nous encore d'une industrie au niveau européen?» Parce que je vous le dis, il s'agit d'une question de vie ou de mort et il faut aller très vite. Cela peut aller très vite. Il ne faut plus attendre ni six mois ni trois mois, il faut prendre des mesures dès le 1^{er} janvier 2016 si on veut encore garder cette industrie.

Pour résumer quelques points forts de mon rapport, je préconise effectivement d'utiliser les instruments de défense commerciale de manière un peu plus offensive contre les mesures anti-dumping, les mesures anti-subsidations. Cette mesure d'équité, c'est l'ajustement carbone aux frontières, parce qu'il n'est pas question de faire payer le droit à polluer uniquement aux industriels européens et de fermer les yeux sur toutes les importations qui nous viennent d'ailleurs. Quand je dis ailleurs, il s'agit de la Chine, de la Russie et du Brésil. Ce n'est pas uniquement une visée contre les aciers chinois. C'est la possibilité – parce que là aussi les industriels nous disent qu'ils ont besoin d'avoir de la visibilité, notamment en termes de contrats énergétiques – qui pourra leur être donnée de signer des contrats à long terme. Puis, c'est effectivement la compensation des coûts indirects du CO₂.

Je rappelle que ce rapport n'est pas uniquement celui d'Édouard Martin, même s'il porte mon nom. Nous avons visité dix pays européens. À chaque fois, nous avons rencontré des chefs d'entreprise, des élus locaux, des organisations syndicales et des ONG et, à quelques exceptions près, tout le monde est d'accord pour dire qu'il est temps que l'Europe défende aujourd'hui de manière plus ferme son industrie à travers ces mesures, qui sont partagées par l'ensemble du collectif. Pas plus tard que la semaine dernière, IndustriAll, la fédération européenne des syndicats de la métallurgie et de la sidérurgie, a effectivement validé le soutien à ce rapport.

Elżbieta Bieńkowska, *Member of the Commission*. – Madam President, thank you very much again for giving the Commission the opportunity to address Parliament on this extremely important topic of the European steel industry, which is also extremely important for us and for me personally. Let me start with the own-initiative report by Mr Martin on developing a sustainable European industry in base metals.

The Commission welcomes the interest of the European Parliament and the work that has already been done. The report offers a very interesting perspective for the current debate on how to support the sector, something that is really vital for our economy. The report also highlights fundamental issues that have been at the centre of the Commission's report. These include energy – including both energy supply and the design of the energy market – fair trade and climate policy, with a view to reducing emissions while taking competitiveness into account. It also gives some interesting proposals, and I can assure you we will think about them and try to come back to you with some solutions.

These policy areas are also among the Commission's top priorities and are included in our main initiatives like the Energy Union, the follow-up to the Trade and Investment Strategy and fostering a stronger and high-performing industrial base.

The Commission created a high-level group on energy-intensive industries to tackle challenges together with all the stakeholders and Member States concerned. We look forward to continuing the dialogue with the European Parliament on the topic of the metal industries as well as on many related policies, which are also extremely important. I also wanted to mention that the Luxembourg Presidency has paid great attention to the metal industries and called an extraordinary Competitiveness Council on 9 November to discuss the specific situation of the steel industry.

Let me now address the use of the trade defence instruments in the steel sector, which are the competence of Commissioner Malmström, but I am also very much involved in finding solutions in this area. To address the current crisis facing the European steel sector, the Commission is willing to use the trade defence instruments to the full legal extent. We will open an investigation into every product on which we received a complaint with sufficient evidence of dumping and subsidisation causing injury to our industry. In this context, the Commission is also willing to consider opening investigations based on the threat of injury. However, the legislative requirements for a case based on threat of injury are really demanding. There has only ever been one case in which measures were imposed on this basis, a case currently subject to court proceedings.

The Commission is also ready to begin the registration of imports in investigations with a view to the retroactive application of duties where this is warranted and the legal standards are met. The registration of imports could ensure that the situation of the European industry does not further deteriorate.

As regards opening cases, there is nothing to be gained from this time-wise, as it still requires the existence of sufficient evidence, and this can only be furnished by the industry. Trade defence action is triggered by applications from industry. This should remain the case, given that only industry is in a position to know the state of the market and the effects of imports.

With regard to imposing measures more quickly, the most important step will be the agreement by the co-legislators on the Commission's modernisation proposals, which are already on the table. Given that this is a legal process subject to scrutiny not only by the Member States but also by the courts – and in some instances the WTO – time is needed to ensure that any action taken is in line with the legislation and our international obligations. I am looking forward to your remarks.

Krišjānis Kariņš, *PPE grupas vārdā*. – Priekšsēdētājas kundze, komisāra kundze! Eiropā mēs esam izvirzījuši ļoti cēlu, pareizu mērķi — samazināt CO₂ izmešus. Taču vienlaikus mēs apzināmies, ka Eiropā mēs esam pasaules konkurences apstākļos, un iespējams, ka šis mērķis, ko mēs esam izvirzījuši, ir nedaudz pretrunā ar mūsu nepieciešamību noturēt mūsu konkurētspēju pasaulē.

Es runāšu konkrēti par vienu industriju — par tērauda industriju. Mēs zinām, ka tērauda industrija nav no tīrajām industrijām. Mēs to zinām. Taču mūsu tērauda industrijā strādā Eiropā kopumā ap 300 000 cilvēku, un kopumā mēs esam pasaules otrie lielākie ražotāji aiz Ķīnas. Tātad, ja šī industrija kļūst nekonkurētspējīga, mēs tāpat izmantosim tēraudu, pērkot to no citurienes.

Auto industrija, kuģu būvniecība, ēku celtniecība — tērauds ir pilnīgi visur mūsu dzīvēs nepieciešams. Tātad ir lūgums Komisijai, skatoties uz to, ko jūs darāt, īpaši arī ar emisijas tirdzniecības sistēmu, — uzmanīgi izvērtēt mērķi samazināt CO₂ izmešus, kā arī nepieciešamību turēt Eiropas industriju Eiropā. Izdzenot ārā, nesamazināsies izmeši, bet tikai palielināsies bezdarbs Eiropā. Paldies par uzmanību!

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

Dan Nica, *în numele grupului S&D*. – Doamnă Comisar, îl felicit pe colegul nostru, Édouard Martin, și pe raportorul din umbră pentru munca depusă în elaborarea acestui raport privind industria europeană a metalelor de bază.

Cred că suntem cu toții de acord asupra momentului și importanței acestui document, atât în contextul situației actuale din statele membre cât și în cazul revizuirii sistemului ETS.

Prețurile mari practicate în Europa, precum și dumpingul practicat de țările terțe au ca și consecință dezindustrializarea rapidă a sectorului siderurgic. Rata ocupării forței de muncă în domeniu a scăzut cu 20 % față de 2007, iar cererea de oțel produs în Uniunea Europeană a scăzut cu 28 %.

Ironie este, doamnă Comisar, că acum multe zeci de ani cei care au construit temelia Uniunii Europene au început cu cărbunele și oțelul. Riscăm ca foarte rapid, poate chiar în timpul mandatului dumneavoastră, să vorbim despre oțelul care nu mai este produs în Uniunea Europeană și despre cărbunele care deja a devenit istorie.

Regimul de compensare bazat pe ajutoare de stat pentru costuri indirecte a dat naștere unei noi surse de concurență neloială pe piața unică a Uniunii Europene între producătorii a căror activitate se bazează pe utilizarea masivă a energiei electrice.

Consider că această compensare ar trebui să fie armonizată și acordată la nivel european pentru a asigura condiții de concurență echitabile în raport cu concurenții mondiali și producătorii europeni, și pentru a asigura și o protecție eficace împotriva relocării emisiilor de carbon.

Oțelul nu este, de altfel, singurul sector care se confruntă cu probleme semnificative, mai multe sectoare industriale din Uniunea Europeană suferă din cauza supraproducției la nivel global, prețuri scăzute și un comportament care denaturează mersul cîștit.

Având în vedere situația din domeniul industriei siderurgice la nivel european, dar mai ales situația urgentă din unele state membre, Comisia ar trebui să explice de ce măsurile antidumping existente nu sunt aplicate adecvat și de ce nu sunt eficiente.

În final, subliniez că Uniunea Europeană are nevoie de o industrie solidă, competitivă și de locuri de muncă de calitate. Acesta este mesajul meu pentru dumneavoastră, doamnă Comisar.

Ashley Fox, on behalf of the ECR Group. – Mr President, the steel industry is important for our economy, providing employment for thousands of our constituents. Demand for steel is still 25% below pre-crisis levels, yet Chinese exports have risen by 28% this year alone. Excess supply has flooded our markets, often sold at a loss. Many countries around the world have reacted to this threat, including the United States, India and Brazil. Sadly, the EU has not. This month's meeting of EU Ministers, called by the UK Business Secretary Sajid Javid, showed strong agreement on the need to take concrete action.

These problems also extend beyond the steel sector. Since 2007, despite rising demand for aluminium, 11 of the 24 smelters in the EU have shut down. EU climate policies are at fault here, hurting competitiveness, raising prices and ultimately driving industry out of Europe. I do not believe the Carbon Border Adjustment Mechanism proposed by Mr Martin in his report is the answer. I fear it will invite retaliation and encourage protectionism around the world. I suspect it would be as successful as extending the ETS to the airline sector proved to be. The steel sector now needs action, not proposals that have no prospect of success. I would ask the Commissioner to explain what she is going to do to support the industry and combat the anti-competitive practices it faces.

Angelika Mlinar, im Namen der ALDE-Fraktion. – Herr Präsident! Zuerst möchte ich die Wichtigkeit dieses Berichts hervorheben und mich für die gute Zusammenarbeit vor allem mit dem Berichterstatter bedanken.

Die Industrie der unedlen Metalle – besonders die Stahlindustrie – in Europa befindet sich in einem sehr kritischen Zustand. Eine Vielzahl an Faktoren trägt dazu bei, dass die Wettbewerbsfähigkeit dieses Sektors weiter sinkt, während die Kosten weiter steigen. Wir müssen uns der Ernsthaftigkeit der Lage bewusst sein und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für diesen Wirtschaftszweig in Europa schaffen. Dazu gehört vor allem, die Modernisierung der Industrie in Europa anzutreiben, den Zugang zu neuen Märkten zu erleichtern, die Vollendung der Energieunion zuwege zu bringen und handelspolitische Instrumente zu nutzen und zu modernisieren.

Eine der wichtigsten Herausforderungen in der nahen Zukunft wird allerdings die Reform des europäischen Emissionshandels sein, mit dem wir uns zurzeit im Parlament befassen. Hier stehen wir vor zwei schwierigen Aufgaben: auf der einen Seite die Bekämpfung des Klimawandels und der Übergang in eine *low carbon economy*, auf der anderen Seite die Konkurrenzfähigkeit auf dem weltweiten Markt und die Existenzfähigkeit unserer Industrie. Allerdings bin ich der Meinung, dass wir diese Probleme in einem größeren Kontext sehen und auch lösen müssen. Dieser Bericht ist unserer Ansicht nach nicht das richtige Instrument dazu.

Gerade in Bezug auf ETS befinden wir uns zurzeit in einer kritischen Phase. Erstens beginnt nächste Woche der weltweite Klimagipfel in Paris, der hoffentlich endlich zu einem Durchbruch auf internationaler Ebene führen wird. Zweitens läuft im Parlament gerade der legislative Prozess zur Reform der vierten ETS-Phase an. Ich sehe daher große Probleme bei einem Bericht wie diesem, der sowohl detaillierte Reformvorschläge zu ETS enthält als auch alternative Instrumente wie CO₂-Grenzabgaben fordert, obwohl diese vielfach von der Industrie ganz klar nicht gewünscht sind. Statt hier noch mehr Verwirrung in eine ohnehin schon schwierige Situation zu bringen, sollten wir uns auf das Wesentliche konzentrieren: die legislative Umsetzung einer funktionierenden ETS-Reform in einem eigenen Bericht und die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit für die Industrie der unedlen Metalle.

Paloma López Bermejo, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, gracias al ponente por el trabajo y por la colaboración que hemos podido mantener.

La industria del metal es un sector estratégico cuyos problemas son los del conjunto de la industria europea. Necesitamos una industria que minimice su impacto ambiental, que vertebral territorios y que sea capaz de generar empleo de calidad. Para ello la Unión Europea debe desarrollar una verdadera política industrial que no tome la política de competencia como dogma sino que la aplique en favor de los objetivos de cohesión y empleo inscritos en los Tratados.

La inversión y la planificación públicas son necesarias para que las regiones europeas mantengan su industria y no queden abandonadas a sectores estacionales y especulativos. También resulta imprescindible para la reducción de emisiones que se desarrolle un marco regulatorio global y se luche contra el dumping ambiental, y que se evite que la desindustrialización masiva de las áreas de producción tradicionales en Europa se use para la expansión de la producción en países con estándares inferiores de emisiones y de derechos laborales.

El sector del metal es central para Europa y tiene un gran futuro por delante con la adecuada innovación tecnológica, que nos convierte en la industria más limpia del mundo, el desarrollo del reciclado y la economía circular en zonas industriales en reconversión, y las mejoras en la eficiencia energética. Solo una economía real orientada al futuro puede contribuir a superar la presente crisis y crear empleos de calidad. Este informe es un pequeño paso para apoyar a este sector, que no debe dejar de ser el verdadero corazón de la industria europea.

Claude Turmes, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, je remercie d'abord M. Martin pour son rapport et je crois personnellement que l'instrument d'ajustement aux frontières est un bon instrument.

Frankly, neither climate policy nor the general electricity prices in Europe are a problem today for the steel industry. British prices for electricity are twice as high as in Germany and in Scandinavia: twice as high. This has much more to do with splendid isolation and the fact that the British market is not interconnected with Europe, because in Scandinavia and in Germany power prices are much lower.

So we should stop blaming the European climate and energy policy. The problem we have in Europe with steel is that demand has broken down. That has to do with the Lehman Brothers crisis and our overstretched austerity politics in Europe. When people buy fewer goods, when we underinvest in infrastructure, then we do not create a steep demand for steel, and that is the problem. We have to have a reinvestment strategy for Europe.

The second issue is then, of course, how we deal with China and its huge overcapacity. The question to the Commission, but also I think to our British colleagues, is: who is advocating giving China market economy status? The Commission wants to give it, Cameron wants to give it, but then the question is: how do we organise anti-dumping if we give market status to the Chinese economy?

David Borrelli, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, voglio anzitutto ringraziare il relatore Martin per il lavoro svolto e per l'impegno mostrato nella stesura della relazione sull'industria europea dei metalli di base. Sono soddisfatto di vedere nel testo finale il riferimento all'armonizzazione a livello europeo dei costi indiretti. Sono altrettanto soddisfatto per il riferimento alla tutela ambientale, al rispetto delle direttive di sicurezza e igiene sul lavoro e alla maggiore attenzione per le popolazioni locali.

L'industria siderurgica europea ci chiede però di intervenire immediatamente, soprattutto per prendere misure contro le importazioni dalla Cina che, con una sovraccapacità produttiva di 340 milioni di tonnellate, sta invadendo a prezzi stracciati il mercato europeo. Le conclusioni del Consiglio «Competitività» dello scorso 9 novembre non sono soddisfacenti. Anche per questo ho presentato un'interrogazione orale alla Commissione europea per chiedere che cosa intende fare nell'immediato e se sta prendendo in considerazione la possibilità di intraprendere azioni tempestive, quali ad esempio l'attuazione di contromisure basate sul consumo e sull'effettiva quantità di CO₂ emessa durante la produzione.

Tali misure sarebbero del tutto compatibili con le politiche industriali, commerciali e climatiche europee e potrebbero garantire immediatamente una maggiore competitività a livello globale. Deve essere chiaro che il Parlamento europeo è seriamente preoccupato dalle conseguenze devastanti che l'eventuale riconoscimento dello status di economia di mercato alla Cina avrebbe sull'industria europea, in particolare sull'industria manifatturiera. Parliamo di acciaio, legno, vetro, chimica, tessile, calzature, ceramica, carta, biciclette e altro.

Chiedo quindi che da oggi in poi le commissioni Industria e Commercio internazionale siano coinvolte regolarmente in questo dibattito. Noi siamo contrari a un riconoscimento incondizionato e automatico, poiché è evidente che la Cina non rispetta i cinque criteri stabiliti dall'Unione europea, come ad esempio l'assenza di interventi dello Stato nelle operazioni di privatizzazione delle imprese e l'esistenza di un settore finanziario indipendente dallo Stato.

Noi crediamo che, di fronte a una scelta così grave, a un anno dalla scadenza, i cittadini debbano poter conoscere una posizione chiara della Commissione europea, che invece, al momento, è solo confusa e tardiva.

Barbara Kappel, im Namen der ENF-Fraktion. – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Der Präsident des Weltstahlverbandes, der Österreicher Wolfgang Eder, der gleichzeitig der Vorstandsvorsitzende des größten österreichischen Stahlkonzerns ist, hat am letzten Wochenende wortreich ausgeführt, warum der Stahlproduktionsstandort Österreich wackelt. Die Voestalpine hat einen Jahresumsatz von 11,2 Milliarden Euro, beschäftigt 47 500 Mitarbeiter, 23 000 davon in Österreich, und hat heuer bereits 550 Millionen Euro in die Errichtung einer Direkt-Reduktionsanlage in Texas investiert. Weitere 25 Milliarden Euro werden bis 2020 in neue Standorte in den USA und Asien investiert. Das heißt, strategisches Wachstum findet längst außerhalb Europas statt. Und hier ist die Voest repräsentativ für viele Stahlunternehmen in Europa.

Der Vorstandsvorsitzende nennt klare Gründe. Das sind: eine überzogene Klima- und Energiepolitik in der EU, die hohen Energiekosten und die hohen Arbeitskosten. Erst im September wurde eine Studie des renommierten Economic Policy Institute veröffentlicht, aus der hervorgeht, dass durch die Deindustrialisierung Europas bis zu 3,5 Millionen Jobs gefährdet sind. Hohe Energie- und Arbeitskosten, zunehmender Fachkräftemangel, eine schwache Konjunktur in Europa und hochsubventionierter chinesischer Billigstahl gefährden den Produktionsstandort Österreich.

Ich appelliere an die Kommission, alle Maßnahmen zu setzen, um die Werte, die sie jetzt ansprachen, alle Instrumente ...

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

Massimiliano Salini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Commissario, questa sera discutiamo – e di questo ringrazio il collega Martin, relatore di questa iniziativa – di un tema assolutamente centrale per il modello di sviluppo che vogliamo dare, da un punto di vista economico, al nostro continente. Il relatore, a mio modo di vedere – e qui superiamo le differenze, che a volte bloccano il dialogo tra partiti – ha dato una utile e corretta lettura del problema dell'industria dei metalli di base in Europa.

Noi abbiamo una minaccia incombente, rispetto alla quale stiamo reagendo in maniera assolutamente timida. La minaccia si articola su vari fronti. Abbiamo un modo di concepire il lavoro e l'industria che è molto diverso da come viene concepito fuori dal nostro continente. Abbiamo un'idea di trattamento dei lavoratori che è molto diversa dall'idea che hanno fuori da questo continente. Abbiamo costi energetici molto diversi da quelli sostenuti fuori da questo continente e, lasciatemelo dire, abbiamo *performance* di tipo ambientali molto migliori di quanto non accada fuori da questo continente.

La nostra priorità oggi è difendere un modello di sviluppo che nella nostra industria ha visto un punto di assoluta eccellenza. Questa relazione sul tema dell'energia, i costi indiretti, la compensazione, l'armonizzazione di queste compensazioni, l'idea di uno sviluppo degli ETS e, dentro una discussione che, come è stato detto ci deve proteggere dal rischio del riconoscimento per la Cina dello status di economia di mercato

(Il Presidente interrompe l'oratore)

Kathleen Van Brempt (S&D). – Ik denk dat dit een uitermate belangrijk debat is, want we dreigen terecht te komen in de slechtste van twee werelden in plaats van in de beste van twee werelden. We dreigen namelijk de staalindustrie op Europees grondgebied te verliezen, terwijl we heel hard werken aan een industrie die proper is, die minder CO₂ uitstoot en die ervoor zorgt dat de mensen die daar werken dat onder goede omstandigheden doen. We vervangen ons staal door staal dat in China en elders vaak onder slechte arbeidsomstandigheden en op vervuilende wijze wordt geproduceerd. Met andere woorden, dat is niet de weg die we moeten bewandelen.

Ik ben dan ook zeer blij met het verslag van collega Martin, dat erin slaagt een bijzonder belangrijke balans te vinden tussen de toekomst van de industrie - en ik geloof zeer sterk in een Europese Unie met een sterke industrie - en tegelijkertijd tegemoetkomt aan heel ambitieuze klimaatdoelstellingen.

Ik ben bijzonder ontgoocheld over het feit dat dit debat wordt aangegrepen om het klimaatbeleid onder vuur te nemen en dit een week voor de zeer belangrijke beslissingen die we in Parijs moeten nemen. Want daar gaat het voor alle duidelijkheid niet over. Tot op heden heeft de staalindustrie vooral geld verdiend aan het ETS-systeem in plaats van eraan betaald. Wat we nodig hebben is een doorgedreven economisch Europees beleid met grote milieuambities en dat betekent een echt antidumpingbeleid, mevrouw de commissaris. Ik zou u willen vragen om daarin heel veel ambitie te tonen en niet te wachten op klachten van individuele bedrijven, maar zeer actief te zijn ten aanzien van het antidumpingbeleid en tegelijkertijd zeer ambitieus te zijn ten aanzien van het klimaatbeleid en het energiebeleid. Wat belangrijk is, is een energie-unie waarin we ervoor zorgen dat de elektriciteitsprijzen in de hele Unie in een *level playing field* terechtkomen.

Evžen Tošenovský (ECR). – Pane předsedající, dovoluji mi nejdříve poděkovat zpravodaji, kolegovi Martinovi za velkou energii investovanou do zprávy. Ale především za to, že upozornil na strategický význam průmyslu základních kovů pro Evropu. Ocel a další kovy jsou klíčovou surovinou pro stavebnictví, automobilový průmysl a řadu dalších průmyslových odvětví. Na průmysl zpracovávající kovy je obrovský tlak a ten nemůže podobnou zátěž dlouhodobě unést. Čelí vysokým cenám energií, hrozí ztráta konkurenceschopnosti v globálním měřítku, *carbon leakage* a ztráta pracovních míst.

Zpráva ale obsahuje některé problematické body. Otázku emisních povolenek bychom měli řešit v rámci nového návrhu Komise k ETS, a nikoli zde. Odmítáme rovněž regulační opatření na hranicích. Jednak je zde otázka necitlivého kroku v kontextu nadcházejících jednání v Paříži, ale i riziko porušení pravidel mezinárodního obchodu, které by mohlo poškodit skutečně celou EU. Jednostranný protekcionismus na hranicích je vždy nebezpečný.

Naopak tato pravidla nám umožňují aktivně se bránit proti dumpingu, jmenovitě zejména proti nekalým obchodním praktikám některých čínských producentů. A flexibilněji bychom si měli nastavit systém poskytování státní podpory. Měli bychom vytvořit pro podniky příznivé regulační prostředí a podpořit investice do výzkumu a vývoje nových technologií.

Fredrick Federley (ALDE). – Herr talman! Till att börja med vill jag säga att det är väldigt viktigt att vi får en bra debatt och en bra diskussion om Europas stål- och metallindustrier. De har betytt oerhört mycket för oss historiskt och de kommer betyda mycket för oss också för framtiden.

Det jag tycker är synd med betänkandet är flera saker. Dels som herr Tošenovský sa inledningsvis, att vi får ett felaktigt fokus. Vi kommer snart att börja jobba med en översyn av ETS:en och där passar den diskussionen bättre.

Jag tycker också det är synd att vi inte inväntade utkomsten av klimattoppmötet i Paris innan vi börjar diskutera dessa konsekvenser. Det hade gett oss en bättre analys och det hade gett oss bättre tid att bedöma konkurrenssituationen och hur den kommer att se ut i vår omvärld.

Jag tycker också att det är synd att vi i detta betänkande glömmer att titta på hur vi får en bättre energiprisbild i Europa genom en bättre energiunion och hur vi ökar konkurrensen genom att vi har bättre utbildning och genom att vi har bättre innovationer. Så betänkandet kunde ha blivit mycket bättre, men det är bra att vi diskuterar industrin.

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, voglio sinceramente ringraziare il relatore Martin per il lavoro che ha fatto e per aver raccolto una sfida, che secondo me è la sfida che abbiamo di fronte, quando parliamo di acciaio, ovvero quella di non dismettere un comparto produttivo fondamentale ma, allo stesso tempo, non subordinare a nulla il mantenimento, la definizione e, mi auguro, a seguito di Parigi, l'implementazione di quegli standard ambientali che devono essere un pilastro della costruzione dell'Unione.

Parliamo di un sistema al collasso: faccio riferimento al mio paese, l'Italia, dove stabilimenti come quelli di Terni e di Piombino vivono una grandissima crisi, di cui abbiamo parlato anche in quest'Aula. Penso anche che vada tenuto presente – e qui faccio ancora riferimento all'Italia – che esistono situazioni come quella di Taranto, che io mi auguro possa essere quanto prima visitata dalla commissione ENVI di questo Parlamento, in cui ancora muoiono persone.

Ecco quello che non può accadere e che ci siano persone che muoiano....

(Il Presidente interrompe l'oratore)

Reinhard Bütikofer (Verts/ALE). – Mr President, we want the European steel industry to have a sustainable future, but it is obviously just not good enough for the Commission to say it will try to come back with some solutions, without even mentioning the core fact that we have vast overcapacity in Europe in the steel sector. We need to deal with that.

It would be counterproductive – in fact the steel industry would be biting one of the few hands that can feed it – if it were seduced by certain conservatives to go against climate policy, because only investment in infrastructure and the transformation of our economies can provide new uses for steel. The austerity policies are much more destructive than energy prices.

Finally, we can have anti-dumping measures that are compatible with World Trade Organization rules, but it is unbelievable that some who are now whining about Chinese dumping are promising market economy status for China, without mentioning that this would only ...

(The President cut off the speaker)

Bill Etheridge (EFDD). – Mr President, I started work for British Steel Stainless Stockholders in 1990. During a 20-year career in the steel trade I saw a fairly spectacular contraction in demand.

We are at the point now where we have got top-quality, high-tech clean manufacturing in Europe and the UK that is being driven out by excessive regulation, excessive energy costs and by totally uncompetitive dumping from China. The UK steel industry is 42% smaller than in 1990. There were 60 000 job losses in Europe between 2007 and 2012. The European Steel Association recently wrote that they were looking for policymakers to act. Many of the policymakers have never been near a steel plant and got their hands dirty, so I will give them a couple of ideas.

First of all, combat the dumping by China. Secondly, look at the electricity prices, which will be up 47% by 2020, and immediately rethink the persecution of our manufacturing in the name of green dreams. European manufacturing is the cleanest in the world.

Manufacturing matters. It is vital that European policymakers realise this and get on with setting our manufacturers free, so that we can once again lead the world in manufacturing.

Jean-Luc Schaffhauser (ENF). – Monsieur le Président, cher collègue, votre rapport est bon dans le sens où, effectivement, il souligne l'importance de l'industrie lourde, qui est à l'origine des produits, des biens, mais aussi de l'industrie tertiaire.

Par contre, vous ne proposez pas de bonne solution, cher collègue. Votre protection au carbone ne marchera pas et ne sera pas efficace. Allez au bout de votre logique; la logique, c'est le protectionnisme. Nous devons nous protéger contre le dumping, nous devons nous protéger car il y a un problème de sécurité, d'indépendance, d'environnement et d'emplois. Il n'y a pas de honte à se protéger, le problème c'est la Commission qui, par une mauvaise vision du marché, nous construit l'insécurité énergétique et nous construit également l'insécurité en matière d'emploi et d'industrie.

Sortez de votre conception ultralibérale, regardez l'intérêt de l'Europe, travaillez pour l'Europe!

Antonio Tajani (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Europa, per uscire dalla crisi e costruire noi posti di lavoro, ha bisogno di una vera politica industriale e senza industria non c'è crescita e non c'è politica industriale senza siderurgia. È un settore quello dell'acciaio che sta affrontando una sfida molto difficile, soprattutto con la Cina, paese che non rispetta regole ambientali e che gioca una partita di concorrenza sleale. E non c'è solo la Cina: dobbiamo guardare con preoccupazione anche alla Bielorussia e alla Turchia.

Cosa fare? Primo: noi chiediamo alla Commissione di presentare una relazione annuale sull'implementazione del piano d'azione sull'acciaio approvato due anni fa. Secondo: io credo che servano anche nuove regole della concorrenza per consentire alle industrie europee di competere nel mondo. Terzo: proprio perché si tratta di un mercato globale, occorre applicare, in modo coerente, tutti gli strumenti di difesa commerciale, soprattutto le misure antidumping. Oggi le procedure sono troppo lunghe e tolgono efficacia agli strumenti. Noi chiediamo alla Commissione di ridurre la durata dell'indagine e di garantire l'imposizione tempestiva di misure provvisorie.

Non è tutto! L'Europa non può riconoscere lo stato di economia di mercato alla Cina, perché la Cina non soddisfa i cinque criteri della normativa dell'Unione per riconoscimento dello status di economia di mercato. Un eventuale riconoscimento della Cina farebbe decadere misure antidumping necessarie per proteggere la nostra industria e avrebbe conseguenze drammatiche, non soltanto nel settore siderurgico, ma anche in quelli della meccanica, della chimica, della ceramica, delle biciclette e dell'industria della carta. Un impatto negativo sulla crescita e sulla coesione sociale, che la Commissione europea non può e non deve accettare.

Jude Kirton-Darling (S&D). – Mr President, by letting the blast furnace and the coke ovens at Redcar go cold on 12 October, the UK Government oversaw the end of steel-making in my region after 175 years, with the loss of 2 000 direct jobs and many more in the supply chain. Labour MEPs fought it, but today we do not want to see the same happening in Scunthorpe or South Wales.

Let us make no bones about it. The European steel sector is in crisis. Sites are closing, with thousands of well-paid highly-skilled jobs lost. It is worse than when Lehman Brothers crashed. I know; I led steelworkers at that time. We have had enough summits; we have had enough high-level meetings. Now we need to see action from the Commission and from national governments.

It is clear that the global steel market is saturated with overcapacity, especially from China, driving down prices to unsustainable levels. We need to modernise and strengthen our trade defence tools to make them more effective: acting quicker, tackling social and environmental dumping, and opening them up to give the workforce the ability to initiate complaints. Edouard Martin's report offers long-term solutions to this crisis, and if implemented correctly it could put European steel on the path to a sustainable future. It should be supported when it comes to plenary.

Today I am calling on the UK Government to stop hiding behind their excuses for inaction, to stop blocking the vital reform of EU trade defence measures and to recognise that steel is a strategic foundation industry on which all of our manufacturing is based. Other countries have supported their industries within EU state-aid rules; other countries believe in industrial policy. But we have a Secretary of State who refuses to say the words. We in Britain like to think that we are different from the rest of Europe. But this is a difference which is killing our industries and communities like my own. It is too late for Redcar steel workers. Let us not let it be too late for other communities across Europe. Save our steel.

Emma McClarkin (ECR). – Mr President, like UK steel, my time here is running out. We urgently need to have this debate, but more than that we urgently need the Commission to take rapid action to make sure that we are using all the anti-dumping measures that the Commission and the EU have at their disposal.

We are seeing the effects of this on the UK market. Incredibly, thousands of jobs have been lost. They have been lost in places in Motherwell and in Teesside, and jobs are under pressure in places near my constituency, in Scunthorpe. That action needs to be taken now, and I am calling on the Commission to do so in order that we can have a UK steel industry that we can be proud of.

We are proud of our UK industry, but we also need to make sure we can retain the skills that we have and also be able to compete in the marketplace. So I ask the Commissioner: please can you speed up the process and make sure you are using everything at your disposal to make sure that British Steel can keep competing?

Rosa D'Amato (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nel mondo gli impianti siderurgici producono 1,8 tonnellate di acciaio ma ne consumiamo solo uno e mezzo. Abbiamo trecento milioni di eccesso di capacità produttiva. L'eccesso aumenta ma il mercato non è in grado di assorbire l'offerta. Nel 2030 la quota dell'Unione europea scenderà al 9% della produzione mondiale; la Cina si attesterà al 51%. Dei primi 50 produttori mondiali, almeno 30 saranno cinesi, quelli europei solo 4. Dobbiamo valutare però anche la disponibilità delle riserve di ferro del pianeta, che si calcola sia di 65 anni ancora. Le riserve si stanno esaurendo anche nel settore delle materie prime siderurgiche.

Per sfornare più acciaio, occorre gonfiare naturalmente la domanda economica globale, ad esempio con grandi opere inutili e con la produzione di un maggior numero di auto inutili?

Siamo chiamati a proporre alternative a questo fallimento economico ed ecologico. Bisogna capire di quanto acciaio abbiamo realmente bisogno e produrlo nel rispetto della sicurezza, della salute e dell'ambiente. Ciò implica anche la chiusura di stabilimenti obsoleti e investire in ricerca finalizzata alla sostenibilità, incentivare la riconversione nella *green economy* e nell'economia circolare.

Gianluca Buonanno (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, anche in questo settore vediamo quanto l'Europa conti poco e non riesce a fare quello che dovrebbe. Non difende l'industria siderurgica e lascia che i cinesi e i turchi facciano quello di cui hanno voglia. Le regole che ha l'Europa non sono quelle che ha Cina e neanche la Turchia e gli unici veramente che si difendono con i denti sono gli Stati Uniti.

Ma perché noi non riusciamo a copiare le cose che riescono a fare bene gli altri? Ad esempio, gli Stati Uniti fanno in modo che la Cina non si possa permettere di fare quello che vuole là! E perché noi invece glielo facciamo fare qua? E poi ci lamentiamo con lacrime di coccodrillo perché perdiamo posti di lavoro, perché non abbiamo l'industria, perché in Inghilterra ci sono grossi problemi, come ci sono anche in Italia e anche in altri paesi d'Europa, con il risultato che l'Europa conta sempre di meno in questo campo, conta sempre di meno contro il terrorismo islamico, conta sempre di meno sulle energie alternative, conta sempre di meno su tutto.

Il risultato finale sarà che l'Europa va sempre più indietro e gli altri vanno sempre più avanti.

Francisco José Millán Mon (PPE). – Señor Presidente, en primer lugar, me gustaría felicitar al ponente, señor Martin, por su informe sobre la industria de los metales básicos, al que personalmente he contribuido con enmiendas que presenté con varios diputados de mi grupo.

El sector de la industria del metal es muy importante en Europa -en particular en algunas regiones europeas, como la mía, Galicia-, pero este sector se enfrenta en la actualidad a serias amenazas a su competitividad. Destaco, entre ellas, el precio de la energía, en general más alto en los países europeos que en otros continentes.

Otros factores que afectan a esta industria son la huida o deslocalización de inversiones industriales hacia terceros países o -como se ha dicho antes- la competencia desleal de estos a través del dumping o de las subvenciones a la exportación. Pero no podemos permitirnos que esta industria de los metales básicos desaparezca de Europa: la prosperidad y el empleo de los europeos se verían muy perjudicados.

Por ello, celebro que el informe del señor Martin ofrezca una serie de medidas encaminadas a facilitar que la industria metalúrgica se mantenga en Europa y sea competitiva. Le pido, señora Comisaria, que estudie con la mayor atención, que analice esta propuesta, esta batería de medidas del informe que mañana aprobaremos.

Desde luego, el precio de la energía es un sector clave. Estoy pensando, por ejemplo, en la producción de aluminio. Sé muy bien que exige un elevadísimo consumo de electricidad y los europeos, desde luego, tenemos que hacer posible que las industrias electrointensivas permanezcan en nuestro continente, generando empleo y riqueza.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io penso che il futuro dell'Unione europea non dipenda solo dalla sua leadership politica e dalla sicurezza ma anche dalla sua forza economica e dal suo peso industriale. L'Europa non può essere un continente dipendente dalla produzione esterna. Sarebbe debole senza le sue eccellenze e fragile, perché alla mercé delle potenze esterne.

Il processo di deindustrializzazione e delocalizzazione lo abbiamo già conosciuto. Ci ha colpito, ha impoverito l'occupazione e la produttività, ha ridotto il nostro PIL. Ora è tempo di aprire gli occhi e di reagire, guidando un processo nuovo di difesa ed equità del sistema produttivo sostenibile nella realtà globale, a partire dai settori più complessi e strategici come quello dell'acciaio e ringrazio molto il collega Martin per questo lavoro.

Concorrenza extraeuropea crescente e spesso sleale, vorrei dire a volte con pratiche illecite, mancanza di investimenti nell'innovazione e produzione, mancato accesso alle materie prime, prezzi crescenti e anticoncorrenziali dell'energia e sostenibilità ambientale sono le sfide principali per il settore.

Se vogliamo parlarci chiaro, le cose da fare sono abbastanza evidenti, e anche le cose da non fare. L'Europa deve essere fiera della sua industria siderurgica: deve difenderla con misure di innovazione, con politiche energetiche per l'approvvigionamento e i prezzi ma anche con politiche commerciali più forti. Martin ha usato una parola coraggiosa «aggressive»: io vorrei dire anche aggressiva. C'è una concorrenza sleale di alcuni paesi a partire dalla Cina, che ha un enorme sovraccapacità produttiva – le cifre sono state fornite – e pratica dumping con prezzi inferiori in Europa rispetto a quelli praticati in Cina.

Per questo siamo estremamente contrari – lo dico alla Commissaria che è molto sensibile, perché lo riferisca all'intero collegio – alla concessione dello status di economia di mercato alla Cina e anche contrari a risposte a metà, che spezzettino la risposta, che dicano cioè sì ad alcuni settori e no ad altri, perché sarebbe una falla, un buco dalle conseguenze molto pericolose.

Chiediamo alla Commissione di lavorare con noi su questo dossier, come è già stato detto, e non accetteremo una proposta che passi sulla testa del Parlamento.

Vicky Ford (ECR). – Mr President, it is clear from listening to tonight's debate that colleagues from all over Europe are concerned about the crisis in the steel industry, and I would like to thank the UK Government for calling the emergency meeting to see what more we can do to help.

Yes, this is partly due to overcapacity in the global market, but decisions we take now in this sector have long-lasting consequences, because moth-balling is not viable. You cannot just switch a blast furnace back on. So we need to make important decisions and we need to make them quickly. Commissioner, please can you fast-track your investigations on unfair trade allegations and use all your trade tools?

And, as regards energy-intensive industries, some Member States want to give more support but they need to have state-aid clearance. I am not asking you to bend or break competition rules, but rather to make the decisions quickly please, Commissioner. Competitiveness in this industry is key, but we need to use all the tools in our toolbox and to act together quickly.

Theodor Dumitru Stolojan (PPE). – Domnule președinte, strategic Europa devine tot mai dependentă de importul de oțel și aluminiu, pierzând locuri de muncă și securitate.

Industria europeană a oțelului și aluminiului devine necompetitivă, nu datorită tehnologiilor, ci datorită importurilor la prețuri de dumping și a propriei politici europene cu privire la climă și energie.

Ce se întâmplă? Se întâmplă că procese de bază metalurgice se mută din Europa în țările emergente împreună cu emisiile de gaze cu efect de seră, țări emergente care nu sunt supuse standardelor europene.

În schimb, țările din Europa importă tot mai multe produse intermediare din oțel și aluminiu, raportând reduceri de gaze cu efect de seră.

Avem nevoie de mai mult echilibru în politicile europene cu privire la climă și energie și avem nevoie de acțiuni ferme împotriva importurilor la prețuri de dumping.

Martina Werner (S&D). – Herr Präsident! Zunächst einmal möchte ich mich bei meinem Kollegen Edouard Martin recht herzlich bedanken. Er hat das Thema Stahlindustrie nicht nur mit seinem Bericht immer wieder in die parlamentarische Debatte eingebracht. Diese Debatte, denke ich, müssen wir gerade jetzt führen. 328 000 Jobs hängen direkt an dieser Branche, und sie sind massiv gefährdet.

Die Krise des Sektors kann man fast mit einem Wort zusammenfassen: Überkapazitäten. Wenn bis zu 350 Millionen Tonnen überwiegend chinesischer Billigstahl in den Weltmarkt drängen, bleibt wenig Platz für die Konkurrenz.

Zur Unterstützung der europäischen Stahlindustrie müssen wir an drei Hebeln ansetzen. Erstens: Die Industrie benötigt einen verlässlichen rechtlichen Rahmen. Deswegen müssen wir mit höchstem Tempo für Klarheit sorgen hinsichtlich der Reform des Emissionshandels und der Gestaltung der *Carbon-leakage*-Liste.

Zweitens: China ist keine Marktwirtschaft. Solange die Volksrepublik die entsprechenden fünf Kriterien nach der EU-Definition nicht erfüllt, kann sie nicht als Marktwirtschaft anerkannt werden. Artikel 15 d des WTO-Beitrittsprotokolls unterstützt auch diese Argumentation.

Drittens: Die Krise darf nicht zu einer Spirale nach unten führen – mit dem einseitigen Fokus auf Sparmaßnahmen und Werksschließungen. Wenn Know-how hauch abwandert und nicht mehr in Innovation investiert wird, haben wir keine Chance, im globalen Wettbewerb zu bestehen.

Die EU kann hier unterstützen, indem sie ein Bündel an Maßnahmen zur Anwendung bringt, das zum Teil auch am 9.11. vom Wettbewerbsfähigkeitsrat angesprochen wurde: den EFSE, die Ausnutzung der überarbeiteten Beihilfeleitlinien, den raschen Aufbau der Energieunion und die konsequente Anwendung des modernisierten Vergaberechts für den Erwerb von nachhaltigem Stahl.

Der EU-Sektor mag in den letzten Jahren an Bedeutung verloren haben, aber er ist weiterhin von großer Wichtigkeit für die europäische Industrie. Für zig Branchen ist er die Grundlage, und für Tausende Menschen ist er Arbeitgeber. Deswegen gehört er ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Mr President, we need to maintain effective anti-dumping tools to be able to react to known challenges, like those currently faced by the steel sector and others. The challenges of trading with countries that are not members of the market economy global community, like China or Belarus, demonstrate that the EU must be able to react adequately but also effectively. We should not deal with the problems in the sector only by going from crisis to crisis. We should apply a more systematic approach.

Horizontal sectoral industrial policy should be permanently included in the Commission's annual work programme. Despite the cutting of all possible costs, the steel sector's competitiveness is weakened by high energy prices, uncertainties connected with the Emissions Trading System (ETS) and the growing massive steel imports from Belarus – and we know what happens there, how those prices are nationally regulated and how the sector is subsidised.

We have to take full advantage of our trade defence instruments (TDI) legislation that allows us to impose protective measures that can counteract these threats. We have to remember that, by allowing imports from Belarus, we are creating a very difficult situation for our own sector. This is a threat that can lead to the reduction, or even the liquidation, of production in our Member States. I doubt that this is something that we want to see in the future. So the Commission should take advantage of all available solutions to protect EU industry.

José Blanco López (S&D). – Señor Presidente, gracias al señor Martin por su excelente informe.

España es el cuarto país productor de acero de la Unión Europea. De él dependen 80 000 familias y desde el año 2007 la producción nacional ha caído un 30 %. Los cierres y deslocalizaciones se multiplican en la Unión. Al dumping social y ambiental y a nuestros elevados costes energéticos se añade ahora una sobreproducción mundial y la concesión del estatuto de economía de mercado a China, y las mismas amenazas que penden sobre otras industrias, como la del aluminio, muy importante en España y singularmente en mi región, Galicia.

Ante esta situación límite, no podemos seguir fomentando la competencia desleal en la Unión Europea con el sistema de ayudas estatales de compensación. Mientras los productores españoles han recibido 5 millones de euros en el periodo 2013-2015, los alemanes han recibido 756 millones de euros. Necesitamos un sistema de ayudas armonizado ya; y necesitamos establecer un ajuste de carbono en frontera para someter a los importadores a las mismas exigencias climáticas que a los productores europeos y unos instrumentos antidumping renovados y eficaces. De lo contrario, tendremos más deslocalizaciones, más desindustrialización y más desempleo.

Y la Unión Europea no puede enarbolar la bandera de la reindustrialización y al mismo tiempo permitir que la industria europea del acero y el aluminio caiga por la carencia de medidas de protección justas y adecuadas.

Paul Rübiger (PPE). – Herr Präsident! Wir wissen, dass die Rohstoffindustrie Rohmaterial importiert und dass wir Energie importieren in Europa, ungefähr 400 bis 500 Milliarden Energie, ungefähr 200 Milliarden Rohmaterial.

Es wird also wesentlich darauf ankommen, wie wir hier den internationalen Wettbewerb gestalten, und eine *cross-border tax* würde es für unsere Industrie abermals schwieriger machen, wettbewerbsfähig zu sein. Wir brauchen ganz einfach in dieser *value chain*, in dieser *supply chain* die besten Voraussetzungen, und da gehört der Import dazu, damit wir günstig einkaufen können, und da gehört der Export dazu, damit wir die Kaufkraft in Europa stärken können.

Das sorgt dann letztlich auch für Beschäftigung, und Beschäftigung sorgt wieder für Kaufkraft. Deshalb geht es darum, dass wir die WTO-Runde jetzt als Priorität sehen, dass wir vor allem die Handelserleichterungen in den Mittelpunkt stellen, *Aid for Trade*, dementsprechend die Chancen für die Entwicklungsländer wahrnehmen, weil die Wahrheit ist, dass wir natürlich in Europa nicht in einem Ökoparadies leben.

Ich glaube, wir müssen schon schauen, dass die täglichen Produkte und die Dienstleistungen, die wir erbringen, wettbewerbsfähig bleiben. Da, Frau Kommissarin, helfen wir Ihnen. Wir unterstützen Sie, und wir glauben jetzt, dass wir hier weit aktiver werden müssen in Zukunft, um unser Ziel, 30% GDP-Produktion in Europa, zu erreichen.

Adam Gierak (S&D). Gratuluję panu Martin! Jego sprawozdanie jest jak najbardziej na czasie. Pani Komisarz! To właśnie nadmierny koszt emisji CO₂, a w tym technologicznego dwutlenku węgla powstałego wskutek redukcji żelaza w wielkich piecach, naprawdę grozi szokiem konkurencyjnym i przenoszeniem przemysłu stalowego poza Europę. Efektem tego będzie dalsza deindustrializacja Europy, utrata doświadczeń i fachowców oraz zaniechanie zaawansowanych badań naukowych, a przecież półfabrykaty stalowe, powlekane antykorozyjnie blachy cienkie, blachy grube, druty i pręty to podstawowe tworzywo całej produkcji materialnej – to jest produkcji samochodów, pralek, lodówek itp. Godna rozważenia staje się też propozycja sprawozdawcy, by już na granicach Unii reagować na dumpingowe ceny wyrobów hutniczych, gdyż dotychczasowe sposoby są niewystarczające.

Z drugiej strony, założenie Komisji, że przetop złomu stalowego może zastąpić metalurgię pierwotną, jest niezwykle naiwny, wynikający z braku wiedzy technologicznej. Zanieczyszczenia stali, zwłaszcza miedzią, rosną z każdym cyklem przetopu. Stalowe wyroby o wysokiej jakości wymagają pełnego cyklu produkcyjnego prowadzonego w jednym ciągu technologicznym, a ponadto oszczędza się tzw. ciepło technologiczne, czego nie można zrobić, gdy importuje się surowe wlewki stalowe. Europa nie może uzależniać wysokiej jakości swojej konkurencyjnej produkcji przemysłowej od importowanej stali. Byłby to niewybaczalny błąd.

Pilar Ayuso (PPE). – Señor Presidente, señora Comisaria, este informe es muy importante porque aborda la competitividad de sectores tan importantes como son el aluminio y el acero, y de ellos quiero hablar.

Desde el punto de vista político, es muy importante que se tomen medidas para que estos sectores sigan siendo competitivos y no se sigan cerrando plantas en Europa o trasladándose o deslocalizándose a otros lugares (para producir en China, contaminar en China y, luego, que contaminemos para traer el acero a Europa). Sus ingresos dependen fundamentalmente de los costes de la energía y de los precios que tienen que pagar para la compra de derechos de emisión.

Como señala muy bien el informe, hay tres cuestiones que son prioritarias.

Primero: llegar a un acuerdo vinculante en la Conferencia de París para que todos tengamos los mismos niveles de competitividad. Sé que es difícil, pero sería necesario.

Segundo: un mecanismo de ajuste en frontera, de manera que los metales producidos en países sin objetivos de reducción de emisiones sean sometidos a alguna figura impositiva que equilibre los costes que nos supone producir en la Unión Europea con los del resto del mundo.

Y tercero: una armonización en la Unión Europea de la compensación de los costes indirectos para la compra de los derechos de emisión y, además, una vigilancia adecuada de los diferentes sistemas de apoyo nacionales.

Resumiendo: estas industrias necesitan un marco regulador para desarrollar su actividad que les permita competir con terceros países y entre los mismos países de la Unión Europea.

Claude Rolin (PPE). – Monsieur le Président, le rapport de notre collègue Édouard Martin nous parvient à un moment crucial pour l'avenir du secteur sidérurgique et de l'emploi en Europe. La précédente Commission européenne a pris la mesure du défi avec intelligence, en lançant son plan d'action pour l'acier. Ces dernières années ont vu se succéder fermetures et mises sous cocon de nombreuses unités de production. Le secteur sidérurgique reste pourtant hautement stratégique en Europe avec de nombreux emplois. Contrairement à ce que beaucoup pensent, c'est une industrie de haute technologie, intégrant de nombreuses innovations et s'appuyant sur une main d'œuvre qualifiée.

La Commission européenne doit pouvoir s'appuyer sur la conférence de haut niveau et sur les partenaires sociaux pour soutenir le développement du secteur. La sidérurgie doit être protégée face à la concurrence déloyale de pays comme la Chine. Face à une économie chinoise caractérisée par une forte implication étatique et une politique commerciale agressive, les dommages potentiels pour nos économies et nos emplois sont considérables. La Chine n'est pas une économie de marché, il ne serait pas acceptable de lui accorder ce statut tant qu'elle ne satisfait pas aux cinq critères techniques, qui sont loin d'être respectés. Nous devons défendre notre modèle d'économie de marché socialement régulée, il en va du futur de nos économies et de nos emplois.

Der Präsident. – Damit kommen wir zum *Catch-the-eye-Verfahren*. Ich werde nicht alle drannehmen können, aber wir versuchen so viele wie möglich.

Catch-the-eye-Verfahren

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl k tomuto tématu poukázat, že skutečně krize v ocelářství je nepochybně propojena s celou řadou tržních faktorů, jako je nadprodukce, ale myslím si, že je opakovaně důležité zdůraznit, že je spojena i s netržními faktory. A to je dodržování určitých standardů, ať je to ochrana pracovníků, příznivé pracovní podmínky, příznivé životní prostředí. To znamená jak moc dodržují konkrétní státy a konkrétní výrobci požadavky na dodržování i těch norem na ochranu životního prostředí. Protekcionismus, to znamená nedovolená podpora ze strany státu, to jsou všechno otázky, které jsou spojené s tímto tématem, a já se domnívám, že bychom na ně neměli rezignovat při tom, když například budeme hodnotit Čínu jako zemi s dodržováním těchto standardů.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, je suis fille de sidérurgiste et j'ai vu depuis mon enfance la sidérurgie muter, se transformer et on peut dire aujourd'hui que la sidérurgie en Europe est un secteur de pointe. C'est un secteur vital pour l'Europe parce qu'il alimente les autres secteurs industriels qui sont aujourd'hui nos fleurons au niveau européen. Alors je pense que cette sidérurgie, nous devons la défendre en étant responsables sur le plan des investissements que nous pouvons faire dans ce secteur. Nous devons également faire en sorte qu'elle défende l'environnement, qu'elle soit une industrie propre et une industrie avec des droits sociaux protégés. Nous devons aussi être cohérents et je demande au Conseil de pouvoir moderniser les instruments de défense commerciale parce qu'à force de bloquer ces instruments, nous ne pouvons plus défendre nos industries, toutes nos industries.

Dernier point concernant la cohérence, je demande également à la Commission qu'elle ne reconnaisse pas le statut d'économie de marché à la Chine, qui est en surcapacité au niveau de la sidérurgie et qui viendra détruire la totalité de ce secteur.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η χαλυβουργία στην Ελλάδα και στην υπόλοιπη Ευρώπη αντιμετωπίζει τεράστια προβλήματα καθώς η οικονομία έχει πληγεί από την πρόσφατη χρηματοπιστωτική κρίση. Τα τελευταία χρόνια στην Ευρωπαϊκή Ένωση έχουν κλείσει μονάδες δυναμικότητας σαράντα εκατομμυρίων τόνων χάλυβα. Χάθηκαν εξήντα χιλιάδες άμεσες θέσεις εργασίας και εκατό χιλιάδες έμμεσες θέσεις εργασίας.

Η ανταγωνιστικότητα της ευρωπαϊκής χαλυβουργίας υπονομεύεται επιπλέον από τις παράνομες πρακτικές ντάμπινγκ της Κίνας. Έτσι συνεχίζεται η αποβιομηχανοποίηση στον κλάδο της χαλυβουργίας η οποία δεν θα σταματήσει παρά μόνο αν ληφθούν μέτρα, ιδίως στο πεδίο του αντιντάμπινγκ, και αυτό είναι κάτι το οποίο έχω επισημάνει επανειλημμένα εδώ στο Κοινοβούλιο.

Στην Ελλάδα οι χαλυβουργίες, αλλά και η ΛΑΡΚΟ που παράγει νικέλιο, έχουν δυσώινο μέλλον. Χρειάζονται λοιπόν μέτρα για τη στήριξη της απασχόλησης και τον εκσυγχρονισμό των διαφόρων ελληνικών χαλυβουργιών, καθώς επίσης της ΛΑΡΚΟ και των άλλων ενεργοβόρων βιομηχανιών κοινών μετάλλων.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señor Presidente, señora Comisaria, creo que las condiciones del mercado siderúrgico exigen que la Comisión Europea aplique la legislación vigente para proteger nuestra industria siderúrgica de los efectos de la sobreproducción china y la ralentización de su economía.

No es de recibo que un acero de peor calidad, producido en condiciones medioambientales y sociales mucho peores que las que exigimos aquí, esté arruinando nuestra industria. Lo hemos hecho ya con el acero inoxidable granulado y ahora hay que extenderlo a toda la producción siderúrgica. Me alegro de que se abra una investigación como la que dio lugar a esas medidas, pero pido rapidez y contundencia porque el sector, más que decir, lleva meses gritando que estamos ante un caso evidente de dumping con inmediatas consecuencias en el empleo que, en zonas muy industriales, como Euskadi, ya estamos notando.

Además hay que eliminar otras incertidumbres. Hoy por hoy, la economía china no reúne las condiciones que caracterizan a las economías de mercado. Si queremos que nuestra industria subsista y que en el futuro pueda seguir invirtiendo en innovación y tecnología, necesita seguridad jurídica y expectativas estables a medio y largo plazo.

Por favor, señora Comisaria, reaccionemos.

Tiziana Beghin (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, se alla fine del 2016 la Commissione considererà la Cina un'economia di mercato, la metallurgia sarà colpita duramente. La Cina ha un surplus d'acciaio immenso, che ottiene sovvenzionando la produzione e vendendola con pratiche commerciali scorrette. Da sola, essa produce il 50% di tutta la produzione mondiale, quindi un miliardo e seicento milioni di tonnellate, che non aspettano altro che riversarsi sul nostro mercato e che potranno farlo se la Commissione non si opporrà.

Collegli, con le acciaierie già in crisi, questo sarà il colpo di grazia! E per questo comprendo un accordo che riconosca il dumping cinese, settore per settore, proteggendo così il settore dell'acciaio. Ma credo che sarebbe molto meglio ragionare prodotto per prodotto. Faccio un esempio su altri settori: la Cina è oggetto di una procedura antidumping sulle piastrelle, ma non sull'intero settore della ceramica. Se ragioniamo per settore, non potremo continuare a proteggere i nostri produttori di piastrelle e questo vale per migliaia di altri prodotti.

Quindi, per favore, non lasciamo che la Commissione svenda così la nostra produzione.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Elżbieta Bienkowska, *Member of the Commission*. – Mr President, thank you all very much for your interventions. Firstly, I want to say very strongly that we need strong European industry. We need a strong European steel industry. We need strong, modernised and innovative European industry, and this is the basis for all of our actions. Of course, the steel sector that we are talking about today is a really broad economic issue. It has to be tackled both on the national and the European level.

You are right that price differences are really extreme in the Member States. However, Member States have to deal with energy taxation, and what some of you were mentioning is true. Industry needs stable energy prices, and we are working on this not only in the energy market union strategy but also in all of the documents and actions that I am taking. I also agree that we need a massive effort to support the modernisation of European industry. Everything shows that we really must not – and it would be stupid if we did – become dependent on steel from outside of the EU.

We need a much stronger anti-dumping policy, but I also have to mention that we are today using trade defence instruments – for example, steel anti-dumping and anti-subsidy measures, registration of imports, threat of industry – but we have to be very much stronger and very much focused on this. I am quite sure that if the steel industry – or any other industry – disappears from Europe, then research, development and innovation expenditure will follow, and then the services will follow. So we have to do all that we can, together with the Member States, to keep them in Europe.

As regards giving China free market status, I know that the issue is very sensitive and that we have to be very careful about it. This topic is now under legal analysis. The debate in the college has not started yet. I repeat: I will be very careful about it. I am fully aware that it will have a major negative impact on industry in all sectors, so we will have to carefully balance, in the College, geopolitical considerations with our industrial interest.

We are currently implementing a lot of measures from the steel action plan. We will keep you updated on this, but we are also analysing the state of implementation in the context of the High Level Group. The next meeting of the High Level Group on Energy-Intensive Industries is foreseen for 18 December — in a few weeks' time – and it will be an occasion to discuss the issues raised today during the debate and by Mr Martin's report on the base metals industry, as well as the use of the trade defence instruments. We really have to study very carefully the proposals included in the report, and we will do so.

I also want to mention our finishing work on the circular economy package. I am responsible for this, together with Commissioner Vella. Adoption by the College is foreseen for 2 December. One of the actions will concentrate on secondary raw materials. I think it is important to let you know that we also have a lot of things related to the steel industry in this package. We have to make more use of our secondary raw materials, and we have to make full use of recycled metal. This, I hope, will help our industry to produce at lower cost.

In line with the conclusions of the Extraordinary Competitiveness Council on Steel of 9 November, I will convene a special high-level stakeholder conference. We should address at this conference, with all of the stakeholders, the very critical issues such as investment – including the role which the investment plan will play in these sectors – energy, the circular economy package, trade and, last but not least, research and development, in order to secure the future of our industry.

I am very eager to use all possible tools that we have. I will try to coordinate the use of them. Of course, not all of them are my responsibility, but I will try to coordinate all of the measures that can be taken for the future of the European steel industry.

Edouard Martin, *rapporteur*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, je vous remercie pour ce débat très riche.

Je vais essayer de parler doucement, mais il faudrait m'accorder quelques secondes de plus, s'il-vous-plaît.

J'ai entendu des choses un peu invraisemblables. Je tiens simplement à rappeler que, depuis 2008 — et ce n'est pas M. Tajani qui va me contredire — l'Europe a lourdement payé la crise de l'acier. Nous avons fermé l'équivalent de 40 millions de tonnes de production. Quarante millions de tonnes! Je répète: «voulons-nous encore garder les 170 millions de tonnes?»

Mais, en l'occurrence, dans ce rapport on ne parle pas uniquement de l'acier même si nous sommes face à une crise de l'acier, cela a été rappelé; on parle de l'aluminium, du cuivre, du zinc, etc. Ce sont tous les métaux qui sont indispensables pour notre économie. J'ai aussi été étonné d'entendre quelques collègues, notamment M. Fox — c'est dommage, il est déjà parti —, déclarer que l'ajustement carbone aux frontières n'était pas une bonne réponse. D'autres ont dit qu'il s'agissait quasiment d'une mesure protectionniste et que, donc, ils n'en voulaient pas.

Je vais être très clair: si nous n'acceptons pas l'ajustement carbone aux frontières, effectivement, nous allons prendre des mesures protectionnistes, mais nous allons protéger les autres. Nous allons protéger l'Inde, la Chine, la Russie, le Brésil, etc. Parce que qu'est-ce que l'ajustement carbone aux frontières? Il ne s'agit pas d'une taxe, c'est l'idée du pollueur-payeur. Vous imaginez, à quelques semaines de la COP21, nous autres Européens allons envoyer le message suivant: la pollution ne sera payée que par les productions européennes? Les pollueurs externes à l'Union européenne seront exonérés de payer aussi pour leur pollution. C'est cela le message qu'on envoie. Voulons-nous l'assumer collectivement? Moi pas!

Je vais conclure en disant simplement que, maintenant, la balle est dans le camp de mes collègues, de nous autres. Nous voterons très prochainement. Par conséquent, chacun devra assumer ses responsabilités et le choix de son vote.

Je m'adresse à vous, Madame la Commissaire, soyez courageuse, ne vous laissez pas convaincre par des gens et des structures qui défendent des intérêts particuliers. Faites comme nous, défendez l'intérêt général car l'intérêt général, c'est la défense d'une industrie au service des 500 millions d'Européens.

Der Präsident. – Die Aussprache ist damit geschlossen.

Die Abstimmung findet in einer Sitzung der Dezember-II-Tagung statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Monika Smolková (S&D), písomne. – Považujem za neprijateľné, že európsky oceľarský sektor so svojimi 60 tisícami priamych pracovných miest a ďalšími 100 tisícami nepriamych pracovných miest čelí v súčasnosti najväčšej kríze vo svojej histórii v čase mieru. Očakávam, že vďaka tejto správe sa prijímú také opatrenia, ktoré vytvoria pre odvetvie výroby základných kovov opätovný rast a opäť dosiahnu celosvetovú konkurencieschopnosť. Napriek tomu, že oceľarský sektor od roku 2008 zaznamenáva stratu viac ako 40 miliónov ton výrobnnej kapacity ocele a v roku 2014 bol zaznamenaný nižší dopyt o 40 Mt v porovnaní s rokom 2007, verím, že v rámci tejto priemyselnej politiky sa vytvoria také kroky, ktoré zabezpečia pre odvetvie výroby základných kovov potrebné nástroje a prostriedky na dosiahnutie úspešného prechodu na nízkouhlíkové hospodárstvo. Túto oblasť ako poslankyňa zo Slovenska vnímam o to viac, že pochádzam z mesta Košice, kde pôsobí hutnícka spoločnosť, ktorá zamestnáva viac ako 10 000 zamestnancov a viem čo sa môže stať, ak po jej výrobkoch nebude dopyt. Od odvetvia výroby základných kovov očakávam, že sa strategicky prispôbia novej klimatickej, hospodárskej a sociálnej situácii tým, že pôjdu príkladom v oblasti účinnej a efektívnej spotreby energie, ako aj surovín, a nevytratia sa z priemyselného sveta budúcnosti.

Владимир Уручев (PPE), в писмена форма. – Уважаеми колеги, стоманодобивният сектор, който постави началото на европейската интеграция, днес преживява най-тежката криза в своята мирна история. За последните 5-8 години са закрити мощности за над 40 млн. тона стомана и са загубени стотици хиляди работни места. Подобна е кризата в сектора на цветните метали и метални сплави, изправени пред силна конкуренция от държави, които нямат строгите стандарти на Европа. Едновременно с това политиките за декарбонизация на икономиката налагат бреме от допълнителни разходи за въглеродни емисии и високи цени на енергията, което влошава конкурентоспособността на тази индустрия. Отчитайки огромния производствен свръхкапацитет в трети страни и дъмпинга от чужди играчи, тенденциите стават още по-мрачни. Необходими са решителни действия за предотвратяване на нова външна зависимост на ЕС по отношение на стоманата и неблагородните метали. Борбата с климатичните промени трябва да се увенчае в Париж със създаване на общ екологичен режим за намаляване на емисиите, за да се предотврати явлението изместван на въглеродни емисии извън ЕС. Безплатните квоти за емисии от секторите, изложени на риск от загуба на конкурентоспособност да се запазят, да се насърчават иновациите и ефективността в индустрията. Необходимо е систематично да се прилагат инструментите за търговска защита срещу нелоялната конкуренция, включително предпазливост в признаването на статут на пазарни икономики.

14. Strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020 (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über den Bericht von Ole Christensen im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten über den strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020 (2015/2107(INI)) (A8-0312/2015).

Ole Christensen, ordfører. – Hr. formand! Arbejdsmiljø er et af de områder, hvor EU gør en mærkbar og positiv forskel for almindelige mennesker i hele Europa. Der er både behov for at adressere nye og eksisterende risici. Hvert år dør mere end 150 000 mennesker som følge af arbejdsrelaterede sygdomme og ulykker, og millioner af mennesker rammes af muskel-/skeletlidelser, psykiske problemer, konsekvenser af asbest og et hav af lidelser som følge af deres arbejde. Det er hverken en god situation for arbejdstagere, virksomheder eller de slunkne statskasser.

I processen med at forhandle betænkningen på plads har jeg også set en meget positiv holdning til alle disse regler på tværs af politiske skel her i Parlamentet. Jeg vil derfor også gerne sige tak til alle skyggeordførerne for et rigtigt godt samarbejde om denne betænkning. Der er mange gode grunde til at være ambitiøs, når det drejer sig om arbejdsmiljøet. På den lange bane er der slet ingen tvivl om, at vi alle vinder ved en ambitiøs tilgang. Arbejdstagerne bliver mere produktive, hvilket helt åbenlyst er en fordel for dem selv og de virksomheder, de arbejder for. Ældre arbejdstagere bliver ikke ufrivilligt tvunget fra arbejdsmarkedet på grund af dårligt helbred, og nationale sociale sikringssystemer bliver mere bæredygtige. Og sidst, men absolut ikke mindst kan vi hjælpe de millioner af europæiske arbejdstagere, der lider under et dårligt arbejdsmiljø.

Jeg synes faktisk, at Kommissionen har gjort et godt stykke arbejde med at identificere en stor del af de risici, som der er behov for, at vi tager hånd om. Men hvis de risici skal håndteres, er det naturligvis nødvendigt at iværksætte konkrete tiltag. Her synes jeg til gengæld, at Kommissionen har været lidt mere tilbageholdende de senere år. Dog har jeg til min store tilfredshed også bemærket, at fru Thyssen har stor fokus på vigtigheden af dette område.

Først og fremmest er der brug for en lang bedre beskyttelse af europæiske arbejdstagere mod eksponering for kræft-fremkaldende stoffer. Derfor ønsker vi, at der tilføjes flere bindende grænseværdier for erhvervsmæssig eksponering, så vi kan få nedbragt antallet af arbejdsrelaterede kræftsygdomme.

Dernæst er det nødvendigt, at der fremlægges et forslag til en samlet indsats om muskel- og knoglelidelser, så vi sikrer en mere effektiv forebyggelse af årsagerne til disse lidelser.

Det er også nødvendigt, at vi begynder at give mere opmærksomhed til de ændrede arbejdsformer og nye teknologier, som præger det europæiske arbejdsmarked. Vi ved især, at prekært arbejde alt for ofte er forbundet med negative konsekvenser for de ansattes arbejdsmiljø, ligesom udstationerede arbejdstagere alt for tit behandles dårligere end deres kolleger i de lande, de kommer til at arbejde i. Derfor er det nødvendigt, at der gøres mere, og at der bliver gjort op med de former for prekært arbejde, som vi ikke kan være tjent med.

Asbest er desværre stadigvæk et stort problem i Europa. For at tage et skræmmende eksempel ser vi nu i Danmark, hvor jeg kommer fra, at kvinder, der har vasket deres ægtefælles arbejdstøj, nu bliver ramt af lungehindekræft. Det kan næsten ikke understreges nok, hvor vigtigt det er, at vi sørger for, at disse skæbner ikke rammer endnu en generation i Europa.

Et sidste punkt, jeg gerne vil fremhæve, er behovet for at sætte ind over for psyko-soziale risici, som eksempelvis kan resultere i stress, burn out og depressioner. De menneskelige konsekvenser er enorme, og der er lige blevet gjort op på de faktiske omkostninger. Her siger man, at det faktisk koster 600 mia. euro årligt i Europa, hvis man medregner udgifter til fravær, produktivitetstab og andre udgifter til sociale ydelser og behandling. Det er virkelig et stort beløb!

Som sagt er der mange vigtige punkter, hvor der bør sættes ind, men jeg må stoppe her.

Marianne Thyssen, Member of the Commission. – Mr President, I welcome Parliament's clear and constructive feedback on the EU Strategic Framework on Health and Safety at Work 2014-2020. In particular, I would like to thank the rapporteur, Mr Christensen, for putting forward such a rich and balanced report. This will definitely contribute to the successful implementation of the EU occupational safety and health (OSH) strategic framework.

The Commission shares Parliament's views on the importance of strengthening risk prevention policies and promoting a culture of prevention in all companies across Europe, irrespective of their size or area of activity. This is indeed about fundamental rights as well as competitiveness.

In the Commission work programme for 2016, adopted on 27 October, we committed to reviewing the existing occupational health and safety legislation based on a detailed ex-post evaluation. Our ambition is to improve the efficiency and effectiveness of the European legislative framework for protecting workers while making the rules simpler and reducing regulatory burden and red tape, in particular for small and micro-enterprises. In addition, we need to enhance the protection of workers' health and safety and reflect recent scientific advances.

I share your sense of urgency on the fight against work-related cancer. We cannot stand by whilst hundreds of thousands of people per year die from work-related cancers. There are substances for which a decade ago we did not know yet that they cause cancers, but now, with what we do know, we need to act and to protect workers from being exposed to excessive doses at work. Mid-next year I intend to table a legislative proposal to extend the list of substances for which there are occupational exposure limits in place.

European Union policy in this area, of course, goes beyond tabling new legislative initiatives. The report draws attention to a number of issues and formulates a number of recommendations on which I would like to comment in particular.

First, I do share Parliament's view on the importance of improving the implementation record of European and national occupational health and safety legislation, as only effective results on the ground can make a real difference for people in their daily working life. The report highlights the role of the EC Senior Labour Inspectors Committee as a platform for the exchange of information and collaboration between Member States and the importance of sufficient resources for labour inspectorates, but effective implementation and workplace compliance with OSH regulation and legislation is not only a responsibility of enforcement bodies. It is in the first place a common responsibility of employers and employees, and social partners too have an important role to play in the design and implementation of preventive measures.

The tripartite European Occupational Safety and Health Agency is in Bilbao and is doing excellent work in promoting health and safety campaigns and supporting implementation through user-friendly tools, in particular for SMEs. I welcome Parliament's support for this work.

Secondly, I endorse the impetus that the report gives for more awareness of gender issues in health and safety, in line with the ILO Decent Work Agenda. The European Strategic Framework acknowledges that specific risks affecting women deserve particular attention and require targeted action. In this area also, the Bilbao Agency promotes the identification and exchange of good practice on ways to improve OSH conditions for women.

Thirdly, I share your concerns about psychosocial risks in the workplace, including stress and depression. Report after report points to stress and depression as a growing cause of absenteeism and of what one has started to call 'presentism', a physical presence at work but sub-optimal output because of stress-related factors. The human and economic costs are enormous.

One of the priority actions foreseen in the European OSH Strategic Framework is the identification and dissemination of good practice on preventing mental health problems. The Commission has recently published a new study on mental health in the workplace which provides practical guidance for workers and employers on how to deal with this issue. The European Agency for Safety and Health at Work is active in this area, for example, with its pan-European awareness campaign on stress and psychosocial risks carried out in 2014 and 2015.

The emergence of new risks does not mean that we should not continue to pay attention also to traditional health risks, such as the prevention of work-related muscular-skeletal disorders. We will pay particular attention to this in the context of our ongoing ex-post evaluation of the European legislative acquis and possible subsequent initiatives. As I have underlined before, my aim is to provide maximum protection on the ground in the most sensitive and sensible way.

Last but not least, I would like to thank Parliament for its efforts to conclude the trilogues on the platform for the fight against undeclared work. I welcome the agreement found by the co-legislators and I do hope that the platform can start its work as soon as possible next year.

As Parliament's report on health and safety recalls, undeclared work unfortunately often brings with it also precarious health and safety conditions. Fighting undeclared work will thus also help us tackle some of the most dangerous and unhealthy working conditions.

Let me assure you once again of the Commission's commitment to high health and safety standards for workers in the European Union and to modernising and simplifying the rules with a view to adapting them to new developments and better implementation on the ground. I really do appreciate your support in this endeavour.

Biljana Borzan, *izvjestiteljica za mišljenje Odbora FEMM*. – Gospodine predsjedniče, kao liječnica specijalistica medicine rada često sam se susretala s lošim radnim uvjetima. Gospodarska kriza je pogoršala uvjete rada i važno je u strateški okvir za naredno razdoblje uključiti rodne razlike kako bi poslodavci uvažili i tu dimenziju u aktivnostima upravljanja rizicima.

U društvu postoji stereotip da žene rade manje rizične poslove što rezultira manjim brojem preventivnih mjera. Međutim, upravo zbog svojih psihofizičkih posebnosti, uloge u društvu i domaćinstvu, žene često oboljevaju, ponajprije od mišićno-koštanih oboljenja.

Drugi najčešći problem je stres, često povezan i sa seksualnim uznemiravanjem. On stoji iza gotovo polovice izgubljenih radnih dana svake godine, a njegov trošak za društvo procijenjuje se na 240 milijardi EUR godišnje.

Zabrinjava i zdravlje trudnica i majki uz opasne kemikalije za koje još nema propisanih limita u EU-u.

Zahvaljujem izvjestitelju, žao mi je što u tekstu nema direktive o rodiljnom dopustu ...

Predsjednik smanjiti zvučnik off

Georges Bach, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr verehrte Frau Kommissarin! Erlauben Sie mir, gleich zu Beginn auf die gute Zusammenarbeit mit dem Berichterstatter und mit dem Schattenberichterstatter hinzuweisen. Wir haben einen guten, einen ausgewogenen Bericht erstellt, und ich freue mich, dass Sie, Frau Kommissarin, den Bericht in die Arbeit der Kommission einfließen lassen.

Für uns war wichtig, dass gleiche Standards für alle Beschäftigten gelten – unabhängig vom einzelnen Sektor und unabhängig von der Größe des Betriebs. Außerdem war wichtig, auf die Besonderheiten kleiner und mittlerer Unternehmen einzugehen und sie mit praktischen Instrumenten und Leitlinien zu unterstützen. Vor allem aber sind klare Regeln notwendig. Der Arbeitsmarkt ist im Wandel, und deswegen müssen wir auch die Gesundheits- und Sicherheitsstandards anpassen.

Auf die neuen Herausforderungen wurde schon hingewiesen. Wir brauchen da noch zusätzliche Daten zu den psychosozialen Risiken wie Stress, Depression, Burnout, aber auch zu den neuen Technologien wie Nano- und Biotechnologie und auch zu der Digitalisierung und zum demografischen Wandel.

Wir dürfen aber auch die bestehenden Risiken, die bestehenden Probleme nicht vernachlässigen, so zum Beispiel bei Asbest, wo ganz klar existierende Regelungen und Anforderungen immer noch nicht umgesetzt werden. Eine bessere Zusammenarbeit der Arbeitsinspektionen – Frau Kommissarin, Sie haben auch darauf hingewiesen – und betreffend REFIT eine Vereinfachung der Gesetzgebung, aber keine Deregulierung.

Jutta Steinruck, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Ich finde, die Kommission hat in ihrer Strategie eine sehr gute Analyse gemacht. Aber was fehlt, ist tatsächlich, was konkret passieren soll. Die Arbeitswelt ändert sich, und wir brauchen tatsächlich eine Strategie.

Wir haben neue Erscheinungen, die immer stärker werden, wie zum Beispiel Depression. Jeder zehnte Arbeitnehmer fehlt zum Beispiel in Deutschland im Jahr aufgrund von Depressionen oder Erkrankungen des Bewegungsapparats. 19 % der Arbeitnehmer in Deutschland geben an, dass sie aufgrund ihrer Arbeit an chronischen Rückenschmerzen leiden. Oder auch – es ist schon gesagt worden – krebserregende Stoffe: Hunderttausend Menschen sterben jährlich EU-weit an den Folgen von berufsbedingtem Krebs, und die Zahlen steigen.

Wir haben Handlungsbedarf. Was wir brauchen, sind wirklich konkrete Maßnahmen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, und es darf keinen Unterschied machen, ob jemand in einem großen oder in einem kleinen Betrieb arbeitet.

Anthea McIntyre, on behalf of the ECR Group. – Mr President, we have to simplify European health and safety legislation and we have to find a way to remove administrative burdens while maintaining protection for workers. We need a simplified legal framework that helps SMEs to comply.

I believe that by removing complexity we will increase compliance. Currently we have 24 separate directives making up the occupational health and safety (OSH) acquis. In the UK, the Health and Safety Executive claims that simplification could help lift the admin burden on 220 000 SMEs, with no impact on health and safety protection. So action at EU level must be based on clearly identified risk and must be proportionate to that risk. We cannot eliminate risk altogether but we can manage it. If we wanted to eliminate risk, we would never cross the road – but by educating people and putting in crossings we can successfully manage that risk.

Renate Weber, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, colleagues, a healthy, functional society needs healthy people. Employees working in a safe and healthy environment will enjoy not only their lives but also their work, and thus they will be more productive. Therefore, investing in safety and health at the workplace is a win-win situation for both the employers and the employees. To achieve this we need clear and simple legislation and its enforcement.

Today we have 24 directives which regulate this subject, yet the number of accidents and work-related diseases is extremely high. This discrepancy is mostly the result of red tape inherent in a heavy, overlapping and burdening legislation. It is undeniable that there are many work-related risks, both traditional and emerging, but I strongly believe that the focus should not be on adding new pieces of legislation to the pile of existing ones, thereby overloading the employers and resulting in the end in a very low level of compliance. 85% of European jobs are created by SMEs, yet they are the most encumbered by the legislation as it is today.

Compliance requires allocation of resources, financial expertise and time-wise ones while trying to stay competitive and generate jobs. This status quo is counterproductive. Our emphasis as legislators should be on elaborating a simplified and efficient framework that is easy to understand and implement, that does not necessarily involve great financial costs for employers, and that is ultimately beneficial for employees, the economy and society as a whole.

(Applause)

Νεοκλής Συλικιώτης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, για την Αριστερά, η υγεία και η ασφάλεια στο χώρο εργασίας είναι πάνω από όλα αναφαίρετο εργασιακό δικαίωμα το οποίο δεν νοείται χωρίς την ενεργό και ουσιαστική συμβολή των εργαζομένων. Για εμάς είναι αδιανόητο να πεθαίνουν στην Ένωση κάθε χρόνο περισσότεροι από τέσσερις χιλιάδες εργαζόμενοι λόγω εργασιακών ατυχημάτων.

Η συμμετοχή λοιπόν των εργαζομένων δεν μπορεί να περιορίζεται σε διακηρύξεις, αλλά πρέπει να διασφαλίζεται σε όλα τα επίπεδα λήψης αποφάσεων, από το επίπεδο της επιχείρησης μέχρι και το επίπεδο του κράτους, επίπεδα στα οποία τα συνδικάτα των εργαζομένων και οι κοινωνικοί εταίροι έχουν άμεση και ενεργή συμμετοχή.

Επίσης πρέπει να ληφθούν σοβαρά υπόψη οι νέες μορφές εργασίας στα πλαίσια της συζήτησης για την υγεία και ασφάλεια, ούτως ώστε να διασφαλιστεί ότι οι θέσεις εργασίας είναι ποιοτικές και εξασφαλίζουν τόσο την υγεία και την ασφάλεια στο χώρο εργασίας, όσο και την κοινωνική ασφάλιση των εργαζομένων, τη μόνιμη απασχόληση τους και τη συμμετοχή τους σε συλλογική διαπραγμάτευση και συλλογικές συμβάσεις.

Τέλος, θεωρούμε πολύ θετική εξέλιξη ότι η έκθεση του Κοινοβουλίου δεν κάνει αναφορά στη διασύνδεση του προσδόκιμου ζωής με την εργασία, κάτι που υπερτονίζεται δυστυχώς στην έκθεση της Επιτροπής. Ως Αριστερά δεν θα κουραστούμε να παλεύουμε ενάντια σε αυτό το αντιεργασιακό μέτρο, το οποίο αφαιρεί το δικαίωμα από τους εργαζομένους να χαρούν τα γηρατειά και τη σύνταξή τους όπως αυτοί επιθυμούν.

Davor Škrlec, u ime kluba Verts/ALE. – Gospodine predsjedniče, pravo na rad i zdravlje pravo je svake građanke i građanina Europske unije. Svjesni izazova gospodarske krize, starenja radne snage i jake veze između sigurnosti radnog mjesta i opće koristi za društvo, dužni smo osigurati pravni okvir za realizaciju održive radne okoline. Novim strateškim okvirom moramo stoga pridonijeti poboljšanju radnih uvjeta uz daljnju konsolidaciju nacionalnih strategija, jačom provedbom zakona i mjera, uklanjanjem nepotrebnih administrativnih opterećenja i pružanjem praktične potpore, osobito malim poduzećima u ispunjavanju propisa o zaštiti zdravlja.

Posebno ističem važnost mjera zdravlja i sigurnosti na radu koje se odnose na posebne izazove i rizike s kojima se žene susreću na radnom mjestu, uključujući seksualno uznemiravanje.

Stoga pozivam Komisiju i socijalne partnere da zajamče ravnotežu zastupljenosti muškaraca i žena u svim postupcima socijalnih dijaloga i da se uzme u obzir dimenzija jednakosti spolova kao dio revizije strateškog okvira u vezi sa sigurnošću i zdravljem na radu za 2016. g. Pozivam Komisiju na razvoj europske strategije za borbu protiv nasilja nad ženama na radnom mjestu te da kao dio tog postupka procijeni reviziju Direktive 2006/54 kako bi se proširilo njezino područje djelovanja tako da obuhvaća nove oblike nasilja i uznemiravanja.

Pozivam države članice na provedbu Preporuke Komisije 92/131 u cilju jačanja osviještenosti o seksualnom uznemiravanju i drugim oblicima seksualnog maltretiranja na radnom mjestu.

Laura Agea, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ci rallegriamo con il collega Christensen perché ha accolto in maniera positiva e incluso nel suo documento, che esce forte da questo Parlamento, alcune nostre indicazioni: la semplificazione degli obblighi per le piccole e medie imprese, che non significa diminuire le tutele per i lavoratori, ma semplicemente dare la possibilità di applicare regole semplici, chiare e certe, e lo stimolo a un maggiore dialogo sociale che renda sensibili lavoratori e datori di lavoro sull'importanza della salute e della sicurezza nel luogo del lavoro.

Soprattutto ci rallegriamo perché il tema dell'amianto viene inserito con forza in questo documento: troppe morti che non solo necessitano di risarcimento ma si devono applicare politiche veramente di bonifica e quindi utilizzare risorse economiche per operare le bonifiche che ancora sono necessarie.

Quindi sosteniamo il documento del collega Christensen e ringraziamo per la collaborazione.

David Casa (PPE). – Sur President, iva hemm hafna sfidi importanti li qeghdin jiffacčjaw daw k li jhaddmu u l-haddiema stess fil-qasam tas-sahha u s-sigurtà, u fuq nota partikolari nsemmi ġeneru ta' riskji godda bhalma huma r-riskji psiko-soċjali li żgur ma jistgħux jiġu injorati. Dawn ġew introdotti inevitabbilment minhabba l-introduzzjoni ta' elementi teknoloġiċi godda li għalkemm kultant jghinu lill-kumpanniji jespandu u jghinu lill-produttività, però fl-istess hin, qeghdin ikollhom impatt negattiv fuq il-bilanċ ġenerali tal-benessere tal-haddiema.

Bhala riżultat ta' dan, l-immaniġġjar tal-istress, li jinkludi riskji psikoloġiċi, huma wahda mill-aktar sfidi sinifikanti fir-rispett tas-sahha fuq il-post tax-xogħol. U allura nemmen li dawn ir-riskji għandhom jiġu mmaniġġjati b'mod sistematiku sabiex inkunu nistgħu nissalvagwardjaw is-sahha tal-haddiema b'mod aktar effettiv. U allura naqbel ma' dak li qalet il-Kummissarju li l-Kummissjoni għandha taħdem fuq program ta' monitoraġġ u sapport għall-haddiema affettwati u tirrakkomanda linji ta' gwida sabiex tikkumbatti dawn ir-riskji.

U fl-aħhar nett, Sur President, nahseb li għandha nitolbu, kif qalet tajjeb il-habiba tiegħi, is-Sa McIntyre, li nitolbu legiżlazzjoni trasparenti u semplifikata sabiex kumpanniji Ewropej ikunu jistgħu jimplementaw miżuri godda mingħajr piżijiet amministrattivi godda.

Siôn Simon (S&D). – Mr President, I would also like to congratulate my Socialist colleague, Ole Christensen, on his excellent report, and I would also like to congratulate, as I did in the Committee, the Commissioner for her announcement that the list of substances in the Carcinogens and Mutagens Directive will be updated. That is the kind of concrete, common-sense politics that I think these institutions are good at.

But I would also like to slightly chide my Conservative colleagues for always talking, when they talk about health and safety, about the burden on business, as though the one and the other go hand in hand and are the same things. Health and safety is not red tape, it is life and death. That is what we need to be stressing over and over again and not, every time the subject comes up, saying that we must ensure health and safety while also reducing burdens on business.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL). – Senhor Presidente, este relatório tem variados aspetos positivos. Por exemplo, refere os efeitos nocivos na saúde e segurança no trabalho do emprego precário ou que o emprego precário exclui trabalhadores do acesso à formação e aos serviços de saúde e segurança no trabalho, estando também associado ao stress mental. Tudo isto seria ainda mais positivo se a União Europeia agisse sempre em coerência e em conformidade com os princípios invocados na estratégia. Por exemplo, era importante entender que tipo de trabalho financia a União Europeia no quadro do programa Garantia Jovem, quando hoje se sabe que grande parte dos empregos abrangidos por este tipo de programas constituem formas de exploração laboral dos jovens. Por exemplo, seria importante perceber se a União Europeia não financia com fundos estruturais e de coesão empresas que violam estes direitos, nomeadamente ao nível das regras de segurança e saúde no trabalho. É que temos conhecimento diariamente de muitas empresas que o fazem e que já receberam financiamento.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Kwestia bezpieczeństwa i higieny pracy ma niezwykle istotne znaczenie nie tylko dla samych pracowników, ale również dla całego unijnego rynku i konkurencyjności europejskich przedsiębiorstw. W tej sytuacji niepokojący jest fakt, że część państw członkowskich nadal nie ratyfikowała konwencji Międzynarodowej Organizacji Pracy nr 187 czy też zwleka z wdrożeniem unijnych przepisów w tym zakresie. Aby rozwiązać te inne problemy, Komisja Europejska opracowała strategiczne ramy dotyczące bezpieczeństwa i higieny pracy na lata 2014-2020. Niestety obawiam się, że strategia ta może nie przynieść istotnej poprawy zdrowia w zakresie wypadków przy pracy czy chorób zawodowych, a te – chcę przypomnieć – są przyczyną śmierci blisko 20 tys. Europejczyków rocznie.

Jeżeli chcemy osiągnąć cele wyznaczone w strategii „Europa 2020”, a także promować proces aktywnego starzenia się, to niezbędne jest podjęcie realnych i efektywnych działań. Bez tych działań nie możemy oczekiwać, że osoby po 60. roku życia nadal będą w stanie efektywnie funkcjonować na rynku pracy. Potrzebne jest podjęcie określonych inicjatyw na poziomie unijnym, tak aby uniknąć sytuacji, w której mniejsza ochrona zdrowia pracowników stanie się zachętą do utrzymania konkurencyjności przedsiębiorstw w części państw członkowskich.

Bezpieczeństwo i higiena pracy w miejscu pracy jest także dużym wyzwaniem w kontekście elastycznych form zatrudnienia, ponieważ tzw. nietypowe formy zatrudnienia pozwalają przedsiębiorcom na sprawne reagowanie na zmienne warunki ekonomiczne i są niezbędnym elementem nowoczesnej gospodarki. Jednakże w tej sytuacji pracodawcy zobowiązani są do zapewnienia odpowiedniego bezpieczeństwa pracownikom, jeśli chodzi o...

(Przewodniczący odebrał mówczyni głos)

Marita Ulvskog (S&D). – Herr talman! Tack fru kommissionär för att ni är här!

Dåliga arbetsmiljöer kostar liv och livskvalitet, men dessutom kostar de i form av lägre produktivitet och sämre konkurrenskraft. Jag är därför väldigt glad att vi nu äntligen har fått ett betänkande på plats som slår fast att alla arbetstagare har rätt till högsta möjliga nivå vad gäller hälsa och säkerhet på jobbet, oberoende av om arbetsgivaren är ett stort eller ett litet företag. Sanningen är ju egentligen att ett litet företag har svårare att klara en situation där en arbetstagare blir skadad och måste ersättas av någon annan helt ny person. Det är oerhört viktigt att alla företag omfattas. Men också oberoende av vilken typ av arbete man utför, oberoende av vilket avtal som ligger till grund för anställningen eller vilken medlemsstat man är anställd i. Tack för detta! Jag kommer göra allt jag kan för att vi ska kunna förverkliga detta.

Jérôme Lavrilleux (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chère Marianne Thyssen, Monsieur le rapporteur, chers collègues, je voudrais remercier le rapporteur pour son travail, qui met en avant les deux caractéristiques qui doivent nous amener à réviser nos politiques en matière de santé et de sécurité au travail. Il s'agit de l'évolution des tâches ainsi que du vieillissement de la main-d'œuvre.

Rappelons-le, chaque année les accidents du travail entraînent plus de 4 000 décès et sans doute plus de 150 000 maladies potentiellement mortelles. Face à ces chiffres effarants, ne cédon pas à la tentation et à la facilité de répondre à notre tour par d'autres chiffres, c'est-à-dire des normes et des quotas qui viendraient s'ajouter à ceux déjà existants. Les résultats l'ont prouvé, cette politique est déconnectée de la réalité et donc inefficace. Certaines politiques mises en place par les États membres s'avèrent plus destructrices d'emplois que protectrices des travailleurs. Effectivement, certaines règles sont inapplicables et représentent un frein à l'entrepreneuriat et donc à l'économie et à l'emploi. Je citerai l'exemple français du compte pénibilité, véritable usine à gaz inapplicable.

Pour conclure, oui, nous devons trouver des solutions pour assurer aux travailleurs les meilleures conditions de travail possibles, mais des solutions réalistes et efficaces au XXI^e siècle. Je suis convaincu que nous pouvons allier compétitivité et bien-être au travail, sans que l'un soit un poids pour l'autre et je tiens à dire à mon collègue socialiste que nous n'avons jamais considéré la santé comme un fardeau bureaucratique; c'est la bureaucratie qui est un fardeau bureaucratique.

Agnes Jongerius (S&D). – Een goede gezondheid en een fatsoenlijke werkomgeving zijn sociale grondrechten in Europa. Ondanks alle mooie woorden en afspraken worden er nog steeds te veel mensen ziek van het werk. Een ambitieus beleid op het gebied van gezondheid en veiligheid op de werkvloer draagt bij aan de productiviteit van bedrijven en draagt dus ook bij aan de houdbaarheid van onze socialezekerheidsstelsels, terwijl de kosten van het ontbreken van zo'n beleid juist zeer hoog zijn. Kortom, er is geen enkel excuus om werknemers niet te beschermen.

Het stemt in ieder geval positief dat de Commissie tijdens de presentatie van haar plannen voor 2016 heeft gesproken over nieuwe regels voor kankerverwekkende stoffen, maar er is meer werk aan de winkel. Ik zou aan de Commissie willen vragen ervoor te zorgen dat bij de studie naar onzeker werk ook gekeken wordt naar de effecten op de arbeidssomstandigheden van juist dat onzeker werk.

Jeroen Lenaers (PPE). – 4000 werknemers sterven per jaar als gevolg van een ongeval op de werkplek. Drie miljoen mensen kunnen drie dagen of langer niet werken vanwege een ongeval op de werkplek. 25 procent van de Europeanen vindt dat hun veiligheid of hun gezondheid op de werkplek in gevaar is. Al met al voldoende redenen om dit debat hier vanavond te voeren en zeer veel dank aan commissaris Thyssen voor haar heldere uiteenzetting op dit punt.

Drie prioriteiten die zij aangegeven heeft vind ik heel belangrijk. Dat zijn de ondersteuning van het MKB - mevrouw McIntyre sprak daar ook al over -, de vereenvoudiging van de Europese regels, maar vooral de handhaving van de regels die we hebben. Marianne Thyssen sprak over de arbeidsinspecties die daarin een fundamentele rol moet spelen en ik vraag me soms wel eens af of alle arbeidsinspecties in Europa wel voldoende adequaat zijn uitgerust om die rol te vervullen. Ik hoor graag haar gedachten daarover en ook hoe over de manier waarop wij dat dan eventueel zouden kunnen verbeteren.

En dan als laatste punt, Marianne Thyssen sprak daar ook over en het is iets wat mij na aan het hart ligt: de positie van mensen met chronische pijn, de positie van mensen met neurologische aandoeningen en de positie van mensen met spieraandoeningen. Mensen die vaak met een dubbele last zitten, niet alleen vanwege de ziekte, maar ook omdat ze te maken krijgen met stigmatisering en problemen op de werkplek, terwijl juist die problemen op de werkplek vaak met simpele aanpassingen te voorkomen zijn. Ik vraag ook vooral om voort te doen en daaraan goed aandacht aan te besteden.

Brando Benifei (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, vorrei spendere alcuni secondi per esprimere i miei sentiti complimenti al collega Ole Christensen, per la sua relazione, un brillante lavoro di compromesso tra i gruppi politici, che non ne ha annacquato però l'alto valore politico e tecnico. La ringrazio, quindi, per il lavoro svolto.

Il testo a mio avviso mette in nero su bianco un elemento assolutamente centrale, ovvero la preoccupante correlazione tra la crisi economica e il suo impatto sociale, la precarietà e il pericolosissimo abbassamento della qualità degli standard di salute e sicurezza ad essi associati. In nessuna maniera possiamo accettare che il lavoro in Europa venga creato rinunciando a tali diritti. Ciò produrrebbe un enorme danno all'economia stessa dell'Unione.

Fare l'Europa sociale per i suoi cittadini significa anche dimostrare massima attenzione a questo tema, che non può essere sacrificato alla dottrina della semplificazione normativa, al taglio dei cosiddetti *red tape* burocratici che, sentendo alcuni commenti, sembrerebbero stare affossando le imprese. La risoluzione è chiara anche su questo punto: la Commissione europea si dimostri sensibile alla salute e alla sicurezza dei lavoratori, in particolare nel suo complesso esercizio di *refit* legislativo. Essere competitivi non può significare rinunciare ai nostri principi.

Sofia Ribeiro (PPE). – Senhor Presidente, para que este quadro estratégico produza os efeitos esperados, necessitamos de ver cumpridos cinco objetivos. Mais diálogo social, elemento chave para a elaboração, adequação e execução de políticas de saúde e segurança no trabalho, tanto a nível nacional como da União Europeia, pois só existindo um verdadeiro comprometimento entre todas as partes envolvidas é que teremos garantias de sucesso na implementação local. Mais ferramentas de apoio às empresas. Certos setores têm necessidades específicas e não podemos ignorar o caso particular das PME. Neste sentido, urge desenvolver instrumentos práticos e linhas de orientação que apoiem e facilitem e melhorem o cumprimento por parte destas e dos seus trabalhadores nos requisitos em matéria de saúde e segurança no trabalho. Maior esforço e coordenação ao nível da União Europeia e dos seus Estados-Membros. A Comissão Europeia deve criar um banco de dados onde estejam presentes as organizações nacionais de saúde e segurança, a fim de facilitar o acesso aos planos nacionais, fomentando a partilha de boas práticas e ajudando a preencher as suas lacunas de políticas nesta matéria. Maior capacidade de adaptação aos novos desafios da segurança e da saúde laboral. Os novos riscos emergentes no local de trabalho, como são exemplos os riscos psicossociais e o *burn-out*, entre outros, necessitam de uma resposta célere e adequada.

Por fim, maior sensibilização dos trabalhadores e das entidades trabalhadoras das vantagens decorrentes da implementação destas medidas. Como, por exemplo, a redução do erro, a motivação, o maior bem-estar individual e coletivo, contribuindo para o aumento da produtividade dos trabalhadores e diminuição dos riscos para as empresas.

Claude Rolin (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, s'il est une question dont dépend le triple A social voulu par le président de la Commission, c'est bien celle de la santé et de la sécurité des salariés.

Effectivement, chaque année en Europe, ce sont des milliers de travailleurs qui, pour pouvoir gagner leur vie, la perdent, ce sont des dizaines de milliers qui meurent de maladies liées au travail. Ces chiffres ne peuvent être ignorés. Derrière ces chiffres, ce sont des drames humains. Nous disposons pourtant d'outils pour faire reculer le nombre d'accidents et de maladies professionnelles. Le premier est certainement la prévention sur le lieu du travail, le second c'est la concertation sociale. Qui mieux que les acteurs de terrain peut définir les bonnes politiques?

Enfin, en Europe, nous disposons d'outils remarquables pour appuyer ces politiques, il s'agit notamment de l'Agence européenne pour la sécurité et la santé au travail, à Bilbao, ainsi que de la Fondation européenne pour l'amélioration des conditions de vie et de travail, à Dublin. Ce sont des travaux d'importance capitale pour appuyer des politiques d'amélioration des conditions de vie et de travail, pour appuyer des politiques de santé et sécurité.

Enfin, s'il est nécessaire de simplifier, de donner plus d'intelligence à nos réglementations, il ne peut être question de le faire aux dépens de la santé et de la sécurité des salariés. Ne l'oublions pas, de meilleures conditions de travail, moins d'accidents, moins de maladies, ce sont des entreprises plus compétitives, des systèmes de sécurité sociale plus sains et surtout des drames humains évités. Cela n'a pas de prix.

Marianne Thyssen, *Member of the Commission*. – Mr President, improving health and safety at work is of the utmost importance, in particular taking into account the growing demographic challenge and changing work patterns. Good occupational health and safety at work will not only contribute to longer, healthier, safer and more sustainable working lives but will also have a positive impact on the European Union's productivity and competitiveness, and indeed on the sustainability of our social security systems.

I thank, once again, the rapporteur, Mr Christensen, and the shadow rapporteurs and other Members of the Committee on Employment and Social Affairs and the Committee on Women's Rights and Gender Equality for their valuable input. The Commission will carefully analyse your suggestions on old and new risks and take them into consideration for its future work. This is about the effective protection of workers while, where possible, making the rules more user-friendly and less burdensome for enterprises, and specifically for SMEs and micro-enterprises.

I am convinced that these two goals can be reached simultaneously, and I hope this will help in achieving our AAA rating, which we need, as well as in terms of economic growth and social progress. This is what we will work on next year.

Ole Christensen, *ordfører*. – Hr. formand! Jeg vil gerne sige tak for en rigtig god debat og tak for den store opbakning, der er til de store linjer i betænkningen. Det er skønt at se, og jeg er sikker på, at man kan finde et godt, fælles fodslag på de vigtigste områder. Det gælder selvfølgelig især, fordi vi alle sammen har noget at vinde ved, at vi gør det endnu bedre, end vi gør i dag.

Jeg er meget spændt på at se, hvordan Kommissionen har tænkt sig at omsætte den omfattende evaluering af de europæiske arbejdsmiljøregler, som netop er blevet færdiggjort. For mig at se er der ingen tvivl om, at der på visse punkter er behov for ny lovgivning og revidering af eksisterende regler. Det er vigtigt, at alle arbejdstagere har ret til den bedst mulige beskyttelse uanset størrelsen på virksomheden.

Rigtig mange tak for debatten i dag.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Die Abstimmung findet am Mittwoch, 25. November 2015, statt.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Pritariu Parlamento išsakytai pozicijai dėl Komisijos pasiūlytos 2014-2020 m. ES darbuotojų saugos ir sveikatos strateginės programos. Visi darbuotojai, neatsižvelgiant į darbdavio dydį, darbo vietos valstybę narę ar darbo sutarties, pagal kurią buvo pasamdyti, pobūdį, turi teisę į aukščiausio lygio sveikatos ir saugos apsaugą darbe. Kaip Komisija pabrėžia ES darbuotojų saugos ir sveikatos strateginėje programoje, veiksmingas darbuotojų saugos ir sveikatos valdymas labai mažoms ir mažosioms įmonėms vis dar tebėra iššūkis. Todėl turime imtis veiksmų siekiant skatinti šių įmonių atitiktį reikalavimams ir veiksmingą darbuotojų saugos ir sveikatos valdymą. Nacionaliniu lygmeniu svarbus vaidmuo veiksmingai užtikrinant darbo saugos ir sveikatos teisės aktų taikymą tenka darbo inspekcijoms. Įmonės gali gauti naudos iš darbo inspekcijų teikiamos pagalbos ir informacijos dėl prevencinių priemonių ir teisinių reikalavimų, todėl būtina, kad darbo inspekcijoms būtų skiriama daugiau darbuotojų ir išteklių, kad šios galėtų atlikti savo pareigas. Jei norime vykdyti sėkmingą rizikos prevenciją darbo vietoje, svarbu, kad būtų užmegztas socialinis dialogas, būtų atstovaujama darbuotojams, o įmonių vadovai prisiimtų atitinkamus įsipareigojimus. Taip pat dar galime daugiau nuveikti valstybių narių ir visos ES lygmenimis, siekiant, kad būtų teikiami mokymai atstovams sveikatai ir saugai bei skatinama juos pasitelkti.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Potrivit statisticilor europene, în fiecare an peste 4 000 de lucrători își pierd viața în accidente de muncă, iar numărul cazurilor de boli profesionale mortale se ridică la peste 150 000 anual.

În contextul actual este esențial pentru Europa să promoveze un mediu de lucru sigur și sănătos pentru toți lucrătorii pe parcursul întregului ciclu al vieții profesionale. Nu trebuie să uităm faptul că piața muncii din Europa este în schimbare. Numărul locurilor de muncă precare este în creștere, la fel și numărul de femei care ocupă aceste locuri de muncă.

În plus, apar noi forme de ocupare a forței de muncă, iar noile tehnologii au atras după sine noi provocări în materie de securitatea muncii. Pentru toate aceste aspecte este nevoie de soluții viabile, precum și de un proces adecvat de colectare a datelor comparabile privind bolile și expunerile profesionale, tocmai pentru a identifica cele mai bune practici de prevenire.

Costurile economice ale accidentelor de muncă și ale bolilor profesionale sunt semnificative și caracterul deosebit de complex al multor riscuri noi și emergente impune luarea de măsuri imediate la nivelul UE.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – Menim, da je strategija Evropske komisije glede zdravja in varnosti pri delu 2014-2020 nujno potrebna in zelo pomembna za vso delovno aktivno prebivalstvo EU, saj neposredno zadeva vsakega posameznika. Poleg tega pa sta zdravje in varnost pri delu tudi v interesu podjetij, saj se s tem izboljša storilnost in konkurenčnost podjetja. Izboljšanje področja zdravja in varnosti pri delu po celotni EU pa lahko prispeva k okrevanju gospodarstva. Bolj zdrav način življenja bi več osebam omogočil, da ostanejo na trgu dela, dokler dejansko ne dosežejo predpisane upokojitvene starosti. Osveščati je potrebno podjetja, da so upravna bremena in stroški zaradi upoštevanja in omogočanja politike zdravja ter varnosti pri delu, ki spodbujajo dobro počutje, kakovostno delovno okolje in storilnost, znatno manjši od bremen in stroškov, ki nastanejo zaradi poklicnih bolezni in nesreč pri delu.

Menim, da morajo imeti vsi delavci dejansko omogočeno pravico do najvišje ravni varstva zdravja in varnosti na delovnem mestu. Le-ta mora biti zagotovljena ne glede na velikost podjetja, vrsto dela, tip delovne pogodbe ali državo članico. Preprečevanje poklicnih bolezni in nesreč ustvarja dodano vrednost za delavce in družbo kot celoto. Ob temu pa je potrebno še dodatno podpreti podjetja, ki spodbujajo varnost in zdravje pri delu.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. — Kiekvienais metais daugiau kaip 4000 žmonių žūsta dėl nelaimingų atsitikimų darbe, o mirčių skaičius nuo profesinių ligų viršija 15 000 per metus. Teisė į gerą sveikatą yra Europoje pagrindinė teisė, bet nepaisant to, kad darbuotojų saugos ir sveikatos darbe rezultatai pagerėjo, vis dar nesugebėta pašalinti rimčiausių grėsmių darbuotojų sveikatai ir saugai. Darbo rinka Europoje keičiasi. Pastebėtas neužtikrintų užimtumo būdų populiarumo augimas, o naujos užimtumo formos, panašiai kaip ir naujos technologijos, atnešė naujų iššūkių sveikatos ir saugos srityje, su kuriomis reikia susidoroti. Atminkime, kad darbo neužtikrintumas yra viena didžiausių problemų, ypač naujosiose Europos Sąjungos valstybėse narėse, o tai neigiamai veikia darbo saugą ir su tuo susijusias taisykles. Reikia atkreipti Europos Komisijos dėmesį į padidėjusį darbuotojų skaičių, kurie serga lėtinėmis ir ilgalaikėmis ligomis bei yra neįgalūs, tam, kad jiems būtų užtikrinta prieinama ir saugi darbo vieta. Taip pat reikia skatinti priemones, skirtas neįgalių asmenų integracijai ir reabilitacijai. Būtent dėl šių priežasčių Europos Parlamentas turėtų pademonstruoti daugiau iniciatyvos šiuo svarbiu klausimu. Visi darbuotojai, nepriklausomai nuo darbdavio, nuo valstybės, kurioje dirba, nuo sutarties rūšies, pagal kurią jie yra įdarbinami, turi teisę į aukščiausio lygio sveikatos apsaugą ir saugą darbo vietoje.

Romana Tomc (PPE), pisno. – Zdravje in varnost pri delu sta v interesu zaposlenega, delodajalca in družbe kot celote.

Prepogosto se vlaganje v zdravo delovno okolje pojmuje le kot strošek. Podjetja, ki stremijo samo po kratkoročnem dobičku, se temu strošku izogibajo. Tista podjetja, ki delujejo na dolgi rok in se zavedajo družbene odgovornosti, pa vedo, da imajo od zdravega zaposlenega koristiti tudi sama.

Zdrav in zadovoljen delavec je bolj učinkovit pri delu, to pa dobro vpliva tudi na produktivnost in konkurenčnost podjetja. Zdravi zaposleni so tudi v interesu družbe kot celote, saj pomenijo manjši strošek z vidika zdravstvenih izdatkov, poleg tega pa lahko delajo do upokojitvene starosti.

Zato je prav, da vsi deležniki prispevajo k temu, da bi dosegli čim boljši rezultat. Najprej mora zaposleni skrbeti zase in se izogibati škodljivim navadam in nevarnim ravnanjem, delodajalec mora poskrbeti, da ves čas vlaga v razvoj zdravega delovnega okolja, država pa mora podpirati prizadevanja obeh. Vzpostavljanje in vzdrževanje zdravega in varnega delovnega okolja so procesi, ki niso nikoli končani.

15. Vorbeugende Maßnahmen zur Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Rentengefälles in der EU (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Kommission zu vorbeugenden Maßnahmen zur Bekämpfung des geschlechtsspezifischen Rentengefälles in der EU (2015/2971(RSP)).

Marianne Thyssen, Member of the Commission. – Mr President, honourable Members of Parliament, when we took office one year ago, this College of Commissioners put social fairness at the heart of its work. In this respect, I agree with you that a gender pension gap of 40% is entirely unacceptable.

With a range from 4% to 46% in different countries across the European Union, it is clear that policies do make a difference. We must reform, and we must pursue equal-opportunity policy goals in several fields long before people reach pensionable age. We are already doing this, and I will take further action to that effect.

Before the end of this year, we will present a strategic engagement on gender equality. This will establish an overall platform for European initiatives aimed at improving gender equality, including by addressing the underlying causes of the gender pension gap. As you know, in 2016 the Commission is to present a 'new start for working parents and care-givers' initiative to address the challenges of work/life balance and women's under-representation in the labour market. We believe that such a new approach can bring benefits for all: for working parents and other care-givers who seek a better balance in their work and life commitments, and also for women in terms of supporting their participation in the labour market, allowing for greater sharing of care responsibilities between women and men, and strengthening gender equality.

The consultation with the social partners and the open public consultation on these issues have been launched. Beyond improvements in leave arrangements, the initiative should aim to promote flexible work arrangements and affordable, good-quality care services, while removing tax and benefit-system disincentives for women to work. By addressing women's lower labour-market participation and career breaks due to care responsibilities, the 'new start' initiative should also help to address the gaps in pension coverage and opportunities to build pension entitlements between women and men.

The Commission is also undertaking a number of policy and awareness-raising measures to address the gender pay gap. In 2016, it plans to allocate EUR 4 million to Member States, under the Rights, Equality and Citizenship Programme, in order to raise awareness about the gender pension gap and its underlying reasons.

As regards measuring the pension gap, we will continue our monitoring of gender differences in pension outcomes and pension adequacy. We have already agreed with Eurostat that the figures on the gender pension gap will be updated regularly. We will also continue our work with the Member States in the employment and social protection committees on methodologies, in particular to assess the extent of gender differences in pensions, and we will, of course, use various estimates and indicators of gender difference in our work on the European Semester. Here we will look at other key indicators such as the gender gap in old-age poverty.

Data on the so-called gender pension gap derive from an indicator which the Commission asked its network of academic experts on gender equality to develop. The most recent data, based on an improved methodology, have been used in the 2015 Pension Adequacy Report, prepared with the Social Protection Committee. The pension gap indicator measures how prior gender differences in employment, pay, working hours and length of career have influenced the gender differences in current pension entitlements.

To some extent, pension systems can alleviate the full impact of past gender differences in employment: care crediting, minimum and guaranteed pensions and survivor's pensions all offer extra pension protection to women – and, of course, without these extra protection schemes, the gaps and the exposure to risks of poverty would be larger. Therefore, beyond improving gender equality in employment, we also need to preserve and improve these safeguards.

To conclude on a positive note, I want to stress that, as a result of the steady increase in female employment rates in most Member States over the past three decades, the wider gender gaps in many countries are set to reduce, in some cases substantially. Yet unless we manage to eradicate gender differences in employment, they will continue to show up as gender gaps in pension provision. The Commission will therefore not merely continue to address the gender pension gap but will intensify its efforts.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz, *w imieniu grupy PPE*. – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Sytuacja, w której kobiety nie mogą wypracować godnych emerytur, chyba że poświęcą swoje życie prywatne, jest skrajnie niesprawiedliwa. Dlatego bardzo się cieszę, dziękuję za to, że rozmawiamy dzisiaj o luce emerytalnej. Dziękuję także za wszystkie Pani deklaracje i podjęte już inicjatywy, a także te, które są planowane. Bo luka emerytalna to jest skumulowany wskaźnik nierówności, jakich kobiety doświadczają w związku ze swoim życiem zawodowym, w związku z uczestnictwem w rynku pracy. I jako taki skumulowany wskaźnik nierówności jest on bardzo dobry do oceny efektywności polityk równościowych i może być, moim zdaniem, wykorzystany także w semestrze europejskim.

Należy przeciwdziałać luce emerytalnej, patrząc na jej przyczyny, a nie na objawy. A te przyczyny leżą uczestnictwie kobiet w rynku pracy, bo przecież emerytura to jest efekt stażu pracy i zarobków, więc ja bym nie szukała przyczyn w systemach emerytalnych, tylko skupiłabym się absolutnie na uczestnictwie kobiet w rynku pracy. I jeżeli chcemy wyższych emerytur dla kobiet, to musimy umożliwić kobietom wypracowanie takich emerytur, i nie mam na myśli tylko kwestii godzenia ról, tego *work-life balance*, ale też kwestię ścieżek edukacyjnych, tak żeby one nie prowadziły do segregacji sektorowej później na rynku pracy, a także do ścieżki awansów. I bardzo się cieszę z zapowiedzi powstania strategii, strategii badania w ogóle luki emerytalnej, bo to jest problem wszystkich państw członkowskich, w związku z tym powinien być rozwiązywany także na poziomie Unii Europejskiej.

Jutta Steinruck, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Die Tatsache, ob man Mann oder Frau ist, entscheidet in Europa über den Zugang zum Arbeitsmarkt, über die Arbeitsbedingungen und vor allem auch über den Verdienst. Die Frauen in der EU – das wissen wir alle – verdienen etwa 16 % weniger als Männer, und das schlägt sich natürlich 1:1 auch auf die späteren Renten nieder.

Die Kommission plant jetzt – Sie haben es gesagt, Frau Thyssen –, dieses Problem anzugehen. Ich höre, die Kinderbetreuung soll besser und erschwinglicher werden, Arbeitszeiten sollen flexibler werden, und die Männer sollen mehr Anreize erhalten, bei der Betreuung, bei der Familienarbeit mitzuwirken. Das ist nett, aber es löst nicht das Grundproblem. Denn tatsächlich geht es um Lohnunterschiede. Die müssen wir beheben. Da müssen wir auch an anderen Stellschrauben drehen. Da brauchen wir verpflichtende Aktionspläne zur Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt, wir brauchen Berichte über Entgeltgleichheit, und die müssen für die Arbeitgeber auch obligatorisch sein. Die Kommission – Sie haben es gesagt, Sie planen es – muss regelmäßig Daten zum Lohngefälle zwischen Mann und Frau erheben und sich auch für eine geschlechterneutrale Arbeitsplatzbewertung einsetzen. Nur so erreichen wir Einkommenstransparenz und auch den Abbau der Einkommensunterschiede. Das ist die Voraussetzung schlechthin, damit wir das Rentengefälle in Europa beenden.

Marian Harkin, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I would like to thank the Commissioner for her response. The figures on the gender pay gap and the pension gap are really a cause for huge concern. In my own country, Ireland, the gender pay gap is just over 14%, the overall earnings gap between men and women is almost 35%, and the pension gap is 40%. Now those are shocking statistics, and I suppose the questions that we must answer here this evening are, first of all, how can we narrow the current pension gap and, secondly, what can we do to ensure that the pensions of those now in employment are adequate and sustainable?

I was very pleased to hear you mention a number of possible solutions. For example, you mentioned survivors' pensions and also the idea of minimum pensions or some kind of minimum income for those past retirement. I fully support those proposals. Earlier we had a debate on healthy workplaces and healthy workers, and we need to ensure that we maintain those workplaces, promote a good work-life balance and try to ensure flexible arrangements within working time so that, if people want to stay on working longer, they can.

You specifically referred to credits for some kind of involuntary absence from work, whether that be for illness or for caring duties. I think we have a very fundamental question to answer at EU level and national level, and it is this: is it acceptable that those who take time off to care for those who need care will be condemned to a much greater risk of poverty in old age? In my view it is not acceptable, because society, as we have constructed it, relies on family and unpaid carers. Health systems would collapse without them and social security systems would be unsustainable. Therefore, as a society, we have to integrate caring responsibilities into our social security and pension systems.

Lynn Boylan, *on behalf of the GUE/NGL Group*. – Mr President, as my colleague said, the gender pension gap in my home state of Ireland has increased since the economic crisis began. The result is that many women are denied economic independence, and the dignity that comes with it, in their retirement.

We know the pension gap results from the cumulative impact of factors, including the pay gap, but we must also acknowledge when we talk of preventative measures and tackling the gender pension gap that austerity policies are exacerbating, rather than reducing, this inequality. Policies implemented by successive Irish governments since 2008 have worsened the situation for women in Ireland. The government reduced pension entitlements for new employees in the public service, and specific sectors dominated by women – teaching and nursing – have been targeted by other measures, reducing their salaries and pensions. We also have one of the highest levels of low-paid jobs in the developed world, after the US, and more than 60% of low-paid jobs are held by women, a trend that we see across the European Union. Yet childcare costs are among the highest in the world, and more than 40% of the average wage in Ireland.

This has the effect of entirely excluding some women from participating in the productive economy and forcing others into precarious low-paid jobs that prevent them from paying into any sort of pension scheme. There are many steps we can take to tackle the gender pension gap, but first we must acknowledge the disastrous impact of austerity policies on women and immediately reverse them.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, je vous remercie pour l'exposé que vous avez fait. Il est vrai que l'écart entre les pensions n'est pas quelque chose qui arrive à 65 ans. C'est quelque chose qui se construit pendant toute la carrière, je dirais même avant la carrière. C'est un peu ce qui nous est attribué comme rôle traditionnel de femme, déjà au moment où nous choisissons nos études parce qu'on voit, par exemple, que moins vous êtes qualifiée plus l'écart des pensions est important et donc il y a déjà cette discrimination qui s'opère.

Il y a, vous l'avez dit, la discrimination à l'emploi dès l'entrée sur le marché de l'emploi, il y a la question du temps partiel, qui est non compensé au moment du calcul de la pension, il y a les carrières, qui sont liées à la maternité avec les congés de maternité, mais également les congés parentaux qui ne sont pas accessibles de la même manière pour les hommes, et il y a donc ces inégalités. Il y a les difficultés à concilier vie privée et vie professionnelle, qui demandent de se retirer du marché de l'emploi. Il y a aussi les secteurs féminins qu'on appelle les secteurs pauvres. On a parlé de l'écart salarial, mais il y a aussi le fait que dans des secteurs féminins, il n'y a pas de deuxième et de troisième piliers de pension qui sont constitués et donc tout cela effectivement aboutit à une situation où il y a un appauvrissement des femmes.

Vous avez évoqué un certain nombre de pistes, j'en donnerai d'autres, qui ont d'ailleurs été votées par ce Parlement dans le cadre du plan égalité qui a été réalisé par M^{me} Noichl. Je reviendrai sur le congé de paternité et maternité parental, qui doivent être des congés payés, les services aux familles, qui doivent être des services adaptés, et aussi un premier pilier de pension qui doit être correctement alimenté. Ce n'est pas ce que nous sommes en train de vivre aujourd'hui en Europe, où nous tendons à aller vers une diminution du premier pilier de pension.

Catch-the-eye-Verfahren

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL). – Señor Presidente, las campesinas que desarrollan su actividad en las explotaciones agrarias familiares en Europa han tenido y siguen teniendo muchas dificultades para acceder, para poder cotizar a la seguridad social. Unas veces por razones legales, otras por razones económicas, y otras por razones culturales, pero en todos los casos con una base en la discriminación que sufrimos las mujeres.

A finales del siglo XX ha habido luchas importantes y significativas por parte de las campesinas austriacas para conseguir el derecho a pensión y también por parte de las campesinas de Galicia que estaban casadas con hombres que tenían otras profesiones y a las que, como sus maridos ganaban más que ellas en la agricultura, se les negaba el derecho a pagar la seguridad social. Esto supuso que hoy también la mayoría de las campesinas tengan pensiones inferiores a los campesinos.

Señora Thyssen, le pido que, cuando analicen esas prioridades para reducir la brecha de las pensiones, tengan en cuenta a las campesinas. Y esto pasa por el reconocimiento pleno de los derechos de las campesinas.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Szanowni Państwo! Od wielu lat walczymy w Europie z istniejącymi nierównościami pomiędzy kobietami i mężczyznami. Nadal jednak mamy do czynienia z dramatyczną różnicą w wysokości otrzymywanych świadczeń emerytalnych. Wystarczy sobie uświadomić, że różnice w wynagrodzeniach wynoszą ponad 16%, a w emeryturach blisko 40%. Jeśli w przypadku pensji możemy mówić o problemie, to w obszarze emerytur mamy do czynienia wręcz z sytuacją kryzysową. Od lat podkreśla się, że podstawowym źródłem tego stanu jest brak równości na rynku pracy. O ile w przypadku zatrudnienia mężczyzn udało nam się osiągnąć cel zakładany w strategii „Europa 2020”, to w przypadku kobiet postęp jest nieznaczny, bowiem jedynie 63% z nich jest zatrudnionych, a i tak pracują one w znacznej części w niepełnym wymiarze lub na gorszych warunkach. Z ogólnej liczby kobiet około ¼ nigdy nie pracowała na oficjalnym rynku pracy, a co za tym idzie, ma problem z nabyciem uprawnień emerytalnych. To nimi w pierwszej kolejności powinniśmy się zainteresować, bowiem znajdują się one niejednokrotnie w dramatycznej sytuacji, zwłaszcza w przypadku rozwodu.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL). – Senhor Presidente, não há melhores medidas preventivas para evitar a discriminação de género nas pensões do que acabar com o fosso salarial entre homens e mulheres. E para tal é necessário respeitar a contratação coletiva, evitando que os salários sejam negociados individualmente. É necessário que as trabalhadoras não tenham medo de denunciar situações de discriminação e, portanto, que a justiça as proteja. É necessário dotar as autoridades de inspeção do trabalho de meios adequados. É necessário aplicar sanções às empresas que não cumprem a lei. É necessário defender os direitos de maternidade, de forma a que as mulheres não sejam prejudicadas ao nível das pensões pelo facto de terem sido mães durante a sua vida laboral. São algumas destas medidas, mas também o seu cumprimento, juntamente com a defesa dos sistemas de segurança social públicos, solidários e universais, que irão salvaguardar um envelhecimento digno para as mulheres.

(Ende des Catch-the-eye-Verfahrens)

Marianne Thyssen, lid van de Commissie. – Ik wil u heel hartelijk danken voor uw steun, zodat wij hier samen werk van kunnen maken. Het is inderdaad ongehoord dat er een pensioenkloof is van 40 procent en dat we ook nog altijd, na al die jaren, met een loonkloof zitten van gemiddeld meer dan 16 procent. We moeten daar iets aan doen. Samen kunnen we daar werk van maken. We zullen ons moeten concentreren op het werk zelf. Hoe ziet de loopbaan van vrouwen eruit? In welke sector werken zij? Werken zij voltijds, deeltijds? Hoe goed worden zij betaald? Ik denk dat we hier moeten kijken naar de regels over gelijke beloning, gelijk loon voor gelijk werk. Wij hebben regels, maar de vraag is: worden die ook voldoende afgedwongen en nageleefd?

Een tweede zaak is dat we moeten kijken naar de pensioenregelingen zelf, de pensioenstelsels, de specifieke aanpak en de specifieke regels daarin. Ik heb er juist een paar genoemd. *Credits* voor mensen die zorgtaken op zich nemen kunnen bijvoorbeeld hier een goede correctie bieden. Ik denk dat we terecht, zoals mevrouw Arena gezegd heeft, ook eens moeten kijken naar de tweede pijler voor vrouwen. In ons verslag over de toereikendheid van de pensioenen is het duidelijk dat, wanneer we niet alleen houdbare pensioenstelsels willen, maar wanneer we ook willen dat de pensioenen toereikend zijn, dat wil zeggen voldoende dekking hebben om de levensstandaard van de gepensioneerden op een zeker peil te houden, dat wij dan hoe langer hoe meer die tweede pensioenpijler moeten ontwikkelen en uitbreiden. Wij moeten daar zeker ook naar kijken vanuit een genderoogpunt en ervoor zorgen dat vrouwen en sectoren waarin vrouwen actief zijn, ook toegang krijgen tot die tweede pensioenpijler.

U weet dat we een *fresh new start* - zo hebben wij dat genoemd - hebben als alternatief voor het voorstel inzake moederschapsbescherming dat wij ingetrokken hebben. Hierin zijn heel veel mogelijkheden die ook voor dit probleem een oplossing kunnen bieden. Dus laat ons daar samen werk van maken.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Anneli Jäätteenmäki (ALDE), kirjallinen. – Naisten ja miesten välinen eläkekuilu johtuu palkkaeroista työuran aikana. Tasa-arvoinen tilanne eläkkeiden osalta edellyttää tasa-arvoa palkkoissa. Mutta kehitys on huolestuttava. Otan esimerkiksi kotimaani Suomen tilanteen. Valitettavasti on havaittavissa, että nuorten ikäryhmien keskuudessa naisten ja miesten palkkaerot eivät kapene vaan päinvastoin kasvavat yksityisellä sektorilla ja kaikilla koulutusasteilla. Nuoret naiset tekevät osa- ja määräaikaistyötä useammin kuin nuoret miehet. Nainen on nuorempienkin sukupolvien keskuudessa edelleen se, joka kantaa suuremman vastuun kodista ja lapsista. Tämä kaikki vaikuttaa palkkaan ja ennen pitkää eläkkeisiin. Naisten ja miesten tasa-arvoa on ajateltava elämäntarviksymyksenä. Vetoan jäsenvaltioihin, että ne toden teolla puuttuvat sukupuolten väliseen palkkaeroon, jotta tämän päivän nuoret voivat nauttia tasa-arvoisesta eläkkeestä vuosikymmenten päästä.

Ivo Vajgl (ALDE), pisno. – Po navadi vprašanje diskriminacije žensk, ko gre za pravično plačilo, postavljamo v javnosti in parlamentih samo okoli osmega marca, dneva, ki je posvečen ženam. Zato je prav, da so kolegi postavili Komisijo pred delikatno nalogo, naj se sooči s stanjem in predlaga rešitve za to splošno znano krivico.

Želim posebej izpostaviti predvsem najbolj ranljivi skupini žensk z najnižjimi dohodki oziroma pokojninami. To so gospodinje in kmetice. Ker v preteklosti v državah tranzicije njihov status ni bil ustrezno urejen, jih danes veliko živi pod pragom revščine. Varčevalni ukrepi držav v času gospodarske krize so jim odvzeli tudi t.i. državne pokojnine, ki so vsaj delno priznavale njihov prispevek v dobro družbe. Danes je njihov materialni položaj odvisen od socialnih pomoči. Gre za nesprejemljiv položaj žensk, ki so z materinstvom in delom na kmetijah pomembno prispevale k blagostanju družine in družbe. Bilo bi prav in pravično izboljšati socialni status obubožanih starejših žensk. Tudi o tem bi Komisija morala spregovoriti.

Ob koncu želim opozoriti še na dejstvo, ki samo po sebi zgovorno priča o obravnavi gospodinjskega dela, saj gospodinjsko delo celo po statističnih merilih ni delo (ob brezposelnih in upokojenih sodijo gospodinje in kmetice v kategorijo: 'druge neaktivne ženske'), kar je žaljivo in nesprejemljivo.

Henna Virkkunen (PPE), kirjallinen. – On todella hyvä, että komissio on nostonut keskusteluun sukupuolten välisen taloudellisen epätasa-arvon, joka vain kasvaa ikäihmisten siirtyessä eläkkeelle. Naisten miehiä heikompi työmarkkina-asema, lasten kanssa kotona vietetyt vuodet ja yli 64-vuotiaiden ikäryhmässä myös alhaisempi koulutustaso on johtanut myös miehiä alhaisempaan eläketasoon. Kyse on myös naisten itsemääräämisvallan kaventumisesta. Kun omat tulot ovat pienet, kaventuvat myös mahdollisuudet. Ikääntyessä hoivan tarve kasvaa, mutta taloudelliset mahdollisuudet rajoittavat myös palveluiden saantia monissa jäsenmaissa. Eläkekuiluun puuttumiseksi komission ja parlamentin työvälineet ovat valitettavasti vähissä. Kannustan komissiota ja jäsenmaita jatkamaan keskustelua naisten ja miesten tasa-arvon edistämisestä. Paras lääke on puuttua tasa-arvoepäkohtiin koulutuksessa. Myös perhevapailla ja perheiden palveluilla on suuri merkitys naisten työssäkäynnin mahdollistajana – jos päivähoidoa ei ole järjestetty tai se on kallista, on luonnollista että äidin työssä jatkaminen lapsen saannin jälkeen ei tunnu perheistä houkuttelevalta. Tämä ei kuitenkaan ole äidin, lapsen eikä yhteiskunnan etu. Vanheneva Eurooppa tarvitsee lisää työvoimaa. Parhaat kyvyt on otettava käyttöön työmarkkinoilla sukupuolesta riippumatta. Esimerkiksi Maaailmanpankki on laskenut, että naisten osallistumisen rajoittaminen työmarkkinoilla ja yrityksissä hidastaa maailman talouskasvua. Selvityksen mukaan esimerkiksi Italian ja Kreikan BKT on 15 % jäljessä tasosta, jolla se voisi olla, mikäli naisten osallistuminen työmarkkinoille olisi miehiä vastaavalla tasolla. Ennen kuin työmarkkinoiden ilmeiset epäkohdat on korjattu, ei parannusta eläkkeisiinkään ole valitettavasti tulossa.

16. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

17. Schluss der Sitzung

Der Präsident. – Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich mich noch ausdrücklich bei den Dolmetschern bedanken, denn heute war die Debatte – insbesondere zum Stahl – so leidenschaftlich, dass es manchmal wirklich hoch herging. Herzlichen Dank.

(Die Sitzung wird um 23.20 Uhr geschlossen.)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2023/1487

13.12.2023

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 25. NOVEMBER 2015

(C/2023/1487)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Sitzungen vom 23. bis 26. November 2015

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Erklärung der Präsidentschaft	4
3. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	4
4. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	4
5. Mittelübertragungen: siehe Protokoll	4
6. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	4
7. Jüngste Terroranschläge in Paris (Aussprache)	4
8. Feierliche Sitzung	50
9. Abstimmungsstunde	54
9.1. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 8/2015: Eigenmittel und Europäischer Datenschutzbeauftragter (A8-0337/2015 - Eider Gardiazabal Rubial) (Abstimmung)	55
9.2. Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments für haushaltspolitische Sofortmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda (A8-0336/2015 - José Manuel Fernandes) (Abstimmung)	55
9.3. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Bereitstellung von Vorauszahlungen im Haushaltsplan 2016 (A8-0335/2015 - Lefteris Christoforou) (Abstimmung)	55

Inhalt	Seite
9.4. Haushaltsverfahren 2016 — Gesamthaushaltsplan (A8-0333/2015 - José Manuel Fernandes, Gérard Deprez) (Abstimmung)	55
9.5. Steuervorbescheide und andere Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung (A8-0317/2015 - Elisa Ferreira, Michael Theurer) (Abstimmung)	56
9.6. Ablehnung gemäß Artikel 106 GO: Genehmigung von Verwendungen von Diethylhexylphthalat (DEHP) (B8-1228/2015) (Abstimmung)	57
9.7. Prävention der Radikalisierung und Anwerbung europäischer Bürger durch terroristische Organisationen (A8-0316/2015 - Rachida Dati) (Abstimmung)	57
9.8. Strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020 (A8-0312/2015 - Ole Christensen) (Abstimmung)	57
10. Stimmerklärungen	60
10.1. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 8/2015: Eigenmittel und Europäischer Datenschutzbeauftragter (A8-0337/2015 - Eider Gardiazabal Rubial)	60
10.2. Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments für haushaltspolitische Sofortmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda (A8-0336/2015 - José Manuel Fernandes)	84
10.3. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Bereitstellung von Vorauszahlungen im Haushaltsplan 2016 (A8-0335/2015 - Lefteris Christoforou)	117
10.4. Haushaltsverfahren 2016 — Gesamthaushaltsplan (A8-0333/2015 - José Manuel Fernandes, Gérard Deprez)	144
10.5. Ablehnung gemäß Artikel 106 GO: Genehmigung von Verwendungen von Diethylhexylphthalat (DEHP) (B8-1228/2015)	185
10.6. Steuervorbescheide und andere Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung (A8-0317/2015 - Elisa Ferreira, Michael Theurer)	210
10.7. Prävention der Radikalisierung und Anwerbung europäischer Bürger durch terroristische Organisationen (A8-0316/2015 - Rachida Dati)	260
10.8. Strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020 (A8-0312/2015 - Ole Christensen)	322
11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	364
12. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	364
13. Beseitigung der Gewalt gegen Frauen in der EU (Aussprache)	364
14. Ergebnisse des Gipfeltreffens am 11./12. November 2015 in Valletta und des G20-Gipfels am 15./16. November 2015 (Aussprache)	374
15. Lage in Burundi (Aussprache)	418
16. Wahlen in Myanmar (Aussprache)	424
17. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	431

Inhalt	Seite
18. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	431
19. Lage in Georgien (Aussprache)	431
20. Lage in der Republik Moldau (Aussprache)	440
21. Bildung für Kinder in Notsituationen und langandauernden Krisensituationen (Aussprache)	449
22. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll	457
23. Schluss der Sitzung	457

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 25. NOVEMBER 2015

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

1. Eröffnung der Sitzung

(Die Sitzung wird um 8.35 Uhr eröffnet.)

2. Erklärung der Präsidentschaft

Le Président. – Chers collègues, hier, en fin de journée, la Tunisie a été une nouvelle fois endeuillée par un attentat terroriste perpétré au cœur de sa capitale et qui a coûté la vie à 14 membres de la garde présidentielle.

Je tiens, au nom de notre institution, à condamner de la manière la plus ferme cet acte abject et à assurer les autorités tunisiennes ainsi que le peuple tunisien de notre soutien indéfectible.

Nos pensées émues et notre solidarité vont également aux familles des victimes. En moins de deux semaines, chers collègues, les terroristes ont frappé à Beyrouth, à Paris, à Bamako et, à nouveau, à Tunis, semant à chaque fois douleur et stupeur.

Ce terrorisme sans frontières montre une fois de plus que nous sommes tous concernés par ce combat. Ce combat sera long mais nous le mènerons avec détermination, dans le respect de nos fondements démocratiques et dans le cadre d'une coopération qu'il nous faut renforcer avec nos alliés et nos partenaires.

3. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

4. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

5. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

6. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

7. Jüngste Terroranschläge in Paris (Aussprache)

Der Präsident. – Als erster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zu den jüngsten Terroranschlägen in Paris (2015/2972(RSP)).

Nicolas Schmit, *président en exercice du Conseil*. – Monsieur le Président, Monsieur le Président de la Commission, Mesdames et Messieurs les députés, vous venez de rappeler ce nouvel acte barbare qui a été commis à Tunis et je pense que le Conseil vous rejoint absolument dans la condamnation de ce lâche attentat et nous exprimons toute notre sympathie, toutes nos pensées au peuple tunisien courageux.

De la même manière, je voudrais réitérer nos pensées de sympathie qui vont aux victimes, à leurs familles, à la ville de Paris et à toutes les autres victimes du terrorisme, et vous en avez parlé. Nous avons aujourd'hui, plus que jamais, besoin de solidarité dans l'action face à ce fléau que représente le terrorisme.

Une action décidée, capable de défendre nos libertés, nos valeurs, mais aussi la sécurité de nos concitoyens. Nous avons besoin d'une coopération européenne la plus large et la plus intense possible, et elle doit associer tous ceux qui sont prêts à s'engager avec nous dans cette lutte implacable contre ceux qui sèment la terreur, en tuant aveuglément. Jamais nous n'avons eu autant besoin d'une Europe forte et décidée, capable d'agir de façon rapide, coordonnée et solide.

La présidence, après les attentats de Paris, a aussitôt convoqué un Conseil «Justice et affaires intérieures» extraordinaire le 20 novembre, à l'issue duquel des actions ambitieuses ont été décidées. Le Conseil a décidé de confirmer son engagement dans le cadre de la lutte antiterroriste en mettant l'accent sur des mesures opérationnelles. Il est primordial de mobiliser toutes les énergies pour obtenir des résultats et rendre nos sociétés plus sûres. Permettez-moi, à présent, de vous détailler les mesures adoptées.

Concernant le PNR, le Conseil vise à aboutir rapidement à la mise en place de ce dispositif à l'échelon européen. La présidence espère pouvoir parvenir à un accord avec le Parlement lors du prochain trilogue et nous sommes pleinement conscients de l'importance, pour vous, de conclure les négociations sur le paquet de protection des données. La présidence répète son engagement, en vue de finaliser aussi les négociations avant la fin de l'année.

S'agissant du trafic des armes à feu, le Conseil s'efforce de lutter plus efficacement contre les trafics d'armes illégales, au sein de l'Union européenne, en s'appuyant sur des textes révisés et des opérations menées dans le cadre de ce qu'on appelle le cycle politique de l'Union européenne pour lutter contre la grande criminalité internationale organisée. La présidence entamera, dès cette semaine, les discussions sur la proposition de révision de la directive sur les armes à feu, que la Commission vient de présenter.

En ce qui concerne le renforcement des contrôles aux frontières extérieures, les États membres s'engagent à mettre immédiatement en œuvre les contrôles systématiques et coordonnés nécessaires aux frontières extérieures, y compris sur les personnes jouissant du droit à la libre circulation. Le terroriste du musée juif de Bruxelles avait un passeport européen, les terroristes qui ont agi à Paris en janvier, à Copenhague et à nouveau à Paris le 13 novembre disposaient, pour certains d'entre eux, de passeports européens. J'invite le Parlement à prendre en compte cette réalité et les attentes de nos concitoyens.

Une modernisation des systèmes de contrôle aux frontières des États membres de l'espace Schengen sera mise en œuvre d'ici mars 2016. En ce qui concerne les ressortissants des pays tiers, les États membres procéderont à l'enregistrement systématique, y compris au relevé d'empreintes digitales, des ressortissants de pays tiers entrant dans l'espace Schengen, et effectueront des contrôles de sécurité systématiques en utilisant les bases de données pertinentes.

Enfin, les États membres renforceront les contrôles aux frontières extérieures les plus exposées, notamment en déployant, lorsque la situation l'exige, des équipes d'intervention rapide aux frontières et des agents de police pour que le filtrage et les contrôles de sécurité soient réalisés de manière systématique.

En ce qui concerne l'échange d'informations, le Conseil s'engage à mettre en œuvre une série d'actions visant à utiliser les outils mis en place au maximum de leurs capacités et à permettre une coopération la plus efficace possible. Les États membres veilleront ainsi à ce que les autorités nationales introduisent systématiquement, dans la base de données SIS II, les données concernant tous les combattants terroristes étrangers présumés.

Le Conseil se félicite de la mise en place du centre européen de lutte contre le terrorisme au sein d'Europol, le 1^{er} janvier prochain. Le nouveau règlement Europol, sur lequel nous espérons parvenir à un accord sans tarder, devrait être cohérent avec le mandat et les objectifs du centre, y compris l'unité de signalement des contenus sur internet. Les États membres détacheront, auprès du centre, des experts en matière de lutte contre le terrorisme afin de constituer une unité renforcée de soutien aux enquêtes transfrontières capable d'apporter rapidement un soutien global aux enquêteurs, en cas d'incident terroriste majeur dans l'Union européenne.

Le Conseil invite la Commission à présenter une proposition législative visant à permettre à Europol de faire des recoupements systématiques entre ses bases de données et celles de SIS II.

En termes de lutte contre le financement du terrorisme, le Conseil a invité la Commission à présenter des propositions visant à renforcer, harmoniser et améliorer les compétences des cellules de renseignement financier et la coopération entre elles, et à faire en sorte que ces cellules accèdent rapidement aux informations nécessaires dans le but de renforcer l'efficacité et l'efficience de la lutte contre le blanchiment de capitaux et le financement du terrorisme. Le Conseil préconise également de renforcer le contrôle des modes de paiement non bancaires.

Dans le cadre des réponses judiciaires au terrorisme et à l'extrémisme violent, le Conseil prend note avec satisfaction de la signature par l'Union, à Riga le 22 octobre dernier, de la convention du Conseil de l'Europe pour la prévention du terrorisme et de son protocole additionnel concernant les combattants terroristes étrangers. Il salue l'intention de la Commission de présenter, avant la fin de cette année, une proposition de directive actualisant la décision-cadre relative à la lutte contre le terrorisme. Le Conseil recommande également des améliorations du système d'information sur les casiers judiciaires (ECRIS) et des actions dans le cadre préventif.

Toutes ces mesures demandent un suivi exigeant; le Conseil y veillera. Notre réponse ferme et déterminée doit se faire dans le calme, dans le respect des droits fondamentaux et dans le respect de notre charte, qui demeurent nos principes directeurs.

Jean-Claude Juncker, *Président de la Commission*. – Monsieur le Président, Monsieur le Président du Conseil, Mesdames et Messieurs, chers collègues, longtemps nous aurons en mémoire ce vendredi 13 novembre, jour où un sort implacable s'est abattu sur la ville des lumières. Que de biographies détruites, que de rêves inachevés, que de parcours interrompus, que de plans et de projets inexécutables.

Nous partageons le deuil des Français et nous appuyons la réaction de la République. Aujourd'hui, plus encore que demain, je dis «Vive la France et sa République», qui est aussi la nôtre.

(Applaudissements)

Je voudrais répéter devant cette haute assemblée les propos que j'ai tenus immédiatement après les terribles attentats de Paris. Je mets en garde contre les amalgames dangereux, pernicieux, consistant à mettre sur un pied d'égalité les réfugiés, les demandeurs d'asile, les migrants et les terroristes. Ceux qui ont perpétré et fomenté les attentats à Paris sont exactement les mêmes qui obligent les malheureux de cette planète à fuir. Pas d'amalgame!

(Applaudissements)

Il ne faut pas transformer les malheurs en des effets oratoires. Il ne faut pas céder à cette tentation, en fait dramatiquement ridicule.

Je veux dire ici que nous devons sauvegarder l'esprit de Schengen. Oui, le système de Schengen est partiellement comateux et il faudra que ceux qui croient en l'Europe, en ses valeurs, en ses principes et en ses libertés essaient — et ils le feront — de réanimer l'esprit de Schengen. Si l'esprit de Schengen quitte nos territoires et nos cœurs, nous perdrons plus que Schengen. Une monnaie unique n'a pas de sens si Schengen tombe. Il faut savoir que Schengen n'est pas un concept neutre, un concept anodin, mais que c'est une des pièces maîtresses de la construction européenne.

Je voudrais, une fois encore, lancer un appel aux États membres afin qu'ils fassent ce qu'ils ont promis. Le président Schmit a élégamment rappelé ce matin un certain nombre de décisions exécutées par le Conseil et par les États membres. Il faut poursuivre dans cette voie et la Commission fera tout pour que les États membres se souviennent des engagements qui furent les leurs. Il faudra que nous assistions mieux qu'auparavant les voisins immédiats de l'Union européenne. La performance collective de la Jordanie et du Liban est admirable, aussi devons-nous assister avec entrain les peuples en question qui portent un lourd fardeau dans le contexte de la crise des réfugiés.

Nous avons tendance à nous concentrer sur notre coopération avec la Turquie. Il ne faut pas oublier les autres. C'est la raison pour laquelle, il y a des mois, la Commission avait proposé, et que le Conseil avait adopté, la mise en place d'un fonds fiduciaire pour l'Afrique, qui porte sur 1,8 milliard d'euros. C'est une décision qui ne fut pas prise, comme on le dit souvent et comme on peut le lire presque chaque jour, lors du sommet de La Valette. C'est une décision que les États membres, sur la base d'une proposition de la Commission, avaient prise plusieurs semaines auparavant, avec cette remarque additionnelle que les États membres se sont engagés à apporter, eux-mêmes, un montant supplémentaire de 1,8 milliard d'euros pour porter ce fonds fiduciaire en faveur de l'Afrique à 3,6 milliards d'euros.

Nous comptons faire en sorte que les promesses soient réalisées et nous sommes reconnaissants à la présidence luxembourgeoise, dont nous saluons la célérité, de faire avancer les travaux en relation avec la révision de la législation européenne sur les armes à feu, et notamment sur la désactivation de celle-ci.

Nous, à la Commission, pensons, tout comme d'autres, que le registre européen des passagers doit être mis en place, y compris pour les vols intra-européens.

Je n'ignore pas que cette proposition soulèvera de nombreuses interrogations, mais il est évident que le PNR doit aussi trouver application pour ce qui est des vols intra-européens.

Je considère que les services secrets doivent mieux coopérer. Avec Guy Verhofstadt, premier ministre du Royaume de Belgique à l'époque, nous avons assisté à deux ou trois Conseils européens après les attentats de New-York. Déjà, une semaine après les attentats de New-York, nous nous étions promis, nous, les chefs d'État et de gouvernement, de mieux faire fonctionner et d'une façon concertée les services secrets. Il n'en fut rien. Aujourd'hui, on nous répète que les services secrets doivent coopérer de la meilleure façon possible. Je voudrais que, cette fois-ci, nous réalisions cette nécessaire coopération entre les services secrets.

(Applaudissements)

Dans la mouvance des propos du président Schmit, je voudrais vous confirmer qu'au mois de décembre, la Commission proposera un texte sur la création d'un corps de gardes-frontières et de gardes-côtes, qui est une nécessité pour mieux protéger nos frontières extérieures.

Dimanche, se tiendra un sommet avec les vingt-huit États membres et la Turquie, qui portera notamment sur la crise des réfugiés.

Je voudrais rendre ici hommage au premier vice-président Timmermans pour un travail remarquablement conduit, lorsque, à trois reprises, je crois, il s'est rendu en Turquie pour évoquer avec les autorités turques les modes de coopération que nous pouvons mettre en place avec ce pays. Nous adopterons un plan d'action conjoint avec la Turquie et, pour le reste, nous sommes en train de négocier le détail de ces arrangements.

(Applaudissements)

Manfred Weber, *im Namen der PPE-Fraktion.* – Herr Präsident, Herr Ratsvorsitzender, Herr Kommissionspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich an dem Freitagabend nach einem Termin nach Hause gekommen bin, habe ich mich eigentlich auf ein Fußballspiel zwischen Deutschland und Frankreich gefreut und war dann wie wir alle geschockt, als ich den Fernseher eingeschaltet und die Bilder aus Paris gesehen habe. Wir sind alle tief betroffen und in Trauer. Zunächst sind unsere Gedanken bei den Opfern. Es wird leider Gottes oft zu schnell über die Täter und zu wenig über die Opfer gesprochen. Deswegen sind unsere Gedanken zunächst bei den Opfern und bei den Angehörigen.

(Beifall)

Es ist Besonnenheit und es ist Entschlossenheit notwendig. Zunächst Besonnenheit. Ich habe, als ich die Bilder gesehen habe, natürlich auch an Charlie Hebdo gedacht – vor wenigen Monaten in Paris. Und da ist mir ein Name eingefallen, nämlich Ahmed Merabet. Er war Polizist, französischer Polizist, der bei Charlie Hebdo Wache geschoben hat, Charlie Hebdo verteidigt hat. Und er war Moslem. Es sind auch letzten Freitag, vor einer Woche, viele Moslems ermordet worden von Wahnsinnigen, von Terroristen. Deswegen müssen wir uns als Erstes bewusst machen: Es sind nicht Moslems, es ist nicht der Islam, der unser Problem ist, sondern es sind wahnsinnige Extremisten und Terroristen, die unser Problem sind. Es wäre ein Sieg der Terroristen, wenn wir es zulassen würden, eine ganze Religionsgruppe jetzt unter Generalverdacht zu stellen.

(Beifall)

Ein zweites Prinzip möchte ich ausdrücklich unterstreichen, das der Kommissionspräsident bereits angesprochen hat: Flüchtlinge, die zu uns nach Europa kommen, sind Opfer des Terrorismus und nicht Täter. Deswegen ist eine Vermengung, die jetzt von manchen Populisten und Extremisten im politischen Bereich vorgenommen wird, unzulässig. Auch das wäre ein Sieg der Terroristen, wenn wir alle Flüchtlinge unter Generalverdacht stellen würden.

(Beifall)

Ein Drittes, liebe Kolleginnen und Kollegen: Die Terroristen hassen unsere Art zu leben, die Freiheit, die Freude am Leben, die Toleranz, die Demokratie. Deswegen dürfen wir nicht zulassen, dass wir unsere Art in Frage stellen. Ich habe großen Respekt vor den Menschen in Paris, vor den Menschen in Frankreich, die gerade zeigen, dass sie sich ihre Art zu leben nicht von Terroristen kaputt machen lassen.

Und als Letztes, meine sehr verehrten Damen und Herren, nochmal zurück zu Ahmed Merabet, einem Polizisten, der mit seinem Leben dafür bezahlt hat, dass er unsere Freiheit verteidigt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor dem Europäischen Parlament in Brüssel stehen Soldaten, junge Männer, die unsere Arbeit schützen. Und deswegen möchte ich auch mal danke sagen an alle Behörden, die für unsere Sicherheit jeden Tag ihren Kopf hinhalten. Danke dafür!

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht einem als Politiker da natürlich vieles durch den Kopf, wenn wir über diese Fragen reden. Es geht einem durch den Kopf, Herr Präsident Schmit, dass wir im Rat eigentlich *copy and paste* machen können. Seit vielen Jahren wird im Rat das Gleiche beschlossen, werden kontinuierlich die gleichen Reden gehalten, und leider Gottes passiert nichts. Sie müssen sich darum kümmern, dass endlich etwas passiert! Das erwarten die Menschen in Europa. Und auch wir intern müssen kritisch miteinander umgehen. Das würde mir als Politiker einfallen. Ich höre den französischen Innenminister, der an uns als Parlament appelliert, wir sollen bei PNR endlich Ergebnisse liefern. Und da muss ich für meine Fraktion sagen: Wir liefern! Seit Monaten, seit Jahren sind wir bei PNR der Meinung, dass das kommen muss. Und viele andere Kollegen, die Sozialdemokraten insbesondere, haben im Innenausschuss des Europäischen Parlaments gegen PNR gestimmt. Da muss ich dem französischen Innenminister auch sagen: Rede bitte mit Deiner Fraktion, wenn Du glaubst, dass wir nicht vorankommen!

(Beifall)

Aber, ehrlich gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich dieses gegenseitige Aufrechnen gar nicht in den Mittelpunkt meiner Rede stellen. Ich hatte es mir überlegt, aber ich möchte es gar nicht machen, weil ich vielmehr werben will, nämlich dafür, zusammenzuarbeiten, die Themen miteinander anzupacken, bei PNR voranzugehen, bei den Fragen von Europol voranzugehen, bei der Datenschutzrichtlinie, bei der Bekämpfung der Finanzierung von Terror voranzugehen, damit wir dort Ergebnisse bekommen, und bei der Vorratsdatenspeicherung, damit wir die in ganz Europa bekommen. Unsere Ermittlungsbehörden brauchen diese Daten!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das ist es, was uns umtreibt. Wir als EVP-Fraktion wollen Ergebnisse erzielen, und wir wollen das in Europa gemeinsam schaffen. Wir müssen uns bewusst sein, dass es eine Herausforderung für ganz Europa ist, für uns alle in der europäischen Verantwortung. Ich appelliere an alle, dass wir in den nächsten Wochen nicht reden, sondern endlich Taten folgen lassen!

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Pervenche Berès (S&D), question «carton bleu». – Je remercie le président Weber pour l'expression de sa solidarité avec la République française, mais je m'étonne de ses propos stigmatisants et du climat de conflit qu'il maintient, alors que nous sommes tous mobilisés pour faire aboutir le PNR. Nous avons assisté à une instrumentalisation d'une position cohérente des socialistes qui, en commission LIBE, ont voté contre un texte qui ne reprenait aucune des demandes françaises, et qui ont permis et voulu que la négociation s'engage afin d'aboutir à un PNR d'ici la fin de l'année.

J'espère, Monsieur Pittella, que M. Weber nous soutiendra afin que nous aboutissions ensemble à ce PNR d'ici fin 2015.

Manfred Weber (PPE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Frau Berès! Noch gestern Abend wurde ein Antrag der Sozialisten eingereicht, den heutigen Bericht Dati zur Radikalisierung dahingehend abzuändern, dass das Ziel, bis Ende des Jahres PNR abzuschließen, wieder gestrichen wird.

Der Antrag ist dankenswerterweise jetzt von den Sozialisten zurückgezogen worden. Ich bedanke mich ausdrücklich dafür.

Ich möchte auch klarstellen: Wir sollten diese Debatten beenden. Ich habe das ja auch versucht zu sagen: Wir sollten diese Debatten beenden, und wir sollten jetzt miteinander daran arbeiten, die Themen anzupacken, und ich hoffe, dass die Sozialisten dazu bereit sind.

(Beifall)

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Europa non si farà cambiare dal terrorismo. Restando noi stessi spazzeremo via il terrore. Per molte nostre città – penso a Parigi, a Bruxelles – questo è il momento più difficile dalla Seconda guerra mondiale. Mai i nostri concittadini si sono sentiti così tanto minacciati. Tutti noi sentiamo un grande vuoto dentro: ma questo non deve diventare l'11 settembre dell'Europa. Non dobbiamo permettere che la paura e la logica dell'emergenza diventino la normalità; non dobbiamo cadere nel ricatto dei terroristi che vogliono spingerci verso la divisione. Questa è l'ora dell'unità e della responsabilità!

Chi pensa di lucrare consensi elettorali, spaccando il fronte europeo, sbandierando la falsa equazione – lo diceva Juncker, lo ripeteva Weber – «rifugiato = terrorista» è un avvoltoio nemico dei cittadini europei. Serve sangue freddo, serve più Europa, più Europa vicino alla Francia, a François Hollande, a tutti i cittadini francesi, vicina alla Tunisia, più forte nel mondo, dovunque questi bastardi mietono vittime.

Hollande ha invocato l'articolo 42 e la risposta degli Stati membri deve essere sì. Ma noi possiamo andare oltre, possiamo andare oltre la dimensione intergovernativa, affermando misure europee comunitarie. Perciò l'Unione, come ha detto il presidente Juncker, riprenda l'iniziativa nel settore della sicurezza e della difesa. Ebbene ha fatto il Presidente Juncker ad annunciare maggiore flessibilità nell'applicazione del patto di stabilità per le spese di sicurezza. Questa flessibilità deve applicarsi a tutti gli Stati dell'Unione che investono nella sicurezza.

È chiaro, infatti, che la battaglia contro il terrorismo la vinceremo, se investiremo economicamente e politicamente in servizi di intelligence preparati e se faciliteremo il loro coordinamento a livello europeo. Serve non solo più tecnologia: servono risorse umane «superesperte», capaci di affrontare il nuovo profilo del terrorismo jihadista. Più Europa vuol dire inoltre applicare Schengen nella sua completezza e non smantellarlo, perché all'interno del Trattato già ci sono misure che possono e devono essere implementate per assicurare maggiore e migliore protezione alle frontiere esterne.

Il nostro gruppo ha lavorato e lavorerà coerentemente perché si faccia un accordo sul PNR europeo entro la fine dell'anno. Insieme vogliamo anche garantire i diritti ai cittadini nell'ambito della *privacy* e quindi i due dossier sul PNR europeo e sulla protezione dei dati vanno insieme, come da mandato di questo Parlamento.

Per sconfiggere il terrorismo serve anche una riflessione vera sulla nostra società. È chiaro che ci sono anche altre cause ma non dimentichiamo le condizioni di disoccupazione, di miseria e di segregazione in cui vivono aree delle nostre città, in cui crescono alcuni giovani che possono essere più tentati dalla sirena fascinosa e macabra del terrorismo. L'Europa deve riaffermare il suo modello di società coesa e solidale e va detto con chiarezza che l'Islam è parte dell'identità di questo continente e che non ha nulla a che spartire con l'ideologia di morte di Daesh.

Anche in politica estera, l'Europa deve fare l'Europa. Vanno tagliati i canali di finanziamento; bisogna isolare Daesh politicamente, bisogna colpire il circuito affaristico, criminale, il riciclaggio di denaro sporco, il traffico di essere umani, l'ipocrisia di alcune realtà nel Golfo. L'Europa deve agire come sta facendo la Vicepresidente Mogherini, assicurando un ruolo di tessitrice mediatrice tra gli Stati e gli attori in campo.

Serve un'ampia coalizione che ricomprenda anche i paesi musulmani della regione, insieme, naturalmente, a Unione europea, Russia e America per sconfiggere il terrorismo.

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, on Friday 13 November I was with other Conservatives and Reformists in Tunisia, where we were taking part in a conference on building a Muslim democratic movement. We knew then, as we saw the pictures coming in from Paris, as we shared the grief of the people of Paris and of France, that it could all happen again in Tunisia – and sadly that is what came to pass overnight. Our solidarity should be not only with the people of France but also with the people of Tunisia and with all the victims of terrorism and Daesh.

(Applause)

One of the terrorists involved in the Paris attacks spent his nights drinking alcohol and smoking cannabis, and another never went to the mosque. Two British terrorists ordered a book before they fled to Syria last year. The name of that book: *Islam for Dummies*. Yet all these terrorists claim to be carrying out these acts in the name of Islam, and are prepared to slaughter innocent people on a Friday night in Paris – people eating dinner, watching a rock band, just going about their own business.

It could have been in any of our cities. It could have been aimed at any of us but, sadly, there is method to their madness. Firstly, they hope to inspire copycat attacks and recruit more terrorists. Fortunately, the vast majority of Muslims will not fall for this. Secondly, even though most victims of Daesh attacks are in fact Muslims, they want, through these attacks on our cities, to provoke a backlash – to convince Muslims that Islam is despised in the West. We all need to come together to show them that they will not succeed.

In the aftermath of the attacks there have been the inevitable statements about the incompatibility between Islam and Western democracy. We may even hear some of that in this Chamber today. But let us be inspired by the words of Antoine Leiris, who lost his wife, Hélène, in the Bataclan. He told the terrorists: 'I will not give you the gift of hating you.' How brave he must have been to write those words to people who had just murdered his wife – to people who had shattered his life, to people with a love for death, who attacked a city known for its love of life. It is at times like this that our humanity must become stronger and not descend into a spiral of hatred and blame. We need to come together to learn the lessons, to strengthen our resolve and to develop our response – a response that must be measured and proportionate. For if, every time they attack us, we erode our freedoms, there may eventually be no freedoms to defend.

The balance between security and liberty will always be hotly debated, but we should debate this delicate balance without accusations, without any of the insults I see flying across this Chamber, and without questioning political opponents' determination to fight terrorism, because this whole House needs to come together to agree on clear and tangible measures to strengthen our protection, such as introducing the passenger name record system by the end of the year. The ECR rapporteur, Timothy Kirkhope, will deliver on this, working with all the other Groups and also addressing the concerns about civil liberties.

Better sharing of intelligence between national agencies is another such requirement. This does not mean we need an EU intelligence agency; the answer is not always more Europe. The answer is to build trust between the agencies of the nation states to make sure they share the intelligence that they have. Stronger external borders – building on last week's Home Affairs Council – are also essential, because so long as the EU's external borders are weakened, there will be calls for its internal borders to be strengthened.

However, we should not pretend that every terrorist crosses borders to come into the EU. Many, sadly, were born and were radicalised in EU Member States – some searching for an identity or a sense of belonging, others radicalised in prison; some violent individuals looking for a new cause, others vulnerable and fooled into believing in a violent short-cut to paradise in a world of temptation.

Better integration must be part of the solution, for where there are young people who feel that they do not belong to the country in which they live, where they are ghettoised, ISIS/Daesh will see them as potential recruits.

These are all important debates that we will have in the months ahead. But today, whether you believe in a United States of Europe or whether you believe in a Europe of nation states, we should all unite to state a simple message: we will not surrender to hatred. We will not surrender to intolerance. We will not surrender our freedoms. You can attack us, you can injure us, but you will never break us.

(Applause)

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Róža Gräfin von Thun und Hohenstein (PPE), *pytanie zadane przez podniesienie „niebieskiej kartki”*. – Panie Przewodniczący! Tutaj jestem, panie przewodniczący Kamall, ostatni rząd. Z dużym zainteresowaniem i podziwem wysłuchałam Pana bardzo pięknego wystąpienia i mam do Pana pytanie. Czy zdaje Pan sobie sprawę z tego, że w szeregach grupy politycznej, której klubowi Pan przewodniczy tutaj w Parlamencie Europejskim, znajdują się ludzie, którzy szerzą antyislamizm, którzy mówią straszne rzeczy o muzułmanach, i czy jest Pan skłonny zaangażować się w to, aby takie rzeczy w Pana w grupie politycznej się nie zdarzały?

Syed Kamall (ECR), *blue-card answer*. – I find the premise of your question interesting, although I disagree with you fundamentally on this. Let me be quite clear. We have heard statements from politicians and almost all political groups about Islam, and some against Islam, in the last few weeks and months. Now is not the time – if there ever is a time – to be posing such cheap political questions in this debate. What we should be doing is coming together across the Chamber to show these terrorists that we are united in the face of their hatred.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I want to continue where Mr Kamall ended his intervention and say that I was also shocked by the way that we have behaved since 13 November as politicians. Instead of showing unity – we have seen it again in this debate this morning – we throw insane accusations at each other.

Dans la langue française, il existe une expression pour cela: on parle de ‘jeux de politique politicienne’, auxquels nous jouons parfois et qui exploitent la tragédie parisienne, chers collègues, pour marquer des points faciles dans le cadre d’élections, disons-le contre l’Europe, contre les réfugiés, contre l’islam et même contre le Parlement européen. Nous allons l’entendre dans quelques instants. Marine Le Pen va le faire à nouveau.

Je trouve cela indigne et il est surtout indigne de dire: ‘vous êtes responsables du terrorisme, parce que vous n’avez pas conclu d’accord sur le PNR’. Je dois vous dire, chers collègues, que c’est exactement le contraire qui est vrai, parce que la réalité est que ce Parlement avait proposé dès le début un règlement – pas une directive – avec effet direct et immédiat pour créer un système unique au niveau européen, qui serait transnational afin d’éviter justement les défaillances systématiques que nous constatons chaque fois que l’un ou l’autre service de renseignement national qui connaissait les malfaiteurs n’a pas transmis les informations pertinentes au pays où les faits se sont déroulés. Tel a été le cas en 2004 à Madrid, tel a été le cas en 2005 à Londres, et tel est maintenant à nouveau le cas à Paris.

Nous faisons à chaque fois le même constat. Et qu’avons-nous sur la table? Une directive. Dans le meilleur des cas, il faudra au moins deux ans pour l’appliquer et, de surcroît, ce sont vingt-huit PNR que nous allons créer dans l’Union européenne. J’estime qu’il faut au moins prévoir un échange obligatoire d’informations entre ces vingt-huit systèmes mais, naturellement, Monsieur le Ministre, les États membres le refusent. Alors, je vous le demande aujourd’hui, qui est responsable à l’origine de l’absence du PNR?

J’étais président du Conseil européen, j’étais là avec Jean-Claude Juncker, le 11 septembre 2001, lorsque nous avons été capables de créer en six mois – Jean-Claude, vous vous rappelez – le mandat d’arrêt européen qui était un système obligatoire, pas comme les mesures que vous venez d’énumérer, qui sont à chaque fois facultatives, volontaires et dont l’application dépend de la volonté des États. Pour mémoire, Monsieur Weber, seul M. Berlusconi était contre et a négocié une période de transition, pour lui-même, je suppose, de presque dix ans. Ce n’est qu’en 2014 que le système est entré en application en Italie.

Arrêtons donc de faire des querelles politiciennes, ici, dans cette assemblée. Il est trop facile de se lancer des attaques pareilles! Ce qui est impératif, maintenant, c'est l'unité et la solidarité autour de la France; je dirais même un front commun, une Europe unie dans le combat contre Daech et le terrorisme. Il s'agirait du meilleur hommage que nous puissions rendre aux 130 jeunes qui ont péri, qui ont été abattus lors des attaques à Paris.

C'est dans le même esprit que je vais lancer aujourd'hui un appel en faveur de la création d'une agence de renseignement européenne. M. Cazeneuve, le ministre de l'intérieur français, a raison quand il dit qu'il faut lutter d'urgence contre le terrorisme et se concentrer sur l'application immédiate des nombreuses mesures qui ont été prises depuis les attentats de Charlie Hebdo. Mais nous constatons quand même que dix mois plus tard, une douzaine d'États n'a pas encore transféré les données requises par le système informatisé de Schengen – douze États depuis dix mois qui ne transfèrent pas les éléments nécessaires!

Selon moi, gouverner ne signifie pas seulement mettre en œuvre les mesures qui ont été décidées, mais aussi prévoir et préparer l'avenir, surtout en matière de lutte antiterroriste. Les terroristes, chers collègues, ne connaissent pas de frontières et nous devons donc aussi nous doter d'une capacité en matière de sécurité et de renseignement qui traverse également les frontières. Prenons le cas d'Abdeslam, toujours en cavale – c'est tout de même criant! Il a été contrôlé la nuit des attentats par la police française à Cambrai, il a pu continuer son chemin parce que la police ne le connaissait pas, mais je peux vous dire que la police belge le connaissait bel et bien! Eh bien, je vous dis qu'avec une agence européenne de renseignement au service de tous les policiers européens, Abdeslam aurait certainement été arrêté. Voilà la réalité qu'il faut dire aux citoyens. Si nous devons choisir entre souveraineté et sécurité, je choisis la sécurité de nos concitoyens qui doit l'emporter sur la souveraineté.

C'est dans cet esprit, Monsieur Juncker, que je vous ai envoyé, à vous et à M. Avramopoulos, une proposition concrète concernant la manière de procéder pour y parvenir.

In the same spirit, we also have to show unity and solidarity with France in the use of Article 42. We did not discuss this today because – let us be honest – for far too long we have outsourced our problems: inside the Union to France, as in Mali; and, outside the Union, to the Americans. If the Americans do nothing, nothing happens – as in Syria, for example.

A European military coalition around France has to break this stalemate, eradicate Daesh and also facilitate a political solution. I hope that this coalition around France on Article 42 may be the start of a real European Defence Community and foreign policy. Again, I repeat: this is the best tribute we can pay to the 130 young people who were victims in Paris.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Patrick O'Flynn (EFDD), *blue-card question*. – Mr Verhofstadt, you mentioned the contradiction between sovereignty and security, but is it not true that national sovereignty and security actually go in harness? Was it not actually the mess instituted by the collapse of the unsustainable Schengen area that compromised people's security, including in France a few days ago? And is it not the case that sovereign states need to take responsibility for their own security to protect their citizens?

Guy Verhofstadt (ALDE), *blue-card answer*. – We can see what it means! If national sovereignty means what we have seen in Spain, what we have seen in London, and what we have seen in Paris, I do not think there is proof that national sovereignty can guarantee the security of our people. Clearly, as I said, terrorism knows no borders, but our intelligence and security services still have to cope with borders. That is the contradiction we have to address.

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Das Europäische Parlament hat in der vergangenen Woche Einigkeit demonstriert und wird es hoffentlich auch heute tun, wenn es darum geht, die terroristischen Anschläge in Paris, in Tunis, in Bamako und wo auch immer in der Welt als das zu verurteilen, was sie sind: Angriffe gegen Menschen, gegen unsere Werte, gegen alles, was unsere zivilisatorische Erfahrung, unser zivilisatorisches Zusammenleben in diesem Jahrhundert eigentlich ausmacht.

Es gibt keine Entschuldigung, keine Rechtfertigung. Jeder und jede muss wissen: Menschen tötet man nicht!

Lassen Sie uns aber auch mit den Sorgen, mit den Gefühlen der Trauer von Menschen, die direkt oder auch über die Medien Zeugen der Attacken geworden sind, kein Schindluder und keinen Missbrauch treiben.

Es gab zwei Sätze in den letzten Tagen, die auch heute teilweise wiederholt worden sind und die ich für sehr wichtig halte: Terrorismus ist nicht mit der Flüchtlingsfrage zu vermengen: Und Flüchtlinge sind gerade vor dem Terror geflohen, den wir in Europa erleben. Von diesem Appell an Vernunft und an Anstand ist allerdings in der Realität nicht mehr viel übrig geblieben.

Ich erinnere an Herrn Orbán, seinen Satz: Alle Terroristen waren Migranten. Ein Satz, der so verachtend wie hinterhältig ist. Denn: alle Nicht-Terroristen sind und waren Migranten. Alle Menschen sind Migranten. Herr Orbán ist ein Migrant. Ist Herr Orbán – und die Frage sei gestellt – ein Terrorist?

Angeichts der Terrorangriffe sollten wir klar und deutlich sagen: Die Schließung der Grenzen zwischen Mitgliedstaaten innerhalb Europäischen Union, die Debatte über Obergrenzen, die Abweisung von Flüchtlingen und die makabre Definition, die wir gegenwärtig erleben, von sogenannten sicheren Herkunftsländern, zählen aus meiner Sicht genau zu dieser falschen Debatte, zu diesem Missbrauch. Die wird nicht nur von einigen wenigen betrieben, sondern wir haben hier Premierminister aus unserer Europäischen Union dabei, wir haben hier Parteiführer dabei, es geht quer durch.

Wiederholen wir bitte nicht die Fehler von 9/11! Welchen Gewinn an Sicherheit, Kooperation und Entwicklung haben der Krieg gegen Afghanistan, Irak und Libyen für die Weltgemeinschaft gebracht? Terror gegen Terrorismus – das ist die schlechteste aller Antworten. Weder Luftangriffe noch Drohnenangriffe haben zur Austrocknung der Wurzeln des Terrorismus geführt. Ich verweise hier auch auf die Aussagen der amerikanischen Drohnenpiloten, die genau gesagt haben, dass ihre Art, Krieg zu führen, dazu geführt hat, dass neue Terroristen rekrutiert werden konnten. Leid über Zivilbevölkerung zu bringen, das kann nicht unsere Antwort sein.

Gemeinsam mit der Türkei und mit Russland in den Krieg? Nein danke! Gemeinsam mit Russland und der Türkei für eine politische diplomatische Offensive sorgen? Ja, unbedingt! Ich denke, das muss auch unsere Antwort auf die Entwicklung des gestrigen Tages sein.

Wir haben als EU andere Möglichkeiten, andere Verantwortung. Die sollten wir wahrnehmen. Ich denke hier an die Situation in den Banlieues, aber auch in anderen Ballungsgebieten von europäischen Metropolen. Hier müssen wir mit einer Offensive zur Integration und zur Schaffung von Zukunftsperspektiven für junge Leute ansetzen.

Wir haben – und darauf möchte ich auch verweisen – eine Debatte um eine neue nachhaltige Nachbarschaftspolitik. Das möchte ich unbedingt unterstützen. Das kann und muss unsere Antwort sein. Darauf möchte ich hinweisen.

Ansonsten reden wir bitte auch über den Stopp von Waffenexporten! Reden wir nicht nur über die Finanzquellen, die zu entziehen sind, reden wir auch über den Stopp des Austauschs bzw. darüber, dass wir zulassen, dass sie mit Öl und Kulturgütern handeln.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Bill Etheridge (EFDD), blue-card question. – Thank you and good morning. Thank you for taking the question. You speak about tackling the root causes of terrorism. Would you agree with me that to blame the poor – particularly in urban areas, as has been said today – and to say that somehow to live in poverty and to be disadvantaged is an excuse to go forward into this kind of radicalisation is an insult to all of the decent, good working poor across Europe who have high standards and are just as outraged by this as anyone else? If people have not got a job, have not got work, they should get on their bike and look for it!

(Applause)

Gabriele Zimmer (GUE/NGL), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. – Also, ich bin ja schon eine Reihe von absurden Anfragen gewöhnt, aber Sie haben mir auch nicht zugehört.

Ich habe als ersten Satz gesagt: Es gibt keine Entschuldigung, keine Rechtfertigung für irgendwen, zu Terror zu greifen und Menschen zu ermorden! Punkt, aus! Dann muss man aber auch über die Situation, die Hoffnungslosigkeit und die Perspektivlosigkeit gerade von jungen Menschen in vielen Ballungsgebieten auch der Europäischen Union, reden können.

Was hat das eine mit dem anderen zu tun? Ich setze es in keinen direkten Zusammenhang. Aber ich sage, wir haben uns darum zu kümmern. Denn das war eine falsch geleitete Integrationspolitik, eine Nicht-Integration, und die ist immer ein Problem, und damit haben wir uns auseinanderzusetzen.

Philippe Lamberts, au nom du groupe Verts/ALE. – Monsieur le Président, chers collègues, comme vous tous, j'ai été profondément choqué par les attaques survenues à Paris il y a deux semaines, et comme vous tous, mes pensées vont aux victimes et à leurs proches, je dirais à toutes les victimes, celles de Paris, de Beyrouth, du Sinai et d'ailleurs. Mais au-delà de ces émotions, notre responsabilité de décideurs politiques n'est pas de donner telle ou telle mesure en pâture à nos citoyens pour les rassurer, mais bien de prendre des mesures concrètes, basées sur les faits et qui permettent de répondre aux problèmes.

Le premier fait est que la plupart des terroristes qui ont commis des attaques ces dernières décennies en Europe étaient connus des services de police et de renseignement, mais pas de tous, tout simplement parce que l'information, le renseignement n'est pas partagé. Alors même qu'ils étaient connus comme des personnes dangereuses, ils n'ont pas fait l'objet de la surveillance qui s'imposait, tout simplement par manque de moyens. La première leçon que nous devons en tirer, c'est de faire du partage du renseignement la règle et de se donner les moyens d'exploiter ces renseignements. De ce point de vue-là, l'immobilisme des gouvernements des États membres a contribué à ce que les attentats puissent avoir lieu.

Face à cela, nous comprenons bien que la réponse qui consiste à vouloir mettre l'intégralité de nos sociétés sous surveillance constante est à la fois inadéquate et démocratiquement inacceptable. Inadéquate, parce que ce n'est pas le renseignement qui fait défaut, mais bien son partage et son exploitation. Inacceptable, parce qu'en démocratie il existe un principe de base qui est la proportionnalité entre les mesures adoptées et l'effet recherché, et que rien ne peut justifier la mise sous surveillance généralisée de nos sociétés. La Chine essaie et ne parvient pas pour autant à empêcher les actes terroristes. Par contre, bien sûr – vous l'avez dit, Monsieur Schmitt – il faut s'attaquer au commerce des armes, il faut s'attaquer au financement du terrorisme, il faut s'attaquer à l'abus d'internet utilisé pour répandre des discours de haine et de violence. Voilà pour la réponse immédiate. Eh oui, Monsieur Cazeneuve, vous avez raison, l'Europe doit se reprendre, mais l'Europe qui doit se reprendre est celle des États membres qui restent arc-boutés sur leur quant-à-soi national. Ils n'ont toujours pas réalisé qu'en matière de sécurité, comme en tant d'autres matières, il n'y a de souveraineté que partagée.

Maintenant, je pense que nous ne pourrions pas faire l'économie de répondre à trois questions. Premièrement, quel est l'effet de nos interventions multiples en Iraq, en Afghanistan, en Libye et ailleurs sur la menace terroriste? Ces interventions la réduisent-elles ou l'augmentent-elles? Je pense que la question est ouverte.

Deuxièmement, quid de nos relations avec cet État islamique qui a réussi – je veux parler de l'Arabie Saoudite. Un État qui bafoue les droits fondamentaux, crucifie, décapite et coupe les mains, mais avec lequel nous entretenons – je me rappelle encore de M. Valls il n'y a pas longtemps – d'excellentes relations. Mais que voulez-vous? Notre addiction au pétrole nous rend dépendants de gens comme cela. Vous avez bien compris que la transition énergétique n'est pas qu'une question écologique, c'est aussi une question stratégique et une question de sécurité.

La troisième question que nous devons nous poser est probablement la plus fondamentale. L'autre fait gênant est que les terroristes qui ont agi ces dernières décennies ont grandi chez nous, ont des passeports – vous l'avez dit Monsieur Schmitt, je crois – de chez nous. Pourquoi nos sociétés sont-elles devenues un terrain fertile? Je ne me fais pas d'illusions, nous entendrons encore des discours de haine et de violence pendant des décennies. Il faut s'assurer que nos sociétés ne constituent pas un terrain fertile pour ces discours, qu'ils tombent à plat, et là on peut se poser la question d'une société où la compétition de tout le monde avec tous est la règle, où la consommation est le seul horizon, où l'exclusion progresse chaque jour, où l'appartenance ethnique ou religieuse est de plus en plus un facteur d'exclusion. On peut se demander comment tout cela contribue – sans en être la cause unique – à l'augmentation du risque terroriste.

Je sais que les émotions sont fortes, je pense que nous devons résister à la tentation d'être submergés par elles, parce que si nos sociétés portées par ces émotions devaient se crispier dans un repli sécuritaire, les terroristes auraient gagné! Je conclus, Monsieur le Président, en rappelant que la France, qui a été attaquée il y a deux semaines, a mis au cœur de ses valeurs républicaines la liberté, l'égalité et la fraternité. Je pense que c'est en tenant ce qui était une promesse à l'égard de tous nos concitoyens et de tous les citoyennes et les citoyens du monde, que nous pourrions vivre en sécurité dans des sociétés libres, ouvertes et démocratiques.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Marek Jurek (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie niebieskiej kartki*. – Pan wspomniał Arabię Saudyjską. Chciałem pana zapytać, czy pana zdaniem w Arabii Saudyjskiej te nieludzkie praktyki to jest dzieło ekstremistów? Czy te nieludzkie praktyki mają masowe poparcie społeczne? Ale zostawmy ten jeden niedemokratyczny kraj.

Pakistan jest krajem demokratycznym. Czy pana zdaniem Asia Bibi od sześciu lat siedzi w celi śmierci, dlatego że tego chce ekstremiści? Czy uczciwi liberalni politycy nie mogą niczego zmienić dlatego, że te nieludzkie praktyki mają masowe poparcie społeczne? Proszę odpowiedzieć na to pytanie.

Philippe Lamberts (Verts/ALE), *réponse «carton bleu»*. – Monsieur Marek, je n'ai pas de réponse précise à cette question, tout simplement parce que je ne vis pas en Arabie Saoudite.

Ce que je sais, c'est que le régime d'Arabie Saoudite propage une forme d'islam qui est probablement la plus totalitaire et la plus fasciste du monde. Demande-t-on l'avis des citoyens en Arabie Saoudite? Je ne me souviens pas d'avoir entendu parler d'élections dans ce qui est une monarchie absolue. Je ne pense pas qu'on demande aux citoyens, et surtout aux citoyennes, saoudiens leur avis sur la question de savoir s'il est bien de crucifier, de décapiter ou de lapider. Je pense que peu d'êtres humains aiment et soutiennent ce genre de choses.

C'est en tout cas un régime avec lequel nous sommes alliés alors qu'en fait, il incarne l'État islamique qui a réussi. C'est le modèle que Daesch veut émuler.

Paul Nuttall, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, I would like to start by offering my condolences, on behalf of my Group, to the families and friends of those who were tragically slain in Paris. The attacks really brought home to us the danger that we face on our streets today.

If we are to deal with the greatest threat that we and our children face in this century – that of Islamic fundamentalism – we must resolve the situation in Syria. We must first realise who our enemy is, and who our enemy is not. We must not see foreign policy through the eyes of the student common room. We must realise that geopolitics is not black and white; there are very often grey areas, and we must be grown up enough to say that sometimes my enemy's enemy is my friend, just as we did in the Second World War with Joseph Stalin.

We need to put together a grand coalition of nations including not just the Western powers but also Russia, China, India and Muslim nations as well. We must come together to cut out the cancer of radical Islamism which brought carnage onto the streets of Paris and, I believe, will attempt to repeat the same evil on the streets of another European city sometime soon. We need to admit, too, that Bashar al-Assad is not a threat to global peace by comparison with the Islamism of Islamic State. But we must also look at ourselves and ask whether our policies have aided the terrorists – and sadly, the answer is yes.

This place is in denial. You are clinging to Schengen and freedom of movement of people, just as Neville Chamberlain clung to appeasing Hitler when it was obvious to all that this man could not be dealt with. The obsession with these policies, and the failure to admit that you have been wrong, are placing the lives of our citizens in danger. I warned in this Chamber six weeks ago – to howls of derision – that freedom of movement of people in Europe would, in the end, lead to freedom of movement of jihad, and, unfortunately, I was proved correct. We must take a hard look in the mirror and ask whether our tolerance is leading to intolerance – and again, the answer must be yes.

Last week I took a walk around the Brussels suburb of Molenbeek. I was saddened by what I saw, but unfortunately I was not surprised. It is a snapshot of everything that has gone wrong with the failed policies of political correctness and aggressive multiculturalism. It is a ghetto where many home-grown jihadists live, egged on by Saudi-sponsored Wahhabism.

So, if we are to take steps to solve the crisis that we face, we must first cut out its source – which is the problems in Syria – through a global coalition. But at the same time we must take preventive action at home by reinstating border controls and clamping down on Saudi-sponsored Wahhabism, which is a growing, clear and present danger within many of our communities.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Anna Elżbieta Fotyga (ECR), blue-card question. – Mr Nuttall, do you agree with me that in the past, appeasing Stalin brought enormous atrocities to other regions, like my region (Central and Eastern Europe), that and currently appeasing Putin brings atrocities to countries like Ukraine and other countries of Central and Eastern Europe as well?

Paul Nuttall (EFDD), blue-card answer. – If we did not do a deal with Stalin – and I am speaking as a historian here – then we would now probably be living in a Nazi- dominated Europe. So we had to do it; we did not really have a choice. Equally, at the same time, you talk about appeasing Putin. Putin is on our side. The real threat in the world today is Islamic fundamentalism. If we have to do a deal with the devil, we must do so to ensure that we cut this cancer out of our society.

Marine Le Pen, au nom du groupe ENF. – Monsieur le Président, mes chers collègues, la France a traversé une épreuve absolument épouvantable le vendredi 13 novembre. Je pense que le premier respect à avoir à l'égard des victimes consiste à nommer ce qui les a assassinés. Or, pas plus dans la bouche de nos dirigeants français que dans l'ensemble des interventions que j'ai entendues ce matin, je n'ai entendu nommer l'assassin. L'assassin, ce n'est pas le terrorisme. Le terrorisme, c'est l'arme qui est dans la main de l'assassin.

L'assassin, c'est l'idéologie qu'il porte et au nom de laquelle le terrorisme tue. C'est le fondamentalisme islamiste et vous devez le dire, car si vous ne le dites pas, si vous n'êtes pas capables de nommer l'ennemi, alors évidemment vous ne pourrez pas le combattre. Mais peut-être que cela gêne certains d'entre vous de le nommer. Parce que le nommer, cela oblige à remettre en question un certain nombre d'amitiés internationales. Cela oblige à se poser la question de savoir si, effectivement, on peut continuer à avoir comme alliés l'Arabie Saoudite et le Qatar. Cela oblige à se poser la question de l'ambiguïté de la Turquie à l'égard du fondamentalisme islamiste. Cela oblige à se regarder en face et à se dire que, oui, l'ensemble des accords internationaux que nous avons passés, des alliances internationales que nous avons passées, nous poussent en réalité à être aujourd'hui objectivement les alliés du fondamentalisme islamiste plutôt qu'à en être les ennemis.

Alors, je propose que l'on change ces alliances et je considère que tous ceux qui luttent contre le fondamentalisme islamiste doivent être considérés comme des alliés, sans aucune réserve. Cela passe évidemment par des pays musulmans qui luttent contre le fondamentalisme islamiste: l'Égypte, les Émirats arabes unis. Cela passe aussi, évidemment, par la Russie. Cela passe par l'Iran. Alors, dans le cadre de cette grande coalition, nous pourrions envisager d'être efficaces contre le fondamentalisme islamiste.

Mais, à bien des égards – je suis obligée de le dire aussi –, l'aliénation de la France à des politiques européennes imbéciles constitue aujourd'hui un obstacle au retour de la sécurité des Français. Au premier rang de ces politiques imbéciles, il y a la question de l'immigration massive qui est ancienne, qui est le terreau du communautarisme et la réponse aux questions que vous vous posez. Mais pourquoi y a-t-il des terroristes qui sont nés sur nos territoires, en Europe? Eh bien, parce que l'immigration massive a entraîné du communautarisme et que le communautarisme est le terreau dans lequel le fondamentalisme islamiste vient chercher et recruter ses futurs soldats.

La Commission européenne annonce que trois millions de migrants arriveront dans l'Union européenne l'année prochaine. Bien sûr que nous ne mettons pas un trait d'égalité entre les migrants et les terroristes. Mais il n'en demeure pas moins que ce que je dénonçais dans ce Parlement, au mois de septembre, à savoir l'infiltration de djihadistes au milieu des flux de migrants, est une réalité. Cette réalité a tué vendredi dernier. Vous pouvez faire semblant de ne pas voir cela, mais cette réalité est là et on ne peut pas ne pas en tenir compte. Continuer à laisser ces flux de migrants de manière incontrôlée alors que vous savez pertinemment que l'Union et que les pays frontaliers de l'Union sont dans l'incapacité totale de pouvoir contrôler quoi que ce soit, et encore moins l'identité de ceux qui arrivent, revient à se priver des moyens de lutter contre ce terrible danger.

Alors, je vous le dis, nous souhaitons retrouver nos frontières nationales. Nous n'avons pas confiance dans les frontières de l'Europe, qui sont une véritable passoire. Aujourd'hui, les frontières françaises sont à nouveau contrôlées de manière temporaire. Nous ferons tout ce qui est en notre pouvoir pour qu'elles soient contrôlées de manière absolument définitive.

Vous nous parlez de contrôles, de renseignement, mais quels contrôles? Les passeports qui sont détenus par les terroristes ne sont pas de faux passeports. Ce sont de vrais passeports délivrés par l'État islamique dans les administrations dont ils ont pris le contrôle, en Syrie. Cela aussi, c'est une réalité qu'il faut regarder en face.

De la même manière, vous nous avez imposé l'austérité. Cette austérité nous a obligés à nous désarmer. C'est à cause de l'austérité que l'Union a imposée aux pays que nous avons moins de militaires, que nous avons moins de policiers, que nous avons moins de gendarmes, que nous avons moins de douaniers. Nous ne voulons plus de votre politique d'austérité. Nous ne voulons plus que ce soit vous qui décidiez quelle est la priorité dans notre budget. Nous voulons, là encore, retrouver notre souveraineté budgétaire pour décider qu'il est plus utile pour nous, aujourd'hui, d'accorder une priorité budgétaire à la sécurité de notre territoire. C'est nous qui voulons décider de cela!

Depuis le 13 novembre, l'état d'esprit des Français a changé. Les institutions européennes doivent comprendre que, pour nous, rien ne sera plus jamais comme avant. La folie migratoire, la haine des frontières, l'obsession «austéritaire», les mauvais choix en matière d'alliances internationales sont devenus des dangers clairement identifiés par les Français. Une minorité grandissante partageait nos vues sur ces sujets. Nul doute que le regard est désormais très majoritairement lucide. Nous n'aurons de cesse de dénoncer ces dangers pour défendre la sécurité du peuple français face aux actions que je considère criminelles des institutions européennes.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, durant des décennies, en effet, la majorité de ce Parlement, les gouvernements des États membres et la Commission européenne ont encouragé l'immigration massive de populations trop souvent hétérogènes par rapport à nos peuples, nos valeurs, notre histoire, nos aspirations. La société multiculturelle est une société multi-confliktuelle.

Vous avez encouragé l'attribution de notre citoyenneté y compris à des gens qui n'en étaient pas dignes et qui ne l'avaient pas demandée. Vous avez exigé le maintien sur nos territoires de ceux qui étaient même coupables de délits et de crimes, dont le comportement aurait dû conduire à leur expulsion immédiate et définitive. Vous avez détruit les frontières que vous voulez, aujourd'hui, dans la précipitation et la confusion, restaurer de manière au moins provisoire. Vous avez toléré, voire financé, des activités de prosélytes, d'extrémistes islamistes interprétant leurs textes sacrés comme justification de leurs appels au crime.

Vous recueillez aujourd'hui les fruits amers de vos politiques. Croyez-vous vous exonérer de vos responsabilités par l'expression de votre compassion?

Vous croyez agir en imposant un fichage de tous les passagers aériens dont les compagnies gardent déjà la trace, en désarmant les chasseurs ou les citoyens honnêtes, comme si les terroristes avaient fait enregistrer leurs armes auprès de l'administration.

Les informations, nous les avons, ce dont nous avons besoin c'est d'actions mais vous n'en êtes plus capables.

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Alain Lamassoure (PPE). – Madame le Président, au nom de la délégation française du groupe du parti populaire européen, je voudrais exprimer ma gratitude envers tous nos collègues, envers nos partenaires, envers la présidence, Monsieur le Ministre, et la Commission pour leurs témoignages de sympathie.

Après la crise migratoire, le terrorisme islamiste nous fait toucher du doigt, d'une part, l'impuissance de nos États lorsqu'ils veulent agir seuls et, d'autre part, une des faiblesses fondamentales de l'Union européenne. Même lorsqu'elle a la compétence juridique, elle n'a pas les moyens administratifs et encore moins les moyens financiers d'appliquer directement elle-même. Elle doit s'en remettre à la bonne volonté des États membres et de leurs services, et c'est là que tout s'enlise.

En ce qui concerne la lutte contre le terrorisme, le premier plan d'action a été adopté après le 11 septembre, il y a 14 ans. Où en est-on? On a créé un coordonnateur européen pour la lutte antiterroriste. Il n'a ni personnel, ni budget. Pire, nous nous sommes dotés de moyens efficaces et nous découvrons aujourd'hui qu'ils sont tous scandaleusement sous-utilisés par les services des États membres. C'est le cas d'Europol, c'est le cas d'Eurojust, c'est le cas du fichier d'informations SIS II, que nous avons mis pourtant sept ans à mettre au point ensemble. Quant au PNR, je constate qu'on se rejette la responsabilité. J'espère qu'on n'attendra pas le prochain attentat.

En conclusion, nous sommes capables de légiférer par beau temps. Ce Parlement aime donner des leçons de morale au monde entier par tous les temps, mais lorsqu'il y a des crises graves, nous ne sommes capables ni de les prévenir, ni de les gérer. Nous avons besoin d'une Europe politique. Organisons-la, organisons-nous pour faire de la politique et pas seulement des bons sentiments.

Pervenche Berès (S&D). – Madame la Présidente, je veux d'abord remercier tous les collègues qui ont adressé à la délégation française des messages de solidarité avec la République française et remercier aussi les collègues qui, ici, au Parlement européen, ont permis que l'hymne national, la Marseillaise, retentisse dans notre hémicycle.

Mais à ceux qui confondent l'identité française et la question migratoire, à ceux qui oublient que l'identité française est liée à l'accueil, je veux rappeler les propos du président de la République devant le Parlement grec lorsque, en visite officielle, en octobre dernier, il rappelait que nous devons nous adresser à l'intelligence des peuples et non pas exciter leurs peurs.

En ce sens, nous devons être solidaires par rapport à ce qui s'est passé à Paris, à Saint-Denis, mais aussi à Beyrouth, à Bamako ou à Tunis. Nous devons apporter une réponse européenne à cette situation. Nous avons besoin de davantage de sécurité intérieure, de sécurité extérieure, de davantage de solidarité intérieure, de davantage de solidarité extérieure.

Solidarité intérieure – il s'agit bien sûr du PNR. Nous sommes mobilisés pour l'obtenir et j'espère que, d'ici la fin de l'année, plutôt que de mettre de l'huile sur le feu, nous parviendrons à cet accord nécessaire, qui est un élément du dispositif, nous le savons.

Concernant la sécurité extérieure, la demande française de mobilisation, pour la première fois, de l'article 42, paragraphe 7, nous montre combien nous avons besoin de progresser pour mettre en place une Europe de la défense et ne pas subir, impuissants, la désintégration à nos côtés de l'État syrien. Mobilisation d'une politique étrangère.

Solidarité intérieure, parce que nous ne pouvons pas laisser se développer une situation où la menace terroriste et les failles du système détricotent trop vite des accords obtenus laborieusement entre les États membres et engendrent et fertilisent les amalgames. Il ne faut pas oublier l'essentiel: les réfugiés syriens sont d'abord les victimes du même ennemi que le nôtre, à savoir Daech.

Nous devons aussi veiller à ce que nos politiques économiques assèchent le terrain sur lequel recrutent les terroristes dans nos quartiers, dans nos territoires.

Enfin, solidarité extérieure, parce que, comme l'a dit ici la chancelière Merkel, nous devons aussi repenser notre politique pour que, dans ces pays, l'État puisse se constituer, la démocratie exister et les gens vivre en disposant d'une perspective de vie dans des conditions décentes.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Antonio Tajani (PPE), Domanda «cartellino blu». – Oggi è la Giornata mondiale contro la violenza sulle donne. Non crede che anche nella lotta contro il terrorismo si debba investire e fare di più, da parte dell'Europa, a livello culturale, per fare in modo che non accada in Europa ciò che accade, purtroppo, in molte realtà dove regna il fondamentalismo islamico: rispettare la donna, permetterle di vivere come vivono tutte le donne europee dovrebbe essere una priorità. Io credo che si debba anche sconfiggere quella cultura che porta ad avere la polizia femminile a Raqqa e ad avere donne in gabbia vendute per 10 dollari ai combattenti dell'Isis.

Pervenche Berès (S&D), *réponse «carton bleu»*. – Il est sûr que le carton bleu de M. Tajani répondait à mon intervention, mais je veux partager avec lui cette conviction qui est que lorsque les diplomates n'ont pas vu en Afghanistan la situation des femmes se dégrader, et ont mis trop longtemps à comprendre que lorsque la situation des femmes est atteinte, c'est toute la civilisation qui est atteinte. Nous continuons à en payer le prix. Je suis donc, chers collègues, tout à fait d'accord pour dire que la question du statut de la femme est aussi un élément sur lequel les démocraties doivent être mobilisées sans discontinuité.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Słabną struktury polityczne świata arabskiego, na naszych oczach siłę zyskuje radykalny islamizm odpowiadający za akty terroru w Iraku, Syrii, w Izraelu, Libanie, Libii, w Mali, Tunezji, a ostatnio również na terytorium Unii Europejskiej wielokrotnie, we Francji – w tym ostatnio w Paryżu – i w Kopenhadze. Składam kondolencje rodzinom wszystkich ofiar i bliskim, niezależnie od ich narodowości i wyznania. Uważam, że ta sytuacja wymaga naszej wielkiej mobilizacji i solidarności, współdziałania najściślejszego stolic, uruchomienia możliwości wspólnotowych. Kwestionuję jednak konstruktywną rolę państw takich jak Rosja ze względu na ich zaangażowanie agresywne w sąsiedztwie i działania wobec własnego społeczeństwa.

(Mówczyni zgodziła się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie „niebieskiej kartki” (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Liisa Jaakonsaari (S&D), *sinisen kortin kysymys*. – Sanoitte aivan lopussa että, kyseenalaistatte sellaisen maan kuin Venäjän roolin. Eikö nyt olisi erittäin hyvä nähdä, että juuri näiden järkyttävien tapahtumien jälkeen maailma, Yhdysvallat, Euroopan unioni, Venäjä, jopa Saudi Arabia ovat löytämässä ehkä yhteistä tiekarttaa. Ja ymmärretään se, että terroristijärjestöt ovat globaaleja. Siksi politiikankin täytyy olla globaalia. Miksi syyllistätte nyt Venäjää, joka on osoittanut toimivansa rakentavasti?

Anna Elżbieta Fotyga (ECR), *blue-card answer*. – Yes, I question the role of Russia, because there is a record of inspiring terrorist activity by the current regime of Russia towards members of its own society, as well as in the neighbourhood. For example, there are the so-called 'green men' in Ukraine.

Marielle de Sarnez (ALDE). – Madame la Présidente, je veux tout d'abord, au nom des collègues français de mon groupe, vous remercier chacune et chacun pour vos messages d'amitié et de soutien qui nous ont fait chaud au cœur.

Paris a été touchée dans ce qu'elle a de plus précieux: sa jeunesse. Ce sont ses enfants qui ont été blessés, ses enfants qui ont été assassinés. Paris souffre, mais Paris continue de vivre et de se tenir debout grâce à la solidarité, à l'unité de ses habitants, du pays tout entier et de l'Europe.

Que veulent ces terroristes qui ont choisi de devenir les ennemis de notre société, de nos valeurs, de notre mode de vie? Ils veulent que la vie s'arrête. C'est pourquoi nous continuerons de vivre. Ils veulent la guerre entre nous. C'est pourquoi nous ne renoncerons en rien à la compréhension mutuelle. Et ils veulent que nous ayons peur. C'est pourquoi il faut prendre toutes les décisions pour protéger, protéger vraiment, et défendre, défendre vraiment nos concitoyens!

C'est ce que nous attendons, ce que nous exigeons des dirigeants européens, des chefs d'État et de gouvernement. Car, nous le savons, la menace est là. Elle est sérieuse et elle est durable. L'urgence est à la constitution d'une Europe de la sécurité et du renseignement. Un vrai PNR européen, la mise en commun des données des personnes suspectées de terrorisme, la création d'un fichier recensant les combattants étrangers, des contrôles systématiques aux frontières extérieures de Schengen sont des mesures attendues par tous, le terrorisme n'ayant pas de frontière.

L'urgence est à la mobilisation contre le fanatisme totalitaire qui tue, torture, décapite, crucifie, viole. Les grandes puissances, États-Unis, Russie, Union européenne, et les puissances régionales, dont la Turquie et l'Iran, doivent s'unir pour intensifier la lutte contre l'État islamique. Mais, en même temps, et c'est essentiel, elles doivent travailler à une perspective de solution politique pour stabiliser la Syrie.

Tunis, Bamako, Paris, Beyrouth, Charm el-Cheikh, Bagdad, Ankara, la liste des derniers attentats est longue, trop longue. Les temps que nous allons vivre vont être difficiles. Ils nécessiteront que les dirigeants européens soient à la hauteur des événements et que les peuples européens restent unis, solidaires et debout.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

David Coburn (EFDD), blue-card question. – I just want to say that I sympathise with the French people tremendously but, Ms de Sarnez, you and Mr Verhofstadt seem to think that the answer to this is to set up a pan-European police state. I do not think that. I think that the various nations should work together – the various security authorities of the various states should work together. But we should not have a pan-European police state. Do you agree with me on that? I am sure such was not your intention.

Marielle de Sarnez (ALDE), réponse «carton bleu». – Ce que nous devons aux victimes, chers collègues, ce que nous devons aux 130 morts de Paris et aux centaines de blessés, c'est une réponse caractérisée par la fermeté et une garantie de la sécurité de nos concitoyens. La première des libertés, c'est la sécurité.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL). – Madame la Présidente, Monsieur le Président, permettez-moi tout d'abord de m'incliner une nouvelle fois devant les victimes des crimes commis à Paris et à Saint-Denis, ainsi que celles du Liban, du Yémen, du Mali, de Tunis, les touristes de l'avion russe, les victimes d'Ankara, celles du Cameroun, mais aussi celles de Syrie, d'Iraq et d'ailleurs. Je veux aussi remercier toutes celles et ceux d'entre vous qui ont adressé des messages de solidarité à la France après la folie meurtrière qu'elle a subie. Nous sommes toujours et encore accablés, bouleversés, meurtris par ces vies volées dans la fleur de l'âge, par le massacre de cette jeunesse belle, ardente et souriante, tombée sous le feu du fanatisme sanglant.

Notre impérieux devoir, aujourd'hui, est de faire vivre la solidarité humaine, l'unité citoyenne, de tout faire pour que nos concitoyens de religion musulmane ne soient pas confondus avec l'obscurantisme assassin. Notre devoir est de faire percevoir que les réfugiés ne sont pas la cause du terrorisme, mais qu'ils en sont les premières victimes. Notre devoir est de contribuer à la sécurité et à la protection de nos concitoyens, en ayant à l'esprit que la sécurité sera d'autant plus forte que les libertés et la démocratie seront préservées. Notre devoir est de réfléchir au passé, aux causes qui ont pu produire ces abominations. Parmi celles-ci, les guerres qui ont détruit l'Iraq, puis la Libye. Les alliances troubles avec les pourvoyeurs et les financiers des nouveaux fascismes, les réorientations actuelles des stratégies politiques, diplomatiques et militaires, en les plaçant sous l'égide de l'ONU, sont des premiers pas. Mais il est temps de faire sortir les monarchies du Golfe et la Turquie – qui a abattu hier un avion russe qui combattait Daesch – de leurs jeux troubles et de soutenir clairement les forces kurdes qui agissent sur le terrain pour faire reculer l'État islamique.

Il faudra tirer un enseignement du rôle positif des services publics et donc sortir des rationnements budgétaires actuels. L'heure est à l'investissement humain dans les biens communs de la police, de la santé, des douanes, de la justice, les collectivités locales, l'éducation et la culture. En même temps, il nous faut repenser la coopération européenne en matière de sécurité et de justice pour la rendre efficace.

Enfin, il n'y aura pas d'issue si on ne donne pas une nouvelle espérance au peuple, voilà pourquoi l'Union européenne devrait prendre l'initiative de grands plans de reconstruction et de codéveloppement euro-méditerranéens et euro-africains dans le domaine des infrastructures et des services, afin de permettre au peuple d'accéder au bien commun humain. Songeons que si nous arrêtons les dépenses militaires durant une seule semaine, cela permettrait à tous les enfants d'accéder à l'école. Partout dans le monde, depuis quelques jours, la Marseillaise, notre hymne national français, retentit. Qu'avec lui vive partout, dans le congrès des vies, le triptyque de notre République: liberté, égalité, fraternité.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), question «carton bleu». – Madame la Présidente, je veux demander à notre collègue, M. Le Hyaric, si après toutes ces attaques terroristes survenues en Europe, il ne serait pas temps peut-être d'établir une agence antiterroriste de l'Union européenne, avec des services de renseignement qui lui seraient propres et des forces militaires antiterroristes spécialisées?

Convenez-vous, Monsieur Le Hyaric, que le moment est venu de le faire?

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), réponse «carton bleu». – Monsieur Frunzulică, ce que je constate, c'est qu'il y a eu à deux reprises, la première fois sous la responsabilité de M. Solana, des dispositions telles que celles que vous êtes en train d'énoncer. Je crois que ces dispositions avaient été révisées en 2008 et nous ne sommes pas aujourd'hui en mesure de coordonner nos services de renseignement et de sécurité.

Par conséquent, oui, il faudrait une coopération européenne, mais pas seulement un dispositif sécuritaire. La sécurité, oui! Le sécuritaire, je ne crois pas que ce soit la bonne voie. Cela passe aussi par le développement humain, comme je viens de le dire tout à l'heure.

Michèle Rivasi (Verts/ALE). – Madame la Présidente, chers collègues, je tiens tout d'abord à remercier tous les collègues qui nous ont apporté leur soutien face à l'horreur que la France a connue. Nous partageons aujourd'hui le deuil des familles et des proches des victimes, la douleur et le choc des blessés. Nous partageons l'horreur qui a frappé les Français, mais qu'ont également connue d'autres pays, victimes de la barbarie, comme la Tunisie hier. Je remercie, pour leur travail dévoué et leurs efforts acharnés, tous les services publics. Nous devons également saluer la solidarité dont ont fait preuve des citoyens qui ont prêté secours à de parfaits inconnus, qui ont ouvert leurs portes à ces étrangers qui cherchaient refuge dans le chaos.

Mais certaines prises de paroles dans cet hémicycle ne me paraissent pas à la hauteur. Certaines réactions sont nauséabondes, visant à utiliser ce drame à des fins politiciennes pour attaquer leur adversaire politique. Vous brandissez nos valeurs – liberté, égalité, fraternité – sans reconnaître la solidarité qui les sous-tend, sans saisir le message humaniste d'une nation qui, frappée par la haine, a répondu par la tolérance.

Pour agir avec efficacité, interrogeons-nous sur le monde dans lequel nous vivons et que nous façonnons avec nos lois. La radicalisation, la haine, les guerres ne naissent pas du néant, il y a un terreau fertile pour le djihadisme: les inégalités et l'oppression qui se font chaque jour plus fortes. C'est également une société dans laquelle certains désignent comme boucs émissaires ces réfugiés qui fuient des actes tout aussi insoutenables que les attaques du 13 novembre. Alors, en guise de réponse sur notre territoire, on veut nous enfumer à coup d'annonces aussi symboliques qu'inefficaces: déchéance de nationalité, multiplication des lois de surveillance généralisée. On nous fait perdre un temps précieux à convaincre l'opinion publique que ces gadgets sécuritaires sont la solution au risque terroriste.

Je n'aurais pas de mots assez durs pour dénoncer le manque de coopération qui a permis à l'intolérable d'arriver. Déjà en janvier, les chefs d'État et de gouvernement nous promettaient plus de coopération, de coordination entre services policiers et judiciaires. Pourtant, dix mois plus tard, ils viennent nous répéter la même promesse, alors même que nous avons la preuve que le partage d'informations entre la France, l'Allemagne et la Belgique aurait peut-être permis d'éviter ce macabre vendredi 13. Quelle ironie d'apprendre que c'est grâce à des États tiers que les autorités françaises ont pu retrouver les complices des terroristes! Décloisonnons nos services de renseignement, partageons nos informations, européanisons la lutte contre le terrorisme, créons un parquet européen, luttons sérieusement contre le trafic d'armes et attaquons-nous au financement illicite du terrorisme. Soyons enfin lucides.

Quant à notre politique extérieure, la France et les États européens ont trop longtemps soutenu des liaisons dangereuses avec le Qatar et l'Arabie saoudite, et je voudrais terminer en disant que notre démocratie, qui est leur cible, doit être notre arme.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Gilles Lebreton (ENF), *question «carton bleu»*. – Madame Rivasi, vous avez tenu des propos fort intéressants et je les partage dans une certaine mesure, notamment lorsque vous dénoncez les liaisons dangereuses que nous avons entretenues avec le Qatar et l'Arabie Saoudite.

Néanmoins, vous avez aussi tenu des propos plus obscurs et pour moi plus inquiétants sur le terreau favorable au développement du terrorisme en Europe.

Aussi, je vous pose la question sans détours: accusez-vous le Front national d'être pour quoi que ce soit dans le développement du terrorisme islamiste en France?

Merci de donner une réponse claire.

Michèle Rivasi (Verts/ALE), *réponse «carton bleu»*. – Monsieur Lebreton, écouter le Front national, vous ramenez tout à cela. Mais il y a plus important que le Front national. Il y a eu un sentiment d'exclusion chez ces populations. C'est un échec au regard de l'intégration qui aurait été possible au niveau des différentes banlieues et de différents territoires. C'est là qu'on observe un terreau favorable à l'exclusion susceptible de conduire au djihadisme.

President. – Colleagues, please could I just say that, because of the importance of the debate, I have allowed a blue card. But I just want to say that it may be impossible to allow blue cards for every single speaker because we do have a formal sitting at 12 noon. So I would ask you to respect that.

Joëlle Bergeron (EFDD). – Madame le Président, mes chers collègues, après l'horreur, le deuil et le chagrin, un homme politique a le devoir d'affronter la réalité avec lucidité. Il est temps de prendre conscience de l'angélisme paralysant qui caractérise une partie de ce Parlement. J'en prends pour exemple ce qu'a relevé M. Verhofstadt, à savoir le blocage depuis quatre ans du dossier PNR sous prétexte du respect de la liberté individuelle. Mais trop de liberté tue la liberté et nuit aux droits de l'homme.

Il serait temps aussi de nommer les choses par leur juste nom. Pourquoi parler de Daesch? Ce nom exotique reste nébuleux et ne rend pas compte de la réalité.

Le criminologue, M. Alain Bauer, l'a souligné fort justement. L'appellation «État islamique» rend compte exactement de la réalité. Nous avons affaire à un État et cet État fait massacrer au nom d'une religion. C'est au nom de cette religion qu'il détruit nos trésors de civilisation, qu'il massacre ses propres compatriotes et c'est par haine religieuse qu'il tue notre jeunesse qui est coupable d'aimer la musique et le vin. Il hait notre liberté de croire ou de ne pas croire en Dieu.

Aussi stupide qu'elle fut, ce n'est pas l'intervention de l'Amérique de Bush en Iraq, en 2003, qui a créé le chaos. Cette intervention n'a servi que d'allumette. C'est un feu qui couvait depuis longtemps. La colonisation de peuplement qui submerge la France est idéologiquement et politiquement organisée par nos gouvernements depuis plus de trente ans. Il n'est pas étonnant que l'État islamique recrute ses terroristes chez nous.

Quelles sont les réponses aux frappes de ces États en Syrie? Je ne suis pas certaine que ces frappes en Syrie calment les jeunes de nos banlieues, jeunes islamistes radicaux révoltés. Nous avons un problème d'immigration. C'est une immigration non maîtrisée et non assimilée qui met en péril l'équilibre de nos sociétés. Le dire n'est ni raciste ni xénophobe.

Nous devons dénoncer la complaisance de nos gouvernants envers le Qatar, tout le monde l'a dit ici, et envers l'Arabie Saoudite. Sous prétexte de juteux intérêts commerciaux, nous traitons en partenaires des États qui prônent l'islam radical et qui ont le cynisme de refuser d'accepter les migrants, même musulmans...

(La Présidente retire la parole à l'oratrice)

Marcel de Graaff (ENF). – Mijn medeleven gaat uit naar de vele slachtoffers van terreur in Parijs en hun nabestaanden. Niet alleen de Franse burgers zijn geschokt, maar alle Europese burgers.

Men noemt de daders criminele terroristen of extremisten. Ik zeg u, Voorzitter, dit waren geen gewone criminelen of extremisten. Dit waren goed opgeleide burgers met een normale baan. Het waren vrome moslims gedreven door een ideaal, het ideaal van de wereldwijde islam. Het waren martelaren voor de glorie van Allah, helden van de godsdienst van vrede. Zo worden ze gezien in eigen kring en zo worden ze gezien door het grootste deel van de moslims in de wereld. Het probleem is niet IS. Het probleem is de islam. De islam is niet te verenigen met onze westerse waarden en ik stel dit Parlement de gewetensvraag: wilt u in de EU de dominantie van onze westerse waarden garanderen? Dan moet u de islam bestrijden. We moeten stoppen met de buitenlandse financiering van moskeeën, haatimams uitzetten en de nationale grenzen voor islamitische landen sluiten. Doen we dat niet, dan is de volgende aanslag slechts een kwestie van tijd. Het is aan u.

Diane Dodds (NI). – Madam President, the recent attacks in Paris serve as a brutal reminder of the dangers from terrorism right in the heart of Europe. In my own constituency, the Paris attacks have cast the minds of our people back to the days when IRA terrorists bombed our capital city. Having endured this threat for many years, the message from the people of Northern Ireland to Paris and France is: we stand with you in solidarity and vow to work with you to combat the evil of terrorism.

I also hope that the Sinn Féin Members of this House will have the decency to apologise for the intervention made by their party colleague when he stated that he did not consider ISIS to be terrorists. What a repugnant view to hold!

This fight can only be won by tackling the infrastructure of terror and the radicalisation of youth with a strong coalition of those dedicated to the cause of democracy and freedom and a clear strategy to win. I and my party await such a strategy to be outlined by our own Prime Minister and will not be found wanting if such a strategy will deliver clear actions against the terrorists. Let us stand together to defeat such evil and support the victims of terror.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL). – Madame la Présidente, c'est la deuxième fois en deux jours que M^{me} Dodds insulte nos collègues du Sinn Féin et les diffame. Nous vous demandons donc une nouvelle fois que cette question soit portée devant le Bureau du Parlement. Il est inadmissible que des collègues se fassent insulter et diffamer dans le cadre d'un débat démocratique.

President. – We note your comments. Colleagues have the option of replying to catch-the-eye, but we note your comments and take them on board.

Esteban González Pons (PPE). – Señora Presidenta, los terroristas nos atacarán, pero no nos vencerán si mantenemos la cooperación internacional; si mantenemos la unidad de todas las fuerzas políticas; si respaldamos lo que hacen los policías, los jueces y los fiscales; y si respetamos la dignidad de las víctimas del terrorismo. El dolor de las víctimas deslegitima cualquier intento de justificación de la violencia.

El Estado Islámico es una amenaza internacional. No pregunta si somos del norte o del sur, de izquierdas o de derechas, para matarnos. Para ellos somos culpables, somos infieles por el mero hecho de ser libres, y por eso merecemos morir. El yihadismo es una ideología, no es una religión. El yihadismo odia la libertad, por eso todos los que amamos la libertad debemos estar contra el terrorismo, unidos por la libertad y por la vida, sea cual sea nuestra religión. Y debemos ser constantes. No podemos legislar a golpe de atentado. Cuando dejan de matar, nos relajamos. Nos parece que se han ido, pero nunca se marchan, siempre están ahí. Si no matan más es porque no pueden matar más, no porque no quieran matar más.

Nosotros tenemos que tenerlo presente: ellos siempre están preparando su próximo atentado. Y nosotros siempre deberíamos estar preparando nuestra próxima ley contra ellos.

Señorías, libertad y seguridad no son términos antagónicos. No existe libertad sin seguridad, no existe libertad que no deba estar asegurada. La seguridad es la garantía de la libertad del pueblo europeo.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señora Presidenta, viniendo de Madrid, la ciudad que sufrió el mayor atentado en territorio europeo, cabe preguntarse, una década después, cuánto hemos aprendido y cuánto hemos avanzado en la prevención y en la lucha contra el radicalismo y contra el terrorismo. La respuesta es que no ha sido suficiente, que no hemos avanzado ni aprendido lo necesario.

No ha sido suficiente en lo que se refiere a la información: seguimos sin compartir la información necesaria para atacar el terrorismo. No ha sido suficiente en lo que se refiere a cortar las fuentes de financiación de los grupos terroristas. No ha sido suficiente en la respuesta social: las políticas de austeridad han dañado todavía más la educación, la integración, los servicios sociales, los servicios públicos...

No ha sido tampoco suficiente para estructurar una política exterior común de la Unión que responda coherentemente a los conflictos, donde se alimentan estas radicalizaciones y estos grupos terroristas. Tampoco hemos hecho lo necesario para construir una respuesta europea.

De hecho, hoy nos presenta el Consejo una serie de medidas que apoyamos, pero muchas de estas medidas estaban al alcance de la mano de los Estados miembros, que no las han utilizado.

Existe una estrategia antiterrorista desde 2015. Existe un coordinador de la lucha antiterrorista. Existe Europol. Existe Eurojust. Existe el COSI. Por tanto, utilicemos lo que tenemos y pongamos en marcha los instrumentos nuevos.

Pero, si solo tenemos una respuesta nacional, los terroristas utilizarán los vacíos de seguridad que hay entre los Estados. Si solo reaccionamos ante los atentados, ellos determinarán la agenda y el momento en que nos hacen más daño.

Si no somos capaces de evitar la lucha partidista, caeremos en la lucha de los valores europeos y no seremos capaces de asegurar su vigencia.

Mark Demesmaecker (ECR). – Sta mij toe te spreken als Vlaming die een groot deel van zijn jeugd in Brussel en rond Brussel heeft doorgebracht. “Mijn Brussel, ik zit in je binnenzak. Een warme jas, je binnenstad.” Het zijn de beginwoorden van een populair Vlaams lied dat me nog altijd koude rillingen bezorgen, want mijn jeugd ligt voor een belangrijk deel daar in de nauwe straatjes van Brussel. En mijn hart bloedt als ik hoor dat de aanslagen in Parijs mee opgezet en gepland werden in Molenbeek.

De vraag is niet wat er is misgelopen. De vraag is: waar te beginnen? Een verkeerd Belgisch en Europees asiel- en migratiebeleid in combinatie met inefficiënte lokale structuren. Brussel, een stad met 1,1 miljoen inwoners, apart gewest, eigen parlement en regering. Daarnaast heeft de stad 19 burgemeesters en zes politiezones - jawel, u hoort het goed - gecombineerd met een electorale politiek gekenmerkt door *laissez-faire laissez-passer*, die voorrang kreeg op de noodzaak aan inburgering en integratie. Radicalisering en criminelen vonden hier makkelijk hun Europese uitvalsbasis.

De tijd van doelbewust niets doen is voorbij. Er moet prioriteit worden gegeven aan de veiligheid, de aanpak van het radicalisme, de aanpak van de georganiseerde criminaliteit en de illegale economie. Voor de strijd tegen internationale terreur kijken we ook naar de Unie, met sterke lidstaten die samenwerken. We moeten dringend af van het hoge “droomfabriekgehalte” van de Europese Unie. Bescherming van onze burgers begint aan de buitengrenzen van de Unie. Wanneer we daarvan afzien, dan is deze Unie ten dode opgeschreven.

Sophia in 't Veld (ALDE). – Madam President, after every attack, like everybody else, I feel grief, shock, horror, and anger at the murderers. I also feel mounting frustration because what follows is a familiar ritual by now. First, we get a lot of solemn statements about our shared values (but quite frankly, I have heard some statements here that make me doubt whether we have shared values). Then we hear a lot of solemn statements about democratic values, fundamental rights and the rule of law. Much of this is lip service, because a raft of new measures is announced after every single attack, but their effectiveness is doubtful. The Council and Commission have so far refused an evaluation on the basis of Article 7, as requested by this House. Maybe now they will finally do it.

Implementation of the measures by the Member States is patchy and inadequate. Then there is a near obsession with electronic mass surveillance – whereas what is needed is much more investment in human intelligence, in people on the ground who know what is going on in the *banlieues* and in Molenbeek. Why do we tolerate the existence of ghettos in our cities that are no-go areas for the police – where the police do not even dare to get out of their cars – so they cannot know what is going on? Let us start investing in human intelligence.

Lastly, with regard to the passenger name record (PNR) proposal, I am asking the Council and the Commission to stop the campaign of lies. It is a lie to suggest that this House, or even – as is sometimes claimed – the centre-left groups in it, are blocking a PNR system. We have voted, we are committed, we are working on this issue: but commitment does not mean a blank cheque, ok? This is democracy: we are entitled to our views. We are negotiating, and now it is for the Council to move. The ball is in their court.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL). – Madame la Présidente, je remercie les collègues et les institutions qui se sont joints à nous, Français, dans l'épreuve.

La France, mes chers collègues, a toujours vaincu ses agresseurs et elle le fera une fois de plus à cette occasion. Sans se perdre dans les fantasmes sécuritaires et, je l'espère, sans perdre de vue les principes qui animent le meilleur de son histoire républicaine.

Dans le moment que nous vivons, la vertu principale, me semble-t-il, est le discernement. Nous gagnerions, ici comme ailleurs, à ne pas parler de guerre de civilisation, car ce que nous vivons n'est pas une guerre de civilisation pour la raison que Daesh n'est pas une civilisation mais un totalitarisme. Ce n'est pas une guerre de civilisations car ce ne sont pas des guerriers que nous affrontons mais de lâches assassins qui agressent des gens sans défense et par surprise.

Quant au discernement, l'islam n'est pas plus impliqué dans cette affaire que n'importe quelle autre croyance. Une fois de plus, le fondamentalisme religieux est le masque d'une guerre pour l'argent et par l'argent.

Il faut aussi renoncer à stigmatiser la pauvreté comme source du crime. Le crime n'a pas d'origine sociale. Le crime a une origine idéologique et humaine. Il part de tous les milieux. Il serait bon que l'on n'aille pas montrer du doigt de façon aussi grossière tel ou tel quartier quand les enfants des riches comme ceux des pauvres peuvent être emportés par la folie de la mort. Et s'il faut faire un point, ici, souvenons-nous de la responsabilité qui a été prise par tous ceux qui ont voulu l'affaiblissement des États dans leurs missions régaliennes. Dans mon pays, il y a 12 000 policiers de moins, les effectifs de l'armée ont été réduits de 20 %. Tout cela constitue l'une des causes ayant contribué au manque de moyens pour parer les coups que nous allons prendre.

Il faut en finir avec cette politique d'affaiblissement du service public. Comme on l'a dit, il faut en finir avec cette cécité et cette amnésie bienveillantes à l'égard de tels ou tels pays qui ne font que pratiquer en grand et avec les institutions de l'État ce que font un groupe comme Daesh et d'autres.

La cause du terrorisme se trouve dans les guerres entre les puissances pour contrôler une zone du monde où se contrôle et où se produit une richesse immense. C'est donc en faisant cesser la guerre que l'on fera cesser le terrorisme. Ce n'est pas en fichant toute la population de l'Europe que l'on apprendra quoi que ce soit de plus que ce que l'on sait déjà sur le risque qu'elle contient. La cause du terrorisme est dans la guerre. C'est la guerre qu'il faut faire cesser. La cause du terrorisme est dans l'argent. Ce sont ces circulations qu'il faut faire cesser.

Je me prononce pour une coalition universelle, car c'est l'humanité universelle qui est mise en cause; une coalition universelle sous l'autorité et l'égide du seul organisme qui ait une compétence universelle: l'ONU.

Dans ce moment, mettons en partage la devise des Lumières appropriée par ma patrie et proposée à l'humanité tout entière: «liberté, égalité, fraternité»; pas «PNR pour tout le monde»!

Jan Philipp Albrecht (Verts/ALE). – Madam President, the recent terrible attacks have not been the first in Europe. We knew about the threat, and we owe it to the victims to reconsider if our actions are delivering effective security or not. Already after 9/11, joint investigation teams were set up under Europol and Eurojust to enforce the cooperation of the Member State authorities. However, for 14 years this has barely been used, and there is no money, no personnel and no political will from the Member States to strengthen European cooperation, in particular for going after terrorist suspects in Europe.

In Europol, information sharing is almost dysfunctional, as large numbers of Member States do not share information on known suspects and risks. If this were different today, we would perhaps have prevented a number of recent attacks. But instead of learning from our mistakes, we just go on with the same ineffective measures we have taken. The current proposal by the Council on an EU PNR directive is in fact an extraordinarily expensive model of 28 silos full of completely irrelevant information on innocent travellers. At the same time, we have already known for years who is on which plane in Europe, but we did not follow up on alerts regarding known suspects travelling to Syria and back to the European Union. This is why we need to focus. We need targeted information-sharing and joint investigations. This is what we should deliver and spend our money on – nothing else.

Laura Ferrara (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, dopo gli attacchi di Parigi, che tutti condanniamo fermamente e senza riserve, il rischio che la paura torni a dettare la linea politica in Europa e lo faccia nel modo sbagliato è alto. Dichiarare guerra al terrore con altra guerra e con altro terrore non è la soluzione. È dall'11 settembre statunitense che alle azioni militari sono seguite nuove vittime, nuovi gruppi terroristici, destabilizzazione nelle aree del mondo e flussi migratori.

La storia ci insegna che la gran parte delle organizzazioni terroristiche viene neutralizzata grazie a processi politici diretti ad eliminare ogni forma di sostegno ai gruppi terroristici e non attraverso l'uso diretto della forza militare. La minaccia terroristica oggi non proviene solo dall'esterno ma si annida dentro l'Europa: abbiamo visto che diversi responsabili degli attacchi risultano essere di giovane età, cittadini europei che sono nati qui, che vivono qui, e che sono anche i fattori economici e sociali responsabili dell'esclusione sociale, delle disuguaglianze, delle discriminazioni, della mancanza di integrazione, che li predispongono alla violenza.

Allora dovremmo chiederci se anche questi fattori economici e sociali, queste politiche economiche e sociali europee non siano fallimentari e complici della formazione di questo terrorismo. Occorre allora puntare sulla prevenzione della radicalizzazione con l'istruzione, la tolleranza, il rispetto reciproco delle culture, l'inclusione sociale.

Occorre poi superare la reticenza degli Stati rispetto a un maggiore interscambio di informazioni di intelligence, fondamentale nel contrasto al terrorismo che ha carattere transfrontaliero. L'auspicio è che, in nome della sicurezza, non si ledano ancora una volta i diritti fondamentali.

Președinte: IOAN MIRCEA PAȘCU

Vicepreședinte

Knut Fleckenstein (S&D). – Mr President, there is a problem with the interpretation. I hear only Dutch on all channels, so maybe they are the only ones who are working here!

President. – Apparently everything is in Flemish on all channels. Anyway, we will try to move on.

Harald Vilimsky (ENF). – Herr Präsident! Auch von österreichischer Seite, vonseiten meiner Partei, der Freiheitlichen Partei in Österreich, Solidarität mit Frankreich und Mitgefühl für die Hinterbliebenen!

Es ist aber auch heute die Stunde, um hier mit klaren Worten zu sprechen – ob Sie sich erinnern, Charlie Hebdo, dieser feige Anschlag auf die Meinungsfreiheit, ob es der feige Anschlag war auf das Jüdische Museum in Brüssel oder jetzt das Massaker in Paris, das uns alle betroffen macht.

Natürlich, es ist klar festzuhalten, dass Sie auf dem Scherbenhaufen einer multikulturellen Gesellschaft sitzen. Sie sitzen auch auf dem Scherbenhaufen einer gescheiterten Sicherheitspolitik, wo die Augen verschlossen und die Köpfe in den Sand gesteckt wurden, als klar wurde, dass sich in bestimmten islamisch-islamistischen Zirkeln die Situation immer mehr radikalisiert.

Um auch aus Respekt vor den Opfern in Paris jetzt die richtigen Schlüsse zu ziehen, kann man nur sagen: Sie müssen eine Kehrtwende Ihrer Politik einleiten. Sie müssen die Grenzen schließen. Sie müssen dafür sorgen, den Extremismus und Islamismus aus Europa zu verbannen.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, το ΚΚΕ καταδικάζει την εγκληματική πολύνεκρη επίθεση στο Παρίσι και εκφράζει τα συλλυπητήριά του στις οικογένειες των αδικοχαμένων. Ο ISIS αποτελεί εγκληματικό μηχανισμό που δημιουργήθηκε, εκπαιδεύτηκε, εξοπλίστηκε από τις Ηνωμένες Πολιτείες, το NATO και τους συμμάχους τους. Χρησιμοποιείται ως πρόσχημα για την ένταση της καταστολής, τον περιορισμό των λαϊκών ελευθεριών, τη στοχοποίηση προσφύγων μεταναστών, την ενίσχυση του ρατσισμού και της ξενοφοβίας.

Το κύριο ερώτημα είναι ποιοι αξιοποιούν και θα αξιοποιήσουν στη συνέχεια το πολύνεκρο δολοφονικό χτύπημα. Ήδη, με διατάξεις και μηχανισμούς έτοιμους από καιρό, όπως το άρθρο 42, η Ευρωπαϊκή Ένωση προωθεί νέο γύρο κλιμάκωσης της καταστολής κατά των λαών και της ιμπεριαλιστικής επέμβασης στην περιοχή.

Στο επίκεντρο είναι ο ανταγωνισμός για την ενέργεια στη Μέση Ανατολή και την Αφρική, που διεκδικούν από θέση ισχύος Ηνωμένες Πολιτείες και ισχυρά κράτη της Ευρωπαϊκής Ένωσης σε ανταγωνισμό με τη Ρωσία και την Κίνα. Οι λαοί επιβάλλεται να επαγρυπνούν. Αυτό τονίζει και η επικίνδυνη κατάρριψη ρωσικού αεροσκάφους από την Τουρκία με την κάλυψη του NATO. Καμιά νέα ιμπεριαλιστική επέμβαση, καμιά εμπλοκή της Ελλάδας στους επικίνδυνους σχεδιασμούς της Ευρωπαϊκής Ένωσης, ΗΠΑ και NATO.

Arnaud Danjean (PPE). – Monsieur le Président, après la tragédie vécue à Paris, nous sommes encore largement dans le temps du deuil, mais aussi dans celui de l'enquête, qui est loin d'être terminée, et cela nous oblige à garder beaucoup de sang-froid et à faire preuve de beaucoup de prudence avant de tirer des conclusions sur les dysfonctionnements qu'il faudra relever.

Il est certain, toutefois, qu'il faudra procéder à un examen de conscience à tous les niveaux. Aujourd'hui même encore, j'ai entendu l'Europe être souvent mise en cause à cet égard. L'Union ne pourra pas s'exonérer de cet examen, mais il faut reconnaître aussi que le procès est un peu rapide dans des domaines tels que la sécurité intérieure, l'antiterrorisme et le renseignement, où l'essentiel des prérogatives restent des prérogatives nationales, avec des États qui veillent d'ailleurs scrupuleusement et jalousement à ce qu'il en soit encore ainsi.

Il est aussi vrai que les institutions européennes, ce Parlement y compris, ne pourront pas refuser de regarder en face l'ampleur de la menace et l'indispensable adaptation de nos dispositifs de sécurité. Beaucoup parmi nous ont oublié que le modèle de Schengen prévoyait bien sûr la liberté de circulation, mais dans un espace sécurisé à ses frontières extérieures et bien coordonné à l'intérieur. Ces dimensions ont été dramatiquement négligées et il faut y remédier d'urgence! Le PNR, nous en avons beaucoup parlé, est un outil collectif qui n'est pas une baguette magique, bien évidemment, mais qui a une évidente utilité pour faire face à l'ampleur et à la plasticité des mouvements suspects sur notre continent. Il faut donc nous mettre au travail, sans tarder et avec réalisme.

Knut Fleckenstein (S&D). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir werden den Terror nur besiegen, wenn wir gemeinsam handeln – im Inneren, aber gerade auch nach außen. Deshalb begrüßen wir Sozialdemokraten die Wiener Gespräche, die Initiative von Federica Mogherini und einigen Außenministern, gemeinsam mit den USA, Russland, Iran und Saudi-Arabien die sich bekämpfenden Gruppen in Syrien an einen Tisch zu bringen.

Bomben sind vielleicht ein notwendiger Teil unseres Kampfes, aber sie werden keine Lösung bringen, wenn es nicht eine gemeinsame Vision, einen gemeinsamen Plan für die Zukunft Syriens gibt.

Zweitens: Gerade die enge Kooperation mit den arabischen und muslimischen Staaten ist für uns unabdingbar. Ich erinnere an die Rede von König Abdullah II. von Jordanien im März in diesem Haus. Denn es geht nicht um die Verteidigung des christlichen Abendlandes gegen die islamische Welt, sondern es geht um die Verteidigung der zivilisierten Menschheit gegen wohlorganisierte Kriminelle.

Herr Minister Schmit! Sie haben angekündigt, was der Rat in nächster Zeit so alles tun und beschließen will. Ich begrüße es, und ich möchte es auch gerne glauben. Die Menschen wollen nämlich Taten sehen, wollen Antworten erhalten auf ihre Fragen: Was wird getan gegen diejenigen, die Terror finanzieren? Was wird getan gegen diejenigen, die diese Finanzierung zulassen? Was wird getan gegen diejenigen, die den Terroristen das Erdöl abkaufen und den Kunstraub organisieren? Und was wird getan, um unsere Geheimdienste nicht nur bestmöglich auszustatten, sondern sie endlich zur Kooperation zu zwingen? Und wann verbieten wir es uns endlich, Waffen zu exportieren, die diese Kriege, diese Terrorstaaten erst handlungsfähig machen? Ich rede nicht über die illegalen – das sowieso –, ich rede über die legalen, aber nicht legitimen. Und hier spricht ein deutscher Abgeordneter, ich weiß, wovon ich rede.

Die Menschen in unserer Heimat erwarten von denen, die sie regieren, keine weiteren Schweigeminuten und Resolutionen, sondern Taten – sichtbar, konsequent und in der EU gemeinsam!

Ангел Джамбазки (ECR). – Слушам този празен дебат повече от час с огромно разочарование, уважаеми колеги. Очевидно повечето или не разбират, или не желаят да разберат причините за поредното нападение срещу европейските граждани и цивилизация. Ислямският радикализъм не е просто тероризъм, а истинско военно нападение срещу Европа. Мултикултурализмът и интеграцията не работят и няма да проработят в ислямистките гета в Европа.

Истинският враг е на власт в Саудитска арабия и Турция, които финансират и организират „Ислямска държава“. С вълната от нелегални имигранти в Европа се връщат европейски джихадисти, за да сеят смърт, хаос и разруха. Докато посрещаме тези хора с плюшени мечета по гарите, ще изпращаме нашите близки със свещи по площадите, уважаеми господа.

Г-н Юнкер, това, че говорите едно и също след „Шарли Ебдо“ и днес, за мен говори, че не сте се постарал да научите нищо ново. Предложението на Комисията е частично нелепо, неуместно и неработещо. Необходимо е незабавно затваряне на външните граници, спиране на имигрантския поток, екстрадиране на нелегалните имигранти, разбиване на ислямистките гета в Европа, физическо унищожение на „Ислямска държава“. Всичко останало, уважаеми колеги, са поредни празни приказки.

Cecilia Wikström (ALDE). – Monsieur le Président, permettez-moi d'abord, encore une fois, d'exprimer mes condoléances aux victimes et à leurs proches. Les horreurs qui ont eu lieu à Paris, le choc de ces attaques barbares contre ces jeunes gens, n'ont aucune justification possible.

Aux victimes, aux Parisiens et aux Français, je voudrais dire que nous sommes avec vous. Nous ressentons votre douleur, nous partageons votre colère et nous avons la même détermination à combattre ensemble ces lâches terroristes.

La solidarité exprimée par une grande partie de la population européenne prouve que l'esprit de l'Europe et les valeurs européennes existent vraiment. Malheureusement, notre politique commune n'est pas encore à la hauteur des actes de solidarité de nos citoyens.

Le nationalisme protectionniste et égoïste l'emporte encore bien trop souvent sur l'idée de l'unité européenne. Dans les jours et les mois à venir, il faudra davantage travailler ensemble. Il faut un système de PNR européen. Cependant, à quoi servira ce système si les services de renseignement des États membres ne sont pas prêts à échanger des informations. Mais, ensemble, nous pourrions allumer la lumière qui éclairera la nuit. Ensemble, nous pourrions défendre nos valeurs et notre société et ensemble nous vaincrons la haine et alors rejaillira l'esprit de la Ville Lumière.

Rolandas Paksas (EFDD). – Mus bandoma įtikinti, kad terorizmas neturi religijos, tačiau akivaizdu, kad šiandien teroristai siekia pasinaudoti religija, kaip paskata vykdyti teroro aktus kitatikių pasaulyje. Akivaizdu ir tai, kad teroristai bando pasinaudoti pabėgėliais. Mes nebeturime nė dienos, kad kas nors su ginklu rankose nešauktų apie didįjį Alachą, žudytų žmones bei grobtų įkaitus. Ir beje, turime pripažinti, kad tai yra politikų ir politikos, gimdžiusios Arabų pavasarį, rudenius ar žiemas, pasekmė. Sukelti gaisrą užtenka kibirkšties, jį užgesinti dažnai nepakanka net moderniausių priemonių. Kai jis apima didelę teritoriją, ugnies siena gesinama nebe vandeniu, bet kita ugnimi. Neleiskime, kad terorizmo gaisras išpliekstų tokia ugnies siena.

Nekontroliuojamos migracijos Europoje neturi būti nuo rytojaus, kaip ir atvirų pabėgėliams išorinių Europos sienų. Būtina, kad Bendrijos valstybių žvalgybos tarnybos operatyviai ir pilna apimti keistųsi turima informacija apie potencialų pavojų keliančius asmenis ir atitinkamai vykdytų jų veiklos prevenciją. Jeigu reikia, deportuojant iš Europos Sąjungos.

Europos visuomenei šiandien labiausiai reikia saugumo. Būtent jo užtikrinimui, o ne pabėgėlių gerovei, skirkime visą dėmesį.

Zoltán Balczó (NI). – Elnök Úr! A borzalmas párizsi mészárlás több volt, mint egy terrortámadás. Nyílt háború kezdete, nem csak Franciaország, hanem Európa ellen. Ennek a háborúnak több frontja van. Az egyik a terrorakció, az azzal való fenyegetés, anarchia keltése. A másik Európa elárasztása bevándorlókkal, akik között terroristák is érkeznek. Ha nem állítjuk meg őket, jövőre sok millióan jönnek. A beilleszkedésükre az esély minimális, kiépítik saját párhuzamos társadalmukat, veszélyeztetve Európa identitását. Idézem Angela Merkelt 2010-ből: „a multikulturális társadalom megbukott”. Háborúban állunk. Azok az uniós döntéshozók, akik nem ennek megfelelően cselekszenek, hanem homokba dugják a fejüket, a hamis toleranciaeszmény homokjába, azok mulasztása háborús bűntettel ér fel.

Monika Hohlmeier (PPE). – Herr Präsident! Ich begrüße die Kommission und auch

den Rat, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mich bedrückt ein bisschen, dass hier und heute schon wieder das alte Spiel beginnt: Das Europäische Parlament schimpft die Mitgliedstaaten, und die Mitgliedstaaten sagen, das Europäische Parlament handelt nicht.

Ich halte es nicht für sinnvoll, sich gegenseitig Vorwürfe zu machen, sondern mir wer es lieber, die Sicherheitslücken zu analysieren und miteinander zu schließen. Ob das beim PNR- System beginnt, das ein System zur Identifizierung nicht nur für bekannte, sondern auch für unbekannte Schwerverbrecher ist, ob das aber auch die europäische Liste der Gefährder ist, die immer noch nicht steht und immer noch nicht auf europäischem Level zusammengeführt ist.

Dann bräuchte es aber auch einen automatischen Datenabgleich, zum Beispiel mit dem PNR-System oder mit Eurodac oder mit dem zukünftigen Paket *Smart Borders*, denn wir wollen die normalen Reisenden normal reisen lassen, aber die Verbrecher identifizieren, die unser Land bzw. Europa betreten wollen oder daraus ausreisen wollen und in den Krieg ziehen wollen. Wenn wir einfach so normale und vernünftige Vorschläge akzeptieren würden!

Ich höre ja auch beim Datenschutz immer fasziniert zu. Auf der einen Seite behauptet Jan Philipp Albrecht, dass wir Daten jetzt frei austauschen können. Gleichzeitig weiß ich um die vielen Hindernisse, die Polizeibeamte auch dazu führen zu sagen: Ich komme damit im Alltag nicht zurecht, denn bevor ich einen Fehler darin mache, mache ich lieber gar nichts. Also müssen wir die Dinge für die Polizeibeamten so machen, dass sie sie auch effektiv austauschen und entsprechend nutzen können. Wir müssen auch Europol das Personal dazu geben, und dann wünsche ich mir von den Grünen, dass sie vielleicht auch einmal dazu Ja sagen würden.

Birgit Sippel (S&D). – Herr Präsident! In die Trauer um die Opfer von Paris mischte sich schnell ein Wort: Krieg. Diese sprachliche Rhetorik müssen wir herunterfahren! Die USA hatten den Krieg gegen den Terror ausgerufen und damit unter anderem Guantánamo und Folter gerechtfertigt. Die Attentäter sind Schwerverbrecher und Mörder, und ihre Anschläge richten sich wahllos gegen Menschen und haben nur ein Ziel: demokratische und offene Gesellschaften zu zerstören. Dieses Ziel dürfen sie nicht erreichen! Ja, wir müssen unsere Sicherheitspolitik prüfen; Kontrolle von Schusswaffen, terroristische Propaganda im Internet entlarven, Verhinderung der Finanzierung von Terrornetzwerken und Anpassungen in der polizeilichen Ausbildung und der personellen Ausstattung.

Aber alle Reformen werden ins Leere laufen, wenn die Mitgliedstaaten nicht endlich effektiver zusammenarbeiten, vorhandene Maßnahmen nutzen und Erkenntnisse austauschen. Denn das europäische Sicherheitsnetz wirkt derzeit mitunter wie ein Schweizer Käse. Es ist deshalb unverantwortlich und in der Sache falsch, wenn in der öffentlichen Debatte der Eindruck erzeugt wird, einzelne Maßnahmen wie die Fluggastdatenspeicherung könnten direkt mehr Sicherheit schaffen.

Und es gibt noch viele offene Fragen. Gerade in diesem Bereich wäre eine Annullierung durch den EuGH wie zuletzt bei *Safe Harbour* oder der Vorratsdatenspeicherung problematisch, denn es würde das Vertrauen in unsere Handlungsfähigkeit erschüttern.

Grundsätzlich ist richtig: Wir brauchen eine Veränderung bezüglich der Situation in Syrien, und mit Blick auf die Radikalisierungen hier in Europa müssen wir nachhaltig soziale und gesellschaftliche Ausgrenzung beenden. Integrationsmaßnahmen sind keine netten Beiwerke, sondern integraler Bestandteil einer Politik der inneren Sicherheit und der Sicherung des inneren Friedens.

Bernd Lucke (ECR). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die schrecklichen Terrorangriffe von Paris haben uns den Terror in seiner schlimmsten Form vorgeführt, nämlich als einen Terror, dem es nur noch auf das wahllose Morden ankommt.

Solange wir solche Menschen im Land haben – solche Terroristen –, kann es keine Sicherheit geben. Möglichkeiten für Angriffe gibt es dann immer. Das heißt, die einzige Möglichkeit ist, dass wir wirklich die Milieus, in denen dieser radikale fundamentalistische Islamismus gedeiht, trockenlegen, dass wir diejenigen, die diese Milieus betreiben, als unerwünschte Personen des Landes verweisen.

Aber das können wir nur mit Menschen, die keine Staatsbürger der europäischen Staaten sind. Das können wir nur mit Ausländern. Deshalb müssen wir auch an das Staatsbürgerschaftsrecht heran. Wir müssen auch wieder die Möglichkeit schaffen, dass wir Zugewanderten, die eingebürgert worden sind – so wie diese Terroristen –, oder deren Söhnen die Staatsbürgerschaft entziehen können.

Anders kommen wir, glaube ich, mit diesem Sicherheitsrisiko nicht mehr zurande.

Ελισσάβετ Βοζεμπεργκ-Βρυωνιδη (PPE). – Κύριε Πρόεδρε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι σήμερα καλούμαστε, με σεβασμό στα θύματα της τρομοκρατίας και με ευθύνη στους πολίτες που μας έστειλαν εδώ, να πάρουμε αποφάσεις. Οφείλουμε να είμαστε οργανωμένοι, ενωμένοι, αλληλέγγυοι.

Ας τελειώνουμε με την πανευρωπαϊκή βάση δεδομένων, με το PNR. Ας οργανώσουμε τη φύλαξη των εξωτερικών συνόρων και ας αποφασίσουμε μια διακρατική συνεργασία με τις εταιρείες ελέγχου και διαχείρισης του Διαδικτύου, αν λάβετε υπόψη σας ότι μόνο στο Twitter σήμερα υπάρχουν 14.000 προφίλ τζιχαντιστών.

Η ασφάλεια του πολίτη δεν είναι θέμα πολιτικής αντίληψης ή ιδεολογίας, είναι θέμα πολιτικής απόφασης. Έχουμε υποχρέωση να διασφαλίσουμε την ελευθερία του πολίτη, η οποία είναι αλληλένδετη με την ασφάλειά του. Η τρομοκρατία ήρθε να ενσπείρει τον φόβο και τον πανικό. Η απάντηση της Ευρώπης είναι ότι έχει κατακτήσει την πολιτική των ανοικτών συνόρων και της ελεύθερης διακίνησης πολιτών και ιδεών. Σε αυτό θα μείνουμε, γι' αυτό θα πολεμήσουμε.

Victor Boştinaru (S&D). – Mr President, at the moment it is hard to evaluate the impact of the latest attacks in Paris on European society and its fundamental values. Our core system of values, liberties and democratic rights has been shaken. It is our responsibility to ensure that nothing similar happens again, by adopting a more efficient framework of social integration – not assimilation but social integration – combating radicalisation and, first and foremost, neutralising the root causes of the extremist behaviour of terrorist organisations.

In order to establish a safer environment, we have to define a balanced framework in which security and liberty can coexist, as you cannot be free without being secure. We must speak more to the alienated, self-isolating communities in which violent ideologies find recruits, in order to share the humanistic values of Europe with them.

Another problem right now is the fighting in Syria. There is a high risk that Daesh, knowing they are about to lose ground in Syria, will take further action in Europe and transfer their operations and their attacks to Europe. We have to be prepared for that. But what still remains unanswered is why, today, we see so little intelligence sharing among our Member States. Why are terrorist organisations still being actively financed, considering that the whole banking industry is more or less in the hands of the western world? Why is Europe today still unable to work jointly with Arab leaders to reform the Islamic South? Why is Europe still unable to control its Schengen borders properly? And one final question: with one of the two seats of the Parliament in a state of emergency and the other on the highest level of alert against terrorism, what more can we expect?

James Nicholson (ECR). – Mr President, first of all I would like to pay tribute to the victims and the survivors of the brutal terrorist attack in Paris and their families. Having been through and experienced such terrorism in my own area of Northern Ireland, and having been through a terror lock-down such as is facing the people of Brussels at this present time, this is nothing new.

Words alone will not defeat these terrorists. It will take action – and always remember that this is designed to strike fear into the masses. There is absolutely no excuse for this kind of violence, whether it is political or religious. There are some, sadly, who try to equivocate and even come close to justifying these cowardly attacks. But I hope I can speak for this entire House when I say that all terrorism is wrong and can never be justified. Earlier, my colleague from Northern Ireland, Ms Dodds, was chastised for what she said about the Sinn Féin Members. I wholly agree with what she said and now, Mr President, you can report me to the Bureau too.

Roberta Metsola (PPE). – Mr President, Paris was targeted because Paris is the embodiment of what Europe stands for. They meant to make us all feel unsafe living our lives. We cannot let that happen. We need a much stronger approach to radicalisation on the ground and online, we need to root out the hate preachers and to come down harder on foreign fighters.

We have also heard a lot about how it is our policies on migration that are somehow to blame. Let me be clear: these attacks were perpetrated by murderers, not persons who are running away from persecution, from terror and from precisely these murderers. Let us not allow these attacks to breed intolerance, because this would play right into ISIS's hands to turn our communities into their recruiting ground.

At the same time, we cannot bury our heads in the sand. People have real fears and these must be addressed. This means that we do need stronger EU-level security legislation, like a PNR system. We need to know who is coming in and we must insist that all Member States fulfil all their legal obligations, for example by fingerprinting everyone arriving.

Josef Weidenholzer (S&D). – Herr Präsident! Wir sind uns wohl alle einig, dass wir gegenwärtig die größte Bewährungsprobe erleben, seit es die Europäische Union gibt. Da'esh ist eine existenzielle Bedrohung unserer Demokratie und unserer Zivilisation. Da'esh ist eine Todeskultur, die alles zerstören will: unsere Geschichte, das Vertrauen der Menschen zueinander und in exzessiver Weise unschuldige Menschen.

Wir müssen uns dagegen wehren, wir müssen diesen Feind – und ich sage Feind – besiegen, ein für alle Mal. Dazu brauchen wir Entschlossenheit, Kohärenz, Besonnenheit und einen langen Atem. Es gibt keine schnellen Lösungen, es gibt nicht das Wundermittel, und es ist auch nicht Zeit für parteipolitische Polemik. Vor allem müssen wir ehrlich sein: Da'esh ist ein globales, grenzüberschreitendes Phänomen. Wir müssen leider auch zur Kenntnis nehmen, dass diese Terroristen europäische Wurzeln haben. Die *foreign fighters* – über 5 000 *foreign fighters* – sind in diesen Gebieten.

Wir brauchen eine europäische Antwort. Es gibt nur eine europäische Antwort darauf und keine nationalen. Das heißt: Außenpolitik. Und hier gibt es große Fortschritte, was Syrien betrifft. Wir sollten aber auch jene unterstützen, die schon jetzt gegen Da'esh kämpfen – in Kobanê, in Şengal waren es Kurden und Jesiden, die diese Terroristen bekämpft und besiegt haben. Wir brauchen den Dialog mit den konstruktiven Kräften – das ist die Mehrheit der sunnitischen Muslime. Wir brauchen diesen Dialog, und wir müssen ihn ernsthaft führen. Wir brauchen Deradikalisierungsarbeit in Europa – ich bin sehr froh, dass wir heute über den Bericht Dati abstimmen –, und wir brauchen eine effiziente Sicherheitspolitik. Auch hier gibt es positive Vorschläge des Rates. Ich würde mir wünschen, dass der Rat auch in der Flüchtlingsfrage so aktiv gewesen wäre.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, „onaj tko krivo imenuje stvari, pridonosi nesreći svijeta“, rekao je Albert Camus [*Kami*] i savršeno opisao trenutak u kojem živimo. I nakon napada na Charlie Hebdo u siječnju ove godine mnogi su još uvijek odbijali stvari nazvati pravim imenom, a oglašivali su se i na upozorenja da se među unesrećenima u izbjegličkoj koloni skrivaju i teroristi.

Politička korektnost postala je dogma, a sigurnost naših građana potisnuta je u drugi plan. Žalosno je i sramotno da 130 nevinih ljudi mora smrtno stradati, a gotovo 400 biti ranjeno da bi policija krenula u racije protiv ekstremista koji su zapravo odavno poznati snagama reda i sigurnosti.

Pariškim žrtvama počast ne smijemo odati samo svijećom, cvijećem, molitvom ili dirljivim riječima nego prije svega odlučnošću u borbi protiv islamskog i svakog drugog ekstremizma.

Michèle Alliot-Marie (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Vice-président, mes chers collègues, vos propos au sujet des victimes et de la France nous ont touchés et émus, mais l'heure n'est plus simplement au discours compassionnel.

Les attentats de Paris et l'enquête à Bruxelles ont révélé une vérité que nous avons peut-être du mal à accepter. La menace n'est plus à l'extérieur ou aux portes de l'Union européenne, les terroristes sont sur notre territoire et peuvent frapper n'importe qui et à n'importe quel moment. L'heure est donc à l'action pour la sécurité de nos concitoyens.

L'action consiste d'abord en la mise en œuvre concrète des outils dont nous disposons d'ores et déjà et qui, peut-être, auraient pu permettre d'éviter ces drames. Plusieurs dispositions de Frontex ne sont pas effectives, comme la mise en place de la capacité d'intervention rapide ou la création des équipes européennes de gardes-frontières. Pourquoi? Les discussions sur le PNR sont encore bloquées. Pourquoi? Nous devons peser sur les relations internationales, y compris dans le cadre de l'article 47, paragraphe 2, mais nous ne pouvons pas attendre.

Nous pouvons donc rendre un rapport pour recommander au Conseil des mesures de sécurité et de stratégie. Faisons-le, mais faisons-le maintenant.

Richard Howitt (S&D). – Mr President, after the Paris attacks we rightly said: ‘nous sommes unis.’ Today we have to show the same unity in learning the lessons. Counter-terrorist police in my own East of England constituency told me that the checking of passports against the terrorist database at the external border and restricting the flow of firearms in mainland Europe would improve our security in Britain, too. And as one of five Members of the European Parliament security-cleared to read EU intelligence, I say that European nations can do much better in sharing their intelligence against our common threat.

To the High Representative, I say that that when France invokes the Treaty’s mutual defence clause, we have to make a meaningful response and that our efforts at the Vienna peace table are essential. But part of the obligation for all who sit there must be to cut off the flow of terrorist finance.

Europe should never compromise its values. Unity with our friends in Brussels, hoping that life can return to normal as quickly as possible there, because we defeat terrorists by refusing to allow them to disrupt our lives. Unity with our Tunisian friends, because we do not say that only European lives matter, and we believe we should combat radicalisation in partnership with all countries where terrorists are recruited. Unity with refugees, because they are fleeing the very same violence which we saw on the streets of Paris, and because all life is sacred. And unity with people of Muslim faith in Europe and the world, because in Europe, we say ISIS is wrong. We are Christian states; we are Jewish states; and we European states are Islamic states – not you.

Geoffrey Van Orden (ECR). – Mr President, I have to say I am reassured by some of the practical measures being expedited by the Council, and this House must not get in their way. Perhaps we can see that human rights – and I use that term loosely, in its expanded sense – has become a rather distorted trump card.

We need to re-evaluate the operation of international human rights conventions and charters in the light of today’s circumstances rather than those of 70 years ago. The system is out of balance and, even in my own country, the United Kingdom, some of the most effective operational security methods have been systematically under attack.

As in every crisis, we have again heard the cry for ‘more Europe’ from the usual suspects. Rest assured: there is excellent liaison between the security services of Britain and France and Germany and many other European countries. We do not need an EU security service but rather greater resources, and more professionalism in those countries where it is lacking.

I do not have time to talk about the bizarre invocation of Article 42(7) of the Treaty on European Union, but that is another indication of where people are using this crisis to take forward an entirely different agenda.

President. – I really appreciate the fact that I was rapporteur for that report and you wanted to get some extra time for that, but thank you very much anyway.

Herbert Reul (PPE). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja, das stimmt. Die Demokraten müssen zusammenstehen. Ja, das stimmt.

Wir dürfen keine kurzsichtigen Schlussfolgerungen ziehen und – jawohl das stimmt – es hat auch was mit den Ursachen zu tun, die wir uns bei den Menschen anschauen müssen, die hier in der Art und Weise sich versündigen.

Aber mich interessiert das nicht mehr, darüber ewig zu reden. Sondern mich interessiert jetzt – und die Bürger übrigens auch – ob wir etwas konkret machen, damit sie morgen wieder in Köln, in Düsseldorf, in Brüssel oder in London über die Straße gehen können, ohne Angst zu haben. Dann nervt mich schon, dass wir an vielen Stellen eben nicht zu Potte kommen.

Zu den Fluggastdaten ist eben gesagt worden, es wäre eine Lüge, was politisch hier erzählt würde. Aber warum wird denn dann in unserem Ausschuss nicht abgestimmt, warum gibt es denn dann keine Mehrheit? Das scheitert doch an irgendeinem, der Nein sagt. Oder der Kollege Albrecht, der eben sagte, dass wäre auch das falsche Konzept, es wäre viel zu kostspielig. Ja, da gibt es doch ein Problem!

Ich bin relativ sicher, dass die Frage der Zusammenarbeit von Nachrichtendiensten, die frühzeitige Information, ganz zentral ist, und deshalb muss man vielleicht wirklich mal nachdenken, ob das, wir im Zusammenhang von Datenschutz immer miteinander verhandeln, in diesen Zeiten auch richtig ist. Ich möchte sicher leben und ich möchte, dass wir als Politiker dafür sorgen, dass Menschen nicht morgen um ihr Leben fürchten müssen. Dann muss man das ein oder andere in Frage stellen.

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Péter Niedermüller (S&D). – Elnök Úr! Ma mindannyian gyászolunk. Gyászoljuk azokat, akik november 13-án életüket vesztették Párizsban, és azokat is, akiket Bejrútban, Bamakóban, vagy Tuniszban ölték meg a terroristák. Osztozunk mindazok fájdalmában, akik elvesztették családtagjaikat, szerelmüket, gyermeküket. Osztozunk a tehetetlen dühben, a félelemben és bizonytalanságban, hiszen nem tudjuk, hogy holnap vagy holnapután hol történhet hasonló dráma. Ez a félelem és harag arra ösztönöz minket, hogy keressünk valakit vagy valamit, akit vagy amit hibáztathatunk, aki az oka a megmagyarázhatatlannak. És mutogatunk a bevándorlókra, a menekültekre, az iszlámra, Schengenre, az egész EU-ra. De nem igazi válaszok ezek. Ezek csupán a szélsőjobboldal, a félelem- és a gyűlöletkeltés eszközei. Hazug és veszélyes játszma ez, hiszen az igazi válaszok nem ennyire egyszerűek.

Ma két út között választhatunk. Az egyik út a nemzeti önzés, a bezárkózás, a kirekesztés, a kölcsönös bizalom és szolidaritás hiányának az útja, ahol kerítések és a másságtól való félelem választja el egymástól a nemzeteket és az embereket. A másik út az egymás iránti tisztelet, elfogadás, a befogadás, a bizalom és az együttműködés útja, amit az Európai Unió, a multikulturális Európa eddig is járt. Csak akkor tudunk úrrá lenni a mai válságon, ha továbbra is bátran hiszünk és bízunk értékeinkben, közösségünk erejében, ha kitartunk mindamellett, amit ma Európa jelent.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señor Presidente, mi pésame a Francia y a todas las víctimas y países que sufren el terror. Nos enfrentamos a ataques persistentes, letales e indiscriminados. Quiero que hagan recapitulación: en el último mes han matado a 446 personas. Ellos matan, nosotros debatimos. Como legisladores, tenemos una responsabilidad ineludible, y es dar respuesta a este reto.

Esa respuesta se concreta en varias prioridades urgentes. Las enumero: Reglamento Europol, con la Unidad de Notificación de Contenidos en Internet; el PNR, antes de fin de año; el Centro Europeo de Lucha contra el Terrorismo (el CLCT); aumentar la cooperación operativa y, singularmente, en el ámbito del Plan de acción operativo sobre las armas de fuego; fortalecer las fronteras exteriores implementándolas con los RABIT y con las unidades policiales. Y, además, pido urgentemente, señor Avramopoulos, el lanzamiento de las nuevas propuestas legislativas: fronteras inteligentes, actualización del Reglamento Frontex y las UIF.

Todo esto, señor Presidente, se lo debemos a los ciudadanos y también a las víctimas. Es nuestra contribución como legisladores.

Patrizia Toia (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, quella posta dagli attentati è una minaccia più ardua di ogni altra, perché di fronte alla violenza lontana, nei teatri di guerra tradizionali, noi pensiamo di conoscere le dinamiche, di avere gli strumenti per contrastarla, anche se abbiamo fatto molti errori. Ma di fronte alla violenza vicina alle stragi nei quartieri di Europa, nei nostri luoghi quotidiani, sentiamo, oltre alla paura, l'inquietudine dell'incomprensibile. Perché qui? E perché da parte di giovani che a volte hanno passaporto europeo? Difficile comprendere le ragioni: ma non può essere solo la follia, per cui un giovane cresciuto con noi sia attratto da una scelta fanatica e uccida altri giovani come lui e, insieme, gli ideali di libertà e di tolleranza.

Ci vogliono certamente risposte di sicurezza immediate ma c'è qualcos'altro molto scomodo da fare, qualcosa di più: è una risposta sul piano della cultura, del dialogo, per dare a ciascuna persona di diversa cultura e religione la sua dignità, all'interno di un quadro condiviso. C'è un lavoro di prevenzione e di integrazione che va fatto nelle scuole, e di educazione. Lo spazio della convivenza e della coesistenza non è mai il frutto del caso ma il risultato di un lavoro impegnativo intelligente di formazione.

Se non lo faremo, non basterà a salvarci il fatto di chiudere le frontiere e alzare le barriere, perché il disagio e la rivolta passano oltre i muri e Internet farà il resto. La sicurezza, certo, deve essere immediata. Chiediamo un'intelligence comune ed è indispensabile affrontare lo spinoso problema del traffico delle armi, del contrabbando del petrolio e del finanziamento occulto alle reti del terrorismo.

Elisabetta Gardini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi oggi non abbiamo voglia di polemiche e tanto meno di «politica politicante». Però abbiamo voglia e bisogno di un po' di chiarezza, di un po' di verità. Dobbiamo uscire dalla retorica asfissiante del politicamente corretto, che anche Papa Francesco ha più volte stigmatizzato come un linguaggio ipocrita.

Cari colleghi, è vero, noi abbiamo la responsabilità di coniugare due valori fondamentali: sicurezza e libertà individuale. Allora non lo dico con le mie parole ma con le parole di Carlo Nordio, un importante e stimato magistrato italiano: la libertà, quando è limitata dalla legge in funzione di un superiore interesse, collettivo difende se stessa. Questo deve essere chiaro! Non bastano i principi astratti di benevolenza. Se noi vogliamo davvero difendere i nostri valori che derivano dalla duplice tradizione greco-illuministica e giudaico-cristiana, dobbiamo fare quello che ha detto il Consiglio: abbiamo bisogno di solidarietà nell'azione, ma una solidarietà decisa, capace di difendere i nostri cittadini.

Gilles Pargneaux (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Ministre, au-delà de la douleur, du deuil et de la meurtrissure provoqués par les attentats de Paris, notre devoir en tant qu'Européens est de relever ce défi, de combattre ceux qui veulent nous détruire et nous diviser.

Les 500 millions d'Européennes et d'Européens l'ont tout de suite bien compris. L'État islamique, le 13 novembre, n'a pas seulement voulu attaquer Paris, la France, mais l'Europe tout entière. C'est ce que nous représentons dans notre diversité qui est attaqué. Nous sommes en guerre, en guerre pour défendre notre liberté, nos valeurs et notre mode de vie, en guerre pour protéger nos enfants, les enfants de nos patries. Ce combat, nous devons le mener par plus d'Europe pour un meilleur contrôle des frontières extérieures de l'Europe, plus d'Europe pour la mise en place d'un centre européen du renseignement et de lutte contre le terrorisme au sein d'Europol, plus d'Europe pour lutter contre les sites internet djihadistes qui ont un effet dévastateur auprès d'une certaine jeunesse au sein de nos villes européennes, plus d'Europe pour lutter contre le financement du terrorisme: vente de pétrole, d'armes, d'œuvres d'art et contrebande de cigarettes.

C'est aussi pour mieux faire face au défi terroriste qu'il faut pleinement mettre en œuvre l'outil Schengen, comme le rappelait encore il y a quelques jours Jacques Delors, notre ancien président de la Commission européenne. Oui, il faut plus d'Europe pour nous protéger et c'est parce que nous aurons plus d'Europe que nous combattons non seulement les terroristes, mais aussi les nationalistes en Europe.

Nuno Melo (PPE). – Senhor Presidente, os atentados de Paris não foram só um ataque à França. Foram um ataque à Europa inteira. Foram os valores das democracias ocidentais, que a França encarna, que foram atingidos, e pessoas de muitos países, portugueses também, que foram assassinados. Estamos em guerra, uma guerra escondida, cobarde, sem regras clássicas, mas nem por isso menos letal. O terrorismo não se combate com proclamações românticas. Não basta dizer que não cederemos ao medo. É preciso agir. Temos de combater para eliminar o extremismo que atenta contra os nossos valores, o nosso modo de vida, a nossa própria existência. Não nos podemos sentir sequestrados na nossa própria casa. A primeira solidariedade dos dirigentes europeus, sem esquecer os outros, tem de ser para com os nossos povos, que não podemos colocar em risco com as nossas decisões. Tudo deve ser considerado: P&R, *smart borders*, deteção e eliminação de fontes de financiamento, acompanhamento das redes sociais e outras formas modernas de comunicação, uso de todas as forças militares, encerramento dos locais de doutrinação na Europa, reavaliação de condições de atribuição e perda de nacionalidade, se for caso disso, e, naturalmente... Terminamos, Sr. Presidente, a dizer que a Europa é velha, mas não tem de ser fraca. A Europa deve enfrentar a insanidade medieval e vencerá. Venceremos.

Tanja Fajon (S&D). – Spoštovani plenum! V tej dvorani velikokrat poslušamo obsodbe terorističnih napadov na evropskih tleh. Neopravičljivi so in žal mi je za vse žrtve Pariza. A žal mi je tudi za vse nedolžne civilne žrtve v Siriji, Iraku, Palestini in tako naprej. Premalo resno govorimo o učinkovitem ustavljanju vojne v Siriji in reševanju konfliktov na Bliznjem vzhodu. Kajti v tem je treba iskati prave vzroke terorističnih napadov.

Ponovno in najmočneje doslej se je pokazalo, da je stabilnost Evrope in Bližnjega vzhoda tesno povezana.

Rak rana nestabilnosti je reševanje palestinskega vprašanja. Zaradi svoje razcepljenosti je Evropa ostala nemočna ob napadih na Irak. Enako nemočno sedaj razpravljamo o beguncih, o tej kolateralni škodi razrušene Sirije, ki v veliki meri ni povzročena iz Evrope, nosimo pa sedaj prav mi njeno največje breme – finančno, moralno, družbeno in še kakšno.

Prav zaradi tega dejstva bi morali toliko bolj enotno pred ZDA in tudi Rusijo nastopiti z zahtevami po ustavitvi vojne. Namesto tega pa se zopet povsem parcialno in populistično zaposlujejo s postavljanjem bodečih žic, širjenjem stereotipov in sovražnega govora. Sami sebi ustvarjamo material za notranji razkol in nezaupanje, od česar imajo koristi samo skrajneži vseh vrst, žal tudi populistični politiki.

Če ne bomo v prihodnosti mislili in govorili s skupnim jezikom, ki bo vseboval diskurz krščanske, muslimanske in ostalih evropskih verskih skupnosti, vključeval pa tako leve kot desne ideologije, predvsem pa če ne bomo delovali s široko odprtim umom in razumom, potem se nam lahko zelo hitro zgodi realnost, ko Evropa ne bo več celina sedaj tako samoumevnega miru. Razprave o izvajalcih terorističnih napadov in vzrokih zanje bodo takrat povsem brez pomena.

Zato se aktivirajmo, skupaj in zdaj.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, je voudrais souligner tout d'abord que les attentats de Paris ont créé une solidarité européenne qui, pour une fois, n'est pas restée au niveau des mots. Comme on le sait, pour la première fois, on a activé la clause de défense mutuelle de l'article 42, paragraphe 7, et l'Union européenne a donc choisi de donner une substance à cette solidarité des États membres.

Il s'agit maintenant de franchir un cap supplémentaire, celui de la mise en œuvre effective de cet engagement. Je pense que les États membres, y compris le mien, la Roumanie, doivent se coordonner rapidement. Il nous faut mettre en place une action commune parce qu'une guerre, c'est une guerre. Cela suppose des moyens, cela suppose des troupes, y compris des redéploiements de militaires. D'un autre côté, il faut savoir que le califat attaque à divers endroits, pas seulement en Europe, et que la solidarité ne concerne pas uniquement la guerre en Syrie.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, pensiamo di sapere che cosa accadrà, ma non è vero. Non è vero, non solo perché siamo dinanzi a processi inediti; non è vero, soprattutto perché abbiamo difficoltà a leggere la realtà e farvi fronte, stretti come siamo tra l'esigenza di garantire sicurezza ai cittadini impauriti e smarriti e non perdere di vista l'idea di un'Europa culla della civiltà democratica aperta e dello Stato di diritto.

In questo quadro è probabile che i governi di Parigi e Bruxelles non potessero fare diversamente rispetto alle misure adottate. Tuttavia, mi chiedo se si è altrettanto consapevoli dei rischi che si nascondono dietro il protrarsi degli stati d'emergenza, che inevitabilmente puntano il dito contro le comunità musulmane e i loro quartieri e che fa di ogni maghrebino, in molte circostanze e in alcune ore della giornata, l'individuo sospetto che sarà legale fermare, perquisire, interrogare e trattenere.

Ci sono già lezioni alle nostre spalle, come quella che ci proviene dal lontano 17 ottobre 1961 a Parigi, che non dobbiamo dimenticare. Daish è certamente il più barbaro e crudele dei movimenti jihadisti ma non è privo di strategia. Attenzione quindi a come ci muoviamo per evitare di favorire oggettivamente ciò che vogliamo combattere, cioè il reclutamento.

Kinga Gál (PPE). – Elnök Úr! Mély együttérzésem az áldozatok hozzátartozóival Franciaországban és bárhol a világon. Párizs után a hétvégét Brüsszelben élve végig világossá vált, hogy az Európai Uniónak, a tagállamoknak most az első és legfontosabb feladata saját polgárainak, intézményrendszerének és értékeinek védelme. A szabadság megőrzésének záloga Európa biztonságának garantálása. Az európai polgárok elvárják tőlünk, hogy legyünk végre őszinték. Hogy biztonságuk érdekében védjük meg határainkat, hogy a beáramló tömegeket ne használhassák ki a terroristák. Mert ha nem, mindez aláássa a schengeni rendszert, és ha a schengeni vívmányokat tönkretesszük, oda az egész európai integráció. Mert biztonság nélkül csak félelem, bezárkózás, bizalmatlanság és a szélsőségek térnyerése vár Európára. És mi nem ilyen Európát szeretnénk.

Afzal Khan (S&D). – Mr President, I extend my deepest condolences to the families of victims of the Paris attacks. We stand united against terror. Paris was an attack against us all. Let us not forget too that every day is Paris somewhere in the Muslim world. Only yesterday we witnessed another terrorist attack in Tunisia. In order to bring the perpetrators to justice and to prevent further attacks, better EU intelligence cooperation, data-sharing and surveillance are crucial. This is why I applaud the most concrete step taken so far to increase European security: the decision to launch a European counter-terrorism centre under Europol supervision.

The centre will bring together leading counter-terrorism specialists from each Member State. They will work together under one roof on operational coordination. Fear cannot be countered only by increasing security. We must counter it with facts, and the facts are clear: Muslims are not the enemy. In our battle against extremism, Muslims in Europe and abroad are our allies. Amid fear and pessimism we must remain true to our values, upholding freedom and human rights while providing security to our citizens.

Elmar Brok (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, Herr Ratspräsident! 80 % oder mehr der Toten islamistischen Terrors sind Muslime. Insofern dürfen wir nie in die Falle hineinlaufen, dass dies ein Kampf gegen den Islam ist oder dass Migration, Flüchtlinge mit dem Terror in einen Topf geworfen werden.

Gleichzeitig auch möchte ich nach dem, was dem französischen Volk angetan worden ist, wo wir alle unser großes Bedauern ausgedrückt haben, sagen, dass die nationalen Dienste schuld sind. Es geht jetzt nicht darum, dass man Schengen abräumt, dass man Grenzen dichtmacht, es geht darum – wie mein Vorredner richtig gesagt hat –, dass wir endlich dazu verpflichtet, dass unsere Geheimdienste und Sicherheitsorgane kooperieren. Ist es wahr, dass nur fünf Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen nachkommen, Europol mit allen Daten zu versehen? Ist es richtig, dass es keinen anständigen Informationsaustausch mit Frontex gibt, dass Frontex die Daten nicht bekommt? Diese Schlapphüte aller Länder kontrollieren uns Bürger und hören uns ab, sind aber nicht in der Lage, die Daten auszutauschen, die für die Sicherheit unserer Bürger notwendig sind. Hier muss klar sein, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bezüglich der Sicherheit der Bürger der Europäischen Union versagen. Das sollte deutlich gemacht werden, dass da die Lösung liegt und nicht darin, dass die Rechte der Bürger oder der Migranten eingeengt werden.

Elena Valenciano (S&D). – Señor Presidente, no hay consuelo para las madres francesas cuyos hijos fueron asesinados en París la noche del 13 de noviembre -o para las de Madrid en 2004-, ni para los cientos de miles de madres sirias, iraquíes, tunecinas, nigerianas, malíes.

La amenaza es global; la estrategia del terrorismo yihadista es global. Y, por eso, la única respuesta inteligente ha de ser global.

Necesitamos una Europa más unida que nunca, y, por eso, es lamentable escuchar, todavía hoy, a la derecha nacionalista y la extrema derecha de este Parlamento intentar sacar ventaja de esta situación. Verán, yo les digo: los refugiados no son los que trafican con el petróleo del EIL. No son los refugiados. Sí, claro, la clave es la seguridad, pero no es la única clave.

No demos a los terroristas el trofeo que más anhelan, que es justamente el fracaso de nuestro sistema de libertades, el fracaso de nuestra democracia y nuestra complicidad en la destrucción de los derechos humanos universales. Si hacemos eso, estaremos dándoles la victoria justamente a los terroristas.

La amenaza es global. La seguridad es clave, pero no es la única clave. Porque, si saltamos por encima de nuestros valores, estaremos dándoles un trofeo a los terroristas.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio (PPE). – Señor Presidente, conozco bien la naturaleza del terrorismo porque tres terroristas de ETA mataron a tiros a mi hermano y a su mujer. Aquello fue hace 17 años en Sevilla, pero el resultado, la muerte de dos jóvenes inocentes, no varía de lo que buscaban los terroristas de París: privarnos de nuestro derecho más sagrado, el derecho a vivir. Por ello, espero que tanto sufrimiento de las víctimas sirva para legislar de modo eficaz contra el terrorismo, sin confundir nuestro derecho a la seguridad con un ataque a la libertad. Porque, para ser libre, primero hay que estar vivo.

Pido a sus Señorías, sobre todo a quienes siempre han frenado los instrumentos legislativos cuyo fin es proteger a los ciudadanos, que esta vez los apoyen sin complejos, porque no hay que confundir respeto con pasividad. Hoy, más que nunca, necesitamos una directiva europea para las víctimas del terrorismo. ¿Y saben por qué? Porque cualquiera podemos ser víctimas; porque, junto a las víctimas de París, nuestra sociedad ha sido víctima.

Y ojalá pudiera mirar a la cara a los terroristas, para decirles que yo no tengo miedo y no les voy a dar ni mi libertad, ni mis ganas de vivir.

Angelika Niebler (PPE). – Herr Präsident, Herr Ratspräsident, Herr Kommissar, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, die wichtigste Aufgabe des Staates ist es, für die Sicherheit seiner Bürgerinnen und seine Bürger zu sorgen und sie zu schützen.

Ich möchte, dass unsere Kinder am Morgen ohne Angst in die Schule gehen und dass die Eltern, die zu Hause oder auf der Arbeit sind, auch sicher sein können, dass ihre Kinder nach Schulschluss wieder nach Hause kommen.

Viele Maßnahmen, die die Sicherheit in den Mitgliedstaaten erhöhen können, liegen auf dem Tisch, zum Teil seit vielen Jahren. Vieles ist gerade von den Kollegen angesprochen worden – Monika Hohlmeier hat es genannt und viele andere: PNR, automatischen Datenabgleich innerhalb Europas zulassen, der Aufbau einer Gefährderdatei und ein Datenschutz, der nicht zum Täterschutz wird. All das liegt auf dem Tisch.

Ich appelliere an alle Kolleginnen und Kollegen hier im Hause, konstruktiv darauf hinzuwirken, dass wir die notwendigen Maßnahmen jetzt endlich mal umsetzen und Vorschläge auf den Weg bringen. Ich appelliere auch an Sie, Herr Ratspräsident, dass Sie die Mitgliedstaaten nötigen, jetzt massiv das anzugehen, was schon seit so vielen Jahren auf dem Tisch liegt.

Brice Hortefeux (PPE). – Monsieur le Président, il y a quelques jours à peine, le coordonnateur des attentats de Paris, Abaaoud, se vantait dans une interview donnée à *Dabik*, l'organe officiel de la propagande de Daesch en tenant ces propos: «j'ai pu aller et venir, malgré le fait que j'étais pourchassé par tous les services de renseignement».

Oui, ce terroriste frappé par un mandat d'arrêt européen, condamné par défaut à vingt ans de réclusion, a pu sillonner l'Europe à plusieurs reprises, aller et venir de Syrie, se rendre de Cologne à Istanbul, sans jamais être intercepté.

Face à cela, l'Europe doit prendre trois initiatives. D'abord, durcir les accès aux frontières extérieures, non seulement pour les étrangers mais aussi pour les ressortissants européens. Ensuite, répondre aux demandes de Frontex, qui a officiellement rappelé que seulement 40 % de ses besoins étaient satisfaits par les États. Enfin, bien sûr, adopter le PNR dont on a suffisamment débattu depuis tant et tant d'années.

L'Europe est à la fois une source majeure de recrutement et une cible prioritaire. Trop désunie, elle est impuissante. L'urgence consiste à faire en sorte que, face à ce défi terroriste, elle ne soit plus le problème mais la solution.

Jeroen Lenaers (PPE). – De afgrijpselijke beelden van de laffe aanslag in Parijs zullen nog lang in ons hoofd blijven spoken. Zoveel slachtoffers, zoveel jonge mensen aan wier leven een abrupt einde kwam in een concertzaal, een restaurant of op straat. Logisch dat er naar de politiek gekeken wordt. Logisch dat er naar Europa gekeken wordt. We hebben met z'n allen hier, Parlement van links tot rechts, lidstaten, Commissie, een grote verantwoordelijkheid om de veiligheid van onze burgers te garanderen en het wordt hoog tijd dat we die verantwoordelijkheid nemen.

Dan gaat het niet om nieuwe voorstellen, zoals sommige collega's ons hier graag willen doen geloven. Het gaat om voorstellen die al lang vóór Parijs op onze agenda stonden: PNR, antiterrorisme-centrum, de eenheid voor de melding van internetuitingen, het mandaat van Europol, zaken waar wij soms al jaren over spreken. Hoewel sommige collega's het hier vandaag wederom geprobeerd hebben, is dat aan geen enkele Europese burger uit te leggen.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE). – Monsieur le Président, mon cœur bat aujourd'hui pour le peuple français. L'heure de l'épreuve doit devenir l'heure du rassemblement pour l'Europe. Face au terrorisme, l'Europe doit se montrer plus que jamais forte, ferme et unie. Il faut rétablir la confiance des citoyens à l'égard de l'efficacité des contrôles aux frontières extérieures par des actions concrètes: un contrôle systématique et obligatoire de tous les passeports, y compris des passeports européens, parce que les combattants étrangers sont des Européens, l'enregistrement de tous les migrants, y compris de leurs empreintes digitales, la mise à jour de toutes les bases de données, l'augmentation des échanges d'informations entre services et le renforcement de notre coopération policière et judiciaire en donnant plus de ressources à Europol et Eurojust. Il faut adopter cette année la directive du PNR européen, y compris pour les vols intra-européens. Il faut aussi s'attaquer au financement du terrorisme.

Monsieur le Président, je refuse tout amalgame. Le fondamentalisme n'est pas l'islam, les terroristes ne sont pas les réfugiés. Ceux qui fuient la même terreur et la peur doivent trouver chez nous refuge et tolérance.

Michał Boni (PPE). – Mr President, last year there were 17 000 terrorist attacks all over the world. Anybody can be a victim of extreme Islamic terrorism, and terrorism has to be the public enemy for all of us.

Four areas are key: real coordination between Member States and intelligence services; preventive data collection, analysis and automatic exchange; destroying e-communication among terrorists; and cutting out the sources of finance for terrorism. We should not sacrifice privacy and freedom on the altar of security, but neither should we sacrifice security on the altar of privacy – for that simply means sacrificing people on the altar of terrorism because of our inability to act.

We need concrete solutions: among them, PNR for intra-EU flights; a legal basis for the internet referral unit for fighting internet mobilisation of terrorists; cooperation with social media on the removal of illicit content; resources for a counterterrorism centre in Europol; a data protection package with clear roles for law enforcement in providing security; and smart borders.

Mariya Gabriel (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, nous ne nous lasserons pas de le répéter: notre première réaction est d'être solidaires, solidaires des Parisiens, solidaires des Français. Ce n'est pas la France qui est attaquée mais l'Europe, nos libertés et nos valeurs.

Néanmoins, être solidaires ne doit pas vouloir dire fermer les yeux sur nos dysfonctionnements. Je ferai trois remarques.

La première concerne la gestion de nos frontières extérieures et la coopération policière, judiciaire et en matière de renseignement entre les États membres. Les résultats restent largement insuffisants. Il y a aussi d'importantes lacunes dans la mise en relation des différentes bases de données.

La deuxième remarque porte sur l'action extérieure. D'une part, il vaut mieux coopérer avec les pays tiers, notamment pour tarir les financements du terrorisme et, d'autre part, il y a lieu de bien anticiper les conséquences et la suite de nos actions sur le terrain. L'affaiblissement ou la destruction de l'État islamique ne doivent pas laisser le champ libre à d'autres menaces en matière de sécurité.

Troisièmement, il importe de renforcer notre travail sur la prévention de la radicalisation. C'est la grande leçon de ces attaques. Une analyse, y compris sociologique, des personnes et de leurs profils divers s'impose. La réponse sécuritaire ne suffit pas.

J'exprime d'abord ma solidarité et mes condoléances aux familles des victimes, à la nation française et à l'État français.

Gospodine predsjedniče, brutalni teroristički napadi u Parizu nisu birali metu. Oni su bili poruka usađivanja straha i panike, poruka terorista da smo u ratu. Na nama je sada odgovornost da pokažemo sposobnost Unije i da smo u stanju odgovoriti izazovima terorizma unutar i izvan naših granica i zahtijeva naše jedinstvo kako bi porazili tzv. islamiste i iskorijenili terorizam. No, ne smijemo dopustiti amalgam da teroristi pridonesu netrpeljivosti s islamskim zajednicama u našim članicama niti da stvarne izbjeglice dobiju biljeg povezanosti s terorizmom. Stoga su – zajednički paket mjera koje su i legislativnog i sigurnosnog i operativnog karaktera, djelovanje Eurojusta i Europol, donošenje tzv. Direktive o PNR-u, ja se nadam i uz potporu lijevoga spektra u ovom Parlamentu, kao izmjene Direktive o zaštiti podataka te sprečavanje financiranja terorizma i zlouporabe interneta – ono ključno što sada moramo učiniti. Schengen ne smijemo dovesti u pitanje, pojačane kontrole da, ali...

(Predsjednik je prekinuo govornika)

Heinz K. Becker (PPE). – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen von Sozialdemokraten, Grünen und Liberalen, ich nehme Sie beim Wort, wenn wir jetzt gemeinsam ohne weitere Blockaden die dringenden Beschlüsse fassen, um unsere politische Verantwortung für die Sicherheit der Menschen in Europa jetzt und sofort zu erfüllen: Fluggastdatenerfassung auch für die innereuropäischen Flüge, Maßnahmen gegen illegalen Waffenhandel, längst fällige systematische Personenkontrollen an den EU-Außengrenzen, Registrierung von Drittstaatsangehörigen, massive Sicherung der Außengrenzen – ich begrüße die Initiative von Kommissionspräsident Juncker zur Stärkung der Grenz- und Küstenwachen –, permanenter lückenloser Austausch der Verdächtigendateien in Eurodac, Europol stärken, Frontex stärken, Finanzströme kontrollieren, Prävention, Vorratsdatenspeicherung – das ist selbstverständlich unter voller Wahrung von Rechtsstaatlichkeit, Grundrechten und Datenschutz zu erfüllen!

Ich nehme auch den Rat beim Wort, die Verweigerungsblockaden einzelner Mitgliedstaaten zu beenden. Wir, die ...

(Der Präsident entzieht dem Redner das Wort.)

Philippe Juvin (PPE). – Monsieur le Président, après les attentats, il est normal que la France et l'Europe vivent une période de recueillement. Mais, après le temps du recueillement, les vraies questions devront être posées.

Première question. Depuis deux semaines, en France et en Belgique, la police a saisi plusieurs centaines d'armes. Qui peut croire un instant que ces armes ont été localisées depuis sept jours? On savait où étaient ces armes. On n'est pas allé les chercher. Pourquoi?

Deuxième question. En France, il existe cent mosquées radicales. Qu'attend-on pour les fermer?

La troisième question concerne le PNR. Notre ministre de l'intérieur est venu à Bruxelles dire qu'il voulait un PNR. Cela tombe bien, nous aussi. Mais pourquoi ne dit-il pas qu'un certain nombre de députés de sa propre majorité, ici, au Parlement européen, ont freiné l'adoption de ce PNR?

Des questions de ce genre, j'en ai des dizaines. Alors, je m'adresse au gouvernement français et à tous les gouvernements européens: cessez de dire, comme vous le faites depuis «Charlie», que vous allez lutter contre le terrorisme. Cessez de le dire et faites-le! Ne faites plus de communication, cessez les postures, cessez l'incantation, cessez l'amateurisme et agissez!

Frank Engel (PPE). – Monsieur le Président, essayons quand même de ne pas faire de la surenchère isolationniste et sécuritaire totale. Ce n'est pas en démantelant Schengen que nous allons nous rapprocher de ceux qui sont déjà chez nous et qui nous plongent dans un climat d'insécurité.

Les cent mosquées, dont parlait le collègue Juvin, n'ont pas été fermées alors qu'on sait qu'elles prêchent le radicalisme le plus monstrueux. De telles mosquées existent à travers l'ensemble de notre continent, il ne faut pas un état d'urgence permanent pour faire valoir le droit pénal dans toute son acuité actuelle, pour arrêter ceux qui prêchent la haine et pour fermer les relais et les canaux du radicalisme et de la radicalisation sur notre territoire. Ceux qui nous veulent du mal sont dans la plupart des cas, pour ne pas dire dans tous les cas, déjà chez nous. Il faut les combattre chez nous, il ne faut pas combattre ceux qui cherchent un refuge pour fuir les mêmes terroristes que ceux qui nous assaillent en ces temps tristes.

Procedura „catch the eye“

Seán Kelly (PPE). – Mr President, I think I am the only Irish speaker here today and that is unfortunate in some respects, because if there is one thing that Paris showed us, it is that there is no single country, no single city, no football stadium, no restaurant, no individual in the Western world which is not now a target for the terrorists of ISIS. That means we need to unite to fight them. Only a while ago I saw a tweet from the *Irish Daily Mirror* which underscores the point I am making. It says ISIS has released an English-speaking video threatening the United Kingdom. Therefore, action is needed. Above all, I think we have to bring in the PNR directive as soon as possible. That is absolutely vital.

Secondly, we are involved in the data protection that has been referred to. We need clear rules, and in particular we need to guarantee the safety of individuals. If we do not, we are going to finish up with a situation where we have freedom in theory but no safety in practice.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor Presidente, condolencias a las víctimas de esos atentados que nos golpean a todos y solidaridad infinita con Francia y con todos los países que sufren en propia carne el terrorismo; pero los ciudadanos europeos tienen derecho a una respuesta legislativa que garantice y refuerce su seguridad frente al miedo y frente a la indefensión, y eso exige aprender algunas cosas con realismo.

La primera es que este no es un debate sobre extranjería ni sobre inmigración ni sobre asilo; ni siquiera sobre el Islam. Porque tenemos que aprender que será imposible que prevalezcamos si no conseguimos la cooperación de las comunidades islámicas en nuestra política interior y en nuestra política exterior -comunidades islámicas que sufren y combaten también el terrorismo-.

Y la segunda es que los atentados que más nos han dolido -París, Madrid 2004- no fueron perpetrados por personas que vinieran en avión: habitaban y habitan entre nosotros. Y, por eso, es imprescindible reforzar la «comunidad europea de inteligencia» para saber cómo actúan en las redes, cómo mueven globalmente su dinero, cómo podemos interceptarlo, congelarlo y confiscarlo, y cómo podemos defender nuestros valores sin rendir nuestros derechos ni nuestras libertades.

Vicky Ford (ECR). – Mr President, I was lucky. My own family in Paris that night were not in the bar; they were not at the match and were not at the concert. This could have happened to any of us. Terrorism is never justified and we must be united in the fight against terror, united across countries and, importantly, united across different faiths.

We must give the security services the tools they need to do their job. If they want better sharing of data, let them have better sharing of data. If they want to know who is getting on an aeroplane, let them see the passenger name list. This is to keep the rest of us safe, so that we can continue to travel and trade across borders. Our national experts have a huge amount of experience in many countries in fighting against terrorism, and it is not this House's role to stand in their way. Give them the tools they ask for.

Hilde Vautmans (ALDE). – Gisteren hebben wij gedebatteerd over het verslag over radicaliserende jongeren die naar het buitenland vertrekken. Vandaag hebben we heel veel stemmen gehoord, hier in het Parlement. En ik moet u zeggen: ze zijn tamelijk eensgezind. Ik hoor hier heel veel oproepen voor meer Europa. Ik hoor hier oproepen, zoals van Guy Verhofstadt, voor een Europese inlichtingendienst. Ik hoor hier eensgezindheid over de strengere bescherming van onze buitengrenzen. Ik hoor hier stemmen opgaan om toch nog dit jaar over de PNR te stemmen.

Ik moet u zeggen, collega's, ik ga hier eigenlijk buiten als een overtuigde Europeaan, maar ik zou u toch één ding willen vragen, Raad en Commissie. Doe het nu! Laten we die grenzen controleren! Laat dat ingaan, nog dit jaar! Laten we zorgen dat deze eensgezindheid uitgevoerd wordt!

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι εκφράζουμε τη θλίψη μας για τα θύματα των τρομοκρατικών επιθέσεων στο Παρίσι, στην Τύνιδα, στη Βηρυτό και υπογραμμίζουμε την ανάγκη για άμεση εξουδετέρωση του ISIS.

Πρέπει, όμως, να συνειδητοποιήσουμε και την ανάγκη για άμεσο τερματισμό των ξένων επεμβάσεων και των πολέμων στον αραβικό κόσμο. Γιατί είναι οι ξένες επεμβάσεις και οι κοινωνικοοικονομικές ανισότητες που δημιούργησαν το τέρας της τρομοκρατίας το οποίο, μέχρι και σήμερα, συνεχίζουν να στηρίζουν δυστυχώς η Δύση και οι σύμμαχοί της. Όσα έσπειραν οι ιμπεριαλιστικές επεμβάσεις των ΗΠΑ και των κυρίαρχων κύκλων της Ένωσης τα θερίζουν, δυστυχώς, σήμερα οι αθώοι λαοί.

Όμως, ο φόβος που έχει επικρατήσει δεν πρέπει να επιτρέψει τον αυταρχισμό και τη νομιμοποίηση κατασταλτικών μέτρων περιστολής των ατομικών δικαιωμάτων και ελευθεριών. Επίσης, δεν πρέπει να επιτρέψουμε να στοχοποιηθούν οι μετανάστες, οι πρόσφυγες, οι μουσουλμάνοι για τα όσα συμβαίνουν. Άλλωστε, η τρομοκρατία δρα καθημερινά και στο Ιράκ, στη Λιβύη, στο Λίβανο και στη Συρία σκοτώνοντας αθώους και δημιουργώντας νέα κύματα προσφύγων.

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – Herr Präsident! Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Die Anschläge von Paris erfordern eine besonnene und sachliche Reaktion. Denn die Angst ist da, die spürt jeder und jede von uns.

Aber was wir nicht tun dürfen, ist, mit unseren Reaktionen die Menschen in noch mehr Angst und Schrecken zu versetzen und die demokratischen Freiheiten, die Grundfreiheiten, die wir uns auf diesem Kontinent über Jahre und Jahrhunderte erkämpft haben, anzugreifen. Die Anschläge – davon bin ich überzeugt – beweisen, dass es jetzt der falsche Weg wäre, noch weitere anlasslose Überwachung voranzutreiben, noch weitere Datenspeicherung.

Die gesamte Bevölkerung hier mit einzubeziehen, das ist nicht gerechtfertigt. Denn es ist auch nach Charlie Hebdo nicht gelungen, über die Vergrößerung des Heuhaufens die Attentäter, die jetzt diese Anschläge in Paris gemacht haben, zu finden. Frankreich hat PNR, die machen das schon, und es war nicht möglich, das zu verhindern. Das heißt, wir müssen auf der demokratischen Ebene der Grundrechte bleiben, mehr zusammenarbeiten zwischen den Mitgliedstaaten, zwischen Polizeiermittlung und Geheimdiensten unter dem Dach von Europol und Eurojust.

Franz Obermayr (ENF). – Herr Präsident! Ich komme mir hier leider Gottes wie in einer Parallelwelt vor, wenn ich heute in den Medien lese, dass der sozialdemokratische französische Premierminister Manuel Valls davon sprach, keine weiteren Flüchtlinge mehr aufzunehmen, die Grenzen zu schließen, und ich andererseits hier innen von Sozialisten, Linken und Grünen höre, dass wir offene Grenzen brauchen, eine Pseudo- Willkommenskultur, weil sie nicht erkennen wollen, dass wir eine Völkerwanderung in Europa haben – eine Invasion –, und nicht erkennen wollen, dass ungefähr 70 % der aus Syrien oder aus dem Irak Ankommenden nicht wirkliche Flüchtlinge sind.

Daher kann ich Ihnen empfehlen: Nehmen Sie die Meinung des sozialdemokratischen Premiers aus Frankreich sehr, sehr ernst. Ich möchte Ihnen auf diesem Wege mitgeben, was er auch in der Süddeutschen gesagt hat, nämlich: Die Kontrolle der EU-Außengrenzen ist essenziell. Wer das nicht begreift, der muss feststellen: Die Bürger werden uns sagen: Das reicht, Europa!

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, τα τραγικά γεγονότα των Παρισίων για τα οποία εκφράζουμε τη λύπη μας δεν έγιναν ούτε ξαφνικά, ούτε άνευ λόγου. Είναι τα αποτελέσματα λανθασμένων χειρισμών πολιτικής και λαθών τα οποία διαχρονικά διέπραξαν όλες οι χώρες Ευρώπης. Εδώ και πολλά χρόνια έχουμε ανοίξει τα σύνορά μας και δεχόμαστε εκατοντάδες χιλιάδων νομίμων και παρανόμων μεταναστών. Τους δίνουμε, δε, την ιθαγένεια πολύ εύκολα. Δημιουργούμε πολυφυλετικές, πολυθρησκευτικές και πολυπολιτισμικές κοινωνίες, έχοντας την αφέλεια να πιστεύουμε ότι θα μπορέσουμε να αφομοιώσουν αυτούς τους ανθρώπους.

Αυτό δεν συμβαίνει. Δεν μπορούμε να τους δώσουμε το επιθυμητό επίπεδο διαβίωσης και αυτό τους κάνει να αισθάνονται μίσος εναντίον των κοινωνιών που τους φιλοξενούν. Εξακολουθούμε, όμως, να ανοίγουμε συνεχώς τα σύνορά μας και να δεχόμαστε και άλλες χιλιάδες παρανόμων μεταναστών μέσα στους οποίους υπάρχουν επικίνδυνοι τζιχαντιστές. Αυτοί συνεργάζονται με τους ήδη υπάρχοντες ομοϊδεάτες τους και κατορθώνουν να καταστρέφουν τις χώρες της άπιστης Δύσης. Ας συνεργαστούμε λοιπόν για να αντιμετωπίσουμε αυτή την μεγάλη απειλή της ανθρωπότητας και της Ευρώπης.

(*Încheierea procedurii „catch the eye”*)

Dimitris Avramopoulos, Member of the Commission. – Mr President, the debate today came at the right moment. It was very timely, very constructive and it sent very strong signals.

Allow me once again to come back to a concern that has been raised by many of you today, namely the link between migration and terrorism and the link between religion and terrorism. I will repeat what I said last night in this place – and President Juncker has said it this morning: we must absolutely dissociate those who are in need of international protection – of our protection – from those who are seeking to attack our values, the very fundamental values of our societies. It is those same terrorists who refugees are fleeing from. Let me also once again remind you that almost all the perpetrators of the latest attacks on European soil were European Union citizens, and not all were of Muslim origin. We have to ask ourselves why these young people, who are born and bred here, decide to leave, to forsake our communities and, finally, to turn against us.

Daesh wants us to think in opposites, in black and white and to feel the antagonism that they are creating and fomenting. Let us not fall into their trap. Let us not give in to fear and panic.

Honourable Members of Parliament, of various political affiliations, we are all smarter than that and we know that a united European response is the only answer to the threat. Together we can improve our resilience to terrorism and address the complex causes of radicalisation. We are all collectively safer in unity and should come together.

We are moving forward on the PNR negotiations and will ensure a fully operational and effective instrument, which will of course respect proportionality. As regards the checks at our external borders, in parallel with our package on European border and coast guards, we are exploring the need to include possible modifications to the provisions of checks of European Union citizens against databases for public order and internal security reasons.

In the meantime, Member States should use all the tools available to control external borders. The tools are there. Moreover, as many of you mentioned Schengen, let me make this clear: Schengen is the most tangible example of our greatest achievement in the European integration process. It is only by making full use of Schengen that we will be able to react to the threats.

But we also need more trust among ourselves to share intelligence – many in this room today have said this – and prevent the possibility of a repetition of the horrendous attacks like those in Paris. Europe cannot stand without trust between all of us – among the EU institutions, among the Member States and among citizens. That is why it is so crucial that Member States send, not just their experts, but also their intelligence to the counter-terrorism centre in Europol, which will be fully operational on 1 January 2016.

It is unity, solidarity, resilience, determination and cooperation that will fight terrorism. It is a moment for more Europe.

Nicolas Schmit, *président en exercice du Conseil*. – Monsieur le Président, chers députés, face à ces crimes abominables et aux menaces qui, hélas, persistent, nous avons besoin d'une vraie volonté politique d'agir ensemble et je crois que c'est la grande leçon de ce débat.

La lutte contre ce terrorisme islamiste, contre le djihadisme – et nous n'avons pas peur des mots – doit être implacable et globale. Elle sera longue et exige de la constance, mais aussi du discernement. Rien ne serait pire que l'amalgame. Nous devons nous consacrer ensemble, sans relâche, à la mise en œuvre des mesures que nous avons décidées. Toutes les institutions doivent s'engager rapidement à des actes forts. J'ai entendu la ferme volonté de parvenir à l'adoption du PNR européen avant la fin de l'année. La présidence y est prête, elle y contribuera.

Notre meilleure réponse au terrorisme, c'est d'abord notre ferme attachement à nos valeurs, à notre société ouverte et démocratique fondée sur l'égalité, la non-discrimination et l'intégration et notre refus de nous laisser intimider. Mais c'est aussi, je le répète, avec vous, notre capacité de mettre ensemble nos forces, nos capacités d'échange d'informations, et finalement, de faire preuve de cohésion et de cohérence. C'est exact, la rhétorique ne suffit plus, la solidarité ne peut se limiter à être simplement déclaratoire.

Mesdames et Messieurs les députés, nous avons besoin d'une solidarité concrète et la clause de solidarité de l'article 42, paragraphe 7, a été invoquée. Un soutien unanime et entier a été exprimé par tous les États membres lors du Conseil du 17 novembre. Il faut maintenant le mettre en œuvre à la fois sur le plan interne, comme sur le plan externe, notamment par des offres d'assistance matérielle et de soutien. Le renforcement de notre politique étrangère, de notre politique extérieure, tout comme de notre politique de sécurité et de défense est à l'ordre du jour.

Președintele. – Dezbaterăa a fost închisă.

Declarații scrise (articolul 162)

Francisco Assis (S&D), *por escrito*. – O terrorismo jihadista tem um alvo preciso: o institucionalismo democrático-liberal que favorece a afirmação do pensamento crítico. Os ataques perpetrados em Paris há poucos dias revelam essa vontade. Os terroristas sabem que o medo é um veneno silencioso que pode dissolver os fundamentos deste modelo de organização política e social: querem inoculá-lo através destes atos horríveis.

A União Europeia, que tem como um dos seus desígnios a proteção e promoção dos direitos humanos, deve reagir com vigor e inteligência perante esta ameaça: deverá caminhar no sentido do aperfeiçoamento da sua capacidade de resposta repressiva, seja no plano interno, seja no plano externo. Isso implicará um aumento da cooperação entre os Estados-Membros nos domínios das políticas de segurança e de defesa, com o que tal comporta, também, de aumento de partilha de soberania.

Inés Ayala Sender (S&D), *por escrito*. – ¿Cuántos hemos aprendido de la lucha contra el radicalismo y el terrorismo y en la prevención desde los atentados del 11-M en Madrid? La respuesta es que no ha sido suficiente: no hemos avanzado ni aprendido lo necesario. No ha sido suficiente en lo que se refiere a la información y la inteligencia: seguimos sin compartir la información necesaria para atacar el terrorismo. Tampoco lo ha sido en lo que se refiere a cortar las fuentes de financiación de los grupos terroristas ni para estructurar una política exterior común que responda coherentemente a los conflictos, de los que se alimentan estos procesos de radicalización y estos grupos terroristas. Tampoco hemos hecho lo necesario para construir una respuesta europea. De hecho, hoy nos presenta el Consejo una serie de medidas que apoyamos, pero muchas de ellas estaban ya al alcance de la mano de los Estados miembros, que no las han utilizado. Existe una estrategia antiterrorista desde 2015, existe un coordinador de la lucha antiterrorista, Europol, Eurojust... Utilicemos las herramientas de las que disponemos y pongamos en marcha los instrumentos nuevos sin caer en una improvisación dictada desde el pánico. No permitamos que los terroristas determinen nuestra agenda y protejamos nuestros valores europeos.

Ivo Belet (PPE), *schriftelijk*. – Na de vreselijke aanslagen in Parijs en de terreurdreiging in Brussel is het cruciaal dat we in Europa de krachten bundelen om tot een snel en doortastend antwoord te komen. Zonder een snelle uitwisseling van informatie over verdachte passagiers tussen de nationale veiligheidsdiensten kunnen terroristen binnen Schengen veel te gemakkelijk de grens over.

Wij willen daarom dat voor het einde van het jaar de Europese uitwisseling van passagiersgegevens (PNR) operationeel is. We roepen de andere partijen op eindelijk knopen door te hakken in dit cruciale dossier dat al te lang aansleept. We moeten ook snel werk maken van de concrete uitrol van een efficiënte gemeenschappelijke controle van de Europese buitengrenzen. Daarbij is de uitbouw van een Europese grens- en kustwacht absoluut prioritair, gekoppeld aan het opzetten van "slimme grenscontroles" van iedereen die de Schengenzone (weer) binnenkomt - ook van ons, EU-burgers - en de automatische uitwisseling van die gegevens binnen het Schengeninformatiesysteem (SIS). Ook de rol van internet en sociale media bij de radicalisering en rekrutering moeten we versneld en daadkrachtig aanpakken. Providers moeten hun verantwoordelijkheid opnemen en actief meewerken aan het verwijderen van illegale of geradicaliseerde inhoud.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ces récents attentats terroristes à Paris causant la mort de 132 personnes et de plus de 415 blessés sont un drame terrible qui nous a marqués et nous marquera encore longtemps. Je tiens à rendre hommage aux familles des victimes et à témoigner tout mon soutien aux forces de l'ordre qui font un travail remarquable.

Néanmoins, après cette période de deuil, il faut faire le constat et apporter les bonnes réponses aux problèmes. Il faut en finir avec cette Union européenne passoire, supprimer la libre circulation de Schengen et rétablir un véritable contrôle aux frontières nationales des États membres et non à celles de l'Union, qu'elle n'arrive pas à garder.

L'Union et nos gouvernants doivent prendre conscience que l'immigration massive incontrôlée en Europe n'a plus les moyens de s'assimiler et que nous ne pouvons plus accueillir des «migrants» alors même que de nombreux européens n'arrivent plus à se loger, à se nourrir ou à trouver un travail.

Il faut enfin agir sur le terrain des opérations militaires pour combattre Daech avec tous les acteurs qui luttent contre le terrorisme et en finir avec nos relations avec des pays comme le Qatar ou l'Arabie Saoudite, qui financent ouvertement le terrorisme.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – ¿Cuántos hemos aprendido de la lucha contra el radicalismo y el terrorismo y en la prevención desde los atentados del 11-M en Madrid? La respuesta es que no ha sido suficiente: no hemos avanzado ni aprendido lo necesario. No ha sido suficiente en lo que se refiere a la información y la inteligencia: seguimos sin compartir la información necesaria para atacar el terrorismo. Tampoco lo ha sido en lo que se refiere a cortar las fuentes de financiación de los grupos terroristas ni para estructurar una política exterior común que responda coherentemente a los conflictos, de los que se alimentan estos procesos de radicalización y estos grupos terroristas. Tampoco hemos hecho lo necesario para construir una respuesta europea. De hecho, hoy nos presenta el Consejo una serie de medidas que apoyamos, pero muchas de ellas estaban ya al alcance de la mano de los Estados miembros, que no las han utilizado. Existe una estrategia antiterrorista desde 2015, existe un coordinador de la lucha antiterrorista, Europol, Eurojust...

Utilicemos las herramientas de las que disponemos y pongamos en marcha los instrumentos nuevos sin caer en una improvisación dictada desde el pánico. No permitamos que los terroristas determinen nuestra agenda y protejamos nuestros valores europeos.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – La doar câteva luni după ce jurnaliștii de la Charlie Hebdo au fost executați cu sânge rece, atentatele din 13 noiembrie vin să întărească pericolul pe care îl reprezintă terorismului islamic.

În urma masacrului, dovezile de solidaritate umane au fost cu adevărat emoționante, iar încurajările și mesajele transmise către poporul francez au arătat că lumea are încă resurse de vitalitate. Liderii europeni trebuie să se responsabilizeze, deoarece pericolul terorismului nu dă semne de oprire, ba dimpotrivă. Faptul că teroriștii care atacă statele europene sunt în principal cetățeni ai Uniunii, născuți ori crescuți în Europa, radicalizați între timp, întărește convingerea asupra ineficienței politicilor de incluziune implementate până acum.

Un alt aspect de luat în calcul este descoperirea printre atentatori a unui posibil imigrant sirian, venit în Europa anul acesta, care ridică probleme serioase discursului conform căruia refugiații pot fi primiți fără niciun fel de control, chiar dacă, cel mai probabil, pașaportul sirian descoperit la locul unuia dintre atentate era fals.

Pentru a asigura securitatea comunitară nu este suficient ca doar un stat membru să ia măsurile necesare, de aceea consider că, acum mai mult ca niciodată, se impune un efort solid în direcția restabilirii unui nou „concert european” pentru combaterea terorismului.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – The attacks last week in Paris have marked this session with grief, and I deplore those actions that took the lives of 130 innocent people. I want to express my deepest sympathy for the victims and families of those who died last Friday in Paris, and also to those who suffered at the hands of recent terror attacks in Beirut and Mali. Europe is struggling to deal with new and evolving situations, and in this struggle I stand against fundamentalism, against bigotry, against sectarianism and against racism. Allowing any of these ideologies or mindsets to seep into our society would pose a threat to the peaceful coexistence and democratic future all of us aspire to. We must use our political standing to go beyond these senseless acts of terror and to the root causes of despair in countries such as Syria and Eritrea. We must stand united in our defiance of such acts of murder and united in our solidarity with Paris, and other communities destroyed by violence.

Lorenzo Cesa (PPE), *per iscritto*. – I brutali attentati terroristici che hanno colpito Parigi i giorni scorsi ci hanno sconvolto e lasciato senza fiato. Mentre stiamo qui discutendo, un'altra città nel cuore dell'Europa, la nostra città europea, Bruxelles, è in stato di assedio, i suoi cittadini rinchiusi in casa con i carri armati per le strade. La guerra non è più alle porte delle nostre case, è nelle nostre case e noi dobbiamo fare qualcosa.

L'Unione europea si deve dotare di una vera politica estera e di sicurezza comune. Dobbiamo essere tutti uniti contro il terrorismo in Europa e contro questo fantomatico Stato islamico che altro non è che una banda di delinquenti che stanno tenendo in scacco il mondo occidentale con la loro ferocia e il loro disprezzo per la vita degli altri, ma anche della propria, perché sono pronti a farsi saltare in aria pur di uccidere. Per vincere contro coloro che hanno il culto della morte dobbiamo essere uniti e convinti difensori dei nostri valori, il nostro essere cristiani, il valore della vita e della solidarietà. La nostra divisione è un punto di forza per i ribelli di Daesh, molto meno numerosi di noi, ma che sfruttano la nostra incapacità di coordinamento.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Vivemos hoje com medo, como se a nossa segurança tivesse sido posta em causa. E foi. E os nossos valores atacados. E foram. Temos por isso de agir. Mas Liberdade e Segurança não são conceitos opostos. Em bom rigor não há liberdade sem segurança nem segurança sem liberdade. Quando estamos em situações de emergência são necessárias medidas excecionais, mas apenas pelo período estritamente necessário para neutralizar a ameaça. No longo prazo temos de procurar as medidas necessárias e proporcionais para combater a ameaça. Num tema tão sensível como o combate ao terrorismo, exige-se uma frente unida. Os extremos já tentam polarizar a discussão. Compete, pois, aos moderados não ceder ao caminho fácil e combater eficazmente estes criminosos preservando os nossos valores essenciais, como os Direitos Fundamentais ou o espaço Schengen. Já em janeiro deste ano o disse – de que servem novos instrumentos ou o reforço dos existentes, se o seu futuro for o mesmo daqueles que aprovámos até aqui: serem pouco ou nada usados? No calor do momento, compete aos decisores agir com ponderação e não esquecer a razão por que nos atacam: somos livres. Ceder nos nossos valores fundamentais seria conceder uma vitória aos terroristas.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Terrorism strikes at the very core of the structures on which societies drive. Stating that it is an attack on our liberty, freedom and democratic values, is stating the obvious. In addressing it one must ensure that we do not allow the terror and shock it creates to destabilise on freedoms, on social interaction as well on economies. Our response must be proportionate to the threat, but to identify the severity of values of the threat each country requires mutual intelligence and security support. Sharing of our security knowledge intelligence is key to empowering each other's security. Terrorism blatantly shows that no country can be secure on its own; European security is established and entwined with that of other countries.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Terrorism focuses on instilling fear within people's hearts and disrupts people's lives. But if we allow terrorism to obstruct our everyday lives, to destroy our way of life and our lifestyles, then we allow terrorism to win. We cannot allow terrorists to create a divide within our union, because this is exactly what terrorism feeds on: we must be united in the face of terrorism. We can only do this by taking the initiative in the field of security and defence. For this reason we must go above and beyond and move from an inter-governmental policy. We must safeguard Schengen, a fundamental pillar of the construction of Europe, by making our borders stronger, and this is why I look forward to the upcoming Frontex regulation. We must arm our intelligence services with the necessary tools while ensuring the exchange of information at European governmental level between intelligence services. Furthermore, we must implement EU-PNR, in line with strong data protection safeguards. We must fight fundamentalism through unity and not through more fear. We must implement next-generation solutions to next-generation issues with bravery and courage, encompassing our European values in our European response.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Dopo gli attentati di Charlie Hebdo avvenuti nel gennaio scorso, i violenti attacchi di venerdì 13 novembre nel centro di Parigi hanno ancora una volta scosso la Francia, colpendo in questo modo non soltanto il cuore dell'Europa intera, ma soprattutto la sua identità, i suoi valori e le sue libertà fondamentali. L'Unione, le sue istituzioni e gli Stati membri devono adesso agire con fermezza e unità alla sfida posta dal terrorismo di matrice fondamentalista. Per questo sarà necessario elaborare una strategia comune, che preveda la creazione di un sistema di *intelligence* europea e intraprenda immediate misure di lotta al terrorismo, quali il rafforzamento di Europol e l'apertura del Centro europeo antiterrorismo.

Per dare risposte concrete a questi attacchi carichi di odio occorre che gli Stati membri riescano finalmente a superare gelosie, diffidenze e talvolta rivalità che troppo spesso hanno rallentato la costruzione di una più integrata e quindi più sicura Unione europea. È giunto il momento di fare un salto di qualità nel completamento del progetto di integrazione dell'Unione europea, anche in settori quali l'*intelligence* e la sicurezza, senza che ciò significhi abdicare ai nostri diritti acquisiti in 60 anni di storia, come quello di libera circolazione.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Rodinám a blízkym obetí v Paríži, ale aj celému Francúzsku je potrebné vyjadriť hlbokú a úprimnú sústrasť. Musíme dať jednoznačne najavo, že po teroristickej masacre nekrvácá len Francúzsko a jeho metropola, ale že to bol útok na naše spoločné hodnoty, ktoré si chceme a budeme chrániť. Potvrdenie, že za masakrou stojí tzv. Islamský štát, musí byť poslednou výstrahou na to, aby sa všetky demokratické krajiny spojili a jednoznačne postavili proti náboženskému terorizmu, ktorý táto odporná organizácia stelesňuje. Teror v Paríži je dôkazom, že fanatici sa nezastavia pred ničím a že svoje spôsoby šírenia násillia a krutosti neustále zdokonaľujú.

Tragédia má však viacero rozmerov. Nemôžeme pritom dovoliť, aby sa stala zvráteným nástrojom pre obhajobu rôznych xenofóbnych názorov, ktorým sme najmä v súvislosti s pretrvávajúcou utečeneckou krízou v Európe nútení čeliť. Strachom, ktorý tieto názory šíria a podporujú sa totiž nad barbarstvom a násillím, ktoré predstavuje náboženský fanatizmus, zvíťaziť určite nedá. Naopak, robí nás to ešte slabšími a presne to sa vrahovia z Paríža snažia dosiahnuť. Je preto dôležité zamerať sa nie na šírenie nenávisti. Reakciou by malo byť odhodlanie bojovať proti násilliu, radikalizmu a extrémizmu v akejkoľvek podobe.

Eugen Freund (S&D), *in writing*. – We have to be very careful not to lose our balance: on the one hand there are the freedoms we cherish and which are, among others, at the core of our Western values, and on the other hand making sure that these terribly tragic events do not occur again. What we urgently need is much more cooperation between the security apparatus of and among the European countries. They jealously guard their information – secrets, if you will – instead of sharing intelligence with the neighbour. We also must not fall into the trap of those who would like to equate the refugees with terrorists. That is an absolute shameless political game. Those unfortunate people have been fleeing the very same atrocious attacks that were committed in Paris – they had seen and experienced these kinds of acts in Aleppo, in Homs, in many Syrian towns on a daily basis. As far as we know, not a single one of the terrorists was a refugee; on the contrary, they were citizens of, or born in, Belgium or France. And they bought tickets to travel to

Turkey and then on to Syria. There is absolutely no reason to mix up refugees with terrorists.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – Como lo demuestran los atentados en Francia, EE.UU., España, Inglaterra... pero también Túnez, Turquía, Líbano o Arabia Saudí, la amenaza terrorista de naturaleza yihadista es global. La respuesta debe ser, por tanto, coordinada. Francia ha invocado la cláusula para la defensa colectiva del artículo 42, apartado 7 del Tratado de la UE. En este marco, que nos recuerda que somos socios obligados a protegernos entre nosotros, complementado por el marco de las Naciones Unidas y de la OTAN, es absolutamente apremiante ponerse manos a la obra para crear una policía antiterrorista europea, con mando unificado, y repartirse las tareas de las acciones en el exterior de forma coordinada y unitaria de acuerdo con las ventajas, activos y posibilidades de cada Estado miembro. Ninguno de nosotros estará seguro si no cuenta con el apoyo de los demás.

Ana Gomes (S&D), *por escrito*. – Os atentados de Paris demonstram que precisamos de mais Europa para segurança dos nossos cidadãos: menos Europa facilitou a empresa assassina aos terroristas. Cabe aos Governos a liderança política para instituir uma coordenação europeia dos serviços de informação, polícias e cooperação judiciária, que precisam de ter meios e capacidades reforçadas e não continuar a ser reduzidos pelas desastrosas políticas de austeridade, que também fomentam os ghettos de onde saíram os terroristas.

Precisamos de trabalhar pela paz e segurança na vizinhança - são os conflitos ali que nos entram porta adentro! Precisamos de uma Política Comum de Segurança e Defesa, no quadro de uma Política Externa e de Segurança Comum coerente. E bem precisamos de coerência: dizer que «estamos em guerra» é dar um estatuto político aos terroristas, faz-lhes o jogo. Temos de atacar as fontes do financiamento terrorista: o tráfico de armas, o petróleo, o branqueamento de capitais, chamando à responsabilidade todos os financiadores e facilitadores, muitos fazendo jogo duplo, como a Arábia Saudita, o Catar e a Turquia.

Finalmente, é falsa a acusação feita pelo Deputado Weber aos Socialistas de que teriam tentado ontem introduzir emendas sobre o PNR no relatório Dati. É um golpe sujo, contra a convergência de que precisamos para combater o terrorismo.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – ¿Cuántos hemos aprendido de la lucha contra el radicalismo y el terrorismo y en la prevención desde los atentados del 11-M en Madrid? La respuesta es que no ha sido suficiente: no hemos avanzado ni aprendido lo necesario. No ha sido suficiente en lo que se refiere a la información y la inteligencia: seguimos sin compartir la información necesaria para atacar el terrorismo. Tampoco lo ha sido en lo que se refiere a cortar las fuentes de financiación de los grupos terroristas ni para estructurar una política exterior común que responda coherentemente a los conflictos, de los que se alimentan estos procesos de radicalización y estos grupos terroristas. Tampoco hemos hecho lo necesario para construir una respuesta europea. De hecho, hoy nos presenta el Consejo una serie de medidas que apoyamos, pero muchas de ellas estaban ya al alcance de la mano de los Estados miembros, que no las han utilizado. Existe una estrategia antiterrorista desde 2015, existe un coordinador de la lucha antiterrorista, Europol, Eurojust... Utilicemos las herramientas de las que disponemos y pongamos en marcha los instrumentos nuevos sin caer en una improvisación dictada desde el pánico. No permitamos que los terroristas determinen nuestra agenda y protejamos nuestros valores europeos.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Izražavajući najiskreniju sućut žrtvama pariškog terorističkog napada i veliku solidarnost Francuskoj Republici želim jasno poručiti: teroristi ne mogu, ne smiju i neće pobijediti. Europa mora ostati vjerna svojim vrijednostima: sloboda i otvoreno društvo bez stvaranja podjela po vjerskim ili nacionalnim mjerilima jer je to upravo ono što teroristi žele. U svemu tome Europa mora imati jedan i jedinstveni stav. Europa mora odmah ujediniti sve snage, a pogotovo sve one sigurnosne službe koje direktno brinu o sigurnosti naše sigurnosti. Moramo ujediniti i sve zemlje koje su spremne bez kalkulacija uništiti Islamsku državu koja je najveća prijetnja svjetskom miru. Moramo predvoditi koaliciju i uključiti Rusiju, SAD, Iran, Tursku i sve aktere koji će biti spremni dobiti ovaj novi svjetski rat.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Brüsszelben ötödik napja tart a legmagasabb szintű készség, közvetlen a terrorfenyegetettség. Vajon a siketek is értesülnek-e róla, hogy törölték a focimeccset, lehúzták a rolót a bevásárlóközpontok, nem közlekedik a metró, zárva vannak az óvodák? Megtudják-e időben azt is, ha elmúlt a veszély? Hétfőn este egész Belgium feszülten várta a tévékészülékek előtt a belga miniszterelnök bejelentését arról, vajon kedden is marad-e a négyes szintű terrorkészség, újraindul-e másnap a metró, kell-e, szabad-e iskolába vinni a gyerekeket. Charles Michel miniszterelnök szavait azonban a siketek nem érethették, mert jelynyelvi tolmács nem volt jelen a sajtótájékoztatón. Sajnálatos, hogy sem a párizsi merényletek után, sem a brüsszeli rendkívüli helyzetben nem volt a siketek és nagyothallók számára elérhető

tájékoztatás. Az Európai Unióban sem európai, sem tagállami szinten nincs megfelelő megoldás erre és így a siketek kiemelten veszélyeztetett csoport.

Magyarország jó példát mutathat: a legutóbbi dunai árvíz esetén Orbán Viktor tájékoztatóján jelnyelvi tolmács gondoskodott arról, hogy siket polgártársaink is anyanyelvükön kapjanak pontos tájékoztatást a tennivalókról, a veszélyről vagy annak elmúlásáról. Hazánkban ezen felül az Országos Katasztrófavédelmi Szolgálat működteti a VÉSZ elnevezésű, okostelefonokra és táblagépekre ingyenesen letölthető alkalmazást, amelynek segítségével bárki azonnali írott információt kaphat okostelefonjára a közvetlen közelében leselkedő veszélyekről, vagy akár az országosan kiadott figyelmeztetésekről és riasztásokról.

Vladimír Maňka (S&D), písomne. – Všetci, ktorí dnes vystúpili, odsúdili názor, že migranti sú teroristi. Súhlasím, že rovnica migranti = teroristi je neprípustná. Ale povedzme si, čo sa môže stať, ak nebudeme počúvať odborníkov na bezpečnostnú politiku, psychológov a ďalších expertov. Do Európy nekontrolovane prichádzajú státisíce ľudí. Mnohí, aby si zachránili holý život. Sú medzi nimi aj ekonomickí migranti, ktorí nevyžadujú medzinárodnú ochranu. Prichádzajú v takom množstve, že Európa ich nedokáže všetkých integrovať. Skúste si predstaviť, čo bude s tými, ktorí nedostanú azyl. Stovky tisíc ľudí budeme musieť poslať domov. O mnohých z nich ani nevieme, kde sa momentálne nachádzajú. Mnohí z nich do Európy prišli bez registrácie. Bez práce a peňazí budú frustrovaní a nešťastní, že im to nevyšlo. Za istých okolností sa môžu stať ľahkou korisťou pre zločin. Už dnes existuje viac ako sto pokusov náboru do radov Islamského štátu. S týmto musia zodpovední politici počítať. Musíme čo najskôr povedať, čo urobíme s tými, ktorí už v Európe sú. Ale aj to, ako urýchlene dosiahneme stav, aby o azyl, alebo o možnosť zamestnať sa v EÚ mohli ľudia žiadať zvonka a nemuseli najprv prejsť polovicu Európy a platiť za to ešte aj prevádzacom.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), por escrito. – Os recentes ataques terroristas ocorridos em França demonstram a necessidade premente de se constituir uma força internacional que seja capaz de combater e derrotar o autoproclamado Estado Islâmico.

Pela primeira vez na história do Tratado de Lisboa, a França recorreu ao artigo 42.º, n.º 7, que prevê uma cláusula de solidariedade em caso de agressão contra um país da UE. É um artigo que nunca tinha sido usado na história da nossa União.

Entendo que, além dos ataques a alvos estratégicos, os países têm de deixar de financiar o Estado islâmico, parar de adquirir recursos petrolíferos ao ISIS e tentar construir um verdadeiro bloqueio económico para que fiquem sem recursos para financiarem as suas atividades.

A União Europeia deve assumir um papel de liderança na cena política internacional, construindo as necessárias pontes com os EUA e a Rússia para derrotar o ISIS, assim como é fundamental melhorar a educação dos nossos jovens nas escolas, evitar a radicalização de jovens e melhorar os sistemas de controlo e vigilância nas fronteiras da UE.

József Nagy (PPE), írásban. – Tragikus események sorozatának voltunk szemtanúi az elmúlt hetekben. Az orosz repülőgép lezuhanása, illetve a bejrúti és a párizsi terrortámadások több mint négyszáz halálos áldozatot követeltek. Ez több száz családot érint, hiszen az áldozatok szülők, férjek, feleségek, gyermekek, testvérek voltak, akik elvesztésével nem könnyű megbirkózni. Hamar rá kellett jönnünk, hogy a támadások sorozata ezzel nem ért véget, egy hét sem telt el és a dráma Maliban folytatódott. Az utóbbi támadások nem egy konkrét célcsoport ellen irányultak, bárki eshetett áldozatul vallástól, nemzetiségtől, bőrszíntől függetlenül, és ez az, ami rettegésben tartja az európai állampolgárokat. Nem mernek szórakozni menni, megriadnak a rendőrautó szirénája hallatán. A szülők aggodalommal tele küldik gyermekeiket iskolába, mert a gyakori bombairadók után már az sem tűnik biztonságos helynek. Támadás érte az európai értékeket, nekünk pedig kötelességünk megfelelő védelmet nyújtaniunk – ennek kell a fő prioritásunknak lennie! Ebben a nehéz időszakban különösen fontos, hogy az Európai Unió hiteles és aktív szereplőként lépjen fel a terrorizmus elleni harcban, ehhez pedig nekünk kell megteremtünk a szükséges eszközöket.

Ioan Mircea Pașcu (S&D), in writing. – The criminal attacks in Paris have brought guerrilla war onto the streets of Europe, directly affecting the individual security of the European citizens. Two conclusions: first, that Euro-Atlantic security gets abruptly an internal dimension, to complement the external one we were used to until now. Second, that those two dimensions have to be connected and the instruments the EU has to deal with each of them have to be integrated, preferably in one single spectrum, starting with intelligence, then police, then civil defence, then gendarmes and, finally, the armed forces. Technically, that raises two problems: intelligence sharing among the EU's own agencies and among the MS should be significantly increased and, second, how to use the armed forces in preserving the internal security of the MS. Apart from new regulations and instruments, the EU should engage in a review of the existing ones, of which quite a number do exist but have never been used! In a larger sense, every response we come with should try

to preserve the right balance between privacy and public security and attempt – as much as possible – to avoid making our lives even more miserable, thus denying an indirect ‘victory’ to terrorism.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Dok cijeli svijet suosjeća s Parizom i osuđuje terorizam, smatram da je važno podsjetiti kako se terorizam svakoga dana događa i u zemljama koje su dalje od Europske unije pri čemu su najviše pogođeni Bliski Istok i Sjeverna Afrika, a od čega se je često okretalo glavu dok se isto nije dogodilo i na europskom tlu. Istoga dana kad su sve misli i molitve bile usmjerene prema Parizu, u Libanonu je također bio dan žalosti. Libanon je oplakivao 43 žrtve napada bombaša samoubojica u Bejrutu, žrtve napada koji je iza sebe ostavio i dvjesto ranjenih. Prema procjeni UN-a, u 4 godine u Siriji je ubijeno 10 000 djece i 250 000 odraslih osoba, ljude se progoni, tjera iz domova i ubija. U Nigeriji je Boko Haram u godinu dana oteo najmanje 2000 žena i djevojčica te je u posljednjih nekoliko godina ubio više od 10 000 tisuća civila, dok je više od 250 000 ljudi u izbjeglištvu. Samo u prošloj godini u terorističkim je napadima život izgubilo 32 658 ljudi. Terorizam nema vjeru, nema nacionalnost, nema veze s kulturom i civilizacijom. Terorizam je zločin koji najdublje osuđujem te tražim da se iskoriste svi mehanizmi kojima bismo mogli stati na kraj tom zločinu.

Емил Радев (PPE), *в писмена форма.* – Единадесет месеца след нападенията над „Шарли Ебдо“ и кашер магазина в Париж продължаваме да говорим за необходимостта от засилване на борбата срещу тероризма на европейско ниво. Същите мерки, които обсъждахме през януари, обсъждаме и сега – приемането на Директивата за пътническите данни, затягането на контрола върху търговията с оръжия в рамките на ЕС, по-доброто сътрудничество между различните служби за сигурност, предотвратяването на радикализацията сред европейските граждани.

Затова настоявам за бързото засилване на контрола по всички външни граници на ЕС – след атаките от 13 ноември в Париж моята страна България въведе 100% проверки на всички преминаващи през българо-турската граница. Сигурността на европейските външни граници трябва да бъде гарантирана, за да не бъде поставяно под въпрос свободното движение на хора в ЕС и Шенген.

За тази цел е необходимо до края на 2015г. да бъде приета Директивата за обмен на пътнически данни – недопустимо е в момента европейските служби да не могат да проследят кога чуждестранните бойци напускат Европа и, по-важно, кога се завръщат, за да извършат терористичен акт. Не е нужно да чакаме още жертви, за да доведем докрай тези спешно необходими мерки. Европейските граждани очакват от нас бързи действия, които да върнат усещането за сигурност в ЕС.

Laurențiu Rebega (ENF), *în scris.* – Mulți dintre noi cred că Europa nu va fi schimbată de terorism. Eu în schimb, cred că Europa se va schimba prin prisma efectelor acestei „vineri negre” – acesta este cel mai dificil moment de la cel de-al Doilea Război Mondial!

Noi toți am simțit amenințarea chiar dacă încercăm să nu ne lăsăm pradă fricii. Îmi este teamă că situația de urgență va deveni o normă. Nu vreau să spun că „refugiat este sinonim cu terorist” însă, în condițiile actuale, în care nu reușim să ne controlăm granițele, cred că mulți fundamentalisti, precum am văzut deja, vor profita de această ocazie pentru a circula în spațiul european.

De aceea țin să subliniez că este indispensabilă o majorare a investiției financiare în măsuri de siguranță la frontierele externe dar și interne ale UE.

Pentru a învinge terorismul trebuie ca noi, înaintea concetățenilor noștri, aici și acum, să avem o imagine clară și reală asupra statului islamic (deși este o nebunie să îl numim STAT). Forțele internaționale trebuie, mai întâi de toate, să găsească modalitatea de a-i tăia canalele de finanțare, fluxul vital: circuitul de afaceri. Această zonă trebuie să fie izolată în ciuda intereselor financiare - numai așa vom învinge terorismul.

Christine Revault D’Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit.* – Les attentats qui ont frappé la France ont réveillé la conscience de l’Europe et du monde. Pourtant, Daech mène la guerre au Moyen-Orient et perpétue des actes terroristes dans de nombreux pays depuis plusieurs années. Hier encore, c’est la Tunisie qui a été touchée.

Il est temps que l’Union européenne passe des paroles aux actes et s’organise enfin et vite pour combattre le terrorisme. Il s’agit de protéger ses peuples et de préserver ses valeurs. Nous devons aboutir à la mise en place d’un PNR européen avant la fin de l’année. Les services de police et de renseignement des États membres doivent mieux coopérer et la lutte contre le trafic d’armes doit être considérablement renforcée. Davantage de financements sont également nécessaires afin de prévenir la radicalisation et ainsi lutter contre le terrorisme à la racine.

Au-delà des attaques militaires menées notamment par la France, l'Union et les États-membres ont la responsabilité de participer au démantèlement des filières financières qui entretiennent Daech, l'argent étant bien le nerf de la guerre. Tous les États de l'Union européenne doivent se sentir concernés. Daech ne vise pas une nationalité. Il frappe le monde libre et ses valeurs, nos libertés, notre modèle de vie, la paix.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – Po strašných udalostiach v Paríži musíme jasne a nahlas formulovať, čo sú naše hodnoty, z ktorých nesmieme ustúpiť: rovnosť všetkých ľudí bez rozdielu, vzájomný rešpekt a demokracia ako jediný spôsob riešenia verejných problémov. A to musí každý, kto tu chce žiť, rešpektovať.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – A 2015. november 13-án elkövetett párizsi terrortámadások drámai erővel ébresztettek rá mindnyájunkat – szerencsére végre a legtöbb felelős európai kormányt és vezetőt is – hogy az EU csak teljes egységben szállhat szembe a fenyegetéssel, mind Európában, mind a Közel-Keleten. Úgy vélem, itt az ideje, hogy az Unió alapját képező szolidaritás a rendészeti, titkosszolgálati, katonai együttműködés területein is valóban érvényesüljön.

Egyetértve az eddigi tagállami és közös kezdeményezésekkel, így a fegyverkereskedelem korlátozását, az utasforgalom ellenőrzését és az IÁ bázisának felszámolását célzó intézkedésekkel, hangsúlyozom, hogy mindennek nem lehet a végeredménye az európai határok tartós lezárása, vagy az állampolgári szabadságjogokkal kapcsolatos európai elveink feladása. Ilyen súlyos közös kihívással szembesülve különösen megdöbbentő, hogy akadt olyan politikus Európában (elsősorban Orbán Viktor magyar kormányfő), aki a mostani drámai helyzetet is populista demagógiája terjesztésére használja fel és Párizs után is olyan nyilvános kijelentéseket engedett meg magának, miszerint „minden terrorista bevándorló”, vagy a migránsok elosztásáról szóló Bizottsági kvótajavaslat „a terrorizmus szétterítését célozza kontinensünkön”.

Meggyőződésem, hogy közös nemzetközi és európai erőfeszítéssel egy napon végleg legyűrrük a terror rémét; az a politikai mérge azonban, amely állampolgárainkban az ilyen kijelentések tükröztenek szemléletet erősíti, még sokkal tovább hatni fog. Ezért szigorú és következetes közös európai elutasítást szorgalmazok az ilyen veszélyes politikával és retorikával szemben.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Ataki terrorystyczne, do których doszło w Paryżu, pozostawiły stolicę Francji pogrążoną w żałobie, wywołały również falę smutku w Europie. Aby w pełni zrozumieć mechanizmy, które doprowadzają do tak tragicznych wydarzeń, musimy zastanowić się, co naprawdę zamachowcy chcą osiągnąć sięc śmierć i terror. Cele ekstremistów z tzw. Państwa Islamskiego realizowane w Europie różnią się bowiem od tych na Bliskim Wschodzie. Tam, poprzez szerzenie anarchii i chaosu, dążą oni do poszerzenia zakresu swojej władzy na terroryzowanych terytoriach. W Europie natomiast celem nie może być chęć zwiększenia swoich wpływów, gdyż tutaj ISIS nigdy nie zdobędzie władzy. Można więc podejrzewać, że islamskim ekstremistom chodzi o coś innego. Na przykład o wywołanie w Europie fali nienawiści do muzułmanów oraz przedstawicieli innych mniejszości, po to by doprowadzić do fali przemocy. Zamieszki, niszczenie mienia, w końcu także morderstwa na tle rasowym z kolei mogłyby sprowokować kontrataki muzułmanów przeciwko autochtonom i doprowadzić do swojego rodzaju wojny religijnej, wojny cywilizacji. Być może zniszczenie Europy rękoma Europejczyków to wymarzony scenariusz islamskich fundamentalistów. Dlatego tak ważne jest, aby nawet w obliczu krwawych zamachów terrorystycznych, jak te ostatnie w Paryżu, nie dopuścić do aktów odwetu i zemsty na niewinnych ludziach. To jest wielkie wyzwanie, przed którym stoi Unia Europejska oraz państwa członkowskie.

Kathleen Van Brempt (S&D), schriftelijk. – Terrorisme overstijgt grenzen. Niet alleen de grenzen van de EU-lidstaten onderling, maar ook de grenzen tussen EU en niet-EU landen. Terrorisme is een mondiaal probleem. Net als bij klimaatverandering, dat andere mondiale probleem, is het onzin te denken dat het terugplooien op de eigen staat het probleem kan oplossen. Landen op hun eentje, hoe groot of klein die landen ook zijn, zijn niet in staat het hoofd te bieden aan mondiale problemen. Klimaatverandering stopt immers niet aan de landsgrenzen, radicale ideeën en terrorisme ook niet. Meer samenwerking is dus nodig, niet minder. Versterkte samenwerking binnen de EU maar ook internationaal.

Binnen de EU gaat het dan om meer vergaande samenwerking tussen inlichtingendiensten, het maximaal delen en uitwisselen van informatie (met respect voor de privacy van gewone burgers) en het opzetten van een Europese inlichtingendienst. Dit alles in combinatie met een degelijke controle van onze buitengrenzen zodat Schengen gehandhaafd kan blijven. Maar ook tussen de EU en derde landen is er meer samenwerking nodig om terrorisme te stoppen en landen als Syrië op weg naar een transitie naar een democratische staat te helpen. Enkel een internationale coalitie kan dat. Wie denkt dat één land afzonderlijk een veiligere wereld kan bewerkstelligen, dwaalt.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Niciodată în timpul existenței sale de peste o jumătate de secol, UE nu a fost supusă unor provocări asemănătoare celor pe care le trăim astăzi, când forțele care și-au propus să destrame din interior construcția europeană se întâlnesc cu cele care sfâșie Uniunea din afară.

Atentatele de la Paris și-au atins deja scopul, pentru că frica și neîncrederea par să ne cuprindă pe toți. Răspunsul UE și răspunsurile statelor membre vor face diferența dacă Parisul este 11 septembrie al Uniunii sau nu.

Cea mai mare miză este, în același timp, și cea mai mare cucerire a UE și anume spațiul de liberă circulație. UE încetează să existe în lipsa spațiului de liberă circulație.

Dacă acordul Schengen nu mai răspunde astăzi provocărilor cărora trebuie să le facem față cu toții, atunci acordul trebuie modificat. El este doar atât, un acord și un regulament convenit de statele membre și pe care tot acestea trebuie să-l adapteze realităților. Modificarea acestui acord nu trebuie sub niciun chip să ridice bariere în UE, ci să adapteze la noile realități măsurile de securitate și cooperarea europeană.

Dubla măsură, ipocrizia și repetarea la nesfârșit a acelorași discursuri fără ca faptele să urmeze pun Uniunea noastră în pericol.

Anna Záborská (PPE), *pisomne*. – Chcela by som vyjadriť úprimnú sústrasť rodinám a blízkym obetí teroristického útoku v Paríži. Táto tragédia potvrdila neľudskosť fanatikov, ktorí sa nazývajú Islamským štátom a odhalila slabé miesta v bezpečnosti celej Európy. Odpoveďou na hrozný čin, ktorý pripravil o život nevinných ľudí, musí byť viac spolupráce a solidarity medzi našimi národmi. Rozdelení sme slabší, než keď konáme spoločne. Európsky projekt neohrozujú teroristi, ani utečenci, ale populizmus, demagógia a malomyselnosť povýšená na politický princíp. Verím a dúfam, že ani tragédia v Paríži, ani snahy nezodpovedných ľudí, ktorí ju budú chcieť zneužiť pre posilnenie vlastnej moci, neoslabí projekt Európy ako spoločenstva slobody, bezpečnosti, prosperity a solidarity.

(Ședința a fost suspendată pentru câteva momente)

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

8. Feierliche Sitzung

Presidente. – Caro Presidente Mattarella. La ringrazio della sua presenza qui oggi. Signor Presidente, la sua storia personale dimostra un impegno costante e profondo per la difesa e il rafforzamento del progetto europeo. Le istituzioni europee hanno fatto parte della sua prima visita all'estero come Presidente della Repubblica e in tutti i suoi discorsi in Italia e all'estero lei ricorda sempre non solo la necessità del progetto europeo per l'Italia, ma anche le radici e la forza della vocazione europeista del suo paese.

Oggi lei si rivolgerà a un Parlamento e un'Unione europea ancora fortemente scossi dagli attentati e dalla minaccia terroristica. Un terrore che ha sconvolto noi tutti, che aveva come obiettivo la nostra Europa, i nostri valori, la nostra gioventù. L'Italia si è unita con grande solidarietà al popolo francese e l'Italia stessa ha perso un suo cittadino esemplare. Ieri, signor Presidente, lei era a Venezia, dove si sono celebrati a Piazza San Marco i funerali di Valeria Solesin, la giovane ricercatrice della Sorbona uccisa dai terroristi al Bataclan. Il suo sorriso, il suo volto, il suo impegno nel volontariato, la sua ricerca e l'esortazione alla partecipazione delle donne al mondo del lavoro rimarranno indelebili e dimostrando ciò che divide l'Europa di Valeria Solesin dalla follia omicida del terrore jihadista. L'Europa intera si stringe attorno alla famiglia di Valeria Solesin e di tutte le vittime del terrore.

L'Europa è minacciata da crisi e da problemi globali. Deve dimostrarsi all'altezza delle sfide che abbiamo davanti. Come lei stesso ha ricordato parlando ai parlamentari europei in Italia, la scelta è tra un'Europa che affronta i fenomeni, governandoli, e un'Europa che subisce gli eventi senza essere capace di guidarli.

L'Italia sta dalla parte della risposta. È stata motore e ispiratrice dell'integrazione europea, anche quando il resto d'Europa non era ancora pronto a seguire la governance economica e la politica comune in tema di immigrazione.

Caro Presidente Mattarella, la ringrazio di essere qui oggi e le cedo la parola.

Sergio Mattarella, Presidente. – Signor Presidente Schulz, signore deputate, signori deputati, ringrazio il Parlamento europeo per avermi dato il privilegio di rivolgermi a questa Assemblea, che rappresenta i popoli dell'Unione. Prendo la parola in un momento particolarmente drammatico per tutti noi. L'Europa è ferita: Bruxelles, Copenaghen, Londra, Madrid, Parigi, sono altrettante lacerazioni dolorose e incancellabili sul corpo della nostra Unione.

Siamo ancora sgomenti per quanto accaduto a Parigi e cerchiamo – tutti insieme – di affrontare il dolore che ha colpito le famiglie delle vittime, la sofferenza fisica e morale dei feriti, il senso di angoscia e di insicurezza delle nostre comunità. Desidero ribadire ancora una volta, con forza, la solidarietà totale e incondizionata alla Francia, alle sue istituzioni, al suo popolo, particolarmente alle famiglie colpite da questa immane tragedia.

Ieri, come il presidente Schulz ha appena ricordato, abbiamo dato l'addio a Venezia, a Valeria Solesin, una ragazza italiana, una ragazza europea, la cui giovane vita è stata stroncata, con efferatezza, insieme a quella di altre 129 persone. Vorrei abbinare al ricordo di Valeria Solesin il ricordo di questa Giornata di lotta alla violenza nei confronti delle donne.

A Parigi è stata colpita la nostra vita di tutti i giorni, la nostra concezione dello stare insieme, le nostre abitudini: quel modo di essere, pensare e vivere che è proprio e caratteristico dei cittadini dell'Unione. Quest'anno abbiamo ricordato il settantesimo anniversario della fine della Seconda guerra mondiale e, l'anno scorso, il centenario dell'inizio della Prima guerra mondiale. Due tragedie dalle cui immani sofferenze è nata, è cresciuta e si è radicata l'idea di un'Europa che sapesse unirsi piuttosto che combattersi.

L'Unione europea è il risultato di questo lungo e vitale processo ancora in corso ed è la progressiva integrazione che ha consentito ai nostri concittadini europei di vivere un periodo di pace e di sviluppo sociale, culturale ed economico unico nella storia del nostro continente. Una storia che ha prodotto diritti e accresciuto tutele per tutti.

L'Europa che voi rappresentate è nata dalla solidarietà, da ex nemici che sono stati capaci di unirsi nel nome di valori comuni, da paesi ex avversari nella Guerra fredda che han saputo dar vita, negli ultimi anni, alla più grande area di democrazia e di libertà mai esistita, contribuendo, in modo determinante, alla stabilità e alla pace.

Tutto questo però non basta più. A noi tutti viene chiesto oggi, con prepotenza, un più di responsabilità, un più d'iniziativa, un di più di coesione. Soltanto così potremo vincere le sfide arroganti che il terrorismo porta sin dentro le nostre case, dopo aver insanguinato le terre mediorientali, africane e asiatiche, tuttora gravemente colpite, come la settimana scorsa a Bamako e ieri a Tunisi.

I contrasti dell'epoca bipolare han contribuito a spingere i paesi europei a tenersi uniti. Oggi, da est e da sud, nuove forti instabilità si sono affacciate ai nostri confini. È più che mai indispensabile promuovere – insieme – intelligenti politiche di vicinato per condividere strategie di costruzione della pace, isolando ogni estremismo. L'Unione europea rappresenta, nel contesto internazionale e nell'immaginario collettivo, un punto di riferimento per ogni persona, popolo o Stato che basi la sua esistenza sulla pace tra le nazioni, sulle libertà e sul rispetto dei diritti dei cittadini. Un argine politico contro l'oscurantismo. Per questo ci attaccano frontalmente, come è avvenuto anche agli Stati Uniti d'America.

Mi rivolgo a un'Assemblea parlamentare che rappresenta il popolo europeo e che, al contempo, è custode della pluralità di identità che arricchisce il nostro essere europei: la battaglia che ci vede impegnati non su tempi brevi, esige unità. Unità e determinazione, per battere, insieme, ogni violenza e per garantire piena sicurezza ai nostri concittadini; preservando la difesa irrinunciabile della libertà e dei diritti.

L'architettura delle istituzioni europee è basata sui valori di democrazia, tolleranza, accoglienza. A fronte delle fortissime pressioni migratorie che provengono da Paesi dove nasce il terrorismo e alla luce dei drammatici fatti di Parigi, ci si interroga oggi se non sia il caso di porre in discussione alcuni di questi principi, a partire dalla libertà di circolazione delle persone. Da qui la ricorrente tentazione di chiudere le frontiere, sia esterne, sbarrando la strada a chi fugge da aree di guerra o dalla fame, sia interne, comprimendo una delle tante grandi libertà che, faticosamente, abbiamo reso diritto dei nostri cittadini. Io credo che dobbiamo affrontare queste sfide alla luce dei valori per i quali dichiariamo di combattere.

Risposte soltanto apparentemente semplici non ci aiutano, né sul piano ideale, né su quello di soluzioni adeguate ed efficaci. Su quello ideale, perché ci spingono a rinunciare a principi fondamentali del nostro essere europei, a diritti che abbiamo costruito e che abbiamo il dovere di tutelare, per noi e per le future generazioni. Le semplificazioni non sono neppure persuasive sul piano delle soluzioni durature, perché i fenomeni ai quali assistiamo sono di carattere globale e nessun Paese, da solo, è in grado di affrontarli, per quanto forte possa essere, per quanto orgoglioso sia, come tutti, della sua storia.

Durante la Seconda guerra mondiale le democrazie, a partire dal Regno Unito, non si interrogarono su come salvarsi in solitudine, ma seppero, invece, sollecitare la più grande mobilitazione internazionale delle coscienze. Oggi tocca all'Unione europea tenere saldo il timone della civiltà e dell'umanesimo. È mediante un accrescimento effettivo della collaborazione fra gli Stati membri – dagli apparati di sicurezza alle attività di intelligence – che riusciremo, insieme, a sconfiggere il terrorismo, a rendere più sicuri i nostri cittadini e a tutelare il nostro modo di vivere. È soltanto lavorando insieme di più – e non di meno – che potremmo essere all'altezza di questa sfida, anche in materia politica estera e di difesa comune.

Non dobbiamo dimenticare che sessant'anni di progressiva integrazione, nel rispetto delle differenze, specificità e tradizioni, hanno creato un *demos* europeo: una crescente fusione della nostra società che ha prodotto risultati concreti e visibili in fatto di diritti, tutele, sensibilità, modi di condurre la propria vita, da un capo all'altro dell'Unione, dalla Lapponia a Cipro, dal delta del Danubio all'Algarve. Un unico spazio di libertà europeo, che non possiamo perdere ma che, anzi, dobbiamo saper estendere, nella tutela del bene della sicurezza.

L'Unione ha prodotto diritto europeo – presidiato dalla Corte di giustizia – che fa parte, in tanti settori, della vita quotidiana dei nostri cittadini: un patrimonio comune di cui essi non potrebbero più fare a meno. E voi, legislatori in questo Parlamento, lo sapete meglio di chiunque altro. La voce dei cittadini europei, che in questi giorni si è levata alta per chiedere di combattere la barbarie, è stata testimonianza della pressante domanda di unità dell'Europa.

Signor Presidente, signore deputate, signori deputati, ci troviamo davanti a un apparente paradosso: da una parte, abbiamo assistito al progressivo emergere di questo nuovo *demos* europeo; dall'altra, l'Unione e i suoi Stati membri mostrano affaticamento, crescenti difficoltà nell'affrontare e risolvere, insieme, le crisi che li hanno colpiti. È valso per la crisi finanziaria internazionale, che non ha lasciato indenni i debiti sovrani degli Stati; è valso per la pesante crisi che ha depresso le economie di molti Stati dell'Unione, con grave ripercussione sul piano della coesione sociale. In questi anni recenti, l'esigenza di saper guardare lontano non ci ha sempre saputo guidare, e se possiamo trarne una lezione è che vanno date soluzioni globali a problemi globali.

Occorre passare dalla logica emergenziale, che ha caratterizzato l'approccio alle crisi in questi anni, a una visione di lungo periodo, che consenta all'Unione di elaborare politiche in grado di stimolare crescita, creare lavoro, ridurre stabilmente le disuguaglianze. Questa è la strada per garantire ai nostri cittadini una prospettiva di progresso economico e sociale e per assicurare all'Europa un ruolo protagonista nel mondo che si va delineando.

Così, ad esempio, riguardo all'Unione monetaria, il rapporto dei cinque presidenti traccia un percorso sul quale, mi auguro, possano raggiungersi presto – perché il tempo è breve – idonee convergenze politiche e metodologiche, definendo l'indispensabile ruolo del Parlamento europeo per garantirne il fondamento democratico.

Le istituzioni – e quelle europee non fanno eccezione – si rafforzano se sanno rinnovarsi, se sanno comprendere cosa può essere migliorato senza cedere a spinte distruttive o paralizzanti. Ad esempio, sul piano del completamento del mercato unico o su una più efficace applicazione del principio di sussidiarietà tra Unione e Stati membri. Dobbiamo saper compiere, su tutti i terreni che ci vedono impegnati, scelte di maggiore unità.

La libera circolazione delle persone, messa – come ho ricordato – sotto pressione sia dal fenomeno migratorio sia dalla minaccia del terrorismo, ha come suo logico corollario il rafforzamento della collaborazione tra i paesi membri per la salvaguardia e la gestione della frontiera esterna comune e, in un secondo tempo, per la creazione di istituzioni comuni in grado di gestire i flussi migratori.

Soltanto chi non vuol vedere può fingere di non sapere da dove viene la dolorosa carovana di persone che risale l'Asia e il Medio Oriente, l'Africa verso l'Europa. Ripetono la tragedia degli ebrei in fuga dal nazismo; delle centinaia di migliaia di prigionieri di guerra che vagavano in Europa, all'indomani della Seconda guerra mondiale, alla ricerca di focolari andati distrutti; dei profughi le cui case comunità all'improvviso erano entrate a far parte di un altro paese. Sono gli eredi di coloro che, a rischio della vita, valicavano il Muro di Berlino; dei cittadini che, sfidando i campi minati, cercavano di transitare dall'Ungheria all'Austria.

Il mondo è in movimento, sulle gambe di milioni di donne, bambini, uomini, spesso vittime di crudeli trafficanti di esseri umani: è un esercito inerme, che marcia alla ricerca della propria salvezza. Che cosa possiamo opporre alle loro ragioni? Non sono loro, che fuggono dalla morte e dalla violenza, il nostro nemico. Si dirigono verso l'Europa, vista non soltanto come luogo del benessere ma ancor più come spazio di libertà, di tutela dei diritti, di pace. Dobbiamo difendere la sicurezza dell'Europa ma non possiamo deturparla per renderla meno attraente.

È necessario, piuttosto, che l'Europa, nel suo complesso, aggiorni le proprie regole per fronteggiare un fenomeno che è diverso, per natura e per entità, rispetto al momento in cui le regole sull'asilo furono scritte. Gli accordi di Dublino fotografano una realtà e un passato che non c'è più. Per questo sono superati: superati dalla realtà che è un giudice inflessibile. L'esigenza è quella di definire nuove regole improntate a principi di umanità e di sicurezza, di solidarietà e di responsabilità, e comunque adeguate alla realtà nuova che abbiamo di fronte.

La scelta, in definitiva – e non soltanto in ambito migratorio – è, vorrei ripeterlo, anche qui, davanti a voi, legislatori d'Europa, tra un'Unione che affronti fenomeni cercando di regolarli e un'Europa che subisce gli eventi senza esser capace di governarli, con il conseguente aumento degli squilibri interni e della sfiducia e della diffidenza tra i Paesi membri.

I nostri valori affermeranno la loro autenticità e consolideranno la loro autorevolezza se sapranno riscuotere riconoscenza e ammirazione per l'accoglienza e l'aiuto prestato a chi è in difficoltà. Questo messaggio contribuirebbe a fiaccare la propaganda di odio e di morte seminata dal terrorismo fondamentalista, in tanti paesi, dal Medio Oriente all'Africa e anche – come ce lo ricorda la realtà triste di questi giorni – nelle città d'Europa.

Nell'incontro fra Unione europea e paesi africani tenutosi a La Valletta nelle scorse settimane, così come nelle attività diplomatiche in corso con la Turchia, si sono compiuti alcuni primi passi importanti. Abbiamo definito strategie e preso impegni chiari. Ora si tratta di onorare le offerte di aiuto ai paesi lungo la rotta dei Balcani e del Mediterraneo orientale e di dar seguito agli impegni presi con i Paesi africani su cooperazione allo sviluppo e su mobilità. È giusto aiutarli e questa appare, del resto, l'unica strada per essere percepiti come partner credibili e per poter chiedere maggior collaborazione sui rimpatri, per evitare, inoltre, che i flussi migratori assumano, in un prossimo futuro, dimensioni ancora più imponenti e del tutto inarrestabili, e anche per scongiurare che il terrorismo trovi, in altri paesi in difficoltà, ulteriori terreni di coltura.

Il bisogno di maggiore e di migliore Europa si fa sentire con intensità particolare, in questo periodo così travagliato, anche sul piano della politica estera. È in atto un processo di crescente regionalizzazione nel mondo. Macro-aree sempre più manifeste e strutturate saranno chiamate ad assumere la responsabilità nella gestione degli equilibri del pianeta. È un fenomeno che nasce e si sviluppa guardando con apprezzamento – spesso con ammirazione – alla nostra esperienza, al modello realizzato dall'Unione europea.

Il mondo ha bisogno dell'Europa e ha bisogno di un'Europa unita. Di un'Europa che sappia completare il suo disegno organico, e penso all'area dei Balcani occidentali. L'Unione può favorire le convergenze internazionali necessarie per la Siria, per l'Iraq, per la Libia, cercando scelte condivise che contrastino con efficacia le forze del disordine e del terrore. I tragici fatti di ieri ne confermano l'urgenza.

Signor Presidente, signore deputate e signori deputati, i cittadini, con il voto del maggio 2014, hanno manifestato l'esigenza ineludibile di un cambio di passo da parte delle istituzioni dell'Unione, per superare ogni indugio rispetto all'indicazione di quell'orizzonte di valori contenuto nei Trattati e nella Carta dei diritti fondamentali dell'Unione.

Guardo con grande rispetto e con grande fiducia a quest'Assemblea. Il Parlamento europeo ha assolto, da sempre, un ruolo propulsivo e l'Italia è tra i sostenitori di questa Istituzione, convinta com'è della sua funzione essenziale nel processo di progressivo approfondimento della questione politica dell'Unione europea e di consolidamento del suo fondamento democratico.

Se il mondo si rivolge all'esempio offerto dall'Unione europea per realizzare altrove forme non dissimili di crescente collaborazione pacifica, il cantiere europeo non può rimanere a metà strada. Non possiamo guardare indietro, se non per valutare ciò che ci siamo lasciati alle spalle di diffidenza, rivalità, contrapposizioni che, nel secolo scorso, ci hanno devastato. Progettare il futuro, a partire dalle difficoltà e dalle sfide che stiamo vivendo, è la strada per governare bene anche il presente, con i suoi problemi così gravi.

Vorrei ricordare, ancora una volta, l'affermazione di Jean Monnet: «Non possiamo fermarci quando il mondo intero è in movimento». Nel solco di questa esortazione, formulo a voi tutti i miei migliori auguri di buon lavoro al servizio dell'Europa e della pace.

(Il Parlamento, in piedi, applaude l'oratore)

(Die Sitzung wird kurz unterbrochen.)

9. Abstimmungsstunde

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Abstimmungsstunde.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll).

— Vor den Abstimmungen:

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ζήτησα να μιλήσω επί διαδικαστικού ζητήματος από το πρωί, αλλά κατάλαβα ότι είχαμε το σοβαρό θέμα της συζήτησης των εγκληματικών τρομοκρατικών ενεργειών στο Παρίσι.

Το ζήτημα που θέλω να θέσω αφορά τον τρόπο λειτουργίας του προεδρείου κατά τη διάρκεια των συζητήσεων. Όταν το προεδρείο ανακοινώνει στο Σώμα μία συγκεκριμένη απόφασή του θα πρέπει να την τηρεί μέχρι το τέλος της συζήτησης, και διευκρινίζω: χθες το βράδυ είχαν απομείνει για συζήτηση δύο σημαντικά θέματα, η υγεία και η ασφάλεια στην εργασία και το χάσμα μεταξύ των φύλων όσον αφορά τις συντάξεις.

Ο προεδρεύων ανακοίνωσε ότι κατά τη διάρκεια της συζήτησης των δύο αυτών θεμάτων δεν θα υπάρξει διαδικασία catch-the-eye. Επιβεβαίωσα μαζί του το θέμα αυτό και μου είπε ότι εμμένει στην εν λόγω απόφαση. Μετά από αυτή του την απόφαση, την οποία σεβάστηκα, αποχώρησα από την αίθουσα για τη συζήτηση.

Όταν βρισκόμουν εκτός του ημικυκλίου - μακριά - διαπίστωσα, διότι παρακολούθησα τη συζήτηση, ότι τελικά άλλαξε τους κανόνες και προχώρησε σε διαδικασία catch-the-eye στο τελευταίο θέμα. Θέλω λοιπόν να υπάρξει μια εξήγηση για το θέμα αυτό, και κυρίως κύριε Πρόεδρε, να υπάρχουν καθαροί όροι όσον αφορά τις συζητήσεις στην έναρξη της συζήτησης.

Der Präsident. – Ja, Herr Marias, das mache ich. Wir gehen dem Sachverhalt nach, ich prüfe ihn und dann sage ich Ihnen Bescheid.

9.1. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 8/2015: Eigenmittel und Europäischer Datenschutzbeauftragter (A8-0337/2015 - Eider Gardiazabal Rubial) (Abstimmung)

9.2. Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments für haushaltspolitische Sofortmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda (A8-0336/2015 - José Manuel Fernandes) (Abstimmung)

9.3. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Bereitstellung von Vorauszahlungen im Haushaltsplan 2016 (A8-0335/2015 - Lefteris Christoforou) (Abstimmung)

9.4. Haushaltsverfahren 2016 — Gesamthaushaltsplan (A8-0333/2015 - José Manuel Fernandes, Gérard Deprez) (Abstimmung)

Der Präsident. – Der Haushaltsplan für 2016 ist angenommen. Herzlichen Glückwunsch an die Berichterstatter, die Herren Fernandes und Deprez. Vielen Dank für Ihre intensive und sehr, sehr sorgfältige Arbeit, liebe Kollegen.

Pierre Gramegna, président en exercice du Conseil. – Monsieur le Président, je serai très bref.

J'ai tenu à être présent au moment où vous allez approuver le budget de l'Union européenne. En tant que représentant de la présidence, je voulais simplement me réjouir de la très bonne coopération que nous avons pu avoir avec le Parlement et la Commission. Nous avons réussi à clore les négociations dans les délais et la très bonne nouvelle, c'est que, pour la première fois depuis longtemps, les États membres ont approuvé ce budget à l'unanimité. Cela prouve donc que nous avons trouvé un compromis qui convient aux uns et aux autres.

Je voudrais féliciter le président de la commission des budgets, M. Jean Arthuis, les rapporteurs, M. Fernandes et M. - Deprez, ainsi que M^{me} Gardiazabal Rubial et M. Geier, pour leur travail inlassable, et surtout la Commission qui a inauguré, je crois, une procédure plus transparente afin d'arriver plus vite à un compromis et d'éviter des coûts et des motifs d'énervement pour arriver avec plus de sérénité à des conclusions.

Je voudrais aussi souligner que nous avons trouvé un accord sur des questions administratives et de personnel qui a, je crois, rendu l'horizon plus clair et qui, en fait, renforce la confiance interinstitutionnelle dont nous avons vraiment besoin en ces temps difficiles face aux défis budgétaires auxquels nous sommes confrontés. Mais les défis budgétaires sont simplement le reflet des drames qui touchent l'Europe, le budget étant, certes, un élément important, mais peut-être pas le plus difficile, comme nous le savons et comme nous l'a aussi très bien montré la discussion précédente ainsi que l'excellent discours du président italien.

Par conséquent, face à ces grandes difficultés, il est bien d'avoir de la sérénité budgétaire.

Der Präsident. – Der gemeinsame Entwurf, auf den sich der Vermittlungsausschuss am 14. November 2015 geeinigt hat, wurde vom Parlament und vom Rat gebilligt.

Das Haushaltsverfahren wurde gemäß Artikel 314 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union durchgeführt.

Es ist nunmehr mit diesen Entscheidungen abgeschlossen.

Ich stelle hiermit fest, dass der Gesamthaushaltsplan der Union für das Haushaltsjahr 2016 endgültig erlassen ist.

Ich werde jetzt unter Ihrer Zeugenschaft diesen Haushalt unterschreiben.

9.5. Steuervorbescheide und andere Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung (A8-0317/2015 - Elisa Ferreira, Michael Theurer) (Abstimmung)

— Vor der Abstimmung:

Fabio De Masi (GUE/NGL). – Herr Präsident! Ich möchte einen Geschäftsordnungsantrag gemäß Artikel 186 der Geschäftsordnung stellen. Und zwar hat meine Fraktion beantragt – wir haben uns ja hier am Montag alle tief in die Augen geblickt und uns darüber verständigt, das bestehende Mandat des TAXE-Ausschusses zu verlängern –, die Konferenz der Präsidenten aufzufordern, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen, damit wir das auch tun können diese Woche. Das wurde abgelehnt vom *Tabling Desk* mit dem Hinweis, wir würden in die Kompetenzen der Konferenz der Präsidenten eingreifen. Es ist mir aber nicht ersichtlich, wie eine Aufforderung an die Konferenz der Präsidenten, etwas zu tun, in die Kompetenzen eingreift. Insofern würde ich Sie bitten, ob Sie über die Zulassung dieses Antrags gemäß Artikel 170 Absatz 3 der Geschäftsordnung entscheiden könnten.

Zweitens möchte ich fragen, ob es stimmt, dass sich EVP, S&D und ALDE unter Ausschluss der Grünen und der Fraktion der Linken getroffen haben, um über ein neues, schmaleres Mandat zu befinden, um dann eben auch Leuten wie Herrn Gramegna – er ist ja da – oder Herrn Juncker oder Herrn Dijsselbloem weitere unangenehme Fragen zu ersparen. Das ist völlig inakzeptabel, und darüber erbitte ich Aufklärung.

Der Präsident. – Herr de Masi! Zum letzten Punkt kann ich Ihnen keine Aufklärung geben. Dazu müssen sich die Fraktionen äußern.

Zu dem Antrag, den Sie zuerst gestellt haben: Sie haben ja einen Brief geschrieben an das *Tabling Desk*. Ich bin jetzt erst mal dankbar, dass das *Tabling Desk* mir diesen Brief gegeben hat. Aus dem Brief habe ich gelernt, dass Sie mich für die Entscheidung des *Tabling Desk* verantwortlich gemacht haben. Ich habe aber erst durch Ihren Brief davon erfahren, damit war das mal klären.

Der zweite Punkt: Die Konferenz der Präsidenten wird morgen nach meinem Kenntnisstand über die Einsetzung eines sogenannten TAXE-II-Ausschusses entscheiden. Das ist jedenfalls beantragt worden, weil wir heute mit diesem Bericht Theurer/Ferreira über den TAXE-I-Ausschuss über einen Abschlussbericht, der Teil des Mandates ist, befinden. Das heißt, ich habe Ihren Antrag gehört. Ich nehme an, der Inhalt Ihres Antrags wird morgen auch in der Konferenz der Präsidenten beraten. Heute schließen wir aber zunächst einmal mit diesem Bericht den TAXE-I-Ausschuss ab. Wenn wir aber mit der Annahme dieses Berichts den TAXE-I-Ausschuss abgeschlossen haben, dann können wir nicht das Mandat verlängern. Das ist ein Widerspruch in sich. Deshalb hat das *Tabling Desk* gesagt, Ihr Antrag – im Übrigen ist er ja gerade erst von Ihnen eingebracht worden – ist nicht zulässig.

Philippe Lamberts (Verts/ALE). – Monsieur le Président, lundi, des engagements ont été pris ici, en séance. Si vous aviez, Monsieur le Président, des doutes juridiques quant à la validité, il vous appartenait de les exprimer alors. D'ailleurs, vous ne vous privez pas de vous exprimer à tout bout de champ sur tout, donc si vous aviez quelque chose à dire vous deviez le dire à ce moment-là. Ce que vous venez de dire est faux, juridiquement faux! Il n'y a aucun problème à ce qu'une commission spéciale dépose un rapport, vote un rapport, en vote deux ou dix, si ça lui chante. Ce n'est pas à vous de prononcer l'interprétation juridique de Martin Schulz. Nous avons un service juridique pour cela et le service juridique ne s'est pas exprimé en ce sens.

Des engagements ont été pris par le président du groupe PPE, par M. Peter Simon au nom du groupe socialiste, ces engagements doivent être tenus. Demain, donc, j'attends que la Conférence des présidents prolonge comme promis le mandat de la commission TAXE. Il n'est pas question de TAXE 1, 2, 10 ou 69, si vous voulez.

Vos abus de pouvoir, Monsieur le Président, commencent à lasser tout le monde ici. Nous ne sommes pas, ici, soumis au roi Schulz!

(Applaudissements de son groupe)

Der Präsident. – Werter Herr Kollege, für die Auslegung der Geschäftsordnung ist der Präsident zuständig. Wenn es Zweifel gibt, befasst sich damit das Präsidium dieses Hauses, gegebenenfalls die Konferenz der Präsidenten, gegebenenfalls der AFCO-Ausschuss, der dann die Interpretation vornimmt. Dass Sie jetzt behaupten, meine Interpretation sei falsch, ist Ihr gutes Recht. Aber Sie haben nicht das Recht zu sagen: Martin Schulz legt die Geschäftsordnung als Martin Schulz aus. Ich tue das in meiner Amtsfunktion. Wenn Sie damit nicht einverstanden sind, ...

(Zwischenrufe)

Ich habe Ihnen freundlicherweise zu Ende zugehört, vielleicht haben Sie die gleiche Höflichkeit.

Wenn Sie damit nicht einverstanden sind, ist das Ihr gutes Recht, damit nicht einverstanden zu sein. Das haben Sie auch gerade in klarer Form zum Ausdruck gebracht.

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

9.6. Ablehnung gemäß Artikel 106 GO: Genehmigung von Verwendungen von Diethylhexylphthalat (DEHP) (B8-1228/2015) (Abstimmung)

9.7. Prävention der Radikalisierung und Anwerbung europäischer Bürger durch terroristische Organisationen (A8-0316/2015 - Rachida Dati) (Abstimmung)

— *Vor der Abstimmung über Ziffer 37:*

Gerard Batten (EFDD). – Mr President, may I make a point of order? For Rules of Procedure we are supposed to be able to vote properly, aren't we? You are going at a very fast speed that means we cannot get our hands up and down in the right place. Are you just going by the voting list of the Socialists and the Liberals in front of you, or are you actually looking at the vote? Because we cannot get our hands up and down in the right place. This is not a very good advert for the public gallery.

Der Präsident. – Erstens, Herr Kollege, ich bemühe mich, da sehr genau zu kucken. Ich gehe jedem Check-Ruf nach. Ich glaube, dass manch andere Dinge auf der Besuchertribüne mehr Erschrecken hervorrufen als diese Dinge.

Julia Reid (EFDD). – Mr President, you are going so fast, the interpreters cannot keep up and the interpreters are getting it wrong!

(Uproar)

Der Präsident. – Sie können das gerne auch auf den Bildschirmen verfolgen, dann ist es relativ leicht.

9.8. Strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020 (A8-0312/2015 - Ole Christensen) (Abstimmung)

— *Nach den Abstimmungen:*

David Coburn (EFDD). – Mr President, this was a disgrace to democracy. The speed at which you went through that voting list was obscene. I intend to send a copy of it to every Member of the House of Commons, the House of Lords and the Scottish Parliament to show what a farce this place is. If that is your idea of democracy, this place is a joke.

(Applause from the EFDD Group)

Der Präsident. – Herr Kollege, es steht Ihnen frei, jedem Parlament dieser Welt einen Text oder einen Link zu schicken, wo unsere Abstimmungen und unsere Debatten wiedergegeben werden. Ich bin sicher, die Kollegen sind sehr interessiert.

Es steht aber auch jedem Kollegen frei, entsprechende Ausschnitte von den Auftritten von Herrn Coburn an die Parlamente zu schicken.

Richard Corbett (S&D). – Mr President, I believe our Parliament offers training courses for Members. Perhaps UKIP Members could be offered a training course first in parliamentary democracy and second in learning how to read.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, I would like to thank Mr Corbett very much for his rather interesting intervention. If I might explain the problem to you, Mr Corbett, the difficulty is that there is one thing on a screen, there is another thing being said in one language, it is being translated into English, there are constant mistakes in that, we are reading the voting lists at exactly the same time and mistakes are made when that entire process takes something like five to six seconds.

There is something deeply wrong with a democratic system in which we do not know whether people have voted in favour or against. Even President Schulz, earlier, was calling votes as having gone against when they had actually gone in favour, or in favour when they had actually gone against.

That is a fundamental nonsense and surely, Mr Corbett, if you believe – and you are, I believe, a true believer – in the institutions and structures of this place, then you should be on our side on this one! You should be standing up against things that are going wrong, but you are not. And I look around and I see your Labour colleagues – my Labour colleague in the north-east was smiling, joking and clapping at any suggestion that we can get things done more quickly. That is a nonsense, an absolute nonsense! So can we please at least have the semblance of democracy in this place for once? It would be nice. Sadly, with regard to the anti-democratic comments of those who just want to get lunch quicker: lunch is not more important than democracy.

(Applause)

Der Präsident. – Also noch einmal. Herr Kollege, aber einer Antwort zuhören, das gehört auch zur Demokratie. Aber Sie scheinen an Antworten gar nicht so interessiert zu sein.

Peter van Dalen (ECR). – Ik wil u recht hartelijk complimenteren met de wijze waarop u deze vergadering heeft geleid en met de snelheid en efficiëntie waarmee u dat gedaan heeft. En voor degenen die het lastig vonden: er zijn schermen waarop exact te zien is welke stemming er is. Dus, u bent mijn favoriete voorzitter en ik zie u graag nog vele malen terug op deze stoel.

Richard Sulík (ECR). – Herr Präsident! Ich möchte mich anschließen, vielleicht in einem etwas ruhigeren Ton. Ich verstehe wirklich gut Deutsch, und wenn ich in den Kopfhörern die Verdolmetschung höre und gleichzeitig Sie, passiert es doch schon oft genug, dass Sie fragen „Wer ist dagegen?“, aber im Kopfhörer kommt noch die Verdolmetschung, wo gefragt wird: „Wer ist dafür?“. Das hängt nicht mit den Bildschirmen zusammen. Ich sehe es auch hier, über welchen Punkt entschieden wird, das ist kein Problem. Aber bei der Abstimmung durch Handzeichen sind Sie schon eine Frage weiter. Es kommt wirklich oft zu sehr komplizierten und missverständlichen Situationen. Ich meine das nicht böse, aber Sie fragen zu schnell.

Ich bin auch gegen die Art, wie es die Herren vortragen, sie müssten ja nicht so brüllen. Aber ich habe wirklich damit Schwierigkeiten. Bei Ihnen habe ich persönlich noch kein Problem, ich kann ja dem Deutschen zuhören. Aber wenn ein Kollege aus Italien oder Ungarn das vorträgt, bin ich so durcheinander, ich habe keine Ahnung, wie abgestimmt wird.

Der Präsident. – Herr Kollege! Ich bedanke mich ausdrücklich für Ihren sachlichen Ton und will versuchen, auch wirklich sachlich darauf zu antworten.

Wir haben hier 24 Amtssprachen, und es ist völlig unmöglich, dass bei jeder Sitzung in der portugiesischen Kabine jemand sitzt, der Finnisch versteht. Das heißt, wir haben auch etliche Sprachen, die im Relais verdolmetscht werden. Da muss der zweite Dolmetscher warten, bis die erste Verdolmetschung da ist. Da sind die englischen Kollegen noch in einer sehr privilegierten Situation. Aber etliche Kollegen, die hier im Haus sitzen, haben sich sogar bei griechischen Kollegen daran gewöhnt: Dieses „katá“ heißt „dagegen“! Also ich persönlich habe mich noch nie irgendwie irregeleitet gefühlt von dem „dafür“, „dagegen“. Das ist das eine. Wir können also nicht warten, bis das in jeder Verdolmetschung da ist.

Wir hatten heute, glaube ich, 101 namentliche Abstimmungen und mindestens nochmal so viele offene Abstimmungen. Wenn wir für jede Abstimmung zehn weitere Sekunden investieren, bis dann jede Sprache da ist, dann saufen wir komplett ab. Das heißt, wir müssen auf Effizienz achten. Ich habe mir angewöhnt, mit niemandem herumzudiskutieren, wenn jemand glaubt, ich habe falsch entschieden. Es genügt, wenn ein Kollege „Check“ ruft, dann überprüfe ich die Abstimmung.

Ansonsten, glaube ich, lag ich heute einmal falsch. Heute habe ich mich bei einigen Sachen auch wirklich selber unsicher gefühlt, weil die Sache wirklich unübersichtlich war. Dann habe ich von mir aus gesagt: Wir machen eine elektronische Überprüfung.

Ansonsten ist das hier eine relativ leichte Übung. Wenn man genau sieht, dass drei große Fraktionen in die gleiche Richtung zeigen, dann mag es für Sie vielleicht nicht ganz befriedigend erscheinen, aber dann ist klar, wo die Mehrheit liegt, und dann kann man ein bisschen Gas geben. Denn wenn Sie nur eine Minute mal 750 Kollegen rechnen, sind das bereits 12 Mannstunden. Wenn wir zehn Minuten einsparen, sind das 120 Mannstunden, in denen man vernünftiger etwas arbeiten kann.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, please, my earlier remarks were intended really in response to Mr Corbett's rather rude remarks directed towards those of us in UKIP. I completely understand the difficulties that you face. The reason you face these difficulties is, of course, that there are often in Strasbourg over a thousand times when we have to vote in a single week. It makes this something where you have time pressures which perhaps you should not have, and certainly in Westminster we would not have a problem like this one.

What I would say, though, is that if we are trying to cram so much into just a couple of days a month in Strasbourg and in Brussels, maybe there is a problem with the scheduling of debates and votes. We have already heard from Mr Moraes that there were all sorts of problems and I had exactly the same problem. I tried to speak in a debate last night in the catch-the-eye where catch-the-eye was cancelled. Now if we are not having a proper debate, then the question should surely be that we need to have enough time allocated so that we can have debates, and we need to have enough time allocated for the vote.

I would make that point very much independently of my feelings about this place and the institutions because, fundamentally, things should be done in the right way and they are not being done in the right way at the moment. Please do not take that as a personal criticism, I am not criticising you personally, although of course I was criticising the Member, who was quite insulting.

Peter Lundgren (EFDD). – Herr talman! Det jag vänder mig mest emot är din nedlåtande och arroganta attityd mot vissa ledamöter av parlamentet. Jag är fullständigt övertygad om att du har en politisk åsikt, men det är inte din sak att lägga någon som helst vikt vid den politiska övertygelsen när du agerar som mötesordförande. Du ska förhålla dig fullständigt neutral och dina personliga politiska åsikter är helt ovidkommande. Du ska behandla alla lika i denna kammare, och det gör du tyvärr inte.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, j'ai une expérience de vingt-six ans dans cette enceinte, je comprends tout à fait les difficultés de votre rôle. Je crois qu'au-delà de cette question de forme, il y a un problème de fond qui a été évoqué par notre collègue britannique, à savoir qu'en réalité nous votons trop de textes et nos textes sont beaucoup trop confus et beaucoup trop verbeux. Ils ne sont pas suffisamment concis et sont très éloignés, il faut bien le dire, de l'idéal juridique européen.

Quand je suis entré dans ce Parlement, la session de Strasbourg durait véritablement une semaine. Elle se terminait le vendredi et même le vendredi après-midi. De ce fait, il y avait trois séances effectives de vote. Or, depuis quelque temps, tous les votes sont concentrés en réalité le mercredi, à midi. On a fait grief à un voisin de M^{me} Le Pen d'avoir voté une ou deux fois pour elle mais, ce jour-là, par exemple, la séance de vote avait duré deux heures et demie. Il faut comprendre qu'un certain nombre de collègues ont aussi des obligations physiologiques, qui peuvent parfois les amener à s'abstenir de participer à notre démocratie européenne.

Par conséquent, je ne vous incrimine pas du tout. Il y a deux remèdes. Un remède à court terme consiste à apprendre qu'en allemand *dafür*, *dagegen*, *enthaltung*, cela veut dire pour, contre et abstention, en grec, *iper*, *katà*, *apochi*, etc. Il ne faut pas beaucoup d'expérience pour assimiler la langue de chacun des présidents de séance. L'autre remède, plus sérieux, le remède de fond, consiste à voter moins de textes et à mieux les voter.

Der Präsident. – Erstens: Wenn ich parteiisch war, dann wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir schreiben würden, was Sie konkret meinen, dann bin ich bereit, mich mit Ihnen auseinanderzusetzen.

Ich habe nur allergisch reagiert, weil hier Worte gefallen sind – dass es eine Schande sei, dass es kompletter Unsinn sei – und eine Sprache gewählt worden ist, die ich persönlich für unparlamentarisch und in der Sache auch nicht für zutreffend halte.

Im Übrigen will ich auch noch einmal sagen: Wir hatten früher mehr Gelegenheit für Redezeiten und für Abstimmungen. Wir haben früher bis freitagmorgens getagt. Das hielte ich für effizienter. Also man kann nicht einerseits sagen, man will mehr Redezeit, andererseits will man Straßburg ständig an einem Stuhlbein sägen und drittens dann beklagen, dass es zu gedrängt ist.

Im Übrigen will ich noch darauf hinweisen, dass wir in Brüssel weniger Abstimmende haben als hier in Straßburg.

Ansonsten würde ich die Debatte jetzt gerne beenden und würde den Kollegen die Gelegenheit geben, zu ihren Stimmerklärungen zu kommen.

Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

10. Stimmerklärungen

10.1. Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 8/2015: Eigenmittel und Europäischer Datenschutzbeauftragter (A8-0337/2015 - Eider Gardiazabal Rubial)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to abstain because this report focuses on reducing the Member State contributions, but it also strongly deplores that the Member States are lagging behind in payments to help with the migrant and refugee crisis. Regardless of the reductions, there is an issue relating to paying out money for the Africa and Syria Trusts. In October, all cuts to the budget were voted against and as a result the budget increased to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 143.5 billion in payments. The African Trust Fund amounts to EUR 1.8 billion and this money is allocated to examine the root causes that create irregular migrations and displaced persons. The Trust Fund for Syria is worth EUR 40 million, however already EUR 4 billion has been given to the refugee crisis. We are owed money from the EU due to the additional GBP 1.7 billion that was demanded from the UK Government by the EU, plus any savings that are made by the reduction in Member State contributions will end up back in the budget to promote the Security 7 Citizenship agenda and Global Europe; both of which we do not support.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que recupera recursos del Supervisor Europeo de Protección de Datos mediante la devolución de determinados importes no gastados por el citado Supervisor durante el ejercicio anterior. El presente informe recalca que todos estos excedentes deben ser orientados a la ayuda y la gestión de la crisis de las personas refugiadas, así como a la ayuda humanitaria a Siria. Esta debe ser una línea prioritaria de los recursos de la Unión durante el ejercicio de 2015 debido a la dimensión de la misma y a la grave situación humanitaria que están afrontando las personas refugiadas. Es por poner a disposición estos recursos para los citados objetivos de ayuda a los migrantes por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), in writing. – We supported this report as it calls on the Member States to use part of the allocation, in particular the one which comes from EU revenue, EUR 2.3 billion, to be used for the Africa Trust Fund, the Syria Trust Fund and UN agencies supporting refugees and humanitarianism.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – Le projet vise à réviser les prévisions des ressources propres traditionnelles (droits de douane), la budgétisation du restant des soldes des ressources propres TVA et RNB de 2014 et la budgétisation du solde des ressources propres TVA et RNB de 2015 ainsi que la mise à jour des prévisions concernant les autres recettes.

Les recettes tirées des droits de douanes furent supérieures à 800 millions d'euros, le restant des soldes TVA et RNB 2014 et le solde 2015 de 7,1 milliards, et les recettes non anticipées tirées notamment d'amendes liées à la concurrence de 1,47 milliard d'euros. Au total, ceci permet de réduire la contribution des États membres au budget de l'Union de 2015 de 9,4 milliards, en ce qui concerne la France de 1,45 milliard d'euros.

Cependant, ce rapport appelle les États membres à profiter de cette baisse de leurs contributions pour dégager davantage de moyens financiers pour faire face à la crise migratoire et, en particulier, pour répartir les immigrés dans les territoires ruraux. Je me suis donc abstenu sur ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. – This amending budget refers to the return of money to Member States which is rightfully theirs and which lies outside the scope of the 2015 budget. This needs to be done.

However, the report criticises Member States and brings the subject of migration into it, making highly critical comments. That is a nonsense; the money does not belong to the EU and it is not for the EU to lecture Member States about how they should spend it.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama patvirtinti taisomojo biudžeto Nr. 8 projektą. Juo tikslinamos tradicinių nuosavų išteklių (muitų) prognozės ir į biudžetą įtraukiama likusi 2014 m. ir 2015 m. PVM ir BNP likučių suma.

Gerard Batten (EFDD), in writing. – UKIP voted to abstain because this report focuses on reducing the Member State contributions, but it also strongly deplores that the Member States are lagging behind in payments to help with the migrant and refugee crisis. Regardless of the reductions there is an issue relating to paying out money for the Africa and Syria Trusts. In October, all cuts to the budget were voted against and as a result the budget increased to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 143.5 billion in payments. The African Trust Fund amounts to EUR 1.8 billion and this money is allocated to examine the root causes that create irregular migrations and displaced persons. The Trust Fund for Syria is worth EUR 40 million, however already EUR 4 billion has been given to the refugee crisis. We are owed money from the EU due to the additional GBP 1.7 billion that was demanded from the UK Government by the EU, plus any savings that are made by the reduction in Member State contributions will end up back in the budget to promote the Security 7 Citizenship agenda and Global Europe; both of which we do not support.

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – La proposition de la Commission fait suite à la révision des prévisions en matière de recettes du budget 2015 de l'Union européenne. Les recettes s'avèrent ainsi bien plus élevées que prévu: un excédent de 9,4 milliards d'euros.

Par conséquent, il a été décidé de réduire la contribution des États membres d'un montant équivalent, soit 1,45 milliard d'euros pour la France: une décision dont je ne peux que me réjouir.

Cependant, le rapport recommande d'utiliser cette «manne» pour financer la gestion de la crise des migrants (notamment leur répartition sur les territoires ruraux). Dans ces conditions, il était hors de question de voter en faveur de ce rapport.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – J'ai approuvé ce rapport qui prend acte du projet de budget rectificatif n° 8/2015 présenté par la Commission et de la position du Conseil y afférente.

Le rapporteur regrette profondément que ce projet de budget rectificatif entraîne une diminution de 9,403 milliards d'euros des contributions des États membres au budget de l'Union, mais ne propose aucun compromis pour réaffecter ces crédits au financement de la crise des réfugiés, qu'il s'agisse de l'aide aux ONG, du financement du fonds pour l'Afrique où de l'accueil dans les camps de réfugiés des pays voisins des zones de conflit.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'ai choisi de m'abstenir sur le rapport portant sur le projet de budget rectificatif qui concerne les ressources propres et le contrôleur européen des données.

Si je me félicite en effet que cette révision des prévisions des ressources propres traditionnelles, notamment les droits de douane, conduise à une réduction de la contribution des États Membres au budget de l'Union européenne pour l'année 2015 de 9,4 milliards d'euros — soit pour la France 1,45 milliard d'euros — je ne peux cacher mon objection face à l'exhortation du rapporteur d'utiliser ces fonds supplémentaires disponibles en faveur d'un accueil «sans précédent de réfugiés dans les villes et régions d'Europe».

La crise de ces derniers mois ainsi que le contexte d'insécurité qui a notamment mis à jour l'utilisation par les fondamentalistes islamistes des flux migratoires inconséquents pour entrer en Europe et commettre des attentats nous obligent à prendre la mesure de la réalité et à arrêter de financer cette immigration de masse, laquelle représente un danger non seulement pour notre sécurité, mais également une impossibilité au regard de nos capacités économiques et sociales d'accueil.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Nella relazione permangono passaggi ambigui che non condivido, per questo motivo mi sono espressa con un'astensione.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El proyecto de presupuesto rectificativo nº 8/2015 abarca, entre otros aspectos, una revisión de las previsiones relativas a los recursos propios tradicionales (derechos de aduana) por un valor de 800 millones EUR; la presupuestación del resto de los saldos de los recursos propios del IVA y de la Renta Nacional Bruta (RNB) del ejercicio 2014 por un importe de 5 723,9 millones EUR; o la presupuestación de los saldos de los recursos propios del IVA y de la RNB del ejercicio 2015 por 1 409,4 millones EUR. Todo ello se traduce en una disminución por un importe de 9 400 millones EUR en la contribución de los Estados miembros basada en la RNB.

El Parlamento intentó vincular este expediente con la negociación del presupuesto 2016 mediante una declaración conjunta con el Consejo que mandara una señal política clara para dedicar parte de estos ingresos a los fondos fiduciarios para Siria y África. Pero el Consejo se ha negado.

Por ello, en esta Resolución que he apoyado, el Parlamento lamenta profundamente que no se haya podido alcanzar un compromiso firme para el uso de parte de esos recursos para abordar la crisis de los refugiados y espera que los Estados miembros cumplan sus compromisos anteriores.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjamas Taisomojo biudžeto Nr. 8/2015 projektas, nes jame tikslinamos tradicinių nuosavų išteklių (muitų) prognozės ir į biudžetą įtraukiama likusi 2014 m. ir 2015 m. PVM ir BNP likučių suma. Europos Parlamentas pabrėžia, kad siekiant įveikti dabartinę pabėgėlių krizę reikia papildomų finansinių lėšų. Be to, pažymi, kad dar nėra įvykdyti valstybių narių finansiniai išsipareigojimai Afrikos patikos fondui, Sirijos patikos fondui ir pabėgėliams paramą teikiančioms Jungtinių Tautų agentūroms, kurie buvo dar kartą patvirtinti per 2015 m. rugsėjo 23 d. neoficialų ES valstybių ir vyriausybių vadovų susitikimą migracijos klausimais. Europos Parlamentas pažymi, kad reikės tolesnių finansinių pastangų siekiant teikti humanitarinę pagalbą tranzito keliuose ir valdyti problemas, kurios kyla priimant beprecedentį pabėgėlių skaičių Europos miestuose ir regionuose.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet a hagyományos saját forrásokra (vámok) vonatkozó előrejelzés felülvizsgálatáról szól: a hozzáadott érték adó (héa) és a GNI 2014. évi egyenlegei fennmaradó összegeinek, valamint a 2015. évi héa- és GNI-egyenlegek költségvetésbe való beviteléről rendelkezik. A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet az egyéb bevételre vonatkozó előrejelzést is aktualizálja, továbbá 123 474 eurós csökkentést irányoz elő az európai adatvédelmi biztos költségvetésében mind a kötelezettségvállalások, mind a kifizetések tekintetében.

A módosítási tervezet eredményeként a tagállamok GNI-alapú hozzájárulásai 9,4 milliárd euróval csökkennek. A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet elfogadása annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki. Ezt az Európai Parlament magyar néppárti delegációja elfogadta, ezért a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattam a jelentést.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Predlog spremembe proračuna sem podprl. Spremembe se predvsem nanašajo na zmanjšanje prispevkov držav članic iz naslova BND, in sicer bo teh plačil manj kar za 9,4 mrd EUR. Ta sredstva bi se sicer lahko uporabila za reševanje aktualne migrantske krize, a so se države članice v okviru Sveta raje odločile za vračilo v nacionalne proračune. V tej luči se mi zdi še bolj nenavadno, da države ne plačujejo v zadostni meri v skrbniška sklada za Afriko in Sirijo, s čemer kršijo že sprejete zaveze. In to kljub ostanku sredstev za nacionalne proračune, ki se jim obeta s sprejetjem te spremembe proračuna. Za reševanje migrantske krize bodo zato potrebna dodatna finančna prizadevanja, da bi zagotovili humanitarno pomoč vzdolž tranzitnih poti. To pomoč nujno potrebujejo države, ki so najbolj izpostavljene, med njimi tudi Slovenija.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovo Izvješće koje se odnosi na reviziju prognoza tradicionalnih vlastitih sredstava. Izvješće potiče države članice da koriste dodatni novac za rješavanje trenutne krize izbjeglica.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – La Commission a révisé ses prévisions relatives aux ressources propres. Les recettes tirées des droits de douanes ont, en effet, été supérieures de 800 millions d'euros. De plus, le restant des soldes TVA et RNB 2014 ainsi que le solde de 2015 s'élèvent à 7,1 milliards d'euros tandis que les recettes non anticipées tirées notamment des amendes liées à la concurrence avoisinent 1,47 milliard d'euros. Ces recettes supplémentaires permettent de réduire la contribution des États membres au budget 2015 de l'Union européenne de 9,4 milliards d'euros, soit 1,45 milliards d'euros pour la France.

Néanmoins, ce rapport invite les États membres à profiter de la réduction de leur contribution au budget commun pour accroître le financement d'infrastructures destinées à accueillir les migrants clandestins. La crise migratoire actuelle à laquelle est confrontée l'Europe, est souhaitée par la Commission pour faire pression à la baisse sur les salaires en vue de favoriser la compétitivité des grandes multinationales.

Bien que ce projet de budget rectificatif permette de dégager des marges de manœuvre budgétaires supplémentaires à la France, je me suis abstenu sur ce texte qui encourage les États à augmenter les fonds destinés à accueillir les migrants clandestins.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Am votat în favoarea Proiectului de buget rectificativ (PBR) nr. 8/2015: Resurse proprii - Autoritatea Europeană pentru Protecția Datelor.

Acest raport prevede o rectificare a bugetului UE, mai precis o revizuire a previziunilor privind resursele tradiționale, includerea în buget a soldurilor TVA și VNB restante pe 2014 și includerea în buget a soldurilor TVA și VNB pe 2015.

De asemenea, drept urmare a proiectului de buget rectificativ nr. 8 va avea loc o reducere de 123 474 EUR în credite de angajament și de plată la bugetul Autorității Europene pentru Protecția Datelor, dar și o reducere a contribuțiilor statelor membre bazate pe VNB, de 9,4 milioane EUR.

Nu în ultimul rând, impactul PBR nr. 8 va fi de 9 403,4 milioane de euro, ceea ce reprezintă o reducere a contribuțiilor statelor membre la bugetul UE.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Il bilancio rettificativo numero 8 riguarda la revisione delle previsioni sulle risorse proprie tradizionali (dazi UE) e dei saldi relativi a IVA e reddito nazionale lordo (RNL). In particolare, si prevede un taglio di EUR 123.000 al Garante UE della protezione dei dati e una diminuzione di EUR 9,4 miliardi dei contributi degli Stati membri basati sull'RNL. Questi sono indubbiamente elementi positivi.

Nel testo in questione, però, la relatrice (spagnola, S&D) si abbandona a commenti politici non condivisibili e fuori luogo. Si rammarica, infatti, che gli Stati membri non siano ancora riusciti a trovare un accordo per utilizzare questi rientri economici per finanziare i fondi fiduciari per l'Africa, per la Siria e per le agenzie ONU sui rifugiati che sono stati confermati anche al recente vertice de La Valletta.

Sia chiaro: la nostra delegazione appoggia alcune delle scelte di impegno finanziario a favore di aiuti diretti alle zone di crisi umanitaria. Ciò potrebbe contribuire a limitare i flussi di immigrazione clandestina. Ciò che non condividiamo è il tono di reprimenda nei confronti degli Stati membri: se non esiste ancora un accordo su come intervenire, è anche a causa dei gravi errori commessi dalle istituzioni dell'UE nella gestione dell'intera vicenda immigrazione.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla posizione del Consiglio sul progetto di bilancio rettificativo n. 8/2015 dell'Unione europea per l'esercizio 2015, risorse proprie e Garante europeo della protezione dei dati.

In linea con quanto espresso dalla relazione, mi rammarico che in sede di conciliazione non sia stato possibile giungere ad un compromesso definitivo circa l'utilizzo dei rientri del progetto di bilancio rettificativo n. 8/2015 per affrontare la crisi dei rifugiati.

Occorreranno quindi ulteriori sforzi finanziari per fornire assistenza umanitaria lungo gli itinerari di transito e far fronte alle sfide legate all'accoglienza nelle città e nelle regioni europee di un numero di rifugiati che non è mai stato così alto.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which is an annual report which takes stock of the calculation and miscalculation of contributions by Member States to the EU Budget.

In part, it calls on the Member States to use part of the allocation, in particular the one which comes from EU revenue, EUR 2.3 billion, to be used for the Africa Trust Fund, the Syria Trust Fund and UN agencies supporting refugees and humanitarianism.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to abstain because this report focuses on reducing the Member State contributions, but it also strongly deplores that the Member States are lagging behind in payments to help with the migrant and refugee crisis. Regardless of the reductions there is an issue relating to paying out money for the Africa and Syria Trusts. In October, all cuts to the budget were voted against and as a result the budget increased to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 143.5 billion in payments. The African Trust Fund amounts to EUR 1.8 billion and this money is allocated to examine the root causes that create irregular migrations and displaced persons. The Trust Fund for Syria is worth EUR 40 million, however already EUR 4 billion has been given to the refugee crisis. We are owed money from the EU due to the additional GBP 1.7 billion that was demanded from the UK Government by the EU, plus any savings that are made by the reduction in Member State contributions will end up back in the budget to promote the Security 7 Citizenship agenda and Global Europe; both of which we do not support.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because I understand that the draft amending budget from Member States' contributions to the Union budget can alleviate the current refugee crisis and provide humanitarian assistance.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il progetto di bilancio rettificativo n. 8/2015 ha come effetto una riduzione di 9,4 miliardi di euro dei contributi degli Stati membri al bilancio dell'Unione in ragione di modifiche tanto alla previsione di entrate quanto a quella delle spese. Ho votato a favore.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφικώς*. – Μέσα από την έκθεση ορθά σημειώνεται ότι οι υποσχέσεις των κρατών μελών για τη χρηματοδότηση του Καταπιστευματικού Ταμείου για την Αφρική, της Συρίας και των Οργανισμών των Ηνωμένων Εθνών, καθώς και για την υποστήριξη των προσφύγων επαναβεβαιώθηκαν κατά την άτυπη σύνοδο των αρχηγών των κρατών και κυβερνήσεων.

Σημειώνεται ακόμη ότι θα απαιτηθούν περαιτέρω χρηματοδοτικές ανάγκες και προσπάθειες για την παροχή ανθρωπιστικής βοήθειας κατά μήκος των οδών διαμετακόμισης και για την αντιμετώπιση των προκλήσεων που δημιουργεί η υποδοχή του πρωτοφανούς αριθμού προσφύγων στις πόλεις και τις περιφέρειες της Ευρώπης.

Για το λόγο αυτό αντιμετωπίζουμε θετικά την Έκθεση.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου για το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2015 εγκρίνει την ορθολογικότερη κατανομή των βαρών μεταξύ των κρατών μελών στον προϋπολογισμό της Ένωσης.

Υπερψήφισα τη συγκεκριμένη πρόταση θεωρώντας ότι είναι ορθή, αφού η αναθεώρηση των προβλέψεων σε συνδυασμό με την εγγραφή νέων εσόδων στον προϋπολογισμό, αλλά και τη μείωση των πιστώσεων είναι ενδείξεις μιας πιο σωστής δημοσιονομικής διαχείρισης.

Ταυτόχρονα όμως πολύ σημαντικά στοιχεία της έκθεσης είναι η επισήμανση ότι χρειάζονται σημαντικά πρόσθετα χρηματοδοτικά μέσα για την αντιμετώπιση της τρέχουσας προσφυγικής κρίσης και οι επικρίσεις για το γεγονός ότι δεν μπόρεσε να επιτευχθεί μέχρι τώρα κανένας συμβιβασμός στο πλαίσιο της συνδιαλλαγής μεταξύ του Συμβουλίου και του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου για την αντιμετώπιση της προσφυγικής κρίσης.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho scelto di votare a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo concernente la posizione del Consiglio sul progetto di bilancio rettificativo n. 8/2015 dell'Unione europea per l'esercizio 2015 presentato dalla Commissione.

Il Parlamento prende atto della riduzione di 9 403,4 milioni di euro dei contributi degli Stati membri al bilancio dell'Unione, approva la posizione del Consiglio ed incarica il Presidente del Parlamento di adempiere alla pubblicità legale ordinaria e alla trasmissione della risoluzione al Consiglio, alla Commissione, alla Corte dei conti e ai parlamenti nazionali.

Il Parlamento sottolinea la necessità di risorse finanziarie supplementari per l'attuale crisi dei rifugiati ed osserva come non siano stati ancora onorati gli impegni finanziari degli Stati membri per i fondi fiduciari per l'Africa e la Siria e per le agenzie dell'ONU di assistenza ai rifugiati.

La riduzione complessiva dei contributi per l'ammontare di 9 403,4 milioni di euro include una riduzione di 123 474,00 euro in stanziamenti di impegno e di pagamento nel bilancio del Garante europeo della protezione dei dati, somma ottenuta dal risparmio di 56 160 euro per indennità transitorie e dal rimborso al GEPD di 67 314 euro a seguito dei bilanci rettificativi adottati dal consiglio di amministrazione del Centro di traduzione.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questo progetto di bilancio rettificativo per l'esercizio 2015. Ritengo che si tratti di una proposta giusta e in linea con i tempi di crisi che stiamo attraversando, considerando tre aspetti principali: il progetto di bilancio rettificativo fornisce un aggiornamento delle previsioni di altre entrate, prevede una riduzione di 123 474 euro in stanziamenti d'impegno e di pagamento nel bilancio del Garante europeo della protezione dei dati e comporta, inoltre, una diminuzione di 9,4 miliardi di euro dai contributi degli Stati membri.

Per questo motivo supporto la relazione.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to abstain because this report focuses on reducing the Member State contributions, but it also strongly deplores that the Member States are lagging behind in payments to help with the migrant and refugee crisis. Regardless of the reductions there is an issue relating to paying out money for the Africa and Syria Trusts. In October, all cuts to the budget were voted against and as a result the budget increased to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 143.5 billion in payments. The African Trust Fund amounts to EUR 1.8 billion and this money is allocated to examine the root causes that create irregular migrations and displaced persons. The Trust Fund for Syria is worth EUR 40 million, however already EUR 4 billion has been given to the refugee crisis. We are owed money from the EU due to the additional GBP 1.7 billion that was demanded from the UK Government by the EU, plus any savings that are made by the reduction in Member State contributions will end up back in the budget to promote the Security 7 Citizenship agenda and Global Europe; both of which we do not support.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Resultado do ajustamento de um conjunto de indicadores, este projeto de orçamento retificativo procede à revisão em baixa das contribuições para o exercício de 2015. No total, os Estados-Membros serão reembolsados em cerca de 9,4 mil milhões de euros que, por conseguinte, serão retirados ao orçamento da União.

Num momento em que a União enfrenta uma crise de refugiados que obriga a uma forte mobilização de fundos, em particular pela União, acho lamentável que não tenha sido possível alcançar um acordo nas negociações com o Conselho. Ao invés de utilizarem estes para cumprir com os compromissos assumidos no âmbito da Agenda para a Migração fora do orçamento comunitário (como sejam os fundos fiduciários para a Síria e para África ou o Programa Alimentar Mundial das Nações Unidas), os Estados-Membros decidiram receber o dinheiro e deixar para mais tarde uma decisão.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to abstain because this report focuses on reducing the Member State contributions, but it also strongly deplores that the Member States are lagging behind in payments to help with the migrant and refugee crisis. Regardless of the reductions there is an issue relating to paying out money for the Africa and Syria Trusts. In October, all cuts to the budget were voted against and as a result the budget increased to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 143.5 billion in payments. The African Trust Fund amounts to EUR 1.8 billion and this money is allocated to examine the root causes that create irregular migrations and displaced persons. The Trust Fund for Syria is worth EUR 40 million, however already EUR 4 billion has been given to the refugee crisis. We are owed money from the EU due to the additional GBP 1.7 billion that was demanded from the UK Government by the EU, plus any savings that are made by the reduction in Member State contributions will end up back in the budget to promote the Security 7 Citizenship agenda and Global Europe; both of which we do not support.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'approvazione del bilancio rettificativo per l'esercizio 2015, perché esso prevede la revisione di alcune misure tecniche in merito alla diminuzione dei contributi degli Stati membri al bilancio dell'Unione e alla riduzione degli stanziamenti d'impegno e di pagamento nel bilancio del Garante europeo della protezione dei dati. Nel progetto rettificativo si osservano anche misure circa l'applicazione dei dazi doganali e l'aggiornamento delle previsioni di altre entrate.

Di primaria importanza sono anche le disposizioni e la dotazione finanziaria necessarie per affrontare l'attuale crisi dei rifugiati: il presente documento prevede infatti lo stanziamento di ingenti risorse finanziarie supplementari per fornire assistenza umanitaria lungo gli itinerari di transito e far fronte alle sfide legate all'accoglienza di un numero ingente di rifugiati nelle città e regioni dell'Europa.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Additional financial means are necessary to address the current refugee crisis and further financial efforts will be needed to provide humanitarian assistance along the transit routes and to manage the challenges posed by the reception of unprecedented numbers of refugees in Europe's cities and regions. This is now our main priority.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Il progetto di bilancio rettificativo n. 8/2015 riguarda una revisione delle previsioni relative alle risorse proprie tradizionali (dazi doganali, + 0,8 miliardi di euro), la contabilizzazione del resto dei saldi IVA e RNL per il 2014 (+ 5,7 miliardi di euro) e la contabilizzazione dei saldi IVA e RNL per il 2015 (+1,4 miliardi di euro); è inoltre previsto un aggiornamento delle previsioni di altre entrate (+1,5 miliardi di euro) e una riduzione di 123 474 euro in stanziamenti d'impegno e di pagamento nel bilancio del Garante europeo della protezione dei dati. Il rettificativo n. 8/2015, in tutti i suoi elementi, ha quindi come effetto una riduzione di 9,4 miliardi di euro dei contributi degli Stati membri al bilancio dell'Unione.

Sulla base di tale proposta mi esprimo con voto favorevole, in quanto si stima che gli Stati membri utilizzeranno queste risorse aggiuntive per dedicarle alla questione immigrazione.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que recupera recursos del Supervisor Europeo de Protección de Datos mediante la devolución de determinados importes no gastados por el citado Supervisor durante el ejercicio anterior. El presente informe recalca que todos estos excedentes deben ser orientados a la ayuda y la gestión de la crisis de las personas refugiadas, así como a la ayuda humanitaria a Siria. Esta debe ser una línea prioritaria de los recursos de la Unión durante el ejercicio de 2015 debido a la dimensión de la misma y a la grave situación humanitaria que están afrontando las personas refugiadas. Es por poner a disposición estos recursos para los citados objetivos de ayuda a los migrantes por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This report concerns a revision of the forecast of EU income from customs duties (decrease of EUR 9.4 billion) and thus readjusts the projected funds made available to the EU to spend on particular items. The same report reacts to changes and underlines that substantial additional financial means are necessary to address the current refugee crisis.

It notes that Member States' financial pledges for the Africa Trust Fund, the Syria Trust Fund and UN agencies supporting refugees, reconfirmed at a number of recent council meetings, have not yet been met. Member States were lagging behind by EUR 2.3 billion on their commitments at the beginning of November 2015 — this when further financial efforts are needed to provide humanitarian assistance along the transit routes and to manage the challenges posed by the reception of unprecedented numbers of refugees. As I agree with providing as much assistance as possible to both the refugees and to those communities trying to help them, I have supported this report with my vote.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif propose une rectification au budget de l'Union européenne 2015, afin d'augmenter la contribution des États membres qui a diminué de 9,4 milliards d'euros, en partie grâce à des revenus inespérés de 2,3 milliards d'euros en provenance d'amendes liées à la concurrence et plus élevés que les droits de douane attendus.

Selon le rapporteur, leurs engagements financiers en faveur des fonds d'affectation pour l'Afrique et pour la Syrie présentent encore un déficit de 2,3 milliards. Il appelle les États membres à honorer leurs promesses sur le projet de budget rectificatif 8/2015, pour alimenter les deux fonds européens visant à aider réfugiés et migrants en Syrie, et s'attaquer aux causes profondes des migrations en Afrique.

Considérant qu'il est nécessaire que les États membres mettent en œuvre les décisions auxquelles elles se sont engagées plus tôt cette année, j'ai soutenu ce rapport.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet a hagyományos saját forrásokra (vámok) vonatkozó előrejelzés felülvizsgálatáról szól: a hozzáadott érték adó (héta) és a GNI 2014. évi egyenlegei fennmaradó összegeinek, valamint a 2015. évi héa- és GNI-egyenlegek költségvetésbe való beviteléről rendelkezik. A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet az egyéb bevételekre vonatkozó előrejelzést is aktualizálja, továbbá 123 474 eurós csökkentést irányoz elő az európai adatvédelmi biztos költségvetésében mind a kötelezettségvállalások, mind a kifizetések tekintetében.

A módosítási tervezet eredményeként a tagállamok GNI-alapú hozzájárulásai 9,4 milliárd euróval csökkennek. A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet elfogadása annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki. Ezt az Európai Parlament magyar néppárti delegációja elfogadta, ezért a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattuk a jelentést.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport préconisait d'utiliser l'excédent du budget de l'Union européenne de cette année pour l'accueil des migrants.

Alors que les recettes de cette année furent de 9,4 milliards plus élevées que prévu, cet argent aurait dû revenir aux États contributeurs de l'Union. En effet, les pays membres financent chaque année l'Union européenne à hauteur de plusieurs milliards d'euros. La France devrait donc récupérer une partie de sa contribution visiblement surévaluée, en récupérant 1,45 milliard d'euros.

Ce rapport, au lieu de rendre à la France ce qui lui appartient, entend inciter les États à utiliser ce surplus budgétaire pour l'accueil dans les zones rurales des migrants. Cela n'est pas acceptable. Si je soutiens la réduction de la contribution française, je ne peux me résoudre à la voir allouée aux migrants. C'est pourquoi je me suis abstenue.

Ian Duncan (ECR), *in writing*. – This concerns many annual adjustment exercises with the overall impact on revenue amounting to a decrease in the GNI-based contribution from Member States to the EU budget of EUR 9.4 billion. For the UK, this equals GBP 1.2 billion. The UK Government estimated that when the 2015 gross payment for the annual VAT and GNI adjustment is considered, the transfer from the EU to the UK amounts to approximately GBP 630 million.

This technical exercise has nevertheless become politicised by Parliament. The rapporteur attempted to link this annual adjustment to the migrant crisis during the budget negotiations, pressuring Member States to use their decreased contributions to the EU budget to match the Commission's EUR 2.3 billion expenditure on the Trust Funds for Africa and Syria. The UK Government is the leading contributor to humanitarian aid in the EU, if not to these specific Funds.

Despite Parliament's attempted overreach, I can vote in favour of this report due to the decrease in Member States' GNI-based contribution to the EU budget, and in the knowledge that Parliament's attempt to link the annual adjustment to Trust Funds will have no legal effect.

Angel Dzhambazki (ECR), in writing. – I have decided to support this Draft amending budget because it is a regular annual adjustment exercise. After an initial attempt to link this annual adjustment to the migrant and refugee crisis, the Council has been able to successfully refuse this as this would have clearly been without a legal basis, and nor have the Member States ever committed to match the Commission's expenditure.

Nonetheless, with these changes, the procedure was de-politicised and in fact now represents a decrease in Member States' GNI-based contributions, which I fully support.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Υπογραμμίζει ότι χρειάζονται σημαντικά πρόσθετα χρηματοδοτικά μέσα για την αντιμετώπιση της τρέχουσας προσφυγικής κρίσης, όπως η χρηματοδότηση του Καταπιστευματικού Ταμείου για την Αφρική, και τη Συρία.

Θεωρούμε ότι είναι λάθος η διαχείριση της προσφυγικής κρίσης από τους θεσμούς, διότι δεν μπαίνει σε προτεραιότητα ο ευρωπαίος πολίτης και η ασφάλειά του.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet a hagyományos saját forrásokra (vámok) vonatkozó előrejelzés felülvizsgálatáról szól: a hozzáadott érték adó (héa) és a GNI 2014. évi egyenlegei fennmaradó összegeinek, valamint a 2015. évi hozzáadottértékadó- és bruttó nemzeti jövedelem (GNI) egyenlegek költségvetésbe való beviteléről rendelkezik.

A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet az egyéb bevételekre vonatkozó előrejelzést is aktualizálja, továbbá 123 474 eurós csökkentést irányoz elő az európai adatvédelmi biztos költségvetésében mind a kötelezettségvállalások, mind a kifizetések tekintetében.

A módosítási tervezet eredményeként a tagállamok GNI-alapú hozzájárulásai 9,4 milliárd euróval csökkennek.

A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet elfogadása annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki. Ezt az Európai Parlament magyar néppárti delegációja elfogadta, ezért a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattuk a jelentést.

Bill Etheridge (EFDD), in writing. – UKIP voted to abstain because this report focuses on reducing the Member State contributions, but it also strongly deplores that the Member States are lagging behind in payments to help with the migrant and refugee crisis. Regardless of the reductions, there is an issue relating to paying out money for the Africa and Syria Trusts. In October, all cuts to the budget were voted against and as a result the budget increased to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 143.5 billion in payments. The African Trust Fund amounts to EUR 1.8 billion and this money is allocated to examine the root causes that create irregular migrations and displaced persons. The Trust Fund for Syria is worth EUR 40 million, however already EUR 4 billion has been given to the refugee crisis. We are owed money from the EU due to the additional GBP 1.7 billion that was demanded from the UK Government by the EU, plus any savings that are made by the reduction in Member State contributions will end up back in the budget to promote the Security 7 Citizenship agenda and Global Europe; both of which we do not support.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – Os Estados-Membros assumiram compromissos financeiros, no montante de 2 300 milhões de euros, relativamente ao Fundo Fiduciário para a África e ao Fundo Fiduciário para a Síria. Estes compromissos não estão a ser cumpridos.

Este projeto retificativo traduz-se numa redução das contribuições nacionais de 9 400 milhões de euros em que 2 300 milhões correspondem a multas e a um excedente em relação ao que estava previsto nas receitas dos direitos aduaneiros. Estas receitas são do orçamento da UE. Os Estados-Membros deveriam entregar o excedente no valor de 2 300 milhões de euros para os compromissos que assumiram relativamente aos fundos fiduciários, sendo aliás, por coincidência, o mesmo montante. Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution parce qu'elle entend renforcer l'octroi de fonds aux migrants.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este projeto de retificação orçamental n.º 8/2015 diz respeito à revisão da previsão dos recursos próprios tradicionais (taxas alfandegárias), à orçamentação dos balanços que faltam do IVA e RNB (Rendimento Nacional Bruto) de 2014 e aos balanços do IVA e RNB de 2015. Daqui resulta um decréscimo de 9,4 mil milhões de euros provenientes das contribuições dos Estados-Membros para o orçamento da UE, baseadas nos seus RNB.

O projeto de orçamento retificativo pretende ainda atualizar a previsão de outras fontes de receita. Além disso, prevê a redução em 123 474 euros tanto das dotações de autorização como das dotações de pagamento da Autoridade Europeia para a Proteção de Dados.

Temos defendido que, havendo lugar a este tipo de acertos, o dinheiro não seja devolvido aos Estados-Membros — o que beneficia sobretudo os países mais ricos —, mas sim que se mantenha no orçamento da UE, reforçando as (parcas) verbas destinadas à coesão.

Neste caso, o Parlamento propunha que as verbas fossem afetadas aos fundos fiduciários para África e para a Síria, bem como às agências de apoio aos refugiados. A Comissão Europeia e o Conselho não o aceitaram, facto que se lamenta neste relatório. Tanto mais quanto se regista um atraso de 2,3 mil milhões de Euros nas transferências de fundos destinados à gestão da crise de refugiados.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione concernente il progetto di bilancio rettificativo dell'Unione europea per il 2015, in quanto mai come ora è necessario coordinare ulteriori sforzi finanziari per fornire assistenza umanitaria e far fronte alle sfide legate all'accoglienza di un numero senza precedenti di rifugiati nelle città e regioni dell'Europa.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Návrh opravného rozpočtu č. 8/2015 obsahuje najaktuálnejšie odhady iných príjmov. Všeobecne sa očakáva zníženie rozpočtu európskeho dozorného úradníka pre ochranu údajov o 123 474 EUR, nakoľko pride k zníženiu príspevkov zo strany členských štátov založených na HND o 9,4 miliardy eur.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Per quanto concerne questo progetto di bilancio rettificativo, non posso che esprimere voto di astensione: sebbene siano presenti misure comprensibili, come la riduzione di 9,4 miliardi dei contributi degli Stati membri basati sull'RNL, ci sono però da parte della relatrice troppe considerazioni politiche a mio avviso errate.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Καταψηφίζω την παρούσα έκθεση καθώς θεωρώ ότι είναι λάθος η διαχείριση της προσφυγικής κρίσης από τους θεσμούς από τη στιγμή που δεν μπαίνει σε προτεραιότητα ο ευρωπαίος πολίτης και η ασφάλειά του.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Substantial additional financial means are necessary to address the current refugee crisis. I therefore approved the Council position on Draft amending budget No 8/2015.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet a hagyományos saját forrásokra (vámok) vonatkozó előrejelzés felülvizsgálatáról szól: a hozzáadott érték adó (héa) és a GNI 2014. évi egyenlegei fennmaradó összegeinek, valamint a 2015. évi héa- és GNI-egyenlegek költségvetésbe való beviteléről rendelkezik.

A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet az egyéb bevételekre vonatkozó előrejelzést is aktualizálja, továbbá 123 474 eurós csökkentést irányoz elő az európai adatvédelmi biztos költségvetésében mind a kötelezettségvállalások, mind a kifizetések tekintetében.

A módosítási tervezet eredményeként a tagállamok GNI-alapú hozzájárulásai 9,4 milliárd euróval csökkennek.

A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet elfogadása annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki. Ezt az Európai Parlament magyar néppárti delegációja elfogadta, ezért a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattuk a jelentést.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet a hagyományos saját forrásokra (vámok) vonatkozó előrejelzés felülvizsgálatáról szól: a hozzáadott érték adó (héta) és a GNI 2014. évi egyenlegei fennmaradó összegeinek, valamint a 2015. évi héa- és GNI-egyenlegek költségvetésbe való beviteléről rendelkezik.

A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet az egyéb bevételekre vonatkozó előrejelzést is aktualizálja, továbbá 123 474 eurós csökkentést irányoz elő az európai adatvédelmi biztos költségvetésében mind a kötelezettségvállalások, mind a kifizetések tekintetében.

A módosítási tervezet eredményeként a tagállamok GNI-alapú hozzájárulásai 9,4 milliárd euróval csökkennek.

A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet elfogadása annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki. Ezt az Európai Parlament magyar néppárti delegációja elfogadta, ezért a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattuk a jelentést.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht zum Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 8/2015: Eigenmittel und Europäischer Datenschutzbeauftragter gestimmt, da ich die Arbeit des Europäischen Datenschutzbeauftragten für eine wichtige Tätigkeit im Sinne der Bürger halte und selbst u. a. im Bereich der Datenschutzgrundverordnung für einen starken, praktikablen Datenschutz am Arbeitsplatz in Form der „Kapitelchen-Lösung“ (Artikel 82) plädiere.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Es braucht genügend finanzielle Mittel, um die Ursachen der aktuellen Flüchtlingskrise zu bekämpfen. Gleichzeitig muss eine gute Integration der bereits angekommenen Flüchtlinge gewährleistet sein. Für eine Lösung ist es auch wichtig, dass finanzielle Zusagen für bestehende Treuhandfonds wie beispielsweise für Afrika und Syrien eingehalten werden.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I supported Draft amending budget No 8/2015, which underlines that substantial additional financial means are necessary to address the current refugee crisis. It is regrettable that despite the unprecedented refugee crisis we are currently witnessing, Member States' financial pledges for the Africa Trust Fund, the Syria Trust Fund and to UN agencies supporting refugees, reconfirmed at the informal meeting of EU Heads of State and Government on migration of 23 September 2015, at the European Council of 15 October 2015 and at the Valletta Summit of 11-12 November 2015 have not yet been met.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – I lent my support to this report as it addresses the forecast of the EU income from customs duties which therefore highlights a readjustment of funds available to the EU to be used on other items. The report also shows how, unfortunately, Member States are behind in their financial promises for the Africa Trust Fund, Syria Trust Fund and certain UN agencies who support refugees in their migration to Europe.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Le projet de budget rectificatif n° 8/2015 porte notamment sur les prévisions concernant les ressources propres traditionnelles (droits de douane) et les soldes 2014 et 2015 de TVA et de RNB (Perception d'un pourcentage sur le revenu national brut de chaque État).

Les recettes des droits de douane sont supérieures de 800 millions d'euros, tandis que les soldes cumulés 2014 et 2015 de TVA et de RNB sont de 7,1 milliards d'euros. À cela, il faut ajouter 1,47 milliard d'euros d'amendes liées à la concurrence.

Au total, cela fait 9,4 milliards d'euros de contribution en moins pour les États membres, dont 1,45 milliard d'euros pour la France.

Toutefois, ce rapport appelle les États membres à profiter de cette baisse de leurs contributions pour dégager plus de moyens financiers en faveur des migrants, afin notamment d'accueillir «un nombre sans précédent de réfugiés dans les villes et les régions d'Europe».

C'est la raison pour laquelle je n'ai pas voté ce rapport.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He emitido un voto positivo al informe Gardiazabal. Reclama temas pendientes que van a quedar fuera del presupuesto que se quiere aprobar ahora, en particular ayudas a los refugiados y un fondo fiduciario para África prometido y no realizado.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for the report on the Council position on Draft amending budget No 8/2015 of the European Union for the financial year 2015, Own resources and European Data Protection Supervisor because it was noted that further financial efforts will be needed to provide humanitarian assistance along the transit routes and to manage the challenges posed by the reception of unprecedented numbers of refugees in Europe's cities and regions.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet a hagyományos saját forrásokra (vámok) vonatkozó előrejelzés felülvizsgálatáról szól: a hozzáadott érték adó (héta) és a GNI 2014. évi egyenlegei fennmaradó összegeinek, valamint a 2015. évi héa- és GNI-egyenlegek költségvetésbe való beviteléről rendelkezik.

A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet az egyéb bevételekre vonatkozó előrejelzést is aktualizálja, továbbá 123 474 eurós csökkentést irányoz elő az európai adatvédelmi biztos költségvetésében mind a kötelezettségvállalások, mind a kifizetések tekintetében.

A módosítási tervezet eredményeként a tagállamok GNI-alapú hozzájárulásai 9,4 milliárd euróval csökkennek.

A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet elfogadása annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki. Ezt az Európai Parlament magyar néppárti delegációja elfogadta, ezért a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattuk a jelentést.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted for this resolution as I am in complete agreement with the budgetary amendment. Prudent and sound financial management of the budget is vital. It is important to note that additional financial efforts will be necessary to address the current refugee crisis. Further financial assistance will also be needed to provide humanitarian assistance along the transit routes and to manage the challenges posed by the reception of the unprecedented numbers of refugees entering Europe's cities and regions.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to abstain because this report focuses on reducing the Member State contributions, but it also strongly deplores that the Member States are lagging behind in payments to help with the migrant and refugee crisis. Regardless of the reductions, there is an issue relating to paying out money for the Africa and Syria Trusts. In October, all cuts to the budget were voted against and as a result the budget increased to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 143.5 billion in payments. The African Trust Fund amounts to EUR 1.8 billion and this money is allocated to examine the root causes that create irregular migrations and displaced persons. The Trust Fund for Syria is worth EUR 40 million, however already EUR 4 billion has been given to the refugee crisis. We are owed money from the EU due to the additional GBP 1.7 billion that was demanded from the UK Government by the EU, plus any savings that are made by the reduction in Member State contributions will end up back in the budget to promote the Security 7 Citizenship agenda and Global Europe; both of which we do not support.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – The resolution notes that the impact of Draft amending budget No 8/2015 is a EUR 9 403,4 million reduction in Member States' contribution to the Union budget. It is, however, highlighted that additional means are needed to address the refugee crisis, both along the transit routes and for their reception in Europe's cities, and that the financial pledges for the agencies supporting refugees are still lagging behind by EUR 2,3 billion. Even though a firm compromise could not be reached to use the reflow to address the refugee crisis, I have voted in favour of the resolution since the position of the Council was approved and the Amending budget adopted. By the way, in my opinion the euro must be abolished. It leads to dissension and discord in Europe.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet a hagyományos saját forrásokra (vámok) vonatkozó előrejelzés felülvizsgálatáról szól. A hozzáadott érték adó (héta) és a GNI 2014. évi egyenlegei fennmaradó összegeinek, valamint a 2015. évi héa- és GNI-egyenlegek költségvetésbe való beviteléről rendelkezik.

A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet az egyéb bevételekre vonatkozó előrejelzést is aktualizálja, továbbá 123 474 eurós csökkentést irányoz elő az európai adatvédelmi biztos költségvetésében, mind a kötelezettségvállalások, mind a kifizetések tekintetében.

A módosítási tervezet eredményeként a tagállamok GNI-alapú hozzájárulásai 9,4 milliárd euróval csökkennek.

A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet elfogadása annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki. Ezt az Európai Parlament magyar néppárti delegációja elfogadta. Ezért a magyar érdekekkel és a Néppárt álláspontjával összhangban támogattam a jelentést.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o stajalištu Vijeća o nacrtu izmjene proračuna br. 8/2015 Europske unije za financijsku godinu 2015. - vlastita sredstva i Europski nadzorNIK za zaštitu podataka, jer se time revidiraju predviđanja tradicionalnih vlastitih sredstava, te se unose u proračun ostaci salda vlastitih sredstava za 2014. i 2015. godinu. Važno je naglasiti da ova izmjena smanjuje doprinos država članica proračunu Europske unije. Smatram međutim da su potrebna dodatna financijska sredstva kako bi se doprinijelo ublažavanju posljedica izbjegličke krize koja predstavlja izazov za proračun Unije. Držim stoga da su se sredstva ova izmjene trebala jasno usmjeriti upravo prema rješavanju tog problema.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte est un projet de révision de la révision des prévisions des ressources propres traditionnelles, la budgétisation du restant des soldes des ressources propres TVA et RNB de 2014 et la budgétisation du solde des ressources propres TVA et RNB de 2015 ainsi que la mise à jour des prévisions concernant les autres recettes.

La Commission a en effet révisé ses prévisions relatives aux ressources propres. Ainsi, les recettes tirées des droits de douanes furent supérieures à 800 millions d'euros, le restant des soldes TVA et RNB 2014 et le solde 2015 de 7,1 milliards, et les recettes non anticipées tirées notamment d'amendes liées à la concurrence de 1,47 milliard d'euros. Au total, ceci permet de réduire la contribution des États membres au budget de l'UE 2015 de 9,4 milliards, en ce qui concerne la France de 1,45 milliard d'euros.

Ce texte appelle les États membres à profiter de cette baisse de leurs contributions pour dégager davantage de moyens financiers pour faire face à la crise migratoire.

Je me suis abstenu.

Diane James (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to abstain because this report focuses on reducing the Member State contributions, but it also strongly deplores that the Member States are lagging behind in payments to help with the migrant and refugee crisis. Regardless of the reductions, there is an issue relating to paying out money for the Africa and Syria Trusts. In October, all cuts to the budget were voted against and as a result the budget increased to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 143.5 billion in payments. The African Trust Fund amounts to EUR 1.8 billion and this money is allocated to examine the root causes that create irregular migrations and displaced persons. The Trust Fund for Syria is worth EUR 40 million, however already EUR 4 billion has been given to the refugee crisis. We are owed money from the EU due to the additional GBP 1.7 billion that was demanded from the UK Government by the EU, plus any savings that are made by the reduction in Member State contributions will end up back in the budget to promote the Security 7 Citizenship agenda and Global Europe; both of which we do not support.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Eider Gardiazabal Rubial sur le projet de budget rectificatif n° 8/2015. Ce projet révisé les contributions nationales au budget de l'Union européenne au vu des évolutions en termes de produit national brut (PNB). Les États membres vont ainsi profiter d'une réduction de leurs contributions d'un montant de 9,4 milliards d'euros par rapport aux dix années précédentes.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Bei diesem Bericht enthalte ich mich meiner Stimme. Er betrifft den Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 8/2015 der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015 zur Errichtung eines EU-Treuhandfonds für die Krise in Syrien und in Afrika. Obwohl einige Punkte dafür sprächen, ist mir nicht klar, wie die systemisch-strukturellen Probleme der Region und deren Auswirkungen auf Europa durch Mehrzahlungen gelöst werden können.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the report as it concerns mainly the revision of the forecast of own resources resulting in a decrease of Member States' GNI-based contributions. Although agreeing to the reflow to the Member States, this report encourages Member States to use the extra money to address the current refugee crisis.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet a hagyományos saját forrásokra (vámok) vonatkozó előrejelzés felülvizsgálatáról szól: a hozzáadott érték adó (héta) és a GNI 2014. évi egyenlegei fennmaradó összegeinek, valamint a 2015. évi héa- és GNI-egyenlegek költségvetésbe való beviteléről rendelkezik.

A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet az egyéb bevételekre vonatkozó előrejelzést is aktualizálja, továbbá 123 474 eurós csökkentést irányoz elő az európai adatvédelmi biztos költségvetésében mind a kötelezettségvállalások, mind a kifizetések tekintetében.

A módosítási tervezet eredményeként a tagállamok GNI-alapú hozzájárulásai 9,4 milliárd euróval csökkennek.

A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet elfogadása annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki. Ezt az Európai Parlament magyar néppárti delegációja elfogadta, ezért a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattam a jelentést.

Béla Kovács (NI), *írásban*. – Elfogadhatatlan a jelentés, mert a perifériaországok kárára a gazdag centrumországok befizetéseit kívánja megkurtítani. Nem megengedhető, hogy a mások piacait elvevő, gazdaságát megnyomorító, kvázi gyarmati helyzetet létrehozó, multinacionális cégek érdekeit a végsőkig képviselő tagállamok újabb kedvezményeket kapjanak. Különösen igaz ez a jelen bizonytalan helyzetben, amikor a migránsözön kiszámíthatatlan következményekkel fenyeget.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore della proposta di risoluzione della collega Eider Gardiazabal Rubial concernente il progetto di bilancio rettificativo n.8/2015. Il DAB 8 determina una più efficiente gestione delle risorse e di conseguenza comporta una riduzione dei trasferimenti a carico degli Stati membri verso l'UE di più di 9 000 milioni di euro. Allo stesso tempo, distribuisce le risorse tenendo conto delle necessità finanziarie utili a fornire assistenza umanitaria lungo gli itinerari di transito migratorio e far fronte alle sfide legate all'accoglienza dei migranti.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – La Commission a révisé ses prévisions relatives aux ressources propres. Ainsi, les recettes tirées des droits de douanes furent supérieures de 800 millions d'euros, le restant des soldes TVA et RNB 2014 et le solde de 2015 de 7,1 milliards, et les recettes non anticipées tirées notamment d'amendes liées à la concurrence de 1,47 milliard d'euros. Au total, ceci permet de réduire la contribution des États membres au budget de l'Union européenne 2015 de 9,4 milliards d'euros, soit, pour la France, 1,45 milliard d'euros.

Cependant, ce rapport appelle les États membres à profiter de cette baisse de leurs contributions pour dégager davantage de moyens financiers pour faire face à la crise migratoire, et mettre en place des «efforts financiers supplémentaires (...) pour parvenir à accueillir un nombre sans précédent de réfugiés dans les villes et régions d'Europe» .

Il est clair que cette moindre contribution ne saurait satisfaire un tel objectif. Je me suis donc abstenue.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que recupera recursos del Supervisor Europeo de Protección de Datos mediante la devolución de determinados importes no gastados por el citado Supervisor durante el ejercicio anterior. El presente informe recalca que todos estos excedentes deben ser orientados a la ayuda y la gestión de la crisis de las personas refugiadas, así como a la ayuda humanitaria a Siria. Esta debe ser una línea prioritaria de los recursos de la Unión durante el ejercicio de 2015 debido a la dimensión de la misma y a la grave situación humanitaria que están afrontando las personas refugiadas. Es por poner a disposición estos recursos para los citados objetivos de ayuda a los migrantes por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Nepodporuji navyšování rozpočtu, EU má hledat úspory jinde, například ve výdajích na svou propagaci nebo v mnohých nesmyslných dotacích.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Države članice smanjile su svoj doprinos u proračun Unije za 9 403,4 milijuna eura, što zajedno s povećanim izdacima uzrokovanim izbjegličkom krizom dovodi Europsku uniju u nepovoljan položaj. Također, države članice ne ispunjavaju svoje financijske obveze vezane za uzajamne fondove za Afriku i Siriju te agencije UN-a koje pružaju pomoć izbjeglicama.

Prema posljednjim procjenama Komisije, države članice bi trebale uplatiti još 2,3 milijarde eura pomoći. Nacrt izmjene proračuna obuhvaća reviziju vlastitih sredstava, unošenje ostatka vlastitih sredstava koja proizlaze iz PDV-a i BND-a za 2014. i 2015., te predviđanja ostalih vlastitih sredstava.

Podržala sam izvješće zastupnika Eidera Gardiazabala Rubiala jer smatram da su izmjene proračuna nužne kako bi se Europska unija mogla što bolje nositi s novonastalim situacijama. Iako u proračunu nema dovoljno sredstava koja bi se preusmjerila na rješavanje izbjegličke krize, očekuje se od država članica da će u cijelosti ispuniti preuzete obveze.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Ņemot vērā, cik daudzdimensionāla un strukturāli sarežģīta ir Eiropas Savienības pārvaldības sistēma, ir nenoliedzami nepieciešami tās budžeta izpildes un plānošanas regulāri pārskati, lai būtu iespējams gan garantēt pēc iespējas augstāku šīs sistēmas caurredzamību, gan arī efektīvāku izvirzīto ikgadējo mērķu un uzdevumu izpildi.

Atbalstot Eiropas Savienības 2015. finanšu gada budžeta grozījuma Nr. 8/2015 projektu, gribētos arī pievienoties šajā parlamentārajā ziņojumā izteiktajai domai par to, ka līdz ar attiecīgo saistību uzņemšanas sakarā ar bēgļu un migrantu krīzes pārvarēšanu, kā arī Āfrikas un Sīrijas trasta fondiem, ANO aģentūrām un citiem mērķiem dalībvalstīm pēc iespējas ātrāk vajadzētu realizēt šīs uzņemtās saistības.

Problēmu risināšana var būt dažāda, bet loģiskākais variants tomēr būtu negaidīt, kad tās sāks klauvēt pie mūsu durvīm, bet censties veicināt pūles tikt ar tām galā preventīvi. Ja tas tomēr nav iespējams, jo problēmas jau ir faktiski šeit, nedrīkstam būt pasīvi un iedomāties, ka mūs tas viss neskars – it īpaši, kad pastāv pilnīgi konkrētas saistības, kuras jāizpilda.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με τη θέση του Συμβουλίου όσον αφορά το σχέδιο διορθωτικού προϋπολογισμού αριθ. 8/2015 της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2015, Ίδιοι πόροι και Ευρωπαίος Επόπτης Προστασίας Δεδομένων, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce projet. Nous saluons les efforts de la Commission pour réviser ses prévisions sur ses ressources propres, révisions qui permettent de réduire la contribution des États membres au budget européen 2015 de 9,4 milliards d'euros (soit une baisse, pour la France, de 4,45 milliards d'euros).

En revanche, nous ne pouvons pas accepter que ce rapport, dans le même temps, encourage les États membres à «profiter» de cette baisse de leurs contributions pour dégager davantage de moyens en faveur des migrants.

L'usage que la Commission souhaite faire de cette baisse de contribution nous empêche de soutenir ce rapport.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Il «progetto di bilancio rettificativo n. 8/2015: risorse proprie e Garante europeo della protezione dei dati» mi vede favorevole.

Questa relazione riguarda una revisione delle previsioni relative ai dazi doganali, insieme ad una contabilizzazione del resto dei saldi IVA e RNL per il 2014, con contabilizzazione dei saldi IVA e RNL 2016, fornendo un aggiornamento alle previsioni di altre entrate.

Vi è una riduzione in stanziamenti di impegno di 123 474 EUR e di pagamento nel bilancio del Garante europeo della protezione dei dati.

L'effetto è quello di ottenere una riduzione di 9 403,4 milioni di EUR dei contributi degli Stati membri al bilancio dell'Unione. È giusto inoltre disporre di ingenti risorse finanziarie aggiuntive per una gestione efficace della crisi dei rifugiati, insieme alle previsioni per l'assistenza umanitaria.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this report but regret that no firm compromise could be reached in conciliation to use the reflow from Draft amending budget No 8/2015 to address the refugee crisis.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Voto a favore del progetto di bilancio rettificativo n. 8/2015. Questo progetto, infatti, prende atto delle necessarie risorse supplementari necessarie agli Stati membri per affrontare la crisi dei rifugiati riducendo, di conseguenza, di ben 9 403,4 milioni di euro i contributi dovuti da parte di questi al bilancio dell'Unione.

Nonostante tale necessità, il progetto non manca di osservare come non siano ancora stati onorati i diversi impegni finanziari da parte degli Stati membri, ad esempio quelli relativi al fondo fiduciario per l'Africa o al fondo fiduciario per la Siria e per le agenzie dell'ONU di assistenza ai rifugiati.

Di contro il progetto evidenzia come occorreranno ulteriori sforzi finanziari per fornire assistenza umanitaria lungo gli itinerari di transito e per far fronte alle sfide legate all'accoglienza dei rifugiati.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Prinzipiell unterstütze ich das Anliegen, dass Hilfe vor Ort geleistet wird. Jedoch wird die Aufstockung finanzieller Mittel ohne entsprechende Begleitmaßnahmen nicht den gewünschten Effekt bringen. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport, au titre anodin et sans rapport avec son objet politique réel, pousse l'irresponsabilité de l'institution parlementaire européenne à l'extrême.

En effet, d'une part, il approuve un budget modificatif qui diminue de 9 milliards la contribution des États membres. Et d'autre part, il alerte sur le fait que les mêmes États membres sont très en retard sur leurs engagements financiers pour affronter la crise des migrants notamment en direction de l'Afrique, de la Syrie et de plusieurs agences de l'ONU.

Début novembre, 2,3 milliards de crédits d'urgence pourtant annoncés lors de divers sommets exceptionnels de chefs d'État et de ministres depuis la rentrée n'avaient toujours pas été versés. Alors que le Parlement a la possibilité de voter contre une telle aberration proposée par le Conseil, ce rapport l'entérine, tout en «déplorant» que de telles marges de manœuvre n'aient pas pu être utilisées pour affronter la crise des migrants. Et pour finir il «escompte que les États honoreront leurs engagements» .

Je vote contre une telle démonstration de l'inutilité des votes du Parlement européen.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le projet concerne la révision des prévisions des ressources propres traditionnelles (droits de douane), la budgétisation du restant des soldes des ressources propres TVA et RNB de 2014 et la budgétisation du solde des ressources propres TVA et RNB de 2015 ainsi que la mise à jour des prévisions concernant les autres recettes.

En effet, la Commission a révisé ses prévisions relatives aux ressources propres. Ainsi, les recettes tirées des droits de douanes furent supérieures à 800 millions d'euros, le restant des soldes TVA et RNB 2014 et le solde 2015 de 7,1 milliards, et les recettes non anticipées tirées notamment d'amendes liées à la concurrence de 1,47 milliard d'euros. Au total, ceci permet de réduire la contribution des États membres au budget de l'UE 2015 de 9,4 milliards, en ce qui concerne la France de 1,45 milliard d'euros.

Cependant, ce rapport appelle les États membres à profiter de cette baisse de leurs contributions pour dégager davantage de moyens financiers pour faire face à la crise migratoire. Il les invite notamment à utiliser cette manne financière pour gérer la répartition des migrants dans les territoires ruraux. En conséquence, je me suis abstenue sur ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a proposta de resolução do Parlamento Europeu que aprova a posição do Conselho sobre o projeto de orçamento retificativo n.º 8/2015.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – Following the submission of the Commission and taking into account the Council's position, I chose to support this report, which highlights the various measures agreed by the Commission, Council and Parliament to balance the additional funds required from Member States.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Je salue l'adoption du rapport sur le projet de budget rectificatif n° 8/2015. Cette mise à jour est nécessaire afin de faire face à la crise actuelle des réfugiés en dégageant des moyens financiers supplémentaires. Des dizaines de milliers de Syriens ont en effet été poussés à l'exil en raison des troubles et des violences qui secouent leur pays depuis plus de 18 mois. Il est de toute évidence indispensable de parvenir à des efforts financiers supplémentaires pour fournir une aide humanitaire à tous ces réfugiés sur le long terme.

Je regrette vivement que la grande majorité des États membres n'aient pas encore pris les engagements financiers qu'ils ont promis en faveur du fonds fiduciaire africain qui s'élève actuellement à 200 000 millions sur un montant de 1,8 milliards d'euros, du fonds d'affectation spéciale pour la Syrie et des agences des NU venant en aide aux réfugiés. Je réaffirme que les réfugiés doivent bénéficier du principe fondamental de non-refoulement, en vertu duquel ils doivent pouvoir être en mesure de fuir des situations humanitaires très difficiles.

Le déficit de démocratie, les discriminations, les inégalités et la limitation des ressources ne pourront vaincus que si nous adoptons la voie du consensus et de la coopération.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Návrh opravného rozpočtu sa týka revízie odhadov vlastných zdrojov, príjmov a zvyšných zostatkov za rok 2015 a navrhuje zníženie príspevkov členských štátov do rozpočtu Únie. Európsky parlament konštatuje, že finančné sľuby doposiaľ neboli splnené zo strany štátov. V súčasnosti sú potrebné dodatočné finančné prostriedky na riešenie utečeneckej krízy. Vyjadrujem poľutovanie, že sa nepodarilo dosiahnuť definitívne rozhodnutie v otázke využitia odlivu finančných prostriedkov z opravného rozpočtu č. 8/2015 na riešenie krízy. Verím však, že dané záväzky budú členskými štátmi dodržané.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the Draft Amending Budget No 8/2015 (DAB 8/2015), which relates to a revision of the forecast of Traditional Own Resources (customs duties), the budgeting of the leftovers from the 2014 VAT and GNI balances, the budgeting of the 2015 balances as well as an update on the forecast on other revenues like fines and a reduction in appropriations in the budget of the European Data Protection Supervisor.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság által 2015. október 19-én benyújtott, 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervzet a tradicionális saját forrásokra vonatkozó előrejelzés felülvizsgálatáról szól, és aktualizálja az egyéb bevételekre vonatkozó előrejelzést is. A felülvizsgálat megállapítja, hogy a tagállamok uniós költségvetéshez való hozzájárulása 2015-ben előre láthatólag 9,4034 milliárd euróval csökken.

A Tanács 2015. november 10-én fogadta el a tervezettel kapcsolatos álláspontját. Az Európai Parlament Költségvetési Bizottsága jelentésében a Bizottság tervezetének és a Tanács ezzel kapcsolatos álláspontjának tudomásul vételét ajánlja a Parlamentnek. Az előterjesztést megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Subscreevo a posição do relator relativamente à necessidade de obtenção de meios financeiros adicionais consideráveis para fazer face à atual crise dos refugiados.

Lamento que os compromissos financeiros assumidos pelos Estados-Membros relativamente ao Fundo Fiduciário para a África, ao Fundo Fiduciário para a Síria e às agências das Nações Unidas que prestam apoio aos refugiados ainda não tenham sido concretizados, provocando um atraso de 2,3 mil milhões de euros no início de novembro de 2015, segundo dados da Comissão. É fundamental que os Estados-Membros honrem os compromissos assumidos anteriormente.

Defendo um reforço financeiro suplementar para prestar assistência humanitária ao longo das rotas de trânsito e para gerir os desafios colocados pelo acolhimento de um número sem precedentes de refugiados nas cidades e regiões da Europa.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Le projet de budget rectificatif 2015 n° 8/2015 concerne la révision des prévisions de la Commission en matière de recettes pour l'année 2015.

En effet, la Commission a révisé ses prévisions relatives aux ressources propres. Ainsi, les recettes tirées des droits de douanes furent supérieures de 800 millions d'euros, le restant des soldes TVA et RNB 2014 et le solde de 2015 de 7,1 milliards, et les recettes non anticipées tirées notamment d'amendes liées à la concurrence de 1,47 milliard d'euros. Au total, cela permet de réduire la contribution des États membres au budget de l'UE 2015 de 9,4 milliards d'euros, soit, pour la France, 1,45 milliard d'euros.

Cependant, ce rapport appelle les États membres à profiter de cette baisse de leurs contributions pour dégager davantage de moyens financiers pour faire face à la crise migratoire, et mettre en place des «efforts financiers supplémentaires (...) pour parvenir à accueillir un nombre sans précédent de réfugiés dans les villes et régions d'Europe».

Il est clair que cette moindre contribution ne saurait satisfaire un tel objectif, c'est pourquoi il serait problématique de donner un blanc-seing à ce rapport.

Je me suis donc abstenue.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Ce rapport sur le projet de budget rectificatif pour 2015 indique que la révision des prévisions concernant les ressources propres traditionnelles et la réduction des crédits d'engagement et de paiement sur le budget du contrôleur européen de la protection des données permettent une diminution de 9,4 milliards d'euros de contributions des États membres au budget de l'Union européenne. Il appelle l'UE à consentir des efforts financiers supplémentaires pour fournir une aide humanitaire le long des routes de transit et pour accueillir un nombre sans précédent de réfugiés dans les villes et les régions d'Europe. Je suis pour ma part très défavorable à cette mesure, car je considère qu'il est préférable de financer l'aide humanitaire aux réfugiés dans les pays proches des lieux de conflit et de sécuriser en priorité les frontières extérieures de l'Union. C'est pourquoi je me suis abstenue lors du vote sur ce texte.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report, which will have the impact of a EUR 9 403,4 million reduction in Member States' contributions to the Union budget.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – We supported this report as it calls on the Member States to use part of the allocation, in particular the one which comes from EU revenue, EUR 2.3 billion, to be used for the Africa Trust Fund, the Syria Trust Fund and UN agencies supporting refugees and humanitarianism.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht fordert für die Bewältigung der Flüchtlingskrise zusätzliche finanzielle Mittel. Ich habe mich meiner Stimme enthalten, da eine weitere Erhöhung der finanziellen Mittel die Flüchtlingskrise nicht bewältigen kann, solange die Mittel falsch und nicht zielgerichtet eingesetzt werden. Dennoch hat der Bericht aber auch gute Aspekte, denn er stellt fest, dass die Mitgliedstaaten mit ihren Zahlungen im Verzug sind.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Paranduseelarve projektiga nähakse ette tollimaksude prognoosi korrigeerimist, ajakohastatakse muude tulude prognoosi ning vähendatakse Euroopa Andmekaitseinspektori eelarvet. Kahetsusväärset ei jõutud kokkuleppele sellest paranduseelarve projektist tagasisaadavate vahendite kasutamise suhtes pagulaskriisis.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to abstain because this report focuses on reducing the Member State contributions, but it also strongly deplores that the Member States are lagging behind in payments to help with the migrant and refugee crisis. Regardless of the reductions, there is an issue relating to paying out money for the Africa and Syria Trusts. In October, all cuts to the budget were voted against and as a result the budget increased to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 143.5 billion in payments. The African Trust Fund amounts to EUR 1.8 billion and this money is allocated to examine the root causes that create irregular migrations and displaced persons. The Trust Fund for Syria is worth EUR 40 million, however already EUR 4 billion has been given to the refugee crisis. We are owed money from the EU due to the additional GBP 1.7 billion that was demanded from the UK Government by the EU, plus any savings that are made by the reduction in Member State contributions will end up back in the budget to promote the Security 7 Citizenship agenda and Global Europe; both of which we do not support.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – La crisi migratoria che l'Europa è costretta a fronteggiare da qualche tempo, come tutti sappiamo, impone il ricorso ad ingenti risorse finanziarie e purtroppo gli sforzi che noi tutti abbiamo fatto, Stati membri ed Unione, fino a questo momento non sembrano bastare. A tal proposito, pur dispiacendomi per il mancato raggiungimento di un accordo circa il riutilizzo dei rientri del bilancio 2015 a sostegno dell'emergenza migranti, ed essendo fiducioso che comunque l'impegno di tutti sul tema resterà vivo, ho deciso di votare positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Iz nacrtu izmjene proračuna br. 8/2015 proizlazi smanjenje doprinosa država članica na temelju BND-a u iznosu od 9,4 milijarde EUR. To je posljedica velike gospodarske krize u državama članicama.

Žalim što su smanjena odobrena sredstva za preuzimanje obveza i odobrenih sredstava za plaćanja u proračunu Europskog nadzornika za zaštitu podataka u iznosu od 123 474 EUR.

Poslovi i zadaće koje obavlja Europski nadzornik važni su jer osiguravaju pridržavanje strogih pravila o zaštiti privatnosti kroz nadzor i obradu osobnih podataka koju izvodi administracija EU-a kako bi osigurao usklađenost s pravilima o zaštiti privatnosti, savjetuje institucije i tijela EU-a o svim aspektima obrade osobnih podataka te povezanim politikama i zakonodavstvu, rješava pritužbe i provodi istrage, surađuje s nacionalnim tijelima država članica radi osiguravanja dosljednosti u zaštiti podataka te prati nove tehnologije.

Nadam se da će države članice ispuniti svoje obveze prema uzajamnom fondu za Afriku, uzajamnom fondu za Siriju i agencijama UN-a koje pružaju pomoć izbjeglicama jer je izbjeglička kriza jedan od najvećih problema i izazova s kojima se moramo suočiti i aktivno ga početi rješavati.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Le projet de budget rectificatif 2015 n° 8/2015 concerne la révision des prévisions de la Commission en matière de recettes pour l'année 2015.

En effet, la Commission a révisé ses prévisions relatives aux ressources propres. Ainsi, les recettes tirées des droits de douanes furent supérieures de 800 millions d'euros, le restant des soldes TVA et RNB 2014 et le solde de 2015 de 7,1 milliards, et les recettes non anticipées tirées notamment d'amendes liées à la concurrence de 1,47 milliard d'euros. Au total, ceci permet de réduire la contribution des États membres au budget de l'UE 2015 de 9,4 milliards d'euros, soit, pour la France, 1,45 milliard d'euros.

Cependant, ce rapport appelle les États membres à profiter de cette baisse de leurs contributions pour dégager davantage de moyens financiers pour faire face à la crise migratoire, et mettre en place des «efforts financiers supplémentaires (...) pour parvenir à accueillir un nombre sans précédent de réfugiés dans les villes et régions d'Europe».

Il est clair que cette moindre contribution ne saurait satisfaire un tel objectif, c'est pourquoi il serait problématique de donner un blanc-seing à ce rapport.

Je me suis donc abstenu.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – U rješavanju pitanja izbjegličke i migrantske krize potrebno je dobro i pravodobno usmjeriti sredstva pomoći, zbog čega je zabrinjavajuć izostanak dogovorene pomoći afričkim i sirijskim fondovima te agencijama UN-a koje se bave pružanju pomoći izbjeglicama. Podržavam stoga odlučnost Unije da osigura dodatna financijska sredstva u pogledu izbjegličke krize, posebice za pružanje humanitarne pomoći na tranzitnim rutama. Na taj način, hvatamo se u koštac s dva temeljna žarišta problema: područja iz kojih izbjeglice dolaze te rute kojima prolaze. S obzirom da je Hrvatska jedna od važnih tranzitnih zemalja, dodatna pomoć svakako će omogućiti da se hrvatske vlasti nastave ophoditi jednako kvalitetno, organizirano i uz puni obzir prema teškim sudbinama ovih ljudi.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Smatram da je u vremenima trenutačne izbjegličke krize i napada na našu sigurnost potrebno istinski voditi računa o osnovnom alatu svih mjera koje planiramo donijeti proračunu. Izmjene proračuna br. 8/2015 jasno nam daju do znanja da je potrebno raditi na poticanju država na ispunjavanje svojih doprinosa na temelju BND-a. Obzirom na pojedinačne probleme s kojima se susreću države članice smatram da će rješavanje ovog problema biti sve složenije. Budući da izazovi i problemi država članica koje se nalaze duž tranzitnih ruta nadilaze njihove mogućnosti sada je potrebna solidarnost svih država članica.

Slijedom navedenog podržavam nacrt izmjene proračuna br. 8/2015: Vlastita sredstva i europski nadzornik za zaštitu podataka izvjestiteljice Eider Gardiazabal Rubial.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Il progetto di bilancio rettificativo n. 8/2015 riguarda una revisione delle previsioni relative alle risorse proprie tradizionali (dazi doganali), la contabilizzazione del resto dei saldi IVA e RNL per il 2014 e la contabilizzazione dei saldi IVA e RNL per il 2015. Il progetto di bilancio rettificativo n. 8/2015 prevede, inoltre, una riduzione di 123 474 euro in stanziamenti d'impegno e di pagamento nel bilancio del Garante europeo della protezione dei dati.

Pur avendo votato a favore del progetto di bilancio rettificativo, adottato il 19 ottobre scorso, deploro il fatto che non sia stato possibile giungere ad un compromesso definitivo, in sede di conciliazione, circa l'utilizzo delle somme rimanenti del progetto di bilancio rettificativo per affrontare l'attuale crisi dei rifugiati.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport Gardiazabal Rubial sur le projet de budget rectificatif n° 8/2015 concernant les ressources propres et le contrôleur européen de la protection des données, relatif à la révision des contributions nationales au budget de l'Union. Sans poser aucun problème, ce rapport a bénéficié d'un large soutien.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Votei a favor por considerar que é necessário reforçar os meios tendo em conta a atual crise dos refugiados.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted to abstain because this report focuses on reducing the Member State contributions, but it also strongly deplores that the Member States are lagging behind in payments to help with the migrant and refugee crisis. Regardless of the reductions, there is an issue relating to paying out money for the Africa and Syria Trusts. In October, all cuts to the budget were voted against and as a result the budget increased to EUR 157.4 billion in commitments and EUR 143.5 billion in payments. The African Trust Fund amounts to EUR 1.8 billion and this money is allocated to examine the root causes that create irregular migrations and displaced persons. The Trust Fund for Syria is worth EUR 40 million, however already EUR 4 billion has been given to the refugee crisis. We are owed money from the EU due to the additional GBP 1.7 billion that was demanded from the UK Government by the EU, plus any savings that are made by the reduction in Member State contributions will end up back in the budget to promote the Security 7 Citizenship agenda and Global Europe; both of which we do not support.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El proyecto de presupuesto rectificativo n° 8/2015 abarca, entre otros aspectos, una revisión de las previsiones relativas a los recursos propios tradicionales (derechos de aduana) por un valor de 800 millones EUR; la presupuestación del resto de los saldos de los recursos propios del IVA y de la Renta Nacional Bruta (RNB) del ejercicio 2014 por un importe de 5 723,9 millones EUR; o la presupuestación de los saldos de los recursos propios del IVA y de la RNB del ejercicio 2015 por 1 409,4 millones EUR. Todo ello se traduce en una disminución por un importe de 9 400 millones EUR en la contribución de los Estados miembros basada en la RNB.

El Parlamento intentó vincular este expediente con la negociación del presupuesto 2016 mediante una declaración conjunta con el Consejo que mandara una señal política clara para dedicar parte de estos ingresos a los fondos fiduciarios para Siria y África. Pero el Consejo se ha negado.

Por ello, en esta Resolución que he apoyado, el Parlamento lamenta profundamente que no se haya podido alcanzar un compromiso firme para el uso de parte de esos recursos para abordar la crisis de los refugiados y espera que los Estados miembros cumplan sus compromisos anteriores.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui tire la sonnette d'alarme en soulignant que d'importants moyens financiers supplémentaires doivent encore être dégagés pour faire face à la crise actuelle des réfugiés. Le texte adopté déplore aussi que les États membres n'aient pas encore honoré les engagements financiers pris en faveur du fonds d'affectation spéciale pour l'Afrique, du fonds d'affectation spéciale pour la Syrie et des agences des Nations unies venant en aide aux réfugiés, engagements qui avaient pourtant été réitérés lors de la réunion informelle des chefs d'État et de gouvernement sur la migration du 23 septembre 2015, du Conseil européen du 15 octobre 2015 et du sommet de La Valette des 11 et 12 novembre 2015. Il faut que des efforts financiers supplémentaires soient consentis pour fournir une aide humanitaire le long des routes de transit et pour parvenir à accueillir un nombre sans précédent de réfugiés dans les villes et les régions d'Europe. Je regrette également profondément qu'aucun compromis solide n'ait encore pu être atteint sur l'utilisation des remboursements générés par le projet de budget rectificatif n° 8/2015 pour faire face à la crise des réfugiés.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Este relatório visa apresentar o projeto de orçamento retificativo n.º 8 ao orçamento geral de 2015, o qual diz respeito a uma revisão da previsão dos recursos próprios tradicionais (taxas alfandegárias), à orçamentação dos balanços que faltam do IVA e RNB de 2014, aos balanços do IVA e RNB de 2015 e a uma atualização da previsão para outras receitas. O impacto global em termos de receitas é uma redução de 9,4 mil milhões de euros nas contribuições efetuadas pelos Estados-Membros para o bolo financeiro europeu.

Há ainda uma redução de 123 474 euros quer das dotações de autorização quer das dotações de pagamento da Autoridade Europeia para a Proteção de Dados.

No caso em apreço, em que existe a necessidade de proceder a ajustes orçamentais, concordo com o relator relativamente à necessidade de haver mais meios financeiros para fazer face à crise atual dos refugiados e à urgência de atribuição dos 2,3 milhões de euros de transferências de fundos destinados a esta crise e que se encontram em atraso. De lamentar a falta de compromisso em sede de conciliação. No entanto, espera-se que os Estados-Membros sejam capazes de honrar os compromissos firmados.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prend acte des modifications apportées au budget 2015 et particulièrement en termes de contributions des États membres. Ce texte prend acte du fait que le budget rectificatif 2015 prévoit une réduction de plus de 120 000 euros de crédits inscrits au budget du Contrôleur européen de la protection des données, mais également une diminution de 9 400 millions d'euros de contribution des États membres au budget général de l'UE en 2015.

Parallèlement, ce rapport rappelle qu'il est nécessaire de dégager une plus grande capacité budgétaire pour répondre à la crise des réfugiés à laquelle nous faisons face. Je soutiens également l'appel lancé dans ce rapport aux États membres afin qu'ils honorent leurs engagements financiers pris en faveur du fonds d'affectation spéciale pour l'Afrique, du fonds d'affectation spéciale pour la Syrie et des agences de l'ONU venant en aide aux réfugiés.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo concernente la posizione del Consiglio sul progetto di bilancio rettificativo n. 8/2015 dell'Unione europea per l'esercizio 2015, presentata dalla commissione per i bilanci. Tale progetto prevede una riduzione di 123 474 EUR in stanziamenti d'impegno e di pagamento nel bilancio del Garante europeo della protezione dei dati e comporta una diminuzione di 9,4 miliardi di EUR dei contributi degli Stati membri al bilancio dell'Unione europea.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He emitido un voto positivo al informe Gardiazabal. Reclama temas pendientes que van a quedar fuera del presupuesto que se quiere aprobar ahora, en particular ayudas a los refugiados y un fondo fiduciario para África prometido y no realizado.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que recupera recursos del Supervisor Europeo de Protección de Datos mediante la devolución de determinados importes no gastados por el citado Supervisor durante el ejercicio anterior. El presente informe recalca que todos estos excedentes deben ser orientados a la ayuda y la gestión de la crisis de las personas refugiadas, así como a la ayuda humanitaria a Siria. Esta debe ser una línea prioritaria de los recursos de la Unión durante el ejercicio de 2015 debido a la dimensión de la misma y a la grave situación humanitaria que están afrontando las personas refugiadas. Es por poner a disposición estos recursos para los citados objetivos de ayuda a los migrantes por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this vote because the money that is owed to the UK (1.2 bn) has to be returned anyway. This report calls for the money to go the refugee crisis, which I think should be up to nation states.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som návrh uznesenia, pretože opravný rozpočet sa týka revízie tradičných vlastných zdrojov /clá/, zahrnutia zvyšných zostatkov DPH a hrubého národného dôchodku za rok 2014 a zahrnutia zostatkov DPH a HND za rok 2015. Opravný rozpočet obsahuje aj najnovšie odhady iných príjmov a tiež predpokladá zníženie rozpočtu dozorného úradníka pre ochranu údajov o 123 474 eur, pokiaľ ide o viazané rozpočtové prostriedky. Schválený návrh opravného rozpočtu navrhol aj zníženie príspevkov členských štátov založených na hrubom domácom produkte o 9,4 miliardy Eur. V uznesení sa konštatuje, že členské štáty zatiaľ nespĺnili svoje finančné prísluby pre trustový fond pre Afriku, trustový fond pre Sýriu a agentúry OSN podporujúce utečencov, preto odsudzuje skutočnosť, že podľa údajov Komisie predstavovala výška nespĺnených finančných príslubov členských štátov na začiatku novembra tohto roka 2,3 miliardy eur. Napriek tomu sa očakáva, že členské štáty v plnej miere dodržia dané záväzky.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Predlog spremembe proračuna št. 8/2015 se nanaša na spremembo napovedi o tradicionalnih lastnih sredstvih ter vključitev (preostalih) saldo DDV in BND za leto 2014 in 2015 v proračun.

Poleg tega za proračun Evropskega nadzornika za varstvo podatkov predvideva zmanjšanje sredstev za obveznosti in plačila v višini 123.474 EUR.

Prihodki iz naslova carin, DDV in BND ter nekaterih glob so bili precej višji od pričakovanih, zaradi česar so se prispevki držav članic iz naslova BND zmanjšali kar za 9,4 milijarde EUR.

Kljub temu, da gre za samodejno tehnično prilagoditev, lahko izhajamo iz tega, da bo prav to vrátilo pozitivno pripomoč v proračunskih pogajanjih s Svetom glede višine prepotrebnih finančnih zavez na področju migracij in humanitarne pomoči, zato sem poročilo pri glasovanju podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *pisomne*. – Vlastné zdroje sú dlhodobo potrebné pre stabilitu rozpočtu, preto je nevyhnutné aby Európska únia vytvorila systém vlastných zdrojov na zabezpečenie stability tohto rozpočtu.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće jer se nacrt izmjene proračuna br. 8/2015 odnosi na reviziju predviđanja tradicionalnih vlastitih sredstava (carine) i na unošenje u proračun ostatka salda vlastitih sredstava koja proizlaze iz PDV-a i BND-a za 2014. godinu, te salda vlastitih sredstava koja proizlaze iz PDV-a i BND-a za 2015. godinu. Također se u ovom nacrtu izmjene proračuna ažuriraju predviđanja ostalih vlastitih sredstava.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Nacrt izmjene proračuna (NIP) br. 8 za 2015. odnosi se na sljedeće:

— reviziju predviđanja tradicionalnih vlastitih sredstava (carine)

— unošenje u proračun ostatka salda vlastitih sredstava koja se temelje na PDV-u i BND-u za 2014.

— unošenje u proračun salda vlastitih sredstava koja se temelje na PDV-u i BND-u za 2015.

— ažuriranje predviđanja za ostale prihode

Postupak odabira novog Europskog nadzornika za zaštitu podataka i njegova pomoćnika nije bio završen kad se pripremao nacrt proračuna za 2015. Stoga je donesena odluka da se postupi razborito i zahtijevaju odobrena sredstva u iznosu potrebnom za financiranje najskupljeg scenarija, odnosno zamjene oba člana EDPS-a. Naposljetku je bivši pomoćnik EDPS-a imenovan na mjesto novog EDPS-a, zbog čega se dio privremenih naknada neće upotrijebiti (56 160 EUR).

Sveukupni učinak u pogledu prihoda, smanjenje je doprinosa na temelju BND-a u iznosu od 9,4 milijardi EUR.

Podržavam ovaj prijedlog jer smatram kako je potrebno ažurirati proračun sukladno s razvojem situacije.

Richard Sulík (ECR), *pisomne*. – Návrh som podporil a vítam zníženie príspevkov členských krajín do rozpočtu EÚ.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o stališču Sveta o predlogu spremembe proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2015, lastna sredstva – Evropski nadzornik za varstvo podatkov.

Za učinkovito soočenje z begunsko oz. migrantsko kriza, ki smo ji priča v zadnjem času, poleg enotne politike potrebujemo tudi dodatna finančna sredstva. Države, ki se nahajajo na t.i. balkanski poti, med njimi je tudi Slovenija, so najbolj obremenjene države in potrebujejo dodatno finančno pomoč. Prav tako nismo še zagotovili vseh finančnih sredstev za skrbniški sklad za Afriko in Sirijo, za katere so se države članice zavezale v preteklih mesecih.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Υπογραμμίζει ότι χρειάζονται σημαντικά πρόσθετα χρηματοδοτικά μέσα για την αντιμετώπιση της τρέχουσας προσφυγικής κρίσης, όπως η χρηματοδότηση του Καταπιστευματικού Ταμείου για την Αφρική, και τη Συρία.

Θεωρούμε ότι είναι λάθος η διαχείριση της προσφυγικής κρίσης από τους θεσμούς, διότι δεν μπαίνει σε προτεραιότητα ο ευρωπαίος πολίτης και η ασφάλειά του.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet a hagyományos saját forrásokra (vámok) vonatkozó előrejelzés felülvizsgálatáról szól: a hozzáadott érték adó (héta) és a GNI 2014. évi egyenlegei fennmaradó összegeinek, valamint a 2015. évi héa- és GNI-egyenlegek költségvetésbe való beviteléről rendelkezik. A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet az egyéb bevételekre vonatkozó előrejelzést is aktualizálja, továbbá 123 474 eurós csökkentést irányoz elő az európai adatvédelmi biztos költségvetésében mind a kötelezettségvállalások, mind a kifizetések tekintetében.

A módosítási tervezet eredményeként a tagállamok GNI-alapú hozzájárulásai 9,4 milliárd euróval csökkennek. A 8/2015. sz. költségvetés-módosítási tervezet elfogadása annak a megállapodás csomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal hozzájárultam a jelentés alapján készült állásfoglaláshoz, amellyel az EP jóváhagyta a Bizottság által a saját bevételekről (alapvetően a hozzáadottérték-adó) készített elszámolás nyomán keletkezett többlet felhasználását, aminek nyomán a tagállamok GNI-alapon számolt hozzájárulása az idén összességében mintegy 9,4 milliárd euróval csökken. Hangsúlyozom azonban, hogy szavazatom nem jelenti általában a forrástöbblet-visszaosztási módszer, sem e konkrét megoldás maradéktalan támogatását. Az ezzel kapcsolatos, a jelentésben is hangsúlyt kapott fenntartások ugyanis ismételt felvetik a nagyobb rugalmasság és a gyakorlati kihívásokhoz való gyorsabb alkalmazkodás igényét az uniós költségvetési előirányzatok tervezése és felhasználása során.

A jelentéssel egyetértve magam is sajnálatosnak tartom, hogy a költségvetési plafonok korlátai, illetve tagállami ellenállás okán ezúttal sem volt lehetséges a biztonsági és külkapcsolati kiadások (3. és 4. fejezet) keretében a jelenlegi legsürgősebb uniós kihívás, a menekültválság kezelésének támogatására átcsoportosítani a jelzett forrásokat. Ezt különösen annak a fényében tartom sajnálatosnak, hogy a tagállamok többsége még mindig nem, vagy nem kellő mértékben járul hozzá a menekültválsággal kapcsolatos olyan új, közösségi költségvetésen kívüli eszközök feltöltéséhez, mint a Szíria, illetve az Afrika részéről jelentkező migrációs nyomás enyhítésére létrehozott alapok.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Par ce texte, nous fustigeons les États membres qui n'ont pas encore honoré les engagements financiers pris en faveur du fonds d'affectation spéciale pour l'Afrique, du fonds d'affectation spéciale pour la Syrie et des agences des Nations unies venant en aide aux réfugiés, engagements qui ont été réitérés lors de la réunion informelle des chefs d'État et de gouvernement sur la migration du 23 septembre 2015, du Conseil européen du 15 octobre 2015 et du sommet de La Valette des 11 et 12 novembre 2015. Je regrette que, selon la Commission, les États membres accusaient un retard de 2,3 milliards d'euros au début du mois de novembre 2015.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report, which amends the EU budget for the financial year 2015. This draft amending budget concerns a revision of the forecast of Traditional Own Resources (customs duties), the budgeting of the remainder of the 2014 VAT and GNI balances, and the budgeting of the 2015 VAT and GNI balances. Furthermore, it foresees a reduction of EUR 123 474 in both commitment and payment appropriations in the budget of the European Data Protection Supervisor and it results in a decrease in GNI-based contributions from Member States of EUR 9.4 billion. It should be noted, however, that additional resources will be needed to tackle the refugee crisis.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam izvješće o nacrtu izmjene proračuna koja se odnosi na reviziju predviđanja tradicionalnih vlastitih sredstava i na Europskog nadzornika za zaštitu podataka, budući da će se provođenjem ove izmjene smanjiti doprinos država članica proračunu za 2015. godinu u ukupnom iznosu od 9,4 milijarde eura.

Međutim, moram napomenuti kako je u ovo izvješće neprimjereno uvršten prijedlog preusmjeravanja dijela tih sredstava za rješavanje trenutne izbjegličke krize. Naime, izrazito se protivim stavu izvjestitelja da se na taj način ispune finansijske obveze prema uzajamnom fondu za Afriku, uzajamnom fondu za Siriju i agencijama UN-a koje pružaju pomoć izbjeglicama jer smatram da države članice moraju samostalno odlučiti na koji će način ispuniti svoje obveze.

Ipak, budući da nema pravnog temelja za taj zahtjev te je Vijeće odbilo prihvatiti taj prijedlog, on je ostao samo preporuka koja neće imati pravni učinak. Zbog toga sam poduprla izvješće.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o stališču Sveta o predlogu spremembe proračuna Evropske unije št. 8/2015 za proračunsko leto 2015, lastna sredstva – Evropski nadzornik za varstvo podatkov sem podprla, saj Evropski parlament ugotavlja, da so se na račun begunske krize zmanjšali prispevki držav članic v proračun Unije za 9.403,4 milijona EUR, poleg tega bo potrebna dodatna finančna pomoč za zagotovitev humanitarne pomoči vzdolž tranzitnih poti.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He emitido un voto positivo al informe Gardiazabal. Reclama temas pendientes que van a quedar fuera del presupuesto que se quiere aprobar ahora, en particular ayudas a los refugiados y un fondo fiduciario para África prometido y no realizado.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Les recettes de l'UE s'avèrent être plus élevées que prévu. Il est donc prévu dans ce texte de réduire la contribution des États membres, soit 1,45 milliard d'euros pour la France.

Mais ce rapport appelle évidemment ces derniers à profiter de la baisse de leurs contributions prévue pour dégager davantage de moyens financiers pour faire face à la crise migratoire, et mettre en place des «efforts financiers supplémentaires (...) pour parvenir à accueillir un nombre sans précédent de réfugiés dans les villes et régions d'Europe».

Il est clair que cette moindre contribution ne saurait satisfaire un tel objectif, c'est pourquoi il serait problématique de donner un blanc-seing à ce rapport.

Je choisis donc l'abstention.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – További pénzügyi erőfeszítésekre lesz szükség a tranzitútvonalak mentén történő humanitárius segítségnyújtás biztosításához, illetve a minden eddiginél nagyobb számú menekült befogadásával járó kihívások kezeléséhez az európai városokban és régiókban. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He emitido un voto positivo al informe Gardiazabal. Reclama temas pendientes que van a quedar fuera del presupuesto que se quiere aprobar ahora, en particular ayudas a los refugiados y un fondo fiduciario para África prometido y no realizado.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the Council position on Draft amending budget No 8/2015 of the European Union for the financial year 2015, Own resources and European Data Protection Supervisor because I agree that it is necessary to allocate the funding accordingly to the possibilities and priorities, while respecting the agreements on budgetary discipline, on cooperation in budgetary matters and on sound financial management. The resolution also underlines that substantial additional financial means are necessary to address the current refugee crisis.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que recupera recursos del Supervisor Europeo de Protección de Datos mediante la devolución de determinados importes no gastados por el citado Supervisor durante el ejercicio anterior. El presente informe recalca que todos estos excedentes deben ser orientados a la ayuda y la gestión de la crisis de las personas refugiadas, así como a la ayuda humanitaria a Siria. Esta debe ser una línea prioritaria de los recursos de la Unión durante el ejercicio de 2015 debido a la dimensión de la misma y a la grave situación humanitaria que están afrontando las personas refugiadas. Es por poner a disposición estos recursos para los citados objetivos de ayuda a los migrantes por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit ontwerp van gewijzigde begroting, omdat het benadrukt dat er substantieel meer financiële middelen moeten worden vrijgemaakt om de vluchtelingencrisis op te lossen. Helaas wijst dit verslag terecht ook op het feit dat lidstaten de door hen beloofde bijdragen met betrekking tot de EU-trustfondsen nog lang niet hebben voldaan.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Prinzipiell unterstütze ich das Anliegen, dass Hilfe vor Ort geleistet wird. Jedoch wird die Aufstockung finanzieller Mittel ohne entsprechende Begleitmaßnahmen nicht den gewünschten Effekt bringen. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Maßnahmen zur Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel, „um die Herausforderungen anzugehen, die sich aus der Aufnahme einer beispiellosen Zahl von Flüchtlingen in europäischen Städten und Regionen ergeben“, kann nicht im Sinn einer verantwortungsvollen Politik für die Völker Europas sein. Hier ist ein deutliches „Nein“ geboten, solange die Frage der Rückführung nicht geklärt ist.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des Europäischen Parlaments zum „Berichtigungshaushaltsplan Nr. 8/2015 über Eigenmittel und Europäischer Datenschutzbeauftragter“ habe ich zugestimmt. Es handelt sich um eine Standardübung, um insbesondere die jährlichen Beiträge der Mitgliedstaaten an die Begebenheiten anzupassen. In der Summe werden die Mitgliedstaaten entlastet.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτώς*. – Υποστήριξα τη συγκεκριμένη έκθεση, η οποία ενισχύει έναν βασικό θεσμό για την αντιμετώπιση του μεταναστευτικού, της προσφυγικής κρίσης, αλλά και της διασφάλισης των συμφερόντων των Ευρωπαίων πολιτών.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del presupuesto rectificativo n.º 8/2015 ya que las circunstancias actuales necesitan de una reacción rápida y flexible. Las instituciones europeas se comprometen, gracias a esta rectificación, a reforzar los créditos de compromiso para la política de inmigración y la política humanitaria: esto son buenas noticias. La actual crisis migratoria requiere un compromiso de todos los europeos y de sus instituciones. Celebro el acuerdo de rectificación del presupuesto.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Il progetto di bilancio rettificativo n. 8/2015 riguarda una revisione delle previsioni relative alle risorse proprie tradizionali (dazi doganali, + 0,8 miliardi di euro), la contabilizzazione del resto dei saldi IVA e RNL per il 2014 (+ 5,7 miliardi di euro) e la contabilizzazione dei saldi IVA e RNL per il 2015 (+1,4 miliardi di euro); è inoltre previsto un aggiornamento delle previsioni di altre entrate (+1,5 miliardi di euro) e una riduzione di 123 474 euro in stanziamenti d'impegno e di pagamento nel bilancio del Garante europeo della protezione dei dati. Il rettificativo n. 8/2015, in tutti i suoi elementi, ha quindi come effetto una riduzione di 9,4 miliardi di euro dei contributi degli Stati membri al bilancio dell'Unione.

Si tratta essenzialmente di un rettificativo tecnico che ho votato favorevolmente, considerando anche che stima che gli Stati membri utilizzeranno queste risorse aggiuntive per dedicarle alla questione immigrazione, di fondamentale importanza in questo periodo.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Este projeto de retificação orçamental n.º 8/2015 diz respeito à revisão da previsão dos recursos próprios tradicionais (taxas alfandegárias), à orçamentação dos balanços que faltam do IVA e RNB de 2014 e aos balanços do IVA e RNB de 2015, resultando um decréscimo de 9,4 mil milhões de euros provenientes das contribuições dos Estados-Membros baseadas nos seus RNB. Pretende ainda atualizar a previsão de outras fontes de receita. Além disso, este projeto de retificação prevê a redução em 123 474 Euros. Abstivemo-nos.

10.2. Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments für haushaltspolitische Sofortmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda (A8-0336/2015 - José Manuel Fernandes)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this flexibility instrument because the instrument focuses on an amount for EUR 1.53 billion in commitment appropriations to deal with the migration crisis. A further EUR 24 million is being allocated for Global Europe to help refugees and migrants seek employment and social justice under the heading of Global Europe. The key points surrounding this instrument focuses over four years from 2016 to 2019 for a total of EUR 1.3 billion, the largest amounts are spread over 2016 & 2017. In 2016 EUR 734.2 million has been allocated and for 2017 EUR 654.2 has been allocated.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La crisi migratoria sta investendo l'Europa, in particolar modo nazioni come l'Italia, che vista la posizione geografica sono inevitabilmente il punto di accesso della maggior parte dei migranti. Per affrontare tale crisi sono necessarie misure eccezionali, che consentano di sfiorare anche il *budget* previsto.

L'articolo 11 del regolamento che ha istituito il quadro finanziario pluriennale 2014-2020 prevede la possibilità di ricorrere allo strumento di flessibilità per permettere il finanziamento di spese eccezionali; si è quindi deciso di utilizzare questo strumento speciale per stanziare un importo pari a 1,5 miliardi di euro.

Pur essendo contraria all'accordo globale sul bilancio UE ho ritenuto necessaria una misura del genere poiché occorre una risposta immediata per fronteggiare e gestire l'emergenza immigrazione in Europa. Per queste motivazioni il mio voto è stato positivo.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización del Instrumento de Flexibilidad que permitirá la implementación de medidas presupuestarias inmediatas en relación a la Agenda Europea de Migración. De este modo, se podrá modificar el presupuesto para sumar las partidas necesarias para las políticas europeas de acogida de la población migrante, que posibilitarán planes de vivienda o empleo, las políticas de asilo, con la agilización de la resolución de las demandas de asilo, y las operaciones de salvamento marítimo. Estamos ante una competencia mixta que comparten la Unión y los Estados miembros, por lo que nuestro voto favorable presupone una voluntad de los Estados que en la práctica no hemos estado viendo. Confiamos en que el gasto que hemos aprobado se destine a lo que realmente se pretende y no termine, como hemos visto hasta ahora, gastándose en el refuerzo de la Europa Fortaleza.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – We supported this report as it was necessary to mobilise funding to finance measures to address the refugee crisis and migration, especially in the context of the humanitarian approach.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Als Reaktion auf die Flüchtlingskrise wurden im Rahmen der europäischen Migrationsagenda nicht nur eine Reihe operationeller und legislativer Sofortmaßnahmen, sondern auch budgetäre Maßnahmen vorgesehen, um diese Vorschläge umgehend umzusetzen. Damit diese Ausnahmesituation bewältigt werden kann, wird das Flexibilitätsinstrument in Anspruch genommen, um die im Haushaltsplan 2016 veranschlagten Mittel über die Obergrenzen der Rubriken 3 und 4 hinaus um insgesamt 1 530 Mio. EUR aufzustocken. In Anbetracht der Notwendigkeit, die interne sowie externe Dimension der Flüchtlingskrise zu bewältigen, begrüße ich diesen Haushaltsschritt.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Comme il fallait s'y attendre, les déclarations irresponsables de la Commission et de plusieurs membres en vue du Parlement européen se sont immédiatement traduites par une augmentation fulgurante du nombre de réfugiés, pour la plupart des immigrés économiques. Ce n'est certes pas nouveau, mais la crise actuelle a permis une prise de conscience, tardive il est vrai, parmi les populations européennes et quelques-uns de leurs dirigeants, de l'urgence de rétablir le contrôle aux frontières.

Débordées par la crise migratoire qu'elles ont en grande partie provoquée, incapables d'endiguer les flux d'étrangers qui viennent s'installer dans les pays occidentaux, les instances de l'Union européenne, pour ne pas perdre la face et donner l'illusion qu'elles agissent, ont cru utile d'augmenter les fonds européens destinés à l'immigration dans le projet de budget de 2016. Elles se sont mises d'accord pour mobiliser 1,53 milliard d'euros supplémentaires pour les quatre années à venir, dont 710 millions qui seront directement affectés au budget de 2016.

L'échec de l'espace Schengen et les dangers de l'immigration de masse imposent de supprimer les financements européens dérisoires par rapport au problème migratoire et de redonner aux États la maîtrise totale de toutes leurs frontières.

J'ai donc voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The European Union's approach to the refugee crisis is fundamentally wrong, and therefore I cannot support more taxpayers' money being spent on it.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama mobilizuoti lankstumo priemonę pabėgėliui krizei spręsti. Pritariu, kad būtų mobilizuota 1 530 mln. EUR įsipareigojimų asignavimų suma.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this flexibility instrument because the instrument focuses on an amount for EUR 1.53 billion in commitment appropriations to deal with the migration crisis. A further EUR 24 million is being allocated for Global Europe to help refugees and migrants seek employment and social justice under the heading of Global Europe. The key points surrounding this instrument focuses over four years from 2016 to 2019 for a total of EUR 1.3 billion, the largest amounts are spread over 2016 & 2017. In 2016 EUR 734.2 million has been allocated and for 2017 EUR 654.2 has been allocated.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Ce rapport recommande la mobilisation de l'instrument de flexibilité pour faire face à la crise migratoire... à hauteur d'1,53 milliard d'euros. Sachant comment les eurocrates veulent «faire face» à cette crise, c'est-à-dire en l'encourageant, j'ai voté contre ce texte.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport, qui approuve la mobilisation de l'instrument de flexibilité budgétaire pour 2016 afin d'apporter des crédits supplémentaires à la gestion de la problématique de la migration et des réfugiés dont l'ampleur demande une augmentation importante des moyens financiers.

Il s'agit en fait du report sur l'exercice 2016 des montants non utilisés sur les budgets 2014 et 2015.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je ne pouvais que m'opposer à ce rapport, qui se place dans la continuité du compromis sur le budget 2016 et vise à financer la gestion des flux incontrôlés de migrants sur le territoire européen.

Ce rapport concerne en effet l'instrument de flexibilité et le comité de conciliation a décidé d'un crédit de 1,53 milliard d'euros alloués à la crise des migrants au-dessus des plafonds des rubriques 3 et 4 du projet de budget. Une aberration quand on sait que, depuis plusieurs années, Bruxelles exhorte les peuples européens à une austérité suicidaire et que de l'autre, ils sont prêts à financer sans compter une immigration incontrôlée qui représente pourtant un véritable danger en termes de sécurité et une impossibilité structurelle en termes d'accueil.

Une nouvelle fois, à travers le budget, se fait jour la réalité selon laquelle l'Union européenne préfère l'autre à soi.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore della mobilitazione dello strumento di flessibilità per affrontare la crisi dei rifugiati perché attraverso questo stanziamento si realizza, seppur parzialmente, la condivisione dell'impegno finanziario della gestione del fenomeno tra tutti gli Stati membri.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Con esta decisión, el Parlamento advierte de que los límites máximos de 2016 para las rúbricas 3 y 4 del presupuesto no permiten una adecuada financiación de medidas urgentes en el ámbito de la migración y los refugiados, y expresa su acuerdo con la movilización del Instrumento de Flexibilidad por un importe de 1 530 millones EUR en créditos de compromiso y con la propuesta de asignación de los créditos de pago correspondientes por valor de 734,2 millones EUR en 2016, 654,2 millones EUR en 2017, 83 millones EUR en 2018 y 58,6 millones EUR en 2019.

Asimismo, advierte de que la movilización del Instrumento de Flexibilidad demuestra nuevamente la imperativa necesidad de que el presupuesto de la Unión sea más flexible.

Por todo ello, he dado mi voto a favor.

Vilija Blinkievičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame aptariamas Europos Parlamento ir Tarybos sprendimas dėl lankstumo priemonės mobilizavimo skubioms biudžeto priemonėms, skirtoms pabėgėlių krizei spręsti. Į Europos Sąjungą plūsta šimtai tūkstančių pabėgėlių, todėl būtina perskirstyti finansus ir skirti lėšų migracijos ir pabėgėlių klausimams spręsti. Esant neatidėliotinoms aplinkybėms, Komisija pasiūlė mobilizuoti lankstumo priemonę ir finansimą iš Europos Sąjungos 2016 finansinių metų bendrojo biudžeto papildyti 1 504 mln. EUR dydžio išpareigojimų asignavimų suma priemonėms pagal Europos migracijos darbotvarkę finansuoti.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – A 2016. évi uniós költségvetésben a kötelezettségvállalási előirányzatok 3. és 4. fejezetén belüli átcsoportosításával kapcsolatos valamennyi lehetőség mérlegelését követően szükségessé vált a Rugalmassági Eszköz kötelezettségvállalási előirányzatok javára történő igénybevétele. Ezért az Európai Bizottság javasolta a Rugalmassági Eszköz igénybevételét annak érdekében, hogy a 3. fejezet felső határértékén felül 1 506 millió euró kötelezettségvállalási előirányzattal egészítsék ki az Európai Unió 2016. évi általános költségvetésében szereplő forrásokat az európai migrációs stratégia keretében hozott intézkedések finanszírozására.

A fentiek alapján az Európai Parlament elfogadta a Rugalmassági Eszköz 1 530 millió euró összegű, kötelezettségvállalási előirányzatok formájában történő igénybevételét. Mivel a Rugalmassági Eszköz igénybevétele annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki, a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattam a jelentést.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – Predlagano resolucijo sem podprl. Spopadanje z migrantsko krizo znotraj EU terja velika sredstva, ki jih države ne morejo zagotavljati same. Skupen pristop k obvladovanju in reševanju tega problema je zato nujen. Z namenom zagotavljanja sredstev za področje migracij in beguncev v okviru proračuna EU je zato potrebno uporabiti instrument prilagodljivosti. V konkretnem primeru to pomeni, da se z uporabo navedenega instrumenta v okviru proračuna EU prerazporedi 1,5 mrd EUR za financiranje aktivnosti s tega področja za naslednja 4 leta. Tako bo v l. 2016 na voljo 734,2 mio EUR, v l. 2017 654,2 mio EUR, v l. 2018 83 mio EUR, v l. 2019 pa 58,6 mio EUR.

Dejstvo je torej, da bo šla velika količina finančnih sredstev, tako s strani EU kot držav članic, v prihodnjih letih za obvladovanje migrantske krize, zato je ključno, da se čim prej poiščejo rešitve za omejitev migrantskih valov. Poleg tega bodo pritiski na javne finance, predvsem na področju socialne, izobraževanja in zdravstvenega varstva, v prihodnjih letih le še bolj intenzivni, kar bo pomenilo manj sredstev za ostala področja, kot je npr. spodbujanje gospodarske rasti. Ukrepanje za omejitev števila pribežnikov je zato nujno.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. – La relazione sulla mobilitazione dello strumento di flessibilità a favore di misure di bilancio immediate per affrontare la crisi dei rifugiati segna un passo decisivo nella concretizzazione di una manovra che tocca un tema sensibile per l'Unione europea.

È un segnale fortemente positivo che il documento preveda stanziamenti, per un totale di 1 530 milioni di euro fino al 2019, per garantire una maggiore flessibilità nel bilancio dell'UE; una decisione concreta, che riconosce la necessità di mobilitare risorse urgenti per far fronte ad una situazione che interpella seriamente l'intera UE.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Podržavam Izvješće o mobilizaciji instrumenta fleksibilnosti za hitne proračunske mjere za rješavanje izbjegličke krize.

Prijedlog je vezan uz Proračun za 2016. godinu, a dogovoreno je mobiliziranje sredstava za mjere rješavanja izbjegličke krize.

Ovo je prvo korištenje tog instrumenta u ovolikoj mjeri, što dovoljno govori o ozbiljnosti trenutne izbjegličke krize.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), par écrit. – La Commission avait déjà proposé dans son budget initial de mobiliser l'instrument de flexibilité à hauteur de 123,9 millions pour financer des mesures de gestion de la crise des réfugiés. C'était déjà beaucoup.

Au lieu de prendre les mesures qui s'imposent face à cette pression migratoire, c'est-à-dire le rétablissement des contrôles aux frontières de l'Europe, et la fin de Schengen, avec le retour de ces migrants dans leurs territoires d'origine, la Commission décide de réviser sa position en proposant dans sa lettre rectificative 2/2016 une augmentation considérable des crédits de 1,5 milliard d'euros.

Quant au comité de conciliation, celui-ci en a rajouté pour atteindre la somme énorme de 1,53 milliard dont l'essentiel concernerait les années 2016/2017.

Je vote donc contre ce financement.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'agenda europea sulla migrazione rappresenta un ambito di intervento dell'Unione di particolare attualità e importanza, considerata la portata degli eventi storici, sociali e politici che l'area euro-mediterranea sta vivendo. Per questo riteniamo sia prioritario permettere agli Stati membri dell'Unione di mobilitare risorse, anche straordinarie, per far fronte all'emergenza nel migliore dei modi e con tutta la prontezza e la celerità di intervento che gli eventi in continuo sviluppo in queste settimane ci stanno suggerendo.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Dans son projet de budget initial, la Commission européenne prévoyait la mobilisation de l'instrument de flexibilité à hauteur de 123,9 millions d'euros pour financer les mesures visant à accueillir les migrants clandestins. Cependant, face à l'ampleur du problème, la Commission a décidé de réviser sa position en proposant dans sa lettre rectificative une augmentation des crédits de 1,5 milliard d'euros. Le comité de conciliation s'est, quant à lui, mis d'accord sur un montant 1,53 milliard d'euros alloués à la crise des migrants.

Il est tout à fait scandaleux de voir la Commission européenne dilapider l'argent des contribuables alors que les États membres sont confrontés à une crise économique structurelle caractérisée par un chômage de masse, un accroissement des inégalités sociales ainsi qu'une augmentation sans précédent du taux de pauvreté.

Les conditions macro-économiques actuelles ne permettent pas d'accueillir ces migrants clandestins dont la venue est vivement encouragée par les institutions européennes afin de répondre aux besoins en main-d'œuvre bon marché des grandes multinationales.

C'est pourquoi j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Am votat în favoarea raportului cu privire la Mobilizarea instrumentului de flexibilitate în contextul măsurilor bugetare imediate prevăzute în Agenda europeană privind migrația ținând cont de recentele provocări de ordin financiar pe care le presupune criza migraților și a refugiaților.

În acest context se impune nevoia stringentă a unei implicări masive din partea autorităților europene de resort pentru a asigura un proces continuu și fără obstacole.

De aceea, mobilizarea instrumentului de flexibilitate pentru a completa finanțarea la bugetul general al UE pentru exercițiul financiar 2016 reprezintă o soluție pentru problemele financiare existente. Pentru această mobilizare ar trebui să se utilizeze sumele anuale neutilizate disponibile pentru instrumentele de flexibilitate în exercițiile financiare 2014 și 2015. Sumele prevăzute în vederea redistribuirii sunt 734,2 milioane EUR în 2016, 654,2 milioane EUR în 2017, 83 milioane EUR în 2018 și 58,6 milioane EUR în 2019.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Il voto è relativo alla mobilitazione dello strumento di flessibilità per finanziare misure relative alla «crisi dei rifugiati». Sono stati stanziati pagamenti per 734,2 milioni di euro nel 2016, 654,2 milioni nel 2017, 83 milioni nel 2018 e 58,6 milioni nel 2019. Questo provvedimento si è reso necessario per via dell'esaurimento delle linee di bilancio destinate a queste voci per l'esercizio 2016.

La nostra delegazione si oppone con fermezza alla maggior parte delle misure previste dell'Unione nel campo dell'immigrazione. Talvolta però l'opzione scelta è quella di un voto a favore degli stanziamenti di bilancio UE in modo tale che, almeno l'impegno finanziario, sia condiviso da tutti gli Stati membri dell'UE.

Al di là della ferma opposizione a certi atteggiamenti delle Istituzioni europee, la posizione politica con cui esprimo l'odierno voto positivo è quella di segnalare la necessità di avere più risorse e un maggiore impegno concreto da parte dell'Unione europea, senza che troppi oneri ricadano sugli Stati membri (tra cui l'Italia) che più facilmente si trovano a dover fronteggiare l'emergenza migratoria.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio relativa alla mobilitazione dello strumento di flessibilità a favore di misure di bilancio immediate per affrontare la crisi dei rifugiati, in conformità del punto 12 dell'accordo interistituzionale del 2 dicembre 2013 tra il Parlamento europeo, il Consiglio e la Commissione sulla disciplina di bilancio, la cooperazione in materia di bilancio e la sana gestione finanziaria.

Come indicato dalla relazione, la mobilitazione di questo strumento indica l'assoluta necessità di garantire una maggiore flessibilità per il bilancio dell'Unione per finanziare le misure urgenti che devono essere messe in campo per rispondere al crescente flusso migratorio verso l'Europa e alla crisi dei rifugiati. Di conseguenza ho deciso di votare a favore del testo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report, which mobilises EUR 1 504m through the flexibility instrument to finance measures in the field of migration. The current situation in Europe with regard to newly arriving refugees and migrants made this vote necessary within EU rules for raising the ceilings available for expenditure in this field.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this flexibility instrument because the instrument focuses on an amount for EUR 1.53 billion in commitment appropriations to deal with the migration crisis. A further EUR 24 million is being allocated for Global Europe to help refugees and migrants seek employment and social justice under the heading of Global Europe. The key points surrounding this instrument focuses over four years from 2016 to 2019 for a total of EUR 1.3 billion, the largest amounts are spread over 2016 & 2017. In 2016 EUR 734.2 million has been allocated and for 2017 EUR 654.2 has been allocated.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I approve to mobilise the Flexibility Instrument for immediate budgetary measures to address the refugee crisis.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'articolo 11 del regolamento che ha istituito il quadro finanziario pluriennale 2014-2020 prevede la possibilità di ricorrere allo strumento di flessibilità per permettere il finanziamento di spese eccezionali che non potrebbero essere finanziate all'interno dei massimali disponibili di una o più rubriche. È questo il caso relativo alla questione dell'immigrazione, dal momento che le misure previste dalla Commissione UE sfioravano i limiti per l'anno 2016 previsti dalla rubrica 3 (Sicurezza e cittadinanza) e, in minima parte, anche dalla rubrica 4 (Europa globale).

Si è quindi deciso di utilizzare questo strumento speciale per un importo pari a 1,5 miliardi di euro. Gli stanziamenti di pagamento saranno invece pari a 734 milioni di euro nel 2016, 654 milioni nel 2017, 83 milioni nel 2018 e 58 milioni nel 2019.

Pur essendo contrario all'accordo globale sul bilancio UE, ritengo che questa misura sia necessaria per una risposta europea immediata alla gestione dell'emergenza immigrazione, che interessa oramai differenti fronti europei.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Le diverse crisi che da anni l'Unione europea si trova ad affrontare, da quella economica a quella migratoria, hanno portato a ricorrere spesso allo strumento di flessibilità del bilancio europeo. Ed è quello che è successo anche per finanziare e implementare nel 2016 le azioni incluse nell'agenda europea sull'immigrazione che hanno richiesto un incremento di risorse pari a 1.530 milioni di euro, reso possibile grazie agli importi non utilizzati negli esercizi di bilancio delle annualità 2014 e 2015.

L'avere già allocato tutti i residui di bilancio disponibili per affrontare la crisi dei rifugiati in Europa, significa che nessun importo aggiuntivo potrà essere riportato all'esercizio 2017 così che in caso di situazioni di emergenza la flessibilità di bilancio potrà spingersi ad un massimale di 471 milioni di euro annui. È del tutto evidente la necessità di riaprire il dibattito politico sulla flessibilità di bilancio, perché in periodi di difficoltà e incertezza gli sviluppi politici ed economici potrebbero richiedere frequenti adattamenti e l'Unione dovrà essere in grado di intervenire, di potenziare le sue politiche e se del caso di attivare misure straordinarie.

Ho votato a favore della relazione con l'auspicio che si avvii una riflessione su questo tema.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Η έκθεση αναφέρεται στην έγκριση της πρότασης της Επιτροπής για κινητοποίηση του μηχανισμού ευελιξίας προκειμένου να συμπληρωθεί η χρηματοδότηση στο γενικό προϋπολογισμό της ΕΕ για το 2016, πέραν του ανωτάτου ορίου του τομέα 3, με ποσό ύψους 1.504 εκατομμυρίων ευρώ σε πιστώσεις ανάληψης υποχρεώσεων για τη χρηματοδότηση μέτρων στο πλαίσιο του Ευρωπαϊκού Προγράμματος Δράσης για τη Μετανάστευση.

Συμφωνούμε με την ανωτέρω πρόταση.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Η πρόταση ψηφίσματος για την «πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου σχετικά με την κινητοποίηση του μηχανισμού ευελιξίας για τη λήψη άμεσων δημοσιονομικών μέτρων για την αντιμετώπιση της προσφυγικής κρίσης» θα επιτρέψει την απελευθέρωση περισσότερων κονδυλίων για καλύτερη αντιμετώπιση του προσφυγικού ζητήματος, γι' αυτό και υπερψηφίσα.

Στο ψήφισμα του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου επισημαίνεται η ανάγκη να δοθεί περισσότερη ευελιξία στον προϋπολογισμό της Ένωσης, ώστε να αντιμετωπίζονται έκτακτες κρίσεις, και προς αυτή την κατεύθυνση πρέπει να κινηθεί κάθε μελλοντική μας προσπάθεια. Η λήψη μέτρων για την άμβλυνση της μεταναστευτικής και προσφυγικής κρίσης οφείλει να είναι προτεραιότητα για όλους μας.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Ho espresso il mio voto favorevole sul provvedimento. La relazione verte sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio relativa alla mobilitazione dello strumento di flessibilità a favore di misure di bilancio immediate per affrontare la crisi dei rifugiati.

Il regolamento (UE, Euratom) n. 1311/2013 del Consiglio, del 2 dicembre 2013, che stabilisce il quadro finanziario pluriennale per il periodo 2014-2020 autorizza il ricorso allo strumento di flessibilità per permettere il finanziamento di spese chiaramente identificate che non potrebbero essere finanziate all'interno dei massimali disponibili di una o più rubriche del quadro finanziario pluriennale.

Dopo aver vagliato tutte le possibilità di riassegnazione degli stanziamenti, la Commissione propone di mobilitare lo strumento di flessibilità, per il quale il massimale dell'importo annuo disponibile è di 471 milioni di euro, per un importo di 1 504,0 milioni di euro oltre il massimale della rubrica 3 del quadro finanziario pluriennale al fine di finanziare il sostegno alle misure di gestione della crisi dei rifugiati.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore della proposta perché, come concordato dal Consiglio, bisogna far fronte all'emergenza migratoria e per questo servono delle risorse.

La proposta spiegherebbe la necessità di mobilitare lo strumento di flessibilità per gli stanziamenti d'impegno per l'esercizio 2016 andando anche oltre il massimale della rubrica 3, per poter affrontare al meglio il caso della migrazione in Europa.

Penso che oggi quello degli immigrati sia il problema principale che sta cercando di affrontare l'UE, e per questo motivo ritengo giusto sbloccare ingenti finanziamenti per migliorare e gestire al meglio la situazione in essere. L'Europa deve dare un importante segno di compattezza e di forza in questa situazione, e questa proposta mi sembra più che appropriata.

David Coburn (EFDD), in writing. – UKIP voted against this flexibility instrument because the instrument focuses on an amount for EUR 1.53 billion in commitment appropriations to deal with the migration crisis. A further EUR 24 million is being allocated for Global Europe to help refugees and migrants seek employment and social justice under the heading of Global Europe. The key points surrounding this instrument focuses over four years from 2016 to 2019 for a total of EUR 1.3 billion, the largest amounts are spread over 2016 & 2017. In 2016 EUR 734.2 million has been allocated and for 2017 EUR 654.2 has been allocated.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Tal como defendi desde o início, a resposta europeia à crise de refugiados teve - essencialmente - dois níveis de abordagem: um, imediato, que fizesse face à emergência humanitária, e outro, que olhasse para os problemas de raiz. Neste contexto, foi aprovado um conjunto de medidas imediatas como o reforço dos meios operacionais e humanos das Agências Frontex e EASO e o mecanismo temporário de recolocação. Por proposta do Parlamento, o apoio financeiro prestado aos Estados-Membros será igual para todos os refugiados recolocados.

Como bem assinala o relatório, a dificuldade em disponibilizar fundos para reagir a esta crise, bem como o hipotecar de fundos para os próximos anos, caso sejamos confrontados com outro evento inesperado, coloca em evidência a falta de flexibilidade do orçamento e a necessidade de um maior orçamento comunitário.

São de louvar as medidas aprovadas e as melhorias introduzidas pelo Parlamento, mas também aqui vemos como a União não dispõe ainda de todas as ferramentas necessárias para fazer frente aos desafios colocados por esta crise.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this flexibility instrument because the instrument focuses on an amount for EUR 1.53 billion in commitment appropriations to deal with the migration crisis. A further EUR 24 million is being allocated for Global Europe to help refugees and migrants seek employment and social justice under the heading of Global Europe. The key points surrounding this instrument focuses over four years from 2016 to 2019 for a total of EUR 1.3 billion, the largest amounts are spread over 2016 & 2017. In 2016 EUR 734.2 million has been allocated and for 2017 EUR 654.2 has been allocated.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa decisione che approva la mobilitazione dello strumento di flessibilità per finanziare misure in materia di migrazione e rifugiati.

Si tratta di un problema molto serio che non accenna a diminuire. Invero, l'acuirsi della conflittualità nel Medio Oriente e in Africa, a cui stiamo assistendo in queste ultime settimane, aumenta ancora di più il fenomeno dei rifugiati.

Di fronte all'esaurimento degli importi previsti per gli esercizi 2014 e 2015, è stato necessario prevedere ulteriori ammontari per assicurare le risorse nel periodo 2016-2018. Questa operazione mostra ancora una volta la necessità di garantire una più ampia e adeguata flessibilità per il bilancio UE.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Parliament decided to vote in plenary without amendment and debate regarding the reports amending budget on own resources and European Data Protection, Mobilisation of the Flexibility Instrument for payment of advances in the 2016 budget. Parliament has reached a compromise on these reports at committee stage. The migration crisis is a challenge which needs to be faced through adequate resources, and thus I voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Il quadro finanziario pluriennale 2014-2020 prevede la possibilità di ricorrere allo strumento di flessibilità per permettere il finanziamento di spese eccezionali che non potrebbero essere finanziate all'interno dei massimali disponibili di una o più rubriche. Ci si riferisce alle questioni sull'immigrazione ed in minima parte alla rubrica Europa globale.

Si è quindi deciso di utilizzare questo strumento speciale per un importo pari a 1,5 miliardi di euro. Gli stanziamenti di pagamento saranno invece pari a 734 milioni di euro nel 2016, 654 milioni nel 2017, 83 milioni nel 2018 e 58 milioni nel 2019. La richiesta di mobilitazione di questo strumento è parte integrante dell'accordo sul bilancio dell'Unione europea per il 2016, pur essendo votata separatamente. Il mio voto in riferimento a tale relazione è positivo.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización del Instrumento de Flexibilidad que permitirá la implementación de medidas presupuestarias inmediatas en relación a la Agenda Europea de Migración. De este modo, se podrá modificar el presupuesto para sumar las partidas necesarias para las políticas europeas de acogida de la población migrante, que posibilitarán planes de vivienda o empleo, las políticas de asilo, con la agilización de la resolución de las demandas de asilo, y las operaciones de salvamento marítimo. Estamos ante una competencia mixta que comparten la Unión y los Estados miembros, por lo que nuestro voto favorable presupone una voluntad de los Estados que en la práctica no hemos estado viendo. Confiamos en que el gasto que hemos aprobado se destine a lo que realmente se pretende y no termine, como hemos visto hasta ahora, gastándose en el refuerzo de la Europa Fortaleza.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Kryzys imigracyjny już od dłuższego czasu przestał być problemem wewnętrznym wyłącznie poszczególnych państw członkowskich i dotyczy całej Unii Europejskiej. Opanowanie kryzysu migracyjnego i uchodźczego wymaga znacznych nakładów finansowych, których nikt nie był w stanie przewidzieć w czasie ustalania ram finansowych na lata 2014-2020. Z całą pewnością przewidziane na 2016 r. pułapy dla działu 3 (Bezpieczeństwo i obywatelstwo) i działu 4 (Globalny wymiar Europy) budżetu nie pozwolą na odpowiednie finansowanie pilnych potrzeb wynikających z sytuacji kryzysowej. Obliczono, że po relokacji środków w ramach tych pułapów, w budżecie ogólnym UE na rok budżetowy 2016 zachodzi potrzeba uzupełnienia środków finansowych ponad pułapy wydatków, odpowiednio o 1 506 mln EUR w dziale 3 i o 24 mln EUR w dziale 4. Decyzja Parlamentu pozwoli na rozporządzenie w tym celu niewykorzystanymi w ubiegłych latach kwotami rocznymi w ramach instrumentu elastyczności. Uznając tę inicjatywę za uzasadnioną, zgłosowałem za przyjęciem decyzji.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This report deals with the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on mobilisation of the Flexibility Instrument for immediate budgetary measures to address the refugee crisis, in accordance with point 12 of the Interinstitutional Agreement of 2 December 2013 between the European Parliament, the Council and the Commission on budgetary discipline, on cooperation in budgetary matters and on sound financial management. I voted in favour of this report as I believe that the current migration situation needs also a budgetary response.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif propose de mobiliser au maximum l'instrument de flexibilité budgétaire, afin d'allouer plus de fonds aux efforts de gestion migratoire. Le Parlement réaffirme que la mobilisation de cet instrument, prévue dans le cadre financier pluriannuel (2014-2020), prouve combien il est impératif que le budget de l'Union soit plus flexible, au regard de l'évolution rapide de l'agenda européen.

Considérant que ce rapport est équilibré, j'ai voté en faveur.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – A 2016. évi uniós költségvetésben a kötelezettségvállalási előirányzatok 3. és 4. fejezetén belüli átcsoportosításával kapcsolatos valamennyi lehetőség mérlegelését követően szükségessé vált tűnt a Rugalmassági Eszköz kötelezettségvállalási előirányzatok javára történő igénybevétele. Ezért az Európai Bizottság javasolta a Rugalmassági Eszköz igénybevétele annak érdekében, hogy a 3. fejezet felső határértékén felül 1 506 millió euró kötelezettségvállalási előirányzattal egészítsék ki az Európai Unió 2016. évi általános költségvetésében szereplő forrásokat az európai migrációs stratégia keretében hozott intézkedések finanszírozására.

A 2016-os költségvetéssel kapcsolatban összehívott egyeztetőbizottság a 3. fejezet felső határértékén felüli 1 506 millió eurós összegben kívül elfogadta a parlamenti küldöttség azon javaslatát is, hogy a Rugalmassági Eszköz keretében a 4. fejezet felső határértékén felül további 24 millió eurót vegyenek igénybe a menekültválság okozta kihívások külső dimenzióinak kezelésére. A fentiek alapján az Európai Parlament elfogadta a Rugalmassági Eszköz 1 530 millió euró összegű, kötelezettségvállalási előirányzatok formájában történő igénybevétele. Mivel a Rugalmassági Eszköz igénybevétele annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki, a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattuk a jelentést.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne la mobilisation de l'instrument de flexibilité pour faire face à la crise migratoire. À l'instar du compromis sur le budget qui souhaitait allouer les fonds excédentaires de l'Union européenne à l'accueil des migrants, ce rapport encourage l'utilisation de fonds pour cette même cause.

En souhaitant allouer plus de 123 millions d'euros à l'accueil des migrants, l'Union n'est pas raisonnable. Ce faisant, elle dépasse également les plafonds autorisés pour la «citoyenneté et la sécurité» qu'elle s'était pourtant elle-même fixés.

Je m'opposerai toujours fermement à ce que le budget de l'Union européenne, déjà trop important pour l'utilité de cette institution, soit utilisé à de telles fins. J'ai voté contre ce rapport.

Ian Duncan (ECR), in writing. – The mobilisation of the Flexibility Instrument allows for the financing of expenditure which could not otherwise be financed within the limits of the ceilings under the multiannual financial framework (MFF).

The amount under consideration in this proposal is EUR 1.5 billion, and I have some concerns about this mobilisation. There is still room for redeployments within the budget to tackle the migrant crisis. However, the true scale of these redeployments may only be realised when Commissioner Georgieva's performance-based budgeting is fully underway. This exercise is expected to provide an evidence-base for deprioritising from wasteful and unnecessary budget lines.

The proposal mobilises the Flexibility Instrument for the maximum possible amount (the annual ceiling is set at EUR 471 million in 2011 prices and any unused portion of this amount can be carried over for three years). This could hamper the ability to respond to unforeseen circumstances in later years, and could call into question the suitability of current MFF ceilings in next year's mid-term review. Nevertheless, use of the Flexibility Instrument is something the UK has argued for before. Moreover, the extraordinary scale of the migrant crisis is a textbook case of an 'unforeseen circumstance' for which the instrument was intended.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Подкрепям идеята, че са нужни повече средства за справяне с имигрантската криза, но въпреки това гласувах „въздържал се“ доклада „Мобилизиране на Инструмента за гъвкавост за незабавни бюджетни мерки по европейската програма за миграцията“. Заех такава позиция, тъй като ме притеснява фактът, че с мобилизирането на тези средства се надвишават договорените бюджетни тавани и се изхарчват всички пари, предвидени за справяне с т. нар. случаи на „непредвидени обстоятелства“. Надхвърлянето на бюджетните тавани може да постави под въпрос устойчивостта на бюджета на Съюза, а изхарчването на всички налични средства, предвидени в Инструмента за гъвкавост, ще възпрепятства способността на Съюза да реагира на други случаи на „непредвидени обстоятелства“ в близките години. Вместо да се заделят повече средства и да се утежнява бюджетът, Комисията трябва да преразгледа бюджетните редове с лошо ниво на изпълнение и да направи икономии, с които да финансира мерките за справяне с имигрантската криза.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Τα μη χρησιμοποιηθέντα ετήσια ποσά που ήταν διαθέσιμα στο πλαίσιο των μέσων ευελιξίας των οικονομικών ετών 2014 και 2015 θα πρέπει να χρησιμοποιηθούν για την αντιμετώπιση της προσφυγικής κρίσης. Ποσά που αντιστοιχούν σε 1,5 δις. ευρώ, τη στιγμή που υπάρχουν κράτη μέλη της Ένωσης τα οποία μαστιζονται από την κρίση, κι όμως είναι οι πρώτες χώρες που χαρακτηρίζονται ως χώρες περισυλλογής μεταναστών και οφείλουν σύμφωνα με τους κανόνες της ΕΕ να τους φροντίσουν καθόλη την παραμονή τους εκεί. Χώρες, όπως η Ελλάδα, οι οποίες αδυνατούν να φροντίσουν τους ίδιους τους πολίτες τους.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – A 2016. évi uniós költségvetésben a kötelezettségvállalási előirányzatok 3. és 4. fejezetén belüli átcsoportosításával kapcsolatos valamennyi lehetőség mérlegelését követően szükségessé vált tűnt a Rugalmassági Eszköz kötelezettségvállalási előirányzatok javára történő igénybevétele.

Ezért az Európai Bizottság javasolta a Rugalmassági Eszköz igénybevételét annak érdekében, hogy a 3. fejezet felső határértékén felül 1 506 millió euró kötelezettségvállalási előirányzattal egészítsék ki az Európai Unió 2016. évi általános költségvetésében szereplő forrásokat az európai migrációs stratégia keretében hozott intézkedések finanszírozására.

A 2016-os költségvetéssel kapcsolatban összehívott egyeztetőbizottság a 3. fejezet felső határértékén felüli 1 506 millió eurós összegben kívül elfogadta a parlamenti küldöttség azon javaslatát is, hogy a Rugalmassági Eszköz keretében a 4. fejezet felső határértékén felül további 24 millió eurót vegyenek igénybe a menekültválság okozta kihívások külső dimenzióinak kezelésére.

A fentiek alapján az Európai Parlament elfogadta a Rugalmassági Eszköz 1 530 millió euró összegű, kötelezettségvállalási előirányzatok formájában történő igénybevételét.

Mivel a Rugalmassági Eszköz igénybevétele annak a megállapodás csomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki, a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattuk a jelentést.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this flexibility instrument because the instrument focuses on an amount for EUR 1.53 billion in commitment appropriations to deal with the migration crisis. A further EUR 24 million is being allocated for Global Europe to help refugees and migrants seek employment and social justice under the heading of Global Europe. The key points surrounding this instrument focuses over four years from 2016 to 2019 for a total of EUR 1.3 billion, the largest amounts are spread over 2016 & 2017. In 2016 EUR 734.2 million has been allocated and for 2017 EUR 654.2 has been allocated.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Para responder ao grave problema dos refugiados, as negociações entre o PE e o Conselho resultaram num acordo para o orçamento de 2016 em que se vai além das margens disponíveis na rubrica 3 e, para tal, foi necessário mobilizar a totalidade do Instrumento de Flexibilidade, no valor de 1530 milhões de euros.

Desta forma, reforçamos as agências ligadas à questão da migração e dos refugiados, os fundos e os programas que apoiam os mecanismos de resposta e de acolhimento dos refugiados que chegam ao território europeu, assim como os fundos e os programas para atuar na origem do problema e combater as suas causas. Para estes objetivos passamos, aliás, de 2000 milhões de euros para 4000 milhões no orçamento de 2016.

A União Europeia tem, assim, garantidas as condições para poder apoiar os refugiados que recebe internamente e, em simultâneo, atuar na origem deste problemático fenómeno – ou seja, externamente –, apostando na prevenção e reforçando a ajuda humanitária e os instrumentos de desenvolvimento e cooperação.

Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette délibération parce qu'elle octroie un montant trop important de fonds aux migrants.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O instrumento de flexibilidade tem como função garantir uma maior flexibilização do Quadro Financeiro Plurianual, de forma a dar resposta a circunstâncias imprevistas que justifiquem que sejam ultrapassados os limites máximos dos títulos orçamentais, sendo o montante máximo anual deste instrumento de 471 milhões de euros (a preços de 2011).

Esta proposta vem substituir a da Comissão Europeia, que propunha a mobilização de 123 966 698 euros para o Título 3 («Segurança e Cidadania») do orçamento da UE, de forma a apoiar as medidas para dar resposta à gestão da crise dos refugiados.

Propõe-se, então, a mobilização de 1504 milhões de euros deste instrumento para permitir que os limites do Título 3 sejam ultrapassados neste mesmo montante, usando para isso verbas não utilizadas nos anos anteriores de 2014 e 2015. Os pagamentos serão efetuados até 2019 (710 milhões de euros em 2016, 652,9 milhões de euros em 2017, 82,7 milhões de euros em 2018 e 58,5 milhões de euros em 2019).

Votámos favoravelmente.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európska únia musí vo svojom rozpočte nájsť dodatočné finančné prostriedky na riešenie migračnej krízy. Európska komisia navrhuje zmobilizovať nástroj flexibility s cieľom doplniť prostriedky vo všeobecnom rozpočte Európskej únie na rok 2016 vo výške 1504 miliónov. Týmto krokom príde k úplnému vyčerpaniu nástroja flexibility na rozpočtový rok 2016 a aj k vyčerpaniu nepoužitej sumy z rokov 2014 a 2015.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – La nostra delegazione si oppone con fermezza alla maggior parte delle misure previste dall'Unione nel campo dell'immigrazione. In questo caso però diamo un voto positivo in quanto chiediamo a tutti gli Stati membri un impegno concreto ad intervenire di fronte all'emergenza immigrazione.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Τα μη χρησιμοποιηθέντα ετήσια ποσά που ήταν διαθέσιμα στο πλαίσιο των μέσων ευελιξίας των οικονομικών ετών 2014 και 2015 θα πρέπει να χρησιμοποιηθούν για την αντιμετώπιση της προσφυγικής κρίσης. Ποσά που αντιστοιχούν σε 1,5 δισ. ευρώ, τη στιγμή που υπάρχουν κράτη μέλη της Ένωσης τα οποία μαστίζονται από την κρίση, κι όμως είναι οι πρώτες χώρες που χαρακτηρίζονται ως χώρες περισυλλογής μεταναστών και οφείλουν σύμφωνα με τους κανόνες της ΕΕ να τους φροντίσουν καθόλη την παραμονή τους εκεί. Χώρες, όπως η Ελλάδα, οι οποίες αδυνατούν να φροντίσουν τους ίδιους τους πολίτες τους. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω την παρούσα έκθεση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), in writing. – Substantial additional financial means are necessary to address the current refugee crisis. I therefore approved the Council position on Draft amending budget No 8/2015.

Kinga Gál (PPE), írásban. – A 2016. évi uniós költségvetésben a kötelezettségvállalási előirányzatok 3. és 4. fejezetén belüli átcsoportosításával kapcsolatos valamennyi lehetőség mérlegelését követően szükségessé vált tűnt a Rugalmassági Eszköz kötelezettségvállalási előirányzatok javára történő igénybevétele.

Ezért az Európai Bizottság javasolta a Rugalmassági Eszköz igénybevételét annak érdekében, hogy a 3. fejezet felső határértékén felül 1 506 millió euró kötelezettségvállalási előirányzattal egészítsék ki az Európai Unió 2016. évi általános költségvetésében szereplő forrásokat az európai migrációs stratégia keretében hozott intézkedések finanszírozására.

A 2016-os költségvetéssel kapcsolatban összehívott egyeztetőbizottság a 3. fejezet felső határértékén felüli 1 506 millió eurós összegben kívül elfogadta a parlamenti küldöttség azon javaslatát is, hogy a Rugalmassági Eszköz keretében a 4. fejezet felső határértékén felül további 24 millió eurót vegyenek igénybe a menekültválság okozta kihívások külső dimenzióinak kezelésére.

A fentiek alapján az Európai Parlament elfogadta a Rugalmassági Eszköz 1 530 millió euró összegű, kötelezettségvállalási előirányzatok formájában történő igénybevételét.

Mivel a Rugalmassági Eszköz igénybevétele annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki, a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattuk a jelentést.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – A 2016. évi uniós költségvetésben a kötelezettségvállalási előirányzatok 3. és 4. fejezetén belüli átcsoportosításával kapcsolatos valamennyi lehetőség mérlegelését követően szükségessé vált tűnt a Rugalmassági Eszköz kötelezettségvállalási előirányzatok javára történő igénybevétele.

Ezért az Európai Bizottság javasolta a Rugalmassági Eszköz igénybevételét annak érdekében, hogy a 3. fejezet felső határértékén felül 1 506 millió euró kötelezettségvállalási előirányzattal egészítsék ki az Európai Unió 2016. évi általános költségvetésében szereplő forrásokat az európai migrációs stratégia keretében hozott intézkedések finanszírozására.

A 2016-os költségvetéssel kapcsolatban összehívott egyeztetőbizottság a 3. fejezet felső határértékén felüli 1 506 millió eurós összegben kívül elfogadta a parlamenti küldöttség azon javaslatát is, hogy a Rugalmassági Eszköz keretében a 4. fejezet felső határértékén felül további 24 millió eurót vegyenek igénybe a menekültválság okozta kihívások külső dimenzióinak kezelésére.

A fentiek alapján az Európai Parlament elfogadta a Rugalmassági Eszköz 1 530 millió euró összegű, kötelezettségvállalási előirányzatok formájában történő igénybevételét.

Mivel a Rugalmassági Eszköz igénybevétele annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki, a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattuk a jelentést.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. – He votado a favor la movilización del Instrumento de Flexibilidad por un importe de 1 530 millones de euros en créditos de compromiso. Debido a lo acuciante de las necesidades, es preciso movilizar una importante cantidad adicional para financiar medidas paliativas frente a la crisis de migrantes y refugiados.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore dello stanziamento di misure di bilancio immediate per la gestione della crisi dei migranti. Stiamo fronteggiando una crisi senza precedenti ed è necessario utilizzare gli strumenti a disposizione, ribadendo che la solidarietà deve sempre andare di pari passo con la responsabilità.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio concernente la mobilitazione dello strumento di flessibilità a favore di misure di bilancio immediate per affrontare la crisi dei rifugiati perché ritengo che l'UE debba dare prova di solidarietà e unità di fronte a sfide, come quella dei rifugiati, di carattere epocale.

Ritengo che l'Europa assista non a un fenomeno transitorio, ma alla conseguenza delle gravi crisi e delle guerre che devastano diverse parti del mondo, dell'aumento a livello globale della povertà e delle disuguaglianze, della negazione costante del diritto a una vita dignitosa e di pace per una gran parte della popolazione mondiale.

Il fenomeno delle migrazioni è la principale sfida del nostro secolo, e ritengo perciò doveroso il supporto del bilancio UE, tramite lo Strumento di flessibilità, a quei paesi che sono in prima linea nella gestione dei flussi, affinché essi possano mettere in campo politiche di presa in carico e accoglienza dei richiedenti asilo.

Ritengo, inoltre, che tale decisione mostri chiaramente la gravità del momento e che il tema delle risorse finanziarie per le emergenze degli anni a venire debba essere affrontato al più presto e adeguatamente dagli Stati membri.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe mich heute bei der Abstimmung zum Bericht über die Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments für haushaltspolitische Sofortmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda enthalten, da ich das Anliegen – die Handlungsfähigkeit der EU in dieser Krisensituation – unterstütze. Gleichzeitig sehe ich die Anwendung des beschleunigten Verfahrens ohne ausreichende Konsultation des Parlaments und seiner Ausschüsse als ein denkbar ungutes Mittel.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Ich unterstütze die Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments. Wir brauchen ausreichende finanzielle Unterstützung, um den Herausforderungen der anhaltenden Flüchtlingskrise gerecht zu werden. Gerade jetzt wird erneut deutlich, wie wichtig es ist, dass die EU über ausreichende Flexibilität in ihrer Haushaltsplanung verfügt.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I supported this mobilisation of funds, given that efficient management of the refugee crisis should be a priority for the EU. The mobilisation of this fund is also budget neutral over the period of the multiannual financial framework.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – Today I voted in favour of this budgetary procedure to utilise the Flexibility Instrument as a financial support in addressing the refugee crisis in Europe. In the current timeframe, where we witness daily large volumes of refugees arriving in Europe after an arduous journey escaping from conflict, I fully welcome this mobilisation of funding.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe Fernandes que acuerda movilizar 66,1 millones de euros en compromisos de pago en dos años (52,9 millones en 2016 y 13,2 millones en 2017) para tratar la crisis de refugiados y de migrantes, aprovechando el, muy limitado, Instrumento de Flexibilidad habilitado en el presupuesto. Es una cifra pequeña, pero votar en contra sería peor, al no movilizarla.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which allows for the mobilisation of funds on the grounds that the refugee crisis facing Europe is critical and must be a priority for the EU. The mobilisation of this fund will be budget neutral over the term of the MFF period.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for Mobilisation of the Flexibility Instrument for immediate budgetary measures to address the refugee crisis because substantial additional financial means are necessary to address the current refugee crisis and the 2016 ceilings for heading 3 and heading 4 do not allow for an adequate financing of urgent measures in the field of migration and refugees.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A 2016. évi uniós költségvetésben a kötelezettségvállalási előirányzatok 3. és 4. fejezetén belüli átcsoportosításával kapcsolatos valamennyi lehetőség mérlegelését követően szükségessé vált a Rugalmassági Eszköz kötelezettségvállalási előirányzatok javára történő igénybevétele.

Ezért az Európai Bizottság javasolta a Rugalmassági Eszköz igénybevételét annak érdekében, hogy a 3. fejezet felső határértékén felül 1 506 millió euró kötelezettségvállalási előirányzattal egészítsék ki az Európai Unió 2016. évi általános költségvetésében szereplő forrásokat az európai migrációs stratégia keretében hozott intézkedések finanszírozására.

A 2016-os költségvetéssel kapcsolatban összehívott egyeztetőbizottság a 3. fejezet felső határértékén felüli 1 506 millió eurós összegben kívül elfogadta a parlamenti küldöttség azon javaslatát is, hogy a Rugalmassági Eszköz keretében a 4. fejezet felső határértékén felül további 24 millió eurót vegyenek igénybe a menekültválság okozta kihívások külső dimenzióinak kezelésére.

A fentiek alapján az Európai Parlament elfogadta a Rugalmassági Eszköz 1 530 millió euró összegű, kötelezettségvállalási előirányzatok formájában történő igénybevételét.

Mivel a Rugalmassági Eszköz igénybevétele annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki, a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattuk a jelentést.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported the immediate budgetary measures outlined in this report in order to surpass budget ceilings to allow adequate financing in the areas of migration and refugees. Without the ability to surpass these budget ceilings, the required financial assistance will not be made available to deal with the challenges of the refugee crisis.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this flexibility instrument because the instrument focuses on an amount for EUR 1.53 billion in commitment appropriations to deal with the migration crisis. A further EUR 24 million is being allocated for Global Europe to help refugees and migrants seek employment and social justice under the heading of Global Europe. The key points surrounding this instrument focuses over four years from 2016 to 2019 for a total of EUR 1.3 billion, the largest amounts are spread over 2016 & 2017. In 2016 EUR 734.2 million has been allocated and for 2017 EUR 654.2 has been allocated.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A 2016. évi uniós költségvetésben a kötelezettségvállalási előirányzatok 3. és 4. fejezetén belüli átcsoportosításával kapcsolatos valamennyi lehetőség mérlegelését követően szükségessé vált a Rugalmassági Eszköz kötelezettségvállalási előirányzatok javára történő igénybevétele.

Ezért az Európai Bizottság javasolta a Rugalmassági Eszköz igénybevételét azért, hogy a 3. fejezet felső határértékén felül 1 506 millió euró kötelezettségvállalási előirányzattal egészítsék ki az Európai Unió 2016. évi általános költségvetésében szereplő forrásokat, az európai migrációs stratégia keretében hozott intézkedések finanszírozására.

A 2016-os költségvetéssel kapcsolatban összehívott egyeztetőbizottság a 3. fejezet felső határértékén felüli 1 506 millió eurós összegben kívül elfogadta a parlamenti küldöttség azon javaslatát is, hogy a Rugalmassági Eszköz keretében a 4. fejezet felső határértékén felül további 24 millió eurót vegyenek igénybe a menekültválság okozta kihívások külső dimenzióinak kezelésére.

A fentiek alapján az Európai Parlament elfogadta a Rugalmassági Eszköz 1 530 millió euró összegű, kötelezettségvállalási előirányzatok formájában történő igénybevételét.

Mivel a Rugalmassági Eszköz igénybevétele annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki, a magyar érdekekkel és a néppárt álláspontjával összhangban támogattam a jelentést.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasovao sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu Odluke Parlamenta i Vijeća o mobilizaciji instrumenta fleksibilnosti za hitne proračunske mjere za rješavanje izbjegličke krize u skladu s točkom 12.

Međuinstitucionalnog sporazuma između Parlamenta, Vijeća i Komisije o proračunskoj disciplini te suradnji u vezi s proračunskim pitanjima i dobrom financijskom upravljanju jer je slijedom nastale situacije očito da je fleksibilnost proračuna Unije ključna za rješavanje vanjskih i nepredvidljivih izazova, kao što je izbjeglička kriza. Nastavno tome, na ovaj se način omogućuje promptno i učinkovito smanjenje negativnih učinaka takvih situacija. Međutim, mobilizacija instrumenta fleksibilnosti ublažit će posljedice krize iako je jasno da mobilizirani iznos od 1 530 milijuna EUR neće biti dostatan uz vidljivu potrebu za sinergijskim djelovanjem međunarodne zajednice.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Les déclarations de la Commission et de plusieurs membres en vue du Parlement européen se sont immédiatement traduites par une augmentation fulgurante du nombre de réfugiés, pour la plupart des immigrés économiques. Ce n'est certes pas nouveau, mais la crise actuelle a permis une prise de conscience, tardive il est vrai, parmi les populations européennes et quelques-uns de leurs dirigeants, de l'urgence de rétablir le contrôle aux frontières.

Dépassées par la crise migratoire qu'elles ont en grande partie provoquée, incapables d'endiguer les flux d'étrangers qui viennent s'installer dans les pays occidentaux, les instances de l'Union européenne, pour ne pas perdre la face et donner l'illusion qu'elles agissent, ont cru utile d'augmenter les fonds européens destinés à l'immigration dans le projet de budget de 2016. Elles se sont mises d'accord pour mobiliser 1,53 milliard d'euros supplémentaires pour les quatre années à venir, dont 710 millions qui seront directement affectés au budget de 2016.

L'échec de l'espace Schengen et les dangers de l'immigration de masse imposent de supprimer les financements européens dérisoires par rapport au problème migratoire et de redonner aux États la maîtrise totale de toutes leurs frontières.

J'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing.* – My fellow colleagues and I voted against this flexibility instrument because the instrument focuses on an amount for EUR 1.53 billion in commitment appropriations to deal with the migration crisis. A further EUR 24 million is being allocated for Global Europe to help refugees and migrants seek employment and social justice under the heading of Global Europe. The key points surrounding this instrument focuses over four years from 2016 to 2019 for a total of EUR 1.3 billion, the largest amounts are spread over 2016 & 2017. In 2016 EUR 734.2 million has been allocated and for 2017 EUR 654.2 has been allocated.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue José Manuel Fernandes sur la mobilisation de l'instrument de flexibilité pour des mesures budgétaires immédiates au titre de l'agenda européen en matière de migration. Grâce à ce mécanisme de flexibilité, les agences EASO, Frontex et Europol se verront allouer respectivement 30, 60 et 30 millions d'euros chacune pour faire face à l'afflux exceptionnel de réfugiés sur le sol européen. À cela s'ajoutent 2 672 millions d'euros du budget 2016 qui seront consacrés à la gestion de cette crise et 150 millions d'euros viendront renforcer l'aide humanitaire de l'Union.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui vient mobiliser l'instrument de flexibilité permettant de réaffecter une partie du budget pour faire face à la crise des réfugiés. Il était en effet nécessaire de se doter de moyens plus importants pour gérer au mieux cette situation exceptionnelle.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Bei diesem Bericht geht es um den Vorschlag zur Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments für haushaltspolitische Sofortmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda. Dadurch sollen einerseits Gelder aus dem mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) bereitgestellt und andererseits soll durch den Bericht mehr Flexibilität für das EU-Budget gefordert werden. Da ich nicht glaube, dass die Inanspruchnahme dieses Instruments gerechtfertigt ist, stimme ich diesem Bericht nicht zu.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution and decision. Activating the Flexibility Instrument to finance measures under the European Agenda for migration shows once again how important it is to ensure the flexibility of the European budget. Today's reality cannot be any more clearly predicted, nor can one clearly distinguish between the areas of policy and action due to their interlinkedness and horizontal nature. The EP, EC and the Council should consider this when negotiating next multiannual financial framework and come up with innovative and flexible solutions.

I am also pleased that in the general budget the EP managed to reverse most of the cuts proposed by the Council. Today we need to prioritise not only investments into EU economy and R&D but even more to citizens' security. Facing the challenges of addressing numerous massive crises around the EU and the refugee flows, the proposed budget cuts lack touch with reality.

As member of the WG on financial instruments, I especially stress flexibility to be able to allocate adequate resources to tackle the root causes of the refugees crisis. Only flexibility can make it possible to allocate necessary resources to assist people in their home countries

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the mobilisation of the Flexibility Instrument, as due to urgent needs, it is necessary to mobilise an additional amount to finance measures to alleviate the migration and refugee crisis.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Der Vorschlag zur Mobilisierung des Flexibilitätsinstruments erschien zusammen mit dem Berichtigungsschreiben 2/2016 der Kommission vom 14. Oktober 2015. Diese Mobilisierung betrifft einen Betrag von 1,5 Milliarden Euro über der Obergrenze des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) in der Rubrik 3 und 24 Millionen Euro in Rubrik 4 und dient zur Finanzierung von Fördermaßnahmen für die Verwaltung der Flüchtlingskrise.

Grundsätzlich spreche ich mich für die Genehmigung von Mitteln zur Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise sowie für die Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments unter außergewöhnlichen Umständen aus.

Ich glaube allerdings, dass es mehr Möglichkeiten für eine Mittelumschichtung im Haushalt 2016 gibt. Es gibt eine Reihe von Haushaltslinien mit schlechter Umsetzung und keinem nachweisbarem EU-Mehrwert, die gekürzt werden könnten, um einen Beitrag zur Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise zu leisten. Hierfür bedarf es eines umfassenden Konzeptes der EU, wie wir es von der ALFA bereits vor Wochen vorgestellt haben. Dazu gehören unter anderem Maßnahmen wie eine umfassende Kontrolle der EU-Außengrenzen, die Einrichtung von Transitzone außerhalb des Schengen-Raums und die konsequente Rückführung abgewiesener Asylbewerber.

Da dies immer noch aussteht, habe ich mich der Stimme enthalten.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A 2016. évi uniós költségvetésben a kötelezettségvállalási előirányzatok 3. és 4. fejezetén belüli átcsoportosításával kapcsolatos valamennyi lehetőség mérlegelését követően szükségessé vált tűnt a Rugalmassági Eszköz kötelezettségvállalási előirányzatok javára történő igénybevétele.

Ezért az Európai Bizottság javasolta a Rugalmassági Eszköz igénybe vételét annak érdekében, hogy a 3. fejezet felső határértékén felül 1 506 millió euró kötelezettségvállalási előirányzattal egészítsék ki az Európai Unió 2016. évi általános költségvetésében szereplő forrásokat az európai migrációs stratégia keretében hozott intézkedések finanszírozására.

A 2016-os költségvetéssel kapcsolatban összehívott egyeztetőbizottság a 3. fejezet felső határértékén felüli 1 506 millió eurós összegben kívül elfogadta a parlamenti küldöttség azon javaslatát is, hogy a Rugalmassági Eszköz keretében a 4. fejezet felső határértékén felül további 24 millió eurót vegyenek igénybe a menekültválság okozta kihívások külső dimenzióinak kezelésére.

A fentiek alapján az Európai Parlament elfogadta a Rugalmassági Eszköz 1 530 millió euró összegű, kötelezettségvállalási előirányzatok formájában történő igénybevételét.

Mivel a Rugalmassági Eszköz igénybevétele annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki, a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattam a jelentést.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), in writing. – This report concerns the mobilisation of the Flexibility Instrument for immediate budgetary measures under the European Agenda on Migration. The report allows the mobilisation of flexibility instrument for extra expenditures concerning Security and Citizenship (in the field of migration) from 2016 until 2019. I support this report, therefore I voted in favour, although I wish there was an even stronger budgetary support especially for the countries that are badly hit from the economic crisis due to the continuous austerity measures.

Béla Kovács (NI), írásban. – Nem állíthatom, hogy az EU rosszul kezeli az úgynevezett menekültválságot, hiszen lényegében egyáltalán nem kezeli azt. Felszínes ötletelgetés folyik és egymásnak ellentmondó nyilatkozatok a tagországok prominens vezetői részéről. Miközben nemzetközileg elismert biztonsági szakértők kvázi háborús helyzetről beszélnek. Miközben magam is már évekkel ezelőtt figyelmeztettem a veszélyekre. Ez a jelentés legalább abban előrelépést jelent, hogy némi pénzügyi eszközöket biztosít a válság kezeléséhez, így támogatandó.

Giovanni La Via (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore della relazione del collega Fernandes. Il motivo del mio assenso risiede in ciò che questo provvedimento rappresenta: la consapevolezza dell'Europa circa la necessità di uno sforzo ulteriore per la gestione della crisi e dei rifugiati. Il provvedimento riguarda, infatti, una mobilitazione straordinaria dello strumento di flessibilità, pari ad un importo di 1 504 milioni di euro, a sostegno delle misure di gestione della crisi dei rifugiati. Si tratta di una misura concreta per aiutarci ad affrontare l'emergenza, che assume oramai connotati di ordinaria amministrazione.

Constance Le Grip (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur de la proposition de décision du Parlement et du Conseil relative à la mobilisation de l'instrument de flexibilité aux fins des mesures budgétaires immédiates pour faire face à la crise des réfugiés pour un montant de 1,530 milliard d'euros en crédits d'engagement, dont 734,2 milliards pour l'exercice 2016. Il est en effet impératif de renforcer la flexibilité du budget de l'Union européenne pour soutenir les États membres faisant face en première ligne à la crise migratoire d'une ampleur sans précédent qui frappe notre continent.

Marine Le Pen (ENF), par écrit. – J'ai voté contre le rapport sur la mobilisation de l'instrument de flexibilité aux fins des mesures budgétaires immédiates pour faire face à la crise des réfugiés.

Dans son projet de budget initial, la Commission avait proposé la mobilisation de l'instrument de flexibilité à hauteur de 123,9 millions d'euros pour financer des mesures de gestion de la crise des migrants au-dessus du plafond de la rubrique 3 sur la citoyenneté et la sécurité.

Cependant, face à l'ampleur du problème, la Commission a décidé de réviser sa position en proposant une augmentation des crédits de 1,5 milliard d'euros. Ce rapport étant la continuité du compromis sur le budget 2016 et proposant un financement européen toujours en augmentation pour la gestion de la crise migratoire, on ne peut que s'y opposer.

Il faut rétablir les frontières et mettre un terme à l'immigration de masse plutôt que de constamment augmenter les budgets pour accueillir les migrants.

Sander Loones (ECR), schriftelijk. – De N-VA-delegatie is van mening dat de Commissie meer had moeten doen met de middelen die reeds beschikbaar waren onder rubriek 3 (Veiligheid en burgerschap). Zo had zij weinig efficiënte of ongebruikte middelen beter kunnen verschuiven, alvorens te moeten grijpen naar het flexibiliteitsinstrument. Omdat het aanpakken van de asielcrisis voor de N-VA-delegatie een prioriteit is, heeft zij in het Europees Parlement echter voor dit voorstel van de Commissie gestemd.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización del Instrumento de Flexibilidad que permitirá la implementación de medidas presupuestarias inmediatas en relación a la Agenda Europea de Migración. De este modo, se podrá modificar el presupuesto para sumar las partidas necesarias para las políticas europeas de acogida de la población migrante, que posibilitarán planes de vivienda o empleo, las políticas de asilo, con la agilización de la resolución de las demandas de asilo, y las operaciones de salvamento marítimo. Estamos ante una competencia mixta que comparten la Unión y los Estados miembros, por lo que nuestro voto favorable presupone una voluntad de los Estados que en la práctica no hemos estado viendo. Confiamos en que el gasto que hemos aprobado se destine a lo que realmente se pretende y no termine, como hemos visto hasta ahora, gastándose en el refuerzo de la Europa Fortaleza.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Vorschlag zur Mobilisierung des Flexibilitätsinstruments erschien zusammen mit dem Berichtigungsschreiben 2/2016 der Kommission vom 14. Oktober 2015. Diese Mobilisierung betrifft einen Betrag von 1,5 Milliarden Euro über der Obergrenze des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) in der Rubrik 3 und 24 Millionen Euro in Rubrik 4 und dient zur Finanzierung von Fördermaßnahmen für die Verwaltung der Flüchtlingskrise.

Zur Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise ist ein erhöhter Mittelbedarf unabweisbar. Ich befürworte deshalb die Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments unter diesen außergewöhnlichen Umständen. Es ist wichtig und richtig, dass auch die EU einen angemessenen hohen finanziellen Beitrag leistet. Deshalb habe ich dem Vorschlag zugestimmt.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Hlasoval jsem proti, poněvadž se podle mého názoru jedná o financování mylné a škodlivé migrační politiky EU.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Zbog proporcionalnog povećanja izbjegličkog i migrantskog vala, potrebno je hitno mobilizirati veliki dodatni iznos kako bi se financirale mjere u svrhu ublažavanja krize.

Ukupan iznos instrumenta fleksibilnosti za financijsku godinu 2016., koji uključuje neiskorištene iznose iz financijskih godina 2014. i 2015. u cijelosti je potrošen, a zbog gornjih granica nije moguće prikladno financirati hitne mjere.

Podržala sam prijedlog mobilizacije financijskog instrumenta iznosom od 1 530 milijuna eura u odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza. Slažem se i s dodjelom odgovarajućih odobrenih sredstava za plaćanja u iduće 4 godine.

Izbjeglički i migrantski val koji je zahvatio Republiku Hrvatsku zahtjeva povećana sredstva nepredviđena proračunom, stoga je naglašena potreba fleksibilnosti proračuna, uključujući raspodjelu sredstava među članicama ovisno o potrebama migrantske krize.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Kamēr Eiropas Savienības un tās institucionālo priekšteču dalībvalstis jau gadu desmitiem ilgi ir bijušas migrantiem un bēgļiem vēlami galamērķi, pēdējā gadā attīstītā situācija aizēnoja gandrīz visas, pat drausmīgākās, prognozes. Tas noveda pie tā, ka uz nākamo gadu pieņemtais Kopienas budžets vairs nebija adekvāts attiecībā uz tiem izaicinājumiem, ar kuriem no tā finansētām iestādēm un realizētiem uzdevumiem ikdienišķi jāsaskaras.

Pateicoties tam, ka Eiropas Savienībā pastāv tāds budžeta palīgīdzeklis kā elastības instruments, būs iespējams pietiekami efektīvā mērā labot šo krīzes dēļ radušos budžeta trūkumu.

No otras puses, vēlos pievienoties ziņojuma aicinājumam palielināt elastības instrumenta "elastīguma pakāpi", jo pašlaik sanāk tā, ka pagaidām nav iespējams pārnest attiecīgus līdzekļus uz 2017. gadu, lai konsekvēnti pārsniegtu elastības instrumentam noteikto maksimālo gada apjomu. Vienkārši negribētos, lai mūsu Kopiena netīši kļūtu vismaz daļēji nesaņēmta potenciāliem izaicinājumiem, kuru skaits, kā var iedomāties, balstoties uz dažu pēdējo gadu precedentiem, pagaidām samazināties nevēlas.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Financovanie opatrení európskej migračnej agendy v súvislosti s utečeneckou krízou si vyžaduje vopred zabezpečiť vyčlenenie prostriedkov na ich financovanie. Na mobilizáciu nástroja flexibility sa navrhnutým rozhodnutím určujú prostriedky na roky 2016 až 2019 vo výške takmer 1,6 miliardy eur, z toho na rok 2016 suma 734,2 milióna eur. Nakladanie s týmito zdrojmi musí podliehať prísnej kontrole.

Νότης Μαρίας (ECR), γραπτώς. – Ψηφίζω υπέρ της έκδοσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά την κινητοποίηση του μηχανισμού ευελιξίας για τη λήψη άμεσων δημοσιονομικών μέτρων για την αντιμετώπιση της προσφυγικής κρίσης, σύμφωνα με το σημείο 12 της Διοργανικής Συμφωνίας, της 2ας Δεκεμβρίου 2013, μεταξύ του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, του Συμβουλίου και της Επιτροπής για τη δημοσιονομική πειθαρχία, τη συνεργασία σε δημοσιονομικά θέματα και τη χρηστή δημοσιονομική διαχείριση, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Dominique Martin a voté contre cette mobilisation. Ce rapport n'est que le prolongement du compromis sur le budget 2016, auquel nous nous étions déjà opposés. Ce budget prévoit un financement européen conséquent pour la gestion de la crise migratoire et l'accueil des migrants, auxquels nous nous opposons fermement.

David Martin (S&D), *in writing*. – I am pleased that Parliament made sure that all the resources available in the EU's multiannual financial framework (MFF) will be tapped to deal with the ongoing refugee and migration crisis, which needs to be tackled both within the Member States and in countries close to the conflicts from which migrants are fleeing. The agreement includes EUR 1.6 billion on top of the Commission's original proposal.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Favorevole alla relazione riguardante la mobilitazione dello strumento di flessibilità a favore di misure di bilancio per affrontare la crisi dei rifugiati. La mobilitazione è destinata a finanziare il sostegno delle misure di gestione della crisi dei rifugiati attraverso una serie di stanziamenti di pagamento scaglionati su vari esercizi di bilancio, per un importo di 1.504,0 milioni di euro.

In considerazione delle necessità urgenti, è doveroso mobilitare un ingente importo supplementare per finanziare misure intese ad alleviare la crisi migratoria e dei rifugiati.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Il progetto in commento approva la mobilitazione straordinaria dello strumento di flessibilità per un importo pari a 1 530 milioni di euro in stanziamenti d'impegno ed approva l'assegnazione degli stanziamenti di pagamento per un importo pari a 734,2 milioni di euro nel 2016, a 654,2 milioni di euro nel 2017, a 83 milioni di euro nel 2018 e a 58,6 milioni di euro nel 2019. Ritengo doveroso azionare un tale strumento, e dunque voto a favore della proposta, a causa dell'assoluta necessità di garantire una maggiore flessibilità per il bilancio dell'Unione rispetto alla crisi sociale ed economica dei rifugiati che l'Unione si appresta ad affrontare in maniera quanto più risolutiva.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Eine weitere Ausdehnung der Verwendung dieser Mittel erfüllt ohne entsprechende Begleitmaßnahmen keinen Zweck. Der Vorschlag, den Haushaltsplan noch flexibler zu gestalten, würde zu einem Fass ohne Boden führen. Daher lehne ich diesen Bericht ab.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport constate que, dans le budget 2016, que le même rapporteur propose par ailleurs d'approuver dans un autre rapport, les plafonds de crédits sont «insuffisants» pour financer les décisions en matière de migration et de réfugiés. Alors qu'il serait encore temps de modifier le budget 2016, ce rapport préconise, sous la pression austéritaire des États, d'avoir recours à «l'instrument de flexibilité» .

Il s'agit là d'un artifice juridique qui permet de dépasser le budget voté en cas d'aléas imprévus ou d'urgence. Mais l'utiliser avant même que le budget n'ait été arrêté est un pur détournement de procédure. Et c'est d'autant plus aberrant que cet instrument de dépassement sera ainsi «épuisé dans son intégralité» avant même que l'année n'ait commencé.

Au passage, cette méthode illicite va entraîner de nouveaux impayés ou retards de paiement, car ces engagements budgétaires pris en dépassement du budget ne sont pas couverts par des crédits de paiement permettant de les honorer. Par ce genre de manœuvre, l'Union européenne s'apprête ainsi à ne pas payer avant plusieurs années les mesures d'urgence qu'elle a décidées pour les migrants.

Je vote contre ce rapport, complice du cynisme de l'Union européenne dans cette crise.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Les instances de l'Union européenne augmentent les fonds européens destinés à l'immigration dans le projet de budget 2016. Elles sont donc tombées d'accord pour mobiliser 1,53 milliard d'euros supplémentaires pour les quatre années à venir, dont 710 millions qui seront directement affectés au budget de 2016.

Précisons tout de même que, par leurs déclarations irresponsables, la Commission et certains membres influents du Parlement ont accentué la crise des réfugiés que nous connaissons actuellement. Par ailleurs, ce plan de financement est dérisoire au regard de l'ampleur du problème, seuls des États souverains peuvent enrayer efficacement ce flux migratoire.

Le député s'oppose donc à ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A presente proposta de decisão do Parlamento Europeu e do Conselho é relativa à mobilização do Instrumento de Flexibilidade para medidas orçamentais imediatas, de modo a enfrentar a crise dos refugiados que a Europa atravessa.

Face à urgente necessidade de mobilização de um montante adicional para financiar as despesas das medidas de gestão da crise dos refugiados, apresentei o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, which supports the mobilisation of the Flexibility Instrument, as it is a positive step towards solidarity between Member States in tackling the refugee crisis. The resolution also highlights the need for the Union budget to be more flexible to adequately handle the various unforeseen challenges that arise.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Vu l'importance des flux migratoires, il est nécessaire de mobiliser l'instrument de flexibilité pour les crédits d'engagement. Cela permettra de compléter le financement du budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2016 par un montant de 1,504 milliard d'euros en crédits d'engagement pour financer des mesures au titre de l'agenda européen en matière migratoire.

Il était tout aussi important d'agir en ce sens pour ce qui concerne la dimension extérieure de la crise des réfugiés, en mobilisant l'instrument de flexibilité pour un montant additionnel de 24 millions d'euros. Ces crédits disponibles viennent de report de montants non utilisés des instruments de flexibilité des années précédentes, en l'occurrence des exercices 2014 et 2015.

Comme j'ai coutume de le dire, il est impératif que le budget de l'Union européenne soit flexible pour s'adapter aux réalités auxquelles nous sommes confrontés dans un monde globalisé.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Prehĺbenie utečeneckej krízy za posledné obdobie má výrazný dopad na európsku spoločnosť a jednotlivé členské štáty. Riešenie krízy si navyše vyžaduje okamžité rozpočtové opatrenia na úrovni EÚ, pretože je potrebné prijať a následne náležite financovať mnohé naliehavé opatrenia v oblasti migrácie a utečencov, ktoré sú pre členské štáty veľmi náročné a často až neúnosné. Z tohto dôvodu Komisia navrhuje uvoľnenie viazaných rozpočtových prostriedkov z nástroja flexibility. Musím podotknúť, že ak všetci zúčastnení aktéri na úrovni EÚ a členských štátov nezačnú situáciu riešiť komplexne od základov, hrozí nám, že problém prerastie do rozmerov, ktoré bude mať ťažkosť financovať aj samotná EÚ.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report on Mobilisation of the Flexibility Instrument for immediate budgetary measures to address the refugee crisis, which is extremely important.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az úgynevezett Rugalmassági Eszköz olyan egyértelműen meghatározott kiadások finanszírozására vehető igénybe, amelyek az egyéb fejezetekhez rendelt felső határértékek keretében nem lennének finanszírozhatók. A Bizottság megállapította, hogy sürgős igények miatt jelentős további előirányzatokat kell igénybe venni a migrációs és menekültügyi válság enyhítésére irányuló intézkedések finanszírozására, ezért parlamenti és tanácsi határozat elfogadására tett javaslatot, amelynek értelmében az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetésének 3. fejezetét 1 506 millió, 4. fejezetét pedig 24 millió euró kötelezettségvállalási előirányzattal kell e célból a Rugalmassági Eszköz terhére kiegészíteni.

A Költségvetési Bizottság jelentésében indokoltnak tekinti a Bizottság javaslatát, és annak elfogadását ajánlja a Parlamentnek. Az előterjesztést ennek megfelelően megszavaztam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne la mobilisation de l'instrument de flexibilité pour faire face à la crise migratoire. Il fait suite au compromis sur le budget 2016 trouvé par le Parlement et le Conseil.

En effet, dans son projet de budget initial, la Commission a proposé la mobilisation de l'instrument de flexibilité à hauteur de 123,9 millions d'euros pour financer des mesures de gestion de la crise des réfugiés au-dessus du plafond de la rubrique 3 (citoyenneté et sécurité).

Cependant, face à l'ampleur du problème, la Commission a décidé de réviser sa position en proposant dans sa lettre rectificative une augmentation des crédits de 1,5 milliard d'euros (le comité de conciliation quant à lui s'est mis d'accord sur un montant 1,53 milliard d'euros). La répartition des crédits de paiement s'effectuerait comme suit: 710 millions d'euros en 2016 ; 652,9 millions en 2017 ; 82,7 millions en 2018 ; 58,5 millions en 2019.

Ce rapport étant la continuité du compromis sur le budget 2016 qui impose un financement européen conséquent pour faire payer aux États le coût de la crise migratoire, qui est organisée par les élites européennes contre la volonté des peuples. On ne peut donc que s'y opposer.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O Regulamento (UE, Euratom) n.º 1311/2013, no seu artigo 11.º, prevê a mobilização do Instrumento de Flexibilidade até um limite máximo anual de 471 milhões de euros (valores de 2011) para permitir o financiamento de despesas especificamente identificadas que não puderam ser financiadas dentro dos limites máximos disponíveis de uma ou mais rubricas.

Dada a necessidade premente de fazer face à crise migratória e dos refugiados, é imprescindível a mobilização de um montante adicional para financiar medidas de apoio.

Subscrevo a posição do Relator, relativamente à mobilização deste instrumento, sobre a necessidade crucial de o orçamento da União ser mais flexível. Estas dotações adicionais só são possíveis graças à transição de montantes não utilizados dos instrumentos de flexibilidade dos exercícios de 2014 e 2015.

Pelo exposto no relatório e pela necessidade de criar mecanismos orçamentais imediatos para fazer face à crise dos refugiados, o presente relatório merece o meu voto favorável.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne la mobilisation de l'instrument de flexibilité pour faire face à la crise migratoire. Il fait suite au compromis sur le budget 2016 trouvé par le Parlement et le Conseil.

En effet, dans son projet de budget initial, la Commission a proposé la mobilisation de l'instrument de flexibilité à hauteur de 123,9 millions d'euros pour financer des mesures de gestion de la crise des réfugiés au-dessus du plafond de la rubrique 3 (citoyenneté et sécurité).

Cependant, face à l'ampleur du problème, la Commission a décidé de réviser sa position en proposant dans sa lettre rectificative 2/2016 une augmentation des crédits de 1,5 milliard d'euros. Le comité de conciliation quant à lui s'est mis d'accord sur un montant 1,53 milliard d'euros alloués à la crise des migrants au-dessus des plafonds des rubriques 3 et 4.

La répartition des crédits de paiement s'effectuerait comme suit: 710 millions d'euros en 2016 ; 652,9 millions en 2017 ; 82,7 millions en 2018 ; 58,5 millions en 2019.

Ce rapport étant la continuité du compromis sur le budget 2016 et proposant un financement européen conséquent pour la gestion de la crise migratoire, on ne peut que s'y opposer. J'ai donc voté contre.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui appelle à mobiliser l'instrument de flexibilité pour un montant de 1,530 milliard d'euros en crédits d'engagement afin de financer la réponse européenne à la crise migratoire qui la touche. Ce texte rappelle que les plafonds de la rubrique 3 (Sécurité et citoyenneté) et de la rubrique 4 (L'Europe dans le monde) pour l'exercice 2016 ne permettent pas de financer entièrement les mesures urgentes dans ce domaine, comme la sécurisation des frontières extérieures par le recrutement de personnel supplémentaire dans l'agence Frontex.

Afin de compléter le budget 2016 et pour respecter la règle du plafond annuel de 471 millions d'euros de paiements au titre de l'instrument de flexibilité, ce rapport recommande que les crédits de paiement soient répartis sur plusieurs exercices et qu'ils s'établissent à hauteur de 734,2 millions d'euros en 2016, 654,2 millions d'euros en 2017, 83 millions d'euros en 2018 et à 58,6 millions d'euros en 2019.

József Nagy (PPE), írásban. – Fontosnak tartom, hogy az EU bizonyítsa, hogy nem csak elméleti szinten, de a gyakorlatban is képes gyors és flexibilis döntéshozatalra, amivel nagyban előremozdítja a sürgős ügyek megoldását. A migrációs krízis, amivel ma Európának szembe kell néznie, pont ilyen intézkedéseket igényel a részünkről.

Ezért is támogatom, hogy komoly pénzüsszegek kerüljenek átirányításra a kríziskezelésre, hiszen ha vannak tartalékaink és forrásaink, azokat most mindenképpen ki kell használnunk, ezzel is elősegítve az olyan ügynökségek, mint a Frontex, Europol vagy az Easo munkáját, valamint a migrációs áradat által leginkább sújtott országok helyzetének javulását.

Victor Negrescu (S&D), in writing. – I have voted for this report, which will bring more flexibility for the Union's Budget, especially addressing the refugee crisis.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), in writing. – I supported this report as it was necessary to mobilise funding to finance measures to address the refugee crisis and migration, especially in the context of the humanitarian approach.

Norica Nicolai (ALDE), în scris. – Am susținut prin votul meu de astăzi acest raport ce parafează negocierile dintre reprezentanții Parlamentului European și ai Consiliului cu privire la mobilizarea instrumentului de flexibilitate în contextul măsurilor privind migrația.

Implicațiile bugetare ale fenomenului migrator recent din UE, pregătirea statelor membre pentru a oferi condiții de trai acestor persoane sunt extrem de importante, iar aceste costuri nu au fost anticipate în 2013 când a fost negociat și aprobat cadrul bugetar 2014-2020.

Era o necesitate a acestui moment ca acest instrument de flexibilitate, ce va permite utilizarea sumei de 1,506 milioane de euro, să fie aprobat și Comisia să primească undă verde pentru relocarea de fonduri în noul context.

Luděk Niedermayer (PPE), písemně. – Podpořil jsem navýšení prostředků na migraci v rozpočtu 2016 použitím nástroje flexibility. Jedná se o jednoznačnou prioritu, na niž je třeba využít maximum zdrojů. Dodatečná rozpočtová injekce v podobě 1,5 miliardy EUR nám umožní skutečně napřít síly do úspěšného zvládnutí uprchlické krize. Bude třeba bedlivě dohlížet na jejich využití, aby směřovaly do smysluplných a efektivních projektů a nekončily v černé díře. Jedním z příkladů může být zkvalitnění řízení vnějších hranic, aby se podařilo dostat migrační tok pod kontrolu. K tomu je každopádně třeba posílit evropský rozměr kontroly vnějších hranic.

Franz Obermayr (ENF), schriftlich. – Der Bericht über die Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments für haushaltspolitische Sofortmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda erteilt die Zustimmung für eine Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments in Höhe von 1 530 Mio. EUR. Dies wurde von mir abgelehnt, da diese Inanspruchnahme schon in der Vergangenheit ihre gewünschte Wirkung verfehlt hat.

Younous Omarjee (GUE/NGL), par écrit. – J'ai soutenu ce rapport, qui vise à approuver la mobilisation de l'instrument de flexibilité afin de prendre des mesures budgétaires immédiates pour renflouer les crédits financiers alloués à la gestion de la crise des migrants et des réfugiés.

Il s'agit de réaffecter des budgets non utilisés sur les exercices 2014 et 2015 pour financer, à hauteur de 1,530 milliard d'euros, des mesures dans le domaine de la migration et des réfugiés pour la période 2016-2019. 734,2 millions d'euros supplémentaires seront ainsi alloués à l'exercice de 2016, pour que l'Union Européenne puisse répondre à l'urgence de cette crise.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Toetasin, et oleks lisavahendeid kiireloomuliste meetmete võtmiseks rände- ja pagulasvaldkonnas.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this flexibility instrument because the instrument focuses on an amount for EUR 1.53 billion in commitment appropriations to deal with the migration crisis. A further EUR 24 million is being allocated for Global Europe to help refugees and migrants seek employment and social justice under the heading of Global Europe. The key points surrounding this instrument focuses over four years from 2016 to 2019 for a total of EUR 1.3 billion, the largest amounts are spread over 2016 & 2017. In 2016 EUR 734.2 million has been allocated and for 2017 EUR 654.2 has been allocated.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ribadendo anche in relazione a questa decisione che l'emergenza migranti richiede uno sforzo finanziario ingente per l'Unione tutta, ho apprezzato la mobilitazione dello strumento di flessibilità, nel quadro del bilancio 2016, per 1 506 milioni di euro. Sottolineando ancora la necessità di garantire una maggiore flessibilità per il bilancio dell'Unione nel far fronte a situazioni di emergenza, ho votato positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Problem izbjegličke krize neće se riješiti sam od sebe. Naprotiv, okretanjem glave na drugu stranu problem će postajati sve veći. Smatram da problem treba rješavati na mjestu njegova nastanka te da ljudima moramo osigurati uvjete da ostanu živjeti u svom domu i svojoj domovini.

No, to je proces za koji je potrebna politička volja i sudjelovanje svih. U ovom trenutku moramo pomoći zemljama koje su pod najvećim pritiskom izbjegličkog vala, jer trendovi pokazuju da se priljev novih izbjeglica neće tako brzo zaustaviti. Prema podacima Ministarstva unutarnjih poslova RH, od početka migracijske krize pa do danas, u Republiku Hrvatsku ušlo je gotovo 420 000 migranata. Međutim, dosad je samo njih 9 zatražilo azil u Republici Hrvatskoj.

Prema nekim procjenama, izbjeglička kriza dnevno stvara troškove od 2 milijuna kuna. Dosadašnje stvarne troškove je teško procijeniti, jer svi računi ne stižu istovremeno na naplatu, a i pojedina ministarstva financiraju troškove iz vlastitog proračuna te će im sredstva biti naknadno refundirana.

Europska komisija odobrila je 6. studenog 2015.g. Republici Hrvatskoj 16,4 milijuna EUR iz kriznih fondova za nastale troškove upravljanja izbjegličkom krizom. Podržavam izvješće Odbora za proračun o mobilizaciji instrumenata fleksibilnosti, koji će se namijeniti za upravljanje izbjegličkom krizom.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne la mobilisation de l'instrument de flexibilité pour faire face à la crise migratoire. Il fait suite au compromis sur le budget 2016 trouvé par le Parlement et le Conseil.

En effet, dans son projet de budget initial, la Commission a proposé la mobilisation de l'instrument de flexibilité à hauteur de 123,9 millions d'euros pour financer des mesures de gestion de la crise des réfugiés au-dessus du plafond de la rubrique 3 (citoyenneté et sécurité). Cependant, face à l'ampleur du problème, la Commission a décidé de réviser sa position en proposant dans sa lettre rectificative 2/2016 une augmentation des crédits de 1,5 milliard d'euros. Le comité de conciliation quant à lui s'est mis d'accord sur un montant 1,53 milliard d'euros alloués à la crise des migrants au-dessus des plafonds des rubriques 3 et 4.

La répartition des crédits de paiement s'effectuerait comme suit: 710 millions d'euros en 2016 ; 652,9 millions en 2017 ; 82,7 millions en 2018 ; 58,5 millions en 2019.

Ce rapport étant la continuité du compromis sur le budget 2016 et proposant un financement européen conséquent pour la gestion de la crise migratoire, on ne peut que s'y opposer.

J'ai donc voté contre.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Dvije stvari su važne u vezi ovog prijedloga odluke o mobilizaciji instrumenata fleksibilnosti. Prvo, dodatna su sredstva potrebna kako bi se na kvalitetan način financirale i podržale neophodne mjere u pogledu izbjegličke krize i migracija. Drugo, ovaj slučaj pokazuje kako je potrebna veća fleksibilnost proračuna Unije općenito. U tom svjetlu, pozdravljam odluku da se instrument fleksibilnosti mobilizira u iznosu od 1 506 milijuna eura u odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza iz naslova 3. „Sigurnost i građanstvo” te 24 milijuna eura iz naslova 4. „Globalna Europa”.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Nedvojbeno je da treba voditi računa o dodjeli većih proračunskih sredstava za niz fondova i tijela EU-a koja se bave kontrolom ulaska i funkcioniranja Schengena kako bi se savladali izazovi kontrole granice, slobode kretanja unutar Unije i europske solidarnosti. Sirija je ključno žarište, ali ne i jedino te je problem potrebno sagledati sveobuhvatno unutar nove strategije vanjske i sigurnosne politike EU-a objedinjavanjem vanjskih, sigurnosno-obrambenih, razvojnih, humanitarnih i trgovinskih mehanizama kako bi EU zajedno sa SAD-om i drugim strateškim partnerima djelovala angažiranije kao globalni akter i nalazila rješenja za uzroke krize. Uredba Vijeća br. 1311/2013 predviđa Instrument fleksibilnosti namijenjen financiranju, u odnosnoj financijskoj godini, jasno određenog rashoda koji nije moguće financirati u okviru gornjih granica raspoloživih za jedan ili više drugih naslova najviše do 471 milijuna EUR (u cijenama iz 2011.) koji se može iskoristiti najdulje u roku od 3 godine (n+3). Obzirom na mogućnosti u navedenoj uredbi smatram opravdanim da se mobilizira 1.504 milijuna EUR kroz Instrument fleksibilnosti za ovo pitanje.

Ovim putem naglašavam da je do današnjeg dana u RH kao tranzitnu zemlju ušlo preko 440 000 izbjeglica, stoga je jako važno ojačati upravljanje vanjskih granica jer nikako ne smijemo dopustiti da Mediteran bude mjesto pogibelji onih koji žele život u Europi.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – Ho votato a favore del ricorso allo strumento di flessibilità per finanziare alcune misure urgenti per far fronte alla dimensione esterna delle sfide poste dalla crisi dei rifugiati. La mobilitazione riguarda un importo totale di 1 504 milioni di EUR nel quadro finanziario pluriennale. Alla luce del fatto che i massimali delle rubriche n. 3 (Sicurezza e cittadinanza) e n. 4 (Europa globale) previsti nel bilancio 2016 dell'UE non risultavano essere sufficienti, si è reso necessario ricorrere a tale strumento. A tal fine si prevede uno stanziamento di 734,2 milioni di EUR nel 2016, di 654,2 milioni di EUR nel 2017, di 83 milioni di EUR nel 2018 e di 58,6 milioni di EUR nel 2019. Ritengo, altresì, che il ricorso allo strumento di flessibilità sia un chiaro segnale della necessità di garantire maggiore flessibilità nel bilancio dell'UE in maniera tale da essere più reattivi nel fornire le risposte alle situazioni di crisi.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – J'ai voté pour le rapport Fernandes sur la mobilisation de l'instrument de flexibilité aux fins des mesures budgétaires immédiates au titre de l'agenda européen en matière de migration.

Cela portera sur l'affectation proposée des crédits de paiement correspondants d'un montant de 734,2 millions d'euros pour l'exercice 2016, de 654,2 millions d'euros pour l'exercice 2017, de 83 millions d'euros pour l'exercice 2018 et de 58,6 millions d'euros pour l'exercice 2019.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* – A atual crise dos refugiados exige um financiamento adequado das medidas urgentes previstas no âmbito da Agenda Europeia para a Migração. Contudo, os limites máximos das despesas no âmbito da categoria 3 (Segurança e cidadania) e da categoria 4 (Europa Global) não permitem fazer face à dimensão externa dos desafios. Afigura-se, portanto, necessário mobilizar o Instrumento de Flexibilidade para complementar o financiamento do orçamento geral da União para o exercício de 2016, para além dos limites máximos, com mais de 1506 milhões de EUR para a categoria 3 e mais 24 milhões de EUR para a categoria 4. As dotações adicionais serão possíveis graças à transição de montantes não utilizados dos instrumentos de flexibilidade dos exercícios de 2014 e 2015.

Neste sentido, a Comissão Europeia propõe a reafetação das dotações para autorizações, repartindo-as por vários exercícios, sendo estimadas em 734,2 milhões de EUR em 2016, 654,2 milhões de EUR em 2017, 83,0 milhões de EUR em 2018 e 58,6 milhões de EUR em 2019. Cumpre registrar que esta reafetação permite financiar as medidas adotadas, tal como previsto no artigo 11.º do Regulamento que estabelece o QFP.

Tendo em conta o que ficou dito, votei a favor da proposta de decisão do Parlamento Europeu e do Conselho relativa à mobilização do Instrumento de Flexibilidade.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this flexibility instrument because the instrument focuses on an amount for EUR 1.53 billion in commitment appropriations to deal with the migration crisis. A further EUR 24 million is being allocated for Global Europe to help refugees and migrants seek employment and social justice under the heading of Global Europe. The key points surrounding this instrument focuses over four years from 2016 to 2019 for a total of EUR 1.3 billion, the largest amounts are spread over 2016 & 2017. In 2016 EUR 734.2 million has been allocated and for 2017 EUR 654.2 has been allocated.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution.

La crise actuelle des réfugiés à laquelle l'Union européenne fait face est historique et demande une réponse alliant responsabilité, courage et respect de nos valeurs européennes. Ceci implique de doter l'Union des ressources budgétaires nécessaires afin de financer les mesures d'urgence prévues.

Nous savons que les plafonds des rubriques 3 «Sécurité et citoyenneté» et 4 «l'Europe dans le monde» pour l'exercice 2016 ne permettent pas un financement adapté de ces mesures. C'est pourquoi nous mobilisons aujourd'hui l'instrument de flexibilité pour un montant de 1,530 milliard d'euros en crédits d'engagements, ces crédits supplémentaires provenant des montants non utilisés des instruments de flexibilité des exercices 2014 et 2015. De plus, aucun montant ne sera reporté à l'exercice 2017.

Maintenant, il conviendra de s'assurer que les mesures décidées seront mises en œuvre et que chacun des acteurs concernés assumera ses engagements.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – O instrumento de solidariedade é mobilizado a fim de disponibilizar os montantes de 1 506 milhões de EUR na categoria 3 (Segurança e cidadania) e de 24 milhões de EUR na categoria 4 (Europa Global), a serem utilizados para financiar medidas de gestão da crise dos refugiados. Acrescenta ainda a proposta de alocação das dotações para pagamentos de 734,2 milhões de EUR em 2016, 654,2 milhões de EUR em 2017, 83 milhões de EUR em 2018 e 58,6 milhões de EUR em 2019.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – Con esta decisión, el Parlamento advierte de que los límites máximos de 2016 para las rúbricas 3 y 4 del presupuesto no permiten una adecuada financiación de medidas urgentes en el ámbito de la migración y los refugiados, y expresa su acuerdo con la movilización del Instrumento de Flexibilidad por un importe de 1 530 millones EUR en créditos de compromiso y con la propuesta de asignación de los créditos de pago correspondientes por valor de 734,2 millones EUR en 2016, 654,2 millones EUR en 2017, 83 millones EUR en 2018 y 58,6 millones EUR en 2019.

Asimismo, advierte de que la movilización del Instrumento de Flexibilidad demuestra nuevamente la imperativa necesidad de que el presupuesto de la Unión sea más flexible.

Por todo ello, he dado mi voto a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Dans le cadre du budget général de l'Union européenne relatif à l'exercice 2016, il est fait appel à l'instrument de flexibilité pour fournir la somme de 1 506 millions d'euros en crédits d'engagement à la rubrique 3 (Sécurité et citoyenneté) et de 24 millions d'euros en crédits d'engagement à la rubrique 4 (L'Europe dans le monde). Compte tenu des besoins urgents, ces montants serviront à financer des mesures destinées à gérer la crise des réfugiés et je m'en réjouis. Sur la base du profil des paiements escomptés, les crédits de paiement correspondant à la mobilisation de l'instrument de flexibilité s'établiront comme suit: 734,2 millions d'euros en 2016, 654,2 millions d'euros en 2017, 83 millions d'euros en 2018 et 58,6 millions d'euros en 2019.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A Europa tem vindo a experienciar, em particular durante o último ano, um longo e difícil desafio com a contínua vaga de migrantes/refugiados, que procuram no velho continente um novo alento para reiniciar as suas vidas.

Porém, esta situação tem-se traduzido, nalguns casos, em desfechos trágicos e, por essa razão, a União Europeia tem procurado dar uma resposta, atendendo aos instrumentos que tem ao seu dispor. Nessa medida, a UE adotou um modelo de financiamento de medidas urgentes no domínio das migrações, que foi proposto pela Comissão Europeia, através da mobilização do Instrumento de Flexibilidade.

A proposta foi no sentido de aumentar a alocação das dotações de pagamento em mais 1 506 milhões de euros, (relativo à rubrica «segurança e cidadania») e 24 milhões de euros na rubrica «Europa Global», o que constitui uma ajuda adicional, básica e imprescindível, atendendo à evolução dramática desta situação.

Assim, utilizar este instrumento para financiar medidas de gestão da crise de refugiados parece-me uma decisão necessária e justificável para a ativação deste procedimento extra, pelo que atribuí o meu voto favorável a este Relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui rappelle combien le budget de l'Union européenne doit être flexible pour faire face aux crises et à leurs conséquences. Ce texte permet en effet de mobiliser l'instrument de flexibilité pour accompagner, à hauteur de 66,1 millions d'euros, les mesures exceptionnelles destinées à gérer la crise des réfugiés. L'Union européenne doit être solidaire et apporter son aide et sa contribution dans la résolution de la crise migratoire actuelle.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quanto essa apporta misure di bilancio immediate per affrontare l'emergenza dei rifugiati. Il quadro finanziario pluriennale per il periodo 2014-2020 autorizza la mobilitazione dello strumento di flessibilità che elargisce stanziamenti di pagamenti scaglionati su vari esercizi di bilancio per un importo complessivo di 1 506 milioni di EUR. Nello specifico il testo prevede la mobilitazione completa dello strumento di flessibilità nel 2016 per gestire la crisi dei rifugiati.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe Fernandes que acuerda movilizar 66,1 millones de euros en compromisos de pago en dos años (52,9 millones en 2016 y 13,2 millones en 2017) para tratar la crisis de refugiados y de migrantes, aprovechando el, muy limitado, Instrumento de Flexibilidad habilitado en el presupuesto. Es una cifra pequeña, pero votar en contra sería peor, al no movilizarla.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización del Instrumento de Flexibilidad que permitirá la implementación de medidas presupuestarias inmediatas en relación a la Agenda Europea de Migración. De este modo, se podrá modificar el presupuesto para sumar las partidas necesarias para las políticas europeas de acogida de la población migrante, que posibilitarán planes de vivienda o empleo, las políticas de asilo, con la agilización de la resolución de las demandas de asilo, y las operaciones de salvamento marítimo. Estamos ante una competencia mixta que comparten la Unión y los Estados miembros, por lo que nuestro voto favorable presupone una voluntad de los Estados que en la práctica no hemos estado viendo. Confiamos en que el gasto que hemos aprobado se destine a lo que realmente se pretende y no termine, como hemos visto hasta ahora, gastándose en el refuerzo de la Europa Fortaleza.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report as it calls for more EU spending, which I am against.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this budgetary procedure because the mobilisation of these funds should be and is a priority of the EU.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Utečencom, ktorí sú v ohrození života, je nevyhnutné pomôcť. Rovnako je dôležité vyčleniť dostatok finančných prostriedkov, pretože čelíme najväčšej utečeneckej kríze. Avšak je potrebné, aby sme sa pri takejto forme uplatňovania rozpočtových opatrení zamerali aj na to, ako konkrétne použiť tieto financie a zabezpečiť kontrolu ich transparentného využitia. Takýto dôležitý nástroj mi v tomto prípade chýbal, preto som sa pri hlasovaní o Mobilizácii nástroja flexibility na okamžité rozpočtové opatrenia v rámci európskej migračnej agendy zdržal.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Európska migračná agenda sa nedá riešiť bez finančných prostriedkov. Preto Komisia navrhla mobilizovať nástroj flexibility nad rámec stropu a doplniť prostriedky vo všeobecnom rozpočte Únie na rozpočtový rok sumou 1 504 miliónov eur vo viazaných rozpočtových prostriedkoch na financovanie opatrení v súvislosti s migračnou krízou v Európe. Okrem tejto sumy na návrh Parlamentu zmierovací výbor súhlasil, aby sa uvoľnilo ďalších 24 miliónov eur. Uvoľnenie viazaných finančných prostriedkov z nástroja flexibility vo výške 1 530 miliónov eur veľmi účinne pomôže pri okamžitom, ale aj dlhodobjšom riešení problémov s migrantmi v jednotlivých členských štátoch, ktoré by v rámci svojich vlastných rozpočtov nevedeli zabezpečiť vykrytie nákladov v súvislosti s hotspotmi, prechodnými ubytovaniami, poskytnutím zdravotnej a sociálnej pomoci, humanitárnej pomoci a v boji proti prevádzacom.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – Da bi Komisija dopolnila financiranje ukrepov v okviru evropske agende o migracijah iz splošnega proračuna 2016, je predlagala uporabo instrumenta prilagodljivosti, pri čemer je preseгла zgornjo mejo razdelka 3 za 1.504 milijonov EUR.

Spravni odbor se je v okviru pogajanj o proračunu 2016 strinjal s tem presežkom zgornje meje, poleg tega pa je za reševanje izzivov begunske krize potrdil predlog Parlamenta, da se instrument prilagodljivosti uporabi tudi v znesku 24 milijonov nad zgornjo mejo razdelka 4. Skupni znesek instrumenta prilagodljivosti za leto 2016 je s tem v celoti izkoriščen.

Ker zgornji meji razdelkov 3 in 4 proračuna za leto 2016 ne dopuščata financiranja nujnih ukrepov na področju migracij in beguncev, podpiram ukrep, da se iz instrumenta prilagodljivosti uporabijo sredstva v skupni višini 1.530 milijonov EUR. Zato sem poročilo pri glasovanju podprl.

Joachim Starbatty (ECR), schriftlich. – Der Vorschlag zur Mobilisierung des Flexibilitätsinstruments erschien zusammen mit dem Berichtigungsschreiben 2/2016 der Kommission vom 14. Oktober 2015. Diese Mobilisierung betrifft einen Betrag von 1,5 Milliarden Euro über der Obergrenze des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) in der Rubrik 3 und 24 Millionen Euro in Rubrik 4 und dient zur Finanzierung von Fördermaßnahmen für die Verwaltung der Flüchtlingskrise.

Grundsätzlich spreche ich mich für die Genehmigung von Mitteln zur Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise sowie für die Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments unter außergewöhnlichen Umständen aus.

Ich glaube allerdings, dass es mehr Möglichkeiten für eine Mittelumschichtung im Haushalt 2016 gibt. Es gibt eine Reihe von Haushaltslinien mit schlechter Umsetzung und keinem nachweisbarem EU-Mehrwert, die gekürzt werden könnten, um einen Beitrag zur Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise zu leisten. Hierfür bedarf es eines umfassenden Konzeptes der EU, wie wir es von der ALFA bereits vor Wochen vorgestellt haben. Dazu gehören unter anderem Maßnahmen wie eine umfassende Kontrolle der EU-Außengrenzen, die Einrichtung von Transitzonen außerhalb des Schengen-Raums und die konsequente Rückführung abgewiesener Asylbewerber.

Da dies immer noch aussteht, habe ich mich der Stimme enthalten.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – Problematika utečeneckej krízy si vzhľadom na svoju naliehavú potrebu pragmatického riešenia situácie vyžaduje prijatie okamžitých a efektívnych opatrení, preto je skutočne dôležité, aby bol rozpočet Únie flexibilnejší.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Podržavam ovaj izvještaj jer je zbog izbjegličke krize potrebno mobilizirati dodatna odobrena sredstva za financiranje politike migracija i unutarnjih poslova. Smatram da treba upotrijebiti neiskorištene godišnje iznose iz instrumenata fleksibilnosti iz prethodnih godina. Nadalje, držim da bi se odobrena sredstva za plaćanje koja odgovaraju predviđenoj mobilizaciji instrumenata fleksibilnosti trebala raspodijeliti u nekoliko proračunskih godina (710 milijuna eura 2016., 652,9 milijuna eura 2017., 82,7 milijuna eura 2018. i 58,5 milijuna eura 2019.) sve u skladu s godišnjim proračunskim postupkom.

Catherine Stihler (S&D), in writing. – I voted in favour of this report. After having examined all possibilities for reallocating appropriations, the Commission proposes to mobilise the Flexibility Instrument for the amount of EUR 1.5 billion through the Flexibility Instrument to finance measures in the field of migration. This includes unused annual amounts available for the Flexibility Instruments of previous years (2014 and 2015). That amount shall be used to finance measures for managing the refugee crisis. The refugee crisis is, and must continue to be, a priority for the EU and so I am supportive of this much-needed funding.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Regulativa Europskog vijeća br. 1311/2013, u kojoj su zadani višegodišnji financijski okviri za razdoblje 2014. – 2020. godine, dopušta aktiviranje tzv. Fleksibilnog instrumenta, koji dopušta financiranje nepredviđenih troškova. Nakon detaljnog pregleda svih mogućnosti preraspodjele sredstava, pokazalo se nužnim, iz već određenog financijskog okvira izdvojiti dodatnih 1 504 milijuna EUR za financiranje mjera u sektoru migracija. Ova brojka uključuje iznos od 123 966 698 EUR, koje je Komisija predložila za korištenje u istom sektoru kroz Fleksibilni instrument u prvobitnom nacrtu proračuna za 2016. godinu, međutim isti je ukinut i zamijenjen ovim prijedlogom. Preraspodjela sredstava u skladu s aktiviranjem Fleksibilnog instrumenta je sljedeća:

- EUR 710 milijuna za 2016. godinu
- EUR 652,9 milijuna za 2017. godinu
- EUR 82,7 milijuna za 2018. godinu
- EUR 58,5 milijuna za 2019. godinu

Podržavam izdvajanje i preraspodjelu sredstava, jer smatram kako u sadašnjoj migracijskoj situaciji treba financijski podržati napore koji se ulažu u njeno rješavanje.

Richard Sulík (ECR), *písomne.* – Pri hlasovaní o návrhu som sa zdržal. Súhlasím síce s navýšením prostriedkov EÚ na riešenie utečeneckej krízy, no voči tomuto konkrétnemu návrhu mám dve zásadné pripomienky. Po prvé, nesúhlasím s tvrdením Komisie, že v rámci danej rozpočtovej kapitoly už vyčerpala všetky dostupné možnosti na presun zdrojov. A po druhé, odmietam účel použitia týchto prostriedkov, keďže väčšina zo schváleného balíka má slúžiť na financovanie schém povinného prerozdelenia utečencov, čo principiálne odmietam.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi instrumenta prilagodljivosti za takojšnje proračunske ukrepe za obravnavo begunske krize.

V spravnem postopku med Evropski parlamentom in Evropskim svetom smo se dogovorili, da bomo poleg povišanja proračuna EU za leto 2016 za begunsko krizo, dodatno uporabili instrument prilagodljivosti v višini 24 mio eurov.

Begunska oz. migrantska kriza iz dneva v dan dobiva večje razsežnosti in zato moramo povečati sredstva ter pomagati državam, ki so najbolj obremenjene. Čez Slovenijo je do danes šlo že preko 250.000 beguncev oz. migrantov kar predstavlja več kot 10 % slovenskega prebivalstva.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně.* – Podpořil jsem usnesení Evropského parlamentu, kterým vyslovil souhlas s navýšením prostředků na financování opatření souvisejících s migrační krizí v celkové výši 1 506 milionů EUR. V roce 2016 by tak mohlo být k dispozici 734,2 milionů EUR. Domnívám se, že současnou situaci samozřejmě nelze řešit jen navýšením rozpočtových prostředků, ale na aktuální potřeby vycházející z výjimečnosti situace je třeba reagovat a zajistit bezproblémové financování oblasti bezpečnosti.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Τα μη χρησιμοποιηθέντα ετήσια ποσά που ήταν διαθέσιμα στο πλαίσιο των μέσων ευελιξίας των οικονομικών ετών 2014 και 2015 θα πρέπει να χρησιμοποιηθούν για την αντιμετώπιση της προσφυγικής κρίσης. Ποσά που αντιστοιχούν σε 1,5 δις. ευρώ, τη στιγμή που υπάρχουν κράτη μέλη της Ένωσης τα οποία μαστίζονται από την κρίση, κι όμως είναι οι πρώτες χώρες που χαρακτηρίζονται ως χώρες περισυλλογής μεταναστών και οφείλουν σύμφωνα με τους κανόνες της ΕΕ να τους φροντίσουν καθόλη την παραμονή τους εκεί. Χώρες, όπως η Ελλάδα, οι οποίες αδυνατούν να φροντίσουν τους ίδιους τους πολίτες τους.

József Szájer (PPE), írásban. – A 2016. évi uniós költségvetésben a kötelezettségvállalási előirányzatok 3. és 4. fejezetén belüli átcsoportosításával kapcsolatos valamennyi lehetőség mérlegelését követően szükségessé vált tűnt a Rugalmassági Eszköz kötelezettségvállalási előirányzatok javára történő igénybevétele. Ezért az Európai Bizottság javasolta a Rugalmassági Eszköz igénybe vételét annak érdekében, hogy a 3. fejezet felső határértékén felül 1 506 millió euró kötelezettségvállalási előirányzattal egészítsék ki az Európai Unió 2016. évi általános költségvetésében szereplő forrásokat az európai migrációs stratégia keretében hozott intézkedések finanszírozására.

A 2016-os költségvetéssel kapcsolatban összehívott egyeztetőbizottság a 3. fejezet felső határértékén felüli 1 506 millió eurós összegben kívül elfogadta a parlamenti küldöttség azon javaslatát is, hogy a Rugalmassági Eszköz keretében a 4. fejezet felső határértékén felül további 24 millió eurót vegyenek igénybe a menekültválság okozta kihívások külső dimenzióinak kezelésére. A fentiek alapján az Európai Parlament elfogadta a Rugalmassági Eszköz 1 530 millió euró összegű, kötelezettségvállalási előirányzatok formájában történő igénybe vételét.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal magam is hozzájárultam ahhoz, hogy az Európai Parlament jóváhagyja a Rugalmassági Eszköz igénybe vételét, a 2016. évi költségvetési előirányzaton felül 1 530 millió euró összegben a következő négy évre elosztva, a menekültválsággal kapcsolatban jelentkező közösségi és tagállami kiadások kiegészítő finanszírozására. Ennek kapcsán tudomásul kellett vennünk, hogy a jelenlegi költségvetési szerkezet és szabályozás mellett, a merev költségvetési fejezeti plafonok miatt nincs mód az ilyen, mégoly sürgető feladatok adott költségvetési fejezeten (adott esetben a 3. és a 4. fejezet) belül, illetve a felett való finanszírozására.

Emiatt ez a jelentés is rámutatott a költségvetés képzése és szabályozása rugalmasabbá tételének fontosságára, amit magam is sürgetőnek ítélek. Emellett aggályosnak tartom, hogy a Rugalmassági Eszköz most elhatározott felhasználása alapvetően a 2014-es és 2015-ös években képződött maradványok átviteléből adódik, ugyanakkor ilyen maradvány képződésére a Rugalmassági Eszköznél a 2017-es évben nem lehet számítani.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Obecna sytuacja napływu uchodźców jest jednym z najpoważniejszych wyzwań, przed jakimi stoi obecnie Unia Europejska. W przeciągu kilkunastu miesięcy europejska polityka migracyjna stała się zupełnie nieprzystająca do istniejących realiów. Dlatego też propozycja Komisji Europejskiej dotycząca uruchomienia instrumentu elastyczności poza wieloletnie ramy finansowe na finansowanie środków zarządzania kryzysem związanym z migracją i napływem uchodźców wydaje się jak najbardziej właściwa. Budżet UE powinien stać się bardziej elastycznym narzędziem, odpowiadającym na pojawiające się potrzeby i wyzwania. Dlatego też zdecydowałem się zagłosować za uruchomieniem tego instrumentu i przekazaniem dodatkowych środków na zarządzanie kryzysem.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – J'ai voté en faveur de la proposition de décision du Parlement européen et du Conseil relative à la mobilisation de l'instrument de flexibilité aux fins des mesures budgétaires immédiates pour faire face à la crise des réfugiés, conformément au point 12 de l'accord interinstitutionnel du 2 décembre 2013 entre le Parlement européen, le Conseil et la Commission sur la discipline budgétaire, la coopération en matière budgétaire et la bonne gestion financière.

Pavel Telička (ALDE), in writing. – More financial means are necessary to address the refugee crisis and I therefore supported the proposed mobilisation of the Flexibility Instrument to address it. The immediate budgetary measures will be used within the framework of the European Agenda on Migration. Thanks to the mobilisation, the general budget of the EU for the financial year 2016 will be complemented by EUR 1 504 million in commitment appropriations beyond the ceiling of the expenditure heading Security and Citizenship. I welcome that the European Parliament underlined also the external dimension of the challenges posed by the refugee crisis and proposed to further mobilise the Flexibility Instrument by EUR 24 million beyond the ceiling of expenditure heading Global Europe. In total, it was approved to mobilise the Flexibility Instrument for an amount of EUR 1 530 million in commitment appropriations, which will be allocated between 2016 and 2019.

Ruža Tomašić (ECR), napisan. – Zahtjev za mobiliziranje proračunskog instrumenta fleksibilnosti objavljen je u listopadu, a mobilizacija zahtjeva dodatnih 1,5 milijardi EUR za financiranje mjera povezanih s migracijskom i izbjegličkom krizom.

Potrošnja ovih sredstava planirana je za sljedeće projekte: hitnu pomoć u sustavu fonda za azil, migracije i integraciju te fonda za internu sigurnost; povećanje operativnih mogućnosti FRONTEX-a; povećanje osoblja u tri glavne agencije za migracije te konačno povećanje sredstava u fondovima AMIF-Asylum, AMIF- Return i ISF- Borders.

U principu se u potpunosti slažem s neospornom činjenicom o potrebi značajnih dodatnih sredstava u navedenom segmentu, te s time da se instrument fleksibilnosti mora pokrenuti u određenim izvanrednim situacijama, kao što je ova u kojoj se Europa trenutačno nalazi.

Iako sam slijedom navedenog glasovala za, moram izraziti protivljenje ovom konkretnom prijedlogu mjera jer ne mislim da je Komisija napravila dovoljno pažljivu i detaljnu analizu svih mogućnosti najefikasnijeg izvlačenja novca iz proračuna ukidanjem projekata bez dokazane dodane vrijednosti prije nego je opteretila proračune pojedinačnih država članica Unije iznosom koji zahtjeva.

Također, protivim se prisilnoj shemi realokacije izbjeglica, jer smatram da su jedino države članice one koje bi o tome trebale odlučivati; svaka od njih najbolje zna specifičnost svoje situacije u borbi s izbjegličkom krizom.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi instrumenta prilagodljivosti za takojšnje proračunske ukrepe za obravnavo begunske krize v skladu s točko 12 Medinstitucionalnega sporazuma z dne 2. decembra 2013 med Evropskim parlamentom, Svetom in Komisijo o proračunski disciplini, sodelovanju v proračunskih zadevah in dobrem finančnem poslovanju sem podprla, ker menim, da je potrebno s tem instrumentom dopolniti financiranje iz splošnega proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2016 in tako nameniti več sredstev od predvidenih za financiranje ukrepov obvladovanja begunske krize.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe Fernandes que acuerda movilizar 66,1 millones de euros en compromisos de pago en dos años (52,9 millones en 2016 y 13,2 millones en 2017) para tratar la crisis de refugiados y de migrantes, aprovechando el, muy limitado, Instrumento de Flexibilidad habilitado en el presupuesto. Es una cifra pequeña, pero votar en contra sería peor, al no movilizarla.

Evžen Tošenovský (ECR), *písemně*. – V poslední době jsem v souvislosti s uprchlickou krizí upozorňoval, že je potřeba navýšit příslušné rozpočty pro její zvládání, ochranu vnějších hranic EU apod. Obecně proto vítám uvolnění prostředků z nástroje pružnosti na okamžitá rozpočtová opatření. Nesouhlasím ale se systémem povinných kvót pro členské státy a nepodporuji tedy ani uvolnění prostředků na realokaci v rámci tohoto mechanismu. Proto jsem se zdržel hlasování.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Vorschlag zur Mobilisierung des Flexibilitätsinstruments erschien zusammen mit dem Berichtigungsschreiben 2/2016 der Kommission vom 14. Oktober 2015. Diese Mobilisierung betrifft einen Betrag von 1,5 Milliarden Euro über der Obergrenze des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) in der Rubrik 3 und 24 Millionen Euro in Rubrik 4 und dient zur Finanzierung von Fördermaßnahmen für die Verwaltung der Flüchtlingskrise.

Zur Bewältigung der Migrations- und Flüchtlingskrise ist ein erhöhter Mittelbedarf unabweisbar. Ich befürworte deshalb die Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments unter diesen außergewöhnlichen Umständen. Es ist wichtig und richtig, dass auch die EU einen angemessen hohen finanziellen Beitrag leistet. Deshalb habe ich dem Vorschlag zugestimmt.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution. It is fundamental that Europe is able to react as soon as possible to this very European crisis and mobilise as much money as possible to make easier the integration of the hundreds of thousands of people who are arriving in Europe, running away from their war-torn homeland.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est la continuité du compromis sur le budget 2016 et propose un financement européen conséquent pour la gestion de la crise migratoire auquel je m'oppose.

Je vote donc contre.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre szóló általános költségvetésében a Rugalmassági Eszköz igénybevételre kerül 1 506 millió euró összegű kötelezettségvállalási előirányzat biztosításához a 3. fejezetben (Biztonság és uniós polgárság), valamint 24 millió euró kötelezettségvállalási előirányzat biztosításához a 4. fejezetben (Globális Európa). Az említett összegeket a menekültügyi válság kezelésére irányuló intézkedések finanszírozására kell felhasználni. Ezen eszköznek a többéves pénzügyi keretről szóló rendelet 11. cikke szerinti igénybevétele újra kiemeli azt a döntő fontosságú igényt, hogy az uniós költségvetésnek rugalmasabbnak kell lennie. Voksommal támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor del informe Fernandes que acuerda movilizar 66,1 millones de euros en compromisos de pago en dos años (52,9 millones en 2016 y 13,2 millones en 2017) para tratar la crisis de refugiados y de migrantes, aprovechando el, muy limitado, Instrumento de Flexibilidad habilitado en el presupuesto. Es una cifra pequeña, pero votar en contra sería peor, al no movilizarla.

Viktor Uspaskich (ALDE), raštu. – Komisija pasiūlė mobilizuoti lankstumo priemonę viršijant 3 išlaidų kategorijos viršutinę ribą ir finansavimą iš Sąjungos 2016 finansinių metų bendrojo biudžeto papildyti 1 504 mln. EUR dydžio įsipareigojimų asignavimų suma priemonėms pagal Europos migracijos darbotvarkę finansuoti.

Ivo Vajgl (ALDE), in writing. – I voted in favour of the resolution on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on the mobilisation of the Flexibility Instrument for immediate budgetary measures to address the refugee crisis, in accordance with point 12 of the Interinstitutional Agreement of 2 December 2013 between the European Parliament, the Council and the Commission on budgetary discipline, on cooperation in budgetary matters and on sound financial management. I agree that due to the urgent needs, it is necessary to mobilise an important additional amount to finance measures to alleviate the migration and refugee crisis and that it is necessary to mobilise the Flexibility Instrument to complement the financing in the general budget of the European Union for the financial year 2016, beyond the ceilings of heading 3 by EUR 1 506 million and heading 4 by EUR 24 million to finance measures in the field of migration and refugees. The unused annual amounts available for the Flexibility Instruments of the financial years 2014 and 2015 should be used for this mobilisation.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), por escrito. – Con esta acción se lleva a cabo la movilización del Instrumento de Flexibilidad por un importe de 1 530 millones de euros en créditos de compromiso para medidas presupuestarias inmediatas que hagan frente a la crisis de los refugiados. Debido a su naturaleza, creo conveniente votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de la movilización del Instrumento de Flexibilidad que permitirá la implementación de medidas presupuestarias inmediatas en relación a la Agenda Europea de Migración. De este modo, se podrá modificar el presupuesto para sumar las partidas necesarias para las políticas europeas de acogida de la población migrante, que posibilitarán planes de vivienda o empleo, las políticas de asilo, con la agilización de la resolución de las demandas de asilo, y las operaciones de salvamento marítimo. Estamos ante una competencia mixta que comparten la Unión y los Estados miembros, por lo que nuestro voto favorable presupone una voluntad de los Estados que en la práctica no hemos estado viendo. Confiamos en que el gasto que hemos aprobado se destine a lo que realmente se pretende y no termine, como hemos visto hasta ahora, gastándose en el refuerzo de la Europa Fortaleza.

Hilde Vautmans (ALDE), schriftelijk. – Ik stemde voor deze resolutie, omdat het uiterst noodzakelijk is dat men in Europa tijdig reageert op de vluchtelingencrisis. Daarbij is het van essentieel belang dat men voldoende financiële middelen verzamelt om aan deze crisis het hoofd te kunnen bieden.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), par écrit. – Ce texte vise à permettre le financement du plan de relocalisation de demandeurs d'asile au sein de l'Union européenne. Les premières relocalisations ont enfin pu avoir lieu début octobre mais, à ce jour, 150 demandeurs d'asile seulement ont pu bénéficier du dispositif.

Alors que plusieurs États membres remettent en cause la plupart des engagements qu'ils avaient pris en la matière et, qui devraient concerner 160 000 demandeurs d'asile et réfugiés potentiels, puisqu'il s'agit uniquement de Syriens, d'Érythréens et d'Irakiens arrivés par la Grèce et l'Italie, il m'a paru important de soutenir la poursuite de ce plan à minima.

Le déblocage de 66,1 millions d'euros pour l'exercice 2015 a d'ores et déjà eu lieu, mais pour favoriser l'intégration de ces réfugiés et leur accueil dans d'autres États membres, pour les années à venir, la Commission européenne a demandé la mise en place de mesures, notamment financières exceptionnelles et propose d'allouer 734,2 millions d'euros en 2016, 654,2 millions en 2017, 83 millions en 2018 et 58,6 millions en 2019.

J'ai bien évidemment voté pour.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – Impõe-se uma resposta urgente a esta situação dos Balcãs. Este fluxo imparável e significativo é da maior preocupação do ponto de vista humanitário, cuja situação se agravou nos últimos dias, com a imposição por parte de vários países de barreiras discriminatórias e ilegais à circulação de pessoas, com base na sua nacionalidade. Medidas que se somam a atos de violência e extorsão cometidos pelas autoridades sobre pessoas desamparadas e vulneráveis.

Estas verbas que a UE tanto apregoa, destinam-se sobretudo a acentuar o caráter agressivo e xenófobo da atual política europeia de emigração, apostando na perseguição, na expulsão e na estigmatização dos emigrantes. Impõe-se a única resposta compaginável com alguns dos valores e princípios que a União Europeia gosta de proclamar, mas não pratica; a única resposta compaginável com os direitos humanos dos que fogem da miséria, do caos e da guerra que a União Europeia ajudou a semear e alimentou ativamente; ou seja: a criação imediata de rotas migratórias seguras e legais, que desarticulem as redes de tráfico.

Harald Vilimsky (ENF), schriftlich. – Eine weitere Ausdehnung der Verwendung dieser Mittel erfüllt ohne entsprechende Begleitmaßnahmen keinen Zweck. Der Vorschlag, den Haushaltsplan noch flexibler zu gestalten, würde zu einem Fass ohne Boden führen. Daher lehne ich diesen Bericht ab.

Udo Voigt (NI), schriftlich. – Die Einstellung zusätzlicher Finanzmittel in Höhe von 1,528 Mrd. Euro bis zum Jahr 2019 für weitere Maßnahmen im Bereich „Migration und Flüchtlinge“ kann nicht im Sinne einer europäischen Zukunftswahrung sein. Es werden auch keinerlei Obergrenzen sichtbar. Es ist völlig inakzeptabel, finanzielle Maßnahmen im Bereich der Bewältigung der „Flüchtlings“-Krise mit der Option auf ungebremste Steigerung in Aussicht zu stellen, wenn man die Ursachen der Armutsflüchtlinge unverändert läßt.

Beatrix von Storch (ECR), schriftlich. – Der Entschließung des Europäischen Parlaments über die Inanspruchnahme des Flexibilitätsinstruments für haushaltspolitische Sofortmaßnahmen im Rahmen der Europäischen Migrationsagenda habe ich meine Zustimmung verweigert.

Im Wesentlichen geht es um die haushalterische Umsetzung der europäischen Flüchtlingspolitik. Da ich die europäische Flüchtlingspolitik für verfehlt halte, will ich konsequenterweise kein Budget dafür bereitstellen. Insbesondere die Quoten müssen und werden scheitern, während die Umsiedlung von Flüchtlingen schon beim Start an die Wand gefahren ist.

Julie Ward (S&D), in writing. – I voted in favour of this mobilisation of funds because the refugee crisis is a critical and urgent priority for the EU. I deplore our own UK Government's inaction on this subject, lagging behind public opinion, and its continued refusal to take a European approach to what is clearly a European problem. Much more must still be done at a European level on common asylum procedures.

Anna Záborská (PPE), písomne. – O migračnej kríze nestačí len hovoriť, ale je potrebné prijímať konkrétne opatrenia, ktoré zmiernia jej negatívne dopady na členské štáty EÚ a ich občanov. Tieto opatrenia stoja peniaze. Zároveň je však súčasná kríza a obrovská vlna utečencov mimoriadnou udalosťou, ktorú rozpočet EÚ nepredvídal. Je preto potrebné mobilizovať nástroj flexibility a využiť tak existujúce rozpočtové rezervy, aby sme dokázali pokryť tieto mimoriadne náklady.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), γραπτώς. – Ενέκρινα με την θετική μου ψήφο την παρούσα πρόταση, στην ίδια κατεύθυνση με την πλειοψηφία της Επιτροπής Προϋπολογισμού και των περισσότερων πολιτικών ομάδων, συμβάλλοντας στην αποτελεσματικότερη αντιμετώπιση της προσφυγικής κρίσης που αντιμετωπίζει η Ευρώπη.

Jan Zahradil (ECR), *písemně*. – Agentury Frontex a Europol by měly mít dostatek prostředků pro ochranu vnějších hranic členských států EU, protože mohou skutečně pomoci migrační krizi lépe zvládat. Tato zpráva nicméně vyčleňuje prostředky také na relokační mechanismus, takže jsem ji samozřejmě nepodpořil, protože s přerozdělovacím mechanismem od začátku nesouhlasím.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de movilización del Instrumento de Flexibilidad por un importe de 1 530 millones EUR en créditos de compromiso y 806 millones EUR en créditos de pago para complementar la financiación de la política de migración, reforzando las rúbricas 3 y 4: «Seguridad y ciudadanía» y «Europa global».

En la actualidad, debido a la crisis de refugiados, la UE se ha visto en la necesidad de establecer, para hacerle frente, una serie de medidas que fomenten el bienestar, no solo de los refugiados, sino también a todos los Estados miembros que reciban grandes flujos de personas. El problema es la ausencia de márgenes disponibles dentro del marco financiero plurianual para atender la financiación de la movilización. Por ello, es necesario movilizar créditos adicionales para poder hacer frente a esta situación; de lo contrario, la estructura económica de la UE no tendría la capacidad para atender a tan elevado número de refugiados ni tampoco podría garantizarles bienestar.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – L'articolo 11 del regolamento che ha istituito il quadro finanziario pluriennale 2014-2020 prevede la possibilità di ricorrere allo strumento di flessibilità per permettere il finanziamento di spese eccezionali che non potrebbero essere finanziate all'interno dei massimali disponibili di una o più rubriche.

È questo il caso relativo alla questione immigrazione, poiché le misure previste dalla Commissione UE sfioravano i limiti per l'anno 2016 previsti dalla rubrica 3 (Sicurezza e cittadinanza) e, in minima parte, anche dalla rubrica 4 (Europa globale). Si è quindi deciso di utilizzare questo strumento speciale per un importo pari a 1,5 miliardi di euro. Gli stanziamenti di pagamento saranno invece pari a 734 milioni di euro nel 2016, 654 milioni nel 2017, 83 milioni nel 2018 e 58 milioni nel 2019.

La richiesta di mobilitazione di questo strumento è parte integrante dell'accordo sul bilancio dell'Unione europea per il 2016, pur essendo votata separatamente. Nonostante io sia contrario all'accordo globale sul bilancio UE, questa misura è necessaria per fornire nell'immediato una risposta europea alla gestione dell'emergenza immigrazione, che interessa oramai differenti fronti europei.

Jana Žitňanská (ECR), *písmenne*. – V hlasovaní o mobilizácii nástroja flexibility na okamžité rozpočtové opatrenia na riešenie utečeneckej krízy som sa zdržala. Nástroj flexibility mal byť v tomto prípade podľa návrhu mobilizovaný na financovanie Európskej migračnej agendy, pričom v návrhu bolo uvedené, že boli zvážené všetky možnosti relokácie finančných prostriedkov v rámci existujúceho rozpočtu. S týmto odôvodnením však nesúhlasím a zastávam názor, že súčasný rozpočet poskytuje možnosti, ktoré by ešte mohli byť využité, a to najmä v súvislosti s presunom financií z oblastí, ktoré majú nízku pridanú hodnotu. Tým by sa financie v rámci nástroja flexibility nevyčerpali celé, ako to bolo navrhované, ale financie by sa mohli preniesť do ďalšieho rozpočtového roka na pokrytie prípadných núdzových situácií. Druhým faktom, kvôli ktorému som nemohla mobilizácii nástroja flexibility dať svoj hlas bol, že z nástroja flexibility majú byť poskytnuté finančné prostriedky pre oba relokačné systémy, dočasný, ako aj permanentný systém relokácie žiadateľov o azyl, ktoré nepodporujem, keďže si myslím, že solidarita by medzi štátmi mala byť založená najmä na princípe dobrovoľnosti a nie na povinných kvótach.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – O instrumento de flexibilidade tem como função garantir uma maior flexibilização do Quadro Financeiro Plurianual, de forma a dar resposta a circunstâncias imprevistas que justifiquem que sejam ultrapassados os limites máximos dos títulos orçamentais, sendo o montante máximo anual deste instrumento de 471 milhões de euros (a preços de 2011).

Esta proposta vem substituir a da Comissão Europeia, que propunha a mobilização de 123 966 698 EUR para o Título 3 (Segurança e Cidadania) do orçamento da UE, de forma a apoiar as medidas para dar resposta à gestão da crise dos refugiados. Propõe-se, então, a mobilização de 1504 milhões de euros deste Instrumento para permitir que os limites do Título 3 sejam ultrapassados neste mesmo montante, usando para isso verbas não utilizadas nos anos anteriores de 2014 e 2015.

Os pagamentos serão efetuados até 2019 (710 milhões de euros em 2016, 652,9 milhões de euros em 2017, 82,7 milhões de euros em 2018 e 58,5 milhões de euros em 2019).

Votámos favoravelmente, tendo em conta, obviamente, a urgência em dar apoio humanitário e de inclusão a migrantes e refugiados. Esperamos que estes fundos sejam mobilizados com esse propósito, e não o de financiar a repressão.

10.3. Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Bereitstellung von Vorauszahlungen im Haushaltsplan 2016 (A8-0335/2015 - Lefteris Christoforou)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this disaster fund for Europe because it has been allocated EUR 50 million in commitment appropriations. The maximum ceiling for this fund is EUR 500 million per annum; we oppose commitment appropriations, as they only increase the budget. The money that the Member State claims has already been paid by the membership fees that they pay to the EU; it is clearly a case of getting your own money back.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – A seguito delle gravi inondazioni in Europa centrale del 2002, l'UE ha istituito il Fondo di solidarietà dell'UE (FSUE), per consentire all'Unione di rispondere in modo rapido, efficiente e flessibile alle situazioni di emergenza e per dimostrare solidarietà con la popolazione delle regioni colpite da catastrofi.

Purtroppo le procedure burocratiche di accesso ai fondi sono molto complesse e le quote accordabili sono realmente irrisorie. Ho presentato in merito due interrogazioni: una al Consiglio e una alla Commissione, chiedendo proprio l'aumento degli stanziamenti destinati al Fondo e lo snellimento delle procedure.

La relazione votata prende in esame l'articolo 4 bis del regolamento (CE) che ha istituito il Fondo di solidarietà, il quale prevede la possibilità di mobilitarlo per un importo massimo di 50 000 000 di euro per il versamento di anticipi e per l'iscrizione dei corrispondenti stanziamenti nel bilancio generale dell'Unione. Con questa relazione si chiede che nel quadro del bilancio generale fissato per il 2016 sia mobilitata una somma pari proprio al massimale di 50 milioni di euro di stanziamenti, di impegno e di pagamento, per il versamento degli anticipi.

Mi auguro che questa misura possa accelerare la risposta dell'Unione europea in caso di gravi calamità naturali. Per questo motivo ho votato a favore della relazione.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que considero necesario que el Fondo de Solidaridad de la Unión Europea disponga de los recursos necesarios en cada ejercicio para poder responder de la manera más rápida posible a las catástrofes que acaecieran en cualquier Estado miembro de la Unión Europea. Las situaciones de catástrofes naturales que se están produciendo en Europa necesitan una rápida respuesta y esta propuesta establece la dotación de fondos para poder reaccionar de la manera más rápida posible y poder paliar los efectos sobre los ciudadanos de las regiones afectadas. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le fonds de solidarité de l'UE a pour but de permettre aux États membres de recevoir un appui financier lorsqu'ils font face à une situation d'urgence provoquée par des catastrophes naturelles de grande ampleur ou régionales. Ce rapport envisage d'inscrire au budget 2016 la somme de 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement dans le but de verser à l'avance le montant défini aux États demandeurs. C'est une mesure positive qui permettra d'accélérer le versement de fonds dans des cas d'urgence.

J'ai donc voté pour.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I do not agree with the principle of the Solidarity Fund and therefore voted against.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą dėl ES solidarumo fondo lėšų mobilizavimo, kad iš 2016 m. biudžeto būtų skirta lėšų avansams mokėti. Europos Sąjungos solidarumo fondo tikslas – užtikrinti ES galimybę reaguoti į ekstremalias situacijas, kurias lėmė didelės gaivalinės nelaimės, ir išreikšti solidarumą su nelaimės ištiktais regionais Europoje. Šis pasiūlymas dėl sprendimo nesusijęs su konkrečia stichine nelaime – juo siekiama į 2016 m. ES biudžetą įrašyti 50 000 000 EUR sumą, kurią sudarys išsipareigojimų ir mokėjimų asignavimai, kad būtų galima laiku ir veiksmingai mokėti avansus, jei kitais metais atsitiktų kokia nors gaivalinė nelaimė. Pritariu, kad avansas turėtų būti sumokėtas valstybės narės prašymu ir tik Komisijai atlikus preliminarų atitinkamos ESSF paraiškos vertinimą. Avanso suma neturėtų viršyti 10 proc. numatytos finansinės paramos sumos ir neturėtų viršyti 30 mln. EUR.

Zoltán Balczó (NI), írásban. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapját azért hozták létre, hogy lehetővé tegye az Európai Unió számára a reagálást a jelentős természeti katasztrófákra. A 2014-2020-as időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keretről szóló rendelet 500 millió euró éves plafonig teszi lehetővé teszi az alap igénybevételét, a pénzügyi keret vonatkozó fejezeteinek felső korlátain felül.

Az Európai Parlament és a Tanács jelenlegi határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja helyett 50 millió euró elkülönítése az Unió 2016-os költségvetésében kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában, az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén. Így az érintett országoknak szánt segély folyósítását az előleg révén meg lehet gyorsítani, még mielőtt a végleges odaítélésről szóló határozat megszületne. A jelentés elfogadását támogattam, mert fontos, hogy a katasztrófa sújtotta országok és területek a segílyt, amelyre jogosultak, mielőbb megkapják.

Gerard Batten (EFDD), in writing. – UKIP voted against this disaster fund for Europe because it has been allocated EUR 50 million in commitment appropriations. The maximum ceiling for this fund is EUR 500 million per annum; we oppose commitment appropriations, as they only increase the budget. The money that the Member State claims has already been paid by the membership fees that they pay to the EU; it is clearly a case of getting your own money back.

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – Ce rapport vise à permettre des avances du fonds de solidarité de l'UE aux États membres subissant une catastrophe naturelle de grande ampleur, dans le but d'accélérer la procédure d'octroi de l'aide lorsqu'elle est justifiée. J'ai donc voté en faveur de ce texte.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. – Agradezco la labor del ponente en relación con la movilización del Fondo de Solidaridad de la UE sobre el pago de los anticipos en el marco del presupuesto 2016. He votado a favor de ella ya que este Fondo es un recurso de los Estados miembros en caso de necesidad que se utiliza de manera adecuada y muy útil para aquellos Estados miembros que lo solicitan. No es una simple forma de ayuda financiera de la Unión sino que contribuye a enviar un claro mensaje político de solidaridad al tiempo que presta una ayuda muy necesaria a los ciudadanos afectados.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui fait figure de bon sens et met en place – pour une fois – une véritable solidarité européenne. En effet, le Fonds de solidarité permet aux États membres de recevoir un appui financier rapide et efficace en cas de catastrophe naturelle ou de catastrophe régionale.

Comme on a pu le voir avec les récentes inondations en Croatie, par exemple, c'est un instrument indispensable, aussi, cette proposition qui vise à l'inscription au budget 2016 de la somme de 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement dans le but de payer en avance les États membres qui en ont besoin ne pourra que conduire à une meilleure gestion de crises comme celles-ci.

Il est à noter, par ailleurs, que la nouvelle disposition permet le versement d'une avance d'un maximum de 10 % ou de 30 millions d'euros, et ce, sans préjudice de la décision finale sur la mobilisation des fonds.

Une simplification d'un instrument d'entraide à laquelle je ne pouvais être que favorable.

Mara Bizzotto (ENF), per iscritto. – Il fondo di solidarietà rappresenta un importante strumento di sostegno che l'Europa mette a disposizione degli Stati membri colpiti da gravi catastrofi naturali. La sua efficacia dipende principalmente da due variabili: la flessibilità e la rapidità di attivazione. Poiché questa Relazione considera e migliora entrambi gli aspetti, ho votato in suo favore.

José Blanco López (S&D), por escrito. – El Fondo de Solidaridad de la Unión Europea (FSUE) fue creado para permitir a la Unión responder a situaciones de emergencia causadas por graves catástrofes naturales y para expresar la solidaridad europea a las regiones afectadas por las catástrofes. El Fondo puede proporcionar ayuda financiera a los Estados miembros y a países que estén negociando su adhesión en caso de que se produzca una catástrofe natural grave, es decir, cuando el daño total directo supere los 3 000 millones de euros o el 0,6 % de la renta nacional bruta del país. También se puede movilizar en el caso de una catástrofe regional.

La propuesta de Decisión del Parlamento Europeo y del Consejo no está vinculada a una catástrofe específica, sino que busca incluir en el presupuesto general de la Unión para 2016 la cantidad de 50 millones de euros en créditos de compromiso y de pago para el pago de los anticipos en caso de que ocurra una catástrofe el año próximo y asegurar así la disponibilidad de recursos presupuestarios mejorando la eficacia del Fondo. Por ello, he votado a favor.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjamos galimybės dėl Europos Sąjungos solidarumo fondo lėšų mobilizavimo avansams mokėti. Europos Sąjungos solidarumo fondo (ESSF) tikslas – užtikrinti Europos Sąjungai galimybę reaguoti į ekstremalias situacijas, kurias lėmė didelės gaivalinės nelaimės, ir išreikšti europietišką solidarumą su nelaimės ištiktais regionais Europoje. Iš šio Fondo galima teikti finansinę pagalbą valstybėms narėms ir šalims, kurios veda derybas dėl narystės ES, didelio masto gaivalinės nelaimės atveju, t. y., kai bendra tiesioginė šios nelaimės padaryta žala viršija 3 mlrd. EUR. Jo lėšos taip pat gali būti mobilizuojamos regioninės nelaimės atveju. Reikėtų pažymėti, kad avansas gali būti sumokėtas valstybės narės prašymu ir Komisijai atlikus preliminarų atitinkamos ESSF paraiškos vertinimą. Avanso suma neturėtų viršyti 10 proc. numatytos finansinės paramos sumos ir neturėtų viršyti 30 mln. EUR. Avansas išmokamas nedarant poveikio galutiniam sprendimui dėl ESSF lėšų mobilizavimo ir Europos Komisija susigrąžina valstybėms narėms neteisingai išmokėtas avanso sumas. Europos Parlamentas primena, kas ESSF yra ne vien tik kitos rūšies ES finansinės paramos šaltinis, tačiau juo taip pat padedama siųsti aiškų politinį solidarumo signalą ir suteikti labai reikalingą pagalbą nukentėjusiems piliečiams. Todėl greito reagavimo pajėgumai, įskaitant ir avanso mokėjimą, padės Europos Sąjungai siekti šių tikslų.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapját (EUSZA) azért hozták létre, hogy lehetővé tegye az Európai Unió számára az azonnali reagálást a jelentős természeti katasztrófákra és kifejezésre juttassa Európa katasztrófák által sújtott régióival való szolidaritást. A 2014-2020-as időszakra vonatkozó többéves pénzügyi kerettről szóló rendelet 500 millió euró (2011-es áron) éves plafonig teszi lehetővé az alap igénybe vételét, a pénzügyi keret vonatkozó fejezeteinek felső korlátain felül. Az Európai Parlament és a Tanács határozatra irányuló javaslat nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja 50 millió euró elkülönítése az Unió 2016-os költségvetésében kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában, hogy egy jövő évi esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén az előlegek időben és hatékonyan kifizethetők legyenek.

Az Európai Parlament ezért elfogadta, hogy a javasolt összegeket vegyék fel a 2016-os költségvetésbe. Mivel „az EU Szolidaritási Alapjának igénybe vétele a 2016. évi költségvetést érintő előlegkifizetésekre” című javaslat annak a megállapodásomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki, a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattam a jelentést.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – Solidarnostni sklad EU je ena izmed pomembnejših postavk proračuna EU, ki omogoča hitro odzivanje na izredne razmere, ki jih povzročijo večje naravne nesreče. Je tudi izraz evropske solidarnosti s prizadetimi regijami. Na podlagi zakonodaje je višina sredstev sklada omejena na 500 mio letno.

Predlagani sklep se ne nanaša na konkretno naravno nesrečo, ampak le določa znesek v višini 50 mio EUR za odobritve za prevzem obveznosti in odobritve plačil za pravočasno in učinkovito plačilo predplačil v primeru nesreče, ki bi se pripetila prihodnje leto.

Tudi Slovenija je že večkrat koristila sredstva solidarnostnega sklada, nazadnje ob katastrofalnem žledu v januarju 2014, kar ji je olajšalo odpravljanje posledic. Predlagani sklep sem brez zadržkov podprl.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Podržavam Izvješće o aktivaciji Fonda solidarnosti radi isplate predujmova u Proračunu za 2016.

Cilj Fonda solidarnosti EU-a jest omogućavanje odgovora Unije na brz, efikasan i fleksibilan način u hitnim slučajevima.

Odredba o aktivaciji Fonda radi isplate predujmova omogućava pravovremenu dostupnost proračunskih sredstava i bržu isplatu pomoći zemljama kandidatima u slučaju nesreće u 2016. godini.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), par écrit. – Les catastrophes naturelles régionales ou de plus grande ampleur frappent indifféremment les nations pauvres ou riches.

Dans ce contexte, il est évident qu'un des rôles de l'Union européenne est de mettre en place des systèmes garantissant la solidarité entre les États membres. Il s'agit ici de pouvoir répondre rapidement et en temps opportun aux besoins des États sinistrés et, pour ce faire, d'inscrire dès à présent au budget 2016 la somme de 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement.

Cette mesure étant destinée à accélérer le processus d'octroi de l'aide d'urgence je vote pour.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Le fonds de solidarité de l'UE vise à permettre aux États membres de recevoir un appui financier lorsqu'ils sont confrontés à une situation d'urgence provoquée par des catastrophes naturelles de grande ampleur.

Cette proposition envisage d'inscrire au budget 2016 la somme de 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement dans le but de payer en avance les États membres demandeurs en cas de catastrophes naturelles afin d'accélérer l'efficacité et la rapidité des versements. Cette disposition assure la disponibilité des ressources budgétaires et permet un rapide décaissement de l'aide aux pays touchés à travers le paiement d'une avance (d'un maximum de 10 % ou de 30 millions d'euros) avant que la décision d'attribution définitive ne soit prise, sachant que les avances indûment versées sont recouvrées auprès de l'État membre concerné.

J'ai voté pour cette proposition qui vise à accélérer la procédure d'octroi d'une aide à un État membre en cas d'urgence.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – M-am declarat în favoarea Raportului referitor la mobilizarea Fondului de solidaritate al UE (FSUE): plata unor avansuri în cadrul bugetului 2016 deoarece orice instrument care poate contribui rapid, în mod eficient și cu flexibilitate în vederea soluționării situațiilor de urgență trebuie încurajat.

Obiectivul Fondului de solidaritate este acela de a permite UE să răspundă situațiilor de urgență provocate de catastrofe naturale majore și să își manifeste solidaritatea cu regiunile din Europa afectate de o catastrofă. Fondul poate oferi asistență financiară statelor membre și țărilor care se află în etapa de negocieri în vederea aderării la Uniune, în cazul unei „catastrofe naturale majore”, adică dacă daunele totale directe provocate de catastrofă depășesc 3 miliarde EUR la prețurile din 2011 sau 0,6 % din VNB-ul țării în cauză, fiind reținută valoarea cea mai mică dintre acestea.

Trebuie să fim conștienți că Fondul de solidaritate nu este doar formă de asistență financiară acordată de UE, ci este și un mijloc important de transmitere a unui mesaj politic clar de solidaritate, oferind un sprijin foarte necesar cetățenilor afectați.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Il Fondo di solidarietà dell'UE (FSUE) è stato istituito per permettere all'Unione di rispondere alle situazioni di emergenza provocate da catastrofi naturali gravi e per dimostrare solidarietà con le regioni colpite da tali eventi.

Il Fondo può fornire sostegno finanziario agli Stati membri e ai paesi impegnati nei negoziati di adesione che siano stati colpiti da catastrofi naturali di grave entità, ossia qualora il totale dei danni diretti causati dalla catastrofe superi 3 miliardi di EUR, pari allo 0,6% dell'RNL del paese interessato, qualunque sia l'importo inferiore. Esso può altresì essere mobilitato in caso di catastrofe su scala regionale.

Il regolamento sul QFP per il periodo 2014-2020 (art. 10) consente la mobilitazione del Fondo entro un massimale annuo di 500 milioni di EUR, al di sopra dei limiti delle pertinenti rubriche del quadro finanziario.

La proposta mira a iscrivere nel bilancio generale dell'Unione per il 2016 l'importo di 50 milioni di EUR in stanziamenti di impegno e di pagamento per il tempestivo ed efficiente versamento di anticipi, nel caso in cui dovessero verificarsi catastrofi il prossimo anno. Con ciò ci si prefigge di sveltire l'erogazione degli aiuti a favore dei paesi colpiti, attraverso il pagamento di un anticipo prima che sia presa la decisione di concessione definitiva.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio sulla mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea, conformemente al punto 11 dell'accordo interistituzionale del 2 dicembre 2013 tra il Parlamento europeo, il Consiglio e la Commissione sulla disciplina di bilancio, la cooperazione in materia di bilancio e la sana gestione finanziaria, per il versamento di anticipi nel bilancio 2016.

Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) è stato istituito per permettere all'Unione di rispondere alle situazioni di emergenza provocate da catastrofi naturali gravi e per dimostrare solidarietà con le regioni colpite da tali eventi.

Tuttavia, la proposta in questione non è collegata a un caso specifico di catastrofe naturale. Il suo obiettivo è infatti quello di iscrivere nel bilancio generale dell'Unione per il 2016 l'importo di 50 milioni di EUR in stanziamenti di impegno e di pagamento per il tempestivo ed efficiente versamento di anticipi, nel caso in cui dovessero verificarsi catastrofi il prossimo anno. Con questa misura l'erogazione degli aiuti a favore dei paesi colpiti sarà velocizzata attraverso il pagamento di un anticipo prima che sia presa la decisione di concessione definitiva, migliorando in tal modo l'efficacia del Fondo.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, which is not linked to a specific conflict situation but instead provides EUR 50 million in the EU Budget as a commitment to helping a country which requires assistance from this fund.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this disaster fund for Europe because it has been allocated EUR 50 million in commitment appropriations. The maximum ceiling for this fund is EUR 500 million per annum; we oppose commitment appropriations, as they only increase the budget. The money that the Member State claims has already been paid by the membership fees that they pay to the EU; it is clearly a case of getting your own money back.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because I believe that the mobilisation aims to respond in a rapid and efficient manner to urgent situations and to show solidarity with the populations of regions.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea dovrebbe consentire all'Unione di rispondere in modo rapido, efficiente e flessibile alle situazioni di emergenza e di dimostrare solidarietà con la popolazione delle regioni colpite da catastrofi. Per tale Fondo è fissato un massimale dell'importo pari a 500 milioni di euro.

Con la relazione del collega Christoforou si chiede che nel quadro del bilancio generale dell'Unione europea fissato per l'esercizio 2016 sia mobilitata una somma pari proprio al massimale di 50 milioni di euro di stanziamenti di impegno e di pagamento a titolo del Fondo di solidarietà dell'Unione europea per il versamento di anticipi. Ho votato a favore di questa proposta in quanto potrebbe accelerare la risposta dell'UE in caso di gravi calamità naturali.

Λεωτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφικώς*. – Μέσα από τη θετική στήριξη αυτής της πρότασης πιστεύω ότι βελτιώνεται σημαντικά η δυνατότητα του Ταμείου Αλληλεγγύης σε επίπεδο ταχύτητας, ευελιξίας, αποτελεσματικότητας και εξυπηρέτησης του στόχου ώστε να βρίσκονται η ΕΕ κοντά στους πολίτες και τη κοινωνία.

Το Ταμείο Αλληλεγγύης έχει ως βασική αποστολή, να κινητοποιείται σε καταστάσεις έκτακτης ανάγκης όταν προκαλούνται φυσικές καταστροφές στις χώρες μέλη της Ε.Ε. Ουσιαστικά το Ταμείο ανταποκρίνεται στην οικονομική κάλυψη των πολιτών που υφίστανται ζημιές από φυσικές καταστροφές.

Το πολιτικό μήνυμα είναι ισχυρό και σαφές. Είναι μήνυμα αλληλεγγύης που έμπρακτα υλοποιείται με τη χορήγηση της αναγκαίας βοήθειας στους πολίτες των χωρών μελών της Ε.Ε. στις δύσκολες και κρίσιμες στιγμές που απαιτείται άμεση οικονομική στήριξη τους. Αυτές οι πρωτοβουλίες, εκ μέρους της Επιτροπής και του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, αναβαθμίζουν την κοινωνική πολιτική της Ένωσης, δημιουργούν πραγματικό αίσθημα αλληλεγγύης της Ε.Ε. στους Ευρωπαίους πολίτες και δίνουν το στίγμα μιας καλύτερης Ευρώπης.

Μιας Ευρώπης που θα στηρίζει άμεσα και αποτελεσματικά τους πολίτες όταν έχουν ανάγκη για οικονομική στήριξη και συμπαράσταση.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση σχετικά με την κινητοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης αποτελεί ένα θετικό βήμα για τον εξορθολογισμό της συνεργασίας μεταξύ των κρατών μελών, αλλά και για τη χρηστή διαχείριση των δημοσιονομικών στοιχείων της Ένωσης.

Η προσπάθεια βελτίωσης των υπαρχουσών δομών ιδιαίτερα σε ένα τομέα που αφορά την αντιμετώπιση επείγουσών αναγκών, πρέπει να αποτελεί προτεραιότητα για όλους μας. Η έκφραση αλληλεγγύης είναι εκ των βασικών στοιχείων του ευρωπαϊκού οικοδομήματος ενώ η ορδή, ταχεία και αποβλημάτιστη λειτουργία του Ταμείου Αλληλεγγύης είναι απαραίτητη.

Έχοντας υπόψη τη σημαντική βοήθεια που μπορούν τα κράτη μέλη να λάβουν σε έκτακτες περιπτώσεις ώστε να αντιμετωπίσουν φυσικές καταστροφές, καθώς και τις καθυστερήσεις που συνήθως σημειώνονται μέχρι την τελική έγκριση του αιτήματος για βοήθεια, υπερψήφισα την πρόταση αυτή, που προβλέπει την κινητοποίηση 50.000.000 ευρώ για την πληρωμή προκαταβολών κατόπιν αιτήματος του πληγέντος κράτους-μέλους.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore del provvedimento. La relazione concerne la proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio sulla mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea. Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) è stato istituito per permettere all'Unione di rispondere alle situazioni di emergenza provocate da catastrofi naturali gravi e per dimostrare solidarietà con le regioni colpite da tali eventi, attraverso un sostegno finanziario agli Stati membri e ai paesi impegnati nei negoziati di adesione.

L'attuale proposta non è collegata a un caso specifico di catastrofe naturale; mira piuttosto a iscrivere nel bilancio generale dell'Unione per il 2016 l'importo di 50 milioni di EUR in stanziamenti di impegno e di pagamento per il tempestivo ed efficiente versamento di anticipi, nel caso in cui dovessero verificarsi catastrofi il prossimo anno. Ciò al fine di sveltire l'erogazione degli aiuti a favore dei paesi colpiti, attraverso il pagamento di un anticipo prima che sia presa la decisione di concessione definitiva, migliorando in tal modo l'efficacia del Fondo. Il PE rammenta che il Fondo di solidarietà dell'UE non rappresenta soltanto un'altra forma di sostegno finanziario dell'Unione, ma contribuisce anche a inviare un chiaro messaggio politico di solidarietà.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore di questa proposta perché rende il Fondo più efficace anticipando i pagamenti a prima che sia presa la decisione di concessione definitiva. Questo Fondo può fornire sostegno finanziario agli Stati membri e ai paesi impegnati nei negoziati di adesione che siano stati colpiti da catastrofi naturali di grave entità, ossia qualora il totale dei danni diretti causati dalla catastrofe superi 3 miliardi di EUR (a prezzi 2011), pari allo 0,6% dell'RNL del paese interessato.

Sono d'accordo col relatore nel ricordare che il Fondo di solidarietà dell'UE non rappresenta soltanto un'altra forma di sostegno dell'Unione, ma contribuisce a inviare un chiaro messaggio politico di solidarietà, punto sul quale ritengo che l'UE debba impegnarsi con ogni strumento che le compete. L'Unione europea potrà raggiungere questi obiettivi solo grazie a una capacità di risposta tempestiva, che potrà assumere, in questo caso, la forma di un anticipo.

Per questi motivi ho votato a favore della precitata relazione.

David Coburn (EFDD), in writing. – UKIP voted against this disaster fund for Europe because it has been allocated EUR 50 million in commitment appropriations. The maximum ceiling for this fund is EUR 500 million per annum; we oppose commitment appropriations, as they only increase the budget. The money that the Member State claims has already been paid by the membership fees that they pay to the EU; it is clearly a case of getting your own money back.

Carlos Coelho (PPE), por escrito. – O Fundo de Solidariedade da União Europeia tem por objetivo garantir um auxílio rápido, eficaz e flexível à população de um Estado-Membro, bem como aos países que estejam a negociar a respetiva adesão, em caso de catástrofe natural de grandes proporções.

A atual proposta de decisão do Parlamento Europeu e do Conselho não está ligada a uma catástrofe específica. Tem por objetivo inscrever no Orçamento Geral da União para 2016 o montante de 50 milhões de EUR em dotações de autorização e de pagamento para o pagamento de adiantamentos, de forma eficiente e atempada, caso ocorra uma catástrofe no próximo ano.

Esse é o resultado direto de uma nova disposição no regulamento modificativo de 2014, defendida veementemente pelo Parlamento Europeu, que visa acelerar o desembolso da ajuda aos países afetados, através do pagamento de um adiantamento antes de se tomar a decisão final de atribuição de ajuda, reforçando a eficácia do fundo.

Apoio o presente relatório, pois o FSUE, para além de prestar assistência aos cidadãos afetados, contribui igualmente para o envio de uma mensagem política clara de solidariedade. Uma capacidade de resposta rápida, incluindo o pagamento de adiantamento, ajudará a União a atingir esses objetivos.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this disaster fund for Europe because it has been allocated EUR 50 million in commitment appropriations. The maximum ceiling for this fund is EUR 500 million per annum; we oppose commitment appropriations, as they only increase the budget. The money that the Member State claims has already been paid by the membership fees that they pay to the EU; it is clearly a case of getting your own money back.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Considerato il pericolo delle catastrofi naturali e le difficoltà, economiche e psicologiche, che le popolazioni dei territori colpiti si trovano ad affrontare per recuperare la loro normale quotidianità, sostengo sia essenziale prestare loro il massimo appoggio e sostegno. A questo riguardo è stato istituito il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE), per permettere all'Unione di rispondere alle situazioni di emergenza provocate da catastrofi naturali gravi e per dimostrare solidarietà con le regioni colpite da tali eventi.

Inoltre credo sia necessario dare un'ulteriore garanzia a coloro i quali si trovino in difficoltà, e per questo motivo ho votato a favore dell'attuale proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio che mira ad iscrivere nel bilancio generale dell'Unione per il 2016 l'importo di 50 milioni di euro in stanziamenti di impegno e di pagamento per il tempestivo ed efficiente versamento di anticipi, nel caso in cui dovessero verificarsi catastrofi il prossimo anno.

Il Fondo di solidarietà dell'UE non rappresenta soltanto una forma di sostegno finanziario dell'Unione, ma contribuisce anche a inviare un chiaro messaggio politico di solidarietà, fornendo nel contempo l'assistenza necessaria alle zone colpite.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The European Union Solidarity Fund is a mechanism that responds to major natural disasters and expresses European solidarity with disaster-stricken regions within Europe. The Solidarity Fund is not just a form of a financial support but also a clear political message of solidarity. Thus I agree that the recommended amounts should be included in the 2016 Budget and I voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Il Fondo di solidarietà dovrebbe consentire all'Unione di rispondere in modo rapido, efficiente e flessibile alle situazioni di emergenza e di dimostrare solidarietà con la popolazione delle regioni colpite da catastrofi. Con tale relazione si chiede che nel quadro del bilancio generale dell'Unione europea, fissato per il 2016, sia mobilitata una somma pari a 50 milioni di euro di stanziamenti di impegno e di pagamento, a titolo del Fondo di solidarietà dell'Unione europea, per il versamento di anticipi e l'iscrizione dei corrispondenti stanziamenti nel bilancio generale dell'Unione.

Su tale questione il mio voto non poteva che essere positivo.

Javier Couso Permuay (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que considero necesario que el Fondo de Solidaridad de la Unión Europea disponga de los recursos necesarios en cada ejercicio para poder responder de la manera más rápida posible a las catástrofes que acaecieran en cualquier Estado miembro de la Unión Europea. Las situaciones de catástrofes naturales que se están produciendo en Europa necesitan una rápida respuesta y esta propuesta establece la dotación de fondos para poder reaccionar de la manera más rápida posible y poder paliar los efectos sobre los ciudadanos de las regiones afectadas. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The European Union Solidarity Fund aims to enable the Union to respond in a rapid, efficient and flexible manner to emergency situations and to show solidarity with the population of regions struck by disasters; this report simply enables the Fund to be mobilised in an amount up to a maximum of EUR 50 million for the advance payments. As Europeans we need to express solidarity with one another in moments of need. That is why I supported this report with my vote.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif vise à accélérer le versement de l'aide aux pays touchés dans le cadre du Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE), en octroyant une avance avant que la décision finale d'attribution ne soit prise. Le texte prévoit d'inscrire au budget général de l'Union pour l'année 2016 le montant de 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement.

Le FSUE a pour vocation de permettre à l'Union de réagir à des situations d'urgence provoquées par des catastrophes naturelles de grande ampleur, en octroyant une enveloppe de 500 millions d'euros au maximum aux régions européennes sinistrées. L'avance ne pourra être versée qu'à la suite d'une évaluation préliminaire par la Commission de la demande d'aide au titre du FSUE, elle ne pourra dépasser 10 % du montant de la contribution financière prévue et ne pourra être supérieure à 30 millions d'euros.

Considérant que ce rapport est équilibré, j'ai voté en faveur.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui préconise que les États membres puissent mobiliser le Fonds de solidarité de l'UE — à hauteur de 50 millions d'euros — dans le but de payer des avances en cas de catastrophes (naturelles ou non) survenant en 2016. Cette mesure permettra aux États membres de pouvoir disposer d'un décaissement rapide et efficace.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapját azért hozták létre, hogy lehetővé tegye az Európai Unió számára az azonnali reagálást a jelentős természeti katasztrófákra és kifejezésre juttassa Európa katasztrófák által sújtott régióival való szolidaritását.

A 2014-2020-as időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keretről szóló rendelet legfeljebb 500 millió euró éves határig teszi lehetővé az alap igénybevételét, a pénzügyi keretre vonatkozó fejezetek felső korlátain felül.

Az Európai Parlament és a Tanács határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja 50 millió euró elkülönítése az Unió 2016-os költségvetésében kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén, az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében.

Az Európai Parlament ezért elfogadta, hogy a javasolt összeget vegyék fel a 2016-os költségvetésbe.

Mivel „az EU Szolidaritási Alapjának igénybevétele a 2016. évi költségvetést érintő előlegkifizetésekre” javaslat annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki, a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattam a jelentést.

Tamás Deutsch (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapját (EUSZA) azért hozták létre, hogy lehetővé tegye az Európai Unió számára az azonnali reagálást a jelentős természeti katasztrófákra és kifejezésre juttassa Európa katasztrófák által sújtott régióival való szolidaritást. A 2014-2020-as időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keretről szóló rendelet 500 millió euró (2011-es árakon) éves plafonig teszi lehetővé az alap igénybevételét, a pénzügyi keret vonatkozó fejezeteinek felső korlátain felül. Az Európai Parlament és a Tanács határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja 50 millió euró elkülönítése az Unió 2016-os költségvetésében kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében.

Az Európai Parlament ezért elfogadta, hogy a javasolt összegeket vegyék fel a 2016-os költségvetésbe. Mivel „az EU Szolidaritási Alapjának igénybevétele a 2016. évi költségvetést érintő előlegkifizetésekre” című javaslat annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki, a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattuk a jelentést.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Ce rapport avait pour objectif de faciliter l'octroi du fonds de solidarité d'urgence de l'Union européenne pour parer aux catastrophes naturelles plus efficacement.

En accélérant le décaissement de fonds afin d'apporter un soutien au moment les plus délicats, c'est à dire le plus rapidement possible après la catastrophe, ce rapport va dans le bon sens.

Toute mesure qui permet aux victimes et aux plus démunis des Européens de bénéficier d'une aide la plus rapide possible mérite d'être soutenue. J'ai donc voté pour ce rapport.

Ian Duncan (ECR), in writing. – The Commission's proposal provides EUR 50 million in 2016 for the payment of advances, ensuring that funding can be made available to natural or regional disasters as quickly as possible. Advances are limited to 10% of the anticipated contribution of financial assistance (or no more than EUR 30 million).

In order to be eligible for financial assistance under the EUSF, Member States must have experienced non-insurable damage totalling 0.6% of GNI. Regions at NUTS level 2 of an eligible state must have experienced non-insurable damage totalling 1.5% of that region's GDP. The ECR Group recently voted in favour of financial assistance under the EUSF for instances of severe winter conditions in Bulgaria and flooding in Greece at the beginning of 2015.

I can vote in favour of this report, given its largely technical nature, and previous support for the principles and objectives of the EUSF. No amendments were made by any political group at committee stage.

Angel Dzhambazki (ECR), in writing. – I strongly support this report. Finally, adjustments are made to do something about the grave natural disasters that occur in Europe. In Bulgaria we often experience first-hand how devastating these can be. People lose their belongings, houses, life and even suffer secondary losses as well through a lack of clients, etc. We need to be capable of responding a lot of faster in supporting them as, unfortunately, often the smaller states or the ones struggling economically are affected. Therefore, often the state itself may not be able to step in immediately. Thus, we need the mobilisation of additional sums for the EU Solidarity Fund.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Το Ταμείο Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης (ΤΑΕΕ) συστάθηκε με σκοπό να επιτρέψει στην Ένωση να αντιδρά σε καταστάσεις έκτακτης ανάγκης που προκαλούνται από μείζονες φυσικές καταστροφές και να εκφράζει την ευρωπαϊκή αλληλεγγύη προς περιοχές που έχουν πληγεί από καταστροφές στην Ευρώπη.

Η ΕΕ οφείλει να είναι ευέλικτη, όταν συντρέχουν λόγοι αποζημίωσης κρατών μελών που επλήγησαν από φυσικές καταστροφές.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapját (EUSZA) azért hozták létre, hogy lehetővé tegye az Európai Unió számára az azonnali reagálást a jelentős természeti katasztrófákra és kifejezésre juttassa az Európa katasztrófák által sújtott régióival való szolidaritást.

A 2014-2020-as időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keretről szóló rendelet 500 millió euró (2011-es áron) éves plafonig teszi lehetővé az alap igénybevételét, a pénzügyi keret vonatkozó fejezeteinek felső korlátain felül.

Az Európai Parlament és a Tanács határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja 50 millió euró elkülönítése az Unió 2016-os költségvetésében kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén, az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében.

Az Európai Parlament ezért elfogadta, hogy a javasolt összegeket vegyék fel a 2016-os költségvetésbe.

Mivel „az EU Szolidaritási Alapjának igénybevétele a 2016. évi költségvetést érintő előlegkifizetésekre” javaslat annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki, a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattuk a jelentést.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this disaster fund for Europe because it has been allocated EUR 50 million in commitment appropriations. The maximum ceiling for this fund is EUR 500 million per annum; we oppose commitment appropriations, as they only increase the budget. The money that the Member State claims has already been paid by the membership fees that they pay to the EU; it is clearly a case of getting your own money back.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Fundo de Solidariedade da União Europeia visa permitir à União responder de forma rápida, eficiente e flexível a situações de emergência e manifestar a sua solidariedade para com a população das regiões afetadas por catástrofes, sendo que a intervenção do Fundo não deve exceder o montante máximo anual de 500 milhões de euros.

No entanto, esta proposta não está ligada a uma catástrofe específica, tendo como objetivo inscrever no orçamento geral da União para 2016 o montante de 50 milhões de EUR em dotações de autorização e de pagamento para o pagamento de adiantamentos, a fim de responder de forma eficiente e atempada, caso ocorra uma catástrofe no próximo ano.

Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette délibération, parce qu'elle prévoit un décaissement plus rapide pour les pays touchés par des catastrophes.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta visa incluir no orçamento de 2016 o pagamento adiantado de 50 000 000 de euros em dotações de pagamento e de autorização através da mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia. Trata-se de pôr em prática o resultado direto da nova disposição aprovada em 2014, aquando da alteração do Regulamento (UE) n.º 661/2014 no seu artigo 4.º-A.

Esta proposta não está ligada a nenhuma catástrofe específica; servirá apenas para que o Fundo de Solidariedade da UE seja mobilizado antecipadamente antes da decisão formal e final de mobilização e atribuição da ajuda, de modo a que se responda a tempo e com mais eficácia a um potencial acontecimento catastrófico que ocorra durante o ano de 2016.

Há muito que vimos defendendo a necessidade de agilizar os procedimentos associados à mobilização do Fundo de Solidariedade. A urgência de acorrer a situações de catástrofe não se compadece com procedimentos burocráticos complexos, morosos e, sobretudo, evitáveis.

Este relatório vai no sentido de acolher e, em certa medida, dar resposta a esta preocupação e, por isso, votámos favoravelmente.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della suddetta proposta di risoluzione sulla mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea per il 2016. Quest'ultima ha infatti lo scopo di sveltire l'erogazione degli aiuti a favore dei paesi colpiti attraverso il pagamento di un anticipo prima che sia presa la decisione di concessione definitiva, migliorando in questo modo l'efficacia del Fondo.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Fond solidarity Európskej únie bol v prvom rade zriadený na to, aby mala Európska únia k dispozícii účinný a efektívny nástroj, ktorý by bol schopný pomôcť členským štátom, ktoré zasiahla veľká prírodná katastrofa, a pomohla im tak tieto núdzové situácie zvládnuť. Európsky parlament a Rada sa snažia do rozpočtu Európskej únie na rok 2016 zahrnúť sumu 50 miliónov eur, aby bolo možné aj v budúcom roku efektívne a rýchlo pomáhať členským štátom pri prírodných katastrofách. Na naliehanie Parlamentu bolo teda do konečného kompromisného znenia pozmeňujúceho nariadenia, ktoré bolo prvýkrát prijaté v rámci riadneho legislatívneho postupu, začlenené ustanovenie, ktorým sa navrhuje, aby sa do rozpočtu zahrnula suma 50 miliónov eur viazaných a platobných rozpočtových prostriedkov za každý rok s cieľom zaistiť včasnú dostupnosť rozpočtových zdrojov.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – La nostra delegazione appoggia questa proposta che riguarda il Fondo di solidarietà dell'UE, che è stato istituito per permettere all'Unione di rispondere alle situazioni di emergenza provocate da catastrofi naturali gravi e per aiutare le zone colpite da tali eventi.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Υπερψηφίζω την παρούσα έκθεση. Η ΕΕ οφείλει να είναι ευέλικτη, όταν συντρέχουν λόγοι αποζημίωσης κρατών μελών που επλήγησαν από φυσικές καταστροφές.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted in favour of the use of the EU solidarity fund. Disaster-hit regions of the EU should be aided where possible. In this instance the EU is right to allocate funds to help against natural disasters.

I welcome the fast pace at which this has gone through the Parliament so that the money can be used for a good cause.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – The European Union Solidarity Fund (EUSF) was set up to enable the Union to respond to emergency situations caused by major natural disasters and to express European solidarity to disaster-stricken regions within Europe. The Fund can provide financial aid to Member States and countries involved in accession negotiations in the event of a 'major natural disaster', i.e. where total direct damage caused by the disaster exceeds EUR 3 billion in 2011 prices or 0.6% of the country's GNI, whichever is the lower. It can also be mobilised in the event of a regional disaster. The current proposal for a decision of the European Parliament and of the Council is not linked to a specific disaster. Instead, it aims at entering into the general budget of the Union for 2016 the amount of EUR 50 million in commitment and payment appropriations for the payment of advances in a timely and efficient way in the event of a disaster occurring next year. The EUSF is not simply another form of EU financial support, but that it also contributes to sending a clear political message of solidarity, while providing much-needed assistance to affected citizens. A prompt response capacity, including through the payment of an advance, will help the Union achieve these objectives.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapját (EUSZA) azért hozták létre, hogy lehetővé tegye az Európai Unió számára az azonnali reagálást a jelentős természeti katasztrófákra és kifejezésre juttassa Európánk katasztrófák által sújtott régióival való szolidaritást.

A 2014-2020-as időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keretről szóló rendelet 500 millió euró (2011-es árakon) éves plafonig teszi lehetővé az alap igénybevételét, a pénzügyi keret vonatkozó fejezeteinek felső korlátain felül.

Az Európai Parlament és a Tanács határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja 50 millió euró elkülönítése az Unió 2016-os költségvetésében kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén, az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében.

Az Európai Parlament ezért elfogadta, hogy a javasolt összeget vegyék fel a 2016-os költségvetésbe.

Mivel „az EU Szolidaritási Alapjának igénybevétele a 2016. évi költségvetést érintő előlegkifizetésekre” javaslat annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki, a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattuk a jelentést.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapját (EUSZA) azért hozták létre, hogy lehetővé tegye az Európai Unió számára az azonnali reagálást a jelentős természeti katasztrófákra és kifejezésre juttassa az Európa katasztrófák által sújtott régióival való szolidaritást.

A 2014-2020-as időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keretről szóló rendelet 500 millió euró (2011-es árakon) éves plafonig teszi lehetővé az alap igénybevételét, a pénzügyi keret vonatkozó fejezeteinek felső korlátain felül.

Az Európai Parlament és a Tanács határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja 50 millió euró elkülönítése az Unió 2016-os költségvetésében kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén, az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében.

Az Európai Parlament ezért elfogadta, hogy a javasolt összegeket vegyék fel a 2016-os költségvetésbe.

Mivel „az EU Szolidaritási Alapjának igénybevétele a 2016. évi költségvetést érintő előlegkifizetésekre” javaslat annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki, a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattuk a jelentést.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la movilización del Fondo de Solidaridad de la UE, fondo que se creó para permitir a la Unión responder a situaciones de emergencia causadas por graves catástrofes naturales. Con esta propuesta se pretende consignar en el presupuesto general de la Unión para 2016 el importe de 50 millones de euros en créditos de compromiso y de pago para el pago puntual y eficaz de anticipos en el caso de que sobreviniera una catástrofe al año siguiente.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulla proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio sulla mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea per il versamento degli anticipi nel bilancio 2016 perché ritengo necessario trasferire il più rapidamente possibile le risorse disponibili nel fondo di Solidarietà a quei paesi colpiti da disastri e calamità.

Ritengo, infatti, importante la previsione nel bilancio 2016 dell'UE di una somma pari a 50 000 000 EUR di stanziamenti di impegno e di pagamento che possa essere anticipata direttamente allo Stato colpito dal disastro come primo aiuto, nelle more del processo decisionale relativo alla mobilitazione del Fondo di Solidarietà per il caso specifico.

È, infatti, molto importante, nei casi di tragedie o disastri imprevisti, prestare immediato supporto e mostrare una vicinanza immediata di là delle procedure ufficiali, sapendo altresì che tali importi possono essere recuperati qualora ingiustificati.

Plaudo, pertanto, alla decisione del Parlamento di spingere per questa misura preventiva perché lo ritengo un importante segnale politico che va nella direzione della solidarietà e amicizia tra gli Stati dell'UE.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute für den Bericht zur Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Bereitstellung von Vorauszahlungen im Haushaltsplan 2016 gestimmt. EU-Hilfen für Mitgliedstaaten und Beitrittskandidaten, die von Überschwemmungen oder anderen Naturkatastrophen betroffen sind, werden über den Solidaritätsfonds der Europäischen Union (EUSF) abgewickelt. Das macht den EUSF zu einem der sichtbarsten und wirksamsten Beispiele für die Solidarität der EU.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Der europäische Solidaritätsfond unterstützt Staaten, die durch Naturkatastrophen stark belastet wurden. Gleichzeitig ist dieser Fond auch ein wichtiges Zeichen der europäischen Solidarität gegenüber anderen Staaten. Deshalb stimme ich dafür, dass im kommenden Jahr ausreichend finanzielle Mittel im Haushalt der Europäischen Union bereitgestellt werden.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the mobilisation of the EU Solidarity Fund to provide for payment of advances in the 2016 budget European Union Solidarity Fund, given that it is important we are able to respond in a rapid, efficient and flexible manner to emergency situations and to show solidarity with the populations of regions struck by disasters.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – El Fondo de Solidaridad de la Unión Europea (FSUE) se creó para permitir a la Unión responder a situaciones de emergencia causadas por graves catástrofes naturales y para expresar la solidaridad europea a las regiones afectadas por las catástrofes en Europa. La propuesta de Resolución que hoy apoyo tiene por objeto consignar en el presupuesto general de la Unión para 2016 el importe de 50 millones de euros en créditos de compromiso y de pago para el pago puntual y eficaz de anticipos en el caso de que sobreviniera una catástrofe al año siguiente. De esta manera se acelera la capacidad de respuesta financiera en caso de catástrofe al preverse la posibilidad de un anticipo.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta movilización del Fondo de Solidaridad de la UE. Con ella se habilitan 50 millones de euros para eventuales catástrofes que pudiesen producirse. El tema es perverso, porque se ha habilitado este dinero, que sería necesario para la crisis de los refugiados, en aras de prevenir futuribles cuando un desafío actual y urgente está aconteciendo. En la discusión sobre el presupuesto fue un caballo de batalla, y es una imposición del Consejo, que quería evitar gastar fondos para la crisis de los refugiados. Votar en contra tampoco se puede hacer porque habilita un fondo que puede ser requerido para cuestiones importantes en un futuro. He votado a favor, en tanto en cuanto comprendo que la movilización del Fondo de Solidaridad es necesaria, pero entiendo, al mismo tiempo, que es necesaria una revisión crítica de cómo se efectúan esas movilizaciones.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for mobilisation of the EU Solidarity Fund to provide for payment of advances in the 2016 budget. The current proposal for a decision of the European Parliament and of the Council is not linked to a specific disaster. Instead, it aims at entering into the general budget of the Union for 2016 the amount of EUR 50 million in commitment and payment appropriations for the payment of advances in a timely and efficient way in the event of a disaster occurring next year.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapját (EUSZA) azért hozták létre, hogy lehetővé tegye az Európai Unió számára az azonnali reagálást a jelentős természeti katasztrófákra és kifejezésre juttassa Európa katasztrófák által sújtott régióival való szolidaritást.

A 2014-2020-as időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keretről szóló rendelet 500 millió euró (2011-es árakon) éves plafonig teszi lehetővé az alap igénybevételét, a pénzügyi keret vonatkozó fejezeteinek felső korlátain felül.

Az Európai Parlament és a Tanács határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja 50 millió euró elkülönítése az Unió 2016-os költségvetésében kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén, az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében.

Az Európai Parlament ezért elfogadta, hogy a javasolt összegeket vegyék fel a 2016-os költségvetésbe.

Mivel „az EU Szolidaritási Alapjának igénybevétele a 2016. évi költségvetést érintő előlegkifizetésekre” javaslat annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki, a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattuk a jelentést.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted for this motion because I agree that the EUSF is not simply another form of EU financial support, but it also is seen as sending a clear political message of solidarity while providing much needed financial aid to the affected citizens. A prompt response capacity, including the payment of an advance, will help the Union achieve this.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this disaster fund for Europe because it has been allocated EUR 50 million in commitment appropriations. The maximum ceiling for this fund is EUR 500 million per annum; we oppose commitment appropriations, as they only increase the budget. The money that the Member State claims has already been paid by the membership fees that they pay to the EU; it is clearly a case of getting your own money back.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – The proposal regarding the European Union Solidarity Fund (EUSF) aims at including in the 2016 general budget of the European Union EUR 50 million for the timely and efficient payment of advances should a natural disaster strike a European region in the coming year. The EUSF is used to respond to situations caused by natural disasters; both in Member States and in countries involved in accession negotiations, and thus sends a message of solidarity while assisting citizens. This is why I have voted in favour of this resolution. By the way, in my opinion the euro must be abolished. It leads to dissension and discord in Europe.

György Hölvényi (PPE), írásban. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapját (EUSZA) azért hozták létre, hogy lehetővé tegye az Európai Unió számára az azonnali reagálást a jelentős természeti katasztrófákra és kifejezésre juttassa Európa katasztrófák által sújtott régióival való szolidaritását.

A 2014-2020-as időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keretről szóló rendelet 500 millió euró (2011-es árakon) éves plafonig teszi lehetővé az alap igénybevételét, a pénzügyi keret vonatkozó fejezeteinek felső korlátain felül.

Az Európai Parlament és a Tanács határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja 50 millió euró elkülönítése az Unió 2016-os költségvetésében kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén. Célja az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése.

Az Európai Parlament ezért elfogadta, hogy a javasolt összeget vegyék fel a 2016-os költségvetésbe.

Mivel „az EU Szolidaritási Alapjának igénybevétele a 2016. évi költségvetést érintő előlegkifizetésekre” javaslat annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki, a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattuk a jelentést.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Glasao sam za prijedlog rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu Odluke Parlamenta i Vijeća o aktivaciji Fonda solidarnosti EU-a u skladu s točkom 11. Međuinstitucionalnog sporazuma između Parlamenta, Vijeća i Komisije o proračunskoj disciplini, o suradnji u vezi s proračunskim pitanjima i o dobrom finansijskom upravljanju, radi isplate predumova za proračun za 2016. jer se time omogućuje puno efikasnije i brže djelovanje u slučaju hitnih situacija uzrokovane elementarnim nepogodama.

Tijekom proteklih godina bili smo svjedoci prirodnih katastrofa kojima nisu slijedile prikladne i učinkovite mjere u kratkom roku. Unos 50 milijuna eura u proračun za 2016. godinu radi omogućavanja plaćanja unaprijed, zasigurno može doprinijeti ublažavanju takvih situacija te pruža konkretnu podršku zahvaćenim zemljama. Takvo što doprinosi također dostizanju veće razine solidarnosti i vjerodostojnosti Europske unije.

Jean-François Jalkh (ENF), par écrit. – Le fonds de solidarité de l'UE a pour but de permettre aux États membres de recevoir un appui financier lorsqu'ils font face à une situation d'urgence provoquée par des catastrophes naturelles de grande ampleur ou régionales. La proposition envisage d'inscrire au budget 2016 la somme de 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement dans le but de verser à l'avance le montant défini aux États demandeurs, accélérant ainsi l'efficacité et la rapidité de l'action.

J'ai voté pour.

Diane James (EFDD), in writing. – I voted against this disaster fund for Europe because it has been allocated EUR 50 million in commitment appropriations. The maximum ceiling for this fund is EUR 500 million per annum; we oppose commitment appropriations, as they only increase the budget. The money that the Member State claims has already been paid by the membership fees that they pay to the EU; it is clearly a case of getting your own money back.

Marc Joulaud (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Lefteris Christoforou sur la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne aux fins du paiement d'avances dans le cadre du budget 2016. Le but de ce texte est de mobiliser 50 millions d'euros pour donner des avances aux États membres en cas de catastrophe en 2016 et ainsi mieux aider les victimes. Cela permettra un décaissement rapide et efficace du Fonds de solidarité de l'Union européenne.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à inscrire au budget général de l'Union pour l'année 2016 le montant de 50 millions d'euros en crédits d'engagement. Cela permettra d'accélérer le versement de l'aide aux pays touchés en octroyant une avance avant que la décision finale d'attribution ne soit prise, de manière à renforcer l'efficacité du Fonds de solidarité de l'Union européenne.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Bei diesem Bericht geht es um einen Vorschlag für die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Bereitstellung von Vorauszahlungen im Haushaltsplan 2016. Gegen die Mobilisierung des Solidaritätsfonds ist prinzipiell nichts einzuwenden, da er für die Abmilderung von Folgen aus Naturkatastrophen errichtet wurde. Nun sollen aber 50 Millionen Euro aus diesem Fonds in das allgemeine Budget der EU für 2016 fließen und dort für Katastrophen reserviert bleiben. Dadurch entsteht die Problematik, dass eine mögliche Neuumschichtung dieser Gelder in Zukunft erleichtert wird, wodurch nicht mehr gewährleistet werden kann, dass die Zweckmittelbindung gewährleistet ist. Aus diesen Gründen kann ich diesem Bericht nicht zustimmen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this provision, as it ensures the timely availability of budgetary resources and allows for a faster disbursement of assistance to affected countries.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapját (EUSZA) azért hozták létre, hogy lehetővé tegye az Európai Unió számára az azonnali reagálást a jelentős természeti katasztrófákra és kifejezésre juttassa Európánk katasztrófák által sújtott régióival való szolidaritást.

A 2014-2020-as időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keretről szóló rendelet 500 millió euró (2011-es árakon) éves plafonig teszi lehetővé az alap igénybevételét, a pénzügyi keret vonatkozó fejezeteinek felső korlátain felül.

Az Európai Parlament és a Tanács határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja 50 millió euró elkülönítése az Unió 2016-os költségvetésében kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén, az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében.

Az Európai Parlament ezért elfogadta, hogy a javasolt összegeket vegyék fel a 2016-os költségvetésbe.

Mivel „az EU Szolidaritási Alapjának igénybevétele a 2016. évi költségvetést érintő előlegkifizetésekre” javaslat annak a megállapodáscsomagnak a részét képezi, amelyet az Európai Parlament és a Tanács tárgyalódelegációi a 2016. évi uniós költségvetés elfogadására dolgoztak ki, a magyar érdekekkel és a néppárti frakció álláspontjával összhangban támogattuk a jelentést.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport rappelle que la proposition de décision du Parlement n'est pas liée à un désastre spécifique. Elle vise à mobiliser le Fonds de solidarité de l'Union européenne aux fins du paiement d'avances, au cas où une catastrophe surviendrait, moyennant la somme de 50 000 000 EUR en crédits d'engagement et de paiement. Ladite mobilisation se fait sur demande du pays concerné et après évaluation préliminaire de la Commission. Il est important de noter qu'il s'agit non seulement d'une réponse financière rapide, mais également d'un signe politique de solidarité envers les populations touchées par des «catastrophes naturelles majeures» ou régionales. Pour cette raison, j'ai voté pour.

Béla Kovács (NI), *írásban*. – Jórészt az erőltetett, átgondolatlan és fenntarthatatlan fejlődésnek köszönhetően megszorodtak a természeti katasztrófák. Kiemelten fontos, hogy az ezeket elszenvedő országok mielőbb segélyhez juthassanak, ezért csak támogatható az adott jelentés, mely az Európai Szociális Alap általános és gyors igénybevételei lehetőségének megteremtéséről szól. Ez ráadásul egy ügyes technikai megoldás, mely nem igényel plusz fedezetet, de a kifizetést nagyban meggyorsítja.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Il punto 11 dell'accordo interistituzionale del 2 dicembre 2013 tra il Parlamento europeo e il Consiglio prevede la mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'UE per consentire all'Unione di rispondere in modo rapido, efficiente e flessibile alle situazioni di emergenza e per dimostrare solidarietà con la popolazione delle regioni colpite da catastrofi.

Ho deciso di votare a favore della relazione del collega Lefteris Christoforou in quanto prevede uno stanziamento di 50 milioni di EUR per il 2016 per la gestione di situazioni emergenziali nella prima parte del prossimo anno.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – Le fonds de solidarité de l'UE a pour but de permettre aux États membres de recevoir un appui financier lorsqu'ils font face à une situation d'urgence provoquée par des catastrophes naturelles de grande ampleur ou en cas de catastrophe régionale.

La proposition envisage d'inscrire au budget 2016 la somme de 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement dans le but de payer en avance les États membres demandeurs en cas de catastrophes naturelles, et ainsi accélérer l'efficacité et la rapidité des versements. Cette disposition assure la disponibilité en temps opportun des ressources budgétaires et permet un rapide décaissement de l'aide aux pays touchés à travers le paiement d'une avance avant que la décision d'attribution définitive ait été prise. L'avance est versée sans préjudice de la décision finale sur la mobilisation des Fonds, et les avances indûment versées sont recouvrées auprès de l'États membres.

Étant donné qu'il s'agit d'une mesure visant à accélérer la procédure d'octroi d'une aide en cas d'urgence, j'ai voté pour.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que considero necesario que el Fondo de Solidaridad de la Unión Europea disponga de los recursos necesarios en cada ejercicio para poder responder de la manera más rápida posible a las catástrofes que acaecieran en cualquier Estado miembro de la Unión Europea. Las situaciones de catástrofes naturales que se están produciendo en Europa necesitan una rápida respuesta y esta propuesta establece la dotación de fondos para poder reaccionar de la manera más rápida posible y poder paliar los efectos sobre los ciudadanos de las regiones afectadas. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Preferuji dobrovolnou solidaritu států a občanů mezi sebou, pokud nastane událost, která vyžaduje zahraniční pomoc.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europski fond solidarnosti kreiran je u svrhu pomoći državama članicama kao odgovor na izvanredne situacije uzrokovane velikim prirodnim katastrofama. Fond može pružiti financijsku pomoć državama članicama i zemljama uključenim u pristupne pregovore u slučaju „velikih prirodnih katastrofa”.

Podržala sam izvješće zastupnika Christoforoua koji se odnosi na aktivaciju EUSF-a unutar općeg proračuna Europske unije. EUSF pridonosi slanju jasne političke poruke solidarnosti i pruža prijeko potrebnu pomoć građanima.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Tas, kas ir brīdināts, ir arī sagatavots. Līdz ar to šīs parlamentārās rezolūcijas projekta pieņemšana bija visai loģiska, jo ar tās palīdzību būtu iespējams paaugstināt Eiropas Savienības Solidaritātes fonda darbības efektivitāti gadījumā, ja, pasarg Dievs, nākamajā gadā ES dalībvalstu vai to kandidātvalstu teritorijā notiktu dabas katastrofa, kuras pārvarēšanai būtu nepieciešams ESSF resursu ieguldījums. Kamēr 50 miljoni euro (faktiski ne vairāk par 10 % no kopējās pieprasītās summas un maksimāli 30 miljoni euro) var nelikties pārāk liela summa dabas katastrofas izraisītu postījumu mērogā, krīzes rašanas gadījumā, pirms pārējā palīdzība nonāks pie sava saņēmēja, šī nauda nenoliedzami varētu vismaz daļēji segt vissteidzamākos izdevumus. Eiropas Savienības Solidaritātes fonds funkcionē jau veselus 13 gadus, un šajā laikā palīdzējis ne vienas vien dabas katastrofas seku pārvarēšanā dažādās Eiropas daļās. Un kamēr, protams, ļoti negribētos, lai tā resursi principā būtu jebkad nepieciešami, esmu visai gandarīts, ka šāds instruments pastāv un turpina ienest savu artavu Eiropas Savienības dalībvalstu savstarpējā saliedētībā un sadarbībā – gan mierīgos, gan arī drausmīgos apstākļos.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Navrhnutým rozhodnutím sa vyčleňuje pre Fond solidarity EÚ na rok 2016 suma 50 miliónov eur na vyplácanie záloh tak, aby mohla byť flexibilne a účinne poskytnutá obyvateľstvu pomoc v núdzových situáciách v oblastiach postihnutých katastrofami.

Pomoc je účinná vtedy, ak sa poskytne včas. Preto oceňujem možnosť vyplácania záloh.

Νότης Μαρίας (ECR), γραπτώς. – Ψηφίζω υπέρ της Έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά την κινητοποίηση του Ταμείου Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης, σύμφωνα με σημείο 11 της διοργανικής συμφωνίας, της 2ας Δεκεμβρίου 2013, μεταξύ του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, του Συμβουλίου και της Επιτροπής, για τη δημοσιονομική πειθαρχία, τη συνεργασία σε δημοσιονομικά θέματα και τη χρηστή δημοσιονομική διαχείριση προκειμένου να προβλεφθεί η χορήγηση προκαταβολών στον προϋπολογισμό του 2016, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette mobilisation. Ce fonds de solidarité de l'UE prévoit d'aider les États membres en cas de catastrophes naturelles de grande ampleur ou de catastrophe régionale, en leur fournissant un appui financier. Cette proposition suggère d'inscrire au budget 2016 la somme de 50 millions d'euros pour payer en avance les États membres demandeurs en cas de catastrophe et ainsi accélérer l'efficacité et la rapidité des versements.

Comme il s'agit ici d'une mesure visant à accélérer le processus d'octroi des fonds en cas d'urgence, il est préférable de voter pour.

David Martin (S&D), *in writing*. – The current proposal for a decision of the European Parliament and of the Council is not linked to a specific disaster. Instead, it aims at entering into the general budget of the Union for 2016 the amount of EUR 50 million in commitment and payment appropriations for the payment of advances in a timely and efficient way in the event of a disaster occurring next year.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Mi sono espresso a favore della relazione riguardante la mobilitazione del fondo di solidarietà dell'Unione europea per il versamento di anticipi nel bilancio 2016. Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea consente all'Europa di rispondere in modo rapido alle situazioni di emergenza della popolazione nelle regioni colpite da catastrofi, fornendo l'assistenza necessaria alle zone colpite.

L'obiettivo della suddetta proposta è quello di iscrivere nel bilancio generale dell'Unione europea per il 2016 l'importo complessivo di 501 milioni di euro attraverso stanziamenti d'impegno e di pagamento nel caso in cui si dovessero verificare delle catastrofi per il prossimo anno.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea ha la finalità di consentire all'Unione di far fronte nel modo più veloce ed efficiente alle situazioni di emergenza in uno spirito di solidarietà rispetto alle popolazioni delle regioni colpite da catastrofi. L'articolo 4 bis, paragrafo 4, del regolamento (CE) n. 2012/2002 prevede che il Fondo possa essere mobilitato per un importo fino ad un massimo di 50 000 000 di euro per il versamento di anticipi, cosa che è avvenuta, nel caso di specie, per l'anno 2016.

L'attuale proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio, a cui aderisco votando favorevolmente, non è collegata a un caso specifico, ma mira piuttosto a iscrivere nel bilancio generale dell'Unione per il 2016 un determinato importo in stanziamenti di impegno e di pagamento per il tempestivo ed efficiente versamento di anticipi, nel caso in cui dovessero verificarsi catastrofi il prossimo anno.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Durch den Vorschlag des Berichtstatters würde eine Umschichtung der Gelder für andere Zwecke als im Fonds vorgesehen erleichtert werden. Eine solche Zweckentfremdung des Fonds lehne ich ab.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport autorise le déblocage de 50 millions d'euros du Fonds de solidarité de l'UE, sous forme d'avances prises sur le budget 2016. Ce Fonds de solidarité est destiné à aider des populations ou des régions touchées par des catastrophes. Au demeurant, il est nécessaire de recourir à de telles avances car les crédits de l'année en cours sont épuisés en raison de budgets structurellement insuffisants.

En ayant recours à de telles avances, il est prévisible que le budget 2016, toujours placé sous le signe de l'austérité, sera lui aussi épuisé bien avant la fin de l'année prochaine. Et ainsi se poursuit le naufrage budgétaire de l'UE désormais illustré par tous les votes à ce sujet. Pour ne pas priver les victimes de catastrophes de telles avances, je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le Fonds de solidarité de l'UE a pour but de permettre aux États membres de recevoir un appui financier lorsqu'ils font face à une situation d'urgence provoquée par des catastrophes naturelles de grande ampleur ou régionales. La proposition envisage d'inscrire au budget 2016 la somme de 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement dans le but de verser à l'avance le montant défini aux États demandeurs, accélérant ainsi l'efficacité et la rapidité de l'action. Étant donné qu'il s'agit d'une mesure visant à accélérer la procédure d'octroi d'une aide en cas d'urgence, je vote pour.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A proposta de decisão do Parlamento Europeu e do Conselho relativa à mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia não está ligada a uma catástrofe em particular. Tem como objetivo que seja permitida a inscrição no orçamento geral da União Europeia para 2016 de um montante de 50 milhões de euros em dotações de autorização e de pagamento para o pagamento de adiantamentos de forma atempada, caso ocorra uma catástrofe no próximo ano. Trata-se de uma medida preventiva inscrita ao nível do orçamento.

Votei favoravelmente.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as it proposes to make finance available so that the Union will be able to adequately handle the various unforeseen challenges that may arise next year.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Le Fonds de solidarité de l'UE est, comme son nom l'indique, non pas uniquement un outil technique mais un acte de solidarité envers les régions sinistrées des États membres et des pays en développement. C'est un signal politique fort qui me fait dire que l'Europe est bien plus qu'une organisation internationale avec des institutions lointaines, c'est un projet de vivre ensemble.

Notre monde traduit l'interdépendance de tous dans une nécessaire solidarité. Notre défi principal dans un monde globalisé est celui de l'unité, de l'humanité, c'est-à-dire être capable de vivre en solidarité avec tous les peuples. Je me réjouis que la proposition de décision du Parlement et du Conseil mobilise pour la période 2014-2020 un plafond annuel maximum de 500 millions d'euros et que le Fonds puisse être mobilisé jusqu'à concurrence de 50 millions d'euros en crédits de paiement et d'engagement aux fins du versement rapide et efficace d'avances en cas de catastrophe l'année suivante.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Fond solidarity Európskej Únie bol zriadený a slúži na zabezpečenie vyplácania záloh v núdzových situáciách spôsobených prírodnými katastrofami. Vyplyva z prejavu európskej solidarity a pomoci poškodeným krajinám, ktoré sa zúčastňujú na prístupových rokovaniach pri veľkých katastrofách. Cieľom návrhu je začleniť rezervnú sumu do rozpočtu Únie na rok 2016, ktorá bude k dispozícii na vyplácanie zálohy v prípade katastrofy ešte pred prijatím rozhodnutia o poskytnutí zálohy. Parlament sa výrazne podieľal na presadzovaní nového ustanovenia. Návrh vnímam pozitívne na zlepšenie a zvýšenie účinnosti a mobilizácie fondu.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I am in agreement with the report on Mobilisation of the EU Solidarity Fund to provide for payment of advances in the 2016 budget. The European Union Solidarity Fund aims to enable the Union to respond in a rapid, efficient and flexible manner to emergency situations and to show solidarity with the population of regions struck by disasters. That is why I have voted in favour.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapját (EUSZA) azért hozták létre, hogy lehetővé tegye az Európai Unió számára a reagálást a jelentős természeti katasztrófákra és kifejezésre juttassa az Európa katasztrófa sújtotta régióival való európai szolidaritást. A 2014-2020-as időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keretről szóló rendelet legfőbb évi 500 millió euró erejéig teszi lehetővé az alap igénybevételét.

Az Alap igénybevételének feltételeit módosító 661/2014/EU rendelet egyik rendelkezése értelmében az érintett országoknak szánt segély folyósítása meggyorsítható a végleges odaítélésről szóló határozat megszületése előtt folyósított, a várható pénzügyi hozzájárulás legfőbb 10%-át kitevő előleg révén.

A Bizottság európai parlamenti és tanácsi határozat elfogadására tett javaslatot, amelynek értelmében az Unió 2016-os költségvetésében kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában 50 millió eurót kell elkülöníteni, az előlegeknek egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében.

Az Európai Parlament Költségvetési Bizottsága jelentésében a határozati javaslat jóváhagyását ajánlja a Parlamentnek. Az előterjesztést megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O Fundo de Solidariedade da União Europeia (FSUE) foi criado com o objetivo de colocar a União Europeia à altura de situações de emergência provocadas por catástrofes naturais de grandes proporções e de poder manifestar a solidariedade europeia às regiões afetadas da Europa.

Defendo a atual proposta de decisão do Parlamento Europeu e do Conselho, salientado que esta não está ligada a uma catástrofe específica. A presente proposta visa consagrar, no orçamento geral da União para 2016, o montante de 50 milhões de EUR em dotações de autorização e de pagamento para o pagamento de adiantamentos, de forma eficiente e atempada, na eventualidade de ocorrer uma catástrofe no próximo ano.

Entendo que esta medida é necessária, uma vez que vem acelerar o desembolso da ajuda aos países afetados, através do pagamento de um adiantamento antes de ser tomada a decisão final de atribuição da ajuda, reforçando, assim, a eficácia do FSUE.

Subscribo a posição do relator ao recordar que o FSUE não é somente mais uma forma de apoio financeiro da UE, mas é também a transmissão de uma mensagem política clara de solidariedade, que presta a assistência necessária aos cidadãos afetados.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – La proposition envisage d'inscrire au budget 2016 la somme de 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement dans le but de payer en avance les États membres demandeurs en cas de catastrophes naturelles et ainsi accélérer l'efficacité et la rapidité des versements au titre du Fonds de solidarité de l'UE.

Cette disposition, nouvellement introduite par le règlement modificatif de 2014 (article 4 bis), assure la disponibilité en temps opportun des ressources budgétaires et permet un rapide décaissement de l'aide aux pays touchés à travers le paiement d'une avance (d'un maximum de 10 % ou de 30 millions d'euros) avant que la décision d'attribution définitive ne soit prise. L'avance est versée sans préjudice de la décision finale sur la mobilisation des Fonds, et les avances indûment versées sont recouvrées auprès de l'États membres.

Le rapport Christoforou recommande que les montants proposés par la Commission soient inclus dans le budget 2016.

Étant donné qu'il s'agit d'une mesure visant à accélérer la procédure d'octroi d'une aide en cas d'urgence (catastrophes naturelles, etc.), j'ai décidé de voter pour ce rapport.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne dans le cadre du budget 2016. Ce texte approuve la proposition de la commission de mobiliser ce fonds pour un montant de 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement afin d'assurer le décaissement rapide et efficace d'avances aux États membres qui subiraient des catastrophes en 2016.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The European Union Solidarity Fund (EUSF) was set up to enable the Union to respond to emergency situations caused by major natural disasters and to express European solidarity to disaster-stricken regions within Europe. I have voted for this report that aims at entering into the general budget of the Union for 2016 the amount of EUR 50 million in commitment and payment appropriations for the payment of advances in a timely and efficient way in the event of a disaster occurring next year.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht für die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Bereitstellung von Vorauszahlungen im Haushaltsplan 2016 fordert, dass der Solidaritätsfonds verwendet werden soll, um 50 Mio. EUR an Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen für die Zahlung von Vorschüssen vorzusehen. Ich habe gegen diesen Bericht gestimmt, da ich die Verwendung des Solidaritätsfonds hier als nicht angemessen sehe.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui permet la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union Européenne (FSUE) pour l'exercice 2016. Le FSUE est conçu pour venir en aide à un État membre subissant une catastrophe naturelle majeure, nationale ou régionale. Il s'agit ici d'anticiper l'octroi d'une enveloppe de 50 millions pour 2016, afin que cette enveloppe soit disponible immédiatement pour un versement rapide et efficace en cas de catastrophe avérée, permettant ainsi d'avancer les frais avant la décision finale d'attribution.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Katastroofide ja suurte loodusõnnetuste puhul on olulisim reageerimiskiirus. ELi solidaarsusfondi kantakse 50 miljonit eurot eesmärgiga kiirendada abi andmist olukorras, kus seda just väga ruttu vaja on.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this disaster fund for Europe because it has been allocated EUR 50 million in commitment appropriations. The maximum ceiling for this fund is EUR 500 million per annum; we oppose commitment appropriations, as they only increase the budget. The money that the Member State claims has already been paid by the membership fees that they pay to the EU; it is clearly a case of getting your own money back.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ringrazio il relatore per l'ottimo lavoro svolto e ribadisco le idee espresse in precedenza circa la necessità di una maggiore flessibilità per la mobilitazioni dei fondi europei, considerate le attuali situazioni di crisi e di emergenza. Appoggio con convinzione lo stanziamento di ulteriori aiuti economici al Fondo di solidarietà dell'Unione e voto positivamente.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Hrvatska je 2014. godine bila pogođena snažnim elementarnim nepogodama, od ledene oluje te zime do poplave koja je uslijedila nakon jakih oborina u svibnju. Europski fond solidarnosti pomogao je financijski u popravku nastale štete. Iako su državna tijela provela potrebne radnje i popravke, samo vrijeme sanacije šteta s popravkom obiteljskih kuća i gospodarskih zgrada trajalo je relativno dugo onemogućavajući nastavak normalnog života velikog broja stanovnika pogođenog područja u trajanju oko godine dana.

Kada se dogodi snažna prirodna nepogoda poput poplave ili potresa s utjecajem na veliki broj ljudi, brza, dostatna i dobro usmjerena pomoć zahvaćenom području od velike je važnosti za povjerenje pogođenih osoba u institucije države i Unije. Brza intervencija sprječava pojavu neželjenih posljedica poput bolesti, nesreća, onečišćenja okoliša i gubitka radnih mjesta, ali i olakšava oporavak pogođenog područja da što prije prestane biti primatelj pomoći te nastavi svoj ekonomski i svaki drugi oblik života svojih građana.

Upravo sam zato podržala aktivaciju Fonda solidarnosti EU-a radi isplate predujmova u proračunu za 2016. Na taj način Europska unija pokazuje brigu i solidarnost za svoje građane, omogućujući pravodobne financijske intervencije onda kad je pomoć najpotrebnija.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – La proposition envisage d'inscrire au budget 2016 la somme de 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement dans le but de payer en avance les États membres demandeurs en cas de catastrophes naturelles et ainsi accélérer l'efficacité et la rapidité des versements du Fonds de solidarité de l'UE.

Cette disposition, nouvellement introduite par le règlement modificatif de 2014 (article 4 bis), assure la disponibilité en temps opportun des ressources budgétaires et permet un rapide décaissement de l'aide aux pays touchés à travers le paiement d'une avance (d'un maximum de 10 % ou de 30 millions d'euros) avant que la décision d'attribution définitive ne soit prise. L'avance est versée sans préjudice de la décision finale sur la mobilisation des Fonds, et les avances indûment versées sont recouvrées auprès de l'États membres.

Le rapport Christoforou recommande que les montants proposés par la Commission soient inclus dans le budget 2016.

Étant donné qu'il s'agit d'une mesure visant à accélérer la procédure d'octroi d'une aide en cas d'urgence (catastrophes naturelles, etc.), j'ai décidé de voter pour ce rapport.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Podržavam prijedlog da se osiguraju isplate predujmova te preuzete obveze u proračunu za 2016. godine u okviru aktivacije Fonda solidarnosti EU-au iznosu od 50 000 000 eura. S obzirom da je riječ o fondu čija je temeljna funkcija odgovor na hitne situacije prirodnih katastrofa koji je i moja zemlja višestruko koristila, pravovremena pomoć je važan, ako ne i najvažniji element asistiranja pogođenim državama.

U tom pogledu, slažem se s izvjestiteljem da su osnaživanje kapaciteta za brzi odgovor i plaćanje predujma jasne političke poruke solidarnosti. Hrvatska se suočila s kompleksnošću procedure prijave i odobrenja sredstava pomoći u slučaju teških poplava koje su pogodile jugoistočnu Europu, stoga i iz perspektive bliskosti građanima kojima je taj oblik pomoći bio potreban podržavam ovaj prijedlog.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) è stato istituito per permettere all'UE di rispondere alle situazioni di emergenza provocate da catastrofi naturali gravi e per dimostrare solidarietà con le regioni colpite da tali eventi.

A seguito di una nuova disposizione del regolamento del 2014 (articolo 4 bis), fortemente voluta dal Parlamento europeo, sarà possibile iscrivere nel bilancio generale dell'Unione per il 2016 l'importo di 50 milioni di EUR in stanziamenti di impegno e di pagamento per il tempestivo versamento di anticipi, nel caso in cui dovessero verificarsi catastrofi.

Ritengo che il FSUE rappresenti uno dei migliori esempi, concreti, dello spirito di solidarietà che dovrebbe sempre essere alla base del processo d'integrazione. Pertanto, ho deciso di esprimere il mio voto favorevole.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – J'ai voté pour le rapport Christoforou sur la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne aux fins du paiement d'avances dans le cadre du budget 2016. Un montant de 50 000 000 euros est mis à disposition pour le paiement d'avances au moyen de crédits inscrits au budget général de l'Union.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* – Votei a favor, por entender que é importante a mobilização do Fundo de Solidariedade da UE para o pagamento de adiantamentos.

Julia Reid (EFDD), *in writing.* – UKIP voted against this disaster fund for Europe because it has been allocated EUR 50 million in commitment appropriations. The maximum ceiling for this fund is EUR 500 million per annum; we oppose commitment appropriations, as they only increase the budget. The money that the Member State claims has already been paid by the membership fees that they pay to the EU; it is clearly a case of getting your own money back.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito.* – Esta proposta do PE não está vinculada a nenhuma catástrofe específica. Tem por objetivo consignar no orçamento geral de 2016 a quantia de 50 milhões de euros para adiantamentos em caso de catástrofe, aumentando a eficácia e a rapidez na ajuda.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito.* – El Fondo de Solidaridad de la Unión Europea (FSUE) fue creado para permitir a la Unión responder a situaciones de emergencia causadas por graves catástrofes naturales y para expresar la solidaridad europea a las regiones afectadas por las catástrofes. El Fondo puede proporcionar ayuda financiera a los Estados miembros y a países que estén negociando su adhesión en caso de que se produzca una catástrofe natural grave, es decir, cuando el daño total directo supere los 3 000 millones de euros o el 0,6 % de la renta nacional bruta del país. También se puede movilizar en el caso de una catástrofe regional.

La propuesta de Decisión del Parlamento Europeo y del Consejo no está vinculada a una catástrofe específica, sino que busca incluir en el presupuesto general de la Unión para 2016 la cantidad de 50 millones de euros en créditos de compromiso y de pago para el pago de los anticipos en caso de que ocurra una catástrofe el año próximo y asegurar así la disponibilidad de recursos presupuestarios mejorando la eficacia del Fondo. Por ello, he votado a favor.

Claude Rolin (PPE), *par écrit.* – Le Fonds de solidarité de l'Union européenne (FSUE) a pour vocation de permettre à l'Union de réagir à des situations d'urgence provoquées par des catastrophes naturelles de grande ampleur et d'exprimer la solidarité de l'Europe vis-à-vis des régions européennes sinistrées. Le Fonds a ainsi la capacité d'octroyer une aide financière aux États membres et aux pays en voie d'adhésion en cas de «catastrophe naturelle majeure», c'est-à-dire si le montant total des dommages directs causés par la catastrophe dépasse 3 milliards d'euros ou 0,6 % du revenu national brut du pays. Il peut également être mobilisé en cas de catastrophe régionale. Les conditions présidant à la mobilisation du FSUE sont exposées dans l'acte de base correspondant (règlement (CE) n° 2012/2002 du Conseil), modifié en 2014 (règlement (UE) n° 661/2014).

La présente proposition de décision du Parlement européen et du Conseil, que j'ai votée aujourd'hui, n'est pas liée à une catastrophe particulière. Elle vise plutôt à inscrire au budget général de l'Union pour l'année 2016 le montant de 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement aux fins du versement rapide et efficace d'avances au cas où une catastrophe surviendrait l'année prochaine.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta proposta de resolução visa inscrever, no orçamento geral da União para 2016, o montante de 50 milhões de euros em dotações de autorização e de pagamento para fazer face ao pagamento de adiantamentos, em termos equilibrados e de forma eficaz, caso venha a ocorrer alguma catástrofe no próximo ano, mobilizando, para o efeito, o Fundo de Solidariedade da União Europeia, que foi criado justamente para responder a situações de emergência.

Trata-se de uma medida de garantia que tem acolhimento legal, mercê da alteração efetuada ao artigo 4.º-A do Regulamento (UE) n.º 661/2014.

Nessa medida, merece o meu voto favorável.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui rappelle, une nouvelle fois, combien le budget de l'Union européenne doit être flexible pour faire aux crises et à leurs conséquences. J'ai voté en faveur de ce texte qui approuve la décision de mobiliser 50 millions d'euros d'avance du budget 2016 pour le Fonds de solidarité de l'Union. Ce fonds permet à l'UE de soutenir financièrement un État membre ou une région en cas de catastrophe naturelle majeure. Il est important de continuer à promouvoir une Europe unie et solidaire.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della relazione concernente la proposta di decisione del Parlamento europeo e del Consiglio sulla mobilitazione del Fondo di solidarietà dell'Unione europea per il versamento degli anticipi nel bilancio 2016, in quanto il Fondo di solidarietà permette di affrontare le situazioni di emergenza causate da catastrofi naturali gravi.

Ricordando che anche l'Italia ha spesso usufruito di questi fondi per affrontare alluvioni o incendi, sono concorde nel sostenere la mobilitazione di una somma pari a 50 milioni di EUR di stanziamenti di impegno e di pagamento, che serviranno all'Unione europea per aiutare gli Stati colpiti da situazioni di emergenza.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta movilización del Fondo de Solidaridad de la UE. Con ella se habilitan 50 millones de euros para eventuales catástrofes que pudiesen producirse. El tema es perverso, porque se ha habilitado este dinero, que sería necesario para la crisis de los refugiados, en aras de prevenir futuros cuando un desafío actual y urgente está aconteciendo. En la discusión sobre el presupuesto fue un caballo de batalla, y es una imposición del Consejo, que quería evitar gastar fondos para la crisis de los refugiados. Votar en contra tampoco se puede hacer porque habilita un fondo que puede ser requerido para cuestiones importantes en un futuro. He votado a favor, en tanto en cuanto comprendo que la movilización del Fondo de Solidaridad es necesaria, pero entiendo, al mismo tiempo, que es necesaria una revisión crítica de cómo se efectúan esas movilizaciones.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que considero necesario que el Fondo de Solidaridad de la Unión Europea disponga de los recursos necesarios en cada ejercicio para poder responder de la manera más rápida posible a las catástrofes que acaecieran en cualquier Estado miembro de la Unión Europea. Las situaciones de catástrofes naturales que se están produciendo en Europa necesitan una rápida respuesta y esta propuesta establece la dotación de fondos para poder reaccionar de la manera más rápida posible y poder paliar los efectos sobre los ciudadanos de las regiones afectadas. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea (FSUE) è nato per rispondere alle grandi calamità naturali ed esprimere la solidarietà europea alle regioni colpite all'interno dell'Europa. Il Fondo è stato istituito a seguito delle gravi inondazioni che hanno devastato l'Europa centrale nell'estate del 2002. Da allora è stato utilizzato ben 70 volte in risposta a diversi tipi di disastri ambientali, tra cui inondazioni, incendi forestali, terremoti, tempeste e siccità.

La proposta di decisione che ho appoggiato oggi non è collegata ad un caso specifico di catastrofe naturale, ma punta a iscrivere nel bilancio generale dell'UE per il 2016 l'importo di 50 milioni di euro in stanziamenti di impegno e di pagamento per il tempestivo ed efficiente versamento di anticipi, nel caso in cui dovessero verificarsi catastrofi il prossimo anno.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this, as the UK does not qualify for this type of payment. The UK Government should decide on what foreign aid it should send.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this budgetary procedure because it will ensure the timely availability of budgetary resources and allow for a faster disbursement of assistance to countries which have been affected by disaster. The European Union Solidarity Fund aims to enable the EU to respond rapidly, efficiently and flexibly to emergency situations, and I totally embrace the solidarity that this fund presents with those struck by unfortunate circumstances.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Fond solidarity Európskej únie bol zriadený na to, aby Únia mohla reagovať na núdzové situácie spôsobené veľkými prírodnými katastrofami a zároveň tým EÚ prejavuje svoju solidaritu s oblasťami v Európe zasiahnutými katastrofami. Súhlasím preto so spravodajcom, aby bol tento fond navýšený o ďalších 50 miliónov eur na rok 2016, tak aby mohli byť vykonané prípadné zálohové platby. Preto som bol za toto uznesenie.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Fondom solidarity EÚ Únia reaguje na núdzové situácie spôsobené prírodnými katastrofami a prejavuje ním solidaritu so štátmi, regiónmi a oblasťami v Európe, ktoré katastrofy zasiahli. Požiadat o pomoc môže členský štát, ak priame škody spôsobené katastrofou presiahnu sumu 3 miliardy eur, resp. 0,6 % HDP danej krajiny, podľa toho, ktorá suma je nižšia. Vzhľadom na skutočnosť, že proces od podania žiadosti do schválenia pomoci je zdĺhavý a postihnutým regiónom je potrebná okamžitá pomoc vo forme zálohy, ktorá ale nepresiahne 10 % predpokladaného príspevku z fondu solidarity. Poskytnutím zálohy sa vie okamžite poskytnúť postihnutým občanom nevyhnutná pomoc, ale je to aj jasný signál solidarity EÚ voči postihnutým regiónom. Z tohto dôvodu sa v rámci všeobecného rozpočtu EÚ na rozpočtový rok 2016 mobilizuje Fond solidarity Európskej únie s cieľom poskytnúť sumu 50 000 000 eur vo viazaných a platobných rozpočtových prostriedkoch na vyplácanie záloh pri prírodných katastrofách.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pismo*. – Namen Solidarnostnega sklada Evropske unije je omogočiti, da se Unija hitro in učinkovito odziva na izredne razmere in izkaže svojo solidarnost s prebivalstvom območij, ki so jih prizadele nesreče.

Uredba o večletnem finančnem okviru za obdobje 2014-2020 omogoča uporabo sredstev sklada do letne zgornje meje v višini 500 milijonov EUR.

Ta predlog sklepa Evropskega parlamenta in Sveta ni vezan na določeno nesrečo, pač pa gre za zagotavljanje izplačila predplačil iz splošnega proračuna Evropske unije za leto 2016 v višini 50 milijonov EUR, da se bo EU v prihodnjem letu lahko pravočasno in prožno odzvala na morebitne nesreče.

Učinkovitost sklada je treba izboljšati in pospešiti izplačila pomoči prizadetim državam v obliki predplačil še pred dokončno odobritvijo sredstev iz solidarnostnega sklada, zato sem poročilo pri glasovanju podprl.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Zdiela mi se prejavljala európska solidarita, pretavená do Fondu solidarity EÚ smerom k oblastiam postihnutým prírodnými katastrofami či inými vážnymi krízami, a preto jednoznačne súhlasím s potrebou pohotovej reakcie zo strany EÚ.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće jer se fondom solidarnosti Europske unije omogućuje da se brzo, fleksibilno i učinkovito reagira na hitne situacije i pokaže solidarnost prema stanovništvu iz regija pogođenih katastrofama. Sredstva fonda ne smiju prelaziti najveći iznos od 500 milijuna eura, kako je utvrđeno člankom 10. Uredbe Vijeća (EU, Euratom) br. 1311 /20133. Nadalje, člankom 4.a stavkom 4. Uredbe Vijeća (EZ) br. 2012/2002 predviđa se da se iznos od 50 milijuna eura stavi na raspolaganje za isplatu predujmova putem odobrenih sredstava u općem proračunu Unije. Stoga sam podržao prijedlog kako bi se aktivirao iznos od 50 milijuna eura za isplatu predujmova.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Cilj je ovog prijedloga pomoći državama članicama dobiti bržu financijsku potporu zbog prirodne katastrofe nego što je to moguće putem redovnog postupka. U tu svrhu primjereno je omogućiti isplatu predujma na zahtjev pogođene države članice ubrzo nakon podnošenja zahtjeva Komisiji za financijski doprinos iz Fonda.

Država članica može zatražiti isplatu predujma. Ukoliko su uvjeti ispunjeni i ako su dostupna dovoljna proračunska sredstva, Komisija može putem provedbenog akta donijeti odluku o dodjeli predujma i isplatiti ga bez odgode. Iznos predujma ne smije premašiti 10 % očekivanog iznosa financijskog doprinosa, te ni u kojem slučaju ne smije premašiti 30 000 000 EUR. Kada se utvrdi konačan iznos financijskog doprinosa, Komisija uzima u obzir iznos predujma prije isplate preostalog iznosa financijskog doprinosa. Komisija osigurava povrat nepropisno isplaćenih predujmova.

Podržavam ovaj prijedlog Vijeća jer smatram kako će ovaj prijedlog poslati jasnu poruku solidarnosti te pružiti potrebnu pomoć pogođenim građanima. Isplata predujma je jedan od načina na koji Unija može pomoći.

Richard Sulík (ECR), *písomne*. – Návrh som podporil, keďže ide najmä o opatrenie technického charakteru s cieľom uláhať poskytovanie prostriedkov pre obeť prírodných katastrof.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za poročilo o uporabi Solidarnostnega sklada EU za plačilo predplačil v proračunu za leto 2016.

Podpiram prerazporeditev 50 milijonov evrov iz solidarnostnega sklada, ki je sicer namenjen za finančno pomoč državam, ki so jih prizadele naravne nesreče, v splošni proračun Evropske unije za leto 2016 za odobritve prevzema obveznosti in odobritve plačil za pravočasno in učinkovito plačilo predplačil v primeru nesreče, ki bi se pripetila prihodnje leto.

Solidarnost je eden izmed temeljev na katerem je bila zgrajena Evropska unija, zato podpiram okrepitev učinkovitosti Solidarnostnega sklada Evropske unije.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Το Ταμείο Αλληλεγγύης της Ευρωπαϊκής Ένωσης (TAEE) συστάθηκε με σκοπό να επιτρέπει στην Ένωση να αντιδρά σε καταστάσεις έκτακτης ανάγκης που προκαλούνται από μείζονες φυσικές καταστροφές και να εκφράζει την ευρωπαϊκή αλληλεγγύη προς περιοχές που έχουν πληγεί από καταστροφές στην Ευρώπη.

Η ΕΕ οφείλει να είναι ευέλικτη, όταν συντρέχουν λόγοι αποζημίωσης κρατών μελών που επλήγησαν από φυσικές καταστροφές.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió Szolidaritási Alapját (EUSZA) azért hozták létre, hogy lehetővé tegye az Európai Unió számára az azonnali reagálást a jelentős természeti katasztrófákra és kifizezésre juttassa az Európa katasztrófák által sújtott régióival való szolidaritást. A 2014-2020-as időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keretről szóló rendelet 500 millió euró (2011-es árakon) éves plafonig teszi lehetővé az alap igénybevételét, a pénzügyi keret vonatkozó fejezeteinek felső korlátain felül.

Az Európai Parlament és a Tanács határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja 50 millió euró elkülönítése az Unió 2016-os költségvetésében kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében. Az Európai Parlament ezért elfogadta, hogy a javasolt összegeket vegyék fel a 2016-os költségvetésbe.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je me suis prononcé en faveur du texte de mon collègue Christoforou sur la proposition de décision du Parlement européen et du Conseil relative à la mobilisation du Fonds de solidarité de l'Union européenne, conformément au point 11 de l'accord interinstitutionnel du 2 décembre 2013 entre le Parlement européen, le Conseil et la Commission sur la discipline budgétaire, la coopération en matière budgétaire et la bonne gestion financière, aux fins du paiement d'avances dans le cadre du budget 2016.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – In this report, the European Parliament endorsed forward planning and readiness to act quickly when natural disasters strike. The current Commission proposal is not linked to a specific disaster. Instead, it aims at entering into the EU general budget for 2016 the amount of EUR 50 million in commitment and payment appropriations for the payment of advances in case that a disaster occurs next year. I voted in favour of it, because it will help to speed up the disbursement of aid to affected countries through the payment of an advance before the final award decision has been taken and will thus enhance the effectiveness of the European Union Solidarity Fund.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan.* – Glasovala sam za izvješće o mobilizaciji Fonda solidarnosti Europske unije kojim se mobilizira iznos od 50 milijuna eura u nacrt općeg proračuna za isplatu predujmova za 2016. godinu.

Naime, Fond solidarnosti Europske unije ustanovljen je 2002. godine kako bi se državama pogođenim većom prirodnom katastrofom ili regionalnom izvanrednom katastrofom pružila financijska pomoć. Smatram da je iznimno važno osigurati da u slučaju katastrofe ta potpora bude vrlo brzo dostupna, što će se postići ovom mobilizacijom, iako su iznosi navedenih predujmova ograničeni na 10 % očekivane financijske pomoći (ili ne više od 30 milijuna EUR).

Držim da spremnošću na trenutačnu reakciju šaljemo jasnu političku poruku solidarnosti i prijeko potrebnu pomoć pogođenim građanima.

Romana Tomc (PPE), *pisno.* – Poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi Solidarnostnega sklada Evropske unije v skladu s točko 11 Medinstitucionalnega sporazuma z dne 2. decembra 2013 med Evropskim parlamentom, Svetom in Komisijo o proračunski disciplini, sodelovanju v proračunskih zadevah in dobrem finančnem poslovanju za plačilo predplačil v proračunu za leto 2016 sem podprla, saj je namen Solidarnostnega sklada Evropske unije, da se hitro, učinkovito in prožno odziva na izredne razmere ter izkaže svojo solidarnost s prebivalstvom na območjih, ki so prizadeta v nesreči. Ker menim, da moramo imeti strategijo hitrega odziva tudi z izplačilom predplačila, ki bo pomagala Uniji pri uresničitvi teh ciljev, podpiram, da se v splošni proračun Unije za leto 2016 vpiše znesek 50 milijonov EUR za prevzem obveznosti in odobritve plačil za pravočasno in učinkovito plačilo predplačil v primeru nesreč.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito.* – He votado a favor de esta movilización del Fondo de Solidaridad de la UE. Con ella se habilitan 50 millones de euros para eventuales catástrofes que pudiesen producirse. El tema es perverso, porque se ha habilitado este dinero, que sería necesario para la crisis de los refugiados, en aras de prevenir futuros cuando un desafío actual y urgente está aconteciendo. En la discusión sobre el presupuesto fue un caballo de batalla, y es una imposición del Consejo, que quería evitar gastar fondos para la crisis de los refugiados. Votar en contra tampoco se puede hacer porque habilita un fondo que puede ser requerido para cuestiones importantes en un futuro. He votado a favor, en tanto en cuanto comprendo que la movilización del Fondo de Solidaridad es necesaria, pero entiendo, al mismo tiempo, que es necesaria una revisión crítica de cómo se efectúan esas movilizaciones.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit.* – Le Fonds de solidarité de l'UE a pour but de permettre aux États membres de recevoir un appui financier lorsqu'ils font face à une situation d'urgence provoquée par des catastrophes naturelles de grande ampleur ou en cas de catastrophe régionale.

La proposition envisage d'inscrire au budget 2016 la somme de 50 millions d'euros en crédits d'engagement et de paiement dans le but de payer en avance les États membres demandeurs en cas de catastrophes naturelles, et ainsi accélérer l'efficacité et la rapidité des versements.

Étant donné qu'il s'agit d'une mesure visant à accélérer la procédure d'octroi d'une aide en cas d'urgence (catastrophes naturelles, etc.), je vote pour.

István Ujhelyi (S&D), *írásban.* – Az Európai Unió Szolidaritási Alapját (EUSZA) azért hozták létre, hogy lehetővé tegye az Európai Unió számára a reagálást a jelentős természeti katasztrófákra és kifejezésre juttassa az Európa katasztrófa sújtotta régióival való európai szolidaritást. Az alap pénzügyi támogatást nyújt a tagállamok és a csatlakozási tárgyalásokat folytató országok számára „jelentős természeti katasztrófa” esetén. Az Európai Parlament és a Tanács jelenlegi határozatra irányuló javaslata nem egy konkrét katasztrófával összefüggésben született. Célja helyett 50 millió euró elkülönítése az Unió 2016-os költségvetésében kötelezettségvállalási és kifizetési előirányzatok formájában, az előlegek időben és hatékonyan történő kifizetése érdekében, egy jövő évben esetlegesen bekövetkező katasztrófa esetén. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito.* – He votado a favor de esta movilización del Fondo de Solidaridad de la UE. Con ella se habilitan 50 millones de euros para eventuales catástrofes que pudiesen producirse. El tema es perverso, porque se ha habilitado este dinero, que sería necesario para la crisis de los refugiados, en aras de prevenir futuros cuando un desafío actual y urgente está aconteciendo. En la discusión sobre el presupuesto fue un caballo de batalla, y es una imposición del Consejo, que quería evitar gastar fondos para la crisis de los refugiados. Votar en contra tampoco se puede hacer porque habilita un fondo que puede ser requerido para cuestiones importantes en un futuro. He votado a favor, en tanto en cuanto comprendo que la movilización del Fondo de Solidaridad es necesaria, pero entiendo, al mismo tiempo, que es necesaria una revisión crítica de cómo se efectúan esas movilizaciones.

Viktor Uspaskich (ALDE), *raštu*. – Europos Sąjungos solidarumo fondo (ESSF) tikslas – užtikrinti Sąjungai galimybę reaguoti į ekstremalias situacijas, kurias lėmė didelės gaivalinės nelaimės, ir išreikšti europietišką solidarumą su nelaimės ištiktais regionais Europoje. Iš Fondo galima teikti finansinę pagalbą valstybėms narėms ir šalims, kurios veda derybas dėl narystės Sąjungoje, didelio masto gaivalinės nelaimės atveju, t. y., kai bendra tiesioginė šios nelaimės padaryta žala viršija 3 mlrd. EUR 2011 m. kainomis arba 0,6 proc. šalies bendrųjų nacionalinių pajamų, atsižvelgiant į tai, kuris dydis mažesnis. Jo lėšos taip pat gali būti mobilizuojamos regioninės nelaimės atveju.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the proposal for a decision of the European Parliament and of the Council on the mobilisation of the European Union Solidarity Fund, in accordance with point 11 of the Interinstitutional Agreement of 2 December 2013 between the European Parliament, the Council and the Commission on budgetary discipline, on cooperation in budgetary matters and on sound financial management to provide for payment of advances in the 2016 budget. For the general budget of the European Union for the financial year 2016, the European Union Solidarity Fund shall be mobilised to provide the sum of EUR 50 000 000 in commitment and payment appropriations for the payment of advances, where this Decision shall enter into force on the day of its publication in the Official Journal of the European Union.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante esta acción se moviliza para el ejercicio de 2016 una suma de 50 000 000 euros en créditos de compromiso y de pago con cargo al Fondo de Solidaridad de la Unión Europea para el pago de anticipos. De este modo se pretende que la Unión Europea pueda responder a situaciones de emergencia causadas por graves catástrofes naturales y expresar de este modo la solidaridad europea para con las regiones afectadas por las catástrofes en Europa. Por todo ello, creo necesario votar a favor de este informe.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del presente informe debido a que considero necesario que el Fondo de Solidaridad de la Unión Europea disponga de los recursos necesarios en cada ejercicio para poder responder de la manera más rápida posible a las catástrofes que acaecieran en cualquier Estado miembro de la Unión Europea. Las situaciones de catástrofes naturales que se están produciendo en Europa necesitan una rápida respuesta y esta propuesta establece la dotación de fondos para poder reaccionar de la manera más rápida posible y poder paliar los efectos sobre los ciudadanos de las regiones afectadas. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit voorstel omdat het de effectiviteit van het Europees Solidariteitsfonds zal versterken. Ik ben ervan overtuigd dat deze maatregel de uitbetaling van de steun zal versnellen via de betaling van een voorschot, nog vooraleer er een definitief besluit genomen is.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Estamos a falar da inclusão de 50 000 000 de euros no orçamento de 2016 em provisões de pagamento e compromissos da mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia. Trata-se de pôr em prática o resultado direto da nova provisão aprovada em 2014 aquando da alteração ao Regulamento (UE) n.º 661/2014, no seu artigo 4.º—A.

Esta proposta não está ligada a nenhuma catástrofe específica, servirá apenas para que o Fundo de Solidariedade da UE seja mobilizado antecipadamente antes da decisão formal e final de mobilização e atribuição da ajuda, de modo a que se responda a tempo e com mais eficácia a um potencial acontecimento catastrófico que ocorra durante o ano de 2016.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Durch den Vorschlag des Berichterstatters würde eine Umschichtung der Gelder für andere Zwecke als im Fonds vorgesehen erleichtert werden. Eine solche Zweckentfremdung des Fonds lehne ich ab.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore perché sono convinto che il Fondo di solidarietà sia uno strumento fondamentale per reagire e rispondere alle catastrofi naturali che colpiscono il territorio europeo.

La proposta presentata mira ad inserire nel bilancio generale dell'Unione per il 2016 l'importo di 50 milioni di EUR in fondi destinati ad un tempestivo ed efficiente versamento di anticipi, nel caso in cui dovessero verificarsi catastrofi il prossimo anno.

È una posizione molto importante su cui il Parlamento ha lottato duramente e con fermezza.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des Europäischen Parlaments über die Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zur Bereitstellung von Vorauszahlungen im Haushaltsplan 2016 habe ich zugestimmt.

Es gibt einige Dinge in der EU, die als originär supranationale Aufgabe meine Zustimmung finden, weil sie auf lokaler, regionaler oder nationaler Ebene nicht ebenso gut gelöst werden können. Die länderübergreifende Kooperation und gegenseitige Finanzhilfen im Falle von Unglücken gehören dazu. Hier bringt europäische Zusammenarbeit einen Mehrwert, den ich durch meine Stimme unterstützen möchte.

Iuliu Winkler (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the Decision of the European Parliament and of the Council regarding Mobilisation of the EU Solidarity Fund to provide for payment of advances in the 2016 budget. I support this newly-introduced provision, as it ensures the timely availability of budgetary resources and allows for speedier disbursement of assistance to affected countries through the payment of an advance before the final award decision has been taken, thus enhancing the Fund's effectiveness.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Fond solidarity EÚ slúži na finančnú pomoc členským štátom v prípade živelných katastrof veľkého rozsahu. Slovensko využilo v minulosti pomoc z tohto fondu pri odstraňovaní následkov veternej smršte vo Vysokých Tatrách a pri povodniach, ktoré zasiahli celú Strednú Európu. Prijaté uznesenie sa netýka konkrétnej udalosti, ktorá by si vyžadovala európsku solidaritu, ale ide o zvýšenie účinnosti budúcej pomoci tým, že časť prostriedkov bude možné vyplatiť vo forme zálohy skôr, než bude prijaté riadne rozhodnutie o aktivovaní Fondu. To umožní rýchlejšie reagovať na potreby katastrofou postihnutého členského štátu a pomoc bude vďaka tomu účinnejšia.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφικώς*. – Ψήφισα την έκθεση του συναδέλφου Χριστοφόρου, η οποία ενισχύει το πνεύμα αλληλεγγύης στην Ένωση, ενώ βελτιώνει τον μηχανισμό χορήγησης βοήθειας στους πολίτες της ΕΕ άμεσα και ταχύτερα.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – He votado a favor del informe sobre la propuesta de Decisión del Parlamento Europeo y del Consejo relativa a la movilización del Fondo de Solidaridad de la Unión Europea, de conformidad con el apartado 11 del Acuerdo Interinstitucional, de 2 de diciembre de 2013, entre el Parlamento Europeo, el Consejo y la Comisión sobre disciplina presupuestaria, cooperación en materia presupuestaria y buena gestión financiera con el fin de financiar el pago de anticipos en el marco del presupuesto de 2016. Lo he hecho porque considero que el Fondo de Solidaridad tiene como principal finalidad responder de manera rápida, eficiente y flexible a las situaciones de emergencia y solidarizarse con la población de las regiones afectadas por catástrofes. Es esencial que la UE dé una respuesta rápida y eficaz a aquellos europeos afectados por una catástrofe. Este instrumento sirve de mensaje político a los europeos, a veces desvinculados de las decisiones de «Bruselas». Se trata de un mensaje político de solidaridad puesto que presta una ayuda muy necesaria a los ciudadanos al tiempo que da una respuesta rápida gracias al sistema de anticipo.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Il Fondo di solidarietà dell'Unione europea dovrebbe consentire all'Unione di rispondere in modo rapido, efficiente e flessibile alle situazioni di emergenza e di dimostrare solidarietà con la popolazione delle regioni colpite da catastrofi. Per tale Fondo è fissato un massimale dell'importo pari a 500 milioni di euro. L'articolo 4 bis del regolamento (CE) che lo ha istituito prevede la possibilità di mobilitare il Fondo per un importo massimo di 50 000 000 di euro per il versamento di anticipi e l'iscrizione dei corrispondenti stanziamenti nel bilancio generale dell'Unione.

È questo il motivo per cui con questa relazione si è chiesto che nel quadro del bilancio generale dell'Unione europea fissato per l'esercizio 2016 sia mobilitata una somma pari proprio al massimale di 50 milioni di euro di stanziamenti di impegno e di pagamento a titolo del Fondo di solidarietà dell'Unione europea per il versamento di anticipi.

Sono favorevole a questa proposta, che potrebbe accelerare la risposta dell'UE in caso di gravi calamità naturali.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta visa incluir no orçamento de 2016 o pagamento adiantado de 50 000 000 EUR em dotações de pagamento e dotações de autorização no âmbito a mobilização do Fundo de Solidariedade da União Europeia. Trata-se de pôr em prática o resultado direto da nova disposição aprovada em 2014, aquando da alteração ao Regulamento (UE) n.º 661/2014, no seu artigo 4.º.

Esta proposta servirá apenas para que o Fundo de Solidariedade da UE seja mobilizado antecipadamente, antes da decisão formal e final de mobilização e atribuição da ajuda, de modo a que se responda a tempo e com mais eficácia a um potencial acontecimento catastrófico que ocorra durante o ano de 2016.

Votámos a favor.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za sklep Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi Solidarnostnega sklada EU za plačilo predplačil v proračunu za leto 2016, s katerim se za plačilo predplačil zagotovi znesek v višini 50 000 000 EUR v odobritvah za prevzem obveznosti in odobritvah plačil, ker menim, da se bo s tem omogočilo Uniji, da se hitro, učinkovito in prožno odziva na izredne razmere in izkaže svojo solidarnost s prebivalstvom na območjih, ki so jih prizadele nesreče.

10.4. Haushaltsverfahren 2016 — Gesamthaushaltsplan (A8-0333/2015 - José Manuel Fernandes, Gérard Deprez)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, na úvod chci říci, že gratuluji k tomu, jak efektivně vedete schůzi, aby zde zazněl i opačný hlas.

A nyní k samotnému vysvětlení. Já jsem podpořil rozpočet Evropské unie na příští rok, i když je navýšen o 10 miliard EUR, a je třeba toto vysvětlit i pro naše voliče a naše občany v České republice. Tím důvodem je, že se zvyšují peníze na bezpečnost a hlavně na migrační a bezpečnostní politiku. Je zřejmé, že v současné době bude třeba více peněz dát na střežení vnější hranice, více peněz na agentury, jako je agentura FRONTEX. Bez vyšších peněz těžko můžeme zajistit bezpečnost Evropské unie a boj s mezinárodním terorismem.

Jinak také vítám, že v rozpočtu došlo k navýšení peněz na některé programy, které se týkají zvláště vzdělávání mladých lidí. To považuji za zvláště důležité, jako je třeba program Erasmus, protože vzdělávání mladých lidí je podle mého názoru jedna z cest, jak mladé generaci ukázat, jak Evropská unie je pro tuto generaci přínosná.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Zunächst einmal bin ich froh, dass wir den Haushalt 2016 bestätigt haben und damit ordentlich arbeiten können. Das ist die eine Geschichte. Zum Zweiten möchte mich als Mitglied des Agrarausschusses ein klein wenig beklagen, weil nämlich unser Haushaltsausschuss sämtliche Vorschläge des Agrarausschusses abgelehnt hat, nicht nur die, die Geld kosten, sondern selbst auch diejenigen Vorschläge, die kein Geld kosten. Das hat mich ein bisschen geärgert. Ich bitte einfach meine Kollegen, beim nächsten Mal die guten Vorschläge des Agrarausschusses etwas ernsthafter zu bewerten und zu billigen, dann wird mir auch die Zustimmung zum nächsten Haushalt noch etwas leichter fallen.

Andrejs Mamikins (S&D). – Atbalstot Kopienas budžeta projekta pieņemšanu uz 2016. gadu, gribētu izpaust īpašu atbalstu tajā izteiktajam nolūkam regulāri pārbaudīt budžeta resursu tērēšanas efektivitāti.

Piemēram, atbilstoši starpinstitucionālā nolīguma pielikuma 36. punktam Eiropas Parlamenta, Padomes, Komisijas pārstāvji politiskajā līmenī tiksies šī mērķa dēļ vismaz 3 reizes 2016. gadā. Protams, arī citos līmeņos, tai skaitā arī Eiropas Parlamenta Budžeta komitejā, dažādās kontrolējošās iestādēs citur, Kopienas budžets nākamajam gadam tiks izskatīts un izanalizēts daudz regulārāk, lai tā realizācija pilnībā atbilstu izvirzītajam mērķim un uzdevumiem.

Skatoties uz dažādiem kohēzijas politikas budžeta tērēšanas plāniem, vēlētos akcentēt uzmanību uz to, ka ļoti negribētos, lai Eiropas Reģionālās attīstības fonda, Kohēzijas fonda vai Eiropas Sociālā fonda un citu līdzīgu tērējumu samazināšana negatīvi atainotos uz starpreģionālo attīstību.

Bet kopumā nobalsoju par.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this conciliation on the basis that instead of reducing the budget there are large increases in certain programmes that are not justified and do not contribute towards fruitful aims and objectives for the beneficiaries that the programmes are meant to support. The euro crisis is one of the main contributors towards SME financial problems and continuous EU regulations that hinder SME progress. Many EU regulations are hindering employers to take on new employees and train them up to keep abreast of regulations. The Horizon 2020 Programme has been allocated EUR 31.8 million; it has already been allocated EUR 150 million. Erasmus is a Europe-wide education programme that allows students to have mobility throughout Europe and has been allocated a further EUR 6.6 million. Security & Citizenship has been allocated EUR 1.5 billion, and a further EUR 150 million will be mobilised to help Turkey to deal with the crisis. The COSME programme is designated to aid SMEs throughout the EU and beyond, and has been allocated a further EUR 14.2 million.

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – Kristdemokraterna är tydliga med att den långsiktiga ambitionen är att stegvis trappner EU:s utgifter för jordbruks-, arbetsmarknads-, regional- och industripolitik. Eftersom Europaparlamentets hållning inför budgetförhandlingarna präglades av en motsatt hållning röstade jag i ett tidigare skede nej till detta. Däremot röstade jag nu ja till uppgörelsen mellan parlamentet och rådet eftersom EU måste ha en budget för att fungera och mot bakgrund av att samtliga medlemsländer stödjer uppgörelsen.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe Fernandes-Deprez sobre el acuerdo alcanzado por el Comité de Conciliación para el presupuesto 2016 porque pone el acento en la crisis de los refugiados al mismo tiempo que sigue invirtiendo en políticas de investigación y desarrollo. Además de continuar con la Iniciativa de Empleo Juvenil tras su evaluación, atiende a nuestro sector agrícola y ganadero, afectado por el veto ruso y la crisis láctea.

Lamento no haber podido incluir un incremento mayor de los pagos para 2016 ni un compromiso político de los Estados miembros para utilizar los ingresos extraordinarios y con ello financiar su cuota parte de la Agenda Europea de Migración.

Por último, cabe subrayar que es la primera vez que se hace uso del Instrumento de Flexibilidad, lo que refleja la gravedad acuciante de las necesidades actuales. Por ello, si bien la movilización del Instrumento de Flexibilidad permitirá complementar la financiación del presupuesto general de la Unión Europea para el ejercicio 2016 superando los límites máximos de las citadas rúbricas, tendremos que seguir trabajando para abordar los problemas estructurales que tiene el presupuesto europeo durante la revisión del marco financiero plurianual en 2016.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que, pese a contener algunas partidas positivas, supone continuar con la lógica de la austeridad que impide el incremento del presupuesto de la UE para hacer frente a todos los pagos. El presente informe aprueba el resultado del Comité de Conciliación que contiene algunas medidas positivas, como el mantenimiento de Horizonte 2020, los recursos para la crisis de los refugiados, medidas para los productores lácteos, etc. Sin embargo, el resultado continúa sin poner solución a los pagos que la UE deberá hacer en 2017 a los Estados miembros, aplazando estos problemas por la negativa a incrementar los recursos de los que debe disponer el presupuesto de la UE. Es por esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le budget 2016 a fait l'objet d'une conciliation entre les trois grandes institutions de l'UE que sont la Commission, le Conseil et le Parlement européen. Cet accord a été présenté au vote du Parlement.

Plusieurs choses sont à souligner dans ce texte: l'augmentation substantielle des crédits d'Erasmus; les fonds supplémentaires alloués aux agriculteurs en partie pour compenser les conséquences de l'embargo russe; les fonds supplémentaires pour «des actions multimédias»; le renforcement de l'aide humanitaire; ou encore les fonds supplémentaires pour l'action extérieure et la crise migratoire.

Le budget prévoit 2 milliards d'euros pour venir en aide aux États membres qui font face à la crise migratoire. Ce n'est que le début. Dans les prochaines années, les contribuables nationaux seront de plus en plus ponctionnés. La Commission ne s'attend-elle pas en effet à accueillir 3 millions d'immigrés supplémentaires dans les trois années à venir?

Finalement, les crédits d'engagements s'élèvent à 155 milliards d'euros (contre 145,3 en 2015) et les crédits de paiements à 143,8 milliards (141,2 en 2015), soit sensiblement au-dessus des crédits de 2015.

La France devra continuer à ce budget à hauteur de 23,65 milliards d'euros, un record.

Je m'y suis logiquement opposée.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I oppose the 2016 budget for many reasons, as outlined in Committee. Much money could have been saved in a variety of areas but there was a lack of political will to do it. On the other hand, it pushes the commitment allocations still higher and seems to me to be kicking the can down the road to a future budget. It is not a responsible budget.

Inés Ayala Sender (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe Fernandes-Deprez sobre el acuerdo alcanzado por el Comité de Conciliación para el presupuesto 2016 porque da luz verde a la utilización de recursos extraordinarios para hacer frente a situaciones extraordinarias.

Pone el acento en la crisis de los refugiados al mismo tiempo que sigue invirtiendo en políticas de investigación y desarrollo. Por otro lado, además de haber conseguido un compromiso para continuar con la Iniciativa de Empleo Juvenil tras su evaluación en el curso de los próximos meses, atiende a nuestro sector agrícola y ganadero, afectado por el veto ruso y la crisis láctea.

Lamento, sin embargo, no haber podido incluir un incremento mayor de los pagos para 2016 ni un compromiso político de los Estados miembros para utilizar los ingresos extraordinarios y con ello financiar su cuota parte de la Agenda Europea de Migración.

Por último, me gustaría subrayar que es la primera vez que se hace uso del Instrumento de Flexibilidad, lo que refleja que, ante la gravedad acuciante de las necesidades actuales, los límites máximos de 2016 para las rúbricas 3 y 4 no permiten una adecuada financiación de medidas urgentes allí donde más se necesita.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Pritariau kitų metų Europos Sąjungos biudžetui.

Kitų metų ES biudžeto įsipareigojimai (didžiausia įsipareigojimų vertė būsimoms sąskaitoms apmokėti) sudarytų 155 milijardus, o mokėjimai (faktinės sumos ankstesniems įsipareigojimams padengti) – 143,8 milijardo eurų.

„Derybose su ES Taryba buvo pasiekta, kad būtų skirta daugiau lėšų migrantų krizei valdyti, jaunimo užimtumui skatinti, ūkio konkurencingumui stiprinti.“ Metinis Europos Sąjungos biudžetas, kurį kartu tvirtina ES Taryba ir Europos Parlamentas, sudaro šiek tiek daugiau nei 1 procentą visos Europos Sąjungos bendrojo vidaus produkto. 88 procentai metinio ES biudžeto lėšų išleidžiama ES valstybėse narėse, 6 procentai – užsienio valstybėse, o likę 6 procentai – ES institucijoms išlaikyti.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this conciliation on the basis that instead of reducing the budget there are large increases in certain programmes that are not justified and do not contribute towards fruitful aims and objectives for the beneficiaries that the programmes are meant to support. The euro crisis is one of the main contributors towards SME financial problems and continuous EU regulations that hinder SME progress. Many EU regulations are hindering employers to take on new employees and train them up to keep abreast of regulations. The Horizon 2020 Programme has been allocated EUR 31.8 billion; it has already been allocated EUR 150 million. Erasmus is a Europe-wide education programme that allows students to have mobility throughout Europe and has been allocated a further EUR 6.6 billion. Security & Citizenship has been allocated EUR 1.5 billion, and a further EUR 150 million will be mobilised to help Turkey to deal with the crisis. The COSME programme is designated to aid SMEs throughout the EU and beyond, and has been allocated a further EUR 14.2 billion.

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – Il s'agissait là d'un compromis entre le Parlement et le Conseil modifiant à la marge le projet de budget 2016. Au total, les crédits seront supérieurs à ceux de 2015 (155 milliards pour les crédits d'engagement contre 145,3 en 2015 et 143,8 en crédits de paiement contre 141,2), ceci pour faire face à la crise migratoire. L'augmentation des salaires des fonctionnaires de l'Union européenne devrait atteindre 2,4 % en 2016, soit en termes réels, 1,5 % de hausse.

La contribution française au budget de l'Union européenne 2016 devrait atteindre 23,65 milliards selon le projet de loi de finances.

J'ai bien évidemment voté contre cette gabegie.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – J'ai soutenu ce rapport qui approuve le budget 2016. Par rapport aux propositions initiales du Conseil, ce budget prévoit en effet un financement accru pour faire face à la crise des réfugiés, il renforce les dépenses dans des domaines importants comme la recherche et le développement ainsi que le soutien aux PME.

Le Parlement a ainsi obtenu 800 millions d'euros supplémentaires pour la répartition des réfugiés à travers l'Union européenne et un financement supplémentaire pour soutenir les pays voisins. Ce travail sera soutenu par un financement accru des agences qui s'occupent des questions liées à la migration. Frontex pourra embaucher 60 personnes supplémentaires, tandis que le BEA et Europol pourront créer 30 postes supplémentaires. Par ailleurs, nous avons obtenu 18 millions d'euros supplémentaires pour l'assistance financière à l'Office de secours et de travaux des Nations unies pour les réfugiés palestiniens (UNRWA).

Il faudra toutefois rester vigilant et combatif pour que les leviers budgétaires soient dûment utilisés pour relancer l'emploi de qualité et renforcer la lutte contre la pauvreté.

Bas Belder (ECR), schriftelijk. – De EU-begroting voor 2016 behelst een stijging van 1,8 % ten opzichte van de begroting 2015. Dat is fors boven de inflatie van 0,11%. Het grote aantal mensen dat naar de EU trekt voor asiel en migratie vergt meer middelen van de lidstaten en de EU om die problematiek in betere banen te leiden.

Met dat voor ogen bezuinigt de EU terecht op verschillende andere beleidsgebieden, maar dat had veel sterker gemoeten. Dat betreft ook de begroting van het Europees Parlement die 2,4% toeneemt ten opzichte van dit jaar. De flinke stijging van de EU-begroting toont aan dat de EU nog steeds te veel wil doen, waaronder het bewerkstelligen van economische groei en werkgelegenheid, bij uitstek activiteiten van de lidstaten.

De crises van de afgelopen jaren hadden tot het inzicht moeten leiden dat Europa zich beter kan beperken tot zijn kerntaken: grensoverschrijdende problemen waarbij de EU resultaten moet boeken, zoals samenwerking met de lidstaten voor een barmhartige en rechtvaardige omgang met vluchtelingen en migranten, evenals een effectieve aanpak van de hardnekkige problemen rond de euro en de te hoge schuldenniveaus.

Absoluut positief is dat commissaris Georgieva werkelijk prioriteiten wil gaan stellen, maar dat moet dan wel leiden tot een doelmatiger begroting.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. – Quiero felicitar a los ponentes del informe sobre el presupuesto 2016 así como a todos los que han trabajado en él. Han sido muchas horas de negociación hasta llegar a la votación de hoy. Por nuestra parte hemos conseguido que se destinen los máximos fondos posibles a migración y refugiados, pymes, estudiantes y el programa de investigación Horizonte 2020. Desde ese punto de vista son unos presupuestos acordes con los momentos que vivimos.

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce projet commun du Parlement et du Conseil concernant le budget 2016, car il est parfaitement irresponsable, voire scandaleux.

En effet, si je ne peux qu'approuver l'aide aux agriculteurs, je m'étonne qu'elle soit si dérisoire — avec un paquet de 500 millions ainsi qu'une aide de 197 millions à la suite de l'extension de l'embargo russe — en comparaison avec l'argent qui sera dédié à la gestion de la crise migratoire, comme si accueillir des réfugiés était plus important que soutenir des personnes déjà en situation précaire sur notre territoire: l'aide humanitaire a ainsi été renforcée de 150 millions d'euros, ainsi qu'une allocation supplémentaire de 34 millions d'euros à la Turquie, malgré les ambiguïtés diplomatiques dont fait preuve cette dernière, notamment dans la lutte contre le terrorisme islamiste.

Par ailleurs, comment peut-on accorder une augmentation des salaires du personnel de l'Union européenne (+ 2,4 % en 2016), alors même que Bruxelles impose aux peuples européens une austérité drastique depuis des années, et que le personnel des institutions dispose, dans son ensemble, d'ores et déjà de nombreux avantages?

Enfin, il semble inconséquent de porter les crédits d'engagements à 155 milliards d'euros contre 145,3 en 2015, et les crédits de paiements à 143,8 milliards contre 141,2 en 2015.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Il progetto comune di bilancio generale dell'UE per l'esercizio 2016 non affronta i problemi dei costi strutturali né realizza i tagli di tutti quegli sprechi che in un momento di crisi come quello attuale si renderebbero assolutamente necessari.

Per tutti questi motivi non ho inteso sostenerlo col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe Fernandes-Deprez sobre el acuerdo alcanzado para el presupuesto 2016 porque da luz verde a la utilización de recursos extraordinarios para hacer frente a situaciones extraordinarias.

Pone el acento en la crisis de refugiados a la vez que sigue invirtiendo en políticas de investigación y desarrollo. Por otro lado, además de haber conseguido un compromiso para continuar con la Iniciativa de Empleo Juvenil tras su evaluación en el curso de los próximos meses, atiende a nuestro sector agrícola y ganadero, afectado por el veto ruso y la crisis láctea.

Lamento, sin embargo, no haber podido incluir un incremento mayor de los pagos para 2016 ni un compromiso político de los Estados miembros para utilizar los ingresos extraordinarios y con ello financiar su parte de la Agenda Europea de Migración.

Cabe subrayar que es la primera vez que se hace uso del Instrumento de Flexibilidad, lo que refleja que, ante la gravedad de las necesidades actuales, los límites máximos del presupuesto no permiten una adecuada financiación de medidas urgentes allí donde más se necesita. Por ello, tendremos que seguir trabajando para abordar los problemas estructurales que tiene el presupuesto europeo durante la revisión del marco financiero plurianual en 2016.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame nagrinėjami Europos Sąjungos 2016 finansinių metų bendrojo biudžeto skirsniai. Kalbant apie Jaunimo užimtumo iniciatyvos finansavimą, Europos Parlamentas, Taryba ir Komisija pritaria, kad jaunimo nedarbo mažinimas tebėra vienas iš svarbių ir bendrų politinių prioritetų, ir šiuo tikslu dar kartą patvirtina savo ryžtą kuo veiksmingiau panaudoti turimas biudžeto lėšas šiai problemai spręsti, visų pirma skiriant jas šiai Jaunimo užimtumo iniciatyvai. Atliekant daugiametės finansinės perspektyvos (DFP) laikotarpio vidurio peržiūrą (persvarstymą), Komisija atsižvelgs į Jaunimo užimtumo iniciatyvos vertinimo rezultatus ir prireikus pateiks pasiūlymų dėl iniciatyvos pratęsimo iki 2020 m. Europos Parlamentas, Taryba ir Komisija visus metus aktyviai stebės 2016 m. biudžeto vykdymo pagal sutartą mokėjimų planą būklę.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A Magyarországnak járó uniós források 2016-ban is biztosítottak. Sikertelt elhárítani azokat a próbálkozásokat, amelyek a kohéziós források kifizetését hozzákapcsolták volna a migránsok áthelyezésére vonatkozó kvótákat előíró szabályok végrehajtásához. Kiemelkedő eredmény, hogy 2 milliárd euróval sikerült megemelni a migrációs válság kezeléséhez hozzájáruló programok előirányzatait. A többletforrások többsége, a magyar kormány álláspontjával összhangban azokban az országokban kerül elköltsétre, amelyek a válság frontvonalában küzdenek, illetve hozzájárul ahhoz, hogy a bevándorlási hullámot erősítő konfliktusokat a keletkezésük helyszínén kezeljék.

Sikernek tartom az Előcsatlakozási Alap (IPA) Tanács által korábban javasolt csökkentésének visszafordítását, hiszen ezek az eszközök döntően befolyásolják a tagjelölt országok, így Szerbia és a vajdasági magyarok csatlakozási törekvéseit. A tényleges anyagi támogatáson túlmenően az Előcsatlakozási Alap szintjének megőrzése fontos politikai üzenetet is hordoz és bátorítást jelent a tagjelölt országok számára. Támogattam a „Sokszínű Európa” elnevezésű közös projektet is. Ennek keretében a diszkrimináció felszámolását támogató kisebbségi programok finanszírozására 1 millió euró áll majd a pályázók rendelkezésére. A fentiekkel alapján, a néppárti állásponttal összhangban támogattam a jelentést.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), par écrit. – Les représentants du Parlement européen et du Conseil nous demandent notre approbation sur l'accord qu'ils ont trouvé dans le cadre du comité de conciliation pour le budget 2016.

Force est de constater que les crédits d'engagement sont portés à 155 milliards d'euros contre 145,3 en 2015, soit + 6,7 %, et les crédits de paiement à 143,8 milliards d'euros contre 141,2 en 2015 soit +1,8 % ; ces augmentations sont très significatives et ne témoignent pas d'un effort de gestion suffisant.

On notera aussi que ce budget alloue 2 milliards d'euros aux États membres en première ligne face à la crise migratoire faute d'avoir pu endiguer cette submersion et organiser le retour de ces migrants dans leur pays d'origine. Cette somme colossale est 4 fois plus importante que celle allouée aux agriculteurs qui souffrent pourtant des politiques décidées par Bruxelles.

Enfin, les salaires du personnel des institutions augmentant de 2,4 % contre une inflation estimée inférieure à 1 %. Pour toutes ces raisons je vote contre.

Steeve Brisois (ENF), par écrit. – Ce rapport est révélateur des erreurs commises par les institutions européennes dans les choix stratégiques qu'elles ont à prendre pour favoriser la croissance économique, l'emploi et la réduction des inégalités sociales. D'abord, une aide additionnelle de 197 millions d'euros sera accordée aux agriculteurs dont les revenus ont diminué à cause de l'embargo russe bêtement décidé par la Commission.

Ensuite, ce sont 135 millions d'euros supplémentaires qui viendront renforcer le budget de l'aide humanitaire en faveur des migrants clandestins même dans les pays extérieurs à l'Union européenne tels que la Turquie. Enfin, les salaires du personnel de l'Union devraient augmenter de 2,4 % en 2016 contre 1,2 % initialement prévu, ce qui en dit long sur la volonté des institutions européennes de rationaliser leurs dépenses. Contrairement aux États membres à qui l'on impose des cures d'austérité indigestes, l'Union européenne ne connaît pas de diète budgétaire entraînant une augmentation de la contribution des pays qui s'élèvera désormais à 23,65 milliards d'euros pour la France.

Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), în scris. – Prioritățile cheie pentru bugetul anului 2016 sunt acelea de a furniza sprijin pentru crearea mai multor locuri de muncă, o creștere economică și mai multe investiții. Astfel că prin propunerea de a crea Fondul european pentru investiții strategice, Comisia a propus maximizarea utilizării bugetului Uniunii Europene pentru a răspunde nevoilor existente.

Bugetul UE are ca și obiectiv legitimizarea acțiunilor UE și poziționarea acesteia ca și actor global mai puternic în ceea ce privește noua politică de migrație.

Având în vedere discrepanțele existente între regiuni, dar și între statele membre, prin intermediul fondurilor alocate, UE își arată solidaritatea și disponibilitatea de a reduce decalajele existente.

Am votat în favoarea raportului cu privire la Procedura bugetară 2016: proiect comun, ținând cont de nevoile uriașe pe care UE le are în acest moment în toate sectoarele, nevoi care pot fi soluționate doar printr-un cadru bugetar bine conturat și îndreptat către priorități specifice.

Gianluca Buonanno (ENF), per iscritto. – Il voto negativo è, prima di tutto, un voto politico. In questo caso, la relazione Deprez e Fernandes nasce sia dalla speciale procedura relativa al bilancio, che dalla prassi data dagli accordi inter-istituzionali in vigore tra PE, Consiglio e CE.

Il progetto comune in questione contiene: l'elenco delle linee di bilancio non modificate rispetto alla posizione del Consiglio; gli importi per ciascuna rubrica del quadro finanziario; gli importi per linea di bilancio; il documento consolidato con importi e linee modificate in fase di conciliazione. L'allegato alla relazione è, quindi, una sorta di estratto del bilancio 2016, così come concordato dalle tre istituzioni che intervengono nella procedura.

Di conseguenza, così come il voto della nostra delegazione è stato negativo per il progetto di bilancio 2016, allo stesso modo, occorre confermare il voto contrario in questa occasione. Tra le voci contenute nell'accordo trovato in comitato di conciliazione abbiamo progetti pilota e finanziamenti ad azioni che condividiamo solo in minima parte.

Anche il bilancio 2016 non affronta il problema di certi costi strutturali che non sono tagliati in maniera sufficiente e il sostegno a politiche costose e fallimentari che la nostra delegazione non sostiene in alcuna maniera.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe Fernandes-Deprez sobre el acuerdo alcanzado para el presupuesto 2016 porque da luz verde a la utilización de recursos extraordinarios para hacer frente a situaciones extraordinarias.

Pone el acento en la crisis de refugiados a la vez que sigue invirtiendo en políticas de investigación y desarrollo. Por otro lado, además de haber conseguido un compromiso para continuar con la Iniciativa de Empleo Juvenil tras su evaluación en el curso de los próximos meses, atiende a nuestro sector agrícola y ganadero, afectado por el veto ruso y la crisis láctea.

Lamento, sin embargo, no haber podido incluir un incremento mayor de los pagos para 2016 ni un compromiso político de los Estados miembros para utilizar los ingresos extraordinarios y con ello financiar su parte de la Agenda Europea de Migración.

Cabe subrayar que es la primera vez que se hace uso del Instrumento de Flexibilidad, lo que refleja que, ante la gravedad de las necesidades actuales, los límites máximos del presupuesto no permiten una adecuada financiación de medidas urgentes allí donde más se necesita. Por ello, tendremos que seguir trabajando para abordar los problemas estructurales que tiene el presupuesto europeo durante la revisión del marco financiero plurianual en 2016.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du budget de l'Union européenne pour l'année 2016.

Il reflète la position du Parlement européen qui a réussi à faire entendre sa voix lors des réunions du comité de conciliation. Les priorités de ce budget sont l'emploi, la compétitivité, la gestion de la crise des réfugiés et de la crise agricole. Il y aura une augmentation des budgets pour les programmes d'aide à la recherche d'emploi chez les jeunes ainsi que les programmes COSME, Horizon 2020 et Erasmus +. 500 millions d'euros supplémentaires seront également mobilisés en faveur des agriculteurs laitiers touchés par l'embargo russe.

Les États membres seront également aidés pour faire face à la crise migratoire. Je suis particulièrement sensible au financement du projet pilote relatif à la création de gardes-côtes européens que j'ai proposé et qui a été repris par la Commission européenne. L'Union européenne a besoin d'un budget ambitieux afin de répondre aux nombreux défis qui nous attendent pour l'année 2016.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sul progetto comune di bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2016, approvato dal comitato di conciliazione nel quadro della procedura di bilancio.

Il bilancio 2016 è innanzitutto orientato a individuare i mezzi finanziari necessari per far fronte alle sfide del momento e cioè stimolare la crescita, creare posti di lavoro e affrontare la crisi migratoria.

In questa direzione ritengo positivi gli impegni per la ricerca e lo sviluppo e quindi per *Horizon 2020* e per i giovani. La riduzione della disoccupazione giovanile deve restare una priorità e le risorse a favore della *Youth Employment Initiative* devono essere sfruttate al meglio.

Tuttavia, ritengo che sarebbe stato possibile fare di più per sostenere gli agricoltori europei: 698 milioni di euro sono infatti troppo pochi per rispondere alla proroga dell'embargo russo sulle importazioni di alcuni prodotti agricoli provenienti dall'UE ed alla difficilissima situazione che interessa in particolare i settori lattiero-caseario e delle carni suine.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this conciliation on the basis that instead of reducing the budget there are large increases in certain programmes that are not justified and do not contribute towards fruitful aims and objectives for the beneficiaries that the programmes are meant to support. The euro crisis is one of the main contributors towards SME financial problems and continuous EU regulations that hinder SME progress. Many EU regulations are hindering employers to take on new employees and train them up to keep abreast of regulations. The Horizon 2020 Programme has been allocated EUR 31.8 million; it has already been allocated EUR 150 million. Erasmus is a Europe-wide education programme that allows students to have mobility throughout Europe and has been allocated a further EUR 6.6 million. Security & Citizenship has been allocated EUR 1.5 billion, and a further EUR 150 million will be mobilised to help Turkey to deal with the crisis. The COSME programme is designated to aid SMEs throughout the EU and beyond, and has been allocated a further EUR 14.2 million. The COSME programme is designated to aid SME throughout the EU and beyond has been allocated a further EUR 14.2 million.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I approve the joint text on the draft general budget of the European Union for the financial year 2016.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Si tratta dell'approvazione finale dell'accordo sul bilancio 2016 dell'UE, come definito dalla conciliazione terminata in Consiglio. Le cifra finale è stabilita in 155 miliardi in impegni e quasi 144 in pagamenti.

Ho espresso voto negativo perché l'accordo finale raggiunto non mi soddisfa e, a mio avviso, la conciliazione ha fallito su due questioni cardine: il Parlamento non ha voluto ascoltare la richiesta del Consiglio di individuare quelle linee che potrebbero non essere considerate come prioritarie e quindi eventualmente riducibili, mentre dall'altra parte lo stesso Consiglio ha voluto continuare a rinviare sine die la questione dei pagamenti, dimostrando una totale mancanza di impegno e credibilità. L'esito finale nulla dice sulla questione drammatica dei pagamenti, che nei prossimi anni si ripresenterà fino ad arrivare ad un sicuro punto di rottura.

Ole Christensen (S&D), *skriftlig*. – Vi er glade for, at der nu er indgået kompromis med støtte fra overvældende flertal både i Rådet og i Europa-Parlamentet. Dog undlader vi at stemme hverken for eller imod EU's budget for 2016.

I det forelagte budget bruges budgetrammen fuldt ud frem til 2020. Dermed står EU dårligt rustet til at imødegå uforudsete hændelser i perioden frem til 2020. Dette kan vi ikke støtte.

Vi anerkender, at der er behov for en ekstraordinær indsats for at hjælpe de hundredtusindvis af flygtninge, der kommer til Europa i disse måneder. Derfor har vi også stemt for, at der flyttes penge til dette område inden for rammerne af det eksisterende budget.

Samtidigt står vi fast på, at der ikke er behov for at tilføre EU-budgettet flere midler. Vi mener, at der må omprioriteres inden for det eksisterende budget – f.eks. ved en gradvis afvikling af landbrugsstøtten.

Ligeledes gentager vi vores klare holdning om, at der ikke bør afsættes yderligere midler til aflønning af EU-ansatte. Endelig understreger vi fortsat behovet for, at der udarbejdes nye, fælles og klare regler, der kan sikre bedre kontrol med midler, der stilles til rådighed for parlamentarikerne til kontorhold, støtte til europæiske politiske partier med videre.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Ορθά επικεντρώνεται ο προϋπολογισμός, αφενός μεν στη προσπάθεια της αντιμετώπισης της πρωτοφανούς προσφυγικής και μεταναστευτικής κρίσης και, αφετέρου, στη προώθηση της ανταγωνιστικότητας και της ανάπτυξης της οικονομίας, την δημιουργία νέων θέσεων εργασίας καθώς και τη στήριξη και ανάπτυξη των μικρομεσαίων επιχειρήσεων και της επιχειρηματικότητας σε ολόκληρη την Ευρωπαϊκή Ένωση.

Πιστεύω ότι για να επιτευχθούν αυτοί οι στόχοι πρέπει να διευκολυνθούν τα κράτη και οι επιχειρήσεις καθώς και οι πολίτες στην αξιοποίηση των προγραμμάτων, στην απορροφητικότητα των κονδυλίων και στην αξιοποίηση από τους πολίτες των δυνατοτήτων που τους παρέχει ο προϋπολογισμός. Πρέπει να διευκολύνονται οι πολίτες και οι επιχειρήσεις στην προσπάθεια άντλησης κεφαλαίων και συμμετοχής σε προγράμματα, και όχι να δεινοπαθούν και να εξοντώνονται από την απίστευτη καταστροφική ευρωπαϊκή γραφειοκρατία.

Μέσα από τη θετική ψήφο μας στον προϋπολογισμό, τονίζεται ότι είναι ευθύνη όλων να πετύχει ο προϋπολογισμός της Ε.Ε. για το 2016. Για να πετύχει όμως, πρέπει την επόμενη χρονιά να μειωθεί η ανεργία, ιδιαίτερα των νέων ανθρώπων, να δημιουργηθούν νέες μικρομεσαίες επιχειρήσεις, να σταματήσουν να κλείνουν οι υφιστάμενες και να μειωθεί η γραφειοκρατία της Ε.Ε. στο ελάχιστο.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2016. Il Parlamento ha approvato il bilancio UE, disponendo stanziamenti d'impegno pari a 155 miliardi di EUR e stanziamenti di pagamento pari a 143,9 miliardi EUR, così come concordato con il Consiglio. Per ciò che concerne la gestione dei rifugiati, è stata approvata la somma prevista nella proposta originaria di 1,6 miliardi, a cui si aggiungono i contributi dei paesi membri per oltre 2 miliardi al fine di finanziare i fondi per l'Africa e la Siria. Inoltre sono state approvate risorse extra per le PMI attraverso il programma COSME (14,2 milioni di EUR), per il programma Orizzonte 2020 (184 milioni di EUR), per le infrastrutture per collegare l'Europa (150 milioni di EUR) e per il programma Erasmus+ (6,6 milioni di EUR).

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione presentata dai relatori José Manuel Fernandes e Gerard Deprez sul progetto comune di bilancio generale dell'UE per l'esercizio 2016, approvato dal comitato di conciliazione nell'ambito della procedura di bilancio. Trovo che questo documento sia stato preparato con competenza, in maniera chiara ed esaustiva e con analisi e conclusioni fatte ad hoc.

Per questi motivi, anche seguendo la linea del mio gruppo politico, ho scelto di votare a favore della precitata relazione.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – This agreement undoes all the cuts that the Council proposed to the Commission's draft budget, but also reinforces the expenditure commitment by more than EUR 2.8 billion over the Commission's draft budget. In fact, several programmes that are pivotal to promoting jobs saw their funds rise above the Commission's proposal, such as the EUR 31.8 million for Horizon 2020 (a research and innovation programme), EUR 14.2 million for COSME (a programme to fund SMEs) and EUR 6.6 million for Erasmus+ (a programme to support youth education).

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this conciliation on the basis that instead of reducing the budget there are large increases in certain programmes that are not justified and do not contribute towards fruitful aims and objectives for the beneficiaries that the programmes are meant to support. The euro crisis is one of the main contributors towards SME financial problems and continuous EU regulations that hinder SME progress. Many EU regulations are hindering employers to take on new employees and train them up to keep abreast of regulations. The Horizon 2020 Programme has been allocated EUR 31.8 million; it has already been allocated EUR 150 million. Erasmus is a Europe-wide education programme that allows students to have mobility throughout Europe and has been allocated a further EUR 6.6 million. Security & Citizenship has been allocated EUR 1.5 billion, and a further EUR 150 million will be mobilised to help Turkey to deal with the crisis. The COSME programme is designated to aid SMEs throughout the EU and beyond, and has been allocated a further EUR 14.2 million.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Apoio o Relatório do meu colega José Manuel Fernandes sobre o Orçamento para 2016 e felicito-o pelo excelente trabalho produzido cumprindo todos os prazos e tirando partido de todas as margens orçamentais disponíveis. O Relator foi coerente com a sua política dos 3 «E»: Emprego, Empresas e Empreendedorismo.

Felicito-o pela tenacidade com que obrigou o Conselho a recuar face aos cortes injustificados que havia feito relativamente à proposta da Comissão Europeia e que prejudicavam sobretudo o Horizonte 2020 sob a tutela do Comissário português Carlos Moedas.

Felicito-o pelo combate que fez para pôr cobro ao escândalo dos pagamentos em atraso e lamento que não tenha sido possível encurtar o fosso de 11 000 milhões de euros entre as autorizações e os pagamentos.

Felicitó-o pelo aumento significativo das dotações que duplicam para fazer face à crise dos refugiados.

Felicitó-o pela Declaração formal comum relativa à Iniciativa para o Emprego dos Jovens e faço votos para que ela se concretize num continuado e alargado apoio aos programas que visam combater esse flagelo, o que revela também uma Europa desigual entre os países onde o fenómeno do desemprego é residual e aqueles onde uma importante percentagem de cidadãos receia pelo seu futuro.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this conciliation on the basis that instead of reducing the budget there are large increases in certain programmes that are not justified and do not contribute towards fruitful aims and objectives for the beneficiaries that the programmes are meant to support. The euro crisis is one of the main contributors towards SME financial problems and continuous EU regulations that hinder SME progress. Many EU regulations are hindering employers to take on new employees and train them up to keep abreast of regulations. The Horizon 2020 Programme has been allocated EUR 31.8 million; it has already been allocated EUR 150 million. Erasmus is a Europe-wide education programme that allows students to have mobility throughout Europe and has been allocated a further EUR 6.6 million. Security & Citizenship has been allocated EUR 1.5 billion, and a further EUR 150 million will be mobilised to help Turkey to deal with the crisis. The COSME programme is designated to aid SMEs throughout the EU and beyond, and has been allocated a further EUR 14.2 million.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo ha adottato in via definitiva il bilancio dell'UE per il 2016 prevedendo, in seguito all'accordo con il Consiglio, 155 miliardi di euro in stanziamenti di impegno e 143,9 miliardi di euro in stanziamenti di pagamento.

Per alcuni programmi, quali Orizzonte 2020, Cosme ed Erasmus+, gli stanziamenti di impegno sono stati aumentanti, a vantaggio delle PMI che compongono la gran parte del tessuto industriale europeo e dei giovani. È importante sottolineare che il Parlamento, assieme al Consiglio e alla Commissione, ha ribadito che la riduzione della disoccupazione giovanile resta una priorità politica importante e condivisa che va affrontata con determinazione, utilizzando al meglio le risorse finanziarie a disposizione anche tramite la *Youth Employment Initiative*.

Inoltre, molte altre risorse saranno impegnate nella gestione dell'emergenza migratoria e per le infrastrutture per collegare l'Europa.

Ciò premesso, ho ritenuto di dover votare a favore.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, weil ich den gefundenen Kompromiss mit den Mitgliedstaaten unterstütze. Besonders begrüße ich, dass wir die in der mehrjährigen EU-Finanzplanung vorgesehenen verfügbaren Mittel für die Bewältigung der Flüchtlings- und Migrationskrise nutzen können. Damit zeigen wir, dass wir als Parlament unseren Einfluss erfolgreich nutzen, um den Haushalt an die gegenwärtigen Herausforderungen anzupassen.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The agreement reached between Parliament and Council on the EU Budget for 2016 foresees more funding for migration, jobs and competitiveness; I thus voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – La relazione vede l'approvazione finale dell'accordo sul bilancio 2016 dell'UE. La cifra finale è stabilita a 155 miliardi in impegni e quasi 144 in pagamenti. È stata individuata la questione immigrazione (Rubrica 3) come la priorità assoluta, ma l'accordo finale non ci soddisfa poiché il PE non ha voluto ascoltare la richiesta del Consiglio di individuare le linee che potrebbero non essere considerate come prioritarie, mentre dall'altra parte il Consiglio ha continuato a rinviare la questione dei pagamenti, dimostrando una totale mancanza di impegno e credibilità. Per i motivi sopra specificati il mio voto sulla questione è negativo.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que, pese a contener algunas partidas positivas, supone continuar con la lógica de la austeridad que impide el incremento del presupuesto de la UE para hacer frente a todos los pagos. El presente informe aprueba el resultado del Comité de Conciliación que contiene algunas medidas positivas, como el mantenimiento de Horizonte 2020, los recursos para la crisis de los refugiados, medidas para los productores lácteos, etc. Sin embargo, el resultado continúa sin poner solución a los pagos que la UE deberá hacer en 2017 a los Estados miembros, aplazando estos problemas por la negativa a incrementar los recursos de los que debe disponer el presupuesto de la UE. Es por esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – Az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetésének közös szövegtervezetéről szóló jelentés elfogadásával véglegesen elfogadottá vált az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetése. A költségvetés tartalmaz egy 89 kísérleti projektből/előkészítő intézkedésből álló, összesen 64,9 millió euró összegű kötelezettségvállalási előirányzatot tartalmazó átfogó csomagot a Parlament által javasolt formában. Ennek a jövő évi csomagnak részét képezi az EP LIBE szakbizottságában elindított kísérleti projektre irányuló kezdeményezésem, amely a „Sokszínű Európa” címet viseli és kifejezetten az őshonos kisebbségeket érő diszkrimináció különböző formáinak megszüntetését célozza, többek között oktatással, képzéssel, fórumokkal.

A kísérleti projektre összesen 1 millió eurót ítél meg a Bizottság, amelyből első lépésben jövőre 500 000 euró lesz pályázati kiírásokon keresztül elérhető a kisebbségi közösségek, pályázók számára. A költségvetés elfogadását szavazatommal támogattam.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this procedural report which simply approves the joint text agreed by the Conciliation Committee in relation to the 2016 budgetary procedure, which consists of a number of agreements taken together including the list of budget lines not modified, compared to the draft budget or the Council's position; summary figures by financial framework headings; line-by-line figures on all budget items; and the consolidated document showing the figures and final text of all lines modified during the conciliation.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Sprijinirea fermierilor din UE, îmbunătățirea infrastructurii sau ajutarea țărilor care se luptă cu fluxul de refugiați sirieni: toate operațiunile UE au un aspect financiar - astfel finanțarea lor trebuie prevăzută în buget.

Cu toate acestea, cifrele bugetare aprobate de Parlament diferă, de obicei, de cele convenite de guverne în Consiliu, prin urmare consider că cele două instituții trebuie să caute un numitor comun.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport législatif définit le budget de l'Union européenne pour l'exercice 2016 et résulte d'un accord de compromis entre le Parlement et le Conseil.

Les négociateurs du Parlement ont obtenu l'annulation de la plupart des réductions proposées par le Conseil et négocié davantage de financement pour les pays en première ligne en matière de migration, pour l'aide humanitaire, le programme européen en faveur de la recherche et de développement Horizon 2020, pour les initiatives en faveur de l'emploi des jeunes et les petites et moyennes entreprises ainsi que le programme de financement de la mobilité professionnelle et étudiante, Erasmus+.

L'accord prévoit 155 milliards d'euros en crédits d'engagement et de 143,9 milliards d'euros en crédits de paiement pour 2016.

Considérant que les orientations financières 2016 répondent aux enjeux prioritaires à venir, j'ai soutenu ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la procédure budgétaire 2016, qui demande davantage de financements pour l'aide humanitaire ainsi que pour soutenir la croissance par le biais des PME et des programmes européens de recherche Horizon 2020 et Erasmus+.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – Le budget 2016 répond d'abord aux défis auxquels l'Union européenne est confrontée en matière de migration, d'accueil de réfugiés et de politique étrangère.

Il met en avant la croissance, l'innovation et l'emploi, dans la continuité des budgets précédent, le renforcement financier des programmes Horizon 2020, Erasmus + ou encore COSME allant dans le bon sens.

Sur ces questions, il s'agit de trouver un équilibre nécessaire entre investissement et rigueur budgétaire. La mise en œuvre du plan d'investissement pour l'Europe (EFSI) est l'un des défis de cette législature. Nous serons jugés sur sa réussite.

Andor Deli (PPE), írásban. – A Magyarországnak járó uniós forrásokat 2016-ban is biztosítottak. Sikertől elhárítani azokat a próbálkozásokat, amelyek az kohéziós források kifizetését hozzákapszolták volna a migránsok áthelyezésére vonatkozó kvótákat előíró szabályok végrehajtásához.

Kiemelkedő eredmény, hogy 2 milliárd euróval megemeltük a migrációs válság kezeléséhez hozzájáruló programokat. A többletforrások többsége a magyar kormány álláspontjával összhangban, azokban az országokban kerül elköltésre, amelyek a válság frontvonalában küzdenek, illetve hozzájárul ahhoz, hogy a bevándorlási hullámot erősítő konfliktusokat a keletkezésük helyszínén kezeljék.

Fontosnak tartom kihangsúlyozni, hogy sikerült elérni az Előcsatlakozási Alap (IPA) Tanács által korábban javasolt csökkentésének visszafordítását is. Ezek az eszközök döntően befolyásolják a tagjelölt országok, így Szerbia és a vajdasági magyarok csatlakozási törekvéseit. A tényleges anyagi támogatáson túlmenően, az Előcsatlakozási Alap szintjének megőrzése fontos politikai üzenetet is hordoz és bátorítást jelent a tagjelölt országok számára.

A zárószavazással az 500 millió eurós tejágazati mentőcsomag forrásait biztosítani tudja az EU 2016-os költségvetése. Minden akadály elhárul az elől, hogy a magyar tejtermelők a 2,9 milliárd forintos uniós támogatást időben megkapják.

A fentiek alapján és a néppárti állásponttal összhangban támogattam a jelentést.

Gérard Deprez (ALDE), par écrit. – Il s'agit d'un budget rigoureux, qui n'augmente que de 1,6 % alors que nous devons consacrer 15 millions d'investissement dans la sécurité des bâtiments et la sécurité des systèmes informatiques.

C'est également un budget de réforme, marqué par un encadrement rigoureux des embauches d'assistants locaux, afin que les dérives, voire les véritables abus, soient rapidement détectés et ne se reproduisent plus.

Enfin, c'est un budget de loyauté interinstitutionnel par lequel le Parlement confirme son objectif de réduire de 5 % ses effectifs selon un échéancier précis jusqu'en 2019. Il faut cependant souligner que ce budget 2016 de l'Union européenne est un budget de transition avant la nécessaire révision des perspectives financières l'an prochain.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – Kiemelkedő eredmény, hogy 2 milliárd euróval megemeltük a migrációs válság kezeléséhez hozzájáruló programokat. A többletforrások többsége a magyar kormány álláspontjával összhangban azokban az országokban kerül elköltésre, amelyek a válság frontvonalában küzdenek, illetve hozzájárul ahhoz, hogy a bevándorlási hullámot erősítő konfliktusokat a keletkezésük helyszínén kezeljék. A magyar néppárti képviselők számára siker az Előcsatlakozási Alap (IPA) Tanács által korábban javasolt csökkentésének visszafordítása, hiszen ezek az eszközök döntően befolyásolják a tagjelölt országok, így Szerbia és a vajdasági magyarok csatlakozási törekvéseit. A tényleges anyagi támogatáson túlmenően az Előcsatlakozási Alap szintjének megőrzése fontos politikai üzenetet is hordoz és bátorítást jelent a tagjelölt országok számára.

A zárószavazással az 500 millió eurós tejágazati mentőcsomag forrásait biztosítani tudja az EU 2016-os költségvetése. Minden akadály elhárul az elől, hogy a magyar tejtermelők a 2,9 milliárd forintos uniós támogatást időben megkapják. Támogattuk Csáky Pál és Gál Kinga „Sokszínű Európa” elnevezésű közös projektjét is. Ennek keretében a diszkrimináció felszámolását támogató kisebbségi programok finanszírozására 1 millió euró áll majd a pályázók rendelkezésére. A fentiek alapján, a néppárti állásponttal összhangban támogattuk a jelentést.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Ce rapport pour le budget 2016 de l'Union européenne valide d'édifiantes évolutions dans la gestion de l'argent public en Europe.

Ainsi, l'aide aux migrants sera 6 fois plus importante que celle consacrée aux agriculteurs qui souffrent pourtant directement des politiques de Bruxelles.

Autre exemple: alors que les prélèvements sur recettes de la France augmenteront encore une fois pour atteindre en 2016 23,65 milliards d'euros, dans le même temps, l'Union européenne augmentera les salaires du personnel de l'Union européenne de 2,4 % alors que l'inflation ne sera que de 1 %, pour un coût de 100 millions d'euros.

Cette gabegie financière qui s'aggrave chaque année ne peut plus durer, je me suis donc opposée à ce rapport.

Ian Duncan (ECR), *in writing*. – The Parliament and the Commission have been pushing for a larger budget rather than de-prioritising less important spending programmes and re-allocating funds to short and medium term priorities. The ECR Group called for a 'reprioritisation' of the EU budget to meet pressing needs, while respecting the need to address the abnormal level of unpaid bills. The resulting agreement of the Conciliation Committee moves somewhat in this direction but there remain highly problematic elements within the budget which I would oppose.

Only 800 million of margin remains for payments in 2016 leaving little room to cope with further unforeseen circumstances. This is likely to put pressure on the MFF ceilings during next year's mid-term review, when these slim margins will inevitably be strained. Some European money needs to be targeted at the ongoing migration crisis. However, there is significant scope for redeployment of funding in multiple Headings from budget lines with low implementation rates and poor absorption capacity.

The UK delegation has consistently argued against any increase in the EU budget. It should live within its means as agreed in the MFF. The same budgetary rigour applied to national spending should be applied to EU spending. The result of the Conciliation Committee does not sufficiently satisfy these principles.

Angel Dzhambazki (ECR), *in writing*. – I have voted not to support this agreement. In my opinion, there is a need for additional support but not at the overall expense of Member States, which are already under a lot of pressure. In fact, there should be more funding available to handle the crisis but still too much money is distributed in an inefficient way. Just a simple sending of large amounts of money does not solve the problem. We need targeted support. Currently, as announced under this budgetary procedure, there is a lack of available margins under a number of headings and a lack of redeployment from wasteful budget lines to priority areas.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραπτώς*. – Δεν μπορεί να χαρακτηριστεί ευρωπαϊκός ένας προϋπολογισμός που διαθέτει πιστώσεις στις Τουρκικές δυνάμεις κατοχής εδάφους της Κυπριακής Δημοκρατίας και χρηματοδοτεί έμμεσα την αύξηση του αριθμού των παράνομων μεταναστών στο έδαφος της γηραιάς ηπείρου.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να αλλάξει κατεύθυνση, τώρα που προλαβαίνει, γιατί σε λίγο θα είναι πολύ αργά.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A Magyarországnak járó uniós forrásokat 2016-ban is biztosítottak. Sikertelen elhárítani azokat a próbálkozásokat, amelyek a kohéziós források kifizetését hozzákapsolták volna a migránsok áthelyezésére vonatkozó kvótákat előíró szabályok végrehajtásához.

Kiemelkedő eredmény, hogy 2 milliárd euróval megemeltük a migrációs válság kezeléséhez hozzájáruló programokat. A többletforrások többsége a magyar kormány álláspontjával összhangban, azokban az országokban kerül elköltésre, amelyek a válság frontvonalában küzdenek, illetve hozzájárul ahhoz, hogy a bevándorlási hullámmal erősítő konfliktusokat a keletkezésük helyszínén kezeljék.

A magyar néppárti képviselők számára siker az Előcsatlakozási Alap (IPA) Tanács által korábban javasolt csökkentésének visszafordítása, hiszen ezek az eszközök döntően befolyásolják a tagjelölt országok, így Szerbia és a vajdasági magyarok csatlakozási törekvéseit. A tényleges anyagi támogatáson túlmenően, az Előcsatlakozási Alap szintjének megőrzése fontos politikai üzenetet is hordoz és bátorítást jelent a tagjelölt országok számára.

A zárószavazással az 500 millió eurós tejágazati mentőcsomag forrásait biztosítani tudja az EU 2016-os költségvetése. Minden akadály elhárul az elől, hogy a magyar tejtermelők a 2,9 milliárd forintos uniós támogatást időben megkapják.

Támogattuk Csáky Pál és Gál Kinga „Sokszínű Európa” elnevezésű közös projektjét is. Ennek keretében a diszkrimináció felszámolását támogató kisebbségi programok finanszírozására 1 millió euró áll majd a pályázók rendelkezésére.

A fentiek alapján a néppárti állásponttal összhangban támogattuk a jelentést.

Bill Etheridge (EFDD), in writing. – UKIP voted against this conciliation on the basis that instead of reducing the budget there are large increases in certain programmes that are not justified and do not contribute towards fruitful aims and objectives for the beneficiaries that the programmes are meant to support. The euro crisis is one of the main contributors towards SME financial problems and continuous EU regulations that hinder SME progress. Many EU regulations are hindering employers to take on new employees and train them up to keep abreast of regulations. The Horizon 2020 Programme has been allocated EUR 31.8 million; it has already been allocated EUR 150 million. Erasmus is a Europe-wide education programme that allows students to have mobility throughout Europe and has been allocated a further EUR 6.6 million. Security & Citizenship has been allocated EUR 1.5 billion, and a further EUR 150 million will be mobilised to help Turkey to deal with the crisis. The COSME programme is designated to aid SMEs throughout the EU and beyond, and has been allocated a further EUR 14.2 million.

Fredrick Federley (ALDE), skriftlig. – Överenskommelsen innebär en liten höjning av budgeten pga ökade insatser framförallt för att hantera den rådande flyktingsituationen, men också åtgärder för att få fart på tillväxten i EU. En ytterligare faktor som bidrar till ytterligare behov av höjd budget är att många av de tidigare planerade projekten kommit igång och behöver utbetalningar. Jag hade önskat att de här förändringarna hade kunnat hanteras genom omfördelningar inom befintlig budget men jag har ändå valt att rösta för den slutgiltiga överenskommelsen.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – Este processo desenvolveu-se de forma extremamente positiva, respeitando todas as prioridades políticas definidas pelo Parlamento, designadamente no que toca ao apoio à promoção do emprego, à dinamização da economia, à valorização do conhecimento e da investigação na estratégia de crescimento e ao reforço da capacidade de solidariedade interna e externa da União Europeia.

O orçamento global da UE para 2016 é de 155.004,2 mil milhões de euros em dotações de autorização e de 143.885,3 milhões de euros em dotações de pagamentos. Estes montantes representam um reforço das verbas previstas, em relação ao orçamento inicial proposto pela Comissão Europeia, em mais de 2.800 mil milhões de euros em dotações de autorização e de 2150 mil milhões de euros em dotações de pagamentos.

O orçamento foi levado ao limite do possível, utilizando-se todos os recursos possíveis e ainda a totalidade do instrumento de flexibilidade para responder ao desafio da promoção do emprego e da ajuda aos refugiados, tendo ainda sido esgotadas todas as margens orçamentais das rubricas relacionadas com o emprego, a coesão social e territorial e a solidariedade interna e externa.

Edouard Ferrand (ENF), par écrit. – J’ai voté contre cette résolution, parce qu’elle prévoit une augmentation sensible de la contribution française au budget européen.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – Este relatório pressupõe a validação e a aprovação do texto conjunto acordado no Comité de Conciliação, que diz respeito ao orçamento da UE para 2016.

O acordado, como seria de esperar, não altera o sentido de fundo das críticas que dirigimos ao orçamento da UE, que justificou o nosso voto contra no mesmo em segunda leitura e que justifica, agora, esse mesmo voto contra.

Este texto conjunto permite, por exemplo, que, no título 3 do Quadro Financeiro Plurianual, sejam subtraídos 11 075 000 euros às linhas orçamentais que visam a proteção, a deteção e o controlo das pragas vegetais e animais, bem como ao Fundo para medidas de emergência relacionadas com a saúde animal e vegetal.

Apesar do aumento das autorizações para o Horizonte 2020, para o programa COSME e para o programa Erasmus+, as dotações de pagamento sofreram um corte de 460 100 000 euros. São de referir cortes no conjunto relativo às linhas orçamentais que dizem respeito à promoção de um desenvolvimento rural sustentável (-87 000 000 euros), cortes no Fundo Europeu de Desenvolvimento Regional (FEDER) (-127 259 355 euros) e nos Fundos de Coesão (-43 693 564 euros) e nos programas de desenvolvimento rural (-33 000 000 euros).

O Parlamento Europeu compromete-se a reduzir cerca de 179 postos de trabalho até 2019, sendo que em 2016 deverá acabar com 60.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto negativo riguardo al progetto comune di bilancio generale dell'Unione europea per l'anno 2016 poiché sono presenti forti criticità in diversi punti, tra cui un'assenza di redistribuzione delle risorse verso aree prioritarie ed un possibile peggioramento tra impegni e pagamenti.

Christofer Fjellner (PPE), *skriftlig*. – Vi röstade ja till EU:s budget 2016 eftersom det är självklart att EU måste ha en budget. Vi röstade däremot nej till de krav som parlamentets majoritet ställde inför förhandlingarna med rådet. Det som nu beslutats var enda alternativet för ett fungerande EU.

Vi välkomnar att den överenskomna budgeten prioriterar de utmaningar som flyktingfrågan innebär samt att forskning och utveckling prioriteras. Vi beklagar att detta sker genom att budgeten i sin helhet ökar och att besparingar som motsvarar omfattningen på prioriteringarna inte görs.

Långsiktigt vill vi minska jordbruksstöd, industrisubventioner och de delar av regionalpolitiken som innebär att väl fungerande ekonomier blir beroende av regionala bidrag. EU bör prioritera den inre marknadens infrastruktur, forskning och vår långsiktiga förmåga att utveckla en effektiv utrikespolitik och gemensamt stärka kontrollen över våra gränser.

Det bör ske inom ramen för den nuvarande långtidsbudgeten och bygga på respekt för skattebetalarnas pengar och medlemsstaternas ansträngda budgetsituation.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Il voto su questo bilancio non può che essere negativo. L'UE ha sbagliato tante cose ma la cosa peggiore è che sta continuando a sbagliare. Dalla difesa del «made in», alla moneta unica, alla gestione dell'immigrazione, è un fallimento totale.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Δεν μπορεί να χαρακτηριστεί ευρωπαϊκός ένας προϋπολογισμός που διαθέτει πιστώσεις στις Τουρκικές δυνάμεις κατοχής εδάφους της Κυπριακής Δημοκρατίας και χρηματοδοτεί έμμεσα την αύξηση του αριθμού των παράνομων μεταναστών στο έδαφος της γηραιάς ηπείρου.

Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω την έκθεση. Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να αλλάξει κατεύθυνση, τώρα που προλαβαίνει, γιατί σε λίγο θα είναι πολύ αργά.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome the many positive aspects in the agreement with the Council on budget, such as the provisions for Erasmus, COSME and Horizon 2020 Programmes, the Youth Guarantee, which is essential to fight youth unemployment and the increase in funding for development policies which is fundamental for the migration agenda. In particular, the prolongation of the Youth Unemployment Initiative shows that we are committed to reducing youth unemployment, which remains a high and shared political priority. We have to make the best possible use of budgetary resources available to tackle this issue.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A Magyarországnak járó uniós forrásokat 2016-ban is biztosítottak. Sikerült elhárítani azokat a próbálkozásokat, amelyek a kohéziós források kifizetését hozzákapsolták volna a migránsok áthelyezésére vonatkozó kvótákat előíró szabályok végrehajtásához.

Kiemelkedő eredmény, hogy 2 milliárd euróval megemeltük a migrációs válság kezeléséhez hozzájáruló programokat. A többletforrások többsége a magyar kormány álláspontjával összhangban azokban az országokban kerül elköltésre, amelyek a válság frontvonalában küzdenek, illetve hozzájárul ahhoz, hogy a bevándorlási hullámot erősítő konfliktusokat a keletkezésük helyszínén kezeljék.

A magyar néppárti képviselők számára siker az Előcsatlakozási Alap (IPA) Tanács által korábban javasolt csökkentésének visszafordítása, hiszen ezek az eszközök döntően befolyásolják a tagjelölt országok, így Szerbia és a vajdasági magyarok csatlakozási törekvéseit. A tényleges anyagi támogatáson túlmenően, az Előcsatlakozási Alap szintjének megőrzése fontos politikai üzenetet is hordoz és bátorítást jelent a tagjelölt országok számára.

A zárószavazással az 500 millió eurós tejágazati mentőcsomag forrásait biztosítani tudja az EU 2016-os költségvetése. Minden akadály elhárul az elől, hogy a magyar tejtermelők a 2,9 milliárd forintos uniós támogatást időben megkapják.

Támogattuk Csáky Pál és Gál Kinga „Sokszínű Európa” elnevezésű közös projektjét is. Ennek keretében a diszkrimináció felszámolását támogató kisebbségi programok finanszírozására 1 millió euró áll majd a pályázók rendelkezésére.

A fentiek alapján, a néppárti állásponttal összhangban támogattuk a jelentést.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – A Magyarországnak járó uniós forrásokat 2016-ban is biztosítottak. Sikerült elhárítani azokat a próbálkozásokat, amelyek a kohéziós források kifizetését hozzákapcsolták volna a migránsok áthelyezésére vonatkozó kvótákat előíró szabályok végrehajtásához.

Kiemelkedő eredmény, hogy 2 milliárd euróval megemeltük a migrációs válság kezeléséhez hozzájáruló programokat. A többletforrások többsége a magyar kormány álláspontjával összhangban azokban az országokban kerül elköltésre, amelyek a válság frontvonalában küzdenek, illetve hozzájárul ahhoz, hogy a bevándorlási hullámot erősítő konfliktusokat a keletkezésük helyszínén kezeljék.

A magyar néppárti képviselők számára siker az Előcsatlakozási Alap (IPA) Tanács által korábban javasolt csökkentésének visszafordítása, hiszen ezek az eszközök döntően befolyásolják a tagjelölt országok, így Szerbia és a vajdasági magyarok csatlakozási törekvéseit. A tényleges anyagi támogatáson túlmenően, az Előcsatlakozási Alap szintjének megőrzése fontos politikai üzenetet is hordoz és bátorítást jelent a tagjelölt országok számára.

A zárószavazással az 500 millió eurós tejágazati mentőcsomag forrásait biztosítani tudja az EU 2016-os költségvetése. Minden akadály elhárul az elől, hogy a magyar tejtermelők a 2,9 milliárd forintos uniós támogatást időben megkapják.

Támogattuk Csáky Pál és Gál Kinga „Sokszínű Európa” elnevezésű közös projektjét is. Ennek keretében a diszkrimináció felszámolását támogató kisebbségi programok finanszírozására 1 millió euró áll majd a pályázók rendelkezésére.

A fentiek alapján, a néppárti állásponttal összhangban támogattuk a jelentést.

Francesc Gambús (PPE), por escrito. – He votado a favor del texto conjunto del procedimiento presupuestario 2016 acordado por el Comité de Conciliación tras la evaluación del informe del Parlamento Europeo sobre el mismo.

Iratxe García Pérez (S&D), por escrito. – He votado a favor del informe Fernandes-Deprez sobre el presupuesto 2016 porque da luz verde a la utilización de recursos extraordinarios para hacer frente a situaciones extraordinarias.

El informe pone el acento en la crisis de los refugiados, a la vez que sigue invirtiendo en políticas de investigación y desarrollo. Por otro lado, además de haber conseguido un compromiso para continuar con la Iniciativa de Empleo Juvenil tras su evaluación durante los próximos meses, atiende a nuestro sector agrícola y ganadero, afectado por el veto ruso y la crisis láctea.

Lamento, sin embargo, no haber podido incluir un incremento mayor de los pagos para 2016 ni un compromiso político de los Estados miembros para utilizar los ingresos extraordinarios y con ello financiar su parte de la Agenda Europea de Migración.

Además, querría destacar que es la primera vez que se hace uso del Instrumento de Flexibilidad, lo que refleja que, ante la gravedad de las necesidades actuales, los límites máximos del presupuesto no permiten una adecuada financiación de medidas urgentes allí donde más se necesita. Por ello, tendremos que seguir trabajando para abordar los problemas estructurales que tiene el presupuesto europeo durante la revisión del marco financiero plurianual en 2016.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe Fernandes-Deprez sobre el acuerdo alcanzado para el presupuesto 2016 porque da luz verde a la utilización de recursos extraordinarios para hacer frente a situaciones extraordinarias.

Pone el acento en la crisis de refugiados a la vez que sigue invirtiendo en políticas de investigación y desarrollo. Por otro lado, además de haber conseguido un compromiso para continuar con la Iniciativa de Empleo Juvenil tras su evaluación en el curso de los próximos meses, atiende a nuestro sector agrícola y ganadero, afectado por el veto ruso y la crisis láctea.

Lamento, sin embargo, no haber podido incluir un incremento mayor de los pagos para 2016 ni un compromiso político de los Estados miembros para utilizar los ingresos extraordinarios y con ello financiar su parte de la Agenda Europea de Migración.

Cabe subrayar que es la primera vez que se hace uso del Instrumento de Flexibilidad, lo que refleja que, ante la gravedad de las necesidades actuales, los límites máximos del presupuesto no permiten una adecuada financiación de medidas urgentes allí donde más se necesita. Por ello, tendremos que seguir trabajando para abordar los problemas estructurales que tiene el presupuesto europeo durante la revisión del marco financiero plurianual en 2016..

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Sono lieto della positiva conclusione del negoziato con il Consiglio e con la Commissione sul bilancio 2016 dell'Unione europea. Sottolineo in particolare gli incrementi per la ricerca, per le piccole e medie imprese, per la cooperazione internazionale, oltre che naturalmente la doverosa destinazione di 1 miliardo e mezzo dal fondo di riserva a favore dell'emergenza rifugiati.

Proprio in una condizione di crisi economica il bilancio comunitario può avere una funzione decisiva di stimolo per la crescita e gli investimenti, auspico che la nuova stagione inaugurata con il Piano Juncker possa proseguire e raccordarsi in modo sempre più efficace con le politiche di bilancio dell'UE.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe heute gegen den Bericht über den vom Vermittlungsausschuss im Rahmen des Haushaltsverfahrens gebilligten gemeinsamen Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das Haushaltsjahr 2015 gestimmt, da ich die dort gemachten Sparbemühungen für teilweise zu wenig und teilweise falsch fokussiert halte. Ich hätte mir einen mutigeren Ansatz gewünscht.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Wspólny projekt budżetu ogólnego UE na rok budżetowy 2016 został zatwierdzony przez komitet pojednawczy. Jest on dobrym kompromisem i osiągnięciem bez „dramatycznych” scen i gróźb odrzucenia, jakie miały miejsce w ubiegłych latach.

Ogólny poziom środków na zobowiązania na 2016 r. został ustalony na poziomie 155 mld EUR. Zostawia to margines poniżej pułapów WRF na 2016 r. wynoszących 2,3 mld EUR. W ramach instrumentu elastyczności 1,5 mld EUR zostanie przeznaczonych na dział „Bezpieczeństwo i obywatelstwo” oraz 24 mln EUR na zobowiązania w dziale „Globalny wymiar Europy”.

Cieszy mnie, że kwestia zmniejszenia bezrobocia wśród młodzieży pozostaje wspólnym priorytetem politycznym. Ważne jest optymalne wykorzystywanie zasobów budżetowych, w szczególności Inicjatywy na rzecz zatrudnienia ludzi młodych.

Ponadto ważnym punktem jest stopniowe eliminowanie zaległości dotyczących nieuregulowanych wniosków o płatność w ramach programów spójności na lata 2007-2013. Należy dążyć do poprawy monitorowania wszelkich niezapłaconych rachunków, głównie poprzez utworzenie systemu wczesnego ostrzegania. Od 2016 r. stan wykonania budżetu będzie aktywnie monitorowany, a środki przewidziane w budżecie pozwolą zmniejszyć poziom nagromadzonych na koniec roku zaległości do poziomu ok. 2 mld EUR.

Cieszy mnie, że Parlament Europejski, Rada i Komisja będą kontynuowały podsumowywanie stanu realizacji płatności i prognoz w trakcie specjalnych regularnych posiedzeń międzyinstytucjonalnych.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Der Haushaltsplan für das Jahr 2016 wird den aktuellen Herausforderungen gerecht. Es werden mehr finanzielle Mittel zur Bewältigung der Flüchtlingskrise bereitgestellt, und der Arbeitsmarkt beim Schaffen neuer Arbeitsplätze finanziell unterstützt. Gleichzeitig werden finanzielle Mittel für die im Zuge des Russlandkonflikts stark belastete Landwirtschaft bereitgestellt.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the 2016 budgetary procedure, which declares that the European Union's general budget for the financial year 2016 has been definitively adopted and arranges for its publication in the Official Journal of the European Union.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – La aprobación del presupuesto para 2016 no ha sido fácil. La Comisión, el Parlamento y el Consejo han desarrollado arduas negociaciones, pero finalmente tenemos un presupuesto que utiliza todos los márgenes a disposición para incrementar las partidas para programas tan importantes como Erasmus +, COSME (destinado a ayudar a las pymes) o la política de migración. El Parlamento subraya con la votación de hoy que los desafíos a que Europa se enfrenta requieren el uso de todos los fondos posibles.

Julie Girling (ECR), *in writing*. – Since the publication of the Commission's Draft Budget in May 2015, a number of significant events have occurred with budgetary implications, relating to Greece, the agricultural sector, and most importantly the migrant and refugee crisis. However, instead of de-prioritising less important spending programmes and re-allocating funds to short and medium term priorities, the Parliament and the Commission have focused their efforts on pushing for a larger budget. The UK delegation has consistently argued against any increase in the EU budget. The EU budget should live within its means as agreed in the MFF. We believe the same budgetary rigour applied to national spending should be applied to EU spending. The result of the Conciliation Committee does not sufficiently satisfy these principles.

This is not to say that the Draft Budget is without any positives. An increase of funding for research and innovation programmes like Horizon 2020 is a very much welcome addition. Nevertheless, there remain a number of highly problematic elements which I cannot support. It is for these reasons that I voted against.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra. Aunque el resultado de la negociación no es el peor posible y el presupuesto aumenta y mejora el de años anteriores, es un presupuesto que sigue siendo ridículo, que contiene elementos securitarios fuertes, que no satisface los retos de la UE (crisis de refugiados, crisis económica, retos ecológicos, etc...) y que moviliza un plan de inversiones con efectos sesgados y con resultados inciertos. Plantea 155 millardos de euros de compromisos de crédito, un margen de 2 331,4 millones de margen, y, en lo que importa, en compromisos de pago –lo que realmente se gasta– 143,8 millardos de euros y un Instrumento de Flexibilidad de 1 506 millones de euros. Sigue una línea proclive a un modelo europeo favorable a las grandes compañías transnacionales, donde la Iniciativa de Empleo Juvenil va a verse disminuida progresivamente y donde los temas pendientes y sin resolver se tratan con declaraciones con efectos retóricos.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe Fernandes-Deprez sobre el acuerdo alcanzado para el presupuesto 2016 porque da luz verde a la utilización recursos extraordinarios para hacer frente a situaciones extraordinarias. Pone el acento en la crisis de los refugiados a la vez que sigue invirtiendo en políticas de investigación y desarrollo. Por otro lado, además de haber conseguido un compromiso para continuar con la Iniciativa de Empleo Juvenil tras su evaluación en el curso de los próximos meses, atiende a nuestro sector agrícola y ganadero, afectado por el veto ruso y la crisis láctea. Lamento, sin embargo, no haber podido incluir un incremento mayor de los pagos para 2016 ni un compromiso político de los Estados miembros para utilizar los ingresos extraordinarios y con ello financiar su parte de la Agenda Europea de Migración. Cabe subrayar que es la primera vez que se hace uso del Instrumento de Flexibilidad, lo que refleja que, ante la gravedad de las necesidades actuales, los límites máximos del presupuesto no permiten una adecuada financiación de medidas urgentes allí donde más se necesita. Por ello, tendremos que seguir trabajando para abordar los problemas estructurales que tiene el presupuesto europeo durante la revisión del marco financiero plurianual en 2016.

Sylvie Guillaume (S&D), *par écrit*. – Sans moyens budgétaires à la hauteur de nos ambitions, toute politique européenne ne peut qu'être vaine. Face aux défis auxquels nous sommes confrontés (crise des réfugiés, emploi) j'ai soutenu le renforcement de nos financements européens pour 2016 dans des domaines clés comme l'enseignement, la recherche et le développement, ainsi que le soutien aux PME. 800 millions d'euros supplémentaires seront ainsi consacrés à la répartition des réfugiés à travers l'UE, tandis que des postes supplémentaires pourront être créés auprès de l'agence Frontex, du Bureau européen d'appui à l'asile et d'Europol.

En outre, nous avons voulu nous concentrer sur l'emploi et la croissance: 31,8 millions d'euros supplémentaires sont prévus pour le programme de recherche et développement «Horizon 2020»; 14,2 millions d'euros supplémentaires pour soutenir les PME à travers COSME; et 6,6 millions d'euros de plus pour aider les jeunes qui suivent un enseignement ou une formation dans le cadre du programme Erasmus+.

Enfin, avec mes collègues socialistes, nous sommes préoccupés par l'incapacité de l'UE à s'attaquer à sa crise des paiements et l'accumulation de factures impayées. Il nous faudra recadrer nos perspectives budgétaires lors de la révision à mi-parcours du cadre financier pluriannuel, qui interviendra en 2016.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for the report on the joint text on the draft general budget of the European Union for the financial year 2016 approved by the Conciliation Committee under the budgetary procedure because it is of utmost importance to reduce youth unemployment. In the report it remains a high and shared political priority, and to this end they reaffirm their determination to make the best possible use of budgetary resources available to tackle it, and in particular the Youth Employment Initiative.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe Fernandes-Deprez sobre el acuerdo alcanzado para el presupuesto 2016 porque da luz verde a la utilización de recursos extraordinarios para hacer frente a situaciones extraordinarias.

Pone el acento en la crisis de refugiados a la vez que sigue invirtiendo en políticas de investigación y desarrollo. Por otro lado, además de haber conseguido un compromiso para continuar con la Iniciativa de Empleo Juvenil tras su evaluación en el curso de los próximos meses, atiende a nuestro sector agrícola y ganadero, afectado por el veto ruso y la crisis láctea.

Lamento, sin embargo, no haber podido incluir un incremento mayor de los pagos para 2016 ni un compromiso político de los Estados miembros para utilizar los ingresos extraordinarios y con ello financiar su parte de la Agenda Europea de Migración.

Cabe subrayar que es la primera vez que se hace uso del Instrumento de Flexibilidad, lo que refleja que, ante la gravedad de las necesidades actuales, los límites máximos del presupuesto no permiten una adecuada financiación de medidas urgentes allí donde más se necesita. Por ello, tendremos que seguir trabajando para abordar los problemas estructurales que tiene el presupuesto europeo durante la revisión del marco financiero plurianual en 2016.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A Magyarországnak járó uniós forrásokat 2016-ra is biztosítottuk. Sikertől elhárítani azokat a próbálkozásokat, amelyek a kohéziós források kifizetését hozzákapszolták volna a migránsok áthelyezésére vonatkozó kvótákat előíró szabályok végrehajtásához.

Kiemelkedő eredmény, hogy 2 milliárd euróval megemeltük a migrációs válság kezeléséhez hozzájáruló programokat. A többletforrások többsége a magyar kormány álláspontjával összhangban azokban az országokban kerül elköltésre, amelyek a válság frontvonalában küzdenek, illetve hozzájárul ahhoz, hogy a bevándorlási hullámot erősítő konfliktusokat a keletkezésük helyszínén kezeljék.

A magyar néppárti képviselők számára siker az Előcsatlakozási Alap (IPA) Tanács által korábban javasolt csökkentésének visszafordítása, hiszen ezek az eszközök döntően befolyásolják a tagjelölt országok, így Szerbia és a vajdasági magyarok csatlakozási törekvéseit. A tényleges anyagi támogatáson túlmenően, az Előcsatlakozási Alap szintjének megőrzése fontos politikai üzenetet is hordoz és bátorítást jelent a tagjelölt országok számára.

A zárószavazással az 500 millió eurós tejágazati mentőcsomag forrásait biztosítani tudja az EU 2016-os költségvetése. Minden akadály elhárul az elől, hogy a magyar tejtermelők a 2,9 milliárd forintos uniós támogatást időben megkapják.

Támogattuk Csáky Pál és Gál Kinga „Sokszínű Európa” elnevezésű közös projektjét is. Ennek keretében a diszkrimináció felszámolását támogató kisebbségi programok finanszírozására 1 millió euró áll majd a pályázók rendelkezésére.

A fentiekkel alapján, a néppárti állásponttal összhangban támogattuk a jelentést.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the 2016 budgetary procedure. In particular, I was very pleased with the joint statement on the Youth Employment Initiative (YEI) that was agreed between the three Institutions, including the commitment by the Commission, after drawing lessons from the YEI evaluation, to make proposals for the continuation of this initiative till 2020, which Parliament and Council undertake to examine rapidly. Furthermore, I fully support the request by Parliament for a 500 million package of measures to support farmers, especially in the dairy sector as well as additional measures following the Russian embargo. A small additional reinforcement for fisheries was also agreed.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I chose to support this report as the proposals are in line with the EU budgetary framework and in accordance with financial rules.

Roger Helmer (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this conciliation on the basis that instead of reducing the budget there are large increases in certain programmes that are not justified and do not contribute towards fruitful aims and objectives for the beneficiaries that the programmes are meant to support. The euro crisis is one of the main contributors towards SME financial problems and continuous EU regulations that hinder SME progress. Many EU regulations are hindering employers to take on new employees and train them up to keep abreast of regulations. The Horizon 2020 Programme has been allocated EUR 31.8 million; it has already been allocated EUR 150 million. Erasmus is a Europe-wide education programme that allows students to have mobility throughout Europe and has been allocated a further EUR 6.6 million. Security & Citizenship has been allocated EUR 1.5 billion, and a further EUR 150 million will be mobilised to help Turkey to deal with the crisis. The COSME programme is designated to aid SMEs throughout the EU and beyond, and has been allocated a further EUR 14.2 million.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Die Einigung zwischen Rat, Kommission und Parlament über den Haushalt 2016 beträgt 155 Mrd. EUR an Verpflichtungsermächtigungen und 143,8 Mrd. EUR an Zahlungsermächtigungen. Dies bedeutet eine ungerechtfertigte Erhöhung der Verpflichtungen um 6,7 % und der Zahlungen um 1,8 % im Vergleich zum Jahr 2015. Zwar wurden zusätzliche Mittel zur Bewältigung der Migration und Flüchtlingskrise (1,1 Mrd. EUR) sowie für die Jugendbeschäftigungsinitiative (473 Mio. EUR) bewilligt, was grundsätzlich zu begrüßen ist. Aber es wurden fast alle Margen verbraucht, statt Prioritäten im Haushalt neu festzusetzen. Selbst der Rat argumentierte, dass das Parlament seine Prioritäten eingrenzen müsse, da die vom Parlament vorgeschlagenen Erhöhungen kollektiv die Margen in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung (Rubrik 1a), Kohäsion (Rubrik 1b) und Sicherheit und Unionsbürgerschaft (Rubrik 3) erschöpfen. Dies gefährdet die Funktionsfähigkeit des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 (MFR). So werden in Zukunft keinerlei Spielräume für eine Reihe von Haushaltslinien verfügbar sein, da die Obergrenzen bereits erreicht oder sogar überschritten wurden. Einem immer höher steigenden EU-Haushalt ohne echte Priorisierung kann ich nicht zustimmen. Deshalb habe mich gegen den Bericht ausgesprochen. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Euro abgeschafft werden muss, weil er zu Zwist und Zwiethracht in Europa führt!

Gunnar Hökmark (PPE), *skriftlig*. – Vi röstade ja till EU:s budget 2016 eftersom det är självklart att EU måste ha en budget. Vi röstade däremot nej till de krav som parlamentets majoritet ställde inför förhandlingarna med rådet. Det som nu beslutats var enda alternativet för ett fungerande EU.

Vi välkomnar att den överenskomna budgeten prioriterar de utmaningar som flyktingfrågan innebär samt att forskning och utveckling prioriteras. Vi beklagar att detta sker genom att budgeten i sin helhet ökar och att besparingar som motsvarar omfattningen på prioriteringarna inte görs.

Långsiktigt vill vi minska jordbruksstöd, industrisubventioner och de delar av regionalpolitiken som innebär att väl fungerande ekonomier blir beroende av regionala bidrag. EU bör prioritera den inre marknadens infrastruktur, forskning och vår långsiktiga förmåga att utveckla en effektiv utrikespolitik och gemensamt stärka kontrollen över våra gränser.

Det bör ske inom ramen för den nuvarande långtidsbudgeten och bygga på respekt för skattebetalarnas pengar och medlemsstaternas ansträngda budgetsituation.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A Magyarországnak járó uniós források 2016-ban is biztosítottak. Sikertől elhárítani azokat a próbálkozásokat, amelyek a kohéziós források kifizetését hozzákapsolták volna a migránsok áthelyezésére vonatkozó kvótákat előíró szabályok végrehajtásához.

Kiemelkedő eredmény, hogy 2 milliárd euróval megemeltük a migrációs válság kezeléséhez hozzájáruló programokat. A többletforrások többsége a magyar kormány álláspontjával összhangban azokban az országokban kerül elköltésre, amelyek a válság frontvonalában küzdenek, illetve hozzájárul ahhoz, hogy a bevándorlási hullámot erősítő konfliktusokat a keletkezésük helyszínén kezeljék.

A magyar néppárti képviselők számára siker az Előcsatlakozási Alap (IPA) Tanács által korábban javasolt csökkentésének visszafordítása, hiszen ezek az eszközök döntően befolyásolják a tagjelölt országok, így Szerbia és a vajdasági magyarok csatlakozási törekvéseit. A tényleges anyagi támogatáson túlmenően az Előcsatlakozási Alap szintjének megőrzése fontos politikai üzenetet is hordoz és bátorítást jelent a tagjelölt országok számára.

A zárószavazással az 500 millió eurós tejágazati mentőcsomag forrásait biztosítani tudja az EU 2016-os költségvetése. Minden akadály elhárul az elől, hogy a magyar tejtermelők a 2,9 milliárd forintos uniós támogatást időben megkapják.

Támogattuk Csáky Pál és Gál Kinga „Sokszínű Európa” elnevezésű közös projektjét is. Ennek keretében a diszkrimináció felszámolását támogató kisebbségi programok finanszírozására 1 millió euró áll majd a pályázók rendelkezésére.

A fentiekkel alapján, a néppárti állásponttal összhangban támogattam a jelentést.

Brice Hortefeux (PPE), par écrit. – J'ai soutenu le projet de budget de l'Union européenne pour l'année 2016 qui a été adapté afin de tenir compte de la crise agricole et de la crise migratoire. Le Parlement européen a d'ailleurs approuvé à une écrasante majorité ce budget qui s'élève au total à 155 milliards d'euros en crédits d'engagement et à 143,9 milliards d'euros en crédits de paiement.

Ainsi, un paquet de 500 millions d'euros a été mobilisé pour soutenir les producteurs laitiers et les agriculteurs qui souffrent des répercussions de l'embargo russe.

Pour la gestion de la crise migratoire, 2,7 milliards d'euros ont été mobilisés sur l'enveloppe budgétaire 2016 et 150 millions d'euros seront consacrés à l'aide humanitaire. Espérons maintenant que ces financements disponibles seront utilisés à bon escient.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Glasao sam za nacrt zakonodavne rezolucije Europskog parlamenta o zajedničkom nacrtu općeg proračuna Europske unije za financijsku godinu 2016., koji je prihvatio Odbor za mirenje u okviru proračunskog postupka, zbog toga što smatram da isti uzima u obzir izazove koji stoje pred Unijom.

Prvenstveno, osnažen je instrument fleksibilnosti koji će omogućiti bolje upravljanje hitnim i nepredviđenim situacijama. Nadalje, posebna je pažnja posvećena rastu, stvaranju novih radni mjesta i Inicijativi za zapošljavanje mladih, te europskim programima koji podržavaju takve mjere i aktivnosti. Poduzete su također mjere kako bi se pomoglo poljoprivrednicima, osnažilo djelovanje u području humanitarne pomoći, te ublažile posljedice izbjegličke krize. Smatram da je u proračunskom postupku potrebno održati visoku razinu transparentnosti, jasnoće i dosljednosti europskih politika kako bi isti bio uravnotežen i u skladu s realnim potrebama.

Jean-François Jalkh (ENF), par écrit. – Les représentants du Parlement Européen et ceux du Conseil au comité de conciliation budgétaire se sont entendus sur un accord pour le budget 2016.

Parmi les points qui retiennent l'attention figurent: l'augmentation substantielle des crédits d'Erasmus; des fonds alloués aux agriculteurs dont une partie vient compenser les conséquences de l'embargo russe; des fonds pour les actions multi-médias; un renforcement de l'aide humanitaire; ou encore des fonds pour l'action extérieure de la crise migratoire.

Le budget prévoit également 2 milliards d'euros pour l'aide aux États membres en première ligne face à la crise migratoire (soit quatre fois moins que les fonds alloués à la crise des agriculteurs.) Des milliards supplémentaires devront être demandés aux contribuables nationaux, puisque nous savons que la Commission s'attend à accueillir 3 millions de migrants en plus de ce qui était prévu.

Finalement, les crédits d'engagements s'élèvent à 155 milliards d'euros (contre 145,3 en 2015) et les crédits de paiements à 143,8 milliards (141,2 en 2015), soit bien au-dessus des crédits de 2015.

J'ai naturellement voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – Along with my colleagues, I voted against this conciliation on the basis that instead of reducing the budget there are large increases in certain programmes that are not justified and do not contribute towards fruitful aims and objectives for the beneficiaries that the programmes are meant to support. The euro crisis is one of the main contributors towards SME financial problems and continuous EU regulations that hinder SME progress. Many EU regulations are hindering employers to take on new employees and train them up to keep abreast of regulations. The Horizon 2020 Programme has been allocated EUR 31.8 million; it has already been allocated EUR 150 million. Erasmus is a Europe-wide education programme that allows students to have mobility throughout Europe and has been allocated a further EUR 6.6 million. Security & Citizenship has been allocated EUR 1.5 billion, and a further EUR 150 million will be mobilised to help Turkey to deal with the crisis. The COSME programme is designated to aid SMEs throughout the EU and beyond, and has been allocated a further EUR 14.2 million.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – It is important that the EU budget for next year is sufficient to deal with issues such as the migration crisis and security concerns. As the ALDE draftsman on the LIBE opinion to the budget, I pushed for more funding in order to better secure the EU's borders. This is a key priority in my view, as without properly secured external borders, the Schengen Agreement will be at great risk. I am pleased that the Parliament as a whole backed the increase to the Frontex budget as well as for the European Agenda on Security. This is a step towards better managing the current crisis. While I am not in favour of the relocation mechanism for refugees, I respect the decision of the Member States to implement this, which of course requires related financial appropriations.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mes collègues José Manuel Fernandes et Gérard Deprez sur la procédure budgétaire 2016, un projet commun issu de la conciliation. Le budget 2016 est résolument tourné vers l'emploi et la solidarité, comme le veut le PPE, avec 155 milliards d'euros destinés à ces deux objectifs. Le Parlement a réussi à diminuer les coupes budgétaires du Conseil et à augmenter les crédits d'engagement pour les programmes Horizon 2020, COSME et Erasmus + qui soutiennent l'innovation, les entreprises et les jeunes. 500 millions d'euros seront en outre alloués pour aider les agriculteurs du secteur laitier. Le budget 2016 prévoit également des moyens supplémentaires pour gérer la crise des réfugiés à l'intérieur de l'Union et à l'extérieur pour combattre les sources de cette crise.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui reflète parfaitement les priorités politiques évoquées durant l'année 2015 par le Parlement européen qui doivent être reprises dans le budget de 2016.

Il était en effet nécessaire de répondre à une crise exceptionnelle, la crise des migrants, par une augmentation importante du budget européen. Il nous faut également renforcer la compétitivité par la création d'emplois décents et de qualité.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dem Bericht über den gebilligten gemeinsamen Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union stimme ich nicht zu. Das Budget soll, wie vom Rat vorgeschlagen, übernommen werden. Hierbei sind Erhöhungen in Bereichen mit einem Mehrwert (Forschung und Entwicklung, KMU etc.), aber auch Kürzungen im generellen Budget festgelegt. Daraus resultiert, dass in der Aufrechnung im Jahr 2016 ein niedrigeres Budget aufgewendet wird als im Vorjahr. Das ist zwar wünschenswert, jedoch ist das Budget meiner Meinung nach noch immer zu hoch angesetzt.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Eiropas Parlamenta plenārsesijā Strasbūrā balsoju par 2016. gada Eiropas Savienības budžetu. Uzskatu, ka Eiropas Parlamenta sarunu vedēji sarunās ar Eiropas Padomi ir panākuši labu rezultātu. Šajā sakarā vēlos uzsvērt finansējuma panākšanu piecām jaunām darba vietām Energoregulatoru sadarbības aģentūrai, kuras galvenais uzdevums ir veikt ES gāzes vairumtirdzniecības cenu novērošanu. Eiropas Savienība importē vairāk nekā pusi nepieciešamo energoresursu, un tai pašā laikā reģioni, no kuriem šie energoresursi nāk, kļūst aizvien nestabilāki, tādējādi apdraudot energopiegāžu drošību. Tādēļ Eiropas Komisija ir izveidojusi Enerģētikas savienības stratēģiju. Lai sasniegtu šīs stratēģijas mērķus, ir svarīgi nodrošināt Eiropas Savienības iekšējā tirgus darbību, kur milzīga loma ir Energoregulatoru sadarbības aģentūrai. Tomēr, lai šo nozīmīgo uzdevumu veiktu, ir nepieciešami papildu darbinieki un līdz ar to resursi. Tomēr šie pieci cilvēki tik un tā ir par maz, lai tiktu galā ar milzīgo un atbildīgo darba apjomu, tādēļ Eiropas Parlamentam ir jāturpina strādāt, lai katra gada budžetā panāktu resursus šīs aģentūras darba spēju nodrošināšanai.

Ņemot vērā augstāk minētos apsvērumus, balsoju par nākamā gada Eiropas Savienības budžetu.

Bernd Kölmel (ECR), *schriftlich*. – Die Einigung zwischen Rat, Kommission und Parlament über den Haushalt 2016 beträgt 155 Mrd. EUR an Verpflichtungsermächtigungen und 143,8 Mrd. EUR an Zahlungsermächtigungen. Dies bedeutet eine ungerechtfertigte Erhöhung der Verpflichtungen um 6,7 % und der Zahlungen um 1,8 % im Vergleich zum Jahr 2015.

Zwar wurden zusätzliche Mittel zur Bewältigung der Migration und Flüchtlingskrise (1,1 Mrd. EUR) sowie für die Jugendbeschäftigungsinitiative (473 Mio. EUR) bewilligt, was grundsätzlich zu begrüßen ist. Aber es wurden fast alle Margen verbraucht, statt Prioritäten im Haushalt neu festzusetzen. Selbst der Rat argumentierte, dass das Parlament seine Prioritäten eingrenzen müsse, da die vom Parlament vorgeschlagenen Erhöhungen kollektiv die Margen in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung (Rubrik 1a), Kohäsion (Rubrik 1b) und Sicherheit und Unionsbürgerschaft (Rubrik 3) erschöpfen. Dies gefährdet die Funktionsfähigkeit des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 (MFR). So werden in Zukunft keinerlei Spielräume für eine Reihe von Haushaltslinien verfügbar sein, da die Obergrenzen bereits erreicht oder sogar überschritten wurden.

Einem immer höher steigenden EU-Haushalt ohne echte Priorisierung kann ich nicht zustimmen. Deshalb habe mich gegen den Bericht ausgesprochen.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A Magyarországnak járó uniós forrásokat 2016-ban is biztosítottak. Sikertelenül elhárítani azokat a próbálkozásokat, amelyek a kohéziós források kifizetését hozzákapcsolták volna a migránsok áthelyezésére vonatkozó kvótákat előíró szabályok végrehajtásához.

Kiemelkedő eredmény, hogy 2 milliárd euróval megemeltük a migrációs válság kezeléséhez hozzájáruló programokat. A többletforrások többsége a magyar kormány álláspontjával összhangban azokban az országokban kerül elköltésre, amelyek a válság frontvonalában küzdenek, illetve hozzájárul ahhoz, hogy a bevándorlási hullámmal erősítő konfliktusokat a keletkezésük helyszínén kezeljék.

A magyar néppárti képviselők számára siker az Előcsatlakozási Alap (IPA) Tanács által korábban javasolt csökkentésének visszafordítása, hiszen ezek az eszközök döntően befolyásolják a tagjelölt országok, így Szerbia és a vajdasági magyarok csatlakozási törekvéseit. A tényleges anyagi támogatáson túlmenően, az Előcsatlakozási Alap szintjének megőrzése fontos politikai üzenetet is hordoz és bátorítást jelent a tagjelölt országok számára.

A zárószavazással az 500 millió eurós tejágazati mentőcsomag forrásait biztosítani tudja az EU 2016-os költségvetése. Minden akadály elhárul az elől, hogy a magyar tejtermelők a 2,9 milliárd forintos uniós támogatást időben megkapják.

Támogattuk Csáky Pál és Gál Kinga „Sokszínű Európa” elnevezésű közös projektjét is. Ennek keretében a diszkrimináció felszámolását támogató kisebbségi programok finanszírozására 1 millió euró áll majd a pályázók rendelkezésére.

A fentiekkel alapján, a néppárti állásponttal összhangban támogattam a jelentést.

Béla Kovács (NI), *írásban*. – Lényegében ez egy formális szavazás, hiszen a költségvetés korábban már elfogadott keretszámaival hivatott rögzíteni. Mégis fontosnak tartottam a nemleges szavazatot, mert nem lehet elégszer kifejezni, hogy nem értek egyet a fenntarthatatlan neoliberais gazdaságpolitikai modellel, melynek átgondolatlan további erőltetése folyik. A költségvetés pedig nem más, mint a gazdaságpolitika kifejezője, azaz jelen esetben az út a zsákutca.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho dato voto positivo al via libera sul testo comune del bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2016. La delegazione del Parlamento è soddisfatta del bilancio redatto e dell'accordo raggiunto tra i rappresentanti del Parlamento e i rappresentanti del Consiglio, che prevede 155 miliardi di euro di impegni e 143,8 di pagamenti.

Il testo prevede lo stanziamento di circa 1 miliardo e mezzo di euro di finanziamenti, destinati sia ad affrontare la gestione dell'emergenza migranti, sia a promuovere l'occupazione in Europa. A tal riguardo è di fondamentale importanza rispondere alle sfide dell'occupazione, soprattutto giovanile. È stato inoltre deciso di stanziare 500 milioni di euro extra per gli agricoltori, al fine di aiutarli ad affrontare la crisi del settore lattiero-caseario. Infine, con riferimento alla crisi migratoria, si agirà attraverso il rinforzo delle agenzie esecutive, come Frontex, e attraverso maggiori fondi per i programmi legati alla gestione del problema sin dalle sue origini.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu le projet commun de budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2016 approuvé par le comité de conciliation, comme une large majorité de parlementaires européens.

Ce projet fixe le montant total des crédits d'engagement et de paiement pour 2016 à respectivement 155,004 milliards et 143,885 milliards d'euros.

Nous avons également souhaité introduire une déclaration commune afin d'insister sur le suivi de la mise en œuvre budgétaire tout au long de l'exercice. Ce budget doit permettre d'aider les États membres à faire face à la crise migratoire qui frappe notre continent, notamment à travers l'aide d'urgence aux États en première ligne face à l'afflux de réfugiés.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre l'accord pour le budget 2016. Au total, ce budget 2016 prévoit 2 milliards d'euros pour l'aide aux États membres en première ligne face à la crise migratoire. Il est pour le moins choquant de constater que les dirigeants européens allouent 4 fois plus de moyens à la gestion de la crise migratoire qu'aux agriculteurs qui souffrent pourtant des politiques décidées par Bruxelles. Par ailleurs, ce montant est parfaitement dérisoire au regard de la submersion migratoire à laquelle les États membres de l'UE doivent faire face.

En effet, la Commission s'attend désormais à accueillir 3 millions de migrants en plus de ce qui était prévu. Il est tout aussi scandaleux de constater que les salaires du personnel des institutions de l'UE augmenteront de 2,4% alors que l'inflation prévue en zone euro est inférieure à 1%, le tout pour un coût de 100 millions d'euros.

Enfin, le prélèvement sur recettes de la France prévu dans le projet de loi de finance pour 2016 se hissera à un niveau record: 23,65 milliards d'euros.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – Zoals aangegeven in de begroting voor 2016 moeten extra middelen worden ingezet om de asielcrisis aan te pakken. Voor de N-VA moet voornamelijk geïnvesteerd worden in het gevoelig versterken van de Europese buitengrenzen, het stimuleren van opvang in de regio, zodat vluchtelingen dichtbij hun regio veilig kunnen verblijven, en het verbeteren van de samenwerking tussen de Europese inlichtingendiensten. Deze maatregelen moeten ons helpen om nieuwe asieldrama's te voorkomen.

Positief is ook dat de begroting voor 2016 binnen de uitgavenlimieten van het meerjarig financieel kader blijft en dat de EU met deze begroting inzet op het concurrentievermogen van onze economieën.

De N-VA-delegatie in het Europees Parlement keurt de begroting voor 2016 om die redenen goed, maar waarschuwt voor onterechte euforie. Dat het Europees Parlement bijvoorbeeld twee jaar langer nodig heeft om zijn ambtenarenapparaat met 5% af te slanken, is onaanvaardbaar. De EU moet immers net als nationale overheden meer en beter doen met minder.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que, pese a contener algunas partidas positivas, supone continuar con la lógica de la austeridad que impide el incremento del presupuesto de la UE para hacer frente a todos los pagos. El presente informe aprueba el resultado del Comité de Conciliación que contiene algunas medidas positivas, como el mantenimiento de Horizonte 2020, los recursos para la crisis de los refugiados, medidas para los productores lácteos, etc. Sin embargo, el resultado continúa sin poner solución a los pagos que la UE deberá hacer en 2017 a los Estados miembros, aplazando estos problemas por la negativa a incrementar los recursos de los que debe disponer el presupuesto de la UE. Es por esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Die Einigung zwischen Rat, Kommission und Parlament über den Haushalt 2016 beträgt 155 Mrd. EUR an Verpflichtungsermächtigungen und 143,8 Mrd. EUR an Zahlungsermächtigungen. Dies bedeutet eine ungerechtfertigte Erhöhung der Verpflichtungen um 6,7 % und der Zahlungen um 1,8 % im Vergleich zum Jahr 2015.

Zwar wurden zusätzliche Mittel zur Bewältigung der Migration und Flüchtlingskrise (1,1 Mrd. EUR) sowie für die Jugendbeschäftigungsinitiative (473 Mio. EUR) bewilligt, was grundsätzlich zu begrüßen ist. Aber es wurden fast alle Margen verbraucht, statt Prioritäten im Haushalt neu festzusetzen. Selbst der Rat argumentierte, dass das Parlament seine Prioritäten eingrenzen müsse, da die vom Parlament vorgeschlagenen Erhöhungen kollektiv die Margen in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung (Rubrik 1a), Kohäsion (Rubrik 1b) und Sicherheit und Unionsbürgerschaft (Rubrik 3) erschöpft. Dies gefährdet die Funktionsfähigkeit des Mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 (MFR). So werden in Zukunft keinerlei Spielräume für eine Reihe von Haushaltslinien verfügbar sein, da die Obergrenzen bereits erreicht oder sogar überschritten wurden.

Einem immer höher steigenden EU-Haushalt ohne echte Priorisierung kann ich nicht zustimmen. Deshalb habe mich gegen den Bericht ausgesprochen.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Stavím se celkově proti rozpočtu EU, jak o něm bylo hlasováno, přičemž nebyly ani vzaty v úvahu naše pozměňovací návrhy na ušetření značných finančních prostředků.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Uredbom Vijeća Europe br. 1311/2013 utvrđen je višegodišnji financijski okvir za razdoblje 2014. – 2020., kako bi se Europska unija što uspješnije nosila s ciljevima politike koja se odnosi na rast te zapošljavanje mladih. Svake godine donosi se i godišnji proračun kojim se nastoji odgovoriti i na izazove koji se očekuju u toj godini. Tako se u proračunu za 2016. u prvi plan stavljaju stavke vezane uz inovacije, poduzetništvo i zapošljavanje mladih, a posebna pažnja se daje fleksibilnosti proračuna s ciljem odgovora na imigrantsku krizu, krizu u poljoprivrednom sektoru i krizu u Grčkoj.

Podržala sam izvješće zastupnika Gérarda Depreza i José Manuela Fernandes, jer smatram da je odgovorno ulaganje proračunskih sredstava ključno za ostvarenje rasta i razvoja u Europskoj uniji.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκδοση σχετικά με το κοινό σχέδιο γενικού προϋπολογισμού της Ευρωπαϊκής Ένωσης για το οικονομικό έτος 2016, που ενέκρινε η επιτροπή συνδιαλλαγής στο πλαίσιο της διαδικασίας προϋπολογισμού, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Ce projet commun est le résultat d'une négociation du Parlement européen et du Conseil, en vue d'une approbation par ces deux institutions. Parmi les constats choquants de ce budget, on notera que 2 milliards d'euros sont prévus pour faire face à la crise migratoire, 4 fois plus que la somme allouée pour aider les agriculteurs victimes de Bruxelles !

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Il bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2016, tutte le sezioni, trova il mio voto favorevole.

È stato fatto un grande lavoro di previsione e i risultati sono apprezzabili per quanto riguarda le linee di bilancio «chiuse», cioè quelle confermate e non modificate dal Consiglio o dal Parlamento, e l'aumento di organico in alcune agenzie decentrate.

I temi di cui si parla al suo interno sono temi urgenti e di grande rilevanza, come la disoccupazione giovanile o le previsioni di pagamento.

A maggior ragione in un simile momento è estremamente importante avere degli stanziamenti adeguati a quelli che sono gli impegni cui l'Europa deve far fronte in modo efficace.

David Martin (S&D), *in writing*. – I am pleased that the budget for 2016 has been adopted and that Parliament's priority of enhancing the EU's competitiveness translates into extra resources for small and medium-sized enterprises (EUR 14.3 million), funds for Horizon 2020 (EUR 184.5 million) and funds for the infrastructure tool Connecting Europe Facility (EUR 150 million) to reinstate some of the money previously diverted from them to the Juncker Investment Fund, and funding for the student exchange programme Erasmus+ (EUR 6.6 million).

Parliament also persuaded the Council and the Commission to make a commitment to continue the Youth Employment Initiative, which is currently under review, in 2016 and to keep the level of unpaid European bills at a sustainable level.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – La mia approvazione al progetto generale di bilancio per l'esercizio 2016 si spiega con la considerazione secondo cui il Parlamento europeo, il Consiglio e la Commissione riconoscono le misure adottate per eliminare gradualmente l'arretrato di impegni residui dei programmi di coesione 2007-2013 e migliorare il monitoraggio di eventuali arretrati di fatture non pagate in tutte le rubriche. Viene, peraltro, ribadito un impegno futuro ad evitare arretrati simili, anche tramite l'istituzione di un sistema di allarme preventivo.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Fernandes-Deprez qui marque la conclusion de la conciliation budgétaire avec le Conseil.

La faiblesse extrême du budget européen, qui n'atteint même pas 1 % du PIB de l'Union, est bien connue. Mais il faut souligner aussi combien, au sein même de ce budget, le Conseil rechigne à débloquer des crédits de paiements (en somme la monnaie réellement disponible pour les paiements des administrations et agences européennes) et n'accorde en proportions suffisantes que des autorisations d'engagement (la permission d'engager la procédure pour un paiement futur). De même, alors que la nouvelle programmation 2014-2020 prévoit divers mécanismes d'assouplissement pour faire face aux besoins – marges de sécurité, instrument de flexibilité – les États membres ont constamment tenté de s'opposer à leur utilisation.

Les négociateurs du Parlement ont obtenu l'utilisation de ces instruments pour parer aux urgences humanitaires et économiques a minima. Il s'agit de financer l'accueil des réfugiés, et de doter le fonds d'investissement du plan Juncker. Ce sont les raisons qui méritent un vote favorable, pour éviter toute situation de blocage inutile. Mais je regrette vivement qu'un programme comme l'Initiative pour l'emploi des jeunes, priorité absolue en Europe, n'ait pas été refinancé cette année par le Conseil.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Begrüßenswert ist, dass ein niedrigeres Budget als 2015 aufgewendet werden soll, jedoch sind die Verpflichtungsermächtigungen zu hoch, gerade hinsichtlich des Flexibilitätsinstruments. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport entérine la position de compromis sur le budget 2016 négociée dans d'obscurs comités par son président Martin Schulz, ainsi que le veut désormais l'usage européen en contradiction avec toutes les traditions démocratiques.

En dehors de quelques miettes, les vœux pieux formulés par le Parlement dans ses rapports de juillet et d'octobre resteront sans lendemain. À l'issue des marchandages autour de ce nouveau budget d'austérité, on découvre d'importants redéploiements entraînant de grosses coupes dans la politique agricole commune, en particulier dans les lignes destinées à améliorer le traitement des animaux d'élevage et à lutter plus intelligemment contre les ravageurs des végétaux. Les éleveurs et les vignerons qui se battent pour la survie d'une agriculture de qualité apprécieront.

Enfin, pour le plus grand ridicule, le feuilleton des arriérés de paiement 2007-2013 de l'UE continue. Alors que leur résorption devait être totale en 2014, puis en 2015, le rapport ose se féliciter qu'ils seront encore de 2 milliards fin 2016! Quel pays ou quelle entreprise accepterait que des sommes dues soient payées entre 4 et 9 ans de retard? Aucune vie économique et sociale n'est possible avec un tel fonctionnement européen. Je vote contre une si mauvaise politique budgétaire.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Les représentants du Parlement européen et ceux du Conseil au comité de conciliation budgétaire se sont entendus sur un accord pour le budget 2016; en voici les points essentiels: l'augmentation substantielle des crédits d'Erasmus, des fonds alloués aux agriculteurs dont une partie vient compenser les conséquences de l'embargo russe, des fonds pour les actions multimédias, un renforcement de l'aide humanitaire ou encore des fonds pour l'action extérieure de la crise migratoire. Le budget prévoit également 2 milliards d'euros pour l'aide aux États membres en première ligne face à la crise migratoire, ce qui n'est que le début puisque l'accueil de 3 millions de migrants est prévu.

Finalement, les crédits d'engagements s'élèvent à 155 milliards d'euros (contre 145,3 en 2015) et les crédits de paiements à 143,8 milliards (141,2 en 2015), soit bien au-dessus des crédits de 2015. La France devra contribuer à ce budget à hauteur de 23,65 milliards d'euros, un record. Je vote contre ce projet, bien évidemment.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A conciliação consiste em negociações diretas entre os dois colegisladores (Parlamento e Conselho) no quadro do Comité de Conciliação, com vista a alcançar um acordo sob a forma de um projeto comum.

Esse acordo foi alcançado, pelo que o relatório aprova o projeto comum, então acordado pelo Comité de Conciliação, relativo ao projeto de orçamento geral da União Europeia para 2016.

Votei favoravelmente.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because it highlights the various measures agreed by the Commission, Council and Parliament to balance the additional funds required from Member States.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Európsky parlament schvaľuje spoločný text o rozpočtovom postupe na rok 2016 po dohode so zmluvacím výborom. Predložený dokument sa skladá zo spisov, zoznamov, súhrnných údajov a konečných textov, ktoré poskytujú súhrnný prehľad o rozpočte na rok 2016, opravnom rozpočte č. 8/2015 a spoločné vyhlásenia európskych inštitúcií.

Dlhodobó zastávam názor, že európsky rozpočet má byť investičný a podporujúci konkurencieschopnosť členských štátov a ich regiónov. Teší ma, že na malé a stredné podniky bolo vyčlenených v rámci rozpočtu 14,3 milióna eur, na program EÚ pre výskum a inovácie Horizont 2020 184,5 milióna eur a na infraštruktúry 150 miliónov eur. Dobrou správou pre mladých snaživých ľudí je, že sa podarilo presadiť zvýšenie rozpočtu študentského výmenného programu Erasmus+ o 6,6 milióna eur. Verím, že finančné prostriedky pomôžu mladým ľuďom získať kvalitné vzdelanie, ktoré následne uplatnia v profesionálnom živote.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report on 2016 budgetary procedure because I am in agreement with the joint text on the draft general budget of the European Union for the financial year 2016 approved by the Conciliation Committee under the budgetary procedure.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Bizottság 2015. június 24-én fogadta el az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetésének tervezetét. A Tanács 2015. szeptember 17-én juttatta el a tervezettel kapcsolatos álláspontját Parlamentnek, amely erről 2015. október 28-án állásfoglalást fogadott el és költségvetési módosításokra tett javaslatot. Mindezek alapján a Parlament, a Tanács és a Bizottság közötti költségvetési egyeztető bizottság jóváhagyta az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetésének közös szövegtervezetét, amit a Parlament egyeztető bizottságba delegált küldöttsége jelentésében a Parlamentnek elfogadásra ajánlott. Az előterjesztést ennél fogva megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – No orçamento de 2016, o nível global de dotações para autorizações é fixado em 155.004,2 milhões de euros e o nível global de dotações para pagamentos em 143.885,3 milhões de euros.

Voto a favor do presente relatório, que permite um aumento das verbas destinadas a financiar PME e os programas de juventude, sendo estes dois mecanismos fundamentais para reforçar a competitividade da União Europeia e incentivar a formação dos jovens.

Gostaria ainda de salientar a aprovação do Projeto-Piloto «Smart Port Cities», que propus em plena Comissão Parlamentar dos Transportes e Turismo e que agora entrará em vigor, com vista criar uma rede europeia de cidades portuárias e inteligentes.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Les représentants du Parlement et du Conseil au comité de conciliation budgétaire ont trouvé un accord pour le budget 2016 en vue de son approbation par les deux institutions.

Les principales modifications apportées sont marginales. En fin de compte, le budget 2016 devrait voir ses crédits d'engagements portés à 155 milliards d'euros (contre 145,3 en 2015) et les crédits de paiements à 143,8 milliards (141,2 en 2015), soit bien au-dessus des crédits de 2015.

Ce budget 2016 prévoit 2 milliards d'euros pour l'aide aux États membres en première ligne face à la crise migratoire. Il est pour le moins choquant de constater que les dirigeants européens allouent quatre fois plus de moyens à la gestion de la crise migratoire qu'aux agriculteurs qui souffrent pourtant des politiques décidées par Bruxelles.

Il est tout aussi scandaleux de constater que les salaires du personnel des institutions de l'UE augmenteront de 2,4 %.

Enfin, le prélèvement sur recettes (PSR-UE) de la France prévu dans le projet de loi de finance pour 2016 se hissera à un niveau record: 23,65 milliards d'euros.

J'ai donc voté contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif au budget de l'Union européenne pour 2016.

Bien que les fonds alloués aux programmes ITER, Galileo, Copernicus et EGNOS aient diminué de 120 millions d'euros, ce que je déplore, certaines coupes budgétaires ont pu être corrigées par le vote du parlement européen.

J'approuve notamment l'augmentation des crédits d'engagement d'environ 32 millions d'euros pour Horizon 2020, de 14 millions d'euros pour COSME et de 6,6 millions d'euros pour Erasmus +.

500 millions d'euros ont également été débloqués pour soutenir le secteur laitier et plus globalement le secteur de l'agriculture, dans le cadre de mesures destinées à compenser les pertes de revenus causées par l'embargo russe.

Luigi Morgano (S&D), *per iscritto*. – Un ottimo lavoro, quello svolto dai rappresentanti della Commissione europea e del Consiglio e dai colleghi della commissione per i bilanci del Parlamento. In un contesto di ristrettezze finanziarie, il bilancio approvato oggi mantiene salde le priorità politiche di quest'Aula: crescita e occupazione, sostegno alle PMI attraverso il recupero di margini per Orizzonte 2020 e COSME, cultura e cittadinanza.

In particolare, negli ambiti della cultura e dell'istruzione, l'aumento di oltre 6 milioni di euro per Erasmus+, sicuramente il programma più conosciuto dai nostri concittadini, è un segnale positivo che aiuterà non solo lo scambio di competenze, ma anche la comprensione reciproca tra cittadini europei, quanto mai necessaria oggi, in un momento in cui vediamo sorgere muri dove in passato erano stati abbattuti. Un segnale positivo è anche l'accordo raggiunto in conciliazione per mantenere stabili impegni e pagamenti sia per «Europa creativa» che per «Europa dei cittadini».

A fronte delle emergenze che ben conosciamo, a partire dalla crisi dei rifugiati per cui si stanziavano non meno di 1,5 miliardi, e su cui speriamo che gli Stati membri facciano la loro parte, sia in termini di risorse economiche che logistiche, non va sottovalutato come la cultura costruisca cittadinanza e inclusione sociale.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Je n'ai pas pu voter pour ce rapport, mais je soutiens pleinement la position du Groupe PPE et de la délégation française d'adopter ce rapport, car il comporte des éléments particulièrement importants pour répondre à la crise migratoire: renforcement des agences Frontex et Europol notamment.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The overall level of commitment appropriations in the 2016 budget is set at EUR 155 004.2 million and the overall level of payment appropriations in the 2016 budget is set at EUR 143 885.3 million. I have voted for this report that will definitively adopt the European Union's general budget for the financial year 2016 and arrange for its publication in the Official Journal of the European Union.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht für das Haushaltsverfahren 2016 stimmt den gemeinsamen Erklärungen des Parlaments, des Rates und der Kommission zu und legt die Gesamthöhe der Verpflichtungsermächtigungen und Zahlungsermächtigungen für den Haushaltsplan 2016 fest. Ich habe mich meiner Stimme enthalten, da der Haushaltsplan neben positiven Aspekten wie der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie Aspekten der Effizienzsteigerung auch einige unnötige Ausgaben für Agenturen beinhaltet.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport fait suite aux négociations entre le Parlement européen et le Conseil sur le budget général de l'Union pour 2016.

Je me félicite du travail du Parlement européen qui a permis le maintien des enveloppes budgétaires consacrées au programme Erasmus, à la protection des agriculteurs européens ou encore aux programmes de recherche. Le budget de l'Union Européenne pour 2016 reste néanmoins ancré dans un cadre global qui est celui de l'austérité, de coupes budgétaires, qui sacrifient certains programmes pourtant essentiels comme l'Initiative pour l'emploi des jeunes qui ne sera pas renouvelée.

Le budget pour l'exercice 2016 souffre d'un manque de flexibilité structurelle qui ne saura répondre aux urgences de demain, et la gestion de la crise des migrants et des réfugiés en sera particulièrement touchée. Pour ces raisons, je vote contre.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Oluliselt on vaja suurendada rahalisi vahendeid pagulaskriisiga toimetulemiseks ning oluline on, et ELi liikmesriigid panustaksid vähemalt lubatud määral nii Aafrika, Süüria kui ka ÜRO fondi-desse.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this conciliation on the basis that instead of reducing the budget there are large increases in certain programmes that are not justified and do not contribute towards fruitful aims and objectives for the beneficiaries that the programmes are meant to support. The euro crisis is one of the main contributors towards SME financial problems and continuous EU regulations that hinder SME progress. Many EU regulations are hindering employers to take on new employees and train them up to keep abreast of regulations. The Horizon 2020 Programme has been allocated EUR 31.8 million; it has already been allocated EUR 150 million. Erasmus is a Europe-wide education programme that allows students to have mobility throughout Europe and has been allocated a further EUR 6.6 million. Security & Citizenship has been allocated EUR 1.5 billion, and a further EUR 150 million will be mobilised to help Turkey to deal with the crisis. The COSME programme is designated to aid SMEs throughout the EU and beyond, and has been allocated a further EUR 14.2 million.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ringraziando i relatori per il lavoro svolto ed appoggiando la posizione relativa all'approvazione del bilancio per il 2016, ho deciso di votare favorevolmente.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the EU budget for 2016. In my work and activities as a member of the European Parliament, among other initiatives, I fully support the efforts in the spheres of education, combating youth unemployment, development of entrepreneurship and SMEs and research and innovation. I welcome the decision for Erasmus + to receive a 30 percent increase over 2016, reaching an EUR 1.8 billion budget for next year, which will tremendously boost education exchanges. Moreover, the escalating migration crisis urgently requires further investment. Therefore, I am in favour of the budget and, in particular, the increase of funding in these fields.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Vrijeme i okolnosti u kojima se Europska unija danas nalazi zahtjevaju posebnu odvažnost te hitne i odlučne mjere. S jedne strane izbjeglički val kojemu se ne nazire kraj preplavljuje Europu dok teroristički napadi zabrinjavaju naše narode. S druge strane, suočeni smo s nestabilnostima u svom istočnom susjedstvu te pritiskom koji ta kriza ima na poljoprivredu Unije. Ekonomska kriza iz koje smo se tek počeli izvlačiti na krhkim je nogama, a paket mjera koji bi trebao ubrzati posustali gospodarski rast tek je na svom početku.

Ključna je riječ povjerenje. Povjerenje u nas same da trenutačne okolnosti možemo prebroditi i da Europu, kao i naše države članice, možemo učiniti otpornijom i jačom.

Podržala sam ovaj proračun jer ulijeva povjerenje. Odgovara na prioritete i prepoznaje potrebe današnjice. Novac za rješavanja problema izbjeglica i jačanja kontrole vanjskih granica je osiguran, a novac za poticanje gospodarskog rasta i zapošljavanja također, pogotovo onaj za poticanje zapošljavanja mladih. Proračun prepoznaje važnost napretka utemeljenog na istraživanjima i boljem povezivanju. Također, proračun ulijeva povjerenje zbog prepoznatih potreba u poljoprivrednom sektoru. 500 milijuna dodatnih sredstava dostupnih gotovo odmah za one najteže pogođene u sektoru mljekarstva odgovor je koji europski proizvođači hrane žele i trebaju čuti.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Les représentants du Parlement et du Conseil au comité de conciliation budgétaire ont trouvé un accord pour le budget 2016 en vue de son approbation par les deux institutions.

Les principales modifications apportées sont marginales. En fin de compte, le budget 2016 devrait voir ses crédits d'engagements portés à 155 milliards d'euros (contre 145,3 en 2015) et les crédits de paiements à 143,8 milliards (141,2 en 2015), soit bien au-dessus des crédits de 2015.

Ce budget 2016 prévoit 2 milliards d'euros pour l'aide aux États membres en première ligne face à la crise migratoire. Il est pour le moins choquant de constater que les dirigeants européens allouent quatre fois plus de moyens à la gestion de la crise migratoire qu'aux agriculteurs qui souffrent pourtant des politiques décidées par Bruxelles.

Il est tout aussi scandaleux de constater que les salaires du personnel des institutions de l'UE augmenteront de 2,4 %.

Enfin, le prélèvement sur recettes (PSR-UE) de la France prévu dans le projet de loi de finance pour 2016 se hissera à un niveau record: 23,65 milliards d'euros.

J'ai donc voté contre ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Podržavam usvojeni tekst o proračunu EU-a za 2016. godinu koji iznosi 155 milijarde eura u obvezama i 143,9 milijarde eura u plaćanjima, kao što su se Parlament i Vijeće dogovorili 14. studenog. Posebno pozdravljam uspjeh Parlamenta da osigura maksimalno moguće financiranje za imigraciju i izbjeglice, program Obzor 2020., mala i srednja poduzeća te za studente koji sudjeluju u Erasmus programu.

Posebno važnim smatram poticanje europske konkurencije što se vidi u dodatnim sredstvima za mala i srednja poduzeća (14,3 milijuna eura), sredstvima za program Obzor 2020. (184,5 milijuna eura), 150 milijuna eura za „Connecting Europe Facility” i financiranje programa Erasmus+ (6,6 milijuna eura). Drago mi je da oko izdvajanja sredstava u ovu svrhu postignut kompromis svih institucija.

Također, drago mi je da je Parlament uvjerio Komisiju i Vijeće da obeka nastavak Inicijative za zapošljavanje mladih i u 2016. godini, što je inicijativa upravo S&D grupe, te da razinu neplaćenih računa drži na održivoj razini. Smatram kako je novi proračun napredak u odnosu na prošlogodišnji te pruža balansiran okvir za funkcioniranje u sljedećoj godini, poštujući trenutnu monetarnu situaciju, ali i potičući rast i razvoj.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Pozdravljam postignuti dogovor za proračun EU-a za 2016. godinu u procesu mirenja kojim se utvrđuje ukupna razina od 155 milijardi eura za preuzimanje obveza odnosno 143,89 milijarde eura za plaćanja. Nužno je istaknuti složene okolnosti u kojima su vođeni pregovori. Naime, EU je suočen sa sigurnosnim prijetnjama nakon terorističkog napada u Parizu, kao i s humanitarnom i izbjegličkom krizom bez presedana koji zahtijevaju hitnost i učinkovitost zajedničkog djelovanja te alokaciju financijskih sredstava. Proračun za 2016. je u funkciji rasta, zapošljavanja i solidarnosti, što su ujedno i prioritete PPE grupe.

Smatram kako su iskorišteni svi financijski resursi i mobilizirani instrumenti fleksibilnosti kako bi se EU učinkovito suočio s problemom nezaposlenosti i migracijskom krizom. U tom kontekstu i s aspekta Hrvatske bitno je povećanje sredstava za programe COSME (mala i srednja poduzeća) u iznosu od 14,3 milijuna eura, ERASMUS+ (poticanje obrazovanja mladih) za 6,6 milijuna eura, kao i 2 milijarde eura u obvezama i 500 milijuna u plaćanjima koja su predviđena za jamstveni fond Europskog fonda za strateške investicije čiji je cilj jačanje gospodarstva.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Hlasoval jsem pro návrh rozpočtu na příští rok, který je se svými 155 miliardami EUR nejvyšší v historii, protože si Evropa v současné situaci nemůže dovolit jít jinou cestou. Migrační a bezpečnostní krize, kterým Evropská unie čelí, musí být adresovány dostatečnými finančními prostředky. Proto jsem podpořil navýšení prostředků pro politiku sousedství, zahraniční politiku, rozvojovou a humanitární pomoc a také mobilizaci nástroje flexibility ve výši 800 milionů EUR, který pomůže členským státům se vyrovnat s migračními vlnami. Stejně tak jsem podpořil potřebné navýšení personálu a příspěvků decentralizovaným a výkonným agenturám, jež se nacházejí v znepokojivé a nerovnovázné situaci přibývání úkolů na straně jedné a podfinancování na straně druhé. Jmenovitě se jedná zejména o agentury Eurojust, Frontex, Europol, Evropskou agenturu pro léčivé přípravky a Evropskou agenturu pro chemické látky. Ačkoliv tvoří migrace a politika bezpečnosti v současnosti nejdiskutovanější téma, nesmíme zapomínat na křehkou hospodářskou situaci, ve které se Unie a její členské státy nachází. Evropská unie totiž zaznamenává hospodářský růst, ale její hospodářské oživení probíhá velmi pomalu a navíc je hnáno zejména faktorem vývozu. Podpořil jsem proto navýšení prostředků pro vědecký program Horizont 2020, program na podporu malých a středních podniků

COSME a vzdělávací program Erasmus+ o dalších 53 milionů EUR.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del progetto di bilancio generale dell'Unione europea per il 2016, che la Commissione ha presentato il 24 giugno 2015. Ritengo che il bilancio sia stato concepito secondo criteri di valutazione corretti e che intercetti efficacemente i bisogni dei cittadini. Il Parlamento è riuscito a garantire il massimo importo possibile per il finanziamento della gestione dell'emergenza migratoria, delle piccole e medie imprese, degli studenti Erasmus, del programma di ricerca UE Orizzonte 2020 e per aiutare i paesi ad affrontare l'afflusso dei rifugiati siriani.

Vorrei rilevare che per quanto concerne il tema della sicurezza della cittadinanza è necessario mantenere, possibilmente aumentandole, le dotazioni per le politiche legate ai fondi asilo e immigrazione, nonché quelle legate alla sicurezza interna e a Frontex. Il budget 2016 dell'UE sarà pari a 155 miliardi di EUR in impegni e 143,8 miliardi di EUR in pagamenti.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Les négociations ont été très rapides et efficaces et je tiens à le saluer. Je note qu'une fois encore le combat des anti-corridas contre les subventions européennes versées aux éleveurs de taureaux de combat n'a pas fait long feu. Le Conseil n'a tout simplement pas pris à son compte les amendements qu'ils avaient poussés. Encore une fois, je le répète: la PAC ne subventionne pas la tauromachie, ce sont les États qui décident de l'orientation finale des aides. Les éleveurs de taureaux de combat sont des éleveurs comme les autres aux yeux de l'Europe.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Votei a favor, por entender que este orçamento conseguiu reforçar as verbas previstas em relação ao orçamento inicial proposto pela Comissão Europeia e fechar com o Conselho um orçamento que apoia a criação de emprego, dinamiza a economia e valoriza o conhecimento e a investigação na estratégia de crescimento.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this conciliation on the basis that instead of reducing the budget there are large increases in certain programmes that are not justified and do not contribute towards fruitful aims and objectives for the beneficiaries that the programmes are meant to support. The euro crisis is one of the main contributors towards SME financial problems and continuous EU regulations that hinder SME progress. Many EU regulations are hindering employers to take on new employees and train them up to keep abreast of regulations. The Horizon 2020 Programme has been allocated EUR 31.8 million; it has already been allocated EUR 150 million. Erasmus is a Europe-wide education programme that allows students to have mobility throughout Europe and has been allocated a further EUR 6.6 million. Security & Citizenship has been allocated EUR 1.5 billion, and a further EUR 150 million will be mobilised to help Turkey to deal with the crisis. The COSME programme is designated to aid SMEs throughout the EU and beyond, and has been allocated a further EUR 14.2 million.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Traiter les causes profondes de la migration en Afrique, aider les réfugiés dans les États membres, améliorer la compétitivité en aidant les entreprises, protéger les agriculteurs ou encore soutenir l'emploi des jeunes et leur mobilité dans l'apprentissage: voici quelques-uns des axes phares du budget 2016 approuvé ce midi par le Parlement. En plus des 143,9 milliards nécessaires pour recouvrir ses dépenses, l'Union s'engage à allouer 155 milliards d'euros à divers projets.

Savant équilibre entre les nombreux et légitimes besoins de l'Union, il ne représente qu'environ 1 % du revenu national brut des 28 États membres et seuls 6 % sont consacrés aux frais administratifs, ce qui tord le cou aux idées reçues sur une prétendue coûteuse «bureaucratie européenne».

C'est une Europe en ordre de marche désormais qui peut déployer son action dans une série importante de secteurs impactant directement le quotidien des Européens, même si des ajustements sont déjà à craindre, notamment en raison de la crise des réfugiés et du fonds prochainement alloué à la Turquie pour y faire face.

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. – Je salue l'adoption du budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2016 qui fait suite à une discussion plus suivie et plus rapide que les années précédentes.

Grâce au Parlement européen, le budget ne retient pas certaines coupes budgétaires proposées par le Conseil des États membres, et notamment en matière d'aides aux réfugiés et d'aides au développement économique, établissant un montant total de crédits d'engagement de 155 milliards d'euros.

Dans un contexte où l'Europe fait face à un afflux de réfugiés sans précédent, il apparaît indispensable de soutenir les fonds d'affectation pour l'Afrique et la Syrie.

En matière économique, il est judicieux de donner la priorité aux PME avec une hausse de 184,5 millions d'euros pour les fonds d'Horizon 2020 destinés aux PME innovantes.

Dans le domaine du transport plus particulièrement, je soutiens la création de six nouveaux postes au sein de l'Agence européenne de la sécurité aérienne qui lui permettront de répondre aux nouvelles missions confiées par le nouveau paquet aviation. Je regrette cependant que l'Agence ferroviaire européenne n'ait pas vu son nombre de postes augmenter alors que le champ de ses compétences a été significativement élargi.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe Fernandes-Deprez sobre el acuerdo alcanzado para el presupuesto 2016 porque da luz verde a la utilización de recursos extraordinarios para hacer frente a situaciones extraordinarias.

Pone el acento en la crisis de refugiados a la vez que sigue invirtiendo en políticas de investigación y desarrollo. Por otro lado, además de haber conseguido un compromiso para continuar con la Iniciativa de Empleo Juvenil tras su evaluación en el curso de los próximos meses, atiende a nuestro sector agrícola y ganadero, afectado por el veto ruso y la crisis láctea.

Lamento, sin embargo, no haber podido incluir un incremento mayor de los pagos para 2016 ni un compromiso político de los Estados miembros para utilizar los ingresos extraordinarios y con ello financiar su parte de la Agenda Europea de Migración.

Cabe subrayar que es la primera vez que se hace uso del Instrumento de Flexibilidad, lo que refleja que, ante la gravedad de las necesidades actuales, los límites máximos del presupuesto no permiten una adecuada financiación de medidas urgentes allí donde más se necesita. Por ello, tendremos que seguir trabajando para abordar los problemas estructurales que tiene el presupuesto europeo durante la revisión del marco financiero plurianual en 2016.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Dans le budget 2016, que j'ai voté, le montant global des crédits d'engagement s'élève à 155 milliards d'euros, avec une marge sous les plafonds du cadre financier pluriannuel pour 2016 de 2,3 milliards en crédits d'engagement. Le montant global des crédits de paiement 2016 s'élève à 143,9 milliards d'euros, soit une hausse de 1,8 % par rapport au budget 2015. Il est fait appel à l'instrument de flexibilité pour fournir la somme de 1,5 milliard d'euros en crédits d'engagement à la rubrique 3 (Sécurité et citoyenneté) et de 24,0 millions en crédits d'engagement à la rubrique 4 (L'Europe dans le monde), ceci dans le cadre des mesures visant à répondre à la crise des réfugiés.

Comparé à la proposition initiale de la Commission, il y a notamment des augmentations de 31,8 millions d'euros pour les crédits d'engagement relatifs à Horizon 2020, de 14,2 millions s'agissant du programme COSME (améliorer l'accès au financement pour les PME) ou encore de 6,6 millions pour Erasmus+, ce dont je me réjouis. Pour la rubrique 3 «sécurité», le niveau des engagements est fixé à 4,052 milliards d'euros, sans marge sous le plafond des dépenses de la rubrique et avec mobilisation d'un montant de 1,5 milliard au titre de l'instrument de flexibilité.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A presente resolução legislativa do Parlamento Europeu sobre o projeto comum de orçamento geral da UE para o exercício de 2016 foi aprovada pelo Comité de Conciliação, no quadro do processo orçamental.

Sou favorável à aprovação deste relatório, que aprova o Orçamento de 2016, e aos valores das contribuições da UE em dotações para autorizações e dotações para pagamentos para as agências descentralizadas e as agências de execução.

Saliento ainda, como ponto positivo, a aprovação do pacote global de 89 projetos-piloto/ações preparatórias, no montante global de 64,9 milhões de euros, tal como havia sido proposto pelo Parlamento, bem como o valor de 50,8 mil milhões de euros para a Coesão Económica, Social e Territorial (1/3 do orçamento total da União), sendo que 46,6 mil milhões de euros desse valor (92%) serão destinados ao Investimento no Crescimento e no Emprego, uma das prioridades políticas da UE.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu l'adoption du budget 2016 qui élève les crédits d'engagements à 155 milliards d'euros et ceux de paiement à 143,9 milliards d'euros. Je tiens d'ailleurs à souligner qu'il répond à l'ensemble des exigences que le Parlement avait demandées et comprend donc 1,6 milliard d'euros supplémentaires par rapport à la proposition initiale de la Commission.

En effet, le budget final 2016 prévoit plus de 2 milliards d'euros pour répondre efficacement à la crise des réfugiés. La dimension externe de la crise des réfugiés a été dotée d'une plus grande capacité budgétaire. Ce sont particulièrement nos voisins méditerranéens qui seront les destinataires de l'aide européenne, afin de les accompagner dans la gestion du phénomène migratoire.

Le budget 2016 est également centré sur les questions de compétitivité et emploi. Comme l'avait affirmé le Parlement, une augmentation des fonds du programme «Horizon 2020» est prévue, mais aussi du programme d'Erasmus + ou encore de l'initiative pour l'emploi des jeunes.

Ce budget n'oublie pas, comme le Parlement l'avait souhaité, de répondre à la crise agricole et mobilise 698 millions d'euros en faveur du secteur laitier et des producteurs de viande porcine.

Le budget 2016 permettra de répondre efficacement aux défis que nous devons relever.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della relazione concernente il progetto comune di bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2016, approvato dal comitato di conciliazione, che apporta stanziamenti d'impegno pari a 155 004,2 milioni di EUR e stanziamenti di pagamento pari a 143 885,3 milioni di EUR. La relazione ha come obiettivo il pieno utilizzo dei margini dei programmi prioritari a favore della crescita e dell'occupazione e apporta una dotazione aggiuntiva al programma *Horizon 2020*, 500 milioni di EUR per sostenere gli agricoltori, soprattutto nel settore lattiero-caseario, e una dichiarazione congiunta sulla prosecuzione dell'iniziativa sull'occupazione giovanile.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra. Aunque el resultado de la negociación no es el peor posible y el presupuesto aumenta y mejora el de años anteriores, es un presupuesto que sigue siendo ridículo, que contiene elementos securitarios fuertes, que no satisface los retos de la UE (crisis de refugiados, crisis económica, retos ecológicos, etc...) y que moviliza un plan de inversiones con efectos sesgados y con resultados inciertos. Plantea 155 millardos de euros de compromisos de crédito, un margen de 2 331,4 millones de margen, y, en lo que importa, en compromisos de pago –lo que realmente se gasta– 143,8 millardos de euros y un Instrumento de Flexibilidad de 1 506 millones de euros. Sigue una línea proclive a un modelo europeo favorable a las grandes compañías transnacionales, donde la Iniciativa de Empleo Juvenil va a verse disminuida progresivamente y donde los temas pendientes y sin resolver se tratan con declaraciones con efectos retóricos.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig*. – Vi er glade for, at der nu er indgået kompromis med støtte fra overvældende flertal både i Rådet og i Europa-Parlamentet. Dog undlader vi at stemme hverken for eller imod EU's budget for 2016.

I det forelagte budget bruges budgetrammen fuldt ud frem til 2020. Dermed står EU dårligt rustet til at imødegå uforudsete hændelser i perioden frem til 2020. Dette kan vi ikke støtte.

Vi anerkender, at der er behov for en ekstraordinær indsats for at hjælpe de hundredtusindvis af flygtninge, der kommer til Europa i disse måneder. Derfor har vi også stemt for, at der flyttes penge til dette område inden for rammerne af det eksisterende budget.

Samtidigt står vi fast på, at der ikke er behov for at tilføre EU-budgettet flere midler. Vi mener, at der må omprioriteres inden for det eksisterende budget – f.eks. ved en gradvis afvikling af landbrugsstøtten.

Ligeledes gentager vi vores klare holdning om, at der ikke bør afsættes yderligere midler til aflønning af EU-ansatte. Endelig understreger vi fortsat behovet for, at der udarbejdes nye, fælles og klare regler, der kan sikre bedre kontrol med midler, der stilles til rådighed for parlamentarikerne til kontorhold, støtte til europæiske politiske partier med videre.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que, pese a contener algunas partidas positivas, supone continuar con la lógica de la austeridad que impide el incremento del presupuesto de la UE para hacer frente a todos los pagos. El presente informe aprueba el resultado del Comité de Conciliación que contiene algunas medidas positivas, como el mantenimiento de Horizonte 2020, los recursos para la crisis de los refugiados, medidas para los productores lácteos, etc. Sin embargo, el resultado continúa sin poner solución a los pagos que la UE deberá hacer en 2017 a los Estados miembros, aplazando estos problemas por la negativa a incrementar los recursos de los que debe disponer el presupuesto de la UE. Es por esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this text as it calls for more EU spending, which I am against.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – W obecnym okresie Europa boryka się z licznymi problemami w wielu obszarach, takimi jak kryzys migracyjny, aktualny problem bezpieczeństwa Europy oraz walki z terroryzmem czy też utrzymujące się embargo rosyjskie i kryzys na rynku mleka po likwidacji kwot. Wobec licznych i bardzo zróżnicowanych wyzwań należy zadbać o to, aby w tym okresie braku pewności i bezpieczeństwa unijny budżet był wystarczająco elastyczny i skoncentrowany na jasnych priorytetach, opracowanych w oparciu o konkretne efekty, które ma urzeczywistnić.

Juž teraz powinniśmy sobie uświadomić, że tylko nieliczne nagle pojawiające się problemy zostaną równie szybko rozwiązane. Wiele z nich wymaga czasu i szeregu konkretnych działań realizowanych na przestrzeni lat. Trudno na przykład spodziewać się, że wyzwanie migracyjne zostanie wkrótce rozwiązane. Problem ten będzie wchodzić w kolejne fazy, które w obecnym momencie są trudne do określenia i przewidzenia, kiedy nawet ich zakres jest trudny do precyzyjnego oszacowania.

W obecnej sytuacji należy się skupić na zapewnieniu bezpieczeństwa i odpowiedniej ochrony granic zewnętrznych UE przez wspólne działania, wymianę informacji oraz plan spójnego działania służb w państwach członkowskich. Konieczne jest również posiadanie środków kryzysowych, które byłyby dostępne w kontekście nieprzewidzianych wydatków.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som návrh uznesenia o spoločnom texte všeobecného rozpočtu Európskej únie na rozpočtový rok 2016, ktorý zmierovací výbor schválil v rámci rozpočtového postupu. Spoločný text zahŕňa tieto časti: rozpočet na rok 2016, rozpočet na rok 2015 — opravný rozpočet č. 8/2015 a spoločné vyhlásenia. Celková výška viazaných rozpočtových prostriedkov v rozpočte na rok 2016 predstavuje sumu 155 004,2 milióna eur. Celkovo tak na rok 2016 ostáva pod stropom viacročného finančného rámca rezerva vo výške 2 331,4 milióna eur vo viazaných rozpočtových prostriedkoch.

V spoločných vyhláseniach sa pripomína, že zníženie nezamestnanosti mládeže zostáva vysokou a spoločnou politickou prioritou, a na tento účel opätovne potvrdzujú svoje odhodlanie čo najlepšie využiť dostupné rozpočtové zdroje na jej riešenie, a najmä na iniciatívu na podporu zamestnanosti mladých ľudí.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Pred dobrim tednom so se tri institucije sporazumele o proračunu za prihodnje leto. Kompromisni predlog med drugim kaže pripravljenost Unije, da naredi še korak dlje v boju proti brezposelnosti mladih, ki je eden najbolj perečih problemov današnjega časa.

Brezposelnost mladih je v EU še vedno nesprejemljivo visoka. Po podatkih iz Poročila o mladih za leto 2015 naj bi bilo brezposelnih kar 8,7 milijona mladih.

Veseli me, da kompromisni predlog povečuje finančne zaveze za program Erasmus+, in sicer kar za 6,6 milijonov evrov. V okviru tega programa naj bi do leta 2020 v tujino odšlo štiri milijone mladih, nedavna študija o učinkih tega programa pa kaže, da je verjetnost, da bodo mladi z mednarodnimi izkušnjami dolgotrajno brezposelni, kar dvakrat manjša.

Poleg tega pozdravljam tudi skupno zavezo treh institucij, da kar najbolje uporabijo evropska sredstva za boj proti brezposelnosti mladih in obravnavajo predloge za nadaljevanje izvajanja Pobude za zaposlovanje mladih do leta 2020.

Obe zavezi potrjujeta, da lažje in hitreje vključevanje mladih na trg dela ostaja ena glavnih prioritet Evropske unije, zato sem poročilo pri glasovanju podprl.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Ho votato oggi a favore dell'accordo tra Parlamento e Consiglio sul bilancio generale dell'Unione europea per il 2016, nell'ambito del quale la nostra proposta di allocazione delle risorse finanziarie dell'Unione riflette la necessità di affrontare le priorità di azione emerse di recente.

Abbiamo ottenuto che il massimo degli stanziamenti disponibili sia dedicato alla crisi migratoria e dei rifugiati, in linea con quanto proposto dalla Commissione e contro i tagli proposti dal Consiglio, per un totale di oltre un miliardo di euro. Sono previste poi ulteriori risorse per rafforzare la competitività delle PMI, per lottare contro la disoccupazione giovanile e promuovere una crescita sostenibile, con l'aumento degli stanziamenti per *Horizon 2020*, *Cosme* ed *Erasmus +*, che ripristinano in parte le somme che erano state in un primo momento destinate al fondo FEIS previsto dal Piano Juncker, senza tralasciare le compensazioni per gli agricoltori colpiti dall'embargo russo sulle importazioni dei prodotti alimentari europei.

Un'attenzione particolare è stata data alla ricerca e innovazione, veri motori di competitività, per consolidare gli sforzi nella costruzione di infrastrutture digitali tecnologicamente avanzate. Si tratta quindi di un bilancio orientato verso il futuro e basato su un'idea di sviluppo inclusivo e sostenibile.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Die Einigung zwischen Rat, Kommission und Parlament über den Haushalt 2016 beträgt 155 Mrd. EUR an Verpflichtungsermächtigungen und 143,8 Mrd. EUR an Zahlungsermächtigungen. Dies bedeutet eine ungerechtfertigte Erhöhung der Verpflichtungen um 6,7 % und der Zahlungen um 1,8 % im Vergleich zum Jahr 2015.

Zwar wurden zusätzliche Mittel zur Bewältigung der Migration und Flüchtlingskrise (1,1 Mrd. EUR) sowie für die Jugendbeschäftigungsinitiative (473 Mio. EUR) bewilligt, was grundsätzlich zu begrüßen ist. Aber es wurden fast alle Margen verbraucht, statt Prioritäten im Haushalt neu festzusetzen. Selbst der Rat argumentierte, dass das Parlament seine Prioritäten eingrenzen müsse, da die vom Parlament vorgeschlagenen Erhöhungen kollektiv die Margen in den Bereichen Wachstum und Beschäftigung (Rubrik 1a), Kohäsion (Rubrik 1b) und Sicherheit und Unionsbürgerschaft (Rubrik 3) erschöpft. Dies gefährdet die Funktionsfähigkeit des mehrjährigen Finanzrahmens 2014-2020 (MFR). So werden in Zukunft keinerlei Spielräume für eine Reihe von Haushaltslinien verfügbar sein, da die Obergrenzen bereits erreicht oder sogar überschritten wurden.

Einem immer höher steigenden EU-Haushalt ohne echte Priorisierung kann ich nicht zustimmen. Deshalb habe mich gegen den Bericht ausgesprochen.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Schválením návrhov sme vyjadrili podporu vzdelávaniu, tvorbe pracovných miest, malým a stredným podnikom a ich ďalšiemu rozvoju a konkurencieschopnosti, dôležitosti regionálnej spolupráce, ako i vážnym a nemenej aktuálnym témam migrácie, azylu a ich riešenia do budúcnosti.

Jaromír Štětina (PPE), *písemně*. – Kompromisní návrh rozpočtu EU na rok 2016 jsem rád podpořil. S prostředky ve výši 155 miliard EUR na závazky a 143,9 miliardy EUR na platby se jedná o historicky nejvyšší rozpočet EU. Významně byly navýšeny především prostředky na bezpečnost a na interní, ale i externí zvládání a řešení migrační krize. Těší mě, že k řešení migrační krize byly použity všechny dostupné prostředky aktuálního víceletého finančního rámce EU v podobě zapojení dodatečných 1,6 miliardy EUR. Zmíněné finance například umožní lepší ochranu vnějších hranic či tolik potřebné navýšení počtu zaměstnanců agentur Europol, Frontex či EASO, které jsou pro zvládání současné migrační krize bezpochyby klíčovými aktéry, a proto musí být maximálně podpořeny. Za velmi pozitivní aspekt schváleného rozpočtu EU na rok 2016 považuji navýšení prostředků pro malé a střední podniky v programu COSME, které by mělo přinést nové impulsy rozvoje evropské ekonomiky. V neposlední řadě bych rád vyzdvihl prosazení navýšení prostředků na oblast vědy a výzkumu (program HorizonT 2020) a na výměnný studentský program Erasmus Plus.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Podržavam ovo izvješće jer su sve proračunske linije koje nisu izmijenili ni Vijeće ni Parlament te linije u kojima je Parlament prihvatio izmjene Vijeća tijekom njihova zasebnog čitanja potvrđene. Ukupna razina obveza u proračunu za 2016. postavljen je na 155 004,2 milijuna eura. Nadalje izvješće pokazuje da iznos odobrenih sredstava za plaćanja u proračunu za 2016. jest 143 885,3 milijuna eura. Doprinos EU-a u odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza i u odobrenim sredstvima za plaćanja, te broj radnih mjesta za sve decentralizirane agencije postavljeni su na razinu koju je Komisija predložila u nacrtu proračuna.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Europska komisija predlaže nacrt godišnjeg proračuna za Europsku uniju, a zatim Parlament i države članice dogovaraju o svakoj pojedinoj brojci u nacrtu. Potpora poljoprivrednicima u EU-u, poboljšanje infrastrukture, pomoć zemljama koje se bave imigracijom sirijskih izbjeglica su aktivnosti za koje novac mora biti predviđen u proračunu. Usvajanje europskog proračuna velika je odluka jer zahtjeva kompleksne pripreme.

Zastupnici su predstavili prioritete i na osnovu njih definiran je nacrt proračuna. U nacrtu je definirano 155 milijardi EUR u obvezama i 143,8 milijardi EUR u plaćanjima. Proračun iznosi oko 1 % bruto nacionalnog dohotka (BDP-a) svih država članica EU-a i administrativni trošak je mali dio toga (manji od 6 %). Zemlje plaćaju svoje nacionalne doprinose i prikupljaju trošarine u ime EU-a, te su istovremeno korisnice svih politika i programa EU-a.

Podržavam prijedlog nacrtu proračuna za 2016. godinu jer bi se predviđenim sredstvima trebao potaknuti jači gospodarski rast i razvoj, te rješavanje kriza i migracija, unaprijediti studentsko obrazovanje i iskustvo, a studentskim programima smanjiti nezaposlenost.

Richard Sulík (ECR), *písomne.* – Návrh som nepodporil, keďže odmietam zásadné navyšovanie rozpočtu Európskej únie. Rozpočet EÚ má obrovský priestor na svoje znižovanie a návrh na jeho zvýšenie je preto úplne odtrhnutý od reality.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o skupnem predlogu splošnega proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2016, ki ga je odobril spravni odbor v proračunskem postopku.

Kot podpredsednica Odbora za proračun sem aktivno sodelovala v spravnem postopku, v katerem sta Evropski parlament in Evropski svet dosegla dogovor o proračunu.

Pozdravljam, da smo v proračunu Evropske unije za leto 2016 uspeli doseči dogovor, po katerem smo namenili več sredstev za pobudo za zaposlovanje mladih, soočenje z migrantsko krizo, mala in srednja podjetja, Erasmus+, Sklad za azil, migracije in vključevanje ter raziskovalni program Obzorje 2020.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Δεν μπορεί να χαρακτηριστεί ευρωπαϊκός ένας προϋπολογισμός που διαθέτει πιστώσεις στις Τουρκικές δυνάμεις κατοχής εδάφους της Κυπριακής Δημοκρατίας και χρηματοδοτεί έμμεσα την αύξηση του αριθμού των παράνομων μεταναστών στο έδαφος της γηραιάς ηπείρου.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση πρέπει να αλλάξει κατεύθυνση, τώρα που προλαβαίνει, γιατί σε λίγο θα είναι πολύ αργά.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam az Európai Unió 2016. évi költségvetésének az Európai Parlament általi elfogadását. Úgy ítéltém meg, hogy az egyeztetőbizottsági eljárás nyomán olyan intézményközi kompromisszumot sikerült kialakítani, amelynek alapján a következő évre kötelezettségvállalás szintjén 155 milliárd, kifizetési előirányzatként közel 144 milliárd euró összegében, fejezetenkénti lebontásban és prioritásaiban is alkalmas a közösségi kiadások fedezésére.

A legfontosabb szempontként azt mérlegeltem, hogy az egyeztetések nyomán – jelentős részben az EP fellépésére – a költségvetésen belül sikerült az európai gazdasági növekedést és a munkahelyteremtést, továbbá a kutatást és képzést szolgáló támogatások arányát növelni.

Hasonlóan fontos eredménynek tartom, hogy az EU számára váratlanul és nagy teherként jelentkező menekültválság közösségi és tagállami kezeléséhez szükséges források összegét további 800 millió euróval sikerült kiegészíteni.

Mindemellett a 2016. évi uniós költségvetés összetétele, illetve elfogadásának folyamata ismételten rávilágít arra, hogy a közös feladatok és kihívások a jelenleginél rugalmasabb és – elsősorban a tagállamok, illetve a Tanács részéről – együttműködőbb hozzáállást és korszerűbb finanszírozástervezési módozatokat követelnek. Bízom benne, s képviselőként magam is azon fogok munkálkodni, hogy az MFF küszöbön álló 2016-os felülvizsgálata során ez a szempont érvényesüljön.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Pomimo narastających trudności związanych z finansowaniem kryzysu migracyjnego, Parlament Europejski i Rada UE reprezentująca państwa członkowskie, jednomyślnie zgodziły się na zwiększenie budżetu na 2016 r. Zdecydowano się tym samym na przekazanie 4 mld euro na skuteczną odpowiedź na wzrastającą liczbę przybywających do Europy imigrantów. W budżecie na przyszły rok znalazło się jednak także miejsce na inne priorytety, szczególnie te dotyczące wspierania wzrostu gospodarczego i tworzenia nowych miejsc pracy. Co więcej, dzięki ingerencji PE większe pieniądze zostaną także przeznaczone na badania i rozwój, odpowiadając tym samym na wyzwania, przed jakimi stoi Unia Europejska.

Claudia Tapardel (S&D), in writing. – The negotiated deal on the EU budget for 2016 sets the commitment appropriations at EUR 155 billion and payment appropriations to EUR 143.88 billion.

The joint text includes elements that our Parliament fought for: additional allocations for Horizon 2020 (+EUR 31.82 million in commitments), the COSME programme (+EUR 14.28 million) and Erasmus+ (+EUR 6.62 million). This is on top of the additional EUR 303 million for Horizon 2020 and the Connecting Europe Facility already secured by Parliament earlier in 2015, during negotiations on the EFSI.

My only concern regards the Youth Unemployment Initiative. While I welcome the Commission's proposals on the continuation of the Youth Employment Initiative until 2020, I regret the fact that no new commitments could have been found for the Youth Employment Initiative. With 4.6 million young people unemployed in the EU, I believe that more investments in reducing the number of young people unemployed are needed to guarantee an adequate response and remedy to the problem.

To conclude, I believe the conciliation text presents a good compromise that will help Europe deal with some of its most immediate challenges, therefore I voted in favour of the text.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – J'ai voté en faveur du collègue Deprez sur le projet commun de budget général de l'Union européenne pour l'exercice 2016, approuvé par le comité de conciliation dans le cadre de la procédure budgétaire. Par ce vote, nous avons approuvé le projet commun dont est convenu le comité de conciliation

Pavel Telička (ALDE), in writing. – I voted in favour of the 2016 EU budget, which is a result of a compromise between the Parliamentary Committee on Budgets and the Council. Although there is a possibility of financial difficulties in the near future related to the current crises, this budget should be sufficient for the areas of employment, enterprise and growth. The overall level of commitment appropriations in the 2016 budget is set at EUR 155 004.2 million and of payment appropriations at EUR 143 885.3 million. The Flexibility Instrument for 2016 is mobilised for an amount of EUR 1 530 in commitment appropriations. The 2016 payment appropriations related to the mobilisation of the Flexibility Instrument in 2014, 2015 and 2016 are estimated by the Commission at EUR 832.8 million.

Isabelle Thomas (S&D), par écrit. – Au terme d'âpres négociations, le Parlement européen a réussi à bouger les lignes du budget de l'Union européenne en 2016. Alors que le Conseil proposait de véritables saignées, avec une diminution de 564 millions de crédits d'engagement et de 1,4 milliard de crédits de paiement par rapport à la proposition de la Commission, les députés européens ont fait bloc et ont réussi à infléchir cette position irresponsable.

Pour l'emploi, nous avons obtenu une augmentation jusqu'aux plafonds du cadre financier pluriannuel, soit 189,3 milliards d'euros. Pour l'investissement, en plus de la dotation d'EFSI, des fonds supplémentaires seront disponibles pour Horizon 2020 (+31,8 millions d'euros), le programme européen de soutien à la recherche, pour Erasmus (+6,6 millions d'euros) ou encore pour les PME (+14,2 millions d'euros).

Pour l'aide aux migrants, nous avons dépassé les plafonds du cadre financier grâce à la mobilisation de l'instrument de flexibilité à hauteur de 1,53 milliard d'euros.

Un point noir, mais de taille, la garantie jeunesse connaîtra une année 2016 sans crédits d'engagement.

Mais surtout, nous avons atteint tous les plafonds du cadre budgétaire dès la troisième année. Il est temps d'ouvrir les yeux sur notre indigence budgétaire.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Balsavimo metu pritariau dėl Europos Sąjungos 2016 finansinių metų bendrojo biudžeto bendro projekto todėl, kad ataskaitoje yra reikšmingas pranešimas dėl jaunimo užimtumo iniciatyvos finansavimo. Tai yra labai svarbus dalykas valstybės narėms. Europos Parlamentas, Taryba ir Komisija drauge nurodė, kad jaunimo nedarbingumo mažinimas tebėra vienas iš svarbiausių ir bendrų politinių prioritetų. Siekiant šio tikslo, visos ES institucijos dar kartą patvirtina savo pasiryžimą optimaliai panaudoti biudžeto išteklius tam, kad išspręstų šią problemą.

Ruža Tomašić (ECR), napisan. – Migracijski val koji je zapljusnuo Europu odavno je poprimio obilježja prave humanitarne i sigurnosne katastrofe, a mobilizacija instrumenta fleksibilnosti u ovom trenutku samo potvrđuje da smo krizu dočekali nesprenni. Ovo je nažalost samo još jedan dokaz da Komisija ne promišlja dugoročno, nego srlja iz pogreške u pogrešku koje onda skupo plaćaju europski porezni obveznici.

Rat u Siriji nije počeo jučer, a izbjeglice tu zemlju napuštaju također već jako dugo. Bilo je jasno od prvog dana da Turska, Libanon i Jordan ne mogu vječno primati milijune ljudi i da će, ako ne zaustavimo rat, kolone krenuti prema Europi.

Stoga dajem svoj odlučni glas protiv ovako destruktivnih mjera rješavanja krize na kojima se unatoč očitom debaklu, i dalje uporno inzistira.

Romana Tomc (PPE), pisno. – Poročilo o skupnem predlogu splošnega proračuna Evropske unije za proračunsko leto 2016, ki ga je odobril spravni odbor v proračunskem postopku, sem podprla, saj smo v okviru proračuna postavili na pomembno mesto krepitev konkurenčnosti Evropske unije in s tem dosegli tudi zvišanje postavk za migracije in begunce, za raziskovalni program Obzorje 2020, za mala in srednje velika podjetja ter za program izmenjave študentov Erasmus +.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), por escrito. – He votado en contra. Aunque el resultado de la negociación no es el peor posible y el presupuesto aumenta y mejora el de años anteriores, es un presupuesto que sigue siendo ridículo, que contiene elementos securitarios fuertes, que no satisface los retos de la UE (crisis de refugiados, crisis económica, retos ecológicos, etc...) y que moviliza un plan de inversiones con efectos sesgados y con resultados inciertos. Plantea 155 millardos de euros de compromisos de crédito, un margen de 2 331,4 millones de margen, y, en lo que importa, en compromisos de pago –lo que realmente se gasta– 143,8 millardos de euros y un Instrumento de Flexibilidad de 1 506 millones de euros. Sigue una línea proclive a un modelo europeo favorable a las grandes compañías transnacionales, donde la Iniciativa de Empleo Juvenil va a verse disminuida progresivamente y donde los temas pendientes y sin resolver se tratan con declaraciones con efectos retóricos.

Mylène Troszczynski (ENF), par écrit. – Au total, ce budget 2016 prévoit 2 milliards d'euros pour l'aide aux États membres en première ligne face à la crise migratoire. Il est pour le moins choquant de constater que les dirigeants européens allouent 4 fois plus de moyens à la gestion de la crise migratoire qu'aux agriculteurs qui souffrent pourtant des politiques décidées par Bruxelles. Par ailleurs, ce montant est parfaitement dérisoire au regard de la submersion migratoire à laquelle les États membres de l'UE doivent faire face. En effet, la Commission s'attend désormais à accueillir 3 millions de migrants en plus de ce qui était prévu.

Il est tout aussi scandaleux de constater que les salaires du personnel des institutions de l'UE augmenteront de 2,4 % alors que l'inflation prévue en zone euro est inférieure à 1 %, le tout pour un coût de 100 millions d'euros.

Je vote logiquement contre.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – A költségvetési eljárás keretében az egyeztetőbizottság jóváhagyta az Európai Unió 2016-os pénzügyi évre vonatkozó általános költségvetésének közös szövegtervezetét. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), por escrito. – He votado en contra. Aunque el resultado de la negociación no es el peor posible y el presupuesto aumenta y mejora el de años anteriores, es un presupuesto que sigue siendo ridículo, que contiene elementos securitarios fuertes, que no satisface los retos de la UE (crisis de refugiados, crisis económica, retos ecológicos, etc...) y que moviliza un plan de inversiones con efectos sesgados y con resultados inciertos. Plantea 155 millardos de euros de compromisos de crédito, un margen de 2 331,4 millones de margen, y, en lo que importa, en compromisos de pago –lo que realmente se gasta– 143,8 millardos de euros y un Instrumento de Flexibilidad de 1 506 millones de euros. Sigue una línea proclive a un modelo europeo favorable a las grandes compañías transnacionales, donde la Iniciativa de Empleo Juvenil va a verse disminuida progresivamente y donde los temas pendientes y sin resolver se tratan con declaraciones con efectos retóricos.

Viktor Uspaskich (ALDE), raštu. – Europos Parlamentas, Taryba ir Komisija visus metus aktyviai stebės 2016 m. biudžeto vykdymo pagal sutartą mokėjimų planą būklę; visų pirma 2016 m. biudžete numatyti asignavimai leis Komisijai iki 2016 m. pabaigos sumažinti metų pabaigoje susikaupusį neįvykdytų mokėjimų prašymų pagal 2007-2013 m. sanglaudos programas skaičių taip, kad jie sudarytų apie 2 mlrd. EUR.

Ivo Vajgl (ALDE), in writing. – I voted in favour of the resolution on the joint text on the draft general budget of the European Union for the financial year 2016 approved by the Conciliation Committee under the budgetary procedure. With this resolution we approved the joint text agreed by the Conciliation Committee, which consists of the following documents taken together;

- a list of budget lines not modified, compared to the draft budget or the Council's position;
- summary figures by financial framework headings;
- line-by-line figures on all budget items;
- a consolidated document showing the figures and final text of all lines modified during the conciliation.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), por escrito. – Tras llegar a un acuerdo en conciliación, considero necesario votar a favor de un presupuesto en el que se han llevado a cabo importantes logros para el año 2016. Cabe destacar la movilización del Instrumento de Flexibilidad para gestionar la crisis de los refugiados, el paquete de 500 millones de euros de ayuda para los agricultores tras la crisis sufrida este 2015, muy especialmente en el sector lechero, o la continuación de la Iniciativa de Empleo Juvenil.

Elena Valenciano (S&D), por escrito. – He votado a favor del informe Fernandes-Deprez sobre el acuerdo alcanzado para el presupuesto 2016 porque da luz verde a la utilización recursos extraordinarios para hacer frente a situaciones extraordinarias.

Pone el acento en la crisis de los refugiados a la vez que sigue invirtiendo en políticas de investigación y desarrollo. Por otro lado, además de haber conseguido un compromiso para continuar con la Iniciativa de Empleo Juvenil tras su evaluación en el curso de los próximos meses, atiende a nuestro sector agrícola y ganadero, afectado por el veto ruso y la crisis láctea.

Lamento, sin embargo, no haber podido incluir un incremento mayor de los pagos para 2016 ni un compromiso político de los Estados miembros para utilizar los ingresos extraordinarios y con ello financiar su parte de la Agenda Europea de Migración.

Es la primera vez que se hace uso del Instrumento de Flexibilidad, lo que refleja que, ante la gravedad de las necesidades actuales, los límites máximos del presupuesto no permiten una adecuada financiación de medidas urgentes allí donde más se necesita. Por ello, tendremos que seguir trabajando para abordar los problemas estructurales que tiene el presupuesto europeo durante la revisión del marco financiero plurianual en 2016.

Marco Valli (EFDD), per iscritto. – L'esito della conciliazione, dati i punti emersi in sede di approvazione finale, non mi consente di esprimere un voto positivo poiché due questioni cardine sono state disattese.

In primo luogo, il Parlamento ha trascurato l'istanza del Consiglio richiedente la determinazione delle linee di bilancio considerabili non prioritarie e indi possibilmente riducibili, rendendo più difficoltosa la reale ed effettiva diminuzione degli sprechi, senza permettere così alcun taglio significativo in merito a molte voci che a nostro avviso potrebbero essere ridotte.

Oltre a ciò il Consiglio, invece di focalizzarsi sulla delicata questione dei pagamenti, ha perseverato nel rimandare il suddetto problema, che si sta ripresentando costantemente ogni anno; così facendo andremo incontro all'aggravio dell'accumulo di pagamenti che porterà alla creazione di una inevitabile falla nel sistema, portando ad una sempre maggiore perdita di credibilità e di serietà agli occhi di tutti, sia per quanto riguarda il Parlamento che il Consiglio.

Pertanto, per i motivi soprascritti, ho deciso di votare contro la relazione.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del presente informe debido a que, pese a contener algunas partidas positivas, supone continuar con la lógica de la austeridad que impide el incremento del presupuesto de la UE para hacer frente a todos los pagos. El presente informe aprueba el resultado del Comité de Conciliación que contiene algunas medidas positivas, como el mantenimiento de Horizonte 2020, los recursos para la crisis de los refugiados, medidas para los productores lácteos, etc. Sin embargo, el resultado continúa sin poner solución a los pagos que la UE deberá hacer en 2017 a los Estados miembros, aplazando estos problemas por la negativa a incrementar los recursos de los que debe disponer el presupuesto de la UE. Es por esto por lo que he decidido votar en contra del presente informe.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor deze gemeenschappelijke tekst omdat het duidelijk is dat de Europese Unie over voldoende middelen moet beschikken om de vluchtelingencrisis aan te pakken. Er moeten meer middelen zijn om de Europese buitengrenzen te beschermen. De buitengrenzen van Griekenland, Italië, etc. zijn eveneens de buitengrenzen van alle individuele lidstaten, en dus stemde ik voor deze tekst die o.a. meer geld aan Frontex geeft. Het is een noodzakelijke stap voorwaarts om de huidige crisis onder controle te houden en Schengen te vrijwaren.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Num quadro de grande restrição orçamental ao nível das contribuições nacionais para o orçamento da União, importa registar algumas preocupações. Em primeiro lugar, chamamos a atenção para o corte de 11 milhões de euros que irão afetar diretamente as rubricas orçamentais dedicadas à proteção, deteção e controlo das pragas vegetais e animais. Este corte, num quadro onde as mudanças climáticas propiciam a emergência de várias crises epidémicas, deixa-nos no mínimo apreensivos. Fala-se de um aumento significativo dos programas dedicados ao emprego jovem, mas temos que perceber que o programa Erasmus + representa uma porção mínima do orçamento e que, portanto, o aumento de 30 % não terá infelizmente grande impacto.

Registamos igualmente que o Parlamento Europeu se compromete a reduzir cerca de 179 postos de trabalho até 2019, sendo que em 2016 deverá acabar com 60 postos.

Finalmente, uma última palavra sobre o reforço das verbas para a emigração. Poderia ser positivo, não fosse o deliberado propósito de promover soluções persecutórias que irão contribuir para perpetuar o problema, em vez de o resolver com uma verdadeira política de solidariedade e apoio ao desenvolvimento.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Begrüßenswert ist, dass ein niedrigeres Budget als 2015 aufgewendet werden soll, jedoch sind die Verpflichtungsermächtigungen zu hoch, gerade hinsichtlich des Flexibilitätsinstruments. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Der Gesamthaushaltsplan der Europäischen Union setzt eine Reihe politisch verfehelter Akzente. Finanzen nur für die Kaschierung von Symptomen auszugeben, statt die Ursachen verändern zu wollen, gegenüber den Steuerzahlern nicht zu verantworten. Er ist deshalb im Sinne einer Wahrung europäischer Lebens- und Zukunftsinteressen abzulehnen.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Die Entschließung des Europäischen Parlaments zum Haushaltsverfahren 2016 und zum Gesamthaushaltsplan habe ich abgelehnt. Der Haushalt der EU ist aufgebläht, finanziert eine Vielzahl von Aufgaben, die nicht auf EU-Ebene zu entscheiden sind und verletzt daher das Subsidiaritätsprinzip wie auch die nationalstaatliche Eigenverantwortung. Der Haushalt entspricht dem Prinzip des immerwährenden Draufsatteln: Die EU ist aus der gemeinsamen Agrarpolitik geboren, heute aber aus dieser herausgewachsen. Gleichwohl dient ein Großteil des Haushalts der Subventionierung des Agrarsektors. Der Haushalt reflektiert daher, dass die EU immer nur mehr, aber nur selten klüger geworden ist. Es ist Zeit für grundlegende und entschlackende Reform. Erst dann kann man auch wieder über eine Genehmigung des Haushalts nachdenken. Bis dahin kann ich nur Nein sagen.

Iuliu Winkler (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the joint text regarding the General Budget of the European Union for the financial year 2016. The joint text touches important areas where the EU needs to strengthen its involvement, such as: full mobilisation of the EU Flexibility instrument in 2016 for immediate budgetary measures under the European Agenda on Migration; additional allocation to the Horizon 2020 programme; further support for farmers (especially in the milk sector); statement for the Continuation of Youth Employment Initiative, following the evaluation in 2016.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφικώς*. – Υπερψήφισα τη συγκεκριμένη πρωτοβουλία της επιτροπής Προϋπολογισμού, σύμφωνα και με την απόφαση της επιτροπής συνδιαλλαγής προϊόν της οποία αποτελεί το προτεινόμενο κείμενο.

Jan Zahradil (ECR), *písemně*. – Současný rozpočet se blíží ke stropům schváleného limitu víceletého finančního rámce na léta 2014 až 2020. Schválení rozpočtu EU na rozpočtový rok 2016 by znamenalo porušení schváleného limitu a nutné a podstatné navýšení VFR a já takovéto utrácení nepodporuji.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – È stata oggi votata l'approvazione finale dell'accordo sul bilancio 2016 dell'UE; la cifra finale è di 155 miliardi in impegni e quasi 144 in pagamenti, una sorta di via di mezzo tra la proposta del Parlamento e quella del Consiglio.

Il Parlamento è riuscito ad ottenere un incremento nella Rubrica IA che compensasse in parte i tagli del FEIS a Horizon 2020, mentre vi è stata sostanziale convergenza nell'individuare la questione immigrazione come priorità assoluta. Nella Rubrica V (spese amministrative) il Consiglio è riuscito ad ottenere delle modeste riduzioni, e ha molto insistito affinché anche il Parlamento europeo s'impegnasse nella riduzione del proprio organico del 5%.

Tuttavia, non considero soddisfacente l'accordo raggiunto e ritengo che la conciliazione abbia fallito su due questioni cardine: il Parlamento non ha voluto ascoltare la richiesta del Consiglio di individuare quelle linee che potrebbero non essere considerate come prioritarie e quindi eventualmente riducibili, mentre dall'altra parte lo stesso Consiglio ha voluto continuare a rinviare la questione dei pagamenti, dimostrando una totale mancanza d'impegno e credibilità. L'esito finale «soddisfa» il Parlamento nella facciata, ma nulla dice nella sostanza sulla questione drammatica dei pagamenti, che nei prossimi anni si ripresenterà fino ad arrivare ad un sicuro punto di rottura.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE), *na piśmie*. – Cieszę się, że negocjacje w sprawie budżetu UE na 2016 rok przebiegły w tym roku tak sprawnie i że wypracowano kompromis. Cieszy również, że wśród priorytetów w budżecie uwzględniono zwiększone finansowanie dla programu Erasmus+. To ważny sygnał, że UE znajduje środki na wsparcie dla wymiany młodzieży z UE i państw sąsiadujących.

Zabiegaliśmy o finansowanie dla projektów pilotażowych i działań przygotowawczych w Tytule 3 i te środki również udało się zapewnić, choć nie w całości.

Stopniowo poprawiamy także proporcje pomiędzy płatnościami bieżącymi a zobowiązaniami już wymagalnymi, nadraabiając zaległości z lat ubiegłych. To bardzo ważne.

W przyszłości powinniśmy dążyć do większej stabilności projektów sprawdzonych, poprawiać długość perspektyw gwarantowanych finansowań, a także poprawiać finansowanie tych projektów, które dostarczają wiedzę o kondycji kultury w Europie i mechanizmach jej finansowania.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu o mobilizácii fondu solidarity na účely zabezpečenia vyplácania záloh v rámci rozpočtu na rok 2016 som podporila. Na rozdiel od predchádzajúcich prípadov mobilizácie fondu solidarity sa tento prípad netýkal konkrétnej udalosti, ale v predstihu navrhoval mobilizovať fond solidarity do sumy 50 miliónov eur na pokrytie záloh za rok 2016. S týmto opatrením súhlasím, pretože umožní rýchlejšiu reakciu pre prípad núdzových situácií, ktoré by sa mohli v roku 2016 objaviť a tým pomôže krajinám postihnutým prírodnou katastrofou rýchlejšie získať zálohu a zvládnuť aspoň najnutnejšie výdavky. Takáto rýchla reakcia umožnená mobilizáciou fondu je v prípade prírodných katastrof neoceniteľná.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Num quadro de grande restrição orçamental ao nível das contribuições nacionais para o orçamento da UE, verificamos aqui o corte de 11 milhões de euros, que irá afetar diretamente as rubricas orçamentais dedicadas à proteção, à deteção e ao controlo das pragas vegetais e animais.

Fala-se de um aumento significativo dos programas dedicados ao emprego jovem, mas, tendo em conta que o Programa Erasmus+ representa uma porção mínima do Orçamento da UE, um aumento de 30% neste programa não terá grande impacto.

O Parlamento Europeu compromete-se a reduzir cerca de 179 postos de trabalho até 2019, sendo que em 2016 deverá acabar com 60 postos de trabalho, o que significa um aumento dos despedimentos e uma diminuição da qualidade dos serviços. Este não é um orçamento mais justo, com maiores contributos dos Estados-Membros que mais riqueza têm, mas um orçamento restritivo.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za Zakonodajno resolucijo Evropskega parlamenta o skupnem predlogu splošnega proračuna Evropske Unije za proračunsko leto 2016, ker odraža politične prednostne naloge, saj prinaša zvišanje sredstev za človekoljubno pomoč, Obzorje 2020, mala in srednje velika podjetja, program Erasmus+ in financiranje migracijskih ukrepov v članicah, ki nosijo največji delež begunske krize, ter vsebuje tudi zavezo o nadaljevanju pobude za zaposlovanje mladih in zniževanju zaostankov pri neplačanih računih.

10.5. Ablehnung gemäß Artikel 106 GO: Genehmigung von Verwendungen von Diethylhexylphthalat (DEHP) (B8-1228/2015)

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the resolution Authorisation for uses of bis(2-ethylhexyl) phthalate (DEHP). We recognise the sensitivity and the importance of this issue and we believe that each Member State should decide in what measure the prohibition should take place.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – La salute dei cittadini è una priorità fondamentale dell'Unione europea (UE), quindi appare insensata nonché contraria ai principi fondamentali il progetto di decisione di esecuzione della Commissione con la quale intende autorizzare gli usi del dietilesilftalato.

Gli ftalati sono delle sostanze chimiche ottenute mediante distillazione industriale dal petrolio, che vengono comunemente aggiunte alla plastica per renderla flessibile. Tuttavia non sono tutti uguali: alcuni sono considerati innocui per la salute umana, mentre altri sono molto pericolosi.

Il dietilesilftalato (DEHP) è un interferente endocrino; questa sostanza è già classificata come tossica per la riproduzione ed è inclusa nell'elenco delle sostanze estremamente preoccupanti dal regolamento REACH, cioè quelle sostanze per cui è scientificamente comprovata la probabilità di effetti gravi per la salute umana o per l'ambiente.

Con questa risoluzione si invita la Commissione a ritirare il suo progetto di decisione di esecuzione e a presentare un nuovo progetto. La salute dei cittadini, per noi del Movimento 5 Stelle, è sempre al primo posto e per questo motivo il mio voto è stato positivo.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Considero inaceptable la autorización de uso para el DEHP, una sustancia cuya toxicidad como alterador endocrino está ampliamente demostrada —pudiendo producir cánceres, malformaciones e infertilidad, entre otros afectos adversos sobre la salud. Una iniciativa, además, que confirma, junto a la parálisis en la regulación de los alteradores endocrinos, que la Comisión antepone los intereses de las multinacionales a la salud pública en este ámbito.

Esta autorización no puede justificarse por razones técnicas, considerando la existencia de substitutivos de esta sustancia química, y pone en riesgo la salud de los trabajadores expuestos a ella. Se trata de un grave antecedente y, por ello, he votado a favor de la propuesta de Resolución.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because Article 1 of REACH states that the aim of the regulation is to ensure a high level of protection of human health and the environment, and that only substances that do not adversely affect human health and the environment are put on the market. The proposal of the Commission to authorise through an implementing act DEHP in PVC plastic in spite of grave concerns regarding the impact of this chemical on human health is deeply worrying.

DEHP has been shown in animal studies to damage the liver, kidneys, lungs and reproductive organs of males. This chemical is a phthalate which is a member of the family of 'gender-bending' chemicals. By authorising this chemical the Commission would be putting cheap plastic goods ahead of the risks to male fertility and misformed sex organs in prenatal and neo natal males.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Diethylhexylphthalat (DEHP) fällt unter die Kategorie der sogenannten endokrinen Disruptoren. Dabei handelt es sich um Chemikalien, die eine schädliche Wirkung auf das menschliche Hormonsystem haben können. So können sie unter anderem zu Brustkrebs, Unfruchtbarkeit, Diabetes oder auch Alzheimer führen.

Anwendung findet DEHP vor allem als Weichmacher im Recyclingverfahren von Plastikgegenständen. So findet sich dieser Stoff in sämtlichen Konsumgütern des täglichen Gebrauchs wie etwa Textilien, Möbeln und Baumaterialien wieder.

Wissenschaftliche Tests haben erwiesen, dass DEHP das Hormonsystem von Säugetieren beeinträchtigt und sogar zu irreversiblen Folgen für die menschliche Fortpflanzung führen kann. Vor diesem Hintergrund und weil es auch heute bereits weniger schädliche, nutzbare sowie kostengünstigere Alternativen gibt, findet die vorliegende Entschlie­ßung, die sich gegen eine Genehmigung für recyceltes Weich-PVC ausspricht, das DEHP enthält, meine vollste Unterstützung.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – L'objet du texte est de faire obstacle à l'autorisation de mise sur le marché du DEHP, un perturbateur endocrinien. Ce produit est présent dans de nombreux éléments du quotidien constitués de PVC recyclé. Pour l'instant, la Commission refuse de faire une proposition sur les perturbateurs endocriniens. Dès lors, les seuls leviers dont disposent les parlementaires sont les objections aux actes délégués et d'exécution. En effet, les enjeux commerciaux sont forts et la Commission ne montre que peu d'intérêt pour la cause sanitaire et les citoyens.

C'est pourquoi, je m'y suis opposée en votant contre.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I recognise that there are concerns with this chemical; however, this is a matter which should be dealt with by the Member States themselves. I do not have enough information to know at what pace the use of this chemical should be phased out.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette délibération qui s'oppose à l'autorisation d'utilisation du phtalate bis, car cette substance s'avère dangereuse pour l'homme et notamment pour la fertilité masculine.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, kurioje aptariamas leidimas naudoti chemines medžiagas bis(2-etilheksil) ftalatą (DEHP), atmetimo. DEHP yra gerai žinoma pavojinga cheminė medžiaga. Ši medžiaga priskiriama prie labai didelį susirūpinimą keliančių medžiagų, nes yra pavojinga reprodukcinei sistemai, pasižymi neigiamu poveikiu endokrinei sistemai ir neigiamu poveikiu aplinkai. Todėl pritariu raginimui Komisijai atsiimti savo įgyvendinimo sprendimo projektą ir pateikti naują projektą, kuriuo būtų atmetos paraiškos suteikti leidimą naudoti perdirbtą minkštąjį PVC, kurio sudėtyje yra DEHP.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – A ftalátokat elterjedten használják PVC lágyítására. Környezeti és egészségügyi hatásuk szempontjából sok év óta végzett vizsgálatok alapján éles különbséget tehetünk a rövid szénhidrogénláncot tartalmazó, kis molekulatömegű ftalátok és a hosszú szénhidrogénláncot tartalmazó, nagy molekulatömegű ftalátok között. Nagyszámú vizsgálat, közöttük számos független szervezet vizsgálatának eredményei azt igazolták, hogy a nagy molekulatömegű ftalátok semmiféle egészségügyi kockázatot nem jelentenek az emberi szervezetre. Az EU illetékes szervei ezért úgy döntöttek, hogy ezeket nem kell korlátozó címkével ellátni és nem kell felvenni őket az engedélyezésre váró anyagok listájára.

Ugyanakkor a kis tömegűek, amelyek az „erős aggodalmat okozó anyagok” listáján is szerepelnek, károsan befolyásolják az emlősök hormonrendszerét és a reprodukciót károsító hatásuk van, s jelenleg ezek engedélyezéséről van szó. Mivel a Bizottság elszámolással tartozik az európai polgárok felé, és a polgárok, ill. a környezet veszélyes vegyi anyagoktól való védelme elsődleges szempont, ezért támogattam a határozatot. Ennek értelmében a Bizottságnak vissza kell vonnia a végrehajtási határozattervezetét, és egy olyan új határozattervezetet kell benyújtania a Parlamentnek és a Tanácsnak, amelyben elutasítja az engedély megadását.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the resolution Authorisation for uses of bis(2-ethylhexyl) phthalate (DEHP). We recognise the sensitivity and the importance of this issue and we believe that each Member State should decide in what measure the prohibition should take place.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai approuvé ce rapport qui rejette la décision de la Commission concernant l'autorisation accordée à l'utilisation de PVC souple recyclé contenant du DEHP. Des études ont en effet démontré la nocivité de ce composant sur les organismes vivants.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Le DEHP est un produit dangereux et des alternatives à ce produit existent. Je pense qu'au vu des éléments fournis, il ne peut pas être utilisé et autorisé pour les applications visées dans les biens de grande consommation. Par exemple, des cas de malformations génitales ont été relevés sur des nouveau-nés exposés in utero au DEHP. En électronique par exemple, le produit est déjà interdit et il existe des produits de substitution.

J'ai donc voté pour ce rapport afin d'interdire le DEHP en déplorant encore que la Commission refuse obstinément de faire une proposition sur les perturbateurs endocriniens, les travaux en cours laissent espérer une proposition pour fin 2016.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non condivido le posizioni sostenute in questa risoluzione, che si configura come un mero atto di opposizione all'autorizzazione per gli usi di di-2-etililftalato (DEHP), totalmente fine a se stesso, dei Verdi e della GUE. Per questo non ho inteso sostenerla col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – El DEHP está incluido en el anexo XIV del Reglamento REACH, debido a su clasificación como sustancia tóxica para la reproducción. De hecho, era uno de los primeros seis compuestos que debían desaparecer gradualmente en virtud del Reglamento.

El 12 de noviembre, la Comisión Europea presentó un proyecto de acto de ejecución sobre el DEHP. Según el dictamen del Comité de Evaluación de Riesgos, los solicitantes de la concesión de autorización no demostraron que los riesgos para la salud de los trabajadores derivados de los usos solicitados estén adecuadamente controlados de conformidad con el Reglamento REACH y que no procedía conceder la autorización sobre esta base. Asimismo, el Comité de Análisis Socioeconómico confirmó que existían deficiencias significativas en el análisis socioeconómico del solicitante, incluida la total falta de una evaluación del impacto sobre la salud en la que se identificara el riesgo para los trabajadores.

Por ello, he apoyado la propuesta de Resolución del Parlamento que considera que el proyecto de Decisión de Ejecución de la Comisión excede de las competencias previstas en el Reglamento (CE) n.º 1907/2006 y que demanda su retirada y la presentación de uno nuevo que rechace las solicitudes de autorización.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, kurioje apatariamas leidimas naudoti chemines medžiagas bis(2-etilheksil) ftalatą (DEHP). Komisija yra atskaitinga Europos visuomenei už piliečių ir aplinkos apsaugą nuo pavojingų cheminių medžiagų, tuo pačiu skatinant inovacijas, be kita ko, saugesnių cheminių medžiagų ir produktų srityje, kad būtų puoselėjama atspari ekonomika. Todėl Europos Parlamentas mano, kad Komisijos sprendimas leisti naudoti chemines medžiagas bis(2-etilheksil) ftalatą (DEHP) viršija Reglamente (EB) Nr. 1907/2006 numatytus įgyvendinimo įgaliojimus. Europos Parlamentas yra susirūpinęs žmonių sveikata ir aplinkos apsauga, todėl ragina Komisiją atsiimti savo įgyvendinimo sprendimo projektą ir pateikti naują projektą, kuriuo būtų atmetos paraiškos suteikti leidimą naudoti perdirtą minkštąjį PVC, kurio sudėtyje yra DEHP.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovu odluku jer se radi o stvari koja je dokazano reproduktivno toksična. DEHP je endokrini disruptor koji se koristi kao plastifikator, no vrijeme je da se zabrani i da se umjesto njega počnu koristiti manje opasni spojevi. DEHP u PVC-u se uvelike upotrebljava u svakodnevnom proizvodima široke potrošnje, kao što su tekstil, namještaj i građevinski materijal. Ali kako nije kemijski vezan za plastiku, lako dospijeva u okoliš.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Cette résolution a pour objectif d'empêcher l'autorisation du DEHP, un dérivé du phtalate, déjà identifié pour ses propriétés de perturbateur endocrinien et son risque reprotoxique. Il est présent dans de nombreux produits du quotidien (produits à base de PVC recyclé, des chaussures aux fenêtres). Une première demande d'autorisation de mise sur le marché avait échoué, mais cette fois-ci, contre toute attente, la Commission est prête à l'autoriser.

J'ai soutenu cette résolution et ai donc voté pour.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because Article 1 of REACH states that the aim of the regulation is to ensure a high level of protection of human health and the environment, and that only substances that do not adversely affect human health and the environment are put on the market. The proposal of the Commission to authorise through an implementing act DEHP in PVC plastic in spite of grave concerns regarding the impact of this chemical on human health is deeply worrying. DEHP has been shown in animal studies to damage the liver, kidneys, lungs and reproductive organs of males. This chemical is a phthalate which is a member of the family of 'gender-bending' chemicals. By authorising this chemical the Commission would be putting cheap plastic goods ahead of the risks to male infertility and misformed sex organs in prenatal and neo natal males.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Cette résolution vise à empêcher l'autorisation du DEHP, un dérivé du phtalate. Ce produit est déjà identifié pour ses propriétés de perturbateur endocrinien, c'est-à-dire source d'anomalies physiologiques et de reproduction. Le DEHP est présent dans de nombreux produits du quotidien et peut facilement se diffuser par contact. Il existe par ailleurs des solutions de substitution identifiées comme fiables.

Or, la Commission européenne est prête à l'autoriser sur le marché, car derrière les enjeux purement sanitaires, son interdiction aurait des conséquences commerciales en particulier avec les Etats-Unis, qui ne souhaitent pas qu'une nouvelle réglementation en la matière ne vienne porter atteinte à leurs exportations de produits agricoles.

Contrairement à la Commission dont la priorité est de préserver de bonnes relations commerciales avec les États-Unis, nous considérons que la santé de nos concitoyens est primordiale. Il s'avère que ce produit a des propriétés particulièrement nocives. C'est pourquoi j'ai voté pour ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Utilizarea ftalatului de bis(2-etilhexil) (DEHP) poate conduce la efecte nedorite în ceea ce privește sistemul endocrin a cel puțin unei specii animale. Această substanță prezintă motive de îngrijorare majoră deoarece efectele grave conduc la probleme ale sănătății umane.

Având în vedere efectele deloc benefice atât pentru animale, cât și pentru oameni consider că trebuie luate măsuri urgente pentru a debloca această situație.

Nu putem fi urmăriți doar de interesele financiare, ținând cont de faptul că deși Comitetul pentru evaluarea riscurilor (CER) a recunoscut modul în care DEHP acționează asupra sistemului endocrin, Comitetul pentru analiza socio-economică (CASE) este de părere că avantajele economice ale utilizării acestei substanțe sunt mai importante decât riscurile pe care le implică pentru sănătatea umană.

M-am exprimat în favoarea acestui raport deoarece sunt de părere că suntem responsabili în fața publicului european de protecția cetățenilor noștri și a mediului în fața pericolelor, așa cum sunt substanțele chimice periculoase.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Obiezione a un progetto di decisione di esecuzione della Commissione: si chiede che la Commissione lo ritiri e ne presenti uno nuovo che respinga le domande di autorizzazione per la formulazione di PVC morbido riciclato contenente DEHP.

Nel settembre 2014 l'ECHA ha raccomandato l'autorizzazione del DEHP all'uso in applicazioni specifiche, tra cui il PVC morbido riciclato. Le motivazioni addotte da Verdi e GUE, promotori dell'obiezione, appaiono perlopiù dettate dal loro usuale pregiudizio verso l'industria chimica.

Pertanto, ho espresso voto contrario.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Ținând cont de faptul că ftalatul de bis(2-etilhexil) (DEHP) este o cunoscută substanță toxică, clasificată de regulamentul REACH drept substanță toxică care prezintă o îngrijorare ridicată, afectând reproducerea, fapt demonstrat științific, precum și sistemul endocrin în mediul înconjurător.

Solicitanții nu au îndeplinit condițiile pentru acordarea autorizației, întrucât ei nu au demonstrat că toate riscurile din procedurile aplicate sunt controlabile într-un mod adecvat. De asemenea, aceștia nu au demonstrat faptul că beneficiile socio-economice dobândite în urma prelucrării acestei substanțe ar fi mai mari decât riscurile ce s-ar impune în folosirea DEHP-ului, precum și inexistența unor alternative potrivite.

Pe piața europeană există alternative mult mai sigure privind substanțele, materialele, procedurile și tehnologiile folosite. Ceea ce consider eu că trebuie luate cu seriozitate în considerare sunt inovarea și principiile economiei circulare. De aceea am susținut obiecția privind acordarea unei autorizații de utilizare a ftalatului de bis(2-etilhexil).

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore dell'obiezione a norma dell'articolo 106 del regolamento riguardante la concessione di un'autorizzazione per gli usi del di-2-etilhexilftalato (DEHP).

Il DEHP è classificato quale sostanza tossica estremamente preoccupante, a causa delle sue proprietà che perturbano il sistema endocrino nell'ambiente. Tale attività di interferenza a livello endocrino è stata scientificamente dimostrata e comporta effetti causali avversi alla salute umana. Infatti, l'esposizione al DEHP durante la fase di sviluppo adolescenziale può provocare effetti irreversibili sull'organismo, con serie conseguenze anche gravi per la riproduzione che si possono manifestare per la prima volta anche dopo molti anni.

Il testo che è stato dibattuto in Aula propone alla Commissione di ritirare il suo progetto di decisione di esecuzione e di presentarne uno nuovo, nel quale si impegna a respingere le domande di autorizzazione per l'utilizzo di materiali contenenti DEHP. Per tali ragioni ho deciso di votare in suo favore.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This was a very important resolution despite it not being binding as it is an implementing act and not a delegated act. However, it was important to vote in favour of this resolution in order to signify to national governments the dangers of DEHP as these governments still have to decide on whether they accept the Commission's draft decision to authorise DEHP.

The proposal of the Commission to authorise DEHP in PVC plastic in spite of grave concerns regarding the impact of this chemical on human health is deeply worrying. DEHP has been shown in animal studies to damage the liver, kidneys, lungs and reproductive organs of males. This chemical is a phthalate which is a member of the family of 'gender-bending' chemicals.

James Carver (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the resolution Authorisation for uses of bis(2-ethylhexyl) phthalate (DEHP). We recognise the sensitivity and the importance of this issue and we believe that each Member State should decide in what measure the prohibition should take place.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione in cui si invita la Commissione a ritirare il suo progetto di decisione di esecuzione e a presentare un nuovo progetto di rigetto delle domande di autorizzazione per la formulazione di riciclato contenente DEHP PVC morbido, ovvero dietilhexilftalato.

Gli ftalati sono delle sostanze chimiche, ottenute mediante distillazione industriale dal petrolio, che vengono comunemente aggiunte alla plastica per renderla flessibile. Gli ftalati si trovano un po' ovunque, dai pavimenti alle bottiglie usa e getta, dai tessuti sintetici per abbigliamento fino ai giocattoli. Si tratta di sostanze classificate come tossiche, che sono sostituibili da un certo numero di altre sostanze meno pericolose.

Dita Charanzová (ALDE), *písemně*. – Podpořila jsem námitku požadující zamítnutí výjimky pro autorizaci ftalátu DEHP při recyklaci, jelikož ftaláty jsou látky škodlivé pro lidské zdraví a DEHP je označeno jako potenciálně karcinogenní látka. Je možné je ve výrobě jednoduše nahradit bezpečnějšími materiály. Z toho důvodu nepodporuji jejich recyklaci a znovuzavádění na evropský trh.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – MEPs clearly expressed the view that the Commission must not allow the recycling of plastics that contain phthalates (DEHP). This substance is classified under EU law as toxic to reproduction, and Member State representatives in the EU Chemicals Agency are unanimous about its endocrine disrupting properties. Such hazardous chemicals pose threats to human health and the environment. It makes no sense to allow them to remain present in recycled PVC materials. This is a matter of particular concern to the health of workers who would be manipulating these materials. I congratulate my fellow colleagues who decided to oppose the view that the economic benefits outweigh the risks to human health. We cannot determine what a safe level for endocrine disruptors is, so we must not be making judgements about supposed trade-offs, when the science points to links between the exposure of pregnant women to this type of phthalate and birth defects in baby boys. I hope the Council of EU Member State governments will agree with Parliament when they vote on this matter, so that we can force the hand of the Commission and sort these substances out of the recycling bin.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτιώς*. – Στο ψήφισμα αναφέρεται ότι η Επιτροπή είναι υπόλογη στο ευρωπαϊκό κοινό για την προστασία των πολιτών και του περιβάλλοντος από επικίνδυνες χημικές ουσίες, καθώς και για τη προώθηση της καινοτομίας, συμπεριλαμβανομένου του τομέα των ασφαλέστερων χημικών ουσιών και προϊόντων προκειμένου να προωθηθεί μια ανθεκτική οικονομία.

Συμφωνούμε με το ψήφισμα, το οποίο θα διαβιβασθεί από τον Πρόεδρο στο Συμβούλιο και την Επιτροπή.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτιώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την εκτελεστική απόφαση της Επιτροπής για τη χορήγηση άδειας για χρήσεις φθαλικού δι (2-αιθυλοεξυλο) εστέρα, κοινώς γνωστού ως DEHP, αντιτίθεται ουσιαστικά στην αδειοδότηση χρήσης μιας ουσίας επικίνδυνης που καθημερινά απειλεί το σύνολο του πληθυσμού.

Έχει ήδη επιστημονικά αποδειχθεί πως η χρήση της ουσίας DEHP σε μια σειρά προϊόντων καθημερινής χρήσεως, αποτελεί κίνδυνο για έμβρυα, νεογέννητα παιδιά αλλά και εγκυμονούσες γυναίκες. Παράλληλα, προκαλεί σειρά ενδοκρινικών διαταραχών που συχνά γίνονται εμφανείς με μεγάλη χρονική καθυστέρηση.

Ως εκ τούτου, η χορήγηση άδειας για τη χρήση της εν λόγω ουσίας είναι ενάντια στους στόχους και τις βασικές αρχές του κανονισμού REACH και οφείλουμε να στηρίζουμε οποιαδήποτε πρωτοβουλία υπερασπίζεται αυτές τις αρχές. Για όλους τους ανωτέρω λόγους, αποφάσισα να στηρίξω το ψήφισμα αυτό.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore dell'obiezione, a norma dell'articolo 106 del regolamento, alla concessione di un'autorizzazione per gli usi del DEHP. La Commissione europea, infatti, ha presentato un progetto di decisione, non ancora approvato dagli Stati membri, che autorizza il riciclaggio di vecchia plastica contenente DEHP in nuovi prodotti PVC. Il DEHP è considerato una sostanza pericolosa e tossica che interferisce con il sistema endocrino dei mammiferi, come peraltro dimostrato scientificamente, ed è bandito dal regolamento REACH concernente la registrazione, la valutazione, l'autorizzazione e la restrizione delle sostanze chimiche.

Il Parlamento è preoccupato per il fatto che non è stato dimostrato che i rischi per la salute dei lavoratori sono stati adeguatamente controllati e sottolinea la gravità degli effetti negativi che possono essere causati dal DEHP. Il PE, pertanto, respinge la concessione di un'autorizzazione per gli usi del DEHP.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione, poiché il DEHP è stato identificato come una sostanza estremamente preoccupante in quanto risponde ai criteri di sostanza avente proprietà che perturbano il sistema endocrino per le quali è scientificamente comprovata la probabilità di effetti gravi per la salute umana.

Inoltre studi scientifici hanno dimostrato che l'esposizione al DEHP, durante finestre temporali sensibili dello sviluppo, può provocare effetti irreversibili nella programmazione dello sviluppo con serie conseguenze per lo sviluppo e la riproduzione.

Infine, considerando che la Commissione ha la responsabilità di proteggere i cittadini europei e di promuovere nel contempo l'innovazione, anche per quanto riguarda sostanze e prodotti chimici più sicuri per promuovere un'economia resiliente, invito la Commissione a ritirare il suo progetto di decisione di esecuzione e a presentare un nuovo progetto che respinga le domande di autorizzazione.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the resolution Authorisation for uses of bis(2-ethylhexhyl) phthalate (DEHP). We recognise the sensitivity and the importance of this issue and we believe that each Member State should decide in what measure the prohibition should take place.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the resolution Authorisation for uses of bis(2-ethylhexhyl) phthalate (DEHP). We recognise the sensitivity and the importance of this issue and we believe that each Member State should decide in what measure the prohibition should take place.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Concordo pienamente con quanto espresso dai relatori relativamente al rigetto delle domande di autorizzazione per la formulazione di PVC morbido riciclato contenente DEHP, soprattutto perché i richiedenti non hanno dimostrato il livello di rischio per la salute dei lavoratori che maneggiano questo tipo di sostanza e non hanno fornito un'analisi completa delle alternative disponibili sul mercato per sostituire il DEHP, e altresì l'analisi socio-economica non ha dimostrato vantaggi economici evidenti.

Pertanto, vista anche la pericolosità del DEHP in quanto sostanza tossica per la salute, inclusa nell'allegato XIV del regolamento REACH, mi sembra opportuno rigettare le richieste di autorizzazione e salvaguardare la protezione della salute umana e dell'ambiente.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Di(2-ethylhexyl) phthalate (DEHP) is a manufactured chemical that is commonly added to plastics to make them flexible. It meets the criteria of the REACH Regulation as it is a substance with endocrine disrupting properties and having serious effects on human health. For this reason I agree that the Commission should reject the applications for authorisation for the formulation of recycled PVC containing DEHP, thus I voted in favour.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Gli ftalati sono delle sostanze chimiche, ottenute mediante distillazione industriale dal petrolio, che vengono comunemente aggiunte alla plastica per renderla flessibile. Ci sono ftalati nei pavimenti e nei rivestimenti murari, persino nella cancelleria da ufficio e nei giocattoli. Ne esistono a basso peso molecolare, i più pericolosi per la salute umana e per l'ambiente, e ad alto peso molecolare, considerati sicuri dalle autorità europee. Questa sostanza, già classificata come tossica, è sostituibile da un certo numero di altre sostanze che sono meno pericolose. La proposta di risoluzione ritiene che il progetto di decisione di esecuzione ecceda le competenze di esecuzione di cui al regolamento (CE) n. 1907/2006 e invita la Commissione a presentare un nuovo progetto di rigetto delle domande di autorizzazione per la formulazione di riciclato contenente DEHP PVC morbido. Il mio voto non può che essere favorevole.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Considero inaceptable la autorización de uso para el DEHP, una sustancia cuya toxicidad como alterador endocrino está ampliamente demostrada —pudiendo producir cánceres, malformaciones e infertilidad, entre otros efectos adversos sobre la salud. Una iniciativa, además, que confirma, junto a la parálisis en la regulación de los alteradores endocrinos, que la Comisión antepone los intereses de las multinacionales a la salud pública en este ámbito.

Esta autorización no puede justificarse por razones técnicas, considerando la existencia de substitutivos de esta sustancia química, y pone en riesgo la salud de los trabajadores expuestos a ella. Se trata de un grave antecedente y, por ello, he votado a favor de la propuesta de Resolución.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Projektodawca rezolucji wzywa Komisję do przedłożenia nowego projektu decyzji wykonawczej, która oddalałaby wszystkie wnioski o zezwolenie na przygotowanie preparatów miękkiego PVC poddanego recyklingowi zawierającego DEHP. Uważam, że taki sprzeciw byłby niewspółmierny. Odnosiłby się on bowiem również do materiałów bezpiecznych do recyklingu. Ponadto wątpliwe jest zagadnienie natury formalnej, tj. czy Parlament posiada w ogóle kompetencje do sprzeciwu wobec aktów implementujących. Uważam, że należałoby wyznaczyć próg, do którego stosowania DEHP można uznać za bezpieczne oraz ściśle zasady monitorowania użycia tego ftalanu. Takie postępowanie byłoby zgodne z zaleceniami opinii Europejskiej Agencji ds. Chemikaliów (ECHA). Istnieje też potrzeba dyskusji nt. zastosowania DEHP przy recyklingu w przemyśle, jako że koszty produkcji nowego PVC w stosunku do recyklingowanego są 28-krotnie wyższe. W związku z powyższym zgłosiowałem przeciwko rezolucji nieprzyznającej bez wyjątków autoryzacji na stosowanie DEHP.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I voted in favour of objecting to the Commission's draft measure that grants to certain legal entities such as chemical and PVC manufacturing companies authorisation of the use of DEHP phthalate. DEHP PVC has been widely used in everyday products, such as artificial Christmas trees, textiles, furniture, shoes, building materials, etc. and is considered a toxic to reproduction, an endocrine disruptor and immune toxicant, according to the REACH regulation. Possible consequences include genital malformation, and it can significantly increase the risk of male infertility. The wide and continued use of DEHP is a serious threat to our health, and in line with the recommendation of the European Chemicals Agency and its Risk Assessment Committee, the substance should be fully prohibited in Europe. Moreover, the Commission's authorisation did not provide comprehensive analysis of the alternative or an acceptable risk assessment of health impacts.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution appelle la Commission et le Conseil à ne pas autoriser le recyclage des matières plastiques contenant l'additif flexibilisant DEHP pour la production de PVC destinés à la confection, entre autres, de chaussures ou de revêtements pour sols, du fait de sa toxicité pour la reproduction.

Le DEHP a été le principal phtalate d'utilisation courante ces 50 dernières années. En vertu du règlement REACH, celui-ci a été classé comme substance très préoccupante, et ne peut être utilisé sans autorisation de l'Agence européenne des produits chimiques (ECHA). L'utilisation de DEHP est également interdite dans la production de jouets, d'articles destinés aux enfants et de cosmétiques.

La Commission a proposé, dans un projet de décision qui requiert l'accord du Conseil, d'autoriser le recyclage des anciens plastiques contenant du DEHP pour la fabrication de nouveaux produits. Le DEHP est connu pour perturber le système endocrinien des mammifères, notamment par une baisse du niveau de testostérone chez le fœtus. Il peut ainsi affecter le rythme de développement de l'individu ainsi que ses capacités reproductives.

Pour ces raisons, j'ai décidé de m'opposer au projet de décision de la Commission.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette objection. En effet, je suis contre l'octroi d'une autorisation pour ce produit pour lequel il existe des alternatives plus sûres pour la santé.

De plus, l'Agence européenne des produits chimiques, dans son rapport, n'a pas été en mesure de démontrer la totale innocuité de ce produit et la possibilité de garantir et de contrôler sa bonne utilisation.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai apporté mon soutien à cette résolution, parce que je considère que la Commission européenne ne devrait pas autoriser le recyclage des matières plastiques contenant l'additif flexibilisant DEHP pour la production de nouveaux produits.

Le DEHP est connu pour sa toxicité. Il perturbe le système endocrinien et peut affecter le rythme de développement de l'individu ainsi que ses capacités reproductives. Le recyclage doit être développé et encouragé davantage, mais cet argument ne saurait justifier le fait d'utiliser des substances dont les déchets peuvent être dangereux.

Je m'inquiète en outre du fait que les opérateurs ayant demandé l'autorisation de recyclage du DEHP n'ont pas démontré que les travailleurs seraient protégés adéquatement des risques pour leur santé.

Mireille D'Ornano (ENF), *par écrit*. – Cette objection visait à empêcher la mise sur le marché du phtalate bis (2-ethylhexyl) ou DEHP. Alors que la nocivité des phtalates est avérée depuis longtemps par de nombreuses études scientifiques, la Commission est encore une fois très en retard sur le sujet.

En ne prévoyant une proposition législative générale sur l'interdiction des phtalates qu'en 2016, la Commission ne fait actuellement rien pour protéger les consommateurs des dangers que ces composés chimiques représentent pour la santé des citoyens.

Tous les moyens sont donc bons pour, à défaut de mieux, interdire individuellement certains types de phtalates parmi les plus nocifs, dont le DEHP fait partie. J'ai donc voté pour son interdiction.

Ian Duncan (ECR), *in writing*. – I disagree with the objector's concerns and support these authorisations on grounds of increasing the predictability and transparency of the REACH authorisation procedure and promoting the circular economy. Under this procedure, a substance of very high concern cannot be used after a specified date unless authorised; the sunset date for DEHP was 21 February 2015. The authorisations now under consideration would only allow the continued use of recycled PVC to which DEHP was added when first manufactured. It wouldn't permit DEHP to be added to recycle materials.

There is agreement that DEHP is an endocrine disruptor, but contrary to the objector's assertions, there is also no scientific consensus that a threshold for safe use cannot be identified and applied for endocrine disruptors.

Most importantly, the ECHA's assessment committees considered that there would be minimal risk to consumers from articles made of recycled PVC, and the implementing act includes monitoring conditions to improve worker protection.

The objection should account for the wider implications of not granting authorisation, which includes the circular economy aims, and the prospect of increased environmental damage. Environmental damage costs of manufacturing virgin PVC have been calculated as EUR 394 a tonne, and EUR 14 a tonne for recycling PVC waste.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. – Θετικό, διότι η χρήση του DEHP και των παρόμοιων συστατικών, προκαλούν διαταραχές ενδοκρινικής δραστηριότητας με άμεση συνέπεια στην υγεία του ανθρώπου.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the resolution Authorisation for uses of bis(2-ethylhexyl) phthalate (DEHP). We recognise the sensitivity and the importance of this issue and we believe that each Member State should decide in what measure the prohibition should take place.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O DEHP foi incluído na lista de 553 substâncias candidatas da categoria I de produtos químicos que revelaram ter efeitos endócrinos nocivos em, pelo menos, uma espécie, utilizando animais intactos. Foi ainda um dos primeiros seis compostos a serem suprimidos progressivamente ao abrigo do Regulamento REACH.

No entanto, o DEHP deve ser identificado como uma substância que suscita uma elevada preocupação, na medida em que é uma substância com propriedades de desregulação endócrina, em relação à qual existem provas científicas de que é suscetível de provocar efeitos graves na saúde humana.

Por isso, concordo com um novo projeto de indeferimento dos pedidos de autorização para a formulação de PVC flexível reciclado que contenha DEHP.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Os ftalatos são uma família de produtos químicos industriais utilizados para tornar o plástico de PVC flexível e como solventes em cosméticos e outros produtos de consumo.

Estudos referem que estes compostos químicos podem afetar o fígado, os rins, os pulmões e os sistemas hormonais e reprodutivos dos mamíferos, estando, por isso, incluídos no Regulamento REACH, devido à sua classificação como substância tóxica para a reprodução.

Esta proposta de objeção refere-se ao projeto de decisão de execução da Comissão, que concede uma autorização para utilizações de ftalato de bis (2-etil-hexilo) (DEHP). Este ato de execução pressupõe uma autorização mais ampla para o uso e a formulação de PVC reciclado que contenha DEHP. Isso levaria a uma presença continuada de substâncias perigosas em produtos feitos de material reciclado, perpetuando, assim, a utilização de substâncias perigosas através da reciclagem, em vez da sua substituição.

Esta objeção considera ainda que o projeto de decisão de execução da Comissão, que propõe autorizar o uso destes produtos por mais 7 anos, excede as competências de execução previstas no Regulamento (CE) n.º 1907/2006, e solicita à Comissão que retire o seu projeto de decisão, apresentando um projeto de indeferimento dos pedidos de autorização para a formulação de PVC flexível reciclado que contenha DEHP.

Votámos favoravelmente.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour as the resolution is positive from a public health perspective.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore di questa relazione poiché è indubbio che le norme in materia di SSL debbano, in diversi Stati membri, essere adeguate a standard più avanzati e rigorosi. In questo senso l'azione della Commissione può avere un senso e un'efficacia.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. – Υπερψηφίζω την έκθεση όσον αφορά την ένσταση σύμφωνα με το άρθρο 106 του Κανονισμού: χορήγηση έγκρισης για χρήσεις φθαλικού δι (2-αιθυλοεξυλο) εστέρα (DEHP), διότι η χρήση του DEHP και των παρόμοιων συστατικών, προκαλούν διαταραχές ενδοκρινικής δραστηριότητας με άμεση συνέπεια στην υγεία του ανθρώπου.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – DEHP is as a substance of very high concern and, already in 2000, it was included in Annex 1 setting out the candidate list of 553 substances under category I of chemicals that showed evidence of endocrine disrupting activity in at least one species using intact animals. On 12 December 2014, the Member State Committee (MSC) unanimously agreed to the identification of DEHP as a substance giving rise to an equivalent level of concern due to its endocrine disrupting properties in the environment(6); the MSC unanimously acknowledged that, in the case of DEHP, there is scientific evidence on endocrine disrupting activity and on the causal link between this activity and adverse effects on human health. I therefore supported the call on the Commission to withdraw its draft implementing decision and to submit a new draft rejecting the applications for authorisation for the formulation of recycled soft PVC containing DEHP.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Úgy vélem, hogy a bizottsági végrehajtási határozat tervezete túllépi a vonatkozó rendeletben meghatározott végrehajtási hatásköröket. Ezen anyagok felhasználásának engedélyezését illetően számos kérdés merül fel.

Aggasztónak találok, hogy a DEHP esetében kimutatták, hogy károsan befolyásolja az emlősök hormonrendszerét a tesztoszteronszint-csökkenés révén.

Továbbá tudományos bizonyítékok azt mutatják, hogy DEHP-kettség a fejlődés érzékeny időszakaiban visszafordíthatatlan hatásokat okozhat a fejlődési programban, amelyek a fejlődésre és a reprodukcióra súlyos hatásokkal járnak, és e hatásokat különösen súlyosnak tekintik az emberi egészség és a vadon élő fajok vonatkozásában.

Tudvalevő, hogy a DEHP számos anyaggal helyettesíthető és a kérelem benyújtói nem biztosítottak átfogó elemzést a kérelmezett felhasználási módok tekintetében a DEHP alkalmazásának helyettesítése céljából a piacon rendelkezésre álló alternatív lehetőségekről.

A fentiek tükrében helyénvalónak találok felhívni a Bizottságot, hogy vonja vissza végrehajtási határozattervezetét és nyújtson be új tervezetet, amely elutasítja az engedély megadására vonatkozó kérelmeket a DEHP-t tartalmazó újrahasznosított lágy PVC-re vonatkozóan.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor considerando que el DEHP está incluido en el anexo XIV del Reglamento (CE) n.º 1907/2006 (Reglamento REACH) debido a su clasificación como sustancia de la categoría 1B, tóxica para la reproducción y que figura en la lista de sustancias candidatas del Reglamento REACH debido a sus propiedades tóxicas para la reproducción. Las instituciones europeas debemos legislar teniendo presente siempre la seguridad de los ciudadanos europeos.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sul progetto di decisione di esecuzione della Commissione riguardo alla concessione di un'autorizzazione per gli usi del di-2-etilesilftalato (DEHP) a norma del regolamento (CE) n. 1907/2006 perché ritengo che la Commissione ENVI abbia preso la giusta decisione nel vietare, tramite l'obiezione votata oggi, l'utilizzo di questa sostanza.

Ritengo infatti che la salute sia un valore assoluto che la Commissione europea ha il dovere di promuovere e difendere anche sacrificando alcune libertà economiche.

Date le evidenze scientifiche a disposizione e i test effettuati, sono d'accordo nel dare seguito alle diverse relazioni scientifiche che qualificano i composti DEHP come sostanze tossiche per la riproduzione e li inquadrano nella categoria degli interferenti endocrini.

Abbiamo il dovere di tutelare i lavoratori europei dalle possibili conseguenze derivanti dalle lunghe esposizioni a queste sostanze: ritengo impossibile accettare quella logica per cui i vantaggi socioeconomici dell'impiego di un determinato composto per la produzione di pvc possano prevalere sui rischi per la salute, per di più in assenza di indagini esaustive sul loro impatto fitosanitario.

Plaudo quindi all'ampia maggioranza con cui il Parlamento ha rigettato l'atto di esecuzione proposto e invito la Commissione a vietare definitivamente l'utilizzo di questa sostanza nell'ambito dell'economia circolare.

Arne Gericke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe aus rein technisch-politischen Gründen für den Bericht zur Ablehnung gemäß Artikel 106 GO: Genehmigung von Verwendungen von Diethylhexylphthalat (DEHP) gestimmt, da die EU-Kommission hier zum Instrument der Durchführungsbefugnisse greift, obwohl der Bereich nicht durch die Vereinbarungen mit dem Parlament abgedeckt ist. Einer solchen Kompetenzüberschreitung kann ich nicht zustimmen.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – DEHP ist ein chemischer Stoff, der in der Plastikproduktion Verwendung findet. Als wichtiger Bestandteil lässt er das zu produzierende Plastik elastischer werden. DEHP kann jedoch auch ein erhebliches Gefährdungspotenzial für die Gesundheit der Menschen und die Umwelt darstellen. Deshalb unterstütze ich diesen Antrag.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which calls on the Commission to withdraw its draft implementing decision and to submit a new draft rejecting the applications for authorisation for the formulation of recycled soft PVC containing DEHP, given the Commission is accountable to the European public for protecting citizens and the environment from hazardous chemicals, while promoting innovation, including in the area of safer chemicals and products to foster a resilient economy.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – El Reglamento REACH incluye el DEHP dentro de las sustancias con propiedades altamente preocupantes cuyo uso requiere autorización previa a nivel europeo. En esta propuesta de Resolución nos oponemos a la autorización que se ha concedido para su uso ya que no se han realizado estudios de impacto adecuados para valorar tanto el riesgo como los beneficios que la utilización de esta sustancia tendría.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport, qui a pour objet d'empêcher l'autorisation du DEHP, un dérivé du phtalate. Ce produit est déjà identifié comme un perturbateur endocrinien, présentant un risque reprotoxique, c'est-à-dire un risque sur la fertilité. C'est pourquoi il n'avait pas été autorisé lors d'une demande précédente.

Mais cette fois-ci, la Commission européenne est prête à l'autoriser, alors qu'il existe des produits de substitution fiables.

En réalité, l'Union européenne a été «avertie» par les États-Unis et l'OMC qu'une réglementation sur les perturbateurs endocriniens serait mauvaise pour le commercial mondial. Le gouvernement américain s'inquiète, car une éventuelle réglementation européenne sur les perturbateurs endocriniens pourrait porter «atteinte aux importations européennes de produits issus de l'agriculture américaine».

On comprend dès lors que la santé publique ne soit pas la priorité, ni des Américains, ni de la Commission européenne, qui refuse obstinément de faire une proposition sur les perturbateurs endocriniens, faisant ainsi preuve d'un attentisme suspect sur ce sujet.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución, no vinculante, que pide a la Comisión que no autorice el DEHP (Dietil hexil ftalato). Es una sustancia tóxica muy conocida. Se ha propuesto incluirla en la lista de sustancias de alta preocupación por sus efectos de alteración endocrina. Se encuentra en el anexo XIV del Reglamento REACH debido a su toxicidad para el sistema reproductor. El DEHP es un ftalato, un grupo de sustancias químicas que ocasionan la feminización de machos de las especies expuestas. Estas sustancias afectan al sistema endocrino de la fauna y, potencialmente, también al de los humanos.

Puede ocasionar cáncer de mama y testículos, malformaciones congénitas e infertilidad, entre otros efectos adversos sobre la salud. Debido a sus propiedades alteradoras del sistema endocrino, no se puede fijar un umbral seguro de exposición para el DEHP con suficiente certeza. Profesionales del medio ambiente, de la salud, médicos, defensores de la prevención del cáncer, se han unido a organizaciones de mujeres y organizaciones médicas para oponerse con contundencia a la autorización del DEHP en materiales de PVC, debido a su gran toxicidad. La reglamentación europea ya ha restringido su uso en juguetes y artículos de cuidado infantil.

Françoise Grossetête (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte, qui vise à empêcher la commercialisation du phtalate 2 bis (DEHP), un composant chimique toxique suspecté d'avoir des effets neuroendocriniens.

Le phtalate 2 bis est déjà interdit dans les jouets et dans la plupart des appareils électriques et électroniques, mais reste utilisé dans de nombreux produits, dont les articles de grande consommation contenant du PVC (plastiques, textiles, chaussures...).

Au vu de l'existence d'alternatives plus sûres pouvant remplacer ce composant, et étant donné que l'expertise de l'Agence européenne des produits chimiques n'a pas pu conclure à l'innocuité totale de ce produit pour la santé, et n'a pas su démontrer la possibilité de contrôler et d'encadrer efficacement son usage, j'ai estimé que nous ne devons pas renouveler l'autorisation de cette substance.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for the objection pursuant to Rule 106: granting an authorisation for uses of bis(2-ethylhexyl)phthalate (DEHP). EHP should be identified as a substance of very high concern because it meets the criteria set out in Article 57(f) of the REACH Regulation in that it is a substance with endocrine disrupting properties for which there is scientific evidence of probable serious effects on human health, which give rise to a level of concern equivalent to that for other substances listed in points of the REACH Regulation.

András Gyürk (PPE), *in writing*. – I supported the objection as proposed by the ENVI committee. Since there is a high risk that DEHP can affect the human reproductive system, and its application in PVC products is not well specified, I cannot support granting authorisation for use of this substance.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported the objection of granting an authorisation for uses of bis (2-ethylhexyl) phthalate (DEHP) under the REACH Regulation. DEHP is a highly toxic substance placed on the hazardous substance of very high concern list by the REACH Regulation because of its reproductive toxicity that can lead to male infertility even after very short exposures to the substance. Substances defined as hazardous substances of very high concern may not be placed on the market unless authorised for a specific use that has been granted by the EC (European Commission) through an implementing act. The application for the use of DEHP as a plasticiser in the production of recycled PVC plastic that was approved by the EC shows significant deficiencies in evidence of safe use and bases the authorisation on assumed socio-economic benefits. Furthermore, according to the European Chemicals Agency (ECHA), the application failed to give the necessary safety data or any adequate controls of health risks to workers, therefore although the key issue at stake here is the health risks to the workers exposed, my objection also refers to the larger concerns about the toxicity of DEHP for the general public.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I chose to support this motion as DEHP has been identified as a substance which poses serious risks to human health and wildlife species. Scientific evidence on DEHP shows that exposure during sensitive time windows of development may cause irreversible developmental programming effects leading to severe effects on development and reproduction in both humans and wildlife.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Dieser Einspruch lehnt die Erteilung einer Genehmigung für die Verwendung von Diethylhexylphthalat (DEHP) in recyceltem PVC ab. Dieser Einspruch lehnt die Zulassungsentscheidung der Europäischen Agentur für chemische Stoffe (ECHA) mit der Begründung ab, dass sie mit der REACH-Verordnung nicht vereinbar ist. REACH ist die europäische Verordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe. ECHA stellte fest, dass es ein minimales Risiko für Verbraucher gibt. Der Einwand ignoriert weitreichende Auswirkungen für die Kreislaufwirtschaft, die der Recyclingförderung in Europa dienen soll, sowie erhöhte Umweltschäden durch die Herstellung neu produzierter PVCs ohne Recyclinganteil. Ich habe gegen den Einspruch gestimmt, weil ich wissenschaftliche Gutachten als wichtig erachte und nicht möchte, dass politische Auseinandersetzungen die Gesetzgebung bestimmen. Das Parlament soll die Kreislaufwirtschaft unterstützen und die Transparenz im Hinblick auf die REACH-Verordnung fördern. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Einheitseuro abgeschafft werden muss, denn er führt zu Zwist und Zwietracht in Europa.

Anneli Jäätteenmäki (ALDE), *kirjallinen*. – Kemikaalilainsäädäntö on nyt soveltamisvaiheessa. REACH:n ydintä on kemikaaliviraston arviointi erityisen vaarallisista aineista.

On yleisesti tunnustettu ja tieteellisesti todistettu, että DEHP aiheuttaa miehille hedelmättömyyttä ja peruuttamattomia muutoksia lyhyenkin altistuksen jälkeen. Virasto myös toteaa tämän myönteisessä päätöksessään selvästi. Komissio ehdottaa aineen hyväksymistä tästä huolimatta.

Hakijoiden toimittamat ennakotiedot olivat puutteellisia, ja terveystarkastusta ei voitu tietojen puutteen vuoksi tehdä perusteellisesti. Vaikka todistustaakka on hakijoilla, kemikaalivirasto täydensi hakemusta omana työnään.

REACH:n soveltamisessa on kyseessä oppimisprosessi, joka on vielä alkuvaiheessa. Toivon, että tämä vastalause lähettää selkeän signaalin komissiolle, neuvostolle, hakijoille ja kemikaalivirastolle. Oppimista riittää vielä.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasovao sam za rezoluciju Evropskog parlamenta o nacrtu provedbene odluke Komisije o izdavanju autorizacije za korištenje di (2-etilheksil) ftalata (DEHP) u skladu s Uredbom (EZ) br. 1907/2006 Parlamenta i Vijeća jer se time od Komisije zahtjeva da povuče nacrt provedbene odluke. DEHP je iznimno toksična tvar, koja je zabranjena u skladu s Uredbom REACH obzirom da prouzrokuje zdravstvene probleme radnicima koji su joj izloženi tijekom procesa recikliranja. Postoji također zabrinutost kada je riječ o njezinim posljedicama na javno zdravlje i ne postoje konkretni podaci o provedenoj kontroli zdravstvenih rizika za radnike, te stoga podržavam ovu rezoluciju.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Ce texte fait obstacle à l'autorisation de mise sur le marché du DEHP, un perturbateur endocrinien. Ce produit est présent dans de nombreux éléments du quotidien constitués de PVC recyclé.

La Commission refuse toujours de faire une proposition sur les perturbateurs endocriniens.

Ainsi, les seuls leviers dont disposent les parlementaires sont les objections aux actes délégués et d'exécution. La Commission semble se désintéresser de la cause sanitaire et des citoyens.

J'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing.* – Today I voted against the resolution Authorisation for uses of bis(2-ethylhexyl) phthalate (DEHP) along with my fellow colleagues. We recognise the sensitivity and the importance of this issue and we believe that each Member State should decide in what measure the prohibition should take place.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de la proposition de résolution sur l'objection concernant l'octroi d'une autorisation aux phtalates bis (DEHP). En effet, le phtalate bis-(2-éthylhexyle) est un produit très toxique et l'Agence européenne des produits chimiques n'a pas été en mesure dans son rapport de démontrer de manière convaincante que l'utilisation de ce produit n'était pas dangereuse et que le contrôle de sa bonne utilisation pouvait être garanti de manière satisfaisante. Il existe en outre des alternatives à cette substance moins nocives pour la santé, rendant inutile le phtalate bis-(2-éthylhexyle).

Cette résolution a été adoptée une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de ce rapport, qui vise à interdire l'utilisation du phtalate bis-(2-éthylhexyle), car il existe des alternatives plus sûres pour la santé que ce produit.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *par écrit.* – Cette proposition de résolution vise à soulever la dangerosité du bis (2-éthylhexyl) phtalate (DEHP), une substance communément utilisée comme plastifiant en raison de ses propriétés adéquates et de son coût faible. Selon des preuves scientifiques, elle contient des propriétés qui perturbent le système endocrinien et qui produisent des effets néfastes sur la reproduction et la santé des nouveau-nés, des femmes et des travailleurs.

En vertu du règlement REACH, le DEHP figure parmi les six premiers composés devant être retirés de la circulation. La résolution désapprouve la mesure de la Commission autorisant l'utilisation de la substance pour 7 ans car ladite mesure va généraliser la fabrication des produits de consommation en PVC recyclé contenant du DEHP et va transgresser le règlement REACH et les principes de l'économie circulaire. Pour cette raison, j'ai voté pour.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur l'octroi d'une autorisation des utilisations du phtalate bis-(2-éthylhexyle), le DEHP. Le DEHP est un produit dangereux, des alternatives existent, il peut ne pas être autorisé pour les applications visées dans les biens de grande consommation.

J'ai également soutenu les amendements rappelant les malformations génitales dont souffrent les nouveau-nés exposés in utero au DEHP, et soulignant que la santé publique prime les objectifs de recyclage.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – Considero inaceptable la autorización de uso para el DEHP, una sustancia cuya toxicidad como alterador endocrino está ampliamente demostrada —pudiendo producir cánceres, malformaciones e infertilidad, entre otros efectos adversos sobre la salud. Una iniciativa, además, que confirma, junto a la parálisis en la regulación de los alteradores endocrinos, que la Comisión antepone los intereses de las multinacionales a la salud pública en este ámbito.

Esta autorización no puede justificarse por razones técnicas, considerando la existencia de substitutivos de esta sustancia química, y pone en riesgo la salud de los trabajadores expuestos a ella. Se trata de un grave antecedente y, por ello, he votado a favor de la propuesta de Resolución.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Zdraví nebezpečné ftaláty by neměly ohrožovat spotřebitele. Je ale otázka odborná a ne politická, co je nebezpečným ftalátem.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – DEHP je uključen u Uredbu (EZ) br. 1907/2006 (Uredba REACH) zbog svoje klasifikacije kao reproduktivno toksična tvar kategorije 1B. Komisija odgovara europskoj javnosti kada je u pitanju zaštita građana i okoliša od opasnih kemikalija. Nacrt provedbene odluke Komisije prekoračuje ovlasti predviđene Uredbom, stoga sam podržala prigovor zastupnika Europskog parlamenta jer smatram da je utemeljen te da Komisija treba povući svoj nacrt provedbene odluke i Odboru podnijeti novi nacrt o odbijanju zahtjeva za autorizaciju sastava recikliranog mekog PVC-a koji sadrži DEHP.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Bis(2-etilheksil)ftalāts (DEHP) ir organisks ķīmiskais savienojums, kuru pielieto kā plastifikatoru. Pat ņemot vērā to, ka Francija un Dānija aizliedza šī savienojuma pielietošanu ķīmiskā ražošanā pie sevis, nesagaidot attiecīgo Eiropas Savienības tiesību aktu, ES teritorijā kopumā DEHP joprojām ir ļoti plaši izmantota substance (ap pusi plastiku rūpniecības nozarē), kurai diemžēl pagaidām nav pilnvērtīga aizvietošana.

Eiropas Komisija jau gandrīz 5 gadus tā vai citādāk plāno krietni ierobežot vai pilnībā aizliegt DEHP pielietošanu. Viens no primāriem iemesliem – potenciāls kaitējums, ko šī substance var nodarīt, piemēram, bērniem, kad tie nereti bāž savā mutē dažādas rotallietas un citus objektus. Pastāv arī potenciāls kaitējums auglības ziņā, attiecībā uz nieru funkcionēšanu, kā arī medicīnisko instrumentu pielietošanas gadījumos.

Citiem vārdiem, perspektīvā būtu visai loģiski atteikties no DEHP pielietošanas, bet jābūt racionālai korelācijai starp vēlmi aizsargāt mūsu iedzīvotājus un patērētājus – pirmkārt, mazus bērnus – un ekonomikas attīstību tajā ziņā, ka joprojām nav, kā jau augstāk tika minēts, pilnvērtīga aizvietoējuma šim ftalāta tipam.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Európsky parlament zamietol návrh Európskej komisie na udelenie povolenia pre zloženie recyklovaného mäkkého PVC s obsahom bis(2-etylhexyl)-ftalátu (DEHP). Táto látka bola už v roku 2006 zaradená pre svoje zloženie a účinky ako toxická látka pre reprodukciu. Je pritom zarážajúce, že napriek existencii vhodných alternatív DEHP žiadateľ nepredložil ich komplexnú analýzu na použitie, ktoré bolo uvedené v žiadosti.

EP upozornil na povinnosť ochrany zdravia ľudí a životného prostredia. To bol jednoznačný dôvod, prečo Európsky parlament vyzval Komisiu, aby predložila nový návrh, ktorým žiadosť o povolenie používania DEHP zamietne.

Νότης Μαρίας (ECR), *γραφικώς*. – Ψηφίζω υπέρ την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την εκτελεστική απόφαση της Επιτροπής για τη χορήγηση άδειας για χρήσεις φθαλικού δι (2-αιθυλοεξυλο) εστέρα (DEHP) δυνάμει του κανονισμού (ΕΚ) αριθ. 1907/2006 του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette opposition. Il s'agit d'une procédure d'objection qui permet à un député de s'opposer à un acte d'exécution. Ici, le rapporteur s'oppose à l'autorisation d'utilisation du DEHP. Ce produit est un dérivé du phtalate, et est présent dans de nombreux objets du quotidien. Il se diffuse par contact, et est reconnu pour ses propriétés de perturbateur endocrinien.

À noter que l'enjeu se situe à un autre niveau: la Commission européenne refuse obstinément de faire une proposition sur ces perturbateurs endocriniens à la suite de pressions des États-Unis et de l'OMC. En effet, une telle réglementation européenne aurait des conséquences sur le commerce mondial et freinerait les «importations européennes de produits issus de l'agriculture américaine».

La santé des citoyens semble donc secondaire aux yeux de la Commission. Nous nous opposons à cette attitude.

David Martin (S&D), *in writing*. – I supported this resolution, which makes it clear that the EU should not authorise the recycling of plastics that contain the banned softener diethylhexyl phthalate (DEHP), to make soft PVC items such as footwear and floor coverings, because it poses a reproductive toxicity threat to exposed workers and could render their male foetuses sterile.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le bis(2-ethylhexhyl) phthalate (DEHP) est une substance qui permet d'augmenter la flexibilité des plastiques. Son action en tant que perturbateur endocrinien a été reconnue de même que ses effets irréversibles sur le développement et la reproduction.

Pourtant le comité d'analyse socio-économique a conclu que «les avantages socio-économiques découlant des utilisations couvertes par la demande l'emportaient sur les risques découlant de ces utilisations pour la santé humaine» permettant ainsi à la Commission d'autoriser l'utilisation de cette substance par acte d'exécution.

Le rapport qui nous est soumis s'oppose à cette décision en raison de la haute toxicité de cette substance et de l'existence d'un large éventail de substances de remplacement du DEH. Je vote pour ce rapport.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – L'objet du texte est de faire obstacle à l'autorisation de mise sur le marché du DEHP, un perturbateur endocrinien. Ce produit est présent dans de nombreux éléments du quotidien constitués de PVC recyclé.

Pour l'instant, la Commission refuse de faire une proposition sur les perturbateurs endocriniens. Dès lors, les seuls leviers dont disposent les parlementaires sont les objections aux actes délégués et d'exécution.

En effet, les enjeux commerciaux sont forts et la Commission ne montre que peu d'intérêt pour la cause sanitaire et les citoyens. Naturellement donc, le député soutient cette objection.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei a favor da proposta de resolução sobre o projeto de decisão de execução XXX da Comissão que concede uma autorização para utilizações de ftalato de bis (2-etil-hexilo) (DEHP) ao abrigo do Regulamento (CE) n.º 1907/2006 do Parlamento Europeu e do Conselho.

O DEHP deve ser identificado como uma substância que suscita uma grande preocupação. O DEHP preenche os critérios previstos no artigo 57.º, alínea f), do Regulamento REACH, por ser uma substância com propriedades de desregulação endócrina, em relação à qual existem provas científicas de que é suscetível de provocar efeitos graves na saúde humana.

É extremamente importante que os cidadãos da UE estejam cientes do perigo destas substâncias.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – DEHP is classified under EU law as toxic to reproduction, and Member State representatives in the EU Chemicals Agency are unanimous about its endocrine disrupting properties. Therefore I chose to vote in favour of the objection to authorise DEHP's use.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Je salue le rejet par le Parlement européen du projet de décision de la Commission relative au recyclage de plastique contenant du DEHP.

Je me joins à la majorité de mes collègues qui ont traduit dans leur vote leur inquiétude quant à ce phtalate reconnu pour sa capacité à perturber le système endocrinien. Puisque cette substance chimique est considérée comme «très préoccupante» en vertu du règlement REACH et dans la mesure où les effets des perturbateurs endocriniens sur la santé humaine doivent être pleinement pris en considération, les lacunes de la demande d'autorisation ont convaincu le Parlement de s'opposer à la proposition de la Commission.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – DEHP je známa toxická látka vzbudzujúca značné obavy vzhľadom na svoju toxicitu pre reprodukciu a narušenie endokrinného systému v životnom prostredí. Máme stále viac dôkazov o nepriaznivých účinkoch látky na človeka, napriek tomu sa táto látka využíva v každodenných produktoch. Keďže látka nie je chemicky viazaná na plast, ľahko uniká do prostredia, čo pokladám za alarmujúcu skutočnosť. Spoločnosti nedokázali zabezpečiť dostatočnú mieru kontroly vystavenia rizikám, ani preukázať či sociálno-ekonomický prínos prevyšuje tieto zdravotné riziká. Existujú i bezpečnejšie alternatívy, avšak nebola predložená komplexná analýza alternatív na trhu. Parlament preto žiada Komisiu o predloženie nového návrhu.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report on objection pursuant to Rule 106: granting an authorisation for uses of bis(2-ethylhexyl) phthalate (DEHP). DEHP is a phthalate, a group of 'gender-bending' chemicals which cause the males of species to become more female. These chemicals have disrupted the endocrine systems of wildlife, causing breast and testicular cancers, birth malformations and infertility, to name just a few. Moreover, it is also a suspected carcinogen and a neuro and immune toxicant. DEHP in PVC is widely used in everyday products in a very wide range of PVC consumer articles such as artificial Christmas trees, textiles, furniture, shoes, building materials, etc. Furthermore, it is still the chemical that is most commonly notified to the EU RAPEX system as posing a chemical risk. Safer alternatives are available. Alternatives for the uses of DEHP in PVC and for the uses of PVC containing DEHP products and articles are available on the European market, including alternative substances, materials, processes and technologies.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A DEHP-t a PVC-ben széles körben alkalmazott anyag, ami azonban kémiaiilag nem kötődik a műanyaghoz, és így könnyen kiszivárog a környezetbe. Tudományos bizonyíték áll rendelkezésre a DEHP endokrin rendszert károsító hatásáról és e hatás és az emberi egészségre gyakorolt kedvezőtlen hatások közötti okozati kapcsolatról. A Bizottság végrehajtási határozattervezetet nyújtott be, amely a DEHP-t tartalmazó újrahasznosított lágy PVC felhasználására vonatkozó engedély megadására irányuló kérelmeket megengedően kezelné.

A Parlament Környezetvédelmi, Közegészségügyi és Élelmiszer-biztonsági Bizottsága jelentésében rámutat, hogy álláspontja szerint a bizottsági végrehajtási határozat tervezete túllépi az 1907/2006/EK rendeletben meghatározott végrehajtási hatásköröket, ezért azt javasolja, hogy a Parlament hívja fel a Bizottságot a végrehajtási határozattervezet visszavonására és új tervezet benyújtására, amely elutasítja az engedély megadására vonatkozó kérelmeket a DEHP-t tartalmazó újrahasznosított lágy PVC-re vonatkozóan. Az előterjesztést támogattam.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour objet de faire obstacle à l'autorisation de mise sur le marché du DEHP (un dérivé du phtalate), qui est un perturbateur endocrinien.

Lors de sa précédente demande, il n'avait pas obtenu l'autorisation de mise sur le marché en raison de son risque reprotoxique. Aujourd'hui, la Commission souhaite l'autoriser. Or, ce produit, présent dans de nombreux produits du quotidien (en particulier les produits à base de PVC recyclé), est facilement transmissible par contact.

Il est évident que les pressions à la fois internes et externes (États-Unis et OMC poussent à l'autorisation de cette substance au nom du commerce international), expliquent en partie la position de la Commission qui rechigne à formuler une proposition sur les perturbateurs endocriniens. Les Américains se sont par ailleurs émus d'une éventuelle interdiction des perturbateurs endocriniens dans l'Union européenne qui menacerait les importations européennes de produits issus de l'agriculture américaine.

En clair, la santé publique est reléguée au second plan, au nom du libre-échange. J'ai donc voté pour ce rapport critique.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte, qui s'oppose à l'utilisation du phtalate bis-(2-éthylhexyle) (DEHP) dans l'Union européenne.

L'Agence européenne des produits chimiques n'a pas pu démontrer l'innocuité de ce produit toxique dont il a en revanche été prouvé qu'il peut avoir des effets nocifs sur le système reproductif. Il convient par conséquent de maintenir son interdiction et de privilégier les alternatives existantes pour un usage industriel.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this report that will grant authorisation based on several legal conditions of use for the following substance: bis(2-ethylhexyl) phthalate (DEHP).

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem námitku proti udělení povolení k používání bis(2-ethylhexyl)-ftalátu (DEHP). Nařízení o registraci chemických látek (REACH) tuto látku označuje jako látku vzbuzující vážné obavy, ale umožňuje její používání za podmínky získání povolení od Evropské komise postupující v těsné součinnosti s Evropskou chemickou agenturou. Žádostem, které byly předmětem hlasování o námitce, vytýkám příliš široké vymezení průmyslového užití, takže nelze spolehlivě provést analýzu rizik a vyloučit škodlivé účinky. Dospěl jsem spolu s většinou mých kolegů k závěru, že žadatelé nebyli s to prokázat, že dostatečně kontrolují rizika spojená s užíváním DEHP. Udělení povolení by tak podle mého názoru znamenalo vystavit zdravotnímu riziku nejenom pracovníky, kteří s touto látkou přicházejí do kontaktu, ale potenciálně i všechny občany, kteří se s touto látkou mohou setkat ve výrobcích běžné spotřeby.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe der Ablehnung gemäß Art. 106 der Geschäftsordnung zugestimmt, da ich die Verwendung von Diethylhexylphthalat für äußerst gefährlich halte und prinzipiell ablehne.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Võttes arvesse, et DEHP on ohtlik ning avaldab kahjulikku mõju keskkonnale ja inimese tervisele, tuleb selle kemikaali levikut reguleerida.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Balsavau už ši pranešimą. Manau, kad Komisija turėtų nesuteikti teisės verslo subjektams naudoti Bis (2-etilheksil) ftalatą.

Atkreiptinas dėmesys į tai, kad ši cheminė medžiaga yra pavojinga ir siejama su nevaisingumu, vėžiniais susirgimais, neigiamu poveikiu smegenims. Be to, yra pateikta mokslinių įrodymų apie neigiamą poveikį endokrininės sistemos veiklai ir šios veiklos bei neigiamo poveikio žmonių sveikatai priežastinį ryšį.

Pažymėtina, kad suteikus leidimą atsirasų labai netinkamas precedentas būsimiems sprendimams dėl leidimo suteikimo pagal REACH reglamentą. Todėl šios cheminės medžiagos naudojimas turėtų būti skubiai išbraukiamas iš visų likusių paraiškų, kad būtų užtikrinta tinkama žmonių apsauga ir pašalintas neigiamas poveikis jų sveikatai.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the resolution Authorisation for uses of bis(2-ethylhexyl) phthalate (DEHP). We recognise the sensitivity and the importance of this issue and we believe that each Member State should decide in what measure the prohibition should take place.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ringrazio il relatore per il lavoro svolto e voto favorevolmente.

Alojz Peterle (PPE), *pisno*. – Ugovor zoper dovoljenje za uporabo snovi DEHP za produkcijo mehkega PVC sem podprl zaradi škodljivih učinkov za zdravje delavcev pri proizvodnji PVC, ki bi jih lahko povzročila uporaba DEHP.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Di (2-etilheksil) ftalat (DEHP) kao reproduktivno toksična tvar kategorije 1B nalazi se na popisu tvari Uredbe REACH upravo zbog svojih reproduktivno toksičnih svojstava. Također, tvar predstavlja potencijalnu opasnost za ljudsko zdravlje jer se nakuplja u tijelu (bioakumulativan je) te utječe na endokrini sustav. Najizloženiji negativnom djelovanju toga spoja su trudnice i mala djeca. Taj spoj koristio se kao omekšivač plastike u proizvodnji umjetnih jelki, stolnjaka, podnih pločica, tuš zavjesa, vrtnih crijeva, odjeće za kišu, lutaka, igračka, cipela, medicinske opreme (cijevi, katetera, vrećica).

Zahtjev za produženje korištenja te tvari u proizvodima od reciklirane plastike nije dobro rješenje jer bi omogućio zadržavanja te tvari u ciklusima proizvoda. Podržala sam ovu rezoluciju jer smatram potrebnim onemogućiti daljnju autorizaciju te tvari. Na taj način, ta će toksična tvar izaći iz uporabe na europskom tržištu i proizvodnih ciklusa što je svakako važno u kontekstu dolazećeg paketa propisa o kružnom gospodarstvu.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport a pour objet de faire obstacle à l'autorisation de mise sur le marché du DEHP (un dérivé du phtalate) qui est un perturbateur endocrinien. Lors de sa précédente demande, il n'avait pas obtenu l'autorisation de mise sur le marché en raison de son risque reprotoxique. Aujourd'hui, la Commission souhaite l'autoriser. Or, ce produit, présent dans de nombreux produits du quotidien (en particulier les produits à base de PVC recyclé) est facilement transmissible par contact.

Il est évident que les pressions à la fois internes et externes (les États-Unis et l'OMC poussent à l'autorisation de cette substance au nom du commerce international), expliquent en partie la position de la Commission qui rechigne à formuler une proposition sur les perturbateurs endocriniens. Les Américains se sont par ailleurs émus d'une éventuelle interdiction des perturbateurs endocriniens dans l'Union européenne qui menacerait les importations européennes de produits issus de l'agriculture américaine.

En clair, la santé publique est reléguée au second plan, au nom du libre-échange. J'ai donc voté pour ce rapport critique.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Podržavam prijedlog da se podnese novi nacrt o odbijanju zahtjeva za autorizaciju sastava recikliranog mekog PVC-a koji sadrži DEHP s obzirom na njegovu štetnost u pogledu reproduktivno toksičnih svojstava te endokrine disrupcije kod nekih životinja. U skladu sa temeljnim ciljevima Uredbe REACH – zaštita zdravlja ljudi i okoliša, promicanje alternativnih metoda za procjenu opasnosti tvari te povećanje konkurentnosti i inovativnost – s obzirom na široku rasprostranjenost ove tvari u svakodnevnoj uporabi i potrošnji te budući da nije dokazano da bi neizdavanje autorizacije rezultiralo društvenim i ekonomskim troškovima, podržavam ovaj prijedlog kao neophodan za zaštitu okoliša, ljudi te životinjskog svijeta.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržavam prijedlog rezolucije podnesen u skladu s člankom 106. stavcima 2. i 3. Poslovnika o nacrtu provedbene odluke Komisije XXX o izdavanju autorizacije za korištenje di-(2-etilheksil) ftalata (DEHP) u skladu s Uredbom (EZ) br. 1907/2006 Europskog parlamenta i Vijeća kolega Pavela Poca, Kateřine Konečná i Basa Eickhouta. DEHP je tvar za koju postoji jednoglasan sporazum država članica da je radi svojih svojstava utvrđen kao reproduktivno toksična tvar kategorije 1B što potvrđuju mehanistički nalazi.

Također, postoje znanstveni dokazi o štetnosti te tvari i o uzročnoj vezi između tog djelovanja i štetnih učinaka na zdravlje ljudi. Smatra se vrlo opasnom tvari jer može prouzročiti nepovratne posljedice na razvoj i reprodukciju, a štetni se učinci mogu pojaviti i u kasnijoj životnoj dobi, iako je od izloženosti prošlo određeno vremensko razdoblje. Mišljenje Odbora za socioekonomsku analizu pokazuje da izvještaj temeljem kojeg je podnesen zahtjev za izdavanje autorizacije sadrži znatne nedostatke, uključujući nedostatak procjene učinka na zdravlje kojom bi se utvrdio preostali rizik.

Slažem se s prigovorom kolega zastupnika, obzirom da se štetni učinci mogu odraziti na kvalitetu života europskih državljana te okoliš za što su odgovorne institucije EU-a.

Miroslav Poche (S&D), *písemně*. – Jednoznačně podporuji usnesení Evropského parlamentu, kterým důrazně vyzývá Komisi, aby stáhla svůj návrh prováděcího rozhodnutí a předložila nový návrh, kterým zamítne žádosti o povolení formulace recyklovaného měkčeného PVC obsahujícího DEHP. Evropská unie musí udělat vše pro to, aby ochránila zdraví svých občanů. Nemůžeme připustit žádné kompromisy, nelze v tomto ohledu podlehnout tlakům businessu, který vnímá využívání DEHP optikou nízkých výrobních nákladů. DEHP je obsažen v PVC a je běžně používán ve výrobcích každodenní spotřeby, jako jsou oděvy, nábytek a stavební materiály. Jelikož není chemicky vázán na umělé hmoty, snadno se uvolňuje do okolního prostředí. Jde přitom o látku „reprotoxickou“, která narušuje správné fungování hormonálního systému a je obzvláště nebezpečný pro těhotné ženy. Musíme alespoň zajistit, aby evropské výrobky DEHP neobsahovaly. Je proto potřeba určit i jasná pravidla pro recyklaci takových výrobků, zvláště recyklaci plastů.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem námitku vůči povolení, přestože se dotýká i jedné z českých firem. Jsem totiž přesvědčen, že při používání tohoto ftalátu DPEH může hrozit reální hrozba pro veřejné zdraví a životní prostředí. Navíc se domnívám, že navrhovatelé povolení přesvědčivě nepodložili, že budou schopni popsaná rizika kontrolovat.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette objection, car je m'oppose à l'octroi d'une autorisation pour ce produit appelé DEHP. L'Agence européenne responsable de l'octroi des autorisations n'a pas été en mesure de démontrer totalement que ce produit n'était pas toxique. Il existe pourtant des alternatives.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – Today UKIP voted against the resolution Authorisation for uses of bis(2-ethylhexhyl) phthalate (DEHP). We recognise the sensitivity and the importance of this issue and we believe that each Member State should decide in what measure the prohibition should take place.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – En 1999, lors de mon arrivée au Parlement européen, l'Union européenne interdisait l'utilisation de six phtalates dans les jouets pour enfants, dont le plus commun d'entre eux, le DEHP.

Ce composant chimique, dérivé de l'acide phtalique, est utilisé comme plastifiant et a été évalué comme perturbateur endocrinien, donc dangereux pour la santé humaine. Cette caractéristique justifie qu'en 2005, l'interdiction a été étendue à tous les articles de puériculture en PVC souple contenant des phtalates.

Le Parlement européen a, ce midi encore, tiré la sonnette d'alarme concernant l'utilisation massive du DEHP dans des objets du quotidien en adoptant une résolution s'opposant à l'autorisation du recyclage des matières plastiques contenant le plastifiant DEHP pour la production de PVC. Et ce, contrairement à l'avis de la Commission européenne qui y serait favorable. Les motifs avancés sont d'ailleurs peu convaincants: la technique du recyclage justifierait le fait de continuer à utiliser des substances dont les déchets peuvent être dangereux et une autorisation de commercialisation permettrait aux fabricants de réduire leurs coûts de production.

Pour les députés européens, nul doute qu'autoriser la production de PVC contenant du DEHP serait un précédent très regrettable pour les futures décisions d'autorisation prises au titre du règlement REACH.

Michèle Rivasi (Verts/ALE), *par écrit*. – Le Parlement a adressé un message clair à la Commission en refusant le recyclage du DEHP.

Parce qu'elles estimaient qu'il serait trop cher d'utiliser du plastique PVC sans DEHP (phtalate), trois entreprises avaient demandé à pouvoir recycler ce plastique même quand il contient cette substance dangereuse. En évaluant la demande de ces entreprises, l'Agence européenne des produits chimiques (ECHA) a clairement mis en évidence l'effet désastreux du DEHP sur le système hormonal.

L'ECHA a montré les conséquences irréversibles pour le fœtus et les risques de développer le syndrome de dysgénésie testiculaire (malformation du pénis et non descente des testicules dans les bourses entraînant bien souvent une baisse de la qualité du sperme) si une femme enceinte est exposée, ne serait-ce qu'un seul jour, par son travail dans une usine de recyclage de PVC contenant du DEHP.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté contre la proposition de la Commission d'autoriser trois compagnies de recyclage européennes à recycler des matières plastiques contenant l'additif flexibilisant appelé «DEHP» dans la production de PVC. Le DEHP possède des propriétés perturbant le système endocrinien et il existe des preuves scientifiques quant à son effet néfaste sur la santé humaine, entraînant des cas d'infertilité masculine chez les travailleurs exposés.

De plus, j'insiste sur le fait que l'autorisation de la substance se base sur l'évaluation des bénéfices socioéconomiques sans fournir d'évaluation d'impact sur la santé de travailleurs, ni d'analyse complète de solutions alternatives disponibles sur le marché. Enfin, l'argument de la promotion du recyclage ne justifie en rien l'utilisation de substances dangereuses et il serait inacceptable de tolérer un tel risque d'infertilité au seul motif de l'avantage économique.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – El DEHP está incluido en el anexo XIV del Reglamento REACH, debido a su clasificación como sustancia tóxica para la reproducción. De hecho, era uno de los primeros seis compuestos que debían desaparecer gradualmente en virtud del Reglamento.

El 12 de noviembre, la Comisión Europea presentó un proyecto de acto de ejecución sobre el DEHP. Según el dictamen del Comité de Evaluación de Riesgos, los solicitantes de la concesión de autorización no demostraron que los riesgos para la salud de los trabajadores derivados de los usos solicitados estén adecuadamente controlados de conformidad con el Reglamento REACH y que no procedía conceder la autorización sobre esta base. Asimismo, el Comité de Análisis Socioeconómico confirmó que existían deficiencias significativas en el análisis socioeconómico del solicitante, incluida la total falta de una evaluación del impacto sobre la salud en la que se identificara el riesgo para los trabajadores.

Por ello, he apoyado la propuesta de Resolución del Parlamento que considera que el proyecto de Decisión de Ejecución de la Comisión excede de las competencias previstas en el Reglamento (CE) n.º 1907/2006 y que demanda su retirada y la presentación de uno nuevo que rechace las solicitudes de autorización.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Dès 2000, la communication (COM(1999)0706) de la Commission européenne au Conseil et au Parlement européen sur une stratégie communautaire concernant les perturbateurs endocriniens inscrit le DEHP à l'annexe 1 qui dresse la liste de 553 substances candidates dont il apparaît qu'elles exercent une action perturbant le système endocrinien. Le DEHP est une substance toxique pour la reproduction. L'exécutif européen se devant de protéger les citoyens européens et leur environnement des produits chimiques dangereux, j'ai voté pour que la Commission européenne retire son projet de demande d'exécution.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta proposta de resolução visa objetar a um projeto de decisão de execução da Comissão, que autoriza a utilização desta substância química tóxica – DEHP – de forma continuada, através da sua utilização, por mais 7 anos, em materiais reciclados.

Sabe-se que a substância DEHP integra a lista de produtos químicos industriais usados em plásticos, cosméticos e outros tipos de produtos para consumo e é considerada uma substância tóxica, capaz de causar problemas à saúde humana.

Por essa razão, concordo com a aprovação desta proposta de objeção relativamente à utilização desta substância, não só pela sua toxicidade, como pelo facto de, em termos formais, ser algo que extrapola a esfera de competências de execução previstas no Regulamento (CE) n.º 1907/2006, pelo que apoio a posição do relator no sentido de retirar o projeto de decisão da Comissão e apresentar um novo projeto de indeferimento dos pedidos de autorização para a formulação de PVC flexível reciclado que contenha DEHP.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette objection.

En votant ce texte, nous nous opposons à l'octroi des utilisations d'une autorisation du phtalate de bis-(2-éthylhexyle) (DEHP), très toxique, et pour lequel certaines alternatives plus sûres pour la santé existent.

En effet, l'Agence européenne des produits chimiques n'a pas été capable dans son rapport de démontrer la totale innocuité de ce produit et la possibilité de garantir et de contrôler sa bonne utilisation.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'obiezione a norma dell'articolo 106 del regolamento concernente la concessione di un'autorizzazione per gli usi del di-2-etililftalato (DEHP) in quanto questa sostanza, dopo vari studi scientifici, è risultata tossica e pericolosa per la salute dei cittadini europei. Pertanto ritengo giusta la decisione del Parlamento europeo di respingere la domanda di autorizzazione per l'utilizzo e il riciclaggio di materiali contenenti DEHP proposta dalla Commissione europea.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución, no vinculante, que pide a la Comisión que no autorice el DEHP (Dietil hexil ftalato). Es una sustancia tóxica muy conocida. Se ha propuesto incluirla en la lista de sustancias de alta preocupación por sus efectos de alteración endocrina. Se encuentra en el anexo XIV del Reglamento REACH debido a su toxicidad para el sistema reproductor. El DEHP es un ftalato, un grupo de sustancias químicas que ocasionan la feminización de machos de las especies expuestas. Estas sustancias afectan al sistema endocrino de la fauna y, potencialmente, también al de los humanos.

Puede ocasionar cáncer de mama y testículos, malformaciones congénitas e infertilidad, entre otros efectos adversos sobre la salud. Debido a sus propiedades alteradoras del sistema endocrino, no se puede fijar un umbral seguro de exposición para el DEHP con suficiente certeza. Profesionales del medio ambiente, de la salud, médicos, defensores de la prevención del cáncer, se han unido a organizaciones de mujeres y organizaciones médicas para oponerse con contundencia a la autorización del DEHP en materiales de PVC, debido a su gran toxicidad. La reglamentación europea ya ha restringido su uso en juguetes y artículos de cuidado infantil.

Daciana Octavia Sârbu (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution by the Environment Committee and was glad to see that it had the overwhelming support of my colleagues. There are very real concerns about the health implications of DEHP. Identified as toxic to reproduction and an endocrine disrupter affecting the environment, it is very worrying that the Commission granted a broad authorisation for a substance associated with birth defects and abnormalities. The aim of the REACH regulation is to ensure a high level of protection of human health and the environment, yet the widespread use of this substance would likely pose a threat to both. There is no justification for this authorisation, especially considering that safe alternatives are available.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Podpořila jsem výzvu Evropského parlamentu směrem ke Komisi, aby stáhla příslušný návrh prováděcího rozhodnutí a místo něj zakázala recyklaci plastů obsahujících toxický ftalát DEHP pro další využití, protože tato toxická látka představuje konkrétní a odbornou veřejností pojmenovaná zdravotní rizika. Ani myšlenka recyklace materiálů, kterou obecně podporuji, by neměla ospravedlňovat další používání látek s nebezpečnými dopady. Věřím, že se k dnešnímu postoji Evropského parlamentu připojí i členské státy a Komise návrh žádosti o povolení formulace recyklovaného měkčeného PVC obsahujícího DEHP zamítne.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Considero inaceptable la autorización de uso para el DEHP, una sustancia cuya toxicidad como alterador endocrino está ampliamente demostrada —pudiendo producir cánceres, malformaciones e infertilidad, entre otros efectos adversos sobre la salud. Una iniciativa, además, que confirma, junto a la parálisis en la regulación de los alteradores endocrinos, que la Comisión antepone los intereses de las multinacionales a la salud pública en este ámbito.

Esta autorización no puede justificarse por razones técnicas, considerando la existencia de substitutivos de esta sustancia química, y pone en riesgo la salud de los trabajadores expuestos a ella. Se trata de un grave antecedente y, por ello, he votado a favor de la propuesta de Resolución.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Votei a favor da objeção apresentada pelos relatores, porque não me parece justo atribuir a permissão de uso de DEHP a um reduzido número de recicladores, o que terá um impacto negativo nos recicladores europeus, prejudicará a inovação e a competitividade na Europa e resultará na perda de credibilidade que o setor da reciclagem apresenta.

Sabe-se que o DEHP é uma substância tóxica bem conhecida. O DEHP é amplamente usado, e tanto os cidadãos da UE, como o ambiente, estão expostos. No entanto, existem alternativas seguras.

Os proponentes não cumpriram todas as condições para que a autorização seja concedida, e 90% do processo de pedido de autorização foi classificado como confidencial pelos proponentes, com o consentimento da Agência Europeia de Substâncias Químicas. Apesar de compreender o interesse do segredo industrial em situações excecionais, considero prioritário e determinante que a indústria atue de forma clara e transparente.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this objection, because if the ban was introduced immediately, it could be damaging to UK industry.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Zastávam názor, že prijatie legislatívy povoľujúcej používanie bis(2-etylhexyl)-ftalátu (DEHP) zo strany Komisie nebolo šťastným krokom, a to najmä pre prevládajúce obavy ohľadne škodlivosti tejto látky. Preto som bol za návrh námietky, ktorou Európsky parlament vyzýva Komisiu, aby stiahla svoj návrh vykonávacieho rozhodnutia a aby predložila nový návrh o zamietnutí žiadostí o povolenie recyklovaného mäkkého PVC s obsahom DEHP.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporujem stanovisko EP, ktoré vyzýva Komisiu, aby stiahla svoje vykonávacie rozhodnutie a aby predložila nový návrh, ktorým sa zamietne žiadosť o povolenie pre zloženie recyklovaného mäkkého PVC s obsahom DEHP. Látka DEHP je obsiahnutá v mnohých druhoch PVC široko používaných v každodenných spotrebiteľských výrobkoch, ako napríklad textil, nábytok a stavebný materiál. Táto látka je chemicky viazaná na plasty, a teda ľahko uniká do prostredia. Voči používaniu DEHP by sme však mali byť obozretní, pretože súčasné vedecké dôkazy nasvedčujú, že vystavovanie sa týmto zlúčeninám v citlivom období môže mať vážne dopady na zdravie ľudí, najmä môže mať vážne účinky na reprodukciu. Navyše nepriaznivý vplyv na ľudský život spôsobený vystavením počas

počiatkových fáz životného cyklu sa môže prejaviť až v neskorších etapách života. Ftaláty, o ktorých je známe, že narušujú endokrinný systém a sú toxické pre reprodukciu, by sa nemali objavovať v produktoch, ktoré sú voľne dostupné verejnosti a môžu sa s nimi stretnúť aj deti. Komisia zodpovedá aj za ochranu občanov a životného prostredia pred nebezpečnými chemickými látkami. Preto je nepredstaviteľné, že by inovácie vo výrobe produktov nadradila nad zdravie človeka.

Michaela Šojdrová (PPE), *písomne*. – Pri hlasovaní o námitke Európskeho parlamentu, jež požadovala zrušenie výnimky umožňujúcej používanie bis(2-ethylhexyl)-ftalátu (DEHP) vo výrobe, som sa zdržela a túto námitku nepodpořila. Môj postoj bol motivovaný jednoznačným stanoviskom ČR a také Európskej komise, ktoré sme svěřili pravomoc v této záležitosti přijímat podzákonné normy. V tuto chvíli neexistují žádné vážné důvody pro zákaz DEHP. Naopak by takový krok uškodil výrobcům, kteří pro tuto látku zatím nemají komerčně akceptovatelnou alternativu. Je ovšem zřejmé, že do budoucna je nutné podpořit vývoj právě těchto alternativ, aby výjimka pro DEHP mohla jednoho dne v EU skončit.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podrřavam ovo izvješće budući da Komisija u nacrtu provedbene odluke o označavanju di-(2-etilheksil) ftalata (DEHP), dibutil ftalata (DPB), benzil butil ftalata (BBP) i diizobutil ftalata (DIPB) kao posebno zabrinjavajućih tvari prema članku 57. točki (f) Uredbe (EZ) br. 1907/2006 Europskog parlamenta i Vijeća nastoji DEHP označiti kao posebno zabrinjavajuću tvar.

Nadalje podrřao sam prijedlog jer podnositelji zahtjeva nisu na temelju informacija dostupnih u zahtjevima dokazali da se rizici za zdravље radnika koji proizlaze iz uporaba za koje se zahtjev podnosi kontroliraju na primjeren način, u skladu s člankom 60. stavkom 2. uredbe REACH. Također prema mišljenju Odbora za procjenu rizika nije primjereno izdati autorizaciju temeljenu na toj odredbi.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Znanstveni odbor za toksičnost, ekotoksičnost i okoliš redovito provodi istraživanja o opasnim supstancama u hrani i ostalim proizvodima, s ciljem smanjivanja rizika od oboljenja. Opasnosti za zdravље ljudi i okoliša koje proizlaze iz uporabe di (2-etilheksil) ftalata (DEHP) trebalo bi smatrati prioriteta kod periodičkog preispitivanja popisa ograničenih tvari, jer se ustanovilo kako su te visokorizične supstance posebno opasne za djecu. Navedene toksične tvari pronađene su u kozmetičkim preparatima, omekšivačima za rublje i dječjim igračkama. Stoga se predlaže postupno smanjenje upotrebe navedenih proizvoda.

Kako bi se olakřao prijelaz i ublařile moguće socioekonomske posljedice, trebalo bi odobriti primjereno prijelazno razdoblje, u kojem bi se gospodarskim subjektima omogućilo podnošenje zahtjeva za izuzeće od ograničenja tvari, u skladu s člankom 5. Direktive 2011/65/EU.

Podrřavam prijedlog Vijeća o postupnom smanjenju uporabe visokorizičnih tvari, koje se nalaze u svakodnevno korištenim proizvodima, s ciljem očuvanja zdravља ljudi i okoliša.

Richard Sulík (ECR), *písomne*. – Návrh som nepodporil, vzhľadom na to, že je v priamom rozpore s vedeckými poznatkami a v konečnom dôsledku môže životnému prostrediu viac uškodiť ako pomôcť.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφώς*. – Η χρήση του DEHP και των παρόμοιων συστατικών, προκαλούν διαταραχές ενδοκρινικής δραστηριότητας με άμεση συνέπεια στην υγεία του ανθρώπου.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Le PVC contenant du DEHP est très présent dans les produits de consommation quotidiens, tels que les textiles, les meubles et le matériel de construction. Considérant que le DEHP n'est pas chimiquement lié au plastique, il se répand donc aisément dans l'environnement.

Une demande d'autorisation devrait se concentrer sur l'utilisation de la substance et le fait que la substance soit présente dans des matériaux recyclés n'est pas à prendre en compte pour l'octroi d'une autorisation.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – This report seeks to avert the Commission's proposal to authorise the recycling of old plastics containing diethylhexyl phthalate (DEHP) into new PVC products. DEHP is a softener banned by the EU's REACH regulation. There is scientific evidence that proves its negative impact on human health, especially its toxicity to male reproduction. DEHP is dangerous for workers that manufacture the products in which it can be found, such as textiles and furniture. Moreover, it is not chemically bound to the plastic and can leak to the environment. I therefore supported the opinion that the Commission should not allow the recycling of plastics that contain DEHP.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Glasovala sam protiv prigovora o izdavanju odredbe za korištenje di-(2-etilheksil) ftalata (DEHP) jer smatram da je ovaj prigovor podnesen na temelju nerazmjernih, činjenično netočnih podataka, te da bi provedba tog prijedloga umanjila recikliranje PVC-a iako se to pokazalo sigurnim za uporabu.

Naime, cilj prigovora je odbiti nove dozvole za nastavak korištenja ove tvari u recikliranom PVC-u, te odobriti nastavak korištenja istoga samo u slučaju kada je dodan pri proizvodnji. Budući da Odbor za procjenu rizika navodi kako je minimalan rizik za potrošače upravo od artikala napravljenih od recikliranog PVC-a, držim da je ovaj prijedlog u potpunosti neutemeljen.

Osim toga, ne uzimaju se u obzir širi učinci neodobravanja korištenja DEHP-, kao što su smanjenje recikliranja te sukladno tome i povećanje zagađenja okoliša. S obzirom da proizvodnja novih PVC artikala iznosi 394 EUR po toni, a reciklaža 14 EUR po toni, smatram da bi ova zabrana predstavljala dodatni financijski teret gospodarstvima država članica, stoga je nisam podržala.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o osnutku izvedbenega sklepa Komisije XXX o dodelitvi avtorizacije za uporabo bis(2-etilheksil)ftalata (DEHP) sem podprla, saj menim, da je potrebno uporabo snovi DEHP prepovedati, ker je zdravju izredno škodljiva. S tem bi tudi spodbudili inovativnost podjetij, da uporabijo v svojih proizvodih druge snovi, ki niso škodljive zdravju in ne vplivajo na dedni material tako kot ftalati.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución, no vinculante, que pide a la Comisión que no autorice el DEHP (Dietil hexil ftalato). Es una sustancia tóxica muy conocida. Se ha propuesto incluirla en la lista de sustancias de alta preocupación por sus efectos de alteración endocrina. Se encuentra en el anexo XIV del Reglamento REACH debido a su toxicidad para el sistema reproductor. El DEHP es un ftalato, un grupo de sustancias químicas que ocasionan la feminización de machos de las especies expuestas. Estas sustancias afectan al sistema endocrino de la fauna y, potencialmente, también al de los humanos.

Puede ocasionar cáncer de mama y testículos, malformaciones congénitas e infertilidad, entre otros efectos adversos sobre la salud. Debido a sus propiedades alteradoras del sistema endocrino, no se puede fijar un umbral seguro de exposición para el DEHP con suficiente certeza. Profesionales del medio ambiente, de la salud, médicos, defensores de la prevención del cáncer, se han unido a organizaciones de mujeres y organizaciones médicas para oponerse con contundencia a la autorización del DEHP en materiales de PVC, debido a su gran toxicidad. La reglamentación europea ya ha restringido su uso en juguetes y artículos de cuidado infantil.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – La résolution a pour objectif d'empêcher l'autorisation du DEHP, un dérivé du phtalate. Il s'agit d'une objection selon l'article 106 du règlement concernant les actes d'exécution.

Ce produit est déjà identifié pour ses propriétés de perturbateur endocrinien, son risque reprotoxique. Il n'avait pas franchi les fourches caudines de l'autorisation de mise sur le marché lors d'une précédente demande. Cette fois-ci, contre toute attente, la Commission est prête à l'autoriser. Ce produit est présent dans de nombreux produits du quotidien, en particulier les produits à base de PVC recyclé, des chaussures aux fenêtres. Ce produit peut facilement se diffuser par contact. Il existe par ailleurs des solutions de substitution identifiées comme fiables.

La Commission refuse obstinément de faire une proposition sur les perturbateurs endocriniens, les travaux en cours laissent espérer une proposition pour fin 2016. Les seuls leviers dont disposent donc les parlementaires sont les objections aux actes délégués et actes d'exécution au fil de l'eau. Sous des dehors purement sanitaires, les enjeux commerciaux sont très importants. L'Union a déjà été «avertie» par les États-Unis et l'OMC qu'une réglementation sur les perturbateurs endocriniens serait mauvaise pour le commercial mondial.

On notera que la santé publique n'est que très secondaire lors de ces échanges.

Je soutiens donc cette proposition.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Rezoluția Parlamentului European referitoare la proiectul de decizie privind acordarea unei autorizații de utilizare a ftalatului urmărește, pe de o parte, să sublinieze necesitatea economico-socială a acceptării reciclării acestor materiale plastice, care sunt clar dovedite ca fiind toxice, și pe de altă parte, să contribuie la protejarea sănătății cetățenilor puternic afectați de ftalații DEHP.

Deținem, în această fază, suficiente date privind efectul cumulativ al acestor substanțe, ftalații fiind deja prezenți în țesuturile noastre la un nivel periculos, care afectează sistemul endocrin și fertilitatea. Cele mai expuse categorii sunt gravidele și copiii.

Am votat în favoarea acestei rezoluții deoarece consider necesar ca, în următoarea perioadă, Comisia Europeană să revină cu o nouă propunere care să limiteze drastic reciclarea PVC-ului ușor care conține ftalați DEHP, precum și produsele din materiale care conțin această substanță nocivă organismului uman.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A Bizottság célja, hogy a bisz(2-etilhexil)-ftalátot (DEHP), a dibutil-ftalátot (DBP), a benzil-butil-ftalátot (BBP) és a diizobutil-ftalátot (DIBP) az 1907/2006/EK európai parlamenti és tanácsi rendelet 57. cikk f) pontjának megfelelően különös aggodalomra okot adó anyagokként való azonosításáról szóló végrehajtási határozattervezet révén a DEHP-t különös aggodalomra okot adó anyagként azonosítsa. Voksommal támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución, no vinculante, que pide a la Comisión que no autorice el DEHP (Dietil hexil ftalato). Es una sustancia tóxica muy conocida. Se ha propuesto incluirla en la lista de sustancias de alta preocupación por sus efectos de alteración endocrina. Se encuentra en el anexo XIV del Reglamento REACH debido a su toxicidad para el sistema reproductor. El DEHP es un ftalato, un grupo de sustancias químicas que ocasionan la feminización de machos de las especies expuestas. Estas sustancias afectan al sistema endocrino de la fauna y, potencialmente, también al de los humanos.

Puede ocasionar cáncer de mama y testículos, malformaciones congénitas e infertilidad, entre otros efectos adversos sobre la salud. Debido a sus propiedades alteradoras del sistema endocrino, no se puede fijar un umbral seguro de exposición para el DEHP con suficiente certeza. Profesionales del medio ambiente, de la salud, médicos, defensores de la prevención del cáncer, se han unido a organizaciones de mujeres y organizaciones médicas para oponerse con contundencia a la autorización del DEHP en materiales de PVC, debido a su gran toxicidad. La reglamentación europea ya ha restringido su uso en juguetes y artículos de cuidado infantil.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution that addresses the identification of DEHP as a substance giving rise to an equivalent level of concern due to its endocrine disrupting properties in the environment. In the case of DEHP, there is scientific evidence on endocrine disrupting activity and on the causal link between this activity and adverse effects on human health. Recycling should not justify the perpetuation of the use of hazardous legacy substances, whereas DEHP is a legacy substance, and has also been recognised as such by the industry concerned and I agree with the Parliament previous motions on 'resource efficiency: moving towards a circular economy'. I strongly believe that the Commission is accountable to the European public for protecting citizens and the environment from hazardous chemicals, while promoting innovation, including in the area of safer chemicals and products to foster a resilient economy.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante esta propuesta de Resolución se pide a la Comisión que retire su proyecto de Decisión de Ejecución y que presente uno nuevo en el que rechace las solicitudes de autorización para la formulación de PVC blando reciclado que contenga DEHP, al considerarse que el proyecto de Decisión de Ejecución de la Comisión excede de las competencias previstas en el Reglamento (CE) n.º 1907/2006. Para evitar que esto suceda, creo necesario votar a favor de dicha propuesta.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Considero inaceptable la autorización de uso para el DEHP, una sustancia cuya toxicidad como alterador endocrino está ampliamente demostrada —pudiendo producir cánceres, malformaciones e infertilidad, entre otros efectos adversos sobre la salud. Una iniciativa, además, que confirma, junto a la parálisis en la regulación de los alteradores endocrinos, que la Comisión antepone los intereses de las multinacionales a la salud pública en este ámbito.

Esta autorización no puede justificarse por razones técnicas, considerando la existencia de substitutivos de esta sustancia química, y pone en riesgo la salud de los trabajadores expuestos a ella. Se trata de un grave antecedente y, por ello, he votado a favor de la propuesta de Resolución.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Gelet op het gevaar van de stof DEHP omwille van haar negatieve impact op het milieu en de menselijke gezondheid heb ik voor dit bezwaar gestemd, opdat de Europese Commissie niet zou toestaan dat kunststoffen waarin deze stof verwerkt zit, gerecycleerd kunnen worden.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Le Parlement européen a rejeté à une très large majorité (603 voix pour, 86 contre) la demande d'autoriser spécialement le recyclage de «plastiques PVC contenant du DEHP», substance chimique appartenant au groupe des phtalates servant à rendre le plastique plus flexible.

Cette substance est un perturbateur endocrinien qui dérègle le système reproductif humain. Considérée comme dangereuse, elle est progressivement retirée du marché européen depuis 2014, mais peut être utilisée sur la base d'une autorisation spécifique.

La Commission souhaitait autoriser son recyclage pour une durée de sept ans, au prétexte que les plastiques sans phtalate seraient trop coûteux alors que l'Agence européenne des produits chimiques (ECHA) qui a évalué des demandes d'entreprises a mis en évidence les conséquences désastreuses de cette substance sur le système hormonal.

Plusieurs amendements déposés par la GUE/NGL et les Verts ont renforcé la portée de ce texte, demandant notamment de supprimer dans les meilleurs délais l'utilisation du DEHP dans toutes les productions restantes.

J'ai voté en faveur de cette résolution du Parlement européen qui place la santé humaine avant la compétitivité économique.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O DEHP é uma substância tóxica bem conhecida, entre outros, pelos seus efeitos de desregulador endócrino. Infelizmente, o DEHP é amplamente usado colocando os cidadãos altamente expostos à sua toxicidade. Temos dúvidas sobre a avaliação da Agência Europeia de Substâncias Químicas (ECHA), uma vez que 90 % do processo de pedido de autorização foi classificado como confidencial pelos proponentes. Este contexto implica que informação relevante, como por exemplo os detalhes sobre a exposição e os volumes de produção, não foi divulgada.

Desta forma, não compreendemos a decisão de execução da Comissão, que propõe autorizar o uso destes produtos por mais 7 anos, e propomos ao invés a suspensão do pedido de autorização.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des Europäischen Parlamentes über die Ablehnung der Genehmigung von Verwendungen von Diethylhexylphthalat (DEHP) nach Artikel 106 GO habe ich nicht zugestimmt.

Es geht dabei um die wissenschaftliche Frage, ob man DEHP benutzen darf. Der Streit kreist um die Frage, ob es eine wissenschaftliche sicher zu bestimmende Schwelle der Schädlichkeit gibt. Ich bin bei der Entscheidung der Linie meiner Fraktion gefolgt.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφώς*. – Τοποθετήθηκα υπέρ του συγκεκριμένου ψηφίσματος της επιτροπής Περιβάλλοντος, Δημόσιας Υγείας και Ασφάλειας των Τροφίμων, το οποίο τυγχάνει της ευρύτερης αποδοχής και στήριξης των συναδέλφων της αρμόδιας επιτροπής.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Os Ftalatos são uma família de produtos químicos industriais utilizados para tornar o plástico de PVC flexível e como solventes em cosméticos e outros produtos de consumo.

Estudos referem que estes compostos químicos podem afetar o fígado, os rins, os pulmões e os sistemas hormonais e reprodutivos dos mamíferos, estando, por isso, incluídos no Regulamento REACH, devido à sua classificação como substância tóxica para a reprodução.

Esta proposta de objeção refere-se ao projeto de decisão de execução da Comissão que concede uma autorização para utilizações de ftalato de bis (2-etil-hexilo) (DEHP). Este ato de execução pressupõe uma mais ampla autorização para o uso e a formulação de PVC reciclado que contenha DEHP. Isso levaria a uma presença continuada de substâncias perigosas em produtos feitos de material reciclado – perpetuando, assim, a utilização de substâncias perigosas através de reciclagem, em vez da sua substituição.

Esta objeção considera ainda que o projeto de decisão de execução da Comissão, que propõe autorizar o uso destes produtos por mais 7 anos, excede as competências de execução previstas no Regulamento (CE) n.º 1907/2006, e solicita à Comissão que retire o seu projeto de decisão, apresentando um projeto de indeferimento dos pedidos de autorização para a formulação de PVC flexível reciclado que contenha DEHP.

Votámos favoravelmente.

Milan Zver (PPE), pisno. – Glasoval sem za Resolucijo Evropskega parlamenta o osnutku izvedbenega sklepa Komisije o dodelitvi avtorizacije za uporabo bis(2-etilheksil)ftalata (DEHP) v skladu z Uredbo (ES) št. 1907/2006 Evropskega parlamenta in Sveta (D041427 – 2015/2962(RSP)), ker poziva Komisijo, naj osnutek izvedbenega sklepa umakne in predlaga novega, v katerem bo zavrnila vloge za avtorizacijo za formulacije recikliranega mehkega PVC, ki vsebuje DEHP, saj je bilo znanstveno dokazano, da DEHP deluje kot endokrini motilec in da obstaja vzročna zveza med to aktivnostjo in škodljivimi učinki na zdravje ljudi.

10.6. Steuervorbescheide und andere Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung (A8-0317/2015 - Elisa Ferreira, Michael Theurer)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Erst einmal möchte ich mein Kompliment loswerden an den zuständigen Ausschuss, der einen hervorragenden Bericht abgegeben hat. Viele waren sich ja vornweg nicht einig, ob dieser Bericht dann überpolitisiert wird. Also ein gutes Ergebnis! Ich möchte nochmal sagen, auch ich bin wirklich daran interessiert, dass wir, wenn es um Steuern und Steuergerechtigkeit geht, die Problematik weiterverfolgen. Ich freue mich auch auf eine weitere Arbeit dieses Ausschusses, und ich freue mich auch auf weitere Ergebnisse.

Seán Kelly (PPE). – Mr President, firstly I must say that I think you always do a very good job in the Chair. I would much prefer a 'Speedy Gonzales' type of Vice-President than a dithering slowcoach, which we occasionally have as well, but I will not go into details.

Referring to this explanation of vote, regretfully – and unusually for us in Fine Gael in the EPP – we voted against our Group on a certain number of measures, and also against the final report, which is unusual. We did so because this is a very strong issue for our country, and we also think that the report goes overboard in, as they say, calling on the Commission, etcetera, to do certain things when certain investigations are going on right now.

Tax is a national competence. This has been recognised in various referendums we have had. We think, in particular, that trying to move to the Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB) is not in our interest and, therefore, we voted against the report. There are many good measures in it, but overall we think it is leaning in the wrong direction.

Andrejs Mamikins (S&D). – Varu pievienoties kolēģiem, ka tiešām Jūsu darbības stils ir ļoti korekts, bet, runājot par lietās būtību, par nodokļu nolēmumiem, gribu paziņot, ka efektīva, taisnīga nodokļu aplikšanas politika ir jebkuras valsts ekonomiskās stabilitātes stūrakmens.

Skaidrs, ka — kamēr pasaulē pastāv valstis, kuras dabas resursu bagātības dēļ varēja gandrīz pilnībā likvidēt nodokļu slogu, — Eiropas Savienībā tas nav iespējams.

Šeit mūsu dalībvalstīm ir jākorelē, kolēģi, starp visdažādākajiem nodokļu tipiem: ienākumu, sociālo, korporatīvo, akcīzes, vienas likmes, progresīvo nodokli, pievienotās vērtības nodokli, vairākiem citiem. Bet skaidrs, ka jebkuram cilvēkam ir tiesības strādāt un saņemt atalgojumu, ar kuru pēc attiecīgo nodokļu samaksas pietiktu, lai būtu iespējams pilnībā segt visus nepieciešamos izdevumus: uz pārtiku, mājokli, dažādām ģimenei nepieciešamām lietām utt.

Tas pats attiecas arī uz uzņēmumiem, lai tiem pietiktu resursu gan samaksāt nodokļus, gan strādnieku algas utt. Bet izejot no augstāk teiktā, varu paziņot, ka dokuments ir pietiekami labs, un es atbalstu to.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem se zdržel u této zprávy, nepodpořil jsem ji. A tím důvodem je to, co už také někteří moji předřečníci naznačili. Pro mě osobně je problém prosadit společný daňový základ u přímé daně, konkrétně u daně z příjmu právnické osoby.

Já jsem sem kandidoval za středopravicovou stranu v České republice, která ve svém programu měla jasně napsáno, že nebude usilovat o sjednocování sazeb a základů daní u přímých daní. Tedy musím dodržet a chci dodržet slib vůči svým voličům a zachovat a podporovat autonomii u přímých daní, autonomii jednotlivých daňových systémů. Já se stále domnívám, že zdravá konkurence jednotlivých daňových systémů v jednotlivých státech Evropské unie je přínosná. Samozřejmě nemůže mít podobu nekalé soutěže či daňového dumpingu, tak jak to dělaly některé země typu Lucemburska.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, the main constraint on a government wishing to raise taxes is international competition. You can raise your tax up to a certain point and then the money begins to flee to friendlier jurisdictions. It is a reality that is becoming more and more true as modern technology facilitates capital movement globally.

We can complain about it, we can try and legislate against it, but we cannot stop it. The only way in which we can tackle the loss of revenue as a result of tax avoidance is by making our own tax regime more attractive, which brings me to the fundamental argument against tax harmonisation. The more you centralise, the more you make it a uniform rate, the more you take away that constraint and allow governments to help themselves to more and more without any oversight.

Hands up anybody in this Chamber who thinks that harmonised taxes will be harmonised downwards?

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, essentially this to me shows that there are two honest positions in terms of membership of the European Union. You either take the federalist approach and recognise that, for everything that the European Union tries to do as a whole, it requires then to harmonise taxation, it requires then greater powers, greater centralisation, and you embrace that. It is an honest position. It is not a position that I personally share.

The other honest position is to say that actually, that is not what the United Kingdom requires; that we are better as an independent, self-governing nation, as the world's fifth largest economy; that we want to be good neighbours with Europe: we want to trade with Europe but we do not want European government. Those two positions are honest.

What I find very difficult is the third way: this idea that we can somehow be in Europe but act as a brake pedal on Europe. That is not fair on the UK; it is not fair on the rest of Europe either. We need to be honest: are we in or are we out?

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – The motion calls on the Commission to act and, in particular, to progress the Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB) by which the EU intends to harmonise taxes across the EU and thereby prohibit beneficial tax competition between Member States, and for this reason UKIP voted against.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – He votado a favor del informe final de la Comisión TAXE, originado a raíz del escándalo conocido como «LuxLeaks», porque supone un gran paso adelante en la lucha contra el fraude y la elusión fiscales, siempre que el Consejo siga las recomendaciones del documento aprobado, y que contiene los siguientes elementos principales:

- a) no limitación del intercambio automático de información a las resoluciones tributarias consideradas «transfronterizas»;
- b) obligatoriedad de realizar informes país por país por parte de las multinacionales;
- c) posibilidad de sancionar a los Estados y empresas que participan en prácticas tributarias perniciosas;
- d) reclamación a la Comisión para que se tomen las medidas legislativas necesarias al objeto de introducir la Base Común del Impuesto de Sociedades, incluyendo el elemento de consolidación;
- e) protección de los denunciantes de irregularidades empresariales;
- f) lista europea de paraísos fiscales;
- g) reforma del Grupo del Código de Conducta.

El informe también critica que el Consejo haya excluido a la Comisión del sistema de intercambio automático de información en el marco de la revisión de la Directiva de 2011.

Como socialista, esta materia es una prioridad absoluta.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – El trabajo de la Comisión TAXE ha servido para demostrar que los acuerdos fiscales presentaban una violación de las normas de competencia, además de evidenciar la complicidad de los señores Juncker y Dijsselbloem en este escándalo.

El informe, sin embargo, recoge tan solo parcialmente nuestras demandas. Por un lado, se denuncian las prácticas de elusión fiscal y se pide a la Comisión ambición en sus propuestas de transparencia y armonización fiscal. Pero muchas de estas peticiones no van más allá de las buenas intenciones y no se investigan adecuadamente los lazos entre las multinacionales culpables de elusión fiscal, los Estados miembros y la Comisión, por falta de documentos y de voluntad política. Es por ello que he decidido abstenerme.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – We voted against this report which I believe is an attack on Member States tax sovereignty. The European Parliament's special TAXE Committee report was an elaborate PR stunt which was weak on matters of importance such as the need for full transparency while simultaneously attacking the principal of national sovereignty on taxation matters.

It is my belief, that it does not serve the interests of the ordinary Irish citizen to have our sovereignty relinquished through any attempted tax harmonisation.

The report provided an opportunity for parliament to demand transparency and accountability in both the European and International Taxation system, but the majority of MEPs rejected measures that would have facilitated this.

Instead, they adopted a number of disconcerting provisions which fundamentally undermine taxation sovereignty.

Sinn Féin want tax fairness and transparency to be placed at the centre of any Taxation Legislation and this extends to ensuring that a more equitable Corporate Tax System is implemented. But all matters relating to the setting of Tax Rates must remain a matter of national competency and the European Parliament has no right to attempt to attack sovereignty in this way.

Gerolf Annemans (ENF), *schriftelijk*. – Ik heb mij van stemming over dit TAXE-verslag onthouden, en wel om de volgende reden. Ja, multinationals moeten belastingen betalen. Het kan niet zijn dat kleine en middelgrote ondernemingen en werknemers alle lasten dragen. “Ja” dus aan transparantie om belastingontduiking tegen te gaan en alle lidstaten voor hun verantwoordelijkheid te plaatsen.

Echter, ik zeg tegelijk “neen” tegen een supranationale belastingunie. Dit TAXE-verslag, met zijn CCCTB (gemeenschappelijke geconsolideerde heffingsgrondslag) is sowieso een eerste stap richting zo'n eengemaakt Europees belastingsysteem. Op dat moment haak ik af. De oplossing voor het tegengaan van schadelijke belastingpraktijken ligt bij de vergadering van staats- en regeringsleiders, niet bij de Commissie.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Als Reaktion auf die öffentliche Debatte rund um Verfahren zu verbindlichen Steuerauskünften in den Mitgliedstaaten bzw. der Luxleaks-Affäre um Steuervorteile für Konzerne in Luxemburg hatte das Europäische Parlament einen Sonderermittlungsausschuss (TAXE) eingerichtet. In dem im Plenum verabschiedeten Bericht fordert das EU-Parlament ein schärferes Vorgehen und ein härteres Durchgreifen gegen Steuervermeidung. Der effektive Steuersatz einiger multinationaler Unternehmen für die in europäischen Hoheitsgebieten erzielten Gewinne liegt bei nahezu null Prozent. Dass dies gegenüber mittleren und kleinen Unternehmen ungerecht ist, erklärt sich von selbst und schadet. Ich begrüße daher die Forderung nach einer gemeinsamen Bemessungsgrundlage für die Körperschaftsteuer sowie nach mehr Transparenz bei den bisher geheimen Vereinbarungen zwischen EU-Ländern und multinationalen Unternehmen. Damit verbunden ist auch die Forderung, dass multinationale Unternehmen aller Branchen künftig in ihren Jahresabschlüssen eine Reihe aggregierter Informationen aufgeschlüsselt nach Mitgliedstaat und Drittland, in denen eine Niederlassung besteht, offenlegen müssen. Da diese länderspezifische Berichterstattung jedoch für KMU unzumutbar wäre, freue ich mich, dass das Parlament einen Änderungsantrag der EVP angenommen hat, welcher für KMU eine Befreiung von dieser Verpflichtung vorsieht.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – La commission TAXE a rendu son rapport final sur les rescrits fiscaux et autres mesures d'optimisation fiscale agressive dans l'Union européenne. Ses travaux, à la suite de Luxleaks, ont permis plus généralement une prise de conscience sur les montages de certaines multinationales peu scrupuleuses leur permettant d'échapper à tout impôt ou presque. Le préjudice pour les finances publiques des États membres est important: 10 à 15 milliards d'euros par an pour la France par exemple. La plupart de ces montages étant illégaux, il convient de trouver de nouvelles formes de réglementation.

Ce texte formule des recommandations aux États membres et à la Commission qui s'articulent autour de la mise en œuvre de mesures de transparence et de la limitation des possibilités de rescrits et autres mesures similaires touchant la concurrence fiscale, dès lors qu'elles s'avèrent déloyales.

Au final, le rapport témoigne d'une prise de conscience, mais ne préjuge en rien des dispositions qui seront prises. Sur la directive échange de rescrits, corollaire du travail de TAXE, la position du Conseil du 6 octobre dernier s'est avérée décevante. J'ai donc voté pour, malgré quelques réserves.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui a pour objectif de lutter contre la fraude fiscale. Je suis favorable au principe selon lequel les multinationales doivent payer leurs impôts là où elles réalisent leurs bénéfices. J'estime qu'à l'heure actuelle, la concurrence fiscale des entreprises – qui incite à une planification fiscale agressive et à l'évasion fiscale, sans aucun cadre commun – est néfaste. Outre la perte de revenus publics, je considère inéquitable que les grandes entreprises paient très peu d'impôts sur leurs bénéfices alors que les citoyens et les PME doivent payer le prix plein.

Inés Ayala Sender (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe final de la Comisión TAXE, originado a raíz del escándalo conocido como «LuxLeaks», porque supone un gran paso adelante en la lucha contra el fraude y la elusión fiscales, siempre que el Consejo siga las recomendaciones del documento aprobado, y que contiene los siguientes elementos principales:

- a) no limitación del intercambio automático de información a las resoluciones tributarias consideradas «transfronterizas»;
- b) obligatoriedad de realizar informes país por país por parte de las multinacionales;
- c) posibilidad de sancionar a los Estados y empresas que participan en prácticas tributarias perniciosas;
- d) reclamación a la Comisión para que se tomen las medidas legislativas necesarias al objeto de introducir la Base Común del Impuesto de Sociedades, incluyendo el elemento de consolidación;
- e) protección de los denunciantes de irregularidades empresariales;
- f) lista europea de paraísos fiscales;

g) reforma del Grupo del Código de Conducta.

El informe también critica que el Consejo haya excluido a la Comisión del sistema de intercambio automático de información en el marco de la revisión de la Directiva de 2011.

Como socialista, esta materia es una prioridad absoluta.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama rasti būdus, kaip užkirsti kelią agresyviams mokesčių planavimui. Siūlyme išdėstytos rekomendacijos dėl kovos su agresyviu pelno mokesčio planavimu ir slėpimu. Pritariu siūlymui įpareigoti tarptautines bendroves skelbti savo finansinius duomenis pagal veiklos šalis, įvesti bendrą konsoliduotą pelno mokesčio bazę, viešinti ES valstybių ir minėtų bendrovių mokesčius susitarimus ir kartu geriau apsaugoti informatorius. Pritariu, kad tarptautinės įmonės turėtų mokėti mokesčius toje valstybėje, kurioje sukuriami prekių ir paslaugų vertė.

Gerard Batten (EFDD), in writing. – The motion calls on the Commission to act and, in particular, to progress the Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB) by which the EU intends to harmonise taxes across the EU and thereby prohibit beneficial tax competition between Member States, and for this reason UKIP voted against.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – J'ai voté en faveur de ce rapport crucial dans la lutte contre l'évasion fiscale des multinationales.

Ce texte met le doigt sur trois mesures indispensables pour garantir l'efficacité de la lutte contre la fraude fiscale des multinationales.

1. Tous les rescrits des multinationales, sans exception, doivent pouvoir être analysés et vérifiés. Les ministres des finances proposent de ne pas contrôler les rescrits de plus de 5 ans, cela n'a aucun sens. En outre, le Parlement européen propose de contrôler les rescrits nationaux et internationaux. Le Conseil européen oublie les rescrits internationaux.

2. Les règles ne sont efficaces que s'il existe des sanctions. Le Parlement européen propose de sanctionner. Le Conseil ne prévoit aucune sanction.

3. On ne peut pas être juge et partie. Le Conseil des ministres des finances souhaite être l'organe de référence chargé de vérifier et de réguler les rescrits fiscaux. Or, c'est à la Commission d'endosser ce rôle pour garantir plus d'équité.

Le Parlement, en votant ce rapport, a pris des engagements fort en faveur de la lutte contre l'évasion fiscale. Il est essentiel maintenant que le Conseil et la Commission fassent de même.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. – Quiero agradecer a la Comisión Especial TAXE la labor ejercida durante todos estos meses para que hoy pudiéramos votar este informe tan importante. El Parlamento ha llevado a cabo un extenso plan de trabajo y reuniones con comparecencias muy importantes para intentar esclarecer lo que se vino a llamar el «caso LuxLeaks». Espero que, con la aprobación de este informe y las disposiciones de la misma, la Comisión Europea nos presente ciertas medidas para acordar con el Consejo a fin de eliminar los problemas que hasta ahora hemos conocido en material fiscal

Dominique Bilde (ENF), par écrit. – Ce rapport, à la suite du scandale LuxLeaks, a permis une prise de conscience générale sur les montages de certaines multinationales peu scrupuleuses leur permettant d'échapper à tout impôt ou presque. On estime le préjudice jusqu'à 15 milliards d'euros par an uniquement pour la France.

Le mandat de la commission TAXE va être prolongé de 6 mois pour permettre de consulter certains documents confidentiels mais nous avons à nous prononcer aujourd'hui sur le rapport final pour lequel je suis en faveur.

Ce texte adresse des recommandations aux États et à la Commission notamment en matière de transparence et de limitation des possibilités d'optimisation fiscale. On vise par exemple les rescrits fiscaux luxembourgeois, le régime des sociétés mère/fille et de l'imposition des revenus de brevets aux Pays-Bas ou encore que le taux d'IS Irlandais.

Je soutiens globalement ce texte, notamment pour des mesures de sanction à l'encontre des multinationales qui pratiquent cette fraude. Je suis aussi favorable à la protection renforcée des lanceurs d'alerte. Je pense aussi qu'une meilleure coopération entre les États va dans le bon sens.

Mais je ne soutiens pas une harmonisation européenne des taux d'IS car je reste attachée à la souveraineté des États en matière fiscale.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La relazione, che ho sostenuto con il mio voto favorevole, identifica le modalità attraverso le quali moltissime multinazionali hanno evaso o eluso la tassazione dovuta ai paesi ospitanti, arrecando gravi danni all'economia e a tutta la collettività.

La relazione dimostra, inoltre, molto chiaramente la responsabilità e il pieno coinvolgimento in questo scandalo di Jean-Claude Juncker che attualmente ricopre, in maniera secondo me inaccettabile, la carica di Presidente della Commissione europea.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe final de la Comisión TAXE, originado a raíz del escándalo conocido como «LuxLeaks», porque supone un gran paso adelante en la lucha contra el fraude y la elusión fiscales, siempre que el Consejo siga las recomendaciones del documento aprobado, y que contiene los siguientes elementos principales:

- a) no limitación del intercambio automático de información a las resoluciones tributarias consideradas «transfronterizas»;
- b) obligatoriedad de realizar informes país por país por parte de las multinacionales;
- c) posibilidad de sancionar a los Estados y empresas que participan en prácticas tributarias perniciosas;
- d) reclamación a la Comisión para que se tomen las medidas legislativas necesarias al objeto de introducir la Base Común del Impuesto de Sociedades, incluyendo el elemento de consolidación;
- e) protección de los denunciantes de irregularidades empresariales;
- f) lista europea de paraísos fiscales;
- g) reforma del Grupo del Código de Conducta.

El informe también critica que el Consejo haya excluido a la Comisión del sistema de intercambio automático de información en el marco de la revisión de la Directiva de 2011.

Como socialista, esta materia es una prioridad absoluta.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame pateikiami sprendimai dėl mokesčių ir kitų panašaus pobūdžio ar poveikio priemonių. „LuxLeaks“ atkreipė visuomenės ir žiniasklaidos dėmesį į šias problemas, atskleidamas abejonių keliančių apmokestinimo praktiką, kurią vienoje konkrečioje valstybėje narėje skatina apskaitos įmonės. Komisijos tyrimai ir Europos Parlamento darbas, atliktas dalyvaujant jo specialiajam komitetui, parodė, kad tai buvo ne vienintelis atvejis, bet Europoje ir už jos ribų plačiai paplitusi praktika, kai imamasi mokesčių priemonių siekiant sumažinti tam tikrų didelių korporacijų bendrus mokesčius išpareigojimus, kad kitų šalių (kai kuriose iš jų taikomos griežto taupymo priemonės) sąskaita būtų dirbtinai padidinta nacionalinė mokesčio bazė. Tokie veiksmai, dėl kurių dažnai prarandamas ryšys tarp vietos, kurioje vertė sukuriama, ir vietos, kurioje apmokestinamas pelnas, neapsiriboja išankstiniais sprendimais dėl mokesčių, bet apima įvairią žalingą mokesčių praktiką, kurią taiko nacionaliniai mokesčių administratoriai ES viduje ir už jos ribų. Taigi, Europos Parlamentas ragina Komisiją taikyti visas turimas priemones, siekiant skatinti remtis labiau koordinuotu požiūriu išsivysčiusių šalių atžvilgiu, kad būtų skatinama labiau laikytis abipusiškumo principo mokesčių srityje, visų pirma keičiantis informacija su Jungtinėmis Amerikos Valstijomis, įsigaliojus Užsienio sąskaitoms taikomų mokesčių prievolių vykdymo aktui.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A kiűresedett államkasszák és az igazságos teherviselés egyre inkább az adócsalás és adóelkerűlés elleni harc fokokzásának összehangolására készteni az Európai Unió tagállamait. Ugy látszik, hogy az EP-ben állandóvá vált a téma, hiszen ennek megerősítése végett új szakbizottságot is felállított. E bizottság első előterjesztése e jelentés. Mint mindannyian látjuk, a hosszú ideig tartó gazdasági válság járulékos következménye az, hogy az EU-ban és globálisan is megnőtt az igény az eltitkolt jövedelmek feltárására, ami az Európai Bizottság becslése szerint minden évben tízmilliárdokkal rövidíti meg a tagállamok bevételeit.

A válság miatt szükségessé vált költségvetési kiigazítások és az igazságos teherviselés igénye a jelek szerint növeli az adóügyekben hagyományosan vonakodó uniós tagállamok készségét az adócsalás és adómegkerülés elleni lépések fokozására és összehangolására. Szavazatommal támogattam e jelentést, hiszen úgy vélem, hogy továbbra is el kell kötelezni magunkat adócsalási ügyekben már előterjesztett uniós javaslatok elfogadásának felgyorsítása és a már elfogadott intézkedések végrehajtása mellett.

Biljana Borzan (S&D), *napisan.* – Podržavam Izvješće o porezima i ostalim mjerama slične prirode ili učinka.

To je završno izvješće Posebnog odbora za odluke o porezima i ostale mjere slične prirode ili učinka. Nakon deset mjeseci istrage o poreznim odlukama i ostalim mjerama te rasprave, predstavljeni su zaključci i preporuke u završnom Izvješću.

Tu je sada novi program za poreznu pravdu. Nakon gotovo deset mjeseci istrage, nalaza i preporuka, izlazi se s ciljem poboljšanja porezne koordinacije i suradnje u EU-u u borbi protiv agresivnog poreznog planiranja.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit.* – Si nous partageons le constat fait dans ce rapport, selon lequel il existe:

— de nombreuses failles dans les systèmes fiscaux des pays européens qui permettent aux multinationales de se livrer avec succès à l'exercice de l'optimisation fiscale;

— de trop nombreux rescrits fiscaux;

— de trop nombreuses disparités entre États membres.

Nous ne pouvons pas accepter certaines de ses recommandations, notamment concernant l'harmonisation des taux de l'IS, même si nous sommes favorables aux recommandations de l'OCDE en la matière, aux sanctions à l'égard des multinationales qui ont fraudé, et aux lanceurs d'alerte.

Nous restons favorables au principe d'unanimité en matière fiscale, et regardons positivement l'incitation à la coopération entre États voisins en matière fiscale, telle que préconisée par ce texte.

Pour toutes ces raisons je vote pour.

Steeve Briois (ENF), *par écrit.* – Ce rapport vise à lutter contre l'optimisation fiscale que pratiquent les grandes multinationales afin de réduire massivement les impôts dont elles doivent s'acquitter. Les failles des législations nationales, que les grands groupes exploitent sans scrupule, créent un préjudice financier pour les États membres qui, dans le cas de la France, s'élève à plus de 10 milliards d'euros par an.

Pour cela, ce rapport invite les États à renforcer leur coopération en matière d'échange de données afin de détecter plus rapidement les entreprises qui se livrent à ces montages fiscaux irréguliers. Par ailleurs, il est recommandé aux États membres de mettre en place des mesures de transparence et la limitation des possibilités de rescrits. Enfin, le rapport prévoit d'harmoniser les bases de l'impôt sur les sociétés afin de concentrer la concurrence sur les taux et de mieux encadrer les prix de transfert entre les filiales d'une même entreprise.

Nous approuvons dans la quasi-totalité les mesures dévoilées dans ce rapport même si nous considérons que ce projet reste peu ambitieux. En revanche, nous nous opposons formellement à l'harmonisation du taux d'IS qui limite les leviers budgétaires des États membres dans le cadre d'une politique conjoncturelle. J'ai donc voté pour ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris.* – Raportul comisiei speciale a Parlamentului privind aranjamentele fiscale și investigațiile Comisiei a scos la iveală faptul că activități care urmăresc reducerea datoriilor fiscale globale ale anumitor companii este o practică des întâlnită la nivelul statelor membre.

Subliniez faptul că restructurarea bugetelor naționale în urma crizei economice a redus semnificativ personalul administrațiilor fiscale și a favorizat evaziunea și eludarea obligațiilor fiscale.

În egală măsură, diferența tot mai mare dintre ratele de impozitare legale și cele efective în cazul companiilor multinaționale confirmă faptul că derogările acordate de statele membre de la regimul fiscal contribuie la creșterea deficitului bugetar pe termen lung.

Din păcate, lipsa de convergență a sistemelor fiscale din UE încurajează regimurile naționale preferențiale și creează cadre legislative favorabile abuzurilor.

M-am exprimat în favoarea acestui raport, deoarece consider că o politică fiscală coordonată între statele membre poate asigura condiții echitabile firmelor în cadrul pieței interne.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – La relazione contiene un'analisi approfondita del «modus operandi» attraverso il quale sono state consentite a una vasta pluralità di società multinazionali pratiche di elusione e/o evasione fiscale. E altresì pregresse responsabilità di personaggi attualmente di rilievo nelle istituzioni europee (Juncker).

Indica alcune, anche se non sufficienti, misure atte a impedirle, proponendo – tra l'altro – una copertura a chi fornisce informazioni su dette pratiche, giornalisti compresi. Voto positivo.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe final de la Comisión TAXE, originado a raíz del escándalo conocido como «LuxLeaks», porque supone un gran paso adelante en la lucha contra el fraude y la elusión fiscales, siempre que el Consejo siga las recomendaciones del documento aprobado, y que contiene los siguientes elementos principales:

- a) no limitación del intercambio automático de información a las resoluciones tributarias consideradas «transfronterizas»;
- b) obligación de realizar informes país por país por parte de las multinacionales;
- c) posibilidad de sancionar a los Estados y empresas que participan en prácticas tributarias perniciosas;
- d) reclamación a la Comisión para que se tomen las medidas legislativas necesarias al objeto de introducir la Base Común del Impuesto de Sociedades, incluyendo el elemento de consolidación;
- e) protección de los denunciantes de irregularidades empresariales;
- f) lista europea de paraísos fiscales;
- g) reforma del Grupo del Código de Conducta.

El informe también critica que el Consejo haya excluido a la Comisión del sistema de intercambio automático de información en el marco de la revisión de la Directiva de 2011.

Como socialista, esta materia es una prioridad absoluta.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de la commission spéciale TAXE qui avait été mise en place à la suite des révélations du scandale de LuxLeaks. L'objectif de cette commission était de mettre en lumière la concurrence effrénée et déloyale entre les États membres dans le domaine fiscal et d'y apporter des solutions. Le rapport appelle à davantage de convergence fiscale entre les États membres de l'Union européenne et à plus de transparence.

La concurrence fiscale déloyale qui sévit entre les États membres profite trop souvent aux grandes entreprises multinationales aux dépens des PME et des citoyens européens. En ce sens, il est primordial que les entreprises payent leurs impôts dans le pays où l'activité économique est réalisée. Je considère que ce rapport constitue une étape essentielle vers la nécessaire harmonisation fiscale au sein de l'Union européenne.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Dopo attenta riflessione e discussione in Aula, ho votato positivamente sulla relazione sulle decisioni anticipate in materia fiscale (*tax ruling*) e altre misure analoghe per natura o effetto.

Credo fermamente nella necessità di garantire i principi di trasparenza e tutela del risparmio. Ho già più volte segnalato che la mancata armonizzazione fiscale tra gli Stati membri comporta fenomeni di concorrenza e dumping fiscali che alterano pesantemente la competizione economica ed il corretto funzionamento del mercato unico.

La realtà risiede nella circostanza della difficile coesistenza di 28 diversi regimi di tassazione delle società e la difficoltà di un'armonizzazione della base imponibile per l'imposta societaria. A queste ed a molte altre istanze risponde la proposta di direttiva e la relazione, alla quale ho dato il mio voto positivo, consapevole della necessità di eliminare al più presto le asimmetrie tra i sistemi fiscali e migliorare la cooperazione all'interno dell'UE, posto che queste criticità gravano sugli altri contribuenti, compresi le PMI e i cittadini.

Matt Carthy (GUE/NGL), in writing. – I voted against this report which I believe is an attack on Member States tax sovereignty. The European Parliament's special TAXE Committee report was an elaborate PR stunt which was weak on matters of importance such as the need for full transparency while simultaneously attacking the principal of national sovereignty on taxation matters.

It is my belief, that it does not serve the interests of the ordinary Irish citizen to have our sovereignty relinquished through any attempted tax harmonisation.

The report provided an opportunity for parliament to demand transparency and accountability in both the European and International Taxation system, but the majority of MEPs rejected measures that would have facilitated this.

Instead, they adopted a number of disconcerting provisions which fundamentally undermine taxation sovereignty.

Sinn Féin want tax fairness and transparency to be placed at the centre of any Taxation Legislation and this extends to ensuring that a more equitable Corporate Tax System is implemented. But all matters relating to the setting of Tax Rates must remain a matter of national competency and the European Parliament has no right to attempt to attack sovereignty in this way.

James Carver (EFDD), in writing. – The motion calls on the Commission to act and, in particular, to progress the Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB) by which the EU intends to harmonise taxes across the EU and thereby prohibit beneficial tax competition between Member States, and for this reason UKIP voted against.

David Casa (PPE), in writing. – I firmly believe in tax transparency and the fight against tax fraud, but this does not mean the mandatory introduction of a Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB). The EU is not a homogenous area and not all regions in the EU face the same economic realities, be it for their domestic market size, geographical realities or resources. While the report did contain some useful points on transparency, which we supported, we are of the view that questions of tax of the nature of CCCTB must remain an issue of national competence since they reflect the different economies of Member States. We are convinced that a one-size-fits all approach is not the right way forward for Europe as inevitably it would be the EU's smaller economies, such as Malta, that would bear the disproportionate brunt of such policies.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – A seguito delle rivelazioni di Luxleaks, il Parlamento europeo ha deciso di istituire una commissione temporanea allo scopo di approfondire la questione tassazione e accordi fiscali. Purtroppo questa commissione non è una commissione di inchiesta e non mira a evidenziare la chiara responsabilità politica di Juncker, come confermato anche dalle recenti rivelazioni dello Spiegel che non fanno altro che ribadire nuovamente quanto tutti sanno, ma che nessuno vuole ammettere circa l'operato dell'ex premier lussemburghese. È stato chiaro sin dall'inizio quali sarebbero state le difficoltà di questa commissione nello svolgere il proprio mandato. Ad esempio, tutti gli accordi fiscali dovrebbero essere pubblici e verificabili anche dai cittadini europei. Alla luce di quanto esposto, la delegazione M5S Europa ha deciso di astenersi.

Nessa Childers (S&D), in writing. – I endorse the conclusions reported by the Special Committee on Tax Rulings, set up to probe into the tax-dodging scandals revealed in last year's Lux Leaks. The amount we lose to tax evasion every year has been estimated to be in the region of the whole budget of the EU. Those who constantly bang on about fiscal consolidation and the need for balanced budgets should bear this in mind when faced with the inevitable budget shortfalls, with the actual ordinary taxpayers ending up on the losing side, as usual. We are only talking about a modicum of transparency and minimum standards to avoid the most egregious practices that lead us down a race to the bottom, punishing working people first and foremost. Yet, getting information from the Commission, Member States and corporations has been like pulling teeth. Many champions of austerity on the right of this Parliament have been denouncing

the conclusions as punitive. But the punishment has been inflicted on the most vulnerable, whereas the multinationals with the will and resources to dodge tax have been getting away with effective rates which are a joke, and that, in many instances, is an understatement.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Η έκθεση εμπεριέχει θετικά στοιχεία όσον αφορά την πάταξη της φοροδιαφυγής και της ύπαρξης φορολογικής διαφάνειας.

Όμως, στο ζήτημα για την επιβολή ενιαίου φορολογικού εταιρικού συντελεστή σε όλες τα κράτη μέλη εκφράζουμε την έντονη διαφωνία και αντίδραση μας. Στην ΕΕ δεν είναι όλα ενοποιημένα και υπάρχουν τεράστιες διαφοροποιήσεις σε πολλά ζητήματα και ιδιαίτερα σε θέματα πληροφοριών. Άλλωστε, η κάθε χώρα έχει τις δικές της ιδιαιτερότητες και τα συγκριτικά πλεονεκτήματα και η όποια ισοπέδωση στο φορολογικό τομέα, ουσιαστικά αδικεί και υπονομεύει τις χώρες που επένδυσαν και αναδείχθηκαν στον χρηματοπιστωτικό τομέα.

Με το ίδιο λανθασμένο σκεπτικό για ενιαίο φορολογικό συντελεστή στην ΕΕ, πρέπει να επιβληθεί ενιαίος συντελεστής ΦΠΑ, ενιαίες φορολογίες και τιμές σε καταναλωτικά αγαθά και άλλοι πολλοί παραλογισμοί.

Στην οικονομία δεν μπορείς να επιβάλλεις ισοπεδωτικές ρυθμίσεις που στο τέλος θα οδηγήσουν σε στρεβλώσεις και ανυπολόγιστες ζημιές σε κάποιες οικονομίες.

Πιστεύω ότι η ΕΕ δεν νομιμοποιείται να επιβάλει τέτοιες πολιτικές που όχι μόνον δεν είναι υποβοηθητικές για την ανάπτυξη των οικονομιών, αλλά ταυτόχρονα δημιουργούν την εικόνα ότι η ΕΕ εφαρμόζει ανελεύθερα μέτρα στην οικονομία. Ο καθορισμός των φορολογικών συντελεστών είναι υπόθεση και δικαίωμα των χωρών μελών και πιστεύω εσφαλμένα γίνεται προσπάθεια ανατροπής.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), γραπτώς. – Η έκθεση TAXE περιέχει ορισμένες θετικές προτάσεις για τη βελτίωση της φορολογικής δικαιοσύνης στην Ευρώπη και ως ένα βαθμό καταδεικνύει τις αρνητικές επιπτώσεις των πολιτικών λιτότητας που ακολουθήθηκαν τα τελευταία χρόνια. Παρότι, όμως, διακρίνονται θετικά στοιχεία στη τελική μορφή της έκθεσης, απείχα από τη ψηφοφορία για συγκεκριμένους λόγους.

Αν και η ευθύνη για το φορολογικό ντάμπινγκ στην Ευρώπη δεν έχει τεκμηριωθεί πλήρως, η έκθεση δεν επιζητά την παράταση της τρέχουσας εντολής, ενώ δεν υπάρχει ακόμα πρόσβαση σε απαραίτητα έγγραφα. Η πλειοψηφία των ιδιωτικών επιχειρήσεων δεν ανταποκρίθηκε στην TAXE παρά μόνο μετά από συνεχείς προσκλήσεις, ενώ δεν υφίσταται ακόμη η δυνατότητα δημιουργίας νομικής βάσης για την επιβολή κυρώσεων εις βάρος ιδιωτών. Επιπλέον, προφανείς είναι οι αντιφάσεις του Προέδρου Γιουνγκέρ κατά τη διάρκεια της κατάθεσής του στην TAXE.

Παράλληλα, δεν πηγαίνει ένα βήμα παραπέρα στα βασικά ζητήματα που αφορούν την TAXE, πέρα από όσα η Ευρωπαϊκή Επιτροπή έχει προτείνει ήδη. Είναι σημαντικό οι φορολογικές αποφάσεις να δημοσιοποιούνται και να αλλάξει η νομοθεσία στα θέματα φορολογικού απορρήτου. Εξάλλου, δεν υπήρξε σαφής δέσμευση για διεύρυνση της φορολογικής βάσης και θεωρώ πως η ενδιάμεση περίοδος που προβλέπεται πριν από την ολοκλήρωση της ενοποίησης δεν θα καταφέρει να περιορίσει τον φορολογικό ανταγωνισμό μεταξύ των κρατών-μελών.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Mi sono espresso a favore del provvedimento in esame. Il cosiddetto scandalo «LuxLeaks», alla fine del 2014 ha portato alla luce pratiche fiscali controverse esistenti in molti Stati membri.

Il clamore pubblico suscitato ha portato alla costituzione di una commissione speciale sui provvedimenti fiscali e altre misure, che è stata istituita nel mese di febbraio 2015, per far luce su sistemi fiscali in tutti gli Stati membri dell'UE, al fine di esaminare le modalità per porre fine a pratiche fiscali sleali e al fine di combattere la frode fiscale in Europa.

Con la presente relazione, il Parlamento europeo ribadisce che le multinazionali in tutti i settori devono indicare in modo chiaro e comprensibile nel loro bilancio, ripartito per Stato membro e per paese terzo nel quale hanno uno stabilimento, una serie di informazioni aggregate, compreso il loro risultato economico prima delle imposte, le imposte su conto economico, il numero di dipendenti, le attività detenute e le informazioni di base sulle decisioni fiscali (paese per paese). Infine, si sottolinea esplicitamente che le PMI che non sono multinazionali sono esenti da tali obblighi.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore della relazione perché ho apprezzato l'obiettivo dell'equità del prelievo fiscale.

Tuttavia, ho delle forti perplessità in merito a quanto molti colleghi hanno provato ad affermare leggendo questa relazione: cercare di sfuggire ad uno Stato che prende in imposte molto più di ciò che dà per i servizi pubblici è quanto meno naturale. Allo stesso tempo, è comprensibile cercare di attirare investimenti facendo leva sull'attrattiva fiscale, soprattutto grazie ad una maggiore efficienza delle macchine pubbliche di alcuni (altri) paesi.

Mi auguro quindi che si possa giungere ad una cooperazione che permetta di pagare il giusto nel posto giusto, e non di dover perdere tempo con diversivi che non producono nessun beneficio economico ai territori.

Deirdre Clune (PPE), *in writing*. – The Irish EPP Delegation regrettably voted against this report. While there are many positive aspects in this report, overall we believe that Parliament has gone beyond its mandate in relation to tax matters in this instance. Taxation is a national competence and this is clearly not respected in the report. Member States should have full power to set their corporate tax rates and the consolidation of corporation taxes across the EU is clearly a form of tax rate harmonisation. The EU's competence on tax matters is to ensure that corporate tax systems are fair and transparent; if these conditions are fulfilled, tax competition should be considered a positive thing for Europe

David Coburn (EFDD), *in writing*. – The motion calls on the Commission to act and, in particular, to progress the Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB) by which the EU intends to harmonise taxes across the EU and thereby prohibit beneficial tax competition between Member States, and for this reason UKIP voted against.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für den Bericht gestimmt, denn wir brauchen eine vollständige Aufklärung sämtlicher „auffälliger“ Unternehmenssteuerpraktiken der betroffenen Mitgliedstaaten. Dazu zählt für mich auch der verpflichtende Ad-hoc-Informationsaustausch der nationalen Steuervorbescheide, damit zukünftig ein fairer Steuerwettbewerb ermöglicht werden kann.

Steuerdeals führen am Ende zu Steuerausfällen und zu einer Steuererhöhung für alle anderen Steuerzahler. Daher sind wir Mitglieder des Europäischen Parlaments als Vertreter unserer Bürgerinnen und Bürger in der Pflicht, unseren Anteil im Kampf gegen illegale Praktiken der Steuervermeidung und Steuerflucht zu leisten.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – The motion calls on the Commission to act and, in particular, to progress the Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB) by which the EU intends to harmonise taxes across the EU and thereby prohibit beneficial tax competition between Member States, and for this reason UKIP voted against.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente relazione con la quale il Parlamento europeo ribadisce la volontà di porre fine alla pianificazione fiscale aggressiva da parte delle multinazionali e di adottare una nuova serie di politiche fiscali e di garantire un sistema fiscale equo, basato sul principio dell'imposizione nel paese in cui vengono generati gli utili, evitando così distorsioni del mercato interno e pratiche di concorrenza sleale.

Altresì, mi compiaccio dell'impegno della Commissione volto a promuovere lo scambio automatico di informazioni fiscali, quale futura norma europea e internazionale per la trasparenza.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – I firmly believe in tax transparency and the fight against tax fraud, but in my view that does not mean the mandatory introduction of a Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB). The EU is not a homogenous area and not all regions in the EU face the same economic realities, be it for their domestic market size, geographical realities or resources. While the report did contain some useful points on transparency, which our delegation supported, we are of the view that questions of tax of the nature of CCCTB must remain an issue of national competence since they reflect the different economies of Member States. We are convinced that a one-size-fits all approach is not the right way forward for Europe as inevitably it would be the EU's smaller economies, such as Malta, that would bear a disproportionate brunt of such policies.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo ha deciso di istituire una commissione speciale allo scopo di approfondire la questione tassazione e accordi fiscali.

Il testo della relazione è stato piuttosto soddisfacente, in quanto numerosi punti elencati come necessari sono gli stessi che noi sosteniamo da tempo, come ad esempio un *country-by-country reporting* pubblico e comprensibile, una CCCTB piena da realizzare nell'immediato, uno scambio automatico ed esaustivo tra gli Stati membri in materia di accordi fiscali. È presente nel testo anche una dura critica all'operato di alcuni paesi UE che non si sono mai dimostrati cooperativi, come del resto la stessa Commissione europea che si è appiattita sulle posizioni del Consiglio. Anche le multinazionali, principali responsabili e beneficiarie di questi accordi, sono attaccate per il loro comportamento.

Il testo approvato in commissione TAXE a fine ottobre è quindi buono, anche se si è stati troppo morbidi sulla questione trasparenza, poiché a nostro avviso tutti gli accordi fiscali dovrebbero essere pubblici e verificabili anche dai cittadini europei. Per i motivi citati, che non credo siano di poca rilevanza, mi esprimo con l'astensione.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – El trabajo de la Comisión TAXE ha servido para demostrar que los acuerdos fiscales presentaban una violación de las normas de competencia, además de evidenciar la complicidad de los señores Juncker y Dijsselbloem en este escándalo.

El informe, sin embargo, recoge tan solo parcialmente nuestras demandas. Por un lado, se denuncian las prácticas de elusión fiscal y se pide a la Comisión ambición en sus propuestas de transparencia y armonización fiscal. Pero muchas de estas peticiones no van más allá de las buenas intenciones y no se investigan adecuadamente los lazos entre las multinacionales culpables de elusión fiscal, los Estados miembros y la Comisión, por falta de documentos y de voluntad política. Es por ello que he decidido abstenerme.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Attraverso la pratica delle decisioni anticipate in materia fiscale, le autorità fiscali di uno Stato membro forniscono ad una società le modalità con cui sarà calcolata l'imposta sul reddito societario e, sulla base di tale decisione, le società scelgono il paese più vantaggioso dal punto di vista fiscale.

Questa pratica diffusa nell'Unione europea arreca un danno alla concorrenza nel mercato unico europeo e ai bilanci degli Stati membri e gli effetti negativi hanno una ricaduta sui contribuenti europei, incluse le piccole e medie imprese. La risoluzione del Parlamento condanna questa pratica di pianificazione fiscale aggressiva delle multinazionali e chiede alla Commissione e agli Stati membri di porre fine a questa situazione.

Ho votato a favore della risoluzione, perché ritengo che le misure proposte per arginare tale pratica ampiamente diffusa in tutti gli Stati membri possano essere efficaci; in particolare, si chiede una maggiore trasparenza e lo scambio completo di informazioni in materia fiscale, una semplificazione delle procedure amministrative presso le autorità tributarie, la creazione di una base imponibile obbligatoria comune per l'imposta sulle società, sanzioni per le multinazionali che si appoggiano a paradisi fiscali.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The Report makes recommendations regarding an improvement in transparency related to the taxation measures applying in EU Member States. I agree with these recommendations and fully support measures designed to promote full transparency in national tax treatments.

However, the report also proposes measures that implicitly or explicitly would introduce tax convergence and harmonisation on an EU-wide basis. This goes against the interests of smaller economies of the EU, which lack the endowments of the larger economies. Their flexibility in policy-making is already constrained, among others, by the convergence in VAT rates, state aid rules, the single currency and the six pack/two pack rules applied to their budgets. Reducing the tax flexibility of such economies would further increase these disparities, which is unfair, dysfunctional and unacceptable.

Tax competition should remain part of the limited array of decision tools available to national economies. For these reasons, I voted against the Report.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – This report recommends direct taxation and tax harmonisation powers for the EU.

I do not think that taxation is an EU competence and cannot support a report which is proposing this.

Therefore I voted against this report.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative présente les recommandations du Parlement européen pour renforcer la lutte contre la planification fiscale agressive et l'évasion fiscale. Suite au scandale «LuxLeaks» fin 2014, ayant mis au jour l'existence de pratiques fiscales controversées dans certains États membres, le Parlement européen a répondu aux interrogations des citoyens par la mise en place d'une commission spéciale temporaire dédiée au régime fiscal en février 2015 (commission TAXE).

Jugeant qu'il est inéquitable que les grandes entreprises paient très peu d'impôts sur leurs bénéfices alors que les petites et moyennes entreprises et les citoyens doivent payer le prix plein, le rapport suggère d'exiger des multinationales l'établissement de rapports sur les données financières pays par pays, et d'introduire une assiette commune consolidée pour l'impôt sur les sociétés. Le Parlement appelle d'ailleurs à rendre les accords fiscaux des États membres avec ces entreprises plus transparents.

Soutenant ces objectifs et considérant que les travaux de cette commission ont permis d'accélérer les réflexions sur la lutte contre l'évasion fiscale, j'ai voté en faveur du rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Face à la crise économique et fiscale qui secoue l'Europe depuis plusieurs années, il est important que l'UE s'engage pour la mise en place d'une fiscalité européenne qui ne favorise pas un pays au détriment d'un autre. C'est pourquoi, j'ai voté en faveur de ce rapport qui va permettre de demander aux multinationales de payer leurs impôts là où elles réalisent leurs profits.

Fabio De Masi (GUE/NGL), *in writing*. – GUE/NGL welcomes the substance of the report by the Special Committee on Tax Rulings and Other Measures Similar in Nature or Effect (TAXE). It contains useful proposals for greater tax justice and reflects the negative impact of austerity on tax fairness. Despite our many contributions to the report's final shape, we abstained in today's vote for the following reasons:

political responsibility for tax dumping in the EU has not been fully established and the report does not call for the necessary prolongation of the current mandate; access to documents by the Council, the Commission and Member States remained unsatisfactory; multinational corporations only responded after repeated invitations to TAXE, no legal base for sanctions could be established yet and they could not be interrogated thoroughly. Moreover, contradictions by the Commission President, Jean-Claude Juncker, during his testimony to TAXE were not followed up.

Substance-wise, core issues lack ambition beyond what the Commission has proposed already. Tax rulings should be made public and tax secrecy laws adjusted. We welcome the idea of consolidating the tax base. However, we miss a clear commitment to broadening the tax base and we criticise the interim period before consolidation which allows for cross-border loss/profit offsetting and no further backstops to prevent tax competition between EU countries.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – La *tax ruling* è una delle prime importanti risposte delle istituzioni europee allo scandalo Luxleaks.

È stato il Parlamento europeo l'istituzione a spendersi maggiormente attraverso le commissioni ECON e TAXE per denunciare questo scandalo. Infatti, dato che nel mercato unico europeo vi è una libera circolazione dei capitali, si dovrebbe superare l'attuale regime di riscossione prettamente nazionale al fine di permettere un opportuno scambio di informazioni tra le autorità competenti. Con questa relazione il Parlamento chiede agli Stati membri a rivedere anche quell'insieme di leggi che a livello nazionale permettono dei regimi fiscali favorevoli rendendo questi Stati di fatto dei «paradisi fiscali».

Queste operazioni in un momento di crisi finanziaria e di difficoltà economica per molte famiglie europee sono inaccettabili. Le tasse devono essere pagate negli Stati in cui si compiono le proprie attività, non in quelle in cui vi è un migliore trattamento fiscale. Il Parlamento chiede con forza che la solidarietà tra gli Stati membri venga rispettata, e che si possa tornare ad un regime di fiducia tra Stati e industria e cittadini attraverso un corpus di leggi che armonizzi il fisco degli Stati membri.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – À la suite du scandale du LuxLeaks, le Parlement européen a mis en place une commission spéciale pour enquêter sur les pratiques d'évasion et de fraude fiscale des entreprises dans l'Union européenne.

Un état des lieux sérieux et exhaustif des méthodes utilisées par les multinationales a été dressé et plusieurs recommandations pour lutter contre ces pratiques contraires au principe d'égalité devant l'impôt ont été avancées.

Car cette question ne concerne pas seulement le Luxembourg mais bien d'autres pays européens qui ont accordé, à la carte, des avantages fiscaux hors du commun à telle ou telle entité, voire à des États, conduisant à des distorsions de concurrence fiscale malvenues. Une réponse est possible: l'harmonisation fiscale au sein de la zone euro.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – Suite aux révélations du scandale LuxLeaks, une commission spéciale a été créée au Parlement européen: la commission TAXE. J'ai voté pour son rapport final relatif aux rescrits fiscaux et autres mesures similaires par leur nature ou par leur effet. Ce texte soutient la constitution d'une assiette commune consolidée pour l'impôt sur les sociétés (ACCIS). Ainsi, les entreprises devront payer des taxes proportionnellement à leurs profits dans tous les pays européens où elles sont actives.

De plus, à l'égard de nos positions historiques et des attentes des citoyens européens, j'ai voté en faveur d'une extension des enquêtes de la commission en matière d'aides d'États et de prix de transferts pour les entreprises citées dans les LuxLeaks. De même je suis pour l'introduction du mécanisme de rapport d'activités pays par pays pour les multinationales, à l'instar de l'OCDE et de l'Assemblée nationale française. Enfin, je pense qu'il est essentiel de protéger les lanceurs d'alerte.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A kiüresedett államkasszák és az igazságos teherviselés egyre inkább az adócsalás és adóelkerülés elleni harc fokozásának összehangolására készíti az Európai Unió tagállamait. Úgy látszik, hogy parlamentiünkben állandóvá vált a téma, hiszen ennek megerősítése végett új szakbizottságot is felállíthattunk, s ennek első „terméke” végre valahára plenáris napirendünkön is helyet követelt most magának. Mint mindannyian látjuk, a hosszú ideig tartó gazdasági válság járulékos következménye az, hogy az EU-ban és globálisan is megnőtt az igény az eltitkolt jövedelmek feltárására, ami az Európai Bizottság becslése szerint minden évben tízmilliárdokkal rövidíti meg a tagállamok bevételeit.

A válság miatt szükségessé vált költségvetési kiigazítások és az igazságos teherviselés igénye a jelek szerint növeli az adóügyekben hagyományosan vonakodó uniós tagállamok készségét az adócsalás és adómegkerülés elleni lépések fokozására és összehangolására. Úgy látom, hogy párhuzamosan a különböző nemzetközi fórumokon – mint az OECD és G20 – is határozottan fel kell lépünk továbbá annak érdekében, hogy mások is kövessék Európa példáját, és senki ne csúszhasson ki az adócsalás és az adóelkerülés elleni globális szintű erőfeszítéseik alól. Szavazatommal támogattam e jelentést, hiszen úgy vélem, hogy továbbra is el kell kötelezni magunkat a már adócsalási ügyekben előterjesztett uniós javaslatok elfogadásának felgyorsítása és már elfogadott intézkedések végrehajtása mellett.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu en plénière le rapport intermédiaire présenté par la commission TAXE sur les moyens de lutter contre les pratiques d'optimisation fiscale mises à jour par le scandale du LuxLeaks. Ce texte est loin d'être parfait mais il a l'avantage de maintenir la pression, y compris médiatique, sur les multinationales (qui ont refusé d'être auditionnées) et les États qui se livrent à des opérations d'entourloupe fiscale d'envergure et s'assoient sur les règles de la concurrence «libre et non faussée» dont ils se font les chantres par ailleurs.

Ce rapport pose par ailleurs les bonnes questions sur la transparence, le rôle et la protection des lanceurs d'alerte, la séparation des activités de conseil au public et au privé. Il esquisse des solutions en matière de répartition de l'assiette commune consolidée d'impôt sur les sociétés, dont une partie des revenus pourrait revenir au budget de l'Union européenne en tant que ressource propre. Il réclame la réforme du groupe «code conduite», lieu de coopération en matière de fiscalité des entreprises qui devrait prévoir une présence politique plus forte, le rendant responsable devant le Parlement européen.

Ian Duncan (ECR), *in writing*. – The report contains direct taxation and tax harmonisation powers for the EU that I cannot support. Too few of the UK delegation's amendments were taken on board. We had tried to emphasise the benefits of fair tax competition, emphasised the important role of state aid rules acting as a deterrent in Member States' compliance, underlined the fact that issues relating to direct taxation are a national prerogative and that changes to Council unanimity rules would require changes to the treaty. In addition, the ECR tried to make the report a bit softer by mitigating the alleged misconducts by MNCs and Member States. However the final report does not reflect our amendments.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Похвално е желанието ни да ограничим данъчните и други финансови измами. Притеснителното за мен, от една страна, е че редица членки не пожелаха да отговорят на въпросите на Комисията, както и това че почти всички мултинационални корпорации са отказали да участват в заседанията на Комисията. Това ме навежда на мисълта, че тези компании имат явно нежелание да участват в приемането на нови правила.

Другото, което ми прави неприятно впечатление, е че предложенията за изменения, направени от нашата група, както и тези, които подкрепихме, внесени от колегите от ЕНП и АЛДЕ, не бяха приети.

Също така се притеснявам, че всичките предложени мерки или няма да бъдат спазвани от определени държави – членки на Съюза, или ако бъдат спазвани, те ще засегнат само МСП, които са основните данъкоплатци, а няма да засегнат МНК, които в най-голяма степен са тези, които имат армии от адвокати, финансисти и счетоводители, търсещи непрекъснато вратички в законите, за да спестят данъци на техните работодатели.

Също така съм обезпокоен от това, че ако ние затегнем мерките прекалено много, редица сегашни големи данъкоплатци в ЕС ще изнесат фирмите си в т.нар. офшорни зони, което вместо да помогне за по-голяма събираемост, ще намали парите на Съюза. Ето защо не подкрепям доклада.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. – Αν και η έκθεση περιέχει πολλά θετικά στοιχεία όσον αφορά την εξασφάλιση ενός δικαίου φορολογικού συστήματος, στην πραγματικότητα υπάρχουν σημεία και προτάσεις κατευθυντήριων γραμμών που σκοπό έχουν οι μεγάλες εταιρείες να συνεχίσουν να φοροδιαφεύγουν και να υφίστανται περισσότερα φορολογικά βάρη οι μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις που δεν είναι δικτυωμένες όπως οι πολυεθνικές. Οι πολυεθνικές αγνόησαν προσκλήσεις να καταθέσουν στοιχεία που ζητήθηκαν από την TAXE και δεν κατέστη δυνατό να θεσπιστεί νομική βάση για την επιβολή κυρώσεων. Για όλους τους παραπάνω λόγους αλλά και επειδή η θέσπιση κοινής φορολογίας σε όλη την Ένωση, θα συνιστούσε απαράδεκτη εκχώρηση της Εθνικής Κυριαρχίας, καταπιφίζω την έκθεση στο σύνολό της. Η λύση είναι η κατάργηση της Ενιαίας Αγοράς και η θέσπιση της υποχρέωσης των Εταιρειών να δημιουργούν θυγατρικές στις χώρες που θέλουν να δραστηριοποιηθούν, οι οποίες θα φορολογούνται επιτόπου.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A kiüresedett államkasszák és az igazságos teherviselés egyre inkább az adócsalás és adóelkerülés elleni harc fokozásának összehangolására készíti az Európai Unió tagállamait. Úgy látszik, hogy Parlamentünkben állandóvá vált a téma, hiszen ennek megerősítése végett új szakbizottságot is felállíthattunk, s ennek első „terméke” végre valahára plenáris napirendünkön is helyet követelt most magának.

Mint mindannyian látjuk, hogy hosszú ideig tartó gazdasági válság járulékos következménye az, hogy az az EU-ban és globálisan is megnőtt az igény az eltitkolt jövedelmek feltárására, ami az Európai Bizottság becslése szerint minden évben tízmilliárdokkal rövidíti meg a tagállamok bevételeit. A válság miatt szükségessé vált költségvetési kiigazítások és az igazságos teherviselés igénye a jelek szerint növeli az adóügyekben hagyományosan vonakodó uniós tagállamok készségét az adócsalás és adómegkerülés elleni lépések fokozására és összehangolására.

Úgy látom, hogy párhuzamosan a különböző nemzetközi fórumokon, mint az OECD és a G20, is határozottan fel kell lépniünk továbbá annak érdekében, hogy mások is kövessék Európa példáját, és senki ne csúszhasson ki az adócsalás és az adóelkerülés elleni globális szintű erőfeszítéseik alól. Szavazatommal támogatam e jelentést, hiszen úgy vélem, hogy továbbra is el kell kötelezni magunkat a már adócsalási ügyekben előterjesztett uniós javaslatok elfogadásának felgyorsítása és már elfogadott intézkedések végrehajtása mellett.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – The motion calls on the Commission to act and, in particular, to progress the Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB) by which the EU intends to harmonise taxes across the EU and thereby prohibit beneficial tax competition between Member States, and for this reason UKIP voted against.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Förslaget hanterar frågor om hur bolag som har verksamhet i flera länder hanterar bolagsskatt och i vilken mån medlemsländerna rapporterar om statsstöd kopplat till bolagsskatt. Det är viktigt att ha transparens i de här frågorna och jag har därför valt att rösta för förslaget som helhet. Jag röstade däremot nej till de förslag som rör en gemensam skattebas.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Um sistema fiscal justo, baseado no princípio da tributação no Estado-Membro onde os lucros são gerados, a apresentação pelas multinacionais de informação financeira país por país, a introdução de uma matéria coletável comum consolidada do imposto sobre as sociedades, a criação de uma definição comum a nível da UE de paraísos fiscais e a proteção de denunciantes são algumas das ações propostas pelo Parlamento Europeu.

A maior parte das grandes empresas multinacionais que operam na Europa pagam taxas efetivas de 5%, por vezes inferiores a este valor, mesmo nos países em que a taxa nominal do imposto ronda os 30% e mais. O Parlamento Europeu quer que as empresas multinacionais de todos os setores divulguem, nas suas demonstrações financeiras, discriminadas por Estado-Membro e por país terceiro em que tenham estabelecimentos, uma série de informações agregadas, incluindo os lucros ou perdas antes de impostos, os impostos sobre lucros ou perdas, o número de trabalhadores, os ativos detidos e informações básicas sobre decisões fiscais (apresentação de relatórios por país). Esta informação deve ser colocada à disposição do público, eventualmente sob a forma de um registo central ao nível da UE.

Jonás Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe final de la Comisión TAXE, originado a raíz del escándalo conocido como «LuxLeaks», porque supone un gran paso adelante en la lucha contra el fraude y la elusión fiscales, siempre que el Consejo siga las recomendaciones del documento aprobado, y que contiene los siguientes elementos principales:

- a) no limitación del intercambio automático de información a las resoluciones tributarias consideradas «transfronterizas»;
- b) obligatoriedad de realizar informes país por país por parte de las multinacionales;
- c) posibilidad de sancionar a los Estados y empresas que participan en prácticas tributarias perniciosas;
- d) reclamación a la Comisión para que se tomen las medidas legislativas necesarias al objeto de introducir la Base Común del Impuesto de Sociedades, incluyendo el elemento de consolidación;
- e) protección de los denunciantes de irregularidades empresariales;
- f) lista europea de paraísos fiscales;
- g) reforma del Grupo del Código de Conducta.

El informe también critica que el Consejo haya excluido a la Comisión del sistema de intercambio automático de información en el marco de la revisión de la Directiva de 2011.

Como socialista, esta materia es una prioridad absoluta.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur cette délibération, parce qu'elle ne prend pas assez en compte l'établissement de mesures de transparence.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Sempre afirmámos que a livre circulação de capitais provocaria o agravamento da erosão e da elisão fiscais, e facilitaria a transferência de lucros, o que lesaria os cofres públicos.

A criação do mercado único provou ser benéfica para as multinacionais e prejudicial para os trabalhadores e as PME.

Em nome da competitividade e da atração de investimento estrangeiro, os Estados-Membros concorrem entre si. As multinacionais, numa busca incessante do lucro, auxiliadas por grandes consultoras e com a conivência dos responsáveis políticos, ditam as regras do jogo.

O «Luxleaks» e as investigações da Comissão TAXE mostraram que, enquanto os governos desenhavam decisões e legislações fiscais que permitiam às multinacionais minimizar a sua taxa de imposto e as incentivavam à transferência de lucros, em nome do cumprimento dos PEC e quejandos, da necessidade de receitas fiscais, da estabilidade e da tranquilidade dos mercados financeiros, ditavam políticas ditas de austeridade (agravamento dos impostos sobre o trabalho, a diminuição da progressividade dos impostos diretos e cortes na despesa pública).

O relatório hoje votado peca por não ter tornado públicas as decisões fiscais antecipadas que foram tomadas, por não quantificar a dimensão destas decisões, o seu impacto nas receitas fiscais dos diferentes Estados-membros e por ser brando relativamente aos responsáveis políticos por estas decisões.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho votato contro la relazione sulle decisioni anticipate in materia fiscale poiché determinate pratiche fiscali dovrebbero essere gestite all'interno degli Stati membri; inoltre vi è il reale rischio che una risposta collettiva dell'Unione europea per combattere l'evasione fiscale metterebbe l'Unione stessa in una posizione sfavorevole rispetto agli altri *competitors* globali.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – GUE/NGL welcomes the substance of the TAXE Committee report. It contains useful proposals for greater tax justice and reflects the negative impact of austerity on tax fairness. Despite our many contributions to the report's final shape, we abstain in today's vote for the following reasons:

Political responsibility for tax dumping in the EU has not been fully established and the report does not call for the necessary prolongation of the current mandate. Access to documents remained unsatisfactory by Council, Commission and Member States. Multinational corporations have only responded after repeated invitations to TAXE, no legal base for sanctions could be established yet and they could not be interrogated thoroughly. Moreover, contradictions of the President of the EU Commission, Jean-Claude Juncker, during his testimony to TAXE, were not followed up.

Substance-wise, core issues lack ambition beyond what the EU Commission has proposed already. Tax rulings should be made public and tax secrecy laws adjusted. We welcome the idea of consolidation of the tax base. However, we miss a clear commitment to broaden the tax base and we criticise the interim period before consolidation which allows for cross border loss/profit offsetting and no further backstops to prevent tax competition between EU countries.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Mnohé členské štáty zaviedli alebo majú v úmysle zaviesť opatrenia na riešenie otázky vyhýbania sa plateniu daní, najmä v súvislosti s obmedzením odpočítateľnosti úrokov, pravidlami proti zneužívaniu, lepším vymedzením pojmu stáleho sídla. Bez kooperatívneho prístupu jednostranné opatrenia prijímané členskými štátmi proti narušeniu základu dane môžu prispieť k zvýšeniu zložitosti, vytváraniu nových nesúládov v dôsledku toho viac príležitostí pre daňové úniky v rámci vnútorného trhu. Najnovší návrh Európskej komisie má za cieľ pokročiť smerom k lepšej koordinácii daňových systémov členských štátov s ohľadom na posilnenie vnútorného trhu, riešenie dvojitého zdanenia alebo dvojitého nezdanenia a zachovanie práva členských štátov na účinné vyberanie daní.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore di questa relazione che contiene un'analisi delle pratiche attraverso le quali è stato consentito a una vasta pluralità di società multinazionali di operare pratiche di elusione e/o evasione fiscale. In questo quadro è indubbio il ruolo dello scandalo legato al Lussemburgo e al Presidente Juncker.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Αν και η έκθεση περιέχει πολλά θετικά στοιχεία όσον αφορά την εξασφάλιση ενός δίκαιου φορολογικού συστήματος, στην πραγματικότητα, υπάρχουν σημεία και προτάσεις κατευθυντήριων γραμμών που σκοπό έχουν οι μεγάλες εταιρείες να συνεχίσουν να φοροδιαφεύγουν και να υφίστανται περισσότερα φορολογικά βάρη οι μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις που δεν είναι δικτυωμένες όπως οι πολυεθνικές. Οι πολυεθνικές αγνόησαν προσκλήσεις να καταθέσουν στοιχεία που ζητήθηκαν από την TAXE και δεν κατέστη δυνατό να θεσπιστεί νομική βάση για την επιβολή κυρώσεων. Για όλους τους παραπάνω λόγους, αλλά και επειδή η θέσπιση κοινής φορολογίας σε όλη την Ένωση, θα συνιστούσε απαράδεκτη εκχώρηση της Εθνικής Κυριαρχίας, καταψηφίζω την έκθεση στο σύνολό της. Η λύση είναι η κατάργηση της Ενιαίας Αγοράς και η θέσπιση της υποχρέωσης των Εταιρειών να δημιουργούν θυγατρικές στις χώρες που θέλουν να δραστηριοποιηθούν, οι οποίες θα φορολογούνται επιτόπου.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I welcome the final report of the Special Committee on tax rulings that, after 10 months of investigations on tax rulings and other harmful practices, many hearings and committee delegations, presents the TAXE Committee findings and recommendations. In particular, I welcome the call on the Commission to speed up the presentation of legislative modifications for the prompt establishment of a compulsory EU-wide Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB) with a short and concrete deadline in order to introduce the ‘consolidation’ element. I support mandatory and public country-by-country reporting, automatic and mandatory exchange of information regarding all tax rulings that are still valid, registered in a central directory to which the Commission has full access; and a common European list of tax havens, ‘independently of their location’ based on comprehensive, transparent, robust, objectively verifiable and commonly accepted indicators.

Finally, we have a new agenda for tax justice, which will allow major improvements in tax coordination and cooperation in the EU to fight aggressive tax planning.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – Szavazatommal támogattam e jelentést, hiszen úgy vélem, hogy továbbra is el kell kötelezni magunkat a már adócsalási ügyekben előterjesztett uniós javaslatok elfogadásának felgyorsítása és a már elfogadott intézkedések végrehajtása mellett. A válság miatt szükségessé vált költségvetési kiigazítások és az igazságos teherviselés igénye a jelek szerint növeli az adóügyekben hagyományosan vonakodó uniós tagállamok készségét az adócsalás és adómegkerülés elleni lépések fokozására és összehangolására. A különböző nemzetközi fórumokon – mint az OECD és G20 – is határozottan fel kell lépünk továbbá annak érdekében, hogy mások is kövessék Európa példáját, és senki ne csúszhasson ki az adócsalás és az adóelkerülés elleni globális szintű erőfeszítéseik alól.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Támogattam a jelentést, kiváltképpen annak az átláthatóságra vonatkozó prioritásai tekintetében. Úgy gondolom, az Unió az adózás átláthatósága tekintetében példává és globális vezetővé válhat, de ehhez célzott és hatékony intézkedések szükségesek.

Szorgalmazom, hogy a multinacionális vállalatok nyilvános elszámoltathatóságának növelése céljából az átláthatóság és az adóigazgatások vizsgálatai támogatásának kritikus jelentőséget tulajdonítsanak.

Fontosnak tartom továbbá, hogy az átláthatóság erős visszatartó hatással rendelkezhet és megváltoztathatja a magatartást, a szabályokat be nem tartó cégek hírnévkockázata és az illetékes hatóságoknak történő információszolgáltatás révén egyaránt, amely hatóságok ezt követően korrektív intézkedéseket és szankciókat fogadhatnak el.

Véleményem szerint egyensúlyt kell teremteni az átláthatóság igénye és az érzékeny kereskedelmi érdekek védelmének szükségessége, valamint az adatvédelmi szabályok betartása között.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor teniendo presente que la UE debe avanzar hacia una sistema fiscal europeo que permita eliminar las distorsiones en esta importante materia entre los Estados miembros. Debemos evitar que las empresas, mayormente multinacionales, así como los particulares, se benefician de las distorsiones existentes para evitar pagar los impuestos que les correspondería. Del mismo modo, las autoridades fiscales de los Estados miembros comparten muy poca información fiscal entre ellas, lo cual perjudica la lucha contra la evasión fiscal.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe final de la Comisión TAXE, originado a raíz del escándalo conocido como «LuxLeaks», porque supone un gran paso adelante en la lucha contra el fraude y la elusión fiscales, siempre que el Consejo siga las recomendaciones del documento aprobado, y que contiene los siguientes elementos principales:

- a) no limitación del intercambio automático de información a las resoluciones tributarias consideradas «transfronterizas»;
- b) obligatoriedad de realizar informes país por país por parte de las multinacionales;
- c) posibilidad de sancionar a los Estados y empresas que participan en prácticas tributarias perniciosas;

d) reclamación a la Comisión para que se tomen las medidas legislativas necesarias al objeto de introducir la Base Común del Impuesto de Sociedades, incluyendo el elemento de consolidación;

e) protección de los denunciantes de irregularidades empresariales;

f) lista europea de paraísos fiscales;

g) reforma del Grupo del Código de Conducta.

El informe también critica que el Consejo haya excluido a la Comisión del sistema de intercambio automático de información en el marco de la revisión de la Directiva de 2011.

Como socialista, esta materia es una prioridad absoluta.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe final de la Comisión TAXE, originado a raíz del escándalo conocido como «LuxLeaks», porque supone un gran paso adelante en la lucha contra el fraude y la elusión fiscales, siempre que el Consejo siga las recomendaciones del documento aprobado, y que contiene los siguientes elementos principales:

a) no limitación del intercambio automático de información a las resoluciones tributarias consideradas «transfronterizas»;

b) obligatoriedad de realizar informes país por país por parte de las multinacionales;

c) posibilidad de sancionar a los Estados y empresas que participan en prácticas tributarias perniciosas;

d) reclamación a la Comisión para que se tomen las medidas legislativas necesarias al objeto de introducir la Base Común del Impuesto de Sociedades, incluyendo el elemento de consolidación;

e) protección de los denunciantes de irregularidades empresariales;

f) lista europea de paraísos fiscales;

g) reforma del Grupo del Código de Conducta.

El informe también critica que el Consejo haya excluido a la Comisión del sistema de intercambio automático de información en el marco de la revisión de la Directiva de 2011.

Como socialista, esta materia es una prioridad absoluta.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Mi congratulo con la collega Ferreira per l'importante risultato conseguito con la relazione della commissione speciale TAXE avviata dal Parlamento europeo. Il Gruppo S&D, fin dall'inizio dei lavori della commissione speciale, ha avuto un ruolo molto importante nel sottolineare le priorità per politica europea più equa e trasparente in materia di fisco.

Lo scandalo di paradisi fiscali e i frequenti fenomeni di elusione devono cessare: l'Europa non può tollerare che in alcuni Stati membri permangano meccanismi così distorsivi per il mercato unico e per il nostro modello sociale. Con la relazione della commissione CRIS si avanzano proposte molto concrete che ora auspichiamo la Commissione voglia cogliere, anche in virtù degli impegni precisi assunti dal Presidente Juncker in questo senso davanti al Parlamento.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione del PE sulle decisioni anticipate in materia fiscale (*tax ruling*) e altre misure analoghe per natura o effetto perché ritengo che le proposte formulate dalla commissione speciale TAXE in materia di trasparenza e coordinamento di *tax ruling*, sulla base comune imponibile, sulla protezione degli informatori, e infine sulla relazione *country-by-country* siano quanto mai opportune e necessarie affinché si affrontino in maniera concreta e precisa problemi annosi come l'evasione ed elusione fiscale nell'UE, e conseguentemente le multinazionali paghino imposte eque e soprattutto laddove i profitti sono generati.

Siamo davanti ad un paradosso, che la commissione TAXE ha ben evidenziato, da una parte le multinazionali che si dicono disponibili a pagare le tasse e in cambio rivendicano un *level playing field*, e dall'altro la necessità di creare delle regole uguali in tutta l'UE. Pertanto, concordo pienamente con le conclusioni della TAXE, secondo cui la sintesi di questo paradosso dovrà essere trovata nella revisione del regime fiscale delle imprese nell'UE, nella riforma sostanziale del quadro d'imposizione delle società, attraverso la creazione di una base imponibile per l'imposta delle società (CCCTB), mediante strumenti legislativi appropriati e azioni efficaci per contrastare il dumping fiscale praticato da molti Stati membri.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Przyjęte w dniu dzisiejszym (24.11.2015) sprawozdanie miało na celu z jednej strony opisanie kontroli podatkowej w państwach członkowskich UE, a z drugiej udzielenie zaleceń w tej sprawie. Był to rezultat 6 miesięcy intensywnych prac komisji TAXE obejmujących wysłuchania ekspertów, a także delegacje do wielu państw członkowskich, których celem było wyjaśnienie, jak interpretować i stosować krajowe ustawodawstwo podatkowe.

Biorąc pod uwagę, że oszustwa podatkowe oraz unikanie opodatkowania powodują każdego roku w UE straty dla budżetu rzędu biliona euro, konkretne kwestie związane z erozją bazy podatkowej osób prawnych i praktykami agresywnego planowania podatkowego były szczegółowo badane na szczeblu międzynarodowym.

Globalizacja i cyfryzacja gospodarki całkowicie zmieniły sposób funkcjonowania rynków. Obecnie większość dużych firm ma charakter transgraniczny, wymagający międzynarodowych zasad podatkowych, zaś modele opodatkowania osób prawnych zostały stworzone w pierwszej połowie XX wieku, kiedy takie rodzaje działalności miały ograniczony zakres. Niedopasowanie przepisów krajowych i luki prawne ułatwiają uchylanie się od płacenia podatków.

Podsumowując, niezbędne jest zarówno zaostrzenie krajowych środków służących zwalczaniu nadużyć podatkowych w państwach członkowskich, jak i spójne stanowisko UE wobec tego zjawiska.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Gemeinsam mit meinen Kollegen der EVP-Fraktion setze ich mich dafür ein, dass Unternehmen zukünftig in den Ländern Ihre Steuern zahlen, in denen die wirtschaftliche Aktivität tatsächlich stattfindet. Dazu ist es wichtig, dass wir zukünftig über einen besseren Austausch von Steuerdaten verfügen. Nur so können einheitlich geltende Standards entwickelt werden. Solange die Mitgliedstaaten hier nicht enger zusammenarbeiten, wird es auch weiterhin potenzielle Steuerschlupflöcher für findige Unternehmen geben. Erneut zeigt sich, dass uns gemeinsames Handeln in Europa stärker macht.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the TAXE report, because the work of the TAXE Committee has shown that tax evasion and aggressive tax avoidance is a problem across Europe. It costs billions every year: billions that should be invested in schools, hospitals and public services. For too long, both governments and multinational corporations have been involved in a race to the bottom on tax – a race in which ordinary people are the losers. This report sets out a number of bold recommendations to stop these dreadful practices once and for all. Now it is time for EU governments – and especially the Tory UK government – to listen to the will of the people and to end tax fiddling for good.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – First of all, I would like to thank the special committee for the elaboration of this report following the Lux Leaks scandal that highlighted questionable tax practices allowing 340 big companies to realize big tax savings. I supported this report that puts forwards recommendations to avoid aggressive tax practices and distortion of competition.

I however condemn the fact that several documents that were asked by the special committee were never disclosed; I therefore voted in favour of a six-month extension of its mandate to allow the committee to complete its work. I also supported amendments calling for full access to the documents of the Code of Conduct group and for the creation of a public register of companies at EU level in order to prevent aggressive and harmful tax practices and fraud and improve transparency.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – Ce rapport constitue la conclusion de la commission spéciale sur le scandale des rescrits fiscaux, plus connu sous le nom de l'affaire du «LuxLeaks». Pendant des décennies, des pays comme le Luxembourg ont permis à des multinationales, notamment dans l'économie numérique ou la finance, de délocaliser leurs bénéfices afin d'échapper à tout ou partie de l'impôt. La France a ainsi subi un manque à gagner d'environ 10 à 15 milliards par an.

Le Front national a toujours soutenu au Parlement européen les textes permettant de lutter contre la fraude et l'évasion fiscales. Nous avons ainsi entériné la fin du secret bancaire avec la Suisse au 1^{er} janvier 2018 et nous avons voté les rapports permettant de lutter contre l'optimisation fiscale agressive.

C'est dans cette continuité que j'ai voté en faveur du rapport final sur les rescrits fiscaux. Celui-ci prévoit notamment des recommandations aux États membres et à la Commission en matière de transparence et de concurrence fiscale. La France étant l'un des pays de l'Union les moins compétitifs fiscalement, les mesures les plus contraignantes ne nous causeront pas préjudice...

Tania González Peñas (GUE/NGL), por escrito. – Celebro la parte más importante de este informe, que contiene propuestas útiles para una mayor justicia fiscal y refleja el impacto negativo de la austeridad sobre esta. Sin embargo, me he abstenido en esta votación por las siguientes razones: la responsabilidad por el hundimiento de los sistemas fiscales en Europa no se ha atribuido completamente, y el informe no pide la prolongación necesaria del mandato actual; el acceso a documentos sigue siendo insatisfactorio por parte del Consejo, la Comisión y los Estados miembros. Las corporaciones multinacionales solo han respondido después de múltiples invitaciones a la comisión, no se ha establecido una base legal para las sanciones y no han podido ser interrogadas a fondo; además, las contradicciones en el discurso de Jean-Claude Juncker no han sido esclarecidas.

En lo sustancial, el informe no va más allá de las propias propuestas de la Comisión. Las resoluciones fiscales deberían hacerse públicas y las leyes de secreto fiscal deberían ajustarse. Doy la bienvenida a la idea de una consolidación de la base fiscal. Sin embargo, echo en falta un compromiso claro para ampliar la base fiscal y critico el periodo de transición antes de la consolidación.

Beata Gosiewska (ECR), na piśmie. – Głosowałam przeciwko sprawozdaniu w sprawie interpretacji prawa podatkowego i innych środków o podobnym charakterze lub skutkach, ponieważ nie jestem zwolenniczką wprowadzenia wspólnej skonsolidowanej podstawy opodatkowania. Nie zgadzam się w szczególności z paragrafem 170, który podważa zasadę jednomyślności w Radzie, ponieważ uważam, że w kwestii polityki podatkowej każde państwo członkowskie powinno mieć prawo weta. Ubolewam nad tym, że Parlament Europejski przyjął sprawozdanie, które wkracza w kompetencje państw członkowskich, zmierzając w kierunku harmonizacji prawa podatkowego w Unii Europejskiej. Jednolite przepisy w tej sferze są niepotrzebne i szkodliwe dla konkurencyjności państw członkowskich.

Theresa Griffin (S&D), in writing. – I voted in favour of the TAXE report, because the work of the TAXE Committee has shown that tax evasion and aggressive tax avoidance is a problem right across Europe. It costs billions every year: billions that should be invested in schools, hospitals and public services. For too long, both governments and multinational corporations have been involved in a race to the bottom on tax – a race in which ordinary people are the losers. This report sets out a number of bold recommendations to stop these dreadful practices once and for all. Now it is time for EU governments – and especially the Tory UK government – to listen to the will of the people and do something to end tax fiddling for good.

Sylvie Guillaume (S&D), par écrit. – Ce rapport est issu des travaux de la commission TAXE qui, après neuf mois, émet un certain nombre de propositions très intéressantes. J'ai donc voté en sa faveur et j'espère que ses préconisations seront suivies d'effets dans les meilleurs délais.

La concurrence fiscale déloyale qui se pratique aujourd'hui en Europe est aberrante à bien des égards. La règle de l'unanimité qui s'applique sur ces questions est tout à fait dommageable. Elle permet à quelques pays d'en tirer un avantage au détriment du plus grand nombre. Elle permet surtout aux multinationales de réduire leurs impôts de façon scandaleuse. Face à cette situation la commission TAXE recommande notamment la réalisation de l'ACCIS – assiette commune consolidée d'impôt sur les sociétés – qui permettrait d'avoir un système commun pour calculer l'assiette de l'impôt des sociétés.

Avec la publication d'informations pays par pays (CBCR), il s'agit d'obliger les entreprises cotées en Bourse à rendre publiques des informations sur leurs activités et les impôts qu'elles paient dans tous les pays où elles sont implantées. Sont également cités l'échange automatique d'informations, la rédaction de listes de paradis fiscaux et la protection des lanceurs d'alerte.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I have voted for the report on tax rulings and other measures similar in nature or effect because after the Lux Leaks revelations, legitimate questions were raised from the media and from citizens, also given the complexity of this topic. This report tries to provide clear answers to these questions.

Jytte Guteland, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), *skriftlig*. – Vi svenska socialdemokrater röstade ja till TAXE-betänkandet. Vi ser detta som en offensiv och delvis visionär text som driver debatten framåt i frågor om skatteflykt och aggressiv skatteplanering. Alla rekommendationer kan eller bör kanske inte realiserats i närtid, men det är ändå nyttigt att det nu etableras en tydlig och konkret agenda.

Viktigt att betona i sammanhanget är att själva skattesatserna på detta område i allt väsentligt måste fortsätta vara en nationell angelägenhet. Det måste vara upp till medlemsländerna själva att avgöra hur höga skattesatserna behöver vara för att säkra tillräckliga intäkter i de offentliga budgetarna.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe final de la Comisión TAXE, originado a raíz del escándalo conocido como «LuxLeaks», porque supone un gran paso adelante en la lucha contra el fraude y la elusión fiscales, siempre que el Consejo siga las recomendaciones del documento aprobado, y que contiene los siguientes elementos principales:

- a) no limitación del intercambio automático de información a las resoluciones tributarias consideradas «transfronterizas»;
- b) obligatoriedad de realizar informes país por país por parte de las multinacionales;
- c) posibilidad de sancionar a los Estados y empresas que participan en prácticas tributarias perniciosas;
- d) reclamación a la Comisión para que se tomen las medidas legislativas necesarias al objeto de introducir la Base Común del Impuesto de Sociedades, incluyendo el elemento de consolidación;
- e) protección de los denunciantes de irregularidades empresariales;
- f) lista europea de paraísos fiscales;
- g) reforma del Grupo del Código de Conducta.

El informe también critica que el Consejo haya excluido a la Comisión del sistema de intercambio automático de información en el marco de la revisión de la Directiva de 2011.

Como socialista, esta materia es una prioridad absoluta.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A kiüresedett államkasszák és az igazságos teherviselés egyre inkább az adócsalás és adóelkerülés elleni harc fokozásának összehangolására készíti az Európai Unió tagállamait. Az Európai Parlamentben állandóvá vált a téma, hiszen ennek megerősítése céljából új szakbizottságot is felállíthattunk, s ennek első „terméke” plenáris napirendünkön is helyet követelt most magának. Mint mindannyian látjuk, hogy hosszú ideig tartó gazdasági válság járulékos következménye az, hogy az EU-ban és globálisan is megnőtt az igény az eltitkolt jövedelmek feltárására, ami az Európai Bizottság becslése szerint minden évben tízmilliárdokkal rövidíti meg a tagállamok bevételeit.

A válság miatt szükségessé vált költségvetési kiigazítások és az igazságos teherviselés igénye a jelek szerint növeli az adóügyekben hagyományosan vonakodó uniós tagállamok készségét az adócsalás és adóelkerülés elleni lépések fokozására és összehangolására. Úgy látom, hogy párhuzamosan a különböző nemzetközi fórumokon – mint az OECD és G20 – is határozottan fel kell lépünk továbbá annak érdekében, hogy mások is kövessék Európa példáját, és egy ország se csúszhasson ki az adócsalás és az adóelkerülés elleni globális szintű erőfeszítések alól. Szavazatommal támogattam e jelentést, hiszen úgy vélem, hogy továbbra is el kell kötelezni magunkat a már adócsalási ügyekben előterjesztett uniós javaslatok elfogadásának felgyorsítása és a már elfogadott intézkedések végrehajtása mellett.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), γραπτώς. – Η ΕΕΑ/ΒΠΑ είναι σύμφωνη με την ουσία της έκθεσης της επιτροπής TAXE, η οποία περιέχει χρήσιμες προτάσεις για μεγαλύτερη φορολογική δικαιοσύνη και αναδεικνύει την αρνητική επίδραση της λιτότητας στη φορολογική δικαιοσύνη. Παρ' όλα αυτά, απέχουμε από τη σημερινή ψηφοφορία για τους εξής λόγους:

Η πολιτική ευθύνη για το φορολογικό ντάμπινγκ στην ΕΕ δεν έχει πλήρως αποδοθεί και η έκθεση δεν ζητεί την παράταση της παρούσας εντολής της επιτροπής. Η πρόσβαση σε έγγραφα του Συμβουλίου, της Επιτροπής και των κρατών μελών δεν ήταν ικανοποιητική. Οι πολυεθνικές εταιρίες ανταποκρίθηκαν μόνο μετά από επανειλημμένες κλήσεις της TAXE και καμιά νομική βάση για κυρώσεις δεν δημιουργήθηκε και ως εκ τούτου οι εταιρίες δεν ανακρίθηκαν επαρκώς. Επίσης, αντιφάσεις στις δηλώσεις του Ζαν-Κλόντ Γιούνκερ κατά τη διάρκεια της κατάθεσης του δεν διευκρινιστήκαν.

Σε ότι αφορά την ουσία, στα κύρια ζητήματα η έκθεση δεν προτείνει μέτρα πέραν αυτών που πρότεινε ήδη η Επιτροπή. Οι φορολογικές αποφάσεις πρέπει να δημοσιοποιούνται και οι νόμοι περί φορολογικής μυστικότητας να προσαρμοστούν. Δεν υπάρχει δε δέσμευση για προσπάθεια μεγέθυνσης της βάσης του εταιρικού φόρου.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – While I welcome the report on Tax Rulings and other Measures similar in Nature or effect as it deals with many important tax issues, I voted against mandatory CCCTB. CCCTB should be optional. Furthermore, I do not support the EP perspective on the unanimity rule on Taxation matters. Ireland secured a protocol in a recent referendum guaranteeing the unanimity in Tax matters and I fully support this position. The Commission have already launched a public consultation to help identify the key measures for inclusion in the relaunch of the CCCTB proposal. Ireland maintains a strong position that tax is an issue for Member States and I will examine the Commission's new proposal when it is published with that in mind.

The report overall has a lot of very positive aspects, in particular that whistle-blowers whose revelations promote the public interest should be better protected, increased transparency, Taxpayer Identification Number (TIN) and the simplification of the tax system.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – The Irish EPP Delegation regrettably voted against this report. While there are many positive aspects in this report, overall we believe that Parliament has gone beyond its mandate in relation to tax matters in this instance. Taxation is a national competence and this is clearly not respected in the report. Member States should have full power to set their corporate tax rates and the consolidation of corporation taxes across the EU is clearly a form of tax rate harmonisation. The EU's competence on tax matters is to ensure that corporate tax systems are fair and transparent; if these conditions are fulfilled, tax competition should be considered a positive thing for Europe.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Das Europäische Parlament reagierte auf die Luxleaks-Enthüllungen mit der Einsetzung eines Sonderausschusses zur Rolle und Wirkung von Steuervorbescheiden. Ich habe die Gründung dieses Sonderausschusses unterstützt und für den Bericht gestimmt. Die ALFA setzt sich dafür ein, dass alle Unternehmen und alle Bürger nach ihrer Leistungsfähigkeit besteuert werden und diese Steuern auch tatsächlich entrichten. Wir brauchen im Steuerrecht einen funktionierenden europäischen Ordnungsrahmen. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Euro abgeschafft werden muss, weil er zu Zwist und Zwietracht in Europa führt!

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A kiüresedett államkasszák és az igazságos teherviselés egyre inkább az adócsalás és adóelkerülés elleni harc fokozásának összehangolására készíti az Európai Unió tagállamait. A Parlamentben állandóvá vált a téma, új szakbizottság is alakult az ilyen ügyek vizsgálatára. A hosszú ideig tartó gazdasági válság egyik következménye, hogy Európában és globálisan is megnőtt az igény az eltitkolt jövedelmek feltárására. Az Európai Bizottság becslése szerint az adóelkerülés és adócsalás minden évben tízmilliárdokkal rövidíti meg a tagállamok bevételeit. A válság miatt szükségessé vált költségvetési kiigazítások és az igazságos teherviselés igénye növeli az adóügyekben hagyományosan vonakodó uniós tagállamok készségét az adócsalás és adómegkerülés elleni lépések fokozására és összehangolására.

Ennek érdekében hallatnunk kell a hangunkat a különböző nemzetközi fórumokon is, mint az OECD és a G20. Határozottan fel kell lépünk továbbá annak érdekében, hogy mások is kövessék Európa példáját, és senki ne csúszhasson ki az adócsalás és az adóelkerülés elleni globális szintű erőfeszítéseik alól. Úgy vélem, hogy továbbra is el kell kötelezni magunkat az adócsalási ügyekben előterjesztett uniós javaslatok elfogadásának felgyorsítása és az elfogadott intézkedések végrehajtása mellett. Mindezek miatt szavazatommal támogattam a jelentést.

Mary Honeyball (S&D), in writing. – Labour MEPs voted in favour of the TAXE report, because the work of the TAXE Committee has shown that tax evasion and aggressive tax avoidance is a problem right across Europe. It costs billions every year: billions that should be invested in schools, hospitals and public services. For too long, both governments and multinational corporations have been involved in a race to the bottom on tax – a race in which ordinary people are the losers. This report sets out a number of bold recommendations to stop these dreadful practices once and for all. Now it is time for EU governments – and especially the Tory UK government – to listen to the will of the people and do something to end tax fiddling for good.

Richard Howitt (S&D), in writing. – I am proud to be a supporter of the Tax Justice campaign and, as this Parliament's longstanding rapporteur on Corporate Social Responsibility, have always argued that the fair payment of tax and transparent reporting of doing so is an integral obligation for responsible business. Corporate tax evasion costs the UK GBP 9 billion a year, with small and medium sized businesses paying 30% more tax than their multinational counterparts. This is unfair and wrong. I am proud to have helped win European rules requiring transparent payments by extractive companies, and hope today's vote will be a staging post towards establishing full country-by-country reporting for corporate tax payments, which the European Council has promised. I am very disappointed that one of the Conservative MEPs for my own East of England constituency voted against today's measures. He should explain why our small businesses have to pay taxes that big business doesn't; and why his party which says it is pro-business refuses to back action which creates a fairer business environment for all?

Ian Hudghton (Verts/ALE), in writing. – While this Report suggests a number of positive measures, I remain of the view that Member States should retain full competence over decisions concerning taxation and I disagree with the notion that the EU should have tax powers. I therefore I voted against all text concerning the Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB) including paragraphs 29, 97, 114, 116, 117, 118. On the other hand, I voted in favour of protecting Whistleblowers (Paragraph 143, Amendment 21) and supported the call for the Commission 'to fully implement the EU Ombudsman's recommendations regarding the composition of expert groups' (Paragraph 127). Moreover I welcome measures to increase transparency regarding the activities of multinational companies is essential for ensuring tax administrations are able to effectively combat BEPS (Paragraph 135). The positive aspects in the report allowed me, on balance, to support it in the final vote.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), în scris. – Efectele negative ale evaziunii fiscale a companiilor multinaționale sunt suportate de toți ceilalți contribuabili, inclusiv întreprinderile mici și mijlocii.

Prin urmare, trebuie stabilit un cadru juridic cuprinzător pentru impozitul pe profit echitabil în Europa.

În raportul comisiei speciale spunem clar ce așteptăm de la statele membre și Comisia Europeană: un pachet cuprinzător împotriva planificării fiscale agresive. Toate companiile trebuie să plătească taxe în țările în care sunt obținute profiturile.

Timp de mulți ani, companiile multinaționale și-au redus taxele prin oferte preferențiale în diferite state membre. Prin urmare, impozitele care sprijină serviciile noastre de sănătate, educație și infrastructură au fost plătite aproape exclusiv de IMM-uri și cetățeni. Această situație a devenit de nesuportat, în mod deosebit în perioade de reduceri bugetare dure ale cheltuielilor de asistență socială.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan.* – Glasao sam za Izvješće o odlukama o porezima i ostalim mjerama slične prirode ili učinka jer smatram da su se modeli oporezivanja promijenili i modernizirali, posebno u današnjem vremenu globalizacije i digitalizacije ekonomije. Izvješće ističe kako je potrebno donijeti uravnoteženu i pravednu poreznu politiku koja će biti sastavni dio strukturne reforme u državama članicama s čime se potpuno slažem jer mislim da nacionalna i međunarodna pravila u području oporezivanja trebaju ići u korak s razvojem poslovnog okruženja.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit.* – Le rapport final de la commission TAXE sur les rescrits fiscaux et autres mesures d'optimisation fiscale agressive dans l'UE, faisant suite au scandale LuxLeaks, a permis plus généralement une prise de conscience sur les montages de certaines multinationales leur permettant d'échapper à tout impôt ou presque. Le préjudice pour les finances publiques des pays membres serait lourd, de l'ordre de 10 à 15 milliards d'euros par an pour la France par exemple.

La plupart de ces montages étant illégaux, il convient de trouver de nouvelles formes de réglementations. Ce texte formule des recommandations aux États membres et à la Commission qui s'articulent autour de l'implémentation de mesures de transparence et de la limitation des possibilités de rescrits et autres mesures similaires touchant la concurrence fiscale, dès lors qu'elles s'avèrent déloyales. Au final, le rapport témoigne d'une prise de conscience mais ne préjuge en rien des dispositions qui seront prises. Sur la directive échange de rescrits, corollaire du travail de TAXE, la position du Conseil du 6 octobre dernier s'est avérée décevante.

Malgré quelques réserves donc, j'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing.* – The motion calls on the Commission to act and, in particular, to progress the Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB) by which the EU intends to harmonise taxes across the EU and thereby prohibit beneficial tax competition between Member States, and for this reason I voted against.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito.* – He votado a favor del informe final de la Comisión TAXE, originado a raíz del escándalo conocido como «LuxLeaks», porque supone un gran paso adelante en la lucha contra el fraude y la elusión fiscales, siempre que el Consejo siga las recomendaciones del documento aprobado, y que contiene los siguientes elementos principales:

- a) no limitación del intercambio automático de información a las resoluciones tributarias consideradas «transfronterizas»;
- b) obligatoriedad de realizar informes país por país por parte de las multinacionales;
- c) posibilidad de sancionar a los Estados y empresas que participan en prácticas tributarias perniciosas;
- d) reclamación a la Comisión para que se tomen las medidas legislativas necesarias al objeto de introducir la Base Común del Impuesto de Sociedades, incluyendo el elemento de consolidación;
- e) protección de los denunciantes de irregularidades empresariales;
- f) lista europea de paraísos fiscales;
- g) reforma del Grupo del Código de Conducta.

El informe también critica que el Consejo haya excluido a la Comisión del sistema de intercambio automático de información en el marco de la revisión de la Directiva de 2011.

Como socialista, esta materia es una prioridad absoluta.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Rok po zveřejnění skandálu známého jako „LuxLeaks“ byla plénu Evropského parlamentu předložena zpráva obsahující návrhy pro Evropskou komisi k zamezení únikům a krácení daní nadnárodních společností v Evropské unii. Kontroverzní praktiky, proti kterým se tímto EP vymezil, narušují hospodářskou soutěž na vnitřním trhu a snižují příjmy státních rozpočtů. Mezi kroky diskutované ve zvláštním výboru pro daňová rozhodnutí a jiná opatření podobná svojí povahou nebo účinkem patří efektivnější výměna informací mezi finančními úřady členských států či harmonizace způsobu výpočtu korporátní daně (nikoli její sazby). Jako člen dotyčného výboru se problematikou dlouhodobě zabývám, a proto jsem tuto zprávu podpořil.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mes collègues Elisa Ferreira et Michael Theurer sur les rescrits fiscaux et autres mesures similaires par leur nature ou par leur effet. Ce rapport fait suite au travail d'information sur les pratiques fiscales des États membres envers les entreprises. Le rapport souligne le manque de volonté des États membres pour s'attaquer aux pratiques fiscales déloyales et rappelle que la transparence doit être de mise mais ne doit pas désavantager les entreprises européennes. Une harmonisation des pratiques au sein des États membres reste donc nécessaire.

Le rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car il vise à rendre les impôts sur les sociétés plus justes en Europe. Il est en effet important que les multinationales payent leurs impôts là où elles réalisent leurs bénéfices sans que ne soit organisée une concurrence fiscale entre États membres. Ce rapport invite les États à se mettre d'accord sur une assiette commune consolidée de l'impôt sur les sociétés, sur des définitions communes concernant les termes fiscaux et sur une plus grande transparence des rescrits fiscaux.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesem Bericht stimme ich zu. Er fordert ein transparenteres *level playing field* bei der Vermittlung von Versicherungen, dem Angebot und den Informationen sowie die bessere Berücksichtigung von Änderungen des Geschäftsverhaltens von Versicherungen und Rückversicherern. Ziel ist es, den Verbrauchern trotz der Unterschiede zwischen den Vertriebskanälen das gleiche Schutzniveau zugutekommen zu lassen. Um zu gewährleisten, dass das gleiche Schutzniveau gilt und dass die Verbraucher in den Genuss vergleichbarer Standards, insbesondere im Bereich der Offenlegung von Informationen, kommen, sind gleiche Wettbewerbsbedingungen zwischen den Vertreibern von ausschlaggebender Bedeutung. Der Bericht stellt das durch einige technische Maßnahmen sicher und würde ermöglichen, Versicherungsschutz dort zu kaufen, wo er die besten Konditionen bietet, und nicht gezwungenermaßen in dem Land, wo man sich aufhält.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Izvairīšanās no nodokļu nomaksas pilnā apmērā, nodokļu novirzīšanas shēmas un agresīva nodokļu plānošana bija, ir un būs viens no lielākajiem Eiropas Savienības izaicinājumiem. Eiropas Savienības dalībvalstis ir zaudējušas milzīgus naudas līdzekļus šo negodīgo nodokļu darījumu dēļ, un tas ir pamatīgi traucējis godīgai konkurencei. Es atbalstu, ka lielajām starptautiskajām korporācijām jāmaksā nodokļi tajā dalībvalstī, kur tās veic saimniecisko darbību un gūst peļņu, nevis likumīgi novirzot šo peļņu uz citām dalībvalstīm, kuras piešķir šiem uzņēmumiem nodokļu atlaides. Es pilnībā atbalstu valstu tiesības konkurēt nodokļu jomā, tomēr šai konkurencei ir jābūt godīgai. Piekritu, ka dalībvalstīm ir vairāk jākoordinē savi nodokļu likumi, lai neradītu robus, kurus izmantotu uzņēmumi, lai samazinātu maksājamo nodokli.

Atkārtotju, ka atbalstu godīgu konkurenci starp Eiropas Savienības valstīm nodokļu jomā un uzskatu, ka nodokļu likumdošanai ir jāpaliek valstu ziņā. Diemžēl ziņojums sastāv no priekšlikumiem, kas iedragātu dalībvalstu suverenitāti šajā jomā, un tādēļ balsojumā es atturējos. Katrai dalībvalstij šobrīd ir tiesības veidot pašai savu nodokļu politiku, un šīs tiesības ir jāsaģlabā. Uzskatu, ka noteikti punkti šajā ziņojumā apdraud dalībvalstu suverenitāti attiecībā uz nodokļu jautājumiem un līdz ar to varētu negatīvi ietekmēt līdz šim pieņemto praksi. Latvijai ir jābūt iespējai noteikt nodokļus tā, lai veicinātu uzņēmējdarbību un piesaistītu investīcijas.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I strongly supported the report, as it calls on multinational companies in Europe to publish information on their profits, taxes and activities in every country in which they operate. Labour MEPs have been calling for this measure for years, as it will allow governments and citizens alike to see where multinationals make their money and where they pay their taxes. The report also calls for greater action to be taken against tax havens, by agreeing a common definition of the term and then applying sanctions against those companies which make use of them in order to avoid paying tax.

Bernd Kölme (ECR), *schriftlich*. – Das Europäische Parlament hat auf die Luxleaks-Enthüllungen mit der Einsetzung eines Sonderausschusses zur Rolle und Wirkung von Steuervorbescheiden reagiert. Ich unterstütze diesen Bericht: Die ALFA setzt sich dafür ein, dass alle Unternehmen und alle Bürger nach ihrer Leistungsfähigkeit besteuert werden und diese Steuern auch tatsächlich entrichten. Wir brauchen im Steuerrecht einen funktionierenden europäischen Ordnungsrahmen.

Im abgestimmten Bericht werden Maßnahmen wie eine gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftsteuer und der automatische Austausch von Informationen über Steuervorbescheide gefordert. Diese Maßnahmen sind dazu geeignet, den Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten transparenter und die Spielregeln klarer zu gestalten. Die Maßnahmen werden helfen, Diskriminierung im Bereich des internationalen Steuerrechts zu erschweren. Sie stellen sowohl zwischen den Mitgliedstaaten als auch zwischen den Unternehmen gerechte Wettbewerbsbedingungen wieder her.

Der Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten bleibt dabei erhalten. Er hilft, staatliche Akteure in ihrem Ausgabenverhalten zu zähmen, bindet sie an die Wünsche der Steuerzahler und spornt sie zu Innovation an. Das Recht der Staaten, völlig autonom über die Höhe der Steuersätze zu entscheiden, wird nicht eingeschränkt. Aber die Steuergerechtigkeit würde durch die Maßnahmen erheblich verbessert werden, zum Wohle der Bürger und des Mittelstandes.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A kiüresedett államkasszák és az igazságos teherviselés egyre inkább az adócsalás és adóelkerülés elleni harc fokozásának összehangolására készíteti az Európai Unió tagállamait. Úgy látszik, hogy Parlamentünkben állandóvá vált a téma, hiszen ennek megerősítése végett új szakbizottságot is felállíthattunk, s ennek első „terméke” végre valahára plenáris napirendünkön is helyet követelt most magának.

Mint mindannyian látjuk, hogy hosszú ideig tartó gazdasági válság járulékos következménye az, hogy az az EU-ban és globálisan is megnőtt az igény az eltitkolt jövedelmek feltárására, ami az Európai Bizottság becslése szerint minden évben tízmilliárdokkal rövidíti meg a tagállamok bevételeit. A válság miatt szükségessé vált költségvetési kiigazítások és az igazságos teherviselés igénye a jelek szerint növeli az adóügyekben hagyományosan vonakodó uniós tagállamok készségét az adócsalás és adóelkerülés elleni lépések fokozására és összehangolására.

Úgy látom, hogy párhuzamosan a különböző nemzetközi fórumokon, mint az OECD és a G20, is határozottan fel kell lépünk továbbá annak érdekében, hogy mások is kövessék Európa példáját, és senki ne csúszhasson ki az adócsalás és az adóelkerülés elleni globális szintű erőfeszítéseik alól. Szavazatommal támogattam e jelentést, hiszen úgy vélem, hogy továbbra is el kell kötelezni magunkat a már adócsalási ügyekben előterjesztett uniós javaslatok elfogadásának felgyorsítása és már elfogadott intézkedések végrehajtása mellett.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I voted abstention for this report, because I am not in the position to support it even if some of our amendments were included in the report. One main problem is that this report does not give explanations on the political responsibilities of top EU officials. Furthermore, the document was not accessible while many Member States and multinational companies did not comply with information requested by the EP's TAXE Committee. Even if this report goes a step forward, I cannot fully support it.

Merja Kyllönen (GUE/NGL), *in writing*. – GUE/NGL welcomes the substance of the TAXE Committee report. It contains useful proposals for greater tax justice and reflects the negative impact of austerity on tax fairness. Despite our many contributions to the report's final shape, we abstain in today's vote for the following reasons:

Political responsibility for tax dumping in the EU has not been fully established and the report does not call for the necessary prolongation of the current mandate. Access to documents remained unsatisfactory by Council, Commission and Member States. Multinational corporations have only responded after repeated invitations to TAXE, no legal base for sanctions could be established yet and they could not be interrogated thoroughly. Moreover, contradictions of the President of the EU Commission, Jean-Claude Juncker, during his testimony to TAXE were not followed up.

Substance-wise, core issues lack ambition beyond what the EU Commission has proposed already. Tax rulings should be made public and tax secrecy laws adjusted. We welcome the idea of consolidation of the tax base. However, we miss a clear commitment to broaden the tax base and we criticise the interim period before consolidation which allows for cross border loss/profit offsetting and no further backstops to prevent tax competition between EU countries.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Come sappiamo, non esiste una definizione condivisa a livello internazionale di *ruling* fiscali, salvo un riferimento della Commissione, che li definisce comunicazione, accordo o qualsiasi altro strumento o azione con effetti analoghi.

Ho deciso di sostenere questo provvedimento poiché la funzione di tali decisioni dovrebbe essere quella di fornire certezza giuridica al contribuente riducendo il rischio finanziario per le imprese oneste. Purtroppo, il loro utilizzo è invece connesso a dinamiche di elusione dell'imposta sulle società che ha un impatto diretto sui bilanci nazionali e sulla ripartizione dell'onere fiscale tra categorie di contribuenti.

Accolgo con favore l'operato della commissione speciale competente in materia, ma ritengo anche di vitale importanza un impegno costante di tutti gli Stati membri, nonché delle Istituzioni europee, al fine d'impedire pratiche fiscali dannose e promuovendo una più equa ed efficace tassazione delle società nell'UE.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai approuvé le rapport présenté par la commission spéciale TAXE, présidée par mon collègue Alain Lamassoure, proposant plusieurs recommandations indispensables pour répondre au problème des dispositions fiscales avantageuses négociées entre États et entreprises (rescrits fiscaux), qui participent à l'érosion des bases fiscales et nuisent à l'état des finances publiques des États membres. J'ai également voté le paragraphe 142 du rapport, afin de demander à la Commission de proposer la création d'un cadre législatif assurant la protection des lanceurs d'alerte.

De même, j'ai soutenu l'appel à la commission à mettre en place un certain nombre d'instruments propres à assurer à ces derniers cette sécurité juridique et financière, sans pour autant approuver l'idée de création d'organes européens spécifiques pouvant s'avérer dispendieux. Je considère en effet que la mise en place d'un cadre législatif protégeant les lanceurs d'alerte tout en assurant le respect des « secrets d'affaires » revêt une grande importance. J'ai voulu également que ces instruments puissent s'avérer réactifs et efficaces, en soutenant l'idée d'un mécanisme de protection pour les lanceurs d'alerte qui se tourneraient vers le public en l'absence de réaction des autorités compétentes dans un délai d'un mois après avoir été averties de la situation.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Après le scandale LuxLeaks, portant sur l'évasion fiscale pratiquée par les multinationales avec la complicité des gouvernements et des administrations fiscales de certains États européens, le Parlement a créé une commission spéciale TAXE.

Nos inquiétudes, sur la portée du mandat, la limitation des pouvoirs d'enquête et la volonté d'utiliser celle-ci pour blanchir les responsables ont été confirmées.

La responsabilité politique de l'Union européenne dans le dumping fiscal n'a pas été établie. Celle des États a été biffée du rapport final par des amendements de la droite. Enfin, les réponses de la Commission ou de certaines entreprises ont été parcellaires ou absentes.

Cependant, le rapport qui nous a été présenté contient des propositions utiles et rend compte de l'impact négatif de l'austérité sur la justice fiscale. Nous voulions donc un prolongement de cette commission afin de faire toute la lumière sur ces pratiques. Mais cela a gêné les groupes conservateurs, socialistes et libéraux. Tout a alors été fait pour clore cette commission après l'adoption de son premier rapport.

Je me suis donc abstenu car je refuse d'être associé à une manœuvre pour enterrer un dossier aussi fondamental que la justice fiscale et je soutiens la poursuite des travaux d'investigation.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur les rescrits fiscaux et autres mesures d'optimisation fiscale agressive dans l'Union. Les travaux de la commission TAXE, à la suite de l'affaire LuxLeaks, ont permis plus généralement une prise de conscience sur les montages de certaines multinationales peu scrupuleuses leur permettant d'échapper à tout impôt ou presque, en exploitant les failles dans la législation des États membres ou en profitant de leurs différences. Le préjudice pour les finances publiques des pays membres est lourd, et serait de l'ordre de 10 à 15 milliards d'euros par an pour la France.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – El trabajo de la Comisión TAXE ha servido para demostrar que los acuerdos fiscales presentaban una violación de las normas de competencia, además de evidenciar la complicidad de los señores Juncker y Dijsselbloem en este escándalo.

El informe, sin embargo, recoge tan solo parcialmente nuestras demandas. Por un lado, se denuncian las prácticas de elusión fiscal y se pide a la Comisión ambición en sus propuestas de transparencia y armonización fiscal. Pero muchas de estas peticiones no van más allá de las buenas intenciones y no se investigan adecuadamente los lazos entre las multinacionales culpables de elusión fiscal, los Estados miembros y la Comisión, por falta de documentos y de voluntad política. Es por ello que he decidido abstenerme.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Das Europäische Parlament reagierte auf die Luxleaks-Enthüllungen mit der Einsetzung eines Sonderausschusses zur Rolle und Wirkung von Steuervorbescheiden. Ich habe die Gründung dieses Sonderausschusses unterstützt und für den Bericht gestimmt. Die ALFA setzt sich dafür ein, dass alle Unternehmen und alle Bürger nach ihrer Leistungsfähigkeit besteuert werden und diese Steuern auch tatsächlich entrichten. Wir brauchen im Steuerrecht einen funktionierenden europäischen Ordnungsrahmen.

Im abgestimmten Bericht werden Maßnahmen wie eine gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftssteuer und der automatische Austausch von Informationen über Steuervorbescheide gefordert. Diese Maßnahmen sind geeignet, den Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten transparenter und die Spielregeln klarer zu gestalten. Die Maßnahmen werden helfen, Diskriminierung im und durch das internationale Steuerrecht zu erschweren. Sie stellen faire Wettbewerbsbedingungen wieder her, und zwar zwischen den Mitgliedstaaten genauso wie zwischen den Unternehmen.

Der Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten bleibt dabei erhalten. Er hilft, staatliche Akteure in ihrem Ausgabenverhalten zu zähmen, bindet sie an die Wünsche der Steuerzahler und spornt sie zu Innovation an. Das Recht der Staaten, völlig autonom über die Höhe der Steuersätze zu entscheiden, wird nicht eingeschränkt. Aber die Steuergerechtigkeit würde durch die Maßnahmen erheblich verbessert werden – zum Wohle der Bürger und des Mittelstandes.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Jsem proti daňové harmonizaci v podobě společného konsolidovaného základu daně firem. Návrh „podporuje co nejrychlejší zavedení úplného a povinného společného konsolidovaného základu daně z příjmů právnických osob“.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Potrebno je uspostaviti konsenzus među državama članicama kako bi se ostavilo manje prostora za porezne prijevare. Članice trebaju primjenjivati unutarnje porezne zakone upotunjene poreznim sporazumima uz nadzor Unije. Kao posljedica poreznih prijevara, procjenjuje se gubitak Unije od oko bilijarde eura potencijalnih poreznih prihoda odnosno globalni godišnji gubitak preko 50 milijardi eura u nacionalnim proračunima.

Sprječavanje utaje poreza i izbjegavanje poreza zahtjeva suradnju poreznih tijela država članica. Sukladno tome, Hrvatska je EU-u dostavila zatražene podatke u 2015. Za rješavanje zajedničkih izazova kao što je utaja poreza među državama članicama sve je potrebniји usklađeni pristup na razini EU-a.

Potrebno je provoditi nadzor kako bi se osiguralo da nacionalne porezne politike budu u skladu s politikama EU-a. U tom kontekstu važno je kreirati posebno osiguranje da poduzeća u jednoj državi nemaju nepoštenu prednost pred konkurentima u drugim državama, te osigurati poštovanja načela nediskriminacije i slobodnog kretanja na jedinstvenom tržištu.

Slijedom toga, podržala sam izvješće zastupnice Elise Ferreire i zastupnika Michaela Theurera.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Špekulácie, daňové raje, daňové úniky, podvody, špekulatívne presuny kapitálu pripravia každého obyvateľa Európy o stovky eur ročne. Európske štáty strácajú viac ako tisíc miliárd eur ročne. Individuálna daňová politika znevýhodňuje ostatné ekonomiky. Riešením sú spoločné postupy. Ak krajina nebude spolupracovať, musí zasiahnuť Komisia.

Daňové systémy členských krajín, čo do vymedzenia základu dane a výšky daňovej sadzby, sú značne rozdielne. Aj keď oblasť daňovej politiky spadá prioritne do kompetencie jednotlivých štátov, cezhraničné obchodovanie, voľný pohyb kapitálu a pracovnej sily, globalizácia a digitalizácia obchodu a trhu si budú vyžadovať, aby niektoré zásadné otázky daňovej politiky boli nastavené zo strany EÚ. Súčasťou štrukturálnych zmien v členských štátoch a EÚ preto musí byť aj spravodlivá, vyvážená a transparentná reforma daňových systémov.

Thomas Mann (PPE), *schriftlich*. – Hat sich die Arbeit des TAXE-Sonderausschusses gelohnt? Ich habe an allen Anhörungen teilgenommen – von Gewerkschaftsvertretern, Wirtschaftsverbänden, den Big-Four-Wirtschaftsprüfungsunternehmen bis zu Journalisten, die eine wesentliche Rolle bei der Veröffentlichung von umstrittenen Steuerpraktiken gespielt haben. Wir haben ein wenig Licht ins Dunkel der Steuervermeidungspolitiken von Unternehmen und Mitgliedstaaten bringen können. Die Kosten zu Lasten ehrlicher Steuerzahler und der kleinen und mittelständischen Unternehmen betragen mindestens 70 Milliarden Euro.

Also heißen unsere Forderungen zu Recht: Handlungsrahmen für fairen Steuerwettbewerb müssen geschaffen und Schlupflöcher für multinationale Unternehmen geschlossen werden. Qualifiziertes Fachpersonal in Steuerverwaltungen muss dafür gewonnen werden, dass diese ihrer Kontrollpflicht gerecht werden. Wir brauchen klare Transparenzvorschriften, um Interessenkonflikte auszuräumen. Endlich scheint eine Einigung über den Grundsatz in Sicht, dass Unternehmen ihre Gewinne dort versteuern, wo diese erwirtschaftet werden. Eine verantwortliche Steuerstrategie muss Teil jeder Corporate-Social-Responsibility-Berichterstattung werden. Ein Erfolg für die EVP ist die Ausnahme für kleine und mittelständische Unternehmen bei der Offenlegung von Rechenschaftsberichten, die künftig länderspezifisch abgefasst werden sollen. Ich stimme dem Vorhaben zu, dass unser Mandat als Sonderausschuss verlängert wird, weil uns etliche Dokumente bisher vorenthalten wurden. Der heute verabschiedete Zwischenbericht kann nur ein erster Schritt sein auf dem Weg zu mehr Steuergerechtigkeit in der EU.

Νότης Μαρίας (ECR), *γραπτώς*. – Απέχω από την ψηφοφορία σχετικά με τις φορολογικές αποφάσεις τύπου «tax ruling» και άλλα μέτρα παρόμοιου χαρακτήρα ή αποτελέσματος, διότι δεν είναι επαρκώς τεκμηριωμένη, καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 24/11/2015.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour. Il s'agissait ici du rapport rendu par la commission TAXE, commission spéciale du Parlement, qui souhaitait auditionner les multinationales suite au scandale LuxLeaks. Cette commission a pris conscience des agissements des multinationales peu scrupuleuses qui exploitent des failles légales du système de législation des États membre et qui arrivent ainsi à échapper à tout impôt ou presque. Les auditions ayant eu lieu tardivement, il a été suggéré de reconduire le mandat de cette commission pour 6 mois supplémentaires.

Le rapport de la commission suggère des mesures de sanction à l'encontre des multinationales et de leurs conseils coupables de fraudes, il propose la refonte du code de conduite sur la fiscalité et demande une protection renforcée des lanceurs d'alerte. En revanche nous restons fermement opposés à la proposition d'une harmonisation des taux pour les impôts directs.

Malgré tout, ce rapport témoigne d'une prise de conscience et va dans le bon sens.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Mi esprimo a favore della relazione sulle decisioni anticipate in materia fiscale (*tax ruling*) e altre misure analoghe per natura o effetto.

I 28 sistemi fiscali in vigore nell'Unione europea sono notevolmente diversi, sia per quanto concerne la base imponibile sia per le aliquote; i regimi preferenziali nazionali e il suddetto quadro fiscale non coordinato a livello UE è dovuto alla mancanza di cooperazione tra gli stati membri, cosa che ha delle ripercussioni pesanti su tutto il territorio dell'Unione, proprio perché gli Stati membri non tengono conto delle conseguenze che le misure fiscali hanno su altri paesi. Risulta quindi fondamentale elaborare una politica fiscale equa quale parte integrante della politica degli Stati membri per avere una situazione fiscale armonizzata.

Considerando che i *ruling* fiscali interessano poi una vasta gamma di pratiche negli Stati membri, che vanno da politiche ad hoc a un'applicazione chiaramente definita della legge, si sottolinea inoltre che una minore imposizione delle società in alcuni Stati membri può garantire un gettito fiscale relativamente più elevato rispetto a quello garantito da aliquote fiscali più alte.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this report and support its basic message that multinationals should pay fair tax and pay their taxes where they make their profits.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o zprávě, která se zabývá daňovými rozhodnutími a opatřeními souvisejícími. Je to přibližně rok, co byl v souvislosti se skandálem *Luxleaks* ustaven zvláštní vyšetřovací výbor v Evropském parlamentu. Ustavení tohoto výboru stejně jako prodloužení jeho mandátu jsem podpořil. Ze statistik vyplývá, že EU přichází na daních o 1 bilion EUR ročně, což zhruba odpovídá ročnímu HDP Španělska, tedy páté největší ekonomiky EU. Je to tedy alarmující číslo. Jsem přesvědčen o nutnosti společné unijní spolupráce v této oblasti. Musíme spolupracovat při boji s daňovými úniky, daňovými podvody, daňovými ráji i agresivním daňovým plánováním. Hlasovaná zpráva však počítá i s harmonizací daní a fiskálních politik v EU. Na to si nemyslím, že by členské státy byly připraveny. Daňové otázky a fiskální politika by podle mého názoru měly i nadále zůstat v plné kompetenci jednotlivých

členských států. Z tohoto důvodu jsem se při konečném hlasování zdržel.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Voto favorevolmente alla proposta in materia fiscale poiché è anch'essa rivolta ad arginare la crisi economica attuale.

Lo scandalo LuxLeaks, da un lato, e la pianificazione fiscale aggressiva da parte delle multinazionali dall'altro, rappresentavano un obiettivo prioritario dell'agenda politica degli Stati membri, dell'UE, dell'OCSE e del G20. Nonostante ciò non sono stati compiuti, ad oggi, evidenti progressi. La relazione degli onorevoli Ferreira e Theurer intende far osservare come, in tale contesto, molti paesi abbiano finalmente introdotto misure volte a combattere l'elusione fiscale, riguardanti in particolare la limitazione della deducibilità degli interessi, le norme antiabuso, misure volte ad un'eventuale esclusione dagli appalti pubblici delle società che adottano comportamenti scorretti, nonché la pubblicazione di meccanismi di pianificazione fiscale volti a far riacquistare al sistema tributario una maggiore credibilità.

Contestualmente, si auspica certamente un approccio cooperativo, in mancanza del quale si darebbe adito ad ulteriori opportunità di elusione fiscale nel mercato interno.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Avec l'adoption du rapport de la commission spéciale TAXE, le Parlement européen n'achève pas un cycle, mais doit au contraire ouvrir une nouvelle étape de volontarisme pour la justice fiscale. L'inégalité des entreprises face à l'impôt et la concurrence déloyale des États en la matière ont trop longtemps échappé aux priorités de l'Union européenne.

Ce texte pose sur la table de réels projets pour lutter contre ces pratiques et simplifier la fiscalité en Europe. L'ACCIS, cette base commune consolidée d'imposition, constitue l'arme principale contre les montages d'évitement fiscal. Également, le texte réaffirme la ferme position du Parlement européen sur la transparence: les rescrits des États doivent être échangés tant qu'ils sont encore valides et la Commission doit y avoir accès; et les multinationales doivent se conformer à une publication d'informations pays par pays complète et publique.

Les institutions de l'UE ont désormais l'opportunité et le devoir de poursuivre leur activité dans le sens de ce chemin ouvert par la commission TAXE. Le Conseil, surtout, porte la responsabilité de donner force de loi aux propositions que nous faisons. Impliqué depuis le départ dans le travail de la commission, j'ai voté avec enthousiasme – et espoir – ce rapport.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht enthält einige vernünftige Vorschläge, jedoch zielt er letzten Endes auf eine weitere Zentralisierung der EU ab. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – The Irish EPP delegation regrettably voted against this report. While there are many positive aspects in this report, overall we believe that Parliament has gone beyond its mandate in relation to tax matters in this instance. Taxation is a national competence and this is clearly not respected in the report. Member States should have full power to set their corporate tax rates and the consolidation of corporation taxes across the EU is clearly a form of tax rate harmonisation. The EU's competence on tax matters is to ensure that corporate tax systems are fair and transparent; if these conditions are fulfilled, tax competition should be considered a positive thing for Europe.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – À la suite de l'affaire LuxLeak, concernant les révélations de fraude fiscale opérée par le Luxembourg, une commission spéciale a été mise en place. Le rapport qui nous est soumis est le résultat de ses travaux. Le rapport «souligne l'écart croissant entre les taux d'imposition légaux et effectifs, en particulier dans le cas des entreprises exerçant leurs activités à l'échelle mondiale» et demande «que l'échange automatique d'informations s'applique à tous les rescrits délivrés par ou pour le compte du gouvernement ou de l'administration fiscale d'un État membre ou de ses entités territoriales ou administratives».

Mais au-delà des belles promesses, je constate que le rôle effectif de M. Juncker dans la mise en place de ces mécanismes de rescrits fiscaux est largement passé sous silence dans le rapport, et ce malgré des réponses très vagues lors de son audition. De plus, de nombreuses multinationales ont refusé de répondre aux députés concernant leurs pratiques fiscales: Amazon, HSCBC, Mc Donalds, Philip Morris...

Aussi je m'abstiens sur ce rapport et demande la requalification de la commission spéciale TAXE en commission d'enquête ou a minima la prolongation du mandat de la commission spéciale afin qu'elle puisse poursuivre ses travaux.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – La commission TAXE a rendu son rapport final sur les rescrits fiscaux et autres mesures d'optimisation fiscale agressive dans l'UE. Ses travaux, à la suite de l'affaire LuxLeaks, ont permis plus généralement une prise de conscience sur les montages de certaines multinationales peu scrupuleuses leur permettant d'échapper à tout impôt ou presque. Le préjudice pour les finances publiques des pays membres serait lourd, de l'ordre de 10 à 15 milliards d'euros par an pour la France, par exemple. La plupart de ces montages étant illégaux, il convient de trouver de nouvelles formes de réglementations.

Ce texte formule des recommandations aux États membres et à la Commission qui s'articulent autour de l'implémentation de mesures de transparence et de la limitation des possibilités de rescrits et autres mesures similaires touchant la concurrence fiscale, dès lors qu'elles s'avèrent déloyales. Au final, le rapport témoigne d'une prise de conscience mais ne préjuge en rien des dispositions qui seront prises. Sur la directive échange de rescrits, corollaire du travail de TAXE, la position du Conseil du 6 octobre dernier s'est avérée décevante. Malgré certaines réserves donc, je vote favorablement.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Uma das principais prioridades de política fiscal a nível da UE deve ser a promoção de uma maior cooperação entre as administrações fiscais no que diz respeito ao controlo e ao combate à fraude e à concorrência fiscal nociva.

Apresentei o meu voto favorável relativamente ao relatório sobre decisões fiscais antecipadas e outras medidas de natureza ou efeitos similares, que prevê, entre outras medidas, o reforço da troca de informações (sempre que um acordo fiscal seja celebrado entre um país e uma empresa, será automaticamente comunicado à Comissão Europeia e aos outros países).

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – We do need better tax transparency tools and better progress in our fight against tax fraud, but that does not mean the mandatory introduction of a Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB). Not every state in the EU faces the same economic realities, be it for their domestic market size, geographical realities or resources.

While the report did contain some useful points on transparency, which I supported, questions of tax of the nature of CCCTB must remain an issue of national competence since they reflect the different economies of Member States.

A one-size-fits all approach and the CCCTB is not the right way forward for Europe as inevitably it would be the EU's smaller economies, such as Malta, that would bear the disproportionate brunt of such policies. I therefore could not support the report.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Globalizácia hospodárstva mení spôsob, akým jednotlivé trhy fungujú. Väčšina spoločností má v súčasnosti nadnárodný charakter a štruktúru, čím je prekročený rámec vnútroštátnych daňových predpisov. Je potrebné zaviesť spravodlivú daňovú politiku v rámci štrukturálnych reforiem členských štátov. Nekoordinovaný daňový rámec je výsledkom nedostatočnej spolupráce medzi členskými štátmi. Zlepšenie by mohlo nastať automatickou a systematickou výmenou informácií, súčasný rámec monitorovania však nie je účinný, pretože sa nedodržiavajú stanovené požiadavky. Nesúladsť medzi daňovými systémami na globálnej úrovni je dôvodom narušania základu dane a výsledkom sú značné daňové úniky. Zdôrazňujem, že opatrenia iba na úrovni Únie nebudú dostatočné na riešenie týchto otázok. Víťam záväzok Komisie presadiť automatickú výmenu informácií ako budúci európsky a medzinárodný štandard transparentnosti.

Cieľom daňových rozhodnutí by malo byť poskytovanie právnej istoty, zlepšenie transparentnosti a zvýšenie spolupráce medzi členskými štátmi v daňovej politike na úrovni Únie. Zastávam názor, že členským štátom má zostať plná právomoc stanovovať svoje sadzby dane z príjmov právnických osôb. Trvám však na tom, že daňová konkurencia v EÚ a voči tretím krajinám by mala prebiehať v jasnom rámci pravidiel s cieľom zaručiť spravodlivú konkurenciu medzi spoločnosťami na vnútornom trhu.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – As far as taxation at EU level is concerned, I have always been in favour of transparency, coordination and exchange of information, including on an automatic basis. I will always agree with recommendations and fully support measures targeting abuse, enhancing transparency and addressing instances of harmful tax competition in the area of corporate taxation as promulgated by international standards. At the same time, I am not in favour of a move towards an EU-wide basis to introduce tax convergence and harmonisation in direct tax matters. It is important to keep in mind that small economies do not face the same economic realities and domestic market size, geographical proximity or resources as big ones and they therefore need a certain latitude in tax policy otherwise a one-size-fits all approach can place them in a disadvantaged position. I also have reservations about the mandatory CCCTB provisions and a financial transaction tax. In this context, I voted against this report.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A feltételes adómegállapításokkal és jellegükben vagy hatásukban hasonló egyéb intézkedésekkel foglalkozó különbizottság a luxemburgi feltételes adómegállapításokról nyilvánosságra került, „LuxLeaks” néven ismertté vált botrány nyomán jött létre. A különbizottság jelentésében azt javasolja, hogy a Parlament mondja ki: az Európai Bizottság nem töltötte be az Európai Unióról szóló Szerződés 17. cikkének (1) bekezdésében meghatározott, a Szerződések őreként rá háruló szerepet, mivel nem járt el ebben az ügyben és nem tette meg a szükséges lépéseket a tagállamok értesítése és kötelezettségeik betartatása érdekében, noha bizonyítékokkal rendelkezett arról, hogy nem teljesítik a kötelezettségeiket. Javasolja továbbá kimondani, hogy a Bizottság megszegte a Lisszaboni Szerződés 108. cikke szerinti, a belső piac működésével összefüggő kötelezettségeit azzal, hogy korábban nem indított vizsgálatot az állami támogatásokkal kapcsolatban. Az előterjesztést támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – Le FN a voté en faveur de ce rapport d'initiative, non pour donner un blanc-seing à l'action de l'Union en matière fiscale, mais pour signifier une volonté de mettre fin à l'optimisation fiscale agressive pratiquée impunément par certaines multinationales qui profitent de la complaisance de certains États européens, au détriment des finances publiques d'autres États comme la France (manque à gagner estimé: 15 milliards d'euros par an).

La commission spéciale TAXE a dû faire face à la mauvaise volonté de la Commission européenne, dont le Président Juncker est le principal responsable du scandale LuxLeaks, de certains États ainsi que des multinationales qui ont souvent éludé les questions et demandes de documents. Il faut que les pays européens progressent vers plus de collaboration. L'implémentation des mesures de l'OCDE contre les BEPS (Accis, contrôle des prix de transfert, etc.) doit ainsi être accueillie favorablement afin de relocaliser l'impôt là où sont générés les bénéfices. Toutefois, la lutte légitime contre l'optimisation agressive ne saurait être le moyen d'imposer une union fiscale, qui mettrait fin au principe d'unanimité en la matière et retirerait une partie de la souveraineté des États.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A globalização e a digitalização da economia alteraram radicalmente a cadeia de valor global e a forma como os mercados funcionam, sendo que a maior parte das grandes empresas possui atualmente uma estrutura transnacional que precisa de ir além das regras fiscais nacionais.

Voto a favor do presente relatório, que defende novas regras financeiras para o comércio transnacional, um maior controlo dos sistemas fiscais nacionais e novas regras para evitar que determinados Estados-Membros disponibilizem uma fiscalidade mais reduzida, mas que poderá gerar mais lucros.

Entendo ainda que o combate ao planeamento fiscal agressivo das empresas multinacionais tem ocupado um lugar de destaque na agenda política dos Estados-Membros, da UE, da OCDE e do G20, sendo fundamental adotar a posição de princípio segundo a qual uma empresa tem de pagar impostos onde opera e não onde possui a sua sede fiscal, evitando-se, assim, subterfúgios financeiros legais, mas não éticos, das empresas.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport fait suite à l'instauration de la commission TAXE sur les rescrits fiscaux et autres mesures d'optimisation fiscale agressive dans l'UE à la suite du scandale LuxLeaks, qui a révélé l'attitude peu scrupuleuse de multinationales abusant de l'optimisation fiscale par des montages comptables pour éviter l'impôt, avec la complicité des autorités luxembourgeoises (au premier rang desquelles, l'actuel président de la Commission européenne).

Au total, ce sont presque 10 à 15 milliards d'euros par an de recettes fiscales pour la France qui se sont envolés.

Ce texte recommande l'adoption de mesures de transparence (publication d'informations pays par pays) et la limitation des possibilités de rescrits, ou l'adoption d'une assiette fiscale commune (ACCIS) pour concentrer la concurrence fiscale sur les taux. Il reprend globalement les propositions sur la BEPS de l'OCDE.

Si certaines recommandations sont critiquables (assiette commune consolidée) en ce qu'elles marquent un pas de plus dans l'eupéanisation des politiques fiscales (au détriment du caractère bilatéral des conventions), ce rapport doit davantage être vu comme une prise de conscience. Dans ces conditions, j'ai décidé de voter pour ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport de la commission spéciale sur les rescrits fiscaux qui vise à obliger les entreprises à s'acquitter de leur juste part d'impôts dans les pays où elles réalisent des bénéfices. Ce texte recommande notamment la fixation d'une assiette commune consolidée pour l'impôt sur les sociétés à l'échelle européenne afin de mettre un terme à la concurrence fiscale déloyale à laquelle se livrent les États membres et qui permet notamment aux multinationales d'éviter l'impôt. Je soutiens fermement cette mesure car elle contribuera à lutter efficacement contre l'évasion fiscale à grande échelle, insupportable au regard des contribuables qui s'acquittent avec difficulté de leurs propres impôts.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Con l'adozione di questa relazione intendiamo sottolineare la necessità di una politica fiscale bilanciata ed equa, quale parte integrante delle riforme strutturali negli Stati membri. Occorrerà predisporre risorse sufficienti per operare con efficacia ai fini della prevenzione e individuazione della pianificazione fiscale aggressiva, dell'evasione fiscale e dell'elusione fiscale, come pure della lotta contro tali pratiche, che generano una sostanziale erosione della base imponibile.

Politica fiscale e politica di concorrenza devono essere considerate due facce della stessa medaglia nel mercato interno. Spesso la mancanza di volontà politica per conseguire una convergenza delle politiche fiscali nazionali induce gli Stati membri ad optare per un approccio bilaterale, mentre un approccio comune sarebbe più efficace. In mancanza di un approccio cooperativo, le misure unilaterali contribuiscono a una maggiore complessità, dando luogo a nuove asimmetrie e, di conseguenza, ad ulteriori opportunità di elusione fiscale nel mercato interno.

Chiediamo, quindi, un approccio coordinato e la promozione di una maggiore reciprocità. Invitiamo gli Stati membri a rispettare il principio della tassazione degli utili nel territorio in cui sono generati e la Commissione ad assolvere il suo compito di custode dei Trattati garantendo il pieno rispetto del diritto UE e del principio di leale cooperazione tra Stati membri.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The Special Committee on tax rulings by Member States was set up in February 2015 to shed light on all Member States' tax rulings and examine ways to end unfair tax practices and combat tax evasion in the European Union. I have voted for this report that seeks transparency on tax rulings.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu, protože jsem přesvědčen, že problém v oblasti daňových rozhodnutí je třeba řešit, ale lituji toho, že se do zprávy dostalo nemálo nezdůvodněných, neracionálních a nefunkčních návrhů prosazených levicovými poslanci, které bohužel význam zprávy znehodnocují. Příkladem jsou návrhy na vytváření nových institucí, a tedy nové administrativní zátěže, v podobě evropského orgánu odpovědného za shromažďování citlivých obchodních informací a provádění vyšetřování či celoevropského fondu na ochranu informátorů.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – Докладът дава пример скандала „Люкслийкс“, който привлече вниманието на обществото и медиите към въпросите, свързани с намаляването на основата за облагане с корпоративен данък и агресивното данъчно планиране, разкривайки съмнителни данъчни практики.

Подчертава, че избягването на данъци от някои МНК може да доведе до близки до нулеви ефективни данъчни ставки за печалбите.

Признава, че по повод на икономическата криза и вследствие на скандала „Люкслийкс“ опитите за справяне с агресивното данъчно планиране на МНК заемат едно от първите места в политическата програма на държавите членки.

Докладът призовава Комисията да изпълни задължението си на пазител на Договорите, като гарантира, че законодателството на ЕС и принципът за лоялно сътрудничество между държавите членки се спазват изцяло. Призовава също така и за разследване на ролята на финансовите институции в оказването на помощ за вредните данъчни практики. Аз подкрепям резолюцията.

Franz Obermayr (ENF), schriftlich. – Der Bericht über Steuervorbescheide und andere Maßnahmen ähnlicher Wirkung oder Art fordert die Kommission auf, die bestehenden Mechanismen und die vorhandenen Ressourcen der Wettbewerbspolitik neu zu bewerten und zu stärken. Dabei sollen vor allem Diskrepanzen zwischen Steuersystemen beseitigt werden. Ich habe mich bei diesem Bericht meiner Stimme enthalten, da neben den zwar sehr technischen, aber durchaus sinnvollen Vorschlägen die Kompetenzen der Mitgliedstaaten sehr beschnitten werden sollen.

Urmas Paet (ALDE), kirjalikult. – Toetasin. Hiljutised maksuskandaalid on tõestanud, et korporatsioonid eiravad maksustamisreeglid ja liikmesriigid ei teosta piisavalt järelevalvet maksukohustuste üle. Maksustamisel tuleb tagada võrdsed võimalused kõikidele ettevõtetele.

Rolandas Paksas (EFDD), raštu. – Pažymėtina, kad šiuo metu vienas labiausiai aistras kurstančių politinių klausimų yra lengvatiniai mokesčių susitarimai. Atkreiptinas dėmesys į tai, kad trūkstant politinės valios užtikrinti nacionalinės fiskalinės politikos konvergenciją valstybės narės skatinamos rinktis dvišalį metodą, nors bendras metodas būtų veiksmingesnis.

Visų pirma reikia užtikrinti išsamų, skaidrų ir veiksmingą automatinį keitimąsi informacija mokesčių klausimais bei apsvarstyti pasiūlymą dėl bendros konsoliduotosios pelno mokesčio bazės. Tik įgyvendinus šias pagrindines sąlygas bus galima tinkamai pažaboti pelno bei sąnaudų perkėlimą ir užkirsti kelią panašioms skandalams kaip LuxLeaks.

Manau, kad yra tikslinga pereiti prie tvirtesnio valstybių narių pelno mokesčio sistemų koordinavimo. Tačiau labai svarbu užtikrinti, kad būtų išsaugoma valstybių teisė taikyti veiksmingą apmokestinimą. Taipogi priimant sprendimus, susijusius su mokesčių klausimais, Europos Sąjungos Taryboje turėtų būti atsižvelgiama į vienbalsiškumo reikalavimą.

Atsižvelgiant į tai, jog buvo ribojama prieiga prie tam tikrų dokumentų ir sukuriamos kitos kliūtys, manau, kad reikėtų pratęsti šio laikinojo komiteto veiklą, kad būtų nuodugniau tiriama politinė atsakomybė už minėtus atvejus.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), γραπτώς. – Η επιτροπή TAX Rulings στο πρόσφατο πόρισμά της, πίσω από τις γνωστές διαπιστώσεις για τα ευνοϊκά καθεστώτα φορολόγησης πολυεθνικών μονοπωλιακών ομίλων, αποκρύπτει την αμείλικτη πραγματικότητα: ότι η φοροδιαφυγή, η φοροαποφυγή και το συνολικό καθεστώς φοροασυλίας που απολαμβάνουν νόμιμα τα μονοπώλια είναι νομοτελειακή συνέπεια του καπιταλιστικού συστήματος και της φύσης της ΕΕ, ως διακρατικής ένωσης του κεφαλαίου.

Η ελευθερία κίνησης του κεφαλαίου κατοχυρώνεται με τις ιδρυτικές συνθήκες της ως υπέρτατη αρχή και αποτελεί τη βάση της «νομιμότητας» των φορολογικών προνομίων του. Οι αναφορές στη μειωμένη φορολογία των μεγάλων ομίλων συνιστούν πρόκληση, καθώς όλο το πόρισμα διατρέχεται από την αγωνία του να ενισχυθεί η ανταγωνιστικότητα/κερδοφορία των επιχειρήσεων.

Διατυπώνονται προτάσεις για τη συνεργασία και ανταλλαγή πληροφοριών μεταξύ των φορολογικών αρχών, ενώ επικροτείται το ότι οι συντελεστές φορολόγησης των εταιρικών κερδών στην ΕΕ, το διάστημα 1995-2014, έπεσαν από το 35% στο 23%, και ότι τα κρατικά έσοδα των 28 κρατών μελών από τον φόρο των εταιρειών ήταν μόλις το 2,6% του ΑΕΠ της ΕΕ, στοιχείο που δείχνει το μέγεθος της φοροληστείας των εργατικών - λαϊκών εισοδημάτων. Να γιατί τα μονοπώλια και η εξουσία τους που στηρίζονται από την ΕΕ και τα αστικά κράτη πρέπει να ανατραπούν, για να γίνει ο λαός ιδιοκτήτης του πλούτου που παράγει.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – The motion calls on the Commission to act and, in particular, to progress the Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB) by which the EU intends to harmonise taxes across the EU and thereby prohibit beneficial tax competition between Member States, and for this reason UKIP voted against.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ringrazio i relatori per l'ottimo lavoro svolto ed auspicando una sempre maggiore trasparenza in tema di legislazione e regole fiscali ho deciso di accordare il mio voto favorevole alla relazione.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – EUR 1 trillion a year: that is how much tax evasion and tax avoidance is costing European tax payers every year. I support the report that urges for better tax ruling measures among EU and, in particular, the special focus that is made on multinationals' preferential tax treatment. If multinationals are treated in the same way as domestic firms, this would help entrepreneurship activities, which I am promoting and fully supporting as a MEP.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Izvješće o odlukama o porezima i ostalim mjerama slične prirode ili učinka sadrži preporuke o prihvatljivim poreznim praksama te poziva države članice na njihovo uvođenje i pridržavanje. Iako postoji razvijena kultura plaćanja poreza, barem u razvijenijim članicama Unije, javljaju se slučajevi izbjegavanja plaćanja poreza korištenjem tzv. „kreativnog računovodstva” što dovodi do problema erozije porezne osnovice i premještanja dobiti. Protiv toga se treba snažno boriti.

U Hrvatskoj već niz godina imamo problema s naplatom poreza što značajno utječe na deficit nacionalnog proračuna i ovo izvješće je jedan od koraka u promjeni takvog stanja. Pridružujem se članovima Posebnog odbora u pozivu državama članicama da poštuju načelo oporezivanja dobiti u mjestu gdje se ona generira jer je to jedini ispravan način. Zalažem se i za transparentnost i javnu dostupnost financijskih izvještaja multinacionalnih korporacija i vjerujem u skoro uspostavljanje zajedničke konsolidirane osnovice poreza na dobit.

Također, pridružujem se pozivu Komisiji da donese nove smjernice o državnim potporama iz razloga što se mi u Hrvatskoj često susrećemo s problemom njihova definiranja, a time i (ne)mogućnošću njihove dodjele. Smatram ovo izvješće jednim cjelovitim prikazom trenutnog stanja i dobrom smjernicom za uspostavu pravednijeg sustava oporezivanja na unutarnjem tržištu EU-a i stoga ću ga podržati.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport fait suite à l'instauration de la commission TAXE sur les rescrits fiscaux et autres mesures d'optimisation fiscale agressive dans l'UE à la suite du scandale LuxLeaks, qui a révélé l'attitude peu scrupuleuse de multinationales abusant de l'optimisation fiscale par des montages comptables pour éviter l'impôt, avec la complicité des autorités luxembourgeoises (au premier rang desquelles, l'actuel président de la Commission européenne).

Au total, ce sont presque 10 à 15 milliards d'euros par an de recettes fiscales pour la France qui se sont envolés.

Ce texte recommande l'adoption de mesures de transparence (publication d'informations pays par pays) et la limitation des possibilités de rescrits, ou l'adoption d'une assiette fiscale commune (ACCIS) pour concentrer la concurrence fiscale sur les taux. Il reprend globalement les propositions sur la BEPS de l'OCDE.

Si certaines recommandations sont critiquables (assiette commune consolidée) en ce qu'elles marquent un pas de plus dans l'eupéanisation des politiques fiscales (au détriment du caractère bilatéral des conventions), ce rapport doit davantage être vu comme une prise de conscience. Dans ces conditions, j'ai décidé de voter pour ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Nakon deset mjeseci istrage o poreznim procedurama, došlo je do novih spoznaja koje bi mogle poboljšati poreznu koordinaciju i suradnju u EU-u. S&D skupina je svojim zalaganjem za transparentnost, zaštitu građana od štetnih poreznih praksi i oštrije sankcioniranje onih odgovornih za iste uspjela doprinijeti značaju izvješća. Posebno smo istaknuli potrebu uspostave zajedničke konsolidirane korporativne porezne osnovice za cijelu EU razinu, te uvođenja obvezujuće i automatske razmjene informacija među državama članicama o svim važećim poreznim presudama i procedurama registriranim u središnjem direktoriju, što nije dočekano s entuzijazmom među pojedinim skupinama u EP-u. Smatramo da treba utvrditi zajednički europski popis poreznih rajeva na temelju transparentnih, razumljivih, objektivno provjerljivih i općeprihvaćenih pokazatelja kojima bi pristup imali i građani. Sve se više javlja nužda za adekvatnom zaštitom zviždača i stvaranjem neovisnog tijela za prikupljanje informacija i provođenje istraga, a naš je prijedlog i da se formira zajednički europski fond za zviždače. EU nema kvalitetan zakonski okvir koji propisuje sankcije za tvrtke, banke i financijske savjetnike uključene u ilegalne prakse izbjegavanja plaćanja poreza ili agresivnog poreznog planiranja, što je nedopustivo, premda neki članovi EP-a vjeruju da bi trebalo izbjeći 'stupove srama'. No borbi

protiv poreznih prijevarena i malverzacija i treba pristupiti odlučno i radikalno.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Prema procjenama u EU-u se godišnje gubi bilijarda eura potencijalnih poreznih prihoda zbog kombiniranog učinka poreznih prijevarena, utaje poreza i izbjegavanja plaćanja poreza, a globalni godišnji gubici u nacionalnim proračunima uzrokovani izbjegavanjem poreza procjenjuju se na najmanje 50 milijardi eura.

Iako svaka država ima interes da se koristi svojim nacionalnim zakonodavstvom u kombinaciji s mrežom poreznih sporazuma kako bi se promovirala kao zemlja za ulaganje slažem se da je potrebno uspostaviti konsenzus među svim državama članica jer agresivno porezno planiranje, štetni porezni režimi i porezne prijevare nailaze na plodno tlo u zmršenom i nekooperativnom okruženju. Smatram da borba protiv utaje i izbjegavanja poreza zahtijeva veću otvorenost poreznih tijela i tješnju suradnju te je od ključne važnosti spremnost država članica da dostavljaju potrebne podatke na zahtjev tijela EU-a.

Hrvatska spada u države koje su dostavile tražene odgovore po ovom pitanju i to 7. srpnja 2015. S obzirom da je Hrvatska zemlja u razvoju negativni učinci štetnih poreznih praksi pogađaju je više nego zemlje u razvoju. Stoga, zemlje u razvoju pa tako i Hrvatska, očekuju po ovom pitanju zaštitu od strane EU-a kako bi ostvarile jednake uvjete kada je riječ o ubiranju poreza na dobit koji im pripada.

Pavel Poc (S&D), *písemně*. – Hlasoval jsem pro zprávu o daňových rozhodnutích a jiných opatřeních podobných svojí povahou nebo účinkem, jelikož jsem přesvědčen o tom, že musí být učiněna přítrž daňovým podvodům a agresivnímu daňovému plánování. V Evropské unii je na základě daňových podvodných aktivit, úniků a aktivit stínové ekonomiky ročně ztracen až 1 bilion EUR potenciálních daňových příjmů. Tato situace není akceptovatelná a férová jak pro běžné občany, tak ani pro malé a střední podniky. Ty jsou nuceny nést daňovou zátěž namísto velkých nadnárodních korporací, jež dokáží na základě současných neprůhledných systémů obcházet předpisy a vyhýbat se placením daní. Podpořil jsem konkrétněji povinné a veřejné podávání zpráv o jednotlivých zemích. Tedy systém, který by byl k dispozici daňovým správám a obsahoval podrobnější informace. Hlasoval pro větší koordinaci členských zemí, do jejichž kompetence přímé zdanění náleží, a které musí ustanovit společný rámec a přístup k nalezení řešení, jak více propojit místa, kde je vytvářena hodnota a kde jsou zdaněny zisky. Rovněž jsem svým hlasem vyzval Komisi, aby začala pracovat na právní ochraně informátorů, jejichž role byla klíčová právě při vypuknutí skandálu Luxleaks. Podpořil jsem roli Komise také v sankcionování členských zemí a společností v případech, že se budou dopouštět a účelně zamlčovat škodlivé daňové praktiky.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Dopo lo scandalo LuxLeaks, scoppiato il 5 novembre 2014, nell'ambito del quale sono state divulgate pratiche fiscali discutibili promosse da società di revisione contabile in un determinato Stato membro, si è arrivati a smascherare il ricorso a intese segrete che prevedevano complesse strutture finanziarie volte a ottenere drastici sgravi fiscali.

Occorre, quindi, elaborare una politica fiscale bilanciata ed equa quale parte integrante delle riforme strutturali negli Stati membri. Pertanto, si è reso necessario trovare un accordo sull'obbligatorietà per le multinazionali di dichiarare i profitti ottenuti nei diversi Stati e su una base imponibile comune. Ho votato a favore di questa relazione affinché possano prevalere comportamenti trasparenti e rispettosi della legge.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le rapport Ferreira/Theurer de la commission spéciale TAXE, présidée par Alain Lamassoure, à la suite de son travail d'information sur les rescrits fiscaux et pratiques fiscales administratives dommageables d'imposition des sociétés en Europe. Cette commission spéciale a été lancée après le scandale LuxLeaks. Il était temps que l'Europe remplace l'inaction des États membres. Des actes concrets devront suivre les objectifs ambitieux portés par cette commission parlementaire. Les sommes concernées sont si énormes que, ramenées dans le budget des États membres, elles pourraient permettre de contribuer aux politiques de relance à la hauteur de nos ambitions.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – The motion calls on the Commission to act and, in particular, to progress the Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB) by which the EU intends to harmonise taxes across the EU and thereby prohibit beneficial tax competition between Member States, and for this reason UKIP voted against.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – Este é um relatório que apela a que os Estados-Membros e as instituições da UE, que partilham a responsabilidade política pela situação atual, ponham termo a uma concorrência fiscal prejudicial e cooperem plenamente a fim de eliminar tanto as disparidades entre os sistemas fiscais, como todas as medidas que criam as condições para a elisão fiscal em grande escala por parte de muitas empresas multinacionais.

Durante muitos anos, as grandes multinacionais puderam reduzir as suas contribuições fiscais através de vantajosas negociações com diferentes Estados-Membros. Daí resultou que a fatura fiscal que suporta os serviços de saúde e a educação, por exemplo, acabasse por ser suportada maioritariamente pelas PME e pelo cidadão médio, excluídos destas ofertas fiscais desleais. Não são casos isolados, há uma prática sistemática e organizada que é, pelo menos, tolerada pelos Estados.

Este círculo vicioso tem de ser quebrado através de um reforço da transparência, do controlo e das sanções. Um ano depois do escândalo LuxLeaks, o Parlamento Europeu aprova um relatório que pretende pôr fim a uma prática inaceitável e injusta para com todos os contribuintes honestos, decisão pertinente numa altura em que se exigem cortes orçamentais nos serviços sociais.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe final de la Comisión TAXE, originado a raíz del escándalo conocido como «LuxLeaks», porque supone un gran paso adelante en la lucha contra el fraude y la elusión fiscales, siempre que el Consejo siga las recomendaciones del documento aprobado, y que contiene los siguientes elementos principales:

- a) no limitación del intercambio automático de información a las resoluciones tributarias consideradas «transfronterizas»;
- b) obligatoriedad de realizar informes país por país por parte de las multinacionales;
- c) posibilidad de sancionar a los Estados y empresas que participan en prácticas tributarias perniciosas;
- d) reclamación a la Comisión para que se tomen las medidas legislativas necesarias al objeto de introducir la Base Común del Impuesto de Sociedades, incluyendo el elemento de consolidación;
- e) protección de los denunciantes de irregularidades empresariales;
- f) lista europea de paraísos fiscales;
- g) reforma del Grupo del Código de Conducta.

El informe también critica que el Consejo haya excluido a la Comisión del sistema de intercambio automático de información en el marco de la revisión de la Directiva de 2011.

Como socialista, esta materia es una prioridad absoluta.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Le vote concernant le rapport de la commission spéciale sur les rescrits fiscaux, auquel j'ai apporté mon soutien, était très attendu, tant ce sujet a crispé l'opinion publique. Pour rappel, le scandale LuxLeaks, qui a vu le jour le 5 novembre 2014, a permis de prendre conscience de l'ampleur des accords secrets destinés à ce que les entreprises obtiennent des réductions d'impôts drastiques.

Or, rappelons tout de même que c'est grâce à ces impôts qu'un État peut mener une politique sociale inclusive, soutenir les investissements nécessaires pour notre société, permettre aux jeunes de bénéficier du meilleur système éducatif possible, etc.

Il m'apparaissait dès lors important à l'époque de mettre sur pied une commission spéciale au Parlement européen pour faire la lumière sur ces pratiques fiscales critiquables et, surtout, proposer des recommandations en vue notamment de mettre fin à une concurrence fiscale dommageable entre États membres. À ce titre, je tiens à rappeler ma volonté de voir arriver rapidement sur les bancs du Parlement une proposition pour une assiette commune consolidée pour l'impôt des sociétés. Il s'agirait là d'un premier pas vers davantage d'union fiscale dans une Europe qui souffre de son fédéralisme inachevé.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – As práticas fiscais levadas a cabo em alguns Estados-Membros da União Europeia são bastante controversas e suscitaram um debate sobre a sua natureza e legitimidade à escala europeia. Por isso, foi criada, há alguns meses, no Parlamento Europeu uma comissão especial temporária de decisões fiscais e foram adotadas outras medidas que tinham por intuito terminar com práticas fiscais desleais e lutar contra a evasão fiscal na Europa.

Para além disso, parece-me importante salientar, entre outras medidas referidas no relatório, que os impostos sobre os lucros das empresas passem a ser calculados através de métodos comuns, por forma a não repetir situações passadas e a evitar novos casos controversos. Por considerar globalmente positivas as medidas constantes do relatório, votei favoravelmente.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui a été adopté par la commission TAXE, commission spéciale qui avait été créée en février dernier à la suite du scandale LuxLeaks.

Après neuf mois de travail, ce rapport émet plusieurs recommandations en matière fiscale afin de répondre notamment à la surenchère de certains États concernant les avantages fiscaux offerts aux multinationales. La concurrence fiscale ne doit plus avoir lieu dans l'opacité, ni dans l'injustice.

Le rapport recommande ainsi l'introduction au plus vite d'une assiette commune consolidée pour l'impôt sur les sociétés (ACCIS) au niveau européen, permettant de mettre un terme aux régimes préférentiels.

Il appelle également les États membres à partager systématiquement leurs rescrits fiscaux et autres informations fiscales qui ont des conséquences sur les autres États membres.

Enfin, notons également que le rapport demande à la Commission de faire une proposition législative concernant la protection des lanceurs d'alerte.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della risoluzione del Parlamento europeo concernente le decisioni anticipate in materia fiscale (*tax ruling*) e altre misure analoghe per natura o effetto, in quanto ritengo necessario contrastare i reati di evasione e di elusione fiscale nell'Unione europea.

L'obiettivo principale della relazione è soprattutto quello di incrementare la trasparenza e l'equità fiscale in modo però da non porre le imprese europee in svantaggio competitivo. Il Parlamento sostiene l'introduzione della CCCTB (base imponibile consolidata comune per l'imposta sulle società) e la rendicontazione paese per paese per le aziende multinazionali di numerose informazioni come i profitti, le tasse pagate e gli accordi fiscali.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Celebro la parte más importante de este informe, que contiene propuestas útiles para una mayor justicia fiscal y refleja el impacto negativo de la austeridad sobre esta. Sin embargo, me he abstenido en esta votación por las siguientes razones: la responsabilidad por el hundimiento de los sistemas fiscales en Europa no se ha atribuido completamente, y el informe no pide la prolongación necesaria del mandato actual; el acceso a documentos sigue siendo insatisfactorio por parte del Consejo, la Comisión y los Estados miembros. Las corporaciones multinacionales solo han respondido después de múltiples invitaciones a la comisión, no se ha establecido una base legal para las sanciones y no han podido ser interrogadas a fondo; además, las contradicciones en el discurso de Jean-Claude Juncker no han sido esclarecidas.

En lo sustancial, el informe no va más allá de las propias propuestas de la Comisión. Las resoluciones fiscales deberían hacerse públicas y las leyes de secreto fiscal deberían ajustarse. Doy la bienvenida a la idea de una consolidación de la base fiscal. Sin embargo, echo en falta un compromiso claro para ampliar la base fiscal y critico el periodo de transición antes de la consolidación.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El trabajo de la Comisión TAXE ha servido para demostrar que los acuerdos fiscales presentaban una violación de las normas de competencia, además de evidenciar la complicidad de los señores Juncker y Dijsselbloem en este escándalo.

El informe, sin embargo, recoge tan solo parcialmente nuestra demandas. Por un lado, se denuncian las prácticas de elusión fiscal y se pide a la Comisión ambición en sus propuestas de transparencia y armonización fiscal. Pero muchas de estas peticiones no van más allá de las buenas intenciones y no se investigan adecuadamente los lazos entre las multinacionales culpables de elusión fiscal, los Estados miembros y la Comisión, por falta de documentos y de voluntad política. Es por ello que he decidido abstenerme.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report as it calls for more tax harmonisation across the EU, which I am against. Nation states should manage their own affairs in relation to taxes.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report from the TAXE Committee. Aggressive tax avoidance and evasion is a problem across the EU, as the committee has shown. Billions of pounds every year are not being applied where they should; the individuals who are involved in this activity are taking all the advantages of being a part of a society and not contributing their fair share. This is billions which could be invested in schools, hospitals and public services, and for too long, governments and multinational corporations have been involved in a race to the bottom on tax, which makes ordinary people who do pay their taxes the losers at the expense of the super-rich. It is now time for the governments of the EU – especially the Tory government of the UK – to listen to the will of the people and actually do something to end this completely unreasonable practice.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Nadnárodné spoločnosti v súčasnosti často zneužívajú platné legislatívne úpravy daňovej politiky na úpravu svojich zdaniteľných ziskov a zníženie celkového daňového zaťaženia. Je dôležité proti týmto praktikám bojovať. Súčasne však nesmie byť táto situácia zneužitá na presadzovanie spoločnej daňovej politiky EÚ, ktorá je výhradnou kompetenciou členských štátov. Z tohto dôvodu som musel hlasovať pri uznesení o daňových rozhodnutiach a ďalších opatreniach podobného charakteru alebo účinku proti tomuto návrhu.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Nedávny škandál LuxLeaks namieril pohľad verejnosti na spôsoby agresívneho daňového plánovania veľkých nadnárodných spoločností. Odhalenia, že korporácie využívajú daňové operácie, ktoré im umožňujú, aby neplatili takmer žiadne dane, síce nie je nové, ale po tomto škandále bolo možné poukázať na konkrétne spoločnosti a konkrétne praktiky. Z toho dôvodu zriadil Európsky parlament špeciálny vyšetrovací výbor, ktorý teraz prišiel so svojou správou, v ktorej sú obsiahnuté všetky najdôležitejšia opatrenia, ako predchádzať takýmto pochybným daňovým operáciám.

Som presvedčená, že existujúce modely zdaňovania právnických osôb, ktoré vznikli ešte v prvej polovici 20. storočia, nie sú vhodné pre dnešné globalizované a digitalizované hospodárstvo, pretože väčšina veľkých spoločností má dnes nadnárodnú štruktúru. Podporujem preto návrhy, ktoré by podľa výsledkov vyšetrovania mali viesť k obmedzovaniu krátenia daní právnických osôb. Komisia by mala v prvom rade uzavrieť legislatívnu podobu spoločného konsolidovaného základu dane pre korporácie na celoeurópskej úrovni. Rovnako je potrebné, aby vznikol centrálny register na výmenu informácií o daňových rozhodnutiach jednotlivých krajín a európsky zoznam daňových rajov. V neposlednom rade by mala európska legislatíva lepšie chrániť informátorov, pretože len vďaka nim je možné takéto prípady odhaľovať.

Verím, že práca výboru bude pokračovať, pretože obchádzanie daňových povinností je problémom, s ktorým sa v globalizovanom svete budeme stretávať pravidelne.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Poročilo odbora o davčniah stališčih je odgovor na številne primere vprašljivih davčnih praks nekaterih držav članic, ki so bili razkriti v preteklem letu. Te davčne prakse so nedvomno negativno vplivale na druge države, med katerimi so tudi take, ki morajo izvajati varčevalne ukrepe.

Preseneča me, da države članice v praksi niso spoštovali stare zaveze, da se bodo med seboj obveščali o davčnih praksah, ki bi lahko vplivale na drugo državo. Še več, v nekaterih primerih so prav s pomočjo izrabljanja sivih področij davčnih sistemov prispevale k izkrivljanju konkurence na evropskem notranjem trgu.

Spodbujanje privlačnega poslovnega okolja in privabljanje naložb je v današnjem času vsekakor zelo pomembno. Vendar pa je manipulacija davčnih sistemov za ta namen nedopusten ukrep.

Poročilo med drugim zahteva, da multinacionalke javno objavljajo vsa svoja davčna stališča, vključno z informacijami o svojem poslovanju, ter predlaga evropsko skupno konsolidirano davčno osnovo, da se izognemo izkoriščanju razlik med davčnimi sistemi držav članic, zato sem ga pri glasovanju podprl.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione sulle decisioni anticipate in materia fiscale (*tax rulings*), ovvero le pratiche fiscali messe in essere da grandi società multinazionali per mantenere artificialmente bassi i contributi versati al fisco. Gli otto mesi di lavoro della commissione TAXE hanno permesso di analizzare le pratiche di pianificazione fiscale aggressiva, considerate distorsive della concorrenza, attuate dalle multinazionali in alcuni Stati membri. Si è perciò reso necessario proporre un quadro giuridico volto a ristabilire la giustizia fiscale, assicurando che le multinazionali forniscano dati disaggregati «paese per paese» relativi ai profitti fatti, alle imposte pagate e ai sussidi ricevuti dagli Stati, e adempiano agli oneri fiscali nei luoghi in cui realizzano i profitti.

Per il gruppo S&D, la lotta contro le pratiche fiscali scorrette è una priorità politica: le multinazionali che per anni hanno beneficiato di accordi favorevoli negoziati in vari Stati membri devono partecipare come gli altri contribuenti alla spesa pubblica per servizi e infrastrutture. Tra le nostre proposte incluse nella relazione, ricordo in particolare il rilancio del progetto di una base imponibile comune per l'imposta sulle società, lo scambio automatico di informazioni sui *tax ruling* ed il supporto al piano di raccomandazioni del gruppo di lavoro dell'OCSE sulla tassazione.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Das Europäische Parlament reagierte auf die Luxleaks-Enthüllungen mit der Einsetzung eines Sonderausschusses zur Rolle und Wirkung von Steuervorbescheiden. Die ALFA setzt sich dafür ein, dass alle Unternehmen und alle Bürger nach ihrer Leistungsfähigkeit besteuert werden und diese Steuern auch tatsächlich entrichten. Wir brauchen im Steuerrecht einen funktionierenden europäischen Ordnungsrahmen.

Im abgestimmten Bericht werden Maßnahmen wie eine gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftssteuer und der automatische Austausch von Informationen über Steuervorbescheide gefordert.

Der Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten bleibt dabei bisher erhalten. Er ist aus meiner Sicht ein zentrales liberales Element. Steuerwettbewerb hilft, staatliche Akteure in ihrem Ausgabenverhalten zu zähmen, bindet sie an die Wünsche der Steuerzahler und spornt sie zu Innovation an.

Obwohl der Steuerwettbewerb bisher über die Steuersätze erhalten bleibt, habe ich die Befürchtung, dass die Kommission diesen ersten Schritt zur Steuerharmonisierung in Zukunft missbrauchen könnte. Sollte sie später nach der Bemessungsgrundlage auch die Steuersätze harmonisieren, dann wäre der Steuerwettbewerb aufgehoben. Daher habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), *pisomne*. – Musíme urobiť všetko pre to, aby bol boj proti daňovým únikom a podvodom čo najúčinnejší, no zároveň musíme rovnako dôrazne odmietnuť každý pokus o obmedzenie daňovej suverenity členských štátov. Utrpela by tým veľmi celá európska ekonomika.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće jer je važno zadržati trgovačka društva u Europi te u nju privući nova, ali to ne bi smjelo poprimiti oblik potencijalno štetnih poreznih mehanizama. Stoga je važno usmjeriti se u prvom redu na poticanje ulaganja i stvaranje dodatne gospodarske aktivnosti zbog reakcija na slične mjere pokrenute u susjednim zemljama ili ispravak onoga što se smatra postojećim nejednakostima među državama članicama.

Catherine Stihler (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the TAXE report because the work of the TAXE Committee has shown that tax evasion and aggressive tax avoidance is a problem across Europe. It costs billions every year: billions that should be invested in schools, hospitals and public services. For too long, both governments and multinational corporations have been involved in a race to the bottom on tax – a race in which citizens are the losers. This report sets out a number of bold recommendations to stop these dreadful practices once and for all. Now it is time for EU governments – and especially the Tory UK government – to listen to the will of the people and do something to end tax fiddling for good.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – U skandalu LuxLeaks objavljeni su povjerljivi dokumenti o više od 500 privatnih poreznih dogovora između luksemburške porezne uprave i više od 300 multinacionalnih korporacija u razdoblju od 2002. do 2010. godine, te je otkriveno koliko su bili rašireni tajni dogovori o složenim financijskim konstrukcijama s ciljem drastičnih smanjenja poreza.

LuxLeaks se nije pokazao kao jedini primjer problema svoje vrste, stoga je Komisija donijela paket o poreznoj transparentnosti u području automatske razmjene informacija među državama članicama u vezi s njihovim odlukama o porezima iz ožujka 2015., te akcijski plan za pošten i učinkovit sustav poreza na dobit u EU-u iz lipnja 2015. godine. Komisija naglašava kako se ti tekstovi mogu smatrati samo prvim koracima u pravom smjeru i da je hitno potreban dosljedan okvir zakonskih uredbi i administrativne koordinacije u korist malih i srednjih poduzeća, kao i onih multinacionalnih korporacija koje pomažu u stvaranju istinskog gospodarskog rasta.

Budući da se ovaj prijedlog zalaže za jednaka prava prema svima onima koji pošteno plaćaju svoj udio poreza, u potpunosti mu dajem svoju podršku.

Richard Sulík (ECR), *pisomne.* – Návrh som nepodporil, pretože nesúhlasím s krokmi, ktoré uľahčujú alebo dokonca priamo vedú k harmonizácii daní v Európskej únii. Skutočná konkurencia medzi daňovými systémami je pre konkurencieschopnosť Európskej únie nevyhnutná.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o davčnih stališčih in drugih ukrepih podobne narave ali s podobnim učinkom.

Vsi si želimo bolj učinkovito, pravično in transparentno davčno politiko. Končati moramo s praksami nepravične davčne konkurence.

Pozdravljam, da poročilo poudarja, da je treba oblikovati uravnoteženo in pravično davčno politiko kot sestavni del strukturnih reform v državah članicah.

Potrebujemo boljše sodelovanje med državami članicami v smislu boljšega usklajevanja ukrepov in izmenjavanja informacij.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Αν και η έκθεση περιέχει πολλά θετικά στοιχεία όσον αφορά την εξασφάλιση ενός δίκαιου φορολογικού συστήματος, στην πραγματικότητα, υπάρχουν σημεία και προτάσεις κατευθυντήριων γραμμών που σκοπό έχουν οι μεγάλες εταιρείες να συνεχίσουν να φοροδιαφεύγουν και να υφίστανται περισσότερα φορολογικά βάρη οι μικρές και μεσαίες επιχειρήσεις που δεν είναι δικτυωμένες όπως οι πολυεθνικές. Οι πολυεθνικές αγνόησαν προσκλήσεις να καταθέσουν στοιχεία που ζητήθηκαν από την TAXE και δεν κατέστη δυνατό να θεσπιστεί νομική βάση για την επιβολή κυρώσεων. Για όλους τους παραπάνω λόγους, αλλά και επειδή η θέσπιση κοινής φορολογίας σε όλη την Ένωση, θα συνιστούσε απαράδεκτη εκχώρηση της Εθνικής Κυριαρχίας, καταψηφίζουμε την έκθεση στο σύνολό της. Η λύση είναι η κατάργηση της Ενιαίας Αγοράς και η θέσπιση της υποχρέωσης των Εταιρειών να δημιουργούν θυγατρικές στις χώρες που θέλουν να δραστηριοποιηθούν, οι οποίες θα φορολογούνται επιτόπου.

József Szájer (PPE), *írásban.* – A válság miatt szükségessé vált költségvetési kiigazítások és az igazságos teherviselés igénye a jelek szerint növeli az adóügyekben hagyományosan vonakodó uniós tagállamok készségét az adócsalás és adómegkerülés elleni lépések fokozására és összehangolására. A különböző nemzetközi fórumokon – mint az OECD és G20 – is határozottan fel kell lépni annak érdekében, hogy mások is kövessék Európa példáját, és senki ne csúszhasson ki az adócsalás és az adóelkerülés elleni globális szintű erőfeszítéseik alól.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a feltételes adómegállapításokról szóló jelentést, amely egy fontos mérföldkő a vállalati adócsalás elleni küzdelemünkben.

A jelentés részletes és világos iránymutatást ad a tagállamok és a Bizottság számára, hogy milyen eszközökkel szorítható vissza a multinacionális vállalatok adókikerülése. Az országonkénti jelentés, a nemzeti feltételes adómegállapításokra vonatkozó információk megosztása, az adóparadicsomokról készített feketelista, a közös konszolidált adóalap és egy-egy adózási definíciók meghatározása mind olyan javaslat, mely hozzájárul egy átlátható adózási rendszer megteremtéséhez és biztosítja azt, hogy ezentúl ne szinte kizárólag csak a kkv-k, illetve az állampolgárok viseljék az adóterheket.

Örömmel vettem, hogy a jelentés egyértelműen kimondja, hogy az adókat abban a tagállamban kell befizetni, ahol a nyereség termelődik, elkerülve ezzel a tisztességtelen versenyt. Egy átfogó jogszabályi keret létrehozására van szükség Európában a társasági adózás kapcsán, melyek középpontjában ennek az elvnek kell állnia.

Komoly munka van e részletekbe menő, alapos jelentés mögött. Amennyiben az európai kormányok elkötelezik magukat és megfelelő módon veszik át ajánlásainkat, azzal végleg beszüntethetjük az adópaktumok gyakorlatát Európában.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Mi sono astenuto nel voto finale della relazione presentata dalla commissione speciale istituita dal Parlamento europeo che voleva approfondire la questione tassazione e accordi fiscali segretamente concessi tra il 2002 e il 2010 dal governo lussemburghese alle aziende multinazionali (scandalo Luxleaks).

Noi chiediamo da tempo di far chiarezza ai responsabili e beneficiari di questi accordi e alle banche coinvolte di chiarire le motivazioni addotte per evitare o aggirare milioni di euro di tasse. La situazione europea è paradossale: abbiamo milioni di cittadini che sono soffocati dalle tasse in conseguenza delle politiche di *austerità*, e dall'altra i paradisi fiscali (agevolati dall'assenza di dogane) che creano situazioni di concorrenza sleale tra Stati membri.

L'attuale Presidente della Commissione Juncker è stato il cardine dell'intero sistema lussemburghese. Sebbene la relazione votata presenti caratteristiche positive e condivisibili, purtroppo 1) non fa alcun riferimento alle responsabilità politiche di Juncker (ex primo ministro del Lussemburgo, nonché suo ministro delle Finanze per quasi 20 anni) e 2) la commissione speciale è stata troppo morbida sulla questione della trasparenza; per noi tutti gli accordi fiscali dovrebbero essere pubblici e verificabili anche dai cittadini europei.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Integrarea europeană este un proces complex aflat în plină desfășurare.

O componentă esențială a acesteia, pe lângă componenta politică și monetară, este dimensiunea fiscală. Sistemele de taxare ale statelor membre sunt încă mult prea diferite pentru a avea un sistem coerent la nivelul Uniunii. Acest lucru generează decalaje de dezvoltare și de standarde de viață între statele membre.

Din aceste motive este nevoie de o mai mare armonizare a politicilor fiscale la nivel european. Acest proces nu este posibil fără realizarea unor monitorizări în cazul fiecărui stat membru, realizate de actori independenți și imparțiali, a căror activitate nu trebuie să fie afectată de interesele actorilor statali în cauză.

În urma monitorizărilor, vor fi emise recomandări în vederea stabilirii unui nivel minim și a unui nivel maxim al taxării la nivelul UE. În același timp, va fi realizată o bază de date comprehensivă a „paradisurilor fiscale” și va fi reglementată mai eficient combaterea evaziunii fiscale intracomunitare.

Statele sau actorii comerciali care nu vor respecta aceste reglementări vor trebui să suporte consecințele și să plătească sancțiunile stabilite de instituțiile europene. Astfel, se vor genera noi venituri ale Uniunii, care vor putea fi folosite pentru dezvoltarea statelor membre.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Je veux qu'on fasse toute la lumière sur l'affaire LuxLeaks. Le scandale LuxLeaks, qui a éclaté le 5 novembre 2014 avec la publication, par le Consortium international des journalistes d'investigation, de près de 28 000 pages de documents confidentiels établissant plus de 500 arrangements fiscaux privés entre l'administration fiscale luxembourgeoise et plus de 300 entreprises multinationales entre 2002 et 2010, a révélé l'étendue du recours à des accords secrets faisant appel à des structures financières complexes destinées à obtenir des réductions d'impôt drastiques. Dans de nombreux cas, les filiales luxembourgeoises, dont le chiffre d'affaires s'élève à plusieurs centaines de millions d'euros, ne maintiennent qu'une faible présence et n'exercent qu'une activité économique réduite au Luxembourg.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report that answers some of the questions that emerged in the wake of the LuxLeaks scandal. Breaking out in November 2014, it revealed private tax arrangements between the Luxembourg tax administration and more than 300 multinational corporations, which allowed them to achieve major tax reductions. The report makes several recommendations, based on the investigation by the European Commission and by Parliament's Special Committee. Following a critical overview of corporate tax practices in the Member States, it calls on them to adopt concrete measures to prevent tax fraud. Among them is simplification of tax systems, respect of the principle of profits taxation in the place they are generated, creation of an EU legislative framework for tax competi-

tion in the EU, coordination on advance tax rulings, increasing transparency by extensive country-by-country reporting system available to tax authorities.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Le scandale du LuxLeaks, qui a éclaté il y a près d'un an, démontre que les multinationales bénéficient d'avantages fiscaux qui entravent le financement de la puissance publique et rompent l'égalité devant l'impôt.

Le Parlement européen s'est mobilisé. Nous préconisons la création d'une obligation d'information comptable, pays par pays, pour les multinationales. Nous proposons également la création d'une «assiette commune consolidée» pour que les critères de taxation soient harmonisés à l'échelle européenne. Nous demandons une totale transparence des rescrits fiscaux, c'est-à-dire les cadeaux et rabais accordés par les États membres aux compagnies, et nous exigeons une plus grande protection des lanceurs d'alertes, qui ont notamment rendu public le scandale des pratiques luxembourgeoises.

Je soutiens fermement ce rapport, car il permet des avancées concrètes pour mettre fin à la fraude et à l'évasion fiscales.

C'est une grande avancée, mais nous devons poursuivre vers une taxe européenne sur les multinationales, seul instrument capable de mettre définitivement un terme au dumping fiscal en Europe. Alors que le budget européen est en crise et atteint les limites du cadre financier pluriannuel, ces ressources supplémentaires lui sont indispensables pour que nous puissions faire face aux défis qui nous sont posés.

Valdemar Tomaševski (ECR), *raštu*. – E. Ferreira ir M. Theurer deputatų ataskaita verta paramos dėl kelių priežasčių. Klausimai, susiję su taip vadinamos juridinių asmenų mokesčių bazės netaisyklingumais bei agresyvaus mokesčių planavimo praktika yra žinomi ir analizuojami tarptautiniame lygmenyje jau bent kelis dešimtmečius. LuxLeaks afėra atkreipė visuomenės ir žiniasklaidos dėmesį į šiuos klausimus, atskleidžiant diskusines mokesčių praktikas, propaguojamas konkrečios valstybės narės audito įmonių. Komisijos tyrimas ir specialaus parlamento komiteto atliktas darbas parodė, kad tai yra ne pavienis incidentas, mokestinių priemonių naudojimas siekiant sumažinti kai kurias bendras didelių įmonių mokestines prievoles tam, kad tokiu būdu dirbtinai padidintų nacionalinę mokesčių bazę kitų šalių nenaudai, tarp kurių atsirado valstybės, vykdančios taupymo politiką. Tai smerktina praktika, plačiai paplitusi Europoje ir už jos ribų. O tai reikalauja stiprios reakcijos iš Europos Parlamento pusės, kadangi šios praktikos pateikimas į viešąją priežiūrą turėtų būti demokratinės kontrolės elementas.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Odbor TAXE uspostavljen je s ciljem ispitivanja praksi pri apliciranju za državne potpore Unije te porezne zakone povezano sa poreznim presudama i ostalim sličnim mjerama. Konkretno, Odbor je odgovor Europskog parlamenta na LuxLeaks aferu, u kojoj je otkriveno da su mnoge multinacionalne kompanije od strane države Luxemburg dobile nepošteno povoljne porezne aranžmane.

U potpunosti sam suglasna s prijedlogom da se sve države članice trebaju boriti protiv široko raširenih problema utaje poreza te izbjegavanja plaćanja poreza, međutim, za razliku od izvjestitelja, ne slažem se s tim da se navedeno treba provoditi na razini Unije nego se snažno zalažem za zadržavanje nacionalnog suvereniteta u segmentu porezne politike u rukama individualnih država članica Unije, kako je to definirano i u temeljnom Ugovoru kroz pravilo jednoglasne odluke u Vijeću.

Kompromis postignut u Odboru nije izbalansiran te zadire u princip supsidijarnosti iz razloga što se zalaže za harmonizaciju poreza te još neke prijedloge koji nikako ne mogu dobiti moju potporu, kao što su obvezni zajednički konsolidirani porez za multinacionalne korporacije, definicija minimalne stope poreza, oštra kritika jednoglasnog odlučivanja u Vijeću po pitanjima poreza itd.

Stoga sam glasovala suzdržano.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o davčnih stališčih in drugih ukrepih podobne narave ali s podobnim učinkom sem podprla, saj je nujno potrebno oblikovati davčno prihodnost Evrope in spremeniti davčni sistem tako, da se bodo davki plačevali tam, kjer dejansko nastajajo dodana vrednost in dobiček, poleg tega je nujna tudi harmonizacija davčnih osnov. Ta resolucija je pomemben korak naprej v boju proti davčnim utajam in nudi preglednost transakcij, saj avtomatska izmenjava podatkov postane obvezna.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Celebro la parte más importante de este informe, que contiene propuestas útiles para una mayor justicia fiscal y refleja el impacto negativo de la austeridad sobre esta. Sin embargo, me he abstenido en esta votación por las siguientes razones: la responsabilidad por el hundimiento de los sistemas fiscales en Europa no se ha atribuido completamente, y el informe no pide la prolongación necesaria del mandato actual; el acceso a documentos sigue siendo insatisfactorio por parte del Consejo, la Comisión y los Estados miembros. Las corporaciones multinacionales solo han respondido después de múltiples invitaciones a la comisión, no se ha establecido una base legal para las sanciones y no han podido ser interrogadas a fondo; además, las contradicciones en el discurso de Jean-Claude Juncker no han sido esclarecidas.

En lo sustancial, el informe no va más allá de las propias propuestas de la Comisión. Las resoluciones fiscales deberían hacerse públicas y las leyes de secreto fiscal deberían ajustarse. Doy la bienvenida a la idea de una consolidación de la base fiscal. Sin embargo, echo en falta un compromiso claro para ampliar la base fiscal y critico el periodo de transición antes de la consolidación.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Das Europäische Parlament reagierte auf die Luxleaks-Enthüllungen mit der Einsetzung eines Sonderausschusses zur Rolle und Wirkung von Steuervorbescheiden. Ich habe die Gründung dieses Sonderausschusses unterstützt und für den Bericht gestimmt. Die ALFA setzt sich dafür ein, dass alle Unternehmen und alle Bürger nach ihrer Leistungsfähigkeit besteuert werden und diese Steuern auch tatsächlich entrichten. Wir brauchen im Steuerrecht einen funktionierenden europäischen Ordnungsrahmen.

Im abgestimmten Bericht werden Maßnahmen wie eine gemeinsame Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftssteuer und der automatische Austausch von Informationen über Steuervorbescheide gefordert. Diese Maßnahmen sind geeignet, den Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten transparenter und die Spielregeln klarer zu gestalten. Die Maßnahmen werden helfen, Diskriminierung im und durch das internationale Steuerrecht zu erschweren. Sie stellen faire Wettbewerbsbedingungen wieder her, und zwar zwischen den Mitgliedstaaten genauso wie zwischen den Unternehmen.

Der Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten bleibt dabei erhalten. Er hilft, staatliche Akteure in ihrem Ausgabenverhalten zu zähmen, bindet sie an die Wünsche der Steuerzahler und spornt sie zu Innovation an. Das Recht der Staaten, völlig autonom über die Höhe der Steuersätze zu entscheiden, wird nicht eingeschränkt. Aber die Steuergerechtigkeit würde durch die Maßnahmen erheblich verbessert werden – zum Wohle der Bürger und des Mittelstandes.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – Last year we discovered that about 340 multinationals had secured privileged deals with Luxemburg in order to avoid paying taxes on their activities all over Europe. Other Member States have done similar deals. Our committee has made several proposals to fight this situation, taking into account the weak state of our finances.

Dear colleagues, what multinationals do not pay, SMEs should not compensate with a higher tax burden.

Simplification of our tax systems, a Common Corporate Tax Base to ensure fair competition and much higher transparency criteria in corporate financial statements – these are all fundamental reforms we need.

It is disappointing that some Member States like Spain have been so reluctant to make public tax ruling and multinationals privileges.

We Catalans also want a new state to lead in this fight for a more fair and reformed tax system that does not give privileges to multinationals against SMEs and citizens, putting at risk our welfare state.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Sur les propositions de la commission TAXE, je soutiens l'harmonisation des bases de l'impôt sur les sociétés, afin de concentrer la concurrence sur les taux. J'appuie aussi l'obligation de publication d'informations par pays ainsi que le principe de non double imposition comme celui de la taxation minimale.

Je soutiens les mesures de sanctions à l'encontre des multinationales qui ont fraudé ainsi que la refonte du code de conduite sur la fiscalité, groupe de travail qui devait dès 1998 identifier et éliminer les pratiques fiscales déloyales, et qui a été un échec complet.

Je suis également favorable à la protection renforcée des lanceurs d'alerte. En revanche, je reste fermement opposée à une harmonisation des taux pour les impôts directs.

Je reste attachée au principe d'unanimité en matière fiscale, garant de la souveraineté des États.

Au final, le rapport témoigne d'une prise de conscience mais ne préjuge en rien des dispositions qui seront prises.

Je choisis donc de voter pour ce texte.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Practicile de planificare fiscală agresivă și erodarea bazei de impozitare pentru întreprinderi au fost cunoscute și analizate la nivel internațional de câteva decenii.

Însă scandalul LuxLeaks, izbucnit în noiembrie 2014, a adus aceste aspecte în atenția publicului și a mass-mediei, dezvăluind practici fiscale îndoielnice promovate de firme de consultanță dintr-un anumit stat membru.

Aceste comportamente fiscale duc la separarea locului în care este creată valoarea și a locului în care este impozitat profitul. Mai mult, nu se limitează la decizii fiscale, ci cuprind o gamă largă de practici fiscale neprielnice, aplicate de administrații fiscale naționale ale Uniunii Europene, dar și din afara acesteia.

Am votat în favoarea acestei rezoluții deoarece monitorizarea publică este o practică ce face parte din exercitarea controlului democratic, iar aceste practici pot persista atâta timp cât rămân nedezvăluite.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – 2014. november 5-én, az Oknyomozó Újságírók Nemzetközi Konzorciumának köszönhetően kitört Luxleaks-botrány – amelynek során mintegy 28 000 oldalnyi, a luxemburgi adóigazgatás és több mint 300 multinacionális vállalat között a 2002 és 2010 közötti időszakban létrejött, 500-nál több magánjellegű adómegállapodást rögzítő bizalmas dokumentum került nyilvánosságra – fényt derített a drasztikus mértékű adókedvezmények megszerzése céljából kialakított, bonyolult pénzügyi struktúrákkal jellemzett titkos egyezségek alkalmazásának elterjedtségére.

Miután az adóelkerülések és adócsalások ellen érdemben fel kell lépni, ezért támogattam a jelentést, ahogyan a TAXE-bizottság munkájának folytatását is.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Celebro la parte más importante de este informe, que contiene propuestas útiles para una mayor justicia fiscal y refleja el impacto negativo de la austeridad sobre esta. Sin embargo, me he abstenido en esta votación por las siguientes razones: la responsabilidad por el hundimiento de los sistemas fiscales en Europa no se ha atribuido completamente, y el informe no pide la prolongación necesaria del mandato actual; el acceso a documentos sigue siendo insatisfactorio por parte del Consejo, la Comisión y los Estados miembros. Las corporaciones multinacionales solo han respondido después de múltiples invitaciones a la comisión, no se ha establecido una base legal para las sanciones y no han podido ser interrogadas a fondo; además, las contradicciones en el discurso de Jean-Claude Juncker no han sido esclarecidas.

En lo sustancial, el informe no va más allá de las propias propuestas de la Comisión. Las resoluciones fiscales deberían hacerse públicas y las leyes de secreto fiscal deberían ajustarse. Doy la bienvenida a la idea de una consolidación de la base fiscal. Sin embargo, echo en falta un compromiso claro para ampliar la base fiscal y critico el periodo de transición antes de la consolidación.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on tax rulings and other measures similar in nature or effect. The resolution calls on Member States and EU institutions, which share the political responsibility for the current situation, to put an end to harmful tax competition and fully cooperate in order to eliminate mismatches – and refrain from creating further mismatches – between tax systems and harmful tax measures which create the conditions for massive tax avoidance by MNCs and tax base erosion within the internal market. I also agree with the call on Member States to notify the Commission and other Member States about any relevant changes to their corporate taxation law that could have an impact on their effective tax rates or on any other Member State's tax revenue. I think it is necessary to stress that the Member States that play a pivotal role in facilitating tax avoidance should take responsibility and lead the efforts to improve tax cooperation within the EU, therefore I supported the resolution.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de un informe que trata un tema de gran importancia a día de hoy en Europa como es el fraude fiscal o la necesidad de reducir la denominada brecha fiscal entre países. Es importante seguir avanzando en la transparencia y en el intercambio de información sobre resoluciones fiscales, aspectos que este informe trata con acierto. Por ello considero necesario votar a favor de dicho informe.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe final de la Comisión TAXE, originado a raíz del escándalo conocido como «LuxLeaks», porque supone un gran paso adelante en la lucha contra el fraude y la elusión fiscales, siempre que el Consejo siga las recomendaciones del documento aprobado, y que contiene los siguientes elementos principales:

- a) no limitación del intercambio automático de información a las resoluciones tributarias consideradas «transfronterizas»;
- b) obligatoriedad de realizar informes país por país por parte de las multinacionales;
- c) posibilidad de sancionar a los Estados y empresas que participan en prácticas tributarias perniciosas;
- d) reclamación a la Comisión para que se tomen las medidas legislativas necesarias al objeto de introducir la Base Común del Impuesto de Sociedades, incluyendo el elemento de consolidación;
- e) protección de los denunciantes de irregularidades empresariales;
- f) lista europea de paraísos fiscales;
- g) reforma del Grupo del Código de Conducta.

El informe también critica que el Consejo haya excluido a la Comisión del sistema de intercambio automático de información en el marco de la revisión de la Directiva de 2011.

Como socialista, esta materia es una prioridad absoluta.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Se questo è il risultato di 8 mesi di indagini volte a far luce sullo scandalo Luxleaks e individuare azioni incisive per contrastare l'inaccettabile fenomeno dell'elusione e abuso fiscale da parte delle grandi società multinazionali e le pratiche di concorrenza sleale tra Stati, sono convinto che le attese e le domande dei cittadini europei siano rimaste in gran parte senza risposta.

Sebbene le raccomandazioni della relazione TAXE contengano importanti contromisure di lotta all'elusione, come il *country-by-country reporting* pubblico esteso a tutte le multinazionali, l'introduzione di una base comune consolidata per l'imposta sulle società e misure essenziali di tutela per i *whistleblower*, tuttavia siamo ancora ben lontani dal raggiungimento della piena trasparenza, che rappresenta il primo passo per porre fine a questo problema.

La relazione infatti non solo rinuncia a denunciare le innegabili responsabilità politiche di chi ha avallato e favorito queste pratiche anche grazie a un regime di totale segretezza, ma continua a tenere cittadini, giornalisti investigativi e società civile totalmente all'oscuro del trattamento privilegiato riservato ai gruppi multinazionali attraverso i *tax ruling* conclusi con i governi, che rimarranno accessibili alle sole autorità fiscali.

Per questi motivi, pur riconoscendo che alcuni importanti passi in avanti sono stati compiuti, non ho potuto votare a favore di questa relazione.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El trabajo de la Comisión TAXE ha servido para demostrar que los acuerdos fiscales presentaban una violación de las normas de competencia, además de evidenciar la complicidad de los señores Juncker y Dijsselbloem en este escándalo.

El informe, sin embargo, recoge tan solo parcialmente nuestras demandas. Por un lado, se denuncian las prácticas de elusión fiscal y se pide a la Comisión ambición en sus propuestas de transparencia y armonización fiscal. Pero muchas de estas peticiones no van más allá de las buenas intenciones y no se investigan adecuadamente los lazos entre las multinacionales culpables de elusión fiscal, los Estados miembros y la Comisión, por falta de documentos y de voluntad política. Es por ello que he decidido abstenerme.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – This is a report that I very strongly supported, because the work of the TAXE committee has shown that tax evasion and aggressive tax avoidance is a problem right across Europe and can therefore only be properly met with a pan-European response. It costs the nations of Europe billions every year: billions that could and should be invested in schools, hospitals and public services. For too long, both governments and multinational corporations have been involved in a race to the bottom on tax – a race in which ordinary people and the services we all use are the losers. This report sets out a number of bold recommendations to stop these dreadful practices once and for all. It is not enough to simply talk a good game about clamping down on loopholes and ending morally-dubious tax practices, it is now time for EU governments – and especially the Tory UK Government – to listen to the will of the people and do something to end tax fiddling for good.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit verslag dat enkele aanbevelingen inhoudt die de Commissie en de Bijzondere Commissie van het Europees Parlement hebben opgesteld in de nasleep van het LuxLeaks-schandaal. Het verslag roept immers ertoe op een evenwichtig, eerlijk en transparant fiscaal beleid te voeren.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Après les révélations de l'affaire LuxLeaks, le Parlement européen a mis en place une commission spéciale pour enquêter sur les pratiques d'évasion fiscale des multinationales.

Si je ne peux que me féliciter que l'on enquête enfin sur ces pratiques, les conclusions ne sont pas vraiment à la hauteur des enjeux, malgré un certain nombre d'éléments positifs: reconnaissance de la responsabilité de plusieurs pays dans la mise en place de régimes fiscaux agressifs favorisant ces pratiques, reconnaissance de la nécessité de faire payer aux multinationales leurs impôts là où elles réalisent leurs bénéfices et pour ce faire, publication des données fiscales des entreprises.

Sans surprise, cette enquête s'est heurtée à la résistance des principaux acteurs. Les responsabilités spécifiques de certains responsables politiques, comme MM. Juncker et Dijsselbloem, sont bien évidemment occultées. Rien non plus sur le fait que plusieurs États membres et multinationales ont refusé de se conformer aux demandes de la commission.

Pire encore, le PPE et le S&D ont tout fait pour mettre un terme à la commission spéciale. Un accord a finalement été trouvé, grâce à la mobilisation des groupes Verts et GUE/NGL, pour la mise en place d'une nouvelle commission d'enquête mais dont les pouvoirs vont être réduits.

J'ai donc choisi de m'abstenir.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Estas práticas destinadas a contornar as autoridades fiscais nacionais por forma a drenar lucros para territórios onde não são tributados, tal como os paraísos fiscais, estão profundamente associadas ao atual processo de integração europeia que tem na livre circulação de capitais uma das suas traves-mestras e na globalização a sua principal consequência.

Não fosse a divulgação de sucessivos escândalos fiscais num momento em que os povos europeus sofrem na pele os efeitos das políticas de austeridade, provavelmente ainda estaríamos a conviver com estes crimes em total impunidade. Foi, portanto, a indignação da opinião pública o verdadeiro motor que propulsionou todo este plano de boas intenções.

O relatório hoje em discussão está ainda incompleto. Lutámos, nestes meses, contra diversos obstáculos. Continuamos sem acesso a documentos de grande importância para uma correta avaliação e apuramento dos factos. Todos os dias surgem novos elementos que implicam altos responsáveis europeus e que obrigaram a um prolongamento do mandato da Comissão TAXE. Por ser um relatório incompleto, abstenemo-nos, na convicção de que o trabalho vai continuar, confrontando as instituições europeias com as suas responsabilidades, mas também com o seu plano de ação anunciado em junho último, que pouco ou nada avançou.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht enthält einige vernünftige Vorschläge, jedoch zielt er letzten Endes auf eine weitere Zentralisierung der EU ab. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di una relazione che definisce in modo chiaro gli strumenti da mettere in atto per rendere più efficiente la giustizia fiscale.

Vengono previste misure che miglioreranno il coordinamento fiscale e la cooperazione in Europa per combattere, attraverso la trasparenza e un codice di condotta in materia di tassazione, la pianificazione fiscale aggressiva.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Die Bekämpfung der Steuerflucht multinationaler Unternehmen kann nur in europaweiter Zusammenarbeit erfolgen, um Steueroasen wirksam auszutrocknen.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des Europäischen Parlaments über Steuervorbescheide und andere Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung habe ich nicht zugestimmt.

Die EU hat keine Kompetenz auf dem Gebiet des Steuerrechts. Und das ist gut so. Wie üblich versuchen die Institutionen kollektiv, einen Skandal auf Ebene der Mitgliedstaaten (Luxleaks) dafür zu nutzen, ihre Kompetenzen ungebührlich auszuweiten. Die Kommission legt daher flugs einen Vorschlag für ein EU-weites Körperschaftssteuerrecht vor, das Parlament diskutiert zu Themen, die es nichts angehen. Das alles unter einem Präsidenten Juncker, der in seiner alten Funktion verantwortlich für den Skandal war, in seiner neuen aber nichts davon wissen will.

Ich kann guten Gewissens sagen: Die stabilste Schranke für den Erhalt einer wenigstens rudimentär wettbewerbsfähigen EU ist der Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten. Er erhält die Vielfalt Europas und erlaubt es dem Hochsteuerkontinent, international steuerlich wettbewerbsfähig zu sein. Hoffen wir, dass wenigstens der Rat sich einer weiteren Steuerkompetenzverlagerung auf die EU verweigert.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the TAXE report, because the work of the TAXE Committee has shown that tax evasion and aggressive tax avoidance is a problem right across Europe. It costs billions every year in lost revenue: public money that should be invested in schools, hospitals and public services. For too long, both governments and multinational corporations have been involved in a race to the bottom on tax – a race in which ordinary people are the losers. This report sets out a number of bold recommendations to stop these cynical practices once and for all. Now it is time for EU governments – and especially the Tory UK government – to listen to the will of the people and do something to end tax fiddling for good.

Glenis Willmott (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the TAXE report, because the work of the TAXE Committee has shown that tax evasion and aggressive tax avoidance is a problem right across Europe. It costs billions every year: billions that should be invested in schools, hospitals and public services. For too long, both governments and multinational corporations have been involved in a race to the bottom on tax – a race in which ordinary people are the losers. This report sets out a number of bold recommendations to stop these dreadful practices once and for all. Now it is time for EU governments – and especially the Tory UK government – to listen to the will of the people and do something to end tax fiddling for good.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Slovensko je krajina, ktorá na jednej strane trpí daňovými únikmi veľkých firiem, no na druhej strane má slabú infraštruktúru, takže musí investorom ponúknuť daňové zvýhodnenia, aby tu vytvorili pracovné miesta. Náš záujem sa preto nachádza v prieniku medzi eliminovaním daňových únikov a podvodov a zachovaním daňovej suverenity členských štátov. Preto podporujem zjednotenie daňovej terminológie v EÚ, rovnako ako zavedenie povinnosti pre nadnárodné spoločnosti, aby poskytovali údaje o zisku a daniach za každú krajinu, v ktorej pôsobia. Rozhodnutia o ich zdaňovaní v jednotlivých štátoch nesmie byť predmetom tajomstva. Mám však pochybnosti o potrebe zavedenia spoločného konsolidovaného základu dane z príjmov právnických osôb – domnievam sa, že takémuto kroku by mala predchádzať odborná diskusia o jeho dopadoch na menej rozvinuté členské štáty.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), γραπτώς. – Υπερψήφισα την έκθεση για τις φορολογικές αποφάσεις τύπου «tax ruling», καθώς θα πρέπει να δοθεί ένα τέλος στον φορολογικό ανταγωνισμό που ευνοεί τις πολυεθνικές εταιρείες. Οι απώλειες εσόδων για πολλά κράτη είναι πραγματικά τεράστιες και θα πρέπει άμεσα να υπάρξουν πρωτοβουλίες σε ευρωπαϊκό επίπεδο. Τη στιγμή που εκατομμύρια απλοί πολίτες, αλλά και μικρομεσαίες επιχειρήσεις, καλούνται να πληρώσουν δυσβάσταχτους φόρους, είναι απαράδεκτο το γεγονός ότι μεγάλες εταιρείες καταλήγουν να μην πληρώνουν σχεδόν καθόλου φόρους.

Jan Zahradil (ECR), písemně. – Podporuji boj proti daňovým únikům a jsem si vědom toho, že je třeba odhalovat nekalé daňové praktiky podniků a přijmout nezbytná opatření. Ostatně máme rok od vypuknutí aféry LuxLeaks, která odhalila nekalé lucemburské praktiky transferu daní, a to v období, kdy byl Jean-Claude Juncker, současný předseda Evropské komise, ministr financí a premiér Lucemburska. Díky němu se firmy vyhnuly placení miliard EUR na daních a nás, členské státy a občany EU, tak okradl o značné částky ve formě odvodu daně z příjmu. Nicméně boj proti daňovým únikům nesmí být využíván k další hlubší integraci EU, například ve formě zavedení společného konsolidovaného základu podnikové daně, které je riskantním krokem směrem k jednotné daňové politice EU. Členské státy si musí určovat daňovou politiku samy.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), por escrito. – He votado a favor de este informe ya que considero que las empresas multinacionales deben pagar los impuestos donde generan el beneficio. La actual competencia en materia tributaria conduce a prácticas agresivas de planificación y evasión fiscal. No tener un marco regulatorio a nivel comunitario es perjudicial para los ciudadanos europeos. No es justo que las grandes compañías en ocasiones paguen impuestos reducidos sobre sus ganancias, mientras que los ciudadanos y las pymes sí pagan su parte. La transparencia es esencial para garantizar que todos siguen las mismas reglas de juego.

Marco Zanni (EFDD), per iscritto. – A seguito delle rivelazioni di Luxleaks dello scorso anno, il Parlamento ha deciso di istituire una commissione speciale per approfondire la questione tassazione e accordi fiscali.

L'esito del lavoro è riassunto in questa relazione, dove si analizza la situazione attuale e si delineano raccomandazioni per il futuro. Il testo finale è piuttosto soddisfacente, in quanto numerosi punti elencati come necessari sono gli stessi che sostengo da tempo: un *country-by-Country reporting* pubblico e comprensibile, una CCCTB piena da realizzare nell'immediato, uno scambio automatico ed esaustivo tra gli Stati membri in materia di accordi fiscali.

È presente nel testo anche una dura critica all'operato di alcuni paesi che non si sono mai dimostrati cooperativi, come del resto la stessa Commissione che si è appiattita sulle posizioni del Consiglio; anche le multinazionali, principali responsabili e beneficiarie di questi accordi, sono attaccate per il loro comportamento. Il testo approvato è quindi buono, prevedendo anche tutele adeguate per i *whistleblower* e sottolineando il ruolo negativo delle società di consulenza e delle banche. Quello che manca è però un riferimento chiaro alle responsabilità politiche; inoltre, è troppo morbido sulla questione trasparenza, poiché, a mio avviso, tutti gli accordi fiscali dovrebbero essere pubblici e verificabili dai cittadini.

Roberts Zīle (ECR), rakstiski. – Balsojumā atbalstīju Eiropas Parlamenta Īpašās komitejas nodokļu nolēmumu jautājumu sagatavoto gala ziņojumu par taisnīgāku uzņēmumu ienākuma nodokļa piemērošanu Eiropas Savienības dalībvalstīs. Ņemot vērā toreiz vēl Luksemburgas premjerministra Žana Kloda Junkera īstenoto valsts nodokļu politiku, kas aizklāti tika veidota kā paradīze lielajiem uzņēmumiem, šobrīd Eiropas Komisijas prezidentam ir iespēja parādīt savu neitralitāti arī attiecībā pret savu valsti. Obligāta prasība lielajiem uzņēmumiem ziņot par ikkatrā dalībvalstī gūto peļņu un maksātajiem nodokļiem ierobežos konkurences kropļošanu, kas nav savienojama ar Eiropas vienotā tirgus mehānismu. Diemžēl dažkārt šādas nodokļu politiku kropļojošas iniciatīvas ir nākušas arī no Latvijas nevalstiskajām organizācijām. Vienlaikus vēlos uzsvērt, ka šis ziņojums nelegitimizē centienus veidot vispārēju kopīgu ES nodokļu sistēmu, jo labklājība un uzkrātais kapitāls, no kā attiecīgi izriet arī nodokļu politikas vadlīnijas, objektīvu apstākļu dēļ dalībvalstu vidū ir ļoti dažāds. Turklāt nav pieņemami, ka nodokļu kontekstā mazie un vidējie uzņēmumi Eiropas līmenī līdz šim ir nostādīti sliktākās pozīcijās nekā lielie uzņēmumi.

Jana Žitňanská (ECR), písomne. – Správu zaoberajúcu sa prípadmi výhodných daňových dohôd, ktoré sa vyskytli medzi Luxemburskom a veľkými nadnárodnými spoločnosťami, som nepodporila. Hoci odsudzujem praktiky, pri ktorých štáty s cieľom zvýšenia vlastnej atraktivity pre nadnárodné spoločnosti, a tým aj zvýšenia vlastnej konkurenčnej výhody v daňovej súťaži, uzatvárajú dohody s veľkými spoločnosťami, odmietam však podporiť myšlienku, že na zabránenie takýmto praktikám je potrebná harmonizácia daní na európskej úrovni zahŕňajúca povinnú konsolidovanú daň z príjmu právnických osôb či spoločnú definíciu minimálnej daňovej sadzby.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – Votei a favor da proposta de resolução do Parlamento Europeu sobre decisões fiscais antecipadas e outras medidas de natureza ou efeitos similares (2015/20667INI), porque inclui avanços muito significativos no crucial combate à fiscalidade agressiva, que põe em causa o mercado único, a transparência competitiva e o financiamento do modelo social europeu.

O relatório evidencia o excelente trabalho desenvolvido pela Comissão Especial sobre acordos fiscais e outras medidas de natureza ou efeitos similares, e em particular dos seus correlatores, Elisa Ferreira e Michael Theurer. Identifica ainda que, mais do que a não harmonização de taxas, é a não harmonização de critérios para o cálculo da matéria tributável e a ausência da troca de informações entre os Estados-Membros sobre estas matérias que criam as condições para uma elisão fiscal intolerável e para uma competitividade agressiva entre os Estados-Membros, o que resulta num jogo de soma negativa para o interesse da União.

Considero ainda que o trabalho desta comissão deve ser prosseguido, tendo em conta, sobretudo, a informação a que não foi possível aceder durante a sua vigência.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – A fraude e a evasão fiscal, destinadas a contornar as autoridades fiscais nacionais por forma a drenar lucros para territórios onde não são tributados, tais como os paraísos fiscais, estão profundamente associadas ao processo de integração europeia, que tem na livre circulação de capitais uma das suas traves mestras e na globalização a sua principal consequência.

Não fosse a divulgação de sucessivos escândalos fiscais num momento em que os povos europeus sofrem na pele os efeitos das políticas de austeridade, provavelmente ainda estaríamos a conviver com estes crimes em total impunidade.

Por este ser um relatório incompleto, abstivemo-nos.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Za resolucijo Evropskega parlamenta o davčnih odločbah in drugih ukrepih podobne narave ali s podobnim učinkom sem glasoval, ker menim, da je nujno, da se uvedejo dodatni ukrepi za boj proti izogibanju davkom na nacionalni ravni v okviru EU in OECD, saj lahko neusklajeni odzivi povzročijo dodatna neskladja in priložnosti za davčno izogibanje. Priporočila resolucije so v skladu z načelom lojalnega sodelovanja med državami članicami, opredeljenega v Pogodbi o Evropski uniji, saj je za preprečevanje erozije davčne osnove nujno usklajeno sodelovanje držav članic in ne enostranska uvedba preferencialnih režimov, da bi privabili naložbe.

10.7. Prävention der Radikalisierung und Anwerbung europäischer Bürger durch terroristische Organisationen (A8-0316/2015 - Rachida Dati)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señor Presidente, he votado en contra de este informe porque pone el foco en los síntomas y no en los problemas que los originan. Todo el peso del informe recae en las medidas coercitivas y de control social, que añaden al problema del extremismo el deterioro de nuestras libertades.

No podemos combatir el problema con más miedo, generando más miedo. Como indicamos entre las siete medidas urgentes para combatir el terrorismo que mi delegación envió a los miembros de esta Cámara, a Martin Schulz y a Federica Mogherini también, las medidas legales o policiales por sí solas no son suficientes.

Entendemos que para evitar la radicalización es fundamental reforzar las estrategias de cohesión e inclusión social; y, en especial, la educación, como la vía que puede ofrecer alternativas de futuro para una sociedad cohesionada y solidaria.

Neena Gill (S&D). – Mr President, I supported this report because I strongly believe radicalisation is one of the major challenges we are facing. Over 5 000 EU citizens have left to fight for terrorist organisations in Iraq and Syria. We cannot continue to run behind the facts, whether it is radicalisation in the UK, in Belgium or in France or the rest of the EU.

We have to look at prevention, and it is clear that EU action has important added value when it comes to curbing radicalisation, and given that this is an issue that does not stop at national borders – think about social media giving a platform to those manipulating individuals in such a way that they radicalise in total isolation from the rest of the society. It is an issue that Member States are not able to address effectively by themselves, but where the EU can. It is key that we work together to find real solutions without compromising our civil liberties and cracking down on fundamental rights.

Franz Obermayr (ENF). – Herr Präsident! Die Terroranschläge von Paris sind der bislang traurige Höhepunkt des islamistischen Terrors, und man musste kein Geheimdienstexperte sein, um sie vorhersagen zu können. Jetzt ist daher Entschlossenheit und auch Ehrlichkeit angesagt. Davon ist allerdings im vorliegenden Bericht keine Spur – weder von Entschlossenheit noch von Ehrlichkeit. Man hat sich gescheut, die Dinge beim Namen zu nennen, nämlich den Islamismus. In Europa werden Menschenleben nicht von fundamentalistischen Christen oder Juden bedroht, sondern von extremistischen Moslems. Und das offen zu sagen, widerspricht der politischen Korrektheit. Gegen diese anzukämpfen, hat auch der Herr Berichterstatter sich anscheinend nicht getraut. Wenn die politische Führung der Union bei der Definition des Gegners keine Entschlossenheit zeigt, sondern nur vollkommen naiv über eine bessere Wiedereingliederung von Rückkehrern spricht, dann haben wir leider Gottes bereits kapituliert.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, já jsem tuto zprávu také s radostí podpořil, protože považuji problém radikalizovaných občanů za mimořádně nebezpečný.

Jednotlivé země Evropské unie tento problém nemohou samy řešit. Pokud dneska je na Blízkém východě kolem pěti tisíc Evropanů, kteří jsou džihádisty a budou se chtít jednou vrátit do Evropské unie, tak je to mimořádné nebezpečí a potenciální zdroj terorismu. Takže jsem velmi rád, že v této zprávě je celá řada konkrétních věcí, jako například závazek do konce tohoto roku přijmout nebo dokončit práci na směrnici o jmenné evidenci cestujících. To je věc, která dlouhou dobu zde leží a je třeba ji dokončit. Jsem rád, že je zde shoda na tom, že bude trestným činem už jen to, že evropští občané budou podstupovat výcvik u teroristických organizací, a jsem velmi rád, že konečně budeme snad pořádně hlídat vnější hranice. To jsou konkrétní věci, které já vítám, a proto jsem zprávu podpořil.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, the first and most obvious reaction to the deadly attacks in Paris was again to point to the glaring holes in our security systems. Indeed we do need stronger borders, better information systems, more controlled access to the terrorist data and more efficient information exchange in order to protect civilian lives.

Just as important, however, is for us to come to terms with the fact that these killings were perpetrated by European citizens. If we want to make the world a safer place, we must start by understanding what drives thousands of European citizens to embrace violent extremism and indiscriminately take lives at home and abroad. Although necessary, repressive measures are not sufficient to tackle extremism. As has been pointed out by the head of one of the more successful anti-radicalisation initiatives in Vilvoorde in Belgium, if we want to prevent more people from falling into the hands of terrorist organisations, we must attempt to strengthen those bonds with family and the wider community that the recruiters have tried to break.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Die Zahlen sind schon erschreckend: 5 000 Europäer kämpfen im Irak und in Syrien gegen unsere eigenen Werte. Aufgewachsen in der Europäischen Union, besitzen sie normalerweise alle Möglichkeiten, demokratisch Dinge zu ändern, die ihnen nicht gefallen, aber sie entscheiden sich hier für den terroristischen Weg. Deshalb ist es wichtig, sich auch mit der Situation zu beschäftigen.

Der Bericht ist für mich ausgewogen. Selbstverständlich müssen wir soziale Bedingungen verbessern – das ist richtig. Aber andererseits wissen wir auch: Man kann zwar sagen, Umwelt formt den Menschen, aber auch wenn alle sozialen Dinge geklärt sind, gehört wahrscheinlich auch das Böse bei uns zum menschlichen Dasein mit dazu, und wir müssen das natürlich auch mit gesetzlichen Möglichkeiten entsprechend bekämpfen und verfolgen. Dazu braucht es eine europäische Antwort, da braucht es europäische Lösungen.

Zum Schluss meine Bitte: Berichte haben wir jetzt genug verfasst. Ich bitte auch um Umsetzung. Und ich bitte auch die Mitgliedstaaten, die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, tá mé ar ais sa *groove* mar vótáil mé le mo ghrúpa sna vótaí go léir anseo agus dar ndóigh i bhfabhar na tuarascála féin.

Rud amháin gan dabht ar bith a thaispeáin na hionsaithe sceimhlitheoireachta i bPáras ná go bhfuilimid go léir i mbaol, gach duine i ndomhan an iarthair is naimhde iad do ISIS. Agus tá sé sin feicthe i bhfíseán atá díreach foilsithe acu. Labhraíonn siad faoi chomhcheilg an diabhair. Tá liosta 60 tír acu, agus mo thír féin san áireamh. Dá bhrí sin caithfimid a beith ar an airdeall; caithfimid a bheith aontaithe; caithfimid a bheith díograiseach chun troid ina gcoinne.

Caithfimid go háirithe ár dtéorainneacha eachtracha a threisiú agus freisin PNR a thabhairt isteach. Chuir sé áthas orm gur vótáil 637 as 690 i bhfabhar an mholta sin inniu. Táimid ag aontú. Caithfimid leanúint ar aghaidh mar sin.

Момчил Неков (S&D). – Г-н Председател, последните атентати в Париж и в Мали ясно показаха, че радикализацията и терористичните заплахи нямат национални граници и изискват адекватни мерки на европейско и на глобално ниво. За да избегнем драми от подобен мащаб в бъдеще, трябва да насочим усилия върху осигуряването на превенция.

В тази връзка горещо приветствам Парижката конвенция на министрите на образованието, която си поставя за цел възпитаването на общоевропейски ценности, като свобода, толерантност и борба срещу дискриминацията, сред подрастващите чрез образование още от най-ранна възраст. Европа преминава през трудни времена и е време да си дадем сметка, че трябва да инвестираме в приобщаващо образование, което да създава отговорни, толерантни и отворени към света граждани, които са способни да разграничават фактите от мненията.

Отстоявам позицията, че образователните институции трябва да култивират критично мислене сред младите, което да им помага да разбират и преценяват правилно информацията в контекста на Интернет и социалните мрежи и по този начин да бъдат по-малко уязвими към манипулацията и пропагандата.

Andrejs Mamikins (S&D). – Šeit ir ļoti vienkāršs jautājums – kāpēc Eiropas Savienības dalībvalstīs un pēdējās dienās konkrēti Beļģijas Karalistes galvaspilsēta kļuva par tādu teroristu perēkli Eiropā? Atbilde ir vienkārša. Eiropas Savienība kļuva par sava veiksmes stāsta upuri. Protams, tai pašai vārda brīvībai, citām pamatvērtībām jāpaliek mūsu pamatvērtību skaitā.

Nedrīkst pieļaut, ka radikālie sabiedriskie elementi izmanto tās mūsu vērtības, lai nesodīti propogandētu savus uzskatus mūsu iedzīvotāju starpā. Tas pats attiecas arī uz atvērtu robežu politiku, finansiālo resursu pārvedumu brīvību kopienas iekšienē un arī ārienē, jo teroristi, citi radikāļi var brīvi izmantot šo iespēju savu organizāciju atbalstam un teroristisko aktu sponsorēšanai.

Daudz aktīvāka pret darbība teroristisko grupējumu pārstāvjiem ir arī speciālo dienestu laba sadarbība starp dalībvalstīm un starp Eiropas Parlamenta ārējiem partneriem.

Daniel Hannan (ECR). – Mr President, if we want settlers and their children to integrate, we have to offer something into which to integrate. We have to project a sense of shared purpose, of common patriotism that can embrace all our citizens.

What do people see when growing up in Europe? They see the idea of the nation state derided and traduced; they are told that the whole concept of national identity is both passé and dangerous.

Consider the experience of a boy of, say, Moroccan origin, growing up in Molenbeek. What are his life experiences? His every interaction with the state will have taught him to despise it. If he was taught any history at all in school, it will have been presented to him as a hateful chronicle of racism and exploitation. He sees the two linguistic communities in Belgium identifying within themselves, rather than at federal level. But where does that leave him? What is there for him to be part of? Is it any wonder that a minority of people in those communities begin to cast around for a stronger, bolder, more self-assertive identity?

The way to defeat a bad idea is with a better idea. There is no worse idea than Islamic State and no better...

(The President cut the speaker off)

David Coburn (EFDD). – Mr President, I would just like to say that it is not you I am getting at particularly, it is the whole system – the EU has been far too fast. What is terrifying – and I am speaking about this issue here – is that laws, or rather freedoms, in Europe are being lifted faster than you can sell a prize bull at a cattle auction. I think that is terrifying to most British people watching today's performance. I know we have a lot of stuff to get through. Perhaps we should get through less stuff and we would get it through better.

I am concerned also that the Left and the Liberals are covering their mistakes with open door immigration by trying to have a radical, rapid, authoritarian legislation brought in, which I do not think is in the interests of either catching these criminals or indeed of liberty in Europe. So there are two things that are a threat. Firstly, there is the speed of passing laws, which no one has properly considered. Secondly, there is the fact that the Left is trying to cover their tracks and their mistakes by bringing in authoritarian laws.

Jonathan Arnott (EFDD). – Mr President, the 1996 Education Act in the United Kingdom requires that schools teach from a politically-neutral perspective. I have a concern specifically on this report where an amendment was passed after paragraph 25, I believe, which states that it is Member States' duty to guarantee that their education systems respect and promote EU values and principles.

I do not see it as being the responsibility of the British Government to politicise our education system in this way. I believe that fundamentally, what education should be about is teaching children and giving them the skills to think for themselves, not telling them what to think. For that reason, as well as various others which will, I am sure, be articulated by my colleagues, I felt it necessary to vote against this report.

Bill Etheridge (EFDD). – Mr President, I have just voted against a report on the prevention of radicalisation and terrorism in Europe, a report that has actually been symptomatic of why the EU is not capable of stopping this kind of thing.

We have had a debate on it where all sorts of things were thrown out: 'oh, the terrorists, it's because they're poor'; 'oh, it's because they don't have a chance'; or 'it's because we're harsh towards them and people speak out against immigration – oh, that's why'.

Trying to understand reasons and always missing the point – always, because people are not actually on the ground floor seeing this – and then deliberately shying away from the fact that obviously, mass immigration has something to do with it, because you are bringing in large numbers of people and you do not know who they are. It is obviously there. Let us not be politically correct.

And then at the end of this farcical debate we have the most ludicrous voting session where, frankly, most of the people in the Chamber do not even know what they are voting for. Their hands are up, down, and no one knows what is happening. It has got passed through. I voted against it. It is an utter nonsense.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report as it calls for yet more EU interference, legislation and agencies. The report included paragraphs such as the principle that 'foreign fighters' should be allowed to return to Europe; that national education systems and religious leaders should promote EU values; that the Commission should create EU guidelines for prisons, and also called for an EU definition of 'hate speech', which would no doubt mean anyone who criticise the EU or the free movement of people. One of the biggest issues is that the EU's free movement of people is allowing terrorists and weapons to move freely across Europe unchecked. UKIP is not against individual countries working together and sharing intelligence to catch terrorists, but in order to protect our country we must leave the EU and reinstate sensible border controls with European countries to stop this open door immigration.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Il recente attacco terroristico di Parigi ha messo in luce il problema della radicalizzazione religiosa dei cittadini europei e dei cosiddetti *foreign fighter*, cittadini europei che sono partiti alla volta della Siria per arruolarsi tra le fila di organizzazioni terroristiche.

La situazione va affrontata su più fronti; da un lato bisogna prevenire fenomeni del genere attuando misure di inclusione sociale attraverso anche la promozione di azioni di prevenzione, dall'altro rafforzare lo scambio di informazioni e le misure di deterrenza, volte anche a prevenire la partenza e/o anticipare il ritorno dei cittadini arruolati nelle organizzazioni terroristiche.

Nonostante quanto dichiarato dalla relatrice, il testo si incentra sulla repressione, anche su Internet; misura sicuramente necessaria ma che senza le dovute azioni di prevenzione suddette può essere inefficace se non deleteria per l'obiettivo che ci si è prefissati.

Inoltre misure eccessive rischiano di violare i diritti di tutti i cittadini europei;

«chi è pronto a rinunciare alle proprie libertà fondamentali per il conseguimento di una piccola sicurezza temporanea, non merita né la libertà né la sicurezza».

Per queste motivazioni ho deciso di astenermi.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque supone un ejercicio oportuno sobre lo que puede hacer Europa para prevenir que ciudadanos europeos sean radicalizados, especialmente en la red, y reclutados por organizaciones terroristas.

Tenemos que aprender a intervenir los contenidos en la red que instigan al extremismo violento; a intervenir también la socialización del terror en las cárceles; a prevenir no solamente el tráfico de armas, a través de esos medios sofisticados, sino la financiación de ese adoctrinamiento; y a congelar sus activos, todo ello a escala europea.

Debemos aprender a cooperar policialmente para compartir información sobre esos 5 000 europeos que han entrado y salido después de haber sido entrenados para el terrorismo en algún lugar extranjero. Pero también debemos denunciar que la austeridad y el derrumbamiento de las políticas de educación, inclusión e integración en barrios marginados y colectivos especialmente vulnerables han hecho que muchos jóvenes europeos se muestren dispuestos a embarcarse en esa enloquecida espiral de violencia destructiva y autodestructiva, y se declaren dispuestos no solamente a matar, sino a morir matando.

Este es el desafío que debemos resolver. Espero que este informe otorgue valor añadido europeo al terrible reto que el terrorismo supone para Europa.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del informe sobre la prevención de la radicalización y el reclutamiento de ciudadanos europeos por organizaciones terroristas puesto que está hecho desde el principio sin la voluntad de acudir a la raíz de la desigualdad, la ausencia de perspectivas y alternativas, y la xenofobia, que empuja a la juventud hacia este tipo de posiciones, sino que simplemente pretende estigmatizar a colectivos enteros. Contra el terrorismo no valen atajos, y eso es justo lo que pretende este informe a través de la recomendación de medidas de carácter populista. Además, se potencia la labor de agencias europeas como Europol, totalmente opaca al escrutinio de la ciudadanía y las instituciones, y se refuerzan sus lazos con países con escasas garantías de respetar los derechos humanos como las monarquías teocráticas del golfo Pérsico. También se pretenden recortar derechos y libertades en la red, pues recomienda la posibilidad de eliminar contenidos de internet sin orden judicial previa. Otra de mis preocupaciones está en lo relativo a lo penal, pues apuesta por permitir la segregación de presos sobre la base de su origen cultural. Estos, entre otros, son los principales motivos por los que he votado en contra.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against this report for a variety of reasons. Whilst the report included some positive aspects in relation to addressing issues of intolerance, marginalisation and discrimination, on the whole the report contained too many negative aspects and I had to vote against.

These negative aspects included; the extension and enhancing of the remit of EU agencies such as Europol, the request of enhanced control of the EU's borders, the calls for the isolation and segregation of prisoners, the report's commitment to the introduction of European PNR and the call for enhanced cooperation with third countries including Israel, Turkey, Saudi Arabia, Egypt and LAS states.

These aspects of the report meant I had no option but to vote against it.

Gerolf Annemans (ENF), *schriftelijk*. – In schril contrast met haar eigen televisie-optredens, waarin ze kerststaltes en de christelijke geschiedenis van Europa verdedigt en kritiek levert op de dubieuze rol van de oliestaten, deed collega Rachida Dati dit verslag verzanden in een politiek correcte smurrie. Zeker, er staan enkele concrete en goede maatregelen in ter voorkoming van radicalisering, zoals de scheiding van gedetineerden en de gespecialiseerde opleiding van gevangenispersoneel. Maar wie gelooft dat islamitisch jihadisme kan worden tegengegaan door de manipulatie van internetzoekmachines en via het vertellen van *attractive narratives* en preventieve boodschappen op het net, is naïef.

Als er wordt gepleit voor een allesomvattende strategie, dan betekent dit voor mij ook en misschien vooral dat er, meer dan het rozewolkjes-verhaal, conclusies moeten getrokken worden uit het falende EU-grenzenbeleid. De bevoegdheden en de middelen die ter zake werden overgedragen aan de EU, moeten opnieuw overgedragen worden aan de lidstaten, zodat zij opnieuw hun grenzen effectief kunnen controleren en een terugkeerbeleid (zoals de uitwijzing van criminele vreemdelingen, teruggekeerde Syrië-strijders, haat-imams,...) kunnen voeren. Dat is de beste vorm van preventie. Ik kon dit verslag dan ook niet goedkeuren.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Als Antwort auf das Problem der sogenannten „ausländischen Kämpfer“ schlägt dieser Initiativbericht sämtliche Maßnahmen vor, wie Radikalisierung und die Anwerbung von EU-Bürgern durch terroristische Organisationen vermieden werden kann. Der Fokus des Berichts liegt auf der Prävention, insbesondere online, in Gefängnissen und durch Bildung. Begrüßenswert finde ich die Tatsache, dass sich die vorliegende Entschließung sowohl für die rasche Fertigstellung einer EU-Richtlinie über Fluggastdatensätze (PNR) ausspricht als auch für die Erstellung einer schwarzen Liste europäischer Dschihadisten und dschihadistischer Terrorverdächtiger.

Die schrecklichen Anschläge in Paris haben wieder einmal mehr als deutlich gezeigt, dass Terror keine Grenzen kennt. Aus diesem Grunde sind koordinierte Maßnahmen und verstärkte Kooperationen zwischen den Mitgliedstaaten unabdingbar. Ich befürworte deshalb die vorliegende Entschließung und spreche mich ausdrücklich für eine vollwertige europäische Geheimdienstkooperation aus.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Quelques passages de ce rapport suffiront pour expliquer notre opposition à ce rapport. Petit florilège: «le terrorisme et la radicalisation mènent à de nombreux amalgames envers les religions, qui entraînent par là-même une recrudescence des crimes et des discours de haine motivés par le racisme, la xénophobie ou l'intolérance (...)» ;

«le terrorisme ne peut et ne doit être associé à aucune religion, nationalité ou civilisation» ; il propose «de faire appel à des tuteurs ou à des assistants conseillers dans le processus de déradicalisation des citoyens de l'Union revenus de zones de combats déçus de l'expérience qu'ils ont vécue, de manière à les soutenir dans leur réintégration dans la société par l'intermédiaire de programmes appropriés» ; «la diversité de l'Europe et ses communautés multiculturelles font partie intégrante de son tissu social, et qu'elles constituent un atout essentiel.»

Avec ce genre de propositions, les citoyens des États membres de l'Union européenne peuvent se rassurer et conclure qu'à Bruxelles la lutte contre le terrorisme n'est pas prise à la légère ! Notons aussi que ce rapport est favorable à la mise en place du PNR, procédé liberticide et inefficace auquel nous sommes opposés.

J'ai donc voté contre ce texte

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport, car les attentats à Paris ont souligné une fois de plus l'urgente nécessité d'actions coordonnées par les États membres et l'Union européenne afin d'empêcher la radicalisation et de lutter contre le terrorisme.

Francisco Assis (S&D), *por escrito*. – É, hoje, claro que o combate ao terrorismo não pode assentar apenas em medidas de retaliação militar e policial e no incremento de medidas securitárias. É imperioso combater também as causas profundas e complexas que levam à radicalização de cidadãos europeus, a esmagadora maioria dos quais são jovens.

A União Europeia deve, por isso, prestar particular atenção à marginalização e ao desenraizamento destes jovens, no sentido de lhes devolver o horizonte de expectativas de que se sentem hoje destituídos. Para tal, será necessário convocar toda a sociedade e diversos domínios de conhecimento e atuação. Trata-se também de uma batalha ideológica contra o medo e pelos valores que nos são mais caros.

Em paralelo, a UE deve dotar-se de legislação mais eficaz de combate à radicalização *online* e que permita uma melhor articulação e troca de informações entre as nossas polícias e os serviços secretos.

Petras Auštrevičius (ALDE), *in writing*. – As many members of the European Parliament did I also voted in favour of this report. The current situation in Europe is more than worrying. Our core democratic values of respect, liberty and tolerance are under attack. We have reached the state when a delay of finding possible solutions to radicalisation and recruitment of European citizens by terrorist organizations can't be ignored. The fact that all terrorists were European citizens is shocking. Thus it is of utmost importance to tackle the root causes of the problem. Actions, collective efforts and decisions are needed here and now. We must improve the cooperation and exchange of information among law enforcement authorities of the EU Member States, strengthen our measures against terrorist financing and the use of the intelligence information could be much better. Moreover, we can't forget that countering radicalisation in our real world is as important, as in the virtual world. We need to ensure that grievances among marginalised members of society are address effectively.

Inés Ayala Sender (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque supone un ejercicio oportuno sobre lo que puede hacer Europa para prevenir que ciudadanos europeos sean radicalizados, especialmente en la red, y recludos por organizaciones terroristas.

Tenemos que aprender a intervenir los contenidos en la red que instigan al extremismo violento; a intervenir también la socialización del terror en las cárceles; a prevenir no solamente el tráfico de armas, a través de esos medios sofisticados, sino la financiación de ese adoctrinamiento; y a congelar sus activos, todo ello a escala europea.

Debemos aprender a cooperar policialmente para compartir información sobre esos 5 000 europeos que han entrado y salido después de haber sido entrenados para el terrorismo en algún lugar extranjero. Pero también debemos denunciar que la austeridad y el derrumbamiento de las políticas de educación, inclusión e integración en barrios marginados y colectivos especialmente vulnerables han hecho que muchos jóvenes europeos se muestren dispuestos a embarcarse en esa enloquecida espiral de violencia destructiva y autodestructiva, y se declaren dispuestos no solamente a matar, sino a morir matando.

Este es el desafío que debemos resolver. Espero que este informe otorgue valor añadido europeo al terrible reto que el terrorismo supone para Europa.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama užkirsti kelią europiečių radikalėjimui. ES piliečių, išvykusių kovoti teroristinių organizacijų gretose Irake ir Sirijoje, yra daugiau kaip 5000. Kadangi šiandien represinių priemonių nebeužtenka, šiame pranešime pabrėžiami veiksmai, susiję su ES piliečių radikalėjimo ir verbavimo, kurį vykdo teroristinės organizacijos, prevencija. Pritariu siūlomoms priemonėms: teroristinio radikalėjimo prevencijos kalėjimuose stiprinimas, operatyvus neteisėto turinio internete, kuris kursto smurtinį ekstremizmą, pašalinimas, bendruomenės narių perspėjimo apie asmens radikalėjimą sistemos kūrimas, „užsienio kovotojų“ Europoje stebėseną ir geresnis ES valstybių bendradarbiavimas šiuo klausimu, informacijos tarp ES valstybių ir Europolo apsikaitimo intensyvini- mas, galimų teroristų pasų bei jų finansinio turto konfiskavimas, sustiprinta jų grįžimo į ES patikra ir Europos džihadistų ir įtariamų teroristų juodojo sąrašo parengimas, kova su „Islamo valstybe“ Sirijoje ir kitose šalyse, ES išorinių sienų apsaugos stiprinimas, kova su terorizmo finansavimu ir nelegalia prekyba ginklais.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report as it calls for yet more EU interference, legislation and agencies. The report included paragraphs such as the principle that ‘foreign fighters’ should be allowed to return to Europe; that national education systems and religious leaders should promote EU values; that the Commission should create EU guidelines for prisons, and also called for an EU definition of ‘hate speech’, which would no doubt mean anyone who criticise the EU or the free movement of people. One of the biggest issues is that the EU’s free movement of people is allowing terrorists and weapons to move freely across Europe unchecked. UKIP is not against individual countries working together and sharing intelligence to catch terrorists, but in order to protect our country we must leave the EU and reinstate sensible border controls with European countries to stop this open door immigration.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Les tragiques événements de Paris nécessitent une réponse plurielle tant sécuritaire que préventive.

Ce rapport aborde plusieurs aspects importants à cet égard. En matière de prévention, il insiste sur la nécessaire collaboration des fournisseurs de services d’Internet avec les autorités, mais aussi sur le rôle de l’enseignement, des politiques sociales ou encore des actions dans les quartiers.

De même, il souligne, tant en matière préventive que répressive, la nécessité absolue d’accroître la collaboration des États Membres en matière de collecte et d’échanges de renseignement notamment au travers d’outils comme le SIS II, VIS ou ECRIS. Les États doivent obligatoirement alimenter ces banques de données afin de maximiser l’efficacité de la lutte contre ces actes barbares.

J’ai par ailleurs aussi soutenu l’amendement demandant, vu la situation actuelle, le renforcement urgent des contrôles aux frontières extérieures de l’espace Schengen. Ce renforcement ainsi que l’échange de renseignements sont essentiels si l’on veut maintenir l’Espace Schengen et assurer la sécurité de nos citoyens.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – J’ai approuvé le rapport de M^{me} Rachida Dati sur la prévention de la radicalisation et du recrutement de citoyens de l’Union par des organisations terroristes, parce que, même insuffisant, ce rapport de l’ancienne ministre de la justice de mon pays va dans le bon sens et peut être un outil dans la lutte contre la menace terroriste qui pèse sur les États Membres de l’Union Européenne. Il n’y a donc pas lieu d’ergoter sur certains détails et paragraphes de ce texte qui font preuve de trop de mansuétude face à la menace islamiste voire d’aveuglement sur la vraie nature de cette menace. Je regrette, entre autres, que ce rapport n’ose pas pointer du doigt le risque que fait peser sur notre société l’arrivée de trop nombreux migrants; au risque potentiel de voir s’infiltrer parmi eux des terroristes, il ne faut ajouter le rejet épidémique que cela peut susciter dans la population et les troubles sociaux graves qui peuvent en résulter. Il reste que ce rapport met en lumière beaucoup de points faibles de la politique qui est actuellement menée en la matière et je m’en félicite.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe y comparto la intervención realizada hoy por el Presidente de mi grupo, Guy Verhofstad. Los terroristas no respetan las fronteras nacionales, por lo que debemos tener una seguridad e inteligencia por encima de las fronteras. Si hay que elegir entre la soberanía y la seguridad, la seguridad de nuestros ciudadanos debe prevalecer. Esto me lleva a pedir una vez más la coordinación de todas las policías y, en nuestro caso, la coordinación con la Ertzaintza de los cuerpos de seguridad del Estado español para que, en igualdad de condiciones, pueda acceder a los datos necesarios para la lucha contra el yihadismo.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce rapport sur la prévention de la radicalisation et du recrutement de citoyens de l’Union par des organisations terroristes est un rapport politiquement correct, communautariste et européiste. C’est un catalogue de bons sentiments, mais il est enfin temps de se rendre compte que l’Union européenne ne peut rien changer en la matière tant que nous ne remettons pas en cause Schengen, la libre circulation et que nous continuerons à ouvrir grand nos frontières.

Ce rapport refuse d’associer le terrorisme à «aucune religion, nationalité ou civilisation» niant ainsi le problème d’une immigration de masse en Europe qui n’arrive désormais plus à s’intégrer et s’assimiler et dont certains terroristes profitent pour passer comme «réfugiés». Au nom d’un humanisme européen, nous devrions accueillir toutes les communautés et «vivre ensemble» au quotidien.

Enfin, la solution trouvée serait dans l'achèvement d'une directive de l'Union sur les dossiers passagers (PNR) avant la fin de l'année 2015. Il est prouvé que cette mesure n'a aucune utilité puisque les terroristes disposent de nombreux autres moyens désormais pour circuler, facilités par cette Europe passoire. Ce PNR ne servira qu'à un énième fichier des citoyens sans effets pour la sécurité.

J'ai donc voté contre ce rapport.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non condivido le posizioni sostenute in questa relazione sulla prevenzione della radicalizzazione e del reclutamento di cittadini europei da parte di organizzazioni terroristiche dalla collega DATI. Le stragi di Parigi dimostrano inequivocabilmente che il terrorismo in Europa è una minaccia che va combattuta e condannata in ogni sede e con ogni mezzo.

Il testo in questione invece si limita a condannare in modo blando terroristi ed estremisti, rifiutando l'ipotesi di chiudere le frontiere e reintrodurre i controlli. Questo testo è lontano dalla realtà e dai bisogni dei nostri cittadini e per questi motivi non ho inteso sostenerlo col mio voto.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har avstått i det här betänkandet.

Radikalisering är en viktig fråga men det här betänkandet används till att genomföra mer övervakning av människor och att ge makt till internetleverantörer att dela med sig av information till Europol och medlemsstater. Dessutom låg alldeles för mycket fokus på ungdomar som radikaliseras in i islamistiska organisationer utan att erkänna de stora farorna med högerextremistisk radikalisering.

En del bra saker gick ändå igenom, som att erkänna att sociala och ekonomiska aspekter bidrar till att personer radikaliseras och att religionen i sig inte är problemet utan vantolkningar av den.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque supone un ejercicio oportuno sobre lo que puede hacer Europa para prevenir que ciudadanos europeos sean radicalizados, especialmente en la red, y reclutados por organizaciones terroristas.

Tenemos que aprender a intervenir los contenidos en la red que instigan al extremismo violento; a intervenir también la socialización del terror en las cárceles; a prevenir no solamente el tráfico de armas, a través de esos medios sofisticados, sino la financiación de ese adoctrinamiento; y a congelar sus activos, todo ello a escala europea.

Debemos aprender a cooperar policialmente para compartir información sobre esos 5 000 europeos que han entrado y salido después de haber sido entrenados para el terrorismo en algún lugar extranjero. Pero también debemos denunciar que la austeridad y el derrumbamiento de las políticas de educación, inclusión e integración en barrios marginados y colectivos especialmente vulnerables han hecho que muchos jóvenes europeos se muestren dispuestos a embarcarse en esa enloquecida espiral de violencia destructiva y autodestructiva, y se declaren dispuestos no solamente a matar, sino a morir matando.

Este es el desafío que debemos resolver. Espero que este informe otorgue valor añadido europeo al terrible reto que el terrorismo supone para Europa.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, kuriame aptariama ES piliečių radikalėjimo ir verbavimo, kurį vykdo teroristinės organizacijos, prevencija. 2015 m. pradžioje surengti teroristiniai išpuoliai parodė, kad Europos Sąjunga turi skubiai imtis veiksmų kovos su terorizmu ir ES piliečių radikalėjimo prevencijos srityje. Nors tragiški įvykiai 2015 m. pradžioje padėjo ES institucijoms ir valstybėms narėms apsispręsti aktyviau imtis radikalėjimo prevencijos, veikti šioje srityje buvo raginama jau seniai. Kova su ES piliečių radikalėjimu vis dar yra svarbi valstybių narių kompetencijos sritis. Tačiau būtina taikyti bendradarbiavimu pagrįstą Europos požiūrį, siekiant veiksmingai kovoti su grėsme, kurią kelia šie radikalūs ES piliečiai, galintys laisvai judėti ES teritorijoje.

Kadangi ES piliečių radikalėjimas greitai plinta, represinių priemonių nebeužtenka. Europos Sąjunga turi patvirtinti naują strategiją, labiau pagrįstą prevencija. Taigi šiame pranešime pabrėžiami aktyvūs veiksmai, susiję su ES piliečių radikalėjimo ir verbavimo, kurį vykdo teroristinės organizacijos, prevencija. Šio pranešimo tikslas – pateikti rekomendacijas dėl Europos ES piliečių radikalėjimo ir verbavimo prevencijos strategijos. Tam reikėtų išnagrinėti įvairius radikalėjimą skatinančius veiksnius. Atlikus tyrimą, kaip verbuojami nauji užsienio kovotojai, turi būti pateikti veiksmingi sprendimai, susiję su kiekvienu sektoriumi ir kiekviena platforma, dėl kurių skatinamas radikalėjimas.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – A párizsi terrortámadások nyilvánvalóvá tették, hogy az Európai Uniónak cselekednie kell a terrorizmus elleni küzdelem terén és az uniós polgárok radikalizálódásának megelőzése érdekében. Noha a radikalizálódás elleni küzdelem továbbra is elsődleges a tagállamok hatáskörébe tartozik, összehangolt európai megközelítésre van szükség. Becslések szerint több mint ötezer azon európai polgárok száma, akik Irakba és Szíriába utaztak azzal a céllal, hogy terrorista szervezetek általi kiképzésben vegyenek részt. Mindez tényleges biztonsági fenyegetést jelent egész Európa számára.

Önmagában büntető intézkedések már nem elegendőek. Az Uniónak a megelőzésen alapuló új stratégiára van szüksége. Mivel e jelentés a hangsúlyt az európai polgárok radikalizálódásával és terrorista szervezetek általi toborzásával kapcsolatban a proaktív szemléletre helyezi, a FIDESZ-néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogattam.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – Radikalizacija v Evropi, predvsem s strani islamskih fundamentalistov, je velik problem, ki se na žalost še poglablja. Nedavni teroristični napadi v Parizu kažejo, da mora EU odločneje ukrepati pri preprečevanju radikalizacije, do katere večinoma prihaja v etnično in socialno deprivilegiranih območjih večjih evropskih mest. Konkreten primer tega je bruseljska četrt Molenbeek Saint-Jean, ki je dobila neslavni sloves evropske prestolnice džihadizma.

Boj proti radikalizaciji državljánov EU je predvsem v pristojnosti držav članic, a je medsebojno sodelovanje držav, predvsem na področju izmenjave obveščevalnih podatkov o teh posameznikih, ključno za preprečevanje radikalizacije in terorizma. Potreben je torej skupen pristop, saj so to vprašanja, ki zadevajo celotno EU. Slednja je podhranjena pri zagotavljanju ustreznega nivoja varnosti in to je treba spremeniti.

Poročili sem podprl tudi zaradi tega, ker napotuje k pripravi celovite strategije za preprečevanje radikalizacije, ki mora zagotoviti dolgoročneje rešitve za varnost evropskih državljánov. Do teroristov moramo biti neusmiljeni.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. – La relazione votata oggi giunge in un momento in cui risulta indispensabile ripensare il ruolo che l'Unione europea può avere nel prevenire la radicalizzazione di alcune fasce della popolazione, soprattutto le più giovani, rivelatesi più vulnerabili rispetto al fenomeno.

I tragici eventi di Parigi dei giorni scorsi e il flusso di «combattenti stranieri» europei che da anni partono alla volta della Siria e dell'Iraq ci mostrano come sia fondamentale puntare sulla prevenzione e quanto sia importante farlo nell'ottica di un'azione il più possibile coordinata e condivisa a livello europeo, che miri a rimuovere le cause della radicalizzazione e non solo i suoi effetti.

La relazione ribadisce l'importanza di un lavoro quotidiano e capillare, che intervenga laddove il rischio di estremismo violento è più elevato, come ad esempio nei quartieri disagiati, attraverso un'azione volta a favorire l'inclusione sociale e la riduzione del senso di emarginazione, o nelle carceri, troppo spesso diventate centri di radicalizzazione. Inoltre, è necessario naturalmente favorire il controllo rispetto all'insorgere di fenomeni di radicalizzazione, agevolando lo scambio di informazioni fra le autorità e rafforzando la vigilanza su Internet, troppo spesso utilizzato dalle reti terroristiche come piattaforma di reclutamento e di diffusione di idee di stampo fondamentalista.

Mario Borghezio (ENF), per iscritto. – Sarebbe stato più saggio e utile, visti i recenti avvenimenti, posticipare il voto di questo testo, se non altro per aggiornarlo e, perché no, inasprirlo.

Questa relazione non condanna con la necessaria fermezza i terroristi e neppure coloro che sostengono moralmente e finanziariamente l'estremismo che ne è alla base. Critica la possibile chiusura delle frontiere interne (ma è vero o non è vero che il ricercato n. 1 in Europa sta scorrazzando libero fra gli Stati membri?); alquanto stravaganti alcune proposte emendative con cui si vorrebbero introdurre – a nostre spese! – programmi d'inclusione sociale per i cosiddetti «foreign fighter» di ritorno nel proprio paese dopo essersi addestrati in Siria o in Medio Oriente.

Oggi, la via di mezzo che piace a questa Unione e a questo Parlamento non è più né sostenibile né auspicabile: è il momento di prendere decisioni serie e concrete, per esempio abolendo completamente Schengen, causa non secondaria della «libera circolazione» dei terroristi. Cosa dobbiamo ancora aspettare?

David Borrelli (EFDD), *per iscritto*. – Presidente, mi sono astenuto sul voto riguardante la relazione di iniziativa dell'onorevole Rachida Dati perché, sebbene io ritenga necessario bloccare la radicalizzazione di chi va a combattere in Siria al fianco di organizzazioni terroristiche, non era possibile votare a favore del testo troppo vago proposto dalla relatrice.

Infatti, nonostante sia molto complicato impedire a un possessore di passaporto europeo di rientrare in Europa, allo stesso tempo è oggi più che mai doveroso trovare il modo di bloccare i *foreign fighter*. Sono convinto che, di pari passo con le importanti azioni previste nel testo, volte a rafforzare lo scambio di informazioni e le misure di deterrenza per prevenire la partenza di cittadini europei, sia oggi indispensabile mettere sotto sorveglianza i *foreign fighter* al rientro nel loro paese UE di provenienza.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam Izvješće o suzbijanju radikalizacije i novačenja europskih građana u terorističke organizacije. Države članice imaju osnovne kompetencije u borbi protiv radikalizacije građana EU-a. Međutim, potreban je zajednički pristup EU-a da bi mjere bile učinkovite. Cilj ovog izvješća je napraviti preporuke na strategiju EU-a za sprečavanje radikalizacije europskih građana. Pojačani koraci ovog fenomena znače da mjere za provedbu zakona više nisu dovoljne te se preporučuje usvajanje komplementarne strategije koja se više temelji na prevenciji.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), *par écrit*. – Le rapport sur la prévention de la radicalisation et du recrutement de citoyens de l'Union européenne par des organisations terroristes est un rapport politiquement correct, communautariste et européiste.

Il ne met en cause ni Schengen, ni l'absence de frontières. Ce rapport souligne que le terrorisme ne peut être associé à aucune religion, nationalité ou civilisation. Il souligne également que la diversité de l'Europe avec ses communautés multiculturelles sont partie intégrante de son tissu social.

Pour toutes ces raisons, j'ai voté contre ce rapport.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – L'attività terroristica è un fatto estremamente grave, il cui carattere globale e il cui livello crescente di minaccia pongono il fenomeno come prioritario nell'agenda politica dell'Unione e degli Stati membri. Questo fenomeno deve essere affrontato con durezza e celerità per essere sconfitto. Occorre andare a incidere là dove il terrorismo si alimenta, prevenendo il reclutamento e l'addestramento delle nuove reclute.

Il terrorismo è come un torrente: non basta arginarlo o contenerlo, bisogna bloccarlo alla sorgente. Occorre agevolare lo scambio delle buone pratiche sulla deradicalizzazione, smantellare le reti di reclutamento terroristico presenti sul territorio, prevenire la radicalizzazione grazie all'istruzione e all'inclusione sociale (con particolare attenzione alle attività via Internet e al ruolo del reclutamento carcerario), rafforzare i legami tra sicurezza interna ed esterna nell'UE, prevenire la partenza e anticipare il ritorno dei cittadini europei radicalizzati reclutati dalle organizzazioni terroristiche, rafforzare le misure di deterrenza contro la radicalizzazione del terrorismo e lo scambio di informazioni tra le varie forze di polizia e di intelligence.

Solo attivando questo approccio globale sconfiggeremo il terrorismo. La sola repressione senza educazione e inclusione sociale non è affatto sufficiente.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport avait vocation à prévenir de la radicalisation et du recrutement des citoyens de l'Union par des organisations terroristes. Force est de constater que ce texte politiquement correct, communautariste et européiste ne s'attaque pas aux racines du problème que sont la libre circulation des individus dans l'espace Schengen et le manque de moyens octroyés aux services de renseignement.

L'amalgame serait justement de ne pas désigner l'ennemi auquel nous sommes confrontés à savoir le fondamentalisme islamique, véritable fléau de ce XXI^e siècle. Or, ce n'est pas en votant la directive de l'Union sur les dossiers passagers (PNR) qui revient à contrôler l'ensemble des voyageurs aériens en Europe que l'on parviendra à éradiquer cette menace, notamment parce que ces terroristes n'utilisent pas toujours ce mode de transport.

Il est avant tout indispensable que les gouvernements nationaux se concentrent d'abord sur les individus à risques et qu'ils procèdent à des échanges de données sur ceux qui sont suspectés d'appartenir à la mouvance djihadiste. C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Atacurile teroriste recente ne confirmă încă o dată o mai mare nevoie de investiții în măsurile preventive decât în cele reactive. Cât privește implicarea cetățenilor europeni în organizații radicale și în atacuri teroriste, este nevoie de o acțiune urgentă pentru a putea ține sub control acest fenomen aflat în expansiune.

Având în vedere că până în prezent aproximativ 5 000 de cetățeni europeni s-au alăturat unor organizații teroriste și altor formațiuni militare, nu putem rămâne indiferenți la noile realități. Este nevoie să acționăm și să împiedicăm prin acțiuni concrete și democratice ascensiunea acestui număr de persoane și, în acest sens, cooperarea europeană este esențială pentru schimbul eficient și efectiv de informații între instituțiile competente.

De asemenea, este necesară o eficientizare a coordonării politicilor interne și externe pentru a asigura înlăturarea amenințării teroriste semnificative în UE.

Am votat în favoarea raportului cu privire la prevenirea radicalizării și recrutării de cetățeni europeni de către organizații teroriste pentru că avem nevoie acum, mai mult ca niciodată, de cât mai multe instrumente care să reprezinte o soluție în vederea atenuării unui fenomen ce se află într-o continuă accelerare și capătă o amploare considerabilă.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – La nostra delegazione non può sostenere questa relazione firmata dall'ex ministro della Giustizia del governo Sarkozy, del Gruppo PPE. Il testo non condanna con la necessaria fermezza i terroristi e neppure coloro che sostengono moralmente l'estremismo che ne è la base.

È una relazione che critica la possibile chiusura delle frontiere e che anche su molti altri aspetti non è condivisibile. Sono indubbiamente stravaganti alcune proposte emendative per cui si vorrebbero introdurre programmi d'inclusione sociale per i cosiddetti «foreign fighters» di ritorno.

Vista la gravità dei recenti eventi terroristici, il gruppo PPE ha cercato di correre ai ripari presentando alcuni emendamenti, non in grado, però, di far cambiare direzione a un testo di scarsa qualità come quello votato in commissione.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – Prezența terorismului și combaterea acestuia are o istorie lungă în Europa, care datează chiar de la apariția sa pe plan mondial.

Firește, islamul nu este singura religie utilizată în mod abuziv pentru legitimarea actelor teroriste, iar terorismul nu este motivat numai religios.

Ținând seama de frecvența atentatelor din ultimul an din Europa și de plecarea unor cetățeni europeni în Siria, fenomenul radicalizării tot mai prezent în UE trebuie combătut cu o serie de măsuri preventive. Măsurile reactive nu sunt necesare decât în situațiile de urgență, iar în ceea ce privește fenomenul radicalizării prezent în UE consider că metoda de acțiune cu eficiență ridicată este combaterea prin măsuri preventive.

Susțin acest raport deoarece este nevoie de o acțiune europeană concertată pentru combaterea extremismului, a radicalizării și a recrutării teroriste în închisori și pe internet, de consolidarea schimbului de informații privind radicalizarea cu tendințe teroriste în Europa, dar, mai ales, prevenirea radicalizării prin educație și incluziune socială.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque supone un ejercicio oportuno sobre lo que puede hacer Europa para prevenir que ciudadanos europeos sean radicalizados, especialmente en la red, y reclutados por organizaciones terroristas.

Tenemos que aprender a intervenir los contenidos en la red que instigan al extremismo violento; a intervenir también la socialización del terror en las cárceles; a prevenir no solamente el tráfico de armas, a través de esos medios sofisticados, sino la financiación de ese adoctrinamiento; y a congelar sus activos, todo ello a escala europea.

Debemos aprender a cooperar policialmente para compartir información sobre esos 5 000 europeos que han entrado y salido después de haber sido entrenados para el terrorismo en algún lugar extranjero. Pero también debemos denunciar que la austeridad y el derrumbamiento de las políticas de educación, inclusión e integración en barrios marginados y colectivos especialmente vulnerables han hecho que muchos jóvenes europeos se muestren dispuestos a embarcarse en esa enloquecida espiral de violencia destructiva y autodestructiva, y se declaren dispuestos no solamente a matar, sino a morir matando.

Este es el desafío que debemos resolver. Espero que este informe otorgue valor añadido europeo al terrible reto que el terrorismo supone para Europa.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport sur la prévention de la radicalisation et du recrutement de citoyens européens par des organisations terroristes.

Le rapport appelle à davantage de collaboration entre les États membres, particulièrement en ce qui concerne les échanges d'informations relatives aux personnes sous surveillance. Il précise que la radicalisation doit également être combattue là où elle est la plus présente, dans les prisons. Il faut mettre à l'écart les détenus radicalisés des autres détenus afin qu'ils ne puissent pas endoctriner d'autres prisonniers. L'éducation doit être à la base de la lutte contre la radicalisation. En cela, les opérateurs de recherche sur internet ont une responsabilité lorsqu'ils laissent des vidéos faisant l'apologie du terrorisme à la portée de tous. Nous devons pénaliser ces opérateurs.

Je souhaite que ces mesures portées par le Parlement fassent l'objet d'une stratégie européenne contre la radicalisation dans les plus brefs délais.

Enrique Calvet Chambon (ALDE), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación final del informe sobre la prevención de la radicalización y el reclutamiento de ciudadanos europeos por organizaciones terroristas porque mi conciencia me impedía apoyar un texto que renunciaba tan claramente a utilizar la política penitenciaria como instrumento de lucha contra el terrorismo. Los españoles sabemos de lo que hablamos y no podía ser cómplice de un error que ojalá no se traduzca en muertos.

Como otros aspectos del texto son muy positivos, decidí abstenerme para no ser ni cómplice ni obstruccionista.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla prevenzione della radicalizzazione e del reclutamento di cittadini europei da parte di organizzazioni terroristiche.

La relazione ha messo in evidenza che il fenomeno della radicalizzazione è molto diffuso in Europa, forse più di quanto ci aspettassimo. I tristi fatti di Parigi hanno dimostrato come una delle conseguenze della radicalizzazione è rappresentata dal reclutamento di cittadini europei da parte di organizzazioni terroristiche.

Per limitare entrambi i fenomeni sono necessarie efficaci politiche di prevenzione ed il rafforzamento del dialogo interculturale tra le diverse comunità religiose. In secondo luogo, va intensificato lo scambio di informazioni tra i servizi di intelligence degli Stati membri, al fine di smantellare le reti del terrorismo e colpire il riciclaggio di denaro che finanzia reti criminali e terroristiche.

In linea con quanto espresso dalla relazione, ritengo che una strategia per contrastare l'estremismo, la radicalizzazione e il reclutamento di terroristi all'interno dell'UE possa essere davvero efficace solo se sviluppata parallelamente ad una strategia di integrazione e di inclusione sociale.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This report included some positive aspects in relation to addressing issues of intolerance, marginalisation and discrimination. However, there were a number of negative provisions which included; the extension and enhancing of the remit of EU agencies such as Europol, the request of enhanced control of the EU's borders, the calls for the isolation and segregation of prisoners, the report's commitment to the introduction of European PNR and the call for enhanced cooperation with third countries including Israel, Turkey, Saudi Arabia, Egypt and LAS states.

These deeply concerning undemocratic aspects meant I had no option but to vote against it.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report as it calls for yet more EU interference, legislation and agencies. The report included paragraphs such as the principle that 'foreign fighters' should be allowed to return to Europe; that national education systems and religious leaders should promote EU values; that the Commission should create EU guidelines for prisons, and also called for an EU definition of 'hate speech', which would no doubt mean anyone who criticise the EU or the free movement of people. One of the biggest issues is that the EU's free movement of people is allowing terrorists and weapons to move freely across Europe unchecked. UKIP is not against individual countries working together and sharing intelligence to catch terrorists, but in order to protect our country we must leave the EU and reinstate sensible border controls with European countries to stop this open door immigration.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because I strongly believe that society has no place for discrimination based on races, religions and ideas. In addition, I am concerned that more than 5 000 European citizens have joined terrorist organisations, so we should cooperate to fight against the radicalism and recruitment by terrorist organizations.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il testo offre alcuni spunti interessanti e sicuramente è positivo l'atteggiamento proattivo che ne emerge, volto a prevenire l'insorgere ed il diffondersi del fenomeno dei *foreign fighter*.

Tuttavia, la relazione risulta sbilanciata in senso repressivo e, in particolare con il riferimento all'utilizzo dei mezzi informatici, vi è il rischio che ciò implichi una restrizione sproporzionata delle libertà personali. Ho quindi deciso di astenermi.

Dita Charanzová (ALDE), *písemně*. – Podpořila jsem předloženou zprávu, protože považuji za podstatné, abychom s prevencí proti radikálním jevům začali například už ve školních osnovách či na internetu, kde se šíří nenávistné projevy a radikální názory. Rovněž podporuji návrh na zavedení tzv. evropského seznamu džihádistů, abychom přesně věděli, na koho je potřeba se zaměřit. Je jasné, že všechny tyto kroky budou něco stát, a proto je současně s nimi potřeba diskutovat o navýšení prostředků na bezpečnost.

Ole Christensen (S&D), *skriftlig*. – Europa er alene i år gentagne gange blevet ramt af terrorhandlinger. Senest med det forfærdelige angreb i Paris er det blevet klart, at vi bliver nødt til at tage fat om problemets rod, radikalisering.

Ofte er terroristerne europæiske borgere, der er født og opvokset her, men er blevet radikaliseret og rekrutteret til at begå grusomheder. Den praksis skal stoppes. Derfor støtter vi betænkningens budskab om bekæmpelse af radikalisering og rekruttering.

Men vi er langt fra enige i alle de redskaber, betænkningen præsenterer. På trods af dette har vi valgt at støtte betænkningen. Vores holdning er, at EU skal bidrage, hvor det giver en europæisk merværdi, f.eks. ved deling af bedste praksis, politisamarbejde og ikke mindst PNR.

Vi er dog samtidig imod, at EU skal fremkomme med detailregulering, f.eks. om håndtering af radikalisering i fængslerne. Her mener vi, at landenes egne myndigheder bedst ved, hvordan man imødegår dette problem.

Men vi er enige i, at vi skal lære af hinanden i Europa, at vi skal stå sammen, og at vi skal samarbejde mod dette fælles onde. Derfor har vi stemt for betænkningen, og fordi signalet fra Europa-Parlamentet om, at vi skal samarbejde om anti-radikalisering, er vigtigt.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Οι τρομοκρατικές επιθέσεις στο Παρίσι επιτάσσουν την αναγκαιότητα να αναληφθούν συντονισμένες δράσεις από όλα τα κράτη μέλη της ΕΕ για την πρόληψη της ριζοσπαστικοποίησης και την καταπολέμηση της τρομοκρατίας.

Το ψήφισμα προβλέπει συγκεκριμένες προτάσεις για ολοκληρωμένη στρατηγική καταπολέμησης του εξτρεμισμού, η οποία θα πρέπει κυρίως να εφαρμοσθεί στο διαδίκτυο, στις φυλακές και μέσω της εκπαίδευσης και της κοινωνικής ένταξης.

Το ψήφισμα τονίζει την αναγκαιότητα για ενίσχυση του διαπολιτισμικού διαλόγου μέσα από τα εκπαιδευτικά συστήματα στις μειονεκτούσες περιοχές, προκειμένου να αποτραπεί η περιθωριοποίηση και να προωθηθεί η κοινωνική ένταξη.

Το ψήφισμα είναι σημαντικό και το στηρίζουμε ανεπιφύλακτα.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Ho scelto di appoggiare il provvedimento. La relazione intende formulare raccomandazioni in vista di una strategia europea di prevenzione della radicalizzazione e del reclutamento di cittadini europei da parte di organizzazioni terroristiche.

Al di là delle difficoltà che questo tipo di calcolo comporta, è attualmente stimato a 5 000 il numero dei cittadini europei che sono partiti per l'Iraq e la Siria con il proposito di combattere al fianco di organizzazioni terroristiche. Questo fenomeno assume proporzioni considerevoli in alcuni Stati membri, ma in realtà tutta l'Unione europea è interessata dalle sfide e dai problemi che questi «combattenti stranieri» rappresentano.

La lotta contro la radicalizzazione dei cittadini europei rimane di competenza primaria degli Stati membri. Tuttavia, un approccio europeo concertato è indispensabile per sventare efficacemente la minaccia incarnata dai cittadini europei radicalizzati che possono circolare liberamente nel territorio europeo. Il Parlamento europeo desidera nondimeno sottolineare il proprio attaccamento alla protezione delle libertà fondamentali, la cui compressione non potrà mai essere accettata.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore della relazione poiché gli attacchi terroristici perpetrati fin dall'inizio del 2015 hanno mostrato la necessità, per l'Unione europea, di agire con urgenza sul fronte della lotta contro il terrorismo e della prevenzione della radicalizzazione dei cittadini europei.

Inoltre dinanzi all'accelerazione di questo fenomeno, le misure di repressione non bastano più e l'Unione europea ha l'obbligo di adottare una nuova strategia, maggiormente incentrata sulla prevenzione. La lotta contro la radicalizzazione dei cittadini europei rimane di competenza primaria degli Stati membri. Tuttavia, un approccio europeo concertato è indispensabile per sventare efficacemente la minaccia incarnata dai cittadini europei radicalizzati che possono circolare liberamente nel territorio europeo.

Infine sono convinto che il relatore desideri tuttavia porre l'accento sull'attaccamento alla protezione delle libertà fondamentali: in nessun caso il Parlamento europeo rimetterà in discussione, nelle sue proposte, il rispetto dei diritti e delle libertà fondamentali e di espressione dei cittadini europei.

Deirdre Clune (PPE), in writing. – Today's vote is above all a strong signal for the European Commission and the Council who must implement this reports proposals. The European Institutions must take responsibility, as we did today in the European Parliament. European citizens are watching us, their expectations are immense. If we do not respond to these expectations, we would be exposing European citizens to barbarians.

David Coburn (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report as it calls for yet more EU interference, legislation and agencies. The report included paragraphs such as the principle that 'foreign fighters' should be allowed to return to Europe; that national education systems and religious leaders should promote EU values; that the Commission should create EU guidelines for prisons, and also called for an EU definition of 'hate speech', which would no doubt mean anyone who criticise the EU or the free movement of people. One of the biggest issues is that the EU's free movement of people is allowing terrorists and weapons to move freely across Europe unchecked. UKIP is not against individual countries working together and sharing intelligence to catch terrorists, but in order to protect our country we must leave the EU and reinstate sensible border controls with European countries to stop this open door immigration.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Este relatório, resultado ainda dos ataques do início deste ano em Paris, ganhou uma maior acuidade com os recentes atos criminosos em Paris. Debruça-se sobre uma das questões mais importantes no combate ao terrorismo, que exige um conjunto abrangente de medidas, tanto ao nível repressivo, como preventivo.

A prudência pede que não legislemos em reação aos acontecimentos e, muito menos, que cedamos a derivas securitárias. Ceder nos nossos valores fundamentais seria conceder uma vitória aos terroristas.

No que respeita à radicalização, este relatório apresenta um bom diagnóstico e um conjunto de soluções válidas que deverão ser prosseguidas, incluindo, entre outras, medidas preventivas nas prisões e nas escolas ou uma harmonização do quadro penal. Reveste-se de particular importância a tónica colocada na ação ao nível local, de proximidade, e não apenas no nível europeu e de ação coordenada entre os Estados.

Votei a favor deste relatório a despeito de discordar de alguns pontos que me parecem excessivos.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report as it calls for yet more EU interference, legislation and agencies. The report included paragraphs such as the principle that 'foreign fighters' should be allowed to return to Europe; that national education systems and religious leaders should promote EU values; that the Commission should create EU guidelines for prisons, and also called for an EU definition of 'hate speech', which would no doubt mean anyone who criticise the EU or the free movement of people. One of the biggest issues is that the EU's free movement of people is allowing terrorists and weapons to move freely across Europe unchecked. UKIP is not against individual countries working together and sharing intelligence to catch terrorists, but in order to protect our country we must leave the EU and reinstate sensible border controls with European countries to stop this open door immigration.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – La radicalizzazione e il reclutamento di cittadini europei sono due pericoli molto gravi ai quali la nostra società europea è attualmente sottoposta.

I numeri sono a dir poco allarmanti: il numero dei *foreign fighter* è stimato in 5 000 cittadini europei che si sono recati in Iraq e Siria per arruolarsi con gruppi terroristici. La gravità e la serietà degli ultimi attacchi a Parigi, come pure la pesante situazione di allarme a Bruxelles, ci impongono un approccio più duro e non soltanto finalizzato alla repressione, ma soprattutto alla prevenzione. L'obiettivo è quello di impedire a ogni costo che fatti del genere possano ripetersi e soprattutto che si debba cedere alla tentazione di vivere in un clima di continuo terrore, rinunciando ai propri valori o modificando le proprie abitudini per una minaccia che viene percepita dai cittadini europei come continua e inabilitante.

I danni generati da questa situazione non riguardano solamente il benessere delle persone, che è senz'altro di primaria importanza, ma anche quello di imprese e attività commerciali. Non possiamo più permetterlo, pertanto ho votato a favore di questa relazione, condividendone lo spirito e le proposte ivi contenute.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Member States retain the core competence in combating the radicalisation of EU citizens, but a concerted EU approach is needed to be effective in combating the threat posed by radicalised EU residents and citizens. It is now estimated that over 5 000 EU citizens have left to fight for terrorist organisations in Iraq and Syria, so we urgently need an EU strategy to prevent the radicalisation and recruitment of EU citizens and present a thorough analysis and a wide range of proposals that covers: recruitment on internet, the radicalisation in prisons. We need to establish a mechanism of alert and support to the families. Member States should exchange information on the internal and external dimension of the threat, de-radicalisation process, how to prevent departures and anticipate the returns.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del informe sobre la prevención de la radicalización y el reclutamiento de ciudadanos europeos por organizaciones terroristas puesto que está hecho desde el principio sin la voluntad de acudir a la raíz de la desigualdad, la ausencia de perspectivas y alternativas, y la xenofobia, que empuja a la juventud hacia este tipo de posiciones, sino que simplemente pretende estigmatizar a colectivos enteros. Contra el terrorismo no valen atajos, y eso es justo lo que pretende este informe a través de la recomendación de medidas de carácter populista. Además, se potencia la labor de agencias europeas como Europol, totalmente opaca al escrutinio de la ciudadanía y las instituciones, y se refuerzan sus lazos con países con escasas garantías de respetar los derechos humanos como las monarquías teocráticas del golfo Pérsico. También se pretenden recortar derechos y libertades en la red, pues recomienda la posibilidad de eliminar contenidos de internet sin orden judicial previa. Otra de mis preocupaciones está en lo relativo a lo penal, pues apuesta por permitir la segregación de presos sobre la base de su origen cultural. Estos, entre otros, son los principales motivos por los que he votado en contra.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – I molteplici attacchi terroristici, in ultimo quello di Parigi, hanno evidenziato la mancanza di strategie efficaci in materia di sicurezza a livello europeo.

Il Parlamento europeo nella sua risoluzione ritiene che la prevenzione della radicalizzazione e del reclutamento di cittadini europei da parte di organizzazioni terroristiche sia di primaria importanza. Pertanto, nella risoluzione per cui ho votato a favore, si invita sia la Commissione che gli Stati membri ad adottare una serie di misure: è necessario prevenire l'estremismo violento e la radicalizzazione terroristica nelle carceri o su Internet, si deve rafforzare lo scambio di informazioni sulla radicalizzazione del terrorismo in Europa e occorre rafforzare gli strumenti di giustizia penale efficaci e dissuasivi.

Ritengo che sia altresì importante rafforzare i legami di sicurezza interna ed esterna nell'UE ed incrementare i controlli alle frontiere esterne per individuare i flussi in entrata e in uscita. Infine, penso che gli Stati membri e la Commissione debbano promuovere lo scambio di buone prassi sulla deradicalizzazione e favorire l'istruzione e l'inclusione sociale.

Edward Czesak (ECR), *na piśmie*. – Niedawna tragedia w Paryżu, jak i inne ataki terrorystyczne, które miały miejsce w Europie w tym roku pokazały, że sprawcami zamachów są niejednokrotnie obywatele europejscy. Szacuje się, że ponad 5 tys. z nich przyłączyło się do organizacji terrorystycznych takich jak ISIS czy Dżabhat an-Nusra. Mając na uwadze jak niebezpieczne mogą być jednostki ze środowisk ekstremistów, Unia Europejska powinna podjąć w trybie pilnym zdecydowane działania, aby zapobiec dalszej radykalizacji jej obywateli i osób tymczasowo przebywających w jej granicach. Jak widać, obecnie stosowane środki represji okazują się niewystarczające. Rezolucja Parlamentu ws. zapobiegania radykalizacji oraz rekrutacji obywateli europejskich przez organizacje terrorystyczne proponuje, aby na szerszą skalę stosować środki prewencyjne. Zwrócono uwagę na konieczność polepszenia systemu monitorowania i wymiany informacji nt. osób przyjeżdżających spoza granic zewnętrznych UE i przemieszczających się między państwami członkowskimi oraz analizowania stron internetowych pod kątem szerzenia treści pochwalających terroryzm. Istotnym punktem jest też postulat szerszej edukacji osób narażonych na radykalizację oraz dialogu między liderami różnych społeczności. Dostrzegając złożoność problemu, położono również nacisk na potrzebę koordynacji działań na wszystkich szczeblach, zaczynając od lokalnego aż po międzynarodowy. Wierzę, że przyjęcie rezolucji wpłynie na poprawę bezpieczeństwa w Unii Europejskiej oraz zapobiegnie tendencji do wzrostu popularności postaw ekstremistycznych.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Member States have core competence in combatting the radicalisation of EU citizens. However, a concerted EU approach is needed to be effective. The aim of this report is to make recommendations on an EU strategy to prevent the radicalisation of European citizens. The quickening pace of this phenomenon means that law enforcement measures are no longer sufficient; the report recommends to adopt a complementary strategy based more on prevention. We need to have an effective EU-wide effort that tackles radicalisation, and for this reason I gave it my support.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I very much welcome this timely report. The prevention of radicalisation must be at the heart of our counter-terrorism strategy in Europe. Enhanced cooperation between EU Member States is vital in tracking the sources and extent of radicalisation and recruitment of European citizens by terrorist organisations. This report makes a number of excellent recommendations on prevention strategies, from greater use of the European Cybercrime Centre, enhanced information sharing strategies, sharing of best practices globally, and direct prevention work within prisons. I also wholeheartedly endorse the report's call for the EU PNR Directive to be adopted by the end of the year – PNR is a vital tool in the fight against globalised terrorism and crime in the 21st century. For all of these reasons I voted in favour of the report.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Ce rapport d'initiative propose de définir une stratégie européenne conjointe de lutte contre l'extrémisme et le recrutement de citoyens de l'Union européenne par des organisations terroristes, en mettant l'accent sur l'éducation et l'inclusion sociale.

Le rapport se concentre sur le recrutement en ligne et dans les prisons. Les mesures proposées incluent notamment la confiscation des passeports, le contrôle des retours dans l'Union européenne de citoyens qui auraient pu être radicalisés, et la mise en place d'une liste noire de djihadistes européens et de terroristes djihadistes présumés.

Par ailleurs, le rapport recommande de séparer les prisonniers radicalisés, de renforcer le dialogue interculturel et d'établir des systèmes de soutien tels que des lignes téléphoniques.

Enfin, les États membres sont appelés à renforcer leur coopération et l'échange rapide d'informations entre organismes nationaux chargés de l'application de la loi et Europol, pour dépister et surveiller les terroristes présumés et les «combattants étrangers» potentiels.

Considérant qu'un des défis majeurs du terrorisme, comme l'ont rappelé les attentats du 13 novembre à Paris, est bien la radicalisation sur le sol européen, j'ai voté en faveur de ce rapport qui formule des propositions fortes et nécessaires.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Le vote à une très large majorité de mon rapport sur la prévention de la radicalisation et du recrutement de citoyens européens par des organisations terroristes témoigne de l'unité du Parlement européen, au-delà des clivages politiques, pour lutter contre la barbarie et le terrorisme.

C'est un appel ferme à l'égard de la Commission européenne et des États membres pour que les mesures que nous proposons soient rapidement mises en place. La responsabilité pénale des géants de Net, des mesures de prévention de la radicalisation dans les prisons, le PNR européen, la mise en place de contrôles systématiques aux frontières extérieures de l'Union européenne, la mise en place d'un TFTS européen: toutes ces mesures doivent être entreprises au plus vite. Plus qu'un devoir, c'est une obligation. La sécurité des citoyens européens est en jeu. Soyons à la hauteur de nos responsabilités.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour le Rapport DATI sur la prévention de la radicalisation et du recrutement de citoyens de l'Union par des organisations terroristes. Deux semaines après les attentats de Paris, le vote de ce rapport a une résonnance particulière, la coopération européenne doit être une obligation et un devoir politique.

Ainsi, cette résolution doit permettre de mettre en place une responsabilité pénale pour les grandes compagnies de l'Internet, des contrôles systématiques aux frontières extérieures à l'Union européenne, un endiguement de la radicalisation en prison et l'assèchement des financements terroristes étrangers, mais surtout la mise en place d'un PNR européen (données des dossiers passagers européen). Cette mesure essentielle tarde à voir le jour à cause du blocage des députés socialistes.

Avec l'adoption de ce rapport, le Parlement européen fait face à ses responsabilités dans la lutte contre le terrorisme. Au tour de la Commission européenne et du Conseil d'en faire de même en mettant en œuvre ces mesures!

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A párizsi terrortámadások nyilvánvalóvá tették, hogy az Európai Uniónak cselekednie kell a terrorizmus elleni küzdelem terén és az uniós polgárok radikalizálódásának megelőzése érdekében. Noha a radikalizálódás elleni küzdelem továbbra is elsődlegesen a tagállamok hatáskörébe tartozik, összehangolt európai megközelítésre van szükség.

Becslések szerint több mint ötezer azon európai polgárok száma, akik Irakba és Szíriába utaztak azzal a céllal, hogy terrorista szervezetek általi kiképzésben vegyenek részt. Mindez tényleges biztonsági fenyegetést jelent egész Európa számára.

Önmagában büntetőintézkedések már nem elegendők. Az Uniónak a megelőzésen alapuló új stratégiára van szüksége. Mivel e jelentés a hangsúlyt az európai polgárok radikalizálódásával és terrorista szervezetek általi toborzásával kapcsolatban a proaktív szemléletre helyezi, a FIDESZ néppárti delegációja tagjaként szavazatommal támogattam.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'une brûlante actualité après qu'il a été profondément remanié par mes collègues S&D de la Commission LIBE de manière à mettre en avant, dans la stratégie de prévention et de lutte contre l'extrémisme violent, des moyens de type coercitif comme le renforcement de l'échange d'informations et d'expériences entre États membres, notamment au niveau policier et judiciaire, mais également des instruments relevant de la médiation, de l'inclusion sociale et de la lutte contre les discriminations, à travers, par exemple, l'éducation à la citoyenneté, le volontariat associatif et le soutien au travail des éducateurs de rue.

La version finale de ce rapport veille aussi à ne pas stigmatiser les réfugiés et les migrants qui ne doivent en aucun cas être assimilés à des terroristes. Enfin, ce rapport attire à nouveau l'attention sur la question fondamentale de l'engagement des entreprises de l'internet à faire plus pour détecter et supprimer les messages de haine et les appels aux meurtres. La radicalisation concerne tous les milieux sociaux et internet en est le principal véhicule.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – A párizsi terrortámadások nyilvánvalóvá tették, hogy az Európai Uniónak cselekednie kell a terrorizmus elleni küzdelem terén és az uniós polgárok radikalizálódásának megelőzése érdekében. Noha a radikalizálódás elleni küzdelem továbbra is elsődlegesen a tagállamok hatáskörébe tartozik, összehangolt európai megközelítésre van szükség. Becslések szerint több mint ötezer azon európai polgárok száma, akik Irakba és Szíriába utaztak azzal a céllal, hogy terrorista szervezetek általi kiképzésben vegyenek részt. Mindez tényleges biztonsági fenyegetést jelent egész Európa számára.

Önmagában büntető intézkedések már nem elegendők. Az Uniónak a megelőzésen alapuló új stratégiára van szüksége. Mivel e jelentés a hangsúlyt az európai polgárok radikalizálódásával és terrorista szervezetek általi toborzásával kapcsolatban a proaktív szemléletre helyezi, a FIDESZ-néppárti delegáció tagjaként szavazatommal támogattam.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Ce rapport se pose en véritable chantre du politiquement correct européen et communautariste.

Alors qu'il prétend prévenir le basculement dans le terrorisme de citoyens d'origine européenne, il n'en identifie pas les véritables causes, ni ne les nomme.

Le fondamentalisme islamique n'est pas une entité sui generis, sans attache, sans origine ni fondement. Majoritairement issu de nos banlieues et du communautarisme islamique qui y règne, il ne pourra pas être combattu par le vivre-ensemble et les déclarations d'intentions le dissociant totalement de l'islam et de sa dérive intégriste.

Je ne peux cautionner un rapport n'identifiant pas les véritables tenants et aboutissants du terrorisme qui tue par centaines nos compatriotes. J'ai donc voté contre ce rapport Dati.

Ian Duncan (ECR), in writing. – There is much within this report which I can support, including calls for the EU-PNR Directive to be adopted by the end of the year. I support calls in the report for enhanced cooperation between Member States and the need for additional initiatives in the fight against cross border crime including community based initiatives. I also support the need for additional mechanisms which will enhance the expedient and efficient exchange of information between national law enforcement authorities. The ECR Group held the rapporteurships for both the opinion in the CULT committee (Mr Dzhambazki) and the opinion in the AFET committee (Mr Tannock). The ECR was happy with the overall outcome of the committee vote, where the compromises included a large number of the ECR Shadow Rapporteur's amendments.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Докладът е добра стъпка към едно по-успешно европейско сътрудничество в насока предотвратяване на радикализацията и аз го подкрепих. Действия на ниво Европейски съюз са необходими, най-малкото насочени към сътрудничество и обмяна на добри практики. Обща мрежа, която да разменя информация за проблемите на радикализацията, също може да се нарече добра стъпка. Но както съм казвал неведнъж и ще продължавам да го повтарям – нужно е изкореняване на основния проблем, нужни са военни действия срещу терористичната организация Даеш и окупираната от нея територия, затваряне на границите за потока от имигранти и незабавно екстрадиране на нелегалните имигранти, пребиваващи на нашата територия.

Bas Eickhout (Verts/ALE), schriftelijk. – Ik heb voor dit verslag gestemd omdat het een aantal positieve ideeën bevat. Uit het verleden weten we dat extremisme niet tot een bepaalde godsdienst, ideologie of bevolkingsgroep behoort, zoals sommigen in dit Parlement ons dat graag doen geloven. Dit verslag erkent het belang van participatie en betrokkenheid in de gemeenschap, gebaseerd op vertrouwen, zodat signalen tijdig herkend en aangegeven kunnen worden zonder dat een complete gemeenschap als verdacht wordt gezien. Nationale veiligheid hangt af van veiligheid in de buurt en lokale organisaties hebben afdoende middelen nodig, zoals ook het RAN-netwerk.

We moeten het gebruik van onze bestaande inlichtingen verbeteren en agentschappen zoals Europol versterken. Dat is een veel betere investering dan het verzamelen van vluchtpassagiersgegevens (PNR) waarvan ik geen voorstander ben. Ik uit ook mijn zorgen over sommige voorstellen voor het aanpakken van extremisme op het internet. Ik wil dat illegaal materiaal zo snel mogelijk verwijderd wordt maar dan wel binnen een juridisch kader. Encryptie is een middel dat zowel positief als negatief kan zijn. EU-burgers die zijn geronseld voor gewelddadig extremisme, vormen een gevaar zowel binnen als buiten onze grenzen. Samenwerking met derde landen dient gebaseerd te zijn op heldere principes.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Η πρόληψη της ριζοσπαστικοποίησης και στρατολόγησης ευρωπαίων πολιτών από εξτρεμιστικές/φονταμενταλιστικές οργανώσεις, πρέπει να περιλαμβάνει και δράσεις άμεσης ενέργειας. Η παραδοχή ότι η Ευρώπη περιθωριοποιεί τις πολυπολιτισμικές κοινότητες σημαίνει ότι δεχόμαστε πως εμείς κάνουμε λάθος και όχι όλοι όσοι, ως φιλοξενούμενοι, δεν συμμορφώνονται με τους νόμους και δεν σέβονται τα ήθη και τις παραδόσεις των κοινωνιών στις οποίες επιθυμούν να ενταχθούν.

Η Συνθήκη του Σένγκεν είναι προβληματική, η δε πολιτική ανοικτών συνόρων και η μαζική μετανάστευση προκαλούν κοινωνική αταξία και συνιστούν απειλή για την ασφάλεια. Η έκθεση δεν υιοθετεί επιβαλλόμενες λύσεις όπως το κλείσιμο των εσωτερικών συνόρων και η πλήρης αποκατάσταση των συνοριακών ελέγχων σε εθνικό επίπεδο.

Τέλος, αντί να διακοπεί κάθε συνεργασία, κάθε βοήθεια και να επιβληθούν κυρώσεις στην Τουρκία, η οποία θρέφει τη μετανάστευση, κερδίζει από τους διακινητές και υποστηρίζει τον ISIS, η έκθεση προτείνει να ενισχυθεί η συνεργασία μαζί της.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A párizsi terrortámadások nyilvánvalóvá tették, hogy az Európai Uniónak cselekednie kell a terrorizmus elleni küzdelem terén és az uniós polgárok radikalizálódásának megelőzése érdekében. Noha a radikalizálódás elleni küzdelem továbbra is elsődlegesen a tagállamok hatáskörébe tartozik, összehangolt európai megközelítésre van szükség.

Becslések szerint több mint ötezer azon európai polgárok száma, akik Irakba és Szíriába utaztak azzal a céllal, hogy terrorista szervezetek általi kiképzésben vegyenek részt. Mindez tényleges biztonsági fenyegetést jelent egész Európa számára.

Önmagában büntetőintézkedések már nem elegendőek. Az Uniónak a megelőzésen alapuló új stratégiára van szüksége. Mivel e jelentés a hangsúlyt az európai polgárok radikalizálódásával és terrorista szervezetek általi toborzásával kapcsolatban a proaktív szemléletre helyezi, a FIDESZ néppárti delegációja tagjaként szavazatommal támogattam.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report as it calls for yet more EU interference, legislation and agencies. The report included paragraphs such as the principle that ‘foreign fighters’ should be allowed to return to Europe; that national education systems and religious leaders should promote EU values; that the Commission should create EU guidelines for prisons, and also called for an EU definition of ‘hate speech’, which would no doubt mean anyone who criticise the EU or the free movement of people. One of the biggest issues is that the EU’s free movement of people is allowing terrorists and weapons to move freely across Europe unchecked. UKIP is not against individual countries working together and sharing intelligence to catch terrorists, but in order to protect our country we must leave the EU and reinstate sensible border controls with European countries to stop this open door immigration.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution on the prevention of radicalisation and recruitment of citizens by terrorist organisations, because it includes some important steps in tackling a critical problem for Wales and Europe today. We need a detailed and effective long term strategy on which countries can work together.

Fredrick Federley (ALDE), *skriftlig*. – Betänkandet adresserar ett mycket aktuellt och för samhällets trygghet och säkerhet viktigt ämne, nämligen förebyggande åtgärder för att motverka att framförallt unga personer radikaliserar. Detta ska dock inte nödvändigtvis sammanblandas med åtgärder mot terrorism eftersom det då handlar om personer som redan har radikaliserats. Jag har valt att rösta för betänkandet i sin helhet men har röstat mot vissa delar om terrorismbekämpning som jag anser bör hanteras i annan kontext.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O relatório em causa avança com várias medidas para prevenir a radicalização e o recrutamento de cidadãos europeus por organizações terroristas, como o autoproclamado Estado Islâmico, ou Daesh. Mais de 5000 cidadãos europeus aderiram a organizações terroristas e a outras formações militares, nomeadamente às fileiras do autoproclamado Estado Islâmico/Daesh, da Jabhat al-Nusra e de outras formações fora do território da UE, em especial na região do Médio Oriente e do Norte de África.

A luta contra o terrorismo continua a ser essencialmente da competência dos Estados-Membros, mas «a cooperação europeia é fundamental para o intercâmbio eficaz e eficiente de informações entre as forças policiais» num espaço de livre circulação de pessoas. Uma estratégia de combate ao terrorismo, à radicalização e ao recrutamento terrorista na UE só poderá surtir efeitos se for desenvolvida paralelamente a uma estratégia de integração e inclusão social.

Votei favoravelmente.

Jonás Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque supone un ejercicio oportuno sobre lo que puede hacer Europa para prevenir que ciudadanos europeos sean radicalizados, especialmente en la red, y reclutados por organizaciones terroristas.

Tenemos que aprender a intervenir los contenidos en la red que instigan al extremismo violento; a intervenir también la socialización del terror en las cárceles; a prevenir no solamente el tráfico de armas, a través de esos medios sofisticados, sino la financiación de ese adoctrinamiento; y a congelar sus activos, todo ello a escala europea.

Debemos aprender a cooperar policialmente para compartir información sobre esos 5 000 europeos que han entrado y salido después de haber sido entrenados para el terrorismo en algún lugar extranjero. Pero también debemos denunciar que la austeridad y el derrumbamiento de las políticas de educación, inclusión e integración en barrios marginados y colectivos especialmente vulnerables han hecho que muchos jóvenes europeos se muestren dispuestos a embarcarse en esa enloquecida espiral de violencia destructiva y autodestructiva, y se declaren dispuestos no solamente a matar, sino a morir matando.

Este es el desafío que debemos resolver. Espero que este informe otorgue valor añadido europeo al terrible reto que el terrorismo supone para Europa.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette délibération, parce qu'elle ne met pas l'accent sur le véritable terrorisme, celui issu de l'islamisme radical.

Laura Ferrara (EFDD), *per iscritto*. – Pur condividendo la necessità di prevenire la radicalizzazione e il reclutamento di cittadini europei da parte di organizzazioni terroristiche, fenomeni che possono costituire una minaccia per la sicurezza dell'UE, ritengo che le raccomandazioni contenute nella relazione riguardino azioni non sempre informate ad efficacia, adeguatezza e proporzionalità.

Un'analisi più approfondita del contesto sociale, economico e culturale in cui maturano tali fenomeni dovrebbe essere il punto di partenza per un'efficace strategia di prevenzione che abbia alla sua base il rispetto dei diritti e delle libertà fondamentali.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório propõe medidas avulsas, supostamente em nome do combate ao terrorismo, que deliberadamente contornam a raiz do problema, não contribuindo para a sua solução, para o aumento da segurança dos cidadãos ou para uma estratégia coerente de cooperação entre Estados que combata e sobretudo previna o terrorismo. Pelo contrário, este relatório cauciona o cerceamento das liberdades individuais, insistindo na tese peregrina da falsa dicotomia liberdade-segurança, e apoia uma visão militarista de alegado combate ao terrorismo que, ao invés de enfraquecer, fortalece as lógicas do ódio, da guerra, do terrorismo.

Medidas como a elaboração de uma diretiva sobre registos de identificação indiscriminada de passageiros, o reforço e centralização do poder das agências Europol, Eurojust, CEPOL e dos vários sistemas de informação da UE, a obrigação de os Estados-Membros disponibilizarem determinadas informações e dados, a criminalização das empresas de internet, o enfraquecimento dos sistemas de encriptação informáticos, constituem aspetos preocupantes deste documento, pelo que constituem de condicionamento de direitos, liberdade e garantias essenciais.

Votámos contra.

A resposta ao terrorismo passa necessariamente pelo combate às suas mais profundas causas – políticas, económicas e sociais – e pela defesa e afirmação dos valores da liberdade, da paz, da democracia, da soberania e independência dos Estados, da solidariedade entre os povos.

Santiago Fisas Ayxelà (PPE), *por escrito*. – Debemos mostrar unidad en la lucha contra el terrorismo, pero también debemos poner el acento en la prevención de la radicalización y ello se consigue atacando las raíces del problema, es decir, incidiendo en las redes de financiación, evitando la radicalización en prisión o mejorando los controles fronterizos. Por estos motivos, he votado a favor del informe Dati.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ritengo necessaria ed imminente una strategia europea di prevenzione della radicalizzazione e del reclutamento di cittadini europei, obiettivo che richiede un'analisi dei diversi vettori della radicalizzazione; uno studio delle modalità d'azione seguite per il reclutamento di nuovi «combattenti stranieri» deve permettere di suggerire soluzioni efficaci in ogni settore. Per questi motivi ho votato a favore della proposta di risoluzione dell'onorevole Dati.

Luke Ming Flanagan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted against because I do not believe the report adequately addresses the issue of radicalisation.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európska únia musí zastaviť radikalizáciu občanov jednotlivých členských štátov, ktorá bohužiaľ často krát vedie až k ich odchodu do boja v mene teroristických organizácií, ktoré páchajú tie najohavnejšie činy na civilnom obyvateľstve. V súčasnosti sa odhaduje, že viac ako 5000 občanov Európskej únie už za tieto teroristické organizácie bojuje. Teroristické organizácie nám v Paríži 13. novembra ukázali, ako hrozne kruté dokážu byť a že sa nezastavia pred ničím. Na boj proti zrýchľovaniu tohto javu už nestačia len opatrenia presadzovania práva. Európska únia musí prijať novú stratégiu, ktorá sa bude výraznejšie zakladať na prevencii. Predstavitelia členských štátov a inštitúcií Európskej únie musia prijatím účinných krokov prispieť k tomu, aby sa takáto hrozná katastrofa na civilnom obyvateľstve už nikdy neopakovala. Pri boji s radikalizáciou však nesmieme zabúdať na dodržiavanie základných ľudských práv a slobôd, najmä slobody prejavu.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Questa relazione è una follia. Il testo non condanna con la necessaria fermezza i terroristi e neppure coloro che sostengono moralmente l'estremismo che ne è alla base. È una relazione che critica la possibile chiusura delle frontiere e che anche su molti altri aspetti non è, per noi, condivisibile. Per non parlare di alcune proposte di emendamenti per cui si vorrebbero introdurre programmi di inclusione sociale per i cosiddetti «foreign fighter» di ritorno in Europa.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted in favour of this report. In order to protect citizens we must look towards the root causes of the abhorrent attacks that have recently happened in Paris. Through a combined approach we can show solidarity with the French people and stamp out the spread of extremism.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Member States have core competence in combatting the radicalisation of EU citizens. However, a concerted EU approach is needed to be effective. Law enforcement measures are essential but no longer sufficient; a complementary strategy based on prevention must also be adopted.

Mariya Gabriel (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution, qui vient à point nommé dans le contexte actuel, car la lutte contre la radicalisation doit devenir l'une de nos priorités.

La résolution précise que la radicalisation ne peut se cantonner à la seule radicalisation islamiste et ne doit pas être associée à une religion, nationalité ou civilisation. Le texte aborde tous les aspects de ce phénomène, en insistant sur le volet préventif dans les prisons et sur internet.

Nous insistons également sur l'importance de renforcer et d'améliorer la rapidité et l'efficacité des échanges d'informations entre les États membres et les agences européennes compétentes. Enfin, nous rappelons la nécessité d'avoir une approche multidimensionnelle qui englobe également le rôle de l'éducation et l'élaboration de contre-discours fondés sur le respect des droits de l'homme et l'opposition à la violence.

Kinga Gál (PPE), *in writing*. – The attacks in Paris highlighted the urgency with which the European Union needed to take action on combating terrorism and preventing the radicalisation of its citizens. Member States have core competence in combating the radicalisation of EU citizens; however, a concerted EU approach is needed to be effective.

It is now estimated that over 5 000 EU citizens have left to be trained by terrorist organisations in Iraq and Syria. According to European law enforcement agencies and intelligence services reports, efficient prevention of radicalisation should start where the recruitment occurs in the first place.

I voted in favour of this report and hope that the concrete measures proposed in this text will be implemented as quickly as possible.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Meggyőződésem, hogy az iskolák és az oktatás fontos szerepet játszanak a radikálizálódás megelőzésében. Az iskolák kulcsszerepet játszanak a társadalmi integráció, a kritikus gondolkodás kialakítása és a megkülönböztetésmentesség előmozdítása szempontjából.

Fontos, hogy a tagállamok ösztönözzék az oktatási intézményeket olyan tanfolyamok és tantervek kínálására, amelyek célja a megértés és a tolerancia megerősítése, különös tekintettel a különböző vallásokra és az ideológiákra.

Az alapvető értékek és az Unió demokratikus elvei, közöttük az emberi jogok oktatásának szükségessége kiemelt prioritás kell, hogy legyen.

Úgy vélem, a tagállamok kötelessége annak szavatolása, hogy oktatási rendszereik tiszteletben tartsák és előmozdítsák az uniós értékeket és elveket, és hogy e rendszerek működése ne mondjon ellent a megkülönböztetésmentesség és az integráció elveinek.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de este informe ante la constatación una vez más de la necesidad de articular a nivel europeo una respuesta común y contundente para luchar contra la radicalización y el reclutamiento de ciudadanos europeos por organizaciones terroristas. Debemos trabajar incansablemente para evitar la radicalización de los ciudadanos que viven en la UE, utilizando de manera prioritaria las medidas de integración, necesarias e imprescindibles como primera línea de prevención. Pero también es necesario e inevitable tener una estructura conjunta: profundizar en la cooperación policial que nos lleve a una policía federal europea que se pueda acoger a un código penal europeo que ya prevé el Tratado de Lisboa. Y, en el mismo sentido, debemos poder avanzar más en las políticas comunes que ya deberíamos tener, como la política común de asilo y la política común de inmigración, y dotar de un verdadero sentido de Estado a la política de cooperación y desarrollo.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque supone un ejercicio oportuno sobre lo que puede hacer Europa para prevenir que ciudadanos europeos sean radicalizados, especialmente en la red, y reclutados por organizaciones terroristas.

Tenemos que aprender a intervenir los contenidos en la red que instigan al extremismo violento; a intervenir también la socialización del terror en las cárceles; a prevenir no solamente el tráfico de armas, a través de esos medios sofisticados, sino la financiación de ese adoctrinamiento; y a congelar sus activos, todo ello a escala europea.

Debemos aprender a cooperar policialmente para compartir información sobre esos 5 000 europeos que han entrado y salido después de haber sido entrenados para el terrorismo en algún lugar extranjero. Pero también debemos denunciar que la austeridad y el derrumbamiento de las políticas de educación, inclusión e integración en barrios marginados y colectivos especialmente vulnerables han hecho que muchos jóvenes europeos se muestren dispuestos a embarcarse en esa enloquecida espiral de violencia destructiva y autodestructiva, y se declaren dispuestos no solamente a matar, sino a morir matando.

Este es el desafío que debemos resolver. Espero que este informe otorgue valor añadido europeo al terrible reto que el terrorismo supone para Europa.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque supone un ejercicio oportuno sobre lo que puede hacer Europa para prevenir que ciudadanos europeos sean radicalizados, especialmente en la red, y reclutados por organizaciones terroristas.

Tenemos que aprender a intervenir los contenidos en la red que instigan al extremismo violento; a intervenir también la socialización del terror en las cárceles; a prevenir no solamente el tráfico de armas, a través de esos medios sofisticados, sino la financiación de ese adoctrinamiento; y a congelar sus activos, todo ello a escala europea.

Debemos aprender a cooperar policialmente para compartir información sobre esos 5 000 europeos que han entrado y salido después de haber sido entrenados para el terrorismo en algún lugar extranjero. Pero también debemos denunciar que la austeridad y el derrumbamiento de las políticas de educación, inclusión e integración en barrios marginados y colectivos especialmente vulnerables han hecho que muchos jóvenes europeos se muestren dispuestos a embarcarse en esa enloquecida espiral de violencia destructiva y autodestructiva, y se declaren dispuestos no solamente a matar, sino a morir matando.

Este es el desafío que debemos resolver. Espero que este informe otorgue valor añadido europeo al terrible reto que el terrorismo supone para Europa.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – La sicurezza dei cittadini deve tornare al centro dell'agenda UE. La relazione odierna propone misure di importanza decisiva per combattere il terrorismo e la radicalizzazione: serve un'immediata implementazione del sistema europeo di PNR, controlli sistematici alle frontiere esterne, misure contro la radicalizzazione e il fondamentalismo. Dopo questo voto occorre che le parole si trasformino rapidamente in azioni concrete e che le Istituzioni europee se ne assumano la responsabilità.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – I tragici fatti che hanno investito l'Europa negli ultimi giorni rendono ancora più urgente un'azione ferma e perentoria dell'Unione, una risposta che non si fermi alla pancia della reazione ma che preveda una strategia capace di guardare lontano, partendo da lontano: l'obiettivo deve essere quello di minare il consolidamento delle organizzazioni terroristiche alla base, isolando i detenuti radicalizzati nelle carceri, frenando il fenomeno del reclutamento di cittadini europei, chiedendo aiuto ai grandi operatori della rete affinché si responsabilizzino per un controllo sempre maggiore dei contenuti illeciti in Internet, mettendo in atto una decisa e strutturata attività di intelligence condivisa, ostacolando soprattutto ogni forma di riciclaggio e finanziamento occulto alle reti del terrorismo.

Do il mio sostegno alla relazione per una strategia a favore della prevenzione della radicalizzazione del terrorismo: questo è il momento della responsabilità e l'Europa può affrontarlo solo se si presenterà unita e solida, aperta al dialogo, ma vigile e costantemente supportata da un forte sistema di cooperazione e condivisione di informazioni e piani di azione.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto con convinzione la risoluzione del PE sulla prevenzione della radicalizzazione e del reclutamento di cittadini europei da parte di organizzazioni terroristiche. I drammatici atti terroristici di Parigi hanno lasciato, oltre al cordoglio e allo sgomento, la consapevolezza della gravità della minaccia perpetrata dall'ISIS e dai cosiddetti «foreign fighters», i combattenti europei reclutati nelle file dello Stato Islamico.

Come dimostrato non solo dai fatti di Parigi o dai recenti avvenimenti in Belgio, ma anche dagli attentati a Beirut, a Tunisi o nel Sinai, la lotta al terrorismo e la prevenzione della radicalizzazione, spesso causata dall'uso perverso della religione, non può essere circoscritta unicamente all'Europa.

Rispetto alla presa di coscienza che nessuno Stato è immune al fanatismo dell'ISIS, è necessario rafforzare la cooperazione europea ed internazionale attraverso un più efficace ed efficiente sistema di scambio di informazioni tra le intelligence nazionali ed implementare una strategia mondiale di prevenzione della radicalizzazione e del reclutamento di terroristi.

Ritengo fondamentale, nella lotta al terrorismo e alla radicalizzazione, il ruolo dell'educazione, dell'istruzione e della formazione contro tutte le forme di razzismo, discriminazione ed intolleranza a favore dell'inclusione sociale, del senso di appartenenza e della formazione di una coscienza critica in tutti i cittadini europei.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Wir müssen uns stärker im Bereich präventiver Maßnahmen engagieren, um eine zunehmende Radikalisierung von Jugendlichen zu vermeiden. Die Terroranschläge von Paris haben uns diese Problematik erneut schmerzhaft vor Augen geführt. Dieses ernste Sicherheitsproblem müssen wir lösen. Deshalb ist es wichtig, Staaten aktiv bei der Umsetzung von präventiven Schritten zu unterstützen.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report that sets out recommendations to counter radicalisation that can lead to violence and terrorism and to address the issue of EU citizens adhering to extremism and returning from war scenes. These recommendations range from prevention strategies, through education and social inclusion, but also online and in prison; to de-radicalisation programmes and the dismantling of terrorism network.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione perché oggi più che mai subiamo le conseguenze di un fenomeno tragico che ci costringe a lutti e paura. Parigi piange le sue vittime, Bruxelles chiude in casa i suoi cittadini, Roma, Berlino e tutto il resto d'Europa guardano con sospetto persone, cose, rumori, scattano allarmi giornalieri. L'Europa deve rispondere con misure che aumentino le libertà dei suoi cittadini, per renderli liberi di uscire per le strade e tornare a vivere, non con limitazioni.

Sylvie Goddyn (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, qui démontre le manque total de lucidité des européistes face à la menace terroriste. Loin de remettre en cause l'ouverture des frontières et Schengen, ce rapport fait le panégyrique du communautarisme et de l'immigration.

Le plus inquiétant dans ce rapport reste la vacuité de ses propositions: il est notamment demandé de mettre en œuvre une stratégie de communication pour prévenir la radicalisation, d'encourager l'échange de bonnes pratiques entre les États membres face à la montée de la radicalisation terroriste dans les prisons, ou encore d'encourager les établissements éducatifs à proposer des programmes visant à renforcer la compréhension et la tolérance...

Le rapport Dati va même encore plus loin dans l'aveuglement idéologique en demandant le renforcement du dialogue sur la sécurité et la lutte contre le terrorisme avec des pays comme l'Arabie Saoudite ou la Turquie...

Par contre, les députés européistes ont refusé les amendements de bon sens déposés par notre groupe qui proposaient notamment de rétablir les contrôles systématiques aux frontières nationales, de stopper l'immigration de masse, de stopper le soutien aux groupes islamistes en Syrie ou encore d'empêcher les retours de combattants djihadistes en Europe.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra porque, a pesar de los esfuerzos para conciliar las posiciones de los diferentes grupos, esta iniciativa sigue poniendo el foco más en los síntomas que en los problemas que los originan. Se le da más peso a medidas coercitivas y de control social, que añaden al problema del extremismo violento el del deterioro de nuestras libertades. Como expusimos entre las siete medidas urgentes para combatir el terrorismo que nuestra delegación envió por correo al Presidente Schulz, a la Vicepresidenta Mogherini y a todos los diputados al Parlamento Europeo, las medidas legales o policiales por sí solas no bastan para resolver el problema. La mejor manera de combatir el extremismo es lograr que la gente se sienta parte de una sociedad cohesionada y cultivar las oportunidades económicas y sociales en las comunidades vulnerables, tanto en Europa como en los países que sufren este fenómeno. Hay que reforzar las estrategias que favorecen la cohesión y la inclusión social de las personas de orígenes culturales, étnicos y nacionales diversos, y en especial el papel de la educación como única vía que puede ofrecer alternativas de futuro a la juventud para alejarla del radicalismo y la violencia.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report which stresses the need for a common definition of 'foreign fighters' to permit criminal proceedings against them. The report calls on EU Member States to share good practices with regard to exit and return checks and freezing citizens' financial assets in order to prevent them from taking part in terrorist activities in conflict areas in third countries. It also calls supports the increase in exchange of information among Member States' law enforcement bodies and EU agencies such as Europol (police cooperation), Eurojust (judicial cooperation) and Cepol (police training) as well as making better use of tools such as the Schengen Information System. Such an exchange of information will help Member States to tackle the growing problem of radicalisation among people in Europe.

Enrique Guerrero Salom (S&D), por escrito. – He votado a favor de este informe porque supone un ejercicio oportuno sobre lo que puede hacer Europa para prevenir que ciudadanos europeos sean radicalizados, especialmente en la red, y reclutados por organizaciones terroristas.

Tenemos que aprender a intervenir los contenidos en la red que instigan al extremismo violento; a intervenir también la socialización del terror en las cárceles; a prevenir no solamente el tráfico de armas, a través de esos medios sofisticados, sino la financiación de ese adoctrinamiento; y a congelar sus activos, todo ello a escala europea.

Debemos aprender a cooperar policialmente para compartir información sobre esos 5 000 europeos que han entrado y salido después de haber sido entrenados para el terrorismo en algún lugar extranjero. Pero también debemos denunciar que la austeridad y el derrumbamiento de las políticas de educación, inclusión e integración en barrios marginados y colectivos especialmente vulnerables han hecho que muchos jóvenes europeos se muestren dispuestos a embarcarse en esa enloquecida espiral de violencia destructiva y autodestructiva, y se declaren dispuestos no solamente a matar, sino a morir matando.

Este es el desafío que debemos resolver. Espero que este informe otorgue valor añadido europeo al terrible reto que el terrorismo supone para Europa.

Sylvie Guillaume (S&D), par écrit. – Les attentats de Paris le démontrent plus que jamais: la prévention de la radicalisation est indispensable pour lutter contre le terrorisme. La grande majorité des auteurs de ces actes sont nés et ont vécu en Europe: en France ou chez nos voisins. La valeur ajoutée européenne est donc incontestable pour prévenir la radicalisation: les méthodes qui fonctionnent bien dans un pays européen doivent pouvoir être partagées avec les autres, ou encore, les informations sur les combattants européens qui se rendent en Syrie ou qui en reviennent doivent pouvoir être davantage partagées entre États.

C'est pourquoi, je me suis prononcée en faveur de ce rapport du Parlement qui demande la mise en œuvre un plan d'action européen pour prévenir la radicalisation. Alors que le texte initial se concentrait de manière excessive sur la répression, nous sommes parvenus à l'enrichir pour le rendre plus équilibré et insister sur le besoin de respecter les libertés fondamentales.

Notre influence a été déterminante pour rappeler l'importance de l'éducation et des politiques d'inclusion et de non-discrimination dans la prévention de la radicalisation ainsi que pour éviter les amalgames entre religion et terrorisme. La balle est maintenant dans le camp de la Commission.

Antanas Guoga (ALDE), in writing. – I have voted for the prevention of radicalisation and recruitment of European citizens by terrorist organisations. In order to notably further address the root causes of radicalisation, as well as the need to exchange best-practices on de-radicalisation programmes relying on a community-based approach.

Jytte Guteland, Olle Ludvigsson, Jens Nilsson och Marita Ulvskog (S&D), skriftlig. – Vi svenska socialdemokrater valde att rösta för betänkandet om att förhindra att EU-medborgare radikaliseras och rekryteras av terroristorganisationer.

Vi lade ner våra röster på ändringsförslag 50 pga. de av oklara formuleringarna. Vi stöder gränskontroller vid EU:s yttre gräns med syfte att upptäcka om misstänkta terrorister försöker ta sig in i EU. Dessa får dock aldrig leda till att människor med skyddsbehov nekas inresa vid EU:s yttre gränser, vilket skulle stå i strid med EU:s lagstiftning och internationell rätt.

Vi stödde att personer som har stridit för IS och som återvänder ska kontrolleras och åtalas om brott har begåtts.

Slutligen innehöll betänkandet även problematiska skrivningar om internetbolagens roll för att ta bort innehåll "som bidrar till spridningen av våldbejakande extremism", som vi inte stödde. Vi valde trots detta att rösta för betänkandet i slutomröstningen. EU och dess medlemsstater behöver göra mer för att förebygga våldsbekämpande extremism.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), por escrito. – He votado a favor de este informe porque supone un ejercicio oportuno sobre lo que puede hacer Europa para prevenir que ciudadanos europeos sean radicalizados, especialmente en la red, y reclutados por organizaciones terroristas.

Tenemos que aprender a intervenir los contenidos en la red que instigan al extremismo violento; a intervenir también la socialización del terror en las cárceles; a prevenir no solamente el tráfico de armas, a través de esos medios sofisticados, sino la financiación de ese adoctrinamiento; y a congelar sus activos, todo ello a escala europea.

Debemos aprender a cooperar policialmente para compartir información sobre esos 5 000 europeos que han entrado y salido después de haber sido entrenados para el terrorismo en algún lugar extranjero. Pero también debemos denunciar que la austeridad y el derrumbamiento de las políticas de educación, inclusión e integración en barrios marginados y colectivos especialmente vulnerables han hecho que muchos jóvenes europeos se muestren dispuestos a embarcarse en esa enloquecida espiral de violencia destructiva y autodestructiva, y se declaren dispuestos no solamente a matar, sino a morir matando.

Este es el desafío que debemos resolver. Espero que este informe otorgue valor añadido europeo al terrible reto que el terrorismo supone para Europa.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A párizsi terrortámadások nyilvánvalóvá tették, hogy az Európai Uniónak cselekednie kell a terrorizmus elleni küzdelem terén és az uniós polgárok radikalizálódásának megelőzése érdekében. Noha a radikalizálódás elleni küzdelem továbbra is elsődlegesen a tagállamok hatáskörébe tartozik, összehangolt európai megközelítésre van szükség.

Becslések szerint több mint ötezer azon európai polgárok száma, akik Irakba és Szíriába utaztak azzal a céllal, hogy terrorista szervezetek általi kiképzésben vegyenek részt. Mindez tényleges biztonsági fenyegetést jelent egész Európa számára.

Önmagában büntetőintézkedések már nem elegendőek. Az Uniónak a megelőzésen alapuló új stratégiára van szüksége. Mivel e jelentés a hangsúlyt az európai polgárok radikalizálódásával és terrorista szervezetek általi toborzásával kapcsolatban a proaktív szemléletre helyezi, a Fidesz-KDNP néppárti delegációja tagjaként szavazatommal támogattam.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφώς*. – Η έκθεση Dati παρότι έχει βελτιωθεί σε ορισμένα σημεία (κάποιες από τις 95 τροπολογίες της ΕΕΑ/ΒΠΑ έγιναν αποδεκτές στη LIBE), εντούτοις διατηρεί τον αρνητικό προσανατολισμό της. Επικράτησε η λογική των μέτρων καταστολής, αυταρχισμού και περιστολής ατομικών ελευθεριών.

Πραγματικός πόλεμος κατά της τρομοκρατίας και του βίαιου εξτρεμισμού θα είναι αυτός που από τη μια θα εξαρθώνει την ευρωατλαντική στήριξη σε ένοπλες φονταμενταλιστικές ομάδες του αραβικού κόσμου, και από την άλλη θα αντιμετωπίζει τους κοινωνικοοικονομικούς παράγοντες που οδηγούν στην απόγνωση (φτώχεια, ανεργία, υπανάπτυξη, εξαθλίωση, ρατσισμός, περιθωριοποίηση), αλλά και τους πολιτικούς παράγοντες που συσσωρεύουν οργή και αγανάκτηση ανάμεσα στο μουσουλμανικό κόσμο.

Καταψηφίζουμε λοιπόν την έκθεση.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I supported this report which sets out Parliament's main priorities and recommendations on the issue of countering radicalisation leading to violent extremism. Following the tragic attacks in Paris both this month and at the beginning of the year it is apparent that almost all the perpetrators were home-grown and both the EU and Member States must do all they can to fight the radicalisation of our citizens and threats to our internal security with a coordinated and cross border approach. The key word here is prevention and we must fight radicalisation with proactive measures such as close cooperation between law enforcement agencies, effective management of our external borders and targeted cooperation with third countries, inter-cultural dialogue, the role of the religious community in countering fundamentalism, hate speech and terrorist propaganda, and through the education of social and civic values to prevent marginalisation. It is important to remember that respect of fundamental rights must always be to the fore and to avoid stigmatisation of any particular community whether they are Muslims, refugees or migrants.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this report because a united EU approach is needed to be effective in combating the threat posed by radicalised EU citizens who may move freely around the European Union. It is now estimated that over 5 000 EU citizens have left to fight for terrorist organisations in Iraq and Syria, and intelligent services warn on the major challenge and threat posed by their return to the EU in particular given the latest developments in Syria. This report proposes recommendations on a EU strategy to prevent the radicalisation and recruitment of EU citizens. It focuses on factors such as; recruitment on the internet, radicalisation in prisons, measures to be taken through education and awareness campaign and the need for exchange of information between Member states among other proposals. Preventing the radicalisation and recruitment of EU citizens is an urgent necessity to overcome these terrorist organizations and in order to restore safety within the EU.

Hans-Olaf Henkel (ECR), schriftlich. – Der Bericht führt verschiedene Maßnahmen auf, welche auf europäischer Ebene zur Bekämpfung des Terrorismus ergriffen werden sollten. Gerade die jüngsten Terroranschläge von Paris haben die Dringlichkeit solcher Maßnahmen aufgezeigt. Der Bericht geht insbesondere auf die Verhinderung der Radikalisierung und Anwerbung von EU-Bürgern durch terroristische Organisationen ein und fordert hierzu einen Aktionsplan vonseiten der Kommission. Dabei beleuchtet der Berichtsteller unter anderem das Problem, dass Radikalisierungen oftmals in überfüllten Gefängnissen stattfinden, weshalb hier Leitlinien und Schulungen zugunsten des Personals sowie pädagogische Programme für Häftlinge zur Verhinderung von Radikalisierungen in Gefängnissen umgesetzt werden sollen. Weitere Handlungsfelder sind die Bekämpfung von Anwerbungen im Netz, Schulungen in Bildungseinrichtungen, die Notwendigkeit einer EU-Richtlinie über Fluggastdatensätze sowie die intensivere Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden in den Mitgliedstaaten im Rahmen bestehender Systeme. Dazu gehören beispielsweise das Schengener Informationssystem SIS sowie weitere Plattformen. Da die vorgeschlagenen Maßnahmen der Wahrung von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Europa dienen, habe ich diesem Bericht zugestimmt. Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Euro abgeschafft werden muss, weil er zu Zwist und Zwietracht in Europa führt!

György Hölvényi (PPE), írásban. – A Néppárt frakciója számára mára több évtizedes hagyomány, hogy fórumot biztosít a vallásközi párbeszéd aktualitásainak megvitatásához az Európai Parlamentben. Munkacsoportunk éppen a párizsi merényleteket megelőző napokban rendezett úttörő jellegű találkozót a radikális iszlám visszaszorításának lehetőségeiről. A múlt héten először adódott alkalmunk arra, hogy a képviselők, valamint az iszlám szélsőséges értelmezését elutasító imámok megvitassák a vallásközi feszültségek okait és a közös cselekvés irányait.

A mai jelentés hangsúlyozza az oktatás és a vallásközi párbeszéd fontosságát, mint a radikalizmus megelőzésének kiemelt színtereit. A párizsi események megerősítették a munkacsoportunkban elhangzott megállapításainkat, melyek szerint a mai nehéz időkben valóban szükség van a hiteles tanítók partnerségére, a rendszeres párbeszédre, hiszen a szélsőségesek az iszlám eltorzított, téves értelmezéseit terjesztik polgáraink között.

Napjainkban bizonyosan látjuk, hogy a vallás továbbra is alapvető európai ügy marad. Emlékeztetnünk kell arra, hogy a vallási közösségek továbbra is a társadalom szerves részét alkotják és jelentőségük nem csökken a jövőben sem. Egyetértek a jelentés azon megközelítésével is, amely szerint a radikalizálódás elleni küzdelem nem korlátozódhat csak egyes, például iszlamista szélsőségekre. Közös felelősségünk tehát a vallási radikalizmus további formáinak visszaszorítása is.

A mai jelentés újabb jele annak a néppárti elkötelezettségnek, amely hitet tesz a párbeszéd folytatása, a megoldások közös keresése mellett, ezért elfogadását támogattam.

Brice Hortefeux (PPE), par écrit. – Les attentats terroristes survenus ces dernières semaines en France, au Liban, au Mali et en Tunisie nous livrent des enseignements cruciaux sur la détermination des terroristes djihadistes, leur structure et leur organisation.

Ces assassins n'ont cure des frontières nationales et insultent allègrement nos principes et valeurs. L'exemple des entrées et sorties dans l'espace Schengen d'Abdelhamid Abaaoud, pourtant frappé d'un mandat d'arrêt européen, révèlent à quel point le manque de communication et la désunion des États européens est un danger pour les citoyens.

Nous devons en finir avec les débats et prendre les mesures qui n'ont que trop tardé pour lutter contre l'État islamique et ses «fous de Dieu».

Opérationnellement, nous avons besoin du PNR européen incluant les trajets intra-européens. C'est une priorité. Nous devons aussi renforcer les moyens de Frontex et d'Europol et faciliter l'accès à des bases de données croisées des services de sécurité, des douanes et du renseignement.

Enfin, je salue les propositions de Rachida Dati concernant la prévention de la radicalisation dans les prisons et sur internet (responsabilisation des opérateurs d'internet, sensibilisation des publics dans les milieux scolaires et de la santé, mise à l'écart des individus radicalisés dans les prisons, formation des imâms...)

Richard Howitt (S&D), in writing. – Last month, I visited mosques in Luton, Harlow and Cambridge and asked some of my own Muslim constituents what they wanted the strategy we are agreeing today to say? They said Europe must recognise – as we do – how mainstream Muslims abhor violence, condemn terrorist attacks and believe these contradict their great religion not uphold it. They back plans for rehabilitated foreign fighters to be able to speak in schools to present the reality of what terrorism really is. They applaud us saying terrorism is an issue of crime not of religion. I talked to one mother who lost her child as a foreign fighter and shared her grief. If she cannot truly be held to be responsible for the actions of her son, how can any of us in politics justifiably seek to blame the whole Muslim

community for the warped actions of the terrible few who choose the path of violence? Deal with grievance amongst young Muslims I was told: from unemployment locally to international grievances over Palestine. But above all, treat Muslims as partners in our anti-radicalisation strategy not its object, as we treat Muslims as full and equal citizens in European society.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – Parliament has found common ground on how to tackle the recruitment of terrorists and this is to be commended. It is crucial that we do not allow people to confuse radicalisation with the ongoing refugee crisis as some politicians are seeking to do. Member States must cooperate with each other and with all their communities to ensure that terrorism is actively combatted.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Scopul acestui raport este de a face recomandări cu privire la o strategie a UE pentru a preveni radicalizarea cetățenilor europeni.

Aplicarea legii este esențială, dar nu mai este suficientă. Trebuie, de asemenea, să fie adoptată o strategie complementară bazată pe prevenire.

Robert Jarosław Iwaszkiewicz (EFDD), *na piśmie*. – Przez lata kraje Unii Europejskiej były ślepe na fakt wzmożonej aktywności islamskich radykałów. Decydenci sparaliżowani strachem politycznej poprawności nie mieli odwagi nawet na poprawne nazwanie zagrożenia. Widać to w debacie oraz głosowanym dziś raporcie. Jak ognia unika się w nim nazwy islam i muzułmanie. Tymczasem to oni stanowią dziś kręgosłup większości grup terrorystycznych zagrażających Europie. Jeśli nie potrafimy się zebrać na określenie zagrożenia i nazwanie go, to jak mamy z nim walczyć.

Europa sama plecie dziś sznur, na którym zawisnie za kilka lat.

Szeroko otwiera granice nie mogąc jednocześnie kontrolować, kto wjeżdża do Europy. To wśród imigrantów znajdowali się zamachowcy z Paryża. Mogli oni bez większych problemów przejść drogę z Grecji do stolicy Francji. Ile razy podczas tej drogi dostali pomoc i darmowe przejazdy od władz kolejnych europejskich państw? W Paryżu nabyli broń. Gdyby obywatele francuscy mieli więcej legalnej broni mogliby odeprzeć atak. Dziś zamiast dać broń Europejczykom, aby mogli się bronić państwa, dyskutują, jak ograniczać do niej dostęp.

Ten krwawy przykład pokazuje, że najskuteczniejszą obroną jest zamknięcie granic zewnętrznych UE przed imigrantami oraz jednoczesne wzmocnienie monitorowania gmin muzułmańskich w Europie przy zwiększeniu ilości posiadanej broni.

Czas, aby Komisja Europejska ściągnęła okulary politycznej poprawności i dostrzegła problem.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvyješće o suzbijanju radikalizacije i novačenja europskih građana u terorističke organizacije koje dolazi na plenarnu sjednicu u osobito osjetljivom trenutku suočavanja s posljedicama nedavnog terorističkog zločina u Parizu i gotovo svakodnevnog suočavanja s novim prijetnjama. Eskalacija posljedica ovog procesa može imati poguban utjecaj na sigurnost građana EU-a i u suprotnosti je s europskim vrijednostima. Ovaj veliki, opasan i kompleksan problem mora se rješavati djelovanjem na razne aspekte njegovih uzroka i njegovih manifestacija. Prije svega treba naglasiti da uzroci aktualne terorističke radikalizacije nisu dovoljno proučeni. Treba i naglasiti da uzroci radikalizacije nisu religija već izopačena zlouporaba religije, te se problem ne može gledati samo kao vjerska radikalizacija već postoji i politička radikalizacija. Potrebno je pojačati napore i aktivirati sve aspekte suradnje država članica u pogledu suzbijanja terorizma, bolje razmjenjivati informacije o terorističkoj radikalizaciji u Europi, jačati prekograničnu suradnju tijela kaznenog progona, obratiti pažnju na radikalizaciju u zatvorima, terorističku radikalizaciju na internetu, pojačati sprječavanje radikalizacije obrazovanjem i socijalnim uključivanjem, istaknuti odgovornost i važnu ulogu vjerskih zajednica u suprotstavljanju govora mržnje i terorističkoj propagandi, odvrćati od terorističke radikalizacije, sprječavati odlaske i obratiti posebnu pažnju na povratak radikaliziranih europskih građana koje su unovačile terorističke organizacije, djelovati u smjeru deradikalizacije.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte est inacceptable pour plusieurs raisons parmi lesquels, je cite: «le terrorisme et la radicalisation mènent à de nombreux amalgames envers les religions, qui entraînent par là-même une recrudescence des crimes et des discours de haine motivés par le racisme, la xénophobie ou l'intolérance (...)», «le terrorisme ne peut et ne doit être associé à aucune religion, nationalité ou civilisation», propose «de faire appel à des tuteurs ou à des assistants conseillers dans le processus de déradicalisation des citoyens de l'Union revenus de zones de combats déçus de l'expérience qu'ils ont vécue, de manière à les soutenir dans leur réintégration dans la société par l'intermédiaire de programmes appropriés», «la diversité de l'Europe et ses communautés multiculturelles font partie intégrante de son tissu social, et qu'elles constituent un atout essentiel.»

Notons aussi que ce rapport est favorable à la mise en place du PNR, procédé liberticide et inefficace auquel nous sommes opposés.

J'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – My fellow colleagues and I voted against this non-legislative and non-binding report as it calls for yet more EU interference, legislation and agencies. The report included paragraphs such as the principle that 'foreign fighters' should be allowed to return to Europe; that national education systems and religious leaders should promote EU values; that the Commission should create EU guidelines for prisons, and also called for an EU definition of 'hate speech', which would no doubt mean anyone who criticise the EU or the free movement of people. One of the biggest issues is that the EU's free movement of people is allowing terrorists and weapons to move freely across Europe unchecked. UKIP is not against individual countries working together and sharing intelligence to catch terrorists, but in order to protect our country we must leave the EU and reinstate sensible border controls with European countries to stop this open door immigration.

Petr Ježek (ALDE), *písemně*. – Boj proti terorismu a zajištění bezpečnosti občanů Evropské unie je ve stínu nedávných útoků Islámského státu v Paříži zásadní prioritou Evropské unie. Zpráva poslankyně Datiové je pro tento boj důležitá, protože navrhuje konkrétní kroky k prevenci radikalizace občanů EU a možnosti jejich zapojení do struktur IS. Mezi některé z kroků, jež jsem svým hlasováním podpořil, patří důležitá opatření mířená proti možnostem teroristických organizací oslovovat občany EU na internetu či reflexe této problematiky na školách.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de ma collègue Rachida Dati sur la prévention de la radicalisation et le recrutement de citoyens européens par des organisations terroristes.

Les attentats du 13 novembre ont malheureusement prouvé une fois de plus la nécessité de répondre efficacement à la problématique de la radicalisation. Ceci passera par un meilleur suivi et traitement des individus à risque en prison, par une meilleure politique de prévention et de déradicalisation et par la mise en place de contrôles efficaces aux frontières extérieures de l'espace Schengen.

Enfin, le texte appelle à la mise en place rapide du fichier PNR, qui était entravé de manière irresponsable par la gauche jusqu'ici.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Sandra Kalniete (PPE), *rakstiski*. – Nesenie teroristu uzbrukumi Parīzē un Briseles pretterorisma operācijas vēleiz atgādina par steidzamo vajadzību pēc koordinētas ES dalībvalstu rīcības, lai novērstu ES iedzīvotāju radikalizāciju un apkarotu terorismu. Es atbalstīju EP rezolūciju, jo tā izvirza vairākus konkrētus un būtiskus priekšlikumus šīs situācijas risinājumam. Runa ir par dalībvalstu ES ārējo robežu obligātu un sistemātisku kontroli un sadarbību Eiropas džihādistu un aizdomās turēto džihādistu melnā saraksta izveidē, kā arī par vienotu pieeju kriminālatbildībai "ārvalstu kaujiniekiem". EP pēc iespējas ātrāk jāpabeidz ES direktīva par pasažieru datu reģistru. Ne mazāk svarīgi ir atturēt potenciālos kaujiniekus no pievienošanās teroristu organizācijām un novērst vardarbīga ekstrēmisma izplatīšanu interneta vidē un cietumos, kā arī cīņa pret radikalizāciju ar izglītības un sociālās integrācijas palīdzību.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dem Bericht zur Prävention der Radikalisierung und Anwerbung europäischer Bürgerinnen und Bürger durch terroristische Organisationen stimme ich nicht zu. Es ist bedauerlich, dass der Bericht eindeutig verfehlt, dass die tatsächlichen Ursachen sowie die grundlegenden Symptome der Radikalisierung zu identifizieren gewesen wären, dies jedoch fast gänzlich nicht berücksichtigt wurde. Die im Bericht enthaltenen Präventivmaßnahmen gegen Terrorismus sind im Entschließungsantrag ebenso nicht wesentlich erfasst, weshalb ich diesem Bericht nicht zustimmen kann.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Nesenie traģiskie teroristu uzbrukumi Parīzē un citur pasaulē ir atkal atvēruši acis Eiropas Savienības dalībvalstīm, kā arī atbildīgajām institūcijām, ka tiek nepietiekami darīts, lai novērstu ES iedzīvotāju došanos karot uz Sīriju un to iespējamu radikalizāciju. Es uzskatu, ka šis ir vēl viens solis, kā mēs, Eiropa, varam cīnīties ar terorisma problēmu jau tās saknē, tāpēc gala balsojumā es atbalstīju šo ziņojumu. Rezolūcija uzsver noteiktus priekšlikumus, kas palīdzētu cīnīties pret ES iedzīvotāju radikalizēšanu, kā, piemēram, izveidojot kopīgu ES "melno sarakstu" ar iespējamajiem ekstrēmistiem, izveidot kopīgu pieeju, ka iedzīvotājus, kas atgriežas pēc karošanas atpakaļ Eiropā, varētu pakļaut noteiktai kontrolei un to darbības tiktu pastiprināti novērotas. Viens no ļoti svarīgiem punktiem, ko šī rezolūcija ietvēra, bija Eiropas Parlamenta izteiktā apņemšanās līdz gada beigām pabeigt darbu pie direktīvas, kas beidzot ļautu izveidot vienotu Eiropas Savienības aviopasažieru datu reģistru, tādējādi dalībvalstu kompetentajām iestādēm ļaujot

apmainīties ar attiecīgo informāciju un padarot cīņu ar terorismu efektīvāku. Pašreiz bez šī kopīgā pasažieru datu reģistra un bez vienotiem Eiropas Savienības noteikumiem par attiecīgo datu apmaiņu Eiropas Savienībā drošības ziņā ir "melns caurums", kas padara mūsu valstis par atvērtu un ļoti izdevīgu mērķi turpmākiem uzbrukumiem, tādēļ nepieciešams panākt vienošanos par šāda reģistra ieviešanu pēc iespējas ātrāk.

Rikke Karlsson (ECR), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport en faveur d'une coopération renforcée et la nécessité d'initiatives fortes dans la lutte contre la criminalité transfrontalière.

Plusieurs vagues d'attentats sans précédent viennent d'être commis notamment en France, au Danemark ou en Belgique, par des individus qui se sont avérés être des citoyens radicalisés d'un pays européen ou des migrants ayant profité des flux actuels massifs de réfugiés.

Les récents événements de Paris montrent que l'Europe a besoin notamment que soient rétablis de manière permanente les contrôles aux frontières, donc les infrastructures douanières reconstituées (ce qui peut prendre cinq ans), d'une meilleure coopération et d'échange de données entre services de renseignement intra-européens et évidemment extra-européens, et de s'attaquer à l'idéologie qui sous-tend ces actes.

Je crois que ce combat suppose, en particulier, à long terme, que nous retrouvions une volonté et une capacité d'assimiler chacune et chacun, quelle que soit son origine ou sa religion, c'est-à-dire à l'accueillir généreusement dans notre culture, nos valeurs, notre histoire et notre projet national commun. Je crois aussi qu'il faut soutenir et encourager vivement les femmes et les jeunes filles, ici et partout où c'est nécessaire, à se rebeller contre l'oppression quotidienne familiale ou sociale, et enclencher une révolution des mentalités.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report. The core to fight against terrorism and radicalisation in the EU lies in effective and rapid information exchange. PNR is long overdue and has been constantly blocked by ALDE in this house. EU needs a functioning PNR before the end of 2015 to prevent terrorist acts in Europe.

Further, I support the rapporteur in her efforts to prevent radicalisation in prisons, notably separating individuals preaching radical ideologies. I welcome the move by Belgian authorities who decided to isolate one of hate-preachers from other prisoners.

The internet has become an efficient tool for terrorists in spreading hate-speech and recruiting new members. Internet service providers have to assume concrete responsibility to eliminate any hate-preaching and radical terrorist-aiming messages. EU member states have to be prepared for criminal prosecution if ISPs fail their responsibility.

The Europol cybercrime centre needs access to data, availability of the latest technology and more staff not only monitor individuals, but also flows of money, weapons and trafficking. EU institutions and Member States can enhance their role primarily by providing them with adequate legal and budgetary framework!

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the report. The devastating attacks in Paris brought to light all the shortcomings of EU intelligence cooperation, data sharing and surveillance. We are now coming to terms with reform that must be done to defeat ISIS. Europe's strategy to prevent radicalisation should start from the understanding that the current refugee crisis represents an opportunity to confront discrimination, intolerance and hostility in our own lives. We must not mix the challenge of refugees and the challenge of terrorism. Amidst fear and pessimism, we must remain true to our values – upholding freedoms and human rights.

Jeppe Kofod (S&D), *skriftlig*. – Europa er alene i år gentagne gange blevet ramt af terrorhandling. Senest med det forfærdelige angreb i Paris er det blevet klart, at vi bliver nødt til at tage fat om problemets rod, radikalisering.

Ofte er terroristerne europæiske borgere, der er født og opvokset her, men er blevet radikaliseret og rekrutteret til at begå grusomheder. Den praksis skal stoppes. Derfor støtter vi betænkningens budskab om bekæmpelse af radikalisering og rekruttering.

Men vi er langt fra enige i alle de redskaber, betænkningen præsenterer. På trods af dette har vi valgt at støtte betænkningen. Vores holdning er, at EU skal bidrage, hvor det giver en europæisk merværdi, f.eks. ved deling af bedste praksis, politisamarbejde og ikke mindst PNR.

Vi er dog samtidig imod, at EU skal fremkomme med detailregulering, f.eks. om håndtering af radikaliserende i fængslerne. Her mener vi, at landenes egne myndigheder bedst ved, hvordan man imødegår dette problem.

Men vi er enige i, at vi skal lære af hinanden i Europa, at vi skal stå sammen, og at vi skal samarbejde mod dette fælles onde. Derfor har vi stemt for betænkningen, og fordi signalet fra Europa-Parlamentet om, at vi skal samarbejde om anti-radikalisering, er vigtigt.

Bernd Kölmel (ECR), schriftlich. – Der Bericht führt verschiedene Maßnahmen auf, welche auf europäischer Ebene zur Bekämpfung des Terrorismus ergriffen werden sollten. Gerade die jüngsten Terroranschläge von Paris haben die Dringlichkeit solcher Maßnahmen aufgezeigt. Der Bericht geht insbesondere auf die Verhinderung der Radikalisierung und Anwerbung von EU-Bürgern durch terroristische Organisationen ein und fordert hierzu einen Aktionsplan von Seiten der Kommission. Dabei beleuchtet der Berichterstatter unter anderem das Problem, dass Radikalisierungen oftmals in überfüllten Gefängnissen stattfinden, weshalb hier Leitlinien und Schulungen zugunsten des Personals sowie pädagogische Programme für Häftlinge zur Verhinderung von Radikalisierungen in Gefängnissen umgesetzt werden sollen. Weitere Handlungsfelder sind die Bekämpfung von Anwerbungen im Netz, Schulungen in Bildungseinrichtungen, die Notwendigkeit einer EU-Richtlinie über Fluggastdatensätze sowie die intensivere Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden in den Mitgliedstaaten im Rahmen bestehender Systeme. Dazu gehören beispielsweise das Schengener Informationssystem SIS sowie weitere Plattformen.

Da die vorgeschlagenen Maßnahmen der Wahrung von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Europa dienen, habe ich diesem Bericht zugestimmt.

Ádám Kósa (PPE), írásban. – A párizsi terrortámadások nyilvánvalóvá tették, hogy az Európai Uniónak cselekednie kell a terrorizmus elleni küzdelem terén és az uniós polgárok radikalizálódásának megelőzése érdekében. Noha a radikalizálódás elleni küzdelem továbbra is elsődleges a tagállamok hatáskörébe tartozik, összehangolt európai megközelítésre van szükség.

Becslések szerint több mint ötezer azon európai polgárok száma, akik Irakba és Szíriába utaztak azzal a céllal, hogy terrorista szervezetek általi kiképzésben vegyenek részt. Mindez tényleges biztonsági fenyegetést jelent egész Európa számára.

Önmagában büntetőintézkedések már nem elegendőek. Az Uniónak a megelőzésen alapuló új stratégiára van szüksége. Mivel e jelentés a hangsúlyt az európai polgárok radikalizálódásával és terrorista szervezetek általi toborzásával kapcsolatban a proaktív szemléletre helyezi, a FIDESZ néppárti delegációja tagjaként szavazatommal támogattam.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), in writing. – This report is on the prevention of radicalisation of European citizens by terrorist organisation. The rapporteur made a lot of compromises; however some of GUE/NGL red lines were not included in the report such as the request to enhanced control of EU's external borders or full cooperation with third countries. Furthermore, I am also against the idea to recruit religious priests for pedagogical role in the prisons. Even if the report tries to give a response on how to prevent radicalisation, I am not in the position to support it.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), na piśmie. – Terroryzm i radykalizacja to problemy o charakterze jednocześnie ponadnarodowym i wewnętrznym – żaden kraj UE nie jest wolny od zagrożenia, którego źródło nie pochodzi już jedynie z zewnątrz, ale od zradyzalizowanych grup w samej Unii. Dlatego skuteczna walka z tymi zjawiskami możliwa jest jedynie poprzez wspólną unijną strategię, która musi opierać się na prewencji. Jeżeli Unia chce podtrzymać wartości leżące u samych podstaw integracji – takie jak swobodny przepływ osób – musi wypracować strategię wczesnego reagowania przeciwko przejawom radykalizacji i mowy nienawiści oraz wypracować politykę upowszechnienia tolerancji i włączenia społecznego.

Zgadzam się z autorką sprawozdania dotyczącego zapobiegania radykalizacji oraz rekrutacji obywateli europejskich przez organizacje terrorystyczne, która mówi, że internet stał się wirtualnym obozem treningowym dla radykałów oraz przestrzenią rekrutacji i radykalizacji potencjalnych naśladowców. Wypracowanie kontroli, przy pełnym poszanowaniu wolności słowa i prawa do prywatności, nad treściami szerzącymi nienawiść przy współpracy firm internetowych stanowi jeden element strategii. Przede wszystkim jednak potrzebne jest podejście systemowe polegające na wczesnym zapobieganiu przez upowszechnienie tolerancji dla różnorodności poprzez edukację formalną, szkolenia i kampanie społeczne w całej Unii. Równie ważne jest tu prowadzenie polityki opartej na sprawiedliwości społecznej, by wspierać

integrację i spójność społeczną, która zapobiega wykluczeniu sprzyjającemu radykalizacji.

Илхан Кючюк (ALDE), *в писмена форма*. – Уважаеми колеги, подкрепих доклада, защото ЕС трябва да вложи целия си ресурс, за да предотврати радикализма и екстремизма в Европа, които непрекъснато се разрастват. Над 5000 млади европейски граждани са се присъединили към различни терористични организации и трагичните събития от последните дни подчертаха нуждата от координирани действия на страните членки, за да възстановим мултикултурния модел на Европа.

Вече е повече от ясно, че задържането на проблемите далеч от нашите граници не ги държи далеч от нашия дневен ред. Напротив, радикализмът и тероризмът се явяват глобална заплаха и ние трябва да подобрим обмена на информация между националните служби за сигурност и Европол, за да може заподозрените да бъдат по-добре откривани и следени.

Също така, необходимо е да предложим успешен интеграционен модел на всички европейски граждани, склонни към радикализация. Той трябва да обхваща областите на образованието, социалното включване, борбата срещу дискриминацията, межкултурния и междурелигиозния диалог.

Alexander Graf Lambsdorff (ALDE), *schriftlich*. – Die FDP im EP befürwortet die Grundausrichtung des Berichts. Allerdings lehnen wir die Einführung einer PNR-Richtlinie ab. Deshalb haben wir gegen den Bericht gestimmt. Das Problem in Europa sind nicht zu wenig Sicherheitsdienste oder unzureichende Listen von verdächtigen Personen. Das Problem liegt vielmehr in einer mangelnden Zusammenarbeit innerhalb der EU bei der Terrorabwehr.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Gli attacchi terroristici avvenuti all'inizio del 2015 insieme a quanto accaduto recentemente a Parigi ci inducono ad agire con ancora più forza e determinazione sul fronte della lotta contro il terrorismo e della prevenzione della radicalizzazione dei cittadini europei.

La relazione mette in luce dati preoccupanti concernenti il numero dei cittadini europei che sono partiti per l'Iraq e la Siria (5 000) con il proposito di combattere al fianco di organizzazioni terroristiche. Ho deciso di dare parere positivo alla relazione, poiché credo sia fondamentale approfondire il massimo impegno in una strategia efficace e risolutiva del problema. È di fondamentale importanza fare quanto in nostro potere per evitare che i concittadini europei vengano reclutati da qualsiasi organizzazione terroristica.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – La coopération européenne étant plus nécessaire que jamais face à la menace que représente le terrorisme islamiste, j'ai approuvé le rapport de ma collègue Rachida DATI sur la prévention de la radicalisation et du recrutement de citoyens de l'Union européenne par des organisations terroristes.

En effet, en sus de la mise en place du PNR européen (soutenue par les députés du groupe PPE, mais longtemps bloquée par une coalition hétéroclite regroupant les députés européens socialistes français et les élus du Front National), de l'endigement de la radicalisation en prison à travers, notamment, la formation des représentants et responsables religieux, et des contrôles systématiques aux frontières extérieures de l'Union, ce rapport d'initiative préconise également un certain nombre de mesures propres selon nous à assécher le financement du terrorisme.

Nous appelons à contraindre les associations à rendre publics leurs financements étrangers, ainsi qu'à l'instauration d'une responsabilité pénale des géants du net diffusant les discours faisant l'apologie du terrorisme. De fait, l'internet étant un des principaux vecteurs de la radicalisation islamiste, et tout particulièrement chez les jeunes, j'estime qu'il est urgent de responsabiliser les géants de l'internet face aux risques impliqués par la diffusion de ces discours de haine.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport de Rachida Dati sur la prévention du radicalisme est d'une terrible actualité, après les attaques de Paris et Saint-Denis.

Le texte demande que des procédures communes soient mises en place, telles que la confiscation des passeports des Européens voulant se rendre dans les zones de conflits ou la mise sous contrôle judiciaire, à son retour, de tout citoyen européen parti combattre à l'étranger, avec, si nécessaire, placement en rétention administrative en attendant de futures poursuites pénales.

Concernant la prévention, il appelle à un contrôle plus strict des contenus sur internet diffusant un «extrémisme violent» accompagné d'une responsabilité légale des sociétés d'internet et des fournisseurs d'accès. Un travail d'éducation et d'inclusion sociale de la part des États est recommandé pour prévenir les comportements de radicalisation.

Le travail de coordination, de coopération des agences de renseignements et des services de sécurité nationaux est fortement encouragé, notamment via les systèmes européens d'information comme le système Schengen, le futur PNR, et les agences européennes.

Ces mesures ne recueillent pas ma totale approbation. J'ai cependant soutenu ce texte, car il est nécessaire de faire front commun et surtout de soutenir toute initiative promouvant une coordination européenne qui nous a fait cruellement défaut.

Marine Le Pen (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre le rapport sur la prévention de la radicalisation et du recrutement de citoyens de l'Union par des organisations terroristes, et ce, pour plusieurs raisons.

Tout d'abord, ce rapport relativise le rôle du fondamentalisme islamiste dans les problèmes auxquels nous sommes confrontés. Comment veut-on gagner une lutte quand on n'a même pas le courage de désigner l'ennemi ? Le paragraphe 1, par exemple, «souligne que le terrorisme ne peut et ne doit être associé à aucune religion, nationalité ou civilisation.»

Le rapport prône des solutions communautaristes et européistes. Il est partisan de l'introduction des PNR, système liberticide et inefficace qui s'inscrit dans la logique de la surveillance de masse. Chaque citoyen des États membres est donc considéré comme un terroriste potentiel, alors qu'une approche ciblée des groupes à risque serait beaucoup plus efficace.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport, car il manque de courage en n'osant pas dénoncer la spécificité de la radicalisation islamiste. Bien au contraire, il la relativise en estimant que ce n'est qu'une forme de radicalisation parmi d'autres. C'est indécent quand on sait que 130 personnes viennent d'être massacrées à Paris par des islamistes.

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – Ce texte, dont le rapporteur n'était autre que Rachida Dati, est un concentré de politiquement correct, de communautarisme et d'européisme. Restant sur des lieux communs, éludant des vérités parfois évidentes, il ne remet pas un instant en cause l'Espace Schengen et ses frontières ouvertes.

Par ailleurs, il réaffirme l'engagement de l'Union européenne à œuvrer pour une directive sur la constitution de dossiers de données personnelles des passagers aériens (PNR), une idée à laquelle je suis farouchement opposé.

Comme la quasi-majorité de notre groupe Europe des Nations et des Libertés, j'ai voté contre ce rapport.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque supone un ejercicio oportuno sobre lo que puede hacer Europa para prevenir que ciudadanos europeos sean radicalizados, especialmente en la red, y reclutados por organizaciones terroristas.

Tenemos que aprender a intervenir los contenidos en la red que instigan al extremismo violento; a intervenir también la socialización del terror en las cárceles; a prevenir no solamente el tráfico de armas, a través de esos medios sofisticados, sino la financiación de ese adoctrinamiento; y a congelar sus activos, todo ello a escala europea.

Debemos aprender a cooperar policialmente para compartir información sobre esos 5 000 europeos que han entrado y salido después de haber sido entrenados para el terrorismo en algún lugar extranjero. Pero también debemos denunciar que la austeridad y el derrumbamiento de las políticas de educación, inclusión e integración en barrios marginados y colectivos especialmente vulnerables han hecho que muchos jóvenes europeos se muestren dispuestos a embarcarse en esa enloquecida espiral de violencia destructiva y autodestructiva, y se declaren dispuestos no solamente a matar, sino a morir matando.

Este es el desafío que debemos resolver. Espero que este informe otorgue valor añadido europeo al terrible reto que el terrorismo supone para Europa.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del informe sobre la prevención de la radicalización y el reclutamiento de ciudadanos europeos por organizaciones terroristas puesto que está hecho desde el principio sin la voluntad de acudir a la raíz de la desigualdad, la ausencia de perspectivas y alternativas, y la xenofobia, que empuja a la juventud hacia este tipo de posiciones, sino que simplemente pretende estigmatizar a colectivos enteros. Contra el terrorismo no valen atajos, y eso es justo lo que pretende este informe a través de la recomendación de medidas de carácter populista. Además, se potencia la labor de agencias europeas como Europol, totalmente opaca al escrutinio de la ciudadanía y las instituciones, y se refuerzan sus lazos con países con escasas garantías de respetar los derechos humanos como las monarquías teocráticas del golfo Pérsico. También se pretenden recortar derechos y libertades en la red, pues recomienda la posibilidad de eliminar contenidos de internet sin orden judicial previa. Otra de mis preocupaciones está en lo relativo a lo penal, pues apuesta por permitir la segregación de presos sobre la base de su origen cultural. Estos, entre otros, son los principales motivos por los que he votado en contra.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht führt verschiedene Maßnahmen auf, welche auf europäischer Ebene zur Bekämpfung des Terrorismus ergriffen werden sollten. Gerade die jüngsten Terroranschläge von Paris haben die Dringlichkeit solcher Maßnahmen aufgezeigt. Der Bericht geht insbesondere auf die Verhinderung der Radikalisierung und Anwerbung von EU-Bürgern durch terroristische Organisationen ein und fordert hierzu einen Aktionsplan von Seiten der Kommission. Dabei beleuchtet der Berichtersteller unter anderem das Problem, dass Radikalisierungen oftmals in überfüllten Gefängnissen stattfinden, weshalb hier Leitlinien und Schulungen zugunsten des Personals sowie pädagogische Programme für Häftlinge zur Verhinderung von Radikalisierungen in Gefängnissen umgesetzt werden sollen. Weitere Handlungsfelder sind die Bekämpfung von Anwerbungen im Netz, Schulungen in Bildungseinrichtungen, die Notwendigkeit einer EU-Richtlinie über Fluggastdatensätze sowie die intensivere Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden in den Mitgliedstaaten im Rahmen bestehender Systeme. Dazu gehören beispielsweise das Schengener Informationssystem SIS sowie weitere Plattformen.

Da die vorgeschlagenen Maßnahmen der Wahrung von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Europa dienen, habe ich diesem Bericht zugestimmt.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), *na piśmie*. – Ostatnie tragiczne wydarzenia w Paryżu oraz wzmożona akcja policji i wojska na ulicach Brukseli powinna nam wszystkim uświadomić, jak ważnym i groźnym problemem jest wciąż rozrastający się terroryzm. Zjawisko, które można zwalczyć tylko i wyłącznie działając razem. Jedną z podstawowych wartości i idei Unii Europejskiej jest – obecnie bardzo pożądane – wspólne bezpieczeństwo.

Bardzo cieszę się z realizacji tego założenia, które przełożyło się na przygotowanie rezolucji dot. zapobiegania radykalizacji i rekrutacji obywateli przez organizacje terrorystyczne. Głosując za jej przyjęciem, w pełni popieram zawarte w niej przesłanie i konkretne rozwiązania, będące odpowiedzią na zjawisko akceptowania przez ludzi opinii, poglądów i idei, które propagują nietolerancję i często prowadzą do ekstremizmu. Szacuje się, że około 5000 obywateli europejskich wyjechało walczyć w szeregach organizacji terrorystycznych w Iraku i Syrii. Dlatego też nasze działania nie mogą być tylko i wyłącznie działaniami represyjnymi.

Chcę wyrazić swoją aprobatę dla strategii opartej w większym stopniu na zapobieganiu. Takie kroki prewencyjne jak edukacja, przeciwdziałanie brutalnemu ekstremizmowi i terrorystycznej radykalizacji w więzieniach oraz w internecie, lepsza wymiana informacji na ten temat, a także zacieśnianie powiązań między bezpieczeństwem wewnętrznym i zewnętrznym UE, będą pomocnym narzędziem we wspólnej walce z terroryzmem. Cieszę się, że Parlament znów opowiedział się za bezpieczeństwem milionów obywateli UE.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Nesouhlasím s tím, aby „byl harmonizován přístup k definování trestného činu verbálního projevu nenávisti on-line a off-line, jimiž radikální podnětují ostatní k neúctě vůči základním právům a k jejich porušování“ a s tím „přidat tento konkrétní trestný čin do příslušných rámcových rozhodnutí Rady“. EU možná tento trestný čin chce uplatňovat na nenávistné projevy a výzvy k násilí ze strany radikálních islamistů, ale může to být dvojsečné a může to dopadnout i na kritiky islámu. Podle mého soudu by mělo být trestné jen navádění k násilí, ale nikdy ne samotná kritika nebo karikatura náboženství. Nesouhlasím se zavedením „vzdělávacích programů s cílem mobilizovat, školit a vytvářet síť mladých aktivistů“. Je to naprosto pomýlený a zoufalý přístup EU k hrozbám terorismu.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Povećana učestalost terorističkih napada naglasila je potrebu za poduzimanjem protuterorističkih mjera uključujući suzbijanje novačenja građana Europske unije u terorističke organizacije te suzbijanje radikalizacije. Radikalizaciju ne treba povezivati ni s jednom ideologijom ili vjerom jer se ona može pojaviti u bilo kojoj od njih. Jačanjem terorizma pojačala se netolerancija prema etničkim i vjerskim zajednicama u nekoliko europskih država članica.

Okosnica politika Unije moraju biti ljudska prava. Potrebno je uspostaviti ravnotežu između javne sigurnosti i poštovanja temeljnih prava. Stoga sam podržala izvješće zastupnice Rachide Dati jer su se dosadašnje mjere pokazale neučinkovite s obzirom na povećanje opasnosti od terorizma. Potrebna je nova strategija zaštite i prevencije koja podrazumijeva suradnju svih država članica kao i susjednih zemalja.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Udalosti posledných mesiacov a neschopnosť Únie a niektorých jej členských štátov ochrániť svojich obyvateľov poukazujú na vážne zlyhania politík EÚ. Štáty nezvládli svoju základnú úlohu. Nedostatočná azylová politika, nezvládnutie prílivu migrantov, nedostatočné riešenie problémov chudoby v EÚ a vo svete môžu mať v blízkej budúcnosti veľmi ťažké dopady na ľudí na celom svete. Nielen vojna plodí chudobu a násilie, platí to aj naopak. Navrhované opatrenia môžu priniesť svoje výsledky len vtedy, ak si všetci uvedomíme zodpovednosť za ľudstvo na Zemi a ak všetky dotknuté orgány budú zodpovedne pristupovať k zavedeniu týchto opatrení. Zdroje vyčlenené na tieto opatrenia sa nesmú stať predmetom korupcie a rôznych špekulácií.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόληψη της ριζοσπαστικοποίησης και τη στρατολόγηση ευρωπαίων πολιτών από τρομοκρατικές οργανώσεις, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 24/11/2015.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Dominique Martin a voté contre texte. Notre groupe ENF a déposé beaucoup d'amendements sur ce texte pour tenter de le remettre dans le droit chemin. Comme nous nous en doutions, aucun n'est passé. Nous nous retrouvons donc face à un texte caricatural de politiquement correct, de communautarisme et d'européisme.

L'inutilité, pire la dangerosité, de ce texte est si flagrante que nous préférons nous y opposer.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this report and welcome that it emphasises that terrorism cannot and should not be associated with any specific religion, nationality or civilisation.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o zprávě, která pojednává o velice aktuálním tématu, o prevenci radikalizace a nájímání evropských občanů teroristickými organizacemi. Jde o velice složité téma. S mnohými body ve zprávě se ztotožňuji, např. souhlasím s tím, že musíme bojovat proti černému trhu se zbraněmi, černému trhu s ropou, což představuje pro teroristické organizace klíčový zdroj příjmů, dále souhlasím s tím, že ti, kdo odešli do Sýrie nebo Iráku, aby se připojili k teroristickým organizacím nebo je podpořili, by neměli být vpuštěni zpět do EU. Pak jsou ale ve zprávě myšlenky, s nimiž nemohu souhlasit, např. snaha naprosto omezovat svobodu internetu či volání po urgentním přijetí směrnice o výměně dat pasažérů v letecké dopravě. Rovněž nesouhlasím s tím, že se vyzdvihuje pouze teroristický čin provedený nedávno v Paříži, ale už se nepřipomíná např. sestřelení ruského letounu na Sinaji. Zprávu jsem proto nemohl plně podpořit, v konečném hlasování jsem se zdržel.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – I gravi attacchi terroristici perpetrati di recente in Francia, Belgio, Tunisia e a Copenaghen evidenziano la preoccupante e continuativa presenza del fenomeno, in particolare in quegli Stati membri che sono stati impegnati militarmente, o che lo sono tutt'ora, in operazioni extra UE, in Medio Oriente e in Africa.

La relazione, che ha il mio pieno appoggio, mira alla prevenzione dell'estremismo terroristico tramite la lotta contro la discriminazione in generale, l'islamofobia e l'antisemitismo in particolare. Molto importante altresì è il ruolo dell'istruzione e delle campagne di sensibilizzazione del pubblico nell'impegno volto a prevenire la radicalizzazione su Internet, posto che proprio Internet, se da un lato è stato utilizzato dalle organizzazioni terroristiche per fini formativi, dall'altro può rappresentare una piattaforma efficace per la diffusione di discorsi di rispetto dei diritti umani e di opposizione alla violenza, attraverso, ad esempio, la diffusione di programmi di informazione online.

Di pari importanza, sottolinea la relazione dell'onorevole Dati, è la diffusione di programmi di istruzione inclusivi. Infine, la relazione sottolinea come sistemi di coordinamento e di scambio di informazioni tra le autorità siano di fondamentale importanza per un più efficace contrasto del fenomeno terroristico in seno agli Stati membri.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – Les terribles événements qui ont touché notre pays ont achevé de souligner l'impérieuse nécessité pour l'Union européenne de lutter de façon préventive contre la radicalisation d'un nombre grandissant de citoyens européens (on estime à 5 000 le nombre d'entre eux qui ont rejoint des organisations comme Daesh). Il est donc primordial de s'attaquer aux causes, multiples et complexes, qui poussent certains ressortissants européens à se radicaliser, en y fournissant des réponses globales et adaptées.

De manière relativement étonnante – si l'on compare le contenu du texte aux régulières saillies électoralistes de ses collègues «républicains» — un certain nombre de propositions convaincantes figurent dans le rapport d'initiative de M^{me} Dati, certes largement amendé par la gauche européenne.

Je partage son ambition de lutter contre le retour des «combattants étrangers», tout en menant une stratégie de prévention qui se concentre de manière simultanée sur les écoles, les prisons, ou encore internet. J'ai d'ailleurs soutenu un amendement qui propose d'engager la responsabilité pénale des fournisseurs d'internet qui refusent, suite à une demande judiciaire, de supprimer des messages faisant l'apologie du terrorisme.

J'ai voté pour ce rapport qui, face au terrorisme, propose de solides garanties de respect de l'État de droit.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραφτιώς*. – Μετά τις πρόσφατες εξελίξεις στο θέμα της τρομοκρατίας με αποκορύφωμα τον τραγικό θάνατο 130 ανθρώπων στο Παρίσι τον προηγούμενο μήνα, διαφάνηκε η επιτακτική ανάγκη υιοθέτησης νέων μέτρων για την καταπολέμηση και την πρόληψη της ριζοσπαστικοποίησης και της στρατολόγησης ευρωπαϊών πολιτών σε τρομοκρατικές οργανώσεις.

Είναι βέβαιο ότι μια συντονισμένη ευρωπαϊκή προσπάθεια θα είναι πιο αποτελεσματική από την αποκεντρωμένη προσπάθεια που καταβάλλεται ξεχωριστά από κάθε κράτος-μέλος. Επομένως, στηρίζω το συγκεκριμένο ψήφισμα για να οικοδομηθεί μια νέα βάση και ένα γενικό συνολικό πλαίσιο μέσα στο οποίο θα μπορέσουμε να κινηθούμε στο προσεχές μέλλον για την δραστική καταπολέμηση της τρομοκρατίας και των διάφορων παρακλαδιών της.

Κατανοώντας τις συνέπειες και την αυξανόμενη απειλή της βίαιης ριζοσπαστικοποίησης και υιοθέτησης εξτρεμιστικών ιδεών από Ευρωπαίους πολίτες και συνυπολογίζοντας το γεγονός ότι 5.000 περίπου πολίτες στρατολογούνται κάθε χρόνο στα τάγματα του Ισλαμικού Κράτους, θεωρώ αναγκαίο να ακολουθηθούν βελτιωμένες πρακτικές με άμεση επιδίωξη την πρόληψη και απώτερο στόχο την επίτευξη διεθνούς ειρήνης και ασφάλειας. Τέτοιες πρακτικές μπορούν να αποτελέσουν η άμεση και αποτελεσματική ανταλλαγή πληροφοριών, ο συντονισμός στρατηγικών μεταξύ των κρατών, ο εκσυγχρονισμός των εθνικών πολιτικών και επικέντρωση σε πηγές και μέσα επηρεασμού όπως είναι το διαδίκτυο. Φυσικά, η ασφάλεια προϋποθέτει την με κάθε μέσο εκρίζωση φαινομένων όπως το ISIS.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Effektive Präventivmaßnahmen gegen Terrorismus sind in diesem Bericht nur Randerscheinungen. Grundlegende Ursachen und Symptome von Radikalisierung werden negiert. Der Bericht schrammt an der wahren Problematik vorbei. Daher lehne ich diesen Bericht ab.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport instrumentalise l'émotion suite aux terribles attaques de Paris. La droite et les sociaux-démocrates tentent de nous faire adopter la directive sur l'échange de données sur les passagers aériens (PNR) refusée depuis plusieurs années.

Cela prépare un croisement tous azimuts des données personnelles de l'ensemble de la population, sans aucune efficacité contre les menaces d'attentat. Le rapport fait lamentablement le lien entre flux de migrants et terroristes alors que le seul «étranger» des attaques de Paris était Belge. Pire, entre Imams et radicalisation des prisonniers.

M^{me} Dati reconnaît les erreurs de son gouvernement sur la «surpopulation carcérale», alors même qu'elle a activement soutenu les coupes budgétaires dans la justice. Elle reconnaît le rôle crucial des enseignants, néanmoins invités à jouer les policiers en repérant de potentiels terroristes. Je note que, enfin, on souligne la nécessité de lutter contre le financement de Daesh via des pays du Golfe qui soutiennent le terrorisme.

Je vote contre ce rapport et ses amendements à la hâte profitant de l'émotion pour faire passer un arsenal répressif sans aucune efficacité prouvée face à la menace que nous affrontons.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce rapport très attendu était porteur d'espoir, mais il s'avère être très décevant.

En effet, malgré le climat actuel, ce texte fait toujours preuve d'angélisme à l'égard de l'islamisme radical en prônant la mise en place de procédés socio-éducatifs. Par exemple, le rapport propose de «faire appel à des tuteurs ou à des assistants conseillers dans le processus de déradicalisation des citoyens de l'Union revenus de zones de combats d'après l'expérience qu'ils ont vécue, de manière à les soutenir dans leur réintégration dans la société».

Le Front National estime ces mesures très dangereuses pour notre société. Par ailleurs, il s'oppose au PNR, un projet liberticide et inefficace. Le député vote ainsi contre ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – É fundamental uma ação concertada a nível europeu para prevenir a radicalização e o recrutamento de cidadãos europeus por organizações terroristas. Mas essa prevenção passa também por uma cooperação mais reforçada, por um maior e efetivo controlo e pela existência de instrumentos que permitam lutar contra o terrorismo.

A União Europeia precisa de um registo de identificação dos passageiros (PNR), precisa da regulamentação das *Smart Borders*, que irão permitir um controlo mais efetivo e rigoroso, precisa de concertar esforços na troca de informações entre as autoridades nacionais e precisa de um acompanhamento da proliferação das redes sociais e do recrutamento de cidadãos europeus que é desenvolvido por essa via.

Não basta dizer que não cederemos ao medo. É preciso agir. Temos de combater para eliminar o extremismo que atenta contra os nossos valores, o nosso modo de vida, a nossa existência. Não podemos ser sequestrados na nossa própria casa.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – This report makes recommendations on an EU strategy to prevent the radicalisation and recruitment of EU citizens which encompasses a wide variety of proposals from recruitment on the internet, to education as well as highlighting the need for the exchange of information between Member States. I voted in favour of this report as a cohesive strategy is needed within the EU.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Útoky v Paríži a ich obeť sú pre nás doslova neprehliadnuteľnou výzvou urobiť všetko proti radikalizácii Európanov terorizmom a tomu, aby došlo k jeho globálnemu šíreniu. V situácii, keď sa odhaduje, že viac ako 5 000 občanov Európy odišlo bojovať po boku teroristických organizácií do Iraku a Sýrie, považujem správu o prevencii radikalizácie a náboru európskych občanov teroristickými organizáciami za viac než dôležitú. V súvislosti so všetkými technickými opatreniami, ktoré majú riešiť už následok toho, že k radikalizácii došlo a obmedziť riziká z toho plynúce, sa však treba naozaj dôsledne držať aj hlavnej myšlienky tejto správy, a to je prevencia tohto javu. V tejto súvislosti si veľmi vážne treba položiť otázky týkajúce sa jeho príčin. Jednou z nich je aj štatistika, podľa ktorej je depresia odrazu prvou príčinou zdravotných problémov mladých medzi 10 až 19 rokmi. Hľadáme súvislosti, napríklad aj so stratou rodinného odovzdávania hodnôt, a bezbrehého relativizmu, ktorý sa čoraz intenzívnejšie stáva princípom politických rozhodnutí v Európe.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I have voted in favour of the report on the prevention of radicalisation and recruitment of European citizens by terrorist organisations, which aims to make recommendations on an EU strategy to prevent the radicalisation of European citizens. The quickening pace of this phenomenon means that law enforcement measures are no longer sufficient and therefore this report recommends adopting a complementary strategy based more on prevention. That is why I have voted in favour.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Állampolgári Jogi, Bel- és Igazságügyi Bizottság jelentése leszögezi: az európai polgárok radikalizálódása tényleges biztonsági fenyegetést jelent Európa, az uniós tagállamok és a szomszédos országok számára. E jelenség felgyorsulásával szemben büntető intézkedések már nem elegendők, összehangolt európai megközelítésre van szükség annak érdekében, hogy eredményesen fel lehessen venni a küzdelmet azzal a veszéllyel szemben, amelyet e radikalizálódott – és európai területen szabad mozgással rendelkező – európai polgárok jelentenek.

A jelentés az európai polgárok radikalizálódásának és terrorista szervezetek általi toborzásának megelőzésével foglalkozik. Az európai polgárok radikalizálódásának és toborzásának megelőzésére irányuló európai stratégiára vonatkozóan fogalmaz meg ajánlásokat.

Az előterjesztést megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Os últimos atentados perpetrados em Paris colocam, uma vez mais, em evidência uma lacuna na segurança interna dos Estados pela presença e circulação dentro do espaço Schengen de cidadãos europeus combatentes e pelos recrutamentos por organizações terroristas. Os atentados no Mali e na Tunísia mostram que a insegurança é um problema mundial.

É, por isso, necessário que a União atue de forma coordenada e conjunta com os Estados-Membros e outras organizações na prevenção do recrutamento de cidadãos europeus para as fileiras de organizações terroristas, como o Daesh. Estima-se que já tenham ingressado mais de 5000 europeus, oriundos maioritariamente da Bélgica e de França.

Este documento serve como recomendação para a futura Estratégia Europeia sobre esta temática. É referida a necessidade de as autoridades assegurarem um controlo mais rigoroso sobre a Internet e *websites* que incitem ao ódio, bem como a necessidade de fomentar um papel de prevenção junto da população reclusa, o papel da educação e da escola, a partilha de informações entre os serviços de inteligência, o controlo das fronteiras externas para a prevenção e antecipação do regresso de cidadãos recrutados e o devido acompanhamento destes cidadãos.

Votei a favor, por acreditar na necessidade de um diálogo intercultural e de mais coordenação, porque o terrorismo não é religião, não é nenhuma civilização ou nacionalidade.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Dati fait montre d'un angélisme et d'un politiquement correct inouïs. En effet, il promet toujours plus de communautarisme et d'eupéisme pour lutter contre le terrorisme sans remettre en cause Schengen et l'ouverture totale des frontières. Les dogmes demeurent malgré la gravité de la situation. Il se plie au catéchisme cathodique en affirmant que le terrorisme «ne peut et ne doit être associé à aucune religion, nationalité ou civilisation», ou encore que la «diversité de l'Europe et ses communautés multiculturelles font partie intégrante de son tissu social» alors qu'il est évident que le multiculturalisme conduit à des sociétés multi-confliktuelles.

Par ailleurs, la seule réponse à la radicalisation et au recrutement par des organisations terroristes est le PNR, qui ne concerne que le transport aérien, quand les terroristes des attentats de Paris ont pris d'autres moyens (en particulier la route des migrants) pour rejoindre la France depuis la Syrie.

La torpeur européiste semble inébranlable.

J'ai bien entendu voté contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Les attentats qui ont fait 130 victimes et 350 blessés à Paris le 13 novembre dernier, 17 morts en janvier 2015 également à Paris, ou encore la catastrophe évitée en août dernier dans le train Thalys en Belgique, témoignent de l'absolue nécessité pour l'Union européenne et les États membres de se mobiliser de toute urgence contre celles et ceux qui cherchent à détruire notre espace commun de liberté. Ce texte, qui vise à lutter de manière préventive et judiciaire contre la radicalisation et le recrutement de citoyens de l'Union par des organisations terroristes, appelle notamment à détecter les départs et retours de terroristes en provenance et à destination de l'Union par la mise en place par les États membres des contrôles systématiques et obligatoires prévus aux frontières extérieures de l'Union.

J'ai naturellement voté pour cette mesure, ainsi que pour l'achèvement de la directive sur les dossiers passagers (PNR) avant la fin de l'année 2015. Il est important de noter que, malgré la nécessité évidente de cet instrument de lutte contre le terrorisme, 14 socialistes s'y sont encore opposés, comme la socialiste française Sylvie Guillaume l'avait fait lors du vote en commission le 15 juillet dernier.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – Avec les attaques terroristes de 2015, notre liberté est visée. Toute l'Europe est concernée. J'ai voté en faveur du renforcement de la sécurité des citoyens européens et de la lutte contre la radicalisation: le Passenger Name Record (PNR — échange des données des passagers qui permettra de collecter les déplacements des personnes et sera une précieuse source d'information sur les suspects), du renforcement des contrôles systématiques aux frontières extérieures de l'Union européenne, de la responsabilité pénale des géants du net dans la diffusion des images et des propos favorisant la radicalisation des jeunes et de la lutte contre la radicalisation dans les prisons.

C'est par le développement du renseignement, le renforcement de Frontex, la coopération solide entre les 28 États membres que nous combattons efficacement la radicalisation et le terrorisme.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Tenuto conto delle dimensioni del fenomeno dei combattenti stranieri, che coinvolge più di cinquemila cittadini europei, accolgo con favore la proposta mirante alla prevenzione della radicalizzazione.

L'escalation militare nell'area mediorientale e nordafricana e il perdurare dei conflitti nella regione rendono necessaria un'azione che affianchi, ai tradizionali metodi di perseguimento legale, un'azione concertata a livello europeo che prevenga la radicalizzazione agendo sulle cause. Nonostante, infatti, la competenza in materia spetti agli Stati membri, delle misure credibili ed efficaci contro l'arruolamento non possono che includere un coordinamento strategico a livello europeo, ottenibile attraverso lo scambio, fatto salvo il pieno rispetto delle convenzioni internazionali sui diritti umani, di informazioni e buone pratiche.

Sostengo, inoltre, la raccomandazione alla Commissione europea circa la collaborazione con le istituzioni internazionali e l'approntamento di studi che giungano alla definizione legale del fenomeno di combattente straniero. Altrettanto importante è l'impostazione di linee guida circa la prevenzione e l'isolamento del fenomeno nelle carceri, il cui sovrappollamento ne è mezzo di catalizzazione, e nella rete, intesa come potente piattaforma in grado di veicolare messaggi di odio ed incitamento al fondamentalismo. Infine, sottolineo l'importanza della scuola come mezzo di promozione della tolleranza, educazione civica e strumento di inclusione sociale.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Je n'ai pas pu voter pour ce rapport mais je soutiens pleinement la position du groupe PPE et de la délégation française, qui consiste à adopter ce rapport. Il donne de très bonne piste pour s'attaquer à un problème qui est devenu central, en France notamment, mais qui, au regard du nombre de départs pour la Syrie, touche nombre de pays européens. C'est un excellent rapport qui ne doit cependant pas occulter la nécessité de traiter le problème au niveau national par un retour à une vraie politique d'intégration.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Ebben a nehéz időszakban különösen fontos, hogy az Európai Unió hiteles és aktív szereplőként lépjen fel a terrorizmus elleni harcban. Nem elég magunkat ismételve hangsúlyoznunk a helyzet komolyságát, valamint egy közös, határozott reakció fontosságát. Olyan eszközöket kell teremtenünk, amelyek valódi megoldásokat hoznak, ehhez pedig jó kiindulópontként szolgál ez a jelentés.

Egy ilyen méretű fenyegetésnél már többre van szükség, mint a tagállamok közötti együttműködés, további szövetségeket kell magunk mellé állítanunk, illetve megerősítenünk kapcsolatunkat a már létezőkkel. Úgy gondolom, hogy sikeres lehet az összefogás például Oroszországgal. Ehhez azonban félre kell tennünk ellentéteinket és közös céljainkat kell előtérbe helyeznünk. A terrorizmus elleni harcban mindennél fontosabb szerepet játszik az információkhoz való mielőbbi hozzájutás. Ezért fontos a megfelelő partnerekkel való együttműködés, aminek köszönhetően olyan adatokra tehetünk szert, amelyek segítségével esetleges támadásokat akadályozhatunk meg és terrorista csoportokat leplezhetünk le.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – The terrorist attacks at the start of 2015 highlighted the urgency with which the European Union needed to take action on combating terrorism and preventing the radicalisation of its citizens. I have voted for this report that will make recommendations on an EU strategy to prevent the radicalisation and recruitment of EU citizens.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport deoarece susțin opinia raportorului cu privire la faptul că, fără o abordare coordonată și integrată a cauzelor pentru care atât de mulți oameni aleg calea radicalizării și a terorismului, inclusiv în statele membre, nu vom putea combate efectele acestui fenomen.

Este esențial ca statele să conlucreze în găsirea celor mai bune strategii și să facă schimb de bune practici și de măsuri eficiente ce pot fi aplicate și pe teritoriile altor state.

De asemenea, educația și combaterea discriminării prin incluziunea socială, în special în rândul tinerilor, sunt pietre de temelie în contextul oricărei strategii pentru combaterea radicalizării, a urii și a terorismului, iar acestea trebuie luate în considerare extrem de serios.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem zprávu kolegyně Datiové, která podle mě představuje užitečný příspěvek k řešení palčivého problému evropské bezpečnosti. Její význam spatřuji v tom, že správně pojmenovává slabá místa dnešní právní úpravy, která by měla být vyplněna kvalitní legislativou umožňující účinně bojovat proti hrozbě terorismu a jiným formám závažné trestné činnosti. Za důležité považuji mimo jiné stanovení společné definice „zahraničního bojovníka“ pro účely trestního stíhání osob, které lze takto označit. Vzhledem k rostoucí aktivitě radikálních skupin (nejen islamistů) na internetu je nezbytné zajistit přísnější monitorování internetových stránek podněcujících k nenávisti. V tomto směru vkládám nemalé naděje do nově zřízené jednotky pro oznamování internetového obsahu v rámci Europolu, jejímž úkolem je odhalovat nezákonný obsah a podporovat v tom také členské státy. Myslím, že nižší tolerance k těmto jevům představuje cestu k postupnému zlepšení dnešní situace.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der vorliegende Bericht rangiert von gut gemeinten über naive Vorschläge bis hin zu solchen, die unsere Sicherheit noch weiter gefährden. Ein Beispiel hierfür mag der ernst gemeinte Vorschlag zur Wiedereingliederung islamistischer Rückkehrer sein. Daher habe ich gegen den Bericht gestimmt.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport d'initiative qui relève l'urgence d'agir contre la radicalisation des jeunes européens et leur recrutement par des organisations terroristes, au lendemain des attentats qui ont frappé Paris le 13 novembre 2015.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Euroopa sisejulgeoleku suurim probleem on ELi kodanikest kurjategijad, kes on osalenud ISILi tegevuses Lähis-Idas, ning nende mõttekaaslased. ELi riigid peavad oma õiguses raske kuriteona sätetama reisimise terrorismiakti kavandamise või elluviimise eesmärgil. ISILi ridadesse siirduvate ja sealt naasvate Euroopa Liidu kodanikest võõrvõitlejate kujul on tegemist suure julgeolekuriskiga Euroopale, kuivõrd mingil hetkel naasevad osa nendest inimestest tagasi Euroopasse koos uute sidemete, oskuste ja radikaalsete äärmuslike ideedega. On jõudnud kätte aeg lõpetada sellest probleemist mööda vaatamine ning neil inimestel ei saa lasta miljonite rahu häirida.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Teroro aktai yra viena iš pavojingiausių grėsmių kiekvienai valstybei, demokratijai bei visuomenės saugumui. Pažymėtina, kad teroristų organizacijos aktyviai veikia ES, bando plėstis verbuodamos naujus narius ir laiko ES piliečius savo taikinius. Todėl labai svarbu ypatingą dėmesį skirti radikalėjimo prevencijai ir teroristinių organizacijų vykdomam ES piliečių verbavimui.

Visų pirma, reikia imtis veiksmų, kurie leistų nustatyti ir nubausti ne tik teroristus, bet ir jų verbuotojus, mokytojus, finansuotojus ir išpuolius kurstančių idėjų skleidėjus, taip pat užtikrintų paramą nukentėjusiesiems. Todėl reikalinga daugiašalė sistema bei plačiai taikoma strategija. Radikalėjimą skatinančių veiksmų prevencija turi užtikrinti tinkamą žmogaus teisių apsaugą. Be to, labai svarbu užtikrinti, kad tokios priemonės, kaip kalinių atskyrimas, būtų taikomos tik kiekvieną atvejį įvertinus atskirai ir turėtų būti grindžiamos teismo sprendimu.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), γραπτώς. – Η έκθεση κλιμακώνει την «αντιτρομοκρατική υστερία», βάζοντας στο επίκεντρο τη «ριζοσπαστικοποίηση» που αποτελεί αιχμή του δόρατος της «αντιτρομοκρατικής πολιτικής» της ΕΕ. Ο ριζοσπαστισμός, από έννοια που συνδέεται με τη χειραφέτηση από την αστική ιδεολογία και την πάλη για κοινωνική πρόοδο και αλλαγή, μετατρέπεται από την ΕΕ και το αστικό πολιτικό προσωπικό σε συνώνυμο της «τρομοκρατίας» και της «μισαλλοδοξίας».

Επιβεβαιώνεται ότι πραγματικός στόχος της «πάλης κατά της τρομοκρατίας» δεν είναι οι εγκληματικές συμμορίες «τζιχαντιστών» και άλλα δημιουργήματα της ΕΕ και των συμμάχων της που τα εξόπλισαν και στήριξαν ως όργανα των ιμπεριαλιστικών σχεδίων τους, αλλά το εργατικό λαϊκό κίνημα που αντιπαλεύει την καπιταλιστική βαρβαρότητα.

Για την αντιμετώπιση της «ριζοσπαστικοποίησης» προτείνεται η ενίσχυση του ήδη γιγάντιου πλέγματος καταστολής (Europol, SIS, VIS, «Ευρωπαϊκό Κέντρο Αντιτρομοκρατίας») με νέα μέσα: ειδική υπηρεσία της Europol για την παρακολούθηση του διαδικτύου, ηλεκτρονικό φακέλωμα επιβατών (PNR), ανταλλαγή προσωπικών δεδομένων ανάμεσα στις μυστικές υπηρεσίες, ανοιχτές τηλεφωνικές γραμμές που προσκαλούν τους εργαζόμενους να γίνουν χαφιέδες, μετατροπή της εκπαίδευσης σε όργανο προπαγάνδας των «αξιών» της ΕΕ και των εκπαιδευτικών σε καταδότες «κάθε ανησυχητικής μεταβολής στη συμπεριφορά» των μαθητών!

Οι λαοί πρέπει με την πάλη τους να αποτρέψουν το εφιαλτικό σχέδιο που προετοιμάζουν ΕΕ και κυβερνήσεις για την καταστολή των δικαιωμάτων και των αγώνων τους.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D), γραπτώς. – Υιοθετήσαμε σήμερα την έκθεση για την πρόληψη της ριζοσπαστικοποίησης και της στρατολόγησης ευρωπαίων πολιτών από τρομοκρατικές οργανώσεις η οποία προβλέπει συγκεκριμένες προτάσεις για μια ολοκληρωμένη στρατηγική καταπολέμησης του εξτρεμισμού, η οποία θα πρέπει κυρίως να εφαρμοστεί στο διαδίκτυο, στις φυλακές καθώς και μέσω της εκπαίδευσης και της κοινωνικής ένταξης.

Το φαινόμενο των μαχητών που ταξιδεύουν από την Ευρώπη σε διάφορα μέρη του κόσμου για να συμμετάσχουν στην τζιχάντ όχι μόνο ενισχύεται, αλλά αναμένεται να συνεχιστεί τα επόμενα χρόνια. Επιπλέον, οι πρόσφατες τρομοκρατικές επιθέσεις, σε Παρίσι, Βηρυτό, Μάλι, Τυνησία δείχνουν ότι δεν είναι μόνο η Ευρώπη στο στόχαστρο της τρομοκρατίας, αλλά ολόκληρη η διεθνής κοινότητα. Η διάλυση Ιράκ, Συρίας, Λιβύης οδήγησε στην έξαρση της τρομοκρατίας και της ριζοσπαστικοποίησης.

Ενόψει της διόγκωσης του φαινομένου αυτού, τα μέτρα καταστολής δεν επαρκούν πλέον. Το πιο σημαντικό είναι η ριζική καταπολέμηση των τρομοκρατών εκεί που εκπαιδεύονται. Εάν η διεθνής κοινότητα επιδώκει την εξάλειψη της τρομοκρατίας πρέπει να υπάρχει ειλικρίνεια μεταξύ ημών. Πρέπει να στραφούμε σε αυτούς που εξόπλισαν τον ISIS στρατιωτικά, οικονομικά και πολιτικά.

Margot Parker (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report as it calls for yet more EU interference, legislation and agencies. The report included paragraphs such as the principle that 'foreign fighters' should be allowed to return to Europe; that national education systems and religious leaders should promote EU values; that the Commission should create EU guidelines for prisons, and also called for an EU definition of 'hate speech', which would no doubt mean anyone who criticise the EU or the free movement of people. One of the biggest issues is that the EU's free movement of people is allowing terrorists and weapons to move freely across Europe unchecked. UKIP is not against individual countries working together and sharing intelligence to catch terrorists, but in order to protect our country we must leave the EU and reinstate sensible border controls with European countries to stop this open door immigration.

Aldo Patriciello (PPE), per iscritto. – Gli attacchi di Parigi e la situazione tesa di Bruxelles hanno dimostrato come la minaccia terrorista in Europa sia grave, reale e pericolosa. È chiaro che l'Unione europea deve fare di più per far sì che atti barbari come quelli del 13 novembre non possano più verificarsi. Sono convinto che le uniche armi a nostra disposizione siano un maggiore coordinamento dei servizi di intelligence europei per combattere la radicalizzazione dei cittadini europei e, dall'altro lato, azioni volte ad una migliore inclusione sociale di tutti quei soggetti potenzialmente emarginabili e manipolabili di associazioni terroristiche. È per queste motivazioni che voto favorevolmente.

Eva Paunova (PPE), *in writing*. – Given the recent times of turmoil, the focus of this report is of even greater importance than ever before. An estimated 5 000 European citizens have joined terrorist organisations fighting in Iraq and Syria and it is crucial for us to take the precautions needed to prevent the radicalization and recruitment of European citizens by terrorist organizations. Adopting a report on this issue reflects the commitment of the European Parliament to tackling radicalisation and taking further precautions against terrorist threats.

Alojz Peterle (PPE), *in writing*. – I strongly support Rachida Dati on creating environments to prevent that religion, an expression of an individual's search of gratefulness, plenitude and love is being used as an excuse for barbarism, regression and terrorism. It is also in our endeavours the chance to foster the creation of environments that would avoid radicalisation by encouraging constructive dialogue among different faiths and religions.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Prema podacima od 2012. do kraja 2014. oko 250 državljana iz nama susjedne Bosne i Hercegovine otišlo je u borbe pod zastavom ISIL-a u Siriji i Iraku, a vratio se 51 državljanin. Iako je od prošle godine u BiH na snazi zakon sukladno kojem je zabranjen odlazak državljana na strana ratišta, dosad još nitko od državljana BiH nije snosio posljedice zbog toga.

Stručnjaci za terorizam tvrde kako ISIL ne treba upravljati sljedbenicima. Dovoljno je samo širiti propagandu, a to čini putem medija, osobito društvenih mreža dok se terorističke ćelije same organiziraju. Društvene su mreže tako postale mjesto za novačenje ekstremista i terorista te dogovaranje zločina, objavljivanje poruka i širenje mržnje. Nakon napada u Parizu neke su skupine objavile kako je 900 profila obrisano s društvene mreže Twitter nakon što je objavljen popis profila povezanih s ISIL-om.

Nužno je podići svijest i kroz razne kampanje spriječiti novo priključivanje ekstremnim grupama. Europa mora zajednički djelovati svim mogućim mehanizmima kako bi se spriječilo daljnje širenje ekstremizma i radikalizacije. Internetske kompanije dužne su prijaviti i uklanjati nezakoniti sadržaj koji potiče nasilni ekstremizam.

Florian Philippot (ENF), *par écrit*. – Ce rapport Dati fait montre d'un angélisme et d'un politiquement correct inouïs. En effet, il promet toujours plus de communautarisme et d'eupéisme pour lutter contre le terrorisme sans remettre en cause Schengen et l'ouverture totale des frontières. Les dogmes demeurent malgré la gravité de la situation. Il se plie au catéchisme cathodique en affirmant que le terrorisme «ne peut et ne doit être associé à aucune religion, nationalité ou civilisation», ou encore que la «diversité de l'Europe et ses communautés multiculturelles font partie intégrante de son tissu social» alors qu'il est évident que le multiculturalisme conduit à des sociétés multi-confliktuelles.

Par ailleurs, la seule réponse à la radicalisation et au recrutement par des organisations terroristes est le PNR, qui ne concerne que le transport aérien, quand les terroristes des attentats de Paris ont pris d'autres moyens (en particulier la route des migrants) pour rejoindre la France depuis la Syrie.

La torpeur européiste semble inébranlable.

J'ai bien entendu voté contre ce texte.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – U potpunosti podržavam zajedničke napore država članica da ovom rezolucijom na inovativan način doskoče problemu radikalizacije i novačenja građana Unije od strane terorističkih organizacija. Važno je priznanje da represivne mjere nisu dovoljne, odnosno da je potrebno djelovati proaktivno i preventivno. Posebno bih se osvrnuo na dio rezolucije koji ističe važnost obrazovanja i socijalnog uključivanja kao faktora integracije i sprečavanja radikalizacije. Potrebno je inzistirati na većoj ulozi obrazovanja u poticanju kritičkog razmišljanja, promicanju nediskriminacije i tolerancije, podučavanju o važnosti ljudskih prava, kao i poticanju različitih oblika studijskih i obrazovnih razmjena koji mlade izlažu različitim vjerskim, etničkim i drugim skupinama. Iz tog razloga, izražavam žaljenje što program građanskog odgoja i obrazovanja u Hrvatskoj nije u potpunosti zaživio u implementaciji onako kako je izvorno zamišljen, budući da su načela navedena u ovoj rezoluciji upravo njegov temelj. Također, smatram da je izrazito bitan dio rezolucije koji skreće pozornost državama članicama na važnost obuke vjerskih vođa kako bi se uključili u širenje načela nediskriminacije i tolerancije, a koja su ionako dio njihovog moralnog nauka.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Obzirom da je fenomen radikalizacije i novačenja europskih građana globalni fenomen, potrebno je hitno djelovanje, ne samo na lokalnoj ili europskoj već na međunarodnoj razini. Smatram kako su aktivna razmjena mišljenja i informacija, posebice nacionalnih obavještajnih službi te donošenje preventivnih programa za sigurnost, borbu protiv terorizma i deradikalizaciju, ključni za odvratanje prijetnji koje predstavljaju terorističke skupine. U tom je smislu važna suradnja s državama na Bliskom istoku, u sjevernoj Africi i zapadnom Balkanu te podržavanje njihovih napora da se zaustavi kretanje stranih boraca.

Potrebno je uvesti specijalističke programe obuke svih aktera u sprječavanju radikalizacije, kako bi bili u stanju otkriti eventualne sumnjive promjene u ponašanju ljudi te reagirati na odgovarajući način usmjeravanjem nasuprot novačenju u terorističkim organizacijama. Svakako je potrebno onemogućiti širenje govora mržnje putem interneta te spriječiti povezivanje radikaliziranih zatvorenika u zatvorima. Iako je borba protiv terorizma u nadležnosti država članica, potrebno je naglasiti kako terorizam ne treba povezivati ni s jednom vjerom, nacionalnošću i civilizacijom.

Slijedom navedenog slažem se s izvješćem kolegice Dati jer je usklađeni europski pristup neophodan radi harmonizacije postojećih zakonodavstava na prostoru na kojem postoji slobodno kretanje europskih građana.

Miroslav Poche (S&D), *in writing.* – First and foremost I would like to say that terrorism cannot be associated with any specific religion, nationality or civilization. I also will echo the report by saying that unless the spread of terrorism can be addressed, the risk of EU citizens joining extremist groups and returning home is something that needs to be stopped. To this end the Council should disclose its action plan and guidelines regarding the EU's strategy for combating recruitment and radicalisation. Another area that this needs to be addressed in is in our prison system. In doing so, we must continue to fully respect the human rights of inmates. Overall, to stop the spread of radicalisation we need to focus on the benefits of education and inclusion. With these aims we can help to end the flow of EU citizens to terrorist and extremist groups and promote peace.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – A seguito degli attentati di Parigi si è evidenziata la necessità urgente di un'azione coordinata tra gli Stati membri per prevenire la radicalizzazione e la lotta al terrorismo.

Nel progetto di risoluzione non vincolante, il Parlamento sostiene una strategia comune dell'UE per la lotta contro l'estremismo e il reclutamento dei cittadini dell'UE da parte di organizzazioni terroristiche, da applicare in particolare nel web e nelle carceri e attraverso l'educazione e l'inclusione sociale. Tra le altre misure figurano la confisca dei passaporti, il congelamento delle attività finanziarie, il controllo delle persone potenzialmente radicalizzate che rientrano nell'UE e la creazione di una «black list» di jihadisti europei e sospetti terroristi jihadisti.

Nel testo viene consigliato di separare i prigionieri radicalizzati, rafforzare il dialogo interculturale e creare sistemi di supporto, come ad esempio numeri di emergenza, tramite i quali i membri della famiglia e gli amici possono ottenere un aiuto rapido, nel timore che qualcuno si stia radicalizzando o possa essere in procinto di lasciare l'UE per partecipare a un'organizzazione terroristica. Per lottare contro il terrorismo l'Europa deve mettere in campo tutte le risorse disponibili e soprattutto deve cercare risposte comuni. Per questo motivo ho deciso di votare a favore di questa risoluzione.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – Je suis heureux que le Parlement se soit enfin exprimé sur la prévention de la radicalisation. C'est un travail de longue haleine que ma collègue Rachida Dati a mené ces 10 derniers mois, et je tiens à l'en féliciter. Nous avons réussi à introduire des notions et des instruments nécessaires. Pour combattre les mensonges des réseaux terroristes, mettons sur pied de véritables centres de déradicalisation, isolons les individus radicalisés dans les prisons, créons des forces de frappe numérisées pour contrer la propagande, responsabilisons les géants de l'internet pour les contenus qu'ils laissent diffuser.

J'insiste notamment sur le PNR, ce fichier européen des données personnelles des voyageurs aériens, qui pourrait servir de bases de données de personnes dangereuses. La gauche l'avait bloqué en 2013. Les derniers événements tragiques en France nous ont démontré que nous avons malheureusement raison. Le dossier vient d'être débloqué, et les négociations vont bientôt aboutir.

Chez les Républicains, nous resterons toujours mobilisés en faveur de la lutte contre la radicalisation et le terrorisme.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A luta contra a radicalização de cidadãos europeus que vêm a ser recrutados por organizações terroristas é, em primeira instância, da competência dos Estados-Membros. Não obstante, a eficácia da estratégia nesta luta carece de uma abordagem europeia concertada e ancorada na prevenção. Neste particular, a prevenção do terrorismo passa pela prevenção da radicalização, nas prisões, na Internet e no espaço público em geral, através da educação e da inclusão social que, nas escolas, promove o espírito crítico e a promoção da não-discriminação e, fora destas, minora o risco de marginalização económica e geográfica, determinantes na radicalização dos jovens alienados e excluídos.

Noutro plano, o intercâmbio de informações sobre a radicalização terrorista na Europa é também um instrumento vital para combater a radicalização dos cidadãos europeus. Todavia, alguns Estados-Membros continuam a recusar teimosamente cooperar em domínios sensíveis, como o intercâmbio de informações e de informações estratégicas.

Votei a favor do presente relatório, na expectativa de ver reforçada a estratégia contra a radicalização dos cidadãos.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report as it calls for yet more EU interference, legislation and agencies. The report included paragraphs such as the principle that 'foreign fighters' should be allowed to return to Europe; that national education systems and religious leaders should promote EU values; that the Commission should create EU guidelines for prisons, and also called for an EU definition of 'hate speech', which would no doubt mean anyone who criticise the EU or the free movement of people. One of the biggest issues is that the EU's free movement of people is allowing terrorists and weapons to move freely across Europe un-checked. UKIP is not against individual countries working together and sharing intelligence to catch terrorists, but in order to protect our country we must leave the EU and reinstate sensible border controls with European countries to stop this open door immigration.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), *par écrit*. – La lutte contre le terrorisme est un combat que l'Europe entière doit mener. C'est une épreuve qui nous touche tous et qui appelle à plus de solidarité européenne. Parmi les actions à entreprendre, la question de la prévention de la radicalisation menant au terrorisme a toute son importance. Arrêtons de parler de combattants «étrangers», il s'agit bien d'Européens qui s'attaquent à d'autres Européens. Les terroristes qui ont commis ces atroces attentats à Paris étaient Français ou Belges. Cessons aussi les amalgames dangereux entre musulmans et terroristes, d'une part, mais aussi entre terroristes et réfugiés, ce sont ces derniers les premières victimes de Daech.

C'est pour démontrer leur engagement dans ce combat que les eurodéputés ont adopté aujourd'hui ce rapport. Même si le texte voté aurait gagné à être plus concis et ciblé, il aboutit tout de même à un ensemble équilibré, grâce à l'influence des socialistes européens. Il présente un ensemble de propositions concrètes visant à prévenir la radicalisation, en agissant notamment aux origines de ce phénomène; dans les prisons, sur internet et les réseaux sociaux, en rappelant le rôle fondamental de l'école et en mobilisant tous les acteurs concernés.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Le rapport de Rachida Dati sur la prévention de la radicalisation adopté ce midi a permis aux députés européens de délivrer un message clair: oui nous sommes en guerre contre Daesh et le terrorisme. Et les attentats dramatiques de Paris il y a 13 jours, ceux déjoués à Bruxelles encore ce week-end, montrent que personne n'est à l'abri face au fanatisme religieux.

J'ai voté pour tous les amendements qui durcissent les mesures et les sanctions prises à l'égard des différents acteurs du terrorisme: autant les recruteurs que les prédicateurs de haine, autant les combattants djihadistes que les commanditaires, qu'ils se trouvent sur le territoire européen ou qu'ils s'apprentent à y entrer.

L'Europe doit retrouver la maîtrise de ses frontières. Cela passe par une fermeté sans faille vis-à-vis des «foreign fighters» qui doivent être enfermés dans des établissements adaptés à leur retour sur le sol européen. Et par l'expulsion des prédicateurs de haine qui sévissent dans les mosquées salafistes. D'autres aspects plus techniques du contre-terrorisme doivent être renforcés: la responsabilité pénale des fournisseurs de site internet et la nécessité de déjouer le cryptage des communications par les organisations terroristes. Parce que la sécurité des citoyens européens n'est pas négociable!

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. – La radicalisation des jeunes européens toujours plus nombreux à être tentés par le djihad, contribue à renforcer la puissance de Daech et représente une menace de plus en plus préoccupante pour la sécurité des citoyens européens. C'est pour cette raison que je me suis exprimé en faveur du rapport sur la prévention de la radicalisation et du recrutement de citoyens européens par des organisations terroristes, qui propose des solutions à l'échelle européenne, la seule pertinente face à l'internationalisation du terrorisme.

Ce texte propose de s'attaquer aux principaux facteurs de radicalisation, et plus précisément les sites de propagande djihadiste, en renforçant la surveillance sur internet et en désactivant les plateformes de recrutement. Par ailleurs, les prisons constituent également un terreau de cette radicalisation et devraient ainsi faire l'objet de mesures spécifiques afin de séparer les détenus radicalisés des autres détenus.

Concernant la surveillance à l'intérieur et à l'extérieur de l'espace Schengen, la mise en place d'une liste noire européenne des personnes radicalisées, ou suspectées de l'être, est préconisée dans le but de favoriser les coopérations et les échanges d'informations entre les États membres.

Michèle Rivasi (Verts/ALE), *par écrit*. – Enrayer la radicalisation est une priorité indispensable dans la lutte contre le terrorisme. Il faut un renforcement des moyens et une meilleure collaboration avec les communautés les plus affectées par ce phénomène. Ce rapport rappelle aussi que la menace terroriste ne peut être associée à la crise des réfugiés, d'autant plus que ceux-ci fuient justement cette même menace.

Par ailleurs, les attentats terroristes à Paris ont mis en évidence de nombreuses carences. Les services de renseignement, la justice et la police ont non seulement besoin de plus d'effectifs pour fonctionner efficacement mais leur collaboration avec les services des autres pays européens est devenue une urgence. Les équipes d'enquête commune au sein d'Europol ou encore Eurojust doivent être renforcées et bénéficier d'un budget conséquent pour améliorer la coopération.

Les écologistes rappellent que la surveillance de masse (PNR notamment) n'est pas une garantie d'efficacité: il serait plus pertinent d'allouer ces ressources pour renforcer les forces de police et de sécurité afin qu'elles puissent effectivement surveiller les suspects déjà connus.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – Les actes barbares perpétrés à Paris montrent la nécessité d'actions déterminées pour prévenir toute radicalisation ou recrutement de citoyens par des organisations terroristes. C'est pourquoi j'ai approuvé ce texte qui propose des mesures clés dans ce contexte.

Parmi celles-ci, j'insiste en particulier sur un premier axe, celui de la prévention. Elle se fera notamment par l'éducation, par l'insertion ou encore par un soutien concret aux proches lorsqu'ils craignent qu'un des leurs se radicalise ou s'en aille rejoindre une organisation terroriste.

Il y a un second axe à souligner: la limitation de la propagation. À cet égard, concernant l'internet, nous savons qu'il peut véhiculer le meilleur comme le pire, et donc parfois des contenus illicites ou faisant l'apologie du terrorisme. Il faut absolument agir à ce niveau et faire effacer ces contenus. Concernant les prisons et l'encadrement des détenus radicalisés, les décisions nécessaires doivent être prises pour contrer la propagation des idées extrémistes et contenir la radicalisation.

Tout ceci ne nous fait évidemment pas oublier que plus généralement – et nous y travaillons –, une stratégie globale antiterroriste est nécessaire, avec des actions coordonnées, des contrôles obligatoires et systématiques aux frontières extérieures, un PNR plus que jamais indispensable, entre autres.

Liliana Rodrigues (S&D), *por escrito*. – A luta contra a radicalização dos cidadãos europeus continua a ser da competência dos Estados-Membros. Contudo, é necessária uma abordagem europeia concertada para lutar de maneira eficaz contra a ameaça que representam os cidadãos europeus radicalizados que podem circular livremente no território europeu. Avalia-se, hoje, em mais de 5000 o número de cidadãos europeus que partiram para combater nas fileiras de organizações terroristas no Iraque e na Síria.

O objetivo do presente relatório consiste em apresentar recomendações para uma estratégia europeia de prevenção da radicalização e do recrutamento de cidadãos europeus. Algumas das medidas passam pela prevenção do extremismo violento e da radicalização terrorista nas prisões e na Internet, pela prevenção através da educação e da inclusão social, do reforço do intercâmbio de informações e boas práticas de atuação a vários níveis ou pelo desmantelamento das redes terroristas. O respeito pelos direitos e pelas liberdades fundamentais dos cidadãos europeus será, todavia, sempre uma preocupação do Parlamento Europeu.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque supone un ejercicio oportuno sobre lo que puede hacer Europa para prevenir que ciudadanos europeos sean radicalizados, especialmente en la red, y reclutados por organizaciones terroristas.

Tenemos que aprender a intervenir los contenidos en la red que instigan al extremismo violento; a intervenir también la socialización del terror en las cárceles; a prevenir no solamente el tráfico de armas, a través de esos medios sofisticados, sino la financiación de ese adoctrinamiento; y a congelar sus activos, todo ello a escala europea.

Debemos aprender a cooperar policialmente para compartir información sobre esos 5 000 europeos que han entrado y salido después de haber sido entrenados para el terrorismo en algún lugar extranjero. Pero también debemos denunciar que la austeridad y el derrumbamiento de las políticas de educación, inclusión e integración en barrios marginados y colectivos especialmente vulnerables han hecho que muchos jóvenes europeos se muestren dispuestos a embarcarse en esa enloquecida espiral de violencia destructiva y autodestructiva, y se declaren dispuestos no solamente a matar, sino a morir matando.

Este es el desafío que debemos resolver. Espero que este informe otorgue valor añadido europeo al terrible reto que el terrorismo supone para Europa.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Les attentats à Paris ont souligné une nouvelle fois l'urgente nécessité d'actions coordonnées par les États membres et l'Union européenne afin d'empêcher la radicalisation et de mieux lutter contre le terrorisme.

La résolution que j'ai soutenue présente des propositions concrètes: l'établissement d'une liste noire européenne des djihadistes et des djihadistes terroristes présumés (il est demandé aux États membres de mettre sous contrôle judiciaire tout combattant étranger); la nécessité de mener des contrôles obligatoires et systématiques aux frontières extérieures de l'Union; le renforcement de l'échange d'informations entre les autorités nationales et Europol afin de repérer et de surveiller les terroristes présumés ainsi que la confiscation de leurs passeports et le gel de leurs avoirs financiers; la nécessité de renforcer le dialogue interculturel afin d'empêcher la marginalisation et d'encourager l'insertion.

Enfin, afin d'empêcher la diffusion de messages de haine et d'apologie du terrorisme sur internet, le texte adopté prévoit aussi que le contenu illégal propageant l'extrémisme violent soit effacé sans délai et demande que les États membres envisagent des actions en justice, y compris des poursuites pénales, contre les réseaux sociaux et les fournisseurs de services qui refusent de donner suite à une demande administrative ou judiciaire visant à effacer des contenus illicites ou faisant l'apologie du terrorisme.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Os inqualificáveis atos bárbaros de terrorismo que se sucederam nos últimos meses na Europa levaram a um consequente aumento das medidas de segurança. Porém, estes ataques não serviram apenas para fazer ecoar o alarme real do terrorismo vigente atualmente, mas sim para relembrar a importância do reforço contínuo e da necessidade de agilização de medidas que permitam evitar atos como os recentemente ocorridos em Paris.

Tendo como fim último erradicar o problema do terrorismo, a União Europeia tem adotado medidas importantes nesse sentido. O relatório em questão visa o reforço de algumas medidas preventivas relativas quer à radicalização de cidadãos europeus, quer à agilização dos processos de cooperação europeia entre os Estados-Membros.

Infelizmente, mais de 5000 cidadãos europeus desertaram para países como a Síria ou o Iraque para engrossar as fileiras de guerra de grupos terroristas. A cooperação e a troca de informações a nível europeu é, portanto, fundamental para evitar o movimento livre desses cidadãos, entre os seus países de origem e os restantes membros, cuja motivação é cometer atos terroristas. Deste modo, é necessária – mais do que nunca – uma concertação europeia numa matéria tão delicada como esta, razão pela qual aprovo este relatório.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – Les attentats de Paris du 13 novembre dernier nous ont rappelé à quel point la menace terroriste est imminente; nous devons plus que jamais faire preuve d'unité et de solidarité pour la combattre.

L'Union et les États membres doivent se coordonner pour lutter contre le terrorisme.

J'ai soutenu ce rapport qui émet une série de propositions concrètes.

Une meilleure coordination des actions des États membres permettra d'endiguer la radicalisation dans les prisons, de mettre en cause la responsabilité pénale des géants du net ou encore d'assécher les financements étrangers nécessaires au recrutement de citoyens européens.

Afin de garantir la sécurité des citoyens, il est primordial d'assurer des contrôles obligatoires et systématiques aux frontières extérieures de l'Union.

Ce texte met également l'accent sur la nécessité de renforcer le dialogue interculturel non seulement par le biais des systèmes éducatifs mais également dans les quartiers défavorisés afin d'encourager l'insertion sociale.

Enfin, j'ai soutenu la demande de mise en place d'un PNR européen aussi vite que possible.

Le Parlement européen envoie un message fort et demande aux institutions européennes et aux États membres de coordonner leurs efforts et d'apporter des réponses concrètes à la recrudescence de la menace terroriste.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione in quanto ritengo necessario che l'Unione europea agisca con urgenza sul fronte della lotta contro il terrorismo per garantire e tutelare la sicurezza di ogni cittadino europeo.

Concordo con la volontà del Parlamento europeo di adottare un approccio inclusivo con lo scopo di presentare un'analisi completa della prevenzione della radicalizzazione e del reclutamento dei cittadini europei, senza dimenticare l'importanza della protezione delle libertà fondamentali. Il testo, in lavorazione già da alcuni mesi, è diventato particolarmente attuale a seguito degli attentati di Parigi e delle loro conseguenze.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Ho votato contro perché il testo non condanna con la necessaria fermezza i terroristi e neppure coloro che sostengono moralmente il fondamentalismo e le azioni violente che ne derivano.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra porque, a pesar de los esfuerzos para conciliar las posiciones de los diferentes grupos, esta iniciativa sigue poniendo el foco más en los síntomas que en los problemas que los originan. Se le da más peso a medidas coercitivas y de control social, que añaden al problema del extremismo violento el del deterioro de nuestras libertades. Como expusimos entre las siete medidas urgentes para combatir el terrorismo que nuestra delegación envió por correo al Presidente Schulz, a la Vicepresidenta Mogherini y a todos los diputados al Parlamento Europeo, las medidas legales o policiales por sí solas no bastan para resolver el problema. La mejor manera de combatir el extremismo es lograr que la gente se sienta parte de una sociedad cohesionada y cultivar las oportunidades económicas y sociales en las comunidades vulnerables, tanto en Europa como en los países que sufren este fenómeno. Hay que reforzar las estrategias que favorecen la cohesión y la inclusión social de las personas de orígenes culturales, étnicos y nacionales diversos, y en especial el papel de la educación como única vía que puede ofrecer alternativas de futuro a la juventud para alejarla del radicalismo y la violencia.

Judith Sargentini (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Ik heb voor dit verslag gestemd omdat het een aantal positieve ideeën bevat. Uit het verleden weten we dat extremisme niet tot een bepaalde godsdienst, ideologie of bevolkingsgroep behoort, zoals sommigen in dit Parlement ons dat graag doen geloven. Dit verslag erkent het belang van participatie en betrokkenheid in de gemeenschap, gebaseerd op vertrouwen, zodat signalen tijdig herkend en aangegeven kunnen worden zonder dat een complete gemeenschap als verdacht wordt gezien. Nationale veiligheid hangt af van veiligheid in de buurt en lokale organisaties hebben voldoende middelen nodig, zoals ook het RAN-netwerk.

We moeten het gebruik van onze bestaande inlichtingen verbeteren en de agentschappen zoals Europol versterken. Dat is een veel betere investering dan het verzamelen van vluchtpassagiers-gegevens (PNR), waarvan ik geen voorstander ben. Ik uit ook mijn zorgen over sommige voorstellen voor het aanpakken van extremisme op het internet. Ik wil dat illegaal materiaal zo snel mogelijk verwijderd wordt maar dan wel binnen een juridisch kader. Encryptie is een middel dat zowel positief als negatief kan zijn. EU-burgers die zijn geronseld voor gewelddadig extremisme, vormen een gevaar zowel binnen als buiten onze grenzen. Samenwerking met derde landen dient gebaseerd te zijn op heldere principes.

Christel Schaldemose (S&D), *skriftlig.* – Europa er alene i år gentagne gange blevet ramt af terrorhandlinger. Senest med det forfærdelige angreb i Paris er det blevet klart, at vi bliver nødt til at tage fat om problemets rod, radikalisering.

Ofte er terroristerne europæiske borgere, der er født og opvokset her, men som er blevet radikaliseret og rekrutteret til at begå grusomheder. Den praksis skal stoppes. Derfor støtter vi betænkningens budskab om bekæmpelse af radikalisering og rekruttering.

Men vi er langt fra enige i alle de redskaber, betænkningen præsenterer. På trods af dette har vi valgt at støtte betænkningen. Vores holdning er, at EU skal bidrage, hvor det giver en europæisk merværdi, f.eks. ved deling af bedste praksis, politisamarbejde og ikke mindst PNR.

Vi er dog samtidig imod, at EU skal fremkomme med detailregulering, f.eks. om håndtering af radikalisering i fængslerne. Her mener vi, at landenes egne myndigheder bedst ved, hvordan man imødegår dette problem.

Men vi er enige i, at vi skal lære af hinanden i Europa, at vi skal stå sammen, og at vi skal samarbejde mod dette fælles onde. Derfor har vi stemt for betænkningen, og fordi signalet fra Europa-Parlamentet om, at vi skal samarbejde om anti-radikalisering, er vigtigt.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito.* – He votado en contra del informe sobre la prevención de la radicalización y el reclutamiento de ciudadanos europeos por organizaciones terroristas puesto que está hecho desde el principio sin la voluntad de acudir a la raíz de la desigualdad, la ausencia de perspectivas y alternativas, y la xenofobia, que empuja a la juventud hacia este tipo de posiciones, sino que simplemente pretende estigmatizar a colectivos enteros. Contra el terrorismo no valen atajos, y eso es justo lo que pretende este informe a través de la recomendación de medidas de carácter populista. Además, se potencia la labor de agencias europeas como Europol, totalmente opaca al escrutinio de la ciudadanía y las instituciones, y se refuerzan sus lazos con países con escasas garantías de respetar los derechos humanos como las monarquías teocráticas del golfo Pérsico. También se pretenden recortar derechos y libertades en la red, pues recomienda la posibilidad de eliminar contenidos de internet sin orden judicial previa. Otra de mis preocupaciones está en lo relativo a lo penal, pues apuesta por permitir la segregación de presos sobre la base de su origen cultural. Estos, entre otros, son los principales motivos por los que he votado en contra.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto.* – I recenti e gravi attacchi terroristici hanno ribadito la necessità di unire le forze per contrastare la radicalizzazione dei giovani cittadini europei e il loro reclutamento da parte di organizzazioni criminali terroristiche.

La relazione adottata oggi a larga maggioranza costituisce il contributo del Parlamento europeo a un dibattito complesso che domina tragicamente la scena internazionale. Dal momento che il terrorismo non si ferma alle frontiere nazionali, l'Unione europea può e deve giocare un ruolo determinante nella prevenzione della radicalizzazione, nella cooperazione e nello scambio di informazioni tra gli Stati membri. Si stima che siano ben 5 000 gli europei che hanno deciso di unirsi a organizzazioni terroristiche. È giunto il momento di dare una risposta europea a una minaccia comune e globale per evitare che lo scenario attuale assuma toni ancora più seri e drammatici. Ho deciso di votare a favore della relazione, nella speranza che alle parole seguano iniziative concrete per garantire sicurezza e stabilità alle nostre società.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Vivemos tempos de grande angústia e com um sentimento quase generalizado de insegurança. Para precaver perdas de liberdade perenes, há que agir agora e estabelecer regras que devem ser entendidas como temporárias. Foi com essa perspectiva que votei positivamente este relatório. Há que agir agora tendo em vista atingir a normalidade em termos de liberdades individuais e clareza de actuação tão rapidamente quanto possível. O futuro da Europa não passa por estímulos à denúncia ou a utilização de «listas negras». Infelizmente, no presente, teremos de compactuar momentaneamente com esse tipo de instrumentos.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this report because it calls on the Commission to complete various tasks such as more EU propaganda in schools. I believe that the issue of radicalisation should be resolved by individual nation states and not the EU.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Of course I understand that radicalisation of so-called 'European fighters' is an incredibly complex and dynamic issue and is based on countless socio-economic and political factors, both globally and locally. The increase of terrorism and radicalisation in recent years has coincided with an increase and upsurge of hate crime and hate speech, motivated by racism and intolerance.

This report addresses many of the issues which are affecting these individuals who choose to go on to commit such heinous acts. Things as simple as addressing the need for a common definition for what constitutes a 'foreign fighter' would go a long way to address these problems. Allowing states to exchange information not only to find and capture these people, but also exchange best practice of exit and return checks and freezing citizens' financial assets, in order to prevent them from taking part in terrorist activities where they could.

And this is why I voted in favour of this report.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Bol som za správu Dati a to pre viacero dôvodov. Radikalizácia európskych občanov predstavuje vážnu výzvu pre európsku komunitu. Veľmi vítam zahrnutie mnohých postrehov tieňového spravodajcu EKR do finálnej podoby správy a celkovo túto stratégiu na predchádzanie radikalizácii. Nutnosť koordinácie EUROPOLu, EUROJUSTu a CEPOLu je predpokladom prevencie a odhaľovania radikalizácie rovnako ako aj spolupráca s poskytovateľmi internetu na zastavenie radikalizácie, ktorá sa odohráva na internete.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Správa hovorí o tom, že viac ako 5 000 európskych občanov sa pripojilo k teroristickým organizáciám a iným vojenským formáciám za hranicami EÚ, najmä v regióne Blízkeho východu a severnej Afriky. Som znepokojená, že nárast radikalizácie obyvateľstva v krajinách za hranicami EÚ postihnutých vnútornými konfliktami čoraz viac ohrozuje aj bezpečnostnú situáciu krajín EÚ. Podporila som uznesenie, lebo som presvedčená, že pri existujúcej situácii (ak už nie je neskoro) je potrebné zamerať sa na prevenciu radikalizácie a elimináciu faktorov, ktoré ju podmieňujú. Aj keď boj proti terorizmu a predchádzaniu radikalizácie a získavania európskych občanov organizáciami patrí predovšetkým do právomoci členských štátov, podporujem všetky aktivity EÚ, ktoré môžu potlačiť prejavy extrémizmu a proces radikalizácie. Verím, že len efektívnym a racionálnym prístupom dosiahneme účinné a efektívne výsledky pri presadzovaní práva v záujme boja proti cezhraničným hrozbám, ktoré predstavuje terorizmus. Za prioritu však naďalej považujem zastavenie obchodovania so zbraňami akéhokoľvek druhu, ktoré v súčasnosti predstavujú pre európskych občanov najväčšiu hrozbu.

Michaela Šojdrová (PPE), *písomně*. – Téma předcházení radikalizace a náboru evropských občanů do teroristických organizací by bylo důležité, i kdyby zde nebyla vlna migrace a teroristické útoky. Zpráva Evropského parlamentu přináší komplexní pohled a navrhuje řešení na úrovni členských států i EU. Musíme se poučit z rizik multikulturní společnosti, kterými jsou ghetta, vyloučené lokality, nedostatečně vzdělané a nezaměstnané generace mladých lidí, kteří nemají životní perspektivu. Velkým rizikem je na jedné straně hlásání radikálního islámu v mešitách na území Evropy a na straně druhé radikalizace bojovníků proti islámu také uvnitř Evropy.

V naší zprávě navrhujeme řadu praktických opatření proti radikalizaci ve věznicích, lepší kontrolu internetu jako platformy pro rychlé šíření teroristické propagandy, lepší vzdělávání a práci s ohroženou mládeží a rodiči. Potřebujeme i efektivnější práci agentur EUROPOL a EUROJUST či lepší propojení nástrojů vnitřní a vnější bezpečnosti. Nic z toho ale nebude stačit, pokud bude přibývat zklamaných a frustrovaných mladých lidí, kteří se stanou snadnou kořistí radikální ideologie. Každý člověk hledá smysl svého života, a to souvisí i s jeho duchovní potřebou. Evropa stojí na křesťanských základech a my bychom se neměli vzdávat duchovního bohatství našich předchůdců. To, co potřebujeme, je spojení svobody a odpovědnosti, solidarity a bezpečnosti.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pismo. – Znano je, da se je do danes več kot 5000 evropskih državljanov pridružilo terorističnim organizacijam in drugim vojaškim formacijam. Nedavni teroristični napadi v Franciji, Belgiji, Tuniziji in Københavnu so jasno pokazali, da prisotnost in gibanje „tujih“ borcev, ki so pogosto državljani EU, na ozemlju Evrope in v sosedstvu ogrožata njeno varnost. Poročilo navaja nekatere dobre ukrepe v boju proti terorizmu in preprečevanju radikalizacije. Kot takšne lahko omenim definiranje „tujih“ borcev, izboljšanje ukrepov na področju izmenjave informacij, ukrepe za preprečevanje radikalizacije na internetu, proaktivna politika za deradikalizacijo in vključevanje ter ukrepe preprečevanja nasilnega ekstremizma in radikalizacije v zaporih. Vsi omenjeni prijemi temeljijo na poznavanju zapletenih in dinamičnih procesov, ki zadevajo terorizem in radikalizacijo. Želijo pa tudi preprečiti nadaljnje nastanke stereotipov glede religije, ki lahko vodijo do stopnjevanja kaznivih dejanj iz sovraštva in sovražnega govora, ki spodbujajo rasizem, ksenofobijo in nestrpnost. Menim, da je evropsko sodelovanje bistveno za uspešno in učinkovito izmenjavo informacij med organi kazenskega pregona, da bi se borili proti čezmejni naravi in nevarnostim, ki jih predstavljajo terorizem, radikalizacija in novačenje evropskih državljanov s strani terorističnih organizacij. Strinjam se, da je skupen evropski pristop nujen in bo prinesel dodatno vrednost za koordinacijo oz. harmonizacijo, zaradi česar sem glasoval za sprejetje poročila.

Renato Soru (S&D), per iscritto. – Ho votato a favore della risoluzione sulla prevenzione della radicalizzazione e del reclutamento di cittadini europei da parte di organizzazioni terroristiche, che affronta un tema attualissimo e urgente. In seguito ai recenti attacchi terroristici di Parigi, è più che mai necessario avviare un'azione coordinata degli Stati membri e dell'Unione europea per prevenire la radicalizzazione nelle nostre comunità e lottare contro le forme di estremismo che si sviluppano in particolare nei luoghi di detenzione o su Internet puntando su istruzione e inclusione sociale.

A partire dal 2012, oltre 4 000 giovani europei sono partiti in Siria per combattere a fianco di Daesh, giovani nati, cresciuti e radicalizzati in Europa. Contro il fenomeno dei «foreign fighter», proponiamo la creazione di una lista nera di jihadisti e di sospetti jihadisti, segnalando l'urgenza di dare una definizione comune di «foreign fighter» per poter avviare procedimenti penali nei loro confronti al momento del rientro in territorio UE.

Sebbene questa risoluzione sia stata usata per inserire proposte in materia di sicurezza, come il mero rafforzamento dei controlli delle frontiere esterne, come gruppo socialdemocratico abbiamo puntato sul vero tema in discussione, ossia impedire la radicalizzazione dei nostri giovani ed evitare che diventino sicari di organizzazioni terroristiche come Daesh.

Bart Staes (Verts/ALE), schriftelijk. – Terrorisme en gewelddadig extremisme mogen niet gelinkt worden aan een godsdienst, land of bevolking alleen. Vaak zijn ze een uiting van een sociaal-economische context waar lage scholing en ongelijke verdeling van rijkdom en kansen een voedingsbodem zijn. Wie terrorisme en radicalisering wil bestrijden, moet de wortels van het kwaad aanpakken. We moeten ook onze handelsrelaties (ook wapenhandel!) met bepaalde landen (Saudi-Arabië) in vraag durven te stellen.

Meer gegevens verzamelen over alle mensen is geen oplossing. We maken de hooiberg alleen maar groter. Het screenen van internetgegevens kan enkel in een duidelijke juridische context. Die bestaat nog steeds niet. Het verslag roept terecht op tot een goede samenwerking tussen overheden en internetproviders met het oog op het verwijderen van illegale inhoud.

We moeten goede praktijken uitwisselen, zorgen voor ondersteuning van families zodat ze sneller radicalisering kunnen herkennen en aanpakken. Het versterken van instrumenten, zoals Europol, Eurojust en SIS, kan tot een efficiëntere samenwerking leiden.

Angst kun je niet alleen bestrijden met meer veiligheid, zeker niet als die ten koste gaat van de privacy. We moeten ervoor zorgen dat de mensenrechten worden gerespecteerd, en we mogen vluchtelingen niet verwarren met terroristen. Onze basiswaarden van democratie, vrijheid, gelijkheid en solidariteit moeten boven alles gerespecteerd blijven.

Joachim Starbatty (ECR), schriftlich. – Der Bericht führt verschiedene Maßnahmen auf, welche auf europäischer Ebene zur Bekämpfung des Terrorismus ergriffen werden sollten. Gerade die jüngsten Terroranschläge von Paris haben die Dringlichkeit solcher Maßnahmen aufgezeigt. Der Bericht geht insbesondere auf die Verhinderung der Radikalisierung und Anwerbung von EU-Bürgern durch terroristische Organisationen ein und fordert hierzu einen Aktionsplan vonseiten der Kommission. Dabei beleuchtet der Berichterstatter unter anderem das Problem, dass Radikalisierungen oftmals in überfüllten Gefängnissen stattfinden, weshalb hier Leitlinien und Schulungen zugunsten des Personals sowie pädagogische Programme für Häftlinge zur Verhinderung von Radikalisierungen in Gefängnissen umgesetzt werden sollen. Weitere Handlungsfelder sind die Bekämpfung von Anwerbungen im Netz, Schulungen in Bildungseinrichtungen, die Notwendigkeit einer EU-Richtlinie über Fluggastdatensätze sowie die intensivere Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden in den Mitgliedstaaten im Rahmen bestehender Systeme. Dazu gehören beispielsweise das Schengener Informationssystem SIS sowie weitere Plattformen.

Da die vorgeschlagenen Maßnahmen der Wahrung von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Europa dienen, habe ich diesem Bericht zugestimmt.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – Radikalizmus a extrémizmus majú svoj pôvod vo frustrácii. Mladí ľudia nadobudli pocit, že nemajú životnú perspektívu. Zmeniť to môžeme len podporou rastu zamestnanosti, kvality vzdelávania a otvoreným prístupom k diskusii o ich problémoch.

Jaromír Štětina (PPE), písemně. – Zprávu, která se zabývá předcházení radikalizace a náboru evropských občanů do teroristických organizací, jsem dnes jednoznačně podpořil mimo jiné proto, že přináší nové myšlenky, které budou-li převedeny do praxe, napomohou čelit bezpečnostním hrozbám na našem území.

Velký prostor je ve zprávě věnován předcházení teroristické radikalizaci na internetu, a to proto, že podstatná část indoktrinačního procesu a náborového procesu probíhá právě zde. I když jsem hrdým zastáncem svobody projevu, souhlasím s tvrzením, že by měla existovat možnost přijetí právních kroků proti internetovým společnostem, které odmítají vyhovět požadavku právních orgánů týkajícímu se odstranění nelegálního obsahu ze své internetové platformy, a že v krajním případě je takovéto počínání možno považovat za napomáhání srovnatelné se zločinným úmyslem či nedbalostí. Po nedávných pařížských útocích je třeba se postavit zlu na všech frontách, vždy se zásadou zákonnosti po boku, ale tvrdě a nekompromisně. Ze stejného důvodu jsem podpořil i myšlenku harmonizovat definici trestného činu u verbálního projevu nenávisti on-line a off-line, kterým radikálové podněcují ostatní k neuctě vůči základním právům a k jejich porušování.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Podržavam ovo izvješće jer ono podsjeća da države članice i dalje imaju kompetencije u borbi protiv radikalizacije građana EU-a. Nadalje smatram da je potreban zajednički pristup EU-u te kako je potrebno da mjere EU-a budu učinkovite u borbi protiv prijetnje radikaliziranja građana EU-a koji se mogu slobodno kretati u Europskoj uniji. Procjene su da se 5000 građana EU-a bori na strani terorističkih organizacija u Iraku i Siriji, a obavještajne službe upozoravaju na veliku opasnost i izazov njihovim povratkom u EU.

Ovo izvješće donosi preporuke i strategiju EU-a da spriječi radikalizaciju i novačenje građana EU-a te predstavlja temeljitu analizu i prijedloge koji sprječavaju novačenje preko interneta. Izvješće predlaže mjere koje treba poduzeti prvenstveno kroz obrazovanje i kampanje podizanja svijesti, mehanizam upozoravanja te podrške obiteljima.

Catherine Stihler (S&D), in writing. – I voted in favour of this report, which stresses the need for a common definition of 'foreign fighters' to permit criminal proceedings against them. It calls on EU Member States to share good practices with regard to exit and return checks and freezing citizens' financial assets in order to prevent them from taking part in terrorist activities in conflict areas in third countries. I am firmly in favour of the proposed increase in exchange of information among Member States' law enforcement bodies and EU agencies, a measure which is necessary in order to effectively combat terrorism.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Više od 5 000 europskih građana pridružilo se terorističkim organizacijama i drugim vojnim postrojbama, a posebno ISIS-u. Sukladno tome, cilj ovog prijedloga jest poziv Komisiji kako bi što prije uspostavila akcijski plan za provedbu i ocjenjivanje strategije EU-a za borbu protiv radikalizacije i novačenja terorista. To je moguće učiniti razmjenom najboljih praksi i objedinjavanjem vještina u Europskoj uniji, ocjenjivanjem mjera koje poduzimaju države članice te suradnjom s trećim zemljama i međunarodnim organizacijama, na temelju punog poštovanja međunarodnih konvencija o ljudskim pravima.

Kako bi se broj regrutiranih građana sveo na minimum potrebno je suzbiti jačanje terorističke radikalizacije u europskim zatvorima i na internetu. Bitni čimbenici u borbi protiv regrutacije su onesposobljavanje terorističkih mreža, poticanje razmjene dobrih praksi u vezi s deradikalizacijom, jačanje veza između unutarnje i vanjske sigurnosti EU-a, te bolja razmjena informacija o terorističkoj radikalizaciji u Europi.

U potpunosti podržavam ovaj prijedlog jer je njegov cilj sigurnost građana, stoga treba poduzeti sve navedene mjere kako bi taj cilj bio i ostvaren.

Richard Sulík (ECR), *písomne.* – Návrh podporujem a vítam opatrenia, ktoré slúžia na potláčanie terorizmu bez toho, aby obmedzovali slobodu nevinných ľudí.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o preprečevanju radikalizacije in novačenja evropskih državljanov s strani terorističnih organizacij.

Po napadu na Charlie Hebdo v začetku letošnjega leta ter po zadnjih terorističnih napadih v Parizu potrebujemo okrepljen, učinkovit in enoten boj proti terorizmu.

V Evropski uniji je treba združiti vsa znanja ter izmenjati najboljše prakse med državami članicami. Prav tako potrebujemo okrepljeno sodelovanje obveščevalnih služb različnih držav članic ter okrepljeno agencijo Europol. Z okrepitvijo sistema izmenjave pravosodnih informacij in preventivnega sodelovanja na področju terorizma bomo storili velik korak naprej.

Pavel Svoboda (PPE), *písemně.* – Hlasoval jsem pro přijetí zprávy „Předcházení radikalizaci a náboru evropských občanů do teroristických organizací“, jejíž aktuálnost je zřejmá, ale která byla iniciována poslaneckým klubem Evropské lidové strany ještě před útoky v Paříži. Je třeba říci, že se nejedná o projednávání v legislativním procesu a jde tedy o příspěvek Evropského parlamentu k diskusi nad efektivními prostředky zabraňujícími radikalizaci a prostředky reagujícími na činnost již zradikalizovaných osob. Jedná se především o apel na členské státy, které disponují kompetencemi, jejichž využitím lze na tato nebezpečí reagovat. Novými nebezpečími, jako je například využívání internetu k náboru do teroristických organizací, je třeba se zabývat v rámci obecné debaty, jak nejlépe zajistit dostatečnou úroveň bezpečnosti a svobod.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραπτώς.* – Αναμφίβολα τασσόμαστε υπέρ της ανάγκης για άμεση εξουδετέρωση του ISIS. Η έκθεση όμως προτείνει πολλά μέτρα καταστολής και περιστολής των ατομικών ελευθεριών. Οι συστάσεις της πολιτικής μας ομάδας για την εκπόνηση μιας έκθεσης που θα επικεντρωνόταν στην ανάλυση των παραγόντων που οδηγούν στο βίαιο εξτρεμισμό και θα έδινε ουσιαστικές προτάσεις για πρόληψη, δυστυχώς απέβησαν άκαρπες.

Η έκθεση μεταξύ άλλων προτείνει μέτρα όπως η ενίσχυση των σωμάτων ασφαλείας (Europol), συνεργασία με τρίτες χώρες όπως η Σαουδική Αραβία, όπου στο εσωτερικό της επικρατεί μαζική καταπάτηση ανθρωπίνων δικαιωμάτων, απαίτηση για «στρατολόγηση» εθελοντών και λειτουργιών σε πληροφοριοδότες και αυξημένους ελέγχους στο διαδίκτυο που θα οδηγήσουν στην κηδεμονία του διαδικτύου.

Καταψηφίσαμε λοιπόν την έκθεση, καθώς τα μέτρα που προτείνονται στρέφονται κατά της δημοκρατίας, της ελευθερίας, και των ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Πραγματικός πόλεμος κατά της τρομοκρατίας και του βίαιου εξτρεμισμού θα είναι αυτός που από τη μια θα εξαρθώνει την ευρωατλαντική στήριξη σε ένοπλες φονταμενταλιστικές ομάδες, ενώ από την άλλη θα αντιμετωπίζει τους πολιτικούς και κοινωνικοοικονομικούς παράγοντες που οδηγούν στην κοινωνική εξαθλίωση και περιθωριοποίηση με αποτέλεσμα να προκαλούν οργή και αγανάκτηση ανάμεσα στο μουσουλμανικό κόσμο.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η πρόληψη της ριζοσπαστικοποίησης και στρατολόγησης ευρωπαίων πολιτών από εξτρεμιστικές/φονταμενταλιστικές οργανώσεις, πρέπει να περιλαμβάνει και δράσεις άμεσης ενέργειας. Η παραδοχή ότι η Ευρώπη περιθωριοποιεί τις πολυπολιτισμικές κοινότητες σημαίνει ότι δεχόμαστε πως εμείς κάνουμε λάθος, και όχι όλοι όσοι, ως φιλοξενούμενοι, δεν συμμορφώνονται με τους νόμους και δεν σέβονται τα ήθη και τις παραδόσεις των κοινωνιών στις οποίες επιθυμούν να ενταχθούν.

Η Συνθήκη του Σένγκεν είναι προβληματική, η δε πολιτική ανοικτών συνόρων και η μαζική μετανάστευση προκαλούν κοινωνική αταξία και συνιστούν απειλή για την ασφάλεια. Η έκθεση δεν υιοθετεί επιβαλλόμενες λύσεις, όπως το κλείσιμο των εσωτερικών συνόρων και η πλήρης αποκατάσταση των συνοριακών ελέγχων σε εθνικό επίπεδο.

Τέλος, αντί να διακοπεί κάθε συνεργασία, κάθε βοήθεια και να επιβληθούν κυρώσεις στην Τουρκία, η οποία θρέφει τη μετανάστευση, κερδίζει από τους διακινητές και υποστηρίζει τον ISIS, η έκθεση προτείνει να ενισχυθεί η συνεργασία μαζί της.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Támogattam a jelentés elfogadását, mert azt a legutóbbi terrorista támadások révén az EU-t ért súlyos biztonsági kihívás miatt nem csak rendkívül aktuálisnak, hanem alaposnak, a téma minden lényeges oldalát feltáró jellegűnek ítélem. Egyetérték azzal, hogy ennek a kihívásnak az EU csak egységesen felelhet meg, s ennek során a megelőzést kell a középpontba helyezni.

Különösen a fiatalok radikalizálódásának megelőzése szempontjából kulcsfontosságúnak tartom és politikusi tevékenységem során eddig is szorgalmaztam az interneten, illetve a média csatornáin terjedő szélsőséges, xenofób, antiszemita, kisebbségellenes, antidemokratikus tartalmak korlátozását, valamint az oktatásban ezek befolyásának ellensúlyozását. (Magyar képviselőként különös érzékenységgel figyelem ezeket a szempontokat, mivel saját hazámban is hatnak szélsőséges nézetek, miközben a kormányzat hatékony megelőzés helyett maga is terjeszti az idegenellenes retorikát, sőt, ennek keretében összekapcsolja a menekültválságot a terrorizmussal.)

Az uniós együttműködés javításának lehetőségei kapcsán a jelentés erényének tartom, hogy rámutat a szorosabb EU-n belüli információcsere, valamint a harmadik országokkal való jobb együttműködés jelentőségére. Fontos megállapításának tartom továbbá, hogy a terrorizmus és a radikalizálódás elleni fellépés nem jelentheti az alapvető állampolgári szabadságjogokra vonatkozó európai elvek feladását.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Przyjęcie przez Parlament Europejski rezolucji o zapobieganiu radykalizacji i rekrutacji obywateli UE przez organizacje terrorystyczne tak znakomitą większością świadczy o jedności Parlamentu w walce przeciwko barbarzyństwu w naszym regionie i nie tylko. Środki, które zostały zaproponowane w sprawozdaniu PE, muszą jednak być wprowadzone tak szybko, jak to możliwe, aby były skuteczne.

Powstrzymanie radykalizacji wewnątrz więzień, systematyczne kontrole na granicach zewnętrznych Unii czy lepsze i częstsze monitorowanie mediów społecznościowych, to jedne z niektórych metod zaproponowanych przez PE w walce z radykalizacją obywateli europejskich. Teraz zarówno państwa członkowskie, jak i inne unijne instytucje muszą zapisać przez PE rekomendacje wprowadzić w życie, inaczej bowiem możemy okazać się całkowicie bezbronni w obliczu narastającego niebezpieczeństwa.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Terorismul este unul dintre fenomenele negative cele mai pregnante ale vremurilor noastre. Dincolo de cauzele profunde ce stau la baza producerii sale, este de presupus că acest fenomen se va accentua în perioada următoare, sub influența activităților distrugătoare promovate fățiș de așa numitul „Stat Islamic”.

Deși principalele competențe pentru combaterea terorismului aparțin statelor membre, este nevoie de o strategie coerentă în cadrul Uniunii pentru a putea stopa ascensiunea acestui fenomen.

Una dintre direcțiile în care trebuie acționat este prevenirea extremismului violent și a radicalizării de tip terorist în cadrul închisorilor.

O altă direcție este prevenirea radicalizării de tip terorist în mediul virtual, care are o influență importantă în direcția mobilizării militanților teroriști.

Principalele instrumente pentru prevenirea radicalizării în societate sunt sistemul de educație și incluziunea socială, care trebuie susținute la nivel european. În același timp însă statele membre trebuie să îmbunătățească schimbul de informații privind radicalizarea de tip terorist pe continent și să consolideze instrumentele de descurajare a terorismului, cum ar fi controlul la frontiere, inclusiv în rândul propriilor cetățeni.

De asemenea, acțiunile statelor membre trebuie să vizeze destructurarea celulelor teroriste, atât în interiorul cât și în vecinătatea UE.

Din aceste motive, se impune adoptarea neîntârziată a acestui document.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Il s'agit ici d'un texte qui n'a aucune valeur législative ni force contraignante. Néanmoins, nous nous devons d'aborder la thématique de la radicalisation. En effet, 5 000 citoyens européens ont rejoint des organisations terroristes et d'autres formations militaires, notamment les rangs du groupe État islamique, du Front al-Nosra et d'autres organisations en dehors de l'Union européenne, en particulier dans les régions du Moyen-Orient et de l'Afrique du Nord. Ce phénomène ne cesse de s'accélérer pour prendre une ampleur considérable. Il est grand temps d'agir!

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I supported this report which sets out recommendations on the issue of preventing radicalisation of EU citizens leading to violent terrorism. Over the last year, Europe became the target of terrorist attacks led by its own citizens; I believe a concerted EU approach is needed as regards preventing and countering this radicalisation.

In particular EU cooperation should be intensified as regards the exchange of sensitive information and I am in this respect in favour of finalising the EU PNR by the end of this year. EU cooperation also needs common standards and judicial control for terrorism prosecution as well as a harmonised approach to the definition as a criminal offence of hate speech.

Lastly, as we know radicalisation is to a large extent happening through the Internet and social media, I find of utmost importance to intensify the cooperation between Internet companies and Member States for the identification of people involved in terrorist organisations.

Michael Theurer (ALDE), *schriftlich*. – Die FDP im EP befürwortet die Grundaussrichtung des Berichts. Allerdings lehnen wir die Einführung einer PNR-Richtlinie ab. Deshalb haben wir gegen den Bericht gestimmt. Das Problem in Europa sind nicht zu wenig Sicherheitsdienste oder unzureichende Listen von verdächtigen Personen. Das Problem liegt vielmehr in einer mangelnden Zusammenarbeit innerhalb der EU bei der Terrorabwehr.

Isabelle Thomas (S&D), *par écrit*. – Nous venons d'être frappés au cœur de l'Europe par de terribles attentats. Ces crimes ne sont plus perpétrés par des individus provenant de pays-tiers, mais bien par des combattants européens, endoctrinés et radicalisés C'est l'ensemble de notre continent qui est touché, nous devons agir de façon coordonnée à l'échelle européenne.

La proposition Dati risquait de transformer les prisons en lieu d'endoctrinement, et nous avons largement amendé son rapport afin que les multiples causes de la radicalisation soient bien prises en compte. Nous préconisons la création d'un Centre européen de lutte contre le terrorisme, qui pourrait par exemple agir contre la diffusion de l'extrémisme violent sur internet. Nous insistons particulièrement sur la nécessité d'avoir une politique de prévention spécifique: des politiques d'éducation et d'insertion sociale ambitieuses et la riposte sur le plan idéologique sont d'efficaces outils de prévention contre la radicalisation des jeunes.

Au-delà des seules mesures sécuritaires envisagées par M^{me} Dati, il nous faut une stratégie globale. La prévention, la préservation de nos droits et de nos libertés doivent impérativement être intégrés à nos dispositifs afin de construire une réponse efficace sur le long-terme contre la radicalisation.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – I recenti fatti di Parigi devono fungere da monito sul fatto che servano misure concrete ed efficaci per combattere il fenomeno del terrorismo, ma sono fermamente convinta che sia nostro dovere lavorare nel quadro dei valori democratici che difendiamo e che sono sotto attacco.

Abbiamo bisogno di migliorare e coordinare a livello internazionale i servizi di intelligence che abbiamo, per contrastare il traffico di armi, per monitorare e interrompere il finanziamento delle organizzazioni terroristiche. Occorre inoltre investire sull'istruzione e sull'inclusione sociale per evitare che intere zone delle nostre città diventino terra di nessuno.

Il dialogo interculturale con le diverse comunità religiose deve essere alla base di ogni misura. Il terrorismo non è prerogativa di una singola religione o nazionalità.

László Tőkés (PPE), írásban. – A párizsi terrortámadások nyilvánvalóvá tették, hogy az Európai Uniónak cselekednie kell a terrorizmus elleni küzdelem terén és az uniós polgárok radikalizálódásának megelőzése érdekében. Noha a radikalizálódás elleni küzdelem továbbra is elsődlegesen a tagállamok hatáskörébe tartozik, összehangolt európai megközelítésre van szükség.

Becslések szerint több mint ötezer azon európai polgárok száma, akik Irakba és Szíriába utaztak azzal a céllal, hogy terrorista szervezetek általi kiképzésben vegyenek részt. Mindez tényleges biztonsági fenyegetést jelent egész Európa számára.

Önmagában büntetőintézkedések már nem elegendők. Az Uniónak a megelőzésen alapuló új stratégiára van szüksége. Mivel e jelentés a hangsúlyt az európai polgárok radikalizálódásával és terrorista szervezetek általi toborzásával kapcsolatban a proaktív szemléletre helyezi, a FIDESZ néppárti delegációja tagjaként szavazatommal támogattam.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Europarlamentarè R. Dati i savo pranešimą įtraukė svarbius Europos saugumui postulatą, už kuriuos balsavau. Ji teigė, kad yra reikalingi Europos veiksmai, skirti užkirsti kelią Europos piliečių radikalizmui ir rekrutavimui, vykdomam teroristinių organizacijų. Tie veiksmai reikalingi tam, kad sustabdytų šį intensyvėjantį reiškinį, sustabdytų Europos piliečių išvykimą į konfliktines zonas, sustabdytų vietos bendruomenės radikalizavimą ir užkirstų kelią kitiems teroro aktams. Be to, prioritetu turi būti, kaip nurodė pranešėja, veiksmų plano, skirto ES strategijos kovoje su terorizmu įgyvendinimui ir įvertinimui, parengimas, remiantis gerosios praktikos principais ir kompetencijų derinimu Europos Sąjungoje, valstybių narių priimtų priemonių įvertinimu visiškai gerbiant tarptautines žmogaus teisių konvencijas ir taikant daugiašakį požiūrį.

Ruža Tomašić (ECR), napisan. – Podržala sam izvješće kojim se predlažu rješenja prekograničnih problema i problema na razini Europske unije o suzbijanju radikalizacije i novačenju europskih građana u terorističke organizacije.

Naime, nedavni teroristički napadi u Parizu jasno pokazuju da je potrebna bolja suradnja između država članica Europske unije, ali i drugih tijela kao što su EUROPOL, CEPOL i EUROJUST na sprečavanju i otkrivanju radikalizacije europskih građana. Smatram kako taj napad u potpunosti potvrđuje pretpostavku da se europski građani koji su otišli na obuku u Siriju u velikom broju vraćaju u Europu s ciljem izvođenja terorističkih napada.

Stoga podupirem poziv da Europski parlament što prije usvoji evidenciju podataka o putnicima, koja bi trebala biti nova učinkovita mjera u borbi protiv zločina i terorizma. Jednako tako, smatram da se ne smijemo usredotočiti samo na sprečavanje povratka radikaliziranih građana u Europu, nego moramo zaustaviti njihovu regrutaciju i radikalizaciju na samom početku, a to bismo mogli postići provođenjem preporučenih strategija prevencije radikalizacije u zatvorima te sprečavanjem putem obrazovanja i socijalnog uključivanja, kao i suzbijanjem širenja propagandnih materijala za radikalizaciju na internetu.

Romana Tomc (PPE), pisno. – Poročilo o preprečevanju radikalizacije in novačenja evropskih državljanov s strani terorističnih organizacij sem podprla, ker menim, da se je potrebno odločno upreti radikalizaciji in ekstremizmom z različnimi ukrepi, med drugim s poostreno kontrolo na zunanjih mejah, s hitro in učinkovito izmenjavo informacij med državami članicami, s preventivo na spletu in v zaporih ter s socialnim vključevanjem in izobraževanjem tistih skupin, ki so najbolj dovzetne za takšne ekstremizme.

Yana Toom (ALDE), *in writing*. – The report contains many important recommendations. We need to support programs to counter radicalising of youth and to promote tolerance and exchange of best practices in this area. We need to fight hate speech in Internet and ensure responsible approach of media to hate speech in their materials and in commentaries posted online. We need also to foster training and cooperation of religious leaders who are moulding public opinion and may prevent incitement to hatred and violent extremism in places of worship.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra porque, a pesar de los esfuerzos para conciliar las posiciones de los diferentes grupos, esta iniciativa sigue poniendo el foco más en los síntomas que en los problemas que los originan. Se le da más peso a medidas coercitivas y de control social, que añaden al problema del extremismo violento el del deterioro de nuestras libertades. Como expusimos entre las siete medidas urgentes para combatir el terrorismo que nuestra delegación envió por correo al Presidente Schulz, a la Vicepresidenta Mogherini y a todos los diputados al Parlamento Europeo, las medidas legales o policiales por sí solas no bastan para resolver el problema. La mejor manera de combatir el extremismo es lograr que la gente se sienta parte de una sociedad cohesionada y cultivar las oportunidades económicas y sociales en las comunidades vulnerables, tanto en Europa como en los países que sufren este fenómeno. Hay que reforzar las estrategias que favorecen la cohesión y la inclusión social de las personas de orígenes culturales, étnicos y nacionales diversos, y en especial el papel de la educación como única vía que puede ofrecer alternativas de futuro a la juventud para alejarla del radicalismo y la violencia.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Der Bericht führt verschiedene Maßnahmen auf, welche auf europäischer Ebene zur Bekämpfung des Terrorismus ergriffen werden sollten. Gerade die jüngsten Terroranschläge von Paris haben die Dringlichkeit solcher Maßnahmen aufgezeigt. Der Bericht geht insbesondere auf die Verhinderung der Radikalisierung und Anwerbung von EU-Bürgern durch terroristische Organisationen ein und fordert hierzu einen Aktionsplan vonseiten der Kommission. Dabei beleuchtet der Berichterstatter unter anderem das Problem, dass Radikalisierungen oftmals in überfüllten Gefängnissen stattfinden, weshalb hier Leitlinien und Schulungen zugunsten des Personals sowie pädagogische Programme für Häftlinge zur Verhinderung von Radikalisierungen in Gefängnissen umgesetzt werden sollen. Weitere Handlungsfelder sind die Bekämpfung von Anwerbungen im Netz, Schulungen in Bildungseinrichtungen, die Notwendigkeit einer EU-Richtlinie über Fluggastdatensätze sowie die intensivere Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden in den Mitgliedstaaten im Rahmen bestehender Systeme. Dazu gehören beispielsweise das Schengener Informationssystem SIS sowie weitere Plattformen.

Da die vorgeschlagenen Maßnahmen der Wahrung von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in Europa dienen, habe ich diesem Bericht zugestimmt.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – The recent brutal terrorist attacks in Paris have confirmed once again the urgency of this security situation and threats coming from inside our Member States.

The issue of European foreign fighters going to Syria and coming back is now obvious to everybody and cannot be ignored. On the contrary, all Member States authorities must act. At EU level we must implement and finally create a European PNR system. It should be a mandatory system with automatic exchange of information. I am also in favour of foreign fighters who have gone to Syria to fight being deprived of their nationality if they return to Europe.

It is essential to control social media such as Twitter and Facebook in order to better understand their communication and recruiting strategies.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Ce rapport est extrêmement politiquement correct, communautariste et européiste. Il ne met pas en cause Schengen et les frontières ouvertes. Quelques exemples:

Paragraphe 1: «souligne que le terrorisme ne peut et ne doit être associé à aucune religion, nationalité ou civilisation».

Paragraphe 28: «souligne que la diversité de l'Europe et ses communautés multiculturelles font partie intégrante de son tissu social, et qu'elles constituent un atout culturel essentiel».

Paragraphe 38: «réaffirme son engagement à œuvrer à l'achèvement d'une directive de l'Union sur les dossiers passagers (PNR) avant la fin de l'année 2015».

Je vote donc contre ce texte.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Radicalizarea este un concept folosit pentru a descrie fenomenul prin care anumite persoane îmbrățișează opinii, puncte de vedere și idei intolerante care ar putea duce la extremism violent.

În ultimii ani peste 5 000 de cetățeni europeni s-au alăturat unor organizații teroriste și altor formațiuni militare, ca organizația Statul Islamic și altele din afara Uniunii Europene, îndeosebi în regiunea Orientului Mijlociu și a Africii de Nord, iar acest fenomen capătă o amploare considerabilă.

Atacurile teroriste recente comise în Franța, Belgia și la Copenhaga scot în evidență amenințarea la adresa securității pe care o reprezintă prezența acestor persoane radicalizate, care de cele mai multe ori sunt cetățeni ai UE.

În Europa există deja un număr de instrumente pentru a face față radicalizării cetățenilor europeni, iar în acest context UE și statele sale membre ar trebui să utilizeze pe deplin aceste instrumente și să încerce să le consolideze, pentru a răspunde provocărilor actuale la adresa securității statelor.

În acest sens, se impune necesitatea unei cooperări între statele membre în domenii sensibile, cum ar fi schimbul de informații secrete, precum și stabilirea unei acțiuni comune pentru a împiedica radicalizarea și recrutarea cetățenilor europeni de către organizațiile teroriste.

Raportul subliniază toate aceste aspecte și, prin urmare, am votat în favoarea lui.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – A terrorizmus elleni küzdelem, az európai polgárok radikalizálódásának és terrorista szervezetek általi toborzásának megelőzése elsődlegesen továbbra is a tagállamok hatáskörébe tartozik. A bűnüldöző hatóságok közötti hatékony és eredményes információcseréhez azonban elengedhetetlen az európai együttműködés annak érdekében, hogy leküzdjék a határokon átnyúló jellegű terrorista fenyegetettségeket. Ezért összehangolt európai megközelítésre van szükség, ami hozzáadott értéket teremt az európai polgárok szabad mozgását biztosító térségben hatályos jogszabályok összeegyeztetése és adott esetben összehangolása tekintetében, valamint a terrorizmus megelőzése és elhárítása szempontjából is. A löfölgvények kereskedelme elleni küzdelmet az Uniónak a súlyos és szervezett nemzetközi bűnözés elleni küzdelemben prioritásként kell kezelnie. Ezért támogattam a jelentést.

Traian Ungureanu (PPE), *în scris*. – Evenimentele produse recent pe teritoriul unor state membre ale Uniunii arată că Uniunea Europeană trebuie să acționeze de urgență în domeniul combaterii terorismului și al prevenirii radicalizării cetățenilor europeni. Radicalizarea este un fenomen complex care se bazează pe o serie de factori globali, sociologici și politici.

La ora actuală, peste 5 000 de cetățeni europeni sunt considerați luptători străini, radicalizați care s-au alăturat unor organizații teroriste.

Când vorbim despre radicalizare, trebuie să avem o imagine de ansamblu asupra factorilor care au contribuit la radicalizare. Este o provocare uriașă să înțelegem de ce acești cetățeni au ales această cale întrucât cauzele radicalizării pot fi deopotrivă socio-economice, ideologice, personale și psihologice și, din acest motiv, radicalizarea trebuie înțeleasă în contextul situației fiecărui individ în cauză.

Raportul Parlamentului European abordează în detaliu problematica radicalizării, solicitând printre altele stabilirea unui plan de acțiune pentru transpunerea în practică și evaluarea strategiei UE de combatere a radicalizării și recrutării în scopuri teroriste.

Am votat în favoarea acestui raport.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra porque, a pesar de los esfuerzos para conciliar las posiciones de los diferentes grupos, esta iniciativa sigue poniendo el foco más en los síntomas que en los problemas que los originan. Se le da más peso a medidas coercitivas y de control social, que añaden al problema del extremismo violento el del deterioro de nuestras libertades. Como expusimos entre las siete medidas urgentes para combatir el terrorismo que nuestra delegación envió por correo al Presidente Schulz, a la Vicepresidenta Mogherini y a todos los diputados al Parlamento Europeo, las medidas legales o policiales por sí solas no bastan para resolver el problema. La mejor manera de combatir el extremismo es lograr que la gente se sienta parte de una sociedad cohesionada y cultivar las oportunidades económicas y sociales en las comunidades vulnerables, tanto en Europa como en los países que sufren

este fenómeno. Hay que reforzar las estrategias que favorecen la cohesión y la inclusión social de las personas de orígenes culturales, étnicos y nacionales diversos, y en especial el papel de la educación como única vía que puede ofrecer alternativas de futuro a la juventud para alejarla del radicalismo y la violencia.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on the prevention of radicalisation and recruitment of European citizens by terrorist organisations because I believe it is extremely important to cope with this issue, in order to prevent unwanted consequences that could follow in the future. Radicalisation has become a term used to describe the phenomenon of people embracing intolerant opinions, views and ideas which could lead to violent extremism and the resolution sets out concrete proposals for a comprehensive strategy to tackle extremism, to be applied in particular in prisons, online and through education and social inclusion. The important part of the resolution is the chapter about Preventing radicalisation through education and social inclusion where we also called on the Commission to support Member States in carrying out a communication campaign to raise the awareness of young people and of supervisory staff as regards issues of radicalisation and encouraged the establishment of close cooperation between all civil society actors at national and local level, and of greater cooperation between actors on the ground, such as associations and NGOs.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Este informe realiza recomendaciones para desarrollar una estrategia europea que prevenga la radicalización y el reclutamiento de ciudadanos europeos por organizaciones terroristas, desarrollando propuestas interesantes relativas al reclutamiento en internet, la radicalización en las prisiones, las medidas que se han de llevar a cabo en la educación y en las campañas de concienciación ciudadana, los mecanismos de alerta, la necesidad de llevar a cabo intercambios de información entre Estados miembros y otros muchos más elementos. Por todo ello, considero necesario votar a favor de dicho informe.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque supone un ejercicio oportuno sobre lo que puede hacer Europa para prevenir que ciudadanos europeos sean radicalizados, especialmente en la red, y reclutados por organizaciones terroristas.

Tenemos que aprender a intervenir los contenidos en la red que instigan al extremismo violento; a intervenir también la socialización del terror en las cárceles; a prevenir no solamente el tráfico de armas, a través de esos medios sofisticados, sino la financiación de ese adoctrinamiento; y a congelar sus activos, todo ello a escala europea.

Debemos aprender a cooperar policialmente para compartir información sobre esos 5 000 europeos que han entrado y salido después de haber sido entrenados para el terrorismo en algún lugar extranjero. Pero también debemos denunciar que la austeridad y el derrumbamiento de las políticas de educación, inclusión e integración en barrios marginados y colectivos especialmente vulnerables han hecho que muchos jóvenes europeos se muestren dispuestos a embarcarse en esa enloquecida espiral de violencia destructiva y autodestructiva, y se declaren dispuestos no solamente a matar, sino a morir matando.

Este es el desafío que debemos resolver. Espero que este informe otorgue valor añadido europeo al terrible reto que el terrorismo supone para Europa.

Bodil Valero (Verts/ALE), *skriftlig*. – Jag anser inte att resolutionen är den ultimata lösningen på frågan om hur vi ska kunna förhindra att EU-medborgare radikaliseras och rekryteras av terroristorganisationer. Resolutionen innehåller både positiva och negativa uppmaningar. Några av de positiva är att man inte ska associera terrorism med specifika religioner eller nationaliteter, att datainsamling och andra utredningsåtgärder måste ske i enlighet med EU-rättens grundvärderingar och internationella mänskliga rättighetsstandarder samt att man måste bekämpa vapensmuggling och illegala vapen. Jag röstade emot uppmaningen om att slutföra EU-direktivet om passageraruppgifter (PNR). Det är viktigare att länders enskilda polismyndigheter samarbetar med varandra och att vi satsar mer resurser på det ordinarie polis- och säkerhetsspolisarbetet. Det avgörande avradikaliseringsarbetet sker på marken och kräver insatser från kommuner, myndigheter och det civila samhället.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra del informe sobre la prevención de la radicalización y el reclutamiento de ciudadanos europeos por organizaciones terroristas puesto que está hecho desde el principio sin la voluntad de acudir a la raíz de la desigualdad, la ausencia de perspectivas y alternativas, y la xenofobia, que empuja a la juventud hacia este tipo de posiciones, sino que simplemente pretende estigmatizar a colectivos enteros. Contra el terrorismo no valen atajos, y eso es justo lo que pretende este informe a través de la recomendación de medidas de carácter populista. Además, se potencia la labor de agencias europeas como Europol, totalmente opaca al escrutinio de la ciudadanía y las instituciones, y se refuerzan sus lazos con países con escasas garantías de respetar los derechos humanos como las monarquías teocráticas del golfo Pérsico. También se pretenden recortar derechos y libertades en la

red, pues recomienda la posibilidad de eliminar contenidos de internet sin orden judicial previa. Otra de mis preocupaciones está en lo relativo a lo penal, pues apuesta por permitir la segregación de presos sobre la base de su origen cultural. Estos, entre otros, son los principales motivos por los que he votado en contra.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – After the appalling attacks in Paris, the need to prevent terrorist attacks of this nature recurring is undoubtedly critical. This cannot be achieved with an inadequate response at a European level. This report emphasises the necessity of creating a common framework for dealing with foreign fighters. The recent tragedies have brought into sharp relief the report's recommendation that European law enforcement must cooperate more to effectively combat terrorism in all of its forms. Furthermore, to counter radicalisation in programmes, the separation of prisoners must be considered. The report also refers to radicalisation on the internet, which provides specific challenges given its global and cross-border nature. We need to prevent the internet being used to radicalise people across Europe by having a proper counter-radicalisation strategy that encompasses the internet. Only with a European approach can we solve this problem.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik sta achter dit voorstel dat enkele aanbevelingen doet ter preventie van radicalisering bij onze eigen Europese burgers. Op 13 november 2015 werden er gruwelijke terroristische aanslagen gepleegd in Parijs door enkelen van onze eigen burgers. Een meer Europees gecoördineerde aanpak is noodzakelijk om de radicalisering die tot dergelijke terreur leidt, tegen te gaan.

We moeten meegaan met onze tijd en ons realiseren dat radicalisering vaak gebeurt via het internet of de sociale media. Ik heb daarom ervoor gekozen strenger toe te zien op internetbedrijven, zodat dergelijke aanslagen in de toekomst beter vermeden kunnen worden en men dergelijke terroristische organisaties geen digitaal platform biedt om mensen te ronselen.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – À la suite des attentats terroristes en janvier 2015, le Parlement s'était saisi de la question de la radicalisation terroriste d'Européens.

Je me suis abstenue sur ce rapport débattu après les attentats meurtriers de Paris car, s'il comporte des éléments positifs, il met surtout l'accent, comme dans d'autres domaines, sur des mesures sécuritaires et répressives, le volet prévention étant faible et très vague.

En outre, la résolution demande l'adoption urgente de la directive sur les données de passagers aériens, y compris y intégrant les vols intra-européens. Elle propose également que les fournisseurs de services internet deviennent des auxiliaires de police. La surveillance d'internet est nécessaire dans un cadre strictement limité, ne doit pas aboutir à une confusion des rôles et doit rester sous le contrôle du juge.

La condamnation des personnes revenant de Syrie ou d'Irak ne peut pas non plus se faire sans se soucier des raisons de leur retour et sans tenir compte de l'évolution des profils des personnes parties rejoindre ces zones.

La répression ne suffit pas, sinon il n'est même pas la peine de parler de prévention. Un grand nombre de mesures dans différents domaines sont nécessaires, en évitant toute stigmatisation et toute suspicion généralisées.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório propõe um conjunto de medidas avulsas, supostamente em nome do combate ao terrorismo, que deliberadamente contornam a raiz do problema, não contribuindo para a sua solução, para o aumento da segurança dos cidadãos ou para uma estratégia coerente de cooperação entre Estados que combata e, sobretudo, previna o terrorismo. Pelo contrário, este relatório apoia a estratégia deliberada da UE de cerceamento da liberdade democrática e das liberdades individuais, insistindo na tese peregrina da falsa dicotomia liberdade-segurança e apoia uma visão militarista de alegado combate ao terrorismo que, ao invés de enfraquecer, fortalece as lógicas do ódio e da guerra.

Crimes hediondos como os que foram cometidos em Paris, ou como os que há anos vêm sendo perpetrados em vários locais em todo o mundo, colocam a premência de uma política de paz nas relações internacionais e do respeito pelo direito internacional, que ponha fim às ingerências e agressões contra Estados soberanos, nomeadamente na região do Médio Oriente, as quais têm conduzido ao recrudescimento dos grupos terroristas.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Effektive Präventivmaßnahmen gegen Terrorismus sind in diesem Bericht nur Randerscheinungen. Grundlegende Ursachen und Symptome von Radikalisierung werden negiert. Der Bericht schrammt an der wahren Problematik vorbei. Daher lehne ich diesen Bericht ab.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Ich habe für die Prävention gestimmt, da einige der etablierten Politiker endlich aus ihrer multikulturellen Traumwelt durch die Anschläge von Paris herausgerissen wurden und anscheinend merken, dass sie nicht Vielfalt und Liebe, sondern soziale Not und Tod mit ihrer Politik der offenen Türen gebracht haben.

Auch wenn nicht alle Punkte meiner politischen Auffassung entsprechen, so ist es doch ein Schritt nach vorn für die Sicherheit der Grenzen Europas und für die innere Sicherheit aller Länder innerhalb der EU.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Die Entschließung des Europäischen Parlamentes über Prävention der Radikalisierung und Anwerbung europäischer Bürger durch terroristische Organisationen habe ich abgelehnt.

Dieser Bericht geht schlicht und einfach an der Sache vorbei. Er befasst sich mit der Radikalisierung von EU-Bürgern. Dabei navigiert er um die beiden eigentlichen Probleme herum: erstens den Konnex zwischen Islam und Terror und zweitens den Zusammenhang zwischen dauernder kriegerischer militärischer Intervention rund um die arabische Halbinsel und ihren Folgen. Wer vom Balken im Auge schweigt, der muss nicht vom Splitter im Finger schwadronieren.

Iuliu Winkler (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the Report on Prevention of radicalisation and recruitment of European citizens by terrorist organisations. The terrorist attacks in Europe in 2015 highlighted the urgency with which the European Union needs to take action on combating terrorism and preventing the radicalisation of its citizens. I agree that the EU and the Member States should become more involved in preventing radicalisation, and of course a concerted EU approach is needed to be effective in combating the threat posed by radicalised EU citizens who may move freely around the European Union. The European Union has to adopt a new strategy based more on prevention. The aim of the report is to make recommendations on an EU strategy to prevent the radicalisation and recruitment of EU citizens.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – W następstwie ataków terrorystycznych, które dotknęły Europę, oraz znaczącego wzrostu liczby mieszkańców UE o radykalnych poglądach został przygotowany projekt, którego celem jest prezentacja najlepszych sposobów na zmierzenie się z tym problemem. Jedną z kwestii dotyczy eliminacji podróży zagranicznych bojowników na terenie UE. Zalecenia poruszają kwestię segregacji w więzieniach, a także wprowadzenia inicjatyw edukacyjnych i społecznościowych. Istotną jest również współpraca międzynarodowa w UE w ramach walki z terroryzmem, wymiana praktyk, które w wymiarze globalnym pomogą w stawieniu czoła radykalizacji poglądowej. Szczególny nacisk ma być położony na ściślejszą współpracę przez Europol, CEPOL oraz Eurojust, które swoim działaniem mają przyczyniać się do zapobiegania radykalizacji.

Warto w tym miejscu wspomnieć o misji, jaką spoczywa na przedsiębiorstwach internetowych. Wspólnie ze służbami mundurowymi mają za zadanie wykrywać wszelkie działania online, które są ściśle powiązane z radykalizacją. Dzięki kompromisom, które objęły znaczną liczbę poprawek, zagłosowałam za wprowadzeniem sprawozdania.

Anna Záborská (PPE), *pisomne*. – Ak chceme udržať schengenský priestor bez hraničných kontrol, v ktorom môžu občania voľne prechádzať z jedného štátu do druhého (či už za prácou, alebo ako turisti), je potrebný jednotný európsky postoj, pretože rovnakú voľnosť pohybu majú aj teroristi.

Prvým a zásadným predpokladom úspechu je výmena informácií medzi členskými štátmi. Zraniteľným miestom je často aj zlyhanie štátov pri predvídaní odchodu zverbovaných mladých ľudí do vojny v zahraničí, ako aj ich návratu. Správa apeluje na prijatie smernice o osobných záznamoch cestujúcich, ktorú Parlament v minulosti zablokoval z obavy o zneužitie osobných dát občanov a narušenie ich práva na súkromie. Konkrétne opatrenia sa týkajú aj oddeľovania väzňov, ktorí už boli stúpcami násilného extrémizmu alebo prešli cez nábor teroristických organizácií, od ostatných väzňov, prísnejšej kontroly webových lokalít podnecujúcich nenávisť, podpora nástrojov na jednoduché a rýchle nahlasovanie protiprávneho obsahu na internete, či už priamo cez internet, alebo cez tzv. „horúcu linku“, celá séria opatrení týkajúca sa vzdelávania v školách, a podobne.

Kľúčom k prevencii je však podľa mňa rodina, na ktorú už dlho politiky štátu neberú vôbec ohľad.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), γραπτώς. – Η ΕΕ ενωμένη οφείλει να αποκαταστήσει κάθε έλλειμμα ασφάλειας στο εσωτερικό της. Η προάσπιση της ελευθερίας των πολιτών και η προστασία τους από κάθε απειλή αποτελούν θεμελιώδεις αξίες της Δημοκρατίας και συνεπώς προτεραιότητα μας. Ασφαλώς και υπερηφέισα την έκθεση αυτή, η οποία θέτει τις προϋποθέσεις για την αποτελεσματική πρόληψη, αλλά και την αποτροπή της στρατολόγησης των ευρωπαίων πολιτών σε τρομοκρατικές οργανώσεις.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – Quisiera agradecer también a la señora Dati el excelente trabajo que ha hecho con este informe. El Grupo PPE ha identificado la urgencia en la lucha contra el terrorismo y la prevención de la radicalización para la Unión Europea y para los Estados miembros. El terrorismo no puede ser derrotado a menos que se aborden todos los tentáculos. La radicalización de los jóvenes europeos es uno de los mayores riesgos. Debemos utilizar todos los instrumentos en nuestras manos para prevenir la radicalización. Hay que poner especial foco en las prisiones y en la red. La UE debe colaborar con las empresas de internet y con los medios de comunicación social e instarles a eliminar el contenido en línea ilícito y así evitar que se propague esta plaga.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Správu o prevencii radikalizácie a získavania európskych občanov teroristickými organizáciami som podporila. Tvárrou v tvár nedávnym teroristickým útokom sa Európska únia musí postaviť otázke, čo vedie mladých ľudí k sympatizovaniu s teroristickými organizáciami, aké sú korene odchodu alarmujúceho počtu mladých ľudí do Sýrie a akým spôsobom môžeme zabráňovať ich radikalizácii. Správa podľa môjho názoru zachovala potrebnú rovnováhu a nabádala členské štáty najmä k vzájomnej spolupráci, výmene osvedčených postupov a koordinácii politík tak, aby čo najefektívnejšie postupovali v tejto otázke, ktorá významne ovplyvňuje celú Európsku úniu.

Damiano Zoffoli (S&D), *per iscritto*. – La lotta al terrorismo ha bisogno di azioni vere, ma soprattutto ha bisogno azioni compiute insieme. I fatti di Parigi e gli sviluppi conseguenti ci fanno capire molto bene quanto sia fondamentale una lotta al terrorismo europea, un'intelligence europea, un esercito europeo. Solo condividendo forse e le informazioni riusciremo in quella che è una delle sfide più importanti del nostro tempo. Continuare a dimostrarci divisi su questo tema, oltre ad essere poco efficace, è contro i principi dell'Unione europea. Più unità allora, per riuscire a combattere la minaccia terroristica e per andare verso una vera Unione europea.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório propõe um conjunto de medidas avulsas, supostamente em nome do combate ao terrorismo, que deliberadamente contornam a raiz do problema, não contribuindo para a sua solução, para o aumento da segurança dos cidadãos ou para uma estratégia coerente de cooperação entre Estados que combata e, sobretudo, previna o terrorismo. Pelo contrário, este relatório apoia a estratégia deliberada da UE de cerceamento da liberdade democrática e das liberdades individuais, e apoia uma visão militarista de alegado combate ao terrorismo que, ao invés de enfraquecer, fortalece as lógicas do ódio e da guerra.

A imposição de medidas atentatórias de direitos e liberdades, que acompanha sempre o incremento da escalada de militarização das relações internacionais, de guerra e de ingerência e desestabilização de Estados soberanos, alimentam o crescimento de forças racistas, xenófobas e fascistas, e a sua ação de terror.

Crimes hediondos como os que foram cometidos em Paris, ou como os que há anos vêm sendo perpetrados em vários locais em todo o mundo, colocam a premência de uma política de paz nas relações internacionais e do respeito pelo direito internacional, que ponha fim às ingerências e agressões contra Estados soberanos, nomeadamente na região do Médio Oriente, as quais têm conduzido ao recrudescimento dos grupos terroristas. Votámos contra.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Za resolucijo Evropskega parlamenta o preprečevanju radikalizacije in novačenja evropskih državljanov s strani terorističnih organizacij sem glasoval, ker menim, da utemeljeno pripoznava, da je za obvladovanje le-tega nujno usklajeno evropsko ukrepanje za preprečitev novih terorističnih dejanj. Predlagani ukrepi, kot so izbris terorističnih vsebin s spleta, izmenjava vseh relevantnih informacij med državami članicami in Europolom, kakor tudi odvzem potnih listin, zamrznitev financ, osebni nadzor ter ažurno vzdrževanje „črnega“ seznama džihadistov so glavni ukrepi, ki se nanašajo ta hip le na okoli nekaj tisoč, morda deset tisoč evropskih državljanov.

Strategija za boj proti ekstremizmu, radikalizaciji in novačenju teroristov znotraj EU je uspešna samo, če se razvija vzporedno s strategijo integracije in socialnega vključevanja predvsem mladih, ki so najbolj ranljiva populacija. Cilj je, da se to ranljivo populacijo integrira v družbo na polju dela in šolanja kakor tudi preživljanja prostega časa. Če mladih ne bomo opremili z vrednotami in kompetencami, ki jim bodo zagotavljale „funkcionalno“ vključenost v evropsko družbo, nismo padli le pri nalogi, ki jo imenujemo deradikalizacija mladih, ampak tudi pri gradnji EU. Če ne bomo uspešni, nas čakajo trajni kulturni trki, socialne in politične napetosti.

10.8. Strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020 (A8-0312/2015 - Ole Christensen)

Mündliche Erklärungen zur Abstimmung

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señor Presidente, coincido con el diagnóstico del informe: la inestabilidad en el empleo, los bajos salarios, la subcontratación indiscriminada y, en general, las condiciones laborales precarias son factores que contribuyen decisivamente a aumentar la siniestralidad laboral y a empeorar la salud de los trabajadores y las trabajadoras.

Cuando una empresa no hace sus deberes en materia de seguridad, se producen dramas como el de cincuenta trabajadores intoxicados por mercurio en la fábrica de Asturiana de Zinc, en mi región, en Asturias. Y es que las enfermedades laborales las pagamos, al final, todos y todas en forma de pérdida de productividad de nuestras economías y mayores gastos para nuestros sistemas nacionales de salud y seguridad social.

Assumo también el enfoque de género de este informe porque Europa necesita políticas globales de conciliación, en lugar de seguir sobreexplotando a mujeres con dobles y triples jornadas.

Y mi voto para este informe y sus recomendaciones es positivo, pero también quiero hacer una advertencia a los socialistas europeos, porque seguir apoyando las políticas de austeridad y la ATCI significa seguir ahondando en la precariedad ...

(El Presidente retira la palabra a la oradora.)

Sven Schulze (PPE). – Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist wichtig und richtig, dass die EU für die mehr als 217 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen neuen strategischen Rahmen für besseren Arbeits- und Gesundheitsschutz für den Zeitraum 2014 bis 2020 vorgelegt hat. Für mich war entscheidend, dass der strategische Rahmen drei Punkte berücksichtigt: die Prävention arbeitsbedingter Krankheiten, die dem demografischen Wandel Rechnung trägt und die bereits bestehenden Regeln besser umsetzt. Aus meiner Sicht ist es wichtig, dass die mehr als 20 bereits bestehenden EU-Gesetze zum Arbeits- und Gesundheitsschutz im Sinne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser umgesetzt werden. Erst wenn uns das gelungen ist, können wir über neue Regeln nachdenken. Denn es sind vor allem die Unternehmen, die mitziehen müssen. Es sind vor allem kleine und mittelständische Unternehmen, die mit der Regelungsflut umgehen müssen. Hier helfen aus meiner Sicht die im Bericht geforderten Best-Practice-Beispiele für die Umsetzung der Richtlinien. Ich glaube aber, dass wir insgesamt in diesem Bericht eine gute Balance aus Arbeits- und Gesundheitsschutz gefunden haben, und deshalb habe ich diesem Bericht auch zugestimmt.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL). – Señor Presidente, la precarización de las relaciones de trabajo, los ritmos irregulares, las jornadas ilegales y la elevada rotación de contratos son la causa fundamental del aumento de los accidentes y enfermedades profesionales. También en mi país, España, tras las graves reformas laborales.

El empleo de calidad y los sindicatos son cruciales en la prevención de riesgos y la elaboración de estrategias de salud y seguridad en el trabajo. No compartimos que se reduzca la interlocución social en la agencia europea responsable, la EU-OSHA, ni los recortes en sus recursos.

Dicho esto, quisiera referirme concretamente a los disruptores endocrinos. La autorización del DEHP y la voluntad de eliminar la salud laboral de la normativa de riesgos químicos (REACH) son actos irresponsables. Se está incubando una grave crisis de salud pública como la del amianto, crisis que seguirá sin resolverse mientras siga presente en edificios e instalaciones en Europa.

Exigimos un marco unificado de protección y compensación a los afectados por el amianto y enfermedades profesionales como la silicosis.

Ningún interés económico puede estar por encima de los derechos de los trabajadores.

Csaba Sógor (PPE). – Mr President, raising labour standards and the level of occupational health and safety is not just in the interest of workers but also in the interest of companies' productivity and competitiveness, the sustainability of social security systems and of society at large.

We need clear and efficient rules in the field of health and safety at work and rigorous application regardless of the size of employers. This does not preclude however, taking into account the specific situation and needs of micro and small enterprises and the provision of special assistance to them in the implantation of health and safety legislation. I also strongly agree with the call from the report that we should step up our measures against undeclared work, as it is undeclared workers that are most exposed to work-related accidents.

Peter Jahr (PPE). – Herr Präsident! Kollege Schulze hat mir in seiner Stimmerkklärung aus dem Herzen gesprochen. Trotzdem ist das wieder ein typischer Bericht, dem man einerseits nur zustimmen kann. Alle Dinge, die genannt worden sind, sind richtig. Wir wollen natürlich auch Arbeitsschutz und Unfallschutz am Arbeitsplatz, wir möchten das natürlich europäisch ausgestalten und normieren – das ist alles richtig. Aber wir müssen natürlich aufpassen, dass es hier nicht zu einer Flut von Bürokratie kommt, die letztendlich vor allem kleine und Kleinstunternehmen schlicht und ergreifend belastet. Wenn wir von Best Practice sprechen, dann geht es ja nicht um die Best Practice im Sinne von Bürokratie, sondern um Best Practice im Sinne der Umsetzung. Das ist im Endeffekt auch meine Ermahnung an die zuständigen Kollegen im Fachausschuss, hier wirklich darauf zu achten, dass wir das Gute, das wir wirklich erreichen wollen, nicht durch eine Bürokratieflut verdecken. Damit machen wir uns letztendlich unglaubwürdig und würden zum Schluss auch die Skepsis an der Europäischen Union fördern.

Peter Lundgren (EFDD). – Herr talman! Vi har alldeles nyss röstat om *Strategic framework on health and safety at work*. För Sveriges del har vi under många år genom inte minst fackföreningarnas försorg och genom nationella politiska beslut tagit många viktiga steg i att skydda arbetarna, både vad det gäller arbetshälsa och säkerheten på arbetsplatser.

Den svenska modellen, som jag värnar och står upp för, vill jag inte se en urvattning av genom att EU ska sticka sina fingrar i det här området också. Därför röstar jag också nej till detta förslag. EU har en ständig vilja att sticka sina fingrar i allt mer nationella angelägenheter. Tyvärr blir det sällan till det bättre eftersom en "one size fits all-modell" gång efter gång visar sig vara fullständiga misslyckanden.

Är man ett medlemsland i EU, då bör man också förstå vikten av att ta ansvar för sina arbetare och deras säkerhet, utan att EU ska in med sin pekpinne och låtsas att man förstår bättre än vad de nationella regeringarna gör.

Andrejs Mamikins (S&D). – Eiropas Savienības stratēģiskais satvars par drošību, veselības aizsardzību darbā laika posmā no 2014. līdz 2020. gadam, tas ir augsti nepieciešams dokuments. Tas, starp citu, izvirza tādas mērķus, kurus mūsu kopienai jāsasniedz līdz šīs desmitgades beigām. Vairākas lietas: sociālais dialogs, juridisko saistību izpilde, darba apstākļu uzlabošana, to skaitā arī psiholoģisko risku ziņā, līdzvērtīgas konkurences nodrošināšana utt., utt. Tas viss rezultātā novedīs pie bezdarba līmeņa pakāpeniskas samazināšanas. Tas ir svarīgi, jo katram cilvēkam ir garantētas tiesības uz darbu un garantētas tiesības uz labiem darba apstākļiem. Un paradokss ir tāds, ka dotajā brīdī pasaulē un manā valstī Latvijā arī eksistē apstākļi, kad darba kvalitāte zema, bet rezultāts ir augsts. Mums jādomā par cilvēka labklājību darbavietā. Atbalstu.

Schriftliche Erklärungen zur Abstimmung

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report as it calls for more EU legislation, targets, funds and interference on the issue of health and safety law. UKIP is not against good and sensible health and safety rules, but the only people who should create laws to protect workers are our democratically elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – Merita particolare attenzione il quadro strategico in materia di salute e sicurezza sul luogo di lavoro. La relazione di iniziativa afferma che i lavoratori hanno diritto al massimo livello di tutela, indipendentemente dalle dimensioni dell'impresa, dallo Stato membro o dal tipo di contratto.

Abbiamo presentato degli emendamenti, che sono stati incorporati nel testo finale, con i quali si è chiesto agli Stati e alla Commissione di incoraggiare e sviluppare procedure standard per la semplificazione degli obblighi per PMI in materia di SSL (salute e sicurezza sul lavoro), sottolineando la necessità di tenere conto del benessere dei lavoratori nel quadro delle introduzioni di nuove tecnologie e prassi di lavoro. Abbiamo inoltre chiesto di aumentare le risorse economiche per la rimozione dell'amianto in tutti gli Stati.

Purtroppo la crisi economica e le politiche di austerità hanno ridotto le risorse economiche delle imprese, soprattutto delle PMI, ma questo tuttavia non deve in nessun caso provocare la diminuzione delle risorse destinate alla SSL.

Anche se c'è ancora molto da fare, questo è un passo in avanti verso una maggiore tutela dei lavoratori, per questi motivi il mio voto è stato positivo.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – La precarización de las relaciones de trabajo, los ritmos irregulares, las jornadas ilegales y la elevada rotación de contratos son la causa fundamental del aumento de los accidentes y enfermedades profesionales. Es por ello que el empleo de calidad y los sindicatos son cruciales en la prevención de riesgos y la elaboración de estrategias de salud y seguridad en el trabajo.

El informe del ponente comparte esta posición, además de pedir que la estrategia de la UE aborde retos tan importantes como son el enfoque de género o el envejecimiento de la fuerza laboral, además de riesgos específicos como los alteradores endocrinos o la exposición al amianto. Por todo ello, he votado a favor.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report because it aims to improve the Commission's strategic framework on workplace health and safety by making it more robust and effective in terms of monitoring, implementation and compliance.

The report calls on the Commission to consolidate Member State strategies in consultation with social partners and the EU-OSHA Agency, to improve European-wide data collection on work-related diseases and to facilitate compliance with EU OSH legislation by micro and small to medium enterprises by promoting the exchange of best practices.

It also recognises the vital role that strong labour inspectorates play in enforcing health and safety at work and urges Member States to evaluate the capacity of their labour inspectorates to enforce OSH law.

I support the raising of standards when it comes to workers' rights across Europe through EU-wide instruments such as this.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz stellen ein wichtiges Grundinteresse der Gesellschaft dar. Ich bin der Meinung, dass jede Arbeitnehmerin und jeder Arbeitnehmer ohne Ausnahme das Recht auf das höchste Gesundheitsschutzniveau am Arbeitsplatz hat. Konkret sollten die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten indikative Ziele für die Reduzierung von Berufskrankheiten und Unfällen am Arbeitsplatz festlegen. Deshalb unterstütze ich den Bericht zum strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le cadre normatif européen actuel concernant l'amélioration et la prévention des risques liés à l'environnement de travail est constitué de 25 directives dérivant d'une directive-cadre prise en 1989.

La multiplication de textes juridiques montre l'inanité et la bêtise profonde du projet européen tel qu'il est conçu aujourd'hui.

Le cadre stratégique dont il est question vise à simplifier la législation dans le cadre du REFIT, alors que le Parlement souhaite engager de nouveaux travaux afin d'élargir les formes d'emploi concernées par ce cadre et pour faire face à des nouveaux enjeux. Ainsi, le Parlement voudrait davantage soutenir les PME pour une meilleure application de l'accord-cadre en matière de santé et sécurité au travail, un meilleur suivi de sa mise en œuvre, et veiller à ce que les services d'inspection du travail soient suffisamment nombreux et formés.

Avec mes collègues du Front national et du groupe ENL, nous pensons qu'engager de nouveaux travaux pour augmenter les normes et renforcer le contrôle de leur application n'apparaît pas comme la priorité dans le contexte actuel. Une révision de la directive sur les travailleurs détachés doit être la priorité.

C'est pourquoi, j'ai voté contre ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This report calls for more EU legislation, targets and funding. It is therefore natural for me, as an MEP elected with a mandate for leaving the European Union, to vote against such a report.

Jean Arthuis (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport car il recense plusieurs défis importants qui se posent aux employeurs et aux salariés européens dans ce domaine. Il est extrêmement important de relever ces défis, ce qui exige que des initiatives législatives et non législatives soient mises en place.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kuriuo siekiama stiprinti darbuotojų saugą ir sveikatą. Kiekvienais metais daugiau kaip 4 000 darbuotojų žūsta dėl nelaimingų atsitikimų darbe, o mirtinių su darbu susijusių ligų atvejų skaičius kiekvienais metais viršija 150 000. Visi darbuotojai, neatsižvelgiant į darbdavio dydį, darbo vietas valstybę narę ar darbo sutarties, pagal kurią buvo pasamdyti, pobūdį, turi teisę į aukščiausio lygio sveikatos ir saugos apsaugą darbe. Pritariu, kad svarbu gerinti valstybių narių sveikatos strateginės programos (DSS) įgyvendinimo rezultatus, kad būtų pagerinta darbuotojų sveikatos ir saugos padėtis ir užtikrintos vienodos sąlygos įmonėms. Turėtų būti atliekamas praktinio ES DSS direktyvų įgyvendinimo ES *ex post* vertinimas. Būtina imtis veiksmų siekiant skatinti MVĮ atitiktį reikalavimams ir veiksmingą DSS valdymą.

Gerard Batten (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report as it calls for more EU legislation, targets, funds and interference on the issue of health and safety law. UKIP is not against good and sensible health and safety rules, but the only people who should create laws to protect workers are our democratically elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Chaque année, plus de 4 000 travailleurs meurent dans l'Union suite à des accidents au travail et plus de 150 000 décèdent suite à des maladies liées au travail.

Au travers de ce rapport que j'ai soutenu, le Parlement européen demande à la Commission d'agir avec détermination pour protéger les travailleurs contre les nouveaux risques de cancer et les affections psychologiques comme le burnout et le stress.

Ceci passe notamment par le réexamen des valeurs limites d'exposition suite aux nouvelles connaissances scientifiques, le monitoring et le suivi systématique des travailleurs soumis aux risques psychologiques et notamment le stress ou le burnout ou encore la lutte contre l'asbeste.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor del informe sobre el marco estratégico de la Unión en materia de salud y seguridad en el trabajo 2014-2020. Es un marco estratégico que debemos impulsar haciendo hincapié en que todos los trabajadores tienen derecho al máximo nivel de protección en materia de salud y seguridad en el lugar de trabajo, que debe estar garantizado independientemente del tamaño de la empresa que los emplea, del tipo de trabajo, de su contrato o del Estado miembro en el que trabajen. Hay que elaborar estrategias laborales específicas que abarquen todas las formas de empleo previstas en la legislación de la Unión en esta materia y tener unas normas más claras y eficientes.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Depuis 1989, le principe d'instaurer des normes pour améliorer la prévention des risques liés à l'environnement de travail se traduit par un cadre législatif européen comprenant environ 25 directives. Les normes se multiplient dans tous les domaines possibles. Cela complique l'application en droit national et les mises en pratique concrètes.

La Commission souhaite simplifier la législation dans le cadre du REFIT tandis que le Parlement souhaite engager de nouveaux travaux afin d'élargir les formes d'emploi concernées par ce cadre, et de faire face aux risques émergents tels que les troubles psycho-sociaux ou musculo-squelettiques. Le Parlement veut ainsi soutenir les PME pour favoriser l'accord-cadre en matière de santé et sécurité au travail ou encore veiller à la formation des services d'inspection du travail.

Je pense qu'une simplification du cadre législatif est nécessaire, de même que de nombreux accidents du travail touchent des emplois non-déclarés, et il serait alors plus utile de réviser la directive sur les travailleurs détachés, par exemple.

J'ai voté contre ce texte car, même si je pense que l'amélioration de la santé et de la sécurité au travail est importante, nous ne pouvons continuer à imposer des normes complexes aux entreprises.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Affinché il mercato del lavoro europeo sia animato da una concorrenza leale e proficua e non la fonte di un vergognoso e dannoso dumping sociale, le norme sulla salute e la sicurezza nel mondo del lavoro devono essere armonizzate e rispettate da tutti gli Stati membri, soprattutto quelli dell'Est. Per tutti questi motivi ho votato a favore di questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – En 2014 la Comisión publicó el marco estratégico de la UE en materia de salud y seguridad en el trabajo 2014-2020, que trata de dar respuesta a tres retos principales: seguir mejorando y simplificando las normas existentes, mejorar la prevención de las enfermedades relacionadas con el trabajo teniendo en cuenta los nuevos riesgos, y abordar el envejecimiento de la mano de obra. Pero carece de una agenda ambiciosa para establecer propuestas legislativas que mejoren la situación de los trabajadores en lo que se refiere a los riesgos existentes y emergentes además de las enfermedades laborales. Este informe fija la posición del Parlamento con respecto al nuevo marco estratégico, en el cual se hace un llamamiento a la Comisión a que presente propuestas legislativas concretas en relación con una mejor salud y seguridad en el trabajo y para convertir su «marco estratégico» en una estrategia real sobre salud y seguridad en el trabajo, de forma que una vez efectuada la revisión prevista en 2016 se incluyan en el marco medidas legislativas o no legislativas más concretas, así como herramientas de aplicación y de ejecución. Por todo ello, he votado a favor de este informe.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Parlamentas išsako savo poziciją dėl Komisijos pasiūlytos 2014-2020 m. ES darbuotojų saugos ir sveikatos strateginės programos. Šioje strategijoje Komisija nustato daugelį svarbių iššūkių, su kuriais susiduria Europos darbdaviai ir darbuotojai darbuotojų sveikatos ir saugos srityje. Kasmet daugiau kaip 4 000 darbuotojų žūsta dėl nelaimingų atsitikimų darbe, o mirtinų su darbu susijusių ligų atvejų skaičius kiekvienais metais viršija 150 000. Visi darbuotojai, neatsižvelgiant į darbdavio dydį, darbo vietos valstybę narę ar darbo sutarties, pagal kurią buvo pasamdyti, pobūdį, turi teisę į aukščiausio lygio sveikatos ir saugos apsaugą darbe. Kaip pažymėta ES darbuotojų saugos ir sveikatos strateginėje programoje, veiksmingas darbuotojų saugos ir sveikatos valdymas labai mažoms ir mažosioms įmonėms vis dar tebėra iššūkis. Todėl būtina imtis veiksmų siekiant skatinti šių įmonių atitiktį reikalavimams ir veiksmingą darbuotojų saugos ir sveikatos valdymą.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A jelentés a munkavállalók jogainak megerősítéséért száll síkra, különösen a munkahelyi egészségvédelem és munkakörülmények biztonságának a legmagasabb védelmét garantálandó. A jelentés üdvözlí a Bizottság ez irányú, 2014-2020 stratégiai keretét, azonban további, konkrét jogi lépéseket vár el, többek közt egy új, az izom és vázrendszeri rendellenességgel foglalkozó irányelv elfogadását, illetve a rákkeltő anyagokra vonatkozó irányelv felülvizsgálatát is.

Azért szavaztam a Néppárttal, mert a néppárti álláspont kiegyensúlyozott és mértéktartó megközelítést alkalmazott: nem kíván újabb, nem kellően megalapozott és hatástanulmányok nélküli szabályozást megalkotni és a tagállami hatásköröket sértő jogalkotást folytatni. A Néppárt álláspontja továbbá az, hogy nem lehet egy-egy egészségügyi problémára koncentrálni, hanem figyelembe kell venni az egészségügyi kockázatok újabb generációját is. Ide tartozik a pszichoszociális foglalkozás kezelése is. Így a jelentés végszavazásakor is támogattam a néppárti vonalat.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Kao izjaviteljica u FEMM-u zadovoljna sam u kojoj je mjeri usvojeno moje izvješće. Važno je istaknuti posebne rizike na radu zbog njihove fizičke i društvene različitosti. Žao mi je što nije usvojen dio mog izvješća koji se odnosi na porodični dopust, ali sam zadovoljna uvažavanjem mišićno koštanih oboljenja, stresa, seksualnog uznemiravanja. Naglasila sam i potrebu za određivanjem maksimalne količine toksina na radnom mjestu na razini EU-a.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – I voted for this report because health and safety is not only crucial for employees but is also beneficial to the productivity of business. The economic crisis cannot be an excuse for cutting corners on safety in the workplace and this report reiterates that point.

I particularly welcome the fact that this report highlights the health and safety risks of precarious employment. This type of work, which is becoming increasingly common, undermines existing occupational health and safety structures and can exclude workers from training and access to occupational health and safety services. Precarious work is also associated with mental stress due to job insecurity. This report calls on the Commission to eliminate this type of work.

The reiteration of the need for labour inspections to ensure compliance with health and safety and to help to deter undeclared work is also to be welcomed. Austerity policies in many EU countries have led to a reduction in the number of labour inspectors, which is to the detriment of worker's rights, including their right to a safe and healthy working environment.

Renata Briano (S&D), *per iscritto*. – Il diritto alla salute è un diritto umano fondamentale, riconosciuto in tutta Europa. Ciononostante, nell'Unione più di 4 000 persone ogni anno perdono la vita a causa di infortuni sul lavoro e il numero di decessi causati da malattie professionali fatali supera i 150 000 ogni anno.

Sebbene la tutela della salute e della sicurezza sul luogo del lavoro abbiano compiuto grandi progressi negli ultimi vent'anni, vi è ancora – soprattutto in alcuni paesi – un significativo margine di miglioramento da realizzare. Ogni vita umana è preziosa e ogni morte sul lavoro è una perdita per tutta la società: per questo dobbiamo essere coraggiosi, per prevenire lutti e infortuni che ricadono su tutti noi, sia moralmente sia economicamente. I vantaggi, anche economici, di politiche avanzate in materia di salute e sicurezza sul luogo di lavoro sono ampiamente documentati sin dai primi anni '90: una maggiore tutela della salute e della sicurezza dei lavoratori significa un aumento tendenziale della produttività e della partecipazione della forza lavoro, così come una maggiore sostenibilità dei sistemi previdenziali pubblici.

I costi economici degli infortuni sul lavoro e delle malattie professionali sono tanto più ingenti quanto è imprecisa o scarsamente applicata la normativa di tutela della sicurezza.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – 25 directives européennes ont déjà vocation à prévenir des risques liés à l'environnement du travail. Depuis 1989, la directive-cadre de référence garantit aux salariés européens des conditions de travail décentes, mais laisse aux États membres la possibilité de leur accorder des acquis sociaux supplémentaires. Ce type d'harmonisation permet de lutter contre le dumping social que pratiquent certains pays d'Europe de l'Est. Pourtant, instaurer des contraintes supplémentaires et adopter un cadre réglementaire plus strict ne semble pas judicieux surtout en période de crise économique dans la mesure où les TPE et les PME pâtiraient de ce type de mesure. Par ailleurs, ce texte préconise d'améliorer la prévention des accidents et des maladies professionnelles à l'échelle européenne, ce qui entraînera une multiplication de mesures législatives qui compliquera sa transposition en droit national et son application concrète. Enfin, le texte propose d'intégrer le cadre réglementaire les nouveaux risques émergents tels que les troubles psycho-sociaux ou musculo-squelettiques.

J'ai donc voté contre ce rapport.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Plecând de la unul dintre obiectivele Uniunii Europene referitoare la faptul că toți lucrătorii au dreptul la cel mai înalt nivel de protecție privind sănătatea și securitatea la locul de muncă, este nevoie să ne concentrăm atenția asupra necesității de a promova un mediu de lucru sigur și sănătos pentru muncitori pe parcursul întregului ciclu al vieții profesionale.

Consider că este nevoie de o investiție mai mare în politicile de prevenire a riscurilor, precum și în promovarea, dezvoltarea și sprijinirea culturii prevenirii în ceea ce privește sănătatea și siguranța la locul de muncă.

Această prevenire, precum și o atenție sporită în privința efectelor cumulative ale riscurilor profesionale creează valoare adăugată pentru lucrători și pentru societate în ansamblul său.

Ținând seama de faptul că riscurile pentru sănătate și siguranța lucrătorilor sunt, în mare parte, similare în întreaga Uniune, UE are rolul de a sprijini statele membre în abordarea riscurilor într-un mod eficient și de a asigura condiții echitabile în ansamblul UE.

Am votat în favoarea Raportului cu privire la Cadrul strategic al UE privind sănătatea și siguranța la locul de muncă 2014-2020 deoarece acest cadru reprezintă un mijloc concret de a oferi muncitorilor condiții mai sigure de lucru.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Il lavoro precario è in aumento mentre nuove forme di lavoro e nuove tecnologie hanno fatto emergere nuove sfide in materia di salute e sicurezza sul luogo di lavoro (SSL), che devono essere affrontate dalla nuova strategia UE per il 2014-20, tramite iniziative legislative e non.

Pur mantenendo, in riferimento ai principi di proporzionalità e sussidiarietà, una riserva generale su nuovi e più intrusivi provvedimenti legislativi comunitari, è indubbio che le norme in materia di SSL debbano, in diversi Stati membri (principalmente l'Est), essere adeguate a standard più avanzati e rigorosi. In questo senso, l'azione della Commissione può avere un senso e un'efficacia. Voto positivo.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – Une des priorités de l'Union européenne est de garantir un environnement sûr et sain aux travailleurs prestant leur activité au sein de l'Union européenne. Dans cette perspective, il est indispensable d'élaborer un nouveau cadre stratégique de l'Union pour la santé et la sécurité au travail. Il est vrai que la politique sociale reste une compétence des États membres. Cependant, une approche européenne permet un échange de bonnes pratiques utile et nécessaire afin d'assurer aux citoyens européens les meilleures conditions de travail possibles. J'ai voté en faveur de ce rapport qui met en évidence le besoin de faire correspondre le marché du travail aux défis auxquels nous sommes confrontés actuellement.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sul quadro strategico dell'UE in materia di salute e sicurezza sul lavoro 2014-2020.

Vi sono molteplici motivazioni che ci spingono a promuovere un ambiente di lavoro sicuro e salubre per tutti i lavoratori. Anzitutto, ci sono ancora oltre 4 000 persone che perdono la vita ogni anno a causa di infortuni sul lavoro, mentre il numero di decessi dovuti a malattie professionali fatali supera le 150 000 unità annue. Inoltre, i costi economici degli infortuni sul lavoro e delle malattie professionali sono molto alti ed è quindi necessaria l'adozione di misure immediate a livello europeo.

Si deve dunque intervenire con forza, non soltanto per migliorare e rafforzare le tutele per i lavoratori previste dal quadro normativo vigente. Il testo della proposta sostiene con forza la tutela di salute e sicurezza sul lavoro e per questo ho deciso di votare per il suo accoglimento.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report which aims to improve the strategic framework on health and safety, making it more robust and effective in terms of monitoring, implementation and compliance. It calls on the Commission to consolidate national country strategies in consultation with social partners and the EU-OSHA Agency and improve data collection on work related diseases.

The economic crisis has contributed to the aggravation of working conditions in some instances, including increases in reports of work-related stress. With the implementation of austerity policies, it is essential to discuss the 'social' cost of workplace accidents resulting from non-compliance by some employers who consider health and safety at work as a cost. Preventing occupational risks and promoting health and safety in the workplace are fundamental ways of maintaining better working environments.

As this report goes towards raising the standards of workers' rights, I voted in favour.

James Carver (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report as it calls for more EU legislation, targets, funds and interference on the issue of health and safety law. UKIP is not against good and sensible health and safety rules, but the only people who should create laws to protect workers are our democratically elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this because employees should have the highest level of protection regarding health and safety in the workplace. The PPE was able to achieve points concerning new generation work-related risks they might face and require Member States to promote rehabilitation and reintegration measures for their older workforce.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Nel quadro strategico la Commissione individua numerose sfide rilevanti che si pongono ai datori di lavoro e ai lavoratori in materia di sicurezza e salute sul lavoro.

La relazione elaborata in merito dalla collega è molto positiva ed incorpora un buon numero di nostre istanze, tra cui la semplificazione degli obblighi per le PMI in materia, l'incoraggiamento del dialogo sociale in materia, la necessità di tenere conto del benessere sanitario e psicologico dei lavoratori nel quadro dell'introduzione delle nuove tecnologie. Viene inoltre sottolineato che la crisi economica e le politiche di austerità hanno ridotto le risorse delle imprese, innanzitutto delle PMI, ma che questo non deve, in nessun caso, provocare una diminuzione delle risorse destinate alla salute ed alla sicurezza sul lavoro. Ho espresso voto sicuramente favorevole.

Nessa Childers (S&D), *in writing*. – We spend most of our waking time at work, and yet far too many working environments and conditions are damaging to people's physical and mental health. That is why we are calling on the Commission to present concrete legislative proposals regarding better health and safety at work. Equal opportunities for labour rights and public health care should be accessible to all. Women and vulnerable groups and citizens in rural areas are in particular need of improved coverage and working conditions, as health and safety indicators demonstrate.

The financial and economic crisis should not be used as an excuse to undermine occupational risk prevention policies as this approach is neither acceptable nor effective. Nor should the alleged administrative simplifications, contained in the REFIT programme lead to lower health and safety standards for workers. All workers, regardless of the size of their employer, the Member State of employment or the type of employment contract under which they are hired, have a right to the highest level of protection regarding health and safety in the workplace. The implementation, compliance and enforcement of health and safety provisions must be improved, new and emerging risks tackled and the fight against work-related diseases stepped up.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφτώς*. – Στην έκθεση ορθά τονίζεται ότι οι εργαζόμενοι συμπεριλαμβανομένων εκείνων του δημόσιου τομέα, έχουν δικαίωμα στο ύψιστο επίπεδο προστασίας όσον αφορά την υγεία και ασφάλεια στον χώρο εργασίας, που πρέπει να εξασφαλίζεται ανεξάρτητα από το μέγεθος του εργοδότη, τον τύπο της θέσης εργασίας, την υποκείμενη σύμβαση ή το κράτος μέλος απασχόλησης.

Συνάμα, καλείται η Επιτροπή να εκπονήσει ειδικές ανά εργασία στρατηγικές που να καλύπτουν όλες τις μορφές απασχόλησης, δυνάμει του ρυθμιστικού πλαισίου της ΕΕ για την ασφάλεια και την υγεία στην εργασία. Τονίζεται η ανάγκη για σαφείς και αποτελεσματικούς κανόνες στον τομέα της ΑΥΕ.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Η πρόταση ψήφισματος σχετικά με το στρατηγικό πλαίσιο της ΕΕ για την υγεία και την ασφάλεια στην εργασία κατά την περίοδο 2014-2020 θίγει ένα ιδιαίτερα σημαντικό ζήτημα. Κάθε χρόνο πάνω από 4000 εργαζόμενοι στην Ευρωπαϊκή Ένωση πεθαίνουν σε εργατικό ατύχημα, ενώ και οι επαγγελματικές ασθένειες έχουν αυξηθεί κατακόρυφα τα τελευταία χρόνια.

Το ψήφισμα επικεντρώνεται στο δικαίωμα των εργαζομένων να απολαμβάνουν το ύψιστο επίπεδο προστασίας όσον αφορά την υγεία και ασφάλεια στον χώρο εργασίας και καλεί να ληφθούν συγκεκριμένα μέτρα για την αναστροφή των επιπτώσεων της οικονομικής κρίσης μέσω της παροχής βοήθειας στις επιχειρήσεις που επιδιώκουν τη βελτίωση της ασφάλειας και υγείας στον χώρο εργασίας.

Ιδιαίτερη μνεία γίνεται στην έκθεση για τις δυσμενείς επιπτώσεις της επισφαλούς απασχόλησης στην επαγγελματική υγεία και ασφάλεια. Για όλους τους παραπάνω λόγους έκρινα ότι το ψήφισμα τυγχάνει ιδιαίτερης σημασίας και το υπερψήφισα.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento in esame. Ogni anno più di 4 000 persone perdono la vita a causa di infortuni sul lavoro e il numero di morti per malattie professionali fatali supera le 150 000 unità all'anno.

La buona salute è un diritto fondamentale in Europa e, pur non disconoscendo i notevoli progressi compiuti in materia di salute e sicurezza sul lavoro nel corso degli anni, i lavoratori sono a tutt'oggi esposti a gravi rischi di salute e sicurezza. Con la presente relazione, il Parlamento afferma che è indispensabile intervenire per promuovere la conformità con la normativa vigente, assicurare un'efficace gestione della salute e della sicurezza sul lavoro da parte delle PMI e incrementare le risorse umane e finanziarie destinate agli ispettorati del lavoro affinché possano svolgere i compiti cui sono preposti.

Infine, il Parlamento europeo sottolinea che è necessario migliorare la raccolta di dati comparabili sulle malattie e le esposizioni professionali e che occorre affrontare i fattori di rischio psicosociali, che costituiscono un problema crescente per i datori di lavoro e i lavoratori in tutta Europa.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione poiché vorrei ricordare che ogni anno più di 4 000 persone perdono la vita a causa di infortuni sul lavoro e il numero di morti per malattie professionali fatali supera le 150 000 unità l'anno. La buona salute è un diritto fondamentale in Europa e, pur non disconoscendo i notevoli progressi compiuti in materia di salute e sicurezza sul lavoro, i lavoratori sono a tutt'oggi esposti a gravi rischi di salute e sicurezza.

Inoltre, come rilevato nel quadro strategico dell'UE in materia di SSL, l'efficacia della gestione della salute e della sicurezza sul luogo di lavoro resta a tutt'oggi una sfida per le microimprese e le imprese di piccole dimensioni. Per questo è indispensabile intervenire per promuovere la conformità con la normativa vigente e un'efficace gestione della salute e della sicurezza sul lavoro da parte di tali imprese.

Infine, occorre affrontare i fattori di rischio psicosociali, che costituiscono un problema crescente per i datori di lavoro e i lavoratori in tutta Europa e che sono visti come una grande sfida.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report as it calls for more EU legislation, targets, funds and interference on the issue of health and safety law. UKIP is not against good and sensible health and safety rules, but the only people who should create laws to protect workers are our democratically elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Todos os anos, mais de 4 000 trabalhadores morrem vitimados por acidentes de trabalho, e o número das doenças profissionais com desenlace fatal ascende a mais de 150 000 por ano. As boas condições de trabalho que salvaguardem a boa saúde física e mental são um direito fundamental dos trabalhadores e, apesar de terem sido feitos progressos consideráveis no domínio da saúde e da segurança no trabalho ao longo dos anos, persistem riscos importantes para a saúde e segurança dos trabalhadores.

Considero vital a elaboração de estratégias europeias específicas que cubram todas as formas de emprego, devendo as estratégias nacionais para a saúde e segurança no trabalho acompanhar os progressos realizados nestes domínios noutros Estados-Membros. Por outro lado, há que persistir num melhor nível de implementação destas regras e ser exigente com o cumprimento das regras por parte das entidades trabalhadoras, sendo o trabalho das inspeções de trabalho nacionais fundamental.

Especial atenção deve ser dada às novas formas de emprego, bem como às novas tecnologias que colocam novos desafios para a saúde e segurança no trabalho.

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report as it calls for more EU legislation, targets, funds and interference on the issue of health and safety law. UKIP is not against good and sensible health and safety rules, but the only people who should create laws to protect workers are our democratically elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione dell'onorevole Christensen perché concordo sul fatto che la prevenzione dei rischi professionali e la promozione della salute e della sicurezza sul luogo di lavoro costituiscono strumenti essenziali per creare e mantenere gli ambienti di lavoro più sani e sicuri.

Tutti i lavoratori, a prescindere dalle dimensioni dell'impresa in cui lavorano, dallo Stato membro o dal tipo di contratto di impiego, hanno diritto al massimo livello di tutela sul luogo di lavoro. Anche perché la salute e la sicurezza sul posto di lavoro influiscono positivamente sulla produttività e la competitività delle imprese, oltre ad accrescere la sostenibilità dei sistemi previdenziali.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – This report stresses that employees have a right to the highest level of protection regarding health and safety in the workplace, and welcomes the Commission's Communication on the EU Framework on Health and Safety at Work 2014-2020. It is important to address new generation work-related risks such as psycho-social risks. Member States need to promote rehabilitation and reintegration measures for older workers and we need to consider concrete measures on work-related disorders. The employer also plays a role but is one of the stakeholders and measures should not involve just this stakeholder alone.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Il relatore sottolinea come, a prescindere dalle dimensioni dell'impresa in cui lavorano, dallo Stato membro di lavoro o dal tipo di contratto d'impiego, tutti i lavoratori hanno diritto al massimo livello di tutela in materia di SSL. L'efficacia della gestione della salute e della sicurezza sul luogo di lavoro resta a tutt'oggi una sfida per le microimprese e le imprese di piccole dimensioni.

Occorre migliorare il livello di attuazione da parte degli Stati membri al fine di migliorare le condizioni di salute e sicurezza dei lavoratori e garantire parità di condizioni per le imprese. Il lavoro precario è in aumento, mentre nuove forme di lavoro e di nuove tecnologie hanno fatto emergere nuove sfide in materia di salute e sicurezza sul luogo di lavoro, che restano da affrontare. La Commissione individua e accoglie queste sfide di estrema importanza rivolte ai datori di lavoro e ai lavoratori europei in materia di SSL, e presuppone l'avvio di iniziative legislative e non, all'interno del quadro strategico in materia di salute e sicurezza sul luogo di lavoro per il periodo 2014-2020.

Voto a favore poiché questa strategia può migliorare e garantire la tutela in materia di sicurezza e salute sul luogo di lavoro.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – La precarización de las relaciones de trabajo, los ritmos irregulares, las jornadas ilegales y la elevada rotación de contratos son la causa fundamental del aumento de los accidentes y enfermedades profesionales. Es por ello que el empleo de calidad y los sindicatos son cruciales en la prevención de riesgos y la elaboración de estrategias de salud y seguridad en el trabajo.

El informe del ponente comparte esta posición, además de pedir que la estrategia de la UE aborde retos tan importantes como son el enfoque de género o el envejecimiento de la fuerza laboral, además de riesgos específicos como los alteradores endocrinos o la exposición al amianto. Por todo ello, he votado a favor.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – La salute e la sicurezza sul lavoro costituiscono un interesse fondamentale della società nonché un investimento che influisce positivamente sulla produttività e la competitività delle imprese oltre a consentire alla popolazione di lavorare in buona salute.

Sebbene negli ultimi anni siano stati fatti progressi considerevoli nell'ambito della salute e sicurezza sul lavoro, ancora molto può e deve essere fatto soprattutto nei settori a rischio indicati dalla Commissione europea. Pertanto, ho votato a favore della risoluzione del Parlamento europeo che chiede alla Commissione e agli Stati membri di adottare tutte le misure necessarie per la tutela della salute e della sicurezza dei lavoratori.

In particolare, penso che si debbano sviluppare obiettivi indicativi per la riduzione delle malattie professionali e degli infortuni sul lavoro e agire nei settori in cui i lavoratori sono più a rischio assicurandone una protezione più rigorosa. Inoltre, ritengo che si debba migliorare lo scambio di buone pratiche tra Stati membri e sviluppare strumenti che agevolino il rispetto da parte delle PMI degli obblighi in materia di salute e sicurezza sul lavoro.

Pál Csáky (PPE), írásban. – Évente több mint 4 000 munkavállaló hal meg munkahelyi balesetben, a munkavégzéssel összefüggő halálos megbetegedések száma pedig évente több mint 150 000-t tesz ki. A jó egészség alapvető jog Európában, és bár az évek során jelentős előrelépések történtek a munkahelyi egészségvédelem és biztonság területén, még mindig vannak a munkavállalók egészségére és biztonságára kiható nagyobb kockázatok. A jelentés, amelyet szavazatommal támogattam, és amely az Európai Bizottság „Munkahelyi egészség és biztonság 2014-2020” EU-s stratégiai keretről szóló bizottsági közleményre reagál, kihangsúlyozza az alkalmazottak egészségének legmagasabb fokú védelmét és üdvözlí az erre vonatkozó EU-s stratégiai keretet, bár hiányolja a konkrét jogszabályokat, például a víz- és izomrendszeri megbetegedésekre vonatkozó irányelvet.

A jelentés rámutat arra, hogy a gazdasági válság fokozta a munkahelyek bizonytalanságát és az atipikus foglalkoztatás arányát, viszont emiatt nem szabadna szem elől téveszteni a munkahelyi egészség és biztonság jelentőségét. A jelentés többek között sürgeti a Bizottságot, hogy kezelje különleges prioritásként azokat az ágazatokat, ahol munkavállalók a legnagyobb kockázatoknak vannak kitéve, és alakítson ki iránymutatást, illetve ösztönözze a helyes gyakorlatok cseréjét a munkahelyi egészségvédelmi és biztonsági politikák végrehajtása tekintetében.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – The EU Strategic Framework on Health and Safety at Work 2014-2020 identified many important challenges facing European Union employees and employers, but it lacks an ambitious agenda for concrete legislative proposals to improve the situation of workers with regard to existing and new and emerging risks as well as work related diseases. Likewise it does not adequately address the implementation, compliance and enforcement of existing legislation. The own-initiative report deals with these issues, proposing also a new legislative initiative and the setting of binding targets to improve the occupational safety and health for workers. Hence I voted in favour of this report.

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – Consider că asigurarea unor condiții de concurență echitabile pe întreg teritoriul UE și eliminarea concurenței neloiale și a dumpingului social sunt cruciale și cred că inspectoratele de muncă joacă un rol esențial în a asigura respectarea dreptului lucrătorilor la un mediu de lucru sigur și sănătos din punct de vedere fizic și psihic și în a oferi consultanță și orientare angajatorilor, în special IMM-urilor și microîntreprinderilor.

De asemenea cred că statele membre trebuie încurajate să respecte standardele și orientările OIM privind inspecția muncii, să asigure personal și resurse suficiente la inspectoratele muncii și să îmbunătățească formările destinate inspectorilor de muncă, în conformitate cu recomandarea Comitetului Economic și Social European.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Ce rapport d'initiative rappelle l'importance du droit des travailleurs à disposer du plus haut niveau de protection en matière de santé et de sécurité sur le lieux de travail. Exprimant un avis positif vis-à-vis du cadre stratégique de l'Union européenne en matière de santé et de sécurité au travail pour la période 2014-2020, le Parlement européen appelle la Commission à faire des propositions législatives, notamment sur les troubles musculo-squelettiques. Avec mes collègues du groupe PPE, nous avons également demandé des mesures pour faire face aux nouveaux risques du travail, comme les risques psycho-sociaux. Considérant que la santé au travail est un élément indispensable à l'épanouissement professionnel, j'ai voté en faveur du rapport.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur du rapport sur le cadre stratégique de l'Union en matière de santé et de sécurité au travail visant à renforcer la protection des travailleurs. Il est essentiel que l'Union renforce son arsenal d'instruments pour lutter contre le travail non-déclaré, le harcèlement et la violence au travail ainsi que pour combattre, entre autres, les causes des troubles musculo-squelettiques au travail.

Isabella De Monte (S&D), per iscritto. – La salute e la sicurezza sul lavoro rappresentano diritti fondamentali in Europa e, pur non disconoscendo i notevoli progressi compiuti nel corso degli anni, i lavoratori sono a tutt'oggi esposti a gravi rischi.

Nel quadro strategico per il periodo 2014-2020, la Commissione europea ha individuato numerose e rilevanti sfide per i datori di lavoro e i lavoratori europei. Raccogliere tali sfide è di estrema importanza e presuppone l'avvio di iniziative legislative e non, ecco perché, per conseguire l'obiettivo di garantire un ambiente di lavoro sicuro e salubre per tutti i lavoratori europei, è opportuno includere nel quadro normativo ulteriori misure concrete. Ho votato a favore di questa relazione poiché ritengo che tutti i lavoratori abbiano il diritto di godere di adeguati livelli di tutela sul luogo di lavoro.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – On compte chaque année en Europe, 160 000 décès dus à des maladies professionnelles et 4000 à la suite d'accidents du travail.

Chaque travailleur doit pouvoir disposer d'un environnement de travail sûr et sain. C'est un droit fondamental et cela a un effet sur l'économie. En effet, le maintien des travailleurs en bonne santé a des effets directs et mesurables sur la productivité et contribue, en outre, à une plus grande viabilité des systèmes de sécurité sociale.

L'Union européenne doit garantir un cadre de la santé et de la sécurité au travail qui soit efficace et simple. Cela passe par une meilleure application de règles existantes en aidant notamment les petites entreprises à s'engager dans une démarche de prévention.

S'il convient de simplifier la législation afin de supprimer les charges administratives inutiles, cela ne devra en aucune manière conduire à un abaissement des normes.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – Chaque année, plus de 4000 travailleurs succombent à des accidents du travail et plus de 3 millions sont des victimes d'accidents graves engendrant un arrêt de travail de plus de 3 jours. C'est notre rôle, en tant que députés européens, d'assurer un environnement de travail sain et sûr aux 217 millions de travailleurs de l'Union. C'est pourquoi j'ai voté en faveur du rapport Christensen relatif au cadre stratégique de l'Union européenne en matière de santé et de sécurité au travail.

Cette résolution rappelle l'importance de la santé et de la sécurité au travail pour atteindre l'objectif de vieillissement actif fixé par l'Union tout en insistant sur l'importance de la communication et de l'information pour assurer une meilleure application des normes. Je pense qu'il est important d'avoir une stratégie globale sur le sujet des perturbateurs endocriniens qui ont des effets néfastes sur la santé des travailleurs.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A jelentés a munkavállalók jogainak megerősítéséért száll síkra, különösen a munkahelyi egészségvédelem és munkakörülmények biztonságának a legmagasabb szintű védelméért. A jelentés üdvözli a Bizottság ezirányú, 2014-2020 stratégiai keretét, azonban további konkrét és jogi lépéseket vár el.

Azért szavaztam a Néppárttal, mert a néppárti álláspont kiegyensúlyozott és mértéktartó megközelítést alkalmazott: nem kíván újabb, nem kellően megalapozott és hatástanulmányok nélküli szabályozást megalkotni és a tagállami hatásköröket sértő jogalkotást folytatni. A néppárt álláspontja továbbá az, hogy nem lehet egy-egy egészségügyi problémára koncentrálni, hanem figyelembe kell venni az egészségügyi kockázatok újabb generációját is. Ide tartozik a pszichoszociális fogyatékoság kezelése is, ami a fogyatékosággal élő személyek jogairól szóló ENSZ-egyezmény alapján fontos szempont, és különösen a munkahelyi zaklatás során releváns a már létező, az egyenlő bánásmódról és az esélyegyenlőség előmozdításáról szóló 2003. évi CXXV. tv. Magyarországon. Így a jelentés végszavazásakor is támogattam a néppárti vonalat.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – Ce rapport met l'accent sur les accidents du travail — qui restent une cause de mortalité importante, environ 4000 décès chaque année — et les maladies mortelles liées au travail estimées à plus de 150 000. Le marché du travail évoluant, ce document met l'accent sur les nouveaux dangers au travail liés à la précarité et aux métiers de la net-économie. Il demande la mise en place d'un suivi et d'une recension des données comparables sur les facteurs de risques psychosociaux afin d'évaluer les niveaux d'exposition et de prévenir leur apparition. J'ai bien évidemment voté en faveur de ce rapport qui montre que l'Europe est aussi sociale et que l'harmonisation des politiques passe aussi par un mieux-disant pour tous les travailleurs de l'Union.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – A jelentés a munkavállalók jogainak megerősítéséért száll síkra, különösen a munkahelyi egészségvédelem és munkakörülmények biztonságának a legmagasabb védelmét garantálandó. A jelentés üdvözlí a Bizottság ez irányú, 2014-2020-as stratégiai keretét, azonban további, konkrét és jogi lépéseket vár el, többek közt egy új, az izom és vázrendszeri rendellenességgel foglalkozó irányelv elfogadását, illetve a rákkeltő anyagokra vonatkozó irányelv felülvizsgálatát is.

Azért szavaztam a Néppárttal, mert a néppárti álláspont kiegyensúlyozott és mértéktartó megközelítést alkalmazott: nem kíván újabb, nem kellően megalapozott és hatástanulmányok nélküli szabályozást megalkotni és a tagállami hatásköröket sértő jogalkotást folytatni. A Néppárt álláspontja továbbá az, hogy nem lehet egy-egy egészségügyi problémára koncentrálni, hanem figyelembe kell venni az egészségügyi kockázatok újabb generációját is. Ide tartozik a pszichoszociális fogyatékoság kezelése is, ami a Fogyatékosággal élő személyek jogairól szóló ENSZ-egyezmény alapján fontos szempont, és különösen a munkahelyi zaklatás során releváns a már létező, az egyenlő bánásmódról és az esélyegyenlőség előmozdításáról szóló 2003. évi CXXV. tv. Magyarországon. Így a jelentés végszavazásakor is támogattam a néppárti vonalat.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Ce rapport sur l'instauration supplémentaire de normes de prévention des risques liés à l'environnement de travail participe encore une fois à l'inflation réglementaire européenne.

En voulant alourdir de nouveau le code du travail, et la pression sur les employeurs, ce rapport passe à côté d'une réalité qui lui retire beaucoup de son efficacité. En effet, la majeure partie des accidents du travail se produisent dans le cas d'emplois non déclarés.

Si la diminution des risques professionnels constitue un objectif pertinent au niveau européen, la simplification du cadre législatif, dans le cadre du REFIT, représente une priorité absolue. Je me suis donc opposée à ce rapport.

Ian Duncan (ECR), in writing. – The ECR will establish two key votes on the MSD Directive and the development of a programme of psychosocial risks. If both references are deleted I can support the report otherwise I will vote against the report.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Гласувах против стратегическата рамка на ЕС за здравословни и безопасни условия на труд за периода 2014-2020 година, тъй като аз и моите колеги от ЕКР сме убедени, че няма нужда от подобна рамка и европейско законодателство в сферата на ЗБУТ.

Смятам, че нормативната уредба на национално ниво е достатъчно всеобхватна и ясна, но трябва да отбележа, че често пъти е пренебрегвана. Затова ние трябва да се съсредоточим върху прилагането и спазването на правилата за безопасност на труда от работници и работодатели, а не да създаваме нови и нови рамки, които да остават само и единствено на хартия.

Моята позиция е, че това е изцяло в компетенциите на националните държави, в които има вече изградени и работещи структури, които следят за спазването на здравословните и безопасни условия на труд.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Ο αρνητικός αντίκτυπος της επισφαλούς εργασίας στην υγεία και την ασφάλεια των εργαζομένων στην Ευρώπη καταδεικνύει την ανάγκη υιοθέτησης στοχευμένης προσέγγισης για τη βελτίωση της κατάστασης της υγείας και ασφάλειας αυτών των εργαζομένων, ενώ καθίσταται επιτακτική η ανάγκη να βελτιωθεί η συλλογή συγκρίσιμων δεδομένων για τις επαγγελματικές ασθένειες και την έκθεση σε επικίνδυνους παράγοντες καθώς και να προσδιοριστούν ορθές πρακτικές πρόληψης.

Υπερψηφίζουμε την παρούσα έκθεση καθώς πολλοί εργαζόμενοι εξακολουθούν να εκτίθενται σε αμίαντο στον χώρο εργασίας τους, άρα είναι σημαντικό να βελτιωθεί η προστασία των εργαζομένων από την έκθεση σε καρκινογόνους και μεταλλαξιογόνους παράγοντες, καθώς και από εργονομικούς παράγοντες κινδύνου, ενώ απαιτείται η ανάληψη νέων πρωτοβουλιών στο επίπεδο ΕΕ και η καλύτερη ενσωμάτωση της ΑΥΕ σε άλλους τομείς άσκησης πολιτικής.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – A jelentés a munkavállalók jogainak megerősítéséért száll síkra, különösen a munkahelyi egészségvédelem és munkakörülmények biztonságának a legmagasabb védelmét garantálandó. A jelentés üdvözlí a Bizottság ez irányú, 2014-2020 stratégiai keretét, azonban további konkrét és jogi lépéseket vár el, többek közt egy új, az izom és vázrendszeri rendellenességgel foglalkozó irányelv elfogadását, illetve a rákkeltő anyagokra vonatkozó irányelv felülvizsgálatát is.

Azért szavaztam a Néppárttal, mert a néppárti álláspont kiegyensúlyozott és mértéktartó megközelítést alkalmazott: nem kíván újabb, nem kellően megalapozott és hatástanulmányok nélküli szabályozást megalkotni és a tagállami hatásköröket sértő jogalkotást folytatni. A Néppárt álláspontja továbbá az, hogy nem lehet egy-egy egészségügyi problémára koncentrálni, hanem figyelembe kell venni az egészségügyi kockázatok újabb generációját is. Ide tartozik a pszichoszociális fogyatékoság kezelése is, ami a fogyatékosággal élő személyek jogairól szóló ENSZ-egyezmény alapján fontos szempont, és különösen a munkahelyi zaklatás során releváns a már létező, az egyenlő bánásmódról és az esélyegyenlőség előmozdításáról szóló 2003. évi CXXV. tv. Magyarországon. Így a jelentés végszavazásakor is támogattam a néppárti vonalat.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report as it calls for more EU legislation, targets, funds and interference on the issue of health and safety law. UKIP is not against good and sensible health and safety rules, but the only people who should create laws to protect workers are our democratically elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Todos os anos mais de 4.000 trabalhadores morrem vitimados por acidentes de trabalho e o número das doenças profissionais com desenlace fatal ascende a mais de 150.000 por ano. A mão-de-obra está a envelhecer em muitos Estados-Membros e as alterações demográficas na Europa apontam para a necessidade de promover um ambiente de trabalho seguro e saudável para todos os trabalhadores ao longo de todo o ciclo de vida.

No quadro estratégico da UE para 2014-2020 para a saúde e a segurança no trabalho, a Comissão identifica vários desafios importantes que os empregadores e trabalhadores europeus enfrentam no domínio da saúde e da segurança no trabalho. A eficácia da gestão da saúde e a segurança no trabalho continuam a ser um desafio para as micro e as pequenas empresas. Por esta razão, é essencial uma ação para promover o cumprimento e a gestão eficaz da saúde e a segurança no trabalho por essas empresas. Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette délibération, parce que je m'oppose à un empilage supplémentaire de normes.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório salienta a importância estratégica da definição de políticas de segurança e saúde no trabalho (SST) para o período 2014-2020.

Não obstante alguns aspectos mais negativos, que não acompanhamos, como a associação deste quadro estratégico à neoliberal Estratégia UE 2020, o relatório contém outros aspectos indiscutivelmente positivos e importantes.

É defendida e estimulada a definição de políticas de SST, ligando-as ao trabalho não declarado e ao falso trabalho por conta própria, à igualdade de géneros e ao combate ao assédio, à necessidade de um horário de trabalho «equilibrado», ou ao acesso a serviços públicos de saúde — questões da maior relevância. Associada à promoção destas medidas está a promoção de uma formação adequada e da representação dos trabalhadores na formulação e na fiscalização das políticas de SST.

São razões para o nosso voto favorável.

Santiago Fisas Ayxelà (PPE), *por escrito*. – El marco estratégico de la UE en materia de salud y seguridad en el trabajo da un paso adelante en la protección de los derechos de los trabajadores, y promueve el aumento de la protección de la seguridad y la salud en el lugar de trabajo. Desde nuestro grupo, creemos en la importancia de blindar estos derechos, además de afrontar las posibles enfermedades de nueva generación de una manera más específica y ajustada a las necesidades del trabajador.

Raffaele Fitto (ECR), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto negativo rispetto al quadro strategico dell'Unione europea in materia di salute e di sicurezza sul luogo di lavoro 2014-2020, poiché ritengo quest'ultimo debole nella gestione di nuovi rischi emergenti e malattie professionali. Il quadro strategico tocca molte problematiche che non devono essere trascurate, ma che possono essere gestite attraverso leggi già esistenti.

Christofer Fjellner (PPE), *skriftlig*. – För oss moderater är det självklart att EU:s medlemsstater har en ändamålsenlig lagstiftning som garanterar alla som arbetar en god arbetsmiljö. Varje land har både ett ansvar och en skyldighet att införa en tillfredställande arbetsskyddslagstiftning, som inkluderar allt från muskuloskeletala besvär till mobbing på arbetsplatsen. Men det finns inget mervärde med mer gemensam EU-lagstiftning på detta område. Däremot är det bra att medlemsstaterna samordnar sin politik och utbyter erfarenheter med varandra för att förbättra nationell lagstiftning.

Vi har därför röstat för betänkandet, men emot de krav som rests om mer EU-lagstiftning på området.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Ochrana zdravia a bezpečnosti pri práci je v Európe na veľmi vysokej úrovni a vždy bola jednou z hlavných priorít pri tvorbe prísnej legislatívy zo strany Európskej komisie. Napriek tomu však 4 000 pracovníkov každý rok zomrie v dôsledku úrazu pri práci a počet prípadov smrteľných chorôb predstavuje každoročne viac ako 150 000, takže priestor na zlepšovanie je tu dosť značný, pretože pracovníci v členských štátoch Európskej únie starnú a demografické zmeny v zložení obyvateľstva sa musia odzrkadliť aj na prijímanom strategickom rámci Európskej únie v oblasti ochrany zdravia a bezpečnosti pri práci na obdobie rokov 2014 – 2020. Vítam preto, že Európska komisia identifikovala páľčivé problémy, ktorým každodenne čelia európski zamestnávateľia a zamestnanci. Ak sa má dosiahnuť cieľ bezpečného a zdravého pracovného prostredia pre všetkých európskych pracovníkov, mali by sa do rámca zahrnúť dodatočné konkrétne opatrenia. Musíme vnímať realitu a tá je taká, že trh práce sa v Európe za posledných 20 rokov zmenil. Neisté zamestnanie je na vzostupe a nové formy zamestnania, ako aj nové technológie priniesli nové výzvy, ktoré treba urgentne riešiť.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore di questa relazione poiché è indubbio che le norme in materia di SSL debbano, in diversi Stati membri, essere adeguate a standard più avanzati e rigorosi. In questo senso l'azione della Commissione può avere un senso e un'efficacia.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Ο αρνητικός αντίκτυπος της επισφαλούς εργασίας στην υγεία και την ασφάλεια των εργαζομένων στην Ευρώπη καταδεικνύει την ανάγκη υιοθέτησης στοχευμένης προσέγγισης για τη βελτίωση της κατάστασης της υγείας και ασφάλειας αυτών των εργαζομένων, ενώ καθίσταται επιτακτική η ανάγκη να βελτιωθεί η συλλογή συγκρίσιμων δεδομένων για τις επαγγελματικές ασθένειες και την έκθεση σε επικίνδυνους παράγοντες καθώς και να προσδιοριστούν ορθές πρακτικές πρόληψης.

Υπερψηφίζω την παρούσα έκθεση, καθώς πολλοί εργαζόμενοι εξακολουθούν να εκτίθενται σε αμιάντο στον χώρο εργασίας τους, άρα είναι σημαντικό να βελτιωθεί η προστασία των εργαζομένων από την έκθεση σε καρκινογόνους και μεταλλαξιογόνους παράγοντες, καθώς και από εργονομικούς παράγοντες κινδύνου, ενώ απαιτείται η ανάληψη νέων πρωτοβουλιών στο επίπεδο ΕΕ και η καλύτερη ενσωμάτωση της ΑΥΕ σε άλλους τομείς άσκησης πολιτικής.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted in favour of this report as it broadly addresses the right issues and supports SMEs which bear the largest burden when it comes to this type of regulation.

It is about time the Commission and Parliament scrutinised legislation and simplified it when necessary. Changing outdated legislation is a step in the right direction in the battle against red tape for businesses.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Considering that every year more than 4 000 workers die due to accidents at work and the number of fatal work-related diseases amounts to more than 150 000 on an annual basis, an EU Strategic Framework on Health and Safety at Work is very much needed.

The framework will allow the identification of many important challenges facing European employees and employers, but it still lacks, however, an ambitious agenda for concrete legislative proposals to improve the situation of workers with regard to existing and new and emerging risks as well as work-related diseases.

I welcome the call for the Commission to revise Directive 2004/37/EC, adding more binding exposure limit values on the basis of scientific evidence; the call for a proposal for a comprehensive legal instrument on musculoskeletal disorders; the call for the development and implementation of a programme for systematic monitoring, managing and support for workers affected by psychological risks.

The financial and economic crisis should not be used as an excuse to undermine occupational risk prevention policies as this approach is neither acceptable nor effective. Nor should alleged administrative simplifications lead to lower health and safety standards for workers.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A jelentés a munkavállalók jogainak megerősítéséért száll síkra, különösen a munkahelyi egészségvédelem és munkakörülmények biztonságának a legmagasabb védelmét garantálandó. A jelentés üdvözli a Bizottság ezirányú 2014-2020 stratégiai keretét, azonban további konkrét és jogi lépéseket vár el, többek közt egy új, az izom és vázrendszeri rendellenességgel foglalkozó irányelv elfogadását, illetve a rákkeltő anyagokra vonatkozó irányelv felülvizsgálatát is.

Azért szavaztam a Néppárttal, mert a néppárti álláspont kiegyensúlyozott és mértéktartó megközelítést alkalmazott: nem kíván újabb, nem kellően megalapozott és hatástanulmányok nélküli szabályozást megalkotni és a tagállami hatásköröket sértő jogalkotást folytatni. A Néppárt álláspontja továbbá az, hogy nem lehet egy-egy egészségügyi problémára koncentrálni, hanem figyelembe kell venni az egészségügyi kockázatok újabb generációját is. Ide tartozik a pszichoszociális fogyatékoság kezelése is, ami a fogyatékosággal élő személyek jogairól szóló ENSZ-egyezmény alapján fontos szempont, és különösen a munkahelyi zaklatás során releváns a már létező, az egyenlő bánásmódról és az esélyegyenlőség előmozdításáról szóló 2003. évi CXXV. tv. Magyarországon. Így a jelentés végaszavazásakor is támogattam a néppárti vonalat.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A jelentés a munkavállalók jogainak megerősítéséért száll síkra, különösen a munkahelyi egészségvédelem és munkakörülmények biztonságának a legmagasabb védelmét garantálandó. A jelentés üdvözli a Bizottság ezirányú, 2014-2020 stratégiai keretét, azonban további konkrét és jogi lépéseket vár el, többek közt egy új, az izom és vázrendszeri rendellenességgel foglalkozó irányelv elfogadását, illetve a rákkeltő anyagokra vonatkozó irányelv felülvizsgálatát is.

Azért szavaztam a Néppárttal, mert a néppárti álláspont kiegyensúlyozott és mértéktartó megközelítést alkalmazott: nem kíván újabb, nem kellően megalapozott és hatástanulmányok nélküli szabályozást megalkotni és a tagállami hatásköröket sértő jogalkotást folytatni. A Néppárt álláspontja továbbá az, hogy nem lehet egy-egy egészségügyi problémára koncentrálni, hanem figyelembe kell venni az egészségügyi kockázatok újabb generációját is. Ide tartozik a pszichoszociális fogyatékoság kezelése is, ami a fogyatékosággal élő személyek jogairól szóló ENSZ-egyezmény alapján fontos szempont, és különösen a munkahelyi zaklatás során releváns a már létező, az egyenlő bánásmódról és az esélyegyenlőség előmozdításáról szóló 2003. évi CXXV. tv. Magyarországon. Így a jelentés végaszavazásakor is támogattam a néppárti vonalat.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor, plenamente concienciado de la importancia de mejorar y hacer cumplir la legislación en materia de salud y seguridad en el trabajo. Cada año, más de 4 000 trabajadores pierden la vida debido a accidentes de trabajo, y el número de enfermedades mortales relacionadas con el trabajo asciende a más de 150 000 cada año. Debemos luchar contra las causas que provocan la pérdida de vidas de trabajadores europeos. Resulta necesario mejorar el grado de aplicación por parte de los Estados miembros para mejorar la situación en materia de salud y seguridad de los trabajadores y garantizar unas condiciones de competencia equitativas para las empresas.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Il diritto alla salute è uno dei diritti fondamentali che spettano ai cittadini dell'UE. Per questo è inaccettabile che ogni anno si verifichino migliaia e migliaia di morti sul lavoro o per malattie professionali. Non solo, tutti gli studi confermano come una maggiore sicurezza sul lavoro non sia solo assolutamente imprescindibile da un punto di vista etico, ma anche vantaggioso dal punto di vista economico, con un aumento della produttività.

Con questa relazione abbiamo quindi come Parlamento indicato priorità legislative e non legislative da seguire per assicurarci che finalmente i cittadini possano lavorare in condizioni di piena sicurezza.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sul quadro strategico dell'UE in materia di salute e sicurezza sul lavoro 2014-2020 perché condivido fortemente la necessità di mettere in campo azioni e strumenti legislativi più incisivi in favore della protezione dei lavoratori contro nuovi rischi di cancro, da malattie psicologiche quali lo stress.

È necessario un *level playing field* e un livello di protezione e di sicurezza sul lavoro maggiore per tutti i lavoratori ovunque essi lavorino nell'UE. Lo impongono i dati accertati, secondo cui più di 4 000 lavoratori muoiono per incidenti sul lavoro e i decessi dovuti a malattie collegate al lavoro sono più di 150 000 ogni anno.

Ho pertanto condiviso le richieste del PE, e precisamente la revisione della direttiva sulle sostanze cancerogene e mutogene sul lavoro, con l'aggiunta di misure obbligatorie rispetto ai limiti di esposizione sulla base di valori stabiliti scientificamente; l'introduzione di strumenti legali al riguardo delle malattie muscolo-scheletriche, lo sviluppo e l'implementazione di un sistema di monitoraggio, di gestione e di supporto per lavoratori affetti da malattie da stress, lo sviluppo di piani d'azione nazionali per la rimozione in sicurezza dell'amianto e la previsione di indicatori comuni di protezione e definizione di malattie legate al lavoro.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Wir benötigen ein Bündel von Maßnahmen, um gezielt die gesundheitlichen Risiken am Arbeitsplatz zu vermindern und gleichzeitig die Gesundheit und Sicherheit von Arbeitnehmern zu fördern. Ein Schlüssel zum Erfolg ist eine klare Abgrenzung von Arbeits- und Privatleben. Weiterhin ist es wichtig, mit dem nötigen Augenmaß vorzugehen. Was wir brauchen, ist eine faire Lastenverteilung ohne Überregulierung. Insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen, die durch den internationalen Wettbewerb und die Wirtschaftskrise bereits stark belastet sind, müssen neue Vorschriften schnell und einfach umsetzbar sein.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – President, I voted in favour of this report because it calls for the highest level of protection for health and safety in the workplace. In the UK alone, there were 142 work-related deaths in 2014 and Labour MEPs have called for a strategy to emphasise the importance of proper training and tackle diseases and cancers caused by asbestos and other carcinogens by implementing appropriate screening measures as well as proper measures for those working with chronic or terminal illnesses. We have called for the Commission not to pursue a policy of regulation in the area of occupational health and safety as well as adopting a targeted approach to precarious employment and the negative effects that this has on occupational health and safety.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – More than 4 000 people die every year in the EU due to an accident at work and 150 000 suffer from work-related diseases. However 24 EU directives regulate health and safety at work which have been only partially implemented in Member States. A different approach is therefore needed to address this issue. It was with this in mind that I supported this report.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione, perché pone degli obiettivi specifici da raggiungere. La sicurezza sul lavoro non può essere solo un'enunciazione, bisogna agire là dove i rischi sono maggiori. Partire dalle differenze tra paesi per raggiungere degli alti standard rispettati da tutti. Riconoscere che troppo spesso nelle piccole realtà aziendali le regole sono meno osservate per tutelare anche i lavoratori delle PMI. Non ci si può ammalare lavorando, non si può morire al lavoro. La chiave deve essere la prevenzione dei rischi.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque parte de una visión amplia e inclusiva de la salud y seguridad en el trabajo y ha incorporado muchas de las enmiendas del Grupo GUE/NGL. Entre los aspectos relevantes destaca la mención a que todos los trabajadores tienen derecho al más alto nivel de protección en materia de salud y seguridad en el lugar de trabajo, independientemente del tamaño de la empresa, el Estado miembro o del tipo de contrato de trabajo.

Al mismo tiempo cuatro aspectos claves incluidos en el texto nos hacen votar a favor:

- a) pymes: la eficacia de la gestión de la salud y seguridad en el trabajo sigue siendo un reto; es fundamental darles información y facilidades;
- b) inspecciones de trabajo: el aumento de la dotación de personal y recursos es esencial para llevar a cabo sus funciones;
- c) diálogo social: se propone seguir avanzando para proporcionar formación y promover la figura de representantes de salud y seguridad;

d) referencias de género: importantes referencias a acabar con los estereotipos sobre la menor peligrosidad de los trabajos desempeñados fundamentalmente por mujeres.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because it calls for the highest level of protection for health and safety in the workplace. In the UK alone, there were 142 work-related deaths in 2014 and Labour MEPs have called for a strategy to emphasise the importance of proper training, tackle diseases and cancers caused by asbestos and other carcinogens by implementing appropriate screening measures, as well as proper measures for those working with chronic or terminal illnesses.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted for the report on the EU Strategic Framework on Health and Safety at Work 2014-2020 because a large number of workers die due to accidents at work and the number of fatal work-related diseases amounts to more than 150 000 every single year! That must stop. Good health is a fundamental right in Europe and even though considerable progress has been made in the area of occupational health and safety throughout the years, major risks to workers' health and safety continue to exist. The economic costs of work-related injuries and illnesses are significant and the highly challenging nature of many new and emerging risks calls for immediate measures to be taken at EU level.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A jelentés a munkavállalók jogainak megerősítéséért száll síkra, a munkahelyi egészségvédelem és munkakörülmények biztonságának legmagasabb védelme érdekében. A jelentés üdvözlí a Bizottság ezirányú, 2014-2020 stratégiai keretét, azonban további konkrét és jogi lépéseket vár el, többek közt egy új, az izom és vázrendszeri rendellenességgel foglalkozó irányelv elfogadását, illetve a rákkeltő anyagokra vonatkozó irányelv felülvizsgálatát is.

A néppárti álláspont kiegyensúlyozott és mértéktartó megközelítést alkalmazott: nem kíván újabb, nem kellően megalapozott és hatástanulmányok nélküli szabályozást megalkotni és a tagállami hatásköröket sértő jogalkotást folytatni.

A Néppárt álláspontja továbbá az, hogy nem lehet egy-egy egészségügyi problémára koncentrálni, hanem figyelembe kell venni az egészségügyi kockázatok újabb generációját is. Ide tartozik a pszichoszociális fogvatékosság kezelése is, ami a fogvatékossággal élő személyek jogairól szóló ENSZ-egyezmény alapján fontos szempont. Így a néppárti magyar delegáció irányvonalának megfelelően a jelentés végszavazásakor támogattam a néppárti vonalat.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφώς*. – Η έκθεση της Επιτροπής για την υγεία και ασφάλεια στην εργασία είναι από τις πλέον αντιδραστικές εκθέσεις. Συγκεκριμένα θεωρεί πως πρέπει να ληφθούν νέα μέτρα για την Α&Υ γιατί πρέπει να διασυνδεθεί το προσδόκιμο ζωής με την εργασία. Επιπλέον εντάσσει τη συγκεκριμένη έκθεση στο πλαίσιο απλούστευσης της ευρωπαϊκής νομοθεσίας (REFIT), για την οποία υπάρχουν ήδη ενδείξεις οι οποίες την θεωρούν άμεση επίθεση σε κοινωνικά δικαιώματα, αφού θα αφήνει μιν θέματα στην ευχέρεια των κρατών μελών, αλλά θα μπορεί να τα κατευθύνει μέσω των οικονομικών της πολιτικών και αποφάσεων.

Η έκθεση του Κοινοβουλίου είναι μια πολύ καλή έκθεση ιδίας πρωτοβουλίας, η οποία δίνει ιδιαίτερη έμφαση στην στήριξη μικρομεσαίων επιχειρήσεων και εντάσσει τις συνδικαλιστικές οργανώσεις των εργαζομένων στις ομάδες διαβούλευσης για τις αποφάσεις Υ&Α τόσο σε επίπεδο κράτους, όσο και σε επίπεδο εταιρίας.

Ιδιαίτερα σημαντικό είναι το γεγονός πως αφαιρέθηκε πρόταση που και πάλιν διασυνδέει το προσδόκιμο ζωής με την εργασία, καθώς και το γεγονός πως μεγάλος αριθμός τροπολογιών αναφορικά με τη συμμετοχή των εργαζομένων, αλλά και τους κινδύνους στην εργασία από καρκινογόνες ουσίες περιλήφθηκαν και εγκρίθηκαν στις συμβιβαστικές τροπολογίες.

Για το λόγο ότι η έκθεση ιδίας πρωτοβουλίας είναι κατά πολύ καλύτερη από την έκθεση της Επιτροπής, την υπερψηφίζουμε.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I was pleased to support this report on the EU Strategic Framework on Health and Safety at Work 2014-2020, which is a follow-up to the Commission Communication of last year. Although this is an area already heavily regulated by national and European legislation, more than 4 000 EU workers die due to accidents at work every year and those suffering from work-related diseases amount to more than 150 000 annually. We need a simplified framework that protects workers while keeping abreast of new and emerging risks and allows employers, particularly SMEs, to easily implement and enforce its provisions. I was pleased to support in particular provisions which called on the Commission to consider submitting a proposal for a legal act to combat harassment and violence at work, and on Member States to fully implement the Working Time Directive, and for employers and policymakers to ensure and facilitate a sound work-life balance in relation to domestic work and employees who also have care responsibilities in their private life.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted for this report because employees have a right to the highest level of protection regarding health and safety in the workplace. Every year more than 4 000 workers die due to accidents at work and the number of fatal work-related diseases contracted stands at 150 000 every single year. Even though much progress has been made over the years in regard to occupational health and safety, major risks to health and safety for workers continue to exist. The economic benefits of ambitious policies in the area of occupational health and safety are well documented and include higher productivity and labour force participation as well as increased sustainability of social security systems. The economic costs of work-related injuries and illnesses are significant and very costly.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Christensen-Bericht über den strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020 gestimmt. Grundsätzlich beinhaltet der Bericht einige gute Punkte, die die Sicherheit am Arbeitsplatz stärken und bürokratische Hürden für kleine Unternehmen abbauen sollen. unter Ziffer 26 wird jedoch die Kommission aufgefordert, ein umfassendes Rechtsinstrument zu Muskel-Skelett-Erkrankungen (MSE) zu erarbeiten. In der Tat stellen MSE einige der häufigsten Krankheitsursachen im Arbeitsalltag dar, weshalb bestehende nationale Regulierungen vorhanden sind. Eine EU-Regelung lehnt die ALFA aus Subsidiaritätsgründen ab, da der bürokratische Aufwand einer europäischen Gesetzgebung insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen nicht im Verhältnis zum dadurch geschaffenen Mehrwert steht. Der Versuch der EKR-Fraktion, die MSE-Regulierung aus dem Text zu nehmen, scheiterte, weshalb ich dem Bericht insgesamt nicht zugestimmt habe.

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Poparłem w głosowaniu sprawozdanie posła Christensena, gdyż uważam, że w toku negocjacji udało się osiągnąć dobry kompromis i w efekcie będziemy głosować nad tekstem, który porusza wiele istotnych wyzwań, jakie stoją przed pracodawcami w zakresie BHP.

Szczególnie cieszy mnie, że w sprawozdaniu znalazło się miejsce na dwie kwestie. Po pierwsze, zwrócono uwagę na rosnące zjawisko nowych oraz niepewnych form zatrudnienia i ich negatywnego wpływu na sytuację w zakresie bezpieczeństwa i higieny pracy, w tym także zdrowia psychicznego pracowników.

Po drugie, z zadowoleniem przyjąłem, że w sprawozdaniu zwrócono uwagę na skuteczność zarządzania BHP w mikro- i małych przedsiębiorstwach. To oczywiste, że poziom ochrony ich pracowników musi być równie wysoki jak w większych zakładach pracy. Musimy jednak zdawać sobie sprawę, że przestrzeganie norm i wymogów jest dla mikro- i małych pracodawców trudniejsze. Dlatego też uważam, że mikro- i małe przedsiębiorstwa powinny być w tym zakresie objęte szczególnym nadzorem, a nade wszystko należy dbać o to, by prawo w obszarze BHP, zarówno europejskie, jak i krajowe, było jasne, przejrzyste i proste we wdrażaniu.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A jelentés a munkavállalók jogainak megerősítéséért száll síkra, különösen a munkahelyi egészségvédelem és a munkahelyek biztonságának a legmagasabb szintjét garantálandó. A jelentés üdvözlí a Bizottság ez irányú, 2014-2020 stratégiai keretét, azonban további konkrét és jogi lépéseket vár el. Többek között egy új, az izom- és vázrendszeri rendellenességgel foglalkozó irányelv elfogadását, illetve a rákkeltő anyagokra vonatkozó irányelv felülvizsgálatát is.

Azért szavaztam a Néppárttal, mert ez az álláspont kiegyensúlyozott és mértéktartó megközelítést alkalmazott. Nem kíván újabb, nem kellően megalapozott és hatástanulmányok nélküli szabályozást megalkotni és a tagállami hatásköröket sértő jogalkotást folytatni. A Néppárt álláspontja továbbá, hogy nem lehet egy-egy egészségügyi problémára koncentrálni, hanem figyelembe kell venni az egészségügyi kockázatok újabb generációját is. Ide tartozik a pszichoszociális fogyatékoság kezelése is, ami a fogyatékosággal élő személyek jogairól szóló ENSZ-egyezmény alapján fontos. Így a jelentés végszavazásakor a néppárti vonalat támogattam.

Mary Honeyball (S&D), *in writing*. – Along with my Labour colleagues, I voted in favour of this report because it calls for the highest level of protection for health and safety in the workplace. In the UK alone, there were 142 work-related deaths in 2014. This is why we have called for a strategy to emphasise the importance of proper training. We need to tackle diseases and cancers caused by asbestos and other carcinogens by implementing appropriate screening measures. We have called for the Commission to pursue a policy of regulation in the area of occupational health and safety as well as adopting a targeted approach to precarious employment and the negative effects that this has on occupational health and safety. The health and safety of pregnant women and women who have recently returned to the workplace after giving birth must also be paramount.

Richard Howitt (S&D), *in writing*. – In my own East of England constituency, the Health and Safety Executive reports that there were 11 workplace deaths in the last year, more than 8 000 workers suffered injury and no less than 125 100 people estimated to have been made ill through their work. It is surely right to seek to do everything possible to seek to avoid each and every one of these? Today's report will save lives, prevent injuries and improve occupational health – through emphasising proper training, tackling disease caused by asbestos and other carcinogens and by implementing screening measures. It also provides an opportunity to give European Parliament backing to the British TUC's 'dying to work' campaign, which I helped receive in Brussels alongside fellow Labour MEPs.

Offering employment protection to those suffering from a terminal illness would give every person affected the choice of how to spend their final months and the peace of mind to know their job was protected and the future financial security of their family guaranteed. Let us stop people from dying but, where they do whilst still in the world of work, let us give them dignity in their final months.

Ian Hudghton (Verts/ALE), *in writing*. – It is vital that in improving health and safety at work we encourage a culture of prevention. All workers, regardless of where they work, ought to expect their health and safety to be adequately protected. I welcome this report and voted in favour.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Criza financiară nu ar trebui să fie folosită ca o scuză pentru a submina politicile de prevenire a riscurilor la locul de muncă.

Comisia și statele membre trebuie să îmbunătățească colectarea de date fiabile privind bolile, expunerile și riscurile profesionale la nivelul tuturor sectoarelor.

Comisia trebuie să prezinte propuneri legislative concrete în ceea ce privește sănătatea și siguranța la locul de muncă și astfel să-și transforme „cadrul strategic” într-o strategie reală.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Izvješće o strateškom okviru EU-a o zdravlju i sigurnosti na radu 2014. – 2020. jer ono donosi mnoge potrebne promjene u spomenutom području. Smatram da svaki zaposlenik ima pravo na najkvalitetniju razinu zdravstvene zaštite i sigurnosti na radnom mjestu bez obzira o kojoj se državi ili poduzeću, te vrsti posla radilo. Veća pozornost treba se svakako staviti na one sektore u kojima su radnici izloženi najvećim rizicima, stoga je potrebno razraditi detaljnije smjernice za provedbu politika u vezi sa zdravljem i sigurnošću na radu.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Pour l'heure, le cadre normatif européen en matière d'amélioration et de prévention des risques liés à l'environnement de travail se morcèle en 25 directives, sous l'égide d'une directive-cadre qui date de 1989.

Cette approche particulariste trouve ses limites lors de la phase de transposition dans les droit national des États-membres, encore plus lors de leur application.

Le cadre stratégique dont il est question vise à simplifier la législation dans le cadre du REFIT, alors que le Parlement souhaite engager de nouveaux travaux afin d'élargir les formes d'emploi concernées par ce cadre, et de faire face à des nouveaux enjeux. Le Parlement souhaite davantage soutenir les PME pour une meilleure application de l'accord-cadre en matière de santé et de sécurité au travail, un meilleur suivi de sa mise en œuvre, ainsi que veiller à ce que les services d'inspection du travail soient suffisamment nombreux et formés.

Notre groupe politique pense qu'engager de nouveaux travaux pour augmenter les normes et renforcer le contrôle de leur application n'apparaît pas comme la priorité dans le contexte actuel. Aussi, nous soulignons qu'une forte proportion d'accidents du travail touche les personnes qui occupent des emplois non-déclarés. À ce titre, une révision de la directive sur les travailleurs détachés serait plus utile.

J'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – My colleagues and I voted against this non-legislative and non-binding report as it calls for more EU legislation, targets, funds and interference on the issue of health and safety law. We are not against good and sensible health and safety rules, but the only people who should create laws to protect workers are our democratically elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport de mon collègue Ole Christensen sur le cadre stratégique 2014-2020 pour la santé et la sécurité au travail. Il s'agit de garantir un niveau élevé de santé et de sécurité pour tous les travailleurs européens. Le rapport prend en compte également les besoins spécifiques des PME dans leur mise en conformité avec ces normes. Je soutiens en outre la mise en place d'une stratégie sur l'exposition aux perturbateurs endocriniens, qui ont des effets néfastes sur la santé des travailleurs.

Ce rapport a été adopté à une large majorité, ce dont je me félicite.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui vise à souligner que tous les travailleurs ont le droit de bénéficier du niveau de protection le plus élevé possible en matière de santé et de sécurité sur leur lieu de travail.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Dem Bericht über den strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020 stimme ich nicht zu. Zwar bleibt es von großer Bedeutung, diversen Problemen am Arbeitsplatz, insbesondere in Fragen der Gesundheit und der Sicherheit der Arbeitnehmer, vorzubeugen, dies sollte jedoch in der Entscheidungsgewalt der einzelnen Mitgliedstaaten bleiben. Die Arbeitsverhältnisse und die tatsächlichen Arbeitsbedingungen unterscheiden sich unter den einzelnen Mitgliedstaaten in großem Ausmaß. Dadurch würde jeder Regulierungsversuch auf EU-Ebene mit gefestigten Vorschriften ohne Zweifel enorme Kompetenzüberschreitungen mit sich führen.

Rikke Karlsson (ECR), *par écrit*. – Une fois encore, l'Union veut se mêler de ce qui ne la regarde pas et risque de fragiliser ce que nos démocraties ont très bien construit sans elle. Voilà en effet bien longtemps que les pays scandinaves – je pense à mon pays, le Danemark en particulier — sont considérées comme un modèle social pour le monde entier: 1,6 % de la richesse nationale de notre pays consacrée aux seules politiques du marché du travail avec des effets manifestes sur la bonne santé des travailleurs danois (meilleurs taux d'Europe), une culture du dialogue et du compromis social, la formation permanente des salariés, l'inscription du stress post-traumatique dans la liste des maladies professionnelles ouvrant droit à indemnisation, etc. Le moment est venu pour les institutions de Bruxelles de comprendre que ses costumes à taille unique pour vingt-huit nations différentes ne conviennent pas à l'Europe réelle et échouent systématiquement.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I strongly supported the strategy, as although considerable progress has been made in the area of occupational health and safety in the last number of years, much remains to be done. In the UK in the last year, 142 workers were killed at work, 611 000 injuries occurred, and there were half a million new cases of ill health brought on by work. It is shocking that Tory MEPs voted against EU action to protect workers. The EU is protecting UK workers from the Tories scrapping their rights and its fight for health and safety at work is one more reason why the people of Britain are better off in the EU.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A jelentés a munkavállalók jogainak megerősítéséért száll síkra, különösen a munkahelyi egészségvédelem és munkakörülmények biztonságának a legmagasabb védelmét garantálандó. A jelentés üdvözlí a Bizottság ezirányú 2014-2020 stratégiai keretét, azonban további konkrét és jogi lépéseket vár el, többek közt egy új, az izom és vázrendszeri rendellenességgel foglalkozó irányelv elfogadását, illetve a rákkeltő anyagokra vonatkozó irányelv felülvizsgálatát is.

Azért szavaztam a Néppárttal, mert a néppárti álláspont kiegyensúlyozott és mértéktartó megközelítést alkalmazott: nem kíván újabb, nem kellően megalapozott és hatástanulmányok nélküli szabályozást megalkotni és a tagállami hatásköröket sértő jogalkotást folytatni. A Néppárt álláspontja továbbá az, hogy nem lehet egy-egy egészségügyi problémára koncentrálni, hanem figyelembe kell venni az egészségügyi kockázatok újabb generációját is. Ide tartozik a pszichoszociális fogyatékoság kezelése is, ami a fogyatékosággal élő személyek jogairól szóló ENSZ-egyezmény alapján fontos szempont, és különösen a munkahelyi zaklatás során releváns a már létező, az egyenlő bánásmódról és az esélyegyenlőség előmozdításáról szóló 2003. évi CXXV. tv. Magyarországon. Így a jelentés végszavazásakor is támogattam a néppárti vonalat.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport souligne le droit pour tous les travailleurs de bénéficier d'une protection dans le domaine de la santé et de la sécurité au travail. Bien que le cadre stratégique de l'Union européenne comporte un grand nombre de domaines d'action importants, des mesures supplémentaires doivent être prises afin d'atteindre un niveau de protection plus élevé: une mise en œuvre améliorée des objectifs européens au niveau national, un renforcement de l'aide aux PME dans la réalisation de ces objectifs, une participation renforcée des partenaires sociaux et des inspecteurs du travail, un redressement des effets de la crise économique et des nouvelles formes de travail précaire. Pour cette raison, j'ai voté pour.

Béla Kovács (NI), írásban. – A jelentés feltétlen támogató, hiszen a munkavállalók biztonsága és egészségük védelme közös ügyünk. Riasztó statisztikai adatok igazolják, hogy a profithajhászásnak milyen sok áldozata van manapság is. Elfogadhatatlan, hogy egyes országok kormányai súlyos kockázatoknak teszik ki állampolgáraikat pusztán azért, hogy a multinacionális cégek nyereségét tovább növeljék. Sokat segítene a biztonságon az is, ha valamely egységes szabályozás kimondaná végre, hogy nem dolgoztathatók halálukig a munkavállalók, hanem például 35–40 év munkaviszony után kortól függetlenül mindenki jogosult nyugdíjba menni.

Gabrielius Landsbergis (PPE), raštu. – Europos Parlamentas vertina ES darbuotojų saugos ir sveikatos programą kaip labai reikalingą, siekiant užtikrinti vienodai aukštus standartus bei pagerinti darbo sąlygas visoje ES. Pažymėtina, kad, remiantis statistiniais duomenimis, vėžiniai susirgimai ir lėtinės ligos, o ne nelaimingi atsitikimai darbo vietoje sudaro didžiausią dalį su darbu susijusių mirčių atvejų Europos Sąjungoje. Todėl šalys narės turi skirti didesnę dėmesį prevencijai būtent šioje srityje. Būtina atkreipti dėmesį ne tik į fizinę, bet ir psichinę darbuotojų sveikatą, nes su darbu susijusi įtampa ir stresas taip pat daro reikšmingą poveikį darbo efektyvumui bei darbuotojų ir jų šeimų gerovei ir gali turėti ilgalaikių pasekmių. Taip pat būtina užtikrinti, kad negalią turintys žmonės būtų integruojami į darbo rinką, sudarant sąlygas saugiam darbui ir tinkamai atsižvelgiant į jų poreikius.

Giovanni La Via (PPE), per iscritto. – Tutti i lavoratori hanno diritto al massimo livello di tutela in materia di salute e sicurezza sul luogo di lavoro. Ciononostante, i dati mostrati all'interno della relazione evidenziano una situazione allarmante, poiché ogni anno più di 4 000 persone perdono la vita a causa di infortuni sul lavoro, ed il numero di morti per malattie professionali fatali supera le 150 000 unità l'anno.

Concordo con la richiesta di elaborazione di misure concrete per far fronte a tale emergenza e ho deciso di dare il mio voto favorevole, poiché una delle nostre priorità deve essere quella di garantire un ambiente di lavoro sicuro e salubre per tutti i lavoratori europei.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), par écrit. – Le rapport Christensen sur la santé et la sécurité au travail va dans le bon sens puisque nous demandons de nouvelles législations pour limiter les risques et tout harcèlement ou violence liés au travail.

Ce fut, pour nous qui avons travaillé sur le sujet en commission de l'emploi, l'occasion de réintroduire la question des troubles musculo-squelettiques, trop longtemps mis sous le tapis par la Commission ainsi que la prise en compte des risques liés à de nouvelles façons de travailler ou la manipulation de nouvelles substances. Nous demandons par exemple la réactualisation des textes sur les valeurs limites des agents cancérigènes ou mutagènes, non seulement en révisant les valeurs limites d'expositions, mais aussi les effets «cocktail» (quand différentes matières ou molécules sont manipulées et peuvent se combiner). Enfin nous demandons le développement d'une stratégie globale contre les perturbateurs endocriniens (les substances qui ont un impact sur notre ADN).

Je me félicite donc de l'adoption de ce rapport par une large majorité de 536 voix contre 95 et 28 abstentions. C'est maintenant à la Commission de montrer la détermination que nous lui avons demandée pour faire face à ces nouveaux risques du travail et s'attaquer à d'autres, identifiés depuis trop longtemps.

Gilles Lebreton (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce texte car il multiplie de façon déraisonnable les normes imposées aux entreprises.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), por escrito. – La precarización de las relaciones de trabajo, los ritmos irregulares, las jornadas ilegales y la elevada rotación de contratos son la causa fundamental del aumento de los accidentes y enfermedades profesionales. Es por ello que el empleo de calidad y los sindicatos son cruciales en la prevención de riesgos y la elaboración de estrategias de salud y seguridad en el trabajo.

El informe del ponente comparte esta posición, además de pedir que la estrategia de la UE aborde retos tan importantes como son el enfoque de género o el envejecimiento de la fuerza laboral, además de riesgos específicos como los alteradores endocrinos o la exposición al amianto. Por todo ello, he votado a favor.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Christensen-Bericht über den strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020 gestimmt. Grundsätzlich beinhaltet der Bericht einige gute Punkte, die die Sicherheit am Arbeitsplatz stärken und bürokratische Hürden für kleine Unternehmen abbauen sollen. Unter Ziffer 26 wird jedoch die Kommission aufgefordert, ein umfassendes Rechtsinstrument zu Muskel-Skelett-Erkrankungen (MSE) zu erarbeiten. In der Tat stellen MSE einige der häufigsten Krankheitsursachen im Arbeitsalltag dar, weshalb bestehende nationale Regulierungen vorhanden sind. Eine EU-Regelung lehnt die ALFA aus Subsidiaritätsgründen ab, da der bürokratische Aufwand einer europäischen Gesetzgebung insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen nicht im Verhältnis zum dadurch geschaffenen Mehrwert steht. Der Versuch der EKR-Fraktion, die MSE-Regulierung aus dem Text zu nehmen, scheiterte, weshalb ich dem Bericht insgesamt nicht zugestimmt habe.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Jsem zajisté proti šikaně na pracovišti, ale není na EU, aby toto řešila.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Podržala sam izvješće zastupnika Olea Christensena jer smatram da svaki zaposlenik ima pravo na zaštitu zdravlja na radnom mjestu što je jedno od temeljnih ljudskih prava. Potrebno je u Okvirnoj strategiji EU-a o zdravlju i sigurnosti na radu zalagati se za poboljšanje prevencije oboljenja povezanih s radnim mjestom, olakšati pristup radnom mjestu i prilagođenim radnim mjestima osobama s invaliditetom i kroničnim oboljenjima.

Potrebno je obratiti pozornost i na utjecaj uvjeta na radnom mjestu na psihosocijalno zdravlje. Smatram da uvjeti rada u državama članica još nisu izjednačeni, te da je potrebno ustrajati na njihovom izjednačavanju.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Právo všetkých zamestnaných ľudí na požívanie najvyššej ochrany zdravia a bezpečnosti pri práci je nespochybniteľné. Napriek existujúcej vysokej právnej ochrane sa táto nie vždy dôsledne uplatňuje. Preto v dôsledku úrazov pri práci ročne zomrie 4000 ľudí a ďalších 150 000 má ako následok smrteľnú chorobu. Tieto čísla jasne hovoria, že treba neustále prijímať nové riešenia a opatrenia zodpovedajúce súčasným pracovným podmienkam a zároveň ohrozeniam zamestnancov, pričom dôraz musíme kláď na prevenciu. Na tento účel musia byť inštitúcie zodpovedné za dohľad nad vykonávaním práce pri uplatňovaní svojich právomocí dôslednejšie. Musia kláď dôraz na prijímanie preventívnych opatrení a musia sústavne vzdelávať svojich zamestnancov.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με το στρατηγικό πλαίσιο της ΕΕ για την υγεία και την ασφάλεια στην εργασία κατά την περίοδο 2014-2020, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte. Bien que nous soyons en faveur d'une amélioration de la santé et de la sécurité au travail, au niveau national et européen, nous ne pouvons que regretter la multiplication des normes imposées aux entreprises.

Les deux institutions (Parlement et Commission) ont une approche différente: la Commission voulait simplifier le cadre et le Parlement l'a finalement complexifié, en élargissant les formes d'emploi concernées, ce qui aboutit à un texte déséquilibré. Plutôt que d'imposer d'inutiles contraintes supplémentaires aux États membres, nous préférons voter contre.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this report. Every year more than 4 000 workers die due to accidents at work and the number of fatal work-related diseases amounts to more than 150 000 every single year. Good health is a fundamental right in Europe and even though considerable progress has been made in the area of occupational health and safety throughout the years, major risks to workers' health and safety continue to exist.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Tutti i dipendenti hanno diritto al massimo livello di tutela e protezione in materia di salute e sicurezza nei luoghi di lavoro e devono essere garantiti indipendentemente dalle dimensioni dell'impresa per la quale lavorano e dallo Stato Membro in cui lavorano.

La buona salute è un diritto fondamentale in Europa. L'Unione europea, infatti, mira a prevenire gli infortuni sul lavoro e a garantire un ambiente di lavoro sicuro e sano per tutti i lavoratori europei. È quindi opportuno includere nel quadro normativo ulteriori misure concrete.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o zprávě, která se zabývá problematikou bezpečnosti a ochrany zdraví při práci, což je téma, kterému jsem se jako lékař zvýšeně věnoval zejména v průběhu minulého legislativního období. Je jasné, že pracovní úrazy a nemoci z povolání jsou pro společnost vážnou zátěží a je třeba jim předcházet tak, aby se zaměstnanci těšili dobrému zdraví a mohli tak pracovat až do okamžiku řádného odchodu do důchodu. Zároveň je třeba reagovat na nové výzkumy ohledně nemocí z povolání (např. pravděpodobnost vzniku rozličných onemocnění podle věkových skupin), na psychosociální rizika, jako je stres na pracovišti, na negativní působení některých látek, např. azbestu nebo nanomateriálů na lidské zdraví apod. Ve zprávě tak vyzýváme Komisi, aby vypracovala strategii pro oblast zaměstnávání, která by se vztahovala na všechny druhy zaměstnání v rámci regulačního rámce pro oblast BOZP, a společně s členskými státy stanovila orientační cíle pro snížení počtu nemocí z povolání a pracovních úrazů při respektování nejnovějších recenzovaných vědeckých poznatků. S obsahem zprávy se zcela ztotožňuji, proto jsem ji při hlasování podpořil.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – La relazione dell'onorevole Christensen mira alla definizione di un quadro strategico in materia di sicurezza sul lavoro nel periodo 2014-2012.

Il tema della salute e la sicurezza sul lavoro costituisce un tema sociale fondamentale e, per tale motivo, voto in modo favorevole al progetto in oggetto. La prevenzione dei rischi e degli infortuni costituisce, infatti, una strategia di tutela di un interesse fondamentale per la società, se si pensa al fatto che potrebbe influire positivamente sulla produttività e sulla competitività delle imprese, oltre ad accrescere la sostenibilità dei sistemi previdenziali e a consentire alla popolazione di lavorare in buona salute sino al raggiungimento dell'età pensionabile legale.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht überschreitet in vielen Bereichen die Kompetenzen, die der EU bei diesem Thema gesetzt sind. Es ist zwar wichtig, sich dieser Probleme anzunehmen, doch eine Regulierung auf EU-Ebene mit gefestigten Vorschriften ist der falsche Weg, da auch Arbeitsstandards in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich gewachsen und mit einer nicht immer gleichen Bedeutung belegt sind. Daher lehne ich diesen Bericht ab.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Dans l'Union européenne, chaque année, plus de 4 000 travailleurs succombent à des accidents du travail et plus de 3 millions sont victimes d'accidents graves engendrant un arrêt de travail de plus de 3 jours. Le rapport note à ce sujet que «les cancers constituent la première cause de mortalité liée au travail, suivis des maladies cardiovasculaires et respiratoires», ce qui démontre la qualité déplorable des conditions de travail dans l'Union.

Mais le rapport se satisfait de mots creux appelant à «une culture de confiance et d'apprentissage mutuels encourageant les salariés à participer au développement d'un environnement de travail sain et sûr» alors qu'il s'agit surtout de faire respecter «l'application de la législation relative à la santé et à la sécurité au travail dans les États membres».

Enfin, le rapport souligne le rôle fondamental des inspecteurs du travail et indique qu'il est important de «veiller à ce que les services d'inspection du travail disposent de suffisamment d'effectifs et de ressources». Au vu de leur nombre en baisse constante je me permets quelques doutes quant à la réalisation de cet objectif. Je vote pour ce rapport sans illusion quant à ses effets.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Le cadre stratégique dont il est question vise à simplifier la législation dans le cadre du REFIT, alors que le Parlement souhaite engager de nouveaux travaux afin d'élargir les formes d'emploi concernées par ce cadre. Le Parlement souhaite davantage soutenir les PME pour une meilleure application de l'accord-cadre en matière de santé et sécurité au travail, un meilleur suivi de sa mise en œuvre ainsi qu'une meilleure utilisation de l'inspection du travail. Le Front National pense qu'engager de nouveaux travaux pour augmenter les normes et renforcer le contrôle de leur application n'apparaît pas comme la priorité dans le contexte actuel. Aussi, il est nécessaire de souligner qu'une forte proportion d'accidents du travail touche les personnes qui occupent des emplois non-déclarés. À ce titre, une révision de la directive sur les travailleurs détachés serait plus utile. Le député s'oppose ainsi à ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente o relatório sobre o quadro estratégico da UE para a saúde e a segurança no trabalho para 2014-2020. O número de trabalhadores que morrem, todos os anos, vítimas de acidentes de trabalho, e o número de doenças profissionais com desfecho fatal é extremamente preocupante. Os custos económicos e sociais dos acidentes de trabalho e das doenças profissionais necessitam de medidas imediatas a nível da UE.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this draft report as it underlines employees' rights to the highest level of protection regarding health and safety in the workplace, while stating more concrete legislative measures to be included in the EU Framework on Health and Safety at Work 2014-2020.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. – Ondanks een groot aantal richtlijnen om een gezonde werkomgeving voor werknemers te realiseren, tellen we jaarlijks toch nog steeds 4000 dodelijke arbeidsongevallen en blijft het aantal dodelijke arbeidsgerelateerde ziektes pieken op 150.000 per jaar. Het continu evalueren en bijsturen van risicopreventiemaatregelen en het aanzetten tot gedragswijzigingen voor alle betrokken actoren in het arbeidsproces blijft dus prioritair.

Tegelijk ondergaat de arbeidsmarkt in Europa grote veranderingen. Mensen zullen in de toekomst langer werken, vaker van job veranderen en meer flexibiliteit inbouwen in hun loopbaan. Het garanderen van welzijn en gezondheid op het werk biedt een meerwaarde aan de gehele samenleving en draagt ertoe bij dat mensen op een actieve en gezonde manier ouder worden. In die context moeten we concrete preventieve maatregelen blijven nemen die de risico's op ongevallen en aandoeningen bij werknemers maximaal uitsluiten.

Naast blijvende aandacht voor de aanpak van chronische arbeidsgerelateerde aandoeningen is het tevens zaak nieuwe uitdagingen, zoals psychische en sociale risico's op de werkvloer, zorgvuldig in kaart te brengen en preventieve acties te ondernemen om lichamelijk en mentaal veilige en gezonde werkomgevingen te realiseren voor alle Europese werknemers. Een goede gezondheid is immers een grondrecht in Europa en preventie blijft daarbij de beste aanpak.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Keďže dobré pracovné podmienky sú podľa charty práv Európskej únie základným právom jej občanov, vítam predloženie strategického rámca EÚ v oblasti ochrany zdravia a bezpečnosti pri práci na obdobie rokov 2014-2020. Pripájam sa najmä k potrebe riešiť psychosociálne rizikové faktory, ktoré sú momentálne pre zamestnávateľov a zamestnancov v celej Európe narastajúcim problémom. Hospodárska kríza totiž viedla k zvýšeniu neistoty zamestnania, čo sa odrazilo aj vo fakte, že podľa celoeurópskeho prieskumu až polovica zamestnancov zažíva pracovný stres denne, pritom s ním súvisí asi polovica všetkých vymedzených pracovných dní. Navyše tieto absencie sú obvykle dlhšie než tie, ktoré vznikajú z iných dôvodov. Náklady, ktoré to so sebou prináša sa pritom na úrovni štátov vyčísľujú v miliardách eur. Z prípadových štúdií pritom vyplýva, že dobré riadenie ochrany zdravia a bezpečnosti pri práci vedie k vyššej výkonnosti a ziskovosti. Každé do neho investované euro tak vráti až 2,2 eura. Vo väčšine krajín sa totiž náklady na úrazy a choroby z povolania pohybujú spravidla na úrovni 2,6 % až 3,8 % HDP.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report, which calls on the Commission to present concrete legislative proposals regarding better health and safety at work and to this end to turn its 'strategic framework' into a real strategy on health and safety at work. The financial and economic crisis should not be used as an excuse to undermine occupational risk prevention policies as this approach is neither acceptable nor effective. Nor should alleged administrative simplifications (REFIT) lead to lower health and safety standards for workers. All workers, regardless of the size of their employer, their Member State of employment or the type of employment contract under which they are hired, have a right to the highest level of protection regarding health and safety in the workplace. The implementation, compliance and enforcement of health and safety provisions must be improved, new and emerging risks tackled and the fight against work-related diseases stepped up.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Évente több mint 4 000 munkavállaló hal meg munkahelyi balesetben, a munkavégzéssel összefüggő halálos megbetegedések száma pedig évente több mint 150 000-t tesz ki.

A munkahelyi egészségvédelem és biztonság területén megvalósuló ambiciózus politikák gazdasági haszna bizonyított, és magában foglalja a termelékenységet és a munkaerő-piaci részvételt, illetve a szociális biztonsági rendszerek megnövekedett fenntarthatóságát.

A Foglalkoztatási és Szociális Bizottság jelentése mellett érvel, hogy mivel a munkavégzéssel kapcsolatos baleseteknek és betegségeknek nem csak a gazdasági költségei jelentősek, hanem sok új és újonnan felmerülő kockázat hordozóiként jelentős kihívásokkal is járnak, e kockázatok kezelése pedig jogalkotási és nem jogalkotási kezdeményezések alkalmazását követeli meg, azonnali uniós szintű intézkedéseket kell hozni, és a munkahelyi egészségvédelemmel és biztonsággal kapcsolatos 2014-2020-as uniós stratégiát további konkrét intézkedéseket kell kiegészíteni.

Az előterjesztést támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A saúde e a segurança no trabalho são essenciais para a sociedade, assumindo-se como investimentos benéficos na produtividade e competitividade das empresas, para além de melhorarem a sustentabilidade dos sistemas de segurança social e possibilitarem que as pessoas usufruam de boa saúde até à idade de reforma. Subscrovo que a prevenção dos riscos profissionais, a promoção da saúde e da segurança e a proteção dos trabalhadores no trabalho são fatores essenciais para a melhoria das condições de trabalho e, consequentemente, para a proteção da saúde dos trabalhadores, favorecendo, por sua vez, social e economicamente, os trabalhadores e a sociedade em geral.

A União Europeia, segundo o artigo 153.º do TFUE, apoiará e completará a ação dos Estados-Membros na melhoria do ambiente de trabalho, a fim de proteger a saúde e a segurança dos trabalhadores. Defendo que as estratégias nacionais para a saúde e segurança no trabalho, que deverão estar de acordo com as orientações da UE, são fundamentais e contribuem para os progressos realizados neste domínio nos Estados-Membros.

Infelizmente a crise económica provocou alguma instabilidade laboral e reduziu as receitas das empresas e esta situação não pode relegar para segundo plano a importância da saúde e da segurança.

Sophie Montel (ENF), *par écrit*. – Ce rapport concerne le cadre stratégique publié en juin dernier par la Commission. Ce cadre vise à améliorer la prévention des risques liés à l'environnement du travail. Il garantit des conditions de travail minimum dans l'Union, mais laisse aux États membres la possibilité de mettre en place des mesures plus strictes. Ce rapport souhaite engager de nouveaux travaux pour élargir les formes d'emploi relevant de ce cadre et pour faire face aux risques émergents, tels que les troubles psycho-sociaux, ou la révision de la directive sur le congé maternité.

Étant résolument contre le fait que l'Union s'immisce dans la législation sur le travail des États membres (sachant qu'elle en est la principale force destructrice), et considérant que le contexte actuel ne se prête pas à la mise en place de nouvelles normes à l'utilité pour le moins théorique, j'ai décidé de voter contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui demande une harmonisation des stratégies en matière de santé et de sécurité au travail dans l'Union européenne. Ce texte rappelle que le nombre d'accidents mortels ou de maladies au travail diffère énormément selon les États membres. Il demande que l'Union se dote d'une stratégie afin de pouvoir garantir au plus grand nombre de pouvoir travailler dans de bonnes conditions de santé.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Sosteniamo risolutamente questa risoluzione che è per noi una battaglia di civiltà ineludibile. È, infatti, inaccettabile che al giorno d'oggi possano morire oltre 4.000 persone all'anno per incidenti sul lavoro e 150.000 persone a causa di malattie legate, con nesso di causa inconfutabile, alle proprie condizioni di lavoro.

L'Unione europea è all'avanguardia nella prevenzione di questi fenomeni, che nel mondo ammontano rispettivamente a 2 milioni e a 160 milioni per anno. Ciò non toglie che la Commissione debba seguire tempestivamente e con molto zelo le indicazioni di questa risoluzione in merito alla revisione della direttiva sull'esposizione agli agenti cancerogeni, alla creazione di servizi di monitoraggio per i lavoratori soggetti a rischi psicologici e al contrasto del dumping sociale.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Je n'ai pas pu voter pour ce rapport mais je soutiens pleinement la position du groupe PPE et de la délégation française, qui consiste à adopter ce rapport. Il rappelle le droit des employés à bénéficier du plus haut degré de protection en matière de santé et de sécurité au travail. Toute nouvelle proposition en ce sens de la Commission européenne devra néanmoins se baser sur des évaluations solides afin d'éviter de multiplier les exigences en la matière, ce qui pourrait conduire à leur illisibilité et donc avoir un impact négatif sur les employés et les entreprises.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – Every year more than 4 000 workers die due to accidents at work and the number of fatal work-related diseases amounts to more than 150 000 every single year. Good health is a fundamental right in Europe and even though considerable progress has been made in the area of occupational health and safety throughout the years, major risks to workers' health and safety continue to exist. I voted for this report that will improve the health and safety situation of workers and ensure a level playing field for businesses.

Norica Nicolai (ALDE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestui raport pentru că acesta face o analiză foarte corectă a nevoilor privind sănătatea și siguranța la locul de muncă în UE.

Strategia Comisiei în domeniu, coordonată cu strategiile naționale, ar trebui să asigure în mod corect un înalt standard de sănătate și siguranță la locul de muncă pentru cetățenii europeni. Este un drept pe care cetățenii îl au, dar și o obligație din partea angajatorilor, fie ei privați sau publici, să asigure acest standard.

Din păcate, în contextul crizei economice, multe firme, dar și sectorul public, au avut reduceri drastice de costuri și disponibilizări. Aceasta a dus deseori la situații în care volumul de muncă a devenit mai mare și, în unele cazuri, mai periculos pentru angajații rămași, ceea ce a pus și pune în pericol atât siguranța cât și sănătatea oamenilor.

Comisia și statele membre trebuie să lucreze împreună pentru a găsi o abordare comună a acestei probleme și mă refer în special la implementarea unor strategii eficiente de asigurare a unui nivel standard privind siguranța și sănătatea angajaților, cu sancțiuni clare pentru cei care nu respectă acest standard.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht zu einem strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz erklärt Arbeitsaufsichtsbehörden bei der wirksamen Durchsetzung von Rechtsvorschriften über Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz als besonders entscheidend. Ich habe gegen diesen Bericht gestimmt, da die Regelung den Mitgliedstaaten überlassen werden sollte.

Younous Omarjee (GUE/NGL), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui réitère la nécessité de renforcer la stratégie européenne en matière de santé et de sécurité au travail. La crise économique semble justifier les coupes budgétaires dans ces domaines, alors que les risques liés à la santé et à la sécurité au travail sont responsables de l'augmentation du nombre de travailleurs en situation de précarité.

Le rapport appelle la Commission à lutter efficacement contre le travail précaire qui plonge un grand nombre de citoyens européens dans des situations d'instabilité et d'isolement social, et l'invite ainsi à rendre compte des nouvelles maladies auxquelles s'exposent les travailleurs, notamment face au développement des nouvelles technologies. Il rappelle aussi l'intérêt d'augmenter les inspections au travail, outils fondamentaux de prévention de la précarité, alors que celles-ci sont en constante baisse sous la politique d'austérité que mène la Commission.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin. Hea tervis on Euroopas põhiõigus ning kuigi töötervishoiu ja tööohutuse valdkonnas on aastate jooksul tehtud märkimisväärsed edusammud, esineb endiselt suuri riske töötajate tervisele ja ohutusele. Seega tuleb ELi tasemel võtta täiendavaid meetmeid ning see on ka raamistikku eesmärgiks.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktam pranešimui. Kiekvienam darbuotojui turi būti suteikiamos saugios ir sveikos darbo sąlygos. Piliečių sveikata ir darbingumas yra kiekvienos valstybės ekonominės ir socialinės gerovės kūrimo pagrindas.

Žmonių saugos darbe problema ypač aktuali, todėl siekiant įdiegti griežtesnę darbuotojų apsaugą, būtina nustatyti aiškias ir veiksmingas taisykles darbuotojų saugos ir sveikatos srityje. Reikia sumažinti teisinį reglamentavimą, tačiau nemažinti saugos ir sveikatos darbe lygio.

Ypatingas dėmesys turi būti skiriamas darbuotojų saugai ir sveikatai mažose ir vidutinėse įmonėse. Strategija turi užtikrinti aukšto apsaugos lygio ir įmonių administracinės naštos pusiausvyrą. Darbuotojų švietimas, mokymas kolektyvinės derybos ir socialinių partnerių susitarimai yra svarbios priemonės siekiant gerinti darbuotojų saugos ir sveikatos situaciją. Nustatant atitinkamas priemones didelis dėmesys turi būti skiriamas patyčių bei kovos su priekabiavimu ir smurtu darbe svarbai.

Siekdamos įgyvendinti su darbu susijusių ligų ir naujos bei kylančios rizikos prevenciją, valstybės narės turėtų efektyviau pasinaudoti Europos fondų lėšomis.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), γραπτώς. – Ως «κόστος» που πρέπει να περιοριστεί ή αλλιώς ως «επένδυση με θετικό αποτέλεσμα στην παραγωγικότητα και ανταγωνιστικότητα των εταιρειών» αντιμετωπίζεται η υγεία και η ασφάλεια των εργαζομένων σύμφωνα με τη σχετική έκθεση που συζητήθηκε στο Ευρωκοινοβούλιο και καταψήφισε η Ευρωκοινοβουλευτική Ομάδα του ΚΚΕ.

Η έκθεση αναφέρει προκλητικά ότι συμφέρει τις επιχειρήσεις να λαμβάνουν μέτρα ασφάλειας, καθώς διαφορετικά θα κληθούν να καταβάλουν κόστη εργατικών ατυχημάτων και ασθενειών. Αυτά τα μέτρα ασφάλειας, άλλωστε, η έκθεση ζητά κυνικά να είναι τέτοια, δηλαδή φθηνά, που να μπορούν να ανταποκριθούν οι επιχειρήσεις οι οποίες δύνανται μάλιστα να καλύψουν το κόστος τους με ευρωπαϊκή χρηματοδότηση. Αποκαλυπτικό δε είναι το ότι η πρόληψη των εργατικών ατυχημάτων εντάσσεται στη στρατηγική για την «ενεργό και υγιή γήρανση», στο να εξασφαλιστεί δηλαδή ότι οι εργαζόμενοι θα δουλεύουν μέχρι τα βαθιά γεράματα, μειώνοντας την απόσταση ανάμεσα στην ηλικία συνταξιοδότησης και το θάνατο.

Το συμπέρασμα είναι προφανές: όσο τα κλειδιά της οικονομίας τα έχουν οι επιχειρηματικοί όμιλοι, η υγεία και η ασφάλεια στους χώρους δουλειάς θα θυσιάζονται στο βωμό της κερδοφορίας τους. Οι εργαζόμενοι χρειάζεται να διεκδικήσουν μέτρα ασφάλειας και υγιεινής και πρόληψη μόνιμου προσωπικού οργανώνοντας την πάλη τους για μια οικονομία και εξουσία που κριτήριο της θα είναι οι λαϊκές ανάγκες κι όχι το καπιταλιστικό κέρδος.

Margot Parker (EFDD), in writing. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report as it calls for more EU legislation, targets, funds and interference on the issue of health and safety law. UKIP is not against good and sensible health and safety rules, but the only people who should create laws to protect workers are our democratically elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Aldo Patriciello (PPE), per iscritto. – Ritengo sia inaccettabile che in tempi come questi ancora troppi siano i lavoratori che in Europa perdono la vita nello svolgimento delle proprie mansioni. È indispensabile garantire ad ogni lavoratore europeo condizioni di massima sicurezza e tutela della salute e della vita. Apprezzo quindi che l'Unione si sia decisa ad includere, nella normativa sulla sicurezza sul lavoro, regole e disposizioni che garantiscano un più alto livello di sicurezza sul luogo di lavoro per i cittadini europei. Ringrazio il relatore per il lavoro svolto e voto positivamente.

Alojz Peterle (PPE), pisno. – Rakava obolenja so najpogostejši vzrok smrti povezano z delom, zato moramo delavce zaščititi pred vplivi rakotvornih in mutagenih snovi. Ljudem je treba zagotoviti varno in zdravo delovno okolje. Potreben je učinkovit in strateški pristop za preprečevanje poklicnih bolezni in nesreč ter večja pozornost skupnim učinkom poklicnih tveganj, ki ustvarja dodano vrednost za delavce in družbo kot celoto, zato podpiram to poročilo, ki poziva Komisijo in članice, naj oblikujejo ustrezne politike glede staranja prebivalstva. Menim, da bi moral regulativni okvir za varnost in zdravje pri delu spodbujati tudi zdravo staranje, s tem pa lahko prispevamo tudi k dosegu cilja aktivnega in zdravega staranja za vse delavce.

Marijana Petir (PPE), napisan. – Recentnim krizama u poljoprivrednom sektoru, poremećajima izazvanim političkim krizama, ali i drugim poznatim problemima u sektoru poljoprivrede, u Hrvatskoj, te drugim članicama Europske unije, dolazi do smanjenja broja obiteljskih gospodarstava što vodi značajnoj depopulaciji ruralnog prostora.

U tim okolnostima zatvaraju se i javne zdravstvene ustanove s čime se ruralnom području smanjuje dostupnost odgovarajuće javne medicinske zaštite i skrbi, kako građana, tako i zaposlenika u poljoprivrednim djelatnostima. Žene u ruralnim područjima posebno su izložene tim negativnim trendovima jer imaju više poteškoća pri ostvarivanju svojih radničkih i zdravstvenih prava. Često su uskraćene za osnovnu zdravstvenu skrb te dostupnost specijalističkih pregleda ranog otkrivanja raka.

Pozdravljam ovo izvješće upravo zato što prepoznaje potrebu zaštite radničkih prava i jednak pristup uslugama javnog zdravstva za sve svoje građane, neovisno gdje žive i rade. Također, izvješće posebno uzima u obzir položaj žene u ruralnim područjima i druge ugrožene skupine građana kojima treba pružiti dostatnu zaštitu na radu i dostupnu nužnu liječničku skrb u slučaju nesreće na radu.

Florian Philippot (ENF), par écrit. – Ce rapport concerne le cadre stratégique publié en juin dernier par la Commission. Ce cadre vise à améliorer la prévention des risques liés à l'environnement de travail. Il garantit des conditions de travail minimum dans l'Union, mais laisse aux États membres la possibilité de mettre en place des mesures plus strictes. Ce rapport souhaite engager de nouveaux travaux pour élargir les formes d'emploi relevant de ce cadre et pour faire face aux risques émergents, tels que les troubles psycho-sociaux, ou la révision de la directive sur le congé maternité.

Étant résolument contre le fait que l'Union s'immisce dans la législation sur le travail des États membres (sachant qu'elle en est la principale force destructrice), et considérant que le contexte actuel ne se prête pas à la mise en place de nouvelles normes à l'utilité pour le moins théorique, j'ai décidé de voter contre ce texte.

Tonino Picula (S&D), napisan. – Drastične promjene u suvremenom svijetu rada imaju i negativne posljedice za radnike u pogledu novih zdravstvenih i sigurnosnih prijetnji. Glavni je cilj osigurati sigurno i zdravo radno okruženje za sve radnike i radnice tijekom čitavog radnog života, što nije samo osnovno ljudsko pravo, već ima i pozitivan ekonomski utjecaj u smislu produktivnosti radne snage. Zato je posebno važno da se S&D grupa izborila za inzistiranje na strožem nadzoru i konkretnim mjerama u obliku obvezujućih ciljeva, radničke kontrole i socijalnog dijaloga na radnom mjestu u području zdravlja i sigurnosti radnika. Među glavnim prijetnjama kojima se treba pozabaviti su kancerogene tvari i mutageni kojima su radnici izloženi, izloženost azbestu, ali sve više i psihološki te psihosocijalni faktori poput stresa vezanog uz prekarne oblike rada te nasilje nad ženama na radnom mjestu.

Drago mi je da se i Hrvatskoj u zadnjih par godina aktivno radi na rješavanju problema kao što su administrativna podkapacitiranost, neusklađenost propisa i neadekvatno praćenje i analitika, no dalje treba raditi na kvalitetnijem nadzoru u području sigurnosti i zdravlja, što je upravo jedan od važnijih ciljeva ovog europskog okvira.

Andrej Plenković (PPE), napisan. – Ljudski kapaciteti predstavljaju najvažniju okosnicu razvoja Europske unije pa su zdravlje i sigurnost na radu radnika osnovni preduvjet održivog razvoja Europske unije. Sukladno navedenom, nedvojbeno je da je potrebno slijediti istraživanja koja nam jasno otkrivaju uzročnike narušavanja zdravlja kao što su problemi mentalne prirode, mišićno-koštana oboljenja, nastanak specifičnih karcinoma i posljedice pretjeranog broja radnih sati. Neovisno o koristima za rast i razvoj nužno je u obzir uzeti rodnu dimenziju, provoditi inicijative za smanjenje stresa koji je uzrokovan nejednakim položajem različitih ugroženih skupina, naročito žena.

Prema provedenim istraživanjima Pravobraniteljice za ravnopravnost spolova o podzastupljenosti spolova u Hrvatskoj, podaci nam sugeriraju kako se Hrvatska kreće unutar nekog prosječnog okvira EU-a što se često koristi kao izgovor. Uzevši u obzir da podzastupljenost nije moguće u potpunosti objasniti strukturalnim preprekama, jasan je nepovoljan odnos prema ženama. Stoga je potrebno svim mogućim zakonodavnim okvirima spriječiti takva ponašanja i uznemiravanje bilo seksualno ili bilo kakve druge vrste.

U tim pogledima EU mora zajamčiti dovoljne financijske i ljudske resurse te uspostaviti jasne ciljeve i pokazatelje kako bi ispunio svoje obveze u pogledu zaštite zdravlja i sigurnosti na radu, s naglaskom na snažnu rodnu perspektivu i jednaku dostupnost uslugama javnog zdravstva naročito u ruralnim sredinama.

Miroslav Poche (S&D), in writing. – I am glad that Parliament has voted in support of occupational health and safety. It is important that all employees across all sectors have the right to the highest level of protection in the workplace. Furthermore, specific measures need to be put in place in order to improve health and safety at work. However, it is disappointing that the current EU-OSH framework was delayed and in the future it should be done and applied in a timely and effective manner. The next step is enforcement; legislation is only effective if it is enforced. I encourage Member States to ensure equal opportunity and protection of labour rights, as well as rights to health care, especially for those who are most vulnerable in society.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – La salute è un diritto fondamentale e, nonostante i notevoli progressi compiuti in materia di salute e sicurezza sul lavoro (SSL) nel corso degli anni, i lavoratori europei sono ancora esposti a gravi rischi per la salute e per la propria sicurezza.

La relazione sottolinea che i dipendenti hanno diritto al livello più alto di protezione e si compiace della comunicazione della Commissione sul quadro dell'UE sulla salute e sicurezza sul lavoro 2014-2020. La relazione chiede inoltre alla Commissione di rivedere la direttiva 2004/37/CE sugli agenti cancerogeni. Ho votato a favore dell'approvazione di questo testo in quanto ritengo che l'Unione europea debba contribuire a realizzare un ambiente lavorativo che metta al centro le persone e il loro benessere.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Jsem rád, že definitivní podoba této zprávy, která nám byla předložena, stanoví realistické cíle a nesnaží se pouze deklaratorně navrhovat dosažení cílů, kterých není možné dosáhnout. Ochrana zdraví a bezpečnost při práci patří mezi důležité hodnoty, které v Evropě vyznáváme, a proto jsem rád, že mohu zprávu z výše uvedených důvodů podpořit.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – Avec ce rapport, nous faisons le point sur les outils et les axes de travail en faveur d'un cadre stratégique en matière de santé et de sécurité au travail. Une meilleure coordination européenne permettra d'améliorer nos outils. J'insiste cependant sur les perturbateurs endocriniens: nous savons que l'exposition à ces substances est dangereuse pour la santé des travailleurs, alors il nous faut une stratégie globale au niveau européen pour les combattre.

Julia Reid (EFDD), *in writing*. – UKIP voted against this non-legislative and non-binding report as it calls for more EU legislation, targets, funds and interference on the issue of health and safety law. UKIP is not against good and sensible health and safety rules, but the only people who should create laws to protect workers are our democratically elected and accountable government, not unelected bureaucrats in Brussels.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Chaque année, plus de 4 000 travailleurs de l'Union décèdent à cause d'accidents du travail et le nombre de maladies mortelles liées au travail s'élève à plus de 150 000 chaque année. C'est donc avec enthousiasme que le Parlement européen a soutenu la proposition de la Commission sur le cadre stratégique de l'Union européenne en matière de santé et de sécurité au travail. L'enjeu est de taille, le texte concerne les 217 millions de travailleurs européens, c'est dire si la réglementation du travail est un point essentiel de l'activité législative des institutions européennes.

Cette stratégie tombe à point nommé, et va pouvoir répondre aux importants défis qui se posent: meilleure application des règles existantes, amélioration de la prévention des maladies liées au travail, et cela tout en tenant compte du vieillissement de la main-d'œuvre européenne. Concrètement, cela permettra notamment de consolider davantage les stratégies nationales, d'aider les petites et très petites entreprises à respecter les règles avec des évaluations, de simplifier la législation, de se doter de meilleures statistiques pour évaluer les enjeux et enfin renforcer la coordination avec les organisations internationales. Une stratégie efficace, au service du travailleur, sur le long terme.

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. – Chaque année, on dénombre en Europe pas moins de 4 000 décès provoqués par des accidents du travail et plus de 150 000 maladies mortelles liées directement ou indirectement aux conditions de travail. La proposition de résolution du Parlement européen sur le cadre stratégique de l'Union européenne pour la santé et la sécurité au travail vient apporter des solutions concrètes afin de renforcer les conditions de sécurité au travail tout en simplifiant la législation actuelle, dont la complexité administrative pénalise le fonctionnement de nos PME et micro-entreprises européennes.

Ce texte vise à favoriser le dialogue entre les dirigeants d'entreprise, les pouvoirs publics et les partenaires sociaux afin d'encourager l'adoption de mesures adéquates et efficaces, notamment en ce qui concerne les travailleurs exposés à l'amiante, mais aussi dans la prévention des risques psychosociaux liés au stress et aux exigences de travail toujours plus élevées.

Enfin, la lutte contre le dumping social représente une véritable opportunité pour harmoniser les conditions de travail par le haut en Europe. Pour toutes ces raisons, j'ai voté pour ce texte.

Michèle Rivasi (Verts/ALE), par écrit. – Ce rapport voté par une large majorité doit secouer la Commission, qui traîne des pieds pour améliorer les conditions de vie des travailleurs et des travailleuses dans l'entreprise.

Le Parlement européen s'est prononcé pour une meilleure protection des salariés face aux substances cancérogènes et mutagènes en demandant que la Commission fixe plus de valeurs limites d'exposition à ces substances. Ce point est essentiel dans le secteur du BTP où les salariés et salariées sont souvent exposés à l'amiante et au goudron, entre autres.

Ce texte reconnaît par ailleurs les dangers présentés par les perturbateurs endocriniens, ces substances particulièrement nocives pour les femmes notamment. Mais il faut aller plus loin, et que la Commission présente au plus vite une stratégie pour en prévenir les risques.

Il devient tout aussi indispensable de reconnaître les risques liés au stress, et notamment le burnout. Selon l'Agence européenne pour la sécurité et la santé au travail, plus de la moitié des travailleurs signalent que le stress au travail est fréquent. En Europe, le stress est le deuxième problème de santé lié au travail le plus évoqué. Il était donc urgent que le Parlement alerte la Commission à ce sujet.

Liliana Rodrigues (S&D), por escrito. – Todos os anos, mais de 4.000 trabalhadores morrem vitimados por acidentes de trabalho e o número das doenças profissionais com desenlace fatal ascende a mais de 150.000 por ano. Apesar de todos os progressos alcançados, muito resta por fazer. Identificados vários desafios importantes que os empregadores e trabalhadores europeus enfrentam no domínio da saúde e da segurança no trabalho, este é o tempo de avançar com propostas legislativas destinadas a elevar o nível de saúde e segurança no trabalho em toda a UE. Para além de um importante conjunto de medidas propostas, este relatório não esquece o aumento do trabalho precário (e o impacto que tem na saúde mental dos trabalhadores) e as novas formas de emprego ligadas às novas tecnologias, que vieram colocar novos desafios à saúde e segurança no trabalho que urge resolver.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), por escrito. – En 2014 la Comisión publicó el marco estratégico de la UE en materia de salud y seguridad en el trabajo 2014-2020, que trata de dar respuesta a tres retos principales: seguir mejorando y simplificando las normas existentes, mejorar la prevención de las enfermedades relacionadas con el trabajo teniendo en cuenta los nuevos riesgos, y abordar el envejecimiento de la mano de obra. Pero carece de una agenda ambiciosa para establecer propuestas legislativas que mejoren la situación de los trabajadores en lo que se refiere a los riesgos existentes y emergentes además de las enfermedades laborales. Este informe fija la posición del Parlamento con respecto al nuevo marco estratégico, en el cual se hace un llamamiento a la Comisión a que presente propuestas legislativas concretas en relación con una mejor salud y seguridad en el trabajo y para convertir su «marco estratégico» en una estrategia real sobre salud y seguridad en el trabajo, de forma que una vez efectuada la revisión prevista en 2016 se incluyan en el marco medidas legislativas o no legislativas más concretas, así como herramientas de aplicación y de ejecución. Por todo ello, he votado a favor de este informe.

Claude Rolin (PPE), par écrit. – Chaque année, dans l'Union, plus de 4 000 travailleurs perdent la vie dans l'exercice de leur travail. Plus de 150 000 personnes décèdent des suites de maladies liées au travail. Il faut mettre tout en œuvre afin d'éviter que ces drames humains se reproduisent et adapter la législation aux réalités de terrain, afin d'assurer sa bonne application. S'il est une question dont dépend le «triple A social» visé par le Président de la Commission européenne, Jean-Claude Juncker, c'est bien celle de la santé et de la sécurité des salariés européens.

Pour moi, la simplification de notre réglementation qui vise à rendre la législation de l'Union européenne plus simple et performante (le programme REFIT élaboré par la Commission européenne) ne peut en aucun cas affaiblir les règles encadrant la santé et la sécurité au travail. Je suis également convaincu que c'est avec le concours des acteurs de terrain que nous devons définir les meilleures politiques à mettre en œuvre.

De meilleures conditions de travail, et, par conséquent, une baisse des accidents et des maladies, bénéficient non seulement aux travailleurs, dont l'intégrité physique est préservée, mais aussi aux systèmes de sécurité sociale, ainsi renforcés, et également à la compétitivité des entreprises.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – As questões da saúde e da segurança no trabalho são extremamente preocupantes e exigem um trabalho coordenado por parte das instituições europeias. Cerca de 4.000 trabalhadores morrem por ano em acidentes de trabalho e 150.000 sofrem de doenças relacionadas com a sua atividade/ambiente laboral. O trabalho precário, as novas tecnologias, a elevada idade dos trabalhadores europeus, têm sido alguns fatores de mudança no nosso tecido laboral.

Estes fatores constituem desafios que carecem de soluções prementes e eficazes capazes de travar este flagelo. Para tal, as medidas preventivas devem ser reforçadas e a fiscalização mais apertada. Exemplos como a produtividade, a participação da mão-de-obra e a própria sustentabilidade do sistema de segurança social resultam positivamente de um conjunto de medidas e apostas em políticas de saúde e segurança no trabalho repensadas e aplicadas. Assim, parece-me importante apoiar favoravelmente este relatório de iniciativa sobre o Quadro Estratégico da EU para a Saúde e Segurança Laboral 2014-2020, de forma a que sejam equacionadas medidas positivas e mais eficazes, para um futuro laboral europeu mais seguro e previsível.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – Chaque année, plus de 4 000 travailleurs décèdent à la suite d'accidents du travail et plus de 3 millions de personnes sont victimes d'accidents graves engendrant un arrêt de travail de plus de 3 jours.

Face à ces chiffres alarmants, l'Europe doit agir et trouver des solutions en matière de santé et de sécurité au travail; j'ai donc voté en faveur de ce rapport qui porte sur le nouveau cadre stratégique de l'Union 2014 à 2020 en matière de santé et de sécurité au travail.

Il est en effet urgent que les règles existantes en matière de santé et de sécurité soient mieux appliquées et que la prévention des maladies liées au travail soit améliorée.

La santé et la sécurité au sein des entreprises doivent être une priorité et l'information doit être mieux diffusée puisqu'elles sont la source de meilleures performances et de compétitivité.

Il s'agit également d'améliorer les contrôles de l'application de la législation et de renforcer la coordination des inspections nationales du travail.

Notons enfin qu'il est important que l'ensemble de ces mesures puissent être mises en œuvre de manière simple, afin de ne pas pénaliser nos PME et TPE.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della relazione inerente il quadro strategico dell'Unione europea in materia di salute e di sicurezza sul luogo di lavoro 2014-2020 in quanto ritengo di fondamentale importanza tutelare i lavoratori.

Gli Stati membri devono adoperarsi al fine di far applicare e/o migliorare le misure di prevenzione e di sicurezza concernenti i luoghi lavorativi. Ancora oggi si stimano ogni anno più di 4 000 persone che perdono la vita a causa di infortuni sul lavoro e in Italia è stato riscontrato un drammatico incremento dell'11 per cento delle morti bianche da gennaio ad agosto 2015.

Matteo Salvini (ENF), *per iscritto*. – Ho votato a favore poiché condivido la necessità di adottare standard sempre più elevati in materia di salute e sicurezza sul lavoro.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque parte de una visión amplia e inclusiva de la salud y seguridad en el trabajo y ha incorporado muchas de las enmiendas del Grupo GUE/NGL. Entre los aspectos relevantes destaca la mención a que todos los trabajadores tienen derecho al más alto nivel de protección en materia de salud y seguridad en el lugar de trabajo, independientemente del tamaño de la empresa, el Estado miembro o del tipo de contrato de trabajo.

Al mismo tiempo cuatro aspectos claves incluidos en el texto nos hacen votar a favor:

a) pymes: la eficacia de la gestión de la salud y seguridad en el trabajo sigue siendo un reto; es fundamental darles información y facilidades;

b) inspecciones de trabajo: el aumento de la dotación de personal y recursos es esencial para llevar a cabo sus funciones:

c) diálogo social: se propone seguir avanzando para proporcionar formación y promover la figura de representantes de salud y seguridad;

d) referencias de género: importantes referencias a acabar con los estereotipos sobre la menor peligrosidad de los trabajos desempeñados fundamentalmente por mujeres.

Olga Sehnalová (S&D), *písemně*. – Na následky zranění způsobeného na pracovišti umírá ročně více než 4 000 pracovníků, počet případů smrtelných onemocnění souvisejících s prací je bohužel ještě mnohonásobně vyšší a dosahuje až 150 000 případů ročně. Obě tato vysoká čísla jsou alarmující a je tedy nutné přistoupit k opatřením, která přispějí k jejich radikálnímu snížení. Zaměřit bychom se měli také na kontrolu důsledného dodržování těchto opatření. Oběti nehody na pracovišti se může stát každý. I z těchto důvodů jsem zprávu podpořila.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – La precarización de las relaciones de trabajo, los ritmos irregulares, las jornadas ilegales y la elevada rotación de contratos son la causa fundamental del aumento de los accidentes y enfermedades profesionales. Es por ello que el empleo de calidad y los sindicatos son cruciales en la prevención de riesgos y la elaboración de estrategias de salud y seguridad en el trabajo.

El informe del ponente comparte esta posición, además de pedir que la estrategia de la UE aborde retos tan importantes como son el enfoque de género o el envejecimiento de la fuerza laboral, además de riesgos específicos como los alteradores endocrinos o la exposición al amianto. Por todo ello, he votado a favor.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I voted against this framework as it calls for more EU health and safety regulation. SMEs are already tied up with large amounts of health and safety regulations and they do not need any more.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because it calls for the highest level of protection for health and safety in the workplace. In the UK alone, there were 142 work-related deaths in 2014 and Labour MEPs have called for a strategy to emphasise the importance of proper training, tackle diseases and cancers caused by asbestos and other carcinogens by implementing appropriate screening measures as well as proper measures for those working with chronic or terminal illnesses. We have called for the Commission to pursue a policy of regulation in the area of occupational health and safety as well as adopting a targeted approach to precarious employment and the negative effects that this has on occupational health and safety.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Oceňujem pokrok, ktorý sa v oblasti ochrany zdravia a bezpečnosti pri práci za posledné obdobie dosiahol, no zároveň musím kriticky poukázať na to, že napriek týmto úspechom sa na pracoviskách objavuje ešte stále veľa problémov, ktoré ohrozujú pracovníkov. Hlasovala som za uznesenie, lebo si myslím, že je nevyhnutné v rámci strategického rámca pokračovať pri prijímaní ďalších opatrení, ktoré zaručia ešte vyššiu ochranu pracovníkov a vytvoria rovnaké podmienky pre všetky spoločnosti bez ohľadu na ich veľkosť, sídlo alebo odvetvie činnosti.

Uznesenie som podporila aj preto, lebo som presvedčená, že Európa potrebuje zaistiť ešte bezpečnejšie a zdravšie pracovné prostredia pre viac než 217 miliónov pracovníkov v EÚ. Som presvedčená, že akákoľvek investícia do ochrany zdravia a bezpečnosti pri práci bude pozitívnym prínosom pre rast a vyššiu produktivitu práce, znižovanie počtu úrazov a zriedkavejší výskyt závažných chorôb. Je dôležité, aby sme na základe prijatých opatrení úspešne nadviazali na existujúce právne predpisy v oblasti ochrany zdravia a bezpečnosti pri práci a tým prispeli k lepšiemu a účinnejšiemu dodržiavaniu predpisov vo všetkých členských štátoch a podnikoch. Očakávam, že prijatím strategického rámca sa bude v oblasti ochrany zdravia a bezpečnosti pri práci oveľa väčšia pozornosť venovať starším pracovníkom, zdravotne postihnutým pracovníkom a ženám, ktoré si vyžadujú osobitné opatrenia.

Michaela Šojdrová (PPE), *písemně*. – Přestože daná zpráva nemá přímé legislativní dopady, jedná se o silný apel na činnost orgánů EU a členských států v oblasti BOZP. Vzhledem k vysokému počtu malých podniků a mikropodniků v EU lze jen uvítat výzvu Evropské komise a členským státům zvýšit úsilí ve shromažďování údajů o skutečném uplatňování předpisů v dané oblasti a údajů o nemocech z povolání.

Cílem je jednoznačnější stanovení zdravotních ukazatelů a definic nejvýznamnějších nemocí z povolání, kterým je potřeba se na unijní úrovni plně věnovat a hledat řešení jejich předcházení. Evropská komise pak bude mít při sledování praktického uplatňování směrnic v oblasti BOZP v jednotlivých členských státech dostupné informace skýtající možnost zaměřit se na ty členské státy, kde může docházet k neúčinnému provádění unijních předpisů. Inspektoráty práce členských států by naproti tomu měly mít přístup k dostupným údajům o subjektech, které opakovaně porušují předpisy BOZP. Vítám rovněž výměnu informací mezi inspektoráty práce v členských státech a výzvu k postupnému odstranění nejistých forem práce. Pracovníci, kteří jsou stranou atypických pracovních smluv, jsou z tohoto hlediska nejzranitelnějšími a mají obvykle obtížný přístup ke službám a školením v oblasti BOZP.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Ho votato oggi a favore della risoluzione che propone di lanciare una strategia dell'Unione europea in materia di salute e sicurezza sul lavoro per il periodo 2014-2020, con la quale si chiede alla Commissione di adottare un'azione decisa per proteggere i lavoratori dai rischi che possono insorgere negli ambienti di lavoro.

Ogni anno più di 4 000 lavoratori muoiono a causa di incidenti sul lavoro e oltre 150 000 soffrono di malattie legate alle condizioni di lavoro, come varie forme di cancro o disturbi psicologici come stress e grave esaurimento nervoso. Sebbene siano stati compiuti progressi importanti negli ultimi anni, anche grazie al lavoro della Commissione europea che ha identificato i rischi e le sfide per la sicurezza dei lavoratori, serve ora proporre delle misure legislative per migliorare il livello di protezione sia in materia di salute sia di sicurezza sul posto di lavoro.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Na maanden van vertraging stelde de Europese Commissie haar nieuwe strategie voor gezondheid en veiligheid op het werk 2014-2020 voor. Daarin worden drie grote uitdagingen geschetst: de implementatie van bestaande gezondheids- en veiligheidsregels, het voorkomen van werkgerelateerde ziektes en het verouderen van onze EU-werkkrachten.

Dit verslag is de officiële reactie van het EP daarop en werd door verschillende groene amendementen versterkt die zich vooral richten op "beter voorkomen dan genezen". We roepen de Commissie op om met een alomvattende strategie te komen over de beroepsmatige blootstelling aan hormoonverstorende stoffen. We vragen erkenning van risico's gelieerd aan stress op het werk, inclusief *burn out*. De bestaande richtlijnen inzake gezondheid en veiligheid op het werk mogen ook niet uitgehold worden door het REFIT-programma van de Europese Commissie die wetgeving eenvoudiger wil maken, hetgeen echter ook negatieve gevolgen kan hebben voor de gezondheid en veiligheid van werknemers. Om kmo's te helpen hun administratieve lasten te beperken zonder de gezondheid en veiligheid van hun werknemers in het gedrang te brengen, worden nieuwe instrumenten ontwikkeld die de risicobehoedeling gemakkelijker maken om aan de wetgeving te voldoen. Ik steun dit verslag omdat het de gezondheid en veiligheid van werknemers vooropstelt. Dat is cruciaal.

Joachim Starbatty (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Christensen-Bericht über den strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020 gestimmt. Grundsätzlich beinhaltet der Bericht einige gute Punkte, die die Sicherheit am Arbeitsplatz stärken und bürokratische Hürden für kleine Unternehmen abbauen sollen. Unter Ziffer 26 wird jedoch die Kommission aufgefordert, ein umfassendes Rechtsinstrument zu Muskel-Skelett-Erkrankungen (MSE) zu erarbeiten. In der Tat stellen MSE einige der häufigsten Krankheitsursachen im Arbeitsalltag dar, weshalb bestehende nationale Regulierungen vorhanden sind. Eine EU-Regelung lehnt die ALFA aus Subsidiaritätsgründen ab, da der bürokratische Aufwand einer europäischen Gesetzgebung insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen nicht im Verhältnis zum dadurch geschaffenen Mehrwert steht. Der Versuch der EKR-Fraktion, die MSE-Regulierung aus dem Text zu nehmen, scheiterte, weshalb ich dem Bericht insgesamt nicht zugestimmt habe.

Helga Stevens (ECR), *schriftelijk*. – De N-VA-delegatie onthield zich bij de stemming over dit verslag. N-VA onderschrijft absoluut het belang van een hoog niveau van bescherming van de menselijke gezondheid. Het optreden van de Unie kan daarbij het nationale beleid ondersteunen en aanvullen, maar dient de beleidsautonomie van de lidstaten te respecteren. Voorliggend verslag eerbiedigt deze bevoegdheidsverdeling helaas onvoldoende. De N-VA-delegatie verwelkomt daarentegen volop de aanmoediging tot het uitwisselen van goede praktijken, het pleidooi voor consistente en transparante regels die het bedrijven gemakkelijker moeten maken hieraan te voldoen, en de bijzondere aandacht voor kmo's.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Podržavam ovo izvješće, jer kao što je odbor naglasio, smatram da svi zaposlenici imaju pravo na visoki stupanj zaštite na radu te isto tako i pravo na visok stupanj zdravstvene njege. Pozdravljam Komisijin okvir djelovanja u vezi zaštite i zdravlja na radu (*EU Framework on the Health and Safety at Work 2014-2020*) te naglašavam da je potrebno donijeti jasnu legislativu s konkretnim mjerama. Također podržavam izvješće jer su zdravlje i sigurnost na radnom mjestu osnovni društveni interesi, kao i ulaganje koje ima pozitivan učinak na produktivnost i konkurentnost društava te također poboljšavaju održivost sustava socijalne sigurnosti i omogućuju ljudima da zdravi rade do zakonom propisane starosne mirovine. Nezgode na radnom mjestu i profesionalne bolesti velika su opterećenja za društvo, a poboljšanja u pogledu zdravlja i sigurnosti na radu diljem Europe mogu doprinijeti gospodarskom oporavku i postizanju ciljeva u okviru strategije Europa 2020.

Catherine Stihler (S&D), *in writing.* – I voted in favour of this resolution because it calls for the highest level of protection for health and safety in the workplace. In the UK alone, there were 142 work-related deaths in 2014 and Labour MEPs have called for a strategy to emphasise the importance of proper training and tackle diseases and cancers caused by asbestos and other carcinogens by implementing appropriate screening measures as well as proper measures for those working with chronic or terminal illnesses. We have called on the Commission not only to pursue a policy of regulation in the area of occupational health and safety but also to adopt a targeted approach to precarious employment and the negative effects that this has on occupational health and safety.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Cilj ove strategije je ukazivanje na važnost i međusobnu povezanost između zdravlja i sigurnosti na radnom mjestu. Budući nerijetko radni dan traje više od 8 sati potrebno je osigurati dobre radne uvjete koji će ujedno štiti fizičko i mentalno zdravlje svakog pojedinca. Svi zaposlenici, uključujući i one u javnom sektoru, imaju pravo na najvišu razinu zdravstvene zaštite i sigurnosti na radnom mjestu koju je potrebno garantirati bez obzira na veličinu poduzeća, vrstu posla, osnovni ugovor ili državu članicu zaposlenja.

Zdravlje i sigurnost na radnom mjestu osnovni su društveni interesi, kao i ulaganje koje ima pozitivan učinak na produktivnost i konkurentnost društava te također poboljšavaju održivost sustava socijalne sigurnosti i omogućuju ljudima zdravlje na radnom mjestu do zakonom propisane starosne mirovine.

U potpunosti podržavam navedene strategije s ciljem unaprjeđenja zdravstvenog sustava i sigurnosti na radnom mjestu i naglašavam potrebu za posebnim mjerama kojima bi se neutralizirali učinci krize pomažući poduzećima koja nastoje poboljšati sigurnost i zdravlje na radu.

Richard Sulík (ECR), *písomne.* – Návrh som nepodporil. Samozrejme, podporujem vyššiu ochranu zdravia a bezpečnosti pri práci. Výzvy predstavené v návrhu však vedú k zvyšovaniu regulačnej záťaže a predraženému zamestnávaniu, čo v konečnom dôsledku poškodí najviac tých, ktorých má návrh chrániť. Rovnako mám pochybnosti o tom, či sú predstavené výzvy v súlade s princípom subsidiarity.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za poročilo o strateškem okviru EU za varnost in zdravje pri delu za obdobje 2014-2020.

Listina Evropske unije o temeljnih pravicah je na tem področju jasna, in pravi, da ima vsak delavec pravico do zdravih in varnih delovnih pogojev, ki spoštujejo njegovo dostojanstvo. Pri tem je pomemben tudi ekonomski vidik.

Zagotavljanje varnosti in zdravja pri delu mora biti za delodajalca naložba in ne strošek, saj so stroški, ki nastanejo zaradi poklicnih bolezni in nesreč pri delu mnogo višji od stroškov, ki jih imajo delodajalci zaradi politik zdravja in varnosti pri delu.

Νεοκλής Σουλικιώτης (GUE/NGL), *γραφτώς.* – Για εμάς ως Αριστερά, η Υγεία και η Ασφάλεια στον χώρο εργασίας είναι πάνω από όλα αναφαίρετο εργασιακό δικαίωμα, το οποίο δεν νοείται χωρίς την ενεργό και ουσιαστική συμβολή των εργαζομένων. Για μάς είναι αδιανόητο να πεδαινούν στην Ευρωπαϊκή Ένωση κάθε χρόνο περισσότεροι από 4.000 εργαζόμενοι λόγω εργασιακών ατυχημάτων. Η συμμετοχή λοιπόν των εργαζομένων δεν μπορεί να περιορίζεται σε διακηρύξεις, αλλά πρέπει να διασφαλίζεται σε όλα τα επίπεδα λήψης αποφάσεων, από το επίπεδο της επιχείρησης μέχρι και το επίπεδο του κράτους, όπου τα συνδικάτα των εργαζομένων και οι κοινωνικοί εταίροι θα έχουν άμεση και ενεργή συμμετοχή.

Οι κύριες μας ανησυχίες συμπεριλήφθηκαν στην έκθεση. Μάλιστα, θεωρούμε πολύ θετική την εξέλιξη πως η έκθεση του Κοινοβουλίου δεν κάνει αναφορά στη διασύνδεση του προσδόκιμου ζωής με την εργασία, κάτι που υπερτονίζεται δυστυχώς στην έκθεση της Επιτροπής. Ως ΕΕΑ/ΒΠΑ δεν θα κουραστούμε να παλεύουμε ενάντια σε αυτό αντιεργασιακό μέτρο, το οποίο αφαιρεί το δικαίωμα από τους εργαζόμενους να χαρούν τα γηρατειά και τη σύνταξη τους όπως αυτοί επιθυμούν.

Για τους πιο πάνω λόγους υπερψηφίσαμε την έκθεση.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Ο αρνητικός αντίκτυπος της επισφαλούς εργασίας στην υγεία και την ασφάλεια των εργαζομένων στην Ευρώπη καταδεικνύει την ανάγκη υιοθέτησης στοχευμένης προσέγγισης για τη βελτίωση της κατάστασης της υγείας και ασφάλειας αυτών των εργαζομένων ενώ καθίσταται επιτακτική η ανάγκη να βελτιωθεί η συλλογή συγκρίσιμων δεδομένων για τις επαγγελματικές ασθένειες και την έκθεση σε επικίνδυνους παράγοντες καθώς και να προσδιοριστούν ορθές πρακτικές πρόληψης.

Υπερψηφίζουμε την παρούσα έκθεση καθώς πολλοί εργαζόμενοι εξακολουθούν να εκτίθενται σε αμιάντο στον χώρο εργασίας τους, άρα είναι σημαντικό να βελτιωθεί η προστασία των εργαζομένων από την έκθεση σε καρκινογόνους και μεταλλαξιογόνους παράγοντες, καθώς και από εργονομικούς παράγοντες κινδύνου, ενώ απαιτείται η ανάληψη νέων πρωτοβουλιών στο επίπεδο ΕΕ και η καλύτερη ενσωμάτωση της ΑΥΕ σε άλλους τομείς άσκησης πολιτικής.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam a jelentést, amely felkéri a Bizottságot, hogy határozottabb lépéseket tegyen a munkavállalók egészségügyi védelme érdekében, hogy csökkentsük a betegségek új kockázatait, valamint a pszichológiai rendellenességeket (például stresszt és a kiégést). Mint ahogy a jelentés rámutat, minden évben mintegy négyezren halnak meg munkahelyi balesetek miatt, míg a munkával kapcsolatos halálos betegségek évente több mint 150 ezer embert érintenek. A Bizottság már az eddigiekben is jó munkát végzett a dolgozókat veszélyeztető kockázatok és kihívások azonosításában, de a jelentés további lépéseket sürget. Egyetértek például azzal, hogy csökkentési célszámokat kell létrehozni a munkahelyi megbetegedésekkel és balesetekkel kapcsolatban, hogy a munkahely méretétől független munkavállalói jogvédelmet kell biztosítani. Támogatom, hogy nemzeti akcióterv kerüljön kialakításra a szükséges azbesztzűrésre és regisztrációra, illetve hogy közös egészségügyi mutatókat és definíciókat kell meghatározni a munkával kapcsolatban ahhoz, hogy csökkenthetőek legyenek a foglalkoztatási megbetegedések.

Úgy vélem, hogy a dolgozók érdekében közös, EU szintű fellépést kell szorgalmaznunk, hisz ezáltal biztosítható, hogy minden tagállamban hasonló, csökkentett szintű egészségügyi kockázattal járó munkát végezzenek az emberek. Sajnos a gazdasági válság elmélyülésével, a felelőtlen kormányzati politikával Magyarországon a dolgozók bére nominális értelemben nem nőtt, viszont az egészségügyi kockázatok igen, hisz a munkáltatók sok esetben spórolni próbálnak a munkahelyek és profitjuk megőrzése érdekében.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Dobre warunki pracy chroniące zdrowie fizyczne i psychiczne to podstawowe prawo pracowników. Powszechnie wiadomo, że koszty prewencyjne są znacznie niższe niż koszty związane z leczeniem chorób zawodowych, dlatego też zarówno przedsiębiorstwa, jak i państwa członkowskie powinny podjąć wszelkie działania, aby zmniejszyć ryzyko ich występowania.

W sprawozdaniu Parlamentu Europejskiego we właściwy sposób zaakcentowano konieczność współpracy Komisji Europejskiej, państw członkowskich i przedsiębiorstw w celu opracowania unijnej strategii BHP. Ponadto ważnym jest, aby przy tworzeniu unijnych ram dotyczących bezpieczeństwa i higieny pracy zwracać szczególną uwagę na potrzeby i trudności z przestrzeganiem przepisów przez mikro- oraz małe i średnie przedsiębiorstwa, tak aby ramy prawne nie stały się znacznym utrudnieniem dla ich rozwoju.

Claudia Țapardel (S&D), în scris. – Incidența accidentelor la locul de muncă și a deceselor în urma bolilor profesionale a atins un nivel alarmant.

Din aceste motive se impune o reglementare mai eficientă a siguranței și combaterea riscurilor asupra sănătății la locul de muncă. Reglementările trebuie să vizeze limitarea expunerii la substanțe carcinogene și mutagene, evitarea dezvoltării deficiențelor locomotorii și a riscurilor de natură psihologică produse de stres și evitarea expunerii la azbest.

În același timp se impune participarea partenerilor sociali și dialogul social la toate nivelurile, pentru realizarea unei protecții adecvate a siguranței și sănătății lucrătorilor, indiferent de dimensiunile angajatorului, tipul de activitate, statul membru sau tipul de contract.

Criza financiară și economică, precum și simplificările administrative (REFIT) nu trebuie folosite drept scuze pentru a scădea standardele de siguranță și sănătate pentru lucrători.

Un capitol aparte îl reprezintă provocările și riscurile la adresa femeilor la locul de muncă. Acestea trebuie combătute energetic, la fel ca și incidența violenței împotriva femeilor la locul de muncă.

Implementarea unor norme europene ridicate de protecție a lucrătorilor poate contribui la îmbunătățirea situației la nivel internațional, prin includerea acestor cerințe în toate acordurile comerciale ale UE cu terții.

Din aceste motive susțin această inițiativă lăudabilă.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour le texte. La santé et la sécurité au travail constituent un intérêt fondamental de la société ainsi qu'un investissement qui a une incidence favorable sur la productivité et la compétitivité des entreprises, améliore la viabilité des systèmes de sécurité sociale et permet aux personnes de travailler en bonne santé jusqu'à l'âge légal de départ à la retraite. Pour rappel, les accidents du travail et les maladies professionnelles constituent une charge considérable pour la société et l'amélioration de la santé et de la sécurité au travail en Europe peut contribuer à la reprise économique et à la réalisation des objectifs de la stratégie Europe 2020, pour laquelle peu de progrès ont été réalisés jusqu'à présent en faveur de l'objectif d'un taux d'emploi de 75 % pour les 20 à 64 ans.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – Over the last year the European Union has been working on the drawing up of an improved framework for a safe and healthy environment. I supported this report, which proposes some new measures to be included in this framework. Although safety at work is already heavily regulated, accidents and work-related diseases still kill thousands of workers per year. This proves we urgently need a simplified and more effective legislative framework, through which, in particular, we should better address the specific situation of SMEs.

In line with the objective of better regulation I support new legislations when based on tangible data and thorough impact assessment and therefore I am calling on Member States and the Commission to improve the collection of data in this sector.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Europska komisija razvila je višegodišnju akcijsku strategiju koja identificira prioritete te zajedničke ciljeve u segmentu zakonodavstva o zdravlju i sigurnosti, čime se istodobno pokušava uspostaviti okvir za koordiniranje nacionalnih politika.

Najnovija strategija pokriva period od 2014. do 2020. te predstavlja pokušaj Komisije da unutar REFIT programa unaprijedi zakonodavstvo Unije u navedenom segmentu, što trenutno čini istodobnim revidiranje 22 zakonodavna akta.

Iako podupirem određene dijelove izvješća koji idu u smjeru potpore malim i srednjim poduzećima, pojednostavljivanja te razmjenjivanja dobrih praksi, zabrinuta sam prijedlozima koji se, umjesto na upravljanje rizicima, fokusiraju na prevenciju; neosnovanim pozivima na povećanje resursa utemeljenima na definicijama Međunarodne organizacije rada; pozivima da Komisija razvije i implementira program za sistematični nadzor psihosocijalnih rizika; pozivom da se uspostavi zakonodavstvo u segmentu zlostavljanja na radnom mjestu te u segmentu muskuloskeletalnih poremećaja itd.

Navedene pozive držim grubim i nepotrebnim zadiranjem u princip supsidijarnosti, s obzirom da se isti cilj efektivnije ostvaruje na razini već postojećih zakonodavstava pojedinačnih država članica Unije, te ih stoga ne mogu poduprijeti.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Poročilo o strateškem okviru EU za varnost in zdravje pri delu za obdobje 2014-2020 sem podprla, ker prinaša veliko pomembnih izzivov na področju varnosti in zdravja pri delu, tako za delodajalce kot tudi za zaposlene. Menim, da so vsi zaposleni upravičeni do varnega in zdravega delovnega okolja. Četudi je področje varnosti in zdravja pri delu z leti napredovalo, je še vedno veliko tveganj za zaposlene. Zato je potrebno izboljšati nadzor nad tem, kako države članice izboljšujejo razmere na tem področju in tako nuditi podporo tudi delovnim inšpektoratom s sredstvi ter jim omogočiti zadosten kader zato, da bodo delo opravljali učinkovito in uspešno.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque parte de una visión amplia e inclusiva de la salud y seguridad en el trabajo y ha incorporado muchas de las enmiendas del Grupo GUE/NGL. Entre los aspectos relevantes destaca la mención a que todos los trabajadores tienen derecho al más alto nivel de protección en materia de salud y seguridad en el lugar de trabajo, independientemente del tamaño de la empresa, el Estado miembro o del tipo de contrato de trabajo.

Al mismo tiempo cuatro aspectos claves incluidos en el texto nos hacen votar a favor:

a) pymes: la eficacia de la gestión de la salud y seguridad en el trabajo sigue siendo un reto; es fundamental darles información y facilidades;

b) inspecciones de trabajo: el aumento de la dotación de personal y recursos es esencial para llevar a cabo sus funciones:

c) diálogo social: se propone seguir avanzando para proporcionar formación y promover la figura de representantes de salud y seguridad;

d) referencias de género: importantes referencias a acabar con los estereotipos sobre la menor peligrosidad de los trabajos desempeñados fundamentalmente por mujeres.

Ulrike Trebesius (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen den Christensen-Bericht über den strategischen Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2014-2020 gestimmt. Grundsätzlich beinhaltet der Bericht einige gute Punkte, die die Sicherheit am Arbeitsplatz stärken und bürokratische Hürden für kleine Unternehmen abbauen sollen. Unter Ziffer 26 wird jedoch die Kommission aufgefordert, ein umfassendes Rechtsinstrument zu Muskel-Skelett-Erkrankungen (MSE) zu erarbeiten. In der Tat stellen MSE einige der häufigsten Krankheitsursachen im Arbeitsalltag dar, weshalb bestehende nationale Regulierungen vorhanden sind. Eine EU-Regelung lehnt die ALFA aus Subsidiaritätsgründen ab, da der bürokratische Aufwand einer europäischen Gesetzgebung insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen nicht im Verhältnis zum dadurch geschaffenen Mehrwert steht. Der Versuch der EKR-Fraktion, die MSE-Regulierung aus dem Text zu nehmen, scheiterte, weshalb ich dem Bericht insgesamt nicht zugestimmt habe.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – Having good working conditions to protect physical and mental health, apart from being a fundamental individual right of workers is a positive value in itself that benefits all parties – first, the worker and, secondly, the productivity and competitiveness of enterprises – while it can also contribute to economic recovery and improve the sustainability of social security systems. I agree to support any measures to improve the working environment to protect the health and safety of workers.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Engager des travaux pour multiplier les normes et mettre en place un contrôle plus étroit de leur application ne paraît pas constituer la priorité dans le contexte actuel. De plus, il est notoire qu'une forte proportion d'accidents du travail touche les personnes qui occupent des emplois non-déclarés: une révision de la directive sur les travailleurs détachés serait plus pertinente.

Si la diminution des risques professionnels constitue un objectif pertinent au niveau européen, la simplification du cadre législatif, dans le cadre du REFIT, représente une priorité absolue.

Il est grand temps d'arrêter de multiplier les normes qui pèsent sur les entreprises.

Je vote donc contre ce texte.

Mihai Țurcanu (PPE), *în scris*. – Criza economică a determinat creșterea nesiguranței locurilor de muncă și reducerea câștigurilor întreprinderilor, în special în cazul IMM-urilor, iar acest lucru nu ar trebui să ducă la pierderea din vedere a importanței sănătății și securității la locul de muncă.

Ameliorarea sănătății și securității în muncă în întreaga Europă poate contribui la redresarea economică și la realizarea obiectivelor Strategiei Europa 2020, și anume atingerea unei rate a ocupării forței de muncă de 75 % în rândul populației cu vârsta cuprinsă între 20 și 64 de ani.

Sănătatea și securitatea la locul de muncă reprezintă un interes fundamental al societății, precum și o investiție care are un efect pozitiv asupra productivității și competitivității întreprinderilor și îmbunătățește, de asemenea, sustenabilitatea sistemelor de securitate socială.

Cancerul constituie prima cauză a mortalității provocate de condițiile de muncă, urmat de afecțiunile cardiovasculare și respiratorii, în timp ce accidentele de muncă constituie o mică parte a deceselor.

Așadar, este nevoie de ameliorarea condițiilor și de o legislație puternică în materie de sănătate și securitate la locul de muncă pentru a preveni astfel de situații.

Prin urmare, am votat în favoarea raportului referitor la Cadrul strategic al UE privind sănătatea și siguranța la locul de muncă 2014-2020.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – Évente több mint 4 000 munkavállaló hal meg munkahelyi balesetben, a munkavédelemmel összefüggő halálos megbetegedések száma pedig évente több mint 150 000-t tesz ki. A jó egészség alapvető jog Európában, és bár az évek során jelentős előrelépések történtek a munkahelyi egészségvédelem és biztonság területén, még mindig vannak a munkavállalók egészségére és biztonságára kiható nagyobb kockázatok. A munkahelyi egészségvédelemmel és biztonsággal kapcsolatos 2014-2020-as uniós stratégiában a Bizottság számos fontos kockázatot azonosít, amelyekkel a munkahelyi biztonság és egészségvédelem területén dolgozó európai munkaadók és munkavállalók szembesülnek. Ezért támogattam a javaslatot.

Traian Ungureanu (PPE), în scris. – O societate sănătoasă, funcțională are nevoie de oameni sănătoși, iar un mediu sănătos la locul de muncă va îmbunătăți productivitatea angajaților.

Promovarea sănătății și securității în muncă și protejarea lucrătorilor la locul de muncă sunt esențiale pentru îmbunătățirea condițiilor de muncă și, în consecință, pentru protejarea sănătății lucrătorilor.

Raportul Parlamentului European atrage atenția asupra acestui aspect important și solicită Comisiei Europene revizuirea legislației privind sănătatea la locul de muncă. Îmbunătățirea eficienței și eficacității cadrului legislativ în acest domeniu este esențială pentru protecția lucrătorilor.

Raportul formulează, de asemenea, și o serie de recomandări cu privire la îmbunătățirea legislației privind bolile profesionale și subliniază importanța protejării lucrătorilor împotriva expunerii la substanțe cancerigene, mutagene și substanțe toxice pentru reproducere.

Prevederile raportului atrag atenția și asupra necesității unui schimb intensificat de informații și de bune practici între statele membre și asupra importanței suplimentării resurselor actuale în vederea sporirii eficienței inspectoratelor de muncă. Condițiile de muncă trebuie să fie în conformitate cu legislația în vigoare, aceasta nefiind doar o responsabilitate a organelor de punere în aplicare a legii, ci și a angajatorilor și a angajaților.

Am votat în favoarea acestui raport.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de este informe porque parte de una visión amplia e inclusiva de la salud y seguridad en el trabajo y ha incorporado muchas de las enmiendas del Grupo GUE/NGL. Entre los aspectos relevantes destaca la mención a que todos los trabajadores tienen derecho al más alto nivel de protección en materia de salud y seguridad en el lugar de trabajo, independientemente del tamaño de la empresa, el Estado miembro o del tipo de contrato de trabajo.

Al mismo tiempo cuatro aspectos claves incluidos en el texto nos hacen votar a favor:

a) pymes: la eficacia de la gestión de la salud y seguridad en el trabajo sigue siendo un reto; es fundamental darles información y facilidades;

b) inspecciones de trabajo: el aumento de la dotación de personal y recursos es esencial para llevar a cabo sus funciones:

c) diálogo social: se propone seguir avanzando para proporcionar formación y promover la figura de representantes de salud y seguridad;

d) referencias de género: importantes referencias a acabar con los estereotipos sobre la menor peligrosidad de los trabajos desempeñados fundamentalmente por mujeres.

Ivo Vajgl (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because it is important to acknowledge the facts, such as that every year more than 4 000 workers die due to accidents at work and the number of fatal work-related diseases amounts to more than 150 000 every single year. Good health is a fundamental right in Europe and even though considerable progress has been made in the area of occupational health and safety (OSH) throughout the years, major risks to workers' health and safety continue to exist. The workforce in many Member States is ageing and the demographic changes in Europe point to the need to promote a safe and healthy working environment for all workers throughout their working life cycle. Furthermore, the labour market in Europe is changing. Precarious employment is on the rise and new forms of employment as well as new technologies have brought about new OSH challenges that remain to be addressed. The negative impact that precarious employment has on workers' mental health in Europe points to the need for a targeted approach to improve the health and safety situation of these workers.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – El informe resalta que los empleados tienen derecho a tener el máximo nivel de protección de salud y seguridad en el lugar del trabajo y acoge con satisfacción la Comunicación relativa a un marco estratégico de la UE en materia de salud y seguridad en el trabajo para el período 2014-2020. Hablamos de un informe equilibrado, por lo que creo conveniente votar a su favor.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – La precarización de las relaciones de trabajo, los ritmos irregulares, las jornadas ilegales y la elevada rotación de contratos son la causa fundamental del aumento de los accidentes y enfermedades profesionales. Es por ello que el empleo de calidad y los sindicatos son cruciales en la prevención de riesgos y la elaboración de estrategias de salud y seguridad en el trabajo.

El informe del ponente comparte esta posición, además de pedir que la estrategia de la UE aborde retos tan importantes como son el enfoque de género o el envejecimiento de la fuerza laboral, además de riesgos específicos como los alteradores endocrinos o la exposición al amianto. Por todo ello, he votado a favor.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because it calls for the highest level of protection for health and safety in the workplace. We spend a lot of our time at work, therefore it is imperative that we are allowed to work in a safe environment. In the UK alone, there were 142 work-related deaths in 2014, and Labour MEPs have called for a strategy to emphasise the importance of proper training and tackle diseases and cancers caused by asbestos and other carcinogens by implementing appropriate screening measures as well as proper measures for those working with chronic or terminal illnesses. We have called for the Commission not to pursue a policy of deregulation in the area of occupational health and safety and instead adopt a targeted approach to precarious employment and the negative effects that this has on occupational health and safety.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit plan omdat een beter welzijn en een betere gezondheid op de werkvloer bijdragen tot een betere samenleving in haar geheel. We moeten in Europa omwille van de vergrijzing allemaal langer werken. Dit strategisch plan kan door middel van preventie ervoor zorgen dat we desalniettemin op een actievare en gezondere manier ouder worden.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Chaque année, plus de 4 000 travailleurs succombent à des accidents du travail et plus de 3 millions sont victimes d'accidents graves.

Le nombre d'accidents du travail a diminué au cours des dernières années, mais les progrès accomplis dans le domaine de la prévention, la santé et la sécurité au travail dans l'Union restent en deçà de ce que l'on pourrait attendre.

Ce rapport du Parlement demande le respect du niveau maximum de protection en ce qui concerne la santé et la sécurité sur le lieu de travail pour tous les travailleurs, quelle que soit la taille de l'entreprise qui les emploie, ainsi qu'une évaluation de la mise en œuvre pratique des directives relatives à la santé et à la sécurité au travail dans les États membres.

L'importance du dialogue social et de la représentation des travailleurs pour réduire l'incidence négative, sur la santé physique et mentale des travailleurs, de l'augmentation du travail précaire dans l'Union, nécessite de s'attaquer aux facteurs de risques psychosociaux. Tout est dit. Ce rapport est un pavé de bonnes intentions.

J'ai voté pour, mais sans illusions sur la possibilité de les voir mises en œuvre par les États membres.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Registamos a importância da definição de políticas de segurança e saúde no trabalho (SST), enquanto definição estratégica da UE, para o período 2014-2020.

Não acompanhamos o relatório na sua perspetiva federalista, com referências à capacidade da União para apoiar e completar a ação dos Estados, ou na relação desta estratégia com os objetivos Europa 2020 ou ainda na necessidade de aplicar legislação e orientações estratégicas de âmbito europeu, nomeadamente o Quadro Estratégico SST.

Não obstante estas questões, o relatório refere e estimula a definição de políticas de SST, ligando-a ao trabalho não declarado e ao falso trabalho por conta própria, à igualdade de géneros e o combate ao assédio, à necessidade de um horário de trabalho «equilibrado», ou ao acesso a serviços públicos de saúde. Associada à promoção destas medidas está a promoção de uma formação adequada e da representação dos trabalhadores na formulação e fiscalização das políticas de SST.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Der Bericht überschreitet in vielen Bereichen die Kompetenzen, die der EU bei diesem Thema gesetzt sind. Es ist zwar wichtig, sich dieser Probleme anzunehmen, doch eine Regulierung auf EU-Ebene mit gefestigten Vorschriften ist der falsche Weg, da auch Arbeitsstandards in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlich gewachsen und mit einer nicht immer gleichen Bedeutung belegt sind. Daher lehne ich diesen Bericht ab.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Le crescenti morti bianche rendono necessaria un'azione dell'Unione europea mirata a migliorare le condizioni fisiche e mentali dei lavoratori.

La salute del lavoratore rappresenta un diritto fondamentale e un valore positivo di per sé e in quanto tale va tutelato a tutti i costi e con tutti gli strumenti necessari.

Mi sono perciò espresso a favore di una relazione che mette l'essere umano, la sua dignità e il rispetto della vita in tutte le sue dimensioni, al centro del processo produttivo.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Ich habe gegen diese Entschließung gestimmt. Sicherheitsvorschriften am Arbeitsplatz sind zuvörderst eine nationale Aufgabe. Die EU konnte noch nie nicht nachhaltig beweisen, dass sie zu diesem wichtigen Thema heute einen Mehrwert leistet. Die EU-Kommission gibt das implizit sogar zu, weil ihr strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz zwar viele wichtige Aktionsbereiche beinhaltet, jedoch konkrete Ziele festlegt. Das beweist, dass die EU hier gerne ein Thema bearbeiten will und es eigentlich doch nicht kann, weil die Mitgliedstaaten und die nationale Gesetzgebung diesen Politikbereich auch ohne die EU ganz gut regeln können.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because it calls for the highest level of protection for health and safety in the workplace. In the UK alone, there were 142 work-related deaths in 2014 and Labour MEPs have called for a strategy to emphasise the importance of proper training, the tackling of diseases and cancers caused by asbestos and other carcinogens by implementing appropriate screening measures, as well as proper measures for those working with chronic or terminal illnesses. We have called for the Commission not only to pursue a policy of regulation in the area of occupational health and safety but also to adopt a targeted approach to precarious employment and the negative effects that this has on occupational health and safety.

Glenis Willmott (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report because it calls for the highest level of protection for health and safety in the workplace. In the UK alone, there were 142 work-related deaths in 2014 and Labour MEPs have called for a strategy to emphasise the importance of proper training and tackle diseases and cancers caused by asbestos and other carcinogens by implementing appropriate screening measures as well as proper measures for those working with chronic or terminal illnesses.

Anna Záborská (PPE), *písomne*. – Podporila som uznesenie Parlamentu o ochrane zdravia a bezpečnosti pri práci, hoci som mala výhrady voči použitej terminológii „rodovej rovnosti“ v niektorých jazykových mutáciách tohto textu. Ako opakovane zdôrazňujem, plne podporujem zásadu rovnakého zaobchádzania so ženami a mužmi pri rešpektovaní špecifických rozdielov, ktoré sú biologicky podmienené a súvisia s poslaním ženy ako matky. Používanie výrazu „rod“ v kontextoch, ktoré hovoria o potrebe zohľadniť špecifické potreby žien z pohľadu bezpečnosti a ochrany zdravia na pracovisku, alebo ich väčšiu zraniteľnosť ako potenciálnych obetí sexuálneho obťažovania a šikany zo strany mužských spolupracovníkov či nadriadených, považujem za kontraproduktívne, pretože odvádza pozornosť od skutočných problémov. Preto budem aj naďalej upozorňovať na potrebu harmonizácie prekladov uznesení a pracovných textov Parlamentu.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτώς*. – Η υγεία αποτελεί αναφαίρετο δικαίωμα των εργαζομένων. Σε κάθε επάγγελμα, σε κάθε χώρο εργασίας, πρέπει να τηρούνται οι κανόνες ασφαλείας χωρίς εκπτώσεις. Η έκθεση της επιτροπής Απασχόλησης και Κοινωνικών Υποθέσεων, τονίζει μεταξύ άλλων την τήρηση τόσο του σχετικού στρατηγικού πλαισίου της ΕΕ, όσο και των εθνικών πλαισίων προς όφελος των Ευρωπαίων πολιτών.

Marco Zanni (EFDD), *per iscritto*. – Questa relazione, che ho sostenuto con favore, prevede che tutti i lavoratori, a prescindere dalle dimensioni dell'impresa in cui lavorano, dallo Stato membro di appartenenza o dal tipo di contratto d'impiego, abbiano diritto al massimo livello di tutela in materia di salute e sicurezza sul luogo di lavoro.

L'efficacia della gestione della salute e della sicurezza sul luogo di lavoro resta tutt'oggi una sfida per le microimprese e le imprese di piccole dimensioni. Occorre potenziare il livello di attuazione da parte degli Stati membri al fine di migliorare le condizioni di salute e sicurezza dei lavoratori e garantire parità di condizioni per le imprese. Il mercato europeo sta cambiando: il lavoro precario è in aumento, nuove forme contrattuali e nuove tecnologie hanno fatto emergere importanti sfide in materia di salute e sicurezza. Sicuramente la crisi economica e le politiche di austerità hanno ridotto le risorse economiche e patrimoniali delle imprese, ma ciò, in nessun caso, deve provocare la diminuzione delle risorse destinate alla salute e alla sicurezza.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Souhlasím se sdělením Komise týkajícím se strategického rámce. Nicméně je nutné takový rámec vyplnit konkrétními legislativními opatřeními, jakým je například směrnice o svalových poruchách. Pro úspěšnou prevenci rizik na pracovišti je důležitý sociální dialog, zastoupení pracovníků a nasazení vedení. Mám za to, že je třeba vyvinout větší úsilí, a to jak na úrovni členských států, tak na úrovni EU, aby byla zajištěna školení pro zástupce pro oblast zdraví a bezpečnosti a podporováno využívání jejich služeb. Dle mého názoru je také důležité předcházet rizikům v oblastech duševního zdraví, kdy v důsledků nových oborů zaměstnání dochází například k psychosociálním poruchám.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – V hlasovaní o správe o strategickom rámci EÚ pre oblasť ochrany zdravia a bezpečnosti pri práci som sa zdržala. Myslím si, že myšlienka ochrany zdravia a bezpečnosti pri práci je veľmi dôležitá a predchádzanie zdravotným problémom, a to či už fyzickým, so špeciálnym zameraním sa na poruchy podporno-pohybovej sústavy, alebo psychickým, ktoré môžu vzniknúť v dôsledku nepriaznivých vplyvov pri práci, by malo byť významnou súčasťou európskych politík. Bohužiaľ však návrh obsahoval niekoľko prvkov, ktoré som, naopak, podporiť nemohla, a to najmä výzvy Európskej komisii na predloženie nových komplexných právnych nástrojov na riešenie tejto problematiky. Zastávam názor, že nie každá situácia vyžaduje vytváranie nových a komplexných právnych nástrojov, ktoré by len prispievali k celkovému množstvu legislatívy a ktoré by v konečnom dôsledku mohli viesť k ešte väčšej uniformite v rámci Európskej únie.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – O relatório salienta a importância da definição de políticas de segurança e saúde no trabalho (SST), enquanto definição estratégica da UE, para o período 2014-2020. Existem, no relatório, enquadramentos federalistas, com os quais não concordamos, com referências à capacidade de a União Europeia apoiar e completar a ação dos Estados; da relação desta estratégia com os objetivos Europa 2020; da necessidade de aplicar legislação e orientações estratégicas de âmbito europeu.

Não obstante estas questões, o relatório refere e estimula a definição de políticas de SST, ligando-a ao trabalho não declarado e ao falso trabalho por conta própria; à igualdade de géneros e o combate ao assédio; à necessidade de um horário de trabalho «equilibrado»; ou ao acesso a serviços públicos de saúde. Associado à promoção destas medidas está a promoção de uma formação adequada e da representação dos trabalhadores na formulação e fiscalização das políticas de SST.

No cômputo geral, é um relatório positivo, pelo que votámos favoravelmente.

Milan Zver (PPE), pisno. – Glasoval sem za resolucijo Evropskega parlamenta o strateškem okviru EU za varnost in zdravje pri delu za obdobje 2014-2020, saj menim, da predlaga številne ukrepe k izboljšanju delovnih pogojev, ki varujejo telesno in duševno zdravje, med drugim poziva Komisijo in države članice, naj s ciljno usmerjenim pristopom odpravijo prekarno delo in upoštevajo tudi delo v gospodinjstvu ter zagotovijo in omogočijo ustrezno ravnotežje med poklicnim in zasebnim življenjem.

Zdravje in varnost pri delu je naložba s pozitivnim učinkom za storilnost in konkurenčnost podjetja, prav tako pa izboljšujeta tudi trajnost sistemov socialne varnosti.

Der Präsident. – Damit sind die Erklärungen zur Abstimmung geschlossen.

11. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

(Die Sitzung wird um 14.25 Uhr unterbrochen und um 15.00 Uhr wieder aufgenommen.)

VORSITZ: ALEXANDER GRAF LAMBSDORFF

Vizepräsident

12. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

13. Beseitigung der Gewalt gegen Frauen in der EU (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen in der EU von Iratxe García Pérez im Namen des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter (O-000126/2015 - B8-1105/2015) (2015/2855(RSP)).

Iratxe García Pérez, Autora. – Señor Presidente, señora Comisaria, más de nueve millones de mujeres han sido víctimas de la violencia de género en Europa. Es difícil decir esta cifra sin sentir vergüenza; es difícil decir esta cifra sin entender que detrás de los números hay vidas truncadas, vidas de mujeres que han sido asesinadas por el machismo, por el machismo que mata, por aquellos que piensan que las mujeres son de su propiedad, por aquellos que entienden que la sociedad no es igualitaria. Y ante esta cifra, ante esta realidad, hoy, 25 de noviembre, tenemos la responsabilidad, tenemos la obligación de alzar la voz, de evitar el silencio, de comprometernos, de trabajar para acabar con la mayor lacra social que tiene en estos momentos el mundo y que tiene en estos momentos Europa.

Tenemos que asumir responsabilidades. Es el momento de dejar los anuncios, es el momento de dejar las palabras y es el momento de actuar, porque las mujeres no pueden esperar más, porque día tras día vemos en los medios de comunicación, en los telediaros, como hay mujeres que, por el mero hecho de ser mujeres, son asesinadas, se truncan sus vidas y se truncan las vidas de sus hijos y de sus hijas.

Necesitamos vivir en una sociedad más igualitaria. Necesitamos asumir compromisos: es nuestra obligación, es nuestra responsabilidad. Y, por eso, lanzamos hoy una serie de preguntas a la Comisión Europea. No es la primera vez que nos trae este debate al Pleno del Parlamento y esperamos, con el debate de hoy, tener los compromisos de la Comisión Europea para todo el trabajo que hay que hacer de aquí en adelante.

Queremos saber cuándo va a presentar la Comisión Europea la estrategia de igualdad entre hombres y mujeres. Ya este Parlamento se pronunció respecto a cuál tenía que ser el contenido de esa estrategia, y para nosotros es fundamental que una gran parte de la política dirigida a la igualdad entre hombres y mujeres tenga como prioridad la lucha contra la violencia de género.

Pero, además, queremos conocer otras cosas. Las instituciones europeas ya han dado algunos pasos en esta materia. La orden de protección de las víctimas fue un elemento esencial. Hace menos de un año se ha cumplido el plazo que tenían los Estados miembros para hacer la transposición. Queremos saber cuándo pretende la Comisión Europea darnos a conocer la evaluación de cómo ha funcionado la puesta en marcha de esta orden de protección europea.

Pero también entendemos que es fundamental, que es imprescindible que se puedan emprender actuaciones legislativas. No es la primera vez, señora Jourová, que escucha esta reclamación del Parlamento Europeo. Solo con medidas de apoyo a las organizaciones, con programas de concienciación no vamos a resolver esta situación. Es necesario legislar porque la legislación supone un compromiso, la legislación supone un obligado cumplimiento -de la legislación- por parte de los Estados miembros para luchar contra la violencia de género.

Hemos escuchado en muchas ocasiones decir que no hay nivel competencial en Europa para luchar contra la violencia de género, pero no nos resignamos y creemos que las cosas se pueden cambiar, porque -ya lo he dicho en más ocasiones en estos debates- si hemos conseguido dar a Europa competencias en materia de lucha contra la crisis económica, también podremos buscar las competencias que debe tener Europa para luchar contra la violencia de género, para luchar por una sociedad más justa y más igualitaria.

Por lo tanto, busquemos, pongámonos todos a una -el Consejo, la Comisión, el Parlamento- a buscar esa capacidad legislativa, porque no podemos seguir esperando, no podemos seguir haciendo anuncios que se quedan simplemente en eso, en compromisos, y que luego no se traducen en realidades.

Estamos hablando de la vida de las mujeres, de la vida de la mitad de la población de Europa. Se merecen nuestro respeto, se merecen que seamos conscientes de que está en nuestras manos la posibilidad de hacer mucho más de lo que se está haciendo hasta estos momentos.

Esta es una cuestión que nos debería involucrar a todos y a todas, a todas las instituciones, en todos los niveles. Es necesario ya aunar todos los esfuerzos porque las mujeres lo merecen; porque el recuerdo de todas aquellas que han sido asesinadas por los terroristas machistas merece nuestro trabajo; porque estamos hablando del futuro de nuestra generación, pero también del de nuestras hijas; porque es nuestra responsabilidad y es nuestra obligación.

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, I would like to thank you for raising this very important and serious subject on the occasion of the International Day for the Elimination of Violence against Women. It is an important political signal that both Parliament and the Commission decided to join the UN Women's Orange Day campaign to mark the International Day for the Elimination of Violence against Women and to light up their buildings in orange today.

Violence against women remains a challenge in every country in Europe. In 2015 women are still beaten, humiliated, raped, mutilated, stalked, harassed and forced into marriage. Violence happens in their homes at the hands of their partners or family members. It happens in the workplace or in education from colleagues, fellow students, professors or bosses. It can happen on the streets or online from strangers. We know that one in three women in the EU has experienced physical or sexual violence or both. Violence has a lifelong impact on the health and wellbeing of victims, as well as on their families. This in turn has an impact on the economy and society as a whole.

Promoting gender equality and combating violence against women go hand in hand. Women need to be empowered to leave abusive relationships and to challenge violence when they encounter it. They should not be hampered in fulfilling their potential in the workplace and in society.

I will present in December a detailed Commission plan and commitment on improving gender equality in the years to come. I am prepared to submit also to the Committee on Women's Rights and Gender Equality (FEMM) the proposal for the Gender Strategic Document for the years 2016 to 2019. We have worked on this with all stakeholders throughout this year, and your input in the process was also very valuable. Among the priorities it will include further measures to support Member States in preventing and combating all forms of gender-based violence.

Regarding gender-based violence, the Commission is taking a determined and comprehensive approach based on legislation, awareness-raising and funding, as well as improving knowledge and data collection. I will start by focusing on legislation.

The EU adopted legislation to prevent violence against women and to protect and support its victims, including in areas such as sexual harassment, trafficking in human beings, sexual abuse and sexual exploitation of children and child pornography. Our modern victims' rights in the Victims Directive, on which we have worked closely with you, just entered into force on 16 November this year. This will have a huge impact on some Member States, for instance those which will have to establish victim support structures, which are of key importance for gender-based violence and which do not exist in all Member States yet.

You can count on my commitment that the Commission will be guiding and monitoring the effective implementation of this piece of legislation, as well as the broader legal framework. We have to ensure that available protection measures are actually granted to persons at risk and applied in practice.

Since January 2015, victims of domestic violence have benefited from reinforced protection when travelling or moving to other EU countries. Protection orders granted in their home country can circulate across EU borders. The transposition situation is encouraging. Thanks to enforcement procedures initiated by the Commission, we now have national rules transposing the European Protection Orders Directive in 21 Member States.

I am glad to inform you also that on 9 October the Commission published a roadmap on future accession of the EU to the Council of Europe's Istanbul Convention. The roadmap is a first concrete step towards accession to this powerful tool to combat violence against women and domestic violence. EU accession to the Convention would reflect our commitment to combating human rights violations and discrimination, both within and beyond the EU.

The Commission also supports awareness-raising and concrete grassroots actions by Member States, civil society organisations and European networks. This year, EUR 8 million was allocated to combating violence against women under the Rights, Equality and Citizenship Programme. We have also empowered advocates for change among female genital mutilation-practising communities, trained services for victims of sexual violence in universities to better respond to incidents and young victims' needs, and supported Member States in sensitising the general public to this problem.

I am proud to inform you about last week's decision to award a total amount of EUR 4.3 million to nine international projects combating violence against women linked to harmful practices. Within the framework of this awareness-raising work, I am also committed to putting into place focused actions on violence against women in 2017. We are currently planning future activities and would welcome your cooperation.

I would also like to say a few words about the importance of improving our knowledge about the causes of gender-based violence on a regular basis. It is essential because it allows for monitoring of the situation across the EU and also helps us to formulate and implement better policies. My services are working with Eurostat and the European Institute for Gender Equality, two key actors in this area which, I believe, can help to fill the gaps.

Finally, let me be clear that I see a need to address cyber-violence against women and girls – an emerging form of violence. We have EU legislation and policies on children's – including girls' – safety and protection from bullying, abuse and exploitation online. In addition, the Commission has launched a EUR 3 million call for proposals to combat sexual harassment and sexual violence against women and girls, including through new technologies and social media. Proposals are now being assessed.

Teresa Jiménez-Becerril Barrio, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, señora comisaria Jourová, gracias por su compromiso con las víctimas.

Hoy es el Día Internacional de la Eliminación de la Violencia contra la Mujer y hay quien todavía puede preguntarse por qué este día. Bueno, pues porque es fundamental que la sociedad reaccione. Todos los esfuerzos son pocos por concienciar y promover acciones contundentes para poner fin a esta lacra, a la que no podemos acostumbrarnos.

La dinámica del «no veo, no oigo y no hablo» se tiene que acabar. Es necesario romper ese muro construido con el miedo y la soledad de la víctima, porque quien gana, ante ese silencio desesperado, es el agresor, que se siente fuerte para seguir maltratando, acosando y, en el peor de los casos, matando a esa mujer a la que dice amar.

La mayoría de los casos de violencia contra las mujeres vienen de su pareja y, en el caso de los niños, de personas de su entorno. Es importante que las víctimas denuncien, pero para ello tienen que sentirse protegidas. Por ello, me siento orgullosa de haber sido ponente de la orden europea de protección de las víctimas, para que las órdenes de alejamiento nacionales sean reconocidas en cualquier país europeo, lo que favorece la seguridad de las mujeres que huyen de sus agresores.

Queda aún mucho camino por recorrer en legislación europea. Por eso hemos presentado esta pregunta oral, para saber qué estrategia europea está llevando a cabo la Comisión. Es necesario un mayor compromiso para erradicar esta violación de los derechos humanos, que es consecuencia de la desigualdad entre hombres y mujeres.

Se calcula que el 35 % de las mujeres y niñas sufren algún tipo de violencia física o sexual a lo largo de su vida. Y esto tiene que parar, porque yo creo firmemente que, si trabajamos en educación, también en prevención, en protección de las víctimas y, por supuesto, en un control mayor de los agresores, podemos evitar tanto dolor causado por estas violaciones, que tantas veces ni siquiera las jóvenes distinguen.

El amor no tiene que doler, ni controlar y, por supuesto, no tiene que matar. Celebro también que los menores sean incluidos en esta nueva Directiva.

Maria Arena, *au nom du groupe S&D*. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, je n'ai pas envie de rappeler les chiffres, vous en avez parlé. Effectivement, aujourd'hui, en Europe, une femme sur trois est victime de violences. Derrière ces femmes, ces chiffres, il y a des êtres humains. Ce sont nos filles, nos sœurs, vos femmes – Messieurs –, nos collègues, ce sont les personnes qui nous entourent. Une femme sur trois! C'est vrai que si nous nous retournons, cela veut dire que la personne qui est à ma droite, ou celle qui est à ma gauche, est certainement, a été ou sera victime de violences.

Faut-il parler des formes de violence? Nous connaissons ces formes de violence: elles sont physiques, psychologiques, économiques et sexuelles. Le sommet de la violence, Iratxe en a parlé, ce sont les féminicides. Sept femmes par jour meurent aujourd'hui de féminicide, ce qui signifie simplement mourir par le fait d'être femme. Ce sont les mutilations génitales, la traite des êtres humains et l'exploitation sexuelle.

Nous avons envie de dire, tout simplement, c'en est assez! C'en est assez, parce qu'il est insupportable de voir qu'aujourd'hui en Europe, nous pratiquons ce laisser-faire par rapport à ces discriminations. Madame la Commissaire, l'article 8 du traité de Lisbonne dit tout simplement que nous devons garantir l'égalité entre les hommes et les femmes en Europe. Vous êtes, à la Commission européenne, gardienne de ces traités. Nous vous demandons tout simplement de pouvoir mettre en œuvre ces traités, pas de faire des plans et des démarches. Il est parfois plus facile de défendre le droit de propriété que tout simplement de défendre le droit de vivre. Nous demandons donc que vous défendiez le droit de vivre pour tout le monde et pour les 50 % de la population en Europe.

Beatrix von Storch, *im Namen der ECR-Fraktion*. – Herr Präsident! Seit 2004 spricht das Parlament regelmäßig über die Gewalt gegen Frauen. Es gibt dazu das CEDAW-Programm der UNO, das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau. Es gibt das Daphne-Programm der EU zur Umsetzung des UNO-Programms.

Was aber ist Gewalt gegen Frauen? Sind wir nicht alle gegen Gewalt – vor allem gegen Schwächere, also auch gegen Frauen? Natürlich sind wir das. Aber die EU wäre nicht die EU, und die UNO wäre nicht die UNO, würden sie ihre Ideen nicht auch manchmal hinter Vokabeln verstecken. Worte machen Politik. Worte sind Politik. Kann man überhaupt gegen einen Beschluss sein, der Gewalt gegen Frauen verurteilt? Nein, das kann man nicht. Übrigens auch nicht Gewalt gegen Männer und Jungs.

Aber aufgepasst: Nach der UNO-Definition ist es zum Beispiel Gewalt gegen Frauen, wenn diese nicht abtreiben kann, weil es zum Beispiel verboten ist. Eine Frau, die nicht abtreiben darf, ist in der Statistik dann ein Gewaltopfer. Egal wie man zur Abtreibung steht – das ist der falsche Weg. Machen wir uns ehrlich in der Politik: Gewalt gegen Frauen lehnen wir alle ab.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, violence against women is not only a women's issue. Gender violence is also a men's issue and, above all, a sad and a shameful reality. As has already been indicated in different interventions, at some point in their life, one in three women and girls experience physical or sexual violence from men. Most shockingly, almost half of this violence is committed by the partner of the victim, causing 2 500 deaths every year in the EU. That is seven women each day losing their lives because of sexual assault, domestic violence, relationship abuse or female genital mutilation.

Let us recognise that, for too long, men have avoided the issue of violence against women and often cast it aside as being just a women's issue, and I think that is the problem. As long as gender violence is seen as a women's issue, men disconnect and we – men – must break the violence. Impunity for committing violence against women should be a thing of the past and justice needs to prevail for all those women who are victims. For that to happen, I would say to the Commissioner that I think we need an EU-wide strategy to combat violence against women. Many EU countries do indeed have laws today protecting women against such violence, but there are also many others that do not have them and which could do much better.

The Istanbul Convention, initiated by the Council of Europe, in fact obliges countries to fully address violence against women in all its forms, to prevent it, to protect the victims and to prosecute the perpetrators, but so far the reality is that the Istanbul Convention has only been ratified by 12 Member States of the European Union. That is why I think we need to do something special, namely EU accession – the accession of the whole European Union – to the Istanbul Convention so as to close the loopholes in European and national legislation, to protect women far better and certainly to condemn countries with blood on their hands.

So zero tolerance in the fight against gender violence is, in fact, the only way to address it, and we – not only women, but men and women – must unite and speak out, and that means break the silence.

(Applause)

Malin Björk, *för GUE/NGL-gruppen*. – Herr talman! Våld mot kvinnor är en terror som pågår i tystnad. Det tar liv och det krymper våra livsutrymmen. Vi lever i en kultur som faktiskt accepterar att mäns våld och övergrepp på kvinnor får fortsätta. Det är en kultur som håller offentliga personer som har begått uppenbara övergrepp vad det gäller flickors och kvinnors kroppar om ryggen, eller till och med hyllar dem. Jag tänker på den före detta IMF-basen Dominique Strauss-Kahn. Jag tänker på sångaren i Noir désir, Cantat, som mördade sin flickvän. Jag tänker på Roman Polanski. Listan kan göras längre med män från alla våra länder.

Vi är här idag därför att detta parlament har krävt en EU-lagstiftning med miniminivåer för att bekämpa våld mot kvinnor, och vi tänker inte släppa den frågan. I solidaritet med Europas och världens kvinnor så kräver jag att Istanbulkonventionen nu ratificeras. Jag kräver rätt till juridisk hjälp och specialutbildad polis och socialtjänst. Jag kräver ett domstolsväsende som ger rättvisa för dem som är utsatta. Jag kräver att EU:s medlemsstater upprättar handlingsplaner för att bekämpa könsbaserat våld.

Jag kräver också att kvinnojourer – kvinnojourer som jobbar dag ut och dag in med kvinnor som utsatts för könsbaserat våld – ska få ordentligt stöd och resurser. De är en källa till kunskap och de är våra medsystrar i detta arbete. Jag vill också att flickor ska få tillgång till feministiskt självförsvar. Det är ett självklart sätt att stärka självkänsla och styrka hos unga tjejer.

Vi måste stå upp mot våldet som begränsar våra liv mot den våldets kultur och tystnadens kultur som vi har. En kultur som skuldbelägger kvinnor och friar männen. Vi måste bryta med den. Tystnaden bidrar till osynliggörande och till fortsatta övergrepp på kvinnor och flickor. Frånvaron av förslag från kommissionen är en form av osynliggörande. Tystnaden från kommissionen och rådet vad det gäller att bekämpa detta specifika våld mot kvinnor är allvarig. Den är till och med oacceptabel.

Jordi Sebastià, *en nombre del Grupo Verts/ALE*. – Señor Presidente, señora Comisaria, esta mañana hemos dedicado más de tres horas a un debate prioritario sobre los atentados de París y las terribles amenazas terroristas que nos llegan, y ahora vamos a tener menos de una para hablar de la mayor causa de muertes violentas en toda Europa: la violencia contra las mujeres, que nos golpea cada día y con mucha más intensidad que cualquier amenaza terrorista.

Ya se han dicho las cifras, pero las voy a repetir porque son terriblemente monstruosas: una de cada tres mujeres europeas ha sufrido algún tipo de violencia y una de cada cuatro, alguna agresión sexual.

¿Europa lo va a reconocer de una vez por todas? Este es nuestro primer problema de seguridad. Y ¿cómo le hacemos frente? Todavía algunos Estados miembros de la Unión Europea tienen legislaciones que ocultan, protegen o disimulan esta violencia.

En esta pregunta que le presentamos, señora Comisaria, le pedimos soluciones, soluciones urgentes, porque cada día mueren mujeres asesinadas por alguien que se cree su amo y señor, hasta el punto de quitarles la vida, y, cada día, muchas mujeres deben huir y abandonar su hogar, a pesar de ser ellas las víctimas, para buscar algún refugio seguro.

No podemos esperar. Necesitamos una presión fuerte contra aquellos Gobiernos que no hacen lo que deben, porque son cómplices de los asesinos, y nos urge una directiva europea contra la violencia machista. Necesitamos la implicación máxima de las instituciones europeas.

Señora Jourová, la veo resignada. Se queja usted de los problemas de competencias, pero -ya lo ha dicho nuestra colega Maria Arena- todos los Tratados de la Unión Europea dicen que somos los garantes de la igualdad, y qué mayor atentado contra la igualdad que esta violencia machista, que esta violencia contra las mujeres. Nos tiene a su lado, tiene al Parlamento a su lado, pero actúe rápido, por favor.

Daniela Aiuto, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, oggi in questa giornata carica di simbolismo prendiamo atto, con profondo dispiacere, che anche negli Stati dove la convenzione di Istanbul è stata ratificata, oppure negli Stati, come l'Italia, dove esistono leggi contro la violenza sulle donne, continuano a persistere delle problematiche sia nell'applicazione delle leggi che per quanto riguarda l'applicazione di una giusta pena, che risulta essere troppo spesso poco severa nei confronti di coloro che si macchiano di tali reati.

Esistono leggi che non garantiscono le vittime. Sappiamo tutte che, grazie ai ricorsi e alle riduzioni di pena, i colpevoli non la scontano completamente e sovente si arriva solo a un acutizzarsi della rabbia dell'aguzzino nei confronti della vittima, anche considerando i lunghissimi tempi che intercorrono tra la denuncia dello *stalking* e la decisione di un giudice.

Dobbiamo dunque agire, oggi, su tre campi: quello della prevenzione, quello della protezione e quello della punizione. In parallelo con tutte le misure preventive, dobbiamo chiedere un inasprimento delle pene e soprattutto la certezza che vengano scontate per evitare che tra sconti e abbuoni concessi, il colpevole ritorni con facilità a una vita felice e regolare, a differenza delle donne vittime di violenza, che porteranno i segni fisici e morali per tutta la vita.

Janice Atkinson, *on behalf of the ENF Group*. – Mr President, has it occurred to this place to put its own House in order before lecturing others in how they should behave? I have been subjected to verbal abuse and near physical violence in the Brussels and Strasbourg Parliament.

Firstly, in one of the meetings I attended as an MEP, one of my fellow British MEPs called me 'a stupid fucking woman'. He was overheard by a number of other MEPs and also members of staff. Is that acceptable? Secondly, an MEP from the Green Left called a female colleague 'trash' in another debate a few weeks ago. Is that acceptable? Thirdly, I have been stalked by a misogynistic journalist who works for an EU media outlet. He arrived to interview me drunk, holding a glass of wine at 10 o'clock in the morning. His second attempt was to doorstep me on leaving the plenary here. He is a big guy in terms of girth, and actually height. He had clearly been drinking again; he had a large camera precariously held on his shoulder and yet he pursued me at pace along the corridor outside here into a glass partition. If he had slipped, he could have crushed me. I am told he has a hatred of women, particularly those who are successful, and my politics. Is this acceptable?

Yes, it seems that abusing women from the centre-right is OK. If a man from this side of the House turned to one of your women and called her the things that we have to put up with in this place, there would be outrage, there would be sanctions imposed, a statement by the President. Do I have any support in here? Silence. That tells me everything I need to know.

Diane Dodds (NI). – Mr President, in today's society, violence against women is taking ever more unacceptable forms. We have only to look at the impact of human trafficking and the impact that this has on the lives of millions of women who are being sold into a life of sexual exploitation and abuse. While I accept Mr Verhofstadt's point that this type of violence is not only directed towards women, on this, the International Day for the Elimination of Violence against Women, I am bolstered by the strides made in my own constituency of Northern Ireland with the introduction of the Human Trafficking and Exploitation Bill. It is a great example of regional legislation which tackles this evil in society, and should act as a precedent for other Member States.

I want to take this opportunity to also highlight the work of Women's Aid in Northern Ireland, a voluntary organisation addressing domestic and sexual abuse by providing refuge accommodation to women and their children who have suffered mental, physical or sexual abuse within the home. This organisation has helped to rebuild lives through a range of programmes and support services.

Věra Jourová, Member of the Commission. – Mr President, ladies and gentlemen, thank you very much for this discussion. Yes, we all have to do more; not only the European Commission, we must act at all levels.

You mentioned that the Commission is the guardian of the Treaties and especially Article 8, which is the equality article. I am very much concerned about equality and I want to bring about effective actions using effective instruments.

You call for new legislation. I said clearly that we are going to accede to the Istanbul Convention. As regards a possible new directive on combating violence against women, I myself do not think that a new directive is something that will solve the problem quickly. Just look at the process of preparing European legislation. I am not criticising it, but even if we find a legal basis for this, it would take several years to bring it into force in the Member States and to allow it to do its work.

So I am talking about other instruments. I am declaring here that there is a problem with the legal basis for legislation, because violence against women is a criminal wrongdoing. So it is up to the Member States to use their competences in criminal law. We can, and we must do what we can. We will do it through accession to the Istanbul Convention, which gives us the competences to act also in the legislative sphere.

What I see as the more efficient instrument is to invest the available funding into efficient awareness-raising, into campaigning, into support for grassroots organisations and civil society and into the training of experts and professionals in order to further help the victims of violence.

As regards other actors who the Commission is prepared to support, we must first of all talk about the Member States that we are supporting, but at the same time who we are pushing to enforce legislation which must improve the situation. We must speak openly about society as such, because violence against women in many Member States is happening with silent acceptance within society as if it is something normal. In some Member States this is even silently accepted by the media. So we should look in this direction and together try to improve the situation.

Local communities must not be blind and deaf. They must understand that something is happening around them.

Let us speak about the victims themselves. Ladies and gentlemen, I have the recent statistics and the research saying that only 15% of violence against women has been reported to the relevant authorities. Yes, the victims remain silent, and that is also because they do not have enough trust in the authorities that they will act to help them. This is what the Victims Directive is about: that victims should not fear reporting violence and that they could expect efficient support from the relevant authorities.

And finally – and Mr Verhofstadt mentioned this – we should consider men themselves. Yes, they must also do something to improve the situation. I was in Sweden recently where they have very good programmes specifically focused on men, who have an essential role to play in combating violence against women because, without their understanding that the situation must improve, we cannot change anything.

This is a complex issue. This requires a list of many measures done by many different actors on many levels. So let us do it. I am committed to going into more detail about the Commission's concrete plans when discussing the gender strategy in mid-December at the Committee on Women's Rights and Gender Equality.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – La violencia contra las mujeres es la violación de derechos humanos más extendida en el mundo, y afecta a todos los estratos de la sociedad. En la UE 9 millones de mujeres han sido víctimas de la violencia machista. Aunque tenemos que alzar la voz y luchar contra estos crímenes todos los días y desde todos los ámbitos, el 25 de noviembre, Día Internacional para la Eliminación de la Violencia contra las Mujeres, tiene que servir para procurar mayor visibilidad y movilizar conciencias. Las instituciones deben actuar para defender la igualdad de las mujeres y erradicar la violencia machista adoptando medidas legislativas, activando la «cláusula paralela» para incluir la violencia de género entre los ámbitos delictivos recogidos en el artículo 83, apartado 1, del TFUE. Necesitamos estudios y estadísticas homologables y una estrategia europea. También es importante que todos los Estados y la propia UE ratifiquen el Convenio del Consejo de Europa sobre prevención y lucha contra la violencia contra las mujeres. La Comisión debe presentar sin más dilación una nueva estrategia de igualdad que incluya medidas específicas contra la violencia de género y dar curso a la petición del PE de que haya un Año Europeo contra la Violencia de Género.

Rosa Estaràs Ferragut (PPE), por escrito. – La violencia de género es un fenómeno universal que afecta a mujeres de todas las edades, al margen de su educación, ingresos o posición social. Es un problema que vivimos hoy en día en nuestras sociedades cuya gravedad debe ser tratada teniendo en cuenta su amplitud y complejidad. Por ello, cada Estado debe necesariamente adoptar medidas legislativas en sus ordenamientos internos que prevengan y castiguen esas conductas de violencia contra las mujeres.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), por escrito. – La violencia contra las mujeres es la violación de derechos humanos más extendida en el mundo, y afecta a todos los estratos de la sociedad. En la UE 9 millones de mujeres han sido víctimas de la violencia machista. Aunque tenemos que alzar la voz y luchar contra estos crímenes todos los días y desde todos los ámbitos, el 25 de noviembre, Día Internacional para la Eliminación de la Violencia contra las Mujeres, tiene que servir para procurar mayor visibilidad y movilizar conciencias. Las instituciones deben actuar para defender la igualdad de las mujeres y erradicar la violencia machista adoptando medidas legislativas, activando la «cláusula paralela» para incluir la violencia de género entre los ámbitos delictivos recogidos en el artículo 83, apartado 1, del TFUE. Necesitamos estudios y estadísticas homologables y una estrategia europea. También es importante que todos los Estados y la propia UE ratifiquen el Convenio del Consejo de Europa sobre prevención y lucha contra la violencia contra las mujeres. La Comisión debe presentar sin más dilación una nueva estrategia de igualdad que incluya medidas específicas contra la violencia de género y dar curso a la petición del PE de que haya un Año Europeo contra la Violencia de Género.

Enrique Guerrero Salom (S&D), por escrito. – La violencia contra las mujeres es la violación de derechos humanos más extendida en el mundo, y afecta a todos los estratos de la sociedad. En la UE 9 millones de mujeres han sido víctimas de la violencia machista. Aunque tenemos que alzar la voz y luchar contra estos crímenes todos los días y desde todos los ámbitos, el 25 de noviembre, Día Internacional para la Eliminación de la Violencia contra las Mujeres, tiene que servir para procurar mayor visibilidad y movilizar conciencias. Las instituciones deben actuar para defender la igualdad de las mujeres y erradicar la violencia machista adoptando medidas legislativas, activando la «cláusula paralela» para incluir la violencia de género entre los ámbitos delictivos recogidos en el artículo 83, apartado 1, del TFUE. Necesitamos estudios y estadísticas homologables y una estrategia europea. También es importante que todos los Estados y la propia UE ratifiquen el Convenio del Consejo de Europa sobre prevención y lucha contra la violencia contra las mujeres. La Comisión debe presentar sin más dilación una nueva estrategia de igualdad que incluya medidas específicas contra la violencia de género y dar curso a la petición del PE de que haya un Año Europeo contra la Violencia de Género.

Филиз Хюсменова (ALDE), *в писмена форма*. – Международният ден за премахване на насилието над жените е повод отново да привлечем вниманието на ЕК към този проблем. В отделните държави членки съществуват национални или организирани от неправителствени организации „горещи телефонни линии“ за жени, юноши и деца, преживели насилие. Всяка от организациите се опитва със своя опит и средства да подпомага нуждаещите се. Това раздробяване и неkoordinиране на усилията не може да доведе до единна политика, точна статистика и ефективни мерки за преодоляване на проблемите на жените.

Намирам, че по програмата „Права, равенство и гражданство“ би могло да се финансира създаването на обща европейска платформа за бърз и лесен достъп до нея от всички жени, претърпели насилие. За целта би следвало да има както орган на ниво ЕС, така и органи в държавите членки, които в единство да провеждат обща политика на превенция и подпомагане на борбата срещу насилието над жени.

Karol Karski (ECR), *na piśmie*. –Wszelka przemoc wobec kobiet jest niezaprzeczalnym złem, z którym bez wątpliwości trzeba walczyć oraz któremu należy przeciwdziałać. To jest kwestia, która nas wszystkich łączy. Co nas dzieli, to wybór instrumentów. Każde państwo członkowskie ma prawa zakazujące przemocy i przewidujące kary za stosowanie przemocy. Uważam, że nowe instrumenty, takie jak Konwencja Stambulska czy postulowana dyrektywa UE ws. walki z przemocą wobec kobiet nic nie wniosą do faktycznego przeciwdziałania zjawisku przemocy. Służą natomiast głównie do walki ideologicznej z tradycyjnie rozumianą rodziną, z wartościami, na których opiera się nasza cywilizacja, służą do promocji ideologii gender.

Jeżeli dziś zjawisko przemocy wobec kobiet wciąż trawi nasze społeczeństwa, to dlatego, że żadne prawo nigdy zupełnie nie wyeliminuje przestępczości. Ale możemy podjąć działania zmniejszające skalę tego zjawiska, które często wzrasta w patologicznych środowiskach charakteryzujących się bezrobociem, alkoholizmem i innymi problemami społecznymi. Poprawiając warunki życia tych społeczności, zmniejszymy skalę zjawiska przemocy, w tym wobec kobiet. To jest najlepszy sposób, w jaki możemy pomóc kobietom.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Mimo niewątpliwych postępów w dziedzinie równouprawnienia kobiet i mężczyzn, przemoc ze względu na płeć, czyli najbardziej radykalna forma dyskryminacji, towarzyszy każdego dnia milionom kobiet w Europie i na świecie. Przemoc wobec kobiet ma charakter uniwersalny i dotyczy wszystkich krajów członkowskich, dlatego też Unia Europejska jako całość powinna wypracować wspólną strategię nakierowaną na jej przeciwdziałanie. Konwencja Rady Europy o zapobieganiu i zwalczaniu przemocy wobec kobiet uznana za złoty standard polityki antyprzemocowej to jedno z najskuteczniejszych narzędzi prawnych w walce z przemocą motywowaną płcią. Konwencja mówi jasno, że nic, w tym elementy religii czy kultury, nie może usprawiedliwiać przemocy, a prewencję słusznie opiera na wiązaniu polityki antyprzemocowej z polityką równości płci. Konwencja Stambulska gwarantuje również wprowadzenie konkretnych, skutecznych środków w walce z przemocą, jak np.: 24-godzinna infolinia i schroniska dla ofiar przemocy czy procedury przesłuchań chroniące przed wtórną wiktymizacją. O popularności Konwencji świadczy to, że już 25 krajów UE ją podpisało, z czego dwanaście ratyfikowało. Aby wesprzeć i przyspieszyć te procesy, należy zrobić wszystko, by UE przystąpiła do Konwencji jako strona. Dlatego też dzisiaj, w Międzynarodowy Dzień Walki z Przemocą Wobec Kobiet, apeluję do Komisji i Rady Europejskiej o jak najszybszą realizację nakreślonego już planu przystąpienia Unii Europejskiej do Konwencji Stambulskiej.

Κώστας Μαυρίδης (S&D), *γραφώς*. – Η βία κατά των γυναικών αποτελεί ένα διαχρονικό κοινωνικό πρόβλημα που απασχολεί όλα ανεξαιρέτα τα κράτη-μέλη της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Έχοντας καταφέρει να καθιερώσουμε την προστασία βασικών ανθρωπίνων δικαιωμάτων μέσα από τον Χάρτη των Θεμελιωδών Δικαιωμάτων της Ε.Ε, όπως είναι το δικαίωμα στην ανθρώπινη αξιοπρέπεια (άρθρο 2) και το δικαίωμα μη διακριτικής μεταχείρισης λόγω φύλου (άρθρο 21), είναι καιρός να ασχοληθούμε με τη αποτελεσματική εφαρμογή μέτρων σε εθνικό και πανευρωπαϊκό επίπεδο για την πραγματική μείωση του φαινομένου αυτού που μαστιίζει την σημερινή κοινωνία.

Η πανευρωπαϊκή έρευνα του Οργανισμού Θεμελιωδών Δικαιωμάτων της Ευρωπαϊκής Ένωσης (FRA) που πραγματοποιήθηκε το 2014 επεσήμανε ότι μεγάλο ποσοστό γυναικών που έχουν υποστεί σωματική αλλά και σεξουαλική βία δεν καταφεύγουν στην Αστυνομία ή σε άλλες οργανώσεις υποστήριξης θυμάτων. Το γεγονός αυτό οδηγεί στην ασάφεια και έλλειψη των απαραίτητων δεδομένων ώστε να αναγνωριστεί η πραγματική έκταση αυτών των εγκλημάτων βίας εντός του Ευρωπαϊκού εδάφους.

Θα ήθελα να τονίσω ότι παρ' όλες τις νομικές προσπάθειες που έχουν γίνει μέχρι σήμερα με παράδειγμα την κοινοτική οδηγία 29/2012 και την Σύμβαση της Κωνσταντινούπολης, υπάρχουν πολλά ακόμα που πρέπει να γίνουν έτσι ώστε να μειωθεί αισθητά η βία κατά των γυναικών, η οποία επηρεάζει όχι μόνο τα θύματα αλλά και τον κοινωνικό τους περίγυρο.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Oggi è la Giornata internazionale contro la violenza sulle donne. Oggi ci si veste con un colore preciso, ci si appunta sulla giacca una spilletta bianca, si leggono i dati drammatici sulle donne vittime di violenza. È giustissimo che sia stata istituita una giornata per ricordare le donne che ci sono passate, ma non basta per far sì che nessuna donna ci passi più. Quando parliamo di soluzioni, solitamente ci concentriamo sul momento in cui la situazione è già degenerata: dobbiamo fare in modo che le donne trovino il coraggio e l'ascolto per denunciare i loro assalitori, creare strutture di accoglienza e supporto. Quando abbiamo ragionato sulle cause, abbiamo parlato di cultura machista, di come educare gli uomini al rispetto delle proprie mogli, sorelle, amiche, figlie. Io stessa spesso ho scritto e parlato di tutto questo. Lo considero ancora valido e importante. Tuttavia ho imparato che per cambiare le cose non possiamo aspettare che siano gli altri a cambiare. Dobbiamo essere noi. Cominciando da un punto fondamentale: la violenza sulle donne si combatte con l'occupazione femminile. È solo attraverso il lavoro che possiamo diventare padrone di noi stesse, autonome, sicure.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La violencia contra las mujeres es la violación de derechos humanos más extendida en el mundo, y afecta a todos los estratos de la sociedad. En la UE 9 millones de mujeres han sido víctimas de la violencia machista. Aunque tenemos que alzar la voz y luchar contra estos crímenes todos los días y desde todos los ámbitos, el 25 de noviembre, Día Internacional para la Eliminación de la Violencia contra las Mujeres, tiene que servir para procurar mayor visibilidad y movilizar conciencias. Las instituciones deben actuar para defender la igualdad de las mujeres y erradicar la violencia machista adoptando medidas legislativas, activando la «cláusula paralela» para incluir la violencia de género entre los ámbitos delictivos recogidos en el artículo 83, apartado 1, del TFUE. Necesitamos estudios y estadísticas homologables y una estrategia europea. También es importante que todos los Estados y la propia UE ratifiquen el Convenio del Consejo de Europa sobre prevención y lucha contra la violencia contra las mujeres. La Comisión debe presentar sin más dilación una nueva estrategia de igualdad que incluya medidas específicas contra la violencia de género y dar curso a la petición del PE de que haya un Año Europeo contra la Violencia de Género.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – A violência contra as mulheres é um tema que não só deve permanecer na agenda da União Europeia como deve merecer uma intensificação dos instrumentos que suportam as políticas que visam combater este flagelo. A dimensão do problema ficou bem patente num inquérito levado a cabo pela Agência Europeia para os Direitos Fundamentais, em 2014, que inquiriu 42 000 mulheres de 28 Estados-Membros. Os resultados do inquérito são reveladores: cerca de 13 milhões de mulheres foram alvo de violência física nos doze meses antecedentes, sendo que 3,7 milhões foram alvo de violência sexual. É, por conseguinte, indubitável a urgência que este assunto merece. A violência contra as mulheres configura um ataque a um dos mais elementares direitos da pessoa humana, trata-se de ataque aos direitos fundamentais, à liberdade individual. Uma União Europeia que acredita no desenvolvimento pleno da personalidade das cidadãs e dos cidadãos não pode deixar de intervir para que este tipo de atitude possa a prazo fazer parte do passado.

Jutta Steinruck (S&D), *schriftlich*. – In Europa waren 18 % der Frauen seit ihrem 15. Lebensjahr Opfer von Stalking. Etwa 12 % der Mädchen haben eine Form des sexuellen Missbrauchs oder Übergriffe durch einen Erwachsenen vor dem 15. Lebensjahr erlebt, und eine von 20 Frauen ist seit ihrem 15. Lebensjahr vergewaltigt worden. Gewalt gegen Frauen ist immer noch ein großes Problem mit einer hohen Dunkelziffer, da viele Frauen sich nicht trauen, Anzeige zu erstatten. Auch gesellschaftlich wird die Gewalt gegen Frauen oft immer noch toleriert. Wir brauchen endlich eine europaweite Strategie, um Gewalt gegen Frauen erfolgreich zu bekämpfen.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – En cette journée internationale de lutte contre la violence envers les femmes, les résultats de la dernière étude européenne sont consternants: 33 % des femmes européennes, 36 % des femmes belges et 47 % des Françaises ont été victimes de violence physique ou sexuelle. La convention internationale d'Istanbul, qui permettrait de rendre efficace la lutte contre la violence envers les femmes et de disposer d'une législation cohérente, n'a été ratifiée que par 8 des 28 États membres.

L'inaction de certains États fait de ceux-ci des complices. 33 % des femmes de + de 15 ans sont victimes de violence physique ou sexuelle en Europe, 45 %, même, si l'on prend aussi en compte la violence psychologique. Avec 36 % en Belgique ou 44 % en France, ces pays sont-ils plus propices à la violence masculine? «Pas nécessairement! En effet, ces chiffres sont basés sur le nombre de femmes qui finissent par se confier sur les horreurs qu'elles ont vécues. Les pays qui ont donc les chiffres les plus élevés sont souvent ceux où les victimes osent le plus en parler et passer outre la loi du silence», explique l'eurodéputée PS.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – La violencia contra las mujeres es la violación de derechos humanos más extendida en el mundo, y afecta a todos los estratos de la sociedad. En la UE 9 millones de mujeres han sido víctimas de la violencia machista. Aunque tenemos que alzar la voz y luchar contra estos crímenes todos los días y desde todos los ámbitos, el 25 de noviembre, Día Internacional para la Eliminación de la Violencia contra las Mujeres, tiene que servir para procurar mayor visibilidad y movilizar conciencias. Las instituciones deben actuar para defender la igualdad de las mujeres y erradicar la violencia machista adoptando medidas legislativas, activando la «cláusula paralela» para incluir la violencia de género entre los ámbitos delictivos recogidos en el artículo 83, apartado 1, del TFUE. Necesitamos estudios y estadísticas homologables y una estrategia europea. También es importante que todos los Estados y la propia UE ratifiquen el Convenio del Consejo de Europa sobre prevención y lucha contra la violencia contra las mujeres. La Comisión debe presentar sin más dilación una nueva estrategia de igualdad que incluya medidas específicas contra la violencia de género y dar curso a la petición del PE de que haya un Año Europeo contra la Violencia de Género.

Ελισσάβετ Βοζεμπεργκ-Βρυωνιδη (PPE), *γραπτώς*. – Τα ευρήματα της πρόσφατης και πιο ολοκληρωμένης έως σήμερα πανευρωπαϊκής έρευνας σχετικά με τη βία κατά των γυναικών, που πραγματοποίησε ο Ευρωπαϊκός Οργανισμός για τα Θεμελιώδη Δικαιώματα, αποδεικνύουν ότι αυτή η επαίσχυντη μορφή παραβίασης των θεμελιωδών δικαιωμάτων των γυναικών εξακολουθεί να έχει ποικίλες μορφές και τεράστια έκταση σε όλες τις χώρες της αναπτυγμένης Ευρώπης. Ταυτόχρονα, αποτελεί ένα σε μεγάλο βαθμό ανεπαρκώς καταγγελλόμενο έγκλημα. Τούτο σημαίνει ότι έχουμε ακόμα μακρύ δρόμο σε πολιτικό και νομοθετικό επίπεδο, για να αναδειχθεί το μείζον αυτό πρόβλημα στην πραγματική του διάσταση.

Η προσχώρηση της ΕΕ στη σύμβαση της Κωνσταντινούπολης για την πρόληψη και την καταπολέμηση της βίας κατά των γυναικών και της ενδοοικογενειακής βίας, το πληρέστερο μέχρι στιγμής νομικό κείμενο διεθνούς δικαίου, κρίνεται απαραίτητη. Η Ευρώπη οφείλει να συμπεριλάβει σε όλες τις νέες πολιτικές και στρατηγικές της για την ισότητα των φύλων - στους τομείς της απασχόλησης, της εκπαίδευσης, της υγείας και των νέων τεχνολογιών - το ζήτημα της καταπολέμησης της έμφυλης βίας.

Έχουμε υποχρέωση ως Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο να βρούμε περισσότερους τρόπους να ενθαρρύνουμε τις γυναίκες, θύματα βίας, να μιλήσουν και να οδηγήσουν τους δράστες στη δικαιοσύνη, ειδικά στις χώρες του Ευρωπαϊκού Νότου, όπου τα περιστατικά μη καταγγελίας περιστατικών βίας είναι ιδιαίτερα υψηλά.

14. Ergebnisse des Gipfeltreffens am 11./12. November 2015 in Valletta und des G20-Gipfels am 15./16. November 2015 (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Rates und der Kommission zu den Ergebnissen des Gipfeltreffens am 11./12. November 2015 in Valletta und des G20-Gipfels am 15./16. November 2015 (2015/2902(RSP)).

Nicolas Schmit, *président en exercice du Conseil*. — Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, le sommet de La Valette sur la migration nous a permis de donner une expression concrète aux engagements de l'Union. Renforcer notre coopération politique avec les partenaires africains à tous les niveaux, afin de s'attaquer aux causes profondes de la migration illégale et de lutter contre le trafic de migrants et la traite des êtres humains. La déclaration finale et le plan d'action approuvé à La Valette traduisent la réussite de cette démarche pour faire avancer le dialogue et la coopération avec les pays africains.

Laissez-moi souligner, tout d'abord, le haut niveau de participation des pays européens et africains. Une grande majorité était représentée au niveau des chefs d'État et de gouvernement. Cela témoigne de l'importance politique que tous, en Europe comme en Afrique, attachent aux défis auxquels nous devons faire face actuellement.

Maintenant, il s'agit de faire en sorte que ces engagements politiques se traduisent également par des engagements aussi fermes dans la mise en œuvre du plan d'action.

Je voudrais souligner les aspects les plus novateurs des documents adoptés. En premier lieu, le caractère essentiellement pragmatique et opérationnel de ces textes fondés sur un nombre d'actions bien identifiées dans chaque domaine d'intervention. Ces actions entendent favoriser un développement économique, social et environnemental durable. Le sommet s'est mis d'accord sur la mise en œuvre de seize initiatives prioritaires avant la fin 2016, à titre de première réponse.

En deuxième lieu, le plan d'action doit être lu dans une logique d'ensemble. La mise en œuvre des différentes mesures doit donc avoir lieu en parallèle. Les cinq chapitres du plan d'action sont la lutte contre les causes profondes, la migration irrégulière, la migration légale et la mobilité, la protection et l'asile, la prévention de la migration irrégulière et le trafic des migrants, le retour, la réadmission et la réintégration.

Ces chapitres forment un ensemble qui correspond à nos priorités conjointes. Les avancées dans un domaine permettront de faire des progrès simultanément dans d'autres domaines.

En troisième lieu, le contenu du plan d'action est parfaitement conforme aux conclusions du Conseil européen et du Conseil sur l'importance du retour et de la réadmission des migrants irréguliers. Pour la première fois dans le dialogue euro-africain sur les migrations, il y a un engagement clair et conjoint à mettre en œuvre des mesures précises pour faciliter le retour et la réintégration durables des migrants irréguliers.

Comme il est dit dans la déclaration finale du sommet, la coopération en matière de retour et de réintégration ne peut que renforcer la politique européenne de migration et de mobilité, en la rendant plus performante et plus complète.

Enfin, nous nous sommes engagés à affecter les ressources appropriées à la mise en œuvre de ces mesures en utilisant tous les instruments financiers disponibles ainsi que le nouveau fonds d'urgence de l'Union. Nous avons également décidé d'utiliser les structures de dialogue déjà existantes, les processus de Rabat et de Khartoum, ainsi que le dialogue Union européenne- Afrique sur la migration et la mobilité pour le suivi des aspects opérationnels du plan d'action.

Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, concernant le sommet du G20, j'aimerais à présent vous rendre compte des résultats du sommet tenu à Antalya, auquel l'Union était représentée par le président du Conseil européen et le président de la Commission. Les résultats du G20 sont positifs pour les Européens. Il y a de nombreux points de convergence entre le G20 et l'Union européenne quant à l'évaluation de la situation actuelle et aux priorités identifiées. Dans sa déclaration sur le terrorisme, le G20 a condamné les lâches attentats de Paris et d'Ankara. Il a relevé que le terrorisme ne peut ni ne doit être associé à une religion, à une nationalité, à une civilisation ou à une origine ethnique. En fait, ce qui a été amplement exprimé aussi ce matin, lors du débat.

Le G20 a insisté, par ailleurs, sur sa détermination à travailler de concert pour prévenir le terrorisme en renforçant la coopération dans le plein respect du rôle central des Nations unies et conformément aux résolutions du Conseil de sécurité et à la stratégie antiterroriste mondiale des Nations unies. Les dirigeants du G20 se sont aussi intéressés au financement du terrorisme et ont plaidé pour une mise en œuvre rapide des normes du groupe d'action financière dans toutes les juridictions. En outre, ils ont insisté sur l'importance d'une approche globale fondée sur la volonté de s'attaquer aux facteurs qui favorisent le terrorisme.

Je ne m'attarderai pas sur le volet des travaux concernant la migration, sujet dont je viens de parler au sujet de La Valette, je vais donc me concentrer sur les dossiers économiques qui ont été abordés au G20 ou, du moins, sur certains d'entre eux.

À Antalya, les dirigeants ont axé leurs travaux sur l'objectif prioritaire du G20 consistant à parvenir à une croissance forte, durable et équilibrée. Ils ont réaffirmé leur volonté, exprimée à Brisbane l'année dernière, d'accroître le PIB global des pays du G20 de 2 % supplémentaires d'ici 2018. À la base de cette ambition, il y a le constat que la croissance mondiale est inégale et reste toujours inférieure aux attentes, en dépit de perspectives positives dans quelques grandes économies, dont l'Union européenne. À ce stade, la moitié des engagements figurant dans les stratégies de croissance des pays du G20, qui comprennent à la fois des mesures pour soutenir la demande et des réformes structurelles, ont d'ores et déjà été mis en œuvre, ce qui a permis de réaliser plus du tiers de l'objectif des 2 %. Outre les engagements pris dans les stratégies de croissance nationale, j'aimerais insister sur l'accent mis par le G20 sur l'investissement, en particulier, dans le cas des stratégies propres à chaque pays pour cette année. Ces stratégies regroupent des mesures concrètes visant

à améliorer l'environnement de l'investissement. Je suis particulièrement heureux de constater qu'à Antalya, une attention particulière a été accordée à la participation du secteur privé aux petites et moyennes entreprises et à l'intermédiation financière et que le plan d'action d'Antalya comporte une référence directe au plan d'investissement pour l'Europe. L'investissement figure en effet au premier rang de nos préoccupations. À cet égard, je tiens à saluer le fait que le Parlement européen a approuvé les candidats aux postes de directeur exécutif et de directeur exécutif adjoint du Fonds européen pour les investissements stratégiques. Nous pouvons à présent nous réjouir à la perspective de le voir devenir pleinement opérationnel.

En matière de fiscalité internationale, qui figurait également à l'ordre du jour des dirigeants, ceux-ci ont entériné le paquet de mesures concernant l'érosion de la base d'imposition et les transferts de bénéfices. Ils ont reconnu qu'une mise en œuvre large et cohérente serait essentielle pour assurer l'efficacité de ce projet, en particulier en ce qui concerne l'échange d'informations sur les décisions fiscales anticipées en matière transfrontière. Un cadre inclusif pour la mise en œuvre du projet BEPS sera élaboré par l'OCDE, début 2016.

La fiscalité est une autre grande priorité commune à l'Union et au G20 et la présidence poursuit activement ses travaux visant à lutter contre la fraude et l'évasion fiscale et contre l'optimisation fiscale agressive. En particulier, le Conseil est récemment parvenu à un accord sur l'échange automatique d'informations concernant les décisions fiscales anticipées et cette directive sera adoptée en décembre. Dans ce contexte, le rapport de la commission spéciale TAXE constituera certainement une contribution précieuse à la poursuite des débats dans ce domaine.

Permettez-moi, pour terminer, d'évoquer brièvement les progrès ou plutôt l'absence de progrès dans la mise en œuvre des réformes des quotes-parts et de la gouvernance au sein du FMI, décidées en 2010. Dans ce domaine, la priorité absolue pour le G20 ainsi que pour l'Union européenne reste la mise en œuvre des réformes mais les États-Unis ont à nouveau été invités à les ratifier dans les meilleurs délais, ce qu'ils n'ont, bien sûr, pas encore fait. Dans ce domaine, comme dans les autres domaines de travail du G20, la présidence poursuivra ses efforts en vue de garantir que les Européens suivent une ligne commune au sein du G20 sur les points en discussion et de protéger et promouvoir ainsi au mieux nos intérêts communs. Les travaux de l'Union en vue de la réunion des ministres des finances du G20, qui se tiendra en décembre, à Hainan, sont déjà en cours. Il s'agira de la première réunion organisée sous la présidence chinoise du G20.

Federica Mogherini, *Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs*. – Mr President, this is not the first time we have met here to discuss the refugee crisis, but at the Valletta Summit we focused mainly on saving lives and fighting the smuggling of human beings, something we have discussed in this very Hemicycle several times, and we did so with our African partners, as there is no other way to effectively manage the current and future migrant and refugee flows.

The issue of migration is here to stay. Demography and economy tell us so. The first message that we shared in Malta was this: migration and refugee flows are a phenomenon that concerns both Europe and Africa, as we are all at the same time countries of origin, countries of transit and countries of destination, in Europe and in Africa. There are more migrants and refugees on the move within Africa itself than from Africa to Europe, and we are together in this: in Africa and in Europe. This is the basis of our partnership.

Building walls on our frontiers is no solution, and it definitely is not an option in the middle of the sea. That is evident to everybody. It will not stop migration; it will only weaken our international standing and our credibility.

The current migratory and refugee crisis has sparked strong emotions in recent months, including in Europe: good ones and bad ones, compassion as well as fear. But our duty as politicians is to act rationally. We must finally put in place a mechanism for human mobility fit for the 21st century, a mechanism that stems irregular migration and the exploitation of human suffering, including through return and readmission agreements, but also a mechanism that allows effective legal mobility to the benefit of both countries of origin and countries of destination, and their societies.

Mobility can benefit both Europe and Africa. It must happen legally and safely, not by turning the Mediterranean and the Sahara into mass graves. This is the core message of Valletta and the basis of our partnership, of our common work, with our African friends.

To do so, as the Presidency just reminded us, we focused on five clusters of actions in Malta. One: addressing root causes of irregular migration and forced displacement; two: legal migration and mobility; three: protection and asylum; four: the fight against irregular migration; and five: return, readmission and reintegration. We identified within those clusters nearly 90 individual broad actions that we will implement before the end of 2016.

Let me be completely sincere with you today; you know me by now, I always tend to be so. The conversation – especially the preparation of the summit – has not been easy at times. It has been tense at times, not only between the Europeans and the Africans but also within the two different groups – among Europeans and among African countries. But I think our discussion has helped us a lot, as we managed to find common ground and an understanding on all the most relevant issues. As happens quite often in our work with our African friends, the preparation was sometimes tense, but the summit itself and the beginning of the follow-up on implementation were extremely positive and fruitful.

Our approach to our African partners is not about putting money on the table and asking for readmission in exchange. I am also very clear on this here, just as I was with our African friends. It is not about using development aid as a bargaining chip in our negotiations on migration management. That would not only be against all our values but also against our own interests, because it would not work.

The right approach – the approach we suggested to our African friends – is to develop common instruments and the related means, including financial ones, to effectively manage together a complex phenomenon that concerns both Europeans and Africans. We have a common issue to deal with. We have to develop useful and effective tools, and we have to allocate resources to have those tools effectively implemented. It is a partnership. Yes, there is a strong link between how we invest our development money and how we manage migration. That is clear. In the long run, migration will only be manageable if we favour Africa's growth and stability.

This is why in Malta we signed the Constitutive Agreement of a Trust Fund for Africa. As President Juncker mentioned this morning, this has already been on the table as a Commission proposal for some months. But in Malta we actually signed the starting point of this Trust Fund, which is an additional tool to tackle the root causes of poverty and irregular migration.

The Commission is putting EUR 1.8 billion into it and Member States have started to top up that figure, and I encourage them to continue to do so consistently – and I underline consistently. It will finance job opportunities, especially for young people and women. It will prop up projects focused on addressing the root causes of forced displacement. It will reinforce the resilience of communities touched by the transit of migratory flows, build capacity in management of refugee flows and migration flows (which are in nature quite different one from the other) and focus too on support to internally displaced people, which are all things that our African friends tell us they need support on, because they themselves are hosting on their territory hundreds of thousands of refugees and migrants, something that as Europeans we hardly realise.

At the same time, we have started to draw up a new system to discourage irregular flows and develop dialogues on legal mobility. This includes more cooperation from our African friends on readmissions as well as on the capacity of host countries and host communities to reintegrate returnees.

I myself have been in Ethiopia to a project that we finance on facilitating the reintegration of returnees, not in that case from the European Union but from a different region, and I have seen with my own eyes that young women and girls especially – but also young boys, very young ones – if supported, and if their communities are supported in offering them a decent and an open perspective for the future, are not only glad to be back but are also passing on a message to their fellows citizens that embarking on dangerous trips across the desert or across the Mediterranean is not necessarily a good idea.

Again, I stress in parallel that we have to strengthen the legal and regular channels for migration, because that is the safe way of tackling mobility among us. The fight against the smuggling and the trafficking and the work to strengthen resilience must go hand in hand.

This is the reason why we agreed to implement in parallel the actions of all five clusters; together, not one before the other. The next steps will build on the Rabat and Khartoum Processes – we do not need to reinvent mechanisms, we have to use correctly the existing mechanisms – through a number of meetings at senior official level but also by identifying already now, together with our African partners – not only national governments but also local authorities and NGOs – concrete projects to be financed by the Trust Fund in partnership with all our African friends.

In this respect I have engaged in these months in high-level meetings with African partners, from countries of origin and transit, and also themselves of destination. I can quote some numbers that are really impressive. I have done so in Ethiopia, in Niger, in North Africa – all of their countries – and last week again in Chad, where, let me say with a certain pride, for the first time the European Union was invited to the G5 Sahel Summit – just one week after the Malta Summit – which is, I believe, testimony to the fact that the political partnership among us is strong and is getting stronger.

We are trying to build a stronger partnership with Africa, a partnership that is fit for the huge challenges ahead. Let me be very clear on this: while we focus on the challenge of migration, we have to keep in mind that we have plenty of other common issues. We need to build a partnership with Africa, because our partnership with Africa is not limited to migration or the management of refugee flows. It is part of a much bigger picture.

In the current crisis, governing migration is among the interests we share, Europeans and Africans alike. But again, we have security on our table, we have climate change on our table; we have development, energy, counter-radicalisation and job opportunities for our youth, in Europe and in Africa. We have a proper political – and not only political – partnership that includes plenty of other issues, one in which migration management is one of the pieces of the puzzle that brings us together with them.

On all of these issues – and especially on security, but mainly on migration, which is the issue of today's debate – we can only deal with these different challenges together. Valletta was a first step. We have started building trust between us and also rational solutions that can stand the test of time. This is the challenge of our generation, and the cooperation of this Parliament and of Europe as a whole will be crucial to its success. Also because again, and I stress this, our partnership with African countries is not limited to institutions at governmental level. We also need to look beyond that.

The refugee crisis was also part of the discussion at the G20 Summit in Antalya, as was mentioned. The European Union called on the G20 to contribute to a coherent international response to the crisis in the spirit of international solidarity. Our G20 partners acknowledged that the current crisis is not just an issue for Europe but a global one. They agreed to support efforts to protect and assist refugees, including through increased humanitarian aid and resettlement, and to improve the capabilities of international organisations, which is key for us as well.

The statement also underlines the need to address the root causes of these unprecedented refugee flows, I stress again, all over the world. Of course, the summit focused very much on the response to the terrorist attacks in Paris. The G20 leaders have unanimously condemned these terrorist acts and pledged to increase their cooperation in the fight against terrorism. As you know and as was mentioned, a separate statement was adopted on this issue.

They also stressed the importance of a comprehensive approach to countering terrorism, founded on relevant UN Security Council resolutions, and the UN Global Counter-Terrorism strategy. They undertook specifically to tackle the financing channels for terrorism and foreign terrorist fighters, which we know very well is going to be key if we really want to put an end to this.

Let me also address briefly the economic and financial outcomes of the summit. The overall focus was on the continued but uneven global recovery. The euro area was not in the spotlight, thanks to the progress we have made on our own economic policy strategy. The summit focused on developing economies, stressing the risks that raising inequalities posed to economic growth. In particular, the leaders focused on youth employment and pledged to reduce by 15%, by 2025, the share of young people at risk of being permanently left behind in the labour market.

G20 leaders reaffirmed the objective to lift the G20 collective gross domestic product by an additional 2% by 2018. Updated national growth strategies were set out in the Antalya Action Plan, which endorses several European initiatives, including the Investment Plan, the Single Market Strategy and the new Trade Strategy. New country-specific investment strategies were adopted to improve the investment climate and policy recommendations on small and medium enterprises financing. This complements our efforts under the European Plan for Investment and the Capital Markets Union.

The G20 agreed on a loss-absorbing capacity standard for global systemically-important banks. This is important to ensure that taxpayers do not have to bear the burden of global financial stability in the future.

A crucial step forward was made towards a fairer global business tax regime so that companies pay taxes where they make their profits. Leaders adopted the G20 OECD-based erosion and profit shifting package of measures, including mandatory exchange of tax rulings to counter harmful tax practices.

I will stop here. I am looking forward to hearing the views of this House, which I always value a lot, but I will have to ask to be excused for now. I have just seen that the scheduled time for the debate is two hours and 40 minutes and as we are late, I am afraid I will have to leave you before the end of the debate.

I have asked Commissioner Stylianides to be here for the reply, as I will have to join all my colleagues, not only from the European side but also from the Mediterranean side, as tomorrow we will celebrate together the 20th anniversary of the Union for the Mediterranean. You will understand better than I how relevant this meeting will be, at this particular moment, to send a message of unity across the Mediterranean, across our cultures, across our societies, standing together in front of the many challenges we have migration-wise, but also security-wise. So I apologise if I am not here to respond to your observations, but I will be here most of the time to listen to them very carefully.

(Applause)

Esteban González Pons, *en nombre del Grupo PPE*. – Señor Presidente, señora Mogherini, señor Ministro, esta crisis migratoria no es la primera a la que se enfrenta Europa, pero sí la primera de estas características y dimensiones y, desde luego, estamos al principio. Por lo tanto, seamos realistas.

Las razones de la crisis las tenemos claras: la guerra, la pobreza, el cambio climático, el hambre, la enfermedad, la falta de oportunidades. Cualquiera de nosotros haríamos lo imposible por llegar a Europa si estuviéramos en una de esas situaciones. Mientras estos problemas subsistan al otro lado de nuestras fronteras, no se acabará el flujo imparable de emigrantes y de refugiados.

Por eso ha sido tan importante la cumbre de La Valeta, porque, por primera vez, Europa y África se han mirado a los ojos y se han dicho la verdad: si no cambiamos la terrible realidad de África, será imposible mantener la cómoda realidad de Europa.

Por otro lado, todos compartimos una prioridad, lo ha dicho ya la señora Mogherini: hacer lo posible, lo necesario, para salvar la vida de aquellos que están en riesgo, por las circunstancias en las que viven o por el largo viaje al que los someten los traficantes de personas.

Y debemos felicitarnos porque se ha llegado a acuerdos importantes en la cumbre de La Valeta, como la lucha contra las mafias o la cooperación con los países de origen y de tránsito. Esta cumbre ha servido también para aprobar un fondo fiduciario para África, que supone un gran paso adelante. Pero tengamos presente que, sin euros suficientes —y los Estados miembros los han de poner—, los resultados de la cumbre de La Valeta se convertirán en papel mojado. Y lo mismo sucederá si la ayuda al desarrollo se la quedan los intermediarios y no cumple sus objetivos.

Seamos realistas, ningún país de la Unión Europea puede hacer frente por sí solo a esta crisis. Tenemos problemas comunes, pero también capacidades comunes. Si no las empleamos en común, fracasaremos.

Señorías, somos una comunidad solidaria y de valores compartidos. Para nosotros las palabras «dignidad» y «derechos humanos» tienen un alto significado. Por eso debemos dejar clara, una vez más, una cuestión: no podemos mezclar inmigración y terrorismo, porque quienes llaman a nuestras puertas lo hacen huyendo del terrorismo. Igual que los europeos nos pasamos el siglo XX huyendo del nazismo, el comunismo, el fascismo o la guerra, ahora muchos ciudadanos vienen a Europa perseguidos por esos mismos enemigos. Los refugiados no son terroristas, son sus víctimas. Los refugiados no esconden a los terroristas, huyen de ellos. Tener miedo a los refugiados por los terroristas es hacerles pagar por el terrorismo dos veces.

Con los atentados de París, Londres o Madrid los europeos vivimos una situación extraordinaria y excepcional. Pues bien, esa situación es la vida cotidiana de los refugiados que llaman a la puerta de Europa. Resulta increíble que haya quien no lo tenga entendido todavía.

Pese a todo, seamos realistas. Debemos reforzar nuestras fronteras exteriores para que nadie caiga en la tentación de levantar nuevas fronteras interiores. Schengen es un éxito colectivo que no podemos poner en riesgo. Los Estados con fronteras exteriores tienen una gran responsabilidad frente a los demás, y los que no tienen fronteras exteriores deben implicarse en su protección. No hay un país en el mundo que no defienda sus fronteras exteriores y, si la Unión Europea abandonase sus fronteras exteriores, no duraría ni una semana.

En definitiva, señora Mogherini, señor Ministro, tenemos mucho trabajo por delante. Esta crisis no se va a acabar mañana, ni se va a acabar dentro de un año. Es, como se ha dicho, una crisis para toda una generación. Por lo tanto, lo que necesitamos no son medidas de una sola cumbre, sino una verdadera política común de inmigración y de asilo. Ese debe ser el esfuerzo de toda la legislatura.

Gianni Pittella, *a nome del gruppo S&D*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Ministro, signora Vicepresidente, in queste ore la pace del mondo è minacciata. Noi dobbiamo fare tutto il possibile affinché le tensioni tra Russia e Turchia non degenerino. Serve un'inchiesta internazionale per comprendere ciò che è successo ma nel frattempo i russi si astengano da azioni di rappresaglia.

Se qualcuno pensa che attraverso questo incidente si possa sabotare la costruzione di un'alleanza larga contro Daish, si sbaglia di grosso. Noi saremo uniti contro il terrore. L'azione dell'Unione europea è decisiva: mediare e trovare punti di intesa, facilitare un'intesa. Questa è la nostra missione ed è la vera arma contro il terrore. E questo è il lavoro che in modo eccellente sta facendo la vicepresidente Federica Mogherini.

L'alleanza assieme ai Paesi musulmani non deve limitarsi unicamente alla lotta all'Isis. Negli ultimi decenni, a causa soprattutto delle scelte sbagliate dell'amministrazione Bush, l'area di instabilità si è estesa a macchia d'olio e tocca oggi non solo il Medio Oriente ma anche l'Asia Centrale e l'Africa nera. Dopo aver contribuito al disastro attuale, ora l'Occidente – e mi riferisco ai nostri amici americani – non deve ritirarsi in uno splendido isolamento.

Serve un'offensiva innanzitutto diplomatica. Dobbiamo dire con chiarezza ai nostri partner della regione, ma anche a noi stessi, che il tempo dall'ambiguità è finito. Non si può sanzionare a parole Daish e poi tollerare che i propri cittadini lo finanzino. Dobbiamo essere chiari, anche con noi stessi. In passato, abbiamo commesso errori nelle relazioni con molti Paesi arabi. È finito – deve essere finito – il tempo della doppia morale, per cui gli islamisti radicali sono cattivi tranne quelli con cui facciamo affari.

Sul vertice di La Valletta, io non nascondo la nostra solo parziale soddisfazione, lo dico con franchezza alla vicepresidente. Lo abbiamo detto anche ieri nell'ambito del nostro gruppo. Sono stati fatti passi avanti, sicuramente. Tuttavia, si è riproposto, almeno nell'apparenza, lo scambio tacito tra governanti africani ed europei che ha contraddistinto le nostre nazioni negli ultimi anni. In cambio di qualche finanziamento, i governi africani si impegnavano e si impegnano a rallentare i flussi migratori.

Il *Trust Fund* per l'Africa è una buona cosa ma attualmente è dotato di scarse risorse finanziarie. Lei ha ragione. Noi non abbiamo bisogno di fare un *do ut des* ma di fare un patto politico ed economico con l'Africa. Questo serve! Non un'impostazione utilitaristica per noi ma un'impostazione tesa a valorizzare la cooperazione, con pari dignità, tra noi e l'Africa.

Concludo con una nota che io penso sia di verità: noi non dobbiamo avere paura del terrorismo. Questo continente, la nostra Europa, con la sua storia, con la sua forza, con le sue risorse ha le capacità per annientare un manipolo di fanatici e di bastardi. Per riuscire a fare questo, dobbiamo però restare calmi, essere uniti ed evitare gli errori del passato che stiamo ancora pagando.

(L'oratore accetta di rispondere ad una domanda «cartellino blu», articolo 162, paragrafo 8 del regolamento)

Patrick O'Flynn (EFDD), *blue-card question*. – You mentioned at the start the issue of Turkey and the tensions with Russia. Would you not agree with me that, as a country of 75 million people – and only about 9% of the land mass is actually in Europe – the worry is that migratory pressures emanating from any Turkey membership of the EU would overwhelm the capacity of European Union countries to absorb migrants and that Turkish accession should now be off the table: No Turkey in the EU?

Gianni Pittella (S&D), *Risposta a una domanda «cartellino blu».* – Scusi collega, ma francamente non capisco cosa c'entra il tema dell'adesione della Turchia con il dibattito che stiamo facendo. Tuttavia, io non sono affatto contrario all'adesione della Turchia, purché la Turchia rispetti i criteri e i parametri che noi abbiamo previsto per qualsiasi Paese candidato all'adesione.

Per noi è fondamentale che la Turchia rispetti i diritti umani, il pluralismo dell'informazione e il rispetto della minoranza curda. Non è un problema di quanti abitanti ha la Turchia. Se agissimo in questo modo, avremmo una concezione davvero assai riduttiva dell'Unione europea e del processo di adesione e di allargamento.

Timothy Kirkhope, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, I welcome a number of the initiatives taken by those representing our interests in Valletta. Whilst migration may not have dominated the news in the last week or two, that does not mean that the challenges we face have faded away.

Valletta highlighted the need for more international cooperation, but it also illustrated that Europe needs to harness all of its political will and political persuasion to find solutions for the humanitarian crisis before us. Valletta was an important step, but I believe that, in many ways, there were also a number of missed opportunities. Valletta should be seen only as a starting point for the more ambitious agreements we must arrive at in the future.

The missed opportunities I referred to include the need to find agreement on readmission policies. Readmission and returns must form a central focus of our long-term cooperation with our non-EU partners. It is a fact that our asylum systems simply cannot work if these agreements are not in place. Merely having more avenues for legal migration and for more EU funds will not solve the problem. Those legal avenues will never be able to satisfy the demand and the desire to come here.

I agree that the economic development of African nations is an important long-term goal for the EU. Development in African countries will provide opportunities and a real future for young people in their own home countries, avoiding skills shortages there and developing those countries as future trading partners for ourselves. But Europe needs solutions now, and Europe needs to stabilise the current situation. Returning those who do not qualify for asylum has to be part of the solution. By reducing the number of economic migrants entering the EU illegally, we increase the opportunities we are able to offer the most vulnerable refugees caught up in the conflict.

This was an important summit, and African nations especially have an important role to play. But we will now look to extend the hand of cooperation further afield. We have a crisis of global proportions which requires a global, as well as a European, response.

Guy Verhofstadt, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, I have mixed feelings about the Valletta summit. And I would say to Mrs Mogherini: helping and cooperating with Africa – yes, but outsourcing our problems to Africa – no. Not at all!

I happen to know – and I gave the figure a few minutes ago – that the estimation is that there are between 12 and 15 million refugees in Africa – between 12 and 15 million! From time to time they do a better job there than we do. In Ethiopia, to give that example only, nearly 300 000 refugees have come into Ethiopia from neighbouring countries since the beginning of this year. So helping them, cooperating with them – yes. But seeing them and saying 'Oh it is now your problem and you have to stop migration', I say that is not serious.

We have to take our own responsibilities. I think at the summit maybe it would be better to do other things rather than trying to discuss readmission agreements that never happen. I have negotiated readmission with Prime Ministers – not one but at least three or four readmission agreements – and they were signed but never implemented in reality. It is a waste of time.

For example, I see this afternoon Jean Louis Borloo. Jean Louis Borloo is out of politics now, but he has started a very important initiative – ‘Energy for Africa’ – to try, with private and public funding, to build up something that is absolutely needed for that continent: a huge investment in energy so that every family and every company in Africa has this possibility of having an energy supply. That is the way forward, not outsourcing our problems; not saying: ‘Ah, I tried to take them back’. The way forward is to help them not only by public means, but also, for example, with initiatives like Energy for Africa, where there is a huge programme that is key for the future of that continent.

The second thing that we can do and which we do not do – and I am very pleased that the Commission has now published a scoreboard – is to simply do what we have said. Implement what we have pledged. We are the champions of pledging worldwide, but we are maybe the last in the ranking when it comes to paying. There is an enormous difference in Europe between pledging and paying. I shall give you a list I have taken from the scoreboard – and I am pleased that the Commission has started with the scoreboard. We have a shortfall of EUR 1.7 billion in the African Trust Fund. Pledged but not paid. We have a shortfall of a half a billion euros in the Syria Trust Fund. Promised but not paid.

Then, concerning the refugees: there are five countries which have taken refugees from Italy and Greece – not more than that. We have been discussing this for months here, but there are only five countries which are doing their job. There are 129 refugees relocated from the 39 600 that have to be relocated from Italy; well, 130 have been relocated. The same in Greece. There are 66 400 refugees – or more, naturally – there who are officially to be relocated. There have been 30 relocated. It is not I who am saying that, it is the scoreboard of the Commission. Maybe it is not all the fault of Luxembourg, certainly not. I am a very big champion of the Luxembourg Presidency, but it is your responsibility to put that to the Council.

Finally, let us work on a migration strategy in the European Union, which we do not have, and also on this European border and coastguard. I hope in the December Council that this European border and coastguard can finally be decided by the heads of state and government.

Κώστας Χρυσόγονος, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL*. – Κύριε Πρόεδρε, τα αποτελέσματα της συνόδου κορυφής Ευρώπης και Αφρικής στη Μάλτα με θέμα τη μετανάστευση, όσο και της αντίστοιχης των G20 στην Αττάλεια, με θέμα την παγκόσμια ανάπτυξη ήταν πενιχρά. Και οι δύο κατέληξαν σε γενικόλογες διακηρύξεις και ευχολόγια χωρίς συγκεκριμένες δεσμεύσεις λόγω των διαφωνιών των κρατών που συμμετείχαν.

Ουσιαστικά το μόνο πρακτικό αποτέλεσμα προήλθε από το άτυπο συμβούλιο κορυφής, αμέσως μετά τη σύνοδο της Μάλτας, και αφορούσε τη χορήγηση στην Τουρκία ενός ποσού τριών δισεκατομμυρίων ευρώ ως συνεισφορά της Ευρωπαϊκής Ένωσης και των κρατών μελών για τις ανάγκες των πολυάριθμων Σύριων προσφύγων που διαμένουν στο έδαφος της. Ήταν μια απόφαση δικαιολογημένη, με βάση τα δεδομένα της στιγμής, αφού η Τουρκία φιλοξενεί περίπου δύο εκατομμύρια πρόσφυγες και η συντήρησή τους συνιστά μεγάλο οικονομικό βάρος.

Ωστόσο, η χθεσινή εξέλιξη της κατάρριψης του ρωσικού αεροσκάφους από την τουρκική αεροπορία ενισχύει αναδρομικά τις υποψίες που υπάρχουν για το ρόλο της Τουρκίας στο συριακό πρόβλημα. Αφού είναι φανερό, ότι έτσι γίνεται ακόμα δυσκολότερη μια ευρεία συναίνεση για την καταπολέμηση του εγκληματικού ισλαμικού κράτους. Αν δεν καταπολεμηθεί όμως το Ισλαμικό Κράτος, είναι αδύνατον να επέλθει ειρήνευση στη Συρία και να τερματιστεί το δράμα των προσφύγων. Η Ευρώπη πρέπει να αντιμετωπίσει με μεγαλύτερη αυστηρότητα, το ημιαυταρχικό καθεστώς Ερντογάν που δρα ως ταραχοποιός στην περιοχή.

Judith Sargentini, *namens de Verts/ALE-Fractie*. — De aanslagen in Parijs, de oorlog in Syrië, het Russische gevechtssvliegtuig dat uit de lucht geschoten werd door een NAVO-lid, de totale chaos in Libië en, o ja, de vluchtelingencrisis. We hebben veel om ons zorgen over te maken en je zou zeggen dat juist nu Europese lidstaten hun zegeningen moeten tellen en investeren in samenwerking met elkaar en met de buurlanden. Dit is niet het moment om egoïstisch zijn of eenkennig.

En als ik de hoge commissaris hoor zeggen dat dit een top was die niet ging om simpel afkopen maar om partnerschap, dan denk ik dat dat de top was die u wilde hebben en die ik ook wilde hebben. Maar als ik terugkijk, zie ik niet anders dan Europese lidstaten die wél egoïstisch waren, die wél eenkennig waren, een top die uitgemond is in: hoe kunnen we al bestemd ontwikkelingsgeld gebruiken om immigranten tegen te houden? Een top waarbij lidstaten helemaal niet bereid waren geld te betalen. Een top waarbij we eigenlijk geld omgekat hebben. We hebben vrij geschoven met potjes die al bestonden.

Europese landen hoopten *deals* te sluiten met Afrikaanse landen voor het terugnemen van migranten, voor het opzetten van centra voor asielprocedures buiten onze grenzen, voor sterkere grensbewaking. En op zoek naar snelle oplossingen lijken lidstaten bereid om een oogje dicht te knijpen voor mensenrechtensituaties in landen met een dictatoriaal regime zoals Eritrea of Soedan of landen met een militair regime die bijna niet meer te onderscheiden zijn van een dictatoriaal regime, zoals Egypte.

Mensen vluchten voor geweld en voor onderdrukking en het afkopen van de onderdrukker kan een vluchteling korte tijd tegenhouden, maar op lange termijn wordt de situatie onwerkbaar. Dat hebben we toch geleerd uit het verleden? We hebben toch Ben Ali afgekocht, Gaddafi, Moebarak, Assad en als de top van het weekend doorgaat kopen we Erdoğan af. En wat we in Valetta deden was al-Bashir en Afewerki helpen.

Voorzitter, wat u en ik willen is eerlijk handelen en eerlijk investeren in Afrika. Mensen de gelegenheid geven om legaal in Europa te werken en niet op die bootjes te hoeven stappen. Ons handelsbeleid omzetten, ons landbouwbeleid omzetten, hun zeeën niet leeg vissen. Dat is zorgen dat mensen niet hoeven te migreren, maar wel kunnen als ze dat zouden willen.

Fabio Massimo Castaldo, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, francamente io tutte queste celebrazioni per il vertice di La Valletta, continuo a non capirle. L'Europa che si è mostrata in quel vertice è un'Europa ancora spaccata e, lasciatemi dire, francamente esitante.

Tutti credo siamo d'accordo – o almeno quasi tutti – sulla necessità di affrontare il dramma della crisi migratoria, cooperando proprio con i Paesi terzi e con i Paesi di transito. Ma se andiamo a vedere poi la realtà di quello che stiamo mettendo in campo, bisogna constatare che ci sono solamente 1,8 miliardi di euro in questo *Trust Fund*. Quanti ne hanno dati gli Stati membri dell'Unione europea? Settanta milioni di euro: niente! Una piccola mancia che non riesce neanche a pulire un briciolo della coscienza sporca dei rispettivi governi.

E il dubbio, purtroppo, che molti Stati vogliano interpretare per l'ennesima volta questo aiuto, nel senso di trasformarlo in un semplice stimolo, un pungolo per degli accordi di rimpatrio senza affrontare veramente quelle cause profonde: la lotta alla fame, alla povertà, allo sfruttamento, è un dubbio che purtroppo permane fondato. Pensate che da quanto mi risulta, Malta ha contribuito con 250.000 euro! Penso che il costo del vertice sostenuto da Malta per organizzarlo sia stato ben superiore alle donazioni che ha effettuato.

Non si fa neanche alcuna distinzione adeguata tra gli Stati controparte: magari ci ritroveremo l'Eritrea paragonata alla Tunisia o esempi appunto pessimi equiparati ad esempi invece virtuosi, che pur tra mille difficoltà, stanno lottando per l'affermazione dello Stato di diritto. Se poi compariamo questo aiuto ai 3,1 miliardi di euro dati alla sola Turchia per paura che apra di nuovo i rubinetti del flusso migratorio per esercitare pressioni sulla politica europea, come ha fatto finora, direi che il paragone è sconcertante.

Credo che abbia avuto ragione, Macky Sall, il presidente senegalese, quando ha detto che questo aiuto non è sufficiente, che bisogna invece lottare contro le frodi e l'elusione fiscale, che ogni anno sottrae ai paesi africani ben 50 miliardi di euro. Ma se poi considero che non riusciamo neanche a risolvere il problema dell'elusione fiscale in casa nostra, visto quello che abbiamo potuto vedere ieri, per quanto riguarda la commissione TAXE, visto che non riusciamo a essere credibili neanche in quel campo, visto che ancora continuiamo a non pagare neppure il giusto compenso per la vendita delle risorse naturali, lo sconcerto è sempre più grande, anche prendendo in considerazione l'accordo di Schengen che, intanto, da emblema dell'integrazione europea diventa simbolo d'una corsa folle verso l'implosione, tra muri, filo spinato, botte e scontri tra gli Stati membri.

Direi che continuiamo a non imparare dal passato. Lo direi anche al presidente Pittella, quando parlava dell'antiterrorismo senza ricordare che però i nostri Stati e i nostri governi fanno ancora affari con i Paesi del Golfo Persico. La situazione è grave, anzi gravissima: ma tuttora non c'è serietà da parte nostra.

Gerolf Annemans, *namens de ENF-Fractie*. – Hoe wereldvreemd, hoe volledig van alle gezond verstand beroofd de Europese Unie is geweest toen zij in onze plaats onze landsgrenzen openstelde voor de hele wereld blijkt nog maar eens uit het nieuwtje dat enkele dagen geleden is binnengekomen, zo tussen de plooiën van het Parijse terrorisme en de staat van beleg in Brussel door, Marokkaanse ingezetenen kopen nu massaal vliegtuigtickets naar Turkije. In Turkije huren zij een boot en nemen zij de Balkanroute, de Europese Unie-route naar Duitsland, Nederland en natuurlijk *last but not least* naar België. Geen kwestie van asiel of van vluchten voor oorlog. Gewoon een kwestie van een beter leven. Een verdubbeling weliswaar van de prijs van de vliegtuigtickets, want zelfs in Marokko staat de Europese Unie voor de vrije markt.

De gezagsdragers van de Europese Unie, de meerderheid hier in het Parlement, jullie hebben met de Valetta-top een zoveelste nutteloze en helaas ongeloofwaardige top in een lange reeks migratietoppen gehouden met een abracadabra van voorstellen en politiek correcte *newspeak* als gevolg en verder niets. Alleen maar meer en meer immigratie.

Vorige keer ging u te vuur en te zwaard de vaartuigen van de mensenhandelaars tot zinken brengen. Deze keer - met al mijn respect voor uw inspanningen, mevrouw de commissaris - ging u even de Afrikaanse leiders, de dictators, de collega's in Afrika tot betere inzichten brengen. Belachelijk gewoon! Het probleem van uw opeenvolgende toppen, is dat u, zoals de tovenaarsleerling in de gelijknamige Disney-tekenfilm, de excessen van een vrij verkeer van personen niet meer onder controle krijgt en dat u verder prutst op de grond van hetzelfde concept, altijd maar weer opnieuw. U regeert bovendien tegen de wensen van de eigen bevolking in. Alleen de lidstaten kunnen nog proberen dat vertrouwen van de bevolking te herwinnen. U bent mislukt. U hebt ons aan de rand van de afgrond gebracht. En u bent niet meer geloofwaardig en niet meer voorzien van het nodige gezag. Met andere woorden, ik zou u ertoe willen aanzetten om u bescheiden terug te trekken en het over te laten aan de lidstaten.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Σύνοδος Κορυφής της Βαλέτα και το G20 στην Αττάλεια αποτέλεσε για μια ακόμη φορά χολιγουντιανού τύπου υπερπαραγωγή όπου περισσεύουν οι θεατρινισμοί, τα χαμόγελα και οι άνευ ουσίας διαπιστώσεις.

Το να απαριθμείς τα προβλήματα δε σημαίνει απαραίτητα ότι γνωρίζεις και πως να τα λύσεις. Το να συνομιλείς δεν σημαίνει ότι είσαι έτοιμος να αποδεχτείς ή και να επιβάλεις πολιτικές. Το να δηλώνεις ότι είσαι υπέρμαχος των νόμιμων μεταναστευτικών ροών, των ανθρωπίνων δικαιωμάτων και ελευθεριών, αλλά να κλείνεις τα σύνορά σου και να θέτεις τη χώρα σου σε επίπεδα υψηλού κινδύνου επιβάλλοντας πλήθος απαγορεύσεων, δείχνει ανακολουθία λόγων και πράξεων. Το να καλείς τον Πούτιν σε στρατιωτική συνεργασία ενάντια στον ISIS, αλλά να αναγνωρίζεις τις κυρώσεις κατά της Ρωσίας δείχνει ότι είσαι παράφρων.

Κάθε σύνοδος κορυφής αποδεικνύει ότι έχουμε έλλειμμα ηγετών και περίσσειμα συμφεροντολόγων ανθρώπων που δήθεν προάγουν τη Δημοκρατία και τον διάλογο, αλλά πνίγουν κάθε εθνικιστική φωνή και αποφεύγουν να συνομιλούν με τα εθνικιστικά κόμματα. Απειλή δεν αποτελούν τα εθνικιστικά πατριωτικά κόμματα, αλλά ο στρουθοκαμηλισμός, η πατριδοκαπηλία - όταν μας συμφέρει - και η ιδεοληψία σας.

David McAllister (PPE). – Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich meine, die Botschaft, die von Valetta und Antalya ausging, war genauso eindeutig wie richtig. Um die globalen Herausforderungen unserer Zeit bewältigen zu können, muss die internationale Gemeinschaft enger zusammenrücken und Verantwortung gemeinsam wahrnehmen. Natürlich, wir Europäer müssen unsere Verantwortung wahrnehmen, das ist heute herausgearbeitet worden. Gleichwohl ist es nicht allein an der Europäischen Union, beispielsweise irregulärer Migration zu begegnen. So können auch die afrikanischen Länder selbst ihren Beitrag leisten. Es geht um eine bessere Regierungsführung, es geht um wirtschaftliches Wachstum, es geht darum, für junge Menschen Perspektiven in ihren Heimatländern zu schaffen und die Zivilgesellschaft besser mit einzubeziehen. Hierbei helfen wir als Europäische Union ganz konkret – das ist hervor gehoben worden –, zum Beispiel durch den Nothilfe-Treuhandfonds zur Unterstützung der afrikanischen Staaten.

Eines steht in jedem Fall fest: Valetta ist nur der Anfang eines längeren Prozesses, die Herausforderung der Migrationsströme systematisch zu bewältigen.

Ich möchte noch eine Anmerkung machen zum Gipfel in Antalya. Hier wurde das entschlossene Signal ausgesendet, dass die G20-Länder stärker sind als der Terrorismus. Und diese Herausforderung ist nicht allein militärisch zu bewältigen. Es ist jetzt eine Vielzahl von Maßnahmen notwendig. So müssen in der Tat die europäischen Nachrichtendienste besser kooperieren als bislang. Sogenannte *foreign fighters*, die nach Europa zurückkehren, müssen strenger überwacht werden. Auf europäischer Ebene, auch hier im Parlament, müssen wir daran arbeiten, die laufenden datenbezogenen Vorhaben wie die Fluggastdatenrichtlinie und ebenso die Datenschutzrichtlinie schnell abzuschließen, und unsere europäischen Agenturen wie Frontex und Europol sollten gestärkt werden.

Deshalb kann ich der Forderung meiner Fraktion aus der Debatte von heute Vormittag nur zustimmen: Auf die Worte, auf die Vereinbarungen und auf die Beschlüsse müssen nun endlich Taten folgen!

Knut Fleckenstein (S&D). – Herr Präsident, liebe Kollegen und Kollegen! Wir sind sehr einverstanden mit dem, was in Valletta geschehen ist.

Eine breitgefächerte Partnerschaft mit den afrikanischen Staaten ist wichtig für beide Seiten. Es geht nicht nur um Flüchtlinge, es geht nicht nur um Rückführungsmöglichkeiten. Es geht um bessere Lebensverhältnisse dort und um konkrete Hilfen für *good governance*, Hilfe für wirtschaftlichen Auf- und Ausbau der Staaten für die Menschen, die dort leben – auch für Flüchtlinge.

Ohne Geld geht das nicht. Ich hoffe sehr, Frau Mogherini, dass die Mitgliedstaaten Sie nicht wieder im Stich lassen, dass sie den von Ihnen erwähnten Fonds durch zusätzliche Zahlungen auffüllen. Denn wir müssen unseren eigenen Anteil bringen, sonst bekommen wir die Rechnungen am Ende alle auf einmal, und das nennen wir dann Flüchtlingskrise.

Ich bin auch sehr einverstanden und glaube, dass der Kollege von der EFDD, der gerade rausgeht, sich geirrt hat. Ja, auch die Türkei muss von uns Geld bekommen. Aber es ist doch nicht Geld, damit Herr Erdoğan sich einen neuen Palast bauen kann, sondern es ist für die Menschen dort – die Flüchtlinge –, damit sie bessere Lebensverhältnisse als bisher haben und damit sie nicht alle weiter das Gefühl haben, sie müssten weiterlaufen nach Mittel- und Nordeuropa. Sie können auch dort für eine gewisse Zeit ein ordentliches Leben führen. Ich meine, das ist etwas, was wir unterstützen sollen, und ich hoffe, dass das auf dem nächsten Gipfel auch so von den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten unterstützt wird.

In einem Punkt bin ich nicht Ihrer Meinung, auch nicht Ihrer Meinung, lieber Herr McAllister. Das ist das, was den Gipfel von Antalya angeht. Das, was Sie zur Flüchtlingsfrage gesagt haben, lässt sich an Allgemeinplätzen nicht überbieten:

„The scale of the ongoing refugee crisis is a global one.“ Wow!

„There is a need for a co-ordinated and comprehensive response.“

„We call upon all States to contribute.“

Nein, was wir von den Staaten, die sich dort so gut geäußert haben, erwartet hätten, ist, was sie konkret beitragen wollen, um dieses Problem zu lösen, und da ist wirklich, was die Flüchtlingsfrage angeht, nichts außer Luftblasen herausgekommen.

Helga Stevens (ECR). – Op de migratietop in Valetta bespraken staatshoofden van de Europese en Afrikaanse landen de vluchtelingenproblematiek. Het resultaat is een gemeenschappelijk actieplan. De strijd tegen instroom van illegale immigranten is terecht een topprioriteit, net als terugkeer en uitwijzing. Ook werd afgesproken dat Griekenland en Italië hun asielprocedures zouden verbeteren. Ook zouden zij hun opvangcapaciteit verhogen.

Maar deze twee EU-landen deden in het verleden al vaak loze beloftes inzake de registratie en opvang van asielzoekers. De realiteit is dat de asielcrisis al ruim een jaar in alle hevigheid woedt. Maar we hebben nog steeds geen functionerende *hotspots* aan de EU-buitengrenzen. Griekenland en Italië kregen al vele miljoenen euro, maar nog steeds worden amper migranten geregistreerd. Vanmiddag stemden wij over een nieuw investeringspakket van anderhalf miljard euro, onder meer om deze pijnpunten aan te pakken. Maar wij vragen ons af of het geld wel goed zal worden gebruikt. Mijnheer Tsipras en mijnheer Renzi, het is nu echt tijd voor actie. Geen excuses meer!

Charles Goerens (ALDE). – Monsieur le Président, lutte contre la pauvreté, aide aux minorités en difficulté, lutte contre l'instabilité politique, rôle du changement climatique dans le déplacement des populations, combien de fois n'a-t-on pas fait ces constats?

«*Responsibility to protect*», le meilleur document de mon point de vue jamais rédigé, à la demande des Nations unies, à propos de la corrélation entre pauvreté, insécurité, mauvaise gouvernance, guerre inter ou intranationale, avait il y a quinze ans déjà décrit de façon pertinente la problématique actuelle. Si je ne peux que saluer la bonne volonté des responsables de la Commission, du Service européen pour l'action extérieure, de M^{me} Mogherini et de la présidence luxembourgeoise, qui se sont investis dans la préparation du sommet de La Valette, il y a lieu cependant de rester dubitatif quant à l'enthousiasme des États membres, pour dire le moins, à assumer leurs responsabilités dans la mise en œuvre des conclusions du sommet.

Les États membres, du moins vingt-cinq d'entre eux, plus la Suisse et la Norvège, ont annoncé une contribution de 81 millions. Par rapport au 1,8 milliard annoncés, c'est à peine 6 % du montant total. Mais de qui se moque-t-on? Mais qu'attendons-nous en tant que parlementaires européens pour inviter les États membres à venir rendre des comptes devant notre Parlement de la façon dont ils entendent honorer leur engagement pris à Monterey et renouvelé en 2015 dans le cadre du consensus européen pour le développement à Addis-Abeba. De sommets en conférences internationales, de conférences internationales en sommets, on se raconte toujours la même histoire consistant à vouloir porter à 0,7 % l'aide publique au développement par rapport au revenu national brut. On fait du surplace, la seule chose qui bouge, c'est l'échéance. On voit poindre à l'horizon la solution, tout en précisant que l'horizon est une ligne qui recule au fur et à mesure que l'on avance. Quand arrive le délai de répondre à ses engagements, le Conseil repousse l'échéance de quinze ans. Pas tous, il y a lieu de soustraire à cette critique, la Suède, le Danemark, les Pays-Bas, le Luxembourg et bientôt le Royaume-Uni.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL). – Monsieur le Président, avec ce sommet de La Valette, on prétend établir un plan d'action avec les pays d'origine et de transit des migrants pour empêcher les drames et s'attaquer aux causes des migrations. Mais quel dialogue cherchons-nous à établir? Sur quel sujet? Avec qui?

En réalité, les aides sont de plus en plus soumises à la mise en œuvre de mesures pour empêcher les migrants de quitter leur pays et les réadmettre quand ils ont réussi à gagner l'Union européenne au péril de leur vie. Oui, il s'agit d'externaliser encore plus nos politiques. Les aides promises dans le cadre des objectifs du Millénaire pour le développement ne cessent d'être repoussées. Pire, nombre d'États membres, dont la France, se désengagent et traînent les pieds, y compris pour alimenter le fonds fiduciaire, lui-même largement abondé par le Fonds européen de développement. Où sont les mesures nouvelles?

Les pays du voisinage sont de plus en plus des pays d'accueil. Peut-on continuer à fermer les yeux sur les conditions de vie des migrants dans ces pays? Leurs droits, dont le droit d'asile, y sont des leurres et on déplace le débat sur les pays d'origine, en étant prêt à coopérer avec les pires dictatures, telles que celles du Soudan et de l'Érythrée. Tous les pays ne sont pas sur le même plan. Former les gardes-frontières érythréens, renforcer la capacité de la justice soudanaise, mais de qui se moque-t-on? Irons-nous jusqu'à des retours quadrangulaires entre les pays de la corne de l'Afrique?

Les voies légales se ferment de plus en plus et la mobilité n'est qu'un beau discours. Pragmatisme, rationalité, vous nous dites. Non! Cynisme et poudre aux yeux. Désolée, je n'y crois pas.

Ska Keller (Verts/ALE). – Mr President, in the Valletta conclusions, you are saying that the first priority should always be to rescue lives, and I can very much agree with that. It is a pity that those calls are usually missing from Council conclusions, unfortunately. It is indeed a very noble call, but what do we see happening in practice? In practice, there is hardly any legal way for refugees to enter the European Union to find the protection that we actually want to give to those people. Refugees still have to risk their lives crossing the Mediterranean in very small boats, and one of the very few legal possibilities for refugees to come to Europe in a safe way is now under attack. That is family unification.

We all should be able to sympathise with family unification. No one wants to be separated from their family, and to be together with your family is also a vital part of integration. But now several governments are attacking the possibility for refugees to be reunited with the family they had to leave behind – that they lost on their way to Europe. I think this is outrageous, and it is absolutely inhumane. We should never stop family unification – the right of children to be together with their parents, the right of parents to be together with their brothers, sisters and their children. Currently we do indeed have a lot of refugees in Europe, because there are a lot of reasons why people have to flee. But if we all stood together as the European Union and acted in unison, we could easily face this challenge. Therefore, I want to ask the Council what initiatives it is planning to get all Member States on board to help in facing this challenge in a humane fashion.

(Applause)

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Marek Jurek (ECR), pytanie zadane przez podniesienie „niebieskiej kartki”. – Dziękuję za Pani głos, ale czy nie uważa Pani, że życie bardzo wielu ludzi ciągle jest narażane, dlatego że nie zrobiliśmy nic, żeby zrealizować kwietniowe ustalenia Rady Europejskiej o walce z przemyślową nielegalną imigracją, o walce z mafiami przemytników ludzi. Ja jestem bardzo rozczarowany La Valettą, ponieważ ani tam nie usłyszeliśmy praktycznie nic o realizacji tych obietnic, ani dzisiaj w wystąpieniu pani przewodniczącej Mogherini. Czy nie uważa Pani, że czas naprawdę podjąć te działania i nie namawiać ludzi do tego, żeby ruszali przez morze?

Ska Keller (Verts/ALE), blue-card answer. – Colleague, the most effective way to address traffickers and fight smugglers is to open legal and safe ways for refugees.

Petr Mach (EFDD). – Paní Mogheriniová, pane předsedající, ty strašné teroristické činy, které se staly v Paříži, to, co se děje v Bruselu, je přeci důsledkem mylné politiky pozvání migrantů do Evropy.

A mně je strašně líto, kam až tato politika multikulturalismu dospěla. Já jsem měl možnost nedávno se potkat s velitelkou kurdské domobrany v Sýrii a ona mi říkala, že když osvobodili jedno syrské město od islamistů, tak tam našli tábor, kde se lidé z Evropy cvičili, ne aby bojovali na straně Islámského státu v Sýrii, ale aby se vrátili bojovat do Evropy. A nám jsou teď vnucovány migrační kvóty. My ale přeci nemůžeme přijmout migranty z jednoho jediného důvodu, a to je naše vlastní bezpečnost. Pokud chceme z humanitárních důvodů pomoci někomu, tak zřídíme uprchlické středisko v Turecku a toho, koho prověříme, toho vpustíme do Evropy. My řešíme tady největší bezpečnostní krizi a vy, paní Mogheriniová, jste se rozhodla poškodit našeho hlavního spojence na Blízkém východě, kterým je Izrael, a nutit ho ke značkování výrobků. Označovat je, že jsou to židovské výrobky ze Západního břehu. Vy si netroufáte na Rusko, aby označovalo krymské výrobky, nebo na Čínu, aby označovala tibetské výrobky, nebo na Turecko, aby označovalo výrobky ze Severokyperské turecké republiky. Vy si troufnete na Izrael a já se stydím za tuto politiku. A co jste domluvili ve Vallettě na Maltě? Že se Africe pošlou milodary, stovky milionů EUR, aby se tam dělaly podobné nesmyslné projekty, jaké jsou financovány zde v Evropě. Proč raději neprosadíte uvolnění obchodu s africkými zeměmi, aby nemusely mít kvóty na pomeranče, kvóty na fíky, kvóty na datle. Proč raději jim posíláte milodary a chcete ještě ničit jejich ekonomiku?

(Řečník souhlasil s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Liisa Jaakonsaari (S&D), sinisen kortin kysymys. – Haluan kysyä, että ettekö Te todella näe mitään hyvää tässä Vallettan huippukokouksessa, jonka yksi idea oli todellakin se, että padotaan sitä maahanmuuttovirtaa, joka suuntaa Eurooppaan? Sehän oli sen kokouksen idea. Esimerkiksi siellä oli äärettömän hyviä projekteja väestörekistereiden ja henkilökorttien kehittämiseen, koska todellakin Euroopan unioni haluaa – itse en niin välttämättä ole samaa mieltä – mutta Euroopan unioni haluaa nyt palauttaa toivottuja siirtolaisia kotimaahan. Ettekö Te näe edes tätä hyvänä asiana?

Petr Mach (EFDD), odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty. – To je přesně to, co já bych si přál, ale co se na Maltě nestalo. Domluva s některou z afrických zemí nebo s Tureckem, aby uprchlické zařízení bylo zřízeno tam, třeba financováno Evropskou unií. Tam aby se uprchlíci registrovali a na dálku, aby žádali o azyl v Německu nebo v jiných zemích, které je chtějí. A aby po prověření šli do těchto zemí. Pokud je ovšem nikdo nebude chtít, pokud azyl na dálku nedostanou, tak by do Evropy nemohli přijít. Ale toto summit ve Vallettě na Maltě rozhodně neudělal.

Gilles Lebreton (ENF). – Monsieur le Président, face à la submersion migratoire, l'Union européenne a fait preuve de son angélisme habituel en ouvrant ses frontières en grand. Ce n'est pas une surprise, Schengen est une passoire. Toutefois, depuis peu de temps, son discours change, elle semble gagnée par l'affolement, à l'image de M^{me} Merkel, qui a ouvert les bras à 800 000 migrants, en réalité plus d'un million, avant de fermer les frontières de l'Allemagne.

Mais, dans son affolement, l'Union vient de commettre deux erreurs à la suite des sommets de La Valette et du G20. La première concerne la Turquie. L'Union lui accorde trois avantages pour qu'elle accepte de garder sur son sol les 2 millions de réfugiés syriens qui s'y trouvent, 3 milliards d'euros, des visas pour permettre aux Turcs d'entrer en Europe et la relance du processus d'adhésion à l'Union. C'est trop cher payé et c'est faire trop naïvement confiance à un État qui nous a trahis, en jouant un double jeu avec Daesch. Nous perdrons nos 3 milliards et nous aurons dans l'Union, les Turcs, les Syriens et la Turquie.

La seconde erreur concerne l'Afrique. L'Union lui accorde 1,8 milliard d'euros pour l'aider à gérer ses flux migratoires et ses 15 millions de réfugiés. Elle a ainsi réussi l'exploit de vexer les Africains, qui n'ont pas manqué de comparer cette somme avec les 3 milliards offerts à la Turquie. Il faudrait conclure avec l'Afrique un partenariat d'une tout autre ampleur, incluant une aide à son développement économique pour y fixer ses populations.

Faible avec ses faux amis, arrogante avec ses partenaires potentiels, l'Union prouve, hélas, une nouvelle fois qu'elle est incapable de gérer la crise migratoire. La conclusion s'impose: l'Union n'est plus crédible, elle n'est pas la solution du problème, elle est le problème. Il est urgent de la remplacer par une Europe des nations respectueuse de la souveraineté des États.

Udo Voigt (NI). – Herr Präsident! Beide Gipfel haben gezeigt, welche Fehler wir in der Vergangenheit gemacht haben, denn sonst wären sie gar nicht nötig gewesen. Statt dort den Menschen zu helfen, wo ihre Heimat ist, wo ihr Zuhause ist, haben wir heute mit Flüchtlingsströmen von Millionen Menschen zu tun. Warum fliehen sie? Sie sprechen immer von Flucht und Vertreibung, aber 80 % davon sind Armutsflüchtlinge. Sie fliehen, weil sie keine Perspektive in ihrer eigenen Heimat haben.

Ich kann mir vorstellen, dass Frau Mogherini schwer zu kämpfen hat, um auf solchen Gipfeln mit diesen Ländern zu argumentieren. Man gibt ihr auch gar nicht die Mittel an die Hand, um daran etwas zu ändern. Was nützt es denn, heute 3,5 Milliarden den Türken zu geben, damit dort Flüchtlingslager entstehen, wo dann Generationen von Flüchtlingen ähnlich wie die Palästinenser leben können, um sie von Europa abzuhalten? Was nützt es uns, über Rückführung nach Afrika zu sprechen, wenn die Menschen dort weglaufen müssen, weil sie keine Perspektive für sich, für ihre Familie und für ihre Zukunft haben?

Andrzej Grzyb (PPE). – Panie Przewodniczący! Wysoka Przedstawiciel! Co łączy te dwa szczyty? Przede wszystkim to, że na każdym z tych spotkań kluczowe przesłanie dotyczy kryzysu migracyjnego i jego konsekwencji, w tym również konsekwencji związanych z bezpieczeństwem. Szczyt Unia–Afryka miał na celu mobilizację przede wszystkim państw sąsiedzkich, afrykańskich, i włączenie ich w przeciwdziałanie zarówno powodom jak i źródłom migracji, i był połączony z decyzją o pomocy finansowej dla państw afrykańskich w wysokości 3,6 mld EUR ze strony Unii w formie funduszu powierniczego. To jest dobry start do zbudowania polityki, która ma zmierzać do niejako wysychania źródeł migracji. Jednocześnie przykra prawda, że w Światowym Funduszu Żywnościowym ONZ brakuje pieniędzy na pomoc żywnościową. To pogłębia problemy tam, gdzie są duże skupiska uchodźców.

Po drugie, jesteśmy pod presją zdarzeń, presji migracyjnej i aktów terroru, jak na przykład w Paryżu. Przy słabej w dalszym ciągu ochronie granic Unii. Niestety, czy my tego chcemy, czy nie, to obywatele wielu państw członkowskich łączą zagrożenia bezpieczeństwa z migracjami. Granice wymagają ochrony i to skutecznej, szczególnie we wschodniej części Morza Śródziemnego. Choć są i dobre przykłady, chociażby hiszpański, gdzie skutecznie broni się granic oraz ogranicza presję migracyjną. Wielokrotnie mówimy, że potrzebne są legalne kanały migracji, ale te legalne kanały imigracji są niemożliwe do otwarcia, jeżeli nie będziemy mieli bezpiecznej ochrony granic. To ważne zadanie dla państw członkowskich, nikt tego zadania za państwa członkowskie, nawet przy współpracy z Frontexem, nie wykona. Po trzecie, potrzebna jest efektywna współpraca służb bezpieczeństwa oraz wymiana informacji, aby skutecznie przeciwdziałać wszelkim negatywnym zjawiskom, w tym przemytowi, terroryzmowi, a także praniu brudnych pieniędzy.

(Mówca zgadza się odpowiedzieć na pytanie zadane zgodnie z procedurą niebieskiej kartki (art. 162 ust. 8 Regulaminu)).

Tibor Szanyi (S&D), kékkártyás kérdés. – Tisztelt Képviselő úr! Ha a tolmácsolás jó volt, márpedig gondolom jó volt, és Ön joggal, szégyenteljesnek nevezte azt, hogy bizonyos célkitűzéseinkre nincs pénz így, európai szinten. Szerintem ennél nagyobb szégyenek is vannak. Valettán ott volt egy európai uniós tagország kormányfője, bizonyos Orbán Viktor Magyarországról, aki azt találta mondani utána: „Minden terrorista migráns.” Illetve még egy szép mondata volt: „A kvóta – mármint a menekültkvóta – csak a terrorizmus egész Európában való szétterjesztését szolgálja.”

Az önök pártcsaládja mit szól ehhez? Köszönöm szépen!

Andrzej Grzyb (PPE), *odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie „niebieskiej kartki”*. – W mojej wypowiedzi, Szanowny Kolego, nie było żadnego stwierdzenia, że zbyt wiele pieniędzy wydajemy na problemy związane z migracją. Raczej widzimy, że tych funduszy jest za mało, w szczególności aby przeciwdziałać w miejscach, gdzie powstają źródła migracji. Taka była moja intencja.

Z pewnym zadowoleniem przyjmuję powstanie funduszu powierniczego, który dotyczy w szczególności przeciwdziałania zjawisku migracji w krajach afrykańskich. Natomiast wyraziłem się w sposób następujący, że częstokroć presja migracyjna i sama migracja przez niektórych obywateli albo przez dużą i nawet część obywateli Unii Europejskiej wiąże się z przejawami zagrożeń bezpieczeństwa.

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señor Presidente, con todas las insatisfacciones que podemos sentir por los resultados alcanzados, hay que reconocer que la cumbre de La Valeta ha tenido al menos dos elementos positivos. El primero ha sido ampliar el foco humanitario y territorial de los problemas a los cuales tenemos que enfrentarnos. El segundo ha sido adoptar el único enfoque eficaz y basado en valores que podemos adoptar: el enfoque de la corresponsabilidad y de la cooperación entre los dos continentes.

Al ampliar el foco, hemos considerado que África ha sido, es y, por desgracia, seguirá siendo un continente de desplazamientos, un continente de emigración.

Lo ha sido en el pasado: hace apenas un par de décadas, por centenares de miles, los emigrantes subsaharianos llegaban a las costas de España o de Italia o morían intentando llegar a ellas. Lo seguirá siendo porque dos de las cuatro crisis humanitarias más importantes están ubicadas en África -República Centroafricana y Sudán del Sur-. Lo seguirá siendo porque hay otras crisis africanas como en Mali, en Nigeria, en general, en todo el Sahel. Lo seguirá siendo porque el cambio climático afectará a África más que a ningún otro continente, y lo seguirá siendo porque si nadie puede frenar a aquellos que escapan de la guerra, tampoco podrá frenar a los que escapan del hambre y de la enfermedad.

Y, por tanto, también al ampliar el enfoque territorial, ha dado con la clave de la responsabilidad compartida; no se trata de dinero a cambio de devoluciones; no se trata de dinero a cambio de retener emigrantes. Se trata de compartir la responsabilidad y de poner en marcha un plan de acción que ataque las causas reales que provocan la emigración.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Branislav Škripek (ECR). – Európa zabudla na bezpečnosť. Najvyšší európski predstavitelia sa osudným spôsobom uzavreli do virtuálnych federalistických bublín a zabudli na okolitý svet. Európske štáty sú dnes málo obrany schopné. Na agentúru FRONTEX, čo chráni vonkajšie hranice, dávame 143 miliónov eur a len pre porovnanie ochrana hraníc Spojených štátov stojí 32 miliárd dolárov.

Útočníci v Paríži boli francúzski a belgickí občania. Sú to potomkovia utečencov, ktorí prišli do Európy a my sa musíme opýtať, prečo sa nestali druhé a tretie generácie presvedčenými občanmi svojich štátov. Kde sú príčiny toho, že sa šíri nenávisť a strach?

Podľa výskumu britského think-tanku Quilliam asi 40 miliónov moslimov vyznáva džihád, teda ozbrojený boj proti neveriacim. To je 40 miliónov ľudí, ktorí by mohli chcieť dnes zneužiť utečeneckú krízu, aby sa infiltrovali do Európy. A tisíce z nich už naozaj sú na našom kontinente.

V našej demokracii sme pripustili, aby nenávistní kazatelia pôsobili vo väzniciach na myslenie mladých moslimov. Okrem okrídlených výrokov európskych politikov zatiaľ postrádam triezve vodcovstvo pre 21. storočie. Prijme Európa rozsiahle bezpečnostné opatrenia alebo budeme žiť v strachu, ktoré mesto si zase vyberú najbližšie?

Cecilia Wikström (ALDE). – Herr talman! Jag tycker att det är ganska patetiskt att vi bedriver den här diskussionen på detta sätt efter ett möte som kännetecknas av att våra medlemsländers regeringar verkar stå fullständigt handfallna inför den kris som människor runt om i världen befinner sig i. All energi verkar gå åt till att värna egoistiska särintressen och ingen kraft lägger man på att försöka lösa de utmaningar som vi står inför.

När världen står i brand och människor söker skydd här i EU, undan krig, förstörelse och förföljelse, verkar medlemmar-
nas största intresse vara att se till att ingen flykting ska komma till just det egna landet. I alla fall inte någon som har fel
hudfärg eller fel religion.

Ni talar om människor på ett sätt som för tankarna tillbaka till de mörkaste epokerna i Europas historia. Europa måste
vara bättre än så här. Vi måste klara att upprätthålla en ordnad fungerande migrationspolitik som respekterar asylrätten i
varje land.

Dublinförordningen har havererat och det är orimligt att lämna hela ansvaret till första ankomst-länder. Det är lika
orimligt att fortsätta på detta egoistiska sättet. Europa kan mer, och vi borde inse att vi är den kontinent som är rikast
i hela världen. Om vi inte gör det här, vem ska då göra det?

Eleonora Forenza (GUE/NGL). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, devo dire che sono agevolata in molte delle
cose che vorrei dire da quanto ha detto stamattina il Presidente Mattarella, in particolare riferendosi a quanto sia odiosa
la sovrapposizione dettata da una cultura xenofoba tra il tema dei migranti e la questione della lotta al terrorismo.

Provo a intervenire nel merito delle conclusioni del vertice di cui stiamo parlando, devo dire con un entusiasmo quasi
nullo, perché io credo che questo vertice, come dicono peraltro moltissime ONG, abbia sostanzialmente contribuito a un
ulteriore processo di esternalizzazione delle frontiere, piuttosto che di sostegno alla cooperazione, e credo anche che
non si possa ragionare delle cause profonde del processo migratorio senza parlare della guerra, delle guerre che abbiamo
già fatto in Iraq, Afghanistan, Libia e Siria.

E mi rivolgo alla signora Mogherini, che ha accolto l'appello di Hollande: io mi auguro che il futuro di questa Unione,
che il suo cemento, non sia nel richiamo alla guerra, perché la guerra alimenta altro terrorismo.

La lotta al terrorismo si fa costruendo pace e costruendo cooperazione.

Bodil Valero (Verts/ALE). – Herr talman! De svenska grönas grundinställning är att alla människor ska få flytta, men
ingen ska behöva fly. Men idag är situationen inte den, utan den frivilliga migrationen är en väldigt liten del och mycket
mindre än den ofrivilliga. Ni kallar dem istället för irreguljära. Jag säger ofrivilliga och det gör jag därför att de männis-
kor vi talar om faktiskt inte lämnar sina länder för att de vill det, utan för att de måste. De lämnar på grund av
klimatpåverkan, de lämnar på grund av fattigdom, på grund av konflikter, på grund av krig och förtryck, av många
olika skäl. De tvingas på flykt, men vi ska i alla fall inte kalla dem illegala, som man sa tidigare. Ni säger irreguljära. Jag
menar att det är ofrivillig migration det handlar om.

Jag är glad att Valettmötet faktiskt tog upp frågan om grundorsakerna som första punkt av de fem punkterna, för det är
grundorsakerna vi måste arbeta med om vi någon gång ska kunna komma till rätta med denna ofrivilliga migration som
det faktiskt handlar om.

Diane James (EFDD). – Mr President, so the European Union decision-makers decamped to Valletta. Not a bad destina-
tion for a wintry mid-November. But what about those Serbian refugees – 5 000 per day, so they estimate – I wonder
how they feel? Deliverables? Quite frankly, nothing. At best, not much. Surprisingly, the European Union has to a certain
degree my empathy, namely: constructed policies and plans but overtaken by events.

But, European Union, these were events of your own making. Surely the European Union's own risk and outcome analysis should have identified that a plan effective for a small number of well-educated refugees might work, but for an absolute deluge of economic migrants and some genuine war-impacted refugees it is never going to work. Does anything emanating from the Valletta event change or address what is happening? It does not. Do the carefully-crafted words make it any less likely the individuals will avoid hazardous, death-enhancing journeys for an economic future in the European Union? It does not.

The European Union promises to address root causes and fails miserably. Words, words and more words, as usual – in fact, three pages and 2 000 words of nonsensical doublespeak – lots of acknowledgments, recognitions and words like that. Would it not be nice – and honest with our citizens – if, for once, the European Union would admit failure, stop the sticking-plaster approach and definitively halt the people movement and pan-European flow? Yes, it requires a proper rethink, but anything else is merely perpetuating the problem, the outcome and, ultimately, the terminal fractures in the European Union concept, and the latter point is the only one I agree with.

Mara Bizzotto (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, siamo qui a parlare dell'ennesimo inutile *summit* straordinario sull'immigrazione. Ma di cosa avete discusso a Malta? Ma, soprattutto, di cosa stiamo parlando qui, oggi? Oggi, voi tutti – Commissione, Consiglio e la stragrande maggioranza dei parlamentari – dovrete chiedere scusa ai cittadini europei. Voi che per tanti anni avete detto e ancora oggi continuate a dire che l'immigrazione è una grande opportunità per l'Europa. Voi che non avete ancora capito che non possiamo accogliere altri immigrati. Voi che continuate a dire, nonostante la strage di Parigi, che bisogna accogliere, integrare, volerli bene.

Quello tenutosi a La Valletta è stato un tavolo con tanti capi di Stato assenti e chi era presente o era muto o era sordo. Ma lei, signora Mogherini, è ottimista e viene a dirci che tutto è andato bene a Malta, che finalmente l'Europa ha capito. Le chiedo: perché ci sono voluti tanti anni per capire che bisognava fare i centri di identificazione in Africa? Che bisognava aumentare la cooperazione con l'Africa?

Io e il mio gruppo lo ripetiamo da tanti anni: inascoltati. Le sue belle parole sono ridicole e purtroppo lei non è credibile come l'Europa non è credibile. Ora, dopo quello che è successo a Parigi, non bastano le parole. Bisogna agire, fare, subito e con coraggio. Non possiamo aspettare un anno e nemmeno un mese, non possiamo aspettare il prossimo *summit*.

Anni e anni di insensata accoglienza, senza i dovuti controlli, hanno lasciato entrare in Europa migliaia di clandestini, di cui ora non sappiamo nulla. Siamo vulnerabili perché non siamo in grado di proteggere i confini esterni e i confini interni non ci sono più. Immigrati clandestini e terroristi islamici girano tranquillamente. Bisogna subito sospendere Schengen senza se e senza ma.

Una domanda signora Mogherini: ma non avevate deciso che 160.000 profughi andavano ricollocati subito? Risultato: dall'Italia e dalla Grecia sono partiti 150 profughi. E poi una cortesia: lei ha il numero di cellulare di Renzi. Lo chiami e gli spieghi che Paese è l'Arabia Saudita, dove lui si è recato l'8 e 9 novembre. Non è un partner commerciale. È piuttosto un Paese che finanzia i terroristi; è un paese dove esiste la Shari'a; è un paese in cui nei giorni della sua visita sono state decapitate quattro persone! Mentre Renzi si faceva fotografare con il ministro degli Interni, con il principe e con il re, venivano decapitate quattro persone. Una vergogna per Renzi, ma credo una vergogna anche per lei.

(L'oratore accetta di rispondere ad una domanda «cartellino blu», articolo 162, paragrafo 8 del regolamento)

Hilde Vautmans (ALDE), “blauwe kaart”-vraag. – Ik had al een paar keer een teken gegeven, omdat ik hier toch heel wat punten ter sprake hoorde komen waaruit naar voren kwam dat de oplossing niet in Europa lag, terwijl wij denken dat de oplossing net ligt in méér Europa.

Mevrouw, u hebt net in uw betoog gezegd: we moeten minder Schengen hebben. Mijn vraag aan u is: denkt u nu echt dat we het probleem kunnen oplossen door terug te keren naar het bewaken van de eigen grenzen? Ik denk dat de oplossing ligt in meer Europa, het beter beschermen van de buitengrenzen en een betere Europese inlichtingendienst.

Mara Bizzotto (ENF), *Risposta a una domanda «cartellino blu»*. – Premesso che il mio passaporto è stato controllato quando sono venuta qua a Strasburgo – giustamente! – credo sia giusto controllare i confini, perché i terroristi sono andati impuniti, dal Belgio alla Francia e sono venuti anche in Italia. Sono venuti vicino a casa mia quei terroristi e quindi per la sicurezza, per il bene dei cittadini, i controlli devono esserci: meno libertà ma più sicurezza.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Panie Przewodniczący! Jeżeli przywrócenie dawnych granic było dobre, to jeszcze lepsze byłoby zrobienie granic między Bawarią a Wirtembergią, między Szampanią a Francją, między Krajem Basków a Hiszpanią. Wokół Paryża są jeszcze stare mury. Proponuję te mury odnowić i postawić strażników na murach, żeby pilnowali, żeby nikt nie wszedł do Paryża. To jest logiczna konsekwencja tego, co Pani mówi. Musimy zrobić co innego, musimy nie dać się zastraszyć. Proszę Państwa, w Paryżu zginęło 130 osób, rocznie we Francji ginie 4000 ludzi pod kołami samochodów. Samochody są 30 razy większym problemem niż terroryści, a nie histeryzujemy z powodu samochodów. Nie możemy dać się terrorystom zastraszyć, mamy robić *business as usual* i koniec. Musimy wrócić do wartości europejskich, że się nie boimy śmierci, musimy odrzucić *acquis communautaire*, przywrócić karę śmierci dla terrorystów oczywiście. Nie może być tak, że oni nas mogą zabijać, a my ich nie. Musimy wrócić do Europy, odrzucić Unię Europejską, wrócić do Europy.

Françoise Grossetête (PPE). – Monsieur le Président, au sommet de La Valette, Européens et Africains ont conclu une déclaration politique et un plan d'action. Mais, à la lecture, ces mesures sont totalement dérisoires et décevantes au regard de l'urgence et de la gravité de la situation.

La population de l'Afrique compte 1,2 milliard d'habitants et, d'ici 30 ans, elle en comptera un milliard de plus. L'Union européenne se trouve actuellement face à une urgence: il s'agit de stabiliser le flux migratoire. Mais elle doit aussi prévoir l'avenir et, si l'Afrique n'arrive pas à se développer, il y aura encore plus de migrants, plus de jeunes qui, tous connectés, iront chercher leur avenir en Europe, qui est encore l'eldorado à leurs yeux.

Aujourd'hui, les deux tiers de la population africaine n'ont pas accès à l'énergie, à la lumière. Or, l'accès à l'énergie, c'est l'accès à l'eau, à l'eau potable, c'est l'accès à la santé, à l'éducation, à l'emploi, à la sécurité. Pourtant, l'Afrique a un réel potentiel de développement d'énergies renouvelables. Ce qui lui manque, c'est la capacité d'investissement. Alors, que faire? Le G20 a reconnu l'urgence de limiter le réchauffement climatique à deux degrés en 2100 par rapport à l'ère préindustrielle, mais la COP 21 va-t-elle savoir résoudre la question du financement? C'est de 100 milliards de dollars par an que nous avons besoin, d'ici 2020. Aidez les pays tiers à passer à une économie décarbonée.

Si l'on veut réduire et stopper le flux migratoire, l'Europe doit aider les pays d'Afrique, les aider à éduquer leurs enfants, à former leur jeunesse et leur procurer un emploi sur place. Mais aucun développement n'est possible dans un monde moderne sans énergie. Trop de temps a été perdu.

Alors, oui, les États membres doivent prendre des mesures urgentes et décisives, sinon les générations futures d'Afrique et d'Europe nous reprocheront notre immobilisme. En contrepartie, les États d'Afrique doivent tout faire pour être des partenaires de l'Union européenne et lutter contre le terrorisme, contre l'immigration illégale et contre la radicalisation.

Enfin, il serait temps que l'Union pour la Méditerranée ne soit pas qu'une coquille vide.

Pervenche Berès (S&D). – Monsieur le Président, de La Valette je veux retenir un message: l'Union européenne s'est souvenue qu'elle était voisine de l'Afrique et que les conditions de développement de l'Afrique constituaient une question qui la concernait. Merci, Madame la Vice-présidente, d'avoir rappelé que nous n'allions pas marchander, négocier cette aide au développement de l'Afrique contre un arrêt des migrations. Ce sont deux affaires bien distinctes.

L'Europe a une responsabilité vis-à-vis de l'Afrique. Je me souviens d'un temps où les États membres étaient mobilisés pour mettre en œuvre les résolutions qu'ils avaient prises tous ensemble afin d'apporter une aide à hauteur de 0,7 % de leur PNB pour le développement d'espaces, comme l'espace économique de l'Afrique. Ce sont des chiffres que nous ne citons même plus! Il faut retrouver cette tendance, cette capacité de coopérer avec ceux qui se débattent dans des régimes et dans des régions qui ne connaissent pas le développement économique de manière sereine.

Du sommet du G20, je retiens l'engagement à lutter contre le financement du terrorisme. Alors, en tant qu'Européens, il faut aller plus loin. Il faut être cohérents. Lorsque nous demandons ici une publication d'informations pays par pays, que demandons-nous? Nous demandons que nos multinationales paient leurs impôts là où elles font leurs profits, ici et là-bas. Voilà des mesures très concrètes que, dans l'esprit qui a prévalu à La Valette, nous pourrions mettre en œuvre. De la même manière, lorsque nous demandons que cessent les importations des minerais des régions en conflit, nous contribuons à une juste rémunération, à un apaisement et à un développement économique, dans de meilleures conditions, de l'Afrique.

Voilà notre responsabilité: poursuivre inlassablement le travail en faveur d'un renouveau de la coopération, dans l'intérêt de l'Afrique et dans le nôtre également, avec aussi une mobilisation contre cette finance folle, cette fiscalité qui échappe à l'intérêt des citoyens européens, mais aussi des Africains.

Ulrike Trebesius (ECR). – Herr Präsident! Die Gipfel von Valletta und Antalya sind ohne richtungsweisende Ergebnisse geblieben. Noch immer erreicht ein stetiger Strom von Migranten Europa, und die Uneinigkeit in der EU ist ohrenbetäubend. Während immer mehr Länder ihre Grenzen schließen, möchte Frau Merkel Europa für alle öffnen. Die vernünftigeren unter den EU-Regierungen machen da nicht mit.

Gerade die EU ist von Kooperation abhängig. Merkels Alleingang hat hier gewaltigen Schaden angerichtet. Es ist erstaunlich, dass praktisch der gesamte Deutsche Bundestag, der sonst sehr pro-europäisch argumentiert, diesen dauerhaften Schaden für die EU in Kauf nimmt. Es wäre hilfreich, wenn die Parteien in Deutschland die europäische Realität und die unterschiedlichen Meinungen unserer Nachbarn zur Kenntnis nehmen würden.

Die von Frau Merkel nun eingeforderten und in Deutschland propagierten Kontingente sind doch nur ein anderes Wort dafür, Obergrenzen einzuziehen. Man pirscht sich langsam an die Realität heran – in Deutschland und in Europa. Es wäre aber besser, man würde hier endlich beherzt vorangehen, anstatt immer nur hinterherzulaufen.

Nathalie Griesbeck (ALDE). – Monsieur le Président, un espoir, un constat, une bonne chose.

Une bonne chose, saluons tout d'abord — et disons-le haut et fort devant M^{me} Mogherini — l'organisation pour la première fois d'un sommet UE-Afrique, en mettant les uns et les autres, sur un pied d'égalité, à la même table.

Un constat un peu en demi-teinte, et nous avons été nombreux à le dire ce soir: nous faisons de grandes annonces. On annonce des sommets, des conférences internationales, un G20 auquel on inscrit pour la première fois la question migratoire à l'ordre du jour. Mais, quel en est le bilan? Les uns et les autres l'ont dit, ces rencontres ne présentent pas des résultats à la hauteur des espoirs, ni à la hauteur des questions essentielles et fondamentales qui nous sont posées. Pourtant, on aurait pu saisir ces occasions pour apporter des réponses réalistes aux urgences.

Et puis, un espoir, évidemment, à savoir que l'Afrique et l'Europe ont des destins qui ne sont pas strictement communs, mais qui sont indissociablement liés et qui nous imposent de coopérer davantage et de consolider nos approches.

En conclusion, avant de donner des leçons ici ou là et spécialement aux pays africains, l'Europe doit montrer sa capacité à gérer de façon humaniste et appropriée les questions stratégiques qui sont les nôtres, notamment la crise migratoire avec les pays d'Afrique.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Mr President, well I do not know about the rest of you, but the conclusions from the Summit did not fill me with optimism at all. Were they the best that they could come up with? When I read through the conclusions I must say I despaired – and how dare me, with the life that I have. Throw a few jobs and scholars at the people who are being persecuted – to entice them to stay in conflict zones?

To try and help to stop the flow of irregular migration, what we need are immediate, meaningful steps to address the humanitarian crisis at Europe's borders. The people fleeing these conflicts and oppression from Libya, from Eritrea, from Yemen, are not 'irregular' anything. They are not migrants. They are desperate human beings attempting to escape the horrors of war. They are refugees that need safe and legal access and routes. They are refugees who need their fundamental rights, and freedom, and dignity protected by the EU.

The scenes of a 3-year-old boy, washed up on a beach like a wave – he should never have been found dead on a beach. He should have been playing on a beach, and we should never forget that image. Therefore, it is up to us, and we have a responsibility and a duty to do much, much more. Those conclusions were absolutely shameful! Disgraceful! We should all hang our heads in shame if that is what we are recommending to address this awful problem.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Olaf Stuger (ENF), *"blauwe kaart"-vraag*. – Ik ben zeer onder de indruk en ook mij hebben de beelden natuurlijk enorm geraakt. Deze mevrouw vertelt over wat er allemaal gedaan moet worden en wie allemaal wat moet doen. Maar mijn vraag aan deze dame is: wat doet zij zelf? Hoeveel vluchtelingen heeft zij op dit moment zelf in haar huis opgenomen om het goede voorbeeld te geven?

Martina Anderson (GUE/NGL), *blue-card answer*. – Unfortunately for us in the north of Ireland it is a reserved matter, which means it is still in the hands of the British Government. However, our government in the north of Ireland has said that we will take a thousand, and by now we are still putting things in place. Work is being done by the Executive, by the Office of the First and Deputy First Minister, by the Department of Social Development (DSD) and by many groups and organisations which are obviously prepared to do a lot more than you have done, because that image obviously did not affect you enough.

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, dass jetzt auf einmal, wo viele Menschen zu uns kommen, viel mehr über die Bekämpfung der Fluchtursachen gesprochen wird, dass das auf einmal Hochkonjunktur hat. Ich erinnere mich, dass ich viele Jahre – wie viele andere auch – davon gesprochen habe, dass die Entwicklungszusammenarbeit erhöht werden muss, dass tatsächlich die wirklichen Fluchtursachen bekämpft werden müssen: eine ungerechte Handelspolitik, eine ungerechte Fischereipolitik, Agrarpolitik der Europäischen Union. Aber damals kam ich mir immer vor, als ob man gegen Gummiwände spricht. Jetzt auf einmal drängt sich der Verdacht auf, dass es vor allem darum geht, die Flüchtlinge abzuhalten, uns abzuschotten und zu sagen: Bitte ja keine mehr. Da gibt es Versprechungen – ja, auch beim Gipfel von Valetta –, wieviel Geld jetzt gezahlt werden soll. Doch woher sollen wir glauben, dass das jetzt endlich kommt? Die Versprechungen, auch in den Klimafonds einzuzahlen – jetzt, kurz vor Paris? Wie sollen wir glauben, dass das wirklich geschehen wird, wenn in der Vergangenheit nie seit 45 Jahren zum Beispiel das 0,7-Ziel für die Entwicklungszusammenarbeit erreicht wurde? Wir brauchen hier Taten und nicht nur immer neue Versprechungen!

Ignazio Corrao (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, diciamocelo chiaramente colleghi: in questi vertici di Antalya e di La Valletta si è persa un'opportunità soprattutto con la storia. Perché potevano essere dei vertici in cui segnavamo delle linee rosse, in cui mettevamo dei punti fermi per il futuro e dei vertici di cui si sarebbe potuto parlare, in futuro, come dei momenti in cui è cambiato qualcosa.

Invece, da questi vertici non è cambiato niente. Era il momento, era l'opportunità per discutere delle cause profonde all'emigrazione e per concentrarci appunto su quelle che possono essere le politiche del futuro e per evitare queste grandi migrazioni, soprattutto dall'Africa.

Ma erano anche dei vertici in cui si poteva discutere di priorità economiche, di chi finanzia il grande mercato delle armi globali; si poteva segnare una linea rossa da non oltrepassare per capire cosa c'è dietro ai grandi movimenti terroristici e alle grandi migrazioni.

Si è persa un'opportunità con la storia; si è persa un'opportunità che poteva essere un momento che avremmo ricordato in futuro.

Mario Borghesio (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, mi sarei aspettato, da parte dell'appena uscita Alto rappresentante, qualche parola chiara, dopo tutto quello che è stato detto in questi giorni sulla grande coalizione, sull'atto criminoso, atto di guerra posto in essere dal califfato turco nei confronti di un aereo russo in missione anti-terrorismo. Eppure questa dichiarazione, questa presa di posizione non c'è stata, almeno in quest'Aula e lo considero un fatto molto grave e molto significativo. L'Europa continua a essere vile e continua a fidarsi del califfo Erdoğan, pensate un po'!

In relazione al *summit* africano, posso dire che se la politica africana dell'Europa emerge dai risultati del *summit* di La Valletta, Dio ce ne scampi! Praticamente un nulla assoluto. Un nulla di concreto sui rientri: eppure c'è l'accordo di Cotonou che dovrebbe presidiare i nostri diritti e vederli rispettati.

L'Alto rappresentante continua a parlarci dei suoi amici africani; sono ben contento che abbia tutte queste amicizie, perché agli amici si parla chiaro. E allora ai leader africani bisogna parlare chiaro in termini di rientri. Perché questo è un obbligo a cui sono tenuti anche da accordi conclusi sotto l'egida dell'Unione africana. Ma nessuno lo dice. Nessuno, parlando dell'Africa in quest'Aula, ha parlato dello spreco che in questi decenni di post colonialismo è stato fatto dalle multinazionali sui beni, sulle risorse minerarie e naturali dell'Africa, causa prima dell'immigrazione.

Ne parlerà sicuramente il Papa. Dobbiamo aspettare i risultati dell'ottima, importante visita del Papa in Africa per sentire delle parole di condanna, che forse anche da quest'Aula, a cominciare dall'Alto rappresentante si sarebbero potute attendere

E poi le conclusioni del G20: penose, grottesche! La maggiore preoccupazione è stata quella di dire che non è terrorismo islamico: una vergogna! Aveva ragione la Fallaci: questa Europa è e resta vile!

Elisabetta Gardini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi qui ci affanniamo a dire che non c'è nesso tra terrorismo e immigrazione. Per certi aspetti è vero ma sappiamo anche che proprio questo nesso tra terrorismo e immigrazione ha già spostato pesantemente la pubblica opinione, per esempio, in Francia. Non basterà che noi semplicemente continuiamo a ripetere: «non c'è nesso tra terrorismo e immigrazione» perché cambi questa percezione e perché poi sia vero fino in fondo. Lo spieghiamo dicendo, per esempio, che molti di questi terroristi sono cittadini europei che erano nati nelle nostre città, cresciuti nei nostri quartieri.

Sì, è vero: ma se non abbiamo saputo integrare questi cittadini che sono arrivati, che sono cresciuti qua, come accoglieremo questi tanti che stanno arrivando e che dovremmo accogliere e integrare? Come? Secondo quale modello? Noi dobbiamo fare un bagno di realtà perché abbiamo tollerato l'intollerabile. Abbiamo tollerato che nei nostri quartieri si praticasse e si applicasse la Shari'a. C'è un'associazione straordinaria in Italia che aiuta le donne islamiche, la quale da anni e anni ci dice che molte donne arrivano dai loro paesi e hanno in Italia una vita peggiore di quella che avrebbero avuto nel loro paese. Che da noi viene in qualche modo tollerata, per esempio, la poligamia, mentre nei loro paesi oramai è vietata. Sono più arretrate e più fondamentaliste certe comunità che stanno da noi, alle quali noi permettiamo di fare cose che nei loro paesi d'origine non si potrebbero fare: è una contraddizione pazzesca ma l'abbiamo tollerata.

Allora noi dobbiamo uscire da questo relativismo culturale. Noi dobbiamo uscire e cito di nuovo Carlo Nordio, che ho citato oggi, perché noi rischiamo proprio di rinunciare alle nostre libertà: «Non è mai stato – sostiene Nordio – così grave e attuale il pericolo, che non risiede nelle misure legali annunciate da Parigi o in quelle anche più restrittive in corso di studio e approvazione. Il rischio, invece, deriva dall'abdicazione progressiva insidiosa che da anni e forse da decenni la cultura occidentale sta esibendo nei confronti delle cosiddette culture diverse».

Dobbiamo guarire da questo morbo altrimenti non basteranno dieci o centomila *summit* di La Valletta per risolvere il problema.

Tanja Fajon (S&D). – Hvala, predsedujoči. Afrika je v krču, Bliznji vzhod, Evropa je v krču. Na stotisoče obupanih ljudi danes beži na evropska tla. Še vedno smo pretreseni zaradi brutalnih napadov v Parizu, novih groženj s terorizmom.

Če se ne bomo odzvali skupaj, če se bomo predali strahu in začeli ograjevati z zidovi, to ne bo obvarovalo nikogar. Države so na zunanji meji Unije zgradile že več kot 235 km ograj, več kot 175 milijonov evrov smo plačali. To ni ustavilo ljudi, to jih je samo preusmerilo na druge poti, balkansko pot, kjer situacija danes vre! Prav danes se na pobudo Slovenije in Hrvaške v Zagrebu sestajajo voditelji držav Zahodnega Balkana.

Voditelji Unije so v zadnjih tednih sprejeli vrsto ukrepov, tudi v Valetti, zbiranje sredstev za nujno pomoč, vzpostavljanje varnih in pravnih poti do Evrope, premeščanje, registracija ljudi. A kje so danes ta obljubljena dejanja? Kaos na naših mejah je vsak dan večji.

Mnoge države, tudi moja Slovenija, čutijo, da so prepuščene same sebi. Skrbi me, ker večina mojih sodržavljanov danes verjame, da so ograje prava rešitev.

Evropejci izgubljajo zaupanje. Države si ne zaupajo več, odgovornost prelagamo drug na drugega. Ceno bomo nazadnje plačali vsi.

Begunska in migrantska kriza je izjemen izziv za Unijo, a je daleč od tega, da bi predstavljala grožnjo njenemu obstoju. Če bi znali upravljati s priseljevanjem, bi znali tudi identificirati varnostne grožnje, preden do njih sploh pride. Če ne bomo znali, bodo države nadaljevale politiko lastnih ukrepov, ki namesto v integracijo vodijo v zelo nevarno izolacijo. Potem bo Schengen resno ogrožen.

Evropo prihodnosti čaka še večji izziv integracije ljudi v našo družbo, ki so in bodo ostali na evropskih tleh, in ne želimo si ustvariti nove getoizacije, od koder danes izvirajo problemi radikalizacije mladih, kjer narašča nasilni ekstremizem. Priporočam ogled filma Sredozemlje, ki je bil včeraj med finalisti nagrade Lux, o iluzijah in stereotipih.

Italijanski predsednik Mattarella je danes tu dejal: nobena država se ne bo mogla spopasti sama ne glede na to, kako ponosna ali močna je. In strinjam se z njim.

Ukrepajmo, dokler je čas za Evropo, za Afriko, za vse ljudi, ki imajo pravico živeti v miru in stabilnosti kjer koli.

Roberts Zīle (ECR). – Diemžēl domāju, ka visumā pareizi Valletas samita 5 punktu darbības plāns nevarēs tikt izpildīts, tāpēc, ka naudas tam ir atvēlēts krietni mazāk nekā, piemēram, darījumā ar Turciju, bēgļu nomitināšanai un robežu sargāšanai. Un kāpēc tas notiek? Tas notiek tāpēc, ka dažu Eiropas Savienības valstu līderu politiskā karjera ir atkarīga no tā, vai izdosies apturēt šo Turcijas – Grieķijas robežšķērsošanu.

5 punktu plānā, manuprāt, tomēr lielākam akcentam vajadzēja būt uz ātru to repatriējamo personu nosūtīšanu atpakaļ, kas neiegūst bēgļa statusu. Jo, jo ilgāk viņi paliek nelegālā statusā Eiropas Savienībā, jo viņi vairāk pakļaujas ekstrēmisma kriminalitātes draudiem.

Par G20. Tajā gaisotnē, kas bija terorisma sakarā – par viņa saknēm, es domāju, ka Eiropas Savienības pilsoņi netic tam, ka džihādisti Eiropā uzaug paaudzēs un ir tikai tie, kas mitinās Eiropā un ir ES pilsoņi, un neviens potenciālais džihādists nav no tiem, kas iekļūst šī gada laikā – nelegālās migrācijas laikā. Es domāju, ka netic arī, ka, apvienojot šīs ģimenes, kam ir radnieciskās saiknes, — tos, kas ienāks šogad ES, apvienojot ar tiem, kas jau šeit ir dzīvojuši, mazināsies džihādisma piekrišana Eiropas Savienībā.

Gérard Deprez (ALDE). – Monsieur le Président, j'aurais vraiment aimé saluer les résultats du sommet de La Valette mais, malheureusement, je suis resté sur ma faim.

Si la déclaration finale est pleine de bonnes intentions, le plan d'action qui l'a conclu est en réalité un paquet hétéroclite qui juxtapose plutôt qu'il n'intègre les demandes des uns et les réticences des autres. Bref, des Européens déçus, des Africains frustrés. Maigre bilan!

Et, franchement, je ne parviens pas à trouver que la création d'un fonds fiduciaire de 1,8 milliard d'euros mérite les éloges dithyrambiques de certains. Cette somme est dérisoire par rapport aux besoins réels et aux besoins futurs du continent africain. Elle est dérisoire par rapport aux 20 milliards que nous injectons déjà chaque année au bénéfice du développement africain.

D'une manière générale, d'ailleurs, nous faisons peu pour les pays qui se gèrent, qui s'améliorent et qui nous aident vraiment. Je pense, en particulier, au Maroc et à la Tunisie. Par contre, nous allons donner trois milliards à un pays, la Turquie, qui laisse agir les passeurs librement, qui profite sans vergogne du trafic de pétrole de Daesch, qui bombarde les Kurdes et qui vient, en abattant un avion russe, d'hypothéquer la création d'une grande coalition contre Daesch.

Il y a vraiment de quoi s'interroger.

Malin Björk (GUE/NGL). – Mr President, yesterday was a sad day for everyone who believes in a Sweden and Europe that take responsibility and welcome refugees. A beacon of hope for many refugees, Sweden turned off its lights and decided to more or less close borders and all but stop the so-important right to family reunification. A colleague spoke about it earlier.

My party does not share this decision – this is not the way forward. It is not the way forward for Sweden and it is certainly not the way forward for Europe. Nor are the Valletta actions the way forward. What is taking shape is a regime for holding back refugees, making African countries a buffer zone, making them responsible not only for holding but even for stopping refugees. The focus on smuggling, on fighting irregular migration, on returns, on cooperation with dictatorships such as those in Eritrea and Sudan, are proof of this. This is not the way forward.

I repeat that we have to find a way forward, and the focus should be on finding legal ways. But also we also have to strengthen our capacity to receive the people seeking protection and to share this responsibility. And so my question is very honest here: why are the Council and the Commission not putting all – and I mean all – their efforts into this point? Where is your priority list heading? It should not be to outsource our borders, it should be to receive refugees in a dignified way and to share that responsibility.

(Applause)

Rolandas Paksas (EFDD). – Taigi, Valetos ir G 20 susitikimai. Dar kartą ir dar kartą politiškai korektiškai buvo užsiminta, kad terorizmas negali būti siejamas su jokia religija ar etnine grupe. Norėčiau pastebėti, kad teroristai, matyt, nelabai skaito pranešimus ar klausosi spaudos konferencijų, kadangi pastarosiomis dienomis viešoje erdvėje apstu vaizdo įrašų, kai įvairių konfliktų fone būtinai paminimas vienas didelis dievas. Ponai, nei į Europą, nei į ją supančias šalis ir iš jų kylančias problemas nebegalima žiūrėti pro rožinius akinius. Esminiai sprendimai turi būti daromi jau šiandien ir reikia sprendimų dėl asmenų, kirtusių išorinės Europos Sąjungos sienas be tapatybės dokumentų, neatidėliotino grąžinimo į jų kilmės šalis. Reikia sprendimų dėl išorinės Europos Sąjungos sienos nuolatinės kontrolės ir stebėjimo. Būtinai sprendimai dėl silpstančios ekonomikos padarinių amortizacijos. O teroristiniai veiksmai ir kova prieš juos anaipol nepasitarnauja ekonomikos augimui.

Vicky Maaijer (ENF). – De verwachtingen van de naïeve eurofiële elite voor de top van Valetta waren hooggespannen, want er zouden *deals* worden gesloten met Afrikaanse landen, zodat illegale immigranten direct zouden worden teruggenomen. De stroom illegale immigranten vanuit Afrika zou nu echt worden ingedamd. Maar, voorzitter, uiteraard is daarvan, in lijn met het algemeen falen van de Europese Unie, helemaal niets terechtgekomen. Want heel Afrika was natuurlijk maar op één ding uit. Meer geld van de Europeanen en dat hebben ze nog gekregen ook. Honderden miljoenen belastinggeld bovenop de miljarden die Afrika al krijgt, werden in een *trust fund* gepompt. Maar er werd niet enkel met belastinggeld gestrooid om Afrikaanse landen tevreden te houden. Nee, Afrika krijgt ook simpeler visumprocedures.

Deze top is een groot fiasco gebleken. Er gaan weer miljarden naar Afrika en als dank komen er ook nog meer Afrikaanse gelukszoekers naar de Europese Unie. En als het aan mijn partij, de Partij voor de Vrijheid, ligt, gaat er geen cent meer naar Afrika en besteden we ons belastinggeld in ons eigen land en sluiten we onze grenzen.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). – Tisztelt Elnök úr, Biztos úr, Miniszter úr, tisztelt Képviselőtársaim! Túl vagyunk a valettai csúcstalálkozón, és a migránsválságnak önmagában is nehéz heteit most még a párizsi terrorcselekmények is enyhén szólva beárnyékolják, inkább azt mondhatom, hogy tetézik. Úgy vélem, hogy szükséges most beszélni azokról az irányvonalakról, amelyek a felerősödő népmozgások mögött állnak. Felteszem a kérdést Önök számára, hogy villámcsapásként ért-e bennünket ez az eseménysor, aminek most tanúi vagyunk, vagy várható volt? Az arab tavasz tapasztalatai világosak voltak a tekintetben, hogy mennyire lehet exportálni a demokráciát olyan térségekbe, ahol feltehetően még erre a feltételek nem értek meg. E kudarcból következik az is, hogy a szellemi főáramlatba bekerülő társadalmi elméletek a nyugati jólétről, s ezen elméleteknek a népszerűsége a mostani népvándorlást eredményezte.

Képviselőtársaim! Ma már ott tartunk, hogy versenyt futunk az idővel Schengenért, Schengen megmentéséért. Rossz szájjal hallottam, hogy mini-Schengenről kezdünk el beszélni, mintha eleve feladtuk volna ezt a versenyt. Egy versenyt nem szabad feladni, a legvégsőig küzdeni kell. Schengen, a szabad mozgás az európai integrációnak az a része, amiről azt mondhatjuk, hogy minden állampolgár érzi az Európai Unión belül. Ez egy olyan vívmány, amely ha elbukik, Képviselőtársaim, minden eleshet! Ezért minden eszközt be kell vetnünk annak érdekében, hogy megvédjük ezt az uniós jelképünket. Sajnálatos tény számomra, hogy az európai politikai elit mindig azzal védi zsákutcás politikáját, hogy a terroristák, a párizsi terroristák nem friss migránsok, hanem második, harmadik generációs bevándorlók közül kerültek ki, ezért a tárt kapuknak a politikája nem veszélyes, és nem is szorul változtatásra. De a lényeg mégis inkább az, hogy a nemzedéki magyarázat épp arról tereli el a figyelmet, hogy a hetvenes években betelepült muszlimokat munkahely és boldogulás várta, ellenben a mostani migránsokat már nem ez. Kérem, hogy vizsgáljuk felül az elméletünket, hogy ne veszélyeztessük az európai uniós vívmányokat.

(A felszólaló hozzájárul egy „kékkártyás kérdés” megválaszolásához (az eljárási szabályzat 149. cikkének (8) bekezdése).

Charles Tannock (ECR), blue-card question. – You mentioned – in translation at least – that, if Schengen falls, that is the end of the European project. Well, for a country like mine – the United Kingdom, which is outside Schengen – that is slightly bizarre. It is saying that we should not really be in the European Union at all. I have no problem whatsoever in showing my passport when I cross back into my country.

It is perfectly clear, sadly, that Schengen, no matter how well intentioned, was facilitating the movement of criminals, terrorists, arms and weapons, with no border checks. But also there was no exchange of information between police forces and security services and a weak external border of the European Union. Clearly, you cannot have this. You either have to have a strong external border and a Schengen or, basically, the reintroduction of national controls. My country also has a problem now because of what is happening in Calais. So how can you say Schengen is indispensable to the European project? Explain, please.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), Kékkártyás válasz. – Köszönöm szépen, Képviselő úr, kérdését! Itt nem az útlevelelről van szó, Képviselő úr, itt a belső piacról van szó. Arról van szó, hogy az Európai Uniónak az egyik legnagyobb lehetősége, hogy a belső piacot ki tudjuk teljesíteni. Ennek van technikai része, ide tartozik például Schengen is. Ha csak az útlevelelről szólna, én is szívesen felmutatom az útlevelemet, ha éppen az Önök országába megyek. Ami pedig azt illeti, az állampolgárok keveset értenek a belső piacból, de könnyen megértik, hogy létezik Schengen. Amiben viszont egyetértünk: azért hozzuk a jogszabályainkat, hogy tartsuk be, és azért ülünk itt, hogy a lehető leginkább gazdasági növekedésről, munkahelyteremtésről beszéljünk, ehhez meg kell a belső piac, és kell Schengen.

Richard Howitt (S&D). – Mr President, I was proud to represent the S&D Group in Valletta. I greatly appreciate that it was our own former colleague, Prime Minister Muscat, giving such European leadership, and I was inspired by efforts to find solidarity between Europe and Africa in tackling the refugee crisis. We do need more, not less political will, and we must not be deflected by the terrorism outrages. Refugees are the victims of violence, not its perpetrators.

Did the summit fall short? Of course. My Group argues for safe legal routes for migration as an essential part of combating illegal migration. We are in favour of a more-for-more approach but do not see sufficiently more. We are opposed to tied aid conditionality and insist there must be genuine new money, not recycling of existing development assistance, if new cooperation from our partners is to be expected in return.

We need high numbers to be resettled when developing countries already house over 86% of the world's refugees. In seeking readmission agreements, Europe must be far more robust in standing out against any suggestion of forced return. The long-term solution to the refugee crisis can only come in conflict resolution, sustainable development and good governance, which prevents people from wanting to leave their homes in the first place.

Last month I met refugees, not in Africa but in Lebanon, but all were parents seeking to save the lives of their children. There are no waves, no walls and no watchtowers high enough that would prevent those families from fleeing. Which of us would do differently? We meet today as the fragile European unity on this issue, including from my own country Great Britain, appears to be approaching a breaking point. There are those opposite who celebrate European disunity and who would close European borders altogether. The way we resist those political pressures on this side is through respect for international law and by appealing to the basic humanitarian instincts amongst the people we represent and which we feel ourselves. There must be order, there must be fairness within our societies, there must be integration, but above all there must be humanity. That is why we say 'refugees welcome'. We say it today, we said it yesterday and we will say it tomorrow.

(Applause)

Николай Барекков (ECR). – Г-н Председател, добро е решението на Европейската комисия да спрем бежанците още в Африка. Но само дотук. Докога Европа ще бъде само касичката и ще си плаща такса „спокойствие“? Вместо пари за опазване на европейските граници, ние ще плащаме социалните програми в Африка. Европа трябва да направи коалиция с Русия, със Съединените американски щати срещу ислямистите, а не да плаща социалните системи на корумпираните африкански режими. Ако щете, дори трябва да върнем дебата за въвеждането на смъртното наказание за терористи в Европейския парламент.

Защо обеща Европейската комисия на Турция да ги подкрепим за „Турски поток“, да продават на България и Европа руски газ като турски? Взеха решение „на тъмно“ и без дебати в Парламента. Срамота! Ердоган нагло рекетира с три милиарда и половина на година, за да ни пази от бежанци. Превръщаме този султан в европейски крал ли? Същевременно чуваме информацията, че точно неговият режим търгува с ислямистите и купува петрол.

Спрете подкрепата за „Турски поток“. Да не се подмазваме на Турция. Трябват повече пари на държави като България, които са членки на Европейския съюз, а са зависими от Турция и Русия.

Angelika Mlinar (ALDE). – Herr Präsident! Die tragischen Ereignisse in Paris werden leider viel zu oft fälschlicherweise mit der Asylkrise in Verbindung gebracht. Ich möchte hier ganz klar betonen, dass das eine mit dem anderen nichts zu tun hat.

Es fällt mir aber auch schwer, über Notmaßnahmen zu sprechen, wenn das, was wir tatsächlich brauchen, ein Langfristplan ist. Genau das ist auch der Punkt, der mir bei diesem Gipfeltreffen fehlt. Einige Mitgliedsstaaten glauben wohl immer noch, dass das europäische Problem nichts mit ihnen zu tun hat. Weil es aber eine ein europäisches Problem ist, betrifft es uns alle, und es kann nur gemeinsam gelöst werden.

Mir scheint auch, als ob alle darauf hoffen, dass der Winter den Ländern einige Verschnaufpausen bringt. Aber es kann wohl nicht sein, dass das erhöhte Risiko der Flüchtenden dazu verwendet wird, dass wir uns zurücklehnen. Ich möchte hier auch ganz klar die Bestrebungen und Bemühungen der Hohen Vertreterin unterstützen und betonen, dass die Gipfelzusagen der Mitgliedstaaten endlich eingefordert und umgesetzt werden müssen – sowohl was die zugesagten Gelder betrifft als auch das zugesagte Personal.

Ich glaube es ist an der Zeit, dass wir mit Ankündigungspolitik aufhören und tatsächlich in die Umsetzung kommen.

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, ευχαριστώ πολύ και επειδή κάνατε και ελληνική εισαγωγή, πρέπει να σας πω ότι η διαχείριση της προσφυγής της κρίσης από την Ευρωπαϊκή Ένωση περιγράφεται, επίσης, με μία ελληνική λέξη, κοινή στις περισσότερες γλώσσες της Ευρώπης: υποκρισία. Είναι υποκρισία να διατηρούμε τη συμφωνία του Δουβλίνου· είναι υποκρισία να λέμε ότι η FRONTEX επιτηρεί τα εξωτερικά σύνορα της Ευρώπης· είναι υποκρισία να μην παραδεχόμαστε ότι οι πρόσφυγες προέρχονται από πολέμους στους οποίους συμμετέχουμε ή και τους προκαλούμε· είναι υποκρισία να συνέρχονται οι G-20 στην Τουρκία για την αντιμετώπιση της τρομοκρατίας και του προσφυγικού και να μη μιλάμε για το ρόλο της Τουρκίας στο θέμα αυτό· είναι υποκρισία να δικαιολογούμε την κατάρριψη του ρωσικού αεροσκάφους από την Τουρκία διότι παραβίασε τον τουρκικό εναέριο χώρο, όταν καθημερινά τα τουρκικά αεροσκάφη παραβιάζουν τον εναέριο χώρο της Ελλάδας και η κυρία Μέρκελ προτείνει κοινές περιπολίες· είναι υποκρισία όταν αποφασίστηκαν 160.000 μετεγκαταστάσεις προσφύγων και το μόνο που έγινε, ήταν μια κακή προπαγάνδα στην οποία συμμετείχε ο κύριος Σούλτς, ο κύριος Αβραμόπουλος και ο πρωθυπουργός για τη μετεγκατάσταση τριάντα, επαναλαμβανώ τριάντα, προσφύγων από την Αθήνα στο Λουξεμβούργο. Αλλά κύριε Επίτροπε, όπως έλεγε ο Μπρέχτ, όταν η υποκρισία παίρνει κακή ποιότητα τότε πρέπει να λες την αλήθεια.

Gerard Batten (EFDD). – Mr President, the Valletta summit was supposed to address the current migration crisis from Africa, the Middle East and beyond. Now, the causes of migration are poverty and conflict. Africa and the Middle East languish in poverty because of their endemic corruption. Some parts have the added problem of centuries-old murderous conflicts between rival factions of the religion of peace and love. The summit's action plan could be boiled down to two main points: to give another EUR 2.5 billion to these countries, and to open up migration to yet more millions of people.

The idea of giving aid to impoverished countries is not wrong in itself, but the last thing that we should do is give money to their irredeemably corrupt leaders and governments. Aid should be spent on programmes that directly help poor people in health schemes, infrastructure development, and encouraging economic development.

As for opening up what are called 'regular channels to migration', this is a betrayal of the peoples of Europe. Living standards are already declining in Europe for various reasons: wage depression because of never-ending waves of cheap migrant labour; the economic idiocy of the eurozone and its austerity policies; competition for social benefits from people who have never paid in a penny in contributions; and the unaffordability of housing because of an artificially-fuelled and never-ending demand on a finite supply.

The EU's response is to open up the borders to yet more millions of poverty-stricken people. It is ironic that Valletta is named in honour of Jean de Valette, the Grand Master of the Order of St. John of Jerusalem, who led Malta's successful defence against the Turkish invasion in 1564. He made an heroic stand. The EU is making a shameful capitulation.

Gianluca Buonanno (ENF). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, volevo sapere ma a questi *summit*, che cosa mangiano questi signori quando si trovano? Bevono champagne, mangiano caviale? Quanto costa ogni *summit*, visto che poi i risultati sono pari a zero? Mandiamoli in un ostello invece di questi posti così belli e costosi; facciamoli mangiare con le cene e pranzo al sacco, così almeno saranno meno parassiti di quello che sono normalmente.

Prima sentivo parlare della violenza sulle donne. Ma perché non si parla dell'infibulazione praticano gli islamici alle donne islamiche? Qui quattro comuniste ci vengono a raccontare cosa dobbiamo fare, ma le donne islamiche stanno mute per quello che subiscono dall'Islam. Oppure perché questo Occidente, che tanto parla di non aiutare quelli che finanziano l'Isis, concede poi i Mondiali di calcio al Qatar, che è uno dei finanziatori dell'Isis?

Queste sono le schifezze di un'Europa che fa lo struzzo e mette la testa sotto la sabbia e poi, in realtà, fa le sue cose sottobanco con tutti. Questa è un'Europa che a me fa letteralmente schifo.

Mariya Gabriel (PPE). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, chers collègues, j'ai parlé depuis le dernier mandat de la nécessité pour l'Union européenne de mettre en place une véritable diplomatie de la migration. Désormais, nous y sommes. Le sommet de La Valette a clairement posé un jalon dans la coopération internationale en matière de migration, pour la mise en place de politiques conjointes et multidimensionnelles. Cela doit marquer un point de non-retour dans un dialogue plus régulier et plus équilibré avec nos partenaires africains, mais aussi avec d'autres partenaires clés de la Méditerranée et du Moyen-Orient, pour faire face à nos responsabilités partagées. La révision de la politique européenne de voisinage est aussi une bonne occasion de le faire.

Avec ce plan d'action, le défi d'adopter une approche multidimensionnelle a été relevé. C'est un document très complet, mais la plupart des engagements pris reflètent des objectifs qui sont ceux de la politique européenne de développement depuis des années. Onze FED et nos résultats n'ont pas suffi à endiguer les départs massifs. Notre politique de développement peut devenir plus efficace sur le plan économique. Je rappelle aussi que c'est un impératif dans l'optique de la révision de l'accord de Cotonou.

Trois éléments sur lesquels je souhaite insister. Premièrement, l'intégration régionale et le renforcement des capacités des organisations partenaires comme l'Union africaine et les communautés économiques régionales d'Afrique. L'Union européenne doit soutenir les efforts de médiation régionaux et faire plus en matière de prévention des conflits, y compris grâce à la facilité de paix africaine, instrument que nous ne connaissons pas assez.

Deuxièmement, la valorisation du potentiel des liens entre les migrants et leur communauté d'origine. Comme souligné dans le plan d'action, il faut faire en sorte que les transferts de fonds servent effectivement au développement des pays d'origine.

Ce qui m'amène à mon dernier point: la migration circulaire. On ne peut pas empêcher les gens de quitter des situations de conflit ou de misère, mais on doit penser à moyen et à long termes aux incitations au retour, car le développement du continent africain dépend aussi de la valorisation du potentiel humain, qui constitue bien la première ressource économique du continent.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Tim Aker (EFDD), blue-card question. – How can you talk about diplomacy when it comes to migration when this Union, Chancellor Merkel, threw open the doors and said: come one, come all? This Union, and the political leadership of this Union, have decided that there is going to be a free for all. So how can you say that we should do X, Y and Z to curb the flows, when the political leaders of the European Union have basically said there is an open door? You have not restricted the pull factors and it will turn into a free for all.

Mariya Gabriel (PPE), réponse «carton bleu». – Monsieur Aker, je ne suis pas sûre d'avoir bien compris la question parce qu'il me semble qu'elle soulève deux aspects complètement contradictoires en guise de question.

En tout cas, ma position est très claire: aucun État membre ne peut faire face, seul, au défi de la migration que nous essayons de relever aujourd'hui. Seule l'union fait la force. Par conséquent, aujourd'hui, il est peut-être grand temps de tirer les leçons de ce qui vient de nous arriver, justement parce que nous n'avons pas été suffisamment unis et solidaires. Avançons et arrêtons les déclarations ou encore les contradictions et les amalgames. Maintenant place à l'action et place, surtout, aux actions communes.

Gilles Pargneaux (S&D). – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre, tout d'abord, trois mots clés: urgence, urgence, urgence.

Oui, il y a urgence à permettre un financement important qui soit lié à la migration. C'est vrai qu'à La Valette, les chefs d'État et de gouvernement ont posé les premières bases d'une gestion de la situation migratoire inédite. C'est un montant de 1,8 milliard d'euros qui est prévu pour créer un fonds pour le développement de l'Afrique. Oui, c'est nécessaire, mais c'est bien insuffisant, Monsieur le Commissaire, Monsieur le Ministre.

Il est évident, comme l'a dit récemment le Président de la Commission, M. Juncker, qu'il faudrait aller beaucoup plus loin, à savoir doubler la mise. Seuls, en plus, 78,2 millions d'euros ont été mis sur la table pour l'instant. Une fois de plus, malheureusement, nous avons le sentiment que les paroles l'emportent sur les actes. Or, on connaît pourtant l'enjeu de notre aide dans le développement de l'Afrique. Il faut un plan Marshall pour l'Afrique. Il faut 250 milliards d'euros de travaux pour électrifier l'Afrique. C'est donc un programme en huit à dix ans que nous devons permettre. Ce sont 5 milliards d'euros de subventions publiques par an que nous devons trouver en faveur de l'Afrique.

Le Parlement européen, la Commission européenne, le Conseil européen doivent ainsi se mobiliser, pas seulement pour permettre de lutter contre cette migration, pour permettre le développement de l'Afrique, mais aussi pour lutter contre le terrorisme. Quand on voit Boko Haram au Cameroun il y a encore quelques jours, quand on voit Mokhtar Belmokhtar être l'auteur des assassinats de Bamako il y a quelques jours, voilà donc la nécessité qu'à l'occasion de la COP21, tous autant que nous sommes, nous soyons là pour permettre qu'une résolution prenne en compte ce financement important, ce plan Marshall pour l'Afrique.

(L'orateur accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie „niebieskiej kartki”*. – Panie Przewodniczący! Szanowny Kolego! Zgadza się z Panem, że ważniejsze są słowa niż czyny, i ten projekt, który miałby nazywać się „Plan dla Afryki”, jest bardzo dobrym conceptem. Ale czy nie uważa Pan, że dopóki on nie powstanie, dopóki takiego projektu i planu – konkretnego nie przegadanego, nie pustego, pełnego hipokryzji – dopóki go nie wypracujemy, powinniśmy rozważyć uszczelnienie zewnętrznych granic Unii Europejskiej i ewentualność readmisji imigrantów?

Gilles Pargneaux (S&D), *réponse «carton bleu»*. – Madame, excusez-moi de vous le dire, je pense que vous n'avez pas compris l'enjeu économique, le défi auquel nous nous trouvons confrontés.

Il ne s'agit pas d'être dans une protection nationaliste, comme le sous-entendent vos propos, il s'agit de permettre par notre partenariat avec l'Afrique, pas seulement de l'Europe mais du monde entier, à l'occasion de la COP 21, de trouver les financements pour développer cette jeunesse qui non seulement trouvera du travail en Afrique, mais qui, par son travail, permettra aussi le développement de ce continent africain.

L'Union européenne et l'Afrique sont frères, il faut en tenir compte et je crois qu'il est nécessaire d'approfondir cet axe de développement.

Mirosław Piotrowski (ECR). – Zaraz po szczycie Unia Europejska–Afryka, który odbył się na Malcie, rozpoczął się tam nieformalny szczyt przywódców Unii Europejskiej. Zwołał go przewodniczący Rady Europejskiej Donald Tusk, który nie ukrywał, że jego celem jest ratowanie strefy Schengen. Zaniepokoiły go działania rządów Niemiec, Austrii i Szwecji, które czasowo przywróciły kontrole na swoich granicach. Reakcja przewodniczącego Tuska była spóźniona, szczyt nie okazał się żadnym przełomem. Dwa dni później kontrole na swoich granicach wprowadziły dwa kolejne kraje: Francja i Belgia; przyczyną były okrutne zamachy terrorystyczne w Paryżu. Nikt nie ma jednak wątpliwości, że łączy się to wszystko z niekontrolowanym napływem tak zwanych uchodźców. Forsowanie polityki ich obowiązkowego rozdziału, moim zdaniem, nie uratuje strefy Schengen, a przeciwnie – może przyczynić się do jej szybszego rozkładu.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE). – Señor Presidente, como en todos los temas, nos encontramos aquí la visión nacionalista, cerrada, que considera que hay que cerrar fronteras y que hay que guardar todo el dinero para los nacionales de cada lugar; y luego está la visión que considera que tenemos que elaborar respuestas europeas, o incluso globales.

Desde un punto de vista teórico, creo que no hay duda: estamos interrelacionados y no hay manera de cerrar las fronteras; no hay manera de encarar los grandes problemas de una manera específicamente nacional. Ahora bien, a partir de ahí empieza también el problema. Treinta y cinco Estados africanos y veintiocho Estados europeos se reunieron. Se adopta una declaración política y un plan de acción. Pero si creemos de verdad en que las soluciones deben ser europeas, ¿las medidas de implementación rápida, antes de 2016, van a ser posibles? ¿Y el fondo fiduciario? 1 800 millones, y parece ser que solo tenemos 81 millones; si creemos de verdad en las soluciones europeas, ¿es eso suficiente?

Σοφία Σακοράφα (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε τους τελευταίους έξι μήνες έχουν γίνει πάνω από 25 συνεδριάσεις ευρωπαϊκών και διεθνών θεσμών, με αντικείμενο το προσφυγικό και την καταπολέμηση της τρομοκρατίας. Ποιό είναι το αποτέλεσμα; Μόλις μερικές εκατοντάδες από τα εκατομμύρια προσφύγων έχουν μετεγκατασταθεί, τα σύνορα στην Ευρώπη επανέρχονται και μάλιστα με τείχη και στρατούς, η αλληλεγγύη ευτελίζεται και τα κράτη μέλη δεν υλοποιούν ούτε και τις δικές τους αποφάσεις.

Η ευρωπαϊκή πολιτική για το προσφυγικό έχει αποτύχει. Ταυτόχρονα ο στρατηγικός σας σύμμαχος στην περιοχή, η Τουρκία και εκβιάζει στο προσφυγικό και καταρρίπτει ρωσικά αεροπλάνα παίζοντας επικίνδυνα παιχνίδια αποσταθεροποίησης της περιοχής. Τα μηδαμινά αποτελέσματα της διάσκεψης στη Βαλέτα προοιωνίζονται την ίδια ακριβώς αποτυχία, κύριε Επίτροπε.

Ευχολόγια και ατολμία που κρύβουν σκοπιμότητες. Δεν διστάζετε να συνεργαστείτε ακόμη και με απολυταρχικά καθεστώτα, όπως του Σουδάν και της Ερυθραίας, με σκοπό την μείωση των μεταναστευτικών ροών που τα ίδια έχουν προκαλέσει και επιμένετε στην επανεισδοχή όταν αυτό εδώ το Κοινοβούλιο έχει εκδώσει ψηφίσματα καταδίκης των καθεστώτων αυτών.

Λυπάμαι, αλλά πιστεύω και φοβάμαι ότι και το Γενάρη τα ίδια ακριβώς θα συζητάμε.

Laura Ferrara (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, stiamo discutendo dell'ennesimo summit sulla migrazione, dunque di un'ennesima delusione. Un'ennesima delusione che ci offrono i governi europei.

Le dichiarazioni politiche del vertice di Malta dovevano riguardare le cause profonde – e lo sottolineo, le cause profonde – della migrazione: l'impegno a rispettare i diritti fondamentali, ridurre la povertà, promuovere la pace, lo sviluppo, la crescita economica inclusiva. Ebbene, nei fatti, nulla di tutto questo!

Nessuna misura volta ad affrontare realmente le cause profonde della migrazione; nessun cenno alla cooperazione senza ipocrisie tra gli Stati membri; nessun cenno alla solidarietà e all'equa ripartizione della responsabilità tra gli Stati membri; nessun cenno alla modifica della legislazione europea in materia di asilo, che oramai tutti conveniamo nel definire fallimentare; nessun cenno alle vie legali di accesso all'Unione europea, che tutelerebbero chi ha necessità di essere accolto e quindi di ricevere la protezione internazionale e tutelerebbero i cittadini europei che si ritrovano ad accogliere; nessun cenno a una gestione migliore dei fondi destinati all'immigrazione e alla tutela dei diritti fondamentali.

Bene, il timore è che ancora una volta gli aiuti economici e finanziari si rivelino solo uno strumento per esternalizzare le frontiere, sprecando un'occasione che potrebbe essere invece volta realmente a garantire una migliore gestione dei flussi migratori.

Jiří Pospíšil (PPE). – Pane předsedající, dovolu mi, abych také řekl několik poznámek k vallettskému summitu. Já na jedné straně vítám, že Evropa začíná hovořit se zeměmi, odkud pochází největší proudy uprchlíků, ať již uprchlíků na základě ekonomických potřeb nebo uprchlíků, které vyhání z jejich domovů válka.

Na druhou stranu, když se podívám na závěry tohoto summitu, pak jsem relativně zklamán a ztotožňuji se s kolegy, kteří upozorňují, že ty závěry nejsou dostatečné a že bude třeba podle mého názoru se zeměmi, odkud pocházejí nejmasovější proudy uprchlíků, více a intenzivněji jednat.

My jsme dosud hovořili a na půdě Parlamentu řešili pouze už následky. Hrozně času jsme strávili tím, že jsme prosazovali tzv. kvóty a debatovali o nich, přičemž kvóty podle mého názoru nefungují a fungovat nebudou. Stejně tak se jasně ukazuje, že příliš nefunguje návratová politika, hlídání vnějších hranic a tak dále. Má-li například návratová politika fungovat, pak opravdu je třeba mít partnery na druhé straně, státy, kam budou ekonomičtí žadatelé vraceni.

Myšlenka svěřeneckého fondu, která zde také dneska zaznívala, je podle mého názoru správná, ale částka, která do fondu byla určena, je podle mého názoru velmi malá. Těžko může řešit ekonomické problémy několika států. Je také otázkou, zda se tuto částku vůbec podaří shromáždit, a hlavně nejsou zcela jasná pravidla, jak ta částka bude kontrolována a jak bude rozdělována.

Já osobně bych poradil Komisi, abychom více debatovali o větší spolupráci se zeměmi Afriky, podpořili je například tím, že odbouráme některá celní ustanovení, podpoříme obchod a tyto země se budou moci více rozvíjet. Získají peníze vlastním byznysem, nikoliv skrze projekty, které hrozí tím, že ty peníze budou často rozkradeny, rozebrány. Myslím si, že je třeba do budoucna pokračovat v jednáních a ty země ekonomicky podpořit.

Alfred Sant (S&D). – Mr President, to be honest, the Valletta summit was really motivated on the European side by the need to control the irregular flow of economic migration to Europe. It has, however, stimulated what could become an effective dialogue regarding the economic and social complementarities that should exist between Africa and Europe.

Neoliberal globalisation makes this very difficult to achieve. Actually the European Union lacks the tools needed to help generate sufficient employment opportunities in Africa to make economic migration unattractive. Worse, many private projects in Africa, spurred by globalisation, have not served to increase job opportunities in the economy as a whole. Corruption, waste of resources and greater social inequalities have spread, so desperate people go far from home to find work. Europe may be too distracted by the crisis to take the lead in what is really needed: a Marshall Plan for Africa where public agencies take full charge and do not simply delegate initiatives to the private sector or wait for the latter to take them.

African development should not be dominated by global free-market forces but planned by agreement and effectively implemented. Many vested ideas and interests will have to change. I hope the Valletta summit was a first step in this very long process.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Steven Woolfe (EFDD), blue-card question. – Thank you, Mr Sant. You seem to blame the whole of Africa's problems on globalisation, and yet you do not blame the European Union in any way, shape or form. So do you not feel it is concerning that the European Union charges sugar beet at excessive prices to African countries to the benefit of sugar producers in Germany, or indeed in the production of cocoa beans, so that chocolate is more expensive to be produced in Africa, to protect those producers in Belgium? Do you not think that they have massive repercussions on jobs and prosperity in Africa?

Alfred Sant (S&D), blue-card answer. – Sure, but that reflects multinational corporations' strategies. They use governments, they use the EU, they use structures that they have to dominate global financial markets to get it the best way, so that is what is happening. Globalisation is actually at the moment manipulating the markets you mention, and this is to the disadvantage of European consumers and of African workers. And that is the reality.

Arne Gericke (ECR). – Herr Präsident! Der EU-Afrika-Gipfel in Valletta war ein schwieriges Treffen in einer schwierigen Zeit.

Es muss uns aber allen klar sein: „Das war hier der Startpunkt eines längeren Prozesses“ – so Bundeskanzlerin Angela Merkel. Ich füge kritisch hinzu: eines Prozesses, den Sie alle viel zu spät begonnen haben. Wir verarzten in der aktuellen Flüchtlingskrise Symptome, deren Ursachen über Jahrzehnte gewachsen sind. Wir haben viel zu oft mit europäischem Maß gemessen und gemeint, Lösungen für Afrika müssten *made in Europe* sein – ein grober Fehler.

Europas Partnerschaft mit Afrika muss auf den Prüfstand. Wir brauchen neue Ansätze: ein Miteinander auf Augenhöhe, keinen vernichtenden Braindrain. Wir brauchen echte Förderungen: Gemeinschaftsangebote wie Gesundheit, Bildung, Katastrophenschutz, Infrastruktur, Strom- und Trinkwassergarantie. Das muss durch eine Finanztransaktionssteuer im lächerlichen Null-Komma-Bereich finanziert werden. Die wirkt. Valletta war ein viel zu später Anfang: Die richtige Arbeit hat damit erst begonnen.

Mike Hookem (EFDD). – Mr President, we have heard much in this Chamber about how the terror attacks have nothing to do with the open-door policy EU leaders foisted upon Members, which saw migrants claim refugee status they were not entitled to. Daesh boasted they would flood our continent with jihad fighters, although Members here in the Chamber derided those of us who pointed this out. We know that two of the murderers involved in the Paris killings came to the continent via Greece, using false Syrian passports. What is this if it is not a direct link between uncontrolled immigration and terrorism?

I reject this idea put forward by people like President Juncker that terrorism is a risk we must live with to uphold the EU's ideals of freedom of movement. The migrant crisis has put the well-being of migrants ahead of the safety of its citizens by making us vulnerable to attack in our towns and cities. Come the UK's referendum, voters must look at the negligence of the EU when it comes to securing our borders, and vote for independence.

(Applause)

Paulo Rangel (PPE). – Senhor Presidente, como aqui se tem falado essencialmente da Cimeira de Valeta, julgo que vale a pena concentrar alguma da atenção na questão do Grupo do G20 e, nomeadamente, na abordagem que a reunião do G20 em Antália fez à questão do terrorismo, uma vez que ocorreu imediatamente após os atentados de Paris de 13 de novembro.

O que eu queria aqui deixar claro é que o combate ao terrorismo por parte dos países europeus e, em particular, da União Europeia deve ser um combate sem tréguas. Devemos dar uma resposta clara no plano externo, com uma atuação militar e com uma cooperação militar com a França, com os Estados Unidos, com os países da coligação, junto do Estado Islâmico, e devemos também tomar algumas medidas, como, por exemplo, a aprovação do PNR, no plano interno, e outras, nomeadamente um fortalecimento das fronteiras externas de Schengen no contexto da União Europeia.

E considero, aliás, muito importante que tenhamos aqui uma grande oportunidade para reforçar a cooperação europeia e para reforçar a presença da União Europeia nos assuntos de segurança e nos assuntos de defesa. Nomeadamente, considero que é essencial que nos movamos dos programas Frontex e outros para a criação de uma verdadeira guarda fronteiriça europeia, que possa fazer, com uma composição de todos os países europeus, a proteção das fronteiras externas de Schengen e das fronteiras externas da União Europeia.

É fundamental dar este passo — sem ele, não teremos um controlo efetivo, não teremos uma defesa efetiva da nossa segurança e estaremos vulneráveis, estaremos expostos aos ataques terroristas. Não há explicações económicas, nem sociais, nem sociológicas para o terrorismo. O terrorismo tem que ser combatido sem qualquer falha da nossa parte.

Kati Piri (S&D). – Er werd met hoge verwachting naar uitgekeken: de top van Europese en Afrikaanse leiders in Valetta, bijeengeroepen door de EU-regeringsleiders. Het had een gelegenheid moeten zijn om een gezamenlijke migratieagenda te formuleren met meer dan 60 landen. Helaas is deze kans niet gepakt en is de top op een teleurstelling uitgelopen. De EU toonde geen bereidheid om de grondoorzaken van migratie, zoals armoede, conflict, een gebrek aan werkgelegenheid, voortvarend aan te pakken. En de Afrikaanse leiders waren dan ook niet bereid om afspraken te maken over bijvoorbeeld de verplichte terugname van afgewezen asielzoekers in Europa, iets waar de EU-landen op hamerden.

Zoals we de afgelopen maanden helaas keer op keer hebben moeten vaststellen, hebben de Europese regeringsleiders wederom nagelaten politieke moed, ambitie en daadkracht te tonen en dat zal toch echt nodig zijn, willen wij het vluchtelingenvraagstuk op een fatsoenlijke, effectieve manier aanpakken. Aanstaaend weekend is er een herkansing tijdens de EU-Turkije top. Turkije speelt een sleutelrol om de instroom van asielzoekers naar de EU beheersbaar te maken. Het wordt de hoogste tijd dat de Europese regeringen laten zien dat zij bereid zijn bij te dragen aan oplossingen en niet alleen hun handtekening zetten onder verdragen en er vervolgens niets mee doen.

Richard Sulík (ECR). – Žiaden terorista si nepôjde najprv vybaviť zbrojný pas a nákupné povolenie, aby si potom legálne kúpil zbraň, zaregistroval ju na polícii a spáchal teroristický útok. Preto aj nie sú s legálne držanými zbraňami páchané žiadne teroristické útoky. Teroristi si do Európy donesú všetky zbrane, ktoré potrebujú preto, lebo sme trestuhodne dokorán otvorili schengenskú hranicu.

Obmedzovať legálnu držbu zbraní, ako to navrhuje najnovšie pán Juncker pod rúškom boja proti terorizmu, považujem za vrcholne perfídny krok. Skôr mi to pripadá, že Európska komisia, na čele s pánom Junckerom, chce odzbrojiť slušných ľudí, aby sa nemohli brániť. Vy síce hovoríte, že bojujete proti teroristom, v skutočnosti kradnete slušným ľuďom slobodu. Teroristom vašou nemohúcnosťou uľahčujete ich aktivity. Ak obmedzíte legálnu držbu zbraní, nezachránite ani jednu jedinú obeť, lebo teroristi legálne zbrane nepoužívajú.

Othmar Karas (PPE). – Herr Präsident, Herr Kommissar, meine Damen und Herren! Die Botschaft von Valletta und Antalya ist eine gemeinsame: Wir kommen nur weiter, wenn wir alle unsere Verantwortungen gemeinsam europäisch und global wahrnehmen. Wir dürfen nicht vergessen, dass internationale Entscheidungen im nationalen Interesse sind. Wir haben aber genau dabei ein Glaubwürdigkeitsproblem. Daher appelliere ich einmal an den Rat: Beginnen Sie jeden Bericht nach einem Gipfel gegenüber diesem Haus und der Öffentlichkeit mit einem Bericht darüber, durch welche konkreten Taten die Beschlüsse des letzten Gipfels auf den Weg gebracht wurden.

Unser Glaubwürdigkeitsproblem ist, dass wir seit Charlie Hebdo den Datenaustausch nicht EU-weit durchgeführt haben, sondern nur in fünf Staaten, dass wir den Afrika-Treuhandfonds nicht voll bestückt haben, obwohl beschlossen, dass die Mitgliedstaaten den Syrien-Fonds nicht bestückt haben, obwohl beschlossen, dass wir den Grenzschutz nicht ausreichend mit Personal versehen haben, obwohl beschlossen, dass wir die Unterstützung für die Türkei vereinbart haben, aber nicht umgesetzt. Ich muss die Mitgliedstaaten bitten: Besinnen Sie sich auf Ihre Beschlüsse und setzen Sie Taten, nur das schafft Glaubwürdigkeit, nur das schafft Vertrauen, nur das schafft die nötige Entschlossenheit auf dem Weg, gemeinsam die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft anzunehmen.

Man wird uns nur mehr an den Taten erkennen, nicht mehr nur an unseren Beschlüssen. Die Beschlüsse waren gut, die Signale wurden gesendet, aber die Taten sind zu setzen, dabei haben wir einen Nachholbedarf!

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señor Presidente: cumbre de La Valeta, sesenta países reunidos y de nuevo la sensación y el mal sabor de boca de una oportunidad perdida.

Un Consejo cuyas conclusiones no concluyen y proponen poco, tarde y en la dirección equivocada para resolver el problema más inminente que tiene planteado la Unión Europea en estos momentos: la inmigración. Porque el enfoque sigue siendo, sobre todo, negativo.

Y por eso el fondo fiduciario, además de ser ridículo, raquítico -1 800 millones de euros-, pretende, bajo la condicionalidad, que los países de origen acepten que la Unión Europea les «subcontrate» para el esfuerzo de contención, de retorno o de readmisión de los inmigrantes y hasta de los potenciales demandantes de asilo.

Es un enfoque profundamente equivocado y la Unión Europea continúa sin desarrollar vías legales y seguras para la promoción de la movilidad y para la inmigración.

Cuando arrancó esta legislatura, el Presidente Juncker dijo que esta era la última oportunidad europea. El reloj de arena no ha parado de contar, pero vamos mal, *too little, too late*, en la dirección equivocada y desunidos ante la adversidad.

Richard Ashworth (ECR). – Mr President, we are the generation who grew up in a post-war Europe. It was a Europe that fed a starving population, a Europe that won the Cold War and a Europe that successfully reunited a broken continent. But our children will grow up in a totally different Europe, a Europe that will have to confront a completely different set of challenges.

The shift of economic power, West to East; the consequence of climate change, of global mass migration; and the rise of fundamentalist Islam: these are next-generation issues, for which Europe will have to find next-generation solutions. Valletta was a good start. But it is just that, only a start.

History offers us two lessons here. First, turning the clock back, or retreating into isolation, was never the answer. Second, when the really big challenges come along, European nations are so much more effective when they confront them together, rather than alone.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, činjenica je da su važni zaključci doneseni i u Valletti i isto tako u Antaliji. Sama činjenica da su tamo bili šefovi država i vlada govori, i dokaz je, da su ova dva samita bila vrlo važna. Važni su akcijski planovi, ali ako ne dođe do njihove implementacije, bojim se da se nije puno napravilo. Želim vjerovati da će države članice shvatiti da sve međunarodne odluke koje se donesu, da je važno da ih one na nacionalnoj razini primjene. U protivnom će ostati mrtvo slovo na papiru.

Svi znamo da su migracije naša zajednička obveza i to ne samo zemalja porijekla nego i zemalja tranzita i onih zemalja koje ih prihvataju, odnosno zemalja odredišta. Dobro je da se u Valletti maksimalno uvažilo naše afričke partnere.

Isto tako, dva ključna pitanja koje je maloprije spomenula gospođa Mogherini, način je na koji se primjenjuju sredstva, odnosno novac za razvoj i, isto tako, kako upravljamo migracijskim krizama. Na ta dva pitanja moramo znati dobro odgovoriti i mi iz Europske unije. Isto tako, dobro je da se G20 bavio svim pitanjima: od terorizma, preko izbjeglica, do gospodarstva i nejednakosti u društvu pa sve do klimatskih promjena. To su zaista pitanja i naše generacije i budućih generacija.

Ova kriza je kriza zaista velikih razmjera i moramo se suočiti s njezinim tijekom i s njezinim posljedicama. Mi dijelimo zajedničke vrijednosti, želimo ih dalje dijeliti i želimo vjerovati da je ljudski život u centru naših vrijednosti. Međutim, čujemo ovih dana, i u vašim raspravama, o terorizmu i migracijama i njihovoj uzročnoj povezanosti. Ne želim vjerovati da su povezani, ali isto tako ne treba isključiti mogućnost da su neki iskoristili izbjeglički val u svrhu svojih terorističkih ciljeva. Stoga smatram da je ovo jedno sociološko pitanje, s obzirom da se većina počinitelja rodila u zapadnoj Europi. Potrebno je ovom pristupiti ozbiljno. Jutros smo imali temu o radikalizaciji u zapadnoj Europi odnosno Europskoj uniji, stoga je vrijeme da se ozbiljno pozabavimo integracijom i krizom identiteta.

Tonino Picula (S&D). – Gospodine predsjedniče, gospodine povjereniće, partnerstvo za (kao odgovor na odgovornost) razvojnu pomoć u korist perspektive za mlade, puno političkih poruka, najave akcijskih i financijskih planova. Tako najkraće možemo sažeti dogovoreno u Valletti uz standardne rasprave o očuvanju vanjskih granica Europske unije i Schengenskog sustava. Samit na Malti je već treći skup u zadnja 3 mjeseca posvećen migracijama pa je pravo vrijeme da se upitamo do kuda smo stigli s primjenom zaključaka koji su ranije usvojeni. Npr. umjesto Frontexa na kopnenim granicama unutar Unije svjedočimo novim kilometrima žice kojima neke članice okružuju druge članice kao što je moja Hrvatska.

Dobro je da su čelnici Europske unije i afričkih zemalja sjeli za isti stol i usuglasili se oko novih mjera jer efikasnu kontrolu granica uz zaštitu dostojanstva ljudi najbolje možemo ostvariti povjerenjem i suradnjom. Krajnje je vrijeme da ove mjere i provedemo na obostranu korist imajući pred očima kao primarni cilj zaštitu najugroženijih čiji put preko Sredozemlja prečesto završava tragično.

Jan Zahradil (ECR). – Pane predsjedající, ta migrace z Afriky je trochu zastíněná migrací ze Sýrie, ale to neznamená, že je méně závažná, a proto je dobře, že Evropská unie investuje do bezpečnosti a stability v Africe. Protože potřebujeme prevenci, potřebujeme předcházet migračním tokům. Ale prevence sama by nestačila. Potřebujeme také restrikcí, a já jsem bohužel zase neslyšel z tohoto summitu nic o zesílené ochraně vnějších hranic Evropské unie.

Myslím si, že to je nepřijatelné, Komise se tomu nevěnuje dostatečně, slyšíme tady paní kancléřku Merkelovou, jak neustále opakuje mantru o trvalých kvótách. Dokonce řekla, že si musíme vybrat mezi trvalým přerozdělováním a schengenským systémem.

Já jsem četl v jednom francouzském týdeníku, že 94 % Francouzů by bylo pro znovuoobnovení hraničních kontrol, a jestli ta otázka bude takhle postavena, tak jsem přesvědčen, že evropští občané si vyberou hraniční kontroly a že Schengen bohužel zanikne. Pokud Evropská unie a speciálně Evropská komise se nebude starat o ochranu vnějších hranic.

Jan Olbrycht (PPE). – Panie Komisarzu! Panie Ministrze! Panie Przewodniczący! Wybór miejsca spotkania Rady w La Valetcie wskazuje bardzo wyraźnie na nawiązanie do zjawiska, które było, zanim rozpoczęła się wojna w Syrii. Wydaje mi się, że to jest niezwykle ważne, żebyśmy przypomnieli sobie apele naszych kolegów z Malty wygłaszane w Parlamencie Europejskim o pomoc w sytuacji napływających imigrantów, przepływających imigrantów. To było jeszcze przed masowym napływem.

To jakby wskazuje na to, że aby rozwiązać problem, nie wystarczy koncentrować tylko i wyłącznie na problemie wojny w Syrii. I bardzo dobrze się stało, że w dokumencie, który pojawił się w La Valetcie, zwraca się uwagę na dużo szerszy aspekt całej sprawy, zwraca się uwagę na źródła imigracji. Ja nie mówię tylko uciekinierach, ale wszelkiego typu migracjach, na powodach, dla których ludzie uciekają z terenów albo przenoszą się na tereny lepsze i zwrócenie uwagi właśnie na cały kompleks spraw, które będą wymagały załatwienia i to nie tylko zakończenia wojny w Syrii, ale również bardzo poważnego przemyślenia inwestycji w państwach pochodzenia emigrantów. To spotkanie w La Valetcie pokazało, że nie mamy do czynienia z prostym procesem i nawet uzgodnienie z Turcją nie załatwi sprawy do końca. Bardzo dobrze się stało, że taka szersza perspektywa znalazła tam miejsce.

Elly Schlein (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'esito del vertice di Malta è stato deludente: positivo sedersi al tavolo coi Paesi africani, per cercare di affrontare insieme la situazione ma da parte europea prevale il solito approccio securitario. Niente sulle ville legali d'accesso per richiedenti asilo e migranti, l'unico vero modo per contrastare i trafficanti; niente sui *resettlement* o sui ricollocamenti. Tutti gli sforzi sembrano tesi a evitare nuovi arrivi.

Lo stesso *Trust Fund* è sembrato affetto da un'inaccettabile condizionalità: offerto in cambio di rimpatri o rafforzamento delle frontiere. Può essere uno strumento utile ma solo se si garantisce che i soldi arrivino davvero a chi ne ha bisogno per sradicare povertà e disuguaglianze e non per il *border management*, per esternalizzare le nostre frontiere.

Non vorrei che fosse questa l'idea di alcuni governi che hanno messo giusto i 3 milioni necessari a sedersi nel *bord*. Cosa sono 1,8 miliardi quando le rimesse dall'Africa si stimano in 23 miliardi? Quando ogni anno dai paesi in via di sviluppo escono centinaia di miliardi di evasione ed elusione fiscale di aziende nostre?

Ecco, prima di chiedere e pretendere dai nostri partner, dovremo lavorare per essere credibili sulla coerenza delle nostre politiche interne ed esterne.

Davor Ivo Stier (PPE). – Gospodine predsjedniče, pozdravljam zajedničke zaključke i akcijski plan usvojen La Valletti. Sada je pred nama implementacija. Europska unija, države članice, moraju ispunjavati finansijske obaveze u pogledu razvojne pomoći i doprinosa fondu za Afriku. No s druge strane, partneri u Africi također moraju preuzeti svoj dio odgovornosti i početi rješavati uzroke siromaštva, ratova i nestabilnosti te masovnih migracija. Uzroci su ozbiljna kršenja ljudskih prava, autokracije, politički progoni, nedostatak vladavine prava, endemska korupcija. Zato mislim da se ne bismo trebali toliko bojati jasnije definicije uvjetovanosti razvojne suradnje.

Drugo pitanje na koje treba dati bolji odgovor je učinkovitost naše razvojne suradnje. Potrebna je bolja koordinacija država članica pri programiranju, ali nam je potreban i bolji okvir rada koji će se temeljiti na mjerljivim rezultatima. S ograničenim sredstvima važno je da dobijemo vrijednost za novac koji se ulaže.

Za kraj, važno je uzimati u obzir i preporuke Europskog parlamenta. Evo prije nekoliko tjedana, sve političke grupe unutar Odbora za razvoj postigle su konsenzus i poslale preporuku Odboru Europskog razvojnog fonda, kojim predsjedava Komisija, da se odbije usvajanje prijedloga nacionalnog programa razvojne suradnje s Eritrejom. No, unatoč našoj preporuci, na prošlotjednom sastanku Odbora Europskog razvojnog fonda navedeni program je jednoglasno usvojen. Takve situacije moramo izbjeći u budućnosti ako želimo biti učinkoviti u razvojnoj suradnji i u vanjskoj politici.

Miriam Dalli (S&D). – Il-Valletta Summit kien opportunità biex l-Unjoni Ewropea u l-Afrika jsahhu d-djalogu ta' bejniethom. Gie maqbul pjan ta' azzjoni u ġew allokatu l-fondi.

Imma dan is-summit naqas milli jaghti l-attenzjoni mehtieġa lis-sitwazzjoni tad-drittijiet tal-bniedem u l-korruzzjoni li qed tifni hafna pajjiżi fl-Afrika.

Stennejt pożizzjoni b'saħħitha dwar il-fatturi li qegħdin jimbuttaw lin-nies 'il bogħod mill-Afrika: in-nuqqas ta' governanza, l-iṅġustizzja soċjali, l-inugwaljanza, il-kunflitti u l-korruzzjoni fost il-pajjiżi Afrikani.

L-Unjoni Ewropea trid turi rieda politika b'saħħitha biex daww il-miżuri li verament jistgħu jagħmlu differenza jkun maqbul.

Il-mexxejja Afrikani wkoll ghandhom rwol importanti. Ghandhom l-opportunità li jsahhu l-kooperazzjoni bejniethom, li jqajmu lill-pajjiżi taghhom fuq saqajhom. Din il-pożizzjoni ma tmurx id f'id mal-korruzzjoni.

Ghalhekk nappella favur it-twaqqif ta' tribunal dwar il-korruzzjoni pubblika bl-appoġġ tal-Ġnus Magħquda. Tribunal li jidentifika u jindirizza l-korruzzjoni li teżisti fl-Afrika, li ghandha impatt dirett fuq iċ-ċittadini fl-Afrika u anke fil-pajjiżi tagħna.

Cristian Dan Preda (PPE). – Monsieur le Président, je souhaite tout d'abord saluer l'accord qui a été conclu à La Valette entre l'Union européenne et ses partenaires africains, car ce n'est qu'à travers une approche commune que nous pourrions faire face à la plus grande crise des réfugiés de notre histoire.

Il faut, bien entendu, comme d'autres collègues l'ont déjà souligné, que les décisions prises à Malte soient suivies d'actes concrets et, notamment, de contributions financières suffisantes de la part des États membres, sinon les objectifs de La Valette resteront lettre morte.

Parmi les cinq domaines d'actions prioritaires, deux me semblent cruciaux. Tout d'abord, la nécessité de s'attaquer aux causes profondes de cette crise, car on ne peut plus se contenter de solutions provisoires. Il faut que l'Union joue un rôle plus actif dans la résolution et surtout dans la prévention des conflits dans son voisinage. Trouver une solution politique au conflit syrien est, dans ce contexte, d'une importance capitale.

Le deuxième domaine d'action prioritaire est la lutte contre l'immigration illégale et les trafics de toutes sortes. L'absence d'accord politique sur un gouvernement d'union nationale en Libye nous interroge sur notre capacité à combattre efficacement et durablement cette immigration illégale en Méditerranée. Ne serait-il pas temps d'envisager d'autres options pour contenir la crise des migrants en l'absence d'accord politique en Libye? Soutenir des efforts de médiation entre les différentes tribus du sud de la Libye pourrait être une piste à explorer.

Илияна Йотова (S&D). – Г-н Председател, възлагахме големи надежди на срещата в Ла Валета, месеци преди това говорихме за очакваните резултати, но новините оттам не са достатъчни. Единствената вест от срещата на високо ниво бе за формацията се фонд от 1,8 милиарда евро, липсата на готовност в държавите членки да участват в него и неодобрието на африканските лидери от недостатъчните средства.

Очаквахме споразумения за създаване на „горещи точки“ със страните, от които идват мигрантите, които да бъдат първият пропускателен пункт. Очаквахме сериозни ангажменти за създаване на работещи легални пътища. Колкото и добри решения да има Европа, не може да ги направи без партньорите си от третите страни. Легалните пътища са най-добрият начин за борба с трафика на хора. Впрочем, не станаха ясни и конкретните общи решения за разбиване на престъпните мрежи на каналджиите, които пращат хората на сигурна смърт или в морето, или по балканските пътища.

Нямаше отговор и на най-важния въпрос – как ще се осъществяват съвместните операции по връщането на незаконните имигранти, които не могат да получат бежански статут. Този диалог не може да бъде пълноценен без участието и на транзитните държави – Турция, Ливан и Йордания.

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). – Señor Presidente, yo me opongo, como el señor Juncker, a la vinculación migración-terrorismo, ya que, como la semana pasada defendió el propio Director de Europol, no hay ninguna constancia de ese vínculo.

Migración ordenada es sinónimo de futuro compartido, de desarrollo en origen y en destino; es un fenómeno que, si lo gestionamos correctamente, siempre tendrá efectos positivos. Por ello son importantes los acuerdos de La Valeta, aunque insuficientes. Por ello hay que seguir profundizando. La relación entre migración y desarrollo es doctrina comúnmente aceptada en las Naciones Unidas.

Es necesaria una respuesta urgente e integral para paliar las necesidades de los refugiados, especialmente ahora en el invierno, sin olvidarnos de desarrollar las medidas en los países de origen. En este sentido, yo apoyo luchar contra la crisis en Siria, en el Sahel, en Chad o en el Cuerno de África, reforzando las estructuras del Estado, la democracia y la lucha contra el terror.

También apoyo la lucha contra la inmigración irregular y el tráfico y la explotación de seres humanos, con la mejora de la cooperación policial y judicial y facilitando el retorno y la readmisión, con dignidad y con legalidad. También apoyo generar oportunidades sociales y económicas en los países de origen; facilitar nuevos cauces de migración legal, la participación de los migrantes en sus países de origen, y el mayor y mejor impacto de las transferencias de remesas a bajo coste; y también reforzar el control de las fronteras mejorando la gestión de los documentos de viaje y el registro de individuos.

Ismail Ertug (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar, Kolleginnen Kollegen! Sowohl der G20-Gipfel als auch der Gipfel in Valletta hatten das Thema Migration im Zentrum ihrer Debatte.

In den Schlussfolgerungen ist viel davon zu lesen, wie man die Fluchtursachen bekämpfen kann. Man hat dabei auch den Aktionsplan mit den afrikanischen Ländern betont und wie wichtig eine solche Entwicklungspolitik ist – so weit, so gut. Jetzt gibt es aber andererseits auch eine Handelspolitik, die all das konterkariert, was die Entwicklungspolitik eben vorhat.

Jede Perspektive wird denjenigen Ländern genommen, die eine eigenständige und prosperierende Wirtschaft aufbauen wollen. Zum Beispiel eine europäische Agrarpolitik, die stark auf Export fokussiert ist, hat den Nachteil, dass sie dort lokale Märkte zerstört. Oder aber auch Handelsabkommen wie die TTIP, die Standards setzen, die als Handelsbarrieren für Schwellenländer wirken und sie so vom Markt ausschließen. Ich denke, eine strukturelle Änderung der Handelspolitik ist daher dringend geboten, denn nur mit Geld allein lassen sich Fluchtursachen nicht bekämpfen.

Ana Gomes (S&D). – Na cimeira de Valeta vimos uma União Europeia fragmentada, centrada no controlo de fronteiras e no aumento de restrições à entrada de refugiados, tentando fazer *outsourcing* do trabalho sujo, incluindo através de acordos de readmissão que teriam, se alguma vez fossem assinados, o mesmo papel que tiveram os que em tempos Berlusconi concluiu com o facínora Kadhafi. Vimos também governos africanos a exigirem mais investimentos e ajuda, dita de desenvolvimento, para regimes cleptocráticos e opressores e, por isso mesmo, prolíficos fabricantes de refugiados e migrantes, como os do Sudão, da Eritreia e da Etiópia, entre outros.

Sejamos claros: a União Europeia, por responsabilidade principal dos seus governos, tem falhado em travar guerras, conflitos, terrorismo, opressão e exploração económica às suas portas ou mais longe na África, a que está ligada por laços históricos e humanos. Apesar de toda a retórica, a União Europeia tem privilegiado relações com governos, por mais corruptos que sejam, e faz *lip service* no apoio à organização dos cidadãos africanos que se batem contra a opressão e a corrupção.

Como vimos pedindo aqui no Parlamento Europeu, há muito tempo, abrir canais legais e seguros de acesso para refugiados e migrantes é fundamental e é a principal maneira de proteger as vidas dos homens, mulheres, e crianças para que não tenham de se entregar nas mãos de traficantes e atirar-se ao mar. Esta é também a única maneira para controlarmos eficazmente as nossas fronteiras e garantirmos que organizações criminosas, incluindo as terroristas, não tirem partido da barafunda que são *hot spots* e outros pontos de chegada, onde não há recursos para fazer qualquer controlo sério de quem chega.

É também a única maneira de a União Europeia não continuar a alimentar o negócio dos traficantes de seres humanos. Este é um caminho que os governos sentados no Conselho não têm querido explorar. Resistem por falta de coragem política e de visão estratégica e, designadamente, da importância da sinergia de apoiarmos quem se bate pelos direitos humanos e pela boa governação em África.

Com cimeiras de Valeta, enganamos os nossos cidadãos, falhando nas obrigações legais e morais relativamente aos refugiados e aos africanos e, sobretudo, não contribuímos para a segurança da Europa e global.

László Tőkés (PPE). – A déli és a keleti irányból érkező szakadatlan migránsáradat kezdete óta egymást követik az európai válságtanácskozások és a nemzetközi – köztük a vallettai és a G20-as – csúcstalálkozók. Elismerve ezek szükségességét és részeredményeit, mégiscsak Orbán Viktor kormányfővel kell egyetértenünk, akinek véleménye szerint ezek „sehova nem vezetnek”. Sőt éppen ellenkezőleg, a migránsválság egyre csak súlyosbodik, utóbb pedig az Európa ellen irányuló, már-már apokaliptikus méreteket öltő terror fenyegetettségével egészült ki.

Kiket terhel a felelősség mindezért? A párizsi ártatlan áldozatok haláláért, az ellenőrizetlen és törvénytelen bevándorlás eskalációjáért, a mindennapi bizonytalanság és félelem eluralkodásáért, Európa határainak és a schengeni rendszernek a várható összeomlásáért!

Európai és nemzeti identitásunkat, értékeinket és érdekeinket teszik kockára azok, akik a multikulturalizmus, a „nyitottság” és a „szolidaritás” demagógiájával restek megvédeni határainkat, akarva-akaratlanul szabad teret engednek az iszlám fundamentalizmus terjedésének és közreműködnek Európa etnikai-vallási térképének a drasztikus átrajzolásában.

Ameddig még nem lesz késő, az Unió migrációs és menekültügyi, valamint terrorizmussal kapcsolatos politikájának a felülvizsgálatára és gyökeres megváltoztatására van szükség!

Андрей Ковачев (PPE). – Г-н Председател, г-н Комисар, г-н Министър, докога ще гледаме от страни как средновековни варвари режат глави, разпъват, давят и изгарят живи хора, пребиват жени с камъни, взривяват ни вече дори и в нашите собствени градове? Докато злото се настани трайно на нашия континент ли? Дошло е време за категорични действия – имаме икономика, имаме потенциал, Европа е икономически гигант!

Но Вие много добре знаете, че не сме приемани сериозно в политически и военен аспект. Не ни стига решителност, бързина и ефективност за елиминиране на опасностите. Да, нашата политика за развитие трябва да помага на страните от Африка и Близкия изток, за да имат перспектива хората там и да не са мотивирани да тръгват към нашите граници. Страните, на които ние помагаме и от които идват мигранти, подлежащи на връщане, трябва да приемат своите собствени граждани безусловно обратно.

Време е да създадем общоевропейски служби по сигурност с общо командване, общеевропейска разузнавателна и контра-разузнавателна агенция. Сама никоя страна не може да се справи по-добре със сегашните глобални предизвикателства. Очевидно е, че въздушните удари са необходими, но недостатъчни за крайния успех в Сирия.

Надявам се, че светлината от Виенските преговори и Г-20 няма да намалее или да загасне дори след събитията на турско-сирийската граница. Нужни са координирани действия на международната общност сега за елиминиране на варварите и прекъсване на финансирането на всякакви терористични движения, независимо откъде идват те.

Стига приказки! Който финансира и търгува директно или индиректно с терористи, е терорист, който се занимава с трафик на хора, е престъпник. И трябва да бъде ясно, че всички такива активи в Европейския съюз и други демократични страни ще бъдат конфискувани незабавно и тези лица, фирми, организации или правителства, които се занимават с такава дейност, трябва да бъдат подведени под отговорност.

Eduard Kukan (PPE). – Mr President, while Europe is facing an unprecedented refugee and migration crisis, this summit should have been a step towards dialogue on management of the flows from Africa. Although we have not reached a clear solution, we need to continue this dialogue and concentrate on the root causes of the migration. It is clear that they will not disappear overnight, but there has to be an understanding that this is not only a European problem but a much broader problem. It has been recognised as a global concern, with major political and economic consequences. We therefore have to keep a continuous dialogue with African countries going, as well as with countries of the Middle East.

The EU and its Member States should be at the forefront of these initiatives. We have much more to offer than just a safe harbour for refugees fleeing conflicts and failed states. We are a leading partner in development programmes and humanitarian aid all around the globe. Along with the security measures, we need to invest more experience and expertise and also resources in development policies. We have a handful of governments in Europe whose answer to the refugee crisis has been to point to the root causes. I think that now is the time to ask them for their real contribution.

PRESIDENZA DELL'ON. ANTONIO TAJANI

Vicepresidente

Alojz Peterle (PPE). – Vrh v Valetti je bil nujen in koristen. Pozdravljam akcijski načrt, vzpostavitev skrbniškega sklada in vse druge ukrepe, ki naj bi ublažili migracijski pritisk, okrepili prizadevanja za odpravo vzrokov na izvoru in pomagali k novi razvojni paradigmi afriških držav.

Vrh v Valetti doživljam kot izraz razumevanja o skupni odgovornosti in volji po partnerstvu in solidarnosti. Begunska kriza je izstopajoč element v širšem konfliktnem kontekstu. Rešili jo bomo samo, če bomo izboljšali kontekst. Želim si, da bi vrhu v Valetti sledil stalen in strateški dialog med evropsko zvezo in Afriko.

Kot sem dejal že v debati o trajnostnem razvoju in postmilenijskih ciljih, vse, kar si zadanemo, uresničimo lahko, če bodo naše družbe živele v miru in svobodi, če bodo pozorne do dostojanstva vsakega in do vseh identitet ne glede na količino. Doseči mir v naši sosesčini je prva prioriteta. Veliko napredka pa ne bo, če bomo v Siriji streljali na različne tarče in si bodo partnerji medsebojno sestreljevali letala. Evropski problem bomo rešili, če bomo uspešno reševali afriške probleme in razvili verodostojno partnerstvo s Turčijo.

Neenoten odziv držav članic na finančno pobudo predsednika Junckerja ni okrepil verodostojnosti evropske zveze. Denar sicer ni vse, vendar pa izmikanje solidarnosti danes gotovo pomeni višji račun kasneje.

Jaromír Štětina (PPE). – Pane předsedající, listopadový summit ve Vallettě byl důležitým precedentem v tom smyslu, že konečně začal uprchlickou krizi řešit ve spolupráci se státy Africké unie a zabývat se tak podstatou celého problému.

Jak summit konstatoval, je podstatné zabývat se sociálně ekonomickým rozvojem Afriky, podporovat tamní stabilitu, mír a budování právních států. Toto jsou nutná, avšak dlouhodobá řešení. Krize je ale v plném proudu právě teď, a proto potřebujeme také opatření okamžitá. Měli bychom si uvědomit, že příliv uprchlíků je nemožné zastavit. Lidé vždy udělají vše, co je v jejich silách, aby své rodiny uchránili před občanskou válkou a násilím. Proto bychom měli naše úsilí zaměřit na kontrolu přílivu uprchlíků.

Prvním krokem by mělo být zabránění dalším úmrtím uprchlíků ve Středozemním moři. Evropská unie musí vytrvale bojovat proti organizovaným pašeráckým sítím. Operace EU Sophia, jejíž úkolem je právě rozbití pašeráckých operací, je proto správným krokem. Proto také musíme vytvořit podmínky pro to, aby získání azylu v Evropské unii bylo možné pouze ve specializovaných centrech ve třetích zemích, jako je například to, které nedávno zřídila Evropská unie v Turecku.

Tunne Kelam (PPE). – Mr President, Valletta sends a message about how crucial it is to address the root causes of irregular migration. This can be done only by working together with countries of origin within a long-term framework. Among five priorities, I would particularly stress the fourth one: to combat and prevent migrant smuggling and human trafficking. It is important because this level has been relatively neglected.

There are many signals which show how well the criminal African and cross-Mediterranean smuggling business is organised. New criminal groups are not only profiting from people in need but are, at least partially, motivating, inspiring and channelling the migration flows. The huge amount of money extorted from migrants is being directed to finance terrorism and militant groups and to undermine the EU.

Two more observations: economic cooperation and development aid to African countries must be clearly linked with the respective readmission agreements. One of the most urgent tasks is to decide about those who do not qualify for asylum. Secondly, money promised to support our African partners must not be delayed under the guise of commitments. In particular, Member States need to contribute decisively and immediately. As I said, Valletta was a good start, but the bulk of the work is yet to be done.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl vyzdvihnout, že potřebujeme reformovat azylové procedury v návaznosti na to, jak proběhly výsledky summitu ve Vallettě.

Evropa musí mluvit jednotně. Nelze ovšem vytlačit zodpovědnost ani národních států. Nemůžeme bezpečnostní rizika, která jsou spojena s nekontrolovatelným přílivem imigrantů do Evropy, podceňovat.

Zároveň bych chtěl říci, že právo na azyl a na naši pomoc mají mít jen ti, kdo jsou mírumilovní. Jsme si vědomi naší povinnosti pomáhat, chceme být solidární s těmi, kdo naši pomoc skutečně potřebují, kdo jsou ohroženi na životě. Právo na azyl však nemohou požívat ti, kdo neprokáží svou totožnost a místní původ, kdo nespolupracují v azylovém řízení a nevyvrátí případné pochybnosti o jejich bezpečnostních rizicích. Pomoc uprchlíkům má mít jen dočasný charakter, pomine-li nebezpečí, měli by být vráceni i v rámci jejich zájmu do svých původních vlastí.

Therese Comodini Cachia (PPE). – Mr President, the events after the Valletta Summit give its outcomes on security a new meaning. Serious commitment to the outcomes of the Valletta Summit and the G20 meeting is assured by the European institutions, but this commitment needs to be equally present from Member States and third countries. Security threats are global, necessitating global response and cooperation – but we would be very mistaken to leave local action by the wayside. Our response needs to be both global and local.

We can protect our citizens when we realise that strong internal and border security would be insufficient if our neighbour does not have the same security capacity. Security threats transcend physical borders, and the resetting of physical borders will not protect us but will simply artificially confine us to a bubble. The call to re-establish our internal physical borders shows how fear and terror transcends countries. We need to appreciate that our citizens are reacting out of fear, and we must provide them with security. But it is not more physical borders that we need. We need cooperation and coordination of our resources, reflected in specific actions which do not take ages to be initiated.

Procedura catch-the-eye

Nicola Caputo (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le stragi di Parigi hanno stravolto l'agenda del vertice del G20 della scorsa settimana, obbligando i leader ad impegnarsi per trovare soluzioni alla minaccia terroristica. Tuttavia, le posizioni europee e all'interno della stessa NATO su come e a fianco di chi intervenire sono ancora distanti.

Credo che dopo la tragedia di Parigi non ci sia più spazio per divisioni e tatticismi e che contro la minaccia del terrorismo, come ha ricordato il presidente Mattarella questa mattina, serva più che mai un'Europa unita, capace di intervenire in maniera risolutiva, in Siria, in Libano, in Libia e di coordinare tra loro i sistemi di intelligence nazionali. La situazione è delicata e complessa e deve quindi essere affrontata con una visione strategica condivisa, capace di guardare a lungo termine e di prendere in considerazione l'intero scacchiere regionale.

Solo se riusciremo a dare nuova linfa alla nostra identità europea, saremo in grado di sconfiggere la minaccia dell'ISIS e di gestire il fenomeno migratorio, intervenendo anche alla sua origine. E su questo punto, com'è emerso dal vertice di La Valletta, tra Europa e Africa è necessaria una collaborazione rafforzata per combattere l'immigrazione illegale e quindi le reti criminali che le sfruttano.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, drago mi je da predstavnici europskih država brinu o ljudskim pravima migranata i poštovanju njihovog dostojanstva jer valja biti dobar domaćin onima koje smo odlučili primiti. No, svedjedno ne mogu ne primijetiti da su prioriteti europskih lidera sasvim naopako postavljani.

Naime, politički predstavnici država članica i svi mi ovdje u ovom domu nismo birani od strane izbjeglica i migranata, već od punopravnih državljana europskih država. Zato se ne mogu složiti s pojedinim zaključcima koji naše najviše prioritete vezuju uz migrante. Glavni prioriteti svih europskih političara na svim razinama vlasti moraju biti sigurnost i prosperitet naših građana, a iza toga dolazi sve ostalo.

Nakon posljednjih terorističkih napada i talačkih kriza u Francuskoj te policijskih racija u Bruxellesu naša je primarna zadaća odgovoriti na brojna pitanja i zabrinutost građana umjesto da ignoriramo njihovo rastuće nezadovoljstvo politikom koju Europa vodi.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, pravo je pitanje u stvari što je pred nama? Što će se dešavati narednih mjeseci i narednih godina? Da li nestabilnost i nesigurnost koja je upravo sada tu oko nas, da li je to nešto što će trajati godinama? Kakav odgovor dajemo na to? Da li su zaista La Valletta i Antalija dali nekakav odgovor na ovo stanje u kojem se danas nalazimo?

Mislim da su rezultati relativno skromni. Naravno da podržavam dogovore. Naravno da podržavam dijalog jer dijalog nema alternativu. Alternativa je samo rat, a rat naravno nigdje ne želimo. Neki govore o tome da se spremaju veliki ratovi. Govore i naši saveznici i ljudi koje mi podržavamo. Zato sam siguran da moramo nastaviti politiku suradnje s afričkim zemljama, ali moramo isto tako, kao Europska unija, učiniti sve da velike sile, prije svega SAD i Rusija, počnu djelovati zajedno jer inače ćemo biti pred još većim izazovima nego što smo danas.

Νεοκλής Συλικιώτης (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, η διάσκεψη στη Βαλέτα κατέληξε σε ακόμα μία παράσταση με φτωχά αποτελέσματα. Καμία ουσιαστική διαφοροποίηση δεν υπήρξε στην προσφυγική πολιτική της Ένωσης και πάλι αποφασίστηκε η περαιτέρω ενίσχυση των στρατιωτικών λύσεων και των κατασταλτικών μηχανισμών φύλαξης που μετατρέπουν την Ευρώπη σε φρούριο. Η προσπάθεια δε για μια δίκαιη κατανομή των προσφύγων καθώς και ο στόχος για δημιουργία νόμιμων και ασφαλών οδών στην Ευρώπη απέτυχε και πάλι.

Από την άλλη οι ξενοφοβικές προσεγγίσεις ορισμένων κυβερνήσεων της Ανατολικής Ευρώπης δημιουργούν έντονη ανησυχία και πρέπει να αντιμετωπιστούν αποφασιστικά. Η αλληλεγγύη δεν είναι μονόδρομος για να την επικαλούμαστε α λα κάρτ όταν την έχουμε ανάγκη εμείς. Η προσφυγική κρίση δεν είναι πρόβλημα μόνο των κρατών υποδοχής, της Ελλάδας, της Ιταλίας και των άλλων μεσογειακών κρατών μελών, αλλά ολόκληρης της Ένωσης.

Γι' αυτό πρέπει να ενισχύσουμε την ανθρωπιστική βοήθεια, να προωθήσουμε άμεσα ένα δίκαιο σύστημα ανακατανομής και μετεγκατάστασης των προσφύγων.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Številke o migrantih so seveda nepredvidljive in tudi La Valetta o samih migracijah je to seveda potrdil, zlasti o skromnih napovedih oziroma nejasnih številkah, kaj se bo dogajalo v prihodnje. Je pa dobro, da je ta „summit“ posedel skupaj evropske, afriške voditelje, humanitarne organizacije, da so se dogovorili za nekaj ukrepov, ki jih bodo, upamo, čimprej seveda tudi začeli ...

(Predsednik je prekinil govornika zaradi tehnične težave in mu nato vrnil besedo.)

Torej, beremo različne številke o migracijskih tokovih, ki se bodo dogajali v prihodnje, in to je to srečanje v La Valetti tudi potrdilo. Tudi to srečanje, ki je posedlo skupaj evropske in afriške voditelje in pa nekatere humanitarne organizacije in združenja, je postreglo z nekaj konkretnimi predlogi; nekateri seveda trdijo, da so premalo konkretni, drugi so s tem zadovoljni.

Ustanovil naj bi se sklad v višini 1,8 milijarde EUR. Jasno je, da seveda pri tem moramo biti pozorni, komu bo namenjen ta sklad, kdo bo noter vplačeval in kako bomo seveda vršili tudi kontrolo tega. Predvsem pa je pomemben dogovor tako med državami izvora begunske krize, tranzita in pa ciljnim državami in torej začeti odpravljati tiste temeljne vzroke, zaradi katerih je sploh prišlo do te begunske krize.

Tim Aker (EFDD). – Mr President, another EU summit, and again the problems facing this Union are staring them in the face and nothing is done. The first is that Chancellor Merkel and the leadership of this Union said: 'Come ye, come ye'. So you are welcoming the entire world to the European Union. The second is Schengen and complete open borders within most of the European Union. Third, free movement for anyone with an EU passport ready to work and live in most of the European Union, which is why in recent years we have had record numbers of net immigration into the United Kingdom.

Until you deal with that, you will not fix the migrant crisis, and every summer there will be problems at Calais, there will be problems at every single border – the external border of the European Union. Until you deal with that, you will not fix the problems, which is why in the UK we have seen the 'Leave the EU' campaign ahead in the polls. If you fail to address that then the United Kingdom will leave the European Union.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pane předsedající, summit ve Vallettě přinesl důležité výsledky přesto, že tady slyším i kritiku. Myslím ale, že to je důležitá pomoc zemím, odkud přicházejí uprchlíci anebo přes které uprchlíci k nám do Evropy přicházejí. Česká republika se již okamžitě po tomto summitu přihlásila k finanční spoluúčasti ve výši 600 tisíc EUR.

K tomuto vystoupení mě ale přimělo také vystoupení paní vysoké představitelky Mogheriniové, jejíž práci oceňuji, ale nerozuměla jsem slovům, kdy se vyslovila o tom, že mezi Afrikou a Evropou není možné budovat hranici, protože je tam moře. Já doufám, že to bylo pouze nedorozumění. Mezi Evropou a Afrikou je jistě hranice a Evropská unie musí udělat všechno proto, aby vnější hranice Evropské unie byla bezpečná.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Mr President, apologies again from Federica Mogherini, Vice-President – as you know, she had to leave to get to the Union for the Mediterranean Summit, the so-called Barcelona Process.

I would like to thank you for this frank and dense debate on our partnership with Africa and on the global partnership necessary to manage migratory and refugee flows in Europe. We clearly need to take stock of the Valletta process and, of course, of the talks in the G20 and pass to implementing our commitments, starting from action agreed in the Valletta action plan. This is our task from here to the end of 2016, and we need to engage immediately with our partners to make things happen.

Let me take on a few of your questions. Firstly, on readmission and return agreements. As my colleague the Vice-President explained, this is an important part of our strategy, but it is only one part of our strategy. It cannot be decoupled from our other actions. The objective in the medium and long term is to make this phenomenon more manageable. This includes discouraging irregular flows, fighting the smugglers of human beings, working on the readmissions, but also working on the reintegration of returnees. Only if those who get back can find a place in their own societies will they pass on the message that embarking on a dangerous journey towards Europe is not worth the risk. At the same time, we need to work to strengthen and implement the legal channels we have already agreed on.

But first of all we need to invest in the future of Africa. The continent has a huge potential; our aid can help unleash such potential. The Commission is doing its share, and we will keep pushing for national governments to follow up on their commitments. I would encourage you all to pass on this message that you have voiced here today, also back home.

Secondly, many of you rightly highlighted that saving lives must remain our focus in implementing Valletta. I completely agree. Protection is and remains a key element of our partnership with Africa, both in terms of supporting the huge effort of African partners in offering humanitarian relief to refugees and the internally displaced in Africa, and in terms of a wider and more consistent effort from the EU in terms of resettlement, in close cooperation with UNHCR. Yes, this is a crucial part of our effort to save lives and avoid hazardous journeys.

Another key component of our discussion in Valletta has indeed been legal mobility: opening legal, regulated ways and facilitating mobility for bona fide travellers, starting from students, researchers, academics and business operators. It is part of our commitments in the action plan and we will make it happen. This is very important, as you know.

As Federica Mogherini said in her introduction, helping Africa's growth and development is in our own interests. If we disinvested from the continent's future, we would be hurting our own future. It would be against our values and our interests. This is not an idealistic approach, it is a very pragmatic approach. We need a strong cooperation with Africa, which addresses Europe's interests and African interests at once. There is no 'horse-trading'; we are redrawing our partnership on new bases. This includes how we deal with migration, but also our cooperation on peace and security, on development and on counter-terrorism.

This leads me another point, raised by Mr Verhofstadt. Yes, a new partnership with Africa is not just about managing mobility, but also tackling the root causes of forced displacement. And yes, investment, industrialisation, opportunities for private actors to engage in a partnership for development in African remains very important.

Next, the security aspect of our cooperation. As many of you said, recent events only confirm that we cannot underestimate the threats we are facing. But let us also be clear on something: of course we must improve the checks on our external borders – it is obvious. But, as the attacks in Paris demonstrate, the threat to our own security mostly originates within our own borders. On the external side, the call for more cooperation on security comes directly from our African partners. Cooperating with Africa on security is consistent with our interests: think of the work we can do to control their borders, to fight international criminal networks and to investigate terrorist suspects.

Finally, let me thank you once again for this debate and let me assure you that we count on the cooperation of this parliament and on its support in shaping not only migration but at the same time a new partnership with Africa.

Nicolas Schmit, *président en exercice du Conseil*. – Monsieur le Président, on ne peut pas tout attendre d'un sommet, mais je crois que le sommet de La Valette a lancé ou peut-être relancé un processus et, comme vient de le dire M. le Commissaire, un processus vers un nouveau partenariat entre l'Europe et l'Afrique. Ces derniers sont des partenaires naturels et ne pas soutenir ce partenariat, c'est finalement nous rendre, à nous-mêmes, un très mauvais service.

Or, nous savons que migration et développement sont les deux faces d'une même réalité et qu'il n'est pas possible d'arriver à une meilleure gestion des flux migratoires sans impliquer les pays d'origine et sans intégrer aussi, dans une telle gestion, une mobilité, c'est-à-dire une migration légale. La coopération – nous en avons beaucoup parlé –, il faut peut-être, en effet, parfois la repenser, la réorienter. Il faut des projets – nous en avons aussi parlé cet après-midi – réels qui améliorent les perspectives des populations, et que des projets dans les régions profondes d'Afrique soient réalisés au profit des populations, parce que ce sont là les incitations qui convaincront les personnes de rester sur place.

Mais mieux gérer les migrations, c'est également travailler avec les pays africains. Il existe des exemples de projets où cela fonctionne. Je me rappelle très bien, puisque j'ai été pendant quelques années ministre de l'immigration, que nous avions à une époque un grand problème d'immigration clandestine du Sénégal vers les îles espagnoles. Eh bien, c'est grâce à une coopération avec les autorités sénégalaises et les autorités espagnoles que nous avons pu plus ou moins maîtriser cette migration illégale. Il faut donc trouver de nouvelles formes de coopération.

Évidemment, il faut également respecter nos engagements financiers. Nous avons parlé d'un plan Marshall pour l'Afrique et probablement qu'il faudra y venir. Il faut effectivement disposer de ressources, mais également mieux les utiliser.

Le dernier point portera sur les conflits en Afrique. Je crois que les conflits en Afrique produisent de l'immigration, produisent des migrants, produisent des réfugiés. Mais il ne faut jamais oublier que la plus grosse partie des réfugiés se trouve en Afrique même, et qu'il faut parfois aussi aider les pays africains à gérer ces problèmes de réfugiés chez eux.

La semaine prochaine se tiendra une réunion de l'Assemblée parlementaire paritaire ACP-UE. Je crois que ce sera une nouvelle occasion de revenir sur ce dessein commun qu'est la coopération, le partenariat entre les pays africains et l'Europe. Je crois que c'est une grande chance et une opportunité qu'il faut bien sûr saisir.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – A Cimeira de Valeta constituiu mais um passo na concretização das conclusões do último Conselho Europeu sobre migrações: erguer mais alto os muros da Europa fortaleza e, no final, colocar arame farpado no cimo desses muros.

Eis, em toda a sua crueza, a natureza desumana da política da UE também neste domínio. Uma política que criminaliza a emigração. Que assimila os migrantes a criminosos. Uma política selectiva e repressiva e, por isso mesmo, sim, desumana. Porque nega aos que fogem do caos, da miséria e da guerra – que a UE ajudou a semear – os seus elementos direitos humanos, começando pelo direito a uma vida melhor.

Antes chamavam-lhe expulsão, sem rebuços. É do que se trata de facto, mesmo que agora optem por eufemismos como «retorno» ou «regresso». As conclusões do Conselho Europeu redundaram nisto: expulsar mais migrantes e fazê-lo mais eficazmente. A Cimeira de Valeta serviu como uma sórdida tentativa de impor esta agenda aos países africanos, eles próprios vítimas das pulsões imperialistas e neocoloniais geradoras da desigualdade, da fome e da miséria de que fogem os migrantes. A indigência dos valores avançados para a chamada «ajuda e cooperação» fala por si, assim como a «condicionalidade», ou sejamos claros, a chantagem sibilina que a condiciona à aceitação dos ditames da UE.

György Hölvényi (PPE), írásban. –Az Európára nehezedő migrációról folytatott vitához egészen friss közel-keleti tapasztalataim alapján szólok ma hozzá. A közelmúltban napokig jártam Észak-Irak menekülttáborait a Church in Need pápai segélyszervezettel. Találkoztam a segélyezést koordináló vallási vezetőkkal, egyházi szervezetekkel. Elsődleges tapasztalatom, hogy alapvetően békére és lokális megoldásokra van szükség a migráció kezeléséhez. Meggyőződésem, hogy az egykor gyarmatosító európai országoknak ebben a helyzetben most nem mindenáron gazdasági előnyszerzéssel kell foglalkozniuk. Beruházásokra és segélyprogramokra kell összpontosítani azokat a forrásokat, amelyek tulajdonképpen rendelkezésre állnak. Minden erőfeszítést az otthonmaradást segítő programokra kell koncentrálnunk. Ez elsősorban a menekültek érdeke, hiszen semmi nem indokolja, hogy ezek az ősi közösségek több ezer kilométerre elvándoroljanak, kiszolgáltatva bűnözői hálózatoknak, ahelyett, hogy a saját kultúrájukban élhessenek.

Egészen konkrét tapasztalatom, hogy két szempontból kell segítenünk ma a belső menekülteknek. Az egyik az oktatás biztosítása, a másik a munkalehetőségek felkutatása. Ezen a két területen világos igény tapasztalható a mielőbbi segítségre, és ezek egyben a helyben maradás kulcsai is. Nagyon komoly probléma, hogy döntéshozóink nem ismerték fel sokkal korábban ezeknek a lépéseknek a szükségességét. Egészen világos a helyzet: vagy helyben segítünk a fenti szempontok szerint, összehangoltan, a nemzetközi adományozókkal együttműködve, vagy az üldözöttek nem tudnak tovább kitaranni, elhagyják szülőföldjüket és tömegesen Európa felé veszik az irányt.

Péter Niedermüller (S&D), írásban. – A valetai csúcstalálkozón az Unió vezetői a menekültügygel kapcsolatos valódi problémák megoldásán dolgoztak. A csúcstalálkozó azokra az okokra koncentrált, amelyek miatt a menekültek kénytelenek útnak indulni hazájukból. Az afrikai országokkal való együttműködés javítása és a fejlesztési források jobb felhasználása annak érdekében, hogy javuljon az ott élő emberek helyzete érdemi eredmény hozhat a menekültek számának csökkentésében. Ugyanilyen fontos az is, hogy mindent elkövessünk a jelenlegi fegyveres konfliktus megoldására és az újabb válságok kialakulásának megelőzésére.

A közel-keleti térség stabilitásának javításában, a menekültek problémáinak kezelésében fontos partner lehet Törökország is. Ugyanakkor ez nem jelenthet biankó csekket: az EU-nak szigorúan monitorozni kell azt, hogy a török kormány megfelelő módon gondoskodik-e a menekültekről és nemzetközi kötelezettségeit betartva jár-e el. Világosan kell látnunk, hogy ma már Európa biztonsága jóval az Unió határain túl kezdődik. A globális problémák korában az Európai Uniónak is a nemzetközi szintér erős szereplőjévé kell válnia. Az erősebb európai együttműködés, a közös fellépés, a nemzetközi válságok hatékony kezelése az az út, amelyik segít megelőzni a menekültek tömeges útra kelését, és nem a kerítésépítés, az idegenellenes propaganda és a nemzetközi jog megsértése a megoldás.

15. Lage in Burundi (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sulla situazione in Burundi (2015/2973(RSP)).

Le Président. – Je demande maintenant à M. le ministre Schmit de prendre la parole au nom de la vice-présidente de la Commission et haute représentante de l'Union pour les affaires étrangères et la politique de sécurité. Vous changez de casquette...

Nicolas Schmit, *président en exercice du Conseil, au nom de la Vice-présidente de la Commission/Haute représentante de l'Union pour les affaires étrangères et la politique de sécur.* – Monsieur le Président, je change de casquette, mais c'est en fait une sorte de prolongation du débat que nous venons d'avoir puisqu'en parlant de crise en Afrique et de problème des réfugiés, car il y a beaucoup de réfugiés venant du Burundi dans les pays voisins du Burundi, on est tout à fait dans le thème débattu cet après-midi.

There have been a number of emergency debates and resolutions on Burundi in the last year. Sadly, the situation in the country remains extremely grave, and we believe it is fully justified that we address this issue once again this evening. Both the European Union Ministers of Foreign Affairs and the United Nations Security Council have expressed themselves on Burundi in the last ten days.

On the negative side, there is a broad recognition that, on a daily basis, violence in Burundi has reached an extremely dangerous level and that it has been exacerbated by the use of inflammatory and irresponsible language. Regrettably, we have had to condemn once again human rights violations and, of course, to express our solidarity with all the victims and families of the victims.

Among those who have suffered is Mr Pierre Claver Mbonimpa, the human rights defender who is well-known and well-respected in this House. The humanitarian community has not been spared either, with the death recently of a staff member of the International Organisation for Migration. I repeat the EU's absolute condemnation of human rights violations and of violence, whoever is responsible.

More positively, we believe there is now a strong international consensus encouraging Burundi to get behind African-led processes which, in the assessment of the EU, provide the only viable way out of the crisis. Most important among these are the implementation of decisions on Burundi already taken by the African Union and the East African Community, and cooperation with the mediation efforts being undertaken by Uganda on behalf of the East African Community.

The decision of the ruling party to nominate President Nkurunziza as a presidential candidate earlier this year created a serious division across society and across politics. That division needs to be addressed urgently and comprehensively.

I would like to say a word on UN Security Council Resolution 2248, which is, of course, welcomed by the EU. There are three elements in this resolution which I want to stress tonight. Firstly, the resolution calls upon the Government of Burundi and all parties to reject any kind of violence, and demands that all sides in Burundi refrain from any action that would threaten peace and stability in the country.

Secondly, it calls upon the Government of Burundi to respect, protect and guarantee human rights and fundamental freedoms for all, in line with the country's international obligations. Thirdly, it urges the Government of Burundi to cooperate with the East African Community-led mediation to enable it to immediately convene an inclusive and genuine inter-Burundian dialogue in order to find a consensual and nationally-owned solution to the current crisis.

You are all aware of the humanitarian situation, and in particular the pressure on facilities in Rwanda, Tanzania and the Democratic Republic of Congo. To date, we have allocated EUR 9 million to respond to the Burundian refugee crisis in the Great Lakes region. At a time when there are many conflicting priorities, we must ensure that attention is not diverted from the very real needs which the current crisis has caused. But at the same time we need to address root causes, and in particular violence and the rule of law.

We announced in the summer that we would consider the adoption of individual restrictive measures against those linked to human rights abuses or to obstructing the search for a political solution. We have followed up on that by adopting measures against a number of individuals and will consider broadening the list if circumstances require it.

We also undertook to prepare for the special consultations which are foreseen under Article 96 of the Cotonou Agreement. We have also followed up on that, inviting the Burundian authorities at the end of October to participate in a first meeting, which we hope could be held in December.

There are a number of points I wish to stress about Article 96 consultations. Firstly, we want them to focus on the areas where we believe there has been a breach of the Cotonou Agreement and, in particular, human rights and the rule of law. Secondly, the talks are time-limited. We should focus on objectives which are achievable in a three- to four-month period and which lead the way to a longer-term strategy to exit the crisis. Thirdly, the consultations will support the activities of the African Union and the East African Community, encouraging as much as possible implementation of the decisions already taken by those bodies and encouraging cooperation with them in mediation, observation and facilitation activities.

Finally, and most importantly, we will enter the talks with a positive spirit. The aim is to find a mutually-agreed solution and not to punish. The Cotonou Agreement allows for appropriate measures, including the cutting of aid, but the EU will take all steps to avoid actions which could put at risk already vulnerable populations.

This is a point which Commissioner Mimica has stressed to this House before, and it remains true today. To illustrate this, while the EU has needed to make some changes to its assistance package, suspending its electoral support of EUR 8 million in June, withholding budget support payments and putting on hold the finalisation of the Annual Action Programme for 2015, at the same time we are committed to preparing major programmes on health and nutrition, ensuring that funding on existing actions, including those of the 11th EDF 2014 Annual Action Programme of EUR 60.7 million, is used for the purpose it was intended for.

I mentioned earlier focus on the rule of law and human rights. This means in practice that we need to concentrate on some specific areas, which I know to be of concern to Members of this House: the media environment, the situation of civil society and human rights defenders, the justice system and disarmament. Arising under these are a number of specific cases of concern, which have been raised in previous debates here. The EU has been supporting Burundi in its efforts to entrench democracy since the Arusha Agreement put an end to years of civil war and laid the foundations for a new era. The spirit of these agreements is for us at the heart of the search for a solution to the crisis. I look forward very much to hearing the views of honourable Members.

Joachim Zeller, im Namen der PPE-Fraktion. – Herr Präsident! Herr Minister, Kolleginnen und Kollegen! Die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika betreffen uns unmittelbar. Das haben die Debatten heute den ganzen Tag gezeigt. Und so müssen wir hier auch zum dritten Mal in diesem Jahr über die Situation in Burundi sprechen. Denn nachdem Präsident Nkurunziza im Juli unter Bruch der Verfassung, unter Missbrauch von Wahlen sich und seinen Helfershelfern das Amt gesichert hat, reißen die Schreckensmeldungen aus diesem Land nicht ab. Oppositionelle, Journalisten werden verfolgt, mehr als 200 Menschen wurden bereits ermordet, und mehr als 200 000 haben das Land verlassen. Die Flüchtlingslager in den Nachbarländern, insbesondere in Tansania, sind bereits überfüllt. Dort leiden die Menschen bereits Not, weil die Versorgung nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Von daher sind der Resolutionen mittlerweile genug geschrieben, wir müssen endlich handeln!

Der Arusha-Prozess wird nach übereinstimmender Meinung von Augenzeugen nicht mehr wirksam vor Ort. Andere haben bereits Sanktionen ergriffen: Der Präsident der Vereinigten Staaten hat gerade gestern oder vorgestern Sanktionen gegen führende Leute des Nkurunziza-Regimes ausgesprochen. Der UNO-Sicherheitsrat – der Herr Minister hat es erwähnt – hat eine einstimmige Resolution gefasst, wo er nicht nur die Verfolgungen von Menschen und die Ermordungen verurteilt, sondern mittlerweile auch die Blauhelmmission, die bis 2005 in diesem Land war und den Bürgerkrieg zu beenden half, wieder aufleben lassen will. Ich denke, dass auch bei uns das Verhandlungsmandat, das die Kommission hatte, sich langsam dem Ende zuneigt. Natürlich wollen wir den Menschen vor Ort helfen, aber sämtliche Unterstützung des Nkurunziza-Regimes sollte eingestellt werden. Und auch, dass dort Burundi 5 000 Soldaten, die wir bezahlt haben, im Somalia-Konflikt bereitstellt, sollte kein Grund mehr sein, sondern eher ein Druckmittel, um auf das Regime einzuwirken, dass es endlich mit der Unterdrückung und der Verfolgung seines eigenen Volkes aufhört.

Kati Piri, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, the violence in Burundi keeps escalating. Human rights defenders, journalists and their family members are attacked and murdered. Since President Nkurunziza insisted on continuing with his third term as President, and the politically-motivated killings started in April, at least 240 citizens have been killed. 215 000 Burundians have fled the country and many people are internally displaced. Public executions and silent killings continue. We saw that also during the last three weeks.

I welcome the UN Security Council Resolution finally adopted on 12 November calling upon the Government of Burundi and all parties to reject any kind of violence and to immediately convene an inclusive and genuine dialogue with the ruling party and the opposition, both inside and outside of the country. But the sad thing today is that we could see this coming for years, and so it could have been prevented, but the international community chose to look away for way too long, even deciding to close the United Nations Office in Burundi (BNUB) six months before crucial elections.

Now it is our duty to act so that a full-blown civil war in the country is prevented. The latest elections that were held in Burundi are not recognised by the international community, and the violence continues. So what is the EU doing in order to put pressure on the current government to comply with the UN security resolution?

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – De situatie onder president Nkurunziza is een moderne samenleving onwaardig. Hij is ervan overtuigd dat hij een derde presidentieel mandaat verdient en hij gaat daarmee eigenlijk in tegen de wil van zijn bevolking, die in 2005 gekozen en gestemd heeft voor een inclusieve en democratische grondwet. In de volkswijken van de hoofdstad wordt gevochten tegen de politie, tussen aanhangers en tegenstanders van de president en de haatdragende boodschappen van de Boeroendese leiders gieten olie op het vuur. De crisis tast de prille democratie, de fragiele vrede en de moeizame ontwikkeling in Boeroendi ernstig aan.

De situatie is nefast voor de hele regio van de Grote Meren. Boeroendi is maar een stip op de Afrikaanse kaart, omgeven door Congo, Rwanda en Tanzania. De vluchtelingenstromen verhogen de humanitaire druk op de buurlanden, met verhoogde etnische spanningen tot gevolg. Ik vestig speciaal de aandacht op de problemen van de vluchtelingenkampen. Door het aanbreken van het regenseizoen in Tanzania dreigen de tenten en toiletten in de kampen onder water te lopen, met alle gevolgen van dien. En een nieuwe stroom van vluchtelingen dreigt de situatie nóg erger te maken. We mogen de fouten met de Syrische vluchtelingen niet herhalen. We moeten meehelpen om de Boeroendese vluchtelingen in menswaardige omstandigheden op te vangen in de regio, met het oog op hun terugkeer later.

Internationale spelers zagen Boeroendi te veel en te lang als te weinig van geostrategisch belang. Te klein, te weinig invloed. Diplomatieke en militaire inspanningen waren vooral gericht op Rwanda, op Oeganda en Congo. Wat mij betreft een inschattingsfout. Ik hoor dat de hoge vertegenwoordiger bezorgd is nu en dat heeft zich inderdaad vertaald in maatregelen. Ik ben het ook met u eens, mijnheer Schmit, dat we moeten pleiten voor een dialoog onder internationale en Afrikaanse bemiddeling.

Maar ik vestig toch ook graag de aandacht op het belang van een herziening van het Europees ontwikkelingsbeleid. Mijn regering in België, maar ook die in Nederland en Duitsland tonen de weg door ontwikkelingshulp aan het land deels op te schorten, want we weten dat een groot deel van de internationale hulp verloren gaat aan corruptie. Laten we tegelijk kiezen voor heroriëntatie.

Hilde Vautmans, *namens de ALDE-Fractie*. – Op een moment als vandaag waarop eigenlijk heel onze internationale aandacht uitgaat naar het terrorisme en de strijd tegen het terrorisme, mogen wij de situatie elders niet vergeten. Vandaar dat ik dan ook blij ben dat Boeroendi hier vandaag ook op de agenda staat.

In april van dit jaar heb ik nog gewaarschuwd, Voorzitter, voor het debacle in Boeroendi. We zien met lede ogen dat de hele regio opnieuw wordt vergiftigd door de ambities van één man. U heeft het zelf gezegd: veel mensenrechtenschendingen, veel vluchtelingen, veel doden. Het is niet duidelijk waar het land naartoe gaat. De leiders hanteren onverantwoorde haatspeeches als bliksemafleiders. De bevolking is gelukkig tot nu toe slim genoeg om er niet op te reageren. Maar de tienduizenden vluchtelingen zijn wel een realiteit die ook de buurlanden belast.

Het regionale kruisvat kan snel ontploffen, heb ik in april gezegd, en ik heb toen ook gewaarschuwd voor een nakende genocide door voorbereidingen die bezig zijn. Ik wil dit hier vandaag nog eens expliciet herhalen. Mijnheer de minister, ik dank u heel hartelijk voor de *update*. De VN-Veiligheidsraad heeft duidelijk positie gekozen voor de bevolking en tegen de leiders die zich aan de macht vastklampen. Ook de Afrikaanse Unie is een partner om tot een echte inter-Boeroendese dialoog te komen. De EU kan en moet als grootste donor van Boeroendi perfect bemiddelen. De gesprekken tussen de Europese Unie en Boeroendi in het kader van de Overeenkomst van Cotonou moeten dringend leiden tot een politieke oplossing.

Wij vragen, mijnheer de minister, weer meer veiligheid hier voor Europa. Ik zou willen dat ook de rust en de veiligheid kan terugkeren voor de bevolking van Boeroendi.

Marie-Christine Vergiat, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Monsieur le Président, depuis avril dernier, la situation au Burundi ne cesse de s'aggraver. Nous assistons à une explosion de la violence. Les arrestations et les exécutions arbitraires vont croissant, faisant à ce jour au moins 250 morts. Le ministre de l'intérieur envoie des menaces à peine voilées d'appel au massacre collectif, provoquant la fuite des Tutsis et faisant déjà plus de 200 000 réfugiés. La société civile subit une répression féroce. Dix grandes ONG, dont ACAT, ont vu leurs activités suspendues et leurs comptes gelés. Elles sont harcelées. Pierre Claver Mbonimpa en est un symbole. Il a échappé à un attentat, mais son propre fils vient d'être assassiné. Des poursuites doivent être engagées contre tous ceux qui commettent ces exactions. Des sanctions doivent être prises. L'Union européenne a enclenché l'article 96 de l'accord de Cotonou, tant mieux.

L'ONU n'a adopté qu'un texte a minima, sans prévoir l'envoi d'une mission sur place ni de sanctions, comme initialement prévu, sous la pression de l'Union africaine, notamment, au motif qu'il ne s'agirait-là que d'une crise interne. Il faut tout mettre en œuvre pour faire cesser les violences et empêcher un nouveau génocide avant qu'il ne soit trop tard.

Heidi Hautala, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, since May 2015, over 100 human rights defenders have had to flee Burundi, which has been very much complicated by the fear of repercussions against their families. Indeed, in his speech made on 23 October this year, President Pierre Nkurunziza reminded the community in exile that they should not consider themselves superior to their fellow citizens still inside the country, especially since most of them left their families inside the country. This is truly horrific.

I thank the Presidency-in-Office for following up the consultation process under Article 96 of the Cotonou Agreement by inviting the Burundian government to a dialogue on human rights. Impunity indeed is a huge problem in Burundi, as perpetrators of violence often do not have to face the consequences of their acts. The Burundian authorities must swiftly act here if they want to stop the spiralling of violence, and I believe it is a very appropriate move that the EU, like the US, has introduced personal targeted sanctions against those who are known to be perpetrators of violence.

So I very much agree with the United Nations' intention to consider all possible options against those in Burundi whose acts and statements contribute to the ongoing violence and hamper a peaceful solution. We must indeed avoid a second Rwanda. We should also pay attention to the fact that the African Union has started contingency planning for troop deployments, because that is what now seems to be very necessary to calm down and pacify the situation. One final thing is that there needs to be a national dialogue between all parties.

Pier Antonio Panzeri (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, come è stato detto, l'attuale capo di governo, ormai dal 2005, nel rifiutarsi di adeguarsi all'articolo 96 della Costituzione che vieta l'eleggibilità per un terzo mandato, ha provocato e sta provocando una serie di problemi in un paese già ampiamente in difficoltà. Il rischio è quello di una degenerazione della situazione per ragioni che i colleghi hanno già richiamato. In più, la popolazione del Burundi è composta per l'85% da Hutu e per il 15% da Tutsi, uno squilibrio che crea una serie di problemi fra le due etnie e desta preoccupazione in un'area in cui è vivo il ricordo del genocidio del vicino Ruanda. La tragedia potrebbe ripetersi e le minacce risultano reali e concrete.

Il presidente del Senato del Burundi ha parlato addirittura di polverizzazione dei quartieri ribelli e il ministro della Pubblica sicurezza ha ricordato ai Tutsi la loro condizione minoritaria, affermando chiaramente che la popolazione Hutu potrebbe facilmente essere incitata ad agire contro quella Tutsi. In questo clima si stanno restringendo sempre di più le libertà e i diritti umani e sono poste seriamente in discussione le questioni dei diritti umani. La decisione poi di chiudere le ONG che ottengono finanziamenti esteri è la goccia che fa traboccare il vaso.

Non possiamo assistere passivamente a tutto questo: l'Europa ha un compito importante da svolgere. L'Unione europea ha recentemente assegnato al Burundi risorse finanziarie a titolo del Fondo europeo di sviluppo 2014-2020, tra l'altro per assistere questo Paese nel rafforzamento della governance e della società civile: ironia della sorte!

Se non cambia la situazione, credo che sia necessario che l'Unione europea si ponga il tema di come uscire da questa situazione e di usare le risorse finanziarie per esercitare tutta la pressione necessaria, perché la situazione politica in Burundi torni alla normalità.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η έκρυθμη κατάσταση στο Μπουρούντι θέτει σε κίνδυνο τη ζωή χιλιάδων πολιτών στο αφρικανικό αυτό κράτος. Διότι στο Μπουρούντι παραβιάζονται μαζικά τα ανθρώπινα δικαιώματα και χιλιάδες άνθρωποι φεύγουν ως πρόσφυγες για να γλυτώσουν τις διώξεις και τις φυλακίσεις. Ανάμεσα στους χιλιάδες φυλακισμένους, είναι και ο ελληνικής υπηκοότητας Σπύρος Ρίτσαρντ Χαγκαμπιμάνα.

Κύριε Schmit, σε ομιλία μου στην αίθουσα αυτή, στις 9 Σεπτεμβρίου, είχα ενημερώσει την κυρία Mogherini για την άδικη φυλάκισή του Σπύρου και είχα ζητήσει την παρέμβασή της για την αποφυλάκισή του. Στη συνέχεια, στις 15 Σεπτεμβρίου, έστειλα στην κυρία Mogherini και σχετική επιστολή γι' αυτό το θέμα. Παρά τις συνεχείς μου παρεμβάσεις για την απελευθέρωση του Σπύρου Χαγκαμπιμάνα, παρά τις έντονες διαμαρτυρίες στο Διαδίκτυο χιλιάδων πολιτών που ζητούν την απελευθέρωσή του, εν τούτοις ο Σπύρος παραμένει παράνομα στη φυλακή.

Ξέρετε κύριε Schmit γιατί φυλακίστηκε ο Σπύρος; Γιατί δεν δέχθηκε, ως αξιωματικός της αστυνομίας του Μπουρούντι, να πυροβολήσει κατά των διαδηλωτών στις 28 Ιουλίου. Σας κάνω, λοιπόν, έκκληση για άμεση παρέμβαση της Ευρωπαϊκής Ένωσης για αποφυλάκιση του Σπύρου, γιατί κινδυνεύει η ζωή του.

Maria Arena (S&D). – Monsieur le Président, depuis juin dernier, la situation au Burundi ne fait que s'aggraver, avec une répression et des violences quotidiennes, et on a encore vu la dernière décision du ministre de la justice de fermer les comptes bancaires de la plupart des ONG aujourd'hui actives au Burundi.

Cela concerne bien entendu, dans une large mesure, la population burundaise, mais cela concerne aussi la stabilité de la région des Grands Lacs. J'aurai donc trois questions.

La première: l'Union européenne a ouvert la consultation prévue à l'article 96 de Cotonou. Elle a pris des sanctions ciblées. Quels outils l'Union a-t-elle encore à sa disposition pour essayer de rétablir une situation qui ne serait pas une situation de dictature telle qu'on la vit aujourd'hui?

La deuxième question concerne l'aide budgétaire dont bénéficie l'État burundais. Comment réorienter cette aide vers la société civile, sachant que celle-ci est affaiblie au quotidien?

La troisième question concerne la situation dans les camps dans les pays voisins du Burundi. Plus de 200 000 personnes sont aujourd'hui réfugiées dans ces camps. Comment peut-on aider ces populations?

Elena Valenciano (S&D). – Monsieur le Président, «j'ai été interpellé maintes fois au parquet. J'ai été arrêté, j'ai été emprisonné. Et maintenant, j'arrive au stade de mon assassinat. Mais tout ça, je dois le supporter parce que le travail de défenseur des droits de l'homme doit supporter n'importe quel malheur. Je dois absolument continuer jusqu'à la fin de ma vie.»

Esas son las declaraciones que hizo Pierre Claver Mbonimpa, en Bruselas, cuando se recuperaba de un grave ataque justo antes de que asesinaran a su hijo, cuando ya habían asesinado a su yerno.

Y este debate de Burundi me suena a pasado. Hemos hablado de esto; hemos podido actuar antes. Hace meses y meses que sabemos que el tercer mandato del Presidente generaría una escalada de violencia en el país y en la región, y no hemos hecho nada.

Actuamos siempre tarde, siempre mal. Y ahora, confrontados a una situación en la que sabemos perfectamente que la región puede incendiarse, hagamos ya lo que teníamos que haber hecho hace meses.

Hay que exprimir al máximo nuestra capacidad de influencia a través del Acuerdo de Cotonú. Hay que sumar, en los esfuerzos que hagamos, a los actores claves de la región, especialmente a la Unión Africana.

Nuestra ayuda debe llegar directamente a quien la necesita, especialmente a las ONG, cuya situación denunciaba ahora mi compañera Maria Arena.

Es momento de pensar en las sanciones directas a los responsables del Gobierno, que son los que están llevando al país al caos. Y la Corte Penal Internacional debe seguir muy de cerca esta situación.

Nosotros, por nuestra parte, lo único que podemos hacer es exigir que se haga ya.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Ruanda 1994. Burundi 2015: un nuovo genocidio? Questa domanda tormenta il mio animo e quello di molti, pensando alla feroce repressione e alle terribili violenze che stanno insanguinando le strade di questo Paese.

Per ora la cronaca riporta 240 morti e 280.000 profughi. Nelle strade sono tanti i cadaveri degli oppositori e persino dei loro consanguinei, come il figlio e il genero proprio di Pierre Claver Mbonimpa, noto attivista per i diritti umani. Il governo continua ad alzare la tensione: impedisce alle ONG di esistere; un ministro fa addirittura appello ai nove milioni di Hutu per risolvere il problema qualora la polizia non basti a fermare l'opposizione principalmente Tutsi; un Presidente del Senato incita al genocidio, citando gli slogan del Ruanda.

Se fossimo stati più decisi prima, forse avremmo impedito quella terza candidatura in violazione della costituzione da parte di Nkurunziza, che ha fatto divampare un incendio che può colpire l'intera regione. È tempo di pensare a sanzioni energiche verso l'attuale governo, di tutti i tipi, di sospendere la cooperazione e di isolare chi sta incitando all'odio e alla violenza, e di essere pronti a una missione d'interposizione per difendere i civili e i più deboli. Se non faremo questo, forse recrimineremo un'altra volta migliaia di morti che potevano essere risparmiati.

Procedura catch-the-eye

Bogdan Brunon Wenta (PPE). – Panie Przewodniczący! Sytuacja polityczna oraz kryzys humanitarny w Burundi ma tragiczne konsekwencje dla stabilności tego kraju oraz całego regionu. Tylko w listopadzie liczba uchodźców z Burundi w Demokratycznej Republice Konga osiągnęła prawie 16 tys. Relacja z Rwandą uległa pogorszeniu w związku z podejrzeniami o spisek przeciw władzom Burundi. Ataki skierowane przeciwko partiom, organizacjom opozycyjnym, dziennikarzom, obrońcom praw człowieka oraz morderstwa członków ich rodzin są godne potępienia i muszą natychmiast zostać przerwane. Ograniczenie wolności słowa i zamykanie prywatnych stacji radiowych, a także stosowanie mowy nienawiści przez wysokich urzędników państwowych w publicznych mediach napędzają atmosferę strachu, dlatego wspólna deklaracja współpracy w sprawie Burundi między Unią, ONZ a Unią Afrykańską przyjęta podczas szczytu w La Valletcie oraz sankcje nałożone na urzędników państwowych tego kraju to pozytywny sygnał. Ponadto rząd Burundi musi natychmiast przystąpić do konsultacji na mocy umowy z Kotonu, aby zakończyć okres bezprawia w tym kraju.

Ivan Jakovčič (ALDE). – Gospodine predsjedniče, kada smo u 4. mjesecu zadnji put govorili o Burundiju, svi smo jasno kazali da trebamo spriječiti treću kandidaturu predsjednika Nkurunzize, međutim to se nije dogodilo. Što će se događati dalje? Naravno da će se događati eklatantna kršenja ljudskih prava, proganjanje nevladinih organizacija, svih boraca za ljudska prava, ubojstva, neki već govore i o genocidu.

Da li mi zaista možemo sufinancirati režim koji nam šalje izbjeglice? Imamo dvostruko financiranje Burundija - mislim da je to definitivno neprihvatljivo i slažem se s onima koji govore o tome da trebamo dati jasne sankcije takvom režimu i učiniti sve da budemo s onima kojima je to najpotrebnije, da im pomognemo u svakom trenutku kada smo god u mogućnosti.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Burundi je še eden od mnogih primerov, ki kliče k sodelovanju in reakciji mednarodne skupnosti, ampak tako kot v drugih primerih je tudi v tem primeru ponavadi tako, da pridemo prepozno.

Na situacijo v Burundiju se je opozarjalo že več let, tudi letos maja, ko so se reke beguncev valile proti Tanzaniji, ko je pravzaprav nastopilo obdobje kolere, ko so se vrnile bolezni, ki jih prej seveda ni bilo. In ta kaos, nasilje, ubijanje na nek način se nadaljuje in to je soodgovornost tudi naše skupnosti. Če govorimo o sofinanciranju, govorimo o sofinanciranju tistih projektov, ki vodijo k miru, sožitju in sodelovanju, ne pa k ubijanju in terorizmu in produciranju beguncev, s katerimi se kasneje potem ukvarjamo tudi na naših tleh.

Krzysztof Hetman (PPE). – Panie Przewodniczący! Historia Burundi należy chyba do jednej z najsmutniejszych na kontynencie afrykańskim. Po krwawej i wieloletniej wojnie domowej krajowi temu udało się osiągnąć stabilizację, jeszcze dwa lata temu podawany był za pozytywny przykład odbudowywania pokoju. Niestety, od kilku miesięcy Burundi znów balansuje na granicy wojny domowej, zaś jego mieszkańcy bądź żyją w ciągłym strachu przed opresjami, bądź też decydują się na poszukiwanie azylu w krajach ościennych. Niestety coraz więcej obserwatorów wskazuje wręcz na zagrożenie konfliktem o charakterze ludobójczym. Uchwalona kilka dni temu rezolucja ONZ potępiająca eskalację przemocy w Burundi jest na pewno pomocna, ale niewystarczająca.

Dlatego uważam, że Unia Europejska powinna wzmoczyć wysiłki, jeśli chodzi o dyplomację, kwestię pomocy, wsparcia dla państw ościennych, bo w innym przypadku będziemy nie tylko świadkami kolejnego ludobójstwa, ale także kolejnej fali uchodźców zmierzających w stronę Europy.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já jsem velmi smutný z toho, jaká spirála násilí se opakovaně roztáhla v této zemi, a to za situace, kdy demokratický proces tam již byl dříve nastolen. Myslím si, že je třeba ocenit, že i Evropská komise, respektive předsednictví, si je vědomo tohoto nebezpečí. A je důležité, abychom požadovali minimálně alespoň tři základní požadavky.

Za první okamžité utnutí násilí. To je jednoznačný požadavek myslím si všech nás zde vystupujících. Za druhé urychlená pomoc uprchlíkům. Myslím si, že se nemůžeme omezit pouze na Blízký východ a severní Afriku, ale musíme si být vědomi i těchto rizik v těchto jiných afrických státech. A za třetí je třeba návrat k demokratickým procesům. Myslím si, že máme prostředky a schopnosti na to prosadit tyto tři oprávněné požadavky.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Presidente. – La discussione è chiusa.

La votazione si svolgerà nella tornata di dicembre.

16. Wahlen in Myanmar (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca ora in discussione la dichiarazione del Vicepresidente della Commissione/Alto rappresentante dell'Unione per gli affari esteri e la politica di sicurezza sulle elezioni in Myanmar/Birmania (2015/2974(RSP)).

Nicolas Schmit, President-in-Office of the Council, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, on 8 November, Myanmar held historic elections contested by 91 political parties and over 6 000 candidates. The people have voted for change, expressing a strong desire to live in a new, free and democratic Myanmar. They have given a clear mandate to Aung San Suu Kyi's National League for Democracy, with a solid majority in both houses of parliament, to take Myanmar's democratic and economic reforms to the next level. We are pleased to say that the European Union has been at the forefront of international support for democratic transition in Myanmar, and we very much appreciate that the European Parliament has played a very impor-

tant role in this respect.

On 16 November, the High Representative called Aung San Suu Kyi personally to congratulate her on her election victory. She highlighted the crucial role that our 150-person-strong election observation mission, led by EP Vice-President Alexander Graf Lambsdorff, had played in the holding of peaceful and competitive elections. I would like to take this opportunity to thank Graf Lambsdorff for his commitment and his excellent work as EU chief observer.

Myanmar's democratisation process is, however, not yet completed. The disenfranchisement of the Rohingya and other ethnic minorities remains a matter of concern. In this election, unlike previous elections, the Rohingya could not cast their vote or stand as candidates. None of the big parties fielded Muslim candidates, apparently bowing to the strong influence of radical Buddhist monks. In some ethnic areas no election took place, on security grounds. The EU EOM preliminary statement points out that further constitutional, legal and procedural improvements remain necessary if totally fair and fully inclusive elections are to be held in the future.

Aung San Suu Kyi, the leader of the largest party in Myanmar's new parliament, is barred by the Constitution from running for President. The military will continue to occupy 25% of parliamentary seats, and, regardless of who forms the next government, three key ministers will come from the army. In that context, all political actors will need to engage in dialogue and work towards a peaceful transition in a spirit of national unity and reconciliation.

Despite these challenges, we believe that we have witnessed landmark elections, offering a great opportunity to strengthen democracy in Myanmar. The next critical stage will be the election of the new president in mid-February 2016 and the formation of the next government by the end of March 2016. Although Aung San Suu Kyi has yet to reveal the priorities of the new government, we can expect that democracy, human rights, the rule of law and economic development will be high on the agenda.

While Myanmar can count on our support, there are still issues of concern on which we will continue to constructively engage with Myanmar. These include the discrimination against, and the statelessness of, the Rohingya minority. The EU is also worried about Buddhist radicalisation, which has resulted in legislation on the protection of race and religion that is not consistent with the country's international human rights obligations.

EU-Myanmar relations have come a long way since 2011. With the exception of the arms embargo, sanctions were suspended in 2012 and then lifted in 2013. Everything But Arms trade preferences was also reinstated that year. An EU-Myanmar task force, with the active participation of the European Parliament, was set up in November 2013. The EU and Myanmar have stepped up cooperation in the area of human rights. Two rounds of human rights dialogue, led by the EU Special Representative for Human Rights, have taken place since 2014. Myanmar ranks high on our democracy support agenda, and we will look into appropriate follow-up with a view to implementation of the recommendations of the EOM, which will be presented early next year.

In recognition of our assistance in the peace process, the EU was invited to sign the nationwide ceasefire agreement as an international witness on 15 October 2015. With other donors we are setting up a joint peace fund to further encourage the process. Last but not least, the EU and Myanmar are currently negotiating an investment protection agreement, and the EU is also part of a labour rights initiative, together with other partners.

The EU defined its strategy and priorities in support of Myanmar's transition process in the comprehensive framework adopted by the Foreign Affairs Council on 22 July 2013 and confirmed in the Council conclusions. The main priorities for engagement, democracy, peace, trade and development and Myanmar's re-engagement with the international community continue to be valid. Our bilateral development cooperation programme under the 2014-2020 multiannual indicative programme for Myanmar amounts to EUR 688 million and features four focal sectors: rural development, education, rule of law and peace-building support. This is fully in line with the country's transformative agenda. The EU is also a key provider of humanitarian assistance for vulnerable populations, in particular stateless persons and displaced populations. As Myanmar steps into the future, the scope of our engagement underlines the EU's strong commitment to further supporting the country's democratisation. The EU stands ready to play its part in helping to bring Myanmar's transition process to a successful conclusion.

Lars Adaktusson, för PPE-gruppen. – Herr talman! Tillsammans med sex andra parlamentarikerkollegor ingick jag i Europaparlamentets valobservatörsstyrka till Myanmar. Intrycken från detta uppdrag är positiva. Såväl genomförandet av själva röstningen som sammanräkningen höll hög kvalitet. Inga allvarliga oegentligheter rapporterades. Valdeltagandet uppskattades till ungefär 80 procent. Efter valet har den sittande regeringen erkänt sig besegrad. Oppositionsledaren Aung San Suu Kyi och hennes parti NLD fick närmare 80 procent av rösterna och förhandlingar pågår nu om bildandet av en ny regering.

Med detta sagt är det väsentligt att se valet i Myanmar i dess hela politiska kontext. Trots ett framgångsrikt genomförande och politiska framsteg de senaste åren kan landet ännu inte betraktas som en demokrati. Gällande konstitution innehåller delar som är djupt problematiska, som exempelvis att Myanmars militärmakt är garanterad en fjärdedel av platserna i parlamentet. Aung San Suu Kyi är enligt en annan del av konstitutionen förhindrad att inneha den viktiga presidentposten.

Vid sidan av detta är brotten mot mänskliga rättigheter ett allvarligt problem. Antalet politiska fångar ökar, liksom diskrimineringen av minoriteter. Bland de värst drabbade är Rohingyas och andra muslimska grupper, som under lång tid utsatts för allvarliga övergrepp och förföljelse.

Utmaningarna för det nya parlamentet är således stora. Åtskilligt av politiskt ledarskap och vilja till försoning kommer att krävas på Myanmars fortsatta väg mot stabilitet och fred, liksom fortsatt stöd från Europeiska unionen.

Ana Gomes, em nome do Grupo S&D. – Senhor Presidente, enquanto líder da missão de observação do Parlamento Europeu, tive, conjuntamente com outros colegas, cuja participação muito útil agradeço, o privilégio de assistir às eleições mais abertas e competitivas que o admirável povo de Mianmar já conheceu, depois de 60 anos de conflito étnico armado e 50 anos de ditadura militar. Mas foram eleições que se desenrolaram num contexto legal, institucional e político que não corresponde aos padrões internacionais exigidos por eleições democráticas.

A Constituição imposta pela junta militar em 2008 reserva a militares 25 % dos assentos nas câmaras da assembleia nacional, das assembleias regionais e setores da governação, a Comissão Nacional de Eleições havia dúvidas sobre se seria independente, a credenciação de candidatos e registo de eleitores prestaram-se a manipulações antes, durante e depois da votação. Para não falar nos milhões de cidadãos, designadamente de minorias étnicas, não registados e impedidos de votar.

Assinaladas as falhas, é preciso apontar para o progresso, designadamente o que resulta da aceitação da derrota pelo partido associado aos militares, sinal do seu papel decisivo na organização da transição, e também para o progresso prometido pelo partido incontestavelmente vencedor, o NLD de Aung San Suu Kyi, que prometeu empenhar-se em mudar para haver governação democrática, diálogo, reconciliação nacional e paz. Não será um processo fácil, num país onde os generais estão instalados no poder e controlam a administração e os principais recursos naturais, e o conflito étnico e o desprezo por minorias, em especial os muçulmanos Rohingya, que, como já foi dito, foram impedidos de votar e de ser eleitos, está francamente enraizado, e muito preocupante é a exploração por forças budistas ultranacionalistas e xenófobas desta tendência.

O NLD tem, portanto, aqui uma responsabilidade tremenda para contrariar as mensagens racistas e discriminatórias que essas forças têm veiculado e mostrar que a governação democrática e a reconciliação serão verdadeiramente inclusivas e respeitadoras dos direitos humanos. Nós, União Europeia, temos um interesse estratégico em apoiar o processo de democratização, monitorizar o processo de paz, mas sobretudo apoiar a sociedade civil, incluindo os partidos políticos e incluindo o próprio NLD, porque temos que absolutamente também pedir que haja uma mudança da Constituição.

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, the National League for Democracy (NLD) victory in Burma/Myanmar's election this month is certainly an historic milestone, but it is the peaceful acceptance from the military and its politically-backed Union Solidarity and Development Party (USDP) which must be truly celebrated. A marked difference on what happened in 1990. The democratic transition over the next few months and years will be difficult, and it is important that the European Union offers all advice and support where appropriate and necessary. But much power is still vested in the National Defence and Security Council, which is outside of the elected government's control.

The military still retain 25% of reserve seats in the parliament, and Aung San Suu Kyi's moral victory as leader is somewhat undermined by her bizarre legal inability to take office as President as the late wife and mother of British citizens. So keeping the roadmap to democracy on track will be a challenge. There are also concerns as to the plight of the minority Muslim Rohingya people in Myanmar, numbering around a million people. They have been denied voting rights in the latest election on the basis of being unable to prove their citizenship. Aung San Suu Kyi has said little on this issue and it appears that there is little appetite from the NLD to prioritise the fate of the Rohingyas, instead preferring to focus on state- and democracy-building in Myanmar.

In achieving these goals there is still a long way to go. But Myanmar may yet prove to be a good example of a transition to pluralist democracy, a process that must be measured in decades, and not in years. Myanmar's transition to democracy will also be a very welcome addition and boost to the democratic credentials of ASEAN.

Alexander Graf Lambsdorff, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Ratspräsident! Danke für die freundlichen Worte. Ich nehme das als Lob für die Arbeit der gesamten Mission und werde das so weitergeben.

Mein Mandat läuft noch bis zur Übergabe des Abschlussberichts. Ich werde mich deswegen in meinen Ausführungen hier meiner Neutralität befleißigen, die mit dem Amt als Chefbeobachter zusammenhängt.

Aber eines ist klar: Das waren wirklich historische Wahlen. Jeder, der auch nur ein bisschen politisches Gespür hat, merkte das im Land, was für eine Hoffnung sich auch mit dieser Wahl verband. Insofern war es schön, dass die Europäische Union hier einen konstruktiven Beitrag leisten konnte – schon im Vorfeld, aber auch durch diese Beobachtungsmission.

Besonders erfreulich waren zwei Dinge: Das eine ist: Es hat so gut wie keinerlei wahlbezogene Gewalt gegeben – weder vorher noch hinterher war das ein Problem. Das Zweite: Viele der Probleme, mit denen man vor dem Wahlgang gerechnet hat, sind am Wahltag selber dann nicht in Erscheinung getreten. Das größte Problem, die größte Befürchtung, bezog sich auf das Wählerverzeichnis. Die Menschen wurden im Großen und Ganzen gut gefunden in den Listen, so dass es auch da keine Unruhe gegeben hat.

Dieses Ergebnis – Charles Tannock hat eben auf eine merkwürdige Verfassungssituation hingewiesen, über die wir auch in unserem Vorbericht schon geredet haben – bringt das Land jetzt in eine sehr delikate Übergangsphase, und ich würde mir wünschen, dass die Europäische Union mit all ihren Institutionen involviert bleibt, engagiert bleibt, dem Land dabei zu helfen.

Lassen Sie mich hier eines sagen: Es gibt ja oft Kritik am Knirschen im Gebälk, wenn es um die Zusammenarbeit der verschiedenen europäischen Institutionen geht. Dazu gibt es dieses Mal überhaupt keinen Anlass. Das Europäische Parlament, der Chefbeobachter, die Delegation, Judith Sargentini, die als ständige Berichterstatteerin das Land auf seinem Weg zur Demokratie weiter begleiten wird, haben hervorragend zusammengearbeitet mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst. Wir haben hervorragend zusammengearbeitet mit der Kommission, den außenpolitischen Instrumenten und insbesondere auch hervorragend zusammengearbeitet mit der Delegation unter der Leitung eines wirklich sehr guten Botschafters, über den wir dort glücklicherweise verfügen können, Roland Kobia.

Also ein gutes Beispiel für gute Zusammenarbeit der europäischen Institutionen. Lassen Sie uns hoffen, dass das Land auch eine gute Entwicklung nimmt unter dem Engagement der Europäer.

Judith Sargentini, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Kritiek op de voorbereiding van de verkiezingen is geleverd door collega's. Inderdaad, allerlei mensen mochten hun stem niet uitbrengen. Ik deel ook de analyse van collega Tannock over de vraag of mevrouw Aung San Suu Kyi ruimte gaat bieden aan minderheden. Maar al die kritieken ten spijt, wat we gezien hebben, is een verkiezingsdag die ongelofelijk goed georganiseerd was. Ik moet vooral de jongedames die al die stembureaus bemanden, prijzen. Alsof zij elke dag verkiezingen organiseerden. We hebben na de verkiezingen gezien dat de militairen de winst van de NLD accepteerden.

Dat is goed nieuws voor het begin van een nieuwe parlementaire democratie. Maar we zijn er nog lang niet. De militairen hebben 25 jaar de tijd gehad om de grondwet zo vorm te geven dat het nog wel even een slag wordt voordat we hier over een echte democratie kunnen praten en dat is een proces waarin wij als Europees Parlement ook een rol zouden kunnen spelen. We hebben met elkaar besloten dat Myanmar één van de landen is waar we de parlementaire democratie willen gaan helpen. Het is inderdaad mijn taak om dit samen met u vorm te geven en dat wordt nog wel een hele klus.

Het is echter een parlement waar parlementariërs niet op fractie zitten, maar op alfabetische volgorde en als dat het geval is dan is dus de parlementaire democratie met een meerpartijensysteem nog wel even ver weg.

Goffredo Maria Bettini (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io ho avuto l'onore di partecipare alla missione di osservatori del Parlamento, che ha seguito le elezioni in Birmania/Myanmar, missione guidata dalla bravissima collega Gomes. In Birmania ha vinto – anzi, stravinto – la democrazia con il partito di Aung San Suu Kyi, nonostante una Costituzione che ancora preassegna ai militari il 25% dei seggi e tre ministeri strategici: la Difesa, gli Interni e le Etnie.

L'atmosfera di questa vittoria l'abbiamo sentita tutti già nello svolgimento del voto: con inevitabili difficoltà, esso si è svolto tuttavia in modo ordinato, pacifico, gestito da un popolo consapevole e coraggioso, che sapeva di dover portare a buon fine un'occasione storica e irripetibile. Ma attenzione: seppure la situazione è ormai avviata su binari difficilmente reversibili, siamo ancora in piena transizione e dobbiamo essere prudenti fino alla proclamazione ufficiale dei risultati. Questo non solo perché sarà lungo il percorso – io spero non decenni – verso un governo pienamente di civili e verso il cambiamento della Costituzione, ma anche perché l'avvio del cambiamento è avvenuto per merito innanzitutto dell'eroismo della San Suu Kyi, di tanti del suo partito e di tanti democratici che hanno subito sofferenze inaudite. Ma è avvenuto anche per un impulso dall'alto dello stesso regime che comunque non vuole mollare tutto il potere.

Ora ha inizio un nuovo cammino: la Birmania va sostenuta, anche per affrontare l'emergenza della guerra tra le varie etnie. Ho visitato i campi profughi ai confini con la Thailandia e ho visto migliaia di persone senza identità, diritti e futuro, sospese come le loro capanne costruite nel fango. Il Parlamento europeo non può rimanere inerte. La Birmania deve diventare uno Stato federale che dia una casa a tutti. I birmani si aspettano molto da noi e non dobbiamo deluderli.

Julie Girling (ECR). – Mr President, the electoral triumph of Aung San Suu Kyi is one that warrants significant celebration. With official results confirming 77% of the seats, the potential for change within Myanmar should be welcomed and encouraged.

Clearly there are significant challenges ahead. The plight of ethnic minorities needs to be urgently addressed and, although both the military and allies of the newly-defeated government have promised to respect these election results, the real test will be to accommodate these groupings within the new regime to ensure stability and a more fruitful future.

The EU has the capacity to provide an important supportive role in the changes that will inevitably occur. We should utilise this promising development to strengthen not only Myanmar's burgeoning democracy but also our relations with the ASEAN region more broadly. The EU's relationship with ASEAN states is growing, and any assistance the EU can provide should be reinforced. As a member of the Delegation to ASEAN, I was privileged to visit Aung San Suu Kyi in her home a couple of years ago, which remains one of the high points of my time as an MEP.

So I would like to take this moment to finally congratulate Aung San Suu Kyi on what was a momentous result for her.

Victor Boştinaru (S&D). – Mr President, I would like to start by expressing my sympathy and my condolences for the workers who lost their lives in the jade mine on Monday.

These elections represent a milestone in the recent history of Myanmar and its democratic transition. We are, of course, happy with the result and the electoral process, which was completed smoothly. But what deserves even more emphasis is the fact that the people clearly expressed their desire and support for democracy. Our official results show that people frequently supported a symbol of the peaceful fight for democracy, namely the Nobel Peace Prize winner and Sakharov Prize winner Aung San Suu Kyi.

But let us not be under any under any illusions: these elections are a good starting point, but only a starting point in what remains a long transition. As we know, the winner will not be able to elect the president. 25% of the seats are in military hands, as are some key ministerial posts. What is essential now is the result, which must be respected by all and followed by national reconciliation. I am encouraged by the fact that the President and the military acknowledge the result. But now it will be necessary to work together for reforms. Europe should stand alongside Myanmar's fight.

Neena Gill (S&D). – Mr President, an important milestone has been reached in Myanmar. I note the report from the EU electoral observation mission, and my congratulations go to Aung San Suu Kyi and NLD, who have won over two thirds of the seats.

However, I am concerned that major shortcomings remain – chief among them, as my colleagues have already mentioned, is the fact that Rohingya were disenfranchised and could not vote. Legislation on the basis of race and religion is clearly not consistent with transition towards national reconciliation.

Last Saturday we learnt that more than 100 people had been killed in a landslide near a jade mine. Military cronyism is said to be a key cause of poor conditions in the mining industry and to be fuelling conflicts in the Kachin and Shan states. Conflicts like the one in East Congo have taught us that peace is not possible unless the link between military and business is broken. An important step has been taken in Myanmar with the signing of the extractive industries transparency initiative, but this will lead to change only if implementation is made a priority.

The EU needs to support the new leadership in tackling these major concerns and maintaining a positive dynamic in the ASEAN. We have seen major economies like Thailand and Malaysia backslide on human rights issues lately, so I welcome the investment protection negotiations that have been re-launched, and I would like to ask a representative of the Commission, if they were here, or the High Representative, to reflect on possibilities for further engagement that will allow us to provide incentives for change, ensuring maximum coordination between the various instruments in order to make sure that trade and investment reinforce, rather than undermine, human rights and democracy.

Procedura catch-the-eye.

Eduard Kukan (PPE). – Mr President, I would also like to commend Myanmar on the conduct of elections with an historical importance. The citizens of Myanmar demonstrated their will, which was translated into election victory for the National League for Democracy (NLD). The crucial question however is: what will happen now? The process brought the country closer to democracy. However, there is still a lot to be done.

I want to believe that the NLD will be able to start the reform process in Myanmar. At the same time, national reconciliation and inclusiveness need to be high on the agenda. This will be a true challenge for Mrs Aung San Suu Kyi. We in the European Union have a lot of experience with such transition processes, therefore we should be ready to assist our partners in Myanmar on the road ahead. I want to ask the High Representative to follow the situation after the elections and be ready to propose assistance to the country.

PRZEWODNICTWO: RYSZARD CZARNECKI

Wiceprzewodniczący

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, ο λαός της Μιανμάρ στις εκλογές της 8ης Νοεμβρίου αποφάσισε να θέσει τέλος στην κυριαρχία των στρατιωτικών και της χούντας που κυριαρχούσαν στη χώρα τα τελευταία είκοσι πέντε χρόνια. Εκατομμύρια πολίτες συμμετείχαν μαζικά στις γενικές εκλογές και έδωσαν τη νίκη στην Αούνγκ Σαν Σου Κι. Τη βραβευμένη με Νόμπελ Ειρήνης πολιτικό που έχει υποστεί διώξεις από τη χούντα της Μιανμάρ.

Όμως, η νέα δημοκρατική κυβέρνηση έχει μπροστά της σημαντικές προκλήσεις. Πρώτα από όλα οι στρατιωτικοί πρέπει να πάνε να κατέχουν το είκοσι πέντε τοις εκατό των εδρών του κοινοβουλίου. Δεύτερον, πρέπει να καταργηθεί η λογοκρισία. Ταυτόχρονα πρέπει να εξαιρεθεί η καταναγκαστική εργασία, ο ρατσισμός και η παραβίαση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να σταθεί στο πλευρό της νέας δημοκρατικής κυβέρνησης της Μιανμάρ, η οποία κυβέρνηση, όμως, πρέπει επιπροσθέτως να διασφαλίσει και την προστασία των εθνοτικών και θρησκευτικών μειονοτήτων που ζουν στη χώρα, όπως οι Ροχίγκια, σε βάρος των οποίων συνεχίζονται οι διακρίσεις και η καταπίεση από τους βουδιστές όπως έχω καταγγείλει επανειλημμένα στην αίθουσα αυτή.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, queste elezioni in Myanmar ci raccontano di un passaggio fondamentale nella storia del Paese: finalmente è tornata la democrazia. Voglio ringraziare anche i colleghi che hanno avuto l'onore e l'onere di rappresentare il Parlamento europeo in un momento tanto storico.

Però adesso al governo del Myanmar si prospettano delle sfide difficilissime: da un lato, riuscire finalmente a ridurre completamente l'influenza dei militari che ancora, purtroppo, conservano il 25% dei seggi; dall'altro, c'è un Paese da ricostruire, un Paese che oggi spende solo l'1,8% del PIL per la sanità e solo lo 0,8% per l'istruzione.

La crescita del PIL deve portare a una crescita del benessere e dello sviluppo per tutta la popolazione e questo passa dalla lotta alla corruzione ma passa anche da una decisa azione contro la discriminazione della popolazione Rohingya, una delle minoranze più perseguitate al mondo.

Aung San Suu Kyi è solita ripetere che la paura è l'unica prigioniera. Speriamo che nel Myanmar non ci sia una prigioniera nei confronti del cambiamento e come Unione europea, non possiamo fare altro che assecondare questo cambiamento.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já musím říci, že pro mě bylo to ráno, kdy jsme se probudili do volebních výsledků, které přišly z Myanmaru, velmi skvělou příležitostí ocenit vývoj, který se udál za těch několik let.

A přesto, že vnímám kritické námitky, které zde zazněly od některých mých kolegů právě o nemožnosti volit pro některá etnika, tak si myslím, že bychom měli podpořit ten proces, který byl nastartován v Myanmaru. Myslím si, že bychom měli podpořit i aktivitu volební vítězky paní Su Ťij, která má teď tu největší zodpovědnost.

A požádat vysokou představitelku a samozřejmě i předsednictví, a bychom co nejvíce úsilí věnovali na podporu demokratického procesu, který právě v Barmě byl nastartován. To odhodlání, to úsilí občanů v Myanmaru, které bylo vidět na kamerách z těch obrázků, ty šťastné tváře, ty úsměvy, ty myslím, že bychom měli podporovat, protože to je naše společná budoucnost.

(Konec pytań z sali)

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

András Gyürk (PPE), írásban. – Az Európai Unió Mianmari Választási Megfigyelési Missziójának tagjaként kértem szót a mai vitában. A helyszínen szerzett tapasztalataim alapján egyetértek mindazokkal, akik nyugodt, jól szervezett és transzparens eseményként jellemezték a november 8-i választásokat. A Yangonban és a Bago régióban több mint egy tucatnyi szavazókörben látottak meggyőztek arról, hogy a választás lebonyolításával megbízottak felelősségteljesen és elkötelezetten látták el a feladatukat. Magas részvétel mellett is gördülékenyen és hatékonyan sikerült lebonyolítani a választásnapit procedúrát.

Az is nyilvánvaló ugyanakkor, hogy a jogi környezet, a törvényi háttér és a választást megelőző folyamatok sok tekintetben hagytak maguk után kívánnivalót. A civil szervezetekkel, az etnikai kisebbségek és a média képviselőivel folytatott megbeszélések számos ilyen hiányosságra mutattak rá. A legnyilvánvalóbb ezek közül természetesen az a tény, hogy a képviselői helyek egynegyede automatikusan a hadsereget illette. Összességében azonban elmondható, hogy a sok évtizedes diktatórikus múltra visszatekintő Mianmar november 8-án hatalmas lépést tett a demokratikus berendezkedés irányába.

A választásokkal kapcsolatosan vitathatatlanul szükséges további eljárásjogi reformok eltörpülnek amellet a történelmi jelentőségű tény mellet, hogy Mianmar polgárai méltóságteljesen és elsöprő többséggel tettek hitet a demokrácia mellet. Meggyőződésem, hogy helyesen döntött az Európai Unió akkor, amikor választási megfigyelési misszió szervezésével támogatta ennek a békés átmenetnek a folyamatát.

Csaba Sógor (PPE), in writing. – The most important question following the resounding victory of the National League for Democracy party (NLD) in the recent elections in Myanmar is what Ms Suu Kyi's plans are for ending one of the world's longest-running civil wars and for transforming the country into a peaceful federal union by honouring the key promises from the Panglong Agreement. Although it might be speculated that the votes cast for the NLD in multi-ethnic minority states were the result of a tactical decision to weaken the former ruling party, the multi-ethnic national mandate of the new President cannot be denied. Now it remains to be seen what Ms Suu Kyi will do with this mandate and the hopes of ethnic minorities making up around one third of the country.

We are also eagerly awaiting the steps she will take to put an end to the terrible persecution of the Rohingya minority, the members of which were not allowed to take part in the elections. Also, I do hope that in her democratisation efforts Ms Suu Kyi will find a reliable and strong partner in the European Union.

Jarosław Wałęsa (PPE), in writing. – On 8 November 2015, the first free elections in the history of Myanmar took place. All of the country's 135 ethnic groups, across numerous religious and socio-economic backgrounds, gathered in order to contribute to this historic moment in the Republic of the Myanmar. The NLD Party, which secured a majority of Union Parliament seats is a great hope for the people of Myanmar. The fact that the elections took place might be just a beginning for creating a new, more democratic society, but it is a significant step forward. This is due to the fact that the elections were a major milestone in the transition process that Myanmar is going through. This is truly a generational transition – after six decades of conflict and five decades of authoritarian rule. Therefore, those elections can be considered a credible sign that Myanmar is really changing. Hopefully the next thing we know is that it will accelerate its international relations and outside support and reinstate national changes.

17. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

18. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

19. Lage in Georgien (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest oświadczenie Wiceprzewodniczącej Komisji i Wysokiej Przedstawiciel Unii do Spraw Zagranicznych i Polityki Bezpieczeństwa w sprawie sytuacji w Gruzji (2015/2975(RSP)).

Christos Stylianides, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, let me reaffirm the EU's commitment to continuing with Georgia's political association and economic integration with the European Union.

The High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy / Vice-President of the Commission, Federica Mogherini, paid a successful visit to Georgia on 10 November. We also held our second Association Council meeting in Brussels on 16 November. Commissioner Hahn will be in Tbilisi tomorrow. Our high-level engagement has thus been continuing almost weekly this November.

The EU-Georgia Association Council looked at the progress made in the implementation of the EU-Georgia Association Agreement that was signed in June last year. It also looked at some of the challenges remaining.

Regarding progress, we welcomed the good implementation of the DCFTA so far and, of course, the Eurostat reports showing an increase in Georgian exports to the EU. The approximation of Georgian laws to EU standards is progressing at a good pace. At the same time, it is important to make businesses in Georgia aware of the functioning and benefits of the DCFTA.

Let me turn to the challenges. There is a need to guarantee a political environment that is calm and respectful. Steps or statements in the opposite direction need to be avoided.

We have stressed in all our contacts that democratic momentum needs to be maintained, in particular regarding the parliamentary election in October 2016, and that we expect the independence and effectiveness of the institutions – including, of course, the Constitutional Court – to be fully respected. The same applies to institutions guaranteeing democracy, the rule of law and respect for human rights in Georgia.

The forthcoming election campaign will be the first with the Association Agreement in place. We share and support the Government's stated goal of having free and orderly elections, with an outcome fully recognised as legitimate. It is essential to guarantee media freedom, implying that opposition parties must be given proper access to the media.

We also appreciate Georgia's progress in implementing judiciary reforms. The independence of the judiciary is at the heart of our association. Although the EU does not pass judgement on the merits of individual cases before the courts, we monitor whether our shared principles are being respected. This applies to the so-called high-profile trials, as well as to recent cases such as the private lawsuit against Rustavi 2 and the pre-trial detention of three opposition activists. We will continue to assist Georgia in its efforts to reform the judiciary, to safeguard the rule of law and strengthen the independence of the judiciary.

At the Association Council, Federica Mogherini, High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy / Vice-President of the Commission, and Commissioner Hahn welcomed the progress made by Georgia towards visa liberalisation, with many benchmarks already being fulfilled. These efforts need to continue. Though the final decision cannot be anticipated at this stage, we see positive signs for the process ahead of us.

Developments in the breakaway regions of Abkhazia and South Ossetia were also on the agenda for the Association Council. Vice-President Mogherini and Commissioner Hahn reiterated the EU's firm support for the territorial integrity of Georgia, within its internationally-recognised borders.

The EU remains firmly committed to peace, stability and conflict-resolution, and our policy of non-recognition and engagement in Georgia. The EU Special Representative for the South Caucasus and the crisis in Georgia, the EU co-chairmanship of the Geneva international discussions, and the EU Monitoring Mission are visible and substantial signs of that commitment.

The EU has also expressed appreciation for Georgia's contribution to EU-led crisis management operations and missions in the Central African Republic and Mali, and to the EU Advisory Mission in Ukraine.

Jaromír Štětina, za skupinu PPE. – Dovoľte mi, dámy a pánové, vzpomínku. Prožil jsem v Gruzii revoluční pád dvou režimů. Pád režimu prezidenta Gamsachurdii a pád režimu prezidenta Ševarnadzeho. Proto vysoce oceňuji, že poslední změna vládnoucí garnitury byla provedena na základě demokratických voleb a Gruzie se opět zbavila části staré sovětské zátěže.

Vymanit se z tohoto dědictví bude ještě dlouho obtížné. Důkazem toho mohou být například pokusy o reinkarnaci památky Josifa Stalina, nové stavby jeho pomníků, uctívání na demonstracích. I selektivní justice a kriminalizace bývalých politických struktur je zátěží z minulosti. Velmi výrazně jsme to mohli pozorovat před několika dny. Právě ke Stalinovi přirovnala na zasedání našeho Výboru pro zahraniční věci paní ministryně spravedlnosti Gruzie bývalého prezidenta Saakašviliho.

I nezdravé napětí mezi vládou GD (Georgian Dream) a opoziční UNM (United National Movement) je zátěží z minulosti. Příkladem budiž současné nepřijatelné dění kolem nezávislé televizní stanice Rustavi 2. Pluralita informací a svoboda projevu je přeci jednou ze základních hodnot demokratické společnosti. Před několika lety jsem natáčel jako novinář televizní reportáž o Jevgeniji Džugašvilim. Je to vnuk zmíněného Josifa Stalina. Žije ve Tbilisi. Můžeme si myslet, že marginální komunistická strana, kterou založil, je směšná a není nebezpečná. Strašidlo minulosti však obchází Gruzii a může zemi vážně poškodit.

Dámy a pánové, vloni v prosinci jsme na tomto místě schválili asociační dohodu s Gruzii. Dohoda je založena na striktním dodržování principů demokracie, dodržování práva, ochrany lidských práv a základních svobod. K tomu přejí Gruzii hodně odvahy a sil. Potřebujeme Gruzii s konsolidovanou politickou scénou.

Victor Boştinaru, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, the review of the European Neighbourhood Policy was presented last week. Its aim is that of revitalising and making more effective relations with the EU's neighbours. In this context, we should give a new boost also to our Eastern Partnership or, at least, based on a differentiated approach, to the countries showing their readiness for developing relations and cooperation with the EU. Georgia is today a frontrunner from this point of view, and we need to bear in mind its importance for us and the need to stand by a country and people who have shown a clear pro-European attitude. Georgia is a very important partner for the EU in the Black Sea region and, I will also underline, a faithful one in the current dramatic context. After the signature of the Association Agreement, Georgia showed its commitment by making significant progress in the reforms, including in the framework of the visa liberalisation action plan. I hope that the next progress report will confirm all the efforts made by Georgia and that Georgian citizens can be rewarded with the free visa regime.

Having said that, I would also like to underline that we cannot take Georgia's stability for granted; we need Europe to provide all necessary assistance for the reform process, but also to support and reaffirm Georgia's right for its independence, territorial integrity and sovereignty, keeping in mind the destabilisation process started by Russia in 2008 and recently continued with the signature of the so-called treaties with the breakaway regions of Abkhazia and Ossetia. At the same time, let us be clear, Georgia itself needs to ensure its internal stability, with a fair political environment, cross-party political support for key reforms and also a fair atmosphere in the electoral campaign. Finally, my plea to the EPP Group is: please stop playing politically the case of Georgia, because in this way we cannot help Georgia but, on the contrary, only its enemies.

Anna Elżbieta Fotyga, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, the illegal annexation of Crimea has caused enormous tension and fear in Georgia, affecting this country and bringing it even closer to the Western security and defence structure. Georgia is the sole non-NATO member participating in the NATO rapid response force. It is also extremely active in our CSDP efforts, as mentioned by the Commissioner, in Mali, the Central African Republic and Ukraine. I would like to praise these efforts. But there are also less positive outcomes of Georgia's policies. I would like to mention, in particular, freedom of expression and the Rustavi 2 case. Being a long-standing friend of Georgia, I count on changes in these areas. I would like to mention also the existence of political prisoners – opposition leaders imprisoned in Tbilisi and elsewhere. I really count on a major change in these areas, and I strongly support visa liberalisation for Georgia.

Javier Nart, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, porque soy amigo de Georgia y del pueblo georgiano, quiero hablar franca y claramente. Cuando los negocios se mezclan con la política, al final es la política de los negocios. Y, de esta manera, si uno observa lo que significa la hiperpresencia de los intereses económicos del señor Ivanishvili, cuya fortuna ocupa el puesto 153 de la lista Forbes y equivale a dos tercios del producto nacional bruto de Georgia, y comprueba cómo en los perfiles de los miembros del Gobierno aparece continuamente —en la presidencia, en el de su primer ministro, los de siete ministros, el del director general de Seguridad— la palabra ex trabajador, ex responsable de Cartu, que es el banco poseído por el señor Ivanishvili, uno siente una profunda tristeza, por entender que estamos hablando de la misma cosa: la política y los negocios.

En segundo lugar, no existe libertad, ni democracia, si no hay libertad de expresión y no hay libertad e independencia judicial. Yo quiero hacer mención del caso Rustavi y decir a nuestros hermanos, a nuestros amigos georgianos que se enfrentan a un test de credibilidad a través de este caso. Actúen y dejen actuar a la justicia. Sabemos que en Georgia se han producido importantes avances, muy positivos, pero falta todavía algo tan esencial como la credibilidad del sistema judicial y la libertad en la prensa, cuestiones en las que tiene que profundizarse.

Y también quiero hablar de nosotros mismos. Miren, si queremos ser facilitadores de las cuestiones, lo que no podemos es resolverlas como lo hicimos en una Resolución sobre la cuenca del mar Negro, en la que se pide a Ucrania, a la República de Moldavia y a Georgia que se integren en el campo militar, incluso creando una fuerza multinacional, y se invita a los países de la OTAN a que la apoyen. ¿Es que estamos locos? ¿Es que no sabemos lo que significa el difícil equilibrio de Georgia? ¿Es que únicamente nos preocupamos de nosotros mismos? Tengamos prudencia, tengamos realismo, porque seguramente el ponente que la hizo, si Georgia tiene problemas, no abandonará su pacífico país.

Miloslav Ransdorf, *za skupinu GUE/NGL*. – Pane předsedající, Gruzie má zničenou infrastrukturu, zničený průmysl a přesto je to, i když má pouze jedenáct procent hrubého domácího produktu v kavkazské oblasti, klíčová země pro stabilizaci Kavkazu. Má vynikající energetický potenciál, elektrina je dnes hlavním exportním artiklem Gruzie více než víno nebo brandy. Chtěl bych říci, že je nejvyšší čas, aby byl přijat nějaký Marshallův plán pro Kavkaz, který by otevřel cestu i k národnímu smíření.

V minulosti v Gruzii byly vynikající kulturní a myslitelské osobnosti jako Mamardašvili, Begiašvili, Čavčavadze, Abuladze a další. Dnes je tu bída a úpadek. Myslím si, že kulturně mají tyto země velice blízko k sobě, mají značný potenciál, který bychom měli rozvíjet, a je zde také jedna z mála šancí pro to, abychom dokázali funkčnost Východního partnerství. Protože Východní partnerství zatím nezvládáme. Ani v případě Ukrajiny, ani v případě Moldavska, ani Běloruska a také ani v kavkazských zemích. Vážení přátelé, myslím si, že je nejvyšší čas jednat a přestat s planými proklamacemi.

(Řečník souhlasil s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Petras Auštrevičius (ALDE), *pakėlus mėlynąją kortelę pateiktas klausimas*. – Kolega, ačiū, kad sutikote atsakyti į mano klausimą.

Aš sutinku, kad statybos, energetika, žemės ūkis svarbūs Gruzijai, mes linkime jai geros kloties ir pažangos. Aš esu Gruzijos draugas, bet, – Gruzija sveiksta pamažu nuo sovietinio paveldo. Tačiau per pastaruosius metus atsirado septyni nauji paminklai Stalinui. Tai yra didžiausias žmogžudys, įvykdęs didžiausius nusikaltimus prieš žmoniją. Dešimtys milijonų vyrų, vaikų ir moterų buvo nekaltai nužudyti dėl vienos priežasties – jie nenorėjo tapti sovietų vergais. Kolega, Jūs matote šitą paminklą, kuris buvo pastatytas Stalinui? Tai aš darysiu visada, kai aš kalbėsiu apie tai.

Miloslav Ransdorf (GUE/NGL), *odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty*. – Já si myslím, že otázka se mýjí předmětem dnešní naší diskuse. Nebyl jsem to já, kdo říkal, že jeho politickým vzorem je Stalin a menšelec Berija, byl to naopak Saakašvili, který řekl, že tito dva jsou jeho vzory.

Moje země, ta byla přinucena, samozřejmě pod tlakem Stalina, změnit svůj kurz a také původní cestu, kterou si vytyčila po druhé světové válce, opustit. Ale to je jiná záležitost. Myslím si, že je to příležitost pro historiky a nikoliv pro poslance Evropského parlamentu.

(Řečník souhlasil s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Stanislav Polčák (PPE), *otázka položená zvednutím modré karty*. – Já jsem se zájmem vyslechl vaše slova, která zněla velmi libě. Nicméně chci se zeptat, pokud jste volal po nějakém Marshallově plánu pro Gruzii, nebude hrozit Gruzii nebo Kavkazu podobné odmítnutí Marshallova plánu, jako zajistili komunisté po roce 1945 v rámci Československa?

Miloslav Ransdorf (GUE/NGL), *odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty*. – Věci kolem Marshallova plánu byly daleko složitější. Já uvedu jeden příklad, který ukazuje, jak zbytečně politizovaná tehdy atmosféra byla. Když v roce 1947 přišlo sucho a postihlo Československo, tak byla obrovská neúroda a byly dvě země, které vlastně dávaly možnost získat obilí pro naši zemi, ale obě dávaly politické podmínky. Ta situace byla tak vyhodnocená, že se uvažovalo o nabídce Američanů a Sovětů, ale třetí země, která nedávala žádné politické podmínky, Kanada, byla odmítnuta.

Heidi Hautala, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, despite all the shortcomings and challenges in Georgia, I believe that it is one Eastern partner country that is showing that it is very committed to the European future. Five years ago I personally would not really have believed that one day – I could not stop the thought – this country may indeed become a member of the European Union. Of course, at the moment this is still far away, but I think the country is making a great effort and we have to support its European choice because, as we know, the long shadow of Russia is on every eastern partner country.

Compared with the previous regime, I believe that the reforms have continued and there have been results. I also believe that despite certain shortcomings the justice reform has continued, and it is quite right that we should pay attention to the Rustavi 2 case in order to show that we do indeed take a very tough line where media freedoms and the independence of the justice system are concerned. We do have some hope and we have some good signals that the Constitutional Court has lately, even in this case, been showing considerable independence in the face of political pressure, and that is what we have to support. And, what is more, I believe that we as the European Parliament have a great task of supporting Georgia and the other Eastern partner associating countries to help them become a part of our community.

Jean-Luc Schaffhauser, *au nom du groupe ENF*. – Monsieur le Président, chers collègues, Monsieur le représentant de la commissaire, je tiendrai des propos un peu plus larges, plus géopolitiques.

Nous sommes passés d'un monde unipolaire, caractérisé par le *leadership* américain, à un monde bipolaire. La Chine, aujourd'hui, est la deuxième puissance économique, et la première puissance, d'ailleurs, en parité de pouvoir d'achat. Pour maintenir leur *leadership*, les États-Unis ont besoin de l'Europe. Le traité transatlantique s'inscrit dans cette perspective. Ils ont surtout besoin que l'Europe se coupe en deux et qu'il n'y ait pas un monde multipolaire et une alliance eurasiennne.

Si elle était européenne – et là, c'est un alsacien qui parle –, toute la politique de la Commission européenne consisterait – à l'image de la culture germanique et de la culture française, qui ont permis l'Europe – à faire des ponts entre deux cultures, à savoir entre la culture occidentale et la culture orientale, et plus particulièrement la Russie, et permettrait de construire ce grand complexe européen multipolaire. Mais vous le refusez!

Vous voulez que tous les pays, que ce soit la Serbie, la Moldavie, la Géorgie ou l'Ukraine, fassent un choix exclusif au profit d'une politique contraire aux intérêts de l'Europe.

Vous trahissez l'Europe. Vous serez jugés!

Γεώργιος Επιτήδειος (NI). – Κύριε Πρόεδρε, η Ευρωπαϊκή Ένωση θεωρεί τη Γεωργία πρωτοπόρο στα πλαίσια της πολιτικής της Ανατολικής Γειτονίας και στηρίζει την εδαφική της ακεραιότητα και τον τερματισμό των συγκρούσεων στις αποσχισθείσες επαρχίες της Αμπχαζίας και της Νοτίου Οσετίας.

Η πολιτική αυτή είναι σωστή, πρέπει όμως να εφαρμοστεί και με το σωστό τρόπο, δηλαδή να μη στρέφεται κατά των συμφερόντων της Ρωσίας. Η Ρωσία ήταν, και εξακολουθεί να παραμένει, ένας σημαντικός στρατηγικός εταίρος για την Ευρωπαϊκή Ένωση. Η πραγματικότητα αυτή έχει φανεί εμφανικά κατά την παρούσα χρονική περίοδο κατά την οποία η συνεργασία με τη Ρωσία είναι απαραίτητη για την καταπολέμηση του ISIS.

Συνεπώς δεν υπάρχει λόγος να εξακολουθήσουμε την μεταξύ μας αντιπαλότητα χρησιμοποιώντας ως όχημα προς αυτήν κατεύθυνση τη Γεωργία. Αντιθέτως, πρέπει να υπάρξει ένας ειλικρινής διάλογος και συνεργασία με τη Ρωσία, τώρα μάλιστα που οι διεθνείς εξελίξεις και οι συγκυρίες διευκολύνουν μια τέτοια προσέγγιση. Εάν μάλιστα ενισχύσουμε την προσπάθεια της Γεωργίας για εκδημοκρατισμό και οικονομική ανάπτυξη σίγουρα θα συμβάλουμε στη δημιουργία μιας καλύτερης Ευρώπης.

Τέλος, πιστεύω ότι τα διαχρονικά λάθη τα οποία οδήγησαν την Ευρώπη στις τραγικές εξελίξεις των Παρισίων μας δίνουν ένα μέτρο πραγματιστικής πολιτικής συμπεριφοράς και δεν θα επαναληφθούν στο μέλλον.

Michael Gahler (PPE). – Herr Präsident! Ich freue mich, dass Sie noch vor einer Europafahne sitzen dürfen. Daran sollte sich Ihre Ministerpräsidentin ein Beispiel nehmen!

Georgien ist uns ein wichtiger, aufstrebender Partner. Die Bürger Georgiens sind uns wichtig als Europäer, weil sie sich auf die Europäische Union hin orientieren, weil sie mit uns zusammenarbeiten. Wir wollen sie in unserem Ordnungssystem sehen, wir wollen sie in unserem Wirtschaftsraum sehen, weil so die Zone der Stabilität in unserer Nachbarschaft wächst.

Unser Engagement für Georgien ist nicht frei von Bedingungen. Wir erwarten die Einhaltung von Menschen- und Bürgerrechten, wir erwarten Rechtsstaatlichkeit, wir erwarten Pluralismus in der Demokratie. Diese Erwartungen haben auch die Bürger in Georgien.

Die Georgier unterstützen Modernisierung und Reformen. Damit müssen Politiker und Parteien sorgfältiger umgehen als bisher. Ich bin kein Georgier, ich bin auch kein Italiener, dennoch mag ich Leidenschaft in der Politik und Führungsstärke im politischen Handeln. Aber es ist falsch, wenn politisches Eifern die Zusammenarbeit unter Demokraten zerstört. Es ist falsch, wenn die Politik sich im Kampf um die Macht erschöpft. Es ist falsch, wenn die Opposition ihre verfassungsgemäße Rolle nicht ausüben kann. Und es wäre falsch, Medien gleichzuschalten.

Die Bürger Georgiens haben Erwartungen an die Politik: dass Probleme gelöst werden, dass Fortschritt erreicht wird, dass ihr Land sich entwickeln kann auf europäische Weise, frei von Bevormundung und Einmischung durch den großen Nachbarn Russland. Das wird möglich, wenn die georgische Politik gesellschaftlichen Zusammenhalt stiftet, wenn sie für das gemeinsame Ziel arbeitet, wenn unser europäischer Traum auch der Traum aller Georgier wird!

President. – Mr Gahler, I like your sense of humour, by the way.

Andrejs Mamikins (S&D). – Mr President, this year marks the 23rd anniversary of the establishment of official diplomatic ties between the European Union and the Republic of Georgia. Our mutual relations have always been oriented towards dialogue and partnership. Last year saw the signing of the new Georgia Association Agreement, which also includes a deep and comprehensive free trade area. With the respective economic reforms under way (industrial, trade, social), the AA-DCFTA should provide the impetus to Georgia's further development.

Progress on the visa liberalisation dialogue, however, could definitely be speeded up. Georgia has advanced in the implementation of the necessary reforms no less or even much more than Ukraine or Moldova, yet the former already has a visa-free regime. The fight against corruption – especially through the establishment of a specialised anti-corruption unit within the office of the Chief Prosecutor in January this year – organised crime, money laundering and human trafficking, the advancement of human rights and media freedom policies, as well as the new progressive law on state employers – and more – already shows that Georgia is more than ready to successfully finish the dialogue.

As the High Representative recently pointed out, the country is not only developing its own ties with the EU but also acts as the regional transmitter of European processes in the Southern Caucasus region. Respect for modern democratic values and culture built on historically-involved traditions and customs, especially the important role of the Georgian Orthodox Church and the Patriarch His Holiness Ilia II – this is the Georgia of today. Therefore, both as a parliamentary rapporteur on Georgia and as someone sincerely interested in the further advancement of EU-Georgia ties, I would like to point out that if there is a neighbour with whom the EU could definitely build much stronger relations, it is the Republic of Georgia.

Sajjad Karim (ECR). – Mr President, having just led, on behalf of this Parliament, the first Parliamentary Association Committee meeting with the delegation from this Parliament with our counterparts in Georgia, may I firstly start by thanking my Co-Chair and our counterparts in Georgia, and indeed all of my colleagues who played a very full part in all of those Groups that were present for the duration of the meetings that we had there.

It was quite a challenging mission in many ways, but I believe we achieved one thing, and that was to move our relations beyond party political affiliations to a genuinely parliament-to-parliament level, and I think we will serve ourselves well if future resolutions build upon the final statement that we were able to achieve. I thank the Commission for the report on the DCFTA and the Association Agreement.

The next step, of course, must be towards visa liberalisation. In terms of the Georgian people, that is their dream in terms of the immediate future. There is a Russian angle and it sends a very powerful signal to the people of Abkhazia and Ossetia that they must invest in this future direction as well.

We have, of course, elections approaching very soon, and this is where it is essential that Georgia shows its commitment to European values, and that is best demonstrated by their commitment today to media freedoms.

Tamás Meszerics (Verts/ALE). – Mr President, I would like to thank the Commissioner for his very optimistic summary of political developments in Georgia. I wish, Commissioner, you were fully justified in your assessment of what has happened lately.

Georgia has made tremendous progress since it regained its independence and, as my colleague Mr Štětina rightfully pointed out, going peacefully through both a constitutional change and a change of government is not a small feat. Many of our countries could be proud of that as well.

Having said that, I need to point out that political stability is never a given – never something which we can take for granted. You should actively work on achieving political stability at all times, and this includes respecting the political opposition as a legitimate rival, which is a sine qua non for democratic politics. Likewise, the political opposition is required to understand and work for a peaceful change in government within the bounds of democratic politics.

One point I would like to make, the last poll published on 13 October showed that actually there is 12% support for openly pro-Russian parties in Georgia. That is the danger which we need to avoid.

Andrej Plenković (PPE). – Gospodine predsjedniče, Gruzija je prioritet EU-a u njezinoj politici susjedstva i dokazala je svoju predanost i privrženost provođenju proeuropskih reformi. Nakon Revolucije ruža 2003. zemlja je prošla veliku transformaciju od postsovjetske države pod ruskim utjecajem do države koja jasno zastupa svoje interese i europsku orijentaciju.

Većina je promjena došla nažalost s visokom cijenom ekonomske i energetske blokade iz Rusije te oružanih sukoba u Južnoj Osetiji i Abhaziji. Sporazum o pridruživanju i Sporazum o slobodnoj trgovini pružit će Gruziji potrebne smjernice za provedbu nužnih reformi.

Međutim, zabrinjavajuća su recentna događanja vezana uz postupak protiv televizijske postaje Rustaveli 2, kao i pritisak na opoziciju. Bio sam dio izaslanstva odbora za vanjske poslove ovoga srpnja kada smo posjetili Gruziju i skrenuli pozornost na fenomen politički selektivnog pravosuđa te posjetili nekoliko zatvorenika iz bivše opozicije, odnosno vlasti.

Zabrinjavajuća je i situacija koja se odnosi na ovu izbornu godinu gdje medijske slobode moraju doći u puni fokus i osigurati ravnopravnu kampanju. Stoga želim da Gruzija, prijateljska zemlja mojoj Hrvatskoj, iskoristi sve potencijale koje ima. Čuli smo ministra vanjskih poslova i potpredsjednika vlade, ministricu pravosuđa prije nekoliko dana u Odboru za vanjske poslove. Nadamo se da će reforme koje žele provesti i dijalog političke kulture ići naprijed te da će i Sporazum o pridruživanju i Sporazum o slobodnoj trgovini, a posebno nadolazeća odluka, nadam se, o liberalizaciji viznog režima pomoći Gruziji na njezinom europskom putu i da se ubrza dinamika te da postane jedna od vodećih zemalja Istočnog partnerstva.

Kati Piri (S&D). – Mr President, Georgia is, in many respects, a success story. It is the only country in the region that managed a peaceful transition from one government to another – a transition effected in the electoral booths rather than on the streets. Furthermore, Georgia is one of the three countries in the eastern neighbourhood which have stated that they want a closer relationship with the EU.

The Association Agreement is the fundament of this – a relationship based on values. The rule of law, human rights and media freedom are at the core of these values. Therefore it is crucial that even the perception of political interference with the judiciary and a free press is avoided at all times. In this regard, to put it diplomatically, the case of Rustavi 2 should have been handled differently. But it is likewise worrying how former President Saakashvili tried to instrumentalise this case to instigate unrest, which is the last thing Georgians need right now.

Georgia has to deliver on reforms. Furthermore, there is so much instability around the country that it cannot afford deep internal divisions. The threats are external. Three years after the democratic change of government, it is high time for the political forces in the country to unite. An important tangible result of EU-Georgia cooperation might be the abolition of visa requirements for all Georgian citizens, but that could come under threat if the unhealthy political rivalry in the country continues.

Are there still problems in Georgia? Yes, certainly. To name a few: the winner-takes-all mentality continues to prevail; the most influential political actor in Georgia is not accountable to anyone; and radical groups keep popping up, although it is a mystery who is financing them. Nevertheless I am confident that, with a genuine effort by all the political forces in the country, the necessary reforms already started under the previous administration can continue, and Georgian citizens can soon reap the benefits of closer cooperation with the EU.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE). – Panie Przewodniczący! Gruzja spośród wszystkich państw Partnerstwa Wschodniego najszybciej rozwija demokratyczne zasady współpracy, przejrzystości i pluralizmu. Pozycja Gruzji poprawiła się praktycznie we wszystkich rankingach zarówno w odniesieniu do wolności mediów, internetu, przestrzegania prawa, jakości zarządzania praw obywatelskich. To są fakty. Faktem jest także, że proeuropejskie i prodemokratyczne nastroje i partie polityczne mogą być zagrożone przez rosnące w siłę populistyczne, antyeuropejskie ugrupowania. Siła partii populistycznych bierze się nie tyle z uwodzącej wyborców propozycji programowej, ile z błędów elit rządzących, obecnych i poprzednich, rozczarowania ich postawami ujawnionymi w skandalach podsłuchowych. Sprzeciw wobec rządzących budzą też brutalne metody rozprawiania się z polityczną opozycją i opozycyjnymi mediami – jak to miało ostatnio miejsce w przypadku telewizji Rustavi 2. Nakładające się na to problemy z separatystycznymi prowincjami – Abchazją, Osetią Południową – wywołują niepokój, czy Gruzji uda się utrzymać zachodni kurs oraz tempo rozwoju demokracji i gospodarki.

W tym kontekście chciałabym zwrócić uwagę na kwestię wiz, które są negocjowane między właściwymi urzędami Gruzji i Unii Europejskiej. Bezwizowy ruch między Gruzją a Unią byłby korzystny dla obu stron nie tylko z powodów politycznych, ale też ekonomicznych i w kontekście rozwoju procesu bolońskiego, który Gruzja realizuje w sposób wzorcowy. Gruzja potrzebuje też większej aktywności Unii na polu medialnym i w zakresie public relations, tak aby rosyjska propaganda nie miała tak łatwego pola do działania. Potrzebna jest współpraca ze środowiskiem mediów, pomoc w rozwijaniu warsztatu dziennikarskiego, ale też dostarczanie informacji, aby zarówno politycy, jak i wyborcy mogli budować swoje opinie w oparciu o szerokie i wiarygodne spektrum faktów i opinii. Pytanie do pani przedstawiciel, do pana komisarza w tym momencie, o postęp w negocjacjach wizowych: czy mamy szansę, czy jest jakaś szansa na bliski finał, pozytywny finał, i czy planujemy projekty medialne, czy będą one realizowane w Gruzji?

Pytania z sali

Eduard Kukan (PPE). – Mr President, in the context of the current European Neighbourhood Policy, I would like to make it clear that those countries that wish to pursue deeper relations with the EU should be fully supported. At the same time, it should be clear that such countries have to live up to certain standards. Georgia is one of the countries which has shown dedication to its European path through political association and economic integration. Georgia should have our support in further developing its relations with the EU just as in defending its territorial integrity. For instance, we should move forward on energy market integration with Georgia through the energy community. Having said that, I would also like to urge Georgia's political leaders to fight their political battles in the parliament and not via pre-trial detention or jail. There have to be clear lines for the rule of law and fair democratic processes.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, οι σχέσεις της Ευρωπαϊκής Ένωσης και της Γεωργίας είναι ιδιαίτερα σημαντικές, διότι η χώρα αυτή αποτελεί σημαντικό παράγοντα για την ασφάλεια της περιοχής του Καυκάσου. Η Γεωργία έχει αναδειχθεί σε πρωτοπόρα δύναμη για την εμπέδωση και τη λειτουργία της Ανατολικής σχέσης.

Η Ανατολική σχέση πρέπει κατά κύριο λόγο να αποσκοπεί στην ενίσχυση των οικονομικών σχέσεων της Ευρωπαϊκής Ένωσης με τα αντίστοιχα κράτη και, βεβαίως, με τη Γεωργία. Πρέπει να αποσκοπεί στη διασφάλιση της ενεργειακής ασφάλειας της Ένωσης, στη διαμόρφωση σχέσεων στη βάση του αμοιβαίου οφέλους, στην ενίσχυση του εμπορίου αγαθών και υπηρεσιών.

Όμως, η Ανατολική σχέση δεν θα πρέπει να αξιοποιείται από ορισμένες πλευρές ως ένα μέσο επέμβασης στην εσωτερική πολιτική ζωή της Γεωργίας. Η Γεωργία πρέπει να αφεθεί ανεπηρέαστη να καθορίσει κυρίαρχα την εσωτερική της πολιτική ζωή μεριμνώντας ταυτόχρονα για την τήρηση των ανθρωπίνων δικαιωμάτων, της Δημοκρατίας, των πολιτικών δικαιωμάτων και του κράτους δικαίου. Μόνο με αυτές τις προϋποθέσεις μπορεί να εξελιχθεί θετικά η πολιτική κατάσταση στη Γεωργία, εν όψει των εκλογών που θα γίνουν το 2016, για τη διενέργεια των οποίων πρέπει να διασφαλιστεί η πολυφωνία και τα δικαιώματα της αντιπολίτευσης.

Илхан Ключук (ALDE). – Г-н Председател, уважаеми г-н Комисар, уважаеми колеги, Грузия е страна с богата история и изразена национална култура. Без съмнение страната е част от европейската история и напълно заслужено само преди година празнуваше подписването на Споразумението за асоцииране с Европейския съюз. Особено впечатляващ е фактът, че повече от 69% от населението подкрепят споразумението, както и че има общонационален консенсус за членство на страната в НАТО. В продължение на дълги години Грузия е била част от Съветския съюз и днес търси своята европейска самоличност.

Като човек, идващ от бивша комунистическа държава, ясно осъзнавам пред какви предизвикателства е изправена младата грузинска демокрация. Притеснителните събития от последните месеци са доказателство за това и ние няма как да не ги толерираме. Въпреки това трябва да настояваме пред всички страни да уважават върховенството на закона, независимостта на съдебната власт и свободата на медиите. Грузия се нуждае от нашата продължителна подкрепа, за да затвърди своя европейски път.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Veliko smo slišali pozitivnih misli in besed o Gruziji danes – vprašanje je seveda, kaj je tisto, kar je res realno – in podatkov o napredku, informacij o državi, ki je lahko primer drugim.

Seveda je zelo pomembno, kako merimo ta napredek, kako merimo učinke tega napredka, kakšni so ti kriteriji, in ravno zato sem tudi prosil za besedo, ker se mi zdi pomembno, da pri tem tudi Evropska komisija in Evropski parlament sodelujeta z institucijo, ki je tukaj prek pasarele, s Svetom Evrope, „Council of Europe“, ki ima veliko vlogo pri oceni stanja človekovih pravic in demokracije, stanja na področju pravosodja, svobode medijev, svobode izražanja, in včasih se mi zdi, da je potrebno, da bi Komisija in Svet Evrope še bolj sodelovala ravno pri teh temeljnih standardih, kot so človekove pravice, in oceni o napredku, ker vemo, da Svet Evrope ima tudi že izdelane standarde.

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, když v roce 2012 Gruzínský sen vyhrál volby a Saakašviliho strana předávala moc, byl to skvělý okamžik demokracie a myslím si, že Gruzie prokázala své velké transformační úsilí. Ona má tato země nejen velký energetický potenciál, ale je to klíčový spojenec a partner pro Evropu na Kavkaze. I proto já vítám reformy, které v této zemi proběhly. Myslím si, že nesmí být utuchající, je důležité, aby právní stát byl prohlubován a ne oslabován politikací. A pokud Gruzie v tomto svém úsilí vytrvá, tak si myslím, že má naše srdce otevřené.

(Koniec pytań z sali)

Christos Stylianides, Member of the Commission. – Mr President, colleagues, as I said in my opening statement, we closely monitor whether our shared principles are respected. We do this as partners, together with Georgia and in the conviction that strengthening democracy and the rule of law, while ensuring a transparent, prosperous and stable Georgia, is in our common best interest, which is fully in line with the priorities set out in the European Neighbourhood Policy (ENP) review.

During her visit, the High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy/Vice-President of the Commission, Federica Mogherini, was encouraged by the constructive tone taken by the government and by the parliamentary faction leaders in Georgia. They acknowledge the need to maintain the focus on reforms and to create a safe space for campaigning ahead of next year's parliamentary elections.

There was a question on the issue of visa liberalisation. The visa liberalisation process is based on the outcome of evaluation missions carried out at the end of September/early October and with information provided by the Georgian authorities. We will be reporting on the state of play in December, i.e. next month. Once a final report is issued, the Commission will be in a position to present a legislative proposal to lift the visa obligation. The decision to do so will then lie with the European Parliament and the Council, and the time that would be needed to decide upon such a proposal is difficult to predict, as you know.

Let me conclude by saying that the EU-Georgia Association Agreement is a concrete way to activate the full potential of our relations. The focus is on support for core reforms – which are essential – and, of course, on economic recovery and growth, governance and sector-based cooperation, for example in the fields of transport, energy and the environment.

We are doing all of this in an optimistic manner because we are in politics, and we believe this is the way forward.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

20. Lage in der Republik Moldau (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest oświadczenie Wiceprzewodniczącej Komisji i Wysokiej Przedstawiciel Unii do Spraw Zagranicznych i Polityki Bezpieczeństwa w sprawie sytuacji w Mołdawii (2015/2976(RSP)).

Christos Stylianides, *Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy.* – Mr President, this is the first time that Moldova has come back to the plenary since the ratification of the Association Agreement one year ago. Several events have taken place since the debate of last year, including parliamentary elections in November 2014 and, of course, a succession of two short-lived governments.

All of you have followed the developments in Moldova since then, especially those concerning the big banking frauds, amounting to around USD 1 billion, which is around 12% of the GDP of the country, and the large protest movements and demonstrations which culminated at the beginning of September with a big gathering in Chişinău.

While the banking scandal was at the centre of the demonstrations, people have been expressing their discontent more widely, demanding sustainable governance for the country and calling for corruption to be decisively tackled. Despite a decrease in intensity – probably in the expectation of political developments – these protests are still ongoing. The protesters are demanding the resignation of the President and the dismissal of the Prosecutor General and the head of the National Anti-Corruption Centre. They are also asking for the launch of a referendum on the direct election of the President.

Recent developments – namely, the arrest of former Prime Minister Filat on 15 October and the subsequent dismissal of the government in a vote of no-confidence on 29 October — dramatically demonstrate the deep divide that has developed between the political parties that were coalition partners.

As the EU, it is not our role to interfere in the internal political processes of a sovereign country. It is for the Moldovan political forces to put aside personal and group interests and to work together for the sake of their country. It is for them to make the political choices that take into account the welfare of their citizens, to help modernise the country and make the economy grow. These are the political choices that the European Union wants and is ready to support.

We will continue to call for dialogue among the parties. In order to find sustainable solutions to the governance crisis and certainly in order to address pressing needs, we hope that a new government will pursue, as a matter of priority, the implementation of much-needed key reforms. Vested interests and corruption practices currently hinder development in the country and have a heavy impact on citizens' everyday lives. Moldovan society expects these challenges to be tackled seriously.

That was the message of the EU-Moldova Parliamentary Association Committee in its debates and Statement on 21 and 22 September 2015. I am also aware of the frank exchanges the Committee on Foreign Affairs had with the Speaker of the Moldovan Parliament Mr Candu at the beginning of last week.

We have to remind our Moldovan partners that our support is conditional upon the implementation of key and genuine reforms and policies. This should contribute not only to regaining the trust of citizens but also to building a more resilient country and offering a democratic and stable business environment.

Any new government will face the challenge of dealing, as one of its first actions, with the banking frauds through comprehensive, impartial and effective investigations, with the goal of recovering the diverted funds. Moldovan society will expect any new government to take clear and effective steps against corruption and to proceed with reforming the banking sector, the justice sector and, at the same time, public administration.

Moldova is obviously in a difficult economic and financial situation and will need the support of the IMF. This will mean fulfilling certain conditions on energy tariffs, on the restructuring of the banking sector, and on the management of the National Bank. These are also essential preconditions for a possible resumption of EU budget-support disbursements, as well as for the implementation of our ambitious Association Agenda.

The situation, as I have already described, reflects problems in the political system and, of course, the gap between the political system and society. This is, unfortunately, the situation, and this is why we need, together with this Parliament, to apply all those preconditions which I have already mentioned.

Elmar Brok, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, Herr Kommissar, Sie haben in der aktuellen Beschreibung von Moldawien Recht.

Wir müssen sehen, dass die drei proeuropäischen Parteien die Wahlen gewonnen haben – wenn auch knapp –, aber dass sie nicht in der Lage waren, seit den Wahlen Vertrauen aufzubauen, und nicht in der Lage waren, die vorgegebenen Ziele der Modernisierung des Landes, der Rechtsstaatlichkeit und des Kampfes gegen die Korruption mit Glaubwürdigkeit voranzutreiben. Auf der anderen Seite gibt es viele in diesen Parteien, die die Bereitschaft dazu haben, diese Ziele zu erreichen. Ich als Parlamentarier kann sagen, dass diese politischen Kräfte unterstützt werden sollten, jetzt endlich eine anständige, proeuropäische Regierung auf die Beine zu stellen, weil die Alternative eine Katastrophe ist.

Aus diesem Grunde glaube ich, dass die Europäische Union, die politischen Familien dieses Hauses, die mit Parteien dort verbunden sind, hier die notwendige Zusammenarbeit organisieren sollten und helfen sollten, dass die Moldauer ihre Entscheidung treffen können für den Weg den sie gehen, welche Regierung sie bilden, aber dass unsererseits ein Angebot der Kooperation gegeben ist und dass wir aus diesem Grunde heraus hoffen, dass dort auch die Verantwortlichkeit aller Beteiligten auftaucht, dies so zu machen, dass es im Sinne einer guten Entwicklung ist.

Dies ist keine Zeit mehr für persönlichen Vorteil, dies ist keine Zeit mehr für parteipolitische Spiele der Vergangenheit, dies ist ein Augenblick für wirkliches *commitment* im Sinne des Interesses des moldauischen Volkes. Ich hoffe, dass die Gespräche, die in diesen Tagen stattzufinden haben, zu solchen Beschlüssen führen werden und dies nicht an den politischen Eigenschaften und an Abhängigkeiten scheitern sollte, weil das Resultat dann alternativlos schlecht ist.

(Beifall)

Andi Cristea, *on behalf of the S&D Group*. – Mr President, one year ago the European Parliament was meeting to ratify the Association Agreement. In doing so, this House acknowledged the reform efforts and ambitions of the Moldovan authorities. A lot of progress had been made, and the ratification was a strong sign of recognition. Moldova was the uncontested front runner of the Eastern Partnership, our favourite success story at that time.

Dear colleagues, if we are meeting today in this Chamber to talk about Moldova, it is not to celebrate one year on from, or the first anniversary of, the ratification. To put it quite bluntly, there is nothing to celebrate. In these past 12 months I have met four different prime ministers. The fifth is on the way. The Co-Chair of our Parliamentary Association Committee, a former prime minister, has been arrested on corruption charges; a banking scandal involving all three major banking institutions has made USD 1 billion vanish – this is almost 50% of Moldova's GDP – and now, more than ever, the country and its people need the political class to offer resolute action and strong vision. Parties are not even able to propose a new executive.

The situation in Moldova is grave – so critical that the immediate temptation is to get angry because the process is no longer delivering. It is just disappointing us. The wonderland has turned into the dark side, but we should and will resist that temptation for the sake of Moldovan citizens. They deserve better; they deserve our engagement, our encouragement, and we will be at their side more than ever before. Moldova's political class has simply failed its citizens, and we are very worried. The political process has no predictability. The political situation is in a perpetual state of instability, a chronic state of crisis. This means only one thing: the needs of the population are not being addressed, reforms are not being implemented and citizens are paying the bill. Moldova needs political leaders to take responsibility. Moldova needs transparent institutions. Put quite simply: Moldova needs a political class which is able to restore citizens' trust. A new executive confirming the ambitions of the Association Agreement and effectively implementing the reforms needed could finally deliver, and that means the rule of law, an independent and efficient judiciary, a bold fight against corruption and a thorough investigation into banking fraud, bringing those responsible to justice.

This is the last chance for the outgoing governing coalition. Once again: this is the last chance for the outgoing governing coalition. The deadline has passed, and there is no alternative to continuing on the path of the current reform agenda. We can see it, and Moldovan citizens can feel it. It is time for political leaders to hear it.

Bas Belder, *namens de ECR-Fractie*. – Ik ben recent op werkbezoek geweest in Moldavië. Het is mijn gewoonte dat, als ik als lid van het Europees Parlement in een derde land kom, zeker een land waarmee wij een associatieovereenkomst hebben, ik me eerst begeef naar onze hoogste vertegenwoordiger, de Europese delegatie. Welnu, het moet mij van het hart dat ik zelden een zwartere situatieschets heb gehoord dan in Chisinau.

Toen ik aan onze ambassadeur vroeg of er daar geen alternatief was voor de zittende politieke klasse, was het antwoord een onthutsend “neen”. Tegelijkertijd vertelde hij mij - en dat heb ik mij ook gerealiseerd -: dit politieke bankroet, daar is ook de reputatie van de Europese Unie direct mee gemoeid. Zeg mij wie uw politieke vrienden zijn. Dat betekent ook dat er in het publieke domein een drastisch geslonken vertrouwen is in de weg naar Europa. Dat zouden wij ons hier ook moeten realiseren. Met wie zijn we daar gelieerd?

Toch is er nog een lichtpunt. In mijn land, Nederland, zijn er al decennia christelijke stichtingen die zich om de allerzwaksten in het allerarmste land van Europa bemoeien. Gelukkig houden zij de reputatie hoog. Zij worden ook geconfronteerd met het ontbreken van een rechtsstaat. Maar ik hoop dat de Europese instellingen dit soort burgerinitiatieven steunen, want dan hebben wij nog iets in Moldavië waar we trots op kunnen zijn.

Petras Auštrevičius, *on behalf of the ALDE Group*. – Mr President, a year ago, when speaking about Moldova in my capacity as rapporteur, I remember that I named Moldova as a front runner, a strong leader amongst the Eastern Partnership countries. Moldova was the first to enjoy the visa-free regime within the Schengen area and free trade and association agreements with us, which started to work in good time and to an increasing extent. Moldova has been given all the political tools that the European Union can offer to boost its Europeanisation. There is nothing more that the EU could have done for Moldova.

But things started to go wrong – totally wrong – day after day, with the unprecedented banking scandal with no full investigation until now and the clear evidence of corruption throughout all political segments and layers with, I am afraid, no visible efforts made to fight it. The reforms are stuck. Let us be clear about that. That is no surprise, as governments are changing at the same speed as the seasons of the year. In a situation like this, it is probably natural to see people on the streets for several months. It is just a question of when the tension will explode.

Today I am sorry to say that, from being a front runner, Moldova has become a symbol of political chaos. Today I call on the political elite of Moldova to please wake up. It is time. Wake up and start demonstrating your political responsibility to your own country and your own people – people who deserve to live in Europe and to enjoy being Europeans.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident! Innerhalb von nur sieben Jahren vier Parlamentswahlen, fünf Regierungen, zahlreiche Wechsel bei der Besetzung führender Staatsämter, endlose Diadochenkämpfe der politischen Eliten und immer wieder Korruption, das bringt selbst Moldau wohlgesonnene Analysten in Erklärungsnot. Seit der jüngsten Regierungskrise wird nunmehr das Bild bedient, der ehemalige Musterschüler der Östlichen Partnerschaft sei zu einem Staat im Würgegriff korrupter Oligarchen geworden.

Lassen Sie mich unterstreichen: Das ist das eigentliche Problem, denn in Moldau ist nichts gerade erst passiert, man hat nur lange nicht genau hingeschaut. Was Analysten neuerdings als „systemisches Versagen“ kennzeichnen, war schon immer so: Trotz Wahlen ist das politische System instabil und korrupt, trotz weitgehender Liberalisierung hängt die Wirtschaft noch immer überwiegend von externer Hilfe ab.

Natürlich ist auch einiges mit der Hilfe der EU geschehen. Was aber sind regelmäßige Wahlen wert, wenn die politische und wirtschaftliche Macht nicht nur Hand in Hand gehen, sondern quasi eins sind? Was sind teure Reformberatungen für die Justizverwaltung wert, wenn man unverändert gegen Grundnormen verstößt und zum Beispiel einen Oppositionsführer sowie Aktive friedlicher Proteste gegen die Korruption der regierenden Oligarchen über Monate einfach in Untersuchungshaft sperrt, sie zum Teil offensichtlich gezielt hohen Gesundheitsrisiken aussetzt und in ihren Rechten stark einschränkt?

Die Bevölkerung hinterfragt zusehends sowohl die Ausrichtung der anvisierten Reformen als auch die Integrität der sie treibenden politischen Klasse, einer Klasse, die sich zwar formal und verbal zu den EU-Werten bekennt, aber dann nach den eigenen Regeln der Oligarchen agiert.

Lassen Sie mich unterstreichen: Wir dürfen nicht zulassen, dass die Glaubwürdigkeit der Europäischen Union durch ein Festhalten an einem Bündnis mit den falschen Leuten in Moldau weiter untergeben wird. Die Kommission ist aufgefordert, die umfassende Einhaltung des Assoziierungsabkommens durchzusetzen. Das entspricht den Erwartungen der vielen gesellschaftlichen Akteure im Land.

Heidi Hautala, on behalf of the Verts/ALE Group. – Mr President, a very serious opinion poll has been conducted in Moldova recently. Only 39% of the respondents would vote positively on Moldova's accession to the European Union, whereas accession to the Eurasian Economic Union is favoured by almost 43% of interviewed citizens. This is, to a large extent, the outcome of a situation where the public have started to be fed up with the European Union.

Why? Because the European Union is used as a cover-up for very dirty practices in daily politics. I think it is extremely important that today, the two European families – the European People's Party and the Social Democrats – have acknowledged that they have a responsibility and that they need to use their contacts with their Moldovan counterparts in order to explain that what is going on is no longer possible.

We need to make sure that impunity will not prevail in this incredible banking scandal. It is almost impossible to imagine that 15% of the GDP of this very poor country has been put into some wrong and private pockets, and we need to make sure that the culprits and the perpetrators are brought to justice. The justice system has to be able to perform its function.

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Mr President, you cannot talk about Moldova without talking about Transnistria, the narrow scrap of land occupied by the Russian army under General Lebed. Now, probably, the soldiers in the army are married to Moldovan girls – who are beautiful, by the way – and there is a problem: what to do with that scrap of land?

Moldovans and Transnistrians do not want to be in Moldova, especially now when there is such great corruption, and Moldovans do not want to be in the European Union, because they know (which is obvious) that where there is democracy, there must be corruption. So they have democracy and they have corruption, and we have two societies – Transnistria and Moldova – which do not know what to do.

Unfortunately I do not think we can do anything with that. I think we should leave the matter to its own fate.

Cristian Dan Preda (PPE). – Domnule președinte, mai mulți colegi s-au referit la faptul că într-un singur an Moldova s-a transformat din elevul model al Parteneriatului estic într-o țară care nu mai e deloc previzibilă, unde haosul domnește - cum spunea cineva mai devreme.

Cum s-a ajuns aici? Eu cred că există trei factori importanți care au modificat situația.

E vorba în primul rând de Rusia. Influența Rusiei asupra opiniei este mai mare astăzi decât era acum un an. E vorba în al doilea rând despre oligarhi care controlează astăzi partidele în mai mare măsură decât o făceau acum un an. E vorba în al treilea rând despre corupție care a slăbit instituțiile într-o mai mare măsură decât se întâmpla înainte de alegerile din noiembrie.

Avem în față eșecul unei coaliții pro-europene care a fost validată la urne și timp de un an, în loc să găsească resurse pentru a reporni mașinăria, a produs soluții care nu au durat decât o clipă și au întărit criza politică.

Cred că avem o responsabilitate și Elmar Brok chema diversele familii politice la responsabilitate. Aș spune că nu trebuie să le cerem acest lucru comuniștilor. Cred că familia comunistă din Parlament ar trebui să stea deoparte, precum și toți prietenii Rusiei care sunt inclusiv în Parlamentul European, adepți ai unui scenariu catastrofal pentru Moldova. Deci le cer să se abțină, să nu intre în acest joc.

În al doilea rând cred că trebuie să răspundem cererii făcute la Chișinău în acest moment, aceea de a oferi o mediere europeană pentru construcția unei noi coaliții.

Am pornit pe un drum, ne-am asumat o responsabilitate, am oferit inclusiv prin politica revizuită de vecinătate o perspectivă pentru Moldova și pentru alte țări. Cred că trebuie să ne implicăm, moderând, făcând posibilă o cale alternativă la ceea ce vor comuniștii, la ceea ce vor socialiștii lui Dodon, la ceea ce vrea Moscova în Republica Moldova.

Neena Gill (S&D). – Mr President, the citizens of Moldova clearly identified what their priority is when they took to the streets last month to bring down the government: it is tackling corruption. It is in our interest to tackle this because it is jeopardising our security. Moldova is an important route for illegal trade in weapons, and not just in AK47s: criminal gangs have also been attempting to sell stolen nuclear goods to IS and other jihadi groups. I understand one attempt was prevented by the FBI, but others could have been successful.

It is of major concern that the Moldovan police department investigating this was reportedly shut down under pressure from the government. That is why we need to make the fight against corruption and reform of the judiciary absolute priorities. Clearly, we cannot turn those who are trying to increase their grip on the state institutions for personal gain into our partners, even if they promise pro-European policies in return. Of course, we need to be mindful of Russia playing its usual game of placing pawns to discourage democratic reforms, but stooping to that level will not make our neighbourhood safer or more prosperous.

It is important that we, the EU, offer Moldova a clear view of what we have to offer in return for reform. But the government there also has to realise that, first and foremost, these reforms are in its own interest, and it must not be seduced into turning its back on the EU in favour of those masquerading as its allies.

Karol Karski (ECR). – Panie Przewodniczący! W Mołdawii narasta kryzys polityczny wywołany bezpośrednio dymisją rządu, a od kilku miesięcy trwają wielkie protesty społeczne wyrażające rozczarowanie obywateli władzami publicznymi, zwłaszcza w kontekście gigantycznej korupcji oraz zniknięcia blisko miliarda dolarów z mołdawskiego sektora bankowego. Pragnę w imieniu grupy ECR wyrazić zaniepokojenie utrzymującą się sytuacją w kraju, a w szczególności zwolnieniem tempa reform administracji publicznej w zakresie wymiaru sprawiedliwości i zarządzania finansami publicznymi, o czym informowałem ostatnio również na posiedzeniu parlamentarnej Komisji Spraw Zagranicznych przewodniczący parlamentu Mołdawii.

Doceniamy jednak zaangażowanie Mołdawii w ramach Partnerstwa Wschodniego i podtrzymujemy nasze poparcie w jej drodze do integracji z Unią. Należy jednak wspomnieć o kolejnym kamieniu milowym Kiszyniowa na tej drodze, czyli podpisaniu umowy stowarzyszeniowej oraz reorientacji eksportu w kierunku innych rynków zbytu, który obecnie przewyższa pierwszy raz w historii eksport do Rosji.

Na koniec chciałbym wyrazić nadzieję, że władze Mołdawii wsłuchają się uważnie w głosy niezadowolenia społecznego i będą kontynuowały walkę z korupcją oraz dbały o ochronę wartości demokratycznych. Życzymy naszym mołdawskim partnerom sukcesu, jakkolwiek my, Polacy, dobrze wiemy, że wytyczone cele nie są łatwe do realizacji w sytuacji szantażu i nacisków polityczno-ekonomicznych ze strony Rosji, która krok po kroku, od Krymu poprzez Donieck po Abchazję, dąży do odbudowy swojego imperium kosztem niezależności i wręcz integralności terytorialnej swoich najbliższych sąsiadów.

Jiří Maštálka (GUE/NGL). – Pane předsedající, bouřlivé dějiny, pestrá etnická struktura, faktické uzavření v prostou mezi odlišnými státy – to vše tvořilo v Moldavsku živnou půdu pro mnoho rozporů.

Když se k tomu všemu přidala divoká privatizace a korupce, bylo na problém zaděláno. A stačilo tak málo, aby tato klimaticky i kvalitou půdy země zaslíbená vzkvétala. Stačilo tak málo – jako dnes v Sýrii. Stačila dohoda mezi mocnostmi o společném postupu.

Jenže Evropské unii se nelíbily návrhy prezidenta Voronina na dohodu s Ruskem o Podněstří, Ukrajině a dalším státům se nelíbí připojení Moldavska k Rumunsku, Washington využívá vliv na oslabování pozice Moskvy. Tak se dostavil zákonitý výsledek. A Moldavsko je sto čtrnácté a nejchudší v celé Evropě

Evropská unie se rozhodně nemůže pochlubit tím, že by v Moldavsku hrála roli, která by zklidnila politické napětí, že by omezila kriminalitu, korupci a politické procesy. A jestli se někdo chce podívat do očí moldavských žen, má možnost. Tady sedí manželka Grigorije Petrenka, který je neoprávněně za mřížemi.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Eno leto je od podpisa sporazuma med Evropsko unijo in Moldavijo o trgovini, o pridružitvenih poteh, o carinah in ostalih možnostih, ki odpirajo Moldaviji večjo pot k izmenjavi dobrin, blaga, tudi na nek način delovne sile med Evropsko unijo in Moldavijo.

Eno leto je tudi od tega, ko je naša delegacija obiskala volitve v Moldaviji, tudi sam sem bil tam in moram reči, da takrat so seveda zmagale t.i. proevropske sile, ki pa so očitno izgubile zaupanje državljanov. Zdad velika večina ne podpira več vstopa oziroma poti v Evropsko unijo, in vse to je pravzaprav plod teh, ki so na nek način izdali zaupanje. Že takrat smo govorili o problemih pravosodja, medijske svobode in bančnega sistema, in to se je seveda pokazalo kot usodno, in danes namesto da bi govorili o napredku, govorimo o ljudeh na ulicah in o slabši perspektivi, kot je bila pred enim letom.

Michael Gahler (PPE). – Herr Präsident! Ich kann in Bezug auf Moldawien viele Elemente meiner Georgien-Rede leider nach dem Prinzip *copy/paste* wiederholen.

Moldawien ist uns wichtig als unmittelbarer Nachbar. Die Bürger Moldawiens sind uns wichtig als Europäer, weil sie sich mit der Europäischen Union assoziiert haben, weil sie mit uns zusammenarbeiten. Wir wollen sie in unserem Ordnungssystem sehen, wir wollen sie in unserem Wirtschaftsraum sehen, weil so die Zone der Stabilität in unserer Nachbarschaft wächst.

Unser Engagement für Moldawien ist nicht frei von Bedingungen. Wir erwarten die Einhaltung von Menschen- und Bürgerrechten, wir erwarten Rechtsstaatlichkeit, wir erwarten Pluralismus in der Demokratie, wir erwarten saubere Politik. Diese Erwartung haben auch die Bürger in Moldawien.

Die Moldawier haben Modernisierung und Reformen unterstützt. Sie erwarten eine Stabilisierung des Staates und der Wirtschaft. Die Oligarchen kämpfen stattdessen um die Macht. Vor allem wollen die Bürger jetzt eine Aufklärung der Verbrechen: Wo ist die Milliarde, die aus den Banken gestohlen wurde? Ich würde mir wünschen, dass unsere Geheimdienste ihre diesbezüglichen Erkenntnisse den Moldawiern zur Verfügung stellen, damit das Geld identifiziert und zurückgeführt werden kann. Das Land braucht eine tatkräftige Regierung. Das Land braucht einen unabhängigen Generalstaatsanwalt. Das Land braucht wirksame Korruptionsbekämpfung.

Die Europäische Union muss strikte Bedingungen stellen. Ein detaillierter Vertrag könnte helfen. Darin müssen Reformschritte und Zeitplan festgelegt werden. EU-Fachleute müssen diese Marschroute in den Ministerien durchsetzen. Unsere Unterstützung muss davon abhängig gemacht werden.

Die Bürger von Moldawien wollen bessere Lebensumstände. Das Land darf nicht noch mehr Bürger verlieren. Wir wollen Moldawien nicht als EU-Partner verlieren. Wir dürfen deshalb keine Zeit verlieren. Ich akzeptiere für die EVP, dass wir den Einfluss auf die entsprechenden Parteien, die mit uns in Kontakt stehen, ausüben im Sinne dieser Agenda, die wir alle aufgestellt haben.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, allow me to speak in the official language of the Republic of Moldova, the Romanian language.

Doamnelor și domnilor, prin istorie, prin tradiții, prin cultură, prin limbă, prin legături umane, prin poziția ei geografică, Republica Moldova face parte din sud-estul european, nu din spațiul euro-asiatic.

Da, sigur, Republica Moldova are acum probleme, dar nu cred că Uniunea Europeană își permite să lase Republica Moldova într-o zonă de incertitudine, într-o zonă de teamă alături de Ucraina. După cum știți, Republica Moldova are un conflict înghețat din 1991. Ucraina îl are mai de curând în partea de est cât și în sud cu Crimeea. Este nevoie să sprijinim acum mai mult ca oricând Republica Moldova ca să aibă un guvern viabil, un guvern care să aplice programele Uniunii Europene în așa fel încât cetățenii Republicii Moldova să beneficieze de acest acord de asociere al Uniunii Europene, să vadă că viitorul lor este alături de Uniunea Europeană, de statele membre ale Uniunii Europene, de lumea europeană.

În același timp trebuie spus foarte clar că sunt interese estice de destabilizare a Republicii Moldova și trebuie să contracțăm acest lucru, trebuie să sprijinim un guvern viabil la Chișinău, trebuie să sprijinim organizațiile societății civile pro-europene de la Chișinău din Republica Moldova.

Republica Moldova trebuie să vină alături de Uniunea Europeană, alături de România și celelalte state. Viitorul ei este european.

Peter Eriksson (Verts/ALE). – Herr talman! Moldavien är ett litet, bördigt, vackert land med väldigt stora möjligheter, men också med mycket stora problem.

Jag tycker att vi måste också erkänna att vi inom EU har misslyckats med att tackla den utbredda korruptionen i Moldavien och att det kan komma att stå oss väldigt dyrt. Det ligger i EU:s intresse att se till att den senaste bankskandalen utreds i grunden och att de skyldiga ställs till svars. I ett land som har ingått ett associationsavtal med EU försvinner bara spårlöst tolv procent av bruttonationalprodukten. Det är helt oacceptabelt. Det undergräver apatin, demokratin och tilltron hos medborgarna till att överhuvudtaget ha ett fungerande samhälle.

Vad vi kan göra är att ännu tydligare erbjuda rättslig hjälp och ekonomisk hjälp för att se till att de skyldiga ställs till svars och att bidra till ett fungerande bankväsende för framtiden.

Andrej Plenković (PPE). – Gospodine predsjedniče, premda je moldavski narod izrazio svoju ambiciju da se više približi EU-u, zbog niza korupcijskih skandala u posljednje vrijeme i izostanka reformi izgubljen je korak s europskim putem. Mi smo sa svoje strane Moldovu podržali u značajnom reformskom ali i u finansijskom pogledu, no situacija je danas neprihvatljiva jer su političke elite dovele zemlju na rub sloma, a pod europskom zastavom političari i dalje primjenjuju jednak stil postsovjetske politike.

Kao rezultat *de facto* privatizacije države od strane oligarha, Moldova je najsiromašnija država Europe te postoji snažna potreba deoligarhizacije politike i vladinih institucija. Smatram da su prioriteti programa pridruživanja Moldove s EU-om, borba protiv korupcije, reforma pravosuđa, ekonomska tranzicija upravo pravi prioriteti koje bi podržala i većina moldovskoga naroda.

U tom pogledu smatram da mi u Europskom parlamentu moramo pozvati proeuropske političke elite, danas posebno pozdravljam napor našega predsjednika odbora g. Broka, kolegu Auštrevičiusa i Cristee, da se sve reformske snage organiziraju, promijeni atmosfera i da se krene onim putem koji je zacrtao Sporazum o pridruživanju.

Možda bi mogli oformiti sličnu grupu za podršku Moldovi, kao što trenutačno imamo za Ukrajinu. Smatram da je produljenje mandata misije EU-a za graničnu podršku Moldovi i Ukrajinu, EUBAM, vrlo konkretan i dobar potez za Moldovu. U tom pogledu situacija u Transnistriji važna je za ukupnu stabilnost zemlje i njezin europski put, a učinili ćemo sve da je vratimo na pravu europsku traku.

Siegfried Mureșan (PPE). – Domnule președinte, domnule comisar, stimați colegi, de fiecare dată când mă aflu în Republica Moldova oamenii îmi pun mereu aceeași întrebare: mai are Republica Moldova o șansă?

Cred că este datoria noastră, ca reprezentanți ai instituțiilor europene, să oferim Republicii Moldova o perspectivă europeană, iar cetățenilor Republicii Moldova o speranță, să le arătăm că Republica Moldova mai are o șansă. Dacă nu vom oferi noi o perspectivă, atunci o va oferi Vladimir Putin și nu va fi bine. Nu va fi bine nici pentru Republica Moldova, dar nici pentru Uniunea Europeană.

Realitatea este că Republica Moldova beneficiază foarte mult de pe urma asocierii și a apropierii de Uniunea Europeană. Republica Moldova este statul din afara Uniunii Europene care primește cele mai multe fonduri europene pe cap de locuitor. Datoria noastră este să explicăm cetățenilor Republicii Moldova beneficiile apropierii de Uniunea Europeană și să nu-i lăsăm pradă propagandei dinspre est care spune că nu există beneficii concrete pentru oameni de pe urma apropierii de Europa.

Trebuie să spunem foarte clar că în anul 2014, când Federația Rusă a impus embargo asupra produselor moldovenești, Uniunea Europeană a reacționat prin ridicarea cotelor la importul de fructe și eliminarea completă a cotelor la importul de vinuri. Aceasta a asigurat existența întreprinzătorilor agricoli, a fermierilor.

Trebuie spus foarte clar cetățenilor Republicii Moldova cine le e prieten, cine le e dușman. Trebuie să spunem foarte clar că Uniunea Europeană vrea o Republică Moldova puternică, independentă, pe propriile ei picioare.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE). – Panie Przewodniczący! Zaledwie rok temu Mołdawia podpisała umowę stowarzyszeniową z Unią, jako pierwsza z krajów Partnerstwa Wschodniego uzyskała prawo ruchu bezwizowego i dostęp, szeroki dostęp, do rynku europejskiego, i wydawało się, że prozachodni kurs Mołdawii jest niezagrożony. W ostatnich miesiącach i tygodniach patrzyliśmy, jak Mołdawia przeżywa polityczne trzęsienie ziemi, demonstracje w Kiszyniowie protestujące przeciwko kradzieży stulecia, ale także przeciwko korupcji elit politycznych, swoistej prywatyzacji państwa przez oligarchów doprowadziły do upadku proeuropejskiego rządu, który 29 października, więc całkiem niedawno, był zmuszony zrezygnować, podać się do dymisji.

Spadło zaufanie do Unii Europejskiej, do tego jeszcze Fundusz Walutowy wstrzymał finansowanie planowanych wcześniej pożyczek, a więc Mołdawia pogrąża się w głębokim kryzysie politycznym i ekonomicznym, i to czyni ją bardzo podatną na zewnętrzne wpływy między innymi ze strony Rosji, która widziałaby ją w swojej Unii euroazjatyckiej.

Jestem przekonana, że Mołdawia zasługuje na więcej, że jest w stanie przygotować potrzebne zmiany, przede wszystkim zmiany w systemie sądownictwa, bo sprawny system sądownictwa, przekonanie obywateli, że jest możliwa sprawiedliwość, jest podstawą obywatelskiej aktywności i funkcjonowania wszystkich praktycznie instytucji. I w tym kontekście rodzi się pytanie: jakie jest nasze zadanie, co my możemy zrobić jako Unia Europejska, aby ta misja się udała? Co konkretnie, w jaki konkretnie sposób możemy Mołdawii pomóc? Czy możemy pomóc też zwalczać rosyjską propagandę, dostarczać odpowiednich informacji i czy możemy zrobić wszystko, żeby nie wypychać Mołdawii w ramiona wielkiego brata?

Michał Boni (PPE). – Mr President, Moldova was a good example of a success story, with economic growth, well-implemented visa liberalisation and an accession agreement, but Moldovan leaders have made lots of mistakes. The reasons are deep and have roots in the past, meaning there is a lack of transparency and responsibility among the political elites. They have lost credibility, they have lost money from the banking system, they have lost the trust of citizens just one year after the parliamentary elections, and they have lost the unity needed for pro-European development. Divided, the political elites have no power to lead the country. Now they have decided to announce a new election without fully recognising what the results might be.

We are on the Moldovan side, but we need, day by day, arguments to promote its integration with the EU. It is our duty to support them on the path to reforms: anti-corruption measures; the reform of state-owned and controlled companies; and the signing of an agreement with the IMF to continue the implementation of EU assistance and balance the budget. It is our duty – as Elmar Brok said – to support Moldova in finding the proper way for themselves. We can settle emotions, but time is running out and Moldovan citizens are waiting for a new leadership – a leadership of trust.

Pytania z sali

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, já bych chtěl skutečně vyzdvihnout, v jakém chaosu nebo politické nestabilitě se nyní Moldavsko ocitá a jak nezbytná je naše konkrétní podpora. Samozřejmě po parlamentních volbách, které se udály v minulém roce, a po pádu vlastně dvou vlád. Po vyslovení tolika podezření z korupce a ohrožení vlastně bankovního sektoru je nezbytné občanům Moldavska nabídnout alternativu. Jinak se skutečně jejich zrak obrátí jinam a myslím, že všichni v tomto sále víme, kam se případně může obrátit.

Musíme podporovat moldavské zemědělce a udělali jsme to ostatně už v několika přijatých aktech a to, co dneska potřebuje asi Moldavsko nejvíce, je naše pevné odhodlání stát při Moldavsku i v tomto těžkém čase. Já pevně věřím, že všichni zde v tomto sále stojíme při tomto demokratickém procesu v Moldavsku.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, η κατάσταση στη Μολδαβία είναι έκρυθμη. Την ώρα που έχουν δημιουργηθεί τεράστια οικονομικά προβλήματα στην χώρα, την ώρα που η διαφθορά ρίχνει βαριά τη σκιά της πάνω στο πολιτικό σύστημα, την ώρα που πάνω από ένα δισεκατομμύριο ευρώ, κυριολεκτικά, εξαφανίστηκαν ως δια μαγείας από το τραπεζικό σύστημα και μεταφέρθηκαν στο εξωτερικό, την ώρα που μαίνεται η πολιτική κρίση μετά την ανατροπή της κυβέρνησης, υπάρχει πλέον σοβαρός κίνδυνος η Μολδαβία να κυλήσει σε βίαιες εσωτερικές συγκρούσεις των δύο μεγάλων πολιτικών μπλοκ που κυριαρχούν στη χώρα. Από τη μια πλευρά εκείνων που επιθυμούν μια στενότερη σχέση με την Ευρωπαϊκή Ένωση μέσω της ανατολικής εταιρικής σχέσης και από την άλλη πλευρά όσων επιθυμούν να βλέπουν το μέλλον τους κοιτώντας ανατολικά.

Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει να συμβάλει στην εμπέδωση της δημοκρατίας, το χτύπημα της διαφθοράς και του λαθρεμπορίου, χωρίς όμως να επεμβαίνει στην εσωτερική πολιτική κατάσταση και στις κομματικές αντιπαλότητες στη Μολδαβία. Μόνο έτσι μπορεί η Ευρωπαϊκή Ένωση, πράγματι, να συμβάλλει στην πολιτική ηρεμίας στην περιοχή.

Koniec pytań z sali

Christos Stylianides, Member of the Commission, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, dear colleagues, I would like to thank you for your interest, your support and your determination on this very difficult and controversial issue in our neighbourhood, with a lot of repercussions in many aspects.

Our discussion today has confirmed that we share the same concerns and that we agree on the need to continue support to Moldova on its path towards political association and economic integration with the European Union, as well as in its efforts to build a democratic society and to overcome the interest of individuals for the sake of the country.

Moldovan society expects its leaders to put an end to state capture; to fight corruption, carry out real reforms and recover the funds stolen from the banks. We remain ready to support Moldova in all of this, but it is only Moldovan political leaders who can make it happen. Together with the implementation of the Association Agreement, this is key to enhancing the resilience and sustainability of the country.

Thank you for this very rich discussion and for your determination.

Przewodniczący. – Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Уважаема г-жо Комисар, уважаеми колеги, с подписването на споразумението за асоцииране и стабилизиране, Молдова тръгна по пътя към по-задълбочена евроинтеграция. Но този процес е сериозно застрашен, защото липсва политическа воля да се приемат нужните реформи в съдебната система, банковия сектор и борбата с корупцията. Молдова е в изключително тежка политическа ситуация - 3 правителства в рамките на една година! Застоят в реформите и евроинтеграцията кара населението да губи вяра в институциите, а държавата се фрагментира. Това е сериозен проблем, защото в Молдова има много етнически общности – наред с молдовците, румънците и руснаците има и много големи български и гагаузки общности. Само със защитата на демократичните, социалните, политическите и икономическите права на всички малцинства, Молдова ще може да осигури териториалната си цялост и държавата ще може да продължи напред към по-дълбока евроинтеграция. Молдова е европейска държава и ние всички сме свързани с нея, исторически и културно, и се надявам някой ден да я приемем в за пълноправен член на Европейския съюз.

Илхан Ключук (ALDE), в писмена форма. – Уважаеми колеги, подобно на Грузия и Украйна, преди година Молдова подписа споразумение за асоцииране с ЕС и се наслаждаваше на своята задълбочена европейска интеграция. Европейското семейство е бъдещето на Молдова и нейните хора въпреки тежкото историческо минало на страната. За съжаление, през последните месеци станахме свидетели на множество нарушения и отклонения от европейските ценности в страната. Ширещата се корупция по високите етажи на властта и липсата на върховенство на закона поставят под въпрос европейския път на страната. Исканията на гражданското общество за деполитизиране на съдебната система и борбата срещу корупцията не биват чувани, а това облагодетелства проруските партии в страната. Ето защо смятам, че ЕС трябва да подкрепи нова форма на правителство, което да работи за изпълнение на исканията на гражданското общество и да възстанови проевропейския курс на Молдова. Трябва да помогнем за гарантирането на свободен изборен процес, който ще протече в съответствие с най-високите европейски стандарти, за да можем да дадем на страната реалистична европейска перспектива.

21. Bildung für Kinder in Notsituationen und langandauernden Krisensituationen (Aussprache)

Przewodniczący. – Kolejnym punktem porządku dnia jest debata nad pytaniem wymagającym odpowiedzi ustnej skierowanym do Komisji przez Lindę McAvan w imieniu Komisji Rozwoju w sprawie edukacji dzieci w sytuacjach nadzwyczajnych i czasie przedłużających się kryzysów (O-000147/2015 - B8-1108/2015) (2015/2977(RSP))

Linda McAvan, author. – Mr President, I am pleased that we have chosen today to debate this issue because today, colleagues, we actually have something to celebrate in the midst of all the gloom in the news about us. We adopted the budget today, and when we adopted that budget we agreed one of the key demands of our resolution which we will adopt tomorrow, namely to increase the humanitarian aid budget for education in emergencies substantially – by EUR 26 million.

This is a figure that we proposed in the Committee on Development, and I want to congratulate Arne Lietz, our rapporteur. It is a big step towards the 4% target that we all want to see as part of the EU's overall humanitarian aid budget, and I know that this is a cause close to the heart of nearly everybody in this room. Certainly, I know that for Commissioner Stylianides it is a big priority, as it is for my own political group. I know that colleagues from the EPP, the Greens, the Liberals – all those I see here, and our colleagues in many Groups – have shared this view, and I thank you for your support.

It was when I went to Turkey with the Development Committee earlier this autumn that I got a real sense of why it matters that we put money into education, because I visited a refugee camp of 17 500 people. I also visited some of the many families in the community and I got a real sense of what it means to the families who come to have to leave their homes and everything else behind and to start again, and also of what it means to a country to have to receive hundreds of thousands of refugees and try and offer education. We saw some excellent projects run by UNICEF and other organisations. In the refugee camp in Kahramanmaraş we saw UNICEF organising schools, paying Syrian teachers a stipend to offer education to the children, and providing a school curriculum.

What was offered to those children was not just an education but a sense of normality, and the school was a happier place in that camp. We met children who were orphaned and had been through enormous trauma, but in the school they had a sense of normality: it was a place where they could be like other children. The Commission was providing kites and games and toys, as well as an education.

There is one issue, however, which I am concerned about, and that is what happens when children get to the age of 16, 17 or 18 and want to go on to higher education. I think that is where we need to do more – because we met young people in southern Turkey who had lost their sense of hope for the future. They had had plans to go to university, to study and to train, and yet, at 17 or 18, they did not see any outlet. Those are the young people who are getting on boats, risking their lives crossing the Mediterranean, and we have to find a solution for them. I think we could do this with our universities and colleges, by offering scholarships. I am sure there is something more we can do.

The message from our resolution was very clear. I know, Commissioner, that you are aware of the problem of the barrier between humanitarian aid and development funding. The Commission is trying to break that barrier down, and we welcome that. We have the new global goals now, on the basis of which we can work to consolidate education, particularly in countries which are precarious and fragile.

Our figures show that up to 1 billion children are living in conflict areas in the world today. We will also soon have the report that my colleague, Enrique Guerrero Salom, is preparing for the World Humanitarian Aid Summit, and at that summit, Commissioner and colleagues, we will have to argue to get other players to back our increase in funding for this type of education.

Thank you very much for your support. Let us hope we can build on what we have achieved today.

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, I am extremely pleased that we are discussing this point today, and I would like to thank Linda McAvan very much for her support as Chair of the Committee on Development (DEVE). I strongly believe that education for children in emergency and conflict situations is paramount. It is the most powerful tool we have to protect children and to ensure that they can have a better future – a secure future.

Education in emergencies is a top priority for the Commission and for me personally. I know that it is a top priority for this Parliament, as Linda has already mentioned in a very strong way. Your actions speak loud. We are together in this and I am truly grateful for your support. Thank you so much again.

We all agree: education is the foundation for everything else. It is the strongest shield for vulnerable children, protecting them from radicalisation, protecting them against forced recruitment, protecting them from falling prey to terrorist and other extremist groups, protecting them also from forced marriages, from taking dangerous migration routes.

Education is therefore a primary need. I have seen it on the ground during my field visits in emergency and conflict areas and most recently in refugee camps in Jordan and Lebanon, and at the borders with Syria. My point is crystal clear: these people do not need aid only to meet their basic needs. They do not need just food and shelter. They also need dignity. They need hope and a real future for their children.

As you rightly stress in your resolution, less than 2% of global humanitarian budgets goes to education, at a time when the number of 60 million refugees and internally displaced persons (IDPs) is unprecedented. Today more than 34 million children are out of school due to humanitarian crises: 34 million children! This must change. We cannot continue with business as usual. New approaches are needed, definitely. Education is not a secondary issue, to be dealt with only in the second phase of an emergency, because education, by protecting children, also strengthens security, and it addresses one of the main causes of migration. Parents and children are not fleeing their homes just to get food and shelter. They are leaving because they also want access to education.

In the last few years we have increased our allocation from the EU humanitarian budget to this sector. From the symbolic EUR 2 million in 2012, we reached this year EUR 11 million. This is roughly 1% of our humanitarian aid budget. Now we have to do more: much more.

Earlier this year I committed to tripling this allocation in 2016 and reaching the UN target of 4% by 2019. I am really pleased and proud to announce today, in this Chamber, that I will reach the 4% target already from next year. This achievement is not my achievement; it belongs to you as well, because we could not reach the target without your strong support and without your proposal to allocate an additional EUR 26 million, as Linda mentioned, from the EU budget for this specific purpose.

Sincerely speaking, your leadership and your actions have made a real difference. Thank you again for that. I am grateful for your crucial help to secure the necessary funds. Let me reassure you from my experience on the ground. Every euro invested in education and emergencies, is an investment for peace.

I am working together with my colleagues Johannes Hahn and Neven Mimica, who are doing a great job in this field to meet this challenge, to make sure that children in emergency and conflict situations can benefit from projects in education, as we know through the Madad Fund in Lebanon, Jordan, Turkey and the Western Balkan corridors and in the other Trust Fund for Africa, and of course by establishing formal and informal schools through our experienced implementing partners on the ground. This is very important. All of you know very well the real impact of the informal schools, in particular in the Bekaa Valley.

We have a collective responsibility to give every child a bright future. This is crucial. Let us renew our collective commitment: no more lost generations of children.

Davor Ivo Stier, *u ime kluba PPE*. – Gospodine predsjedniče, 37 milijuna djece koja žive u područjima pogođenima konfliktom ne pohađa školu. Ako uzmemo u prosjeku da konflikti u prosjeku traju desetak godina, djeca i njihove obitelji provedu u izbjeglištvu 17 godina, onda bi mogli reći da su to čitave izgubljene generacije. A često kažemo da je obrazovanje putovnica za bolju budućnost. Stoga kakva je budućnost pred tom djecom i kakva je budućnost njihovih zemalja?

Djeca ne mogu čekati završetak ratova i kriza. Ako im mi ne damo knjigu u ruke odmah, netko drugi će im dati oružje. Osim što je obrazovanje osnovno pravo svakog djeteta bez obzira na okolnosti, obrazovanje je također najefikasnije sredstvo za promicanje mira, prosperiteta i stabilnosti te time predstavlja jednu od najvažnijih investicija. Zato je za klub zastupnika EPP-a obrazovanje djece u izvanrednim situacijama i dugotrajnim krizama bio prioritet u portfelju humanitarne pomoći. U ime kluba pozdravljam napore povjerenika Stylianidesa koji se kontinuirano zalagao za povećanje sredstava namijenjena tom području.

Od inicijative EU-a Djeca mira, koristi će do kraja godine imati čak 1,5 milijuna djece, a kao rezultat obrazovnih projekata u 26 zemalja. Dakle, pozdravljam ovu rezoluciju, pozdravljam i liderstvo koja je pokazala predsjednica Odbora za razvoj Linda McAvan i naravno pozdravljam odluku o dodatnom budžetu od 26 milijuna EUR za obrazovanje djece u krizama.

Enrique Guerrero Salom, *en nombre del Grupo S&D*. – Señor Presidente, señor Comisario, tenemos buenas noticias: tenemos 26 millones más en el nuevo presupuesto; mañana aprobaremos esta propuesta de Resolución que propone llegar al 4 %, al que -según nos ha anunciado ya el Comisario- vamos a llegar. El próximo mes seguramente aprobaremos mi informe para la cumbre humanitaria en Estambul, que también propondrá llegar a este 4 %.

Pero tenemos, junto a las buenas noticias, un gran problema: cómo resolver la provisión de educación a tantos miles, centenares de miles, millones de niños en situación de emergencia. Porque la educación es determinante para el futuro de los niños, pero es también determinante para el futuro de las sociedades de las que forman parte.

La educación y el conocimiento son la única energía inagotable e irremplazable, y las sociedades que no tienen acceso a ellos están llamadas a fracasar en el futuro. Por tanto, apoyar la educación de los niños es apoyar a las familias, es apoyar igualmente el progreso de sus sociedades.

Jana Žitňanská, *za skupinu ECR*. – Miliónom detí vojnové konflikty bránia navštevovať školu, v ktorej by mohli nielen nadobudnúť pocit bezpečia, ale aj víziu v lepšiu budúcnosť ako pre seba, tak aj pre svoju krajinu. Vzhľadom k tomu, že vzdelávanie nie je prioritou krajín v kríze a rozvojová pomoc členských štátov Európskej únie je alarmujúco nízka, pre mnohé deti zostáva základná školská dochádzka nedostupná.

Túto situáciu však môžeme zmeniť aj my – jednotlivci. A to prostredníctvom programov adopcie na diaľku, ktoré fungujú, predpokladám, vo všetkých krajinách EÚ. Na Slovensku sa jej venujú napríklad nadácia Dobrota pre Afriku, Slovenská katolícka charita, ako aj nadácia Integra. Každý z nás takouto adopciou na diaľku môže zachrániť aspoň jedno dieťa.

Beatriz Becerra Basterrechea, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, señor Comisario, quiero empezar agradeciendo a la anterior Comisión el haber creado la iniciativa «Niños de la paz» de la UE con los fondos obtenidos por el Premio Nobel de la Paz a la Unión Europea. Imposible mejor inversión. Solo este año llegará a más de un millón y medio de niños.

También quiero celebrar el compromiso adquirido por el comisario Stylianides de duplicar antes de 2019 los fondos destinados a educación en situaciones de emergencia, pasando del 2 % al 4 %. Qué gran noticia escucharle hoy decir que lo lograremos en 2016. Si queremos alcanzar el ambicioso objetivo global número 4 —una educación inclusiva y de calidad para todos—, puntal de la Agenda 2030, no solo tenemos que aumentar su financiación, también es absolutamente crucial coordinar la programación de la respuesta de emergencia con la programación a largo plazo que requiere el desarrollo sostenible; una Agenda 2030 que no va dirigida solo a los países menos desarrollados, sino a todos los países miembros de las Naciones Unidas que la hemos suscrito, es decir, todos nosotros.

A este respecto, me gustaría hacer una reflexión: ¿Estamos cumpliendo nosotros, los Estados miembros, la obligación de proporcionar la educación debida a los refugiados que llegan al territorio de la Unión? Según la Convención sobre el Estatuto de los Refugiados de 1951, debemos conceder el mismo trato a los refugiados que a los nacionales en lo que respecta a la enseñanza elemental y dar el trato más favorable posible respecto a la enseñanza distinta. Tenemos que crear corredores educativos y aprovechar al máximo la tecnología a nuestra disposición para incorporar cuanto antes a los menores y jóvenes que llegan a Europa a la escuela o a la universidad y que sus vidas recuperen cuanto antes, al menos, un cierto tinte de normalidad, un lugar en el que sentirse a salvo. En medio de la destrucción, construir puentes, puentes entre la ayuda humanitaria y la cooperación al desarrollo, conectando de forma sostenible la asistencia, la rehabilitación y el desarrollo.

Me gustaría acabar con una frase que me gusta especialmente y que figura en el preámbulo de la Constitución de la Unesco de 1945. Dice así: «Puesto que las guerras nacen en la mente de los hombres, es en la mente de los hombres donde deben erigirse los baluartes de la paz.».

Lola Sánchez Caldentey, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, señor Comisario, valoramos positivamente el apoyo de esta propuesta de Resolución al incremento de los fondos europeos destinados a mejorar la educación de niños y niñas en situaciones de emergencia y de conflicto.

Estos meses contemplamos con horror la situación de los cientos de miles de refugiados que huyen de la guerra en África y en Oriente Próximo. El futuro de los hijos de esas familias depende de que reciban en los países de acogida una buena educación que les permita superar las dificultades de su situación y crecer como ciudadanos y ciudadanas de pleno derecho. Sabemos de lo que hablamos: Europa fue a lo largo del siglo XX un continente de grandes migraciones producidas por conflictos bélicos, así como por razones económicas -como aún sigue pasando-.

Discrepamos en el enfoque privatizador que se introduce en el texto. La gestión privada de la educación no asegura ni una mayor eficiencia ni más calidad educativa ni más pluralidad. Por ello, defendemos sin ambages que estos fondos sean orientados a la educación pública.

Los recursos económicos aportados por la ciudadanía europea deben destinarse a reforzar la calidad de la educación pública, que históricamente ha demostrado ser la mejor herramienta de cualquier sociedad para reducir las desigualdades y aumentar las oportunidades de todas y cada una de las personas, vengan de donde vengan y estén en la situación en la que estén.

Heidi Hautala, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, it is very important that more attention has been paid recently to the impact of fragility and conflict on people and their lives. We have been able to come to the conclusion that people living in fragile states, in conflicts and in emergency situations are in fact totally deprived of what they need to establish their lives later if the situation becomes calmer and they can resume living ordinary lives. Indeed, we do not know how long people will have to live in camps, and so we need to bring them hope. I agreed with the Commissioner when he said that we need both informal and formal education.

One bright example I saw in Zaatar camp in Jordan was that a Finnish NGO called Finn Church Aid actually had a circus school, one for boys and one for girls, where they learned skills, cooperation and to trust their own bodies through acting in a creative way.

So let us hope that the four per cent that the Commissioner has already promised for next year will be very well used for education in emergency situations.

Nathan Gill, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, education is vital for every child's future – that is a fact. But the quality of education a child receives is also vital. In developing nations, private schools are on the rise due to the failure of governments to provide children with a decent education.

In Mathare, a slum in Nairobi, 120 private schools now exist and some can cost as little as a dollar a week. This is a fantastic new phenomenon, which is happening organically. Incredibly, governments and NGOs are taking the view that private education should be discouraged, whilst in reality it could be the key in providing more and more disadvantaged children with education. Stop giving failing or corrupt governments our money to provide education for children and encourage the free market and entrepreneurialism in developing nations.

Proper education will end the cycle of poverty.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Heidi Hautala (Verts/ALE), *blue-card question*. – I would not deny that we do also need private resources for education, and Mr Gill has given some good examples. However, Mr Gill, do you not also believe that we need to make sure the developing countries raise the necessary revenue from taxation and other sources so that they can provide public education too? Do you not think that international organisations which are supporting governments, such as Global Partnership for Education, are doing a fantastic job by trying to make sure that good-quality education is available for all children?

Nathan Gill (EFDD), *blue-card answer*. – Obviously it is crucial that economies in third-world countries are developed and expanded, because that is how people will get out of the poverty trap they are in. Corruption is one of the biggest stumbling blocks to expanding the economies of developing nations, as it basically takes the wealth from the people and puts it in the hands of corrupt officials and corrupt police officers, etc. So there are many ways in which we can improve the lot of people in the third world. However, education is one of the areas in which we need to ensure that nations can develop their own education systems organically, just like your nation and my nation did.

Silvia Costa (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, signor Commissario, è molto importante che oggi affermiamo concretamente che i bambini e i ragazzi sono titolari del diritto all'istruzione e all'educazione anche quando sono profughi o in situazioni di emergenza; talora lo dimentichiamo. Sono 10 milioni i bambini rifugiati, di cui una gran parte nei campi profughi del Libano, della Giordania, della Turchia; altri sono arrivati in Europa. Molti di loro hanno già perso anni di scuola per i conflitti.

Eppure sappiamo, come lei ha anche sottolineato, che l'accesso all'educazione e al sostegno psicologico non è un secondo tempo dell'accoglienza ma ne è parte integrante. È uno strumento potente anche per sottrarli alle violenze, alla tratta, alla radicalizzazione; è un fortissimo aiuto psicologico ma è anche un elemento di progettazione del futuro per loro e per le loro famiglie. Nonostante l'impegno di UNICEF, di tante ONG, anche di privati, di centinaia di insegnanti, anche tra gli stessi profughi, le risorse stanziare finora – lo sappiamo – non bastano e apprezziamo molto che la Commissione abbia raccolto la proposta di raddoppiare la quota degli aiuti umanitari già dal 2016.

E rilanciamo anche un'altra proposta che noi abbiamo fatto in commissione Cultura – che è stata accolta e ringrazio molto la collega McAvan – e cioè di creare anche un corridoio umanitario, aprendo le porte delle università europee agli studenti profughi, anche con corsi a distanza.

Ángela Vallina (GUE/NGL). – Señor Presidente, Señorías, ¿pueden imaginarse ustedes a su propio hijo teniendo que coger un fusil en lugar de un libro?, ¿pueden imaginarse que su hija sea utilizada como esclava sexual en lugar de estar en el colegio aprendiendo y jugando con sus amigos y amigas? Pues esta, efectivamente, es la realidad de muchos niños y niñas del mundo.

Desgraciadamente, esta Unión Europea continúa a veces, con su doble moral, participando en la generación perpetua de conflictos internacionales o mirando hacia otro lado. Y, en paralelo, nos lavamos la cara con programas de ayuda humanitaria.

Como bien refleja esta propuesta de Resolución, garantizar una educación de calidad para niños y niñas en situaciones de emergencia y crisis prolongadas es una prioridad absoluta. Todos y todas estamos de acuerdo. Ellos son la vida y son nuestro futuro.

Lo que a mí también me resulta increíble es que se pretenda instrumentalizar asuntos de ayuda humanitaria para fomentar la privatización de servicios -que deben ser fundamentalmente públicos, respaldados por organizaciones internacionales- como la educación en situaciones de emergencia y crisis prolongadas. La Unión Europea tiene esa responsabilidad y tiene esa capacidad de velar por los derechos de todos los niños y todas las niñas.

Caterina Chinnici (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'istruzione è da considerarsi uno strumento di massima importanza nel percorso di sviluppo dei paesi che versano in situazioni di crisi ed emergenza prolungata. In tali circostanze, sappiamo che i bambini risultano essere i soggetti più vulnerabili, spesso vittime di abusi e di sfruttamento, anche sessuale, o facili prede per il reclutamento da parte di organizzazioni criminali e di gruppi armati.

Le crisi prolungate, peraltro, possono generare effetti devastanti per il corretto sviluppo psicofisico dei bambini, con il rischio di dar luogo al fenomeno delle cosiddette *lost generation*. In tali situazioni l'istruzione costituisce uno strumento efficace di prevenzione e di protezione per i bambini, con effetti positivi per il lungo periodo per sviluppare resilienza. E ciò è ancor più vero per quei bambini che sono stati separati dalle loro famiglie per effetto di conflitti o di disastri naturali.

Ringrazio la Commissione per la sensibilità dimostrata e chiedo però di agire tempestivamente per delineare una strategia globale di aiuti, che comprenda l'istruzione per i bambini in situazioni di emergenza.

Elly Schlein (S&D). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, attualmente il settore dell'istruzione in situazioni di emergenze e crisi è tra quelli più sottofinanziati: riceve meno del 2% degli aiuti umanitari globali, sufficiente a finanziare appena un terzo dell'attuale fabbisogno.

L'educazione deve essere considerata prioritaria in questi contesti, poiché assicura una garanzia di protezione ai bambini, proprio nel momento in cui sono più vulnerabili. Come diceva prima Linda McAvan: la scuola dà loro un senso di normalità. Rinviare le attività educative a quando l'emergenza sarà passata può voler dire non farli più tornare a scuola, condannandoli spesso a un futuro di povertà.

Ed è l'istruzione il miglior antidoto alla radicalizzazione. Facciamo in modo che il sostegno all'educazione sia centrale nei progetti finanziati dai fondi fiduciari dell'UE e troviamo piattaforme che rompano le barriere tra aspetti umanitari e di sviluppo, che garantiscano continuità e coerenza a queste politiche. È giunto il momento che l'UE diventi il primo donatore internazionale a raggiungere il target del 4% di spesa in questo campo.

Ringrazio il Commissario Stylianides per il suo impegno e per la bella notizia che ce la faremo già dall'anno prossimo: è un bel segnale nell'ambito dell'implementazione degli obiettivi di sviluppo sostenibile (OSS) che abbiamo appena approvato a New York.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D). – Mr President, as Linda McAvan pointed out, education is a fundamental human right and the right of every child. It is vital in order to be able to enjoy in full all other social, economic, cultural and political rights. It is a catalyst for development, which improves the prospects of other interventions in the areas of health, sanitation, disaster risk reduction, job creation, poverty reduction and economic development. Efforts in this direction will ensure that the principle of policy coherence is respected.

I therefore absolutely agree on the need to ensure more integrated, systematic and effective responses to education needs in emergencies, and I strongly believe that the European Union must work with partner countries, other donors, the private sector and civil society to improve educational opportunities for children and young people in conflict situations. Education has to be considered as an integral part of the humanitarian response. All actors must increase their commitment to education by mobilising the education cluster in the early stages of an emergency and by ensuring that sufficient funds are dedicated to it.

Andrejs Mamikins (S&D). – Godātie kolēģi! Eiropas Savienībai nav spēcīgas armijas, lai risinātu konfliktus dažādos pasaules galos, bet Eiropas Savienība un Eiropas valstis ir lielākie humanitārās palīdzības donori pasaulē. Šī nauda, ja tā ir pareizi izlietota, dod daudz spēcīgāku ilgtermiņa rezultātu, nekā ieroči un armijas. Un finansējuma novirzīšana to bērnu izglītībai, kas ilgstoši atrodas krīzes situācijā, ir mūsu efektīvs ierocis pret nabadzību, pret noziedzību, pret terorismu.

Tiri statistiski, aptuveni viens miljards bērnu dzīvo dažādu veidu konfliktu skartās teritorijās. Ceturtdaļa no tiem ir jaunāki par 5 gadiem. 10 miljoni bērnu ir bēgļi, pie kam vēl 19 miljoni pārvietoti savās dzimtajās valstīs.

Secinājums var būt tikai viens – tas nav normāli, tas jākorrigē. Līdz ar to apsveicu Eiropas Savienības finansālās palīdzības palielināšanu no 4,4 miljardiem līdz 4,7 miljardiem līdz 2020. gadam.

Lai padarītu šo ieroci efektīvāku, mums ir vajadzīga Eiropas Savienības politika, saskaņotība šajā jomā un finansējuma palielinājums. Tāpēc mums ir svarīgi neatdalīt vienu no otra un izdarīt visu nepieciešamo mūsu bērniem.

(Runātājs piekrita atbildēt uz “zilās kartītes” jautājumu (Reglamenta 162. panta 8. punkts)).

Yana Toom (ALDE), *blue-card question*. – Mr Mamikins, you were speaking about children in conflict regions and refugee camps. But are we ready to face the challenge of educating refugee children in Europe, in European schools? Maybe you have some good examples in your own country, in Latvia?

Andrejs Mamikins (S&D), *atbilde uz zilās kartītes jautājumu*. – Paldies Toom kundze, ka jūs uzdevāt šo jautājumu! Bet diemžēl man ir jāatzīst, ka mana valsts — Latvija nevar palielināt ar īpaši veiksmīgu integrācijas politiku.

Es minēšu tikai vienu — manā skatījumā, paradoksālu — fakti. Mēs Latvijā runājam par valsts valodas nostiprināšanu utt., arī par latviešu valodas lomas palielināšanu, bet kad janvārī mana valsts pieņems bēgļus, tai skaitā arī bērnus, uz doto brīdi Latvijā tikai skolas ar krievu apmācības valodu pieteikušās uzņemt šos bērnus. Un to atteicās darīt skolas ar latviešu valodu. Līdz ar to man īsti nav ko atbildēt uz Jūsu jautājumu.

Pytania z sali

Stanislav Polčák (PPE). – Pane předsedající, děkuji za ocenění mé tradiční role spolu s panem kolegou Mariasem. Já bych chtěl svým úvodem ocenit právě dosažený úspěch pana komisaře. Nesmírně si toho vážím, protože i jeho úspěch pomůže odstraňovat bariéry právě ve vzdělávání mládeže.

Chtěl bych připomenout, že jsme právě zde dnes schvalovali zprávu paní kolegyně Dativé, která má část, která se přímo věnuje i otázce vzdělávání jakožto prostředku k předcházení radikalizace mládeže. Dovolím si odcitovat, že podle této zprávy právě školy a vzdělávací proces hrají ústřední úlohu tím, že pomáhají podporovat začleňování do společnosti, rozvíjet kritické uvažování. Já jsem velmi rád za aktivitu paní navrhovatelky a podporuji ji proto, že to pomůže právě při vzdělávání i těchto dětí, které do Evropy míří nyní v migrační vlně.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, υπολογίζεται ότι εξήντα πέντε εκατομμύρια παιδιά ζουν κάτω από συνθήκες έκτακτης ανάγκης και τριάντα επτά εκατομμύρια στερούνται βασικής εκπαίδευσης λόγω αντίξωων συνθηκών διαβίωσης. Το γεγονός ότι τόσο μεγάλος αριθμός παιδιών στερείται εκπαίδευσης δείχνει ότι υπάρχει καταπάτηση βασικών ανθρωπίνων δικαιωμάτων σε χώρες που βιώνουν κρίσεις. Αυτό ισχύει στις χώρες της Αφρικής, ισχύει δε πολύ περισσότερο στα στρατόπεδα προσφύγων στην Ιορδανία, στο Λίβανο και στα σύνορα Συρίας - Τουρκίας.

Η έλλειψη εκπαίδευσης αποτελεί πρόβλημα και σε αναπτυσσόμενες χώρες, όπως είναι η Ελλάδα, που βιώνει τις πολιτικές της λιτότητας και των μνημονίων και όπου ο προϋπολογισμός για την εκπαίδευση είναι όλο και πιο μειωμένος. Επιπλέον, η Ελλάδα παρουσιάζει αλματώδη επιδείνωση όσον αφορά τις συνθήκες διαβίωσης των παιδιών, ενώ η παιδική φτώχεια έχει πλέον επιπτώσεις και στην εκπαίδευση και αυξήθηκε πάνω από πενήντα τοις εκατό από το 2008 μέχρι σήμερα.

Απέναντι λοιπόν στην έλλειψη εκπαίδευσης καλωσορίζουμε την αύξηση των κονδυλίων της Ευρωπαϊκής Ένωσης που ανακοίνωσε ο Επίτροπος κύριος Στυλιανίδης.

Julie Ward (S&D). – Mr President, I just wanted to say something about the role of informal and non-formal education for these kinds of children, because often it is non-formal education providers who can make a huge difference. They are there on the ground, they can be significant others, and they play an enormous role in the development of children's and young people's confidence. They are often there when statutory agencies are not there and they can often develop a relationship of trust with young people. So it is very important that we recognise the role of these organisations, and this would include the role of sport and arts organisations which can develop children's self-confidence, their sense of themselves, their sense of identity and help them to problem-solve and to be very resilient in the situations they find themselves in.

Koniec pytań z sali

Christos Stylianides, *Member of the Commission*. – Mr President, I would like to thank Members very much for this very important discussion. I have noted your perspectives and suggestions, including the last one about informal education and the one about distance learning. We have already discussed some initiatives through UNRWA for Palestinian refugee children. I would like to thank Parliament very much again for this very special discussion. I am truly glad that we have such exemplary cooperation in this very difficult field.

I would like to say a few more words on two issues. One is informal education, which is a practical solution in exceptional circumstances in countries whose formal capacities are overstretched. Lebanon is an example of this. I visited the region again a few days ago and saw the practical value of such alternative mechanisms on the ground, in particular in the Bekaa Valley. Informal education is also the necessary first stage for the integration into formal education of a child, or even an adult, who has been out of school for a very long time. This has, for example, been the case for children who were actively involved in conflicts in Africa and the Middle East.

Secondly, on linking emergency assistance with the EU's long-term assistance, linking relief, rehabilitation and development, the so-called LRRD: this is very important, and I strongly welcome the fact that you referred to this extensively in the resolution. Education ultimately requires a long-term perspective which humanitarian aid alone cannot provide. This is why, together with my colleagues Commissioner Mimica and Commissioner Hahn, we are working to ensure the complementarity of our instruments, as I have already mentioned, through new trust funds in Africa and the Middle East, to help in the Syrian crisis. This is something which is already ongoing with many instruments, and there are several instances where EU Children of Peace programmes have been continued or scaled up by development instruments.

I would like to say something about the engagement of the private sector in this respect. Members know that a lot of money, for example in some Gulf countries, has unfortunately not been utilised until now for the very specific purpose of education in emergencies. It is very important to see new global instruments, such as the new Global Fund, which may manage to utilise this money through private means. It is very important to allow this way to make a difference and to find solutions on the ground. It is not a dispute between the public sector and the private sector but something more than this.

I would once again like to thank Members for their strong leadership, especially my dear colleagues from the Committee on Development – Linda and other colleagues. Let us continue our efforts together. I would like to say that the real practical impact of these initiatives for education in emergencies is very important in showing the real benefits on the ground in conflict areas, such as the Bekaa Valley and the Zaatari refugee camp, and inside Syria. My next initiative is to find solutions for education in emergencies in the region around Aleppo.

Thank you so much again for your collaboration.

(Applause)

Przewodniczący. – Otrzymałem projekt rezolucji złożony zgodnie z art. 128 ust. 5 Regulaminu.

Zamykam debatę.

Oświadczenia pisemne (art. 162)

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Con piacere sostengo l'interrogazione orale posta alla Commissione dalla collega McAvan, in merito all'istruzione per i bambini in situazioni di emergenza e di crisi prolungate. 37 milioni di minori vivono in 35 paesi colpiti da gravi crisi e non frequentano la scuola. Abbiamo il dovere e la responsabilità, in qualità di parlamentari europei, di rappresentanti delle sensibilità dell'Unione e di cofautori delle politiche socioculturali UE di promuovere ed investire sui diritti e sul benessere dell'infanzia, difendendo gli interessi ed una buona qualità della vita dei più piccoli, come sottoscritto nella carta diritti del fanciullo e promosso con gli orientamenti europei sui diritti del bambino. Il diritto all'istruzione è la base necessaria e imprescindibile per una crescita capace di riservare maggiori opportunità, assicurare più facilmente l'inclusione sociale e garantire un futuro professionale con uno spettro più ampio di offerta. Per questo l'Europa non si volti dall'altra parte, ma pretenda risposte e impegni per la formazione e l'istruzione di bambini che già si trovano ad affrontare situazioni drammaticamente complesse.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – The increase in emergencies worldwide has left millions of children out of school. Education is often neglected in response to emergency situations, not being seen as life-saving. However, schools provide safety giving a constructive alternative to joining the conflict. Education helps to overcome traumatic consequences and learn how to cope in emergency situations. Often a humanitarian phase lasts for years. Years without education mean lost generations, generations that could contribute to rebuilding their countries, and fostering inclusive and resilient societies.

Despite all this, education is one of the most underfunded areas in humanitarian responses. Funding education is not an expense. It is an investment! I welcome Commissioner Stylianides' commitment to dedicate 4% of the EU humanitarian aid budget to education in emergencies. More however needs to be done. The international community must prioritise it, by increasing humanitarian aid and improving delivery on the ground. Development and humanitarian aid must be bridged to ensure the effectiveness of their programmes in fragile states. It is a human right that should be guaranteed for all children. Especially, in emergency situations. Food, shelter and security are essential, so is education. It gives hope and helps to build a better future.

Bogdan Brunon Wenta (PPE), *na piśmie*. – Dostęp do oświaty jest jednym z podstawowych praw dzieci w każdym zakątku świata. Niestety ze względu na długotrwały charakter współczesnych kryzysów około miliard dzieci zamieszkuje obszary objęte konfliktem i duża część z nich nie chodzi do szkoły. Ważne jest, aby traktować edukację jako integralną część zarówno działań humanitarnych, jak i długotrwałej pomocy rozwojowej. Aby była efektywna, pomoc ta musi na każdym etapie mieć zapewnione środki i powinna być wdrażana przy współpracy z lokalnymi władzami i aktorami. Należy także pamiętać o tym, że dla dzieci żyjących w krajach dotkniętych wojną edukacja często pełni rolę odskoczni od traumy i trudnych warunków, jakich doświadczają na co dzień.

Z zadowoleniem przyjąłem deklarację komisarza Stylianidesa dotyczącą przeznaczenia 4% budżetu humanitarnego UE na edukację dzieci w sytuacjach kryzysowych. Apeluję do Komisji Europejskiej, aby kontynuowała i poszerzała działania takie jak inicjatywa „Dzieci pokoju”, która została sfinansowana z pieniędzy przekazanych UE w ramach Pokojowej Nagrody Nobla. W kontekście obecnej trudnej sytuacji międzynarodowej należy podkreślić, że edukacja chroni przed radykalizacją oraz jest antidotum na nietolerancję i dyskryminację, które są najczęstszym powodem konfliktów i wojen.

22. Tagesordnung der nächsten Sitzung: siehe Protokoll

23. Schluss der Sitzung

(Posiedzenie zostało zamknięte o godz. 23.15)

—

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Verts/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2023/1488

13.12.2023

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 26. NOVEMBER 2015

(C/2023/1488)

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Sitzungen vom 23. bis 26. November 2015

STRASSBURG

Inhalt	Seite
1. Eröffnung der Sitzung	4
2. Petitionen: siehe Protokoll	4
3. Vorstellung des Jahresberichts 2014 des Rechnungshofs (Aussprache)	4
4. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)	20
4.1. Afghanistan – insbesondere die Morde in der Provinz Zabul	20
4.2. Kambodscha	27
4.3. Recht auf freie Meinungsäußerung in Bangladesch	31
5. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll	37
6. Standpunkte des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll	38
7. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	38
8. Beitritt Ecuadors zu dem Handelsabkommen zwischen der EU einerseits und Peru und Kolumbien andererseits (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	38
9. Eine neue Tierschutzstrategie für den Zeitraum 2016-2020 (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	38

Inhalt	Seite
10. Ausrichtung der Kohäsionspolitik 2014-2020 auf Vereinfachung und Leistung (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll	38
11. Abstimmungsstunde	38
11.1. Afghanistan – insbesondere die Morde in der Provinz Zabul (RC-B8-1258/2015, B8-1258/2015, B8-1261/2015, B8-1264/2015, B8-1265/2015, B8-1270/2015, B8-1272/2015, B8-1276/2015)	38
11.2. Kambodscha (RC-B8-1263/2015, B8-1263/2015, B8-1267/2015, B8-1268/2015, B8-1271/2015, B8-1273/2015, B8-1274/2015, B8-1277/2015)	38
11.3. Recht auf freie Meinungsäußerung in Bangladesch (RC-B8-1257/2015, B8-1257/2015, B8-1259/2015, B8-1260/2015, B8-1262/2015, B8-1266/2015, B8-1269/2015, B8-1275/2015)	38
11.4. Sachstand der Doha-Entwicklungsagenda angesichts der 10. WTO-Ministerkonferenz (B8-1230/2015) (Abstimmung)	38
11.5. Beitritt Ecuadors zu dem Handelsabkommen zwischen der EU sowie Peru und Kolumbien (B8-1241/2015) (Abstimmung)	39
11.6. Eine neue Tierschutzstrategie für den Zeitraum 2016-2020 (B8-1278/2015, B8-1278/2015, B8-1279/2015, B8-1280/2015, B8-1281/2015, B8-1282/2015, B8-1283/2015) (Abstimmung)	39
11.7. Bildung für Kinder in Notsituationen und langandauernden Krisensituationen (B8-1240/2015) (Abstimmung)	39
11.8. Ausrichtung der Kohäsionspolitik 2014-2020 auf Vereinfachung und Leistung (B8-1231/2015) (Abstimmung)	39
12. Stimmerkklärungen	39
12.1. Sachstand der Doha-Entwicklungsagenda angesichts der 10. WTO-Ministerkonferenz (B8-1230/2015)	39
12.2. Beitritt Ecuadors zu dem Handelsabkommen zwischen der EU sowie Peru und Kolumbien (B8-1241/2015)	70
12.3. Eine neue Tierschutzstrategie für den Zeitraum 2016-2020 (B8-1278/2015, B8-1278/2015, B8-1279/2015, B8-1280/2015, B8-1281/2015, B8-1282/2015, B8-1283/2015)	93
12.4. Bildung für Kinder in Notsituationen und langandauernden Krisensituationen (B8-1240/2015) .	122
12.5. Ausrichtung der Kohäsionspolitik 2014-2020 auf Vereinfachung und Leistung (B8-1231/2015) .	151
13. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	177
14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	177
15. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	177
16. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	177
17. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	177

Inhalt	Seite
18. Unterbrechung der Sitzungsperiode	177

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 26. NOVEMBER 2015

PRÉSIDENCE DE MME Sylvie GUILLAUME

Vice-présidente

1. Eröffnung der Sitzung

(La séance est ouverte à 9 heures)

2. Petitionen: siehe Protokoll

3. Vorstellung des Jahresberichts 2014 des Rechnungshofs (Aussprache)

La Présidente. – L'ordre du jour appelle le débat sur la présentation du rapport annuel de la Cour des comptes européenne — 2014 (2015/2852(RSP)).

J'aimerais souhaiter chaleureusement la bienvenue à M. Vitor Caldeira, président de la Cour des comptes.

Vítor Manuel da Silva Caldeira, President of the Court of Auditors. – Madam President, I am honoured to present the Court's annual report to this plenary session of the European Parliament. This year it comes at a particularly difficult time. On behalf of all of us at the Court, I would like to express our deepest condolences to the French people and to the families of the victims of the recent terrorist attacks in Paris. Those who attack European values are actually attacking our democracy. We must all stand firm against them.

This is a time for European solidarity, to defend the fundamental values in our Treaty. It is a time when the European Union and Member States must also address other major challenges: generating jobs and growth; meeting energy needs while achieving climate goals; and managing asylum and migration flows. In our view, the European budget could be invested better and more quickly to meet the many challenges Europe faces. Taken together, our audit results over recent years point to a need for a wholly new approach: decision-makers must align the budget better with the European Union's long-term strategic priorities and make it more capable of responding in a crisis; legislators need to ensure that spending schemes are clear about the results to be achieved and the risk it is acceptable to take; financial managers have to ensure that the money spent complies with the rules and achieves the intended results. Next year's mid-term review of the Multiannual Financial Framework provides a crucial opportunity to rethink our priorities and the design of some spending schemes. In the meantime, more must be done with the tools already in place.

Our report identifies long-standing financial management issues that need to be addressed. But before I go through them, I would like to be absolutely clear that the 2014 European Union accounts have been signed off. They are reliable and we have issued a clean audit opinion to that effect. That said, let me highlight four areas of European Union financial management requiring attention.

First, too much money is still not spent in accordance with the European Union's financial rules. There is a persistently high level of payment errors. The overall estimated error rate for payments in 2014 was 4.4%, and it has been stable for the last three years. The Commission and Member States have made progress in recent years in preventing and correcting errors, but more errors could have been corrected if all the available information had been used. Our analysis shows that there is scope to design spending schemes that are less error-prone, in particular by simplifying payment conditions and procedures.

Second, the performance of the budget. The European Union must invest the budget better. We found that the Multiannual Financial Framework could be better aligned with the EU's strategy, both in terms of periods and priorities. We also highlight the fact that the high level of European Union targets and political aims is not translated into clear operational objectives, which is fundamental for effective management and reporting on performance.

Third, the European Union needs to deal with a number of financial backlogs that have built up, not least to free up funds so that they can be used where they are needed most. In particular, some Member States are struggling to absorb the EU funds they have been allocated, and there continues to be a high level of unused funds in financial instruments.

Finally, European Union financial management would strongly benefit from improved transparency, because this is crucial to ensuring citizens' trust. We have recommended the action the Commission should take to improve transparency about long-term cash flow needs, payment errors and corrections made, as well as the results of spending the European Union budget. But it is equally important to ensure transparency for European Union policies not directly funded from the European Union budget. New ways of funding European Union policies should not put financial risks beyond public scrutiny and audit.

To conclude, the European Union must invest its money better. It must act to ensure that its investments better match the European Union's priorities; that simpler rules are framed to achieve results; and that financial resources are managed more efficiently. Taken together, all this would indeed represent a wholly new approach.

The Court of Auditors stands alongside Parliament and the other European institutions at this very difficult time. Defending our democracy and ensuring the well-being of our citizens will place a great burden on our common resources. Helping to ensure that those resources are used to their best effect will continue to be the principal task of the European Court of Auditors.

(Applause)

Kristalina Georgieva, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, honourable Members, President Caldeira, members of the Court, on behalf of the Commission I would like to express our deepest gratitude to the Court for the work you do. It helps us to use our taxpayers' money better.

I fully agree with the call by President Caldeira for a new approach, and it is what we have embraced in the Commission with our strategy on a results-focused budget. We have made progress on financial management, and the Court has recognised that our accounts are in order by signing them for an eighth year in a row. They are modern, they are up to standard, and we thank the Court for the work it has done that helped us to stabilise the error rate and, indeed, to reduce it slightly. That is a trend that we must pursue in the future. However, we also recognise there is more work to be done, and I would like to focus my response on the four points that President Caldeira made.

Firstly, we have work to do on bringing the error rate down further by improving the quality of first-level checks, by continuing our simplification efforts – simpler rules mean fewer errors – and by further deepening work on the cost-effectiveness of checks. The Court tells us that we have a higher level in respect of schemes that reimburse costs, and a lower level in respect of entitlement programmes. We have to take this into account.

Secondly, we fully agree with the Court about the importance of focusing on performance. We are in a very difficult time for the European Union, and every single euro matters. The Union has to work better for our people, and this is at the heart of the work we are doing on a results-focused budget. We will also continue combining performance and compliance. We believe that work we have started already on preventive and corrective action in relation to errors is bringing positive results: EUR 3.5 billion has been returned to the budget thanks to corrective action and preventive action that we have taken. We believe that, if we take into account the calculated residual error rate, we would be very close to the 2% that we strive to achieve.

Thirdly, on financial backlogs. This was a priority issue in the discussion on the 2016 budget, and we are committed to bringing the backlog down to EUR 2 billion by the end of 2016 — to a sustainable level. And of course, work has to concentrate on the new programmes so we do not end up with the same problem three years down the road.

Last but definitely not least: transparency is our taxpayers' best friend, and we are committed to continuing to improve it. We are grateful to Parliament for recognising that we have made progress over this last year in terms of the transparency of our work, and we absolutely commit here to continuing that effort in the future.

In conclusion, President Caldeira said we must invest money better. We agree.

Claudia Schmidt, *im Namen der PPE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Die vom Rechnungshof geschätzte Fehlerquote für das Haushaltsjahr 2014 beträgt beim Europäischen Entwicklungsfonds 3,8 %. Im vorhergehenden Haushaltsjahr lagen wir noch bei 3,4 %.

Wie gewohnt liegen wir also wieder weit über dem Schwellenwert von 2 %. Auch die Fehlerquellen bleiben dieselben: Vergabevorschriften werden missachtet, Belege zur Untermauerung der Ausgaben fehlen, und nicht förderfähige Ausgaben werden getätigt und so weiter.

Was mich interessiert: Mit 31.12.2014 liegen die nicht abgewickelten Mittelbindungen bei 9 673 Millionen Euro, weil wir unter anderem auch immer noch Geld aus dem 8. EEF, der vor 20 Jahren bereitgestellt worden ist, ausgeben. Das bedeutet, dass wir von einer Abschöpfungsrate von 19,7 % – also nicht mal ein Fünftel der Gesamtmittel – sprechen. Weiß man, wo dieses Geld liegt, was damit gemacht werden soll, wieso es mehr oder weniger eingefroren ist?

Gerade in der heutigen Zeit können wir es uns nicht leisten, fast 10 Milliarden Euro einfach liegenzulassen. Deswegen erwarte ich als Entlastungsberichterstatteerin aufschlussreiche Antworten.

Inés Ayala Sender, *en nombre del Grupo S&D*. – Señora Presidenta, quisiera agradecer al Presidente del Tribunal de Cuentas, el señor Caldeira, y a todo el Tribunal, a todos sus miembros, el informe que nos han presentado para este año.

El diagnóstico sigue siendo un diagnóstico serio, porque el enfermo, que es nuestro presupuesto, ha sido sometido y sigue siendo sometido a grandes dificultades: cada vez más pequeño; cada vez más financiado, a través de los instrumentos financieros que, como vemos, tienen un problema de implementación y también de control; sometido a grandes tensiones por su no proveniencia de recursos propios, propiamente europeos, sino de recursos de procedencia intergubernamental, lo cual genera que aquellos que se consideran propietarios de los recursos puedan decidir de manera coyuntural sobre su destino; y sometido también a retrasos y a graves riesgos de impagos, como nos dice el Tribunal.

Pero también nos dice el Tribunal que hay esperanza, es decir, nos dice al Parlamento, a las instituciones —también a la Comisión, por supuesto— que necesitamos un nuevo enfoque y que en 2017, en esa revisión de las perspectivas financieras, es cuando podremos mejorar, con todo lo que hemos aprendido en estos últimos años, y conseguir que el presupuesto europeo deje de estar sometido a cambios totalmente coyunturales. En algunos meses hemos pasado a querer curar con él la crisis económica, el desempleo juvenil, la crisis de los refugiados y ahora la crisis de seguridad, y esa serie de elementos no puede financiarse improvisamente con el presupuesto europeo, que estaba en principio destinado a recuperar la Estrategia Europa 2020.

Sin embargo, hay elementos nuevos en el informe que nos van a ayudar: todo lo que se refiere a que ha cambiado la tendencia; se han igualado más los errores de la gestión compartida y de la gestión directa —luego, señora Georgieva, señora Vicepresidenta, vamos a tener que ayudarnos para que la gestión directa de la Comisión mejore—; y también agradecemos al Tribunal de Cuentas que haya indicado la naturaleza de los errores.

Yo creo que justamente con toda esa información vamos a poder mejorar la configuración no solamente del presupuesto de 2016, que se acaba de adoptar, y su control, sino también la revisión del año que viene.

Ryszard Czarnecki, *on behalf of the ECR Group*. – Madam President, I would like to thank the European Court of Auditors for the report and the work which was done by it. I would like to recall that the indication of great importance here is that the European decision-makers must align the budget better with the European Union's long-term strategic priorities. The budget has especially to be more responsive in a crisis. We have to ensure that spending schemes outline the results to be achieved. The EU should be a better manager of its budget and should invest better, and to make this possible, it should reconcile its priorities.

The money spent should always achieve the intended result. The estimated error rate for expenditure is still high: 4.4%. Although some errors were corrected, this is still such a high rate.

Martina Dlabajová, *za skupinu ALDE*. – Paní předsedající, paní komisařko, pane předsedo Účetního dvora, děkuji všem členům Evropského účetního dvora, kteří při předložení účetní uzávěrky za rok 2014 vyzvali ke sladování rozpočtu s dlouhodobými strategickými prioritami Evropské unie a také ke zvýšení schopnosti evropských fondů pružněji reagovat na aktuální potřeby Evropy. Tento nový přístup k řízení investic a výdajů považuji na evropské úrovni za velmi správný. Jako zpravodajka udělení absolutoria Evropské komise za rok 2014 se vydávám stejným směrem.

Mou první prioritou je snaha klást důraz na výkonnost a na reálný ekonomický efekt, nejen na právní a formální správnost dokladů. Musíme hledat novou rovnováhu mezi dodržováním formalit a silnějším zaměřením na výsledky. Domnívám se, že je třeba pohlédnout na způsob hospodaření s evropskými penězi komplexně a v souvislostech. Vždyť jsou-li tyto peníze veřejné, musí být nakládání s nimi předmětem kompetentní, objektivní a transparentní kontroly. Hospodárnost nakládání s veřejnými zdroji zdaleka nekončí porovnáním reality vynaložených prostředků s formálně přijatými pravidly, naopak pro mne začíná zjištěním toho, co každý konkrétní výdaj i jejich celkový souhrn v daném období reálně přinesl.

Mou druhou prioritou je napomoci tomu, aby Unie dostala svým závazkům a začala prezentovat své úspěchy. My nutně potřebujeme přestat jen stále hledat pochybení a nedostatky, ale musíme také ukazovat příklady dobré praxe, které mají vysokou přidanou hodnotu a mohou nás inspirovat do budoucnosti.

Mou třetí prioritou je úzká spolupráce se zainteresovanými partnery napříč institucemi Evropské unie. Výroční zpráva Evropského účetního dvora hovoří na několika místech o kultuře performance jako vlastnosti nutné pro dlouhodobě zdravý finanční management veřejných zdrojů přerozdělovaných prostřednictvím rozpočtu Evropské unie. Podaří-li se nám společně této kultuře performance dosáhnout a osvojit si její společné pochopení a porozumění, budu považovat svůj cíl ohledně absolutoria za rok 2014 za naplněný.

Závěrem mi dovoluťe ocitovat české přísloví, které říká: „Dobré účty dělají dobré přátele.“ Věřím, že snaha o hospodárné nakládání s evropskými finančními prostředky a snaha o zamezení zbytečných ztrát nás v této těžké době spojuje napříč jednotlivými členskými zeměmi i politickým spektrem.

Dennis de Jong, *namens de GUE/NGL-Fractie*. – Dank aan de heer Caldera en de Rekenkamer voor het verslag. Het is natuurlijk een somber verslag, waaruit nog steeds blijkt dat het aantal fouten te hoog is. Daarover wordt komend jaar ongetwijfeld gediscussieerd in de Commissie begrotingscontrole waar de druk op de Commissie en de lidstaten zal worden opgevoerd.

Ik wil me nu even concentreren op een paar andere punten. Wij zijn het er allemaal over eens dat de burgers in Europa willen weten wat de resultaten zijn van de uitgaven van de Europese Unie en ik ben een groot voorstander van prestatie- en resultaatgericht begroten. Maar er zijn ook wat risico's. Ten eerste, het moet niet gaan verzanden in een stelsel van indicatoren waar democraten blij van worden, maar die in werkelijkheid de kosten alleen maar verhogen.

Ten tweede, de Europese meerwaarde moet in gewone mensentaal duidelijk gemaakt kunnen worden. Ik geef één voorbeeld: in haar jaarlijkse antifraude-rapportage meldt de Europese Commissie als één van de belangrijkste resultaten van het Hercules III-programma dat er 55 conferenties en seminars worden georganiseerd. Dat is leuk voor de ambtenaren en nuttig om elkaar te leren kennen, maar burgers in Europa worden daar niet vrolijk van. Die willen weten wat nu de werkelijke resultaten van die bijeenkomsten zijn. Hoe wordt de samenwerking daarvan werkelijk beter en hoe kunnen we dat meten? Een resultaat moet ook afgezet worden tegen alle gemaakte kosten. Zouden projecten zonder Europese financiering ook tot stand gekomen zijn? Wordt geld gewoon uitgegeven omdat het er is of was er een acute noodzaak? Hoe hoog zijn de kosten voor bijvoorbeeld lokale regionale autoriteiten om projecten binnen te harken? In Brussel hebben zij zowat allemaal lobbykantoren. Die kosten ook geld. Betrekken we die kosten bij het bepalen van de Europese meerwaarde?

Dan nog een heel ander punt. Terecht maakt de Rekenkamer onderscheid tussen foutjes en fraude. Maar als het aandeel ernstige fouten bij aanbestedingen in één jaar oploopt van 0,8 procent naar 1,2 procent, dan vraag ik me toch af of hier niet meer aan de hand is. Natuurlijk is aanbesteden een apart vak. Is hier echter toch geen sprake van bewuste malversatie en zouden ernstige fouten dan ook niet moeten worden behandeld als fraude?

Bart Staes, *namens de Verts/ALE-Fractie*. – Ik dank jullie voor het geleverde werk. We hebben heel veel aan de invloed van de Rekenkamer. Maar dit is de zeventiende keer dat ik deze oefening doe en ik moet zeggen dat er toch absoluut weinig vooruitgang is. Ik slaak een diepe zucht. Het foutenpercentage blijft hoog, 4,4 procent. Mevrouw de commissaris zei daarnet in het debat - en verheugde zich daarover - dat het foutenpercentage stabiel blijft. Maar het betekent toch ook dat in bijna één op 20 van de gevallen van de controles door de Rekenkamer fouten worden ontdekt! Ik weet, dat is geen fraude, maar het is wel koren op de molen van eurosceptici. We weten dat het basisprobleem ligt bij de lidstaten. Tachtig procent van onze middelen wordt gebruikt in gedeeld beheer en het zijn de lidstaten die meestal wisten of hadden kunnen weten dat er fouten gemaakt werden.

Dus, mevrouw de commissaris, ik vraag u klaar en duidelijk: zult u aangeven welke lidstaten obstinaat weigeren hier de zaak te verbeteren? Zult u hen benoemen en zult u ook actie ondernemen om de gelden die fout werden uitgekeerd ook effectief adequaat terug te vorderen?

Marco Valli, *a nome del gruppo EFDD*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ringrazio anch'io il Presidente della Corte dei conti, perché fa un lavoro molto importante e ci aiuta nel processo di controllo sul bilancio dell'Unione. Però, come il mio collega Bart Staes, devo constatare tante e troppe irregolarità, soprattutto nella gestione dei fondi strutturali.

Abbiamo visto proprio dalle vostre relazioni, che negli anni hanno sempre le stesse indicazioni, come gli Stati membri, in questa gestione poco trasparente dei fondi, soprattutto del Fondo sociale europeo e il Fondo europeo di sviluppo regionale, quei fondi cioè che dovrebbero dare valore aggiunto nei nostri territori, si dimostrano poco trasparenti: appalti aggiudicati in modo diretto e mancata pubblicazione della documentazione sugli appalti. Si tratta di un sistema che va avanti da troppo tempo e ci sono troppi miliardi in gioco. In un momento di crisi bisogna assolutamente agire e imporre, in un certo senso, misure di trasparenza a chi trasparente non è.

Sulla questione Banca europea per gli investimenti, occorre rilevare che spesso la scarsa trasparenza degli appalti e dei subappalti inerenti agli investimenti infrastrutturali. La documentazione sui subappalti deve essere sempre chiara e trasparente, perché la Banca europea per gli investimenti – che gestisce danaro dei cittadini europei – non può garantire un ritorno ad aziende poco chiare, che magari hanno anche collegamenti con la criminalità organizzata.

In relazione al tema dei fondi di preadesione, vogliamo assolutamente più trasparenza. Diamo un sacco di miliardi alla Turchia, che – abbiamo visto – occupa la settima posizione tra i beneficiari di fondi, anche della BEI: un paese extra Unione europea che però è il settimo beneficiario di tali fondi!

Vogliamo trasparenza sui fondi di preadesione. Dei fondi per i rifugiati non si sa nulla. A tali paesi vengono dati miliardi di euro e, in questo momento di pressione proprio in quella zona geografica, è importante sapere cosa venga finanziato in quei paesi con ogni singolo euro dei nostri contribuenti.

Steeve Brionis, *au nom du groupe ENF*. – Madame la Présidente, chers collègues, comme en 2012 et en 2013, la Cour des comptes européenne émet un avis défavorable sur la légalité et la régularité des paiements effectués par l'Union, en estimant le niveau d'erreur à 4,4 %, ce qui dépasse largement le seuil des 2 %. À ce titre, je voudrais attirer votre attention sur le niveau d'erreur particulièrement élevé dont fait l'objet l'attribution des fonds structurels européens, avec un taux qui explose à 5,7 %.

Comme l'indique ce rapport, la performance devrait être au cœur des priorités des fonctionnaires. Par ailleurs, la complexité des procédures administratives ainsi que le croisement de la stratégie Europe 2020 avec le cadre financier pluriannuel sont source d'anomalies financières insupportables au détriment des peuples européens. Par conséquent, ce ne sont pas les renforcements des contrôles ni certaines suspensions de paiement qui régleront quoi que ce soit.

Tout cela reste évidemment très insuffisant au regard des défis qui s'annoncent.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κυρία Πρόεδρε, τα τελευταία πέντε χρόνια οι ετήσιες εκθέσεις του Ελεγκτικού Συνεδρίου, δυστυχώς, αναφέρουν ότι το ποσοστό σφάλματος των ευρωπαϊκών δαπανών συνεχώς αυξάνεται. Αυτό πρακτικά μεταφράζεται ότι οι αποδιδόμενοι λογαριασμοί της Ευρωπαϊκής Ενώσεως είναι αναξιόπιστοι.

Οφείλουμε να είμαστε πιο προσεκτικοί στη διαχείριση και τον έλεγχο των ευρωπαϊκών κονδυλίων. Πρέπει να αλλάξει η πρακτική της αλόγιστης δαπάνης, απλά για να απορροφούμε κονδύλια. Πρέπει να εστιάσουμε περισσότερο στα αποτελέσματα και τη συμμόρφωση με τους κανόνες, ώστε μεσομακροπρόθεσμα να υπάρχουν επαρκή κονδύλια προς διάθεση στον προϋπολογισμό της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Σε τομείς όπως η περιφερειακή πολιτική, η ενέργεια, οι μεταφορές, το περιβάλλον και η αλιεία, η διαχείριση των κονδυλίων γίνεται από κοινού μεταξύ Επιτροπής και κρατών μελών. Όσο καλοδελητέες και να είμαστε, τα υψηλά ποσοστά σφάλματος στις δαπάνες δεν μπορούν να οφείλονται αποκλειστικά σε μη συμμόρφωση με τις ευρωπαϊκές οδηγίες.

Πρέπει να ελέγχουμε και να επιβάλουμε κυρώσεις σε περιπτώσεις απάτης, ανεπάρκειας και σπατάλης. Για παράδειγμα, εάν μια μικρομεσαία επιχείρηση ενώ είναι ιδιοκτησία μιας μεγαλύτερης, λαμβάνει πληρωμές από ευρωπαϊκούς πόρους ως μικρομεσαία, τότε μιλάμε για απάτη και όχι ανακολούθια κανόνων.

Τέτοιου είδους πρακτικές πρέπει να σταματήσουν ώστε να μην επιβαρύνεται ο ευρωπαίος φορολογούμενος πολίτης.

Markus Pieper (PPE). – Frau Präsidentin! Alle Jahre wieder – dieses Jahr zwei Hinweise. Erstens zum Ausgabenbereich „Europa in der Welt“: Leider müssen wir in den außenpolitisch relevanten Bereichen drastisch steigende Fehlerzahlen hinnehmen, und der Umgang mit Krisenstaaten ist sensibel – jetzt auch unter dem Stichwort Flüchtlinge. Umso mehr Verantwortung müssen wir als EU direkt übernehmen und nicht nur den Entwicklungshilfeorganisationen blind vertrauen.

Zweitens zum Untersuchungsansatz des Hofes: Ja, der Ansatz der europaweiten qualitativen Stichprobe ist effektiv und bringt Dinge auf den Punkt. Die Arbeit mit Stichproben ist aber auch manipulationsanfällig. Ist es ein Zufall, dass die letztjährigen Ausreißer Spanien und Griechenland plötzlich eine zuverlässige Verwaltung haben sollen? Ich bleibe dabei: Ohne begleitende Länderberichte geht der Gesamtbericht des Hofes den wahren Ursachen für Betrug und Fehler nicht auf den Grund.

Sehr geehrter Herr Caldeira, schaffen Sie endlich mehr Vertrauen und Transparenz, indem Sie einzelne Länder wirklich unter die Lupe nehmen und sich nicht hinter der Gesamtschau verstecken!

Derek Vaughan (S&D). – Madam President, Commissioner, President of the Court of Auditors, I wish to repeat that the accounts have been signed off and that errors, of course, are not fraud, although we should naturally keep trying to reduce them. Member States can play their part. Indeed, they already have the information to stop or correct many of the errors, and they should use that information. At EU level we should do more on simplification to help reduce errors. For the current cohesion policy programmes, some attempts have been made to reduce errors through simplification, for example through the introduction of cohesion flat-rate payments and having one set of common regulations for the five different funds, although each of the individual funds still has its own rules. Hopefully the High-Level Group established by the Commissioner will look at this particular issue and many others, because it is important that we reduce bureaucracy and make things as simple as possible for beneficiaries, for auditors, for Member States and for regions. Indeed, when we visit regions and projects, they continue to make the same plea for greater simplification.

I also wanted to comment quickly on the issue of measuring performance. I think it is absolutely right that we should be looking to measure performance. The question is what we measure and how we measure it. Obviously, we need to do a lot more work on that, but it must surely be right for us to measure the results of spending of EU funds.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Maria Grapini (S&D), *Întrebare adresată conform procedurii „cartonașul albastru”*. – Doamna președintă, stimate coleg, ați vorbit de simplificare și este un lucru de care toată lumea se plânge în toate țările, inclusiv administrația, nu numai firmele private.

Vă întreb: credeți că este o legătură directă între complexitatea scrierii programelor și greșelile care se fac și corupția care apare în cadrul atragerii fondurilor europene? Credeți că există o legătură directă și ce ar trebui făcut?

Derek Vaughan (S&D), *blue-card answer*. – I do not think that there is a link between simplification and corruption, but I think that there definitely is a link between simplification and reducing the number of errors. That is why I said in my contribution that whenever we visit Member States' regions, businesses or anybody involved in projects, they plead for greater simplification. They believe that this is one of the best ways – probably the best way – to reduce errors.

Richard Ashworth (ECR). – Madam President, I would like to say to Mr Caldeira that there is a depressing familiarity to the Court of Auditors' report. For far too many years it is the same areas of spend showing the same errors of spend. I agree with you, Mr Caldeira, that it is time for a fresh approach.

Firstly, because Mr Vaughan is right: he was right when he said there is a direct relationship between the complexity of regulation and the consequent level of error. Secondly, because the high emphasis on compliance comes at the expense of evaluation of outcomes and quality of spend. To achieve those, we need greater levels of transparency and of accountability. Both of these we can only really achieve when the people elected by the taxpayers adopt responsibility and the scrutiny role for expenditure of the taxpayers' money.

Nedzhmi Ali (ALDE). – Madam President, we welcome the appeal for a wholly new approach to the management of EU investment and spending. Certainly the EU budget should be better aligned to the long-term strategic priorities. At the same time, it should be more agile and allow a higher degree of responsiveness to the changing parameters of the dynamic environment.

In order to achieve the optimal outcome from the introduction of performance-based budgeting, not only should the intended results be clear, but the financial resources should also be spent lawfully and the intended result accomplished. In order to reduce the level of errors, it is of the utmost importance to undertake massive simplification of the procedures. Despite the positive steps taken by the Commission in introducing the 'budget focused on results', we should be aware of several issues.

Firstly, this new approach should be introduced carefully and should take account of the impact of irregularities on added value. Secondly, there should be a precise timetable for its introduction, and lastly, we should achieve a common understanding among the EU institutions about the indicators that we will use to measure results.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Gospod predsednik Računskega sodišča, gospa komisarka, predsedujoča, lep pozdrav. Stopnja napak, ki jo je tudi letos ugotovilo Računsko sodišče, je relativno visoka.

Računsko sodišče vsako leto postavi ogledalo porabi evropskega denarja, je pa seveda res, da Evropsko računsko sodišče ne more samo pregledati vseh transakcij, ki se opravljajo z evropskim denarjem, in tu je velika vloga tudi nacionalnih sodišč in pa seveda sistema notranjih kontrol. Edino s sodelovanjem vseh teh in skupaj s Komisijo lahko dosežemo boljše rezultate tudi pri analizi napak, pri analizi nepravilnosti.

Veliko napak gre tudi na račun javnih naročil in, kot vemo, se zakonodaja na tem področju spreminja v vseh državah članicah in tudi to je eno okno za izboljšave.

Prepričan sem, da če tukaj pomagamo državam članicam in izboljšamo finančno kulturo, bo tudi stopnja napak v prihodnje relativno nižja.

Jonathan Arnott (EFDD). – Madam President, you might expect that I would, as a Eurosceptic, give the same speech as last year. You might expect me to make much of the continuing high error rate in the EU's accounts or the auditor's adverse opinion on the legality and regularity of payment underlying the accounts. But actually, Commissioner Georgieva is doing one thing right in talking about performance-based budgeting, as it is not just about the high error rate that we see, it is also about whether money spent actually provides value for money.

There is one example in the Court of Auditors' report that I find particularly instructive, in which it describes a sewage system in Greece: they built the plant, they built the network, but nobody had connected the system to people's homes, even though the project had been six years in the making from 2007 to 2013. EU funds – taxpayers' money – achieve nothing if a system cannot actually be used.

At the confirmation hearing over a year ago, before Commissioner Georgieva took office, I asked whether they had introduced failure criteria so that we would know whether a project was a success or a failure, in other words what it looked like.

Well in my view it is 40 years too late, but the Commission is actually talking about doing something about the problem. Here is my question: is this actually going to be implemented in a way which will be critical when needed? Will we shine a light, not just on fraud or errors but on bad planning? And as the 4.4% error rate is a drop in the ocean, metaphorically as well as in reality, we need to clean out the sewer.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Inés Ayala Sender (S&D), pregunta de «tarjeta azul». – Señor Arnott, solamente quería decirle que leyerá bien los índices de error, porque no ha dicho la verdad.

Este año, el índice de error ha descendido con respecto al año pasado. Poco, como siempre -porque siempre procuramos mejorar-, pero ha descendido. Es decir, que usted no puede decir lo contrario.

Del año pasado a este, el índice de error ha disminuido y no ha aumentado. Es poco, pero, aun así, por lo menos diga usted la verdad.

Jonathan Arnott (EFDD), blue-card answer. – Classically, in this place, you are arguing against something that I did not say. I did not say that the error rate had gone up. It says in the report that it has gone from 4.5% to 4.4%, which is pretty much staying exactly the same, and that is only based on a statistical sample. We do not know whether it actually, overall, went up or went down. My point is that we have to look beyond just the error rate and actually look at the question of whether the money that is being spent is achieving its stated aim.

Olaf Stuger (ENF). – Wat gebeurt er met een ondernemer die geen goedkeuring krijgt van zijn accountant? De volgende dag staat de belastingdienst op zijn stoep. Hij krijgt een boete en een waarschuwing. Maar niet bij de EU. De EU kan al twintig jaar door zonder dat de accountant, de Europese Rekenkamer, goedkeuring verleent. Dat is nu de EU in *optima forma*. Ze maakt heel veel regels en heel veel wetten, en alles en iedereen moet zich daaraan houden. Behalve de EU zelf. Kijk, daar kan Robert Mugabe nog wat van leren. Maar de Europese burger heeft het allemaal wel in de gaten en die haakt massaaf en zegt het vertrouwen op in deze EU. Dat is maar goed ook. De EU is op haar retour en dat houden we zo.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – Doamnă președintă, doamna vicepreședintă a Comisiei ați vorbit despre un buget bazat pe performanță. Absolut de acord. Grupul PPE va elabora în următoarele săptămâni un document de poziție pe acest subiect.

Domnule președinte, ați menționat o nouă abordare concentrată pe rezultate. Din păcate, citind rapoartele Curții de Conturi, cel puțin cele pentru întreprinderile mixte, nu am observat acest lucru absolut deloc.

Nu se vorbește despre rezultate, nu se vorbește, de exemplu, despre evaluarea contribuției în natură, se menționează chiar rapoarte de audit care nu aduc niciun fel de clarificare în ceea ce privește erorile. Nu se vorbește nimic despre drepturile de proprietate intelectuală referitoare la proiectele care se derulează cu banii publici. Ba chiar mai mult, dacă comparăm cu rapoartele din 2013, 10% sunt diferite, restul textului este identic.

Deci, rugămintea ar fi ca ceea ce ați spus să se aplice în practică pentru rapoartele viitoare.

Georgi Pirinski (S&D). – Madam President, with this year's 38th Annual Report, the Court is inviting us to start applying an updated approach to our discharge procedure for determining whether the Commission has satisfactorily carried out its responsibilities for implementing the budget. Thus the report represents a most timely and valuable input to discharge: designing and putting into practice results-oriented budgeting is an urgent necessity so that citizens recognise that their money is being put to the best possible use.

In this regard, three features of the report deserve particular notice. The structuring of chapters to reflect the headings of the Multiannual Financial Framework (MFF) which came into force in 2014 is a most valuable input towards the mid-term review of the MFF. Chapter 3 focuses on the extent to which the performance framework enables the Commission to monitor and steer progress towards Europe 2020. The stated purpose is that checking the legality and reliability of accounts is intended to assist in identifying risks affecting economy, efficiency and effectiveness. This is precisely the right focus for ever-better results-oriented budgeting, and it is here, I believe, that the Court deserves a particular word of thanks.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Olaf Stuger (ENF), "blauwe kaart"-vraag. – Ik zou graag een vraag willen stellen aan deze collega. Hij heeft een kleine samenvatting gegeven van het debat dat hier al twintig jaar wordt gevoerd en al twintig jaar is er geen enkele verbetering zichtbaar. Waarom denkt mijn collega, dat het nu, nu voor de twintigste keer in dit Parlement dit verhaal wordt gehouden, ineens wel beter zal gaan? Wat is er veranderd in de afgelopen twintig jaar dat erop wijst dat het in de toekomst wel goed zal gaan?

Georgi Pirinski (S&D), blue-card answer. – In the briefest possible terms, I believe that the focus over the years has been a bit one-sided on error rates and observance of rules. This, of course, has to continue to be of particular concern. However, it should be used as an indicator to find sectors where programmes are not performing and there is an excessively high rate, and to reorientate the whole exercise of discharge towards results.

Richard Sulík (ECR). – Je to rok čo rok tá istá pesnička. Európsky dvor audítorov zistí vysoký počet chýb, viac ako dvojnásobok toho, čo je povolené, a Európsky parlament to schváli. Dvadsaťjeden rokov po sebe. Pritom 60 % rozpočtu Európskeho dvora audítorov ide práve na túto správu, ktorú aj tak ctený Parlament ignoruje. Nebolo by oveľa rozumnejšie celý Európsky dvor audítorov zrušiť? Všetkým je úplne zbytočné.

No a teraz k samotným výdavkom. Tam nie je len vysoká chybovosť tých výdavkov. Je tam aj obrovské množstvo korupcie. Tieto výdavky veľakrát prinášajú deformácie hospodárstva. Pani komisárka, keď chcete niečo po sebe zanechať, začnite tieto výdavky znížovať. Oni naozaj reálny rast neprinášajú. Koľko miliárd eur sa minulo na boj proti nezamestnanosti a aká je nezamestnanosť? Na to sa stačí pozrieť. To je úplne zbytočné prerozdeľovanie. Viem, že s pánom Junckerom to možné nebude, lebo ten by chcel stále viac míňať, ale možno sa nám aspoň niečo podarí.

(Rečník súhlasil, že odpovie na otázku položenú zdvihnutím modrej karty (článok 162 ods. 8 rokovacieho poriadku)).

Tomáš Zdechovský (PPE), otázka položená zvednutím modré karty. – Pane Sulíku, když je někde nějaká velká míra korupce, co by měl udělat řádný občan? Měl by jít a měl by tuto korupci nahlásit příslušným orgánům.

Jestli víte, že Evropská unie je zkorumpovaná, tak proč nejdete a nenahlásíte a nepředložíte důkazy o této korupci? Myslím si, že když by člověk nebyl populistou, tak je schopen tyto svoje důkazy předložit.

Richard Sulík (ECR), *odpoveď na otázku položenú zdvihnutím modrej karty*. – Pán Zdechovský, no veď aj vy pochádzate z krajiny, kde tej korupcie je hodne, rovnako ako ja pochádzam z takej krajiny. Ja nehovorím, že Európsky parlament alebo Európsky dvor audítorov je skorumpovaný. Ani tá Európska komisia. Ale veď vo vašej, v našej, mojej a vo veľa ďalších krajinách, Bulharsko, Rumunsko, však tej korupcie je tam až-až. Preto, lebo tí ľudia sa k tomu stavajú tak, že tie peniaze padli z neba. Pýtate sa, prečo to nahlásiť? No napríklad, my sme podali vyše 50 trestných oznámení, vy možno tiež nejaké. Vieme, ako to dopadne, keď sa bavíme o peniazoch, ktoré nepatria nikomu.

Joachim Zeller (PPE). – Frau Präsidentin! Ich bin Herrn Caldeira und dem Rechnungshof dankbar für den Bericht zur Haushaltsentlastung 2014. Ich halte ihn nicht für unnütz, ganz im Gegenteil. Was mich allerdings stört, ist, dass die Kommission vertreten ist, aber der Rat nicht. Die Ausgaben von 80 % der Mittel aus dem europäischen Haushalt werden getätigt über die Zahlstellen und die Mittelverwalter in den Mitgliedstaaten. Dort entstehen auch die Fehler. Ich denke also, dass auch der Rat interessiert sein müsste, gemeinsam mit uns diese Debatte zu führen, wie wir die weiterhin hohen Fehlerquoten senken könnten, denn das werden wir nur gemeinsam schaffen.

Das andere ist: Ich bin dem Rechnungshof sehr dankbar, dass er darauf hinweist, dass es eine Diskrepanz gibt zwischen den Zahlungen, die wir im letzten Jahr und auch in diesem Jahr noch tätigen, die sich auf die alte Förderperiode beziehen, während wir längst an der Zielerreichung von Europa2020 arbeiten müssten. Ich glaube, das ist auch eine Debatte, die wir in den nächsten Tagen und Monaten führen sollten.

Jens Geier (S&D). – Jens Geier (S&D). Frau Präsidentin, sehr verehrter Herr Präsident Caldeira, liebe Vizepräsidentin Georgieva! Erst einmal auch von meiner Seite Dank für die Arbeit des Europäischen Rechnungshofs, die alles andere als unnütz ist, sondern uns immer wieder neue Hinweise darauf gibt, an welchen Stellen wir weiterarbeiten können.

Ich will auf zwei Bemerkungen eingehen, die Sie in Ihrer Vorstellung gemacht haben. Auf der einen Seite: Die Mitgliedstaaten nutzen die Informationen, die ihnen vorliegen, nicht ausreichend, um Fehler zu vermeiden. Auf der anderen Seite: Die Mitgliedsstaaten können nicht alle Mittel verwenden, die ihnen die EU zu Verfügung stellt. Meine Schlussfolgerung daraus ist: Einige Mitgliedstaaten geben sich im Rahmen der Verhandlungen über den mittelfristigen Finanzrahmen alle Mühe, möglichst viel Geld nach Hause zu bringen, und anschließend wissen sie nicht so recht, was sie eigentlich damit tun sollen.

Ich denke, eine Lösung liegt in der Revision des mittelfristigen Finanzrahmens, denn der EU-Haushalt ist nicht nur unterfinanziert, es ist offenbar auch so, dass seine Mittel falsch verteilt sind. Der zweite Punkt, den ich ansprechen will, ist der Zustand der nationalen Kontrollbehörden, die für die Ausgabe des EU-Gelds zuständig sind. Was wird die Kommission tun, um die Situation hier zu verbessern?

Pirkko Ruohonen-Lerner (ECR). – Arvoisa puhemies, maksujen kokonaisvirhetaso on toistuvasti, vuodesta toiseen, ollut korkealla tasolla. Tilanteeseen pitää saada parannus ja todellinen muutos. Jos näin ei tapahdu, vastuuvapauden myöntämisen edellytyksiä tulee arvioida kriittisemmin. Tilintarkastustuomioistuin on antanut jo 20 vuoden ajan maksujen laillisuudesta ja asianmukaisuudesta kielteisen lausunnon. Miettikää, mitä tapahtuisi yksityisessä yrityksessä, jos sen toiminnasta annettaisiin säännöllisesti ja rutiininomaisesti joka ikinen vuosi vastaavanlaisia lausuntoja yrityksen omistajille. Aika nopeasti kyllä löydettäisiin vastuuhenkilöt, ja seuraamukset olisivat ankarat.

Julkisen sektorin varojen hoitoon pitää saada uutta ja säästävistä asennetta, enemmän jämäkkyyttä ja sitten myös vastuullisuutta. Julkisia varoja on käsiteltävä samalla tavoin kuin yksittäinen huolellinen henkilö hoitaa omia varojaan.

Tomáš Zdechovský (PPE). – Evropský parlament a Evropský účetní dvůr již dlouhodobě upozorňují na nutnost komplexní reflexe evropského rozpočtu, který není sladěný s celkovou strategií Evropské unie. Využívání rozpočtu chybí vize, pohled do budoucna a uvažování v kontextu. Peníze se proto utrácejí, aby se utratily, a jejich přidaná hodnota je často limitována.

Dámy a pánové, proto jsem rád, že Evropský účetní dvůr vyslal ve svém auditu jasný signál, že je potřeba celkově přehodnotit strategii řízení finančních prostředků Evropské unie. V tuto chvíli je jasné, že musíme mít dlouhodobé cíle, které budou založeny na jednotě evropských států. Na společném smýšlení a na ochotě společně reagovat na nenadálé události, jako tomu bylo teď v Paříži. Musíme peníze investovat lépe, chytřeji a efektivněji. I to povede k efektivnějšímu využívání evropského rozpočtu.

Bogusław Liberadzki (S&D). – Pani Przewodnicząca! Przede wszystkim bardzo dziękuję za rzetelne i potrzebne sprawozdanie. Niech mi wolno będzie nawiązać do pańskiego wystąpienia, panie Caldeira, mianowicie tam gdzie pan pisze, iż Unia Europejska powinna rozwiązać problem nagromadzonych zaległości finansowych, to jest bardzo ważna przestroga adresowana i do Komisji, i do Rady. Notabene szkoda, że Rady nie ma. Rok bieżący, 2015, będzie rokiem zamykającym poprzednią perspektywę, ale jednocześnie jesteśmy w drugim roku obecnej perspektywy, więc te płatności mogą się rzeczywiście dodatkowo kumulować, i to musimy uwzględnić. Panie prezesie, pan użył takich trzech postulatów: podstawą jest przejrzystość i uproszczenie przepisów. Otóż tutaj widzę jakiś konflikt, dlatego że często w imię przejrzystości komplikujemy przepisy. Jak pogodzić te dwie rzeczy? I ostatnie, bardzo popieram tę *performance orientation*.

Petri Sarvamaa (PPE). – Madam President, I would like to thank the Court for this interesting report and especially for twining together budget efficiency and budgetary control, because they go hand in hand. Value for money is an essential phrase for both.

For the first time the Court put at least some emphasis on the performance of the budget, instead of mainly pointing to errors. This is what we have been asking for: more transparency in the use of money and finding systematic weaknesses in different areas of spending.

But this is only the beginning. So I encourage the Court to continue on the path it has chosen and to go much further next year. We need total transparency and country-specific information. That would be the way forward in achieving a budget focused on results and, not just that, to be able to justify to our citizens how we are dealing with our finances.

Ingeborg Gräßle (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Präsident Caldeira! Für manches, was hier von der Seite des Parlaments kam, müsste man sich ja beinahe entschuldigen. Ich kann nur sagen: Gott sei Dank sind diese Leute keine Mitglieder des Haushaltskontrollausschusses, und vielleicht wissen sie deswegen auch nicht, wovon sie reden.

Ich möchte Ihnen sehr herzlich danken für den sehr nützlichen Bericht. Ich würde mir persönlich mehr Empfehlungen wünschen, noch mehr Empfehlungen, so dass wir die auch dann weiter fortsetzen und verfolgen können. Wir haben es mit vielen altbekannten Problemen zu tun. Frau Vizepräsidentin, ich möchte Ihnen eines ans Herz legen, nämlich den Unterschied in der Fehlerquote bei den Strukturfonds zwischen der Kommission und dem Rechnungshof. Obwohl sich der Rechnungshof mit seinen Zahlen auf die Kommission zubewegt hat, gibt es immer noch einen beträchtlichen Unterschied, der mit methodologischen Unterschieden nicht mehr erklärbar ist, der nachhaltig Zweifel weckt an dem gesamten Kontrollsystem und vor allem auch am Kontrollwillen.

Ich möchte mich beim Rechnungshof herzlich bedanken für das *Performance*-Kapitel. Wenn wir ein Viertel der Strukturfondsprojekte haben, die keines der Politikziele erreichen, müssen wir uns schon Gedanken machen. Herzlichen Dank für dieses Kapitel und Ihre Arbeit!

Verónica Lope Fontagné (PPE). – Señora Presidenta, el presupuesto europeo es un instrumento complejo y en constante evolución, y 2014, primer año del marco financiero actual, lo pone de manifiesto: nuevas normas, nueva orientación del gasto dirigido a los objetivos de la Estrategia 2020 y una presupuestación orientada al rendimiento.

El presupuesto debe orientarse para generar un valor añadido del gasto, y por ello tenemos que tener claros los objetivos y disponer de unos indicadores adecuados que tengan en cuenta las especificidades de los fondos europeos, ya que no es lo mismo una infraestructura que la ayuda para combatir la pobreza, cuyos resultados son muy difíciles de medir.

Por ello tenemos que simplificar las principales políticas de gastos, en particular aquellos destinados a pymes y particulares, que son más proclives al error, y fomentar una estrecha colaboración entre los actores involucrados en la gestión y el control, principalmente la Comisión Europea y los Estados miembros.

Interventions à la demande

Ivana Maletić (PPE). – Gospođo predsjednice, pozdravljam povjerenicu, kolege izvjestitelje. Ono što je jako bitno primijetiti u ovom izvješću Revizorskog suda, i zahvaljujem na tome kolegama na Revizorskom sudu i predsjedniku, je da veliki dio nepravilnosti proizlazi iz nedostatka kontrola i slabo razvijenog sustava financijskog upravljanja, a isto tako i iz velikog broja različitih procedura i pravila za koja su potrebna dodatna tumačenja.

To je zapravo poziv svima nama, poziv Europskoj komisiji i poziv državama članicama da moramo raditi na jačanju administrativnih kapaciteta, na implementaciji sustava financijskog upravljanja na svim razinama. Dakle, moramo se fokusirati na jasno utvrđivanje ciljeva, na jasno utvrđivanje pravila i procedura koji će biti jednostavniji za krajnje korisnike i za čitavu administraciju kako bi broj nepravilnosti bio manji.

Zigmantas Balčytis (S&D). – Pirmiausia iš tikrųjų ir aš norėčiau pasveikinti Audito Rūmus, kurie iš esmės pagerino savo metinių ataskaitų kokybę, ir jos yra itin svarbios prisidedant prie tinkamo Europos Sąjungos išteklių valdymo. Praeitais metais Sąjungos biudžetą sudarė net 150 milijardų eurų. Todėl itin svarbu mažinti aukštą mokėjimų klaidų lygį, kuris jau eilę metų viršija nustatytą 2 proc. ribą, kaip, pavyzdžiui, ekonominėje, socialinėje ir sanglaudos politikos srityse. Nepriimtina, kad Komisija ir valstybės narės nepasinaudoja visa jiems prieinama informacija ir neužkerta kelio klaidoms. Nepilnai yra įgyvendinamos Audito rūmų rekomendacijos, tai yra, Komisija turėtų nustatyti vienodus viešųjų pirkimų principus ir atrinkimo kriterijus visose valstybėse narėse, privalėtų priimti atsakomybę už reikiamų ir palyginamųjų duomenų apie panaudotas Europos Sąjungos lėšas surinkimą valstybėse narėse ir kiti. Taip pat svarbu, kad Komisija imtųsi aktyvesnių veiksmų siekiant susigrąžinti netinkamai išleistas sumas ir kartu su valstybėmis narėmis skubiai spręstų besikaupiančių, vėluojamų panaudotų lėšų klausimą. [*kalbai skirtas laikas baigėsi*]

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η ετήσια έκθεση του Ελεγκτικού Συνεδρίου για το οικονομικό έτος 2014 θίγει ορισμένα σημαντικά ζητήματα.

Πρώτον, ζητά να υπάρξει μια εκ βάθρων νέα προσέγγιση στη διαχείριση των επενδύσεων και των δαπανών της Ευρωπαϊκής Ένωσης. Πολύ δε περισσότερο τώρα που η μερκελική λιτότητα έχει βυθίσει την Ευρώπη στην ύφεση και την ανεργία. Για τον λόγο αυτό χρειάζεται ένας πιο αποτελεσματικός τρόπος διαχείρισης των κονδυλίων της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Δεύτερον, απαιτείται επικέντρωση των κονδυλίων της Ευρωπαϊκής Ένωσης σε τομείς αιχμής, όπως η δημιουργία θέσεων εργασίας, η στήριξη των αγροτών και των μικρομεσαίων επιχειρήσεων, καθώς επίσης και η στήριξη της κοινωνικής και εδαφικής συνοχής.

Τρίτον, απαιτείται καλύτερη διαχείριση και έλεγχος του τρόπου διάθεσης των ευρωπαϊκών κονδυλίων, ιδίως όταν η ίδια η έκθεση του Ελεγκτικού Συνεδρίου αποκαλύπτει ότι το ποσοστό σφάλματος για τις δαπάνες ήταν της τάξης του 4,4%. Επομένως, πρέπει να ενταθεί ο έλεγχος κατά της απάτης και της διασπάθισης πόρων, όπως επίσης και για τα ποσά που δεν θα έπρεπε να έχουν καταβληθεί. Άρα, έλεγχος και διαφάνεια παντού.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospođo predsjednice, princip koji je iznesen danas ovdje, a to je da trebamo trošiti novac u skladu s našim dugoročnim ciljevima, jedini je ispravan princip, a kohezijska politika u tom kontekstu je jedan od naših principa, dugoročnih ciljeva odnosno stvaranje mogućnosti stabilnosti, rješavanja problema nezaposlenosti, razvoja pojedinih manje razvijenih dijelova naših država.

U nekim državama su strukturni fondovi najveće investicije. Novac koji dolazi iz tih fondova najviše pomaže razvoju tih država. I ovdje dolazimo do situacije koju ste vi konstatairali, a to je da nam je potrebna simplifikacija propisa. Potrebna je, ne zato da bismo time imali statistički bolje rezultate nego zato da bismo mogli apsorbirati sredstva koja su nam na raspolaganju, a koja su nam tako prijeko potrebna naročito u nekim zemljama na istoku i jugu Europske unije.

Barbara Kappel (ENF). – Frau Präsidentin, Herr Präsident des Rechnungshofs, Frau Kommissarin! Im Jahresbericht 2014 kritisiert der Europäische Rechnungshof so wie jedes Jahr die Ausgabenpolitik der Europäischen Union. Von den Gesamtausgaben in Höhe von 142,5 Milliarden Euro sind 4,4 % oder knapp 6,3 Milliarden Euro fehlerhaft verwendet worden, rund 1 200 Fälle wurden zur Prüfung an die Betrugsbehörde OLAF weitergeleitet, 22 konkrete Betrugsverdachtsfälle werden geprüft.

Betrugsfälle sind aber nicht die Regel. Die meisten Regelverstöße und unberechtigten Mittelvergaben erfolgen bei Forschungsprojekten, bei Mittelvergaben an Wissenschaftler und in der Landwirtschaft, wenn zum Beispiel Waldgebiete als Weideland angemeldet werden, um höhere Fördermittel zu bekommen. Die volumenmäßig größten Fehlallokationen erfolgen bei den Mitteln der Strukturfonds.

Der Rechnungshof kritisiert in diesem Zusammenhang völlig zu Recht die mangelnde Kohärenz des EU-Haushalts mit den allgemeinen Zielvorgaben, zum Beispiel in Zusammenhang mit Europa 2020, die fehlenden konkreten Zielvorgaben, an denen der tatsächliche Nutzen der eingesetzten Mittel berechnet werden kann – zum Beispiel bei den Strukturfonds –, die mangelnde Flexibilität, auf Krisen zu reagieren – wir sehen das bei der Migrationskrise –, die Vergabepaxis bei öffentlichen Aufträgen und die mangelnde Sorgfaltspflicht und der geringe Mittelausschöpfungsgrad gerade bei einigen Mitgliedstaaten, insbesondere in der Regionalpolitik und in der Landwirtschaft.

Patricija Šulin (PPE). – Hvala za besedo, predsedujoča. Hvala Računskemu sodišču za poročilo.

Stopnja napak torej znaša tudi tokrat 4,4 %. To je pomembna informacija. Proračun Evropske unije je zelo pomemben. Skrbi za gospodarsko rast, delovna mesta in za zaposlovanje. Predstavlja tudi dodano vrednost vsake države članice, zato morajo le-te cilje skrbno izpolnjevati.

Vsekakor je tudi zelo pomemben nadzor nad porabo proračunskih sredstev. Pri tem je treba skrbeti za transparentnost, verodostojnost in sem tudi vesela, da uporabljamo visoke standarde za ugotavljanje napak. Vsekakor mora biti nadzor tudi učinkovit.

Bi pa opozorila na to, da nas stopnja napak 4,4 % mogoče opozarja na to, da bi morala biti pravila mogoče jasnejša in nedvoumna. Le tako bomo lahko zmanjšali stopnjo napak.

Gerolf Annemans (ENF). – Wie de Europese Unie met een voldoende kritische blik durft te beschouwen en dus niet gehinderd wordt door een ideologische chantage die de voorstanders van de Europese Unie plegen met begrippen als vrede en welvaart - en ik ben zo iemand - die moet ik de lezing van dit verslag sterk aanbevelen. De wandeling door het woud van een onnoemelijk aantal steunfondsen, garantiefondsen en investeringsfondsen die vol met miljarden - wat mij betreft Vlaams belastinggeld - zitten en waarvoor wij meer bepaald als Vlamingen weinig terugkrijgen, die wandeling is opzienbarend.

Immers, België staat op de derde plaats van de 28 lidstaten wat betreft de bijdrage per inwoner. Mijn partij berekende bovendien dat wegens de transfersituatie binnen België niemand meer betaalt aan de Europese Unie dan de Vlaming. Meer dan vier procent van al dat geld belandde in 2014 niet waar het moest, dubbel zoveel als wat de Rekenkamer aanvaardbaar achtte. De geur van willekeur en *je-m'en-foutisme* die uit het verslag opstijgt, zegt genoeg. Wie niet te beroerd is om de waarheid onder ogen te zien, moet het verslag gelezen hebben.

Tibor Szanyi (S&D). – A Számvevőszék jelentésének mezőgazdasági fejezetéhez szeretnék egy pár szót hozzátenni – már csak azért is, mert ritka az a pillanat, amikor az Európai Parlamentben jó szóval tudjuk illetni akár a számvevőszéki vizsgálatot végző szakembereket, akár pedig magát az Európai Bizottságot, amelyik ugye a kiadások végrehajtásáért volt felelős.

2014 egy átmeneti esztendő volt, hiszen a régi szabályok és az új szabályok egyaránt vegyültek ebben az esztendőben. Ennek dacára sikerült a hibás elszámolásoknak az arányát soha nem látott történelmi minimumra, 2% körülre csökkenteni. Én úgy gondolom, hogy ezek az eredmények valóban azért azt jelentik, hogy tud működni az európai intézményrendszer pont a legnehezebb területen.

Mindazonáltal tagadhatatlan, hogy közeledünk a féléves felülvizsgálat idejéhez, és ilyenkor azért tartalmilag is illik majd néhány szót szólnunk a különböző kiadásokhoz. Az biztos, hogy a mezőgazdasági résznél az a pénz, amit az európai adófizetők költenek, az tényleg a földművesekhez kell, hogy menjen, nem szabad tovább utalni. Köszönöm szépen a lehetőséget!

(Fin des interventions à la demande)

Kristalina Georgieva, Vice-President of the Commission. – Madam President, my most sincere thanks to all who have spoken. It is a very interesting debate this year, because what I am hearing is a predominant concern about how we can rebalance attention between compliance with the rules and what the budget actually delivers for our people. I think it is very important that we take this focus on performance extremely seriously.

The EU budget actually has been doing good things, if you take the growth rates of Poland, Lithuania and Latvia, for example. Over the last MFF they have been boosted for Poland by 1.7%, for Latvia by 2.1% and for Lithuania by 1.8%.

As the Budget Commissioner this year, I have been visiting projects funded by the EU: cancer research in Finland, SME support in the UK, connectivity of citizens in the cohesion countries and rural internet, but I also have seen that sometimes there has not been enough thought put into how this particular project connects with the rest of the economy, and there are examples where we could have – and must – do better. I think that a culture shift in thinking as regards what we get for the money has to be our overwhelming objective. Agility, focus on priorities, impact – this is what the discussion on the budget absolutely must be on.

We do have now in the new MFF a better platform, because we have placed performance front and centre. We introduced performance reserve – 6% of the money we hold back, and if you do well, we give you more money. We have to work with our people in the Commission and, of course, in the Member States on a culture shift. This is not an easy thing, but it is a must if we are to be successful in making the best use of our taxpayers' sacrifices. For every project, for every penny, we have to ask ourselves if this is the best use of money. I really appreciate each and every one of you who spoke in support of this rebalancing.

It does not mean we turn our backs on compliance with the rules – not at all. Rules are there to be followed. Right now they are too complicated to be followed! We have multiple projects with thousands and thousands of people who have to grasp the concept of project management that we have introduced from the EU – a concept that may be easy for some, but it is certainly not easy for a small farmer or for an SME owner, so we have to work on simplifying the rules so they can be followed, and then we have to come with a hammer when the rules are not followed.

I agree with those who have said that the persistence of the error rate is something that is undermining the credibility of the European Union. We know why this persistence is there. Rules are part of the problem, but so is how much commitment we build on to make sure that these rules are indeed followed.

As I have said many times, we also have to find a way to reward those who take measures to correct errors, because this is what it is in the majority of cases – error, not fraud. Proven fraud is 0.2% of our budget – 0.2% too much. I am not at all defending it, but what about the remaining 4.2%? How do we encourage people to do what the Court tells us could be done if you take corrective measures and the error rate will go down? There we hit a problem, which is the multi-annual nature of our programmes. When an error is detected in one year but only corrected in the next, that is not reflected in the error rate, and this is why in the Commission we strongly recommend that we think about a residual error rate as an acceptable measurement, because if people take measures to correct, then that should be a positive thing. We should be saying bravo, we recognise you have done it. At the moment it is difficult to do it in a multiannual fashion. We are caught in this annuality in how we measure.

Finally, I do agree that we have to persistently balance performance and compliance. We should avoid the reasoning according to which focusing on performance is somehow interpreted to mean 'oh well, compliance with the rules is not that important' – it is important!

Let me finish with the question that was posed to me on 'name and shame'. Well, it is complicated as to which Member States are performing the worst. If you look at the Court of Auditors' report, there is a table that shows frequency of detected errors in audit sampling for 2014 for the Member States. It is very clear that it varies from one area to another. In some areas some countries are doing better, in others they are doing worse. So I would be very reluctant to make general sweeping conclusions but rather say the following: we have to work with Member States day in, day out, because at the end of the day, 80% of our money goes in shared management, and it is only when Member States buy into being diligent and working with us that we can achieve that objective.

Finally, many thanks go to the Court of Auditors for the report that it has presented. A lot of it is something that has been coming up year after year, but we are now seeing a very welcome change of direction towards performance. We have, with this interinstitutional group, a very important task to see performance eye to eye, because the worst thing we can do is to have a different interpretation of what performance means and then get into not very productive arguments about who is right and who is wrong on what has been achieved in that area.

So I very much look forward to working with Parliament, the Council and the Court of Auditors on giving a very clear direction for the Commission – though the Commission is not the most important actor – and for those who implement projects, so we get the European budget to serve our people the best possible way in the future.

Vítor Manuel da Silva Caldeira, *Court of Auditors*. – Madam President, I would like first to thank you for the kind words addressed to the European Court of Auditors; on behalf of all those working there, thank you. Your words encourage us to do better and to practise what you preach. We do that every day, so I want to reassure Mr Marinescu that we are doing that and striving for it.

I am very pleased to hear from the Vice-President that the Commission greatly welcomes our call for a wholly new approach to the European Union's spending and investment. I am also pleased to see the broader consensus in this House on the need for that new approach. We simply cannot ignore the fact that it is a common task that needs interinstitutional cooperation from all institutions within Member States, because it is the best possible way to tackle the financial challenges ahead of us. I stress the need to use the mid-term review of the Multiannual Financial Framework and to take it as a golden opportunity to make progress.

Members of Parliament have raised a number of issues in their speeches. I will not address every one of them, but I am encouraged by their willingness to reach a greater common understanding of what a new approach means, what a culture of performance means, and what we are looking for. That is something which will not be done overnight and which needs to go hand in hand with simplification of the rules as well as with clear objectives. I have understood the call for ways of reconciling transparency and simplification. This needs to be addressed in the best way possible. We need simplification because debt is amplifying the risk of error, but we also need to be transparent so that we can then say what we are achieving with the funds we are investing. So we have to have, first and foremost, a clear overall framework that provides direction. But we also need to be aware that spending funds is always risky.

I am sorry to say this so bluntly, but geography is not the root cause of the errors. As we have demonstrated, management modes are, likewise, not the main cause of the problem. The main reason for the errors that we have found, and for their persistently high level, lies in the way this House and the Council decide on the legal framework for reimbursing costs. If you continue to have costs reimbursed on the basis of self-declarations by the final beneficiaries, then you will always have a higher risk of error. Simplification does not mean forgetting about control. It needs to have cost-effective arrangements to ensure that we comply with the rules but, at the same time, we need to ensure that these are used to the best effect. Then performance has a key part to play. What we are intending to measure is the interinstitutional work that we have to do.

Flexibility is also an important consideration, so some Members estimate. I think that it is also vital to better address the backlogs which we have identified and which have been recognised on all sides. We need to use the budget in a more flexible way, together with all the financial instruments available, otherwise we will have funds committed but not being used. We know that at the end of 2014, the funds not yet used by all the Member States for the structural and investment funds were of the order of 23% of the total.

That situation is better today, I believe, but that means that we are not making full use of resources, and there are reasons beyond that. Probably there are administrative capacities to develop. Probably there is also a need for Member State authorities to identify sustainable approaches that would make a difference to the lives of their citizens. In addition, a lot needs to be done to determine what makes a difference to citizens, for they will not think that building, say, a water-park is enough to make a difference. We need to see how sustainable approaches work and how they change citizens' lives.

I would like to conclude by saying that our call for a wholly new approach has to be followed up in interinstitutional dialogues, because that is the only way in which we can help to address the new challenges. It is the only way to tackle the long-standing issues that we have, but we need to take the opportunity afforded by the mid-term review of the MFF to move forward. We look forward to contributing to the dialogue and we stand side by side with this institution, the European Parliament, to further cooperate in that direction. But we cannot fail. If we miss this opportunity, we shall be failing to address the trust of citizens, and that is a crucial point in these times.

La Présidente. – Le débat est clos.

Declarations écrites (article 162)

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), na piśmie. – W swoim sprawozdaniu za 2014 rok Europejski Trybunał Obrachunkowy wzywa do przyjęcia nowego podejścia w kwestiach zarządzania środkami UE i ich inwestowania. Zgodnie z jego wytycznymi budżet powinien być lepiej dostosowany do długoterminowych priorytetów Wspólnoty i w większym stopniu uwzględniać możliwe sytuacje kryzysowe. Ponadto Unia powinna bezzwłocznie rozwiązać problem zaległości finansowych, tak aby uwolnić środki i skierować je tam, gdzie są one niezbędne. Część państw członkowskich nadal ma problemy z absorpcją przydzielanych im unijnych funduszy strukturalnych.

Łączny budżet UE w 2014 r. to 142,5 mld euro, a poziom błędu w przypadku wydatków unijnych wyniósł 4,4%. Pomimo to kontrolerzy uznali, że nie mają zastrzeżeń w kwestiach wiarygodności rozliczeń i w dochodach UE. Wykryli taki sam szacowany poziom błędu (4,6%) w przypadku wydatków objętych zarządzaniem dzielonym z państwami członkowskimi, jak w przypadku wydatków zarządzanych bezpośrednio przez Komisję. Najwyższe poziomy błędu wystąpiły w wydatkach w ramach działów „Spójność gospodarcza, społeczna i terytorialna” (5,7%) i „Konkurencyjność na rzecz wzrostu gospodarczego i zatrudnienia” (5,6%). Najniższy szacowany poziom błędu wystąpił natomiast w wydatkach administracyjnych (0,5%). Sprawozdanie podkreśla jednak, że istniała możliwość skorygowania większej ilości błędów i wzywa Komisję do pełnego wykorzystania jej uprawnień w celu dalszego obniżenia poziomu błędu i odzyskania większych kwot nieprawidłowo wydanych środków.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), por escrito. – Considero que la presentación de este informe es una oportunidad de gran importancia para examinar detenidamente las debilidades en la definición e implementación de las políticas europeas. Voy a detenerme en dos puntos fuertemente interrelacionados. En primer lugar, muchas veces la UE ha favorecido el desarrollo de infraestructuras gigantescas de dudosa utilidad. Es reseñable el caso de los aeropuertos, pero la misma falta de planificación y coordinación se encuentra en otros ámbitos de la política de transporte y energía, bajo el dudoso planteamiento de que las infraestructuras acabarán por crear su propio mercado. El segundo son las dificultades de las administraciones públicas, especialmente locales, que realmente desean implementar políticas públicas alternativas, por las trabas administrativas y las necesidades financieras implícitas en la adopción de proyectos europeos. Existe una necesidad de repensar los fondos europeos para garantizar su uso eficiente y su contribución real a la mejora de la cohesión social y regional a través de la transformación del modelo productivo. Finalmente, quería referirme a la importancia de identificar no solo fallos de gestión sino también legislativos. El caso de los pastos, por ejemplo, evidencia la necesidad de reformar la política agraria para adaptarla realmente a las condiciones ambientales sobre el terreno.

Julia Pitera (PPE), *na piśmie*. – Zadaniem Trybunału, niezależnego, zewnętrznego audytora UE, jest badanie, czy pozyskanie i wydatkowanie funduszy unijnych jest zgodne z zasadami gospodarności, wydajności i skuteczności. Jest to szczególnie ważne w czasach kryzysu, gdy w następstwie narastających problemów pojawia się naturalny w trudnych sytuacjach spadek zaufania Europejczyków do Unii. Dlatego systematyczne podnoszenie poziomu rozliczalności i transparentności w procesie nadzoru nad wykorzystaniem środków publicznych jest tak istotne na drodze do odbudowy tego zaufania. Ogromne znaczenie ma również ścisła współpraca między parlamentami państw członkowskich a audytorami publicznymi Unii.

W procesie budowania zaufania do instytucji unijnych, poza dążeniem do jak największej przejrzystości i gospodarności, istotne znaczenie ma celowość wydatków. Fundusze publiczne muszą być przeznaczane na cele najważniejsze dla obywateli. Zwłaszcza że budżet Unii Europejskiej jest poważnym źródłem potencjalnych inwestycji dla wielu państw członkowskich. Stanowią znaczące wsparcie dla krajowych inicjatyw nie tylko w zakresie poprawy wydajności gospodarki, ale w tworzeniu miejsc pracy, zabezpieczania granic czy ochrony środowiska.

Dążąc do jak najlepszej realizacji swoich zadań, ETO powinien stale analizować i formułować wnioski z nich wynikające. Dlatego z zadowoleniem należy przyjąć wezwanie ETO do przyjęcia nowego podejścia w zarządzaniu inwestycjami i wydatkami środków UE poprzez wprowadzenie szeregu istotnych zmian w działaniach podmiotów odpowiadających za kontrolę środków unijnych.

4. Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (Aussprache)

4.1. Afghanistan – insbesondere die Morde in der Provinz Zabul

La Présidente. – L'ordre du jour appelle les débats sur des cas de violation des droits de l'homme, de la démocratie et de l'état de droit (article 135 du règlement) et tout d'abord le débat sur 7 propositions de résolution sur l'Afghanistan, notamment les massacres dans la province de Zaboul (2015/2968(RSP)).

Bodil Valero, *författare*. – Fru talman! Det är en oroväckande utveckling vi ser i Afghanistan – det sekteristiska och etniska våldet, mord, kidnappningar och attacker. Det har eskalerat och i synnerhet är det hazarerna, som är landets tredje största grupp och i huvudsak shia, som har drabbats.

Vi ser en utveckling där vissa talibangrupper anslutit sig till Daish och som vi alla vet är shia en av Daish måltavlor. När vi jämför med vad som sker i andra länder i Mellanöstern är det en mycket oroväckande utveckling.

Det krig som många av EU:s medlemsländer var delaktiga i i Afghanistan är inte slut. Det fortsätter, men med mindre medial uppmärksamhet när vi inte längre är där på plats. Det var rätt att lämna. Demokrati och en fungerande rättsstat kan inte skapas med militära medel. Vi behövs istället långsiktigt i Afghanistan med civila insatser för fred, demokrati, säkerhet etc. Att bygga en demokrati tar tid.

Förutom biståndet måste vi också visa från politikens sida att Afghanistan inte är glömt och att vi ser vad som händer. Det är i det perspektivet denna resolution spelar en roll. Resolutionen fördömer i starka ordalag de barbariska morderna på 77 hazarer. Den fördömer talibaners, al-Qaidas och Daish och andra gruppers många andra attacker mot alla delar av samhället. Den understryker vikten av att skydda de särskilt utsatta hazarerna och beklagar också de anhörigas sorg. Vi menar i resolutionen att kidnappningar ska ses som ett krigsbrott.

Det finns väldigt mycket mer med i resolutionen, men på en och en halv minut hinner man inte särskilt mycket.

Ignazio Corrao, *Autore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, credo che questi attacchi siano la conferma che da quarant'anni l'Afghanistan continua ad essere un popolo e uno Stato prigioniero del *business* della guerra, che ha creato fondamentalismo e che foraggia il terrorismo che stiamo vivendo.

E se è vero che, da un lato, la presenza delle truppe NATO è importante per evitare che tale Paese non finisca per diventare la base logistica di tutti i gruppi terroristici, è anche vero che dobbiamo riflettere sul ruolo delle truppe NATO in questi anni.

È chiaro che è stato un ruolo insufficiente e dobbiamo essere critici al riguardo perché, da un lato, abbiamo favorito quegli afgani furbi, anche ladri, che hanno svuotato le casse della *Kabul Bank* nonché le società che hanno sfruttato le risorse del Paese e, dall'altro, hanno continuato a prosperare i gruppi terroristici.

Credo che dovremmo promuovere un'azione più incisiva come Unione europea.

Mark Demesmaeker, auteur. – De terreur van Daesh heerst in delen van Syrië en Irak, maar de kanker zaait zich ook verder uit in Afghanistan. De gruwelijke moorden op leden van de Hazara-minderheid tonen aan dat de situatie steeds onveiliger wordt.

Er lijkt zich een verbond tussen de Taliban en Daesh te vormen. Ze vinden elkaar in de totale afkeer van een pluralistische Afghanistan. Dit kwaad kan niet omgaan met de religieuze, etnische en culturele minderheden. Zij verwerpen vrouwenrechten, democratie en de principes van de rechtsstaat.

Maar het volk is bang van de jihadisten. Vorige week woensdag kwamen in Kaboel duizenden mensen op straat om uiting te geven aan gevoelens van angst en afkeer. Maar ze richten hun pijlen ook op de Afghaanse regering van president Ghani. Die schiet te kort bij de bescherming van de eigen bevolking. Corruptie en rivaliteit tussen de verschillende clans ondermijnen de geloofwaardigheid en de slagkracht van de overheid. Nog al te vaak wordt loyaliteit afgekocht ten koste van mensenlevens, ten koste van mensenrechten. De eenheidsregering in Kaboel moet het geweer van schouder veranderen en de Unie moet daar mee op toezien. Volgend jaar staat er een conferentie over Afghanistan in Brussel op de agenda. Gezien de huidige omstandigheden zal een sterk Europees engagement van essentieel belang zijn.

Tomáš Zdechovský, Autor. – Paní předsedající, Evropská unie nesmí násilí páchané na menšinách, jako je to v afghánské oblasti Zábul, ponechat bez reakce. Zde došlo k unesení a následnému zmasakrování sedmi civilistů včetně žen a malého dítěte z menšiny Hazara.

A nejedná se o první a ojedinělý případ, kdy došlo k potlačování práv této menšiny. K obdobným incidentům dochází pravidelně déle než dva roky. Unosy a vraždy civilistů jsou vážná porušení mezinárodního humanitárního práva, které jsou povinny dodržovat všechny bojující strany. I ty v Afghánistánu.

Já a moje frakce jednoznačně odsuzujeme útoky Tálibánu, Al-Káidy, Islámského státu a dalších teroristických organizací proti afghánským civilistům, bezpečnostním složkám a demokratickým institucím a celé občanské společnosti.

Petras Auštrevičius, author. – Madam President, the ongoing indiscriminate attacks by the Taliban and other insurgency groups have led to a sharp rise in civilian deaths. The brutal killing of Hazara civilians in the province of Zabul highlighted the fact that the local population remains under permanent threat.

In order to protect vulnerable groups, the vicious circle of violence needs to be broken. I urge the Afghan authorities to act swiftly and conduct an impartial and comprehensive investigation into those murders. I also appeal to them to do their utmost to fulfil their international obligations by ensuring equal human rights for women and putting an end to the impunity of national security forces.

However, can we expect human rights without a lasting peace, security and a sustainable state? I do not think so. It is feared that, with the gradual international disengagement and fatigue with Afghanistan, respect for human rights might deteriorate even further. A lasting solution to the current situation will depend on whether the government upholds its commitments on human rights. It will also require the continued support of the international community in the fight against insurgency and in the development of resilient Afghan institutions.

Pier Antonio Panzeri, Autore. – Signora Presidente, onorevoli colleghi, è l'ennesima strage di sette civili di origine hazara, che si inserisce in una lunga storia di persecuzione subita da questo gruppo etnico. Da sempre discriminati e sottoposti a politiche economiche e fiscali inique, gli hazara hanno sempre vissuto ai limiti della sopravvivenza economica e la loro regione, l'Hazarajat, è stata da sempre mantenuta sottosviluppata, priva di strade, scuole e ospedali.

Oggi gli hazara sono ufficialmente riconosciuti dalla nuova Costituzione dell'Afghanistan e hanno ottenuto il pieno diritto di cittadinanza. Ma nonostante ciò temono il crescente potere dei talebani e di Daish, percepiti come una minaccia diretta alla loro comunità.

Ora, per noi sostenere il processo di pace in Afghanistan è il prerequisito per qualsiasi soluzione sostenibile e in quest'ottica bisogna lavorare attivamente in vista della Conferenza ministeriale sull'Afghanistan che si terrà a Bruxelles nel 2016.

Jaromír Štětina, za skupinu PPE. – Paní předsedající, byla zabita sedmičlenná rodina. Ta sedmičlenná rodina byla rodina hazárská. Myslím, že musíme povýšit naše zkoumání porušování lidských práv z této rodiny na celý hazárský národ.

Hazárové žijí v centrálním Hindúkuši Hazaradžátu. Jsou jich asi tři miliony a jsou soustavně a tradičně napadáni paš-tunskými kmeny už alespoň dvě stě let. A je to proto, že Hazárové jsou Šiité a navíc jsou nenáviděni kvůli své fyziog-nomii. Nezapomeňme, že to jsou potomci Čingischánových vojáků, který dobyl tyto části Afghánistánu už ve třináctém století. Proto musíme podporovat afghánskou vládu politicky a vojensky. My si nemůžeme dovolit opustit Afghánistán, protože zde hrozí vytvoření velkého teokratického nukleárního pákistánsko-afghánského celku.

Elnökváltás: GÁLL-PELCZ ILDIKÓ

alelnök

Afzal Khan, on behalf of the S&D Group. – Madam President, we have all seen the heartbreaking pictures of the protesters carrying the coffins of seven Hazaras, including children. A string of kidnappings over the past year is fuelling concern among the community about the sectarian and ethnic conflict.

We strongly condemn these atrocious killings and kidnappings and stand with the Hazara group in its demand for justice and protection. We express our concern about the worsening security situation in Afghanistan. It is essential that cooperation in the region be intensified, particularly between Afghanistan and Pakistan. All neighbours in the region must play a constructive role in fighting the terrorism threat and promoting an Afghan peace process.

The EU and the international community should assist through diplomacy and negotiations. I welcome the decision to hold a comprehensive ministerial conference on Afghanistan next year in Brussels. The exodus reflects the despair of many Afghans and emphasises the need for a clear signal of international support to mitigate it. We must not forget Afghanistan.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Jonathan Arnott (EFDD), blue-card question. – This situation is truly a tragedy and it is one which is heartfelt by all of us. Will you agree with me that there are lessons to be learned from our military involvement in Afghanistan without a clearly defined military objective and strategy for what would happen next? If you do agree with me, how can those lessons be applied to the current situation in Syria?

Afzal Khan (S&D), blue-card answer. – Of course we should always be learning lessons, and the ultimate objective for Afghanistan, Iraq, Syria, or Libya is to bring about stability. That is the lesson we need to learn.

Today we need to be bringing stability in Syria, and it is good to see all the key players playing their part in order to achieve this. I look forward to a successful and stable Syria.

Javier Couso Permuy, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señora Presidenta, el otro día hablamos de cómo atajar la desestabilización, y Afganistán es un ejemplo clarísimo.

El señor Brzezinski nos recordaba cómo se financió a los talibanes para hacer un Vietnam para la Unión Soviética y ahora constatamos, quince años después -casi quince años después- de la nueva ocupación, el fracaso: no hay más democracia, no hay más derechos humanos; las mujeres siguen siendo asfixiadas, asesinadas y recluidas en sus casas; hay más violencia y hay un fortalecimiento de los talibanes.

Yo creo que hay que dar la vuelta; hay que pensar las cosas de otra manera. Y tendríamos que hacerlo con una retirada y, sobre todo, con una vuelta a las Naciones Unidas: a una transición con los auspicios de las Naciones Unidas.

Además, debemos dar confianza: deben cesar los ataques con vehículos aéreos no tripulados de los Estados Unidos en Afganistán y en Pakistán. Es necesaria una investigación internacional sobre el ataque al hospital de Médicos Sin Fronteras.

No tengamos miedo. Cambiemos y probemos otras cosas, sobre todo la legalidad internacional.

Eva Joly, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, Koundouz, cette ville stratégique du Nord-Est de l'Afghanistan, est tombée fin septembre entre les mains des talibans. Le coup est dur pour un gouvernement dont la légitimité repose sur une promesse, celle d'un État qui ne s'effondrera pas parce que ses forces de sécurité sont capables de protéger les villes.

Un rapport d'enquête, publié il y a maintenant une semaine, explique la déroute par une complexité de la chaîne de commandement. Pour dire les choses telles qu'elles sont, c'est la corruption d'une partie des hauts gradés de l'armée qui est pointée du doigt, nommée, pour ne pas dire achetée, par l'ancien président Karzai. Leur échec soulève en Afghanistan un vent de panique. La corruption est l'ennemie de la paix et cette dernière semble s'éloigner un peu plus au fur et à mesure que les talibans, et maintenant Daesch, poursuivent leurs exactions.

Alors que peut faire l'Union européenne? Il faut déjà commencer par ne pas oublier l'Afghanistan au moment où tous les regards se tournent vers la Syrie, car c'est bien toute la région qui est concernée par la menace Daesch et nos actions à Raqqa auront nécessairement un impact à Kaboul. Ensuite, il faut pousser et aider le président Ghani à mettre en œuvre une lutte sans relâche contre la corruption, qui doit commencer par la mise de l'armée sur de bons rails. Les Afghans méritent que nous ne les abandonnions pas à leur sort.

Udo Voigt (NI). – Udo Voigt (NI). – Frau Präsidentin! Ich habe den Eindruck, dass mit solchen Entschließungsanträgen hier die Asyl-Lobby immer wieder versucht, die Rückführung von afghanischen Migranten zu verhindern.

Wir müssen einfach erklären, die Politik in Afghanistan – der Militäreinsatz – ist gescheitert. Wir sollten uns eigentlich auch, bevor wir uns um Afghanistan, Kambodscha oder Bangladesch kümmern, um die Menschenrechtsverletzungen in Europa kümmern und vor der eigenen Tür kehren. Denn in Frankreich werden Künstler wie Diendoné verurteilt wegen politisch nicht korrekter Meinungen. In Österreich geht man für 15 bis 20 Jahre in Haft für politisch nicht korrekte Meinung. In Deutschland wurde vor kurzem eine 87-jährige Frau, Frau Haverbeck, verurteilt wegen ihrer Meinung, 12 000 Ermittlungsverfahren wegen Meinungsdelikten in Deutschland, 1 000 Verurteilungen mit Gefängnis in Deutschland sprechen eine eigene Sprache.

In Deutschland will man eine Partei, die NPD, verbieten. In Griechenland wurde die politische Führung inhaftiert, und man will eine ebenfalls eine Partei verbieten. Solche Dinge sollte man erst in Europa unterlassen, bevor man woanders was macht.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já jsem se rozhodl poté, co jsem si vylechl autorku Valerovou, že změním obsah svého příspěvku, protože mě k tomu paní kolegyně, která už zde není, vyprovokovala. Ta za chybu označila rychlé stažení z Afghánistánu právě vojsk koalice. No to považuju za téměř vtíp, protože dnes už i demokratičtí kandidáti na amerického prezidenta uznávají, že právě rychlé stažení z Iráku a z Afghánistánu vytvořilo to mocenské vakuum, z něhož sílí a čerpají takové destrukční živly, jako je Dá'iš a Tálibán.

Já bych chtěl říci, že na tomto vakuu právě potom je vytvářen prostor pro vraždy, etnické čistky, národnostní čistky a vlastně ty jevy, které zde odsuzujeme. A pokud si myslíme, že můžeme s takovýmto necivilizačním hnutím bojovat způsobem, že napíšeme nějaké usnesení, tak jsme na hlubokém omylu.

(Řečník souhlasil s tím, že odpoví na otázku položenou zvednutím modré karty (čl. 162 odst. 8 jednacího řádu).)

Bodil Valero (Verts/ALE), fråga ("blått kort"). – (första orden ohörbara) i salen fortfarande och jag sa inte vid något tillfälle att det inte var rätt att dra tillbaka trupperna. Jag sa att det var rätt att lämna Afghanistan. Det var rätt att lämna Afghanistan och att vi behöver mer civila insatser, bistånd och annat för att säkra demokrati och säkerhet m.m. Jag menar att det var rätt att vi lämnade 2014.

Stanislav Polčák (PPE), odpověď na otázku položenou zvednutím modré karty. –K vaší otázce, já si to hluboce nemyslím. Já si nemyslím, že rychlé opuštění Afghánistánu a Iráku vytvořilo mír a dobrou situaci v té části světa. To, co zde prezentujete, to je skutečně názor, který dnes odmítají i ti, kteří se na rychlém stažení z Afghánistánu podíleli, to znamená administrativa pana prezidenta Obamy.

Δημήτριος Παπαδημούλης (GUE/NGL). – Κυρία Πρόεδρε, αυτές οι παράλογες δολοφονίες στο Αφγανιστάν μπορεί να ισοδυναμούν με εγκλήματα πολέμου. Αυτά δεν είναι δικά μου λόγια, αλλά δήλωση της ειδικής αποστολής του ΟΗΕ που πήγε στην περιοχή πριν δύο περίπου εβδομάδες.

Εμείς στην Ευρώπη, λοιπόν, οφείλουμε να αντιστοιχιστούμε με αυτά που λέει ο ΟΗΕ και να αναγνωρίσουμε στα άτομα που φεύγουν από το Αφγανιστάν, προκειμένου να σώσουν τους εαυτούς τους και τα παιδιά τους, το καθεστώς των προσφύγων που προέρχονται από εμπόλεμη ζώνη, όπως συμβαίνει και με τους ανθρώπους που φεύγουν, για να μην έλθουν αντιμέτωποι με τους παρανοϊκούς του ISIS, από τη Συρία.

Η Ευρώπη της δημοκρατίας, της ελευθερίας, των δικαιωμάτων δεν μπορεί να κάνει διακρίσεις στα θύματα πολέμου και στα θύματα της τρομοκρατίας ανάλογα με την εθνικότητά τους. Πρέπει να συμβάλουμε λοιπόν και σε ειρηνευτικές πρωτοβουλίες και σε αναπτυξιακή βοήθεια, αλλά και να εξασφαλίσουμε για τους Αφγανούς το καθεστώς του πρόσφυγα σύμφωνα με όσα προβλέπει ο ΟΗΕ.

Pavel Svoboda (PPE). – Paní předsedající, mluvíme-li dnes o Afghánistánu, je třeba říci, že jeho mimořádně obtížná situace nevyplyná jen z okolností, které mají původ v Afghánistánu samotném, ale také ze situace v celém regionu. Bezpečnost všech občanů Afghánistánu včetně nejrozličnějších menšin je prvním předpokladem další stabilizace rozvoje této země.

Zemi, na jejímž území operuje hned několik teroristických organizací najednou, nesmíme ponechat jejímu osudu. Je třeba i nadále poskytovat pomoc afghánské vládě, aby byla stále více schopna zajišťovat bezpečí svých občanů. Otřesné vraždění příslušníků jedné z menšin nám stále připomíná, že situace v Afghánistánu je extrémně složitá. Přesto však existují nyní příklady, které dávají naději, že je možné situaci zlepšit a udržet pozitivní trend. Je však třeba, aby Evropská unie k nastolení tohoto pozitivního trendu přispěla a svou pomoc neomezovala.

„Catch the eye” eljárás

Michaela Šojdrová (PPE). – Paní předsedající, považuji za správné, že Evropský parlament se chce vyjádřit k situaci v Afghánistánu. A jsem také ráda, že hlas, který tady zaznívá, jde napříč politickým spektrem.

Myslím, že nemůžeme mlčet k násilnostem ze strany Tálibánu namířeným zejména proti etnické menšině Hazárů, a považují za naši povinnost podpořit hlas deseti tisíců demonstrantů z ulic z Kábulu. Ono to má velkou souvislost ze situací migrační krize, kterou tady často v Evropském parlamentu diskutujeme. Vždyť Afghánci tvoří po utečencích ze Sýrie, kterých je dvacet procent, druhou nejpočetnější skupinu v Evropské unii. Je to téměř sedm procent žadatelů o azyl, kteří přicházejí právě z Afghánistánu. A důrazně se tedy připojuji k urgentní výzvě Evropského parlamentu směrem k prezidentovi Ghanímu a premiérovi Abdulláhovi, aby přijali vhodná opatření k řešení současné neutěšené situace hrubého porušování lidských práv.

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, η κατάσταση στο Αφγανιστάν είναι οξυμένη καθώς αυξάνονται οι ένοπλες συγκρούσεις και το Daesh απλώνει τα πλοκάμια του συνεργαζόμενο με τους Ταλιμπάν, με αποκορύφωμα τις σφαγές των Χαζάρων. Ταυτόχρονα, έχουμε απώλειες αθώων ανθρώπων, όπως με το βομβαρδισμό του νοσοκομείου των Γιατρών Χωρίς Σύνορα στο Κοντούζ. Ενέργεια την οποία οι Ηνωμένες Πολιτείες ομολόγησαν, πλην όμως χθες την απέδωσαν σε λάθος.

Υπό αυτές τις συνθήκες το Αφγανιστάν κινδυνεύει να μετατραπεί σε προσφυγική βόμβα. Ήδη ενάμισι εκατομμύριο Αφγανοί πρόσφυγες βρίσκονται στο Πακιστάν και άλλοι τετρακόσιες πενήντα χιλιάδες βρίσκονται στο Ιράν, ενώ πάνω από το 20% των προσώπων που κατέκλυσαν την Ελλάδα τους τελευταίους μήνες, αλλά και τις άλλες ευρωπαϊκές χώρες, προέρχονται από το Αφγανιστάν.

Προκειμένου, λοιπόν, να μη βρεθούμε στην ίδια κατάσταση όπως με το προσφυγικό ρεύμα της Συρίας, πρέπει να ενισχυθεί η σταθερότητα και η οικονομική ανάπτυξη του Αφγανιστάν, να αναλάβουν τη φιλοξενία προσφύγων του Αφγανιστάν οι χώρες του ΝΑΤΟ που διεξάγουν πολεμικές επιχειρήσεις στο Αφγανιστάν, ενώ το ίδιο ισχύει για την Κίνα, τη Ρωσία και το Ιράν που συνορεύουν με τη χώρα αυτή.

Илхан Ключюк (ALDE). – Г-жо Председател, уважаеми колеги, Европейският съюз е неизменен поддръжник и участник в процесите по възстановяване на Афганистан от 2001 г. насам. Както и преди 15 години, днес ние също заставаме за мирен, демократичен и стабилен Афганистан. В страната се случиха някои позитивни неща, но за съжаление тя продължава да бъде люлка на тероризма и екстремизма, което доведе до хиляди невинни жертви.

Напоследък ставаме свидетели на етнически конфликт, а големи групи от малцинствата биват насилвани и атакувани. След като САЩ и други членове на НАТО изтеглиха своите войски от Афганистан, ситуацията в страната очевидно се е влошила. Ние не можем да я оставим сама, защото там текат много обезпокоителни процеси. Талибаните действат все по-активно, а в повечето провинции наблюдаваме и сериозно присъствие на „Ислямска държава“.

Необходимо е да подкрепим властите, за да гарантират сигурността на невинното население. Трябва да работим съвместно, за да изтъргнем тероризма и екстремизма от страната, защото той е заплаха за цялата глобална сигурност.

Patricija Šulin (PPE). – Hvala za besedo, predsedujoča. Številne grobe kršitve človekovih pravic v tretjih državah terjajo od vseh nas jasno in odločno obsodbo ter poziv k takojšnjemu koncu vseh nasilnih dejanj. Etična in sektaška preganjanja, ugrabljanje in pobijanje civilistov, zatiranje opozicije, številni napadi na svobodo izražanja, proti novinarjem, bloggerjem in civilni družbi. Vse to so zavržna dejanja, ki jih moramo enotno obsoditi ter zahtevati od oblasti, da spoštujejo načela pravne države, spoštovanje človekovih pravic in temeljnih svoboščin.

Potrebno je tudi odločno obsoditi vojne zločine, terorizem in financiranje terorističnih operacij in okrepiti delovanje demokratičnih institucij.

Letošnji prejemnik nagrade Saharova za svobodo misli za leto 2015 je Raif Badavi, blogger, pisatelj in aktivist iz Savdske Arabije, ki je bil zaradi kritike islama obsojen na deset let zapora in tisoč udarcev z bičem. Z izborom Badavija smo v Evropskem parlamentu dali jasno sporočilo, da pravice do svobode izražanja ne smemo odreči in kratiti nikomur.

(„A catch the eye” eljárás vége.)

Kristalina Georgieva, Vice-President of the Commission. – Madam President, that is very kind of you. Let me start by expressing the regrets of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy, Federica Mogherini, for not being able to take part in the debate. I am happy to stand up on her behalf.

After the events in Kunduz in early October, we have now had to witness the cruel beheading of a group of Shia Muslims belonging to the Hazara community in the southern province of Zabul by anti-government elements. The EU has firmly condemned this attack, as well as other recent brutal and barbaric acts of violence in Afghanistan. We have extended our sincere condolences to the families of the victims, including women and children who were abducted last month and executed between 6 and 8 November.

These new atrocities coincide with a growing number of violent clashes between insurgent groups, whether different Taliban-affiliated groups or those linked to Daesh. So far no group has claimed responsibility for the beheading of the seven people. The perpetrators must be found and held accountable for their crimes. Once again, we call on all parties to the armed conflict, including all anti-government elements, to uphold international law.

The continued targeting of Hazaras risks fuelling ethnic tensions within Afghanistan. As many of today's speakers mentioned, on 11 November there was a mass demonstration in Kabul, with reportedly more than 20 000 men and women grieving the brutal loss of life and protesting about what happened in Zabul. The demonstrators were mainly Hazaras, but they also included other ethnic groups – Pashtuns, Tajiks, Uzbeks and others.

We should keep in mind that the ever-present security threat in Afghanistan remains one of the main contributors to increased migration, both to neighbouring countries and to the EU. The deteriorating security situation, with a record level of terrorist attacks and the civilian casualties stemming from them, plus a deteriorating economic situation and limited employment opportunities for educated young people: these are the origin of migratory pressures, and we in Europe are directly affected. We need to act.

We have our 2014-2016 EU Strategy for Afghanistan. It flags, as a first objective, the promotion of peace, security and regional stability, and it is in this perspective that the EU has agreed to co-host next year's ministerial conference on Afghanistan, in October 2016. This conference in Brussels will further foster the stabilisation process in Afghanistan, where strong Afghan leadership, combined with continued international solidarity, is needed to send a signal of renewed hope, confidence and positive change.

We have a challenging security situation, grave human rights violations, a fragile political situation and a very dire economic situation. They all cause further risks of destabilisation and the continued flow of Afghan refugees and migrants – people fleeing because of that loss of hope. It is all the more urgent that the Government of Afghanistan and all partners in the region engage credibly to end the conflict and ensure a stable environment with the support of the international community. An Afghan-led and Afghan-owned peace process remains the prerequisite to any sustainable solution. On this path, the EU stands firm in its commitments to Afghanistan and to its people.

Elnök asszony. – A vita lezárásához hét állásfoglalási indítványt kaptam.

A vitát lezárom.

A szavazásra 2015. november 26-án, csütörtökön kerül sor.

Irsabeli nyilatkozatok (162. cikk)

Monica Macovei (ECR), in writing. – I call for implementation of the provisions of the National Action Plan to end torture by initiating investigations and prosecutions based on the UNAMA findings, which are extremely important. Violence and human rights violations have led to widespread corruption and death, how long will it take for us to respond to the global atrocities and stop the bloodshed? Seven members of the Shia Hazara ethnic group, including three women and a child, were found with their throats cut on Sunday in an incident police blamed on Islamic State militants. The fighting in one of the Taliban's traditional southern strongholds, underlines the risk of fragmentation facing the Islamist movement.

I agree that we must work with the NATO-led International Security Assistance Force (ISAF) in order to assist and aid the Afghan National Security Forces. (ANSF) These are the forces that have the greatest competences when it comes to fighting ISIS and other militants, since they have first-hand fighting experience against them.

Tadeusz Zwiefka (PPE), na piśmie. – Pomimo wieloletniego zaangażowania Unii Europejskiej oraz poszczególnych państw członkowskich w poprawę sytuacji w Afganistanie, kraj ten pozostaje jednym z najbardziej niebezpiecznych regionów świata. Zamachy, rebelie oraz bratobójcze walki wciąż zbierają krwawe żniwa wśród ludności cywilnej. Ginią bezbronne kobiety i dzieci. Najbardziej narażeni na prześladowania są przedstawiciele afgańskich mniejszości etnicznych i religijnych. Niechlubnym tego przykładem jest mord dokonany na siedmiu członkach ludu Hazarów. Ciała porwanych i bestialsko zamordowanych przez ISIS, w tym dwóch kobiet i dziecka, zostały znalezione w prowincji Zabul (południowo-wschodni Afganistan). Unia Europejska jako główny strażnik praw człowieka nie może beczynnynie przyglądać się barbarzyństwu i terrorowi, jakiemu poddawana jest ludność afgańska. Sprawcy mordów muszą zostać ukarani – domagają się tego protestujący Afgańczycy.

Należy przedsięwziąć niezbędne środki do zwiększenia bezpieczeństwa i przywrócenia równowagi w tym rejonie. Pokój i polityczna stabilizacja są podstawą do zapewnienia rozwoju i przyszłości afgańskiego społeczeństwa.

4.2. Kambodscha

Elnök asszony. – A következő napirendi pont: Kambodzsa (2015/2969 (RSP))

Kazimierz Michał Ujazdowski, autor. – Pani Przewodnicząca! Nie możemy godzić się na praktykę łamania praw człowieka i elementarnych zasad cywilizowanych systemów politycznych w Kambodży. Dochodzi do represji politycznych, do skazywania na kary więzienia, aresztów przedstawicieli lidera opozycji, przedstawicieli ugrupowań opozycyjnych. To nie jest w żadnym razie nawet ostra walka polityczna, to jest po prostu sięganie po barbarzyńską broń prawa karnego, do tego by niszczyć opozycję polityczną.

Musimy na to reagować, tak jak reagowaliśmy ponad dwadzieścia lat temu na zło i praktykę komunizmu w Europie, który dopuszczał się tego samego, co dziś dzieje się w Kambodży. Stąd potrzeba tej rezolucji, ewidentna, silna potrzeba tej rezolucji. I jeszcze jedno: musimy być w tej sprawie konsekwentni. Bardzo wiele zależy od Komisji Europejskiej i od Rady Europejskiej. Powinniśmy być konsekwentni i uzależniać pomoc humanitarną od przestrzegania elementarnych standardów.

Ignazio Corrao, Autore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, le palesi violazioni dei diritti umani e le repressioni cui assistiamo in Cambogia possono essere riassunte nel perfetto connubio tra riciclaggio, corruzione e la politica cambogiana.

Chiaramente esiste altresì una grossa speculazione da parte degli investitori e delle multinazionali straniere. Infatti, la Cambogia è di fatto un Paese in vendita e sono in vendita sia le risorse – quindi, le foreste, i laghi, il petrolio – sia i diritti umani, i diritti delle 700.000 persone che sono state sfollate per favorire gli investimenti sull'agricoltura, il *land grabbing*, come pure sono in vendita i diritti degli operai, dei bambini e delle donne che lavorano nel settore dell'abbigliamento, che poi ci ritroviamo nel nostro mercato.

Nei confronti della Cambogia probabilmente non abbiamo mai preso una posizione forte e ferma e con questa risoluzione è arrivato il momento di farlo.

Bogdan Brunon Wenta, autor. — Pani Przewodnicząca! W imieniu grupy PPE chciałbym wyrazić zaniepokojenie pogarszającą się sytuacją polityczną w Kambodży. Brak dialogu strony rządowej z innymi partiami politycznymi, akty przemocy wobec członków Zgromadzenia Narodowego, wydanie nakazu aresztowania głównego lidera opozycji Sama Rainsy'ego prowadzą do niebezpiecznego punktu krytycznego, zwłaszcza jeżeli chodzi o respektowanie praw człowieka w Kambodży.

Należy podkreślić, że Unia Europejska jest największym partnerem Kambodży w zakresie pomocy rozwojowej z budżetem 410 mln EUR na lata 2014-2020, dlatego wzywa się rząd Kambodży, premiera Hun Sena do poprawy sytuacji w kraju poprzez bezwarunkowe zwolnienie działaczy niesłusznie oskarżonych, uchylenie ustawy ograniczającej działalność stowarzyszeń i organizacji pozarządowych, przywrócenie immunitetu parlamentarnego Rainsy'emu oraz uznanie roli społeczeństwa obywatelskiego w Kambodży. Proszę również, wysoką przedstawiciel, o monitorowanie sytuacji w tym kraju oraz współpracę rządu w celu przywrócenia zasad demokracji.

Cecilia Wikström, författare. – Fru talman! Kambodja har en alldeles särskild plats i mitt hjärta och därför är det mycket smärtsamt att se Hun Sen-regeringens tilltagande och upptrappade aggressivitet mot den legitima politiska oppositionen.

Elva oppositionspolitiker har fängslats efter väldigt bristfälliga rättegångar och har tilldömts långa, långa straff, anklagade för att ha lett ett uppror. Här hade vi kallat det legitim oppositionspolitik. Sam Rainsy, oppositionsledaren, är ånyo satt i landsförsvarning. Han anklagas för ärekränkning. Här skulle han ha varit rubricerad som en legitim oppositionsledare som framför berättigad kritik. Jag är glad att han är med oss här på läktaren idag. Rättsväsendet har blivit genompolitiserat och oppositionspolitiker misshandlade.

Jag är glad att vi idag antar denna resolution, för mötesfrihet och yttrandefrihet tillhör alla. I Kambodja har oppositionen systematiskt frångått dessa grundläggande rättigheter. Jag är lycklig och glad att vi gör detta idag. Det är viktigt för vår trovärdighets skull.

Pier Antonio Panzeri, Autore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, la situazione politica in Cambogia è andata deteriorandosi. Il 13 novembre il governo ha emesso un mandato di arresto contro il leader dell'opposizione, lo ha privato del suo status di legislatore e della sua immunità parlamentare e, come è stato ricordato, 11 attivisti dell'opposizione stanno scontando pene tra 7 e i 20 anni di prigione.

Il 26 di ottobre un gruppo di manifestanti filogovernativi ha brutalmente aggredito a Phnom Penh due parlamentari del partito di opposizione. Quindi è giusto che si alzi la voce del Parlamento europeo: è necessario che il governo revochi il mandato d'arresto e tutte le accuse emerse contro il leader di opposizione, gli attivisti, i membri dell'Assemblea nazionale e del Senato.

Noi riteniamo che il dialogo politico sia essenziale per la stabilità politica ma, per realizzare questo, le autorità di governo devono cessare di perseguire i difensori dei diritti umani, rilasciare immediatamente e senza condizioni tutte quelle persone imprigionate in seguito ad accuse politicamente immotivate e inventate.

Marie-Christine Vergiat, auteur. – Madame la Présidente, je voudrais tout d'abord m'excuser de ne pas avoir pu participer au débat précédent, mais j'étais retenue par une réunion de la délégation de coordination des missions électorales où je représente mon groupe.

La situation au Cambodge est pour le moins préoccupante, tant au plan économique et social qu'au niveau politique. En juillet, nous avons dénoncé la loi sur les ONG et une loi analogue vise désormais les syndicats. C'est l'un des pays les plus pauvres du monde, par habitant. Un tiers de la population vit en deçà du seuil de la pauvreté, le taux du chômage des jeunes dépasse les 50 % et environ 1 000 000 de personnes ont été victimes de l'accaparement des terres au bénéfice notamment de grandes entreprises multinationales de l'agroalimentaire et le phénomène semble s'aggraver. Clientélisme et corruption font des ravages.

La crise politique s'aggrave depuis les élections de juillet 2013. Répression et harcèlement sont le lot quotidien des opposants au régime et de tous les militants, y compris associatifs. Il faut user de notre poids, oui, pour ramener le Cambodge dans la voie du dialogue et avant que la situation ne continue de se dégrader. C'est possible dans ce pays très dépendant de l'aide internationale.

Jiří Pospíšil, za skupinu PPE. – Paní předsedkyně, já se chci přidat ke svým předřečníkům, chci upozornit na jeden fakt, že jsme o situaci v Kambodži nedávno zde na plénu Parlamentu hovořili, upozorňovali jsme na to, že v Kambodži se přijímají zákony, které potírají neziskový sektor, které jsou v rozporu s občanskou společností a de facto znemožňují zakládat neziskové, nestátní a odborové organizace.

Nicméně naše usnesení proti Kambodži kambodžská vláda vůbec nevzala v potaz a přesto tyto zákony vyhlásila. Je dobré toto tady říci, že naše usnesení bohužel Kambodža nebere v potaz přesto, že jsme hlavním partnerem Kambodže, bylo to tady řečeno, v následujících letech dodáme několik set milionů EUR na rozvoj této země. Myslím si proto, a to je má výzva a prosba vůči zástupkyni Komise, že by měla Komise vzít v potaz, na kolik budeme chtít poskytovat podporu Kambodži ve chvíli, kdy naše slova k tomu, aby byla respektována demokracie a právní stát, nejsou brána v potaz.

Josef Weidenholzer, im Namen der S&D-Fraktion. – Frau Präsidentin! Kambodscha ist eines der meistgeprüften Länder dieser Welt. Die Verbrechen des Pol-Pot-Regimes mit Millionen Toten werfen noch heute ihre Schatten über das Land. Es ist ein langer, schwieriger Weg zurück in die Normalität, unterbrochen von Rückschlägen, die von den Launen des Hun-Sen-Regimes abhängig sind. Im letzten Jahr kam es zu Einschränkungen der NGOs, der Zivilgesellschaft, der Gewerkschaften, und jetzt ist auch die demokratische Opposition betroffen.

Das hängt auch mit dem Erfolg des Oppositionsführers Sam Rainsy zusammen. Das macht die Regierenden nervös, und es führte zur Aberkennung seines Mandats, zur Anklage aus fadenscheinigen Gründen. Er ist heute im Exil, und er ist heute hier unter uns. Ich freue mich sehr, dass er unserer Debatte zuhören kann. Aber es wäre wohl im Interesse aller, könnte er heute in Phnom Penh sein und im kambodschanischen Parlament diskutieren. Das wünschen wir uns alle, und dazu fordern wir die kambodschanische Regierung auf, und auch die Kommission, uns dabei zu unterstützen. Vielleicht könnte er das Land endgültig aus dem Dunkel der Geschichte herausführen.

Ivan Jakovčić, u ime kluba ALDE. – Gospođo predsjednice, Europska unija će u periodu od 2014. do 2020. pomoći razvoju Kambodže s 410 milijuna eura. Rezultat te pomoći vidimo na način da i dalje imamo represivni režim koji krši ljudska prava, koji je doveo Kambodžu na rub siromaštva, a možda je i jedna od najsiromašnijih država na svijetu. Socijalna, ekonomska i politička situacija je represivna i uvjeren sam da u tom kontekstu moramo djelovati.

Zato podržavam ovu rezoluciju u uvjerenju da na taj način jasno signaliziramo demokratskim snagama u Kambodži, a pogotovo nevladinom sektoru u Kambodži, koji trebamo i dalje podržavati i pokušavati mu pomoći što je moguće više, šaljem jasan signal da se ne mirimo s postojećom situacijom i da tražimo promjene u toj zemlji kada govorimo o nevladinim udrugama, sindikatima i opoziciji.

Csaba Sógor (PPE). – Bár a legutóbbi időszak azzal a reménnyel kecsegtetett, hogy a kambodzsai politikai életben elindult változások meghozzák gyümölcsüket és a két párt között megvalósulhat valamiféle együttműködés, az elmúlt hónapok eseményei arra engednek következtetni, hogy túlonúl optimistán ítéltük meg a változások erejét. A kambodzsai kormány lépései egyértelműen az ellenzék és ezáltal a demokratikus versengés ellehetetlenítésének irányába hatnak. Ilyen körülmények között azt gondolom, hogy szoros figyelemmel kell követnünk az országban zajló eseményeket, különös tekintettel arra a tényre, hogy az Európai Unió a 2014-2020-as időszakra előirányzott 410 millió eurós fejlesztési támogatási programjával Kambodzsra legnagyobb ilyen jellegű partnere. Amennyiben komolyan gondoljuk a közösen vallott értékeink érvényesítését szerte a világban, akkor ennek az igénynek a fejlesztési politikában is teret kell kapnia.

Marc Tarabella (S&D). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, je voudrais me focaliser, tout en partageant les propos sur la situation politique qu'ont tenus tous les collègues, sur l'accaparement des terres, car en effet l'accord commercial avec l'Union européenne «Tout sauf les armes» autorise un accès au marché européen libre de toutes taxes et libre de quotas.

Évidemment, cet accord a des effets dramatiques sur les populations locales, notamment dus à la pratique consistant à chasser avec violence les paysans de leurs terres afin que celles-ci soient attribuées, via le mécanisme des concessions foncières économiques, à de grandes entreprises. L'entreprise sucrière britannique Tate & Lyle est probablement un des grands responsables. Des dizaines de milliers d'hectares sont soustraits aux paysans au nom de cet accord en faveur de multinationales.

Alors, devons-nous continuer dans cette voie? J'ai posé la question à la Commission, il m'a été répondu qu'il y aurait une révision à mi-parcours le 21 novembre 2017 «blablabla». Tout cela est du «blabla». Madame la Commissaire, j'ai une haute estime pour vous parce que vous faites partie des commissaires qui placent l'humain avant le *business*. Alors ce n'est pas après 2017 qu'il faudra réagir, mais c'est ici et maintenant qu'il faut prendre des mesures pour mettre sous surveillance ces accords et peut-être les corriger.

„Catch the eye” eljárás.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, cosúil leis na Feisirí eile aontaím gur cheart dúinn labhairt amach i gcoinne cad atá ag tarlú sa Chambóid faoi láthair, go háirithe ós rud é go bhfuilimid ag tabhairt a lán cabhrach dóibh; cabhair airgead, cabhair le cúrsaí trádála agus mar sin de.

Ach is léir freisin, cé go bhfuil an Chambóid sásta glacadh leis an gcabhair a thugaimid dóibh, nach bhfuil siad ag tabhairt cearta daonna do mhuintir na Cambóide i gcoinne agus nach maith leo lucht freasúra ach go háirithe. Ní féidir cur suas leis sin. Caithfear cearta daonna a thabhairt do chuile dhuine. Agus in aon tír, má tá rialtas agat caithfidh lucht freasúra a bheith ann comh maith. Agus mura dtarlaíonn sé sin, ní féidir linne gan rud éigin a dhéanamh faoi. Ba chóir dúinn i bhfad níos mó brú a chur ar údarás na Cambóide. Go háirithe an rud atá ag tarlú do Sam Rainsy agus a thuilleadh, caithfidh stop a chur leis sin.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, effectivement, corruption et clientélisme sont les caractéristiques des régimes autoritaires. L'Europe a le devoir de lutter partout contre ces agissements antidémocratiques, particulièrement lorsqu'elle apporte une aide au développement. La violation des droits de l'homme et l'emprisonnement des opposants politiques sont inacceptables pour nous Européens et nous devons parler d'une même voix pour défendre la démocratie au Cambodge, comme ailleurs. Le Cambodge, comme vous le savez, a une histoire tourmentée. Nous devons l'aider à retrouver la voie de la démocratie.

Madame la Commissaire, merci de bien vouloir ouvrir le dialogue avec le gouvernement cambodgien pour vérifier l'utilisation de l'aide européenne et veiller à ce qu'elle soit bien utilisée pour le retour à la démocratie.

Νότης Μαρίας (ECR). — Κυρία Πρόεδρε, στην Καμπότζη το καθεστώς του Χουν Σεν, που βρίσκεται στην εξουσία για πάνω από τριάντα χρόνια, έχει τις παραβιάσεις των ανθρωπίνων δικαιωμάτων στην ημερήσια διάταξη. Το ίδιο ισχύει και για την έλλειψη πολυφωνίας καθώς και τη φήμωση και τις διώξεις κατά της αντιπολίτευσης. Ταυτόχρονα, οι ένοπλες δυνάμεις και οι δυνάμεις ασφαλείας δρουν ανεξέλεγκτα καταστρέφοντας διαδηλώσεις και απεργίες.

Στο οικονομικό πεδίο η χώρα μαστίζεται από τη φτώχεια, παρότι η Καμπότζη είναι πλούσια χώρα με ορυχεία, ξυλεία, πετρέλαιο, αλλά ο λαός της Καμπότζης δεν έχει καρπωθεί τα έσοδα από την εκμετάλλευση των φυσικών πόρων της χώρας. Με κύριο στοιχείο τη διαφθορά και τη διαπλοκή των πολιτικών και των επιχειρηματιών, το 45% του εδάφους της χώρας έχει παραχωρηθεί για τους δήθεν επενδυτές, ενώ από το 2003 περίπου τετρακόσιες χιλιάδες άνθρωποι έχουν εκδιωχθεί από τη γη τους και το 14% της συνολικής γης έχει χαθεί από τα χέρια των μικροκαλλιεργητών.

Ενόψει της αναπτυξιακής βοήθειας που δίνει η Ευρωπαϊκή Ένωση στην Καμπότζη, πρέπει να ασκηθεί πίεση για την αποκατάσταση της δημοκρατίας.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE). – Madam President, first of all let me say that I am very happy that the Cambodian opposition leader Sam Rainsy is here today, together with Tiouloung Saumura, who is also a member of the Cambodian National Assembly. I welcome you both to this Chamber today. The message once again is clear: the Hun Sen government has to stop the political repression of political opposition and come back to respect for the rule of law and democracy. It is not the first time this Parliament has condemned such behaviour.

We also call on the EU to stop 'business as usual' with Cambodia. Let me remind you that the EU is the largest foreign donor to Cambodia. We call on Hun Sen and the National Assembly to reinstate Sam Rainsy immediately and to restore his parliamentary immunity. This is why I am so delighted that we are adopting this resolution today. Thank you very much, Sam Rainsy. You are an example to all of us. Democracy and non-violence will always win.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já mám za to, že to jsou skutečně spojené nádoby. To znamená, spojená nádoba naší pomoci, kterou poskytujeme Kambodži, ale i jejich respektu právě k požadavkům druhé strany.

My jsme zde schvalovali usnesení, která již jednou právě Kambodžu vyzývala, možná nejednou dokonce, k respektování politických práv. Kambodža je poměrně homogenní země, jak národnostně tak i nábožensky, a nemůže podle mého názoru přesunovat tuto homogenitu i do dalších oblastí, např. právě do oblasti lidských práv.

Ale také si myslím, že bychom si měli skutečně zamést i před vlastním prahem. Nadnárodní koncerny, které mají sídlo na území Evropské unie a do jisté míry využívají situaci v této zemi nebo dokonce plundrují tamější území a přírodu, to myslím, že bychom si měli vyřešit i u nás doma.

(A „catch the eye” eljárs vége.)

Kristalina Georgieva, Member of the Commission. –Madam President, on behalf of the Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy I would like to express gratitude for the debate on this topic today and to thank all the honourable Members of this Parliament who have taken part in it.

Recent actions against members of the opposition in Cambodia, described in detail by previous speakers, are indeed cause for serious concern and raise questions about the culture of dialogue on which the government and the opposition agreed in July last year.

I do not have to stress here in this Parliament how important the role of the opposition is in the democratic process. It is the nature and even the responsibility of an opposition to question and criticise the government and to hold them accountable to the public.

In Cambodia the EU has advocated for and supported a culture of dialogue established between the party of government and the main opposition party. We have stressed that dialogue should not prevent the opposition from playing its role and that it should not be used as an excuse for suppressing criticism.

We have urged both parties to work professionally and refrain from personal attacks and insults. The government, especially, is in a position of power and has therefore a particular duty to act with restraint and responsibility. Patience is the sign of strength and confidence.

We agree with speakers who called on the EU to monitor closely the evolution of the situation, and indeed this is what we are doing. It is important for Cambodia, for the country itself, to return to a path of engagement and cooperation. We issued a local statement expressing our deep concern about the violent attack on two opposition members of the National Assembly, and we have also been using diplomatic channels to urge both parties to cooperate constructively and to return to the spirit of the culture of dialogue, as was agreed last year.

We believe that a strong democracy that allows for constructive debate about policy alternatives is in the interests of Cambodia and its people if the country is to grow and develop. The EU will continue to use its resources, including our development assistance that includes EUR 120 million for good governance and administration in Cambodia, to support that process.

Elnök asszony. – A vita lezárásához hét állásfoglalási indítványt kaptam.

A vitát lezárom.

A szavazásra 2015. november 26-án, csütörtökön kerül sor.

4.3. Recht auf freie Meinungsäußerung in Bangladesch

Elnök asszony. – A következő napirendi pont:

A véleménynyilvánítás szabadsága Bangladesben (2015/2970 (RSP))

Jean Lambert, author. – Madam President, I very much regret the need for this resolution today, but we know that the debate will be watched in the Bangladeshi press, and I think that is positive.

In my visits to Bangladesh as Chair of Parliament's relevant delegation, we have seen a very vibrant press in the past, but it certainly feels under attack now. We know that governments and politicians in general do not always like a vibrant press, but it is part of democratic development, as are active NGOs and civil society. Indeed, much of Bangladesh's considerable development in terms of gender equality, child nutrition and climate change adaptation is a result of civil society working with government.

I think that it is really important that there should be general political condemnation of violent attacks and death threats against journalists, bloggers, writers and indeed the public in general. We need a high-quality justice system that acts impartially to put forward the best interests of the people and bring perpetrators to justice. We would certainly hope that the government will put in place a system of protection for those at risk and for members of the political opposition too, because they have also been under attack in many circumstances. There is a need for political agreement in Bangladesh to move the country forward.

Ignazio Corrao, Autore. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nonostante le garanzie previste dalla Costituzione, dal Codice penale e dall'atto che proibisce le torture, sparizioni, l'uso della tortura e altra forma di maltrattamento continuano a persistere in Bangladesh. Negli ultimi anni sono stati uccisi numerosi scrittori laici, blogger ed editori solo perché esprimevano le loro opinioni.

Invece di fornire aiuto nell'affrontare questa oltraggiosa ingiustizia, le istituzioni politiche e statali hanno iniziato ad incolpare le vittime stesse, facendo peggiorare le cose. Ci sono gravi e credibili accuse di torture per confessioni forzate e di persone arrestate. Vorrei menzionare il caso dell'uccisione dell'italiano Cesare Travella.

Le autorità del Bangladesh devono intraprendere indagini trasparenti sull'uccisione dei blogger in stretta conformità con le garanzie costituzionali di diritto al giusto processo, identificando gli autori di tali crimini.

L'Unione europea deve richiamare le autorità del Bangladesh ad assumere impegni pubblici per garantire che anche i membri dei partiti politici siano liberi di esprimersi e di riunirsi. E vanno immediatamente rilasciati i membri dei partiti di opposizione che sono stati incarcerati per aver partecipato ad assemblee segrete.

Charles Tannock, author. – Madam President, the recent murders and violence perpetrated against secular and atheist bloggers, journalists and activists in Bangladesh are clearly acts of terrorism and deserve our utmost condemnation. They are part of a wider vision intended to destabilise Bangladesh's fragile secular democracy and to establish an Islamist, Sharia-based medieval state in that country, led by Jamaat-e-Islami and splinter groups. The Bangladesh Government, though far from perfect, is committed to protecting the right to freedom of expression for its citizens but is doing so in very difficult circumstances.

As we battle against terrorism in our own countries, with all our economic advantages, we are seeing how difficult that task is in Europe. Nevertheless, the balance between the need to protect citizens' rights and the ideals of ensuring universal freedom of expression and religion is always a delicate one and is something of which we should remain mindful when we are discussing or criticising Bangladesh. Today's resolution is a positive one, but we must not fall into the trap of demanding safeguards and protection for people while simultaneously criticising all measures introduced to protect a modern secular state such as that of Bangladesh.

Cristian Dan Preda, Autor. – Doamna președintă, așa vrea să spun, după cum au subliniat și doamna Lambert și domnul Tannock, că discutăm despre o țară în care libertatea de expresie, libertatea media există și oricine poate vedea asta în Bangladesh. Numărul de ziare și disputele care au loc în presă sunt o dovadă.

Pe de altă parte e îngrijorător ce se întâmplă în ultimul timp, și anume amenințările cu moartea și agresiunile la adresa unor jurnaliști sau a unor bloggeri.

E de salutat faptul că guvernul s-a angajat să practice o politică de toleranță zero față de aceste abuzuri. Desigur că sunt foarte multe de făcut.

Nu trebuie uitat, de altfel, așa cum spunea și domnul Tannock, că discutăm despre o țară în care valoarea laicității este importantă, dar care, pe de altă parte, se află sub amenințarea ISIS care ne preocupă pe noi aici în egală măsură.

Cerem guvernului să asigure protecția efectivă a tuturor jurnaliștilor și bloggerilor care nu apără cauze islamiste radicale.

Dita Charanzová, author. – Madam President, freedom of speech and expression is fundamental to all democracies, including Bangladesh. The Bangladeshi Constitution guarantees these freedoms to all of its citizens in Article 39. It also states that only reasonable restrictions can be imposed on these freedoms. I believe we would all agree that murder at the hands of religious extremists for writing an internet blog is not a reasonable restriction. These acts of extremist violence are nothing less than acts of terrorism, terrorist acts on a par with the attacks on Charlie Hebdo in Paris.

We are ready to work with the Bangladeshi Government to fight such terrorists and to help them to counter extremist movements in their country, but the government must also continue to work to make clear to its citizens, through its words and deeds, that there can be no justification for these crimes. No offence to religion or morality can justify murder.

Pier Antonio Panzeri, *Autore*. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, il 6 agosto 2014 il governo del Bangladesh ha deciso una nuova politica dei media, con lo scopo di limitare la libertà, vietando ogni discorso contro lo Stato, che mette in ridicolo l'ideologia nazionale e non coerente con la cultura del Bangladesh, limitando inoltre la divulgazione di notizie riguardanti ribellioni e violenze.

Il 31 ottobre scorso è stato ucciso l'editore Faisal Arefin Dipon e un altro editore è stato gravemente ferito. Negli stessi giorni l'Ansarullah Bangla Team, un gruppo ispirato da Al Qaida ha rivendicato la responsabilità dell'uccisione di 5 blogger e attivisti laici e il gruppo stesso ha pubblicato una lista nera di coloro che sono considerati critici dell'Islam e ha promesso, sostanzialmente, che nessuno sarà risparmiato.

Le forze di sicurezza stanno effettuando esecuzioni extragiudiziali, rapimenti e arresti arbitrari, prendendo di mira i leader e i sostenitori dell'opposizione e il 21 novembre 2015 due leader sono stati giustiziati per crimini di guerra commessi durante la guerra d'indipendenza contro il Pakistan.

C'è una situazione insostenibile sulla quale bisogna intervenire e lo facciamo con questa risoluzione.

Lola Sánchez Caldentey, *Autora*. – Señora Presidenta, los derechos humanos son inalienables, indivisibles e interdependientes y están interrelacionados. La libertad de expresión es un derecho necesario para alcanzar una sociedad democrática, como lo son los derechos políticos o los sociales.

Bangladés es un socio comercial de primera línea de la Unión Europea, pero no es un ejemplo en materia de derechos humanos. Este año han sido asesinados cinco blogueros y periodistas independientes, y los sindicatos y todo opositor al régimen son también perseguidos.

Y ¿qué decir de los derechos laborales? Después de dos años de la tragedia del Rana Plaza, los trabajadores de Bangladés siguen en condiciones próximas a la esclavitud.

En Bangladés las desapariciones y ejecuciones extrajudiciales son frecuentes. La violencia contra las mujeres y los colectivos LGTB está a la orden del día. En Bangladés todavía, a día de hoy, hay pena de muerte.

¡Basta ya de cinismo! No podemos seguir siendo socios de Estados cuyas autoridades violan sistemáticamente los derechos humanos. La dignidad de las personas debe estar siempre por encima de los beneficios económicos de unos pocos. ¡Siempre!

Seán Kelly, *on behalf of the PPE Group*. – Madam President, obviously we are right to absolutely condemn the acts of Islamist extremists who have carried out brutal murders against bloggers and journalists, etc. This is particularly regrettable, because Bangladesh itself signed up to the International Covenant on Civil and Political Rights in 2000. For some, freedom of expression, which is guaranteed in that, is not really worth the paper it is written on. In particular, the country itself has an Information and Communication Technology Act, which criminalises defamatory anti-state publications and which is often used as a kind of 'catch all' to stop opposition to government. Journalists, bloggers and writers have been targeted, and I think it is only right we should call on the authorities to drop charges against journalists and writers for merely expressing their opinion.

Richard Howitt, *on behalf of the S&D Group*. – Madam President, secular writers, bloggers and publishers have been hacked to death. 'There is no freedom of expression in Bangladesh' – so wrote Sakharov Prize winner, Taslima Nasrin, when she heard about today's debate. Here she can have a voice, but in Bangladesh today such a voice risks being silenced for good. Unable to speak out any more are slain bloggers Avijit Roy, Washiqur Rahman, Niloy Neel and Ananta Bijoy Das. Bangladesh ranks 12th from bottom on the Committee for the Protection of Journalists 2015 impunity index, spotlighting countries where journalists are murdered and their killers go unpunished.

I am proud that this resolution calls for independent investigations into such killings but never to resort to the death penalty in response. It is not just the killings that prevent free speech; the government has criminalised criticism. Section 57 of the ICT Act criminalises criticising Islamic religious views or reporting on human rights violations. I echo Amnesty International's calls to repeal Section 57 so that Bangladesh complies with its international human rights obligations. Last week, the Bangladesh Government banned Facebook and What's App 'indefinitely', citing security reasons. George Orwell said, 'If liberty means anything at all, it means the right to tell people what they do not want to hear'. The Bangladesh Government and the European External Action Service, in their dealings with this government, must remember this.

Karol Karski, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! W ostatnim czasie w Bangladeszu z zimną krwią zamordowano wielu niewinnych ludzi – aktywistów, publicystów, blogerów, cudzoziemców, członków mniejszości religijnych, w tym chrześcijan. Innym grożono śmiercią. Za atakami stoją islamscy ekstremiści, prawdopodobnie w części powiązani z obecną opozycją, w części współpracujący z Państwem Islamskim lub Al-Kaidą.

Terroryzmu doświadczyliśmy niedawno w Europie, wydarzenia Bangladeszu są wyraźnym sygnałem, że mówimy o problemie o globalnym zasięgu, który dotyka wielu państw w różnych regionach globu. Władze kraju dokładają wszelkich starań, aby odnaleźć sprawców zamachów i doprowadzić ich przed oblicze sprawiedliwości oraz aby zapobiec podobnym atakom przemocy w przyszłości.

Powinniśmy zdecydowanie wspierać tego typu działania, jednocześnie bacząc, by ataki terrorystyczne nie stały się pretekstem do zaostrzenia przepisów dotyczących wolności mediów lub działalności organizacji pozarządowych i obrońców praw człowieka, a niestety tego typu starania miały w ostatnim czasie miejsce. Niemniej jednak byłoby błędem w obecnej sytuacji skupienie się wyłącznie na polityce rządu w tym zakresie, a pomijanie głównego problemu, który ten rząd stara się rozwiązać. Zwalczanie zagrożenia, jakie stanowi islamski terroryzm – niezależnie od tego, jakie jest jego źródło i czy powiązany jest z wewnętrznymi siłami w kraju, czy też z Państwem Islamskim – powinno być absolutnym priorytetem władz.

Beatriz Becerra Basterrechea, en nombre del Grupo ALDE. – Señora Presidenta, señora Comisaria, en el marco del Acuerdo de cooperación sobre colaboración y desarrollo que mantenemos con Bangladés hemos aumentado -nosotros- la Unión Europea- la financiación para el periodo 2014-2020 en un 70 % respecto al anterior periodo.

Este Acuerdo, en su artículo 1, especifica que el respeto de los derechos humanos y de los principios democráticos constituye un elemento esencial. Sí, en el artículo 1. La libertad de prensa y de medios de comunicación constituye un pilar indispensable para una sociedad democrática, pluralista y abierta.

El asesinato continuado de blogueros y editores, la puesta en marcha de políticas que coartan la libertad de expresión de los medios, la prohibición del lenguaje «antiestatal» o el cierre de medios sociales -como Facebook, WhatsApp o Messenger- son claras señales de que la democracia en Bangladés se está deteriorando con demasiada celeridad.

Llegados a este punto me gustaría lanzarles estas preguntas: ¿Creemos que Bangladés está respetando el Acuerdo? ¿Creemos que tenemos que seguir manteniendo las mismas condiciones?

En este sentido, quiero hacer un llamamiento al Servicio Europeo de Acción Exterior para que exija al Gobierno bangladés, de manera inmediata, que vuelva sin demora a la senda de la democracia.

Lynn Boylan (GUE/NGL). – Madam President, the recent news that secular bloggers, publishers and journalists are once again the targets of violence in Bangladesh is extremely worrying. The attacks against, and indeed murders of, people exercising their freedom of expression there have escalated over the past year, and five secular thinkers have been killed in 2015.

Such intimidation and the threats of continued violence are quickly eroding freedom of expression in Bangladesh – a freedom enshrined in that country's constitution. Many writers have fled, are in hiding or have been silenced by such threats. This is unacceptable. The Government of Bangladesh must not be seen to be granting impunity to those responsible for attacks on secularism. In a climate of increasing fear and denigration of the freedom of expression, the government must move away from defending laws that prohibit criticism of itself and instead must protect free, independent and secular thought.

Diane James, on behalf of the EFDD Group. – Madam President, Bangladesh is one of the world's newest and also poorest countries, but it has a very special relationship with the United Kingdom, which is a member of the United Nations. The European Union should recognise that Bangladesh is undergoing its own security threat coupled with a general-election outcome that has magnified the aspects of killing, maiming and intimidation of its citizens. It also has in place laws that further impact on freedom of expression – for instance, freedom of belief is not allowed. Now the usual European Union interference should not happen – specific actions, criticisms and threats do not work. Leave it to the body that is acknowledged in the world, across the world – the United Nations. Ignore what my fellow United Kingdom party, the Labour Party, would like to do, which is to take the United Kingdom off the United Nations, but let the United Nations solve this and leave the United Kingdom to be the principal voice leading what is required in Bangladesh.

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, η ελευθερία της έκφρασης είναι μία κατάκτηση του ευρωπαϊκού πολιτισμού εδώ και πολλούς αιώνες. Η κατάκτηση αυτή, όσο και αν για κάποιους είναι δύσκολο να το καταλάβουν, δεν είναι ούτε δεδομένη και πολλές φορές ούτε επιθυμητή σε κάποιες περιοχές του πλανήτη. Όσο όμως και αν μας ενοχλεί αυτό, θα έπρεπε πριν ασχοληθούμε με το Μπαγκλαντές να ασχοληθούμε με την Ευρωπαϊκή Ένωση. Διότι, ειδικά τα τελευταία χρόνια, το δικαίωμα αυτό θυσιάζεται στο βωμό της πολιτικής ορθότητας, με τον μανδύα της οποίας πολύ νόμοι πλέον περιορίζουν την ελεύθερη έκφραση.

Επιπλέον, όταν οι νόμοι δεν αρκούν, παρακρατικές δομές αναλαμβάνουν τον ρόλο της καταστολής της ελεύθερης έκφρασης των ιδεών. Θυμάστε πολύ καλά πώς αντέδρασαν κάποιοι, όταν για παράδειγμα ένα περιοδικό δημοσίευσε γελοιογραφίες του Μωάμεθ. Την καταστολή της έκφρασης ανέλαβαν οι τρομοκράτες στο Charlie Hebdo, αλλά και στις πρόσφατες αποτρώπαιες επιθέσεις στη γαλλική πρωτεύουσα. Ας σημειωθεί ότι οι τρομοκράτες αυτοί έχουν πολλές συμπάθειες, τόσο στο Μπαγκλαντές, όσο και σε άλλες μουσουλμανικές χώρες του κόσμου.

Επιπλέον, η υποκρισία στην Ένωση περισσεύει, όταν μιλάτε για ελευθερία της έκφρασης, αλλά ταυτόχρονα συνεργάζεστε άψογα με καθεστώτα που αποδεδειγμένα λογοκρίνουν τους πολίτες τους, πολύ συχνά και με ωμή βία, όπως η Σαουδική Αραβία και η Τουρκία.

Ας προστατεύσουμε, λοιπόν, την ελευθερία της έκφρασης στην Ευρώπη και μετά ας ασχοληθούμε με το υπόλοιπο κόσμο.

Neena Gill (S&D). – Madam President, this is a matter of urgency because of the increasing lack of freedom of expression in Bangladesh. The media clampdown, the crackdown on social media, attacks on secular thinkers and opposition groups, and the shutting down of online platforms are clear signals of repression. It is worrying that the violence is coming from two directions: from radicalised groups and from the security forces.

Western media have reported the spread of radicalisation in Bangladesh and threats issued by IS against that country. My message to the Bangladesh Government is that there are no better weapons for safeguarding a society from extremist violence than inclusiveness, democracy, respect for human rights and freedom of speech. I would urge the government, led by the Awami League Party, truly to heed this message.

I know a significant step has been taken with the adoption by enforcement agencies of a zero tolerance policy towards human rights violations, as well as the Police Reform Act, but these measures really need to be implemented, and I urge the High Representative and the Commission to support Bangladesh in these efforts. Equally, they need to convene a national dialogue that includes all democratic parties and civil society.

Monica Macovei (ECR). – Organizația Reporteri fără frontiere spune simplu și la obiect: fără libertatea de informație, nu există opoziții.

Probabil că asta au urmărit autoritățile din Bangladesh atunci când au interzis prin lege, în 2014, discursurile împotriva statului, discursurile care ridiculizează ideologia națională sau cele care nu sunt conforme culturii din Bangladesh.

De aceea cer eliberarea celor închiși pe baza acestor prevederi și explicații convingătoare cu privire la soarta opozițiilor care au dispărut din partidele de opoziție și investigații imparțiale în cazurile acestor dispariții.

Legea privind securitatea cibernetică din 2015, precum și legea privind tehnologia informației, trebuie modificate așa încât să nu limiteze opiniile și viziunile diferite de cele ale autorităților.

Gândirea liberă și cuvântul „liber” nu pot fi ascunse în închisori.

„Catch the eye” eljálás

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem chtěl poděkovat autorům tohoto návrhu usnesení, které rád podpořím. Je faktem, že situace v Bangladéši se výrazně zhoršuje. Ten stav je tam neutěšený, ale bohužel je čím dále horší. Bylo tady popsáno to, jak je útočeno na novináře a blogery.

Zkrátka a dobře, základní právo demokracie, právo na svobodu projevu, je v Bangladéši potlačováno. A to nejen radikálními teroristickými islámskými skupinami, ale bohužel samotnou vládou. Já tedy proto vyzývám a připojuji se ke slovům, která zde padla vůči Komisi, aby na to byla bangladéšská vláda při jednáních s orgány Evropské unie permanentně upozorňována. Že není možné, aby nezávislý novinář, blogger byl uvězněn za to, že na svém facebookovém profilu kritizuje ministra vlády. Že není možné, aby trestní právo obsahovalo paragraf 57, kde jsou skutkové podstaty, které více méně brání svobodně vládu kritizovat. Dokud vláda Bangladéše nebude respektovat demokracii, není možné ji podporovat.

Nότης Μαριιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, στο Μπανγκλαντές οι δυνάμεις ασφαλείας και το περίφημο Τάγμα Ταχείας Δράσης είναι κράτος εν κράτει. Παραβιάζουν τα ανθρώπινα δικαιώματα, ασκούν βία, κατηγορούνται για εξαφανίσεις αντιφρονούντων, διώκουν δημοσιογράφους, bloggers και συνδικαλιστές και όλα αυτά με το πρόσχημα της δήθεν προστασίας του συμφέροντος του κράτους και της εθνικής ιδεολογίας.

Τι κάνει όμως η Ευρωπαϊκή Ένωση; Κλείνει τα μάτια μπροστά σε αυτή τη βίαιη παραβίαση ανθρωπίνων δικαιωμάτων και την κοινωνική εκμετάλλευση και εξαθλίωση του λαού του Μπανγκλαντές. Και όλα αυτά στο όνομα της συμφωνίας συνεργασίας για εταιρική σχέση και ανάπτυξη που έχει συνάψει με το Μπανγκλαντές. Μια συμφωνία που δίνει την ευκαιρία στις ευρωπαϊκές πολυεθνικές να κερδοσκοπούν ασύστολα, έχοντας εγκαταστήσει τα εργοστάσιά τους στο Μπανγκλαντές, τα οποία λειτουργούν απασχολώντας εργαζόμενους χωρίς κοινωνική ασφάλιση, με μισθούς πείνας, μη τηρώντας τα εργασιακά δικαιώματα και τους όρους υγιεινής και ασφάλειας, με αποτέλεσμα να έχουμε συνεχείς πυρκαγιές και εκατοντάδες θανατηφόρα εργατικά ατυχήματα, όπως έχουμε επανειλημμένα καταγγείλει στην αίθουσα αυτή κυρία Επίτροπε.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, treba nam sekularni Bangladeš. Trebamo podržati vladu u namjeri da Bangladeš ostane sekularna država, jer vidimo što znači radikalizacija političkih scena u raznim državama ili u državama koje se raspadaju pred našim očima.

Treba nam da taj dio svijeta ne bude obuhvaćen radikalnim mjerama koje predlažu pripadnici Islamske države i drugi koji ne vjeruju u demokraciju i slobodu. Međutim, ono što također treba naglasiti je, i tu podržavam sve one koji kažu da Europska komisija u pregovorima s Bangladešom treba staviti na stol pitanje slobode izražavanja novinara, opozicije, sindikata i svega onoga što u Bangladešu danas praktično nemamo, jer u praksi tih sloboda praktički nema.

Mi smo kao Europska unija najveći partner Bangladeša u mnogočemu, prema tome imamo i pravo to tražiti od vlade Bangladeša.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já musím říci, že jsem letos velmi přivítal udělení Sacharovovy ceny panu Badawímu, protože tento saúdskoarabský blogger reflektuje skupinu, která se zasazuje o svobodu projevu, a to je vlastně otázka, na kterou se zde vytvořilo i usnesení všech frakcí spojených v našem parlamentu.

My tím dokazujeme, že svoboda projevu je pro nás zcela zásadní. A v politických projevech je diskuze, svobodná výměna názorů zcela klíčová. Obvinění, které se dostalo novinářům v Bangladéši, je nepochybně vykonstruované. Já vyzývám vládu, aby naopak stíhala zločiny, vraždy, únosy, teror, kterým jsou v této zemi vystaveni civilní obyvatelé a aby tato vykonstruovaná, nepodložená obvinění novinářů byla stažena.

(A „catch the eye” eljárás vége.)

Kristalina Georgieva, *Member of the Commission*. – Madam President, as many Members of Parliament have noted, in Bangladesh in the past two years restrictive legislative measures and policies have been adopted, or are in preparation, which could have a negative impact on freedom of expression and independent media and narrow the space for civil society.

Some examples of this which were mentioned include a 2013 amendment to the Information Technology and Communication Act and the draft cyber security act, as well as the national broadcast policy and the national online mass media policy. This year has been marked by tragic attacks on journalists and the brutal murders of secular bloggers and a publisher, while others are facing death threats. This is taking place against the backdrop of a volatile security situation, which includes an unprecedented attack on a Shia procession in Dhaka last month, as well as recent killings and attacks on foreign citizens. I extend my condolences to the family of Cesare Tavella, who was killed on 28 September. There was also the attack on Father Parolari last week.

These issues were discussed at a meeting between High Representative/Vice-President Federica Mogherini and the Bangladesh Foreign Minister in Luxembourg on 5 November, as well as in a follow-up at the meeting of the EU-Bangladesh Joint Commission on 11 November in Dhaka.

The EU has expressed its alarm at the deteriorating human rights and security situation. We have called on the government to protect bloggers and also to bring the instigators and perpetrators of attacks to justice and to prevent the repetition of such horrible acts. We have stated our concern about legislation and policies that can be used to restrict media and internet freedom, while calling on the government to defend and protect freedom of expression and other fundamental rights.

Upholding these rights is an integral part of what is so very clearly a top priority for all of us today, namely the fight against radicalisation. When we restrict the public space for dissenting voices, what we are in danger of doing is fuelling extremism. Our cooperation, as set out in the EU-Bangladesh Cooperation Agreement, is based on a mutual commitment to respecting human rights and democratic principles, respecting the principles of the international conventions on core human rights and labour rights – some speakers spoke about labour conditions – and also underpinning the scheme that provides Bangladesh with quota-free and duty-free access to the EU market. The EU will therefore continue to raise freedom of expression in our dialogue with Bangladesh as we remain committed to assisting Bangladesh in carrying out the reforms necessary to strengthen democracy and governance.

(Applause)

Elnök asszony. – Az ülést 12.00 óráig felfüggesztem.

PUHETTA JOHTI ANNELI JÄÄTTEENMÄKI

varapuhemies

5. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung: siehe Protokoll

6. Standpunkte des Rates in erster Lesung: siehe Protokoll

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL). – Senhora Presidente, nós vamos votar de seguida três resoluções de urgência, e vamos votá-las, nomeadamente, com votos nominais que ficam registados. Ora, estamos impedidos do direito de fazer declarações por escrito, de explicar porque é que votámos de determinada forma, e isto é inadmissível, pelo que pedimos que sejam imediatamente alteradas as regras para que permitam normalmente a um deputado fazer a sua explicação de voto sobre estas matérias.

President. – No explanations of vote concerning urgencies.

7. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

8. Beitritt Ecuadors zu dem Handelsabkommen zwischen der EU einerseits und Peru und Kolumbien andererseits (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

9. Eine neue Tierschutzstrategie für den Zeitraum 2016-2020 (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

10. Ausrichtung der Kohäsionspolitik 2014-2020 auf Vereinfachung und Leistung (eingereichte Entschließungsanträge): siehe Protokoll

11. Abstimmungsstunde

Puhemies. – Esityslistalla on seuraavana äänestyskset.

(Äänestysten tulokset ja niiden kulkua koskevat yksityiskohdat: ks. pöytäkirja.)

11.1. Afghanistan – insbesondere die Morde in der Provinz Zabul (RC-B8-1258/2015, B8-1258/2015, B8-1261/2015, B8-1264/2015, B8-1265/2015, B8-1270/2015, B8-1272/2015, B8-1276/2015)

11.2. Kambodscha (RC-B8-1263/2015, B8-1263/2015, B8-1267/2015, B8-1268/2015, B8-1271/2015, B8-1273/2015, B8-1274/2015, B8-1277/2015)

11.3. Recht auf freie Meinungsäußerung in Bangladesch (RC-B8-1257/2015, B8-1257/2015, B8-1259/2015, B8-1260/2015, B8-1262/2015, B8-1266/2015, B8-1269/2015, B8-1275/2015)

11.4. Sachstand der Doha-Entwicklungsagenda angesichts der 10. WTO-Ministerkonferenz (B8-1230/2015) (Abstimmung)

Cecilia Wikström (ALDE). – Madam President, I simply wanted to say, with regard to Cambodia, that we have with us today in the gallery the opposition leader, Sam Rainsy. I would like everybody to know that he is here.

(Loud applause)

- 11.5. Beitritt Ecuadors zu dem Handelsabkommen zwischen der EU sowie Peru und Kolumbien (B8-1241/2015) (Abstimmung)**
- 11.6. Eine neue Tierschutzstrategie für den Zeitraum 2016-2020 (B8-1278/2015, B8-1278/2015, B8-1279/2015, B8-1280/2015, B8-1281/2015, B8-1282/2015, B8-1283/2015) (Abstimmung)**
- 11.7. Bildung für Kinder in Notsituationen und langandauernden Krisensituationen (B8-1240/2015) (Abstimmung)**
- 11.8. Ausrichtung der Kohäsionspolitik 2014-2020 auf Vereinfachung und Leistung (B8-1231/2015) (Abstimmung)**

12. Stimmerklärungen

12.1. Sachstand der Doha-Entwicklungsagenda angesichts der 10. WTO-Ministerkonferenz (B8-1230/2015)

Suulliset äänestyssesitykset

Andrejs Mamikins (S&D). – Priekšsēdētājas kundze! Kamēr pastāv izteiciens par to, ka karš ir progresa dzinējs, daudz lielākā mērā vēsturiski pareizāk būtu teikt, ka tirdzniecība ir progresa dzinējs — vienmēr bija un vienmēr būs. Tirdzniecība deva spēcīgu stimulu ideju, zināšanu, kultūru, cilvēku pārvietošanai no viena zemes stūra uz otru.

Tuvojoties mūsdienām, tieši tirdzniecība deva vienu no spēcīgākajiem atspērieniem globalizācijas procesā. Dohas sarunu kārtā Pasaules Tirdzniecības organizācijas ietvaros tika uzsākta 2001. gadā ar mērķi pakāpeniski liberalizēt starptautisko tirdzniecību caur barjeru likvidēšanu, bet pēc 2008. gada tomēr sarunas faktiski apstājušās, un vairāki centieni to atsākt nebija veiksmīgi. Pēdējo pāris gadu laikā tika realizēti vairāki pasākumi, kas liek domāt, ka ne viss tomēr ir zaudēts.

Šis rezolūcijas priekšlikums man šķiet ļoti svarīgs, jo apzīmē Eiropas Parlamenta augstu ieinteresētību cieši sadarboties ar saviem partneriem, dalībvalstīm, citām Eiropas Savienības iestādēm ar galējo mērķi veiksmīgi pabeigt Dohas sarunu kārtu, līdz ar to —uzdevumu efektīvu izpildījumu. Un vēl, turpinoties desmitās ministru konferences sagatavošanai, jācenšas ņemt vērā visu iesaistīto pušu intereses, it īpaši attīstības valstu gadījumā, kas ir vissvarīgākais. Paldies!

Seán Kelly (PPE). – Madam President, my apologies for not being alert earlier. I support this proposal, I voted in favour of it, and, being a member of the Committee on International Trade, I am, of course, proud of the work that they are doing and will continue to do in the future.

Opening up trade is imperative if we want to see sustainable economic growth, in particular in low-income developing countries. It is equally important to implement policies that promote the maximum distribution of trade reforms and counterbalance any negative effects, especially of reforms in areas such as budget transparency and education. I believe we should continue to work in this regard and to play a leading role in promoting tangible progress in the ongoing World Trade Organization (WTO) negotiations with a view to the full conclusion of the Doha Development Round in the near future, as well as in facilitating the full participation of low-income developing countries in global trade by acting as a bridge between the various positions and WTO members.

Steven Woolfe (EFDD). – Madam President, Thomas Jefferson once said that peace, commerce and honest friendship with all nations are important, but we should not be entangling alliances with anyone. The World Trade Organization is an important organisation in that we need trade liberalisation and tariff reductions and we need to deal with anti-dumping. Unfortunately, our governments in the past have not listened to Thomas Jefferson's words, and we have become entangled with the European Union, thus losing our spot in the World Trade Organization. As a consequence, we cannot influence properly the world trade liberalisation programme. We cannot influence tariff reductions that would benefit the people of the United Kingdom. Instead, we have to listen to EU technocrats, with their expansionist ideas, who will have it in their own interests, not those of our nation. Only by leaving the EU with a vote for 'Brexit', hopefully next year, will Britain regain its space in the World Trade Organization and be able to have growth in our economy once again.

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, free trade is the greatest engine for peace and collaboration globally. As the great French economist Frédéric Bastiat observed, when goods do not cross borders, armies do. Free trade makes conflict both pointless and unduly hurtful to the perpetrator. Yet – and this point is still not widely understood, despite more than 40 years of membership of the European Union – the UK does not have a separate voice or vote in the World Trade Organization (WTO). We are represented by one-twenty-eighth of an EU official, I think at the moment a Swedish former sociology professor.

That is not just a problem in theory, it is very much a problem in practice, when we think that Europe is the only continent on the planet not experiencing economic growth. The other continents are surging ahead, but the eurozone economy is the same size that it was in 2008. We do not sit on any great natural resources in my damp, green, exquisite island home. We have to make our way in the world through what we buy and sell. That means we have to be where the customers are. The customers are not in Europe, and we need to leave the European Union and take back our place in the WTO.

Kirjalliset äänestysseilykset

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – The Doha Development Agenda (DDA) is a series of trade-liberalisation measures – including, inter alia, tariff reductions and anti-dumping provisions – on which all World Trade Organisation members are seeking binding agreement. Strengthening the WTO in this manner is in the UK's interest, as it bolsters international trading norms that the UK would enjoy as a fully active member on Brexit. Though the motion for a resolution supports this process and calls for greater democratic accountability in WTO decision making, it promotes an activist role for the EU in advancing its own trade agenda through the WTO framework. On these grounds, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution.

Tim Aker (EFDD), in writing. – The Doha Development Agenda (DDA) is a series of trade-liberalisation measures – including, inter alia, tariff reductions and anti-dumping provisions – on which all World Trade Organization (WTO) members are seeking binding agreement. Strengthening the WTO in this manner is in the UK's interest, as it bolsters international trading norms that the UK would enjoy as a fully active member on Brexit. Though the motion for a resolution supports this process and calls for greater democratic accountability in WTO decision-making, it promotes an activist role for the EU in advancing its own trade agenda through the WTO framework. On these grounds, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – He votado en contra de la presente Resolución debido a que mantiene una lógica de liberalización del comercio internacional. Pese a contener observaciones positivas sobre lo que supone el Programa de Doha para el Desarrollo, no condena que se haya traicionado su espíritu a través de acuerdos multilaterales como la ATCI, el AECG, la ATP, etc. Estos acuerdos multilaterales están siendo negociados a toda prisa por las principales potencias occidentales. Se trata de un modelo que promueve el desarrollo de un comercio internacional desigual a través de acuerdos que garantizan su control absoluto por parte de las grandes multinacionales y la defensa de los intereses de estas. Necesitamos un comercio que anteponga el derecho de los pueblos a modelos de comercio que garanticen procesos de desarrollo económico.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), in writing. – I voted against this resolution on the WTO's Doha Development Agenda talks. This resolution fails to recognise the negative impacts WTO agreements can have on the world's poorest countries. The Doha Development Agenda talks, which were set up with the original intention of improving trade for developing countries, have been predictably dominated by industrialised countries instead. WTO actions should aim to contribute to achieving the recently adopted sustainable development goals instead of solely pushing trade liberalisation. Increasing trade for its own sake is not enough – trade must be fair if it is to lift people out of poverty.

Pascal Arimont (PPE), schriftlich. – Die WTO-Mitglieder sollten dringend die langjährige Doha-Runde mit der Erfüllung ihres Entwicklungsmandats abschließen und zu ausgewogenen, aber ehrgeizigen Fortschritten kommen, denn es steht viel auf dem Spiel. Die multilateralen Handelsvorschriften könnten gestärkt und Ungleichgewichte im Handelsgefüge behoben werden. Aus diesen Gründen habe ich mich für die Entschließung des Europäischen Parlaments ausgesprochen. Auch wird die EU aufgefordert, eine führende Rolle in den WTO-Verhandlungen einzunehmen, und verlangt, durch eine stärkere parlamentarische Beteiligung in der WTO mehr demokratische Legitimität und Transparenz zu erwirken.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce texte vise à préparer la réunion de l'OMC de décembre à Nairobi. Le Parlement européen souhaite que l'OMC mette en place un libre échange mondial qui démantèle les normes de chaque pays au profit de normes mondiales. Il propose même que l'OMC puisse se saisir de «sujets non commerciaux». Ces abandons de souveraineté supplémentaires seraient dramatiques puisqu'ils empêcheraient les États eux-mêmes de légiférer. D'autant plus que le texte demande que les accords de l'OMC soient juridiquement contraignants pour les États signataires. Je me suis bien sûr opposée à ce texte, qui érige le libre-échange en véritable dogme.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I abstained on this vote, because two contradictory principles are involved.

I oppose the calls for EU activism within the World Trade Organization (WTO). However, I support the general principle of strengthening the WTO itself and the liberalisation of trade. I note the positives, and further note that this weakens still further any economic case for the UK remaining in the European Union.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos dėl Dohos vystymosi darbotvarkės dabartinės padėties rengiantis 10-ajai PPO ministrų konferencijai. Dohos derybos buvo pradėtos 2001 m. siekiant sukurti naujas prekybos galimybes, sugriežtinti daugiašalės prekybos taisykles ir ištaisyti esamus prekybos sistemos pusiausvyros sutrikimus dėmesį sutelkiant į besivystančių ir mažiausiai išsivysčiusių šalių poreikius. Pritariu PPO struktūrinei reformai, kuri reikalinga siekiant geriau užtikrinti nediskriminacinę prekybos sistemą. Prekybos liberalizavimas – svarbi priemonė siekiant tvaraus ekonomikos augimo ir plėtros, tačiau liberalizuojant prekybą reikia taip pat įgyvendinti tinkamą gretutinę politiką, įskaitant biudžeto skaidrumą, fiskalinę politiką, administracinį supaprastinimą, švietimą ir mokymą, institucines reformas bei socialinę politiką.

Zoltán Balczó (NI), *írásban*. – Az állásfoglalásra irányuló indítvány a dohai menetrend folytatását szorgalmazza, amely ügyben 2015. december 15-e és 18-a között jönnek össze a miniszterek Kenyában. A WTO keretében folyó, a kereskedelem és pénzügyi integráció liberalizálására irányuló erőfeszítések elsősorban a fejlett ipari országok érdekeit, és ott is elsősorban a multinacionális cégekét szolgálja.

A globalizáció helyett, amelynek lényege az olcsó munkaerő kihasználása a multik érdekében, olyan elvet kell követni, hogy minden ország – a reális lehetőségek keretén belül – termelje meg magának, amire szüksége van. Tehát a termelés legyen az emberért és ne az ember a termelésért. A középpontba a fenntartható fejlődést és a fejlődő országok népességmegtartó képességének növelését kell helyezni. Ezzel kapcsolatban érdemes idézni a talán legelismertebb közgazdásztól, John Maynard Keynestől: „Lehet pénzügyi számítások előnyösnek mutatják, hogy megtakarításaimat a világ azon tájain fektessem be, ahol a legmagasabb a tőke megtérülés, vagy a kamat. De egyre több tapasztalat utal arra, hogy a tulajdonos és a működési terület közötti távolság rosszat tesz az emberek közötti kapcsolatokban, valószínű, vagy inkább bizonyos, hogy hosszú távon feszültségekhez és ellenségeskedéshez vezet, ami érvényteleníti a pénzügyi számításokat.” Mindezek alapján a határozati javaslatot elutasítottam.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – L'OMC étant le bras armé du libre-échange sous bannière états-unienne, j'ai voté contre ce texte qui encourage l'Union à poursuivre dans ses errements.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu ce rapport qui, avant la 10^e Conférence ministérielle de l'OMC, souligne notamment qu'il importe de tenir pleinement compte des besoins et des intérêts spécifiques des pays en développement à faibles revenus et des PMA au cours des négociations et rappelle qu'il est nécessaire de garantir que le principe d'un traitement spécial et différencié soit intégré à chaque stade des négociations afin de tenir compte des niveaux de développement variables des membres de l'OMC.

Il estime que, pour être efficaces, les dispositions relatives au traitement spécial et différencié doivent être plus précises, faire l'objet d'examen périodiques et s'appliquer de manière ciblée afin de répondre aux besoins des pays en développement et des PMA qui en ont le plus besoin.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos en contra porque el informe apoya una lógica de mercado que no vela por los intereses de los países en desarrollo ni por los trabajadores y el medio ambiente de la propia Unión Europea. Por ejemplo, se centra en la eliminación de barreras al comercio derivadas de la crisis, sin reflexionar sobre las causas de esta.

Las alusiones a medidas de apoyo para países en desarrollo no son suficientes para contrarrestar el enfoque general: la facilitación del comercio como un objetivo en sí mismo.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Quiero agradecer a los diputados correspondientes el trabajo realizado en este informe sobre la situación del Programa de Doha para el Desarrollo antes de la décima Conferencia Ministerial de la OMC. He apoyado el pleno compromiso con el valor perdurable del multilateralismo, al tiempo que he reclamado la elaboración de una agenda comercial basada en el comercio libre y justo y que redunde en beneficio de todos y defina el desarrollo como elemento central de todo el proceso.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Le cycle de Doha est la négociation en cours pour un accord de libre-échange international sous l'égide de l'OMC. Il a débuté en 2001 et, 14 ans plus tard, cela bloque toujours, notamment avec l'Inde qui refuse tout accord afin de défendre son agriculture.

Ce texte doit préparer la réunion à Nairobi en décembre. Dans ce texte, il est demandé la mise en place par l'OMC d'un libre-échange mondial encore plus profond et de démanteler les normes de chaque pays pour établir des normes mondiales. Il propose même que l'OMC puisse se saisir de ces «sujets non commerciaux».

Ce texte vise encore à faire perdre la souveraineté des États en matière de politique commerciale, ce qui est totalement inadmissible, en rendant juridiquement contraignants les accords de libre-échange.

J'ai donc naturellement voté contre ce texte.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non condivido quanto emerge da questa risoluzione per quanto riguarda l'agenda di Doha per lo sviluppo in vista della decima conferenza ministeriale dell'OMC. Abbiamo bisogno di un cambio di rotta immediato, dobbiamo rimettere al centro delle nostre politiche e di quelle dell'OMC il diritto di ogni Stato a difendere il proprio sistema produttivo. La Commissione europea, che dovrebbe rappresentarci, continua invece imperterrita a non tener conto dei legittimi interessi commerciali dei 28 Stati dell'UE. Per questi motivi non ho potuto sostenere col mio voto questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – En 2001, los países miembros de la Organización Mundial del Comercio decidieron iniciar la Ronda de Doha con el objetivo de reforzar las normas comerciales multilaterales, ampliar las oportunidades que ofrece el comercio internacional y superar los desequilibrios que actualmente existen, centrándose en los países en desarrollo y, fundamentalmente, en los países menos desarrollados.

Las conclusiones de la 10.^a Conferencia Ministerial de la OMC, que tendrá lugar en Kenia en diciembre de 2015, serán de suma importancia. Esperamos que se reúnan los apoyos necesarios para la entrada en vigor del Acuerdo sobre Facilitación del Comercio y se renueven los apoyos a la OMC como sistema de gobernanza mundial del comercio. La UE debe mantener su liderazgo en la promoción de las negociaciones que actualmente se desarrollan en la OMC, especialmente la Ronda de Doha, que deseamos ver concluida en un futuro próximo.

Los socialistas somos firmes defensores del multilateralismo en la regulación comercial. Defendemos la gobernanza multilateral como sistema más eficaz para gobernar el comercio mundial libre y equitativo, con normas eficaces, justas, transparentes, al servicio del desarrollo económico y la lucha contra la pobreza. Por todo ello, hemos apoyado esta Resolución.

Vilija Blinkėvičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šios rezoliucijos dėl Dohos vystymosi darbotvarkės dabartinės padėties rengiantis 10-ajai Pasaulio prekybos organizacijos (PPO) ministrų konferencijai. Europos Parlamentas remia PPO struktūrinę reformą, kuri reikalinga, siekiant geriau užtikrinti bendrai taikomomis taisyklėmis grindžiamą, atvirą, sąžiningą ir nediskriminacinę prekybos sistemą, kurioje būtų labiau atsižvelgiama į įvairių ekonominės veiklos vykdytojų, pavyzdžiui, mažų ir vidutinių įmonių (MVI), labai mažų įmonių ir novatoriškų pradedančiųjų įmonių vaidmenį ir interesus. Parlamentas ragina PPO nares aktyviai remti PPO pastangas, kuriant veiksmingus ir efektyvius darbo ryšius ir užtikrinant glaudesnę bendradarbiavimą su kitomis tarptautinėmis organizacijomis, kurių veikla susijusi su pasaulinėmis derybomis dėl prekybos, ypač su Tarptautine darbo organizacija, Pasaulio sveikatos organizacija ir Jungtinėmis Tautomis ir jos agentūromis. Be to, Parlamentas mano, kad nepaprastai svarbu užbaigti užsitęsusių Dohos derybų raundą, įgyvendinant su vystymusi susijusius įgaliojimus. Todėl ragina visas PPO nares, atsižvelgiant į šį galutinį tikslą, apsvarstyti visas galimybes, kad būtų pasiektas didelio masto, visuotinis, darnus ir realus rezultatas.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Podržavam Izjavu o stanju Razvojnog plana iz Dohe uoči 10. ministarske konferencije WTO-a.

Razvojni plan iz Dohe je pokrenut 2001. godine s ciljevima stvaranja novih mogućnosti trgovanja, jačanja multilateralnih trgovinskih pravila i rješavanja trenutne neravnoteže, što dovodi do fer i slobodne trgovine te gospodarskog razvoja svih kontinenta i smanjenja siromaštva.

Stoga su rezultati 9. ministarske konferencije iz 2013. godine od sustavne važnosti za organizaciju.

Marie-Christine Boutonnet (ENF), par écrit. – Le Parlement européen demande, au travers de ce texte, que l'OMC mette en place un libre échange mondial encore plus approfondi et qui inclurait aussi les normes de chaque pays.

C'est précisément ce genre de disposition qui confronte les pays développés à une désindustrialisation rapide, à une croissance du chômage incontrôlable, et donc aussi à une diminution de leurs recettes fiscales et une augmentation de leurs charges sociales, le tout conduisant à des déficits publics de plus en plus abyssaux.

Les tenants de cette politique mortifère essaient de cacher les risques de telles orientations en prônant des politiques favorables aux PME qu'en réalité ils rendent impossibles à mettre en œuvre.

Cerise sur le gâteau, le texte demande que les accords de l'OMC soient juridiquement contraignants, ce qui les rendrait encore plus dommageables.

Pour toutes ces raisons, je vote contre.

Lynn Boylan (GUE/NGL), in writing. – I voted against this resolution as it ignores some of the main issues with the trade talks. The needs and interests of developing countries, especially least developed countries are not the focus of the Doha development agenda which has been going on since 2001 and has been predictably dominated by the larger industrialised countries.

Steeve Briois (ENF), par écrit. – Depuis 2001, le cycle de Doha est une ronde de négociations effectuée sous l'égide de l'OMC qui porte sur la libéralisation du commerce international. 14 ans plus tard, l'accord est en mauvaise voie au grand dam de la Commission et du Parlement européen. L'Inde bloque notamment tout accord pour défendre son agriculture. Ce texte vise à préparer la réunion de l'OMC de décembre à Nairobi.

Il est demandé à l'OMC de favoriser les accords commerciaux internationaux afin d'approfondir le libre-échange mondial. Pour cela, il est recommandé à l'OMC de démanteler les normes de chaque pays pour établir des normes internationales. Le Parlement européen se félicite des approches de libre-échange sectorielles, comme l'accord sur les technologies de l'information ou le TISA. Le Parlement européen essaie de cacher le danger de tels accords en prônant une politique commerciale favorable aux PME et aux pays en développement.

Cette proposition de résolution est scandaleuse et contraint les peuples à subir des accords commerciaux spécialement conçus pour favoriser les multinationales. La standardisation de la consommation dans le monde leur permettrait en effet de réaliser des économies d'échelle importantes et donc d'accroître leur rentabilité pour le plus grand bonheur des actionnaires.

J'ai donc voté contre cette proposition.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Liberalizarea comerțului reprezintă un instrument important pentru a asigura creșterea și dezvoltarea economică durabilă, aceasta fiind un obiectiv pe care s-a construit Uniunea Europeană și care rămâne principalul factor de coeziune între Statele Membre.

Această liberalizare trebuie însă să fie însoțită de politici de susținere adecvate, care să presupună măsuri la nivel macro și microeconomic, inclusiv transparență bugetară, politici fiscale și echitate fiscală, simplificare administrativă, educație și formare, reforme instituționale și politici sociale, pentru a crește la maximum și a distribui mai bine beneficiile reformelor comerciale și pentru a contrabalansa în mod eficient orice efecte negative.

Toate acestea sunt specificate în rezoluția Parlamentului, alături de principiul tratamentului special și diferențiat, beneficiul dezvoltării economice a tuturor continentelor și contribuția la reducerea sărăciei.

Runda de la Doha a fost lansată având ca obiectiv crearea de noi oportunități comerciale, consolidarea normelor comerciale multilaterale și soluționarea dezechilibrelor actuale ale sistemului comercial, punând în centrul negocierilor nevoile și interesele țărilor în curs de dezvoltare și, în special, ale țărilor cel mai puțin dezvoltate.

Am votat în favoarea acestei rezoluții considerând că finalizarea ei este esențială și, de aceea, voi susține obiectivele pe care le propune.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Voto contrario. Questa risoluzione della commissione INTA esprime una visione dell'Organizzazione mondiale del commercio e delle sue politiche opposta al nostro punto di vista.

In vista della conferenza dell'OMC che si terrà a dicembre a Nairobi, questo testo dovrebbe fornire il punto di vista del Parlamento europeo. In verità, si tratta di un copione già visto. Gli auspici e i giudizi espressi sono gli stessi delle precedenti occasioni.

Al contrario, per risollevare l'economia dell'area più depressa del pianeta, l'Unione europea, occorrerebbe una vera riforma dell'OMC che metta al centro il diritto di ogni Stato a difendere il proprio sistema produttivo, accantonando le idee liberoscambiste che, invece, sono alla base dei round negoziali di Doha e di tutta l'azione dell'organo sovranazionale di Ginevra.

Nel caso Europeo, poi, occorrerebbe che gli Stati membri tornino ad essere i protagonisti. La Commissione europea, che ci rappresenta in seno all'OMC, non riesce a tener conto dei legittimi interessi commerciali dei 28 Stati membri dell'Unione.

È chiaro che di tutto ciò, in questa risoluzione non c'è menzione. L'attenzione del Parlamento europeo sembra esclusivamente rivolta, invece, verso le necessità di sviluppo e crescita di Paesi terzi. Occorre tornare rapidamente a mettere in cima alle priorità europee e dell'OMC il perseguimento dei nostri obiettivi di uscita dalla crisi economica.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – L'organisation mondiale du commerce (OMC) est indispensable afin d'assurer une concurrence commerciale loyale dans le monde. Le projet européen est basé sur la libéralisation des échanges commerciaux. L'Union européenne a d'ailleurs développé d'importants réseaux commerciaux avec de nombreux pays-tiers. Cependant, dans cette démarche, il faut s'assurer que l'ouverture commerciale soit non-discriminatoire. En cela, l'approche multilatérale de l'OMC permet de réguler les échanges commerciaux sur la scène internationale en mettant en place un ensemble de règles garantissant une concurrence commerciale mondiale loyale. Nous devons continuer les négociations de Doha en prenant en compte les besoins particuliers des pays en développement. J'ai voté en faveur de cette résolution.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione sullo stato di avanzamento dell'agenda di Doha per lo sviluppo in vista della 10ª conferenza ministeriale dell'OMC. Il ciclo di Doha è stato avviato nel 2001 con l'obiettivo di creare nuove opportunità commerciali basate su un sistema multilaterale composto da regole più giuste ed eque capace di sviluppare un commercio equo e libero al servizio dello sviluppo economico di tutti i continenti.

Ritengo che l'Unione europea debba continuare a credere nell'agenda di Doha per lo sviluppo e lavorare per raggiungere un accordo politico che consenta di farla progredire, per assicurare che le funzioni negoziali dell'OMC rimangano al centro dell'ulteriore liberalizzazione degli scambi a livello mondiale. Anche la risoluzione ha sottolineato l'importanza di arrivare a una rapida conclusione del ciclo di Doha, ponendo l'accento sul valore del multilateralismo e sugli scambi basati su un commercio libero ed equo a beneficio di tutti, che ponga lo sviluppo al centro del processo, ed è per questo motivo che ho deciso di votare a suo favore.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This resolution was another worrying attempt towards a regressive trade agenda. As an MEP, I have been closely monitoring a number of trade agreements including TTIP, TiSA and CETA. The common thread running through these agreements is an aggressive attempt to call for further liberalisation, even though the disadvantages of liberalisation have become clear in many economic sectors – particularly in the financial sector.

The Doha Development Agenda talks, which were set up with the original intention of improving trade for developing countries, have been predictably dominated by industrialised countries instead. WTO actions should be able to contribute to achieving the recently adopted sustainable development goals instead of solely pushing trade liberalisation. Increasing trade for its own sake is not enough – trade must be fair if it is to lift people out of poverty. It was for these reasons that I voted against this resolution.

James Carver (EFDD), *in writing*. – The Doha Development Agenda (DDA) is a series of trade-liberalisation measures – including, inter alia, tariff reductions and anti-dumping provisions – on which all World Trade Organisation members are seeking binding agreement. Strengthening the WTO in this manner is in the UK's interest, as it bolsters international trading norms that the UK would enjoy as a fully active member on Brexit. Though the motion for a resolution supports this process and calls for greater democratic accountability in WTO decision making, it promotes an activist role for the EU in advancing its own trade agenda through the WTO framework. On these grounds, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution because we need a clear definition of low-income developing countries and emerging countries because under the original definition China is still a developing country. This plan urges for a trading system that does not discriminate, especially for companies, SMEs and innovative start-ups in developing countries.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La risoluzione servirà come base di discussione nell'ambito della decima riunione ministeriale dell'OMC che si terrà a Nairobi il prossimo 15 dicembre. Un punto di prima importanza riguarda il principio del trattamento speciale e differenziato dei paesi meno sviluppati, che presentano un livello di reddito inferiore al dollaro al giorno, i cosiddetti LDC (*Least Developed Countries* – paesi meno sviluppati). Il vertice servirà anche a discutere del funzionamento dell'OMC e dell'esigenza di una sua profonda riforma. Alla luce di quanto esposto, ho votato a favore.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the resolution because I believe that the EU has to make clear that it is fully committed to this negotiation and especially to its full conclusion as early as possible. This is the message that we need to send to all the negotiating parties before the meeting.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Στη πρόταση ψηφίσματος του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου καλείται η Επιτροπή και το Συμβούλιο να μεριμνήσουν ώστε το Κοινοβούλιο να συνεχίσει να συμμετέχει στενά στην προπαρασκευή της δέκατης υπουργικής διάσκεψης, να ενημερώνεται άμεσα και εάν χρειαστεί να κληθεί να γνωμοδοτήσει όσο διαρκεί η υπουργική διάσκεψη. Καλείται η Επιτροπή να συνεχίσει να υποστηρίζει ενώπιον των άλλων μελών του ΠΟΕ την ενίσχυση της κοινοβουλευτικής διάστασης του ΠΟΕ (Παγκόσμιος Οργανισμός Εμπορίου).

Καλεί ακόμη τα μέλη του ΠΟΕ να διασφαλίσουν τη δημοκρατική νομιμότητα και διαφάνεια, ενδυναμώνοντας έτσι την κοινοβουλευτική διάσταση του ΠΟΕ.

Συμφωνούμε πλήρως με τη προσέγγιση του ψηφίσματος.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento. Il ciclo di Doha, al quale l'UE contribuisce con la riforma della politica agricola comune, è stato avviato nel 2001 con l'obiettivo di creare nuove opportunità commerciali e rafforzare le norme commerciali multilaterali, ponendo le necessità e gli interessi dei paesi in via di sviluppo, al centro dei negoziati. Un sistema multilaterale basato su regole più giuste ed eque può infatti contribuire a un commercio equo e libero al servizio dello sviluppo economico di tutti i continenti e a ridurre la povertà. La decima conferenza ministeriale dell'OMC, che si terrà in Kenya dal 15 al 18 dicembre 2015, sarà la prima di tali conferenze a svolgersi in un paese africano. Il Parlamento ribadisce la necessità di garantire che il principio del trattamento speciale e differenziato (SDT) sia parte integrante dei negoziati e rifletta i diversi livelli di sviluppo economico dei paesi membri dell'OMC, tenendo maggiormente conto del ruolo e degli interessi di una serie di operatori economici, quali le PMI, le microimprese e le start-up innovative. Ritiene nondimeno che la liberalizzazione degli scambi debba essere associata ad adeguate riforme istituzionali e sociali. Raccomanda in ultimo il rafforzamento della dimensione parlamentare dell'OMC.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – The Doha Development Agenda (DDA) is a series of trade-liberalisation measures – including, inter alia, tariff reductions and anti-dumping provisions – on which all World Trade Organisation members are seeking binding agreement. Strengthening the WTO in this manner is in the UK's interest, as it bolsters international trading norms that the UK would enjoy as a fully active member on Brexit. Though the motion for a resolution supports this process and calls for greater democratic accountability in WTO decision making, it promotes an activist role for the EU in advancing its own trade agenda through the WTO framework. On these grounds, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Realiza-se em Dezembro próximo a 10.^a Conferência Ministerial da Organização Mundial do Comércio, no Quênia. Desde a sua criação, em 1995, a Organização Mundial do Comércio (OMC) tem desempenhado um papel significativo na criação de um sistema de comércio internacional assente em regras. Desde 2001, os membros da OMC envolveram-se numa ampla ronda de negociações comerciais multilaterais, a Ronda de Doha, que procura liberalizar ainda mais o comércio, colocando a tônica no Desenvolvimento, reforçando a capacidade dos países em desenvolvimento de beneficiarem do comércio internacional, e auxiliá-los a combaterem a pobreza.

Neste sentido congratulo-me com o Acordo de Facilitação do Comércio, ratificado a 5 de outubro pela UE e faço votos para que esta nova Conferência Ministerial alcance um acordo político que faça avançar a Agenda de Desenvolvimento de Doha, assegurando sempre o princípio do tratamento especial e diferenciado.

Concordo com a necessidade de fazer acompanhar o crescimento económico e o desenvolvimento sustentável de políticas de acompanhamento apropriadas de carácter macro e microeconómico, incluindo a transparência orçamental, equidade tributária, simplificação administrativa, ensino, formação, políticas sociais e reformas institucionais.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Entschließung gestimmt, denn wir müssen Entwicklungsländer zügig in den Welthandel einbinden. Wir brauchen dringend die zügige Ratifizierung und Umsetzung des Übereinkommens über Handelserleichterungen. Davon wird auch die EU als globaler Handelspartner profitieren können. Dies wird uns aber nur gelingen, wenn wir dabei die besonderen Bedürfnisse der Entwicklungsländer berücksichtigen. Diese Maßnahmen sehe ich auch als wirksame Ergänzung unsere Entwicklungspolitik.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore di questa relazione in quanto ritengo fondamentale che il Parlamento supporti le riforme strutturali dell'OMC, in modo da favorire lo sviluppo di un sistema commerciale aperto, equo e non discriminatorio, in grado di valorizzare il ruolo e gli interessi della varietà degli attori coinvolti quali piccole e medie imprese, microimprese e start up innovative. Le nuove disposizioni assicureranno nuove opportunità di scambio a livello globale, rafforzeranno le norme commerciali multilaterali e saranno in grado di arginare gli squilibri esistenti nel sistema economico mondiale.

Questi traguardi daranno slancio allo sviluppo economico di tutti i continenti e contribuiranno alla riduzione della povertà nel mondo, pertanto, mi auguro che l'Unione europea si impegni a stringere nuovi accordi multilaterali forti, senza trascurare l'importanza di accordi bilaterali, regionali e plurilaterali, in grado di favorire lo sviluppo di un sistema commerciale aperto. Per garantire il raggiungimento di tali obiettivi saranno necessari sia una apertura al processo di liberalizzazione, sia un aggiornamento delle norme e delle discipline in termine di commercio, per costituire un codice di regole condivise che creino le condizioni per una possibile futura multilateralizzazione.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – This resolution focuses on the special needs and disadvantages of low-income developing countries. It calls for a clear definition of developing countries and low income so as to adjust the identifying factors merely enabling the World Trade Organization (WTO) to work more effectively. The resolution supports a structural reform system for the WTO, in order to better guarantee an open, fair and non-discriminatory trading system taking into account the role and interests of SMEs, micro-enterprises and innovative start-ups.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Si tratta di una «risoluzione d'attualità» (RSP) in vista della decima riunione ministeriale dell'OMC, che si terrà il prossimo 15 dicembre. La risoluzione serve a dare una posizione comune dell'Unione sui principali temi all'ordine del giorno dei lavori della ministeriale: al centro del dibattito si discuterà del funzionamento dell'OMC e dell'esigenza di una riforma strutturale, necessaria ad assicurare un sistema commerciale aperto e non discriminatorio, e che tenga in piena considerazione il ruolo delle PMI.

Purtroppo sono molti gli accordi plurilaterali e bilaterali che i Paesi membri stanno negoziando e che mettono in dubbio l'utilità stessa del multilateralismo, così come proposto dall'OMC, che si sta riducendo a un mero strumento per definire regole comuni piuttosto che in prima linea per ridurre tariffe, aprire nuovi sbocchi e garantire parità di accesso ai mercati.

La ministeriale di Nairobi rappresenta quindi un momento cruciale per ridefinire l'insieme delle relazioni. Il mio parere sulla relazione non può che essere positivo.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la presente Resolución debido a que mantiene una lógica de liberalización del comercio internacional. Pese a contener observaciones positivas sobre lo que supone el Programa de Doha para el Desarrollo, no condena que se haya traicionado su espíritu a través de acuerdos multilaterales como la ATCI, el AECG, la ATP, etc. Estos acuerdos multilaterales están siendo negociados a toda prisa por las principales potencias occidentales. Se trata de un modelo que promueve el desarrollo de un comercio internacional desigual a través de acuerdos que garantizan su control absoluto por parte de las grandes multinacionales y la defensa de los intereses de estas. Necesitamos un comercio que anteponga el derecho de los pueblos a modelos de comercio que garanticen procesos de desarrollo económico.

Pál Csáky (PPE), *írásban*. – A Doha-forduló egy már 2001 óta húzódó tárgyalássorozat a WTO tagállamainak gazdasági és kereskedelmi miniszterei között. Az EP jelentésének aktualitását a december 15. és 18. között – első alkalommal egy afrikai országban – Kenyában megtartandó 10. WTO miniszteri konferencia adja. A jelenlegi határozatban az Európai Parlament szerint teljes mértékben figyelembe kell venni a fejlődő országok igényeit és érdekeit. Fontos lenne újradefiniálni a fejlődő országok fogalmát, pl. Kína még mindig „fejlődő országgént” van számon tartva.

Továbbá, az Európai Parlament támogatja a WTO szerkezeti megreformálását, amely tisztességes, diszkriminációmentes és transzparens kereskedelmi rendszert biztosítana, a kereskedelmi szereplők, ezek között is a kkv-k, a mikrovállalkozások és a startup-ok érdekeit és szerepét figyelembe véve. A határozat ösztönzi a WTO-tagállamokat, hogy tegyenek meg mindent a Doha-forduló mihamarabbi eredményes lezárása és a globális kereskedelemkönnyítésről szóló megállapodás ratifikációja és átültetése érdekében. Szavazatommal támogattam a határozat elfogadását.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – The Doha Round is the latest round of trade negotiations among World Trade Organization (WTO) members. The WTO has been instrumental in avoiding fully fledged and widespread protectionism. Launched in 2001, the Doha Round aims at creating new trading opportunities, strengthening multilateral trade rules and addressing current imbalances in the trading system by considering the needs of developing and least developed countries. This contributes to fair and free trade and the alleviation of poverty. This particular resolution deals with the state of play of the Doha Development Agenda in view of the 10th WTO Ministerial Conference which will take place in Kenya in December. Along with my Group I am glad that the resolution gives full commitment to the enduring value of multilateralism, respect for special and differential treatment in the negotiations and support for a structural reform of the WTO. The resolution also insists that the EU should continue to play a leading role in WTO negotiations, that Parliament continues to be closely involved and on strengthening the parliamentary dimension of the WTO. Negotiations should also consider the special needs of low-income developing countries. In view of these considerations

I voted in favour of this resolution.

Daniel Dalton (ECR), in writing. – I support the multilateral process in Geneva to complete the Doha Development Round of world trade talks. Although finding unilateral agreement is unlikely, given the divergences in the positions of key players ahead of the conference, this resolution calls for additional deliverables to be considered. In addition, supporting moves to help countries trade their way out of poverty is also something I am in favour of.

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – Deoarece reforma politicii agricole comune reprezintă aportul Uniunii Europene la așteptările Runde de la Doha, consider că satele membre ale OMC trebuie să sprijine în mod proactiv eforturile de creare a unor canale de lucru eficiente și eficace și de consolidare a cooperării OMC cu alte organizații internaționale a căror activitate are o influență asupra negocierilor comerciale mondiale, în special Organizația Internațională a Muncii, Organizația Mondială a Sănătății, ONU și agențiile și organismele sale, cum ar fi Conferința ONU pentru Comerț și Dezvoltare, Organizația pentru Alimentație și Agricultură, Programul ONU pentru Mediu, Programul ONU pentru Dezvoltare și Convenția-cadru a ONU asupra schimbărilor climatice.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Cette résolution exprime la position du Parlement vis-à-vis de l'état d'avancement du programme de Doha pour le développement en amont de la 10e Conférence ministérielle de l'Organisation mondiale du commerce (OMC). Les eurodéputés rappellent l'importance de s'intéresser aux besoins et intérêts spécifiques des pays les moins avancés ou à faible revenu. À ce titre, ils jugent nécessaire de réviser la définition de «pays en développement», considérant que la Chine fait toujours partie de cette catégorie.

Le Parlement européen défend par ailleurs une réforme structurelle de l'OMC, afin de mieux prendre en compte la variété des acteurs de l'économie, tels que les PME, les microentreprises et les start-ups. Enfin, il appelle l'ensemble des membres de l'OMC à accélérer les négociations du cycle de Doha et rappelle que la dernière réforme de la politique agricole commune est la contribution agricole de l'Union à ces négociations. Considérant que cette résolution est équilibrée, j'ai voté pour.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – L'émergence croissante d'une variété d'acteurs au sein de l'économie mondiale (PME, micro-entreprises) rend nécessaire une réforme structurelle de l'OMC afin de mieux prendre en compte les besoins particuliers et les intérêts des différents pays membres. C'est la raison pour laquelle j'ai soutenu la résolution sur l'état d'avancement du programme de Doha pour le développement.

Mireille D'Ornano (ENF), par écrit. – Ce rapport sur l'état d'avancement d'un système de libre-échange supplémentaire cherche à aggraver une nouvelle fois une situation pourtant déjà mal engagée.

En souhaitant favoriser la participation de l'OMC à un libre-échange mondialisé, en lui permettant notamment de pouvoir se saisir de sujets sans rapport avec le commerce, ce rapport continue dans la logique classique des européistes. Si l'Europe ne fonctionne pas ? C'est qu'il faut plus d'Europe; si le libre-échange mondialisé a provoqué récession, délocalisations et ruines de nos industries, il ne faut pas pousser encore plus loin dans cette voie.

Je suis attachée au principe de souveraineté, et à ce que ce soient les peuples qui puissent disposer de leurs politiques. En poursuivant toujours dans la même direction qui nous a mené vers toujours plus de problèmes, ce rapport est à combattre de toute urgence. J'ai donc voté contre.

Ian Duncan (ECR), in writing. – I am a strong supporter of the multilateral process in Geneva to complete the Doha Development Round of world trade talks. This remains unlikely, given the divergences in the positions of key players ahead of the Conference. However the resolution calls for additional deliverables to be considered.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Подкрепих резолюцията на Комисията по външна търговия към Европейския парламент, защото определените в нея цели да се работи за ратифициране и приемане на Споразумението за улесняване на търговията на предстоящата Десета конференция на министерско равнище на СТО в Найроби, Кения, ще е стъпка напред в развитието на търговията. Шансовете да се приеме това споразумение са големи, тъй като се разглежда отделно от Програмата за развитие от Доха, която е в застой вече почти 15 години. Всеизвестно е, че различията в позициите на преговарящите страни по Програмата за развитие от Доха са коренни, а шансовете да се постигне напредък в това отношение са минимални. Настоящата резолюция признава това и предлага усилията да бъдат насочени към приемането на секторни международни споразумения като Споразумението за улесняване на търговията, Споразумението за информационните технологии и Споразумението за природните богатства. Само по този начин международната общност ще може да преодолее застоя в развитието на търговските отношения причинен от дългогодишните преговори по Програмата за развитие по Доха.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Η παρούσα έκθεση έχει σκοπό την απελευθέρωση των αγορών από κάθε είδους εμπόδιο και έλεγχο, κάτι τέτοιο όμως θα οδηγήσει σε καταστρεπτικά αποτελέσματα για τους ευρωπαίους πολίτες. Ο ΠΟΕ επιδιώκει να επιβάλλει τις απόψεις του σε κάθε πτυχή της κοινωνίας, στην διαχείριση της δημόσιας διοίκησης, στην φορολογική πολιτική, στην εκπαίδευση, στις κοινωνικές πολιτικές και σε θεσμικές μεταρρυθμίσεις.

Είμαστε ξεκάθαρα αντίθετοι στο παγκόσμιο εμπόριο που βασίζεται στην εφαρμογή και την επιβολή δεσμευτικών υποχρεώσεων γι' αυτό και καταψηφίζουμε την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την τρέχουσα κατάσταση του αναπτυξιακού προγράμματος της Ντόχα εν όψει της 10ης υπουργικής διάσκεψης του ΠΟΕ.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – The Doha Development Agenda (DDA) is a series of trade-liberalisation measures – including, inter alia, tariff reductions and anti-dumping provisions – on which all World Trade Organization members are seeking binding agreement. Strengthening the WTO in this manner is in the UK's interest, as it bolsters international trading norms that the UK would enjoy as a fully active member on Brexit. Though the motion for a resolution supports this process and calls for greater democratic accountability in WTO decision-making, it promotes an activist role for the EU in advancing its own trade agenda through the WTO framework. On these grounds, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – A Ronda de Doha foi lançada em 2001 com o objetivo de criar novas oportunidades comerciais, reforçar as normas relativas ao comércio multilateral e dar resposta aos atuais desequilíbrios do sistema comercial, colocando no centro das negociações as necessidades e os interesses dos países em desenvolvimento e, em particular, dos países menos avançados.

O comércio multilateral aberto e justo vê-se mais restringido por diversas barreiras não pautais do que por direitos aduaneiros, que estão a ser substancialmente extintos à medida que a globalização avança. Por isso, defendo o valor duradouro do multilateralismo e uma agenda para o comércio baseada no comércio livre e justo em benefício de todos e cujo processo se centre no desenvolvimento.

Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette délibération, parce qu'elle s'inscrit dans le cadre d'une ouverture toujours plus grande au libre-échange international.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução insiste na visão neoliberal relativamente à Agenda para o Desenvolvimento de Doha (ADD) lançada em 2001. Uma visão apologética da desregulação do comércio internacional, que fica clara em vários dos parágrafos e considerando da resolução.

A 10.^a Conferência Ministerial da OMC (CM10) realizar-se-á no Quênia, de 15 a 18 de dezembro de 2015, na cidade de Nairobi. Será a primeira Conferência Ministerial da Organização Mundial do Comércio (OMC) alguma vez realizada num país africano.

Patenteará o aprofundamento no rumo da liberalização e desregulação do comércio mundial. A crise de rentabilidade do capital e o seu inaudito grau de centralização e de concentração de riqueza leva-o a procurar novas formas de exploração, criando acordos de pendor neocolonial, em que os países desenvolvidos ditam o que os países em desenvolvimento devem ou não fazer em domínios como as políticas orçamentais e tributárias, a organização administrativa, o ensino e a formação, as reformas institucionais e as políticas sociais, ao mesmo tempo que exploram os seus recursos naturais com consequências irreversíveis para o ambiente, e atacam o progresso e conquistas sociais, como os serviços públicos e o direito ao emprego com salário justo. Reafirmamos, por isto, a urgente necessidade de suspensão da «Ronda de Doha».

Obviamente votámos contra.

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne. – Je veľmi dôležité, aby všetci členovia WTO promptne ratifikovali a vykonávali dohodu o uľahčení obchodu tak, aby mohla nadobudnúť platnosť pred otvorením 10. Konferencie ministrov v decembri. Táto dohoda prinesie významné výhody pre všetkých členov WTO, najmä pre rozvojové krajiny a príslušné hospodárske subjekty, a to tým, že posilní transparentnosť a právnu istotu a zníži administratívne náklady a dĺžku colných režimov, čo im umožní naplno využiť možnosti, ktoré ponúka rastúca prevaha regionálnych a globálnych dodávateľských reťazcov, pričom MSP budú môcť využívať výhody otvorenejších trhov. Víтам preto doposiaľ dosiahnutý pokrok v oblasti viacstranných iniciatív, ako sú dohoda o environmentálnych tovaroch a dohoda o informačných technológiách, a v oblasti iniciatív, ako je dohoda o obchode so službami.

Lorenzo Fontana (ENF), per iscritto. – Voto con convinzione contro questa relazione. Da quando la Commissione europea, ci rappresenta in seno all'OMC, il nostro paese ha subito dei danni enormi visto che per sua ovvia natura l'UE non riesce a tener conto dei legittimi interessi commerciali diversi dei 28 Stati membri dell'Unione.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Η παρούσα έκθεση έχει ως σκοπό την απελευθέρωση των αγορών από κάθε είδους εμπόδιο και έλεγχο, γεγονός που θα οδηγήσει σε καταστροφικά αποτελέσματα για τους ευρωπαίους πολίτες. Ο ΠΟΕ επιδιώκει να επιβάλλει τις απόψεις του σε κάθε πτυχή της κοινωνίας, στη διαχείριση της Δημόσιας Διοίκησης, στη φορολογική πολιτική, στην εκπαίδευση, στις κοινωνικές πολιτικές καθώς και σε θεσμικές μεταρρυθμίσεις. Είμαι ξεκάθαρα αντίθετος στο παγκόσμιο εμπόριο που βασιζέται στην εφαρμογή και την επιβολή δεσμευτικών υποχρεώσεων γι' αυτό και καταψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την τρέχουσα κατάσταση του αναπτυξιακού προγράμματος της Ντόχα εν όψει της 10ης υπουργικής διάσκεψης του ΠΟΕ.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), in writing. – The Doha Round creates new trading opportunities, strengthens multilateral trade rules and addresses current imbalances in the trading system by placing the needs and interests of developing countries and especially of the least developed countries (LDCs) at its centre. Thus, it contributes to fair and free trade at the service of the economic development of all continents and the alleviation of poverty.

I support full commitment to the enduring value of multilateralism, respect for special and differential treatment in the negotiations, and the call for speedy ratification and implementation of the trade facilitation agreement.

Moreover, structural reform of the WTO is needed in order to better guarantee an open, fair and non-discriminatory trading system based on shared rules, and which takes greater account of the role and interests of SMEs.

Finally, I believe the EU should continue to play a leading role in promoting tangible progress in the ongoing WTO negotiations with a view to the full conclusion of the Doha Development Round in the foreseeable future, as well as in facilitating the full participation of LDCs in global trade by acting as a bridge between the various positions of the WTO members.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), írásban. – A 2001-ben útjára indított dohai forduló célja új kereskedelmi lehetőségek teremtése, a többoldalú kereskedelem szabályainak megerősítése és a kereskedelmi rendszer jelenlegi egyensúlytalanságainak kezelése, ami abban nyilvánul meg, hogy a tárgyalások középpontjába a fejlődő országok, és különösen a legkevésbé fejlett országok szükségleteit és érdekeit állítják.

Meglátásom szerint e célkitűzések abból a meggyőződésből erednek, hogy egy igazságosabb és méltányosabb szabályokon alapuló többoldalú rendszer hozzá tud járulni az összes földrész gazdasági fejlődését szolgáló tisztességes és szabad kereskedelem kialakításához és a szegénység csökkentéséhez. Fentebb említett szempontok prioritást kell, hogy kapjanak. E megállapodások megfelelnek a WTO előírásainak, közösen elfogadott szabályokon alapulnak és megteremtik a feltételeket a lehetséges jövőbeni multilaterális kerethez.

Ebből következően fontosnak tartom ismételten megerősíteni a teljes mértékű elkötelezettséget a tartós értékkel bíró multilateralizmus mellett, és olyan kereskedelmi menetrend szorgalmazását, amely a minden fél érdekeit szolgáló, szabad és tisztességes kereskedelmen alapul, és amelynek középpontjában a fejlődés áll.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución convencido de que es imprescindible elaborar una agenda comercial basada en el comercio libre y justo, que redunde en beneficio de todos y que defina el desarrollo como el elemento central de todo el proceso. La UE ha de seguir desempeñando un papel de liderazgo en el fomento de progresos tangibles en las actuales negociaciones de la OMC con miras a la plena conclusión de la Ronda de Doha para el Desarrollo en un futuro cercano, así como facilitar las negociaciones en su condición de puente entre las diferentes posiciones de los miembros de la OMC.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – È necessario rivitalizzare l'OMC. Serve un commercio più aperto, maggiore sviluppo economico. Mi auguro che la conferenza di Nairobi possa essere un punto di svolta in un'ottica di crescita economica e occupazione, portando un aiuto concreto alle popolazioni povere nei propri paesi.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho condiviso l'impianto della proposta di risoluzione presentata a seguito di una dichiarazione della Commissione (a norma dell'articolo 123, paragrafo 2, del regolamento) sulla situazione dell'agenda di Doha per lo sviluppo anteriormente alla decima conferenza ministeriale dell'Organizzazione mondiale del commercio. L'implementazione dell'agenda di Doha si pone in perfetta coerenza rispetto all'obiettivo dell'Unione europea di garantire la creazione di nuove opportunità commerciali, di promuovere gli scambi multilaterali e di sostenere le economie dei paesi in via di sviluppo. La decima conferenza ministeriale dell'OMC che avrà luogo a dicembre in Kenya, e dunque per la prima volta in un paese africano, porrà al centro del dibattito il tema fondamentale dello sviluppo dei paesi a basso reddito e delle economie cosiddette «emergenti» e quello della creazione di un sistema commerciale aperto, equo e non discriminatorio. È necessario, a mio avviso, tenere conto del grande disequilibrio nei livelli di sviluppo economico e adottare di conseguenza misure efficaci per non lasciare indietro i paesi in via di sviluppo. In tal senso è fondamentale adottare indicatori di vulnerabilità economica piuttosto che il solo criterio del PIL. Auspico infine un impegno concreto da parte dell'Unione europea per giungere alla positiva conclusione del ciclo di Doha.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *por escrito*. – Las sucesivas rondas de negociaciones en el marco de la OMC han dado lugar al desarrollo del comercio internacional bajo el paraguas de acuerdos internacionales. La última ronda de negociaciones, llamada Ronda de Doha, se inició en 2001 con los objetivos de crear nuevas oportunidades comerciales, reforzar las normas comerciales multilaterales y corregir los actuales desequilibrios del sistema comercial, situando en el centro de las negociaciones los intereses y las necesidades de los países en desarrollo, y en particular de los países menos avanzados. En esta Resolución, a favor de la cual he votado hoy, el Parlamento señala que es esencial concluir la larga Ronda de Doha e insiste en que la UE siga desempeñando un papel de liderazgo en el fomento de progresos tangibles en las actuales negociaciones, a fin de lograr pronto un acuerdo ambicioso, equilibrado y realista.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos en contra porque el informe apoya una lógica de mercado que no vela por los intereses de los países en desarrollo ni por los trabajadores y el medio ambiente de la propia Unión Europea. Por ejemplo, se centra en la eliminación de barreras al comercio derivadas de la crisis, sin reflexionar sobre las causas de esta.

Las alusiones a medidas de apoyo para países en desarrollo no son suficientes para contrarrestar el enfoque general: la facilitación del comercio como un objetivo en sí mismo.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution which recalls Parliament's full commitment to the enduring value of multilateralism and calls for a trade agenda based on free and fair trade for the benefit of all, with development at the heart of the process.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφώς*. – Η έκθεση, παρά τη ρητορική που χρησιμοποιεί υπέρ της ανάπτυξης, ουσιαστικά προωθεί νεοφιλελεύθερες πολιτικές. Προωθεί την ελευθέρωση του εμπορίου ώστε οι μεγάλες πολυεθνικές να μπορούν να διεισδύσουν παντού στις αναπτυσσόμενες χώρες.

Από ένα παγκόσμιο εμπόριο οι μόνοι που έχουν να επωφεληθούν είναι οι κολοσσοί της ΕΕ και των ΗΠΑ, αυτούς που εκπροσωπεί ο ΠΟΕ, και όχι οι λαοί και τα αναπτυσσόμενα κράτη όπως παρουσιάζεται στην έκθεση. Η δική μας προσέγγιση είναι στην ακριβώς αντίθετη κατεύθυνση, δηλαδή στην υιοθέτηση κανόνων εμπορίου που αντιμετωπίζουν τα σημαντικά ζητήματα που αντιμετωπίζει η ανθρωπότητα, αυτά της φτώχειας, της κλιματικής αλλαγής, του δικαιώματος στην εργασία με κοινωνικά δικαιώματα και της καταπολέμησης των κοινωνικών ανισοτήτων.

Για αυτούς τους λόγους καταψηφίζουμε την έκθεση.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this resolution as it stresses the importance of taking full account in the negotiations of the special needs and interests of low-income developing countries. A structural reform of the WTO is needed in order to better guarantee an open, fair and non-discriminatory trading system which takes greater account of the role and interests of the variety of economic operators, such as SMEs, micro-enterprises and innovative start-ups.

Hans-Olaf Henkel (ECR), *in writing*. – The INTA Committee has outlined its objectives in regards to the tenth ministerial conference of the WTO in Nairobi. One of the goals is the ratification of the Trade Facilitation Agreement, but it remains unsure whether that will be possible. Since the possibility of reaching an agreement on the Doha round appears slim, the main question is what can be delivered independently from the TFA and what role the WTO should play in case an agreement cannot be reached. Should a multilateral agreement not be reached, the resolution therefore calls for innovative thinking on certain issues, such as development for the least developed countries, the Information Technology Agreement and the environmental goods agreement. Given these two initiatives that my group and I strongly support and the general nature of the resolution, I have voted in favour of it. By the way, in my opinion the euro must be abolished. It leads to dissension and discord in Europe.

Richard Howitt (S&D), *in writing*. – Today's debate, in the light of the deep controversy which both TTIP and CETA have provoked in public opinion in many of our countries, enables Socialist and Democrat MEPs to reiterate that it is far better to pursue a multilateral trade deal in the world in which developing countries can be treated as equal partners, in preference to Europe being forced to pursue bilateral trade deals in which there will always be an imbalance of power and influence over poorer countries. Ten years after the launch of the Doha Round, for the first time a WTO ministerial conference will take place in an African country. We should take this symbolic opportunity to revive the WTO, and within it recommit ourselves to central principles of fair trade and sustainable development. The WTO will only function properly if it works for all of us, and European Union representatives must ensure that developing countries are at the heart of all and any reforms to trade regulation. For all who criticise TTIP, this is surely Europe's best response?

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za Prijedlog rezolucije o stanju Razvojnog plana iz Dohe uoči Desete ministarske konferencije Svjetske trgovinske organizacije jer on potiče stvaranje novih mogućnosti trgovanja i jačanje multilateralnih pravila trgovanja. Nadalje, stavlja naglasak i na rješavanje trenutačnih neravnoteža u trgovinskom sustavu uzimajući u obzir potrebe i interese zemalja u razvoju, a osobito najslabije razvijenih zemalja. Bilateralni, regionalni i plurilateralni sporazumi mogu potaknuti otvaranje trgovine i gospodarskog razvoja, stoga podržavam ovaj Prijedlog rezolucije i rad na svim sektorima spomenutim u njemu.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte intervient en préparation de la réunion de l'OMC de décembre à Nairobi.

Le Parlement européen demande que l'OMC mette en place un libre échange mondial qui démantèle les normes de chaque pays au profit de normes mondiales. Ce texte propose que l'OMC puisse se saisir de «sujets non commerciaux». De tels abandons de souveraineté seraient catastrophiques puisqu'ils priveraient les États de pouvoir légiférer.

Ce texte demande également à ce que les accords de l'OMC soient juridiquement contraignants pour les États signataires.

J'ai voté contre.

Diane James (EFDD), *in writing*. – The Doha Development Agenda (DDA) is a series of trade-liberalisation measures – including, inter alia, tariff reductions and anti-dumping provisions – on which all World Trade Organization members are seeking binding agreement. Strengthening the WTO in this manner is in the UK's interest, as it bolsters international trading norms that the UK would enjoy as a fully active member on Brexit. Though the motion for a resolution supports this process and calls for greater democratic accountability in WTO decision-making, it promotes an activist role for the EU in advancing its own trade agenda through the WTO framework. On these grounds, my fellow UKIP MEPs and I voted to abstain on the resolution.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de résolution sur l'état d'avancement du programme de Doha pour le développement au regard de la dixième conférence ministérielle de l'OMC. Le Parlement européen promet la prise en compte des intérêts spécifiques des pays les moins avancés et la définition clarifiée de cette notion. Une réforme structurelle de l'OMC est aujourd'hui nécessaire et le Parlement appelle dans cette résolution à des résultats substantiels et équilibrés pour toutes les parties lors de la prochaine conférence.

Cette résolution a été adoptée une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Zwar gibt es einige Vorschläge im vorliegenden Bericht wie beispielsweise die schon oft wiederholte Forderung nach einer Reform der WTO, allerdings hält der Bericht am Ansatz fest, dass Abkommen wie die TTIP und das TISA gangbare Wege für faire, offene und auch für Entwicklungsländer vorteilhafte Handelsräume darstellen. Aus diesem Grund lehne ich den vorliegenden Bericht ab.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution as it reiterates Parliament's full commitment to the enduring value of multilateralism and calls for a trade agenda based on free and fair trade for the benefit of all, with development at the centre of the process.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – This resolution concerns the state of play of the Doha development agenda. On this subject, GUE/NGL is against plurilateral agreements and trade deals such as TTIP and TISA. I advocate reforming the WTO instead of establishing new trade agreements. All GUE/NGL amendments were rejected since they are defending a multilateral and international approach. I voted against this resolution, since the resolution does not reinforce a fair trade system, neither does it implement and promote social and development rights.

Béla Kovács (NI), *írásban*. – A WTO a fejlett ipari országok, ezen belül is a multinacionális cégek érdekeit szolgálja, nem pedig a résztvevő fejletlenebb országok felzárkóztatását. Ez támogathatatlan. A Galapagos-szigetek egyikén csodálatos madárvilág alakult ki, mígnem egy hajóval behurcoltak néhány kígyót. Kisvártatva tele lett a sziget csúszómászókkal, mellest elűntek a madarak. Majd egymást ették a kígyók. Aztán kihalt minden állati élet. Ha a döglött kígyók látványa helyett inkább a madárcsicsergést választanánk, akkor a globalizáció, azaz az olcsó munkaerőnek a multik érdekében való kizsákmányolása helyett olyan elvet kell követni, hogy minden ország termelje meg magának mindazt, amire szüksége van, amennyire ez lehetséges. Azaz a termelés legyen az emberért és ne az ember a termelésért. A külkereskedelmet és különösen a nemzetközi tőkeáramlást pedig minimálisra kell korlátozni. Mindehhez a fejlődő országok számára nem kölcsönt, hanem technológiai segítséget kell adni.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare positivamente queste proposte di risoluzione che vedono come relatori i colleghi Lange e Zalba. Ritengo perfetto il tempismo di queste misure, che ci vengono sottoposte a poche settimane dalla Conferenza ministeriale (MC10) dell'OMC che si terrà in Kenya dal 15 al 18 dicembre. È utile, a questo proposito, che tali provvedimenti forniscano una definizione più precisa a livello europeo di paese a basso reddito ed economia emergente. Ciò permette concretamente di redistribuire in maniera efficace compiti e interessi dei vari soggetti coinvolti e che possono beneficiare degli accordi presi sotto l'egida dell'OMC.

Patrick Le Hyaric (GUE/NGL), *par écrit*. – La prochaine conférence ministérielle de l'OMC se tenant du 15 au 18 décembre à Nairobi, le Parlement européen s'est prononcé sur l'état d'avancement du cycle de développement de Doha.

Le rapport Lange-Zalba est un plaidoyer en faveur du commerce global, faisant de l'ouverture aux échanges la réponse au marasme économique actuel. Elle reprend les arguments habituels sur les vertus du commerce mais avec un tropisme de «soutien aux pays les moins avancés».

Pourtant, pour ces pays, se lier à ces accords multilatéraux, c'est se priver de tous les instruments de contrôle de la production ou des importations qui protègent leurs agricultures ou leurs industries naissantes. Les géants émergents, comme l'Inde, sont opposés à ces négociations, alors que les pays moins importants tentent d'y obtenir des avantages immédiats qui grèveront leurs perspectives de développement à plus long terme.

Les amendements que j'ai soutenus dénoncent ces négociations dans des termes dictés par les pays du Nord et appellent au contraire à un système plurilatéral de commerce, fondé sur des objectifs sociaux et environnementaux. Mais pour toutes ces raisons, j'ai bien évidemment voté contre ce texte.

Gilles Lebreton (ENF), par écrit. – J'ai voté contre cette résolution car je suis opposé à la conclusion d'un accord mondial de libre-échange dans le cadre de l'OMC.

Philippe Loiseau (ENF), par écrit. – Le cycle de Doha est la négociation d'un accord de libre-échange international sous l'égide de l'OMC. Lancé en 2001, il est aujourd'hui en mauvaise voie, notamment parce que l'Inde effectue un blocage pour protéger son agriculture. Ce texte visait ainsi à préparer la réunion de l'OMC de décembre (Nairobi).

Le Parlement européen souhaite que l'OMC libéralise totalement les échanges mondiaux et démantèle les normes de chaque pays. Dans un esprit d'abandon total des souverainetés nationales, Bruxelles voudrait même que ces accords de l'OMC deviennent juridiquement contraignants pour les États. Ils ne pourraient donc plus légiférer sur leur propre commerce extérieur.

Cet accord de libre-échange mondial, visant à étouffer tout protectionnisme étatique, représente ce pour quoi je me bats, au jour le jour, au Parlement européen et plus spécialement en commission agriculture.

En toute logique, et sans aucune hésitation, j'ai voté contre ce texte.

Ivana Maletić (PPE), napisan. – Pregovori u Dohi pokrenuti su 2001. kako bi se pronašle nove mogućnosti trgovanja i rješavanja neravnoteža u trgovinskom sustavu, s naglaskom na zemlje u razvoju i nerazvijene zemlje. Kako bi se otvorila nova tržišta, potrebno je uzeti u obzir osjetljivost određenih sektora, osobito poljoprivrednog, čija reforma predstavlja doprinos Europske unije očekivanjima od kruga pregovora iz Dohi.

Liberalizacija trgovine važno je oruđe za jamčenje održivog gospodarskog rasta i razvoja, ali ju je potrebno upotrijebiti odgovarajućim popratnim politikama koje obuhvaćaju makroekonomske i mikroekonomske mjere. Pozivaju se članice WTO-a na ratifikaciju i provedbu Sporazuma o olakšanju trgovine, kako bi isti stupio na snagu prije početka 10. ministarske konferencije. Njime bi se donijela znatna korist zemljama u razvoju po pitanju povećanja proizvodnih kapaciteta te većeg udjela u globalnim lancima vrijednosti.

Podržala sam rezoluciju Europskog parlamenta jer smatram da multilateralan sustav utemeljen na poštenijim i pravednijim pravilima može doprinijeti poštenoj i slobodnoj trgovini.

Νότης Μαρτιάς (ECR), γραπτώς. – Καταψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την τρέχουσα κατάσταση του αναπτυξιακού προγράμματος της Ντόχα εν όψει της 10ης υπουργικής διάσκεψης του ΠΟΕ, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce texte. Le cycle de Doha est une négociation en cours pour un accord de libre-échange international, sous l'égide de l'Organisation mondiale du commerce (OMC). Ce cycle a commencé en 2001, et est en assez mauvaise voie: les négociations sont ralenties par les exigences de plusieurs pays. Ce ralentissement inquiète les instructions européennes qui souhaitent que ce programme aboutisse.

Le Parlement européen demande la mise en place d'un libre-échange mondial encore plus fort, et demande le démantèlement des normes de chaque pays en faveur de normes mondiales. Cette perte supplémentaire de souveraineté est une aberration car elle empêcherait les États membres de légiférer.

Nous nous opposons fermement à cette lubie européenne de libre-échange tous azimuts!

David Martin (S&D), *in writing*. – We need a clear definition of low-income developing countries and emerging economies, and we must ensure that the principle of special and differential treatment (S&DT) constitutes an integral part of the negotiations. This has always been part of EU trade policy and we just cannot dismantle our system of preferential trade with our friends in the African, Caribbean and Pacific countries without bringing a solution to their needs.

Ten years after the beginning of the Doha Round, the WTO itself is at a crossroads. It is time to accomplish structural reform, in order to better guarantee an open, fair and non-discriminatory trading system based on shared and applied rules. It should contemplate new challenges such as climate change and sustainability as well as new actors such as SMEs and innovative start-ups.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Favorevole alla risoluzione del Parlamento europeo sulla situazione dell'agenda di Doha per lo sviluppo anteriore alla decima conferenza ministeriale dell'Organizzazione mondiale del commercio. Nairobi ospiterà dal 15 al 18 dicembre la 10ª conferenza ministeriale dell'Organizzazione mondiale del commercio. Il ciclo di Doha è stato avviato con l'obiettivo di creare nuove opportunità commerciali, rafforzare le norme commerciali multilaterali e affrontare gli squilibri esistenti, ponendo le necessità e gli interessi dei paesi in via di sviluppo. Tali obiettivi derivano dall'idea che un sistema multilaterale basato su regole più giuste possa contribuire a un commercio più equo e aperto per lo sviluppo economico di tutti i continenti e a ridurre la povertà.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Il ciclo di negoziati multilaterali stipulato dagli Stati membri dell'OMC è stato avviato nel 2011 con un obiettivo ben specifico ossia quello di creare nuove opportunità commerciali e, al contempo, sostenere la crescita economica dei paesi meno sviluppati, ponendo i loro interessi e necessità al centro dei negoziati. Il tema dunque si rivela particolarmente importante e richiede un condiviso sostegno laddove, come nella proposta di risoluzione in commento, il fine sia quello di sollecitare tutti i paesi membri dell'OMC a procedere alla celere ratifica e implementazione dell'accordo di agevolazione degli scambi, affinché esso possa entrare in vigore a tempo per la decima conferenza ministeriale.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – À l'orée de la conférence ministérielle de l'OMC qui se tiendra du 15 au 18 décembre 2015 à Nairobi, le Parlement européen s'est prononcé sur l'état d'avancement du cycle de développement de Doha, lancé en 2001 et qui, jusqu'à l'heure actuelle, a été loin de répondre aux attentes. À l'époque, après des années de libre-échange effréné, les pays membres de l'OMC avaient émis l'idée de mettre le commerce au service du développement des pays du Sud. Cet objectif, certes très louable, a néanmoins pâti de l'incapacité des États à se mettre d'accord sur des mesures concrètes.

Le texte voté par le Parlement européen a bien pris en compte la nécessité de s'engager véritablement sur la voie d'un traitement spécial et différencié pour les pays en développement (PED), surtout en matière agricole, où ils sont clairement désavantagés. Le rapport Lange-Zalba propose également de réformer le fonctionnement de l'OMC, en impliquant davantage les parlements nationaux. Plus urgent encore, le texte se prononce en faveur d'un meilleur accès, pour tous les parlements des États membres, au contenu des négociations commerciales en cours. Sans me nourrir d'illusions démesurées quant à l'issue de la conférence de Nairobi, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Zwar gibt es einige brauchbare Vorschläge in dem Bericht wie beispielsweise die schon lange wiederholte Forderung nach einer Reform der WTO, allerdings hält er an dem Ansatz fest, dass Abkommen wie die TTIP und das TiSA gangbare Wege darstellen. Daher lehne ich den Bericht ab.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le cycle de Doha, fallacieusement appelé «programme de Doha pour le développement» visait à libéraliser le commerce international, notamment en favorisant l'accès aux marchés des pays riches pour les produits agricoles des pays en développement (PED). Bien qu'il soit considéré en échec depuis 2006, du fait notamment des pays riches, le rapport veut croire en une «réforme structurelle de l'OMC afin de mieux garantir un système commercial ouvert, juste et non discriminatoire, fondé sur des règles communes et appliquées» en vue de la prochaine conférence ministérielle de l'OMC à Nairobi. Fondées sur des postulats tels que «la libéralisation des échanges commerciaux constitue un instrument important pour garantir une croissance économique et un développement pérennes», je crains que ces réformes n'apportent rien de bon. Je vote contre cette ode au libre-échange.

Joëlle Mélin (ENF), *par écrit*. – Ce texte vise à préparer la réunion de l'OMC de décembre à Nairobi. Le Parlement européen demande que l'OMC mette en place un libre-échange mondial qui démantèle les normes de chaque pays au profit de normes mondiales. Il propose même que l'OMC puisse se saisir de «sujets non commerciaux». Ces abandons de souveraineté supplémentaires seraient dramatiques puisqu'ils empêcheraient les États eux-mêmes de légiférer, ce d'autant plus que le texte demande que les accords de l'OMC soient juridiquement contraignants pour les États signataires. Le député s'oppose bien évidemment à ce texte qui poursuit la politique de libre-échange tous azimuts de l'Union.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Apresentei o meu voto favorável à proposta de resolução sobre a situação atual da Agenda de Doha para o Desenvolvimento tendo em vista a 10.ª Conferência Ministerial da OMC. Sabendo que a Ronda de Doha tem como objetivo criar novas oportunidades comerciais, reforçar as normas relativas ao comércio multilateral e dar resposta aos atuais desequilíbrios do sistema comercial, e dada a proximidade da 10.ª Conferência Ministerial da OMC, que se realizará no Quênia, de 15 a 18 de dezembro de 2015, esta proposta de resolução faz todo o sentido.

Esta proposta de resolução vem reforçar e defender uma agenda baseada no comércio livre e justo em benefício daqueles cujo processo se centre no desenvolvimento e, ainda, a necessidade de se efetuar uma reforma estrutural da OMC.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted to support this resolution on the Doha Development Agenda as it stresses the Union's support for a thorough reform of the WTO, in order to better guarantee a transparent, fair and open trading system that better incorporates the full scale of participants in the global economy.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Ce vote favorable donne une nouvelle impulsion au cycle de Doha pour le développement lancé en 2001. Ce cycle est win/win pour les pays en développement ainsi que pour les pays développés. Il vise à créer de nouveaux débouchés commerciaux, renforcer les règles commerciales multilatérales et corriger les déséquilibres actuels du système commercial en plaçant les besoins et les intérêts des pays en développement, en particulier ceux des pays les moins avancés (PMA), au centre des négociations. Dans un monde globalisé, on ne peut plus prétendre à la prospérité si elle n'est pas partagée, si des millions de personnes vivent dans l'extrême pauvreté.

À la veille de la dixième Conférence ministérielle de l'OMC, qui se tiendra à Nairobi du 15 au 18 décembre 2015, se positionner pour la relance et la conclusion définitive du cycle de Doha pour le développement est acte responsable dans le chef du Parlement européen. La conclusion de ce cycle de Doha est un impératif vital que tous les membres de l'OMC doivent mettre au top de leur agenda politique afin de parvenir à un résultat ambitieux, global, équilibré et réaliste dans un avenir très proche.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Kolo rokovaní v Dauhe má za cieľ posilniť multilaterálne obchodné pravidlá a tým vytvoriť priaznivé prostredie pre nové obchodné príležitosti pre rozvinuté ale aj rozvojové a najmenej rozvinuté krajiny, ktoré boli v svetovom obchodnom systéme dlhodobo marginalizované. Považujem za prirodzené, že multilaterálny obchodný systém má byť založený na spravodlivých a objektívnych pravidlách, ktoré budú prispievať k hospodárskemu rozvoju všetkých krajín so zvláštnym ohľadom na špecifiká rozvojových krajín, kde treba zabezpečiť dosahovanie rozvojových cieľov akými sú napr. odstraňovanie chudoby a hladu a zabezpečovanie základných zdravotných a sanitárnych podmienok.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – The Doha Development Agenda, with a view to the 10th WTO Ministerial Conference of the Doha Round, was launched in 2001 with the objectives of creating new trading opportunities, strengthening multilateral trade rules and addressing current imbalances in the trading system by focusing on the needs and interests of developing countries and especially of the least developed countries. This contributes to fair and free trade at the service of the economic development of all continents and the alleviation of poverty. I am in agreement with the state of play of the Doha Development Agenda with a view to the 10th WTO Ministerial Conference and that is why I have voted in favour of this report

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – In light of the 10th WTO Ministerial Conference which will take place in Nairobi from 15 to 18 December 2015, the European Parliament stresses the importance of a trade agenda based on free and fair trade and with development at the centre of the process. The principle of special and differential treatment should continue to be an integral part of the negotiations as it recognises the special needs of low-income and least developed countries, in particular in implementing trade provisions. We call for a speedy ratification of the Trade Facilitation Agreement – the successful outcome of the 9th WTO Ministerial conference in 2013 – by all WTO members. It was the first multilateral trade agreement concluded after the establishment of the WTO in 1995 and will bring significant benefits in particular to developing country members. Finally, we also welcome the progress made so far in plurilateral

negotiations such as the Environmental Goods Agreement, the Information Technology Agreement and the Trade in Services Agreement with a view to their multilateralisation once a critical mass of participants has been reached.

Csaba Molnár (S&D), írásban. – A Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság parlamenti állásfoglalás elfogadására tett javaslatot a WTO 2015. december 15. és 18. között Kenyában megrendezésre kerülő tízedik miniszteri konferenciáját megelőzően. A javasolt állásfoglalás ismételten megerősíti az Európai Parlament teljes elkötelezettségét a multilateralizmus és a minden fél érdekeit szolgáló, olyan szabad és tisztességes kereskedelem mellett, amelynek középpontjában a fejlődés áll. Újólág kiáll a kereskedelem liberalizációja mellett azzal, hogy azt megfelelő, makro- és mikroökonómiai intézkedéseket, valamint a közigazgatás egyszerűsítését, oktatást és képzést, intézményi reformokat és szociális politikákat tartalmazó kísérő politikákkal kell kiegészíteni annak érdekében, hogy a kereskedelmi reformok előnyeit teljes körűen kiaknázzák, és jobban eloszák, hatékonyan ellensúlyozva az esetleges negatív hatásokat. Az indítványt támogattam.

Bernard Monot (ENF), par écrit. – Le Parlement Européen demande que l'OMC mette en place un libre échange mondial encore plus approfondi et démantèle les normes de chaque pays pour établir des normes mondiales. Il propose même que l'OMC puisse se saisir de ces sujets non commerciaux.

Ces abandons de souveraineté supplémentaires seraient dramatiques puisqu'ils empêcheraient les États de légiférer. Le Parlement européen se félicite des approches de libre-échange sectorielles, comme l'accord sur les biens environnementaux, les technologies de l'information, TISA (démantèlement des services publics). Le rapport essaie de cacher le danger de tels accords en prônant une politique commerciale favorable aux PME et aux pays en développement. Il demande que les accords de l'OMC soient juridiquement contraignants.

Enfin, il s'agit d'un accord de libre-échange mondial classique auquel nous nous opposons. Nos amendements ayant été refusés, le groupe s'est opposé à ce rapport.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), por escrito. – Defendo para o comércio uma estratégia multilateral, regulamentada e estável, reconhecendo que os acordos bilaterais, regionais e plurilaterais também promovem a abertura do comércio e o desenvolvimento económico e apioam o sistema multilateral, desde que compatíveis com as normas da Organização Mundial do Comércio.

É fundamental a defesa de uma agenda para o comércio alicerçada no comércio livre e justo em benefício de todos e cujo processo se centre no desenvolvimento. A liberalização do comércio constitui uma ferramenta essencial para assegurar o crescimento económico e o desenvolvimento sustentáveis, que deverão ser acompanhadas por medidas macro e microeconómicas, como a transparência orçamental, as políticas orçamentais, a equidade tributária, a simplificação administrativa, o ensino e a formação, as reformas institucionais e as políticas sociais.

Recomendo que a União Europeia deverá continuar a ter um papel liderante com o objetivo de alcançar progressos nas negociações da OMC em curso, com vista à conclusão plena da Ronda de Doha para o Desenvolvimento a curto prazo, assim como garantir a participação de países menos desenvolvidos no comércio mundial.

Sophie Montel (ENF), par écrit. – Ce texte de résolution sur l'état d'avancement du programme de Doha vise à préparer la conférence de l'OMC de décembre à Nairobi. Pour rappel, le cycle de Doha est la négociation en cours depuis 2001 pour un accord de libre-échange international sous l'égide de l'Organisation mondiale du commerce. Quatorze ans après le début de ce cycle, l'accord paraît en mauvaise voie, au grand dam de l'Union européenne qui souhaiterait qu'il aboutisse, ce qui est rappelé dans le texte.

Le Parlement demande la prolongation du cycle en vue de l'établissement d'un système de libre-échange international encore plus abouti, sans contrainte pour le marché, et l'adoption de normes internationales juridiquement contraignantes tout en démantelant les règles imposées par les États-nations.

Le texte propose également que l'OMC puisse se saisir des «questions non commerciales» afin de ne pas «entraver l'accès aux marchés» et ce au détriment des États, ce qui signifierait un abandon de souveraineté sans précédent et le développement d'une logique matérialiste pour des domaines tels que la santé ou la culture.

Donc, malgré des appels à plus de transparence démocratique dans les négociations commerciales et à un accord favorable aux PME et aux pays en développement, j'ai voté contre ce texte.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui porte sur l'état d'avancement du programme de Doha pour le développement en vue de la dixième conférence ministérielle de l'OMC. Lancé en 2001, le cycle de Doha a pour objectif de créer de nouveaux débouchés commerciaux, de renforcer les règles commerciales multilatérales et de corriger les déséquilibres actuels du système commercial en plaçant les besoins et les intérêts des pays en développement, en particulier ceux des pays les moins avancés (PMA), au centre des négociations. Dans ce texte, le Parlement européen réaffirme son attachement à un système commercial multilatéral fondé sur des règles, tout en rappelant qu'il est important de tenir compte de la sensibilité de certains secteurs en termes d'ouverture de marché et notamment du secteur agricole. L'Union européenne a contribué au cycle de Doha en réformant sa politique agricole commune.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui intervient quelques semaines avant la dixième conférence ministérielle de l'OMC, qui se tiendra au Kenya du 15 au 18 décembre 2015, soit pour la première fois dans un pays d'Afrique. Il soutient une réforme structurelle de l'OMC afin de mieux garantir un système commercial ouvert, juste et non discriminatoire qui prenne davantage en compte la variété des acteurs de l'économie, tels que les PME et les micro-entreprises et les jeunes pousses de l'innovation. Cette résolution encourage notamment les membres de l'OMC à un progrès substantiel à Nairobi en décembre de façon à permettre une conclusion rapide du cycle de Doha et à ratifier rapidement et mettre en œuvre l'accord sur la facilitation des échanges, de sorte qu'il puisse entrer en vigueur avant la conférence ministérielle. De plus, la résolution invite instamment tous les membres de l'OMC à examiner toutes les options envisageables en se plaçant dans une telle perspective afin de parvenir à un résultat ambiteux, global, équilibré et réaliste pour le programme de développement de Doha.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Sosteniamo in maniera convinta questa risoluzione che deve servire ad imporre un cambio di passo ai negoziati lanciati in seno all'Organizzazione mondiale del commercio nel 2001 a Doha. Questa tornata negoziale è di particolare importanza perché può rafforzare il sistema multilaterale delle relazioni commerciali e, parallelamente, prendere in maggiore considerazione le necessità e i bisogni dei paesi meno sviluppati.

Il provvedimento ha la possibilità di rendere la prossima riunione ministeriale del dell'OMC, che si terrà a Dicembre a Nairobi, un momento importante per rendere il commercio internazionale più giusto e più libero. Gli sforzi che l'Unione europea sostiene nei forum internazionali e regionali, così come nella sua agenda di negoziati bilaterali, devono sempre andare verso l'eliminazione delle ingiustificate barriere non tariffarie al commercio, in modo da rafforzare e rendere più efficiente ed autorevole il sistema multilaterale dell'Organizzazione mondiale del commercio.

È nostra opinione, infatti, che solo con una OMC rin vigorita dai prossimi negoziati si possano perseguire gli obiettivi di un commercio internazionale che dia regole eque, inclusive e sostenibili alla globalizzazione, nell'interesse dei cittadini europei, ma anche dei paesi più poveri del sud del mondo.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Je n'ai pas pu voter pour ce rapport mais je soutiens pleinement la position du groupe PPE et de la délégation française, qui consiste à adopter ce rapport. Il soutient une approche équilibrée et résolument multilatérale qui ne peut que favoriser un rapprochement Nord-Sud.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A Kereskedelmi Világszervezet (WTO) legfőbb céljai a nemzetközi kereskedelem könnyebbé tétele, valamint a fejlődő országok gazdaságának világkereskedelembé való sikeres integrációja. A WTO 2001-es miniszteri találkozásán elfogadott dohai menetrend ezeket az alapértékeket hivatott elősegíteni. Minden kétséget kizáróan ezt a fejlesztési menetrendet továbbra is érdemes követni. Ehhez viszont elkerülhetetlenek bizonyos változások és sokoldalú reformok, amelyeket a nairobi miniszteri konferencián prioritásként kell kezelni.

A menetrendbe foglalt célok eléréséhez elengedhetetlen a WTO strukturális reformja, valamint a fejlődő országok és gazdaságok újrakategorizálása, de talán még ennél is fontosabb új, működő, nemzetközi egyezmények elfogadása és életbeléptetése, nem utolsósorban pedig a tagországok buzdítása nemzetgazdasági változások véghezvitelére.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I have voted for this resolution that will encourage fair and free trade through increasingly just and equitable rules, with the purpose of creating economic development across the globe.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe dem Bericht zum Sachstand der Doha-Entwicklungsagenda die Zustimmung verweigert, da er die Rolle der Mitgliedstaaten zugunsten der Union marginalisiert. Überdies wird die durchaus als bescheiden zu bezeichnende Entwicklung der Verhandlungen nicht drastisch genug formuliert.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktam pranešimui.

Būtina dėti didesnes pastangas, kad Dohos derybų raundas būtų greitai užbaigtas ir pasiekta ambicingų rezultatų. Pažymėtina, kad ilgas šių derybų vilkinimas sukurią didelių problemų.

Visų pirma, turėtų būti nustatytos visiems priimtinos tarptautinės prekybos taisyklės, kurios įteisintų šalių norą veikti sąžiningiau ir atviriau. Reikia labiau atsižvelgti į labai skirtingą besivystančių šalių ekonominių išsivystymą ir individualius poreikius. Pažangesnės besivystančios šalys turėtų priimti dalį atsakomybės jau dabartiniame raunde ir prisidėti, atsižvelgdamos į savo išsivystymo lygį. Be to, siekiant geriau užtikrinti bendrai taikomomis taisyklėmis grindžiamą atvirą, sąžiningą ir nediskriminacinę prekybos sistemą, PPO turėtų būti vykdomos struktūrinės reformos.

Reikia sukurti galimybes ne tik padėti silpnoms pasaulio ekonomikoms, bet ir tobulėti stipriosioms. Todėl labai svarbu, kad visos PPO narės kuo greičiau ratifikuotų ir įgyvendintų prekybos lengvinimo susitarimą.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – The Doha Development Agenda (DDA) is a series of trade-liberalisation measures – including, inter alia, tariff reductions and anti-dumping provisions – on which all World Trade Organisation members are seeking binding agreement. Strengthening the WTO in this manner is in the UK's interest, as it bolsters international trading norms that the UK would enjoy as a fully active member on Brexit. Though the motion for a resolution supports this process and calls for greater democratic accountability in WTO decision making, it promotes an activist role for the EU in advancing its own trade agenda through the WTO framework. On these grounds, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – La conduzione dei negoziati di Doha si è dimostrata molto complessa e, ad oggi, non si è ancora giunti ad una conclusione dei *round*. Sostengo l'importanza di imprimere un'accelerazione al processo negoziale, in vista della decima conferenza ministeriale dell'Organizzazione mondiale del commercio che si terrà in Kenya dal 15 al 18 dicembre. Ritengo si debba procedere ad una riforma strutturale dell'OMC con l'obiettivo di includere maggiormente i paesi meno sviluppati e i paesi in via di sviluppo in un sistema commerciale effettivamente multilaterale, equo e non discriminatorio, fondato su regole condivise e applicate e che tenga maggiormente in considerazione le PMI, le microimprese e le start up innovative. Avrei pertanto espresso il mio voto favorevole.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Pregovori započeti u Dohi 2001. godine otvorili su nove mogućnosti za jačanje multilateralnih pravila trgovanja i rješavanje trenutčnih neravnoteža u trgovinskom sustavu. Budući da plan iz Dohe smatram pozitivnim i potrebnim iskorakom, podržavam nacrt prijedloga rezolucije o stanju Razvojnog plana iz Dohe uoči Desete ministarske konferencije Svjetske trgovinske organizacije.

Najvažniji cilj pritom je bio uspostava pravednijeg i poštenijeg trgovinskog sustava koji bi doprinio poštenoj i slobodnoj trgovini, a istovremeno bi i poticao gospodarski razvoj svih kontinenata. Sada je potrebno, više nego ikad, ustrajati na zaključenju dugotrajnog kruga pregovora iz Dohe kako bi se realizirao njegov razvojni mandat.

Smatram da Europska unija mora i dalje zadržati vodeće mjesto u promicanju napretka u aktualnim pregovorima WTO-a, a u cilju potpunog zaključenja kruga pregovora iz Dohe. Podupirem najavljeni strukturnu reformu WTO-a jer bi se tom reformom uzeli u obzir potrebe i interesi zemalja u razvoju i najslabije razvijenih zemalja, ali i malih i srednjih poduzeća. Također, države članice WTO-a je potrebno poticati na jačanje veza s drugim organizacijama koje su na bilo koji način povezane s globalnom trgovinom, a čiji rad može utjecati na tijek pregovora.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – U pregovorima o reformi WTO-a važno je u potpunosti uzeti u obzir posebne potrebe i interese zemalja u razvoju s niskim prihodima i najslabije razvijenih zemalja. Također, potrebno je jasno definirati zemlje u razvoju s niskim prihodima i rastuća gospodarstva, zajamčiti da načelo posebnog i drugačijeg tretmana bude sastavni dio pregovora kako bi se odrazile različite razine gospodarskog razvoja zemalja članica WTO-a kao što je utvrđeno u stavku 44. Ministarske deklaracije iz Dohe. Značajne odredbe posebnog i drugačijeg tretmana morale bi biti preciznije i ciljane te bi ih trebalo periodički provjeravati kako bi se odgovorilo na potrebe onih zemalja u razvoju i najslabije razvijenih zemalja kojima je najviše potrebna pomoć.

Pridružujem se pohvalama primjera Sporazuma o olakšavanju trgovine u pogledu primjene načela posebnog i drugačijeg tretmana u fazama provedbe, koji bi mogao biti koristan pri pregledu i usmjeravanju odredbi posebnog i drugačijeg tretmana.

U tom procesu Europska unija se treba zalagati za trajnu vrijednost multilateralizma i pozivati na trgovinski program utemeljen na slobodnoj i pravednoj trgovini koji bi bio od koristi svima i koji bi u svojoj srži bio usmjeren na razvoj.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Smatram da je važno cjelovito pristupiti posebnim potrebama i interesima slabije razvijenih zemalja kao i postaviti nove kriterije u definiranju siromašnih zemalja i zemalja u razvoju što se pokazuje potrebnim primjerice u slučaju Kine. Podupirem strukturne reforme Svjetske trgovinske organizacije kako bismo imali garanciju otvorene, poštene i nediskriminirajuće trgovine koja bolje ispunjava interese različitih dionika na tržištu kao što su srednja, mala i mikro poduzeća te poduzeća početnika.

U tom kontekstu zalažem se za što bržu ratifikaciju i implementaciju Sporazuma za olakšavanje trgovine (TFA) prije Ministarske konferencije (MC10). Istovremeno, pohvaljujem napredak učinjen pri ispunjavanju pluratelarnih inicijativa kao kod Sporazuma o okolišnim dobrima (EGA), Sporazuma o informacijskoj tehnologiji (ITA) i Sporazuma o trgovinskim uslugama (TISA). Naglašavam, da je i za Hrvatsku, zemlju iz koje dolazim, kao članicu WTO-a jako važno predstojeće pristupanje BIH, te ga u punom smislu podržavam.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – Il ciclo di Doha è stato avviato nel 2001 con l'obiettivo di creare nuove opportunità commerciali a livello internazionale. Tale obiettivo deriva dal fatto che un sistema multilaterale basato su regole più giuste ed eque può contribuire a un commercio equo e libero, a uno sviluppo economico di tutti i continenti e a ridurre la povertà. Ho votato a favore di questa proposta di risoluzione perché credo nell'importanza di raggiungere un accordo politico che consenta di fare progredire l'agenda di Doha. Un'agenda per gli scambi commerciali basata su un commercio libero ed equo a beneficio di tutti, che ponga lo sviluppo economico al centro del processo.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie.* – Rezolucja określa cele i zadania na dziesiątą konferencję ministerialną WTO, która odbędzie się w Nairobi (Kenia), i wyraża nadzieję, że niedawno uzgodniona umowa o ułatwieniach w handlu zostanie ratyfikowana w wystarczającej liczbie państw, aby stać się przepisami WTO. Szanse jednak na osiągnięcie ostatecznego porozumienia w sprawie dauhańskiej rundy rozwojowej wydają się nikłe. Uważa się, że różnice między poszczególnymi stanowiskami są wciąż nie do pogodzenia. W związku z tym pozostaje kwestia wyników, które pozostają niezależne od umowy o ułatwieniach w handlu, a także kwestia roli WTO w przypadku, gdy osiągnięcie pełnego porozumienia pozostanie niemożliwe.

Rezolucja zawiera apel do wszystkich stron o osiągnięcie ostatecznego porozumienia. Rezolucja proponuje, aby w sposób innowacyjny rozważyć szereg kwestii, ze szczególnym zwróceniem uwagi na to, co może osiągnąć WTO, jeżeli chodzi o rozwój krajów najslabiej rozwiniętych, a także na umowę o technologii informacyjnej oraz umowę w sprawie towarów środowiskowych, które są inicjatywami zdecydowanie przeze mnie popieranymi.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně.* – Jako zastánce volného obchodu mezi národy podporuji myšlenku reformy Světové obchodní organizace (WTO). Domnívám se, že efektivnější struktura této organizace a detailnější posuzování jednotlivých ekonomik umožní lépe naplňovat hlavní cíl WTO. Ten vidím v odstraňování obchodních bariér, což následně přinese ekonomický rozvoj a nižší ceny pro spotřebitele.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur l'état d'avancement du programme de Doha pour le développement dans la perspective de la 10e conférence ministérielle de l'OMC qui se tiendra au Kenya du 15 au 18 décembre 2015. C'est la première fois qu'une telle conférence se déroule dans un pays d'Afrique. Cette conférence met particulièrement en avant les objectifs des économies émergentes. Les objectifs sont variés et portent sur la vision de nos économies, que l'on doit voir dans toute leur diversité. Les PME et TPE doivent bénéficier de soutiens pour que la facilitation des échanges soit complète. Je soutiens totalement cette initiative qui doit réussir pour prouver aujourd'hui que le multilatéralisme en matière commerciale existe encore.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – As negociações da Ronda de Doha, lançadas em 2001, visam a melhoria do comércio multilateral através de normas estabelecidas consensualmente entre as contrapartes. Tais políticas de comércio devem ser aprofundadas em torno de dois eixos: a redução das barreiras comerciais protecionistas que impedem o livre comércio, por um lado, e o estabelecimento de normas que regulem a manutenção dos obstáculos ao comércio, por outro.

O artigo 207.º do Tratado sobre o Funcionamento da União Europeia (TFUE) estabelece a política comercial comum como uma competência exclusiva da União Europeia. Em conformidade, a Comissão Europeia (CE) tem vindo a exercer o seu mandato, colocando no centro das negociações as necessidades e os interesses dos países em desenvolvimento. Neste particular, o princípio de tratamento especial e diferenciado deve ser parte integrante das negociações, assegurando o crescimento económico e o desenvolvimento sustentáveis dos países menos avançados, principais vítimas dos desequilíbrios do sistema comercial. Considerando que as negociações estagnaram desde o início da crise, por divergências quanto a certos domínios de intervenção legal, e considerando o objetivo final de concluir as negociações, votei favoravelmente o presente relatório que exorta a CE a estudar as opções viáveis com vista à conclusão plena da Ronda de Doha para o Desenvolvimento.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui détaille la position de notre assemblée en prévision de la prochaine conférence ministérielle de l'OMC. Le cycle de Doha a plusieurs objectifs: la création de nouveaux débouchés commerciaux, un renforcement des règles commerciales multilatérales ainsi que la correction des déséquilibres actuels du système commercial, notamment concernant les besoins et intérêts des pays en développement, et plus particulièrement des pays les moins avancés. Il faut dès lors se doter des moyens d'atteindre ces objectifs.

Pour cela sont notamment nécessaires une réforme structurelle de l'OMC ainsi qu'un programme commercial fondé sur un système multilatéral, libre et équitable, au bénéfice de tous et qui accorde au développement une place centrale. Il faut également obtenir des règles communes et appliquées. La coopération de l'OMC avec les autres organisations internationales pertinentes doit par ailleurs être encouragée. En outre, il faut favoriser la légitimité démocratique et la transparence de l'OMC en renforçant sa dimension parlementaire.

L'Union, première puissance commerciale, doit permettre une avancée des négociations et une conclusion équilibrée et réaliste de ce cycle, dans le respect de ses objectifs.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – En 2001, los países miembros de la Organización Mundial del Comercio decidieron iniciar la Ronda de Doha con el objetivo de reforzar las normas comerciales multilaterales, ampliar las oportunidades que ofrece el comercio internacional y superar los desequilibrios que actualmente existen, centrándose en los países en desarrollo y, fundamentalmente, en los países menos desarrollados.

Las conclusiones de la 10.ª Conferencia Ministerial de la OMC, que tendrá lugar en Kenia en diciembre de 2015, serán de suma importancia. Esperamos que se reúnan los apoyos necesarios para la entrada en vigor del Acuerdo sobre Facilitación del Comercio y se renueven los apoyos a la OMC como sistema de gobernanza mundial del comercio. La UE debe mantener su liderazgo en la promoción de las negociaciones que actualmente se desarrollan en la OMC, especialmente la Ronda de Doha, que deseamos ver concluida en un futuro próximo.

Los socialistas somos firmes defensores del multilateralismo en la regulación comercial. Defendemos la gobernanza multilateral como sistema más eficaz para gobernar el comercio mundial libre y equitativo, con normas eficaces, justas, transparentes, al servicio del desarrollo económico y la lucha contra la pobreza. Por todo ello, hemos apoyado esta Resolución.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – En prévision de la dixième conférence ministérielle de l'OMC qui se tiendra au Kenya du 15 au 18 décembre 2015 (pour la première fois dans un pays d'Afrique!), la résolution que j'ai soutenue souligne l'importance de tenir pleinement compte, dans les négociations, des besoins particuliers et des intérêts des pays en développement à faible revenu, mais considère également nécessaire de disposer d'une définition claire de ces pays et des économies émergentes. Le texte adopté soutient aussi une réforme structurelle de l'OMC afin de mieux garantir un système commercial ouvert, juste et non discriminatoire qui prenne davantage en considération la diversité des acteurs de l'économie, tels que les PME et les micro-entreprises de l'innovation.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Votei, de forma favorável, a presente resolução que chega momentos antes da realização da 10.^a Conferência Ministerial da OMC, no Quênia, de 15 a 18 dezembro de 2015.

Apoio plenamente a necessidade de uma maior liberalização do comércio mundial, assente num sistema multilateral baseado em normas mais justas e equitativas, que permitam contribuir para oportunidades comerciais promotoras do desenvolvimento e do crescimento sustentável e sustentado dos países menos avançados, atento o princípio do tratamento especial e diferenciado, que deve estar subjacente a este tipo de negociações.

Foi esse o objetivo da Ronda de Doha de 2001, que deverá agora ser revisto, a fim de atingir, de forma mais realista, os resultados concretos e mais equilibrados que se buscam para a economia mundial em termos comerciais. Sou igualmente favorável a uma reforma estrutural da OMC, a fim de melhor garantir um sistema comercial aberto, justo e não discriminatório, que atente no papel e interesses heterogêneos dos agentes económicos, PME, microempresas e *start ups*.

Importa, por isso, que todos os membros da OMC estudem soluções viáveis para concluir as negociações da Ronda de Doha e ratifiquem rapidamente o Acordo de Facilitação do Comércio, que permitirá aumentar a transparência e a segurança jurídicas, reduzir os custos administrativos e minorar a duração das formalidades aduaneiras.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte qui donne la position officielle du Parlement européen en vue des négociations qui se tiendront à Nairobi du 15 au 18 décembre dans le cadre de la dixième conférence ministérielle de l'OMC.

Il est fondamental de rappeler que le niveau multilatéral de négociations commerciales demeure une priorité pour l'Union européenne et que l'OMC a son entier soutien. En ce sens, il est important de prendre en compte dans les négociations les besoins particuliers et les intérêts des pays en développement à faible revenu ainsi que des PMA (pays les moins avancés), tout en soulignant qu'une définition claire de ces pays doit être établie.

Nous soutenons également une réforme de l'OMC qui permette un système commercial ouvert, juste et non-discriminatoire, ainsi que l'obtention d'un résultat ambitieux, global, équilibré et réaliste pour le programme de développement de Doha. Il est également urgent que l'accord sur la facilitation des échanges soit ratifié rapidement et mis en œuvre.

Enfin, soulignons que notre travail en commission parlementaire a permis de rappeler dans le texte que certains secteurs, comme l'agriculture, demeurent sensibles et doivent être traités différemment en matière de commerce.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della proposta di risoluzione inerente lo stato di avanzamento dell'agenda di Doha per lo sviluppo in vista della 10^a conferenza ministeriale dell'Organizzazione mondiale del commercio in quanto ritengo necessaria una riforma strutturale che porti ad uno sviluppo economico dei paesi membri dell'OMC. Tale riforma deve basarsi su un commercio libero, equo e non discriminatorio, fondato su regole condivise e applicate, che tenga maggiormente conto del ruolo e degli interessi di una serie di operatori economici, quali le PMI, le microimprese e le start up innovative.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos en contra porque el informe apoya una lógica de mercado que no vela por los intereses de los países en desarrollo ni por los trabajadores y el medio ambiente de la propia Unión Europea. Por ejemplo, se centra en la eliminación de barreras al comercio derivadas de la crisis, sin reflexionar sobre las causas de esta.

Las alusiones a medidas de apoyo para países en desarrollo no son suficientes para contrarrestar el enfoque general: la facilitación del comercio como un objetivo en sí mismo.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la presente Resolución debido a que mantiene una lógica de liberalización del comercio internacional. Pese a contener observaciones positivas sobre lo que supone el Programa de Doha para el Desarrollo, no condena que se haya traicionado su espíritu a través de acuerdos multilaterales como la ATCI, el AECG, la ATP, etc. Estos acuerdos multilaterales están siendo negociados a toda prisa por las principales potencias occidentales. Se trata de un modelo que promueve el desarrollo de un comercio internacional desigual a través de acuerdos que garantizan su control absoluto por parte de las grandes multinacionales y la defensa de los intereses de estas. Necesitamos un comercio que anteponga el derecho de los pueblos a modelos de comercio que garanticen procesos de desarrollo económico.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Nella proposta di risoluzione adottata oggi, il Parlamento europeo definisce la sua posizione in merito al raggiungimento di un accordo finale sull'agenda di Doha per lo sviluppo, in vista della decima conferenza ministeriale dell'OMC (Organizzazione mondiale del commercio) a Nairobi. Attraverso questa relazione si invitano tutti i membri dell'OMC a procedere a una veloce ratifica dell'accordo di agevolazione degli scambi (TFA), affinché esso possa entrare in vigore in tempo per la decima conferenza ministeriale. Questo accordo porterebbe significativi benefici a tutti i membri dell'OMC e in particolare ai paesi meno sviluppati (PMS), così come a importanti operatori economici. Aumentando la trasparenza, riducendo gli oneri amministrativi e i tempi delle procedure doganali si consentirà alle imprese dei PMS e non solo di accedere a nuove possibilità di esportazione. Ho votato a favore della proposta perché ritengo che il raggiungimento di un accordo multilaterale che garantisca una maggiore liberalizzazione degli scambi a livello mondiale sia vantaggioso per tutti i membri del OMC, tra cui l'Unione europea.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this as it calls for EU activism within the EU. However, strengthening the WTO is in the UK's interest. I believe the UK should leave the EU and take up its seat at the WTO.

Czesław Adam Siekierski (PPE), *na piśmie*. – WTO nadal boryka się z licznymi problemami i nierozwiązanymi kwestiami, należy jednak pamiętać, że pogodzenie interesów krajów będących na różnych etapach rozwoju oraz posiadających często sprzeczne interesy, nie jest łatwym zadaniem.

Rezygnacja ze wspierania rolników i rolnictwa, szczególnie na obszarach o utrudnionych warunkach gospodarowania, doprowadziłaby do wyludnienia wielu obszarów i generowania bezrobocia. Jeśli dojdzie na danym terenie do likwidacji produkcji rolniczej i odpływu części ludności, przywrócenie życia w tym regionie jest znacznie trudniejsze i dalece bardziej kosztowne niż wsparcie lokalnej produkcji i zaproponowanie rolnikom dodatkowych form działalności.

Rolnictwo na obszarach o utrudnieniach naturalnych, peryferyjnych oraz górskich świadczy również ważne usługi środowiskowe i klimatyczne. W kontekście walki ze zmianami klimatu należy również zauważyć, że szczególny charakter rolnictwa polega na tym, że nie tylko emituje gazy cieplarniane, ale również odpowiada za pochłanianie i wyłapywanie ogromnych ich ilości.

Nie możemy zapominać o znaczeniu rolnictwa dla codziennego życia ludzi i jakości spożywanych przez nich produktów żywnościowych, mających związek z ich zdrowiem i życiem oraz środowiskiem, które nas otacza. W ramach prowadzenia wielostronnych negocjacji i postępującej liberalizacji handlu światowego nie możemy zapominać o tym, że rolnictwo nie jest po prostu jednym z sektorów gospodarek krajowych, ale dostarczycielem kluczowych dla naszego życia produktów, które ze strategicznego punktu widzenia są towarami wrażliwymi.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – The EU has consistently advocated for a rules-based and strong, multilateral approach to trade and I voted in favour of this motion for a resolution as it recognises that complementary approaches such as bilateral, regional and multi-national agreements may foster the opening of trade and may support the multilateral system. At committee level S&D MEPs were able to achieve many of its objectives, guaranteeing a commitment to the enduring value of multilateralism and respect for special and differential treatment in the negotiations, amongst many other things. I am very pleased with the work of Bernd Lange and this is a very good text.

Branislav Škripek (ECR), písomne. – V prípade legislatívneho uznesenia Európskeho parlamentu o súčasnom stave rozvojového programu z Dauhy pred 10. Konferenciou ministrov WTO som hlasoval za prijatie tohto uznesenia. Predkladaný dokument vhodným spôsobom reflektuje súčasný stav kôl rokovaní v Dauhe. Uznesenie zdôrazňuje potrebu jasnej definície rozvojových krajín, nakoľko je potrebné poukázať na rozdielne potreby a úrovne hospodárskeho rozvoja medzi krajinami s nízkym príjmom a najmenej rozvinutými krajinami.

Monika Smolková (S&D), písomne. – 10. Konferencia ministrov WTO sa bude konať od 15. do 18. decembra 2015 v Keni a bude prvou konferenciou ministrov WTO, ktorá sa uskutoční v africkej krajine. V rámci rokovaní je dôležité plne zohľadniť osobitné potreby a záujmy rozvojových krajín s nízkym príjmom a najmenej rozvinutých krajín. Dôležité bude stanoviť jasnú definíciu rozvojových krajín s nízkym príjmom a krajín s rozvíjajúcou sa ekonomikou. Podporila som návrh uznesenia, v ktorom okrem iného podporujeme štrukturálne reformy WTO s cieľom lepšie zaručiť otvorený, spravodlivý a nediskriminačný obchodný systém založený na spoločných a uplatňovaných pravidlách, ktorý vo väčšej miere zohľadňuje úlohu a záujmy rôznych hospodárskych subjektov, ako sú malé a stredné podniky, mikropodniky a inovatívne začínajúce podniky. V uznesení sa poukazuje na liberalizáciu, ako na dôležitý nástroj na zabezpečenie trvalo udržateľného hospodárskeho rastu a rozvoja, aj keď je potrebné, aby ju dopĺňali primerané sprievodné politiky zahŕňajúce makro- a mikroekonomické opatrenia vrátane transparentného rozpočtu, fiškálnych politík, rovnosti zdanenia, inštitucionálnych reforiem a sociálnych politík s cieľom maximalizovať a lepšie rozdeľovať výnosy obchodných reforiem a účinnejšie vyvažovať negatívne vplyvy.

Renato Soru (S&D), per iscritto. – Ho espresso voto favorevole alla risoluzione con la quale il Parlamento prende posizione in vista del prossimo incontro ministeriale dell'Organizzazione mondiale del commercio in Kenya a dicembre, per riaffermare l'impegno verso un sistema commerciale multilaterale che coinvolga e benefici pienamente i paesi meno sviluppati, in linea con gli obiettivi dell'agenda di Doha lanciata nel 2001. Poiché per la prima volta una conferenza di questo tipo si svolge in Africa, abbiamo di fronte a noi un'occasione importante per rilanciare un modello multilaterale di commercio internazionale, che non può essere sostituito dai vari accordi bilaterali o regionali. Questo perché vogliamo che anche i paesi meno sviluppati possano accedere ai benefici di un sistema multilaterale, partecipando alla governance e alla definizione di un'agenda commerciale basata sul commercio equo a beneficio di tutte le parti e incentrato sullo sviluppo. Per questo è necessario ripensare il sistema OMC, affinché possa funzionare bene per tutti i paesi membri, anche alla luce delle nuove sfide che anche il commercio globale deve affrontare, come il cambiamento climatico e la sostenibilità.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – Podporujeme štrukturálne reformy Svetovej obchodnej organizácie s ohľadom na zabezpečenie otvoreného, transparentného a antidiskriminačného obchodného systému berúceho väčší ohľad na úlohu a záujmy malých a stredných podnikov a inovatívnych start-upov. Z tohto dôvodu vítam dosiahnutý pokrok ohľadom iniciatív, akými je Dohoda o informačných technológiách či Dohoda o službách.

Jaromír Štětina (PPE), písomně. – EU vznikla mimo jiné s cílem podpory svobodného obchodu. Svobodný obchod s volným trhem je patrně to nejpodstatnější, co dokáže zlepšovat celkovou kvalitu života občanů. EU proto musí podporovat rozvoj a liberalizaci obchodu a volného trhu po celém světě. Z tohoto důvodu jsem také podpořil strukturální reformu WTO, která funkčněji zaručí otevřený, spravedlivý obchodní systém založený na obecných pravidlech a také důsledněji zohlední zájmy a potřeby různých hospodářských subjektů, včetně malých a středních podniků, až po ty začínající.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Podržao sam prijedlog rezolucije jer smatram da je liberalizacija trgovine važno oruđe za jamčenje održivog gospodarskog rasta i razvoja, ali da ju je potrebno upotrijebiti odgovarajućim popratnim politikama koje obuhvaćaju makroekonomske i mikroekonomske mjere, uključujući transparentnost proračuna, fiskalne politike i ujednačenost oporezivanja, pojednostavljenje uprave, obrazovanje i osposobljavanje, institucionalne reforme i socijalne politike, sve u cilju maksimalnog povećanja i bolje raspodjele koristi trgovinskih reformi te djelotvornog ublažavanja negativnih učinaka. Svjestan vrijednosti multilateralizma i ovim putem pozivam na trgovinski program utemeljen na slobodnoj i pravednoj trgovini koji bi bio od koristi svima i koji bi u svojoj srži bio usmjeren na razvoj.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. – Krug pregovora iz Dohe pokrenut je 2001. godine u cilju stvaranja novih mogućnosti trgovanja, jačanja multilateralnih pravila trgovanja i rješavanja trenutanih neravnoteža u trgovinskom sustavu. Budući da ti ciljevi potječu iz uvjerenja kako je multilateralni sustav utemeljen na poštenijim i pravednijim pravilima, može se očekivati doprinos poštenoj i slobodnoj trgovini u službi gospodarskog razvoja svih kontinenata i ublažavanja siromaštva.

Deseta ministarska konferencija Svjetske trgovinske organizacije (MC10) koja će se održati u Keniji bit će prva ministarska konferencija Svjetske trgovinske organizacije u nekoj afričkoj državi. Europska unija se i dalje čvrsto zalaže za Razvojni plan iz Dohe te potvrđuje kako će postizanje političkog dogovora oko napretka Razvojnog plana biti od velike važnosti i time bi se zajamčilo da pregovaračka uloga WTO-a ostane u središtu daljnje liberalizacije trgovine na globalnoj razini.

Podržavam ovaj Razvojni plan iz Dohe jer poziva na trgovinski program utemeljen na slobodnoj i pravednoj trgovini. Liberalizacija trgovine važno je oruđe za jamčenje održivog gospodarskog rasta i razvoja.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η παρούσα έκθεση έχει σκοπό την απελευθέρωση των αγορών από κάθε είδους εμπόδιο και έλεγχο, κάτι τέτοιο όμως θα οδηγήσει σε καταστροφικά αποτελέσματα για τους ευρωπαίους πολίτες. Ο ΠΟΕ επιδιώκει να επιβάλλει τις απόψεις του σε κάθε πτυχή της κοινωνίας, στην διαχείριση της Δημόσιας Διοίκησης, στην φορολογική πολιτική, στην εκπαίδευση, στις κοινωνικές πολιτικές και σε θεσμικές μεταρρυθμίσεις.

József Szájer (PPE), írásban. – A jelen határozat hetekkel a 10. miniszteriális WTO-konferencia (Kenya, 2015. december 15–18.) előtt született. Az Európai Parlament különleges jelentőséget tulajdonít annak, hogy az „alacsony bevételeű fejlődő országok” (LDCs) különleges igényei figyelembe vételre kerüljenek, amihez szükségesnek tartja, hogy az „alacsony bevételeű fejlődő országok” és „növekvő gazdaságok” fogalmi világos meghatározást nyerjenek. Ez különösen Kína esetében fontos, hiszen éppen az értelemben Kína még mindig fejlődő országnak minősül anélkül, hogy egyéb további megkülönböztetés lehetséges lenne.

Az Európai Parlament támogatja a WTO strukturális reformját annak érdekében, hogy megfelelőbben tudjon biztosítani egy nyílt, igazságos és megkülönböztetésmentes rendszert, amely megfelelően veszi figyelembe a különböző gazdasági szereplők (kkv-k, mikrovállalkozások, innovatív kezdő vállalkozások) igényeit. A határozat ösztönzi a WTO-tagállamokat, hogy alapvető előrelépés történjen Nairobiban a dohai forduló megfelelő végrehajtása érdekében, és a WTO-tagállamokat a Kereskedelemkönnyítő Megállapodás (TFA) gyors ratifikációjára és implementációjára hívja fel.

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – Szavazatommal támogattam a Dohai Fejlesztési Menetrend jelenlegi állásáról szóló állásfoglalási indítványt, amely egy minden fél érdekeit szolgáló, tisztességes és szabad kereskedelmen alapuló rendszert kialakítását szorgalmazza.

Véleményem szerint is fontos, hogy a tárgyalások során központi elem legyen az alacsony jövedelmű fejlődő országok és a legkevésbé fejlett országok érdekeinek szem előtt tartása. Továbbá örömmel vettem és helyeslem az indítvány azon ajánlását, hogy fokozottabb figyelmet kapjanak a kkv-k, mikrovállalkozások és innovatív start-up-ok a kereskedelmi rendszer hatékonyabb biztosítása érdekében.

Lényeges eleme az indítványnak, hogy szorgalmazza az Európai Parlament szerepének további erősítését. Fontos, hogy a Parlamentet továbbra is szorosan bevonják a miniszteri konferencia előkészítésébe, illetve hogy folyamatosan informálják és szükség esetén konzultáljanak vele a miniszteri konferencia ideje alatt.

A 14 éve megkezdett Dohai Fejlesztési Menetrend fontos állomása lesz a decemberben Nairobiban tartandó miniszteri konferencia, és valóban elengedhetetlen, hogy a fordulót úgy zárják le, hogy teljesítette a fejlesztésre vonatkozó megbízását.

Adam Szejnfeld (PPE), na piśmie. – Runda dauhańska została zainicjowana prawie 15 lat temu, a do dzisiaj państwa zrzeszone w Światowej Organizacji Handlu nie są w stanie znaleźć porozumienia w celu stworzenia nowych możliwości handlowych i skorygowania istniejących nierówności w systemie handlu międzynarodowego. Unia Europejska zawsze była promotorem rozwiązań wielostronnych, dlatego powinna i podczas obecnie toczących się negocjacji przewodzić rozmowom.

Jak najszybsze zakończenie negocjacji dotyczących dauhańskiej agendy rozwoju jest szczególnie istotne ze względu na istniejące, co raz to nowsze, bariery pozataryfowe, które utrudniają otwarty i uczciwy handel wielostronny. Ponadto po raz pierwszy w ramach WTO szczególnie nacisk położony jest na sprostanie specjalnym potrzebom i interesom krajów rozwijających się, które w globalizującym się świecie często nie są w stanie konkurować z gospodarczymi gigantami. Zdecydowałem się zatem zagłosować za rezolucją i wierzę, że grudniowa konferencja ministerialna w Nairobi okaże się przełomowa.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană a fost întotdeauna o susținătoare a comerțului liber la nivel mondial. Acest lucru s-a manifestat prin susținerea creării Organizației Mondiale a Comerțului (OMC) și prin diversele acorduri de liber schimb bilaterale cu alte state sau multilaterale, implicând alte structuri regionale.

În același timp, însă, UE militează constant pentru soluționarea dezechilibrelor actuale ale sistemului comercial printr-un tratament diferențiat al țărilor subdezvoltate, pentru a susține dezvoltarea acestora ca urmare a desfășurării comerțului liber și a respingerii barierelor protecționiste.

În acest sens, UE este în favoarea unei reforme structurale a OMC care să garanteze un sistem de comerț internațional deschis, corect și nediscriminatoriu și care acordă un loc privilegiat întreprinderilor mici și mijlocii. Totodată, UE susține importanța mecanismelor de soluționare a disputelor și o mai mare transparență a evaluării politicilor comerciale.

De asemenea, în calitate de reprezentant direct al cetățenilor europeni, Parlamentul European susține dezvoltarea dimensiunii parlamentare a OMC, menită să asigure legitimitate organizației. Finalizarea Agendei de Dezvoltare de la Doha cu ocazia celei de-a zecea Conferințe ministeriale a OMC poate constitui un pas important pentru atingerea acestor obiective generoase.

De aceea, consider că Parlamentul European trebuie să susțină acest mandat ambițios al UE pentru următoarea Conferință ministerială a OMC.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce texte, notamment car je soutiens totalement l'idée selon laquelle il est nécessaire de procéder à une réforme structurelle de l'OMC afin de mieux garantir un système commercial ouvert, juste et non discriminatoire, fondé sur des règles communes et appliquées, qui prenne davantage en considération la diversité des acteurs de l'économie, tels que les PME, les microentreprises et les jeunes pousses innovantes.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The purpose of this resolution is to reiterate the EU's commitment to the Doha Development Agenda (DDA) in view of the upcoming 10th WTO Ministerial Conference, which will take place in December 2015 in Kenya. I supported the resolution because I identify with the principles it stresses. The EU's key objective is a multilateral approach to trade and liberalisation by opening up the market and removing restrictive measures. The resolution puts a special emphasis on the needs of low-income developing countries and least developed countries. At the same time, it brings up the interests of certain economic operators, such as SMEs and start-ups. In order to better accommodate them and to achieve an open and fair trading system, it pledges for a structural reform of the World Trade Organisation.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – La politica commerciale dell'Unione europea deve necessariamente essere orientata alla crescita e allo sviluppo del nostro continente, ma è auspicabile che tutti gli scambi commerciali siano accompagnati da semplificazione amministrativa, istruzione e formazione e politiche sociali, in modo da trarre il massimo beneficio dalle riforme commerciali e controbilanciare eventuali effetti negativi. Nei negoziati in atto in ambito OMC occorrerà inoltre tenere conto delle particolari esigenze e dei particolari interessi dei paesi in via di sviluppo a basso reddito e dei paesi meno sviluppati per garantire che i negoziati riflettano i diversi livelli di sviluppo economico, al fine di tutelare l'interesse dei cittadini dei vari Stati.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam izvješće kojim se naglašava važnost slobodne i pravedne trgovine kroz stvaranje novih mogućnosti trgovanja i jačanje multilateralnih pravila trgovanja s ciljem gospodarskog razvoja svih kontinenata i ublažavanja siromaštva.

Smatram da je ovdje ispravno prepoznata nužnost da se najslabije razvijenim zemljama olakša potpuno sudjelovanje u globalnoj trgovini, odnosno značajnost uzimanja u obzir posebnih potreba i interesa zemalja u razvoju s niskim prihodima i najslabije razvijenih zemalja.

Jednako tako, smatram da je poziv za brzu provedbu Sporazuma o olakšavanju trgovine također opravdan, budući da se njime želi ojačati transparentnost i pravna sigurnost te smanjiti administrativni troškovi i duljina carinskih postupaka.

Iako su šanse za postizanje konačnog dogovora o programu iz Dohe do 10. ministarske konferencije WTO-a male, držim da se treba nastaviti raditi na ostvarivanju postavljenih ciljeva i provođenju povezanih inicijativa, kao što su Sporazum o zelenim dobrima i Sporazum o informacijskoj tehnologiji.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije o stanju izvajanja razvojne agende iz Dohe pred 10. ministrsko konferenco STO (2015/2632(RSP)) sem podprla, saj menim, da potrebujemo takšen trgovinski program, ki temelji na prostem pretoku blaga in dobrin, hkrati pa je potrebno pri tem upoštevati interese držav v razvoju in manj razvitih držav, saj so ravno potrebe teh držav največje. Ker program temelji na nepristranskih pravilih, bo prispeval k bolj pravični trgovini, usmerjeni h gospodarskemu razvoju in odpravljanju revščine.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos en contra porque el informe apoya una lógica de mercado que no vela por los intereses de los países en desarrollo ni por los trabajadores y el medio ambiente de la propia Unión Europea. Por ejemplo, se centra en la eliminación de barreras al comercio derivadas de la crisis, sin reflexionar sobre las causas de esta.

Las alusiones a medidas de apoyo para países en desarrollo no son suficientes para contrarrestar el enfoque general: la facilitación del comercio como un objetivo en sí mismo.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I believe in the value of multilateralism for ensuring trade objectives. I call for a trade agenda based on free and fair trade for the benefit of all, which should have development at the centre of the process. I stress the importance of taking full account in the negotiations of the special needs and interests of low-income developing countries and LDCs.

I also support a structural reform of the WTO, in order to better guarantee an open, fair and non-discriminatory trading system based on shared and applied rules, which takes greater account of the role and interests of a variety of economic operators, such as SMEs, micro-enterprises and innovative start-ups;

Trade liberalisation is an important tool to ensure sustainable economic growth and development, but it needs to be accompanied by appropriate flanking policies encompassing macro- and micro-economic measures, including budget transparency, fiscal policies and tax equity, administrative simplification, education and training, institutional reforms and social policies, so as to maximise and distribute better the benefits of trade reforms and effectively counterbalance any negative effects.

Myłène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Le cycle de Doha est la négociation en cours pour un accord de libre-échange international sous l'égide de l'OMC. Il a débuté en 2001 et, 14 ans plus tard, l'accord est en mauvaise voie au grand dam de la Commission et du Parlement européen qui souhaiteraient qu'il aboutisse. L'Inde bloque notamment tout accord pour cause de défense de son agriculture.

Le Parlement européen demande que l'OMC mette en place un libre échange mondial encore plus profond et démantèle les normes de chaque pays pour établir des normes mondiales. Il propose même que l'OMC puisse se saisir de ces «sujets non commerciaux». Ces abandons de souveraineté supplémentaires seraient dramatiques puisqu'ils empêcheraient les États de légiférer.

Le Parlement européen se félicite des approches de libre-échange sectorielles comme l'accord sur les biens environnementaux, les technologies de l'information, TISA (démantèlement des services publics)... Il demande que les accords de l'OMC soient juridiquement contraignants. Enfin, il s'agit d'un accord de libre-échange mondial classique auquel je m'oppose.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – A dohai fejlesztési forduló közeli végleges lezárása, valamint a legkevésbé fejlett országok világkereskedelemben való teljes részvételének megkönnyítése érdekében az Uniónak továbbra is vezető szerepet kell játszania a folyamatban lévő WTO-tárgyalásokkal kapcsolatos kézzelfogható előrehaladás előmozdításában. A határozat felszólítja a Bizottságot és a Tanácsot annak biztosítására, hogy a Parlamentet továbbra is szorosan vonják be a tízedik miniszteri konferencia előkészítésébe, illetve a miniszteri konferencia ideje alatt folyamatosan tájékoztassák, és szükség esetén konzultáljanak vele. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), por escrito. – Votamos en contra porque el informe apoya una lógica de mercado que no vela por los intereses de los países en desarrollo ni por los trabajadores y el medio ambiente de la propia Unión Europea. Por ejemplo, se centra en la eliminación de barreras al comercio derivadas de la crisis, sin reflexionar sobre las causas de esta.

Las alusiones a medidas de apoyo para países en desarrollo no son suficientes para contrarrestar el enfoque general: la facilitación del comercio como un objetivo en sí mismo.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), por escrito. – Mediante esta Resolución el Parlamento Europeo pretende que se alcance un resultado ambicioso, global, equilibrado y realista en la Ronda de Doha, así como impulsar la ratificación y la implementación de un acuerdo sobre facilitación del comercio que puede generar beneficios muy importantes para el comercio mundial. Por ello considero necesario votar a favor de dicha Resolución.

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. – He votado en contra de la presente Resolución debido a que mantiene una lógica de liberalización del comercio internacional. Pese a contener observaciones positivas sobre lo que supone el Programa de Doha para el Desarrollo, no condena que se haya traicionado su espíritu a través de acuerdos multilaterales como la ATCI, el AECG, la ATP, etc. Estos acuerdos multilaterales están siendo negociados a toda prisa por las principales potencias occidentales. Se trata de un modelo que promueve el desarrollo de un comercio internacional desigual a través de acuerdos que garantizan su control absoluto por parte de las grandes multinacionales y la defensa de los intereses de estas. Necesitamos un comercio que anteponga el derecho de los pueblos a modelos de comercio que garanticen procesos de desarrollo económico.

Hilde Vautmans (ALDE), schriftelijk. – Ik stemde voor deze resolutie omdat het pleit voor een handelsagenda op basis van vrije en eerlijke handel in het voordeel van allen.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), par écrit. – La 10e réunion interministérielle de l'OMC dans le cadre du programme de Doha aura lieu du 15 au 18 décembre à Nairobi. Cette résolution a pour objectif de définir la position du Parlement européen avant la rencontre.

Sans surprise, cette résolution est un plaidoyer en faveur du commerce global, en faisant une des réponses, si ce n'est la réponse, au marasme économique actuel via la poursuite tous azimuts de la libéralisation des échanges commerciaux qui ne tient aucun compte des échecs des négociations précédentes.

Mieux, cette résolution va même jusqu'à demander aux pays en développement les plus avancés de prendre leur part de responsabilité dans le développement économique.

Mon groupe, la GUE/NGL, a déposé des amendements visant à dénoncer cette hypocrisie et des négociations dictées par les seuls intérêts des pays du Nord. Amendements bien entendu rejetés. J'ai donc bien sûr voté contre.

Miguel Viegas (GUE/NGL), por escrito. – A Ronda de Doha foi lançada em 2001 com o objetivo de criar novas oportunidades comerciais, reforçar as normas relativas ao comércio multilateral e dar resposta aos atuais desequilíbrios do sistema comercial, colocando no centro das negociações as necessidades e os interesses dos países em desenvolvimento e, em particular, dos países menos avançados (PMA).

Este objetivo advém da convicção de que um sistema multilateral baseado em normas mais justas e equitativas pode contribuir para um comércio justo e livre em prol do desenvolvimento económico de todos os continentes e para a redução da pobreza, tem como premissas fundamentais o livre comércio e a apresentação de regras supostamente neutras, mas que não consideram as profundas desigualdades de desenvolvimento dos países. Neste sentido, este modelo está nas antípodas do modelo que propomos, baseado em relações de complementaridades e de respeito pelas soberanias nacionais e no seu direito a produzir e a garantir níveis mínimos de autoabastecimento.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Zwar gibt es einige brauchbare Vorschläge in dem Bericht wie beispielsweise die schon lange wiederholte Forderung nach einer Reform der WTO, allerdings hält er an dem Ansatz fest, dass Abkommen wie die TTIP und das TiSA gangbare Wege darstellen. Daher lehne ich den Bericht ab.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Ich habe gegen die Doha-Entwicklungsagenda gestimmt, denn auch wenn es richtig ist, die aktuellen Krisenländer zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass einheimische Bewohner nicht aus ihrem Land auswandern müssen, sollte man diesen Ländern nicht die Souveränität nehmen, eigene Entscheidungen zu treffen.

Es mag sich gut anhören, diesen Ländern finanziell unter die Arme zu greifen, jedoch darf man mit dem Geld nicht gleichzeitig der Meinung sein, sich Macht einzukaufen und dann ein Mitspracherecht in den jeweiligen Ländern zu haben! Jedes Land hat das Recht auf freie Selbstbestimmung, auch wenn es finanziell unterstützt wird!

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – OMC are nevoie de o reformă structurală consistentă care să garanteze un sistem multilateral de comerț mai echitabil, mai deschis și nediscriminatoriu, bazat pe reguli clare împărtășite și aplicate de toți membrii acestei organizații.

Regulile comune trebuie să țină cont în mai mare măsură de interesele tuturor membrilor OMC, incluzând aici țările în curs de dezvoltare și țările cel mai puțin dezvoltate.

Mă alătur majorității PE care solicită un sistem mai echilibrat care să țină cont de interesele tuturor operatorilor economici cu accent pe IMM-uri și microîntreprinderi, nu doar de interesele marilor corporații multinaționale.

Este foarte important să consolidăm dimensiunea parlamentară a OMC prin viitoarea reformă structurală a organizației deoarece numai astfel putem să asigurăm acea transparență și legitimitate democratică ce lipsește astăzi.

Trăim într-o nouă eră a comerțului global care este caracterizată de solicitarea legitimă a cetățenilor de a înțelege și urmări negocierile comerciale multilaterale în așa fel încât să se poată asigura că interesele națiunilor și ale marilor corporații globale nu contravin intereselor legitime ale cetățenilor din toate colțurile lumii.

Implicarea parlamentelor naționale și a PE în procesul de negociere și implementare a acordurilor comerciale este singura cale prin care solicitările legitime ale cetățenilor pot fi îndeplinite.

Jadwiga Wiśniewska (ECR), *na piśmie*. – Rezolucja określa cele i zadania, jakie realizować będzie Komisja Handlu Międzynarodowego podczas 10. konferencji ministerialnej Światowej Organizacji Handlu, która odbędzie się w Nairobi. Za działanie priorytetowe uznano dążenie do tego, aby wynikająca z poprzedniej konferencji ministerialnej WTO umowa o ułatwieniach w handlu została ratyfikowana przez liczbę państw wystarczającą do jej wejścia w życie.

Porozumienie uzgodnione na 9. konferencji realizuje postulaty zapoczątkowanej w 2001 r. rundy dauhańskiej na rzecz stworzenia nowych możliwości handlowych, wzmocnienia wielostronnych zasad handlu i skorygowania istniejących nierówności w systemie handlu przez skupienie się w negocjacjach na krajach rozwijających się, w szczególności na krajach najsłabiej rozwiniętych. Uważam za istotne dążenia na rzecz ułatwienia państwom najsłabiej rozwiniętym dostępu do międzynarodowego rynku handlowego, co stanowić będzie realną szansę na poprawę ich sytuacji gospodarczej i dostrzegam możliwość pozytywnego wpływu, jaki na wypracowanie ostatecznego porozumienia może mieć Unia Europejska. Wobec powyższego opowiedziałam się za tekstem proponowanej rezolucji.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), γραπτώς. – Στήριξα με την θετική μου ψήφο το συγκεκριμένο ψήφισμα, λίγες εβδομάδες πριν την σχετική σύνοδο υπουργών στη Κένυα. Μεταξύ άλλων, στο κείμενο προβλέπεται η ανάγκη για αποσαφήνιση των σχετικών ορισμών για την κατηγοριοποίηση των κρατών σε αναδυόμενες οικονομίες και χώρες χαμηλού εισοδήματος. Παράλληλα, τίθενται βασικά ζητήματα για τον εκσυγχρονισμό και την ώθηση των χωρών αυτών, όπως για παράδειγμα μέσα από την υποστήριξη των ΜΜΕ και της καινοτομίας.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – En la UE y en el PPE hemos apoyado y seguiremos apoyando el multilateralismo y creemos que la OMC es un marco de trabajo vital para defender este enfoque. Un enfoque que, como demuestran acuerdos como el Acuerdo de Facilitación del Comercio, busca especialmente mejorar la situación económica de los países menos desarrollados, de forma que tengan una base comercial sólida sobre la que puedan crecer, tal y como han conseguido países como China, India o Brasil.

Aquí creo conveniente resaltar que la Conferencia Ministerial de Nairobi marcará un punto de inflexión en el Programa de Doha para el Desarrollo.

El multilateralismo debe no solo convivir con, sino también ser complementado por los acuerdos bilaterales, regionales y plurilaterales, a través de los cuales se está liberalizando el acceso al mercado en todo el mundo.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – A 10.ª Conferência Ministerial da OMC (CM10) realizar-se-á no Quênia, de 15 a 18 de dezembro de 2015, na cidade de Nairobi. Será a primeira Conferência Ministerial da Organização Mundial do Comércio (OMC) alguma vez realizada num país africano.

Patenteará o aprofundamento no rumo da liberalização e desregulação do comércio mundial. A crise de rentabilidade do capital e o seu inaudito grau de centralização e de concentração de riqueza leva-o a procurar novas formas de exploração, criando acordos de pendor neocolonial, em que os países do centro ditam o que os países da periferia devem ou não fazer em matérias como as políticas orçamentais e tributárias, a organização administrativa, o ensino e a formação, as reformas institucionais e as políticas sociais, ao mesmo tempo que exploram os seus recursos naturais com consequências ambientais irreversíveis. Votámos contra.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Za resolucijo Evropskega parlamenta o stanju izvajanja razvojne agende iz Dohe pred 10. ministrsko konferenco STO sem glasoval, ker menim, da omenjeni trgovinski sporazum temelji na bolj pravičnih in nepristranskih pravilih ter tako prispeva k pravični in pošteni trgovini, usmerjeni h gospodarskemu razvoju vseh celin in k odpravljanju revščine.

12.2. Beitritt Ecuadors zu dem Handelsabkommen zwischen der EU sowie Peru und Kolumbien (B8-1241/2015)

Suulliset äänestyselitykset

Peter Jahr (PPE). – Frau Präsidentin! Es ist nicht alles gut in Ecuador – das wissen wir, und da gäbe es auch einiges zu kritisieren.

Aber Handelsbeziehungen verbessern, das heißt vor allem auch, Perspektiven – vor allem wirtschaftliche Perspektiven – für die Menschen eröffnen. Handelsbeziehungen verbessern heißt auch, neue Dialogbeziehungen, neue Dialogmöglichkeiten eröffnen, vor allen Dingen auch Dialoge nicht nur zwischen den beteiligten Ländern oder Wirtschaftsblöcken, sondern vor allen Dingen Dialoge zwischen den Menschen, wenn man so will, auch Dialoge über das Wertesystem.

Wenn man so will, erfüllt sich hier die alte Weisheit: Wandel durch Handel. Insofern habe ich dem Antrag zugestimmt und freue mich auf die vertiefenden wirtschaftlichen Beziehungen mit Ecuador. Ich freue mich auch über die Verbesserungen, die wir dann durch diesen Wandel, durch diesen Handel auch für die Menschenrechte erreichen können.

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, I am delighted to see Ecuador being drawn into a regional and global network of free commerce. The more open the trade, the less you have the tendency to oligarchy, which is the natural danger in a country like that, dependent on natural resources.

Free trade is particularly in the interests of small and medium firms and of consumers in a country like Ecuador. It is also – and we always seem to forget this point – mentioned as one of the primary objectives of the European Union in the Treaty of Rome. It is right up there in Article 1. We want to work towards global free trade, and yet, more than half a century on, we still have fewer free trade agreements in place with other countries than non-EU Switzerland has. The Swiss have a better deal: they can piggyback EU free-trade deals; they can go further when they think the EU is being unduly protectionist; and they are able not only to trade with their immediate neighbours on the continent but also to do what they have done and sign free-trade agreements with China. Would not that suit a country like mine far better than our current subordination?

Andrejs Mamikins (S&D). – Straujš ekonomikas pieaugums, sociālās reformas, attiecīgas investīcijas izglītībā un veselības aprūpē, viss tas, bet ne tikai, rāda, ka Ekvadora pēdējos gados intensificēja pūles, lai ieietu Rietumu puslodes attīstītāko un progresīvāko valstu starpā. Ekvadoras pievienošanās šim tirdzniecības nolīgumam ir loģiska. Jo kopā ar Kolumbiju, Peru, Bolīviju — tās ir Andu kopienas dalībvalstis — Ekvadora tikai paplašinās arī savu sadarbību ar Eiropas Savienību.

Perspektīvā, starp citu, arī ceturrtā dalībvalsts, tāda Bolīvija, varētu pievienoties šim nolīgumam. Pievienošanās arī ir ļoti svarīga, ņemot vērā, cik intensīvi pēdējos gados, ja ne ilgāk, Latīņamerika sāka koncentrēties uz attiecību intensificēšanu ar Āzijas valstīm un pirmām kārtām ar Ķīnu. Un Eiropas Savienībai nav jāstāv malā, līdz ar to — atbalstu.

Kirjalliset äänestysseilykset

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – A Protocol signed in 2014 allows Ecuador to accede to the EU's trade agreement with Colombia and Peru on ratification. A provision is in force to maintain the EU's tariff preferences for Ecuador that it previously enjoyed under the Generalised Scheme of Preferences (GSP), throughout 2016 or until such time as the protocol on accession shall be ratified. The motion for a resolution supports Ecuador's accession to the Agreement.

Though the tariff reductions contained in the Colombia-Peru Agreement would help sectors of the Ecuadorian economy access EU markets, it also contains politicised sections. Because a full assessment of the Agreement's implications for Ecuador must be left to the actual ratification process, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution.

Tim Aker (EFDD), in writing. – A Protocol signed in 2014 allows Ecuador to accede to the EU's trade agreement with Colombia and Peru on ratification. A provision is in force to maintain the EU's tariff preferences for Ecuador that it previously enjoyed under the Generalised Scheme of Preferences (GSP), throughout 2016 or until such time as the protocol on accession shall be ratified. The motion for a resolution supports Ecuador's accession to the Agreement.

Though the tariff reductions contained in the Colombia-Peru Agreement would help sectors of the Ecuadorian economy access EU markets, it also contains politicised sections. Because a full assessment of the Agreement's implications for Ecuador must be left to the actual ratification process, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – No he podido apoyar la Resolución sobre la adhesión de Ecuador al Acuerdo comercial celebrado entre la UE y sus Estados miembros y Perú y Colombia por mi oposición a dicho acuerdo de libre comercio con Perú y Colombia, con el que la UE ha dinamitado las dinámicas positivas de una integración regional en favor de los pueblos de la Comunidad Andina. Este acuerdo con Perú y Colombia en beneficio de las multinacionales europeas ha sido ampliamente rechazado por sindicatos, movimientos sociales y organizaciones de derechos humanos por su impacto negativo en las condiciones de vida y de trabajo de agricultores y obreros.

Aunque con diferencias en los plazos de aplicación de la liberalización de los intercambios comerciales en ambas partes, al basarse el acuerdo con Ecuador en las mismas disposiciones que el acuerdo de libre comercio con Perú y Colombia, no he podido votar a favor de la Resolución.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), in writing. – I abstained on this resolution which is an accompanying resolution for a vote due to take place next year on the accession of Ecuador to the Columbia-Peru Free Trade Agreement. The resolution sets out Parliament's demands to be addressed prior to giving consent next year.

Positive aspects of the resolution include calling on the Ecuadorian Government to combat poverty, protect indigenous tribes, cooperate on specific environmental and deforestation programmes, recognise fair trade, and further principles of democracy and human rights. It also calls for a reflection and reassessment of the current Columbia-Peru Agreement before adding Ecuador as a partner.

Despite these positive aspects and attempts by myself to amend certain paragraphs, the text that was eventually adopted included wording that called for the 'quick and complete entry into force and implementation of the agreement', thereby negating the call for reflection on aspects of the Agreement dealing with labour rights, sustainable development, the environment, etc. For this reason I could not support the resolution.

Marie-Christine Arnautu (ENF), par écrit. – L'Union et l'Équateur ont signé en décembre 2014 un rattachement de l'Équateur à l'accord de libre-échange en vigueur entre l'Union, la Colombie et le Pérou.

Cet accord asymétrique vise à permettre à l'Équateur de se développer plus facilement, mais, surtout, il demande à la Commission européenne de veiller à ce que les droits de l'homme, du travail, environnemental soient bien respectés en Équateur. Le Parlement européen note quand même que, malgré toutes ses demandes droit-de-l'hommistes à l'Équateur, le gouvernement a réduit de près de moitié la pauvreté en 8 ans.

Je me suis opposée à ce texte qui constitue un nouveau cas d'ingérence de l'Union dans les affaires internes d'un État souverain.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. – This agreement has beneficial and harmful components. In its favour, I note potential tariff reduction. However, yet again it seeks to politicise trade. I therefore abstained on this motion.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šį siūlymą dėl Ekvadoro prisijungimo prie ES ir Kolumbijos bei Peru prekybos susitarimo. Šis prisijungimas turės didelę naudą Ekvadorui eksportuojant į ES, nes jam nebebus taikoma ES vienašalė bendroji lengvatų sistema. Manau, šis susitarimas padės skatinti ir įvairinti prekybą ir investicijas abiejose susitarimo šalyse, paskatins ekonominį ir socialinį vystymąsi ir padės mažinti skurdą ir nelygybę.

Nicolas Bay (ENF), par écrit. – J'ai voté contre ce rapport, qui se félicite de ce nouvel accord de libre-échange tout en exprimant le paternalisme droit-de-l'hommiste que l'Union prétend encore exercer sur ces pays d'Amérique latine.

Hugues Bayet (S&D), par écrit. – J'ai approuvé cette résolution sur l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial conclu avec la Colombie et le Pérou car elle constitue une nouvelle étape décisive vers une alliance avec des pays importants, qui partagent des convictions communes et un fort taux de croissance, dans une région qui se tourne de plus en plus vers l'Asie et le Pacifique.

Par cette résolution, le Parlement se félicite de la conclusion des négociations avec l'Équateur et reconnaît les avantages importants qui en découleront du point de vue des exportations de l'Équateur vers l'Union. Cet accord stimulera et diversifiera notamment les échanges et les investissements au bénéfice des deux parties et accélèrera le développement économique et social de l'Équateur.

Il rappelle également qu'il invite les partenaires concernés à œuvrer prestement à l'application effective des plans d'action proposés en matière de droits de l'homme, de l'environnement et du travail.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), por escrito. – Votamos en contra de esta Resolución. Los sectores que auspician el acuerdo de libre comercio omiten que estos acuerdos son mucho más que meros acuerdos comerciales. Nada cuentan sobre las sumisiones geopolíticas y económicas que implican. No plantean la cuestión de las restricciones sociales y ambientales que imponen. Ignoran los impactos nocivos sobre el empleo en determinadas actividades productivas, como la agraria. Poco o nada les importa que estos acuerdos congelen unas estructuras productoras y exportadoras sustentadas en el extractivismo, impuesto hace más de 500 años con la llegada de las carabelas españolas. Y, por cierto, tampoco reconocen que estos acuerdos son propuestas al servicio de los intereses de los capitales transnacionales.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – L'Union et l'Équateur ont signé en décembre 2014 un rattachement de l'Équateur à l'accord de libre-échange en vigueur entre l'Union, la Colombie et le Pérou. Cet accord asymétrique doit permettre à l'Équateur de se développer plus facilement.

Ce rapport se félicite de cet accord de libre-échange et le Parlement demande même à surveiller le quota de bananes produit par l'Équateur, qui est un des plus grands producteurs mondiaux.

Malheureusement, ce rapport s'ingère encore dans la politique du pays en demandant le respect des droits de l'homme, du travail ou de l'environnement mais le Parlement reconnaît une baisse de moitié de la pauvreté en 8 ans en Équateur.

Je ne soutiens pas ce rapport qui se félicite de cet accord de libre-échange avec en plus une ingérence assez forte (bien que bienveillante) dans la politique intérieure de l'Équateur.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Non condivido le posizioni contenute in questa risoluzione che plaudono all'adesione dell'Ecuador all'accordo commerciale tra UE, Perù e Colombia. Ritengo che questo accordo possa rappresentare un serio problema per settori per noi importanti, quali quello agricolo e quello tessile, per questi motivi ho votato contro questo testo.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – La Unión Europea y Ecuador finalizaron las negociaciones para la adhesión de Ecuador al Acuerdo comercial entre la UE y Colombia y Perú el 12 diciembre de 2014. Sin embargo, el proceso de ratificación se está retrasando, con el riesgo de que no puedan realizarse los trámites administrativos necesarios para su entrada en vigor antes de que expiren las actuales preferencias arancelarias de las que dispone el país andino.

Con esta Resolución, que he apoyado con mi voto, el Parlamento expresa su deseo de que el Acuerdo entre en vigor en el más breve plazo posible, con la garantía de la salvaguarda prevista en favor de la industria europea del plátano. Reconocemos los progresos alcanzados en Ecuador, pero exigimos el establecimiento de un plan de acción mediante el cual Ecuador se comprometa a aplicar debidamente una serie de derechos sociales y medioambientales fundamentales, tal y como se acordó en su momento con Colombia y con Perú.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, kadangi Ekvadoro prisijungimas prie prekybos susitarimo su Kolumbija ir Peru yra dar vienas ryžtingas žingsnis į priekį, sudarant sąjungą su svarbiomis, panašiai mėstančiomis ir greitai augančios ekonomikos šalimis regione, kuris vis daugiau dėmesio skiria Azijai ir Ramiojo vandenyno šalims. Europos Parlamentas palankiai vertina tai, kad užbaigtos derybos su Ekvadoru dėl protokolo dėl jo prisijungimo prie Europos Sąjungos, Kolumbijos ir Peru prekybos susitarimo, pripažindamas didelę šio prisijungimo naudą Ekvadorui eksportuojant į ES, ypač turint mintyje, kad jam nebebus taikoma ES vienašalė bendroji lengvatų sistema. Svarbu, kad šis susitarimas įsigaliotų ir būtų įgyvendinamas greitai ir visapusiškai, nes tai labiau padės užtikrinti piliečių ir aplinkos apsaugą. Šis susitarimas padės skatinti ir įvairinti prekybą ir investicijas abiejose susitarimo šalyse, paskatins ekonominę ir socialinę vystymąsi ir padės mažinti skurdą ir nelygybę.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovu Izjavu o pristupanju Ekvadora Sporazumu o trgovini između EU-a te Kolumbije i Perua.

Ovaj Sporazum će potaknuti i proširiti trgovinu i ulaganja s obje strane potpisnika Sporazuma.

Isto tako, pozivam na provedbu Akcijskog plana o društvenim pravima i pravima iz zaštite okoliša u skladu s onima koji su već dogovoreni.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – L'Union et l'Équateur ont signé en décembre 2014 le rattachement de ce pays d'Amérique du sud à l'accord de libre-échange en vigueur entre l'Union, la Colombie et le Pérou. Cet accord asymétrique est censé favoriser le développement de l'Équateur. Ce rapport demande à la Commission de veiller à ce que les droits de l'homme soient bien respectés en Équateur. Par ailleurs, le Parlement européen demande à ce que les quotas de bananes soient respectés puisque l'Équateur est l'un des plus gros producteurs mondiaux.

Les institutions européennes profitent de cet accord pour s'immiscer dans les affaires intérieures de l'Équateur. Cette ingérence est insupportable dans la mesure où leur gouvernement est parvenu à réduire de moitié la pauvreté en l'espace de huit ans. Enfin, nous ne pouvons qu'être opposés à ce rapport qui se félicite d'un accord de libre-échange.

C'est la raison pour laquelle j'ai voté contre ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestei rezoluții deoarece consider că un comerț puternic este unul în care diversitatea produselor și numărul membrilor este în continuă creștere, într-o piață centralizată, în care regulile aplicate se bucură de transparență și echitate.

Spre un asemenea comerț s-a înregistrat un pas înainte prin aderarea Ecuadorului la Acordul comercial cu Columbia și Peru, constituindu-se încă un progres decisiv în alierea cu țări importante, care împărtășesc aceeași viziune și care cunosc o dezvoltare rapidă, într-o regiune care se orientează tot mai mult către Asia și regiunea Pacificului.

Guvernul ecuadorian a avut numeroase evoluții în ultimii ani în toate sectoarele, de la protecția claselor sociale vulnerabile prin consolidarea drepturilor omului și a drepturilor lucrătorilor, până la drepturile de mediu, în contextul în care Ecuadorul găzduiește cea mai mare concentrare de specii din biodiversitatea mondială.

De asemenea, Ecuadorul a înregistrat o creștere economică, coroborată desigur cu o scădere a nivelului de sărăcie și a ratificat unele convenții OIM.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Questa risoluzione commenta positivamente l'adesione dell'Ecuador all'accordo commerciale già in vigore tra UE, Perù e Colombia, verso cui la nostra delegazione si esprime negativamente.

Paesi come quelli in questione possono rappresentare un problema per certi settori produttivi come quello agricolo e del tessile. Allo stesso modo, non si percepiscono interessi commerciali offensivi per le aziende del sistema Italia. In generale, la nostra delegazione ha un atteggiamento molto scettico nei confronti di una Commissione europea che, in forza dei Trattati, negozia ormai in maniera esclusiva ogni accordo commerciale.

In questo caso, poi, ci troviamo di fronte a paesi che usano questi accordi come se si trattasse di strumenti per l'aiuto allo sviluppo. La Lega Nord è contraria all'uso del commercio internazionale per favorire lo sviluppo altrui. Altri, a nostro avviso, sono gli strumenti adatti.

I costi dello sviluppo promosso attraverso accordi di libero scambio li pagheranno sempre le piccole e medie imprese Europee – magari quelle degli Stati del Sud Europa – aperte alla concorrenza senza regole dei prodotti del resto del mondo. Voto contrario.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – L'Union européenne a conclu un accord de libre-échange avec le Pérou et la Colombie en 2012. Les négociations avec l'Équateur avaient été suspendues. À la demande de l'Équateur, les négociations ont redémarré et, à présent, ce dernier est en mesure de faire partie du même accord. Il est important pour le développement commercial d'un pays comme l'Équateur de bénéficier d'un accord de libre-échange avec l'Union européenne. De cette manière, le pays bénéficiera de nombreux avantages notamment du point de vue des exportations vers l'Union. Cet accord prend en compte le caractère sensible du secteur agricole. J'ai voté en faveur de cette résolution.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo sull'adesione dell'Ecuador all'accordo commerciale concluso tra l'UE e i suoi Stati membri e la Colombia e il Perù. Ritengo molto importante stringere alleanze sempre più solide con paesi e regioni in rapida crescita, contraddistinte da una mentalità aperta e con ottime prospettive di espansione economica. L'Ecuador è una di queste realtà, avendo investito negli ultimi anni oltre 40 miliardi di dollari USA nel settore sociale, per migliorare l'accesso all'istruzione, all'assistenza sanitaria e alla sicurezza sociale anche per i gruppi più deboli della popolazione. La proposta presentata oggi comporterà benefici importanti per le esportazioni dell'Ecuador verso l'UE, garantendo l'incremento e la diversificazione degli scambi e degli investimenti per entrambe le parti. Per questi motivi ho deciso di votare per il suo accoglimento.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I abstained on this resolution which is an accompanying resolution for a vote due to take place next year on the accession of Ecuador to the Columbia-Peru Free Trade Agreement. The resolution sets out Parliament's demands to be addressed prior to giving consent next year.

Positive aspects of the resolution include calling on the Ecuadorian Government to combat poverty, protect indigenous tribes, cooperate on specific environmental and deforestation programmes, recognise fair trade, and further principles of democracy and human rights. It also calls for a reflection and reassessment of the current Columbia-Peru Agreement before adding Ecuador as a partner.

Despite these positive aspects and attempts by myself to amend certain paragraphs, the text that was eventually adopted included wording that called for the 'quick and complete entry into force and implementation of the agreement', thereby negating the call for reflection on aspects of the Agreement dealing with labour rights, sustainable development, the environment, etc. For this reason I could not support the resolution.

James Carver (EFDD), *in writing*. – A protocol signed in 2014 allows Ecuador to accede to the EU's trade agreement with Colombia and Peru on ratification. A provision is in force to maintain the EU's tariff preferences for Ecuador that it previously enjoyed under the Generalised Scheme of Preferences (GSP), throughout 2016 or until such time as the protocol on accession shall be ratified. The motion for a resolution supports Ecuador's accession to the Agreement.

Though the tariff reductions contained in the Colombia-Peru Agreement would help sectors of the Ecuadorian economy access EU markets, it also contains politicised sections. Because a full assessment of the Agreement's implications for Ecuador must be left to the actual ratification process, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I welcome the negotiations with Ecuador for its accession to the Trade Agreement between the EU, Colombia and Peru, which I believe will be beneficial to Ecuador's export markets.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione sull'adesione dell'Ecuador all'accordo commerciale concluso tra l'UE e i suoi Stati membri e la Colombia e il Perù per vari motivi, tra cui la richiesta che siano inserite clausole di salvaguardia stabilite simultaneamente da entrambe le parti, al fine di proteggere la produzione nazionale contro importazioni eccessive che possono causare gravi danni. Visto che la salvaguardia del futuro del nostro pianeta è una responsabilità comune, il testo invita il SEAE e la Commissione europea a sostenere il governo ecuadoregno nei suoi sforzi tesi a sviluppare e sostenere una gestione ambientale efficace sia in generale che in aree sensibili come l'Amazzonia e le isole Galapagos.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Σημειώνεται ότι εκτός από την Κολομβία και το Περού, ο Ισημερινός αποτελεί έναν από τους μεγαλύτερους παραγωγούς μπανανών στον κόσμο. Έτσι ζητείται από την Επιτροπή να διασφαλίσει τη δίκαιη τήρηση των όγκων ενεργοποίησης εισαγωγών. Καλείται η Επιτροπή να χρησιμοποιήσει τη δυνατότητα αναστολής της απαλλαγής από δασμούς για τις μπανάνες που εισάγονται από τις χώρες αυτές.

Ζητείται από τη ΓΔ Εμπορίου όσο και από τη κυβέρνηση του Ισημερινού να δώσουν πειστικές απαντήσεις στις ερωτήσεις και τους προβληματισμούς που διατυπώθηκαν πριν από τη ψηφοφορία σχετικά με τη προσχώρηση του Ισημερινού στη συμφωνία ελευθέρων συναλλαγών.

Με αυτές τις προϋποθέσεις στηρίζουμε θετικά.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato favorevolmente il provvedimento. Il Parlamento accoglie con favore la conclusione dei negoziati con l'Ecuador sul protocollo per la sua adesione all'accordo commerciale tra l'UE, la Colombia e il Perù, riconoscendo i benefici importanti che questo comporterà per le esportazioni dell'Ecuador verso l'UE. Nel corso degli ultimi otto anni, l'Ecuador ha conosciuto una solida e inclusiva crescita economica; risultato conseguito con l'investimento di 40,8 miliardi di dollari USA nel settore sociale – nell'accesso all'istruzione, all'assistenza sanitaria e alla sicurezza sociale – con programmi specifici a favore dei gruppi più vulnerabili come i bambini, gli anziani e i disabili. L'adesione costituisce un ulteriore deciso passo in avanti nell'alleanza con paesi e regioni importanti, di mentalità simile e in rapida crescita, in una regione orientata sempre di più all'Asia e al Pacifico.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – A protocol signed in 2014 allows Ecuador to accede to the EU's trade agreement with Colombia and Peru on ratification. A provision is in force to maintain the EU's tariff preferences for Ecuador that it previously enjoyed under the Generalised Scheme of Preferences (GSP), throughout 2016 or until such time as the protocol on accession shall be ratified. The motion for a resolution supports Ecuador's accession to the Agreement.

Though the tariff reductions contained in the Colombia-Peru agreement would help sectors of the Ecuadorian economy access EU markets, it also contains politicised sections. Because a full assessment of the Agreement's implications for Ecuador must be left to the actual ratification process, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Esprimo il mio pieno sostegno all'inclusione dell'Ecuador al trattato commerciale già in vigore tra Europa, Colombia e Perù. Si tratta dell'ampliamento di un accordo di libero scambio che ha l'obiettivo di facilitare il commercio e gli investimenti nei settori industriale, agricolo e della pesca. L'adesione dell'Ecuador rappresenta un'opportunità per estendere e rafforzare le relazioni commerciali ed economiche tra l'Unione europea e l'America Latina.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – In June 2012 the EU signed an ambitious and comprehensive Trade Agreement with Colombia and Peru. Once fully implemented, it will open up markets as well as increase the stability and predictability of the trading environment. The EU needs to ensure the establishment of a transparent and binding roadmap on human, environmental and labour rights, and that the Colombian and Peruvian governments are requested to report on the implementation of action plans on sustainable development prior to the consent given by this Parliament. The Commission should inform Parliament about its developments and should submit a report focusing on the implementation of the action plans by the governments and the accompanying measures taken.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido apoyar la Resolución sobre la adhesión de Ecuador al Acuerdo comercial celebrado entre la UE y sus Estados miembros y Perú y Colombia por mi oposición a dicho acuerdo de libre comercio con Perú y Colombia, con el que la UE ha dinamitado las dinámicas positivas de una integración regional en favor de los pueblos de la Comunidad Andina. Este acuerdo con Perú y Colombia en beneficio de las multinacionales europeas ha sido ampliamente rechazado por sindicatos, movimientos sociales y organizaciones de derechos humanos por su impacto negativo en las condiciones de vida y de trabajo de agricultores y obreros.

Aunque con diferencias en los plazos de aplicación de la liberalización de los intercambios comerciales en ambas partes, al basarse el acuerdo con Ecuador en las mismas disposiciones que el acuerdo de libre comercio con Perú y Colombia, no he podido votar a favor de la Resolución.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This resolution deals with the accession of Ecuador to the EU-Peru and Colombia trade agreement. EU trade negotiations with the Andean Community (Bolivia, Columbia, Ecuador and Peru) started in 2007. The agreement with Peru and Colombia was concluded in 2012. As the Council considered this to be a 'mixed agreement', it needs also to be ratified by all EU Member States; this process is currently ongoing. This would be another decisive step forward in the alliance with important, fast-growing countries. I welcome this agreement, which will boost and diversify trade and investment on both sides. By voting in favour of this report I also supported the call for an action plan on social and environment rights in line with those already agreed.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – The principle of developing trade relations between the EU and the Andean Community, which is one of the fastest growing markets for EU businesses in Latin America, is something I support. I also believe that the accession of Ecuador to the free trade agreement with Columbia and Peru will be mutually beneficial for all states involved.

Ian Duncan (ECR), *in writing*. – The ECR Group and I have been very supportive of the accession of Ecuador to this trade agreement and, in general, of the further development of trade relations between the EU and the Andean Community, which is one of the fastest growing markets for EU businesses in Latin America.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Подкрепих резолюцията относно присъединяването на Еквадор към търговското споразумение, сключено между ЕС и неговите държави членки и Колумбия и Перу. Резолюцията е всеобхватна – от една страна обръща внимание на настоящата икономическа и социална ситуация в страната и най-вече на силния икономически растеж през последните години и значителното намаляване на бедността, а от друга отправя критики към екологичните проблеми като обезлесяването и въпросите, свързани с коренните общности. Европейският съюз трябва да развива търговските си отношения с бързо развиващи се региони като Латинска Америка, тъй като това ще предостави много възможности за взаимни инвестиции и цялостно ще допринесе за икономическия растеж и на двата региона.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Καταψηφίζουμε, διότι τέτοιου είδους συμφωνίες που εντάσσουν και τον Ισημερινό στο σύστημα του Παγκόσμιου Εμπορίου, αυτομάτως αδυνατίζουν τη θέση του και μετατρέπουν και αυτό το κράτος σε εξαρτώμενο από την πολιτική του Διεθνούς Κεφαλαίου.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – A protocol signed in 2014 allows Ecuador to accede to the EU's trade agreement with Colombia and Peru on ratification. A provision is in force to maintain the EU's tariff preferences for Ecuador that it previously enjoyed under the Generalised Scheme of Preferences (GSP), throughout 2016 or until such time as the protocol on accession shall be ratified. The motion for a resolution supports Ecuador's accession to the Agreement.

Though the tariff reductions contained in the Colombia-Peru Agreement would help sectors of the Ecuadorian economy access EU markets, it also contains politicised sections. Because a full assessment of the Agreement's implications for Ecuador must be left to the actual ratification process, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Parlamento Europeu apelou aos países andinos para que assegurassem a instituição de um roteiro transparente e vinculativo em matéria de direitos humanos, ambientais e laborais e para que os governos colombiano e peruano apresentassem planos de ação para o desenvolvimento sustentável, antes de o Parlamento dar a sua aprovação.

O Governo do Equador investiu 40,8 mil milhões de dólares no setor social ao longo dos últimos oito anos - no acesso ao ensino, nos cuidados de saúde e na segurança social - com programas específicos em prol dos grupos mais vulneráveis, como as crianças, os idosos e as pessoas portadoras de deficiência.

Por isso, considero bastante positivo a conclusão das negociações com o Equador do Protocolo com vista à sua adesão ao Acordo Comercial entre a UE, a Colômbia e o Peru, reconhecendo os importantes benefícios que tal implicará para as exportações do Equador para a UE, em especial atendendo a que o país já não beneficia do sistema unilateral de preferências generalizadas da UE.

Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur cette délibération, parce qu'elle s'inscrit dans le cadre d'une politique de libre-échange programmé.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta resolução versa sobre a adesão do Equador ao Acordo Comercial celebrado com a Colômbia e o Peru. Considera-se que este poderá permitir ao Equador beneficiar de um melhor escoamento das suas principais exportações para a UE, tais como a pesca, bananas, flores de corte, café, cacau, frutas e nozes.

Assinala-se positivamente a referência feita às políticas prosseguidas pelo governo equatoriano: «por ter investido mais de 40 mil milhões de dólares no sector social ao longo dos últimos oito anos»; e o encorajamento para que prossiga «com a sua política progressista de desenvolvimento social e sustentável». Reafirma-se o apoio «a todas as medidas (...) para combater a pobreza, as desigualdades, todas as formas de violência», bem como às medidas «destinadas a garantir a proteção efetiva dos direitos dos trabalhadores e das pessoas e grupos mais vulneráveis, como as crianças, as mulheres, as minorias e os povos indígenas, a fim de alcançar um desenvolvimento social e económico».

Nada disto apaga o inominável processo de chantagem a que o Equador foi sujeito por parte da UE para assinar este acordo, ao qual resistiu durante vários anos. Chantagem que incluiu, entre outros aspetos, a supressão do sistema de preferências pautais generalizadas de que este país beneficiava.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Európsky parlament by mal byť oboznámený s vykonávaním akčných plánov zo strany vlád a sprievodnými opatreniami, ktoré Európska Komisia prijala prostredníctvom programov spolupráce, najmä v súvislosti so vzdelávaním, odbornou prípravou, spoluprácou v oblasti regulácie a vytváraním sociálno-ekonomických príležitostí pre najviac znevýhodnené vrstvy spoločnosti a s podporou pokroku v oblasti demokracie, dodržiavania ľudských práv a práv pracujúcich a ochranou životného prostredia. Je dôležité, aby Ekvádor prijal podobné opatrenia ako Kolumbia a Peru v oblasti pracovných práv a životného prostredia. Pri prijímaní týchto reforiem sa však nesmie zabudnúť na ochranu a zachovanie pôvodných a miestnych spoločenskostí, ktoré stelesňujú tradičný spôsob života, a ich význam pre zachovanie a trvalo udržateľné využívanie biologickej diverzity.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Votiamo contro questo accordo non perchè il paese in questione rappresenti un problema per certi settori produttivi del nostro paese ma perché, in generale, siamo contrari alla linea di una Commissione europea che, in forza dei trattati, negozia ormai in maniera esclusiva ogni accordo commerciale.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I support the accession of Ecuador to the Trade Agreement with Colombia and Peru, as it will open up markets and increase the stability and predictability of the trading environment. The accession of Ecuador to the Trade Agreement with Colombia and Peru is another decisive step forward in the alliance with important, like-minded, and fast-growing countries and regions.

I would like to call for a prompt implementation of the Free Trade Agreement with Ecuador, as it will contribute to reinforcing the social development model of the country, ensuring the necessary respective safeguard structures, the elimination of inequalities and the protection of workers, peasants and the environment.

The Agreement will provide improved access to the Ecuadorian market for many key EU exports, for example in the automotive sector or for alcoholic beverages. However, the Agreement will not only secure access to markets; more importantly it will also create a stable and predictable environment that will help boost and diversify trade and investment on both sides.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Üdvözlendőnek tartom, hogy Ecuador csatlakozása a Kolumbiával és Peruval kötött kereskedelmi megállapodáshoz újabb döntő lépést jelent a hasonlóan gondolkodó, fontos és gyorsan fejlődő országokkal kötött szövetség felé egy olyan régióban, amely egyre inkább Ázsia és a csendes-óceáni térség felé fordul.

Üdvözlendő továbbá az is, hogy az ecuadori kormány az elmúlt nyolc évben 40,8 milliárd dollárt fektetett be a szociális ágazatba – többek között az oktatáshoz való hozzáférés, az egészségügyi ellátás és a szociális biztonság terén – olyan egyedi programokon keresztül, amelyek a legkiszolgáltatottabb csoportokat, például a gyerekeket, az időseket és a fogytékossággal élőket célozzák.

Ezek tükrében fontosnak tartom sürgetni az ecuadori kormányt, hogy a Kolumbia és Peru által benyújtott cselekvési terveket alapul véve hozzon hasonló intézkedéseket, mivel ez lehetőséget biztosít az állampolgárok általános életkörülményeinek javítására, beleértve az emberi és munkajogokat, és a környezetet.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor convencido de que la adhesión de Ecuador al Acuerdo comercial entre la Unión Europea y Colombia y Perú representa un paso importante en la alianza con importantes países que se caracterizan por su rápido crecimiento. Con la conclusión de las negociaciones, Ecuador podrá aumentar sus exportaciones a la Unión Europea, lo que redundará en un mayor crecimiento de la economía del país que debe llevar parejo un mayor bienestar para los ciudadanos de Ecuador.

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Dies ist ein weiterer Schritt, um die zukünftige Zusammenarbeit mit schnell wachsenden Ländern zu intensivieren. Auch können mit dem Abkommen Direktinvestitionen und Handelsvolumen erweitert werden.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the accession of Ecuador to the EU-Peru and Colombia Trade Agreement given that the accession of Ecuador to the Trade Agreement with Colombia and Peru would be a step forward in the alliance with fast-growing countries in a region that is turning more and more to Asia and the Pacific. I ask that both the Directorate-General for Trade and the Ecuadorian Government provide convincing answers to the questions and concerns raised, before Parliament votes on Ecuador's accession to the trade agreement.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – The accession of Ecuador to the Trade Agreement between the EU, Columbia and Peru will boost trade and investment and will be an important driver for economic and social development in Ecuador. I therefore supported this resolution that will encourage a swift entry into force and implementation of this Agreement.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos en contra de esta Resolución. Los sectores que auspician el acuerdo de libre comercio omiten que estos acuerdos son mucho más que meros acuerdos comerciales. Nada cuentan sobre las sumisiones geopolíticas y económicas que implican. No plantean la cuestión de las restricciones sociales y ambientales que imponen. Ignoran los impactos nocivos sobre el empleo en determinadas actividades productivas, como la agricultura. Poco o nada les importa que estos acuerdos congelen unas estructuras productoras y exportadoras sustentadas en el extractivismo, impuesto hace más de 500 años con la llegada de las carabelas españolas. Y, por cierto, tampoco reconocen que estos acuerdos son propuestas al servicio de los intereses de los capitales transnacionales.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this Agreement which will boost and diversify investment and trade between both the EU and Peru and Colombia. I also support the calls for an action plan on social and environmental rights in line with those already agreed.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I believe that the accession of Ecuador to the trade agreement with Colombia and Peru would be another decisive step forward in the alliance with important, like-minded and fast-growing countries in the region.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as the accession of Ecuador to the trade agreement with Colombia and Peru would be another decisive step forward in the alliance with important like-minded and fast-growing countries in a region that is turning more and more to Asia and the Pacific. The accession of Ecuador to the EU-Peru and Colombia Trade Agreement matches the ambitions of both the EU and Ecuador. The Ecuadorian Government has invested USD 40.8 billion in the social sector in areas such as education, healthcare and social security over the past eight years, with specific programmes targeted at assisting the most vulnerable groups such as children, the elderly and the disabled.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za rezoluciju Europskog parlamenta o pristupanju Ekvadora Sporazumu o trgovini sklopljenom između EU-a i njegovih članica i Kolumbije i Perua zbog toga što se time osnažuje suradnja EU-a s andskim državama, te se time doprinosi aktivnostima izvoza Ekvadora u EU. Važno je da se u okviru Sporazuma zajamči i promiče poštivanje ljudskih prava i demokratskih načela te da ekvadorske vlasti uspostave unaprijeđeni dijalog s civilnim društvom. Smatram također da je izuzetno pozitivno što se ugovorne strane, među ostalim, obvezuju očuvati biološke raznolikosti i što se potiču programi zaštite okoliša, te stoga podržavam ovo Izvješće.

Diane James (EFDD), *in writing*. – A Protocol signed in 2014 allows Ecuador to accede to the EU's trade agreement with Colombia and Peru on ratification. A provision is in force to maintain the EU's tariff preferences for Ecuador that it previously enjoyed under the Generalised Scheme of Preferences (GSP), throughout 2016 or until such time as the protocol on accession shall be ratified. The motion for a resolution supports Ecuador's accession to the Agreement.

Though the tariff reductions contained in the Colombia-Peru Agreement would help sectors of the Ecuadorian economy access EU markets, it also contains politicised sections. Because a full assessment of the Agreement's implications for Ecuador must be left to the actual ratification process, my fellow UKIP MEP colleagues and I voted to abstain on the resolution.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de résolution sur l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial conclu entre l'Union européenne et le Pérou et la Colombie. Les politiques de l'Équateur sont conformes à ses engagements à l'OMC et intègrent des parties prenantes de manière transparente. Le Parlement encourage donc l'entrée en vigueur rapide de l'accord, tout en recommandant au gouvernement équatorien de prendre des mesures notamment concernant le droit du travail et l'environnement.

Cette résolution a été adoptée une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Grundsätzlich spricht nichts gegen Freihandelsabkommen, doch zwischen Staaten, die eine völlig unterschiedliche wirtschaftliche Stärke aufweisen, sind sie kritisch zu betrachten, da sie oft der klein strukturierten, lokalen Wirtschaftslandschaft im weniger entwickelten Land schaden können und die Abhängigkeit vom besser entwickelten Handelspartner verstärken. Aus diesem Grund enthalte ich mich meiner Stimme.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution, as it encourages a quick and complete entry into force and implementation of this agreement, which will boost and diversify trade and investment on both sides and act as an important driver for economic and social development in Ecuador.

Stelios Kouloglou (GUE/NGL), *in writing*. – I welcome the conclusion of negotiations with Ecuador for its accession to the Trade Agreement between the EU, Colombia and Peru. This trade agreement will of course benefit Ecuador both on its exports and imports. The EU will have to ensure the effective application of the trade agreement. However, I cannot fully support this motion for a resolution, since the measures for cooperation in education, fair trade, sustainable development, training and creating socioeconomic opportunities are not enough. Therefore, I voted abstention.

Béla Kovács (NI), *írásban*. – Nem támogathatom az EU-nak a fejlődő országokkal kapcsolatos kereskedelempolitikáját, hiszen egyértelmű bizonyítékok igazolják, hogy a liberalizált kereskedelem és tőkeáramlás mellett a kevésbé fejlett országok nem tudnak felzárkózni. Az állásfoglalásra irányuló indítvány Ecuadornak az Unió által korábban Peruvál és Kolumbiával megkötött kereskedelmi egyezményéhez való csatlakozásáról szól. Lehántva a csomagolást egyértelmű az ecuadori kormány feladata, hogy haladéktalanul biztosítsa a piacához való hozzáférés tekintetében még meglévő akadályok lebontását. Az ilyen megállapodások egyoldalúan a multinacionális cégek érdekeit szolgálják, a fejletlen országok ezáltal csak még jobban ki lesznek szolgáltatva nekik, mint eddig. Emiatt az állásfoglalást el kellene utasítani, de nem bírálhatom felül egy szuverén ország döntését, így maradt a tartózkodás.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Esprimo il mio parere favorevole alla mozione proposta dal collega Scholz. Ritengo che l'adesione dell'Ecuador all'accordo commerciale con la Colombia e il Perù sia un altro passo in avanti decisivo nell'alleanza con importanti paesi. Sono, inoltre, apprezzabili gli sforzi del governo ecuadoriano di investire ben 40.8 miliardi di dollari per migliorare il proprio *welfare* e le proprie politiche sociali, nonché l'aver ratificato la convenzione dell'OIL n. 169 sulle minoranze etniche. Tutto ciò per testimoniare la volontà di questi paesi di associare alla crescita economica dei progressi in campo sociale che li avvicinano agli standard europei.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette résolution parce qu'elle se félicite de cet accord de libre-échange pour nous préparer au TAFTA. En outre, elle s'ingère au nom des droits de l'homme dans la politique intérieure de l'Équateur.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Souhlasím s rozšiřováním volného obchodu, avšak pokud řešíme obchod, stačí k němu prostá dohoda o zrušení obchodních bariér mezi dvěma nebo více státy.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Pristup Ekvadora Sporazumu o trgovini između EU-a, Kolumbije i Perua predstavlja pozitivan učinak na proširenje trgovine i ulaganja. Jednako tako, pridonosi ublažavanju siromaštva i smanjenju nejednakosti. Vlada Ekvadora je pozvana provoditi akcijske planove kako bi se osigurala zaštita prava građana, osobito žena i djece.

Ekvador je u posljednjih nekoliko godina ostvario gospodarski rast. U prilog tome ide činjenica da je Vlada u proteklih 8 godina uložila više od 40 milijardi dolara u društveni sektor, te da se siromaštvo smanjilo. Uz Kolumbiju i Peru, Ekvador je jedan od vodećih svjetskih proizvođača banana. Naglašena je važnost zajedničkog Pododbora za trgovinu i održivi razvoj, kao jedinog mehanizma predviđenog za praćenje provedbe obveza održivog razvoja.

Podržala sam pristupanje Ekvadora Sporazumu jer smatram da će to pozitivno utjecati na gospodarski rast te nastavak kvalitetnije socijalne politike.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Pristúpenie Ekvádoru k dohode o obchode bude prínosom zvýšiť obchod a investície na oboch stranách. Zvýšený, transparentný a spravodlivý obchod je dôležitým stimulom hospodárskeho a sociálneho rozvoja, prispeje k zmierneniu chudoby a odstraňovaniu nerovnosti.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Καταψηφίζω την πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την προσχώρηση του Ισημερινού στη συμφωνία εμπορίου που συνάφθηκε μεταξύ της ΕΕ και των κρατών μελών της, αφενός, και της Κολομβίας και του Περού, αφετέρου, διότι δεν είναι πλήρης και τεκμηριωμένη.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – J'ai voté contre cette adhésion. Sous couvert d'un accord commercial, il s'agit en fait d'une ingérence de la Commission européenne dans les affaires de l'Équateur. Cet accord, totalement asymétrique, permet à l'Équateur de se développer plus facilement, mais autorise la Commission à veiller à ce que les droits de l'homme, du travail, environnemental, soient bien respectés. Cette ingérence dans les affaires d'un pays est intolérable, et nous ne pouvons donner caution à ces actions.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this resolution which draws attention to the EU objective of including a binding trade and sustainable development chapter in all trade agreements concluded with both industrialised and non-industrialised partners. It supports, in this connection, the inclusion in the trade agreement between the EU and Ecuador of a sustainable development chapter reflecting the partners' common commitment to promoting respect for, compliance with, and full and proper enforcement of international human rights agreements, ILO Conventions and key multi-lateral environmental agreements such as the Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora (CITES).

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Favorevole alla conclusione dei negoziati con l'Ecuador sul protocollo per la sua adesione all'accordo commerciale tra l'UE, la Colombia e il Perù. Suddetto accordo apporterà nuove opportunità e benefici importati di mercato alle principali industrie esportazioni dell'Ecuador verso l'UE, in considerazione del fatto che l'UE a sua volta ha aperto il proprio mercato alle importazioni dal Perù e dalla Colombia, impegnandosi a liberalizzare immediatamente i prodotti industriali e della pesca.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Il 17 luglio 2014 si sono conclusi i negoziati tra l'UE e l'Ecuador ai fini della sua adesione all'accordo commerciale tra l'UE e la Colombia/Perù. In considerazione dei numerosi benefici economici che la conclusione dei negoziati comporterà per le esportazioni dell'Ecuador verso l'UE ritengo di dover sostenere, votando favorevolmente, la proposta di risoluzione del collega Caspary, finalizzata ad incoraggiare la rapida e completa entrata in vigore e attuazione di tale accordo. Esso, infatti, garantirà la protezione dei cittadini e dell'ambiente ai massimi livelli nonché l'incremento e la diversificazione degli scambi e degli investimenti da entrambe le parti.

Emmanuel Maurel (S&D), *par écrit*. – En votant le rapport Scholz, le Parlement européen était appelé à donner ses directives sur le processus d'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial conclu entre l'Union, le Pérou et la Colombie. Le texte final accorde un soutien exigeant à la démarche de la Commission européenne et du gouvernement équatorien qui, pour autant, devront accentuer leurs efforts s'ils veulent aboutir à une ratification de l'accord.

Pour la Commission européenne, il s'agira de trouver un bon équilibre entre une approche résolument protectrice pour les petits paysans équatoriens et une démarche qui ne soit pas défavorable aux producteurs européens de bananes (notamment dans les territoires d'outre-mer). Le gouvernement équatorien, de son côté, est prié, avant la ratification de l'accord, de mettre en place des mesures convaincantes en matière de lutte contre le travail des enfants, contre la déforestation et pour le respect des droits syndicaux. Il s'agit là de prérequis indispensables à la signature d'un accord commercial avec l'Union. Si j'ai voté en faveur de cette résolution, je souhaite rester vigilant. Je n'exclus pas de m'abstenir de voter l'accord final s'il ne tient pas dument compte des inquiétudes du Parlement européen.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – En 2012, l'Union européenne et ses États membres ont signé un accord commercial avec la Colombie et le Pérou. Cet accord couvre à la fois le commerce et les problématiques liées au développement afin de garantir un environnement stable pour les échanges commerciaux durables. L'adhésion à cet accord de l'Équateur, partenaire important de l'Union, facilitera la coopération entre ces trois pays et l'Union européenne. L'Équateur partage avec le Pérou et la Colombie des valeurs communes et une dynamique de croissance prometteuse. Cette adhésion est donc une étape décisive pour l'intégration régionale de la sous-région de l'Amérique latine.

Je me réjouis du vote favorable à cette résolution. C'est un signal fort donné par le Parlement pour encourager les quatre partenaires à aller de l'avant pour renforcer la compétitivité et l'accès aux marchés des petites et moyennes entreprises de ces trois pays et celles de l'Union. L'accord permettra de stimuler et de diversifier les échanges et les investissements au bénéfice des quatre parties. C'est un pas important pour accélérer le développement économique et social de l'Équateur et de ses deux voisins.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Le rapport se félicite de l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial en cours entre l'Union et la Colombie et le Pérou. Rappelons que cet accord, conclu en 2012, vise à établir une zone de libre-échange avec l'Union et les pays d'Amérique du Sud concernés. Pour cela, il prévoit la suppression des droits de douane et interdit tout protectionnisme à venir: «Aucune partie n'adopte ni ne maintient des interdictions ou des restrictions à l'importation de biens en provenance d'une autre partie ou encore des interdictions ou des restrictions à l'exportation, ou à la vente à l'exportation, de biens à destination d'une autre partie».

Dans ce cadre, l'objectif prioritaire, inscrit dans la constitution équatorienne, de développement du commerce équitable, pourra être mis en cause par l'Union. De plus, dans une attitude tout à fait néo-coloniale, le rapport se félicite «des efforts importants consentis par l'Équateur en matière d'environnement» alors même que ce pays est plus engagé dans la défense de l'environnement que l'ensemble des États de l'Union européenne. Je vote contre ce texte.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a proposta de resolução sobre a adesão do Equador ao Acordo Comercial celebrado entre a UE e os seus Estados-Membros e a Colômbia e o Peru. É extremamente importante que a UE reforce a sua relação comercial com a Colômbia, o Peru e agora com o Equador. Não nos podemos esquecer de que esta região do globo está a voltar-se cada vez mais para a Ásia e o Pacífico.

É de louvar os esforços levados a cabo pelo Equador, nomeadamente o investimento de 40,8 mil milhões de dólares no sector social ao longo dos últimos oito anos. Será igualmente importante que o governo do Equador tome nota dos planos de ação apresentados pela Colômbia e pelo Peru, para que adote medidas semelhantes. Esta é uma oportunidade para o Equador melhorar as condições de vida dos seus cidadãos, em termos de direitos humanos, laborais e ao nível do ambiente.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution because Ecuador should be entitled to benefit from the full range of agreements and associations that the other countries in the region are a part of.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report since I am in agreement with the accession of Ecuador to the EU-Peru and Columbia Trade Agreement. EU trade negotiations with the Andean Community (Bolivia, Columbia, Ecuador and Peru) started in 2007. Peru/Columbia was concluded in 2012. As the Council considered this to be a 'mixed agreement', it needs also to be ratified by all EU Member States and this process is currently ongoing. Negotiations with Ecuador were concluded in July 2014 to join the EU multi-party Free Trade Agreement with Peru/Columbia. The Agreement was initialled on 12 December 2014. Although no longer a GSP+ beneficiary country as of 1 January 2015, Ecuador enjoys temporarily current tariff treatment on a reciprocal basis following the adoption of the Tariff Stand-still Regulation at the end of 2014 by Parliament and the Council until the EU-Peru/Columbia Free Trade Agreement applies also to Ecuador according to the terms negotiated for its accession.

Sorin Moisă (S&D), *in writing*. – The accession of Ecuador to the EU-Colombia and Peru FTA represents an important step in strengthening EU trade relations with the Andean Community and more generally with Latin America. The Agreement is expected to boost trade and investment in both sides. More importantly, it will contribute to alleviating poverty and reducing inequality in Ecuador. I highlight in particular the inclusion of trade and sustainable development provisions which will promote compliance and enforcement of the relevant ILO and environmental conventions in the three countries.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az EU 2014. július 17-én kötött kereskedelmi megállapodást Kolumbiával és Peruval. A megállapodáshoz csatlakozni kívánt Ecuador is, az erről folytatott tárgyalásokat az EU és Ecuador sikeresen lezárta, és parafálták azt a jegyzőkönyvet, amely lehetővé teszi Ecuador számára, hogy 2014. december 12-én a szomszédos Kolumbiához és Peruhoz csatlakozva, preferenciális kereskedelmi kapcsolatot létesíthessen az EU-val. A Nemzetközi Kereskedelmi Bizottság parlamenti állásfoglalás elfogadását indítványozta, amelyben üdvözölni javasolja a tárgyalások lezárását, külön kiemelve az ecuadori kormány által az elmúlt nyolc évben a szociális ágazatba befektetett 40,8 milliárd dollárt, amellyel a legkiszolgáltatottabb csoportokat, például a gyerekeket, az időseket és a fogyatékkal élőket célzó egyedi programokat indított útjára.

Elismeréssel javasol szólni az ecuadori gazdaság elmúlt néhány évben tapasztalt erőteljes növekedéséről és arról, hogy az közvetlenül csökkentette a szegénységet – különösen a szegénység szélsőséges formáit – és az egyenlőtlenséget, továbbá növelte a középosztályt. (A Világbank legfrissebb adatai szerint 2006 és 2014 között a szegénység Ecuadorban 37,6%-ról 22,5%-ra, a mélyszegénység pedig 16,9%-ról 7,7%-ra csökkent.) A javaslatot támogattam.

Bernard Monot (ENF), *par écrit*. – L'Union européenne et l'Équateur ont signé en décembre 2014 un rattachement de l'Équateur à l'accord de libre-échange en vigueur entre l'Union européenne, la Colombie et le Pérou. Cet accord asymétrique doit permettre au pays de se développer plus facilement. Ce rapport est une demande, adressée à la Commission, de veiller à ce que les droits de l'homme, du travail, et les préoccupations environnementales soient bien respectés en Équateur. L'accord de libre-échange devrait entrer en vigueur en 2016. Nous nous abstenons sur ce texte qui se félicite de cet accord de libre-échange qui est plus une ingérence assez forte dans la politique intérieure de l'Équateur.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Subscrovo que a conclusão das negociações com o Equador, com o objetivo da sua adesão ao Acordo Comercial entre a UE, a Colômbia e o Peru trará benefícios significativos para as exportações do Equador para a União Europeia, atendendo especialmente a que o país já não beneficia do sistema unilateral de preferências generalizadas da UE.

É importante salientar que a celebração deste Acordo irá potenciar e diversificar o comércio e o investimento de ambas as partes e funcionará como um importante motor para o desenvolvimento económico e social no Equador, ajudando a aliviar a pobreza e a reduzir as desigualdades.

Contudo, alerta para o facto de o Equador, tal como a Colômbia e o Peru, ser um dos principais produtores de banana do mundo e, por este facto, é imperioso que a Comissão controle e garanta que os volumes de importação previstos no mecanismo de estabilização para as bananas sejam respeitados. Defendo que, na eventualidade das importações aumentarem de forma anómala, a Comissão deverá suspender a isenção de direitos aduaneiros de que beneficiam as bananas importadas destes países de forma a não causar prejuízos graves às economias das regiões produtoras da União Europeia, como é o caso da Madeira.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution relative à l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial conclu entre l'Union européenne et le Pérou et la Colombie. Il s'agit d'autoriser ce pays à rejoindre ses voisins, la Colombie et le Pérou, dans la relation commerciale préférentielle qu'ils entretiennent avec l'Union.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo positivamente questa proposta di risoluzione che si è resa necessaria a seguito della conclusione dei negoziati con l'Ecuador sul protocollo per la sua adesione all'accordo commerciale tra l'UE, la Colombia e il Perù.

L'adesione dell'Ecuador a questo accordo plurilaterale costituisce un ulteriore e deciso passo in avanti nell'alleanza con paesi e regioni importanti, di mentalità simile alla nostra e in rapida crescita, in una regione che è sempre più orientata all'Asia e al Pacifico. Inoltre, tale accordo comporterà l'incremento e la diversificazione degli scambi e degli investimenti da entrambe le parti, agirà come un fattore importante per lo sviluppo economico e sociale e contribuirà ad alleviare la povertà e a ridurre le disuguaglianze.

A questo proposito, però, è di fondamentale importanza la definizione di una tabella di marcia trasparente e vincolante per i diritti umani, ambientali e in materia di lavoro. Resta, infine, ancora aperta una questione di coerenza delle politiche dell'Ecuador con i suoi impegni nell'ambito dell'OMC e degli accordi commerciali, in materia di piena trasparenza, di consultazioni con la società civile e di ostacoli in materia di accesso al mercato.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Ecuador csatlakozása a már létező kereskedelmi megállapodáshoz az EU tagállamai valamint Kolumbia és Peru között sok pozitív változást jelenthet mindegyik fél számára. Úgy Perunak, mint az Uniónak is szüksége van a piaca növekedésére, elsősorban az export szempontjából. Az ilyenfajta terjeszkedés pedig serkenti a kereskedelmet, ami a társadalmi és gazdasági fejlődés alapja. Tudjuk azonban, hogy a fentebb említett országokban gyakran kerül sor az emberi jogok súlyos megsértésére. Mivel az emberi jogok és a demokrácia védelme az EU prioritásai közé tartozik, ezeket az alapelveket hangsúlyozni kell az andoki országokkal való kapcsolatunkban is. Csak így lehetünk képesek biztosítani az egyenlő feltételeket mindenki számára ebben az egyezményben.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this resolution that enhanced the Protocol on Ecuador's accession to the Trade Agreement between the EU, Colombia and Peru. Ecuador's exports to the EU will benefit both parties involved as this will ensure progressive social development, as well as transparency and sustainable development of policies.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Grundsätzlich sehe ich keine Probleme im Beitritt Ecuadors zu dem Handelsabkommen, welches bereits mit Peru besteht. Dennoch vermisse ich klare Forderungen im Bereich der Menschenrechte und des besseren Umweltschutzes. Daher habe ich mich der Stimme enthalten.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktam pranešimui dėl Ekvadoro prisijungimo prie ES ir Kolumbijos bei Peru prekybos susitarimo. Tai yra labai svarbus ir ryžtingas žingsnis į priekį sudarant sąjungą su svarbiomis greitai augančios ekonomikos šalimis.

Šis susitarimas yra labai svarbus abiejų partnerių ekonomikos vystymuisi. Jis padės skatinti ir įvairinti prekybą ir investicijas abiejose susitarimo šalyse bei remti demokratinę plėtrą ir ekonominę bei socialinę pažangą.

Taipogi jis padės pritraukti didesnes Europos investicijas, kurios ilgainiui skatintų ekonominį ir socialinį vystymąsi ir padės mažinti skurdą ir nelygybę.

Siekiant vystyti rimtą politinį dialogą ir plėsti veiksmingą sektorių dialogą, Ekvadoras turi užtikrinti savo politikos suderinamumą su PPO ir nedelsiant panaikinti likusias nustatytas patekimo į rinką kliūtis. Turi būti parengti skaidrūs ir privalomi žmogaus teisių, aplinkos apsaugos ir darbuotojų teisių veiksmų planai bei užtikrinamas tinkamas jų įgyvendinimas.

Siekiant efektyvaus susitarimo įgyvendinimo labai svarbu, kad visos susitarimo nuostatos būtų veiksmingai įgyvendintos nuo pat susitarimo įsigaliojimo datos.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – A Protocol signed in 2014 allows Ecuador to accede to the EU's Trade Agreement with Colombia and Peru on ratification. A provision is in force to maintain the EU's tariff preferences for Ecuador that it previously enjoyed under the Generalised Scheme of Preferences (GSP), throughout 2016 or until such time as the protocol on accession shall be ratified. The motion for a resolution supports Ecuador's accession to the Agreement.

Though the tariff reductions contained in the Colombia-Peru Agreement would help sectors of the Ecuadorian economy access EU markets, it also contains politicised sections. Because a full assessment of the Agreement's implications for Ecuador must be left to the actual ratification process, UKIP MEPs voted to abstain on the resolution.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – L'adesione dell'Ecuador all'accordo commerciale stipulato dall'Unione europea con la Colombia e il Perù comporterà dei benefici alle esportazioni dell'Ecuador verso l'UE soprattutto in ragione del fatto che non troverà più applicazione il sistema di preferenze generalizzate dell'UE; conseguentemente si andrà a fornire a tale paese un volano per lo sviluppo economico e sociale. Nel condividere l'importanza della conclusione di tale accordo sostengo al contempo la necessità di monitorare la sostenibilità ambientale nella progettazione e nell'attuazione delle attività di cooperazione finanziate dalla Commissione e di favorire lo scambio di buone prassi tra le parti contraenti per quanto concerne la responsabilità sociale d'impresa. È necessario a mio avviso che la Commissione garantisca altresì che i volumi massimi di importazione definiti nel meccanismo di stabilizzazione delle banane siano effettivamente rispettati, a tutela dei produttori e del mercato europeo. Avrei senz'altro espresso il mio voto favorevole.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam izjavu Komisije o pristupanju Ekvadora Sporazumu o trgovini između Europske unije i Republike Perua i Republike Kolumbije. Pristupanje Ekvadora Sporazumu o trgovini je još jedan pomak u sklapanju saveza s državama koje su nam važni partneri u svim segmentima suradnje i razvoja.

Ekvador je zemlja u razvoju koja ima značajan gospodarski rast. Europska unija i Ekvador mogu imati puno uzajamne koristi, ne samo u međusobnoj robnoj razmjeni, nego i u stvaranju stabilnog okruženja za gospodarske subjekte, jačanju konkurentnosti, transferu tehnologije i inovacijama.

Gospodarski rast ne smije se odvijati na teret okoliša i civilnog društva, već on mora biti održiv.

Ekvador obiluje bioraznolikošću, jedna je od 17 najraznolikijih zemalja svijeta te se u njemu nalazi najveća koncentracija biljnih i životinjskih vrsta, između 5 % i 10 % svjetske bioraznolikosti. Mnoga osjetljiva područja, kao što su Amazona, otočje Galapagos i nacionalni park Yasuni kriju brojne autohtone vrste kao i domorodačka plemena. Zbog toga je nužno uložiti zajedničke napore u očuvanje okoliša i bioraznolikosti, ne samo na obostranu korist, već i na korist čovječanstva.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Ekvadorsko gospodarstvo ostvarilo snažan rast u proteklih nekoliko godina i, što je još važnije, gospodarski rast koji je uključiv te da je njime izravno smanjeno siromaštvo, posebno ekstremno siromaštvo i razina nejednakosti te je ojačala srednja klasa.

Vrijedi pozdraviti činjenicu da je prema posljednjim podacima Svjetske banke siromaštvo u Ekvadoru između 2006. i 2014. palo s 37,6 % na 22,5 %, dok je ekstremno siromaštvo smanjeno sa 16,9 % na 7,7 %, što dijelom valja zahvaliti i ekvadorskoj vladi zbog ulaganja više od 40 milijardi USD u socijalni sektor u proteklih osam godina. Europska unija treba nastaviti poticati Ekvador da nastavi sa svojom uspješnom politikom progresivnog socijalnog i održivog razvoja.

Jedan od načina je i podrška pristupanja Ekvadora Sporazuma o trgovini s Kolumbijom i Peruom koji će donijeti veliku korist izvozu Ekvadora u EU, posebno s obzirom na to da on više nema pravo na povlastice koje EU daje u okviru jednostranog Općeg sustava povlastica. Nadam se brzom i sveobuhvatnom stupanju na snagu i provedbu tog Sporazuma koji će zajamčiti najvišu razinu zaštite građana i okoliša, potaknuti i diversificirati trgovinu i ulaganja na obje strane, te da će djelovati kao važan pokretač gospodarskog i socijalnog razvoja i doprinijeti dodatnom ublažavanju siromaštva i smanjivanju nejednakosti u Ekvadoru.

Andrej Plenковиć (PPE), *napisan.* – Podržavam prijedlog rezolucije o pristupanju Ekvadora Sporazumu o trgovini između EU-a te Kolumbije i Perua. Sporazumi sklopljeni s Kolumbijom i Peruom su dobri sporazumi i pristupanje Ekvadora omogućava Europskoj uniji sklapanje saveza važnim državama i regijama jednakog svjetonazora i brzog rasta.

Iako se radi o pristupanju nove države već postojećem Sporazumu, smatram kako je opravdano na Ekvador primjenjivati prilagođene uvjete radi značajnih razlika koje postoje na području ekonomije i gospodarstva. Posebni mehanizmi, kao što je na primjer dulji vremenski period za uređenje tarifnog postupanja za robu iz Ekvadora olakšat će postupak provedbe Sporazuma. Također, treba primijetiti da postoji napredak u razvoju što se vidi u smanjenju stope siromaštva i razine nejednakosti te je porasla srednja klasa.

Slijedom svega, Europski parlament potiče vladu Ekvadora da provede akcijske planove koje su predali Kolumbija i Peru i da donese slične mjere jer je to prilika za poboljšanje općih životnih uvjeta građana, uključujući ljudska i radna prava i okoliš. Smatram da će pristupanje Ekvadora Sporazumu o trgovini biti korisno za sve uključene strane, jer se omogućava otvaranje novih trgovinskih puteva. Ujedno se produbljuje odnos i uspostavlja gospodarska suradnja između država.

Miroslav Poche (S&D), *pisemně.* – Spolu se sociálnědemokratickou frakcí jsem rád podpořil pokračující jednání o přístupu Ekvádoru k obchodní dohodě, kterou Evropská unie v roce 2012 uzavřela s dalšími dvěma andskými státy, Kolumbií a Peru. Myslím si, že z tohoto kroku budou do budoucna profitovat obě strany, Ekvádor zásadním zvýšením exportu do Evropy, pro Evropu se zase otevře prostor pro investice. Stejně jako v případě dohody se dvěma zmíněnými jihoamerickými státy má Evropská unie touto cestou také možnost prosazovat požadavky na větší důraz na lidská a pracovní práva nebo environmentální otázky ze strany Ekvádoru. Jižní Amerika je pro Evropu strategický partner a utužování diplomatických i obchodních vztahů s jejími státy považuji za velmi dobrou cestu.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto.* – Ho votato a favore di questa proposta di risoluzione perché ritengo che l'adesione dell'Ecuador all'accordo commerciale tra l'UE, la Colombia e il Perù, costituisca un ulteriore passo in avanti nell'alleanza con paesi e regioni importanti e in rapida crescita economica. Inoltre, il testo del protocollo di adesione all'accordo soddisfa le ambizioni sia dell'UE che dell'Ecuador. Tale accordo comporterà l'incremento e la diversificazione degli scambi e degli investimenti da entrambe le parti, agirà come un fattore importante per lo sviluppo economico e sociale e contribuirà ad alleviare la povertà e a ridurre le disuguaglianze. Auspico una rapida e completa attuazione di tale accordo.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Považuji odstranění bariér mezi EU a Ekvádorem za krok, který bude prospěšný pro obě strany. Volný obchod pomáhá a je nejlepším lékem pro země s rozvíjejícími se ekonomikami. To je i případ Ekvádoru.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution sur l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial conclu entre l'Union et le Pérou et la Colombie. De grands ensembles commerciaux naissent ou se consolident aujourd'hui sur tous les continents. Les pays ASEAN, le MERCOSUR, l'Afrique de l'Ouest se regroupent pour former des ensembles régionaux ayant pour objectif de commercer plus facilement, plus librement en réduisant les entraves commerciales. L'Europe doit profiter de son avance pour amener nos partenaires tels que l'Équateur à faciliter les importations de produits européens sur son territoire. C'est dans cette logique que l'Équateur doit se lier à l'accord commercial existant avec les pays de la région qui sont le Pérou et la Colombie.

L'Europe pourra désormais avoir un accès facilité au marché équatorien.

Toutefois, l'Équateur est le premier producteur mondial de bananes. Le risque d'une explosion des exportations de bananes équatoriennes vers l'Europe au détriment des producteurs européens (je pense particulièrement aux RUP) sera contenu grâce au contingent fixé dans l'accord et, surtout, à la possibilité d'appliquer des mesures de sauvegarde dès le moindre signe d'alerte. Mon rôle sera notamment de surveiller de près ce marché pour prévenir tout risque pour nos producteurs et nos consommateurs.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – Atendendo a que o Equador já não beneficia do sistema de preferências generalizadas da União Europeia (UE), e considerando que é de fundamental importância o estabelecimento de alianças com países de crescimento rápido, que defendem posições idênticas numa região cada vez mais voltada para a Ásia e o Pacífico, a Comissão Europeia apresentou uma declaração ao Parlamento Europeu sobre a adesão do Equador ao Acordo Comercial celebrado entre a UE e a Colômbia e o Peru.

Neste sentido, o Parlamento decidiu encerrar o debate, apresentando uma proposta de resolução que foi posta à votação nesse dia. A proposta de resolução vem confirmar as expectativas de que o Acordo Comercial e a cláusula bilateral incluída correspondem às ambições da EU e do Equador. Também no que concerne os interesses de Portugal, e, em particular, a economia da Região Autónoma da Madeira, as negociações da Comissão tiveram em conta o impacto das importações de bananas provenientes do Equador. Por conseguinte, as regiões produtoras da EU, como é o caso da Madeira, gozam da proteção adicional desta cláusula que cria a base jurídica para suspensão da isenção de direitos aduaneiros de que beneficiam as bananas do Equador, no caso de um aumento desproporcionado. Votei favoravelmente.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – La Unión Europea y Ecuador finalizaron las negociaciones para la adhesión de Ecuador al Acuerdo comercial entre la UE y Colombia y Perú el 12 diciembre de 2014. Sin embargo, el proceso de ratificación se está retrasando, con el riesgo de que no puedan realizarse los trámites administrativos necesarios para su entrada en vigor antes de que expiren las actuales preferencias arancelarias de las que dispone el país andino.

Con esta Resolución, que he apoyado con mi voto, el Parlamento expresa su deseo de que el Acuerdo entre en vigor en el más breve plazo posible, con la garantía de la salvaguarda prevista en favor de la industria europea del plátano. Reconocemos los progresos alcanzados en Ecuador, pero exigimos el establecimiento de un plan de acción mediante el cual Ecuador se comprometa a aplicar debidamente una serie de derechos sociales y medioambientales fundamentales, tal y como se acordó en su momento con Colombia y con Perú.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Dans cette résolution, le Parlement européen a voté en faveur de l'adhésion envisagée de l'Équateur à l'accord de libre-échange multipartite entre l'Union, d'une part, la Colombie et le Pérou, d'autre part. Si j'ai toutefois préféré m'abstenir sur le vote final, j'ai voté en faveur d'amendements demandant au gouvernement équatorien de s'attaquer à des problèmes tels que le travail des enfants, les droits des femmes et la déforestation.

Par ailleurs, l'Équateur étant l'un des plus grands producteurs de bananes au monde, j'ai aussi en particulier soutenu la demande à la Commission d'activer le mécanisme de sauvegarde qui suspend l'exemption des droits sur les importations de bananes d'Équateur dans le marché européen si celles-ci dépassent un certain volume jugé nocif pour les régions productrices de bananes de l'UE, tant au plan économique qu'en termes d'emploi.

Le texte de la résolution exige également de la Commission qu'elle fasse «activement pression» sur l'Équateur afin qu'il se conforme aux mêmes obligations qui ont contraint la Colombie et le Pérou dans le cadre de la feuille de route en matière de protection de l'environnement, de droits des travailleurs et de droits de l'homme, qui accompagnait l'accord multipartite.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A 17 de julho de 2014 foram concluídas as negociações entre a UE e o Equador com vista à adesão deste país ao Acordo Comercial entre a UE e a Colômbia e o Peru, garantindo àquele país benefícios assinaláveis para a sua economia, numa altura em que já não beneficia do sistema unilateral de preferências generalizadas da UE.

Embora tenha votado favoravelmente este Relatório, subscrevo as preocupações suscitadas na Comissão do Comércio Internacional, à qual pertença, relativamente à necessidade deste país adotar políticas coerentes com os compromissos assumidos junto da OMC e cumprir, igualmente, os planos de ação apresentados em matéria de direitos humanos, ambientais e laborais.

Saliento ainda que o Equador é, a par da Colômbia e do Peru, um dos principais produtores de banana do mundo, pelo que é fundamental que a Comissão desempenhe um papel de controlo e verificação dos volumes de importação, a par de uma avaliação do impacto direto e indireto das importações de bananas provenientes destes países, sob pena de recorrer a uma eventual suspensão da isenção dos direitos aduaneiros, caso se verifique um aumento desproporcionado do volume de importações, causador de prejuízos graves às economias dos países produtores europeus, como é o caso de Portugal e Espanha.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution sur l'adhésion de l'Équateur à l'accord commercial conclu entre l'Union européenne et le Pérou et la Colombie.

Le 26 juin 2012, l'Union a signé avec la Colombie et le Pérou un accord de libre-échange après six ans de négociations.

Les négociations avec l'Équateur avaient été suspendues en 2009, puis avaient repris en 2013 à la demande de l'Équateur. Le protocole d'adhésion a été finalisé le 17 juillet 2014, et l'Équateur a ainsi pu rejoindre l'accord Pérou/Colombie.

Nous sommes satisfaits de cet accord concernant le degré d'ouverture des marchés publics ainsi qu'en matière d'accès au marché avec la suppression des droits de douane pour de nombreux produits et la mise en place de périodes transitoires pour d'autres produits.

Le texte rappelle également la sensibilité du secteur agricole, et notamment des bananes, étant donné que l'Équateur en est le premier exportateur mondial. Un mécanisme de stabilisation est prévu dans le cadre de l'accord et sera déclenché en cas de dépassement de certains seuils, afin de ne pas mettre en péril notre production européenne. Nous veillerons à ce que la Commission respecte son bon fonctionnement et resterons attentifs à sa mise en œuvre effective.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione concernente l'adesione dell'Ecuador all'accordo commerciale tra l'Unione europea, la Colombia e il Perù in quanto esso favorisce l'incremento degli scambi e degli investimenti tra le parti interessate. Inoltre tale accordo rappresenta la possibilità per l'Ecuador di migliorare le condizioni di vita dei suoi cittadini.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos en contra de esta Resolución. Los sectores que auspician el acuerdo de libre comercio omiten que estos acuerdos son mucho más que meros acuerdos comerciales. Nada cuentan sobre las sumisiones geopolíticas y económicas que implican. No plantean la cuestión de las restricciones sociales y ambientales que imponen. Ignoran los impactos nocivos sobre el empleo en determinadas actividades productivas, como la agraria. Poco o nada les importa que estos acuerdos congelen unas estructuras productoras y exportadoras sustentadas en el extractivismo, impuesto hace más de 500 años con la llegada de las carabelas españolas. Y, por cierto, tampoco reconocen que estos acuerdos son propuestas al servicio de los intereses de los capitales transnacionales.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado en contra de la Resolución sobre la adhesión de Ecuador al Acuerdo comercial celebrado entre la UE y sus Estados miembros y Perú y Colombia por mi oposición a dicho acuerdo de libre comercio con Perú y Colombia, con el que la UE ha dinamitado las dinámicas positivas de una integración regional en favor de los pueblos de la Comunidad Andina. Este acuerdo con Perú y Colombia en beneficio de las multinacionales europeas y de la agroindustria ha sido ampliamente rechazado por sindicatos, movimientos sociales y organizaciones de derechos humanos por su impacto negativo en las condiciones de vida y de trabajo de las pymes, los pequeños y medianos campesinos, los obreros y los mercados locales.

Aunque con diferencias en los plazos de aplicación de la liberalización de los intercambios comerciales en ambas partes, al basarse el acuerdo con Ecuador en las mismas disposiciones que el acuerdo de libre comercio con Perú y Colombia, no he podido votar a favor de la Resolución.

Remo Sernagiotto (ECR), *per iscritto*. – Il 17 luglio 2014 si sono concluse le negoziazioni con l'Ecuador per la sua adesione all'accordo commerciale tra l'Unione europea e la Colombia e il Perù, sottoscritto nel giugno 2012. Ho votato a favore della proposta di risoluzione del Parlamento perché tale adesione rappresenta un importante passo in avanti nell'alleanza con i paesi in rapido sviluppo nella regione dell'America latina. L'Ecuador negli ultimi anni si è impegnato per la riduzione della povertà, scesa dal 37,5% al 22,5%, e ha posto l'attenzione sul miglioramento delle condizioni sociali e ambientali. Con la sua adesione all'accordo commerciale, il paese potrà godere dei benefici degli scambi commerciali verso l'UE, favorendo così un ulteriore sviluppo economico e sociale. Allo stesso modo, l'Unione incrementerà le sue relazioni economiche con il mercato dell'America latina, considerato uno dei mercati di maggiore crescita e interesse a livello mondiale.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this vote. The agreement has beneficial and harmful components. Full assessment is best left to the ratification process.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I welcome this agreement as it will boost and diversify investment and trade between both of the sides. We also called for an action plan on social and environmental rights in line with those already agreed.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Podporil som návrh uznesenia o pristúpení Ekvádoru k dohode o obchode medzi Európskou úniou a jej členskými štátmi a Kolumbiou a Peru. Podporujem snahu Ekvádoru o hlbšiu integráciu do medzinárodného obchodného spoločenstva, no zároveň aj jeho záväzky chrániť svoje prírodné kultúrne dedičstvo, ktorým sú napríklad súostrovia Galapágy so vzácnymi endemickými druhmi.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Ekvádorská vláda za posledných osem rokov investovala 40,8 miliardy dolárov do sociálneho sektoru, prístupu ku vzdelaniu, zdravotnej starostlivosti a sociálneho zabezpečenia, aj prostredníctvom osobitných programov v prospech najzraniteľnejších skupín, ako sú deti, staršie osoby a osoby so zdravotným postihnutím. Ekvádoru sa takisto darí zlepšovať podmienky svojich pôvodných spoločenstiev, na ktoré má nepriaznivý vplyv ťažobná stratégia korporácií.

Vítam preto uzatvorenie rokovaní s Ekvádorom o protokole o jeho pristúpení k dohode o obchode medzi EÚ, Kolumbiou a Peru. Táto dohoda prinesie Ekvádoru mnohé výhody spojené s vývozom do EÚ a zároveň poslúži ako dôležitý stimul hospodárskeho a sociálneho rozvoja a prispeje k zmierneniu chudoby a zníženiu nerovnosti. Na druhej strane je dôležité, aby Ekvádor zabezpečil konzistentnosť svojich politík so záväzkami vyplývajúcimi z dohôd WTO a dohody o obchode a zabezpečil úplnú transparentnosť a rozsiahle konzultácie so zainteresovanými stranami pred ich prijatím.

Čo sa týka environmentálnych otázok, treba poznamenať, že aj napriek úsiliu, ktoré krajina vynakladá, čelia Ekvádor a susedné krajiny intenzívnemu odlesňovaniu, výraznej strate biodiverzity, znečisťovaniu vôd a erózii pôdy. Ekvádor a EÚ by preto mali uzavrieť aj dohodu o spolupráci v oblasti životného prostredia a podpory programov proti odlesňovaniu. Prispelo by sa tým najmä k zlepšeniu životných podmienok miestneho obyvateľstva.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Ho votato oggi a favore dell'accordo per includere l'Ecuador nell'accordo commerciale tra Unione europea, la Colombia e il Perù, che consentirà un aumento delle esportazioni verso l'Europa a beneficio dell'economia ecuadoregna. Come gruppo socialdemocratico, riteniamo che il commercio rappresenti uno strumento per realizzare progressi sia dal punto di vista economico che da quello del benessere di cittadini, consentendo l'apertura di nuovi mercati ma anche facendo in modo che gli investimenti servano a ridurre le ineguaglianze e migliorare le condizioni di vita. Questo è quello che auspichiamo per l'Ecuador, che vogliamo includere negli stretti legami già esistenti con altri paesi sudamericani, chiedendo al suo governo di stabilire un percorso chiaro e trasparente sui diritti umani, ambientali e sociali come condizione alla conclusione dell'accordo, così come è stato fatto con Perù e Colombia al momento della conclusione dell'accordo commerciale in oggetto.

Ivan Štefanec (PPE), *pisomne*. – Podpora bilaterálnych ekonomických a obchodných dohôd a vzťahov medzi štátmi a rozvoj zmlúv o voľnom obchode v globálnom kontexte znamená ambiciózne a prínosné partnerstvá prinášajúce čoraz viac príležitostí pre rozvoj európskych štátov.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržavam ovaj prijedlog rezolucije jer pristupanje Ekvadora sporazumu o trgovini s Kolumbijom i Peruom predstavlja jedan važan korak u trgovinskim odnosima. Ova rezolucija potaknut će Ekvador da poduzme mjere koje su poduzele i Kolumbija i Peru, kako bi se pokrenula ekonomija, ali i poboljšao opći standard svojeg stanovništva uključujući i ljudska prava, radnička prava te okoliš. Ova rezolucija trebala bi potaknuti i ostale zemlje u okruženju da ulože dodatne napore da dostignu ovaj cilj tj. sporazum o trgovini koji je prilika da poboljšaju životni standard svojeg stanovništva.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Pristup Ekvadora Sporazumu o trgovini s Kolumbijom i Peruom još je jedan odlučan korak prema sklapanju saveza s važnim državama i regijama jednakog svjetonazora i brzog rasta. Ljudska prava i demokracija su bitni čimbenici cjelokupnog odnosa između Europske unije i andskih zemalja, stoga poziva sve partnere da zajamče poštovanje svih socijalnih i političkih prava. Gospodarski rast u Ekvadoru bio je pozitivan, čime je izravno smanjeno siromaštvo i razina nejednakosti te je porasla srednja klasa.

Ekvador je, uz Kolumbiju i Peru, jedan od vodećih svjetskih proizvođača banana. Vlade andskih zemalja trebaju poduzeti sve nužne i tehničke mjere za uspostavu trgovinskog sporazuma te su svi partneri pozvani kako bi zajamčili poštovanje svih socijalnih i političkih prava.

Podržavam stajalište Vijeća za osnivanje zajedničkog pododbora za trgovinu i održivi razvoj kao jedinog mehanizma koji je u okviru Sporazuma o trgovini predviđen za praćenje provedbe obveza o održivom razvoju gospodarstva.

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. – I voted in favour of this report and I support the accession of Ecuador to this free trade agreement. This is a welcome expansion of the Andean free trade zone to cover one of the fastest growing markets in South America.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτως*. – Συμφωνίες που εντάσσουν και τον Ισημερινό στο σύστημα του Παγκόσμιου Εμπορίου, αυτομάτως αυξανίζουν τη θέση του και μετατρέπουν και αυτό το κράτος σε εξαρτώμενο από την πολιτική του Διεθνούς Κεφαλαίου.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Uniunea Europeană susține o politică de încurajare a bunelor relații și a liberului schimb de produse comerciale cu țările Americii Latine. În acest context, relațiile cu țările zonei andine constituie o prioritate.

Uniunea a încheiat deja în 2012 un acord multilateral de liber schimb cu Columbia și Peru. Acesta este menit să înlocuiască vechile acorduri în cadrul Schemei Preferențiale Generale (GSP+), care au expirat la 1 ianuarie 2015.

Ecuadorul a rămas astfel în afara unui acord formal de liber schimb, deși în practică beneficiază de tarife preferențiale temporare. În ciuda faptului că anul trecut au existat probleme în legătură cu importurile de banane proaspete din Ecuador, aderarea acestei țări la acordul multilateral dintre UE, Columbia și Peru este necesară pentru dezvoltarea comerțului între Uniune și Ecuador și creșterea investițiilor reciproce.

Acest lucru nu înseamnă, însă, renunțarea la anumite condiționalități pe care UE trebuie să le solicite imperativ părții ecuadoriene, cum ar fi respectarea anumitor condiții sociale pentru lucrătorii din această țară și respectarea mediului înconjurător. Fără aceste clauze, care sunt în concordanță cu valorile promovate de UE la nivel internațional, semnarea acordului nu ar avea efectele scontate asupra dezvoltării Ecuadorului.

Inițiativa actuală este un pas important în această direcție.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du texte mais je ne garantis pas que ce soit encore le cas lors de la phase suivante. J'en profite pour dénoncer le manque d'amélioration de la situation en Colombie concernant les droits du travail, les droits sociaux et les droits fondamentaux de manière générale.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution that welcomes the conclusion of the negotiations with Ecuador on its accession to the Trade Agreement between the EU, Colombia and Peru. It is expected to benefit Ecuador's exports to the EU and to boost trade and investment on both sides. At the same time, it should facilitate economic and social development and contribute to reducing poverty. The resolution sets out specific tasks for both partners. On one hand, it appeals to Ecuador to ensure consistency with its WTO and trade agreement commitments and remove market-access obstacles. On the other hand, it invites the Commission and the European External Action Service to play an active role in guaranteeing sustainable development. I consider it important that the report emphasises human rights and democracy and urges the Government of Ecuador to promote them.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam pristupanje Ekvadora Sporazumu o trgovini sklopljenom između EU-a i njegovih država članica i Kolumbije i Perua jer smatram da će pristupanje države kao što je Ekvador povećati dobit međunarodne trgovine Europske unije.

Naime, kao i ostale andske zemlje, i Ekvador je jedna od najbrže rastućih tržišta za Europsku uniju u Latinskoj Americi, s obzirom da je u posljednje vrijeme postigao značajan gospodarski rast te je time izravno smanjio siromaštvo i razinu nejednakosti.

No, osobito pozitivnim smatram što se u ovoj rezoluciji, osim usredotočenosti na trenutnu gospodarsku i društvenu situaciju u zemlji, osvrće i na mnoge probleme u Ekvadoru kao što su intenzivno krčenje šuma i smanjenje bioraznolikosti. Podržavanje Ekvadora u nastojanjima da razvije i održi učinkovito upravljanje okolišem, posebno u osjetljivim područjima kao što su Amazona i otočje Galapagos, iznimno je važno za budućnost našeg planeta.

Posebnost ove zemlje su i brojne domorodne i lokalne zajednice, autohtone vrste drveća i deseci ugroženih životinjskih vrsta. Stoga je bitno poticati očuvanje svjetske prirodne baštine, što se može djelomično ostvariti i kroz podršku odluke Vijeća UN-a za ljudska prava o uspostavi međuvladine radne skupine o transnacionalnoj suradnji i ljudskim pravima.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlogi resolucije o pristupu Ekvadorja k trgovinskomu sporazumu med EU in njenimi državami članicami ter Kolumbijo in Perujem sem podprla, ker menim, da je Ekvador strateški partner tega trgovinskega sporazuma in bo izvoz Ekvadorja v EU prinesel številne koristi, poleg tega se bodo s tem sodelovanjem povečale naložbe tako v Ekvadorju kot tudi v Uniji. To bo pomembno vplivalo na gospodarski in socialni razvoj ter posredno prispevalo k zmanjševanju revščine in neenakosti.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos en contra de esta Resolución. Los sectores que auspician el acuerdo de libre comercio omiten que estos acuerdos son mucho más que meros acuerdos comerciales. Nada cuentan sobre las sumisiones geopolíticas y económicas que implican. No plantean la cuestión de las restricciones sociales y ambientales que imponen. Ignoran los impactos nocivos sobre el empleo en determinadas actividades productivas, como la agraria. Poco o nada les importa que estos acuerdos congelen unas estructuras productoras y exportadoras sustentadas en el extractivismo, impuesto hace más de 500 años con la llegada de las carabelas españolas. Y, por cierto, tampoco reconocen que estos acuerdos son propuestas al servicio de los intereses de los capitales transnacionales.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I welcome the conclusion of the negotiations with Ecuador on the protocol for its accession to the Trade Agreement between the EU, Colombia and Peru, recognising the important benefits that this will bring for Ecuador's exports to the EU, particularly in view of the fact that it no longer benefits from the EU's unilateral Generalised Scheme of Preferences.

I encourage the quick and complete entry into force and implementation of this agreement, which will ensure the protection of citizens and the environment at the highest level.

I consider that this agreement will boost and diversify trade and investment on both sides, act as an important driver for economic and social development, and contribute to alleviating poverty and reducing inequality.

More generally I always support free trade. I believe Europe can only grow with new markets and not with more budget!

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – L'Union et l'Équateur ont signé en décembre 2014 un rattachement de l'Équateur à l'accord de libre-échange en vigueur entre l'Union, la Colombie et le Pérou.

Cet accord asymétrique doit permettre à l'Équateur de se développer plus facilement.

Ce rapport est une demande à la Commission européenne de veiller à ce que les droits de l'homme, du travail, environnemental soient bien respectés en Équateur. Ce fut en effet une demande expresse du Parlement européen à la Commission européenne.

Je ne peux pas accorder mon vote en faveur d'un rapport qui se félicite de cet accord de libre-échange qui est une ingérence assez forte dans la politique intérieure de l'Équateur.

Je choisis l'abstention.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Ecuador csatlakozása a Kolumbiával és Peruval kötött kereskedelmi megállapodáshoz újabb döntő lépést jelent a hasonlóan gondolkodó, fontos és gyorsan fejlődő országokkal kötött szövetség felé egy olyan régióban, amely egyre inkább Ázsia és a csendes-óceáni térség felé fordul. A kereskedelmi megállapodáshoz való csatlakozásáról szóló jegyzőkönyv szövege az EU és Ecuador törekvéseit egyaránt tükrözi. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Votamos en contra de esta Resolución. Los sectores que auspician el acuerdo de libre comercio omiten que estos acuerdos son mucho más que meros acuerdos comerciales. Nada cuentan sobre las sumisiones geopolíticas y económicas que implican. No plantean la cuestión de las restricciones sociales y ambientales que imponen. Ignoran los impactos nocivos sobre el empleo en determinadas actividades productivas, como la agraria. Poco o nada les importa que estos acuerdos congelen unas estructuras productoras y exportadoras sustentadas en el extractivismo, impuesto hace más de 500 años con la llegada de las carabelas españolas. Y, por cierto, tampoco reconocen que estos acuerdos son propuestas al servicio de los intereses de los capitales transnacionales.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Mediante esta Resolución el Parlamento Europeo se felicita por la conclusión de las negociaciones con Ecuador sobre el Protocolo de Adhesión de este país al Acuerdo comercial celebrado entre la UE y Colombia y Perú, reconociendo lo mucho que beneficiará a las exportaciones de Ecuador a la UE. Por ello he creído conveniente votar a favor de dicha Resolución.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido apoyar la Resolución sobre la adhesión de Ecuador al Acuerdo comercial celebrado entre la UE y sus Estados miembros y Perú y Colombia por mi oposición a dicho acuerdo de libre comercio con Perú y Colombia, con el que la UE ha dinamitado las dinámicas positivas de una integración regional en favor de los pueblos de la Comunidad Andina. Este acuerdo con Perú y Colombia en beneficio de las multinacionales europeas ha sido ampliamente rechazado por sindicatos, movimientos sociales y organizaciones de derechos humanos por su impacto negativo en las condiciones de vida y de trabajo de agricultores y obreros.

Aunque con diferencias en los plazos de aplicación de la liberalización de los intercambios comerciales en ambas partes, al basarse el acuerdo con Ecuador en las mismas disposiciones que el acuerdo de libre comercio con Perú y Colombia, no he podido votar a favor de la Resolución.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik heb gestemd voor de toetreding van Ecuador tot de handelsovereenkomst tussen de EU en Colombia en Peru. Het is immers mijn overtuiging dat dit de export van Ecuador naar de EU ten goede zal komen en de handel en investeringen langs beide zijden verder zal stimuleren. Dit is naar mijn inschatting een duidelijke win-winsituatie voor alle betrokken partijen.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – L'Union européenne est actuellement engagée dans des négociations commerciales avec le Mercosur. Le Parlement européen prend ainsi position sur l'accord de libre-échange, toujours en cours de négociation, entre l'Union européenne et l'Équateur comme il a pu le faire avec ceux passés antérieurement avec la Colombie et le Pérou.

Rapporteur, mon collègue Helmut Scholz, du Die Linke, a rappelé la nécessité de respecter les droits sociaux et environnementaux.

Des investissements ont été réalisés par le gouvernement équatorien pour améliorer l'accès à la santé et à l'éducation et pour lutter contre la pauvreté.

L'accord favorise néanmoins surtout l'ouverture du marché équatorien à des sociétés minières et le développement de politiques industrielles et économiques néolibérales.

Ces exploitations économiques et industrielles risquent de dégrader définitivement des zones de la forêt amazonienne, de provoquer le déplacement de fermiers locaux et d'aggraver la situation des populations indigènes, sans compter les risques pour les droits des travailleurs.

J'ai donc choisi de m'abstenir sur cette résolution.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O texto do Protocolo de Adesão do Equador ao Acordo Comercial com a Colômbia e o Peru corresponde às ambições da UE e do Equador, e supostamente toma em consideração as relações assimétricas nas propostas de acesso ao mercado a favor do Equador e inclui as adaptações específicas solicitadas pelo Equador.

Tememos que, no futuro, emirjam por cima destas boas intensões as premissas fundamentais baseadas no livre comércio e na apresentação de regras supostamente neutras, mas que não consideram as profundas desigualdades de desenvolvimento dos países. Neste sentido, manifestamos naturalmente as nossas reservas.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Grundsätzlich spricht nichts gegen Freihandelsabkommen. Zwischen Staaten, die eine völlig unterschiedliche wirtschaftliche Stärke aufweisen, sind sie jedoch kritisch zu betrachten, da sie sehr oft die klein strukturierte Wirtschaft im schwächeren Land zerstören und für mehr Arbeitslosigkeit und Abhängigkeit vom „Westen“ sorgen.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Ich habe für den Beitritt Ecuadors zu dem Handelsabkommen zwischen der EU einerseits und Peru und Kolumbien andererseits gestimmt. Neue Handelsbeziehungen zu Überseeländern sind gut und richtig für die Beziehungen Europas zu außereuropäischen Ländern, solange sich die EU nicht mittels solcher Abkommen erdreistet, sich in die Wirtschaft der Handelsländer einzumischen.

Solange die Qualität der Handelsware einwandfrei und ökologisch nicht zu beanstanden ist, sehe ich keinen Grund dafür, nicht in Verhandlungen mit Ecuador zu treten und neue politische wie wirtschaftliche Beziehungen aufzubauen.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des Europäischen Parlaments zum Beitritt Ecuadors zu dem Handelsabkommen zwischen der EU sowie Peru und Kolumbien habe ich zugestimmt. Leider hat der Vertrag von Lissabon der EU die Kompetenz für Freihandelsabkommen eingeräumt. In diesem Rahmen hat die EU ein Freihandelsabkommen mit Peru und Kolumbien geschlossen, dem Ecuador nun beitrifft. Ich bin sehr dafür, den Welthandel und auch den Handel mit einzelnen Staaten voranzubringen. Dies sollte jedoch vorzugsweise in einem unilateralen Vorgehen geschehen, indem die EU einseitig ihre Handelsbeschränkungen durch Zölle und andere Maßnahmen abbaut. Wenn Handelsbeschränkungen nur jeweils gegenseitig und sozusagen im Gleichschritt abgebaut werden, verzögert das den Prozess, was letztlich vor allem den Konsumenten schadet.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση αυτή, στην οποία γίνεται σαφές ότι ο Ισημερινός πληροί τις απαιτούμενες προϋποθέσεις για την προσχώρηση του στο συγκεκριμένο σύμφωνο. Επιπλέον, το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο έχει λάβει υπόψη του πολιτικά, κοινωνικά και περιβαλλοντικά ζητήματα που προωθούνται και πρέπει να ενισχυθούν επιπλέον από την κυβέρνηση της χώρας.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Apesar da justa referência à política de desenvolvimento social do Governo equatoriano presente neste relatório, a União Europeia procura fazer cumprir a sua agenda liberalizante do comércio mundial, neste caso com particular interesse naquela região do planeta, tendo mesmo já firmado acordos com a Colômbia e o Peru em 26 de junho de 2014. Abstivemo-nos.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Za resolucijo Evropskega parlamenta o pristopu Ekvadorja k trgovinskemu sporazumu med EU ter Kolumbijo in Perujem sem glasoval, ker menim, da bo sporazum povečal in diverzificiral trgovino in naložbe na obeh straneh ter prispeval k zmanjšanju revščine in neenakosti. Podpiram tudi poziv resolucije k sklenitvi sporazuma o sodelovanju med Ekvadorjem in EU, ki bi podpiral posebne okoljske programe v zvezi s preprečevanjem krčenja gozdov.

12.3. Eine neue Tierschutzstrategie für den Zeitraum 2016-2020 (B8-1278/2015, B8-1278/2015, B8-1279/2015, B8-1280/2015, B8-1281/2015, B8-1282/2015, B8-1283/2015)

Suulliset äänestysesitykset

Eleonora Evi (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, io votato a favore di questa risoluzione ma con l'amara consapevolezza che il testo approvato è un testo alquanto debole, è un testo di facciata, perché manca di una serie di importanti azioni e indicazioni che l'Unione europea deve mettere in pratica al più presto per tutelare davvero e benessere degli animali e riconoscerli quali esseri senzienti, così come sancito dall'articolo 13 del Trattato sul funzionamento dell'Unione europea.

Manca, per esempio, un chiaro riferimento a un impegno a finanziare metodi alternativi alla sperimentazione animale e la loro promozione e diffusione anche in ambito accademico, nei piani di studio universitari, per un rapido abbandono di questa pratica, così come richiesto da un 1.200.000 cittadini con l'iniziativa europea «Stop vivisection».

Mancano anche una serie di altri inviti, che non sono passati nella risoluzione finale, rivolti alla Commissione e agli Stati membri, ad esempio ad armonizzare la legislazione per l'impiego di animali selvatici nei circhi, a mettere al bando l'uso dei cetacei in cattività e il commercio illegale di animali selvatici.

Jiří Pospíšil (PPE). – Paní předsedající, já jsem podpořil tuto zprávu, nicméně očekávám, že zpráva, která bude zpracována Evropskou komisí pro další roky 2016-2020 tak, jak je Evropská komise vyzývána v tomto dokumentu, bude ambicióznější než dosavadní postup Evropské unie.

Domnívám se, že respektování zvířat jako živých tvorů je součástí etických norem naší vyspělé evropské společnosti, a byl bych například osobně rád, kdyby součástí budoucí strategie byl zákaz tzv. kožešinových farem, to znamená chování zvířat pro kožichy, což je dneska velmi silné téma třeba v zemi, odkud pocházím, v České republice. Bylo by dobré, kdyby tato věc byla jednotně upravena v rámci celé Evropské unie. Takže doufám, že příští strategie bude více ambiciózní než dosavadní postup Evropské unie.

Peter Jahr (PPE). – Frau Präsidentin! Auch ich konnte der Entschließung zustimmen, weil sie ausgewogen war. Ich muss auch sagen: Wer die Entwicklung der europäischen Landwirtschaft fair betrachtet, wird feststellen, dass nicht nur das öffentliche Interesse am Tierschutz zugenommen hat, sondern es gab auch wirkliche Verbesserungen. Trotzdem – das stimmt auch, hier gibt es noch viel zu tun – müssen wir weitermachen, weiterarbeiten mit der Problematik.

Aber ich muss mindestens nochmal drei Punkte betonen, die ich mir auch deutlicher in der Entschließung gewünscht hätte: Erstens müssen wir natürlich berücksichtigen, dass wir einen europäischen Binnenmarkt besitzen. Es kann nicht sein, dass wir dann zwischen den Mitgliedstaaten Unterschiede zulassen, denn das heißt ja nur, die Tierquälerei von einem Mitgliedstaat in den anderen zu verschieben.

Zweitens müssen wir natürlich auch schauen: Wir haben Welthandel, und wir müssen auch sehen, dass, wenn wir Tierprodukte importieren, dort natürlich dann dieselben Standards gelten. Und drittens hätte ich mir gewünscht, dass wir in die Tierwohlbetrachtung auch die Haustierhaltung mit einbeziehen, denn dort finden noch viele unkontrollierte Dinge statt. Insofern gibt es noch viel zu tun, aber wir sollten das gemeinsam weiter diskutieren.

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, bhí áthas orm cuidiú leis an tuarascáil seo i gcoitinne mar a rinne an chuid is mó de na Feisirí. Feicim gur ghlac 542 Feisire leis an tuarascáil. Dar ndóigh is ceart aire a thabhairt d'ainmhithe. Gan dabht ar bith, tá siad an-tábhachtach don chine daonna mar pheataí, mar chairde agus mar fhoinse bia. Deirtear gurb é an madra an cara is fearr atá ag an bhfear, agus tá sé sin fíor do mhná comh maith.

Ach ag an am céanna tá áthas orm gur dhiúltaíomar dá lán de na leasuithe a tháinig ón eite chlé. Chomhairigh mé 36 leasú ar fad ón eite chlé agus dhiúltaigh mise agus mo ghrúpa agus an Pharlaimint do 32 díobh, agus bhí sé sin ceart mar bhí siad ag dul thar fóir ar fad.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, je těžké vystupovat po tomto vtipu mého kolegy Kellyho, nicméně já jsem chtěl říci, že jsem podpořil tento návrh usnesení i z toho důvodu, že zlepšuje dialog se všemi zúčastněnými stranami, protože se musíme zabývat i situací a možnostmi na mezinárodním poli, jak zlepšit ochranu zvířat i z mezinárodních hledisek. Evropská společnost je v tomto smyslu určitě vyspělá, snažíme se dodržovat normy při chovu zvířat, zlepšovat jejich dobré podmínky, ale máme taky i určité rezervy. Například nejen u těch kožešinových farem, o kterých hovořil pan kolega Pospíšil, ale i u množření psů. To je taky trochu pole neorané a v mé zemi to představuje velký problém. Já bych chtěl na to upozornit. Rád jsem podpořil tento návrh usnesení, ale i na vlastním poli máme ještě co dodělat.

Daniel Hannan (ECR). – Madam President, this is the report that has taken up the most attention and has had the most amendments and the most debate out of all the things that we have been talking about today: animal welfare. Of course, people feel strongly about it. It touches us emotionally, and it opens the door to what has come to be known as virtue signalling: people using a legislative or political issue as an opportunity to broadcast to the world what very nice people they are. But stand back and ask the question: is it right for sensitive issues – moral issues, one might say – of this nature to be dealt with at a continental level? Is it not precisely matters of this kind, in which opinions run so strongly among our constituents, that ought to be determined through our national democratic mechanisms and procedures? Putting an amendment or signing a resolution might give you a momentary warm glow, but is it really a way of strengthening democratic accountability in Europe?

Andrejs Mamikins (S&D). – Tā jau vēsturiski un evolucionāri sanācis, ka cilvēks ir tā visaugstākā bioloģiskā suga, un līdz ar to mums ir vislielākā atbildība kā dzīvām būtnēm pār citām dzīvām būtnēm. Ņemot vērā šo faktu, ka blakus cilvēkam dzīvo vairāki dzīvnieki un mēs daudzus no viņiem izmantojam savā ikdienas uztūrā, mums ir īpaša atbildība.

Gribu teikt, ka 1974. gadā Eiropas Savienības Kopienā, faktiski tolaik Kopienā, parādījās pirmie likumdošanas pamati dzīvnieku labklājības jomā, un tikai gandrīz četrdesmit gadus vēlāk, 2012. gadā, tika ieviesta praksē vesela stratēģija attiecībā uz dzīvnieku labklājību un labturību. Līdz ar to saimnieciskās politikas modernizēšana, starptautisko attiecību attīstība, pamatojoties arī uz dzīvnieku kopšanas standartu ievērošanu un ne tikai, dažādu internacionālu pasākumu organizēšana un virkne citu darbību apzīmē to faktu, ka Eiropas Savienība ir orientēta uz to, lai garantētu mūsu bioloģisko radnieku tiesības. Atbalstu.

Bogdan Andrzej Zdrojewski (PPE). – Chcę podkreślić, że z ulgą przyjąłem to sprawozdanie, z ulgą a nie z satysfakcją, ale jednak ucieszyło mnie to sprawozdanie, jak i realizowane zadania. Chcę podkreślić, że wszystkie kwestie, które zostały poruszone, były niezwykle interesujące, natomiast niestety kilka poprawek mnie zaniepokoiło (na szczęście zostały odrzucone). Chcę podkreślić, że oczekuję większych konsekwencji i lepszego wyprzedzania w tej materii, dlatego że bardzo istotne jest, aby Parlament Europejski nie zapominał o tych kwestiach wtedy, kiedy pojawiają się zwłaszcza patologie.

Kirjalliset äänestysseilykset

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – This resolution, 'A new animal welfare strategy for 2016-2020', seeks, under the guise of protecting animals, massively to extend EU regulatory control. Even if some of the proposals are worthy, the unintended consequences would be horrendous and the legal and behavioural ramifications divisive and damaging.

Isabella Adinolfi (EFDD), per iscritto. – Occorre maggiore protezione per gli animali nell'Unione europea. La risoluzione, nonostante siano stati rigettati gli emendamenti che abbiamo presentato, offre un buon punto di partenza per ampliare la protezione degli animali in Europa. Gli animali non sono merci che si «producono», si scartano, si vendono e comprano, hanno diritto a un'esistenza e a una morte priva il più possibile di sofferenze ... questo è il minimo che un paese che si professa civile passa fare. C'è ancora molta strada da percorrere ma qualcosa sembra stia iniziando a smuoversi. Gandhi diceva che «la grandezza di una nazione e il suo progresso morale si possono giudicare dal modo in cui tratta gli animali» e al momento l'Europa in base a questo concetto è purtroppo infinitamente piccola. Ho votato a favore della risoluzione poiché ritengo che sia necessario difendere chi non ha voce per farlo da sé.

Tim Aker (EFDD), in writing. – This resolution, 'A new animal welfare strategy for 2016-2020', seeks, under the guise of protecting animals, massively to extend EU regulatory control. Even if some of the proposals are worthy, the unintended consequences would be horrendous and the legal and behavioural ramifications divisive and damaging.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de esta Resolución porque considero necesario que la Comisión Europea proponga una nueva estrategia en materia de bienestar animal para el periodo 2016-2020, que aborde ámbitos como el tráfico de especies exóticas, la caza de trofeos, las prácticas «culturales» que implican maltrato o sufrimiento animal (como los toros en el Estado español), la agroganadería industrializada, etc. Una nueva estrategia de bienestar animal para 2016-2020 nos ayudaría a caminar hacia una producción agrícola y ganadera más sostenible y justa.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), in writing. – I voted in favour of this strategy which calls on the Commission to draw up a new animal welfare strategy for the period 2016-2020. It also asks the Commission to implement outstanding points from the current strategy and for further evaluation of the 2012-2015 strategy.

The joint resolution which was eventually adopted was a result of inter-party negotiations in the days leading up to the vote and was balanced in calling for ambitious new policy instruments where scientific evidence demonstrates welfare problems, while also recognising that the level of animal welfare in the European Union is among the highest in the world. There were certain amendments which I could not support, including those which would have detracted payments from existing schemes for farmers who are already struggling to make ends meet. But also some amendments which I could support including those to combat the illegal wildlife trade and illegal bird hunting.

Overall, I chose to support this strategy which was good from the point of view of asking the Commission to ensure an ambitious updated and comprehensive legislative framework.

Eric Andrieu (S&D), par écrit. – Je soutiens l'adoption d'une stratégie sur le bien-être animal pour les années 2016-2020, si celle-ci consiste à reconduire le contenu de celle qui est aujourd'hui en vigueur et qui court jusqu'à la fin de l'année 2015. Grâce à cette stratégie, nous pouvons nous assurer de la bonne application des différentes législations existantes afin d'en assurer une meilleure harmonisation au sein du marché intérieur. Nul n'est besoin pour cela de créer de nouvelles règles. Elle doit nous aider aussi à inclure le bien-être animal dans le champ d'application de la politique commerciale de l'Union, notamment sous son volet non tarifaire.

En effet il convient même sur ce point même d'exiger le refus d'accords commerciaux de libre-échange qui ne garantiraient pas le respect plein et entier par les produits importés des normes de bien-être animal de l'Union, afin d'empêcher toute distorsion de concurrence des produits en provenance de pays tiers. Enfin, cette stratégie doit nous permettre de réaffirmer la nécessité de prévoir suffisamment de moyens budgétaires dans la PAC pour aider les agriculteurs à mieux répondre aux exigences de la législation sur le bien-être animal, et plus singulièrement en matière de mises aux normes.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Vor dem Hintergrund, dass Tierschutz, Tiergesundheit und öffentliche Gesundheit miteinander zusammenhängen, und weil die EU-Bürger in der Lage sein wollen, als Verbraucher besser fundierte Entscheidungen zu treffen, begrüße ich die vorliegende Entschließung, die die Ausarbeitung einer EU-weiten Strategie für den Schutz und das Wohlergehen von Tieren für den Zeitraum 2016-2020 fordert.

Ich bedauere allerdings, dass der Text sich nicht für ein Verbot von Tierversuchen für Haushaltsmittel ausspricht, wie dies im Kosmetikbereich bereits der Fall ist. Auch bemängle ich, dass hinsichtlich der Herstellung von Gänse- und Entenleber kein Stopp der Zwangsfütterung mittels Metallrohren (die Praktik des Stopfens) gefordert wird. Deshalb habe ich mich bei der Endabstimmung auch enthalten.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – L'article 9 de ce texte est celui qui présente le plus d'intérêt puisqu'il demande la réciprocité des normes dans les traités commerciaux et l'impossibilité de remettre en cause celles-ci dans le cadre de négociations commerciales. Nous estimons absolument nécessaire que le maintien d'exigences élevées qui garantissent par voie de conséquence nos agriculteurs; c'est aussi une façon d'enrayer les négociations du TTIP. Dans l'espoir que la Commission tiendra compte de cette demande de réciprocité, j'ai voté en faveur de ce texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I abstained on this resolution, I support animal welfare of course, but the resolution seeks to grant the Commission legislative competence on matters which should be the responsibility of Member States. I note further that this is a non-legislative report and will not actually impact animal welfare.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą dėl gyvūnų gerovės. Pritariu, kad gyvūnų gerovė turėtų būti toliau gerinama remiantis įsigalėjusiomis mokslinėmis išvadomis ir reikiamą dėmesį skiriant žemės ūkio gyvulininkystės veiksmingumui ir konkurencingumui. Pritariu raginimams Komisijai nedelsiant įgyvendinti likusius Europos Sąjungos strategijos dėl gyvūnų gerovės apsaugos 2012-2015 m. punktus. Komisija turėtų įvertinti esamą strategiją ir parengti naują plataus masto 2016-2020 m. laikotarpio gyvūnų gerovės apsaugos strategiją. Komisija turėtų pritaikyti politikos priemones arba nustatyti naujas priemones su gyvūnų gerove susijusioms problemoms spręsti, kai esama aiškių šias problemas patvirtinančių mokslo įrodymų. Komisija turėtų atidžiai stebėti, kaip valstybėse narėse įgyvendinami su gyvūnų gerove susiję ES teisės aktai.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – L'article 9 – qui invite la Commission à «tenir compte de la réciprocité des normes de bien-être animal[,] en lui donnant la priorité en tant qu'enjeu non commercial dans sa politique commerciale et dans ses négociations d'accords commerciaux internationaux, et à promouvoir le bien-être animal dans les pays tiers en exigeant des normes de bien-être équivalentes pour les animaux et les produits importés, assorties de contrôles stricts» – ayant été adopté, j'ai voté en faveur de cette proposition de résolution.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – J'ai soutenu cette résolution qui prie instamment la Commission d'évaluer la stratégie actuelle et d'élaborer une nouvelle stratégie ambitieuse pour la protection et le bien-être animal au cours de la période 2016-2020 afin d'exploiter les travaux résultant de la stratégie précédente et de pérenniser un cadre normatif rigoureux en matière de bien-être animal dans l'ensemble des États membres.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la Resolución, consensuada entre populares, socialistas, conservadores y liberales, porque atiende a la creciente sensibilidad de la opinión pública en materia de bienestar animal, y porque consideramos que está estrechamente ligada a la cuestión de la salud pública.

Incide en que el bienestar animal no puede lograrse a costa de imponer mayores gastos y trabas burocráticas a los ganaderos, menoscabando así la competitividad del campo europeo. Insta a la Comisión a que vele por que los Estados miembros cumplan las normativas europeas y pide la elaboración de estudios científicos y tecnológicos que promuevan alternativas que redunden en el bienestar animal.

Joëlle Bergeron (EFDD), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution commune sur une nouvelle stratégie pour le bien-être animal car je considère que le bien-être animal doit faire partie des valeurs communes chéries par les États Membres de l'Union et de tout pays civilisé.

Je regrette pourtant que cette résolution n'ose pas aller au bout de sa propre logique et mettre le doigt où ça blesse. En effet, dans le cadre de l'abattage rituel d'animaux prescrit par certaines religions, notamment l'islam, les souffrances inutiles infligées aux animaux démontrent à quel point le bien-être des animaux est tenu, par certains groupes de personnes, pour une chose qu'il convient de ne pas de respecter. Selon la législation de certains États Membres, l'abattage rituel ne peut plus se pratiquer qu'après anesthésie des animaux promis au sacrifice religieux. Il est temps que cette obligation s'étende à toute l'Union.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado esta Resolución tal y como se negoció entre los grupos ya que es necesario que la Comisión lleve a la práctica sin dilación los puntos pendientes de la Estrategia de la Unión Europea para la protección y el bienestar de los animales 2012-2015. La Comisión tiene que garantizar un marco legislativo actualizado, exhaustivo y claro, y hay que reconocer el esfuerzo ya realizado por los agricultores en materia de bienestar de los animales. Por lo tanto, he votado en contra de las enmiendas presentadas por los Grupos GUE/NGL y Verts/ALE.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – J'espère que cette résolution nous permettra d'établir une nouvelle stratégie pour le bien-être animal pour la période 2016-2020. Des efforts ont été réalisés par la stratégie 2011-2015 mais il nous faut désormais aller plus loin et lever toutes les ambiguïtés. Sans toucher à la compétitivité de nos agriculteurs déjà durement touchés par la crise, je pense nécessaire d'encourager durablement et financièrement les politiques agricoles avec des normes de bien-être animal: supprimer progressivement les systèmes de cages, les élevages sur caillebotis, les souffrances animales,... De même, nous devons lutter contre cette agriculture extensive qui nous fait courir un risque pour la santé et l'environnement mais aussi pour le bien-être animal.

Globalement, j'ai voté en faveur de tous les amendements qui vont vers plus de protection animale et je regrette que nombre de mes collègues n'aient pas suivi cette voie. J'ai soutenu l'étiquetage des aliments sur les méthodes d'abattage et d'élevage, j'ai condamné le commerce illégal d'espèces animales, j'ai soutenu l'interdiction de l'abattage rituel sans anesthésie ou le renforcement des règles de protection animale pendant le transport.

Enfin, j'ai soutenu aussi les financements envers la recherche de bonnes pratiques pour supprimer l'expérimentation animale. Globalement, j'ai voté pour ce texte.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La proposta di risoluzione su una nuova strategia in materia di benessere degli animali è poco equilibrata e presenta varie criticità, per questi motivi non l'ho supportata col mio voto.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, kadangi gyvūnų gerovė turėtų būti toliau gerinama remiantis įsigalėjusiomis mokslinėmis išvadomis ir reikiama dėmesį skiriant žemės ūkio gyvulininkystės veiksmingumui ir konkurencingumui. Taigi, siekiant užtikrinti gyvūnų gerovės standartų aiškumą visoje Europos Sąjungoje, būtų naudinga apibrėžti, kas yra tinkama gyvulininkystė. Europos Parlamentas primygtinai ragina Komisiją įvertinti esamą strategiją ir parengti naują plataus masto 2016-2020 m. laikotarpio gyvūnų gerovės apsaugos strategiją, siekiant tęsti su ankstesniąja strategija pradėtą darbą ir užtikrinti, kad toliau visose valstybėse narėse galiotų aukštų gyvūnų gerovės standartų sistema. Parlamentas taip pat ragina Komisiją pritaikyti politikos priemones arba nustatyti naujas priemones su gyvūnų gerove susijusioms problemoms spręsti, kai esama aiškių šias problemas patvirtinančių mokslo įrodymų. Komisija turėtų atidžiai stebėti, kaip valstybėse narėse įgyvendinami su gyvūnų gerove susiję ES teisės aktai. Be to, Komisija turėtų parengti geriausią moksliskai pagrįstą praktiką, ja keistis ir ją platinti, taip pat remti inovacijas ir mokslinius tyrimus naujų gyvūnų gerovės užtikrinimo metodų ir technologijų kūrimo srityje.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Il benessere degli animali rappresenta una questione che sta a cuore a tutti e che richiede l'adozione di una strategia ben precisa da parte dell'Unione europea, capace di coniugare la tutela e la protezione degli animali con le esigenze del mercato interno e della nostra posizione economica sulla scena internazionale. È necessario dunque che la Commissione valuti attentamente l'efficacia e i punti ancora in sospeso della strategia vigente e che, alla luce anche di tali valutazioni, elabori una nuova e ambiziosa strategia per il periodo 2016-2020. Dobbiamo inoltre ricordare che, se è vero che il benessere degli animali riceve i suoi livelli più elevati di tutela in Europa, e di ciò dobbiamo andare fieri, tale approccio deve essere promosso anche a livello mondiale ed esige una certa reciprocità anche ad opera dei paesi terzi, senza la quale rischiamo di penalizzare il nostro sistema produttivo, mancando al contempo il raggiungimento di risultati su scala globale.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Podržavam ovu odluku jer se zakonodavstvom EU-a u području dobrobiti životinja doprinosi izgradnji ravnopravnih tržišnih uvjeta u Uniji, a time i unutarnjeg tržišta. Osim toga, dobrobit životinja je usko povezana sa zdravljem životinja i javnim zdravljem.

Zaključno, smatram da postojе neuravnoteženosti u lancu opskrbe hranom koje primarnog proizvođača stavljaju u nepovoljan položaj i ta situacija na razini poljoprivrednih gospodarstava ograničava mogućnosti ulaganja u infrastrukturu i dobrobit životinja.

Steeve Briois (ENF), *par écrit*. – Ce rapport vise à améliorer le bien-être animal notamment dans les exploitations agricoles. Le rapporteur admet que les agriculteurs sont saturés d'obligations administratives. C'est pourquoi il recommande de doter la PAC d'un budget suffisamment ambitieux afin de limiter la délocalisation de la production dans des pays où ces normes ne seraient pas respectées. Par ailleurs, nous nous félicitons de voir que ce rapport exige la réciprocité des normes, contribuant au bien-être des animaux dans la négociation d'accords commerciaux internationaux, sans laquelle nos producteurs subiraient une concurrence déloyale.

C'est la raison pour laquelle j'ai voté pour ce texte.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – La risoluzione vorrebbe definire alcuni criteri generali per la Commissione in previsione della prossima presentazione della normativa sul benessere degli animali (2016-2020); la stessa è, all'interno degli Stati membri, oggetto di forti critiche circa l'implementazione a livello nazionale e la sostenibilità e correttezza scientifica di alcune misure. Tutto questo con grandi oneri burocratici (e di investimenti) per gli operatori.

Tuttavia, una parte di queste indicazioni contribuisce anche all'alto livello di qualità delle produzioni agricole europee e, giustamente, il paragrafo 9 della risoluzione, mette in luce come queste non debbano essere oggetto di trattativa commerciale con I Paesi extra-UE e che, anzi, si richieda il rispetto di analoghi standard per i prodotti/animali d'importazione.

Purtroppo il resto del testo è disseminato dei soliti, rituali, tentativi di vietare la caccia (21rev, 22rev ma anche in senso lato, 12rev, che vi segnalato) e alcune tecniche/tipologie di allevamento che, anche quando estranee al nostro contesto produttivo, tuteliamo come espressioni intrinseche delle culture tradizionali e popolari europee.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione sulla strategia in materia di benessere degli animali per il periodo 2016-2020. Il raggiungimento di un elevato livello di benessere degli animali è un elemento imprescindibile per proteggere la loro salute e garantirne la produttività. Allo stesso tempo, il benessere degli animali è un elemento che interessa molto i cittadini europei, i quali desiderano poter compiere scelte più informate in quanto consumatori. Con la risoluzione che abbiamo approvato, abbiamo invitato la Commissione ad attuare senza indugio i punti ancora in sospeso della strategia dell'Unione europea per la protezione e il benessere degli animali 2012-2015 e di elaborare una nuova e ambiziosa per il periodo 2016-2020, capace di assicurare continuità alla precedente strategia. Inoltre, abbiamo sottolineato l'importanza di migliorare l'applicazione e il rispetto della legislazione in vigore e abbiamo chiesto alla Commissione di includere la reciprocità delle norme in materia di benessere degli animali, quale preoccupazione di natura extracommerciale, nella sua politica commerciale e nei negoziati relativi ad accordi commerciali internazionali. Considerando tutti questi punti, ho votato a favore della risoluzione.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this strategy which calls on the Commission to draw up a new animal welfare strategy for the period 2016-2020. It also asks the Commission to implement outstanding points from the current strategy and for further evaluation of the 2012-2015 strategy.

The joint resolution which was eventually adopted was a result of inter-party negotiations in the days leading up to the vote and was balanced in calling for ambitious new policy instruments where scientific evidence demonstrates welfare problems, while also recognising that the level of animal welfare in the European Union is among the highest in the world. There were certain amendments which I could not support, including those which would have detracted payments from existing schemes for farmers who are already struggling to make ends meet. But also some amendments which I could support including those to combat the illegal wildlife trade and illegal bird hunting.

Overall, I chose to support this strategy which was good from the point of view of asking the Commission to ensure an ambitious updated and comprehensive legislative framework.

James Carver (EFDD), *in writing*. – This resolution, 'A new animal welfare strategy for 2016-2020', seeks, under the guise of protecting animals, massively to extend EU regulatory control. Even if some of the proposals are worthy, the unintended consequences would be horrendous and the legal and behavioural ramifications divisive and damaging.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because I agree with the rapporteurs in urging the Commission to implement the European Union Strategy on the Protection and Welfare of Animals 2012-2015 and legislative framework that covers all animal categories.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Il pieno rispetto da parte delle legislazioni europee e nazionali dell'articolo 18 TFUE, ovvero che gli animali vengano considerati esseri senzienti, è fondamentale. La strategia europea in materia di benessere degli animali per il periodo 2016-2020 mostra un approccio timido ma ho votato a favore perché è necessario tutelare i nostri amici animali.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφιώς*. – Μέσα από την κοινή πρόταση ψηφίσματος καλείται η Επιτροπή να μεριμνήσει για την ανάπτυξη, την ανταλλαγή και την διάδοση επιστημονικά τεκμηριωμένων βέλτιστων πρακτικών και να υποστηρίξει την καινοτομία και την έρευνα σχετικά με την ανάπτυξη νέων μεθόδων και τεχνολογιών για την καλή διαβίωση των ζώων.

Έτσι, ορθά ανατίθεται στον Πρόεδρο να διαβιβάσει το παρόν ψήφισμα στο Συμβούλιο και την Επιτροπή.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho scelto di votare favorevolmente il provvedimento. La legislazione dell'UE in materia di benessere degli animali contribuisce alla creazione di condizioni di parità all'interno dell'Unione e, pertanto, al buon funzionamento del mercato interno. I cittadini europei nutrono un forte interesse per il benessere degli animali e desiderano poter compiere scelte più informate in quanto consumatori. Le norme comunitarie e nazionali in materia di benessere degli animali, a causa della loro complessità e delle interpretazioni divergenti, creano incertezza giuridica e possono comportare per i produttori di alcuni Stati membri un grave svantaggio concorrenziale. Il Parlamento esorta la Commissione a procedere a una valutazione della strategia esistente e a elaborare una nuova e ambiziosa strategia in materia di protezione e benessere degli animali per il periodo 2016-2020, che prosegua il lavoro svolto nell'ambito della precedente strategia e assicuri continuità al quadro normativo onde conseguire norme rigorose in materia di benessere degli animali in tutti gli Stati membri. Chiede alla Commissione di monitorare da vicino l'attuazione, negli Stati membri, della legislazione dell'UE relativa al benessere degli animali. Il Parlamento ricorda inoltre che i produttori sono oberati di obblighi amministrativi e che la nuova strategia europea non dovrebbe aumentare ulteriormente gli oneri esistenti.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – This resolution, 'A new animal welfare strategy for 2016-2020', seeks, under the guise of protecting animals, massively to extend EU regulatory control. Even if some of the proposals are worthy, the unintended consequences would be horrendous and the legal and behavioural ramifications divisive and damaging.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Uma das principais preocupações dos cidadãos europeus é o bem-estar dos animais: seja na vertente do respeito pelos sentimentos e sofrimento dos animais, seja numa perspetiva sanitária e de saúde relacionada com o consumo animal.

Cabe à União Europeia zelar por este desiderato e aplicar nas suas políticas os melhores *standards* de proteção animal, até porque o bem-estar animal está estritamente relacionado com a saúde pública e a saúde animal.

Partilho das exigências expressas nesta Resolução, e em concreto com a necessidade de se conceber uma nova estratégia ambiciosa para a proteção e o bem-estar dos animais relativa ao período de 2016-2020, prosseguindo o trabalho realizado no âmbito da estratégia anterior.

Defendo que as normas nesta matéria devem ser claras e não dar lugar a divergências de interpretações, não obstante a sua complexidade, e que se deve promover o bem-estar dos animais não só no espaço europeu como em países terceiros, exigindo normas equivalentes para os animais e produtos importados, associadas a controlos rigorosos.

O grau de civismo de uma sociedade mede-se pela forma como trata os seus animais!

Jane Collins (EFDD), *in writing*. – I voted for Amendment 21 rev, not because I want the Commission to be the relevant authority on animal welfare, trade or any rules relating to the UK, but because I think the killing of animals for the purpose of 'trophies' is abhorrent.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore poiché ritengo fondamentale migliorare la strategia europea per il benessere degli animali. Considero, infatti, necessario tale miglioramento poiché le norme unionali e nazionali in materia di benessere degli animali sono spesso fonte di incertezza giuridica e di svantaggio concorrenziale per i produttori di alcuni Stati membri a causa della loro complessità e delle interpretazioni divergenti. In aggiunta, penso che sia opportuno migliorare tale strategia anche per soddisfare gli interessi dei cittadini europei, i quali desiderano poter compiere scelte più informate in qualità di consumatori. Mi auguro inoltre, che la Commissione esegua un attento monitoraggio per quanto riguarda l'attuazione, negli Stati membri, della legislazione dell'UE relativa al benessere degli animali.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Over the past 40 years, EU animal welfare legislation has evolved on the basis of sound scientific knowledge, improving the quality of animals' lives in accordance with citizens' expectations. The Commission should draw up a new strategy for the protection and welfare of animals for the 2016-2020 period so as to ensure further positive developments in EU animal welfare policy.

Anna Maria Corazza Bildt (PPE), *skriftlig*. – Jag röstade för att EU ska förnya sin gemensamma strategi för djurskydd. Jag värnar om djurs välbefinnande och anser det viktigt både av etiska skäl och för framställning av god och hälsosam mat. Det är också viktigt med enhetliga regler som genomförs på samma sätt i hela unionen för att undvika snedvriden konkurrens mellan medlemsstaterna.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución porque considero necesario que la Comisión Europea proponga una nueva estrategia en materia de bienestar animal para el periodo 2016-2020, que aborde ámbitos como el tráfico de especies exóticas, la caza de trofeos, las prácticas «culturales» que implican maltrato o sufrimiento animal (como los toros en el Estado español), la agroganadería industrializada, etc. Una nueva estrategia de bienestar animal para 2016-2020 nos ayudaría a caminar hacia una producción agrícola y ganadera más sostenible y justa.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo ritiene che occorrerebbe migliorare ulteriormente il benessere degli animali sia attraverso una migliore attuazione ed esecuzione della vigente normativa UE che attraverso l'elaborazione di una nuova e ambiziosa strategia in materia di protezione e benessere degli animali. Nella risoluzione che ho votato in favore, il Parlamento europeo chiede alla Commissione di sviluppare una ambiziosa strategia per il periodo 2016-2020 che si concentri sulla politica commerciale, sul benessere degli animali nei paesi terzi, su un adeguato finanziamento della politica agricola comune e sullo scambio di buone pratiche basato su dati scientifici.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This resolution deals with the proposal of a new animal welfare strategy for the years 2016-2020. It urges the Commission to implement, without delay, the points outstanding from the European Union Strategy on the Protection and Welfare of Animals 2012-2015. It also urges the Commission to evaluate the existing strategy and to draw up a new and ambitious strategy for the protection and welfare of animals for the 2016-2020 period in order to build on the work of the previous strategy and ensure the continuation of a framework for delivering high animal-welfare standards across the Member States. I believe that through such an updated policy we would not only be protecting our pets and animals closer to home but we will also be protecting all living beings and thus protecting our ecosystems and our planet. Hence I supported this resolution.

Daniel Dalton (ECR), *in writing*. – I welcome today's Motion for a Resolution calling on the Commission to evaluate the existing animal welfare strategy and come forward with a new strategy for 2016-2020. We have the strongest animal welfare rules in the world in Europe, but unless existing rules are properly enforced there is no point in bringing forward new legislation in this field.

So the Commission should evaluate how the current strategy has worked and where it has failed on enforcement, they should propose ways of strengthening enforcement mechanisms to ensure that legislation on animal rights is not effectively worthless.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Consider că trebuie o nouă strategie pentru bunăstarea animalelor, deoarece actuala strategie se termină la sfârșitul acestui an și încă mai sunt o serie de puncte de implementat.

Pentru moment, dorim să vedem implementarea actualii strategii, dar și pregătirea unei noi strategii este esențială întrucât strategia actuală nu reflectă îndeajuns importanța sănătății animale pentru bunăstarea animalelor și nici legătura dintre sănătatea animală și sănătatea publică.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – La présente résolution demande à la Commission européenne de renouveler sa stratégie en matière de bien-être animal pour une période de quatre ans. En effet, la stratégie actuelle devrait se terminer fin 2015. Sur cette question, il convient d'être réaliste et mesuré dans son approche. En effet, depuis 2006, date de lancement de la première stratégie bien-être, de nombreux efforts ont été faits et le Parlement a adopté toute une série d'actes législatifs participant à l'amélioration du bien-être animal, tels que le règlement zootechnie, dont je suis le rapporteur, le règlement sur la production biologique, le règlement sur les contrôles officiels ou encore l'interdiction de la pratique du clonage à des fins commerciales.

La présente résolution est à ce titre équilibrée puisqu'il a été possible de rejeter toute une série d'amendements excessifs déposés par les groupes de gauche. Sceptique à l'idée de la mise en œuvre d'une législation horizontale en la matière, je me suis opposé sans succès au paragraphe 3 qui demande à la Commission européenne d'adopter un cadre législatif complet et à jour concernant le bien-être animal; en effet, une telle formulation peut laisser court à tout type d'interprétation. Néanmoins, j'ai voté en faveur de cette résolution.

Dennis de Jong (GUE/NGL), *schriftelijk*. – De SP-fractie vindt het van belang dat er meer beschermende maatregelen komen ten behoeve van het welzijn van dieren. Daarbij dient wel uitdrukkelijk te worden afgewogen of Europese regelgeving noodzakelijk is dan wel of dit op nationaal niveau dient te worden geregeld. Op basis van dit uitgangspunt heeft de SP op onderdelen van het voorstel besloten zich van stemming te onthouden.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Il rispetto e la tutela degli animali costituiscono elementi essenziali della società attuale e devono essere garantiti in quanto espressione di grande civiltà. In tal senso, la strategia dell'Unione europea per il periodo 2012-2015 ha rappresentato sicuramente un passo in avanti, ma la Commissione europea è ora chiamata a elaborarne una nuova e più ambiziosa, presentando una proposta di quadro legislativo che non risenta degli interessi della grande industria e che garantisca livelli superiori di protezione e di benessere degli animali, consentendo altresì una maggiore armonizzazione a livello comunitario. Data la mia sensibilità su questo tema e in quanto membro dell'intergruppo *Benessere animale*, ho votato tuttavia a favore di emendamenti più ambiziosi, aventi contenuto di maggior tutela per gli animali, che mi rammarico non abbiano ottenuto la maggioranza.

Angélique Delahaye (PPE), *par écrit*. – Le PPE a réussi à fédérer autour d'une résolution commune les groupes ADLE, CRE et S&D; le texte défend une approche équilibrée de la question du bien-être animal en considérant qu'il convient de continuer à améliorer le bien-être animal en se fondant sur les connaissances scientifiques existantes et en tenant compte de l'efficacité et de la compétitivité du secteur de l'élevage.

C'est pourquoi j'ai voté en faveur de la résolution sur la nouvelle stratégie pour le bien-être animal de 2016 à 2020. Je suis en revanche opposée à un alourdissement de la législation européenne en matière de bien-être animal pour nos éleveurs. Avant toute nouvelle stratégie et mesure, il faut un meilleur respect de la législation actuelle en matière de réglementation sur la santé ou le bien-être des animaux.

Mark Demesmaeker (ECR), *schriftelijk*. – De resolutie over een nieuwe strategie voor dierenwelzijn is toch een beetje een gemiste kans. De N-VA-delegatie heeft bij de eindstemming de resolutie wel gesteund omdat het een stap vooruit is, maar we missen echte ambitie. Zo hadden we het commercieel vervoer van dieren graag beperkt gezien tot 8 uur. We ijveren daar al lang voor en het is jammer dat hiervoor geen meerderheid werd gevonden. We missen ook de duidelijke wil om eindelijk te komen tot geharmoniseerde identificatie- en registratievereisten voor huisdieren. Dat zou nochtans een krachtig instrument zijn om de illegale puppyhandel aan banden te leggen. We zagen liever een verbod op dierenverhandelingebruiken, zoals de jaarlijkse traditionele griendenjacht op de Deense Faerøereilanden, en een verbod op de omstreden stierengevechten. Burgers laten hierover massaal hun verontwaardiging en afkeuring blijken. Ook aan de vraag naar een Europees actieplan voor de bestrijding van de illegale handel in wilde planten en dieren is niet voldaan. Helaas blijft ook een sterkere handhaving van het verbod op de illegale vogeljacht nog steeds uit. Kortom, ik kan mijn ontgoocheling niet verbergen.

Jean-Paul Denanot (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution tout en faisant remonter un certain nombre d'observations en amont de la présentation en plénière. J'ai souhaité rappeler qu'un cadre stratégique préexiste et qu'il convient de s'assurer d'abord de la bonne application des règles existantes afin d'assurer une meilleure harmonisation de la législation au sein du marché intérieur, et ceci sans renforcer les règles actuelles et en créer de nouvelles. J'ai également indiqué qu'il faut inclure le bien être dans le champ d'application des accords commerciaux (dans le volet des sujets non commerciaux) et préciser, pour aller plus loin, qu'on ne peut accepter des accords commerciaux de libre échange qui ne garantiraient pas l'application aux produits importés de ce respect des normes de bien être de l'Union.

J'ai enfin particulièrement appuyé le point 8 de la résolution qui souligne l'importance d'un financement adéquat pour la PAC, étant donné que nous avons besoin d'un budget qui soit à la hauteur de nos ambitions afin d'empêcher la délocalisation de la production et du commerce vers des pays ou des continents dotés de normes inférieures en matière bien-être animal.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Гласувах в подкрепа на новата стратегия за хуманно отношение към животните за периода 2016-2020 г., защото смятам че животните трябва да бъдат защитени от посегателства и издевателства над тях. Според различни проучвания насилието над животни има своето отражение и продължение в насилието над хора.

Пример за нехуманно отношение в България са движещите се по пътното платно каруци, които са теглени от коне или магарета. Това се случва в европейска столица каквато е София и е недопустимо. Също така има данни за организирани боеве с домашни любимци.

Смятам, че е нужна стратегия и предприемане на мерки спрямо извършителите на подобни деяния и по тази причина подкрепям общата резолюция.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφικώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος αφορά την εφαρμογή μιας νέας στρατηγικής για την προστασία και την καλή διαβίωση των ζώων για την περίοδο 2016-2020, ώστε να διασφαλιστεί η συνέχεια και η σαφήνεια των επιχειρήσεων που είναι απαραίτητες για την επίτευξη θετικών εξελίξεων όσον αφορά την πολιτική της ΕΕ για την καλή διαβίωση των ζώων.

Υπερψηφίζουμε την πρόταση στο σύνολό της, καθώς είμαστε υπέρ της απαγόρευσης των εισαγωγών και της εμπορίας κλωνοποιημένων ζώων εντός της Ένωσης καθώς και της εφαρμογής επίσημων ελέγχων για σταθερότητα και προβλεψιμότητα των επενδύσεων στον τομέα, με παράλληλη διασφάλιση της υγείας. Τέλος, η ίδια η πρόταση ψηφίσματος επισημαίνει την ανησυχία όσον αφορά την αποτελεσματική εφαρμογή και επιβολή της υφιστάμενης νομοθεσίας της ΕΕ σχετικά με την καλή διαβίωση των ζώων, όμως τονίζει ότι η βελτίωση της εφαρμογής και της συμμόρφωσης με την ισχύουσα νομοθεσία θα πρέπει να αποτελεί βασικό στόχο για όλους τους κανόνες για την υγεία και την καλή διαβίωση των ζώων.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Az Európai Néppárt irányvonalának megfelelően szavazatommal támogattam az uniós állatjóléti stratégiáról szóló politikai állásfoglalás megszavazását.

Egyáltalán nem tartom időszerűnek állatjóléti kérdésekről beszélni a jelen helyzetben, amikor hatalmas kihívások előtt áll az EU, mint a migráció és a terrorizmus elleni küzdelem. Az állatjóléti előírások az Unióban a legfejlettebbek és a legszigorúbbak a világon, ezért nem támogatok semmilyen olyan törekvést, amely az előírások szigorítására vagy új előírások meghozatalára irányul. Ehelyett az előírások egyszerűsítésére van szükség.

Az egyedüli indok a támogatásom mellett, hogy az uniós állattartó gazdák versenyképességét megőrzendő javaslatok nagy számban kerültek be a jelentésbe. Egyrészt az EU-n kívüli országok állattartóitól is az EU előírásaival azonos állatjóléti követelményeket kell megkövetelnünk, különben ne jöjjenek be a termékeik az Unióba. Másrészt, a jövőben is megfelelő költségvetést kell a közös agrárpolitikára fordítani, hogy a szigorú földművelési és állattartási előírásokat be tudják tartani a gazdák. Harmadrészt, jelentősen erősíteniünk kell a gazdák tárgyalási alkupozícióit az élelmiszer-ellátási láncban.

Bill Etheridge (EFDD), in writing. – This resolution, 'A new animal welfare strategy for 2016-2020', seeks, under the guise of protecting animals, massively to extend EU regulatory control. Even if some of the proposals are worthy, the unintended consequences would be horrendous and the legal and behavioural ramifications divisive and damaging.

Jill Evans (Verts/ALE), in writing. – I voted against this motion because it was too weak. The amendments proposed by my Greens/EFA Group were rejected by Parliament. It is disappointing that the Commission has not brought forward a new strategy. I know that this is one of the issues on which my constituents in Wales feel very strongly and I have had many messages about it. In 2014 I organised a petition calling for a Commissioner responsible for animal welfare. I believe that if this had happened, we would have a strategy now.

Fredrick Federley (ALDE), skriftlig. – Resolutionen följer på den muntliga fråga som jag tog initiativ till tidigare i år och den ger en mycket tydlig signal till kommissionen att parlamentet förväntar sig fler och tydliga åtgärder för att åstadkomma en bättre djurvälstånd i unionen. Resolutionen innehåller de viktigaste punkterna; krav på att samtliga åtgärder i nuvarande strategi uppfylls snarast, krav på en ny strategi för åren 2016-2020, krav på ett legalt ramverk för djurskydd samt krav på en definition av begreppet god djurvälstånd. För att säkerställa en bred uppgörelse valde jag att stödja resolutionen och de viktigaste förslagen samt rösta mot ett antal förslag rörande detaljerat innehåll i en kommande strategi. Syftet med resolutionen är att efterfråga en ny strategi, inte att detaljerat beskriva innehållet i en ny strategi.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – As normas nacionais relativas ao bem-estar dos animais não devem ser contrárias aos princípios do mercado único europeu, bem-estar esse que está estreitamente relacionado com a saúde pública e a saúde animal. Com um conjunto de legislação já existente sobre esta matéria concordo com a necessidade de avaliar a atual estratégia e conceber uma nova estratégia ambiciosa para a proteção e o bem-estar dos animais, a fim de prosseguir o trabalho realizado no âmbito da anterior estratégia e assegurar a continuidade de um quadro que permita adotar normas exigentes em matéria de bem-estar dos animais em todos os Estados-Membros. Saliento ainda os esforços já envidados pelos agricultores em matéria de bem-estar dos animais nos diferentes Estados-Membros.

Votei favoravelmente.

Laura Ferrara (EFDD), per iscritto. – Garantire il benessere degli animali, oltre ad avere delle evidenti implicazioni di carattere etico, contribuisce a tutelare la salute pubblica. Lo sfruttamento intensivo degli allevamenti animali e le divergenze nell'applicazione delle norme esistenti, all'interno dei singoli Stati membri, ha effetti negativi sulla salute dei consumatori, ma anche sul buon funzionamento del mercato interno. Anche per queste ragioni, quindi, occorre adottare una nuova strategia per la protezione e il benessere degli animali che si basi su un'agricoltura sostenibile, rispettosa degli animali, dell'ambiente e, in definitiva, dell'uomo.

João Ferreira (GUE/NGL), por escrito. – A primeira grande falha desta resolução está na ausência de reconhecimento da grande contradição existente entre a Política Agrícola Comum, cada vez mais liberal, orientada para os mercados e que empurra os agricultores para modelos de produção intensivos, onde o lucro se sobrepõe ao bem-estar e saúde animal, e todas as evidências científicas que nos alertam para a necessidade de defender os equilíbrios ecológicos, o bem-estar animal, a biodiversidade e a saúde pública. Poderia e deveria ter ido mais além, fazendo a crítica e recusando o produtivismo da atual PAC e defendendo uma outra política agrícola.

Consideramos que existe a necessidade de um quadro legal que traduza as preocupações da generalidade dos cidadãos no que toca à salvaguarda do bem-estar animal, mas não acompanhámos todas as propostas de alteração apresentadas.

Antes de condenar ou proibir/banir práticas mais ou menos tradicionais, devíamos defender a necessidade de garantir pessoal que execute as fiscalizações, e outro pessoal especializado que atue e esteja presente no terreno, apoiando os produtores, como veterinários públicos e outros profissionais da saúde animal.

Outra das falhas é que não é dado o devido enfoque às razões do falhanço da anterior estratégia para o bem-estar animal.

Apesar das suas insuficiências e limitações, reconhecemos aspetos positivos nesta resolução.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Aj napriek tomu, že v posledných 30 rokoch bolo prijatých viac ako 30 základných aktov týkajúcich sa dobrých životných podmienok zvierat, z ktorých mnohé zabezpečujú rôznu úroveň ochrany zvierat, aj v súčasnosti mnohé existujúce právne akty neuznávajú zvieratá ako cítiace bytosti. Európska únia musí urobiť viac preto, aby boli súčasné právne predpisy týkajúce sa dobrých životných podmienok zvierat riadne presadzované a vykonávané. Je veľmi dôležité, aby akákoľvek harmonizácia legislatívneho rámca v budúcnosti nevedla k poklesu úrovne dobrých životných podmienok zvierat alebo zníženiu ambícií na zlepšenie dobrých životných podmienok zvierat. Európska komisia musí posilniť existujúce normy na základe aktualizovaných vedeckých poznatkov a vzhľadom na rokovania o medzinárodnom obchode s tretími krajinami, v ktorých nie je rovnaká úroveň ochrany.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Non posso sostenere questa relazione poiché invece di trattare solo del benessere degli animali ha invaso anche altri campi come con il divieto riguardante la caccia.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Υπερψηφίζω την πρόταση στο σύνολό της, καθώς είμαι υπέρ της απαγόρευσης των εισαγωγών και της εμπορίας κλωνοποιημένων ζώων εντός της Ένωσης και θεωρώ ότι θα πρέπει να εφαρμόζονται επίσημοι έλεγχοι για σταθερότητα και προβλεψιμότητα των επενδύσεων στον τομέα, με παράλληλη διασφάλιση της υγείας.

Τέλος, η ίδια η πρόταση ψηφίσματος επισημαίνει την ανησυχία που υπάρχει όσον αφορά την αποτελεσματική εφαρμογή και επιβολή της υφιστάμενης νομοθεσίας της ΕΕ σχετικά με την καλή διαβίωση των ζώων, όμως τονίζει ότι η βελτίωση της εφαρμογής και της συμμόρφωσης με την ισχύουσα νομοθεσία θα πρέπει να αποτελεί βασικό στόχο για όλους τους κανόνες για την υγεία και την καλή διαβίωση των ζώων.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – I believe it is very important to draw up a new strategy for the protection and welfare of animals for the 2016-2020 period so as to ensure the continuity and clarity of operations which are essential to achieving further positive developments in EU animal welfare policy.

European citizens care deeply about animal welfare and in recent years more and more people have become concerned about the ethical treatment of animals. The new strategy to improve welfare conditions for animals kept on farms, living in zoos and used for experiments must be promptly developed and effectively implemented, and the Commission must keep striving to ensure that farm animals are kept and transported under conditions that do not subject them to mistreatment, abuse, pain or suffering.

The Commission must consult widely with farmers, veterinarians, animal welfare organisations and other experts to help ensure that improving living conditions for animals would also make European food and agricultural products more competitive within Europe and around the world.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – Úgy gondolom, hogy az európai polgárokat határozottan érdekli az állatok jóléte, és azt akarják, hogy fogyasztóként megfelelő információk birtokában dönthessenek. Ez az információ alapvető joga a fogyasztóknak az unión belül. Az állatjólétre vonatkozó uniós jogszabályok hozzájárulnak az Unión belüli egyenlő versenyfeltételekhez és ezáltal a jól működő belső piachoz. Továbbá tudjuk, hogy az állatjólét szorosan összekapcsolódik az állat- és közegészségüggyel.

Ezen okokból kifolyólag támogatom a jelentést azon szempontból, hogy sürgeti a Bizottságot, hogy haladéktalanul hajtsa végre az állatok védelmére és az állatjólétre vonatkozó európai uniós stratégia (2012-2015) lezáratlan kérdéseit, valamint sürgeti a Bizottságot annak biztosítására, hogy az állatok valamennyi kategóriáját – haszonállat, vadon élő, kutatási céllal tartott, kedvtelésből tartott és víziállat – fedje le az állatjólétre vonatkozó jogszabályi keret bármilyen harmonizációja.

Fontosnak tartom felhívni a Bizottságot arra is, hogy használja ki az új uniós állatjóléti referenciaközpontokat, hogy segítséget nyújtson a meglévő szabályok végrehajtását illetően információk terjesztésével és bevált gyakorlatok megosztásával, képzések biztosításával az illetékes hatóságok számára, és hogy hajtsa végre a jóváhagyott állatjóléti mutatók alkalmazását.

Ugyanis az állatjólétet a gazdasági fejlődés egyik motorja.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de Resolución común teniendo presente que los ciudadanos de la UE tienen un profundo interés en el bienestar de los animales y desean poder elegir con más conocimiento de causa como consumidores. Del mismo modo, tenemos que tener presente que el bienestar de los animales está relacionado con la salud de los animales y la salud pública. Por lo tanto, es necesaria una nueva estrategia, ambiciosa y equilibrada a la vez, para la protección y el bienestar de los animales que cubra el periodo 2016-2020 y que permita establecer normas exigentes de bienestar animal en todos los Estados miembros.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione comune su una nuova strategia in materia di benessere degli animali per il periodo 2016-2020 poiché il rispetto e la sicurezza degli animali è basilare nella società attuale, che ha tra i suoi requisiti la cura di tutti gli esseri viventi in quanto espressione di grande civiltà. Vi è la necessità, in seguito a evidenti prove scientifiche che hanno mostrato numerosi problemi in merito al benessere animale, di creare strumenti nuovi per andare incontro alle nuove responsabilità che ogni Stato ha rispetto all'accresciuta tutela giuridica ed etica nei confronti delle specie animali differenti dall'uomo. La protezione degli animali negli allevamenti e la sicurezza della filiera alimentare devono essere garantiti, pertanto devono essere previsti obblighi amministrativi che assicurino la salute animale e conseguentemente quella pubblica.

Neena Gill (S&D), *in writing*. – Animal welfare is a topic on which constituents from my region are continuously writing to me to demand action.

While I acknowledge the important role played by the Commission in improving animal welfare in Europe over the past years, crucial steps remain to be taken.

The recognition that animals are sentient beings should be the basis of any effective piece of legislation aiming to protect the wellbeing of animals. Yet the majority of existing acts fail to recognise this key principle.

While the adoption by the Commission of the Strategy on the Protection and Welfare of Animals 2012-2015 has been a crucial step in improving animal welfare, it is disappointing that only nine out of the 19 actions contained in it have been implemented.

I count on the Commission to build on progress it has made with a strategy for 2016-2020 that investigates why this has been the case, and draws lessons from failure as well as success.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – In this motion for a resolution, I chose to respect the compromise reached by the four major groups in Parliament. This explains my vote against the amendments presented.

I felt that that the option of granting the broadest support and simplest resolution possible was best and I opted not to delve into specifics that ignore other equally important issues.

Similarly, I believe that many of the topics covered in these amendments, which are, of course of great importance, are at the same time of a high scientific level that would be required for an elaboration of reports and studies that supported the different positions on issues regarding animal welfare.

Julie Girling (ECR), *in writing*. – Animal welfare is a crucial issue for the European Union and I have worked hard to ensure high standards are upheld. The health of livestock is essential for the success of European farming and will help maintain a good base of food production here in the EU. In addition, mistreatment of animals must be prevented and care standards must be maintained, and indeed improved. I, therefore, support an update of the EU's Animal Welfare Strategy. However, this motion for a resolution that was presented does not offer an effective path going forward. It is more important to enforce the existing animal welfare strategy than to introduce a whole raft of new measures. In summary, I fully support the EU having an animal welfare strategy for 2016-2020, but I do not feel that the joint motion for a resolution calls for the right approach and I therefore chose to abstain from this vote.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa risoluzione perchè credo che in tema di benessere degli animali ci sia ancora molto da fare. La Commissione deve al più presto elaborare una nuova, ambiziosa strategia post 2015 che contenga obiettivi specifici. Gli animali sono ancora oggi vittime di violenze e crudeltà che non possiamo più accettare. Abbiamo fatto un grande passo avanti con il regolamento sulla salute animale, serve anche una normativa sul benessere.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la Resolución, consensuada entre populares, socialistas, conservadores y liberales, porque atiende a la creciente sensibilidad de la opinión pública en materia de bienestar animal, y porque consideramos que está estrechamente ligada a la cuestión de la salud pública.

Incide en que el bienestar animal no puede lograrse a costa de imponer mayores gastos y trabas burocráticas a los ganaderos, menoscabando así la competitividad del campo europeo. Insta a la Comisión a que vele por que los Estados miembros cumplan las normativas europeas y pide la elaboración de estudios científicos y tecnológicos que promuevan alternativas que redunden en el bienestar animal.

Beata Gosiewska (ECR), *na piśmie*. – Głosowałam za rezolucją w sprawie nowej strategii w zakresie dobrostanu zwierząt na lata 2016-2020, gdyż wzywa Komisję do przedstawienia nowej propozycji w tej kwestii. Podkreśla ona też, że należy kontynuować wysiłki rozpoczęte w strategii na lata 2012-2015 oraz zawiera apel do Komisji o niezwłoczne wprowadzenie w życie brakujących elementów strategii 2012-2015. Poparłam ten dokument, ponieważ wzywa on Komisję do uwzględnienia standardów dobrostanu zwierząt w negocjowanych umowach z krajami trzecimi.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as it urges the Commission to draw up a new and ambitious EU strategy for the protection and welfare of animals and stresses that improving the enforcement of, and compliance with, existing legislation should be the key goal of all animal health and welfare rules. Labour MEPs have always been and will continue to be active in ensuring that animal rights and animal welfare are respected in the UK and across Europe.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I support the reassurance that any harmonisation of the legislative framework will not lead to a decline in animal welfare standards or a lowering of ambitions to improve animal welfare, and I agree with the call to the Commission to augment existing standards on the basis of updated scientific findings.

Marian Harkin (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of Parliament's resolution on a new animal welfare strategy 2016-2020. The resolution, which builds on the current strategy which expires this year, calls for better implementation of existing EU rules in all Member States to ensure high animal welfare standards across the EU. Even though the level of animal welfare in the EU is one of the highest in the world, this resolution aims to further improve standards through the basis of scientific findings with due regard for the efficiency and competitiveness of agricultural livestock husbandry. EU citizens have a strong interest in animal welfare and this resolution should enable them to make more informed choices as consumers.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I voted for this resolution as EU citizens have a strong interest in animal welfare and they wish to be able to make more informed choices as consumers. Animal welfare is interrelated with both public and animal health in the European Union. Where there is clear scientific evidence demonstrating animal welfare problems the Commission needs to adapt policy instruments or introduce new ones to resolve these problems.

Richard Howitt (S&D), *in writing*. – For the last three years I have had the privilege of serving as Honorary Vice-President of Britain's pre-eminent animal welfare organisation, the RSPCA. In that capacity, I am proud to support today's vote for a new and ambitious EU animal welfare strategy. Sadly, in my own East of England constituency, for the last year in which figures are available, some 232 people were convicted for animal neglect and cruelty. That is why I draw attention to paragraph 8 in particular, arguing the need for more effective implementation and enforcement of current EU legislation relating to the welfare of animals. In that context, and without seeking to politicise an organisation which remains absolutely true to its charitable status, I do want to place on record my deep concern at Conservative attempts to prevent the RSPCA from undertaking its prosecutory role. Animal cruelty is a crime. The RSPCA has an outstanding record for prosecuting those responsible for animal cruelty. It is the perpetrators of animal cruelty who have to be stopped, not those who prosecute them.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I would like to reiterate the need to implement the points outstanding from the European Union Strategy for the Protection and welfare of Animals 2012-2015. There is also a clear need for a new strategy for the protection and welfare of animals for the years 2016-2020. High animal welfare standards are needed across all Member States.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasao sam za rezoluciju Europskog parlamenta o novoj strategiji za dobrobit životinja za razdoblje 2016. – 2020. jer smatram da je nužno da Komisija pripremi i predstavi novi pristup dobrobiti životinja za naredne četiri godina. U tom kontekstu potrebno je uzeti u obzir, među ostalim, odnos prema divljim životinjama, te činjenicu da se često prema domaćim životinjama ne pristupa na odgovarajući način. Životinje su bića koje zasigurno osjećaju patnju, bol i druge emocije, te stoga držim da je potrebno realizirati konkretnu strategiju za razdoblje 2016. – 2020. na razini EU-a kako bi se ovom pitanju pristupilo na odgovarajući način.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte demande la réciprocité des normes dans les traités commerciaux et l'impossibilité de remettre en cause celles-ci dans le cadre de négociations commerciales.

C'est ainsi la garantie pour nous de maintenir des exigences élevées et de protéger par voie de conséquence nos agriculteurs, une manière donc d'enrayer les négociations du TTIP.

J'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. – This resolution, 'A new animal welfare strategy for 2016-2020', seeks, under the guise of protecting animals, massively to extend EU regulatory control. Even if some of the proposals are worthy, the unintended consequences would be horrendous and the legal and behavioural ramifications divisive and damaging.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de résolution pour une nouvelle stratégie sur le bien-être animal de 2016 à 2020. Les priorités de la stratégie de l'Union sur le bien-être animal devraient être la diffusion des bonnes pratiques et une meilleure application des législations dans les États membres. Le Parlement européen appelle aussi la Commission à intégrer le bien-être animal dans ses négociations à l'international et dans le financement de la politique agricole commune.

Cette résolution a été adoptée une large majorité, ce dont je me félicite.

Jarosław Kalinowski (PPE), *na piśmie*. – Dobrostan zwierząt jest zagadnieniem bardzo popularnym w ostatnim czasie i odnosi się nie tylko do zasad hodowli, ale również do zapewnienia zwierzętom kompleksowej opieki weterynaryjnej, w tym regularnych szczepień, odpowiednich warunków transportu oraz humanitarnego uboju. Na tym tle ścierają się racje obrońców praw zwierząt i producentów.

W interesie hodowcy jest sprzedać jak najwięcej jak najmniejszym kosztem, co niestety może prowadzić do nadużyć w zakresie niewłaściwych warunków bytowych czy medycznych. Pomijając moralny wymiar takich działań, może to spowodować obniżenie jakości mięs i innych produktów pochodzenia zwierzęcego. Należy pamiętać, że im bardziej komfortowe warunki życia zwierząt, tym wyższą jakość będą mieć produkty od nich pochodzące.

Istnieje również druga skrajność – jeżeli zostałyby wprowadzone i egzekwowane najwyższe możliwe standardy, to koszty produkcji wzrosłyby kilkukrotnie, co doprowadzi do wzrostu cen, a w konsekwencji odbije się przede wszystkim na konsumentach.

W tej sprawie niezbędne jest przeanalizowanie wszystkich za i przeciw. Dopiero na tej podstawie należy sporządzić regulacje prawne, które będą korzystne dla zwierząt, hodowców oraz, przede wszystkim, konsumentów.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Diesem Bericht stimme ich zu. Der Tierschutz in Europa muss verbessert und die Definition des Begriffs „gute Tierhaltung“ muss klarer gefasst werden, damit es effektive Mindestschutzstandards gibt. Andererseits dürfen unter der Berücksichtigung des sorgfältigen Tierschutzes, welcher auch notwendige Eingriffe in die Natur wie beispielsweise die Jagd mit sich zieht, nicht übermäßig und unnötig überreguliert werden. Da der Bericht in seiner Endfassung diesem Gedanken ausreichend Rechnung trägt, kann ich zustimmen.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the resolution as it urges the Commission to draw up a new and ambitious EU strategy for the protection and welfare of animals and stresses that improving the enforcement of, and compliance with, existing legislation should be the key goal of all animal health and welfare rules. Labour MEPs have always been and will continue to be active in ensuring that animal rights and animal welfare are respected in the UK and across Europe.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore di questa proposta di risoluzione sulla strategia in materia di benessere degli animali per il periodo 2016-2020. Il benessere degli animali gioca un ruolo importante nelle politiche dell'Unione europea. La sicurezza della catena alimentare è indirettamente influenzata dal benessere degli animali, in particolare di quelli allevati per la produzione di alimenti, a causa dello stretto legame che intercorre tra il benessere degli animali, la loro salute e le tossinfezioni alimentari. Fattori di stress e condizioni di scarso benessere possono avere come conseguenza negli animali e, indirettamente sul consumatore finale, una maggiore predisposizione alle malattie. Di conseguenza esorto la Commissione a rivedere la strategia esistente e a elaborarne una nuova e più ambiziosa al fine di migliorare gli standard qualitativi di allevamento odierni e il livello della sicurezza alimentare.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution car elle protège de façon efficace et raisonnable le bien-être animal. Or, étant membre bénévole d'une SPA (indépendante de celle de Paris) depuis plus de dix ans, je suis particulièrement attaché à la défense des animaux. En outre, cette résolution a l'immense mérite de demander le respect et la réciprocité de ces normes de protection dans les traités de libre-échange. Pas sûr toutefois que les États-Unis soient d'accord dans le cadre du TAFTA!

Philippe Loiseau (ENF), *par écrit*. – J'ai voté pour cette proposition de résolution, parce qu'elle contient un article essentiel. Ce dernier invite la Commission à édicter des normes de bien-être animal ambitieuses, et surtout à tenir compte de la réciprocité de ces normes.

Dans le cadre des négociations du TTIP, j'y vois une tentative de préserver l'intérêt de nos éleveurs. En effet, s'il est primordial de mettre en place des normes strictes sur ce sujet, il l'est tout autant que ces normes soient respectées par les pays tiers avec lesquels nous commerçons. Nos éleveurs se contraignent à un respect des animaux, nos abattoirs étant également soumis à des règles fortes, il est juste que l'élevage et l'abattage aux États-Unis se plient aux mêmes règles, sous peine d'instaurer une concurrence totalement déloyale.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Razina zaštite dobrobiti životinja u Europskoj uniji među najvišima je na svijetu. Ipak još uvijek ima mjesta za dodatno unaprijeđenje. Podržala sam rezoluciju Europskog parlamenta kojom se poziva Komisiju da sastavi novu strategiju za razdoblje 2016. – 2020. kojom će se postaviti novi standardi u zaštiti dobrobiti životinja u državama članicama.

Dobrobit životinja trebala bi se dodatno poboljšati na temelju postojećih znanstvenih istraživanja, ali i vodeći računa o dobrobiti kućnih ljubimaca građana te učinkovitosti i konkurentnosti stočarstva. Važno je da nacionalni propisi o dobrobiti životinja ne budu u suprotnosti s načelima jedinstvenog tržišta EU-a.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Životné podmienky zvierat vo viacerých pohľadoch ovplyvňujú verejné zdravie. Európska únia má jedny z najprísnejších pravidiel starostlivosti o životné podmienky zvierat. Pokladám za zásadné, aby sa tieto podmienky ani do budúcnosti neznižovali a aby Komisia pripravila na roky 2016 – 2020 takú legislatívu v tejto oblasti, ktorá bude promptne reagovať na najnovšie vedecké výskumy.

Νότης Μαρίας (ECR), *γραφτως*. – Ψηφίζω υπέρ της κοινής πρότασης ψηφίσματος σχετικά με τη νέα στρατηγική για την καλή διαβίωση των ζώων 2016-2020, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη, καθώς και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 23/11/2015.

David Martin (S&D), *in writing*. – I welcome this resolution which emphasises that European citizens have a strong interest in animal welfare and wish to be able to make more informed choices as consumers.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Dnes jsme hlasovali o návrhu usnesení, který se týká nové strategie v oblasti dobrých životních podmínek zvířat na období 2016-2020. Samozřejmě, že nejsem odpůrcem kvalitních životních podmínek pro zvířata a předložený návrh obsahuje celou řadu pozitivních bodů a plánovaných kroků, přesto je v něm ale několik návrhů, které z mého pohledu nelze podpořit. Např. zákaz myslivosti, která má v ČR mnohaletou historickou tradici, s tím, že lov přemnožených zvířat je samozřejmě prospěšný. Dále zakotvení povinnosti zabíjení ryb pouze v anestezii, takže bychom si zřejmě byli nuceni odpustit našeho tradičního vánočního kapra, a v neposlední řadě úplný zákaz výzkumu na zvířatech. S návrhem jsem se tedy celkově nemohl ztotožnit a při konečném hlasování jsem se zdržel.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Il benessere degli animali è strettamente collegato alla salute animale e alla salute pubblica ed è inoltre fondamentale per garantire la sostenibilità. È pur vero che le norme nazionali in materia di benessere degli animali, a causa della loro complessità e delle interpretazioni divergenti, creano incertezza giuridica e possono comportare per i produttori di alcuni Stati membri un grave svantaggio competitivo. Una mancanza di conformità alle norme e l'assenza di una tabella di marcia legislativa distorcono la concorrenza. Per evitare queste problematiche ritengo sia necessario proporre, da un lato, un quadro legislativo armonizzato, dall'altro, intraprendere azioni legali nei confronti degli Stati membri che non rispettano la legislazione in materia. Tale è la finalità della proposta di risoluzione, a cui pertanto sono totalmente favorevole.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Ein Verbot von schmerzhaften Praktiken wie zum Beispiel dem Stopfen von Enten und Gänsen für die Herstellung von Leberpastete, dem Kupieren von Schwänzen und dem Stutzen von Schnäbeln, der Enthornung von Vieh oder der Haltung von Kälbern in Käfigen ist zu begrüßen.

Valentinas Mazuronis (ALDE), *raštu*. – Balsavau už šią rezoliuciją, nes Europos struktūrinių ir investicijų (ESI) fondų įgyvendinimas, valdymas, su jais susijusių ataskaitų teikimas ir kontrolė vis dar sudėtingi tiek paramos gavėjams, tiek valdymo institucijoms, visų pirma turinčioms nedidelius administracinius ir finansinius pajėgumus. Rezoliucijoje Europos Parlamentas prašo Komisijos pateikti valstybėms narėms ir regionams gaires, kuriose būtų nurodyta, kaip galima racionalizuoti ir supaprastinti kontrolės, stebėjimo ir ataskaitų teikimo veiklą, įskaitant ir paramos gavėjams taikomus reikalavimus, kad būtų galima panaikinti esamas silpnąsias vietas.

Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – I supported the motion for a resolution on a new animal welfare strategy, but believe implementation of existing rules is necessary before contemplating new measures.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport se félicite de ce que «le degré de bien-être animal dans l'Union est l'un des plus élevés au monde». Il souligne donc en toute logique que le soutien à l'agriculture européenne permet «d'empêcher la délocalisation de la production et du commerce vers des pays ou des continents où les normes de bien-être animal sont inférieures». Il reste encore beaucoup à faire en la matière. Et, alors que le rapporteur se félicite que le Parlement ait «adopté des actes législatifs relatifs à des questions liées au bien-être animal, telles que la santé animale, les conditions zootechniques, la production biologique et les contrôles officiels», je rappelle que la Commission européenne favorise sans cesse des méthodes d'élevages contraires au bien-être animal. Pour exemple les dernières recommandations pour les élevages porcins qui valorisent le système du «caillebotis intégral». Je vote pour ce texte, malgré sa timidité et son hypocrisie.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a proposta de resolução RC B8-1278/2015 sobre uma nova estratégia para o bem-estar dos animais para o período de 2016-2020. A referida resolução é a mais completa e a que demonstra efetivamente a realidade da UE em termos de uma nova estratégia para o bem-estar animal. O nível de bem-estar dos animais na UE é, de facto, um dos mais elevados do mundo. E não pode retroceder.

Para tal, a Comissão Europeia, deve adaptar instrumentos políticos ou introduzir instrumentos políticos sempre que dispuser de provas científicas evidentes que demonstrem a existência de problemas relacionados com o bem-estar dos animais. Caberá também à Comissão Europeia acompanhar de perto a aplicação da legislação da UE relativa ao bem-estar dos animais nos Estados-Membros.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution to emphasise the Commission's need to implement the outstanding elements from the European Union Strategy for the Protection and Welfare of Animals 2012-2015 as well as drawing up a new strategy for the coming years so that we may ensure the continuation of high animal welfare standards across the Member States.

Louis Michel (ALDE), *schriftelijk*. – Het Parlement vraagt in deze resolutie om voor de periode 2016-2020 een nieuwe en ambitieuze strategie uit te werken voor de bescherming en het welzijn van dieren en tegelijk de nog openstaande thema's van de vorige strategie uit te voeren. Europese burgers hechten veel belang aan het welzijn van hun dieren. Of het nu gaat om de bescherming van landbouwdieren of gezelschapsdieren, liefhebbers en consumenten willen dat dieren in de beste omstandigheden gehouden worden. Er zijn de voorbije jaren, in het bijzonder in de landbouwsector, belangrijke stappen voorwaarts gezet om het welzijn van dieren te optimaliseren. Het is dan ook belangrijk de wederkerigheid van normen voor dierenwelzijn op te nemen in de onderhandelingen voor bilaterale en internationale handelsakkoorden en evenzeer in het landbouwbeleid voldoende middelen op te nemen om te vermijden dat er een delokalisatie plaatsvindt naar landen en regio's waar minder strenge normen worden gehanteerd.

Deze resolutie vormt het startpunt voor de ontwikkeling van een nieuwe strategie inzake dierenwelzijn. In 2016 wordt ook een Europese opiniepeiling gehouden. Deze bevraging van de burgers zal van het grootste nut zijn bij het bepalen van het Europees dierenwelzijnsbeleid.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Otázka životných podmienok zvierat je otázkou aktuálnou a citlivou, pretože je potrebné zohľadniť množstvo rôznorodých záujmov, právnych predpisov a koordinovať úroveň podmienok v rámci jednotlivých štátov EÚ. Považujem za samozrejmé, že treba predchádzať zlému zaobchádzaniu so zvieratami tým, že sa stanovia primerané normy starostlivosti a upravujú podmienky dopravy a chovu, čo je vhodné riešiť na európskej úrovni. Výzvou zostáva nájsť správnu mieru a vytvorenie efektívnej stratégie, ktorá sa pri svojej implementácii nestane pre poľnohospodárov a producentov zbytočne zaťažujúcou. Na záver by som chcel podotknúť, že je veľmi dôležité naďalej podporovať európsku mäsovýrobu, ktorá spĺňa vysoké štandardy. V tejto súvislosti by som rád opätovne ocenil fakt, že Európsky parlament zamietol výrobu mäsa z klonovaných zvierat.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on a new animal welfare strategy for 2016-2020 since the present strategy on animal welfare ends this year and the Commission should implement, without delay, the outstanding points from the current strategy and present a new one that would be beneficial not only for the animals, but also for EU citizens that have a strong interest in animal welfare. Animals should not be abused and should be treated with dignity and respect. We have the obligation to speak for those who have no voice. That is why I voted in favour of this extremely important resolution.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – E tárgyban az ALDE, az EFDD, a PPE, a GUE/NGL, az S&D és az ECR képviselőcsoportok nyújtottak be indítványt a Parlament állásfoglalására, közülük az ALDE, a PPE, az S&D és az ECR közös, kompromisszumos javaslatban állapodtak meg. Ezt a kompromisszumos indítványt támogattam.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution du Parlement européen qui propose une nouvelle stratégie pour le bien-être animal entre 2016 et 2020. J'approuve ce texte, qui propose l'instauration d'une définition par la commission des bonnes pratiques dans le domaine agricole, mais je considère également que la nouvelle stratégie ne doit pas alourdir les charges administratives qui pèsent sur les producteurs. Ce texte rappelle qu'ils ont déjà beaucoup contribué à améliorer la santé animale en respectant un cadre normatif rigoureux.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Con l'adozione di questa risoluzione, intendiamo richiamare l'attenzione della Commissione sulla mancata attuazione della strategia UE per la protezione e il benessere degli animali 2012-2015 e la esortiamo a elaborarne una nuova e più ambiziosa per il periodo 2016-2020.

Occorre, difatti, proseguire il lavoro già svolto ed assicurare continuità al quadro normativo esistente. Migliorare l'applicazione e il rispetto della legislazione in vigore dovrebbe essere l'obiettivo principale di tutte le norme sulla salute e sul benessere degli animali in tutti gli Stati Membri. Ma si tratta di una preoccupazione che va al di là delle frontiere comunitarie: la reciprocità delle norme, quale preoccupazione di natura extracommerciale, andrà inserita nella nostra politica commerciale e nei negoziati relativi agli accordi commerciali internazionali.

Siamo interessati a promuovere il benessere degli animali nei paesi terzi esigendo norme di benessere equivalenti per gli animali e i prodotti importati, associate a controlli sempre più severi. Siamo anche a favore della necessità di garantire finanziamenti adeguati alla PAC, affinché il livello di bilancio corrisponda a quello degli obiettivi. Ricordiamo che questa materia è di portata generale, ha carattere orizzontale e, in quanto tale, ha la stessa importanza delle disposizioni in materia di agricoltura, ambiente o protezione dei consumatori.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Je n'ai pas pu voter pour ce rapport mais je soutiens pleinement la position du groupe PPE et de la délégation française d'adopter ce rapport. La Commission européenne a pour la première fois adopté une stratégie en matière de bien-être des animaux en 2006, pour une période de 4 ans (2006-2010). Le défaut d'application de la législation de l'Union par des États membres est le principal problème portant atteinte au bien-être des animaux dans l'Union. Un autre obstacle à une application complète et uniforme réside dans le fait que le marché ne fournit pas suffisamment d'incitations économiques pour la mise en conformité. Il est donc nécessaire de valoriser davantage l'éducation et la formation professionnelle de tous les acteurs concernés et d'assurer une application optimale des mesures déjà prises.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this resolution in order to maintain a cohesive and well-functioning internal market based on the EU legislation related to animal welfare, as well as to ensure that EU citizens are increasingly informed regarding their consumer choices.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – I supported this text as all our voters agree on some very clear principles which need to be reflected in the unified EU strategy on animal welfare, but also in all national legislations. Animals should not be made to suffer needlessly, regardless of cultural customs or traditions, as we are now living in a modern society. All acts related to animals, both pets and livestock, need to be properly regulated across the EU to insure a maximum level of quality of life and treatment for these animals. It is also a matter of human health – as the consumption of meat increases, animals which were mistreated, crowded, fed unhealthy feed or otherwise abused will have negative effects on the health of our citizens. Therefore, both for the sake of the animals but also of European people, this new strategy should be properly implemented by the Commission and Member States.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Ich habe mich für diesen Antrag ausgesprochen, da er zahlreiche positive Punkte für einen wirklichen Schritt nach vorne im Bereich des Tierschutzes beinhaltet – gerade was Nutztiere angeht, für deren bessere Behandlung ich mich seit Langem einsetze.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktam pranešimui, kadangi ES turi būti užtikrintas aukščiausias gyvūnų gerovės lygis.

Visų pirma, būtina parengti naują plataus masto 2016-2020 m. laikotarpio gyvūnų gerovės apsaugos strategiją. Teisės aktų sistema turėtų būti atnaujinta, išsami ir aiški. Tačiau dėl administracinio supaprastinimo jokių būdu neturi sumažėti gyvūnų gerovės lygis. Būtinąs požiūris orientuotas į bendrą gyvūnų gerovės kokybės rezultatą.

Reikia skatinti tarptautinį bendradarbiavimą ir dar labiau remti Sąjungos požiūrį į gyvūnų gerovę. Atsižvelgiant į tai, gyvūnų gerovės standartų abipusiškumo principas turėtų būti įtraukiamas kaip ne prekybos aspektas į prekybos politiką ir derybas dėl tarptautinių prekybos susitarimų. Be to, Komisija turėtų atidžiau stebėti, kaip valstybėse narėse įgyvendinami su gyvūnų gerove susiję ES teisės aktai.

Manau, kad reikėtų skatinti ir finansuoti alternatyvius bandymus, kuriuose nenaudojami gyvūnai, metodus pagal naujas ir esamas finansavimo schemas bei palaipsniui nutraukti bandymus su gyvūnais. Labai svarbu efektyviai įgyvendinti priemones, kurios užkirstų kelią žiauriam elgesiui su gyvūnais ir jų nepriežiūrai.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), γραπτώς. – Η Ευρωκοινοβουλευτική Ομάδα του ΚΚΕ τοποθετείται υπέρ της καλής διαβίωσης των ζώων, καταψήφισε, ωστόσο, το σχετικό ψήφισμα του Ευρωκοινοβουλίου, δεδομένου ότι αυτή επιστρατεύεται ως πρόσχημα από την ΕΕ για την υλοποίηση της αντιλαϊκής στρατηγικής της. Πίσω από την «ευαισθησία» για τα ζώα αποκρύπτεται ο στόχος που είναι η διαμόρφωση «ελκυστικών» προϊόντων - τροφίμων που θα ενισχύουν «την αποδοτικότητα και την ανταγωνιστικότητα της κτηνοτροφικής παραγωγής» για τα μονοπώλια του κλάδου.

Τόσο η λογική της έκθεσης όσο και οι προτάσεις - τροπολογίες που έγιναν στο πλαίσιο της, με μοχλό τις προδιαγραφές που εξυπηρετούν τα μονοπώλια σχετικά με τη μεταφορά, εγκατάσταση, αναπαραγωγή και σφαγή των ζώων, επιδιώκουν να πετάξουν εκτός τους μικρομεσαίους κτηνοτρόφους. Την ίδια ώρα τα μονοπώλια στο όνομα αυτών των προδιαγραφών θα προικοδοτούνται με χρηματοδοτικές ενισχύσεις.

Απέναντι σε αυτές τις εξελίξεις και σε σύγκρουση με την ΚΑΠ πρέπει οι φτωχομεσαίοι αγρότες κτηνοτρόφοι, στο πλάι της εργατικής τάξης και μαζί με τα άλλα λαϊκά στρώματα να παλέψουν για ένα δρόμο ανάπτυξης όπου θα αναπτυχθούν ισόρροπα η αγροτική οικονομία, η κτηνοτροφική παραγωγή και οι άλλοι κλάδοι της οικονομίας, με κριτήριο την ικανοποίηση των λαϊκών αναγκών και όχι το καπιταλιστικό κέρδος, με αποδέσμευση από την ΕΕ.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – This resolution, 'A new animal welfare strategy for 2016-2020', seeks, under the guise of protecting animals, massively to extend EU regulatory control. Even if some of the proposals are worthy, the unintended consequences would be horrendous and the legal and behavioural ramifications divisive and damaging.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – All'interno dell'Unione europea i nostri animali godono dei più alti standard di benessere esistenti al mondo. Dobbiamo esserne fieri e continuare a lavorare affinché il quadro normativo posto a tutela degli animali sia ulteriormente implementato, affinché l'Unione europea possa fungere da modello da seguire per il resto del mondo e perché la civiltà di un popolo si misura anche attraverso il livello di benessere e di rispetto verso gli animali. Avrei conseguentemente espresso il mio voto a favore.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Tijekom posljednjih godina u Europskoj uniji značajno je povećana zaštita i dobrobit životinja koje se drže u svrhu uzgoja. Nažalost, iako je većini životinja u uzgoju na području EU-a poboljšana kvaliteta života, to su nažalost ponegdje svojom umanjenom kvalitetom života platili brojni poljoprivrednici. Potrebno je brinuti se za dobrobit životinja, ali je istovremeno potrebno te mjere uskladiti sa stvarnim mogućnostima europskih poljoprivrednika te im u tim naporima financijski adekvatno i pomoći. Taj teret ne smije utjecati na konkurentnost europske poljoprivredne proizvodnje, kako na unutarnjem, tako i na globalnom tržištu.

Upravo zbog toga smatram kako Europi treba novi strateški okvir, ali i poboljšani i pojednostavljeni zakonodavni okvir što je Europski parlament već zatražio od Komisije u svojoj rezoluciji iz 2012. godine.

Podsjećam i na poziv Europskog parlamenta Komisiji da provedbe istraživanje o EU-ovoj shemi označavanja mesa i mliječnih proizvoda s ciljem informiranja potrošača o metodama uzgoja i utjecaja takvog označavanja za dobrobit životinja, a koje je prema potrebi trebao slijediti i zakonodavni prijedlog. Vjerujem da bi se time postigao maksimalan učinak dosljednog i transparentnog informiranja potrošača.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Visoka razina dobrobiti životinja od ključne je važnosti za održivost, a dobrobit životinja je usko povezana sa zdravljem životinja i javnim zdravljem. Nažalost, zbog svoje složenosti i različitih tumačenja nacionalni propisi i propisi EU-a o dobrobiti životinja ostavljaju prostora za pravne nejasnoće te proizvođače u određenim državama članicama mogu staviti u izrazito nepovoljan položaj u odnosu na konkurenciju.

Pridružujem se stoga pozivima Komisiji da izradi novu ambicioznu strategiju za zaštitu i dobrobit životinja za razdoblje 2016. – 2020. kako bi nastavila s radom započetim u okviru postojeće strategije, čime bi se jamčio nastavak provedbe okvira radi donošenja visokih standarda dobrobiti životinja u svim državama članicama EU-a.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Podržavam prijedlog rezolucije o Novoj strategiji za dobrobit životinja 2016. – 2020. Iako se prethodno donesena Strategija EU-a za dobrobit životinja 2012. –2015. provodi, smatram da je korisno radi unifikacije postojećih pravila, ali i ostvarenja viših standarda, neprekidno raditi na poboljšanju pravnih pravila i mjera koje se provode radi ostvarenja ciljeva EU-a na tom području.

Nacionalni propisi ne smiju biti u suprotnosti s načelima jedinstvenog tržišta EU-a. Uređenje zakonodavstva na području dobrobiti životinja doprinosi izgradnji ravnopravnih tržišnih uvjeta, a samim time i uspješnog unutarnjeg tržišta EU-a. S obzirom da složenost i različitost tumačenja nacionalnih propisa i propisa EU-a o dobrobiti životinja ostavljaju prostora za pravne nejasnoće, potrebno je proizvođačima omogućiti veću informiranost kod donošenja odluka. Radi takvih nejasnoća, proizvođači mogu biti stavljeni u izrazito nepovoljan položaj u odnosu na konkurenciju.

Podržavam preispitivanje postojeće strategije te izradu nove čime se jamči dostizanje visokih standarda dobrobiti životinja u svim državama članicama. Nije zanemarivo to što su europski građani pokazali veliku zainteresiranost za uređenje pitanja dobrobiti životinja koje je povezano sa zdravljem životinja i javnim zdravljem te je iz tih razloga vrlo važno urediti to pitanje kvalitetno i efikasno.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – J'ai voté pour la résolution sur une nouvelle stratégie sur le bien-être animal 2016-2020. Je ne reviens pas sur les tentatives de groupes écologistes mués en porte-parole des mouvements anti-foie gras, qui ont cherché le coup d'éclat avant les fêtes de fin d'année en niant les efforts fournis par la filière foie gras. Pour un parti nostalgique du slogan «il est interdit d'interdire», ils sont les premiers à vouloir.... tout interdire.

Heureusement, mon groupe politique, le PPE, a su fédérer plusieurs partis raisonnables dans la mise en place d'une résolution liant l'intérêt du bien-être animal, le changement de nos habitudes et, évidemment aussi, le modèle de société que nous avons bâti autour de la chaîne alimentaire.

Емил Радев (PPE), *в писмена форма.* – Днес гласувах за резолюцията на Европейския парламент, с която се призовава Европейската комисия да изготви нова и по-амбициозна стратегия за защита и хуманно отношение към животните за периода 2016-2020 г. В нея ЕК трябва да засегне и уреди, наред с другото, и редица важни въпроси, свързани с нуждите и проблемите на специфични видове животни, каквито са например домашните любимци и проблемите, свързани с тяхната регистрация и идентификация, все по-голямата нужда от разработване на план за действие относно търговията и трафика с екзотични и диви животни и благосъстоянието на животните, държани в плен и в циркове.

В някои държави членки тези въпроси са уредени в по-малка или по-голяма степен, но докато липсва единно и хармонизирано европейско законодателство, всички въпроси, свързани с благосъстоянието на тези животни, ще търпят различна интерпретация, която в края на краищата ще доведе единствено до правна несигурност. Това от своя страна би донесло единствено загуби – загуби за европейската конкурентоспособност, общественото здраве, както и за здравето и благосъстоянието на самите животни.

В тази връзка аз вярвам, че Европейската комисия добре трябва да помисли над тези въпроси и в оставащото време до края на годината да ни представи една конкретна и адекватна политика, отчитаща всички изброени от Парламента проблеми.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* – A proposta de resolução comum do Parlamento Europeu reúne as posições de quatro grupos parlamentares a respeito de uma estratégia em matéria de bem-estar dos animais para 2016-2020, e exorta a Comissão Europeia a fazer pleno uso dos seus poderes na implementação, sem mais demoras, dos pontos pendentes. Dada a complexidade e a abundância da legislação comunitária relativa ao bem-estar dos animais, afigura-se indispensável redobrar os esforços no sentido de melhorar a aplicação e a garantia e controlo dessa aplicação, em conformidade com os requisitos legais aplicáveis.

Não obstante o que precede, a estratégia europeia não deve sobrecarregar os produtores com encargos administrativos, nem diminuir a estabilidade do mercado e a previsibilidade decorrente, que constitui o garante dos elevados níveis de investimento do sector. Tendo em conta o exposto, e sensível ao bem-estar animal, por um lado, e aos métodos e práticas fundamentadas em evidências e apoiadas cientificamente, por outro, votei favoravelmente a presente proposta de resolução.

Frédérique Ries (ALDE), *par écrit*. – Cosignataire de la résolution visant une nouvelle stratégie pour le bien-être animal pour les années 2016 à 2020, je constate que la plénière a soutenu, à une très large majorité de 542 voix pour, une approche pragmatique sur ce sujet très important.

Le degré de bien-être animal dans l'Union européenne est l'un des plus élevés au monde. Il faut également souligner que de nouvelles mesures visant à améliorer le bien-être animal sont en cours d'élaboration puisque le Parlement européen participe actuellement à des négociations pour consolider les législations sur la santé animale, les conditions zootechniques ou la production biologique.

Pour autant, j'estime que le texte aurait dû être renforcé. Sur des questions aussi sensibles que la protection des animaux vivants pendant le transport commercial, la lutte contre le commerce illégal d'animaux sauvages, le respect de la directive «Oiseaux» ou l'interdiction de la détention de cétacés en captivité, le Parlement européen devra se montrer plus ambitieux à l'avenir.

L'Union européenne doit plus globalement revenir sur le mode d'élevage intensif, mauvais pour les animaux et l'environnement. Et la question de la suppression progressive des systèmes de cages, leur remplacement par des pratiques répondant aux besoins éthologiques des animaux, ne doit plus être taboue.

Michèle Rivasi (Verts/ALE), *par écrit*. – L'actuelle stratégie pour la protection et le bien-être animal 2012-2015 se termine sur un bilan très mitigé: la moitié des actions qui étaient prévues n'ont pas été mises en œuvre et la Commission ne porte aucune nouvelle proposition législative sérieuse pour harmoniser la protection et le bien-être animal en Europe. En refusant une résolution ambitieuse, les groupes politiques de la grande coalition au Parlement européen se sont montrés indifférents non seulement à la souffrance animale, mais aussi aux citoyens et consommateurs européens qui s'indignent de la maltraitance animale tant dans l'élevage industriel, que dans les abattoirs et le transport.

L'Europe se doit de légiférer sur cette question qui impacte tant notre santé, que notre alimentation et notre environnement; il faut un nouveau plan d'action. Nous ne pouvons pas tolérer en Europe des pratiques insupportables à l'encontre des animaux qui sont reconnus comme des êtres sensibles par le traité de Lisbonne. Les intérêts des grands groupes de l'industrie alimentaire ne doivent pas passer avant les préoccupations légitimes concernant la santé humaine et animale.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution portant sur une nouvelle stratégie pour le bien-être animal. Il est grand temps d'évaluer la stratégie 2012-2015, de mettre en œuvre sans délai les points en suspens de celle-ci et d'élaborer une nouvelle stratégie ambitieuse pour la période 2016-2020.

La Commission doit se montrer plus ambitieuse et doit exiger des pays tiers d'adopter des normes équivalentes pour les animaux et les produits importés, avec des contrôles stricts. Elle devrait en outre encourager l'échange des meilleures pratiques et soutenir l'innovation et la recherche pour élaborer de nouvelles techniques et technologies consacrées au bien-être animal.

N'oublions pas, enfin, la nécessité de doter la PAC de fonds suffisants afin d'empêcher la délocalisation de la production et du commerce vers des pays ayant des normes moins strictes.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu et voté le texte de cette résolution, qui demande instamment à la Commission d'évaluer la stratégie actuelle et d'élaborer une nouvelle stratégie ambitieuse pour la protection et le bien-être animal au cours de la période 2016-2020 et de pérenniser un cadre normatif rigoureux en matière de bien-être animal dans l'ensemble des États membres. Les normes de bien-être animal ne doivent en aucun cas être tirées vers le bas pour des raisons de simplification administrative. La Commission est invitée: – à se montrer plus ambitieuse en tenant compte de la réciprocité des normes de bien-être animal; – à promouvoir le bien-être animal dans les pays tiers en exigeant des normes de bien-être équivalentes pour les animaux et les produits importés, assorties de contrôles stricts.

J'ai également voté en faveur d'amendements plus ambitieux, comme celui demandant à la Commission de garantir le financement de la recherche scientifique sur des pratiques d'abattage moins cruelles et de financer d'autres méthodes d'essais n'utilisant pas les animaux afin d'éviter de soumettre les animaux à des souffrances importantes et de supprimer l'expérimentation animale dans les meilleurs délais. J'ai également soutenu un amendement invitant la Commission à recommander aux États membres d'interdire la détention de cétacés en captivité.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Esta proposta de resolução comum versa sobre a necessidade de criar uma nova estratégia para o bem-estar dos animais relativo ao período 2016-2020. É assinalável que o bem-estar na UE é um dos mais elevados no mundo e, como tal, é necessário continuar a preservar este lugar de destaque que a União foi conquistando ao longo das últimas décadas com as suas medidas, que permitiram avanços significativos nesta matéria.

O bem-estar animal, bem como as escolhas informadas e conscientes por parte dos consumidores são dois fatores de extrema importância, que têm sido tomados em linha de conta na implementação de medidas contributivas para a sustentabilidade dos elevados padrões europeus.

Concordo, em particular, com a relatora no que respeita à necessidade de divulgação das boas práticas e de promover o bem-estar animal em países terceiros com os quais a UE estabelece acordos comerciais, por forma a assegurar que os produtos importados seguem linhas de controlo e rigor equivalentes. Por esta razão, voto favoravelmente nesta resolução.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto a favore della relazione inerente la nuova strategia in materia di benessere degli animali per il periodo 2016-2020 in quanto ritengo necessario una semplificazione e una armonizzazione del diritto legislativo tra gli Stati membri dell'Unione europea in materia di salute e benessere degli animali. Attualmente le differenti norme comunitarie e nazionali oltre a creare incertezza giuridica comportano anche svantaggi concorrenziali tra produttori e incertezze d'informazione tra i consumatori.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la Resolución, consensuada entre populares, socialistas, conservadores y liberales, porque atiende a la creciente sensibilidad de la opinión pública en materia de bienestar animal, y porque consideramos que está estrechamente ligada a la cuestión de la salud pública.

Incide en que el bienestar animal no puede lograrse a costa de imponer mayores gastos y trabas burocráticas a los ganaderos, menoscabando así la competitividad del campo europeo. Insta a la Comisión a que vele por que los Estados miembros cumplan las normativas europeas y pide la elaboración de estudios científicos y tecnológicos que promuevan alternativas que redunden en el bienestar animal.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución porque considero necesario que la Comisión Europea proponga una nueva estrategia en materia de bienestar animal para el periodo 2016-2020, que aborde ámbitos como el tráfico de especies exóticas, la caza de trofeos, las prácticas «culturales» que implican maltrato o sufrimiento animal (como los toros en el Estado español), la agroganadería industrializada, etc. Una nueva estrategia de bienestar animal para 2016-2020 nos ayudaría a caminar hacia una producción agrícola y ganadera más sostenible y justa.

Ricardo Serrão Santos (S&D), *por escrito*. – Apesar dos resultados positivos no âmbito do bem-estar animal resultantes da estratégia implementada pela Comissão Europeia no período 2010-2015, há ainda um vasto campo de oportunidades de melhoria. Os erros, as abordagens descuidadas e facilitadoras, o desconhecimento e ainda os maus-tratos diretos e indiretos dos animais merecem uma reflexão detalhada para uma nova estratégia. Por essa razão, votei positivamente esta proposta de resolução.

Apesar de várias das alterações apresentadas me parecerem adequadas e merecerem o meu acordo, nalguns casos votei negativo ou por abstenção, não pelo seu conteúdo, mas porque considero estão desajustadas ao contexto do documento que estava em votação, que mais não é que uma resolução de conceitos genéricos para que se trabalhe numa estratégia específica para os próximos 4 anos. O documento em discussão e votação é um documento que estimula a iniciativa da Comissão e não a futura estratégia propriamente dita. Nesta sim muitas das sugestões propostas terão o seu espaço.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this vote. I think this could lead to a new massive regulatory framework. I think the rules we currently have are adequate and that they should be enforced properly.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this resolution as I think it adequately addresses the animal welfare concerns and – particularly in Recital E – makes specific provisions for Member States not to be at a competitive disadvantage as a result of animal welfare policies.

Branislav Škripek (ECR), *písomne*. – Hlasoval som za návrh legislatívneho uznesenia o novej stratégii v oblasti dobrých životných podmienok zvierat na roky 2016-2020, pretože je potrebné, aby sme dokázali zabezpečiť bezpečné potraviny živočíšneho pôvodu v EÚ. Musíme však rovnako zaručiť, aby nová stratégia nespôsobilá dodatočné administratívne zaťaženie a zvýšenie nákladov pre našich poľnohospodárov. Zároveň oceňujem úsilie poľnohospodárov o dobré životné podmienky zvierat.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – V poslednej dobe sa zvýšila citlivosť občanov krajín EÚ na životné podmienky zvierat. Keďže je dôležité, aby mali občania možnosť rozhodnúť sa, aké potraviny budú konzumovať, Komisia by mala pristúpiť k tomu, aby vytvorila spoločnú stratégiu týkajúcu sa podmienok, v ktorých sú zvieratá chované. Súhlasím preto so stanoviskom EP, ktoré vyzýva Komisiu, aby zobrala do úvahy posledné výsledky vedeckých výskumov poukazujúcich na nedostatky v chovných podmienkach, ktorým sú zvieratá vystavené.

Európska legislatíva je v dnešnej podobe príliš rozdrobená a vytvára právnu neistotu, ktorá znevýhodňuje producentov a konzumentom neposkytuje dostatočnú istotu. Preto je potrebné, aby sa pravidlá chovania zvierat zjednotili prihladnúc k novým vedeckým záverom. Komisia by však v prvom rade mala myslieť na to, že zvieratá sú často chované na účely masovej produkcie v podmienkach, ktoré sú nehumánne. Životné podmienky zvierat by sa mali ďalej zlepšovať na základe prevládajúcich vedeckých poznatkov a s náležitým prihliadnutím na efektívnosť a konkurencieschopnosť chovu hospodárskych zvierat v poľnohospodárstve. Vysoká úroveň životných podmienok zvierat je dôležitá na zabezpečenie udržateľnosti, hoci je spojená s investíciami a dodatočnými prevádzkovými nákladmi.

Bart Staes (Verts/ALE), *schriftelijk*. – Het is beschamend hoe de Europese Commissie omgaat met dierenwelzijn. De in 2011 gemaakte afspraken lopen eind 2015 af en zijn verre van gerealiseerd. Bepaalde afspraken zijn amper omgezet in wetgeving door de lidstaten. Zo overschrijdt het dierentransport (met 29 uur) in bepaalde lidstaten de vastgelegde limiet van 8 uur en ontbreekt het aan controle hierop. Uit cijfers blijkt verder dat 15 lidstaten er niet in slaagden de batterijkippen uit te bannen en 17 lidstaten nog steeds zeugenboxen toelaten. Normen zijn niet overgenomen in handelsakkoorden, en zowel de Raad als de Commissie blokkeerden het initiatief om honden verplicht te chippen. Toch blijft de Commissie erop vertrouwen dat alles goed komt.

De alsnog ter stemming voorgelegde resolutie is ronduit een gemiste kans. Hoewel de inhoud in grote lijnen is overeengekomen tijdens de Interfractiewerkgroep dierenwelzijn, hebben de grootste fracties hun staart ingetrokken. In plaats van op te roepen tot een nieuwe strategie met bindende afspraken en duidelijke verbintenissen, werd vooral geklaagd over hoge administratieve lasten ten koste van het welzijn van dieren. Vragen naar wetgeving zonder specificaties is een recept voor een lege doos en precies dat is er gebeurd. Ik heb om die reden tegen de resolutie gestemd.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržavam ovaj prijedlog rezolucije jer zakonodavstvo EU-a u području zaštite životinja pridonosi dobrom funkcioniranju unutarnjeg tržišta. Europski građani imaju velik interes za dobrobit životinja. Također podržavam prijedlog rezolucije jer nacionalni propisi o dobrobiti životinja ne smiju biti u suprotnosti s načelima jedinstvenog tržišta EU-a. Smatram da je dobrobit životinja usko povezana s javnim zdravstvom. Nadalje dobrobit životinja treba dodatno poboljšati na temelju prevladavajućih znanstvenih nalaza.

Ova rezolucija će pridonijeti višoj razini dobrobiti životinja gdje je važno osigurati održivost što podrazumijeva ulaganja i dodatne troškove koji nisu raspoređeni proporcionalno u cijelom prehrambenom lancu. Zbog svoje složenosti i različitih interpretacija propisa EU-a i nacionalnih propisa o dobrobiti životinja stvara se pravna nesigurnost i može staviti proizvođača u pojedinim državama članicama u ozbiljan nepovoljan konkurentni položaj. Stoga podržavam ovaj prijedlog rezolucije da ne bi došlo do takve situacije.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Strategija Europske unije za zaštitu i dobrobit životinja 2012. – 2015. godine (COM(2012)0006) pokrenuta je s ciljem utvrđivanja jasnog plana za provedbu mjera u području politike Europske unije za dobrobit životinja. U tu strategiju uključeno je mnogo aspekata iz Rezolucije Parlamenta od 5. svibnja 2010. godine.

Na prijedlog Vijeća sastavljena je nova strategija za zaštitu i dobrobit životinja za razdoblje 2016. – 2020. godine. Svrha strategije jest pojednostavljivanje zakonskog okvira Europske unije, kontinuitet i jasnoća operacija nužnih za postizanje daljnjih pozitivnih pomaka u području zaštite životinja.

Podržavam stajalište Vijeća o sastavljanju nove strategije u svrhu zaštite i dobrobiti životinja za razdoblje 2016. - 2020. godine. Smatram kako će se pojednostavljenjem zakonskog okvira Europske unije za dobrobit i zaštitu životinja, osigurati bolji uvjeti za njihov život.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Glasovala sem za skupni predlog resolucije o novi strategiji za dobrobit živali za obdobje 2016-2020. Pridružujem se pozivu iz resolucije, naj Evropska komisija čim prej začne izvajati še neuresničene točke iz strategije Evropske unije za zaščito in dobrobit živali 2012-2015 ter naj oceni obstoječo strategijo in pripravi novo, ambiciozno strategijo za zaščito in dobrobit živali za obdobje 2016-2020. Pogrešam tudi bolj učinkovito izvajanje obstoječe zakonodaje.

Kay Swinburne (ECR), *in writing.* – I voted in favour of this joint resolution on a new animal welfare strategy for 2016-2020.

Achieving the highest possible EU standards for the protection and welfare of animals and, in particular, ensuring that existing animal welfare legislation is fully implemented throughout the Member States, is something that I, and many constituents in Wales, feel very strongly about.

I therefore welcome this resolution's call for a new and ambitious strategy to be drawn up for the years 2016-2020, to ensure the continuation of a framework to deliver high animal welfare standards across the Member States.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Πρέπει να υπάρχει απαγόρευση των εισαγωγών και της εμπορίας κλωνοποιημένων ζώων εντός της Ένωσης και να εφαρμόζονται επίσημοι έλεγχοι για σταθερότητα και προβλεψιμότητα των επενδύσεων στον αγροτικό τομέα, με παράλληλη διασφάλιση της υγείας.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban.* – Szavazatommal támogattam a közös állásfoglalási indítványt, mivel úgy gondolom, hogy az állatjóléti intézkedések fontosak és hogy ezek folyamatosságát biztosítani kell. Mindezt azért, mert az EU-szintű állatjóléti stratégia is hozzájárul a belső piac megfelelő működéséhez. A stratégiában úgy vélem, hogy kiemelt szerepet kell, hogy kapjon az innováció, az oktatás és a különböző alapok közötti koherencia megteremtése.

Továbbá fontosnak tartom, hogy nagyobb hangsúlyt kell fektetni a fogyasztók tájékoztatásra és az átláthatóság biztosítására is, mivel a vásárolt élelmiszerek esetében tudnunk kell, hogy a termelők betartják-e az állatjóléti előírásokat. Megjegyzem azonban, hogy figyelni kell arra, hogy ezek szabályok ne legyenek gátjai az egységes piac működésének. Az állatjóléti előírások az EU-ban már kiemelkedőek, mellyel csökkenteni tudjuk intenzív állattartás negatív hatásait. Ezt a magas szintet tovább emelni nehéz, illetve ne felejtjük el, hogy a haszonállatok nagy része háziiasított, természetes közegben meg sem tudnának élni. Inkább az EU-n kívüli országokat kell ösztönözni arra, hogy vegyék át legjobb gyakorlatainkat.

Egyetértek azzal, hogy a Bizottság vonja le a konzekvenciákat a 2012-2015-ös stratégiából és azokat építse be a kialakítandó 2016-2020-as stratégiába úgy, hogy azok ne okozzanak adminisztratív terheket és áremelkedést a termelőknek, illetve a fogyasztóknak.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto.* – Il rispetto e la tutela del benessere degli animali in qualità di esseri senzienti è consacrata nell'articolo 13 del trattato sul funzionamento dell'UE. Eppure, è un principio che viene troppo spesso dimenticato. Ho votato a favore di questa risoluzione perché, nonostante la bocciatura dei nostri emendamenti, rappresenta sempre un passo avanti poiché si chiede alla Commissione di presentare una proposta legislativa sul benessere animale. Avremo pertanto l'opportunità di ripresentare le nostre proposte. I punti fermi per i quali ci batteremo di nuovo sono: il pieno rispetto nelle legislazioni europee e nazionali dell'articolo 18 TFUE; il graduale ma definitivo abbandono della sperimentazione animale rispettando quanto chiesto dalla campagna «Stop Vivisection»; il divieto delle pratiche di macellazione rituale; il divieto dell'utilizzo degli animali negli spettacoli circensi e l'impegno concreto per la chiusura di tutti i delfinari. Abbiamo votato positivamente a quegli emendamenti che comprendevano alcuni punti a noi cari come il commercio illegale degli animali e il bracconaggio.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Modul în care o societate tratează animalele, domestice sau sălbatice, este definitoriu pentru gradul său de civilizație.

Astfel, evitarea relelor tratamente la adresa animalelor și recunoașterea drepturilor lor sunt principii esențiale care merită să fie susținute de Uniunea Europeană.

Reglementările europene actuale sunt insuficiente și au nevoie de un cadru strategic armonizat pentru perioada următoare, conferit de rezoluții ale Parlamentului European. Acest cadru privește chestiuni care țin de domeniul agricol zootehnic, dar și de cele de mediu, sănătate publică, piață internă și liberă circulație (a animalelor de companie).

Probleme importante sunt puse de persistența practicii abominabile a luptelor de câini, de prezența câinilor fără stăpân în marile orașe, uciderea cu violență a animalelor domestice, folosirea unor animale drept cobai, amenințarea cu dispariția în cazul unor rase de elită sau de folosirea animalelor sălbatice la circ.

Pentru a evita aceste practici este nevoie de o abordare integrată, promovată de Comisia Europeană pentru perioada 2016-2020 și bazată pe criterii științifice riguroase.

Actualele rezoluții sunt absolut necesare pentru abordarea unitară a problemei și pentru îmbunătățirea generală a situației animalelor pe teritoriul statelor membre.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai co-signé puis voté cette résolution. Nous demandons à la Commission de garantir un cadre législatif actualisé, complet et clair qui assure la pleine application des dispositions de l'article 13 du TFUE. Je rappelle cependant que les normes de bien-être animal ne doivent en aucun cas être tirées vers le bas pour des raisons de simplification administrative. Le texte souligne que ces objectifs ne s'excluent pas mutuellement.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The main objective of this resolution that I supported is to urge the Commission to implement the points that are still pending from the EU Strategy on the Protection and Welfare of Animals 2012-2015 and to draw up a new strategy for 2016-2020 period. At the same time, it recalls the principle of administrative simplification and warns that the new strategy should not add more burdens on producers. Among other things, the resolution highlights the potential of EU legislation on animal welfare to contribute to a level playing field within the EU and to mitigate comparative disadvantages for producers.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam inicijativu za novu Strategiju za dobrobit životinja za razdoblje od 2016. do 2020. kojom je predloženo da pojednostavljenje zakonodavnog okvira Europske unije za dobrobit životinja bude ključni dio nove strategije. Smatram da će to biti od koristi ne samo za potrošače diljem Europske unije, nego i uzgajivače životinja. Naime, uz povećanu transparentnost naglasak treba biti stavljen i na omogućivanje dodjele većih potpora uzgajivačima za ispunjavanje standarda za smještaj životinja, kako bi to bilo u skladu sa zakonima EU-a. S druge strane, potrošačima treba dati više informacija o tome što znače deklaracije o dobrobiti životinja na etiketama proizvoda. Povećavanjem standarda poboljšat će se kvaliteta uzgoja životinja te krajnjih proizvoda, a konkurentnost uzgajivača u odnosu na uvoz iz inozemstva postići će se promoviranjem standarda smještaja i brige za životinje.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Skupni predlog resolucije Evropskega parlamenta o novi strategiji za dobrobit živali za obdobje 2016-2020 sem podprla, saj menim, da je treba kljub temu, da je raven dobrobiti živali v EU ena najvišjih na svetu, ta nivo še nadgraditi in izvajati tudi ukrepe, ki so bili že osnovani v preteklosti, vendar žal še niso realizirani. Menim, da je strategija za dobrobit živali za obdobje 2016-2020 zelo pomembna, saj posredno vpliva tudi na zdravje ljudi. V novi strategiji bi opredelitev dobre reje živali prispevala tudi k skladnosti standardov za dobrobit živali v Evropski uniji.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la Resolución, consensuada entre populares, socialistas, conservadores y liberales, porque atiende a la creciente sensibilidad de la opinión pública en materia de bienestar animal, y porque consideramos que está estrechamente ligada a la cuestión de la salud pública.

Incide en que el bienestar animal no puede lograrse a costa de imponer mayores gastos y trabas burocráticas a los ganaderos, menoscabando así la competitividad del campo europeo. Insta a la Comisión a que vele por que los Estados miembros cumplan las normativas europeas y pide la elaboración de estudios científicos y tecnológicos que promuevan alternativas que redunden en el bienestar animal.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – While European legislation in the field of animal welfare contributes to equal conditions of competition in the European Union and to the smooth functioning of the internal market, and European citizens have a deep interest in the welfare of animals, this is a public health issue and therefore I gave my support to this motion.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az állatok jólétét tovább kell javítani a mindenkori tudományos ismereteknek megfelelően, figyelembe véve a mezőgazdasági állattenyésztés hatékonyságát és versenyképességét. A helyes állattenyésztés meghatározása kedvezne az Unió-szerte egységes állatjóléti előírások kidolgozásának. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de la Resolución, consensuada entre populares, socialistas, conservadores y liberales, porque atiende a la creciente sensibilidad de la opinión pública en materia de bienestar animal, y porque consideramos que está estrechamente ligada a la cuestión de la salud pública.

Incide en que el bienestar animal no puede lograrse a costa de imponer mayores gastos y trabas burocráticas a los ganaderos, menoscabando así la competitividad del campo europeo. Insta a la Comisión a que vele por que los Estados miembros cumplan las normativas europeas y pide la elaboración de estudios científicos y tecnológicos que promuevan alternativas que redunden en el bienestar animal.

Владимир Уручев (PPE), *в писмена форма*. – Подкрепих предложението за обща резолюция на Европейския парламент относно нова стратегия за хуманно отношение към животните за периода 2016-2020 г., тъй като считам, че е необходима единна законодателна рамка на европейско ниво, която да засили общото разбиране за хуманно отношение към животните. Тази рамка следва да обхваща различните аспекти на законодателството, в т.ч. здраве на животните, зоотехнически условия, биологично производство и официален контрол.

Общоевропейският подход не само ще засили конкурентоспособността на вътрешния пазар, но и ще даде ясен сигнал към търговските партньори от трети страни да спазват еквивалентни стандарти по отношение на внасяните животни и продукти. Високото ниво на европейските стандарти е пряко свързано с качеството на продуктите от животински произход, а оттам и с доверието на потребителите.

По линия на Общата селскостопанска политика може да се осигури подходящо финансиране за дейности, свързани с хуманното отношение към животните, за да се предотврати пренасочване на производството и търговията към държави с по-ниски стандарти в тази сфера. Необходими са допълнителни стимули по линия на Общата селскостопанска политика за инвестиции в земеделските стопанства с оглед подобряване на хуманното отношение към животните. Това не само ще направи крайната продукция по-конкурентна на пазара, но и ще подобри положението на производителите във веригата на доставки.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de una Resolución que pide a la Comisión que ponga al día la estrategia de bienestar animal para el período 2016-2020 en consonancia con el artículo 13 del Tratado de Funcionamiento de la Unión Europea. Es necesario que se sigan respetando las exigencias en materia de bienestar de los animales, así como las disposiciones legales o administrativas y las costumbres de los Estados miembros en este ámbito. Asimismo, es necesario que las instituciones tengan en cuenta el bienestar animal cuando negocian tratados con terceros países. Por todo ello, considero necesario votar a favor de esta Resolución.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta Resolución porque considero necesario que la Comisión Europea proponga una nueva estrategia en materia de bienestar animal para el periodo 2016-2020, que aborde ámbitos como el tráfico de especies exóticas, la caza de trofeos, las prácticas «culturales» que implican maltrato o sufrimiento animal (como los toros en el Estado español), la agroganadería industrializada, etc. Una nueva estrategia de bienestar animal para 2016-2020 nos ayudaría a caminar hacia una producción agrícola y ganadera más sostenible y justa.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of a new animal welfare strategy for 2016-2020. It is imperative that we uphold European values by protecting and safeguarding the welfare of animals. To achieve this the Commission must draw up a new and ambitious plan. In its response where there is clear scientific evidence demonstrating animal welfare problems the Commission must be flexible in its adaption of existing instruments to meet these issues. The promotion of innovation and research on the development of new animal welfare techniques and technologies is also vital to ensuring, so far as possible, good treatment of animals in these situations. There has been good progress on this recent years, but we need to go further in the years to come.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor deze resolutie waarin wordt aangedrongen op een nieuwe strategie voor het dierenwelzijn. Als dierenliefhebber vind ik dat deze resolutie een zeer duidelijk signaal aan de Commissie geeft dat wij in het Europees Parlement meer duidelijke maatregelen verwachten om een beter dierenwelzijn in onze Europese Unie te waarborgen.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Depuis plus de trente ans, l'Union développe une législation visant à mieux protéger les animaux. Plus de trente textes prévoyant des degrés variables de protection des animaux ont déjà été produits mais leur mise en œuvre et leur application dans les États membres reste très irrégulière.

La stratégie de l'Union européenne pour la protection et le bien-être des animaux pour la période 2012-2015 définissait une vingtaine d'actions prioritaires mais seules neuf d'entre elles ont été portées par la Commission jusqu'à présent. Ce cadre doit être renouvelé et actualisé afin de répondre aux enjeux du secteur.

Malheureusement, la résolution qui nous a été proposée n'est pas à la hauteur de ce que l'on pourrait attendre.

Mon groupe, la GUE/NGL, avait déposé, avec les Verts, un certain nombre d'amendements afin notamment de prendre en compte la protection des animaux en matière d'élevage, de transport et d'abattage. Tous ces amendements ont été rejetés.

Cette résolution n'est donc qu'une déclaration de bonnes intentions sans réelles mesures et actions. Je me suis donc abstenue.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Os atentados ao bem-estar animal são uma consequência de uma agricultura cada vez mais submetida à lógica do lucro num mercado global cada vez mais competitivo.

Os níveis absurdos de intensidade produtiva que temos na União Europeia, seja ao nível das poedeiras ou na produção intensiva de porcos, aves ou coelhos, não resultam de qualquer capricho por parte dos nossos agricultores. Trata-se de uma contingência que os obriga a maximizar a produtividade animal, sob pena de pura e simplesmente não conseguirem garantir a rentabilidade das suas explorações.

É esta contradição que está por resolver. Uma contradição entre uma PAC cada vez mais liberal, orientada para os mercados e que empurra os agricultores para modelos produtivistas onde o lucro se sobrepõe ao bem-estar animal, e todas as evidências científicas que nos alertam todos os dias para a necessidade de parar com esta loucura. Parar em nome do bem-estar animal, da biodiversidade e da saúde pública.

Importa, por isso, alargar a nossa equação agrícola a outras variáveis sociais e ambientais em nome da sobrevivência do nosso planeta.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Ein Verbot von schmerzhaften Praktiken wie zum Beispiel dem Stopfen von Enten und Gänsen für die Herstellung von Leberpastete, dem Kupieren von Schwänzen und dem Stutzen von Schnäbeln, der Enthornung von Vieh oder der Haltung von Kälbern in Käfigen ist zu begrüßen.

Henna Virkkunen (PPE), *kirjallinen*. – Sivistynyt yhteiskunta huolehtii myös heikoimmistaan. Eläinten hyvinvointi on asia, johon koko Euroopan täytyy kiinnittää enemmän huomiota. Valitettavasti monissa jäsenvaltioissa ei ole pantu täytäntöön edes nykyistä, varsin kevyttä eläinsuojelusääntelyä. Tehotuotannon ongelmat ja suoranaiset julmuudet ovat vielä yleisiä esimerkiksi liharajatuotannossa. Kotieläimet kärsivät monissa jäsenmaissa, koska tavat hillitä esimerkiksi kulkukoirapopulaatioita ovat suorastaan barbaarisia. On lainsäätäjien, komission ja jäsenvaltioiden tehtävä huolehtia, että näihin epäkohtiin puututaan viivyttämättä. Kulttuuriperustein ei muutenkaan tule puolustella, saati tukea maataloustuen kautta, tuotantomenetelmiä tai eläinten tappamista viihdetarkeoituksissa.

Eläinten hyvinvointiin tehdyt panostukset eivät aina tarkoita korkeampia tuotantokustannuksia maataloudessa. Usein myös tuottavuus paranee, lääkkeiden käyttö vähenee ja poikaskuolleisuus pienenee, kun eläinten lajityypillisen käyttäytymisen vaatimukset otetaan paremmin huomioon. Tärkeää olisi myös huomata, että kuluttajat ovat valmiita maksamaan enemmän tuotteista, joissa eläinten hyvinvointiin on kiinnitetty huomiota. Esimerkiksi kotimaassani Suomessa kuluttajista 70 % näkee tuotantoeläinten pito-olosuhteet ongelmallisina. Yksi ratkaisu olisi luoda yhteiset, lajikohtaiset kriteerit eläinten hyvinvointiin. Eettisestä kuluttamisesta kiinnostunut kuluttaja hyötyisi merkistä, joka takaisi eläinten pitoon edes kohtuullisen tason. Samalla tuottajat eivät joutuisi kilpailemaan epäreiluin tuotantomenetelmin, vaan voisivat panostaa laatuun ja hyvinvointiin.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Ich habe für die Vorschläge zur Verbesserung des Tierschutzes gestimmt, da Tierschutz traditionell ein Kernanliegen nationaler Heimatschutzpolitik darstellt und daher jede Initiative, die auf Verbesserungen abzielt, Unterstützung verdient. Bereits Gandhi drückte es treffend aus, als er sagte: „Die Größe und den moralischen Fortschritt einer Nation kann man daran messen, wie sie die Tiere behandelt.“

An solchen Maßstäben sollte sich auch Europa messen lassen.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des Europäischen Parlaments zum Entschließungsantrag über eine neue Tierschutzstrategie für den Zeitraum 2016-2020 habe ich zugestimmt. Die Maßnahmen erscheinen mir ausgewogen. Die von Linken und Grünen eingebrachten Änderungsanträge im Hinblick auf einen besseren Schutz bestimmter Tiere – Fische, Schweine, Legehennen, Jagdwild etc. – habe ich durch die Bank abgelehnt, weil sie stets ein Handeln der EU-Kommission eingefordert haben. Ich wende mich jedoch gegen größere Kompetenzverlagerungen auf die EU. Ich schließe also nicht aus, dass ich einzelne entsprechende Vorhaben auf nationalstaatlicher Ebene unterstützen könnte. Die EU sollte jedoch von ihrer Vielfalt leben, die am besten dadurch gewährleistet wird, dass gerade schwierig zu entscheidende und umstrittene Fragen verschiedene Lösungen finden.

Flavio Zanonato (S&D), *per iscritto*. – Accolgo con favore l'approvazione della risoluzione su una nuova strategia per il benessere animale 2016-2020. Trovo particolarmente appropriato il passaggio in cui si esprime preoccupazione per l'eccessiva complessità e per il gran numero di atti legislativi che regolano la materia. Mi preme porre l'accento sull'importanza di garantire benessere e rispetto delle norme sanitarie degli animali ma ricordo che, perché ciò accada, è necessaria una legislazione semplice e chiara. È ora importante che la Commissione europea presenti una nuova e ambiziosa strategia per il periodo 2016-2020, un quadro che mi auguro possa, nel segno della continuità con il precedente *framework* normativo, garantire all'Europa gli standard più elevati al mondo in materia di protezione animale.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Rozhodl jsem se podpořit toto usnesení, které vyzývá Komisi k přípravě nové ambiciózní strategie v oblasti dobrých životních podmínek zvířat. Jsem přesvědčen, že v této oblasti jsou nutné rovné podmínky v celé Unii, a tím i podpora vnitřního trhu. Jednou z mých priorit je také podpora ochrany spotřebitele, mám za to, že takováto strategie přispěje i k tomu, aby se spotřebitelé mohli rozhodovat informovaněji a tím mohli lépe uplatňovat svá práva. A konečně, avšak ne na posledním místě, jsem podpořil toto usnesení proto, že životní podmínky zvířat jsou spjaty se zdravím zvířat a v konečném důsledku s veřejným zdravím, tedy zdravím každého z nás.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – A primeira grande falha desta resolução está na ausência de reconhecimento da grande contradição existente entre a Política Agrícola Comum, cada vez mais liberal, orientada para os mercados e que empurra os agricultores para modelos de produção intensivos, onde o lucro se sobrepõe ao bem-estar e à saúde animal, e todas as evidências científicas que nos alertam para a necessidade de defender os equilíbrios ecológicos, o bem-estar animal, a biodiversidade e a saúde pública. Poderia e deveria ter ido mais além, fazendo a crítica e recusando o produtivismo da atual PAC e defendendo uma outra política agrícola.

Consideramos que existe a necessidade de um quadro legal que traduza as preocupações da generalidade dos cidadãos no que toca à salvaguarda do bem-estar animal, mas não acompanhámos todas as propostas de alteração apresentadas. Apesar das suas insuficiências e limitações reconhecemos aspetos positivos nesta resolução.

Marco Zullo (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore della risoluzione per il benessere animale perché credo che gli animali debbano venire rispettati e tutelati in qualità di esseri senzienti come stabilito nell'articolo 13 del TFUE. Sono convinto che sia necessario abbandonare l'ipocrisia che permette che «per ragioni scientifiche» migliaia di animali siano orrendamente sacrificati per la sperimentazione di farmaci e altri prodotti, quando ormai sappiamo che si tratta di una pratica inutilmente crudele che non dà nemmeno risultati certi. Allo stesso modo non possiamo continuare a consentire che troppi animali vengano sfruttati nei circhi per il divertimento di un pubblico che non riesce a comprendere la sofferenza che si cela dietro una vita per loro innaturale. Né possiamo più accettare che si adducano ragioni religiose per permettere che gli animali vengano macellati seguendo procedure barbare che causano loro sofferenze atroci. Credo sia arrivato il momento di affrontare la questione dimostrando la maturità del nostro grado di civiltà e, benché reputi positivo questo voto, mi dispiace che gli emendamenti da noi presentati, che avrebbero contribuito a migliorare e rendere ancora più incisivo il testo, siano stati rigettati.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Glasoval sem za predlog resolucije Evropskega parlamenta o novi strategiji za dobrobit živali za obdobje 2016-2020, saj menim, da predlaga utemeljene pozive Komisiji naj celovito obravnava težave v zvezi z okoljem in javnim zdravjem, ki nastanejo tudi zaradi pomanjkljive skrbi za dobrobit živali. Med drugim predlog resolucije poziva Komisijo, naj podpre razvoj nove trajnostne prehranske politike, ki bi sprejemala povečanje dobrobiti živalih na kmetijah v povezavi s širitvijo na rastlinah temelječe hrane in potrošnje.

12.4. Bildung für Kinder in Notsituationen und langandauernden Krisensituationen (B8-1240/2015)

Suulliset äänestyselitykset

Seán Kelly (PPE). – A Uachtaráin, dar ndóigh vótáil mé i bhfabhar na tuarascála seo chomh maith, agus mar iarmhúinteoir mé féin tuigim chomh tábhachtach is atá oideachas. Dá lán daoine is é an t-aon seans atá acu éalú ó bhochtanas, a gcearta polaitiúla, sóisialta agus eacnamaíochta a chur i bhfeidhm, agus dar ndóigh jab a fháil sa saol.

Ach tá suas le billiún leanaí óga in áiteanna ina bhfuil cogadh, foréigean agus easaontas ar siúl agus níl an seans acu dul ar scoil agus caithfidh ár ndícheall a dhéanamh chun cabhrú leo, go háirithe chun go bhféadfaidh siad dul ar scoil agus go mbeadh na múinteoirí in ann iad a mhúineadh agus iad a chosaint. Agus caithfidh gach iarracht a dhéanamh chun é sin a chur i bhfeidhm sna tíortha seo.

Dar ndóigh tá straitéis 2020 againn, agus táimid ag cur béim ansin ar sheans a thabhairt do gach uile dhuine ní amháin dul go dtí an bhunscoil, ach an mheánscoil agus an scoil tríú leibhéal comh maith. Is sin mar ba chóir.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, já bych chtěl vyzdvihnout v oblasti vzdělávání právě problém radikalizace mládeže. Radikalizace těch dětí, které zde nemají žádnou budoucnost v oblasti vzdělávání. A upozornit i na problém dětí, které směřují nyní do Evropy v rámci migrační vlny. My musíme dát těmto dětem budoucnost v oblasti vzdělávání, protože jak upozorňuje i zpráva kolegyně Datiové, je oblast prevence před radikalizací mládeže vždy spojována právě s úlohou vzdělávacího systému.

Proto jsem podpořil jak zprávu kolegyně Datiové, tak i tento návrh usnesení, protože podle mého názoru vzdělávání je tou nejzákladnější hodnotou, kterou můžeme dát i těm dětem, které do Evropy nyní proudí, které nemají třeba budoucnost, a ony, když se navrátí do těch území, z nichž přišly, nepochybně budou sloužit jako určitý faktor tlumení nálad v té společnosti, které jsou radikální.

Andrejs Mamikins (S&D). – Tā jau sanācis vēsturiski, ka bērni, sievietes, sirmgalvji ir tie, kas pirmām kārtām cieš gandrīz jebkurā konflikta gadījumā. Tīri statistiski, kā jau teica vairāki kolēģi, ap vienu miljardu bērnu dzīvo dažādu veidu konfliktu skartās teritorijās, ceturtā daļa no tiem ir jaunāki par 5 gadiem, desmit miljoni bērnu ir bēgļi, kamēr vēl papildus 19 miljoni ir pārvietoti savās dzimtajās valstīs. Tas nav normāli.

Un es atbalstu tikai viena secinājuma dēļ – tas nav normāli, un mums jākorrigē mūsu politika. Es apsveicu no visas sirds Eiropas Savienības finansiālās palīdzības palielināšanu no 4,4 miljardiem EUR, kas bija programmā no 2007. līdz 2013. gadam, līdz 4,7 miljardiem EUR izglītības atbalstam jaunattīstības valstīs, kas ir plānots no 2014. līdz 2020. gadam.

Un tiešām, kolēģi, ja bērni ir mūsu planētas nākotne, tad izglītība nenoliedzami ir investīcija mūsu nākotnei, gan figurāli, gan faktiski.

Kirjalliset äänestysseilitykset

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), *in writing*. – This motion for a resolution calls for the EU to provide access to education for children in emergency situations. This motion for a resolution is in light of certain situations such as the Syrian civil war, which has completely demolished infrastructure in the region and has left children without education. The EU perceives this lack of education infrastructure to be a thriving ground for extremism; therefore the motion is calling for funding and an action plan for the situation. Even though we agree that education is important for children in emergency situations we do not feel it is within the remit of the EU to do this.

Isabella Adinolfi (EFDD), *per iscritto*. – L'Unione è da sempre impegnata nella tutela dei bambini e dei minori grazie alla sottoscrizione di trattati internazionali ed europei, nei quali si sancisce il rispetto dei diritti fondamentali di tali categorie, oltre che la previsione di strumenti d'intervento in caso di violazione degli stessi. L'istruzione, in particolar modo, permette lo sviluppo di un pensiero critico, la creazione dei cittadini del domani, oltre che una consapevole conoscenza dei propri diritti. Assicurare una continuità educativa e formativa a favore di bambini rifugiati, sfollati o comunque residenti in aree di crisi, può rappresentare per gli stessi una forma di sostegno non solo scolastico, ma anche psicologico ed umano. Per queste ragioni ho espresso voto favorevole.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – This motion for a resolution calls for the EU to provide access to education for children in emergency situations. This motion for a resolution is in light of certain situations such as the Syrian civil war, which has completely demolished infrastructure in the region and has left children without education. The EU perceives this lack of education infrastructure to be a thriving ground for extremism; therefore the motion is calling for funding and an action plan for the situation. Even though we agree that education is important for children in emergency situations we do not feel it is within the remit of the EU to do this.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor aunque considero positivo el llamamiento que hace esta Resolución a la Comisión Europea para incrementar el nivel de fondos de ayuda humanitaria que destina a apoyar la educación de niños y niñas afectadas por situaciones de emergencia humanitaria y crisis prolongadas, solicitando a su vez que los países de acogida hagan un esfuerzo para una mejor integración en sus sistemas educativos. El texto final de la Resolución otorga un papel «crucial» al sector privado en los sistemas educativos. Es inaceptable e incompatible el derecho a una educación de calidad y con acceso universal para todos con el negocio privado de unos pocos.

Por ello, a lo largo de todo el proceso de aprobación de esta Resolución, hemos defendido la necesidad de hacer de esta Resolución un llamamiento claro y apuesta por sistemas educativos públicos, gratuitos y de acceso universal tanto para la educación básica como la secundaria y universitaria, lo que ha sido rechazado por una mayoría conformada por conservadores y liberales, principalmente.

Desde mi rechazo frontal a que la Comisión Europea financie empresas privadas del sector educativo y mi apuesta por la educación pública, me he abstenido en la votación de esta Resolución.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – We voted in favour of the resolution as it calls for an increasing share of EU humanitarian funds for the education of children in emergencies and protracted crises, and on all host countries to help integrate child refugees into their national education system.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge leben eine Milliarde Kinder in von Konflikten betroffenen Gebieten. 250 Millionen davon sind jünger als fünf Jahre alt, und ihnen wird das Grundrecht auf Bildung verwehrt. 65 Millionen Kinder sind zwischen drei und 15 Jahren alt, am stärksten von Notsituationen und langwierigen Krisen betroffen sowie dem Risiko ausgesetzt, aus dem Bildungssystem herauszufallen. Deshalb begrüße ich die Entschließung des Europäischen Parlaments zur Bildung für Kinder in Notsituationen und andauernden Krisen.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Le texte souligne le caractère primordial de l'éducation dans les zones de conflit. En effet, l'éducation a un rôle majeur à jouer dans la reconstruction des sociétés post-conflit. De plus, les enfants ayant accès à l'éducation sont moins exposés aux risques de mariages forcés, de grossesses précoces, d'adhésion à des groupes armés, de radicalisation, de traite d'êtres humains. Cependant, le texte propose d'intégrer des professeurs issus des communautés déplacées, ce qui pourrait générer assez logiquement un phénomène de communautarisme. De plus, le texte appelle à la création de «couloirs éducatifs», qui permettraient aux étudiants issus de ces zones de conflit de poursuivre leur cursus dans une université européenne. Dans ces conditions, le souhait d'une intégration de très long terme semble supplanter l'objectif originel d'aide locale temporaire et empêche dès lors toute reconstruction sociétale dans les pays d'origines. Si l'idée générale est bonne, son application est néanmoins inadaptée aux enjeux à venir.

Je me suis donc abstenue.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I abstained on this resolution, because I agree with the principle of the resolution but not that it should be implemented by the European Union.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą dėl vaikų švietimo ekstremaliųjų situacijų ir užsitęsusių krizių atvejais. Konfliktų apimtose teritorijose gyvena vienas milijardas vaikų, iš kurių 250 mln. yra jaunesni nei penkerių metų ir jiems neleidžiama pasinaudoti teise į švietimą. Ilgainiui kokybiškas švietimas gali būti esminė sudekamoji dalis atkuriant konfliktą išgyvenusias visuomenes, kadangi jis gali padidinti vaikų uždarbio galimybes, sudaryti jiems sąlygas išlaikyti savo šeimas sveikas ir pagerinti jų sugebėjimą ištrūkti iš skurdo. Pritariu, kad daugiausia dėmesio reikia skirti viduriniam išsilavinimui ir profesiniam mokymui, taip pat pagrindiniam pradiniam ugdymui. Pritariu raginimams valstybėms narėms parengti specialias nelydimų nepilnamečių ir vienišų motinų su vaikais priėmimo programas. ES ir jos humanitarinės pagalbos agentūros turėtų į visą reagavimo į nelaimės ciklą sistemiskai įtraukti švietimą ir vaikų apsaugą ir užtikrinti, kad veiktų lankstūs daugiamečiai paramą užsitęsusių krizių atveju teikiantys fondai.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Cette proposition de résolution souligne le caractère primordial de l'éducation dans les zones de conflit. Soit.

Les enfants ayant accès à l'éducation sont en effet moins exposés à des risques de mariage forcés, de grossesses précoces, d'adhésion à des groupes armés, de radicalisation, de trafic ou d'abus divers.

Le texte demande la création de «couloirs éducatifs» qui permettraient aux étudiants issus de zones de conflits de pouvoir poursuivre leurs cursus dans les universités européennes. Cependant, il propose également d'intégrer des professeurs issus des communautés de déplacés, ce qui pourrait créer un phénomène de communautarisme. Voilà pourquoi j'ai choisi de m'abstenir.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – Selon les Nations unies, un milliard d'enfants vivent dans des zones de conflit, dont 250 millions ont moins de 5 ans et sont privés de leur droit fondamental à l'éducation.

J'ai donc évidemment soutenu cette résolution qui souligne l'importance d'une éducation publique universelle de qualité en tant que catalyseur du développement, qui se répercute positivement sur des actions menées dans les domaines de la santé, de la création d'emplois, de la réduction de la pauvreté et du développement économique.

Comme le soutient ce rapport, l'éducation est un puissant outil, indispensable pour créer un sentiment de normalité, garantir une prise de conscience des droits et aider les enfants, les adolescents et les jeunes à surmonter les traumatismes, à se réinsérer dans la société au terme des conflits et à acquérir les compétences nécessaires pour reconstruire la société et favoriser la consolidation de la paix ainsi que la réconciliation.

Beatriz Becerra Basterrechea (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de esta propuesta de Resolución por la importancia que la educación tiene en las situaciones de emergencia. Si queremos alcanzar el ambicioso objetivo global número 4 —una educación inclusiva y de calidad para todos— de la Agenda 2030, no solo tenemos que aumentar su financiación, también es absolutamente crucial coordinar la programación de la respuesta de emergencia con la programación a largo plazo que requiere el desarrollo sostenible.

Por otro lado, me gustaría explicar mi abstención en la enmienda 1 propuesta por el grupo GUE/NGL. El texto inicial del apartado 25 subraya la importancia del sector privado como fuente potencial de financiación innovadora para la educación. Eso no quiere decir que el texto apueste por una educación privatizada, como la enmienda del Grupo GUE/NGL quiere dar a entender. El documento destaca en el apartado 1 la importancia de una educación universal pública de calidad como un catalizador del desarrollo. Siempre he defendido una educación pública de calidad como el instrumento más eficaz para avanzar hacia una igualdad real de oportunidades.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de esta propuesta de Resolución sobre la educación para los niños en situaciones de emergencia y crisis prolongadas. La propuesta de Resolución hace un llamamiento muy positivo al incremento de fondos para la educación en situaciones de emergencia, considerando la educación como elemento fundamental, transversal y necesario en toda acción humanitaria. Además, el informe subraya la importancia de la educación pública, universal y de calidad —tanto primaria, como secundaria y superior— para la superación de crisis y para alcanzar un desarrollo sostenible. Sin embargo, el informe incluye un párrafo que abre la puerta a la privatización de la educación, que consideramos inaceptable.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He apoyado la propuesta de Resolución relativa a la educación para los niños en situaciones de emergencia y crisis prologadas y agradezco el trabajo realizado para llegar a este texto, en el que se destaca la importancia de una educación universal pública de calidad como un catalizador del desarrollo que aumenta las posibilidades de que se realicen otras intervenciones en los ámbitos de la salud, el saneamiento, la reducción del riesgo de catástrofes, la creación de empleo, etc. Además, hay que tener en cuenta que jamás ha de producirse discriminación alguna contra niñas ni niños desfavorecidos, en particular aquellos con discapacidad, en lo que respecta al acceso a la educación en situaciones de emergencia.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Ce texte sur l'éducation des enfants dans les situations d'urgence et les crises de longue durée souligne le caractère primordial de l'éducation dans les zones de conflit. Le texte nous rappelle des évidences: les enfants ayant accès à l'éducation sont moins exposés à des risques de mariage forcés, de grossesses précoces, d'adhésion à des groupes armés, de radicalisation, de trafic et de traite humaine.

Néanmoins, cette proposition propose d'intégrer des professeurs issus des communautés de déplacés, ce qui pourrait créer un phénomène de communautarisme.

Enfin, ce texte appelle à la création de «couloirs éducatifs» pour permettre aux étudiants issus de zones de conflits de poursuivre leurs cursus dans les universités européennes.

Je me suis donc abstenue.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – La risoluzione oggetto di voto è condivisibile e priva di criticità. Ritengo importante ricordare il valore dell'istruzione e sottolineare la necessità di maggiori investimenti in questo settore, indirizzandoli a tutti i bambini, ma ponendo particolare attenzione all'istruzione di quelli che vivono in zone di crisi o di conflitto. Per questi motivi ho supportato il testo col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – 65 millones de niños de entre tres y quince años se encuentran atrapados en algún tipo de crisis, normalmente de larga duración, sin acceso a educación. Estamos hablando de más de una generación perdida a nivel global.

Esta propuesta de Resolución promovida por los socialistas solicita aumentar del 1,9 % al 4 % la ayuda humanitaria dedicada a la educación en situaciones de crisis, aumentando la partida de ayuda humanitaria en el presupuesto 2016 en 26 millones para asegurar el acceso a la educación en emergencias. Finalmente, insta a los Estados miembros a que apoyen el objetivo de la Comisión de aumentar el porcentaje de fondos humanitarios destinados a la educación y a que impulsen la creación de un fondo global.

Los socialistas subrayamos la importancia de la educación como factor clave para el desarrollo, en la creación de empleo y la disminución de la pobreza, así como un potente instrumento para ayudar a los niños a superar los traumas causados por conflictos u otras emergencias. Por todo ello, he votado favorablemente esta propuesta de Resolución.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šios rezoliucijos dėl vaikų švietimo ekstremaliųjų situacijų ir užsitęsusių krizių atvejais. Kiekvienas vaikas pirmiausia yra vaikas ir teisės jam turėtų būti užtikrinamos nediskriminuojant – nesvarbu, kokia jo ar jo tėvų etninė kilmė, tautybė ar socialinis statusas, taip pat ar jie migrantai ir koks jų gyventojų statusas. Švietimas yra viena iš pagrindinių žmogaus teisių ir kiekvieno vaiko teisė; kadangi švietimas yra labai svarbus norint visapusiškai naudotis visomis kitomis socialinėmis, ekonominėmis, kultūrinėmis ir politinėmis teisėmis. Europos Parlamentas pabrėžia, kad visuotinis aukštos kokybės valstybinis švietimas yra labai svarbus veiksnys skatinant vystymąsi, gerinantis perspektyvas kitokiems veiksams sveikatos, sanitarijos, nelaimių rizikos mažinimo, darbo vietų kūrimo, skurdo mažinimo ir ekonominės plėtros srityse. Būtina pabrėžti ir švietimo vaidmenį – tai yra veiksminga priemonė, reikalinga tam, kad atsirasų suvokimas to, kas yra normalu, būtų geriau informuojama apie teises ir galima būtų padėti vaikams, paaugliams ir jaunuoliams įveikti traumas, reintegrotis į visuomenę po konfliktų ir įgyti gebėjimų, reikalingų atkurti savo visuomenę ir skatinti taikos kūrimą bei susitaikymą. Parlamentas taip pat pabrėžia, kad daugiausia dėmesio reikia skirti viduriniam išsilavinimui ir profesiniam mokymui, taip pat pagrindiniam pradiniam ugdymui.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Az ENSZ becslései szerint 1 milliárd gyermek él konfliktusok sújtotta területeken, közülük 250 millió 5 évnél fiatalabb, és nem gyakorolhatja az oktatáshoz fűződő alapvető jogát. Az elhúzódnó válságok miatt mintegy 65 millió 3 és 15 év közötti életkorú gyermek van kitéve annak a kockázatnak, hogy megszakadnak iskolai tanulmányai, és a válság sújtotta országokban mintegy 37 millió azon gyermekek száma, akik nem járnak iskolába, de koruk szerint általános iskolában vagy a középiskola alsó tagozatán lenne a helyük. Ehhez még hozzáadódik, hogy a becslések szerint évente kb. 175 millió gyermeket sújt természeti katasztrófa.

A szükséghelyzetekben vagy bizonytalan körülmények között biztosítandó oktatás olyan konkrét terület, ahol a humanitárius és a fejlesztési szereplőknek szorosan együtt kell működniük egymással a segélyezés, a helyreállítás és a fejlesztés összehangolása érdekében. Egyetértek azzal, hogy a Bizottság dolgozzon ki mechanizmusokat a saját és partnerei tevékenységei keretében adható hatékony válaszokra, és vegyen részt a nemzetközi platform munkájában, amely a 2016. évi humanitárius csúcstalálkozóval összefüggésben konkrét eszközöket hoz létre a szükséghelyzetekben biztosítandó oktatás számára. Ezért szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. – Investire nell'istruzione significa investire nel futuro e la risoluzione approvata oggi rappresenta un piccolo ma importante passo nel riconoscere questo fondamentale principio. Accolgo con molto favore anche l'annuncio del Commissario europeo per gli aiuti umanitari Stylianides, secondo il quale l'obiettivo di destinare il 4% del bilancio per gli aiuti umanitari dell'Unione all'istruzione dei minori in situazioni di emergenza entro il 2019 sarà probabilmente raggiunto a partire già dal prossimo anno. La decisione di aumentare questa parte degli aiuti allo sviluppo svolge un importante ruolo nel ribadire che il diritto all'istruzione, di cui sono titolari tutti i bambini e ragazzi, è una priorità assoluta anche nei contesti più critici. Proprio in questi ambiti, infatti, l'istruzione rappresenta uno degli strumenti più efficaci di prevenzione e di protezione rispetto a fenomeni di violenza, reclutamenti forzati e tendenze alla radicalizzazione; costituisce un aiuto psicologico fondamentale per garantire ai bambini un senso di normalità anche nelle situazioni più difficili ed è l'unico mezzo capace di assicurare loro delle prospettive per il futuro. L'istruzione è una delle precondizioni essenziali per godere di tutti gli altri diritti sociali, economici, politici e culturali. Occorre agire in fretta se non vogliamo trovarci di fronte ad altre «generazioni perdute».

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – Risoluzione semplice, pacifica e condivisibile. Ricorda il valore dell'istruzione e chiede maggiori investimenti nel settore con una particolare attenzione sull'istruzione dei bambini che vivono in zone di crisi o di conflitto. Voto a favore.

Cristian-Silviu Bușoi (PPE), *în scris*. – În zonele din lume afectate fie de conflicte, fie de dezastre naturale, copiii constituie grupul cel mai defavorizat.

Dreptul fundamental la educație constituie un factor esențial în formarea unor viitori profesioniști și trebuie protejat cu orice preț. Nu ne putem permite ca diversele crize politice sau războaie să sacrifice generații de copii, reducându-le perspectivele prin lipsa școlarizării. Copiii vor putea înțelege profund toate celelalte drepturi - sociale, economice, culturale și politice - numai după dobândirea educației prin care ei vor opera.

Educația joacă un rol fundamental și în crearea unei conștiințe sanitare, facilitând astfel intervențiile în domeniul sănătății și salubrității. În plus, lipsa educației nu trebuie să constituie un factor de discriminare pe viitor.

Consider că rolul țărilor-gazdă și al donatorilor internaționali este esențial în furnizarea acestui drept fundamental printr-o implicare mai profundă în educație, prin sprijin psihologic și prin promovarea învățării limbii țării-gazdă, pentru a asigura o integrare mai bună a copiilor refugiați.

Prin urmare, susțin propunerea de rezoluție - Educația pentru copii în situații de urgență și de criză prelungită.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – L'organisation des Nations unies recense un milliard d'enfants qui vivent dans des zones de conflit. L'accès à l'éducation et à la scolarisation dans ces zones de conflit est quasi inexistant. Lorsque le conflit perdure, cela signifie que l'enfant est privé d'éléments primordiaux pour son développement durant de nombreuses années. L'aide humanitaire et l'aide au développement doivent servir un objectif de scolarisation et d'éducation appropriée des enfants dans les zones de conflits. De cette manière, les enfants touchés par le conflit pourront plus facilement continuer leur croissance intellectuelle lorsque la paix sera rétablie. J'ai voté en faveur de cette résolution.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore sulla proposta di risoluzione, «Istruzione dei minori nelle situazioni di emergenza e nelle crisi prolungate» perché 62 milioni di bambini nel mondo vivono in aree colpite da conflitti armati, sono minori in età da scuola primaria e secondaria inferiore che la scuola non la frequentano perché vivono in luoghi colpiti da crisi prolungate. Per tutti i minori che nel mondo vivono in aree di crisi, lo studio rappresenta non solo un diversivo per il presente, ma anche un'opportunità per il futuro. Per questo, la comunità internazionale e l'Unione europea hanno il dovere di adottare misure concrete per garantire, un avvenire a questi bambini. L'istruzione in situazioni di emergenza è il settore che riceve i finanziamenti più insufficienti, con appena il due per cento degli aiuti umanitari. Purtroppo si fa ancora troppo poco.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this motion for a resolution, which was aimed at ensuring that children living in conflict-areas have access to education.

It is truly disturbing that close to one billion children – 250 million are under the age of five – find it difficult to access education because of living in a conflict or other emergency situation.

Given our own history of conflict in Ireland and given the crucial importance that young people can play in post-conflict stability when equipped with the necessary skills, this was a particularly important resolution.

If young people are not provided with the necessary opportunities and education this increases the risks of social upheavals or slipping back into a vicious cycle of violence. A proven way of counteracting any such vacuum is through a concentrated focus on education.

James Carver (EFDD), *in writing*. – This motion for a resolution calls for the EU to provide access to education for children in emergency situations. This motion for a resolution is in light of certain situations such as the Syrian civil war, which has completely demolished infrastructure in the region and has left children without education. The EU perceives this lack of education infrastructure to be a thriving ground for extremism; therefore the motion is calling for funding and an action plan for the situation. Even though we agree that education is important for children in emergency situations we do not feel it is within the remit of the EU to do this.

David Casa (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report because I understand that education is a key for development that can help children to earn potential in order to escape from a poverty cycle. Europe needs to help the most vulnerable to ensure that a poverty cycle does not grow.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Le cifre sono aggancianti: secondo le stime delle Nazioni Unite, 1 miliardo di bambini vive in zone di conflitto, di cui 250 milioni hanno meno di cinque anni e si vedono negato il diritto fondamentale all'istruzione; circa 65 milioni di minori di età compresa tra i 3 e i 15 anni sono colpiti da situazioni di emergenza e crisi prolungate e rischiano l'interruzione del loro percorso scolastico, mentre circa 37 milioni di minori in età da scuola primaria e secondaria inferiore non sono scolarizzati nei paesi interessati da crisi. Non posso fare altro che votare a favore di una risoluzione che indirizza la comunità internazionale a considerare l'istruzione come un elemento centrale della propria risposta umanitaria, poiché essa rappresenta un catalizzatore in grado di aumentare l'efficacia dell'intera risposta umanitaria e anche di contribuire allo sviluppo a medio e a lungo termine delle popolazioni interessate.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), *γραφώς*. – Το ψήφισμα καλεί την Επιτροπή και τα κράτη-μέλη να ανοίξουν «διαδρόμους», έτσι ώστε οι μαθητές από εμπόλεμες ζώνες, ιδίως τη Συρία, το Ιράκ και την Ερυθραία, να μπορούν να γίνονται δεκτοί στα πανεπιστήμια.

Επίσης, καλείται η ΕΕ και οι ανθρωπιστικοί οργανισμοί της να εντάξουν συστηματικά την εκπαίδευση και την προστασία των παιδιών στον συνολικό κύκλο απόκρισης σε καταστάσεις έκτακτης ανάγκης και να εξασφαλίσουν ευέλικτους πολυετείς πόρους για τις παρατεταμένες κρίσεις.

Στηρίζουμε θετικά το ψήφισμα.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), *γραφώς*. – Η πρόταση ψηφίσματος σχετικά με την εκπαίδευση των παιδιών σε καταστάσεις έκτακτης ανάγκης και σε παρατεταμένες κρίσεις αναδεικνύει ένα ζήτημα βαρύνουσας σημασίας. Υπολογίζεται ότι 65 εκατομμύρια παιδιά επηρεάζονται από καταστάσεις έκτακτης ανάγκης, ενώ 37 εκατομμύρια παιδιά δεν παρακολουθούν το σχολείο λόγω των παρατεταμένων κρίσεων. Το ψήφισμα αναδεικνύει τον καταλυτικό ρόλο που μπορεί να παίξει η εκπαίδευση στην ανάπτυξη. Συγκεκριμένα, η ποιοτική εκπαίδευση μπορεί να αποτελεί βασικό στοιχείο της ανοικοδόμησης κοινωνιών μετά τις συγκρούσεις, καθώς και να βοηθήσει τα παιδιά να ξεφύγουν από τον κύκλο της φτώχειας.

Εν τούτοις, μια τροπολογία που συνυπέγραψα και τόνιζε την κρίσιμη σημασία της δημόσιας χρηματοδότησης και του δημόσιου σχεδιασμού της εκπαίδευσης, ώστε να διασφαλιστεί ουσιαστικά η καθολική πρόσβαση για όλους, απορρίφθηκε κατά την ψήφιση, γι' αυτό και απείχα από την τελική ψηφοφορία.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho ritenuto di votare a favore del provvedimento. Secondo le stime delle Nazioni Unite, un miliardo di bambini vivono in zone di conflitto. L'istruzione è un diritto umano fondamentale di ogni bambino e rappresenta un elemento chiave per il pieno godimento di tutti gli altri diritti sociali, economici, culturali e politici, oltre ad essere strumento essenziale per l'emancipazione della figura femminile. Nel periodo 2014-2020, l'Unione europea investirà 4,7 miliardi di EUR nel settore dell'istruzione nei paesi in via di sviluppo, il che costituisce un aumento rispetto ai 4,4 miliardi di EUR investiti nel periodo 2007-2013. Il Parlamento sottolinea l'importanza di un'istruzione pubblica universale di elevata qualità come elemento catalizzatore dello sviluppo, in grado di migliorare le prospettive di successo di altri interventi dell'Unione. Invita l'Unione europea e i suoi Stati membri a considerare tali obiettivi come la principale priorità delle loro politiche interne e nelle relazioni con i paesi terzi. Invita l'Unione europea e gli Stati membri a includere l'istruzione dei minori tra le priorità, al momento dell'assegnazione delle risorse dei fondi fiduciari dell'Unione. Il Parlamento esorta gli Stati membri ad appoggiare l'obiettivo della Commissione di aumentare la quota di fondi umanitari stanziati a favore dell'istruzione nelle situazioni di emergenza.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – This motion for a resolution calls for the EU to provide access to education for children in emergency situations. This motion for a resolution is in light of certain situations such as the Syrian civil war, which has completely demolished infrastructure in the region and has left children without education. The EU perceives this lack of education infrastructure to be a thriving ground for extremism; therefore the motion is calling for funding and an action plan for the situation. Even though we agree that education is important for children in emergency situations we do not feel it is within the remit of the EU to do this.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Segundo as estimativas da ONU, mil milhões de crianças, 250 milhões das quais com menos de cinco anos, vivem em zonas afetadas por conflitos, sendo-lhes negado o seu direito fundamental à educação.

A educação é um direito humano fundamental e um direito que assiste a todas as crianças. A educação é essencial para o pleno exercício de todos os outros direitos sociais, económicos, culturais e políticos.

Numa altura em que a Europa se vê a braços com a crise dos refugiados, a Comissão e os Estados-Membros deverão apoiar os estudantes refugiados e criar «corredores de ensino» para os estudantes provenientes de países em conflito.

Concordo e apoio o anúncio do Comissário da Ajuda Humanitária e Gestão de Crises de dedicar 4 % do Orçamento da Ajuda Humanitária da UE à educação de crianças em situação de emergência até 2019.

Perante o aumento das crises humanitárias, a comunidade internacional deve considerar a educação como um elemento central da sua resposta humanitária, uma vez que a educação é um elemento catalisador, capaz de melhorar a eficácia da resposta global e de contribuir para o desenvolvimento, a médio e a longo prazo, das populações afetadas.

Birgit Collin-Langen (PPE), *schriftlich*. – Ich habe für die Entschließung gestimmt, denn wir müssen Wege finden, dass die Schutzbedürftigsten unter den Flüchtlingen so weit und schnell wie möglich integriert werden. Dies kann nur durch einen uneingeschränkten Zugang zur Bildung und das Erlernen und Kennenlernen unserer Sprache, unserer Gesellschaftssysteme und Kulturen geschehen.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – L'istruzione è un diritto umano fondamentale e un diritto di ogni bambino e rappresenta un elemento chiave per il pieno godimento di tutti gli altri diritti sociali, economici, culturali e politici. Oggigiorno molti bambini che vivono in zone di conflitto si vedono negato il diritto fondamentale all'istruzione o rischiano l'interruzione del loro percorso scolastico a causa di tensioni prolungate all'interno dell'area in cui risiedono. Sono fermamente convinta che l'istruzione sia fondamento di una cittadinanza responsabile e che possa trasformare una società e contribuire all'uguaglianza sociale, economica e politica. Purtroppo però, nelle situazioni di emergenza, l'obiettivo di fornire un'istruzione di qualità non sempre rientra nelle priorità delle risposte umanitarie. Considerando che ciascun minore è innanzitutto un bambino i cui diritti devono essere rispettati senza alcuna discriminazione, sono favorevole a questa proposta di risoluzione che prende in considerazione l'istruzione come priorità nei paesi in difficoltà, non solo quella primaria ma anche quella secondaria. Ritengo una valida proposta quella di creare dei «corridoi educativi» per agevolare l'accoglienza nelle università di studenti provenienti da paesi in conflitto e sono a favore dell'aumento di fondi umanitari stanziati a favore dell'istruzione nelle situazioni di emergenza.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Education during emergencies and crisis situations is the most underfunded sector. Children, adolescents and young people face increasing threats and are disproportionately affected in the event of crisis. Out-of-school children face a higher risk of early marriage and pregnancy, recruitment into terrorist groups, and being trafficked and they face labour exploitation. We need to bridge the gap and improve the future prospects of children through humanitarian aid and development cooperation measures. Paragraph 25 highlights the need to bring together private investments and public finances in vocational and educational training (VET). This is needed also in developed countries. The GUE amendment is also true but not to the exclusion of the original text.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – L'interrogazione orale (O-000147/2015 (DEVE) e la risoluzione (attesa LV) pongono l'attenzione sulla situazione dei bambini in situazione di emergenza e crisi protratte.

Voto a favore considerata la natura stessa della relazione, che cerca di garantire un'attenzione maggiore verso i bambini e assicurare loro un'istruzione continua, un sostegno psicologico, una risposta di emergenza e aiuto umanitario consolidata e sicura.

Contribuisce a salvaguardare i bambini rifugiati, bambini sfollati o bambini che vivono in luoghi in cui manca stabilità politica, fornendo loro supporto psicologico, ma soprattutto un'istruzione continua al fine di proteggere e salvaguardare il bene comune, ma anche conoscere e far valere i propri diritti.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor aunque considero positivo el llamamiento que hace esta Resolución a la Comisión Europea para incrementar el nivel de fondos de ayuda humanitaria que destina a apoyar la educación de niños y niñas afectadas por situaciones de emergencia humanitaria y crisis prolongadas, solicitando a su vez que los países de acogida hagan un esfuerzo para una mejor integración en sus sistemas educativos. El texto final de la Resolución otorga un papel «crucial» al sector privado en los sistemas educativos. Es inaceptable e incompatible el derecho a una educación de calidad y con acceso universal para todos con el negocio privado de unos pocos.

Por ello, a lo largo de todo el proceso de aprobación de esta Resolución, hemos defendido la necesidad de hacer de esta Resolución un llamamiento claro y apuesta por sistemas educativos públicos, gratuitos y de acceso universal tanto para la educación básica como la secundaria y universitaria, lo que ha sido rechazado por una mayoría conformada por conservadores y liberales, principalmente.

Desde mi rechazo frontal a que la Comisión Europea financie empresas privadas del sector educativo y mi apuesta por la educación pública, me he abstenido en la votación de esta Resolución.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – Millions of children around the world are being deprived of an equal shot at life because of conflict, poverty, protracted crises, lack of education and natural disasters. This resolution stresses the importance of universal high-quality public education as a catalyst for development, which improves prospects in the areas of health, sanitation, disaster risk reduction, job creation, poverty reduction and economic development. It also highlights education's role as a powerful tool that is necessary in order to give a sense of normality, to raise awareness of rights and to help children overcome trauma, reintegrate themselves after conflicts, and acquire the skills needed to rebuild their societies and promote reconciliation. It calls on the Commission and the Member States to establish 'education corridors' to ensure that students from countries in conflict, in particular Syria, Iraq and Eritrea, are accepted in universities. It also calls for the EU to include education in the whole emergency-response cycle. It is through such initiatives and actions that we can really start changing the destiny of these individuals. Hence I voted in favour of this resolution.

Viorica Dăncilă (S&D), *în scris*. – Consider că Uniunea Europeană trebuie să conlucreze cu țările partenere, cu alți donatori, cu sectorul privat și cu societatea civilă pentru îmbunătățirea perspectivelor tinerilor în materie de educație în situațiile de conflict și de urgență, dată fiind importanța crucială a rolului stabilizator pe care tinerii îl pot avea după încheierea conflictelor mulțumită competențelor lor eventual dobândite pentru refacerea infrastructurii, a serviciilor de bază, a sistemelor de îngrijire a sănătății și educaționale, precum și pentru a reduce riscurile ca o populație tânără fără ocupație să provoace tulburări sociale sau să alunece înapoi în cercul vicios al violenței.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Cette résolution appelle les États membres à soutenir l'objectif de la Commission européenne d'accroître la part de fonds humanitaires pour l'éducation des enfants dans les situations d'urgence à 4 % (de l'aide humanitaire). Elle souligne également l'importance pour tous les pays hôtes d'aider à intégrer les enfants réfugiés dans leurs systèmes d'éducation nationaux.

Selon les estimations, 65 millions d'enfants sont concernés par des situations d'urgence et de crises de longue durée dans 35 pays et environ 37 millions d'enfants en âge de suivre un enseignement primaire ou secondaire inférieur ne sont pas scolarisés dans les pays touchés par les crises. Cependant, l'éducation dans les situations d'urgence est le secteur le plus sous-financé, avec seulement 2 % de l'aide humanitaire allouée à ces besoins. Considérant que l'éducation est un des instruments les plus forts pour sortir les enfants, et tout individu, d'une situation défavorable, j'ai voté en faveur de cette résolution.

Rachida Dati (PPE), par écrit. – Dans les situations de crises et de conflits, l'éducation est le domaine le plus délaissé. Or, l'éducation et la scolarisation des enfants sont des priorités car elles permettent de former les citoyens de demain. C'est pourquoi j'ai voté en faveur de cette résolution pour une augmentation de l'aide humanitaire pour l'éducation des enfants et une meilleure intégration des enfants réfugiés au sein des systèmes d'éducation des États membres.

Andor Deli (PPE), írásban. – Napjainkban nagyjából 65 millió gyermek él olyan válság sújtotta övezetekben, ahol a kialakult helyzet miatt nem jutnak megfelelő oktatáshoz, ezekben a régiókban ugyanis, a szektor jellemzően alulfinanszírozott. Az indítvány célja, hogy tagállamokat arra ösztönözze, támogassák az Európai Bizottság azon javaslatát, hogy 4 százalékra emelkedjen az EU humanitárius segélyeiből az oktatásra fordított összeg aránya. Az indítvány emellett kéri a tagállamokat, hogy segítsék az általuk befogadott menekült gyermekek integrálását nemzeti oktatási rendszereikbe.

A jó minőségű oktatást prioritásként kell kezelni a válság és katasztrófa sújtotta övezetekben, mert hosszabb távon ez lehet a kulcsa a krízist követő helyreállítási, stabilizálási folyamatnak. Az oktatás erősítésének emellett jelentős szerepe lehet abban, hogy a gyermekek ne essenek áldozatul a radikalizálódásnak, amely terrorista csoportok és hadseregek kötelekeibe sodorhatja őket. A megfelelő oktatáshoz való hozzájárítás emellett a szegénység elleni küzdelem fontos eszköze lehet. A fenti célokkal egyetértve, a néppárti vonalat követve, szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Gérard Deprez (ALDE), par écrit. – J'ai soutenu la résolution appelant les États membres à soutenir l'objectif d'augmenter la part des fonds humanitaires de l'Union pour l'éducation des enfants en situation d'urgence à 4 %. Selon les estimations des Nations unies, un milliard d'enfants vivent dans des zones touchées par des conflits, des situations d'urgence et des crises prolongées. Un très grand nombre d'entre eux sont privés de leur droit fondamental à l'éducation ou courent le risque de voir leur scolarité interrompue. La résolution demande également à tous les pays d'accueil de veiller à ce que les enfants réfugiés aient un accès complet à l'éducation, de préférence par leur intégration dans les systèmes d'éducation nationaux.

Je considère que c'est une priorité absolue car l'éducation permet non seulement d'assurer un niveau plus élevé d'intégration mais surtout de briser la spirale de la violence. C'est grâce à l'éducation que l'on peut espérer réduire le risque de se retrouver avec une population jeune, sans emploi, provoquant des bouleversements sociaux ou retombant dans un cycle vicieux de violence. L'apprentissage continu, tout au long de la vie limitera également les possibilités pour les jeunes de s'impliquer dans des groupes armés ou de s'engager dans l'extrémisme.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – Napjainkban nagyjából 65 millió gyermek él olyan válság sújtotta övezetekben, ahol a kialakult helyzet miatt nem jutnak megfelelő oktatáshoz, ezekben a régiókban ugyanis, a szektor jellemzően alulfinanszírozott. Az indítvány célja, hogy tagállamokat arra ösztönözze, támogassák az Európai Bizottság azon javaslatát, hogy 4 százalékra emelkedjen az EU humanitárius segélyeiből az oktatásra fordított összeg aránya. Az indítvány emellett kéri a tagállamokat, hogy segítsék az általuk befogadott menekült gyermekek integrálását nemzeti oktatási rendszereikbe.

A jó minőségű oktatást prioritásként kell kezelni a válság és katasztrófa sújtotta övezetekben, mert hosszabb távon ez lehet a kulcsa a krízist követő helyreállítási, stabilizálási folyamatnak. Az oktatás erősítésének emellett jelentős szerepe lehet abban, hogy a gyermekek ne essenek áldozatul a radikalizálódásnak, amely terrorista csoportok és hadseregek kötelekeibe sodorhatja őket. A megfelelő oktatáshoz való hozzájárítás emellett a szegénység elleni küzdelem fontos eszköze lehet. A fenti célokkal egyetértve, a néppárti vonalat követve, szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Ian Duncan (ECR), in writing. – I support efforts that will help vulnerable children of refugees to continue their education despite the crisis. I support academic progress and employment that will enable them to prosper, make a contribution to the region, and eventually return to rebuild their torn countries. The UK Government has already given thousands of refugees the chance to continue their schooling.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Аз подкрепям тази резолюция и смятам, че трябва да има стратегия, която да гарантира образованието на децата в извънредни ситуации. Образованието е гаранция за развитие и оказва своето влияние в най-широк спектър сфери на нашето ежедневие. То е и гарант за добро бъдеще. Не може да се допуска връщане назад и повишаване нивото на неграмотност, това би било пагубно за нашето общество. При допускането в ЕС на имигранти, бягащи от конфликти, всички онези, придобили статус, трябва да получат образование при нас, защото вписването им в нашето общество е задължително. В противен случай маргинализацията само може да се задълбочава, а това води и до много последваща проблематика и най-вече радикализация - най-актуалната заплаха за момента, която обаче вече дълги години се вкоренява в западния свят и се задълбочава чрез липсата на силна и решителна политика на западните държави.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Η παιδεία και ειδικότερα η υψηλής ποιότητας δημόσια παιδεία, αποτελεί καταλύτη και βάση για μείωση της ανεργίας και της φτώχειας, για ανάπτυξη και ανόρθωση της οικονομίας. Η διαπίστωση όμως, ότι χρειάζεται η ανθρωπιστική βοήθεια σε χώρες που υπέστησαν πολέμους και καταστροφές δεν αρκεί, αν δεν συνοδευτεί από την παραδοχή ότι δεν πρέπει η ΕΕ να χρηματοδοτεί δράσεις που έχουν σαν σκοπό να ανακουφίσουν χώρες που καταστράφηκαν από τις πολιτικές συμφερόντων, κυρίως Δυτικών χωρών.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – Napjainkban nagyjából 65 millió gyermek él olyan válság sújtotta övezetekben, ahol a kialakult helyzet miatt nem jutnak megfelelő oktatáshoz, ezekben a régiókban ugyanis a szektor jellemzően alulfinanszírozott. Az indítvány célja, hogy tagállamokat arra ösztönözze, támogassák az Európai Bizottság azon javaslatát, hogy 4 százalékra emelkedjen az EU humanitárius segélyeiből az oktatásra fordított összeg aránya. Az indítvány emellett kéri a tagállamokat, hogy segítsék az általuk befogadott menekült gyermekek integrálását nemzeti oktatási rendszereikbe.

A jó minőségű oktatást prioritásként kell kezelni a válság és katasztrófa sújtotta övezetekben, mert hosszabb távon ez lehet a kulcsa a krízist követő helyreállítási, stabilizálási folyamatnak. Az oktatás erősítésének emellett jelentős szerepe lehet abban, hogy a gyermekek ne essenek áldozatul a radikalizálódásnak, amely terrorista csoportok és hadseregek köteleiibe sodorhatja őket. A megfelelő oktatáshoz való hozzájárítás emellett a szegénység elleni küzdelem fontos eszköze lehet. A fenti célokkal egyetértve, a néppárti vonalat követve, szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – This motion for a resolution calls for the EU to provide access to education for children in emergency situations. This motion for a resolution is in light of certain situations such as the Syrian civil war, which has completely demolished infrastructure in the region and has left children without education. The EU perceives this lack of education infrastructure to be a thriving ground for extremism; therefore the motion is calling for funding and an action plan for the situation. Even though we agree that education is important for children in emergency situations we do not feel it is within the remit of the EU to do this.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – De acordo com as estimativas da ONU, mil milhões de crianças, 250 milhões das quais com menos de cinco anos, vivem em zonas afetadas por conflitos, sendo-lhes negado o seu direito fundamental à educação; cerca de 65 milhões de crianças com idades entre os 3 e os 15 anos são particularmente afetadas por situações de emergência e crises prolongadas, correndo o risco de interromper o seu percurso escolar, e cerca de 37 milhões de crianças em idade de frequentar o ensino básico e os primeiros anos do secundário não vão à escola nos países afetados por crises.

Em todo o mundo, existem quase 10 milhões de crianças refugiadas e cerca de 19 milhões de crianças tiveram de se deslocar no interior do seu país na sequência de conflitos. Em termos de verbas são necessários 8 mil milhões de dólares por ano para assegurar o apoio educativo às crianças afetadas por situações de emergência sendo que a contribuição destinada à educação em situações de emergência por parte dos governos afetados deixa um défice total de financiamento de 4,8 mil milhões de dólares. Para colmatar isso, é necessário reforçar o financiamento da ajuda humanitária e ao desenvolvimento e que os Estados frágeis aumentem a despesa pública no domínio da educação.

Votei favoravelmente.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – A ONU estima que mil milhões de crianças vivam em zonas afetadas por conflitos. Um quarto dessas crianças tem menos de cinco anos e é-lhe negado o direito à educação. Apesar de ser de saudar o apelo aos Estados-Membros para que contribuam para o aumento dos fundos humanitários para a educação de crianças em situações de emergência para 4 % da ajuda humanitária prevista no orçamento da UE, defendemos que esses fundos deverão ser canalizados para a promoção do acesso universal a uma educação pública, gratuita e de qualidade em todos os graus de ensino. Só com uma política educativa que tenha como pilares estas premissas é que será possível inverter o círculo vicioso gerador de pobreza que assola as zonas do planeta mais afetadas por situações de emergência e crises prolongadas.

Grande parte destas situações é uma dolorosa demonstração do carácter desumano, explorador e agressivo do sistema capitalista e tem causas e responsáveis: os processos de desestabilização em vários pontos do globo e as guerras de agressão imperialistas, a política de domínio económico e de saque dos recursos naturais. Neste sentido, condenamos que a ação da UE e dos Estados-Membros no quadro da UE se pautem pela caridade e não pela solidariedade, que sirva de paliativo e não de antídoto.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Je nepochybné, že v oblasti vzdelania pre deti v núdzových situáciách a dlhotrvajúcich krízach sa dosiahol pokrok od prijatia miléniových rozvojových cieľov, avšak ciele na rok 2015 nebudú splnené. Odstránenie chudoby, univerzálny prístup ku vzdelaniu a rodová rovnosť možno dosiahnuť iba prostredníctvom rozvoja verejných služieb, ku ktorým majú všetci prístup. Pokrok vo vzdelávaní bol najpomalší v krajinách postihnutých konfliktami a v nestabilných a konfliktami zasiahnutých štátoch. Je dôležité posilňovať v týchto krajinách odolnosť vzdelávacích systémov a zabezpečiť neprerušujúcu výučbu v čase vypuknutia kríz.

Európska únia, členské štáty a ďalšie zainteresované strany, ktoré sú zapojené na rôznych úrovniach, sa musia viac angažovať, aby boli zabezpečené nástroje na zaistenie rozvoja a všeobecného vzdelávania v takýchto krízami postihnutých krajinách.

Vítám však, že tejto problematike sa venuje čoraz vyššia medzinárodná pozornosť. Európska únia musí aj naďalej podporovať odhodlanie vlád tretích krajín vypracúvať vnútroštátne právne rámce zamerané na odolnosť, prevenciu a katastrofy a riadenie rizík na základe medzinárodného programu týkajúceho sa právnych predpisov.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Appoggio questa risoluzione che giustamente ricorda il valore dell'istruzione e chiede maggiori investimenti nel settore con una particolare attenzione sull'istruzione dei bambini che vivono in zone di crisi o di conflitto.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Η παιδεία και ειδικότερα η υψηλής ποιότητας δημόσια παιδεία, αποτελεί καταλύτη και βάση για μείωση της ανεργίας και της φτώχειας, για ανάπτυξη και ανόρθωση της οικονομίας. Η διαπίστωση όμως, ότι χρειάζεται η ανθρωπιστική βοήθεια σε χώρες που υπέστησαν πολέμους και καταστροφές δεν αρκεί, αν δεν συνοδεύεται από την παραδοχή ότι δεν πρέπει η ΕΕ να χρηματοδοτεί δράσεις που έχουν σαν σκοπό να ανακουφίσουν χώρες που καταστράφηκαν από τις πολιτικές συμφερόντων, κυρίως Δυτικών χωρών. Για αυτό το λόγο καταψηφίζω την σχετική έκθεση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Education is a fundamental human right and the right of every child. It is vital in order to be able to enjoy in full all other social, economic, cultural and political rights. It is a catalyst for development, which improves the prospects of other interventions in the areas of health, sanitation, disaster risk reduction, job creation, poverty reduction and economic development. Efforts in this direction will ensure that the principle of policy coherence is respected. I therefore absolutely agree on the need to ensure a more integrated, systematic and effective response to education needs in emergencies and I strongly believe that the EU must work with partner countries, other donors, the private sector and civil society to improve educational opportunities for young people in conflict situations. Education has to be considered as an integral part of the humanitarian response. All actors must increase their commitment to education by mobilising the education cluster in the early stages of an emergency and by ensuring that sufficient funds are dedicated to it.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor teniendo en cuenta que las Naciones Unidas calculan que mil millones de niños viven en zonas afectadas por conflictos. Por lo tanto, la UE y sus organizaciones humanitarias deben incluir sistemáticamente la educación y protección de los niños a lo largo de todo el ciclo de la respuesta de emergencia y garantizar que haya fondos plurianuales flexibles para las crisis prolongadas.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione del PE sull'istruzione per i bambini in situazioni di emergenza e di crisi prolungate poiché attualmente un miliardo di bambini vivono in zone di conflitto e viene leso il loro diritto fondamentale all'istruzione. Ritengo che l'istruzione pubblica garantita sia alla base di una civiltà evoluta, che contribuisce al miglioramento delle condizioni di vita di ciascuno e favorisce l'integrazione e l'uguaglianza sociale, economica, politica e di genere, quest'ultimo elemento essenziale e preminente di emancipazione delle donne, volendo prevenire la violenza contro le stesse. Purtroppo ancora oggi dobbiamo constatare quanto sia pregiudizievole per l'essere umano non avere la possibilità di istruirsi e quindi di progredire, quanto spesso questo bene essenziale sia poco considerato, e nonostante ci si trovi in una situazione di emergenza, a questo settore sia stato destinato meno del 2% di tutti i fondi umanitari nel 2014. Pertanto, condivido pienamente e credo sia fondamentale sostenere l'annuncio del Commissario europeo responsabile per gli aiuti umanitari e la gestione delle crisi di destinare il 4% del bilancio per gli aiuti umanitari dell'UE all'istruzione dei minori in situazioni di emergenza entro il 2019.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – Further to being a catalyst for development and poverty reduction, education plays a crucial role, especially in a protracted crisis or in the reconstruction of post-conflict societies. Evidence shows that children with access to school and education are less likely to be exposed to forced marriage, radicalisation or human trafficking. I therefore supported this resolution that calls on the EU to work with partner countries, civil society and other relevant partners to improve educational opportunities for young people in conflict situations but that also urges the Member States and the Commission to support refugee students in transit.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de esta propuesta de Resolución sobre la educación para los niños en situaciones de emergencia y crisis prolongadas. La propuesta de Resolución hace un llamamiento muy positivo al incremento de fondos para la educación en situaciones de emergencia, considerando la educación como elemento fundamental, transversal y necesario en toda acción humanitaria. Además, el informe subraya la importancia de la educación pública, universal y de calidad -tanto primaria, como secundaria y superior- para la superación de crisis y para alcanzar un desarrollo sostenible. Sin embargo, el informe incluye un párrafo que abre la puerta a la privatización de la educación, que consideramos inaceptable.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as education is a human right that should be guaranteed for all children but it is often one of the most underfunded areas in humanitarian responses. Time spent without access to education, particularly in younger years, can mean the creation of lost generations that could otherwise contribute to rebuilding their countries.

The international community must prioritise education in its humanitarian responses by increasing humanitarian aid and improving delivery on the ground. Development and humanitarian aid should also be bridged to ensure the effectiveness of these programmes in fragile states.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – An estimated 65 million children aged between three and 15 are most affected by emergencies and protracted crises, with the risk of disruption to their education, and approximately 37 million children of primary and lower secondary age are out of school in crisis-affected countries. It is important to comprehend that education is vital in order to be able to enjoy in full all other social, economic, cultural and political rights.

Τάκης Χατζηγεωργίου (GUE/NGL), *γραφτως*. – Δυστυχώς το ψήφισμα δεν ξεφεύγει από τη φιλοσοφία των κυρίαρχων και πλειοψηφικών νεοφιλελεύθερων κύκλων της ΕΕ. Ενώ το ψήφισμα αναφέρεται στην εκπαίδευση των παιδιών σε καταστάσεις έκτακτης ανάγκης και τονίζει την ανάγκη προστασίας των παιδιών, σημειώνοντας τις κατευθυντήριες γραμμές του ΟΗΕ και αναφέροντας τους αναπτυξιακούς στόχους της χιλιετίας, εντούτοις επιμένει στην προώθηση και στήριξη της ιδιωτικής πρωτοβουλίας στην εκπαίδευση, ιδιωτικοποιώντας έτσι όχι μόνο σχολεία, αλλά και πανεπιστήμια και κολλέγια.

Για μας η εκπαίδευση αποτελεί αγαθό που ανήκει στον κάθε λαό. Για αυτό το λόγο δεν δεχόμαστε την προώθηση των ιδιωτικοποιήσεων. Πόσο μάλλον σε περιοχές οι οποίες περνούν κρίσεις μεγάλης διάρκειας, ή καταστάσεις έκτακτης ανάγκης. Εκεί το κράτος δεν πρέπει να προωθεί το ξεπούλημα των υποδομών του, αλλά να εντάσσει την εκπαίδευση στους σχεδιασμούς του για ανάκαμψη.

Για τους πιο πάνω λόγους η αποχή ήταν η ενδεδειγμένη στάση στο εν λόγω ψήφισμα.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this resolution as there are almost 10 million children who are refugees and an estimated 19 million children worldwide who have been displaced in their country as a result of conflict. I believe that every child's rights should be respected without discrimination regardless of their or their parent's ethnic origin, nationality or social, migration or residence status. Education is essential for the integration and improvement of living conditions of children with disabilities or special educational needs.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za Prijedlog rezolucije o obrazovanju djece u izvanrednim situacijama i dugotrajnim krizama jer su upravo djeca najranjivija te nevinna skupina ljudi u našem društvu koja je najviše pogođena trenutačnim situacijama i problemima u svijetu. Prema podacima UN-a, milijarda djece živi u područjima sukoba, od čega je 250 milijuna mlađe od pet godina i nema temeljno pravo na školovanje. Dostupnost obrazovanja djeci iznimno je važna, posebno milijunima djece koja su bila prisiljena postati izbjeglice. Univerzalno i visokokvalitetno javno obrazovanje ima veliku važnost jer ono donosi razvoj društva na svim područjima, a to je samo jedna od točaka spomenutih u ovom Prijedlogu kojega podržavam.

Jean-François Jalkh (ENF), *par écrit*. – Ce texte met en exergue le caractère primordial de l'éducation dans les zones de conflit.

L'éducation a un rôle moteur dans la reconstruction des sociétés post-conflit. De plus, les enfants ayant accès à l'éducation sont moins exposés aux risques de mariages forcés, de grossesses précoces, d'adhésion à des groupes armés, de radicalisation, de traite d'êtres humains. Cependant, le texte propose d'intégrer des professeurs issus des communautés de déplacés, ce qui pourrait générer assez logiquement un phénomène de communautarisme.

J'ai voté pour.

Diane James (EFDD), *in writing*. – This motion for a resolution calls for the EU to provide access to education for children in emergency situations. This motion for a resolution is in light of certain situations such as the Syrian civil war, which has completely demolished infrastructure in the region and has left children without education. The EU perceives this lack of education infrastructure to be a thriving ground for extremism; therefore the motion is calling for funding and an action plan for the situation. Even though we agree that education is important for children in emergency situations we do not feel it is within the remit of the EU to do this.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de résolution relative à l'éducation des enfants dans les situations d'urgence et les crises de longue durée. L'éducation est un droit pour chaque enfant dans le monde et les enfants qui se retrouvent pris dans des situations d'urgence ou de crise de longue durée ne devraient pas en pâtir. Le texte souligne que l'éducation renforce le développement et est un élément de reconstruction des sociétés après des conflits. Le Parlement appelle en outre les États membres et les organisations humanitaires à permettre aux enfants réfugiés en situation très difficile de poursuivre leur éducation.

Cette résolution a été adoptée par une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Der vorliegende Antrag enthält einige gute Vorschläge, mit denen gewährleistet werden soll, dass vertriebene junge Menschen weiter unterrichtet und aus- und weitergebildet werden. Interessant ist auch, dass derzeit nur 2% der gesamten humanitären Hilfe in den Bildungsbereich fließen. Der Antrag fordert eine Anhebung auf 4%, doch selbst das scheint noch zu wenig angesichts der Herausforderungen. Die Entschließung ist auf dem richtigen Weg, aber nicht ambitioniert genug, da der Faktor Bildung für Vertriebene nicht hoch genug bemessen werden kann. Nur durch Bildung kann man gewährleisten, dass diese Personen wieder zurückkehren und der Spirale der Gewalt ein Ende setzen wollen. Ich würde mir mehr Ambition bei diesem Thema wünschen, aber dennoch stimme ich dem Bericht gerne zu.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I supported the report, as education is one of the most underfunded areas in humanitarian responses. Years without education mean lost generations that could contribute to rebuilding their countries and fostering inclusive and resilient societies. The international community must prioritise it, by increasing humanitarian aid and improving delivery on the ground. Development and humanitarian aid must also be bridged to ensure the effectiveness of their programmes in fragile states. Education is a human right that should be guaranteed for all children and especially in emergency situations.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – Napjainkban nagyjából 65 millió gyermek él olyan válság sújtotta övezetekben, ahol a kialakult helyzet miatt nem jutnak megfelelő oktatáshoz, ezekben a régiókban ugyanis a szektor jellemzően alulfinanszírozott. Az indítvány célja, hogy tagállamokat arra ösztönözze, támogassák az Európai Bizottság azon javaslatát, hogy 4 százalékra emelkedjen az EU humanitárius segélyeiből az oktatásra fordított összeg aránya. Az indítvány emellett kéri a tagállamokat, hogy segítsék az általuk befogadott menekült gyermekek integrálását nemzeti oktatási rendszereikbe.

A jó minőségű oktatást prioritásként kell kezelni a válság és katasztrófa sújtotta övezetekben, mert hosszabb távon ez lehet a kulcsa a krízist követő helyreállítási, stabilizálási folyamatnak. Az oktatás erősítésének emellett jelentős szerepe lehet abban, hogy a gyermekek ne essenek áldozatul a radikalizálódásnak, amely terrorista csoportok és hadseregek kötelekeibe sodorhatja őket. A megfelelő oktatáshoz való hozzájutás emellett a szegénység elleni küzdelem fontos eszköze lehet. A fenti célokkal egyetértve, a néppárti vonalat követve, szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho dato il mio parere positivo perché ritengo che l'istruzione dei fanciulli, oltre ad essere un diritto fondamentale e inalienabile di ogni individuo, così come sancito dalla Convenzione sui diritti del fanciullo dell'ONU del 1989, sia uno dei principali strumenti per trovare una soluzione e per risollevare le sorti dei popoli colpiti dalla guerra o da eventi tragici e imprevedibili, come le catastrofi naturali. Considerando che nel mondo quasi un miliardo di bambini, di cui circa un quarto ha meno di cinque anni, vivono in aree di guerra, si vedono negato il proprio diritto all'istruzione, credo che sia significativo che questo Parlamento si mobiliti per l'approvazione di provvedimenti che sanciscano un impegno concreto dell'UE a loro tutela.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur cette résolution. Certes, elle souligne l'importance de l'éducation des enfants pour construire un monde plus stable. Mais elle propose de recruter des professeurs issus des communautés de déplacés, ce qui est susceptible de renforcer le communautarisme.

Krystyna Łybacka (S&D), *na piśmie*. – 37 mln dzieci znajduje się obecnie poza system edukacyjnym ze względu na konflikty i sytuacje kryzysowe. Obecnie stoimy w obliczu ryzyka, że całe pokolenia pozostaną bez dostępu do edukacji, co może skutkować poważnymi konsekwencjami w przyszłości, dalszym wzrostem przemocy i finalnie eskalacją kolejnych konfliktów.

Jednocześnie edukacja jest najbardziej niedofinansowanym obszarem pomocy humanitarnej na świecie. Przeznacza się na nią zaledwie 2% środków całej pomocy humanitarnej. Musimy przerwać to błędne koło i zacząć inwestować w edukację, która jest jednym z podstawowych praw dzieci na całym świecie oraz stanowi bardzo ważne narzędzie do walki z konfliktami i kryzysami.

Większy dostęp do edukacji prowadzi do poprawy naszego poziomu życia, lepszych perspektyw gospodarczych oraz promowania dialogu, tolerancji i pokojowego rozwiązywania problemów. Szacuje się, że zwiększenie odsetka młodych ludzi z wykształceniem średnim z 30% do 60% może zmniejszyć o połowę ryzyko wybuchu konfliktu. Edukacja wysokiej jakości to także kluczowa pomoc w walce z radykalizacją postaw i ekstremizmem. Dzięki edukacji młodzi ludzie rozwijają umiejętności krytycznego myślenia, nabywają kompetencje społeczne i obywatelskie oraz uczą się szacunku dla różnorodności.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Nesouhlasím s diskriminací jedněch studentů na úkor druhých.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Prema podacima UN-a oko milijardu djece živi u područjima zahvaćenim sukobima. Takvi uvjeti otežavaju provedbu temeljnog prava djece na obrazovanje. S obzirom na sve veći broj humanitarnih kriza i broja raseljenog stanovništva međunarodna zajednica bi trebala razmisliti o obrazovanju kao temeljnom odgovoru. Obrazovanje je sredstvo za razvoj potrebno da mladi prevladaju traumu, reintegriraju se u društvo nakon sukoba i steknu vještine potrebne za obnovu i promicanje izgradnje mira.

Podržala sam izvješće zastupnice Linde McAvan jer je važno uključiti obrazovanje djece kao prioritet u preraspodjeli sredstava iz EU fondova, potrebna je suradnja s donatorima kao i poboljšanje osiguranja obrazovnih institucija od napada. U Hrvatskoj su tijekom rata kao rezultat suradnje vladinih i nevladinih organizacija razvijeni programi usmjereni na djecu žrtve rata. Hrvatsko je iskustvo korisno u planiranju i provođenju programa podrške za djecu koje je moguće primijeniti bilo gdje.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Deti patria v prípade kríz medzi najzraniteľnejšie skupiny obyvateľstva. Ohrozenie ich života, zdravia a nedostatok primeraného vzdelania zhoršuje kvalitu ich života, prispieva k rozširovaniu chudoby a zároveň predstavuje vážnu hrozbu pre ďalšie generácie. Následky nedostatku vzdelania sú závažným faktorom aj po skončení krízy. V spojení s biedou sa tak vytvárajú predpoklady na vznik lokálnych centier ďalších nepokojov a konfliktov.

Plne podporujem prijatie opatrení, ktoré zabezpečia poskytovanie vzdelania deťom najmä počas dlhotrvajúcich kríz, vytvoria podmienky na ich návrat do škôl a zaradenie do riadneho života.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με την εκπαίδευση των παιδιών σε καταστάσεις έκτακτης ανάγκης και σε παρατεταμένες κρίσεις, διότι είναι επαρκώς τεκμηριωμένη, καθώς και για και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 25/11/2015.

Dominique Martin (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur ce vote. Ce texte est motivé par l'augmentation considérable des crises à travers le monde, et par la hausse tragique du nombre d'enfants qui en sont affectés. Il rappelle que l'éducation est un droit fondamental et la base de la citoyenneté responsable. La proposition insiste sur le fait que l'éducation doit faire partie des priorités des États membres et des structures humanitaires.

Malgré de bonnes idées, certains points de cette proposition nous dérangent. Elle propose, par exemple, d'accueillir et éduquer les enfants et adolescents réfugiés, ce qui est louable, mais elle suggère également d'intégrer les professeurs issus de communautés déplacées, ce qui pourrait se solder par un effet de communautarisme.

L'idée reste malgré tout louable, mais peu adaptée.

David Martin (S&D), *in writing*. – I supported this resolution which stresses that girls and other disadvantaged children, including disabled children, should never be discriminated against in terms of access to good education in emergency situations.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione sull'istruzione dei minori nelle situazioni di emergenza e nelle crisi prolungate. L'istruzione è un diritto umano fondamentale, che deve essere rispettato e tutelato per tutti, soprattutto per i minori, senza discriminazioni e indipendentemente dall'origine etnica o dalla nazionalità. Purtroppo, ancora oggi, a quasi un miliardo di bambini è negato questo diritto, soprattutto per quelli che vivono in zone di conflitto; circa 65 milioni di minori sono colpiti da situazioni di emergenza e rischiano un'interruzione del loro percorso scolastico. È fondamentale un intervento da parte dell'Unione europea per agire ed includere l'istruzione e la protezione dei minori tra le sue priorità, affinché tale diritto, che rappresenta la chiave per il pieno godimento di tutti gli altri diritti sociali, economici e culturali, fondamento di una cittadinanza responsabile, sia rispettato.

Jiří Maštálka (GUE/NGL), *písemně*. – Podle odhadů OSN žije v dnešní době 1 miliarda dětí v oblastech postižených konflikty, přičemž 250 milionů z těchto dětí je mladších pěti let, a je jim odepřeno základní právo na vzdělání a celkově v zemích postižených konfliktem nechodí do školy asi 37 milionů dětí, což jsou naprosto alarmující čísla. Pokládám si otázku, co z takových dětí může vyrůst a zda se nám před očima nerodí tzv. ztracená generace. U dětí, které nechodí do školy, častěji hrozí, že podlehnou náboru do ozbrojených sil či skupin, což je dnes více než aktuální téma. Zdůrazňuji, že právo na vzdělání patří mezi základní lidská práva a práva každého dítěte a hraje zásadní roli pro integraci. Protože příkládám vzdělávání obrovskou důležitost, a to i v extrémních podmínkách konfliktu, přírodní katastrofy či jiné krizové situace, hlasoval jsem dnes pro návrh usnesení.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Secondo le stime delle Nazioni Unite un miliardo di bambini vivono in zone di conflitto, quasi 10 milioni di bambini sono rifugiati. Si tratta di bambini ai quali vengono negati diritti che i governi si sono impegnati a rispettare con la convenzione delle Nazioni Unite del 1989, tra cui il diritto fondamentale dell'istruzione. Pertanto, ritengo che sia doveroso sostenere la posizione della collega McAvan, la quale sottolinea, nella proposta di risoluzione in questione, la necessità di rivolgere attenzione all'istruzione secondaria e alla formazione professionale oltre che all'istruzione primaria di base e sollecita uno sviluppo degli schemi di accoglienza specifici per i minori non accompagnati e per le madri sole con bambini.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – An sich ein guter Vorschlag, mit dem gewährleistet werden soll, dass vertriebene junge Menschen weiterhin unterrichtet und somit weitergebildet werden. Jedoch ist diese Entschließung nicht ambitioniert genug, da der Faktor Bildung für Vertriebene nicht hoch genug bemessen werden kann. Nur durch Bildung kann man gewährleisten, dass diese Personen wieder zurückkehren bzw. die Spirale der Gewalt eines Tages verlassen werden. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Les objectifs du Millénaire pour le développement avaient défini l'objectif que tous les enfants aient les moyens d'achever un cycle complet d'études primaires d'ici à 2015. Objectif non atteint (91 % néanmoins contre 83 % en 2000), et ce notamment au regard du nombre croissant de crises, de personnes déplacées, mais aussi en raison des attaques aux institutions éducatives par des forces de sécurité gouvernementales et des groupes armés non étatiques dans une trentaine de pays dans le monde.

Le rapport soutient la poursuite de cet objectif et demande entre autres d'assurer le «développement de services publics accessibles à tous», le renforcement des aides au développement ainsi que la mise en place de fonds pérennes au niveau international pour assurer l'éducation en situation d'urgence. Il invite néanmoins à renforcer l'implication du secteur privé selon la logique prônée dans l'Union. Ce à quoi je m'oppose, à plus forte raison dans des pays en manque de structures étatiques. Les multinationales n'ont pas un intérêt charitable au développement, mais sont mues par des logiques capitalistes particulièrement déstabilisatrices dans les pays en crise ou en développement. Je ne peux cautionner cela. Je m'abstiens.

Joëlle Mélin (ENF), par écrit. – Le texte souligne le caractère primordial de l'éducation dans les zones de conflit. En effet, l'éducation a un rôle majeur à jouer dans la reconstruction des sociétés post-conflit. De plus, les enfants ayant accès à l'éducation sont moins exposés aux risques de mariages forcés, de grossesses précoces, d'adhésion à des groupes armés, de radicalisation, de traite d'êtres humains. Cependant, le texte propose d'intégrer des professeurs issus des communautés déplacées, ce qui pourrait générer assez logiquement un phénomène de communautarisme. De plus, le texte appelle à la création de «couloirs éducatifs», qui permettraient aux étudiants issus de ces zones de conflit de poursuivre leur cursus dans une université européenne.

Dans ces conditions, le souhait d'une intégration de très long terme semble supplanter l'objectif originel d'aide locale temporaire et empêche dès lors toute reconstruction sociétale dans les pays d'origines. L'idée générale est donc bonne, mais son application inadaptée aux enjeux à venir. Le député s'abstient donc.

Nuno Melo (PPE), por escrito. – Votei favoravelmente a proposta de resolução sobre a educação das crianças em situações de emergência e crises prolongadas.

A UE deve continuar a dar o exemplo no que toca a esta matéria.

Foi extremamente importante o anúncio do Comissário da Ajuda Humanitária e Gestão de Crises que comunicou o seu objetivo de dedicar 4% do orçamento da ajuda humanitária da UE à educação de crianças em situações de emergência até 2019. É preciso não esquecer que existem no Mundo quase 10 milhões de crianças refugiadas e que cerca de 19 milhões de crianças tiveram de se deslocar no interior do seu país na sequência de conflitos.

Roberta Metsola (PPE), in writing. – I voted in favour of this resolution as it seeks to ensure that a child's education will remain a priority even during cases of humanitarian crisis.

Louis Michel (ALDE), par écrit. – L'éducation est un droit fondamental et inaliénable pour tout enfant, quel que soit son origine ethnique, sa nationalité ou son statut social. Or, plusieurs millions d'enfants vivant dans les situations de conflits et de crises humanitaires sont privés d'éducation. Aujourd'hui, la moitié environ des écoliers du monde vit dans des zones de conflits et 10 millions d'enfants sont des réfugiés. Leurs avenir est incertain et leurs chances d'accéder à la scolarité sont très faibles.

Je me réjouis de l'adoption de la résolution qui vise à rappeler au devoir de garantir l'éducation aux enfants en situation d'urgence et de crises de longue durée. L'éducation fait partie intégrante de la survie de ces enfants, de leur bien-être social et de leur développement physique, affectif, moral et social. Il est crucial d'intensifier le soutien aux programmes d'éducation des enfants dans les zones de conflits tout en accordant une attention particulière aux groupes vulnérables, en particulier les filles, les enfants handicapés et les enfants en bas âges. Je souscris à l'appel lancé par le Parlement pour inviter tous les acteurs à accroître et diversifier les instruments de financement et à faire figurer cet objectif parmi les premières priorités de l'aide humanitaire.

Miroslav Mikolášik (PPE), písomne. – OSN odhaduje, že oblastiach postihnutých konfliktami žije jedna miliarda detí, ktorým je odopierané základné právo na vzdelávanie tým, že nemôžu chodiť do školy alebo musia školu kvôli konfliktu či kríze dlhodobo prerušiť. Deťom a mladým ľuďom, ktorí nechodili alebo prestali chodiť do školy, hrozia mnohé riziká počnúc chudobou, stratou možnosti nájsť si v budúcnosti adekvátne zamestnanie ale aj hrozba vykorisťovania, obchodovania s ľuďmi alebo náboru do teroristických či extrémistických skupín. Som presvedčený, že vzdelávanie má z dlhodobého hľadiska rozhodujúcu úlohu aj pri obnove spoločnosti po skončení konfliktu, pretože prináša vyhliadky lepšieho začlenenia sa do pracovného prostredia a tým aj možnosť vymaniť sa z chudoby a zároveň prispieť k hospodárskemu rastu. V opačnom prípade nedostatok vzdelania a pozitívnych možností vedie k prehľbovaniu frustrácie a nespokojnosti, ktoré sú živnou pôdou pre kriminálne a protispoločenské aktivity, násilie a extrémizmus. Podporujem preto investície EÚ do vzdelávania v núdzových situáciách a za nestabilných podmienok a oceňujem záslužnú prácu všetkých humanitárnych a rozvojových aktérov, ktorí úzko spolupracujú na dôležitom prepojení pomoci, obnovy a rozvoja.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I support the report on education for children in emergency situations and protracted crises, which stresses the importance of universal high-quality public education as a catalyst for development, which improves the prospects of other interventions in the areas of health, sanitation, disaster-risk reduction, job creation, poverty reduction and economic development. Education's role is as a powerful tool that is necessary in order to give a sense of normality, to raise awareness of rights and to help children, adolescents, and young people overcome trauma, reintegrate themselves into society in the aftermath of conflicts, and acquire the skills needed to rebuild their societies and promote peace-building and reconciliation. That is why I have voted in favour of this important report

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Parlament Fejlesztési Bizottsága parlamenti állásfoglalásra irányuló indítványt nyújtott be a konfliktusok sújtotta területeken élő 1 milliárd és a hazáján kívülre menekült 10 millió, valamint a lakhelyét hazáján belül elhagyni kényszerült 19 millió gyermek oktatáshoz fűződő alapvető jogának gyakorlása tárgyában. A tervezet sürgeti, hogy a nemzetközi közösség tekintse az oktatást a humanitárius segítségnyújtás központi elemének, amely katalizátorként fokozhatja az általános fellépés hatékonyságát, és egyúttal közép- és hosszabb távon is hozzájárulhat az érintett lakosság helyzetének javításához. A tervezet megállapításaival teljes mértékben egyetértek, azt örömmel támogattam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A educação é um direito humano fundamental de todas as crianças e afigura-se essencial para o pleno exercício de todos os outros direitos sociais, económicos, culturais e políticos. Importa salientar que a educação está na base da cidadania responsável, podendo transformar uma sociedade e contribuir para a igualdade social, económica, política e de género.

A Declaração de Incheon regista com apreensão o facto de os conflitos, as catástrofes naturais e outras crises continuarem a colocar entraves à educação e ao desenvolvimento. Por isso, compromete-se a desenvolver sistemas de ensino mais inclusivos, com melhor capacidade de resposta e mais resilientes, referindo ainda que o ensino tem de ser ministrado em ambientes de aprendizagem seguros, acolhedores e livres de violência.

Apoio a educação como fundamental para a reconstrução das sociedades em situação de pós-conflito, uma vez que a formação contribuirá para melhorar as perspetivas de vida das populações e quebrar o ciclo da pobreza. Defendo e apoio esta proposta considerando que a UE deverá desenvolver, através da cooperação com diferentes organizações internacionais, programas de acolhimento específicos para as crianças afetadas por situações de emergência e crises prolongadas.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution car, selon les Nations unies, un milliard d'enfants vivent dans des zones de conflit, dont 250 millions ont moins de 5 ans et sont privés de leur droit fondamental à l'éducation. On estime à 65 millions le nombre d'enfants âgés de 3 à 15 ans touchés par des situations d'urgence et de crises de longue durée et exposés, de ce fait, à un risque d'interruption de scolarité, et à quelque 37 millions le nombre des enfants non scolarisés dans le primaire et le premier cycle du secondaire dans les pays qui connaissent des crises.

La moitié environ des écoliers du monde vivent dans des zones touchées par des conflits; dans les États arabes, 87 % des enfants non scolarisés subissent les conséquences de conflits et l'on estime à 175 millions le nombre des enfants susceptibles d'être touchés par des catastrophes naturelles chaque année. De plus, certains groupes, tels que les enfants pauvres, les filles et les enfants handicapés, voient leurs perspectives déjà réduites décliner encore dans les zones touchées par des conflits ou dans des contextes fragiles. Mobilisons-nous pour sauver leur avenir!

József Nagy (PPE), *írásban*. – Napjainkban rohamosan növekszik a konfliktusok, katasztrófák sújtotta területek száma, az Európai Unió pedig a világpolitika egyik legfontosabb szereplőjeként kötelességének kell, hogy tekintse a kilátástalan helyzetbe került országok megsegítését. A gyors és közvetlen humanitárius segítség nyújtása mellett kimagaslóan fontos szerepet játszanak a hosszú távú intézkedések is. Az állandó konfliktusok hatására e területek lakosai olyan alapvető jogaik gyakorlásának lehetőségétől esnek el, mint például az oktatáshoz való jog. Ennek következtében aztán ún. „elveszett generáció” alakulhat ki, ami komoly fenyegetést jelent a társadalom megfelelő irányba való fejlődésére, illetve annak átalakulására. Éppen ezért van szükségünk egy olyan javaslatra, amely teljes mértékben támogatja a konfliktus sújtotta országokból származó gyermekek oktatását, különös hangsúlyt fektetve a lányokra és hátrányos helyzetű fiatalokra.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for this resolution that will instate equal rights for every child, regardless of their ethnic origin and social, migration or residence status, particularly in terms of educational opportunities for young people in conflict or emergency situations.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – We voted in favour of the resolution as it calls for increasing the share of EU humanitarian funds for the education of children in emergencies and protracted crises, and on all host countries to help integrate child refugees into their national education system.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this text as it is an important text on child protection and care in the European Union. As the most vulnerable and yet the most important part of human society, it is vital that children are educated and prepared to deal with a wide variety of crises. It is a matter of survival but also societal development and all efforts should be made in ensuring adequate financing programmes for access to training courses and long-term education for children in emergency or extraordinary situations, both for those in the EU and those outside our borders.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Podpořil jsem usnesení, protože považuji za důležité upozornit na to, že v kontextu nestabilních a vnitřními konflikty zmítaných zemí světa jsou tou nejohroženější skupinou děti. Je logické, že nejvíce svou pozornost zaměřujeme na země, které jsou největším zdrojem migrační vlny do EU. Velkým krokem vpřed je zřízení svěřeneckého fondu „Bekou“, svěřeneckého fondu „Madad“ a svěřeneckého fondu pro Afriku, které se mohou stát účinnými nástroji pro řešení častého rozporu mezi humanitární a rozvojovou pomocí, tedy bezprostřední pomocí ve smyslu poskytnutí „první pomoci“ ohroženým oblastem na jedné straně a dlouhodobější a komplexnější pomocí zaměřenou na vytvoření podmínek pro soběstačný „provoz“. Velmi bych si proto přál, aby EU a členské státy při přidělování zdrojů ze svěřeneckých fondů EU učinily vzdělávání dětí jako jednu z klíčových priorit, která je nutnou součástí snah o zlepšení situace v delším horizontu.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Der vorliegende Entschließungsantrag fordert die EU-Staaten auf, Flüchtlingskinder in Notsituationen in die nationalen Bildungssysteme zu integrieren, und ist der Meinung, dass Bildung das Risiko der Radikalisierung junger Menschen mindert. Grundsätzlich steht diesen Forderungen nichts im Wege. Jedoch erscheint es mir vollkommen sinnlos, diese Aspekte abseits einer kohärenten Strategie zum Umgang mit der derzeitigen Migrationskrise zu formulieren, die grundsätzlich zunächst von den Nationalstaaten ausgehen sollte. Daher habe ich gegen den Bericht gestimmt.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Pritariu pateiktai rezoliucijai.

Kokybiškas švietimas yra itin svarbus veiksnys atkuriant konfliktą išgyvenusias visuomenes bei didinant humanitarinės pagalbos veiksmingumą. Todėl labai svarbu didinti švietimo sistemų atsparumą ir užtikrinti nepertraukiamą mokymąsi ekstremaliųjų situacijų ir užsitęsusių krizių atvejais. Reikia stiprinti ES bendradarbiavimą su šalimis partnerėmis, kitais paramos teikėjais, privačiuoju sektoriumi ir pilietine visuomene.

Pažymėtina, kad tarptautinės paramos teikėjai ypatingą dėmesį turėtų skirti švietimui, kad būtų įtraukiami vaikai ir jiems teikiama psichologinė pagalba. Siekiant užtikrinti aukštesnį ir tinkamesnį vaikų integracijos lygį, turi būti skatinamas priimančios šalies kalbos mokymasis, plečiamos mokymosi pasirinkimo galimybės ir didinamas prieinamumas. Didelis dėmesys turi būti skiriamas švietimo finansavimui viešosiomis lėšomis ir viešai švietimo struktūrai, kad būtų veiksmingai užtikrintos visuotinės galimybės visiems įgyti išsilavinimą.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – This motion for a resolution calls for the EU to provide access to education for children in emergency situations. This motion for a resolution is in light of certain situations such as the Syrian civil war, which has completely demolished infrastructure in the region and has left children without education. The EU perceives this lack of education infrastructure to be a thriving ground for extremism; therefore the motion is calling for funding and an action plan for the situation. Even though we agree that education is important for children in emergency situations we do not feel it is within the remit of the EU to do this.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Le ondate di rifugiati che si stanno riversando in Europa comportano problematiche afferenti non solo la sfera del diritto umanitario, ma anche la dimensione riguardante più propriamente la tutela internazionale dei diritti umani. Ed è un diritto umano universale, riconosciuto dalla Dichiarazione universale delle Nazioni Unite del 1948, garantire l'istruzione a tutti i bambini. Non possiamo pertanto dimenticarne, a maggior ragione, quando questi bambini provengono da situazioni di conflitto, sono costretti ad abbandonare le loro case, le loro scuole e il loro paese. È nostro dovere garantire loro la continuazione degli studi. Vorrei ricordare che organismi come l'UNESCO sono sorti proprio dalla convinzione che non è possibile costruire un futuro di pace se non educiamo i bambini e le future generazioni alla pace. Garantire la continuità dell'istruzione ai bambini rifugiati è pertanto un investimento nella costruzione futura della stabilità e della pace dei paesi dell'Unione europea e di quelli di provenienza dei rifugiati. Avrei pertanto espresso fermamente il mio voto favorevole.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Svako dijete, bez obzira na okolnosti u kojima se našlo, ima pravo na obrazovanje. No, ne samo da djeca i u konfliktnim i kriznim situacijama imaju pravo na obrazovanje, već omogućujući djeci pristup obrazovanju i u ratom pogođenom zemljama i kriznim situacijama, ujedno im pružamo zaštitu jer dok su u školi, djeca su manje podložna riziku da budu prisiljena na rad ili dječji brak, regrutirana da postanu djeca vojnici ili postanu žrtve trgovine ljudima. Djeca obrazovanjem stječu potrebna životna znanja i vještine koja imaju i nezamjenjiv učinak na njihovu budućnost, a pohađanjem škole u život djece izbjeglica vraća se tračak stabilnosti te oni uče kako se lakše nositi sa situacijom u kojoj se nalaze, što opet pridonosi dobrobiti djece. Naravno da pristup obrazovanju ne može biti odvojen od gospodarskog razvoja te da on predstavlja ključ oporavka, no obrazovanje je zaista važno za napredak djece koja žive u konfliktnim područjima ili su bila prisiljena otići iz svog doma. Stoga podržavam apel za integriranim, sveobuhvatnijim i učinkovitijim odgovorom na potrebu obrazovanja djece u kriznim situacijama te smatram da i humanitarnom i razvojnom pomoći možemo više doprinijeti kvalitetnijem obrazovanju većeg broja djece kojima je pristup obrazovanju uskraćen.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Prema procjenama UN-a, milijarda djece živi u područjima sukoba, od čega je 250 milijuna mlade od pet godina i nema temeljno pravo na školovanje. Čak 65 milijuna djece u dobi između 3 i 15 godina najviše je pogođeno izvanrednim situacijama i dugotrajnim krizama, što dovodi u opasnost nastavak njihova obrazovanja. Polovina djece iz cijelog svijeta koja ne pohađaju nastavu živi u sukobljenim područjima, u arapskim zemljama 87 % djece koja se ne školuju živi u područjima zahvaćenima sukobima, a oko 175 milijuna djece svake će godine vjerojatno zadesiti prirodne katastrofe, a čak 37 milijuna djece osnovnoškolske i niže srednjoškolske dobi ne pohađa nastavu u zemljama zahvaćenima krizom. Strašni su ovo podaci koji ukazuju na potrebu hitne akcije kako bi zaštitili najranjiviju skupinu kojoj su skrb, sigurnost i obrazovanje najpotrebniji.

Potrebno nam je više inicijativa poput one EU-a „Djeca mira” čiji je cilj financiranje humanitarnih obrazovnih projekata u izvanrednim situacijama zbog čega se pridružujem pozivima Komisiji da proširi ovu inicijativu i dodatno se angažira u inicijativi Nijedna generacija nije izgubljena (No Lost Generation Initiative) koju su pokrenuli brojni donatori, humanitarni i razvojni subjekti, pa i EU, kako bi se milijunima djece u Siriji i susjednim zemljama omogućio pristup obrazovanju.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Mogućnost da se dogode iznenadne situacije postoji stalno i u skladu je s temeljnim vrijednostima Europske unije, pravovremeno reagirati i pokušati spriječiti negativne posljedice koje mogu nastati kao rezultat pojedinih događaja. Upravo radi zaštite temeljnih načela, kao što su solidarnost, poštovanje ljudskog dostojanstva, ravnopravnost, tolerancija, EU je osnovao Odjel za humanitarnu pomoć i civilnu zaštitu (ECHO). Djelovanje tog Odbora usmjereno je na zaštitu ljudskih života i dostojanstva pogođenih osoba. Međutim, djelovanje obuhvaća široki sadržaj svih mogućih aktivnosti koje se ostvaruju radi poboljšanja kvalitete života. Obrazovanje je jedan od načina kvalitetne izgradnje post-konfliktnih zajednica i posebno je važno podržati razvoj obrazovnih institucija i omogućiti svakom djetetu ostvarenje jednog od njegovih osnovnih prava, pravo na obrazovanje.

Znajući da se otprilike bilijun djece nalazi na područjima zahvaćenim ratom te da im je uskraćeno pravo na obrazovanje, potrebno je usmjeriti djelovanje država članica te humanitarnih organizacija na pružanje podrške za razvoj obrazovnih sustava u pozitivnom smjeru. S obzirom da je humanitarna pomoć jedini način da se djeci u ratnim zonama omogući sudjelovanje u obrazovnim programima i na taj način pruži mogućnost razvoja i napretka, smatram da je potrebno usmjeriti pozornost na to pitanje. Stoga podržavam prijedlog rezolucije kolegice Linde McAvan.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně.* – Vzdělávání dětí v krizových situacích a ve vleklých krizích je jedním z nejpálčivějších problémů dneška. V televizních zprávách sice není tolik vidět, ale patří mezi nejvíce negativní dopady stavu, kdy miliony lidí musí žít po vyhnání z domova v uprchlických táborech. Podpora toho, aby v takových podmínkách fungovalo školství, musí být co nejvýše na žebříčku priorit. Osobně si myslím, že po zajištění ochrany životů, zdraví a zajištění dostatečné výživy již musí na řadu přijít vzdělávání. Bojujeme přece o další generace.

Franck Proust (PPE), *par écrit.* – J'ai voté pour la résolution relative à l'éducation des enfants dans les situations d'urgence et les crises de longue durée. De très nombreuses crises humanitaires jalonnent l'Histoire. Des millions d'enfants ont été et sont victimes des conflits. Les ignorer, c'est en faire des générations perdues. Et des générations perdues forment un terreau pour les conflits suivants. Pour éviter cela, il faut assurer un lien, un cadre permettant l'éducation des enfants en toute situation. Les guerres contre l'organisation terroriste Daech, ou Boko Haram au Nigéria, montrent que les enfants sont au cœur de ces conflits. Pour éviter que les enfants, témoins victimes des conflits ne grandissent pour devenir des adultes, acteurs coupables de conflits, conservons un lien éducatif et investissons dans toutes les générations, où qu'elles se trouvent.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* – A proposta de resolução ora em apreço surge no seguimento da pergunta oral feita à Comissão Europeia (CE) pela Deputada ao Parlamento Europeu Linda McAvan, que, em nome da Comissão do Desenvolvimento, indagou acerca das medidas concretas destinadas a dar uma resposta adequada às necessidades educativas em situações de emergência.

Atualmente, mil milhões de crianças vivem em zonas afetadas por conflitos, sendo-lhes negado o seu direito fundamental à educação - este que os governos se comprometeram a respeitar no âmbito da Convenção das Nações Unidas. Contudo, o Parlamento avisa que a Convenção não passará de letra morta caso a prestação de um ensino de qualidade em situações de emergência seja relegada para segundo plano. Neste contexto, a Comissão considera que, sem prejuízo da segurança material e do bem-estar infantil, a educação deverá constar igualmente nos programas de ajuda humanitária, desta feita, alavancada por um aumento do financiamento humanitário, suficiente para dar resposta às situações de emergência. Tendo em vista as deliberações acima, votei favoravelmente.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit.* – J'ai voté pour la résolution sur l'éducation des enfants dans les situations d'urgence et les crises de longue durée. Selon les Nations unies, un milliard d'enfants vivent dans des zones de conflit, dont 250 millions ont moins de 5 ans et sont privés de leur droit à l'éducation. Environ 65 millions d'enfants âgés de 3 à 15 ans sont ainsi exposés à un risque d'interruption scolaire et 37 millions d'enfants ne sont pas scolarisés dans le primaire et le premier cycle secondaire. Et les enfants non scolarisés sont davantage exposés au risque de mariage et de grossesse précoces, d'enrôlement par l'armée régulière ou des groupes armés, de traite et de travail forcé. Une éducation de qualité peut également jouer un rôle important sur le long terme dans la reconstruction de la société à l'issue d'un conflit.

Enfin, il convient de faire de l'éducation une priorité dans l'aide humanitaire, dans l'aide au développement et dans l'allocation des ressources provenant des fonds de l'Union. Nous appelons notamment tous les États membres de l'Union à soutenir l'objectif de la Commission d'augmenter de 4 % le budget européen à l'aide humanitaire consacrée à l'éducation en situation d'urgence.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – 65 millones de niños de entre tres y quince años se encuentran atrapados en algún tipo de crisis, normalmente de larga duración, sin acceso a educación. Estamos hablando de más de una generación perdida a nivel global.

Esta propuesta de Resolución promovida por los socialistas solicita aumentar del 1,9 % al 4 % la ayuda humanitaria dedicada a la educación en situaciones de crisis, aumentando la partida de ayuda humanitaria en el presupuesto 2016 en 26 millones para asegurar el acceso a la educación en emergencias. Finalmente, insta a los Estados miembros a que apoyen el objetivo de la Comisión de aumentar el porcentaje de fondos humanitarios destinados a la educación y a que impulsen la creación de un fondo global.

Los socialistas subrayamos la importancia de la educación como factor clave para el desarrollo, en la creación de empleo y la disminución de la pobreza, así como un potente instrumento para ayudar a los niños a superar los traumas causados por conflictos u otras emergencias. Por todo ello, he votado favorablemente esta propuesta de Resolución.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette résolution qui, au vu du caractère prolongé des crises actuelles, demande à tous les acteurs de l'aide humanitaire (au rang desquels l'Union européenne fait figure de proue) de veiller à ce que l'éducation des enfants fasse partie intégrante de leur intervention en recourant aux pôles d'action dès le déclenchement d'une crise et en veillant à y consacrer des fonds suffisants. Le texte de la résolution demande également qu'une attention particulière soit portée aux groupes plus vulnérables comme les filles, les enfants handicapés et les enfants pauvres.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Os números de crianças e jovens adolescentes que se encontram em situações vulneráveis por razões de conflitos nos seus países de origem é cada vez mais expressivo e alarmante. O constante estado de risco a que estes jovens estão expostos tem levado a que muitas famílias abandonem os seus países e rumem em direção à Europa procurando um futuro melhor. Porém, muitos deles permanecem em campos de refugiados ou não possuem os meios para conseguir escapar aos conflitos nacionais com que se vêm confrontados diariamente. É, portanto, necessário agir em prol da segurança e futuro destas crianças que acabam por ser vítimas de um sistema instável que não lhes auferir as condições educacionais a que qualquer criança tem direito de acordo com a Convenção das Nações Unidas sobre os Direitos da Criança.

Assim, parece-me importante o trabalho da UE no sentido de prover e assegurar mais meios para a educação das crianças e jovens refugiados, uma vez que a educação constitui um pilar basilar na continuidade de uma sociedade melhor, capaz, segura e íntegra na sua mais básica essência. Pelas razões acima aduzidas, a presente proposta de resolução mereceu o meu acolhimento e voto favorável.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – Selon les chiffres des Nations unies, environ la moitié des écoliers du monde vit dans des zones touchées par des conflits et on estime à 65 millions le nombre d'enfants âgés de 3 à 15 ans touchés par des situations d'urgence et de crises.

Devant ces chiffres alarmants, l'Union européenne et la communauté internationale doivent agir au plus vite.

Ainsi, j'ai voté en faveur de ce texte, qui appelle les États membres à soutenir l'objectif de la Commission d'augmenter la part des fonds humanitaires de l'Union pour l'éducation des enfants en situation d'urgence à 4 %.

Alors que nous faisons face à la crise des réfugiés et que nous devons y répondre, les pays d'accueil doivent veiller à ce que les enfants réfugiés aient un accès complet à l'éducation.

Enfin, l'Union doit travailler avec les pays partenaires pour améliorer l'éducation des enfants en situation de conflit et empêcher qu'ils ne deviennent les cibles des conflits armés.

L'Union européenne doit agir pour les générations de demain.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), por escrito. – Me he abstenido en la votación de esta propuesta de Resolución sobre la educación para los niños en situaciones de emergencia y crisis prolongadas. La propuesta de Resolución hace un llamamiento muy positivo al incremento de fondos para la educación en situaciones de emergencia, considerando la educación como elemento fundamental, transversal y necesario en toda acción humanitaria. Además, el informe subraya la importancia de la educación pública, universal y de calidad -tanto primaria, como secundaria y superior- para la superación de crisis y para alcanzar un desarrollo sostenible. Sin embargo, el informe incluye un párrafo que abre la puerta a la privatización de la educación, que consideramos inaceptable.

György Schöpflin (PPE), írásban. – Napjainkban nagyjából 65 millió gyermek él olyan válság sújtotta övezetekben, ahol a kialakult helyzet miatt nem jutnak megfelelő oktatáshoz, ezekben a régiókban ugyanis a szektor jellemzően alulfinanszírozott. Az indítvány célja, hogy tagállamokat arra ösztönözze, támogassák az Európai Bizottság azon javaslatát, hogy 4 százalékra emelkedjen az EU humanitárius segélyeiből az oktatásra fordított összeg aránya. Az indítvány emellett kéri a tagállamokat, hogy segítsék az általuk befogadott menekült gyermekek integrálását nemzeti oktatási rendszereikbe.

A jó minőségű oktatást prioritásként kell kezelni a válság és katasztrófa sújtotta övezetekben, mert hosszabb távon ez lehet a kulcsa a krízist követő helyreállítási, stabilizálási folyamatnak. Az oktatás erősítésének emellett jelentős szerepe lehet abban, hogy a gyermekek ne essenek áldozatul a radikalizálódásnak, amely terrorista csoportok és hadseregek kötelekeibe sodorhatja őket. A megfelelő oktatáshoz való hozzájutás emellett a szegénység elleni küzdelem fontos eszköze lehet. A fenti célokkal egyetértve, a néppárti vonalat követve, szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), por escrito. – No he podido votar a favor aunque considero positivo el llamamiento que hace esta Resolución a la Comisión Europea para incrementar el nivel de fondos de ayuda humanitaria que destina a apoyar la educación de niños y niñas afectadas por situaciones de emergencia humanitaria y crisis prolongadas, solicitando a su vez que los países de acogida hagan un esfuerzo para una mejor integración en sus sistemas educativos. El texto final de la Resolución otorga un papel «crucial» al sector privado en los sistemas educativos. Es inaceptable e incompatible el derecho a una educación de calidad y con acceso universal para todos con el negocio privado de unos pocos.

Por ello, a lo largo de todo el proceso de aprobación de esta Resolución, hemos defendido la necesidad de hacer de esta Resolución un llamamiento claro y apuesta por sistemas educativos públicos, gratuitos y de acceso universal tanto para la educación básica como la secundaria y universitaria, lo que ha sido rechazado por una mayoría conformada por conservadores y liberales, principalmente.

Desde mi rechazo frontal a que la Comisión Europea financie empresas privadas del sector educativo y mi apuesta por la educación pública, me he abstenido en la votación de esta Resolución.

Jill Seymour (EFDD), in writing. – I abstained on this vote. I agree with the sentiments of the report, however I think nation states should action this and not the EU.

Branislav Škripek (ECR), písomne. – Vzdelanie považujem za jednu z najdôležitejších investícií do budúcnosti našich detí a za kľúčový nástroj na odstraňovanie chudoby vo svete. Je dôležité zabezpečiť prístup ku kvalitnému vzdelávaniu aj v krajinách, ktoré sú postihnuté konfliktami, bojmi a nestabilitou. Preto som hlasoval za prijatie tohto uznesenia o vzdelaní pre deti v núdzových situáciách a dlhotrvajúcich krízach.

Monika Smolková (S&D), písomne. – Vzdelanie je základné ľudské právo a právo každého dieťaťa a má kľúčový význam pre jeho ďalší rozvoj a vývin a uplatnenie v živote. Vzdelanie podmieňuje uplatňovanie všetkých ostatných práv, ako sociálne, hospodárske, kultúrne a politické. Podľa odhadov OSN žije v oblastiach postihnutých konfliktami približne jedna miliarda detí. Podľa odhadov až 65 miliónov detí vo veku od 3 do 15 rokov je najviac zasiahnutých núdzovými situáciami a dlhotrvajúcimi krízami a hrozí im prerušenie, resp. ukončenie vzdelávania. V súčasnosti sa odhaduje, že v dôsledku rôznych konfliktov je vysídlených 19 miliónov detí, ktorým sa nedostáva žiadneho vzdelávania. Podporila som návrh uznesenia, pretože určuje systém a možnosti financovania vzdelávania detí v núdzových situáciách a dlhotrvajúcich krízach. V tejto oblasti je potrebné spolupracovať s humanitárnymi a dobrovoľníckymi organizáciami, jednotlivými členskými štátmi, medzinárodnými organizáciami a OSN.

Návrh uznesenia poukazuje aj na potrebu navýšenia finančných prostriedkov pre vzdelávanie detí a na dodržiavanie všetkých prijatých iniciatív, deklarácií a rozvojových programov, ktoré boli prijaté v minulosti a ktoré sa mnohokrát neplnia.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – Najlepší pokrok v pomoci rozvojovému svetu možno dosiahnuť najmä podporou vzdelávania, a to v rámci prepojenia humanitárnej a rozvojovej pomoci a dosiahnutia súdržnosti v politike EÚ v tejto oblasti. Právo na vzdelanie pre všetky deti bez rozdielu je základný princíp, na ktorom by sme mali budovať všetko naše ďalšie úsilie v globálnej rovine.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Podržívam ovaj prijedlog rezolucije jer prema procjenama UN-a milijarda djece živi u područjima koja su pogođena sukobima, od čega je 250 milijuna djece mlađe od pet godina, te nema temeljno pravo na školovanje. Također se procjenjuje da je 65 milijuna djece u dobi između 3 i 15 godina najviše pogođeno izvanrednim situacijama i dugotrajnim krizama, što dovodi u opasnost nastavak njihova obrazovanja. Smatram da je obrazovanje temeljno ljudsko pravo i pravo svakog djeteta, jer obrazovanje je ključno kako bi se u potpunosti uživala druga socijalna, ekonomska, kulturna i politička prava.

Ova rezolucija ističe važnost univerzalnog i visokokvalitetnog javnog obrazovanja kao katalizatora razvoja kojim se poboljšavaju mogućnosti drugih djelovanja u područjima zdravstva, sanitarnih uvjeta, smanjenja rizika od katastrofa, otvaranja radnih mjesta i smanjenja siromaštva i gospodarskog razvoja, te također ističe važnost obrazovanja kao moćnog instrumenta koji je potreban kako bi pružio osjećaj normalnog života, te kako bi se ojačala svijest o pravima i pomoglo djeci. Važno je da mladi prebrode traume, te da se reintegriraju u društvo nakon sukoba i usvoje vještine potrebne za ponovnu izgradnju njihovih društava.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. – Prema procjenama UN-a milijarda djece živi u područjima sukoba, od čega je 250 milijuna mlađe od pet godina i nema temeljno pravo na školovanje. Obrazovanje je ključan čimbenik za integraciju i poboljšanje životnih uvjeta djece s invaliditetom i/ili posebnim obrazovnim potrebama. Inicijativom EU-a „Djeca mira” za 1,5 milijun djece pogođene sukobima i krizama u 26 država omogućuje pristup školama u kojima imaju priliku učiti u sigurnom okruženju i dobiti psihološku podršku. Za obrazovanje je potreban dugoročiji pristup koji se ne može u potpunosti osigurati u okviru humanitarne pomoći. Humanitarna pomoć Europske unije od životne je važnosti za zajednice i žrtve novih i dugotrajnih kriza pogotovo djece koja su među najranjivijim žrtvama humanitarnih kriza.

Podržívam ovu rezoluciju jer smatram da je kvalitetno obrazovanje djece presudno u ponovnoj izgradnji, sukobima pogođenih društava jer im može povećati potencijal za zarađivanje, omogućiti bolju brigu za zdravlje svojih obitelji te poboljšati izgled izlaska iz zatvorenog kruga siromaštva.

Patricija Šulin (PPE), pisno. – Glasovala sam za resoluciju o izobražavanju otrok v izrednih razmerah in dolgotrajnih krizah. Pravica do izobraževanja je ena izmed pomembnejših človekovih pravic, a vendar se po svetu še vedno dogaja, da se po podatkih OZN kar 250 milijonom otrok, mlajših od petih let, odreka temeljna pravica do izobraževanja. To je nezaslišano, zato si moramo vsi skupaj prizadevati za vzpostavitev instrumentov za izboljšanje izobraževanja otrok v državah, kjer vladajo izredne razmere. Šolanje in izobrazba sta namreč tudi zelo pomembna za odpravo revščine.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), γραπτώς. – Το ψήφισμα για την εκπαίδευση των παιδιών σε καταστάσεις έκτακτης ανάγκης και κρίσεις μεγάλης διάρκειας τονίζει την ανάγκη προστασίας των παιδιών, σημειώνει τις κατευθυντήριες γραμμές του ΟΗΕ και αναφέρει τους αναπτυξιακούς στόχους της χιλιετίας. Δυστυχώς, όμως, δεν ξεφεύγει από τη φιλοσοφία των κυρίαρχων και πλειοψηφικών νεοφιλελεύθερων κύκλων της ΕΕ. Επιμένει στην προώθηση και στήριξη της ιδιωτικής πρωτοβουλίας στην εκπαίδευση, ιδιωτικοποιώντας έτσι όχι μόνο σχολεία, αλλά και πανεπιστήμια και κολλέγια.

Για μας ως Αριστερά η εκπαίδευση αποτελεί αγαθό που ανήκει στον κάθε λαό. Για αυτό το λόγο δεν δεχόμαστε την προώθηση των ιδιωτικοποιήσεων. Πόσο μάλλον σε περιοχές οι οποίες περνούν κρίσεις μεγάλης διάρκειας, ή καταστάσεις έκτακτης ανάγκης. Εκεί το κράτος πρέπει να εντάξει την εκπαίδευση στα πλαίσια του σχεδιασμού του για ανάκαμψη, και όχι να ξεπουλήσει τις υποδομές του.

Για τους πιο πάνω λόγους ψηφίσαμε αποχή στο εν λόγω ψήφισμα.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Η παιδεία και ειδικότερα η υψηλής ποιότητας δημόσια παιδεία, αποτελεί καταλύτη και βάση για μείωση της ανεργίας και της φτώχειας, για ανάπτυξη και ανόρθωση της οικονομίας. Η διαπίστωση όμως, ότι χρειάζεται η ανθρωπιστική βοήθεια σε χώρες που υπέστησαν πολέμους και καταστροφές δεν αρκεί, αν δεν συνοδεύεται από την παραδοχή ότι δεν πρέπει η ΕΕ να χρηματοδοτεί δράσεις που έχουν σαν σκοπό να ανακουφίσουν χώρες που καταστράφηκαν από τις πολιτικές συμφερόντων, κυρίως Δυτικών χωρών.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az indítványt, mivel az ENSZ becslései szerint 1 milliárd gyermek él konfliktusok sújtotta területeken, közülük 250 millió 5 évnél fiatalabb. Rengetegen nem gyakorolhatják az oktatáshoz fűződő alapvető jogukat sem. A jelentés kiemeli, hogy majdnem 10 millió menekült gyermek van, és a világon kb. 19 millió gyermek saját hazáján belül lakóhelye elhagyására kényszerült valamely konfliktus miatt. Éppen ezért úgy vélem, hogy az oktatást előtérbe kell helyezni, és azt nem csak humanitárius kérdésként, hanem a fejlesztési együttműködés területeként is kell kezelni. Az oktatás alapvető jog, amely minden gyermeket megillet, függetlenül szülei etnikai származásától, állampolgárságától és szociális, migrációs vagy tartózkodási jogállásától.

Tehát nem egyszerűen segélyezésre van szükség, hanem össze kell kapcsolni azt a helyreállítással és a fejlesztéssel! Egyetértek azzal, hogy az oktatás az alapja a felelősségteljes állampolgárságnak, átalakíthat egy társadalmat és hozzájárulhat a társadalmi, gazdasági, politikai és nemek közötti egyenlőséghez, továbbá fontos tényező a lányok és nők társadalmi, kulturális és szakmai emancipációja szempontjából, valamint a nők és lányok elleni erőszak megelőzése tekintetében. Támogatom azt a felszólítást, mely szerint a tagállamok dolgozzanak ki a kíséret nélküli gyermekek és a gyermekeiket egyedül nevelő anyák befogadását szolgáló egyedi terveket.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – ONZ szacuje, że na obszarach dotkniętych konfliktami żyje miliard dzieci, którym odmawia się przysługującego im podstawowego prawa do nauki. Z dużym prawdopodobieństwem, w związku z obecnie mającym miejsce kryzysem migracyjnym, liczba dzieci z ograniczonym dostępem do edukacji będzie rosła. Dlatego tak istotne jest podjęcie działań zarówno wewnątrz samej Unii, jak i w ramach naszych relacji zewnętrznych, aby tym dzieciom pomóc.

Pewnym jest, że gospodarka żadnego kraju nie może się rozwijać bez młodej i wykształconej siły roboczej. W związku z tym naszym obowiązkiem jest zapewnienie edukacji dzieciom znajdującym się w sytuacjach nadzwyczajnych i w czasie przedłużających się kryzysów, gdyż to one stanowią będąc zasadniczym elementem procesu odbudowy społeczeństw w krajach, gdzie zakończyły się konflikty. Rezolucja Parlamentu jest słusznym elementem unijnej strategii, dlatego też zdecydowałem się zgłosić za jej przyjęciem.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Copiii reprezintă categoria umană cea mai vulnerabilă în fața situațiilor de urgență și a crizelor. De aceea ei trebuie protejați în mod corespunzător în fața acestor riscuri.

La nivel mondial, dreptul la educație al unei părți semnificative a copiilor este afectat de conflictele armate existente, de situația socială precară sau de dezastrele naturale. De asemenea, un număr important de copii sunt refugiați sau strămutați.

Educația reprezintă un drept fundamental al copiilor, care le poate oferi perspective pentru o viață mai bună și șansa de a depăși situațiile dificile în care se găsesc. Din păcate acest drept nu este garantat peste tot de statele și guvernele aflate la putere.

Uniunea Europeană s-a implicat în remedierea situației prin intermediul inițiativei „Children for Peace” și prin participarea la programele ONU. Totuși, e nevoie de mai multă implicare pentru eliminarea discriminării fetelor și copiilor cu dizabilități, evitarea abandonului școlar, combaterea analfabetismului, asigurarea educației copiilor din zonele afectate de crize, susținerea psihologică a copiilor din zonele de conflict, integrarea socială a copiilor refugiați, prevenirea abuzurilor și traficului de copii.

O serie de fonduri au fost deja create, însă e nevoie de alocarea mai multor fonduri umanitare pentru educație. De aceea, se impune adoptarea actualei rezoluții.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour cette résolution. Elle rappelle que, selon les Nations unies, un milliard d'enfants vivent dans des zones de conflit, dont 250 millions ont moins de 5 ans et sont privés de leur droit fondamental à l'éducation.

On estime à 65 millions le nombre d'enfants âgés de 3 à 15 ans touchés par des situations d'urgence et de crises de longue durée et exposés de ce fait à un risque d'interruption de scolarité, et à quelque 37 millions le nombre des enfants non scolarisés dans le primaire et le premier cycle du secondaire dans les pays qui connaissent des crises.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – This resolution draws attention to the situation of children stuck in conflicts, which the current refugee crisis makes ever more distressing. These numbers are worryingly large, with the UN estimating that one billion children are affected worldwide and almost 10 million as refugees. I voted in favour of the resolution, promoting education as a human right and uninterrupted learning in spite of conflicts. Since education offers a perspective for a decent life, I believe that all children should be able to share this vision. Regarding refugee children, the resolution calls on hosting countries to include them in national education systems as much as possible. Moreover, it calls on the Commission and the Member States to establish 'education corridors' to ensure that students from countries in conflict, in particular Syria, Iraq and Eritrea, are admitted to universities. To finance the proposed measures, the resolution asks for increased resources, beyond the less than 2% of all humanitarian funds that this policy area received in 2014.

Patrizia Toia (S&D), *per iscritto*. – La tutela dei minori e la prevenzione di abusi e traffico passa attraverso un loro inserimento nelle scuole e nei programmi educativi, attraverso la definizione di standard di accoglienza, inserimento e supporto linguistico. È fondamentale supportare gli studenti rifugiati in transito anche attraverso la cooperazione con le differenti organizzazioni internazionali. Occorre creare «corridoi educativi» affinché siano accolti nelle università gli studenti provenienti da paesi in conflitto. Le nuove tecnologie dell'informazione e della comunicazione hanno assunto un ruolo sempre più importante nel settore dell'istruzione in situazione di emergenza e possono migliorare le attività degli operatori in questi contesti, anche attraverso piattaforme di e-learning e e-teaching. Questa relazione va nella giusta direzione.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Podržala sam prijedlog o povećanju humanitarne pomoći u sektoru obrazovanja u zemljama pogođenim izvanrednim situacijama i dugotrajnim krizama na 4 % od ukupne humanitarne pomoći kako bi se djeci osigurao pristup kvalitetnom obrazovanju.

Naime, smatram da se u zemljama pogođenim izvanrednim situacijama i dugotrajnim krizama mora osigurati pravo na obrazovanje, što se može znatno poboljšati povećanjem dijela humanitarne pomoći koji se odvaja za tu svrhu.

Osim toga, držim da je izrazito važno da zemlje koje primaju izbjeglice osiguraju djeci izbjeglicama potpuni pristup obrazovanju, ne samo primarnoj razini, nego i sekundarnoj te stručnom osposobljavanju, te da promiču njihovu integraciju i uključivanje u obrazovne sustave te zemlje. To se može postići uspostavom predloženih „obrazovnih koridora” pomoću kojih učenici iz takvih zemalja, posebice iz Sirije, Iraka i Eritreje, mogu biti prihvaćeni na sveučilištima. Na taj način lakše će se integrirati u društvo te zemlje i prilagoditi novim kulturnim sredinama.

Romana Tomc (PPE), *pisno*. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta o izobraževanju otrok v izrednih razmerah in dolgotrajnih krizah (2015/2977(RSP)) sem podprla, ker menim da ima vsak otrok pravico do izobraževanja. Pri čemer bi moralo biti brezplačno osnovnošolsko izobraževanje njegova temeljna pravica, ne glede na to iz kje izhaja in v kakšnih okoliščinah biva. Potrebno je zagotoviti možnost izobraževanja vsem otrokom, saj je izobrazba bistvenega pomena za uživanje tudi drugih socialnih in ekonomskih pravic.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de esta propuesta de Resolución sobre la educación para los niños en situaciones de emergencia y crisis prolongadas. La propuesta de Resolución hace un llamamiento muy positivo al incremento de fondos para la educación en situaciones de emergencia, considerando la educación como elemento fundamental, transversal y necesario en toda acción humanitaria. Además, el informe subraya la importancia de la educación pública, universal y de calidad -tanto primaria, como secundaria y superior- para la superación de crisis y para alcanzar un desarrollo sostenible. Sin embargo, el informe incluye un párrafo que abre la puerta a la privatización de la educación, que consideramos inaceptable.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – The huge number of children who are in a very difficult situation in many countries is well known and explained very well in the resolution. Therefore I support this resolution to call for the proportion of humanitarian funding to education in emergency situations to be increased to reach 4% of the budget of EU humanitarian aid as a minimum investment to ensure access to quality education for children in emergencies and protracted crises.

Mylène Troszczynski (ENF), *par écrit*. – Malgré une bonne initiative, ce texte présente plusieurs points problématiques. En effet, si la proposition appelle les États membres à permettre l'accès à l'éducation aux enfants et adolescents réfugiés en intégrant ceux-ci dans les systèmes éducatifs nationaux et en leur facilitant l'apprentissage de la langue du pays d'accueil, elle propose également d'intégrer des professeurs issus des communautés de déplacés, ce qui pourrait créer un phénomène de communautarisme.

L'intégration des étudiants réfugiés en transit dans les universités des pays membres est également une des directives de ce texte qui appelle à la création de «couloirs éducatifs» pour permettre aux étudiants issus de zones de conflits (Syrie, Irak et Érythrée en particulier) de poursuivre leurs cursus dans les universités européennes.

Je choisis donc l'abstention.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Az ENSZ becslései szerint 1 milliárd gyermek él konfliktusok sújtotta területeken, közülük 250 millió 5 évnél fiatalabb, és nem gyakorolhatja az oktatáshoz fűződő alapvető jogát. A becslések szerint a szükséghelyzetek és elhúzódó válságok miatt mintegy 65 millió 3 és 15 év közötti életkorú gyermek van kitéve annak a kockázatnak, hogy megszakadnak iskolai tanulmányai, és a válság sújtotta országokban mintegy 37 millió azon gyermekek száma, akik nem járnak iskolába, de koruk szerint általános iskolában vagy a középiskola alsó tagozatán lenne a helyük. A világon az összes iskolába nem járó gyermek körülbelül fele konfliktus sújtotta területeken él. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación de esta propuesta de Resolución sobre la educación para los niños en situaciones de emergencia y crisis prolongadas. La propuesta de Resolución hace un llamamiento muy positivo al incremento de fondos para la educación en situaciones de emergencia, considerando la educación como elemento fundamental, transversal y necesario en toda acción humanitaria. Además, el informe subraya la importancia de la educación pública, universal y de calidad -tanto primaria, como secundaria y superior- para la superación de crisis y para alcanzar un desarrollo sostenible. Sin embargo, el informe incluye un párrafo que abre la puerta a la privatización de la educación, que consideramos inaceptable.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), *por escrito*. – Hablamos de una propuesta de Resolución que destaca la importancia de una educación universal pública de calidad como un catalizador de desarrollo. La propuesta de Resolución señala con acierto la preocupante situación de progreso educativo que tienen los países afectados por conflictos así como la necesidad de acceso a la educación para los niños que se han visto obligados a convertirse en refugiados. Asimismo propone medidas para intentar cambiar esta situación. Por todo ello creo conveniente votar a favor de dicha propuesta de Resolución.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – No he podido votar a favor aunque considero positivo el llamamiento que hace esta Resolución a la Comisión Europea para incrementar el nivel de fondos de ayuda humanitaria que destina a apoyar la educación de niños y niñas afectadas por situaciones de emergencia humanitaria y crisis prolongadas, solicitando a su vez que los países de acogida hagan un esfuerzo para una mejor integración en sus sistemas educativos. El texto final de la Resolución otorga un papel «crucial» al sector privado en los sistemas educativos. Es inaceptable e incompatible el derecho a una educación de calidad y con acceso universal para todos con el negocio privado de unos pocos.

Por ello, a lo largo de todo el proceso de aprobación de esta Resolución, hemos defendido la necesidad de hacer de esta Resolución un llamamiento claro y apuesta por sistemas educativos públicos, gratuitos y de acceso universal tanto para la educación básica como la secundaria y universitaria, lo que ha sido rechazado por una mayoría conformada por conservadores y liberales, principalmente.

Desde mi rechazo frontal a que la Comisión Europea financie empresas privadas del sector educativo y mi apuesta por la educación pública, me he abstenido en la votación de esta Resolución.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I strongly supported a motion that went through Parliament calling on Member States and the United Nations to properly back education in areas of protracted crisis. Education is a fundamental human right, but more than that, it is also one of the key determinants of a child's future. Out-of-school children and adolescents face a higher risk of early marriage, pregnancy, recruitment into armed groups, trafficking and labour exploitation. By ensuring universal and high-quality education we can promote stability and it can act as a catalyst for development. Education bind societies back together, giving people the skills to help rebuild their own countries. All of this requires long-term investment and thinking. For all of these reasons I backed this resolution.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit plan omdat onderwijs een fundamenteel en onvervreemdbaar recht is voor elk kind, ongeacht zijn of haar afkomst. Het bevorderen van onderwijs als mensenrecht en het verkrijgen van onderwijs in weerwil van de heersende conflicten in bepaalde regio's moet een prioriteit zijn van onze humanitaire hulp, aangezien onderwijs volgens mij nog steeds de beste garantie is voor een fatsoenlijk leven.

Marie-Christine Vergiat (GUE/NGL), *par écrit*. – Nous traversons l'une des pires crises humanitaires qu'ait connue le monde depuis la Seconde Guerre mondiale. Aujourd'hui, la moitié des écoliers du monde vivent dans des zones touchées par des conflits.

Pour permettre la scolarisation des enfants exposés à des situations d'urgence, près de 7,5 milliards d'euros par an sont nécessaires et le déficit de financement dans ce domaine s'élève aujourd'hui à plus de 4,5 milliards d'euros.

Si l'aide de l'Union augmente, puisque celle-ci sera de 4,7 milliards d'euros dans les pays en développement en faveur de l'éducation pour 2014-2020 (contre 4,4 milliards pour la période 2007-2013), cela reste bien en deçà des besoins réels. Cette résolution demande plus de moyens notamment pour atteindre les objectifs du Millénaire pour le développement en matière d'éducation et soutient la mise en place d'un mécanisme de financement de l'éducation en situation d'urgence à l'échelle mondiale qui permettrait de pallier les manquements actuels.

Malheureusement, plutôt que de rappeler leurs engagements aux États membres, cette résolution demande plus d'investissement du secteur privé. Marchandiser l'éducation et l'aide humanitaire ne peut être une solution. Alors que la seule intervention militaire au Mali a coûté environ un milliard d'euros, plus que jamais, j'estime que tout est une question de choix politiques.

J'ai donc choisi de m'abstenir.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A ONU estima que mil milhões de crianças vivam em zonas afetadas por conflitos, sendo que um quarto dessas crianças tem menos de cinco anos e lhes é negado o direito à educação. Estima-se ainda que 65 milhões de crianças sejam afetadas por situações de emergência e de crises prolongadas e que aproximadamente 37 milhões de crianças em idade para frequentar o ensino primário e baixo secundário não o façam.

Apesar de ser de saudar o apelo aos Estados-Membros para que contribuam para o aumento dos fundos humanitários para a educação de crianças em situações de emergência para 4 % da ajuda humanitária prevista no orçamento da UE, defendemos que esses fundos deverão ser canalizados para a promoção do acesso universal a uma educação pública, gratuita e de qualidade em todos os graus de ensino. Só com uma política educativa que tenha como pilares estas premissas é que será possível inverter o círculo vicioso de pobreza que assola as zonas do globo mais afetadas por situações de emergência e crises prolongadas.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – An sich ein guter Vorschlag, mit dem gewährleistet werden soll, dass vertriebene junge Menschen weiterhin unterrichtet und somit weitergebildet werden. Jedoch ist diese EntschlieÙung nicht ambitioniert genug, da der Faktor Bildung für Vertriebene nicht hoch genug bemessen werden kann. Nur durch Bildung kann man gewährleisten, dass diese Personen wieder zurückkehren bzw. die Spirale der Gewalt eines Tages verlassen werden. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – La salvaguardia del minore in contesti di crisi o guerra è un dovere imprescindibile. L'Unione europea non può chiudere gli occhi di fronte a quello che succede in molte parti del mondo ne può ignorare l'aspetto politico, economico e umanitario della questione. Molti passi sono stati fatti ma molti obiettivi devono essere raggiunti. Perciò ho votato favorevolmente a una relazione che esprime la necessità di dare all'UE una responsabilità ancora maggiore nella difesa dei minori.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Ich habe gegen die Entschließung gestimmt, da zwar Kinder bekanntermaßen unsere Zukunft sind, jedoch diese Entschließung als Mogelpackung vorgeschlagen wird, um Minderheitenpolitik der Asyllobbyisten in Europa durchzusetzen.

Natürlich sollten Kinder weltweit unterstützt und gefördert werden, jedoch vorrangig in ihrem eigenem Land und nicht, wenn sie als Nomaden durch Europa ziehen!

Hierbei kann man den Kindern keinen Vorwurf machen, sondern den Eltern. Solch ein Vorgehen darf jedoch nicht auch noch mit einer Bildungspolitik unterstützt werden, die darauf abzielt, dass weiterhin Wirtschaftsflüchtlinge nach Europa einwandern, die sich lediglich ein besseres Leben und eine bessere Bildung versprechen.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des Europäischen Parlaments zum Thema Bildung für Kinder in Notsituationen und langandauernden Krisensituationen habe ich nicht zugestimmt.

Bei allem emotionalen Verständnis und den durchaus vernünftigen Gründen hinter dem Ansinnen, Kindern in Notsituationen zu helfen, ist es nicht Aufgabe der EU, hier den Rahmen abzustecken. Echte menschliche und karitative Hilfe findet im zwischenmenschlichen Rahmen statt. Sie ist keine Aufgabe für Parlamente, sondern für Menschen, die Nächstenliebe üben wollen. Jede Einmischung der EU, der Nationalstaaten oder auch überhaupt von Behörden hindert das private Engagement, auf das es hier meiner Meinung nach entscheidend ankommt. Manchmal ist weniger mehr – das gilt vor allem im zwischenmenschlichen Bereich, wenn wir ein soziales Miteinander erhalten wollen.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτως*. – Δεν είναι λίγοι οι οργανισμοί και οι ΜΚΟ που ανά τον κόσμο επικεντρώνουν την ανθρωπιστική τους δράση και βοήθεια σε παιδιά. Σήμερα, περίπου δέκα εκατομμύρια παιδιά παγκοσμίως ζουν στην προσφυγιά, ενώ σχεδόν δεκαεννέα εκατομμύρια έχουν εκτοπιστεί από τον τόπο τους λόγω ένοπλης σύγκρουσης. Συνεπώς, θα πρέπει να δοθεί ιδιαίτερη βαρύτητα, ώστε ένα σημαντικό μέρος της ανθρωπιστικής δράσης και βοήθειας στις περιοχές αυτές να ενισχύσει τον σκοπό αυτό. Υποστήριξα την έκθεση με την θετική μου ψήφο.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Podporuji toto usnesení, jelikož vzdělání považuji za klíčové pro obnovu zemí stížených katastrofami či válečnými konflikty a ve svém důsledku vedoucí k podpoře ekonomiky zemí. Především vzdělání lidé mohou vývoj společnosti posouvat dále a vzdělání lidé s kritickým myšlením jsou hůře ovlivnitelní a mohou přispět k budování demokracie. Podle mého názoru je vzdělání též silným nástrojem potřebným pro vytvoření pocitu normality a zvýšení povědomí o právech a pomáhajícím dětem a dospívajícím překonat trauma, znovu se po ukončení konfliktu zapojit do společností, nabýt dovedností potřebné k obnovení společnosti a prosazování míru a usmíření.

Jana Žitňanská (ECR), *písomne*. – Milióny detí v súčasnej čoraz nestabilnejšej situácii žijú v oblastiach zasiahnutých vojnovými konfliktami a milióny detí tak v dôsledku konfliktov nemajú prístup ani k základnému vzdelávaniu. Táto situácia prispieva k tomu, že deti sú nielen bezprostredne ohrozené prebiehajúcim konfliktom v krajine, ktorý ich oberá o bezpečie, ale neexistujúce vzdelávanie ohrozuje aj ich šance na lepšiu budúcnosť. Tieto perspektívy sú ešte horšie u znevýhodnených skupín detí, u detí zasiahnutých chudobou, dievčat či detí zdravotne postihnutých. A hoci je Európska únia najväčším poskytovateľom humanitárnej pomoci, v dôsledku iných priorít, nekoordinovaných systémov, ako aj nedostatku partnerov zostáva vzdelanie pre deti v konfliktných oblastiach nedosiahnuteľné. Práve z tohto dôvodu som rada podporila správu, ktorá volá po vyššom financovaní vzdelávania, ale aj lepšej spolupráci so súkromným sektorom a darcami.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – A ONU estima que mil milhões de crianças vivem em zonas afetadas por conflitos. Grande parte destas situações é uma dolorosa demonstração do carácter desumano, explorador e agressivo do sistema capitalista e tem causas e responsáveis: os processos de desestabilização em vários pontos do globo e as guerras de agressão imperialistas, a política de domínio económico e de saque dos recursos naturais. Neste sentido, condenamos que a ação da UE e dos Estados-Membros no quadro da UE se paute pela caridade e não pela solidariedade, que sirva de paliativo e não de antídoto.

12.5. Ausrichtung der Kohäsionspolitik 2014-2020 auf Vereinfachung und Leistung (B8-1231/2015)

Suulliset äänestysesitykset

Seán Kelly (PPE). – Madam President, simplification, in particular of cohesion policy, is certainly needed because, of all the good things we do in the European Union, this is probably the most confusing in respect of application and oversight, etc. Then we add gold-plating, which often makes it even more difficult for would-be beneficiaries and, of course, more costly for SMEs. There really is a need for greater simplification, and I am delighted that the new Commission has put emphasis on that.

They will have a field day here, because there is so much simplification needed. I once gave a talk on cohesion policy and I think it was probably the most boring speech I ever gave, because I was trying to explain something that is so complicated, it was almost impossible to put it in simple terms.

Stanislav Polčák (PPE). – Paní předsedající, firmy nejen v České republice, ale i v ostatních členských státech Evropské unie nechtějí dělat evropské projekty. Nechtějí je dělat právě proto, jak jsou složité, jaká administrativní náročnost je s nimi spojena. Já jsem rád, že se snažíme jít cestou zjednodušování, protože to je ta jediná cesta pro udržení vůbec zájmu o evropské projekty, o evropské fondy. Měli bychom se zaměřit na dosažení výsledků, na měřitelnost těchto výsledků, na udržitelnost výsledků potom v praxi, nikoliv na jenom lacinou nebo zavádějící zátěž administrativního charakteru. Pro vaši představu: v České republice program rozvoje venkova, který je součástí evropských fondů, obsahuje pravidla na sedmi stech stránkách. Který ze začínajících zemědělců by chtěl takovouto materii číst?

Μαρία Σπυράκη (PPE). – Κυρία Πρόεδρε, η αλήθεια είναι πως χάνουμε χρόνο και ο χρόνος είναι πολύτιμος, ειδικά όταν πρόκειται για τη διαδικασία απορρόφησης των κοινοτικών πόρων. Υπάρχουν χώρες, όπως η δική μου η Ελλάδα, που οι κοινοτικοί πόροι είναι η μοναδική πηγή για να εισρεύσει φρέσκο χρήμα.

Τι μπορούμε να κάνουμε γι' αυτό; Κατ' αρχήν να θέσουμε την 31η Δεκεμβρίου ως υποχρεωτική προϋπόθεση για τη μετάβαση στην ηλεκτρονική συνοχή και να μην κάνουμε εκπτώσεις. Οι κοινές διατάξεις θα μειώσουν τον χρόνο που μεσολαβεί από την υποβολή της αίτησης μέχρι τη χρηματοδότηση. Με κάθε τρόπο να επιταχύνουμε τη διαδικασία απόδοσης χρημάτων στους δικαιούχους.

Ξέρετε, ακόμη στην Ελλάδα αγωνιζόμαστε να απορροφήσουμε τους πόρους του προηγούμενου κοινοτικού πλαισίου, του 2009-2013, και το 2014 δεν έχει αρχίσει ακόμη να απορροφάται. Χρειάζεται να βοηθήσουμε και εμείς. Να πατάξουμε τη γραφειοκρατία και να προχωρήσουμε άμεσα στους πόρους που δικαιούμαστε.

Andrejs Mamikins (S&D). – Kohēzijas politika ir viens no galvenajiem Eiropas Savienības instrumentiem, ar ko faktiski īsteno līdzekļu pārdalīšanu par labu mazāk attīstītiem reģioniem. Bet diemžēl jāatzīmē, ka, tāpat kā vairākos citos kopējo fondu resursu izmantošanas gadījumos, kohēzijas politikas līdzekļu sadalīšana ir ļoti sarežģīts process.

No projekta iesniegšanas brīža līdz pat atskaites nodošanai dažreiz pāiet ļoti ilgs laiks. Ko es gribu ar to pateikt? Kamēr diez vai kāds šeit apšaubīs pašas kohēzijas politikas nepieciešamību, to jau sen vajadzētu reformēt ar mērķi vienkāršot un padarīt daudz saprotamākus visus potenciālo finansēto projektu principus. No otras puses, vajadzētu arī sekmēt pašu projektu īstenošanas caurskatāmību.

Un vēl — būtu ļoti loģiski pāriet (vai vismaz daļēji) uz elektronisko formātu, jo tas attiecas ne tikai uz kohēzijas projektu, bet arī uz Eiropas Parlamentu. Jo dažreiz to papīru skaits, ko mēs, kolēģi, tērējam ... vienkārši žēl koku. Paldies!

Kirjalliset äänestysesitykset

William (The Earl of) Dartmouth (EFDD), in writing. – This report is regarding a simplification of the procedure in cohesion policy. In simple terms Parliament thinks that there are many faults in the current system that have many negative effects, i.e. the language is too complicated and also lost in translation, the procedure for allocation of cash is too slow and the process of transposition is too slow. This in turn has created a system that is not cost-effective. This motion for a resolution essentially asks for digitalisation of this process and calls for e-cohesion. Even though we are against the Commission distributing money and the processes involved with that, this resolution is essentially asking for a simplification of the current procedure which would make things more cost-effective in the long run. Therefore an abstention was recommended.

Tim Aker (EFDD), *in writing*. – This report is regarding a simplification of the procedure in cohesion policy. In simple terms Parliament thinks that there are many faults in the current system that have many negative effects, i.e. the language is too complicated and also lost in translation, the procedure for allocation of cash is too slow and the process of transposition is too slow. This in turn has created a system that is not cost-effective. This motion for a resolution essentially asks for digitalisation of this process and calls for e-cohesion. Even though we are against the Commission distributing money and the processes involved with that, this resolution is essentially asking for a simplification of the current procedure which would make things more cost-effective in the long run. Therefore an abstention was recommended.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de Resolución porque supone una posición oficial del Parlamento Europeo para pedir a la Comisión y a los Estados Miembros que colaboren en la tarea de aligerar las cargas administrativas así como en la simplificación de las normas relativas a los fondos de la política de cohesión. Esta preocupación expresada por el Parlamento tiene que ver, entre otras cosas, con el relativamente alto porcentaje de programas que finalmente no son realizados, debido no solo a constricciones presupuestarias ligadas al impacto de la crisis y de las políticas de austeridad, sino también a los retrasos en los pagos, la carga burocrática o la contradicción de normas. Sin embargo, dicha simplificación de las normas no debe servir como excusa para, por un lado, bajar la guardia frente al control de las cuentas y el uso de las partidas presupuestarias asignadas, ni por otro, para dejar la puerta abierta a instrumentos de financiación que ya están empezando a participar activamente en los programas operativos, como las instituciones de crédito privadas o los fondos de capital-riesgo.

Martina Anderson and Lynn Boylan (GUE/NGL), *in writing*. – This resolution was proposed by the Committee on Regional Development in recognition of the fact that complicated procedures, such as administration and onerous auditing procedures, can place a heavy burden on beneficiaries of cohesion policy funding.

The resolution recommends a simplification of the rules, especially for those beneficiaries with less administrative and financial capacities, in order to better meet the needs of funding recipients. It also calls on the Commission to enter into an ongoing dialogue with Parliament, the Committee of the Regions and other stakeholders on all aspects of any simplification process. We therefore voted in favour of the resolution.

Pascal Arimont (PPE), *schriftlich*. – Komplizierte Verfahren bei der Beantragung und Verwaltung von EU-Finanzhilfen aus Fonds der Struktur- und Kohäsionspolitik führen teilweise dazu, potenzielle Antragsteller gänzlich abzuschrecken. Die eigentlich zur Verfügung stehenden Mittel werden dadurch nicht abgerufen. Die Politik verfehlt somit ihren Zweck, denn sie sollte eigentlich dazu motivieren, EU-Finanzhilfen erfolgreich zu beantragen und zu verwalten.

Ich begrüße daher die vom Ausschuss für regionale Entwicklung initiierte und vom Europäischen Parlament als Ganzem angenommene Entschließung, die abermals auf diese Problematik hinweist und u. a. von der EU-Kommission Leitlinien und Fahrpläne zur Vereinfachung fordert, um bei den Mitgliedstaaten und ihren Regionen ein Bewusstsein dafür zu schaffen, den Verwaltungsaufwand und die Überregulierung im Zusammenhang mit der Vergabe von öffentlichen Aufträgen zu reduzieren. Zugleich ist es unabdingbar, dass alle, d. h. Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten und ihre Regionen, ihre Überwachungs-, Kontroll- und Berichterstattungstätigkeiten optimieren, um die derzeitigen Engpässe zu beseitigen, dabei jedoch ein angemessenes Gleichgewicht zwischen der Vereinfachung einerseits und der Verhinderung von Unregelmäßigkeiten, beispielsweise Betrug, andererseits nicht zu verlieren.

Marie-Christine Arnautu (ENF), *par écrit*. – Ce rapport reconnaît que les procédures administratives sont trop complexes et qu'une simplification est plus que nécessaire. Toutefois, il demande à la Commission de fournir une feuille de route aux États membre. Par ailleurs, un renforcement des relations avec les collectivités locales sans passer par les autorités nationales est demandé.

J'ai donc choisi de m'abstenir sur ce rapport.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This report is regarding a simplification of the procedure in cohesion policy. In simple terms Parliament thinks that there are many faults in the current system, which has many negative effects. The language is too complicated and also lost in translation, the procedure of allocation of cash is too slow and the process of transposition is too slow. This in turn has created a system that is cost-ineffective. This motion for a resolution essentially asks for a digitalisation of this process and calls for e-cohesion. Even though we are against the Commission distributing money and the processes involved with that, this resolution is essentially asking for a simplification of the current procedure, which would make things more cost-effective in the long run. This is utterly unobjectionable and I voted in favour.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Nors buvo atlikta 2014-2020 m. programavimo laikotarpio sanglaudos politikos reforma, per kurią buvo sprendžiamas supaprastinimo metodų klausimas, Europos struktūrinių ir investicijų fondų igyvendinimas, valdymas, su jais susijusių ataskaitų teikimas ir kontrolė vis dar sudėtingi tiek paramos gavėjams, tiek valdymo institucijoms. Pritariu, kad Komisija turėtų pateikti išsamias supaprastinimo gaires, kad valstybės narės būtų informuotos apie jiems tenkančią užduotį panaikinti ar bent jau gerokai sumažinti administracinę naštą, susidarančią atrenkant siūlomus projektus bei vykdamas stebėjimo ir kontrolės veiklą, kai nacionaliniu ir vietos lygmenimis vykdomi viešųjų pirkimų procesai. Svarbu, kad Komisija ir valstybės narės skatintų supaprastinti taisykles, kuriomis reglamentuojamos ESI fondų finansinės priemonės, kad šios priemonės būtų geriau pritaikytos paramos gavėjų poreikiams.

Nicolas Bay (ENF), *par écrit*. – Le texte reconnaît que les procédures administratives sont trop complexes et nécessitent donc une véritable simplification. Cet aveu est tout à l'honneur des bureaucrates bruxellois.

Néanmoins, ce texte demande à la Commission de fournir une feuille de route aux États et préconise de renforcer les relations avec les collectivités locales au détriment des autorités nationales. Encore une façon de rogner sur ce qu'il reste de nos souverainetés...

Je me suis abstenu.

Xabier Benito Ziluaga (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta simplificación. La política general de cohesión tiene, ahora mismo, muchos espacios superpuestos y espacios sobre los que es difícil dirimir cuál sería su mejor encaje. Entendemos que una simplificación en la respectiva política permitiría una mayor facilidad a la hora de comprender la utilidad de la misma, así como mayores posibilidades de que la ciudadanía fuese consciente de la existencia de la misma.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de Resolución sobre la simplificación y la orientación a los resultados de la política de cohesión para el periodo 2014-2020 para pedir a la Comisión que introduzca directrices detalladas sobre la simplificación a fin de informar a los Estados miembros y a sus regiones acerca de su cometido de eliminar o al menos reducir la carga administrativa y la sobrerregulación que se observan a escala nacional y local en los procesos de contratación pública, selección de propuestas de proyectos y las actividades de seguimiento y control. Además, la Comisión debería proporcionar una hoja para racionalizar y simplificar las actividades de control, seguimiento y notificación para los beneficiarios a fin de eliminar los actuales cuellos de botella.

Dominique Bilde (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenue sur ce texte concernant la recherche de la simplification et de l'efficacité dans la politique de cohésion pour 2014-2020. En effet, il reconnaît que les procédures administratives sont trop complexes et nécessitent une véritable simplification. Malheureusement, ce texte demande, en parallèle, à la Commission de fournir une feuille de route aux États membre et il préconise même de renforcer les relations directes avec les collectivités locales au détriment des autorités nationales. Je ne peux donc cautionner cette partie qui veut balayer la souveraineté des États-nations au profit de relations UE/collectivités locales.

Mara Bizzotto (ENF), *per iscritto*. – Ritengo fondamentale che la politica di coesione europea si muova verso una netta semplificazione. Le nostre imprese, i nostri territori e i nostri cittadini hanno bisogno di meno oneri amministrativi, una minore regolamentazione sia a livello nazionale sia a livello regionale. Sono anche convinta che la Commissione stessa dovrebbe avere un approccio meno burocratizzato durante la fase di presentazione delle domande per l'accesso ai finanziamenti UE, così da facilitare accesso ed erogazione, massimizzandone l'efficacia, per tutti questi motivi ho inteso supportare questo testo col mio voto.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – Las instituciones de la UE han adoptado importantes medidas para abordar la cuestión de la simplificación. A pesar de los esfuerzos realizados, las excesivas formalidades siguen suponiendo un obstáculo para la gestión eficiente de los Fondos EIE.

Esta propuesta de Resolución pide a la Comisión, entre otras medidas, compartir las iniciativas y directrices en materia de simplificación, lograr un equilibrio óptimo entre rendición de cuentas y simplificación, aplicar plenamente la cohesión electrónica en la gestión de los Fondos EIE, adoptar y aplicar un enfoque flexible con respecto a las obligaciones de los beneficiarios en materia de facilitación de datos e información, y participar en un diálogo estructurado y permanente con el Parlamento Europeo y otros interlocutores.

Por todo esto, he votado a favor de la presente propuesta de Resolución.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šios rezoliucijos, kadangi, nors buvo atlikta 2014–2020 m. programavimo laikotarpio sanglaudos politikos reforma, per kurią buvo sprendžiamas supaprastinimo metodų klausimas, Europos struktūrinių ir investicijų (ESI) fondų įgyvendinimas, valdymas, su jais susijusių ataskaitų teikimas ir kontrolė vis dar sudėtingi tiek paramos gavėjams, tiek valdymo institucijoms, visų pirma turinčioms nedidelius administracinius ir finansinius pajėgumus. Europos Parlamentas mano, jog Komisija turėtų pateikti išsamias supaprastinimo gaires, kad valstybės narės ir jų regionai būtų informuoti apie jiems tenkančią užduotį panaikinti ar bent jau gerokai sumažinti nacionaliniu ir vietos lygmenimis vykdančią viešųjų pirkimų procesus, siūlomų projektų atranką bei stebėjimo ir kontrolės veiklą susidarantią administracinę našą. Taigi, Parlamentas ragina Komisiją, derinant veiksmus su valstybėmis narėmis ir laikantis proporcingumo principo nustatyti ir įgyvendinti lanksčius principus, taikomus duomenų ir informacijos pateikimo reikalavimams, kurie keltami paramos gavėjams paraiškos teikimo proceso metu ir su ES finansavimu pagal pasidalijamojo valdymo sistemą susijusių ataskaitų teikimo proceso metu, taip pat skatinti keistis gerąja patirtimi.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – A 2014-2020 közötti pénzügyi tervezési időszakra vonatkozó megreformált kohéziós politika ellenére, amely foglalkozik az egyszerűsítés módszereivel, az európai strukturális és beruházási alapok alkalmazása, igazgatása, jelentéstétel és ellenőrzése továbbra is nehézkes mind az kedvezményezettek, mind az irányító hatóságok számára, különös tekintettel azokra, amelyek alacsonyabb adminisztratív és pénzügyi kapacitással rendelkeznek. A jelenlegi túlszabályozás, beleértve a szabályok nemzeti jogba való átültetésének folyamatát, késedelmet okoz, valamint a piactól való hosszabb távolmaradást és közvetett költségeket generál az uniós forrásokat igénylő potenciális kedvezményezettek számára, ami ezáltal csökkenti az uniós finanszírozás befektetési hatásait és akadályokat teremt a kedvezményezettek, a polgárok és a vállalatok, különösen a kis- és középvállalkozások számára az Unióban.

A bonyolult eljárások jelentős terhet róhatnak a kedvezményezettekre, különösen a kis- és középvállalkozásokra, a nem kormányzati szervezetekre és a településekre, amelyeknek szükségük van uniós finanszírozásra. Mivel általánosságban ezek a szervezetek nem rendelkeznek megfelelő pénzügyi és emberi erőforrásokkal és szakértelemmel ahhoz, hogy sikeresen pályázhassanak uniós támogatásokra és képesek legyenek kezelni azokat, szükségesnek tartom az eljárás további egyszerűsítését, ezért szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. – La semplificazione della politica di coesione rappresenta un passo importante per consentire di sfruttare al meglio le opportunità di crescita e di sviluppo offerte da questa politica, soprattutto alla luce del suo contributo al conseguimento degli obiettivi previsti dalla strategia Europa 2020. Investimenti nelle piccole e medie imprese, strategie macro-regionali, così come urbane e territoriali dimostrano infatti lo stretto legame che vi è fra il sostegno offerto dalla politica di coesione e gli obiettivi di breve e lungo termine dell'Unione. Nonostante ciò, i vantaggi offerti dalla politica di coesione e dai suoi finanziamenti non sono ancora sfruttati in maniera ottimale, ciò soprattutto a causa dei numerosi oneri burocratici che impediscono, a chi potrebbe beneficiarne, di goderne appieno. Per questo serve una politica di coesione più semplice, che attiri i potenziali beneficiari verso questo fondamentale strumento, rendendo le procedure legate alla gestione e all'erogazione dei fondi più snelle e trasparenti. Occorre altresì un approccio maggiormente orientato a risultati tangibili e misurabili e che renda tale politica più accessibile, anche nei termini delle tempistiche relative all'ottenimento dei finanziamenti.

Steeve Briois (ENF), par écrit. – Cette proposition de résolution admet que la complexité des procédures administratives réduit l'efficacité des fonds structurels dans les États membres de l'Union européenne. Le texte insiste sur le fait que les bénéficiaires, notamment les TPE et les PME, n'ont plus forcément intérêt à formuler des demandes dans la mesure où les coûts liés à l'obtention de ces fonds sont parfois trop élevés. C'est pourquoi une simplification contribuerait à augmenter le taux d'absorption des fonds.

Nous nous réjouissons de voir les institutions européennes prendre conscience des conséquences, néfastes aux acteurs économiques, de leur système bureaucratique. Néanmoins, nous sommes opposés à ce que la Commission formule de nouvelles recommandations à l'intention des États membres. Nous considérons que les facteurs de la complexité administrative actuelle sont principalement à rechercher dans le refus de la Commission à revoir son fonctionnement interne. Enfin, nous ne sommes absolument pas favorables à ce que l'Union renforce ses relations avec les collectivités locales tel qu'il est demandé dans le texte.

Je me suis donc abstenu sur ce texte.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Am votat în favoarea acestei rezoluții deoarece consider că politica de coeziune este unul dintre cele mai importante instrumente de care dispune Uniunea Europeană pentru a combate inegalitatea și pentru a sprijini coeziunea teritorială și socială în regiunile sale.

Perioada de programare 2014-2020 a adus modificări remarcabile în ceea ce privește metodele de simplificare abordate în cadrul politicii de coeziune, însă, cu toate acestea, anumite proceduri privind prezentarea de rapoarte, controlul exercitat în legătură cu fondurile structurale și de investiții europene sunt încă îngreunate de mecanismele birocratice.

Aceste tipuri de proceduri greoaie devin un impediment atât pentru beneficiari, cu precădere pentru întreprinderile mici și mijlocii, ONG-uri și municipalități a căror capacitate administrativă și financiară este limitată, cât și pentru autoritățile de management. Mai mult, un alt obstacol cu care se confruntă beneficiarii amintiți anterior este generat de suprareglementarea actuală care determină întârzieri, implicând anumite costuri indirecte pentru cei eligibili pentru a primi finanțare UE. Toate aceste dificultăți conduc la finalități negative, reducându-se impactul investițiilor din finanțare europeană.

Este necesară adoptarea unor măsuri imediate în direcția simplificării și a orientării către performanță a politicii de coeziune în vederea creșterii impactului proiectelor europene și atragerii constante a beneficiarilor.

Gianluca Buonanno (ENF), *per iscritto*. – La Commissione dovrebbe introdurre orientamenti dettagliati sulla semplificazione, onde sensibilizzare gli Stati membri e le regioni circa il loro compito di eliminare, o quantomeno ridurre significativamente, gli oneri amministrativi e la sovraregolamentazione presenti a livello nazionale e locale nel quadro delle procedure di aggiudicazione di appalti, della selezione dei progetti proposti e delle attività di monitoraggio e controllo.

La Commissione è invitata a definire e applicare, in coordinamento con gli Stati membri e in linea con il principio di proporzionalità, un approccio «leggero» quanto agli obblighi dei beneficiari in materia di dati e informazioni durante la fase di presentazione delle domande e di rendicontazione relativa ai finanziamenti UE in regime di gestione concorrente.

La Commissione e gli Stati membri si avvalgano più frequentemente dell'approccio multi-fondo, tenendo conto delle necessità dei beneficiari. Voto favorevole.

Alain Cadec (PPE), *par écrit*. – La politique de cohésion est primordiale afin d'atteindre les objectifs de croissance et d'emploi fixés dans la stratégie Europe 2020. Les fonds structurels qui composent la politique de cohésion permettent aux citoyens européens de financer leurs différents projets. Ces fonds doivent être disponibles le plus rapidement possible afin que ce financement ait un impact direct sur l'économie réelle et sur la création d'emploi. Dans cette perspective, les procédures d'obtention de ces fonds doivent impérativement être simplifiées pour qu'ils soient alloués plus rapidement aux destinataires. Bien entendu, les contrôles sont nécessaires. Il ne s'agit pas de financer n'importe quel projet. Cependant, il ne faut pas se perdre dans une bureaucratie qui ferait fuir les plus petits porteurs de projets. J'ai voté en faveur de ce rapport et donc pour une politique de cohésion plus efficace.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo sul tema «Verso la semplificazione della politica di coesione per il periodo 2014-2020 e il suo orientamento ai risultati». Le istituzioni dell'Unione hanno compiuto notevoli passi in avanti verso la semplificazione delle procedure di accesso ai Fondi strutturali e d'investimento europei. Malgrado i miglioramenti compiuti, restano però ancora molte le procedure da snellire per evitare che l'impatto degli investimenti promossi dai fondi dell'Unione venga limitato da una eccessiva regolamentazione. La proposta in esame invita la Commissione a introdurre orientamenti dettagliati sulla semplificazione per eliminare o ridurre significativamente gli oneri amministrativi previsti dalle legislazioni locali e per questo ho votato per il suo accoglimento.

Matt Carthy (GUE/NGL), in writing. – This was a particularly important resolution, the aim of which is to simplify access to cohesion funding.

The resolution was proposed by the Committee on Regional Development in recognition of the fact that complicated procedures (such as administration issues and onerous auditing procedures) around cohesion policy funding can place a heavy burden on beneficiaries and that there is a need to simplify the rules, especially for beneficiaries with less administrative and financial capacities, in order to better align financial instruments to beneficiaries' needs. It calls on the Commission to enter into an ongoing dialogue with Parliament, the Committee of the Regions and other stakeholders on all aspects of any simplification process.

James Carver (EFDD), in writing. – This report is regarding a simplification of the procedure in cohesion policy. In simple terms Parliament thinks that there are many faults in the current system that have many negative effects, i.e., the language is too complicated and also lost in translation, the procedure for allocation of cash is too slow and the process of transposition is too slow. This in turn has created a system that is not cost-effective. This motion for a resolution essentially asks for digitalisation of this process and calls for e-cohesion. Even though we are against the Commission distributing money and the processes involved with that, this resolution is essentially asking for a simplification of the current procedure which would make things more cost-effective in the long run. Therefore an abstention was recommended.

David Casa (PPE), in writing. – I voted in favour of this resolution because I think the Commission should introduce guidelines on simplifications for Member States to be aware of their tasks, and provide them with information for simplifying control, monitoring, reporting activities and beneficiaries.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – La sovraregolamentazione esistente nell'ambito della politica di coesione riformata per il periodo di programmazione 2014-2020 — anche sul fronte del recepimento delle norme nel diritto nazionale — agisce come un freno e determina dei costi indiretti per i potenziali beneficiari alla ricerca di finanziamenti UE, riducendo in tal modo l'impatto sugli investimenti dei fondi dell'Unione e creando ostacoli per i beneficiari, i cittadini e le imprese nell'UE, in particolare per le piccole e medie imprese. Ho perciò votato a favore di questa risoluzione che esorta la Commissione e gli Stati membri a promuovere la semplificazione delle norme che disciplinano gli strumenti finanziari nel quadro dei fondi strutturali e d'investimento europei, al fine di avvicinarli maggiormente alle esigenze dei beneficiari e, in ultima istanza, di migliorarne l'utilizzo.

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Στο ψήφισμα καλείται η Επιτροπή και τα κράτη-μέλη να θεσπίσουν και να εφαρμόσουν, σε συντονισμό με τα κράτη-μέλη και σύμφωνα με την αρχή αναλογικότητας, μια ήπια προσέγγιση ως προς τις απαιτήσεις για στοιχεία και πληροφορίες από τους δικαιούχους κατά τη διαδικασία της αίτησης και της υποβολής εκθέσεων σχετικών με τη χρηματοδότηση της ΕΕ στο πλαίσιο της επιμερισμένης διαχείρισης, καθώς και να ενθαρρύνουν την ανταλλαγή καλών πρακτικών.

Ζητείται από την Επιτροπή και τα κράτη μέλη να αυξήσουν τη χρήση της πολυταμειακής προσέγγισης, λαμβάνοντας υπόψη τις ανάγκες των δικαιούχων.

Εκ των πραγμάτων στηρίζουμε το ψήφισμα.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento, perché sono notevoli i passi avanti che le istituzioni dell'Unione hanno compiuto verso la semplificazione, adottando diverse misure tra le quali si annovera il programma di semplificazione del quadro finanziario pluriennale 2014-2020. Malgrado l'attenzione rivolta ai metodi di semplificazione nell'ambito della politica di coesione riformata per il periodo di programmazione 2014-2020, la presentazione di domande, la gestione, la rendicontazione e il controllo nel quadro dei fondi SIE restano complessi sia per i beneficiari sia per le autorità di gestione. Il Parlamento ritiene che la Commissione debba introdurre orientamenti dettagliati sulla semplificazione, onde sensibilizzare gli Stati membri e le regioni circa il loro compito di ridurre significativamente, gli oneri amministrativi e la sovraregolamentazione presenti a livello nazionale e locale nel quadro delle procedure di aggiudicazione di appalti, della selezione dei progetti proposti e delle attività di monitoraggio e controllo, ad esempio evitando frequenti modifiche delle normative, semplificando il linguaggio e normalizzando le procedure, nonché improntando il bilancio dell'UE al conseguimento di risultati tangibili. Invita inoltre la Commissione ad avviare un dialogo strutturato e permanente con il Parlamento, il Comitato delle regioni e altri portatori d'interesse su tutti gli aspetti del processo di semplificazione.

David Coburn (EFDD), *in writing*. – This report is regarding a simplification of the procedure in cohesion policy. In simple terms Parliament thinks that there are many faults in the current system that have many negative effects, i.e. the language is too complicated and also lost in translation, the procedure for allocation of cash is too slow and the process of transposition is too slow. This in turn has created a system that is not cost effective. This motion for a resolution essentially asks for digitalisation of this process and calls for e-cohesion. Even though we are against the Commission distributing money and the processes involved with that, this resolution is essentially asking for a simplification of the current procedure which would make things more cost-effective in the long run. Therefore an abstention was recommended.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Nonostante i notevoli progressi compiuti dalle istituzioni europee verso la semplificazione delle normative e delle procedure amministrative nell'ambito della politica di coesione, numerosi sono ancora gli ostacoli di carattere burocratico che minano al corretto funzionamento nell'assegnazione di fondi strutturali e d'investimento europei. In particolare, si evidenzia la difficoltà sia da parte dei beneficiari sia delle autorità di gestione dei fondi per quanto riguarda le procedure di presentazione delle domande, di gestione, di rendicontazione e di controllo degli investimenti. La complessità delle procedure e la sovraregolamentazione esistente sono le principali cause di tale criticità. Sarebbe opportuno equilibrare la semplificazione amministrativa con l'individuazione e la prevenzione delle irregolarità e delle frodi mediante la razionalizzazione e l'organizzazione strutturata delle attività di controllo, monitoraggio e rendicontazione. A tale proposito gli Stati membri dovrebbero impegnarsi a ridurre significativamente gli oneri amministrativi e burocratici presenti a livello nazionale e locale nei confronti dei cittadini e delle piccole e medie imprese e vigilare sulle procedure di assegnazione di appalti e progetti. Approvo la proposta di risoluzione presentata in quanto mira a semplificare le norme della politica di coesione, rendendo più accessibili gli strumenti finanziari per i beneficiari e migliorandone l'utilizzo.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Cities and urban areas should play a stronger role in cohesion policy in the 2014-2020 programming period. Initiatives and guidelines relating to simplification, based on best practice and the recommendations of the high-level group, need to be shared with Member States and regions in order to stimulate a reduction in administrative burden and to make our cohesion policy more effective both at EU and national level. We need a structured and permanent dialogue with Parliament, the Committee of the Regions and other stakeholders.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de la propuesta de Resolución porque supone una posición oficial del Parlamento Europeo para pedir a la Comisión y a los Estados Miembros que colaboren en la tarea de aligerar las cargas administrativas así como en la simplificación de las normas relativas a los fondos de la política de cohesión. Esta preocupación expresada por el Parlamento tiene que ver, entre otras cosas, con el relativamente alto porcentaje de programas que finalmente no son realizados, debido no solo a constricciones presupuestarias ligadas al impacto de la crisis y de las políticas de austeridad, sino también a los retrasos en los pagos, la carga burocrática o la contradicción de normas. Sin embargo, dicha simplificación de las normas no debe servir como excusa para, por un lado, bajar la guardia frente al control de las cuentas y el uso de las partidas presupuestarias asignadas, ni por otro, para dejar la puerta abierta a instrumentos de financiación que ya están empezando a participar activamente en los programas operativos, como las instituciones de crédito privadas o los fondos de capital-riesgo.

Andrea Cozzolino (S&D), per iscritto. – Si tratta di un tema particolarmente delicato e complesso, che sarà al centro sia dell'attuazione 2014-2020, che del post-2020. Consiglio e commissione riconoscono che la buona governance e la capacità amministrativa sono tra i presupposti principali per raggiungere gli obiettivi della politica di coesione e che la responsabilità di migliorare la capacità amministrativa spetta agli Stati membri e alle loro regioni, per quanto sostenuti dalla Commissione. Tuttavia è da scongiurare una pericolosa prospettiva, per la quale i paesi piccoli e quelli ricchi – che hanno allocazioni finanziarie ridotte – convergono su un concetto di semplificazione fortemente legato alla proporzionalità, che viene tradotta in: dimensione finanziaria delle risorse, qualità della governance, gestione dei programmi, livello di rischio della regolarità degli investimenti. Quindi il pericolo da scongiurare è un mondo a due dimensioni: tutto semplice e leggero per il gruppo dei piccoli e bravi, viceversa, controlli moltiplicati per chi ha tante risorse e una capacità di gestione debole. Semplificazione significa stare più attenti ai contenuti e meno ai pezzi di carta e, soprattutto che assicuri parità di trattamento tra gli Stati membri e interpreti in modo corretto il principio di proporzionalità.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – The resolution highlights that the Commission should introduce detailed guidelines on simplification in order to make the Member States and their regions aware of their task of eliminating, or at least significantly reducing, the administrative burden and gold-plating arising at national and local level in the processes of procurement, project proposal selection, and monitoring and control activities, including avoiding frequent changes in rules, simplifying language and standardising procedures, as well as focusing the EU budget on tangible results. As I am completely in favour of facilitating such processes for our citizens and those involved I voted in favour of this resolution.

Daniel Dalton (ECR), in writing. – I welcome this motion for a resolution calling for simplification and a move towards a more performance orientated approach in EU regional funding. Any effort to cut red tape is welcome, particularly in this hugely burdensome area, although we obviously need to strike the right balance between simplification and ensuring effective and reliable financial controls.

As this resolution makes clear, there is much more that can be done to simplify and improve the current system of managing regional spending. A 'one-stop-shop' approach remains our ultimate goal, and in the meantime with more support for online applications and language simplification, we can help speed up application-to-grant times and reduce the administrative burden on local authorities and small businesses in managing regional spending. All of this will deliver a better pound-for-pound return to taxpayers on money invested in regional development.

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – Cu toate că reforma politicii de coeziune pentru perioada de programare 2014-2020 — în cadrul căreia sunt abordate metodele de simplificare, aplicarea, gestionarea, prezentarea de rapoarte și controlul în legătură cu fondurile structurale și de investiții europene - este încă greoaie, atât pentru beneficiari, cât și pentru autoritățile de management, în special pentru cele cu mai puține capacități administrative și financiare, consider că trebuie promovată simplificarea normelor privind instrumentele financiare în cadrul fondurilor ESI, în vederea alinierii lor mai strâns la nevoile beneficiarilor și, în final, a îmbunătățirii utilizării acestora.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Cette résolution appelle à accentuer la simplification et l'efficacité dans la politique de cohésion, et ce malgré les efforts déjà réalisés à travers l'amélioration de la réglementation et la réforme de la politique dans le cadre de la programmation 2014-2020. Le Parlement européen pointe notamment la surréglementation existante, y compris dans le processus de transposition des règles européennes par les autorités nationales, et la lourdeur administrative causée par des procédures complexes qui découragent les candidats aux fonds européens.

La résolution invite la Commission européenne à fournir aux États membres et aux régions des directives détaillées, ainsi qu'une feuille de route pour rationaliser et simplifier les activités de contrôle, de suivi et de rapport, y compris pour les bénéficiaires. Soutenant les objectifs de ce rapport et convaincu de l'importance des fonds européens pour soutenir les projets de développement économique et social à l'échelle locale, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Andor Deli (PPE), írásban. – A kohéziós politika területén már eddig is komoly előrelépés történt az adminisztratív terhek csökkentése és az egyszerűsítés érdekében, azonban az Európai Strukturális és Befektetési Alapok végkedvezményezettjeit sújtó adminisztratív kötelezettségek még így is rendkívül jelentősek. Mindez különösen a kkv-k, a nem állami szervezetek és az önkormányzatok számára jelent hatalmas nehézséget, hiszen ezeknek a szervezeteknek, intézményeknek égető szükségük van az uniós finanszírozásra, ugyanakkor nincsenek meg a pénzügyi és humán erőforrás-kapacitásai a sikeres pályázáshoz és az elnyert források menedzseléséhez.

Mindezek fényében a további egyszerűsítés nélkülözhetetlen a források eredményes felhasználásához. El kell kerülni a szabályok gyakori változtatását, standardizálni kell az eljárásokat, egyszerűsíteni kell a használt nyelvezen, támogatni kell az e-kohézió bevezetését, elterjesztését, valamint az egyablakos ügyintézését. A 2014-2020-as időszakra szóló kohéziós politika egyszerűsítésével és teljesítményorientáltságával foglalkozó állásfoglalási indítvány számos hasznos gondolatot megfogalmaz a témában, ezért az állásfoglalási indítványt támogattam szavazatommal a november 26-i strasbourg-i plenáris szavazáson.

Tamás Deutsch (PPE), írásban. – A kohéziós politika területén már eddig is komoly előrelépés történt az adminisztratív terhek csökkentése és az egyszerűsítés érdekében, azonban az Európai Strukturális és Befektetési Alapok végkedvezményezettjeit sújtó adminisztratív kötelezettségek még így is rendkívül jelentősek. Mindez különösen a kkv-k, a nem állami szervezetek és az önkormányzatok számára jelent hatalmas nehézséget, hiszen ezeknek a szervezeteknek, intézményeknek égető szükségük van az uniós finanszírozásra, ugyanakkor nincsenek meg a pénzügyi és humán erőforrás-kapacitásai a sikeres pályázáshoz és az elnyert források menedzseléséhez.

Mindezek fényében a további egyszerűsítés nélkülözhetetlen a források eredményes felhasználásához. El kell kerülni a szabályok gyakori változtatását, standardizálni kell az eljárásokat, egyszerűsíteni kell a használt nyelvezen, támogatni kell az e-kohézió bevezetését, elterjesztését, valamint az egyablakos ügyintézését. A 2014-2020-as időszakra szóló kohéziós politika egyszerűsítésével és teljesítményorientáltságával foglalkozó állásfoglalási indítvány számos hasznos gondolatot megfogalmaz a témában, ezért az állásfoglalási indítványt támogattam szavazatommal a november 26-i strasbourg-i plenáris szavazáson.

Ангел Джамбазки (ECR), в писмена форма. – Колкото по-опростен е достъпът до европейски средства, толкова по-голям е шансът моята страна да може да усвои по-голяма част от предвидените за нея европейски фондове. Надявам се това да се случи след приемането на тази резолюция още повече, че в изготвянето ѝ участват двама мой сънародници. В много аспекти европейската администрация е тромава и сложна и ето защо аз винаги подкрепям такива документи, които правят по-лесен начина за кандидатстване по европейски проекти. Разбира се, тези улеснения не трябва да водят до лоши практики, неизпълнение на правилата и дори и злоупотреби. Подкрепям това предложение за резолюция, но моля отговорните органи да съблюдават и наказват с цялата строгост всички нарушители.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Η εισαγωγή λεπτομερών οδηγιών πάνω σε θέματα απλούστευσης, είναι σημαντική διότι καθοδηγεί τα κράτη - μέλη και τις περιφέρειες στο να εξαλείψουν ή/και να μειώσουν δραστικά τα διαχειριστικά βάρη, ειδικά σε περιπτώσεις ελέγχου δράσεων, επιλογής έργων και δημοσίων δαπανών.

Η απλούστευση αυτή επεκτείνεται αναλογικά στον έλεγχο και αναφορά δραστηριοτήτων, στην αίτηση και αναφορά δαπανών που συνδέονται με ευρωπαϊκά χρηματοδοτικά προγράμματα καθώς και στη μείωση των χρόνων αιτήσεων - διαδέσεως κονδυλίων, μέσω της χρήσης ηλεκτρονικών εφαρμογών και ψηφιακών πλατφόρμων.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A kohéziós politika területén már eddig is komoly előrelépés történt az adminisztratív terhek csökkentése és az egyszerűsítés érdekében, azonban az Európai Strukturális és Befektetési Alapok végkedvezményezettjeit sújtó adminisztratív kötelezettségek még így is rendkívül jelentősek. Mindez különösen a kkv-k, a nem állami szervezetek és az önkormányzatok számára jelent hatalmas nehézséget, hiszen ezeknek a szervezeteknek, intézményeknek égető szükségük van az uniós finanszírozásra, ugyanakkor nincsenek meg a pénzügyi és humán erőforrás-kapacitásuk a sikeres pályázáshoz és az elnyert források menedzseléséhez.

Mindezek fényében a további egyszerűsítés nélkülözhetetlen a források eredményes felhasználásához. El kell kerülni a szabályok gyakori változtatását, standardizálni kell az eljárásokat, egyszerűsíteni kell a használt nyelvezen, támogatni kell az e-kohézió bevezetését, elterjesztését, valamint az egyablakos ügyintézését. A 2014-2020-as időszakra szóló kohéziós politika egyszerűsítésével és teljesítményorientáltságával foglalkozó állásfoglalási indítvány számos hasznos gondolatot megfogalmaz a témában, ezért az állásfoglalási indítványt támogattam szavazatommal a november 26-i strasbourgi plenáris szavazáson.

Bill Etheridge (EFDD), *in writing*. – This report is regarding a simplification of the procedure in cohesion policy. In simple terms Parliament thinks that there are many faults in the current system that have many negative effects, i.e. the language is too complicated and also lost in translation, the procedure for allocation of cash is too slow and the process of transposition is too slow. This in turn has created a system that is not cost-effective. This motion for a resolution essentially asks for digitalisation of this process and calls for e-cohesion. Even though we are against the Commission distributing money and the processes involved with that, this resolution is essentially asking for a simplification of the current procedure which would make things more cost-effective in the long run. Therefore an abstention was recommended.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Parlamento Europeu reconhece a importância de medidas significativas tomadas pelas instituições da UE no sentido da simplificação, tais como a agenda de simplificação para o quadro financeiro plurianual 2014-2020.

No entanto, a Comissão deve apresentar diretrizes pormenorizadas sobre a simplificação, a fim de sensibilizar os Estados-Membros e as suas regiões para a sua tarefa de eliminar ou, pelo menos, reduzir significativamente a carga administrativa e o excesso de regulamentação geradas a nível nacional e local nos processos de contratação pública, seleção de propostas de projetos e atividades de acompanhamento e controlo.

Votei favoravelmente.

João Ferreira (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta de resolução segue-se a uma pergunta oral realizada na segunda sessão plenária de outubro, sobre este mesmo tema. Pretende reconhecer a importância do que já foi feito relativamente à simplificação dos procedimentos de elaboração de candidaturas, apresentação de resultados e dos vários momentos de avaliação dos projetos, na aplicação das diretivas para essa simplificação.

A questão da simplificação administrativa e da capacitação para o cumprimento dos requisitos associados aos fundos estruturais e de coesão da UE é crucial. Em muitas realidades, tome-se a portuguesa como exemplo, as regras existentes e a teia burocrática envolvida na mobilização de fundos da UE, em geral (a coesão não foge infelizmente à regra), constituem um impedimento à elegibilidade dos projetos e, consequentemente, determinam, na prática, a falta de acesso aos fundos de coesão. Essa questão afeta, de um modo particular, o movimento associativo de base popular, organizações não-governamentais, micro, pequenas e médias empresas e autarquias.

Neste sentido, uma maior simplificação resultará num maior potencial de acesso aos fundos por estes agentes.

O relatório enfatiza que se deverá equilibrar simplificação com prevenção e deteção de irregularidades, ou seja, salvaguarda que facilitação não significa laxismo, o que poderia beneficiar processos fraudulentos.

Votámos favoravelmente.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – V programovom období 2014-2020 prebehla reforma politiky súdržnosti, ktorá sa zaoberala metódami zjednodušenia, napriek tomu stále platí, že uplatňovanie, riadenie, podávanie správ a kontrola týkajúce sa európskych štrukturálnych a investičných fondov sú pre príjemcov financovania i riadiace orgány stále zložité, najmä v prípade, že majú menšie administratívne a finančné kapacity. Európska komisia musí poskytnúť členským štátom a ich regiónom plán realizácie na racionalizáciu a zjednodušenie kontrolných, monitorovacích a oznamovacích činností, a to i pre príjemcov, aby sa odstránili prekážky brániace hladkému priebehu činností. Európska komisia a členské štáty musia aj v budúcnosti podporovať zjednodušovanie pravidiel, ktorými sa riadia finančné nástroje v rámci európskych štrukturálnych a investičných fondov s cieľom lepšie ich zosúladiť s potrebami príjemcov a v konečnom dôsledku zlepšiť ich využitie.

Lorenzo Fontana (ENF), *per iscritto*. – Voto a favore di questa risoluzione che mira a semplificare e sensibilizzare gli Stati membri e le regioni circa il loro compito di eliminare, o quantomeno ridurre, gli oneri amministrativi nel quadro delle procedure di aggiudicazione di appalti, della selezione dei progetti proposti e delle attività di monitoraggio e controllo.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφώς*. – Η εισαγωγή λεπτομερών οδηγιών πάνω σε θέματα απλούστευσης, είναι σημαντική διότι καθοδηγεί τα κράτη μέλη και τις περιφέρειες στο να εξαλείψουν ή/και να μειώσουν δραστικά τα διαχειριστικά βάρη, ειδικά σε περιπτώσεις ελέγχου δράσεων, επιλογής έργων και δημοσίων δαπανών.

Η απλούστευση αυτή επεκτείνεται αναλογικά στον έλεγχο και αναφορά δραστηριοτήτων, στην αίτηση και αναφορά δαπανών που συνδέονται με ευρωπαϊκά χρηματοδοτικά προγράμματα και στη μείωση των χρόνων αιτήσεων - διαθέσεως κονδυλίων μέσω της χρήσης ηλεκτρονικών εφαρμογών και ψηφιακών πλατφόρμων. Για τους παραπάνω λόγους καταψηφίζω την σχετική έκθεση.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), *in writing*. – Despite the reformed cohesion policy for the 2014-2020 programming period, in which simplification methods are addressed, application, management, reporting and control with respect to the European Structural and Investment Funds are still cumbersome for both beneficiaries and managing authorities. Complicated procedures can place a significant burden on beneficiaries. I therefore believe that the Commission should introduce detailed guidelines on simplification in order to make the Member States and their regions aware of their task of eliminating, or at least significantly reducing, the administrative burden and gold-plating arising at national and local levels. Moreover, the Commission should provide the Member States and their regions with a roadmap for streamlining and simplifying control, monitoring and reporting activities.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A 2014-2020-as időszakra szóló kohéziós politika egyszerűsítésével foglalkozó állásfoglalási indítvány számos hasznos gondolatot fogalmaz meg. Ezért támogattam szavazatommal. A kkv-knek, a nem állami szervezeteknek és az önkormányzatoknak égető szükségük van az uniós finanszírozásra, ugyanakkor nincsenek meg a pénzügyi és humánerőforrás-kapacitásai a sikeres pályázáshoz és az elnyert források menedzseléséhez. Mindezek fényében a további egyszerűsítés nélkülözhetetlen a források eredményes felhasználásához. El kell kerülni a szabályok gyakori változtatását, standardizálni kell az eljárásokat, egyszerűsíteni kell a használt nyelvezeten, támogatni kell az e-kohézió bevezetését, elterjesztését, valamint az egyablakos ügyintézését.

Francesc Gambús (PPE), *por escrito*. – He votado a favor en consonancia con la necesidad de simplificar la política de cohesión para hacerla menos engorrosa, tanto para los beneficiarios como para las autoridades de gestión, en especial para los que cuentan con menores capacidades administrativas y financieras. Asimismo, debemos abordar los problemas que representa la actual sobre-regulación, en particular en el proceso de transposición de normas a la legislación nacional, que provoca retrasos y conlleva un mayor tiempo de exclusión del mercado y costes indirectos para los posibles beneficiarios de la financiación de la UE, lo que reduce el impacto de la inversión de los fondos de la UE.

Juan Carlos Girauta Vidal (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution that calls for the simplification of procedures to access and manage EU funding in order to reduce administrative burden on beneficiaries, in particular small and medium-size businesses and municipalities. I welcome this report that also asks the Commission to introduce guidelines on simplification for managing authorities and to encourage the sharing of good practices.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta simplificación. La política general de cohesión tiene, ahora mismo, muchos espacios superpuestos y espacios sobre los que es difícil dirimir cuál sería su mejor encaje. Entendemos que una simplificación en la respectiva política permitiría una mayor facilidad a la hora de comprender la utilidad de la misma, así como mayores posibilidades de que la ciudadanía fuese consciente de la existencia de la misma.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Along with my Labour Party colleagues, I voted in favour of the resolution as it calls on the Commission to provide Member States and their regions with a roadmap for streamlining and simplifying control, monitoring and reporting activities, including for beneficiaries, in order to do away with the current bottlenecks in funding.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – Despite the reformed cohesion policy for the 2014-2020 programming period, in which simplification methods are addressed, application, management, reporting and control with respect to the European Structural and Investment Funds (ESIF) are still cumbersome for both beneficiaries and managing authorities, in particular those with fewer administrative and financial capacities, and should be simplified.

Brian Hayes (PPE), *in writing*. – I supported this resolution because the complicated procedures can place a significant burden on beneficiaries, in particular small and medium-sized businesses, NGOs and municipalities which are in need of EU funding. In general these entities do not have the financial and human resources nor the expertise to successfully apply for and manage EU grants. Simplification through new measures can help cut obstacles and increase the overall investment impact of EU funding.

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem rezolucji w sprawie uproszczeń w polityce spójności. Mimo że rezultaty polityki spójności napawają optymizmem oraz prowadzą do rzeczywistego rozwoju i poniesienia poziomu inwestycji, jestem przekonany, że efekty te mogłyby zostać jeszcze zwiększone, gdyby zniesione zostały bariery administracyjne zmniejszające efektywność tej polityki. Źródłem wielu problemów jest bez wątpienia brak zaufania pomiędzy wszystkimi podmiotami-beneficjentami, instytucjami zarządzającymi oraz Komisją Europejską. Jestem przekonany, że zwiększenie elastyczności, opartej na wzajemnym zaufaniu pomiędzy poszczególnymi podmiotami pozwoliłoby nam szybko i skutecznie reagować na zaistniałe potrzeby, a tym samym uwolnić dodatkowy potencjał polityki spójności. Dopracowania i uproszczeń wymagają również często niezrozumiałe wytyczne i przepisy, jak również formułowanie oczekiwań od beneficjentów. Czynniki te, niewynikające ze złej woli beneficjentów, nierzadko są później przyczyną nieprawidłowości wykrywanych na etapie audytu.

Jestem przekonany, że przegłosowana dzisiaj rezolucja to ważny krok w kierunku wprowadzania tak potrzebnych uproszczeń i liczę na to, że zostaną one już wkrótce wprowadzone w życie.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A kohéziós politika területén már eddig is komoly előrelépés történt az adminisztratív terhek csökkentése és az egyszerűsítés érdekében. Azonban az Európai Strukturális és Befektetési Alapok végkezelményezettjeit sújtó adminisztratív kötelezettségek még így is rendkívül jelentősek. Ez különösen a kkv-k, a nem állami szervezetek és az önkormányzatok számára jelent hatalmas nehézséget. Ismeretes, ezeknek a szervezeteknek, intézményeknek égető szükségük van az uniós finanszírozásra, ugyanakkor nincsenek meg a pénzügyi és humán erőforrás-kapacitásaik a sikeres pályázáshoz és az elnyert források menedzseléséhez.

Mindezek fényében a további egyszerűsítés nélkülözhetetlen a források eredményes felhasználásához. El kell kerülni a szabályok gyakori változtatását, standardizálni kell az eljárásokat, egyszerűsíteni kell a használt nyelveket, támogatni kell az e-kohézió bevezetését, elterjesztését, valamint az egyablakos ügyintézését. A 2014-2020-as időszakra szóló kohéziós politika egyszerűsítésével és teljesítményorientáltságával foglalkozó állásfoglalási indítvány számos hasznos gondolatot megfogalmaz a témában, ezért az állásfoglalási indítványt támogattam szavazatommal a november 26-i strasbourgi plenáris szavazáson.

Richard Howitt (S&D), *in writing*. – As a local Member of the European Parliament, I have never visited any of the many wonderful EU projects in my East of England constituency without hearing questions and concerns about the bureaucratic complexity of claiming European Union funding. Today's vote represents our next efforts to act on those concerns. Further moves towards full online applications and monitoring, introducing standard scales of unit costs, ending the duplication of audits, combating the tendency of Member States to 'gold-plate' European Union regulations, avoiding frequent changes in rules and simplifying language and standardising procedures, these can all contribute to making it easier for smaller businesses and voluntary organisations to access the funding. I commend the work of the 'Europe Connects' advisers in the East of England, who helped to identify project proposals and assisted project applicants. Sadly their once-free service has been hit by insufficient budgetary resources and now has to be paid for. If the proposals in this report go through, their work will be made easier and the European Union money will be enabled to go further.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *in writing*. – I strongly agree with the Commission providing the Member States with a roadmap for simplifying control, monitoring and reporting activities. Moreover, what is very needed is a simplification of the rules governing financial instruments within ESI Funds.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog Rezolucije - Prema pojednostavljenoj kohezijskoj politici usmjerenoj na učinak za razdoblje 2014. - 2020., s obzirom da kao bivši župan Istarske županije koja je postigla odlične rezultate na području europskih fondova, dobro poznajem probleme pripreme, kandidiranja i implementacije projekata EU-a. Potrebno je pojednostavniti sve faze samog upravljanja programima EU-a, od europske do nacionalne i regionalne razine, kao i sve faze projektnog ciklusa s kojim se susreću korisnici europskih sredstava. Pritom treba pronaći modele koji će omogućiti jednostavnu primjenu europskih programa, poboljšati apsorpciju sredstava i biti usmjereni na rezultate. Potrebno je obratiti pažnju da i takva pojednostavljena pravila sprječavaju moguće zlouporabe i prijevare kod korištenja EU fondova. U tom smislu podržavam napore Komisije za pojednostavljenje kohezijske politike ali s druge strane treba ukazati na činjenicu da i sam takav proces postaje za korisnike prilično kompliciran s obzirom da različiti fondovi imaju različita pravila. Rješenje može biti u pripremi kohezijske politike u sljedećem programskom razdoblju uzimajući u obzir iskustva iz procesa pojednostavljenja te ujednačavanje pravila i načina rada kod svih EU fondova.

Diane James (EFDD), *in writing*. – This report is regarding a simplification of the procedure in cohesion policy. In simple terms Parliament thinks that there are many faults in the current system that have many negative effects, i.e. the language is too complicated and also lost in translation, the procedure for allocation of cash is too slow and the process of transposition is too slow. This in turn has created a system that is not cost-effective. This motion for a resolution essentially asks for digitalisation of this process and calls for e-cohesion. Even though we are against the Commission distributing money and the processes involved with that, this resolution is essentially asking for a simplification of the current procedure which would make things more cost-effective in the long run. My colleagues and I therefore abstained.

Marc Joulaud (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la résolution sur la recherche de la simplification et de l'efficacité dans la politique de cohésion car j'estime qu'il est urgent d'agir pour que les porteurs de projets qui prétendent à des fonds européens ne soient plus découragés par la complexité des procédures. En effet, les coûts de gestion, le nombre de pièces justificatives ou encore les délais de traitement sont autant de facteurs qui découragent les bénéficiaires potentiels et en particulier les plus «petits».

Si des contrôles sont nécessaires et légitimes, un meilleur équilibre doit être trouvé pour réduire la part de fonds européens absorbée par la bureaucratie. De nombreux progrès restent donc à faire pour simplifier les règles qui s'appliquent aux bénéficiaires et aux gestionnaires des fonds, tant du côté de la Commission européenne que du côté des États membres qui ajoutent trop souvent des couches administratives en transposant les textes européens. À mes yeux, l'accès au financement pour les PME et le développement des procédures en ligne sont à ériger en priorités.

Cette résolution a été adoptée à une large majorité, ce dont je me félicite.

Barbara Kappel (ENF), *schriftlich*. – Die Straffung der Effizienz der Kohäsionspolitik ist grundsätzlich zu begrüßen, allerdings erfasst der Entschließungsantrag nicht die zentralen Probleme der Politik wie beispielsweise den Mittelmissbrauch. Deshalb enthalte ich mich meiner Stimme.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution as it calls on the Commission to provide the Member States and their regions with a roadmap for streamlining and simplifying control, monitoring and reporting activities, including for beneficiaries, in order to do away with the current bottlenecks.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A kohéziós politika területén már eddig is komoly előrelépés történt az adminisztratív terhek csökkentése és az egyszerűsítés érdekében, azonban az Európai Strukturális és Befektetési Alapok végkedvezményezettjeit sújtó adminisztratív kötelezettségek még így is rendkívül jelentősek. Mindez különösen a kkv-k, a nem állami szervezetek és az önkormányzatok számára jelent hatalmas nehézséget, hiszen ezeknek a szervezeteknek, intézményeknek égető szükségük van az uniós finanszírozásra, ugyanakkor nincsenek meg a pénzügyi és humán erőforrás kapacitásai a sikeres pályázáshoz és az elnyert források menedzseléséhez.

Mindezek fényében a további egyszerűsítés nélkülözhetetlen a források eredményes felhasználásához. El kell kerülni a szabályok gyakori változtatását, standardizálni kell az eljárásokat, egyszerűsíteni kell a használt nyelvezetten, támogatni kell az e-kohézió bevezetését, elterjesztését, valamint az egyablakos ügyintézését. A 2014-2020-as időszakra szóló kohéziós politika egyszerűsítésével és teljesítményorientáltságával foglalkozó állásfoglalási indítvány számos hasznos gondolatot megfogalmaz a témában, ezért az állásfoglalási indítványt támogattam szavazatommal a november 26-i strasbourgi plenáris szavazáson.

Giovanni La Via (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di quest'importante mozione, che vede come relatore la collega Theresa Reintke. La crisi economica degli ultimi anni ha, in molti casi, costretto gli Stati membri a delle scelte di politica di bilancio restrittive, che hanno ridotto la capacità finanziaria, in particolare degli enti locali, creando disparità tra le varie regioni e municipalità all'interno degli stessi. Nel caso in specie, si chiede a questo Parlamento, al Consiglio e alla Commissione, la mobilitazione della politica di coesione a favore della città di Roma, che si trova ad affrontare importanti sfide di cambiamento e di modernizzazione, non ultimo il grande evento del Giubileo.

Gilles Lebreton (ENF), *par écrit*. – Je me suis abstenu sur cette résolution. Certes, elle reconnaît qu'il faut simplifier les procédures administratives. Mais elle préconise de renforcer les relations de l'Union avec les collectivités locales au détriment des États.

Petr Mach (EFDD), *písemně*. – Zdržel jsem se, abych nebránil zjednodušování pravidel, avšak nesouhlasím s touto politikou v principu.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Unatoč reformiranju kohezijske politike za razdoblje 2014. – 2020. u kojoj su upućene metode pojednostavljenja, aplikacije, upravljanja, izvješćivanja i kontrola, politike su komplicirane za korisnike i upravljačka tijela, posebno za one s manje administrativnih i finansijskih kapaciteta.

Podržala sam rezoluciju Europskog parlamenta jer je potrebno pojednostaviti kohezijsku politiku i apelirati na vlade država članica da pruže pomoć općinama i gradovima s nižim fiskalnim kapacitetom u pripremi i sufinanciranju projekata.

Slažem se da je potrebno promicati pojednostavljenje pravila za upravljanje finansijskim sredstvima iz ESI fondova kako bi se u konačnici unaprijedilo njihovo korištenje. Revizija uspjeha je učinkovit instrument kojim se procjenjuje djelotvornost operacije te dolazi do učinkovitih prijedloga za pojednostavljenje politika.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της πρότασης ψηφίσματος σχετικά με την απλούστευση και τον προσανατολισμό με γνώμονα τις επιδόσεις στην πολιτική συνοχής για την περίοδο 2014-2020, διότι είναι πλήρης και τεκμηριωμένη, καθώς και για και για τους λόγους που ανέφερα αναλυτικά στην ομιλία μου στην Ολομέλεια του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου στις 27/10/2015.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this resolution which notes that despite the reformed cohesion policy for the 2014-2020 programming period, in which simplification methods are addressed, application, management, reporting and control with respect to the European Structural and Investment Funds (ESIF) are still cumbersome for both beneficiaries and managing authorities, in particular those with fewer administrative and financial capacities.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – La politica di coesione è la principale politica di investimento dell'Unione, in quanto fornisce il quadro di riferimento e la strategia di investimento necessari agli investimenti degli obiettivi di crescita concordati. L'Unione europea mira a conseguire, infatti, entro il 2020 cinque obiettivi concreti in materia di innovazione, occupazione, istruzione, inclusione sociale e clima/energia. Nonostante i notevoli passi avanti compiuti dalle istituzioni dell'Unione verso la semplificazione, è comunque necessario introdurre orientamenti dettagliati in materia di semplificazione affinché gli Stati membri e le regioni possano eliminare o ridurre drasticamente la sovraregolamentazione presente a livello nazionale e locale relativa alle procedure.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – La proposta di risoluzione verte sulla semplificazione della politica di coesione per il periodo 2014-2020. Considerando la sovraregolamentazione esistente, anche sul fronte del recepimento delle norme nel diritto nazionale nonché la complessità delle procedure, che può gravare pesantemente sulle piccole e medie imprese, le ONG e i comuni che necessitano di finanziamenti UE, ritengo di dover sostenere la posizione dei colleghi autori della proposta. Essa, infatti, invita la Commissione a introdurre orientamenti sulla semplificazione, onde sollecitare gli Stati membri a ridurre gli oneri presenti a livello nazionale e locale nel quadro di diverse procedure amministrative, quali le procedure di aggiudicazione di appalti, della selezione dei progetti proposti e delle attività di monitoraggio e controllo.

Georg Mayer (ENF), *schriftlich*. – Eine Straffung der Effizienz der Kohäsionspolitik ist grundsätzlich zu begünstigen, allerdings greift der Entschließungsantrag nicht die zentralen Probleme der Kohäsionspolitik wie Mittelmissbrauch etc. an. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – En partant du postulat que les Fonds structurels et d'investissement européens (Fonds ESI) sont encore trop complexes tant pour les bénéficiaires que pour les autorités de gestion, le rapport propose d'en simplifier les règles. Il est vrai que les petites et moyennes entreprises, les ONG et les municipalités, qui ont besoin d'un financement de l'Union, ne disposent souvent pas des ressources financières et humaines, ni des compétences nécessaires pour demander et gérer avec succès les subventions de l'Union. Le rapport propose donc de «simplifier le langage» ou encore d'établir un guichet unique en ce qui concerne le financement régional. Mais il demande également à la Commission d'inciter les États à «réduire considérablement le fardeau administratif et la surréglementation» qui pèsent notamment sur «les procédures de passation de marchés, la sélection des propositions de projet et les activités de suivi et de contrôle». Je crois au contraire que des contrôles stricts sont indispensables dès lors qu'il s'agit d'argent public. Je m'abstiens sur ce rapport.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Votei favoravelmente a proposta de resolução - Rumo à simplificação e à orientação para o desempenho no quadro da política de coesão para 2014-2020.

É fundamental que as instituições da UE caminhem no sentido da simplificação, tais como a agenda de simplificação para o quadro financeiro plurianual 2014-2020, a criação de um Grupo de alto nível de peritos independentes sobre o acompanhamento da simplificação para os beneficiários dos Fundos Europeus Estruturais e de Investimento, o regulamento financeiro revisto e o Regulamento Disposições Comuns.

A Comissão Europeia deve sensibilizar os Estados-Membros e as suas regiões para encetarem esforços no sentido de eliminarem ou reduzirem substancialmente a carga administrativa e a excessiva regulamentação criadas a nível nacional e local nos processos de contratação pública, seleção de propostas de projetos e atividades de acompanhamento e controlo.

Será igualmente importante que a Comissão estabeleça um diálogo permanente com o Parlamento Europeu, o Comité das Regiões e as outras partes interessadas sobre todos os aspetos deste processo de simplificação.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – I chose to support this resolution as it highlights the need for the Commission to put a strategy in place to lift the administrative burden on Member States. Due to regional differences within the European Union and within Member States the effectiveness of the cohesion policy may be asymmetric due to these different regional characteristics. This resolution strives to reduce unnecessary bureaucracy in the procedure.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – Je soutiens la proposition de résolution visant à réduire la charge administrative dans la politique de cohésion pour 2014-2020. La simplification des activités de contrôle permettrait d'épargner aux bénéficiaires un lourd fardeau en termes de charge administrative. Généralement, les entités qui demandent des subsides n'ont pas la possibilité de gérer avec succès les subventions de l'Union. Dès lors, il va de soi qu'alourdir leur tâche va les pénaliser d'autant plus. En outre, il en résulte des coûts directs pour les bénéficiaires, réduisant ainsi l'impact sur les investissements du financement de l'Union.

Miroslav Mikolášik (PPE), *písomne*. – Aj po reforme politiky súdržnosti zameranej na jej zjednodušenia zostáva uplatňovanie, riadenie, podávanie správ a kontrola európskych štrukturálnych a investičných fondov pre mnohých príjemcov aj riadiace orgány príliš komplikované.

Obzvlášť ma znepokojuje zbytočné pridávanie nových povinností počas transpozície na úrovni členských štátov, ktoré je nad rámec požiadaviek vyplývajúcich z aktov EÚ a ktorým sa vytvárajú dodatočné prekážky pre príjemcov a najmä samosprávy a malé a stredné podniky s menšími administratívnymi a finančnými kapacitami. Apelujem preto na členské štáty, aby sa vyvarovali zložitých postupov, pretože nimi len vytvárajú zbytočnú záťaž pre vlastné subjekty, akými sú predovšetkým obce, ktoré tak prichádzajú možnosť rozvíjať sa pomocou európskych prostriedkov vyčlenených špeciálne na rozvoj regiónov.

Marlene Mizzi (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the resolution on simplification and performance orientation in cohesion policy 2014-2020 because I agree that the Commission should introduce detailed guidelines on simplification in order to make the Member States and their regions aware of their task of eliminating, or at least significantly reducing, the administrative burden and gold-plating arising at national and local levels in the processes of procurement, project proposal selection, and monitoring and control activities, including avoiding frequent changes in rules, simplifying language and standardising procedures, as well as focusing the EU budget on tangible results.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – A Regionális Fejlesztési Bizottság parlamenti állásfoglalásra irányuló indítványt nyújtott be, sürgetve a kohéziós politika egyszerűsítését. Rámutat, hogy az európai strukturális és beruházási alapok alkalmazása, igazgatása, jelentéstétele és ellenőrzése továbbra is nehézkes mind a kedvezményezettek, mind az irányító hatóságok számára. Megállapítja, hogy a jelenlegi túlszabályozás, beleértve a szabályok nemzeti jogba való átültetésének folyamatát, késedelmet okoz, a bonyolult eljárások pedig jelentős terhet róhatnak a kedvezményezettekre. Mindezekre tekintettel sürgetni javasolja a Bizottságot a megfelelő lépések megtételére. Az előterjesztést megszavaztam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Não obstante a reforma da política de coesão para o período de programação 2014-2020, que aborda os métodos de simplificação, a aplicação, gestão, comunicação de informações e o controlo no que respeita aos FEEL, ainda permanecem obstáculos para beneficiários e autoridades de gestão, em especial para os que têm menos capacidades administrativas e financeiras.

Subscrevo que a Comissão deve apresentar diretrizes sobre a simplificação, sensibilizando os Estados-Membros para reduzir drasticamente ou eliminarem a carga administrativa e a excessiva regulamentação nos processos de contratação pública, seleção de propostas de projetos e atividades de acompanhamento e controlo.

Defendo que a Comissão deveria providenciar um guião para a racionalização e simplificação das atividades de controlo, acompanhamento e comunicação de informações. Paralelamente, deve delinear, em coordenação com os Estados-Membros, uma visão simples dos requisitos em matéria de dados e informações impostos aos beneficiários no processo de candidatura e na comunicação de informações sobre os fundos da UE no âmbito da gestão partilhada, bem como a incentivar a partilha de boas práticas.

Defendo que a simplificação das regras que regem os instrumentos financeiros, no âmbito dos FEEL, deveriam ir ao encontro das reais necessidades dos beneficiários e, deste modo, melhorar a sua absorção e aplicação.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Nonostante riconosca i passi avanti compiuti dalle istituzioni europee verso una semplificazione del sistema dei fondi SIE, le norme procedurali in materia di presentazione di domande, gestione, controllo e rendicontazione definiscono, tuttora, un sistema particolarmente complesso sia per le autorità preposte alla gestione che per gli assegnatari.

La sovra-regolamentazione, causata in parte anche dalla ridondanza legislativa creata in fase di recepimento delle normative comunitarie, determina un prolungamento dei tempi che, a sua volta, arreca un aggravio dei costi indiretti per i beneficiari e riduce l'effetto degli investimenti. La complessità delle procedure e le lungaggini amministrative rappresentano un deterrente per la piccola e media impresa, le amministrazioni locali di contenute dimensioni e le ONG più piccole.

Considerati i fatti, non posso, quindi, che accogliere con favore una risoluzione che promuova un processo di semplificazione che tenga in particolare riguardo la piccola e media impresa e le realtà locali più piccole. Sono, in particolare, favorevole all'invito alla Commissione a predisporre delle linee guida per la semplificazione da indirizzare alle autorità amministrative nazionali preposte alla gestione dei fondi SIE.

Inoltre, la riduzione degli oneri finanziari per i beneficiari e l'istituzione di uno sportello unico incontrano il mio più sentito sostegno.

Renaud Muselier (PPE), *par écrit*. – Je n'ai pas pu voter pour ce rapport mais je soutiens pleinement la position du groupe PPE et de la délégation française d'adopter ce rapport. Cette résolution souligne notamment que la surréglementation est un frein pour les bénéficiaires potentiels de fonds européens. De même, la complexité des procédures touche encore plus durement les PME ou les petites municipalités. Le rapport appelle à une réduction du fardeau administratif à tous les niveaux, à une simplification des activités de contrôle ou encore au développement des procédures en ligne. C'est un objectif essentiel pour que ces fonds soient utilisés au mieux par les citoyens.

József Nagy (PPE), *írásban*. – A kohéziós politika az EU egyik leghatékonyabb és legerősebb eszköze a gazdasági növekedés, a fenntartható fejlődés biztosítására, valamint az új munkahelyek teremtésére. A komplikált adminisztratív és bürokratikus eljárások, valamint a magas kontrollköltségek miatt azonban nagyon bonyolult hozzájutni a kohéziós politika által nyújtott forrásokhoz, és ez sok esetben eltántorítja a befektetőket a különböző projektek elindításától és a támogatások kérvényezésétől, ami értékes ötletek elvesztéséhez vezet. Ezért elengedhetetlen a kohéziós politikánk reformja. Átláthatóbbnak és egyszerűbbnek kell lennie, mint az a mai formájában létezik. Ezáltal is növelve a kis- és középvállalkozások esélyeit és a szegényebb régiók felzárkóztatását.

Victor Negrescu (S&D), *in writing*. – I voted for a reformed cohesion policy that will reduce the burden of complicated procedures on beneficiaries, particularly small and medium-sized businesses, NGOs and municipalities, which are in need of EU funding.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – There is a wide consensus across the European Union that the level of bureaucratic hurdles, administrative burdens and lack of access to information are severe enough to deeply hinder the implementation of the cohesion policy. We have a wide number of reports, from grass-root organisations to administration officials, that there are problems with its transparency, with its language, with its accessibility for all stakeholders. That is why I voted for this motion for a resolution and I sincerely hope its recommendations will be taken into account.

Андрей Новаков (PPE), *в писмена форма*. – Основната цел на резолюцията за намаляване на бюрокрацията в еврофинансирането е да се намалят документите, времето и средствата, които се губят при кандидатстване, управление и отчитане на проектите по оперативните програми в ЕС.

Документът поставя като важни цели преминаването към изцяло електронна комуникация с бенефициентите на евросредства, както и намаляването на изискванията за предоставяне на данни и информация от страна на изпълнителите на проекти.

В същото време, ЕП настоява за въвеждането на единен одит и стандартизирани обществени поръчки в ЕС, използване на достъпен език, прекратяване на честите промени в правилата за кандидатстване, управление и отчитане на проектите.

Franz Obermayr (ENF), *schriftlich*. – Die Kohäsionspolitik der Europäischen Union stellt eines der größten Politikfelder der EU dar, und ist entsprechend großzügig mit finanziellen Mitteln ausgestattet. Die Bekämpfung von Missbrauch, die Effizienzsteigerung der Mittelverwendung ist damit unbedingt nötig – es geht schließlich auch um Steuergelder. Der vorliegende Bericht geht allerdings nicht weit genug, ich vermisse insbesondere die klare Formulierung bisheriger Verfehlungen. Daher habe ich mich der Stimme enthalten.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Sanglaudos politika turi būti orientuota į rezultatus. Todėl siekiant užtikrinti šios politikos sėkmę, jos veiksmingą poveikį pažangiam, tvariam ir integraciniam augimui ir priartinti ją prie piliečių, reikia supaprastinti sanglaudos politiką reglamentuojančias taisykles.

Esamas perteklinis reglamentavimas bei sudėtingos procedūros užkerta kelią ES paramos gavimui bei sukelia pernelyg dideles administracines išlaidas ir našą. Todėl labai svarbu, kad finansinių priemonių įgyvendinimo procedūros kuo labiau atitiktų verslo sektoriuje taikomą praktiką ir nesukurtų papildomų apsunkinančių procedūrų.

Atsižvelgiant į tai, Komisija turėtų pateikti išsamias supaprastinimo gaires, užtikrinančias tinkamą supaprastinimo ir pažaidimų, įskaitant sukčiavimą, nustatymo bei jų prevencijos pusiausvyrą. Be to, turėtų būti įgyvendinamas gero valdymo principas, kuris yra itin svarbus siekiant veiksmingai įgyvendinti sanglaudos politiką bei sėkmingai prisidėti prie pažangaus, tvaraus ir integracinio ekonomikos augimo.

Margot Parker (EFDD), *in writing*. – This report is regarding a simplification of the procedure in cohesion policy. In simple terms Parliament thinks that there are many faults in the current system that have many negative effects, i.e. the language is too complicated and also lost in translation, the procedure for allocation of cash is too slow and the process of transposition is too slow. This in turn has created a system that is not cost-effective. This motion for a resolution essentially asks for digitalisation of this process and calls for e-cohesion. Even though we are against the Commission distributing money and the processes involved with that, this resolution is essentially asking for a simplification of the current procedure which would make things more cost-effective in the long run. Therefore an abstention was recommended.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Ho da sempre cercato di sostenere, attraverso la mia attività parlamentare, la necessità di rendere i fondi europei più accessibili ai potenziali beneficiari, in particolar modo andando a semplificare le procedure di partecipazione e rendendo più trasparenti i parametri ed i meccanismi di valutazione dei progetti presentati. Gli oneri amministrativi e la sovraregolamentazione rappresentano, a mio avviso, un ostacolo alla effettiva ed efficace fruizione dei finanziamenti europei da parte dei beneficiari, in particolar modo da parte delle piccole e medie imprese. Occorre pertanto procedere in tempi rapidi verso una semplificazione della materia e tale proposta legislativa si colloca lungo tale direzione; avrei pertanto espresso il mio voto favorevole.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Kohezijska politika je glavna politika rasta i razvoja ulaganja EU-a usklađena s ciljevima „Strategije za pametan, održiv i uključiv rast - Europa 2020” i usmjerena na smanjivanje razlika između regija i promicanje konvergencije, s proračunom od 351,8 milijarde EUR do kraja 2020.

Nažalost, unatoč svim naporima, pretjerana birokratizacija, pogotovo ona na regionalnoj i lokalnoj razini, ometa učinkovito upravljanje ESI fondovima u EU-u od strane država članica, regionalne i lokalne samouprave. Mijenjanje pravila, ili osmišljavanje novih, a sve s ciljem birokratizacije potrebnih postupaka kontrole koje ne donose stvarne učinke u smanjivanju pogrešaka i bolju usmjerenost europskog financiranja treba spriječiti.

Kao i većina zastupnika pitam se do kada tako? Upravo zbog toga podržavam postavljena pitanja Europskoj komisiji. Nužno je pronaći odgovarajući omjer između odgovornosti i pojednostavljenja. Rješenje je jednostavno - manje kontrole, a teže sankcije za prekršitelje, pogotovo one koji namjerno krše pravila.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Složeni postupci aplikacije za fondove i njihovo povlačenje mogu znatno opteretiti korisnike, posebno mala i srednja poduzeća, nevladine organizacije i općine kojima trebaju sredstva EU-a te da najčešće ti subjekti nemaju ni financijske i ljudske resurse ni stručno znanje da uspješno podnesu zahtjev za bespovratna sredstva EU-a i njima upravljaju. Unatoč reformiranoj kohezijskoj politici za programsko razdoblje 2014. – 2020. kojom se utvrđuju metode pojednostavljenja, primjena, upravljanje, izvješćivanje i kontrola u pogledu europskih strukturnih i investicijskih fondova još uvijek predstavljaju određene poteškoće za korisnike i upravljačka tijela, posebno ona s manje administrativnih i financijskih kapaciteta.

Zbog svega navedenog, pridružujem se pozivima Komisije da što prije predloži detaljne smjernice o pojednostavljenju kako bi države članice i njihove regije bile svjesne svoje zadaće u uklanjanju ili barem znatnom smanjenju administrativnog opterećenja i prekomjernog donošenja propisa na nacionalnoj i lokalnoj razini u postupcima javne nabave, odabiru projektnih prijedloga i aktivnostima praćenja i kontrole, uključujući česte promjene propisa, pojednostavljenje jezika i standardiziranih postupaka te naglasak proračuna EU-a na opipljive rezultate.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Uravnoteženi razvoj koji ispunjava ciljeve kohezijske politike traži specifičan pojednostavljen pristup razvoju prema malim i srednjim poduzećima, nevladinim organizacijama i općinama kojim bi isti dobili financijska sredstva, izgradili ljudske kapacitete te unaprijedili razinu svoje stručnosti.

Smatram da sami zahtjevi prijave na programe kohezijske politike stoga moraju omogućiti da se na njih prijavljuju oni kojima je pomoć ovih programa najviše potrebna. Stoga, uz obvezne zahtjeve od prijavitelja svih podataka kojima se mogu otkriti i spriječiti nepravilnosti i prevare važno je voditi računa da je pomoć najpotrebnija onima čiji ljudski i ostali kapaciteti ne mogu odgovoriti zahtjevima složenih procedura kohezijske politike. Ukoliko se ne radi na pojednostavljenju ovih procedura otklanjanjem svih uočenih problema iz prethodnih programskih razdoblja, možemo doći u opasnost da provođenjem kohezijske politike još više povećavamo nejednakost među korisnicima iste.

Također, obzirom da je razvoju potrebno pristupiti cjelovito, a različiti korisnici koriste različite programe kohezijske politike potrebno je i usuglasiti procedure različitih provedbenih tijela. U tom smislu podržavam sve aktivnosti kojima je za cilj pojednostavljenje svih procedura kohezijske politike.

Salvatore Domenico Pogliese (PPE), *per iscritto*. – Malgrado i passi avanti fatti dalle istituzioni dell'Unione europea verso una semplificazione della politica di coesione, la presentazione di domande, la gestione, la rendicontazione e il controllo dei fondi SIE restano complessi, sia per i beneficiari sia per le autorità di gestione, in particolare per quanti dispongono di minori risorse amministrative e finanziarie. Tutto ciò determina notevoli costi indiretti per i potenziali beneficiari di finanziamenti UE. Ritengo, pertanto, necessario procedere a una semplificazione delle normative vigenti, del linguaggio e delle procedure, al fine di ottenere risultati tangibili. È per questo motivo che il mio voto di oggi è favorevole.

Tomasz Piotr Poręba (ECR), *na piśmie*. – Zdecydowanie popieram działania na rzecz uproszczenia uciążliwych procedur finansowych oraz procedur zarządzania i raportowania w ramach wdrożenia europejskich funduszy strukturalnych i inwestycyjnych, które stanowiły część zreformowanej polityki spójności na lata 2014-2020, podkreślając zarazem, że należy zapewnić rozsądną równowagę między uproszczeniem a zapewnieniem skutecznych środków kontroli finansowej. Popieram również utworzenie nowej grupy niezależnych ekspertów wysokiego szczebla ds. monitorowania uproszczeń oraz strategię Komisji Europejskiej na rzecz lepszego stanowienia prawa, gdyż są to pozytywne kroki na drodze do większego uproszczenia.

Wciąż pozostaje jednak wiele do zrobienia, aby poprawić stanowienie prawa, wesprzeć system e-spójności, zidentyfikować dobre praktyki, a w dłuższej perspektywie – uprościć struktury i procesy związane z europejskimi funduszami strukturalnymi i inwestycyjnymi. Obszary objęte zarządzaniem dzielonym, w tym działania wdrożeniowe, zarządcze, sprawozdawcze i kontrolne wciąż stanowią nadmierne obciążenie zarówno dla organów zarządzających, jak i beneficjentów, w tym gmin i małych przedsiębiorstw, i mogą mieć negatywne skutki pod względem inwestycji i absorpcji środków z funduszy.

W związku z powyższym poparłem projekt rezolucji.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Snížení administrativní zátěže v celém procesu poskytování prostředků z evropských fondů považuji za jednu z priorit celé evropské integrace. Evropské peníze v drtivé většině případů pomáhají tam, kde mají, ale celý proces často trpí přílišnou složitostí. Snaha o efektivitu je tu proto opravdu na místě.

Franck Proust (PPE), *par écrit*. – J'ai voté pour la résolution portant sur la recherche de la simplification et de l'efficacité dans la politique de cohésion pour 2014-2020. Il est urgent d'agir pour que les porteurs de projets qui prétendent à des fonds européens ne soient plus découragés par la complexité des procédures. Je milite pour supprimer les entraves dans le domaine du commerce international. Je retrouve dans la politique de cohésion certaines de ces entraves. Coûts de gestion, nombre de pièces justificatives, délais de traitement sont autant de facteurs qui découragent les bénéficiaires potentiels. Certains renoncent à déposer des dossiers à cause de la bureaucratie. L'accès au financement pour les PME reste pourtant une priorité. Il faut désormais agir.

Dominique Riquet (ALDE), *par écrit*. – Aujourd'hui, en raison de procédures trop compliquées et de la surréglementation, et plus particulièrement dans le cadre des transpositions des directives, de nombreuses PME, ONG et microentreprises sont confrontées à des inégalités d'accès aux commandes et aux subventions publiques. Le manque conjoint de compétences et de moyens financiers les pénalise en effet dans certaines procédures administratives telles que les passations de marché public ou les demandes de subventions.

La proposition de résolution sur la recherche de la simplification et de l'efficacité dans la politique de la cohésion pour 2014-2020 a pour ambition d'apporter des solutions à cette complexité.

C'est pour cette raison que j'ai voté en faveur de cette proposition, qui vise notamment, à réduire le fardeau administratif qui est essentiellement et arbitrairement supporté par les plus petites structures. Ce texte encourage, notamment, les États membres à simplifier la réglementation des marchés publics par la normalisation des procédures ainsi qu'à rationaliser et simplifier les activités de contrôle.

Robert Rochefort (ALDE), par écrit. – J'ai apporté mon soutien à cette résolution qui appelle à une simplification et à une efficacité accrue de la politique de cohésion pour la période 2014-2020.

Les procédures dans le cadre des Fonds structurels et d'investissement européens demeurent complexes, tant pour les bénéficiaires que pour les autorités de gestion. Il faut réduire cette complexité, qui pénalise en particulier les petits bénéficiaires comme les PME ou les municipalités.

À cette fin, il convient notamment d'éliminer le fardeau administratif et la surréglementation dans les procédures de passation de marchés, la sélection des propositions de projet et les activités de suivi et de contrôle. Par exemple, il faut une stabilité des règles et une normalisation des procédures.

Par ailleurs, les délais pour le passage au système e-cohésion doivent être respectés, le partage des bonnes pratiques doit être encouragé et l'utilisation de l'approche multi-fonds doit être accrue.

La politique de cohésion est un instrument essentiel afin d'accompagner nos territoires et leurs populations dans leur développement et la valorisation de leurs richesses. Nous devons donc utiliser tous les leviers possibles afin d'en améliorer le fonctionnement.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), por escrito. – Las instituciones de la UE han adoptado importantes medidas para abordar la cuestión de la simplificación. A pesar de los esfuerzos realizados, las excesivas formalidades siguen suponiendo un obstáculo para la gestión eficiente de los Fondos EIE.

Esta propuesta de Resolución pide a la Comisión, entre otras medidas, compartir las iniciativas y directrices en materia de simplificación, lograr un equilibrio óptimo entre rendición de cuentas y simplificación, aplicar plenamente la cohesión electrónica en la gestión de los Fondos EIE, adoptar y aplicar un enfoque flexible con respecto a las obligaciones de los beneficiarios en materia de facilitación de datos e información, y participar en un diálogo estructurado y permanente con el Parlamento Europeo y otros interlocutores.

Por todo esto, he votado a favor de la presente propuesta de Resolución.

Claude Rolin (PPE), par écrit. – Dans la résolution portant sur la simplification et l'amélioration de l'efficacité de la politique de cohésion pour 2014-2020 que j'ai soutenue, le Parlement européen demande à la Commission d'introduire des directives détaillées sur la simplification afin de mieux cibler les lourdeurs administratives.

Dans ce cadre, les parlementaires demandent à la Commission de publier une feuille de route à destination des États membres en vue de rationaliser et simplifier les activités de contrôle, de suivi et de rapport, en particulier pour les bénéficiaires. Il s'agit là d'une demande qui avait été abordée par les ministres responsables de la politique régionale un peu plus tôt dans le mois.

Aux États membres, le texte adopté demande de respecter la date butoir du 31 décembre 2015 selon les modalités du règlement portant dispositions communes (article 122, §3) pour adopter l'e-cohésion, qui permet d'échanger par voie électronique des informations entre les bénéficiaires et autorités en charge des programmes régionaux, en vue de raccourcir les délais entre le dépôt de candidature et l'obtention des subventions.

Enfin, autre demande emblématique, nous avons appelé à une utilisation accrue de l'approche multi-fonds, qui permet aux bénéficiaires de combiner plusieurs fonds dans un même projet, selon les dispositifs aménagés dans la politique de cohésion pour la période 2014-2020.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – No seguimento de uma pergunta oral, foi apresentada esta proposta de resolução, com o objetivo de alertar para a premência de adotar metodologias de simplificação administrativa no que diz respeito ao cumprimento dos requisitos diretamente relacionados com a aplicação do Fundo de Coesão e os demais fundos europeus estruturais e de investimento.

De igual modo, é absolutamente essencial sensibilizar os Estados-Membros e as suas regiões para a tarefa de eliminar ou reduzir substancialmente a carga administrativa inerente às candidaturas ao financiamento a fundos estruturais, aos processos de contratação pública ou seleção de propostas, dado o óbice que tais estrangulamentos burocráticos representam na, já de si, pesada máquina administrativa dos Estados-Membros.

Nesse sentido, sou totalmente favorável a esta proposta de resolução que pugna por uma maior simplificação e orientação rumo a um melhor desempenho no quadro da política de coesão 2014-2020.

Tokia Saïfi (PPE), *par écrit*. – La demande, la gestion, les rapports et les contrôles des fonds structurels sont encore trop complexes malgré la volonté de simplification de l'Union européenne.

En effet, les procédures à suivre pour les bénéficiaires, notamment les PME, qui ont besoin des financements européens, présentent de nombreux obstacles.

J'ai donc voté en faveur de ce texte qui réalise un constat clair et sur lequel tous les acteurs sont d'accord. Il appelle ainsi la Commission à fournir aux États membres et à leurs régions une feuille de route pour rationaliser et simplifier les activités de contrôle, de suivi et de rapport, y compris pour les bénéficiaires, afin de faire disparaître les difficultés rencontrées actuellement.

Il est urgent que chacun puisse bénéficier des fonds européens et cela, sans entrave.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento concernente la semplificazione della politica di coesione per il periodo 2014-2020 in quanto ritengo necessario un ulteriore snellimento delle procedure di accesso ai Fondi strutturali e d'investimento europei. Gli Stati membri devono adoperarsi al fine di ridurre significativamente gli oneri amministrativi e la sovraregolamentazione presenti a livello nazionale e locale nel quadro delle procedure di aggiudicazione di appalti, della selezione dei progetti proposti e delle attività di monitoraggio e controllo.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de esta simplificación. La política general de cohesión tiene, ahora mismo, muchos espacios superpuestos y espacios sobre los que es difícil dirimir cuál sería su mejor encaje. Entendemos que una simplificación en la respectiva política permitiría una mayor facilidad a la hora de comprender la utilidad de la misma, así como mayores posibilidades de que la ciudadanía fuese consciente de la existencia de la misma.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor de la propuesta de Resolución porque supone una posición oficial del Parlamento Europeo para pedir a la Comisión y a los Estados Miembros que colaboren en la tarea de aligerar las cargas administrativas así como en la simplificación de las normas relativas a los fondos de la política de cohesión. Esta preocupación expresada por el Parlamento tiene que ver, entre otras cosas, con el relativamente alto porcentaje de programas que finalmente no son realizados, debido no solo a constricciones presupuestarias ligadas al impacto de la crisis y de las políticas de austeridad, sino también a los retrasos en los pagos, la carga burocrática o la contradicción de normas. Sin embargo, dicha simplificación de las normas no debe servir como excusa para, por un lado, bajar la guardia frente al control de las cuentas y el uso de las partidas presupuestarias asignadas, ni por otro, para dejar la puerta abierta a instrumentos de financiación que ya están empezando a participar activamente en los programas operativos, como las instituciones de crédito privadas o los fondos de capital-riesgo.

Jill Seymour (EFDD), *in writing*. – I abstained on this motion due to it wishing to change the way the Commission handles its money. I do not wish to see the Commission in charge of any UK money but, while saying that, I do not want to stand in the way of process simplifications that could lead to a more cost-effective system.

Monika Smolková (S&D), písomne. – V novom programovom období boli k štrukturálnym a investičným fondom pridané mnohé úpravy, ktoré prispievajú k zjednodušeniu byrokratickej záťaže pre žiadateľov. Tomuto problému sa Komisia intenzívne venuje aj prostredníctvom skupiny nezávislých expertov, ktorá bola zriadená práve s cieľom monitorovania a vylepšovania zjednodušovacích postupov. Navyše sa konečne podarilo zjednotiť rôzne legislatívne texty a dnes podliehajú všetky fondy rovnakým spoločným ustanoveniam.

Všetky tieto iniciatívy Komisie vítam, ale na druhej strane treba priznať, že podávanie správ a kontrola týkajúca sa štrukturálnych fondov je stále pre mnoho príjemcov príliš zložitá. Uznesenie som podporila aj preto, že podčiarkuje skutočnosť, že komplikované postupy a niektoré zložité pravidlá môžu vytvárať pre príjemcov výraznú záťaž, a to najmä pre subjekty, ktoré nemajú vždy dostatočné administratívne kapacity, ako sú malé a stredné podniky, neziskové organizácie alebo obce. Popritom sa stáva, že národné orgány pridávajú povinnosti nad rámec požiadaviek vyplývajúcich z aktov EÚ, čím pri prenášaní európskych noriem do vnútroštátnych predpisov vytvárajú brzdu pri čerpaní.

Ale mnoho problémov sa nám už darí prekonávať. Dobrým príkladom je digitalizácia celého procesu, ktorá umožní žiadateľovi prístup ku všetkým dokumentom a administratívnym krokom prostredníctvom centralizovanej internetovej stránky. Verím, že sa týmto podarí podstatne skrátiť dobu medzi predložením žiadosti a vyplatením prostriedkov.

Csaba Sógor (PPE), in writing. – I voted for the resolution entitled 'Towards simplification and performance orientation in cohesion policy 2014-2020'. I believe that, despite the considerable steps towards more clarity and coherence in European Structural and Investment Fund management in the 2014-2020 multiannual financial framework, there is still room for simplifying the application, implementation and reporting tasks for beneficiaries. In my view, this would especially require more guidance by the Commission towards Member States on administrative streamlining and promotion of best practices.

Nevertheless, simplification should never be carried out to the detriment of the safe use of ESI Funds and ultimately of the EU budget. This is why I believe that there is a need to ensure a proper balance between simplification and the detection and prevention of irregularities and fraud through the use of operational tools like the ARACHNE database.

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – Je dôležité podporovať reformu politiky súdržnosti v zmysle jej racionalizácie a zjednodušovania. Komplikované postupy môžu vytvárať výraznú záťaž, ako napríklad i pre malé a stredné podniky či obce, ktoré potrebujú financovanie EÚ, no absentujú u nich finančné i ľudské zdroje, ako i odborné poznatky pre úspešné žiadanie o zdroje EÚ.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Podržavam ovaj prijedlog rezolucije jer Parlament prepoznaje važnost značajnih koraka poduzetih od strane institucija EU-a prema pojednostavljivanju procedura. Komplikirane odredbe uzrokuju prepreke i ostajanje duže vrijeme izvan tržišta, kao i mnoge neizravne troškove za potencijalne korisnike koji traže sredstva EU-a. Time se smanjuje utjecaj ulaganja financiranja i stvaraju prepreke za korisnike, građane i tvrtke u EU-u, posebice za mala i srednja poduzeća.

Podržavam ovaj prijedlog jer komplicirana procedura može staviti značajan teret na korisnike, a posebno mala i srednja poduzeća, nevladine organizacije i općine, koji su u potrebi financiranja sredstvima EU-a. Postoje entiteti koji nemaju finansijskih i ljudskih resursa niti stručnosti da bi se uspješno prijavili za upravljanje i potpore EU-a.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. – Ovom rezolucijom predlaže se smanjenje birokracije, posebice za srednja i mala poduzetništva, nevladine organizacije i općine, koje traže sredstva potpore iz fondova Europske unije. Navedeni subjekti nemaju dovoljno finansijskih niti ljudskih resursa koji bi im omogućili uspješno prijavljivanje za dobivanje istih. Iz tih razloga, od Komisije i država članica, zahtjeva se nastavak već započetog truda u pojednostavljivanju prijava, te borbe u otkrivanju i prevenciji neregularnosti i raznih pokušaja prijevara.

Također, rezolucija predlaže 31.12.2015. kao datum do kojega bi Komisija i države članice trebale prijeći na tzv. E-povezanost, kao preduvjet značajnom smanjenju ukupnog vremena potrebnog za prijavu.

Podržavam ovu rezoluciju jer svima onima koji se žele prijaviti za poticajna sredstva pruža veće mogućnosti i jednostavniji proces za njihovo dobivanje.

Smatram kako će podnošenjem što više ispravno podnesenih prijavi, biti više isplata, što znači više ulaganja u razne sektore društva, otvaranje radnih mjesta, te gospodarski rast.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sam za rezoluciju na poti k poenostavljeni in v uspešnost usmerjeni kohezijski politiki za obdobje 2014-2020. Kljub reformi kohezijske politike za programsko obdobje 2014-2020, se še vedno soočamo s preveč zapletenimi in zbirokratiziranimi postopki, tako za upravičence kot tudi za upravne organe. Opozorila bi na mala in srednja podjetja, ki so v Evropski uniji še kako pomembna, saj predstavljajo 99 % vseh podjetij v Evropski uniji ter zagotavljajo dve tretjini delovnih mest v zasebnem sektorju.

Kay Swinburne (ECR), *in writing*. – I supported this motion for a resolution on cutting red tape for local authorities and EU funding beneficiaries.

I welcome all efforts to simplify the implementation of the European Structural and Investment Funds, on the proviso that a sensible balance is struck between simplification and effective financial controls. I also support the creation of the new High Level Group of Independent Experts on Monitoring Simplification and the Commission's Better Regulation Strategy, both positive steps towards the greater simplification mentioned in this resolution.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. – Η εισαγωγή λεπτομερών οδηγιών πάνω σε θέματα απλούστευσης, είναι σημαντική διότι καθοδηγεί τα κράτη - μέλη και τις περιφέρειες στο να εξαλείψουν ή/και να μειώσουν δραστικά τα διαχειριστικά βάρη, ειδικά σε περιπτώσεις ελέγχου δράσεων, επιλογής έργων και δημοσίων δαπανών.

Η απλούστευση αυτή επεκτείνεται αναλογικά στον έλεγχο και αναφορά δραστηριοτήτων, στην αίτηση και αναφορά δαπανών που συνδέονται με ευρωπαϊκά χρηματοδοτικά προγράμματα καθώς και στη μείωση των χρόνων αιτήσεων - διαθέσεως κονδυλίων μέσω της χρήσης ηλεκτρονικών εφαρμογών και ψηφιακών πλατφόρμων.

József Szájer (PPE), *írásban*. – A kohéziós politika területén már eddig is komoly előrelépés történt az adminisztratív terhek csökkentése és az egyszerűsítés érdekében, azonban az Európai Strukturális és Befektetési Alapok végkedvezményezettjeit sújtó adminisztratív kötelezettségek még így is rendkívül jelentősek. Mindez különösen a kkv-k, a nem állami szervezetek és az önkormányzatok számára jelent hatalmas nehézséget, hiszen ezeknek a szervezeteknek, intézményeknek égető szükségük van az uniós finanszírozásra, ugyanakkor nincsenek meg a pénzügyi és humánerőforrás-kapacitásai a sikeres pályázáshoz és az elnyert források menedzseléséhez.

Mindezek fényében a további egyszerűsítés nélkülözhetetlen a források eredményes felhasználásához. El kell kerülni a szabályok gyakori változtatását, standardizálni kell az eljárásokat, egyszerűsíteni kell a használt nyelvezetet, támogatni kell az e-kohézió bevezetését, elterjesztését, valamint az egyablakos ügyintézését.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Az uniós intézmények jelentős lépéseket tettek a 2014-2020 közötti időszakra vonatkozó többéves pénzügyi keret egyszerűsítése felé. Azonban egyetérték az indítvány azon megállapításával, mely szerint az egyszerűsítés ellenére az európai strukturális és beruházási alapok alkalmazása, igazgatása, jelentéstétele és ellenőrzése továbbra is nehézkes mind a kedvezményezettek, mind az irányító hatóságok számára, különös tekintettel azokra, amelyek alacsonyabb adminisztratív és pénzügyi kapacitással rendelkeznek. Tehát további egyszerűsítésre mindenképpen szükség lesz.

Támogatom, hogy a Bizottság részletes iránymutatásokat vezessen be az egyszerűsítésről annak érdekében, hogy a tagállamok és régiók tudatában legyenek a közbeszerzési eljárásokkal, a projektpályázatok kiválasztásával, valamint a figyelemmel kíséresi és ellenőrzési tevékenységek folyamán nemzeti és helyi szinten jelentkező adminisztratív terhek és túlszabályozás megszüntetésével vagy legalább csökkentésével kapcsolatos feladataikkal.

Éppen azért támogattam szavazatommal az indítványt, mivel félok, hogy egyes tagállamokban a trükközések és a korrupció melegágya lesz az egyszerűsítési változtatások miatt kialakult helyzet.

Adam Szejnfeld (PPE), *na piśmie*. – Pomimo reformy polityki spójności i znacznego jej uproszczenia, stosowanie, nadzór i zarządzanie funduszami jest wciąż problematyczne zarówno dla beneficjentów, jak i instytucji zarządzających. Skomplikowane procedury w efekcie mogą zniechęcić potencjalnych beneficjentów do korzystania z unijnych programów pomocowych.

W swojej rezolucji Parlament Europejski słusznie wskazał na potrzebę promowania upraszczania przepisów dotyczących instrumentów finansowych w ramach europejskich funduszy strukturalnych i inwestycyjnych, w celu lepszego dostosowania do potrzeb beneficjentów, co w rezultacie może przyczynić się do zwiększenia ich wykorzystania. Dlatego też zdecydowałem się zagłosować za rezolucją PE.

Claudia Tapardel (S&D), *în scris*. – Aplicarea eficientă a politicii de coeziune a UE presupune simplificarea procedurilor actuale și orientarea către obținerea de rezultate tangibile.

Până acum au fost luate măsuri importante în vederea simplificării agendei privind cadrul financiar multianual 2014-2020. În ciuda acestor pași, însă, aplicarea, gestionarea, raportarea și controlul în privința Fondurilor structurale și de investiții rămân procese greoaie pentru beneficiari și autoritățile de implementare.

Impactul cel mai important este resimțit de întreprinderile mici și mijlocii, organizațiile neguvernamentale și municipalități, care au cea mai mare nevoie de finanțare europeană. Acest lucru reduce semnificativ impactul fondurilor europene asupra dezvoltării regiunilor statelor membre. În același timp, duplicarea și diferențele care apar în activitatea și metodologia de audit impun o unificare a practicilor și un accent mai mare pe eficiență și rezultate.

Din acest punct de vedere, Comisia ar trebui să elaboreze ghiduri detaliate privind simplificarea procedurilor administrative la nivelul statelor membre și dezvoltarea unor practici comune la nivel european, pentru a evita blocajele care apar.

Digitalizarea și simplificarea procedurilor de aplicare prin oferirea tuturor informațiilor relevante pot fi utile în acest scop, dacă se pune un accent sporit pe nevoile beneficiarilor. Actuala rezoluție este un prim pas în direcția bună.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté pour. En effet, je suis pour que la Commission introduise des directives détaillées sur la simplification afin de sensibiliser les États membres et leurs régions à la nécessité d'éliminer, ou au moins de réduire considérablement, le fardeau administratif et la surréglementation qui pèsent aux niveaux national et local sur les procédures de passation de marchés, la sélection des propositions de projet et les activités de suivi et de contrôle, y compris en évitant de changer fréquemment les règles applicables, en simplifiant le langage et en normalisant les procédures, ainsi qu'en axant le budget de l'Union sur des résultats tangible.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – The cohesion policy is the biggest investment tool at our disposal to achieve the Europe 2020 goals. I voted in favour of this resolution which sets out recommendations to the Commission and the Member States on how to maximise the use and the efficiency of the fund. Up to now and although there were previous attempts to simplify it, the procedures remained too cumbersome for both the managing authorities and the beneficiaries, preventing, in particular, SMEs and NGOs from making full use of it. The resolution calls on the Commission to develop guidelines on simplification and provide the Member States with a roadmap for monitoring and reporting activities. Lastly the Commission and the Member States should work closer together with the beneficiaries to make sure the procedures' rules match their needs.

Ruža Tomašić (ECR), *napisan*. – Pojednostavlјivanje i orijentaciju na rezultate smatram jednim od esencijalnih elemenata uspješne kohezijske politike, te stoga svesrdno pozdravlјam ovo pitanje.

Uspostavlјanje zajedničkih pravila u segmentu strukturnih i investicijskih fondova – Europskog fonda za regionalni razvoj, Europskog socijalnog fonda, Kohezijskog fonda, Europskog poljoprivrednog fonda za ruralni razvoj te Europskog fonda za pomorstvo i ribarstvo – smatram ključnim za daljnji razvoj politike regionalnog razvoja Unije.

Nastavno na to pozdravlјam uspostavlјanje Visoke skupine neovisnih stručnjaka u nadziranju pojednostavlјivanja za korisnike Europskih strukturnih i investicijskih fondova unutar Komisije, nadziranja financijske regulative te odredaba o zajedničkim pravilima.

Činjenica je da komplicirane procedure mogu predstavljati značajan teret na leđima korisnika fondova, posebice malim i srednjim poduzećima, nevladinim organizacijama te općinama, kojima su fondovi upravo i najpotrebniji budući da sami nemaju dovoljne ljudske i financijske resurse, niti stručno znanje, da bi mogli uspješno ispuniti sve faze u ostvarivanju potpora EU-a. U tom smislu držim pohvalnim i neophodnim poziv Komisiji i državama članicama da ulože dodatne napore u pojednostavljivanju sustava za vrednovanje rizika ARACHNE, jer isti mora ostvariti balans između pojednostavljivanja s jedne strane te detektiranja i prevencije nepravilnosti, uključujući i prevare, s druge strane.

Romana Tomc (PPE), pismo. – Predlog resolucije Evropskega parlamenta na poti k poenostavljeni in v uspešnost usmerjeni kohezijski politiki za obdobje 2014-2020 sem podprla, saj menim, da je državam članicam potrebno zagotoviti dober načrt za poenotenje in poenostavitev dejavnosti upravljanja, spremljanja, poročanja in nadzora nad evropskimi strukturnimi in investicijskimi skladi, saj so ti sedaj preveč zapleteni, tako za upravičence kot tudi za državne organe.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de esta simplificación. La política general de cohesión tiene, ahora mismo, muchos espacios superpuestos y espacios sobre los que es difícil dirimir cuál sería su mejor encaje. Entendemos que una simplificación en la respectiva política permitiría una mayor facilidad a la hora de comprender la utilidad de la misma, así como mayores posibilidades de que la ciudadanía fuese consciente de la existencia de la misma.

István Ujhelyi (S&D), írásban. – A Bizottságnak az egyszerűsítésről szóló részletes iránymutatásokat kellene bevezetnie annak érdekében, hogy a tagállamok és régiók tudatában legyenek a közbeszerzési eljárások, a projektpályázatok kiválasztása, valamint a figyelemmel kísérési és ellenőrzési tevékenységek folyamán nemzeti és helyi szinten jelentkező adminisztratív terhek és túlszabályozás megszüntetésével vagy legalább csökkentésével kapcsolatos feladataiknak. Szavazatommal támogattam a javaslatot.

Miguel Urbán Crespo (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de esta simplificación. La política general de cohesión tiene, ahora mismo, muchos espacios superpuestos y espacios sobre los que es difícil dirimir cuál sería su mejor encaje. Entendemos que una simplificación en la respectiva política permitiría una mayor facilidad a la hora de comprender la utilidad de la misma, así como mayores posibilidades de que la ciudadanía fuese consciente de la existencia de la misma.

Ramón Luis Valcárcel Siso (PPE), por escrito. – Tras la adopción del paquete legislativo sobre la política de cohesión para el período 2014-2020 esta propuesta de Resolución pretende resaltar la necesidad de simplificar y orientar a los resultados la política de cohesión para el período 2014-2020. Se pretende de este modo avanzar hacia una política de cohesión más eficaz y eficiente, que contribuya de un mayor modo a un crecimiento inteligente, sostenible e inclusivo, haciendo más cercana la Unión a sus ciudadanos. Por todo ello, considero necesario votar a favor de esta propuesta de Resolución.

Ángela Vallina (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor de la propuesta de Resolución porque supone una posición oficial del Parlamento Europeo para pedir a la Comisión y a los Estados Miembros que colaboren en la tarea de aligerar las cargas administrativas así como en la simplificación de las normas relativas a los fondos de la política de cohesión. Esta preocupación expresada por el Parlamento tiene que ver, entre otras cosas, con el relativamente alto porcentaje de programas que finalmente no son realizados, debido no solo a constricciones presupuestarias ligadas al impacto de la crisis y de las políticas de austeridad, sino también a los retrasos en los pagos, la carga burocrática o la contradicción de normas. Sin embargo, dicha simplificación de las normas no debe servir como excusa para, por un lado, bajar la guardia frente al control de las cuentas y el uso de las partidas presupuestarias asignadas, ni por otro, para dejar la puerta abierta a instrumentos de financiación que ya están empezando a participar activamente en los programas operativos, como las instituciones de crédito privadas o los fondos de capital-riesgo.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – I supported this resolution because it urges the Commission and the Member States to promote the simplification of the rules governing financial instruments within ESI Funds in order to align them more closely to the beneficiaries' needs, aiming at their improved use. It is important at this time that we use cohesion funds in the most effective and sustainable way possible, without allowing parts of our Union to be left behind. In the interests of use and transparency it is important that there is a standardisation of procedures across the EU to allow citizens a greater understanding. This policy area is too important to the wellbeing of European Union citizens to be allowed to continue with its current bottlenecks.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Ik stemde voor dit verslag omdat het pleit voor meer vereenvoudiging en meer efficiëntie van het cohesiebeleid. Als liberaal ben ik uiteraard voor het verwijderen van de talloze bureaucratische hindernissen en administratieve lasten. Dit zal het cohesiebeleid en de eventuele begunstigen ervan enkel ten goede komen.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – No seguimento de uma pergunta oral realizada na segunda sessão de outubro, este relatório pretende reconhecer a importância do que já foi feito relativamente à simplificação dos procedimentos de elaboração de candidaturas, apresentação de resultados e dos vários momentos de avaliação dos projetos, na aplicação das diretivas para essa simplificação. O relatório enfatiza que se deverá equilibrar simplificação e prevenção e deteção de irregularidades, ou seja, salvaguarda que facilitação não significa laxismo, o que poderia beneficiar processos fraudulentos.

Essa questão afeta, sobretudo, associações de base popular e ONG, PME e municípios. A questão da simplificação administrativa e da capacitação para o cumprimento dos requisitos associados aos fundos estruturais e de coesão da UE é, para muitas realidades, um impedimento à elegibilidade dos projetos e, consequentemente, à falta de acesso aos fundos de coesão. Neste sentido, uma maior simplificação resultará num maior potencial de acesso aos fundos por estes agentes.

Harald Vilimsky (ENF), *schriftlich*. – Eine Straffung der Effizienz der Kohäsionspolitik ist grundsätzlich zu begünstigen, allerdings greift der Entschließungsantrag nicht die zentralen Probleme der Kohäsionspolitik wie Mittelmissbrauch etc. an. Daher enthalte ich mich meiner Stimme.

Udo Voigt (NI), *schriftlich*. – Ich habe gegen diesen Vorschlag gestimmt, da dieser zwar den Behördenapparat erleichtert, jedoch gleichzeitig die nationalen Rechte einschränkt und die Selbstbestimmung der Mitgliedstaaten massiv einschränkt. Vorschläge wie diese zeigen eindeutig, wie die EU versucht, sich über die Mitbestimmung ihrer Mitgliedstaaten hinwegzusetzen, und nationales Recht immer weiter beschnitten wird. Dies kann und darf nicht das Ziel einer europäischen Gemeinschaft sein!

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Der Entschließung des Europäischen Parlaments zur Ausrichtung der Kohäsionspolitik 2014-2020 auf Vereinfachung und Leistung habe ich zugestimmt.

Bürokratieabbau ist ein hehres Ziel. Wenn sich die EU einmal aufrafft, hier Nägel mit Köpfen zu machen, werde ich das gern wie hier unterstützen. Davon unabhängig glaube ich, dass die Kohäsionspolitik selbst von großem Übel ist. Die Vielfältigkeit und die Unterschiede in Europa sollten nicht abgebaut werden, indem von Brüssel aus unscharfer Vogelperspektive und nach dem Gießkannenprinzip Projekte gefördert werden. Im Ergebnis halte ich dies für eine gigantische Geldverschwendung.

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), *γραφτώς*. – Υπερψήφισα το ψήφισμα της Επιτροπής Περιφερειακής Ανάπτυξης το οποίο βελτιώνει τους μηχανισμούς για την ενίσχυση της αποτελεσματικότητας της πολιτικής συνοχής στην ΕΕ για την προγραμματική περίοδο 2014-2020.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Rozhodně podporuji toto usnesení, které má za cíl motivovat jak Komisi, tak členské státy ke zjednodušení procesu čerpání evropských peněz. I když byly vyvinuty některé snahy o zjednodušení, myslím si, že čerpání peněz je pro příjemce i řídicí orgány velmi složité, zejména pokud mají nižší administrativní a finanční kapacity. Prostřednictvím tohoto usnesení apeluji na Komisi, aby zavedla podrobné pokyny ke zjednodušení celého procesu na vnitrostátní a místní úrovni v rámci procesů zadávání veřejných zakázek, výběru návrhů na projekty a sledování a kontroly. Podle mého názoru je nutné kromě zjednodušení procesu čerpání i zjednodušení následné kontroly zavedením „zásady jediného auditu“ a větším zaměřením na audity výkonnosti, které dokáží lépe ohodnotit účinnost a účelnost operací a povedou k návrhům na zjednodušení.

Jana Žitňanská (ECR), *pisomne*. – Toto uznesenie Európskeho parlamentu som podporila. Je pravdou, že požiadavky na rôzne žiadosti o poskytnutie financií z európskych štrukturálnych a investičných fondov sú často príliš komplikované a samotný tento fakt odradí množstvo záujemcov. Ďalší potom majú problém s tým, že neprehľadné podmienky sa im ani napriek snahe nepodari naplniť. Tieto komplikované postupy pritom predstavujú najvýraznejšiu záťaž pre malé a stredné podniky, prípadne obce, ktoré potrebujú financie EÚ, ale nemajú dostatočné zdroje a odborné poznatky na podanie úspešnej žiadosti. Zjednodušovanie žiadostí a odstraňovanie, či výrazné zníženie administratívnej záťaže je preto podľa môjho názoru správnym krokom pre efektívnejšie využívanie fondov EÚ.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Esta proposta de resolução pretende reconhecer a importância do que já foi feito relativamente à simplificação dos procedimentos de elaboração de candidaturas, apresentação de resultados e dos vários momentos de avaliação dos projetos, na aplicação das diretivas para essa simplificação.

A questão da simplificação administrativa e da capacitação para o cumprimento dos requisitos associados aos fundos estruturais e de coesão da UE são, para muitas realidades, um impedimento à elegibilidade dos projetos e, consequentemente, à falta de acesso aos fundos de coesão. Essa questão afeta, sobretudo, associações de base popular e ONG, PME e municípios.

Neste sentido, uma maior simplificação resultará num maior potencial de acesso aos fundos por estes agentes. Votámos a favor.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Podprl sem predlog resolucije Evropskega parlamenta na poti k poenostavljeni in v uspešnost usmerjeni kohezijski politiki za obdobje 2014-2020, saj menim, da je izvajanje, upravljanje, poročanje in nadzor v zvezi z evropskimi strukturnimi in investicijskimi skladi še vedno preveč zapleteno tako za upravičence kot za upravne organe, zlasti tiste z manjšimi upravnimi in finančnimi zmogljivostmi.

13. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll

14. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

15. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

16. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

17. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

18. Unterbrechung der Sitzungsperiode

Seán Kelly (PPE). – Madam President, am I right in saying that this is your first time chairing plenary? I certainly cannot recall seeing you here before. So I would like to compliment you. I thought you did a very good job. You got through the votes very efficiently. Moreover, the political right were not accusing you of going too fast and the political left were not accusing you of going too slowly. So you struck the perfect balance. Well done!

Puhemies. – Julistan Euroopan parlamentin istuntokauden keskeytetyksi.

(Istunto päättyi klo 13.00.)

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
ENF	Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit
NI	Fraktionslos



C/2023/1495

13.12.2023

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache M.11291 — TAIYO NIPPON SANJO / ASTOMOS ENERGY / ASTOMOS RETAILING)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2023/1495)

Am 5. Dezember 2023 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32023M11291 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2023/1497

13.12.2023

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss
(Sache M.11232 — PETRONORD SCANDINAVIA / PS ENERGI)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2023/1497)

Am 24. November 2023 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Englisch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32023M11232 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.



C/2023/1515

13.12.2023

**Vorherige Anmeldung eines Zusammenschlusses
(Sache M.11051 – VOLVO / RENAULT / FLEXECO JV)
Für das vereinfachte Verfahren infrage kommender Fall**

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2023/1515)

1. Am 6. Dezember 2023 ist die Anmeldung eines Zusammenschlusses nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ bei der Kommission eingegangen.

Diese Anmeldung betrifft folgende Unternehmen:

- AB Volvo („Volvo“, Schweden) und
- Renault s.a.s. („Renault“, Frankreich).

Volvo und Renault werden im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 4 der Fusionskontrollverordnung die gemeinsame Kontrolle über FlexEco SAS („FlexEco“, Frankreich). erwerben.

Der Zusammenschluss erfolgt durch Erwerb von Anteilen an einem neu gegründeten Gemeinschaftsunternehmen.

2. Die beteiligten Unternehmen sind in folgenden Geschäftsbereichen tätig:

- Volvo produziert und vertreibt weltweit leichte Nutzfahrzeuge, Lastkraftwagen, Busse, Bauausrüstung, Schiffsmotoren, Industriemotoren für Gelände- und Stromerzeugungsanwendungen sowie Motoren für Straßenfahrzeuge.
- Renault produziert und vertreibt weltweit Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge, Teile und Mobilitätsdienstleistungen unter mehreren Marken.

3. Die Geschäftstätigkeit von FlexEco besteht in der Entwicklung, der Herstellung und dem Verkauf von leichten Nutzfahrzeugen und logistischen Nebendienstleistungen, zunächst in Europa und schließlich weltweit.

4. Die Kommission hat nach vorläufiger Prüfung festgestellt, dass das angemeldete Rechtsgeschäft unter die Fusionskontrollverordnung fallen könnte. Die endgültige Entscheidung zu diesem Punkt behält sie sich vor.

Dieser Fall kommt für das vereinfachte Verfahren im Sinne der Bekanntmachung der Kommission über die vereinfachte Behandlung bestimmter Zusammenschlüsse gemäß der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen ⁽²⁾ infrage.

5. Alle betroffenen Dritten können bei der Kommission zu diesem Vorhaben Stellung nehmen.

Die Stellungnahmen müssen bei der Kommission spätestens 10 Tage nach dieser Veröffentlichung eingehen. Dabei ist stets folgendes Aktenzeichen anzugeben:

M.11051 – VOLVO / RENAULT / FLEXECO JV

Die Stellungnahmen können der Kommission per E-Mail oder Post übermittelt werden, wobei folgende Kontaktangaben zu verwenden sind:

E-Mail: COMP-MERGER-REGISTRY@ec.europa.eu

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1 („Fusionskontrollverordnung“).

⁽²⁾ ABl. C 160 vom 5.5.2023, S. 1.

Postanschrift:

Europäische Kommission
Generaldirektion Wettbewerb
Registratur Fusionskontrolle
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË



C/2023/1525

13.12.2023

BESCHLUSS DES RATES

vom 8. Dezember 2023

**zur Ernennung von drei Mitgliedern und drei Stellvertretern des Verwaltungsrates der Agentur für
die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden**

(C/2023/1525)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2019/942 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. Juni 2019 zur Gründung einer Agentur der Europäischen Union für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 18,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EU) 2019/942 sieht vor, dass fünf Mitglieder des Verwaltungsrates der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden (im Folgenden „Verwaltungsrat“) und ihre Stellvertreter vom Rat ernannt werden.
- (2) Die Verordnung (EU) 2019/942 sieht vor, dass ein Mitglied des Verwaltungsrates nicht zugleich Mitglied des Regulierungsrates der Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden sein kann und dass die Mitglieder des Verwaltungsrates im Interesse der Union in ihrer Gesamtheit unabhängig und objektiv handeln.
- (3) Infolge des Ablaufs der Amtszeit von drei vom Rat ernannten Mitgliedern und zwei vom Rat ernannten Stellvertretern sollten neue Mitglieder und Stellvertreter ernannt werden, um diese Personen zu ersetzen.
- (4) Da ein Kandidat, der zurzeit Stellvertreter ist, für einen Zeitraum von vier Jahren als Stellvertreter wiedernannt wird, sollte ein weiterer Stellvertreter ernannt werden, um den genannten Stellvertreter für die verbleibende Amtszeit zu ersetzen —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Folgende Personen werden für vier Jahre ab dem 28. Januar 2024 zu Mitgliedern des Verwaltungsrates ernannt:

- Herr Bogdan Marius CHIRIȚOIU, Rumänien,
- Herr Tomasz DĄBROWSKI, Polen,
- Frau Karoline NARODOSLAWSKY, Österreich.

Artikel 2

Folgende Personen werden für vier Jahre ab dem 28. Januar 2024 zu Stellvertretern für den Verwaltungsrat ernannt:

- Frau Kristina ČELIĆ, Kroatien,
- Frau Karin LUNNING, Schweden.

Artikel 3

Die folgende Person wird für vier Jahre ab dem 28. Januar 2024 zu einem Stellvertreter für den Verwaltungsrat ernannt:

- Herr Boris MAKŠIJAN, Kroatien.

⁽¹⁾ ABl. L 158 vom 14.6.2019, S. 22.

Artikel 4

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 8. Dezember 2023.

Im Namen des Rates
Die Präsidentin
N. CALVIÑO SANTAMARÍA



C/2023/1526

13.12.2023

**MITTEILUNGEN DER MITGLIEDSTAATEN ANGABEN DER MITGLIEDSTAATEN ZUR
SCHLIEßUNG VON FISCHEREIEN**

(C/2023/1526)

Gemäß Artikel 35 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1224/2009 des Rates vom 20. November 2009 zur Einführung einer Kontrollregelung der Union zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften der gemeinsamen Fischereipolitik ⁽¹⁾ wurde beschlossen, die Fischerei wie nachstehend beschrieben zu schließen:

Datum und Uhrzeit der Schließung	23. November 2023
Dauer	23.11.2023 bis 31.12.2023
Mitgliedstaat	Spanien
Bestand oder Bestandsgruppe	POL/08C.
Art	Pollack (<i>Pollachius pollachius</i>)
Gebiet	8c
Typ des betreffenden Fischereifahrzeugs	—
Laufende Nummer	18/TQ194

⁽¹⁾ ABl. L 343 vom 22.12.2009, S. 1.



**Mitteilung der Kommission über die Anwendung der Übergangsregeln für den Ursprung betreffend
die diagonale Kumulierung zwischen den anwendenden Vertragsparteien in der Pan-Europa-
Mittelmeer-Zone (PEM)**

(C/2023/1531)

Für die Anwendung der diagonalen Ursprungskumulierung zwischen den anwendenden Vertragsparteien ⁽¹⁾ teilen die anwendenden Vertragsparteien einander über die Europäische Kommission die mit den anderen anwendenden Vertragsparteien vereinbarten Ursprungsregeln mit.

Es sei daran erinnert, dass die diagonale Kumulierung (von Be- oder Verarbeitungen und/oder Vormaterialien) nur zulässig ist, wenn die anwendenden Vertragsparteien der Endfertigung und die anwendenden Vertragsparteien der Endbestimmung mit allen am Erwerb der Ursprungseigenschaft beteiligten anwendenden Vertragsparteien Freihandelsabkommen mit denselben Ursprungsregeln geschlossen haben.

Erzeugnisse mit Ursprung in einer anwendenden Vertragspartei, die kein Abkommen mit den anwendenden Vertragsparteien der Endfertigung und/oder den anwendenden Vertragsparteien der Endbestimmung geschlossen hat, sind als Erzeugnisse ohne Ursprungseigenschaft zu behandeln.

Auf der Grundlage der von den anwendenden Vertragsparteien gemachten Mitteilungen an die Europäische Kommission enthalten die beigefügten Tabellen folgende Angaben:

Tabelle 1 – Vereinfachte Übersicht über die Kumulierungsmöglichkeiten zum 1. Dezember 2023.

Tabelle 2 – Beginn der Anwendung der diagonalen Kumulierung.

In Tabelle 1 markiert ein „X“ ein zwischen zwei Parteien bestehendes Freihandelsabkommen mit Ursprungsregeln, die eine Kumulierung nach Übergangsregeln für den Ursprung vorsehen. Damit eine diagonale Kumulierung mit einem dritten Partner zulässig ist, müssen alle Felder der Tabelle zwischen den drei Partnern mit einem „X“ markiert sein.

Die Datumsangaben in Tabelle 2 beziehen sich auf den Beginn der Anwendung der diagonalen Kumulierung auf der Grundlage von Artikel 8 der Anlage A eines jeden zwischen den anwendenden Vertragsparteien geschlossenen Protokolls über die Ursprungsregeln. In diesem Fall steht vor dem Datum ein „(T)“.

Anhang enthält eine Liste der anwendenden Vertragsparteien, die von der Möglichkeit der Ausdehnung der Anwendung von Artikel 7 Absatz 3 der in Anlage A zu den bilateralen Protokollen über die Ursprungsregeln vorgesehenen Übergangsregeln auf die Einfuhr von Erzeugnissen der Kapitel 50 bis 63 des Harmonisierten Systems Gebrauch gemacht haben.

Für die in der Tabelle genannten Vertragsparteien gelten folgende Codes:

— Europäische Union	EU
— EFTA-Länder:	
— Island	IS
— Schweiz (einschließlich Liechtenstein) ⁽²⁾	CH (+ LI)
— Norwegen	NO
— Färöer	FO

⁽¹⁾ „Anwendende Vertragspartei“ ist eine Vertragspartei des PEM-Übereinkommens, die diese PEM-Übergangsregeln für den Ursprung in ihre bilateralen Präferenzhandelsabkommen mit einer anderen Vertragspartei des PEM-Übereinkommens aufnimmt.

⁽²⁾ Die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein bilden eine Zollunion.

— Teilnehmer am Barcelona-Prozess:

— Jordanien JO

— Palästina ⁽³⁾ PS

— Am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU teilnehmende Staaten:

— Albanien AL

— Bosnien und Herzegowina BA

— Das Kosovo* KO

— Nordmazedonien MK

— Serbien RS

— Montenegro ME

— Georgien GE

— Republik Moldau MD

— Ukraine UA

Diese Mitteilung ersetzt die Mitteilung 2023/C 51/01 (ABl. C 51 vom 10.2.2023, S. 1).

⁽³⁾ Diese Bezeichnung ist nicht als Anerkennung eines Staates Palästina auszulegen und lässt die Standpunkte der einzelnen Mitgliedstaaten zu dieser Frage unberührt.

* Diese Bezeichnung berührt nicht die Standpunkte zum Status und steht im Einklang mit der Resolution 1244/1999 des VN-Sicherheitsrates und dem Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zur Unabhängigkeitserklärung des Kosovos.

Tabelle 1

Vereinfachte Übersicht über die Möglichkeiten der diagonalen Kumulierung zum 1.12.2023 gemäß den Übergangsregeln über den Ursprung in der Pan-Europa-Mittelmeer-Zone

	EU	CH (+ LI)	IS	NO	FO	JO	PS	AL	BA	KO	MK	RS	ME	GE	MD	UA
EU		X	X	X	X	X	X	X		X	X	X	X	X	X	X
CH (+LI)	X		X	X				X	X		X	X	X	X		
IS	X	X		X				X	X		X	X	X	X		
NO	X	X	X					X	X		X	X	X	X		
FO	X															
JO	X															
PS	X															
AL	X	X	X	X					X	X	X	X	X		X	
BA		X	X	X				X		X	X	X	X		X	
KO	X							X	X		X	X	X		X	
MK	X	X	X	X				X	X	X		X	X		X	X
RS	X	X	X	X				X	X	X	X		X		X	
ME	X	X	X	X				X	X	X	X	X			X	
GE	X	X	X	X												
MD	X							X	X	X	X	X	X			X
UA	X										X				X	

Tabelle 2

Beginn der Anwendung der Übergangsregeln über den Ursprung betreffend die diagonale Kumulierung in der Pan-Europa-Mittelmeer-Zone

	EU	CH (+ LI)	IS	NO	FO	JO	PS	AL	BA	KO	MK	RS	ME	GE	MD	UA
EU		(T) 1.9.2021	(T) 1.9.2021	(T) 1.9.2021	(T) 1.9.2021	(T) 1.9.2021	(T) 1.9.2021	(T) 1.9.2021		(T) 15.10.2022	(T) 9.9.2021	(T) 6.12.2021	(T) 9.2.2022	(T) 1.9.2021	(T) 16.11.2021	(T) 1.12.2023
CH (+LI)	(T) 1.9.2021		(T) 1.11.2021	(T) 1.11.2021				(T) 1.1.2022	(T) 1.9.2023		(T) 1.4.2022	(T) 1.1.2022	(T) 1.4.2022	(T) 1.12.2023		
IS	(T) 1.9.2021	(T) 1.11.2021		(T) 1.11.2021				(T) 1.1.2022	(T) 1.9.2023		(T) 1.4.2022	(T) 1.1.2022	(T) 1.4.2022	(T) 1.12.2023		
NO	(T) 1.9.2021	(T) 1.11.2021	(T) 1.11.2021					(T) 1.1.2022	(T) 1.9.2023		(T) 1.4.2022	(T) 1.1.2022	(T) 1.4.2022	(T) 1.12.2023		
FO	(T) 1.9.2021															
JO	(T) 1.9.2021															
PS	(T) 1.9.2021															
AL	(T) 1.9.2021	(T) 1.1.2022	(T) 1.1.2022	(T) 1.1.2022					(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023		(T) 1.2.2023	
BA		(T) 1.9.2023	(T) 1.9.2023	(T) 1.9.2023				(T) 1.2.2023		(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023		(T) 1.2.2023	
KO	(T) 15.10.2022							(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023		(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023		(T) 1.2.2023	
MK	(T) 9.9.2021	(T) 1.4.2022	(T) 1.4.2022	(T) 1.4.2022				(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023		(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023		(T) 1.2.2023	(T) 6.7.2023

RS	(T) 6.12.2021	(T) 1.1.2022	(T) 1.1.2022	(T) 1.1.2022				(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023		(T) 1.2.2023		(T) 1.2.2023	
ME	(T) 9.2.2022	(T) 1.4.2022	(T) 1.4.2022	(T) 1.4.2022				(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023			(T) 1.2.2023	
GE	(T) 1.9.2021	(T) 1.12.2023	(T) 1.12.2023	(T) 1.12.2023												
MD	(T) 16.11.2021							(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023	(T) 1.2.2023			(T) 24.5.2023
UA	(T) 1.12.2023										(T) 6.7.2023				(T) 24.5.2023	

ANHANG

Liste der anwendenden Vertragsparteien, die von der Möglichkeit der Ausdehnung der Anwendung von Artikel 7 Absatz 3 Gebrauch machen

- A. Liste der anwendenden Vertragsparteien, die von der Möglichkeit der Ausdehnung der Anwendung von Artikel 7 Absatz 3 gegenüber allen ihren Partnern, die die Übergangsregeln anwenden, Gebrauch machen
- Island
 - Norwegen
 - Schweiz (Liechtenstein)
- B. Liste der anwendenden Vertragsparteien, die von der Möglichkeit der Ausdehnung der Anwendung von Artikel 7 Absatz 3 gegenüber einer begrenzten Anzahl ihrer Partner, die die Übergangsregeln anwenden, Gebrauch machen
- Albanien – gegenüber EFTA-Staaten
 - Montenegro – gegenüber EFTA-Staaten
 - Nordmazedonien – gegenüber EFTA-Staaten
 - Serbien – gegenüber EFTA-Staaten
 - Die am Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess der EU teilnehmenden Staaten und die Republik Moldau (Vertragsparteien des Mitteleuropäischen Freihandelsabkommens) – untereinander
-



C/2023/1537

13.12.2023

Keine Einwände gegen einen angemeldeten Zusammenschluss

(Sache M.11301 — WÜRTH / DREES / LCM (JV))

(Text von Bedeutung für den EWR)

(C/2023/1537)

Am 6. Dezember 2023 hat die Kommission nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates ⁽¹⁾ entschieden, keine Einwände gegen den oben genannten angemeldeten Zusammenschluss zu erheben und ihn für mit dem Binnenmarkt vereinbar zu erklären. Der vollständige Wortlaut der Entscheidung ist nur auf Deutsch verfügbar und wird in einer um etwaige Geschäftsgeheimnisse bereinigten Fassung auf den folgenden EU-Websites veröffentlicht:

- der Website der GD Wettbewerb zur Fusionskontrolle (<https://competition-cases.ec.europa.eu/search>). Auf dieser Website können Fusionsentscheidungen anhand verschiedener Angaben wie Unternehmensname, Nummer der Sache, Datum der Entscheidung oder Wirtschaftszweig abgerufen werden,
- der Website EUR-Lex (<http://eur-lex.europa.eu/homepage.html?locale=de>). Hier kann diese Entscheidung anhand der Celex-Nummer 32023M11301 abgerufen werden. EUR-Lex ist das Internetportal zum Gemeinschaftsrecht.

⁽¹⁾ ABl. L 24 vom 29.1.2004, S. 1.